Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

C 561,904

Digitized by Google

PROPERTY OF
University of Michigan Libraries
1817
ARTES SCIENTIA VERITAS

Digitized by Google

Digitized by Google

808.95
D487
v.19

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 1 — Berlin, den 5. Januar 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 846 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Zum Jahreswechsel . . . . !

Das Jahr 1928 ist vergangen, aber es wirkt weiter fort. Denn das Leben ist eine Einheit, die keine Unterbrechung kennt, und der Jahreswechsel bedeutet nur einen Markstein im Laufe der Entwicklung.

Der Reichsverband kann im großen und ganzen auch mit dem Ablauf des hinter uns liegenden Jahres zufrieden sein. Sein innerer und äußerer Ausbau schreitet, wenn auch in ruhigerem Tempo als in den früheren Jahren des neuen Aufbaues, stetig vorwärts. Der Verbandstag in Köln zeigte in erfreulicher Weise die feste Geschlossenheit des Verbandes und bekannte sich in der Finanzfrage zu der Opferwilligkeit, die nun einmal — und besonders bei einem numerisch schwachen Verbande — notwendig ist, um ihn auf eine sichere Grundlage der Leistungsfähigkeit und der für alle Fälle gerüsteten Aktionskraft zu stellen. Die in Köln beschlossene Erhöhung des Beitrages um 1 Mk. monatlich war begleitet von der gleichzeitigen Schaffung der Zentralhilfskasse des Reichsverbandes, der bis Ende 1928 aus den Mitteln des Reichsverbandes bereits 36 000 Mk. zugeführt worden sind. Ein schöner Erfolg in so kurzer Zeit! Der vorjährigen Tagung des Reichsverbandes gab die Internationale Presse-Ausstellung in Köln den besonderen Rahmen. Unter Auswertung der Ergebnisse unserer sozialen Enquête hatte auch der Reichsverband auf der Pressa eine kleine, aber eindrucksvolle Sonder-Ausstellung veranstaltet, die nicht nur einen Überblick über das Wachstum des Reichsverbandes in der bisherigen Zeit seines Bestehens, sondern auch über die soziale Lage und Schichtung der deutschen Journalisten und die ressortmäßige Gliederung ihrer Tätigkeit in plastischen Bildern gebot:n hat.

Am Ende des vergangenen Jahres wurde ein lange gehegter Wunsch des Reichsverbandes dadurch erfüllt, daß ihm die Reichsregierung 225 000 Mk. zum Erwerb und Ausbau eines „Hauses der deutschen Presse" zur Verfügung gestellt hat. Dieses Pressehaus soll gemeinnützigen Zwecken dienen und wird in den Dienst aller der Bestrebungen gestellt werden, die auf die geistige, kulturelle und soziale Förderung der Presse und der Journalisten, auf Förderung des Verständnisses und des guten Einvernehmens zwischen Presse, Volk und Staat, auf Vertiefung und Verbreitung des Wissens über Wesen, Aufgabe und Stellung der deutschen Presse, sowie darauf gerichtet sind, die Presse in immer weiterem Umfange zur Vorkämpferin und Hüterin der Allgemeininteressen der Nation zu machen.

Auch die Versorgungsanstalt der RAG. hat sich im vorigen Jahre weiter gut entwickelt, und mit Genugtuung konnten wir bereits bekanntgeben, daß der Reichsfinanzhof in München die auf Grund eines Dienstvertrages abgeschlossenen Versicherungen bei unserer Versorgungsanstalt als steuerfrei erklärt hat. Diese Entscheidung hat insofern eine ganz besondere Bedeutung, als damit anerkannt wird, daß die Gleichstellung der von der Reichsarbeitsgemeinschaft geschaffenen Versorgungsanstalt, auch wenn sie in ihrer äußeren Form und im organisatorischen Aufbau Neuerungen gegenüber anderen Institutionen aufweist, mit den sozialen staatlichen Versicherungseinrichtungen in steuerlicher Hinsicht gerechtfertigt und billig erscheint. Leider sind durch die Erhöhung der Pflichtversicherungsgrenze bei der Reichsangestelltenversicherung gewisse Schwierigkeiten für unsere Versorgungsanstalt und die darin versicherten Redakteure aufgetaucht, doch ist zu hoffen, daß es bald gelingen wird, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden.

Die Vorbereitungen zur Reform des Reichspreßgesetzes sind im vergangenen Jahre im großen ganzen beendet worden. In einer paritätischen Kommission der RAG. sind die bezüglich der Preßrechtsreform von der Delegiertenversammlung in Düsseldorf aufgestellten Forderungen in langen und eingehenden Beratungen als präzise Vorschläge formuliert worden, die dem Reichsministerium des Innern bereits zugeleitet worden sind. Gleichzeitig ist diesem Ministerium der Wunsch der RAG. übermittelt worden, daß bei ihm ein Gutachterausschuß, bestehend aus Redakteuren und Verlegern, eingesetzt werden möge. Der Ausschuß würde dem zuständigen Sachbearbeiter des Ministeriums bei den Vorarbeiten für den Gesetzentwurf mit seinem gutachtlichen Rat zur Verfügung stehen können.

Das neue Jahr liegt vor uns mit neuer Arbeit und neuen Sorgen. Niemand weiß, was es bringen wird. Um so notwendiger ist es, daß man selber weiß, was man will. Den Nebel der Ungewißheit, der über der Zukunft ruht, durchdringt nur der zielbewußte Wille und die wohlvorbereitete Tat. Die Leitung des Reichsverbandes ist sich ihrer Verpflichtung gegenüber der Gesamtheit der Kollegen voll bewußt, aber sie darf auch verlangen, daß die Kollegenschaft stets ihrer Verpflichtung gegen den Verband eingedenk ist. Es liegt besonders uns Journalisten nahe, Kritik zu üben. Der Handelnde hat, wie schon Goethe sagt, immer unrecht, aber auch immer recht, denn die Tat ist alles, die Kritik ist wenig. Soll sie aber fruchtbar werden und Gutes wirken, dann muß sie auf genauer Sachkenntnis gegründet sein und positive Vorschläge machen können. Und noch eins sei hier bemerkt: die Einstellung der Mitglieder zum Verbande muß in erster Linie getragen sein von dem idealen Moment des Grundsatzes: „Einer für Alle und Alle für Einen", wie es bei seinen Gründern der Fall war, und darf nicht nur zu einem reinen Rechenexempel werden. Wer da fragt: Was leistet der Reichsverband für mich?, der muß sich auch die Gegenfrage vorlegen: Was leiste ich für den Reichsverband? Nur auf dieser Wechselwirkung der Arbeit des Verbandes und jedes Mitgliedes beruht der Erfolg.

Ihn zu sichern, soll unsere gemeinsame Aufgabe auch im neuen Jahre sein. Für unseren Beruf und Stand und ihre Organisation im Reichsverband der deutschen Presse wollen wir auch im neuen Jahre keinen Gedanken für zu hoch halten, keine Arbeit für zu schwierig und mühevoll, keine Kleinigkeit für zu kleinlich, keine Tat für zu gewagt und kein Opfer für zu groß. In diesem Geiste und in dieser Hoffnung

vorwärts in neuer Arbeit zu den alten Zielen!

Digitized by Google

Produktive Filmkritik.

Von Dr. Heinrich Rumpf,

1. Vorsitzender des Landesverbandes der badischen Presse und derzeitiger Vorsitzender der Bezirksarbeitsgemeinschaft Baden.

Das Theater, auch wenn es Geschäftstheater geworden ist, also Unternehmung zu Gewinnzwecken, wird immer beschränkt sein auf Menschen, die ein gewisses Interesse für die Kunst haben. Das Volk in seiner Masse hat den Weg zum Theater trotz aller Einwirkungsversuche nicht gefunden und wird ihn voraussichtlich auch nicht finden. So muß das Theater sich in den Grenzen künstlerischen Geschmackes halten, wenn es nicht seinen Charakter verlieren will. Das Theater stammt aus der Kunst. Anders der Film. Er war vom ersten Augenblick seines Bestehens an ein Mittel zur Unterhaltung der Masse. Seine Herstellung erfolgte nach Art der Massenware in großen Unternehmungen. Und ehe er innerlich hätte heranreifen können zu Kunst, dem letzten Ausdruck der Gefühle einer Einzelpersönlichkeit, wurde er eingezwängt in Zweckgedanken einer großen Allgemeinheit, wurde er Propagandamittel oder Gewinnzweck. Diese Entwicklung führte zu einer falschen Einschätzung des Filmes in der Öffentlichkeit, die ihren Niederschlag fand in der Zeitung, die ja der Ausdruck der öffentlichen Meinung ist. Filmkritik wurde nicht als Aufgabe der Redaktion betrachtet, Filmbesprechung dagegen wurde Anhängsel des Inseratenteils. Und viele Filmtheaterbesitzer in Deutschland haben, obgleich die Presse angefangen hat, die Filmkritik sehr ernst zu nehmen, an dem Standpunkt festgehalten, daß eine ihr Geschäft schädigende Filmkritik nicht in Einklang zu bringen sei mit dem Inseratenauftrag, den sie der Zeitung gegeben hätten. In der Öffentlichkeit ist man zur Überzeugung gekommen, daß im Kino große kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten liegen, die seine Wirkungen weit über die aller sonstigen Stätten der Volksunterhaltung und Volksbelehrung erheben, und daß gegenüber diesen wichtigen Allgemeininteressen die Sonderinteressen sowohl der Filmproduzenten wie auch der Filmvorführer zurücktreten müssen. Das ist der Sinn der Filmkritik. Sie kann nicht, wie die Theaterkritik, direkt wirken auf das Kunstwerk und seine Ausgestaltung auf der Bühne, sondern muß indirekt Einfluß gewinnen auf die Auswahl der Filme und damit auf die Produktion selbst. So wenigstens ist es in der Provinz, in der die Filmtheaterbesitzer angewiesen sind auf die Auswahl, die ihnen die Filmproduzenten bieten können.

Ein Film ist nun einmal ein Erzeugnis einer Industrie, die das Risiko vieler Millionen für ihn gewagt hat. Und die Filmkritik muß dafür sorgen, daß für schlechte Filme das Risiko zu groß wird, während gute Filme einen risikofreien Gewinn abwerfen. Eine solche Kritik setzt aber volle Freiheit der Redaktion gegenüber allen geschäftlichen Beeinflussungsversuchen voraus. Diese Freiheit ist nur zu erlangen bei enger Zusammenarbeit von Redakteuren und Verlegern, für die in der Arbeitsgemeinschaft bereits der Grund gelegt ist. Es genügt dazu aber nicht, daß die Reichsarbeitsgemeinschaft Richtlinien aufstellt, die in den einzelnen Bezirken je nach der Stärke der Stellung der einzelnen Organisationen ausgelegt werden, sondern es scheint mir notwendig, daß die einzelnen Bezirke in ihren Arbeitsgemeinschaften zu Regelungen kommen, die evtl. als Grundlage einer Gesamtregelung dienen können. Das war der Grund, aus dem die Bezirksarbeitsgemeinschaft Baden einen Aussprachеabend über Filmkritik abgehalten und dann Richtlinien aufgestellt hat, die als Grundlagen für örtliche Vereinbarungen zwischen den einzelnen Zeitungen dienen sollen, aus denen dann aber auch die Vereinbarungen mit den Kinobesitzern herauswachsen sollen.

Es war erfreulich, daß die Aufforderung der Bezirksarbeitsgemeinschaft zu dem Aussprachеabend auf so fruchtbaren Boden gefallen ist. Mehr als hundert Redakteure und Verleger hatten sich in Karlsruhe zu der Aussprache eingefunden. Zuerst entwickelte Redakteur Tillenburg (Neue Badische Landeszeitung, Mannheim) in einem kurzen, aber inhaltreichen Referat die Grundsätze für die Sportberichterstattung, die nach einer längeren Aussprache in besonderen Richtlinien niedergelegt wurden. Dann sprach der Dozent am Zeitungswissenschaftlichen Institut in Heidelberg, Chefredakteur Alfred Scheel über die Beziehungen zwischen Film und Presse. In ausgezeichneten Darlegungen, die den Entwicklungstendenzen des Filmes und der Presse gerecht wurden, legte er die Verschiedenheiten der Wirkungen der beiden Einrichtungen dar und entwickelte die Funktionen, in denen sie zueinander stehen. Im „Filmkurier" hat ein Filmredakteur geglaubt, diesen Vortrag mit einigen hämischen Bemerkungen über Arroganz der Provinzpresse abtun zu können. Der Vortrag von Scheel wird ihm demnächst gedruckt zugehen, hoffentlich wird er dann seinen Standpunkt revidieren und auch davon im „Filmkurier" Kenntnis geben. Es bestanden gegen die Richtlinien in der Form, wie sie angenommen sind, manche Bedenken. Insbesondere wurde geltend gemacht, es sei notwendig, abzuwarten, bis die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse Richtlinien ausgearbeitet hätte. Aber hätte man damit vielleicht noch viele Jahre lang warten sollen? Es bestand Übereinstimmung zwischen Redakteuren und Verlegern, daß es bei dem großen Einfluß, den der Verband der Lichtspieltheaterbesitzer auf die Filmproduktion hat, notwendig sei, daß in der „Provinz" so schnell als möglich eine unabhängige Kritik geschaffen werden müsse. Dazu aber war Vorbedingung, daß die Bezirksarbeitsgemeinschaft Richtlinien festsetzte, auf Grund deren dann örtliche Abmachungen getroffen werden sollen. Tatsächlich ist in Mannheim, auf Grund der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft, bereits eine derartige Abmachung getroffen worden.

Die aufgestellten Richtlinien bestehen aus einem prinzipiellen Teil und einem anderen, der diese Grundsätze in die Praxis umzusetzen versucht. In § 2 ist festgesetzt, daß die Berichterstattung über Filme allein Sache der Redaktion ist, die die Pflicht und das Recht hat, aus dem Geiste der Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit die Filme zu kritisieren nach ihrer politischen und kulturellen Einstellung. Damit ist die Filmkritik zunächst einmal zu einer Hauptsparte der Zeitung gemacht worden, damit ist auch festgelegt, daß Anzeigeninteressen und sonstige geschäftliche Interessen auf die Filmkritik keinen Einfluß haben dürfen. Um diesem prinzipiellen Standpunkt gegenüber Versuchen von Filmtheaterbesitzern, durch Entziehung von Anzeigen die Zeitungen gegeneinander auszuspielen, Geltung zu verschaffen, verpflichten sich die Verleger, sofort den Boykott gegen ein Lichtspieltheater durchzuführen, das wegen einer Kritik einer Zeitung die Anzeigen sperrt. Ebenso verpflichten sich alle Redakteure unterschriftlich, während der Dauer eines Boykotts eines Lichtspieltheaters keinen Film des boykottierenden Theaters zu besprechen. Um dem Umstande Ausdruck zu verleihen, daß Redakteure und Verleger gemeinsam diesen Schritt unternehmen, fließen Strafgelder aus einer Übertretung dieses Vertrages zur Hälfte der Kasse der Zeitungsverleger, zur Hälfte der Unterstützungskasse der Redakteure zu. Die Mannheimer Vereinbarung hat bereits dazu geführt, daß ein Lichtspieltheater seinen Boykott gegen eine Zeitung, die eine sachliche, aber ablehnende Kritik eines Filmes gebracht hatte, aufgehoben hat.

Die Vereinbarung bedeutet für die Redakteure eine Erhöhung ihrer Verantwortung. Denn jede Kritik kann nunmehr zu einem Kampfe zwischen Zeitung und Film

Digitized by Google

führen, kann für die Zeitungen und die Filmtheaterbesitzer schwere Schädigungen heraufbeschwören. Die Redaktionen werden dadurch gezwungen, die Filmkritik zu einem Hauptfach zu machen und bei der Auswahl der Filmkritiker besonders sorgfältig zu sein. Es wäre falsch, wenn nunmehr an jeden Film ein künstlerischer Maßstab angelegt würde. Der Film ist auch ein Unterhaltungsmittel. Und muß als solches gewertet werden. Gerade so wenig wie eine Zeitung verpflichtet ist, über schlechte oder auch mittelmäßige Bücher zu berichten, gerade so wenig verlangt ihre Öffentlichkeit von ihr, daß sie eine Besprechung von jedem Film aufnimmt. Schweigen ist manchen Filmen gegenüber Gold. Andererseits aber ist es ihre öffentliche Pflicht, ihrer Entrüstung über schlechte Filme Ausdruck zu geben. Um die Redakteure nicht den Launen mancher Filmtheaterbesitzer auszusetzen, die glauben, daß die Ehrenkarte ein Geschenk sei, für das sie eine Gegenleistung in Form einer guten Kritik verlangen könnten, bezeichnete die Bezirksarbeitsgemeinschaft Baden den Verzicht auf Ehrenkarten als erwünscht. In Mannheim ist beschlossen worden, auf die Ehrenkarten zu verzichten, obgleich auch der Ansicht Ausdruck gegeben wurde, daß die Presse die Karten ja nicht für sich, sondern als Vertreterin der öffentlichen Meinung, auf die auch die Filmtheaterbesitzer Wert legen müßten, erhielte. Aber die Vertreter der Mannheimer Presse hatten bei einem Filmtheaterbesitzer schon recht üble Erfahrungen gemacht. Es ist aber gleichzeitig beschlossen worden, einen Weg zu schaffen, auf dem es den einzelnen Redakteuren ermöglicht würde, sich trotzdem einen dauernden Überblick über die ganze Filmproduktion zu verschaffen.

Ich hatte den Vorzug, als Vorsitzender der Bezirksarbeitsgemeinschaft und als Vorsitzender des Landesverbandes Baden diese Aktion durchzuführen. Ich habe persönlich nur den Wunsch, daß sie der Presse und einer gesunderen Entwicklung des deutschen Filmes dienen möge. Denn Presse und Film haben als die modernsten Erzeugnisse des öffentlichen Lebens hohe gemeinsame Aufgaben zu erfüllen. Und nicht nur in der „Provinz" ist man der Ansicht, daß der entscheidende Einfluß zur Besserung des Niveaus der deutschen Filme, die technisch sehr oft hervorragend sind, aus der „Provinz" kommen muß.

•

Richtlinien zur Sportberichterstattung.

Die Sportberichterstattung dient im Rahmen der öffentlichen Aufgaben der Presse der körperlichen Ertüchtigung des deutschen Volkes.

Die Presse unterstützt die Bestrebungen der Leibesübungen treibenden Verbände, soweit sie die Richtlinien des gesunden Sports einhalten.

Die Presse lehnt jede Verquickung von Sport und Geschäft bei der Sportberichterstattung ab. Für den Sportteil ergeben sich hieraus folgende Richtlinien:

1. Auch für den Sportteil gilt es, daß Textteil und Inseratenteil unabhängig nebeneinanderstehen, daß daher der Textteil unter keinen Umständen irgendwelcher Reklame, auch nicht der Sportreklame zu dienen hat. Hinweise auf sportliche Veranstaltungen dürfen aber im allgemeinen nicht als Ersatz für eine Anzeige dienen.

2. Jede industrielle Reklame innerhalb der Sportberichterstattung selbst muß unter allen Umständen vermieden werden.

3. In Wahrung ihrer öffentlichen Aufgaben nimmt die Presse das Recht für sich in Anspruch, auch die Sportereignisse zu kritisieren.

gez. Dr. Rumpf, Haller, Koelblin, Gütermann, Schlierf.

•

Richtlinien für Kinokritik.

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft Baden in der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse empfiehlt für den Bezirk Baden den Abschluß von örtlichen Verträgen auf folgender Grundlage:

1.

Nach den für die Presse geltenden Grundsätzen darf der Textteil der Zeitung weder offen noch verdeckt privaten Geschäftsinteressen dienen. Dieser Grundsatz muß auch für die Berichterstattung über Kinos gelten.

2.

Die Berichterstattung über Filme ist Sache der Redaktion, die die Pflicht und das Recht hat, aus dem Geiste der Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit die Filme zu kritisieren nach ihrer politischen und kulturellen Einstellung.

3.

Jeder Versuch, über den Anzeigenteil Einfluß auf die Kritik zu erlangen, muß als den Grundsätzen der deutschen Presse widersprechend abgelehnt werden.

4.

Verleger und Redakteure halten es für erwünscht, daß in Zukunft auf Freikarten in Kinos verzichtet wird.

5.

Falls ein Lichtspieltheaterbesitzer mit einem der unterzeichneten Verlage oder einer der unterzeichneten Redaktionen in Meinungsverschiedenheit gerät, weil er auf Grund einer Kritik einer Zeitung Inserate entzieht, verpflichtet sich jeder unterzeichnete Verleger, solange keine Anzeigen des betreffenden Lichtspielhauses aufzunehmen, bis der Boykott aufgehoben ist und die Anzeigen wieder in allen in Betracht kommenden Zeitungen erscheinen. Bei Feststellung der Nichteinhaltung dieser Abmachung verpflichtet sich jeder unterzeichnete Verlag, in jedem nachgewiesenen Fall eine Buße zu zahlen, und zwar die Hälfte an die Kasse des Vereins Südwestdeutscher Zeitungsverleger, die andere Hälfte an die Unterstützungskasse der badischen Redakteure.

6.

Sämtliche Redakteure verpflichten sich unterschriftlich, im Falle des Boykotts eines Lichtspieltheaters gegen eine Redaktion solange keine Besprechungen über das betreffende Lichtspieltheater zu schreiben, bis der Boykott aufgehoben ist.

7.

Die Lichtspieltheater sind von den §§ 1—4 dieser Vereinbarung in Kenntnis zu setzen: Der Vertrag wird jeweils auf ein Jahr abgeschlossen. Er bleibt auf ein weiteres Jahr in Kraft, sofern er nicht drei Monate vor Ablauf der Geltungsdauer gekündigt wird.

Mannheim, 19. Dezember 1928.

gez. Dr. Rumpf, Haller, Koelblin, Gütermann, Schlierf.

Was erwarten wir von einem Jahrbuch der Tagespresse?

Von Ernst Scheibing-Dresden.

Seit langem wartet die deutsche Öffentlichkeit, insbesondere aber alle, die mit der Tagespresse zu tun haben — und wer hätte das heute nicht — auf ein Nachschlagewerk, das Auskunft über ihre Struktur und über die in ihr wirkenden Kräfte gibt. Vergegenwärtigt man sich die Aufgaben, die ein solches Nachschlagewerk erfüllen und die Vielseitigkeit der Auskünfte, die es erteilen soll, so kommt man zu dem Ergebnis, daß es mit einer einfachen, alphabetisch geordneten Aufzählung nicht getan ist. Was wir brauchen, ist eine Übersicht, die unter Heranziehung aller verfügbaren Quellen den ungeheuren Stoff übersichtlich gruppiert und auch dem we-

Digitized by Google

niger kundigen Benutzer einen sicheren Leitfaden durch das Gewirr der deutschen Zeitungswelt bietet. Diese Forderung gilt sowohl für die Zeitungen wie für die Persönlichkeiten, die in und an ihnen mitarbeiten.

Ein solches Nachschlagewerk muß — um mit dem systematischen Aufbau zu beginnen — die Möglichkeit einer raschen und leichten Orientierung darüber bieten, welche Zeitungen innerhalb eines bestimmten einheitlichen Wirtschaftsgebietes vorhanden sind. Solange die jetzigen Ländergrenzen bestehen, wäre vielleicht trotz der Willkürlichkeit dieser Grenzen eine geographische Gruppierung nach Ländern und Provinzen zweckmäßiger als die einfache alphabetische Reihenfolge der verschiedenen Ortschaften. Wünschenswert erscheint die Beigabe kurzer statistischer Angaben über Umfang und Einwohnerzahl des betreffenden Landes, über die Zusammensetzung seiner Regierung und seines Landtages. Dabei sollten auch die amtlichen Pressestellen nicht vergessen werden. Die neue Berufsstatistik bietet außerdem die Möglichkeit, einen Aufriß der Berufsgruppierung des betreffenden Landes mitzuteilen, aus der sich ohne weiteres ein wirtschaftlicher Querschnitt ziehen läßt. Ähnliche Angaben sind dringend erwünscht für die einzelnen Städte, wobei naturgemäß die größeren etwas eingehender behandelt werden müßten. Um die notwendigen Angaben zu erhalten, bedarf es keines schwierigen und unzuverlässigen Fragebogensystems; sie können aus den vorhandenen amtlichen Veröffentlichungen verhältnismäßig leicht und vollkommen zuverlässig ermittelt werden. Weiter ist wünschenswert die Angabe aller amtlichen, nicht nur der staatlichen Pressestellen.

Was nun die Angaben über die Zeitungen selbst anbetrifft, so können diese gar nicht ausführlich genug sein. Titel, Erscheinungsweise, Bezugspreis, Auflage und Verlag, kurz alles, was die geschäftliche Grundlage eines Zeitungsunternehmens bildet, sollte mit möglichster Genauigkeit angegeben werden; nicht zu vergessen, auch die politische Richtung des Blattes.

Natürlich richtet sich unser Hauptinteresse auf die Angaben über den Personalbestand der Redaktionen. Diese Angaben können ebenfalls gar nicht genau, ausführlich und übersichtlich genug sein. Erstrebenswert ist eine einheitliche Gruppierung der verschiedenen Redaktionen, die zweckmäßigerweise mit der politischen Ressortredaktion beginnen, aber keineswegs den Charakter einer Rangordnung tragen, sondern lediglich eine rasche Orientierung über die in einer bestimmten Sparte tätigen Kräfte gewähren soll. Selbstverständlich müssen auch die auswärtigen Vertreter der Zeitungen und nach Möglichkeit auch die regelmäßigen Mitarbeiter für bestimmte Sondergebiete aufgeführt werden.

Notwendige Ergänzungen dieser Angaben stellt die Aufführung sämtlicher Vertreter auswärtiger Blätter am Orte ihres Wohnsitzes sowie der örtlichen Niederlassungen von Depeschen- und Korrespondenzbüros dar. Auch hier ist — soweit möglich — eine Angabe über die politische Richtung zu bringen. Gerade für den praktischen Gebrauch ist die lückenlose Aufzählung nicht nur aller Zeitungen, sondern auch aller auswärtigen Pressevertreter, Nachrichtenbüros und Korrespondenzen an einem bestimmten Ort von besonderer Bedeutung, besonders dann, wenn es sich darum handelt, eine Nachricht durch alle vorhandenen Kanäle zu leiten. Schließlich muß im Interesse unserer als freie Mitarbeiter tätigen Mitglieder des Reichsverbandes dringend ihre Aufzählung an dem Ort ihres Wohnsitzes verlangt werden, wobei ihre hauptsächlichen Arbeitsgebiete durch bildmäßige Abkürzungen, ähnlich wie dies in Kürschners Literaturkalender geschieht, aufgeführt werden könnten. Derartige Angaben werden, wenn sich die Redaktionen erst daran gewöhnt haben, nicht selten zur Anknüpfung neuer Beziehungen führen.

Als eine selbstverständliche Forderung muß schließlich die Beigabe einer möglichst eingehenden, lückenlosen Übersicht über die Gliederung des Reichsverbandes der deutschen Presse und seiner Unterverbände, sowie über die des Vereins Deutscher Zeitungsverleger bezeichnet werden. Man darf sich dabei nicht darauf beschränken, lediglich die Spitzenorganisationen und bestenfalls die Landesverbände mit ihren Vorsitzenden aufzuführen, sondern muß auch die lokalen Vereine erfassen.

Sieht man sich das vor einiger Zeit im Verlage Duncker erschienene „Jahrbuch der Tagespresse" daraufhin an, ob und in welchem Umfang all diese Forderungen dort verwirklicht worden sind, so muß man feststellen, daß doch vieles zu wünschen übrig bleibt. Der Herausgeber betont in seinem Vorwort, daß es nicht möglich sei, gleich den ersten Jahrgang eines so umfangreichen Sammelwerkes vollkommen zu gestalten. Um in den Daten genau zu sein, müsse die redaktionelle Arbeit sich auf einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum zusammendrängen. Da lasse es sich nicht vermeiden, daß Einzelheiten über diejenigen Blätter nicht aufgenommen werden, die trotz mehrmaliger Aufforderung die eingesandten Fragebogen nicht restlos oder überhaupt nicht beantwortet haben. Man wird billigerweise diese starken Vorbehalte, die der Herausgeber selbst hinsichtlich der Vollständigkeit seiner Arbeit zu machen gezwungen ist, anerkennen können. Andererseits muß der dringende Wunsch ausgesprochen werden, daß er den nächsten Jahrgang einer gründlichen Durcharbeitung unterzieht. Insbesondere wird er davon abgehen müssen, die Vollständigkeit der Angaben lediglich dem Zufall der Rücksendung der Fragebogen zu überlassen. Es gibt auch andere Möglichkeiten, die erforderlichen Angaben zu erhalten, und es gibt weitere Möglichkeiten, die erhaltenen Angaben auf ihre Zuverlässigkeit und Vollständigkeit nachzuprüfen. Alle diese Möglichkeiten müssen ausgenützt werden, wenn das Jahrbuch seinem Zweck entsprechen soll.

Der jetzige systematische Aufbau ist denkbar einfach. Er führt sämtliche Orte, in denen überhaupt Zeitungen erscheinen, in alphabetischer Reihenfolge auf. Man kann natürlich keinen Überblick über die in einem bestimmten Gebiet erscheinenden Zeitungen gewinnen, wenn, um ein beliebiges Beispiel herauszugreifen, folgende Orte aufeinander folgen: Frankenberg in Sachsen, Frankenhausen am Kyffhäuser, Frankenstein in Schlesien, Frankenthal in der Pfalz, Frankfurt am Main, Frankfurt an der Oder. Den Ortsnamen sind keinerlei Angaben über die Einwohnerzahl, geschweige denn die von uns gewünschten statistischen Mitteilungen beigefügt. Ebenso fehlen derartige Mitteilungen über die Länder und Provinzen.

Was die Angaben über die Zeitungen selbst anbetrifft, so erscheint eine ganze Reihe, namentlich kleinerer Zeitungen lediglich mit dem Titel. Das ist ein sehr kümmerlicher Notbehelf, zumal die Mitarbeit des Vereins Deutscher Zeitungsverleger wie die des Reichsverbandes der deutschen Presse zur Verfügung gestanden hat. Das Mindeste, was man verlangen muß, sind die Angaben, die aus Titelkopf und Impressum ohne weiteres festgestellt werden können, also genauer Titel, Erscheinungsweise, Verleger, verantwortlicher Redakteur. Außerdem sind die jetzt ganz fehlenden Angaben über die Höhe der Auflage dringend erwünscht, wobei darauf hingewiesen werden muß, daß schon die Zeitungskataloge derartige Angaben in steigendem Maße enthalten. Man gewinnt überhaupt den Eindruck, als habe der Herausgeber es nicht immer verstanden, die bereits vorhandenen Quellen voll auszunutzen. Auf die Dauer wird die Redaktion eines solchen Werkes, wenn es sich in der Praxis wirklich durchsetzen soll, nicht von einem Verleger, gewissermaßen im Nebenamt, erledigt werden können. Die einheitliche Gruppierung der Redaktionsressorts bei den Angaben über die Redaktionsmitglieder ist noch keineswegs durchgeführt. Beispielsweise erscheint ein großes mitteldeutsches Blatt ausgerechnet mit dem Musikreferenten an der Spitze. Noch unhaltbarer ist der Zustand, daß eine Reihe von großen Zeitungen

Digitized by Google

auf die Mitteilung ihrer Ressortredakteure überhaupt verzichtet hat. Diese Unterlassung beeinträchtigt die Brauchbarkeit des Werkes für den Interessenten in hohem Maße; sie schädigt aber außerdem empfindlich das Ansehen und die Interessen der an solchen Blättern tätigen Ressortredakteure. Die fehlenden Angaben müssen im neuen Jahrgang unbedingt ergänzt werden. Dasselbe gilt für die auswärtigen Vertreter der Zeitungen. Auch sie haben ein berechtigtes Interesse daran, genannt zu werden. Summarische Angaben wie „eigene Vertretungen in London, Paris, Rom, Madrid, New York" oder gar „an allen wichtigen Plätzen des In- und Auslandes" sind Reklamenotizen ohne sachlichen Wert.

Zum Schluß mag darauf hingewiesen werden, daß durch Aussendung der Korrekturbogen an die Landesverbände und Bezirksvereine des Reichsverbandes der deutschen Presse eine wirksame Kontrolle der vorliegenden Angaben erzielt werden könnte. Insbesondere die Vorsitzenden unserer Bezirksvereine wie die der entsprechenden Verlegerorganisationen werden in der Regel imstande sein, auf Grund eigener Kenntnis wichtige Ergänzungen zu machen und störende Fehler zu beseitigen, die sich in der ersten Ausgabe des „Jahrbuchs der Tagespresse" allzu reichlich finden. Im übrigen sollte man die den Berufsorganisationen angehörigen Redakteure und Verleger durch ein besonderes Zeichen charakterisieren, wie dies in zahlreichen anderen Berufsadreßbüchern seit langem üblich ist.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Ein Dank an den Reichsverband.

Von einem bekannten Leipziger Kollegen, der vor kurzem den 70. Geburtstag in voller Frische und Arbeitskraft begehen konnte, erhielt die Verbandsleitung die nachstehende Zuschrift:

„. . . . Wie ich bereits den drei Kollegen vom Vorstand unseres Leipziger Bezirksvereins, die mich am 30. 11. in meiner Arbeitsstätte mit Gruß und Jubiläumsspende überraschten, ehrlicherweise bekannte, daß meinen zahlreichen, vortrefflichen Mitarbeitern, deren viele sich jetzt in angesehenen Stellungen befinden, das Verdienst an der langen Lebensdauer meines journalistischen Unternehmens — der Kollege ist Herausgeber einer weitbekannten Korrespondenz. D. Red. — in erster Linie gebührt, so möchte ich dies auch an dieser Stelle kräftig unterstreichen, mir aber noch eins hinzuzufügen gestatten.

Mein Hauptmitarbeiter seit seiner Geburt aber war und ist kein geringerer als unser Reichsverband. Wir haben wohl alle das begründete Gefühl, daß der einzelne Tagesschriftsteller die Resonanz, oder wenn ich mich so ausdrücken darf, das Rückgrat erst erhält durch den Anschluß an diese große und angesehene Organisation. Das Bewußtsein der Zugehörigkeit zu ihr hebt den einzelnen über sich hinaus, verstärkt seinen Wert und gibt ihm das Gefühl der Sicherheit in der Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit. Die Organisation stützt und schützt den Einzelnen, und das gilt nicht bloß in der Richtung, daß der Verband seine von wirtschaftlicher Not bedrängten Mitglieder nach besten Kräften unterstützt und ihnen ihre Lage erleichtert. Daraus, daß die Organisation dem einzelnen als Glied des seinen Stand nach außen repräsentierenden großen Ganzen Achtung verschafft, erwächst ihm aber auch die unabweisliche Pflicht, sein Verhalten der Öffentlichkeit gegenüber so einzurichten, wie unsere Berufsehre es unbedingt erfordert: Unbestechlichkeit in jeder Hinsicht — das integer vitae des Journalisten — Unabhängigkeit des Urteils, vornehme Kampfesweise — fortiter in re, suaviter in modo — etc. Das wirkt wieder günstig auf den einzelnen zurück, die Achtung vor dem Stand und seine dieser Achtung entsprechende Berufsführung hebt ihn selbst in der öffentlichen Wertschätzung, öffnet ihm die Türen und bringt ihm ermutigende Anerkennung.

Ich habe diese Erfahrung immer gemacht, und ich weiß, was es bedeutet, daß seit Begründung des Reichsverbandes in dem angedeuteten Sinne es erheblich besser steht um unseren Beruf als früher. Vor zehn Jahren wäre es z. B. noch nicht denkbar gewesen, daß — wie es jetzt voll Anerkennung geschah — der Chefpräsident des Reichsgerichts, also der höchste deutsche Richter, und der Präsident des Reichsarbeitsgerichts des 70. Geburtstages eines Mannes der Presse gedacht hätten.

Ich würde es begrüßen, wenn alle Kollegen ihre Zugehörigkeit zum Reichsverband auch einmal von dieser Seite genauer ins Auge fassen möchten. Für meinen Teil bleibe ich unserer Organisation und ihrer hochverdienten Leitung auch in Zukunft in dankbarer Treue verbunden als Ihr

ergebenster

Otto Schleußner."

Auch ein Zeitgenosse.

Es gibt so vielerlei Überraschungen in der täglichen Post einer Redaktion, und der Redakteur hat das Staunen verlernt. Es muß schon ganz dick kommen, wenn er sich wundern soll. Aber ehe der geneigte Leser den nachfolgenden Brief, der einer westdeutschen Redaktion sozusagen als Weihnachtsgeschenk am Heiligen Abend beschert wurde, studiert, möge er sich setzen. Ein solcher Brief läßt sich tatsächlich nur mit absoluter „Harmlosigkeit" erklären, wie man sie bei einer zu den gebildeten Ständen zählenden Person nicht leicht vermuten wird. Ein neuer Beweis dafür, welche Auffassungen von der Presse und ihren Aufgaben von Berufsehre und Sauberkeit des Textteils nicht nur in der breiten Masse, sondern auch in den Schichten herrschen, die dazu berufen wären, aktiv an der Presse mitzuarbeiten. Wann wird das endlich einmal anders werden?

Der Brief lautet:

H. (Rheinpfalz), den 21. Dezember 1928.

An die

verehrl. Redaktion.

Im . . . . . blatt (Organ des . . . .) habe ich in der letzten Zeit einen Artikel veröffentlicht mit dem Titel: Das Wunder des Radios. Der Inhalt ist folgender: 1. Die Entwicklung des R. 2. Die Organisation des R. 3. Die Bedeutung des R. 4. Der Rundfunk als Bildungsmittel. 5. Rundfunk und Schule. 6. Rundfunk, Religion und Kirche.

Der Artikel hat allgemeines Interesse gefunden. Verschiedene Zuschriften, die ich erhalten habe, beweisen das. Sogar die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Rundfunk hat um die Erlaubnis gebeten, den Artikel in ihrem Korrespondenzblatt veröffentlichen zu dürfen. Wegen „Raummangels" ist nichts daraus geworden.

Ich erlaube mir darum, Ihnen den Artikel als Zweitdruck zur Veröffentlichung in Ihrem Blatte anzubieten gegen ein Honorar von 25 Mark. Der Artikel hat 40 Bogenseiten in Maschinenschrift und kann leicht gekürzt werden, wenn notwendig.

Am Schlusse des Artikels folgen einige praktische Winke für solche, die sich ein Radio anschaffen wollen. Ich habe dabei eine Firma empfohlen, welche Empfangsanlagen liefert. Ich erhielt dafür von der betreffenden Firma ein Radio geschenkt. Da Ihr Blatt bedeutend mehr Abonnenten hat als das Klerusblatt (5000 Ab.), so erhalten Sie sicher von einer Radiofirma Ihrer Stadt, die Sie in dem Artikel empfehlen, dieselbe Vergünstigung. Sie kommen auf diese Weise ganz umsonst in den Besitz eines Radios. Die 25 M., die Sie mir für Veröffentlichung des Artikels bezahlen, bekommen Sie zehnfach wieder zurück.

In der Hoffnung, daß Sie mir zusagende Antwort geben, zeichnet

hochachtungsvoll ergebenster

gez. O . . . . K . . . .

(Die Hervorhebungen stammen von dem Schreiber des Briefes.) Da das Schreiben vervielfältigt ist, werden wohl auch noch andere Redaktionen damit beglückt worden sein. Nun, die Beantwortung fällt ja nicht schwer! H. D.

Die Vervollständigung der Mitgliedskarten.

An alle Mitglieder wird hierdurch die Aufforderung gerichtet, ihre Mitgliedskarte umgehend an die Geschäftsstelle ihres Landesverbandes einzusenden, damit sie dort mit der Jahresmarke für 1929 versehen und erneut für dieses Jahr abgestempelt werden kann. Dabei sei ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß eine Einsendung der schon gültigen Mitgliedskarten, also der mit Jahresmarke für 1928 versehenen und abgestempelten, an die Zentrale nicht erforderlich ist, da die Jahresmarken für 1929 den Landesverbänden übergeben sind und von diesen ausgefolgt werden.

Die Verbandsleitung.

Digitized by Google

Recht und Presse

Preßgesetz § 11.

Eine Berichtigung darf nicht Dinge „richtigstellen", die in der Zeitung gar nicht behauptet worden sind.

In einem Berichtigungsverfahren, dessen weitläufiger Tatbestand hier im einzelnen nicht interessiert, hat das bayerische oberste Landesgericht durch Urteil vom 22. März 1928 (Akt. Z. Rev. Reg. II Nr. 81/1928) den angeklagten Redakteur freigesprochen und hat die von der Vorinstanz angeordnete nachträgliche Aufnahme der Berichtigung aufgehoben mit folgender Begründung:

Die Berichtigung auf Grund des § 11 des Preß-Gesetzes muß nach ihrem Wesen mit den zu berichtigenden Tatsachen in unmittelbarem gedanklichen Zusammenhang stehen; ihre Angaben müssen eine Richtigstellung jener Tatsachen enthalten. Hierbei sind auch weitläufigere Ausführungen sowie neue ergänzende Tatsachen zulässig, insofern sie sich dazu eignen, die zu berichtigende Mitteilung als objektiv unrichtig und irreführend erscheinen zu lassen. Diese Voraussetzung ist aber in Ansehung der Nr. 4 der Berichtigung keinesfalls in vollem Umfang gegeben. Um sich gegen den Vorwurf zu verwahren, daß die Stadt Sch. es an der nötigen Fürsorge für Frau D. habe fehlen lassen, war in der fraglichen Mitteilung das Bar- und Sacheinkommen der Familie D. für einen bestimmten Zeitraum bekanntgegeben und beigefügt worden, daß hieran das städtische Wohlfahrtsamt mit erheblichen Fürsorgeleistungen beteiligt sei. Diese mitgeteilten Tatsachen kann und will die Berichtigung gar nicht bestreiten. Daß aber das hierin genannte Gesamteinkommen der Familie D. zur reinen Lebsucht d. h. für Essen und Trinken zur Verfügung gestanden sei, ist in der Mitteilung, gegen die sich die Berichtigung wendet, weder ausdrücklich gesagt noch sonst aus ihr herauszulesen. Das „Einkommen" einer Familie stellt auch nach dem allgemeinen Sprachgebrauch die Summe der Mittel dar, aus denen die Familie alle ihre Bedürfnisse, darunter auch die Kosten für Kleidung, für Erziehung der Kinder, für Krankheiten der Familienmitglieder usw. zu bestreiten hat. Der Stadtrat hat infolgedessen damit, daß er sich auf die Mitteilung des Gesamteinkommens beschränkte, noch nichts „verschwiegen". Seine Mitteilung war nicht etwa unvollständig in dem Sinne, daß sie beim Durchschnittsleser eine irrige Vorstellung erweckte, die erst durch die in der Berichtigung gebrachten Einzelheiten ihre Richtigstellung erfuhr. Die Mitteilung des Stadtrats bleibt vielmehr neben der Berichtigung als wahr bestehen, weil diese gar nicht in offenen Gegensatz zu ihr tritt, vielmehr nur unter dem Deckmantel des § 11 des Preß-Gesetzes neue Aufstellungen bringt. Die Berichtigung entbehrt daher jedenfalls insoweit des unmittelbaren gegensätzlichen Zusammenhangs, der nach § 11 des Preß-Gesetzes eine notwendige Voraussetzung für den Berichtigungszwang bildet (vgl. Häntzschel, Reichspreßgesetz, § 11, Anm. 9 C; Kitzinger, Reichspreßgesetz, § 11, Anm. III 3, S. 76).

Da zahlreiche untere Gerichte die in dieser Entscheidung aufgestellten unseres Erachtens völlig zutreffenden Grundsätze nicht beachtet haben, indem sie den verantwortlichen Redakteur auch dann für verpflichtet erklärten, eine Berichtigung aufzunehmen, wenn in dieser Dinge „richtiggestellt" wurden, die in der Zeitung gar nicht behauptet worden waren, so möchten wir auf diese Entscheidung besonders hinweisen.

Rechts-, Berufs- und Standesfragen

Chefredakteur K. in W. Sie haben einen Bericht über eine Gerichtsverhandlung verfaßt, in welcher der Fall eines gewissen W. verhandelt wurde. Dieser war wegen Falscheids und Erpressung angeklagt; er wurde von der Anklage des Falscheids freigesprochen, wegen Erpressung jedoch zu einer Geldstrafe verurteilt. Ein Rechtsanwalt fordert Sie zu der Berichtigung des Berichts gemäß § 11 des Preßgesetzes auf, weil Sie die Freisprechung von der Anklage des Falscheids nicht erwähnt, ferner auch von einer Erpressung statt eines Erpressungsversuchs gesprochen und die Zeugin, gegenüber der der Angeklagte dieses Delikt begangen hat, als Pflegerin und nicht als Säuglingsschwester bezeichnet hatten.

Sie brauchen dem Berichtigungsersuchen aus folgenden Gründen keine Folge zu leisten:

1. Wenn auch das Ersuchen des Beteiligten um Berichtigung nicht von diesem selber unterschrieben zu werden braucht, so muß doch der Berichtigungstext (allerdings bestrittener Ansicht) von dem Betroffenen selber unterschrieben sein. Dies ist im vorliegenden Falle nicht geschehen. Ferner muß, wenn die Unterschrift des Berichtigungsersuchens durch einen Vertreter erfolgt, die Tatsache der Vertretung aus dem Schreiben hervorgehen. (Vgl. Kitzinger, Anm. 3a § 11 Preßgesetz.) In dem Schreiben des um Berichtigung ersuchenden Anwalts fehlt jedoch die Angabe, daß die Berichtigung namens und in Vertretung des W. gefordert wird.

2. Die geforderte Berichtigung eignet sich nicht ohne weiteres zur Veröffentlichung, sie müßte vielmehr umredigiert werden. Die Berichtigung muß jedoch dem Redakteur druckfertig vorgelegt werden. (Vgl. R. G. Entsch. in Str. S. Bd. 44 S. 5; Häntzschel Preßgesetz Anm. 8 b zu § 11 Preßges. S. 87.)

3. Die zu Ziffer 3, 4, 5 und 6 geforderte Berichtigung behauptet nicht das Gegenteil der berichteten Tatsachen.

Sie hatten absichtlich die Anklage wegen Falscheids, die diesbezüglich gestellten Anträge und infolgedessen auch die Freisprechung in diesem Punkte weggelassen, wozu Sie berechtigt waren, da hierdurch der Bericht nicht etwa ein falsches Bild gab. Tatsachen jedoch, die in einem Berichte nicht enthalten sind, können auch nicht berichtigt werden. Daß es sich hier nicht um eine vollendete Erpressung, sondern um einen Erpressungsversuch handelte, ging aus Ihrem Bericht in voller Klarheit und Deutlichkeit hervor. Ferner steht die Bezeichnung des Mädchens als Pflegerin mit der Entgegnung, daß sie eine Säuglingsschwester sei, nicht im Widerspruch. Ist aber auch nur ein Teil einer Berichtigung unzulässig, so entfällt damit die Verpflichtung des verantwortlichen Redakteurs, die ganze Berichtigung aufzunehmen.

Sie brauchen daher die Berichtigung weder in dieser Fassung, noch in einer von Ihnen selber abgeänderten Form zu bringen.

Fachrundschau

Arbeitsrecht.

Ist ein Verzicht auf den Tariflohn möglich? Zwischen den am Tarifvertrag Beteiligten können Abweichungen vom Tarifvertrag nur dann rechtswirksam vereinbart werden, wenn sie für den Arbeitnehmer besser sind als die Vereinbarungen des Tarifvertrages, oder wenn sie ausdrücklich im Tarifvertrag vorgesehen oder zugelassen sind. Nach der neuen Rechtsprechung wird die Zulässigkeit des Verzichtes auf zukünftige tarifliche Ansprüche niemals anerkannt, wohl aber kann sie unter gewissen Umständen für die Vergangenheit anerkannt werden. Voraussetzung dafür aber ist völlige und einwandfrei feststellbare Freiwilligkeit des Arbeitnehmers. Er darf also nicht unter wirtschaftlichem Druck oder aus der Furcht heraus gehandelt haben, seine Stellung verlieren zu können.

Papier.

Der Wert der deutschen Papier-Erzeugung. Die deutsche Papier-Erzeugung vom Jahre 1927 hatte statistischen Berechnungen zufolge einen Wert von 893 Mill. RM, darunter Zeitungsdruckpapier der im Verband Deutscher Druckpapierfabriken zusammengeschlossenen Fabriken im Werte von 126,5 Mill. RM.

Betriebsergebnisse.

G. Hirth Verlags-A.-G. in München ist die neue Firmenbezeichnung der Richard-Pflaum-Druckerei- und Verlags-A.-G., München. Bei der Firma machte das Jahr 1927 eine finanzielle Rekonstruktion erforderlich. Hand in Hand damit gingen auch einschneidende Rationalisierungsmaßnahmen. Diese waren Gegenstand der G.-V. am 18. Dezember. Zur Beseitigung der Unterbilanz wurde das A.-K. im Verhältnis 5 : 2 auf 200 000 RM herabgesetzt, sowie die Reserve aufgelöst. — Wie der neue Vorstand, Dr. Richard Landauer, noch mitteilte, ist das Jahr 1928 wesentlich günstiger gewesen. Die Druckerei sei nach wie vor gut beschäftigt. Die Verlustobjekte seien mit Ausnahme der „Jugend" entweder abgestoßen oder umgestaltet worden, so daß keine wesentlichen Verluste mehr vorliegen bezw. zu erwarten seien.

Vom deutschen Zeitungswesen im Ausland.

Reichsgewerkschaft der deutschen Presse in der Tschechoslowakei. Unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Dr. Bacher fand kürzlich in Prag die ordentliche Generalversammlung der Reichsgewerkschaft der deutschen Presse in der tschechoslo-

Digitized by Google

wakischien Republik statt, bei der das Syndikat der tschechoslowakischen Journalisten durch eine starke Abordnung unter seinem Vorsitzenden Senator Pichl vertreten war. Als besonderer Erfolg der Zusammenarbeit der beiden Organisationen konnte festgestellt werden, daß nach mehrjährigen wechselvollen Situationen die Pensionsversicherung der Journalisten in der Tschechoslowakei endlich vor ihrer gesetzlichen Verwirklichung steht. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurden noch Einzelheiten über die neue Pensionsversicherung mitgeteilt. Dr. Bacher und Ströbel berichteten über den Kongreß der „Fédération internationale des Journalistes" in Dijon. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzender Dr. Franz Bacher, Prag; Stellvertreter: Heinrich Hink, Troppau; Dr. Ernst Rychnowsky, Prag; Schriftführer: Leopold Kropil, Prag; Dr. Alfred Albrecht, Prag; Schatzmeister: August Ströbel, Prag; Valent. Viatschko, Pilsen.

Zehn Jahre „Freie Presse" in Lodz. Die deutsche Zeitung „Freie Presse" in Lodz, die gegenwärtig von Adolf Kargel als Chefredakteur geleitet wird, hat anläßlich ihres zehnjährigen Bestehens eine Sondernummer herausgebracht, die 88 Seiten umfaßt. Mitarbeiter aus allen Teilen des deutschen Volkstums in Polen haben sich mit Beiträgen an der Festausgabe beteiligt. Das Blatt hat während der ersten zehn Jahre seines Bestehens, denen viele weitere folgen mögen, die Interessen des Deutschtums in Polen tapfer vertreten.

Ausland.

Ungarische Zensur für Parlamentsreden. Das ungarische Abgeordnetenhaus verhandelte vor kurzem über einen Paragraphen der neuen Geschäftsordnung, der dem Präsidenten das Recht geben sollte, „anstößige Reden, die das Ansehen des Staates verletzen", aus den Parlamentsberichten zu streichen. Dieser Zensurparagraph wurde mit der Modifikation angenommen, daß nicht ganze Reden, sondern nur einzelne Erklärungen und Ausdrücke aus den Berichten des Hauses gestrichen werden können.

Eine 200jährige deutsche Gründung in Ostindien. Die erste Druckerei mit tamulischen Lettern, die in Indien eingerichtet worden ist, verdankt ihre Entstehung dem ersten evangelischen deutschen Missionar Ziegenbalg. Sie kam vor mehr als 200 Jahren aus Deutschland nach Tranquebar. Von einigen Unterbrechungen abgesehen hat sie ihre Arbeit in den beiden vergangenen Jahrhunderten unentwegt getan. Jetzt besteht diese Druckerei, die Eigentum der Leipziger Mission ist, aus modernen, elektrisch betriebenen Maschinen und einem reichen Schriftmaterial. Ihre regelmäßige Arbeit ist der Druck einer in Südindien viel gelesenen Zeitschrift „Aroonodayam"; im vergangenen Jahre hat sie 447 600 Seiten dieser Zeitschrift gedruckt. Sodann stellte sie in besonderen Mengen Flugblätter her; im vorigen Jahre waren es nicht weniger als 336 000 Flugblattseiten, die sie geliefert hat.

Gazette du France. Im Skandal der Gazette du France ist als besondere Neuigkeit die Erhebung der Anklage gegen den Herzog von Aillard zu verzeichnen, der seinen aristokratischen Namen, selbstverständlich gegen entsprechenden klingenden Lohn, hergegeben hatte, damit er im Aufsichtsrat der verschiedenen von der „Gazette du France" gegründeten Tochtergesellschaften zu Reklamezwecken benutzt werden konnte. Die Anklage gegen den Herzog lautet auf Betrug und Unterschlagung und Beihilfe dazu, jedoch wurde er vorläufig in Freiheit gelassen.

Die Berufsbezeichnung „Journalist" in Italien geschützt. Das Direktorium des italienischen faszistischen Journalistenverbandes hat den Schutz der Berufsbezeichnung „Journalist" beschlossen, da dieser Titel jetzt in Italien rechtlich anerkannt und gesetzlich geschützt ist. Die Organisation hat auch den Plan der Errichtung einer journalistischen Berufsschule genehmigt.

Statistisches von der polnischen Presse. Zurzeit gibt es in Polen statistischen Feststellungen zufolge 1933 Zeitungen, von denen die große Mehrzahl, nämlich 1693, in polnischer Sprache erscheint. Warschau allein ist der Standort für 410 Zeitungen. Es gibt dann 118 deutsche Blätter, 89 jüdische und 58 ukrainische. Schließlich werden noch 5 weißrussische Zeitungen, 4 Blätter in englischer, 3 in französischer und je eines in russischer, litauischer und italienischer Sprache gedruckt.

Die erste albanische Tageszeitung. Einer Meldung des Albanischen Pressebüros zufolge ist in Tirana vor kurzem die erste albanische Tageszeitung, „Gazetaere", Organ der albanischen patriotischen Intellektuellen, erschienen. Das Blatt wird von einer Gesellschaft herausgegeben, deren Hauptziel die kulturelle Hebung Albaniens durch Herausgabe von Zeitungen und populären Büchern ist.

Zwei Millionen Mark Nachdruckshonorar. Der Schriftsteller James Joyce verklagte die amerikanische Zeitschrift „Two Worlds" wegen unberechtigten Nachdrucks seines „Ulysses" in abgeänderter Form auf Schadenersatz in einer Höhe von 500 000 Dollar. Es wird interessant und lehrreich sein, zu erfahren, in welcher Höhe der Klagenanspruch von den amerikanischen Gerichten anerkannt werden wird.

Amerikanische Riesenzeitungen. Der Washingtoner Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" sandte seinem Blatte kürzlich einen längeren Bericht über Umfang und Aufmachung amerikanischer Riesenzeitungen, dem wir folgendes entnehmen: Die Sonntagsnummern des „New York Herald Tribune", der „Times" und der „World" wogen zusammen etwa 8 Pfund, davon der „Herald" allein 3½ Pfund. Diese Sonntagsriesenausgabe war 240 Seiten stark. Auf Buchformat gebracht würde sie einen Band von beinahe 1000 Seiten abgeben. Die Auflage der Sonntagsriesenausgabe betrug 400 000 Stück. Vom Inhalt entfielen 800 Spalten auf Text und 764 Spalten auf Anzeigen. Für die Herstellung der Nummer wurden 1200 Rollen Papier verbraucht, den Druck besorgten 9 Pressen, die sämtlich 72 Stunden liefen und jede Stunde je 36 000 Seiten bewältigten. An Druckerschwärze benötigte man nicht weniger als 17 000 Pfund, zur Herstellung der Druckplatten wurden 50 Tonnen Stereotypiemetall verwandt, die viermal eingeschmolzen werden mußten. Die 800 Spalten Text enthielten nicht weniger als 250 Spalten Photographien, Zeichnungen, Karikaturen und andere Illustrationen.

Die erste indische Redakteurin, Frau Piros V. Anandkap, eine bekannte indische Soziologin, gibt als erste Frau in Indien eine Zeitschrift heraus, deren Chefredakteurin sie ist. Das Blatt ist eine Frauenzeitschrift „Griha Luximi" (Die Hausfrau). Mitarbeiterinnen sind eine Reihe akademisch gebildeter Inderinnen.

Personalien

Viktor Pokorny, Berichterstatter der „Hamburger Nachrichten" und langjähriges Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Presse, konnte vor kurzem auf eine 25jährige Tätigkeit im Dienste der Presse zurückblicken. Pokorny, am 25. Februar 1866 in Sohrau (Schlesien) geboren, hat mit einer einzigen zweijährigen Unterbrechung, während welcher er am „Hamburgischen Korrespondenten" tätig war, zum Redaktionsstabe der „Hamburger Nachrichten" gehört. Wir wünschen dem Kollegen, daß ihm noch ein langes erfolgreiches Arbeiten in unserem Beruf beschieden sein möge.

Kollege Dr. Friedrich Ritter, bisher am „Glauchauer Tageblatt" in Glauchau i. Sa. tätig, ist in die Redaktion der „Mühlhauser Ztg." in Mühlhausen in Thüringen eingetreten.

Ministerialrat Dr. Alexander Wende, der bisher die Presseabteilung im Reichsarbeitsministerium leitete, geht als Sozialattaché an die Deutsche Botschaft in Washington. An seiner Stelle ist Ministerialrat Dr. Oskar Karstedt zum Leiter der Pressestelle des Reichsarbeitsministeriums ernannt worden.

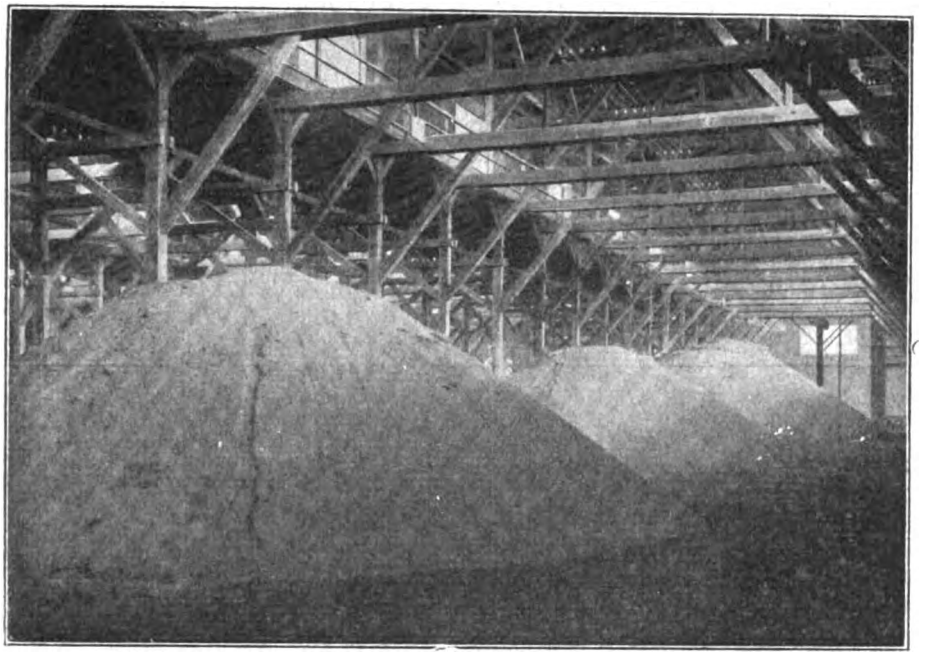
Überflüssige Besprechungsbücher für das Auslandsdeutschtum.

Der Verein für das Deutschtum im Ausland, der seit mehreren Jahrzehnten in umfassender und gestützt auf seine Verbindungen und Erfahrungen auch in sachgemäßer Weise deutsche Vereine, Büchereien, Schulen, Klubs usw. im Auslande mit geeignetem Lesestoff versieht, ist mit der Anregung an uns herangetreten, seine Arbeit durch Überlassung von vielfach unnütz aufgestapelten Besprechungsstücken zu unterstützen. Es finden sich unter diesen Besprechungsstücken, die auf zahlreichen Redaktionen liegen, vielfach Bücher, die geeignet sind, unter den Deutschen des Auslandes Nutzen zu stiften.

Wir unterstützen diese Bitte des bekannten Vereins und bitten, etwaige überflüssige Bücher an die Hauptgeschäftsstelle des Vereins, Berlin W. 30, Martin-Luther-Straße 97 (Abteilung für Auslandsbüchereien, Oberarchivrat Professor Dr. Maas) zu senden.

Die Verbandsleitung.

Digitized by Google



Superphosphat-Lagerschuppen.

Thomasmehl unter diesen Verhältnissen günstig war, gab sich der deutsche Handel dazu her, ausländisches Thomasmehl in großen Mengen nach Deutschland zu importieren. Die deutsche Superphosphat-Industrie war und ist jederzeit in der Lage, selbst den größten Bedarf der deutschen Landwirtschaft an Phosphorsäure zu decken; trotzdem importierten deutsche Händler zum Schaden unserer Handelsbilanz Superphosphat und Thomasmehl in bedeutendem Maße, weil die ausländischen Fabrikanten ihnen höhere Rabatte gewährten. Diese starke Einfuhr ausländischer Phosphorsäuredüngemittel nahm unseren eigenen Fabriken die Absatzmöglichkeiten. Hinweise maßgebender Wirtschaftler, einen Schutzzoll für die Superphosphat-Industrie zu schaffen, blieben bisher unbeachtet. Somit ist letztere darauf angewiesen, ihre Produktion und ihren Absatz selbst zu sichern. Die Güte und Beschaffenheit der deutschen Superphosphate ist den ausländischen durchaus gleichwertig. Aus diesem Grunde wird es auch nicht schwer fallen, die deutsche Ware zu schützen, wenn dem Verbraucher durch ein Warenzeichen die Ware als Inlandserzeugnis garantiert wird. Dieser Grundgedanke gab der deutschen Superphosphat-Industrie die Veranlassung, eine Schutzmarke für ihre Erzeugnisse zu schaffen. Sie wählte den „Spaten“, das Symbol für die Bearbeitung und Fruchtbarkeit des Bodens! (Schutzmarke). Es ist zu hoffen, daß die Superphosphat-Industrie unter diesem Wahrzeichen deutscher Arbeit zum Vorteil der deutschen Landwirtschaft Erzeugung und Absatz deutschen Superphosphats steigern wird und somit für die Erhöhung der Ernteerträge beiträgt.

Die vorzügliche Wirkung des Superphosphats.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 2 — Berlin, den 12. Januar 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 846 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Grundsätzliches zur Berichterstattung über Ausstellungen und Messen.

Von Paul Voß,

Direktor der Literarischen Abteilung und stellvertr. Vorstand des Leipziger Meßamts.

Die lebhafte Erörterung des Themas: „Berichterstattung über Ausstellungen und Messen" beweist schon durch sich selbst, daß hier Mängel bestehen und daß Reformen nötig sind. Wir kennen die offiziellen Ausstellungsberichte in ihren Vorzügen und Schwächen genau so wie die der individuellen Berichterstattung. Vor allem aber sehen wir vielfach die Gefahr des Eindringens von Reklametendenzen in die Ausstellungsberichterstattung, die uns am bedenklichsten erscheint. Wir haben also die Pflicht, uns auch in unseren Reihen ernsthaft mit den hier einschlägigen Problemen zu befassen, die uns als die Vertreter der öffentlichen Meinung ebenso nahe angehen wie die Ausstellungen und Messen selbst, die heute ein wichtiger Zweig der privaten und der öffentlichen Wirtschaft geworden sind. Wir eröffnen daher die Diskussion und geben zunächst folgenden Ausführungen Raum:

Ungeachtet aller Rationalisierungsmaßnahmen, die im Ausstellungs- und Messewesen während der letzten Jahre teils durchgeführt, teils angebahnt worden sind, weist Deutschland auch heute noch eine selbst für den Fachmann überraschend große Zahl von Ausstellungen und Messen verschiedenster Art und Größe auf. Wahrscheinlich wird noch längere Zeit darüber vergehen, bis diese Zahl auf das wirtschaftlich Wünschenswerte reduziert sein wird. Bis dahin wird die deutsche Tages- und Fachpresse kaum umhin können, von all diesen Veranstaltungen in mehr oder minder ausführlichen Berichten Stellung zu nehmen. Das bedeutet aber, daß in der Ausstellungs- und Messeberichterstattung alljährlich ein ganz gewaltiger Arbeitsstoff erledigt werden muß. Der Idealzustand wäre es, für jede Ausstellung und Messe, am besten sogar für jede einzelne Branche dieselben Berichterstatter verfügbar zu haben, die sowohl Journalisten als auch spezifische Fachkenner sind und auch außerhalb der betreffenden Veranstaltung über die Lage der in Frage kommenden Branche orientiert zu sein pflegen. Tatsächlich ist jedoch die Anzahl der qualifizierten Fachberichterstatter ziemlich begrenzt und genügt daher bei weitem nicht den Ansprüchen, wie sie der Umfang der deutschen Tagespresse und die Fülle der Veranstaltungen stellen.

Unzweifelhaft haben sich daher in der Berichterstattung über Ausstellungen und Messen Verhältnisse herausgebildet, die diesen Zweig der journalistischen Arbeit teilweise in Mißkredit gebracht haben. Am leichtesten und einfachsten ist es noch für den Berichterstatter, das äußere Bild der Veranstaltung darzustellen und die zur Schau gestellten Waren, insbesondere auch die Neuheiten zu beschreiben, untereinander zu vergleichen und vom Standpunkte des allgemeinen Interesses aus zu glossieren. Durch die Kataloge der Ausstellungs- und Messeleitungen und durch die Prospekte der Aussteller wird diese Arbeit wesentlich erleichtert. Eine Berichterstattung solcher Art ist als durchaus wertvoll zu bezeichnen und wird auch in der Regel geschickt durchgeführt, da ein routinierter Journalist mit guter Allgemeinbildung sehr bald überblicken kann, was von den Darbietungen einer Ausstellung oder Messe das für seinen Leserkreis Wesentliche ist.

Es gäbe sicherlich kein Problem der Ausstellungs- und Messeberichterstattung, wenn Presse und Publikum es sich mit der soeben charakterisierten Art der Berichterstattung genügen ließen. In der Tat aber wird noch etwas anderes verlangt. Die Berichte sollen nicht nur die Ausstellung oder Messe beschreiben, sondern auch deren wirtschaftliche Auswirkung dartun, den Geschäftsgang und die Abschlußtätigkeit schildern und die weiteren Aussichten des betreffenden Geschäftszweiges besprechen. Auch wird ein Urteil über die wirtschaftliche Bedeutung der Ausstellung oder Messe selbst verlangt. Damit gerät die Berichterstattung nicht selten auf ein sehr unsicheres Gelände. An Stelle von Tatsachen treten Vermutungen, Schätzungen, Hoffnungen, Befürchtungen. Beim reinen Tatsachenschilderungsbericht kann der Journalist sich auf das verlassen, was er mit eigenen Augen sieht. Bei der Berichterstattung über den wirtschaftlichen Erfolg indessen muß er, da er ja nicht selbst aktiv am Geschäft mitwirkt, die Beteiligten zu Rate ziehen, also die ausstellenden und einkaufenden Geschäftsleute, ebenso auch die Leitungen der Veranstaltungen.

Hält sich der Journalist, um Auskünfte über das geschäftliche Ergebnis zu erlangen, an die beteiligten Geschäftsleute, so werden stark subjektive Züge in dem so gewonnenen Bild unvermeidlich sein. Ganz allgemein sollen nach den Wünschen der Aussteller die Berichte an den ersten Tagen der Messe möglichst optimistisch gehalten sein. Am Schlusse der Messe wird jedoch gerade das Gegenteil für notwendig erachtet. Ganz abgesehen von solchen subjektiven Färbungen der Auskünfte hat der Berichterstatter auch darunter zu leiden, daß er zumeist ganz auf den Zufall angewiesen ist, wenn er aus der Menge der beteiligten Geschäftsleute sich diesen und jenen wählt, um eine Auskunft zu erbitten. Nicht immer hat er das Glück, dabei gerade die Persönlichkeiten anzutreffen, die wirklich einen vollkommenen Überblick über die Lage in ihrer Branche haben und ihr Urteil auch restlos klar zu formulieren wissen. Oft stößt der Berichterstatter, wenn er zwei verschiedene Vertreter derselben Branche befragt, auf unvereinbare Widersprüche und steht dann so gut wie hilflos da. Allzu leicht wird dann

Digitized by Google

sein Bericht der Spielball zufälliger Stimmungen, wie er sie bei den von ihm befragten Ausstellern vorfindet. Vielfach wird der Berichterstatter bei der Informationseinholung auch auf Aussteller stoßen, die sich auf die Messe wenig vorbereitet haben und glauben, daß schon allein die Tatsache, daß sie überhaupt als Aussteller auf die Messe gekommen sind, genüge, um gute Geschäfte zu machen. Von diesen Ausstellern, die überhaupt nicht in der Lage sind, über ihren eigenen Geschäftsgang hinaus das Messegeschäft beurteilen zu können, wird man ungenaue und unwichtige Informationen erhalten, mit denen nichts anzufangen ist. Sehr klein ist die Zahl jener Berichterstatter, die solchen Kalamitäten enthoben sind, weil sie unter den Ausstellern und Einkäufern ihre ständigen, für die Auskunftserteilung besonders geeigneten Vertrauensleute haben, von denen sie mit aller Sicherheit objektive Informationen über die Geschäftslage erwarten können. Die Schwierigkeit vermehrt sich noch dadurch, daß die Tagespresse von ihren Berichterstattern oft schon in den ersten Tagen der Ausstellung oder Messe ein präzises Urteil über den Geschäftsgang verlangt, obwohl zu diesem Zeitpunkt oft noch die Vorbereitung der Geschäftsabschlüsse, also Anbahnung und Orientierung überwiegt. Je umfangreicher eine Ausstellung oder Messe, desto komplizierter wird die wirtschaftliche Beurteilung. Andererseits verführen Veranstaltungen kleineren Rahmens leicht dazu, Einzelerscheinungen zu verallgemeinern.

Selbstverständlich sind Ausstellungs- und Messeleitungen bemüht, die Berichterstattung der Tages- und Fachpresse nach Möglichkeit zu erleichtern, indem sie selbst Material an die Presse ausgeben, insbesondere auch an die Berichterstatter als frei zu benutzende Unterlage für deren eigene Berichte. Man hat dieses Vorgehen kritisiert. Es wird den Leitungen vielfach ein übertriebener Optimismus in ihren Verlautbarungen an die Presse vorgeworfen. In diesen Vorwürfen liegt auch in manchen Fällen gewiß etwas Wahres. Es gibt ja leider auch heute noch in Deutschland nicht wenige Ausstellungen und Messen, die wirtschaftlich nicht sicher genug fundiert sind und durch eine ungünstige Berichterstattung Schaden erleiden würden. Es wird daher dort die Tendenz begreiflich, auf die Berichterstattung einen Einfluß im Sinne optimistischer Färbung auszuüben.

Die wichtigste Aufgabe regelmäßig wiederkehrender Messeberichterstattung bietet heutzutage die Leipziger Messe dar. Als Leiter der Literarischen Abteilung des Leipziger Meßamts möchte ich nun kurz darlegen, nach welchen Gesichtspunkten bei uns die Informierung der Presse gehandhabt wird. Von vornherein stelle ich fest, daß die Leipziger Messe, die seit Jahrhunderten im Wirtschaftsleben fest verankert ist und ausschließlich der wirtschaftenden Allgemeinheit dient, ihre Aufgabe darin sieht, ähnlich einer Börse ein ganz getreues Spiegelbild der Konjunktur zu geben. Gemäß den Konjunkturschwankungen wird das Messegeschäft einmal flott, einmal schwach sein. Auf jeden Fall ist für die Veränderungen der Konjunktur die Institution der Leipziger Messe keineswegs verantwortlich zu machen, so daß auch jeder Grund entfällt, in der Messeberichterstattung das Messegeschäft anders darzustellen, als es wirklich ist. Die Leipziger Messe verzichtet daher bewußt auf jede Schönfärberei. Vielleicht kann eine besondere Stellung einigen der vor der Messe zur Versendung gelangenden „Vorberichte" eingeräumt werden. Diese Vorberichte gehören in jene Kategorie von Berichten, wie sie jede größere Veranstaltung überhaupt braucht, und wie sie auch in der Politik, in der Kunst, ja selbst in der Wissenschaft, wenn ein Gelehrter für seine neuen Ideen kämpft, nicht zu entbehren ist.

Bei den Berichten dagegen über den Verlauf der Messe selbst schalten wir bewußt jede propagandistische Absicht aus. Das Material, das wir während der Messe in Form von Tagesberichten der Presse zuleiten, begründet sich in seinen zahlenmäßigen Angaben ausschließlich auf die Ermittlungen der amtlichen Stellen und in seinen Mitteilungen über den Geschäftsgang ohne Ausnahme nur auf das, was uns selbst an Informationen von Vorsitzenden und Geschäftsführern der auf der Messe vertretenen Industrieverbände, von großen bekannten Ausstellerfirmen, von Vorsitzenden und Mitgliedern der Fachausschüsse zugeht. Der regelmäßige Eingang dieser Informationen wird bereits mehrere Wochen vor Messebeginn organisatorisch sorgsam vorbereitet, so daß in der Messewoche täglich ein umfassendes, zuverlässiges Material sich bei uns konzentriert, das in unseren Tagesberichten verarbeitet wird. Da unsere Gewährsleute selbst die Tagesberichte täglich lesen, so ist bereits dadurch eine genaue Kontrolle im Sinne einer streng wahrheitsgetreuen Berichterstattung geschaffen. Die Tagesberichte werden von den Zeitungen vielfach als „offizielle Tages- bzw. Situationsberichte" des Leipziger Meßamts veröffentlicht. Diesen Charakter haben sie jedoch gar nicht. Die Tagesberichte sollen eigentlich nur Informationsberichte für die Pressevertreter, also ein Tatsachenmaterial für deren eigene Berichte darstellen.

Ein abschließendes Urteil über das Messegeschäft ist natürlich überhaupt erst nach Beendigung der Messe zu erzielen. Zu diesem Zweck erfolgt regelmäßig nach jeder Messe — erstmalig seit der Frühjahrsmesse 1927 — eine Umfrage bei sämtlichen Meßausstellern durch das Berliner Institut für Kunjunkturforschung in Verbindung mit dem Leipziger Meßamt. Das Ergebnis der Umfrage wird stets in Broschürenform veröffentlicht und geht der gesamten Presse zu. Es erfüllt uns mit Befriedigung, daß diese Veröffentlichungen bisher stets ergeben haben, daß unsere Berichte während und unmittelbar nach der Messe richtig waren.

Wenn es bisweilen vorkommt, daß die Tagesberichte des Leipziger Meßamts dem widersprechen, was in den eigenen Berichten einzelner Journalisten konstatiert wird, so liegt die Fehlerquelle zweifellos nicht bei den meßamtlichen Berichten, sondern darin, daß die Journalisten den schon vorhin gekennzeichneten Zufälligkeiten der Auskunftsgewinnung unterlagen. Es gibt nun einmal keine vollkommen einheitliche Konjunkturauffassung unter 10 000 Ausstellern; außerdem wirkt die Unruhe des Messebetriebs störend auf die objektive Überlegung ein, die bei allen Auskünften an die Presse oberste Richtschnur sein müßte. Ganz gewiß gibt es nicht schlechthin Vollendetes auf Erden. Auch unsere amtliche Messeberichterstattung ist gewiß noch ausbaufähig, und jederzeit werden wir es dankbar begrüßen, wenn die „Leute vom Bau", die Journalisten selbst, uns ihren Rat und ihre praktischen Erfahrungen dabei zur Verfügung stellen werden.

Die Vervollständigung der Mitgliedskarten.

An alle Mitglieder wird hierdurch die Aufforderung gerichtet, ihre Mitgliedskarte umgehend an die Geschäftsstelle ihres Landesverbandes einzusenden, damit sie dort mit der Jahresmarke für 1929 versehen und erneut für dieses Jahr abgestempelt werden kann. Dabei sei ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß eine Einsendung der schon gültigen Mitgliedskarten, also der mit Jahresmarke für 1928 versehenen und abgestempelten, an die Zentrale nicht erforderlich ist, da die Jahresmarken für 1929 den Landesverbänden übergeben sind und von diesen ausgefolgt werden.

Die Verbandsleitung.

Digitized by Google

Noch einmal: Rundfunk und Presse.

Von W. Schwedler, Berlin.

Veranlaßt durch die Veröffentlichung einer Zuschrift eines angesehenen Verlegers im „Zeitungsverlag" Nr. 47 haben sich die offiziellen Organe der deutschen Journalisten und der Zeitungsverleger mit dem Verhältnis zwischen Rundfunk und Presse beschäftigt. Dabei hat sich unser Blatt, dasjenige der Journalisten, optimistisch geäußert, dasjenige der Verleger jedoch sorgenvoll, und zwar sehr sorgenvoll. Man kann also nicht sagen, daß die Presse eine einheitliche Auffassung in dieser Sache habe.

Ich schließe mich allen Argumenten an, die dahin gehen, daß die Presse aus den natürlichen Schwächen des Rundfunks Honig saugen lernen muß. Ich will auch nicht den Rundfunk zum Ersatz der Presse hinaufpolemisieren. Aber ich möchte doch davor warnen, den Gegner zu gering einzuschätzen, und ein Gegner ist er insofern doch, als er auf ein Gebiet übergreift, das bisher Monopol der Presse war. Zum mindesten ist er ein Rivale. Es gibt ja einen friedlichen Wettbewerb, aber auch zu diesem muß man rüsten, muß versuchen, den Rivalen genau zu beobachten und seine Möglichkeiten und Grenzen richtig einzuschätzen. Auch will ich nicht in den Fehler extremer Forderungen verfallen, etwa derjenigen, die Nachrichtengebung im Rundfunk ganz abzudrosseln. Das ist ja nicht möglich. Er ist da, und man muß mit ihm rechnen. Aber gerade wenn man ernsthaft mit ihm rechnet, muß man sich auf alle Möglichkeiten gefaßt machen. Und ich glaube, je ernster man die Situation betrachtet, desto sicherer geht man.

In der Tat verschieben sich die Grenzen zwischen Rundfunk und Presse bereits in bedenklichem Maße. Der Rundfunk hat früher nur der Unterhaltung und der Belehrung gedient. Die Nachrichtengebung spielte eine ganz geringe Rolle. Diese Rolle ist aber mit der Zeit gewachsen — ein Erfolg derer, die darin tätig sind: der Journalisten. Der informative Charakter des Rundfunks hat heute gegenüber dem rein unterhaltenden stark an Bedeutung zugenommen, und man geht kaum fehl, wenn man behauptet, daß alles, was auf den verschiedenen Sendern Deutschlands gegeben wird, den Inhalt einer Tageszeitung nicht nur ausfüllt, sondern weit übersteigt. Ich mache mich jedenfalls anheischig, aus dem Stoff, der innerhalb unserer Grenzpfähle durch die Luft gesandt wird, eine recht stattliche Zeitung zusammenzustellen.

Nun sind ja glücklicherweise nicht alle Rundfunkhörer in der Lage und willens, alles, was in der Luft umherschwirrt, aufzufangen. Sie sind auch vorläufig nicht in der Lage, die gesprochenen Nachrichten so zu behalten, daß sie — immer die gewöhnliche programmäßige Darbietung in Betracht gezogen — einen wirklich dauernden Wert darstellen. Sie können sie nicht wie die Zeitung aufheben und an die Familie und andere Mitglieder des Hauses weitergeben. Schon der Unterhaltung darüber sind gewisse Grenzen gesetzt, weil kein nochmaliges Nachschauen möglich ist wie bei der Zeitung. Außerdem sind die weitaus meisten Menschen sogen. „Augentiere". Was sie sehen, was sie schwarz auf weiß nach Hause tragen können, das gilt für sie. Was man nur hört, ist ein flüchtiger Eindruck. Auf die Gefahr hin, als Schwarzseher zu gelten oder gar das Argument ins Lächerliche gezogen zu sehen, möchte ich jedoch daran erinnern, daß dieser Zustand nicht für die Ewigkeit ist. Nach einer alten medizinischen Erfahrung verkümmern die Glieder, die man nicht gebraucht, und die, die man immer übt, erstarken. So geht es auch mit den Sinnen. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß in Jahren (die Entwicklung in unserer Zeit geht bedenklich schnell und nichts ist im Augenblick genau abzusehen) die Menschen da, wo Radio sehr viel gehört, wird, sich immer mehr an den Gebrauch der Ohren gewöhnen und vom Bilde, von dem schwarz auf weiß nach Hause getragenen, emanzipieren. So ein Prozeß kann ganz allmählich gehen.

Außerdem ist grundsätzlich folgendes zu sagen: Entweder sind die Nachrichten gut, und dann sind sie eben doch Rivalen für die Presse, oder sie sind wertlos, dann kann man die Folgerung ohne weiteres ziehen.

Über die in Nr. 49 der „D. P." erwähnte „verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Presse und Rundfunk" habe ich meine eigenen Gedanken. Worin besteht sie im wesentlichen? Doch darin, daß einige Journalisten ab und zu im Rundfunk sprechen und dem Publikum, soweit es sich für Interna der Presse interessiert, Geist und Wesen des Zusammenwirkens der Journalisten und Verleger vom Ereignis bis zur verkauften Zeitung nahezubringen versuchen, und dafür ein ordentliches Honorar beziehen. Außerdem haben einige Journalisten und Verleger Aufsichtsrats- bzw. Beiratsposten bei Rundfunk-Gesellschaften, ohne daß sie dafür Honorar beziehen. Die Honorarfrage ist nebensächlich. Die Tätigkeit, wie ich fürchte, auch. Außerdem ist aber eine ganze Anzahl von Journalisten im Rundfunk tätig, und sie bilden wohl die stärkste Brücke zwischen Presse und Rundfunk. Aber mit diesen Kollegen ist es ebenso bestellt wie mit denjenigen, die in die Industrie gegangen und Pressechefs geworden sind. Ihre Tätigkeit, wenn sie zur Zufriedenheit ihrer Auftraggeber ausfällt, ist nicht immer in der Richtung der Förderung der Interessen der überwiegenden Mehrheit der Kollegenschaft, woraus ihnen selbstverständlich kein Vorwurf gewerden kann. Eher würde ihnen von ihren Auftraggebern ein Vorwurf gemacht werden können, wenn es anders wäre.

Schließlich ist noch eine Beziehung zwischen Presse und Rundfunk erwähnenswert: Die Tageszeitungen drucken die Rundfunkprogramme des Senders in ihrem eigenen Bezirk, in vielen Fällen auch die anderer Sender, ja sogar die Programme ausländischer Sender ab, und sie üben an den verschiedenen Darbietungen Kritik. In diesem Punkte ist die Presse also der gebende Teil. Sie beteiligt sich aktiv und oft opferwillig an der Entwicklung des Rundfunks, und zwar nach oben und in die Breite, qualitativ und geschäftsmäßig. Eine Gegenleistung des Rundfunks für die Presse vermag ich noch nicht zu entdecken, denn daran, daß auf Grund des Anhörens von Rundfunknachrichten jemand, der bis dahin noch keine Zeitung gelesen hat, eine solche bestellt, glaube ich nicht recht. Vielleicht liegen solche Möglichkeiten in Rußland, irgendwo in Südamerika oder in anderen entlegenen Gegenden vor, in Deutschland bestimmt nicht. Wäre es so, so könnte nicht der einigermaßen merkwürdige Fall eintreten, daß die Presse der Verleger Warnungsrufe ausstößt, weil sie sich mitgeschädigt fühlt, denn in diesem Punkte müssen die Verleger genau wissen, was vor sich geht. Die Redakteure würden es erst mittelbar zu spüren bekommen.

Ich möchte nicht unfreundlich gegen den jüngeren, offenbar kräftig veranlagten Bruder sein. Nach allem Gesagten hat man aber doch den Eindruck, als ob er Ursache zur Dankbarkeit hätte, und diese könnte sich wohl darin äußern, daß er gewisse Grenzen respektiert. Die Grenzen sind noch nicht gesetzt. Sie werden auch niemals für lange Zeit gesetzt werden können, da man der technischen Entwicklung und den allgemeinen Notwendigkeiten von Fall zu Fall Rechnung tragen muß. Man wird sich aber darum kümmern müssen, und es scheint mir Aufgabe der großen Organisationen der Presse — Redakteure und Verleger — zu sein, eine „Grenzkommission" zu bilden und für Durchführung ihrer Vorschläge zu sorgen. In Einzelheiten zu gehen, dürfte verfrüht sein. Die vorstehenden Zeilen sollen nur anregen dürfen.

Digitized by Google

Pressebestechung durch das Ausland ist „erlaubt".

Poincarés Urteil über die französischen Zeitungsskandale.

Von Fritz Looff.

Der Skandal der „Gazette du Franc", der offenbar noch in seinen Anfängen steckt, hat wieder einmal die Aufmerksamkeit der ganzen zivilisierten Welt auf die Zustände im französischen Pressewesen gelenkt. Die Ironie des Zufalls ließ gleichzeitig die Affäre Klotz ins Rollen kommen und damit peinliche Erinnerungen an einen früheren französischen Presseskandal auftauchen.

In den Jahren 1912 und 1913 hat die russische Regierung, wie aus der Veröffentlichung des diplomatischen Schriftwechsels Iswolskis bekannt wurde, 300 000 Franken bereitgestellt, um durch Bestechung einzelner französischer Redakteure und Direktoren eine rußlandfreundlichere Politik in der französischen Presse sicherzustellen. Poincaré war in den Briefen und Telegrammen Iswolskis wiederholt als Ratgeber in dieser Angelegenheit genannt worden und sah sich deshalb veranlaßt, auf diese „dunklen Machenschaften" in seinen Memoiren einzugehen. Seine Stellungnahme ist nicht nur politisch, sondern auch vom Standpunkt der journalistischen Berufsauffassung aus sehr interessant.

Poincaré streitet die russische Bestechungsaktion nicht ab, auch nicht die Tatsache, daß er von ihr gewußt habe. Zu seiner Entschuldigung führt er aber — wir zitieren die bei Paul Aretz, Dresden erschienene vom Verfasser autorisierte Übersetzung — folgendes aus:

> „Kein Gesetz verbot (!) diese traurigen Machenschaften, zu denen sich übrigens nur wenige notleidende Publizisten hergaben. Wir hatten Frieden mit Europa. Wer Geld vom Ausland erhielt, nahm es deshalb noch nicht vom Feinde. Seit dem Kriege haben wir die gleichen Beeinflussungen wiederkehren sehen, und ich hatte Gelegenheit, in den Kammern darauf hinzuweisen. In der Hoffnung, sie zu unterdrücken, hat Maurice Barrès einen Gesetzentwurf eingebracht, der aber am Ende der Legislaturperiode unter den Tisch gefallen ist. Was 1912 und 1913 erlaubt war, ist es also noch heute. aber was mir heute als bedauerlich erscheint, erschien mir damals nicht besser. Die Zuwendungen Oesterreichs mißfielen mir. Die Italiens gefielen mir nicht. Die, welche unser eigener Verbündeter hätte austeilen können, hätten mir ebensowenig zugesagt. Leider war ich gegen alle gleich wehrlos".

Diese Resignation paßt nicht zu der gewohnten Energie Poincarés, und es muß wohl noch schlimmer um die Moral großer Teile der französischen Presse stehen, als man angenommen hat, wenn sich Poincaré so wehrlos vorkam. Man stelle sich nur vor, welche Entrüstungsstürme entfesselt worden wären, wenn ein deutscher Reichskanzler oder Minister Sätze geschrieben hätte, wie sie Poincaré in seinen Memoiren niedergelegt hat! Poincaré bestreitet, daß er die russische Bestechungsaktion gewünscht hätte. Es bleiben dann nur zwei Möglichkeiten, entweder fand er im Grunde seines Herzens selbst „nichts dabei", wenn jemand im Frieden „Geld vom Ausland" nahm, oder er hielt es angesichts der herrschenden Anschauungen für unmöglich, etwas dagegen zu tun. Das letztere Motiv macht Poincaré für sein Verhalten geltend. Für die französische Presse stellt es das vernichtendste dar.

Der gegen die Bestechung „wehrlose" Poincaré verweist die Russen an seinen Finanzminister Klotz, als den für derartige Aktionen zuständigen Minister., Es wird vereinbart, die 300 000 Franken bereitzustellen für den Bedarfsfall. Die Russen hoffen diesen „Kriegsschatz" behalten zu können, weil man sich in Petersburg entgegen der Ansicht Iswolskis nicht allzuviel Erfolg von der Bestechung verspricht, und sind mit der Vertagung zufrieden. Das war Mitte November 1912. Jetzt beginnt aber Herr Klotz in recht eigenartiger Weise in Aktion zu treten.

Mitte Dezember bereits teilt der russische Ministerpräsident dem russischen Außenminister vertraulich mit, der französische Finanzminister Klotz habe den Vertreter des russischen Finanzministeriums in Paris, Raffalowitsch, zu sich kommen lassen und ihm folgendes eröffnet:

> „Die Initiative zu dem Plan gebührt Herrn Iwolski, der mit Herrn Poincaré darüber gesprochen hat. Herr Poincaré hat den Gedanken im gemeinsamen Interesse der beiden Länder angenommen. Es ist verabredet worden, daß wir die Verteilung leiten und Lenoir die Empfänger angeben soll, weil wir in der Lage sind, sie zu kennen, während Sie es nicht sind. Wir legen Wert darauf, zu wissen, wer das Geld erhält."

Klotz forderte sofort 25000 Franken, die Lenoir bereits verausgabt habe, und außerdem sollten 75 000 Franken „für die weiteren Ausgaben der genannten Person zur Verfügung des französischen Finanzministeriums gestellt" werden.

Am 15. Dezember 1912 schreibt Raffalowitsch an den Chef der russischen Kredit-Kanzlei:

> „Als ich ihm (dem französischen Finanzminister Klotz) sagte, man müsse wenigstens wertvolle Artikel schaffen, z. B. in Zeitungen wie „L'Aurore" und „La Lanterne", da es sich darum handele, im Lager der Radikalsozialisten zu arbeiten, und daß ich Einwendungen gegen „La France" und „L'Evénement" zu machen habe, antwortete er mir, mit 300 000 Franken könne man nichts anderes erreichen, als wilde Gelüste bei den Zeitungen zu erwecken. Man tue besser daran, auf einzelne einzuwirken, auf Direktoren oder Zeitungsredakteure, die einen Anhang im Parlament und in der Presse hätten. . . . Alle unsere schönen Hoffnungen, diesen Kriegsschatz nicht angegriffen zu sehen, sind also vernichtet — wenigstens soweit die erste Rate von 100 000 Franken in Frage kommt. . . . Diese ganze Pressegeschichte, über deren Bestandteile ich Ihnen schrieb, ist sehr merkwürdig und interessant. Sie zeigt das Vorgehen der Regierung und die Organisation der Politik in einem besonderen Licht. Man muß dies alles in unseren Archiven aufbewahren, ebenso wie den berühmten Brief von Verneuil nach der Schlacht bei Mukden. Ich erwarte also von Ihnen die Ermächtigung, Lenoir über die erste Rate von 100 000 Franken verfügen zu lassen. K. (Klotz) machte ein überraschtes Gesicht weil sie heute noch nicht angekommen ist."

Der Rechtsschutz des Reichsverbandes.

Immer wieder kommen Zuschriften aus dem Kollegenkreise, denen wir entnehmen, daß über die Bestimmungen der Benutzung der Rechtsschutzstelle des Reichsverbandes noch vielfach Unklarheit besteht. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß die Inanspruchnahme der Rechtschutzstelle des Reichsverbandes nur insoweit kostenlos ist und nach Lage der Dinge kostenlos sein kann, als es sich um die eigentliche Rechtsberatung handelt. Dazu gehören: Auskunftserteilung in allen Fragen, Anfertigung von Schriftsätzen, Überprüfung von Verträgen und dgl. Ausgenommen vom kostenlosen Rechtsschutz ist die Prozeßführung; sie kann nach Lage der Dinge kostenlos nur in solchen Fällen übernommen werden, wo es sich um die Austragung prinzipieller Streitfragen handelt. Da selbstverständlich sehr leicht Zweifel darüber entstehen können, ob tatsächlich eine prinzipielle Rechtsfrage vorliegt, werden die Kollegen in allen Fällen, wo es sich um die Übernahme von Prozessen handelt, dringend gebeten, zuvor bei der Verbandsleitung anzufragen, ob der in Frage kommende Prozeß durch die Rechtsschutzstelle vollständig übernommen werden kann.

Die Verbandsleitung.
gez. G. Richter.
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

Am 26. Februar endlich klagt Raffalowitsch, er sei erneut bei Herrn Klotz der Auffassung begegnet, daß die 100 000 Franken nur eine erste Rate gewesen seien, und Lenoir habe ohne Wissen der russischen Botschaft weitere Zahlungen vorgenommen.

„Wir sehen uns also bei der Leitung über diese Unterstützungsgelder ausgeschaltet, die dazu dienen sollten, Gegenmanöver anderer Gruppen gegenüber den Zeitungen und Parlamentsredakteuren zu verhindern. Klotz hörte nur zerstreut zu, als ich sagte, es sei mit Lenoir vereinbart worden, daß der Botschafter befragt und durch meine Vermittelung die Ermächtigung von Petersburg eingeholt werden müsse."

In dem über diese Dinge geführten Schriftwechsel, der in der Tat sorgfältig in den Archiven aufbewahrt wurde, stehen, wie aus früheren Veröffentlichungen bekannt ist, noch manche interessante Dinge, die ein eigenartiges Licht auch auf die größten französischen Zeitungen wie „Temps", den „Figaro" usw. werfen. Hier sollte nur die eigenartige Rolle des Herrn Klotz und das seltsame Urteil Poincarés behandelt werden. Raffalowitsch hatte recht, wenn er schrieb: „Diese ganze Pressegeschichte zeigt das Vorgehen der Regierung und die Organisation der Politik in einem besonderen Licht."

Der Skandal der „Gazette du Franc" zeigt, daß heute wie 1912 und 1913 sich die französische Presse noch keineswegs in allen ihren Teilen eine Berufsauffassung angeeignet hat, wie sie nicht nur im Interesse ihres eigenen Ansehens, sondern auch um des Journalistenstandes der Welt willen wünschenswert wäre.

Die Technik und technisch-wirtschaftliche Fragen in der Tagespresse.

Von Professor Alfred Freund-Leipzig.

„Technische Beilagen" sind zweifellos anregend für technisch besonders interessierte Leser und auch für Fachleute, die sich auf einfache Weise über die verschiedenen Gebiete technischen Schaffens schnell und anschaulich orientieren wollen. Sie gleichen aber einen Mangel nicht aus, der mit zunehmender Technisierung unseres Lebens immer fühlbarer wird. Vom Durchschnittsleser werden die technischen Beilagen nicht verstanden, weil sie zumeist mehr technisch als feuilletonistisch gehalten sind. Außerdem führen nur die wenigsten Tageszeitungen solche Beilagen. Damit wird aber breiten Kreisen ein wesentlicher Teil unserer heutigen Kultur vorenthalten. Die Leser der Tageszeitungen werden höchstens bekannt gemacht mit sensationellen Meldungen, die von vielen Zeitungen kritiklos übernommen werden, ganz einfach aus dem Grunde, weil man vom Redakteur einer Tageszeitung nicht ohne weiteres verlangen kann, daß er Echtes von Unechtem auf dem so komplizierten Gebiete der Technik in allen Fällen zu unterscheiden vermag. Technisch gebildete Redakteure mit genügender Erfahrung sind aber nur an wenigen großen Tageszeitungen vorhanden. Während politische, literarische, künstlerische, wirtschaftliche, sportliche und auch juristische Fragen allgemein in den Tageszeitungen sachgemäß behandelt werden, fehlt es am guten technischen Feuilleton und an der technischen Kritik. Im Zeitalter der Technik sollte der Laie durch seine Tageszeitung aber auch mit den wichtigsten Vorgängen auf technischem Gebiet durch Feuilleton und Kritik aufgeklärt werden. Die technischen Fachleute, die mit der nötigen Universalität, Erfahrung und journalistischen Befähigung diese Aufklärung besorgen könnten, sind bisher an den Fingern abzuzählen. Das liegt zum wesentlichen Teil daran, daß bei der reservierten Haltung der Tagespresse gegenüber dem technischen Feuilleton sich nicht genug Fachleute finden, die sich in dieses Gebiet einzufühlen und einzuarbeiten vermögen, weil die Redaktionen fast durchweg das Bedürfnis der Öffentlichkeit nach solchen Aufklärungen verneinen. Würden sich diese Ansichten ändern, so würden von selbst die Kräfte zur Bewältigung der Aufgabe sich entwickeln.

Von seiten des Lesepublikums liegt, wie ich aus vielen Zuschriften entnommen habe, das größte Interesse daran vor, kritisch mit den Vorgängen technischen Schaffens vertraut gemacht zu werden, so daß es m. E. eine Frage der nächsten Zukunft sein wird, hier in der Tagespresse Wandel zu schaffen.

Dieser Wandlung stellen sich gewisse Schwierigkeiten zweifellos entgegen. Die Redaktionen pflegen im allgemeinen auf dem Standpunkt zu stehen, daß nur große Erfindungen, also epochale Fortschritte der Technik in Tageszeitungen registriert werden sollen, was dazu geführt hat, daß der Fachschriftsteller Erfolg hat, der entweder Nichtigkeiten in aufgebauschter Weise an die Redaktionen heranbringt oder Erfindungsgedanken ohne irgendeine praktische Bedeutung bereits als Taten meldet, weil nur solche Aufsätze oder Mitteilungen Aussicht auf Aufnahme durch die Redaktionen haben. Im Rahmen technischen Schaffens sind aber Bestrebungen und Konstruktionen mit Wirklichkeitsbedeutung ungleich wichtiger, und es wird vielen Lesern durch derartige Darstellungen zu einem größeren Verständnis wirtschaftlicher Fragen verholfen und zu einer unmittelbaren Anwendung technischer und technisch-wirtschaftlicher Erkenntnisse auf das eigene Berufsleben, zumal die Erfahrung gelehrt hat, daß sehr viele Leser, Produzenten und Konsumenten, keine oder wenig Fachzeitschriften lesen, und erst durch zweckdienliche Aufklärung durch die Tagespresse dem allgemeinen Fortschritt in der Produktion geneigter gemacht werden und fruchtbaren Gedanken nachgehen. Genau wie die in den letzten Jahren stark forcierten Sportnachrichten in der Tagespresse sehr viel zur Hebung des Sports beigetragen haben, würden zweckentsprechend eingestreute technische Feuilletons und Nachrichten das technische und wirtschaftliche Leben fördern, und vor allen Dingen die Menge der Laien, die doch zweifellos in erster Linie Träger des Fortschrittes sind, schon in ihrer Eigenschaft als Konsumenten, zum Verständnis technischer und technisch-wirtschaftlicher Vorgänge erziehen, das allein geeignet ist, Entwicklungen zu fördern, von denen das Wohl und Wehe der nationalen Produktion abhängig ist.

Eine besondere Schwierigkeit besteht noch darin, daß es vielfach nicht möglich ist, technische Fortschritte ohne Nennung von Firmen in genügender Weise klarzustellen. In der Nennung von Firmen wird aber leicht eine Reklame für diese Firmen erblickt, für welche sich die Redaktionen der Tageszeitungen nicht hergeben möchten. Das Mißtrauen der Redaktionen ist in der Tat berechtigt. Die „Reklameabteilungen" der Firmen versenden vielfach reklamehafte Mitteilungen entweder direkt an die Redaktionen mit der üblen Bedingung, daß ein Inserat nur aufgegeben wird, wenn das fragliche Manuskript im redaktionellen Teil erscheint, oder sie senden sie Fachschriftstellern mit der Zumutung, diese Manuskripte an die Redaktionen weiterzugeben. Der gewissenhafte Schriftsteller wird das natürlich niemals tun, dagegen aus der Menge solcher Mitteilungen zunächst das heraussuchen, was wirklich wert ist, der Allgemeinheit zum Zwecke der Aufklärung oder als Anregung mitgeteilt zu werden, und das Material erst nach genauester kritischer Würdigung verarbeiten und den Redaktionen übermitteln. Die Bearbeitung selbst ist Vertrauenssache, und man sollte solche Fachschriftsteller, die das Vertrauen mißbrauchen, rücksichtslos von der Mitarbeit ausschließen. Ich habe aus zahlreichen Zuschriften der literarischen und Re-

Digitized by Google

klame-Büros von Firmen einwandfrei entnehmen können, daß es Fachschriftsteller gibt, die sich „ihre Auslagen ersetzen lassen". Wäre das nicht der Fall, so könnte es nicht vorkommen, daß Firmen es wagen, ganz offen derartige Anspielungen auf „Ersatz der Unkosten" oder ähnliches zu machen. In solchen Fällen ist den Firmen stets das übermittelte Material zurückzugeben mit dem Hinweis, daß sich aus den Zuschriften ergebe, daß Fälle der Honorierung durch die fraglichen Firmen vorzukommen scheinen, und daß es angebracht erscheine, die Namen der Autoren, die die Rückerstattung ihrer „Auslagen" annehmen sollten, dem Reichsverband der deutschen Presse mitzuteilen, um vor solchen Mitarbeitern der Presse zu warnen.

Unter der Voraussetzung, daß es gelingt, diesen Unfug radikal zu beseitigen, sollten die Redaktionen sich aber entschließen, ihre Fachmitarbeiter mehr als bisher zu Worte kommen zu lassen.

Ich möchte mir den Vorschlag erlauben, daß die Redaktionen der führenden Tageszeitungen sich nebenamtlich sachverständige Mitarbeiter heranziehen, denen alles technisch gerichtete zur Veröffentlichung angebotene Material einschl. Aufsätzen und dergl. zur Sichtung und kritischen Würdigung übergeben wird, um festzustellen, was echt und was unecht ist; es würde sich hierbei also um fachredaktionelle Mitarbeit handeln. Dadurch würden Fehlgriffe ausgeschlossen und anderseits Vollständigkeit gesichert werden. Insbesondere müßten derartige fachredaktionelle Mitarbeiter bindend verpflichtet werden, völlig unparteiisch ihre Arbeiten zu leisten. Zweckdienlich würden diese Mitarbeiter aus den Reihen entweder der dem Reichsverband angehörigen Fachschriftsteller genommen werden oder aus dem Kreise der selbständigen und gegenüber der Industrie unabhängigen Zivilingenieure. Da die Bezeichnung „Zivilingenieur" nicht geschützt ist, und es daher vorkommen kann, daß nichtgeeignete Kräfte gewählt werden, so sei darauf hingewiesen, daß die Angehörigkeit der Zivilingenieure zum „Bunde Deutscher Zivilingenieure" Gewähr dafür bietet, daß die betreffenden Herren die nötige Bildung und Erfahrung besitzen, um die redaktionelle Hilfstätigkeit oder Beratungstätigkeit, wie man es nun nennen will, mit Erfolg ausüben zu können, wobei es selbstverständlich ist, daß diejenigen den Vorzug verdienen, die auch über die nötige redaktionelle und schriftstellerische Erfahrung bereits verfügen.

Justiz und Presse.

Lebendiges Zusammenarbeiten zwischen beiden.

Die „Juristische Wochenschrift" beginnt ihren Jahrgang 1929 mit programmatischen Ausführungen des Reichsjustizministers Koch-Weser sowie des preußischen Justizministers Dr. Schmidt über die Aufgaben der Gesetzgebung und der Justizverwaltung im neuen Jahr. Der preußische Justizminister beschäftigt sich zum Schluß seines Aufsatzes auch mit den Beziehungen zwischen Justiz und Presse. Da seine Darlegungen zu diesem Punkte die Gesamtheit der Kollegen interessieren dürften, geben wir sie nachstehend auszugsweise wieder:

„Besondere Aufmerksamkeit hat die Justizverwaltung im Laufe des letzten Jahres den Beziehungen zwischen Justiz und Presse gewidmet in der Erkenntnis, daß die mit allen Errungenschaften der Organisation und Technik auf dem Gebiet der Gedankenübermittelung arbeitende intellektuelle Macht der Presse in wachsendem Maße das Gebiet der Justiz in ihren Interessenkreis gezogen hat, und daß auch die Justiz nicht darauf verzichten kann, die in der Presse lebenden mächtigen Kräfte für sich zu werten. Die Erfahrungen der früheren Jahre haben gezeigt, daß es nicht genügt, gegenüber der Presse — soweit sie sich mit der Justiz beschäftigt — eine bloß abwartende Stellung einzunehmen; es hat sich vielmehr die Notwendigkeit herausgestellt, zu einer Zusammenarbeit mit der Presse in dem Sinne zu gelangen, daß nach Möglichkeit unrichtigen Meldungen vorgebeugt wird. Dazu gehört ein lebendiges Zusammenarbeiten zwischen Presse und Justizverwaltung, dazu gehören Stellen, die der Presse als zuverlässige und rasch arbeitende Informationsquellen geboten werden und bekannt sind, dazu gehört auf seiten der Presse der Wille, vertrauensvoll zu fragen, und auf seiten der Justiz der Wille, freimütig, soweit das Interesse der Rechtspflege es zuläßt, zu antworten.

Aus diesen Erwägungen entstand zunächst die Justizpressestelle in Berlin und späterhin in Köln, und auf Grund der bei dieser Einrichtung gewonnenen günstigen Erfahrungen wurden gemäß der AV. vom 16. März 1928 über Richtlinien für die Beziehungen zwischen Justiz und Presse (JMBl. S. 169) in allen Oberlandesgerichtsbezirken Justizpressestellen geschaffen. Unterstützt werden die Justizpressestellen, die für den Bereich des Oberlandesgerichtsbezirks eingerichtet sind, in der Regel durch die Pressedezernenten bei den Landgerichten, die ihre Aufmerksamkeit der lokalen Presse zuwenden und ihre daraus gewonnenen Beobachtungen den Justizpressestellen vermitteln. Die Arbeit der Justizpressestellen endlich wird zusammengefaßt und ergänzt durch das Pressereferat im Justizministerium, das in engster Fühlung mit der Pressestelle des Preußischen Staatsministeriums arbeitet Das ist im wesentlichen das System, auf dem nach dem Wunsche der Justizverwaltung die Beziehungen zwischen Justiz und Presse sich entwickeln sollen. Sowohl die Berichte der Oberlandesgerichtspräsidenten als auch Mitteilungen aus den Kreisen der Presse lassen erkennen, daß die Einrichtung einem Bedürfnis entsprach und allerseits mehr und mehr Freunde findet.

Eine Zusammenkunft der Leiter der Justizpressestellen in Köln anläßlich der Internationalen Presseausstellung hat dazu gedient, diese Herren in anschaulicher Weise in die Bedürfnisse und Interessen der Presse einzuführen und mit einem großen Kreis von Pressevertretern in persönliche Fühlung zu treten.

Im Justizministerium selbst ist zuletzt im Sept. 1928 wiederum eine Pressekonferenz abgehalten worden, zu der etwa 80 Vertreter der hauptstädtischen und der Provinzialpresse erschienen waren und in der unter lebhafter und interessierter Beteiligung aller Erschienenen mit den Herren des Ministeriums aktuelle Fragen der Justiz besprochen wurden. In ähnlicher Weise sind im Laufe des letzten Jahres von einigen Oberlandesgerichtspräsidenten Pressekonferenzen abgehalten worden, die überall als ein vortreffliches Mittel zur Herbeiführung eines verständnisvollen Verhältnisses zwischen Justiz und Presse begrüßt worden sind.

Grundsätzliche Fragen welche die Beziehungen zwischen Justiz und Presse berühren und die bei der stets fortschreitenden Entwickelung der Pressetechnik immer wieder auftauchen werden, wie z. B. Umfang und Art der Prozeßberichterstattung, haben der Justizverwaltung Veranlassung gegeben, sich mit der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Presse, der Spitzenorganisation, in der sowohl die Journalisten wie die Verleger zusammengefaßt sind, ins Benehmen zu setzen, um in einer den wohlverstandenen Interessen der Öffentlichkeit wie der Justiz dienlichen Weise Richtlinien aufzustellen. Die Zweckmäßigkeit einer derartigen Fühlungnahme ist für einen Einzelfall (es handelt sich dabei um den bekannten Krantz-Prozeß) noch kürzlich von Herrn Professor Dovifat in einem Vortrag anerkannt worden, den er im Kreise des Preußischen Richtervereins über die Beziehungen zwischen Justiz und Presse gehalten hat. Die Justizverwaltung hofft auch von den noch laufenden Erörterungen zwischen ihr und dieser obersten Instanz des Pressewesens, zu weiteren festen Unterlagen für die künftige beiderseitige Praxis zu gelangen.

Auch auf diesem Gebiete: Justiz und Presse, beabsichtigt die Justizverwaltung im Sinne der bisherigen Maßnahmen fortzuarbeiten in der Erwartung, daß das, was bisher hie und da noch Gerippe ist, sich mehr und mehr mit blutvollem Leben zum Nutzen von Volk und Rechtspflege erfüllen möge."

Das Pressheim Oybin

bei Zittau ist auch im Winter geöffnet und bietet den Kollegen neben wundervoller Wintererholung in der Natur auch beste Unterkunft und Verpflegung. Anfragen bitte direkt an das Heim.

Digitized by Google

Um die Abgeordneten-Immunität.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des preußischen Landtages vom 3. Januar stand u. a. eine Reihe von Anträgen auf Aufhebung der Immunität verschiedener Abgeordneter wegen Beleidigung durch die Presse usw.

Zu dem Thema Presse und Immunität lag auch ein deutschnationaler Antrag mit folgendem Wortlaut vor:

„In der Erwägung, daß ein Abgeordneter die Uebernahme des Postens des verantwortlichen Redakteurs einer periodischen Druckschrift nicht dazu benutzen darf, die Bestimmungen des Gesetzes über die strafrechtliche Haftbarkeit des verantwortlichen Redakteurs tatsächlich hinfällig zu machen, erklärt der Landtag, daß er in Fällen, in denen ein Abgeordneter mit der Stellung des verantwortlichen Redakteurs offenbaren und schweren Mißbrauch treibt, einem Antrag auf Auslieferung zur strafgerichtlichen Verfolgung grundsätzlich stattgegeben wird."

Der Antrag, der nach lebhafter Aussprache zur nochmaligen Erörterung in den Fraktionen zurückgestellt wurde, war durch die Tatsache veranlaßt worden, daß in verschiedenen Fällen Abgeordnete, die bis dahin mit der Presse nichts zu tun hatten, nach ihrer Wahl plötzlich für eine Reihe von Zeitungen verantwortlich zeichneten. Der Ausschuß beschloß, dem Landtag vorzuschlagen, die Immunität zweier nationalsozialistischer Abgeordneter aufzuheben.

Zum Thema: Allgemeiner Schriftstellerverein.

Wir sehen uns leider gezwungen, die Geschäftsgebahrung der Rechtsschutzstelle des Allgemeinen Schriftstellervereins Berlin W. 57, Elßholzstraße 8, Geschäftsführer Dr. Hirschfeld, erneut niedriger zu hängen. Der Verein hat sich diesmal nicht entblödet, einen Kollegen, Mitglied des Reichsverbandes, auf einer Postkarte als Plagiator hinzustellen, selbstverständlich ohne vorher sich den Nachweis verschafft zu haben, daß ein Plagiat in Frage kommt.

Der erwähnte Kollege hat auch sonst sehr trübe Erfahrungen mit dem Allgemeinen Schriftstellerverein gemacht. Das erste Mal, als er von ihm hörte, bekam er von ihm auf dem bekannten Formular die Aufforderung, sich von der Rechtsschutzstelle in einer Honorarforderung vertreten zu lassen. In dem erwähnten Fall handelte es sich um Abdruck eines einer Korrespondenz verkauften Artikels, auf welchen das in Frage kommende Blatt abonniert war. Es war für den Allgemeinen Schriftstellerverein selbstverständlich, daß er sich nicht erkundigte, ob der Abdruck des fraglichen Artikels überhaupt widerrechtlich erfolgt war. Das zweite Mal monierte der Allgemeine Schriftstellerverein bei dem Kollegen den unerlaubten Abdruck eines Artikels, wobei nicht einmal angegeben war, in welcher Nr. des Blattes der betreffende Artikel erschienen sein sollte. Auf Aufforderung wurde eine bestimmte Beilage bezeichnet, in der der Artikel erschienen sei, worauf festgestellt wurde, daß die Angabe nicht stimmte. Daraufhin ließ der Allgemeine Schriftstellerverein nichts mehr von sich hören. Es fiel ihm nicht etwa ein, sich wegen seiner leichtfertigen Anschuldigung zu entschuldigen. Im dritten Falle wurde der Kollege, der uns das Material zu diesem Artikel zur Verfügung gestellt hat, wie schon oben erwähnt, ganz unbegründet auf offener Postkarte als Plagiator verdächtigt.

Der Allgemeine Schriftstellerverein sollte doch, wenn ihm schon selber eine derartige Geschäftsgebahrung nicht peinlich ist, besonders im Interesse seiner Mitglieder, der freien Schriftsteller, zukünftig etwas vorsichtiger vorgehen. Die Redaktionen der Zeitungen werden sich allmählich merken, ob sie mit Mitgliedern des Allgemeinen Schriftstellervereins, bzw. von dieser Organisation betreuten Schriftstellern zu tun haben und werden, um grundlosen Verdächtigungen des Vereins und unberechtigten Honorarforderungen aus dem Wege zu gehen, Einsendungen solcher Autoren von vornherein ablehnen.

Die eigentümlichen Arbeitsmethoden des Allgemeinen Deutschen Schriftstellervereins beleuchtet eine weitere Klage ähnlicher Art, die uns kurz vor Redaktionsschluß von einem Kollegen aus dem Oldenburgischen zugeht. Die Redaktion des Blattes, in der jener Kollege tätig ist, bekam Anfang Oktober von einem in Südwestdeutschland wohnenden freien Schriftsteller eine Zuschrift des Inhalts, daß er von seiner Nachdruckskontrolle darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß eine seiner Skizzen in dem Blatte abgedruckt worden sei. Er bitte um baldige Absendung des Honorars in Höhe von 10 Mark, da es sonst automatisch, unter Anrechnung der Kosten selbstverständlich, von seiner Organisation eingezogen werde. Auf die Aufforderung, zunächst die Nummer bzw. das Erscheinungsdatum derjenigen Ausgabe der Zeitung mitzuteilen, in der die erwähnte Skizze gestanden haben sollte, wurde durch die Nachdruckskontrolle — eben den Allgemeinen Schriftstellerverein — die Nummer 65 des Blattes bezeichnet. In dieser Nummer, die im März erschienen war, sowie auch in sämtlichen anderen Märznummern der Zeitung konnte aber die Skizze nicht gefunden werden. Da die Angelegenheit über ein halbes Jahr zurücklag, erinnerte sich auch die Redaktion der Zeitung nicht mehr an den Abdruck. Der Allgemeine Schriftstellerverein teilte dann schließlich unter dem 14. November mit, daß die erwähnte Skizze in einer Nummer vom 6. Mai 1928 erschienen sei, woraufhin von der Redaktion sehr schnell festgestellt werden konnte, daß es sich nicht um einen unerlaubten Abdruck handelte, sondern um einen Korrespondenzbeitrag. Es ist ganz selbstverständlich, daß dem Allgemeinen Schriftstellerverein von der Redaktion des oldenburgischen Blattes eine scharfe Zurechtweisung erteilt wurde.

* * *

Und dazu noch Bettelbriefe ins Ausland.

Im „Oeuvre" veröffentlichte vor kurzem der französische Schriftsteller Pierre Mille ein Schreiben des Allgemeinen Deutschen Schriftstellervereins, das folgende Ausführungen enthielt:

„Der Deutsche Schriftsteller-Verein, der älteste und größte Verein deutscher Schriftsteller, veranstaltet zugunsten der Hilfskasse zu Weihnachten ein Weihnachtsfest. Infolge der Wirtschaftskrise sei das Elend der Schriftsteller in Deutschland besonders groß. Deshalb wendet sich der Verein an ausländische Schriftsteller von Ruf mit der Bitte, ihm eine Spende zu übersenden, sei es ein Buch mit Widmung oder Namenszeichnung, oder eine andere passende, mit der Persönlichkeit des Spenders in Zusammenhang stehende Gabe."

In dem Schreiben wurde im voraus der Dank ausgesprochen. Als Mitglieder des Vereins wurden u. a. bezeichnet Emil Ludwig, Fr. Werfel usw. Für die Direktion zeichnete Dr. M. Hirschfeld, Prof. Menzel usw.

Man kann sich unschwer vorstellen, mit welchen ironischen Bemerkungen der französische Schriftsteller den Bettelbrief des Deutschen Schriftstellervereins begleitet hat. Bei den geschäftlichen Gepflogenheiten, deren sich der Allgemeine Deutsche Schriftstellerverein — denn um diesen handelt es sich — in Deutschland bedient, kann man sich allerdings über nichts mehr wundern. Die Mitglieder des Vereins, die noch auf Ansehen ihrer Organisation halten, sollten nichts unversucht lassen, um die Geschäftsführung von weiteren Entgleisungen abzuhalten. Nachgerade macht sich der Allgemeine Deutsche Schriftstellerverein mit seinem Gebaren nach jeder Richtung hin unmöglich.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Eine Landplage.

Reklame mit Kritikauszügen.

Die Redaktion der „Schlawer Zeitung" übersandte uns folgende Notiz, die sie jedem zusendet oder überreicht, der das leidige Ansinnen an sie stellt, Kritikauszüge als unbezahlte Textreklame zu veröffentlichen. Das Vorgehen der „Schlawer Zeitung" kann nur zur Nachahmung empfohlen werden.

„Nachgerade eine Plage werden die immer häufiger von Inserenten, welche irgendwelche Veranstaltungen von Künstlern, Vorträgen, Konzerten und dergleichen anzeigen, gleichzeitig der Redaktion zugesandten empfehlenden Notizen für den Textteil. Meistens enthalten sie Auszüge aus Kritiken anderer Zeitungen, oft sogar ohne Quellenangabe. Es widerspricht jedem Sinn der Pressekritik, solche Kritikauszüge im redaktionellen Teil der Zeitung abzudrucken und damit schon im voraus die Zeitung mit einer Verantwortung zu belasten, die sie nach dem Verlauf des Abends übernommen zu haben nicht selten bereuen muß. Denn erstens kann durchaus die Besprechung, die vielleicht für irgendeine Berliner Premiere, welche unter ganz anderen

Digitized by Google

Verhältnissen stattfand, richtig war, für das neue Auftreten völlig falsch sein und der Zeitung den Vorwurf mit Recht eintragen, durch die Vorwegnahme der Kritik die Besucher zu falschen Erwartungen veranlaßt zu haben. Zweitens soll es vorkommen, daß aus dem Zusammenhang irgendeiner Kritik herausgegriffene Sätze deren eigentlichen Sinn nicht nur ändern, sondern manchmal geradezu auf den Kopf stellen. Erst jüngst hat ein bekannter Berliner Kunstkritiker einen flammenden Protest gegen solche Verballhornisierung seiner Kritiken zu Reklamezwecken in der Provinz veröffentlicht. Und drittens widerspricht solche wahllose Vorwegnahme der Kritik jedem guten journalistischen Brauch, wobei eine bei genauer Quellenangabe und unter eigener Verantwortung und damit Garantie für die sachliche Richtigkeit von der Redaktion selbst oder ihren Vertrauensleuten vorgenommene Auswahl unter besonderen Umständen etwa bei bekannten Künstlern gelegentlich als Ausnahme die Regel bestätigen mag. — Irgendwelche nicht nachzuprüfende und offensichtlich zu geschäftlichen Reklamezwecken verbreitete Kritikauszüge zu veröffentlichen, lehnen wir jedoch ab. Sie sind dort am Platze, wohin die Reklame gehört: im Anzeigenteil. Der redaktionelle Teil jeder Zeitung, die nicht als bestechlich und käuflich gelten will, dient einzig und allein dem öffentlichen Interesse, nicht privatwirtschaftlichen Geschäftszwecken. D. Red."

Und der freie Mitarbeiter??

Ich habe Jahr um Jahr meine Beiträge (als freier Mitarbeiter) gewissenhaft pünktlich bezahlt. Aber seit Monaten ist das nicht mehr möglich. Während die festangestellten Kollegen zweifellos in der großen Mehrzahl der Fälle pünktlich am Ersten eines jeden Monats ihr Gehalt vom Verlage ausgezahlt erhalten werden, ist bei der Bezahlung der Honorare an die freien Mitarbeiter ein unglaublicher Zustand eingerissen. — Beispiel vom letzten Monat: Honorareingang bis 27. Nov., dann Pause bis 8. Dez. (!!) — wiewohl ich bei 49 Verlagen rund 80 Honorarbeträge ausstehen habe, die sämtlich als fällig gelten (z. T. sind sie seit Monaten fällig!) — Wie könnte ich in der Lage sein, meine Mitgliedsbeiträge pünktlich zu bezahlen?

Ein weiterer seltsamer Umstand ist folgender: Von abgedruckten Beiträgen erfuhr ich in drei Fällen durch Zufall (Mitteilung befreundeter Kollegen, bzw. durch Ausschnittsbüros). Die Zeitungen — Redaktion! — antworten auf Mahnung gar nicht; wohlbemerkt: große Zeitungen!

Der Zusammenschluß der freien Mitarbeiter ist nötig! Es harren so viele Fragen der Lösung, die für den freien Mitarbeiter Existenzfragen sind! Nicht nur die Zurückdrängung der Auch-Schriftsteller und die damit verbundene Reinhaltung des Standes, sondern die angemessene Behandlung der freien Mitarbeiter bei Prüfung der Arbeiten (Manuskripte nicht als Federwischer benutzen!), die Honorarbemessung, pünktliche Honorarzahlung und anderes stehen im Brennpunkt des Interesses!

K. L.

Fachrundschau

Vom Deutschen Zeitungswesen.

Magdeburgische Zeitung. Zu den in den letzten Tagen durch die Tagespresse gegangenen Mitteilungen über Um- bzw. Einstellung des Betriebes der „Magdeburgischen Zeitung" gibt der Verlag des genannten Blattes folgende Erklärung ab: „Die Fabersche Buchdruckerei bleibt selbstverständlich weiterbestehen. Sie wird aber, um ihre ganze Kraft ihren Verlagsunternehmen, in erster Linie der „Magdeburgischen Zeitung" zuwenden zu können, am 31. Januar ihre Akzidenzabteilung stillegen. Die Akzidenzabteilung war vorwiegend auf Qualitätsdruck eingestellt, ein Gebiet des graphischen Gewerbes, auf dem die Nachfrage immer geringer geworden ist. Die Fabersche Buchdruckerei hat sich daher entschlossen, diesen unrentablen Zweig ihres Unternehmens aufzugeben und die durch diese Maßnahme freiwerdenden Mittel zur weiteren Förderung der „Magdeburgischen Zeitung" zu verwenden. Bei dieser Gelegenheit sei erneut ausdrücklich festgestellt, daß sich die „Magdeburgische Zeitung" im alleinigen und völlig unabhängigen Besitz der Familie Faber befindet. Diese völlige Unabhängigkeit von jedermann wird der Jahrhunderte alten Tradition gemäß auch in Zukunft uneingeschränkt gewahrt werden."

Der „Arterner Anzeiger", der im Verlage Ernst Hoffmann, Artern in Thür., erscheint, bestand am 1. Januar 75 Jahre.

75 Jahre „Bazar". Der „Bazar", die älteste deutsche Frauen- und Modezeitschrift, ist soeben in den 75. Jahrgang eingetreten. Aus diesem Anlaß erschien eine besonders gut ausgestattete Jubiläumsnummer, die neben wertvollen Zeichnungen deutscher Meister einen interessanten Rückblick auf 75 Jahre deutschen Frauenlebens enthält. Im modischen Teil sieht man den Kreislauf der Mode in den letzten 75 Jahren. Selbstverständlich, daß bekannte schreibende Frauen wie Dr. Alice Salomon Dr. Ilse Reicke u. a. mit Beiträgen vertreten sind.

„Bitterfelder Allgemeiner Anzeiger". Der Neujahrsnummer dieses Blattes war eine Sonderbeilage angefügt mit dem Titel „Stadt und Kreis Bitterfeld 1928". Sie enthält kritische Uebersichten, Artikel grundsätzlicher Art, und rückschauende Beiträge über lokale und kommunalpolitische Fragen, die den besonderen Heimatcharakter dieses Blattes unterstreichen und sicherlich in seinem Leserkreise viel Anklang gefunden haben.

„Hannoverscher Kurier". Anläßlich der vor 80 Jahren erfolgten Gründung der „Zeitung für Norddeutschland", des Vorläufers des „Hannoverschen Kuriers", ließ der Verlag Gebrüder Jaenecke-Hannover am 30. Dezember eine umfangreiche Sondernummer „Vor 80 Jahren" erscheinen, die wertvolle Beiträge politisch-kultureller und auch zeitungswissenschaftlicher Art enthält. Der Sonderausgabe ist auch eine gut ausgestattete Tiefdruck-Beilage angefügt.

„Lübecker Generalanzeiger". Zum Jubiläum ihres 50jähr. Bestehens ließ die Firma Charles Colemann, Verlag des „Lübecker General-Anzeigers", kürzlich eine Festschrift erscheinen, die die Entwickelung des Unternehmens schildert, und und vor allem auch dem Werden und Wachsen des „Lübecker Generalanzeigers" das Wort gibt.

Die „Ostpreußische Zeitung" in Königsberg konnte am 31. Dezember auf ein 80jähriges Bestehen zurückblicken. Eine besondere Gedenkausgabe, die aus diesem Anlaß erschien, bringt interessantes Material über die Geschichte der Zeitung und die Entwickelung der Druckerei, deren Anfänge bis auf das Jahr 1724 zurückgehen. Die Festnummer ist aber nicht nur ein Spiegelbild der Entwickelung des Blattes, sondern auch der Entwickelung Königsbergs und darüber hinaus ganz Ostpreußens.

Die „Norddeutschen Nachrichten" in Blankenese bestanden am 31. Dez. 50 Jahre. Auch zu diesem Jubiläum erschien eine umfangreiche Festschrift mit Beiträgen zur Geschichte des Blattes.

Zeitungskunde und Zeitungswissenschaft.

Ein Archiv der Frauenpresse. Vor kurzem ist Maria Seelhorst vom Verein Frauenwohl" in Breslau mit der Einrichtung eines Archivs von Frauenaufsätzen aus der Tagespresse, also Leitartikeln und Aufsätzen über politische, sozialpolitische und Erziehungsfragen über fürsorgerische, ethische und staatsbürgerliche Aufgaben, soweit sie die Frau interessieren oder von Frauen beabsichtigt werden, beauftragt. Das Archiv soll über die Mitarbeit der Frau auf den genannten Gebieten in der Tagespresse Auskunft geben. Mitarbeit durch Einsendung von Artikeln ist erwünscht. Die Anschrift ist Maria Seelhorst, Breslau-Neukirch.

Buchdruckertarif.

Keine Kündigung des Buchdruckertarifs. Der Buchdruckermanteltarif vom 2. März 1927, der zunächst mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten vor Ablauf bis 31. März 1929 vereinbart war, ist von keiner der Vertragsparteien zu diesem Termin gekündigt worden. Er läuft daher mit der gleichen Kündigungsfrist vorläufig um ein Jahr bis zum 31. März 1930 weiter.

Ausland.

Hundertjähriges Jubiläum des „Journal de Genève". Am 1. Januar hat das „Journal de Genève" sein hundertjähriges Jubiläum gefeiert. Aus diesem Anlaß wurde eine Festnummer gedruckt, die in zahlreichen Artikeln die Entwickelung des Blattes schildert. Interessant ist, daß das Blatt, bereits 1826 gegründet sein Erscheinen einige Jahre unterbrechen

Digitized by Google

mußte, sodaß es jetzt erst ein Jahrhundert besteht. Der Chefredakteur Eduard Chapuisat weist in einem Leitartikel nach, daß das „Journal de Genève" stets danach gestrebt habe, seine Leser auf unparteiische Weise aufzuklären. Der Freiheitsgedanke sei stets das Leitmotiv gewesen, und das „Journal de Genève" wird auch in Zukunft dieser Tradition treu bleiben. —L.

Eine Presseausstellung in Konstantinopel. Die Stadt Konstantinopel beabsichtigt noch in diesem Jahre eine große allgemeine Presseausstellung zu veranstalten. Bei dieser Gelegenheit will das Unterrichtsministerium einige ganz seltene in seinem Besitz befindlichen Stücke, u. a. die ersten Bücher, Zeitungen und öffentlichen Bekanntmachungen ausstellen, die in der Türkei nach Erfindung der Buchdruckerkunst veröffentlicht wurden.

Aus der Organisation.

Landesverband Württemberg.

Die nächste Versammlung findet am Sonntag, dem 3. Februar, vormittags 11 Uhr, in Ulm, Bahnhofshotel, Luftschifferzimmer, statt. Auf der Tagesordnung stehen: Ergebnis des Pressefestes Versorgungsanstalt der deutschen Presse und Angestelltenversicherung und die Frage der freien Mitarbeiter.

Bezirksarbeitsgemeinschaften

Bezirksarbeitsgemeinschaft der pfälzischen Presse.

Zum Jahresanfang haben die in der Bezirksarbeitsgemeinschaft der pfälzischen Presse vereinigten pfälzischen Zeitungen folgende Kundgebung veröffentlicht, die die Stimmung und Denkweise der pfalzischen Bevölkerung widerspiegelt:

„Zur Jahreswende wiederholt die Pfälzer Bevölkerung als ihren vordringlichsten Wunsch den Ruf nach Befreiung vom drückenden Joch fremder Besatzung. Zehn harte Jahre tragen wir dieses schwere Joch mit Ruhe und Würde und mit jener bereitwilligen Vaterlandsliebe, der kein Opfer zu groß ist. Es war eine Selbstverständlichkeit, daß die in der elfhundertjährigen Zugehörigkeit der Pfalz zum deutschen Vaterlande begründete deutsche Treue sich in den letzten Jahren nationalen Martyriums bei uns Pfälzern als unerschütterlich und unüberwindlich und nicht zuletzt als unempfänglich gegen jegliche fremdländische Beeinflussung erwiesen hat. Gegenteilige Hoffnungen und Absichten, die man jenseits der Vogesen mit dem Einzug und der Wirksamkeit der Besatzung verknüpft hatte, sind schmählich zuschanden geworden. Es war eine gefährliche Selbsttäuschung, die Hochachtung, Ehrfurcht und Versöhnung eines freien Kulturvolkes mit Gewaltmaßnahmen eines fremden Militarismus erzwingen zu wollen.

Wie ein Alpdruck liegt die Besatzung auf dem Pfälzer Volk. Fast hat es den Glauben an wahren Frieden und echte Völkerversöhnung verloren, schier verzweifelt es an der Gerechtigkeit. Allerorts spricht man in schönen Worten von Frieden; wir sehen aber in unserer Heimat zehn Jahre nach Kriegsende immer noch fremde Truppen! Ist es unseren ehemaligen Gegnern wirklich ernst um die Durchführung der Verständigung, um die Erhaltung des Friedens, dann mögen sie zunächst das größte Hindernis aus dem Wege räumen: die Besatzung.

Vom Jahre 1929 erwarten wir die volle Befreiung deutschen Bodens ohne besondere Gegenleistungen Deutschlands und damit die volle Freiheit für unsere pfälzische Heimat. Wir erheben Anspruch auf diese Befreiung. Rechtliche, moralische und politische Gründe sprechen dafür. Als Grenzland im Westen unseres Vaterlandes halten wir Ausschau, wo Brücken der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland geschlagen werden können. In diesem Sinne begrüßten wir es, daß mit dem Dawesabkommen, dem Vertragswerk von Locarno, dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, sowie der Unterzeichnung des Kelloggpaktes eindeutige Tatbeweise für Deutschlands aufrichtigen Friedenswillen erbracht wurden. Nach dem Urteil der Botschafterkonferenz in Paris hat Deutschland zudem vollständig abgerüstet und ist seinen Verpflichtungen nach dem Dawesplan restlos nachgekommen. Wozu also noch Besatzung?

Am 16. Juni 1919 unterzeichneten Wilson, Clémenceau und Lloyd George eine Erklärung, worin u. a. gesagt wird: „Wenn Deutschland zu einem früheren Zeitpunkt Beweise von seinem guten Willen und befriedigende Bürgschaft für die Erfüllung seiner Verpflichtungen gegeben hat, so werden die in Betracht kommenden alliierten und assoziierten Mächte bereit sein, unter sich ein Abkommen zur früheren Beendigung der Zeit der Besetzung abzuschließen." — Deutschland hat diesen guten Willen bewiesen, hat seine Verpflichtungen erfüllt; aber wo bleibt die Einlösung dieses Männerwortes?

Artikel 431 des Versailler Vertrages verspricht uns: „Wenn Deutschland vor dem Ablauf des Zeitraumes von 15 Jahren alle Verpflichtungen erfüllt hat, welche ihm aus dem gegenwärtigen Vertrage erwachsen, so werden die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen." Deutschland hat diese Verpflichtungen bisher trotz größter Not erfüllt; wo aber bleibt die Vertragstreue der Gegenseite?

Alles dies sprechen wir heute vor aller Welt offen aus. Als die berufenen Sprachorgane des Pfälzer Volkes fühlen wir uns hierzu verpflichtet. Als solche richten wir auch an die gesamte Kulturwelt die ernste Frage: Wie verträgt sich Völkerbund in Genf mit Völkerzwist am Rhein, Selbstbestimmungsrecht mit Versklavung in Besatzungsketten, Entmilitarisierung mit Fremdmilitarisierung, Kriegsächtung mit Fortführung der Kriegsbesatzung?

Den Machthabern aller ehemaligen Kriegsgegner rufen wir zu: Wollt Ihr friedliche deutsche Nachbarschaft und damit die Garantie für Euere Sicherheit, wollt Ihr wahre Völkerversöhnung, so beseitigt die Zone des Hasses und der Bitterkeit! Macht endlich im Jahre 1929 Schluß mit einer Besatzung, die Euch nicht zur Ehre und zum Vorteil gereicht, uns aber seelisch und wirtschaftlich niederdrückt. Nicht die 70 000 Bajonette am Rhein geben Euch die Sicherheit Euerer Grenzen und Eueres Friedens, sondern der friedliche Sinn einer aus freiem Wollen zur Verständigung bereiten deutschen Bevölkerung.

Gebt uns am Rhein und in der Pfalz, noch ehe es zu spät ist, die eines europäischen Volkes alle in würdige Freiheit!"

Württembergische Bezirksarbeitsgemeinschaft.

Stuttgarter Pressefest 1928. Das von der Arbeitsgemeinschaft der württembergischen Presse in Gemeinschaft mit dem württembergischen Journalistenverein nun zum drittenmal veranstaltete Pressefest stellte wie in den Vorjahren den Höhepunkt der gesellschaftlichen Veranstaltungen in Stuttgart dar. Etwa 2000 Personen hatten sich in den Räumen des Kunstgebäudes eingefunden, darunter Staatspräsident Dr. Bolz, die Minister Dr. Beyerle und Dr. Dehlinger, die Rektoren der württembergischen Hochschulen, die Spitzen der Stadtverwaltung, sowie die führenden Persönlichkeiten aus Handel, Industrie, Kunst und Wissenschaft. Im Mittelpunkt der Darbietungen stand die Uraufführung eines Filmes, der nach einem Manuskript unseres Landesverbandsvorsitzenden Dr. Dröse unter der Regie des Staatsschauspielers Fritz Wisten von dem Stuttgarter Kling-Filmunternehmen gedreht worden war und eine humorvolle Lösung aller großen in Stuttgart schwebenden Probleme veranschaulichte, wie z. B. den Kampf gegen den Lärm, die Verkehrsregelung, die Weiler Rennen, die Frage der Neckarverunreinigung usw. Man sah u. a. Raketenautos durch die Straßen flitzen und erlebte bei Behandlung der Neckarfrage einen regelrechten Krieg zwischen Stuttgart und der Nachbargemeinde Feuerbach.

In der Lotterie die im Laufe des Abends unter Leitung eines Notars vor sich ging, bildete ein Opelviersitzer den ersten Preis. Als Damenspende wurde jeder Teilnehmerin eine Sarottisonderpackung überreicht.

Von dem Ertrag des Festes fließen wie alljährlich zwei Drittel in die Unterstützungskasse des württembergischen Landesverbandes; ein Drittel wird dem württembergischen Journalistenverein zur Verfügung gestellt.

Digitized by Google

Personalien

Chefredakteur Bruno Judeich †. Im Alter von 66 Jahren starb in Zittau der ehem. Hauptschriftleiter der „Zittauer Nachrichten", Kollege Bruno Judeich. Kollege Judeich war am 30. März 1862 in Dresden geboren und trat nach einer schon 1890 begonnenen und ununterbrochen ausgeübten journalistischen Tätigkeit am 1. September 1907 als Hauptschriftleiter in die „Zittauer Nachrichten", welches Amt er bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand am 31. März 1927 bekleidete. Während dieser Zeit hat sich Kollege Judeich nicht nur um seine Zeitung die größten Verdienste erworben, sondern sich auch beständig um den Ausbau der Organisation der Presse, des Reichsverbandes bemüht. Er ist der Gründer und langjährige Vorsitzende des Bezirksvereins Lausitz im Landesverband der Sächsischen Presse und wurde, nachdem er dieses Amt krankheitshalber niedergelegt hatte, einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Außerdem war er Vorstandsmitglied im Landesverband der Sächsischen Presse; besondere Verdienste hat er sich um die Gründung und den Ausbau des Presseheims Oybin erworben. Nur kurze Zeit war es dem lieben überall geschätzten Kollegen, dem sein freundliches und vornehmes Wesen größte Hochachtung und uneingeschränktes Vertrauen gewann, vergönnt, im Ruhestand zu leben. Ein Herzschlag, der ihn vor zwei Jahren am Redaktionstische ereilt hatte, führte nach langem Siechtum schließlich zu seinem Tode. Ehre seinem Andenken!

Chefredakteur Otto v. Schilling †. Am Neujahrstage erlag in Jena der Chefredakteur der „Deutschen Zeitung" Otto v. Schilling im Alter von 54 Jahren einem Herzschlage. v. Schilling war Deutschbalte von Geburt; in Mitau hatte er das Licht der Welt erblickt. Nach Studienjahren in Dorpat, Moskau und an reichsdeutschen Universitäten widmete er sich, in seine Heimat zurückgekehrt, schon früh dem Journalismus. Nach schweren Kriegs- und Umsturzjahren in seiner Heimat kam er nach Deutschland, wo er im September 1920 in die Redaktion der „Deutschen Zeitung" eintrat, der er, hoch geschätzt von seinen Kollegen, auch von politischen Gegnern wegen seiner Überzeugungstreue geachtet, bis zu seinem Tode angehörte.

Kollege Max Schmiedecke, Mitglied der Redaktion der „Berliner Börsen-Zeitung", ist am 30. Dezember in einem Thüringer Sanatorium, wo er Heilung suchte, nach schwerer Krankheit im Alter von 60 Jahren gestorben. Mehr als 20 Jahre hatte der Verstorbene dem Redaktionsverbande der „Börsen-Zeitung" angehört. Eine ausgezeichnete praktische Vorbildung in verschiedenen Zweigen des Wirtschaftslebens hatte ihm wertvolles Rüstzeug für seinen Beruf mitgegeben. Seine vorbildliche Arbeit, sein vornehmes, liebenswürdiges Wesen und sein lauterer Charakter sichern ihm ein liebevolles Gedenken über das Grab hinaus.

Verleger Kurt Ziehlke †. Im besten Mannesalter von noch nicht 47 Jahren erlag in Bad Liebenwerda (Provinz Sachsen) der Verleger des „Liebenwerdaer Kreisblattes" Kurt Ziehlke einer Gehirnhautentzündung, die sich aus einer Grippe entwickelt hatte. Mit Kurt Ziehlke ist ein Mann dahin gegangen, der nicht nur im Kreise seiner Kollegen, besonders im Kreisverein Mitteldeutschland des Vereins deutscher Zeitungsverleger, sondern auch bei den Redakteuren im größten Ansehen stand, Er war ein kenntnisreicher Fachmann und eine hervorragende Persönlichkeit, die sich durch soziales Empfinden und liebenswürdiges Wesen schnell die Sympathie aller, die ihn kannten. erwarb. Neben seiner Tätigkeit für den Ausbau seines angesehenen Heimatblattes, das er früher jahrelang selbst redigierte, zeigte der so früh Verstorbene das größte Verständnis für die Lage und die Aufgaben der Redakteure, mit denen er stets als mit seinen ersten Mitarbeitern verkehrte. Die Bezirksgruppe Ost des Landesverbandes Mitteldeutschland ließ durch den Kollegen Giersch-Eilenburg an seinem Grabe einen Kranz niederlegen.

Inhaltsangabe:

Grundsätzliches zur Berichterstattung über Ausstellungen und Messen. Von Dir. Paul Voß-Leipzig.
Noch einmal: Rundfunk und Presse. Von W. Schwedler.
Preisbestechung durch das Ausland ist „erlaubt". Von Fritz Looff.
Die Technik und technisch-wirtschaftliche Fragen in der Tagespresse. Von Professor Alfred Freund.
Justiz und Presse.
Um die Abgeordneten-Immunität.
Zum Thema: Allgemeiner Schriftstellerverein.
Eine Landplage.
Und der freie Mitarbeiter?
Fachrundschau. Magdeburgische Zeitung. Arterner Anzeiger. Bazar. Bitterfelder Allgemeiner Anzeiger. Hannoverscher Kurier. Lübecker Generalanzeiger. Ostpreußische Zeitung. Norddeutsche Nachrichten. Ein Archiv der Frauenpresse. Keine Kündigung des Buchdruckertarifs. Journal de Genève. Presseausstellung in Konstantinopel.)
Aus der Organisation.
Bezirksarbeitsgemeinschaften.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Badischen Presse. Dr. Karl Eugen Müller (Chefredakteur der „Neuen Badischen Landeszeitung"), Mannheim E. 7. 22.

Landesverband der Badischen Presse. Ernst Roth (Volksstimme), Mannheim, R. 3. 14. — Otto Rudolf Stein (Oberrheinisches Nachrichtenbüro), Mannheim, Meerfeldstr. 86.

Bezirksverband Berlin. Herbert Bartel (Cöpenicker Tageblatt), Berlin-Schmöckwitz, Seestraße 8. — Rüdiger R. Beer (Wille und Werk), Friedenau, Bennigsenstraße 3. — Alfred Ingemar Berndt (WTB.), Eichwalde, Kronprinzenstraße 32. — Asse von Hanstein (Mitarbeiterin), W. 15, Schaperstraße 20. — Irmgard Lenel (N. Dtsch.-Frauenzeitung), Charlottenburg, Seesenheimerstraße 28. — Dr. Walter Gottfried Lohmeyer (Mitarb.), Schöneberg, Hauptstraße 136. — Albert Schneider (Film-Journal), NW. 87, Wullenweberstraße 8. — Wlad. Seldowicz (Textil-Woche), W. 15, Kaiserallee 18.

Landesverband Mitteldeutschland. Edmund Handtke (Köthener Tageblatt), Köthen, Theaterstraße 6a.

Landesverband Pfalz. Chefredakteur Dr. Alois Kraemer (Die Saarpfalz), Homburg/Saarpfalz, Eisenbahnstraße 35a. — Joachim Bossung (Die Saarpfalz), Homburg-Saarpfalz, Eisenbahnstraße 35a.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Bonner Presse. Hubert Schumacher (Bonner Generalanzeiger), Bonn, Friesdorferstraße 37. — Michael Reinartz (Godesberger Volkszeitung), Wesseling bei Köln, Rheinberg 7.

II. Neuanmeldungen.

Landesverband der Badischen Presse. Redakteur Ludwig Wilhelm Roth (Verkehrsverein Pforzheim), Pforzheim, Schulstraße 6.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Presseverein für Münster. Karl Kuhl (Westf. Landeszeitung), Münster i. W., Nordstraße 11. — Verband der Saarpresse. Dr. Eugen Feien (Saarbrücker Abendblatt), Saarbrücken.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Leipzig. Willi Wieczoreck (Korrespondent des Scherl-Verlages), Leipzig C 1, Riebeckstraße 11, III.

Landesverband Württemberg. Redakteur Erich Rückenbrod (Gmünder Zeitung), Schw.-Gmünd, Paradiesstr. 6.

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband der Badischen Presse. Ausgetreten: Paul Leo Ruf, Freiburg. — Die in Nummer 45 des Verbandsorganes angezeigte Abmeldung des Herrn Willy Hirsch, Heidelberg, wird zurückgezogen, da der Genannte seinen Beruf nicht gewechselt hat.

Landesverband der Bayrischen Presse. Gestrichen: Fritz Götz, Bad Reichenhall. — Hans Volm, Dillingen.

Bezirksverband Berlin. Ausgetreten: Margrit Stalder.

Verein Niedersächsische Presse. Gestrichen: Wilhelm Gellert, Hildesheim.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Bonner Presse. Ausgetreten: Otto Baumbach Bonn. — Gestrichen: Math. Weyers, Hönningen-Rh. — Verein Niederrhein-Ruhr: Gestrichen: K. L. Zimmermann Duisburg. — Presseverein für Münster. Gestrichen: Dr. Wiemers, Münster. — Verein der Saarpresse. Gestrichen: Nahlen, Völklingen.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86.

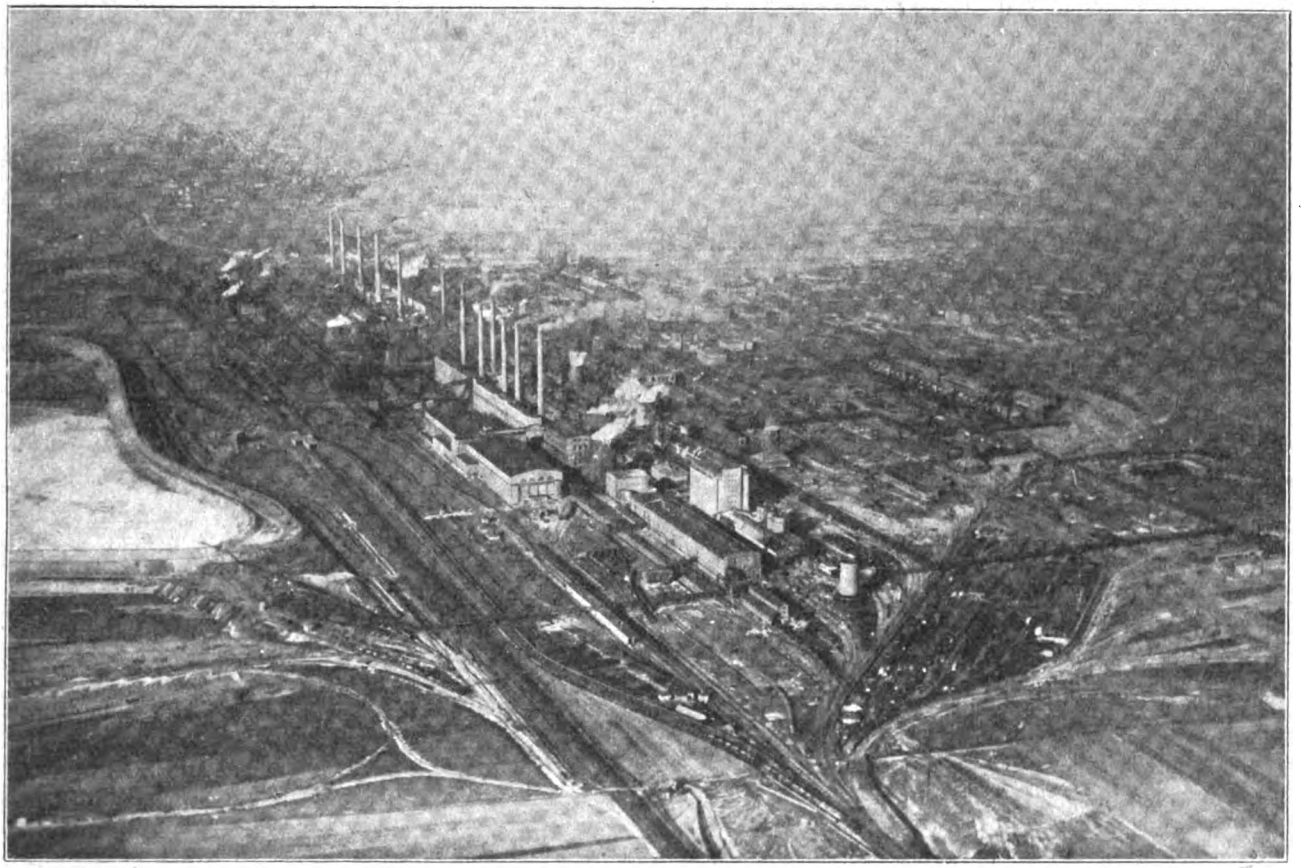
Digitized by Google

Die Entwicklung der Stickstoffdüngesalze.

Der Weg zum Volldünger.

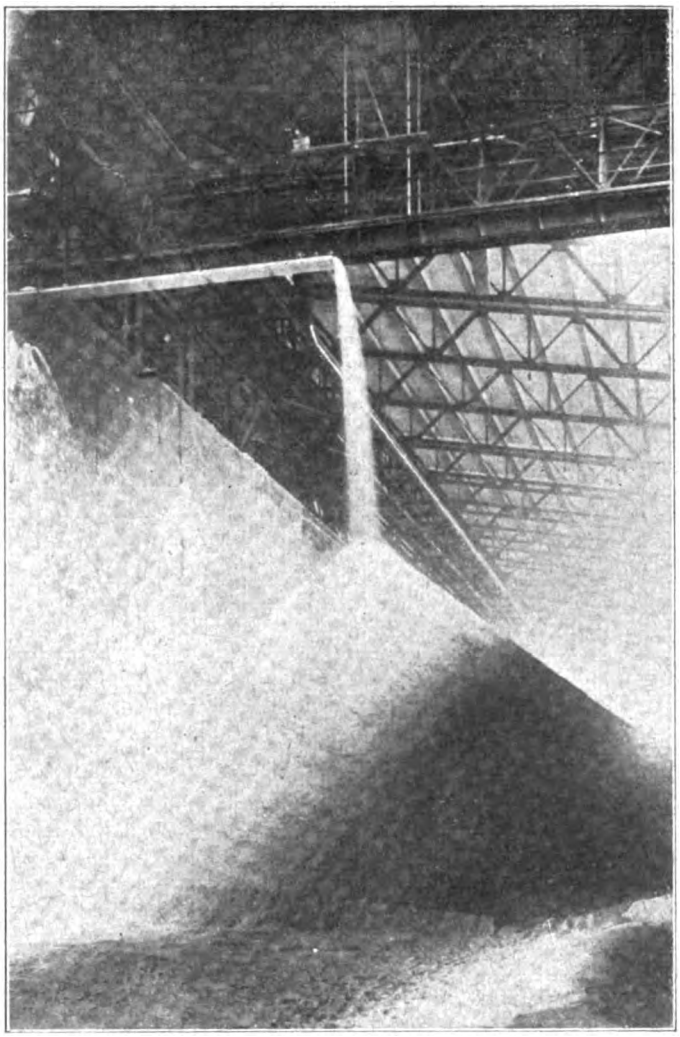
Von Dr. Walter Voigtländer-Tetzner, Heidelberg.

Von großem Interesse ist es, die Impulse festzustellen und zu verfolgen, die irgend ein Lebens- oder Arbeitsgebiet dadurch erfahren hat, daß sich die naturwissenschaftliche Forschung und die Technik damit zu beschäftigen begannen. Besonders eindrucksvoll tritt dies auf chemischem Gebiete, wo es sich um die Herstellung von Stoffen handelt, in Erscheinung. Wenn man früher nur die Stoffe verwandte, welche die Erde ohne weiteres bot, und deren Umwandlung nur nach empirischen Methoden vornahm, suchte man nunmehr durch die wissenschaftliche Forschung die tieferen Grundlagen eines Naturgeschehens oder eines technischen Vorgangs zu erfassen. Die so gewonnenen wissenschaftlichen Erkenntnisse konnten jedoch erst durch die Technik fruchtbar gemacht werden, indem dieselbe ein folgerichtiges, also ein rationelles Herstellungsverfahren auszuarbeiten verstand. Die so ermöglichten gewaltigen Leistungen des menschlichen Geistes auf technischem Gebiete haben die großen Wandlungen des gesamten Wirtschaftslebens hervorgerufen, wie sie seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts eingesetzt haben und in deren fortwährender Weiterentwicklung wir noch heute stehen. Für die Menschheit entstand so eine fortschreitende Befreiung von den Schranken der belebten Natur, also von der Abhängigkeit von der Pflanze, dem Tier und auch vom Menschen selbst. Wenn diese Fortschritte auch wohl am auffallendsten bei der Industrie zutage getreten sind, so haben doch auch andere Lebensgebiete und da besonders die Landwirtschaft reichen Nutzen daraus zu ziehen vermocht. Die größte Umgestaltung hat darin wohl die Lehre der Pflanzenernährung des großen Chemikers Justus von Liebig gebracht. Sie besagt, daß die dem Boden durch das Wachstum der Pflanze entzogenen Stoffe mineralischer Art ihm in gleicher Beschaffenheit und Menge zurückgegeben werden müssen, wenn der Fruchtbarkeitsgrad erhalten bleiben soll. Daß das Wiederersetzen dieser Stoffe sich am besten mittelst chemisch hergestellter Verbindungen, also durch Verwendung künstlicher Düngemittel bewerkstelligen läßt, ist ein weiterer Teil dieser Lehre. Die Industrie der künstlichen Düngemittel hat dann jene Stoffe in der richtigen Beschaffenheit fabrikmäßig herzustellen verstanden. Im Folgenden soll kurz der Weg gezeigt werden, den die Industrie der Stickstoffdüngesalze, als des wichtigsten und unentbehrlichsten Pflanzennährstoffes, gegangen ist.



Ammoniakwerk Merseburg (Leuna-Werke)
Fliegeraufnahme

Digitized by Google



Ammoniakwerk Merseburg
Einspeicherung des Düngesalzes in den großen Silo

Wenn man bisher nur das verwandt hatte, was schon da war, nämlich das schwefelsaure Ammoniak der Kokereien und den Natronsalpeter aus Chile, war jetzt auf einmal, infolge der Herstellung auf künstlich technischem Wege, eine viel größere Zahl von Stickstoffsalzen zugänglich geworden und zur Auswahl gestellt. Mit der ihr eigenen strengen Methodik nahm die chemische Großindustrie die wissenschaftliche Erforschung und die technische Durcharbeitung des neuen Gebietes sowie auch die praktische Erprobung der Düngesalze in die Hand. Die Aufgabe bestand zunächst darin, alle für eine technische Herstellung in Betracht kommenden Stickstoffverbindungen ganz allgemein auf ihre Verwendbarkeit als Düngemittel zu prüfen. Die als brauchbar befundenen wurden dann weiter auf ihre besondere Eignung und die Vorzüge für bestimmte Bodenarten, Kulturpflanzen und Anbaumethoden hin untersucht und gesondert.

Die Auffindung völlig neuer, bisher noch nicht zum Düngen verwandter Stickstoffsalze trat damit in ein ganz neues Stadium.

Die einfachen Stickstoffdüngesalze treten in zwei Formen in Erscheinung, und zwar als Ammoniakverbindungen und als Salpeterverbindungen. Neben dem, wie oben angegeben, schon seit langem gebräuchlichen schwefelsauren Ammoniak wurde auch das salzsaure Ammoniak in die Düngepraxis eingeführt, dessen Verwendung auf kalkhaltigen Böden bestimmte Vorteile bietet. Durch die katalytische Methode des Haber-Bosch-Verfahrens, das von der deutschen Luftstickstoffindustrie zur Umwandlung des Luftstickstoffs in Stickstoffsalze angewandt wird, war auch die Möglichkeit gegeben, die Salpeterverbindungen des Stickstoffs herzustellen. Auf diesem Wege wurde dann nicht nur der mit dem Chilesalpeter identische synthetische Natronsalpeter, sondern auch ein weiteres Salpetersalz, der Kalksalpeter, in den Kreis der Stickstoffdüngemittel eingeführt und der Landwirtschaft zugänglich gemacht. Der Kalksalpeter ist infolge seiner besonders leichten Löslichkeit ein idealer Kopfdünger. Er eignet sich hervorragend für schwere Böden, deren Oberfläche er, im Gegensatz zu Natronsalpeter, nicht verkrustet.

Bei diesen Untersuchungen waren bestimmte Grundsätze maßgebend. Ganz abgesehen von Selbstverständlichkeiten, daß ein Düngemittel keine den Pflanzen schädliche Bestandteile enthalten darf, richtete man die Aufmerksamkeit darauf, daß das Düngemittel in einer von der Pflanze leicht aufnehmbaren, also leicht löslichen Form in den Handel kam. Als weiterer Gesichtspunkt kam die Sicherstellung der Wirkung des in dem Düngemittel enthaltenen Nährstoffes hinzu. Um diese zu gewährleisten, machte man von der Erfahrung Gebrauch, daß die zwei für die Düngung in Betracht kommenden Formen des Stickstoffs — der Salpeter- und Ammoniakstickstoff — verschiedene Wirkung zeigen, und zwar der erstere eine rasche, der letztere eine allmähliche und anhaltende. Um nun für alle Fälle der Pflanze während der ganzen Zeit ihres Wachstums den Stickstoff stets in hinreichender Menge zur Verfügung zu stellen, suchte man die beiden Wirkungsformen in ein und demselben Düngemittel zu vereinigen und schuf so die Stickstoffdoppelsalze, von denen der Leunasalpeter seit langem schon offenkundige Anerkennung und allgemeine Anwendung gefunden hat. Ein weiterer neuer Gedanke bei der Herstellung dieser Stickstoffdoppelsalze bestand darin, daß die beiden Stickstoffformen — salpetersaures und schwefelsaures Ammoniak — nicht nur einfach miteinander gemischt, sondern in der Form eines Doppelsalzes miteinander innig verbunden waren.

In den oben bezeichneten zwei Formen ist der Stickstoff in dem vor kurzem in den Handel gekommenen Kalkammonsalpeter IG enthalten, der aber außerdem noch Kalk enthält, also kalksparend wirkt und für kalkarme Böden besonders geeignet ist.

Die Stickstoffindustrie beschränkte sich aber nicht auf die eben kurz gekennzeichneten Grundsätze, sie ließ auch noch einen weiteren bei ihren Forschungen und Arbeiten maßgebend sein, und zwar war dies das Streben, die Düngemittel so nährstoffreich wie nur möglich zu machen,

Digitized by Google

also sie in der größtmöglichen Konzentration zu liefern und damit das zumal bei dem Transport und dem Ausstreuen eine Rolle spielende Mitschleppen mehr oder weniger nutzloser Begleitstoffe, die man allgemein mit dem Worte „Ballast" bezeichnet, soweit wie nur irgend möglich auszuschließen.

Da reiner Stickstoff und auch seine einfachsten Verbindungen, wie Salpetersäure und Ammoniakgas, noch keine verwendbaren Düngemittel darstellen, muß noch eine weitere Bindung an andere Stoffe oder an Gruppen von solchen vorgenommen werden, die aber als wachstumsfördernd kaum in Betracht kommen und deshalb als Ballast bezeichnet werden. Das Streben geht nun zunächst dahin, als Träger des Stickstoffs solche Stoffe zu nehmen, die den Boden, in dem sie ja zurückbleiben, vor allem nicht ungünstig beeinflussen, weiter aber diese Stoffe dann so zu wählen, daß sie im Boden möglichst als wachstumsfördernd in Erscheinung treten und nicht mehr als unnützer Ballast, sondern als willkommene Beigabe empfunden werden. Im schwefelsauren Ammoniak z. B. ist ein solcher Ballastteil enthalten. Kalksalpeter und Kalkammonsalpeter dagegen können schon als ein ballastfreier Dünger angesprochen werden, da der darin enthaltene Kalk ein Pflanzennährstoff ist und auch bodenverbessernde Eigenschaften besitzt. Einen völlig ballastfreien Stickstoffdünger gelang es in dem Harnstoff BASF darzustellen; er besteht zwar immer nur erst etwa zur Hälfte aus reinem Stickstoff, aber alle anderen Bestandteile — Kohlenstoff, Wasserstoff und Sauerstoff — sind, da sie im Boden zu Kohlensäure und Wasser zerfallen, als wachstumsfördernde Träger des Stickstoffs und nicht als unnütze Ballaststoffe anzusprechen. Im Harnstoff ist der Stickstoff in einer dritten Form, der des Amidstickstoffs, enthalten; in ihm reichen sich gewissermaßen die natürlichen und künstlichen Düngemittel die Hand, indem der Harnstoff als regelmäßiger Bestandteil der Ausscheidungsprodukte der Menschen und Tiere in dieser Form schon seit Urzeiten zur Düngung gedient hat.

Alle die hier aufgeführten Grundsätze, die bei der Herstellung neuer Stickstoffdüngemittel maßgebend waren — leichte Aufnehmbarkeit, Sicherstellung der Wirkung durch Darbietung verschiedener Wirkungsformen, innigste, nur durch chemische Bindung erreichbare Kuppelung der Wirkungsformen aneinander und möglichste Konzentration der Nährstoffe, also Befreiung von unnützen Ballaststoffen —, haben nun noch einen Schritt weiter geführt. Dieser bestand darin, sich bei der Kombination neuer Düngemittel nicht nur mit dem einen Nährstoff, dem Stickstoff zu begnügen, sondern Düngemittel zu schaffen, die, außer Stickstoff in seinen beiden Wirkungsformen, auch noch den einen oder den anderen der drei Kernnährstoffe, also Kali und Phosphorsäure, oder sogar noch diese beiden zusammen enthalten. Man wußte aus der Erfahrung, daß die Düngung mit Stickstoff sich dann am besten und sichersten auswirkt, wenn neben ihm auch noch im richtigen Verhältnis die nötigen Mengen von Kali und Phosphorsäure gegeben werden, daß also eine Volldüngung die Wirkung jeden Nährstoffes am besten gewährleistet. Den ersten Schritt auf diesem Wege stellt der Kaliammonsalpeter dar; ein weiteres Fortschreiten bedeutete die Herstellung von Diammonphosphat und Leunaphos. Der Kaliammonsalpeter enthält neben den beiden Stickstofformen auch noch Kali. Im Diammonphosphat (Diammonphos IG) ist der Stickstoff an die Phosphorsäure chemisch auf die gleiche Weise gebunden, wie das Ammoniak an die Schwefelsäure im schwefelsauren Ammoniak, nur daß in dem neuen Produkt von keinem Ballaststoff mehr die Rede sein kann, da Phosphorsäure eben auch ein Kernnährstoff ist. Dieses Produkt zeigt schon die größtmöglichste Konzentration, indem 100 Kilogramm Diammonphosphat dieselbe Menge an Nährstoffen enthalten wie 400 Kilogramm einer Mischung aus 100 Kilogramm schwefelsaurem Ammoniak und 300 Kilogramm Superphosphat. Um den hohen Phosphorsäuregehalt dieses Erzeugnisses herabzusetzen, wurde es mit schwefelsaurem Ammoniak verbunden und als Leunaphos IG zeitweise in den Handel gebracht. Die eben genannten Erzeugnisse waren aber noch keine wirklichen Volldünger, sondern eben nur erst Zwischenstufen zu jenen.

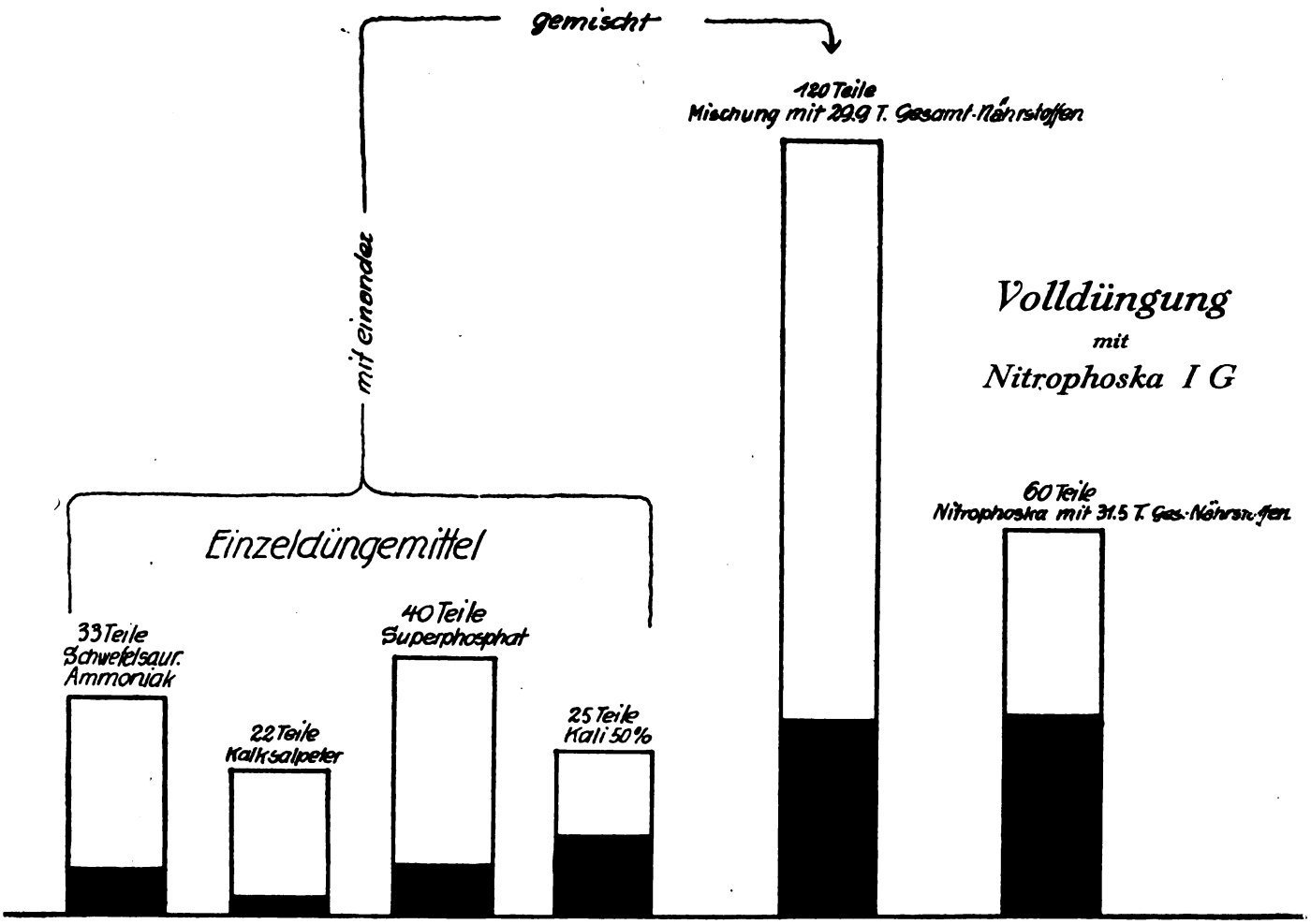
Die Bearbeitung der Volldüngerfrage führte zum ersten Erfolge auf dem Spezialgebiete des Gartenbaues. Im Anfang des Jahres 1926 wurde der Harnstoff-Kali-Phosphor BASF (Ges. Nährstoffgehalt: 56 %, nämlich Stickstoff 28 %, Kali 14 %, Phosphorsäure 14 %) herausgebracht, ein wirklicher Volldünger, der die drei Nährstoffe in dem richtigen Verhältnis enthält und sich in seinem Anwendungskreis — dem Gartenbau — vorzüglich bewährt hat. Auch für seine Herstellung sind die oben angeführten Grundsätze maßgebend gewesen, zu denen als neuer Gesichtspunkt noch das rechte und stets gleichbleibende Verhältnis der Nährstoffe zueinander hinzukommt. Absichtlich ist in Harn-Kali-Phosphor BASF, den besonderen Verhältnissen des Gartenbaues Rechnung tragend, ein Nährstoffverhältnis gewählt worden, bei dem der Stickstoff überwiegt. Dieser ist dabei in den drei verschiedenen Formen vertreten, also als Ammoniak-, Salpeter- und Amidstickstoff, da Harnstoff-Kali-Phosphor aus Harnstoff Diammonphosphat und Kalisalpeter zusammengesetzt ist.

Die Beschränkung des Harnstoff-Kali-Phosphor BASF auf den Gartenbau ist nun Veranlassung gewesen, nach einem Volldünger für die große allgemeine landwirtschaftliche Praxis zu suchen. Den Erfolg dieses Bestrebens bildet der Volldünger Nitrophoska IG, der in drei verschiedenen Formen in den Handel kommt:

(I Gesamtnährstoffgehalt 52,5 %,
davon Stickstoff 17,5 %, Phosphors. 13 %, Kali 22 %.
II Gesamtnährstoffgehalt 52,5 %,
davon Stickstoff 15 %, Phosphors. 11 %, Kali 26,5 %.
III Gesamtnährstoffgehalt 53 %,
davon Stickstoff 16,5 %, Phosphors. 16,5, %, Kali 20 %.)

Digitized by Google

Auch in diesem Erzeugnis waren die oben bezeichneten Richtlinien für die Herstellung von möglichst vollkommenen Düngemitteln bestimmend und maßgebend. Auch Nitrophoska IG ist von der Pflanze leicht aufnehmbar, er enthält den Stickstoff in den sich am besten ergänzenden Wirkungsformen des Salpeter- und Ammoniakstickstoffs und außerdem noch die anderen Nährstoffe Kali und Phosphorsäure. Dieser Volldünger stellt nicht nur eine bloße Mischung dieser Nährstoffbestandteile im Sinne der bisher verwandten üblichen Mischdünger dar, nein, sie sind so miteinander verbunden, daß für das stets gleiche und richtige Verhältnis der drei Nährstoffe die größte Gewähr geboten ist. Außerdem ist aber dadurch, daß Nitrophoska IG der Landwirtschaft in drei Formen — eine mit größerem Stickstoff-, eine mit größerem Kali- und eine mit größerem Phosphorsäuregehalt — zur Ver-



Graphische Darstellung der Gewichtsersparnis bei Verwendung von Nitrophoska I G gegenüber der Verwendung von Einzeldüngemitteln.

Gehalt an Kernnährstoffen

33 Teile	schwefels. Ammoniak	mit 20,6 %	Stickstoff	= 6,8 Teile Stickstoff
22 „	Kalksalpeter	„ 15,5 %	„	= 3,4 „ „
40 „	Superphosphat	„ 18 %	Phosphorsäure	= 7,2 „ Phosphorsäure
25 „	Kali 50 %	„ 50 %	Kali	= 12,5 „ Kali
120 „	Mischung enthalten also			29,9 Teile Gesamtnährstoffe
60 Teile	Nitrophoska I G I	mit 17,5 %	Stickstoff	= 10,5 Teile Stickstoff
		„ 13 %	Phosphorsäure	= 7,8 „ Phosphorsäure
		„ 22 %	Kali	= 13,2 „ Kali
60 Teile	Nitrophoska I G I	enthalten also		31,5 Teile Gesamtnährstoffe

Die Darstellung beweist deutlich, daß man zu der Verabreichung einer bestimmten Menge der 3 Kernnährstoffe bei Verwendung von Nitrophoska IG nur die halbe Düngemenge anzuwenden braucht wie bei der Verwendung von Einzeldüngemitteln.

Digitized by Google

fügung gestellt wird, auch bei der Volldüngung eine Differenzierung je nach der Bodenart ermöglicht.

Von mancher Seite ist das Erscheinen der Volldünger als kein Fortschritt angesehen worden — indem darin so etwas wie das Arbeiten nach einem Rezept erblickt wird — und die je nach der Bodenart und für jeden besonderen Fall genau zu treffende Auswahl der Einzeldüngemittel für das einzig Richtige gehalten worden. Diese Auffassung ist nur in solchen Fällen richtig, in denen die Nährstoffverhältnisse des Bodens ganz genau bekannt sind. Solange aber wie heute noch die weitaus größte Mehrzahl der Landwirte den Bedarf ihres Bodens an einzelnen Nährstoffen gar nicht kennt, wird die Anwendung eines solchen Volldüngers immer die sicherste und beste Maßnahme zur Sicherung eines entsprechend hohen Ertrages sein. Übrigens steht es ja demjenigen Landwirte, dem die Nährstoffbedürfnisse seines Bodens bereits bekannt sind, jederzeit vollkommen frei, weiter wie bisher die einzelnen Nährstoffe zu kaufen und zu gebrauchen, oder den Volldünger Nitrophoska IG nur dort anzuwenden, wo das Verhältnis der Nährstoffe in den verschiedenen Formen von Nitrophoska dem ihm bekannten Nährstoffbedürfnis seines Bodens entspricht. Mit diesem neuen Volldünger soll ja vor allen Dingen denen, die auf eine Vereinfachung der Düngung und möglichst bequeme Anwendung der Düngemittel Wert legen, die Möglichkeit dazu geboten werden. Der großen Menge der kleinen Landwirte aber, denen es nicht immer leicht sein wird, sich in den verschiedenen Düngemitteln und deren Zusammensetzung auszukennen, bedeutet Nitrophoska eine große Erleichterung. Durch seine Anwendung wird die Wirkung der Nährstoffe gesichert und die vielen falschen Düngungsmaßnahmen in den Kleinbetrieben können sicher vermieden werden.

Aber wenn selbst Nitrophoska auch nur ebenso wirken würde wie die Einzeldüngemittel mit gleichem Nährstoffgehalt, so werden doch durch seine Anwendung viele Vorteile, große Ersparnisse und eine unendliche Vereinfachung der Düngung erzielt. Durch den hohen Gehalt an den drei Kernnährstoffen wird eine erhebliche Herabsetzung des Gesamtgewichtes der Düngergaben erreicht, weil in Nitrophoska IG außer zureichenden Mengen an Phosphorsäure und Kali noch ebensoviel Stickstoff wie in den gangbaren Salpetersorten enthalten ist. Die Ersparnis wirkt sich in mehrfacher Weise aus. Einmal werden die Aufwandskosten für An- und Abfahrt, Einlagern und Ausstreuen erspart, da man eben nur mit einer geringeren (s. graph. Darstellung, S. 24) Gewichtsmenge zu tun hat, wie bei der bisherigen Art der gesonderten Anwendung der drei Nährstoffe. Weiter aber wird gegenüber der Anwendung von Düngemitteln mit ein oder zwei Nährstoffen die Arbeit des Mischens oder des mehrmaligen Ausstreuens auf dem gleichen Felde erspart, da Nitrophoska IG den Vorteil bietet, die drei Nährstoffe in einem einzigen Arbeitsgange ausstreuen zu können.

Diese gedrängte Schilderung der Entwicklung, welche die Herstellung neuer Stickstoffdüngemittel in der kurzen Zeit von etwa 15 Jahren genommen hat, ist ein deutliches Beispiel für die großen Aussichten und Möglichkeiten, die sich durch die systematische wissenschaftliche Durchforschung und methodische technische Bearbeitung eines neuen Gebietes ergeben. Ein neues technisches Verfahren vermehrt mit einem Schlage die Auswahl und Differenzierungsmöglichkeiten in ganz ungeahnter Weise und gestattet durch die Rationalisierung, die Produkte weitgehend zu verbilligen. Kostet doch heute der Stickstoff in den neuen Stickstoffdüngemitteln, an den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gemessen, nur noch annähernd die Hälfte wie vor dem Kriege!

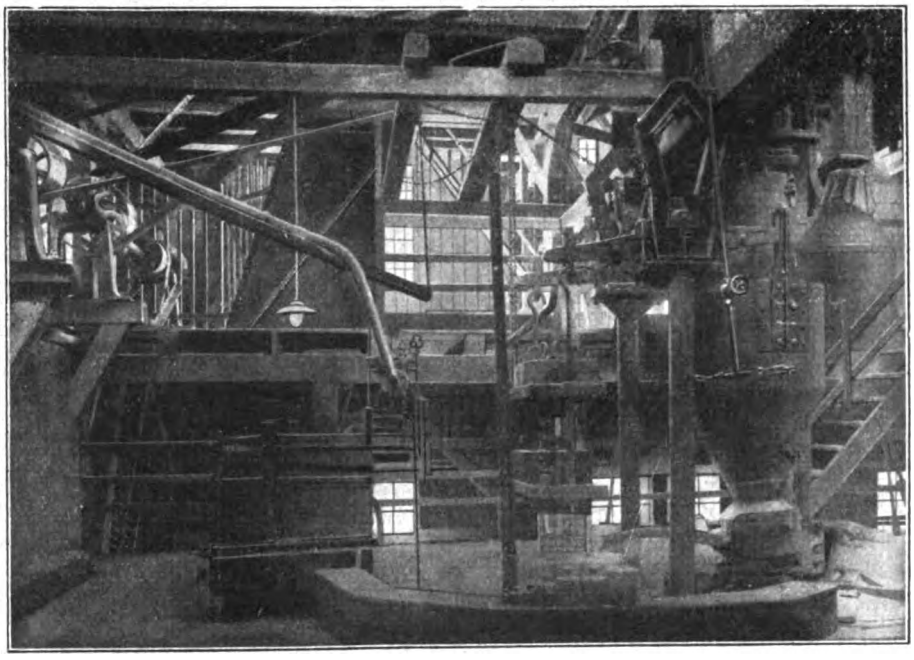
Ohne die Erfolge der deutschen Luftstickstoffindustrie würden die Stickstoffpreise jedenfalls dieselbe Erhöhung erfahren haben, wie wir sie bei allen anderen Produkten nach dem Kriege erlebt haben, und wer weiß, wohin die Not der Landwirtschaft schon geführt hätte, wenn ihr nicht durch die Industrie die so wohlfeilen Stickstoffdüngemittel hätten zur Verfügung gestellt werden können!

Die bei der Schaffung der neuen Stickstoffdüngemittel maßgebend gewesenen und von uns näher ausgeführten Grundsätze werden auch weiter fortwirken und der Landwirtschaft auch in Zukunft immer bessere und auf bestimmte Bodenverhältnisse und Kulturpflanzen zugeschnittene Düngemittel in die Hand geben. Schon heute ist als der Erfolg der deutschen Stickstoffindustrie zu buchen, daß unsere einheimische Volkswirtschaft von dem Bezug ausländischer Stickstoffdüngemittel — im Jahre 1913 wurden für 170 Millionen Mark Chilesalpeter eingeführt — nicht nur völlig unabhängig geworden ist, sondern darüber hinaus auch ein immer steigender Export von Stickstoffdüngesalzen eingesetzt hat. Durch diese Steigerung der Stickstofferzeugung ist, wenn man alles zusammenrechnet — Wegfall der Einfuhr von Chilesalpeter, Ausfuhr von Stickstoffdüngesalzen, Mehrerzeugung an Getreide, Kartoffeln und anderen landwirtschaftlichen Produkten sowie vermehrte Einnahme für Frachten — die Handelsbilanz des Deutschen Reiches um den Betrag von annähernd 1 Milliarde Goldmark verbessert worden. Die vermehrte rationelle Anwendung der Stickstoffdüngung gibt schließlich auch die glückliche Möglichkeit, das deutsche Volk auf der eigenen Scholle zu ernähren und dadurch unsere Volkswirtschaft auch von der Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel immer mehr unabhängig zu machen.

Digitized by Google

Pflanzenernährung und Mischdünger.

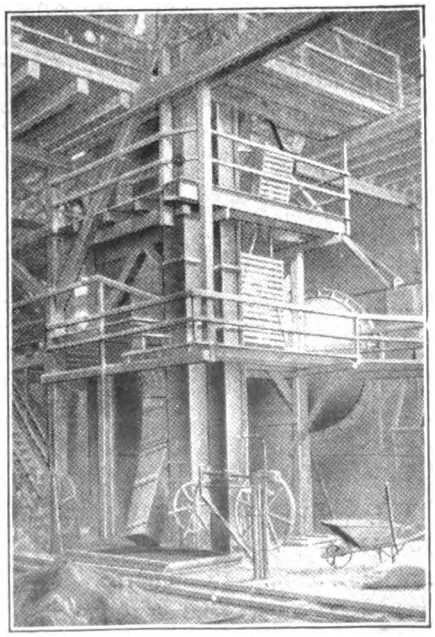
Die Düngung unserer Kulturpflanzen mit künstlichen Nährstoffen wird seit etwa 80 Jahren durchgeführt. Nur ganz allmählich erkannten Wissenschaft und Praxis den Einfluß der einzelnen Kernnährstoffe Kali, Stickstoff und Phosphorsäure auf den Bau der Pflanzen. Betrachtete man früher die im Boden vorhandenen Humusstoffe als die Träger der Pflanzenernährung, so mußte man sich doch im Laufe der Zeit von dieser Theorie abwenden und einsehen, daß zur Ernährung der Pflanze, ebenso wie beim lebenden Individuum viele Stoffe notwendig sind. Der Pflanzen-Physiologie gelang es durch wissenschaftliche Versuche festzustellen, in welchem Verhältnis die einzelnen Nährstoffe der Pflanze zugeführt werden müssen, um eine gleichmäßige Ernährung zu gewährleisten. Diese Erkenntnis wurde dann in die Praxis übertragen und so war es vor dem Kriege allgemein üblich, die Nährstoffe, Stickstoff, Phosphorsäure und Kali im Verhältnis 1 : 3 : 2,6 zu geben. Die Statistik unserer Ernten beweist, daß dieses Nährstoffverhältnis äußerst günstig und wohl den Bedürfnissen der Pflanzen im großen und ganzen bestens angepaßt war. Man darf das um so mehr behaupten, als sicherlich ein großer Teil unserer Landwirte die wissenschaftlichen Erfahrungen der Pflanzenernährung für ihre Wirtschaft nur wenig verwandt hat und nur ein kleinerer Teil die Ernährung der Kulturpflanzen nach wissenschaftlichen Erkenntnissen durchführte.



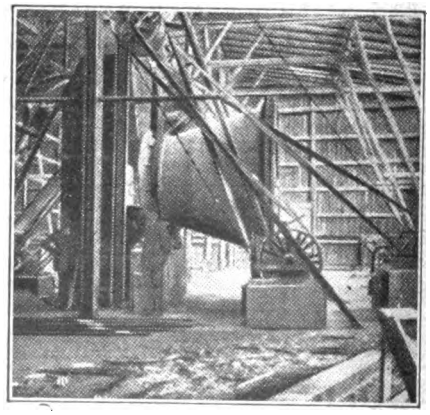
Aufschlußmaschine für die Herstellung von Superphosphat.

Trotz der Bemühungen der Wissenschaft gelang es nicht, die Versuchsergebnisse dazu zu gebrauchen, um die Ernteerträge weiter zu erhöhen, Es fehlte unseren Landwirten die notwendige Grundlage, das von der Wissenschaft herausgebrachte Material zu benutzen. Um die neuen Wege in der Pflanzenernährung allen Landwirten zu öffnen, entschloß man sich, Mischdünger herzustellen, die alle Kernnährstoffe enthalten. Diese Mischdünger sollten so zusammengesetzt sein, wie sie Boden und Pflanzen benötigen.

Dieses Problem stieß aber dadurch immer wieder auf Schwierigkeiten, weil ja die Ernährung der Pflanze von vielen Faktoren abhängig ist. Einmal spielte der natürliche Nährstoff-Vorrat im Boden eine große Rolle, z. a. ist das Nährstoffbedürfnis der einzelnen Kulturpflanzen ein verschiedenes, wiederum schwankt aber auch der Nährstoff-Gehalt des Stalldüngers außerordentlich. Ein Mischdünger in einem starren Verhältnis mußte also unbedingt zum Rezept führen und würde wohl in vielen Fällen, wenn nicht in den meisten, unwirtschaftlich sein. Aus diesem Grunde wurden von der Deutschen Superphosphat-Industrie, die das Mischdünger-Problem etwa in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts aufgriff, 40



Mischanlage für die Herstellung von Ammon-Super, Kali-Ammon-Super und Kali-Super.



Mischtrommel für die Herstellung von Ammon-Super, Kali-Ammon-Super und Kali-Super.

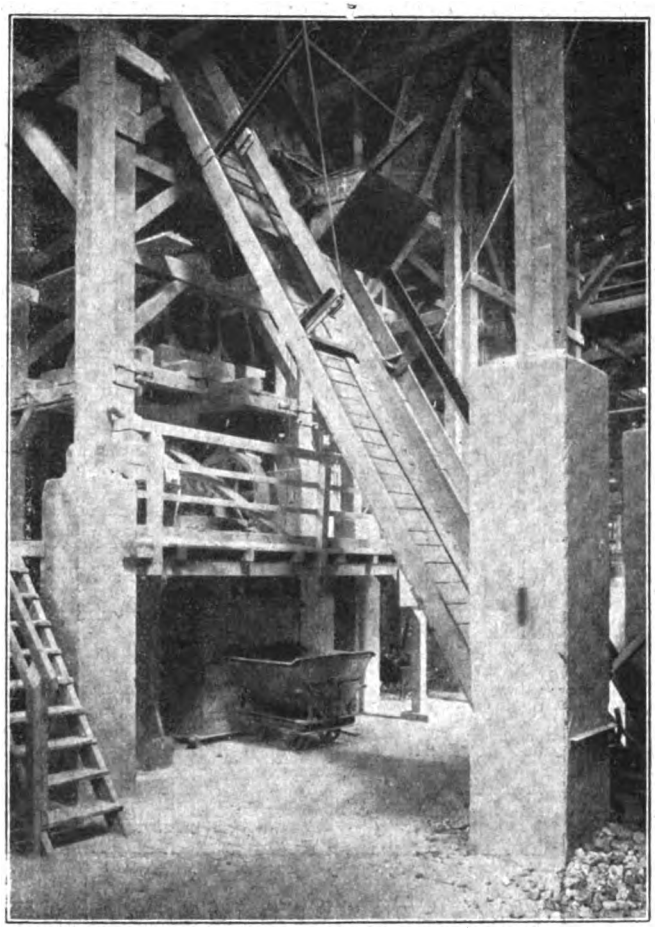
Digitized by Google

verschiedene Mischdünger fabrikmäßig hergestellt. Vor dem Kriege spielte die Mischdüngerfrage in der deutschen Landwirtschaft eine untergeordnete Rolle; das mag wohl daran gelegen haben, daß die Zahl der verschiedenen Stickstoff-Düngemittel eine bedeutend geringere gewesen ist.

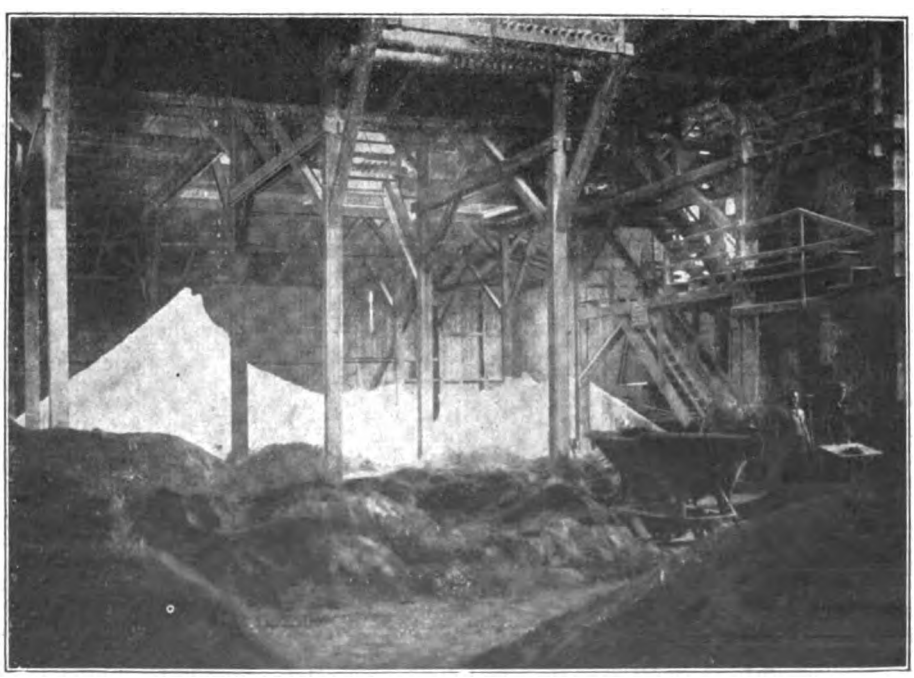
Man benutzte als Stickstoff-Dünger vor dem Kriege im allgemeinen nur zwei Stickstoff-Düngemittel: Schwefelsaures Ammoniak und Chilesalpeter. Heute wo dem Landwirt eine große Anzahl synthetisch hergestellter Stickstoff-Düngemittel gegenüber steht, ist das Verlangen nach einem alle Nährstoffe enthaltenden Dünger, der nach Möglichkeit den verschiedenen Verhältnissen gerecht wird, viel größer.

Da die Landwirtschaft nun aber entgegen allen aufgestellten Behauptungen immer individuell düngen muß, wird es einen solchen Dünger nicht geben. Besteht doch die Gefahr bei einem Mischdünger, der die Nährstoffe nur in einem bestimmten Verhältnis enthält, daß eine Verschwendung mit irgend einem davon getrieben werden kann. Diesem Umstand muß aber bei der Behandlung dieser Frage weitestgehend Rechnung getragen werden, um die Wirtschaftlichkeit der Düngung zu gewährleisten.

Aus diesen Gründen hat sich die D. S. I. schon immer in starkem Maße diesem Problem zu gewandt und die Herstellung ihrer vielen verschiedenen Mischungen, wie sie in untenstehender Tabelle zusammengestellt sind, wieder aufgenommen. Diese Mischungen dürften wohl jedem Nährstoffbedürfnis für die einzelnen Pflanzen gerecht werden. Man kann wohl behaupten, daß hier dem Landwirt Düngemittel in die Hand gegeben werden, mit denen er immer eine rationelle Düngung durchführen kann.



Anlage zur Beförderung von gemahlenem Rohphosphat zur Aufschlußmaschine.



Lagerung von schwefels. Ammoniak, das zur Herstellung von Mischdünger verwendet wird.

Die 40 Mischdünger der Super-Industrie sind folgende:

Kali-Ammon-Super.

N		P_2O_5		K_2O
5%	und	5%	und	5%
8%	und	8%	und	8%
5%	und	5%	und	8%
5%	und	8%	und	8%
10%	und	6%	und	10%
5%	und	8%	und	5%
4%	und	5%	und	6%
6%	und	6%	und	6%
7%	und	7%	und	9%
2%	und	10%	und	5%
5%	und	5%	und	10%
6%	und	6%	und	12%
3%	und	10%	und	10%
6%	und	10%	und	10%
5%	und	10%	und	10%
4%	und	10%	und	10%
8%	und	5%	und	5%
4%	und	5%	und	4%

Ammon-Salpeter-Super.

Ammon.-N		Salp.-N		P_2O_5
6 %	und	3 %	und	9%
4½%	und	4½%	und	9%

Ammon-Super

N		P_2O_5
9%	und	9%
7%	und	9%
6%	und	12%
5%	und	10%
8%	und	12%
8%	und	9%
5%	und	15%
3%	und	15%
5%	und	13%
5%	und	12%
2%	und	12%
4%	und	12%
3%	und	10%
12%	und	8%
12%	und	6%
14%	und	6%

Kali-Super.

P_2O_5		K_2O
7%	und	9%
10%	und	10%
10%	und	5%
5%	und	10%

Digitized by Google

Jagdromane, Jagdnovellen,

jagdliche Humoresken oder kurze Romane und Erzählungen mit fischereisportlichem Einschlag, auch Übersetzungen sowie Schilderungen von Jagdexpeditionen werden jederzeit als Original- oder Zweitdruck erworben. Gefl. Zuschriften an Verlag „Der Deutsche Jäger", München, Briennerstraße 9.

Politische, wirtschaftliche und kulturelle Berichterstattung über den

Balkan

übernimmt für angesehene Provinzzeitungen erfahrener deutscher, auf dem Balkan ansässiger Journalist. Referenzen und Stilproben auf Wunsch. Angebote unter D. P. 14 9 an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48.

Volontärstelle

bei großer Tageszeitung gesucht. Bewerber: 23 Jahre, gebildet, journalistisch begabt. Zuschriften erbeten unter D. P. 1427 an die Geschäftsstelle der „Deutschen Presse", Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41

Skat- und Radio-Ecken!!

Wir übernehmen noch die Bearbeitung obiger Sparten für einige Zeitungen und Zeitschriften. Auf Wunsch auch mit Briefkasten. Reiche Erfahrungen, längere Praxis. Angebote unter D. P. 1424 an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48.

Kürzere Lokalspitzen

Lichtmeß, Fastnacht, Aschermittwoch und allgem. Inhalts gesucht

Nur auf erstklassige Arbeiten wird reflektiert. Gefl. Angebote unter D. P. 1425 an den Verlag f. Presse, Wirtschaft u. Politik G. m. b. H., Berlin SW 48.

Volontärstellung

in Redaktion Berlin sucht Zeichnerin (Illustration, Portrait), sprach- u. schreibgew., Stenogr., Schreibm. Angebote unt. „D P 1426" an den Verlag f. Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48.

Redakteur

Dr. phil., mit besten Empfehlungen u. Zeugnissen, gründlich. langjähriger Praxis, vielseitig und gewandt, zuverlässig und arbeitsfreudig, alle Sparten beherrschend, u. a. auch im Feuilleton (Kunst, Wissen, Musik, Theater usw.) vorzüglich befähigt, zugkräftig im Umbruch, sucht Stellung Gfl. Angebote unt. D. P. 1390 an die Gesch. der „Deutsch. Presse", Berlin SW 48.

„Presse und Pressa"

Ein Brevier für Journalisten und die es werden wollen.

Dr. Stern-Rubarth, Chefredakteur des W. T. B. in der „Deutschen Presse:"

. . . . Im ganzen: es ist ein sorgfältig und liebevoll gearbeitetes Werk, aus dem man unendlich viel lernen kann. . .

Der Reichskunstwart:

. . . . Durch die geschickte Verbindung von Bild, Schlagwort und Text ist in diesem dauernden Erinnerungsbuch auch der Stil, den wir heute für derartige propagandistische Dinge suchen, in ausgezeichneter Weise erfaßt.

Reichsminister a. D. Sollmann:

. . . . von der Höhe Ihrer Leistung geradezu überrascht. Es ist die glänzendste Würdigung der Pressa, die mir unter die Augen gekommen ist.

Für Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse ist der Ursprungspreis von 5 RM auf zwei Mark herabgesetzt.

Zu beziehen: (zuzüglich 30 Pfg. Porto oder durch Nachnahme zuzüglich Porto RM 2.60.)

Verlag der „Deutschen Presse", Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241

Für Feuilleton u. Schauspielkritik

wird von einer großen Tageszeitung des Westens eine Kraft ersten Ranges gesucht. Nur Bewerber, die sich über erfolgreiche und hochqualifizierte Tätigkeit auf beiden Gebieten ausweisen können und über gereifte Erfahrung verfügen, wollen sich melden. Entsprechende Honorierung vorgesehen. Angebote unt. D P 1430 an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G m b.H., Berlin SW 48.

Volontär bezw. Volontärin

für Zeitschriftenverlag zu möglichst sofortigem Antritt gesucht Angebote unter „D. P 1428" an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m b. H, Berlin SW 48.

Für die Vertriebsabteilung

biete ich eine 11jährige Erfahrung im Zeitungsfach bei besten Zeugnissen. Selbständig im Überweisungsverkehr einschließlich Kontoführung, Abrechnung Schriftwechsel und Mahnwesen, im Verkehr mit den Kunden gewandt, auch im Anzeigenwesen vertraut, sucht Dame passende Stellung in Berlin unter Berlin N 24, Postlagerkarte 133.

Unentbehrlich für jeden Redakteur

Besprechungsexemplare können nicht abgegeben werden.

Dr. jur. JOSEF TRAKATSCH

Die strafrechtliche Haftung des verantwortlichen Redakteurs in der Rechtsprechung des Reichsgerichts

Mit einem Geleitwort von Oberreichsanwalt Prof. Dr. Ebermayer

Die vorliegende Arbeit stellt nicht die privaten Einzelmeinungen fast durchweg veralteter Rechtsgelehrter dar, sondern die allein maßgebliche Rechtsprechung des Reichsgerichts. In richtunggebender Klarheit erschöpft sie knapp und straff die sämtlichen rechtlichen Möglichkeiten des journalistischen Tageskampfes und seiner Zweifel. Nur die unzureichende Kenntnis der eindringlich geschilderten Möglichkeiten konnte bisher die innere Sicherheit des Redakteurs und damit die individuelle Note und Wirkung seiner Arbeit gefährden.

RM 2.— (bei Voreinsendung des Betrages oder RM 2.45 bei Nachnahmesendung).

VERLAG FÜR PRESSE, WIRTSCHAFT UND POLITIK G.M.B.H., BERLIN SW 48, FRIEDRICHSTR. 240/41

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 3 — Berlin, den 19. Januar 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H. Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 846 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Lessing und der Journalismus.

Ein Gedenkblatt zum 200. Geburtstag des Dichters: 22. Januar 1729.

Von Dr. Hans Traub,

Mitarbeiter des deutschen Instituts für Zeitungskunde in Berlin.

„Als ob er stehend geschaffen hätte, ein Anwalt seiner Sache, den Blick fest und klar in die Wirklichkeit gerichtet, so wirkt seine ganze Erscheinung."

(Moeller van den Bruck.)

Lessing war deshalb Journalist, weil er ein ständiges, aktuelles und entscheidendes Wirken als Pflicht seines Lebens empfand. Er wollte die Alltäglichkeit zur Wahrheit führen. „Aber das, weiß ich", sagt Lessing, „ist Pflicht, wenn man Wahrheit lehren will, sie ganz oder gar nicht zu lehren, sie klar und rund, ohne Rätsel, ohne Zurückhaltung, ohne Mißtrauen in ihre Kraft und Nützlichkeit zu lehren". Ein Mann, der solche Worte braucht, trägt sein journalistisches Schicksal in sich: denn das unmittelbare, entscheidende Wirkenwollen durch die Schrift ist Merkmal jedes großen Journalismus.

Folgen wir allerdings der neuen Forschung, werden wir in Zweifel kommen, ob wir Lessing einen Journalisten nennen dürfen. Lessing als Dichter soll dabei von vornherein ausgeschaltet werden, und erst recht die Frage, wie weit er diese Bezeichnung verdient. „Und doch hatte Lessing recht, als er stolz-bescheiden von sich sagte:, ich bin kein Dichter." „Nicht das Phantastische, nur das Sachliche war Lessings Besitz. Sein Lebensgefühl war mächtig, sein Weltgefühl tief, aber ein eigenes Bild für sie zu finden, fiel ihm schwer" [1]). Nehmen wir Lessing als Tagesschriftsteller in Aufsätzen und Besprechungen, aktuellen Gelegenheitsgedichten und Flugschriften, dann ist ohne Zweifel ihr gemeinsames Merkmal die leidenschaftliche Kritik. Tatsächlich steht aber am Beginn jeder Betrachtung über Journalismus die Kritik und Lessing am Beginn dieses kritischen Journalismus. „Er ist Philologe und Ästhetiker in einem, Gelehrter und lebendiger Mensch, Dichter und Mittler zwischen den Künsten — mit einem Wort — Kritiker" [2]).

Journalist sein im heutigen Sinn heißt aber, nicht nur ein journalistisches Schicksal in seiner Brust tragen, sondern Journalist sein heißt heute in erster Linie, einen Schriftstellerberuf im Rahmen eines Zeitungsunternehmens haben. Nach den neuen Forschungen [3]), welche zwischen publizistischen Journalisten und journalistischen Publizisten zu unterscheiden versuchen, wäre Lessing eher als ein Publizist zu bezeichnen, der sich in seiner Wirkungsweise journalistischer Art bedient. Lessing ist kein Journalist von Beruf, Lessing ist die Verkörperung des journalistischen Wesens. Lessing ist „Bürger beider Welten der Welt, in der die Menschen der Kunst hausen, — und der anderen, der gewöhnlichen", und „keiner von beiden ist er ganz verpflichtet", „in keiner ganz zu Hause" [4]).

Lessings Schicksal war sein unbezwingbares journalistisches Wollen. Er verspürte in sich eine Kraft, welcher sein Gewissen die Berechtigung eines selbständigen Lebens nicht versagen durfte. Lessing mochte keinen Beruf, er kämpfte gegen jeden Beruf. Deshalb können wir ihn auch nicht schlechthin als Journalisten bezeichnen. Lessing rang um den „Beruf" des freien Schriftstellers. In diesem Kampf stand er gegen seine Eltern, die ihn wegen seiner Lebensart mit argen Vorwürfen überschütteten, deshalb lehnte er jedes feste Stellungsangebot ab, wechselte seinen Wohnort, litt unter Schulden und Armut, verweilte niemals lange im Mitarbeiterkreis ein und desselben Blattes. Nicht einmal den regelmäßigen Berichterstatter aus Berlin wollte er für seine Leipziger Freunde machen. Die Worte eines Schreibens an seinen guten Bekannten Nicolai sind bezeichnend: „Ihr Projekt wegen eines neuen gelehrten Journals ist vortrefflich. Sie sind bis jetzt noch der einzige Arbeiter an demselben? Recht gut, und wenn es nur einigermaßen möglich ist, so bleiben Sie es auch." Dieses Ringen um die Anerkennung seiner selbst als Schriftsteller aus eigener Kraft, der Mut, der erste freie Schriftsteller Deutschlands zu werden, führte ihn bis zur Beteiligung an einer Druckerei für seine eigenen Schriften und zu dem scharfen Kampf gegen den Nachdruck und die Verhältnisse des damaligen Buchhandels. Lessing brauchte die lebendige Welt um

[1]) van den Bruck, Moeller, Entscheidende Deutsche; die Deutschen, unsere Menschengeschichte. Bd. 5, S. 115. Minden, o. J.

[2]) Fechter, Paul, Dichtung und Journalismus, Weltliteratur der Gegenwart. 2. Teil, Leipzig 1924.

[3]) Bömer, Karl, „Journalistik" und „Publizistik" in der modernen Literatur, Zeitungsverlag Nr. 1, 1929, Sp. 47 ff.

[4]) Fechter a. a. O.

Digitized by Google

sich und seine Freiheit in ihr, um schaffen zu können. Selbst sein Eheglück war jenem Wirkenmüssen preisgegeben. Nur kurze Zeit war es ihm vergönnt, mit der von ihm geliebten Frau die Lebensgemeinschaft zu pflegen.

Von einer Krankheit nach Wolfenbüttel, wo er zuletzt Bibliothekar war, zurückgekehrt, schreibt er Ende 1780: „Denn das Erste, was ich fand, war Ich selbst. Und mit diesem Unwillen gegen mich selbst soll ich anfangen gesund zu seyn und zu arbeiten?" „Nun freylich", höre ich meine Freunde mir nachrufen, „denn ein Mann wie Sie kann alles, was er will." „Aber, liebe Freunde, wenn das nur etwas anderes hieße, als kann alles, was er kann. Und ob ich dieses Können jemals wieder fühlen werde: das ist die Frage!" Am 5. Februar 1781 starb er in Braunschweig. „Die Klagen sind eines Menschen, aber die Handlungen sind eines Helden; beides macht den menschlichen Helden"[5]).

Die Literatur über Lessings Tätigkeit als Publizist ist spärlich, so viel der Abhandlungen und Arbeiten es gibt, die sich mit dem Inhalt seiner Stücke und Aufsätze, mit den philosophischen und literarkritischen Problemen seines Schaffens befassen. Nur selten ist versucht worden, das zahlreiche Gerät kurz zu kennzeichnen, dessen er sich zur Verbreitung seiner kritischen Wirkung bediente. Wir meinen nicht seinen Stil zu schreiben. Er war ein völlig eigener und neuer in seiner Urwüchsigkeit, vor allem neu in seiner starken Betonung der Beweglichkeit und des Reichtums der deutschen Sprache. Doch sagt Lessing selbst über seine Schreibweise: „Es kommt nicht darauf an, wie wir schreiben, aber viel, wie wir denken." Hier sollen nun die hauptsächlichen periodischen Schriften genannt werden, an denen er diese Schreibweise übte und die er selbst gründete.

Zweimal sehen wir Lessing für kurze Zeit einen festen Beruf haben: Einmal als Redakteur der Vossischen Zeitung, zum anderen als Bibliothekar. Beide Male hat er sich dagegen lange gesträubt, um dann beidemal Grundlegendes zu leisten. Von Februar bis Dezember 1751 und Dezember 1752 bis Oktober 1755 war er tätig an der Vossischen Zeitung, an welcher er schon vorher gelegentlich mitgearbeitet hatte. Als Christian Friedrich Voß 1751 den Besitz der ehemaligen Rüdigerschen Zeitung antrat, war seine erste Handlung, Lessing als Leiter des sogenannten gelehrten Artikels zu berufen. Gleichzeitig wurde eine neue Monatsbeilage gegründet „Das Neueste aus dem Reiche des Witzes". Sie bestand nur 9 Monate (IV.—XII. 51). Trotzdem nennt sie Muncker mit Recht die „erste kühne Offenbarung einer ... Kritik der Haupterscheinungen der neuen Literatur"[6]). Die Beilage versank, doch seit ihrem Bestehen konnte die aktuelle literarische Kritik aus den Berliner Zeitungen nicht mehr verschwinden. Welche Beiträge im einzelnen von Lessing stammen, ist strittig.[7]). Über allem aber liegt die Frische und die Schlagfertigkeit seines schriftstellerischen Temperamentes.

Noch widerwilliger nahm Lessing die Bibliothekarstelle in Wolfenbüttel an. Als er begann, aus dem unveröffentlichten Material laufend Handschriften und anderes zu bearbeiten und drucken zu lassen, schickte er dieser wissenschaftlichen Zeitschrift, „Zur Geschichte und Literatur. Aus den Schätzen der herzoglichen Bibliothek zu Wolfenbüttel" (1773—77), die für ihn bezeichnenden Worte voraus: „... daß man zeigt, wozu es denn nun auch der Gelehrsamkeit und den Gelehrten genutzt habe, daß so viel Bücher mit so vielen Kosten hier zu Hause gebracht worden. Das allein sind die Thaten der Bibliothek, und ohne Thaten gibt es keine Geschichte." Das klingt wie der letzte Versuch, seine Lebensart zu schützen, seinem inneren Wirkungsdrang Mut zu machen, und doch hatte er seine Empfindung schon ehrlicher in einem Brief an Voß (28. Oktober 1772) als „elende Bibliothekarische Kahlmäuserey" bezeichnet, „die wenig Leute in der Welt werden lesen wollen".

Zwischen seiner Tätigkeit an der Vossischen Zeitung und der Bibliotheksstelle lag eine weite, segensreiche, publizistische Arbeit. Sie ist bei aller Schärfe, polemischer Angriffslust, geschickter Schlagfertigkeit niemals hastig und aufgeregt. Eine merkwürdige Gewißheit, daß sein Leben ihn die Erledigung seiner Pflicht sicher zu Ende bringen lasse, ruht über dem stürmischen Schrifttum seiner Feder. In die Kleinarbeit seiner redaktionellen Tätigkeit führen uns am besten verschiedene Briefe aus Leipzig ein. Hier hatte Lessing für seinen Freund Nicolai, der zusammen mit Mendelssohn eine anonyme Zeitschrift herausgeben wollte, nach einem Verlage gesucht. Sie bei Lankisch unterzubringen, war gescheitert, schließlich erschien sie bei Joh. Gottfried Dyck. Ihr Name „Bibliothek der schönen Wissenschaft und der freyen Künste" (1757—59) stammt wohl auch von Lessing.* Er war zeitweise Redakteur und Korrektor für die Schriftleitung, welche in Berlin saß. Da gab es viele Klagen über nicht rechtzeitig angelieferte oder schlecht geschriebene Manuskripte, über undeutlich gestochene Kupferplatten, Auslassungen und Druckfehler. Später hat er in seiner eigenen Zeitschrift scharfe Kritik an diesem Blatt geübt.

Am bedeutendsten tritt Lessing in seinen eigenen Zeitschriften in den Vordergrund. Schon während des kurzen Erscheinens der Monatsbeilage der Vossischen Zeitung war es ersichtlich geworden, daß irgend etwas anderes in dieser Art Kritik zu üben verborgen lag, wie in der bisher üblichen. Die Öffentlichkeit las sie wirklich, wurde von ihr erfaßt und beschäftigte sich mit ihr. So gründete dann Lessing gemeinsam mit Friedr. Nicolai „Die Briefe, die neueste Literatur betreffend" (1759—1765), eine Wochenschrift frei von allen politisch-aktuellen Fragen, aber ein „Organ schärfster Tageskritik"[8]) an den Wissenschaften und schönen Künsten. Lessing selbst war eifriger Mitarbeiter. Er gab der Zeitschrift die Form von Briefen an einen verwundeten Offizier, seinen verehrten Freund E. v. Kleist. Nur dessen Bescheidenheit hinderte es, daß der erste Band nicht sein Bild trägt. „Hamburgischer Anzeiger" und „Nordischer Aufseher" in Kopenhagen, wie zahlreiche andere Blätter bis über die Grenzen Deutschlands hinaus, beschäftigten sich mit Form und Inhalt dieser Berliner Zeitschrift. Erst als der Kreis von Mitarbeitern zur Clique zu werden drohte, erst als man in gewissen Zirkeln spöttisch von den „Nicolaiten" sprach, zog sich Lessing plötzlich zurück. Er brauchte seine Freiheit, um die Wahrheit sagen zu können; er suchte die ehrliche Kritik und haßte den Ruf, im Dienst einer literarischen Richtung zu stehen. So ist es bezeichnend, daß die nächste Zeitschrift, die er gründete, nur ihn zum Verfasser hat und sogar in einer Druckerei erscheint, an der er selbst beteiligt ist.

Von gleicher Bedeutung wie die „Briefe" ist die „Hamburgische Dramaturgie" (1767). Lessings Arbeit am Hamburger Theater ermöglichte ihm die Herausgabe dieser Zeitschrift. Erscheint seine plötzliche Abkehr von den „Briefen" beinahe unklug, indem er seine wert-

[5]) Lessing, nach van den Bruck, a. a. O. S. 128.

[6]) Muncker, F., Das Neueste aus dem Reich des Witzes, Berlin 1904, S. X.

[7]) Consentius, E., Lessing und die Vossische Zeitung, Leipzig 1902.

[8]) Schmidt, Erich, Lessing. Berlin 1923, Bd. 1, S. 390.

Digitized by Google

volle Kraft einer so schnell zu Ansehen gelangten Zeitschrift entzog, ohne einen Kompromiß zu versuchen, so sehen wir ihn jetzt den Realitäten des Lebens volle Rechnung tragen. „Meiner Ansicht nach sollten diese Blätter hauptsächlich der Kritik der Schauspieler gewidmet seyn, ich sehe aber wohl, daß mit diesem Volk nichts anzufangen ist: sie nehmen Privaterinnerungen übel, was würden sie bei einer offenen Rüge tun: ich werde es also wohl die Autoren müssen entgelten lassen." (Brief im August 1767). So wurde aus der ursprünglich beabsichtigten regiekritischen Zeitschrift eine mehr literarkritische Zeitschrift.

Ähnlich wie bei der Hamburgischen Dramaturgie hatte Lessing bereits 1754—58 (Berlin) in der „Theatralischen Bibliothek" als Herausgeber und fast alleiniger Mitarbeiter gewirkt. Doch kann man darüber streiten, ob dieser Erscheinung noch die Bezeichnung „Zeitschrift" zuzuerkennen ist. Es würde zu weit führen, auch auf Lessings Mitarbeit weiterhin im einzelnen einzugehen. 1747—48 schrieb er eifrig in Mylius „Ermunterungen zum Vergnügen des Gemüths", Hamburg, und dem „Naturforscher", Leipzig. 1750 finden wir ihn bereits als Mitherausgeber tätig an den „Beyträgen zur Historie und Aufnahme des Theaters", (Stuttgart), wie als Mitarbeiter der „Critischen Nachrichten aus dem Reiche der Gelehrsamkeit", welche bei Haude, der Konkurrenz von Voß, erschienen. Vom „Hamburgischen unpartheyischen Correspondenten" und der „Hamburgischen Neuen Zeitung" verbreiteten sich infolge seiner Mitarbeit die berühmten Polemiken gegen Lange und Klotz über die gelehrte und geistig regsame Welt, und an Matthias Claudius „Wandsbecker Bothe" beteiligte er sich 1771 mit mehreren Beiträgen. Ungenannt bleiben die zahlreichen Zeitschriften, welche Abdrücke von Lessings Schriften brachten, die sich kritisch mit ihm befaßten oder vereinzelt seine Mitarbeit erlangten.

Ein Mann, der so unmittelbar am Geschehen seiner Zeit teilnahm, hatte natürlich weit über seine Mitarbeit hinaus Beziehungen zum periodischen Schrifttum. Noch im Kriegsgetümmel zu Breslau bestellte er sich Nummern des „Journal étranger". Er war belesen in der Jenaischen Zeitung wie in der Braunschweiger Zeitung, den Göttingischen Anzeigen und der „Brem und Werdischen Bibliothek", der Simonettischen und der politischen Zeitungen in Berlin wie vielen anderen, zum Teil hielt er sie sogar regelmäßig. Man muß sich wundern, wenn man aus seinen Briefen erfährt (1767), daß er das „Journal des Savans" bis auf 1764 komplett in 235 Bänden, den „Mercure de France" bis auf 1758 in 254 Bänden; die „Acta Erruditorum", das „Année litteraire" von Ferron, kurz ein „Praß von solchen Werken" besitzt. Seine Größe als „Journalist" aber blieb, daß er nicht nur durch die Frische und Leichtigkeit seines Stils einen weiten Leserkreis sich gewann, sondern daß „der Ernst als eigentlich sittliche Macht hinter all seinem Witz stand". „Aus einer großen Gesinnung und einem großen Entschluß kam Lessings Kritik: er wollte wirken auf das Volk, das er liebte. Nicht um das Feuerwerk war es ihm zu tun, sondern um das Licht, das dabei auf sein Vaterland fiel"[9]).

[9]) van den Bruck, S. 110/111 a. a. O.

Wem gehört die Zeitung?

Von Hermann Jockisch.

In Nummer 50 der „Deutschen Presse" ist unter der Überschrift „Gefahren der Vertrustung" Mitteilung von dem Ergebnis einer Umfrage gemacht worden, das Manfred Rietschel in seiner Abhandlung „Der Familienbesitz in der deutschen politischen Tagespresse" verwertet hat. Durch diese Umfrage ist seinerzeit festgestellt worden, daß die Mehrheit der deutschen Tageszeitungen im Besitze einer Familie ist, nämlich 2660, während 597 Zeitungen, allerdings darunter eine auffallend große Zahl bedeutender und bedeutendster Zeitungen, rein kapitalistisch als Blätter einer G. m. b. H. oder Aktiengesellschaft verwaltet werden. Die Verleger, die sich an jener Umfrage mit mehr oder weniger ausführlichen Antworten beteiligt haben, haben durchgehend den Standpunkt vertreten, daß die Zeitung im Besitz einer Aktiengesellschaft oder einer G.m.b.H. leicht zu einem reinen Erwerbsunternehmen werde und daß ihre ethische Grundlage in Gefahr gerate, erschüttert zu werden, was eine Minderung des Ansehens des Blattes im Gefolge habe, Außerdem wisse man bei Zeitungen im Besitze einer G. m. b. H. oder Aktiengesellschaft meist niemals, wer dahinter stehe und welche Einflüsse auf die Redaktion ausgeübt werden könnten, daher sei das Verlangen der Redakteure, daß der wirkliche Besitzer einer Zeitung offenkundig gemacht werden müsse, verständlich und berechtigt.

Beide, das große Leserpublikum und die Redakteure, haben in der Tat ein Anrecht darauf, zu wissen, wer eigentlich hinter der Zeitung und der von ihr vertretenen Meinung steht. Es will insbesondere nicht angängig erscheinen, daß die Mitglieder der Redaktion nicht wissen, wem sie ihre Begabung und ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Denn wir sind in Deutschland — glücklicherweise — noch nicht so weit, daß dem Redakteur die Gesinnung des Blattes; für das er arbeitet, gleichgültig ist, daß er ohne Rücksicht auf die eigene Gesinnung dem Herausgeber einer Zeitung seine publizistische Begabung einfach zur Verfügung stellt. Der deutsche Redakteur will unter allen Umständen mehr sein als nur eine Schreibmaschine.

In Amerika ist das anders. Dort verpachtet nicht selten der journalistisch begabte Mensch diese seine journalistische Begabung dem bestzahlenden Verleger. Das ist ein in Deutschland unmögliches Vorkommnis. Dabei verpflichtet in Amerika das Gesetz den Zeitungsverleger zur öffentlichen Bekanntgabe der wahren Eigentümer eines Blattes. Will ein Redakteur seine Fähigkeiten nur nach bester Bezahlung, nicht nach seiner Überzeugung in den Dienst einer Zeitung stellen, so ist das seine Sache. Das hat er mit sich selbst abzumachen. Die Öffentlichkeit, das Leserpublikum wird jedenfalls über die eigentlichen Besitzer nicht im Unklaren gelassen. Die Öffentlichkeit erfährt auch den Namen des Chefredakteurs. Sie kann also selbst nachprüfen, ob ein Mann morgen eine politische Richtung bekämpft, die er gestern noch verteidigt hat, und sie kann sich dementsprechend ein Urteil über die von einem solchen Manne geleitete Zeitung bilden.

Das betreffende Gesetz in den Vereinigten Staaten ist noch nicht alt. Es ist erst wenige Jahre vor dem Kriege in Wirksamkeit getreten und datiert vom 24. August 1912. Es kennen zu lernen, ist von Wert. Sein Wortlaut geht dahin:

> „Jeder Herausgeber, Verleger, Geschäftsführer oder Eigentümer einer Zeitung... ist verpflichtet, jeweils bis zum 1. April und 1. Oktober jedes Jahres auf vorgeschriebenen Formularen dem Generalpostmeister eine durch Eid bekräftigte Aufstellung einzureichen, die den Namen und die Adresse des Verlegers, des Chefredakteurs, des Geschäftsführers und des Eigentümers enthält. Ist

Digitized by Google

das Unternehmen eine juristische Person, so müssen alle Anteilseigner, Aktionäre, Treuhänder, Hypothekengläubiger usw. genannt werden."

Das Gesetz bestimmt weiter die Verpflichtung der Zeitungen und Zeitschriften, halbjährlich vor einem Notar die Höhe der Auflage zu beeiden und öffentlich bekanntzugeben. Damit ist also ein weitgehender Schutz für die Öffentlichkeit und für die Redaktionsmitglieder gegeben.

„Das Gesetz geht von dem Standpunkt aus", schreibt Emil Dovifat in seinem Buche „Der amerikanische Journalismus", „daß es nicht gleichgültig sein kann, in wessen Händen ein Blatt und der öffentliche Einfluß, den es zu üben in der Lage ist, sich befindet. Das Gesetz schafft Klarheit über die Besitzverhältnisse in der Tagespresse." Und von Rechts wegen fügt Dovifat hinzu: „Auch vielen europäischen Staaten wären ähnliche Maßnahmen heilsam. Es käme dann nicht länger vor, daß ganzen Redaktionen unbekannt ist, in welchen Diensten ihre Feder eigentlich steht."

Man sollte meinen, daß es bei der deutschen Auffassung von der Notwendigkeit der Freiheit und Unabhängigkeit der Presse von äußeren Bindungen besonders geschäftlicher Art nicht so schwer halten könnte, in Deutschland ein ähnliches Gesetz zur Annahme zu bringen. Publikum und Redakteure haben das gleiche Interesse an ihm. Und da als Ergebnis der Rundfrage Dr. Rietschels die Verlegerkreise sich überwiegend für den Familienbesitz ausgesprochen haben, da dieser Familienbesitz das Vierfache des unpersönlichen Besitzes darstellt, dürften auch von dieser Seite kaum Schwierigkeiten zu erwarten sein. Es fragt sich nur, wer den Anfang macht mit dieser Forderung!

Im deutschen Reichstage sitzen 32 Redakteure und Verleger. Träger des Gedankens müßten natürlich die Journalisten selbst sein. Sie müßten mit der Bearbeitung dieser 32 Volksboten den Anfang machen. Das Interesse an der Einbringung und der Verabschiedung eines Gesetzes der erwähnten Art ist für die gesamte Volksgemeinschaft so groß, daß an der Annahme einer entsprechenden Gesetzesvorlage kaum ein Zweifel möglich scheinen will. Im Reichsverband der deutschen Presse sind über 3600 deutsche Redakteure zusammengeschlossen. Wenn sie einhellig ihre Stimme erheben, wird man sie nicht überhören können. Die Zeit ist reif für ein solches Gesetz. Es kommt nur darauf an, den Stein ins Rollen zu bringen!

Unser Kampf gegen die Sprachverwilderungen.

Von Dr. Kurt Schmidt (Bielefeld).

Seitdem August Schmits, der ehemalige Chefredakteur der „Kölnischen Zeitung", und Paul Schumann, der langjährige Feuilletonredakteur des „Dresdner Anzeigers", in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts mit dem Kampf für ein besseres Zeitungsdeutsch begannen, besonders aber seitdem unsere Verbandszeitschrift „Deutsche Presse" erscheint, vergeht kaum ein Monat, ohne daß wir bald von diesem, bald von jenem Kollegen ermahnt und ermuntert werden, in unserer Berufsarbeit auf Reinheit, Klarheit und Schönheit unserer Sprache zu achten. Sicherlich sind diese Ermahnungen nicht ganz ohne Erfolg geblieben, das Zeitungsdeutsch ist besser geworden, aber gerade die immer wiederkehrenden Klagen und Belehrungen beweisen, daß die Besserung nur sehr langsam fortschreitet und noch vieles im Argen liegt. Gebessert hat sich das Deutsch im allgemeinen in den Teilen der Zeitungen, die von den Redakteuren selbst geschrieben werden: in den politischen Artikeln, in den Feuilletons, den Theater- und Kunstkritiken, vielfach auch in den Plaudereien und Betrachtungen des lokalen Teils. Dagegen herrscht noch fast überall eine böse Sprachverwilderung in dem, was im eigentlichen Sinne „redigiert" wird: im Nachrichtenteil, in der Berichterstattung und in den Korrespondenzen der Auslandsmitarbeiter. Hier ist der Kampf besonders notwendig, aber auch besonders schwierig. Die Ursachen dieser Schwierigkeit sind mannigfach und müssen verschieden behandelt werden.

Bei der Berichterstattung bewirkt die Eile, mit der die Berichte niedergeschrieben und vom Redakteur durchgearbeitet werden müssen, daß sich Verstöße gegen die Sprache einschleichen und nicht beseitigt werden. Diese Fehlerquelle wird sich kaum ganz verstopfen lassen. Was hier gegen die Sprache gesündigt wird, ist deshalb meist entschuldbar. Wir werden uns damit abfinden müssen, und wir können es mit gutem Gewissen, wenn wir uns des Unterschiedes zwischen der Schriftsprache und der Umgangssprache bewußt werden. Die Umgangssprache, der viele Feinheiten der Schriftsprache fehlen, darf im allgemeinen als die Sprache der Berichterstattung gelten. Sie hat in vielen Gegenden mundartliche Eigenheiten angenommen, sie gebraucht wenig den Konjunktiv (fast nur in der indirekten Rede, und hier verwechselt sie meist „sei" und „wäre", „habe" und „hätte", „gebe" und „gäbe", „stehe", „stände" und „stünde" usw.) und gestattet sich auch sonst manche Abweichungen von den strengen Regeln der Schriftsprache. Wenn wir dies als Tatsache anerkennen, so dürfen wir in der Berichterstattung manches an sprachlichen Freiheiten durchgehen lassen, was wir sonst beanstanden müßten. Die Nachsicht sollte aber nur der wirklichen, lebendigen Umgangssprache gelten, nicht den Unarten des kaufmännischen Briefstils und den geschraubten Wendungen der noch nicht ganz ausgestorbenen, veralteten Mandarinensprache.

Anders liegen die Verhältnisse bei dem Nachrichtenmaterial, das die Nachrichtenagenturen den Redaktionen täglich auf den Tisch legen. Hier kann und muß gebessert werden. Die Meldungen der Nachrichtenagenturen, die von den Redakteuren meist unverändert abgedruckt werden, werden von allem, was in den Zeitungen steht am meisten gelesen. Sie sind es daher, die am nachhaltigsten die Sprache der Leser, also die Sprache des Volkes beeinflussen. Sprachverhunzungen, die in den Meldungen der Nachrichtenagenturen zur Regel werden, bürgern sich ein, weil sie gedankenlos nachgesprochen werden. Darum haben die Nachrichtenagenturen eine besonders große Verantwortung für die Entwicklung der Sprache. An sie müssen wir uns deshalb mit der dringenden Bitte wenden, in ihren Meldungen nicht nur eine grammatisch richtige, sondern auch eine klare, einfache und schöne Sprache zu pflegen. Hier einige Vorschläge:

In den Meldungen wimmelt es von „anläßlich, gelegentlich, hinsichtlich, bzw., zahlreich". Klingt es nicht besser, wenn man schreibt: „zum Geburtstag" statt „anläßlich des Geburtstages", „bei der Eröffnung" statt „gelegentlich der Eröffnung", „zur Frage . . ." statt „hinsichtlich der Frage . . .", „viele Teilnehmer" statt „zahlreiche Teilnehmer"? Für das häßliche „bezw." kann man immer „und" oder „oder" sagen.

Seit einigen Jahren ist es üblich geworden, die Namen der ausländischen Zeitungen ohne Artikel zu gebrauchen: „Matin schreibt", „Times veröffentlicht", „New York World berichtet". Daß dies sprachlich falsch ist, leuchtet ohne weiteres ein, wenn man in der gleichen Weise mit deutschen Zeitungsnamen verfährt: „Vossische Zeitung schreibt", „Hamburger Fremdenblatt veröffentlicht", „Westfälische Neueste Nachrichten berichten" würde niemand sagen. Es ist kein Grund einzusehen, warum die ausländischen Zeitungsnamen anders

Digitized by Google

behandelt werden sollen als die deutschen. Daß man bei englischen Namen manchmal im Zweifel sein kann, welches Geschlecht man ihnen beilegen soll, kann doch nicht eine Regel der deutschen Sprache außer Kraft setzen. Von den öfter zitierten englischen Blättern ist es wohl nur das „Daily Chronicle“, bei dem der Gebrauch zwischen „die“ und „das“ schwankt. Die Nachrichtenagenturen mögen sich hier für das eine oder das andere entscheiden und an der einmal getroffenen Wahl festhalten, dann wird sie sich bald einbürgern. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß der Name der Pariser Zeitung „l'Oeuvre“ weiblich ist; es heißt also richtig: die „Oeuvre“.

Russische Namen, die auf „ow“ und „ew“ endigen, liest man jetzt oft mit ff statt des w. Diese Schreibweise ist aus dem Französischen übernommen, wo sie Sinn hat, weil die französische Rechtschreibung den stimmtonlosen aspirierten Lippenlaut am Wortende nicht anders ausdrücken kann. Im Deutschen aber liegt kein Grund vor, die Namen anders zu schreiben, als sie die Russen selbst schreiben, nämlich mit w, da in der deutschen Sprache dieselbe Regel für die Aussprache der Schlußkonsonanten gilt wie in der russischen. Wie wir „gab“ mit p, „Rad“ mit t sprechen, so sprechen wir auch „Sinowjew“ am Ende mit f, ebenso „Rykow“. Das w wie im Russischen beizubehalten empfiehlt sich auch deshalb, weil es in Ableitungen doch wieder erscheinen muß, z. B. „Frau Rykowa“.

Ebenso wie wir „Südafrika“ schreiben und nicht „South Africa“, so sollen wir auch stets „Südslavien“, und nicht „Jugoslavien“ schreiben, zumal die meisten Leser nicht wissen, daß „Jug“ im Slawischen „Süden“ heißt.

Noch einige Kleinigkeiten, die aber wegen ihrer häufigen Wiederholung störend wirken: Warum schreiben die Nachrichtenagenturen immer: „Der Herr Reichspräsident“ statt „der Reichspräsident“? Man schrieb doch auch früher nicht „der Herr Kaiser“! Und warum scheut man sich, wenn von Präsidenten und Ministern die Rede ist, bei der Wiederholung das Fürwort „er“ zu gebrauchen? Berichte, in denen ohne zwingenden Grund die Worte „der Präsident“, „der Minister“, wiederholt werden, machen den Eindruck, als ob im Berichterstatter noch ein Rest von Untertanengeist steckte. Wenn der Inhalt einer Rede kurz wiedergegeben wird, liest man jetzt regelmäßig: „der Redner betonte“, manchmal auch: „er erklärte“, aber nie das einfache: „er sagte“. Als ob die Redner heutzutage andauernd betonten.

Zum Schluß noch einige Worte über das Deutsch der Auslandskorrespondenten. Sobald sie einige Zeit im fremden Lande sind, nehmen sie meist, ohne es zu merken, Eigenheiten der fremden Sprache in ihr Deutsch auf, nicht nur beim Übersetzen von Blätterstimmen, sondern auch in ihren eigenen Aufsätzen. Besonders auffallend ist dies bei fast allen Londoner Vertretern: Ihr Deutsch ist mit Anglizismen durchsetzt und enthält viel mehr Fremdwörter, als sonst in der deutschen Zeitungssprache üblich sind. Dem deutschen Leser wird dadurch das Verstehen erschwert, vor allem dann, wenn Fremdwörter in dem Sinne gebraucht werden, den sie im Englischen haben, und nicht in dem, den wir ihnen gewöhnlich beilegen. Die am häufigsten vorkommenden Beispiele hierfür sind „kontrollieren“ und „Nationalisierung“. Wenn es im Londoner Brief heißt, der Industrielle X. kontrolliere soundsoviel Prozent der Schiffahrt oder des Bergbaus, so macht sich der Durchschnittsleser eine ganz irrige Vorstellung von der Tätigkeit dieses Herrn. Der Redakteur sollte in solchem Falle stets ein uns geläufiges Wort dafür setzen, etwa: „beherrscht“ oder „hält in der Hand“ oder „gebietet über“, „verfügt über“. Die „Nationalisierung“ der Bergwerke oder der Eisenbahnen ist zu übersetzen mit „Verstaatlichung“. Es würde auch nichts schaden, wenn man für „Foreign Office“ regelmäßig „Auswärtiges Amt“ sagte. Bei den Pariser Mitarbeitern fällt am meisten die falsche Übersetzung der „Radicaux Socialistes“ auf. „Socialistes“ ist hier Eigenschaftswort und muß deshalb im Deutschen, wenn wir ein zusammengesetztes Wort bilden, Bestimmungswort werden, nicht Grundwort. Die Partei heißt also die Sozialradikalen, allenfalls die Sozialistischradikalen, aber nicht die Radikalsozialisten.

Diese Beispiele, die sich beliebig vermehren lassen, mögen den Kollegen in den Redaktionen als Anregung dienen, die Beiträge der Auslandsvertreter recht genau daraufhin durchzusehen, ob sie Ausdrücke und Redewendungen enthalten, die undeutsch sind, und, falls sie solche finden, die bessernde Feder anzusetzen.

„Rundfunk und Presse“.

Zur Stellung der Rundfunk-Redakteure.

Die Redaktion des Drahtlosen Dienstes bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen:

Im letzten Heft der „Deutschen Presse“ hat Kollege Schwedler sich über „Rundfunk und Presse“ geäußert. Wir haben nicht die Absicht, diese Auseinandersetzung grundsätzlich weiterzuführen. Wir wollen lediglich ein Mißverständnis aufklären, welches sich aus den folgenden Sätzen des Kollegen Schwedler ergeben könnte.

> „Außerdem ist aber eine ganze Anzahl von Journalisten im Rundfunk tätig, und sie bilden wohl die stärkste Brücke zwischen Presse und Rundfunk. Aber mit diesen Kollegen ist es ebenso bestellt wie mit denjenigen, die in die Industrie gegangen und Pressechefs geworden sind. Ihre Tätigkeit, wenn sie zur Zufriedenheit ihrer Auftraggeber ausfällt, ist nicht immer in der Richtung der Förderung der Interessen der überwiegenden Mehrheit der Kollegenschaft, woraus ihnen selbstverständlich kein Vorwurf gemacht werden kann.“

Ohne daß Kollege Schwedler es beabsichtigt hat, könnte durch diese Sätze die Stellung der Rundfunkredakteure vor der Kollegenschaft in eine falsche Beleuchtung gerückt werden. Wir glauben, gleichzeitig auch im Namen derjenigen Redakteure sprechen zu dürfen, welche bei den einzelnen Rundfunkgesellschaften im Nachrichten- und Vortragsdienst tätig sind. Scharf muß unterschieden werden zwischen denjenigen Journalisten, welche als Redakteure für den Rundfunk tätig sind und denjenigen, welche ihre Arbeit in anderer Weise dem Rundfunk gewidmet haben. Für die zweite Kategorie mag der Vergleich des Kollegen Schwedler anwendbar sein. Denn diejenigen Kollegen, welche als Pressechefs von Industriekonzernen arbeiten, haben die Interessen einer bestimmten Gruppe zu vertreten gegenüber der Presse, sie haben zum Nutzen der betreffenden Interessengruppe die Verbindung mit der Presse herzustellen oder zu verbessern. Diese Kollegen haben für ihre Person nicht aufgehört, Journalisten zu sein, in ihrer amtlichen Tätigkeit jedoch beruht ihre besondere Verantwortung nicht auf demjenigen Verhältnis zur Gesamtöffentlichkeit, welches den eigentlichen Publizisten kennzeichnet. Sie arbeiten als Sachwalter und helfen denjenigen, welche die eigentliche Publizistik darstellen. In ähnlicher Weise sind die Pressechefs verschiedener

Digitized by Google

Rundfunkgesellschaften tätig. Der Rundfunkredakteur jedoch ist Publizist mit der nämlichen ungeschmälerten Verantwortung vor der Gesamtöffentlichkeit wie ein Zeitungsredakteur. Der Rundfunkredakteur hat gar nicht die Aufgabe, die Interessen des Rundfunks gegenüber der Presse wahrzunehmen, sondern er arbeitet verantwortlich für die Öffentlichkeit. Lediglich das letzte technische Mittel, durch welches die Arbeit des Rundfunkredakteurs veröffentlicht wird, unterscheidet diese Tätigkeit von der des Zeitungsredakteurs. Daraus wird man aber schwerlich einen Wesensunterschied folgern können, denn die verantwortliche Berufs-Situation ist beim Rundfunkredakteur und beim Zeitungsredakteur völlig gleich. Geht ein Redakteur aus einer Zeitung oder einem Nachrichtenbüro zum Rundfunk und ist er im Rundfunk wieder als Redakteur tätig, dann war es nicht anders, als wenn ein Redakteur etwa von Mosse zu Ullstein oder von der TU. zum WTB. geht. Er wechselt die Zeitung, aber nicht die wesentliche Situation und Verantwortung seines Berufes. Eben deshalb haben wir, die wir sämtlich Mitglieder des Reichsverbandes sind, immer entscheidenden Wert darauf gelegt, daß man unsere Tätigkeit trotz den Verschiedenheiten der Veröffentlichungstechnik als wesensgleich mit der Tätigkeit der übrigen Redakteure erkenne. Wenn die Benutzung des Rundfunks als Publikationsmittel zu Auseinandersetzungen mit denjenigen publizistischen Kreisen führt, deren Publikationstätigkeit der Rotationsmaschine anvertraut wird, so liegt eine solche Auseinandersetzung auf einer ganz anderen Ebene als auf der berufsständischer Unterschiede. Ähnliche Auseinandersetzungen könnten sich ja auch dann ergeben, wenn etwa in irgend einer Zukunft ein Zeitungskonzern zu gewissen neuartigen Mittel griffe, wie sie gegenwärtig in Amerika ausgeprobt werden (Fernsetzmaschinen usw.). Auch solche Mittel würden in der Veröffentlichungstechnik ganz neue Probleme aufwerfen, niemand jedoch würde dann die Redakteure des betreffenden Konzerns als in ihrer Arbeit und Verantwortung wesensverschieden von den übrigen Redakteuren bezeichnen. Für die Stellung der eigentlichen Rundfunkredakteure ist also das technische Mittel der Verbreitung im Standessinne unerheblich. Daß sich aus solchen technischen Fragen ernste Auseinandersetzungen ergeben können, hat damit nichts zu tun. Für die Redaktion der Dradag:
Chefredakteur Dr. Räuscher.

Fachrundschau

Zeitungskunde und Zeitungswissenschaft.

„Zeitungswissenschaft“. Die im 4. Jahrgang von Univ.-Professor Dr. d'Ester, München, und Dr. Walther Heide, Berlin, herausgegebene internationale Zeitschrift „Zeitungswissenschaft“ ist mit dem 1. Januar d. Js. in den Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin, übergegangen. Sie erscheint jetzt zweimonatlich in einem Umfang von 64 Seiten, so daß künftig in ihr auch größere Forschungsarbeiten veröffentlicht werden können. Neben dem der reinen wissenschaftlichen Forschungsarbeit gewidmeten Teil wird sie in einem aktuelleren Teil den zahlreichen Fragen des vielgestaltigen Zeitungswesens gerecht.

Vom deutschen Zeitungswesen.

Görlitzer Nachrichten und Anzeiger. Die Aktiengesellschaft „Görlitzer Nachrichten und Anzeiger“ hat wie uns geschrieben wird, die Buchdruckerei Eugen Munde, Verlag der „Niederschlesischen Zeitung“, Görlitz, käuflich erworben. Die beiden Zeitungen erscheinen ab 1. Februar 1929 als eine Zeitung unter dem Titel „Vereinigte Görlitzer Nachrichten und Niederschlesische Zeitung“. Der bisherige Leiter der Aktiengesellschaft „Görlitzer Nachrichten und Anzeiger“ Nacken, ist am 31. Dezember 1928 von seinem Amte zurückgetreten. Die Leitung der vereinigten Firmen hat der Verleger der „Niederschlesischen Zeitung“, Dr. Fritz Bokämper, übernommen. Die Aktien der Gesellschaft sollen 10 : 1 zusammengelegt und das Aktienkapital auf 300 000 RM erhöht werden.

Der „Märkische Sprecher“ in Bochum, die älteste Bochumer Zeitung, konnte am 10. Januar auf ein 100jähriges Bestehen zurückblicken. Vom Tage der Gründung an ist das Blatt im Verlage Stumpf erschienen, der inzwischen in eine Familien-G.-m.-b.-H. umgewandelt wurde. Es gehört also zu denjenigen deutschen Zeitungen, die alter Familienbesitz sind. Auch der „Märkische Sprecher“ kam zunächst wöchentlich heraus unter dem Titel „Wochenblatt für den Kreis Bochum“. Der erste Verleger war, wie damals üblich, Redakteur, Drucker und Verleger in einer Person. Den jetzigen Titel „Märkischer Sprecher“ führt die Zeitung seit dem 1. Juli 1848. Schon am 1. Januar 1874 ging das Blatt, das sich in Verbindung mit dem Industriegebiet entwickelte, zum täglichen Erscheinen über. Einen besonderen Aufschwung nahm es in den Jahren 1890—1920 unter der redaktionellen Leitung von Dr. Dr. Paul Küppers. Im Jahre 1905 wurde das „Rheinisch-westfälische Tageblatt“ mit dem „Märkischen Sprecher“ verschmolzen, am 1. Januar 1909 die damals auch schon über 50 Jahre alte „Bochumer Volkszeitung“.

Journalisten- und Schriftsteller-Organisationen.

Vorstandswechsel im Verein der ausländischen Presse. Der Verein der Ausländischen Presse in Berlin hat den neuen Vorstand in seiner Generalversammlung wie folgt gebildet: Vorsitzender Lochner (Amerika), stellvertretender Vorsitzender Winck (Frankreich), Schriftführer Vértesi (Ungarn), stellvertretender Schriftführer Bretscher (Schweiz), Schatzmeister Thorstad (Norwegen), Kontrolleur Ruttle (England), Beisitzer: Blokzijl (Holland), Ebbutt (England), Dr. Goldmann (Österreich), Sigrid Schultz (Amerika), Swiecicki (Polen), Xammar (Spanien).

Eine Organisation deutscher Journalisten in Riga. Die unter dem Namen „Verein Deutscher Journalisten Riga“ gegründete Organisation hat in ihrer konstituierenden Generalversammlung am 9. Januar folgenden Vorstand gewählt: Oskar Grosberg (Vorsitzender), Abgeordneter Dr. P. Schiemann, Arthur Knüpffer, Dr. Hans von Rimscha, Percy Vockrodt. Ziele des Vereins sind: Die Förderung der beruflichen Interessen seiner Mitglieder, die repräsentative Vertretung gegenüber den in Betracht kommenden Institutionen, sowie die Pflege kollegialer Beziehungen zueinander, wie zu den in Riga schon bestehenden Pressevereinigungen. Der Verein, der sowohl Vertreter deutscher Blätter im Auslande wie Redakteure Rigaer deutscher Zeitungen und Zeitschriften aufnimmt, zählt zurzeit 26 Mitglieder. Die deutschen Auslandskorrespondenten bilden in ihm eine eigene Sektion.

Verleger-Organisationen.

Eine Spitzenorganisation der deutschen Zeitschriftenverleger. Unter großer Beteiligung der Zeitschriftenverleger aus allen Teilen Deutschlands wurde am 16. Januar im Sitzungssaale der Industrie- und Handelskammer zu Berlin durch Zusammenschluß des bisherigen Reichsverbandes Deutscher Fachzeitschriftenverleger sowie des Vereins Deutscher Zeitschriftenverleger Leipzig und der Vertreter wissenschaftlicher Zeitschriften als Spitzenorganisation der Reichsverband Deutscher Zeitschriftenverleger E. V., Sitz Berlin, begründet. Als erste Vorsitzende wurden Handelsrichter Erich Greiffenhagen (Berlin) und Hofrat Horst Weber (Leipzig) gewählt. Der neue Reichsverband ist berufen, die Standesinteressen des gesamten Zeitschriftengewerbes in gleicher Weise wahrzunehmen wie die Parallel-Spitzenorganisationen im Zeitungs- und Verlagswesen. — Damit ist endlich, hoffentlich auch zum Besten der Zeitschriften-Redakteure, die einheitliche Zeitschriften-Verleger-Organisation zustande gekommen.

Aus der Organisation

Landesverband der Bayerischen Presse.

Am Samstag, dem 26. Januar, nachm. 4 Uhr, findet in den Räumen der ehem. Reichsratskammer (Landtagsgebäude), München, wieder der herkömmliche Presse-Empfang statt. Die Mitglieder der in der Landesarbeitsgemeinschaft der Bayerischen Presse zusammengeschlossenen Organisationen der Redakteure und Verleger sind zur Teilnahme an dieser Veranstaltung freundlich eingeladen, jedoch ist schriftliche Anmeldung an die Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft, München, Johann-v.-Werth-Straße 12, bis 22. Januar erforderlich.

Digitized by Google

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse.

Der Verein der Essener Presse

hielt am 8. Januar 1929 seine diesjährige Jahreshauptversammlung ab, die von 23 Mitgliedern besucht war. Eine Anzahl Mitglieder war an der Teilnahme verhindert, da zufällig an demselben Tage eine Reihe von wichtigen Veranstaltungen stattfand, denen sie beruflich beiwohnen mußten. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden Dr. Contzen ist folgendes erwähnenswert:

Der Verein hat im vergangenen Geschäftsjahr elf Sitzungen abgehalten. Im September verlor der Verein durch Tod das Mitglied Dr. Arnold.

Das Vereinsmitglied Kirschner wurde im Juni vom Vorstand ausgeschlossen. Der Verein hat diesen Beschluß einstimmig genehmigt. Die Hauptversammlung am 6. Januar 1928 erledigte die Regularien und nahm den Bericht über das letzte Pressefest entgegen. Von der Veranstaltung eines Pressefestes in diesem Winter wurde nach langer Aussprache in der Dezembersitzung Abstand genommen. In verschiedenen Sitzungen mußte sich der Verein mit den Finanzen des Landesverbandes und sodann mit denen des Reichsverbandes beschäftigen. Der Lauf der Dinge hat dem Essener Verein nur allzu recht gegeben, wenn er mit Entschiedenheit wiederholt darauf drängte, daß die Finanzgebarung in der Geschäftsführung des Landesverbandes Rheinland-Westfalen eingehend geprüft werde, und wenn er für eine gründliche Besserung in der Zukunft eintrat. Dankbar erkennen wir an, daß unser Verbandsvorsitzender Kollege Horndasch und unser Verbandsgeschäftsführer Kollege Dr. Würfel mehrfach an diesen Verhandlungen unseres Vereins teilnahmen.

Auch die Finanzwirtschaft des Reichsverbandes war wiederholt Gegenstand eingehender Beratungen unseres Vereins. Hier ist unsererseits das letzte Wort noch nicht gesprochen. Vor allem bedarf auch die Frage der Veröffentlichung von Entschließungen der Pressevereine im Organ des Reichsverbandes der Deutschen Presse, dringend der Klärung und einer Lösung im Sinne des Essener Pressevereins, daß eine Veröffentlichung von Entschließungen nicht abgelehnt werden darf, weil sie dem Reichsverbandsvorstand nicht genehm sind.

Ein gleiches gilt von der wichtigen Frage: Angestelltenversicherung und Vertragswerk. Der Verein ist nach den bisherigen Mitteilungen des Reichsverbandes der Ansicht, daß dieser nicht entschieden genug die Interessen der von der Erhöhung der Versicherungsgrenzen betroffenen Redakteure gewahrt hat.

Von den Standesfragen, mit denen sich der Verein beschäftigte, sei in erster Linie erwähnt ein Bericht des Kollegen Bestler über die Gründung einer Fachgruppe der freien Journalisten innerhalb des Landesverbandes, weiter die erfolgreichen Verhandlungen einer Vereinsabordnung mit der Firma Krupp über die Berücksichtigung der Presse bei Anlässen besonderer Art und eine eingehende Besprechung über die Innehaltung von Veröffentlichungsterminen. Leider nahm die Erledigung der dringenden geschäftlichen Angelegenheiten die Versammlungszeit meist so stark in Anspruch, daß die Besprechung wichtiger Standes- und Berufsfragen zurücktreten mußte. So konnte nur ein Vortrag des Kollegen Dr. Wolff über Filmkritik entgegengenommen werden; andere Referate mußten ausfallen. Das ist sehr bedauerlich.

Darauf machte der Schriftführer Mitteilungen über den Mitgliederstand und über die Beteiligung der Mitglieder an den Vereinsveranstaltungen in den letzten beiden Jahren. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1928 48. Es sind im Laufe des Jahres ausgeschieden: Durch Tod 1, durch Ausschluß 1, durch freiwilligen Austritt 1. Es sind dafür eingetreten 8 neue Mitglieder. Die Mitgliederzahl beträgt infolgedessen am 1. Januar 53. Ein Kollege hat sich dazu angemeldet. Die mittlere Durchschnittszahl der Teilnahme an den Vereinsversammlungen ist in den beiden letzten Jahren 5 bis 6 mal pro Mitglied. Es ergibt sich, daß der Besuch im Jahre 1927 bei 62 Prozent der Mitglieder, im Jahre 1928 aber nur bei 53 Prozent der Mitglieder *unter* diesem Durchschnitt geblieben ist, während er *über* diesen Durchschnitt in den Jahren 1927—28 von 24 auf 40 Prozent gestiegen ist. Im Durchschnitt wurden die Versammlungen des Jahres 1927 von 31 Prozent, die des Jahres 1928 von 42 Prozent der Mitglieder besucht, was eine allmähliche Vergrößerung des Interesses an der Vereinstätigkeit bezeigt. Ein erfreuliches Resultat, bei dem nicht stehen geblieben werden darf.

Darauf erstattete der Kassenwart den Kassenbericht. Das Vermögen des Vereins beträgt rund 7000 Mark (5000 Mark Effekten, 1100 Mark Bankguthaben, 900 Mark Außenstände). Da der Verein Essener Presse von seinen Mitgliedern keine besonderen Beiträge für sich erhält, sondern sich auf die Einziehung der Beiträge für den Reichs- und Landesverband beschränkt, ist das Vermögen seit dem Vorjahre etwa dasselbe geblieben. Die laufenden Ausgaben wurden aus den Zinsen des Vermögens bestritten. Die Beitragszahlung war seitens einiger neu eingetretener Mitglieder im Laufe des Jahres zunächst noch unregelmäßig, jedoch sind mit Ausnahme eines einzigen Mitgliedes bis zum Jahresabschluß alle Mitglieder ihren Verpflichtungen bis zum Dezember einschließlich nachgekommen. An den Reichs- und Landesverband wurden im Jahre 1928 3887 Mark abgeführt.

Das Ergebnis der Vorstandswahl ist folgendes: Als erster Vorsitzender wird Chefredakteur Dr. Contzen (Essener Volkszeitung) wiedergewählt. Zum zweiten Vorsitzenden wird Albach (R. W. Z.) neugewählt. Zum Schriftführer wurde Graf v. Schwerin (R. W. Z.) wiedergewählt, desgleichen Westerhold (Essener Anzeiger) zum Kassenwart. Zu Beisitzern werden gewählt: Steinbüchel (Volkswacht), Dr. Wolff (Frankf. Ztg.), Wenz (Essener Allgemeine Zeitung), Jordan (Dortmunder Generalanzeiger), Funke (Essener Anzeiger), zu Kassenrevisoren Salker (freier Journalist), Weinz (R. W. Z.), zu Vertretern in den Hauptvorstand des Landesverbandes Albach (R. W. Z.), Graf von Schwerin (R. W. Z.) und Dr. Wolff (Frankf. Ztg.).

Nach Abschluß der Regularien referiert Kollege Horndasch als Vorsitzender des Landesverbandes über den Stand des Konfliktes des Vereins der Essener Presse mit dem Reichsverbandshauptvorstand und der „Deutschen Presse", sowie über die Vorstandssitzung des Reichsverbandes im Dezember. Im Anschluß an seinen eingehenden Bericht gibt er Aufschluß über die diesbezügl. Pläne des Landesverbandes. Ein besonderer Beschluß wird nicht gefaßt, jedoch ergibt die Aussprache, daß die Haltung des Vereins in der Konfliktangelegenheit sich nicht geändert hat.

Personalien

Hans Ullstein 70 Jahre.

Der Seniorchef des Hauses Ullstein und Vorsitzende des Aufsichtsrates der Ullstein-A.-G., Rechtsanwalt Hans Ullstein, vollendete am 18. 1. sein 70. Lebensjahr. Mehr als 40 Jahre hat er als treuer Sachwalter die Interessen des Hauses Ullstein wahrgenommen und seine hervorragenden geistigen Kräfte sowie seine journalistische Begabung schon zu einer Zeit in den Dienst der Verlagsunternehmungen gestellt, als er noch als junger Rechtsanwalt tätig war. An seinem 30. Geburtstage trat Hans Ullstein, nachdem er vorher als Justitiar und redaktioneller Mitarbeiter für das Unternehmen seines Vaters tätig gewesen war, in die Leitung des Verlages ein und übernahm insbesondere die Führung der „Berliner Zeitung" und der „Berliner Abendpost". Späterhin, als das Unternehmen immer größere Ausdehnung gewann und infolgedessen organisatorische Veränderungen notwendig wurden, widmete er seine Hauptarbeit zusammen mit seinem Bruder Dr. Franz Ullstein der Leitung der Tageszeitungen, wobei er nach wie vor auch seine journalistische Begabung sich voll und erfolgreich auswirken ließ.

Auch politisch ist Hans Ullstein, der ein sehr lebhaftes Interesse an allen politischen Tagesfragen nahm, viele Jahre hindurch hervorgetreten. Sein politisches Wirken führte ihn in das Berliner Stadtparlament, dem er von Anfang 1894 bis Ende 1911 angehörte und später noch einmal von April 1912 bis März 1919. Diese praktische politische Tätigkeit war deswegen besonders wirksam, weil er die Möglichkeit hatte, in den Zeitungen seines Verlages sich nachhaltig für das einzusetzen, was er als notwendig und zweckmäßig für die Entwicklung seiner Vaterstadt erkannt hatte. Es versteht sich von selbst, daß Hans Ullstein sich stets auch mit voller Kraft für die Interessen des Buchdruck- und Zeitungswesens einsetzte. Im Vorstand des Vereins Deutscher Zeitungsverleger hat er in den Jahren 1909 und 1917, gestützt auf große verlegerische Fähigkeiten und Erfahrungen, im Interesse des Zeitungsgewerbes erfolgreich gewirkt. Mit der Umwandlung der offenen Handelsgesellschaft Ullstein und Co. im Jahre 1921 in die Ullstein-A.-G. wurde Hans Ullstein Vorsitzender des Aufsichtsrats, und als solcher hat er in den vergangenen 7 Jahren an der weiteren Entwicklung des Unternehmens großen Anteil gehabt, nicht zuletzt dank seinen schon in seiner Rechtsanwaltszeit bewährten Fähigkeiten, Gegensätze zu schlichten, zwischen Meinungsverschiedenheiten zu vermitteln und für

Digitized by Google

schwierige Fragen eine Lösung zu finden, mit der sich alle Beteiligten einverstanden erklären konnten. Unsere Wünsche zum 70. Geburtstag gehen dahin, daß es Hans Ullstein vergönnt sein möge, noch lange in voller geistiger Frische das verantwortungsvolle Amt zu versehen, zu dem der Erfolg seiner Arbeit und das Vertrauen seiner Mitarbeiter ihn berufen haben.

Dr. Max R. Kaufmann scheidet aus der verantwortlichen Redaktion des „Hamburger Fremdenblattes“ am 1. Februar aus, um die Vertretung dieser Zeitung und gleichzeitig die der „Münchener Neuesten Nachrichten“ in New-York zu übernehmen.

Chefredakteur Josef Osterhuber des „Bayerischen Kuriers“ in München beging am 11. Januar seine silberne Hochzeit und in Verbindung damit sein 25jähriges Berufsjubiläum. Er trat nach Vollendung seiner Studien an der Universität in München und in Dillingen im Oktober 1903 in die Redaktion der „Donauzeitung“ in Passau ein, kam dann als politischer Redakteur an die „Augsburger Postzeitung“, und wurde 1905 Chefredakteur an der „Neuen Augsburger Zeitung“; seit 1. Oktober 1906 steht er an der Spitze der Redaktion des „Bayerischen Kuriers.“ Seit Jahren bekleidet er im Landesverband der Bayerischen Presse das Amt des zweiten Vorsitzenden, als welcher er stets eifrig an den Aufgaben der Organisation und des Berufes mitarbeitet. Auch dem Ehrengericht des Reichsverbandes der Deutschen Presse gehört er als Mitglied an. In Kollegenkreisen erfreut er sich großer Beliebtheit und Wertschätzung. Noch nachträglich dem verehrten Kollegen unsere herzlichsten Glückwünsche zum Doppeljubiläum!

Chefredakteur Pfarrer a. D. D. Gottfried Traub, „München-Augsburger Abendzeitung“, konnte am 11. Januar den 60. Geburtstag feiern. Pfarrer Traub wirkte von 1901—12 als evangelischer Pfarrer in Detmold und schied dann infolge der der Mehrzahl der Kollegen sicherlich noch erinnerlichen Differenzen mit dem evangelischen Konsistorium aus dem Pfarramt aus und widmete sich ganz politisch-publizistischer Tätigkeit. Schon viele Jahre vorher war er als Schriftsteller insbesondere mit religions-philosophischen und religionsgeschichtlichen Werken hervorgetreten. Im Jahre 1913 wurde er in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt, dem er bis 1917 angehörte. Während der Jahre 1914—17 entstanden seine Kriegsschriften, unter denen die „Eisernen Blätter“, die er noch heute herausgibt, und die zunächst als Beilage der „Hilfe“ erschienen, am bekanntesten geworden sind. Pfarrer Traub war Gründer der „Christlichen Freiheit“, die in den Jahren 1905—1918 erschien, und jahrelang hindurch einer der bekanntesten und meist gelesenen Mitarbeiter der „Hilfe“. Nach der Revolution wandte er sich politisch der Deutschnationalen Volkspartei zu; über seine politische Wandlung unterrichtet die Broschüre „Wie ich deutschnational wurde“. Seit 1921 gehört Traub der Redaktion der „München-Augsburger Abendzeitung“ an. Auch der Organisation des Reichsverbandes ist er als Tagesjournalist beigetreten und Mitglied unseres Landesverbandes der Bayerischen Presse geworden. Zu seinem 60. Geburtstag seien ihm auch an dieser Stelle noch nachträglich die besten Glückwünsche ausgesprochen.

Redakteur Georg Held †. In Peine, dem niedersächsischen Eisen- und Stahlzentrum, ist am 6. Januar der Redakteur der „Peiner Tagespost“, Kollege Georg Held, nach schwerem Leiden gestorben. Mit ihm ist ein guter Journalist, ein treuer Kollege und Anhänger des Reichsverbandes der Deutschen Presse aus dem Leben geschieden. Georg Helds Wiege stand an den Ufern des Mains. In Würzburg wurde er am 27. Mai 1873 geboren. Dort studierte er auch mehrere Semester Theologie, widmete sich dann aber der Journalistik. Die ersten Sporen als Redakteur verdiente er sich in Frankfurt a. M. Über Köln und Solingen führte ihn sein Lebensweg dann im September 1925 nach Peine. Seine Hoffnung, hier eine neue Heimat zu finden, sollte sich leider nicht erfüllen. Nur wenige Jahre ist es ihm beschieden gewesen, in seinem neuen Wirkungskreise tätig zu sein. Aber während dieser kurzen Zeit hat er an allen Vorgängen im Zeitungswesen lebhaften Anteil genommen und an dem Ausbau unserer Organisation nach besten Kräften mitgewirkt. In seiner Eigenschaft als Beisitzer im Vorstande des Vereins Braunschweigische Presse nahm er sich besonders der Interessen der Kollegen in den kleineren Orten an. Nachdem er vor noch nicht Jahresfrist eine blühende Tochter hatte ins Grab sinken sehen, hat nun eine tückische Krankheit auch seinem Leben ein schnelles Ziel gesetzt. Ehre seinem Andenken!

Schriftleiter Fritz Nitzke †. Von langem und sehr schwerem Leiden ist am Dienstag, dem 15. Januar, Kollege Fritz Nitzke in Lübeck, Redakteur am „Lübecker General-Anzeiger“, durch einen sanften Tod erlöst worden. Koll. Nitzke, der am 18. Januar sein 40. Lebensjahr vollendet hätte, war seit dem 17. Juni 1911 am „Lübecker General-Anzeiger“ tätig. Anfang 1915 wurde er zum Militär eingezogen, geriet 1916 in russische Kriegsgefangenschaft und hat dort sehr schwere Zeiten, namentlich an der Murmanküste, durchlebt. Wahrscheinlich zog er sich auch in jener Zeit schon die Keime zu der schweren Krankheit zu, der er jetzt erlegen ist. Einige Zeit nach Ausbruch der bolschewistischen Revolution gelang ihm die Flucht aus der Gefangenschaft; nach abenteuerlichen Wanderungen traf er Mitte 1918 wieder in Deutschland ein. Seit Kriegsende war er wieder in seiner alten Tätigkeit. Eine ganze Reihe von Jahren versah er noch den Nachtdienst, bis ihn sein Leiden im Herbst 1924 zum ersten Male so daniederwarf, daß er fast eineinhalb Jahre berufsunfähig war. Er blieb aber immer Mitglied der Redaktion des „General-Anzeigers“ und es muß dem Verlage anerkennend nachgesagt werden, daß Kollege Nitzke während der ganzen Zeit sein volles Gehalt weiterbeziehen konnte. Später übernahm er die Redaktion der Nachbargebiete, die er mit Unterbrechungen bis kurz vor Jahresschluß 1928 versehen hat. Der Verein Lübecker Presse und damit der Reichsverband verliert in ihm ein treues und tätiges Mitglied. Sein engerer Kollegenkreis trauert um ihn mit herzlicher Anteilnahme. Charakteristisch für sein Pflichtgefühl auch gegenüber der Organisation war seine Sorge noch wenige Tage vor seinem Tode, daß er den Januarbeitrag noch nicht bezahlt habe. Ehre seinem Andenken!

Inhaltsangabe:

Lessing und der Journalismus. Von Dr. Hans Traub.
Wem gehört die Zeitung? Von Hermann Jockisch.
Unser Kampf gegen die Sprachverwilderungen. Von Dr. Kurt Schmidt, Bielefeld.
Rundfunk und Presse. Von Dr. Jos. Räuscher.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Verein Frankfurter Presse. Alois Kern, Frankfurt-Ginnheim, Am eisernen Schlag 56; Karl Siegmund (Offenbacher Zeitung), Offenbach a. M., Friedrichstr. 17.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Braunschw. Presse. Georg Mundt (Braunschw. Landeszeitung), Braunschweig, Rosenhagen 11.

Verband der Schlesischen Presse. Redakteur Paul Mandel. Görlitz, Obermarkt 17, „Görlitzer Volkszeitung“.

II. Neuanmeldungen.

Bezirksverband Berlin. Dr. W. Brewitz (Verlag „Wissen und Bildung“); Dr. Hellm. Walther Brann (Mitarbeiter); Otto Nairz (Sendung); Walter Stern (Verlag „Unsere Zeit“).

Verband der Danziger Presse. F. John Tietze, Danzig, Fleischergasse 35.

Verein Niedersächsische Presse. Red. Wilhelm Wesper (Lippische Tageszeitung), Detmold. Verein Braunschw. Presse. Christian Saß (Braunschw. Landesztg.), Braunschweig, Lachmannstr. 6.

Provinzialverband Pommern. Alfred Hülsenbeck (Stettiner Abendpost-Ostsee-Zeitung), Stettin 9, Jageteuffelstraße 12.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Chemnitz. Dr. Hans Pfeiffer (Chemnitzer Allgemeine Zeitung), Chemnitz; Redakteur Walter Schlosser (Glauchauer Zeitung), Glauchau.

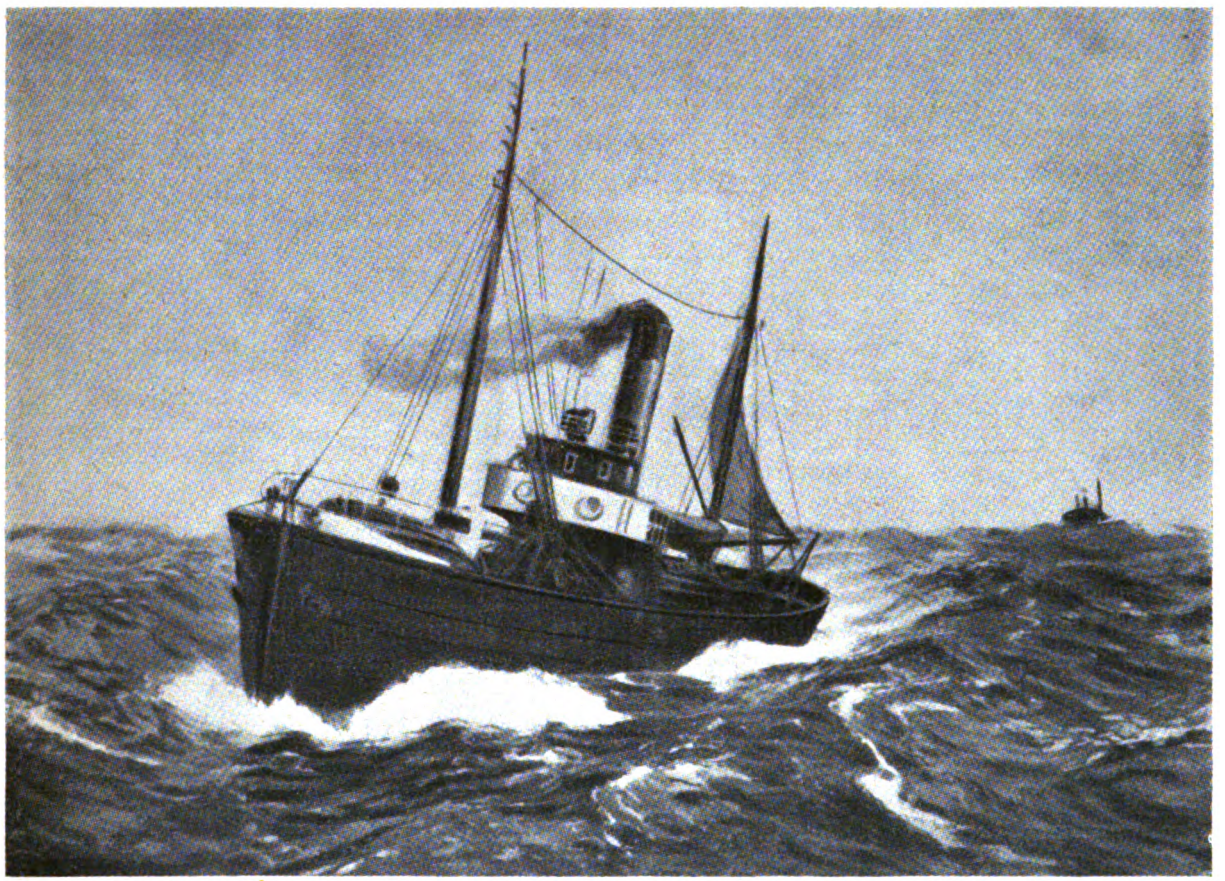
(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

Die 300 Millionen neuen Steuern und --- die Seefische

Die letzten Mitteilungen der Regierung über die bevorstehenden neuen Steuerforderungen rücken Probleme, denen bisher nur ein ganz allgemeines Interesse entgegengebracht wurde, in das engere Gesichtsfeld jedes Staatsbürgers! Neue Steuerlasten — das bedeutet im Kreislauf der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens einen erhöhten Druck in jeder einzelnen Ader des Gebildes Staatswesen, das bedeutet urplötzliches Verknüpftwerden der Familienwirtschaft, also die Hausfrauen, und die Träger der öffentlichen Meinung, also die Presse, nach Mitteln suchen, um von sich aus und aus sich heraus Abhilfe zu schaffen. Und so entsteht zuletzt die Stellungnahme zu Problemen, die bei oberflächlicher Betrachtung eigentlich wenig mit neuen Steuern zu tun haben. Einer der Tatsachenkomplexe, die nicht allein aus volkshygienischen und sozialen, sondern auch aus den oben erwähnten Erwä-



Fischdampfer auf hoher See

der Alltagssorge jeden Haushaltes mit Zeitungsmeldungen, mit Erklärungen der Minister und Volksvertreter im Parlament, deren Tragweite damals, als sie gehört oder überlesen wurde, gar nicht erfaßt worden war. Das bedeutet zuguterletzt Verteuerung der täglichen Lebensführung und geht also jeden von uns an! Die Reaktion auf derartige, die gesamte Volkswirtschaft berührende Erklärungen wie diese neuerliche von den 300 Millionen Mark neuer Steuerbelastung bleibt nun nicht allein eine rein geistige oder passive, die darin ihren Ausdruck findet, daß man sich in nutzlose Klagen über die Zeitläufte, in Schimpfereien über die Regierung oder in schwächlichem Jammern ergeht, sondern muß auch aktiv und positiv sein und sollte vor allem darin ihren Ausdruck finden, daß jedes einzelne Glied des Volkes, insbesondere auch die Träger gungen heraus jedermann im Reiche verühren, ist die Seefischnahrung.

Eine gebackene Flunder, ein saurer Hering, eine Portion Schellfisch oder eine Dose Fischkonserven haben mehr mit Steuerbelastung und Sorgen im Alltag zu tun, als es auf den ersten Blick erscheinen will. Es ist nicht allein die Sorge um Gedeih und Verderb des Ackerbodens im Binnenlande, die uns in allen Einzelheiten nahe gehen soll, es muß auch in gleicher Weise die enge Verbundenheit da sein mit dem großen unendlichen Acker Ozean, der in der Lage ist, uns regelmäßig und dauernd mit Nahrung zu versorgen und unsere Speicher zu füllen, in einer Großzügigkeit, wie sie glücklicher nicht gedacht werden kann, und es will uns scheinen, als ob hier in der Gleichstellung des „Wassermannes“, des Fischers, mit dem

Digitized by Google

„Landmann", dem Bauer, allzuviel versäumt worden ist, zum Schaden eines unentbehrlichen Berufsstandes, zum Schaden riesenhafter Industrien, zum Schaden der Wirtschaft und zum Schaden des einzelnen. Wenn immer noch für

3,8 Milliarden Reichsmark Lebensmittel

aus dem Auslande nach Deutschland eingeführt werden müssen, und wenn auf der anderen Seite die reiche Ernte, die uns die deutsche Seefischerei alljährlich beschert, zum Teil im Inland nicht aufgenommen und wieder nach dem Ausland verkauft werden muß, so ist das ein Mißverhältnis, dessen Auswirkungen sich nicht nur in der Handelsbilanz, sondern auch im Etat jeden Haushaltes, mag er klein oder groß sein, bescheiden oder prächtig, auswirken. Schlagworte wie: Steigerung der deutschen Produktion, Rationalisierung, Ausnutzung aller möglichen Kraftquellen für die Stärkung der deutschen Wirtschaft werden ohne Inhalt bleiben, wenn nicht unter allen Umständen auch jedes kleinste Glied des Staatswesens nach Möglichkeit dazu beiträgt, diesen Worten Leben zu geben.

Auf dem Gebiete der Ernährung mit Seefischen in Deutschland aber ist leider im Gegensatz zu England z. B. noch sehr viel zu tun übrig. Hier ungeheuer wertvolle und den deutschen Finanzen zugute kommende Hilfsarbeit leisten zu können, wird

die besondere Aufgabe der deutschen Presse

sein müssen. In Nachfolgendem sind in kurzen Abschnitten die wichtigsten Gesichtspunkte und Gründe dargelegt, die eine Intensivierung des Seefischgenusses in Deutschland als volkswirtschaftliche Notwendigkeit erscheinen lassen.

Sehr treffend hat sich kürzlich der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in der Seefischfrage ausgesprochen.

Aus seinen Ausführungen sei hier folgendes wiedergegeben:

Es ist bei uns in Deutschland noch wenig bekannt, daß unsere deutsche Seefischerei ein wichtiger Zweig unseres Wirtschaftslebens ist, wichtig besonders als Urproduktion für die Ernährung der deutschen Bevölkerung. Wenn wir danach trachten, das Ziel zu erreichen, das deutsche Volk aus dem Erträgnis der eigenen Scholle zu ernähren — geben wir doch heute noch fast 4 Milliarden Reichsmark für die Einfuhr von Lebensmitteln aus —, so dürfen wir hierbei nicht vergessen, daß auch die deutsche Seefischerei einen nicht zu unterschätzenden Anteil an dieser Aufgabe erfüllen kann. Jedem Lande an der Meeresküste steht es frei, beliebig große Fischmengen zu fangen und Millionen Werte aus dem unerschöpflichen Meere in seine Häfen zu bringen. Nur eine geeignete und genügend große Fischereiflotte muß zur Verfügung stehen und die Seefische müssen von der Bevölkerung des Landes aufgenommen werden.

So hat auch Deutschland die Möglichkeit, große Nahrungsmengen aus dem Meere mit Hilfe seiner großen Fischereiflotte zu erbeuten, doch wird leider diese fast unerschöpfliche Quelle heute noch nicht genügend bei uns ausgenutzt, nicht etwa, weil die Produktion nicht genügend ist, sondern wegen der bestehenden großen Schwierigkeiten des Absatzes von Seefischen in unserem Lande. Deutschland hat es bis heute noch nicht genügend gelernt, die

Vorzüge der Seefischnahrung

zu schätzen, wie dies z. B. in Großbritannien, Schweden, Norwegen usw. der Fall ist. Um hier Abhilfe zu schaffen, haben wir einen Ausschuß für Seefischpropaganda eingesetzt, der diese Aufgabe, das deutsche Volk zum vermehrten Seefischgenuß anzuregen und über die Vorteile der Seefischnahrung aufzuklären, erfüllen soll.

Zur Erreichung dieses volkswirtschaftlich so wichtigen Zieles haben bisher in dankenswerter Weise vor allem die Presse und die Hausfrauen-Organisationen tatkräftig mitgewirkt. Aber immer weitere Kreise müssen zur Mitarbeit herangezogen werden. So vor allem die Vertreter der Ärzteschaft, der Gesundheitsbehörden und die Leiter der Krankenanstalten, die prüfen sollen, ob sie sich in den Dienst der Aufklärung über den Wert und Nutzen der Seefische stellen können.

In engster Verbindung mit der Gesundheit des deutschen Volkes steht auch die heutige Sportbewegung, deren Vertreter ebenfalls einen wertvollen Hinweis auf den hohen Wert der Seefischnahrung gerade für ihre Ziele geben können.

Es gilt, einmal eine volkswirtschaftlich sehr wichtige Aufgabe, nämlich die erweiterte Nutzbarmachung unserer Hochseefischerei für die deutsche Volkswirtschaft und Volksernährung zu lösen und andererseits die Gesunderhaltung und zweckmäßige Ernährung unseres Volkes zu fördern.

Das Ziel kann erreicht werden, wenn alle in Betracht kommenden Kreise mitwirken.

Matern

der zu diesen Aufsätzen über Seefischnahrung gehörenden Bilder sind beim Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 84, Friedrichstraße 240/41 erhältlich.

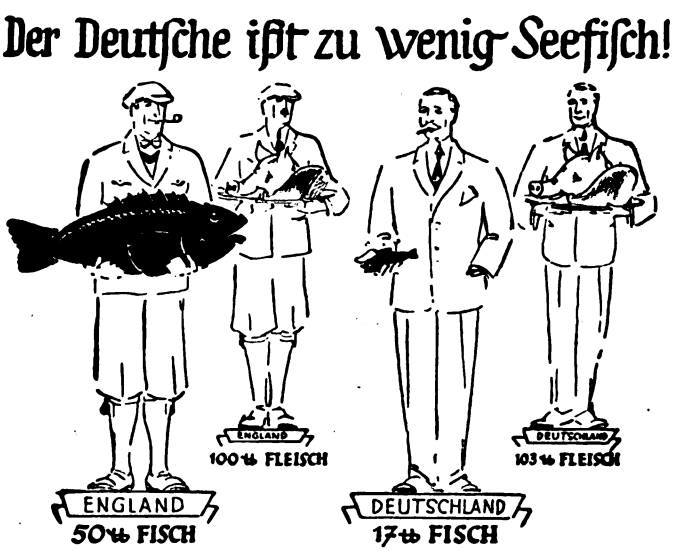
Digitized by Google

Wichtige Ernährungsziffern

Während die Produktionszahlen der deutschen Landwirtschaft von Fleisch, Milch, Butter, Eier, Gemüse und Kornfrucht Allgemeingut der Erkenntnis geworden sind, während die Zahlen selbst für künstliche und natürliche Düngemittel zum Rüstzeug jedes volkswirtschaftlichen. Laien gehören, bilden leider die Ziffern eines ebenso wichtigen Gebietes der Ernährung, nämlich der deutschen Seefischerei noch vielfach eine terra *incognita*

Der Verbrauch z. B. an Kunstdünger betrug in den Jahren 1926/27 400 000 Tonnen Stickstoff, 475 000 Tonnen Phosphorsäure und 717 000 Tonnen Kali; 10 Jahre vorher 1916/17 waren es 80 000 Tonnen Stickstoff, 368 000 Tonnen Phosphorsäure und 729 000 Tonnen Kali. Der Preis für diese wichtigen Düngemittel ist für 1 Kilogramm Stickstoff im schwefelsauren Ammoniak von M 1,30 im Jahre 1913 auf M —.90 im Jahre 1927 gesunken, beträgt also nur noch 70 % des Vorkriegspreises, während Phosphorsäure und Kali ungefähr auf dem Friedensniveau stehen geblieben sind. Diese Zahlen z. B. werden jederzeit als leicht zugängliches Material bei der Bearbeitung wichtiger Fragen der deutschen Landwirtschaft zu erfahren sein, ebenso die Zahlen für die Welterzeugung an Stickstoffverbindungen in Form von Chilesalpeter, schwefelsaurem Ammoniak, Kalkstickstoff und Norgesalpeter.

Anders liegt es nun, wenn die Bedeutung der Seefischerei in all ihren Einzelheiten ziffernmäßig festgehalten oder umgrenzt werden soll. Wir wissen wohl, daß im Gegensatz zum Fleischgenuß von 103 Pfund auf den Kopf jedes Deutschen ein Fischgenuß von nur 17 Pund steht, während in England einem Verbrauch von 102 Pfund Fleisch auf den Kopf 50 Pfund Fisch auf den Kopf der Bevölkerung gegenüberstehen. Die Möglichkeiten der Beschaffung der Fischnahrung sind für Deutschland nicht schwieriger oder besser gesagt zum Teil mindestens ebenso möglich, wie für die britischen Inseln. Dem geringen Verbrauch von 17 Pfund Fisch im Ernährungsetat des Deutschen steht nun aber die gewaltige Ziffer von 3,8 Milliarden Mark gegenüber, die wir jährlich insgesamt dem Ausland für die Einfuhr von Lebensmitteln zu zahlen haben. Das Gesamtergebnis der Fänge der deutschen Seefischereien im letzten Jahre rechtfertigt nun keineswegs diesen geringen Verbrauch von nur 17 Pfund, denn wir haben aus dem Acker Ozean durch die deutsche Hochsee- und Küstenfischerei mit Einschluß der Haffe nach den Ermittlungen des statistischen Reichsamtes insgesamt 247 Millionen Kilogramm gefangen, die einen Produktionswert von 63 Millionen Reichsmark darstellen. Der Handelswert ist bedeutend höher.



Die jüngsten statistisch errechneten Zahlen auf den Kopf der Bevölkerung, für Fisch und Fleisch in Deutschland und England.

Dieses Fangergebnis, das erheblich gesteigert werden kann, verteilt sich wie folgt:

Auf die Dampfhochseefischerei etwa 166 Millionen Kilogramm im Produktionswerte von 38¾ Millionen RM (1926: 160 Millionen Kilogramm im Produktionswerte von 38½ Millionen RM), auf die große Heringsfischerei 19½ Millionen Kilogramm im Produktionswerte von 7,2 Millionen RM (1926: 15½ Millionen Kilogramm im Produktionswerte von 6½ Millionen RM), auf die Kutterhochseefischerei mit Grundschleppnetz und Wade außerhalb der Küstengewässer ohne deren Fänge in den Flußmündungen etwa 2½ Millionen Kilogramm im Produktionswerte von etwa 1¼ Millionen RM (1926: 2½ Millionen Kilogramm im Werte von 1½ Millionen RM) und schließlich auf die Küstenfischerei, sowohl der Hochseekutter, wie der Kleinfischer, etwa 59 Millionen Kilogramm im Produktionswerte von etwa 15¾ Millionen RM (1926: 58 Millionen Kilogramm im Werte von 15½ Millionen RM), wobei wieder etwa 26 Millionen Kilogramm im Produktionswerte von 4½ Millionen RM auf die Nordseeküste und 33 Millionen Kilogramm im Produktionswerte von 11½ Millionen RM auf die Ostsee einschließlich der Haffe zu rechnen sind (1926: Nordsee 23 Millionen Kilogramm mit etwa 4 Millionen RM), Ostsee 35 Millionen Kilogramm im Werte von 11½ Millionen RM). Dazu kommen noch die Anlandungen der Fänge deutscher Fischdampfer in ausländischen Häfen und zwar 50½ Millionen Kilogramm im Produktionswerte von 9,2 Millionen RM, von denen 47 Millionen Kilogramm mit 8,1 Millionen RM auf Großbritannien (besonders Aberdeen) und 3½ Millionen Kilogramm im Produktionswerte von 1,1 Millionen RM auf Holland entfallen.

Man muß sich immer wieder wundern, daß diese gewaltigen Fangmengen, die der deutschen Ernährungswirtschaft eine so preiswerte und an Kraft so intensivierte Nahrung zuführen, sei es in Form von frischen, geräucherten oder konservierten Fischen, nicht restlos ausgenutzt werden, sondern zum Teil wieder ausgeführt werden müssen.

Digitized by Google

Wie groß ist die deutsche Seefischereiflotte?

Zahl der Schiffe und der Besatzung.

Die deutsche See- und Küstenfischerei-Flotte besteht aus 359 Dampfern und 3 Motorschiffen für den Grundschleppnetzfang im Großbetrieb, 6 Dampfern, 64 Dampfloggern, 33 Motorloggern, 32 Segelloggern für die große Heringsfischerei, weiter aus 114 Motorfahrzeugen (Kuttern usw.) für die kleine Hochseefischerei und aus 13137 anderen Fahrzeugen, bestehend aus Motorfahrzeugen, gedeckten und halbgedeckten Kuttern und offenen Booten für die Küstenfischerei einschl. der Haffe und die Fischerei an den Flußausläufen der Elbe, Weser, Jade, Ems.

Nach den Anlandehäfen geordnet verteilen sich die Fischdampfer auf die Plätze Wesermünde, Altona, Cuxhaven, Bremerhaven, Nordenham, Emden und Hamburg. Als Heimat für die übrigen Fahrzeuge kommt eine Reihe von Orten an der Ost- und Nordsee bezw. an den ins Meer mündenden Flüssen in Betracht.

Die genannten Zahlen weisen den Bestand der deutschen See- und Küstenfischerei-Fahrzeuge vom Januar 1928 nach. Einen ungefähren Überblick über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Seefischerei geben dann weiter die Zahlen für den Rauminhalt der Fischereiflotte.

Der Bruttorauminhalt beträgt allein bei den Hochseefischerei-Fahrzeugen der Nordsee 302638 cbm. Die Zahl der Besatzung für die Nordsee-Schiffe beläuft sich auf achttausend Mann, die Gesamtzahl der Besatzung für die Fluß- und Küstenfischereifahrzeuge sowie für die Ostseefischereifahrzeuge beträgt etwa achtzehntausend Mann.

Interessant ist ein Vergleich der deutschen Hochseefischereiflotte mit denen anderer Länder. Hier steht Deutschland nämlich an 6. Stelle mit 13748 Fahrzeugen und einer Besatzung von fast 23000 ständig und vorübergehend beschäftigten Personen (Berufszählung vom 16. Juni 1925; diese Ziffer betrug am 1. Januar 1928 rund 25000 Personen). Dagegen hat Norwegen fast 65000, England über 20000, Frankreich über 17000, Schweden fast 17000 und Dänemark über 15000 Fischereifahrzeuge.

In den Nebenbetrieben, wie Fischindustrie und Fischhandel sind in Deutschland über 100000 Menschen beschäftigt. Hinzu kommen noch die Leute, die bei den Werften, Maschinenfabriken, Netz-, Faß-, Kisten-, Dosen-Fabriken und dergl. für die deutsche Seefischerei und deren Erzeugnisse beschäftigt werden.

Sparbüchse Fisch

Über 300 Millionen Mark neuer Steuern sind uns angekündigt. Da wird es höchste Zeit, sich genau zu überlegen, wo wird es möglich sein, dieser neuen Belastung der Lebenshaltung jedes Einzelnen erfolgreiche Gegenmaßnahmen entgegenzustellen. Wenn diese 300 Millionen Mark neuer Steuern auf den Kopf der Bevölkerung von 62½ Millionen verteilt werden sollten, so würde das bedeuten, daß jeder Deutsche annähernd 5 RM mehr Steuern auf das Jahr zu zahlen hat.

Auf der anderen Seite nun geben wir jährlich 3,8 Milliarden Reichsmark für Einfuhr ausländischer Lebensmittel aus und entziehen diese Summe zum weitaus größten Teil als Substanz der deutschen Wirtschaft. Wenn wir einen Teil dieser Summe im Lande behielten, so daß dieses Geld in die Kanäle der deutschen Volkswirtschaft gleitet, hier befruchtend, produktionsfördernd und beuteschaffend arbeiten könnte, so wären neue Steuern auszugleichen.

Es kommen nach den Ermittlungen des Statistischen Reichsamts jährlich nur 17 Pfund Seefisch auf den Kopf eines jeden Deutschen. In England zum Beispiel entfallen dagegen jährlich 50 Pfund Fisch auf den Kopf.

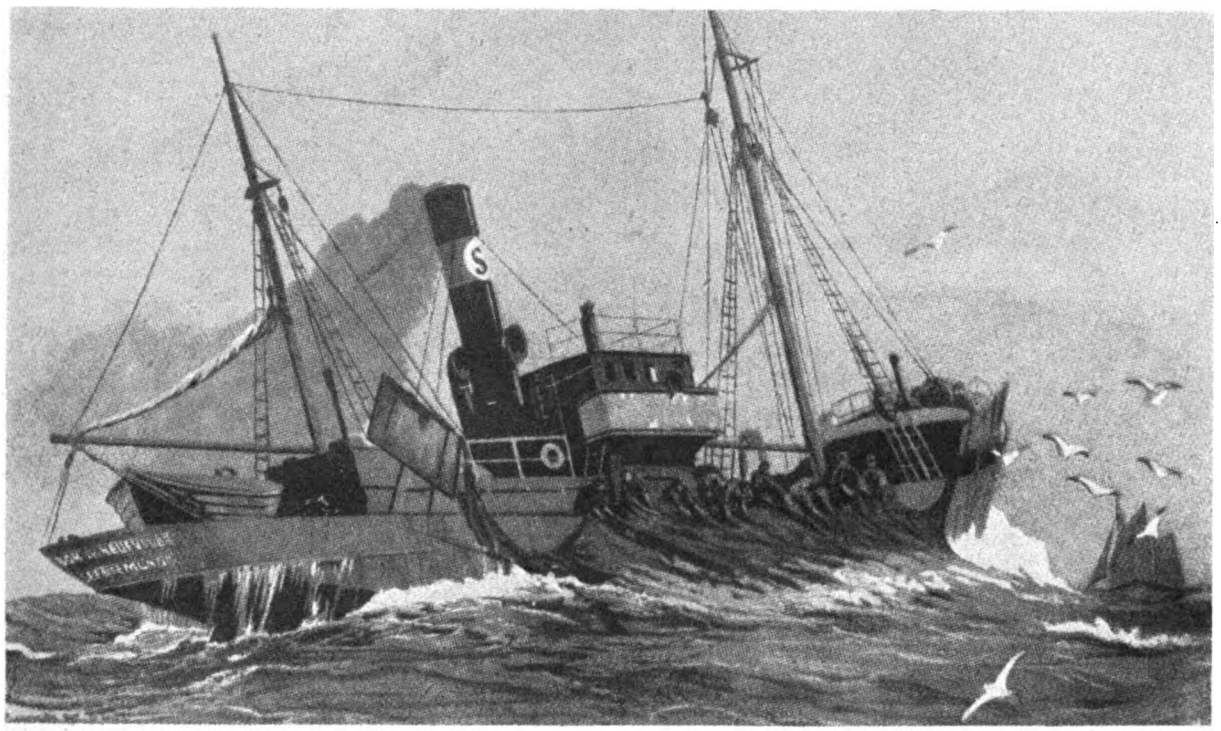
Läßt sich der inländische Verbrauch an Seefischen aus heimischen Fängen, von der angegebenen Höhe aus berechnet, z. B. um 10 Pfund pro Kopf und Jahresdurchschnitt steigern, so könnte das für die deutsche Volkswirtschaft eine jährliche Ersparnis von rund 240 Millionen RM an den Geldern für die Einfuhr von Lebensmittel bedeuten, sofern dadurch eine Verminderung der Einfuhr von Lebensmitteln in entsprechenden Mengen aus dem Auslande, z. B. mit einem Gegenwert von 40 Pfg. je Pfund zu erreichen wäre.

An diesem kleinen Beispiel allein schon wird die wirtschaftliche, soziale und nationale Bedeuteng eines vermehrten Seefischverbrauches klar.

Bleiben auch infolge besseren Absatzes die Fische im Produktionswerte von etwa 9 Millionen, die ausgeführt werden, gleichfalls im Lande, indem wir mehr Fische essen, und sei es nur je Kopf die geringe Summe von 10 Pfund im ganzen Jahre, so ergäbe das eine Gesamtsumme von über 250 Millionen RM, die wir allein durch diesen geringen Fischmehrgenuß dem deutschen Volksvermögen erhalten und zugute kommen lassen. Der Fisch als Sparbüchse also —. Damit ist es aber nicht getan, daß nun jeder 10 Pfund Fisch mehr ißt, sondern

Digitized by Google

durch diesen Mehrverbrauch an Fischnahrung wird wiederum eine große Reihe von Arbeitskräften beschäftigt werden können, im Fischfang selbst, in der Fischindustrie, im Fischhandel, in Netzfabriken, Schiffswerften, Maschinenbauereien, Faß-, Kisten-, Dosenfabriken und dergl. Ein Rad treibt das andere —. Wenn in jeder deutschen Familie außer dem schon bestehenden Fischgenuß in Form von frischem Fisch, Fischkonserven oder geräuchertem Fisch als selbstverständliche Einrichtung, gar nicht einmal aus den eben bezeichneten Gründen, sondern einfach deshalb, weil Fisch schmackhaft, gesund und nebenbei noch billig ist, an einem Tage in der Woche ein warmes Fischgericht und zu irgendeiner Mahlzeit geräucherter oder marinierter Fisch gegessen wird, so ergibt das schon die eben bezeichnete Steigerung, mit der wir dazu beitragen, daß nicht eines Tages wiederum uns eine trübe Überraschung für die deutsche Volkswirtschaft in Form von neuen Steuerankündigungen bereitet wird.



Fischdampfer beim Netzeinholen

Seefischauktionshalle, Fertige Ware

So komisch es klingen mag, selbst eine Portion Schellfisch oder ein Bückling im Leben des einzelnen schafft uns Millionen Ersparnisse für die Gesamtheit, für das deutsche Volksvermögen.

Digitized by Google

Woher kommen unsere Seefische?

Die deutsche Landwirtschaft liefert der Hausfrau den größten Teil der Nahrungsmittel, die sie für ihre tägliche Küche benötigt. Das Fleisch des Meeres verdankt die Hausfrau dem Schaffen der deutschen Seefischerei und den vielen Hilfskräften, die in ihrem Dienste stehen. Ein ausgedehnter Organisationsapparat ist am Werke, um die Speise des Meeres, die der Fischer mit seinem Netz in Sturm und Wetter den Fluten entreißt, als wichtigen Bestandteil der Volksnahrung in die Verbrauchsorte und bis auf den Tisch des Konsumenten zu bringen. Die Wichtigkeit des Seefisches als Nahrungsmittel ist ja in weitesten Kreisen bekannt. Schellfisch, Kabeljau, Seehecht, Seelachs und andere sind beliebte Gerichte zur Bereicherung und Abwechselung des Küchenzettels. Ihre Billigkeit macht sie zum allgemein begehrten Volksnahrungsmittel.

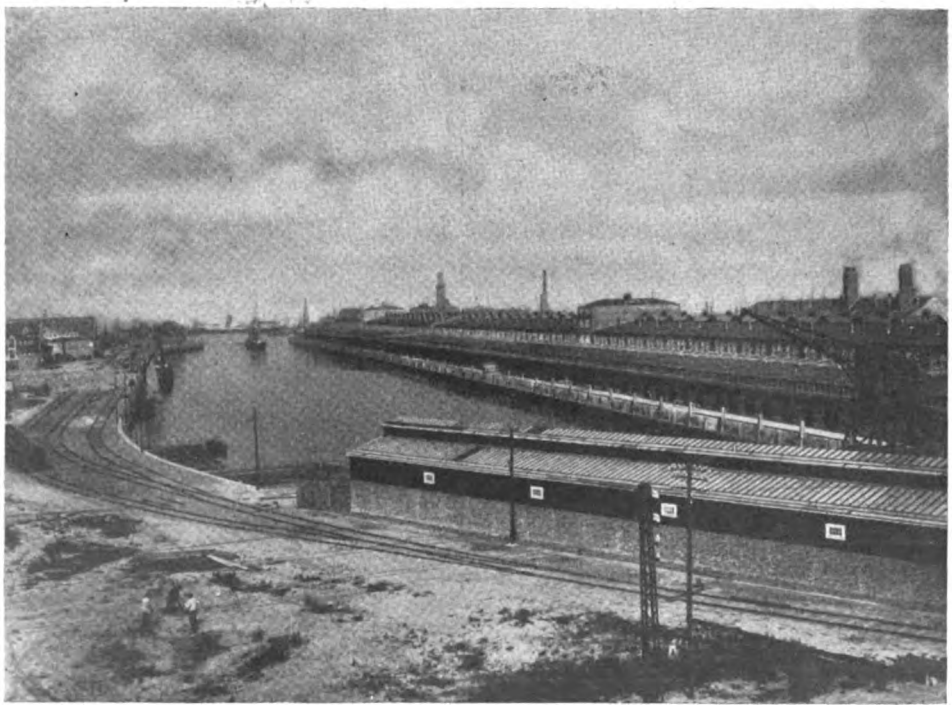
Der Produktionswert des gesamten deutschen Seefischfanges erreicht die Summe von

63 Millionen RM.

Der Handelswert ist bedeutend höher. Diese Zahl stellt einen gewichtigen Faktor innerhalb der deutschen Volkswirtschaft dar. Es dürfte interessieren, einmal zu erfahren, wer eigentlich die vielen hundert Millionen Fische in den Meeren fängt.

Unsere Dampfhochseefischerei wird von 37 deutschen Reedereien ausgeübt, die über 362 Dampfer verfügen, dazu kommen noch 114 Motorfahrzeuge für die kleine Hochseefischerei, 135 Logger für die große Heringsfischerei, 13137 andere Fahrzeuge für die Küstenfischerei einschließlich der Haffe.

Teilansicht des Fischereihafens Wesermünde



Fischereihafen Cuxhaven

Insgesamt haben die deutschen Fischereifahrzeuge 247 Millionen Kilogramm in den deutschen Häfen im Jahre 1927 angebracht.

Die Dampfhochseefischerei mußte zu diesem Zweck 6328 Reisen ausführen und zwar entfallen davon 5392 auf deutsche, 838 auf englische und 197 auf holländische Häfen. Von diesen Fangergebnissen wurden 77,2 % in Deutschland, 21,2 % in Großbritannien, 1,6 % in Holland gelandet. Die Anlandungen im Auslande sind hauptsächlich wegen Absatzschwierigkeiten in Deutschland erfolgt.

Von den Fangmengen der Dampfseefischerei entfallen 41 % auf die Nordseefischerei, 43 % auf die Islandfischerei, 13½ % auf die Barentseefischerei, 1½ % auf das Skagerrak

Digitized by Google

und 1 % auf das Kattegat. Bemerkenswert ist die Zunahme der Anteile der Islandfischerei an diesen Gesamtfängen um 2 %.

Deutschland verzeichnet bei weitem noch nicht den Seefischkonsum wie andere Länder.

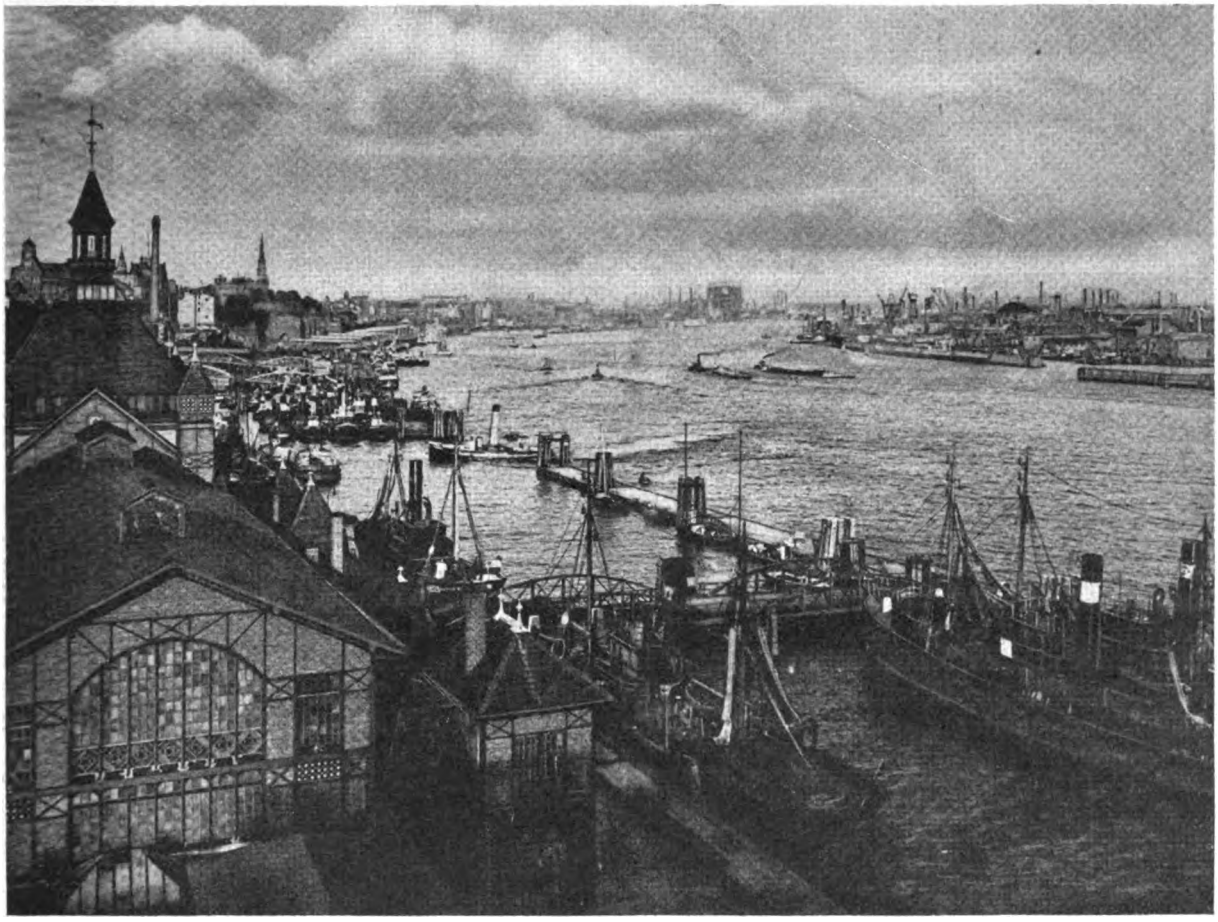
An der Spitze des Seefischverbrauches steht England,

wo auf den Kopf der Bevölkerung jährlich 50 Pfund Fische entfallen, während der einzelne Deutsche nur 17 Pfund Fische ißt. Großbritannien besitzt auch entsprechend seinem Konsum die größte Fangflotte für Seefische. 3000 Fischereifahrzeuge sind täglich an der Arbeit, um dem Meere die kostbare Beute zu entlocken, die im Jahre 1100 Millionen Kilogramm beträgt. Norwegen erreicht eine Produktion von 750 Millionen Kilogramm. Weit zurück dagegen steht Deutschland. Das Schlagwort: „Eßt Fische, dann bleibt ihr gesund und frisch" findet bei uns noch lange nicht die Beherzigung, die es finden sollte.

Vorbedingung für den Fischverkauf ist die Notwendigkeit, die Fangergebnisse mit möglichster Beschleunigung an die Verbrauchsstellen zu bringen, damit sie frisch verzehrt werden können. Ein umfangreicher täglicher Eildienst mit Sonderzügen und besonders für den Fischtransport eingerichteten Kühlwagen bringt die Ware von der Wasserkante in das Binnenland. In den 50 Jahren des Bestehens der deutschen Fischversorgung ist die rasche Versorgungsmöglichkeit sehr ausgebaut und gefördert worden.

Deutschland besitzt mit die größten Fischereihäfen der Welt.

Die Fische werden unmittelbar nach dem Fang aus den Netzen der Fangfahrzeuge in Eis verpackt und schnellstens in die Auktionshallen der Fischmärkte gebracht, von wo sie mit größter Beschleunigung bis zum Verbraucher weitergeleitet werden. Unsere größten Fischereihäfen befinden sich in Wesermünde, Cuxhaven, Bremen, Altona, Bremerhaven, Nordenham, Emden und Hamburg. Alle



Fischereihafen Altona-Hamburg

diese Häfen verfügen über ausgedehnte Fischereihafenbecken, Packhallen und Fischverarbeitungsbetriebe. Wesermünde, Cuxhaven, Altona, Bremerhaven und Emden auch über große Versteigerungshallen. Schon in aller Herrgottsfrühe beginnen die Auktionen, bei denen das Geld rollt und bei denen die täglichen Preise festgesetzt werden. Über 160 Firmen des Fischgroßhandels sind allein in Wesermünde ansässig. Man kann die Gesamtzahl der Firmen des Fischhandels und der Fischindustrie der Fischereihafenplätze wohl gut mit mehr als 2000 angeben. Diese Firmen versorgen ganz Deutschland mit frischen Fischen, Fischräucherwaren und Marinaden. Hier sind Fischmehlfabriken und Lebertranwerke, hier werden die Fischabfälle in Form von Fischmehl für Schweine- und Geflügelfutter zurecht gemacht und hier wird Lebertran gewonnen. Kisten-

Digitized by Google

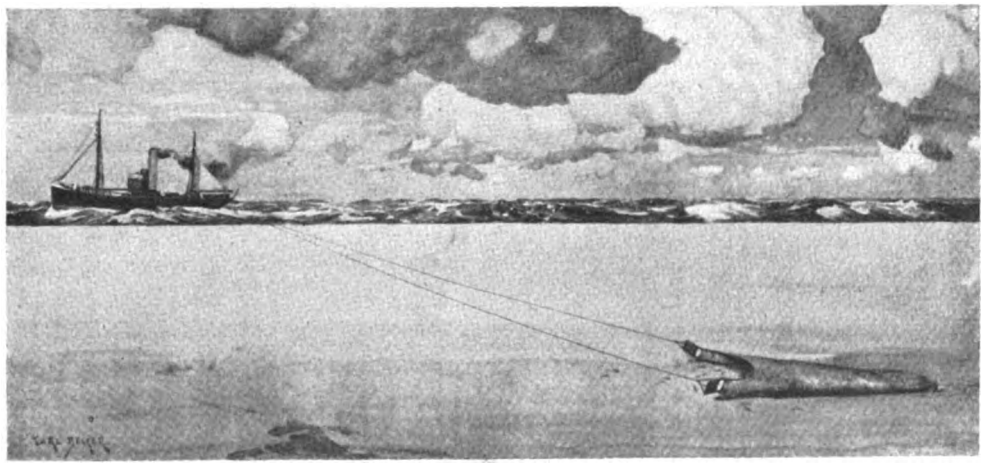
und Faßfabriken haben ihre Existenz, Dosenfabriken, Eiswerke arbeiten, Maschinen laufen, die Druckereien haben zu tun, die Banken vergrößern ihre Umsätze, kurz: hier ist Handel und Wandel. Ganz besonders ausgestaltet sind die Fischräuchereien und Fischbratereien, sowie die Betriebe, in denen Fischmarinaden und Fischdosenwaren hergestellt werden. Bremerhaven hat zurzeit die größten Fischtiefkühlwerke des Kontinents.

Der Seefischmarkt Cuxhaven verfügt besonders auch über Krabbenfischerfahrzeuge, die in endlosen Mengen diese kleinen Köstlichkeiten anbringen. Die ersten Fischauktionen im großen Maßstabe fanden wohl auf dem St.-Pauli-Fischmarkt in Hamburg statt. Gleich daneben finden wir den Fischmarkt von Altona. Die Auktionsumsätze der genannten deutschen Fischmärkte können noch erheblich gesteigert werden. Nach den schwierigen Kriegs- und Nachkriegsjahren hat der Fischhandel wieder einen großen Aufschwung genommen.

Das kleine Emden hat schon im 16. Jahrhundert eifrig Seefischerei betrieben und heute noch hat ein großer Teil der Bevölkerung von diesem Industriezweig seine Existenz, genau wie im Fischereihafen Nordenham, dessen Fischdampferflotte aus 26 Schiffen besteht.

Fischereihafen Nordenham

Wie man sieht, bietet auch das Meer reiche und vielseitige Möglichkeiten, den Handel zu befruchten. Das Meer hat Gold in seinen Tiefen.. Man muß dieses „Nibelungengold“ in Form von Flossen und Fischmäulern nur zu erfassen wissen. Es ist im Interesse der Volksernährung und auch aus Gründen einer weisen Abwechslung zu wünschen, daß die Seefischnahrung im Speisezettel weiter die gebührende Beachtung finden möge. Die Kunst der Hausfrau besteht nur darin, den Seefischen die richtige Zubereitung zu geben.



Beim Fang mit Grundschleppnetz

Der Ausschuß für Seefischpropaganda in Berlin hat ein ausgezeichnetes Seefischkochbuch herausgegeben, das an Schulen, Hausfrauenorganisationen usw. verteilt wird und auch in den Fischgeschäften erhältlich ist.

Digitized by Google

Der Wert der Seefische für die Ernährung und Gesunderhaltung des deutschen Volkes

Von Universitätsprofessor Dr. med. Gudzent-Berlin.*)

Kluge Staatsmänner aller Zeiten haben gewußt, welche hohe Bedeutung dem Grad u. der Art der Ernährung des Volkes im Rahmen anderer Notwendigkeiten zuzumessen ist. Das deutsche Volk hat im Weltkriege am eigenen Leibe erfahren müssen, wie die durch die Hungerblockade bedingte unzureichende Ernährung entscheidend für sein Schicksal wurde.

Wenn in gegenwärtiger Zeit auch nicht mehr der Kampf um die quantitative animalische Sättigung geht, so ist es doch notwendig, mit allen Gedanken und Kräften dafür zu sorgen, daß die Ernährung auch qualitativ ausreichend ist und bleibt. Denn hiervon ist die Gesundheit eines Volkes und die Möglichkeit seiner höchsten Kraftentfaltung auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete schlechthin abhängig.

Das Reichsernährungsministerium lenkte jüngsthin die Aufmerksamkeit auf ein Urprodukt der Erde, auf den Fisch des Meeres, das in unbegrenzten Mengen dem deutschen Volke zur Verfügung steht, wenn man es nur zu werten lernt.

In der Tat ist der Seefischverzehr in Deutschland nur $^1/_5$ von dem anderer am Meere wohnender Völker, beispielsweise den Engländern oder den Holländern.

Wir werden aber zunächst prüfen müssen, ob der Seefisch in der Tat den wissenschaftlichen Forderungen, die man an ein vollwertiges Nahrungsmittel stellen muß, gerecht wird.

Es ist heute eine auch dem gebildeten Laien geläufige Tatsache, daß die Ernährung nicht allein durch die Grundelemente eines Nahrungsmittels gesichert ist, durch Eiweiß, Fett, Kohlehydrate, Mineralsalze und Wasser. Es müssen einerseits die Grundelemente vollwertig sein, so z. B. dürfen dem Eiweiß bestimmte Bausteine, Aminosäuren, wie Tryptophan, Cystin u. a. nicht fehlen. Andererseits müssen sich bestimmte erst in neuerer Zeit gewürdigte meist in kleinen Mengen vorkommende Nährstoffe, wie die fettähnlichen und Phosphor enthaltenden Lipoide, Cholesterin und Lezithin und die Vitamine, in ihrem chemischen Aufbau noch unbekannte Körper, vorfinden. Es müssen auch bestimmte Salze, wie Phosphor, Eisen, Jod in ausreichender Menge vorhanden und das Verhältnis der basischen Anteile des Salzes zu den sauren ein zweckmäßiges sein.

Fehlen diese Stoffe längere Zeit in der Nahrung oder sind sie auch nur in nicht ausreichender Menge vorhanden, so treten schwerste Gesundheitsschädigungen auf. Als Beispiel diene nur der Hinweis auf die beobachtete Unterentwicklung der Kinder während der Hungerblockade, an den Skorbut, eine Art Mundfäule, an die Rachitis oder englische Krankheit, eine Knochenwachstumsstörung der Kinder.

Der Seefisch, es kommen hier hauptsächlich in Frage der Hering, der Merlan, der Kabeljau, der Schellfisch, der Seehecht, der Seelachs, der Lengfisch, der Rotbarsch, die Scholle oder Goldbutte, stellt nun, wenn wir ihn daraufhin einer Prüfung unterziehen, ein durchaus vollwertiges, ja in gewisser Beziehung hochwertiges Nahrungsmittel dar.

Sein Muskelfleisch erweist sich als

vollwertiges Eiweiß;

es steht fest, daß insbesondere die fetten Fische, wobei der Hering an erster Stelle steht, die hochwertigen Lipoide, Cholesterin und Lezithin, in ausreichender Menge enthalten und daß sie reich sind an Vitaminen. Die wertvollste Vitaminquelle ist bekanntlich der Lebertran des Kabeljaus (Dorsch). So wird gerade für Kinder und für den im Wachstum befindlichen Organismus der Seefischverzehr ein Verhütungsmittel gegen allerlei Gesundheitsstörungen.

Wir finden beim Seefisch auch alle lebensnotwendigen Salze, insbesondere Kalk, Phosphor, Eisen und Jod. Gerade der Gehalt an Jod zieht neuerdings den Fisch

Verhältnis des Eiweißgehaltes bei Seefischen und Fleisch

Nach wissenschaftlichen Untersuchungen über den Nährwert der Seefische

*) Abdruck gestattet.

Digitized by Google

W. Habich

als Heilmittel gegen den Kropf in das Blickfeld der Ärzte und Gesundheitsbehörden.

Für die Bewertung eines Nahrungsmittels sind aber chemische Zusammensetzung und biologische Wertigkeit nicht von allein ausschlaggebender Bedeutung. Es müssen gewährleistet sein guter Geschmack und Geruch, gute Bekömmlichkeit, gute Ausnutzbarkeit. Die Gastrosophen aller Zeiten, ich nenne hier nur den Deutschen von Rumohr und den Franzosen Brillat-Saverin, haben gerade den Sinnesempfindungen, des Geschmacks und des Geruchs, größte Aufmerksamkeit gewidmet und die Bedeutung für die Bekömmlichkeit hervorgehoben.

Guter arthafter Geschmack, Geruch und gute Bekömmlichkeit stehen beim Seefisch außer Zweifel. Für Menschen von Geist und Kultur kann ein Fischgericht auch über das animalische Bedürfnis der Sättigung hinaus zu einem Genuß besonderer Qualität werden, der dann so häufig die Quelle guter Gedanken und Einfälle ist.

Die Ausnutzbarkeit des Fischfleisches ist vorzüglich, denn es enthält kaum unverdauliche Substanzen, wie etwa Bindegewebe und Sehnen.

Weil das Fleisch des mageren, nicht des fetten Fisches infolge seiner leichten Bekömmlichkeit den Magen sehr schnell verläßt, wird ihm der Vorwurf des geringeren Sättigungswertes gegenüber dem Fleisch des Schlachttieres gemacht. Dem kann man aber durch Zubereiten in Fett und durch die Beigaben von Gemüsen, Bratkartoffeln, Brot leicht abhelfen.

Dem Geistesarbeiter, dem Sporttreibenden und dem Menschen mit geschwächtem Magen oder gar krankem Magen wird aber gerade dieser Mangel, zumal in der heißen Sommerzeit, zum erwünschten Vorteil.

Einer besonderen Besprechung bedürfen noch

die inneren Teile des Fisches.

Wenn sie auch als Volksnahrungsmittel nicht allzusehr ins Gewicht fallen, so haben einige, abgesehen von dem als Genußmittel bekannten Kaviar, als Heilmittellieferanten außerordentliche Bedeutung. So liefert die Leber des Kabeljau (Dorsches) den vitaminreichen, zur Bekämpfung der Rachitis unentbehrlichen Lebertran und das Knochengerüst des Fisches reichlich Kalk und Phosphorsalze, sofern sie nicht mit dem Kochwasser aus Unachtsamkeit fortgegossen werden. Kenner wissen auch den Wohlgeschmack von Leber, Rogen und Milch mancher Fische zu schätzen. Ein köstliches Gericht ist immer eine gute Fischsuppe.

Im großen und ganzen gelten die eben besprochenen guten Eigenschaften des frischen Seefischfleisches auch von den Fischdauerwaren, wenn auch durch Salzen bzw. Marinieren infolge Auslaugung der Nährwert herabgesetzt wird. Doch bestehen diese Nachteile z. B. auch für das gesalzene Fleisch der Schlachttiere. Das Trocknen und das Räuchern verändern das Fleisch und seine Bestandteile in sehr viel geringerem Grade. Deswegen haben mit Recht der getrocknete Schellfisch, Stockfisch genannt, der geräucherte Hering als Bückling, der geräucherte junge Hering als Sprotte, die geräucherte Flunder und andere Fische als Nahrungsmittel so weite Verbreitung gefunden.

Krankheiten bei Seefischen, die den Menschen schädigen können, sind unbekannt. Gehen tote Fische in Fäulnis über, so kann ihr Verzehr zu Erkrankungen führen. Die heute hochentwickelte Transport- und Aufbewahrungstechnik macht derartige unglückliche Zufälle, die übrigens seltener als bei anderen Nahrungsmitteln sind, fast unmöglich.

Besonders geeignet hat sich der Seefisch für die

Ernährung des kranken Menschen

erwiesen, wie bei Fieber und in der Rekonvaleszenz, bei Magen-, Darmkrankheiten, bei Gicht, bei der Zuckerkrankheit, bei Nerven- und Hauterkrankungen.

An Bord eines Hochseefischdampfers; Fang aus dem Netz entleert

Digitized by Google

Eine Krankendiät ohne ausreichende Verwendung von Seefischen ist nicht denkbar.

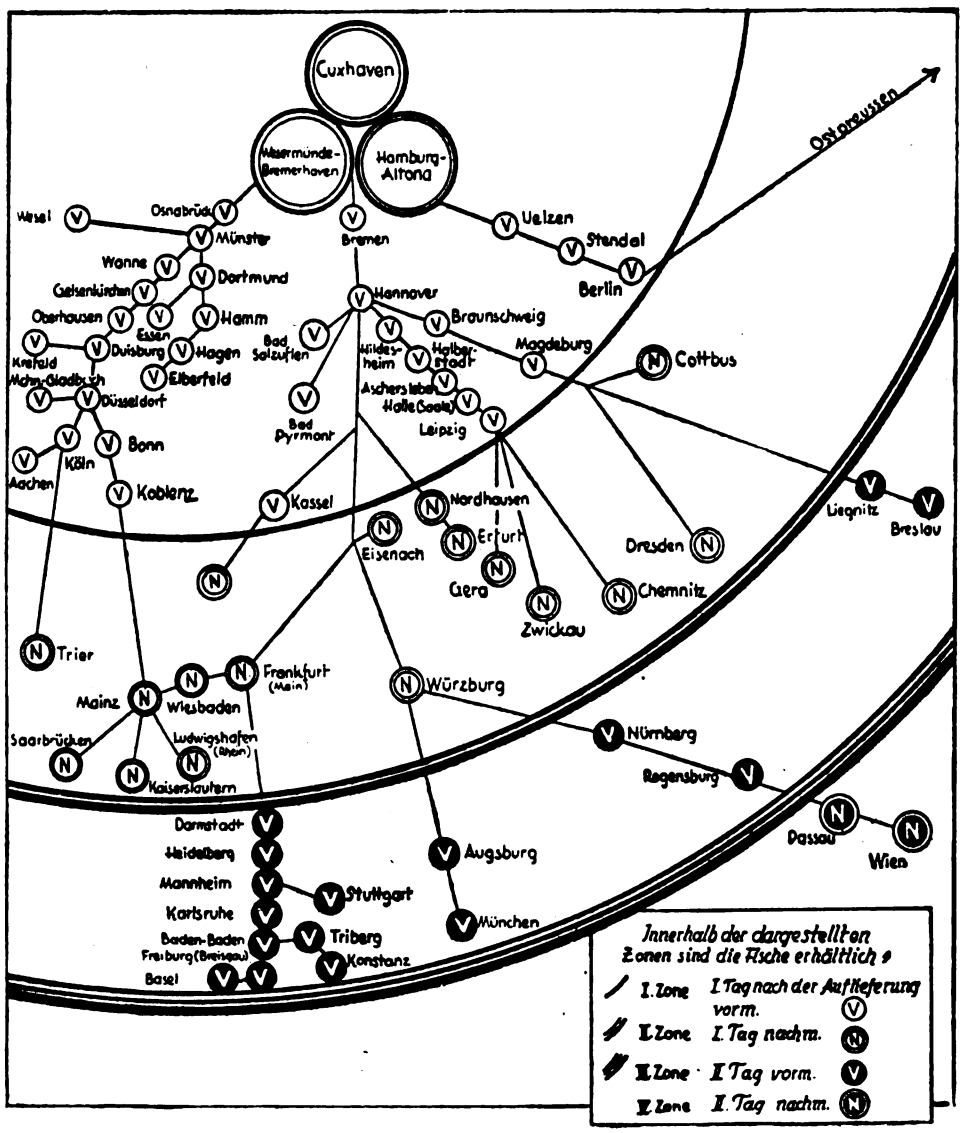
Wenn in Deutschland der Seefischverzehr noch nicht die Wertschätzung erfährt wie in anderen Ländern, beispielsweise in England, so besteht darin ein Mangel, der im Interesse der guten Ernährung und der Gesunderhaltung des deutschen Volkes mit allen Mitteln behoben werden muß.

Dazu sind insbesondere berufen die Führer aller jener Oganisationen, die an einer gesunden Ernährung des deutschen Volkes mitzuwirken berufen sind. Insbesondere gilt dies für die deutschen Ärzte.

Die Förderung der Wertschätzung eines guten, aber nicht genügend beachteten Nahrungsmittels ist für das Glück eines Volkes von größerer Bedeutung als die Entdeckung eines neuen Gestirns.

Der deutsche Fischvater

Der deutsche Fischvater! Das ist nicht etwa irgendein alter Herr mit grauem Schifferbart, der sich zu seinem Privatvergnügen in einem Teich fette Karpfen züchtet oder irgendein Feinschmecker, der seinen Namen bekommen hat, weil er mit Vorliebe Fische ißt! Nein — diese Bezeichnung gebührt in hervorragendem Maße nicht einer einzelnen Person, sondern dem vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ins Leben gerufenen und in seinen Bestrebungen vom Reichsgesundheitsamt unterstützten Ausschuß für Seefischpropaganda. Hier sind nämlich sorgsam und eifrig die Kräfte am Werk, die einen solchen Ehrennamen verdienen, denn hier wird im Interesse der Ernährung und Gesundheit des Volkes und zum Besten der deutschen Volkswirtschaft umfassendste Aufklärungsarbeit geleistet über Wert und Nutzen der Seefischnahrung, hier wird, losgelöst von allen spekulativen privatwirtschaftlichen Momenten und doch in enger Verbundenheit mit den in Frage kommenden Gliedern der Wirtschaft der Seefisch als Nahrungsmittel in seiner Bedeutung für den Haushalt jedes einzelnen der Gesamtheit bis ins kleinste vor Augen geführt. Das Werbeplakat dieses Ausschusses „Eßt Fisch, dann bleibt ihr schlank, gesund und frisch!" mit seiner entzückenden Zeichnung hat sich ja die Liebe, man kann wohl sagen, der ganzen Welt, erobert und wirkt als vorbildliche werbekünstlerische Leistung, von Fachleuten und Laien anerkannt, hat auch, was die Hauptsache ist, in außerordentlichem Umfange dazu beigetragen, den Gedanken des Seefischessens populär zu machen. Der Ausschuß, dem beratend alle Fischdampferreeder, Vertreter des Groß- und Kleinhandels, der Fischindustrie, der Fischereihäfen und der Kleinfischerei, ferner Vertreter des für die Küsten in Betracht kommenden Preußischen Landwirtschafts- und des Handelsministeriums angehören und dessen Vorsitzender vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gestellt ist, geht lebendige und zahlreiche Wege, um sein Ziel zu erreichen. Sein Ziel, das darin besteht, der Bevölkerung überzeugend klar zu machen, einmal, daß erhöhter Seefischgenuß eine wichtige hygienische Forderung ist, ihre geschmacklichen Vorzüge besitzt, ökonomische Vorteile im Einzelhaushalt bringt und nicht zuletzt dazu beiträgt, dem Nationalvermögen große Werte zu erhalten. Diese Aufgabe verfällt in zahlreiche Spezialwege der Aufklärung



Digitized by Google

Riemer

durch Bild, Wort, Seefisch-Kochbücher, Film, Belehrungsarbeit der Jugend in Schulen, der Hausfrau und der Bevölkerung durch in Frage kommende Verbände und Vereine. Die Propaganda des Ausschusses macht sich lebhaft geltend in einer erfreulichen suggestiven Beeinflussung des Stadtbildes jeder Groß- und Kleinstadt durch die geschickte Plakatreklame einerseits und durch die indirekte Bearbeitung der Verbraucherschichten in all ihren Teilen. Diese Arbeit nun des deutschen Fischvaters hat nicht allein ideelle Wirkungen, sondern kommt in vorzüglichem Maße auch den Umsätzen der beteiligten Wirtschaftsgruppen zugute, bringt erhöhte Beschäftigung für die deutsche Industrie und Arbeiterschaft und fördert so den Kreislauf der Wirtschaft bis hinein in die feinsten Kanäle. Wollte man das vielfältige Gebiet der Arbeit dieses Ausschusses in ein kurzes Stichwort kleiden, dieses Ausschusses, der übrigens einen recht unglücklichen Namen führt, denn heißen sollte er seiner Arbeit entsprechend, „Aufklärungsausschuß für Seefischnahrung“ und nicht „Ausschuß für Seefischpropaganda“, so müßte man den Satz wählen: „Durch Fischessen Steuer sparen und die Volkswirtschaft stärken“.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 4 — Berlin, den 26. Januar 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

„Pressa" und Pressenot.

Unter dieser Ueberschrift hat in der Monatsschrift „Hochland" Professor Karl Muth grundsätzliche Gedanken niedergelegt, die in unserem Kreise größte Beachtung verdienen. Zwar beschäftigt sich der Verfasser vorwiegend mit der katholischen Presse Deutschlands, aber seine Darlegungen haben darüber hinaus eine viel weitergreifende Bedeutung.

Karl Muth beginnt im Hinblick auf die Pressa in Köln mit der Feststellung, daß es ja immer das Verhängnis von Ausstellungen, in denen geistige Leistungen veranschaulicht werden sollen, sei, daß dabei in erster Linie das Schreibzeug und nicht das Geschriebene, das Handwerkliche und nicht das Geistige faßbar werde. Nach seiner Ansicht wird die Pressa ihre innere Rechtfertigung erst dann erfahren haben, wenn unter den Hunderttausenden von Besuchern sich einer fand, der, alles zusammenfassend, den Geist wieder aus dieser Sammlung von Material erlöst und mit seiner Proklamierung dem Ganzen den Sinn zurückgibt.

Nachdem Professor Muth auf die Wandlung von Welt und Presse seit den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts und das Vordringen der Nachrichtentechnik hingewiesen, führt er u. a. folgendes aus:

„Das Technische ist wichtig und selbstverständlich. Setzen wir es als gegeben voraus, so ist wesentlich entscheidend für den Erfolg einer Zeitung doch nur die Art, wie sie geschrieben wird. Hier liegt selbst bei dem gesinnungslosesten Generalanzeigertyp das Geheimnis des Erfolgs. Er kann banal, geschmacklos, oberflächlich und vieles andere sein, was ihn unsereinem ungenießbar macht — ist er obendrein auch noch langweilig, so hat er verspielt. Gesinnung allein rettet die gute Presse heute nicht mehr vor der Nichtbeachtung, wenn sie es nicht versteht, an die Leser heranzukommen, daß sie diese Gesinnung wie die unsichtbare Luft mit all den tausenderlei Arten, wie eine Wahrheit gesagt, eine Meinung ausgesprochen, ein Urteil gefällt, eine Ansicht vertreten, ein Kampf geführt, Kritik geübt oder pariert wird, einatmen. Gesinnung ist heute in der guten Presse weniger als je ein Luxus, Gesinnungspaukerei jedoch eine Unart, die an Unanständigkeit grenzen kann. Nichts Selbstverständliches sagen, ist erstes Gesetz. Blätter, die in jeder Spalte verkünden, was sie seien oder sein wollen, sind langweilig. Was man ist, sei man, aber man rede nicht darüber. Die „gute Gesinnung" verdirbt allzu leicht den Ton. Wie man die Kunst nicht fördern kann ohne den Künstler, so auch die Presse nicht ohne den berufenen Publizisten und Journalisten. Wollte man sich doch diese Tatsache einmal ganz klar machen!

Wenn die Presse heute an sich selber leidet, so nur deshalb, weil wir an großen journalistischen Talenten Mangel haben. Und doch sind sie höchst wahrscheinlich rudimentär vorhanden. Es fehlt nur der Boden, auf dem sie wachsen können. Auch müßten die vorhandenen an die Stellen kommen, wo sie hingehören, um werden zu können, was sie sind. Daß dies nicht oder nur als Glücksfall geschieht, dafür glaube ich zwei Ursachen zu sehen. Ihrer eine sind diejenigen Verleger, die die Zeitung heute in erster Linie als Geschäft betreiben. Sie mögen dabei hundertmal das Gefühl haben, ihre Pflicht zu tun und sogar Opfer zu bringen, es gibt eine kommerzielle Einstellung, die, wie sie sich auch immer vor sich selber rechtfertigen möge, in Verbindung mit Geistigem den Geist dämpft, die Freiheit bannt, auch wenn es nicht mit formulierten Grundsätzen und Vorschriften geschieht. Dieser kommerzielle Standpunkt verträgt sich mit einer geistig unabhängigen Redaktion schwer. Jedenfalls tut man sich von ihm aus leichter mit einer geistig nicht zu eigenmächtigen Redaktion als mit Persönlichkeiten, mit denen unter Umständen das Ansehen einer Zeitung steht und fällt. Gefügigkeit im Interesse des Geschäfts ist eine wesentliche Forderung dieses Standpunktes. Daher bildet man gerne ein „Redaktions-Komitee", bei dem Entscheidungen, durch Majoritätsbeschlüsse herbeigeführt, leichter zu beeinflussen sind als gegen eine einzelne starke Persönlichkeit. Das Wagnis mit solchen Persönlichkeiten wird man nur dort machen, wo noch nichts zu verlieren, dagegen alles zu gewinnen ist. Wo hingegen ein nach kapitalistischen Methoden zu bewirtschaftender Besitz in Gesellschaftsform vorhanden ist, da wird man einer bürokratischen Redaktion mit allen Nachteilen an geistiger Lebendigkeit, Frische und Wagemut den Vorzug geben. Der Redakteur wird zu einem Typus des Angestellten, des Beamten, sein Amt wird zu einem Beruf, oft ohne wirkliches Berufensein. Die Rangordnung zwischen dem Schriftleiter und dem sogenannten Verleger, die ehemals die hier eingehaltene war, hat sich verkehrt. Geistige Mediokrität der Geschäftsleitung wird vielfach bestimmend für das Niveau auch der Redaktion. Geld herrscht über den Geist. Bei Zeitungsunternehmungen, denen der Wille zum Geschäft an der Stirne geschrieben steht, sind solche Zustände begreiflich. Gesinnung und Geist spielen in ihren Redaktionen keine Rolle; Geistreichigkeit und das schriftstellerische Geschick, sich den Meinungen des Tages anzupassen und ihnen Echo zu sein, stehen höher im Kurs."

Nach diesen Ausführungen berührt Professor Muth kurz die noch immer zu beobachtende schlechte Unterbringung der Redaktionen in Räumen, die ein wirklich konzentriertes Arbeiten kaum zulassen oder ins Ungemessene erschweren. Es heißt da:

„Wohl aber ist es am Platze, einmal zu sagen, unter wie vielfach unwürdigen und unzureichenden äußeren Bedingungen von einigen unserer Redaktionsstäbe heute die Riesenarbeit geleistet werden muß und wieviel Menschen- und Nervenkraft hier einer unzulänglichen äußeren Einrichtung zum Opfer fällt. Ich kenne Redaktionsräume, die der Lage und Einrichtung nach gerade noch für eine primitive Werkstätte oder Waschküche geeignet wären,

Digitized by Google

nicht aber als ein Raum zur Leistung geistig produktiver Arbeit. Man sehe sich einmal so manche alte und enge Baracke an, auf deren Straßenseite in Goldlettern der Name einer Zeitung glänzt, und man wird nicht länger im Unklaren sein, daß hier im engen Raum sich auch der Sinn verengern muß.“

Zum Schluß seiner Darlegungen weist Karl Muth auf Äußerungen hin, die Dr. Franz Keller über die Sowjet-Ausstellung auf der Pressa gemacht hat.

„In der Sowjet-Ausstellung, so heißt es da, herrschte ein entschiedener Wille zur neuen Form, der mit eiserner Konsequenz durchgeführt wurde. Hier zeigte sich ein Geist an der Arbeit, dem gegenwärtig der sechste Teil der Erde unmittelbar untersteht, ein Geist, der willensmächtig auch die übrigen Sechstel der Erdoberfläche erobern will... Der Geist, der in der Pressa-Ausstellung der Union der sozialistischen Sowjet-Republiken sich dokumentierte, ist der Geist einer neuen Weltgestaltung, mit dem wir uns auf jeden Fall auseinandersetzen müssen. Verkehrt wäre es, deshalb das Gute und Nachahmenswerte der Art des gegnerischen Vorgehens zu übersehen oder gering zu schätzen, weil wir mit dem Geiste, der die Sowjet-Union beseelt, nicht einverstanden sein können. Als das Gute und Nachahmenswerte sieht Professor Dr. Keller die Heranziehung des Volkes zur aktiven Mitarbeit am Aufbau der Presse an. Er zitiert den Satz Lenins: „Ein Organ wird nur dann lebenskräftig sein, wenn auf fünf leitende und ständig schreibende Literaten 500 oder 5000 Korrespondenten kommen, die keine Berufsliteraten sind.“ Diese „Korrespondentenbewegung“ sei durch die Vertrustung der Presse in Westeuropa so ziemlich verschluckt worden. Und da wunderten wir uns noch darüber, „daß unsere Presse noch so schwer um ihre Existenz zu ringen“ habe. „Statt die Massen zu schöpferischer Mitwirkung mobil zu machen, beschränken wir uns vielfach mit dem bloßen Vertrieb der Zeitungsware.“ Die Masse des Volkes habe lediglich durch Bestellung und Abbestellung auf die Zeitung einen Einfluß.

Hier wird eine Lebensfrage für die Presse berührt. Eine „schöpferische Mitwirkung“ der Masse ist zwar eine Utopie. Die Masse als Masse ist nie schöpferisch. Aber das ist auch nicht das Wesentliche an dieser Frage. Worauf es ankommt, das ist, den schöpferisch Begabten unter den Lesern nicht länger den Mund zu verbinden, auch dann nicht, wenn sie gegen Parteidoktrinen oder Mißstände reden, und sie nicht zur Flucht in Blätter anderer Richtung zu zwingen und dadurch die innere Lebendigkeit der Beziehungen zwischen dem Blatt und seiner Leserschaft zu töten. Das scheint der Sinn der „Lehre“ zu sein, die Professor Keller aus der Sowjetausstellung gezogen wissen möchte. Aber er spricht es nicht aus, offenbar, weil ihm der Mut gebricht, auch die letzte Konsequenz zu sehen. Und doch wäre die Sache zu machen, auch ohne Verzicht auf geistige Führung und Linie. Aber dazu sind Redaktionen erforderlich, die selber nicht unter dem Druck einer wie immer gearteten Bevormundung stehen. Bei den Sowjets gibt es solche Redaktionen sicher nicht. Aber bei uns sollten sie möglich sein. Dann aber brauchen wir das, was man die „Korrespondentenbewegung“ nennt, nicht. Dann wird auch das Schwarmgeistige, das bei allen Massenäußerungen so leicht hervortritt, hintangehalten. Das Volk der Leser, soweit es geistig geweckt ist, will nur eines: daß die in irgend einem Betracht dazu Berufenen die innere Freiheit und äußere Möglichkeit haben, in seinen Zeitungen das laut zu sagen, was Vernünftige schon längst denken, und daß die Zeitung somit nicht nur, worin es auch immer sei, das Sprachrohr irgend einer Gruppe, einer Behörde oder einer in staatlichen, sozialen, kirchlichen, wirtschaftlichen Velleitäten befangenen Kaste sei.“

Professor Karl Muth schließt seine Ausführungen mit der Feststellung, daß nur eine von wahrhaft freien Männern geleitete Presse für das Volk und den Staat Wert haben kann. Was wir brauchten, sei eine mannhafte, freimütige und charaktervolle Presse, keine liebedienerische, weder nach oben noch nach unten. Das setze aber unabhängige Journalisten voraus, Männer, wie sie die deutsche Presse gehabt habe und auch vereinzelt heute noch habe, die aber immer seltener werden würden, wenn die Entwicklung weiter dahin ginge, daß nicht mehr die Redaktionen das Primäre sind, sondern die Verlage.

Der Fall Pöffl.

Von Rudolf Olden.

Am 19. Juni 1928 hat der frühere Redakteur des „Neuen Wiener Journals“, Oskar Pöffl, im Gerichtssaal den Redakteur derselben Zeitung, Bruno Wolf, der sein Prozeßgegner war, durch Revolverschüsse getötet. Gegen Pöffl ist vor dem Wiener Schwurgericht vom 15. bis zum 19. Januar wegen Mordes verhandelt worden. Die Wiener Journalistentragödie hat in der deutschen Öffentlichkeit vor allem wegen des Urteils Aufsehen erregt, das den Schlußpunkt für sie setzt. Die Geschworenen haben die Frage nach Mord mit zwölf, die Frage nach Sinnesverwirrung zur Zeit der Tat mit neun Stimmen bejaht, so daß der Angeklagte freigesprochen wurde. Die lebhafte Diskussion über Wert oder Unwert der Schwurgerichte, die sich daran knüpfte, kümmert uns hier so wenig wie die Frage, ob der Täter tatsächlich in einem strafausschließenden Affekt gehandelt hat oder nicht. In der fünftägigen Verhandlung ist aber mehr als über die Tatumstände über die Verhältnisse gesprochen worden, die zu der Gegnerschaft zwischen dem Mörder und dem Ermordeten geführt haben. Diese Verhältnisse waren rein journalistischer Natur. Sie kennen zu lernen ist für jeden Journalisten von Wichtigkeit. Die Gerichtsberichte ergeben ein sehr genaues Bild merkwürdiger internen Vorgänge aus dem Betrieb einer weithin bekannten Zeitung.

Oskar Pöffl, heute vierzig Jahre alt, war vor dem Krieg Mitarbeiter der amtlichen „Triester Zeitung“, dann der gleichfalls amtlichen „Wiener Zeitung“. Nach dem Krieg versuchte er sich ohne dauernden Erfolg in verschiedenen nicht journalistischen Unternehmungen. Im April 1923 trat er in den Verband des „Neuen Wiener Journals“ ein, in dem er bis Ende November 1924 blieb. Wie es zu seinem Engagement kam, darüber hat er selbst vor Gericht erzählt:

> „Ich bin mir darüber klar gewesen, daß in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit der Journalisten einer nur dann unterkommen kann, wenn er dem betreffenden Blatt sagt: ‚Ich koste Dich nicht nur Geld, ich bringe Dir auch Geld.‘ Bitte, wenn ein Installateur einem Kunden die Anschaffung einer Badewanne empfiehlt, also für seine Firma wirkt, ist das doch nichts Unehrenhaftes. Was ich dem „Neuen Wiener Journal“ vorgeschlagen habe, das war journalistisch vollkommen einwandfrei. Ich sagte, daß ich bereit bin, dem Blatt volkswirtschaftliche Bedeutung zu geben und dadurch höhere Einnahmen zu erzielen. Und daran werde ich auch beteiligt sein.“

Die Vorschläge, die Pöffl erwähnt, führten zu der Abmachung, daß er die volkswirtschaftliche Rubrik des Blattes leiten und zugleich Inseratenaufträge werben sollte, von denen er zwanzig, später dreißig Prozent erhalten sollte. Allerdings stellte er als Angeklagter das einmal um eine Nuance anders dar. Es heißt darüber in dem Bericht:

> „Als Pöffl dem Journal seine Dienste angeboten habe, habe er ausdrücklich betont, daß er nicht persönlich

Digitized by Google

Inserate acquirieren wolle. Er habe sich das so vorgestellt: ‚Es ist doch üblich, daß man Journalisten überall Trinkgelder aufdrängen will. In solchen Fällen, wenn ich bei einer Bank vorsprach, hätte ich dann gesagt: Ich bitte, nicht für mich, sondern, wenn Sie etwas geben wollen, dann für das Blatt.' Der Staatsanwalt fragte: „Haben Sie in dieser Art der Tätigkeit nichts Unkorrektes für einen Journalisten gefunden!" Angeklagter: „Nein."

Schon gleich zu Beginn der Verhandlung hatte Pöffl in großer Erregung versichert, es sei „eine perfide und infame Verleumdung", daß er „jemals etwas Inkorrektes" getan habe.

Es wurde vom Vorsitzenden festgestellt, welche Bezüge Pöffl die doppelte Beschäftigung brachte. Nach einer Zusammenstellung der Verwaltung des „Neuen Wiener Journals" hatte er in den Jahren 1923 und 1924 an Gehalt je etwa 8500 Schilling (ein Schilling gleich 60 Pfg.) bekommen, seine Frau, die in der Administration angestellt war, je 6000 Schilling. Die (für Pöffl an seine Frau ausbezahlten) Provisionen betrugen im Jahr 1923 3688 Schilling, im Jahre 1924 18943 Schilling. Als der Vorsitzende dazu bemerkte, die Provisionen, die Pöffl bezog, seien ja viel höher als sein Gehalt gewesen, erwiderte der Angeklagte: „Jawohl, mein Gehalt war mir gänzlich nebensächlich." Es fiel vor Gericht auf, daß buchmäßig Frau Pöffl statt ihres Mannes die Provisionen erhielt. Als der Staatsanwalt sich erkundigte, ob Pöffl darin nichts Bedenkliches gesehen habe, erwiderte dieser: „Man konnte doch nicht der Gewerkschaft Gelegenheit zur Anwendung eines Druckes, den sie später auch ausgeübt hat, auf dem Präsentierteller anbieten." Diese Bemerkung ist natürlich journalistisch sehr interessant. Denn wenn auch Pöffl selbst und offenbar auch Jakob Lippowitz, der Herausgeber und Chefredakteur des „Neuen Wiener Journals", der mit ihm den Doppelvertrag schloß, nichts Inkorrektes in ihren Abmachungen sahen, so ergibt sich doch aus der buchmäßigen Verschleierung und der Begründung, die Pöffl für sie gab, daß beide annahmen, die Standesorganisation der österreichischen Journalisten denke anders darüber. Ein ausdrücklicher Beschluß der Wiener Organisation, der die Unvereinbarkeit der Tätigkeit als Redakteur und zugleich als Empfänger von Inseratenprovisionen feststellt, ist allerdings erst später gefaßt worden; die Ansichten darüber waren aber offenbar schon früher, bei ihrer Mehrheit wenigstens, dieselben. Ein journalistischer Zeuge allerdings ließ, wie ein Gerichtsbericht vermerkt, durchblicken, daß er die Ansicht der Mehrheit nicht teile. Das war Dr. Nagelstock, jetzt Chefredakteur-Stellvertreter des Neuen Wiener Journals, früher Pressechef der Depositenbank. Er sagte auch aus, daß manche Redakteure regelmäßig Beträge von Banken erhielten.

Es war aber nicht die Doppeltätigkeit Pöffls, die zu seinem Konflikt mit der Redaktion führte; diese wußte gar nichts davon, daß Pöffl einen anderen als den Normaldienstvertrag hatte und hatte auch von seiner dementsprechenden Betätigung nichts erfahren. Sondern, nach der eigenen Darstellung Pöffls, hatte er die ersten Zusammenstöße mit Wolf, als er Nachrichten placieren wollte, die er von Castiglioni erhalten hatte. Castiglioni ist jener Großindustrielle und Finanzier, der auch in den Fällen Bekessy und Alexander Weiß eine große Rolle gespielt hat. Bruno Wolf war Schluß- und Umbruchredakteur, der sogenannte „Auslagenarrangeur" des Neuen Wiener Journals. Pöffl erzählte, wenn Wolf sich weigerte, solche Castiglionischen Nachrichten erscheinen zu lassen, so sei er, Pöffl, „einfach zu Lippowitz gegangen, der dann das Erscheinen der Notizen angeordnet habe. Dabei sei es auch öfter zu Zusammenstößen zwischen Wolf und Lippowitz gekommen." Das waren die Präliminarien. Der offene Ausbruch erfolgte bei einer ebenfalls typisch journalistischen Gelegenheit. Pöffl hatte noch eine dritte Funktion. Er war der Verbindungsmann des Blattes zur Polizei. Als der Prozeß gegen eine Frau Kadivec großes Aufsehen machte, brachte ein gewisser Valentin Schuster, ein Kokainist, der öfters im Steinhof, der großen Wiener Irrenanstalt, untergebracht war, eines Abends ein die Frau Kadivec betreffendes Aktenstück in die Redaktion, das er, wie es scheint, im Steinhof irgendwie an sich gebracht hatte. Diese Akten enthielten vermutlich Dinge, die damals sensationell waren. Aber ehe noch ein Entschluß über ihre Verwendung gefaßt war, rief Pöffl einen hohen Polizeifunktionär telephonisch an und teilte ihm den Vorgang mit. Man muß wissen, daß Wolf ein mit leidenschaftlichem Eifer seinem Beruf ergebener Mann war, um zu verstehen, daß ihn diese Störung der redaktionellen Arbeit in große Erregung brachte. Aber er stand mit der Mißbilligung von Pöffls Vorgehen nicht allein. Der Redaktionsausschuß trat zusammen und hat sich damals wohl auch näher über Pöffls sonstige Tätigkeit informiert — der Chefredakteur-Stellvertreter Leopold Jacobson hat ausgesagt, Pöffls „eigentümliche Angriffe" hätten schon früher Bedenken erregt, seine Schreibweise habe „Fußangeln" enthalten, aber er verwahre sich dagegen, daß die Redaktion schon früher von Pöffls „Doppeltätigkeit" gewußt habe. Der Ausschuß legte Pöffl Fragen vor, die bestimmte Beschuldigungen und Vorwürfe enthielten, darunter Bruch des Redaktionsgeheimnisses und unredliche Inseratenwerbung, verfaßte ein Protokoll und erklärte endlich dem Herausgeber, ein weiteres Zusammenarbeiten mit Pöffl sei den anderen Redakteuren unmöglich. Darauf schied Pöffl aus dem „Neuen Wiener Journal" aus.

Pöffl, der später in materielle Bedrängnis kam, schob vor Gericht die Schuld an seinem Schicksal in erster Linie der Organisation der Wiener Journalisten zu, der er vorwarf, politisch einseitig links zu stehen und ihn, weil man ihn für einen Hakenkreuzler hielt, verfolgt zu haben. Er beschuldigte sie, sie dulde „Schwerverbrecher" in ihren Reihen und sprach von „der ungeheuren Niedertracht dieser Meute", die Wolf geführt habe. Er habe ihr nur gezwungen angehört, und an ihren Ehrenrat habe er sich zu seiner Rehabilitierung nicht wenden können, weil er ihm wegen seiner politischen Haltung nicht vertrauen konnte. Nach der Aussage des Präsidenten der Organisation, Marzell Zappler, ist Pöffl ihr im Jahre 1918, wenige Monate nach der Gründung, damals als freier Schriftsteller, beigetreten und am 27. November 1924 ausgeschieden, einen Tag bevor die Redaktion des „Neuen Wiener Journals" ein ehrenrätliches Verfahren gegen ihn beantragte. Die Organisation hat sich also nie mit seinen angeblichen Inkorrektheiten oder Verfehlungen beschäftigt. Die übrigen gegen die Organisation erhobenen Vorwürfe wurden im Gerichtssaal widerlegt, auch ihre politische Neutralität bezeugt. Über das Verhältnis zwischen Redaktion und Administration hat Präsident Zappler als Zeuge ausgesagt,

„daß die Journalisten auch in Österreich, ähnlich wie in Deutschland, die strengste Scheidung der Redaktion von der Administration verlangen. Zur Zeit der Gründung der Organisation wären manche Herausgeber noch auf dem Standpunkt gestanden, daß gewisse Rubriken, wie etwa die volkswirtschaftliche und die Automobilrubrik, auch von dem Redakteur administrativ bearbeitet werden müßten. Es habe sich aber die Unmöglichkeit dieses Gebrauches herausgestellt, und die Organisation habe darauf den Beschluß gefaßt, daß ein Journalist, der neben seiner redaktionellen Tätigkeit auch bei der Inseratenwerbung beteiligt ist, wenn er auch nicht selbst aktiv eingreift, nicht Mitglied der Organisation sein kann."

Den breitesten Raum der Beweisaufnahme beanspruchte aber weder die Tat selbst noch auch die Doppelstellung Pöffls, sondern eine Reihe von Fällen, in denen er von Industriellen Geld oder Geldeswert für sich oder für die Zeitung genommen haben soll, ohne daß der Grund dazu ein völlig legitimer gewesen sei. Nach Pöffls Ausscheiden aus dem „Neuen Wiener Journal" hat Wolf ihn in einem Prozeß als Zeuge „Erpresser und Revolverjournalist" genannt. Darauf erhob Pöffl Privatklage gegen Wolf und erschoß ihn, nach mehreren Vertagungen, in dem Augenblick, in dem die Beweisaufnahme über die

Digitized by Google

Berechtigung dieser Benennung beginnen sollte. Diese, durch den Mord unterbrochene Beweisaufnahme wurde jetzt, statt vor dem Bezirksrichter, vor dem Schwurgericht durchgeführt. Es handelte sich um die Fälle: Castiglioni, Versicherungsgesellschaft Universale, Nordisch-österreichische Bank, Anglobank, Braun-Stammfest, August Lederer, Depositenbank. Restlos geklärt werden, im prozessualen Sinn, konnten die Fälle nicht, schon deshalb, weil die Betroffenen fast sämtlich als Zeugen nicht erschienen waren. Als einwandfrei festgestellt aber darf wohl angesehen werden, daß Castiglioni 5000 Schilling für ein Steyr-Auto zuschoß, das das „Neue Wiener Journal“ Pöffl kaufte; daß der Industrielle Braun-Stammfest, eine Inflationserscheinung, dessen Unternehmungen später alle zusammenbrachen, dem Pöffl eine ziemlich hohe Summe für Propagandaartikel bezahlt hat; daß endlich der Spiritusindustrielle Lederer Pöffl 1500 Schilling zuwendete, ohne daß übrigens danach die Angriffe im „Neuen Wiener Journal“ gegen ihn aufhörten. Ob juristisch in all diesen Fällen Erpressung oder Bestechung (die nicht strafbar ist) oder welcher Tatbestand überhaupt vorlag, ist nicht zu entscheiden; meistens handelt es sich ja bei derartigen Tatbeständen um Mischkomplexe. Aber es muß auch verzeichnet werden, daß nie, weder gegen Pöffl noch gegen den Herausgeber des „Neuen Wiener Journals“ Anklage wegen Erpressung erhoben worden ist, obwohl beide in der sozialdemokratischen „Arbeiterzeitung“ dauernd Erpresser genannt wurden. In seiner Aussage vor dem Untersuchungsrichter hat übrigens Lippowitz selbst Pöffl einen Fall von „ungeheuerlicher Erpressung“ vorgeworfen.

Im Plaidoyer hat einer der beiden Verteidiger Pöffls, Rechtsanwalt Gürtler, u. a. gesagt:

„Auf der Anklagebank sitzt Oskar Pöffl, aber dahinter, wie auf einer weißen Wand, sind diese Verhältnisse angeklagt, die Pöffl nicht eingeführt hat.“ Und weiter: „Der Grund für Pöffl, warum er sich keinem Ehrengericht stellen wollte — war der Vertrag! Der Vertrag, der seine Existenz war. Allerdings der Herr und Meister Pöffls, für den er mit seinem Herzblut geschrieben hat, hat es vorgezogen, in diesem Saal nicht zu erscheinen!“

Der Wiener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ hat über denselben Punkt in seinem Schlußbericht, wie folgt, geurteilt:

„Immer deutlicher wurde im Verlauf des Prozesses, daß zwar Pöffl die tödliche Kugel abgefeuert hat, daß aber die moralische Verantwortung für dieses Verbrechen nicht allein auf ihm lastet. Man hat es leider vermieden, die dunklen Hintergründe ganz aufzuklären. Man ist schonungsvoll um die Person des Verlegers und Leiters des „Neuen Wiener Journals“, Lippowitz, herumgegangen. Das Gericht hat nach mehrfachen Anträgen der Verteidigung und des Nebenklägers auf seine Vernehmung verzichtet. Lippowitz, der an den von Pöffl beschafften Inseraten mitverdient hat, Lippowitz, der Vertraute und Freund hoher beamteter Persönlichkeiten, wurde geschont.“

Der Vollständigkeit halber muß noch mitgeteilt werden, daß der Redakteur Wolf, als ihn die tödlichen Schüsse trafen, nach fünfzehnjähriger Tätigkeit vom Verlag gekündigt war. Lippowitz hat in der Voruntersuchung ausgesagt, er habe veranlaßt gehabt, daß die Kündigung zurückgezogen werde. Dazu ist es aber jedenfalls nicht mehr gekommen.

Ich habe mich bemüht, die Vorgänge, wie sie sich aus dem Vergleich der Berichte mehrerer politisch divergierender Zeitungen ergaben, möglichst lückenlos und sachlich darzustellen. Schlußfolgerungen möchte ich heute aus ihnen nicht ziehen. Ich möchte diese Aufgabe der Debatte überlassen, die sich, wie ich annehme, an mein Referat anschließen wird. Es sind nicht wenige Punkte, die für die Standesorganisation von großem Interesse sind, es lassen sich Parallelen ziehen oder Verschiedenheiten feststellen. Warnen möchte ich heute schon vor Pauschalurteilen, die notwendig fehl gehen müssen. Nur selten sind so tiefe Einblicke in Zeitung und Zeitungsgeschäft möglich. Eine rückhaltlose Aussprache kann von großem Nutzen sein.

Neue Zeitungswissenschaftliche Literatur.

Hamburg und das Hamburger Fremdenblatt.

Alfred Herrmann, Honorarprofessor an der hamburgischen Universität und Redakteur am „Hamburger Fremdenblatt“, hat zum 100. Geburtstag seiner Zeitung einen stattlichen Band „Hamburg und das Hamburger Fremdenblatt“ 1828—1928 (Hamburg, Verlagsbuchhandlung Broschek & Co., 1928. 619 S. 8°) herausgebracht.

Jubiläumswerke großer Zeitungsverlage bedeuten leider nicht immer zeitungswissenschaftliche Fortschritte. Wenn sie nicht gar nur Ruhmeskünder bestimmter Verlegerdynastien sind, pflegen sie doch allzu oft um die Dinge herumzugehen, auf die es ankommt. Schließlich ist eine wissenschaftliche Leistung gar nicht einmal ihr Zweck. Sie wollen sogenannte „repräsentative Werke“ sein. In Goldschnitt und Leder. Es gilt den Lesern und Anzeigenkunden kräftig zu imponieren und zu beweisen, daß man nicht nur auf Holzpapier seine Leistungsfähigkeit darzutun weiß.

Alfred Herrmann hat in dem vorliegenden Werk diese Art bewußt vermieden. Zwar steht der Band mit seinen wirkungsstarken Kupfertiefdruckbildern, die von jeher dem Fremdenblatt einen besonderen Ruf gegeben haben, prächtig vor uns. Doch birgt diese Schale auch einen wertvollen Kern. Dies Werk ist ein Gewinn für die Geschichte des deutschen Zeitungswesens, da es nicht nur ein wertvolles Tatsachenmaterial liefert, sondern uns auch eine Darstellung geschenkt hat, an der wir die Eigengeschichtlichkeit des Zeitungsunternehmens geradezu erleben.

Da ist zunächst das Wechselspiel zwischen der politischen Richtung ihrer wirtschaftlichen Lebensgrundlagen und der politischen Gruppierung des Leserkreises. Begründet als eine kultur-liberale Zeitung, hat das Fremdenblatt“ schon in seinen ersten Jahrzehnten die alte Erfahrung erhärtet, daß eine Zeitung auch in der Vertretung ihrer Meinung um so abhängiger ist, je schwächer sie wirtschaftlich dasteht. Auch im „Fremdenblatt“ tritt die Festigung seiner politischen Stellung erst mit dem Jahrzehnt ein, als unter der Leitung des jüngeren Menk und G. Diedrichs auch der wirtschaftliche Aufschwung begann.

Durch kluge Führung glückte es dem „Fremdenblatt“ auch, seinen Charakter als politisches Blatt zu wahren, ohne der in Hamburg besonders stark anbrandenden Konkurrenz der Generalanzeigerpresse länger als nur vorübergehend Boden zu opfern. Gleichzeitig hatte es die verbesserte Nachrichten- und Reportagetechnik der Generalanzeiger angenommen und so deren journalistische Fortschritte mit dem alten politischen Charakter verbunden. Damit nahm das „Fremdenblatt“ schon in den 90er Jahren eine Entwicklung vorweg, in die dann die alten Generalanzeiger zwangsläufig verfielen.

Von besonderer Bedeutung sind auch die Angaben, die Herrmann über die Gestaltung des Nachrichtenwesens herausgearbeitet hat. Es ist erstaunlich, wie spät eine Zeitung von dem Range des „Fremdenblattes“ sich auf die Notwendigkeit eines eigenen Nachrichtendienstes besinnt. Jahrelang verläßt man sich ausschließlich auf den Reuter-Dienst, in dessen Wettkampf mit Wolff um das kontinentale Nachrichtenmonopol das „Fremden-

Digitized by Google

blatt“ lange ganz auf seiten der englischen Agentur stand. Das zeigt die starken Bande, die die Hansestadt mit dem britischen Weltreich verband. Erstaunlich ist auch die späte Einführung des eigenen Handelsnachrichtendienstes. Nur gegen die Opposition der Handelskreise wurde sie möglich. Man sieht, wie heftig auch auf diesem begrenzten Gebiet der Kampf der Zeitung um Anerkennung ihres öffentlichen Charakters gewesen ist.

Sehr zu begrüßen sind im Interesse einer weiteren Klärung des Kostengesetzes der Zeitung die Angaben, die Herrmann über die Entwicklung von Anzeigen- und Bezieherziffern, namentlich in der Kriegs- und Inflationszeit, gegeben hat. Man möchte wünschen, daß jeder große deutsche Verlag seine statistischen Ziffern so selbstverständlich mitteilte. Die Angaben zeigen überzeugend die Richtigkeit des bekannten Kostengesetzes der Zeitung und lassen die Riesengefahr erkennen, in der jeder Zeitungsverlag in Krieg und Inflation bei steigender Bezieherziffer und absinkender Anzeigeneinnahme gegestanden hat.

Mit großer psychologischer Feinheit hat Herrmann in die Geschichte seiner Zeitung die persönlichen Kräfte ihrer Führer hineingestellt. Sei es, daß sie journalistische oder verlegerische Leistungen oder beide gemeinsam vollbringen. Dabei zeigt sich Herrmann als scharfer, und wo es Not tut rücksichtsloser Kritiker. Kaum ein Unternehmen ist ja von der persönlichen Leistung einzelner samt ihrer menschlichen Belastung so abhängig, wie eben die Zeitung. Albert Broscheck tritt dabei als genialer Zeitungsmann besonders hell ins Rampenlicht. Er war es, der das „Fremdenblatt“ zu einer in ganz Deutschland anerkannten Tageszeitung machte.

Es wäre zu wünschen, daß noch mancher andere Verlag bei ähnlichen Anlässen seine Geschichte in praktisch und wissenschaftlich so erprobte Hände legen würde, wie Alfred Herrmann sie hier bewährt hat.

* * *

Statistik und Zeitungswissenschaft

waren im 17. und 18. Jahrhundert schon einmal eng verbrüdert. Auch heute sind diese Beziehungen nicht abgerissen. Dies beweist die Tatsache, daß zwei Verfasser, die beide der statistischen Praxis nahestehen, im verflossenen Jahre zeitungswissenschaftliche Arbeiten herausgebracht haben. Dr. W. Schöne, Amtsrat in Leipzig und Privatdozent für Zeitungskunde an der dortigen Universität, gibt seiner Arbeit den Titel: „Die Zeitung und ihre Wissenschaft“ (Verlag Heinrich F. A. Timm. 235 S., Mk. 5.—). Hellmuth Wolff, Leiter des Statistischen Amtes in Halle und a.o. Professor an der Universität, bringt ein Buch heraus: „Einführung in die Zeitungskunde“ (Verlag Otto Liebmann, Berlin. 197 S., Mk. 6.—).

Schönes Buch ist die Frucht langjähriger Studien, einer umfassenden Literaturkenntnis, ernsthafter und gründlicher, wenn auch gelegentlich etwas abseitiger Prüfung des lebensvollen Organismus „Zeitung“, der zu wissenschaftlicher Betrachtung so schwer stille hält. Mehr als seine folgerichtig, aber mit einer gewissen Resignation aufgebauten zeitungswissenschaftlichen Theorien werden den Leser dieser Blätter seine Beurteilung der journalistischen Arbeit vor allem in ihren Beziehungen zum Verlagsunternehmen, interessieren, also jenes geistig-wirtschaftliche Kernproblem der Zeitung, das in den letzten Jahren so oft das Thema zeitungspolitischer Auseinandersetzungen gewesen ist. Was die Praxis von der Zeitungswissenschaft erwartet, ist in erster Linie eine exakte Klärung dieser Zusammenhänge. Schöne zieht in der Absicht hier zu durchleuchten vor allem gegen Auffassungen zu Felde, die er als die ethisch-gefühlsmäßig orientierte zeitungskundliche Literatur“ bezeichnet. Er trifft mit dieser Bezeichnung in erster Linie eine Reihe von Arbeiten seines alten Lehrers Karl Bücher. Wenn sich Schöne dann weiter über die „Lamentationen vom Dualismus in der Zeitung“ zwischen den Zeilen lustig macht, und all die in der Praxis oft so lebensentscheidenden Kämpfe, die um die Wahrung der inneren Unabhängigkeit und den geistigen Führercharakter ausgefochten werden, mit einer forcierten Überlegenheit abtut, so mag das gewiß den Anschein höchster „Wissenschaftlichkeit“ erwecken, wirft aber auch die Frage auf, ob hier nicht vergeblich der Versuch gemacht wird, „mit Hebeln und Schrauben“ eine geistige Angelegenheit zu meistern. Dabei unterläuft Schöne gelegentlich der Fehler, polemisch gemeinte Programmreden bestimmter Berufskreise mit den wirklichen Tatsachen zu verwechseln. Der Praxis gegenüber sollte sich eine zeitungswissenschaftliche Arbeit nicht in so magistrale Formen kleiden. Es geht ihr dadurch das beste verloren, was die Zeitungswissenschaft der Praxis zu bieten hat. Diese sehr bedauerliche Schwäche des Buches hindert nicht, daß auch der Praktiker es in manchen Teilen mit Gewinn lesen wird. Sehr lehrreich sind z. B. die Kapitel über die Uniformierungstendenzen und über die Pressestellen.

Das wissenschaftliche Erkenntnisziel der Zeitungskunde ist für Schöne: „die Zeitung als Ausdruck des gesellschaftlichen Bewußtseins“. In der Methode kann ihm „nur ein arbeitsteiliges Zusammenwirken der Vertreter verschiedener Wissenschaftsgebiete eine vollständige Darstellung des zeitungskundlichen Gebietes gewährleisten“. Gegen diese Auffassung, die das Ziel der Zeitungswissenschaft einerseits in kühner Weite absteckt, ihr aber andererseits die eigene Methode abspricht, ließe sich manches sagen. Doch ist dazu hier nicht der Platz.

Auch die ausführlichen Darlegungen, die sich gegen die bekannte, zuerst durch Braun formulierte Terminologie „Geschäftszeitung“ und „Gesinnungszeitung“ richten, überzeugen nicht. Gewiß sind diese Bezeichnungen keineswegs reife zeitungswissenschaftliche Begriffe, aber daß sie mindestens historisch sehr klar sind und sicher auch heute noch Charaktermerkmale bestimmter Blätter treffen können, bestreitet Schöne nicht, der im übrigen diese Terminologie selber wiederholt anwendet.

So sehr Schöne also auch im einzelnen zum Widerspruch reizt, sein Werk wird der jungen Disziplin der Zeitungswissenschaft förderlich sein.

*

Leider gilt dies nicht für das Buch Hellmuth Wolffs. Es gibt wiederholt Gesagtes nicht einmal in eigener Prägung. Schwere sachliche Unrichtigkeiten sind häufig. Gleich der erste Absatz beginnt mit einem Fehler. Wie der Verfasser arbeitet, sollen folgende Zitate zeigen: Da heißt es:

> „Der „Herausgeber“ deckt denjenigen Produktionsabschnitt der Zeitung, für den weder der Verleger (als Eigentümer) noch der Redakteur gegenüber dem Leser die Verantwortung tragen will. (S. 40.)
>
> Da der Verleger aber in Wirklichkeit und auf Grund seines Verhältnisses keine geistige Leitung an seiner Zeitung beansprucht, so wird vor allem, wenn die Zeitung eine besondere Richtung ..... vertreten will, das namentliche Hervortreten eines „Herausgebers“ ..... sehr zweckmäßig sein. Der Herausgeber sorgt dann dafür, daß der Inhalt der Zeitung im Geiste der und der Richtung usw. gehalten ist, und die Redakteure sind in solchem Falle wieder das, was sie ursprünglich waren, Raumverteiler für die eingelaufenen Nachrichten (und Aufsätze) auf die einzelnen Nummern.“ (S. 41.)

Wir erfahren auch, was der Chefredakteur zu tun hat. Da heißt es:

> „Ein Blatt, das acht Seiten Text täglich bringt, wird etwa 4—5 Redakteure beschäftigen; einer von ihnen hat außer seiner Sparte noch das Raumverteilungsrecht, oft auch ein materielles Inhaltsprüfungsrecht oder doch ein sehr fühlbares Honorarverfügungsrecht für die ganze Zeitung, d. h. auch für die Sparten der anderen Kollegen. Man nennt solchen Redakteur den Chefredakteur.“

Durch die berühmten „Letters to the Editor“ — so meint Wolff — stehe die Leserschaft der englischen Zei-

Digitized by Google

tung mit dem Herausgeber, den Wolff in diesem Falle mit dem Verleger gleichsetzt, in Beziehung, nicht aber mit der Redaktion. Ein völliges Mißverständnis des englischen Begriffes „Editor". Aus der namentlichen Zeichnung der französischen Zeitungsartikel glaubt Wolff feststellen zu können, daß Frankreich einen höchst angesehenen Journalistenstand habe. Derart seltsame Irrtümer ließen sich noch eine ganze Anzahl aneinander reihen. Man könnte all das mit größerer Milde festhalten, nähme der Verfasser nicht das Piedestal der „Wissenschaftlichkeit" für sich in einer Weise in Anspruch, die den Praktiker fühlbar in die zweite Klasse versetzt. Einige leider zum Teil sehr unrichtige Bemerkungen über das „Deutsche Institut für Zeitungskunde" schließen mit folgendem Satz:

„Daß es (das Institut) auch die wissenschaftliche Objektivität hochhält, ist zwar auch selbstverständlich; aber hier liegt die große Schwierigkeit vor, daß die Institutsarbeit fürs erste in der Hauptsache von Praktikern oder doch ehemaligen Zeitungsleuten, den sogen. Kollegen vom Bau, zu leisten ist, denen der praktische Journalismus naturgemäß in Fleisch und Blut übergegangen ist, so daß eine meistens jahrzehntelange Eingewöhnung überwunden werden muß, um aus dem Journalisten einen Zeitungswissenschaftler zu machen."*)

Demgegenüber sei in aller Bescheidenheit bemerkt, daß das gründlichste und sachlichste zeitungswissenschaftliche Buch, Otto Groths bekanntes Werk „Die Zeitung" auch von einem Praktiker geschrieben ist. Ebenso Löbls bahnbrechendes Buch: „Kultur und Presse". Praktische journalistische Tätigkeit schließt wissenschaftliches Schaffen gar nicht aus. Karl Büchers Jugendjahre beweisen das wohl am besten. Eine Zeitungswissenschaft ohne praktische Erfahrung ist — wie gerade Wolffs Buch es zu zeigen scheint — fast unmöglich. Der Praktiker pflegt auf Grund seines praktischen Erlebens vorsichtiger und zurückhaltender im Urteil zu sein, als Hellmuth Wolff es hier in vielen Dingen gewesen ist.

Damit ist übrigens nichts Generelles gegen Wissenschaftler gesagt, die sich ohne lange eigene Praxis der wissenschaftlichen Erforschung des Zeitungswesens widmen. Mit besonderer Freude sei daher auf ein kleines, anspruchslos auftretendes, aber sehr inhaltreiches Buch hingewiesen, das Karl d'Ester, der bekannte Münchener Professor für Zeitungswissenschaft, herausgebracht hat: „Zeitungswesen" (Jedermanns Bücherei, Ferdinand Hirt, Breslau). Die Stärke d'Esters ist die Fülle des Materials. Erstaunlich mannigfaltig im historischen Teil, hier wie in der Schilderung der modernen Tageszeitung sehr übersichtlich und klar gegliedert und durch anschauliche Diagramme unterstützt. Nirgends das lehrhafte Aufspielen, das Schöne und Wolff in ihren Büchern gegenüber der Praxis zeigen. Und gerade darum wird dieses Buch dem Praktiker besonders vieles geben und ihm bleibend wertvoll sein.

Emil Dovifat.

*) Von uns gesperrt.

Arbeitsgerichtsbarkeit und „Entlastungsgesetz fürs Reichsgericht".

Von der Öffentlichkeit ziemlich unbeachtet, ist dem Reichstag eine Drucksache Nr. 563 zugegangen, die den „Entwurf eines weiteren Gesetzes zur Entlastung des Reichsgerichts" enthält. Das gegenwärtig noch gültige Entlastungsgesetz war „in erster Linie als Mittel zur Einschränkung des Zuflusses in Eherevisionen" unter dem 21. Dez. 1925 eingeführt worden, also zu einer Zeit, als das vom 23. Dez. 1926 datierte Arbeitsgerichtsgesetz noch gar nicht bestand. Die verschiedenen Verlängerungsgesetze waren trotz grundsätzlicher Bedenken nicht zum mindesten deshalb verabschiedet worden, weil „irgendwelche Beobachtungen, die die Beibehaltung der derzeitigen Regelung als bedenklich erscheinen lassen könnten", nicht gemacht worden waren. Man glaubte, diese Beschränkung der gesetzlichen Rechte des Einzelnen zugunsten der Behebung eines allgemeinen Notstandes (infolge Überlastung des höchsten Gerichts) um so eher verantworten zu können, als es sich bei den hauptsächlich betroffenen Eherevisionen „ganz überwiegend um typische Rechtsstreitigkeiten handele und die dabei auftauchenden Rechtsfragen vom Reichsgericht im Laufe der Jahre in einer derartigen Fülle von Entscheidungen geklärt seien, daß es unter dem Gesichtspunkt der Wahrung der Rechtseinheit und der Fortbildung des Rechts gegenwärtig nicht sachlich geboten erscheine, ihnen weiterhin die reichsgerichtliche Instanz unbeschränkt offenzuhalten." Dieser Kernpunkt der Begründung für die Verlängerung des Entlastungsgesetzes ist in der Öffentlichkeit heftig kritisiert worden. So schrieb z. B. die Frankfurter Zeitung in ihrer Nr. 943 vom 18. Dez. 1928:

„Diese Erwägungen gehen fehl. Wird doch vornehmlich dabei übersehen, daß in diesen Prozessen lebenswichtige Interessen der Parteien auf dem Spiel stehen, insbesondere nicht selten die rechtliche Auswertung der von den Tatinstanzen ermittelten Tatsache ein besonderes Maß von Lebenserfahrung verlangt. Man muß unbedingt der Auffassung des „Anwaltsblattes" vom November 1928 beipflichten, wonach die Beschränkung gerade auf diesem Gebiete nicht erträglich sei, auch vom Volk nicht verstanden wird."

Man wird dieser Ansicht wohl zustimmen können, da die Dekretierung eines solchen Ausnahmezustandes in einem Rechtsstaat nur dann, und auch dann nur zeitweise, in Kauf genommen werden könnte, wenn wirklich vitale Interessen des Staates auf dem Spiel stehen. Niemand wird aber behaupten wollen, daß ein solcher Fall hier vorliegt, denn schließlich ist die Justizreform, soweit sie der Überlastung des obersten Gerichts zu begegnen hat, nur eine administrative Maßnahme, ein Teil der allgemeinen Verwaltungsreform. Dieser Gesetzentwurf zur Verlängerung des Entlastungsgesetzes würde im Gegenteil nur der ohnehin unerfreulichen Debatte über „die Vertrauenskrise in der Justiz" neuen Antrieb geben, also schädlich wirken. Die Frankfurter Zeitung hat daher vollständig recht, wenn sie ihr Urteil über diesen Gesetzentwurf in den Worten zusammengefaßt: „Wir hoffen, daß der Reichstag hier ein energisches Veto einlegt!"

In der bisherigen öffentlichen Diskussion über diesen Gesetzentwurf ist aber auf eine ungeheuere Gefahr noch gar nicht hingewiesen worden, die sich infolge der gegenwärtigen Praxis des Reichsarbeitsgerichts für das ganze Rechtsleben ergeben muß und die auch uns Redakteure angeht, die wir leider häufig genötigt sind, unser Recht vor den Arbeitsgerichten zu suchen. Das Reichsarbeitsgericht hat nämlich durch einen selbstherrlichen Akt dieses für die Arbeitsgerichtsbarkeit gar nicht bestimmte Entlastungsgesetz auf seine Rechtsprechung zur Anwendung gebracht und damit eine in ihrer ganzen Auswirkung noch gar nicht zu übersehende Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen dekretiert. Die Argumentation des Reichsarbeitsgerichts, es sei beim Reichsgericht errichtet, so daß auch das Entlastungsgesetz fürs Reichsgericht für das Reichsarbeitsgericht gelte, ist abwegig, denn das Reichsarbeitsgericht ist als oberstes selbständiges Gericht der neu geschaffenen Arbeitsgerichtsbarkeit begründet worden und daher ebensowenig ein Teil des Reichsgerichts, wie es zum Beispiel der „beim Reichsgericht errichtete" Oberste Ehrengerichtshof für die deutschen Anwälte ist. Außerdem

Digitized by Google

bestand bei Entstehung und Verabschiedung des Entlastungsgesetzes das Reichsarbeitsgericht noch gar nicht, konnte also damals nicht gut überlastet sein. Entscheidend bleibt aber, daß das Arbeitsrecht eine verhältnismäßig junge Disziplin ist, die sich keinesfalls in typischen, durch die Rechtsprechung des obersten Gerichts schon geklärten Rechtsfragen erschöpft; im Gegenteil handelt es sich bei diesem Rechtsgebiet um eine Fülle ganz neuartiger Rechtsprobleme, deren Klärung in dem besonderen Arbeitsgerichtsverfahren erfolgen soll, da früher während des Bestehens der Kaufmanns- und Gewerbegerichte nur ein verhältnismäßig kleiner Ausschnitt wichtiger arbeitsrechtlicher Probleme der Rechtsprechung des obersten Gerichts unterbreitet werden konnte. Schon die Zuziehung des Laienelements auch bei dem höchsten Gericht dieses Arbeitsgerichtsgesetzes beweist ja gerade, daß nicht die formale Rechtsangleichung, sondern gerade die Fortbildung dieses Rechts die Hauptaufgabe dieser neugeschaffenen besonderen Gerichtsinstanzen ist. Wenn trotzdem das Reichsarbeitsgericht aus dem menschlich vielleicht begreiflichen Wunsche heraus, eine Begrenzung seines Arbeitsstoffes auf diese einfache Weise vorzunehmen, zur Anwendung dieses Entlastungsgesetzes für das Reichsgericht auf seine Rechtsprechung gelangt ist, so liegt darin eine ungeheuere Gefahr für alle Arbeitnehmer, die doch durch das Arbeitsgerichtsgesetz in der Hauptsache geschützt werden sollen, weil ihre Arbeitskraft eigentlich ihr einziges Kapital darstellt. Beschränkt man mittelst dieser vom Gesetzgeber nicht vorgesehenen und daher sicherlich auch nicht gewollten Methode die gesetzlichen Rechte in derart einschneidender Weise, so wäre eine unverantwortliche Verkümmerung der eigentlichen Aufgabe dieser Arbeitsgerichtsbarkeit die zwangsläufige Folge. Es wäre für das allgemeine Rechtsempfinden unerträglich, wenn der bisherige Ausnahmezustand durch Verabschiedung des neuen Gesetzentwurfes sanktioniert würde. Dann müssen Revisionen künftig weiterhin in allen Fällen zurückgewiesen werden, in denen ein offenbarer Verstoß des Richters gegen die ihm vorgeschriebene Aufklärungspflicht und Würdigung des gesamten Streitstoffes vorliegt. Gerade weil das Arbeitsgerichtsgesetz die Beschleunigung des Streitverfahrens erstrebt, läßt es seinen richterlichen Ausführungsbehörden bezüglich der Auslegung und Anwendung der §§ 139, 286 und 287 Z.P.O. einen weiteren Spielraum, als es bei den analogen Verfahren vor den Land- und Oberlandesgerichten nach den Vorschriften der Z.P.O. möglich ist. Da man es bei der Arbeitsgerichtsbarkeit in den ersten beiden Instanzen mit unteren Gerichten zu tun hat, nämlich solchen, die dem Amts- und Landgericht entsprechen, während im bürgerlichen Streitverfahren bei wichtigen Fragen das Land- und Oberlandesgericht zu entscheiden haben, so ist es unumgänglich notwendig, den Rechtsuchenden eine besondere Sicherung gegen subjektive Fehlerquellen der Urteilssprüche dieser unteren Arbeitsgerichtsinstanzen zu geben. Denn bei der ständigen Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts ist das Landesarbeitsgericht als oberste Tatinstanz den Oberlandes- resp. Kammergerichten gleichzusetzen, ohne daß für den Rechtsuchenden beim Landesarbeitsgericht dieselben Rechtsgarantien gegen Verfahrensverstöße gegeben sind, wie bei den Oberlandesgerichten. Das Reichsarbeitsgericht zum Beispiel steht bei Revisionen aus § 626 B.G.B. (fristlose Entlassung aus wichtigen Gründen) auf dem Standpunkt, „das Revisionsgericht könne nur prüfen, ob der nach den Umständen des einzelnen Falles, also vom Landesarbeitsgericht festgestellte Sachverhalt geeignet ist, einen wichtigen Grund für die fristlose Entlassung abzugeben, und es entziehe sich der Nachprüfung des Revisionsgerichts, ob der Tatrichter in allen Punkten von zutreffenden tatsächlichen Erwägungen ausgegangen ist".

Diese Rechtsprechung setzt selbstverständlich eine einwandfreie Beweisaufnahme in der Tatinstanz voraus, in der, nach einem häufig zitierten Worte des früheren Ministers Heine, die Streitfälle nicht „erledigt", sondern „entschieden" werden müssen. Es ist daher unerläßlich, daß den Rechtsuchenden die Revisionsinstanz gegen Verfahrensverstöße des Tatrichters aus §§ 139, 286 und 287 Z.P.O. offen gehalten wird, wenn nicht eine schlimme Rechtsunsicherheit gerade auf dem für unser soziales Leben so wichtigen Gebiet des Arbeitsrechts die bedauerliche Folge sein soll. Die Anwendbarkeit des Entlastungsgesetzes auf das Reichsarbeitsgericht wäre gerade wegen der Ausschaltung der Revisionsgründe aus diesen Paragraphen eine außerordentlich schwere und vom Gesetzgeber keineswegs gewollte Benachteiligung des Rechtsuchenden. Es erscheint daher notwendig, falls die Verlängerung des gegenwärtig noch gültigen Entlastungsgesetzes fürs Reichsgericht überhaupt noch notwendig sein sollte, in den gegenwärtig dem Rechtsausschuß des Reichstags vorliegenden Gesetzentwurf für die Verlängerung dieses Entlastungsgesetzes eine Bestimmung einzumauern, die die Anwendbarkeit dieser Vorschriften auf Revisionen gegen Urteile der Landesarbeitsgerichte ausschließt.

Daß diese Ansicht über die Unzulässigkeit der gegenwärtigen Judikatur des Reichsarbeitsgerichts auch in juristischen Fachkreisen vertreten wird, beweist ein Artikel des Rechtsanwalts am Kammergericht, Dr. Friedrich Wussow, in der „Juristischen Wochenschau", der unter dem Titel „Findet das Gesetz zur Entlastung des Reichsgerichts auf das Reichsarbeitsgericht Anwendung?" zu dieser wichtigen Frage Stellung nimmt und sie verneint. Bemerkenswerterweise ist Dr. Wussow Mitglied der Arbeitgeberseite im vorläufigen Reichswirtschaftsrat. Dr. Wussow war früher Generaldirektor der Berliner Straßenbahn; wenn daher ein in Arbeitsrechtsfragen so erfahrener Vertreter der Arbeitgeberseite sich gegen diese Praxis des Reichsarbeitsgerichts wendet und in ihr eine außerordentliche Gefahr für alle Arbeitnehmerkreise und damit für unseren sozialen Frieden sieht, so läßt sich ermessen, welche Gefahren den Arbeitnehmern, also auch uns Journalisten, in Wirklichkeit aus dieser Judikatur des Reichsarbeitsgerichts drohen. Es ist daher dringend notwendig, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf diese wichtige Frage zu lenken, um zu verhindern, daß die Absichten des Gesetzgebers und die klaren Garantien des sozialen Erwägungen entstammenden Arbeitsgerichtsgesetzes nicht infolge einer selbstherrlichen Judikatur des höchsten Ausführungsgerichts dieser Arbeitsgerichtsbarkeit ihren Wert für den rechtsuchenden Arbeitnehmer so gut wie vollständig verlieren.

* * *

Landtag und Abgeordneten-Immunität.

Im Preußischen Landtag kam es am 22. Januar zu einer lebhaften Aussprache über den schon in Nr. 2/29 der „Deutschen Presse" veröffentlichten deutschnationalen Antrag betr. die strafgerichtliche Verfolgung von Abgeordneten, die als verantwortliche Redakteure von periodischen Druckschriften mit der Stellung des Redakteurs Mißbrauch treiben. Im Geschäftsordnungsausschuß des Landtages war der deutschnationale Antrag der Ablehnung verfallen.

Abgeordneter Kollege Paul Baecker, Deutschnationale Volkspartei, ersuchte jedoch das Haus, ihm trotz dieser Ablehnung im Ausschuß stattzugeben. Die gesamte anständige Presse wende sich dagegen, daß Abgeordnete mit ihrer Immunität sehr oft Beleidigungen und Behauptungen decken, für die sie nach dem bisher geltenden Recht nicht strafrechtlich verantwortlich gemacht werden könnten, weshalb nunmehr Anträgen auf Auslieferung dieser Abgeordneten zur strafrechtlichen Verfolgung in solchen Fällen grundsätzlich stattgegeben werden müsse.

Nachdem der Abgeordnete Kube, Nationalsozialist, betont hatte, daß der deutschnationale Antrag keine genügende Handhabe für ein objektives Verfahren biete und die Weimarer Verfassung auch die Pressefreiheit gewährleistet habe, wandte sich der Vertreter der Demokraten, Grzesinski,

Digitized by Google

gegen den schweren Mißbrauch, den besonders die nationalsozialistischen Abgeordneten mit der Immunität trieben. Der nationalsozialistische Abgeordnete Strasser zeichne für nicht weniger als 11 Zeitungen verantwortlich. Gegen den Antrag sprach sich noch der kommunistische Vertreter Schwenk aus, der behauptete, daß er sich lediglich gegen seine Partei richte, während der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Heymann, die Formulierung als unzweckmäßig bezeichnete.

In einfacher Abstimmung wurde darauf der Antrag des Geschäftsordnungsausschusses abgelehnt und der deutschnationale Antrag mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Nationalsozialisten und der Kommunisten angenommen. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„In der Erwägung, daß ein Abgeordneter die Übernahme des Postens des verantwortlichen Redakteurs einer periodischen Druckschrift nicht dazu benutzen darf, die Bestimmungen des Gesetzes über die strafrechtliche Haftbarkeit des verantwortlichen Redakteurs tatsächlich hinfällig zu machen, erklärt der Landtag, daß er in Fällen, in denen ein Abgeordneter mit der Stellung des verantwortlichen Redakteurs offenbaren und schweren Mißbrauch treibt, einem Antrag auf Auslieferung zur strafrechtlichen Verfolgung grundsätzlich stattgeben wird."

Anschließend wurde die Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Ley in den vorliegenden 3 Fällen wegen Beleidigung durch die Presse entsprechend den Ausschußbeschlüssen erteilt, nachdem eine lebhafte Auseinandersetzung vorangegangen war. Ferner wurde beschlossen, das bereits eingeleitete Strafverfahren gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Kaufmann weiterzuführen.

Gerichtsberichterstattung und Strafrechtsreform.

In seiner Sitzung am 23. Januar hat sich der Strafrechtsausschuß des Reichstages auch mit dem Vorschlag des § 168 Ziffer 3 des Strafgesetzbuchentwurfes zu beschäftigen gehabt, der mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. denjenigen bedroht, der ohne Genehmigung der zuständigen Behörde amtliche Schriftstücke eines Strafverfahrens öffentlich bekannt gibt, bevor sie in öffentlicher Verhandlung erörtert worden sind oder das Verfahren sein Ende erreicht hat.

Es handelt sich bei diesem Vorschlag also um eine Neuauflage des veralteten § 17 des Preßgesetzes, der jedoch in der Neuformulierung sich nicht nur gegen die Presse wendet, sondern gegen jeden Beliebigen, der eine solche Veröffentlichung, gleichviel auf welchem Wege, z. B. durch Funkspruch oder Anschlag, vornimmt.

Daß der § 17 des Preßgesetzes, an sich eine verfehlte gesetzgeberische Schöpfung, vollkommen veraltet ist, haben auch die Justizbehörden inzwischen eingesehen. Sie greifen zu diesem Paragraphen auch nur dann, wenn eine Veröffentlichung in der Presse gegen andere schutzbedürftige aber nicht strafrechtlich geschützte Interessen verstößt.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse hat in einer Eingabe an den Reichstag zur Strafgesetzbuchreform vom 18. Januar 1928 sich gleichfalls mit der im Strafgesetzbuchentwurf vorgesehenen Erweiterung des jetzt geltenden § 17 des Reichspreßgesetzes beschäftigt und dazu folgendermaßen Stellung eingenommen:

Wir bitten ferner um Streichung der Ziffer 3. Diese Bestimmung bedeutet eine Erweiterung des jetzt geltenden § 17 des Reichspreßgesetzes, der schon heute seinen Zweck nur sehr unvollkommen erfüllt und nach einer Erklärung des Preußischen Justizministers vom 14. März 1927 als antiquiert zu betrachten ist.

Auch in den Beschlüssen der RAG der deutschen Presse zur Reform des Deutschen Preßrechts wird bei § 17 RPG nochmals auf die Angelegenheit eingegangen. In ihrer vom Reichsministerium des Innern angeforderten Stellungnahme zur Preßgesetzreform beantragt die RAG, den erwähnten Paragraphen zu streichen und fügt ausdrücklich hinzu:

„Eine entsprechende Bestimmung darf auch nicht in das neue Strafgesetzbuch aufgenommen werden" (vgl. Antrag der RAG der deutschen Presse zum Entwurf des neuen Strafgesetzbuches vom 18. 1. 1928).

Selbst in den Kreisen der Juristen wird der Vorschlag des § 168 Ziffer 3 bekanntlich abgelehnt. So nennt es z. B. der Berliner Privatdozent Landgerichtsrat Dr. Mannheim, bekannt als hervorragender Kenner des Preßrechts, unverständlich, daß der Entwurf eine überflüssige und veraltete Vorschrift des § 17 des Preßgesetzes neuaufleben lassen will. Es heißt in seinem Preßrecht S. 81:

„Man sollte endlich den Versuch aufgeben, die überaus schwierige Frage der Gerichtsberichterstattung mit derart untauglichen Mitteln lösen zu wollen."

In der „Deutschen Presse" ist wiederholt bei Erörterung der Wünsche der Presse zur Preßrechtsreform von berufener Seite auf die Unhaltbarkeit des § 17 und damit selbstverständlich auf das Unsinnige eines Wiederauflebens dieses Paragraphen im neuen Strafgesetzbuch aufmerksam gemacht und verlangt worden, daß diese Vorschrift endgültig fallen möge. Der Rechtsausschuß des Reichstags hat den Paragraphen nebst sämtlichen dazu vorliegenden Anträgen zunächst einem Unterausschuß überwiesen, der hoffentlich dem Standpunkt der Presse Rechnung tragen wird.

Fachrundschau

Zeitungskunde und Zeitungswissenschaft.

Eine Erinnerung an Lessing. Die „Vossische Zeitung", deren Redakteur Lessing im Jahre 1751 war, hat anläßlich des Lessing-Jubiläums ihrer Sonntagsausgabe vom 20. Januar d. Js. eine Nachbildung der Beilage „Das Neueste aus dem Reiche des Witzes" der „Berlinischen Staats- und Gelehrten-Zeitungen" vom Juli 1751 beigegeben. Sie bringt neben einer Geschichte im Stile der Zeit eine Reihe von Sinnsprüchen.

Vorlesungen über Typographie an einer amerikanischen Universität. An der Columbia-Universität zu New York werden seit Oktober des Vorjahres Vorlesungen über die Geschichte der Typographie abgehalten. An der New-Yorker Universität begann zur selben Zeit der bekannte Schriftkünstler W. Goudy eine Vortragsreihe über Graphik.

Journalisten- und Schriftsteller-Organisationen.

Der Reichsverband deutscher Schriftsteller zeigt einen Wechsel in seiner Geschäftsführung an. Dr. Max Freyhan mußte infolge anderweitiger Verpflichtungen sein Amt niederlegen, mit dem der Syndikus des Verbandes, Rechtsanwalt Dr. Hans-Erich Wolff, betraut wurde. Dr. Wolff vereinigt damit die gesamte Geschäftsleitung des Verbandes in seiner Hand.

Schwierige Stellung deutscher Redakteure in Polen. Seit längerer Zeit ist innerhalb des polnischen journalistischen Syndikats für Schlesien und das Dombrowaer Revier der Versuch unternommen worden, die in das Syndikat aufzunehmenden deutschen Mitglieder zu besonderen Erklärungen hinsichtlich ihrer Loyalität gegenüber dem polnischen Staate zu veranlassen. So wurde in der letzten Generalversammlung des Syndikats am 6. Januar eine Entschließung angenommen, in der den deutschen Journalisten der Wojewodschaft Schlesien Mangel an gutem Willen, Illoyalität und Taktlosigkeit vorgeworfen wurde. Dadurch sei der Abschluß der zur Schaffung eines gemeinsamen Syndikats aufgenommenen Verhandlungen unmöglich gemacht worden. Demgegenüber hat der Verband der deutschen Redakteure in Polen eine Erklärung abgegeben, in der 1. festgestellt wird, daß die deutschen Journalisten der Wojewodschaft Schlesien mehrfach ihre Bereitwilligkeit zum Beitritt in das Syndikat zu erkennen gegeben haben und daß ihnen seitens des Syndikates keine Fälle mitgeteilt worden seien, die eine erfolgreiche Durchführung der Verhandlungen hätten unmöglich erscheinen lassen; 2. sei der Vorwurf der Illoyalität und Taktlosigkeit dem Syndikat gegenüber als durchaus unbegründet zurückzuweisen; 3. komme der Eintritt der deutschen Journalisten der Wojewodschaft Schlesien in das Syndikat nur unter Wahrung der vollen Gleichberechtigung und unter Zubilligung freier Meinungsäußerung in der Presse in Frage.

Dezentralisationsbestrebungen in der jugoslawischen Journalistenvereinigung. Die Standesorganisation der jugoslawischen Journalisten mit dem Sitz in Belgrad und Sektionen in Belgrad, Agram, Ljubljana, Neusaz und Serajevo soll umorganisiert werden. Die Sektionen sind, da sich das bisherige System nicht bewährt hat, dahin einig geworden, die Vereinigung in einen Verband umzuwandeln und die bisherigen Sektionen in selbständige Vereine mit vollkommener Autonomie.

Vom deutschen Zeitungswesen.

Die „Schwarzwälder Bürgerzeitung", die im Verlag M. Rothschild zu Rottweil/Württ. erscheint, ist 130 Jahre alt geworden. Sie führte zunächst die Bezeichnung „Reichsstadt

Digitized by Google

Rottweilsches Wochenblatt" und erschien später vom Jahre 1804 ab als „Kurfürstlich Wirtembergisches Provinz-Blatt für die Landvogtey Rottweil". Dann lautete der Titel der Zeitung „Gemeinnütziger Anzeiger", „Rottweiler Anzeiger" und schließlich entwickelte sich die Zeitung, die ab 1863 sich „Schwarzwälder Bürgerzeitung" nannte, zur Tageszeitung.

25 Jahre „Westdeutsche Landeszeitung". Die „Westdeutsche Landeszeitung" in München-Gladbach konnte am 1. 1. dieses Jahres auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken, nachdem seinerzeit bei der Gründung die damals schon seit mehr als 5 Jahrzehnten eingeführte „Gladbacher Volkszeitung" mit dem neuen Unternehmen verschmolzen worden war. Die Neugründung sollte hauptsächlich die Entwicklung der Stadt München-Gladbach durch eine moderne Zeitung fördern. Unter der redaktionellen Führung des Kollegen Nikola Müller hat die Zeitung einen ungeahnten Aufschwung genommen. Mit dem Jubiläum des Blattes jubilierten auch die Kollegen Müller und Anton Kunst, die beide die Geschicke des Blattes von seiner Gründung an mitgeführt und mitgetragen haben. Kollege Kunst war schon vorher nahezu 25 Jahre an der „Gladbacher Volkszeitung" als Redakteur tätig.

„Der Oberschlesier" 10 Jahre alt. Die in der schwersten Zeit Oberschlesiens gegründete Zeitschrift „Der Oberschlesier" kann auf ein 10jähriges Bestehen zurückblicken. Sie hat während dieser Jahre anerkennenswerte deutsche kulturpolitische Arbeit geleistet und bewiesen, daß sie für Oberschlesien einen geistigen und kulturellen Mittelpunkt bedeutet. Politisch und weltanschaulich ist die Zeitschrift unabhängig.

Urheberrechtschutz.

Die Wiener Journalisten und Schriftsteller für die 50-jährige Schutzfrist. Der Wiener Journalisten- und Schriftsteller-Verein „Concordia" hat zur Frage der Verlängerung der Schutzfrist für das Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst Stellung genommen und sich für eine Verlängerung von 30 auf 50 Jahre ausgesprochen. Die zuständigen österreichischen Behörden sind von dieser Stellungnahme verständigt worden.

Ausland.

Die Presse im Schweizer Nationalrat. Dem neuen Schweizer Nationalrat gehören 39 hauptamtlich tätige Redakteure und Verleger an. Die genaue Zahl der Nationalratsmitglieder, die in der politischen und Fachpresse ständig oder gelegentlich mitarbeiten, ist natürlich weit größer, jedoch nicht festzustellen.

Die englischen Zeitungsverleger und der Rundfunk. In einem Streit zwischen den englischen Zeitungsverlegern und der englischen Rundfunkgesellschaft darüber, daß das eigene Organ der Gesellschaft, der „Listener", eine allzu umfangreiche Anzeigenwerbung betreibe, hat jetzt der englische Ministerpräsident dahin vermittelt, daß die British broadcasting Corporation für das Organ nicht mehr Inserate zulassen darf, als erforderlich sind, um zusammen mit den anderen Einnahmen seine Kosten zu decken. In dem zwischen der Rundfunkgesellschaft und den Zeitungsverlegern erzielten Übereinkommen ist ausdrücklich festgestellt worden, daß das Rundfunkorgan den Tageszeitungen hinsichtlich der Inseratenwerbung keine Konkurrenz machen dürfe.

Ein neuer Zeitungskonzern in England. „Morningpost" berichtete dieser Tage über die Gründung einer Holdinggesellschaft mit einem Kapital von 3 Millionen £, die Beteiligungen an englischen und ausländischen Zeitungen erwerben soll. Die Gesellschaft führt den Namen „Anglo Foreign Newspaper Limited". Vorsitzender des Aufsichtsrates ist Henry S. Horne, stellvertretender Vorsitzender Sir Robert Donald; unter den Direktoren befinden sich Valentine Williams, Cranfield Hicks und Arthur Collins. Sir Robert Donald war in den Jahren 1902—1918 Herausgeber des „Daily-Chronicle", Williams Berliner Korrespondent des Reuterbüros und dann Pariser Korrespondent der „Daily-Mail". Auch Horne ist als Leiter großer Zeitungsunternehmungen bekannt geworden. Eine Zeit lang war er Direktor des „Daily-Mail"-Trusts. Wie die englische Presse mitteilt, wird die Gesellschaft, die keine politischen Ziele, sondern nur finanzielle haben soll, ihr Interesse zunächst französischen und deutschen Blättern zuwenden. Die früher von Horne gegründeten Gesellschaften „Carmelit Trust" und Associated Anglo-Atlantic" stehen mit dem neuen Konzern in engster Verbindung. Der „Carmelite Trust" ist an dem von Lord Rothermere gegründeten Trust „Northcliffe Newspaper Limited" beteiligt.

Prozesse um Coty. Der Pariser Zeitungsverleger und Parfümfabrikant Coty hat vor dem Handelsgericht in Paris in diesen Tagen einen entscheidenden Erfolg in verschiedenen Prozessen erstritten, die sich an die Gründung seines jüngsten Organs „L'Ami du Peuple" knüpfen. Coty hat seiner zeit mit dem Direktor einer großen Zeitungsdruckerei, Simart, einen Vertrag für die Drucklegung des „Ami du Peuple" abgeschlossen und einen weiteren Vertrag mit der Vertriebsorganisation der französischen Zeitungen, den Messageries Hachette. Da die Pariser Tagespresse die neue Zeitung als unlauteren Wettbewerber empfand, weil sie zu einem Preis von 10 Centimes verkauft wurde, während der gewöhnliche Verkaufspreis der französischen Blätter 20 bis 30 Centimes beträgt, hatte sie Simart und die Messageries Hachette veranlaßt, die geschlossenen Verträge zu kündigen, worauf Coty Prozesse wegen Vertragsbruches anstrengte. Das Handelsgericht hat sich auf Cotys Seite gestellt und Simart zu 200 000 Frs. Schadenersatz verurteilt, die Messageries Hachette sogar zu 500 000 Frs.

Auch der Prozeß des Syndikats der französischen Zeitungsverleger, der eine Klage gegen Coty wegen unlauteren Wettbewerbs eben auf Grund des niedrigen Verkaufspreises des „Ami du Peuple" angestrengt hatte, ist schon vor einiger Zeit zugunsten des Herrn Coty entschieden worden. Das Gericht hatte nämlich die Klage abgelehnt, worauf Coty einen Gegenschlag gegen das Syndikat führte und es wegen Verleumdung und Geschäftsschädigung verklagte. Das Handelsgericht hat darauf das Syndikat jetzt zu 1 200 000 Frs. Schadenersatz verurteilt und ihm außerdem die Prozeßkosten auferlegt.

Damit ist allerdings der Kampf gegen Coty und seine billige Zeitung noch nicht beendet. In welcher Weise er geführt wird, beweist z. B. auch die Tatsache, daß die Agentur Havas, bekanntlich zugleich die größte französische Annoncen-Expedition, an alle großen Inserenten, besonders an die Automobil-Fabriken, Schreiben gesandt hat, in denen erklärt wurde, daß keine französische Zeitung mehr Inserate von ihnen aufnehmen werde, falls sie auch weiterhin dem „Ami du Peuple" Anzeigenaufträge zuwenden würde. Infolgedessen haben notgedrungen die Großinserenten die Verträge mit dem „Ami du Peuple" gelöst.

Aus der Organisation

Bezirksverband Berlin.

Am 20. Januar wurde die Hauptmitgliederversammlung des Bezirksverbandes abgehalten. Sie war gut besucht. Aus dem Jahresbericht, den der Geschäftsführer erstattete, ergibt sich, daß der Mitgliederbestand der gleiche geblieben ist, etwa 800; Zugang und Abgang hielten sich mit ungefähr je 100 die Wage. Aus dem Reich sind 37 Mitglieder gekommen, aus Berlin hinaus gegangen sind 12 Verbandsangehörige. Wegen schlechter Beitragszahlung gestrichen wurden im Berichtsjahr wieder über 30 Mitglieder; doch haben wir jetzt 15 zahlende Mitglieder mehr als Anfang 1928. Mit der Arbeit der Bezirksarbeitsgemeinschaft kann man nach Ansicht des Geschäftsführers ziemlich zufrieden sein.

Die Wahlen hatten das Ergebnis, daß der Vorstand, abgesehen von den Beisitzern, einstimmig durch Zuruf wiedergewählt wurde; auch unter den Beisitzern trat nur eine einzige Veränderung ein, indem für den Kollegen Schwedler, der zugunsten von Dr. Metger auf sein Amt verzichtet hatte, jetzt Kollege H. Schneider in den Vorstand eingerückt ist. Dieser setzt sich nun wie folgt zusammen: Vorsitzender: Klühs, stellvertretende Vorsitzende: Ackermann, Goeres, Schriftführer: Schieferdecker, Wehnert, Schatzmeister: Steinberg, Bernhard, Vors. d. Rechtsschutzstelle: Dr. Breslauer, Beisitzer: Dr. Feder, Frederich, Dr. Metger, Naumann, Neumann, Frau Richert, H. Schneider. Als Kassenprüfer wurden Frederich und Dr. O. Wenzel wieder-, als Ersatzmann W. Pfeiffer neugewählt. In das Ehrengericht, das ganz auffallend stark in Anspruch genommen wird, wurden nicht weniger als 12 Hauptmitglieder und 4 Stellvertreter gewählt, und zwar die Kollegen R. Bernstein, Dr. Buschmann, Prof. Dr. Dovifat, Frau Dr. Edelheim, Fritz Engel, Frederich, Dr. Manz, C. Moßner, H. Neumann, Orth, Dr. Osborn, Dr. Thum, Bergas, Dr. Hegemann, Iden, W. Pfeiffer.

In der Aussprache nahm die Angelegenheit des Pressehauses einen breiten Raum ein, ferner die Notlage der freien Mitarbeiter, auch das Verhältnis von Zeitung und Rundfunk, sowie die Altersversicherung der Zeitschriftenredakteure. Der Bezirkszuschlag bleibt wie bisher nach dem Einkommen von 1. bis 7 Mk. gestaffelt.

Digitized by Google

Verband der Danziger Presse.

Der Verband der Danziger Presse veranstaltet am 2. Februar in den gesamten Räumen des Zoppoter Kurhauses das diesjährige Pressefest als Lichtfest der Danziger Presse. Das Interesse für diese große gesellschaftliche Veranstaltung ist so lebhaft, daß kaum alle Kreise, die den Wunsch haben, eingeladen zu werden, berücksichtigt werden können.

Landesverein Hessischer Zeitungsredakteure.
Ortsgruppe Mainz.

Die Ortsgruppe Mainz hatte sich in ihrer außerordentlichen Sitzung am 15. Januar mit der Tatsache zu beschäftigen, daß eines ihrer Mitglieder, Sportredakteur am „Mainzer Anzeiger", bei einem Fußballwettspiel zwischen einem Mainzer Sportverein und dem Verein Wormatia-Worms am 23. Dezember v. Js. von Vorstandsmitgliedern der Wormatia auf einen Vorstandsbeschluß hin am Betreten des Platzes wie der Presseplätze gehindert und daß überdies versucht wurde, die Berichterstattung des Kollegen zu unterbinden. Die Ortsgruppe, die in dem Vorfall naturgemäß einen schweren Eingriff in die Pressefreiheit, eine völlige Verkennung journalistischer Rechte und Pflichten und eine grobe den ganzen Stand treffende Verletzung journalistischer Berufsehre erblicken mußte, hat in einer Entschließung das Vorgehen des Vorstandes der Wormatia auf das Entschiedenste zurückgewiesen und eine einheitliche Auffassung dahingehend festgestellt, daß bis zu einer ausreichenden Entschuldigung des Vorstandes der Wormatia von sämtlichen Mitgliedern der Ortsgruppe Mainz völlige Berichterstattungssperre über alle Veranstaltungen des betr. Vereins zu verhängen sei. Die Entschließung, in der weiterhin mit Genugtuung festgestellt werden konnte, daß eine Reihe führender Zeitungen des ganzen Gebietes sich mit dem „Mainzer Anzeiger" solidarisch erklärt und gleichfalls die Berichterstattungssperre über den erwähnten Verein verhängt haben, wurde von der Ortsgruppe Mainz sowohl ihrem Landesverband wie dem Reichsverband und der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse unterbreitet mit dem Ersuchen, zur Wahrung der gemeinschaftlichen Standesinteressen und zur Abwehr der zunehmenden Übergriffe von Sportvereinen gegen Pressevertreter sich dem Vorgehen der Ortsgruppe Mainz anzuschließen und auf ihre Mitglieder im Sinne der Entschließung einzuwirken.

Verein Niedersächsische Presse.

Kollege Hugo Wisliceny, Hannover, Simrockstr. 25, der schon seit vielen Jahren die Kassengeschäfte des Vereins Niedersächsische Presse zur vollen Zufriedenheit seiner Organisation wie nicht zuletzt auch der Verbandsleitung geführt hat, ist vorbehaltlich der Zustimmung der Hauptversammlung des Vereins Niedersächsische Presse zum Verwalter der Geschäftsstelle des Vereins bestellt worden. Alle Vereinszuschriften, sofern sie nicht den Vorsitzenden Tönjes direkt angehen, sind daher von jetzt ab an Kollegen Wisliceny zu richten.

Das Pressefest 1929 des Vereins Bremer Presse.

Das vom Verein Bremer Presse am 12. Januar 1929 in sämtlichen Räumen des Hag-Hauses und des Paula-Becker-Modersohn-Hauses an der Böttcherstraße unter der Bezeichnung „Die Ente" in Form einer Redoute veranstaltete Pressefest eröffnete den Reigen der karnevalistischen Veranstaltungen in Bremen. Das Fest war in jeder Hinsicht ein gesellschaftliches Ereignis. Mehr als tausend Besucher hatten sich eingefunden, unter ihnen Vertreter der Stadt, der Behörden, der fremdländischen Konsulate und zahlreiche Angehörige bremischer Künstlerkreise. Sieben Musikkapellen, die auf die verschiedenen Räumlichkeiten verteilt waren, sorgten für ununterbrochene Tanzmusik, so daß sich bald ein fröhliches Treiben entwickelte, dessen Reiz durch die Pracht der Kostüme noch erhöht wurde und das erst in den frühen Morgenstunden des folgenden Tages seinen stimmungsvollen Abschluß fand.

Sehr originell wirkten die von bremischen Künstlern ausgeführten Dekorationen der Räumlichkeiten. Programmäßig war durch den Einmarsch der Entenpolizei, durch die Verteilung der „Enten-Zeitung", eines von bremischen Journalisten hergestellten achtseitigen Karnevalblattes, durch den Tanz der „Entenkönigin", sowie durch den Einzug des Prinzen Karneval, der die Demaskierung verkündete, für Abwechslung und ständige Erheiterung des zahlreichen Publikums gesorgt.

Der Verein Bremer Presse kann mit dem Verlauf seines in allen Teilen wohlgelungenen Festes, dessen Reinerlös seiner Unterstützungskasse zufließt, in jeder Beziehung zufrieden sein. „Die Ente" war keine Ente, sondern ein voller Erfolg. O. M.

Provinzialverband Pommern.
Verein Stettiner Presse.

Im städtischen Konzerthause veranstaltete am 13. Januar der Verein Stettiner Presse in Verbindung mit dem Landesverband Pommern des Reichsverbandes der deutschen Presse einen Empfangsabend, der der Hebung und Vertiefung des Verhältnisses zwischen Behörden, öffentlichen Körperschaften und Presse dienen sollte. Der Abend gestaltete sich zu einem Ereignis und darf als glänzend gelungen bezeichnet werden. Die Stettiner Behörden, sowohl die Reichs-, wie Staats- und Kommunalbehörden, waren sämtlich durch ihre obersten Beamten vertreten. Man sah Oberpräsident Lippmann, Vizepräsident Terwiel, Oberbürgermeister Ackermann, Regierungspräsident Hausmann-Stralsund und andere, außerdem sämtliche Stettiner Reichstags- und Landtagsabgeordneten sowie Vertreter der Gewerkschaften, der Industrie und des Handels. Hauptschriftleiter Dr. Dyrssen, der erste Vorsitzende des Provinzialverbandes Pommern, begrüßte die Gäste und entwarf in einem humorvollen Vergleich ein Bild von den Aufgaben der Presse, von den Schwierigkeiten, denen sie in der Erfüllung dieser Aufgaben begegnet, von den oft scheinbar widerstreitenden Interessen von Behörden und Presse und ihren im letzten Grunde gemeinsamen Zielen. Die gemeinsame Arbeit betonte auch der Oberpräsident der Provinz Lippmann in seinen Dankesworten, die er im Namen aller Gäste sprach. Presse und Behörden seien jeder gewillt, dem Volksganzen zu dienen. Oberbürgermeister Dr. Ackermann gab seiner Freude über diese Gelegenheit für Presse und Behörden, einander näher zu kommen, Ausdruck und wünschte, daß man bei aller Anerkennung des gleichen Zieles, der Allgemeinheit zu dienen, doch die Verschiedenheit der Wege sehen und einander die Freiheit der Handlung gönnen möge. Das Vorstandsmitglied des Reichsverbandes, Chefredakteur Paul Baecker, Berlin, begrüßte die Gäste im Namen des Reichsverbandes und rühmte das gute Einvernehmen zwischen der Stettiner Presse und den heimischen Behörden.

Kurpreisermäßigung in Pistyan.

Die Badeverwaltung des Bades Pistyan (Tschechoslovakei) hat sich auch in diesem Jahre wieder bereit erklärt, unseren Mitgliedern auf Antrag Preisermäßigungen auf Wohnung und Bädergebrauch zu gewähren. Die 70 Grad Celsius heißen Schwefel-Schlamm-Quellen versprechen bekanntlich glänzende Erfolge bei der Behandlung von Rheuma, Gicht und Ischias.

Es empfiehlt sich, vor Antritt der Reise mit der Badeverwaltung in Verbindung zu treten. Anweisungen für ermäßigte Plätze sind durch das Verbandsbüro zu beziehen.

Die Verbandsleitung:
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Personalien

Chefredakteur Rudolf Friedemann, Gothaisches Tageblatt, konnte Anfang Januar auf eine dreißigjährige journalistische Tätigkeit zurückblicken. Vor dreißig Jahren trat er in die Redaktion der „Straßburger Post" (Verlag Du Mont-Schauberg) ein. Seine weitere überaus erfolgreiche Tätigkeit führte ihn als politischen bzw. Chefredakteur an die „Münchener Neueste Nachrichten", den „Dresdner Anzeiger", die „Berliner Neueste Nachrichten", die „Schlesische Landeszeitung" den „Rostocker Anzeiger" und die „Niederschlesische Landeszeitung". Wir wünschen dem in Beruf und Organisation bewährten Kollegen, dem in den letzten Jahren schwere Schicksalsschläge nicht erspart blieben, noch lange Jahre erfolgreichen und glücklichen Schaffens.

Chefredakteur Hans Fröhlich von der „Bayerischen Zeitung" München ist am 1. Januar nach 25jähriger Tätigkeit im Münchener Zeitungsverlag in den Ruhestand getreten. Der Verlag ehrte ihn und eine Reihe anderer Jubilare durch eine besondere Festlichkeit, auf der der Verlagsleiter, Kom-

Digitized by Google

Zur Aufklärung:

Nachdem ich schon in den Tageszeitungen das Inserat betr. Zeitungsgründung durch mich als auf einem Mißverständnis beruhend widerrufen habe, halte ich es für meine Pflicht, auch an dieser Stelle mein aufrichtiges Bedauern über das mir sehr peinliche Vorkommnis auszusprechen.

Hans Stosch-Sarrasani
Dresden.

merzienrat Buchner, der hohen journalistischen Qualitäten Fröhlichs in besonders herzlichen Worten gedachte. Hoffentlich ist es dem Kollegen vergönnt, die wohlverdiente Altersruhe noch lange in Gesundheit und ohne Sorgen zu genießen. —

Chefredakteur Jakob Paffendorf 65 Jahre alt. Am 24. Januar konnte der Chefredakteur der „Gelsenkirchener Zeitung“, Kollege Jakob Paffendorf sein 65. Lebensjahr vollenden. Kollege Paffendorf ist am 24. Januar 1864 zu Köln am Rhein, wo er das Marzellen-Gymnasium besuchte, geboren. Er studierte an der Universität zu Bonn und trat, da er sich zum Journalistenberuf hingezogen fühlte, in die Redaktion der „Deutschen Reichszeitung“ in Bonn ein. Später siedelte er nach Ruhrort über, wo er die Chefredaktion der „Ruhrorter Volkszeitung“ übernahm. Danach war er als Chefredakteur der „Niederrheinischen Volkszeitung“ in Krefeld und am „Tageblatt“ in Düsseldorf tätig. Von 1908 bis 1910 versah er das Amt eines Parteisekretärs der Zentrumspartei. Seit dieser Zeit ist der Jubilar als Chefredakteur bei der „Gelsenkirchener Zeitung“. Kollege Paffendorf hat sich nicht allein um den Ausbau der Zeitungen, an denen er tätig war, große Verdienste erworben, sondern auch vor allem um die Organisation. Als im Jahre 1904 und schon vorher der Gedanke der Gründung einer Journalistenvereinigung auftauchte, da war er es, der diese Idee mit allem Nachdruck unterstützte. Er darf sich rühmen, Mitbegründer des Verbandes Rheinland-Westfalen zu sein, in dem er zunächst das Amt des Schriftführers und nach dem Tode des Kollegen Hüsgen das des Schatzmeisters und Verwalters der sozialen Kassen versah. Das Vertrauen des Pressevereins Ruhr-Emscher rief ihn vor einigen Wochen auf den Posten des Vorsitzenden, den er schon vor einigen Jahren innehatte. Seit Jahren ist Kollege Paffendorf auch Vorstandsmitglied der Redakteurvereinigung des Augustinusvereins. Wegen seiner großen Verdienste um die katholische Sache wurde ihm im Jahre 1921 der päpstliche Orden „pro ecclesia et pontifice“ verliehen. Außerdem ist Kollege Paffendorf Inhaber des Kriegsverdienstkreuzes. Gleich beliebt bei seinen Kollegen und denen, die mit ihm dienstlich und außerdienstlich zu tun haben, ist er überall mit Rat und Tat zu helfen bereit. Mögen ihm seine Gesundheit, Frische und sein Humor noch lange erhalten bleiben!

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Zwickau. Otto Müller (Zwickauer Zeitung), Zwickau, Carolastr. 17.

II. Neuanmeldungen.

Bezirksverband Berlin. Georg Pollak (Dtsch. Kursfunk); Alph. Stock (Unsere Zeit); Herb. Stock (Kapital und Arbeit).

Landesverein Hessischer Zeitungsredakteure. Dr. Carlo Mierendorf (Pressereferent im hessischen Innenministerium), Darmstadt, Hügelstraße.

Landesverband Mitteldeutschland. Franz Brauer (Tel.-Union), Weimar, Burgplatz 3.

Verband der Schlesischen Presse. Redakteur Paul Mandel (Görlitzer Volkszeitung), Görlitz, Obermarkt 17.

III. Überweisungen und Adressenveränderungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Überwiesen an den Landesverein Pfalz: Dr. R. Mandler, bisher Kaufbeuren, nun in Neustadt (Haardt), Schwesternstraße 9. — Richard Lorenz, Koburg, nun Eupenstraße 36. — Dr. Kloeffel, bisher Aschaffenburg, nun in Würzburg (Redaktion d. Fränkischen Volksbl.). — Überwiesen vom Bezirksverband Berlin: Karl Jundt (Vertreter des Ullstein-Verlages), München, Nymphenburgerstraße 139. — Überwiesen vom Provinzialverband Pommern: Fred Ottow (Chefredakteur der München-Augsburger Abendzeitung), München, Paul-Heyse-Straße 9. — Franz Miller, bisher Nürnberg, ist nach München, Goethestr. 14/4, verzogen (Sportredakteur der Münchener Neueste Nachrichten).

Bezirksverband Berlin. An den Reichsverband als Einzelmitglied überwiesen: L. Goldstein, Paris XIV, rue Mouton-Duverbet 12. — Nach Sachsen überwiesen: Dr. Baschwitz (Dresd. N. N.). — Von Sachsen übernommen: Carl Weinbeck (Mitarb.), W. 57, Dennewitzstraße 19. — An den Reichsverband als Einzelmitglied überwiesen: Dr. Kurt Köbner, Paris, 8 rue Therese. — Übernommen von Frankfurt a. M.: Dr. Bernhard Diebold (Frankfurter Zeitung), Berlin N 65, Edinburger Straße 28.

Verein Frankfurter Presse. Überwiesen an Bezirksverband Berlin: Dr. Bernhard Diebold (Frankf. Ztg.), Berlin N. 65, Edinburgerstraße 28.

Landesverband Groß-Hamburg. Vom Verein d. Niedersächs. Presse übernommen: Heino Landrock, Hamburg 13, Grindelberg 9 III.

Landesverein Hessischer Zeitungsredakteure. Überwiesen vom Bad. Verband: Dr. Bouquét (Mainzer Anzeiger), Mainz.

Landesverband Mitteldeutschland. Überwiesen vom Landesverband Rheinland: Karl Ernst Hintze (Hall. Nachrichten), Halle a. S., Burgstr. 43. — Überwiesen vom Provinzialverband Pommern: Johannes Haar (Eislebener Tageblatt), Eisleben, Klosterstraße 18.

Verein Nassauischer Redakteure. Vom Landesverband der Bayer. Presse überwiesen: Red. Georg Friedel (Rheinisch-Nassauische Tageszeitung), Oberlahnstein. — Überwiesen von Rheinland: Paul Mayer (Dill-Ztg.), Dillenburg.

Verein d. Niedersächsischen Presse. Heino Landrock, bisher Uelzen, nun Hamburg, Grindelberg 9, an den Landesverband Groß-Hamburg überwiesen.

Verband der Ostpreußischen Presse. Überwiesen von Berlin: Heinrich Koch, Königsberg, Goltzallee 14a.

Digitized by Google

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Bezirksverein Ravensberg. Überwiesen vom Landesverband Sachsen: Arno Tänzel (Mindener Zeitung), Minden, Gutenbergstraße 11.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Chemnitz. Überwiesen an den Rheinisch-Westfälischen Verband: Koll. Eugen Hartmann (Velberter Morgenzeitung), Velbert i. Rh., bisher Chemnitz. — Überwiesen an Bezirksverein Dresden: Dr. Ernst Heerdegen (Dresd. Redak. d. Chemn. Allgem. Ztg.), bisher Chemnitz. — Überwiesen an Landesverband Mitteldeutschland: Dr. Friedrich Ritter (Mühlh. Ztg.), Mühlhausen, früher Glauchau.

Verband der Schlesischen Presse. Redakteur Johannes Dreis, verzogen nach Leipzig (F. A. Brockhaus), dem Leipziger Bezirksverband überwiesen. — Redakteur Waldemar Herbert, zuletzt Plauen, nunmehr wieder in Sagan (Saganer Tageblatt), Eckersche Straße 18, von Sachsen übernommen. — Franz Peters, bisher Breslau, jetzt Wien—Kaltenleutgeben. Villa Weinzierl. — Dr. Kurt Ihlenfeld, bisher Breslau, jetzt Waldenburg, Barbarastr. 9.

Inhaltsangabe:

„Pressa“ und Pressenot.
Der Fall Pöffl. Von Rudolf Olden.
Neue Zeitungswissenschaftliche Literatur. Von Professor Dr. E. Dovifat.
Arbeitsgerichtsbarkeit und „Entlastungsgesetz fürs Reichsgericht“.
Landtag und Abgeordneten-Immunität.
Gerichtsberichterstattung und Strafrechtsreform.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Viktor Skrepek, bisher Jauer, nunmehr wieder Breslau, Kaiser-Wilhelm-Str. 8. — Walter Schulze, bisher Gottesberg, jetzt Opperau bei Breslau. — Otto Kretschmer, wohnt Breslau-Deutsch-Lissa, Loewigstr. 12.

IV. Austritte und Streichungen.

Bezirksverband Berlin. Ausgetreten: Dr. F. Fortmann. — Gestrichen: Dr. Alfr. Detig, Leo Emmerich, Stefan Großmann.

Landesverband Groß-Hamburg. Ausgetreten: Redakteur Theo E. Sönnichsen, Hamburg.

Verein Nassauischer Redakteure. Gestrichen: Josef Jakobs, Limburg; August Kleh, Diez.

Verein der Niedersächsischen Presse. Gestorben: Georg Held, Peine. Ausgetreten: Frl. Ida Buchholz, Lüneburg.

Provinzialverband Pommern. Ausgetreten: Dr. Hans Maaß, Greifswald (wegen Berufswechsels).

Verband der Ostpreußischen Presse. Gestrichen: Peter Müller, Allenstein.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Chemnitz. **Ausgetreten: Albert Polja'k, Hainichen.**

Verband der Schlesischen Presse: Oskar Pfurr, zuletzt Wanne-Eickel, ausgeschieden. — Georg Lorenz, Kosel, vorher Hindenburg, wegen Nichtzahlung der Beiträge aus den Listen gestrichen.

*

Gesperrte Mitgliedskarten. Die ausgefertigten Mitgliedskarten Nr. 3844 (Dr. Jacobi-Scherbening), Nr. 336 (Frau Else Luz-Laßlo) sowie die Karte Nr. 593 (Hans Bentz) werden gesperrt. Es gelten nur die Ersatzkarten.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 65, Zimmerstraße 86.

Handel u. Wirtschaft

„Der Handelsteil“
BERLIN SW 61, Belle-Alliance-Platz 16.
1915 gegründete Spezialkorrespondenz
Aktuelle kurze Artikel erster Fachschriftsteller über alle Wirtschaftsfragen, Steuerwesen, Geldmarkt, Börse, Warenmarkt, Industrie „Die Börsenwoche“, „Die Wirtschaftswoche“, Individ. Börsendienst, Informationen. — Kein Massendienst! Tägliche Beilage: Das Wichtigste vom Tage.

„Die Wirtschaftskorrespondenz“
Herausgeber Dr. Paul Hilland, Berlin SW 29, Zossener Str. 3
Tel. Bergmann 5104
Unter Mitwirkung bekannter Wirtschaftspolitiker. Der Spezialdienst für die Provinzpresse. Wochenübersichten aus Börse und Wirtschaft — Leit- u. Spitzenartikel zu all. aktuellen Wirtschaftsfragen. — Lageberichte v. all. deutschen u. intern. Warenmärkt. — Pariser, Londoner, Wiener und Amsterdamer Wirtschaftsbriefe.
Telefon-Berichterstattung und Berliner Handelsvertretung

Verlangen Sie einen Monat **kostenlos zur Probe**
den wöchentlich erscheinenden
Hans Schraders Pressedienst
über Tagesfragen der Werbe- u. Wirtschaftspolitik. Köln, Herwarthstr. 20.

Lehrling
mit guter Schulbildung für Zeitschriftenverlag für sofort gesucht. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen erbeten unter D. P. 1432 an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik, Berlin SW 48, Friedrichstr. 240/41.

Katholische Zeitung Südwestdeutschlands sucht bis 15. März
Schriftleiter
für den Lokal- und Provinzteil
Es wollen sich nur Herren melden, die neben allen sachlichen Voraussetzungen Gewähr dafür bieten, daß sie in der Lage sind, den Lokal- und Provinzteil aktuell und allen Ansprüchen einer modernen Tageszeitung entsprechend zu bearbeiten. Angebote unter D. P. 1431 an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48.

Heimatschriftsteller
evang., erfahren auf politischem und kommunalpolitischem Gebiet, ausgebildet in Berliner Redaktion, sucht baldige Anstellung als Schriftleiter an rechtsgerichteter Zeitung. Mitgl. des Reichsverbandes. Angeb. unt. „D. P. 1361“ an die Geschäftsstelle der „Deutschen Presse“, Berlin SW 48

Zeitungs-Beilagen

Die in Qualität und Preiswürdigkeit führenden Zeitungsbeilagen
Panorama
in fünf verschiedenen Ausgaben und zwei Formaten in Kupfertiefdruck auf Qualitätspapier liefert der Bild- und Buch-Verlag G. m. b. H., Berlin SW 19, Leipziger Straße 76.

Klischee's

Selle's Präge-Presse-Klischees
Original-Zink-Klischees
keine Matern.
Verlangen Sie Angebot!
Dr. Selle-Eysler A.-G.,
Berlin SW 29, Zossener Straße 55.

Verschiedenes

Am Kamin Varel i. Oldbg.
liefert
Roman-Beilagen für Zeitungen
fertig gedruckt und in Matern
Kurzerzählungs-Korrespondenz
auch in Matern
Romane auch in Matern

Illustrierte Jugendbeilagen
bereichern den Inhalt Ihrer Zeitung.
Onkel Franz' Frohe Jugend
Unseren Kindern
Verlangen Sie kostenlose Probelieferung in Matern von Strichätzungen.
Franz Hobert Hannelen Berlin W 30 Motzstr. 34

Digitized by Google

Volkshaushalt und Landwirtschaft

Es gibt kaum ein Gebiet, über das so verwirrende Anschauungen im Umlauf sind, wie das des deutschen Volkshaushaltes. Man sollte meinen, es sei das eine Angelegenheit, über die auf Grund statistischer Unterlagen leicht ein klares Bild gewonnen werden könne. Wohl ist es möglich, Einfuhr und Ausfuhr, Erzeugung und Verbrauch gegeneinander abzuwägen und daraus bestimmte Folgerungen zu ziehen — aber schon in bezug auf diese Folgerungen scheiden sich die Meinungen. Die Tatsache, daß wir bedeutend weniger einführen und bedeutend mehr ausführen müssen, um unseren Volkshaushalt als gesund bezeichnen zu können, schafft ein Druckmoment, das wie ein Alb auf unserem Wirtschaftsleben lastet. Natürlich ist es sehr einfach, zu fordern, daß die Einfuhr gedrosselt, die Ausfuhr aber gesteigert werden müsse — doch selbst der Laie wird verstehen, daß man mit dieser Weisheit nicht sehr weit kommt.

Das Schulbeispiel, an dem man die Bedeutung dieses Problems demonstrieren kann, ist unsere Landwirtschaft. Hier kann man den Satz aufstellen: Wäre unsere Landwirtschaft imstande, die Ernährung unseres Volkes sicher zu stellen, so könnten zur Sicherung unseres Volkshaushaltes entscheidende Maßnahmen der Einfuhrbeschränkung getroffen werden. Nun besteht aber die Tatsache, daß wir jährlich für vier Milliarden Mark Lebensmittel aus dem Auslande einführen. Das ist eine ungeheuerliche Summe, eine Summe, die auf die Dauer nicht durchgehalten werden kann. Die Stärkung unserer Landwirtschaft, die Schaffung von Möglichkeiten, ihre Erzeugung zu steigern und damit die Einfuhrquote entscheidend herabzudrücken, ist ein elementares Gebot der nächsten Zukunft. Vorschläge in dieser Richtung erstarren zumeist zu Schlagworten wie „Rationalisierung“ und „Intensivierung“ der landwirtschaftlichen Erzeugung. Diese Schlagworte und Forderungen sind nicht neu. Trotzdem bleibt bestehen, daß der Gesamtwert der deutschen Ernte des Jahres 1926 um fast eine Milliarde hinter dem Ernteergebnis des Jahres 1913 zurückliegt, wobei noch außer Acht gelassen ist, daß das Ergebnis von 1926 auf weit dünnerer Realsubstanz beruht, als das des letzten Vorkriegsjahres.

Die Betrachtung dieses Dilemmas führt zu einem Punkt, wo es notwendig wird, recht deutlich zu werden. Der Anstoß dazu kommt von seiten der Agrarwissenschaft. Diese stellt fest, daß es müßig ist, von einer Intensivierung deutscher Bodenarbeit zu sprechen, wenn im Gegensatz zu allen Forderungen die Ergiebigkeit des deutschen Ackers von Jahr zu Jahr nachläßt. Die Ursachen sind sehr einfach: die deutsche Landwirtschaft arbeitet seit Kriegsausbruch mit unzureichenden Düngungsmethoden. Während des Krieges war es ein Gebot der Unabwendlichkeit, den Ausfall des in der deutschen Landwirtschaft vorherrschend gewesenen Chilesalpeters als Düngemittel durch Ersatzprodukte auszugleichen. Heute reicht die Feststellung der allgemeinen und auf die Dauer katastrophalen Bodenversäuerung aus, um zu erkennen, daß der deutsche Acker gesundungsbedürftig ist und keine Intensivierung und keine Rationalisierung in der Lage sind, dieser Herabwirtschaftung Einhalt zu gebieten. Gewiß: Chilesalpeter ist ein Einfuhrprodukt. Doch das läßt sich nicht ändern, wie die Erfahrung von mehr als einem Jahrzehnt beweist. Die Frage ist einfach die: Was ist billiger und der deutschen Wirtschaft dienlicher — die Einführung eines Hilfsrohproduktes oder die Einführung von Lebensmitteln? Die Frage beantwortet sich von selbst. Es ist merkwürdig: niemand erhebt Einspruch gegen die Einführung von Nickel oder Kupfer, Manganerzen oder Baumwolle, jeder weiß, daß diese Einfuhren Voraussetzungen unserer hochentwickelten Verarbeitungsindustrien sind. Theoretisch wäre es natürlich möglich — und praktisch haben wir es ja auch während des Krieges getan — diese Rohprodukte durch Ersatz auszusparen; trotzdem wäre ein solcher Vorschlag einfältig. Nur in der Landwirtschaft, noch immer die Mutter unserer Lebenserhaltung, hält man es für diskutabel, Höchstleistungen zu fordern und die Voraussetzungen dafür zu verweigern. Dabei handelt es sich hier nicht nur um rechnerische Ergebnisse im Rahmen des Volkshaushaltes, nicht nur um den wirtschaftlichen Stand unserer Landwirtschaft, sondern auch um den Menschen selbst, um den Menschen eines verarmten und zu ungeheuren Leistungen verpflichteten Volkes, der einen berechtigten Anspruch auf hochwertige Ernährung besitzt. Vor wenigen Tagen erst ging die Meldung durch die Presse, daß die Zahl der Schilddrüsenerkrankungen in Deutschland dauernd im Steigen begriffen ist und daß diese Erkrankung auf Mangel an Jod in den Erzeugnissen unserer Landwirtschaft

Die Gewinnung des Rohmaterials (Caliche) für den Chilesalpeter

Erbohrung der Lagerstätte

Die Sprengung

Digitized by Google

beruht. Es ist bekannt, daß Chilesalpeter neben anderen Eigenschaften auch die eines entsprechenden Jodgehaltes besitzt, auf den weder die Pflanze noch der Mensch verzichten kann. Aus all dem geht hervor, daß alle Bemühungen um Steigerung unserer landwirtschaftlichen Produktion mit gleichbedeutender Senkung der Einfuhrziffern von Lebensmitteln zur Ohnmacht verurteilt sind, wenn unsere Landwirtschaft nicht mindestens zu den Arbeitsgrundlagen der Vorkriegszeit zurückkehrt und dem Acker gibt, was des Ackers ist, nämlich — Chilesalpeter!

Neuer Geist in der Landwirtschaft

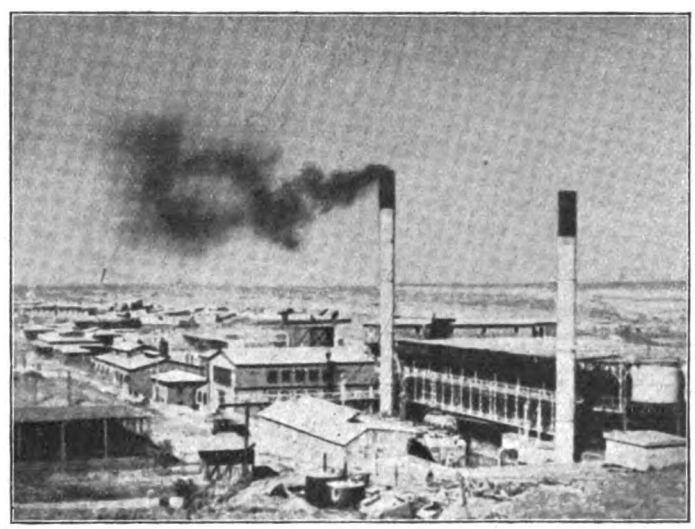
Anarchie und Erschöpfung waren das Kennzeichen der europäischen Wirtschaft am Ende des Krieges und noch weit über dieses Ende hinaus. Es dauerte Jahre, ehe ein starker Gegenwille einsetzte, die erschütterten Fundamente der Lebenserhaltung der Völker wieder Festigkeit gewannen. Die Ernüchterung vom Taumel gab sich das Signal der „neuen Sachlichkeit.“ Sie setzte sich auf allen Gebieten des Lebens durch, im Bauwesen wie in der Betriebsführung, in der Technik wie in der Kalkulation. Die allgemeine Verarmung gab sich das Gesetz der sparsamsten Auswertung zu steigernder Kräfte. Rationalisierung und Intensivierung wurden auf jedem Gebiet angewandt. Ein neuer Optimismus kam auf, der natürliche Rückschläge erlitt. In Industrie und Haushalt, Technik und Verkehr waren die neuen Bestrebungen noch am leichtesten durchführbar, im Mechanismus der modernen Zivilisation ist Präzision das Gegebene.

In der Landwirtschaft war es schon schwerer. Der Landwirt ist entsprechend den Voraussetzungen seines Berufes, ein konservativer Individualist. Die Natur entzieht sich der Präzision am stärksten. Hinzu kommt, daß unser Schicksal als Industrievolk festgelegt ist und die Massen den Städten und der Industrie zuströmen, während die Landwirtschaft unter chronischem Menschenmangel zu leiden hat. Auch ist die Industrie in der Lage, infolge schnellerer Ergebnisfeststellung mit verhältnismäßig wenig Risiko auf Versuchsfeldern zu arbeiten, — was dem neuerungswilligen Landwirt leicht Kopf und Kragen kosten kann. Trotzdem kann man nicht behaupten, daß die deutsche Landwirtschaft dem Zug der Zeit nach Erschließung neuer Wege ausgewichen wäre. Sie fühlte sich der deutschen Industrie nicht nur brüderlich verbunden, sie brachte auch jeder technischen Hilfsstellung der Industrie Vertrauen entgegen. Die deutsche Landwirtschaft hat in den letzten zehn Jahren Übermenschliches geleistet, um sich in der Rolle einer wirtschaftlichen Minorität ehrenvoll zu behaupten. Daß sie sich trotzdem in einer bedrängten Lage befindet, an die die allgemeine Depression der deutschen Wirtschaft nicht heranreicht, ist nicht ihre Schuld.

Wenn es eine Wirtschaftsschicht gibt, die eine geschlossene Nationalwirtschaft, die volle Versorgung eines Volkes durch sich selbst, als Ideal im Herzen trägt, so ist es die deutsche Landwirtschaft. Die Tatsache, daß für vier Milliarden Lebensmittel jährlich nach Deutschland eingeführt werden, empfindet die Landwirtschaft als einen Pfahl im Fleische. Sie weiß, daß das Glück anderer Völker mit unbeschränktem Bodenreichtum, extensiv zu wirtschaften, ihr für immer versagt ist. Der alte deutsche Acker muß das Letzte hergeben — und er kann nur geben, wo ihm selbst gegeben wird. Fleiß und Methode allein reichen nicht aus. Der Optimismus des guten Willens und der eisernen Anstrengung hat natürlich Grenzen. Jahr und Jahr kam es immer wieder zur Resignation. Und heute muß es klar ausgesprochen werden: man kann nur rationalisieren und intensivieren, was da ist. Und es ist zu wenig da. Der deutsche Acker ist erschöpft und versäuert. Es ist wie mit einem kranken Menschen: nur das beste ist gut genug, ihm zu helfen. Die künstlichen Düngemittel, die seit fast anderthalb Jahrzehnten zur Anwendung kommen, sind unzureichend. Aussparen kann man nur das Überflüssige, nicht das notwendige. Es genügt ein Vergleich mit den Ländern, die bei den natürlichen Düngemitteln geblieben sind, das die deutsche Landwirtschaft vor dem Kriege vorwiegend benutzte — dem Chilesalpeter. Diese Länder haben sich ihre agrarische Produktionsleistung erhalten können, ihnen war es möglich, sie zu steigern. Trotz aller angewandten „neuen Sachlichkeit“ ist das in Deutschland nicht möglich gewesen. Der Ausfall an deutschen Ernteergebnissen in den Jahren 1924/26 betrug im Gegensatz zur Vorkriegszeit durchschnittlich

für Roggen	4	dz je ha
„ Weizen	5	„
„ Gerste	4	„
„ Hafer	3	„
„ Kartoffeln	8	„
„ Zuckerrüben	40	„

Man kommt um die Einsicht nicht herum, daß für diese Tendenz des Ausfalls, die sich jährlich steigert, die Unzulänglichkeit der künstlichen Düngemittel verantwortlich zu machen ist. Das soll kein Vorwurf für die deutsche Düngemittelindustrie sein — man kann ja auch dem deutschen Bergbau keinen Vorwurf daraus machen, daß er weder Nickel noch Kupfer fördert, obwohl wir beides dringend nötig haben. Es soll nur gesagt werden, daß es nicht angeht, die deutsche Landwirtschaft zum Opfer einer unmöglichen „geschlossenen Nationalwirtschaft“ zu machen, eines Ideals, dessen Anstrebung sich ja auch die Industrie aus Selbsterhal-



Eine Chilesalpeter-Fabrik

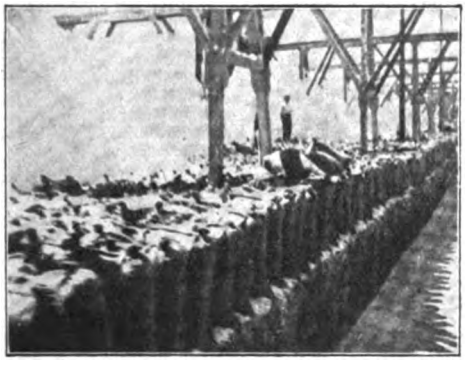
Digitized by Google

tungsgründen verbitten würde. Die Ernteerträgnisse sind ja nicht das Einzige, was die Landwirtschaft und den Volkshaushalt beeinträchtigt. So ist der Jodgehalt des Chilesalpeters eine wissenschaftlich erwiesene Voraussetzung für die Bekämpfung der Schilddrüsenerkrankung beim Menschen, für die Verringerung der Sterblichkeit der Jungtiere, für die Erhöhung der Fruchtbarkeit und der Milchleistung in der Viehzucht usw.

Es ist heute offensichtlich, daß in Deutschland der Versuch, die Erträgnisse der Landwirtschaft zu steigern, beim Schwanze aufgezäumt ist. Der deutsche Landwirt braucht etwas mehr als neue Sachlichkeit — nämlich eine Erkenntnis der alten Ursächlichkeit. Es ist eine Binsenwahrheit, daß Völker aufeinander angewiesen sind. So gibt es ein natürliches Angewiesensein des deutschen Ackers auf den chilenischen Salpeter. Wie es ein Angewiesensein der chilenischen Industrie auf deutsche Maschinenkultur gibt. Ein starker Wille kann nur Erfolg haben, wo er auf Einsicht basiert. Und Einsichtslosigkeit ist das Letzte, was wir uns jetzt leisten können.

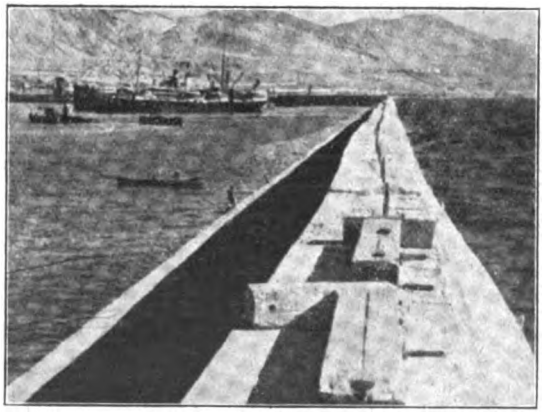
Konjunkturforschung und Agrarkrise

Unsere Lebensmitteleinfuhr beträgt im Durchschnitt ungefähr vier Millionen Reichsmark. Das Institut für Konjunkturforschung schreibt zu diesem Problem in seinem Sonderheft Nr. 8, 1928: „Eine Verhinderung der Nahrungsmitteleinfuhr ist durch eine Steigerung der Erträge der heimischen Landwirtschaft möglich. Es ist nicht anzuzweifeln, daß Ertragssteigerungen, die jegliche Einfuhr der im Lande selbst gewinnbaren Erzeugnisse überflüssig machen, zu erzielen sind.“ Leider sind die Grundbedingungen für eine Verminderung der Einfuhr und damit für eine aktivere Gestaltung der Handelsbilanz bei uns noch nicht vorhanden, und so bleibt



Teil einer Tagesproduktion einer Chilesalpeterfabrik

die Agrarkrise weiter akut im Gegensatz zu der bedeutend günstigeren Lage der Landwirtschaft außerdeutscher Länder. Nach dem internationalen landwirtschaftlichen Institut in Rom haben sich die Ernteerträge für Weizen z. B. je Doppelzentner pro Hektar in Frankreich von 13,1 der Vorkriegszeit auf 16,0 erhöht, in Italien von 10,5 auf 13,9 in England von 21,2 auf 22,9. Diese Länder benutzen in der Hauptsache Chilesalpeter zur Düngung. In Deutschland, dessen Verbrauch an künstlichen Düngemitteln, also an Ammoniakdünger, bedeutend gestiegen ist, die Zahlen sind erheblich höher als die für Chilesalpeter in der Vorkriegszeit, ist allein der Ernteertrag an Weizen von 24,1 auf 20,7 zurückgegangen und in Gerste von 22,0 auf 17,5; noch katastrophaler sind die Ziffern für die Kartoffel. Hier steht einer Zahl von 157,1 der Vorkriegszeit nur ein Ertrag von 148,5 für 1925 gegenüber, während in Frankreich die Vorkriegsziffer von 87,1 sich auf 103,8, in Großbritannien von 156,4 auf 170,9 gesteigert hat. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe des Instituts für Konjunkturforschung, festzustellen, welche Aufwendungen die deutsche Landwirtschaft jährlich für Ammoniakdünger macht im Gegensatz zu den Einfuhrziffern der oben bezeichneten Länder für Chilesalpeter. Die deutsche Chilesalpetereinfuhr vor dem Kriege erreichte ungefähr eine Höhe von 16 Millionen Zentner jährlich. Selbst wenn die verringerte Bodenfläche Deutschlands nach dem Friedensvertrag berücksichtigt wird, gibt es für die dezimierten Ernteresultate keine andere Erklärung als die ungeeigneter Düngung, denn die Landwirtschaft hat zum großen Teil im letzten Jahrzehnt energisch damit begonnen, ihre Betriebe durch Maschinen und geeignete Handwerksmaterialien zu rationalisieren. Der Einwand des höheren Preises für Chilesalpeter im Gegensatz zu dem Verkaufspreis für den künstlichen Düngestoff scheint doch hier durch die praktischen Fehlergebnisse ad absurdum geführt worden zu sein. Sollten die Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung dartun, daß die Aufwendungen für künstliche Düngemittel der deutschen Landwirtschaft prozentual höher sind als die 110 Millionen Mark, die früher für Chilesalpeter ins Ausland gingen und sollten die Untersuchungen weiter beweisen, daß die Lebensmitteleinfuhrsteigerung als Grund der Agrarkrise die deutsche Handelsbilanz höher belastet als diese Salpeterquote, so werden umgehend im Interesse unserer deutschen Volkswirtschaft die nötigen Maßnahmen zu ergreifen sein. Ja, selbst dann, wenn bei diesem bedrohlichen Ernteertragsrückgang auf Grund ungeeigneter Düngemittelverwendung festgestellt wird, daß die Höhe



Verschiffung von Chilesalpeter in einem Salpeterhafen Chiles

der Summen für Ammoniakdünger und Stickstoffdünger im Verhältnis geringer geblieben sein sollte, müßte sofort eine Propagierung für Benutzung von Chilesalpeter in der Landwirtschaft einsetzen, um die Lebensmitteleinfuhr auf Basis erhöhter Ernteerträge für Deutschland entsprechend herabzumindern.

Digitized by Google

„Presse und Pressa"

Ein Brevier für Journalisten und die es werden wollen.

Dr. Stern-Rubarth,
Chefredakteur des W. T. B. in der „Deutschen Presse:"

. . . . Im ganzen: es ist ein sorgfältig und liebevoll gearbeitetes Werk, aus dem man unendlich viel lernen kann. . .

Der Reichskunstwart:

. . . . Durch die geschickte Verbindung von Bild, Schlagwort und Text ist in diesem dauernden Erinnerungsbuch auch der Stil, den wir heute für derartige propagandistische Dinge suchen, in ausgezeichneter Weise erfaßt.

Reichsminister a. D. Sollmann:

. . . . von der Höhe Ihrer Leistung geradezu überrascht. Es ist die glänzendste Würdigung der Pressa, die mir unter die Augen gekommen ist.

Für Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse ist der Ursprungspreis von 5 RM auf zwei Mark herabgesetzt.

Zu beziehen: (zuzüglich 30 Pfg. Porto oder durch Nachnahme zuzüglich Porto RM 2.60.)

Verlag der „Deutschen Presse",
Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241

Für unsere

illustrierte Osterbeilage

suchen wir einige dem Osterfest entsprechende Zeichnungen von anerkannten Künstlern. Schriftliche Angebote mit Angabe von Referenzen und Honorarforderungen (vorläufig ohne Zeichnungen) sind unter D. P. 1436 an die Geschäftsstelle der „Deutschen Presse", Berlin SW 48, Friedrichstr. 240/41, zu richten

Volontärstellung

in Redaktion Berlin sucht Zeichnerin (Illustration, Portrait), sprach- u. schreibgew., Stenogr., Schreibm. Angebote unt. „D. P. 1426" an den Verlag f. Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48.

Redakteur

Dr. phil., mit besten Empfehlungen u. Zeugnissen, gründlich. langjähriger Praxis, vielseitig und gewandt, zuverlässig und arbeitsfreudig, alle Sparten beherrschend, u. a. auch im Feuilleton (Kunst, Wissen, Musik, Theater usw.) vorzüglich befähigt, zugkräftig im Umbruch, sucht Stellung Gfl. Angebote unt. D. P. 1390 an die Gesch. der „Deutsch. Presse", Berlin SW 48.

Volontärstelle

bei großer Tageszeitung gesucht. Bewerber: 23 Jahre, gebildet, journalistisch begabt. Zuschriften erbeten unter D. P. 1427 an die Geschäftsstelle der „Deutschen Presse", Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41.

Schriftleiterin

mit großer stetiger Arbeitslust; Begabung für Materialbeschaffung und -sichtung, von diszipliniertem Geschmack, sicher u. jahrelang selbständig in allen redaktionstechnischen Arbeiten (Umbruch, Klischeebestimmung, Autorenkorrespondenz), sucht Aufstiegsmöglichkeit. Angebote unt. D P. 1435 an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48.

Geübter und gewandter

Berichterstatter,

der guter Stenograph sein muß, sofort gesucht. Angebote an den
Verlag des Lübecker General-Anzeigers.

Wirtschafts-Journalist

für zwei monatlich erscheinende Zeitschriften (Umfang 8—12 Seiten Text) gesucht. Angebote mit Honoraransprüchen unter D. P. 1433 an den Verlag für Presse, Wirtschaft u. Politik G m b.H., Berlin SW 48

Spanien - Paris

Akadem. gebildeter Schriftsteller, ständig im Auslande ansässig, sucht Verbindung mit deutscher Zeitung für ständige oder gelegentliche Mitarbeit (evtl. auch als Korrespondent) Gefl. Offerten unt. D. P. 1434 an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48.

Bitte nehmen Sie bei Ihren Bestellungen stets auf die „Deutsche Presse" Bezug.

Volontär bezw. Volontärin

für Zeitschriftenverlag zu möglichst sofortigem Antritt gesucht Angebote unter „D. P 1428" an den Verlag für Presse. Wirtschaft und Politik G. m b. H, Berlin SW 48.

Theater-Kritiker

ehemaliger Regisseur und Dramaturg mit abgeschlossenem Hochschulstudium übernimmt Theaterberichterstattung für angesehene Zeitungen. Offerten unter „D. P. 1385" an die Geschäftsstelle der „Deutschen Presse", Berlin SW 48.

Ärztliche

und sonstige wissenschaftlich - volkstüml. Feuilletons schreibt Dr. med. Angeb. unter **D. P. 1342** a. d. Deutsche Presse, Berlin SW 48.

Unentbehrlich für jeden Redakteur

Besprechungsexemplare können nicht abgegeben werden.

Dr. jur. JOSEF TRAKATSCH

Die strafrechtliche Haftung des verantwortlichen Redakteurs in der Rechtsprechung des Reichsgerichts

Mit einem Geleitwort von
Oberreichsanwalt Prof. Dr. Ebermayer

Die vorliegende Arbeit stellt nicht die privaten Einzelmeinungen fast durchweg veralteter Rechtsgelehrter dar, sondern die allein maßgebliche Rechtsprechung des Reichsgerichts. In richtunggebender Klarheit erschöpft sie knapp und straff die sämtlichen rechtlichen Möglichkeiten des journalistischen Tageskampfes und seiner Zweifel. Nur die unzureichende Kenntnis der eindringlich geschilderten Möglichkeiten konnte bisher die innere Sicherheit des Redakteurs und damit die individuelle Note und Wirkung seiner Arbeit gefährden.

RM 2 — (bei Voreinsendung des Betrages oder RM 2.45 bei Nachnahmesendung).

VERLAG FÜR PRESSE, WIRTSCHAFT UND POLITIK G.M.B.H., BERLIN SW 48, FRIEDRICHSTR. 240/41

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 5 — Berlin, den 2. Februar 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Kritik der Presse.

Von Dr. Hans Havemann.

„Es wirft ein entscheidendes Licht auf alles übrige, daß es unmöglich ist, in der Presse rückhaltlos über die Presse zu schreiben." Dieser Satz stammt aus einem Artikel Karl Scheffl ers, in dem er es der Presse einmal gehörig geben wollte. Das „schlechte Gewissen der Macht" sei der Grund für den Mangel an Selbstkritik bei der Presse.

Stimmt das? Wursteln die Federn, die täglich die Spalten füllen, die Köpfe, die dem Ganzen das Gesicht geben, in den Tag hinein ohne Selbstkritik, scheuen sie ein offenes Wort über ihre Arbeit? Nun, immerhin gibt es ein Fachorgan, das ganz diesem Zweck gewidmet ist, die „Deutsche Presse". Fast in jeder Nummer dieser Wochenschrift schreiben Redakteure über Mißstände von mancherlei Art, oft mit scharfen Worten, und machen Vorschläge, und die Verleger haben ebenfalls ein solches Organ, den „Zeitungs-Verlag". Hier ist doch wohl zunächst der geeignete Ort für die Selbstkritik.

Aber zugegeben: auch Kritik der Presse vor der breiten Öffentlichkeit kann zuweilen nicht schaden. Es mag sein, daß sie recht selten ist. Freilich: gibt es auch Selbstkritik der Justiz im Gerichtssaal, Selbstkritik der Kirche in der Kirche? Denn auch dort ist Öffentlichkeit! Es soll jedoch sogar Zeitungen geben, die gelegentlich in einer Rundfrage ihre Leser um Kritik bitten. Man kann daher nur wünschen, daß Karl Scheffl ers so verächtlich hingeschleuderter Fehdehandschuh von recht vielen Händen aufgegriffen wird, und zwar nicht mit ebenso viel ira et studio.

Kein Zweifel, daß es da genug schwache Stellen gibt für den Angreifer und daß das Gewissen keineswegs immer gnz rein ist. Nur schade, daß Karl Scheffler kein Mann der Presse ist (sondern ein Kunstschriftsteller) und daß er die Arbeit der Presse viel weniger kennt als das äußere Bild. Und daß er das Kind mit dem Bade ausschüttet, denn es gibt da etliche Schattenseiten, die mit den Lichtseiten unlöslich verknüpft sind, und die eben nur mit der Vernichtung des ganzen Kindes verschwinden.

Die Zeitung ist für die Masse. Also darf man ihr nicht vorwerfen, daß sie bringt, was die Masse liest, und nicht, was nur der Gelehrte, der Literat, der Außenseiter versteht. „Ein Leitartikel, ein Feuilleton darf nicht zu lang, nicht zu schwer, nicht zu ernst, nicht zu unwahr und nicht zu wahr sein... Alles muß dem Durchschnitt angepaßt werden." Gewiß, so ein Zeitungsartikel erschöpft selten oder nie eine Sache, löst kein Problem endgültig, sagt nie alles, ja, sagt vieles vorsichtig und mit mancher Rücksichtnahme, und er muß es auf eine leichte, fesselnde und schmackhafte Art sagen, nicht für den Leser am Studiertisch, sondern für den im Omnibus und im Restaurant und für den ausruhenden im bequemen Sessel.

„Nicht zu lang, nicht zu schwer, nicht zu ernst . . .", also oberflächlich und herabgezogen zur platten und halben Wahrheit für den Durchschnitt, meint Scheffler. Aber das sind ja lauter Vorzüge, die er tadelt. Die besten Schriftsteller sind stolz darauf. Ja, der Journalismus ist vielleicht die unentbehrliche Schule des guten Schriftstellers. Wenigstens behauptet es kein anderer als Bernard Shaw, der ja wohl kein schlechter ist. Denn es ist keineswegs so leicht, Dinge, die oft gar nicht einfach sind, „nicht zu lang, nicht zu schwer und nicht zu ernst" zu sagen. „Nicht zu unwahr und nicht zu wahr"; aber man sagt oft mehr, wenn man nicht alles sagt. Es wirkt stärker, es gehört mehr Geist dazu.

Oder ist das „Gelehrtendeutsch" besser? Oder die gesuchte und gestelzte, auf schwierigen Periodenbau erpichte Sprache mancher allzu origineller Außenseiter der Feder? Da ist dann oft alles lang, schwer und ernst, aber darum noch nicht immer wahr. Wie stünde es um die Wissenschaft, wenn niemand sich bemühte, so viel wie möglich von ihrer Weisheit auf eine einfache und so übersichtliche Art zu sagen, daß jeder, der denken mag, es verstehen kann?

Natürlich gibt es neben vielen schlechten Zeitungen nicht allzu viele gute. Und unter der Überfülle von Federn, die täglich schreiben, sind nicht viele auf dem Wege zum guten Schriftsteller. Die Mehrzahl der Artikel muß notwendig seicht und oberflächlich sein. Redigieren heißt wählen und auch beschneiden; denn auch die Scherenarbeit ist nicht immer vom Übel. Es heißt auch, den unermüdlichen Kampf führen gegen jenes verpönte „Zeitungsdeutsch".

„Die Meinungen können nicht ausreifen, sie müssen gleich fix und fertig sein, und es wird darum viel mit Klischees gearbeitet. Auch mit Wortklischees", sagt Karl Scheffler. Also fort mit aller Zeitungsschreiberei? Nein: also acht geben, liebe urteilsfähigen Zeitungsleser, welche Zeitung Artikel bringt, die wirkliche Meinungen und nicht nur Schlagworte enthalten, und deren flotte Arbeit auf Erfahrung und Wissen beruht und auf jener Urteilsbereitschaft, die der tägliche Kontakt verschafft mit den Dingen, die die Zeit bewegen. Gerade uns Deutschen ist solche Bereitschaft durchaus nicht angeboren, viel eher die Neigung zu einer Gründlichkeit und Schwerfälligkeit, die nie fertig wird. Die Arbeit für die Zeitung aber kann erziehen zur Straffheit des Denkens und zur Schlagkraft des Wortes.

„Die Zeitung wird so schlecht gemacht, wie die Leser es erlauben", meint Scheffler. Und daher mutet man ihm zu, was er sich nur irgend gefallen läßt. Die große Masse aber, auf die es ja ankommt, läßt sich sehr

Digitized by Google

viel gefallen. Sie will nicht nachdenken, sondern nur unterhalten sein, sie begnügt sich gerne mit „halben Wahrheiten und halben Lügen“, mit „tendenziös gefärbten oder künstlich aufgeblasenen“ Sensationen. Je mehr die Zeitung von dieser Art bietet, um so größer der Absatz. Artikel mit „Niveau“ schaden nur. An dieser Kritik der Presse ist etwas Wahres. Tatsächlich stehen viele Zeitungen, die in Deutschland höchste Auflagen haben, tief unter dem Niveau der guten Blätter, die sich an urteilsfähige Leser wenden.

Aber warum werden dann überhaupt bessere Zeitungen gemacht, wenn es doch ein so schlechtes Geschäft ist? Warum werden auch von Zeitungen, die sich an die Masse und nicht an einen beschränkten Kreis von Gebildeten wenden, Artikel gebracht, die Anforderungen an den Leser stellen? — Doch wohl, weil es gerade dieser so leicht zu befriedigenden Masse gegenüber eine Verantwortung gibt. Weil derjenige, der sie mit Plattheiten und Halbheiten und aufgeblasenen Sensationen abspeist, sich am Volk versündigt.

Freilich muß die Zeitung die Masse zunächst fesseln, zunächst unterhalten, muß ihr eine bunte Auswahl von Stoff bieten, darin jeder findet, was er sucht. Das vornehme Gesicht einer literarischen Zeitschrift lockt die Masse nicht. Die gute Zeitung aber fesselt ihre Leser, um sie zu erziehen, um ihre Ansprüche allmählich zu steigern, um sie mehr und mehr an den mit ernster Überlegung geschriebenen politischen Artikel, das mit schriftstellerischem Geschick geschriebene Feuilleton zu gewöhnen und ihnen den Geschmack am leeren Gerede und am blöden Kitsch zu verderben.

Das klingt vielleicht sehr idealistisch oder gar: schönfärberisch; denn allerdings ist die Zeitung ein industrielles Unternehmen, dessen Interessen sich mit solchem Idealismus nicht immer decken; aber einem Kritiker gegenüber, der die gesamte Presse in lächerlicher Weise über einen Kamm schert, ihr fast jede Sachlichkeit abspricht und ihre Äußerungen in Bausch und Bogen für parteipolitisch gefärbt erklärt, der selbst zwischen Buchkritik und Inserat eine Abhängigkeit sieht (hier fehlen die Inserate sogar fast gänzlich), muß denn doch gesagt werden, daß in der deutschen Presse nicht nur täglich eine Summe von ernster geistiger Arbeit geleistet wird, sondern auch ein ansehnliches Maß von ehrlichem Idealismus vorhanden ist, der es nicht immer leicht hat.

Für einen solchen Kritiker ist eine Antwort vielleicht schon zu viel Ehre, aber in einem Punkte hat er recht: die alles kritisierende Presse sollte auch sich selbst nicht vergessen.

Fragt man schließlich, was denn dieser grimme Kritiker zur Hebung der Presse empfiehlt, so hört man eine überraschende Antwort. Er fordert noch konsequentere Industrialisierung der Presse: ganz wenige Zeitungen für ganz Deutschland, denen in den einzelnen Städten ein kleiner lokaler Teil angefügt wird. Das bedeutete eine Diktatur, gegen die die Macht der Presse von heute ein Waisenkind wäre. Denn würden etwa diese wenigen Zeitungen freier sein vom Einfluß des Kapitals und der Parteien? Würden die Federn, die täglich Artikel für Millionen schreiben, ihre ungleich größere Macht weniger mißbrauchen?

Normung, Typisierung — bei Häusern und Kochtöpfen eine schöne Sache; aber lieber nicht bei Meinungen, nicht bei der Bemühung, dem Tag ein Gesicht zu geben.

Nachrichtenmonopol oder Journalistenschutz?

Ein Beitrag zum deutschen Preßrecht.

Von Walter Quix-Mülheim (Ruhr).

In den letzten Monaten ist in der „Deutschen Presse“ wiederholt die Frage des „Nachrichtenmonopols“ angeschnitten worden. Die Erörterung endete damit, daß Kollege Georg Davidsohn in Nr. 46 den Vorschlag machte, mit Bezug auf § 18 Abs. 3 des Urheberrechtsgesetzes „vermischte Nachrichten tatsächlichen Inhalts und Tagesneuigkeiten“, die von Nachrichtenmonopolen verbreitet werden, einfach abzudrucken. Dieser Vorschlag hat aber seine Licht- und Schattenseiten, weil er praktisch den Monopolen kaum Abbruch tut, jedoch manchem unserer Nachrichten und Tagesneuigkeiten übermittelnden freien Journalisten schweren materiellen Schaden verursachen könnte. Es liegt mir deswegen fern, der Nachrichtenmonopolwirtschaft irgendwie das Wort reden zu wollen, und ich verurteile mit der größten Mehrheit des deutschen Volkes eine solche „Amerikanisierung des deutschen Nachrichtenwesens der Presse“. Im Falle „Zeppelin“ kommt noch hinzu, daß das Luftschiff nicht nur aus Privatmitteln, sondern zum größten Teil mit Hilfe öffentlicher Gelder und der Zeppelin-Eckener-Spende gebaut worden ist. Das deutsche Volk hatte hier als „breiteste Öffentlichkeit ein überwiegendes Interesse an bestimmten Ereignissen und Vorgängen“. Dieses Interesse zu wahren, war der Grundsatz des Gesetzgebers in § 18 Abs. 3 des Urheberrechtsgesetzes. Ein interessantes Kapitel des deutschen Journalistenrechts ist hier angeschnitten worden, soweit es im Urheberrechtsgesetz verankert ist. Obwohl man ohne weiteres nach dem Vorschlag des Kollegen Davidsohn verfahren kann, gibt es aber doch Spezialfälle und Differenzierungen.

Von der „Nachricht tatsächlichen Inhaltes“ bis zur urheberrechtlich geschützten Ausarbeitung besteht nur eine kleine Spanne. Das Urheberrechtsgesetz macht zweierlei Unterscheidungen beim Nachdruck, und zwar erstens den „Abdruck einzelner Artikel aus Zeitungen in anderen Zeitungen“ nach § 18 Abs. 1 und zweitens den Abdruck „vermischter Nachrichten tatsächlichen Inhalts und Tagesneuigkeiten aus Zeitungen oder Zeitschriften“ nach § 18 Abs. 3. Der Absatz 2 des § 18 spricht grundsätzlich die Unzulässigkeit des Abdrucks „von Ausarbeitungen wissenschaftlichen, technischen oder unterhaltenden Inhalts“ aus; diese Artikel dürfen auch dann nicht nachgedruckt werden, wenn „ein Vorbehalt der Rechte fehlt.“ Der zweite Absatz des § 18 ist ohne weiteres klar. Die abdrucksfreien Artikel, die unter § 18 Abs. 1 fallen, kann jeder Schriftsteller durch ein Nachdrucksverbot vor unbefugtem Abdruck schützen. Es bliebe noch Abs. 3 übrig. Hier klafft meines Erachtens eine Lücke im Gesetz, die vielen Journalisten das Leben recht sauer macht. Aus diesem Grunde möchte ich die Frage so stellen: „Nachrichtenmonopol oder Journalistenschutz?“

In den meisten Fällen sind die Berichte der Nachrichtenmonopole mit Rücksicht auf die Inanspruchnahme des Urheberrechtsschutzes in Form kurzer Abhandlungen oder Beschreibungen gehalten. Dadurch ist eine Ausbeutung der mit schweren finanziellen Opfern erkauften Meldungen durch unbefugte Personen unmöglich. Wer diese Meldungen abdrucken wollte, müßte sich schon die „Nachrichten rein tatsächlichen Inhalts“ herausſuchen. Nachrichten tatsächlichen Inhalts beziehen sich nämlich nur auf nackte Tatsachen, sobald aber „tatsächliche“ Vorgänge in irgendeine bearbeitete Form gebracht werden (Schilderung eines Sturmes im Zeppelinluftschiff, der Überfahrt, eines Brandes, einer Gaskatastrophe usw.), fallen sie ohne weiteres unter das Urheberrechtsgesetz. Dabei spielt

Digitized by Google

die „Qualität" des Artikels keine Rolle. Der Abdruck einer Arbeit ist einer Zeitung auch dann nicht gestattet, wenn die äußere Form eines Artikels eine „Besprechung" der Vorgänge darstellt. Werden an die Berichte „tatsächlichen" Inhaltes Erläuterungen oder Ausführungen geknüpft (Kommentare), so kommt § 18 Abs. 2 des Urheberrechtsgesetzes in Betracht. In diesem Falle hat der Monopolinhaber (Urheber) die Möglichkeit, auf Grund des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs oder der §§ 823, 826 B.G.B. vorzugehen.

Das Urheberrechtsgesetz gibt aber, wie ich bereits erwähnte, nicht nur die Nachrichten tatsächlichen Inhalts und die Tagesneuigkeiten zum Abdruck frei, sondern auch nach § 18 Abs. 1 den „Abdruck einzelner Artikel aus Zeitungen in anderen Zeitungen", soweit die Artikel nicht mit einem Vorbehalt der Rechte versehen sind. Politische Artikel, besonders Leitartikel, dürfen demnach auch abgedruckt werden. Bei auszugsweiser Wiedergabe solcher für den Nachdruck freigegebenen Artikel z. B. unter „Blätterstimmen" ist Vorsicht geboten, damit nicht das Wesentliche der Ausführungen des Gesamtartikels weggelassen wird. Schließlich ist bei einem solchen Nachdruck die Quelle deutlich anzugeben. In diesem Zusammenhang ist noch wichtig, daß Anzeigen jeder Art nicht unter Urheberrechtsschutz stehen und abgedruckt werden dürfen; dabei besteht aber die Gefahr, daß der Nachdrucker auf Grund des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs verfolgt werden kann, wenn er den Anschein zu erwecken versucht, als sei sein Blatt ein sehr gesuchtes Insertionsorgan. Nicht nur die Übernahme von Anzeigen (Familienanzeigen, Kaufgesuche, Stellenangebote, Stellengesuche usw.) ist strafbar, sondern auch die „nichtbestellte Wiederholung" von Anzeigen, sogenannten „Füllinseraten" (O.L.G.R. 30,261; R.G.Z. 73,267; Urteil des Landgerichts Rudolstadt i. Thür. 6. 3. 24.).

Bezüglich der Angabe der Quelle ist im Gesetz nichts gesagt; es kommt aber hier nach der allgemeinen Auffassung der Name der Zeitung und des Verfassers in Frage. Es ist also ein Irrtum zu glauben, bei jedem Nachdruck bestehe nicht die Verpflichtung der Quellenangabe; sie besteht sogar bei Artikeln, die unter Absatz 2 fallen, bei denen der Verfasser nicht genannt oder nur durch ein Korrespondenzzeichen gekennzeichnet ist. Zuwiderhandlungen können nach § 44 des Urheberrechtsgesetzes mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft werden. Auch ist gleichgültig, wer den Artikel geschrieben hat, denn das Urheberrecht kann beschränkt oder unbeschränkt auf andere übertragen werden (§ 8); bei anonymen Schriften tritt der Verleger in die Rechte des Urhebers ein (§ 7, Abs. 2). Bei Zeitungen kommt nach § 4 des Urheberrechts (Sammelwerk) stets der Verleger als Urheber in Frage. Der Redakteur kann deswegen nicht als Urheber angesprochen werden, weil seine Tätigkeit hauptsächlich in der Auswahl und Anordnung der Beiträge besteht. Die Unterlassung der Quellenangabe kann als Beweisanzeige für eine unbefugte Aneignung gelten. Dagegen sind „sonstige" Artikel, die nicht mit einem Vorbehalt versehen sind, „abdrucksfrei", und zwar nur (nach der neuen Fassung des Gesetzes) „in anderen Zeitungen". Ein Abdrucksvorbehalt am Kopf der Zeitung genügt nicht; sämtliche Artikel müssen mit dem Abdrucksvorbehalt gekennzeichnet sein. Nach allgemeiner Auffassung kann aber „abdrucksfrei" nicht gleichbedeutend mit „honorarfrei" gelten, weil der Gesetzgeber nicht die Absicht gehabt hat, den „geistigen Diebstahl" zu fördern. Es können aber auch alle Nachdrucke unter bestimmten Voraussetzungen einen klagbaren Entschädigungsanspruch begründen, und zwar in solchen Fällen, wo das Urheberrecht die Materie nicht geregelt hat. In der Entscheidung des Reichsgerichts Z. S. Bd. 73, S. 294, heißt es: „Allerdings ergibt sich aus dem Wesen der Sondergesetzgebung, daß die darin festgelegten Tatbestände rechtswidrigen Handelns nicht unter anderen rechtlichen Gesichtspunkten anders betrachtet werden können, und daß da, wo das Urheberrecht ausdrücklich und absichtlich einen Schutz für einen gewissen Tatbestand ausschließt, ein solcher auch nicht aus allgemeinen Gesichtspunkten des Bürgerlichen Gesetzbuches hergeleitet werden kann." Wenn es sich also um einen dem Urheberrecht fremden Tatbestand handelt, kann nach der Folgerung des Reichsgerichts das Bürgerliche Gesetzbuch oder das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs Anwendung finden. (Wie bei „nachdrucksfreien" Anzeigen.) Wer z. B. irgendeine interessante Lokalnotiz abdruckt, die der Mitarbeiter einer anderen Zeitung verfaßt hat, muß dem Verfasser auf Verlangen die Arbeit honorieren. Schreibt der Redakteur die Nachricht um (bringt sie also in eine andere abweichende Fassung), dann kann der Bearbeiter der ersten Notiz keine Entschädigung mehr verlangen, weil die Nachricht dann eine eigene Arbeit der Redaktion darstellt. Wäre eine Honorierung nicht notwendig, dann würden manche freie Journalisten und Korrespondenzbüros schwere geschäftliche Nachteile erleiden, weil sie die Nachrichten zum Teil selbst ihren Mitarbeitern wieder bezahlen müssen. Es ließe sich denken, daß eine Zeitung Korrespondenzbüros, die Tagesneuigkeiten weiter geben, rigoros ausbeutete, indem sie einfach aus anderen Zeitungen sämtliche Nachrichten dieser Mitarbeiter nachdruckt. Es muß also auch dem freien Journalisten und Mitarbeiter ein vermögensrechtlicher Schutz zugebilligt werden. Zwar liegen für diese Fälle meines Wissens noch keine gerichtlichen Entscheidungen vor, aber es wird jedem einleuchten, daß § 18, Abs. 1 und 3 des Urheberrechts keinen Freibrief für Ausbeutung eines anderen Staatsbürgers darstellen können. Würde sich eine entgegenstehende juristische Auffassung durchringen, dann wäre unsere ganze Rechtsordnung durchbrochen. Es handelt sich hier um den vermögensrechtlichen Schutz des Nachrichtenübermittlers. Aus diesem Grunde ist auch von deutscher Seite im Jahre 1908 der Vorschlag für die Berner Übereinkunft gemacht worden, für „alle Nachrichten einen Schutz von 24 Stunden" durchzuführen. Verschiedene Verbandsstaaten lehnten das aber mit dem Bemerken ab, daß ein solcher Schutz schlecht in ein Gesetz zum Schutze der Literatur und Kunst passe. Der gewaltige Aufschwung des Nachrichtenwesens in den letzten zwanzig Jahren macht aber einen gesetzlich festgelegten Schutz in der erwähnten Weise auf die Dauer notwendig. Folgender Fall wäre praktisch auch möglich: Eine Zeitung erhält mehrfach eine „falsche" Fernsprechverbindung und gerät in die Leitung des ständigen Mitarbeiters einer größeren Zeitung. Der Stenograph benutzt die Gelegenheit und nimmt die Meldungen „tatsächlichen" Inhaltes auf. Mitteilungen durch den Fernsprecher fallen nicht unter das Urheberrechtsgesetz. Die falsch verbundene Zeitung druckt die Nachrichten „tatsächlichen" Inhaltes ab. In diesem Falle kann die geschädigte Zeitung gegen den Abdruck der Meldungen auf Grund des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs vorgehen, weil Nachrichten tatsächlichen Inhaltes nur „aus anderen Zeitungen" abgedruckt werden dürfen. In der Praxis läßt sich aus diesem Grunde mit dem Nachdruck von Monopolnachrichten wenig anfangen, denn die nicht dem Monopol angeschlossenen Zeitungen könnten meistens die Nachrichten erst am anderen Tage bringen, wodurch der Nachdruck fast wertlos wäre. Größere Zeitungen mit einer Abendausgabe (gerade diese sind vielfach dem Monopol angeschlossen) hätten bestenfalls die Möglichkeit, die in der Morgenausgabe einer anderen Zeitung veröffentlichten Nachrichten am gleichen Tage zu veröffentlichen.

Wichtig im Zusammenhang mit diesen Fragen ist noch eine im Urheberrechtsgesetz verankerte wenig beachtete Vorschrift, daß der Leiter einer Zeitung nach § 9 nicht ohne weiteres berechtigt ist, einen Artikel „inhaltlich zu kürzen", auch dann nicht, wenn der technische Betrieb eine Kürzung notwendig erscheinen läßt. Die Zustimmung des Verfassers muß in allen Fällen eingeholt werden;

Digitized by Google

zulässig sind Kürzungen nur dann, wenn „der Berechtigte seine Einwilligung nach Treu und Glauben nicht versagen kann", oder wenn beleidigende Äußerungen gegenüber dritten Personen vorliegen.

Nach drei Monaten verjährt das Plagiat (unterlassene Quellenangabe) nach § 67, Abs. 3 St. G. B., die Urheberrechtsverletzung nach den §§ 50 und 51 U. G. in drei Jahren. Die Verjährung beginnt mit dem Tage, an dem die erste Veröffentlichung stattfindet.

Kurz seien die Ausführungen noch einmal zusammengefaßt:

1. Nach dem Urheberrechtsgesetz „abdrucksfreie" Nachrichten sind nicht immer „honorarfrei".

2. Artikel über „tatsächliche" Vorgänge in eigener Verarbeitung mit Kennzeichen oder Nachdrucksverbot sind nicht abdrucksfrei.

Diese außerordentlich wichtigen Bestimmungen über den Zeitungsabdruck aus dem Urheberrechtsgesetz vom 19. Juni 1901 in der Fassung vom 22. Mai 1910 sollen den Kollegen eine Richtschnur geben, damit unliebsame Zwischenfälle (große Honorarnachforderungen) vermieden werden; daneben bieten sie dem „freien Journalisten" eine Handhabe, sich vor schweren geschäftlichen Schädigungen durch Ausnutzung seiner „Aktualität" zu schützen. Nach allgemeiner Auffassung gilt bei Honorarnachforderungen der an der Zeitung, die den Artikel unbefugt nachgedruckt hat, übliche Honorarsatz; im anderen Falle könnten die Honorarnachforderungen ins Unermeßliche gehen und in keinem Verhältnis zu der Wichtigkeit oder Qualität des Artikels stehen. Hier würde dann eine maßlose Schädigung der Zeitung eintreten. Neben dem „Reichspreßgesetz" bilden diese Ausführungen den wichtigsten Bestandteil des deutschen journalistischen Rechts.

Wichtige Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts

über die Versicherungspflicht von Zuschußkassen und ihre Auswirkung auf die Versorgungsanstalt der RAG.

In dem soeben erschienenen 3. Heft zu Band 4 der „Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und der Landesarbeitsgerichte", herausgegeben unterm 5. Januar 1929 in der Bensheimerschen Sammlung reichsarbeitsgerichtlicher und landesarbeitsgerichtlicher Entscheidungen, ist auf Seite 170 u. ff. unter dem Aktenzeichen: RAG 361/28 ein Urteil des Reichsarbeitsgerichtes vom 27. Oktober 1928 nebst Entscheidungsgründen wiedergegeben, das neben seiner grundsätzlichen arbeitsrechtlichen Bedeutung von besonderer Wichtigkeit für die Versorgungsanstalt der RAG der deutschen Presse sowie für alle Redakteure und Verleger deutscher Tageszeitungen ist, weil es die bisher arbeitsrechtlich nicht einwandfrei geklärten Rechtsbeziehungen sowohl zwischen der Anstalt und den Angehörigen der Vertragsparteien wie auch zwischen der Anstalt und den außerhalb der Vertragsparteien stehenden Redakteuren und Verlegern klarstellt.

Die Urteilsfindung des Reichsarbeitsgerichtes bezog sich auf folgenden Tatbestand, der bereits das Landesarbeitsgericht Berlin als Berufungsinstanz beschäftigt hatte:

Am 13. August 1927 haben die beiden klagenden Verbände (Deutscher Apotheker-Verein und Verband Deutscher Apotheker, Fachgruppe des Gewerkschaftsbundes der Angestellten) in Abänderung früherer Tarifverträge untereinander einen Tarifvertrag geschlossen und zugleich als dessen Inhalt u. a. die Satzungen einer Zuschußkasse vereinbart. Am 29. Oktober 1927 hat der Reichsarbeitsminister den Tarifvertrag einschließlich der Satzungen der Zuschußkasse mit Wirkung vom 1. Juli 1927 ab für allgemeinverbindlich erklärt, mit dem beruflichen Geltungsbereich für die in Apotheken als Assistenten tätigen, approbierten und nichtapprobierten Pharmazeuten und Pharmazeutinnen und mit dem räumlichen Geltungsbereich für das Gebiet des Deutschen Reiches. Der Beklagte zu 1 ist Mitglied des DAV., der Beklagte zu 2 nicht. Beide Beklagte beschäftigen seit dem 1. Juli 1927 festangestellte Pharmazeuten, die nicht Mitglieder des VDA. sind.

Nach den §§ 4, 11 des Tarifvertrags ist der Arbeitgeber verpflichtet, dem Angestellten das Tarifgehalt zu zahlen, vermindert um einen Lohnabzug zugunsten der Zuschußkasse (ZK.); diesen Lohnabzug sowie einen gleichen Betrag aus eigenen Mitteln hat der Arbeitgeber an die ZK. abzuführen. Die ZK. soll vornehmlich verheirateten und älteren Angestellten Lohnzuschüsse gewähren. Im Streit ist, ob auf Grund dieses Sachverhalts die klagenden Verbände, die als eine Gesellschaft des bürgerlichen Rechts gemeinsam die ZK. eingerichtet haben, die Abführung der vorhin genannten Beträge auch von solchen Arbeitgebern und für solche Arbeitnehmer verlangen dürfen, die nicht den Verbänden angehören. Die beiden Beklagten leugnen das und haben ihren Angestellten seit dem 1. Juli 1927 ihren Lohn ungekürzt ausbezahlt und keine Beträge an die ZK. abgeführt. Die Kläger haben, gestützt auf die Allgemeinverbindlichkeitserklärung vom 29. Oktober 1927, von beiden Beklagten je 450 RM (für die Zeit vom 1. Juli 1927 bis 31. März 1928) nebst Zinsen gefordert. Das Amtsgericht hat nach dem Klageantrag erkannt; auf die Berufung der Beklagten hat das Landesarbeitsgericht die Klage abgewiesen. Mit der Revision beantragen die Kläger, das Berufungsurteil abzuändern und nach dem Klageantrag zu erkennen.

In den Entscheidungsgründen des RAG wird zunächst festgestellt daß das Abkommen der beiden Verbände bezüglich der Einrichtung der Zuschußkasse einen schuldrechtlichen, nicht normativen Teil des Tarifvertrages bilde. Jedoch hätten die Tarifvertragsparteien in § 4 Abs. 3 des Tarifvertrages unter der Gesamtüberschrift „Regelung der Gehaltsbezüge" weiter festgesetzt, daß der Arbeitgeber „arbeitsvertraglich verpflichtet sei", an den Angestellten das Tarifgehalt, vermindert um den Lohnabzug, zu bezahlen und an die Zuschußkasse eben diesen Lohnabzug (auf Rechnung des Arbeitnehmers) und einen eigenen Betrag in gleicher Höhe aus Mitteln des Arbeitgebers abzuführen; nach dem ausdrücklichen Wortlaut des Tarifvertrages sollte diese Verpflichtung einen Vertrag zugunsten der Zuschußkasse als eines dritten, § 328 BGB, darstellen. Damit hätten die Tarifparteien zum Ausdruck gebracht, daß der Arbeitnehmer im Verhältnis zum Arbeitgeber aus dem Arbeitsvertrage verpflichtet sei, sich den Abzug vom Lohn gefallen zu lassen, wogegen der Arbeitnehmer die Aussicht auf die Zuschußleistungen der Kasse erworben habe; umgekehrt sei durch den Tarifvertrag der Arbeitgeber verpflichtet, die vereinbarten Abzüge zu machen und seinerseits einen Beitrag in gleicher Höhe an die Zuschußkasse zu leisten. Aus der Anführung des § 328 des BGB gehe hervor, daß die Zuschußkasse auf die Erfüllung dieser Verpflichtungen ein eigenes Recht gegen den Arbeitnehmer und den Arbeitgeber erwerben sollte. Nach der unzweideutigen Erklärung der Willenmeinung der Tarifvertragsparteien sollten also die getroffenen Abreden zum Inhalt des jeweiligen Einzelarbeitsvertrages werden, weshalb sie zu dem sogenannten normativen Teil des Tarifvertrages gehörten.

Nachdem das Reichsarbeitsgericht, gleich dem Vorderrichter in seinen weiteren Darlegungen die sachliche Zuständigkeit der Arbeitsgerichtsbehörden für die Entscheidung des Rechtsstreites und ebenso die Frage bejaht hat, daß an der Befugnis der Kläger zur gemeinschaftlichen Geschäftsführung und Vertretung der Zuschußkasse nicht zu zweifeln sei, untersucht es eingehend die Frage, ob die zwischen den Vertragsparteien getroffenen Vereinbarungen infolge der Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Tarifvertrages auch für Außenseiter verbindlich geworden seien und bejaht sie in folgenden Ausführungen: „Gegen diese Annahme (Nichtverbindlichkeit für Außenseiter) haben die Beklagten eine Reihe von Einwendungen erhoben; einige dieser Einwendungen hat schon der Berufungsrichter zurückgewiesen; die Beklagten haben auch noch im gegenwärtigen Rechtszug an ihnen festgehalten; jedoch zu Unrecht. Die Ausführungen des Berufungsgerichtes sind insoweit rechtsirrtumsfrei. Die mittelbare Zuwendung, die sowohl die Arbeitnehmer als

Digitized by Google

auch die Arbeitgeber in die Zuschußkasse machen, findet ihren ausreichenden Rechtsgrund darin, daß es sich um eine Wohlfahrtseinrichtung handelt, die nach der Auffassung der Tarifvertragsparteien dem ganzen Apothekerstand zugute kommen soll. Um eine Versicherung handelt es sich nicht, mögen auch die mit der Zuschußkasse verfolgten Zwecke eine gewisse Verwandtschaft mit dem Wesen der Versicherung aufweisen. Unstrittig hat das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung selbst die Zugehörigkeit der Zuschußkasse zu den Versicherungsunternehmungen verneint; auch würde, wie die Beklagten nicht verkennen, selbst vom gegenteiligen Standpunkt aus die Abrede nicht nichtig sein. Zutreffend endlich hat das Berufungsgericht ausgeführt, daß die Einrichtung der Zuschußkasse einen Zwang zur Vereinigung und damit einen Verstoß gegen Artikel 159 der Reichsverfassung nicht in sich schließt.

..... In erster Linie hat der Berufungsrichter die Beitragspflicht der beiden Beklagten als Außenseiter deshalb verneint, weil es mit allgemeinen Rechtsgrundsätzen nicht vereinbar erscheine, daß Außenseiter gezwungen werden sollen, gegen ihren Willen Beiträge zu einer Einrichtung zu leisten, die ohne ihren Willen geschaffen wurde und die ihnen Beträge in bestimmter Höhe nicht gewähre. In dieser Erwägung tritt eine Verkennung der Bedeutung der Allgemeinverbindlichkeit zutage. Gewiß vermögen nach den Grundsätzen des bürgerlichen Rechts zwei Vertragschließende durch einen unter ihnen abgeschlossenen Vertrag einem dritten, der am Vertragsschluß nicht beteiligt ist, schlechthin nicht Verpflichtungen aufzuerlegen; Verträge zu Lasten dritter gibt es in aller Regel nicht. Derlei Verpflichtungen wie z. B. zur Leistung von Beiträgen zu irgendwelchen Einrichtungen gemeinnütziger Art können dem einzelnen Staatsbürger gegen seinen Willen nur durch Gesetz oder durch eine auf gesetzlicher Grundlage bestehende öffentlichrechtliche Anordnung auferlegt werden. Aber eine solche gesetzmäßige Anordnung liegt hier vor. Unstreitig hat der Reichsarbeitsminister den Tarifvertrag einschl. der Satzungen der Zuschußkasse für allgemeinverbindlich erklärt. An der Rechtmäßigkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung zweifelt der Berufungsrichter selbst nicht. Ebensowenig zweifelt er daran, daß eine derartige gemeinnützige Kasseneinrichtung, wie sie hier in Frage steht, Inhalt eines Tarifvertrages sein kann und daß die Bestimmungen über die Kasse, soweit sie sich auf die Abführung von Lohnteilen des Arbeitnehmers und eigenen Beiträgen des Arbeitgebers beziehen, normativ wirken, d. h. in die Einzelarbeitsverträge übergehen können. Ist dem so, so kann der Tarifvertrag insoweit auch für allgemeinverbindlich erklärt werden, und es gehen dann die vom Berufungsgericht hervorgehobenen Vorschriften des §4 Abs. 3 verbunden mit § 11 des Tarifvertrages in die Einzelarbeitsverträge ein.“

Nachdem in den weiteren Ausführungen festgestellt worden ist, daß es sich bei der Einrichtung der Zuschußkasse um eine erlaubte, sittliche und dem Wohle der Beteiligten dienende Einrichtung handele, auch wenn den Angestellten kein fester Rechtsanspruch auf eine bestimmte Summe eingeräumt sei, und ferner festgelegt worden ist, daß es allein Sache des Reichsarbeitsministers war, zu prüfen, ob es erwünscht oder erstrebenswert war, die Einrichtung auf Außenseiter zu erstrecken, heißt es in den Entscheidungsgründen weiter:

„Die Einrichtung der ZK. soll — darüber besteht unter den Parteien kein Streit — vorzugsweise den älteren und verheirateten Angestellten zugute kommen, indem sie diesen Personen Zuschüsse zum Tariflohn gewährt. Damit kommt sie auch den Arbeitgebern zugute, die leichter einen bewährten älteren Angestellten trotz seiner naturgemäß höheren Lohnansprüche in ihren Diensten behalten können. Nicht minder kommt sie mittelbar auch den jüngeren, derzeit für ihre Person noch nicht zuschußberechtigten Angestellten zugute, denn sie haben die begründete Aussicht, später auch in die Stellung eines Zuschußberechtigten einzurücken, und zudem kommt die Besserstellung und Hebung des ganzen Apothekerstandes auch ihnen zustatten. Insoweit bei der Beurteilung der Abdingbarkeit auf das Gesamtinteresse des ganzen Standes der Angestellten zu sehen ist, kann ein Zweifel darüber nicht bestehen, daß die Einrichtung der ZK. mit ihrer Beitragspflicht vorteilhafter ist, als die alsbaldige Auszahlung des vollen tarifmäßigen Lohnes an den einzelnen Angestellten. Auch vom Standpunkt des einzelnen Angestellten aus ist das Nämliche zu sagen. Auch für ihn ist, bei richtiger und verständiger Würdigung der Sachlage, der in der Beitragspflicht liegende Sparzwang günstiger als der Augenblicksvorteil eines etwas höheren Barlohns.

..... Zu dem Betrage, den sich der Angestellte am Lohn jeweils abziehen lassen muß, kommt zudem im vorliegenden Falle nach der von den Klägern getroffenen Einrichtung noch der Beitrag hinzu, den der Arbeitgeber aus eigenen Mitteln in gleicher Höhe wie die Lohnabzüge der Angestellten an die Zuschußkasse abzuführen hat. Auch dieser Umstand bedeutet eine Besserstellung für den Angestellten, deren er nicht teilhaftig wird, wenn er die bare Auszahlung des unverkürzten Lohnes vorzieht. Nach alledem kann der Annahme des Berufungsrichters nicht beigetreten werden, daß die unverkürzte Lohnzahlung für den Angestellten günstiger und daher die in Rede stehende Bestimmung des Tarifvertrages abdingbar sei.

Nach dem Ausgeführten erwiesen sich die sämtlichen Einwendungen der Beklagten gegen den auf Grund der Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages gerechtfertigten Klageanspruch als unbegründet.

Da sich aus dem Wortlaut der Entscheidungsgründe des Reichsarbeitsgerichtes ergibt, daß die gleichen Rechtsfolgerungen auch dann zu ziehen sein würden, wenn es sich bei der Zuschußkasse um eine Versicherungseinrichtung im eigentlichen Sinne handeln würde, und da die tarifrechtliche Struktur der Zuschußkasse derjenigen der Versorgungsanstalt der RAG im wesentlichen gleicht, so ergeben sich daraus bedeutsame Folgerungen sowohl für die Redakteure und Verleger der deutschen Tageszeitungen wie für die Versorgungsanstalt selbst.

Der Redakteur hat auf Grund der Ausführungen des obigen Reichsgerichtsurteils seinem Verlage gegenüber ein einklagbares Recht auf Erfüllung der Bestimmungen des Artikels VII des Tarifvertrages und des § 11 des Normaldienstvertrages: diese Bestimmungen sind normative Bestimmungen, die in jeden zwischen Redakteur und Verleger geschlossenen Dienstvertrag aufgenommen werden müssen. Da das Reichsarbeitsgericht festgestellt hat, daß der Anspruch nicht abdingbar ist, kann auch der Redakteur zukünftig nicht auf sein Recht aus dem Tarif- und Normaldienstvertrag verzichten, ganz abgesehen davon, daß die Versorgungsanstalt den Abschluß der Versicherung auf Grund des Artikels VII des Tarifvertrages und auf Grund des § 11 des Normaldienstvertrages sowie die Bezahlung der festgesetzten Prämien verlangen kann. Ausnahmen von der Versicherungspflicht, die möglich sind (Artikel II u. III des Tarifvertrages), können auf Antrag nur vom Vorstande der RAG bewilligt werden.

Neben den eben erwähnten Rechten des Redakteurs stehen dann die aus den bekannten Bestimmungen folgenden Verpflichtungen sowohl gegenüber dem Verlage wie gegenüber der Anstalt, sich gleichzeitig mit Abschluß des Dienstvertrages durch die Versorgungsanstalt versichern zu lassen; d. h. der Redakteur muß, auch wenn er der Vertragsorganisation nicht angehört, den Versicherungsvertrag mit unterzeichnen, die vorgeschriebene ärztliche Untersuchung vornehmen lassen und die auf ihn entfallenden Prämienanteile durch Gehaltsabzug tragen.

Auf der anderen Seite ist der Verlag, gleichgültig ob Mitglied der Vertragsorganisation oder nicht, gegenüber der Versorgungsanstalt und dem Redakteur verpflichtet, die Anmeldung des Redakteurs vorzunehmen und für die Abführung der Prämienanteile beider zu sorgen, für deren rechtzeitigen Eingang bei der Versorgungsanstalt er allein rechtlich haftet.

Die Versorgungsanstalt hat sich mit ihren aus dem Vertragswerk sich ergebenden Ansprüchen jedoch allein

Digitized by Google

an den Verlag zu halten, der notfalls wiederum seinen Redakteur zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Vertragswerk durch Inanspruchnahme der tariflichen Schiedsgerichte zwingen kann. Für Außenseiter der Verbände kommen im Fall der Klage als zuständige gerichtliche Instanzen die Arbeitsgerichte in Frage, soweit nicht der Normaldienstvertrag, der die Zuständigkeit der tariflichen Schiedsgerichte bedingt, unterzeichnet worden ist.

Welche Bedeutung diesem Urteil des Reichsarbeitsgerichtes beizumessen ist, zeigen auch die nachstehenden Ausführungen, die Dr. Hans Karl Nipperdey, ordentlicher Professor an der Universität Köln und stellvertretender Vorsitzender beim Landesarbeitsgericht Köln, an das Urteil geknüpft hat. Er sagt:

Es kann jetzt keinem Zweifel mehr unterliegen, daß zwar die Bestimmungen über die Errichtung und Zusammensetzung der Zuschußkasse zum obligatorischen Teil des Tarifvertrages gehören, daß aber die Beitragspflicht sich als eine arbeitsvertragliche Verpflichtung darstellt, die zum normativen Teil gehört. Gleichzeitig hat das RAG. mit Recht anerkannt, daß eine derartige arbeitsvertragliche Verpflichtung auch als Vertrag zugunsten Dritter, nämlich hier der Zuschußkasse, gestaltet werden kann. Es handelt sich bei der Gestaltung der Beitragspflicht um eine Lohnregelung auf der Grundlage des beruflichen Solidaritätsgedankens der Arbeitnehmer. Der Angestellte hat den Anspruch auf eine bestimmte Art der Entlohnung und nur auf diese. Er ist also anderseits auch rechtlich verpflichtet, den Lohnabzug zu dulden. Es handelt sich um eine für den Arbeitsvertrag maßgebende Lohnverwendungsabrede.

Überflüssige Sprachschnörkel.

Von Heinrich Walter-Kassel.

Die lesenswerten Ausführungen von Dr. Kurt Schmidt über den Kampf gegen die Sprachverwilderungen in Nr. 3 der „Deutschen Presse“ bestimmen mich, endlich eine kleine Sammlung überflüssiger Sprachschnörkel zu veröffentlichen, die sich schon seit Monaten in meinem Schreibtische eingefunden hat und die eine wesentliche Ergänzung zu dem zu bilden scheint, was Dr. Schmidt an einem gewissen Sprachstil und besonders an den Meldungen der Nachrichtenbüros rügt. Die Sammlung ist wahllos zusammengestellt worden und wird zweifellos von jedem Kollegen täglich um viele Beispiele vermehrt werden können. Immerhin ist es vielleicht nicht unangebracht, wenigstens einmal einige dieser Beispiele zu nennen, um die Nachrichtenagenturen, denen diese Sprachschnörkel durchweg entstammen, auf das Überflüssige und Belastende solcher Wendungen aufmerksam zu machen. Ebenso wahllos, wie sich die Beispiele in meinem Schreibtisch eingefunden haben, mögen sie auch im folgenden aneinandergereiht werden.

So wurde einmal die grausige Geschichte gemeldet, daß ein Familienvater „nacheinander“ seine Frau und seine sechs Kinder erschoß. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß der Mörder seine sieben Familienangehörigen auf einen Schuß erledigt hat, so daß das angeblich erläuternde Wörtchen „nacheinander“ durchaus überflüssig erscheinen muß. Ähnlich ist es, wenn eine Nachricht besagt, daß irgend jemand von irgendeinem anderen nach einem „vorausgegangenen“ Wortwechsel erschossen worden sei. Nach dem tödlichen Schuß würde jeder „Wortwechsel“ durchaus einseitig sein müssen, denn es versteht sich von selbst, daß ein Wortwechsel dem Mord oder Totschlag „vorausgegangen“ ist. Auch wenn, einer anderen Meldung nach, ein Vater „zuerst sein achtjähriges Töchterchen und dann sich selbst erschossen“ hat, so ist bestimmt anzunehmen, daß der betreffende Vater den Anfang mit dem Erschießen nicht bei sich selbst gemacht hat. Zu einer anderen Gruppe überflüssiger Sprachschnörkel gehört es, wenn gemeldet wird, daß nach der Aufdeckung irgendeines Verbrechens die Ermittelungen nach dem Täter aufgenommen wurden. Das sollte sich eigentlich immer von selbst verstehen, ebenso wie es eine Selbstverständlichkeit ist, daß nach einem großen Brande „die Aufräumungsarbeiten aufgenommen werden“, daß sich nach der Feststellung irgendeines Bergsteigerunfalles „Rettungsmannschaften auf den Weg begeben“. Daß nach einem Brande von zehn Häusern Maßnahmen ergriffen wurden, um den Obdachlosen zu helfen, ist eine Selbstverständlichkeit, die eigentlich gar nicht erst gemeldet zu werden braucht. Wie oft wird in Nachrichten über Unglücksfälle gesagt, daß eine Person tot, mehrere „andere“ leicht verletzt seien. Auch hier braucht kaum erwähnt zu werden, wie überflüssig das Wörtchen „andere“ ist. Gebräuchlich, aber unnötig ist es endlich, zu melden, daß irgendein Ereignis in der Nacht vom Sonntag zum Montag, vom Montag zum Dienstag usw. eingetreten sei. Wenn es sich nicht gerade in der betreffenden Nacht um eine Überschreitung des Null-Grad-Meridians gehandelt hat, so ist es wohl noch nie vorgekommen, daß etwa die am Sonntag beginnende Nacht zum Dienstag oder irgendeinem anderen Tage geführt hat. Es genügt also zu sagen „in der Nacht zum Montag“, „in der Nacht zum Dienstag“ usw. Eine Steigerung dieses hier genannten Sprachschnörkels bedeutet es noch, wenn neulich eine Meldung gar lautete: „in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch früh“!

Dies alles sind, wie schon eingangs gesagt, nur wenige Beispiele von vielen. Die Fehler, die in ihnen gerügt werden sollen, zu beseitigen, wird sich zwar jede Schriftleitung nach bestem Können bemühen, es würde ihr aber viel Arbeit erspart werden, wenn schon die Nachrichtenquellen dafür sorgten, daß derartige Fehler gar nicht erst weitergeleitet würden.

Tagespresse und Filmkritik.

Der Artikel „Produktive Filmkritik“ vom Kollegen Dr. Rumpf in Nr. 1/29 der „Deutschen Presse“ hat nebst den im Anhang veröffentlichten Richtlinien für Kinokritik der Bezirksarbeitsgemeinschaft der Badischen Presse in der Filmpresse lebhafte Beachtung gefunden. Die „Deutsche Filmzeitung“ — München bringt in ihrer Nr. 3/1929 dazu einen längeren Beitrag des Kollegen Dr. Robert Volz, der nach referierenden Ausführungen über die Karlsruher Konferenz und der Wiedergabe der Richtlinien der BAG. zunächst feststellt, daß gerade im Lichtspielgewerbe die Meinung noch nicht als ausgerottet angesehen werden könne, daß ein Inserat ein Freibrief für eine gute Kritik sei. Dem Film gegenüber müsse immer wieder die Auffassung vertreten werden, daß das Inserat eine rein geschäftliche Ankündigung sei und daß eine richtig verstandene positive Kritik nichts bezwecke als eine Auseinandersetzung mit dem betreffenden Gegenstand. Nachdem Dr. Volz weiter ausgeführt hat, daß die filmkritische Schulung der Tagespresse noch sehr viel zu wünschen übrig lasse und die Filmkritik nicht immer in den richtigen Händen liege, hebt er hervor, daß es mit einer Besserung der Verhältnisse zwischen Lichtspieltheaterbesitzern und Tagespresse und mit der unbedingten Reinhaltung des redaktionellen Teils gegenüber Einflüssen der Lichtspieltheaterbesitzer nicht getan sei. Er fährt dann fort:

Digitized by Google

Von größter Wichtigkeit sind zwei andere Punkte. Der eine ist die Anleitung der Leserschaft der Tagespresse, sich mit Filmfragen aller Art auseinanderzusetzen, also das kritische Urteil durch Vertrautheit mit den kulturellen, ästhetischen und technischen Fragen des Films zu üben und zu schärfen. Hierzu ist es notwendig, daß die Tagespresse außer den Kritiken — und wären es die besten — Abhandlungen aus dem Filmgebiete veröffentlicht, in denen zu ethischen, künstlerischen und anderen Problemen von grundsätzlicher Bedeutung Stellung genommen und das fraglos noch äußerst unentwickelte Beurteilungsvermögen des Publikums herangebildet wird. Es ist eine traurige aber unbestreitbare Wahrheit daß die meisten Kinobesucher nicht wissen, worauf es bei einem Film ankommt und von der Besonderheit der Filmkunst und von der Entwicklung des Filmstils keine Ahnung haben. Deshalb erwerben sich die Blätter außerordentliche Verdienste um die Kinematographie, die gut ausgestattete Filmteile eingerichtet haben.

Der zweite Punkt betrifft die Propaganda, die von der Industrie selbst ausgeht und die in einer sonst nirgends beobachteten Art und Weise mit Vorschußlorbeeren arbeitet und durch ihre einhämmernde, den Ereignissen vorausgreifende Form dem kritischen Gewissen der Presse entgegenläuft. Es gibt nur ganz wenige Filmnotizen, die Tatsachen interessant zu berichten wissen; die meisten sind langweilig oder sie enthalten Versprechungen, die gegeben werden, bevor der Film überhaupt nur einigermaßen fertig ist. Jeder Kaufmann wird seine Ware anpreisen, aber die Doppelnatur des Films als einer Ware und eines geistigen Wertes verträgt es auf die Dauer nicht weiter, daß Dinge behauptet werden, über die zu urteilen nur Aufgabe der Presse sein kann. Man müßte jedenfalls andere Mittel und Wege finden, um bei der Filmpropaganda in der Presse sich mehr den Bräuchen zu nähern, wie sie auf anderen geistigen und künstlerischen Gebieten üblich sind.

Erschwerend fällt hier ins Gewicht, daß die Produktion außer den erwähnten Notizen in ausgedehntem Maße Artikel vertreibt, in denen mehr oder weniger Propaganda getrieben wird. In diesen Filmdiensten, die sich teilweise sogar in einer höchst anfechtbaren Weise „Korrespondenzen“ (!) nennen, werden bekanntlich nicht nur Plaudereien und allerhand Vorbereitungen auf kommende Filme geboten, sondern es wird bisweilen sogar in Form von allgemeinen Artikeln ein propagandistischer Zweck eingeschmuggelt. Leider verkennt die Tagespresse zum überwiegenden Teile, daß diese Artikel nicht in den redaktionellen Teil hineingehören, und daß sie, so nett sie auch vielleicht geschrieben sein mögen, lediglich der Unterhaltung und so gut wie nie der Auseinandersetzung mit Filmfragen dienen. Sie erziehen — wir haben das schon mehrfach hier ausgesprochen — sogar die Tagespresse dazu, sich für den Film nur insoweit zu interessieren, einzusetzen und ihm Raum zu gönnen, als sie etwas geschenkt bekommt. Aber man übersieht auf der ganzen Linie, sowohl bei der Industrie wie bei der Presse, daß mit diesen „Geschenkartikeln“ auf die Dauer und auf weite Sicht niemandem, weder dem Film noch der Leserschaft der Zeitungen ein Gefallen getan wird, Es ist so leicht einzusehen, daß ganz andere Wege beschritten werden müßten, wenn der Öffentlichkeit das Eindenken und Einfühlen in Filmfragen erleichtert, wenn die produktive kritische Mitwirkung der Presse an der Hebung des Lichtspielwesens erzielt und wenn aus der Gewinnung der Öffentlichkeit für Filmfragen insbesondere das Lichtspieltheater mittelbar einen Vorteil haben soll.

*

In diesem Zusammenhang geben wir noch folgender Zuschrift Raum über

die Filmkritik der Provinzblätter.

Eine wirkliche Filmkritik gibt es bei vielen Provinzblättern nicht. Von dem gewöhnlichen Lesepublikum werden jedoch die Berichte, die nicht von Kritikern, sondern von den Kinobesitzern selbst oder deren Mittelsmännern stammen und einzig der Reklame der Kinos dienen, als Filmkritik angesehen. Solche Berichte suchen die Vorzüge des Films oder einen Teil des Inhalts des „neuesten Schlagers“ darzutun. Ein Abzug dieser „Filmkritik“ wird zugleich mit einem Anzeigen-Auftrag an verschiedene Zeitungen gesandt. Der Anzeigen-Auftrag fällt jedoch nur den Zeitungen zu, die die „Filmkritik“ zum Abdruck bringen. Weigert sich eine Zeitung, diesem Ansinnen nachzukommen, so zieht der Kinobesitzer seinen Auftrag zurück und überweist ihn der Konkurrenz.

Doch die Anzeigen-Abteilungen denken meist gar nicht daran, derartige Gesuche abzulehnen. Warum sollen sie auch den Anzeigen-Auftrag der lieben Konkurrenz zukommen lassen? Bietet doch die „Filmkritik“ obendrein eine willkommene und billige Gelegenheit, den Raum der Zeitung zu füllen. Denn sie wird ja druckfertig und honorarfrei geliefert. und dann reiht man sie unter eine Rubrik „Vom Film“ oder sogar unter die „Nachrichten aus Stadt und Land“, anstatt unter die Rubrik „Geschäftliches“, wohin die Reklame gehört, damit die Leserschaft nicht im Zweifel darüber gelassen wird, ob es sich um Kritik der Zeitung, oder um die Reklame des Kinos handelt.

Schlagwörter und Phrasen, wie „Ein Monumentalfilm! Der größte Schlager! — Ein Meisterfilmwerk! — Eine Groß-Neuheit! . . . ein Kolossalfilm. In der Hauptrolle . . . Die Besetzung in allen Rollen ist glänzend . . . Das Theater zeigt heute ein erstklassiges Programm“ kehren in diesen „Filmkritiken“ immer wieder, und das in einer Zeit, wo sich der Film die Welt erobert, wo das Volk mehr dem Kino als dem Theater zuströmt, wo Millionen sich ihre Anschauungen und Ideale aus dem Kino holen.

Darum ist es Ehrenpflicht der Schriftleiter der Provinzblätter, für eine eigene Filmkritik zu sorgen und nicht die Reklameartikel der Kinobesitzer als „Kritiken“ zu bringen.

H. Janberg.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Und immer wieder: Die leidige Chiffre-Anzeige.

Die chiffrierten Stellenangebote sind ein Übel, das in der „Deutschen Presse“ oft genug besprochen worden ist. Anscheinend handelt es sich jedoch um ein chronisches Leiden, denn ich sehe nicht, daß sich etwas gebessert hätte.

Wenn die Verleger glauben, an der chiffrierten Anzeige festhalten zu müssen, so mögen sie es tun. Was aber die Redakteure verlangen können und verlangen müssen, das sind Angaben im chiffrierten Inserat, die es ermöglichen, sich eine ungefähre Vorstellung davon zu machen, nach welchem Teil Deutschlands man sich bewirbt und in welche Stadt (ob mit 1000 oder 100 000 Einwohnern) man gegebenenfalls kommen würde.

Mir ist es in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, daß ich mich auf Angebote beworben habe, die nie für mich in Frage gekommen wären, wenn ich gewußt hätte, aus welchen gottverlassenen Nestern sie stammten.

Doch ist dies noch nicht das Schlimmste. Der übel größtes war die Tatsache, daß alle diese Blätter — bei denen ich in Kenntnis der Lage mich nie beworben hätte — meine Referenzen befragten, und diese dadurch nicht nur mit völlig unnützer, weil unnötiger Arbeit belasteten, sondern mich überdies in schlechten Geruch brachten. Es geht doch unter keinen Umständen an, daß die Dripsdriller Zeitung (in allen Ehren!), bei der sich der Redakteur einer Großstadtzeitung bewirbt, Referenzen einholt, bevor diese Zeitung überhaupt weiß, ob der betreffende Bewerber bei ihr antreten würde, wenn er wüßte, um was für ein Blatt es sich handelt. Der Einholung von Referenzen muß unter allen Umständen die Lüftung des Incognitos vorhergehen, sollen die Bewerber, denen es unmöglich war, aus dem chiffrierten Inserat auch nur die geringste Klarheit zu gewinnen, bei ihren Referenzen nicht in üblen Verdacht geraten.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse sollte daher durchsetzen, daß die chiffrierten Anzeigen wenigstens Angaben über Größe des Ortes und seine Lage im deutschen Reich enthalten. G. Hr.

Ist das Journalismus?

Die Behandlung der jüngsten Affäre Orska in einer Reihe von Blättern gibt uns Veranlassung, nachstehende Zuschrift eines Kollegen zu veröffentlichen, die, schon vor einiger Zeit eingegangen und wegen Raummangels zurückgestellt, sich mit dem offenbaren Mißstand befaßt, der Sensationslust eines Teils des Publikums allzu bereitwillig nachzugeben:

Wir Journalisten beschweren uns häufig und mit Recht über die abfällige Art, mit der Vertreter unseres Standes in der Literatur, auf der Bühne und im Film behandelt werden, und pflegen darauf hinzuweisen, daß dem deutschen Journalisten eine besonders hohe Auffassung von den moralischen Pflichten eigen sei, die ihm sein Beruf auferlege. Wir pflegen auch den Unterschied zu der Presse anderer Länder zu betonen und fühlen uns erhaben über die dort geltende Gewohnheit, die intimsten Dinge an die Öffentlichkeit zu zerren, nur um der Sensationsgier des Publikums einen Gefallen zu erweisen.

Digitized by Google

Wie immer man über die Entwicklung unseres Pressewesens denken mag — unbestreitbar ist, daß der deutsche Journalismus sich bis heute von geschmackloser Ausschlachtung privatester Angelegenheiten zurückgehalten hat. So soll es auch für die Zukunft bleiben! Um so schärfer muß gerade aus unseren Reihen heraus Protest erhoben werden gegen die Erörterung des — an sich völlig uninteressanten — Scheidungsprozesses Benvenuto Hauptmann. Hier hat sich u. a. auch ein seriöses Blatt — das keineswegs der „Boulevard“-Presse angehört, die Taktlosigkeit geleistet, seine Leser mit der Eröffnung zu überraschen, daß die Ehe geschieden worden sei, weil die Gattin abnorm veranlagt sei. (Dasselbe Blatt mußte nachher diese Meldung dementieren.) Selbst gesetzt den Fall, sie wäre zutreffend gewesen — wen geht diese Angelegenheit etwas an außer den Beteiligten? Welches Interesse der Öffentlichkeit, welche journalistische Pflicht gebietet die Ausbreitung solcher Privatissima? Wie soll das Publikum von uns Journalisten denken, wenn wir uns dazu hergeben, Tratsch zu verbreiten, was soll die Berufung auf unsere kulturelle Mission, wenn wir uns auf ein so niedriges Niveau begeben? Die Kollegen, die solchen Unfug mit ihrem Namen decken, sollten besser auf ihre Gewährsleute aufpassen — die deutsche Presse hat einen Ruf zu verlieren! Dr. K.

Fachrundschau

Vom deutschen Zeitungswesen.

100 Jahre „Blaubeurer Tagblatt“. Das „Blaubeurer Tagblatt“, das unter dem Titel „Der Blaumann“ ins Leben trat, konnte auf ein 100jähriges Erscheinen zurückblicken und hat jetzt zur Erinnerung an seine Gründung eine interessante Jubiläumsnummer veröffentlicht, die einen Überblick über die Entwicklung der Zeitung gibt. Selbstverständlich wird in dieser Sondernummer auch an Blaubeuren selbst gedacht und seine landschaftlichen Reize sowie seine historischen und künstlerischen Sehenswürdigkeiten werden geschildert. Das „Blaubeurer Tagblatt“ hat es sich stets zur Aufgabe gemacht, ein echtes Heimatblatt zu sein und das Wohl der alten Stadt und ihres berühmten Klosters zu fördern.

Die **„Harzburger Zeitung“** in Bad Harzburg besteht jetzt 50 Jahre. Sie erschien zunächst im Unternehmen des Verlegers Angerstein in Wernigerode als „Harzburger Wochenblatt“ zweimal wöchentlich und wurde auch in Wernigerode gedruckt. Später wurde das Blatt nach Harzburg verlegt; der Betrieb wurde modernisiert, und schon seit länger als 20 Jahren erscheint die Zeitung täglich. Anläßlich des 50jährigen Bestehens wurde eine gut ausgestattete Sondernummer herausgegeben.

Die **„Mansfelder Zeitung“** konnte am 1. Januar auf ihr 75jähriges Bestehen zurückblicken. Sie wurde als Wochenblatt unter dem Titel „Allgemeiner Anzeiger für Mansfeld und Umgegend“ gegründet. Seit den 90iger Jahren erscheint die Zeitung täglich.

Der **„Miesbacher Anzeiger“**, der seit 55 Jahren besteht, hat sich mit der „Miesbacher Zeitung“ vereinigt. Diese Vereinigung erfolgte, laut Mitteilung des Anzeigers, auf Grund einer freien Vereinbarung der beiden Verlage. Das Blatt erscheint auch weiterhin unter seinem alten Namen „Miesbacher Anzeiger“ mit dem Untertitel „Miesbacher Zeitung“. Als Verleger des „Miesbacher Anzeiger“ zeichnen die beiden Zeitungsverlage künftig gemeinsam. Auch die Redaktionen der beiden Zeitungen, die fortan im Rahmen des Bayrischen Zeitungsblocks herauskommen, haben sich zu gemeinsamer Arbeit verbunden. Die Lokal- und Bezirksredaktion übernahm G. Stöger-Ostin, der Chefredakteur August Galle und Redateur H. Larcher des „Miesbacher Anzeigers“ traten als Schriftleiter in den Bayerischen Zeitungsblock, der die Provinz-Zeitungen „Dachauer-Zeitung“, „Reichenhaller Morgenpost“ „Tölzer Zeitung“, Wofratshauser Tageblatt“, „Oberbayerischen Gebirgsboten“, „Grafinger Zeitung“, „Wasserburger Zeitung, „Erdinger Zeitung“, Freisinger Zeitung“, „Moßburger Zeitung“, „Fürstenfelder Zeitung“ und „Pasinger Morgenblatt“ umfaßt und als dessen Herausgeber Klaus Eck zeichnet. Als Verlagsdirektor und Chef vom Dienst des Bayrischen Zeitungsblock arbeitet Dr. Wetzel-Solln bei München.

Der **„Neustädter Kreisbote“** in Neustadt an der Orla bestand am 1. 1. 1929 125 Jahre. Eine Jubiläumsnummer wird erst im Laufe des Jahres, wahrscheinlich in der 2. Jahreshälfte. herausgegeben werden.

„Filmkünstler und Filmkunst“. Blätter zur Zeitgeschichte des Films. Soeben sind die ersten beiden Nummern einer neuen Filmzeitschrift „Filmkünstler und Filmkunst“ erschienen, als deren Herausgeber Wolfgang Ertel-Breithaupt und Hans Walter Kessemeier zeichnen. Die Zeitschrift hat sich die dankenswerte Aufgabe gestellt, die brennenden Fragen des Films in erster Linie vom rein künstlerischen Standpunkt aus zu behandeln. Völlige Freiheit des Urteils hat sie sich, wie sie besonders betont, dadurch gewahrt, daß sie ganz unabhängig nur mit eigenem Kapital arbeitet und in allen Fragen, die sie ihrer Bewertung und Beurteilung unterstellt, allein von ihrem künstlerischen und kritischen Gewissen abhängig ist. Die Zeitschrift erscheint zunächst bis zum April in Form künstlerischer Sonderdrucke und erst dann im Buchhandel als reguläre Zeitschrift.

Journalisten- und Schriftsteller-Organisationen.

Verein der Parlamentsjournalisten. Nach dem Beschluß der Hauptversammlung vom 29. Januar setzt sich der neue Vorstand des Vereins folgendermaßen zusammen: 1. Vorsitz. Hugo Frenz, Steglitz, Holsteinische Straße 16, Tel. Steglitz 1676; 2. Vors. Richard Lotz, 3. Vors. Hans Frederich, Schriftführer und Kassierer Fritz Loos, Bln. W. 10, Sigismundstr. 8, Tel. Kurfürst 7768, Beisitzer: Bagemühl, Sarwey, Dr. Fortmann, Pfeiffer, v. Winterfeld, Held, Prager, Wendt.

Gründung einer technisch-literarischen Gesellschaft. Am 11. Januar wurde von in Berlin tätigen technischen Journalisten und den Leitern der Presseabteilungen (Literarische Abteilungen) staatlicher, kommunaler und privater Unternehmungen eine technisch literarische Gesellschaft gegründet mit dem Zweck, die technische Berichterstattung in den Tageszeitungen planmäßig zu fördern und gewisse Unzuträglichkeiten auf diesem Gebiete zu bekämpfen. Die Gesellschaft hat ausdrücklich festgelegt, daß sie es nicht als ihre Aufgabe betrachtet, in den unmittelbaren Verkehr zwischen der Tagespresse einerseits und den technischen Ämtern, Industrieunternehmungen usw. andererseits einzugreifen. Sie will nur den für technische Fragen besonders interessierten Journalisten die Möglichkeit geben, sich eingehender über die Einzelheiten der Fortschrittsarbeit zu unterrichten. Es ist ferner ausdrücklich festgelegt, daß die von den journalistischen Berufsorganisationen behandelten Berufs-, Standes- und Repräsentationsaufgaben nicht in das Arbeitsgebiet der neuen Vereinigung fallen. Zuschriften sind zu richten an Red. Kurt Joël, Berlin SW 68, Kochstraße 22. Dem Vorstand gehören an: Vorsitzender Siegfried Hartmann, Reichsbahndirektor Dr. Dr. Baumann, H. Dominik, Kurt Joël, Dr. Steudel.

Kommunen und Presse.

Neuorganisation des Nachrichtenamts der Stadt Berlin. Der Tagespresse zufolge wird der Berliner Magistrat in aller Kürze eine Neuorganisation des Städtischen Nachrichtenamtes vornehmen, um den Ansprüchen der Berliner Presse besser als bisher zu genügen. Die Leitung des neuen Pressedezernates soll der Vorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, Dr. Lohmann, erhalten, der spätestens Mitte Februar das neue Amt antreten soll. Lohmann gilt als ein besonders guter Kenner der städtischen Verwaltung; er ist seit langen Jahren führendes Mitgied des Stadtparlaments.

Neue Pressеamtsleiter. Zum Direktor des Verkehrs- und Pressеamts der Stadt Dortmund wurde der frühere Syndikus der Vereinigten Kaufmannschaft in Bochum, Dr. F. Schmidt, vom Magistrat gewählt. — Zum Leiter des Städtischen Verkehrs- und Pressеamtes Barmen ist der frühere Dezernent für das Verkehrs- und Steuerwesen bei der Industrie- und Handelskammer in Düsseldorf Dr. jur. und Dr. rer. pol. Willy Böttger ernannt worden.

Kongresse und Ausstellungen.

Internationaler Buchdrucker-Kongreß in London. Am 11. und 12. April findet in London der III. Internationale Buchdrucker-Kongreß statt, der von der englischen Buchdruckereibesitzer-Organisation, der Federation of Master Printers and Allied Trades of Great Britain and Ireland, einberufen worden ist. Im Mittelpunkt der Tagung werden zwei Vorträge über Internationale Organisation des Buchdruckgewerbes von W. Howard Hazell und über Internationale Normung von Papier, Druckfarben, Klischees und Schriften von Austen Leigh stehen. Die Korreferate zu den beiden Vorträgen werden voraussichtlich von Delmas-Bordeaux und Rudolf Ullstein gehalten werden. Zur Zeit des Kongresses findet in der Olympiahalle in London die größte Druckmaschinenausstellung der Welt statt, die auch von der deutschen

Digitized by Google

Druckmaschinen-Industrie beschickt wird. Der Deutsche Buchdrucker-Verein wird auf dem Kongreß offiziell durch Delegierte vertreten sein.

Ausland.

„Die Presse". Die bekannte Schweizer Fachzeitschrift wird jetzt von Felix Vitali in Bern geleitet. Ihr bisheriger Redakteur Dr. F. Giovanoli, Präsident des Fachpresseverbandes, ist aus dem aktiven Journalismus ausgeschieden und hat einen Ruf an das Eidgenössische Statistische Amt angenommen. Dr. Giovanoli hatte sich auch um das Zustandekommen der Schweizerischen Sonderausstellung auf der Kölner Pressa verdient gemacht. Ein der letzten Generalversammlung des Vereins der Schweizerischen Presse in Zermatt vorgelegter Antrag, „Die Presse" zum offiziellen Organ des Vereins der Schweizer Presse zu machen, wurde infolge der damit verbundenen hohen Unkosten abgelehnt.

Rückgang der polnischen Presse in Danzig. Der „Danziger Allgemeinen Zeitung" zufolge hat die Posener Woiwodschaft die einzige in polnischer Sprache in Danzig erscheinende Zeitung „Gazeta Gdanska" käuflich erworben, um anstelle dieses Blattes eine neue Zeitung, die „Gazeta Morska", die für das pommerellische Seeküstengebiet bestimmt ist, herauszubringen. Nach dem Verschwinden der „Gazeta Gdanska", die in Bromberg gedruckt wurde, bleibt als polnisches Organ in Danzig nur noch die in deutscher Sprache erscheinende „Baltische Presse".

Aus dem Zeitungsleben Hawais. Die älteste Zeitung Hawais, die stets unter allen Blättern der Vereinigten Staaten und der zu U. S. A. gehörigen Territorien eine besondere Stellung einnahm, „Kuokoa" hat, einer Mitteilung aus Honolulu zufolge, vor kurzem ihr Erscheinen eingestellt. Das Blatt wurde im Jahre 1861 gegründet und erschien stets in der Eingeborenen-Sprache. Das Interesse an dieser Eingeborenen-Zeitung schwand jedoch mit dem Eindringen der englischen Sprache und des amerikanischen Geistes immer mehr, so daß sie sich nicht mehr zu halten vermochte.

Aus der Organisation.

Bezirksverband Berlin.

Die Frauengruppe Berlin

im Reichsverband der deutschen Presse hält ihre erste Mitgliederversammlung am Dienstag, dem 5. Februar, um 18,30 Uhr pünktlich im Lyzeumklub, Lützowplatz 8, ab. Nach der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten werden kurze Referate von Annie Juliane Richert und Else Frobenius über die Themen gehalten: „Was bietet der Reichsverband den Frauen?" „Was fordert der Reichsverband von den Mitgliedern?" Die anschließende Aussprache leitet Margarete Köhler-Gutmann. Die Tageszeit ist so gewählt, daß die Kolleginnen noch zu den Abendveranstaltungen rechtzeitig gelangen oder der Lessing-Feier im Deutschen Lyzeumklub beiwohnen können. Der Arbeitsausschuß bittet um rege Beteiligung und Einführen von Gästen.

Landesverband Groß-Hamburg.

Der Gedanke, die diesmalige Jahres-Hauptversammlung auf einen Sonntag-Vormittag und in die ansehnlichen Räume des Uhlenhorster Fährhauses zu verlegen, hat sich bewährt. Die Versammlung fand am 27. Januar statt und war von 49 Kollegen und Kolleginnen — der Gesamtmitgliederbestand beträgt etwas über 120 — besucht. Die Leitung hatte der erste und geschäftsführende Vorsitzende Kurt Himer.

Die Tagesordnung brachte zunächst den Jahresbericht, den Kassenbericht und den Bericht der Kassenprüfer. Referenten waren Himer, Lenz und Dr. Erdmann. Zu berichten war über ein achtmonatiges Geschäftsjahr, charakterisiert durch die neue Einrichtung des geschäftsführenden Vorsitzenden, dem der Verband mit relativ hohen Aufwendungen ein Sekretariat zur Verfügung gestellt hat. Über die Verbandsarbeit ist regelmäßig in Rundschreiben berichtet worden. Diese Rundschreiben bewährten sich als Mittel der Ankündigung, der verbandspolitischen Information und als Kampforgan zur Geltendmachung hamburgischer Kritik innerhalb des Reichsverbandes; sie halfen insbesondere bei der Durchführung der Tarifbewegung gegen den schlechtest zahlenden der großen hamburgischen Verlage, bei der Kritik der Finanzgebahrung des Reichsverbandes, wie sie auf der Kölner Delegiertentagung von Hamburg vertreten wurde, und bei der Kritik der Reichsverbandspolitik in Sachen Angestelltenversicherung und Versorgungsanstalt. Das Verhältnis, in dem Reichsverband und Landesverband an den nicht gut weiter erhöhbaren Mitgliederbeiträgen beteiligt sind, wirkt sich für Hamburg ungünstig und arbeitshemmend aus; freiwillige Mehrzahler und Spender wären erwünscht. Durch Gründung der DUK (Darlehens- und Unterstützungskasse) hat der Landesverband im Berichtsjahr erfreulicherweise die Fragen der Darlehens-, Unterstützungs-, Sterbegeld- und Zehrgeldbewilligungen klar regeln können. In Verbindung mit den Leistungen der Versorgungsanstalt und der Leipziger Fürsorge, von denen der Referent einige erfreuliche Beispiele aus jüngster Zeit vortragen konnte, hat sich das neue Wohlfahrts-Kassenwesen gut eingeführt. In der Bezirks-Arbeitsgemeinschaft ist eine ganze Reihe von Fragen behandelt, z. T. erfolgreich zu Ende geführt worden. Alle Anträge gingen freilich von seiten der Redakteure aus; sie betrafen: Spesenfestsetzung für die Besprechung von Nachtkabaretts (zur Vermeidung von Einladungen und Bewirtungen durch die Kabarettbesitzer), Annahme oder Ablehnung von Stadtverkehrsfreikarten, Maßnahmen zur Ablehnung von Beleuchtungsproben, Prüfung von Stellungswünschen, die im Landesverband bekannt werden, durch die Verleger, endlich die zulängliche Repräsentabilität der Berichterstatter. Es ist notwendig, an dem Geist einer echten paritätischen Arbeitsgemeinschaft, die den Verlegern naturgemäß weniger am Herzen liegt als den Redakteuren, beharrlich weiterzuarbeiten; die bisherigen Erfolge brauchen nicht notwendig zu entmutigen. Zum Schluß seiner Ausführungen wies der Referent auf das sichtbar wachsende Ansehen des Landesverbandes in der weiteren Öffentlichkeit hin und ermahnte die Mitglieder, durch rege Mitarbeit und durch gesteigertes Gefühl der Verpflichtung für den Berufsverband dieses Ansehen zu fördern.

Der Kassenbericht des Kollegen Lenz und des Kassenprüfers Kollegen Dr. Erdmann zeigte die Angespanntheit der Landesverbandsfinanzen und die Schwierigkeit, mit den laufenden Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen auszukommen. In längerer Diskussion wurde festgestellt, daß die derzeitige Arbeit der Geschäftsführung nicht geschmälert werden dürfe, da sie für die Entwicklung und die Leistungen des Verbandes notwendig sei. Man beschloß, den Vorstand mit der Ausarbeitung und Vorlage eines Programms zur Ausbalancierung des Etats, sei es durch Schaffung höherer Einnahmen, sei es durch Sparsamkeitsmaßnahmen, wo sie ohne Leistungsverminderung erzielbar sein sollten, zu beauftragen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde zu einem Antrag Sackarndt, die solidarische Vermeidung der Theaterkritik an Sonn- und Festtagen vor die Bezirks-Arbeitsgemeinschaft zu bringen, eine Klärung der Angelegenheit zunächst im Vorstande unter Hinzuziehung aller Theaterkritiker beschlossen; erst wenn hier eine Einheitsfront hergestellt werden kann, soll die Sache vor die Bezirks-Arbeitsgemeinschaft getragen werden.

Es folgte die Neuwahl des Vorstandes und der Ausschüsse, wobei zunächst durch Statutenänderung die Grundlage für die Wahl dreier gleichberechtigter Vorsitzender, nämlich eines ersten, eines zweiten und eines geschäftsführenden Vorsitzenden, geschaffen wurde. In Zukunft kann ein dritter geschäftsführender Vorsitzender gewählt werden. Die Neuerung erwies sich als notwendig, da die Wahlvorbereitungskommission vorgeschlagen hatte, in diesem Jahre die Ämter des ersten und des geschäftsführenden Vorsitzenden nicht wieder auf eine Person zu vereinigen, damit der für das Verbandsleben grundsätzlich empfehlenswerte häufigere Wechsel in der Besetzung des Vorsitzes bei gesicherter Stetigkeit der Geschäftsführung durch den geschäftsführenden Vorsitzenden vorgenommen werden könne. Der bisherige erste und geschäftsführende Vorsitzende Kollege Himer empfahl die Neuerung im Verbandsinteresse und erklärte sich bereit, die Geschäfte in bisheriger Weise neben einem ersten und zweiten Vorsitzenden zu übernehmen. Die Wahlen zeitigten dann unter Professor Herrmanns Leitung folgendes Ergebnis:

Vorstand: Chefredakteur Rudolf Michael 1. Vorsitzender, Otto Reiner 2. Vorsitzender, Kurt Himer geschäftsführender Vorsitzender, Dr. Stoeger und Otto Bartelt Schriftführer, Christian Lenz und Rud. Noesgen Schatzmeister, Prof. Herrmann, Dr. Hochkirch, Dr. Obst, Pauls, Reif Beisitzer.

Kassenprüfer: Scheffer und Dr. Erdmann.

Ehrengericht: Hager, Dr. Müller-Rastatt, Paul Singer, Dr. Obst, Senatsrat Zinn; Stellvertreter: Prof. Herrmann, Dr. Hochkirch, Curt Platen, Dr. Winbauer.

Bezirks-Arbeitsgemeinschaft der großhamburgischen Presse: Himer, Pauls, Le-

Digitized by Google

onhard Singer; Stellvertreter: Hager, Dr. Stoeger, Dr. Frankenfeld.

Bezirks-Schiedsgericht: Dr. Hochkirch, Senator Perner, Curt Platen, Paul Singer.

DUK (Darlehens- u. Unterstützungskasse): Himer, Dr. Obst, Bartelt.

Nach Erledigung der Wahlen und Übernahme des Vorsitzes durch Kollegen Michael wurden unter dem letzten Punkt der Tagesordnung noch einige Mitteilungen gemacht. Dr. Frankenfeld regte unter Zustimmung der Versammlung an, die Vorträge über das von ihm seinerzeit behandelte Thema „Freiheit und Unabhängigkeit der Presse" fortzusetzen. Die Sitzung wurde dann nach dreistündiger Dauer geschlossen und durch ein gemeinsames Essen in der Veranda des Uhlenhorster Fährhauses abgelöst. H.

Landesverein Hessischer Zeitungsredakteure.

Ortsgruppe Mainz.

Aufhebung der Berichterstattungssperre gegen „Wormatia"-Worms.

Der V. f. R. Wormatia Worms hat durch seinen ersten Vorsitzenden dem „Mainzer Anzeiger" unterm 24. Januar folgende schriftliche Erklärung zugehen lassen:

„Der V. f. R. Wormatia Worms erklärt sich bei seinem Vorgehen gegen den Redakteur des Mainzer Anzeigers in der Wahl der Mittel geirrt zu haben; er erklärt weiter, daß ihm ein Eingriff in die Pressefreiheit ferngelegen hat und nimmt die gegen den Redakteur des Mainzer Anzeigers ausgesprochene Maßnahme mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück."

Da mit dieser schriftlichen Erklärung der Wormatia Worms die von der Ortsgruppe Mainz des Reichsverbands der deutschen Presse geforderten Voraussetzungen für eine Zurückziehung der verhängten Berichterstattungssperre erfüllt wurden, konnte die Sperre aufgehoben werden. Ein vereinbartes Schiedsgericht tritt noch im Laufe dieser Woche zusammen.

Verein Niedersächsische Presse.

Nach Zustimmung des erweiterten Vorstandes und der Vorstände der einzelnen Gruppen ist dem Kassenführer des VNP., Redakteur a. D. H. Wisliceny, die gleichzeitige Verwaltung der Geschäftsstelle des Vereins Niedersächsische Presse zu Hannover, Simrockstraße 25 III, übertragen worden. Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind daher ebenso wie die Beitragsablieferung — von Angelegenheiten, die die Person des Vorsitzenden bzw. des Schriftführers direkt angehen, abgesehen — an die obengenannte Adresse zu richten. Mit der Anstellung eines Geschäftsführers kommt auch der Verein Niedersächsische Presse einer schon seit langem wiederholt ausgesprochenen Forderung des Reichsverbandes nach, die von einigen anderen Landesverbänden bereits erfüllt worden ist. Sie war notwendig geworden, weil der Umfang des Vereins-Schriftverkehrs und der bureaumäßigen Arbeiten eine derartige Zunahme erfahren hat, daß die Arbeit von den einzelnen Kollegen nebenamtlich nicht mehr in dem Maße bewältigt werden kann, wie das im Interesse des Vereins notwendig ist.

Verein Hannoversche Presse.

Die ordentliche Hauptversammlung fand unter reger Beteiligung am 21. Januar im „Pilsener Urquell" statt. Der Vorsitzende Kollege Dreßler konnte in seinem Jahresbericht feststellen, daß der Verein sich günstig entwickelt hat und daß ihm fast alle hannoverschen Kollegen angehören. Von den Veranstaltungen sind hervorzuheben ein Vortragsabend, auf dem Kollege Prof. Bernhard über „Presse und Wirtschaft" sprach und das Pressefest, das nicht nur ein ideeller, sondern auch ein materieller Erfolg war. Der vom Kollegen Lucke vorgelegte Kassenbericht, der einen günstigen Vermögensstand auswies, wurde mit dem Ausdruck des Dankes an den Schatzmeister genehmigt. Der Vorstand, durch Zuruf wiedergewählt, besteht aus den Kollegen Dreßler, Vorsitzender; 2. Vorsitzender Dr. Langemann; Behning, Schriftführer; Lucke, Schatzmeister; Westphal, Beisitzer. Da die Anwendung des Ministerialerlasses bezüglich der Dienstaufwandsentschädigung der Redakteure Meinungsverschiedenheiten mit dem Landesfinanzamt ergeben hat, soll der Reichsverband den Minister um eine Interpretation der Verordnung ersuchen, die eine verschiedenartige Auslegung in Zukunft unmöglich macht.

Gruppe Unterweser.

Unter der Leitung des Kollegen Nicolai hat die Gruppe Unterweser am 7. Januar in Wesermünde-Bremerhaven einen Festabend veranstaltet, der sowohl in künstlerischer wie in gesellschaftlicher und schließlich auch in materieller Beziehung ein ausgezeichneter Erfolg war. Im Mittelpunkt des Programms standen drei Bühnenwerke von Hindemith, Schnitzler und Mozart, denen die besten Kräfte des Theaters zum Erfolg verhalfen. An der Veranstaltung nahmen die Spitzen der Behörden beider Städte sowie hervorragende Vertreter der Wirtschaft teil. Die städtischen Kollegien und die Intendantur hatten weitestgehendes Entgegenkommen gezeigt, so daß die Unkosten des Abends außerordentlich gering waren. Sein finanzielles Erträgnis setzt den Verein in den Stand, eine eigene Unterstützungskasse ins Leben zu rufen.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse.

Der Presseverein Ruhr-Emscher

hielt am 6. Januar in Gelsenkirchen seine ausgezeichnet besuchte Generalversammlung ab, die Kollege Chefredakteur Paffendorf, Gelsenkirchen, als Senior des Vereins leitete. Er sprach zunächst zu Beginn der Versammlung dem am 7. Dezember 1928 verstorbenen langjährigen Vorsitzenden des Vereins, Chefredakteur Bernhard Scholten, Wattenscheid, einen warmherzigen Nachruf. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Nachdem zwei Neuaufnahmen erfolgt waren, verlas der Schriftführer Dr. Winter den Jahresbericht, während Kollege Dr. Nebel, Gladbeck, den Kassenbericht erstattete. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender wurde Chefredakteur Paffendorf, Gelsenkirchen (Gelsenkirchener Zeitung"); 2. Vorsitzender Dr. Brepohl, Gelsenkirchen („Gelsenkirchener Allgemeine Zeitung"); 1. Schriftführer Joh. Schardt, Gelsenkirchen (Gelsenkirchener Zeitung); 2. Schriftführer Dr. Winter, Wattenscheid (Wattenscheider Zeitung), Kassierer Dr. Nebel, Gladbeck (Gladbecker Zeitung). Zu Beisitzern wurden bestimmt die Kollegen Sättler, Herne, (Herner Zeitung); Simmen, Recklinghausen (Recklinghäuser Zeitung); Kortenbach, Wanne-Eickel (Wanne-Eickeler Zeitung); Maasch, Gladbeck (fr. Journalist); Beinecke, Hattingen, (Hattinger Zeitung); Schneider, Bottrop (Bottroper Volkszeitung). Als Kassenprüfer wurden die Kollegen Hamp, Gelsenkirchen, (Gelsenkirchener Allgemeine Zeitung) und Birken, Gelsenkirchen (fr. Journalist), für den Ältestenausschuß die Kollegen Paffendorf, Gelsenkirchen (Gelsenkirchener Zeitung); Chefredakteur Zänker, Hattingen (Hattinger Zeitung), Sättler, Herne, (Herner Zeitung); Chefredakteur Zobel, Gelsenkirchen (Gelsenkirchener Allgemeine Zeitung); Böhmer, Gelsenkirchen (Gelsenkirchener Zeitung); Maasch, Gladbeck (fr. Journalist) gewählt. Für das Verbandsehrengericht wurde Kollege Böhmer, Gelsenkirchen, bestimmt; für die Arbeitsgemeinschaft der rhein.-westfälischen Presse Kollege Zobel, Gelsenkirchen, vorgeschlagen. Im Verbandsvorstand werden Dr. Brepohl, Gelsenkirchen, und Sättler, Herne, den Verein vertreten. Nachstehende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlung des Pressevereins Ruhr-Emscher im Verbande der Rheinisch-Westfälischen Presse faßt eine Entschließung dahin, daß der Vorstand des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse sich dafür einsetzt, daß die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft als für beide Teile bindend gefaßt werden und ihre Befolgung nicht, wie bisher, nur anheimgestellt bezw. erbeten wird. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die bisher in nicht verpflichtender Form gefaßten Beschlüsse fast überhaupt keine Beachtung gefunden haben."

Verband der Schlesischen Presse.

Die diesjährige ordentliche Hauptversammlung des Verbandes der Schlesischen Presse findet am Sonntag, dem 10. März, vorm. 11 Uhr, in Breslau statt. Der Ort der Tagung wird noch bekanntgegeben.

Ortsverein Görlitz.

Der Ortsverein Görlitz hielt seine Jahreshauptversammlung am 5. Januar ab. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht ging hervor, daß im Laufe des Jahres zehn Versammlungen, ein gemeinsames Fest, zwei Ausflüge und ein Diskussionsabend veranstaltet wurden. Die Mitgliederzahl ist ziemlich unverändert geblieben. Die Korrespondenz verzeichnet insgesamt 323 Ausgänge und Eingänge. Der Kassenbericht wurde vom Kollegen Bülow erstattet, dem für seine aufopfernde und gewissenhafte Führung der Kassengeschäfte der Dank aller Mitglieder ausgesprochen wurde.

Digitized by Google

Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Kollegen Hencke zum Vorsitzenden, des Kollegen Höhne zum stellvertretenden Vorsitzenden und des Kollegen Bülow zum Kassierer. Neu gewählt als Schriftführer wurde Kollege Leister. Nach dem geschäftlichen Teile folgte ein gemeinsames Essen mit Damen, das die Kollegen noch einige Stunden in bester Stimmung vereinte.

Personalien

Kurt Aram, mit seinem bürgerlichen Namen Hans Fischer, von Haus aus ein evangelischer Geistlicher rheinischer Herkunft, beging den 60. Geburtstag. Schon in jungen Jahren hat Aram Persien auf wenig betretenen Wegen durchreist, er ist nach Amerika gefahren, und sein Kriegsbuch „Nach Sibirien mit 100 000 Deutschen“ ist die Frucht eines Aufenthalts im äußersten Osten. Sehr bekannt geworden sind auch seine Romane „Violet“ und „Die Cousine aus Amerika“. Als Redakteur und Theaterkritiker Berliner Zeitungen war Aram, der sich auch als Dramatiker versucht hat, viele Jahre im Dienste des Journalismus tätig.

Chefredakteur Dr. Fritz Harzendorf der „Oberländer Zeitung“ in Singen a. H., ist nach Göppingen übergesiedelt. Sein Nachfolger in Singen ist Martin Holzinger, der Verantwortliche für badische Politik an der „Badischen Presse“ in Karlsruhe.

Martin Holzinger wirkte 18 Jahre ununterbrochen in Karlsruhe, zunächst als Leiter der badischen Nationalliberalen Korrespondenz, dann an den beiden großen Karlsruher Blättern, dem „Karlsruher Tageblatt“ und der „Badischen Presse.“ Vorher war er am „Landauer Anzeiger“ und der „Freiburger Zeitung“ tätig.

Kollege Dr. Hugle, bisher Leiter des Städtischen Verkehrs- und Presseamtes in Osnabrück, wurde zum Verkehrsdirektor der Stadt Hannover gewählt. Dr. Hugle hat die Wahl angenommen.

Dr. Edmund Landau hat die Alleinvertretung der Zeitschriften „Schuh und Leder“ und des „Produktenmarktes“ für Paris übernommen.

Redakteur Dr. Hermann Lauer leitete am 1. Januar 25 Jahre lang die Redaktion des „Donau-Boten“ in Donaueschingen. Das Blatt, das bis zum Jahre 1907 nur dreimal wöchentlich erschien, hat sich unter seiner Führung gut entwickelt.

August Madsack, dem Verleger des „Hannoverschen Anzeigers“, Mitglied des Vorstandes des Vereins deutscher Zeitungsverleger, einem gebürtigen Ostpreußen, wurde von der Albertus-Magnus-Universität in Königsberg i. Pr. die Würde eines Ehrendoktors der Wirtschafts- und Staatswissenschaften verliehen.

Redakteur Franz Miller, bisher in Nürnberg, ist in die Sportredaktion der „Münchener Neueste Nachrichten“ eingetreten.

Kollege Ludwig Ordemann in Hameln ist am 1. Januar in den Ruhestand getreten. Er steht im 71. Lebensjahre und kann auf eine 45jährige Tätigkeit im Berufe zurückblicken. 26 Jahre davon hat er als Schriftleiter der „Deister- und Weserzeitung“ in Hameln gewirkt. Wir schließen uns gern den Wünschen an, daß dem allgemein geachteten Kollegen ein gesegneter Lebensabend beschieden sein möge.

Redakteur Julius Reißner, der Senior der braunschweigischen Journalisten, vollendete am 28. Dezember v. Jhr. das 70. Lebensjahr. Er wurde 1858 in Gotha geboren. und erlernte zunächst die Buchdruckerkunst, widmete sich dann aber der Journalistik und wurde 1883 Lokalredakteur der Osnabrücker Zeitung. Im Jahre 1890 kam er nach Braunschweig, das ihm dann eine zweite Heimat wurde. Er trat in die Redaktion der Braunschweigischen Landeszeitung ein und wirkte dort bis Oktober 1914. Hierauf trat er zur Redaktion der Braunschweigischen Staatszeitung über, für die er dann noch 13 Jahre, bis zum 1. April 1927 tätig gewesen ist. Auch nach seiner Pensionierung entfaltete er noch eine reiche journalistische und schriftstellerische Tätigkeit, insbesondere auf seinem Lieblingsgebiete, den Naturwissenschaften. Reißner gilt als einer der besten Kenner der Molluskenfauna. In langjähriger Tätigkeit hatte er eine der größten Schneckensammlungen in Privatbesitz zustande gebracht. Während der Inflation mußte R. leider die hervorragendsten Stücke dieser Sammlung verkaufen. — Mögen die vielen guten Wünsche, die Julius Reißner an seinem 70. Geburtstage von nah und fern zugegangen sind, sich in reichstem Maße erfüllen und sein Lebensabend von Freude und Frohsinn überglänzt sein.

Chefredakteur Dr. Hanns Walter Schneider von der „Badischen Presse“ wird ab 1. April d. J. als außenpolitischer Vertreter der „Dinazeit“ in Wien und Genf arbeiten und damit nach achtjähriger Tätigkeit Karlsruhe verlassen. Chefredakteur Dr. Schneider stand schon in jungen Jahren in verantwortlicher journalistischer Arbeit. Nach kurzer Tätigkeit in Gummersbach und Stuttgart kam er als Chefredakteur an die „Barmer Zeitung“ und 1920 in gleicher Eigenschaft an die „Badische Presse.“

Redakteur H. A. W. Schöller trat am 1. Februar in die Redaktion der „Süddeutschen Rundfunkzeitung“ in Stuttgart ein. Der Kollege war bisher in Nürnberg als freier Journalist und Rundfunkkritiker tätig.

Kollege Konrad Steets, Redakteur am „Neuburger Anzeigeblatt“ in Neuburg a. d. Donau, konnte vor kurzem das 25jährige Berufsjubiläum begehen. Seine jetzige Stellung verwaltet er seit 18 Jahren mit großem Erfolg. Dem Landesverband der Bayerischen Presse ist er seit vielen Jahren ein treues Mitglied. Zum Jubiläum seien dem Kollegen auch an dieser Stelle noch nachträglich herzlichste Glückwünsche ausgesprochen.

Dr. Alexander Wiesenberg, der langjährige Herausgeber der „Hochschulkorrespondenz“, Pressedienst für Wissenschaft, Kunst, Literatur usw., begeht am 4. Februar seinen 60. Geburtstag.

Redakteur Karl Zeuch, bisher Zeitz, ist am 1. Februar in die Redaktion des „Liebenwerdaer Kreisblattes“ in Bad Liebenwerda eingetreten.

Chefredakteur Karl von der Heydt vom „Dortmunder Generalanzeiger“ ist infolge einer akuten Erkrankung im besten Mannesalter plötzlich verstorben.

Anton Lindner †. Im Alter von erst 54 Jahren ist in Hamburg der Kunstschriftsteller Anton Lindner gestorben; eine Persönlichkeit von starker künstlerischer Begabung, die mit einem umfassenden Wissen gepaart war, ist mit ihm dahingegangen. Lindner, ein gebürtiger Wiener, betätigte sich seit 2 Jahrzehnten als Kunstkritiker und setzte sich bei starkem eigenem dichterischem Talent weitgehend für dichterische Persönlichkeiten ein, die um ihre Geltung schwer zu kämpfen hatten. So hat er z. B. viel für Detlev von Liliencron getan.

Johannes Roether †. Am 21. Januar wurde in Magdeburg der Kollege Johannes Roether zu Grabe getragen. Roether war in den neunziger Jahren Landtags- und Lokalberichterstatter des damaligen „Braunschweiger Tageblatts“ in Braunschweig, nach dessen Eingehen er 1898 nach Magdeburg übersiedelte, wo er zunächst als Redakteur und bald darauf als Chefredakteur den „Magdeburger Central-Anzeiger“ leitete und seit dem Kriege auch dem Redaktionsstab der „Magdeburgischen Zeitung“ angehörte. 1922 traf ihn ein Schlaganfall, der seinem Schaffen ein jähes Ende setzte. Sieben Jahre lang hat Roether, dem die Ausübung des journalistischen

Helft den stellungslosen Kollegen!

Die Lage auf dem Stellenmarkt ist leider immer noch so, daß es der Verbandsleitung trotz aller Bemühungen nicht möglich ist, die stellenlosen Kollegen so zeitig unterzubringen, wie es ihre Notlage erfordert. Sie sind daher auf einen Aushilfserwerb angewiesen und versuchen, entsprechend ihrer Begabung und ihrer bisherigen Tätigkeit diesen Erwerb durch freie Schriftstellerei zu finden. Die Bitte der Verbandsleitung geht nun dahin, daß alle diejenigen Kollegen, die sich in festen Redakteuerstellungen befinden und über die Aufnahme, bzw. Ablehnung schriftstellerischer Arbeiten zu entscheiden haben, nach Möglichkeit Kollegenarbeiten berücksichtigen, d. h. selbstverständlich nur dann, wenn die vorliegenden Beiträge zu irgend einem Thema nach gewissenhafter Prüfung eine derartige Auswahl gestatten. Manchen Kollegen, der schon seit Monaten vergeblich nach einer neuen festen Stellung Ausschau hält, ist durch die Annahme schriftstellerischer Arbeiten wenigstens bis zu einem gewissen Grade geholfen. Eine Unterstützung unserer Stellenlosen durch die in festen Stellungen befindlichen Kollegen in der eben geschilderten Art ist für jeden, der sie ausüben kann, eine Ehrenpflicht. Sie sollte auch schon um deswillen ausgeübt werden, weil ja jeder heute noch fest angestellte Kollege in eine ähnliche Lage kommen kann, die auch ihm eine Unterstützung der Kollegen wünschenswert erscheinen lassen würde.

Die Verbandsleitung.
gez. G. Richter.
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

Berufes Herzenssache und Leidenschaft war, in einem nur schwer ertragenen Zustande halber Lähmung von Sprache und Gedächtnis verbringen müssen, bis jetzt eine heftige Grippe seinem noch im siebzigsten Lebensjahr zähen, widerstandsfähigen und -willigen Körper den Rest gab. Dem Reichsverband hat er seit seiner Gründung angehört, und zwar bis zu dem Schlaganfall als ein treues, dem Wollen des Verbandes bewußt ergebenes Mitglied. Wer Roether gekannt hat, wird dem originellen Menschen und guten Kollegen ein ehrendes und freundliches Andenken bewahren.

Ernest Vaughan †. Der Gründer des „Intransigeant" und während der Dreyfus-Zeit Herausgeber der „Aurore", Ernest Vaughan, ist in Paris im Alter von 88 Jahren gestorben. Zu seinen berühmtesten Mitarbeitern zählten Zola, Clemenceau und Henry Rochefort.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Robert Schürer (Chef vom Dienst der Münchener Zeitung), München, Bayerstr. 57/59.

Landesverband Groß-Hamburg. Johann Ditz (freier Mitarb.), Altona, Hamburger Str. 71.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Braunschw. Presse. Berichtigung: Erwin nicht Georg Mundt, Braunschweig.

Verband der Ostpreußischen Presse. Johannes A. Freesemann (Elbinger Ztg.), Elbing, Karl-Pudor Str. 5; Dr. G. A. Leckzyck (Ostmesse), Königsberg, Tragheimer-Gartenstr. 2/3; Dr. Max Meyer (Königsberger Allgem. Ztg.). Königsberg, Georgstr. 6; Dr. Odendahl (Allenst. Ztg.), Allenstein, Roonstr. 56; Otto Sebuleit (Lötzener Ztg.), Lötzen, Markt 7; Walther Schell (Tel.-Union), Kowno (Kaunas), Hotel Continent.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Bochumer Presse. Emil Zander, Bochum-Weitmar, Hattinger Str. 427. — Verband der Saarpresse. Dr. Eugen Feien (Saarbrücker Abendbl.), Saarbrücken.

II. Neuanmeldungen.

Landesverband der Badischen Presse. Redakteur Dr. Stefan Kayser (Neue Mannheimer Zeitung), Mannheim, Seckenheimerstr. 30a; Redakteur Hellmuth Schlien (Mannheimer Tageblatt). Mannheim, Beethovenstr. 18.

Landesverband der Bayerischen Presse. Dr.. August Lang (Journalist). München, Bergmannstr. 29 I.

Inhaltsangabe:

Kritik der Presse. Von Dr. Hans Havemann.
Nachrichtenmonopol oder Journalistenschutz. Von Walter Quix.
Wichtige Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts über die Versicherungspflicht von Zuschußkassen und ihre Auswirkung auf die Versorgungsanstalt der RAG.
Überflüssige Sprachenschnörkel. Von Heinrich Walter.
Tagespresse und Filmkritik.
Die Filmkritik der Provinzblätter. Von J. Janberg.
Und immer wieder: Die leidige Chiffre-Anzeige.
Ist das Journalismus?
Fachrundschau. (Blaubeurer Tagblatt. Harzburger Zeitung. Mansfelder Zeitung. Miesbacher Anzeiger. Neustädter Kreisbote. Filmkünstler und Filmkunst. Verein der Parlamentsjournalisten. Gründung einer technisch-literarischen Gesellschaft. Neuorganisation des Nachrichtenamts der Stadt Berlin. Neue Pressеamtsleiter. Internationaler Buchdrucker-Kongreß in London. Die Presse. Rückgang der polnischen Presse in Danzig. Aus dem Zeitungsleben Hawais.)
Aus der Organisation.
Personalien. (Kurt Aram. Dr. Fritz Harzendorf. Martin Holzinger, Dr. Hugle, Dr. Edmund Landau. Herm. Lauer. Aug. Madsack. Franz Miller. Ludwig Ordemann. Julius Reißner. Dr. Hanns Walter Schneider. H. A. W. Schöller. Konrad Steets. Alexander Wiesenberg. Karl Zeuch. Karl v. d. Heydt †. Anton Lindner †. Johannes Roether †. Ernest Vaughan †.)
Mitgliederbewegung.
Büchermarkt.

Verband der Ostpreußischen Presse. Kurt Harry Geyer (Ostdeutsche Volksztg.). Insterburg; Wolfgang Greiser (Allensteiner Zeitung), Allenstein; Karl May (Kreisztg. Tilsit-Ragnit), Ragnit; Dr. Hermann Thelen (Wirtschaftsinstitut für Rußland u. d. Oststaaten beim Meßamt), Königsberg.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Mittelrh. Presse. Heinz Hart, Koblenz, Casinostr. 9 II; Wilhelm Mohr, Koblenz, Bechelstr. 5 III (beide Koblenzer Volksztg.). — Bezirksverein Trier. Hermann Leist (Red. d. Trierschen Volksfreund), Trier, Ruwererstr. — Presseverein Ruhr-Emscher. Gerhard Kill (Generalanz. f. Gelsenkirchen-Buer), Gelsenkirchen, Klosterstraße 13.

Landesverband Schleswig-Holstein-Lübeck. Der Paul Langemack (Kieler N. N.), Kiel, Olshausenstr. 13; Hans Ulrich (Kieler N. N.), Kiel, Loroser Straße 22.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Überwiesen an den Verein Frankf. Pr.: Otto Brandl, bisher Nürnberg nun Frankfurt a. M., Kronprinzenstraße 57 III.

Landesverein Pfalz. Überwiesen vom Landesverband Bayern: Dr. Richard Mandler, Neustadt/Haardt, Schwesternstraße 9.

IV. Streichungen und Austritte.

Verband der Ostpreußischen Presse. Ausgeschieden: Dr. Kuhn-Königsberg. — Gestrichen: Peter Müller, Allenstein.

Verband der Rhein.-Westfälischen Presse. Verein Essener Presse. Ausgetreten: Frl. Marg. Conzen, Essen. — Verein Mittelrhein. Presse. Gestrichen: Hans Karl Sichart v. Sichartshoff, Simmern. — Bezirksverein Niederrh.-Ruhr. Gestrichen: Gelsam, Mülheim-Ruhr.

Büchermarkt

„Sammlung kulturhistorischer Jubiläums-Gedenktage für das Jahr 1927". Im Auftrage des Deutschen Kulturarchivs herausgegeben von Karl Mautzner, Sieben-Stäbe-Verlagsdruckerei G. m. b. H., Berlin NW 6, Preis RM 12.— netto, einschl. aller Rechte.

Die Sammlung, ein wertvolles Hilfsmittel für jede Redaktion, enthält nicht weniger als 3500 Gedenktage; sie bringt ein Verzeichnis wesentlicher geschichtlicher Vorgänge nebst Gedenktagen bedeutender Persönlichkeiten aller Zeiten unter besonderer Berücksichtigung der lebenden Gelehrten, Schriftsteller, Künstler, Politiker und sonstiger Führer insbesondere des deutschen öffentlichen Lebens. Um die Auffindung der einzelnen wichtigen Daten zu erleichtern, ist die Zusammenstellung in der Weise vorgenommen, daß für jeden Tag im Jahre die in Frage kommenden Gedenktage chronologisch aufgeführt worden sind. Besprechungsstücke können nur an einige Fachzeitungen, nicht an Redaktionen all emein abgegeben werden.

Zeitungskatalog 1929. Herausgegeben vom Verband Deutscher Annoncen-Expeditionen e. V., Berlin SW 68, Markgrafenstr. 22.

Der Verband Deutscher Annoncen-Expeditionen hat auch in diesem Jahre wieder einen übersichtlich zusammengestellten Katalog herausgegeben, der als Nachschlagewerk deswegen von besonderem Wert ist, weil er nicht nur eine Übersicht über die deutschen Tageszeitungen bietet, sondern auch einen Überblick über die politischen Zeitungen des Auslandes sowie eine Zusammenstellung der Fachzeitschriften in Deutschland, nach Gruppen geordnet, und des Fachzeitschriftenwesens im Auslande. Selbstverständlich ist der Katalog in erster Linie auf die Bedürfnisse der Anzeigenabteilungen der Zeitungen und der Annoncenexpeditionen zugeschnitten, doch wird er, wie bisher, seinen Wert auch für die Redaktionen erweisen.

„Grundzüge der braunschweigischen Industrie".

Ein Beitrag zur Wirtschaftskunde Niedersachsens von Dr. Georg Kanzow, verantwortlicher Handelsschriftleiter der „Braunschweigischen Landeszeitung", Preis 2.— Rm. Verlag der wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e. V., Technische Hochschule Hannover.

Nach mehrjähriger Arbeit hat Kollege Dr. Kanzow als Heft 6 der Reihe A der Beiträge der wirtschaftswissenschaftlichen Gesellschaft zum Studium Niedersachsens e. V. in Hannover die ca. 100 Druckseiten starke Schrift erscheinen lassen, die im Rahmen der wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchungen in neuerer Zeit das Interesse weiterer Kreise verdient. Die wertvolle Broschüre, die als Anhang einen entwicklungsgeschichtlichen Abriß des Braunschweigischen Eisenbahnwesens bringt, kann als ein Beweis dafür gelten, daß im Gegensatz zu mancher unrichtigen Auffassung auch der Journalist zu erfolgreicher wissenschaftlicher Arbeit durchaus befähigt ist.

The Tale of a „Times" Correspondent by Charles Lowe, M. A. Verlag Hutchinson & Co. (Publishers), Ltd. London.

Musikökonomik und Musikpolitik. Grundzüge einer Musikwirtschaftslehre. Ein Versuch von Hermann Matzke. Quader-Verlag, Breslau 1.

Fünfzig Jahre Oschatzer Tageblatt. 1878—1928. Verlag des Oschatzer Tageblattes.

Frankreich und Wir. Notizen eines Österreichers. Von Erwin Rieger. Preis brosch. 4.— M. Der Neue-Geistverlag, Leipzig.

Wanderungen im Schwabenland. Schrift 5 der Tagblatt-Schriften, Sonderveröffentlichungen aus dem Stuttgarter Neuen Tagblatt. Verlag: Stuttgarter Neues Tagblatt, Stuttgart.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68. Zimmerstraße 86.

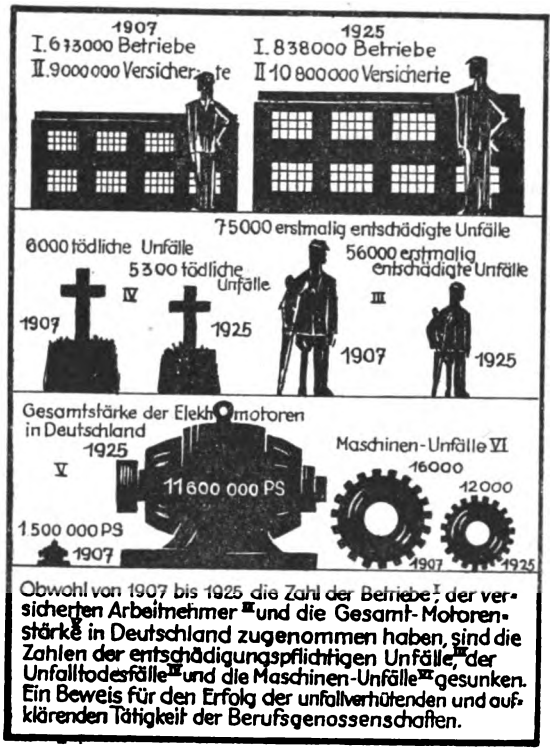
Digitized by Google

Unfallverhütung, Volksgesundheit und Volksvermögen.

Wer macht die RUWo?

Als der Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften gemeinsam mit dem Verband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften den Entschluß faßte, durch einen großzügigen Aufklärungs- und Belehrungs-Feldzug einmal den Gedanken von der Notwendigkeit und Möglichkeit der Unfallverhütung in weite Volkskreise hineinzutragen, war die amerikanische „safety first“-Bewegung das erstrebte Vorbild. Da nun dem Einfluß der berufsgenossenschaftlichen Verbände nur die industriellen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe offen stehen — da andererseits aber in diesen Betrieben nur knapp ein Drittel aller Unfälle vorkommen, während zwei Drittel der 24 000 jährlichen Unfalltodesfälle sich im Verkehr, im Haushalt und sonst allenthalben im öffentlichen Leben ereignen, so lag der Gedanke nahe, auch diejenigen Stellen für die geplante Reichs-Unfallverhütungs-Woche zu gewinnen, die an der Vermeidung all dieser Unfälle sowie allgemein an der Volksgesundheit interessiert sind. Bei allen Behörden, Wirtschaftsverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, bei den zahlreichen Wohlfahrtsorganisationen und allen irgendwie in Betracht kommenden Vereinen fand der Aufruf zur Mitarbeit willige, zum Teil geradezu begeisterte Aufnahme. So haben auch die zuständigen Ministerien des Reiches und der Länder alle ihre Organe in den Dienst der Sache gestellt.

Das Reichsarbeitsministerium und das Reichsversicherungsamt haben den offiziellen Aufruf der Berufsgenossenschaften mit unterzeichnet, Gewerbeaufsicht, Verwaltungsbehörden, Polizeiorgane, Wohlfahrtsämter, Schulaufsicht wurden durch besondere Erlasse der Länderministerien erfaßt. Besonders die Reichspost und die Reichsbahn haben für die RUWo nicht nur im internen Betrieb, sondern auch für die Öffentlichkeit Maßnahmen vorbereitet, wie sie noch nie in solchem Ausmaß für eine Aufklärungsaktion ähnlicher Art in Betracht gezogen waren. So wird, um nur ein Beispiel zu nennen, an sämtlichen Postanstalten des Deutschen Reiches die offizielle RUWo-Broschüre „Augen auf!“ an das Publikum abgegeben!



Auch die großen kommunalen Verbände, die Krankenkassen, die Verkehrsorganisationen, die Lehrerverbände, Ärztevereine, die caritativen Verbände und die Vereine der technischen Fachleute und Ingenieure arbeiten mit. Ganz besonders aber ist das erfreuliche Mitwirken der Gewerkschaften aller Richtungen zu vermerken. Nimmt man dazu noch die Hausfrauenvereine, die Feuerwehr und die zahlreichen, im ganzen Lande verbreiteten und wohlorganisierten Verbände wie Lebensrettungsgesellschaft, Rotes Kreuz, Arbeitersamariter-Bund, Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung und viel andere, so kann man ohne Übertreibung behaupten, daß alle Teile des Deutschen Volkes erfaßt sind, daß jeder einzelne durch seine Organisation mit dem Gedanken der Unfallverhütung vertraut gemacht wird.

Dazu kommt noch die Einwirkung auf die Öffentlichkeit durch die Presse, die sich wie stets in weitgehendem Entgegenkommen für diese bedeutsame Frage des Allgemeinwohls einsetzt, es erfolgt die ständige Mahnung durch sämtliche Rundfunksender Deutschlands, die in täglichen Ansagen und in einer Fülle von wichtigen und interessanten Vorträgen für die RUWo arbeiten, es fehlen auch nicht die Kinotheater, die in ihrer Mehrzahl durch Filmdarbietungen, Lichtbilder und auch Vorträge für den Gedanken der Mitarbeit jedes Einzelnen an der Unfallverhütung werben.

So darf man mit freudiger Erwartung dem Erfolg dieser Initiative der Berufsgenossenschaften entgegensehen und soll dabei nicht vergessen, daß die RUWo nur der Auftakt, nur der Beginn einer systematischen Erziehungsarbeit am ganzen Volke ist. Unfallsicheres Verhalten in jeder Lebenslage und Verkehrsgewandtheit muß dem Zeitgenossen moderner technischer Entwicklung anerzogen werden. Zu diesem Ziel sei die RUWo der erste Schritt!

Neuntausend Mark Unfallskosten in der Minute!

Jeder entschädigungspflichtige Unfall verursacht im Durchschnitt Aufwendungen von 440 Mk. im Jahr; diese laufen durchschnittlich 11—12 Jahre. Mithin reine Rentenlast je Unfall rund 5000 Mk., mit Zins und Zinseszins rund 10 000 Mk. Nicht eingerechnet Aufwendungen für Arzt, Heilbehandlung, Verwaltung, Lohnausfall usw. — Bei 129 000 entschädigten Unfällen im Jahre 1927 haben demnach die gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften im Jahresdurchschnitt 1,29 Milliarden Rentenlast aufzubringen, d. h.

je 8stündigen Arbeitstag 4,3 Millionen Mark!
je Arbeitsstunde: 537 000 Mark!
je Arbeitsminute: 9000 Mark!

1 000 000 (eine Million!) Unfälle in berufsgenossenschaftlich versicherten Betrieben. Legt man die weiter unten angegebenen Verhältniszahlen zugrunde, ergibt sich die Gesamtsumme von 3 Millionen Unfällen insgesamt jährlich!

Wie gewaltig ist also die Belastung des Volksvermögens mit unproduktiven Ausgaben!

Digitized by Google

Um die Freiheit der Kritik.

Der Fall Tauber — Maushagen in Chemnitz.

Am 17. Januar 1929 hat der Chemnitzer Generalintendant Richard Tauber den Opernkritiker des „Chemnitzer Tageblatt", Hubert Maushagen, schwer beschimpft und tätlich angegriffen. Beide Hauptbeteiligte sind weit über den Rahmen ihres engeren Wirkungskreises bekannt. Tauber vollendet demnächst sein 69. Lebensjahr und leitet seit 17 Jahren die Chemnitzer Städtischen Theater.

Wie war der Zusammenstoß möglich? Das Chemnitzer Opernhaus führte an beiden Weihnachtsfeiertagen Lehars Operette: „Der Graf von Luxemberg" auf. Maushagen griff diese Spielplangestaltung für die Weihnachtsfeiertage scharf an. Tauber erklärte die Ansetzung der Operette mit Spielplan- und verschiedenen anderen Gründen. Die Tatsache, daß im Vorjahr und in diesem Jahr zwei Operetten von Lehar in auffallend großer Zahl von Aufführungen herausgebracht wurden, veranlaßte Maushagen, den Generalintendanten vor der Mißdeutung zu warnen, daß diese auffallende Bevorzugung von Lehar darauf zurückzuführen sei, daß Lehar und der Kammersänger Richard Tauber, der Sohn des Generalintendanten, eng verbunden seien. Durch zwei weitere Artikel wurde dieser Vorwurf noch stärker unterstrichen.

Dieser scharfe kritische Eingriff kam erst im Theaterausschuß der Stadt Chemnitz und dann infolge einer Anfrage der Deutschnationalen und eines Antrages der Sozialdemokraten, der eine Prüfung der Berechtigung der Vorwürfe verlangte, im Stadtverordnetenkollegium am 17. Januar zur Sprache. Es wurde eine hochdramatische Sitzung, der auch Tauber in der Erwartung seiner Rehabilitierung auf der Beamtentribüne beiwohnte. Unerwarteter Weise sah Tauber sich plötzlich von den Rednern fast aller Parteien schwer angegriffen. Drei Stunden lang prasselten die Angriffe auf ihn nieder. Bürgermeister Arlart, der Dezernent des Chemnitzer Theaterwesens, gab zu, daß die Aufführung einer Operette an beiden Weihnachtsfeiertagen ein Mißgriff sei, den auch Tauber einsehe. Die Eigenart des Chemnitzer Theaterpublikums erfordere aber Zugeständnisse nach allen Seiten. Der Antrag, eine Untersuchung über die Berechtigung der Vorwürfe einzuleiten, wurde angenommen.

Beim Verlassen der Sitzung trafen Tauber und Maushagen auf der Rathaustreppe zufällig zusammen. Tauber befand sich im Gespräch mit einem sozialdemokratischen Kritiker, der Tauber Vorwürfe über seine Haltung machte. Maushagen grüßte im Vorübergehen. Tauber eilte Maushagen nach, rief ihn durch schwere Schimpfworte an und drang mit seinem Spazierstock auf Maushagen ein. Dieser hat Tauber den Stock entwunden und sich lediglich auf die Abwehr beschränkt. Nach dem Vorfall erlitt Tauber einen Nervenzusammenbruch. Eine von ihm unmittelbar nach dem Vorfalle und auch nachher angebotene Entschuldigung lehnte Maushagen ab. Tags darauf erklärte Tauber, daß er mit dem Rat der Stadt in Verhandlungen getreten sei wegen vorzeitiger Lösung seines Vertrages, der bis 31. August 1930 läuft. Die Veröffentlichung dieses Entschlusses fiel zeitlich zusammen mit folgendem Beschluß der Verleger der drei bürgerlichen Chemnitzer Tageszeitungen (Allgemeine Zeitung, Chemnitzer Neueste Nachrichten und Chemnitzer Tageblatt):

> „Infolge des Überfalles, den der Generalintendant der Städtischen Theater auf einen hiesigen Opernkritiker ausgeführt hat, stellen die Chemnitzer bürgerlichen Zeitungen den Theaterbesuch bis auf weiteres ein."

Dieser Beschluß der Verleger wurde ohne Befragung und ohne Mitwirkung der Chemnitzer Kritiker gefaßt. Am 19. Januar trat die Chemnitzer Kritikervereinigung zu einer Sitzung zusammen, die folgenden Beschluß faßte:

> „Die Kritiker-Vereinigung zu Chemnitz mißbilligt einstimmig aufs schärfste die Art, in der Generalintendant Tauber eine ungünstige Beurteilung seiner künstlerischen Amtsführung zu entgelten versuchte. Der Überfall, den der Generalintendant auf einen hiesigen Opernkritiker ausführte, stellt eine Entgleisung dar, die ohne Beispiel ist.
>
> Die Kritiker-Vereinigung begrüßt das besonnene Verhalten ihres Mitgliedes, das sich mit Rücksicht auf das Alter des Angreifers auf die bloße Abwehr des Überfalles beschränkte. Sie stellt sich moralisch in vollem Maße hinter ihr Mitglied."

Am 23. Januar fand in Chemnitz eine Sitzung des Vorstandes der Intendanten-Vereinigung statt, an der die Herren Jeßner und Berg-Ehlert teilnahmen. Insbesondere Jeßner bemühte sich um eine Beilegung des Konfliktes. Sie scheiterte schließlich an der Erwägung der Verleger, daß die Sitzung des Stadtrates am 28. Jan. der Presse volle Genugtuung bringen müsse und bringen werde. Diese Erwartung erwies sich als irrig. Der Rat faßte zu der Angelegenheit folgenden Beschluß:

> „In der Angelegenheit des städtischen Generalintendanten bedauert der Rat den Zwischenfall, der sich im Rathause nach der Beendigung der Aussprache über die Städtischen Theater am 17. Januar zugetragen hat, kann aber darin keinen rechtlichen Grund zur sofortigen Lösung des Vertragsverhältnisses erblicken."

Der Rat hat sich dabei auf den Standpunkt gestellt, daß es sich bei dem Angriff Taubers gegen Maushagen nicht um einen Konflikt zwischen Theater und Presse, sondern um einen persönlichen Konflikt Tauber/Maushagen handle, der vor dem ordentlichen Gericht ausgetragen werden müsse, da Tauber nicht mehr städtischer Beamter sei, weil er vor drei Jahren wegen Erreichung der Altersgrenze gegen Privatdienstvertrag weiter angestellt worden ist.

Eine Sitzung der Verleger der drei Chemnitzer bürgerlichen Zeitungen (also auch des Tageblatts) kam tags darauf (29. Januar) zu folgender Entschließung:

> „Nachdem durch den Schritt des Rates die Angelegenheit zu einem vorläufigen Abschluß gebracht worden ist, haben die Chemnitzer bürgerlichen Zeitungen im Interesse ihrer Leser beschlossen, die Theaterkritik wieder aufzunehmen."

Maushagen, der an dieser Verlegersitzung in seiner Eigenschaft als Verlagsdirektor des Chemnitzer Tageblattes teilgenommen hatte, gab zu diesem Beschluß folgende Erklärung ab:

> „Die Aufhebung des Boykotts erfolgte, weil die beiden anderen Chemnitzer Zeitungen entschlossen waren, die Kritik wieder aufzunehmen. Mein ausführlich begründeter Widerspruch und mein Hinweis auf die Gefährlichkeit eines solchen Beschlusses für das Ansehen nicht nur der Chemnitzer, sondern der gesamten Presse überhaupt war erfolglos. Meine Mitwirkung an der Formulierung der zu veröffentlichenden Notiz beschränkte sich darauf, eine Fassung zu verhindern, die der weiteren Austragung des Kampfes noch abträglicher gewesen wäre. Die Wiederaufnahme der Kritik in den Chemnitzer Zeitungen ist also trotz meines Widerspruches erfolgt."

Der Beschluß der Chemnitzer Verleger über die Aufhebung des Theaterboykotts ist, wie ausdrücklich festgestellt sei, ebenfalls ohne Befragung und ohne Mitwirkung der Chemnitzer Kritiker erfolgt.

Digitized by Google

Soweit der Tatbestand. Das jetzt vorliegende Ergebnis ist für die ganze Presse in höchstem Maße unbefriedigend und leider muß gesagt werden, daß ein großer Teil der Schuld daran die Presse selbst trifft. Die Verleger der drei Chemnitzer bürgerlichen Zeitungen haben weder geschickt operiert, noch sind sie sich in vollem Umfange ihrer Verantwortung gegen die Allgemeinheit der deutschen Presse bewußt gewesen. Mit einer Sünde gegen den Geist der Arbeitsgemeinschaft zwischen Journalisten und Verlegern begannen und endeten sie ihre unrühmlich ausgegangene Aktion. Hätten sie, wie es im Zeichen der Arbeitsgemeinschaft erforderlich und auch sonst in jeder anderen Hinsicht zweckmäßig gewesen wäre, die Organisation der Chemnitzer Journalisten herangezogen, so hätte die Angelegenheit diesen Ausgang sicher nicht genommen. Es wird darüber noch sehr eingehend gesprochen werden müssen, denn bei der Erledigung des Falles Tauber/Maushagen handelt es sich nicht nur um eine lokale Angelegenheit, sondern hier steht eine Frage der gesamten deutschen Presse zur Erörterung.

Die Stellung der Presse war in diesem Kampfe an sich sehr günstig, da das Verhalten des Intendanten Tauber gegen einen ihm mißliebigen Kritiker nach keiner Richtung hin eine Entschuldigung finden kann, sondern schärfste Mißbilligung verdient. Wenn der takt- und würdelose Überfall des Chemnitzer Intendanten auf Maushagen keine ausreichende Sühne findet, wird er Schule machen und zur Nachahmung reizen. Es ist nicht so, wie der Rat der Stadt Chemnitz glauben machen möchte, daß es sich hier nur um einen persönlichen Konflikt Tauber/Maushagen handelt und nicht um einen Konflikt zwischen Theater und Presse. Eine solche Auffassung zeugt von einer absoluten Verkennung der Kernfrage, um die es sich dreht: es geht in Wahrheit wieder einmal um die Freiheit der Kritik.

Tauber selbst ist in einem lichten Augenblick richtiger Erkenntnis der Schwere seiner Verfehlung mit dem Rat der Stadt wegen vorzeitiger Lösung seines Vertrages in Verhandlungen getreten. Weshalb ist der Rat der Stadt Chemnitz nicht auf diese Lösung des Konfliktes eingegangen? Darüber muß Klarheit geschaffen werden, denn sonst erhebt sich gegen den Rat der Verdacht, daß er Herrn Tauber direkt oder indirekt verhindert hat, die einzig vernünftige Konsequenz aus seinem Verhalten zu ziehen. In seinem oben mitgeteilten Beschluß erklärt der Rat der Stadt Chemnitz weiter, daß er keinen rechtlichen Grund zur sofortigen Lösung des Vertragsverhältnisses erblicken könne. Nehmen wir einmal an, daß tatsächlich kein rechtlicher Grund vorgelegen hätte, so bleibt der moralische Grund in seiner ganzen Wucht bestehen. Der Rat der Stadt Chemnitz hat es natürlich mit sich abzumachen, ob er einen an so sichtbarer und verantwortlicher Stelle führenden Mann wie den Intendanten Tauber halten will, obwohl dieser durch sein Benehmen den Beweis erbracht hat, daß er weder das Taktgefühl noch die innere und äußere Beherrschung mehr besitzt, die für eine solche Stellung nun einmal unbedingtes Erfordernis sind. Aber er wird der Presse die Feststellung nicht verdenken können, daß der Rat der Stadt Chemnitz es ablehnt, eine ausreichende Genugtuung für den tätlichen Überfall des Intendanten Tauber auf den Musikkritiker Maushagen zu schaffen.

Sollte dazu vielleicht das Eingreifen der Intendanten-Vereinigung, vertreten durch die Herren Jeßner und Berg-Ehlert, beigetragen haben? Auch diese Frage bedarf einer restlosen Klärung. Es verlautet, daß die Verhandlungen der Intendanten-Vereinigung mit dem Ziele geführt worden seien, den Intendanten Tauber „über eine solche Angelegenheit nicht fallen zu lassen.“ Wenn das zutreffend sein sollte, müßten wir diese Haltung der Intendanten-Vereinigung auf das ernsteste bedauern.

Schließlich ergibt sich aus dem Verlauf der ganzen Angelegenheit die zwingende Lehre, daß derartige Streitfälle, wenn sie nicht alsbald im lokalen Rahmen beigelegt werden können, sofort wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung für das Gesamtinteresse der Presse an die großen Organisationen der Journalisten und Verleger zur Erledigung weitergegeben werden müssen. Das ist in diesem Falle von Chemnitz aus leider nicht geschehen, und so mußte es kommen, wie es bedauerlicherweise gekommen ist. Bei rechtzeitigem Eingreifen wäre es vielleicht nicht allzu schwer gewesen, den Konflikt in einer Weise zu regeln, die dem Ansehen der deutschen Presse und der Sicherung der Freiheit der Kritik entsprechend Rechnung getragen hätte. Jetzt wird es Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft sein, den Fall Tauber/Maushagen endgültig zu bereinigen, da der jetzt vorliegende Abschluß in der Tat nur als ein sehr „vorläufiger“ angesehen werden kann.

* * *

Die Bedeutung der deutschen Fachpresse.

Von Dr. Karl Thomas Fleischmann, München.

Fachpresse! Eng, gebunden klingt dieses Wort. Was soll an ihr Interessantes, Fesselndes sein?

Man wird sofort ein wenig anders denken, wenn ich sage: Ich habe ein Mittel, mit dessen Hilfe jeder voran, höher, vorwärts kommen kann, der einen Beruf ausübt in Deutschland oder irgend sonstwo auf der Welt. Der Schriftsteller und Redakteur, der Mann am Schraubstock oder unter Tags im Bergwerk, der Kaufmann oder das Fräulein im Büro, der Beamte jedes Ranges — kurzum jeder von den achtzig oder neunzig Prozent des ganzen deutschen Volkes, der arbeitet — auch der Mann der Presse, von dem eine frühere — ich sage ruhig — dümmere Zeit behauptete, er habe keinen Beruf. Die Weltgeschichte hat inzwischen diesen Irrwahn widerlegt.

Also ein Mittel, um 80—90 %, d. i. nahezu das gesamte deutsche Volk, vorwärts zu bringen, es schaffensfroher, gebildeter, geistig tüchtiger zu machen: — das muß doch eigentlich etwas sein. Das könnte doch Beachtung verdienen. Es ist die deutsche Fachpresse. Dieses Mittel ist aber nicht etwa ein trockenes Lehrbuch, ein Sammelbecken von toter Gelehrtheit, sondern es ist in der Mehrzahl seiner Seiten ein Abbild des Lebens, seines Ringens und Kämpfens — aber des Lebens in seiner höchsten Art, in der Sphäre des Berufes, des Sichauslebens aller geordneten zielbewußten Kraft des Einzelnen, seiner Beziehung, seines Strebens zum Ganzen.

Ein schriftbegnadeter Führer der Technik: Max Eyth, der längst zu den Toten gehört, die nie im Gedächtnis der Nachwelt sterben, hat einmal ein vielbeachtetes Buch: „Berufstragik“ geschrieben. Ungeheuer ward sein Erfolg. Denn das stille, stolze Martyrium der Arbeit, das er beschrieb, weckte Widerhall in ungezählten Herzen. Darf nicht auch die Fachpresse, die ebenso tief in die Sphäre jedes Berufes hineinsieht, die einer sprudelnden Quelle vergleichbar, aus dem Borne des tätigen Volkes schöpft, wenigstens einige Beachtung erwarten?

Wenn wir den großen mächtigen Baum der deutschen Presse überhaupt betrachten, dann ist die Fachpresse daran ein wichtiges Stück. Stolz und erhaben steht an der Spitze das Heer der Tageszeitungen. Sie sind die unmittelbaren Vertreter der öffentlichen Meinung, die mächtigen Bahnbrecher und Künder des Massenwollens. Sie gleichen dem Pfluge des Schicksals,

Digitized by Google

das in die Geschichte und in das Antlitz der Völker oft dauernde Furchen zieht. Die Geschichte des Einflusses der Presse auf vergangene Zeiten ist bisher immer noch nicht mit aller Klarheit geschrieben. Aber wer je die Wirkung der Tagespresse auf Staat und Gesellschaft beobachten konnte, wird wissen, was sie bedeutet. Dabei ist dafür nicht etwa die Höhe der Auflage allein entscheidend, sondern in erster Linie die Art und Bedeutung ihres geistigen Gehalts. Was sie in oft mächtigem Elan, stärkster Fühlung mit dem Gefühlsleben des Tages verkündet, wo sie kühn und dominierend voran schreitet, da greift die Fachpresse ein und bearbeitet das Gebiet, die Fragen, die die Tagespresse nur flüchtig streifen kann, mit der Ausführlichkeit und Gründlichkeit, die dem einzelnen Beruf und Stand von Nutzen ist, ihm neue Wege weist, dem Einzelnen ermöglicht, neue Wege zu gehen, mit der Entwicklung seines Faches am Laufenden zu bleiben — nicht zu veralten. Die Fachpresse ist: der große Gedanke der Tageszeitung übersetzt ins einzelne Fach.

Ihre Bedeutung erhellt daraus, daß die Tageszeitung die Anregungen der einzelnen Berufe nur in großen Umrissen geben kann. Mehr verbietet ihre sonstige Publizistenpflicht. Dagegen kann die Fachpresse den Stoff in ihren Spalten ausführlich durch den Fachmann behandeln. Naturgemäß kann dabei auch erst die Siebung und Prüfung, die Weiterverarbeitung und Klärung der Ideen erfolgen, die zugleich die Vorbedingung weiteren Fortschritts auf diesem oder jenem Gebiete ist.

Nehmen wir z. B. an, die Tagespresse meldet, es sei ein neues Serum oder sonst ein Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose, der Schlafkrankheit oder einer ähnlichen Geißel der Menschheit entdeckt worden. Die Tatsache ist für die Tageszeitungen interessant und wird von diesen mitgeteilt. Aber die Fachpresse wird erst in der Lage sein, das neue Heilmittel der Gelehrtenwelt vorzuführen, ihre Beobachtungen damit bekanntzugeben, kurz: seinen Wert zu ermitteln und evtl. durch Ratschläge zu erhöhen. Der Abschluß dieser forschenden Kleinarbeit kann dann wieder Tatsachen liefern, die der Tagespresse Anlaß bieten, sich mit ihr zu befassen.

Wie die wissenschaftliche Fachpresse, die ich wegen ihres hohen Ranges in Deutschland billig an die Spitze stellte, ist auch die Fachpresse auf dem Wirtschaftsgebiet vielfach hervorragend. In ihren Blättern treten erst die einzelnen Grundauffassungen der Wirtschaft und ihrer Gestaltung hervor. Man sage durchaus nicht, daß diese Inhalte nicht weiteste Kreise berühren. Denn wenn z. B. der wichtigste Geldregulator in Deutschland, die Reichsbank, die Ausgabe ihrer Kredite erschwert oder erleichtert, dann spürt dies der erste wie der letzte Haushalt im ganzen Deutschen Reiche. Wenn die leitenden Männer dem Kurse der Wirtschaftsziffer in Deutschland diese oder jene Richtung geben, dann ist gerade die Fachpresse die berufene Beraterin oder Helferin nach jeder Hinsicht. Dort müssen die Wirkungen der einzelnen Maßnahmen besprochen, dort die möglichen Verbesserungen vorgenommen werden!

Aber nicht bloß der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Technik dient die Fachpresse, ihr Wirkungsfeld ist viel größer. Man bedenke nur die zahlreichen Fachschriften der einzelnen Gewerbe: überall ist dasselbe Bild des Fortschritts, der Verbesserungen und der praktischen Hilfe. Bei einer gut geleiteten Fachschrift wird auch der Inseratenteil eine gewisse Auslese der besten Firmen des Gewerbes, der wohlfeilsten Bezugsquellen und tausenderlei wertvolle Anregungen enthalten können. Befriedigt die Tagespresse unsere Neugierde, unsere Wünsche nach höheren Werten, wie z. B. durch die politischen oder literarischen Mitteilungen, gibt sie den Überblick über das, was auf der Welt im allgemeinen vorgeht, so ist die Fachpresse individuell — sie befriedigt den Ehrgeiz, das Streben nach höherem Einkommen, nach Verbesserung und Vermehrung der Leistungsfähigkeit im Beruf. Der Automobilfabrikant sieht die neuesten Modelle, der Schneider die geltende Mode, der Kunstgewerbler die neuesten Kunstleistungen.

Gerade dieses Moment, das an den Ehrgeiz und, sagen wir es offen, auch an den Eigennutz appelliert, sichert der Fachpresse ein Wirkungsfeld, das weit über den engeren Rahmen eines einzelnen Landes hinausgeht. Der Auswanderer, der seinen Beruf im Ausland treiben will, pflegt meist sein Fachblatt weiter zu halten. Er fühlt da draußen in der Schwere des Existenzkampfes erst recht das Hilfsmittel, die Förderung, die sein Fachblatt ihm bietet. Aber unbewußt beinahe wird es dadurch zu einem geistigen Band, das ihn mit der alten Heimat verknüpft. Darin liegt eine stille Werbung und Förderung der Muttersprache, für das deutsche Wesen, die gerade in diesen Zeiten ungewöhnlichen Wert hat. Wenn wir schon vom Ausland sprechen, dann mag hier eine Erinnerung an die Kriegs- und Nachkriegszeit eingeflochten werden, die zeigt, wie sehr das Ausland, besonders auch die feindlichen Länder, die deutsche Fachpresse werteten. In England hatte das Auswärtige Amt und dessen Abteilungen für Handel nahezu sämtliche guten deutschen Fachzeitungen direkt oder durch Vertrauensleute abonniert und studierte jede Nummer. Ähnlich war es mit Frankreich. Ich weiß, daß nach dem Friedensschluß auch die Ententekommissionen der deutschen Fachpresse eine rege Aufmerksamkeit widmeten.

Allerdings sind es nicht bloß die Feinde Deutschlands, die unsere Fachpresse beachten — wir besitzen eine ganze Anzahl von Blättern des Außenhandels, der Industrie, des Bauwesens, der Technik, die auf dem Weltmarkt bei allen Völkern größtes Interesse wecken und dem Absatz deutscher Werke in jeder Hinsicht den Boden bereiten. Nicht umsonst pflegen deshalb andere Länder ihre Fachpresse für den Export ganz besonders zu unterstützen und keine Mittel und Aufwendungen für sie zu sparen. Der Außenhandel kann durch eine gutgeleitete Fachpresse viele Vorteile haben, wie z. B. rascheste Nachrichtenübermittlung in den einzelnen Branchen, ferner Mitteilungen und Auskünfte über allgemeine Verhältnisse, über den Wert einzelner Vertreter, über Wahrung von Ansprüchen u. a. Neben dem amtlichen Apparat der selten vorhandenen überlasteten Wirtschaftsvertreter und Konsuln hat sich die gut geleitete Redaktion der Fach-Organe hier als äußerst segensreich erwiesen.

Nicht die Auflagenhöhe der Fachpresse-Organe ist das Entscheidende, sondern das Gewicht und Ansehen ihrer Leiter und Mitarbeiter. Kurz gesagt: ihr Inhalt. Es gibt leider Fachpresseverleger, die das nicht einsehen, die den Inhalt arg vernachlässigen, mit gleichgültigen Berichten ganze Spalten füllen — sie werden über kurz oder lang bemerken, daß das Publikum ihr Organ nicht mehr beachtet. Dagegen ist es eine wahre Freude zu sehen, wie gute Anregungen, Winke, die dem Leser von Wert sind, sofort Anfragen, Besuche, Zuschriften zeitigen, wie aus ihnen heraus ein anregender Verkehr mit den Lesern sich entwickelt und das „Fachblatt" immer mehr in den großen Kreis des wirtschaftlichen Geschehens sich einfügt. Es ist dies in der Tat von Bedeutung, weil dadurch das Fachorgan im Kontor und in der Werkstatt zum hochgeachteten Gefährten wird, dem man in vielen Dingen folgt — auch dann, wenn er in seinem Inseratenteil Waren oder andere Güter empfiehlt. Die Leitung des Inseratenteils darf m. E. sich nicht als bloßes Geschäft, als ein Aufnehmen jedes Zahlenden darstellen, ein Fachblatt darf nicht wahllos jede Firma zum Inserat laden, sondern nur diejenige, welche auch für gute Belieferung des Kunden bürgt. Es muß für die angegebene Firma eine Ehre sein, wenn dieses oder jenes Fachblatt sie zum Inserieren einlädt. Das wäre ein erstrebenswerter Zustand. Allerdings weiß ich als Fachmann nur zu gut, daß dieses Ideal sich in so schweren Zeiten wie heute sehr, sehr schwer verwirklichen läßt. Daß ich aber nicht allein stehe, beweist mir die gleiche Forderung des leider schon verstorbenen Dozenten für Zeitungswesen an der Hochschule zu Darmstadt,

Digitized by Google

Dr. Jakob Friedrich Meißner. Er war einer der ersten, die sowohl die volkswirtschaftliche wie die ungeheure ideelle Bedeutung der Fachpresse erkannt und wissenschaftlich dargelegt haben. Er sah hier eine Quelle deutscher Wissenschaft und deutschen Wesens sprudeln, die aus der tiefsten Seele unseres Volkes stammt: dem faustischen Drang nach höherer Erkenntnis.

So und nicht anders dürfen wir auch die deutsche Fachpresse betrachten. Nicht umsonst ist das deutsche Volk hier an der Spitze aller übrigen Nationen. Nicht umsonst hat die deutsche Fachpresse einen geschichtlichen Vorläufer, der allerdings nichts mehr mit der Mehrzahl der heutigen Organe gemeinsam hat, aber doch aus ähnlichem Drange heraus entstand: die Almanache, die Journale, die Revuen, die vor 100 und 150 Jahren in reicher Zahl in Deutschland entstanden. Sie waren die meist schöngeistigen Begleiter der Tageszeitungen und der Gazetten, die nach der Richtung der Mode, der Weltanschauung, der Dichtung hin den kurzen Bericht der Zeitungen erweiterten und vertieften. Wenngleich sie Politik nur in den seltensten Fällen behandelten, schon mit Rücksicht auf die äußerst scharfen Bestimmungen der damaligen Zensur — haben sie doch die geistige Entwicklung ihrer und der folgenden Zeit auf das allerstärkste beeinflußt.

Die moderne Fachpresse hat in ihrer Mehrheit andere Ziele und andere Zwecke, sie hat auch ein ganz anderes, wesentlich freieres Feld. Sie braucht nicht mehr die Umgehung der Zensur als eines ihrer Ziele zu setzen, sie kann unmittelbare produktive Zwecke verfolgen und tut dies auch in der Mehrzahl der Fälle.

Hier sei noch ein Gebiet gestreift, das die Fachpresse höchst erfolgreich pflegt, das der Kunst. Man braucht keine Namen zu nennen. Aber gerade Deutschland und vor allem der Süden Deutschlands marschiert hier wohl an der Spitze der Welt. Das ist das Urteil führender Köpfe der Zeit. Die rein materiell eingestellte Gegenwart ist diesen Blättern und ihrer Einstellung keineswegs günstig gesinnt. Trotzdem müssen auch sie gefördert werden, denn sie tragen bei zur Förderung deutscher Kultur drinnen und draußen. Sie schlingen ein Band zwischen Auslandsdeutschtum und Heimat; sie heben das Ansehen Deutschlands im Auslande, sie geben aber auch vielen deutschen Künstlern Nahrung und Brot.

Daß die Fachpresse für alle Zweige der Wirtschaft eine wichtige Rolle spielt, daß sie als Käuferin von Fabrikaten, als Verbraucherin von Druck, Papier und Kunst sehr bedeutsam ist, geht aus einer Betrachtung der Zahlen hervor, die Herr Dr. Kapfinger vom Münchener Institut für Zeitungsforschung statistisch bearbeitete: Da ist vor allem die Fülle der Gebiete interessant, die von der deutschen Fachpresse behandelt werden. Danach erschienen innerhalb des deutschen Reichsgebietes im Jahre 1925 Blätter über Wissenschaft in der stattlichen Gesamtzahl von 1862 Organen. Das ist immerhin ein erfreulicher Beweis des deutschen Idealismus in schwerster Zeit der Geldnot und Sorge. Man denke, wieviele Gelehrte sich mühen, um alle diese Forschungen zusammenzubringen, die jene Fachzeitungen der Öffentlichkeit übergeben. Die Theologie ist allein mit 222 evangelischen, 22 katholischen und 24 von anderen Bekenntnissen vertreten. In der katholischen Theologie sind die vielen Organe nicht einbezogen, die in Österreich erscheinen und hohen Rang einnehmen. Mit 52 Blättern erscheint die Philosophie, 27 jüdische und 11 Freimaurer- und Ordensblätter werden angeführt. 185 Organe bringt das Erziehungs- und Unterrichtswesen, stolz ist die Geschichte, Erd- und Völkerkunde mit 152 Blättern zu nennen. Ebenso die Sprach- und Altertumswissenschaft mit 47.

Der Naturwissenschaft dienen 155 Blätter, 15 der Tierheilkunde und 21 der Mathematik und Astronomie. Die Rechts- und Staatswissenschaft hat 148, die Finanzwirtschaft 49, die Politik und Volkswirtschaft 170, die Sozialwissenschaft 248 Blätter.

Sehr stattlich sind auch die Zahlen für Gewerbe, Handwerk und Industrie mit 636 Blättern und die Technik mit 232 Organen. Also befassen sich nahezu 1000 Fachschriften mit diesen Gebieten. Nach ihnen kommen Handel mit 184, Verkehrswesen mit 113, Buch- und Schriftwesen mit 95 Organen.

Kunst, Musik und Theater behandeln 132 Organe. Dazu kommen noch 84 Revuen und Literaturblätter. Zu ihnen gehören noch in mancher Hinsicht 36 Blätter für Stenographie, ferner 155 Unterhaltungsblätter und 109 für Frauen, Haus und Mode. Jugendzeitschriften haben wir 98, Reise- und Badeblätter 33, ferner 33 für das Sammelwesen (Briefmarken, Altertümer, seltene Tiere usw.), mit Studenten und Hochschulen befassen sich 39 Organe, ferner 38 mit verschiedenen Gebieten. Dem deutschen Sport gehört die stattliche Reihe von 238 Fachblättern.

Nach dieser Statistik dürfen wir die deutsche Fachpresse der Gegenwart auf die Gesamtzahl von 4500 bis 5000 Zeitschriften beziffern. Es bedarf keinerlei Worte, um darzulegen, daß sie ein starker volkswirtschaftlich bedeutender Faktor ist. Schon deshalb, weil viele Tausende von Menschen durch sie leben.

Interessant ist auch das Wachstum der Fachpresse in den letzten 85 Jahren, also von 1840 bis 1925, zu sehen. Damals hatten die Gebiete der Theologie, Philosophie 14 Organe, 1925 dagegen 423. Medizin, Mathematik, Naturwissenschaft hatten 17, heute 439. Rechtswissenschaft, Politik, Finanz hatten 8, heute 615. Industrie, Technik, Handwerk hatten 1840: 6, heute 964 Blätter, Handel und Verkehr 1, heute 297. Jugendschriften und ähnliches damals 2, heute 488. Sport gab es damals keines, erst 1860 2, heute 223.

Die Gesamtzahl der Fachpresse dieser Gebiete stieg von 68 damals auf 4383 heute!

Bezeichnend ist, daß der größte Sprung der Ziffern zwischen 1870 und 1910 liegt. Also in den Zeiten des größten deutschen Aufschwunges in kultureller Hinsicht, aber auch der zunehmenden Umstellung des Agrar- zum Industriestaate und damit der immer stärker drängenden sozialen Frage. Besonders vielsagend ist hier der Sprung der Ziffern der politischen und sozialen Organe von 52 im Jahre 1870 auf 529 im Jahre 1910. Die schweren Lebensverhältnisse der Massen schaffen Rätsel und Fragen, denen Regierungen und der gesamte kulturelle Rahmen nicht mehr gewachsen sind. Ein Suchen und Tasten beginnt, das in der Fachpresse seinen deutlichen Niederschlag findet. Berlin hat die meisten Fachblätter im Reiche, aber auch andere Städte, wie z. B. Leipzig, München, Hamburg, Frankfurt, Dresden, Hannover, Stuttgart, Breslau, Köln, Karlsruhe, Heidelberg liefern wertvolle Steine zum Bau der Fachpresse und beweisen die Vielgestaltigkeit des deutschen Geisteslebens.

Wenn wir die Fachpresse heute überschauen, so stellt sie sich als ein Werk deutschen Geistes dar, das wir nicht hoch genug werten können. Mögen andere Nationen den Gebrauch der Seife zum Gradmesser ihrer Kultur machen — wir Deutsche werden trotz aller Hygiene immerhin die Kultur letzten Endes nach ihren geistigen Werten beurteilen. Da muß wohl jeder zugeben, daß die Fachpresse ein sehr wesentlicher Träger und Faktor im deutschen Kulturgeschehen ist. Die Not der Zeit hat uns materielle Güter in ungeheuerem Maße geraubt. Um so mehr ist es am Platze, nach den ideellen Werten wieder Umschau zu halten. Da erweist sich die Fachpresse für Millionen berufstätiger Menschen als ein Führer und Freund, als Förderer und Helfer, der die allergrößte Beachtung verdient. Denn sie ist ein wichtiges Fundament der gesamten deutschen Kultur.

Digitized by Google

Polizei und Presse.

Der siebente Jahrgang des „Polizeioffizier“, Zeitschrift des Reichsverbandes Deutscher Polizeioffiziere, wurde eröffnet mit einem von Ministerialrat Hans Goslar, Leiter der Pressestelle des Preußischen Staatsministeriums, stammenden Beitrag zum viel erörterten Thema „Behörden und Presse“. Der Autor beschäftigte sich eingangs generell mit den Beziehungen dieser beiden sich auch heute noch in Einzelfällen feindlich oder wenigstens ablehnend, mißtrauisch und wenig verständnisvoll gegenüberstehenden Diener am Gemeinwohl und legt den Unterschied in der beruflichen Grundauffassung beider dar. Das Hauptprinzip, das jede Behörde — die Offenherzigkeit der amerikanischen Behörden der Presse gegenüber sei in den meisten Ländern nicht eingebürgert — der Presse gegenüber im Auge haben müsse, heiße: „Sich nicht in die Defensive drängen lassen.“

„In die Defensive gerät man aber sofort, sobald irgendwie „etwas durchsickert“ und nunmehr die Behörde in einem stürmischen Frage- und Antwortspiel in die Ecke manövriert wird. Die Losung muß deshalb heißen: Offensiv vorgehen, d. h. unter allen Umständen die Situation so in der Hand zu behalten, daß man selbst den Zeitpunkt der ersten Veröffentlichung in einer bisher sekret gehaltenen Sache bestimmt.“

Zur Durchführung einer solchen Taktik dürfe eine Angelegenheit nicht einen Tag und nicht eine Stunde länger, als es die wohlverstandenen Staatsinteressen erfordern — persönliche Ängstlichkeit und Pressescheu der Referenten sei durchaus nicht immer mit wohlerwogenen Staatsinteressen gleichzusetzen — geheim gehalten werden.

Nachdem der Autor dann noch jeder Behörde aus Zweckmäßigkeitsgründen (vor allem Beherrschung des technischen Apparates) engstes Zusammenarbeiten mit einer ganz aus geschulten Journalisten bestehenden Pressestelle, die mit der Psychologie der Presse eingehend vertraut sei, empfohlen hat, führt er, zu seinem Spezialthema „Polizei und Presse“ übergehend, u. a. folgendes aus:

„Langsam erst und allmählich hat sich die Polizei in Preußen und Deutschland von der Vorstellung freimachen können, in der Presse den Gegner, anstatt den Mitarbeiter und Helfer zu sehen. Es gehört nur ein wenig Vertrauen und vor allem verständnisvolles Eingehen auf die Eigenart der Presse, die eben in dem Drang zur schnellsten Information besteht, dazu, um sie bei wichtigen Aktionen regelmäßig auf seiner Seite zu haben. Diejenige Behörde wird immer noch am besten fahren, die es versteht, im längeren engen Zusammenarbeiten sich einen Kreis von Journalisten heranzuziehen, mit dem sie auf der Basis gegenseitigen Vertrauens verkehrt. Ein derartiger Kreis von befreundeten Journalisten kann jeder Polizeibehörde nur von größtem Nutzen sein. Die Offiziere hören von den Männern der Presse so manches, was ihnen sehr wertvoll sein kann, und sie werden oft genug dabei ihre alte Auffassung vom Wesen der Presse korrigieren können.

Gut mit der Presse arbeiten wird im wesentlichen nur der Polizeioffizier, welcher das richtige innere Verhältnis zu ihr gefunden hat. Die Presse darf ihm kein lästiger Mahner und Störenfried, kein indiskreter Dränger sein, den man, wenn man schon sich um die behördliche Arbeit mit ihm nicht herumdrücken kann, mit einem Gemisch aus Furcht und Abneigung behandelt und den man nur dann einmal benutzen will, wenn man ad majorem gloriam seiner speziellen Behörde oder gar der eigenen Person — auch das soll, einem on dit zufolge, vorkommen — etwas von ihm haben will.

Die Presse besteht auch nicht etwa, wie man manchmal noch sagen hört, nur aus Leuten, die ohne tiefere Sachkenntnis und nur aus Interesse eine Nachricht zu erhaschen, ihre Zeitung redigieren. Eine solche Unterschätzung des Kontrahenten ist immer gefährlich. Sie ist aber auch ungerecht. Vielmehr sollte man wissen, daß heute in den Redaktionen der meisten Blätter Leute sitzen, die sich sehr oft in mühevoller und ideenreicher Arbeit zu ausgezeichneten Spezialisten ihres Faches durchgebildet haben. Ich kenne in gar vielen Redaktionen Männer, die man heute so, wie sie sind, in ein wichtiges Ministerialreferat oder sonst einen Behördenposten setzen könnte und die ihre Arbeit ausgezeichnet verrichten würden. Das alte Bismarck-Wort, daß es viel leichter ist, aus einem tüchtigen Journalisten einen Geheimrat, als aus zwei Geheimräten einen tüchtigen Journalisten zu machen, hatte schon seine tiefen Gründe. Darum: keine Unterschätzung der Presse, auch nicht derart, daß man ihr in der Hoffnung auf ihre Gutgläubigkeit Material vorsetzt, dessen Lückenhaftigkeit und Nichtstichhaltigkeit der eingeweihte und kritische Sachverständige erkennen muß. Sondern wenn irgend möglich vertrauliche und offene Zusammenarbeit sowie Lieferung nur von Qualitätsarbeit von Behörden an die Presse!

Man hat in den Redaktionen und in den Pressekonferenzen ein scharfes Ohr dafür, wo in den Behörden Unbeholfenheit und Ängstlichkeit zu Hause ist, und wo andererseits gewandte Menschen sitzen, die für die Rolle der Presse im modernen Leben volles Verständnis besitzen. Unsere Polizei wird nicht schlecht dabei fahren, wenn sie der Presse Gerechtigkeit widerfahren läßt und wenn sie versteht, ein auf gegenseitiges Vertrauen gegründetes Verhältnis zu schaffen.“

Jahrbuch der Tagespresse.

Eine Anzahl Redaktionen und Verlage haben es leider bisher versäumt, zu dem auf den 9. Februar festgesetzten Termin die ausgesandten Fragebogen, ausführlich beantwortet, dem Carl Duncker Verlag, Berlin W 62, zurückzusenden. Auch an dieser Stelle sei noch einmal darauf hingewiesen, daß hier höchste Eile geboten ist, da sonst das „Jahrbuch der Tagespresse“ auch in der zweiten Ausgabe unvollständig erscheint. Im Interesse der gesamten Presse liegt es, daran mitzuarbeiten, daß das „Jahrbuch der Tagespresse“ von Ausgabe zu Ausgabe immer vollständiger zu dem Handbuch des deutschen Zeitungswesens wird.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Grenzen der Kriminaljournalistik.

Conan Doyle war es, der durch seine Sherlock Holmes Kriminalnovellen recht eigentlich die Anregung zu vielen ähnlichen Veröffentlichungen gab und dadurch sozusagen eine neue „Branche“ in der Schriftstellerei, die Kriminaljournalistik, eröffnete, die heute nicht selten ganze Spalten der Tageszeitungen und anderer Blätter füllt. Ein Heer von „Spezialjournalisten“ befaßt sich nur noch mit der Niederschrift solcher manchmal wahrhaft blutrünstigen und nervenaufpeitschenden Geschichten. In Amerika und England floriert diese Art Literatur schon seit mehr als fünfzig Jahren, bei uns hat sie zunächst in Form von Hintertreppen-Romanen und dann in der Presse seit der Wende des Jahrhunderts recht eigentlich ihren Einzug gehalten. Ihr Hauptvertreter ist heute der in seiner Art auch als Theater-Autor zweifellos geschickte oder zum mindesten doch sehr erfolgreiche Londoner Schriftsteller Edgar Wallace. Er hält übrigens den Weltrekord mit Bezug auf Massenherstellung von Novellen und Theaterstücken, die sich vielfach auch mit kriminalistischen Dingen befassen.

Die Leserschaft der Zeitungen in allen Ländern, sogar in Japan, China und anderen exotischen Gebieten, stürzt sich mit einem wahren Feuereifer auf diese Art Lektüre. Zeitungen, die früher gar nicht daran dachten, derartige zumeist doch nicht Dauerwerte darstellenden Ereignisse zu veröffentlichen, fühlen sich heute dazu gezwungen, da sie sonst Gefahr zu laufen glauben, viele Abonnenten zu verlieren. Die Redaktionen ergreift wohl nicht selten Bitterkeit, wenn sie diese Kriminalmachwerke ihren Lesern vorsetzen müssen. Aber es bliebe ihnen nichts anderes übrig, der Geist der Zeit wolle es, so lautet die Entschuldigung.

Wieder und wieder haben sich von seiten einsichtiger Männer der Presse, Literatur und Wissenschaft starke Stimmen gegen das Überhandnehmen dieser in seichter Art und leider vielfach auch stark erotisch geschriebenen Kriminalgeschichten erhoben, aber die Warner hatten wenig Erfolg. Die Flut der Kriminalliteratur in Buch und Presse steigt vielmehr in beängstigendem Tempo weiter an. Sehr schlimm sind dabei vielfach auch die lokalfeuilletonistisch von sogenannten „Kriminalfachleuten“ langatmig ausgearbeiteten Be-

Digitized by Google

richte über Verbrechen, die vorher schon in zumeist sachlicher und klar verständlicher Form gebracht wurden, dann aber trotzdem nochmals zeilenmäßig ausgeschlachtet werden.

Anders liegen die Dinge mit Bezug auf die Gerichtsreportage, über die an dieser Stelle ja von berufener Seite wiederholt geschrieben wurde. Prozeßberichterstattung ist unbedingt notwendig. Sie ist unter Umständen sogar von großem Wert als Beitrag zur Kulturgeschichte der Zeit. Doch auch da werden Kriminalfälle häufig genug in geradezu grotesker und moralisch gefährlicher Weise breitgetreten. Ganz besonders gefährlich für die heranwachsende Jugend sind dabei die als Aufreizer niedrigster Instinkte geschriebenen, langatmigen Berichte über Sexualverbrechen.

Noch in den neunziger Jahren und auch zur Zeit der Jahrhundertwende lasen die Schüler unserer Lehranstalten gern gute Bücher aus der Schulbibliothek. Heute zielt ihr literarisches Begehren mehr und mehr in einer ganz anderen Richtung. Gemeinschaftlich werden Kriminalromane oder erotische hart an die Grenzen des Erlaubten streifende Bücher gekauft und von den Schülern und Schülerinnen mit einer wahrhaften Gier verschlungen. Ergänzt wird dieses gedruckte Gift noch durch die für Jugendliche verbotenen Kinostücke. Verbotene Frucht schmeckt am besten, und die Jugend von heute weiß sich schon zu solchen Darbietungen Eintritt zu verschaffen.

Manche unter den modernen Kriminalschriftstellern behaupten, daß derartige Literatur schon deshalb großen Wert besitze, weil sie ja belehrend und abschreckend wirke. Das ist ein Trugschluß, denn die Kriminalstatistiker z. B. der britischen und amerikanischen Polizei haben den Beweis erbracht, daß genau das Gegenteil der Fall ist und durch derartige, angeblich aus Fachkenntnis geschriebene Verbrechergeschichten das jugendliche Verbrechertum von Jahr zu Jahr sichtlich zunimmt. Der Inhalt dieser Erzählungen treibt nicht wenige junge Leute, die vielleicht ohnehin schon eine Veranlagung in sich hatten, auf die schiefe Bahn und dem Verbrechen in die Arme. Auch abgesehen von ihrer Wirkung auf Jugendliche sind die leider so gern gelesenen Kriminalnovellen und Romane geistiges Gift für unser gesamtes Volk. Heute sind wir soweit, daß sogar in nicht wenigen Zeitungsromanen Morde und Bankeinbrüche, Sexualverbrechen und ähnliche Dinge vorkommen müssen, weil sonst die Sachen nicht mehr als aktuell, nicht mehr als zeitgemäß angesehen werden.

Es ist höchste Zeit, daß die deutsche Presse gegen diese Art gefährlicher Kriminaljournalistik energisch Front macht.

Paul Freye, Frankfurt a. M.

Ein unbilliges Verlangen und eine treffende Antwort.

Eine Weinfirma übersandte anläßlich ihres Jubiläums einer rheinischen Zeitung mit der Bitte um unentgeltliche Aufnahme im Textteil eine Notiz, in der unter dem Deckmantel des Jubiläums kostenlose Reklame für die Firma gemacht wurde. Es wurde Bezug auf eine herausgegebene Festschrift genommen, die der Notiz jedoch nicht beilag.

Der Verlag lehnte die Aufnahme dieser Reklamenotiz ab und führte in seinem Antwortschreiben weiter an:

„Wir sind natürlich bereit, diese Reklame gegen Bezahlung zu veröffentlichen. Demnächst feiere ich meinen 50. Geburtstag, und Sie würden mich für komplett verrückt erklären, sollte ich von Ihnen eine Geburtstagsweinkiste von 25 Flaschen auserlesener Weine gratis erbitten."

Wie nicht anders zu erwarten war, lehnte die Weinfirma die Übersendung der Gratisweinkiste selbstverständlich ab, offerierte dagegen eine Kiste von 30 Flaschen zur Hälfte des Preises, ein Angebot, auf das der Verlag natürlich nicht reagierte.

Es wäre wirklich im Interesse der Reinigung des Textteiles von mehr oder minder verschleierten Reklamenotizen zu begrüßen, wenn jede Redaktion oder jeder Verlag gegenüber unbilligen Forderungen eine ebenso eindeutige Haltung einnähme, wie es in dem oben skizzierten Falle geschehen ist. Den Firmen würde auf diese Weise klargemacht, welch unsinniges Verlangen sie mit der Bitte um kostenlose Reklame an die Zeitungen richten. H. Giersiepen-Velbert.

Schon wieder: „Allgemeiner Schriftstellerverein".

Auch aus Münster/W. geht uns eine Beschwerde über den Allgemeinen Schriftstellerverein zu. Von einem dortigen Blatte versuchte die Rechtsabteilung des Vereins gleichfalls ein Honorar wegen unberechtigten Nachdrucks einzutreiben, trotzdem der in Frage kommende Artikel von dem Blatte rechtmäßig erworben und bezahlt war. Auch in diesem Falle hatte der Allgemeine Schriftstellerverein sich nicht im geringsten bemüht, festzustellen, ob es sich um einen berechtigten oder unberechtigten Nachdruck handelte.

Feststellung.

Auf besonderen Wunsch stellen wir hierdurch fest, daß der Fachschriftsteller Wilhelm Schrage in Berlin nicht identisch ist mit dem im Artikel des Kollegen Albert-Dresden (Nr. 53, Seite 609) erwähnten C. G. Schrage, Vertreter der Kundenzeitung „Das Publikum" in Berlin.

Recht und Presse

Der Prozeß Schwarzschild/Reichsrichter. Vor dem Amtsgericht Schöneberg ist am 30. Januar in dem Privatbeleidigungsprozeß des Herausgebers des „Montag-Morgen" Leopold Schwarzschild gegen den Senatspräsidenten Reichert des Reichsgerichts, Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes und Herausgeber von dessen Organ „Deutsche Richterzeitung", und den Reichsgerichtsrat i. R. Bewer folgendes Urteil verkündet worden: „Die Angeklagten werden freigesprochen." Es handelt sich, wie bekannt, um einen Artikel des Reichsgerichtsrats Bewer in der „Deutschen Richterzeitung", in dem dem Privatkläger empörende Wahrheitswidrigkeit vorgeworfen und er außerdem mit dem Ausdruck „rechtsbeugender Literat" belegt wurde. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß eine Verurteilung aus § 186 St. G. B. nicht in Frage komme, da es kaum Zweifeln unterliegen könne, daß die Angeklagten nicht das Bewußtsein gehabt hätten, die Äußerung sei objektiv geeignet, die Ehre aller derjenigen Schriftsteller zu kränken, die ähnliche Artikel schreiben. Auch eine rechtswidrige Beleidigung liegt nicht vor, da der Schutz des § 193 St. G. B (Wahrnehmung berechtigter Interessen) den Angeklagten zuzubilligen sei. Er hätte ihnen nur dann nicht zugebilligt werden können, wenn der Artikel nicht in der „Deutschen Richterzeitung", sondern in irgend einer Tageszeitung gestanden hätte. Herr Schwarzschild hat gegen das Urteil des Amtsgerichts Schöneberg Berufung einlegen lassen.

Fachrundschau

Lessing in der Presse.

Eine Sonderausstellung des Deutschen Instituts für Zeitungskunde in der Preußischen Staatsbibliothek.

Im Rahmen der Lessingausstellung der Preußischen Staatsbibliothek zeigt eine Sonderabteilung den Dichter auch in seinen Beziehungen zur Presse. Allgemein bekannt und auch in dem Lessingartikel in Nr. 3/28 der „Deutschen Presse" hervorgehoben ist, daß Lessing in Berlin längere Zeit als Kritiker und als Redakteur tätig war. Es ließen sich natürlich nicht alle seine Arbeiten aus dem vorhandenen Material nachweisen, doch konnte trotzdem eine reichhaltige und interessante Ausstellung zusammengetragen werden, als deren Sachbearbeiter Dr. Hans Traub, Assistent am deutschen Institut für Zeitungskunde, zu nennen ist. Er hat in dieser Sonderschau versucht, das periodische Schrifttum, an dem Lessings Mitarbeit bekannt geworden ist, bibliographisch zu erfassen und dem Besucher kritisch näher zu bringen. Dabei haben ihn die Preußische Staatsbibliothek und das Haus Ullstein unterstützt. Das reichhaltige Material, das Dr. Traub aus der Fülle des Stoffes sich erarbeitet hat, gruppiert sich um eine Handpresse aus Lessings Zeit, die der deutsche Buchgewerbeverein Leipzig zu der Ausstellung beigesteuert hat. In chronologischer Folge werden dann die Periodica gezeigt, an denen Lessing als Herausgeber, Mitarbeiter oder Verleger beteiligt war, und darüber hinaus Schriften, die Ein-

Digitized by Google

In jungen Jahren arbeitete ich in meinem eigenen Sinne; zwischen Gleichgesinnten bildete sich ein Vertrauensverhältnis heraus, und dieses Vertrauen erzeugte den Mut, immer und überall die Wahrheit zu sagen und zu fordern. Ich dachte damals, der Egoismus sei das einzig Aufbauende im Staat.

Doch merkte ich schon, als ich als Setzer in meinem eigenen Betriebe arbeitete, daß ich mich etwas überschätzt hatte: der Wille des Arbeiters brach sich überall am Willen des Arbeitgebers. Es kam zu Streiks, die allerdings den Boden der eigenen Wirtschaft nicht verließen. Den zweiten Stoß erhielt ich auf der Universität: ich sah, daß auch der Handwerker sich bedrückt fühlte.

Damals schossen die Organisationen wie Pilze aus dem Boden. Es entstand auf der einen Seite eine überorganisierte Bürokratie, während die Individuen auf der anderen Seite, besonders in der Kunst, der Anarchie verfielen (Expressionismus).

Niemand hatte mehr den Mut, die Wahrheit zu sagen. Auch die Zeitung spiegelte diese Entwicklung zum Unpersönlichen in der Flucht in die Anonymität, in Korrespondenzen; Organisationen bedrohten Zeitungen, die unangenehme Wahrheiten aussprachen, mit dem Entzug des Abonnements usw.

Das nationale Leben, so schloß der Redner, kann nur wieder aufgebaut werden von der persönlichen Verantwortung her. Ohne ein starkes Ich-Bewußtsein ist kein Fortschritt mehr möglich. Jeder wird stumpfsinnig alles glauben, und das Leben wird in Form erstarren.

Den weiteren Verlauf des Abends begleitete das Münchener Bläserquartett des Nationaltheaters mit ausgezeichneten Vorträgen. Die Schlußansprache hielt der Verlegervorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft, Kommerzienrat Müller-Freising.

Bei einem kalten Imbiß, der sich an den Empfang anschloß, blieben die Teilnehmer in lebhaftem und fruchtbarem Gedankenaustausch noch lange beieinander.

Personalien

Chefredakteur Kurt Doerry konnte am 1. Februar das Jubiläum seiner 25jährigen Tätigkeit als Mitarbeiter des Verlages August Scherl G. m. b. H. begehen. Kollege Doerry, der als Pionier der deutschen Sportbewegung allgemein bekannt und geschätzt ist, trat im Jahre 1904 mit der von ihm begründeten Zeitschrift „Sport im Bild“ als Chefredakteur dieser Zeitschrift in den Verlag ein. Vor anderthalb Jahren übernahm er die Leitung der Zentralen Sportredaktion des Hauses Scherl. Kollege Doerry, der ein ebenso guter Organisator wie Journalist ist und der sich besonders verdient um die Gründung und den Ausbau des deutschen Hockey-Bundes gemacht hat, ist seit mehreren Jahren Vorsitzender des Vereins deutscher Sportpresse. Während der Olympiade in Amsterdam wurde er einstimmig zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden des Internationalen Sportpresse-Verbandes gewählt.

Robert Schiering †. Der langjährige Redakteur des „Grünberger Wochenblattes“, Kollege Robert Schiering, ist nach halbjährigem schwerem Krankenlager im 61. Lebensjahre gestorben. Seit Juli 1908 hat der Verstorbene als Redakteur des „Grünberger Wochenblattes“ gewirkt. Mit ihm ist ein Mann von hohen journalistischen Fähigkeiten und ein sicherer Kenner dessen, was man die Psychologie der Zeitung nennt, dahingegangen. Er kannte sich ausgezeichnet in dem Gedanken- und Gefühlskreis der Leserschaft seines Blattes aus. Daneben besaß er immer ein hohes Empfinden für die Würde und das Ansehen der Presse und unseres Standes und war sich stets der Verantwortlichkeit gegenüber seinem Blatt und der Öffentlichkeit bewußt. Schiering war am 15. März 1868 in Potsdam geboren. Schon mit 21 Jahren war er journalistisch tätig. Seine erste Redakteurstellung führte ihn 1890 an die „Neuruppiner Zeitung“. Schiering, der in unermüdlichem Selbststudium sich ein ausgezeichnetes Wissen erworben hatte, hat auch als Verfasser mehrerer Theaterstücke Bühnenerfolge erlebt. Sowohl beim „Grünberger Wochenblatt“ selbst wie im Kreise der Kollegen und der Leserschaft wird sein Andenken stets in hohen Ehren gehalten werden.

Paul Vaith, früher langjähriges Mitglied der Redaktion des „Hamburger Fremdenblattes“, jedoch seit einigen Jahren im Ruhestand, starb im Alter von 64 Jahren. Kollege Vaith leitete während vieler Jahre den Handelsteil des „Hamburger Fremdenblattes“ und nahm lebhaften Anteil an seinem Ausbau. Später übernahm er die Redaktion der im gleichen Verlage erscheinenden „Deutschen Übersee-Zeitung“ und der „Technischen Rundschau“. Weit über den engeren Kreis der Berufskollegen hinaus erfreut er sich größten Ansehens und allgemeiner Wertschätzung. Ehre seinem Andenken!

Inhaltsangabe:

Otto Wenzel †. Von H. R.
Um die Freiheit der Kritik.
Die Bedeutung der deutschen Fachpresse. Von Dr. Karl Thomas Fleischmann.
Polizei und Presse.
Grenzen der Kriminaljournalistik. Von Paul Freye.
Ein unbilliges Verlangen und eine treffende Antwort. Von H. Giersiepen.
Recht und Presse.
Schon wieder: „Allgemeiner Schriftstellerverein“.
Feststellung.
Fachrundschau. (Lessing in der Presse. Eine Statistik des deutschen Zeitungswesens im Auslande. Die deutsche Presse in Nordschleswig. Neue Bukarester Zeitung. Vereinigung der Berichterstatter der reichsdeutschen Presse in Wien. Vereinigung ausländischer Pressevertreter in Stockholm.)
Aus der Organisation.
Bezirksarbeitsgemeinschaften.
Winter in Oybin.
Personalien. (Kurt Doerry, Robert Schiering, Paul Vaith †.)
Mitgliederbewegung.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Verein Niedersächsische Presse. Ferdinand Meyer (Hildesheimer Volksblatt), Hildesheim, Jakobistr. 43; Bruschke (Hildesheimer Volksblatt), Hildesheim, Hagemannstr. 9; Dr. Friedrich Rasche (Hannoverscher Anzeiger), Hannover, Isernhagener Str. 47; Dr. Poppe (Hannoverscher Anzeiger), Hannover, Harnischstr. 6; Erich Seifert (Lippische Landeszeitung), Detmold, Leopoldstr. 12; Wilhelm Vesper (Lippische Tageszeitung), Detmold.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Kölner Presse. Hugo Efferoth (Rheinische Zeitung), Köln-Mauenheim, Gunterstr. 110; Hans Bitter (Vertreter des Dortmunder Generalanzeigers), Köln-Klettenberg, Hirschbergstraße 20; Dr. Hans Koch (Kölner Lokal-Anzeiger), Berg.-Gladbach, Friedhofstr. 3; Josef Gutberlet (Dürener Zeitung), Düren, Uhlandstr. 19.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. Eva Büttner (Volksstaat), Dresden.-A., Reitbahnstr. 29.

II. Neuanmeldungen.

Bezirksverband Berlin. Rich. Bölczey (Völkermagazin); Kuno Ockhardt (Ullst.).

Verein Niedersächsische Presse. Red. Dr. Piepenbrink (Lippische Tageszeitung), Detmold.

Landesverband Mitteldeutschland. Fritz Wetzel (Sangerhäuser Zeitung), Sangerhausen, Alte Promenade 16; Armin Keunecke (Schönebecker Tageszeitung), Schönebeck/Elbe, Schillerstr. 12 a.

Verein Niedersächsische Presse. Dr. Bretzler (Leiter der Pressestelle beim Reichsverband des Deutschen Handwerks), Hannover, Albert-Niemann-Straße 14.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Hellweg-Märkischer Presseverein. Hildegard Schmidt (Westfälischer Kurier), Hamm; Heinrich Müser (Westfäl. Kurier), Hamm.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. Karl Rudolf Burock (Dresdner Vertr. völk. Zeitungen), Dresden, Böhnischpl. 1; Dr. phil. Hans Zimmer (Sächs. Handwerker- und Gewerbezeitung), Kötzschenbroda b. Dresden, Schweizer Str. 3; Dr. phil. W. Barthel (Dresdener Anzeiger), Dresden-A. 1, Könneritzstraße 15.

Landesverband Schleswig-Holstein-Lübeck. Die in Nr. 5 aufgegebene Neuanmeldung des Kollegen Dr. Paul Langemack, Kiel, wird hiermit zurückgezogen.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68. Zimmerstraße 86.

Feuerschutz im Warenhaus

Von Regierungs- und Baurat Hermann-Berlin.

Nachdem jahrzehntelang die deutschen Warenhäuser von Brandschäden verschont waren, sind im Laufe des letzten halben Jahres zwei Warenhäuser in Berlin und zwei Häuser in anderen Städten des Reiches von ernstlichen Schadenfeuern heimgesucht worden. Menschenleben sind hierbei nicht vernichtet worden, auch dort nicht, wo das Feuer während der Verkaufszeit entstand.

Mit Recht fragt gleichwohl die Öffentlichkeit die Inhaber der Warenhäuser und die Sicherheitsbehörden, ob alles in menschlicher Macht Liegende zum Schutz des Publikums und der Angestellten bei der Errichtung und bei dem Betrieb der Warenhäuser geschieht, und ob nicht in noch höherem Maße als bisher durch Feuerschutzmaßnahmen Brandfällen vorgebeugt werden kann.

Gänzlich ausschalten läßt sich die Brandgefahr nicht, solange auf die Verwendung von Gas und Elektrizität auch im Warenhaus nicht verzichtet werden kann, Heizung und Beleuchtung nicht ohne Feuer und Glut möglich sind, und solange mit Fahrlässigkeit von Besuchern oder Angestellten gerechnet werden muß. Gemessen aber an der Zahl der Verluste an Menschenleben sind offensichtlich die

Gefahren im Warenhaus gering

gegenüber den Gefahren, denen wir uns an anderen Stellen unbesorgt aussetzen, — sei es in der verkehrsreichen Straße der Großstadt oder auf der Bahn, sei es in einem Ozeandampfer oder in einem Gebirgshotel. Die geringe Zahl von Unglücksfällen in Warenhäusern kann ohne Zweifel in erster Linie den Feuerschutzeinrichtungen zugeschrieben werden.

Jeder Entwurf zu einem Warenhaus-Neu- oder Umbau wird, bevor er baupolizeilich genehmigt wird, von Feuerwehringenieuren sachverständig geprüft. Durch die baupolizeiliche Genehmigung wird die Befolgung aller für den Warenhausbau und -betrieb — in Preußen seit dem Jahre 1907 — geltenden Sonderbestimmungen gefordert. Nicht nur während des Baues, sondern auch nach der Inbetriebnahme erfolgen häufig örtliche Prüfungen durch die Sicherheitsbehörden. In kurzen Worten mögen nachstehend einige der üblichen feuerpolizeilichen Sonderforderungen aufgeführt sein: Es werden in der Regel gefordert feuerbeständige Ausführung von Wänden, Decken und Treppen, Unterteilung von Keller und Dach in feuerbeständige Abschnitte, derart, daß auf höchstens 25 m Entfernung von jedem Punkt 2 Ausgänge ins Freie erreicht werden können, feuerbeständige Trennung des Kellergeschosses vom Erdgeschoß derart, daß Qualm und Feuer aus dem Keller nicht in das Erdgeschoß dringen können, feuerhemmende, nur nach außen aufschlagende Türen, Zahl und Breite der Treppen und Ausgänge je nach der Größe der Nutzfläche, Feuermelder, Hydranten, Handfeuerlöscher der verschiedensten Art, Entqualmungsvorrichtungen in Treppenhäusern und Lichthöfen, Notbeleuchtung, Freihalten von Hauptverkehrswegen im Innern und von Freiflächen an den Ausgängen.

Die in Preußen seit dem Jahre 1907 geltenden Warenhausbestimmungen machen aber z. Zt. Ergänzungen erforderlich, da sie sich den wachsenden Abmessungen der Warenhäuser und den

Fortschritten der Technik anzupassen

haben. Ein hierzu neuaufgestellter Entwurf wird z. Zt. geprüft. Die Interessenten und die Berufsgenossenschaft werden Gelegenheit haben, zu dem Entwurf Stellung zu nehmen; nach endgültiger Festsetzung dieser Bestimmungen durch den Herrn Minister für Volkswohlfahrt werden sie den Behörden und der Öffentlichkeit übergeben werden. Die hierbei im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Ergänzungen werden u. a. folgenden Gesichtspunkten Rechnung tragen müssen:

1. Erleichterungen gegenüber den Bedingungen der örtlichen Baupolizeiverordnungen kommen nur in Frage, wenn als Ersatz gleichwertige andere Sicherungen angelegt werden. Sollen z. B. durch die Anlage von Lichthöfen die einzelnen Geschosse einräumig miteinander in Verbindung gebracht werden oder innere Brandmauern, welche die Übersichtlichkeit und den Verkehr beeinträchtigen, auf größere Entfernung voneinander, als es die Bauordnung zuläßt, errichtet werden, so sollen bei Erhitzung auf etwa 72 Grad selbsttätig in Wirksamkeit tretende Regenanlagen und eine gleichzeitig selbsttätige Alarmierungsvorrichtung eingebaut werden. Diese „Sprinkleranlagen" haben sich im Auslande schon seit längeren Jahren als durchaus zuverlässig erwiesen. Nur in etwa 4 Prozent der Brandfälle in gesprinklerten Häusern haben sie nach einer amerikanischen Statistik nicht befriedigend gewirkt. Die Feuerversicherungsgesellschaften gewähren gesprinklerten Häusern weitgehenden Prämienerlaß. Der Wasserschaden, der bei Feuer durch Sprinkler eintritt, ist äußerst gering, da nur an der Stelle, an welcher ein Feuer entsteht, das Wasser aus den Düsen über dieser Stelle austritt. Auch größerer Wasserschaden könnte im übrigen nicht ins Gewicht fallen, wenn es sich um die Sicherheit zahlreicher Menschen handelt. Es darf aber

Digitized by Google

nicht verkannt werden, daß Sprinklerung nur einzelner Räume und Teile eines Gebäudes vollen Erfolg nicht verspricht, da die Anlage nur die Aufgabe hat, unter den Düsen aufkommendes Feuer im Entstehen zu unterdrücken, nicht aber imstande ist, ein an anderer Stelle entstandenes und bereits entwickeltes Feuer zu löschen.

2. Mit wachsender Zahl der Geschosse muß die Zahl der Treppen zunehmen.

3. Für Hochgeschosse, welche mit den mechanischen Leitern der Ortswehr nicht erreicht werden können, sind ohne jede innere Verbindung mit den unteren Geschossen besondere Angriffstreppen für die Feuerwehr anzulegen.

4. Festsetzung bestimmter Entfernungen von gegenüberliegenden Gebäuden.

5. Für Hochgeschosse sind als Rettungswege für das Publikum oder Personal besondere Sicherheitstreppen ein- oder anzubauen.

6. Die ständig freizuhaltenden inneren Verkehrswege und die Freiflächen an den Türen sind zu vergrößern. Die Freiflächenpläne sollen aushängen.

7. Anlage von neuzeitlichen Feuermeldern.

8. Einstellung von ausgebildeten Feuerwehrleuten und Schulung des Personals durch Instruktion und Probealarm möglichst unter Anleitung der Ortsfeuerwehr.

9. Ergänzungen bezüglich der elektrischen Licht- und Kraftanlagen und Gerätschaften wie Bügeleisen und dgl.

10. Vorschriften für Sonderverkäufe, Inventurausverkauf, weiße Woche, Weihnachtsausstellungen, Modeschauen und Außenreklame bezüglich Vergrößerung der Freiflächen, Sicherung der provisorischen Installationen, feuerhemmende Imprägnierung der Dekorationen u. dgl.

11. Vorschriften, inwieweit auch bei bestehenden Häusern Verbesserungen und Ergänzungen bezüglich des Feuerschutzes durchzuführen sind.

Bis zum Inkrafttreten der neuen Vorschriften sind die örtlichen Sicherheitsbehörden darauf angewiesen, nach eigenem Ermessen ihre Sonderbedingungen im Einzelfall den neuzeitlichen Verhältnissen anzupassen und abzuwägen, wie weit einerseits die öffentliche Sicherheit Erschwerungen gegenüber den bisherigen Vorschriften fordert, andrerseits aber auch Rücksicht geboten ist auf die wirtschaftliche Notlage unserer Tage. Wenn die Behörden bei der Aufsicht über die Warenhäuser ihre Aufgabe darin sehen, nicht nur Schützer und Helfer für Publikum und Angestellte zu sein, sondern auch für den Inhaber, dann wird auch der Inhaber mehr und mehr den Auflagen der Behörden Verständnis entgegenbringen und vom Beginn der Planung neuer Bauten an die Hilfe der Behörden suchen und in Anspruch nehmen. Der öffentlichen Sicherheit wird durch dieses Zusammenarbeiten am besten gedient sein.

Volontär bezw. Volontärin

für Zeitschriftenverlag zu möglichst sofortigem Antritt gesucht. Angebote unter „D. P. 1428“ an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48.

Dr. phil.

sucht für den 1. April Beschäftigung als

Redaktions-Volontär

an größerer Zeitung.

Angebote unter D. P. 1438 an die Geschäftsstelle der „Deutschen Presse“, Berlin SW 48, Friedrichstr. 240/41.

Verbandsmitglied

bietet in schönem Orte des Südharzes Söhnen und Töchtern von Kollegen

gute Pension

Humanistisches Gymnasium am Ort. Beaufsichtigung der Schularbeiten, gegebenenfalls Nachhilfe-Unterricht. Anfragen an

Redakteur Weber, Ilfeld, Südharz.

Kurzgeschichten

zumeist heiteren Inhalts mit starker Pointe vergibt auch im

Zweitdruck

bekannter Schriftsteller. Anfragen erbeten unter D. P. 1416 an den Verlag f. Presse, Wirtschaft und Politik, G. m. b. H., Berlin SW 48.

Volontärstelle

bei großer Tageszeitung **gesucht.** Bewerber: 23 Jahre, gebildet, journalistisch begabt. Zuschriften erbeten unter D. P. 1427 an die Geschäftsstelle der „Deutschen Presse“, Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41.

Theater-Kritiker

ehemaliger Regisseur und Dramaturg mit abgeschlossenem Hochschulstudium übernimmt Theaterberichterstattung für angesehene Zeitungen. Offerten unter „D. P. 1385“ an die Geschäftsstelle der „Deutschen Presse“, Berlin SW 48.

Rundfunkreferate (Europa)

in Wochenbriefen

liefert namhafter Schriftsteller. Anfragen erbeten unter D. P. 1417 an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48.

Schriftleiterin

mit großer stetiger Arbeitslust, Begabung für Materialbeschaffung und -sichtung, von diszipliniertem Geschmack, sicher u. jahrelang selbständig in allen redaktionstechnischen Arbeiten (Umbruch, Klischeebestimmung, Autorenkorrespondenz), sucht Aufstiegsmöglichkeit. Angebote unt. D. P. 1435 an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48.

Spanien - Paris

Akadem. gebildeter Schriftsteller, ständig im Auslande ansässig, sucht Verbindung mit deutscher Zeitung für ständige oder gelegentliche Mitarbeit (evtl. auch als Korrespondent). Gefl. Offerten unt. D. P. 1454 an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48.

„Presse und Pressa“

Ein Brevier für Journalisten und die es werden wollen.

Für Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse ist der Ursprungspreis von 5 RM auf **zwei Mark** herabgesetzt. **Zu beziehen:** (zuzüglich 30 Pfg. Porto oder durch Nachnahme zuzüglich Porto RM. 2.60) vom

Verlag der „Deutschen Presse“

Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 7 — Berlin, den 16. Februar 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Heinrich Neumann

zum 70. Geburtstag

Am 17. Februar vollendet unser Kollege Heinrich Neumann sein siebzigstes Lebensjahr. Wenige unter uns haben sich um die Entwicklung des Reichsverbandes und des Bezirksverbandes Berlin so große Verdienste erworben wie er. Nach dem Tode von Paul Marx wurde er stellvertretender Vorsitzender des Reichsverbandes und blieb es bis zum Jahre 1926, also sechs Jahre hindurch. Während eines Teils dieser Zeit, nämlich vier Jahre lang, leitete er als erster Vorsitzender und als stellvertretender Vorsitzender die Geschäfte des Bezirksverbandes Berlin. Er ist in diese Ämter auf Grund von Eigenschaften gewählt worden, die ihn ganz besonders zu ihrer Verwaltung befähigen: Klarheit des Denkens, strenge Sachlichkeit und Gerechtigkeit bei jeder Verhandlung, unerbittliche Strenge gegen jede Abschweifung vom Gegenstande. Witz und Schlagfertigkeit und eine nicht selten mit Ironie zum Ausdruck gebrachte Abneigung gegen jede Phrase offenbaren sich schon bei jedem Gespräch mit ihm und erst recht natürlich bei den Verhandlungen unserer Berufsgenossenschaft einem Jeden, der ihn hört und sieht. Wahre Herzensgüte, treue Kameradschaft, starke Teilnahme an allen Leiden und Freuden unseres Berufs pflegt er oft und für diejenigen, die ihn nicht genau kennen, in zuweilen befremdender Weise hinter der Maske einer rauhen Form zu verbergen, einer Maske, die freilich nach längerem Verkehr leicht durchschaut wird und ihn dann um so liebenswerter macht.

Heinrich Neumann ist ein Journalist, der in allen Sätteln gerecht ist. Er gehört zu jener alten Schule, die unter dem Zwange der Vielseitigkeit heranwuchs und sich leicht und sicher in jede Sparte unserer Berufsarbeit schickt. In der „Breslauer Zeitung" begann er vor länger als vierzig Jahren seine journalistische Laufbahn als Nachtredakteur. Dann ging er als Chefredakteur an die „Eisenbahnzeitung" in Lübeck. Im Jahre 1890 kam er nach Berlin und trat, einem Drange seines Herzens folgend, der ihn noch heute beseelt, seiner Liebe zur Musik, als Musikkritiker in die Redaktion des „Berliner Tageblattes" ein. Ihr gehörte er sieben Jahre an. Nach kurzem Aufenthalt in Königsberg kam er zum Berliner Lokalanzeiger und arbeitete dort in allen Abteilungen der Redaktion, zuerst als Außenpolitiker, aber auch als Parlamentsberichterstatter, auf dem Gebiet der inneren Politik und zugleich als Musikkritiker. Erst vor vier Jahren trat er in den wohlverdienten Ruhestand, nachdem ihn eine schwere Krankheit ergriffen hatte, von der er sich aber zur Freude aller seiner Kollegen erholt hat. So erholt, daß er wieder in regelmäßiger Arbeit für den Verlag, dem er nunmehr dreißig Jahre seine Kräfte gewidmet hat, tätig ist.

An den Geschäften unserer Berufsgenossenschaft nimmt er noch jetzt mit ungeschwächtem Eifer teil. Kaum eine Versammlung, eine Veranstaltung, bei der er nicht unter uns weilt. In der letzten Jahresversammlung wurde er wieder in das Ehrengericht des Bezirksverbandes gewählt.

Zu seinem Geburtstag spricht ihm der Reichsverband im Namen aller Kollegen den herzlichsten Dank für die unermüdliche, fruchtbare Tätigkeit aus, die er seit seinem Bestehen für ihn geleistet hat und wünscht ihm noch viele frohe und gesegnete Jahre voll unverminderter Lebens- und Arbeitskraft, körperlicher und geistiger Frische, ihm selbst zur Freude und dem Verband. M—g.

Digitized by Google

Unabhängigkeit im ideal-journalistischen Sinne kann eigentlich wenig mehr gesprochen werden.

Ich kenne kaum ein deutsches Blatt mehr, das sich nicht mit Haut und Haaren an die Politik verkauft hätte. Und die politische Richtung beherrscht so ziemlich alle Sparten, selbst die Kunstbeurteilungen. Es ist möglich, daß die scharfen politischen Gegensätze, die in den deutschen Blättern in allen Sparten zugleich zum Ausdruck kommen, die unvermeidliche Folge der durch die Umwälzung und die sozialen Gegensätze überreizten Leidenschaften sind. Aber es ist doch betrüblich für den internationalen Ruf des Journalismus, daß man nun schon jahrelang wahrnehmen muß, wie die deutschen Journalisten keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um sich gegenseitig in der Öffentlichkeit als unverträglich, unehrlich, unvertrauenswürdig und selbst als käuflich darzustellen. Wenn der Widersacher nur zu einem anderen politischen Lager gehört! Das ist eine geistige Einstellung, die außerhalb Deutschlands wohl keiner bewundern mag. Die Berufsorganisation kämpft dagegen, aber leider ohne genügenden Erfolg. Daß der Leser auf diese Weise von der Zeitung und dem Journalisten keine allzu hohe Meinung gewinnt, das haben die deutschen Journalisten ihren eigenen, ungehemmten und rücksichtslosen Beschimpfungen gegeneinander zu danken.

* * *

Aber ob dies dem Zeitungsleser auch wirklich immer bewußt wird, das ist eine andere Frage. In Deutschland pflegt man im allgemeinen nur ein Blatt zu lesen, und da die deutschen Blätter alles, von dem sehr einseitig zugestutzten Parlamentsbericht, in dem der politische Gegner kaum einige Zeilen erhält, bis zu dem kleinsten lokalen Bericht, nach den Wünschen der Partei umbiegen oder einfach weglassen, so hat sich auch der Leser daran gewöhnt, die täglichen Geschehnisse nur durch die Parteibrille zu sehen. Daß dies gründlich besorgt werde, dafür sorgen die großen Pressemagnaten und Zeitungskonzerne. So begreift man, daß ein sehr wesentlicher Teil der deutschen Presse nicht mehr als unabhängiger Aufklärer des Volkes angesehen werden kann. Und daß man zum Schlusse in ganz Deutschland, bis auf ganz wenige Ausnahmen, gruppenweise (auch die Sozialdemokraten haben ihre Presse gut in der Hand), wörtlich dasselbe zu lesen bekommt.

* * *

Wofür doch noch so große Redaktionen nötig sind, das merkt man in Berlin und bei der großen „provinziellen“ Presse nur am Sonntag. Für diesen Tag hat man eine ganze Woche lang vorausgearbeitet. Dann erscheinen die Zeitungen mit 60 und mehr Seiten, genug Lektüre für den ganzen Ruhetag. Interviews, Rundfragen bei bekannten Künstlern, wissenschaftliche Betrachtungen, Eingesandtes, Lebensbeschreibungen, alles wird für den einen Tag aufgehoben. Und dann erst merkt man, wieviele vortreffliche Kräfte in dem Dienste des deutschen Zeitungswesens stehen und wie viel Geld man für reisende Mitarbeiter, ausländische Korrespondenten und „freie“ geistige Mitarbeiter von Namen und Einfluß übrig hat.

Tägliche Illustrationen bringt die deutsche Presse bei weitem nicht in solcher Anzahl wie z. B. die niederländische. Man zieht es hier im allgemeinen vor, ein- oder mehreremale in der Woche eine illustrierte Beilage auf Glanzpapier beizufügen. Und sieht man, was hier an Reproduktionen in dem Text der Zeitungen erscheint und was für Erzeugnisse des schlechten Geschmacks immer noch als gezeichnete Porträts regelmäßig aufgenommen werden, dann kann man diese Vorliebe für besondere Beilagen nur würdigen.

Doch gibt es in Deutschland auch journalistische Erzeugnisse, die viel Photos und Zeichnungen in dem Text haben wollen, die ganz nach (schlechtem) amerikanischem Rezept aufgemacht sind und von Sensationsüberschriften und Straßenverkauf leben müssen. Die bekannten Berliner Mittags- und Abendblätter sind Schulbeispiele einer solchen Boulevardpresse, die keinen eigenen Charakter besitzt, die ihre Technik dem Ausland abgeguckt hat, die auf Richtigkeit der Berichte, auf Wahrheitsliebe und Moral keinen allzu großen Wert legt, die alles kritiklos aufnimmt, wenn es nur nach Sensation riecht, und die auf die schlechtesten Instinkte des lesenden Publikums spekuliert. Eine Richtung, die leider in Deutschland noch immer eine Blütezeit durchmacht, doch muß auf der anderen Seite festgestellt werden, daß viele Leser auf die Dauer doch von einer Berichterstattung genug haben, die um jeden Preis in jeder Ausgabe Sensation bringen will und die, wenn eine solche nicht zu finden ist, Ereignisse von sehr nebensächlicher Bedeutung um des Straßenverkaufs willen zu Sensationen aufbläst.

* * *

Ob es wohl nichts gibt, was die deutschen Blätter von den unseren günstig unterscheidet? Man muß danach suchen. Aber Sie finden dann auch einmal etwas! Und hier will ich an erster Stelle die löbliche Sitte mancher Zeitungen erwähnen, einmal in der Woche eine Seite all den ausländischen Kolonien Deutscher zu widmen, die sich durch unzertrennbare Bande mit ihrem Vaterlande verbunden fühlen. Eine Seite, die dem Deutschen zu Hause erzählt, wie der Deutsche außerhalb der Grenzen für den Ruf des gemeinsamen Vaterlandes kämpft ...

Die Tagespresse im Dienst der hygienischen Volksbelehrung.

Von Professor Dr. Alfred Bruck.

In einer Zeit, wo das deutsche Volk so intensiv an seinem physischen und wirtschaftlichen Aufbau arbeitet, in einer Zeit, wo auch die Behörden — mögen sie vielfach langsam und bedachtsam prüfend an neue Dinge herangehen — dem Problem der hygienischen Volksaufklärung wohlwollend, fördernd gegenüberstehen, wo wir ein Wohlfahrtsministerium, Gesundheitsräte im Reich und in den Ländern sowie städtische Fürsorgedeputationen und ähnliches geschaffen haben, in einer solchen Zeit braucht man den Nutzen und die Notwendigkeit hygienischer Volksbelehrung nicht besonders zu betonen und kann sofort zur Beantwortung der Frage übergehen: Ist die Presse, in diesem Falle die Tagespresse, für die hygienische Volksbelehrung unbedingt erforderlich? Die Frage stellen, heißt sie bejahen. Und wenn man diese Notwendigkeit anerkennt, in welcher Form, in welchem Umfange und vor allem in welchen Grenzen ist eine Belehrung durch die Tageszeitung geboten und erwünscht?

Bei Beantwortung der Frage muß man — durch gewisse Auseinandersetzungen in der Tages- und Fachpresse veranlaßt — einen Unterschied machen zwischen der eigentlichen hygienischen Volksbelehrung und der sogenannten medizinischen Berichterstattung, der man heute in den meisten Zeitungen begegnet. Diese Berichterstattung bezieht sich auf alle möglichen Geschehnisse im Reiche des heiligen Äskulap, hauptsächlich auf ärztliche Kongresse und Versammlungen, Vereinssitzungen, besondere Vorträge u. dergl., ferner auf das — wie es etwas vulgär genannt

Digitized by Google

wird — Ausschlachten von wissenschaftlichen Zeitschriften. Diese zumeist an aktuelle Anlässe anknüpfende Berichterstattung kann wohl auch gelegentlich den Zwecken hygienischer Belehrung dienen, und sicher werden sich nicht immer scharfe Grenzen ziehen lassen; allein zumeist soll doch bei dieser Art von publizistischer Tätigkeit — so wie sich das moderne Zeitungswesen nun einmal entwickelt hat — Neues und Interessantes, um nicht zu sagen Sensationelles, gebracht werden. Aber sicher wird aus diesem rein journalistischen Bestreben heraus dem Leserkreis dabei oft genug Unfertiges, Hypothetisches, Kontroverses geboten werden . . ., was den Laien unbedingt verwirren und sein Vertrauen zum Arzt erschüttern muß.

Diese Form publizistischer Arbeit für die Tagespresse soll hier, an dieser Stelle, ausgeschaltet werden. In Frage steht die Volksbelehrung im engeren Sinne; und hierfür sind Laien und Ärzte zuständig, in erster Linie allerdings die Ärzte, die als Träger und Hüter der Gesundheitslehre auch deren Grundsätze und Forderungen zu vertreten haben.

Freilich sind gerade hier gewisse Widerstände zu überwinden, zum Teil bei den Ärzten selbst. Es gibt immer noch unter den Äskulapjüngern solche, die — ich will keinem von ihnen zunahetreten — sozusagen nicht den rechten Konnex mit der Allgemeinheit, mit den Bedürfnissen der Allgemeinheit, mit den Forderungen der Zeit haben, und die sich noch immer als Mitglieder einer besonderen Kaste fühlen, einer abgeschlossenen Kaste, die ihre Mysterien vor Profanation zu schützen hat. Das ist — offen gesagt — eine Verkennung moderner Lebensnotwendigkeiten, die heute Besitztum weitester Volksschichten geworden sind. Der Geist unserer Zeit verträgt keinen Kastengeist. Das Publikum von heute, dem man den Nutzen der Körperpflege und Körperstählung und manches andere klarzumachen wünscht, verlangt gebieterisch nach hygienischer Belehrung. Wer seinen Körper vor Schädlichkeiten schützen und sich selbst nach Möglichkeit gesund erhalten soll, will wissen, wie er das machen soll, will wissen, wie er im allgemeinen zu leben hat, wie er die Tätigkeit seines Organismus und seiner Organe zu unterstützen hat. Und sagt ihm das der Arzt nicht, der Arzt seines Vertrauens, so rennt er zum Kurpfuscher. Gerade der Kampf gegen das Kurpfuschertum beruht ganz wesentlich auf einer vernünftigen, gesundheitlichen Volksbelehrung. Allerdings hat der Arzt selber durchaus nicht immer Gelegenheit, von Mund zu Mund, in der Sprechstunde oder — allgemein gesprochen — in Ausübung seines Berufes belehrend zu wirken. Damit trifft er doch immer nur verhältnismäßig wenig Fälle. Auch besondere Vortragsabende reichen, verglichen mit der Masse der Zeitungsleser, nicht immer aus. Und da Fachzeitschriften als Lektüre für das große Publikum nicht in Frage kommen, so muß in erster Linie die Tagespresse herhalten — wenn man in diesem Zusammenhang von einzelnen populär aufgezogenen Wochen- und Monatszeitschriften absieht. Die Zeitung, die der Laie hält, ist für ihn nun einmal eine Art Evangelium; was man dort schwarz auf weiß vorgesetzt bekommt, glaubt man getrost mit nach Hause nehmen zu können. Man kann das in gewisser Hinsicht vielleicht bedauern — aber es ist nun einmal so, und mit diesem suggestiven Einflusse der Tagespresse muß gerechnet werden.

Eine naturgemäße Konsequenz dieser Verhältnisse wäre, daß unsere Tageszeitungen, wie etwa ihre Sportreferenten, so sich einen ärztlichen Mitarbeiter nähmen, der, journalistisch geübt und befähigt, diesen Aufklärungsdienst in den Spalten der Zeitung ausübt. Unsere großen Blätter halten sich sämtlich einen oder auch mehrere Ärzte als ständige Mitarbeiter, und wo dies wirklich nicht möglich ist, werden gelegentlich Ärzte als Mitarbeiter herangezogen oder die von Ärzten geleiteten Korrespondenzen, wie sie z. B. der Leipziger Ärzteverband und der Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung herausgeben und unentgeltlich zur Verfügung stellen. Möglich, daß es auch in dem sonstigen Redaktions- oder Mitarbeiterstab Persönlichkeiten gibt, die in medizinischen Fragen bewandert genug sind, um hier einzuspringen. Im allgemeinen sollten jedenfalls sachverständige, erfahrene und schreibkundige Ärzte genommen werden, die auch in der Medizin, in der alles in Fluß ist, die Spreu vom Weizen, das Reale vom Hypothetischen zu scheiden wissen, die nicht einseitig, nicht dogmatisch eingestellt sind und die alles aus der Zeitung fernzuhalten verstehen, was das Publikum unnötig belastet und verwirrt, was für den Laien schwer verständlich oder ganz unverdaulich ist, was nach Reklame für irgendein Heilmittel, eine Heilmethode oder einen Arzt schmeckt, was Hypochonder züchtet oder den Leser zum Kurpfuscher an sich selbst macht.

Hier haben wir, in groben Strichen skizziert, die Aufgaben und die Grenzen hygienischer Volksbelehrung in der Tagespresse. Treffend umreißt Geheimrat Schwalbe, der sich in der von ihm redigierten Deutschen medizinischen Wochenschrift lediglich gegen eine übermäßige und unzweckmäßige medizinische Volksaufklärung wendet, den Aufgabenkreis dieser Art von Belehrung. „Wir sollten es“ — sagt er — „wie bisher als unsere Aufgabe ansehen, das Volk über die Bedingungen und die Wege einer gesunden Lebensführung, also hygienisch, zu unterrichten, es zu lehren, wie Krankheiten verhütet werden sollen und können. Wir dürfen weitergehen und den Laien die sicheren Ergebnisse von wissenschaftlichen Studien — die für ihre Allgemeinbildung, für ihre Vorstellungen über die normalen und krankhaften Vorgänge des menschlichen Körpers, über erzielte und anzustrebende Fortschritte der öffentlichen Gesundheits- und Krankenfürsorge eine wesentliche Bereicherung bilden — in angemessener Weise vermitteln.“

In angemessener Weise — sagt Schwalbe. Ich verstehe darunter eine klar verständliche Darstellungsform, die nach Möglichkeit Fremdwörter und fachwissenschaftliche Ausdrücke vermeidet, nicht allzusehr in die Breite geht und in der Sache selbst auf theoretischen Kram tunlichst verzichtet. Was aber auch an Lesestoff geboten wird — die Darstellung muß so populär wie möglich gehalten sein, wobei gewisse Rücksichten auf die Bildungsstufe des jeweiligen Leserpublikums genommen werden können. Auf der anderen Seite hüte man sich vor übermäßiger Trockenheit . . . das wirkt langweilig und verleidet die Lektüre.

Es mag nicht immer leicht, in manchen Fällen sogar recht schwer sein, nach den von mir skizzierten Gesichtspunkten zu verfahren; in besonders prekären oder verantwortungsvoll liegenden Fällen ist es besser, zu schweigen und, wenn nötig, auch einmal einen Vorwurf von der Schriftleitung hinzunehmen. Mit den Jahren pflegen sie Ausnahmen zu bilden. Werden die von mir angegebenen Gesichtspunkte genügend beachtet, dann ist hygienische Volksbelehrung, durch die Tagespresse geübt, ein Stück Kulturarbeit und wird zu einer Gewissenspflicht.

Beginn der Mitgliedschaft.

Da Zweifel über den Beginn der Mitgliedschaft im Reichsverband entstanden sind, weisen wir auf den § 7, Abs. 1, hin, der die Fragen des Beginns der Mitgliedschaft regelt. Es heißt in diesem § 7,1: „Wenn kein Widerspruch vorliegt, so ist die endgültige Aufnahme im Verbandsorgan binnen 4 Wochen nach Bekanntgabe der Anmeldung durch den zuständigen Verband zu veröffentlichen“. Daraus geht einwandfrei hervor, daß mit Veröffentlichung der endgültigen Aufnahme im Verbandsorgan, die in der Regel 4 Wochen nach Anmeldung erfolgt, die Mitgliedschaft besteht, und daß von diesem Termin ab selbstverständlich auch die Beitragszahlung erfolgen muß und zwar mit Wirkung vom Monatsersten nach erfolgter Veröffentlichung der Aufnahme.

Digitized by Google

Marokkanische Presse.

Von Otto Graf.

Lange vor dem Weltkrieg erwies sich das Marokko-Problem als eine gefährliche Klippe in der europäischen Politik. Erst nach dem Abkommen von 1899, nach der Einigung zwischen Frankreich und England und nach der endgültigen Ausschaltung Deutschlands wurde es ruhiger. Die Zeit von 1914—18 und die Nachkriegszeit haben Marokko dann aus unserem Gesichtskreis fast vollkommen verschwinden lassen, denn heute sind wir nur noch in der spanischen Zone vertreten. In Französisch-Marokko ist jeder deutsche Einfluß, jegliches deutsche Wirtschaftsinteresse ausgeschaltet und damit jede deutsche Propaganda-Tätigkeit erloschen. Die „Deutsche Marokko-Zeitung“ in Tanger und die gute deutsche Bibliothek dort sind eingegangen.

Die französische Propaganda-Tätigkeit in Marokko war schon vor dem Krieg sehr stark. Es wimmelte von Syndikaten, Handelskammern, Ausstellungen und Enquéten. Auch die französische Presse war schon damals gut vertreten. Will man sich aber heute vor der außerordentlichen Entwicklung Marokkos seit 1914 eine Vorstellung machen, verhilft einem dazu nichts besser, als ein Vergleich zwischen der französischen Vorkriegspresse in Marokko und der heutigen; denn heute ist die französisch-marokkanische Presse stärker als jene von Algier und Tunis. Nicht etwa die Presse der Eingeborenen, sondern die der Weißen.

Einer Entwicklung der Eingeborenen-Presse stehen in Marokko noch immer große Schwierigkeiten im Wege, Schwierigkeiten doppelter Art: ein wesentliches Hindernis ist die im allgemeinen noch heute elende Schulbildung der Eingeborenen; das andere ist darin zu finden, daß auch die französische General-Residentur in Rabat Verkehr und Wirtschaft — deren Ergebnisse ihr auch selbst zugute kommen — mit mehr Liebe und Energie fördert, als die geistige Entwicklung der Eingeborenen. Im allgemeinen! Denn im besonderen gibt es z. B. in Rabat eine mittlere und eine höhere französisch-marokkanische Schule, in der die Söhne der marokkanischen Kaids der französischen Kultur gewonnen werden sollen.

Während z. B. Ägypten schon weit mehr als hundert Eingeborenen-Blätter zählt, ist die Eingeborenen-Presse in Marokko noch sehr schwach; während es in Tunis immerhin einige arabische Zeitungen gibt und in Algerien sogar mehrere, steht Marokko in dieser Beziehung ziemlich verlassen da. Die 1905 in Tanger gegründete arabische Zeitung ist eingegangen. Nur in Rabat erscheint dreimal in der Woche ein großes arabisches Blatt „Es Saada“. Da Rabat aber zugleich auch der Sitz der französischen General-Residentur ist, ist es klar, daß sich dieses Organ keiner allzu großen Freiheiten erfreut. Trotzdem ist das geistige Niveau der Zeitung höher als das vieler nur von Klatsch und Gezänk erfüllter ägyptisch-arabischer Blätter.

Ganz anders steht es mit der französischen Presse in Marokko. Ihre bedeutende Entwicklung, ihr starkes Aufblühen ist ein getreues Widerspiel der überraschenden allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. In Rabat, in Casablanca und in Fez erscheinen heute — abgesehen von einigen mehr provinziellen Blättern — eine ganze Reihe großer Zeitungen, die sich in ihrer Aufmachung von der europäischen Presse nur wenig unterscheiden, wenn sie auch ihrem Inhalt nach etwas langsam den Geist der Nachkriegszeit überwinden.

Vor allem sind da der in Rabat erscheinende „Le petit Marocain“ zu nennen; gleichfalls in Rabat erscheinend das große Blatt „L'Echo Du Maroc“ und das Organ „Le Journal du Maroc“. Da ist in Casablanca „La Presse Marocaine“ und das gut geleitete Blatt „La Vigie Marocaine“. In der internationalen Tanger-Zone kommen „La Dépêche Marocaine“ und in Fez die etwas kleinere Wochenzeitung „La Bougie de Fez“ heraus usf. Ganz abgesehen von dem „Bulletin officiel“ des Protektorats und einer Reihe guter Zeitschriften, wie z. B. „L'Afrique du Nord illustré“.

Diese Zeitungen enthalten vor allen Dingen gute wirtschaftliche Beiträge, eine Fülle von ausgezeichneten Artikeln über die industriellen, wirtschafts- und verkehrspolitischen Probleme des Landes. Sie geben wirtschaftspolitische und politische Anregungen, wobei die politischen freilich nicht gerade immer von einem sehr weiten Horizont zeugen. Schwächlich ist der kulturpolitische Teil dieser Blätter; hier ist die Tatsache festzustellen, daß man von dem Eigenleben der Eingeborenen fast keine Notiz nimmt. Die Fragen der Eingeborenen-Politik scheinen für die französische Presse Marokkos mehr ein Reservat der General-Residentur und ihrer Verwaltungs-Organe zu sein.

Wesentlich schwächer als die der französischen Marokko-Zone ist — nicht nur absolut, sondern auch relativ — die Presse der spanischen Zone. Zwar erscheint auch z. B. in Tanger ein großes Blatt, wie der „Heraldo de Marruecos“ und in Tetuan „El Norte de Africa“, aber an wirtschaftlicher Bedeutung stehen sie der französischen Presse weit nach. Mit den Fragen der Eingeborenen-Politik beschäftigen sie sich nicht ernstlich. Kolonial- und Wirtschaftspolitik behandelt eindringlicher nur die spanische Zeitschrift „Revista de la Raza“, die aber in Madrid erscheint.

Nicht zu vergessen ist, daß in Tanger auch eine recht gut informierte englische Wochenzeitung „Tangier Gazette“ erscheint, die sehr aufmerksam vor allem die Dinge in Französisch-Marokko verfolgt, die sich die Förderung der Hebung des Fremdenverkehrs, natürlich des englischen, in Tanger angelegen sein läßt und die immer wieder auf den besonderen Reichtum Marokkos hinweist. Außerdem ist vielleicht noch von Interesse, daß die „Times“ es immerhin für notwendig hält, in Tanger einen eigenen Korrespondenten zu unterhalten, nämlich jenen Mr. Harris, den Abd el Krim in seinen Memoiren als den Mann bezeichnet, der ihn immer wieder zum Ausharren im Kampf gegen Spanier und Franzosen aufmunterte, indessen er in den „Times“ gegen die Aufständischen schrieb.

Das rapide Wachstum der Presse in Französisch-Marokko spiegelt den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes; das Verhältnis der englischen zur französischen, der französischen zur englischen und spanischen Presse spiegelt die auch heute in Marokko noch bestehenden politischen Überschneidungen; Überschneidungen, die sich einerseits in dem französischen Streben nach Tanger und Spanisch-Marokko, die sich andererseits in dem englischen Bemühen nach dem Fernhalten der französischen Großmacht von Tanger, dem Gegenpol von Gibraltar, und von der nordafrikanischen Küste an der Straße von Gibraltar äußern.

Zeichnen im Gerichtssaal.

Im Verlaufe der Justizdebatte im Hauptausschuß des Preußischen Landtages kam bei der Erörterung der Fragen der Personalpolitik im Justizwesen der preußische Justizminister Dr. Schmidt am 12. Februar auch auf das Zeichnen im Gerichtssaal zu sprechen. Der Minister erklärte dazu, daß, nachdem die Berichterstattung sich allgemein durchgesetzt habe, es nicht grundsätzlich verboten werden könne, in den Gerichtssälen zu zeichnen oder zu photographieren, sondern nur, soweit durch solches Zeichnen oder Photographieren die Ordnung im Gerichtsaal gestört werde. Nach einer Besprechung mit den interessierten Kreisen der Presse und der Anwaltschaft sei eine generelle Regelung der Frage in Aussicht genommen.

Fachrundschau

Berliner Verband der Auswärtigen Presse.

Am 7. Februar veranstaltete der Verband der Auswärtigen Presse im Namen der in Berlin vertretenen Zeitungen des Reiches im Rathaus zu Schöneberg einen Empfangsabend, an dem die führenden politischen und wirtschaftlichen Persönlichkeiten Berlins in großer Zahl teilnahmen. Das Reichskabinett war durch den Reichskanzler, die Minister Severing, Groener, Koch, Dietrich, Hilferding, Wissell sowie Reichswirtschaftsminister Curtius vertreten, der im Verlauf des Abends im Namen der Regierung das Wort ergriff. Auch das preußische Staatsministerium war fast vollzählig erschienen. Vom Diplomatischen Korps sah man u. a. Nuntius Pacelli, den russischen Botschafter Krestinski, die Botschafter bezw. Gesandten Spaniens, Japans, Österreichs, der Türkei, Polens, Bulgariens, Ungarns, der nordischen und der Randstaaten u. a. m. Auch die Parlamente hatten ihre Vertreter entsandt, an ihrer Spitze Reichstagspräsident und Landtagspräsident.

Zunächst begrüßte im Auftrage des Verbandes Dr. Croll (Kölnische Zeitung) die Erschienenen, der auf die besondere Bedeutung der Presse im Reich hinwies und den Verband den Türhüter der deutschen öffentlichen Meinung außerhalb Berlins nannte. Im Namen der Zeitungsverleger im Reich sprach nach ihm Dr. Reismann-Grone (Rheinisch-

Digitized by Google

Westfälische Zeitung). Die anschließende politische Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius ist durch die gesamte Tagespresse bekanntgegeben worden.

Der Abend nahm einen ausgezeichneten Verlauf und unterstrich die Bedeutung, die die auswärtige deutsche Presse auch in der Reichshauptstadt heute hat.

Zeitungskunde und Zeitungswissenschaft.

Zeitungswissenschaftliche Vorlesung an der Handelshochschule Berlin. In der Aula der Handelshochschule hält Dr. Gustav Manz am 21. Februar, abends 8 Uhr einen Vortrag über das Thema: „Die Kulturaufgaben der Presse“.

Vom deutschen Zeitungswesen.

50 Jahre „Breslauer Gerichts-Zeitung“. Aus Anlaß ihres 50jährigen Bestehens hat die „Breslauer Gerichts-Zeitung“ am 3. Februar eine reichhaltige Sondernummer herausgegeben, an der bekannte Persönlichkeiten wie Universitätsprofessor Dr. Obst, die Schriftsteller Paul Keller und Hermann Stehr, Prof. Hans Fechner, Kollege Bettauer u. a. mitgearbeitet haben. Die einmal wöchentlich erscheinende Zeitung hat in den letzten Jahren einen lebhaften Aufschwung erlebt. Während die Abonnentenzahl am 1. Januar 1924 20 100 betrug, werden jetzt 83 000 zahlende Abonnenten angegeben. Inhaber des Unternehmens sind Frau Elsbeth Effenberg und Wilhelm Kammer, der auch die Redaktion leitet.

Die „Liegnitzer Tagespost“, herausgegeben von einer G. m. b. H., erscheint seit dem 1. Februar zweimal täglich. Das neue Blatt soll als führendes politisches Provinzblatt besonders die Interessen der Deutschnationalen Volkspartei vertreten.

Die Werntal-Zeitung in Arnstein in Unterfranken konnte auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken.

„Weser-Zeitung“. Die Mehrheit des Aktienkapitals der „Weser-Zeitung“ A.-G. (1,2 Mill. RM.) ist, der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, von der Gruppe Roselius in den Besitz des Verlages Schünemann (Bremer Nachrichten) übergegangen. Der Übernahmekurs beträgt 90 Prozent. Das Gebäude soll zum Preise von etwa 900 000 RM. vom Karstadt-Konzern übernommen werden. Der Verlag Schünemann war bis zum Jahre 1918 bereits Besitzer der „Weser-Zeitung“.

Wechsel in der Redaktion der „Deutschen Richterzeitung“. Reichsgerichtsrat a. D. Dr. Bewer hat, wie der Herausgeber der „Deutschen Richterzeitung“, Senatspräsident Dr. Reichert, mitteilt, seine Mitarbeiterschaft an der genannten Zeitschrift aus Gesundheitsrücksichten und Altersrücksichten niedergelegt. Als neue ständige Mitarbeiter der „Deutschen Richterzeitung“ sind die Reichsgerichtsräte Arnold, Hetter, Landois und Dr. Schwarz zu nennen.

„Die Stimme der Freiheit“ heißt eine neue von der „Aktionsgemeinschaft für geistige Freiheit“ und Franz de Paula Rost herausgegebene Monatsschrift. Die Zeitschrift ist dem Kampf gegen die Zensur gewidmet.

Neue Schwierigkeiten der deutschen Presse im Memelland. Der memelländischen Presse wurde ein schriftlicher Befehl des Kommandanten zugeleitet, nach dem die Zeitungen künftig in ihren Berichten über die Sitzungen des memelländischen Landtages die Reden der Abgeordneten der deutschen Mehrheitsparteien nur dann veröffentlichen dürfen, wenn sie auch gleichzeitig die Reden der litauischen Abgeordneten ausführlich bringen. Geschieht dies nicht, so werden die Reden der Abgeordneten der Mehrheitsparteien von der Zensur gestrichen werden. Ferner ist den Zeitungen verboten worden, zu dem deutsch-litauischen Handelsvertrag Stellung zu nehmen. Die Zeitungen dürfen lediglich die Tatsache der Ratifizierung veröffentlichen.

Ausstellungen und Kongresse.

Welt-Reklame-Kongreß 1929 in Berlin. Der Welt-Reklame-Kongreß, der im August d. J. in Berlin stattfindet, ist der erste auf dem europäischen Festland und zugleich der 25. (Jubiläums-)Kongreß des Welt-Reklame-Verbandes. Nach bisher vorliegenden zuverlässigen Berichten ist schon jetzt mit einer Zahl von etwa 6—8000 Besuchern des In- und Auslandes zu rechnen. Das Büro des Kongresses befindet sich im Gebäude der Deutschen Bank, Berlin W. 8, Kanonierstr. 29/30.

Pressestellen und Presseämter.

Die Leitung des Pressereferates beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, Berlin NW. 6, Luisenstraße 58/59, hat an Stelle von St. M. Zentzytzki vom 1. Februar 1929 ab Dr. Zorn übernommen.

Nachrichtendienst.

Fernsprechverkehr Deutschland—Finnland. Am 30. Januar wurde der Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und Finnland eröffnet. Die niedrigste Gebühr für ein Dreiminutengespräch beträgt 6,50 M.

Ausland.

Eine neue katholische Volkszeitung in Wien. Im Verlag Herold in Wien, in dem die führende katholische Zeitung Österreichs, die „Reichspost“, erscheint, wird demnächst eine für das große Publikum berechnete neue katholische Zeitung „Das kleine Volksblatt“ herauskommen, das für den Preis von 7 Groschen = 4 Pfennig verkauft werden soll. Das neue Blatt soll sich bei grundsätzlicher katholischer Einstellung weniger mit Politik beschäftigen, als interessanten und gut und geschickt ausgewählten Nachrichtenstoff bieten. Chefredakteur des neuen Blattes ist der Schriftsteller Hermann Mailler. Die Herausgeber nehmen an, daß diese Neuerscheinung dem „Kleinen Blatt“ der sozialistischen „Arbeiterzeitung“ scharfe Konkurrenz machen wird.

Dänische Zeitungspläne in Nordschleswig. In einer Versammlung in Hadersleben wurden kürzlich Vorbereitungen für den Zusammenschluß der konservativen Zeitungen in Jütland getroffen. Dieser Zusammenschluß soll die vier nordschleswigschen Städte umfassen. Als Grundlage soll der von der „Berl. Tidende“ aufgekaufte „Kolding Avis“ dienen.

Wieder ein neues Polenblatt in Danzig. Seit dem 2. Februar erscheint in Danzig unter dem Namen „Gazeta Gdanska-Dziennik Gdynskie“ eine neue polnische Zeitung, die in Gdingen gedruckt wird, deren Redaktionsstab aber zum großen Teil in Danzig sitzt. Das neue Blatt betont, daß es im Geist der „Gazeta Gdanska“ arbeiten werde.

Patriot Coty. Der französische Staatsrat verurteilte in letzter Instanz den Parfumfabrikanten und Zeitungsverleger Coty zur Zahlung von nicht weniger als 4½ Millionen Frs. für rückständige Kriegsgewinnsteuer.

Eine katholische Presseagentur in Frankreich. In Paris steht die Gründung einer katholischen Presseagentur bevor, die eine Zentralstelle für die französische katholische Presse sein soll. Die Vorbereitungen für die Gründung sind von dem „Franc de la Presse“ in Verbindung mit den Direktoren der katholischen Zeitungen getroffen worden. Das „Franc de la Presse“ wurde kurz nach Beendigung des Weltkrieges zur Unterstützung der katholischen Presse in Frankreich unter dem Protektorat der französischen Kardinäle gegründet. Von der neuen Agentur erhofft man eine einheitliche Führung und einen einheitlichen Geist in der gesamten katholischen Presse Frankreichs. Um das nötige Gründungs- und Betriebskapital zu beschaffen, sollen in den einzelnen Diözesen Pressetage und Kollekten veranstaltet werden.

Amerikanische Zeitungsstatistik. Dem neuesten Zeitungskatalog einer amerikanischen Annoncenexpedition zufolge gibt es in den Vereinigten Staaten nicht weniger als 20 636 Zeitungen und Zeitschriften, einschließlich der Wochenblätter. Man zählt 2272 Tageszeitungen und 11 151 Wochenblätter. 1083 Zeitungen und Wochenblätter erscheinen in fremden Sprachen. An erster Stelle stehen dabei die deutschen Zeitungen mit 182, es folgen die spanischen mit 165, die italienischen mit 124, die tschechoslowakischen mit 78, die französischen mit 45, die norwegischen mit 43. Außerdem zählt man 42 jiddische Blätter, 26 japanische, 19 portugiesische, 16 holländische, 10 armenische, 4 albanische, 2 belgisch-flämische und je ein bulgarisches, estländisches, assyrisches und lettisches Blatt.

Aus der Organisation

Bezirksverband Berlin.

Die Frauengruppe Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse

veranstaltete am 5. Februar nachmittags im Lyzeumklub eine Mitglieder-Versammlung. Nach geschäftlichen Mitteilungen der Vorsitzenden, Frau Annie Juliane Richert, wurden zwei Referate gehalten. Im ersten sprach Frau Richert zum Thema „Was bietet der Reichsverband den Frauen?“ über die Entwicklung und die Erfolge des Reichsverbandes, besonders auf dem Gebiete der sozialen Verträge und Einrichtungen. Sie klärte auf über die Be-

Digitized by Google

nutzungsmöglichkeiten der verschiedenen Hilfskassen und Versicherungen, betonte, daß die Frauen von Anfang an im Reichsverband gleichberechtigt gewesen wären und daß ihren Bedürfnissen auch darin entsprochen worden sei, daß ein besonderer Zusammenschluß in dieser Frauengruppe vom Vorstande genehmigt worden sei. Als zweite Referentin sprach Frau Frobenius über das Thema „Was fordert der Reichsverband von seinen Mitgliedern?" Sie führte etwa folgendes aus: Der Reichsverband fordert Teilnahme an seiner Arbeit, Werbung zum Zusammenschluß. Jede soll daran mitwirken, daß der Standesbegriff in der Journalistin vertieft und herausgearbeitet wird. Im Bewußtsein der Allgemeinheit und auch in berufstätigen Frauenkreisen besteht er noch nicht. Das liegt zum Teil an der individuellen Ausprägung und Vielseitigkeit des Berufs, der reich an Gegensätzlichkeiten ist wie kaum ein anderer. Die Journalistinnen vertreten völlig verschiedene Interessengebiete, kommen aus mannigfaltigen Lebenskreisen. Ihr Leben ist reich an Höhepunkten. Meist steht jedoch dahinter eine schwankende materielle Lage, ein ungesichertes Alter. Darum heißt es, die Gegensätze überbrücken, kollegiale Fühlung untereinander finden und mitwirken am Ausbau des Standes der Journalistin, an seiner Anerkennung, seinem Zusammenschluß und seiner Sicherung. — Eine rege Aussprache beschloß die Versammlung.

Verband der Danziger Presse.

Der Verband der Danziger Presse im Reichsverbande der deutschen Presse veranstaltete am 2. Februar in den Räumen des Zoppoter Kurhauses sein traditionelles Pressefest. Man hatte diesmal den Rahmen eines Lichtfestes gewählt und unter Verzicht auf größere Vorführungen durch Beleuchtungseffekte, Musikübertragung durch Lautsprecher usw. neue starke Wirkungen zu erzielen versucht. Die geistige Note wurde durch einen vom Kollegen Jänicke zusammengestellten Almanach vertreten, eine Mappe mit Zeichnungen, die hervorragende deutsche Zeichner dem Verbande für diesen Zweck gestiftet hatten. Dieser Almanach erregte seinem Wert entsprechend bei allen Festbesuchern größte Freude. Die Damenspende bestand in humorvoller Würdigung des dem Fest zugrunde gelegten Gedankens in einem mit Konfekt gefüllt Licht sowie einer Parfümpackung.

Der Vorsitzende des Verbandes, v. Wilpert, nutzte die kurze Begrüßungsansprache zu einem Hinweis auf die Ziele des Verbandes und betonte, daß der Verband kein sogenanntes rauschendes Fest zu feiern beabsichtige, sondern ein leuchtendes, dessen innerer Glanz noch lange als Erinnerung in allen Festteilnehmern nachleuchten möge. Dann begann der Tanz, dem auf vier verschiedenen Tanzflächen gehuldigt werden konnte. Viel beachtet wurden Karikaturen von Verbandsmitgliedern, die vom Kollegen Käßling auf den einheitlichen Nenner „rasende Reporter" gebracht worden waren. Die technische Seite des Festes war vom Kollegen Wingendorf sehr geschickt vorbereitet worden.

Unter den Gästen bemerkte man so ziemlich alles, was in der Danziger Gesellschaft einen Namen hat. Von prominenten Persönlichkeiten seien nur erwähnt der Präsident des Senats Dr. Sahm, Völkerbundskommissar van Hamel, deutscher Generalkonsul v. Thermann, der polnische Minister Dr. Strasburger und die meisten Mitglieder der Danziger Regierung sowie des diplomatischen Korps. Der Prestigeerfolg des Verbandes ist unbestritten, der Reinertrag kommt der Unterstützungskasse zugute.

Landesverein Hessischer Zeitungsredakteure.

Ortsverein Mainz.

Der Schiedsgerichtsspruch im Pressekonflikt der „Wormatia" Worms.

Nach der in Nr. 5 der „D. P." veröffentlichten Erklärung der „Wormatia" Worms, in der sie die gegen den Sportredakteur des genannten Blattes getroffene Maßnahme mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknahm, trat am 1. Februar das vereinbarte Schiedsgericht zusammen. Es wurde gebildet von je einem Vertreter der Ortsgruppe Mainz des Reichsverbandes der deutschen Presse und des Vereins Frankfurter Sportpresse, sowie aus zwei Behördenvertretern des Süddeutschen Fußball- und Leichtathletikverbandes unter dem neutralen Vorsitz eines Rechtsanwalts. Das Schiedsgericht fällte nach längeren Verhandlungen, in denen die beiden Parteien ausgiebig gehört wurden, folgenden

Schiedsspruch:

„In der Vorschau zum Spiel „Wormatia"—Mainz 05 veröffentlicht in der Sportbeilage des „Mainzer Anzeiger" vom 21. Dezember 1928, ist keinerlei unzulässiger Angriff gegen die Leitung der „Wormatia" und deren Mitglieder zu erblicken. Die Entziehung der Pressekarte gegenüber Herrn Sportredakteur Stüwer war daher nicht nur mit Rücksicht auf die Unrichtigkeit dieser Maßnahme selbst, sondern auch deshalb unberechtigt, weil eine über das zulässige Maß hinausgehende Kritik in der Vorschau nicht enthalten war. Der Schluß des Berichts über das Spiel vom 23. Dezember 1928, veröffentlicht im „Mainzer Anzeiger" vom 24. Dezember 1928, stellt daher eine, wenn auch sehr scharfe, so doch im ganzen berechtigte Abwehr der gegen Herrn Sportredakteur Stüwer durch Vorstandsbeschluß der „Wormatia" angeordneten Maßnahme dar. Lediglich darin, daß der Vereinsleitung der „Wormatia" jedes sportsmännische Empfinden abgesprochen wird, ist das Maß der zulässigen Abwehr und Kritik überschritten worden; doch ist das Schiedsgericht der Ansicht, daß dieser Umstand Herrn Stüwer mit Rücksicht auf die mangelnde Berechtigung und die Schwere der gegen ihn verhängten Maßnahme nicht zur Last zu setzen ist.

Die Kosten des Schiedsgerichtsverfahrens werden derart verteilt, daß jede Partei die Kosten ihrer anwaltlichen Vertretung, „Wormatia" die Kosten des Schiedsgerichts trägt."

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse.

Hellwig-Märkischer Presseverein.

Die satzungsgemäße Hauptversammlung des Vereins wählte den Kollegen Scheyer als Vorsitzenden und den Kollegen Hessenbruch als Kassierer des Vereins wieder; neu trat in den Vorstand der Kollege Zimmermann als Schriftführer ein.

Bezirksverein Niederrhein-Ruhr.

Die Jahreshauptversammlung des Bezirksvereins am 2. Februar in Duisburg war von 40 Prozent der Mitglieder besucht. In seinem Jahresbericht wies der 1. Vorsitzende, Kollege Collet, auf die verschiedenen Veranstaltungen hin, die im Berichtsjahre stattgefunden haben. Auf allen Verbands-Vorstandssitzungen und Verbands-Generalversammlungen ist der Verein vertreten gewesen. Durch Ausschluß und Austritt von Mitgliedern hat er 12 Mitglieder verloren. Da aber mehrere Neuanmeldungen vorliegen und der Verein auch in der nächsten Zeit an alle neu zugezogenen Kollegen innerhalb des Vereinsgebietes herantreten wird, dürfte es gelingen, in allerkürzester Zeit den eingetretenen Verlust wieder wett zu machen. Kollege Knie gab den Kassenbericht, der leider infolge des Defizits des vorjährigen Pressefestes zu wünschen übrig läßt. Die Kasse ist von den Kollegen Schulze und Stetter geprüft und in Ordnung befunden worden. Nach Entlastung des Kassierers und des gesamten Vorstandes wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Dem Vorstand gehören an: 1. Vors. Collet, 2. Vors. Honke, 1. Schriftf. Landwehr, 2. Schriftf. Jonas, 1. Kassierer Knie, 2. Kassierer Bültjes, Beisitzer: Buchholtz, Fest. In die Arbeitsgemeinschaft entsendet der Bezirksverein wie bisher den Kollegen Honke-Mülheim-Ruhr und in den Verbandsvorstand die Kollegen Collet, Landwehr und Honke, Stellvertr. Fest. Die Mitglieder des Altestenrates, die Kollegen Lucko, Fischer und Real wurden gleichfalls wiedergewählt, ebenso die Kassenprüfer Schulze und Stetter.

Das diesjährige Pressefest des Vereins soll in der Form einer Feier aus Anlaß des 25jährigen Bestehens des Rhein.-Westf. Verbandes und des Ortsvereins Duisburg im Herbst in der Städtischen Tonhalle zu Duisburg stattfinden. Hierauf berichtete der Vorsitzende noch über die letzte Vorstandssitzung des Verbandes in Aachen, besonders über die Bestrebungen zur Befreiung der Kollegen von der Doppelversicherung für die Altersversorgung. Auf Grund von Beschlüssen der Arbeitsgemeinschaft Westfalen-Niederrhein beschloß die Versammlung, bei den Verlagen des Bezirks bezüglich Normaldienstvertrag und Gehaltsregelung vorstellig zu werden.

Verband der Schlesischen Presse.

Die ordentliche Hauptversammlung des Verbandes der Schlesischen Presse findet am Sonntag, dem 10. März, vormittags 11 Uhr, in Breslau im Vinzenzhaus, Seminar-

Das Presseheim Oybin

bei Zittau ist auch im Winter geöffnet und bietet den Kollegen neben wundervoller Wintererholung in der Natur auch beste Unterkunft und Verpflegung. Anfragen bitte direkt an das Heim.

Digitized by Google

gasse 1/3, statt. Die Mitglieder werden hierzu satzungsgemäß eingeladen.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorsitzenden.
2. Kassenbericht des Schatzmeisters.
3. Bericht über die Lage des Reichsverbandes durch Direktor Richter-Berlin.
4. Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Schatzmeisters.
5. Vorstandswahl.
6. Wahl der Kassenprüfer, der Mitglieder des Ehrengerichts, der Vertreter für die Reichsverbandstagung, für die Bezirksarbeitsgemeinschaft und das Bezirksschiedsgericht.
7. Neufassung der Satzung für die Unterstützungs- und Sterbe-kasse.
8. Anträge.
9. Verschiedenes.

Anträge müssen mindestens 14 Tage vor dem Zusammentritt der Hauptversammlung, also bis zum 23. Februar bei dem unterzeichneten Vorsitzenden eingereicht werden.

Der Vorsitzende.

Hr. Langenstraßen.

Landesverband Württemberg.

Am Sonntag, dem 3. Februar, fand im Bahnhofshotel in Ulm eine Tagung des Landesverbandes Württemberg statt. Die Versammlung, aus allen Teilen des Landes gut besucht, verlief sehr anregend. Eine Reihe wichtiger Berufsfragen stand zur Beratung. Nach der Eröffnungsrede des Vorsitzenden Dr. Dröse-Stuttgart und einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der Ulmer Ortsgruppe, Dr. Fakler, berichtete der Verbandsvorsitzende über das Stuttgarter Pressefest vom vorigen Jahre. An den Bericht schloß sich eine längere Aussprache über die Gestaltung der künftigen Pressefeste. Auch die Frage der Presseempfänge wurde eingehend behandelt.

Sodann fand eine Besprechung über Lage und Aussichten der Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse statt. Ein weiterer wichtiger Gegenstand der Verhandlungen war die Stellung der im Hauptberuf als freie Mitarbeiter der Tageszeitungen tätigen Journalisten. Es wurde auf die Mißstände hingewiesen, die sich durch die nebenamtliche Berichterstattertätigkeit von Nichtjournalisten vielfach ergeben haben. Man war darüber einig, daß überall dort, wo Mitarbeiter zur Verfügung stehen, die im Hauptberuf Journalisten sind, diese in erster Linie zur Berichterstattung und zu sonstiger Mitarbeit herangezogen werden sollen. — Die nächste Tagung des Verbandes findet im Juni in Wildbad statt.

Bezirksarbeitsgemeinschaften

Arbeitsgemeinschaft der Niederrheinisch-Westfälischen Presse.

Im Gemeindeparlament des Ortes Herten i. W. zeigten sich die Mehrzahl der Gemeindevertreter mit der Haltung der „Hertener Zeitung“ im Eingemeindungskampf nicht einverstanden. Diese Unzufriedenheit ging so weit, daß ein Antrag zum Beschluß erhoben wurde, demzufolge der „Hertener Zeitung“ das Veröffentlichungsrecht für das Amt Herten entzogen werden sollte, falls sie die bisherige Stellungnahme in der Eingemeindungsfrage nicht aufgebe. Die Zeitung sollte zunächst weiter beobachtet werden. Die endgültige Entscheidung sollte die Finanzkommission des Gemeindeparlaments treffen. Sonderbarerweise traten diesem Beschluß nur die kommunistischen Gemeindevertreter nicht bei.

Die Arbeitsgemeinschaft der Niederrheinisch-Westfälischen Presse hat sich sofort mit der Angelegenheit beschäftigt und der Hertener Gemeindeverwaltung in einem Schreiben klar gemacht, daß gegen einen derartigen Eingriff in die Preßfreiheit von der Gesamtheit der Zeitungen mit aller Entschiedenheit protestiert werde. In dem Schreiben heißt es u. a.:

„Die Zeitung hat die Aufgabe, öffentliche Interessen wahrzunehmen und sich in ihrer Stellungnahme zu allen Tagesereignissen lediglich durch die Pflicht zu objektiver Berichterstattung leiten zu lassen. Eine Zeitung, die ihre Stellungnahme von anderen Gesichtspunkten abhängig macht oder auf Drohungen hin ihre Stellungnahme ändert, wird mit Recht als korrumpiert bezeichnet. Die Unterstützung des Strebens nach Reinhaltung der Presse von allen Korruptionserscheinungen sollte unseres Erachtens gerade eine vornehme Pflicht der öffentlichen Körperschaften sein. Um so unverständlicher ist es uns deshalb, daß gerade von seiten einer Gemeindeverwaltung die Zensur eines Ausschusses über eine Zeitung verhängt werden soll. Der vom Gemeinderat gefaßte Beschluß muß von der ganzen Presse als schwerer Eingriff in die Pressefreiheit zurückgewiesen werden.“

Personalien

Dr. Friedrich Düsel, seit 25 Jahren der Herausgeber von Westermanns Monatsheften, beging am 11. Februar den 60. Geburtstag. Düsel, ein geborener Mecklenburger, ist aus der Schule Erich Schmidts hervorgegangen und hat sich nach Beendigung seiner Studien der Schriftstellerei zugewandt. In ihren Bezirken hat er sich einen Namen gemacht als Theaterkritiker von gerechtem, maßvollem Urteil sowie als Herausgeber der Werke Geibels und Geijerstams. Die Gestaltung der „Monatshefte“ ist Düsels Werk. Sein allein von innerer Überzeugung getragenes Urteil hat ihn aus der Fülle des Stoffes das für seine Zeitschrift und ihr Publikum geeignete Wertvolle herausholen lassen; dabei hat er mit glücklichem Geschick vermieden, den Weg des Nur-Populären zu gehen. Auch die Reihe „Lebensbücher der deutschen Jugend“ hat Düsel herausgegeben sowie ein Wörterbuch „Verdeutschungen“ unter dem Leitsatze: „Nirgend offenbart sich der Reichtum unserer Muttersprache so königlich wie bei dem redlichen Entschluß, sich ein Fremdwort zu gestatten für das, was deutsch gut ausgedrückt werden kann.“

Redakteur Hartmann, bisher Mitglied der Redaktion des „Düsseldorfer Tageblattes“, übernahm am 1. Januar 1929 die redaktionelle Leitung dieser Zeitung.

Diplom-Volkswirt Johannes Höber wurde zum Leiter des Städtischen Nachrichtenamtes in Mannheim berufen.

Der Schriftsteller Tony Kellen, ein gebürtiger Luxemburger, beging am 26. Januar den 60. Geburtstag. Nach den Studienjahren an der Universität Paris trat er in die Redaktion des „Elsässer Journal“ und „Journal d'Alsacce“-Straßburg, ein; er arbeitete sowohl am französischen wie am deutschen Teil der beiden zweisprachig erscheinenden Blätter mit. Später übersiedelte er nach Essen und war 21 Jahre lang Mitglied der Redaktion der „Essener Volkszeitung“. Nebenbei redigierte er mehrere Zeitschriften und Kalender des Verlages der „Essener Volkszeitung“. Seit 1917 lebt er in Stuttgart und ist als literarischer Beirat der Franckschen Verlagsbuchhandlung tätig. Von seinen Werken sind zu nennen „Das Zeitungswesen“ 1908, „Aus der Geschichte des Feuilletons“ 1909 und „Die Entwicklung des Anzeigen- und Reklamewesens“ in der Festschrift für den Gründer des journalistischen Seminars in Heidelberg, Professor Koch (1907).

Kollege Gaston R. Arwak, der bisher in der Pariser Redaktion der Telegraphen-Union tätig war, ist wieder in die Pariser Redaktion der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ eingetreten.

Redakteur Andreas Hecht †. Der langjährige Redakteur des „Waldheimer Tageblattes“ Andreas Hecht ist plötzlich im Alter von 50 Jahren gestorben. Er war in weiten Kreisen geschätzt und beliebt. Auch im Erzgebirgs-Verein hat er eine führende Rolle gespielt.

Chefredakteur Carl von der Heydt, dessen Ableben wir schon kurz meldeten, war vor 13 Jahren in die Redaktion des „Dortmunder Generalanzeigers“ eingetreten und zeichnete seit 10 Jahren für den politischen Teil des Blattes verantwortlich. Im Jahre 1875 in Essen geboren, ging Carl von der Heydt schon in jungen Jahren zum Journalismus und begann seine Laufbahn in der Redaktion der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ in Essen. Später war er u. a. als Lokalredakteur am „Täglichen Anzeiger“ in Elberfeld tätig, wo er sich als Mitbegründer des Vereins Wuppertaler Presse hervortat. Der Weg führte ihn dann als Lokalredakteur an die „Düsseldorfer Nachrichten“ und den Duisburger General-Anzeiger“ und schließlich siedelte er 1915 nach Dortmund über, wo er die Leitung der politischen Redaktion des „Dortmunder General-Anzeigers“ übernahm. Carl von der Heydt, zweiter Vorsitzender des Vereins Dortmunder Presse, war von nie versagendem Schaffensdrang, goldenem Optimismus und unermüdlicher Aktivität beseelt, seinen Kollegen ein leuchtendes Beispiel. Ehre seinem Andenken!

Ferdinand Koch, der eigentliche Begründer der „Kasseler Neuesten Nachrichten“ im Jahre 1910 und seit dieser Zeit Verleger des Blattes, ist am 11. Januar infolge eines Gehirnschlages plötzlich verstorben. Der Tod ereilte ihn mitten

Digitized by Google

in der Arbeit am Schreibtisch seines Verlagsbüros. Der Verstorbene ging völlig in der Arbeit für die „Kasseler Neuesten Nachrichten" auf, die so recht eigentlich sein Lebenswerk waren. Sowohl seine journalistische Befähigung wie vor allem seine verlegerischen Qualitäten hat er aber nicht nur bei der Gründung und erfolgreichen Führung dieses Unternehmens bewiesen, sondern schon früher, als er mit seinem vor ihm verstorbenen Bruder Friedrich Otto Koch die „Stettiner Neuesten Nachrichten" begründete. Beide Blätter konnten sich aus kleinen Anfängen zu angesehenen Tageszeitungen entwickeln. Ferdinand Koch kam vom Journalismus her. Seine Lehr- und Wanderjahre als Ressort- und Chefredakteur führten ihn an Wiesbadener, Bochumer und Breslauer Blätter. Er hat auch als Verleger die Feder niemals ganz aus der Hand gelegt. Die langjährige redaktionelle Tätigkeit hat in ihm das Verständnis für alle journalistischen Fragen niemals einschlafen lassen und mit dazu beigetragen, daß das Verhältnis zwischen der Redaktion und dem Verlage der „Kasseler Neuesten Nachrichten" ein harmonisches war.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Verband der Schlesischen Presse. Frau Dr. Grete Steinberg (ständige Mitarbeiterin d. Bresl. N. N.), Breslau, Eichhornstr. 4/6.

II. Neuanmeldungen.

Verein Niedersächsische Presse. Redakteur Dr. Piepenbrink (Lippische Tageszeitung), Detmold.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Presse-Verein Ruhr-Emscher. Dr. Wilh. Frings (Leiter der Pressestelle des Landkreises Recklinghausen), Recklinghausen, Börsterweg 46/I.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Leipzig. Willy Wieczorek (Korrespondent des Scherl-Verlages, Leipzig C. 1, Riebeckrst. 11/III; Redakteur Kroesing (Wolffs Telegr.-Büro), Leipzig.

Verband der Schlesischen Presse. Schriftleiter Hans Hoffmann, Breslau 1, Vorwerkstr. 58/60 (Grenzmark Schlesien).

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Georg Friedel, Nürnberg, nun Oberlahnstein, Wolffstr. 3, überwiesen an den Verein Nassauischer Redakteure.

Bezirksverband Berlin. An Rheinland-Westf. überwiesen: Karl Böttcher, Dortmund, Kielstr. 5; an Württemberg: Walter Stölting, Friedrichshafen, Ailinger Str. 21. Von Rheinland-Westf. übernommen: Dr. Wilh. Nik. Doerkes-Boppard (Girardet), Charlottenburg, Sachsenplatz 7; von Sachsen: Paul Eckert (Mitarbeiter), W. 30, Eisenacher Straße 14/I.

Landesverband Hamburg. An den Reichsverband als Einzelmitglied überwiesen: Dr. M. R. Kaufmann, New York.

Landesverband Mitteldeutschland. Dr. Friedrich Ritter vom Landesverband Sachsen überwiesen, Mühlhausen/Thür. (Mühlh. Zeitung).

Verein Niedersächsische Presse. Vom Landesverband d. Sächs. Presse ist dem Verein Braunschw. Presse überwiesen: Theodor Baare, bisher Freital, jetzt Bad Harzburg (Harzer Pressedienst).

Inhaltsangabe:

Heinrich Neumann zum 70. Geburtstag.
Sind Nachrichtenredakteure Journalisten? Von A. M. Nuese.
Ein holländischer Journalist über deutsche Zeitungen und Journalisten.
Die Tagespresse im Dienst der hygienischen Volksbelehrung. Von Prof. Dr. Alfred Bruck.
Marokkanische Presse. Von Otto Graf.
Zeichnen im Gerichtssaal.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Bezirksarbeitsgemeinschaften.
Personalien.
Mitgliederbewegung.
Büchermarkt.

Büchermarkt

Der neue Pola.

Handbuch des öffentlichen Lebens. 5. Ausgabe des Politischen Almanachs. Herausgegeben von Maximilian Müller-Jabusch. Verlag K. F. Köhler, G. m. b. H. Ganzleinenband 28 Mk.

Als im Jahre 1923 der Politische Almanach mir zum erstenmal in die Hand kam, stand er als schmales, graues Bändchen, sozusagen im Inflationsgewande, auf dem Schreibtisch. Aber schon damals erwies er sich als nützlicher Gehilfe auf vielen Arbeitsgebieten. Aus dem schmalen grauen Bändchen, das bei der 2. Ausgabe 1925 schon zum stattlichen Band herangewachsen war, ist in der jetzt im Buchhandel erschienenen Neuausgabe im vollsten Sinne des Wortes ein Handbuch des öffentlichen Lebens geworden, ein Nachschlagewerk von wahrhaft erstaunlicher Fülle des Materials. Um nur einiges anzuführen — wollte man ausführlicher werden, könnte man leicht Seiten füllen —: Der Benutzer findet darin die genauen und richtigen Anschriften sämtlicher staatlichen und kommunalen Behörden, sämtlicher deutschen Organisationen wirtschaftlicher, politischer, sozialer und kultureller Art, die diplomatischen Vertretungen Deutschlands im Auslande sowie die ausländischen diplomatischen Vertretungen bei uns. Es enthält ein Verzeichnis der großen Presse des In- und Auslandes, unterrichtet über Parlamente des Reiches und der Länder, bringt kurze, aber gut verwendbare, uns rasch ins Bild setzende Angaben über jedes einzelne Land, über dessen Regierungen und Behörden, beschäftigt sich ausführlich mit der Gliederung des deutschen Bildungswesens, mit der Rechtspflege, dem Verkehrswesen, dem Geldwesen, den Finanzen, Steuern und der Beamtenbesoldung, dem Gemeindewesen; kurz und gut, unser ganzes wirtschaftliches, kulturelles, politisches, soziales und kirchliches Leben ist darin aufgefangen und in seinen wesentlichsten Erscheinungen wiedergegeben. Das Handbuch bietet ausgezeichnete Orientierungsmöglichkeiten, ja, einer seiner Kritiker hat nicht zuviel gesagt, wenn er behauptet, es ersetze eine ganze Bibliothek. Aber nicht nur über Deutschland spricht das Handbuch, in dessen Abteilung I: Deutschland, übrigens ein besonderer Abschnitt über den Vertrag von Versailles und seine Durchführung eingegliedert ist, es vermittelt auch eine ausgezeichnete Kenntnis der Verhältnisse des Auslandes, das mit nicht weniger als 72 Ländern vertreten ist; aus diesen Ländern bringt es Angaben über Verfassung, Landeseinteilung, Umfang, Einwohner, Regierungsleitung und Regierung, Parlament, Landwirtschaft, Industrie, Wirtschafts- und Verkehrswesen usw. Der besondere Abschnitt über den Völkerbund bietet vortrefflich zusammengestelltes Informationsmaterial über die Tätigkeit des Völkerbundes sowie über seine Organisation. Der biographische Teil enthält nicht weniger als etwa 1000 kurze Biographien führender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Deutschland und im Auslande. Im Schlußteil endlich werden wichtige und instruktive Statistiken über Länder und Bevölkerungen, Erzeugung und Verbrauch hauptsächlich in Deutschland, Handel und Verkehr der wichtigsten europäischen und außereuropäischen Länder, Geld- und Finanzwesen, Preise und Löhne, sowie über die Frage der Arbeit wiedergegeben. Eine große Erleichterung für die Benutzer des Nachschlagewerks ist die Mitteilung der genauesten Adressen einschließlich der Telephonnummer, so daß man, wenn man nicht durch einen Einblick in das sehr übersichtlich gegliederte Buch schon eine Telephonat erspart, zum wenigsten das Suchen nach der Telephonnummer vermeidet. Das Handbuch gehört in jede größere Bibliothek, nicht zuletzt in jede Redaktionsbibliothek, auf den Arbeitstisch jedes Redakteurs, jedes Verlegers, jeder Persönlichkeit, die irgendwie im öffentlichen Leben steht. Es ist anzunehmen, daß dieser fünften Ausgabe des Politischen Almanach, die gegenüber der letzten 1927 erschienenen nicht nur auf allen Gebieten das neueste Material, die allerletzten Angaben enthält, sondern auch durch eine Reihe kleiner Verbesserungen noch beträchtlich an Wert gewonnen hat, ein großer Erfolg als Nachschlagewerk beschieden ist.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68. Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 8 — Berlin, den 23. Februar 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Der Inhalt der deutschen Tageszeitungen.

Von W. Schwedler, Berlin.

Auf der Tagesordnung der Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse, die Anfang Juni 1928 in Köln abgehalten wurde, stand unter vielen anderen interessanten Sachen ein Vortrag über das Thema „Die Macht der Bürokratie". Für diesen Punkt hatte ich das Referat übernommen und mir ein sehr schönes, viele Seiten langes Manuskript dafür vorbereitet. Der Vortrag ist dann ungehalten geblieben, weil viele Kollegen über die lange Ausdehnung der Debatte über ein anderes Thema schon ungehalten waren. Ich habe aber das Manuskript aufgehoben und es wieder hervorgeholt, als in Nr. 7 der „Deutschen Presse" ein Auszug aus dem Artikel „Deutsche Zeitungen" des Berliner Korrespondenten des „Allgemeen Handelsblad" veröffentlicht wurde, und ich finde in dem Manuskript eine Reihe von Ausführungen, die das von dem holländischen Kollegen angeschnittene Thema behandeln. Das Manuskript schließt diese Ausführungen mit den Worten:

> „Auch in Deutschland werden die Zeitungen auf die Dauer nur dann gern gelesen werden, wenn sie lebhaft und abwechslungsreich sind; für dieses Moment der Lebhaftigkeit, der Abwechslung kämpfe ich, wo und wann ich nur kann, gegen das Gespenst der Nivellierung, der Schablone, der Schablonisierung, die aus der Entwicklung der letzten anderthalb Jahrzehnte zu meinem tiefen Bedauern sich immer mehr herausbildet. Diese Entwicklung halte ich für den gefährlichsten Feind der Presse...."

Ich habe meines Wissens mit dem holländischen Kollegen nie über dieses Thema gesprochen. Er ist auf Grund eigener Beobachtungen zu dem gleichen Ergebnis gekommen, das ich damals den Kollegen vom Reichsverband der deutschen Presse mit einer recht ausführlichen Begründung unterbreiten wollte. Diese Begründung kann hier nicht wiedergegeben werden, nicht nur wegen ihrer Ausführlichkeit, sondern auch deswegen, weil viele Sachen darin stehen, die man wohl im Kreise der Kollegen sagt, die man aber nicht in einem Blatt niederschreibt, das in so und soviel Exemplaren in ganz Deutschland verbreitet, gelesen, aufgehoben und auch nach dem Auslande geschickt wird. Ich möchte aber zu dem Artikel des holländischen Kollegen, der sicher ein starkes Echo hervorrufen und außer der meinigen verschiedene andere Federn in Bewegung setzen wird, doch sofort folgende Bitte aussprechen:

Vor allem sollten wir nicht übelnehmen! Der Artikel des holländischen Kollegen schießt wohl in einigen Punkten über das Ziel hinaus, vor allem in dem, was er über gegenseitige Beschimpfungen sagt. So fürchterlich ist es Gott sei Dank nicht, wie er es ansieht, obwohl wir ja in unseren Versammlungen auch schon gelegentlich etwas darüber gesagt und gehört haben. Alles in allem macht der Artikel doch den Eindruck, daß er durchaus nicht in böser Absicht geschrieben ist, wie ja auch sein Verfasser ganz bestimmt nicht als deutschfeindlich angesprochen werden kann. Man sollte vielmehr das, was in dem Artikel unrichtig oder übertrieben erscheint, gerade um den Vorwurf der Unverträglichkeit ad absurdum zu führen, in möglichst vornehmem Ton zurückweisen. Das werden hoffentlich die Kollegen aus Redaktionen deutscher Tageszeitungen tun, die dazu berufen erscheinen und in eigener Sache das Wort ergreifen können. Besonders ist davor zu warnen, daß man sich aufs hohe Pferd setzt und die ganze Angelegenheit mit der Behauptung abwürgt, wir hätten die beste, geistig höchststehende Presse der Welt. Ob es bei der Presse allein auf geistigen Hochstand ankommt, ist ja eine Doktorfrage. Wenn diese Frage bejaht wird, so hätte der Verfasser des vorerwähnten Artikels unrecht, oder vielmehr sein Tadel wäre belanglos angesichts der Tatsache, die er selber feststellt, „daß es nämlich in Deutschland Hunderte von erstklassigen Journalisten gibt, daß man hier oft Artikel lesen kann, die nicht nur überhaupt auf einem sehr hohen Niveau stehen, sondern die auch noch wahre sprachliche und technische Kunstwerke sind". Aber damit ist allein das Wesen der Presse, der Tagespresse wenigstens, nicht erschöpft. Sie hat doch auch noch andere Aufgaben als die der Belehrung und Unterhaltung. Nicht in letzter Linie soll die Unterrichtung stehen, auf „deutsch": die Information! Nicht umsonst nämlich heißt die Zeitung in der englischen Sprache „Newspaper", wörtlich übersetzt „Neuigkeiten-Blatt". Mit diesen Neuigkeiten hapert es bei uns in Deutschland. Die Quellen fließen in Deutschland spärlich, unregelmäßig und trübe, soweit sie auf private Initiative zurückzuführen sind, und in der Zeitung sollte private Initiative immer die stärkste Triebkraft sein.

Was ist nun, abgesehen von den beiden großen Nachrichtenagenturen, die die deutsche Presse mit deutschen und ausländischen Nachrichten versorgen, die Hauptinformationsquelle der deutschen Zeitungen: eine im Kriege geschaffene und als Kriegserbschaft in den Frieden übernommene Einrichtung, die es der Regierung ermöglicht, der Presse Informationen zu geben, die sie zu veröffentlichen für gut hält, eine Einrichtung, die es andererseits der Presse ermöglicht, die Regierung um Informationen zu ersuchen, die sie zu veröffentlichen wünscht. Ob die Presse diese Informationen sehr häufig bekommt, erscheint fraglich. Im allgemeinen wird ihr Wunsch nur erfüllt werden, wenn er sich zufällig mit dem Wunsch der Gegenseite deckt. Deren Verhalten, d. h. Bemessung und For-

Digitized by Google

Parlament und Presse.

8. Vortragsabend des Bezirksverbandes Berlin im Reichsverband der deutschen Presse.

Seinem dritten diesswintrigen Vortragsabend am 1. Februar, dessen Besuch die herrschende sibirische Kälte kaum Abbruch getan, hatte der Bezirksverband Berlin das Thema „Parlament und Presse" gegeben.

Der Vorsitzende Kollege Klühs

eröffnete auch diesmal die Verhandlungen und begrüßte zunächst die Erschienenen, unter ihnen vor allem die geladenen Parlamentarier, insbesondere den Präsidenten des Preußischen Landtages, Bartels. (Im weiteren Verlauf des Abends erschien auch der Reichstagspräsident Löbe.) Es bestehe die Absicht, das Verhältnis des Parlaments zur Presse und der Presse zum Parlament zu besprechen, der beiden öffentlichen Einrichtungen, die im Volksbewußtsein wurzeln und die das Volksbewußtsein von sich aus neu zu gestalten in der Lage sei. Als Redner sei zunächst der Kollege Buchhorn gewonnen, der in seiner Doppeleigenschaft als Parlamentsjournalist und als Parlamentarier auf diesem Gebiete besondere Erfahrungen habe, ferner der Kollege Sarwey, der in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied des Vereins der Parlamentsjournalisten sicherlich Wesentliches zum Thema zu sagen haben werde.

Nach dieser kurzen Einführung nahm

Kollege Josef Buchhorn

sofort das Wort; er sagte etwa folgendes:

Verschiedene Abgeordneten-Kollegen aus dem Preußischen Landtag haben sich bei mir entschuldigt, daß sie dem Vortrag heute Abend nicht beiwohnen könnten. Ich habe das mehr der Diskussion nachher als des sogenannten Vortrages wegen bedauert. Denn ich habe nicht die Absicht, etwa eine Systematik des Themas zu geben und die gesamte Literatur über die öffentliche Meinung usw. heranzuziehen. Ich möchte in meiner vom Vorsitzenden betonten Doppeleigenschaft als Parlamentarier und Pressevertreter ein paar Anmerkungen zu dem Thema machen, Anmerkungen, deren Formulierung ich der Minute überlasse.

Wenn ich mich mit dem Thema Parlament und Presse beschäftige, fällt mir immer wieder die Gegensätzlichkeit zwischen beiden auf. Vielleicht gibt das Wort Gegensätzlichkeit nicht einmal genügend scharf diese Spannung wieder, es herrscht auf beiden Seiten geradezu eine Animosität gegeneinander, man könnte eine Kampfstellung zwischen beiden feststellen. Man müßte das aus dem Wesen der Presse und aus dem Wesen des Parlaments zu erklären versuchen.

Jeder echte Journalist, wenn er ein Kerl ist, hat das Gefühl: Ich bin ich! Er hat das große unbedruckte weiße Papier vor sich, das er mit seiner Meinung beschreibt, und seine Meinung soll selbstverständlich Geltung haben in toto, und was draußen ist, das hat sich nach dieser Meinung zu richten. Auch das Parlament. In vielen Redaktionsstuben ist es doch so, daß es dort heißt: die Politik machen wir! Und das Parlament ist zu gebrauchen, wenn es sich in diese Richtung einstellt.

Das Parlament steht auf einem wesentlich anderen Standpunkt. Es ist dem Volke verantwortlich. Es hat die Richtlinien der Politik zu bestimmen. Aus dem Parlament wächst die Regierung, die wieder dem Parlament verantwortlich ist. Also: das Parlament wird gut und gern mit der Presse zusammenarbeiten, wenn die Presse den Intentionen des Parlaments folgt. Das ist ein Gegensatz, der manchmal mehr manchmal weniger scharf vorhanden, der aber vorhanden ist.

Die Presse sieht im Parlament da unten oft allzuviel Menschliches. Da ist nicht die Auslese der Arten, die sich die Presse oben vom Parlament wünscht. Ganz ohne Frage sind da unten oder glauben sich da unten viele berufen, aber wenige sind auserwählt. Das bringt die Art der Auswahl der Kandidaten mit sich, da müssen Rücksichten auf alle möglichen Berufe, auf alle möglichen Kreise des Handwerks, der Wirtschaft usw. genommen werden. Und ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, daß manchmal irgendein Kandidat auf eine Liste gesetzt wird, nur weil sein Platz etwa der Landwirtschaft oder dem Handwerk vorbehalten war. Das sind Selbstverständlichkeiten, die sich in allen Parteien finden. Solchen Elementen des Parlaments gegenüber wächst natürlich die an und für sich schon große Bedeutung des Journalisten um ein Erkleckliches — und nach solchen Unzulänglichkeiten wird nachher das ganze Parlament beurteilt.

Umgekehrt: der Parlamentarier, der sich mit Ernst und Eifer seinen Aufgaben unterzieht, der die Gesetzesvorlagen durcharbeitet, der in den Kommissionen ersprießliche Arbeit leistet, der ist manchmal über die Oberflächlichkeit entsetzt, die aus der Presse als Echo zu ihm zurückkommt. Als ich als Journalist anfing, da war es so, daß man zunächst im Handwerksmäßigen ausgebildet wurde: auf Vereine und Versammlungen angesetzt, in die kleine Lokalreportage eingestellt wurde, da war das, was man heute den Leitartikel nennt, etwas, was nur den ganz Zünftigen und Großen vorbehalten blieb. Das ist heutzutage leider Gottes sehr viel anders geworden. Heute werden sehr viele junge Leute unseres Berufes auf die Journalistentribüne losgelassen, und sie betrachten dann das Parlament als eine Gelegenheit, an ihm ihren Stil zu feilen und ihr Urteil zu bilden. Ich habe darauf verschiedentlich schon im Organ unseres Reichsverbandes hingewiesen. Wir müssen dafür sorgen, daß aus unseren Reihen eine Qualität ersten Ranges auf der Journalistentribüne sitzt. Dann können wir um so eher auch nach unten urteilen.

Daß die Art der Presse, das Parlament als eine Art Hörigen von sich zu betrachten, nicht neu ist, hat mir eine Lesefrucht bewiesen, die ich einer sehr beachtenswerten Schrift „Parlament und Presse" in den Wiener Staatswissenschaftlichen Studien von Max Gahr entnahm. Gahr zitiert da aus der Historisch-Politischen Zeitschrift Rankes von 1831, einen Münchener Brief:

> „Das Bestreben, durch die Presse auf die Verhandlungen der Kammer einzuwirken, und ebenso die Übung einer Art Jurisdiktion über die Redner, welche ohnedies ohne freiwillige Unterwerfung keine entscheidende Kraft zu erlangen vermag, kann niemand mit Grund schlechthin mißbilligen, aber die geheime, außerhalb der Presse sich äußernde Betriebsamkeit der Journalisten in der Bearbeitung der großen Masse der Abgeordneten könnte weder mit der Würde der Kammer noch mit dem Geiste der Verfassung vereinbar gefunden werden. Rankes Zeitschrift beschwerte sich besonders darüber, daß die Abgeordneten vielfach Reden zum Preßgesetzentwurf vortrugen, deren Konzept sie fertig von der Pressetribüne erhalten hatten."

Es ist ganz selbstverständlich, daß eine derartige Beeinflussung des Parlaments heute unmöglich ist. Und ich kann mir nicht recht vorstellen, daß solche Abhängigkeit soweit gehen sollte, daß heute noch irgendein Abgeordneter von der Pressetribüne irgendwelche Redenkonzepte bekommt. Aber Sie sehen, dieser Beeinflussungswille der Journalistentribüne in das Parlament hinunter ist so alt, wie in Deutschland die Parlamente sind. Lasker hat schon im Norddeutschen Reichstag 1867 erklärt: die wahre Öffentlichkeit ist auf der Journalistentribüne. Und wie das der Fall war, hat insbesondere ja der Journalistenstreik im März 1908 bewiesen, als auf einmal die Berichterstattung über die Parlamentsverhandlungen aufhörte. Damit war dieses Institut für die Öffentlichkeit tatsächlich erledigt. Selbst die Regierungsvertreter haben sich damals im Parlament nur auf kurze knappe Reden beschränkt, weil, wie aus dieser Zurückhaltung hervorging, auch sie das Parlament nur dazu benutzten, um über die Publizität gewordene Parlamentstätigkeit durch die Presse auf die große Masse zu wirken. Das heißt, daß auch der Parlamentarier ohne die Presse seinen guten weisen Reden nicht die nötige Resonanz geben kann. Darum denn auch hie und da ein unwilliges Empfinden über

die Abhängigkeit von der Pressetribüne,

darum die leicht beschwingte Art mancher Parlamentarier, die Pressetribüne zu finden, die sie sonst nicht zu suchen pflegen, wenn irgendwie eine Verstärkung ihrer Tätigkeit in der Öffentlichkeit durch die Presse notwendig ist.

Fragt sich, wie die erwähnten Gegensätzlichkeiten überwunden werden sollen? Ich sagte schon von der Presse aus: dadurch, daß sie nur erstklassige Arbeit leistet und diese Arbeit in einer bisher noch nirgends beobachteten Objektivität. Denn meist sind nur die Redner würdig, wieder-

Digitized by Google

gegeben zu werden, die der betreffenden Partei angehören. Die anderen Abgeordneten werden durchweg mit ein paar Zeilen abgespeist, die gewöhnlich dann noch zu dem, was der Vorredner gesagt hat, in gar keinem Zusammenhang stehen. Ich meine, wenn wir von der Presse uns daran gewöhnen würden, auch dem Gegner — das gilt für alle Parteien — sein Recht werden zu lassen, würden wir zur Erziehung auch des deutschen Menschen in politischen Dingen ein wertvolles Stück Mitarbeit leisten. Man soll nicht sagen, der Leser draußen wolle die Parlamentsberichte gar nicht haben. Vernünftig zurecht gemachte Parlamentsberichte werden durchaus gelesen und auch aufgenommen.

Im Bericht absolute Objektivität, im Stimmungsbild Freiheit.

Das Stimmungsbild soll das Mousssierende aus der Debatte wiedergeben, soll auch Fehler aufzeigen; das Stimmungsbild soll auf unsere Parlamente unter Umständen erzieherisch wirken, und daß in der Beziehung noch sehr viel zu tun ist, das wird uns von den Parlamenten selber leider Gottes nur allzuoft ad oculos demonstriert. Hier sollten die Parlamente dazu übergehen, sauberes Hausrecht zu schaffen. Nach meiner Auffassung müßten Paragraphen geformt werden, nach denen ein jeder, der sich mit roher Gewalt an einem andern Abgeordneten vergeht, für dauernd unfähig erklärt wird, jemals wieder in einem Parlament irgendwelche Menschen zu vertreten. Ebenso sollten die Parlamente den Begriff der Immunität noch viel schärfer einschränken. Es geht nicht an, daß ein Abgeordneter unter dem Deckmantel der Immunität andere Menschen hemmungslos beleidigen kann, es geht erst recht nicht an, daß Abgeordnete, die zugleich Pressevertreter sind, unter der Immunität Pressekampagnen führen, für die sie nachher gesetzlich nicht zur Verantwortung gezogen werden können.

Wenn wir eine Vereinigung der Wechselwirkung zwischen Parlament und Presse herbeiführen, werden wir zugleich auch der allgemeinen Öffentlichkeit einen großen Dienst erweisen. Denn es ist selbstverständlich, daß ein Volk, das seine Geschicke in seiner Hand hat, auf die Dauer nicht ohne lebendigen Zusammenhang mit seinem Parlament bleiben kann. Daß an beiden Stätten, auf der Pressetribüne und im Parlament, Menschen sind, die Kämpfer und nicht ohne Rechte sind, liegt auf der Hand. Denn es ist ja heute nicht so, daß, wie es in der Liechtensteiner Konstitution vom 9. November 1818 heißt, ins Parlament nur solche Leute gewählt werden dürften, die verträglichen Charakters wären. Ich glaube, dann würden die Parlamente nicht diese Fülle von Personen und Persönlichkeiten zählen, die heute in ihnen vorhanden sind. Aber es ist auch nicht so, daß das für die Presse gilt.

Vielfach klagt man heute über einen Niedergang des Parlaments. Aber auch das ist nichts Neues und aus unseren Tagen Gegebenes. In der schon erwähnten Schrift von Max Gahr habe ich eine andere Lesefrucht gefunden, in der es u. a. heißt:

> „Kein Staat, aus dem nicht die bittersten Klagen über den Niedergang des Parlamentarismus kämen. Man kann, wie Bornhak kürzlich hervorgehoben hat, nicht von einem Niedergange im Sinne gebrochener Lebenskraft sprechen, denn der Parlamentarismus erfüllt lebensvoll die Welt. Aber das persönliche Niveau der Abgeordneten sinkt überall, die gesetzgeberische Arbeit wird immer nachlässiger und die Parlamente haben, oft durch eigene Schuld, ihren Nimbus eingebüßt . . . . Das gilt in ähnlicher Weise von England, von Frankreich, von Italien, wo die bedauerliche Erscheinung konstatiert wird, daß der Abgeordnete für den Wähler die Runde in den Büros der Ministerien macht, er geht den Minister, die Generaldirektoren, die Dezernenten persönlich an oder überschwemmt sie mit Empfehlungsbriefen, die in den Verwaltungsstellen zu einer wahren Landplage anschwellen und den geordneten Gang der Geschäfte auf das äußerste benachteiligen. Durch die Nation geht ein tiefer Zug von Enttäuschung und Entmutigung über die Entartung des Parlamentarismus . . . Nur Deutschland hat sich von dieser, für den Parlamentarismus der romanischen Staaten geradezu typischen Beeinflussung der Verwaltung durch Abgeordnete und Parteien bisher glücklich frei zu erhalten gewußt . . ."

Das ist, wie gesagt, in der Schrift von Max Gahr „Parlament und Presse" gesagt. Und diese Schrift ist 1908 gedruckt. Ich wage an diesen Sätzen natürlich keine Kritik, auch nicht an dem letzten Satz, daß Deutschland sich von dieser für den Parlamentarismus der romanischen Staaten typischen Beeinflussung der Verwaltung bisher glücklich frei zu halten gewußt habe . . .

Versuchen wir noch einmal, in einem Zusammenklingen von Parlament und Presse eine andere Beeinflussung der öffentlichen Meinung herbeizuführen, versuchen wir, in unserem deutschen Publikum die Annahme, daß allerorts ein Sinken des Parlamentarismus festzustellen und zu beklagen sei, zu erschüttern. Wir beide, Presse und Parlament, haben die heilige Pflicht, uns an diese Aufgabe zu setzen, wenn anders wir es noch mit der Zukunft unseres Volkes ernsthaft meinen, und darum soll es nicht so bleiben, wie ich einleitend sagte, daß Parlament und Presse Gegensätzlichkeiten sind, und sie sind es heute, sondern es sollte der Versuch gemacht werden, diese Gegensätze zu überbrücken, auf daß es heißen möge: Parlament und Presse Hand in Hand, im Dienst für das deutsche Vaterland!

Die frischen und lebendigen Ausführungen Buchhorns wurden mit lebhaftem Beifall quittiert.

Der zweite Redner,

Kollege Helmuth Sarweh,

gab in seinem Referat über das Verhältnis der Parlamente zur Öffentlichkeit und die Entfremdung der Parlamente von dieser zunächst einen interessanten historischen Rückblick.

Die erste geschichtliche Stufe des Parlamentarismus waren die frühmittelalterlichen Reichsversammlungen, sie können weder als öffentlich noch als vertraulich im heutigen Sinne bezeichnet werden. Die zweite Stufe bildeten die spätmittelalterlichen, streng geschlossenen Parlamente, Landtage, Landstände usw.; ihre Verhandlungen waren vollkommen vertraulich, weil ein Schutz gegen Vergeltungsmaßnahmen der Krone oder anderer Mächtiger bestehen mußte, ferner aus der korporativen Auffassung des Mittelalters, das nur die Vertretung von Körperschaften, nicht eine solche der Gesamtheit kannte. Den Übergang von der zweiten zur dritten Stufe zeigte das englische Unterhaus zwischen 1689 und 1771: es war damals ein völlig geschlossener, aristokratischer Klub; schwere Korruption machte sich bemerkbar, die Abgeschlossenheit vom Volke wuchs. Eine Warnung vor den schlimmen Folgen der zunehmenden Entfremdung des Parlaments von der Nation veröffentlichte Edmund Burke 1770 in der Schrift „Gedanken über die Ursachen der herrschenden Unzufriedenheit." Eine praktische Lösung ergab sich durch den 1770/71 entstandenen Konflikt zwischen Unterhaus und City von London wegen der Beschützung des „Druckers" einer unerlaubten Veröffentlichung über Parlamentsverhandlungen durch die Organe der City; das Unterhaus gab schließlich nach; die Folge war: Zulassung der Öffentlichkeit in der Praxis des englischen Parlaments und nach Konstituierung der Vereinigten Staaten auch im amerikanischen Kongreß. Auch in Frankreich folgte man dem englischen Beispiel. Mirabeau setzte in den französischen Generalständen in Versailles 1789 nach einem Konflikt die Zulassung der Veröffentlichung der Verhandlungen grundsätzlich durch. Nach den Napoleonischen Scheinparlamenten mußte auch Napoleon 1815 auf dem Pariser Maifeld

die Öffentlichkeit der Parlamentsverhandlungen

als eines der Grundrechte beschwören. Gerade diese Tatsache zeigt, wie weit seit den Ereignissen in England um 1770 doch schon die Auffassung über den Begriff dessen, was zum Wesen eines modernen Parlaments gehört, in der Öffentlichkeit vorgeschritten war.

Heute sind wir in einer entschiedenen Rückbildung begriffen, und diese Rückbildung beruht auf einer Reihe von Faktoren, von denen ich nur die wesentlichsten aufzählen will. Der älteste und ein zwangsläufiger dazu ist der der Rückverlegung des sachlichen Interesses aus den Plenarverhandlungen in die Ausschüsse. Bis zu einem gewissen Grad war das die unvermeidliche Folge des Sinkens des Interesses der Öffentlichkeit an den eigentlichen Vorgängen in den Plenarverhandlungen des Parlaments. Denn wenn auch die Berichterstattung über die Ausschüsse einen weiteren Umfang angenommen hat, so kann sie doch kein Ersatz für die Berichterstattung über die Plenarsitzungen sein, weil sie nicht, wie die öffentliche Berichterstattung, auf der gegenseitigen Kontrolle der Presseorgane untereinander, dem wichtigsten Element parlamentarischer Berichterstattung, beruht.

Ein zweites Moment ist natürlich das Wahlrecht, das infolge allzugroßer Wahlkreise und allzulanger Listen Wähler und zu Wählende bezw. Gewählte voneinander entfernt.

Digitized by Google

Einen dritten Faktor können wir darin erblicken, daß der Parlamentarier, und der deutsche Parlamentarier nicht zuletzt, die Neigung hat, sich selbst zu bürokratisieren.

Ein weiteres Moment schließlich ist darin zu sehen, daß das Parlament in seinen öffentlichen Verhandlungen und gerade an den sogenannten großen Tagen längst aufgehört hat, das mehr oder minder dramatische Bild einer wirklichen Debatte zu bieten, man hört meist nur eine Reihenfolge mehr oder weniger nach der Größe der Fraktionen aufeinander folgender Monologe. Nichts ist verhängnisvoller als das. Selbst der beste Parlamentsjournalist muß dabei an einer Belebung des Interesses des Publikums an den Vorgängen in den Parlamentssitzungen verzweifeln.

Es gibt noch ein weiteres allgemeines Motiv, das

die Entfremdung des Wählers

und überhaupt des Publikums allgemein vom Parlament verhängnisvoll, vielleicht am verhängnisvollsten von allen beeinflußt, das ist die völlige Veränderung in der Einstellung des Parlaments zu den finanziellen Angelegenheiten. Solange es in Europa überhaupt Parlamente gegeben hat, galten sie, vielleicht nicht immer mit Recht, aber doch dem Wähler als der Hort der Sparsamkeit mit den öffentlichen Mitteln gegenüber der Verschwendungssucht der Regierungen. Heute sind wir ja wohl soweit, daß unter ziemlich allgemeiner Zustimmung, vielleicht mit Ausnahme der Parlamentarier, aber doch der übrigen 60 Millionen Bewohnern Deutschlands, schon ernstlich die Frage erörtert wird, ob das Recht der Überschreitung der Ausgaben gegenüber dem Voranschlag der Regierungen eingeschränkt oder überhaupt abgeschafft werden soll. Nun wissen wir wohl alle, daß es Länder gibt, in denen das längst geschehen ist, jedoch freiwillig geschehen. Wenn Wähler und Publikum erst dahin kommen, bei der Bürokratie Hilfe und Schutz gegen die wirkliche oder vermeintliche Vergeudungssucht der Parlamente zu suchen, dann ist davon eine noch größere Entfremdung zwischen Wählern und Gewählten zu befürchten. Allerdings wird die Presse relativ wenig tun können. Sie kann auf diese Dinge hinweisen und das Parlament warnen. Aber die Schwierigkeit liegt darin, daß es sich mit Ausnahme des Wahlrechts um Dinge handelt, die nur dann grundlegend geändert werden können, wenn unsere Parteien und unsere Parlamente sich selbst in weitgehendem Maße und ihrem Charakter nach zu ändern verstehen.

Schließlich liegt ein Gefahrenmoment darin, daß alle diese Wandlungen sich fast unmerklich und am wenigsten bemerkbar für die Parlamentarier selbst vollziehen und vollzogen haben. In keinem der schon recht zahlreichen europäischen Länder, in denen in den letzten Jahrzehnten den Parlamenten ein Malheurchen zustieß, haben es die Parlamente vorher glauben wollen, nicht nur, daß diese Malheurchen kommen würden, sondern auch daß im Augenblick des Eintritts eines diktatorischen Umsturzes sich keine Hand für sie regen, kaum ein Puls etwas schneller schlagen würde. Das haben wir fast niemals erlebt. Nun ist es klar, daß diese kleinen Unglücksfälle, die den Parlamenten namentlich im Süden, Südwesten und Südosten Europas passiert sind, nicht so ohne weiteres auf Länder übertragen werden können, in denen das Analphabetentum sichtlich die Minderheit der Bevölkerung darstellt. Trotzdem glaube ich, daß man die Gefahr, die nicht in der Stärke der Gegner der Parlamente, sondern in der Schwäche der Parlamente selbst zu liegen pflegt, nicht unterschätzen soll, und daß man jede selbst kleine Anregung zur Änderung dieser Verhältnisse, zur Beseitigung dieser Gefahr benutzen sollte. Für Deutschland insbesondere hoffe ich, daß die Parlamente sich noch rechtzeitig wieder an die Öffentlichkeit anschließen werden, nicht an die Presse, sondern an die Öffentlichkeit, was etwas anderes ist, und daß sie rechtzeitig durch Reformen, die auf den verschiedensten Gebieten nötig sind, wieder die unmittelbare Fühlung mit dem Volke, d. h. mit den Wählern finden werden, die ihnen heute zum großen Teile verloren gegangen ist.

Auch die Ausführungen des Kollegen Sarwey begegneten lebhaftem Interesse und wurden mit reichem Beifall ausgezeichnet.

In der anschließenden Aussprache nahm zunächst der

Reichstagspräsident Paul Loebe

das Wort. Aus seinen längeren Ausführungen geben wir folgendes wieder:

Unter den Gründen, die Kollege Sarwey für eine gewisse Interesselosigkeit des Publikums gegenüber dem Parlament angeführt hat, scheint mir durchschlagend zumeist der zu sein, den er als das Fehlen des „dramatischen Bildes der Debatte" und die „sich eintönig abwickelnden Monologe" bezeichnet hat. Ich glaube, daß darin das Parlament seiner eigentlichen Aufgabe widerspricht. Es sollte parliert, gegeneinander geredet, es sollte überzeugt werden, und das ist es, was heute in den Vollversammlungen der Parlamente kaum noch versucht wird. Man richtet sich nicht mehr ein auf eine wirkliche Polemik, in der man die Gründe gegeneinander anführt; sondern man hat seine seit langer Zeit fertiggestellte Rede in der Tasche, und ich habe nie eine größere Enttäuschung erlebt, als wenn etwa, sagen wir einmal Helfferich mit der schneidigsten Rede gegen die Sozialdemokratie geendet hatte und der folgende sozialdemokratische Redner seinen vor acht Tagen geschliffenen Säbel aus der Scheide zog und die mit der Schreibmaschine geschriebene Rede vorlas, die gar nicht in die Situation paßte und alle Zuhörer enttäuschte. Ich habe in zaghaften Anregungen versucht, diesen Übelständen abzuhelfen. Die eine ging darauf hinaus, die Reihenfolge der Redner zu verändern, um so die Möglichkeit zu schaffen, daß die Gegner aufeinander platzen können, wenn sie sonst die Eignung, die Fähigkeiten und den Willen dazu haben. Wenn die Redner nach der Größe der Parteien aufgerufen werden, kommt es oft vor, daß 4—5 Regierungsparteien hintereinander an die Reihe kommen. Dadurch wird nicht nur die Möglichkeit der Polemik aufgehoben, sondern auch eine gefährliche Langeweile erzielt. Es ist zwar nicht vorgeschrieben, nach der Stärke der Parteien zu reden, aber es hat sich eingebürgert, so daß es eines unendlichen Zuredens bedarf, wenn einmal ein Redner seinen Platz räumen soll. Erst in einer Geschäftsordnungsdebatte, wenn der eine auf den andern antworten muß, fängt das Interesse an, wach zu werden, dann lebt auf kurze Viertelstunden das wieder auf, was der eigentliche Sinn des Parlaments ist.

Der zweite Mangel sind die geschriebenen Reden. Da habe ich schon einen vergeblichen Kampf durch die Wegschaffung des Rednerpultes ausgefochten. Es war den Abgeordneten zu bequem gemacht, dadurch, daß sie das Blatt auf den Tisch legen konnten; sie verschränkten die Arme darüber und fingen an zu lesen. Wenn das nach und nach auf alle Redner übergreift, wenn die berühmtesten Redner der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie und einer der besten des Zentrums mit Schreibmaschinenblättern anrücken, so ist das

ein Verfall der wirklichen parlamentarischen Rede.

Ich habe auch einmal mit dem Gedanken kokettiert, eine französische Einrichtung bei uns nachzuahmen, nämlich die längeren Zwischenrufe in Reden. Wenn man die Protokolle des französischen Parlaments liest, sieht man, daß dort so stark dazwischen geredet werden kann, daß am Ende eines solchen Protokolls die Zwischenrufe, die in die Rede verstreut sind, einen größeren Raum einnehmen als die Rede selbst, ohne daß die parlamentarische Zucht dadurch irgendwie gefährdet wird. Der betr. Zwischenrufer, der an den Hauptredner eine Frage richtet, einen Einwand erheben will, erhebt sich vom Platze und gibt dadurch dem Redner zu erkennen: Ich möchte dich etwas fragen, ich möchte einen Einwand erheben. Will der Redner darauf eingehen, dann beendet er seinen Satz und durch eine Handbewegung ladet er den anderen zum Reden ein. So muß eine Debatte entstehen, denn jetzt antwortet der Hauptredner auf diesen Einwand. Will er es nicht, dann sagt er ebenso höflich: Herr Kollege, ich bitte, meinen Gedankengang jetzt nicht unterbrechen zu müssen, verzeihen Sie und kommen Sie später wieder. Der also Abgefertigte setzt sich dann wieder. Aber dazu gehört eine ungeheuer starke Selbstzucht des Parlaments. Es ist vom Kollegen Buchhorn auch die Selbstzucht als eines der Mittel zur Hebung des Parlaments angeführt worden, da scheiterten wir aber an denjenigen Richtungen und Parteien, denen es eben um die Wahrung des Ansehens des Parlaments gar nicht zu tun ist, sondern die ausdrücklich sagen: Wir sind hierher gekommen, um das Ansehen dieses Parlaments zu schädigen und zu untergraben. Gegenüber diesen Kräften gibt es nur eine veredelte Polizeigewalt. Aber die mangelnde Selbstzucht ist die Hauptschwierigkeit hinsichtlich der Einführung der elastischen französischen Methode. Denn natürlich würde ein antiparlamentarisch eingestellter Abgeordneter, der nunmehr die Zwischenrufe aufnehmen würde, nicht mehr aufhören, sondern weiterreden, und der eigentliche Redner käme nicht mehr zum Worte. Ich hoffe aber, daß wir durch Abkürzung der Reden, die den Sprecher zu einer großen Konzentration zwingt, eine ge-

Digitized by Google

wisse Besserung schaffen. Das haben wir in den Vorträgen gesehen, die uns eben gehalten worden sind, da kann man in einer Viertelstunde ungeheuer viel sagen, viel mehr, als mancher Redner in 4 bis 5 Stunden zutage fördert. Die Vielrednerei ist ein Haupthindernis des Gegeneinandersprechens. Das scheint mir ein weiterer Grund für eine gewisse vorübergehende

Diskreditierung des Parlamentarismus

zu sein. Wir hatten, wie Sie alle wissen, zeitweise, die Flut ist ja schon etwas abgeebbt, in Berlin 5 bis 6 Parlamente, die über ein und dieselbe schwere Frage redeten. Es ist z. B. eine Kartoffelnot da: Der Reichstag, der Landtag, der Reichswirtschaftsrat, der Staatsrat, die Berliner Stadtverordnetenversammlung die Bezirksversammlungen. Alle reden dazu die gleichen Reden. Jetzt haben wir mit der Abkürzung unserer Sitzungen schon gute Fortschritte gemacht. Wenn ich daran denke, wie in der ersten Zeit meiner Amtstätigkeit die um 2 Uhr begonnenen Sitzungen um 1 oder 2 Uhr nachts geschlossen wurden, weil es noch dreistündige Reden gegeben hat, so ist immerhin eine große Besserung eingetreten. Es ist z. B. für einen Gegenstand die 20-Minutenredezeit empfohlen worden, und das Parlament hat ohne Widerspruch für die allgemeine und spezielle Aussprache die 20 Minuten akzeptiert.

Ich weiß nicht, was der Kollege Sarwey mit der Bürokratisierung gemeint hat, die die Parlamentarier an sich selbst vornähmen. Vielleicht erläutert er mir das. Ich habe mehr eine Bürokratisierung der Parteien oder auch der Fraktionen beobachten können. Aber vielleicht hat der Kollege Sarwey noch etwas andeuten wollen, was mir entgangen ist. Wenn er aber meint, daß Parteien und Fraktionen sich bürokratisieren, so ist das m. E. mit dem bestehenden Wahlsystem verknüpft. Ich bin der Meinung, daß es etwas anderes ist, ob ein einzelner Mann in einem übersichtlichen Wahlkreise jedem einzelnen seiner Wähler vor Augen tritt, oder ob er als 3. oder 5. auf einer Liste in einem unübersehbaren Kreise erscheint.

Ich habe auch den Vorschlägen des Abg. Freytag-Loringhofen und des Ministers Koch zugestimmt, daß wir einen verhältnismäßig größeren Kreis von sachlichen und speziellen Fragen überhaupt aus dem Plenum herausnehmen, in größere Ausschüsse verlegen und diese Ausschüsse öffentlich verhandeln lassen, und daß wir die 500köpfige Plenarversammlung, ähnlich wie der Reichswirtschaftsrat es getan hat, nur für die wirklich großen und entscheidenden Fragen: Regierungserklärungen, Auswärtige Politik, erste Lesung des Etats, vielleicht auch die letzte, aufsparen.

Nun wird der Öffentlichkeit der Ausschußverhandlungen ein Argument entgegengehalten, das ich nicht ganz von der Hand weisen kann, nämlich daß sie der wirklichen gesetzgeberischen Arbeit nachteilig sei. In dem Augenblick, wo jemand zur Öffentlichkeit spricht, spricht er anders, als wenn er am Verhandlungstisch den Gegner sachlich zu überzeugen versucht. Wer wird sich vor der Öffentlichkeit festnageln lassen, daß er umgefallen ist. Und doch ist der Umfall sozusagen die Aufgabe des Ausschusses. In den Ausschuß kommt man hinein mit drei verschiedenen Meinungen über einen zu beratenden Gegenstand. Am Ende der Beratungen soll aber das fertige Gesetz, das sich aus den verschiedenen Meinungen herauskristallisiert und auf einer Mehrheit basiert, stehen, und das kann nur sein, wenn jeder etwas nachgibt und gewissermaßen umfällt. Es steht hier also das Interesse der Öffentlichkeit gegen

das Interesse einer sachlichen gesetzgeberischen Arbeit.

Nun glaube ich Ihnen in einem Argument gar nicht zustimmen zu können, nämlich in dem, daß das Interesse der Öffentlichkeit am Parlament deshalb sinkt, weil das Parlament sich nicht als die Sparsamkeitsmaschine, als die finanzielle Bändigerin gegenüber verschwenderischen Regierungen erweise. Das trifft höchstens auf 50 Prozent der Wähler zu, wenn nicht auf bedeutend weniger. Oft ist das Interesse aller Parteien an der Erhöhung gewisser Ausgaben mindestens so groß als das an der Verminderung, zum Beispiel in sozialpolitischen Fragen. Weshalb interessieren sich die Kleinrentner in ganz Deutschland für die Verhandlungen des Parlaments, die nur von weitem mit der Rentnerfrage etwas zu tun haben? Weil sie hoffen, daß der Reichstag viel mehr Ausgaben beschließen als die Regierung bewilligen wird, und ebenso ist es bei den Kriegsbeschädigten, bei den Sozialrentnern, den Landwirten usw. Es gibt gewiß Schichten der Wähler, die sagen, wenn der Staat allgemein weniger ausgibt, vermindern sich unsere Lasten. Aber diese Auffassung konkurriert sehr stark mit der anderer großer Schichten, die vom Staat die Förderung ihrer Spezialsorgen erwarten und dem Parlament ihr Interesse deshalb zuwenden, weil es nicht sparsamer ist als die Regierung.

Nun noch eins. Als alter Pressevertreter darf ich mit Offenheit sagen daß die parlamentarische Berichterstattung doch zeitweise Formen angenommen hat, die demjenigen, der das Ansehen des Parlaments erhalten möchte, recht bedenklich erscheinen. Wir haben jetzt das Steuervereinheitlichungsgesetz, eine schwierige sachliche aber wichtige Frage. Das Interesse des Publikums wird durch die Berichte, die darüber erscheinen, nicht geweckt. Sehen Sie sich die Zeitungsberichte über die Reden an, die da gehalten worden sind. Man hat das Gefühl, daß jeder Berichterstatter bei sich selbst sagte: Gott sei Dank, daß du mit zehn Zeilen darüber hinweggekommen bist. Wenn aber ein Zwischenfall kommt oder eine Auseinandersetzung zwischen Abgeordneten, in der einige kräftige Liebenswürdigkeiten fallen, bin ich gewärtig, daß unter der Überschrift: Krach im Reichstag, diese Dinge mit einer Breite und einer Liebe aufgemacht werden, die bei größeren sachlichen Fragen besser angebracht wäre. Ich behaupte also, daß man dem schlechten Geschmack des Publikums und der Öffentlichkeit gegenüber zu nachgiebig ist, indem man die Sensationslüsternheit unterstützt und die sachliche Arbeit vernachlässigt. Ich glaube, daß uns hier die Presse einen Dienst erweisen kann, indem sie unter Zurückdrängung des Sensationellen den Versuch macht, ernste, sachliche, langweilige, schwierige Fragen doch dem Publikum genießbar zu machen. Ich weiß, daß das nicht leicht ist und sehr große Anforderungen an den Einzelnen stellt, aber es würde sich zweifelsohne lohnen. Schwierige Fragen für die Öffentlichkeit aufzumachen, ist ein großes journalistisches Kunstwerk, aber es ist notwendig, daß die ernste Arbeit des Parlaments die richtige Bewertung für die Öffentlichkeit erfährt.

*

Die weiteren Diskussionsreden, die von den Abgeordneten v. Eynern, Grzimek und Sollmann und den Kollegen Buchhorn, Sarwey, Schwarz und Frederich gehalten wurden, müssen wir leider Raummangels halber für die nächste Nummer zurückstellen.

Personalien

Gustav Brendel 70 Jahre. Ein alter lieber Kollege, der Feuilletonredakteur des „Chemnitzer Tageblattes“, Gustav Brendel, feierte am 21. Februar seinen 70. Geburtstag. Brendel ist seit dem 7. April 1891 Journalist und begann seine Laufbahn beim Depeschenbüro „Herold“. Er war ferner tätig in den Redaktionen der Zeitschriften und Zeitungen „Der Abend“ (Hugo Lubliner), „Das Echo“, „Schorers Familienblatt“, „Geestemünder Provinzialzeitung“, 6 Jahre beim „Hannoverschen Tageblatt“ und 8 Jahre bei den „Leipziger Neuesten Nachrichten“. Nachdem er zwei Jahre als freier Schriftsteller gelebt hatte, trat er am 1. Sept. 1914 in die Redaktion des „Chemnitzer Tageblattes“ ein. Der Bezirksverein Chemnitz, dessen 3. Vorsitzender er ist, wünscht ihm einen sonnigen sorgenfreien Lebensabend. Der Reichsverband der deutschen Presse schließt sich diesen guten Wünschen gerne an.

Redakteur Gg. Friedel hat vor einiger Zeit die Schriftleitung der Rhein. Nassauischen Tageszeitung in Oberlahnstein a. Rh. übernommen und sich am 1. Februar auf einige Jahre verpflichtet. Der Kollege war bisher in Nürnberg an einigen Tageszeitungen als Redakteur und in letzter Zeit als freier Journalist und Schriftsteller tätig.

Hofrat Chefredakteur Max Markus, der Präsident des ungarischen Journalistenvereins, konnte kürzlich auf ein 40jähriges Berufsjubiläum zurückblicken. Die ungarische Journalisten-Vereinigung veranstaltete aus diesem Anlaß ihm zu Ehren ein Festmahl, das sich zur glänzenden Kundgebung des ungarischen Journalistenstandes gestaltete. Markus wurde zum Ehrenmitglied sämtlicher ungarischen Journalisten-Vereinigungen ernannt.

Dr. Hermann Matzke, Musikkritiker in Breslau und Vertreter der Musik an der Schlesischen Technischen Hochschule, wurde eingeladen, auf der in diesem Jahre in Oppeln stattfindenden „Schlesischen Ausstellung für Theaterkunde“ die Leitung der Abteilung „Musik und Theater“, sowie einen Sondervortrag im Rahmen der Ausstellung zu übernehmen.

Digitized by Google

Buchdruckereibesitzer Wilhelm Möller in Oranienburg, Seniorchef der gleichnamigen Firma, begeht am 28. Februar den 70. Geburtstag. Nach einer nicht leichten Jugend wandte er sich dem Beruf des Buchdruckers zu und arbeitete nach beendeter Lehrzeit in einer Reihe großer und angesehener Betriebe, zuletzt in Berlin. 1894 gründete Wilhelm Möller in Berlin eine Buchdruckerei, der bald ein Buchverlag, der erste auf dem Gebiete einer naturwissenschaftlichen Lebens- und Heilweise, angegliedert wurde. 1902 siedelte Möller mit der Druckerei und dem Verlage nach Oranienburg über, wo der Betrieb seitdem ansässig ist und sich unter der erfolgreichen Leitung Möllers so entwickelt hat, daß er heute mit einem Personal von rund 110 Köpfen zu den größten der Provinz Brandenburg gehört. Durch Zusammenschluß von sechs lokalen Blättern an der Nordbahn sowie in Tegel und Umgebung schuf Wilhelm Möller die „Tegel-Hermsdorfer Zeitung“, die mit einer notariell beglaubigten Tagesauflage von annähernd 11 000 Exemplaren die größte Zeitung im Norden Berlins darstellt. Dem allgemein beliebten und geachteten Jubilar, dem es an Ehren und Anerkennungen nicht gefehlt hat, und der, körperlich und geistig frisch, noch heute eine der ersten in seinem Betriebe ist, möge es beschieden sein, die Früchte seiner Arbeit noch recht lange zu genießen.

Redakteur Joseph Straub, bisher beim „Ulmer Tagblatt“ in Ulm tätig, hat vor kurzem die Redaktion der Zeitung „Der Hochwächter“ in Neustadt am Schwarzwald, seiner Vaterstadt, übernommen. Straub ist ein bekannter badischer Journalist. Seine journalistischen Sporen verdiente er sich an den „Mittelbadischen Nachrichten“ in Achern. Er leitete dann mehrere Jahre lang das „Heidelberger Tageblatt“ und war an liberalen Zeitungen in Freiburg, Karlsruhe und Rastatt tätig. In Ulm hatte er 12 Jahre lang der Redaktion des „Ulmer Tageblattes“ angehört.

Redakteur Otto Valla, der Senior der badischen Journalisten, ist in Wiesloch am 12. Februar im 75. Lebensjahre gestorben. Bis zu seinen letzten Stunden war er in seinem Berufe tätig; er konnte daher wohl als einer der ältesten aktiven Redakteure Deutschlands angesehen werden. Immer ist er bestrebt gewesen, das Ansehen seines Standes zu erhöhen. Der Landesverband der badischen Presse wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Dr. J. Levy. Am 16. Februar ist Dr. jur. J. Levy, einer der ältesten und angesehensten Journalisten Berlins, im Alter von 77 Jahren gestorben. In ihm verliert der deutsche Journalismus eine Persönlichkeit von eigener Prägung, einen Mann, den Charakter und Talent zum Tagesschriftsteller bestimmt hatten. Dr. Levy stammte aus Ostpreußen. Schon als Primaner betätigte er sich journalistisch an der „Königsberger-Hartungschen Zeitung.“ Er studierte in Königsberg, Berlin und Heidelberg. In Heidelberg erwarb er den juristischen Doktorhut. Politisch wandte er sich schon als Gymnasiast dem Liberalismus zu, dessen scharfer und temperamentvoller Vorkämpfer er seitdem auch unter großen Schwierigkeiten gewesen ist. Im Kampf gegen Bismarcks Innenpolitik wurde er mit Gefängnisstrafen belegt, deren zweiter er sich nur durch ein fast 6jähriges freiwilliges Exil im Auslande entziehen konnte. Durch mehrere Jahrzehnte war er Redakteur und politischer Leitartikler der „Vossischen Zeitung.“ Bis in sein hohes Alter hinein gewannen ihm die Vorzüge seiner Schreibweise, die Vornehmheit mit Schärfe und Klarheit mit Wärme verband und auf ein tiefes sachliches Wissen gründet war, einen treuen Leserkreis. In den letzten Jahren hat Dr. Levy zuweilen unter dem Pseudonym Christian Geheeb auch im „Tagebuch“ das Wort genommen. Ehre seinem Andenken!

Hofrat Dr. Paul Zifferer †. Nach einjähriger schwerer Krankheit ist in Wien Dr. jur. et phil. Paul Zifferer, Presseattaché an der österreichischen Botschaft in Paris, gestorben. Dr. Zifferer, dessen Ruf als Schriftsteller und Kulturpolitiker über die Grenzen seines Landes hinausging, leitete zugleich das Pariser Büro des österreichischen amtlichen Nachrichtendienstes. Er gehörte zu dem Kreise der Jung-Wiener Dichter, dessen Mittelpunkt um die Jahrhundertwende Hofmannsthal, Schnitzler und Bahr bildeten. Seine Gedichte und Novellen machten ihn zeitig bekannt. Seine publizistischen Arbeiten fanden hauptsächlich in der „Neuen Freien Presse“ Aufnahme, in der er auch seine Romane zuerst erscheinen ließ. Am bekanntesten unter ihnen wurde „Die fremde Frau“. Sein Schauspiel: „Der Sprung ins Ungewisse“ und das dramatische Gedicht „Die helle Nacht“ wurden an verschiedenen Bühnen gespielt. Zifferer, der aus Mähren stammte, hätte am 9. März den 50. Geburtstag feiern können. Ein großer Kreis treuer Anhänger bedauert sein frühzeitiges Hinscheiden.

Inhaltsangabe:

Der Inhalt der deutschen Tageszeitungen. Von Wilhelm Schwebler.
Nachrichtenmonopol oder Journalistenschutz. Von Dr. jur. Ritter.
Parlament und Presse. 3. Vortragsabend des Bezirksverbandes Berlin.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Presseverein für Münster u. d. Münsterland. Karl Kuhl (Westf. Landeszeitung), Münster/Westf., Nordstr. 11.

II. Neuanmeldungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Otto Schwenk (Redakteur der Neuen Augsburger Zeitung), Augsburg, Kaiserplatz 12; Karl Speckner (Bayer. Volkszeitung), Nürnberg, Peter-Henlein-Str. 46 a/2; Heinrich Gengler (Erlanger Neueste Nachrichten), Erlangen, Nürnberger Str. 16.

Bezirksverband Berlin. Erwin Arnheim (Mitarb., Eberh. Lösser (Allg. Siedlerzeitung).

Verband der Schlesischen Presse. Redakteur Carl Wiechmann (Bunzlauer Stadtblatt), Bunzlau, Friedrichstraße 26.

Landesverband Württemberg. Redakteur Fritz Rümelin (Württemberger Zeitung), Stuttgart, Kronenstr. 1.

III. Überweisungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Paul Richard Lindig (Leiter des Nürnberger Büros der Allgemeinen Rundschau), Nürnberg, Parkstr. 21 a b. Lauer, überwiesen vom Verband der Rheinisch-Westf. Presse; überwiesen an den Landesverband Württemberg: Josef Schraut, bisher Augsburg, nun Redakteur des „Laupheimer Verkündiger“, Laupheim.

Bezirksverband Berlin. Von Schlesien überwiesen: Rich. Brieskorn (Mitarb.), NO. 18, Strausbergerstr. 5; Chefredakteur Max Kickelhahn, Steglitz, Bionvillestr. 9 (Stegl. Anz.).

Verband der Schlesischen Presse. Redakteur Richard Brieskorn, jetzt Berlin, Strausbergerstr. 5; Chefredakteur Max Kickelhahn, bisher Sagan, ab 1. Februar Chefred. des Steglitzers Anzeigers, beide dem Bezirksverband Berlin überwiesen.

IV. Streichungen und Austritte.

Landesverband der Bayerischen Presse. Ausgetreten: August Galle, Miesbach. — Gestrichen: Dr. Hans Buchner, München.

Bezirksverband Berlin. Gestrichen: Frau Delia Arndt-Steinitz, W. Zickerick. — Verstorben: Dr. O. Wenzel.

Verband Danziger Presse. Ausgetreten: H. Soczniк, Danzig.

Landesverband Groß-Hamburg. Verstorben: Paul Vaith; ausgetreten: Theo Sönnichsen.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Bremer Presse. Ausgetreten: Dr. Fuhse.

*

Auf verschiedene Anfragen stellen wir fest, daß Redakteur Josef Knodt, zurzeit in Goch beim „Niederrheinischen Volksblatt“, dem Reichsverband der deutschen Presse nicht angehört. Gegen seine Aufnahme ist mehrfach Einspruch erhoben worden.

*

Die ausgefertigten Mitgliedskarten der Kollegen: Dr. Wilhelm Bohne (Nr. 1708), Rudolf Likus (Nr. 2122), Erich Felbhaus (Nr. 1973), Kurt Ulbrich (Nr. 1290), Fritz Rabeneck (Nr. 3045) sind abhanden gekommen und werden gesperrt. Es gelten nur die Ersatzkarten.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 36.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 9 — Berlin, den 2. März 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Mängel der deutschen Tagespresse.

Von Heinrich Rippler.

Die Kritik, die der Berliner Vertreter des „Allgemeen Handelsblad" an dem uniformen Inhalt der deutschen Presse und ihrer Sucht der persönlichen Polemik übte, verdient in unseren Kreisen ernste Beachtung; denn sie legt den Finger auf eine Nachwirkung der Kriegszeit, die den geistigen Stand der Presse gesenkt hat und die Freiheit der Presse ernstlicher bedroht als kurzlebige Fesselungsmaßregeln. Während des Krieges schossen die Pressekonferenzen und Presseämter wie Unkraut aus dem Boden. Jede kleine militärische Stelle hielt es für eine Ehrenpflicht, für eine wichtige Prestigefrage, die Presse in ihrem Sinne zu „unterrichten" und sich zugleich einen oder mehrere Pressereferenten zuzulegen, die dafür zu sorgen hatten, daß die Presse ihren Lesern die Tageskost nur in vorgeschriebenen Rationen und mit behördlicher Approbation vorsetzen durfte. Der Reichsverband der deutschen Presse und der Verein Deutscher Zeitungsverleger erkannten die Gefahren, die aus dieser straff durchgeführten Bevormundung der deutschen Presse erwachsen mußten, rechtzeitig in ihrer vollen Größe und kämpften insbesondere gegen die Berliner Pressekonferenz immer wieder an; leider vergebens, denn gegen das sic volo sic jubeo konnten sie nicht ankommen. Es blieb bei der täglichen Befehlsausgabe an die Presse und dem verzweifelten Kampf mit der Wahrheit, der für unser Geschick so verhängnisvoll wurde. Die Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse aber, die in erster Linie gegen die Verseuchung und politische Unbrauchbarmachung der deutschen Presse angingen, hatten ihr Eintreten mit persönlichen Verfolgungen kleinlichster Art zu büßen. Allmählich gewöhnte man sich an die Knebelung der Presse und namentlich die Verleger der kleineren Presse im Reiche, denen es, da ihre Redakteure im Felde standen, an Arbeitskräften und bei dem schlechten Geschäftsgange auch an Geldmitteln fehlte, empfanden es schließlich als eine Wohltat, daß sie in fast allen Ressorts von den militärischen Stellen beliefert wurden, so daß die Redaktionsunkosten fast ganz in Wegfall kamen. Die ausländische Presse höhnte über die Gleichförmigkeit der deutschen Presse, die als ein Zeichen der Angst und des schlechten Gewissens gedeutet wurde, die Leser wandten sich, wie auf mehreren Tagungen des Reichsverbandes von Kollegen verschiedenster Parteirichtungen betont wurde, von ihren Zeitungen ab und glaubten ihnen gar nichts mehr, aber die Behörden hielten an ihrem System fest, bis es durch seine Auswirkungen zerbrochen wurde.

Nach dem Kriege haben sich die Beziehungen der Behörden zur Presse ganz außerordentlich gewandelt und von außen gesehen eine völlig veränderte pressefreundliche Gestalt angenommen. Wenn man aber näher zusieht, kann man unschwer erkennen, daß in den neuen Formen noch vielfach der alte Geist steckt und daß schließlich mit den sanften Mitteln der Überredung, der freundschaftlichen Aussprache und der bereitwilligen Masseninformation dasselbe erreicht werden soll, was man während des Krieges mit Gewalt durchzusetzen bemüht war: die Einheitlichkeit der öffentlichen Meinung, ihre Abstimmung auf die Regierungswünsche und die Gleichmäßigkeit der Kenntnisse von politischen Vorgängen. Das hat gewiß seine Berechtigung im Staatsinteresse, und im Gegensatze zu der Pressekonferenz der Kriegszeit kann man der heutigen Pressekonferenz wohl nicht eine gewisse Nützlichkeit und Notwendigkeit absprechen. Aber darf man die Frage aufwerfen, ob nicht des Guten zu viel geschieht, und ob nicht vor allem die Zeitungen selbst die Einrichtung allzu gehorsam und selbstgenügsam gebrauchen? Es kann nicht der Zweck der Übung sein, das, was man schwarz auf weiß besitzt, getrost nach Haus zu tragen, wie der Student sein Kollegheft, und alle Weisheit, ja jede Anregung von einer Stelle aus zu empfangen. Politische Masseninformationen sind immer etwas Bedenkliches, da heikle politische Fragen vor einem größeren, aus Anhängern der verschiedensten politischen Richtungen zusammengesetzten Kreise ohne Verbrämungen, Brücken und Schlagworte gar nicht ernsthaft besprochen werden können und der Informator nur allzu oft in der Zwangslage ist, das Beste, was er weiß, nicht sagen zu dürfen. Sie können in den meisten Fällen nicht mehr geben als einen Rahmen mit dem Umriß des Bildes, die Einzelheiten müssen durch eigenes Urteil, eigenes Wissen und private Erkundigungen nachgezeichnet werden. Was aber immer bleibt, ist die Beeinflussung durch Interessen, die mit den Interessen der Zeitung und des freien Zeitungsschreibers nicht zusammenlaufen. Solange diese Informationsart von einer Stelle und über ein Gebiet ausgeht, mag die Presse mit ihr zurecht kommen; sie wird aber zur Gefahr für die Selbständigkeit, die Unabhängigkeit und das geistige Niveau der Presse, wenn sie sich auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens erstreckt und die Presse ihr so willig nachgibt, daß sie nur noch als Vermittlerin fremder Meinungen, nicht aber als selbständige Beurteilerin der öffentlichen Angelegenheiten erscheint. Dann entsteht nicht nur eine Uniformität, sondern auch eine Langweiligkeit des Inhalts der Zeitungen, die von den Lesern mit Nichtachtung und Geringschätzung bestraft wird und die besten Informationen ihrer Wirkung beraubt. Der Leser hat den Eindruck, daß die Zeitung

Digitized by Google

von außen her redigiert wird und bringt dieser Außenredaktion Mißtrauen entgegen, da er sie nicht kennt, wohl aber das Gefühl hat, daß sie besondere Zwecke verfolgt, die ihn nichts angehen. Heute haben nicht nur die politischen Behörden, sondern auch die Interessenverbände ihre Pressestellen und Pressekonferenzen und geben viel Geld dafür aus, daß über ihre Angelegenheiten nur die Meinung in die Öffentlichkeit kommt, die ihnen als die richtige und nützliche erscheint. Mit Recht weist der holländische Kollege darauf hin, daß in den deutschen Zeitungen nicht nur politische Mitteilungen, sondern selbst Stadtnachrichten so ziemlich überall die gleichen seien und auch wieder von dem Presseamt der Stadt oder der Polizei geliefert werden. Er hätte, ohne zu übertreiben, auch noch Verbandsnachrichten, Messeankündigungen, Kunstnachrichten und anderes hinzusetzen können.

Die Quelle der Mängel scheint mir in dem modernen deutschen Fehler der Überorganisation zu liegen. Man hat vor dem Kriege die Presse sträflich vernachlässigt, die Ignoranz und Untätigkeit in Pressedingen fast als Vorzug, als Zeichen von Vornehmheit betrachtet und ist während des Krieges und noch mehr nach dem Kriege allmählich der Wichtigkeit und entscheidenden Bedeutung der Presse innegeworden. Nun schlug das Pendel nach der anderen Seite aus, man holte das Versäumte mit deutscher Gründlichkeit nach und organisierte darauf los, schuf Konferenzen und Presseämter in einer solchen Fülle, daß wir wenigstens in dieser Hinsicht wieder an die Spitze der Völker kamen und setzte an die Stelle der früheren Nichtachtung eine unheimliche Liebe und Fürsorge, die die Gefahr einer Bürokratisierung der Presse heraufbeschwört. Die deutsche Presse sollte immer bedenken, daß der Wandel, der sich vollzogen hat, nicht etwa in ihrem Interesse und aus Herzensneigung zu ihrer Vortrefflichkeit erfolgt ist, sondern im Interesse der Anderen, die es allmählich eingesehen haben, daß sie bei dem neuen System der Presse gegenüber ihren Vorteil besser finden als bei dem alten. Sie sollte deshalb gegen die neue Liebe dieselbe vorsichtige Selbständigkeit wahren wie gegen die frühere Abneigung und Gleichgültigkeit und immer bedenken, daß die Presse weder ein großes Geschäft noch ein politisches Instrument in den Händen von Behörden oder Machtgruppen sein kann, sondern ein Institut für sich, das mit der inneren Freiheit und Unabhängigkeit steht und fällt.

Den zweiten Grund der Uniformität und unleugbaren Verschlechterung unserer Presse sehe ich in der fortschreitenden Amerikanisierung und Vergeschäftlichung unserer Zeitung. Das deutsche Zeitungswesen hat im letzten Jahrzehnt ungeheure Fortschritte in Technik und Aufmachung zu verzeichnen, aber an geistigem Gehalt haben die Vorkriegsblätter bei bescheidenen Mitteln oft viel mehr geboten; denn in ihnen hatte der selbständige, schaffende Journalist eine ungleich bessere Stellung als heute, da er vom Redaktionsbeamten mehr und mehr beiseite geschoben wird und die Redaktionstechnik für viele das A und O der ganzen Journalistik darstellt. Bei der Nivellierung und Normung des deutschen Zeitungswesens bleibt für die selbständig schöpferische journalistische Persönlichkeit immer weniger Platz; sie wird zu leicht unbequem und kann entbehrt werden, da ja von den vielen amtlichen und nichtamtlichen Belieferungsinstituten, insbesondere auch von den vielen Korrespondenzzentralen alles Nötige in reicher Auswahl geliefert wird, ohne daß man sich selbst zu bemühen braucht. Die notwendige Folge der Gleichförmigkeit wird zurzeit von dem Leser noch nicht so sehr empfunden, weil er, wie der holländische Kollege richtig sagt, meist nur eine Zeitung hält. Auf die Dauer werden sich aber doch auch die geschäftlichen Nachteile bemerkbar machen und dadurch eine Korrektur schaffen. Denn die Verleger werden merken, daß die Speisung aus den Massenküchen ihre Leser verdrossen macht, wenn der eigene Schornstein ausgeblasen ist und zu den Allgemeinfabrikaten nicht auch selbstbereitete Gerichte kommen, die der Eigenart der Leser des betreffenden Blattes gerecht werden. Vorläufig ist freilich eine Änderung nicht sobald zu erwarten, wenn auch das Ansehen der deutschen Presse im Auslande abnimmt und auch ihr Einfluß im Inlande sinkt. Es war doch bezeichnend, daß nach den letzten Wahlen ein bekannter Parlamentarier öffentlich die Ansicht aussprach, daß man von seiten der Parteien auf die Presse nicht mehr denselben Wert legen sollte wie bisher, da die Wahlen bewiesen hätten, daß ihr Einfluß bei den Wählern nicht mehr allzu groß sei und sie nur noch als Nachrichten- und Unterhaltungslektüre gewertet würde.

Was der holländische Kollege über die unrühmlichste Seite unseres Pressewesens, die zur Gewohnheit gewordene gegenseitige öffentliche Beschimpfung der Kollegen untereinander sagt, ist leider richtig. Ich kann dem Kollegen Schwedler nicht beistimmen, wenn er wohlwollend Übertreibungen annimmt. Dieselben Klagen sind in unsern Kreisen immer wieder erhoben worden, ich selbst habe sie in meinem Artikel „Kollegiales" vor der Düsseldorfer Tagung an dieser Stelle mit nicht milderen Worten als der holländische Kollege gekennzeichnet, der Reichsverband hat sich immer wieder bemüht, Abhilfe zu schaffen, aber genützt hat es bisher nicht viel, zum Schaden und zur Schande unseres Berufes. Wir sind eben ein Land in Not, in dem die Parteileidenschaften wild aufgepeitscht sind und in dem der Parteifuror von jeher sich mit besonderer Häßlichkeit entladen hat. Die Hauptquelle des Übels ist Berlin, das dem Lande mit schlechtestem Beispiele vorangeht. In der Hetze des Zeitungsbetriebes gewöhnt man sich an mancherlei Unerfreuliches. Wenn man aber eine Zeitlang außerhalb des Getriebes als Betrachter steht, sieht man erst die Schädlichkeit und Unwürdigkeit dieser schlechten Zeitungssitte in ihrem ganzen Umfange. Wenn die Heuchelei und phrasenüberhüllte Beschönigung nicht bei uns ein so gangbarer Artikel wäre, müßte schon längst von amtlicher oder sonstiger öffentlicher Stelle außerhalb der Presse die Wahrheit gesprochen sein, die man allgemein empfindet, und auf die man sich in diesen Kreisen geeinigt hat, daß man nämlich die Presse nicht achten könne, solange sie sich gegenseitig ihre moralische und intellektuelle Minderwertigkeit beinahe wie eine Selbstverständlichkeit tagtäglich öffentlich bescheinigt.

Reklame im Textteil der Zeitungen.

Wie führt man Redaktionen geschickt hinters Licht? Wie bringt man Verleger um Inserateneinnahmen?

Textteil und Anzeigenteil sind in deutschen Zeitungen, was nach außen erkennbar, streng geschieden. Geschäftliche Anzeigen und alle Mitteilungen, die den Interessen einzelner dienen, gehören in den Anzeigenteil und werden bezahlt. Der Textteil dagegen hat nur Mitteilungen zu enthalten, deren Kenntnisnahme im Interesse der Allgemeinheit liegt; und damit kein Sonderinteresse sich hereindrängen kann, wird für die Aufnahme im Textteil niemals Bezahlung entgegengenommen. Das sind alte gute Grundsätze, die man zwar Redakteuren und Verlegern nicht mehr zu widerholen braucht, die man aber, wie das Folgende beweist, Dritten gegenüber nicht oft genug betonen kann. Kein vernünftiger Verleger wird geschäftliche Reklame oder geschäftliche Mitteilungen im Textteil zu

Digitized by Google

lassen wollen, kein vernünftiger Redakteur wird sich die Qualität des seiner Bearbeitung unterstehenden Textteils durch Gratisreklame verderben lassen wollen. Ebensowenig wird ein vernünftiger Leser ein Interesse an solcher geistigen Nahrungsmittelverfälschung haben. Die beiden Fachorgane der Redakteure und der Verleger führen von jeher einen scharfen Kampf für die Sauberkeit des geistigen täglichen Brotes der Deutschen. Die ideellen Gesichtspunkte hierbei sind in der „Deutschen Presse" immer wieder klar herausgearbeitet worden. Den diesen ideellen Gesichtspunkten gleichgerichteten geschäftlichen Standpunkt vertritt das Verlegerorgan „Der Zeitungsverlag", der die Versuche von dritter Seite, Reklame im Textteil unterzubringen, ans Tageslicht zieht und an den Pranger stellt.

Seitdem sich nun in den letzten Jahren der neue Beruf des Werbefachmannes zu einer beachtenswerten Bedeutung emporgeschwungen hat, wird die alte Frage in einer neuen verfeinerten Form zur Aussprache gestellt. Man fragt sich etwa in folgender Form: „Ist es nicht im Interesse des einzelnen Geschäftsmannes und seines Geldbeutels trotz aller Widerstände der Redaktionen und der Verleger doch möglich, geschäftliche Anzeigen und Reklamen im Textteil der Zeitungen unterzubringen?" Und es gibt bereits Veröffentlichungen, die die Frage bejahen. Ihre Antwort lautet, daß dieser Erfolg erreichbar ist, allerdings nur auf Umwegen: durch Irreführung der Redaktionen.

Welches sind die Methoden, die man empfiehlt, um uns auf diese Weise zu Pflichtwidrigkeiten zu verleiten? In dem Stuttgarter „Verlag für Wirtschaft und Verkehr" erscheint in Lieferungen unter dem Titel „Wirtschaftlichkeit" ein „Betriebsnachschlagewerk des Praktikers". In Heft 5 bringt der Herausgeber Julius Jaeckle einen von ihm selbst unterzeichneten Artikel: „Werbung durch die Presse". Wir sind berechtigt, diese vier Worte folgendermaßen zu verdeutlichen: „Reklame im Textteil der Zeitungen". Denn in dem ganzen Aufsatz findet sich kein Wort darüber, daß man etwa auch im Anzeigenteil der Zeitungen werben könnte; und in den Einleitungsworten sagt der Verfasser selbst mit bemerkenswerter Offenheit:

„In den nachstehenden Ausführungen werden die Gesichtspunkte dargestellt, die Voraussetzung einer Werbung im Textteile von Tageszeitungen und Zeitschriften sind. Diese Werbeart ist besonders erfolgbringend, aber auch ganz besonders schwierig, weil sich die Tageszeitungen im allgemeinen dagegen wehren. Etwas günstiger liegen die Voraussetzungen bei der durchschnittlichen Fachpresse. Allerdings kann man von ihrem Werbewert nur bei Einhaltung ganz bestimmter Voraussetzungen Gebrauch machen, vor allem halten vornehme Fachblätter mit großen Abonnentenzahlen auf strenge Scheidung zwischen redaktionellem Teil und Inseratenteil ....."

Im folgenden bringen wir nun einen wörtlichen Abdruck derjenigen Sätze und Absätze des Artikels selbst, die uns für Redakteur und Verleger besonders aufschlußreich zu sein scheinen, wobei wir uns bis zum Schluß jeder kritischen Zwischenbemerkung enthalten, nur zur besseren Lesbarkeit die Zwischenüberschriften weglassen und einige Sperrungen vornehmen:

„Ein Mittel zu kostenloser Werbung bietet mitunter die Presse dar, d. h. der Textteil von Tageszeitungen und vor allem von Fachzeitschriften. Allerdings läßt sich dieses Mittel nicht für jedes Erzeugnis und nicht zu jeder Zeit anwenden. Im großen und ganzen aber wird von dieser Möglichkeit viel seltener Gebrauch gemacht als möglich. Man muß es aber richtig anzuwenden verstehen und darf vor allem keine ungehörigen Zumutungen stellen, wie es leider meist geschieht ....."

„Der werbende Wert der Erwähnung irgendeines Erzeugnisses im Textteil einer Zeitung oder Zeitschrift hängt völlig von der Unbeeinflußbarkeit ihrer Schriftleitung ab. Dort, wo keine unbedingt saubere Trennung von Text und Anzeigenteil besteht, wo man also durch Überschreibung eines größeren Anzeigenauftrages Raum im Textteil der Zeitung oder Zeitschrift zur Verfügung gestellt bekommt, nimmt der Werbewert einer redaktionellen Besprechung sehr schnell ab, denn die Leser merken solche unsauberen Geschäfte sehr bald .."

„Wenn aber eine unabhängige, unbeeinflußbare Schriftleitung eine Sache von sich aus beschreibt und richtig zu werten versucht, so stellt dies für den Erzeuger — gute Ware vorausgesetzt — eine außerordentlich wertvolle mittelbare Werbung dar ....."

„Je schärfer die Trennung der einzelnen Teile des Presseerzeugnisses durchgeführt wird, um so größer ist der Werbewert einer redaktionellen kritischen Würdigung eines Erzeugnisses. Die Leserschaft erkennt bald, wo eine gewissenhafte, ihrer Verantwortung bewußte Schriftleitung im Interesse der Unterrichtung ihrer Leser zu den einzelnen Erzeugnissen nach bestem Wissen und Gewissen Stellung nimmt. Sie weiß, wie weit sie sich auf ihre Schriftleitung verlassen kann, und insofern kommt derartigen Veröffentlichungen eine erhebliche Werbewirkung bei ...."

„Von dieser Möglichkeit der Werbung durch die Presse macht die Kaufmannschaft im allgemeinen nicht genügend Gebrauch. Meist ließen sich solche Gelegenheiten bei allen möglichen Anlässen — Messen, Ausstellungen, Jubiläen, neu herausgebrachten Erzeugnissen, besonders bemerkenswerten Lieferungen, Bränden und dergleichen — mit Erfolg ausnutzen. Deshalb seien im nachstehenden einige Gesichtspunkte für die Werbung durch die Presse zusammengestellt ....."

„Wer also als Kaufmann in der Presse etwas über seine Ware sagen will, muß sich zunächst in die Denkweise des Lesers versetzen, seinem Standpunkt gerecht zu werden versuchen, muß ihn interessieren und sich dabei dem jeweiligen Geschmack des verschiedenen Leserpublikums anpassen. So wenig wie möglich von einer Ware deutlich vernehmbar sprechen. Es darf nur gelegentlich, sozusagen zwischen den Zeilen, zum Ausdruck gebracht werden, daß irgend jemand eine Ware herstellt und sie vielleicht sogar verkaufen möchte. Je vorsichtiger man in dieser Beziehung ist, um so wirkungsvoller ist die Notiz. Vom Erzeuger und dessen Verkaufsabsichten spricht man am liebsten gar nicht ..."

„Als Lindbergh seinerzeit zum ersten Male den Atlantischen Ozean überquerte, wäre es ein Leichtes gewesen, eine Nachricht über das von ihm verwendete Schmieröl in einer größeren Anzahl von Fachzeitschriften zu bringen ..."

„Manuskriptsendungen leite man deshalb regelmäßig der Schriftleitung zu, weil sie über die Aufnahme oder Ablehnung des Beitrages bestimmt. Man verknüpfe derartige Einsendungen nicht mit Anzeigenaufträgen. Die ernsthafte Presse lehnt dies ohne weiteres ab und mancher unter derartigen Zumutungen eingegangene Beitrag bleibt aus diesem Grunde unberücksichtigt. Also keine Bedingungen stellen! ..."

„Je mehr nun Ihr Begleitschreiben aus dem Rahmen des Alltäglichen herausfällt, um so mehr lenken Sie die Aufmerksamkeit des Schriftleiters auf Ihre Sache .."

„Ein besonders wirksames Mittel der Werbung ist die Pressebesichtigung. Man kann dazu entweder die gesamte Presse oder einen Teil der Fachpresse oder eine bestimmte Zeitschrift zur Besichtigung des Werkes oder eines bestimmten Erzeugnisses einladen. Nur muß man dann auch dafür sorgen, daß der angestrebte Zweck wirklich auch erreicht wird. Es muß alles klappen ....."

„Es ist klar, daß hier ein Fachmann, der die einzelnen Kanäle des Nachrichtenstromes genauer zu überblicken vermag, der die dauernde Verbindung zur Presse aufrechterhalten kann, günstigere Ergebnisse erzielen wird; dafür ein Beispiel aus der Praxis: Ein kleiner Aufsatz sollte einer Reihe von Zeitungen zum Abdruck zugeleitet werden. Er enthielt Ausführungen, die einem besonderen werblichen Zwecke dienen sollten. Der Aufsatz wurde von der hauptstädtischen Presse ungekürzt veröffentlicht und ging dann noch in die Provinzpresse über. Es wurde dabei eine so gewitzte journalistische Form gefunden,

Digitized by Google

daß nicht nur der Auftraggeber über den Erfolg im höchsten Grade erfreut war, sondern die veröffentlichenden Zeitungen dem Verfasser noch ein Honorar vergüteten. Die Werbewirkung war so zwischen den Zeilen versteckt, die Nachricht in eine interessante Form gekleidet, daß die Schriftleitungen den Charakter der Ausarbeitung nicht erkannten. Zur Nachahmung empfohlen."

Bis hierher der Auszug aus dem Aufsatz, der zeigen mag, daß hier durchaus ein Sachkenner spricht, ein Mann, der sich gezwungen sieht, die unbestechliche Sachlichkeit der anständigen deutschen Redaktionen festzustellen, und dem es daher offensichtlich nicht leicht fällt, Lücken in dem Bollwerk ausfindig zu machen und seinen „Praktikern" zu zeigen, Lücken, durch die hindurchzuschlüpfen er den Versuch anraten könnte. Der Rückgriff auf den mysteriösen „Fachmann" mit „dauernder Verbindung zur Presse" war also kaum zu umgehen. Im übrigen fallen natürlich die Ratschläge, vom Standpunkte des werbefreudigen Geschäftsmannes aus gesehen, ziemlich mager aus; und wenn man die in vorstehenden Zitaten gesperrt gesetzten Andeutungen mit steigender Neugier zur Kenntnis genommen hat, hätte man am Ende das Empfinden „Viel Geschrei und wenig Wolle" — wenn nicht die Tendenz des Ganzen und das Schlußbeispiel mit seinem „zur Nachahmung empfohlen" als ernste Mahnung für die deutschen Schriftleitungen aufgerichtet bliebe, allen Einsendern, auch den vertrauenswürdigsten, und allen gelegentlichen Mitarbeitern peinlich auf die Finger zu sehen und sich nicht durch neuamerikanische Methoden blüffen zu lassen.

Dr. Hasse, Dresden.

Wahre und falsche Reportage.

Die Kälte, die Kohle und die Berliner Presse.

Von Emil Dovifat.

In den letzten 14 Tagen ist Berlin in seiner Kohlenversorgung hart an einer Katastrophe vorbeigegangen. Mag sein, daß die mit Vorräten reich gesegneten Haushaltungen und Gemeinden des Westens die Gefahr nicht gespürt haben und daß auch die großen Geschäfts- und Warenhäuser des Zentrums genügend versorgt waren, so daß sie nicht in Verlegenheit gerieten. In den Arbeitervierteln des Nordens und Ostens aber entwickelten sich schon in den ersten Tagen der scharfen Kälte vor den oft verschlossenen Läden der Kleinhändler wahre Tragödien und eine Stimmung, von der man von Glück sagen kann, daß sie nicht explodiert ist. Was diese schweren, immer sich wiederholenden Kälteeinbrüche an gesundheitlichen Schäden hinterlassen haben, ist kaum zu übersehen. Sicher geht die Zahl der infolge der Kälte oder der damit zusammenhängenden Gas- und Feuerunfälle vernichteten Menschenleben fast in die Hundert.

Seltsam war nun die Haltung der Berliner Presse gegenüber dem Kohlenmangel. Man sollte meinen, daß wenn irgend etwas, so diese schweren Mißstände schärfste öffentliche Gegenwirkung bei der Presse im öffentlichen Interesse hervorgerufen hätten. Dies war auch der Fall, aber in seltsamer Begrenzung. Man hat es im allgemeinen bei einigen heftigen Notizen und radikalen „Anhängern" an rein nachrichtenmäßig redigierte Meldungen bewenden lassen, und der größte Fehler war der, daß man die Widersprüche, die in den Tagen schlimmster Not zwischen den verschiedenen Mitteilungen der beteiligten Interessenten deutlich zum Ausdruck kamen, nicht zu klären versuchte. Dann hat man fleißig und vollständig die gesamten Mitteilungen der an der Kohlennot wahrhaft oder vermeintlich schuldigen Interessenten weitergegeben, Zuschrift an Zuschrift gereiht, und gelegentlich sogar rügend festgestellt, daß deren Angaben sich total widersprechen; dazu bekam Magistrat und Landtag je nach Temperament und Parteistellung eins ab. Dann aber wurde der Schlußpunkt gemacht.

Der Fall gibt Gelegenheit, hier einmal die Frage der Reportage in ihrer positiven und tatsachengewinnenden Bedeutung kurz zu besprechen. Um einen der Widersprüche hervorzuholen: An einem der schärfsten Krisentage der Kältewoche standen in den sämtlichen Berliner Zeitungen zwei Kundgebungen gegeneinander. Die Reichsbahndirektion behauptete, daß die Bahnhöfe voller unentladener Kohlenloren stünden; die Kohlenhändler behaupteten anfangs das Gegenteil, gaben dann aber zur Begründung dafür, daß ihre Läden leer und vielfach geschlossen waren, die Behauptung an: die hohen Schneehaufen auf den Abfuhrbahnhöfen und der Mangel an geeignetem Fuhrwerk mache die Abfuhr der Kohlen unmöglich. Diese Kundgebungen, d. h. Kundgebungen ausgesprochener Interessenten, setzen die meisten Berliner Blätter untereinander, stellten ärgerlich in vielen Fällen den Widerspruch fest und ließen es damit gut sein. Hier hätte eine zweckmäßige, eine klärende Reportage einsetzen müssen. Es genügte keineswegs, daß man, wie es geschehen ist, einen Reporter losschickte, der den Versuch machte, Kohlen zu erlangen und von seinen schweren und vergeblichen Mühen berichtete, sondern hier hätte einmal wirklich „amerikanisch" gearbeitet werden müssen.

Ich komme gewiß nicht in Gefahr, amerikanische Reportagegrundsätze generell der deutschen Presse empfehlen zu wollen. Eines aber kann sie von den Amerikanern lernen: die radikale und rücksichtslose Nachprüfung aller in eingehenden Interessentenmeldungen enthaltenen Behauptungen durch zweckmäßigen Einsatz des Reportagestabes. Im vorstehenden Falle hätte das folgendermaßen geschehen müssen:

Die Meldung der Reichsbahndirektion von der Fülle der angerollten Kohle hätte an sämtlichen genannten Bahnhöfen durch je einen Reporter nachgeprüft werden müssen. Ein Kameramann hätte an den großen Bahnhöfen die Tatsachen mit einem Bilde festgehalten. Ebenso hätten Reporter und Kameramann die Schneeabfuhrverhältnisse auf den Bahnhöfen nachprüfen und eventuell in Zentimeterangaben auch darüber berichten müssen. Mehrere andere Reporter hätten sich der Kohlenkleinhändler annehmen müssen. Einer würde ihren Verbandsleiter interviewt haben, ein anderer hätte ein halbes Dutzend kleiner und kleinster Kohlenplätze besucht, — wieder ein anderer hätte den Kohlengroßhandel interviewt und sich auf den Bahnhöfen die Hemmungen zeigen lassen müssen, die einer geregelten Abfuhr im Wege lagen. Weitere Reporter hätten nachzuprüfen gehabt, inwieweit der städtische Wagenpark und der Wagenpark der privaten Fuhrwerksverleihfirmen durch Schneeabfuhr, wie immer behauptet wurde, ganz in Anspruch genommen war. Weitere Reporter hätten bei der Feuerwehr, der Reichswehr, der Schupo, den Gartenbau- und Betriebsämtern nachprüfen müssen, welche Fuhrwerkbestände eventuell für eine Notstandsaktion zur Verfügung gestanden hätten. Immer nach amerikanischem Vorbilde beurteilt, hätte etwa ein halber Tag genügt, bei einer genügend großen Reporterzahl. — In New York wären es 100 gewesen, hier hätten — durch Hilfskräfte ergänzt — 25 genügt. Ihre Erhebungen wären sämtlich und sonders nur auf die Feststellung reiner Tatsachen, auf Pfund und Kilogramm, auf

Digitized by Google

Meter und Zentimeter hin erfolgt. Und an Hand dieser, soweit wie möglich umgriffenen Tatsachenbestände hätte die Redaktion wirklich urteilen können. Man wäre dann nicht den verschiedenen Interessentenmeldungen ausgeliefert gewesen, sondern hätte sie, genau nachgeprüft, ergänzen oder widerlegen können. Eine Reihe von schiefen Urteilen wäre dann auch über die Schuld oder Unschuld der an der Kohlenförderung tätigen Interessenten in den Kohlenrevieren vermieden worden. Es hätte die berühmte, politisch stark ausgenutzte Mitteilung eines Interessenverbandes, die Arbeitslosen hätten sich geweigert, Preßköhlen abzufahren und zu verladen, bevor ihnen Handschuhe und Schuhe geliefert würden, wahrscheinlich ganz anders ausgesehen, würde man es für nötig gehalten haben, die Angaben, die ein Verband in eigener Sache machte, durch eigene Reporterstäbe nachzuprüfen. Es ist ein bedauerlicher Fehler der deutschen Zeitungsorganisation, daß man die Reporterstäbe viel zu stark auf sensationelle Meldungen in engerem Sinne einstellt, anstatt sie zu dem zu benutzen, was sie in Amerika sehr oft mit wirklich großem Erfolg aufbringen: einfache Tatbestände! Das, was der Amerikaner „authority of facts“ nennt, sollte auch die deutsche Reportage als objektive und unabhängige erste Unterlage des redaktionellen Urteils beibringen.

Einfach Interessentenmeldungen aneinander zu reihen, sie in Gänsefüßchen wohl abgezirkelt von der eigenen Meinung zu halten, einige kritische Zeilen dazu zu schreiben und dann die Dinge auf sich beruhen zu lassen, das genügt nicht. Es ist notwendig, daß die Großreportage geschlossener und zielkräftiger, als das bisher geschehen ist, auf die Tatsachensammlung angesetzt wird. In den Berliner Kältewochen ist das nicht geschehen.

Parlament und Presse.

Die Debatte am Vortragsabend des Bezirksverbandes Berlin.

Der Verlauf der Aussprache am Vortragsabend „Parlament und Presse“ des Bez.-Verb. Berlin, über den wir schon in Nr. 8/29 berichteten, brachte zunächst weitere Ausführungen Sarweys im Anschluß an die Rede Loebes. Er verstehe unter Bürokratisierung, daß die Abgeordneten sich einseitig nach der Art von Beamten spezialisieren und die allgemeine Bedeutung ihres Amtes als Abgeordnete mehr oder weniger aus dem Auge verlieren. Das sei kein Vorwurf, sondern die Folge der Überlastung mit Kleinarbeit, hinter der die großen Linien zurücktreten müßten. Den Sinn seiner Ausführungen bezüglich der Einstellung der Parlamente zu den finanziellen Angelegenheiten müsse er aufrechterhalten. In diesem Punkte seien die Parteien ganz sicher allzumal Sünder. Aber gegenüber der im Augenblick vorliegenden Einzelforderung der Gruppen setzte sich immer mehr das Bedenken durch, das niemand für sich selber gelten lassen wolle, daß nämlich das Parlament als Ganzes nicht mehr wie früher und wie das im englischen Parlament auch heute noch der Fall sei, den Daumen auf den Beutel des Staates drücke. Darin liege die Gefahr, die in den nächsten Jahren in Deutschland noch manche Auseinandersetzungen heraufbeschwören werde. Er begrüße diese Gefahr nicht, zumal sie auch Gefahren für die Freiheit der Presse im Gefolge habe, und schon dieser Gesichtspunkt, wenn keine höheren staatspolitischen Gesichtspunkte, müßte die Vertreter der Presse bewegen, sich einer solchen Entwicklung nach besten Kräften entgegenzustemmen.

Der nächste Diskussionsredner Abg. v. Eynern bedauerte, daß trotz aller technischen Fortschritte die Wähler immer nur vom Tun und Handeln ihrer eigenen Partei erführen; daran würden auch noch so geschickte Reformen des parlamentarischen Betriebs nichts ändern. Dem Leser liege ja auch gar nicht so viel an einer wirklich objektiven, alle Parteien berücksichtigenden Berichterstattung, denn die biete ja z. B. der „Reichsanzeiger“. Da aber Parteiblätter nun einmal besondere Pflichten hätten, bleibe nur der positive Zwang übrig, daß man einfach von einer offiziellen Stelle aus einen Bericht ausgibt, den jede Zeitung vollständig abdrucken müsse. Das sei vielleicht eine Rettung. Die Ursache der Bürokratisierung liege s. E. darin, daß unsere ganze Verwaltung und unser Parlamentarismus so ungeheuer kompliziert geworden sei, daß man in die Details herein müsse. Das könne aber die große Masse nicht interessieren. Für die Ausschüsse sei die Geheimhaltung das einzig Richtige. Es sei für die Presse schmerzlich, aber man könne es hier einmal ganz offen sagen, wenn wirklich ein interessantes Gesetz vorliege in dem Sinne, daß nicht die große Masse dafür interessiert sei, z. B. Beamtenbesoldungsvorlagen, dann begnüge man sich nicht mit dem geheimen Ausschuß, sondern man setze einen noch geheimeren Unterausschuß ein; es solle sogar vorgekommen sein, daß die eigentliche wichtige Beratung sich noch in persönlichen Gesprächen, zu denen man auch gewisse Parteien nicht zugezogen habe, vollzogen habe, damit die Geheimhaltung auch wirklich garantiert gewesen sei. Es sei nicht möglich, bei der ungeheuren Bedeutung, die die Stellung des Einzelnen in der politischen Propaganda gewinne, alle Entschließungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Das Schwergewicht aller parlamentarischen Verhandlungen müsse heute mit Notwendigkeit in den Fraktionen liegen, selbst in den Ausschüssen herrsche schon die gebundene Marschroute vor. Die Plenarsitzungen seien etwas für die Öffentlichkeit; sie müßten aber wirklich würdig und ruhig ausgestaltet werden; damit sie etwas darstellten. Dann könne man von der Presse auch einen entsprechenden Bericht erwarten. Die Hauptsache dabei wäre dann allerdings eine wirklich vornehme, anständige, auch dem politischen Gegner gerecht werdende Berichterstattung. Freilich müsse man sich bewußt bleiben, daß das Eigentliche, der Kampf der Meinungen, die Überzeugungsmöglichkeit, die Willensbildung nicht vorgetäuscht werden könne. Man müsse die Plenarsitzungen auch noch zu repräsentativen Akten umgestalten. Es sei ein Ziel aufs innigste zu wünschen, daß, wenn auch die Wege schwer seien, das Interesse des Volkes an seinen Parlamenten neu belebt werden müsse. Denn das sei das einzige, was die Demokratie und damit die Willensbildung des Volkes überhaupt erhalten könne.

Kollege Buchhorn hielt es für unmöglich, der gesamten Presse einen offiziellen Bericht gewissermaßen aufzuzwingen. Da werde die Presse sehr schnell nein sagen. Und die Leser auch. Jedem Parlamentarier sei der Anschauungsunterricht einiger großer Tage auf der Journalistentribüne des Reichstages zu gönnen. Dann werde er finden, daß die innere Einstellung der Presse gegenüber dem Parlament da sei, es bestehe schon eine Gegensätzlichkeit zwischen Presse und Parlament. Die von Sarwey als Ursache der Bürokratisierung bedauerte Spezialisierung sei notwendig; sie komme dem Ganzen zugute.

Kollege Schwarz empfahl dann zur Belebung des allgemeinen Interesses am Parlament die Pflege des auch in Deutschland früher geübten Systems der öffentlichen Behandlung der Kleinen Anfragen, das auch für den Journalisten interessant sei. In England erweise sie sich nach wie vor als zweckmäßig. Natürlich sei es unmöglich, Leitartikel zu fragen und zu antworten.

Kollege Sarwey sprach sich gegen die Anregung v. Eynern aus, die Ausschußverhandlungen wieder gänzlich der Öffentlichkeit zu entziehen; das würde praktisch dahin führen, daß der größte Teil der wichtigsten Vorgänge der Öffentlichkeit unbekannt bleibe. Eine Belebung des Interesses am Parlament werde damit jedenfalls nicht erreicht. Zum Punkt Bürokratisierung wolle er jedenfalls noch darauf hinweisen, daß es neben den Spezialisten, z. B. im englischen und französischen Parlament, eine große Anzahl von Führernaturen gebe, die das große Ganze im Auge behielten, während man in Deutschland allzusehr zum Spezialistentum neige.

Abgeordneter Sollmann vertrat die Auffassung, das Ziel, die Öffentlichkeit wieder so stark für die Parlamente zu interessieren wie vor Jahrzehnten, sei völlig unerreichbar. Er wundere sich, daß keiner seiner journalistischen Kollegen darauf aufmerksam gemacht habe, welche Veränderungen in unserem gesamten öffentlichen Leben inzwischen vor sich gegangen seien. Dank der modernen Nachrichtenübermittlung sei die Fülle des Nachrichtenstoffes heute für den Einzelnen so groß, daß naturnotwendig für das Parlament nicht mehr das frühere große Interesse vorhanden sein könne. Das zeige sich

Digitized by Google

auch hinsichtlich der politischen Versammlungen. Das ganze Volksleben habe sich eben gewandelt. Auch eine mehr neutrale Berichterstattung werde nichts ändern. Übersehen dürfe man ferner nicht die Wandlung der parlamentarischen Arbeit selbst etwa gegenüber 1848. Seinen journalistischen Kollegen könne er den Vorwurf nicht ersparen, daß sie im Volk Erwartungen vom Parlament wachrufen, die es gar nicht erfüllen könne. Der Parlamentarier könne eben nicht stundenlang im Plenarsaal sitzen. Er empfinde es sehr bitter, daß die Presse seiner eigentlichen Arbeit gar keine Beachtung zolle und nicht würdige, welche Arbeit er für seine Wähler, für sein Volk oft viel gemeinnütziger in einem Ministerium, auf einem Kongreß oder in einer Besprechung mit Interessenten leiste. Es müsse von beiden Seiten, Presse wie Parlament, zusammengewirkt werden: Die Presse müsse dazu kommen, das moderne Parlament, das in jedem Lande anders sei, zu verstehen. Aber auch die Parlamentarier könnten manches tun, um der Presse die Arbeit zu erleichtern. Schließlich komme es auch weniger darauf an, das Interesse für das Parlament zu stärken, als darauf, den entscheidenden politischen, ökonomischen und kulturellen Schichten im Volke durch eine vernünftige, sachlich fundierte, gar nicht unparteiische, aber nicht allzu schnoddrige und etwas wohlwollende Berichterstattung klar zu machen, daß nicht lauter gewissenlose Menschen und nicht lauter Trodbel im Reichstage sitzen. Die breiten Massen würden nie für das Interesse am Parlamentarismus gewonnen werden, aber man könne erreichen, daß die wirklich entscheidenden Schichten wieder Verständnis für das Parlament und seine Bedeutung gewinnen. Das sei notwendig auch in Deutschland.

Nachdem noch Abgeordneter Grzimek sich für die Herübernahme gewisser Ausschußarbeiten in das Plenum eingesetzt und im übrigen eine bessere Information der Parlamentarier durch die Presse verlangt hatte, sprach als letzter Diskussionsredner

Kollege Frederich. Er war der Meinung, daß das Wiederaufleben der Kleinen Anfragen in der Theorie sehr schön sei, in der Praxis aber gerade in diesem Falle eine Bürokratisierung eintreten werde. Es sollte so sein, daß aktuelle Fragen von größter politischer Bedeutung sofort im Parlament von einem Redner zur Sprache gebracht werden könnten und dann eine bedeutende Persönlichkeit der Regierung, in erster Linie der Minister selbst, eine kurze klare Antwort darauf gebe. Der Mißbrauch aber, der mit den Kleinen Anfragen getrieben sei, habe den jetzigen Zustand hervorgerufen. Bei dem Parlament sei dann zwischen zwei Dingen zu unterscheiden: Es solle nicht nur seine Meinung der Öffentlichkeit wiedergeben, sondern auch Gesetze machen. Er habe das Parlament im Verfassungsausschuß in Weimar bei der täglichen produktiven Arbeit beobachten können und später auch im Steuerausschuß, der die Erzbergersche Steuerreform zu machen hatte. Da habe er vor den Parlamentariern, die da die wichtige Kleinarbeit geleistet hätten, die höchste Achtung bekommen, eine viel höhere Achtung, als man tatsächlich manchmal bei den Plenarversammlungen gewinnen könne. Es möge richtig sein, daß das Parlament in den letzten Jahren etwas an äußerem Ansehen verloren hat. Das liege aber wohl nicht am Parlament selbst, sondern an der ganzen Zeit, in der wir leben. Früher habe man das Rednerschema von heute eben nicht gekannt. Die Berichterstattung über die Ausschüsse vollständig der Presse frei zu geben, davon möchte er im Interesse des Parlaments und auch im Interesse der Presse abraten.

Der Vorsitzende Klühs bekannte sich in seinem Schlußwort zu der Ansicht, daß das Interesse für das Parlament nicht mehr so ausschließlich werden könne, wie es früher gewesen sei. Unter so ganz veränderten staatsrechtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen müsse man aber darauf Rücksicht nehmen, daß sowohl das Parlament wie die Presse heute noch größere Verantwortung, noch größere Bedeutung haben als früher. In der Demokratie sei das Parlament die Trägerin der Souveränität und die Presse die Trägerin der Opposition, der Kontrolle gegenüber dem souveränen Parlament. Der Aussprachеabend sei veranstaltet worden, um sich gegenseitig zu verständigen über die Wirkensmöglichkeiten der Presse auf der einen Seite, des Parlaments auf der anderen Seite. Wenn er noch eine Bitte an die Parlamentarier und an das Parlament als Ganzes richten dürfe, dann sei es die, daß bei den großen Aufgaben, die diesem Reichstag noch bevorstünden, auch darauf Rücksicht genommen werde, daß die Presse eine große politische und kulturelle Funktion auszuüben habe, gewissermaßen als Kontrollinstanz auch über das souveräne Parlament.

Mit einem Dank an die Anwesenden schloß Kollege Klühs dann die Verhandlungen.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Grenzen der Kriminaljournalistik.

In Nr. 6 der „D. P." meint Kollege Paul Freye, Frankfurt a. M., daß die Verderbtheit der Jugend gesteigert werde durch die Besichtigung der für Jugendliche verbotenen Kinostücke, denn die Jugend von heute wisse sich zu solchen Darbietungen schon Einlaß zu verschaffen.

Als Chefredakteur einer Film-Fachzeitung bin ich sowohl mit den in Frage kommenden Gesetzen wie mit den Kontrollmaßnahmen der Polizeibehörden und den Strafmaßnahmen, die im Übertretungsfalle gegen die betreffenden Lichtspieltheaterbesitzer durchgeführt werden, durchaus vertraut und kann nur sagen, daß kein Kinobesitzer einen Jugendlichen unter 18 Jahren wissentlich in einen für Jugendliche verbotenen Film einlassen wird. Im Gegenteil wird im Zweifelsfalle eher die Zurückweisung von Personen erfolgen, bei denen die Gesamt-Erscheinung ein Alter von 18 Jahren sehr unwahrscheinlich macht.

Übrigens sind auch die für Jugendliche verbotenen Filme bekanntlich sehr genau zensiert nach Richtlinien, die jede Gefahr für die Moral des Publikums ausschalten sollen. Im Vergleich zu den Darbietungen der Varietés und Theater, sowie der Veröffentlichungen in Sensationsblättern und einer gewissen illustrierten Presse muß man selbst die für Jugendliche verbotenen Filme noch als hochmoralische Unterhaltungen bezeichnen.

Die öfters von jugendlichen Verbrechern vorgebrachte Ausrede, sie wären durch einen Film verleitet worden, hält nie der Nachprüfung stand; jeder Kriminalbericht in einer der großstädtischen Zeitungen ist ausführlicher und instruktiver als der von der Zensur bearbeitete Filmstreifen.

Albert Schneider.

Recht und Presse

Der Prozeß um den „Weißen Hirsch".

Am 26. August 1926 ging eine Meldung durch die Tagespresse, daß die Hotelbetriebsgesellschaft „Weißer Hirsch", Dresden, in Konkurs geraten sei. An diese Meldung schloß der medizinische Mitarbeiter eines Berliner Blattes einen Artikel an mit der Überschrift: „Der Weiße Hirsch in Konkurs". In dem Artikel wurde irrtümlich angenommen, die Hotelbetriebsgesellschaft sei identisch mit dem bekannten Sanatorium in Dresden „Weißer Hirsch"; nach einer Besprechung der Heilmethoden des Instituts wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß ein derartiges Unternehmen aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten zugrunde gehe. Trotzdem in den folgenden Tagen in dem Berliner Blatt, das die Meldung zuerst veröffentlicht hatte, und auch in anderen Zeitungen Berichtigungen erschienen, veranlaßte die Leitung des Sanatoriums selbst in 52 deutschen und ausländischen Zeitungen Berichtigungen und versandte außerdem 15 000 berichtigende Rundschreiben an ihre Kunden und Interessenten. Die Kosten dieser Berichtigungen verlangte sie mit 7709 Mark vom Verlage des betr. Blattes. Nachdem der Schadenersatzanspruch vom Oberlandesgericht Dresden rechtskräftig dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt worden war, wurde in dem Rechtsstreit über die Höhe des zu zahlenden Betrages von demselben Gericht die Summe auf 6580 Mark herabgesetzt, weil gleichzeitig mit den Berichtigungsschreiben Reklameschriften versandt worden waren. — Mit der beim Reichsgericht eingelegten Revision machte das klageführende Blatt geltend, daß gemäß § 824 BGB. nur verlangt werden könne, daß der tatsächlich infolge Kreditschädigungen, Kundenverlusten usw. entstandene Schaden ersetzt werde. Diesem Revisionsgrunde wurde jedoch nicht stattgegeben, vielmehr hat der 6. Zivilsenat des Reichsgerichts das Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt und die Revision zurückgewiesen. „Reichsgerichtsbriefe". (VI 421/28. — 21. Februar 1929. — S. auch D. P. Nr. 40/1927.)

* * *

Ist ein hektographiertes Mitteilungsblatt eine Zeitung? Diese Frage bejahte kürzlich ein sächsisches Amtsgericht, bei dem der Herausgeber des hektographierten „Mitteilungsblattes der Allgemeinen Arbeiter-Union", einer revolutionär-syndikalistischen Organisation, Einspruch gegen einen Strafbefehl erhoben hatte. Dieser Strafbefehl war ausgesprochen worden,

Digitized by Google

weil das Mitteilungsblatt weder den Namen des Druckers noch den des Herausgebers enthalten hatte. Das Gericht bestätigte den Strafbefehl, da auch ein hektographiertes Mitteilungsblatt eine Zeitung und infolgedessen den Vorschriften des Preßgesetzes unterworfen sei.

Fachrundschau

Zeitungskunde und Zeitungswissenschaft.

Neuer Leiter des Aachener Zeitungsmuseums. Mit der Weiterführung der Aufbauarbeiten am Aachener Zeitungsmuseum hat der Oberbürgermeister von Aachen den Leiter des städtischen Pressesamtes und Privatdozenten für Zeitungswissenschaft an der Technischen Hochschule, Dr. W. Hermanns, beauftragt. Die Benutzung der Sammlung zu wissenschaftlichen Zwecken ist aus räumlichen Gründen vorläufig nur mit Genehmigung des Leiters möglich.

Ein Zentralarchiv für das evangelische Schrifttum. Der Evangelische Preßverband für Deutschland hat seine Archiveinrichtung zu einem Zentralarchiv für das evangelische Schrifttum ausgebaut, dessen erste größere Arbeit in einer archivalischen und statistischen Gesamtbestandsaufnahme der evangelischen Presse besteht. Für die kirchliche Presse des Auslandes soll das ökumenische Archiv die gleiche Arbeit leisten. Dieses Archiv ist allerdings noch im Ausbau begriffen. Die Auslandsabteilung des Evangelischen Pressedienstes, die zugleich die Geschäftsstelle der Internationalen christlichen Pressekommission ist, hat es ins Leben gerufen.

Ausstellungen und Kongresse.

Weltreklame-Kongreß 1929 in Berlin. Die Vorbereitungen für den Weltreklame-Kongreß, der am 11. August in Berlin beginnt, sind in vollem Gange. Unter dem Vorsitz des früheren Reichskanzlers Dr. Luther ist ein besonderer Ausschuß gebildet worden. Im Zusammenhang mit den Vorbereitungen veranstaltete kürzlich der Präsident der amerikanischen Vereinigung internationaler Reklamefachleute, Youngreen, im Hotel Adlon einen Presse-Empfang, der über Programm und Aufgabe des Weltkongresses informierte. Die amerikanischen Delegierten, die ein besonders lebhaftes Interesse an dem Kongreß bezeigen, erhoffen durch Studium der deutschen Reklameverhältnisse reiche Anregungen zu erhalten. Die besten Köpfe der amerikanischen Reklame, so versicherte Youngreen, werden nach Berlin kommen. Zwanzig Länder werden auf dem Kongreß in Berlin durch Delegierte vertreten sein. Alle Zweige des Reklamewesens: die Information, das Inserat, die Licht- und Verkehrsreklame usw. sollen eingehend studiert werden. Von besonderem Interesse wird es sein, daß der Kongreß sich mit der wissenschaftlichen Erforschung der Reklame und vor allem der Markt-Analyse eingehend beschäftigen wird. Ferner sollen Untersuchungen über eine gesteigerte Wirtschaftlichkeit der Reklame angestellt werden.

Buchdruckertarif.

Kündigung des Buchdruckerlohnabkommens. Die Arbeitnehmerorganisationen haben das bis zum 31. März dieses Jahres laufende Buchdruckerlohnabkommen fristgemäß gekündigt. Die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohntarifs beginnen Anfang März.

Ausland.

Das „Neue Wiener Journal" im Maschinensatz. Das „Neue Wiener Journal" ist eine der wenigen Zeitungen, die trotz ihrer großen Verbreitung bisher noch immer im Handsatz hergestellt werden. Der Zug der Zeit hat jetzt jedoch auch die Verwaltung dieses Blattes bestimmt, vom Handsatz zum Maschinensatz überzugehen. Wie verlautet, sind nicht weniger als 16 moderne Setzmaschinen bestellt, um das umfangreiche Blatt im Maschinensatz fertigstellen zu können.

Zeitungsmuseumspläne in Prag. Dem alten Plan, in Prag ein Zeitungsmuseum und -archiv zu errichten, haben die Arbeiten für die Kölner „Pressa" im Vorjahre und die kleine Presseschau innerhalb der Brünner Jubiläumsausstellung neuen Antrieb gegeben. Bereichert durch den Besitz des Prager Nationalmuseums würden diese Sammlungen als Grundstock eines Museums über die Tschechoslowakei hinaus bedeutsame Anregungen bieten.

Zeitungskonzentration in Paris. Die Generalversammlung der Société du Figaro beschloß grundsätzlich die Erhöhung des Stammkapitals durch die Schaffung von Aktien, die für die Einbringung des Eigentums der Zeitung „Le Gaulois" überlassen werden sollen.

Aus der Organisation.

Landesverband der Bayerischen Presse.

Ortsgruppe Nürnberg-Fürth.

Die am 16. Februar abgehaltene Jahreshauptversammlung war von 26 Mitgliedern besucht. Auf Antrag des Vorsitzenden Dr. Decker wurde die Ortsgr.-Satzung dahin abgeändert, daß der Vorstand künftig aus je zwei Vorsitzenden, Schriftführern und Schatzmeistern und dem Vorsitzenden der Sportsgruppe besteht und die bisherigen 6 Beisitzer entfallen. Die Versammlung stimmte diesem Antrag einmütig zu, nachdem der Vorsitzende in seiner Begründung darauf hingewiesen hatte, daß nach den bisherigen Erfahrungen der Vorstand zu seinen Beratungen je nach Lage des Falles die interessierten Kollegen zuziehe.

In seinem Geschäftsbericht ging der Vorsitzende näher auf die schwierigen Verhältnisse ein, unter denen die Arbeit geleistet werden mußte und die den Zusammenhalt der Ortsgruppe ernstlich gefährdeten. Nach Erstattung des Kassenberichts durch Koll. Sieghardt und dem günstigen Bericht der Kassenprüfer Koll. Gall und Leske wurde einstimmig der gesamte bisherige Vorstand, der seine Ämter niedergelegt hatte, entlastet. Zum Wahlleiter bei den Neuwahlen wurde Koll. Bing bestellt. Einstimmig wurden die folgenden Herren in den Vorstand gewählt: Dr. Karl Lorenz (1. Vors.), Dr. Hanns Bencker (2. Vors.), Martin Holz (1. Schriftf.), Georg Dorner (2. Schriftf.), Aug. Sieghardt (1. Schatzm.), W. Riepekohl (2. Schatzm.), Hanns Schödel (Sportgruppe). Als Kassenprüfer wurden die Kollegen Leske und Gall bestellt. Koll. Dr. Lorenz gab nach Übernahme des Vorsitzes zunächst seinem Bedauern über die Notwendigkeit der Änderung des Vorstands Ausdruck und würdigte dann die Verdienste des bisherigen Vorstands, insbesondere des Koll. Dr. Decker, die nicht vergessen werden würden. Ein von ihm eingebrachter Antrag, der sich auf die Konkurrenz durch Angehörige fremder Berufe, vor allem auf dem Gebiet der auswärtigen Berichterstattung bezieht, wurde auf einstimmigen Beschluß dem Vorstand zur Durchführung übertragen.

Landesverband der Sächsischen Presse.

Der Bezirksverein Chemnitz

hielt am 17. Februar seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung ab. Aus dem Berichte des Vorstandes war zu ersehen, daß der Verein im verflossenen Jahre wieder eine Anzahl Kollegen als Mitglieder aufnehmen konnte. Zwei Mitglieder traten aus dem Verein aus; eines derselben mit der Begründung, daß ihm die Beiträge zu hoch seien. Ein allgemein geachtetes Mitglied, Andreas Hecht (Waldheimer Tageblatt), ging dem Verein durch Tod verlustig. Sein Andenken wird in Ehren gehalten werden. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 4969,94 Mark und eine Ausgabe von 4123,42 Mark. Der Bestand betrug 846,52 Mark. Die Unterstützungskasse hatte eine Einnahme von 9866,67 Mark und eine Ausgabe von 1560,96 Mark. Das Vereinsvermögen beträgt 11 905,71 Mark. Der Vorstand wurde zum größten Teile wiedergewählt. Er besteht aus folgenden Kollegen: Constantin Krebs (1. Vors.), Paul Wagenknecht (2. Vors.), Max Helemann (3. Vors.), Bruno Ficker (Schriftführer), Hans Eisenträger (Stellvertr.), Rudolf Raue (Kassierer). Zu Beisitzern wurden gewählt die Kollegen Ducke und Hamberg (Chemnitz) sowie Liegert (Frankenberg) und Pasbach (Olbernhau). Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 37.

Personalien

Gustaf Brendel. Der Kollege Brendel war nicht, wie es in der Notiz in Nr. 8/29 heißt, sechs Jahre am „Hannoverschen Tageblatt" tätig, sondern am „Hannoverschen Anzeiger". Die irrtümliche Mitteilung ist auf einen telephonischen Hörfehler zurückzuführen.

Handelsredakteur Hermann Guschmer 70 Jahre. Kollege Hermann Guschmer, langjähriger Leiter des Börsen- und Handelsdienstes des W. T. B. und zugleich Prokurist dieses Unternehmens, hat am 22. Februar in seltener körperlicher und geistiger Frische seinen 70. Geburtstag begangen. Schon lange bevor das W. T. B. sich in einem besonderen Zweig-

Digitized by Google

organ, nämlich dem W. T. B.-Handelsdienst, den Anforderungen der Zeit entsprechend intensiver der Pflege der Finanz-, Börsen- und Handelsberichterstattung zuwandte, war Hermann Guschmer der hauptsächliche Vertreter des Büros an der Berliner Börse. Er hatte rechtzeitig erkannt, daß die Zeit längst vorüber war, wo die Wirtschafts-Berichterstattung nur als Beigabe zum politischen Nachrichtendienst diente, und war bestrebt, den Bedürfnissen der Presse, namentlich auch der im Reiche, durch Ausgestaltung des Dienstes Rechnung zu tragen. Dazu befähigte ihn besonders auch sein liebenswürdiges Entgegenkommen gegenüber den verschiedenartigen Wünschen und Erfordernissen der Presse. Dem allgemein geschätzten und geachteten Kollegen seien auch an dieser Stelle noch nachträglich herzlichste Glückwünsche dargebracht.

Redakteur Franz Heidtmann †. Am 20. Februar 1929 starb in Düsseldorf im Alter von 56 Jahren Redakteur Franz Heidtmann. Vor mehr als 25 Jahren kam Franz Heidtmann aus seiner brandenburgischen Heimat als junger Redakteur nach Düsseldorf, um hier die Leitung der Düsseldorfer Filiale des Wolffschen Telegraphen-Büros zu übernehmen. Nach mehrjähriger Tätigkeit in dieser Stellung trat er in die Schriftleitung der Düsseldorfer Zeitung (heute Düsseldorfer Stadt-Anzeiger) ein und verblieb in dieser Stellung, bis eine schwere Krankheit Ausgang des Jahres 1928 ihn zwang, die lieb gewordene Arbeit einzustellen und vorzeitig in den Ruhestand zu treten. In den langen Jahren seines vorbildlichen Wirkens hat sich Kollege Franz Heidtmann als Redakteur von ernster Berufsauffassung bewährt; der sich besonders der jüngeren redaktionellen Kräfte annahm, sie in die Journalistik einführte und auf ihre Weiterbildung in jeder Weise bedacht war. Aus dieser ernsten Berufsauffassung heraus war Franz Heidtmann auch gleich zur Stelle, als es sich vor 25 Jahren darum handelte, den Verband der rheinisch-westfälischen Presse und den Verein Düsseldorfer Presse zu begründen. Die ganzen 25 Jahre hindurch ist Heidtmann der Berufsorganisation auch in schwierigen Zeiten treu geblieben und hat sie nach besten Kräften gefördert. Der 25. Dezember des Jahres 1872 war sein Geburtstag. Ein Schimmer des Weihnachtsfriedens und der Weihnachtsfreude hat ihn durch sein ganzes Leben begleitet. Er wußte in die schwierigen redaktionellen Arbeiten immer auch ein Fünkchen Frohsinn zu tragen, dem er sich nach getaner Arbeit im Kreise der Berufskollegen gerne hingab. Unter der Untätigkeit, zu der ihn eine lange und schmerzhafte Krankheit zwang, hat Kollege Heidtmann schwer gelitten, da er ganz in seinem Berufe aufging. Noch von seinem Krankenlager aus verfolgte er die redaktionelle Arbeit des Düsseldorfer Stadt-Anzeigers und die Arbeit der Berufsorganisation mit lebhaftem Interesse. Eine zahlreiche Trauergemeinde, in der die Berufskollegen eine große Gruppe bildeten, gab ihm am Dienstag, dem 26. Februar, das letzte Geleite. Der Bruder des Dahingegangenen, Pastor Heidtmann aus Brandenburg, richtete ergreifende und tröstende Worte an die Hinterbliebenen. Am Grabe widmete der Vorsitzende des Vereins Düsseldorfer Presse, Kollege Franz Weber, dem Verstorbenen im Auftrage der Schriftleitung des Düsseldorfer Stadt-Anzeigers, des Vereins Düsseldorfer Presse und des Verbandes der rheinisch-westfälischen Presse einen herzlichen Nachruf. Wenn die besten und treuesten, um den Verein Düsseldorfer Presse und den Verband der rheinisch-westfälischen Presse verdienten Männer genannt werden, wird auch der Name unseres verstorbenen Kollegen Franz Heidtmann ehrende Erwähnung finden.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Dr. August Lang (Journalist), München, Bergmannstraße 29/1.

Inhaltsangabe:

Mängel der deutschen Tagespresse. Von Heinrich Rippler.
Reklame im Textteil der Zeitungen. Von Dr. Hasse, Dresden.
Wahre und falsche Reportage. Von Emil Dovifat.
Parlament und Presse. Debatte am Vortragsabend des Bez.-Verb. Berlin.
Grenzen der Kriminaljournalistik.
Recht und Presse.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.
Verband der Deutschen Sportpresse und Verein der Deutschen Sportpresse Berlin.

Landesverband Mitteldeutschland. Fritz Wetzel (Sangerhäuser Ztg.), Sangerhausen, Alte Promenade 16; Arnim Keunecke (Schönebecker Tageszig.), Schönebeck, Schillerstraße 12a; Franz Brauer (Tel.-Union), Weimar, Burgplatz 3.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Braunschweigische Presse. Christian Saß (Braunschw. Landeszig.), Braunschweig, Lachmannstr. 6.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Ruhr-Emscher. Gerhard Kill (Generalanzeiger für Gelsenkirchen-Buer), Gelsenkirchen, Klosterstr. 1/3; Dr. Wilhelm Frings (Leiter der Pressestelle für Recklinghausen), Recklinghausen, Börsterweg 46. — Hellweg-Märkischer Presseverein. Frl. Hildegard Schmidt (Westf. Kurier), Hamm/Westf., Ostenallee 19; Heinr. Müser (Westf. Kurier), Hamm/Westf., Werlerstr. 113. — Bezirksverein Trier. Hermann Leist (Trier. Volksfreund), Trier, Ruwererstr.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. Dr. phil. Karl W. Barthel (Dresdener Anz.), Dresden-A. 1, Könneritzstr. 15; Dr. phil. Hans Zimmer (Sächs. Handwerker- und Gewerbeztg.), Kötzschenbroda b. Dresden, Schweizerstr. 3.

II. Neuanmeldungen.

Bezirksverband Berlin. Dr. K. O. Pisik (Mitarb.); Dr. Karl Vogt (Der Reichszollbeamte).

Landesverband Mitteldeutschland. Dr. phil. Rudolf Schroth (Hallische Ztg.), Halle, Roeserstr. 4; Alfred Ott (fr. Journ.), Kassel, Parkstr. 47; Heinz Albert Fischer (Hessischer Kurier), Kassel, Friedrichstr. 16; Arth. Berkun (fr. Journalist), Mühlhausen i. Thür., Görmarstr. 64.

Verein Niedersächsische Presse. Dr. Karl Gehrcke (Butjadinger Ztg.), Nordenham.

Verband der Deutschen Sportpresse

Geschäftsstelle:
J. Riecken, Berlin-Friedenau, Südwestkorso 76.

Ordentliche Jahresversammlung 1929.

Die diesjährige ordentliche Jahresversammlung des Verbandes der Deutschen Sportpresse findet am 12. und 13. April 1929 in Breslau statt. Anträge für die Beratungen des Verbandes sind satzungsgemäß bis zum 22. März 1929 an die Geschäftsstelle des Verbandes J. Riecken, Berlin-Friedenau, Südwestkorso 76, einzureichen. Die Tagesordnung wird den Landesverbänden bezw. Bezirksgruppen bis zum 30. März 1929 übermittelt oder unter den Mitteilungen der „Deutschen Presse“ veröffentlicht werden.

Der Hauptausschuß tagt am Freitag, dem 12. April, nachmittags von 16 bis 19 Uhr. Im Anschluß daran findet abends der Empfang durch die Stadt Breslau statt. Am Sonnabend, dem 13. April ist vormittags die Besichtigung des Breslauer Stadions und der städtischen Sportanlagen, von 13 Uhr ab die Tagung der ordentlichen Hauptversammlung angesetzt. Es wird dadurch denjenigen Kollegen, die am folgenden Sonntag wieder im Redaktionsdienst sein müssen, ermöglicht, ihre Arbeitsstätte rechtzeitig zu erreichen.

Die Wahl der Tagungsräume ist dem Ortsausschuß des Vereins Breslauer Sportpresse überlassen, der für eine rechtzeitige Bekanntgabe Sorge tragen wird.

Der Vorstand.
Kurt Doerry, Vorsitzender. J. Riecken, Schriftführer.

Verein der Deutschen Sportpresse Berlin e. V.

Geschäftsstelle:
J. Riecken, Berlin-Friedenau, Südwestkorso 76.

Ordentliche Jahresversammlung 1929.

Die ordentliche Jahresversammlung der Mitglieder des Vereins Deutsche Sportpresse Berlin e. V. (Landesverband Nord im Verband der Deutschen Sportpresse) findet am

Mittwoch, dem 27. März 1929

in den Klubräumen des Berliner Automobil-Clubs, Kleiststraße 14/I, statt.

Beginn der Beratungen abends 20.30 Uhr.

Der Vorstand.
Kurt Doerry, 1. Vorsitzender.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68. Zimmerstraße 56.

Digitized by Google

Aber die wirtschaftliche Bedeutung der Warenhäuser.

Das sonst allgemein anerkannte Sprichwort, daß Konkurrenz das Geschäft belebt, scheint in einem Falle zu versagen. Die warenhausgegnerischen Kreise stellen die Behauptung auf, daß das Warenhaus geeignet sei, das Spezialgeschäft zu vernichten. Demgegenüber sprechen aber die Zahlen der amtlichen Berufszählung eine klare und deutliche Sprache. Das Anwachsen der Einzelhandelsgeschäfte hat mit dem Anwachsen der Bevölkerung nicht gleichen Schritt gehalten, sondern den Bevölkerungszuwachs ganz gewaltig überschritten. Nur wenige Zahlen mögen dies illustrieren:

Im Jahre 1907 wurden 453 841 Einzelhandelsbetriebe in Deutschland gezählt, im Jahre 1925 673 322. Es ist hier also eine Vermehrung von 219 481 Betrieben zu verzeichnen. Das ergibt eine Zunahme der Betriebe um etwa 48,4 %. Im gesamten Einzelhandel wird die Zahl der beschäftigten Personen im Jahre 1925 mit 1 532 992 Personen aufgegeben, in Warenhäusern 66 578. Wenngleich wir diese letztere Zahl nicht als genau ansehen können, so ergibt sich doch daraus, daß es nicht die Warenhäuser sind, die übermäßige Konkurrenz im Einzelhandel heraufbeschworen haben, sondern daß die übermäßige Konkurrenz einzig und allein auf die unglaublich starke Vermehrung der Einzelhandelsbetriebe zurückzuführen ist.

Das Rufen nach Warenhaussteuern, um den Mittelstand vor dem Untergang zu schützen, ist darum ein

Kurieren am falschen Objekt.

Wenn ein Stand sich in so unsinniger Weise vermehrt, dann muß er auch selbst die Folgen davon tragen. Man kann nicht eine Vogel-Strauß-Politik treiben und die Warenhäuser durch Sondersteuern zu benachteiligen suchen, wenn dadurch die eigene übermäßige Konkurrenz nicht aus der Welt geschafft werden kann.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß in sonst verkehrsarmen Gegenden der Großstadt eine außerordentliche Belebung eingetreten ist, wenn ein Warenhaus seine Pforten eröffnete. Die Tauentzienstraße in Berlin-Charlottenburg war bis um die Wende des 19. Jahrhunderts eine vollkommen geschäftslose Gegend. Mit der Eröffnung des Kaufhauses des Westens trat ein ungeahnter Umschwung ein. Von Woche zu Woche, von Monat zu Monat entstanden neue Spezialgeschäfte im ganzen Straßenzuge, eine Steigerung des Boden- und Grundstückwertes trat ein und der ganze Straßenzug ist zu einer modernen Kaufstraße geworden. Der Nutzen, den der Spezialhandel aus der Gründung des Warenhauses hier und in ähnlichen Fällen gezogen hat, wird wohlweislich verschwiegen und nur der böse Konkurrent allein bleibt übrig, auf den sich alle Angriffe konzentrieren.

Neue Absatzmethoden schaffen neue Absatzmärkte. Die deutsche Industrie hat sich diesen neuen Absatzmethoden schnell anzupassen verstanden. Eine Förderung der Industrie durch die Absatzmethode des Warenhauses ist zweifellos festzustellen und in Industriekreisen wird diese Tatsache auch glatt zugegeben.

Das Warenhaus hat nicht nur die von der Industrie hergestellten Fabrikate in den Vertrieb genommen, sondern es hat auch durch seine dauernde Berührung mit dem Konsum es zuwege gebracht, fördernd auf die Herstellung nach der Richtung hin zu wirken, daß neue, dem Bedarf des Publikums angepaßte Waren hergestellt worden sind und daß so der

Kreis der deutschen Produktion erweitert

und vermehrt worden ist. Durch die Einrichtung besonderer Verkaufsveranstaltungen, namentlich der „Weißen Wochen“, hat das Warenhaus für die in Frage kommende Industrie die Möglichkeit geschaffen, auch in sonst ruhigen Zeiten, in denen der Betrieb sonst erheblich eingeschränkt werden mußte, dem Betrieb volle Arbeit zu verschaffen, so daß es möglich war, den Arbeiterstamm durchzuhalten für die Saison der Aufträge. Wenn diese Aufträge auch meist unter erheblich verminderten Preisen erteilt worden sind, so war das doch ein großer Vorteil für die betreffende Industrie, weil eben der Betrieb beschäftigt werden konnte und der Arbeiterstamm erhalten blieb. Ein erheblicher Gewinn lag zwar nicht auf diesen Aufträgen, aber es trat für den Unternehmer doch insoweit eine günstigere Lage ein, als die Betriebsunkosten mindestens gedeckt werden konnten, und für den Konsum ergab sich der gewaltige Vorteil, daß reguläre Ware zu verminderten Preisen in den Verkehr gebracht werden konnte, — ein Vorteil, der gerade in den Zeiten der gesunkenen Kaufkraft nicht zu unterschätzen ist.

Für die Arbeitnehmer hat das Warenhaus eine Möglichkeit der Vergrößerung der Zahl der Arbeitnehmer überhaupt gebracht. Die Warenhäuser stellen laut Betriebszählung von 1925 von rund 614 000Betrieben etwa 755 dar. Also das ist etwas mehr als 1 %. In den Warenhäusern waren 66 578 Personen beschäftigt, das ist von der Gesamtzahl der im Einzelhandel Beschäftigten 4,7 %.

Bei der „großzügigen“, von der Deutschen Wirtschaftspartei durch das „Reichskartell des Deutschen Mittelstandes“ aufgezogenen Agitation gegen Warenhäuser und Konsumvereine wurde immer wieder auf den erwerbstätigen, selbständigen Mittelstand Bezug

Digitized by Google

genommen, und darunter verstand die Deutsche Wirtschaftspartei nur die Angehörigen aus den Kreisen des Handwerks, des Handels und Gewerbes, des Hausbesitzes, der Landwirtschaft und der freien Berufe. Sind denn die Besitzer mittlerer Warenhäuser nicht Angehörige des Mittelstandes? Sind die Angestellten der großen, mittleren und kleineren Warenhäuser, die Einkäufer und selbst die Direktoren nicht Mitglieder des Mittelstandes? Sind die Beamten, handele es sich um Reichsbeamte, Staatsbeamte und Privatbeamte, nicht Mitglieder des Mittelstandes? Sind selbst die Redakteure der Tages- und Fachzeitschriften politischen oder wirtschaftlichen Inhalts nicht ebenso Mitglieder des Mittelstandes wie die Herren Abgeordneten der Deutschen Wirtschaftspartei? Und selbst die Verbandsführer, Gewerkschaftsbeamten und sonstige im freien Beruf tätige Personen, die aus innerster Überzeugung diese nicht ganz einwandfrei aufgezogene Agitation bekämpfen, sind sie nicht auch Angehörige des Mittelstandes? Es ist zweifellos nicht zu hoch gegriffen, wenn wir sagen, daß

mehr als 90 % des deutschen Volkes dem Mittelstande angehören.

Daß das Reich in seiner Wirtschaftspolitik den Mittelstand unterstützen soll und muß, ist selbstverständlich; aber mit der Förderung der Gesamtwohlfahrt des Volkes wird der Mittelstand, falls dieser Begriff richtig aufgefaßt wird, zweifellos im Sinne der Reichsverfassung gestärkt.

Die Entwicklung des Warenhauses ist deswegen so rapide erfolgt, weil der Konsument schnell erkannt hat, daß das Geschäftsprinzip „Großer Umsatz, kleiner Nutzen" auch dem Konsumenten einen Vorteil zuwendet, der namentlich bei der in Deutschland stark herabgedrückten Kaufkraft von ausschlaggebender Bedeutung ist. Das Warenhaus hat nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Welt das Ziel, sich zur höchsten Wirtschaftsleistung empor zu arbeiten, und sich dabei den Bedürfnissen des Publikums hinsichtlich Qualität, Preis, Art der Bedienung bis zur möglichsten Vollkommenheit anzupassen.

Nur so konnte es kommen, daß in den letzten 40 Jahren die deutschen Warenhäuser einen immer steigenden Anteil an dem Gesamtumsatz des Einzelhandels erreichen konnten, der sich Ende 1928 auf annähernd 6 % beläuft. Immerhin eine Zahl, die nackt angesehen ganz anders wirkt, als wenn man die Tiraden der Gegner des Warenhauses in großen Volksversammlungen und auch in Parlamenten hört, die davon sprechen, daß durch das Warenhaus der gesamte Mittelstand vernichtet werde. Wettbewerb fördert das Geschäft und nur eigene Tüchtigkeit und Wahrnehmung der Möglichkeiten, die durch das Genossenschafts- und Kreditwesen dem Einzelhandel gegeben sind, können zu einem erfolgreichen Wettbewerb verhelfen und dem gesamten kaufmännischen Mittelstand diejenige Stellung in der Wirtschaft verschaffen, die ihm vermöge seiner wirtschaftlichen Bedeutung gebührt.

200 M Belohnung

für Vermittlung einer Stellung als Redakteur. Bin 24 Jahre alt, Abitur. d. Oberrealschule, 5 Sem. Volkswirtschaft mit Zeitungskunde, 20 Monate Praxis in Redaktion u. Verlag. Bewandert in Hand- u. Masch.-Satz, Umbruch, Anzeigenwesen, Berichterstattung aller Art, guter Stilist, Lokalplauderer, Kommunalpolitik, Sport- u. Unterhaltungst. Gesucht Stelle als Lokal-, Sport- od. Hilfsredakteur. Süddeutschland bevorzugt, nicht Bedingung. Zeugnisse, Ref. und Stilproben z. Verfügung. Frdl. Zuschriften unter „D. P. 1445" an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Friedrichstr. 240/41.

Studienassessor (Deutsch, Geschichte, Geographie; auch volkswirtschaftl. Kenntnisse) Dr. phil., hervorragende Zeugnisse und Empfehlungen, fleißiger Arbeiter, rede- und schreibgewandt, organisatorische Fähigkeiten, repräsentative Erscheinung, 25 Jahre, sucht Stelle als

politischer Redakteur

an demokratischer oder dtsch.-volksparteil. Zeitung. Kürzere Volontärzeit nicht ausgeschlossen. Angebote unter „D P. 1444" an den Verlag für Presse, Wirtschaft u. Politik G.m.b.H., Berlin SW 48.

Landwirtschaftliche Fachzeitschrift

sucht mit der Gesamtsparte vertrauten Redakteur. Offerten mit vorerst kurzen Angaben und Gehaltsansprüchen unt. „D. P. 1445" an den Verlag für Presse, Wirtschaft u. Politik G. m. b H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 40/41.

Für die Redaktion einer angesch. Tageszeitung i. mitteldeutscher Kleinstadt (5750 Einw.) wird z. Entlastung des Hauptschriftleiters ein evgl.

2. Schriftleiter

zum 1. April gesucht. Bewerber im Alter bis ca. 28 Jahren müssen in d. Lage sein, den Hauptschriftleiter notfalls zu vertreten, den lokalen u. allgemeinen Teil der werktäglich i. 8-12 Seiten Umfang erscheinenden Zeitung selbständig und anregend zu gestalten u nach Anweisung des Hauptschriftleiters den Umbruch zu leiten. Es wird auf Bewerbungen nur solcher Herren Wert gelegt, die nach ihrer ganzen Einstellung und Berufsauffassung Gewähr dafür bieten, daß sie auf dem schwierigen Boden der Kleinstadt ihrer Stellung in jeder Hinsicht gerecht werd. Bei Bewährung kann eine befriedig. Dauerstellung geboten werd. Gefl. Angeb. mit Lichtbild, Zeugn., Stilproben, Gehaltsanspr. usw unt. D. P. 1446 an den Verlag d „Deutschen Presse", Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41.

Mitarbeit

sucht Gärtner m. 25jähr. In- und Auslandspraxis auf allen Gebieten der Blumen-, Gemüse- und Obstpflege (einschließl. Zimmerpflanzen) durch mon.-tl. Beiträge. Stil- u. Bildproben a. Wunsch. Angeb. unt. D. P. 1442 an die „Deutsche Presse" Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41.

Zeitungswissenschaft

Zweimonatsschrift für internationale Zeitungsforschung. Herausgegeben von Universitäts-Prof. Dr. Karl d'Ester, München und Dr. Walther Heide, Berlin.
Bezugspreis jährlich RM 12.—

Die Zeitungswissenschaft erscheint vom 4. Jahrgang ab im erweiterten Umfang von 64 Seiten pro Heft zweimonatlich. Als offizielles Mitteilungsorgan der Mehrzahl der deutschen Zeitungsinstitute und mit dem Ziel, eine vergleichende Zeitungswissenschaft anzubahnen, widmet sich die Zeitschrift 1. der historischen und methodischen Erforschung des in- und ausländischen Pressewesens, 2. den aktuellen Fragen der internationalen Publizistik, 3. dem Presserecht und 4. der vergleichenden Betrachtung der Zeitungen der verschiedenen Kulturvölker.

Wir liefern unter Bezugnahme auf diese Anzeige einen ausführlichen Prospekt kostenfrei.

Walter de Gruyter & Co., Berlin W 10, Genthiner Straße 38.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 10 — Berlin, den 9. März 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Der Reichsverband — Wirklichkeit.

Von Max A. Tönjes, Hannover.

Ein Verein oder ein Verband kann bereits im dritten Jahrzehnt bestehen, ins Vereinsregister eingetragen sein, er kann auf eine Fülle segensreicher Arbeit für seine Mitglieder zurückblicken, er kann tagtäglich nicht nur seine Existenzberechtigung, sondern seine Notwendigkeit nachweisen, und dennoch ist er noch nicht Wirklichkeit geworden.

Es geht ja auch den Staaten so, daß nur wenige für ihre Staatsbürger Wirklichkeiten, d. h. Selbstverständlichkeit sind. England z. B. ist eine Wirklichkeit und die Vereinigten Staaten von Amerika. Und beide Weltmächte ziehen aus diesem Gefühl ihrer Bürger die gewaltige Kraft, die sie repräsentieren. Diese unbestrittene Wirklichkeit läßt sie auch über etwaige Fehlschläge in der äußeren und inneren Politik verhältnismäßig leicht hinwegkommen, gibt ihnen den starken inneren Halt, der es für den Engländer, für den Amerikaner als selbstverständlich erscheinen läßt, alles für Volk und Vaterland einzusetzen über alle inneren Differenzen hinweg.

Ist der Reichsverband auch schon eine solche Wirklichkeit für alle seine Mitglieder? Ist er in den bald zwei Jahrzehnten seines Bestehens, seines Wirkens diese Wirklichkeit geworden? Für viele, sehr viele ganz gewiß, ob sie aktiv hervortreten oder zu den Stillen im Lande gehören. Für sie ist der Reichsverband dieselbe Wirklichkeit wie das Haus, das sie vor Sturm und Wetter schützt, und das man darum auch unter Opfern intakt erhalten muß, wenn es einmal nötig ist. Leider besteht diese Wirklichkeit noch nicht für alle. Für manche ist der Reichsverband nur insofern eine Selbstverständlichkeit, als sie von ihm ohne Bedenken alles erwarten, ganz besonders daß er ihnen hilft, wenn sie irgendwie in Not sind. Hilft er einmal nicht, weil er nicht kann, vielleicht, weil man seinen Rat einzuholen zunächst nicht für nötig hielt, oder geht seine Arbeit im Interesse der Kollegen nicht in dem Tempo vorwärts, wie er es selbst am meisten wünscht, dann erhebt man sofort den Ruf: „Was tut eigentlich der Reichsverband, dem wir das viele Geld — vier Mark monatlich — bezahlen?“ Es bedarf bei vielen keines großen Anlasses, um die Wirklichkeit des Reichsverbandes zu bezweifeln, zu erschüttern.

Dann werden geharnischte Entschließungen angenommen, die nicht etwa eine positive Kritik zur Förderung der Verbandsarbeit enthalten, sondern sich geradezu feindlich zum Reichsverband stellen und Forderungen erheben, widrigenfalls . . .! Oder man versendet Rundschreiben „als Kampforgan zur Geltendmachung . . . Kritik innerhalb des Reichsverbandes“, wie man kürzlich in der „Deutschen Presse“ lesen konnte. Man spricht — wenn auch nur ganz vereinzelt — wie von einer Selbstverständlichkeit von der „Finanzgebarung“ des Reichsverbandes, als säßen im Verbandsvorstand lauter leichtsinnige Verschwender.

Ist da der Reichsverband noch Wirklichkeit? Oder ist er eine unbequeme Behörde, ist er eine Partei, die man bekämpfen muß? Handelt es sich überhaupt um Kampf, der aufbaut, oder ist es nur Streit in den eigenen Reihen, der zersplittert und darum schwächt?

Gewiß: Meinungskampf muß sein. In der Hitze des Kampfes werden die Beschlüsse geschmiedet, die den Verband vorwärtsbringen und ihn immer fruchtbarer für die Kollegenschaft machen. Wer wollte diesen Kampf nicht? Sind wir doch in dem Kampf der Idealisten, für die der Reichsverband vom Tage der Gründung an Wirklichkeit gewesen ist, groß geworden. Aber der „Kampforgane“ innerhalb des Reichsverbandes hat es nie bedurft, wie es auch nie eine prinzipielle Opposition gegeben hat und hoffentlich auch nie geben wird.

Schlimm aber ist, wenn die Kritik von unrichtigen Voraussetzungen ausgeht und auf keiner genügenden Sachkenntnis beruht; wenn sie, wie beispielsweise in der Frage der Angestelltenversicherung, die zu überwindenden Schwierigkeiten nicht erkennt und die vorhandenen Widerstände unterschätzt. Dann ist es leicht, Kritik zu üben und Entschließungen durchzubringen, die dem Reichsverbandsvorstand Nachlässigkeit oder gar mangelndes Begriffsvermögen vorwerfen. Es ist kein Schlagwort zu dumm, es findet immer sein Publikum. Nicht anders ist es mit der „Finanzgebarung“ des Reichsverbandes. Wir sind doch weit davon entfernt, in der Berliner Zentrale eine Bürokratie großgezogen zu haben. Die Repräsentation, die in gewissen Grenzen doch auch wirkliche Früchte trägt, ist bei uns auf ein äußerstes Minimum beschränkt. Wo also bleibt die Finanzgebarung in Gänsefüßchen? Zudem ist die Finanzlage des Reichsverbandes in mehreren langen Sitzungen von einer Kommission in allen Einzelheiten sorgfältig durchberaten und zwar mit der Tendenz, die Belastung der Mitglieder auf ein Mindestmaß zu beschränken. Auch sie wäre in Köln nicht nötig gewesen, wenn nicht die Absicht bestanden hätte, eine Zentralhilfskasse zu schaffen und zu finanzieren. Zudem hat jeder Bezirks- und Landesverband das Recht, an den Sitzungen des Vorstandes des Reichsverbandes teilzunehmen und seine Wünsche, aber auch seinen Rat vorzutragen. Und wer dringende Klagen und Wünsche hat, den führt die Eisenbahn schnell nach Berlin, wo in einer Aussprache alle Meinungsverschiedenheiten meist

Digitized by Google

leicht geklärt werden können. Ferner muß bedacht werden, daß Beschlüsse, die aus einer besonderen Lage heraus notwendig waren, auch wieder abgeändert werden können, wenn die Situation sich geändert hat. Dem Reichsverbande aber mitten in der Arbeit für Beruf und Kollegenschaft die notwendigen Mittel schmälern zu wollen, heißt ihn negieren, heißt seine Wirklichkeit anzweifeln.

Der Reichsverband ist eine Wirklichkeit, er ist es in einem Maße von Vollkommenheit, daß er aus der Fülle der Aufgaben der Gegenwart sicherlich morgen gegründet werden würde, wenn er noch nicht bestände. Denn die materiellen und ideellen Notwendigkeiten unseres Berufes sind ebenso Wirklichkeit wie die Tatsache, daß ihre Erfüllung nur vom Reichsverband zu erwarten ist.

Sieht die deutsche Presse wirklich so aus?

Bemerkungen zu der holländischen Kritik.

Von Dr. Franz Thierfelder-München.

Es ist sehr nützlich, sich um das zu kümmern, was das Ausland über deutsche Einrichtungen urteilt, und abfällige Kritiken sind meist diejenigen, aus denen wir am meisten lernen können. Nicht immer freilich ist die Wirkung einer Kritik so, wie sie ihr Urheber sich gedacht hat; denn es darf nicht vergessen werden, daß ein scharfes Urteil ebensoviel vom Wesen des Urteilenden wie des Beurteilten verrät.

Ich habe die Äußerungen des holländischen Journalisten offengestanden mit einigem Unbehagen gelesen. Anscheinend steht der Kollege der deutschen Presse mit Wohlwollen gegenüber, sicher aber auch mit einer starken Einseitigkeit der Einstellung. Mir fehlt eine eingehende Kenntnis der holländischen Presse, um beurteilen zu können, ob nicht vielerlei, was an unserem Zeitungswesen gerügt wird, auch in den Niederlanden zu tadeln wäre. Ich möchte im folgenden nur kurz begründen, weshalb ich vieles an der holländischen Kritik für verfehlt halte.

Unser holländischer Kollege meint, die deutsche Tageszeitung sei für den Journalisten und für den Zeitungsleser, der sich in der Welt umgesehen habe, alles andere als ein Ideal. Leider verrät er uns nicht ausdrücklich, was er sich unter einem Zeitungsideal vorstellt; aus seinen eigenen Ausführungen läßt es sich vielleicht einigermaßen konstruieren: sein Ideal besteht in einer möglichst umfangreichen, mit möglichst vielen Eigennachrichten und Originalartikeln gefüllten, unabhängigen und übermäßige politische Schärfe meidenden Zeitung; reich bebildert, aber der Sensation abhold und bestrebt, den guten Ton unter allen Umständen zu wahren. Es ist das behagliche Ideal des Holländers, der — sich im Stillen glücklich preisend — am Rande der weltaufwühlenden Geschehnisse sitzt, und ihnen bald zustimmend, bald Mißfallen äußernd, zuschaut. Es ist nur bis zu einem gewissen Grade auch unser Ideal. Leider, so meint der Holländer, ist ausgerechnet die deutsche Presse, trotzdem sie nach seiner Ansicht so viele hervorragende, ja ungewöhnlich hervorragende Mitarbeiter besitzt, von diesem Ideal weit entfernt — weiter entfernt, dürfen wir zwischen den Zeilen lesen, als viele andere Völker. Diese deutsche Presse bringt zwar Sonntags große Nummern heraus, bei deren Lektüre man gemächlich einen Teil seines Wochenendes verbringen kann, die übrigen 6 Tage aber — ja mein Gott, die kleinen Seiten, „da kann man nicht viel darauf abdrucken“. In 5 Minuten ist solch ein Blatt ausgelesen und da drei Viertel des Textteils in sämtlichen deutschen Zeitungen „ziemlich wörtlich dieselben“ sind, so genügen weitere 5 Minuten, um sich einen ausreichenden Überblick über die gesamte deutsche Presse verschafft zu haben.

Würde sich der holländische Kollege die Mühe genommen haben, etwas mehr als 10 Minuten täglich dem Studium der gesamten deutschen Presse zu widmen, wäre seine Kritik doch wohl etwas anders ausgefallen. Die großen deutschen Zeitungen sorgen wie die Presse in allen anderen Ländern dafür, ihren Lesern eigene Berichte aus dem In- und Auslande zu übermitteln, und es kann kaum bezweifelt werden, daß im Durchschnitt die deutsche Presse wohl umfassender und gründlicher über alle Vorgänge im Auslande berichtet als etwa die amerikanische oder französische. Daß der eigene Nachrichtendienst nicht so vielseitig entwickelt ist wie anderswo, ist zuzugeben, doch ist die Zurücksetzung der Nachricht gegenüber der politischen oder kulturellen Betrachtung tief in unserer nationalen Gegenwart begründet. Die größere Einförmigkeit des Nachrichtenbildes wird jedenfalls durch die Mannigfaltigkeit der politischen und wirtschaftlichen Aufsätze ausgeglichen; wenn wir auch hier mehr auf Qualität als auf Quantität Wert legen, so wird man das nicht gut als einen journalistischen Mangel bezeichnen können.

Wir könnten unserem holländischen Kollegen die unzulängliche Kenntnis der deutschen Presse gern nachsehen, wenn er sich nicht zu einer weiteren Behauptung verstiege, nämlich, daß „von Unabhängigkeit im ideal-journalistischen Sinne eigentlich wenig mehr gesprochen werden könne“. Wir wollen die Vergangenheit ruhen lassen und nicht auf die Hintergründe der Pressefeldzüge in Holland während des Weltkrieges zu sprechen kommen, wir wollen vielmehr den Herrn Kollegen aus Holland bitten, einmal den Beweis für seine Behauptung anzutreten. Kein deutscher Journalist wird so phantasiert sein, zu behaupten, es gäbe keine unzulässigen Bindungen und Beeinflussungen unserer journalistischen Unabhängigkeit, nein, es gibt ihrer leider mehr als genug, aber so zu tun, als sei jenseits der Grenzen die Presse ein moralisches Genesungsheim und die Unabhängigkeit der Gesinnung nur in Deutschland etwas nahezu Unbekanntes, ist wirklich ein starkes Stück. Mit diesem Vorstoß begeht der holländisch Kritiker denselben Fehler, den er als Charakteristikum der deutschen Tageszeitungen ansieht: den Fehler der Herabwürdigung des Kollegen von der Gegenseite. Gewiß, hier wird in Deutschland arg gesündigt und die sich häufenden Fälle der persönlichen Beschimpfung von Journalisten untereinander sind wahrhaftig kein Ruhmesblatt. Aber auch hier ist es falsch, gerade Deutschland als trauriges Muster hinzustellen. Hören wir, was vor einer Woche M. Bloch in der „Tschechoslowakischen Korrespondenz“ über den tschechischen Journalismus schrieb. Nach einer derben Lektion über die „Rüpelshausener Tonart“, die in der tschechischen Presse herrsche, fährt er fort:

> „Man wird . . . . saloppe Manieren oder eine derbsträhnige Ausdrucksweise nicht allzu rigoros beurteilen dürfen, sofern selbst bei heftigsten Angriffen der persönlichen Ehre des Widerparts jene Respektierung zuteil wird, die man als honoriger Mensch für den eigenen guten Ruf fordert. Leider kommen gerade in diesem Punkt die bedauerlichsten Verfehlungen vor. Wir brauchen es uns sicher nicht zu besonderem Ruhme anzurechnen, daß wir hierzulande sozusagen einen Weltrekord in Presseprozessen erreichen, welche durchweg das Delikt der Ehrenbeleidigung betreffen. Jede Weile vermag man in dem oder jenem Blatte einen demütigen Widerruf zu lesen, worin der verantwortliche Redakteur die unverantwortliche Verdächtigung irgendeines Parteigegners „mit lebhaftem Bedauern zurücknimmt“ und durch unrichtige oder irrige Informationen entschuldigt . . .“

Wir würden diese Sätze nicht anführen, wenn sie nicht von tschechischer Seite selbst geäußert worden wären. In einem Lande wie Deutschland, das sich in einem kritischen Zustande äußerer und vor allem innerer Wand-

Digitized by Google

lungen befindet, ist es zwar nicht entschuldbar, aber immerhin begreiflich, daß in der Leidenschaft des geistigen Kampfes die Pflichten der Kollegialität und des bürgerlichen Anstandes manchmal vergessen werden. Gegen diese Entgleisungen ist aufs schärfste anzukämpfen, ja, aber ich möchte trotzdem offen erklären, daß mir die über das Ziel schießende Leidenschaft menschlich liebenswerter ist als die würdige Gelassenheit eines unbewegten Gemütes. Hier abfällige Kritik zu üben, sollte sich jeder Ausländer hüten, sofern er nicht ganz die innere Zerrissenheit unseres Volkes mitzufühlen vermag. Ob es gut oder schlecht ist, daß bei uns oft Fragen der Zweckmäßigkeit zu Fragen des Grundsatzes gemacht werden, soll offen gelassen werden; tatsächlich ist es jedenfalls so, und dann ist es ein Beweis größerer Ehrlichkeit, wenn die äußere Form verletzt wird, wo die innere Übereinstimmung gänzlich zerstört ist.

Wer solche Überlegungen anstellt, wird zu anderem und gerechterem Urteile kommen, als unser holländischer Kollege. Er wird sich schließlich auch nicht über die Sensationswut einer Presse entrüsten, die doch wahrhaftig nicht das Kennzeichen deutscher Zeitungen schlechthin ist, sondern wird das oft abstoßende, aber doch der Wahrheit entsprechende Abbild des deutschen Lebens in unserer Presse begreifen lernen. Unsere Nation befindet sich nun einmal in einer schweren seelischen Krise, — was wäre die Presse wert, in der sich dieser Zustand nicht widerspiegelte? Man mag es mit Recht bedauern, daß heute in Deutschland alles irgendwie unter parteipolitischen Gesichtspunkten beurteilt wird — sich darüber zu wundern, liegt kein Grund vor. Eines Volkes, das wie das unsere seit einem Jahrzehnt Objekt der auswärtigen Politik geworden ist, das noch mitten in der Umwandlung jahrhundertealter Einrichtungen begriffen ist und auch sein geistiges Gesicht in einer vorerst noch kaum zu begreifenden Weise ändert, eines solchen Volkes Presse ist ein Schlachtfeld und kann kein Lustgarten sein. Wie aber Kampf immer sicherstes Zeichen des Fortschrittes ist und hoffen läßt, so bietet das Bild einer sich mit den Fragen der Zeit und des Lebens herumschlagenden Presse zwar keinen schönen, aber einen zukunftsvollen Anblick. Ich glaube, der holländische Kollege wäre der Wahrheit näher gekommen, wenn er seine Betrachtungen von dieser Tatsache hätte ausgehen lassen.

Architektur der Zeitung.

Fraktur oder Antiqua.

Von Wilhelm Eule, Leipzig.

Gewaltige betriebstechnische Einrichtungen haben sich die amerikanischen Zeitungsverleger zunutze gemacht. Ihre Setzereien sind jedoch im Vergleich zu den Rotationssälen verschwindend klein. Angehörige des deutschen Buchdruckgewerbes, die zu Studienzwecken in Amerika weilten, stellten dies ungleiche Kräfteverhältnis immer wieder mit Erstaunen fest. Sie fanden es verwunderlich, daß in diesen kleinen Setzereien die umfangreichsten Zeitungsnummern gesetzt, mettiert und gematert werden. Des Rätsels Lösung ist leicht: In Amerika gibt es keine Zweiteilung des Schriftsystems in Fraktur und Antiqua, außerdem wird die Setzmaschine drüben nicht nur für den Text, sondern auch für Titelzeilen und Anzeigen in weitaus stärkerem Maße herangezogen als in Deutschland. Ende 1927 gab es im deutschen Druckgewerbe 8837 Setzmaschinen und 10 784 Maschinensetzer. Diese Zahlen sind inzwischen nicht unbeträchtlich gestiegen und gleichbedeutend mit einer Verdrängung des Handsatzes durch den Maschinensatz. Im Zeitungs- und Zeitschriftengewerbe findet der Handsatz nur noch für den Inseratenteil Verwendung. Großstädtische Blätter mit umfangreichem Inseratenanhang bevorzugen auch hier die Setzmaschine. Begünstigt wird diese Entwicklung durch die modernen Konstruktionen des Setzmaschinenbaues, die nicht nur mehrere Schriftarten auf der Setzmaschine vereinigen, sondern auch das Setzen größerer Grade von Auszeichnungsschriften gestatten.

In der maschinellen Herstellungsweise des Zeitungssatzes dürfte Amerika jedoch auf lange Zeit hinaus seinen Vorsprung behalten. Man kommt drüben mit wenigen Antiqua-Text- und -Anzeigenschriften aus. Die deutschen Schriftgießereien sind außerordentlich fleißig in der Schaffung neuer Schriften. Wir haben keine ausgesprochenen Standardschriften in Antiqua und Fraktur, und wenn heute eine Schriftgießerei eine Groteskschrift einfacher Art herausbringt, dann wartet eine andere Schriftgießerei kurze Zeit danach ebenfalls mit einer Groteskschrift auf, die von der zuerst herausgekommenen nur unwesentlich abweicht. Auch in Frakturschriften produzieren deutsche Schriftgießereien verhältnismäßig viel. Zu den dankbarsten Abnehmern der Schriftgießereien gehören die Zeitungsdruckereien. Das Beispiel der Schriftgießereien, unausgesetzt neue Typen für den Handsatz zu schaffen, spornte auch die Setzmaschinenfabrikanten zur Bereicherung ihrer Maschinenschriften an. So kommt es, daß in den deutschen Zeitungsdruckereien viel mehr Schriftenfamilien Eingang finden als in den amerikanischen. Große Kapitalien sind somit in den Setzereien investiert, und das teure Material will auch angewandt sein.

Der Stilwille unserer Zeit betont die echte, einfache Zweckform. Äußere Fassaden und hohles Blendwerk sind heute beim Architekten wie beim Typographen verpönt. Das Schaffen eines Setzers kann man mit demjenigen eines Baumeisters vergleichen. Ist der Setzer ein Mann von Geschmack und sicherem

Presseausweise für den Luftschiffbau Zeppelin.

Der Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen, Nachrichtenabteilung, beabsichtigt die Ausgabe von Presse-dauerkarten, die an Aufstiegstagen zum Betreten der besonders reservierten Plätze berechtigen. Es soll jedem Blatte je eine Karte (gültig für eine Person) zur Verfügung gestellt werden. Es ist der Wunsch des Luftschiffbaus, daß diese Karte, die nicht übertragbar ist und bei Mißbrauch eingezogen wird, ausschließlich in die Hände der von den Redaktionen mit der Wahrnehmung der Luftfahrtberichterstattung beauftragten Kollegen gelangt. Aus diesem Grunde bittet der Luftschiffbau Zeppelin, Friedrichshafen a. B., die Redaktionen, die solchen Ausweis wünschen, um gefl. direkte Mitteilung des Namens des betreffenden Redakteurs an seine Nachrichten-Abteilung, unter Beifügung eines mit Aufschrift versehenen Freiumschlages.

Für die freien Journalisten, deren Arbeitsgebiet hauptsächlich Luftfahrtangelegenheiten sind, ist folgende Regelung vorgesehen: sie melden sich durch ihre Landes- bzw. Bezirksverbände bei der Zentrale des Reichsverbandes in Berlin, die ihrerseits für diese Kollegen die Ausstellung von Presse-karten bei der Nachrichtenabteilung des Luftschiffbaues beantragt. (Auch hier wird um Beilegung eines mit Adresse versehenen Freiumschlages gebeten.) Die Nachrichtenabteilung des Luftschiffbaues übersendet dann die auf den Namen ausgeschriebenen Ausweise an den Reichsverband, der sie weiterleitet. Die Beschaffung von Legitimationen kann lediglich für solche freie Journalisten erfolgen, deren Arbeitsgebiet nachweislich Luftfahrtangelegenheiten betrifft, was durch die beantragende Organisation ausdrücklich schriftlich bestätigt werden muß.

Die Verbandsleitung:
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

können, dann wird man ihm bei der Gestaltung eines Prospekts oder einer Katalogseite freien Spielraum gewähren. Beim Satz und bei der Zusammenstellung der Zeitungsseiten aber hat der Schriftleiter dem Setzer und Metteur ein Wörtchen hineinzureden. Die Schwierigkeiten wachsen hier, da sich der Dualismus von Fraktur und Antiqua geltend macht. Vor allem ist die Frakturschrift, die im deutschen Zeitungswesen durchweg zur Anwendung kommt, ein spröderes, weniger biegsames Material als die Antiquaschrift. Man lege zum Vergleich eine amerikanische Zeitung neben eine deutsche. Welche Ruhe, Klarheit und Übersichtlichkeit liegt über der amerikanischen Zeitung. Die Antiquaschrift hat an sich einfachere Formen als die verschnörkelte Frakturschrift. Die Auszeichnungsschriften in Antiqua heben sich organisch aus dem Textteil hervor. Will der deutsche Schriftleiter einen „Kasten" mit verschiedenen Hauptüberschriften und Unterrubriken bauen, dann stehen ihm nur begrenzte Mittel zu Gebote. Er nimmt aus einer Frakturschrift verschiedene Größengrade. Der plakatmäßige Charakter dieser Überschriftsgruppen wird noch verstärkt, weil die Titelzeilen bzw. Auszeichnungsschriften meistens recht fett gehalten sind.

Die Amerikaner können sich in der Aufmachung ihrer Zeitung eleganter und ausdrucksfähiger bewegen. Organisch sind die Überschriftsgruppen mit der Textschrift verwachsen. Dabei ist es nicht einmal notwendig, fette Schriften heranzuziehen. Besteht die Überschriftszeile nur aus wenigen Worten, so kann man große Buchstaben verwenden, die ganze Zeile also in Versalien halten, wie der Setzer bei uns sagen würde. Ein weiteres Auszeichnungsmittel, das aber dem Charakter der Antiquaschrift durchaus angepaßt ist, bietet die schräglaufende Antiqua, die Kursiv. So hat der amerikanische Schriftleiter in seiner Antiqua drei verschiedene Ausdrucksmöglichkeiten: 1. den größeren Schriftgrad an sich, 2. die Verwendung großer Buchstaben (Versaliensatz) und 3. die Kursivschrift. Diese drei Möglichkeiten lassen sich geschickt gegeneinander ausspielen und gestatten Betonung des Wesentlichen und Abstufung des Unwesentlichen, sowie endlich eine viel übersichtlichere Rubrizierung.

Beobachtungen dieser Art lassen sich jetzt bei den Textseiten des „B. T." machen. Man gewinnt auch hier den Eindruck, daß eine Zeitung, die nur in Antiquaschrift gehalten ist, in der äußeren Form nicht nur viel einfacher und gefälliger zu gestalten ist, sondern daß sich auch dankbarere Möglichkeiten für die Rubrizierung ergeben. Ich gebe hier eine Überschriftengruppe des „B. T." wieder und zeige vergleichsweise diese Gruppe in der üblichen Frakturschrift.

Die Beratungen im Haushaltsausschuß des Reichstags.

Der Diplomaten-Nachwuchs.

Stresemann über die Personalpolitik des Auswärtigen Amts.

Überschriftsgruppe des „B. T."

Der Diplomaten-Nachwuchs.

Stresemann über die Personalpolitik des Auswärtigen Amts.

Die Beratungen im Haushaltsausschuß des Reichstags.

Überschriftsgruppe nach dem in deutschen Zeitungen üblichen Schema.

Die Formsprache ist im erstgenannten Beispiel zweifellos eine gewähltere. Man kann mit feineren Mitteln betonen, unterscheiden und übersichtlicher gestalten. Bei gleichmäßiger Verwendung von Frakturschriften einer Gattung lassen sich Steigerungen und Abstufungen nur durch Verwendung mehr oder weniger großer Schrifttypen erzielen. Von dieser ästhetischen und psycho-technischen Seite abgesehen, spielt auch das betriebswirtschaftliche Moment dabei eine Rolle. Wie einleitend schon betont, kann der amerikanische Zeitungsbetrieb, der nur eine Schriftgattung, die Antiqua, verwendet, schneller und wirtschaftlicher arbeiten, eine Möglichkeit, die der Forderung nach Aktualität der Zeitung entgegenkommt.

Wohin der Weg?

Von einem Kollegen aus dem Reich wird uns geschrieben:

Daß nach der Blüte der vergangenen Jahre auch auf das Zeitungsgewerbe ein spürbarer Rauhreif gefallen ist — diese Feststellung zu machen ist überflüssig. Es sei mir gestattet, vom Standpunkt des Redakteurs einige Worte zu dieser Entwicklung zu sagen und vor allem auf Erscheinungen hinzuweisen, die über kurz oder lang gewisse Folgen hinterlassen müssen. Ich will keineswegs behaupten, daß die unten näher erläuterten Erscheinungen in jedem Zeitungsbetriebe gefunden werden können, aber sie sind weit verbreitet und werden verschwinden müssen. Noch eins: es handelt sich um die Ansicht eines Redakteurs, der die Dinge von beiden Seiten betrachtet und glaubt, die Sorgen und Nöte des Verlegers zu kennen, zu verstehen und zu würdigen.

Die Zeitung von heute ist mit ihrer Vorgängerin aus dem Jahre 1913 kaum noch zu vergleichen. Die Entwicklung auf allen Gebieten hat auch der Presse neue Aufgaben zugewiesen, die sie nach Möglichkeit erfüllen muß. Trotzdem wird sich die Presse mehr oder weniger Einschränkungen auferlegen, und auch, wenn die Einschränkungen notwendig werden, den Bekennermut aufbringen müssen, die Tatsache einzugestehen. Die Scheinkonjunktur von 1924, 1925 und 1926 war ein gewisses Fundament, aber ein etwas trügerisches, wie der weitsichtige Verleger und Redakteur bereits damals fühlten und wie es die Kurzsichtigen heute zur Genüge erfahren haben.

Die Tatsachen zwangen bald zur Einkehr und Besinnung.

Zur Besinnung? Darüber wollte ich sprechen. Wer heute aufmerksam die Presse, und hier besonders die Provinzpresse studiert, der wird erstaunt sein über das vermeintliche Maß von Mitteln, das diesen Zeitungen zur Verfügung zu stehen scheint. Nach wie vor liegt einem großen Teil der Blätter als Liebesgabe wöchentliche eine, vielleicht auch zwei Illustrierte bei, nach wie vor steht der Textteil der Zeitungen in keinem Verhältnis zu den Inseratenaufträgen, nach wie vor erscheinen regelmäßig geschlossene Beilagen, einseitig, zweiseitig, täglich eine andere über ein anderes Gebiet, und jedes neue Gebiet sieht sich erfaßt in einer neu erscheinenden Beilage. Unterhaltungs- und Frauenbeilage — man mag beide hinnehmen als nicht zu umgehen. Technik? Hier ist schon vielfach die Frage aufzuwerfen, ob in Blättern, die sich auf einen ländlichen Leserkreis stützen, die technischen Beilagen irgendeinen vernünftigen Zweck erfüllen, Beilagen, die alles andere, nur nicht volkstümlich geschrieben sind und deshalb vom Laien kaum verstanden werden, dem Fachmann aber gar nichts sagen. Mit juristischen Beilagen glaubt man einem besonderen Bedürfnis abzuhelfen; fast jede kleine Zeitung erscheint im Sommer mit einer regelmäßigen Reisebeilage, bringt in dieser Beilage Aufsätze über die schöne Riviera, das Wunder Abbazia und seine Gaststätten, preist die Hohe Tatra als Reiseziel, nennt preiswerte Hotels in Scheveningen, Pensionen auf der Insel Wight, veröffentlicht

Digitized by Google

die einlaufenden Waschzettel der Dampfergesellschaften über Fahrten nach Ägypten usw. und meint damit den in der Hauptsache aus Arbeitern, kleinen Angestellten, mittleren Beamten, kurz dem bescheidenen Mittelstand sich rekrutierenden Lesern besonders gute Fingerzeige zu geben, jenen unserer Mitbürger, die entweder überhaupt nicht in der glücklichen Lage sind, über einen längeren Urlaub zu verfügen, oder kaum die Mittel aufbringen, einen Urlaub wenige Kilometer außerhalb der Stadt zu verleben, geschweige denn in den Luxusstätten und Gegenden, über die ihr Blatt mit so seltener Ausdauer unterrichtet.

Das „gut geleitete Blatt“ trägt selbstverständlich dem Zeitgeist Rechnung und beglückt die Leser mit einer phänomenalen Modebeilage, die zwar dem Maternbüro eine mehr oder weniger gute Abonnementsgebühr einbringt, schließlich noch einigen jenseits der Welt sich ergehenden Zeitgenossen als Tummelplatz ihrer Phantasie zur Verfügung steht, aber dem Leser oder der Leserin gar nichts nützt; weil einfach die Pleite (vielleicht auch der gute Geschmack) des Durchschnittsdeutschen verhindert, daß er die in der Regel kostspieligen und selten nützlichen Winke beachtet. Weil das Beispiel größerer Blätter und sonstiger Anreiz unwiderstehlich dazu verführten, betrachtet die Zeitung in einem kleinen Kreisstädtchen mit Land- und Arbeiterbevölkerung es als ihre besondere Aufgabe, in einer wöchentlichen Beilage tiefgründige Abhandlungen über die technischen Finessen in der Auto- und Flugzeugfabrikation zu publizieren. Wöchentlich eine Seite „Ärztlicher Ratgeber“ läßt jeden Leser sein eigener Arzt werden, nicht zu sprechen von den zwar äußerst umfangreichen, aber selten zweckmäßig redigierten Sportbeilagen. In mittleren und kleineren Provinzstädten erscheinen „Handelszeitungen“ mit einem Kurszettel, der kaum von den Großstadtblättern, wenigstens räumlich erreicht wird, und es geschieht noch heute, daß Zeitungen, die über ihren verhältnismäßig engumgrenzten Verbreitungsbezirk keine, aber auch gar keine Bedeutung haben, ihren Handelsteil in Antiqua setzen (weil nämlich das Ausland die deutsche Fraktur nicht lesen kann!). Bringt die eine Zeitung 20 Zeilen Rundfunkprogramm (gratis natürlich und gegen Bezahlung der Manuskripte), dann trumpft die Konkurrenz mit 50 Zeilen auf, und die andere Konkurrenz (das Blatt kommt mir regelmäßig zu Gesicht) setzt dem Leser in seiner Nummer vom Sonntag etwa dreiviertel Seite Rundfunkprogramm (in Petit, bitte) vor.

Soll ich noch weitere Beispiele anführen, Beispiele, die nicht „an den Haaren herbeigezogen“ sind. Fast hat man den Eindruck, als glaubten viele Verleger, jede Neuerscheinung auf dem Markte der Beilagenfabrikation müsse annektiert werden, um ein Phänomen von Werbemittel zu besitzen und Satz- und Redaktionskosten zu ersparen. Und weil es gerade von den kleineren und mittleren Zeitungen viele Verleger glauben, kleiden sie die Zeitung in einen neuen Uniformteil.

Mit dem Bezuge der Beilagen scheint aber die Fürsorge oft erschöpft zu sein, denn was für die selten nützlichen Beilagen und dergleichen hinausgeworfen wird, das hat der Redaktionsetat einzusparen. Die Besetzung der Redaktion, die in der Regel in gar keinem Verhältnis zu den von ihr erwarteten Arbeiten steht, die in der Provinz gar nicht so seltene Belastung der Redaktion mit Korrektur, ja Buchhaltungsarbeiten will ich nur streifen. Jetzt möchte ich darauf hinweisen, daß der anscheinend groß aufgezogene Apparat nicht selten nur nach außen großzügig wirkt. Der Fachmann schaut hinter die Kulissen und sieht folgendes:

Das Abonnement eines Nachrichtendienstes erscheint oft überflüssig, weil die rechtzeitig eintreffenden Morgenzeitungen genügend Stoff für die Schere enthalten. Kaum, daß für die Lokalberichterstattung, die der Redakteur doch nicht ohne Unterstützung versehen kann, einige Mittel ausgeworfen werden. Politik, Lokales und die Beilagen, nicht zu vergessen der Handelsteil, sind der eiserne Bestand der Zeitung und wo doch höheren Zielen zugestrebt wird, wo das freigebig zur Verfügung gestellte Papier bedruckt werden muß, da ist die Redaktion darauf angewiesen, vorsichtig die wenigen Blätter auszuschlachten, die noch auf dem Standpunkte stehen, daß trotz der schweren Zeit, oder gerade deshalb noch jede Arbeit ihres Lohnes wert ist. Manuskripte, die ohne Honorarberechnung zur Verfügung gestellt werden (nie aus Menschenfreundlichkeit), sind in manchen Redaktionen fast begehrt geworden, weil der Verleger glaubt, einschränken zu müssen. Wie immer, auf der unrechten Seite.

Das wäre das Bild von heute! Während auf der einen Seite eine seltene Generosität waltet, werden auf der anderen Einschränkungen über Einschränkungen erzwungen, aber gleichzeitig verlangt, daß das Äußere der Zeitung das Niveau der Scheinblüte zu halten hat. Das ist nicht möglich, auf die Dauer nicht durchzuführen! Entweder wir besinnen uns alle darauf, daß wir recht arm geworden sind, oder aber es müssen die Mittel zur Verfügung gestellt werden, das glänzende Äußere zu schaffen.

Da wäre vorerst: Die Besetzung der Redaktionen mit quantitativ und qualitativ ausreichenden Kräften. Es spricht durchaus nicht für die Einsicht der Verleger von der hohen Aufgabe der Presse, vom Standesbewußtsein, wenn immer wieder in den kleinen Zeitungen Buchhalter, Akquisiteure und sonstige, in ihrem Beruf vielleicht brauchbare Menschen erst aushilfsweise, dann nach und nach hauptamtlich mit

Die Mitgliederversammlung der Leipziger Fürsorge.

Wie die Leipziger Fürsorge, Versicherungsanstalt für Beamte und freie Berufe, uns mitteilt, findet ihre diesjährige Mitgliederversammlung am 27. März 1929 vormittags 11 Uhr in Berlin, V. D. J.-Haus, Friedrich-Ebert-Str. 27 (gegenüber dem Reichstagsgebäude), statt. Die Mitglieder sind bereits durch die Januarquittungen auf diese Versammlung hingewiesen worden. Falls ein Mitglied, was wünschenswert ist, seine Rechte in der Mitgliederversammlung ausüben will, muß es Versicherungsschein und letzte Beitragsquittung als Ausweis vorlegen. Jedes volljährige Mitglied hat eine Stimme, jedoch können bis zu 10 Mitglieder sich durch ein von ihnen zu wählendes Mitglied vertreten und durch dieses das Stimmrecht ausüben lassen. Notwendig ist allerdings, daß der betreffende Vertreter mehrerer Stimmen eine Vollmacht dazu in schriftlicher Form spätestens 8 Tage vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand der Leipziger Fürsorge hinterlegt.

Zu den Befugnissen der Mitgliederversammlung gehören laut § 6 der Satzung folgende Angelegenheiten:

1. **Entgegennahme des Jahresberichtes und der Jahresrechnung;**
2. **Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für die Jahresabschlüsse nach vorausgegangener Prüfung derselben durch einen Revisor;**
3. **Beschlußfassung über die Gewinnverteilung;**
4. **Wahlen der Aufsichtsratsmitglieder;**
5. **Beschlußfassung über Abänderungen und Ergänzungen der Satzungen, Versicherungsbedingungen und Tarife;**
6. **Beschlußfassung über Änderung des Zwecks und Erweiterung des Vereins;**
7. **Beschlußfassung über alle Angelegenheiten und Erledigung von Beschwerden, für die der Vorstand oder Aufsichtsrat satzungsgemäß nicht zuständig sind;**
8. **Beschlußfassung über die Auflösung des Vereins.**

Die Mitglieder des Reichsverbandes, die der Leipziger Fürsorge angehören, sowie vor allem die Landesverbände, werden hiermit ausdrücklich auf die Versammlung aufmerksam gemacht, damit sie in der Lage sind, ihre Rechte satzungsmäßig wahrzunehmen.

Die Verbandsleitung.
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

der Redaktion betraut werden, während auf der anderen Seite, außer vielleicht für einen Akademiker als Aushängeschild, keine Aussicht auf Anstellung besteht: es wird, wie an dieser Stelle oft genug gesagt wurde, ein Proletariat von Pseudo-Redakteuren gezüchtet. Zugegeben, daß ab und zu mit einer solchen Beförderung einem Talent geholfen wird; aber in der Regel dient doch diese bedauerliche Verkennung der für einen Redakteur erforderlichen Vorkenntnisse und sonstigen Eigenschaften durch die Verleger keineswegs einer festen Fundamentierung des Ansehens der Presse, abgesehen davon, daß damit die Ritter von der Schere gezüchtet werden, gegen die man sich auch in Verlegerkreisen wendet, wenn es gerade so paßt. Sie sind billig, diese „Redakteure", das möchte ich ohne weiteres zugeben, aber ebenso möchte ich anerkannt wissen, daß billig nicht gut sein muß, was letzten Endes darauf hinausläuft, daß sie eben nicht billig sind. Ein guter Redakteur, in seinem Fach tüchtig und beschlagen, der sein Leben im Dienste der Zeitung verbringt und in der Regel seine Gesundheit opfert, Schere und Kleister als letztes Hilfsmittel benutzt — der möchte allerdings auch Anerkennung seiner Arbeit sehen, auch finanzielle Anerkennung und Sicherstellung. Und ich möchte es zur Diskussion stellen, ob jener Provinz-Verleger klug handelte, der einen „tüchtigen, repräsentationsfähigen Redakteur" verlangte, ihm 400 Mark Monatsgehalt bot, auf die Verpflichtung eines Herrn aber verzichtete, weil der 450 Mark (!) forderte, obwohl der betreffende Verleger seinen Lesern wöchentlich allein drei illustrierte Beilagen schenkt. Ein Ausnahmefall? Leider nicht ... Ähnlich sparsam wird bei der zahlenmäßigen Besetzung der Redaktionen verfahren. Vor dem Kriege war es vielleicht hie und da einem Redakteur möglich, die Zeitung allein zu redigieren. Das dürfte heute, wo nicht nur der Umfang, sondern auch die Aufgaben gewachsen sind, kaum noch möglich sein, es sei denn, daß sich der betreffende Verleger damit einverstanden erklärt, sämtliches Material druckfertig von den Korrespondenz-Büros zu beziehen. Auch das erfordert Mittel, die nicht oder sehr ungern und äußerst ungenügend zur Verfügung gestellt werden; den üblichen Ausweg habe ich oben gekennzeichnet.

Ich glaube, daß im Interesse der Zeitung und nicht zuletzt im Interesse der Leserschaft hier gewisse Reformen einsetzen müssen. Es wird notwendig sein, entweder den noch jetzt beibehaltenen Umfang der Zeitungen einzuschränken, einzugestehen, daß die Voraussetzungen für die Erfüllung der Mission nicht vorhanden sind, oder aber gegen die schwere Zeit selbst unter Opfern anzukämpfen. Das erfordert die Respektierung des geistigen Eigentums, auch des nicht urheberrechtlich geschützten, erfordert weiter die richtige Anpassung des Redaktionsetats an den Umfang des Textteils der Zeitung und erfordert nicht zuletzt, daß die Redaktionen mit auch vom Verleger durch die Dotierung anerkannten Berufsjournalisten ausreichend besetzt werden. Redaktionsarbeit, die produktiv sein soll, erfordert tägliche Vorbereitung und wenn auch heute noch mancher Verleger glaubt, kein Wesen in der Zeitung sei überflüssiger als der Redakteur, so kann man nur hoffen, daß diese Sorte Verleger schließlich doch einmal aussterben wird. K. W.

Das Auslandsdeutschtum in der Presse.

Die Kollegen werden hiermit gebeten, uns die in ihrem Gesichtskreis erscheinenden Zeitungen besonders namhaft zu machen, die regelmäßig über das Auslandsdeutschtum berichten. Vor allem ist eine Angabe darüber erwünscht, ob das betreffende Blatt eine besondere Beilage für das Auslandsdeutschtum führt und wie oft bzw. an welchen Tagen diese Beilage regelmäßig erscheint.

Die Redaktion der „Deutschen Presse".

Fachrundschau

Justiz und Presse.

Im Plenarsaal des Oberlandesgerichts in Düsseldorf fand kürzlich in Anwesenheit der Vertreter aller größeren Zeitungen des Bezirks auf Einladung des Oberlandesgerichtspräsidenten, des Generalstaatsanwalts und des Präsidenten des Strafvollzugsamtes eine Besprechung über das Thema „Justiz und Presse" statt, in der auch die Spitzen der Justizbehörden vertreten waren. Äußerer Anlaß der Besprechung war die Neubesetzung der Pressestelle des Oberlandesgerichts mit Landgerichtsrat van Koolwijk. Der neue Leiter der Pressestelle legte in kurzen Worten seine Auffassung von seiner Aufgabe dar und verteidigte das Vorgehen der Staatsanwaltschaft in einem Sonderfalle mit Vorwürfen gegen die Presse. Einer der Kollegen wies diesen Vorwurf zurück und hob hervor, daß es Pflicht der Pressestelle sei, die verschiedenen Zeitungen in wichtigen Fällen selbst anzurufen. Es referierte dann der Landgerichtsdirektor Kempkes über die Tätigkeit der Arbeitsgerichte und betonte besonders deren hohe volkswirtschaftliche Bedeutung. In der anschließenden Aussprache wurde von Kollegenseite festgestellt, daß man bisher recht erheblich aneinander vorbeigeredet habe. Berichte würden auch nicht manchmal, wie der Leiter der Pressestelle meine, des Humors wegen gemacht, sondern wegen der Pflicht zur Berichterstattung. In den Ausführungen des Leiters der Pressestelle sei wohl die Rede davon gewesen, was die Justiz wolle, nicht aber von dem, was die Presse wolle. Es sei notwendig, daß die Presse in großen Kriminalfällen auch dann über alles, was die Öffentlichkeit interessiere, unterrichtet werde, wenn der Fall schon in den Händen des Untersuchungsrichters sei. Selbstverständlich dürfe die Untersuchung nicht gefährdet werden. Ein anderer Kollege kritisierte ein unverständliches Schweigen der Pressestelle in einer Reihe von Fällen in denen sämtliche Nachrichten bis auf eine von privater Seite geholt werden mußten. Schließlich setzte sich ein Kollege noch für ein besseres Zusammenarbeiten der Richter und Staatsanwälte mit den Pressevertretern ein. Zum Schluß erklärte der Oberlandespräsident, er begrüße die offene Aussprache. Es werde gewiß noch einige Zeit vergehen, bis sich die unerläßliche Vorbedingung des gedeihlichen Zusammenarbeitens, das Verhältnis vollsten Vertrauens zwischen Justiz und Presse ergeben werde. Daß es aber eintreten werde, das verbürge die rückhaltlose, offene Aussprache, das verbürge auch der ehrliche Wunsch der beiden Kreise, der Justiz sowohl als der Presse.

Die Presse Australiens.

Von Dr. Th. Pietsch.

Der jüngste Erdteil weist, obgleich er bei seiner Europa nicht viel nachstehenden Größe erst rund 6 Millionen Einwohner zählt, doch bereits eine an Umfang und Absatz stark entwickelte und auch inhaltlich reiche Presse auf. An der Spitze steht „The Sydney Morning Herald", das älteste, 1831 gegründete Blatt des Landes mit einem Absatz von rund 200 000 Exemplaren täglich. Ihm nahe kommt der in Melbourne erscheinende „Herald", der seinen Absatz auf rund 180 000 Exemplare angibt. „The Courier", das Hauptblatt der noch nicht 900 000 Einwohner zählenden Kolonie Queensland, unterhält wegen seines ausgedehnten, aber schwach bevölkerten Absatzgebietes vier Flugzeuge behufs schneller Ablieferung, wie es auch die anderen Blätter tun. Einen riesigen Absatz hat sich die in Sidney erst 1910 gegründete „Sun" mit 190 000 bis 200 000 Exemplaren erobert, die das Nachrichtenmaterial der Londoner „Times" bezieht und im Weltkriege sich besonders chauvinistisch gegen Deutschland gebärdete. Minder bedeutende Tagesblätter erscheinen in Adelaide (Süd-Australien), Perth (West-Australien) und Hobart (Tasmanien). Jeder einigermaßen bedeutende Ort hat natürlich auch sein Lokalblatt. Starken Absatz haben ebenfalls die verschiedenen Organe der Arbeiterpartei: Die namentlich aufgeführten vertreten die Interessen der bürgerlichen Richtungen. „The Sun" bezeichnet sich als parteilos. Von Wochenblättern sind hervorzuheben „The Weekly Times" und „Sun News Pictorial", beide in Melbourne erscheinend. Als belletristische, reich ausgestattete Zeitschriften sind „The Australasian" in Melbourne und „The Sydney Bulletin" zu nennen, die sich um die Entwicklung der schon recht umfangreichen künstlerischen Literatur des Landes sehr verdient gemacht haben. Die etwa

Digitized by Google

200 000 Seelen zählenden deutschen Ansiedlungen, meist Altlutheraner hauptsächlich in Süd-Australien und Queensland, besitzen seit einigen Jahren wieder zwei Organe in ihrer Muttersprache, den „Queenslander Herald" (Nordaustralische Zeitung in Brisbane, alle zwei Wochen erscheinend, und das wöchentlich erscheinende „Kirchenblatt" der vereinigten evangelisch-lutherischen Kirche Australiens. Die einst von dem „Patriarchen" der Deutschen Australiens, Dr. Karl Mücke, in Adelaide begründete Deutsch-Australische Zeitung wurde bei Beginn des Krieges unterdrückt.

Vom deutschen Zeitungswesen.

Die „Kreuzzeitung" mit neuem Titel. Die „Kreuzzeitung", die seit dem 1. März nur noch einmal täglich erscheint, hat auch ihren Titel geändert. Die bisher in Klammer stehende Bezeichnung „Kreuzzeitung" ist in den Titel „Neue Preußische Kreuzzeitung" umgewandelt worden, wobei das Wort „Kreuzzeitung" die Hauptzeile des Titels darstellt.

Niederschlesische Landeszeitung. Das über die „Niederschlesische Landeszeitung" in Liegnitz im August v. J. verhängte Konkursverfahren mußte mangels Masse eingestellt werden. Einer verfügbaren Masse von 1881 RM stehen Konkursforderungen von annähernd 100 000 RM gegenüber von denen etwa 90 000 RM gewöhnliche Forderungen sind. Die Gläubigerversammlung stimmte dem Vorschlage des Konkursverwalters zu, auf die rückständigen Löhne usw. 50 Prozent der Masse auszuzahlen.

Die „Nürnberger Zeitung" beging kürzlich das Fest ihres 125jährigen Bestehens. Aus diesem Anlasse ist eine Jubiläumsausgabe mit einer besonderen Tiefdruckbeilage erschienen, die der Geschichte der „Nürnberger Zeitung" von ihren Anfängen an bis auf den heutigen Tag gewidmet ist. Vorläufer der „Nürnberger Zeitung" war der „Korrespondent von und für Deutschland", der zuerst unter dem Titel „Fränkischer Kreiskorrespondent von und für Deutschland" als politisch-literarische Zeitung in Nürnberg seit dem 1. Oktober 1804 erschien. Den Charakter einer politischen Zeitung hat der Korrespondent, der damals in ganz Deutschland gelesen wurde, während der Gesamtzeit seines Bestehens bewahrt. Seit Ende 1806 nahm das Blatt auch Inserate auf. Seit Anfang 1807 erschien eine wöchentliche Beilage „Nichtpolitische Nachrichten", Ansätze zu einem Feuilleton hatten sich schon Ende 1804 gezeigt. Dieses Feuilleton wurde im Jahre 1807 zu einer ständigen Einrichtung. Damit wurde der „Korrespondent" die erste deutsche Tageszeitung, die das Feuilleton einführte und dauernd beibehielt. Vom 1. Januar 1857 an erschien die bisherige vierseitige Beilage des Blattes als besondere Abendzeitung. Diese Form der Ausgabe des „Korrespondenten" wurde bis zu seinem Übergang in den „Generalanzeiger" beibehalten. Im Jahre 1880 ging das Eigentum an der Zeitung, nachdem der finanziell beteiligt gewesene Chefredakteur Dr. Feust gestorben war, mit dem Namen des Blattes in eine Aktiengesellschaft über. Gleichzeitig wurde das Format der Zeitung vergrößert. Am 1. Januar 1890 erwarb das Verlagsrecht der Verlag des „Generalanzeigers für Nürnberg-Fürth und Umgegend", wobei der „Korrespondent" aufhörte, als selbständiges Blatt zu existieren. Der Generalanzeiger erschien seitdem mit den Untertiteln „Neue Nürnberger Zeitung" und „Neuer Generalanzeiger" unter dem Titel „Generalanzeiger und Korrespondent von und für Deutschland". Aus dem Generalanzeiger ging dann die „Nürnberger Zeitung" hervor, deren Entwicklung im Laufe der letzten 40 Jahre in stetig ansteigender Kurve verlief. Vom 1. Januar 1913 ab wurde der Titel „Nürnberger Zeitung" geführt. Die Bezeichnung „Generalanzeiger für Nürnberg" wird seither wie der „Korrespondent von und für Deutschland" im Untertitel geführt.

Die Auflagenhöhe der Jugendpresse. Einer im „Jungdeutschen" kürzlich veröffentlichten Zusammenstellung entnehmen wir, daß die Gesamtauflage der 24 katholischen Jugendzeitschriften Deutschlands 640 000 beträgt. 51 evangelische Zeitschriften erreichten dagegen zusammen nur eine Auflagenhöhe von 570 000. Hinter beiden bleibt die sozialistische Gruppe mit 18 Zeitschriften und 365 000 Stück Gesamtauflage zurück. Die Bünde der freien Jugendbewegung erreichen mit 40 Zeitschriften eine Gesamtauflage von 90 000.

Korrespondenzen.

Der Rhein-Elbe-Verlag, Lübeck, zieht am 15. März nach fünfjährigem Aufenthalt in Lübeck nach Hannover, Podbielskistr. 14, um. Die Redaktion bleibt weiter in Händen des Kollegen Wilhelm Plog, während Otto Weber vorläufig die Verlagsleitung behält. Die Zeitungskorrespondenzen „Niederdeutscher Zeitungsdienst", „Rhein-Elbe-Dienst und Ohmanndienst" sind zu einem „Norddeutschen Zeitungsdienst" auch in den Maternausgaben zusammengelegt, neben denen der ostelbische, westfälische und westdeutsche Heimatdienst als Sonderbeilage erscheinen. Der Romanvertrieb ist an eine besondere neugegründete Firma „Niederdeutscher Romanverlag", G. A. Boehm & Co., Lübeck, abgegeben. Alleiniger persönlich haftender Gesellschafter dieser Firma ist Oberstleutnant a. D. G. A. Boehm. der gleichzeitig dem Rhein-Elbe-Verlag als Kommanditist beigetreten ist. Dem Rhein-Elbe-Verlag gehört außerdem noch ein weiterer Kommanditist an.

Journalisten- und Schriftstellerorganisationen.

Der Verein deutsch-volksparteilicher Presse hielt vor kurzem in Berlin seine diesjährige Mitgliederversammlung ab, der als Gäste unter anderen der Minister Dr. Curtius und Dr. Scholz beiwohnten. Aus den erstatteten Berichten und Referaten ergab sich eine günstige Entwicklung des Vereins und seiner Aufgaben und eine immer enger sich gestaltende Zusammenarbeit zwischen der volksparteilichen Presse und den Parlamentariern. Es wurden Beschlüsse gefaßt, die den systematischen Ausbau dieser Zusammenarbeit zum Ziele haben. Am Abend vereinigten sich die Mitglieder des Vereins — Verleger und Redakteure — mit einer großen Anzahl von volksparteilichen Ministern und Parlamentariern zu einer geselligen Veranstaltung.

Die „Vereinigung der Korrespondenten Deutscher Zeitungen in Paris" hat in ihrer Generalversammlung den Vorstand für das Jahr 1929 wie folgt neugewählt: Präsident: Dr. Stahl (Vossische Zeitung und Ullstein-Nachrichtendienst), Vizepräsident: v. La Trobe (Telegraphen-Union), Schatzmeister: Gerlach (Europapreß). Dem zurückgetretenen Vorstand sprach der Alterspräsident Paul Block (Berliner Tageblatt) den Dank der Versammlung für die der Vereinigung unter besonders schwierigen Verhältnissen geleisteten Dienste aus.

Verein der ausländischen Presse in Prag. Nachdem verschiedene frühere Bemühungen erfolglos geblieben waren, konnte vor kurzem in Prag ein Verein der ausländischen Presse (Association de la presse étrangère à Prague) gegründet werden. Ähnlich wie die gleichnamigen und gleichartigen Vereine zu Berlin, Paris und anderen Zentren des Zeitungswesens hat dieser neue Verein den Zweck, alle Interessen der hauptamtlich tätigen Korrespondenten ausländischer Blätter in Prag wahrzunehmen. Der Vorstand besteht aus vier Köpfen; darunter sind zwei Deutsche, und zwar der Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten", Arthur Kornhuber, und der Vertreter des Ullstein-Dienstes, Neumann. Zum Präsidenten der neuen Vereinigung wurde der Holländer Louis Aletrino gewählt.

Pressestellen und Presseämter.

Pressestelle beim Ober-Präsidium in Stettin. Zum Leiter der neuen Pressestelle beim Ober-Präsidium in Stettin und gleichzeitig zum Pressereferenten ist Rudolf Lantzsch aus Berlin bestellt worden. Lantzsch war bisher in Berlin beim demokratischen Zeitungsdienst und bei der Zeitschrift „Der Demokrat" tätig.

Ausland.

Ein Bildungsinstitut für Schriftsteller in Paris. Unter dem Namen „ABC" ist in Paris eine Lehranstalt ins Leben gerufen worden, die sich die Aufgabe stellt, allen, die den Schriftstellerberuf ergreifen wollen, eine umfassende Ausbildung zuteil werden zu lassen. Der Unterricht soll nach einer besonderen Methode erteilt werden. Eine Anzahl der bekanntesten französischen Schriftsteller haben das Protektorat über die Schule übernommen.

Hoover an die Presse. Am Tage nach seinem Regierungsantritt empfing Präsident Hoover die Redakteure und Korrespondenten der inländischen und ausländischen Presse im Weißen Haus. Er begrüßte sie auf das wärmste und erklärte, daß er an dem bisherigen Brauch, zweimal in der Woche persönlich Pressekonferenzen abzuhalten, festhalten werde. Er wisse, was für ein mächtiger Faktor die Presse und welch wichtiger Beruf der des Journalisten sei, und er werde, wie bisher als Handelsminister, mit der Presse zusammenarbeiten.

Vom argentinischen Zeitungswesen. Die Entwicklung des argentinischen Zeitungswesens hat mit der der argentinischen Wirtschaft überhaupt gleichen Schritt gehalten. Heute verarbeitet z. B. eine einzige Rotationsmaschine der Tageszeitung „La Prensa" in Buenos

Digitized by Google

Aires täglich mehr als 110 Rollen Papier mit einem Gesamtgewicht von 66 000 Kilogramm. Der monatliche Verbrauch der Zeitung stellt sich auf zirka 455 000 P.-P., der jährliche auf 5464 800 P.-P. Der Mengenverbrauch der Zeitung betrug zuletzt jährlich 39 600 Rollen. Die andere große argentinische Tageszeitung „La Nación“ hat heute eine Auflage von rund 200 000 Exemplaren, die Sonntagsnummern 250 000 Exemplare mit einem Umfang von durchschnittlich 50—60 Seiten. Auch die illustrierten argentinischen Zeitschriften erreichen beachtenswerte Auflagen, so erscheint z. B. die Zeitschrift „El Munde Argentine“ in 200 000 Exemplaren und „El Hegar“ (Das Heim) in rund 170 000 Exemplaren. Das ist besonders beachtenswert im Hinblick darauf, daß Argentinien nur rund 10 000 000 Einwohner zählt, unter denen sich noch ein großer Prozentsatz Analphabeten befindet.

Aus der Organisation

Landesverband der Bayerischen Presse.

Die o. Hauptversammlung des Landesverbandes der Bayerischen Presse findet am Sonntag, dem 24. März, vormittags ½ 10 Uhr im Hotel Deutscher Kaiser in München (gegenüber dem Hauptbahnhof) statt.

Der Verein Münchener Berufsjournalisten hält seine o. Hauptversammlung am Freitag, dem 15. März, abends 8 Uhr im Hotel Deutscher Kaiser, München, ab.

Zu beiden Versammlungen werden die Mitglieder ersucht, sich recht zahlreich einzufinden.

Landesverband Mitteldeutschland.

Das Fest der Kasseler Presse.

Wie im Vorjahre veranstaltete die Kasseler Presse auch in diesem Jahre wiederum ein Pressefest, das am 12. Januar den Reigen der eigentlichen Ballsaison eröffnete. Auch in diesem Jahre zeigte es sich, daß das Pressefest unter den gesellschaftlichen Veranstaltungen Kassels die erste Stelle einnimmt. Das trat nicht nur in der ungewöhnlich starken Nachfrage nach Karten hervor, das wurde auch durch die Anwesenheit der führenden Persönlichkeiten der Regierung, aus Handel, Industrie und Kunst dokumentiert. Die Säle des Stadtparks hatten unter der Leitung von Heinz Lewerenz und seiner Schüler der Kunstgewerbeschule festlich-künstlerische Gestalt gewonnen. Die Veranstalter hatten sich auch für dieses Pressefest die Aufgabe gestellt, den Gästen mit eigener Arbeit zu dienen, und so kam eine Revue zur Aufführung, die unter dem Titel „Hallo Kassel“ und dem Zusatz „So ist es — wird es so werden?“ allerlei aktuelle Fragen aus der Kasseler Kommunalpolitik satirisch behandelte. Unter der Mitwirkung bewährter Bühnenkünstler — Theo Lingen, Frankfurt, Hanna Rüggold, Darmstadt und Werner Stock, Kassel — wurde die Revue ein voller Erfolg. Der Beifall des Publikums — häufig bei offener Szene — war stark. Neben der Revue bildete ein Kraftwagen den Hauptanziehungspunkt des Pressefestes. Das Auto kam als Prämiengewinn zur Verlosung und wie Fortuna zu entscheiden beliebte an einen Gewinner, der bereits seine Pferdekräfte in der Garage hatte. Der Verlauf des Festes rechtfertigte alle Erwartungen. Auch die finanziellen Hoffnungen der Veranstalter gingen in Erfüllung, obwohl Saaldekoration, Revue und Tombola erhebliche Unkosten verursacht hatten und der Kartenpreis für das Pressefest nur auf 10 Mark festgesetzt war.

Verband der Ostpreußischen Presse.

Kürzlich hielt der Verband der Ostpreußischen Presse im Salon der Königsberger Stadthalle seine außergewöhnlich stark besuchte Winterhauptversammlung ab. Die Versammlung erhielt dadurch ihre besondere Bedeutung, daß sie zum letzten Male vom Kollegen Dr. Rauschenplat, dem langjährigen Vorsitzenden des Verbandes, geleitet wurde.

Kollege Rauschenplat verabschiedete sich in dieser Versammlung vom Verbande, in dem ihn wohl mit jedem einzelnen Mitgliede mehr oder minder nahe Beziehungen verbunden haben und der ihm ganz besonders ans Herz gewachsen war. Kollege Rauschenplat legte sein Amt infolge seiner Übersiedlung nach Berlin als Leiter der dortigen Redaktion der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ nieder, und der Vorstand des Verbandes benutzte diese Gelegenheit, um dem allseits beliebten und von uneingeschränktem Vertrauen der Mitglieder getragenen Vorsitzenden eine Erinnerungsgabe zu überreichen. Zu Ehren Rauschenplats erhob sich dann die Versammlung.

Nach Erstattung des Geschäfts- und der Kassenberichte, wobei besonders der gute Stand und die bewährte Organisation der vom Kollegen Dr. Leo geleiteten Hilfskasse rühmend hervorgehoben werden konnte, nahm die Hauptversammlung die Neuwahlen des Vorstandes vor, die folgendes Ergebnis hatten. Vorsitzender: Leo Holstein (Königsberger Allgemeine Zeitung), stellvertretende Vorsitzende Siegfried Dyck (Hartungsche Zeitung) und Chefredakteur Eduard Kenkel M. d. L. (Ostpreußische Zeitung); Schriftführer Dr. Ulrich Baltzer und Gustav Gruber (beide Königsberger Allgemeine Zeitung); Kassenführer Johannes Mittelstädt und Dr. Johannes Leo (beide Hartungsche Zeitung); Beisitzer: Götz-Otto Stoffregen und Paul Sohr (beide Ostpreußische Zeitung), Friedrich Karl Meyer (Wolff-Büro), und Carl Stephan, Allenstein (Allensteiner Volksblatt).

Nach außen hin trat der Verband mit einem glänzend gelungenen Pressefest hervor, das in sämtlichen Räumen der Stadthalle stattfand und den Höhepunkt der gesellschaftlichen Ereignisse der Saison darstellte. Allenthalben hat man sich über das Königsberger Pressefest, an dem die Spitzen sämtlicher Behörden teilnahmen, außerordentlich befriedigend und anerkennend geäußert.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse.

Verein Dortmunder Presse.

In der letzten ordentlichen Hauptversammlung wurde auch der Vorstand des Vereins neu gewählt. Er setzt sich jetzt folgendermaßen zusammen: 1. Vorsitzender: Dr. Karl Maser, 2. Vorsitzender: Joseph Westhoff, 1. Schriftführer: Paul Riep, 2. Schriftführer: Kurt Sonnemann, Kassierer: Gustav Hübner.

Bezirk linker Niederrhein.

Der Bezirksverein hielt am 16. Februar 1929 im Kaiserhof zu Krefeld seine Jahreshauptversammlung ab. Zunächst wurden die Satzungen in dritter Lesung beraten und beschlossen. Der Bezirksverein soll baldmöglichst in das Vereinsregister eingetragen werden. Sodann berichtete Kollege Bode über die Sitzungen von Vorstand und Arbeitsgemeinschaft. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden in den satzungsmäßigen Vorstand gewählt: zum Vorsitzenden Kollege Diekmann, zum Schriftführer Kollege Köcher und zum Schatzmeister Kollege Stader, alle zu Krefeld. Weiterhin wurde Kollege Bode zum 2. Vorsitzenden und zugleich zum Vertreter im Verbandsvorstand gewählt, die Kollegen Moser, Geldern, und Kreck, Rheinhausen, zu Beisitzern. In den Ältestenrat wählte die Versammlung die Kollegen Peters, Sudmann und Drößler, als Stellvertreter die Kollegen Kloppert und Moser. Nach Erörterung verschiedener Berufsfragen beschloß ein gemütliches Beisammensein die anregend verlaufene Versammlung.

Verband der Schlesischen Presse.

Der Breslauer Presseball 1929.

Der diesjährige Presseball ist übereinstimmend als voller Erfolg anerkannt worden. Neben gutem Besuch, guter Stimmung und einem ansehnlichen finanziellen Überschuß kann auch der gesellschaftliche Erfolg des Presseballes als befriedigendes Resultat gebucht werden. Neben den Spitzen der Behörden, die als Ehrengäste geladen waren, war die gute Gesellschaft Breslaus auf dem Feste zahlreich vertreten. Als besonders zugkräftig erwiesen sich die künstlerischen Darbietungen, wie das Auftreten der Kammersängerin Masalda Salvatini, sowie der zweite heitere Teil des Programms, in dessen Mittelpunkt die Revue „Die wilde Ente“ stand, eine Schöpfung der Kollegen Selt und Bettauer, zu der Kapellmeister Franz Marszalek die Musik geschrieben hatte. Die Lose für die wertvollen Gewinne der Tombola waren trotz des für Breslau hohen Preises im Nu abgesetzt. Die guten Erfahrungen des diesjährigen Presseballes werden sicherlich für die künftigen Veranstaltungen nutzbar gemacht werden.

Feststellung.

Unser Mitglied, Kollege Hanns Kurth, Düsseldorf, Lennéstraße, zumeist in Genf, 20 rue de l'Arquebuse, ist, wie er uns mitzuteilen bittet, nicht identisch mit dem verantwortlichen Redakteur Hans Kurth von der „Schlesischen Volksstimme“ in Breslau.

Digitized by Google

Personalien

Hauptschriftleiter Leonhard Fraenkel, ein in den Kreisen der sächsischen und pfälzischen Presse sehr bekannter Kollege, feierte am 27. Februar seinen 60. Geburtstag. Fraenkel ist ein Sohn des in Bayern sehr geschätzten Nürnberger Kupferstechers Friedrich Fraenkel; er absolvierte das dortige Melanchthon-Gymnasium, studierte Germanistik in Erlangen und Leipzig, wandte sich 1891 der Journalistik zu und ist nun 38 Jahre im Berufe. Nach seiner Volontärzeit und Ableistung seines Militärdienstes war er 1894 bis 1897 erfolgreich tätig als Pressechef der sächsisch-thüringischen Ausstellung in Leipzig, 1897 bis 1913 als Hauptschriftleiter der „Allgemeinen Zeitung“ in Chemnitz und 1913 bis 1917 als Chef der „Neuen Vogtländischen Zeitung“ in Plauen im Vogtland. Seit 1. Oktober 1917 ist er Hauptschriftleiter des „Pfälzischen Kurier“ und „Stadt- und Dorfanzeiger“ in Neustadt an der Haardt. Kollege Fraenkel stand während der nahezu vier Jahrzehnte hingebender beruflicher Tätigkeit immer in vorderster Reihe derjenigen politischen Kämpfer, die bedingungslos für den vaterländischen Gedanken eintraten. So hatten wir Pfälzer an ihm während des Ruhrkampfes und der schweren Bedrängnisse in der Separatistenzeit einen journalistisch erfahrenen, treuen und furchtlosen Helfer, der schwer unter den verhüllten und unverhüllten Absichten zu leiden hatte, die die Besatzung und ihre Delegierten auf die Pfalz hatten. Sein journalistischer Beruf, an dem er mit allen Fasern seines Herzens hängt und den er mit tiefstem Verantwortungsbewußtsein erfüllt, führte ihn mit bedeutenden Männern der Politik und Literatur zusammen. Wir Jüngeren verehren in Kollegen Fraenkel einen vorbildlichen Repräsentanten unseres Berufes und den feinen journalistischen Kopf. Diese Verehrung kam an seinem 60. Geburtstage in zahlreichen Glückwunschschreiben (Regierung der Pfalz, Stadtverwaltung Neustadt an der Haardt usw.) zum Ausdruck. Dem Sechziger herzliche kollegiale Wünsche für ein ersprießliches Weiterschaffen im Dienste des besetzten Landes! Der gute Pfälzer Tropfen, den er liebt, möge ihm seine Schaffenskraft und gute Gesundheit miterhalten! F. H.

Kollege Dr. Haar wird am 1. April wieder die Lokalredaktion der „Stolper Morgenzeitung“ Verlag Delmanzo, in Stolp übernehmen, die er früher schon einmal inne hatte.

Dr. E. Herdegen, Redakteur der „Allgemeinen Zeitung“ in Chemnitz kann Anfang März das Jubiläum einer 25jährigen Tätigkeit als politischer Redakteur des genannten Blattes begehen. Dr. Herdegen war nach Abschluß seines juristischen Studiums zunächst Feuilletonredakteur in Beuthen O.-S., ging aber bald als politischer Redakteur an die „Allgemeine Zeitung“. Der vielseitig interessierte und begabte Kollege wandte jedoch sein Interesse nicht nur der Politik, sondern allen übrigen Sparten der Tageszeitung zu. Den Kreisen der Zeitungswissenschaft ist er bekannt geworden durch sein Buch „Nachrichtendienst der Presse“, das an den Zeitungsinstituten verschiedener Universitäten als Lehrmittel benutzt wird. Seit langen Jahren ist Kollege Dr. Herdegen ehrenamtlich verpflichteter Sachverständiger der Kreishauptmannschaft Chemnitz für Kunstfragen. Dem amtlichen Filmprüfungsausschuß für Chemnitz gehört er ebenfalls an.

Kollege Max Rogatzky im WTB. Berlin konnte am 1. März sein 25jähriges Dienstjubiläum feiern. Max Rogatzky, geb. am 13. Januar 1876 zu Rosenberg (Westpreußen) gehörte zunächst fünf Jahre lang dem Redaktionsstabe des Hauses Scherl an, wo er die Illustrations- und Text-Archive begründet und geleitet hat, die damals schon speziell ausländischen Journalisten als Sehenswürdigkeit gezeigt werden konnten. Bei seinem Übertritt zum WTB. am 1. März 1904 wurde er Leiter der Lokalredaktion des offiziösen Büros, die er im Laufe der Jahre immer mehr ausgebaut hat. Ein Vierteljahrhundert lang ist er auch der Übermittler der Nachrichten des Polizeipräsidiums an die Tagespresse. Sein Dienstjubiläum brachte dem allgemein beliebten und hochgeschätzten Kollegen zahllose Glückwünsche aus dem Kreise der Presse sowohl als aus dem der Behörden.

Waldemar Süßmuth, ebenfalls Redakteur im WTB. und nicht weniger beliebt und geschätzt als Rogatzky, beging am gleichen Tage das gleiche Jubiläum. Er ist geborener Berliner (11. 8. 1878) und studierte nach bestandenem Abiturientenexamen Staats- und Kameralwissenschaften an der Berliner Universität. Er war dann 3½ Jahre im Bankfach tätig und trat am 1. März 1904 in die Börsen- und Handelsredaktion des WTB. ein. Beim Übergang der Wirtschaftsdienste des WTB. auf den Deutschen Kursfunk im Herbst 1926 wurde er mit der Leitung des amerikanischen Finanz- und Handelsspezialdienstes betraut. — Beide Kollegen gehören seit vielen Jahren dem Reichsverband der deutschen Presse an, der sich daher den ihnen zu ihrem Jubiläum von ihren Verlagskollegen ausgesprochenen Glückwünschen von ganzem Herzen anschließt.

Redakteur Dr. K. Zacherl hat als Nachfolger des verstorbenen Redakteurs Cladder die Redaktion der katholischen Tageszeitung „Der Volksfreund“ in Cleve übernommen.

Redakteur Christian Böhm aus Bad Dürkheim ist am 25. Februar an den Folgen einer Lungenentzündung verstorben. Die Nachricht von seinem Tode kam ganz unerwartet, da er sich stets einer ausgezeichneten Gesundheit erfreute und in seinem ganzen Leben kaum krank war. Er stand im 62. Lebensjahre. Christian Böhm, ein geborener Franke, kam als junger Mann, er war gelernter Buchhändler, nach Bad Dürkheim und begründete eine Buchhandlung. Er betätigte sich damals als Schriftsteller und befaßte sich besonders mit Heimatkunde. Später gab er seine Buchhandlung wieder auf und trat 1922 für einige Zeit als Lokalredakteur in den „Dürkheimer Anzeiger“ (heute Dürkheimer Tageblatt) ein. Nach seinem Austritt aus der Redaktion des genannten Blattes war er Mitarbeiter fast aller pfälzischen Zeitungen, einer Reihe von Fachblättern und anderer Zeitungen. Sein Spezialgebiet war die Berichterstattung aus dem Dürkheimer Weinbaugebiet. Auch setzte er sich für die Förderung des Dürkheimer Qualitätsobstbaues ein. Erst vor einigen Wochen wählte man ihn zum Vorsitzenden des Obstbauvereins. Nun hat eine kurze Krankheit seinem Leben jäh ein Ende gemacht. Der Landesverein der pfälzischen Presse verliert in ihm ein Gründungsmitglied. Wir werden dem verstorbenen Kollegen immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Redakteur Heinrich Gerhardt †. Kollege Heinrich Gerhardt, seit langen Jahren Mitglied der Redaktion des „Karlsruher Tageblattes“, ist am 25. Februar auf dem Heimwege von der Redaktion, wo er noch bis zum Mittag wie täglich einen anstrengenden Dienst versehen hatte, von einem Schlaganfall getroffen worden, an dessen Folgen er kurze Zeit später im Städtischen Krankenhaus verschied. Der Kollege war am 9. August 1881 in Limburg a. d. Lahn geboren. Er wollte zunächst Architekt werden, worauf er auch seine Vorbildung abgestellt hatte, trat aber sehr bald ganz zur Journalistik über. Zunächst gehörte er der Redaktion des „Nordpfälzischen Tageblattes“ an, seit dem Jahre 1909, also 20 Jahre lang, der Redaktion des „Karlsruher Tageblattes“. Als echter Journalist hat er im Laufe der Entwicklung der Zeitung und seines Berufes in mehreren Sparten gearbeitet; in den letzten 12 Jahren versah er das Lokalressort mit seinen verschiedenen Nebenzweigen. Zu dieser Arbeit befähigte ihn besonders sein unermüdlicher Fleiß, sein nie erlahmendes Pflichtgefühl und seine intime Kenntnis der Stadt und ihrer Verhältnisse. Der Verstorbene genoß größte Wertschätzung nicht nur bei den Kollegen, sondern in allen Kreisen, mit denen ihm seine Berufstätigkeit zusammenführte. Auch in der journalistischen Standesorganisation nahm er eine beachtenswerte Stellung ein. Er war viele Jahre hindurch Schriftführer des Vereins Karlsruher Presse, dessen Vorstand er bis zuletzt angehörte. Ebenso war er Vorstandsmitglied im Landesverband der badischen Presse im Reichsverband der deutschen Presse. Ehre seinem Andenken!

Kurpreisermäßigung in Pistyan.

Die Badeverwaltung des Bades Pistyan (Tschechoslovakei) hat sich auch in diesem Jahre wieder bereit erklärt, unseren Mitgliedern auf Antrag Preisermäßigungen auf Wohnung und Bädergebrauch zu gewähren. Die 70 Grad Celsius heißen Schwefel-Schlamm-Quellen versprechen bekanntlich glänzende Erfolge bei der Behandlung von Rheuma, Gicht und Ischias.

Es empfiehlt sich, vor Antritt der Reise mit der Badeverwaltung in Verbindung zu treten. Anweisungen für ermäßigte Plätze sind durch das Verbandsbüro zu beziehen.

Die Verbandsleitung:
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

Eugen von Rákosi, der Nestor der ungarischen Journalistik, ist in Budapest im 86. Lebensjahre gestorben. Rákosi war lange Jahre hindurch Chefredakteur des „Budapesti Hirlap" und hat als Journalist einen außerordentlich großen Einfluß auf das ungarische öffentliche Leben gehabt. Während Rákosi vor dem Kriege sich zu den Konservativen zählte, ist er besonders in den letzten Jahren einer der entschiedensten Vorkämpfer einer freieren politischen Richtung gewesen.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Bezirksverband Berlin. Die in Nr. 8 der „D. P." erfolgte Streichung des Koll. Zickerick wird zurückgezogen.

Landesverein Hessischer Zeitungsredakteure. Dr. C. Mierendorf, Darmstadt, Roquetteweg 10.

Provinzialverband Pommern. Alfred Hülsenbeck (Stettiner Abendpost—Ostsee-Zeitung), Stettin, Jageteuffelstraße 12.

Landesverband Württemberg. Red. Dr. Ernst Müller (Süddeutscher Rundfunk), Stuttgart, Militärstr. 106; Red. Hermann Hirsch (Süddeutsche Zeitung), Stuttgart, Silberburgstr. 149; Red. Erich Rückenbrod (Gmünder Ztg.), Schwäb. Gmünd, Paradiesstr. 6.

II. Neuanmeldungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Hermann Frombold (Red. d. Ingolstädter Tagbl.), Ingolstadt, Schmalzingergasse 2; Bernhard Fendt (Red. d. Fürstenfeldbrucker Ztg.), Fürstenfeldbruck bei München, Hauptstr. 23; Georg Bittner (Chefred. d. Münchener Telegramm-Ztg.), München, Schumannstr. 8/I.

Verein Frankfurter Presse. A. Morgner, Langen, Hessen, Friedrich-Ebert-Straße 9.

Verein Niedersächsische Presse. Fritz Horn (Der Gemeinnützige), Varel, Old. Verein Braunschw. Presse. Dr. O. Lippelt (Junge Nation), Braunschweig, Wilhelmstraße 1; Hildegard Dohme (Peiner Tagespost), Peine, Werderstr. 55.

Provinzialverband Pommern. Karl Beken (Stolper General-Anzeiger), Stolp.

Verband der Rheinisch-Westf. Presse. Hellweg-Märkischer Presseverein. Fritz Boswinkel (Mitarb.), Hamm/W., Dabergweg 227. Bezirksverein Ravensberg. Bernh. Thümmel (Gütersloher Zeitung), Gütersloh (Westf.).

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. Dr. Georg Reyher (Dresdner Anz.), Radebeul bei Dresden, Kriegernstr. 5; Frau Adele Agathe von Arnim (fr. Schriftst.), Dresden-Weißer-Hirsch, Straußstr. 6.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband der Bayer. Presse. Otto Brandl, bisher Frankfurt/M., nun wieder in Rosenheim/Bayern und an den Landesverband Bayern zurücküberwiesen.

Verband der Ostpreußischen Presse. Dr. Ernst Rauschenplat (Leiter der Berl. Red. der Königsberger Allg. Ztg.), Berlin, überwiesen an den Bezirksverband Berlin.

Verband der Rheinisch-Westf. Presse. Verein Wuppertaler Presse. Überwiesen an den Verein Düsseldorfer Presse: Erwin Hartenfels, bisher Velbert, jetzt Düsseldorf (Düsseldorfer Nachrichten).

Landesverband Württemberg. Red. Wilhelm Pesch, Stuttgart, Schloßstr. 85/I (Deutsches Volksbl.), überwiesen vom Verband Rheinland; desgl. Red. Friedrich Körner, Stuttgart, Fangelbachstr. 23/II, bisher Köln. Vom Landesverband Baden überwiesen: Dr. Fritz Harzendorf (Red. d. Hohenstaufen), Göppingen (bisher Singen a. H.); überwiesen an den Landesverband Baden: Joseph Straub (Hochwächter auf d. Schwarzwald), Neustadt i. Schwarzw., Jakobistr. 16, bisher Ulm; an den Landesverband Groß-Hamburg überwiesen: Red. G. Wichmann, bisher Weinsberg, nun Altona a. Elbe, Königstr.

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Dr. Benedikt Haugg, Augsburg, wegen Berufsw.

Bezirksverband Berlin. G. Knabe ausgetreten; Fritz Arens, H. Dufeldt, Felden gestrichen.

Verband der Rheinisch-Westf. Presse. Bezirksverein Niederrhein-Ruhr. Ausgetreten: Markwitz (Mülheim-Ruhr). — Verein Wuppertaler Presse. Dr. Friedr. Hahne, Schwelm, ausgetreten. — Verein Niederrhein-Ruhr. Bernh. Schnoepf, Duisburg, ausgetreten.

Einzelmitglied. Egon Skrein, Köln, ausgetreten.

Inhaltsangabe:

Der Reichsverband — Wirklichkeit. Von Max A. Tönjes.
Sieht die deutsche Presse wirklich so aus? Von Dr. Franz Thierfelder.
Architektur der Zeitung. Von Wilhelm Eule, Leipzig.
Wohin der Weg? Von K. W.
Justiz und Presse.
Die Presse Australiens. Von Dr. Th. Pietsch.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.
Büchermarkt.

Büchermarkt

„Spiegel" und „Licht".

Unter dem Titel „Vom Apostolat der Presse" erscheint soeben eine Schrift (64 Seiten. Verlag: Evang. Preßverband für Deutschland), die die Referate und Beschlüsse der in der Öffentlichkeit vielbeachteten ersten Internationalen Christlichen Pressekonferenz in Köln im vergangenen Jahre wiedergibt.

Der Zeitungsfachmann wird diesem Bericht gern entnehmen, wie unvoreingenommen und mit wie weiten Gesichtspunkten die in Köln versammelten Publizisten und Kirchenführer aus 14 europäischen Ländern und aus Amerika an die Probleme der Presse herantraten. Was z. B. der Bahnbrecher der internationalen Einigungsbewegung der Kirchen, der schwedische protestantische Erzbischof D. Dr. Soederblom-Upsala, über die Aufgaben der modernen Tagespresse sagt, „Spiegel" und „Licht" zu sein wird mit dem großen Verstehen und mit dem mitreißenden Glauben dieses Kirchenführers an die Mission einer Presse, die ihr kritisches und volkserzieherisches Amt übt, die Dienerin der Wahrheit und einer „mit tragischem Ernst verbundenen positiven Weltauffassung" ist, auch die Männer „vom Bau" und gerade sie anregen und fesseln. Dr. Soederbloms Ausführungen gipfeln in der Aufforderung an die Presse, mit der Kirche zusammenzuarbeiten. Programmatische Ausführungen zum Thema „Kirche und Presse" gibt der Vorsitzende der Konferenz, Universitätsprofessor D. Hinderer, Direktor des Evangelischen Preßverbandes in Berlin. Mit Entschiedenheit fordert er Abkehr von der weitverbreiteten Unsachlichkeit in der Beurteilung der Presse. Wer Kritik an vorhandenen Schäden des Zeitungswesens üben wolle, dürfe nicht außerhalb der Presse und gegen sie Posten nehmen. Vielmehr fordere die Gerechtigkeit, auf den Boden der Zeitung selbst zu treten und sich mit den ernstwollenden Männern des Journalismus zur Erfüllung des sittlichen Führerberufs der Presse zu verbinden. Mit Nachdruck betont D. Hinderer die Mitverantwortung des Lesers. Besser als alle Kritik sei sachverständige Mitarbeit. Die weiteren Beratungen der Konferenz galten der internationalen Zusammenarbeit der christlichen Presse, die für das Einigungswerk der Kirchen in der öffentlichen Meinung aller Länder den Boden bereiten und damit auch einem besseren Verstehen der Völker dienen soll. Als erste Voraussetzung der Zusammenarbeit soll ein internationaler kirchlicher Nachrichtendienst geschaffen werden. Die Zentrale befindet sich in Berlin-Steglitz (Evang. Preßverband für Deutschland), wo die Internationale Pressekommission der Stockholmer Weltkonferenz ihren Sitz hat. Umschaltestellen sind in Amerika (New York), England (London) und der griechisch-orthodoxen Welt (Sofia) vorgesehen und z. T. bereits eingerichtet worden. ...r

Steuerstrafsachen. Ein Ratgeber in praktisch wichtigen Fragen von Dr. Paul Posener, Rechtsanwalt und Notar, im Portikus-Verlag G. m. b. H., Fichtner & Co., Berlin W 30, Nollendorfstr. 21, erschienen.

Die Neuerscheinung „Steuerstrafsachen" behandelt im 1. Kapitel das Steuerstrafrecht, und zwar zunächst die Steuerzuwiderhandlung im allgemeinen und ferner die einzelnen Steuerzuwiderhandlungen. Das 2. Kapitel ist dem Steuerstrafverfahren gewidmet und geht auf das Verwaltungsstrafverfahren und weiterhin auf das gerichtliche Verfahren ein. Ein ausführliches Sachregister ist dem für weiteste Kreise außerordentlich wertvollen und praktischen Buch beigegeben.

„Die hauptsächlichsten deutschen Vereinigungen, Kirchen und Schulen im Auslande", Merkblatt Nr. 50 der Reichsstelle für das Auswanderungswesen, Berlin NW 40, Moltkestraße 5, Zentralverlag G.m.b.H., Berlin W 35.

Mitgliederversammlung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Heft 18, Berlin 1929, Verlag Fr. Zillessen (Heinrich Beenken). Das Heft enthält die Wiedergabe der gelegentlich der Mitgliederversammlung der Vereinigung am 14. Dezember 1928 gehaltenen Referate von Geh. Kommerzienrat Dr. Ernst v. Borsig: „Grundsätzliche Fragen der deutschen Sozialpolitik"; von Prof. Dr. H. v. Beckerath: „Politische Ideen und Wirtschaftsverfassungen der heutigen Zeit im internationalen Vergleich" und von Reg.-Präsident z. D. Roland Brauweiler: „Aufgaben und Programm der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände."

„Das Nationaltheater", Februar-Heft der neuen Zeitschrift des Bühnenvolksbundes, Herausgeber Theodor Hübgens und Rudolf Roeßler. Das Februar-Heft bringt wieder neben einigen Arbeiten grundsätzlichen Inhalts eine Reihe von Beiträgen, die für Stand und Entwicklung der Bühnenkunst von aktueller Bedeutung sind. Unter den Autoren finden wir bekannte Namen, wie Rudolf Blümer, Hans Teßmer, Walter Meckauer, Bruno Golz, Wolfgang Greiser u. a.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68. Zimmerstraße 36.

Digitized by Google

Geschäftsbericht der Dresdner Bank für 1928.

Das Jahr 1928 zeigte neben den bekannten Erscheinungen einer abgleitenden Konjunktur unvermindert die wirtschaftlichen und politischen Spannungen, die das Deutschland der Nachkriegszeit kennzeichnen und immer wieder beweisen, daß wir uns noch nicht in einer normalen Entwicklung befinden. Unter den unser Wirtschaftsleben ungünstig beeinflussenden Tatsachen gehören die Reparationen und die Kapitalnot eng zusammen. Kann die Reparationsfrage, deren endgültige Lösung jetzt von neuem versucht wird, nicht so geregelt werden, daß dem Anwachsen des deutschen Kapitals ein weiterer Spielraum gelassen wird als bisher, so wird die Kapitalnot nicht nur fortbestehen, sondern noch drückender werden, da die Wirtschaft die durch sie bedingten hohen Zinsen nicht entrichten kann, ohne sich langsam aufzuzehren.

Die Statistik des deutschen Kapitalmarktes zeigt, daß die wachsenden Einlagen bei Sparkassen sowie die stark gestiegenen Versicherungssummen — also die Hauptquellen der deutschen Kapitalbildung — mehr auf dem Gebiete der Bautätigkeit Verwendung gefunden haben, ohne übrigens den auf dem Baumarkt herrschenden Kapitalhunger auch nur annähernd befriedigen zu können, während der unsere Industrie speisende Anlagemarkt jetzt schon über ein Jahr keine Aufnahmefähigkeit zeigt. Die Zunahme der fremden Gelder bei den Banken, durch die die weitere Alimentierung der Wirtschaft im vergangenen Jahre erfolgt ist, beruht zum großen Teil auf dem Zufluß ausländischen Kapitals. Dabei hat die Verfassung des Kapitalmarktes im letzten Jahre, der fast völlige Mangel an Reaktionsfähigkeit auf Zins- und Konjunkturschwankungen gezeigt, daß das Problem der Kapitalbedarfsdeckung der deutschen Wirtschaft auf die Dauer nicht als eine reine Frage der Zinshöhe aufgefaßt werden darf. Mußte schon die geschilderte Verfassung des Kapitalmarktes auf die Kursentwicklung an der Börse ungünstig wirken, so trug die der Wirtschaft fehlende Möglichkeit einer Konsolidierung der kurzfristigen Verpflichtungen, zumal in einem Zeitpunkt sinkender Konjunktur, wieder das ihrige dazu bei, um eine optimistischere Beurteilung der Lage seitens der Börse nicht aufkommen zu lassen. So konnte denn das Wiedererwachen des Auslandsinteresses für deutsche Werte, das sich zunächst nur auf bestimmte Aktiengruppen, wie Kali-, Elektro-, Farben- und einige andere Werte erstreckte, der Börse wohl einen gewissen finanziellen Rückhalt gewähren und damit zu einer in ruhigen Bahnen sich vollziehenden Entwicklung beitragen; eine nennenswerte, länger währende Belebung des Geschäfts vermochten aber auch diese Auslandskäufe nicht herbeizuführen.

Die deutsche Ideologie der Nachkriegszeit hat bewirkt, daß den Kräften, die unsere Kapitalnot von außen her erzeugen, ein klares Handeln nach wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht gegenüberstand; vielmehr hat sich von Jahr zu Jahr in steigendem Maße ein System herausgebildet, das den Wünschen des Konsums mehr Rechnung trägt als den Erfordernissen der produktiven Wirtschaft. Dieses System, das Deutschland mehr und mehr den Charakter eines sogenannten Wohlfahrtsstaates gegeben hat, zeigt sich vor allem in den starken Aufwendungen für Sozialpolitik und in den in Deutschland eingeführten Steuergrundsätzen. Das Jahr 1928 hat bewiesen, daß die Arbeitszeitgesetzgebung eine Minderung der Arbeitslosigkeit, wie sie von den Befürwortern des Gesetzes in Aussicht gestellt worden ist, nicht herbeigeführt hat; es hat vielmehr dargetan, daß die Beschäftigungsmöglichkeit eine Frage der arbeitschaffenden Konjunktur ist, die nur durch einen gesunden Kapitalmarkt fundiert werden kann; es hat auch ein helles Licht geworfen auf die Mängel in unserem Schlichtungswesen bei Lohntarifstreitigkeiten. Bei dem schmalen Wirtschaftsspielraum, der dem deutschen Volke verblieben ist, erheischt der Widerstreit der Interessen allerdings die Notwendigkeit eines objektiven Ausgleichs, jedoch in einem Verfahren, das der Verantwortung gegenüber den Lebensbedingungen einer gesunden Wirtschaft voll Rechnung trägt und den politischen Kampf ausschaltet. Die Depression des vergangenen Jahres hat auch gezeigt, daß in unserem kapitalarmen Lande eine auf sozialpolitischen Maßnahmen gegründete künstliche Erweiterung der Kaufkraft der Bevölkerung für die Produktion auf die Dauer nicht tragbar ist, daß vielmehr die These von der Notwendigkeit eines starken Binnenmarktes ihre Grenzen da hat, wo die Produktionsmittel durch eine Erhöhung der Gestehungskosten nicht mehr gewinnbringend verwandt werden können. Wenn sich der Konjunkturabstieg im vergangenen Jahr ohne starke Spannungen und nur allmählich vollzogen hat, so ist dies weniger auf die künstliche Steigerung der Kaufkraft durch Lohnerhöhungen zurückzuführen, als auf den auch durch die Goldarbitrage geförderten starken Zufluß von Auslandsgeldern, der die Bildung von konjunkturellen Gefahrenpunkten auf dem Kapitalmarkt einschränkte. Aus dem Mißverstehen dieser Zusammenhänge entstand die weit verbreitete Meinung, daß Deutschland sich bereits einer behäbigen Wohlhabenheit erfreue, während doch in Wirklichkeit die Wirtschaft trotz weitgehender Rationalisierung heute auch nicht annähernd eine Rentabilität erreicht hat, die den gegenwärtigen Verbrauch wirtschaftlich rechtfertigen könnte.

Auch in steuerlicher Beziehung ist den Wünschen der Wirtschaft im vergangenen Jahre keine Rechnung getragen worden. Die Steuererleichterungen des letzten Jahres sind lediglich ein Ausfluß der Wohlfahrtspolitik gewesen und haben der Wirtschaft nichts genützt. Sie haben das verbrauchsbereite Einkommen erhöht, aber nicht die Produktion von ihren Unkosten entlastet und ihre Wettbewerbsfähigkeit gesteigert. Im Gegenteil verharrt das deutsche Steuersystem, vor allem die Verteilung der Steuern, in dem alten Zustand, der eine schwere Schädigung der Kapitalansammlung bedeutet. So besteht noch unvermindert die Kapitalertragssteuer, die bei geringen Effektiverlösen im Inland den Verkehr mit dem Ausland, auf den wir angewiesen sind, hemmt und verteuert. Die steuerliche Bevorzugung der öffentlichen Betriebe in der Zeit größter Finanznot des Reiches und der Länder gehört ebenfalls zu jenen Maßnahmen, die nur verstanden werden können, wenn man sie in Zusammenhang mit dem oben geschilderten System bringt. Nicht nur aus Gründen der steuerlichen Gerechtigkeit, sondern auch aus Gründen der wirtschaftlichen Übersicht über die Gemeindefinanzen halten wir es für nötig, daß mit dieser Bevorzugung aufgeräumt wird, ebenso wie wir hoffen, daß die Erörterungen, wie man durch eine Reform der schwerfälligen und kostspieligen Verfassung und Verwaltung des Reiches und der Länder der Wirtschaft Erleichterung schaffen könnte, endlich zu einem Ergebnis geführt werden. Wie auf keinem anderen Gebiete berühren sich hier die Interessen aller Zweige der Wirtschaft mit den politischen Notwendigkeiten.

Unter den geschilderten Verhältnissen hat die Landwirtschaft am meisten gelitten. Die unbefriedigenden, unter den Produktionskosten liegenden Weltmarktpreise für Getreide, die für die deutsche Landwirtschaft durch den Getreidezoll nicht in genügendem Maße ausgeglichen werden, ebenso die schlechten Preise für Fleischprodukte sind zwar internationalen Charakters und der deutschen Wirtschaftspolitik nicht zur Last zu legen, aber die im Jahre 1928 immer mehr hervortretende Widerstandsunfähigkeit vieler landwirtschaftlicher selbständiger Betriebe, wozu auch die mittleren und kleineren gehören, rührt in erster Linie davon her, daß man die deutsche Kapitalbildung sowohl von Seiten der Reparationsgläubiger, als auch unter dem Gesichtspunkt eigener finanz- und sozialpolitischer Maßnahmen nicht genügend pfleglich behandelt hat. Neben den sehr wichtigen Bestrebungen, die Milch- und Fleischprodukte zu standardisieren und qualitativ zu heben, wofür seit dem Bankiertage in Köln auch in der breiten Öffentlichkeit immer mehr Verständnis hervorgetreten ist, steht die Senkung des Zinsfußes und die billigere Beschaffung von Betriebskapital als vordringlichste Aufgabe an erster Stelle, wenn der Landwirtschaft geholfen werden soll. Der deutschen Landwirtschaft muß in dieser Beziehung ein bevorzugter Platz eingeräumt werden, da ein weiterer Verfall der landwirtschaftlichen Betriebe nicht ohne ernste Folgen für die Gesamtwirtschaft bleiben kann.

Dem aufmerksamen Beobachter kann auch nicht entgehen, wie schwer die Kapitalnot auf einem anderen, wesentlichen Teil des Wirtschaftskörpers, den kleineren und mittleren Betrieben lastet, die bereits durch die Inflation am härtesten getroffen waren. Es wird oft der Fehler gemacht,

Digitized by Google

daß man die schlechte Lage dieser kleinen Mittelbetriebe übersieht, weil ihr Existenzkampf im einzelnen kaum unter starken Nebenwirkungen nach außen in Erscheinung tritt. Selbst die Konkursstatistik sagt über sie wenig aus, weil diese untergehenden Betriebe sehr oft ohne Konkurs still liquidieren und damit fast unbemerkt verschwinden. Dabei werden durch diesen Prozeß von Jahr zu Jahr immer breitere Lücken geschaffen, die das Bild unserer Wirtschaftsstruktur stark verändern. Vielfach gehen die bis dahin selbständigen Unternehmer in andere Berufe über, namentlich in den Zwischenhandel, wobei dieser nicht nur übervölkert und der alteingesessene Handel gestört und eingeengt wird, sondern die Überlastung des Gütervermittlungsapparates auch zu ungünstigen Einwirkungen auf die Preisbildung führt. Auf diese Weise erfährt der Mangel an produktiver Beschäftigungsmöglichkeit, der infolge des Bevölkerungsproblems ohnehin eine dauernde Sorge bildet, von der Kapitalseite her eine Verschärfung, die sich nach allen Richtungen hin auswirkt, wobei sie in gleicher Weise wie die Versorgungsgrundlage auch die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft stark einschränkt.

Zu den Organisationsformen der deutschen Volkswirtschaft, die sich als glückliche Mischung von individueller wirtschaftlicher Betätigung und gemeinsamer Kapitalhilfe aus der Vorkriegszeit und durch die Nachkriegszeit hindurch erhalten und weiter entwickelt haben, gehören die Kreditgenossenschaften, die auf dem Boden des gewerblichen Mittelstandes erwachsen und zu den wirksamsten Erhaltern dieses Mittelstandes gehören. Die Dresdner Bank hat diesem wertvollen und gesunden Zweige des Genossenschaftswesens seit nunmehr vollen 25 Jahren ihre Unterstützung geliehen. Bei den Genossenschaftsabteilungen unserer Bank in Berlin und Frankfurt a. M. konzentriert sich der Geschäftsverkehr mit dem weitaus größten Teil der Volksbanken, den Exponenten des deutschen städtischen Genossenschaftswesens. Die genossenschaftlichen Volksbanken haben heute eine Gesamtbilanzsumme von über 1½ Milliarden RM, ihnen sind fast 1 Million Mitglieder aus allen Schichten des deutschen Mittelstandes angeschlossen. In den Jahren 1924—27 ist der Gesamtumsatz der Genossenschaftsabteilungen der Dresdner Bank mit den angeschlossenen Kreditgenossenschaften von 1,4 Milliarden RM auf 3,6 Milliarden RM gestiegen.

Die Bedeutung der Dresdner Bank auf dem Gebiete der Kapitalversorgung des Mittelstandes erschöpft sich naturgemäß nicht in der Pflege des Genossenschaftsgeschäfts. Auch im Rahmen unserer sonstigen Tätigkeit haben wir in weitgehendem Maße mit Krediten zur Verfügung gestanden, wie wir denn überhaupt dem Kontokorrentgeschäft unsere größte Aufmerksamkeit zuwandten.

Im Jahre 1928 stiegen die Debitoren um 64 809 322 RM auf 868 698 808 RM, die Kreditoren um 468 878 148 RM auf 2 112 543 722 RM. Durch sorgsame Pflege des Rembursgeschäfts, das im Berichtsjahre eine bedeutende Erweiterung erfuhr, haben wir es uns angelegen sein lassen, besonders denjenigen Zweigen von Handel und Industrie, die mit dem Auslande arbeiten, zu dienen, wie dies den Traditionen unseres Instituts entspricht. Von den in Anspruch genommenen Rembourskrediten entfielen auf Lebensmittel und Kolonialwaren 36 %, auf Textilien 38 %, auf Rauchwaren 12 % und auf sonstige Waren rund 14 %. Entsprechend der Zunahme des laufenden Geschäfts stiegen die Umsätze auf einer Seite des Hauptbuches von 185 Milliarden RM auf 225,5 Milliarden RM, die Zahl der Konten vermehrte sich von 270 366 auf 289 575.

Die Anzahl der in unserem Betriebe beschäftigten Beamten belief sich Ende 1928 auf 8357 gegen 8470 Ende 1927. Wenngleich wir nicht ohne Erfolg daran gearbeitet haben, unseren Apparat zu verbessern, ließ sich eine Steigerung der Unkosten infolge der auch im Jahre 1928 dem Bankgewerbe auferlegten Erhöhung der Gehaltstarife in Verbindung mit dem tarifmäßigen Aufrücken der Beamten in höhere Gehaltsklassen nicht vermeiden; die gegen 1927 eingetretene Erhöhung der Unkosten entfällt demnach ausschließlich auf Personalausgaben.

Unsere Filiale in Konstanz haben wir geschlossen.

Das Konto der dauernden Beteiligungen hat insbesondere durch Uebernahme neuer Anteile der Hardy & Co. G. m. b. H. und durch unsere Kommanditeinlage bei der Firma Flemming & Co., Magdeburg, eine Erhöhung erfahren. Die in die Gewinn- und Verlust-Rechnung eingesetzte Einnahme aus dauernden Beteiligungen stellt die Erträgnisse des Jahres 1927 dar; diejenigen des Jahres 1928 werden in der nächsten Jahresbilanz verrechnet. Von den uns nahestehenden Banken wird die Deutsche Orientbank für das Geschäftsjahr 1928 wiederum eine Dividende von 5 % verteilen, während bei der Deutsch-Südamerikanischen Bank, welche eine wesentliche Ausdehnung ihrer Geschäfte, namentlich in Argentinien, Brasilien und Spanien erzielen konnte, mit einer Erhöhung der Dividende von 5 auf 6 % gerechnet werden kann. Das Erträgnis unserer Amsterdamer Kommandite Proehl & Gutmann ist befriedigend.

Der Ertrag des Effekten- und Konsortial-Kontos wurde zu Abschreibungen verwandt.

Unter vorsichtiger Bewertung aller Aktiven ergibt sich laut Gewinn- und Verlust-Rechnung ein Überschuß von			RM 78 997 396.86
und nach Absetzung der			
Handlungsunkosten mit	RM 58 049 188.41		
Steuern mit	RM 7 534 636.45	RM	65 583 824.86
verbleibt ein Reingewinn von		RM	13 413 572.—
dessen Verteilung wir wie folgt vorschlagen:			
Zuweisung zur gesetzlichen Rücklage	RM 2 000 000.—		
Zuweisung zum Pensionsfonds	RM 300 000.—		
4 % Dividende auf RM 100 000 000.—	RM 4 000 000.—	RM	6 300 000.—
		RM	7 113 572.—
Tantieme an den Aufsichtsrat	RM 486 486.—		
6 % Superdividende auf RM 100 000 000.—	RM 6 000 000.—		
Vortrag	RM 627 086.—	RM	7 113 572.—

Dresden, im März 1929.

Der Vorstand

Walther Frisch. Herbert M. Gutmann. Carl Hrdina. Wilhelm Kleemann. Georg Mosler. Henry Nathan. Paul Schmidt-Branden.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 11 — *Berlin, den 16. März 1929*

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Die Konjunktur des Handelsredakteurs.

Für den deutschen Handelsredakteur gehört das Gebiet der Konjunkturforschung zu den Tagesaufgaben. Seitdem die volkswirtschaftliche Wissenschaft sich mit besonderer Vorliebe des Studiums des Konjunkturverlaufs angenommen hat, muß er sich ständig mit ihm befassen. Er hat sich über die herrschende Meinung und über die verschiedenen Kritiken zu unterrichten. Er darf sich sogar gelegentlich eigene Gedanken darüber machen. Er muß jedenfalls alle die anerkannten Elemente regelmäßig verfolgen, die als Faktoren oder als Symptome des Konjunkturverlaufs gelten.

Die starke Hervorkehrung des Konjunkturbegriffs dürfte aber auch gelegentlich dazu anregen, über die Konjunktur im eigenen Beruf nachzudenken. Der Handelsredakteur wird darüber zwar nicht in seinem Handelsteil schreiben. Dennoch scheint es nützlich, wenn einmal versucht würde, das, was er in Ausübung seiner Berufstätigkeit gelernt hat, zur Beobachtung der Entwicklung seiner eigenen Position anzuwenden. Es wäre denkbar, daß bei einer Besprechung der Berufskonjunktur wertvolle Erkenntnisse herausspringen, die dann vielleicht auch die Kollegen anderer Fakultäten veranlassen würden, systematisch einer Beobachtung ihrer Berufsmöglichkeiten zu Leibe zu gehen.

Die „Deutsche Presse" hat bisher exakte Enqueteergebnisse über die Handelsredakteure noch nicht veröffentlicht. Zahlenmaterial ist also noch nicht vorhanden. Bekannt ist nur, daß 324 Kollegen im Handelsteil beschäftigt sind. Diese Kollegen dürften zum größten Teil ausgebildete Volkswirtschaftler sein. Bei den großen Blättern versteht sich das ziemlich von selbst. Die Provinzpresse nahm in der Zeit der Inflation, in der die Wirtschaft der Bedeutung nach sogar noch vor die Politik trat, einen Teil des Überflusses der jungen Nationalökonomen auf, die nach Kriegsende im Studium der Volkswirtschaft die große Chance sahen.

Beachtlich ist, daß in jenen Anfangsjahren der Provinz-Handelsredakteure weniger lokale als allgemein wirtschaftliche Fragen die entscheidende Bedeutung hatten. In der Inflationszeit interessierte in erster Linie allgemeine Wirtschafts- und Finanzpolitik. Intime Bekanntschaft mit der Wirtschaftsstruktur des Verbreitungsgebietes der Zeitung war eine Frage zweiten Ranges. Wer über die Reparationsfrage, das Transferproblem, über Devisen, Stabilisierung, Goldumstellung, Aufwertung, Auslandskredite schreiben konnte, war nach der materiellen Seite hin zum Handelsredakteur geeignet. Ob er in Berlin oder in Königsberg, in Stuttgart oder in Hamburg schrieb, war ziemlich nebensächlich. Die allgemeinen Nöte überragten turmhoch die Lokalinteressen. In jenen Jahren war der Handelsredakteur freizügig und keineswegs lokal gebunden.

Das hat sich heute gründlich geändert. Heute ist der Handelsredakteur in erster Linie Wirtschaftskenner seines Wirtschaftsbezirkes. Gewiß muß er weiter mit den allgemeinen Wirtschaftsfragen in Berührung bleiben. Neben und über diesen allgemeinen Wirtschaftsfragen stehen aber die örtlichen Probleme, in die er sich hineinarbeiten mußte und in die er sich fast automatisch hineinarbeitete, als die Goldumstellung der Erwerbsgesellschaften wieder eine Startlinie und dann eine neue Entwicklung brachte, als überhaupt aus dem Sumpf und dem Brei der Milliarden ein festes Etwas wurde, dessen Werden der Wirtschaftsredakteur miterlebte. Im Laufe der letzten vier Jahre hat der Handelsredakteur praktisch seine Freizügigkeit eingebüßt. Ebenso hat allerdings auch die Zeitung die Möglichkeit eingebüßt, ihren Handelsredakteur kurzerhand gegen einen anderen zu vertauschen.

Die Verhältnisse liegen in großen Redaktionen mit mehreren Handelsredakteuren etwas anders als in Schriftleitungen, in denen der Handel nur einen Vertreter hat. In großen Redaktionen steht die Wirtschaftsbearbeitung nicht nur auf zwei Augen. Es läßt sich also ein Mann abschieben und ein anderer einstellen, der von den Kollegen langsam in das Lokalkolorit eingeführt wird. Wenn aber ein Wirtschaftsteil ganz auf dem Wissen eines einzigen Redakteurs basiert ist, dann ist es für eine Zeitung mit kritischen Lesern kaum tragbar, wenn an Stelle dieses Mannes ein anderer tritt, dem die Spezialkenntnisse von vornherein fehlen, die dem Vorgänger zu eigen waren. Wie kann zum Beispiel ein noch so fähiger Kollege aus Erfurt den Alleinwirtschaftler in Hamburg ersetzen, dessen Spezialgebiet Schiffahrt und Schiffbau ihm nie nahetrat? Eine gründliche Kenntnis dieses Stoffes ist in Hamburg conditio sine qua non. Sie erwirbt sich nicht von heute auf morgen. Es muß Jahre dauern, bis ein solcher neuer Mann einigermaßen so im Bilde ist, daß er sein Blatt nicht in aller Öffentlichkeit blamiert. Oder wie kann der Mann aus Königsberg den Montanfachmann im Ruhrgebiet, der Mann aus dem industriellen Sachsen den Agrarwirtschaftler aus Ostpreußen ersetzen? Die letzten Jahre haben den Verleger beträchtlich stärker an seinen Wirtschaftler gefesselt, als das früher der Fall war.

Sie haben aber ebenso sehr den Handelsredakteur an seinen Posten gebunden. Die Hamburger Spezialkennt-

Digitized by Google

nisse, das große Aktivum des Hamburger Journalisten, nützen ihm bei einer Bewerbung in München nichts. Die Konzernbeziehungen des Essener Kollegen können ihm in Stettin wenig helfen. Der Handelsmann, der sich lokal verändern will, verzichtet damit auf den Wissensgewinn der letzten Jahre. Er stellt sich gewissermaßen auf eine Linie mit jedem Anfänger. Er kann nur nachweisen, daß er schreiben und redigieren kann. Daß er mehr weiß, nützt ihm nichts. Und das macht ihn bodenständig, wenn wir es positiv ausdrücken wollen, das nimmt ihm die Freizügigkeit, negativ ausgedrückt.

Der heutige Handelsredakteur hat also im Beruf keine großen Entwicklungsmöglichkeiten. Es wird wenig gewechselt. Die guten Posten sind in festen und jungen Händen. Sie kommen im übrigen für die eben lokal orientierte Kollegenschaft nicht in Betracht. Wenn ein Mann im Industriegebiet besonderes Glück hat, entdeckt ihn vielleicht eine der zehn oder zwölf großen Zeitungen, die sich einen Industriespezialisten leisten kann. Dieses Glück werden aber nur wenige haben. Das ergibt sich zwingend aus der Lage.

Manchem Kollegen wird vielleicht ein Posten in der praktischen Wirtschaft geboten. Es ist die Frage, ob das für ihn ein Glück ist. Er muß auch in diesem Falle auf das Aktivum seines bisher bewiesenen Könnens verzichten und auf neuer Grundlage von vorn anfangen. Auch diese „Aufrück“möglichkeit ist selten geworden und spielt praktisch keine Rolle mehr.

Anders wäre allerdings das Bild, wenn den Kollegen mit Spezialkenntnissen die Möglichkeit geboten wäre, diese Spezialkenntnisse in ihren Mußestunden für sich auszunützen. Auch das Agrarblatt in Pommern hört gern einmal etwas über Kohlenfragen, das Industrieblatt in Düsseldorf etwas über Seeschiffahrt. In dieser Beziehung bieten sich, theoretisch nur, denn praktisch wird bedauerlicherweise häufig die Mitarbeit an anderen Blättern den Kollegen verwehrt, für Lokalspezialisten gewisse Aussichten, die nicht unterschätzt werden dürfen.

Aber auch diese Aussichten sind sehr verschieden zu bewerten. Eine „Differentialrente“ im eigentlichen Sinn haben bei einer allgemeinen Freigabe der Mitarbeiterschaft für andere Zeitungen die Kollegen, die an Plätzen arbeiten, von denen etwas zu berichten ist. Die Berliner Handelsredakteure haben das große Plus. Über Schiffahrt kann dem „Volksglauben“ nach der Hamburger Journalist besser schreiben als der Schriftsteller aus Miesbach, über das Kohlensyndikat nimmt man dem Essener Mann eher eine Arbeit ab, als dem Journalisten aus Tilsit. Wenig Aussichten haben wieder die Kollegen, die in Eckernförde oder in Liegnitz sitzen. Mit Allgemeinbetrachtungen kommen sie einen Posttag zu spät, und Spezialfragen von weitergehendem Interesse bieten ihre Tätigkeitsgebiete nicht. Ihre Posten bieten also neben dem Gehalt keine weiteren Verdienstmöglichkeiten. Sie bieten bedauerlicherweise auch keine großen Zukunftsaussichten, weil die Möglichkeit fehlt, mit Spezialkenntnissen hervorzutreten. Wer Handelsredakteur an kleinen Orten werden will, muß sich darüber klar werden, daß er nicht auf ein Sprungbrett tritt, von dem er ohne Mühe weiter kommen kann.

Ist unter diesen Verhältnissen der Beruf des Handelsredakteurs für den jungen Nationalökonomen aussichtsreich? Es sind rund 350 Stellen vorhanden. Davon fällt der Hauptteil auf kleinere Blätter, für die die Verhältnisse so liegen dürften, wie ich sie schilderte. Die größere Presse hat wenig Ersatz nötig. Sie nimmt diesen Ersatz aus Leuten mit lokalen Spezialkenntnissen. Das Risiko, „auf diese Spezialkenntnisse zu studieren“, werden Wenige eingehen können. Deshalb scheint mir, daß kaum einem Anfänger geraten werden kann, im Handelsjournalismus seinen Lebensberuf zu sehen.

Die Wirtschaftsredakteure, die einen befriedigenden Posten gefunden haben, sitzen auf diesem Posten m. E. ziemlich sicher, wenn sie sich eingelebt haben. Große Ambitionen, noch weiter aufzurücken, können sie sich nach Lage der Dinge aber auch nicht machen. Dr. K. E.

Bildtelegraphie in der Zeitung.

Seit sechzig und mehr Jahren schon ist sich die Elektrotechnik über die Grundsätze klar, nach denen ein Telegraphieren von Bildern sich ermöglichen lassen müßte, doch verfügte man noch nicht über die nötigen Apparate, um den Gedanken zur Tat werden zu lassen. Später gelang es zwar, Schriften und auch Photos über den Draht zu schicken, aber die hierbei benutzten Methoden ließen sich nicht zu praktischer Verwendbarkeit ausgestalten: die erhaltenen Bilder waren unscharf, oft verzerrt, die Übertragungen kamen aus dem Stadium interessanter Laboratoriumsversuche nicht heraus. Bis dann im System Siemens-Karolus-Telefunken schließlich der Bau wirklich vollendeter Bildsender und -Empfänger gelang, die allen Anforderungen des Groß- und Dauerbetriebes voll gewachsen sind und mit sicherer Schnelligkeit Bilder von überraschender Klarheit liefern. Eine Anlage dieser Art ist im vierten Stock des Ullsteinhauses, Kochstraße, aufgestellt und arbeitet seit dem Tage ihrer Inbetriebnahme mit unbedingter Zuverlässigkeit; täglich werden dort die neuesten Photos aus London, Paris, Kopenhagen empfangen sowie dorthin gesandt, so daß es möglich ist, die Zeitungen mit aktuellstem Bildmaterial zu versorgen.

Photozelle und Karoluszelle heißen die beiden Zauberer, mit deren Hilfe die Bildtelegraphie zustandegekommen ist. Die Photozelle vermag Licht in elektrischen Strom umzuwandeln und die Karoluszelle macht aus Elektrizität wiederum Licht. Denn darauf kommt es an: die Helligkeit jedes einzelnen der vielen, vielen Punkte, die zusammengenommen das Bild ergeben, muß zu Elektrizität umgesetzt und nach der Reise über die Leitung oder durch den Äther am Empfangsorte in genau die gleiche Helligkeit zurückgewandelt werden. Zu je mehr Punkten das Bild aufgelöst worden oder, anders ausgedrückt, je feiner das „Raster“ ist, desto deutlicher erscheint die Darstellung dem Betrachter. Kommen auf den Quadratmillimeter Fläche weniger als neun Bildelemente, so wirkt das Bild undeutlich und verschwommen. Es müssen also zum mindesten je Quadratmillimeter des Photos neun Punkte übertragen werden, um brauchbare Bilder empfangen zu lassen. Das macht für das Format 10×10 90 000 Punkte. Die Anlage des Ullsteinhauses ist fähig, eine Aufteilung von sogar 25 Teilchen je Quadratmillimeter vorzunehmen, zu senden

---

Die Mitgliederversammlung der Leipziger Fürsorge.

Unter Hinweis auf unsere Ankündigung der diesjährigen Mitgliederversammlung der Leipziger Fürsorge am 27. März in Berlin, D. P., Nr. 10/29, machen wir darauf aufmerksam, daß Wünsche und Beschwerden einzelner Mitglieder sowie der Verbände über Mängel oder Mißstände in der Krankenversicherung auch an die Verbandsleitung in Berlin gerichtet werden können, die bereit ist, sie in der Generalversammlung zur Sprache zu bringen und zu vertreten.

Die Verbandsleitung
gez.: G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

Schalt-Tafel der Bildtelegraphie-Anlage, liefert den Betriebsstrom und dient zum Laden der Batterien.

Digitized by Google

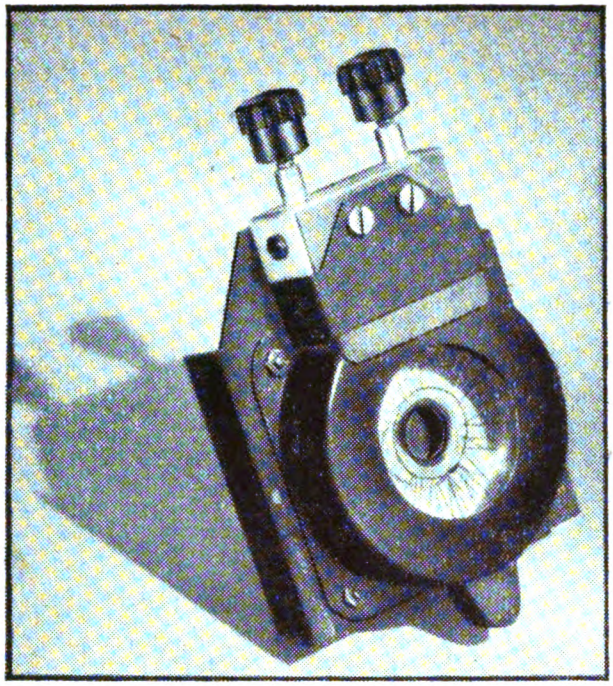
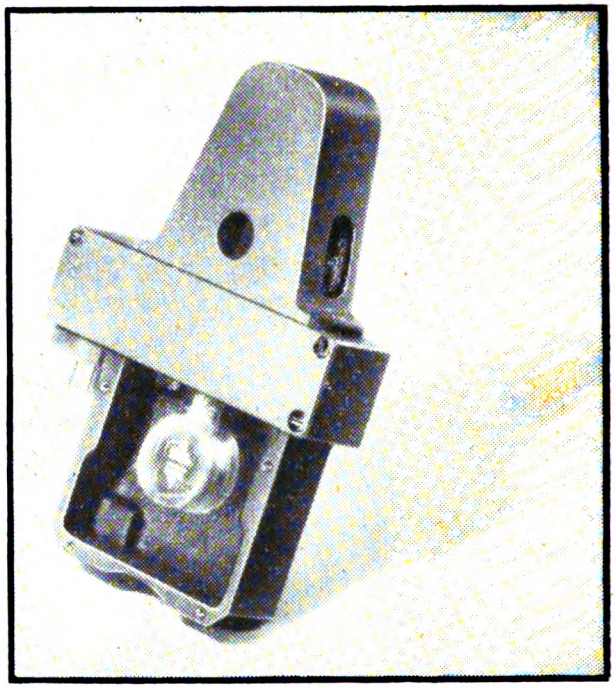


Photo-Zelle.
Die Photo-Zelle verwandelt Lichtschwankungen in Stromstöße



Die Kerr-Zelle. Die Kerr-Zelle verwandelt die Stromstöße in Lichtschwankungen zurück.

und zu empfangen. Da die Bilder 18 × 26 messen, bedeutet das auf insgesamt 46 800 Quadratmillimeter eine Anzahl von 1 170 000 Bildpunkten, die in 19 Minuten empfangen und als Positiv- oder Negativfilm dem Apparate entnommen werden.

Für jedes einzelne dieser Bildelemente wird ein Stromstoß ausgesandt, der je nach Schattierung des Punktes stärker oder schwächer ist. Sämtliche Stromstöße eilen scharf getrennt voneinander über das Fernkabel, werden im Empfänger wieder zu Licht, und zwar zu genau derselben Menge Licht, aus der sie entstanden sind; sie zeichnen sich so, ein jeder für sich, auf dem Film des Empfangsapparates als Pünktchen ein, heller oder dunkler nebst allen Zwischenschattierungen. Natürlich müssen die empfangenen Bildelemente sich mit äußerster Exaktheit gleichermaßen zueinander lagern, wie die entsprechenden Pünktchen auf dem Originalbild es waren. Anderenfalls ergäbe es Verzerrungen.

Folgendermaßen geht das Senden und Empfangen vor sich: Das Bild wird auf eine Walze gespannt, die sich mit gleichmäßiger Geschwindigkeit dreht. Das schnellste aller irdischen Dinge, ein Lichtstrahl, tastet Punkt für Punkt des Bildes ab. Je nach Helligkeit des getroffenen Elementes wird von ihm mehr oder weniger Licht zurückgeworfen und fällt auf die ganz dicht am Bilde befindliche Photozelle. Vorher aber passiert das reflektierte Licht noch eine rasch gedrehte Lochscheibe, so daß der Lichtstrahl dauernd unterbrochen wird. Die Folge ist eine Zerhackung auch des in der Zelle gebildeten Photostromes. Dieser wird durch eine „Siebkette“ gewissermaßen filtriert, so daß nur Wechselstrom übrig bleibt, der dann am Fernkabel zum Empfänger geleitet wird, in unserem Falle von London, Paris und Kopenhagen nach Berlin oder umgekehrt.

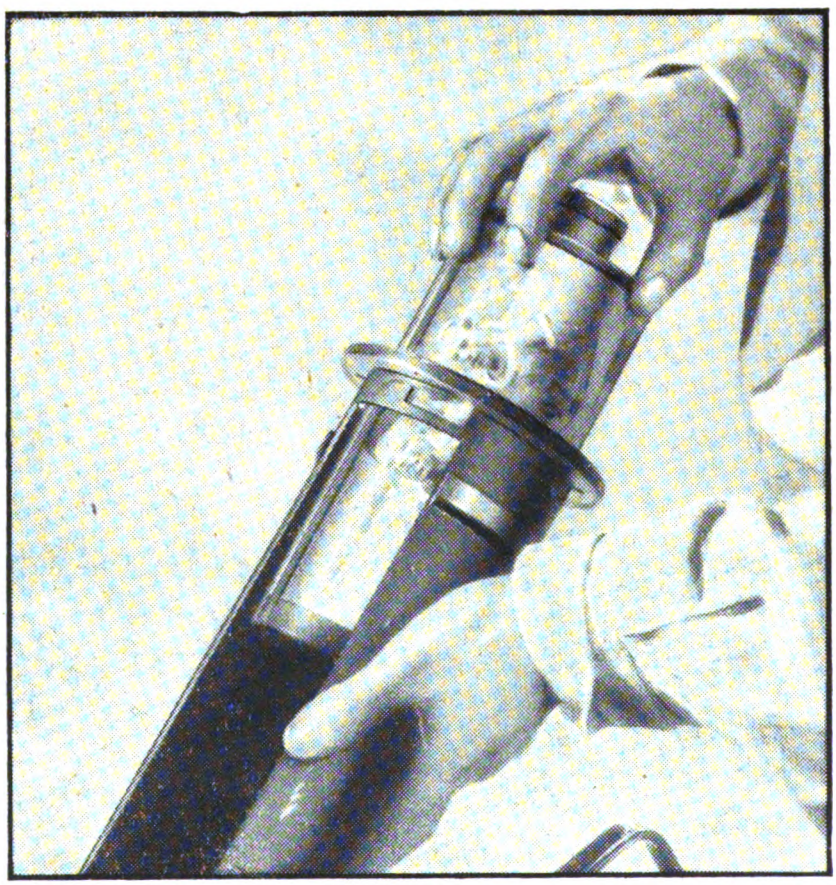


Bild-Trommel. Das Bild wird auf eine Walze gespannt und Punkt für Punkt abgeleuchtet.

Am Ziel wartet die Karoluszelle, auch Kerrzelle genannt, darauf, aus den ankommenden Wechselstromzeichen wieder Helligkeit herzustellen. Die Zelle ist mit Nitrobenzol gefüllt, einer Flüssigkeit, die unter dem Einfluß elektrischer Spannung doppelbrechend wird. Ein polarisierter Lichtstrahl, d. h. Licht, das nicht wie für gewöhnlich nach allen Richtungen schwingt, sondern dem nur eine einzige, bestimmte Schwingungsrichtung zu eigen ist, durchsetzt die Zelle. Mit der Stärke der durch die Wechselstromstöße zugeführten Spannung verändert sich die durchgelassene Hellig-

Digitized by Google

keit: je kräftiger der Strom, desto heller das Licht. Es wirkt auf einen Filmstreifen ein, der um eine Walze gelegt ist und in geschlossener Kassette rotiert. Durch die verschiedene Stärke des auf den Film fallenden Lichtes entsteht nun Punkt für Punkt die Gesamtheit der gesendeten Bildelemente, und zwar als Negativ. Bei Verwendung einer zweiten Photozelle im Sender lassen sich auch positive Bilder empfangen. Der Film wird entwickelt, fixiert und, wenn nötig, kopiert.

Am meisten Kopfzerbrechen vielleicht hat die Erzielung unbedingt gleichschnellen Laufes der Sender- und der Empfängertrommel gemacht. Ohne diesen Gleichlauf ist ein Empfang klarer Bilder nicht möglich, da auch das Abtasten der beiden Trommeln mit verschiedener Schnelligkeit vor sich gehen würde und die auf dem Empfangsfilm eingetragenen Bildelemente dann anders zueinander liegen müßten, als sie auf dem Originalphoto angeordnet waren. Ferner muß mit dem Abtasten im Sender und im Empfänger zu gleicher Zeit und an genau denselben Stellen der Trommeln begonnen werden. Nur wenn alle diese Bedingungen erfüllt sind, stimmt die Größe der empfangenen Bildpunkte mit der auf der Senderseite völlig überein, und nur dann legen sich die Bildzellen richtig aneinander. Daß der Gleichlauf mit höchster Vollendung erreicht worden, beweist die Vorzüglichkeit der hergestellten Bilder. Auf Sende- und Empfangsstation wird durch Stimmgabelsummer gleiche Wechselspannung erzeugt, so daß die beiden zum Antriebe der Trommeln dienenden Elektromotoren gleich schnell laufen müssen. Der Strom braucht also nicht etwa vom Sender her über die Leitung geschickt zu werden. Was von Fachkreisen lange Jahre als unmöglich angesehen wurde, ist im System Siemens-Karolus-Telefunken mit feinster Präzision Wirklichkeit geworden und dient in erster Linie dem Aktualitätsbedürfnis der Presse und eines täglich neue technische Fortschritte erwartenden Publikums.

Starke Vergrößerung eines telegraphisch empfangenen Bildes, die die Zerlegung in einzelne Bildpunkte zeigt.

Wenn sich auch mit wenig Worten das Grundsätzliche in der Arbeitsweise des Bildtelegraphen auseinander setzen läßt, so ist doch der betriebsfertige Apparat ein überaus kompliziert zusammengesetztes und kostspieliges Gebilde. Die Erfahrungen langer Versuchsjahre sind in ihm verarbeitet, alle Möglichkeiten etwaiger Störungen sind überlegt und man hat versucht, sie von vornherein durch mannigfache Kontroll- und Sicherheitseinrichtungen auszuschalten. In den Pausen zwischen den Bildübertragungen leuchtet im Empfänger automatisch eine Glimmlampe auf, gibt das Phasensignal und zeigt die richtige Lage von Bildanfang und -ende in den Trommeln des Empfängers und des Senders an. Der Antrieb der Empfangstrommel kann beschleunigt oder vermindert werden, bis das Aufleuchten der Phasenlampe erfolgt. Die Bildmaschinen sind staubsicher eingekapselt und in Tischform gebaut. Ein auf der Tischplatte stehendes Gehäuse, in das die Bildtrommeln eingeführt werden, enthält die beweglichen Teile. Verstärker, Meßinstrumente zur Kontrolle aller Stromkreise, Röhrenvoltmeter, Alarmeinrichtungen vereinen sich zum Wohlgelingen des Sende- und Empfangsvorganges.

Ein Gerät für den Hausgebrauch ist dieser Bildtelegraph allerdings nicht, sondern vorläufig nur das Hilfsmittel eines mit dem Rüstzeug modernster Technik arbeitenden Zeitungs- und Zeitschriftenbetriebes. Was die nahe oder fernere Zukunft an Bildempfängern noch bringen mag, ob die Herrschaft des Bildes und des gesprochenen Wortes zu erwarten sein und eine Zeit sich ankünden wird, wo man zuhause getönte Bilder nebst Text einem kleinen, billigen Apparat ebenso mühelos und mechanisch zu entlocken vermag wie heute einen telephonischen Anruf — abwarten! Vielleicht Jahre, vielleicht nur Monate! J. F-H.

Digitized by Google

Mehr Journalismus!

Die Ausführungen des holländischen Kollegen vom „Allgemeen Handelsblad“ über die deutschen Tageszeitungen (Nr. 7 der „Deutschen Presse“) werden sicher manchen Kollegen zum Nachdenken darüber angeregt haben, wie es denn eigentlich um die deutschen Zeitungen bestellt ist, und wie es damit werden soll. In vielen Dingen hat der Holländer recht, manches ist jedoch zu kraß dargestellt. Auch haben die ausländischen Zeitungen viele Gewohnheiten in der Ausgestaltung des Textes, auf die wir in der deutschen Presse mit gutem Gewissen verzichten können. Nicht alles ist Gold, was vom Ausland kommt.

Ein Mangel, den ich bei fast täglichen Vergleichen großer deutscher und ausländischer Zeitungen auf deutscher Seite habe feststellen können, scheint mir darin zu liegen, daß in unseren Redaktionen vielfach das Redigieren die Vorzugsstellung vor der Journalistik einnimmt. Was aber die Zeitung interessant macht, so daß der Leser sie gern liest, daß auch neue Leser hinzukommen, ist doch zweifellos die journalistische Gestaltung des Textes, weniger die Veröffentlichung irgendeiner Nachricht, die durch unzählige Zeitungen in dem gleichen Wortlaut und vielfach auch unter der gleichen Aufmachung läuft. Gerade der Provinzredakteur hat auf die einzelne Nachricht am wenigsten Einfluß, in der Fähigkeit aber, sie journalistisch zu gestalten und seinen Lesern vorzusetzen, soll er zeigen, was er kann.

Das gilt für die Politik sowohl wie für den allgemeinen und auch für den örtlichen Teil. Fangen wir mit diesem einmal an. Da sieht man Berichte von Versammlungen, die man mit der Elle messen kann, wo doch ein kurzes Stimmungsbild die Sache viel lebhafter gestalten könnte. Am Schlusse steht womöglich noch eine Entschließung, an deren fürchterlichem Deutsch man nichts ändern darf, aus der einige wirkungsvolle Sätze aber völlig genügen würden. Wer täglich auf beschränktem Raum zu arbeiten gezwungen ist, der kommt ganz von selbst zu mehr „journalistischen Arbeitsmethoden“ und er und seine Leser fahren nicht schlecht dabei. Der politische Teil soll ja täglich ein Bild des Weltgeschehens bieten, man kann und soll auf die Nachrichten nicht verzichten, aber wieviel wirkungsvoller könnte er durch einige flott geschriebene eigene Beobachtungen oder Kenntnisse gestaltet werden. Der Leitartikel ist ja meistens die Domäne des Grundsätzlichen. Sicher soll er der Belehrung, Erziehung und Unterrichtung der Leser dienen, aber man vergesse auch bei ihm nicht, daß populäre Darstellung besser ist als wissenschaftlicher Stil, so sehr der Leitartikler auch ein hohes Maß von erarbeiteten Kenntnissen gebraucht.

Es ist richtig, wenn der Kollege Schwedler in seinem Aufsatz „Der Inhalt der deutschen Tageszeitungen“ (Nr. 8 „Deutsche Presse“) sagt, daß man zwar die amtlichen Informationen nehmen aber sich unabhängig davon machen müsse, indem man sich andere Informationsquellen auf eigene Kosten verschafft. Dazu gehört aber der Journalist und nicht der Redakteur. Voraussetzung für den Journalisten muß allerdings sein, daß er das nötige Maß von Takt besitzt, das zur Erschließung solcher Informationen nötig ist. Wenn ich nicht irre, stand einmal in unserer Verbandszeitschrift das schöne Wort: „Ein Journalist muß auch zur rechten Zeit schweigen können.“ Sollte nicht gerade in diesem Mangel an Schweigenkönnen ein Teil der Angstlichkeit liegen, mit der viele amtliche Persönlichkeiten an Interviews herangehen? Zwischen dem Empfang einer interessanten Nachricht und der Verwertung kann einige Zeit liegen, aber darum ist die Nachricht bei ihrer Veröffentlichung immer noch „aktuell“, meinetwegen „hochaktuell“.

Es kommt darauf an, wie man etwas bringt. Ein Beispiel: Den Spionageprozeß Lembourn vor dem Reichsgericht brachten dänische Zeitungen in einer flüssigen, interessanten Darstellung, der man den tüchtigen Journalisten anmerkte. In deutschen Zeitungen las man meistens den nüchternen Tatsachenbericht der Depeschenbüros. Der Journalist, der schreiben will, muß vor allen Dingen in und mit dem Volke leben, er muß daneben ein hohes Maß von Kenntnissen besitzen, die ihn sich leicht auf allen Gebieten des Wissens zurechtfinden lassen. Er muß Takt- und Feingefühl besitzen, besonders aber auch die Fähigkeit, sich unabhängig zu machen von amtlich oder sonstwie vorgesetzten Nachrichten, er muß selbst denken, selbst empfinden und dann schreiben. In diesem Sinne wird auch unser Nachwuchs in die „Kunst des Zeitungsmachens“ eingeführt werden müssen, dann haben die ausländischen Kollegen sicher keinen Grund mehr, über den „langweiligen“ Inhalt der deutschen Tageszeitungen ihre Feuilletons zu schreiben.

Dr. Hahn, Schleswig.

Die Erziehung des Redakteurs.

Von Paul Lindenberg.

Es war nach dem großen Erfolg der „Ehre“. Mit Hermann Sudermann, mit dem ich vor jener bedeutsamen Aufführung seines ersten Stückes häufiger im „Fürsten Bülow“, einem in der Potsdamer Straße gelegenen Lokale, das bescheidene Mittagsmahl eingenommen hatte, traf ich dann an anderer Stelle zusammen. Natürlich drehte sich das Gespräch zunächst um sein Stück und um dessen begonnenen Siegesgang über die deutschen Bühnen. „Gott sei Dank“, meinte Sudermann, „ist meinem Schaffen nun eine große Last abgenommen, die mich oft schwer bedrückte: Der Ärger mit den Redaktionen, das Nachlaufen nach meinen ihnen übersandten Feuilletons und das Quälen um die meist recht spärlichen Honorare!“ —

Wer von uns freien Schriftstellern empfände nicht die Wahrheit dieser Worte, wer von uns hätte nicht die gleichen Erfahrungen gemacht! Daher auch die obige Überschrift, die nicht „Die Erziehung zum Redakteur“ lautet, sondern „des Redakteurs!“ Denn leider, leider muß es gesagt werden: Viele der Herren, die in Amt und Würden sitzen, könnten ganz gut noch eine gewisse Erziehung gebrauchen, und zwar jene der Rücksichtnahme auf ihre Kollegen! Mein Gott, welche Erfahrungen macht man da immer von neuem! In keinem anderen Stande herrscht so viel Rücksichtslosigkeit wie in dem unseren. Ein tüchtiger Redakteur — es gibt natürlich nur solche — sieht doch sofort, ob der eingesandte Beitrag für seine Zeitung geeignet ist oder nicht, er kann demnach schnell die Rücksendung verfügen, die ja jetzt als Drucksache so leicht und billig vonstatten geht. Oft aber vergehen Wochen und Monate, ehe der Einsender sein Manuskript zurückerhält, auch wenn dasselbe zeitgemäßen Inhalts ist, vielleicht auf ein Jubiläum, auf ein bedeutsames Ereignis Bezug nehmend. Man kann sich zuweilen des schlimmen Verdachts nicht erwehren, daß absichtlich die Arbeit zurückbehalten wird, damit sie nicht die liebe Konkurrenz erhält! Fragt man dann schriftlich nach einer geduldig ertragenen langen Frist nach dem Verbleib, so lautet häufig die Antwort: „Wir haben nichts erhalten“ oder „Wir haben alles

Digitized by Google

längst zurückgesandt", oder auch nur kurz: „Der Beitrag ist bei uns nicht erschienen und damit ist für uns die Sache erledigt". Eine Badische Zeitung läßt noch den herrlichen Zusatz folgen: „Wenn kein Rückporto beilag, ist das Manuskript in den Papierkorb gewandert." Welche Empfindungslosigkeit — um ein mildes Wort zu sagen — gegenüber Kollegen, die oft mühselig und arbeitsam um ihre Existenz ringen, in jenen kurzen Sätzen liegt, braucht nicht erst betont zu werden!

Liebe Kollegen, die Ihr auf den kuruliſchen Redaktionssesseln thront, über Gerechte und Ungerechte urteilend, könnt Ihr Euch denn gar nicht in die Lage Eurer Berufsgenossen versetzen? Ist es denn so schwer, eine Karte zu versenden „angenommen", oder die Eingänge schnell zurückzugeben? Denkt Ihr nicht daran, daß viele Eurer Kollegen auf diesen Erwerb angewiesen sind, daß Ihr durch Euer Verhalten ihre Schaffenslust hemmt und Ihr sie materiell schädigt? Gewiß, ich weiß es, viele von Euch sind überbürdet, aber wo ein Wille ist, da ist bekanntlich auch ein Weg, und auch der wird sich gewiß hier finden lassen!

Im Gegensatz zu der oben erwähnten Papierkorb-Bemerkung steht der Brief des Chefredakteurs einer angesehenen hannoverschen Zeitung an einen Kollegen: „In Beantwortung Ihres Schreibens gebe ich meinem lebhaften Bedauern Ausdruck, daß Sie Ihren Aufsatz verspätet zurückerhalten haben. Den Betrachtungen, die Sie hieran knüpfen, stimme ich völlig bei. Sie irren, wenn Sie uns nachsagen, daß wir ebenso rücksichtslos und gleichgültig wären, wie viele andere Blätter. Es ist uns zwar nicht möglich, alle Einsendungen binnen drei Tagen zu erledigen. Aber ein großer Teil der uns eingesandten Manuskripte geht andererseits schon am Tage des Einganges wieder zurück. Das wäre auch für Ihr Manuskript der Fall gewesen, wenn wir nicht infolge plötzlicher Grippe-Erkrankungen eine Stockung in der Abwicklung unserer Korrespondenz gehabt hätten. Selbstverständlich ist aber auch unter diesen Umständen die Rückgabe zu lange verzögert worden. Ich hoffe, daß Sie das nächste Mal mit uns bessere Erfahrungen machen werden und freue mich ganz besonders, aus Ihrem Schreiben zu ersehen, von welch hohem Mitgefühl Sie gegenüber Ihren Berufskollegen erfüllt sind." —

Ebenso lebhaft wie die Klage über die vernachlässigte Zurücksendung ist jene der Behandlung der Manuskripte. Auch das ist ein recht wunder Punkt in unserem Berufsleben! In welch schlechtem Zustande erhalten häufig die Verfasser ihre Arbeiten wieder, mit Bemerkungen versehen, zerknittert und zerkniffen. Viele Redaktionen scheinen nur Quartumschläge zu besitzen, in diese werden auch recht umfangreiche Beiträge eingezwängt, die dann nicht mehr zu verwenden sind.

Und nun in dieser Kapuzinerpredigt eine besonders schlimme Weise: Die Honorierung! Wochen- und monatelang müssen viele Kollegen, selbst nach erfolgtem Abdruck, auf die Bezahlung warten. Eine vielgelesene Berliner Zeitung hatte eine größere Arbeit angenommen, und da geraume Zeit verging, bat der Verfasser um sein Honorar. Antwort: „Wir bezahlen nur nach Veröffentlichung". Diese erfolgte jedoch erst nach vollen fünf Monaten des Harrens! Die Redaktion eines Kalenders erhielt den gewünschten Beitrag. Auf die Bitte um Übersendung des Honorars erfolgte die Auskunft: „Wir bezahlen erst nach Erscheinen unseres Kalenders, d. h. im Sommer dieses Jahres." Nun möchte ich mal die Antwort lesen, die der betreffende Verleger erhält, wenn er im Oktober Zigarren oder Wein bezieht und jenen Lieferanten, die Zahlung wünschen, schreibt: „Ich rauche Ihre Zigarren oder trinke Ihren Wein erst im Juli, dann werde ich Ihnen auch Ihr Geld senden!" — Ein großer Berliner Korrespondenzverlag mit weitgehenden Verbindungen bezahlt für jedes Feuilleton die Riesensumme von 10 Mark und fügt gleich bei der Mitteilung der Annahme hinzu: „Honorierung erfolgt acht Wochen nach Erscheinen." Aber selbst diese Zusage wird nicht eingehalten; die armen Kollegen und Kolleginnen müssen oft noch weit länger warten, bis sie den kärglichen Sold bekommen.

Das alles sind doch unhaltbare Zustände, die dringend der Abhilfe bedürfen, durch das immer wieder hinausgeschobene Preßgesetz. Nun hat ja unser Reichsverband bestimmte Richtlinien veröffentlicht, aber wie wenige Redakteure und Redaktionen richten sich danach! Ein Vorschlag: Könnte nicht der Reichsverband, der sich ja so warm unserer Interessen annimmt und deshalb auch begründet wurde, ein Plakat herstellen und an alle Redaktionen versenden lassen, damit es in allen Redaktionsräumen aufgehängt wird: „Nehmt Rücksicht auf Eure Kollegen! Sorgt für Schonung der Handschriften! Erledigt schnell alle Einsendungen und ebenso die Honorierung! Achtet Eure Berufsgenossen, man wird auch Euch achten!"

*

Erklärung!

Die Deutsche Bank und die Redaktion des „Hannoverschen Anzeigers" bitten uns um die Wiedergabe folgender

Erklärung:

Am 26. September 1928 brachte der Hannoversche Anzeiger unter der Überschrift „Präzedenzfälle zur Stinnesaffäre" eine Mitteilung seines Berliner Korrespondenten, in der behauptet wurde, daß die Reichsschuldenverwaltung in einer großen Anzahl von Fällen mit den Besitzern falsch deklarierter Kriegsanleihestücke (Deklaration von Neubesitz als Altbesitz) „Vergleiche" abgeschlossen habe. Es hieß dann wörtlich weiter: „. . . . Auch mit der Deutschen Bank soll ein solcher „Vergleich" abgeschlossen worden sein. Es würde sich also in diesem Falle, wie gesagt, um die gleichen Verfehlungen handeln, die Hugo Stinnes zur Last gelegt werden, nur mit dem Unterschiede, daß es nicht zu einem Strafverfahren gekommen ist, sondern die Angelegenheit ohne Inanspruchnahme richterlicher Instanzen erledigt worden ist . ."

Dieser schwere, durch die Tatsachen in keiner Weise gerechtfertigte Vorwurf hat die Deutsche Bank veranlaßt, sich sofort mit dem Berliner Korrespondenten des Hannoverschen Anzeigers in Verbindung zu setzen, der ihr erklärte, es handele sich um einen telefonischen Übermittlungsfehler; er habe nicht von der Deutschen Bank, sondern von einer deutschen Bank gesprochen. Daraufhin wurde von der Deutschen Bank der Inhalt dieser Erklärung durch die Nachrichtenbüros bekanntgegeben und ihr Text auch dem Vertreter des Hannoverschen Anzeigers zur Weitergabe an sein Blatt übergeben. Diese Berichtigung erschien jedoch nicht, sondern erst einige Zeit später ein Dementi, das die Deutsche Bank auf Grund des § 11 des Pressegesetzes gesandt hatte. Dieses Verhalten der Redaktion glaubte die Deutsche Bank beanstanden zu müssen. In einem ausgedehnten Briefwechsel, der sich an die Angelegenheit anschloß, ist festgestellt worden, daß diese Haltung der Redaktion durch irrtümliche Informationen ihres Berliner Vertreters veranlaßt worden ist, dessen Verhalten in dieser Angelegenheit die Deutsche Bank nicht zu billigen vermag. Dadurch, daß bis zur Veröffentlichung des Dementis eine längere Frist verstrichen ist, ist im Leserkreis des Hannoverschen Anzeigers die Meinung, daß ein Vorkommnis dieser Art in der Deutschen Bank möglich gewesen ist, zunächst unwidersprochen verbreitet worden. Die Redaktion des Hannoverschen Anzeigers bedauert diese durch eine Kette unglücklicher Mißverständnisse entstandene Tatsache und stellt fest, daß sie niemals die Absicht gehabt hat, eine Behauptung dieser Art ernsthaft zu vertreten.

Die Stimme eines Verlegers.

Der Verleger einer großen Tages-Zeitung in Südwestdeutschland schreibt uns:

„Ich lese jedesmal mit großem Bedauern die Klagen der freien Mitarbeiter über mangelhafte Erledigung ihrer Einsendungen und über unordentliche Zahlweise.

Was das erstere anbelangt, so liegt das doch nur an den Ressort-Redakteuren, die ihren, in nicht fester Anstellung arbeitenden Kollegen nicht die richtige Würdigung entgegen-

Digitized by Google

bringen. Da helfen aber auch alle Bemühungen des Verlegers nichts, diesem Zustande ein Ende zu bereiten. Ich bin in meinem ganzen Leben gewöhnt, meine Angelegenheiten ordnungsgemäß und prompt zu erledigen, und es liegt mir daran, diesbezüglich keine Reklamationen zu sehen. Sie können aber Ihren Herren Redakteuren immer dasselbe predigen, denn es ist doch nicht angenehm, wenn die Mitarbeiter sich schließlich an den Verlag wenden, und wenn dieser gewissermaßen machtlos dasteht. Es müßte doch als eine Ehrensache unter den Redakteuren angesehen werden, sich gegenseitig mindestens kollegial zu behandeln.

Was die Zahlungen anbelangt, so können hier lediglich Klagen kommen, die auch wieder auf eine Unachtsamkeit der Herren Redakteure zurückzuführen sind. Die Handhabung ist hier so:

Jeden Monat reicht der Ressort-Redakteur die Anweisungen über die in der vorausgegangenen Woche abgedruckten Arbeiten ein bzw. weist er die Beträge an. Der Redaktions-Sekretär macht hieraus eine vorgedruckte Zusammenstellung, die längstens am Dienstag morgen dem Verlag vorzulegen ist. Nach Durchsicht werden die Beträge angewiesen und in der Buchhaltung sofort durch Postscheck, Barzahlung oder sonstige Überweisung erledigt. Wenn das strikte durchgeführt wird, müssen alle derartigen Klagen ausgeschaltet sein, und sie sind es bei mir lediglich dann nicht, wenn eben eine Nicht-Anweisung erfolgt ist. Daß das natürlich einmal vorkommen kann, ist verständlich.

Ich würde es als Verleger begrüßen, wenn von Ihrer Redaktion aus einmal in ganz energischer Weise an Ihre Mitglieder appelliert würde.“

Wir bringen diese Äußerung eines angesehenen Verlegers den Kollegen zur Kenntnis, auch wenn sie etwas einseitig die alleinige Schuld an gewissen Mißständen bei den Redakteuren sucht. Das Thema selbst ist ja zu wiederholten Malen und von den verschiedensten Standpunkten aus in der „Deutschen Presse“ erörtert worden, wobei sich doch ergeben hat, daß die Schuld an diesen Zuständen sich mehr oder weniger auf alle beteiligten Stellen verteilt. Leider sind uns auch häufig Fälle bekannt geworden, wo trotz prompter Anweisung der Redaktionen die Verlage in der Auszahlung der Honorare säumig gewesen sind oder ganz versagt haben.

Eine Kundgebung gegen die Zensur.

17 kulturelle Verbände haben sich in Berlin zu einem Kampfausschuß gegen die Zensur zusammengeschlossen, der am 11. März abends im Plenarsaal des Herrenhauses eine öffentliche Kundgebung gegen die Zensur veranstaltete. Sie wurde geleitet vom Reichsinnenminister Severing, der auch die Eröffnungsansprache hielt. Nach ihm sprachen zehn Redner als Vertreter der verschiedenen Verbände. Zum Schluß der Kundgebung wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Kampfausschuß von siebzehn kulturellen Verbänden lehnt jede kulturwidrige Absicht ab, die freie Entwicklung der Kunst, des Schrifttums und der Wissenschaft durch Wiedereinführung eines auch nur verschleierten Zensursystems zu hemmen. Er wird über den heutigen Abend hinaus durch Wachsamkeit und rechtzeitige Aufklärung eine dauernde Schädigung ideeller Interessen zu verhüten wissen. Der Kampfausschuß gegen die Zensur bleibt in Permanenz.“

Fachrundschau

Vom deutschen Zeitungswesen.

Eine Bulgariennummer der DAZ. Ihrer im Spätherbst vergangenen Jahres veröffentlichten sehr instruktiven Rumäniennummer hat die Deutsche Allgemeine Zeitung am 6. März eine zweite hervorragende Staatennummer folgen lassen, deren Gegenstand Bulgarien ist. Bedeutende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Geistesleben Bulgariens wie Deutschlands haben an der Nummer mitgearbeitet, die durch Betrachtungen des bulgarischen Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten, A. Buroff, und des gewesenen Ministerpräsidenten und gegenwärtigen Präsidenten der Sobranje, Alexander Zankoff, und durch Geleitworte des Kgl. bulgarischen Gesandten in Berlin, Professor Dr. Popoff, von bulgarischer, und des Gesandten des Deutschen Reiches in Sofia, Dr. Rümelin, von deutscher Seite, eröffnet wird.

Die „Frankfurter Zeitung“ bleibt selbständig. Gegenüber der kürzlich durch das „B. T.“ veröffentlichten Nachricht, daß die „Frankfurter Zeitung“ mit einem Berliner Zeitungskonzern in Verhandlungen stehe, die ganz oder teilweise einen Besitzwechsel bezweckten, teilt das Blatt selbst mit, daß daran kein wahres Wort sei. Es behalte nach wie vor seine traditionelle Selbständigkeit.

Jubiläum in der Voß. Die Reise-Beilage der „Vossischen Zeitung“ „Reise und Wanderung“ erschien am 15. März 25 Jahre lang. Des Jubiläums wurde in der Beilage vom 13. März mit einem interessanten Überblick über ihre Entwicklung gedacht. Ihr Schöpfer war der Chefredakteur der „Voß“ Hermann Bachmann.

Welt am Morgen — eine neue kommunistische Tageszeitung in Berlin. Unter dem Titel „Welt am Morgen“ soll in kurzem als Gegenstück zu der „Welt am Abend“ ein neues Morgenblatt kommunistischer Tendenz in Berlin herauskommen.

Die „Oppelner Nachrichten“ sind in den Besitz der Vera A.-G. übergegangen. Sie standen bisher dem Zentrum nahe.

Journalisten- und Schriftsteller-Organisationen.

Union der Ausländischen Presse in Brüssel. In der Jahresversammlung der Union am 9. März wurde der bisherige Präsident Petry vom „Temps“ Paris in Anerkennung seiner verdienstvollen und unparteiischen Leitung wiedergewählt. Er protestierte energisch gegen die Einschüchterungsversuche, die sich in den letzten Tagen in der belgischen Presse gegen die ausländischen Korrespondenten bemerkbar machten.

Die Vereinigung ausländischer Pressevertreter in Stockholm ist jetzt endgültig ins Leben getreten. Ihr gehören 35 Korrespondenten der verschiedenen ausländischen Blätter und Nachrichtenbüros als Mitglieder an. In der Leitung der Vereinigung sind folgende Journalisten vertreten: M. de Chessin, Agence Havas, Präsident, Dr. B. Brilioth, Swedish-International Preß Bureau, Vizepräsident, Captain Murray, The London Times, Schatzmeister, Dr. Langenfeldt, The London Oberserver, Schriftführer, Dr. Graßmann, Scherlverlag, Berlin, Dr. von Kessel, Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin, und Hansen, Aftenposten, Oslo.

Die Vereinigung der Auslandspresse in Washington wählte einen neuen Vorstand. Zum Vorsitzenden wurde der Vertreter der Havas-Agentur und zu seinem Stellvertreter der Korrespondent des Berliner Tageblattes Dr. Max Jordan bestimmt. Schriftführer wurde der Vertreter der Kanadischen Presseagentur.

Pressestellen und Presseämter.

Arbeitsgemeinschaft städtischer Nachrichten- und Presseämter. Am 4. März 1929 trat in Berlin der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft zu einer Sitzung zusammen, in der das Programm der diesjährigen Jahreshauptversammlung, die in der Zeit vom 24. bis 26. Mai in Stuttgart stattfindet, beraten wurde. Nach längerer Aussprache einigte man sich dahin, auf Freitag, den 24. Mai, nachmittags eine Vorstandssitzung einzuberufen, der am Sonnabend, dem 25. Mai, die Jahreshauptversammlung folgen wird. Im Laufe des Vormittags des 25. Mai sollen zwei Referate von führenden Persönlichkeiten gehalten werden, während am Nachmittag im Rahmen einer geschlossenen Mitgliederversammlung interne Angelegenheiten der Arbeitsgemeinschaft diskutiert werden sollen. Der Vorstand befaßte sich ferner mit der Frage der Ersatzwahl für den ausgeschiedenen früheren Leiter des Düsseldorfer Presseamts Lux, die in der Mitgliederversammlung vorzunehmen ist.

Neubesetzung der Pressestelle des Preußischen Kultusministeriums. Zum Leiter der Pressestelle beim Preußischen Ministerium für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung ist der bisherige Leiter der Volkshochschule in Jena Dr. Reichwein berufen worden. Ministerialrat Dr. Grimme, der bis jetzt die Pressestelle leitete, ist zum Vizepräsidenten des Provinzialschulkollegiums ernannt worden.

Eine Justizpressestelle beim Berliner Arbeitsgericht. Mit dem 11. März ist am Arbeitsgericht Berlin-Mitte eine besondere Justizpressestelle eingerichtet worden. Sie soll die Presse über Vorgänge beim Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht Berlin unterrichten und die Berichterstattung über die Rechtsprechung dieser Gerichte erleichtern. Zu ihrem Leiter ist Amtsgerichtsrat Glückstein ernannt worden.

Digitized by Google

Papier.

Zusammenschluß in der deutschen Papierindustrie. Zwei führende deutsche Zellstoff- und Papierkonzerne, die Feldmühle A.-G. in Stettin und die Reisholzgruppe in Düsseldorf, haben die völlige Verschmelzung ihrer beiden Unternehmungen beschlossen. Die übernehmende Gesellschaft ist Feldmühle, die zu diesem Zweck ihr Aktienkapital von 16,5 auf 26 Millionen heraufsetzt.

Aus der Organisation

Landesverband Mitteldeutschland.

Bezirksgruppe Ost.

Die Bezirksgruppe hielt in Torgau ihre Frühjahrs- und Hauptversammlung ab. Der Obmann Dr. Klauser-Liebenwerda gab einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit der Bezirksgruppe im verflossenen Jahre, das sich dank der Mitarbeit aller Kollegen fruchtbar erwiesen hat. Kollege Remelé-Delitzsch erstattete den Kassen- und Geschäftsbericht. Die Bezirksgruppe hat die Beitragsleistungen der Kollegen an den Landes- und Reichsverband regelmäßig gestalten können. Die Bemühungen, auch die weniger zahlungsfreudigen Kollegen zu regelmäßiger Entrichtung ihrer Beiträge zu veranlassen, sind noch nicht ganz erfolgreich gewesen. Dem Obmann und dem Geschäftsführer wurde für ihre Tätigkeit der Dank ausgesprochen, der durch ihre Wiederwahl besonders deutlich gemacht wurde. — Dem verstorbenen Verleger des „Liebenwerdaer Kreisblattes“ Curt Ziehlke, der der Bezirksgruppe und den Bestrebungen der Redakteure stets großes Verständnis entgegengebracht hat, wurde ein Nachruf gewidmet. — Im weiteren befaßte sich die Bezirksgruppe mit den schwebenden Angelegenheiten. Sie nahm Kenntnis von dem Stand der Reichsversorgungsanstalt/Reichsangestelltenversicherung, von den Plänen für die Schaffung eines Pressehauses in Berlin und von den verschiedentlichen Beschlüssen, die die Annahme von Freifahrkarten der Reichsbahn betreffen. Gerade diese Angelegenheit hat im Gebiet der Bezirksgruppe wiederholt die Gemüter erregt. Übereinstimmung besteht allgemein darüber, daß Freifahrkarten nicht angefordert werden sollen. — Mit der Beratung einiger interner Angelegenheiten schloß die Sitzung, der auch der in Torgau im Ruhestand lebende Altkollege Fricke beiwohnte. Es wurde beschlossen, die Sitzungen in Zukunft in Leipzig abzuhalten, weil es besser zu erreichen ist. Eine der Sitzungen des Sommers gilt der Besichtigung des neuen Landerziehungsheims in Eilenburg.

Der Verein Nassauischer Redakteure

hielt am Sonntag, dem 3. März, seine Jahreshauptversammin Wiesbaden ab. Nach dem Jahresbericht des ersten Vorsitzenden Fritz Günther ist die Zahl der Mitglieder auf 21 gestiegen infolge Hinzutritts von Kollegen an der Lahn und auf dem Westerwald. Auf der Verbandstagung in Köln waren drei Mitglieder des Vereins anwesend. Dort wurden insbesondere die Sozialenquete, die Pensionsversicherung der Reichsarbeitsgemeinschaft, die Bildung einer Zentralhilfskasse und die damit im Zusammenhang stehende Erhöhung des Mitgliederbeitrages verhandelt.

Die Jahresrechnung schloß in Einnahmen und Ausgaben mit 1683 RM. Das Vereinsvermögen beträgt einschließlich eines Saldos aus dem verflossenen Geschäftsjahr 400 RM. Der Hilfskasse des Vereins wurde ein Betrag von 200 RM zugewiesen.

Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Fritz Günther (Wiesbadener Tagblatt), 2. Vorsitzender B. E. Eisenberger (Neue Wiesbadener Zeitung), Schriftführer und Kassierer Bruno Trabert (Rheinische Volkszeitung), Beisitzer P. Jorschick (Biebricher Tagespost) und Hans Schneider-Diez. Es wurde beschlossen, die Sommertagung in Bad Ems abzuhalten.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse.

Bezirksverein Ravensberg in Bielefeld.

Die Jahreshauptversammlung tagte am 28. Januar im Hotel „Zu den 3 Kronen“ in Bielefeld. Vorsitzender Kollege Dr. Schmidt erstattete den Jahresbericht über die Arbeit des Vereins, der auf manchen Gebieten eine Klärung und Organisation der Berichterstattung, Film- und Kabarettkritik vorgenommen hat. Vorbereitungen im letzten Teil des Jahres galten der im Frühjahr in Bielefeld tagenden Hauptversammlung des Rheinisch-Westfälischen Verbandes. Die Mitgliederzahl hat sich im Verlaufe des Jahres von 11 auf 13 Mitglieder erhöht. Eine vom Kollegen Kühne beantragte Satzungsänderung, nach der ein zweiter Vorsitzender nicht mehr zu wählen ist, wurde einstimmig angenommen. Kollege Ahrend erstattete den Kassenbericht. Es erfolgte einstimmige Entlastung des gesamten Vorstandes. Bei den Wahlen zum Vorstand wurden gewählt: Kollege Dr. Schmidt (Wiederwahl) zum Vorsitzenden, Ahrend zum Schriftführer, Meyer zum Kassierer. Beisitzer: Herbst, Bielefeld und Raack, Minden. Altestenrat: Kühne, Kampmann, Dr. Havemann, als Stellvertreter: Dr. Lange, Dr. Baumgart, Preuß, Minden.

Kollege Kühne beantragte im Verlauf der Versammlung die Abhaltung von Kurzreferaten und Vorträgen in den Versammlungen des Bezirksvereins zum Zwecke der engeren Bindung und des Gedankenaustausches. Ferner beantragte er, die Zusammenarbeit mit den nachbarlichen Berufsorganisationen aufzunehmen. Ein dritter Antrag des Kollegen Kühne forderte die Einladung zu den Mitgliederversammlungen unter Bekanntgabe der Tagesordnung 5 Tage vor den Sitzungen. Alle drei Anträge wurden angenommen. — Ein Antrag Herbst auf Bearbeitung von Richtlinien zur Entschädigung der auswärtigen Mitglieder für ihre Reisekosten und Auslagen zur Teilnahme an den Sitzungen wurde ebenfalls angenommen. Nach Berichterstattung des Vorsitzenden Dr. Schmidt über die Arbeit innerhalb des Verbandes wurde die Sitzung geschlossen.

Verein Siegerländer Presse.

Chefredakteur Koll. Walter Weilshäuser (Siegener Zeitung) wünschte den Vorsitz in dem von ihm vor acht Jahren begründeten und bis heute geleiteten Verein niederzulegen. An seine Stelle tritt Koll. Heinrich Plitsch (Siegener Zeitung), Siegen.

Personalien

Redakteur Anton Frey wurde zum Chefredakteur des „Deutschen Volksblattes“ in Stuttgart ernannt; er ist seit zwei Jahren bei der Schwabenverlag A.-G. tätig.

Dr. ing. h. c. Gustav Fuchs †. In der Nacht zum 9. März ist der Verleger der „Danziger Neuesten Nachrichten“ Gustav Fuchs, Dr.-Ing. e. h., im Alter von 72 Jahren gestorben. Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ sind seine Gründung. Er rief sie 1894 ins Leben und hat sie durch 35 Jahre hindurch erfolgreich bis zu ihrer heutigen Höhe geführt. Fuchs, der seit 35 Jahren mit dem politischen und wirtschaftlichen Leben Danzigs aufs engste verbunden war, gehörte dem Vorstande des Vereins deutscher Zeitungsverleger an. Bis zur Abtrennung Westpreußens vom Reich war er

Digitized by Google

Vorsitzender des Vereins der Zeitungsverleger der Provinz Westpreußen, nach der Begründung der Freien Stadt Danzig Vorsitzender des Danziger Zeitungsverlegervereins. Im politischen Leben Danzigs spielte er, wie erwähnt, eine große Rolle. Seit 1899 war er Stadtverordneter, seit 1920 Stadtrat. Im gleichen Jahre wurde er zum nebenamtlichen Senator gewählt. Anläßlich seines 70. Geburtages im Jahre 1927 verlieh ihm die Technische Hochschule Stuttgart in Anerkennung seiner Verdienste um das geistige Leben Danzigs die Würde eines Dr.-Ing. h. c. Fuchs war auch Aufsichtsratsvorsitzender des „Stuttgarter Zeitungsverlages" (Stuttgarter Neues Tagblatt und Württembergische Zeitung) sowie Mitglied des Aufsichtsrats der „Münchener Zeitung". Mit Württemberg verbanden ihn, den geborenen Württemberger, stets besonders enge Beziehungen. Ein Zeitungsfachmann von Ruf ist mit ihm dahingegangen.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Badischen Presse. Red. Dr. Stefan Kayser (Neue Mannheimer Zeitung), Mannheim, Seckenheimer Straße 30a; Red. Hellm. Schlien (Mannheimer Tageblatt), Mannheim, Beethovenstr. 18.

Bezirksverband Berlin. Erwin Arnheim (Drogisten-Ztg.), W. 30, Kyffhäuserstr. 21; Richard Bölcsey (Völkermagazin), W. 62, Schillerstr. 4; Otto Nairz (Sendung), Potsdam, Neue Königstr. 21; Dr. Karl Vogt (Reichszollbeamter), Zehlendorf, Heimat 54; Kuno Ockhardt (Ullst.), Friedenau, Handjerystr. 28. — Streichung zurückgenommen: Franz de Paula Rost Neukölln (Land), Grenzallee, Frohe Stunde; H. Wistuba, Tempelhof, Theodor-Francke-Str. 4.

Verein Niedersächsische Presse. Dr. Josef Bretzler (Leiter der Pressestelle beim Reichsverband des Deutschen Handwerks), Hannover, Albert-Niemann-Str. 14; Dr. Wilhelm Piepenbrinck (Lippische Tageszeitung), Detmold, Externstraße 11.

II. Neuanmeldungen.

Landesverband der Badischen Presse. Red. Dr. Haufler (Badische Presse), Karlsruhe, August-Dürer-Str. 3; Red. Wilhelm Nagel (T.U.), Mannheim, O. 6. 6.

Landesverband der Bayerischen Presse. Oskar Stark (Bayr. Rundschau), Gerlinden, Post Maisach bei München.

Bezirksverband Berlin. Paul Popper (Ullstein); Max Bernardi (Mitarb.), K. A. Traum (Fachzeitschriftst.).

Verein Niedersächsische Presse. Verein Bremer Presse. Dr. Walther Schulz (Weser-Ztg.), Bremen.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Bochumer Presse. Dr. jur. Fritz Kersting (Chefred. d. Bochumer Anz.), Bochum, Alleestr. 8 III. Verein Dortmunder Presse. Joseph Schäfer (Castrop-Rauxeler Volksztg.), Castrop, Kirchplatz 11. — Presseverein Münster. Hch. Schmitt (Westf. Merkur), Münster, Breuel 15; Jos. Urban (Münstersche Ztg.), Münster, Ferdinandstr. 3; H. Dierksmeier (Zeno), Münster, Hammerstraße 154. — Verein der Saarpresse. Martin Vogel (Saar- und Bliesztg.), Neunkirchen, Alexanderstr. 14.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband der Badischen Presse. An den Landesverband Württemberg überwiesen: Dr. Friedr. Harzendorf, bisher Singen, nun Göppingen (Chefred. d. Hohenstaufen). — Überwiesen vom Landesverband Württemberg: Josef Straub, jetzt Neustadt/Schwarzw., Jakobistr. 16 (Hochwächter a. d. Schwarzwald).

Bezirksverband Berlin. Überwiesen nach Rheinland-Westf.: Dr. A. Zacherl; nach Niedersachsen: Dr. Contzen.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Braunschw. Presse. Koll. Dr. Heinrich Bauer, Wolfenbüttel, nach Stettin, Friedrich-Karl-Str. 27, verzogen (Pommersche Stimmen) und d. Provinzialverband Pommern überwiesen.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Dortmunder Presse. Überwiesen an den Presseverein Münster: Dr. Bernh. Stolz (Pressestelle Provinzialverwaltung Münster). — Bezirksverein Linker Niederrhein. Vom Bezirksverband Berlin überwiesen: Dr. Karl Zacherl, Cleve (Volksfreund). — Presseverein Ruhr-Emscher. Vom Verein Niedersächs. Presse überwiesen: H. Torbeck (Recklingh. Volksztg.), Recklinghausen.

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband der Badischen Presse. Verstorben: Otto Balla, Wiesloch; Heinr. Gerhardt, Karlsruhe; Rudolf Proschky, Karlsruhe. — Wegen Nichtzahlung des Beitrages gestrichen: Redakteur Oskar M. Göppert, Karlsruhe; Redakteur Franz Wilhelm Mohr, Heidelberg; Redakteur Dr. Richard Philipp, Freiburg; Redakteur Fritz Simon, Karlsruhe.

Landesverband der Bayerischen Presse. Ausgetreten: Dr. Huldschiner, München, wegen Übersiedlung nach Innsbruck.

Bezirksverband Berlin. Ausgetreten: Dr. V. Domke. — Gestrichen: H. Brennert, Karl Fischer, L. Kreindler, H. Philippi.

Landesverband Mitteldeutschland. Gestrichen: Walter Morgenroth, Pößneck.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Düsseldorfer Presse. Ausgetreten: Rud. Helbing, Platanenstr. 26. — Verein Essener Presse. Gestrichen: wegen Nichtzahlung: Strötgen, Werden. — Verein Kölner Presse. Ausgetreten: Dr. Plettenberg. — Bezirksverein Linker Niederrhein. Ausgetreten: Carl Traut, Krefeld. — Verein der Saarpresse. Gestrichen wegen Nichtzahlung: Hagn, Saarbrücken.

Büchermarkt

Carl Schurz, „Der Deutsche und der Amerikaner". Zu seinem 100. Geburtstage am 2. März 1929 herausgegeben im Auftrage der Vereinigung Carl Schurz, Berlin, von Anton Erkelenz, M. d. R., und Dr. Fritz Mittelmann, M. d. R. Uebersetzungen und Schriftleitung: Dr. Gertrud Ferber, Geschäftsführerin der Vereinigung Carl Schurz, Sieben-Stäbe-Verlags- und Druckereigesellschaft m. b. H., Berlin 1929.

Das Gedenkbuch, das die Vereinigung Carl Schurz, die seit 8 Jahren im Sinne dieses größten Deutschamerikaners arbeitet, indem sie Brücken zwischen den beiden Nationen zu schlagen bemüht ist, zum 100. Geburtstage von Carl Schurz soeben herausgegeben hat, ist ein außerordentlich verdienstvolles Werk. Es beleuchtet den großen Deutschamerikaner durch Aufsätze aus den Federn bekannter deutscher Politiker und Wirtschaftler und bringt eine Fülle von Aktenstücken und bisher unveröffentlichten Dokumenten und Briefen über ihn und seine Werke. Reicher Bilderschmuck ist dem Buch beigegeben. An dem Buche haben u. a. auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann und der deutsche Botschafter in Washington mitgearbeitet, ein Beweis dafür, wie die Veröffentlichung sowohl in Amerika wie in Deutschland gewertet wird. Das mit großer Sorgfalt zusammengestellte Werk wird jeden Schurzfreund erfreuen; es bietet eine willkommene Bereicherung der Schurzliteratur.

Der Dürer-Kalender 1929. Herausgeber Karl Maußner, Sieben-Stäbe-Verlags- und Druckereigesellschaft m. b. H., Berlin NW 6. Preis 3.— RM.

Aus wirtschaftlichen Gründen hat der Jahrgang 1928 des Dürer-Kalenders nicht erscheinen können. Erfreulicherweise ist es jedoch gelungen, diesen Kalender, der unter den deutschen Kalendern eine besondere Stellung einnimmt, in bester Ausstattung und zum ersten Male in zweifarbigem Druck wieder herauszubringen. Er zeichnet sich aus durch hervorragende Wiedergabe von teilweise völlig unbekannten Handzeichnungen alter und neuer Meister. Sämtliche Blätter des Kalenders tragen auf der Rückseite Verse des Schrifttums von Lassie bis auf unsere Tage; der Graphiker Paul Pfund brachte sie in eine zeitgemäße, künstlerische Form. Dem Kalender ist eine weite Verbreitung sicher.

Zeitungskatalog Rudolf Mosse 1929. Der allen Fachkreisen bekannte Mossesche Zeitungskatalog ist soeben für 1929 (55. Ausgabe) erschienen und bildet, wie immer, so auch in diesem Jahre ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle Fragen der Zeitungs- und Zeitschriftenreklame. Als Neuerung ist eingeführt die alphabetische Wiedergabe der Zeitungen innerhalb ihres Erscheinungsortes. Besonders wertvoll für die Benutzung des Kataloges ist das ihm beigegebene 30 Seiten umfassende Kartenwerk, das die Länderkarten ganz Europas und Deutschlands umfaßt.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Inhaltsangabe:

Die Konjunktur des Handelsredakteurs. Von Dr. K. E.
Bildtelegraphie in der Zeitung. Von J. F.-H.
Mehr Journalismus. Von Dr. Hahn-Schleswig.
Die Erziehung des Redakteurs. Von Paul Lindenberg.
Die Stimme eines Verlegers.
Eine Kundgebung gegen die Zensur.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.
Büchermarkt.

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68. Zimmerstraße 36.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 12 *Berlin, den 23. März 1929*

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Würde der Journalistik.

Von Dr. Alfred Frankenfeld-Hamburg.

Vielleicht ist es nicht einmal so sehr zweckmäßig, immer wieder die Frage nach der öffentlichen Geltung unseres Berufes zu stellen. Vielleicht täten wir besser, in stiller und zäher Emsigkeit an der Tilgung der uns anhaftenden Standesschäden zu arbeiten und es im übrigen ruhig dem öffentlichen Urteil selbst zu überlassen, unsere Arbeitsleistung im gehörigen Maße und an richtiger Stelle einzuschätzen. Denn, so kann man folgern: Wer immer so laut ruft, der muß etwas zu verkünden haben, was eben trotz aller jahrelangen Rufe mehr oder minder noch ohne hinreichendes Echo verhallt ist, und wer immer wieder auf seine eigene Bedeutung hinweist, der muß an irgendeiner Stelle Schwächen fühlen, die ihm diese permanente Erregung der öffentlichen Aufmerksamkeit notwendig erscheinen lassen.

Geben wir es ruhig zu: Natürlich haben wir, wie auch alle anderen Berufe, unsere großen ungetilgten Schwächen. Aber ich glaube, sie sind es nicht, die uns immer wieder veranlassen, auf unsere allgemeine gegenwärtige Standeslage hinzuweisen. Sie haben, scheint es, mit unserem berechtigten Berufsgefühl nicht viel zu tun; denn dieses gründet sich schließlich, wie jede berufliche Würdigung, auf öffentliche Leistungen. Die Leistungen aber, die im ganzen genommen die deutsche Presse heute auf dem weiten Gebiet der öffentlichen Unterrichtung vollbringt und deren Einflußstärke für die Gestaltung aller öffentlichen Angelegenheiten von ganz überragender Bedeutung ist, sind doch wohl im allgemeinen unbestritten, und wer sie leugnen sollte, begeht nichts weiter, als eine große Ungerechtigkeit an einem gut Teil seiner eigenen Bildung. Denn was heute die Bildung des einzelnen erfüllt — als Produkt von Wissen und Erkenntnis — ist ohne Zweifel zu einem ganz wesentlichen Teil Ergebnis des vom Tagesschrifttum unablässig Übermittelten. Schule, Erziehung, Bücher, Leben, Verhältnisse haben ihre bestimmten Einflüsse: Der stärksten einer für die Haupt-Periode der menschlichen Lebensbetätigung in jedem Kulturland bleibt die Tagespresse.

Wir sind stolz darauf, daß man uns anerkennt. Wir freuen uns der Eroberungen, die wir im zähen Kampf in Staat und Gesellschaft und der Öffentlichkeit überhaupt gemacht zu haben scheinen. Aber Stolz und Freude — so berechtigt sie auch immerhin sein mögen —, dürfen über eines nicht hinwegtäuschen: Man liebt, allgemein gesagt, bei uns die Journalisten nicht, wenn man sie auch vielfach mit geflissentlicher Auszeichnung behandelt: man ehrt die Presse, weil man sie braucht und weil man sie — fürchtet. Man schätzt vielleicht einige wenige unter unseren führenden Standesgenossen um ihrer hervorragenden schriftstellerischen und sonstigen Qualitäten willen (man kann sie an den Fingern abzählen), aber den einzelnen Typus „Journalist" schätzt man gemeinhin nur in dem Grade, wie man ihn eben zu bestimmten Zwecken braucht. Noch immer glaubt man, namentlich in den Kreisen des gebildeten Mittelstandes, unter Beamten, und Gelehrten, an das Wort, daß der Journalismus im Grunde die letzte Zuflucht eines verfehlten Berufes, gescheiterter Existenzen sei. Mit kaum verhaltener Geringschätzung wendet sich etwa der deutsche Durchschnittsgelehrte noch immer von der „Tagesliteratur" ab, und nur so konnte beispielshalber ein sehr bekannter Vertreter der Literatur-Wissenschaft vor festlicher Versammlung kürzlich im Brustton innerster Überzeugung widerspruchslos aussprechen, daß Gotthold Ephraim Lessing Gott sei Dank kein Journalist gewesen, daß er nie „in das polternde Drauflosreden und die sentimentale Denkungsart verfallen sei, die den Journalismus kennzeichne". In einer Arroganz des Wissens um die alleinige Wahrheit und die alleinige geistige Würde sondergleichen wird so von der stolzen Katheder-Höhe der Gelehrsamkeit verkündet, daß eben Journalismus gleichbedeutend sei mit Schein und Lüge, daß es darum eine eigentliche Würde des Tagesschrifttums nicht geben könne, daß letzthin eben damit auch seine öffentliche Bedeutung gerichtet sei, und — last not least — damit das lauter oder leiser ausgesprochene Votum der Geringschätzung, wenn nicht Verachtung, für die „Journaille" völlig zu recht bestünde. Um noch eines zu nennen: welchen Grad von Achtung auch konnte jener hohe hamburgische Richter uns Journalisten entgegenbringen, wenn er in einem großen, weit über die Grenzen der Stadt hinhallenden Prozeß das geradezu klassische Wort prägte: „Alles, was eine Zeitung fabriziere, sei in dubio falsch?"

Ohne daß hieran anschließend etwa in eine reizvolle Betrachtung des Wahrheitsbegriffes in seinem Verhältnis zu Wissenschaft und Justiz verfallen werden soll, gilt es für uns, sich mit derartigen Einstellungen maßgeblicher sozialer Kreise unseres Volkes ernstlich und unermüdlich auseinanderzusetzen. Der Kampf geht ja um das Ziel, dem Zeitungs-Schrifttum als solchem in den weitesten und geistig gebildeten Kreisen endlich diejenige Achtung zu verschaffen, die es schlechterdings verdient. Es geht damit zugleich um eine gesteigerte geistige Achtung

Digitized by Google

mit allen ihren sozialen Folgen für diejenigen, die sich mit Stolz Berufsjournalisten nennen.

Durch manche Neuerungen ist uns fraglos dieser Kampf erleichtert worden. Die amtlichen Pressestellen, man mag sich im Prinzip zu ihnen stellen wie man will, haben der persönlichen Fühlungnahme zwischen Journalisten und den hervorragenden Beamten und Vertretern der Öffentlichkeit neue Wege eröffnet und in vielen Fällen Vertrauensverhältnisse angebahnt, gegründet auf gegenseitige Achtung. Voraussetzung dafür war in den meisten Fällen, daß die Presse-Amtsleiter aus dem Journalistenstand hervorgegangen sind, also über jenige Einfühlungsgabe verfügten, unmittelbare Verdungen auf psychologisch-gesicherter Basis herzustellen.

Dies wird sich um so mehr ermöglichen, wenn das als Zwischenglied fungierende amtliche Pressеorgan diese notwendige Fühlung auf dem Verhältnis gleichberechtigter Verhandlungs-Partner zu halten weiß; erst dann wird er ja den wirklichen Interessen des kritischen Tages-Schrifttums und denen der Behörde selbst gerecht, die mit dauerndem Erfolg zu öffentlichem Nutzen nur mit einer innerlich vollkommen unabhängigen und öffentlich gleichberechtigten Presse-Vertretung arbeiten kann. Es ergibt sich daraus für uns die redaktionelle Folgerung, den Verkehr mit den Behörden und überhaupt der beamteten Außenwelt nur durch solche Mitarbeiter absolvieren zu lassen, die ihre geistige Gleichberechtigung durch Wissen und Verantwortung für das, was sie schreiben, und durch ein möglichst hohes Wissen um die Sache, über die sie berichten und sich zu informieren haben, stets zu erweisen vermögen. Anerkennung wird demjenigen nie fehlen, der auf solcher Grundlage mit den berufenen Vertretern der Außenwelt verkehrt. Das Resultat davon aber bedeutet soziale Steigerung der Presse schlechthin.

Überhaupt — und letzthin kommt darauf alles an, — hüten wir uns, dem urteilslosen und kenntnislosen Typ einer gewissen Reporter-Kategorie Oberhand über den Charakter unserer Zeitungen zu lassen. Was in den Vereinigten Staaten mit ihrer völlig anders gearteten sozialen Struktur mancherorts möglich scheint, in Deutschland, dem Lande der niemals aussterbenden geistigen Individualitäten, wird es niemals möglich sein! Mit dem Charakter unserer deutschen Zeitung steht und fällt die Achtung, die unser Beruf besitzt, steht und fällt die Würde der deutschen Tages-Schriftstellerei.

Man braucht sich nicht mit den hinterwäldlerischen Manieren eines gewissen Durchschnitts-Gelehrtentums weiter auseinanderzusetzen, weil sie die Arroganz der Unwissenheit um die Presse zu deutlich an der Stirn tragen. Sie würden indessen Recht haben mit ihren Anschauungen vom Journalismus und Recht haben mit ihrer Meinung von den Leuten „ohne Wissen und Charakter“, wenn wir unsere Blätter immer mehr einrichteten als Instrumente für die Bedürfnisse irgendwelcher Massen-Instinkte.

Diese Gefahr wird gewiß für seriöse Zeitungen, zumal im politischen und Handelsteil, nicht allzu schwer wiegen, wohl indessen hat an Raum und Sensationsbedürfnis so manche ehedem charaktervolle Zeitung ihrem sogenannten allgemeinen Teil amerikanisierende Freiheiten eingeräumt, die in ihrer permanent sich steigernden Erscheinung den Gesamtcharakter des Blattes entscheidend verändern. Man sagt: „Das lesen die Leute gern!“ und sicher besteht die auch statistisch nachgewiesene Behauptung zu recht, daß ein wesentlicher Teil der durchschnittlichen Leserschaft sich an den in der Zeitung sich wiederspiegelnden Vorgängen des unkomplizierten, unpolitischen Daseinskampfes mehr vergnügt als an der Wissenschaftlichkeit des Handelsteils oder der ernsten Urteilsfindung des politischen Leitartiklers. Aber gerade darum, weil das Durchschnitts-Massenpublikum sich dem Stoff gegenüber so verhält und die Zeitung dem als Redaktion und Geschäft notwendig irgendwie Rechnung tragen muß, erwächst der Kategorie des sogenannten Allgemeinen Teils eine besonders verantwortungsschwere Aufgabe. In noch verstärkterem Maße als für den übrigen Teil des Blattes müßte sie sich ihrer pädagogischen Rolle bewußt sein und ohne moralisierend wirken zu wollen, in Berichterstattung und Redigierung beratend und führend, aus dem bunten Spiel des menschlichen Lebens das für die Fortbildung und Erziehung der Menschen — Erziehung im weitesten Sinne des Begriffes — Erforderliche herauszustellen versuchen. Die wahre Würde der Tagesschriftstellerei ist heute mehr denn je in die Feder dieser Redakteure gelegt. Grauen und Schrecken aller Verbrechen, Tragik und Verhängnis, alle Schattenseiten menschlichen Lebens haben ja letzthin in sich den Keim des Guten und Erzieherischen. Bildenden und Gesunden. Nur dort, wo über alle Grenzen dumpfen Neugiertriebes hinaus in maß- und rücksloser Sensationshast gearbeitet wird, ruft man die [illegible]chen, wahrhaft zersetzenden Instinkte heraus und [illegible]et damit jede höhere Aufgabe als öffentlich ver[illegible]cher Journalist, begibt sich damit zugleich des[illegible] den die Zeitung erstrebt. Es müßte ein unge[illegible] Ehrenkodex zwischen den deutschen Tages[illegible]schriften sein, Grenzen der Sensations[illegible]zeitungen zu wahren. Redaktionen und Verlage [illegible] Reporter der gesund empfindenden Massen, die hätten den [illegible]liche Anerkennung der Presse schlechthin damit verdient.

Verlage und Redaktionen, wie auch sonst unbedingt verbunden, haben ein gemeinschaftliches Interesse daran, die Würde der Journalistik durch Wahrung einer angemessenen sozialen Stellung der in ihr Tätigen zu festigen. Es nützt auf die Dauer gesehen keinem Zeitungsverlag, sich etwa journalistische „Stars“ zu märchenhaften Honoraren zu engagieren, um für die Masse der übrigen Mitarbeiter des Blattes um so geringeres soziales Interesse zu bekunden. Jeder Mitarbeiter einer Zeitung wird von der Öffentlichkeit als ihr Repräsentant gewertet und mit der Würdigung des einzelnen steht und fällt letzthin das Ansehen der Zeitung. In dieser Beziehung ist ganz besonders in der Frage der Lokal-Berichterstatter gesündigt worden, derjenigen Mitarbeiter, die etwa bei Tagungen und Kongressen an den Pressetischen ganz besonders der öffentlichen Aufmerksamkeit persönlich ausgesetzt sind. Mit welcher Indolenz hier mancher Verlag selbst großer Zeitungen nur oft stillschweigender Toleranz der verantwortlichen Redaktionen verfährt, ist grotesk und für uns alle tief beschämend. Eine Aufgabe vornehmlich der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse müßte es sein gerade in dieser sehr wichtigen Frage helfend und konsolidierend einzugreifen. Taktvolles Benehmen und selbstverständliche Zurückhaltung sollten geradeso zu den Erfordernissen des Journalisten gehören wie sein angeborenes Talent, etwas schnell und zuverlässig darzustellen und schreiben zu können. Schon darin Tätige ist berufen und verpflichtet, das Interesse des ganzen Standes, die Würde der Journalistik in sich selber zu repräsentieren. Er dient damit zugleich der ganzen deutschen Intelligenzgemeinschaft, die endlich aus dem Zustand des [illegible]ideten Parvenu in allen ihren Teilen herauskommt. Die organisierte Verbandsarbeit des Reichsverbands würde sicher eine höchste Aufgabe erfüllen, wenn deutsche Journalistenschaft immer [illegible] solchen Zweck die erziehungsgemeinschaft [illegible] einer Selbstihrer selbst, zum Nutzen ihrer Zeitung und zum tieferen Vorteil der ganzen sie mit dem Blatt kontrollierenden Nation.

Wer als Wissenschaftler, [illegible]ter, als [illegible] Gebildeter die Journalistik gewiß [illegible] als das ausgemachte Prinzip der Vergänglichkeit [illegible]erachtet und die Ewigkeit der sogenannten wissenschaftlichen Erkenntnis preist, der hat, darüber können uns beruhigen, die unerhörte Bedeutung der große[illegible]presse in historischer, wirtschaftlicher, soziologischer [illegible]

sicht überhaupt noch nicht erkannt. Nichts ist unvergänglicher heute als die täglich sich in unsern Blättern erneuernde Kombination von Technik und Geist, nur daß der in der Presse Schaffende selbst, der Journalist, den Ewigkeitswert seiner Schöpfung, die große geistige Ausstrahlung seiner auf Charakter, Willen, Wissen und Verantwortung gegründeten Leistung nicht etwa so verfolgen kann wie der Gelehrte, dessen Werke anderen als willkommenes Neumaterial dienen. Die tragische Würde journalistischer Arbeit liegt in dem ständigen Schaffen für eine mehr oder minder unsichtbare Welt, um die er sich müht, ohne Hoffnung, vom akademischen Lorbeer bekränzt zu werden, lediglich ganz hingegeben dem lebendigen Rhythmus der Zeit, dem er mit derselben Verantwortung für Wahrheit und Wirkung dienen will, wie jeder andere anerkannte geistige Beruf.

Behördenseligkeit.

Von G. Scheuffler, Erfurt.

Spranger, der Pädagoge, hat vor der „Verschulung Deutschlands" gewarnt. Wir müssen vor der Bureaukratisierung der Presse warnen. Sie, die das gesellschaftliche, wirtschaftliche und staatliche Leben ordnend in ihren Spiegel aufnimmt und gestaltend durch Kritik und Vorschläge fördert, kann sich auch in der Struktur von den Einflüssen der Zeit nicht freihalten. Die Zeit aber liebt, trotz gegenteiliger, noch längst nicht beherrschend hervorgetretener Tendenzen, die Abstempelung. Deutschland ist verschult. Hier wird der Wettbewerber, dem nicht eine Prüfung das Wertzeichen aufgedrückt hat, kaum noch zum Kampf um Brot zugelassen. Nur wem die Schulen den Segen „fürs Leben" mitgegeben haben, der kann noch hoffen. Doch wie lange? Daß die Zivilsupernumerare glauben, ohne das Reifezeugnis außerstande zu sein, die Akten zu füllen — daß die Flieger mit den Sphären lateinisch reden sollen, weil es doch nötig ist, um ein Flugzeug anständig durch die Wolken zu führen: sind nur Episoden. Bald wird der Bierkutscher, der sehr nützliche und ehrenwerte, mit irgendeinem Titel ausgestattet sein müssen, wenn er noch bestehen will. Dann aber haben wir es geschafft, wirklich geschafft. Denn wenn sich keiner mehr vor dem andern durch schulmäßige Bildung abhebt, wird man sich endlich, wie in Amerika, das, was der Mann unmittelbar leistet, und nichts anderes ansehen. Glückliche Zeiten. Sie sind noch längst nicht da. Erst recht nicht für die Presse. Sie ist zu einem beträchtlichen Teil den Sünden der Zeit, die ich etwas charakterisieren mußte, verfallen. Sie muß diesen Sünden verfallen sein, weil sie einen nicht unwichtigen Bestandteil der Zeit bildet. Sie braucht den Übeln nicht ganz verfallen zu sein, weil sie über den Dienst an der Gegenwart hinaus zukunftweisend sein soll und darum nach neuen Wertungen sucht.

Ich denke nicht daran, den Verlegern oder den Chefredakteuren zu sagen, daß die Grundsätze für die Anstellung von Kräften revisionsreif sind. (Übrigens spreche ich in keiner Hinsicht pro domo). Ich denke ferner nicht daran, das Geheimnis auszuplaudern, daß der Mann in der Schriftleitung immer mehr der Gefahr ausgesetzt wird, gemäß den Vorbildern, die die Zeit ringsum aufrichtet, zum Beamten und zum bloßen Organisator herabzusinken. Mich interessiert heute vielmehr die (wie sag ich's meinem Kinde?) behördlich orientierte Haltung der Zeitung nach außen. Um es einmal roh auszudrücken: wir werten die Behörden im allgemeinen zu hoch. Wie liegen denn die Dinge wirklich? Ein paar Beispiele:

Ein allgemeines Aufhorchen, wenn eine „amtliche Stelle" sich äußert. Die Spalten öffnen sich weit, wenn ein Vertreter der Behörde etwas, und wenn auch recht Dürftiges, zu sagen hat. Unter jedem Artikel ist der Beamte als Verfasser mit allen Titeln und Ehrenzeichen vermerkt. Der Herr Baurat äußert sich als Vertreter der Stadt bei dem Jubiläum einer Baufirma. Es sind Höflichkeitsphrasen, die er von sich gibt. Aber der Herr Berichterstatter zückt den Bleistift, und am andern Tag stehts in der Zeitung. Und zwar mit logischen Sätzen. Das ist nämlich das Erheiternde: Der Herr Redner darf unlogisch sein. Das ist sein gutes Recht. Der Zeitungsbericht aber, der den Sinn der Rede wiedergibt, muß logisch sein, und dafür muß wieder der Berichterstatter sorgen. Das ist seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit. Wie stolz wird mancher Recke des öffentlichen Lebens morgens am Kaffeetisch seine Geistreichigkeiten lesen, von denen er nicht gewußt hat, daß sie sich so glatt herunterlesen. Vielleicht wird er sich sogar wundern, daß er so geölt redete, und er wird sich ermutigt vornehmen, nun erst recht die Rednertribüne zu besteigen und die Zeitgenossen zu beglücken.

Für manche Zeitungen ist sogar die bloße Tatsache, daß die und die Behördenvertreter an einer Veranstaltung teilnahmen, im übrigen aber eine stumme Statistenrolle spielten, Anlaß genug, in der Einleitung des Berichts zu verkünden: „Als Vertreter der Behörden nahmen teil . . ." Ein solches journalistisches Verhalten erkennt an, daß die Vertreter der Behörden nicht mehr und nicht weniger als das Maß sind, mit dem gemessen wird. Eine solche Einstellung entspricht aber nicht den Tatsachen, trägt allerdings immer mehr dazu bei, daß die Heraushebung sachlich berechtigt erscheint. Unwillkürlich entsteht beim Leser das Gefühl: was würden die Zeitungen ohne Behörden anfangen? — wenn er tagtäglich die Hinweise auf behördliche Verlautbarungen liest, die die Zeitung selbst durch eigene Feststellungen ersetzen könnte. Ich denke da daran, daß viele Zeitungen neuerdings während der Kältewelle die Nachricht abdruckten, daß die Flugwetterwarte, die sich am Ort des Erscheinens der Zeitung befand, die Temperatur gemessen und soundsoviele Grad Kälte in verschiedenen Zeiten festgestellt hat.

Weil die Behörde jetzt im öffentlichen Leben oben schwimmt, viel mehr und selbstgewisser als vor dem Krieg, darum schwimmt sie heute in den Zeitungen oben. Und nicht nur in den Zeitungen. Sie drängt sich sogar in die geistige Leitung der Zeitung, indem sie es verstanden hat, sich auf anständige Weise einen Platz „hinter den Kulissen" zu sichern. Das hat die Behörde durch noble Gesinnung fertiggebracht. Sie richtete Pressestellen und damit — bessere Zensurstellen ein. Hand aufs Herz: in welcher Stadt hat denn eine amtliche Nachrichtenstelle der Presse wirklich etwas genützt? Der bisherige Erfolg war eine Uniformierung, die nicht scharf genug abgelehnt werden kann. Was darüber ist, geht auf eine irgendwie geartete Bindung hinaus. Die Behörde ruft die Pressevertreter zu einer Besprechung zusammen. Sehr richtig. Man lernt sich kennen, bespricht einen schwierigen Fall, wendet die Für und Wider und läßt sich informieren. Nichts zu sagen dagegen. Man erhält ja Material aus klaren Quellen. Wieder sehr richtig — wenn das Material nicht eben doch ausgewählt wäre. Es kann ja gar nicht anders sein. Sind infolge der offenen behördlichen Unterstützung mit Material die Zeitungen um soviel besser geworden? Die Antwort will ich mir versagen. Nur andeuten möchte ich, daß es früher im gleichen Maß wie heute das Verhältnis der Presse zur Behörde „freundschaftlicher" wird, mehr geistig selbständige Journalisten gegeben hat. Der Theaterkritiker hatte schon Recht, der mir sagte, er verkehre grundsätzlich nicht

Digitized by Google

mit Schauspielern und Theaterdirektoren, die seiner beruflich ausgeübten Kritik unterstehen.

Hiermit komme ich auf das Grundübel zurück, an dem unsere Zeit und damit die Zeitung krankt. Wir leben nicht nur in einem Beamtenstaat (das ist ohne jede politische Absicht, nur als Tatsachenfeststellung gesagt), sondern die Behörde spielt heute in der Öffentlichkeit eine ungebührlich große Rolle. Es herrscht eine Behördenpsychose. Die Zeitung unterstützt sie, nicht absichtlich, mehr aus Höflichkeit. Aus der Form steigt aber allmählich die Hydra heraus. Nun eine letzte Frage: Ist denn dieser Zustand verdammenswert? Soll denn die Behörde nicht führen? Ob sie soll oder nicht — sie führt heute nicht, zumindest nicht allein. Wenn dennoch so getan wird, als ob die Behörde die große Lokomotive wäre, wird eine Unwahrheit großgezogen, die, an sich schon verwerflich, für das öffentliche Leben insofern verderblich werden kann, als sie, ganz allgemein, mehr dem Schein als dem Sein dient, im Besonderen aber dem Journalismus im Bewußtsein der großen, ohnehin nicht sehr urteilsfähigen Menge eine bescheidene Nebenbedeutung als Vermittler behördlicher Auslassungen zuweist. Daß der Journalist aus falsch verstandener Bescheidenheit tatsächlich zu dieser Umwertung beiträgt, ergibt sich daraus, daß er seine eigene geistige Leistung, die doch in der Zeitung wirklich nicht die schlechteste ist, hinter schwächlichen Zeichen und Buchstaben verbirgt. Wir sollten dieses Versteck endlich verlassen. Nur mit unserem Namen können wir uns im Publikum verankern. Sonst sind und bleiben wir die Namenlosen, die, wenn es eben so paßt, heimatlos von Stadt zu Stadt, von Stellung zu Stellung ziehen, bis wir, ausgepumpt, einsam untergehen.

Nicht Widerhaarigkeit gegen die Behörde predige ich also, sondern Sachlichkeit im Bericht über ihr öffentliches Auftreten: zugunsten des berechtigten Selbstwerts des Journalisten. Der Einwand, den ich im Geist höre: wir kritisieren die Behörden ja ohnehin, beseitigt nicht den heute bis dorthinaus gesteigerten Brauch, die Behörde besonders bei Repräsentationsgelegenheiten unnötig hervorzuheben. Aus dieser Spielerei wird allmählich bitterer Ernst. Wir sehnen uns nicht nach jenen Gefühlen des Stolzes, von denen einst die Verleger der Kreisblätter als Publikationsorgane der Behörden in völlig andersgearteten Verhältnissen erfüllt waren. Wir wollen keine bureaukratische Presse, in welchen Formen auch immer; wir wollen die geistige Selbständigkeit der Presse in keiner Weise gefährden lassen.

„Hilfe, Hilfe — die Reklame!"

Unter dieser Überschrift veröffentlichte die „Frankfurter Zeitung" in ihrer Nr. 207 unter dem Strich einen sehr interessanten Artikel, der die Frage aufrollt, ob die Zeiten etwa vorbei seien, in denen Schriftsteller, also „Verfasser von Romanen, Dramen, Weltgeschichten, Aufsätzen, Satiren" ihre Erzeugnisse, wenn überhaupt in der Zeitung, nur in den redaktionellen Spalten veröffentlichen. Den letzten Anstoß zur Erörterung dieser Frage, die infolge des Anwachsens der interessant und in bedrohlicher Nachbarschaft des Textes aufgemachten Reklame in der Luft liegt — und zwar, wie wir wissen, nicht nur in England —, gab die Aufforderung eines der bekanntesten Londoner Warenhäuser an „drei der größten Meister des geschriebenen Wortes", den Einfluß ihrer Federn der Sache des Geschäfts zur Verfügung zu stellen und etwas über das Warenhaus zu schreiben, das als Reklame veröffentlicht werden sollte. Dabei ging das Warenhaus von der Auffassung aus, daß der begabteste Schriftsteller, wenn er keinen allgemein bekannten Namen hat, mit Propaganda- und Reklameschriften, und seien sie noch so geschickt abgefaßt, für das Warenhaus und damit für jedes andere geschäftliche Unternehmen nicht die Werbewirkung erzielt, wie der Reklame-Beitrag eines Prominenten. Der fertige Name allein bedinge die wirklich erfolgreiche Reklame. Das Warenhaus wollte es den betreffenden Schriftstellern sogar großzügig überlassen, in welcher Weise sie das gestellte Thema behandeln wollten, und es war sogar bereit, auch eine ungünstige Kritik hinzunehmen und abzudrucken.

Die befragten drei Schriftsteller, die wohl als die repräsentativsten englischen Schriftsteller der Gegenwart bezeichnet werden dürfen, Arnold Benett, H. G. Wells und G. Bernard Shaw, haben auf die Aufforderung des Warenhauses geantwortet. Sie haben zwar alle drei — wenn auch zwei von ihnen nicht sehr entschieden — abgelehnt, sich in den Dienst der Propaganda eines wirtschaftlichen Unternehmens zu stellen, aber ihre Antworten hat der Reklamechef des Warenhauses selbstverständlich im Rahmen einer Riesenreklame in einem Londoner Sonntagsblatt veröffentlicht, und man darf als sicher annehmen, daß er mit dieser ausgezeichneten Reklameidee einen Bomben-Erfolg erzielt hat. Die Antworten der drei englischen Schriftsteller sind auch für uns so interessant, daß wir sie nachstehend so, wie sie die „Frankfurter Zeitung" wiedergab, veröffentlichen, in der Annahme, daß sie diesen oder jenen Kollegen, den das aktuelle Thema „Reklame" beschäftigt, veranlassen werden, zu dieser Seite des Themas, nämlich Reklame durch „Prominente", die bisher in der „Deutschen Presse" noch nicht behandelt worden ist — die Prominenten können ja ebensogut Journalisten sein! —, Stellung zu nehmen.

Mr. Arnold Bennett

bekennt sein Interesse und seine Neigung für die Erscheinung des Warenhauses im allgemeinen und fährt dann fort: „Mit Ihnen bin ich der Ansicht, daß Sie in der Lage sein sollten, die Dienste eines jeden Schriftstellers zu erhalten, den sie zur gestellten Aufgabe für befähigt halten. Gerne würde ich, unter entsprechenden Bedingungen, Ihren Vorschlag annehmen; ich kann keinen Grund gegen meine Annahme sehen — außer einem. Der Grund ist, daß die öffentliche Meinung in England noch nicht reif ist, um die Beschäftigung verantwortlicher Dichter, die ein öffentliches Ansehen genießen, im Dienste der Publizität für einen wirtschaftlichen Konzern zu billigen." Aber die öffentliche Meinung wolle er sich nicht hinwegsetzen. Eines Tages werde sicher der Präzedenzfall geschaffen werden, und man werde sich in späteren Jahren wundern, wie man je dagegen opponieren konnte. „Aber nicht ich werde diesen Präzedenzfall schaffen."

Mr. H. G. Wells:

„Ich fühle, daß ich ablehnen muß, aber ich muß in meinen Gedanken herumstöbern, um den verborgenen, fast instinktiven Grund für meine Ablehnung zu finden. — Ein Schriftsteller, so sagen Sie, ist ein gelernter Gewerbetreibender, ein Künstler. Warum sollte er nicht tun, was alle Künstler, Architekten, Techniker und so weiter tun, und seine Fähigkeiten zu Ihrer Verfügung stellen? Die Antwort ist, daß, mit Recht oder Unrecht, der Schriftsteller sich zu ernst dafür nimmt. In seinem Herzen rechnet er sich nicht zu den Künstlern, sondern zu den Lehrern und Priestern und Propheten. Das mag eine altmodische Anschauung sein, und vielleicht kommt sie aus der Mode." Noch sei für diese Generation der Leser der einzige Zahlmeister für den Schriftsteller. Aber davon abgesehen zieht das Thema Wells an. „Eines Tages werde ich etwas Derartiges unternehmen und wegen der Einzelheiten zu Ihnen kommen. Aber Sie werden mir nichts dafür bezahlen. Ich werde es tun, weil es mich interessiert und

Digitized by Google

weil ich annehme, daß es meine Leser interessieren wird. Tatsachen mögen Sie mir geben mit vollen Händen, aber nicht Geld."

Mr. G. Bernard Shaw:

Der Versuch, Schriftsteller in den Dienst eines wirtschaftlichen Unternehmens zu stellen, sei nichts Neues; Shaw beschreibt, wie häufig Zeitungen durch erkaufte Publizität dienstbar gemacht würden. Kein Grund für den Verkaufsmanager, nicht die besten Zeichner und die besten „Copywriter" in seinen Dienst zu stellen; aber es gibt eine Grenze: „Würde ich z. B. Mr. John Ervine und Mr. Harris Deans (das sind Kritiker) vorschlagen, daß ich ihnen, falls sie ausreichend schmeichelhafte Kritiken über mein Stück schreiben, die in Anzeigen zitiert werden können, das Copyright dieser Kritiken für je 500 Pfund abkaufe, — der Himmel weiß, was passieren würde. Wahrscheinlich würden beide Herren ablehnen, überhaupt über das Stück zu schreiben, und sagen warum. Beide Herren schreiben in richterlicher Eigenschaft. Aber dasselbe tun alle Schriftsteller, deren Werk von genügendem Gewicht und genügender Tiefe ist, um auf die öffentliche Meinung einen bildenden Einfluß zu haben. Seinen Einfluß anzuwenden, um das Publikum zum Kauf der Waren eines kommerziellen Unternehmens zu veranlassen und dafür eine Bezahlung von diesem anzunehmen — das wäre für einen solchen Schriftsteller eine Sünde wider den heiligen Geist. Mr. H. G. Wells ein solches Geschäft vorzuschlagen, ist genau so gut, wie dem Erzbischof von Canterbury einen hübschen Scheck anzubieten, daß er bei seiner nächsten Predigt eine empfehlende Bemerkung über die Seife oder die Schuhe irgendeiner Firma fallen läßt . . ." Die Annahme des Vorschlags würde die letzte Verderbtheit durch Korruption in der Literatur bedeuten. „Unter allen Umständen sollen unsere Handelshäuser geschickte, aber namenlose Schreiber engagieren, die ihre Anzeigen als solche schreiben. Aber ein Schriftsteller, der durch Ruhm dem Dienste des Publikums geweiht ist und damit ein Prophet sowohl als ein Autor geworden ist, darf in keinem anderen Dienste Lohn empfangen."

Mehr Standesbewußtsein!

Ein Mahnwort an alle Kollegen.

Auf Beschluß des geschäftsführenden Vorstandes des Landesverbandes der Sächsischen Presse ist der Einladung zu der am 6./7. April 1929 in Dresden anberaumten Jahreshauptversammlung folgendes Tatsachenmaterial angefügt, das verdient, allen Mitgliedern des Reichsverbandes bekanntgegeben zu werden:

Der Verkehrsverein für Zittau verbreitet einen Sonderdruck einer ostsächsischen Zeitung mit einem Bericht: „Pressefahrt des Sächsischen Verkehrsverbandes nach der Südlausitz", in dem zum Schlusse angekündigt wird, daß der Verkehrsverband weitere solche Fahrten plane. Jeder Kollege wird gebeten, darauf hinzuwirken, daß Berichte der Art, wie in der betreffenden Zeitung veröffentlicht, auf jeden Fall im Interesse des Ansehens unseres so exponierten Standes vermieden werden.

Zitiert seien nur folgende Wendungen:

„Konditorei Schiffner, deren Inhaber liebenswürdigerweise (!) in seinen schönen neuen Räumen (!) ein Frühstück bot. „Stadt Wien" — „Rübezahlbaude" wo die Gemeinde eine Kaffeetafel (!) hatte decken lassen" — „in der schönen (!) Bergwirtschaft" — „Endlich (!) war das Hotel Gondelfahrt erreicht" — „die Teilnehmer zu einem Abendessen (!) geladen" — auch diesen Herrn in die Tafelrunde (!) einzubeziehen" — „Hoch auf die gastgebende (!) Gemeinde Johnsdorf" — „Hoch auf Zittau" — „in Johnsdorf übernachteten" — „bei einem Frühstück (!) im Kretscham" — „Rundfahrt durch die Stadt" — „gemeinschaftliches Mittagessen, wozu der Ratskellerwirt Herr Hilbrig (!) den Wein gestiftet (!) hatte" — „Möchte die Veranstaltung die erhofften Früchte tragen."

*

Die „Früchte" bedeuten: Gratis-Reklame für die genannten Gastwirtschaften. Die Kosten tragen wir mit der Minderung unseres Ansehens vor der Öffentlichkeit — und unsere Verleger mit dem entsprechenden Verlust an Inseraten. Wenn der Bericht am Anfang feststellt, „daß man sich der Presse bedienen muß, wenn man werben will", wäre das ganz richtig, wenn Inserate damit gemeint wären. So aber meint der Bericht die redaktionelle Gratisreklame.

Der geschäftsführende Vorstand des Landesverbandes der Sächsischen Presse ist der Meinung, daß, soweit die Redaktionen und Redaktionsvertreter in Frage kommen, für die Kreise im Sächsischen Verkehrsverband umgekehrt notwendig wäre, nicht sich, sondern die Presse zu bedienen, und zwar mit rechtzeitig versandten aktuellen Notizen tatsächlichen und die Öffentlichkeit interessierenden Inhalts. Er ist ferner der Meinung, daß eine solche Fahrt, an der alle am Verkehr interessierten Gastwirts- und andere Kreise teilnehmen, nicht als Pressefahrt, sondern höchstens als Werbefahrt bezeichnet werden darf. Es geht nicht an, daß diese Ausgabeposten den Verkehrsvereine und -verbände dem Konto Presse zur Last geschrieben werden.

Was die Beteiligung an solchen Fahrten anlangt, so bleibt sie dem Takt der Redaktionen überlassen. Was aber unbedingt verhindert werden muß, sind ungeeignete und unser Ansehen schädigende Berichte darüber.

Und fügen wir hierzu, ein Auftreten von Kollegen, das auch nur entfernt den Anschein erweckt, als erwarte man derartige „Einladungen" und „Stiftungen". Nach den oben wiedergegebenen Zitierungen besteht leider die Befürchtung, daß der Schreiber des Berichts jenen Anschein nicht sorgfältig genug vermieden hat.

Richterliches Eingreifen vor Veröffentlichung eines Artikels.

Im Bezirksverein Niederrhein-Ruhr referierte am 16. März in Oberhausen der Vorsitzende, Koll. Collet, über „Die Rechtslage des Publizisten und der Zeitung." Es kamen alle berechtigten Reformwünsche der Presse in Straf-, bezw. preßrechtlicher Beziehung zur Sprache. Die Aussprache beherrschte die Frage der Zulässigkeit richterlichen Eingreifens vor Veröffentlichung eines Artikels. Im Vereinsbezirk haben nämlich mit Veröffentlichungen geschäftsschädigenden Inhalts bedrohte Firmen mehrfach einstweilige richterliche Verfügungen erwirkt, die der betr. (nationalsozialen) Zeitung verboten, die angekündigten Artikel zu bringen, bezw. begonnene Veröffentlichungen fortzusetzen. Die eingehende Aussprache ergab Einmütigkeit in der Auffassung, daß die Übertragung der für die Belange des unlauteren Wettbewerbs im geschäftlichen Leben durchaus angebrachten Richtervollmacht des Verbots durch einstweilige Verfügung auf die Beziehungen der Umwelt zur Presse vom Gesetzgeber nicht gewollt sein könne und die Möglichkeit von Eingriffen in die garantierte Freiheit der Presse gebe. Es müsse genügen, daß der

Freie Schriftsteller- und Gewerbesteuerpflicht.

Bei der Beratung der Gewerbesteuernovelle im Preuß. Landtage hatte sich der Hauptausschuß des Landtages vor kurzem gegen die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuerpflicht ausgesprochen, so daß zu erhoffen war, daß die freien Berufe von dieser unnatürlichen und für sie untragbaren Belastung befreit blieben. Wider alles Erwarten hat jedoch das Plenum des Landtages in der zweiten Lesung am 19. März, einem Zentrumsantrage folgend, mit 200 gegen 100 Stimmen beschlossen, die Gewerbesteuerpflicht auf die freien Berufe auszudehnen, also auch auf die freien Schriftsteller. Der Reichsverband hat sofort dagegen protestiert und an sämtliche Fraktionen des Preuß. Landtages das Ersuchen gerichtet, die freien Schriftsteller aus der Gewerbesteuerpflicht herauszulassen.

Digitized by Google

der Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen. Ihm dafür anläßlich seines Jubiläums zu danken ist allen, die ihn in seiner Arbeit für den Verband kennen, eine Herzenspflicht. Und mit dem Danke verbindet sich auch der aufrichtige Wunsch, daß Kollege Tönjes in alter Berufsfreudigkeit seinem publizistischen Wirken am „Hannoverschen Tageblatt“ und unserer Organisation noch lange Jahre erhalten bleiben möge.

Dr. Heinrich Dröse.

Dr. Heinrich Dröse, Vorsitzender des Landesverbandes Württemberg, konnte am 13. März d. J. seinen 50. Geburtstag feiern. Seit 4 Jahren leitet er den Landesverband Württemberg und genießt das Vertrauen der Kollegen. Der Rührigkeit und dem taktischen Geschick Dr. Dröses ist es vor allem zu danken, daß der Landesverband Württemberg in den letzten Jahren einen so starken Aufschwung genommen hat und heute die Redakteure und hauptamtlich tätigen Journalisten Württembergs fast restlos umfaßt. Um die Pressefeste in Stuttgart und die württembergische Arbeitsgemeinschaft hat sich Dr. Dröse gleichfalls Verdienste erworben. Was er für die Schaffung eines Unterstützungsfonds, für notleidende und ältere Kollegen — oft im Stillen — getan hat, wird man ihm unter den schwäbischen Kollegen nicht vergessen. Die herzlichsten Wünsche, denen am Geburtstag selbst der zweite Vorsitzende namens des Verbandes Ausdruck verlieh, begleiten Dr. Dröse hinüber ins neue Lebensjahrzehnt. Wir hoffen auf ein noch recht langes und erfolgreiches Weiterwirken im Verbande, wie auf eine weitere erfolgreiche publizistische Tätigkeit. R. Z.

Wilhelm Ehlers zum sechzigsten Geburtstag.

Am ersten Ostertag, dem 31. März, vollendet der Leiter der Literarischen Abteilung des Norddeutschen Lloyd in Bremen, Kollege Wilhelm Ehlers, sein sechzigstes Lebensjahr. Seine verantwortungsreiche Stellung beim Lloyd bringt ihn täglich in briefliche und persönliche Berührung mit Männern der Presse des In- und Auslandes, und unzähligen Journalisten, die Bremen berühren, ist er ein unermüdlicher, zuverlässiger Helfer geworden. Bei den Stapelläufen, Probefahrten und Schiffsindienststellungen, an denen Pressevertreter teilnehmen, pflegt Ehlers sich der Kollegen in geradezu musterhafter Weise anzunehmen und ihnen ihre Arbeit in jeder Weise zu erleichtern. Den gleichen Eifer wie seiner journalistischen und organisatorischen Tätigkeit hat Ehlers von jeher unseren Berufsorganisationen gewidmet. Stets darauf bedacht, die Interessen unseres Standes zu wahren, war Ehlers, ehe noch an die Gründung des Reichsverbandes zu denken war, im Jahre 1905 eines der führenden Mitglieder des Vereins Bremischer Journalisten und Schriftsteller, des Vorläufers des heutigen Vereins Bremer Presse. Im Jahre 1907 nahm er teil an der Gründung des Vereins Niedersächsische Presse. Wie er seit Gründung des Reichsverbandes wohl keine Hauptversammlung versäumt hat, so war Ehlers auch stets in hervorragender Weise im niedersächsischen und vor allem im Verein Bremer Presse tätig, dessen zweiter Vorsitzender er seit Jahren ist und um den er sich unschätzbare Verdienste erworben hat. Weit über den Kollegenkreis und über Bremen hinaus erfreut sich Ehlers als Journalist wie als Mensch allgemeiner Beliebtheit und Hochachtung. Sein Humor und seine Unverwüstlichkeit auch inter pocula machen ihn auf allen Tagungen nach der Arbeit zu einem der beliebtesten Gesellschafter. Wilhelm Ehlers ist Mecklenburger, er wurde 1869 als Sohn eines Landwirts auf dem Gute Schmachtenhagen geboren. Nach Besuch des Schweriner Gymnasiums diente er sein Jahr beim Infanterieregiment Nr. 76 ab und wandte sich dann der Presse zu. 1892 Lokalredakteur der „Lübeckischen Anzeigen“, wurde Ehlers 1895 Schriftleiter der „Nordseezeitung“ in Geestemünde, 1898 der „Provinzialzeitung“ ebendort, 1898 der „Nachrichten für Stadt und Land“ in Oldenburg und 1899 der „Weser-Zeitung“ in Bremen. Im Jahre 1907 übernahm Ehlers die Literarische Abteilung des Norddeutschen Lloyd, die unter seiner Leitung im Laufe der Jahre sehr stark ausgebaut wurde. Ehlers ist Redakteur der bekannten Jahrbücher des N.D.L., der „Lloyd-Zeitung“ und neuerdings auch der auf den Schiffen des N.D.L. erscheinenden Bordzeitungen. In Buchform liegen von ihm vor: „Fünfzig Jahre Norddeutscher Lloyd“ (1907), „In der Wunderwelt der Arktis“ (1926), „Siebzig Jahre Norddeutscher Lloyd“ (1927), sowie zahlreiche Broschüren. Es ist ein reiches Lebenswerk, auf das unser Jubilar zurückblicken kann. Unermüdlich und in voller Arbeitskraft und Frische steht er mitten im Schaffen. Zu seinem 60. Geburtstag können wir ihm und — uns nichts Besseres wünschen, als daß Wilhelm Ehlers noch viele Jahre seiner Familie, seinem Beruf und seinen Kollegen seine große Arbeitskraft und reiche Erfahrung widmen möge. F. C.

Kollege Ludwig Mitterbacher, langjähriger Schriftleiter des „Spremberger Anzeigers“ in Spremberg in der Niederlausitz, kann am 1. April sein 25jähriges Berufsjubiläum begehen. Nach kurzer Ausbildungszeit war er in Hettstedt, Rudolstadt und Berlin beschäftigt, seit rund 10 Jahren leitet er den redaktionellen Teil des „Spremberger Anzeigers“. In kollegialen Kreisen der Niederlausitz nimmt er eine geachtete Stellung ein. Zu seinem Jubiläum sprechen wir ihm auch an dieser Stelle beste kollegiale Glückwünsche aus.

Inhaltsangabe:

Würde der Journalistik. Von Dr. Alfred Frankenfeld-Hamburg.
Behördenseligkeit. Von G. Scheuffler-Erfurt.
„Hilfe, Hilfe — die Reklame!“
Mehr Standesbewußtsein.
Richterliches Eingreifen vor Veröffentlichung eines Artikels.
Freie Schriftsteller- und Gewerbesteuerpflicht.
Ein merkwürdiges Angebot.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Bezirksverband Berlin. Paul Popper (Ullst.), W. 50, Marburger Str. 2. — Wieder aufgenommen: Johannes Hoffmann (Westdeutsche Zeitungsverl.), Schöneiche bei Friedrichshagen, Dorfstr. 11.

Verein Niedersächsische Presse. Dr. Karl Gehrcke (Butjadinger Ztg.), Nordenhamm, Jahnstr. 5.

Landesverband Württemberg. Redakteur Fritz Rümelin (Württemberger Ztg.), Stuttgart, Kronenstr. 1.

II. Neuanmeldungen.

Bezirksverband Berlin. Hermine Marg. Heidrich (Dtsche. Ztg.); Friedr. W. Schulz (Verlag Freund).

Landesverband Mitteldeutschland. Dr. Helmut Hüttig (Magdeburgische Ztg.), Magdeburg, Lessingstr. 23.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband Mitteldeutschland. Dr. Johannes Haar, früher Eisleben, an Landesverband Pommern (Stolper Morgenzeitung) überwiesen.

Landesverband Württemberg. Red. G. Wichmann von Altona nach Weinsberg, also von dem Verband Groß-Hamburg nach Württemberg zurückverwiesen. — Red. Hanns Schoeller, Nürnberg, nach Stuttgart (Süddeutsche Rundfunkztg.), Torstr. 29, überwiesen vom Landesverband Bayern.

IV. Austritte und Streichungen.

Verein Niedersächsische Presse. Ausgetreten: August Schwerdtfeger, Göttingen.

Provinzialverband Pommern. Ausgetreten wegen Berufsw.: Paul Metzner, Stettin.

Landesverband Württemberg. Ausgetreten: Red. Dr. Herbert Perrin, Stuttgart.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

Die Herstellung u. Verarbeitung DER AGFA-TRAVIS

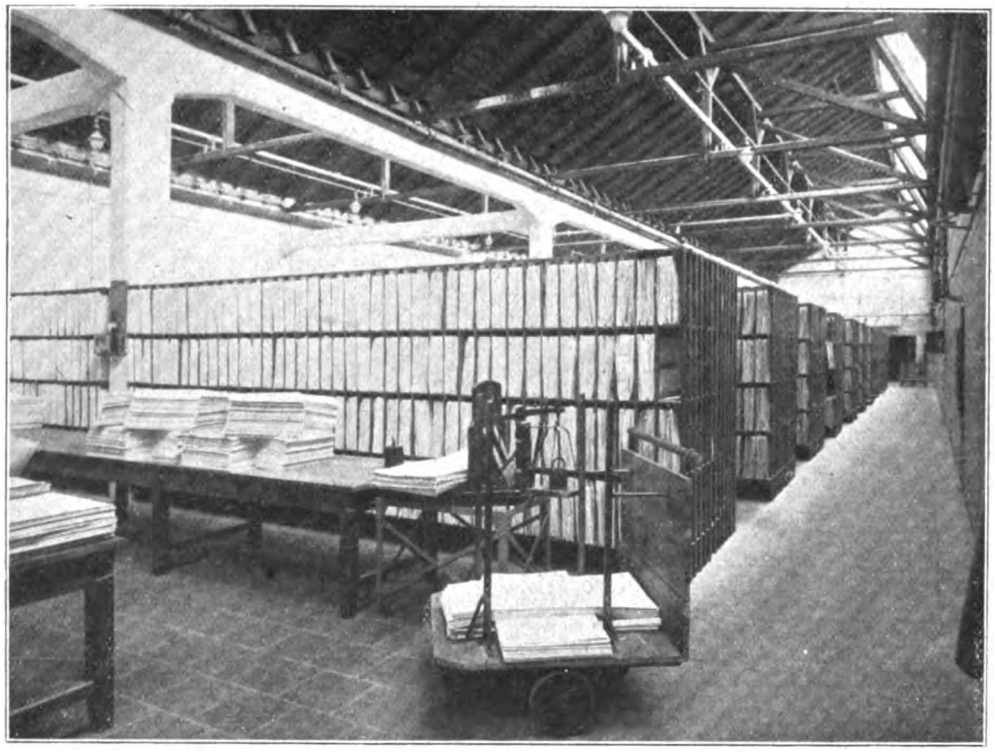
Begriff und Tatsachen-Komplex Kunstseide stehen heute in einer so innigen Verbindung mit der Presse, daß wohl kaum ein Tag vergeht, an dem nicht im Handelsteil, im Feuilleton, in den Abteilungen über Mode oder in den Spalten, die die Ankündigungen der Geschäftswelt enthalten, von Kunstseide in irgend einer Form die Rede ist. Aber nicht nur das Interesse der Tages- und Fachzeitungen und Zeitschriften jeder Art an tatsächlichen Mitteilungen, Meldungen oder Photos und Illustrationen, die jenes umfangreiche Gebiet eines neuen Textilrohstoffes aufzeigen, gibt allein der Presse Veranlassung, sich mit dem Problem der Kunstseide, ihrer Herstellung, Verarbeitung und ihres Verbrauchs zu beschäftigen. Es ist noch ein anderes! Es ist noch etwas, das bei Redakteuren und Verlegern Interesse und Sympathie beanspruchen dürfte für diese chemische Faser, ohne die unsere Textilindustrie heute kaum mehr denkbar ist.

Es ist die Verwandtschaft, es ist der gleiche Ursprung, den beide, die Zeitungen mit ihrem grauweiß-eintönigen Druckpapier und die kunstseidenen Gewebe in ihren schillernden bunten Farben gemeinsam haben: den Zellstoff, die aus dem Holz des Waldes gewonnene Zellulose. Dem Zeitungsmann, dem keine Geheimnisse fremd sind und dem alles Wunderbare in seinen Ursprüngen erklärlich wird, scheint aber doch diese innige Schwesterschaft zwischen dem Material, das die Früchte seiner aufreibenden und verantwortungsvollen Tagesarbeit der Welt draußen vermittelt und der in diskreter Farbengebung schimmernden Krawatte, die sein zartgetöntes kunstseidenes Hemd ziert, des öfteren nicht ohne weiteres bewußt zu werden. Mögen die Zahlen der Weltproduktion an Kunstseide die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Kunstseide-Industrie umreißen, mögen die letzten Börsennotierungen der Kunstseidenpapiere sein prüfendes Auge passieren, mag der Bericht der Pariser Modereferentin seines Blattes oder des Londoner Berichterstatters, der über die Herrenmode bei den letzten Rennen von Ascot schreibt, seinem kritischen Redaktionsstift vorliegen, mag von Theatervorhängen, Möbelstoffen, Wäsche, Wandbespannung, von Strümpfen, Handschuhen oder Wirkwaren die Rede sein, mögen die Anzeigen der örtlichen Firmen bei der letzten Kontrolle des in die Druckpresse gelangenden redaktionellen Materials vor ihm auftauchen, immer handelt es sich irgendwo und irgendwann um Kunstseide. Es will fast scheinen, als ob es überhaupt keine Sparte im Tageslauf unserer Zeit mehr gäbe, die nicht in irgendeiner Weise mit Kunstseide zusammenhinge. Die Textilbranche ist heute so vielfältig in der Benutzung der Kunstseidenfasern, daß sehr oft schon gar nicht mehr der Gedanke auftaucht, es könnte etwas nicht mit oder vollkommen aus Kunstseide hergestellt sein. Auch Bücher-einbände, Mappen und anderes Schreibtischmaterial gibt es in Kunstseide, und so lassen uns diese Utensilien auch bei der schriftstellerischen Arbeit an die weltbeherrschende Faser aus der Retorte denken. In den Stätten, die wir zum Kunstgenuß oder zur Erholung aufsuchen, geht es dem aufmerksamen Beobachter ähnlich: Theatervorhänge in Agfa-Travis, Logenverkleidungen, Bezüge der Stühle und Sessel in Theatern, Kabaretts und Konzertsälen, Kaffees und Hotelhallen. Und all das, der Erfolg wissenschaftlicher und fachmännischer Arbeit der letzten zehn Jahre, in denen sich die Kunstseide

vom Ersatzprodukt zum vollgültigen Edelmaterial

entwickelt hat, das heute in keiner Weise mehr beansprucht, Ersatz für Seide zu sein, sondern einen Rohstoff darstellt, der sich seinen Platz in der Produktion, ebenso wie in der Gunst der Konsumentenschaft er-

Digitized by Google



Zellstoff-Lager.

worben hat. So wird es erklärlich, daß die wechselseitigen Beziehungen und Fäden zwischen Zeitungswesen und Kunstseide immer stärker und fester geknüpft werden, und die Frage taucht auf, ob überhaupt eine engere Verbindung zwischen zwei so wichtigen Gebieten des Lebens denkbar sei. Hier

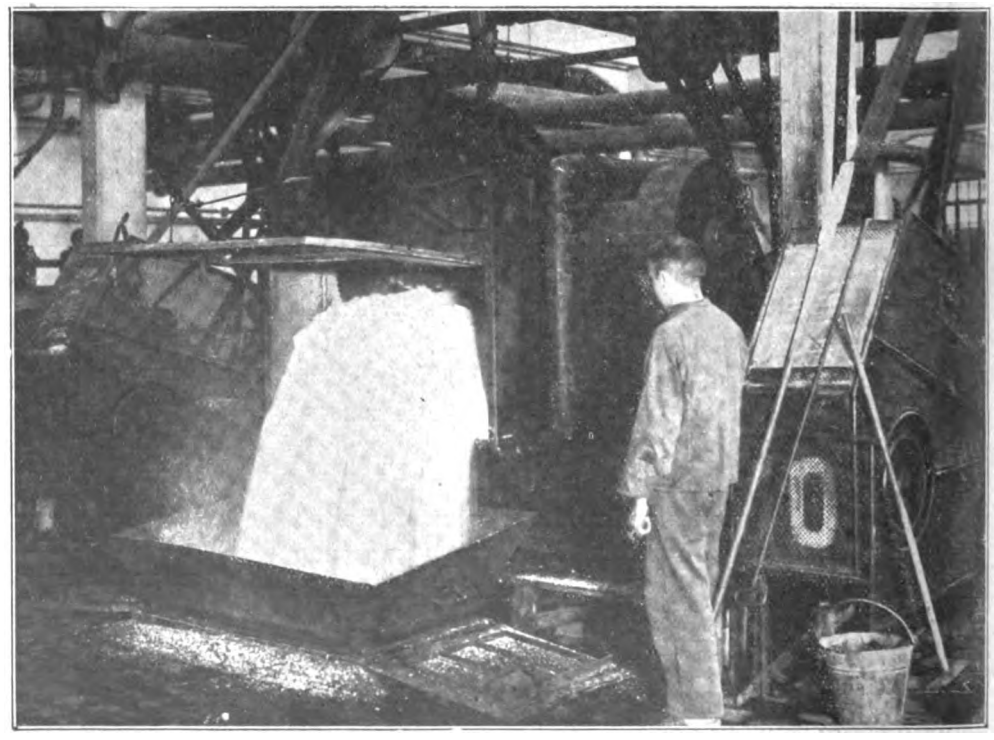
die siebente Großmacht

mit all ihren Attributen und Faktoren der Beherrschung der Welt und der öffentlichen Meinung, dort ein junges, noch nicht zur vollen Entwicklung gelangtes kleines Teilgebiet einer Riesenindustrie, dessen Entwicklung und Entfaltung zu voller Größe und Durchdringgung der gesamten Textil-Industrie noch gar nicht auszudenken ist! Gerade die Stufe, auf der sich die Entwicklung der Kunstseideherstellung sowohl wie der Kunstseidenverarbeitung auf all den oben bezeichneten Gebieten der Webwarenindustrie und der Bekleidung und Mode befindet, läßt es besonders wichtig erscheinen, den Redakteur eingehend über die chemische Geburt und den technischen Werdegang der Agfa-Travis, der feinfädigen Kunstseide sachlich zu informieren. Die tägliche Begegnung beider Kontrahenten wird das Verständnis und Interesse für die nachfolgenden Auseinandersetzungen erhöhen und zu besonderer Auswertung bringen.

Herstellung und Verarbeitung der Agfa-Travis.

Die Ausgangssubstanz aller Arten von Kunstseide ist Zellulose. Dieser Grundstoff wird für die Herstellung der Agfa-Travis aus Fichtenholz gewonnen. In den großen Zellstoff-Fabriken werden aus Fichtenstämmen durch entsprechende chemische und mechanische Behandlung Zellstoffblätter in bestimmten Größen hergestellt und an die Kunstseidenfabriken geliefert.

Wenn die Zellstoffblätter an die Kunstseidenfabrik gelangt sind, lagert man sie in luftdurchlässigen Regalen, bis sie sich dem Feuchtigkeitsgehalt der gleichmäßig temperierten Raumluft angepaßt haben. Dann werden die Zellstoffblätter zu den Tauchwannen gebracht und in Natronlauge einem Quellungsprozeß ausgesetzt. Eine Presse mit einem Druck bis zu 250 Atmosphären drückt nun aus den Blättern die überschüssige Lauge ab. Die abgepreßte Masse, die jetzt Alkalizellulose



Zerfaserte Alkalizellulose.

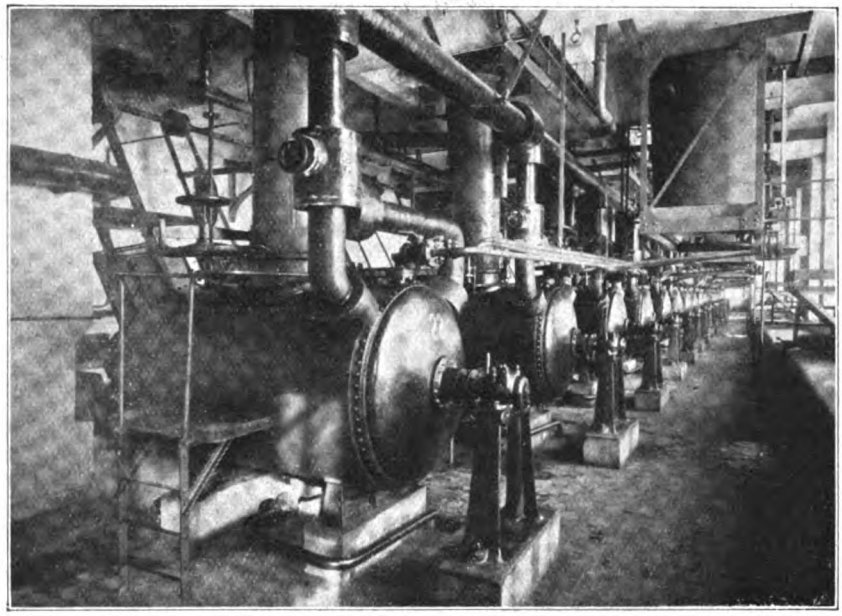
Digitized by Google

heißt, wird dann den sogenannten Zerfaserern zugeführt.

Im Zerfaserer wird dei Alkalizellulose zu einer krümeligen, weißen Masse zermahlen. Diese wird dann in sich drehenden Trommeln mit Schwefelkohlenstoff vermischt. Die bisher weiße Masse nimmt dabei schließlich einen rotbraunen Ton an, indem sie sich durch den Schwefelkohlenstoff in einen neuen chemischen Körper, das sogenannte Xanthogenat, umwandelt. Das Xanthogenat wird dann den Lösekesseln zugeführt. In diesen Kesseln setzt man dem Xanthogenat verdünnte Natronlauge zu, wodurch sich die bisher noch krümelige Masse zu einer honigartigen Flüssigkeit löst, die

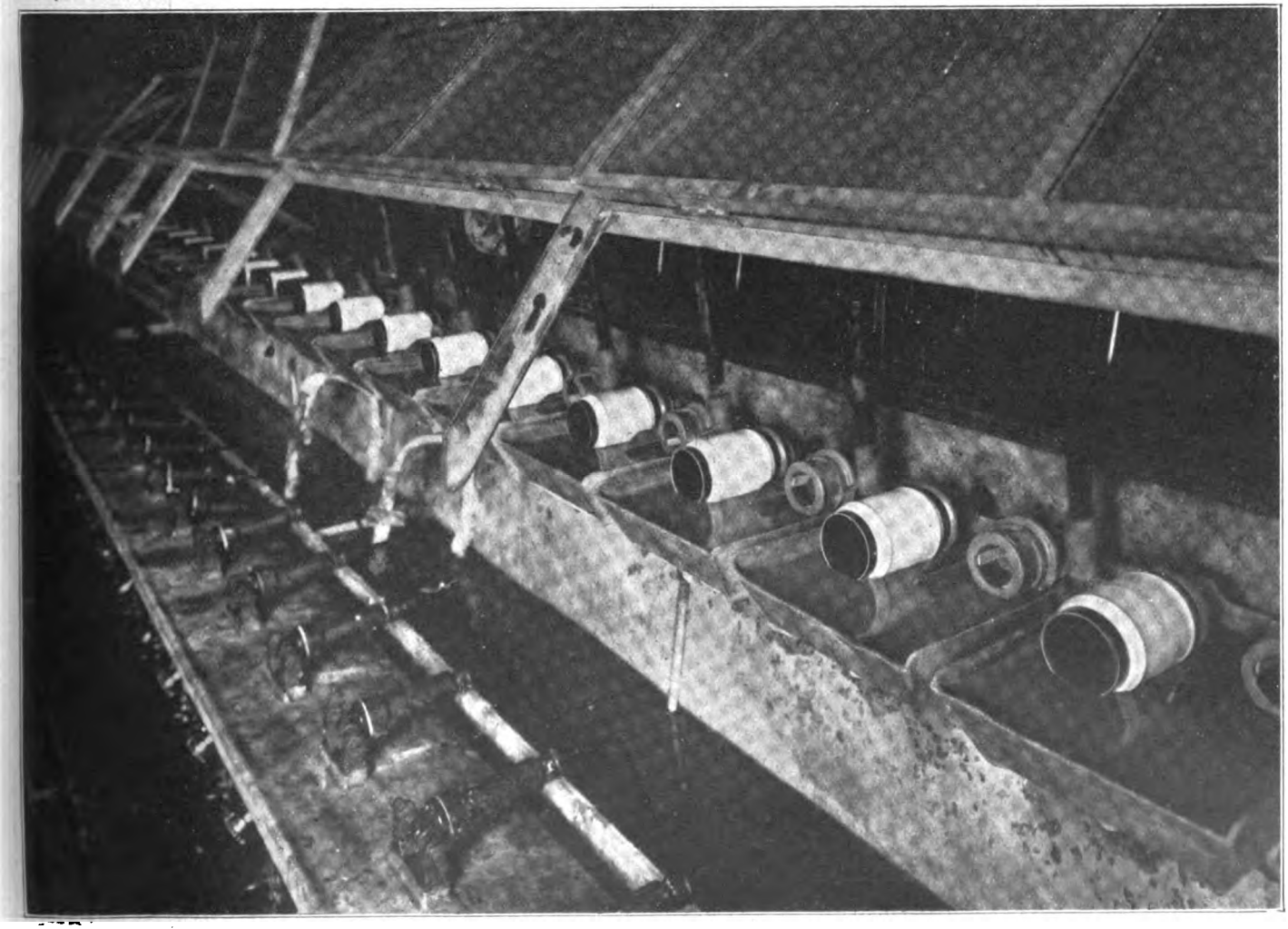
Viskose

genannt wird. Aus den Kesseln gelangt die Viskose, nachdem sie durch Filter von ungelösten Bestandteilen befreit worden ist, in die Vorratskessel.



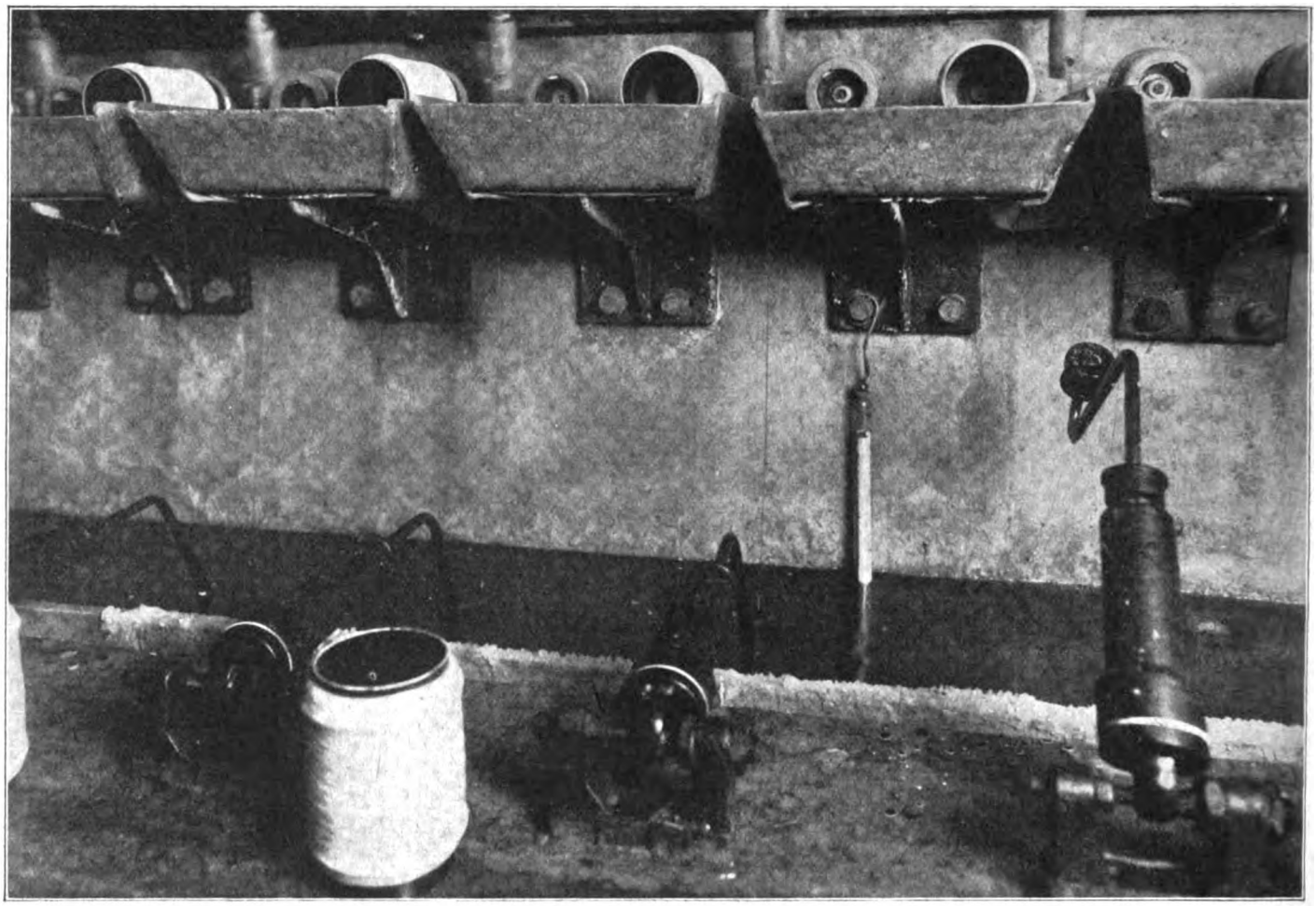
Löserei: Auflösung des Xanthogenates.

Aus den Vorratskesseln wird die Viskose durch Preßluft in Rohrleitungen gedrückt, die zu den Spinnmaschinen führen. Unter jeder Spinnmaschine liegt ein Zulaufrohr mit verschiedenen Zweigleitungen, durch welche die Viskose zu den eigentlichen Spinnpumpen gelangt. Nach nochmaligem Filtrieren strömt sie durch ein

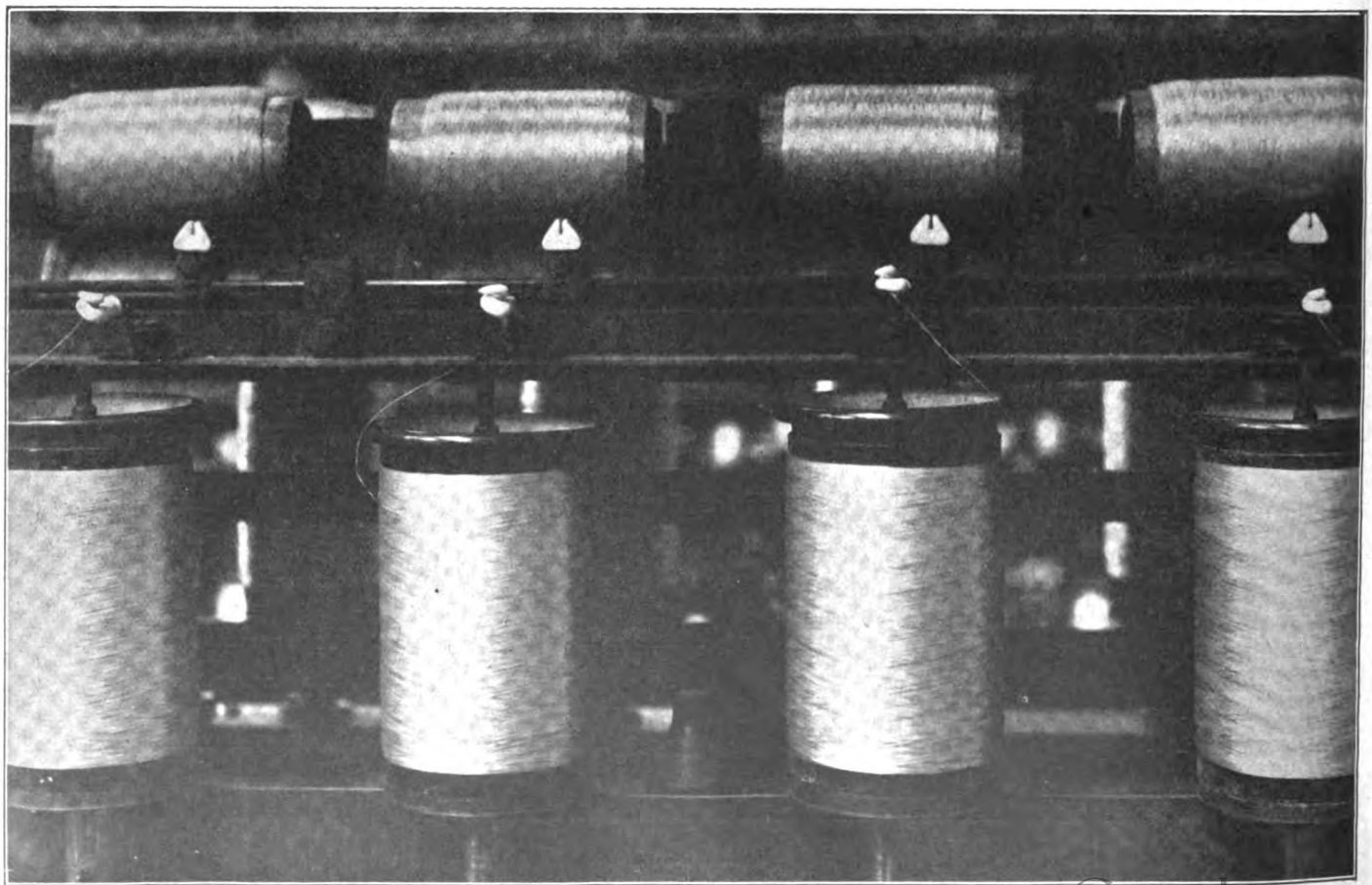


Spinnmaschine.

Digitized by Google

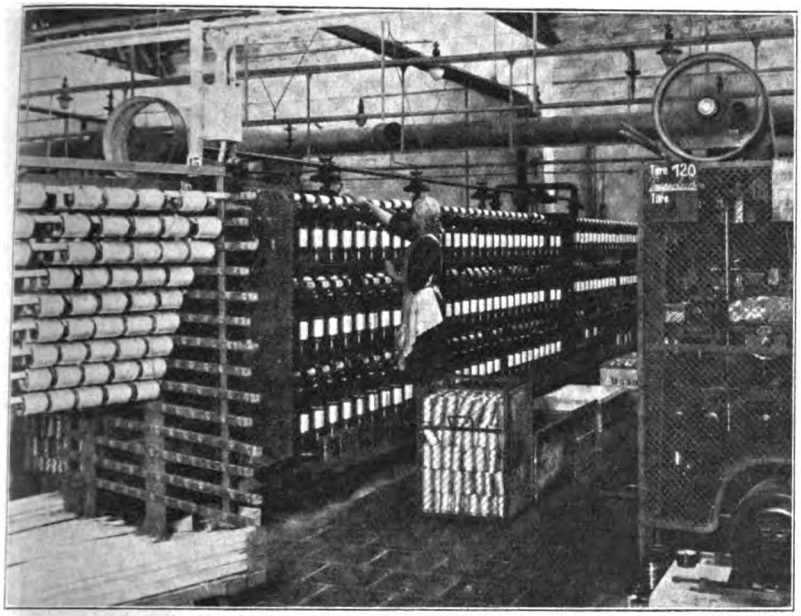


Spinnprozeß.



Zwirnvorgang.

Digitized by Google



Zwirnen.

Glasrohr zur Spinndüse, die unter der Oberfläche des Spinnbades liegt. Durch diese Düse, die aus Goldplatin besteht, und je nach der Feinheit des herzustellenden Fadens bis zu 180 feinste Öffnungen hat, wird die Viskose brausenartig hindurchgepreßt.

Im Spinnbad

erstarrt sie zu hauchfeinen seidigen Fäden. Diese Fäden werden aufgefangen, auf Spulen gewickelt, gewaschen und getrocknet.

Haspelei.

Von den Zwirnspulen gleitet nun der Agfa-Travis-Faden auf Haspelmaschinen, wo er in Strangform übergeführt wird. Die einzelnen Stränge werden mit farbigen Fäden durchbunden, damit sie sich nicht verwirren. Es folgt dann noch eine chemische Nachbehandlung zur Erhöhung des Glanzes und der Weichheit des Materials.

Prüfend gleiten noch einmal feinfühlige Frauenhände über die aus den zarten Agfa-Travis-Fäden gebildeten Stränge, um nur das edelste Material für die Weiterverarbeitung auszuwählen. Es klingt beinahe wie ein Märchen: Eine Einzelfaser des Agfa-Travisfadens wiegt bei einer Länge von 9000 **Metern nur ein einziges Gramm.**

Darum ist Agfa-Travis die feinstfädige aller Kunstseiden.

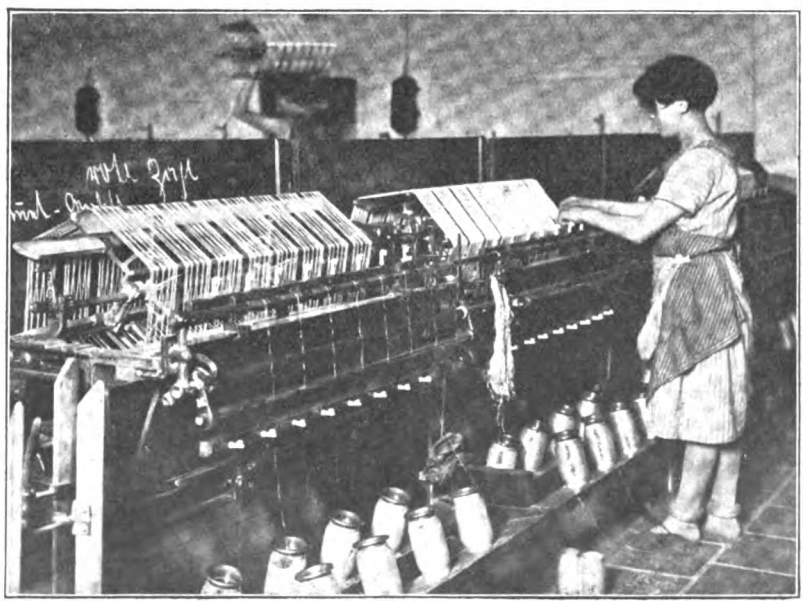
Alle Arbeitsvorgänge werden ständig überwacht. In den Laboratorien der Kunstseidenfabriken der J. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, die zu den größten Konzernen der Erde zählt, wird die sorgsame Prüfung der einzelnen im Fabrikationsvorgang entstehenden Zwischenprodukte nach den neuesten Forschungsmethoden und mit den modernsten Apparaten vorgenommen.

Das sorgfältig sortierte Material wird nun noch verpackt und etikettiert. Viele 1000 Kilogramm des geschmeidigen Agfa-Travisfadens werden täglich mit Eisenbahnen und Dampfern in alle Welt versandt.

Die Verwendungsmöglichkeiten

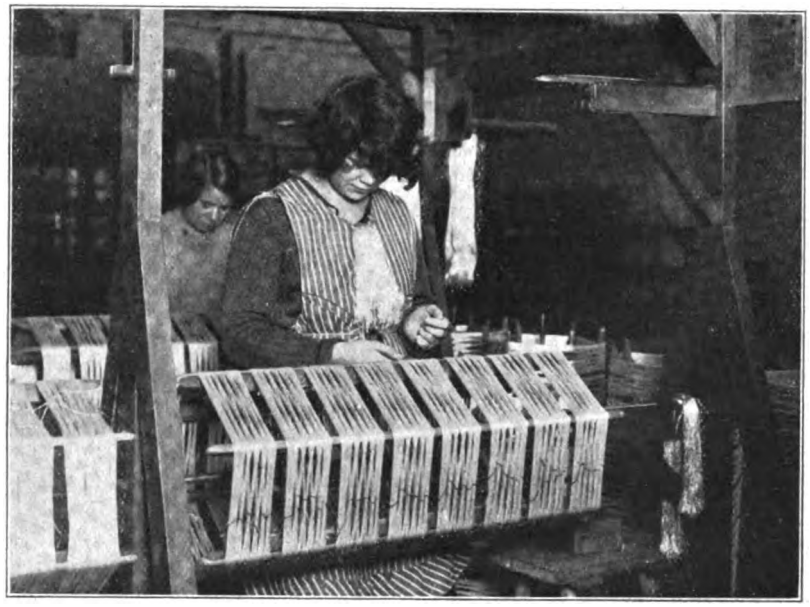
des Agfa-Travis-Fadens in den Webereien, Wirkereien und Strickereien sind außerordentlich mannigfaltig. Wundervolle Effekte, seidigen Fall und weiche Schmiegsamkeit erzielt die Textilindustrie in ihren Webereien durch

Haspelei.



Haspelei.

Digitized by Google



Unterbinden der gehaspelten Stränge.

Das Waschen

von Artikeln, die unter Verwendung von Agfa-Travis hergestellt worden sind, ist leicht und mühelos. Der Agfa-Travis-Faden ist so glatt und geschmeidig, daß Staub- oder Schmutzteilchen sich nicht festsetzen können. Deshalb braucht der Gegenstand nur mehrmals in eine handwarme Lauge aus guter Seife getaucht und ausgedrückt zu werden. Dann in klarem Wasser nachspülen, leicht ausdrücken und langsam trocknen lassen. Das Bügeln geschieht zweckmäßig mit nicht zu heißem Eisen, wenn der Gegenstand noch etwas feucht ist. — Wringen, Reiben und Zerren sind zu vermeiden. Durch diese einfache Behandlung erhält der Gegenstand eine vollendete Sauberkeit und immer wieder sein schönes Aussehen.

die Verarbeitung der Agfa-Travis.

Wer einmal das Wohlgefühl gekostet hat, das mit dem Tragen von Wirkwaren verbunden ist, die aus Agfa-Travis, der feinstfädigen aller Kunstseiden, hergestellt wurden, der wird immer wieder diese Edelerzeugnisse der deutschen Textilindustrie bevorzugen.

Unvergleichlich fein und gleichmäßig arbeitende Maschinen schaffen das reizvolle Attribut der Kleidung — vollendet in Schönheit, Farbe, Linie und Eleganz — den Strumpf aus Agfa-Travis.

Sortierung.

Die Kunstseide

umspannt heute in ihrer vielseitigen Verwendungsmöglichkeit ein größeres Gebiet als die meisten bisher bekannten Textilien. Sie konnte sich dieses Gebiet erobern durch die angestrengteste geistige und praktische Zusammenarbeit von Wissenschaftern, Chemikern und Textilfachleuten.

Sortieren.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 13 *Berlin, den 30. März 1929*

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 846 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Geschäftsreklame, Eigenreklame und Redaktion.

Ein Beitrag zum Kapitel: „Inhalt der deutschen Zeitungen."

Am 30. Januar d. J. veröffentlichte das „8-Uhr-Abendblatt" auf der ersten Seite die Nachricht, daß ein 4-Zylinder-Chevrolet-Wagen der Firma Eduard Winter, G. m. b. H., Berlin-Halensee auf die dreisteste Weise gestohlen sei. Es folgte eine genaue Beschreibung des Wagen und — wie merkwürdig! — gleich eine Abbildung des gestohlenen Wagens, von der Seite aufgenommen und von hinten mit der Nummer. Die Herren Diebe hatten also offenbar der geschädigten Firma oder dem „8-Uhr-Abendblatt" von ihrer Absicht Mitteilung gemacht, damit sie auch die genügende Resonanz in der Presse und damit in der Öffentlichkeit fänden. Es waren ehrgeizige Verbrecher. Ihr Ehrgeiz wurde restlos befriedigt. In 6 weiteren Nummern wurde zu besonderen Überschriften über die Jagd auf den Autodieb spaltenlang berichtet und schließlich kam, wie bei den amerikanischen Filmen, das unvermeidliche „happy end". Der Wagen wurde gefunden, der Täter festgestellt, aber nicht, um dann verhaftet und monatelang hinter Schloß und Riegel gesetzt zu werden, sondern um eine Belohnung für seine Findigkeit zu erhalten. Die ganze Sache war nämlich ein großartiger Reklametrick, verabredet zwischen General Motors, vertreten durch die Firma Eduard Winter G. m. b. H., und dem 8-Uhr-Abendblatt. Es entzieht sich unserer Kenntnis, wie viele von den Lesern des genannten Blattes den Trick gleich am ersten Tage gemerkt haben, wie viele in dem letzten Stadium darauf gekommen sind und wie viele sich an der Jagd nach dem grünen Auto wirklich ernsthaft beteiligt haben und ob es schließlich welche gibt, die heute noch an die Echtheit des Diebstahls glauben.

Der Reichsverband der Automobilindustrie, der sich um die Sache kümmerte und die nötigen Erhebungen anstellte, hat dem Reichsverband der deutschen Presse auf Grund dieser Erhebungen mitgeteilt, „daß der fraglichen Artikelserie kein wirklicher Tatbestand zugrunde liegt, sondern daß der Diebstahl frei erfunden sei." Der Reichsverband der deutsche Presse hat deshalb Veranlassung, sich mit dem Fall zu beschäftigen. Jedenfalls hat die Redaktion des genannten Blattes den Raum, der anständiger, wahrheitsgemäßer Berichterstattung vorbehalten bleiben sollte, zu Reklamezwecken hergegeben. Wie weit sie selbst an der journalistischen Aufmachung mitgearbeitet hat, wer sonst — für wen — dabei tätig gewesen ist, entzieht sich der Beurteilung des Unbeteiligten, ebenso wie die Beantwortung der Frage, wer — wem — wieviel bezahlt hat. Die Haltung des Blattes ist nicht mit den Grundsätzen vereinbar, die für die deutsche Presse maßgebend bleiben müssen, wenn sie sich ihren Platz in der Weltpresse erhalten will.

Nun möchte man gerne sagen, dieser Fall stünde ganz vereinzelt da. Es gab ja wohl einmal eine Zeit, in der Redaktion und Anzeigenverwaltung so scharf getrennt waren, daß die Mauer nicht übersteigbar schien. Heute haben aber offenbar in sehr vielen Städten die mit Gold beladenen Esel der Antike Klettereisen an den Hufen. Sie entwickeln eine erstaunliche Gewandtheit im Überwinden von Hindernissen. Es sei daran erinnert, daß in so manchen Versammlungen von Berufskollegen in den letzten Jahren lebhafte Debatten über dieses Thema stattgefunden haben, daß schwere Besorgnisse geäußert worden sind und daß jede Debatte eigentlich in stiller Resignation endete, indem gesagt wurde: Es wäre sehr schön, wenn man alle diese Versuche abstoppen, sich von allen „Beleuchtungsproben" fernhalten könnte. Aber leider .... Es handelte sich bei diesen Debatten ja auch keineswegs allein um die Lokalberichterstattung von Lokalblättern bei Gelegenheit der Eröffnung von Lokalen. Man denkt vielmehr mit Betrübnis an so manche Modenschau, an so manche Ausstellung, die eine Firma mit mehr oder weniger künstlerischem Einschlag arrangiert, um auch einmal in den redaktionellen Teil zu kommen — was ihnen ja leider häufig nicht nur bei kleinen Blättern gelingt, sondern auch bei Zeitungen, die Weltruf beanspruchen. Und dabei muß man noch berücksichtigen, daß manche Mode-Plauderei mit faustdickem Reklame-Aufstrich nicht nur kostenlos im Redaktionsteil Aufnahme findet, sondern unter Umständen beim Verfasser bestellt und bezahlt wird. Gerade die Bestellung und Bezahlung durch die Redaktion nimmt ja solchen Arbeiten das Stigma der Reklameschriftstellerei und schiebt sie auf das Grenzgebiet, auf dem sich Berichterstattung und Reklame treffen.

Daß es solche Grenzgebiete gibt, ist wohl kaum zu bestreiten, und deshalb kann diese Materie nicht bloß mit strengen Urteilen abgetan, nicht mit Erlassen und Verboten geregelt werden. Wer einmal in einer Lokalredaktion auch eines großen Blattes gesessen hat, weiß nur zu genau, wie leicht gelegentlich auch ein geschäftliches Unternehmen zum lokalen Ereignis wird, über das zu berichten eine Zeitung sich verpflichtet fühlt. Beispiele für solche Grenzfälle könnte man hundertweise beschaffen. Man braucht nur einen Fall anzunehmen, in dem in einem

Digitized by Google

Warenhaus ein Probealarm stattfindet, möglicherweise auf Veranlassung oder unter Aufsicht eines städtischen Branddirektors, eines hohen Polizeibeamten oder ähnlicher Persönlichkeiten. Alles klappt vorzüglich. Die Löschapparate sind im Gange, ehe auch nur jemand etwas davon bemerkt usw. usw. Ergebnis: die Firma ist sehr nett im redaktionellen Teil der Zeitung erwähnt, das Publikum wird in origineller Weise darauf aufmerksam gemacht, wie alles in diesem Hause klappt. Die Firma hat eine bessere Reklame, als sie in verschiedenen Seiten oder halben Seiten für teures Geld erlangen könnte, und niemand kann ihr oder der Redaktion, die darauf hereinfällt — ein anderer Ausdruck ist schwer möglich —, im Ernste einen Vorwurf machen. Man würde allzu scharfe Richter sofort mit den Worten zum Schweigen bringen: „Es waren doch offizielle Persönlichkeiten dabei!“ Überhaupt das Kapitel der offiziellen Persönlichkeiten! Wieviel Reklame steckt bei der Berichterstattung über Veranstaltungen in den Erwähnungen von Persönlichkeiten, die, wie man sich so schön ausdrückt, „im öffentlichen Leben stehen“, wozu nicht nur Mitglieder — und ehemalige Mitglieder — der Behörden zu rechnen sind, sondern auch Angehörige von Kunstinstituten, ganz zu schweigen von den Mitgliedern der Gesellschaft! „An Reklame hängt, nach Reklame drängt doch alles. Ach, wir Armen!“ So möchte man das Wort Goethes variieren, wobei die Armen selbstverständlich in den Redaktionen zu suchen sind.

Dabei ist das nur die eine Seite der Sache, gewissermaßen die positive. Es gibt auch eine negative. Wie viele gutgemeinte und interessante Arbeiten wandern heute von Redaktion zu Redaktion, um schließlich unveröffentlicht zu bleiben, weil — ja, „weil ihre Veröffentlichung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht angebracht erscheint“. So oder ähnlich lautet ja wohl in vielen Fällen die Ablehnungsformel, die im Grunde weiter nichts ist als eine Verlegenheitsphrase. Die Kollegen, die sie anwenden, kann man keineswegs in Bausch und Bogen verurteilen. Oft kämpfen sie mannhaft für solche unwillkommenen Manuskripte, unterliegen jedoch schließlich der Übermacht. Und dann gilt auch von ihnen das Wort: „Wer sich frei von Sünde fühlt, der werfe den ersten Stein auf sie.“ Hier können einzelne nicht Wandel schaffen, sondern nur die Organisationen der Presse im Zusammenwirken aller beteiligten Faktoren unter einem sehr starken Aufwand von gutem Willen und Opferfreudigkeit.

Damit gelangt man nach allem, was gesagt und geschrieben, und was doch selbst für die Beleuchtung dieses einzelnen Falles und der vielen Parallelfälle, auf die Bezug genommen wurde, längst nicht ausreicht, zu einem Ausblick auf weiteres Gebiet: In der Unterüberschrift ist gesagt worden, daß diese Ausführungen zugleich ein Beitrag zu dem Kapitel „Inhalt der deutschen Zeitungen“ sein sollen. Dieses Thema ist von anderer Seite angeschnitten, und zwar von einem ausländischen Kollegen. Es hat sich hier eine Debatte an den Aufsatz im „Allgemeen Handelsblad“ geknüpft. Damit ist kein Neuland betreten worden. Schon früher ist die Frage „Gesinnungszeitung oder Geschäftszeitung“ an dieser Stelle erörtert worden, und Kollege Dovifat hat in seiner gründlichen Arbeit über die Presse der Vereinigten Staaten sich wiederholt damit beschäftigt. In Deutschland neigt man zu der Auffassung, daß die Gesinnungszeitung die einzig wahre Sache ist und daß man sich vor dem Überhandnehmen der Geschäftszeitung hüten solle. Leider kann ich mir nur schwer vorstellen, daß in unserer materiellen Zeit ein Mann ein Unternehmen gründet, lediglich um gute Gesinnung — oder was er so nennt — in seinem Leserkreise, in seinem Vaterlande, in der Welt überhaupt zu verbreiten. Auch kann man es wohl keineswegs als unmoralisch bezeichnen, wenn jemand eine Zeitung gründet oder kauft, um sich damit eine Existenz aufzubauen oder, auf gut Deutsch gesagt, um damit Geld zu verdienen. Vielleicht sogar ist es für den Leser besser, wenn dieser Zweck offen zugestanden wird, denn dann wird die Verpflichtung eingegangen, für gutes Geld gute Ware zu soliden Preisen zu verkaufen. Auch die Zeitung ist schließlich eine Ware, ein Fertigprodukt aus der Arbeit vieler Menschen und Maschinen. Sie soll, wenn sie gut ist, von Geist erfüllt sein. Wie weit aber die Verbreitung dieses Geistes und seine Übertragung auf die Leser Selbstzweck sein kann und wie sich die materiellen Zwecke des Verlegers mit den geistigen Zielen der Redaktion auf eine Linie bringen lassen, das ist ein Problem, das schon vielfach erörtert aber keineswegs gelöst worden ist. Darüber wird noch viel geschrieben und geredet werden müssen. A. v. S.

Rundfunk und Presse.

Von Alfred Dambitsch-Düsseldorf.

Hat jemand schon seine heimatliche Tageszeitung abbestellt, weil ihm der Rundfunk die neuesten Nachrichten und die sonstigen wichtigen Meldungen wie Getreidepreise, Glanzstoffkurse, Wasserstandsnachrichten, Schneehöhe, Boxkampfergebnisse früher bringt als die Zeitung?

Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit? Der Nachrichtendienst der deutschen Sender war bis vor kurzem noch recht schlecht. Vor einigen Monaten schrieb ich noch, man flüchte schleunigst auf eine andere Welle, sobald er beginne. Es muß nun zugestanden werden, daß sich seitdem vieles geändert hat. Heute höre ich die neuesten Nachrichten Abend für Abend und finde darin mindestens ebenso oft wie in meiner Zeitung etwas, was stark zu mir spricht. Auch im Laufe des Tages wird in meinem Hause den neuesten Meldungen gelauscht, und wenn ich während der Durchsage abwesend war, so pflege ich in dem Augenblick, wo ich ins Büro trete, zu sagen: „Hat Langenberg etwas Neues gebracht!“ Gerade in den Tagen, wo die außergewöhnliche Kälte jeden einzelnen körperlich so hart angefaßt hat, sind Nachrichten über das Wetter mit Heißhunger verschlungen worden. Aber das ist nur ein Beispiel. Es geht in der Welt schließlich immer etwas vor, was die Gemüter aufregt, und dann kann man eben nicht früh genug etwas Neues darüber hören. Und ebenso müssen für den Interessenten Preisnotierungen und Kurse von Wichtigkeit sein.

Trotzdem wird selbst in dieser Beziehung der Rundfunk die Zeitung nie ersetzen können. Es gibt Grenzen, die dem Rundfunk gezogen sind, die er nicht überschreiten kann. Erstens fehlt den Rundfunknachrichten jede individuelle Prägung. Daß sie unparteilich sind, ist ihr Vorzug, aber auch ihre Schwäche. Nehmen wir irgendein Beispiel: Aman Ullah steht im Kampf mit den Aufrührern. Meine Zeitung kann bei irgendeiner Nachricht darüber hinzufügen, daß hier englische Intriguen im Spiel sind. Ein Licht wird dadurch auf die Meldung geworfen, durch die sie in ganz neuer Plastik für mich erscheint. Der Redakteur der Rundfunknachrichten wird so etwas nicht hinzusetzen. Es sei denn, er nimmt diese kritische Bemerkung als Tatsachenmeldung aus einer Zeitung.

Die Rundfunkmeldungen höre ich nur, wenn mein Empfänger eingeschaltet ist, wenn ich zu Hause bin und wenn ich nicht gerade Besuch habe. Die Zeitung konserviert mir die Meldung bis zu dem Augenblick, wo es mir paßt, sie zu lesen.

Digitized by Google

Der Rundfunk kann nicht werten, nicht betonen. Er bringt eine Nachricht hinter der anderen. Alles ist ihm gleich wichtig. Wie oft passiert es mir, daß ich denke, ach, heute ist ja nur langweiliger Kram zu hören. Auf einmal kommt dann doch eine Meldung, die in ihrer Wichtigkeit alles andere weit überragt. Die Zeitung dagegen ordnet nach Wichtigkeit. Die Meldung, der der viel mißbrauchte Name Sensation zukommt, kommt auf die erste Seite mit Überschrift in Riesenlettern. Groß und dick drängt sie sich aus den Buchstabenreihen des übrigen Textes heraus und sagt: „Ich bin wichtig, mich mußt du sehen." Daß in dieser Betonung etwas sehr Wertvolles liegt, daß der Zeitungsleser danach verlangt, das beweist die Entwicklung des Zeitungswesens in den letzten 30 Jahren.

Jede Zeitung ist gleichzeitig auf den internationalen, nationalen und auf den lokalen Ton gestimmt. Der Brand einer Scheune in Ober-Hintertüpfendorf ist für den Leser des Ober-Hintertüpfendorfer Anzeigers unendlich wichtiger als eine Revolution in Spanien. Der Sender hat wohl die Möglichkeit, auch auf lokale Ereignisse einzugehen, kann aber nur in sehr engen Grenzen davon Gebrauch machen.

Zu allen diesen rein technischen Gründen kommt aber noch einer aus dem Gemüte der Menschen hinzu, der es völlig ausschließt, daß der Rundfunk die Zeitung bei den Massen ersetzen kann. Die Zeitung ist für den Leser mehr als der bloße Bringer von Nachrichten von politischer Meinung und Unterhaltungsstoff. Sie ist eine Freundin, zu der man in einem Vertrauensverhältnis steht. Man muß jahrelang in den Schriftleitungen verschiedener Zeitungen gesessen, täglich die Briefe aus dem Leserkreis gelesen haben, um dieses Freundschaftsverhältnis recht zu würdigen. „Meine liebe Allgemeine", schreibt da eine Leserin, und auf diese Anschrift ist der Ton fast aller Zuschriften abgestimmt. Der Leser hält die Zeitung für allwissend, für allmächtig, geradezu für den Assistenten des lieben Gottes. Wenn ein Stammtisch darüber streitet, ob Pippin der Kleine im 12. Jahre seiner Regierung einen Wams aus Flanell getragen habe, so wird die Zeitung gebeten, diesen Streit zu schlichten. Wenn eine Laterne, statt ruhig zu leuchten, Nacht für Nacht einen heulenden Ton ausstößt, so schreibt der in seiner Nachtruhe gestörte Leser an seine Zeitung, und er ist fest davon überzeugt, druckt sie darüber etwas, so wird die Laterne es nicht länger wagen, zu heulen. So ist das Verhältnis der Hörer zum Sender doch nicht. Gewiß wird an ihn viel geschrieben, aber meist sind es doch bloß Klagen über das Programm Man kann geradezu die Beobachtung machen, kein Sender ist in seiner Heimat beliebt, alle die anderen entfernteren Sender sind gut, der heimatliche ist schlecht. Das ist nicht gerade ein Zeichen für ein Vertrauensverhältnis. Daß es so ist, kann dem Sender nicht zum Vorwurf gemacht werden. Es liegt letzten Endes an seinem amtlichen Charakter, an seinem Mangel an mitreißendem Temperament, an Verantwortlichkeit für die eigene Überzeugung. Die Zeitung ist eine Persönlichkeit.

Eine Gefahr droht der Presse durch den Rundfunk, aber sie kommt von einer ganz anderen Seite. Die Zeitungen sind für den Leser billiger als irgendein anderes wirtschaftliches Gut. Man denke doch einmal darüber nach, welche Massen von gedrucktem Papier man im Laufe des Monats für 2.— Mk. bis 2.50 Mk. ins Haus bekommt. Der Papierwert allein deckt diese Ausgaben fast, und dieses Papier muß noch gedruckt, die Setzer, die Drucker, der Farbenlieferant müssen bezahlt werden. Ein Stab von Redakteuren und Mitarbeitern verlangt Honorare. Hohe Telephongebühren sind Tag für Tag auszugeben. Daß das alles dem Leser für einen so billigen Preis geboten wird, ist nur dadurch möglich, daß die Zeitung gleichzeitig durch ihren Anzeigenteil das Wirtschaftsleben fördert. Auf diesem Gebiet wird vielleicht eines Tages der Rundfunk den Zeitungen eine unangenehme Konkurrenz machen. Die heutige Funkwerbung ist harm- und belanglos, sie hat weder für das Wirtschaftsleben noch für den Etat der Sender eine nennenswerte Bedeutung. Aber das kann anders werden. Hugo/Gernsback erzählt in der Radio-News: Als die ersten Erfolge des Fernsehens bekannt geworden waren, kam ein Unternehmer zu ihm und fragte, was es koste, wenn er die Herstellung seiner Zigaretten durch Television dem Leser vorführte. Wir werden einst Fernsehen haben, und dann wird sich hier eine Propagandamöglichkeit von alles überwältigender Kraft der Wirtschaft bieten. Welchen Schaden die Zeitungen dadurch haben werden, ist heute noch nicht abzusehen. Immerhin glaube ich, daß sie auch dann einen Weg finden werden, um dieser Konkurrenz die Stirn zu bieten.

Noch einmal: Wohin der Weg?

In der Nr. 10 der „Deutschen Presse" kritisiert Koll. K. W. die Verwaltungspraktiken einer überwiegenden Mehrheit der Provinzverleger, die gewissermaßen den eigenen Redaktionsbetrieb einengen, um von außen kommende, in Massenfabrikation hergestellte Beiträge für das Blatt erwerben zu können.

Ich bin überzeugt, daß K. W. aus reicher Erfahrung und guter Sachkenntnis heraus schreibt und ich verkenne auch nicht die ideelle Tendenz seiner zum Teil recht scharf formulierten Ausführungen. Es gilt, hier nur einige Unrichtigkeiten aufzuzeigen und ein Schlagwort, das zwar völlig unberechtigterweise von Verlegern geprägt wurde, das sich aber der Kollege K. W. zu eigen macht, als solches festzunageln. Es ist das Schlagwort von der „Liebesgabe der Illustrierten Beilagen" an die Leser.

In dieser Frage kann ich für mich einige Sachkunde in Anspruch nehmen, redigiere ich doch nun ein Jahrzehnt einige dieser, von dem Kollegen K. W. befehdeten Blätter, die, wie man die Öffentlichkeit glauben machen will, dem Leser „geschenkt werden". Vorausgeschickt sei, daß zu einer Erwiderung für mich kein Anlaß vorgelegen hätte, wenn diese ungerechte Beurteilung nicht gerade von einem Kollegen gekommen wäre. Hier vermisse ich ein Mindestmaß von Objektivität, bei dessen Vorhandensein eine so summarische Verrufserklärung der „Illustrierten Beilagen" nicht hätte erfolgen können.

Wie liegen die Dinge vom Standpunkt des Beilagenredakteurs? K. W. übersieht völlig, daß in den Redaktionen der Beilagenverlage Kollegen — oder sieht er sie nicht für voll an? — sitzen, die ein hohes Maß sehr verantwortlicher Arbeit leisten müssen. Hier ist die Schere ein schlechtes Hilfsmittel — ich habe sie nur schätzen gelernt bei der Komposition von Bildmontagen — und die Stoffwahl des Inhalts (Romane, Skizzen, belehrende Artikel), die Auswahl von einigen Dutzend Mitarbeitern aus den verschiedensten Gebieten, erfordert eine volle Kraft, die ich einmal etwas unbescheiden mit dem Leiter des Feuilletons einer größeren Tageszeitung vergleichen möchte. Sie werden, verehrter Kollege K. W., in den illustrierten Beilagen, und ich glaube, es wird wohl überall so gehandhabt, nur mit Originalbeiträgen bedient. Wir können einfach gar nicht anders, als Erstrechte vom Autor kaufen, sei er nun Romanschriftsteller, Wissenschaftler, Zeichner oder von irgendeiner anderen Fakultät. Unsere eigene Arbeit geht dabei, weil sie anonym erfolgt, nach außen hin völlig verloren. Wir namenlos und unbeachtet schaffenden Beilagenredakteure stehen im Kreuzfeuer einer scharfen, in der Form gar nicht sehr wählerischen Kritik.

Digitized by Google

Von diesem guten Recht des Kunden machen die Redakteure wie die Verleger der Tageszeitungen regen Gebrauch, und man stößt uns bald rechts, bald links, denn Konsequenz zeichnet diese Kritiken keineswegs aus.

Dies zur Korrektur der anscheinend weit verbreiteten Meinung, die „Illustrierten Beilagen" würden irgendwie so nebenbei zusammengeschustert und gehörten von Rechts wegen in den Orkus.

Und nun die „Liebesgabe für die Leser". Eigentlich sollte ein alter Kollege, der die Mentalität der Verleger kennt, wissen, daß diese nach keiner Seite hin etwas „verschenken". Da K. W. es aber doch zu glauben scheint und anderen zumutet, dasselbe zu tun, so sei ihm geantwortet.

Als Ende 1923 der Inflation Halt geboten wurde und die Rentenmark erschien, begann das große Rechnen. Auch die Verleger rechneten. Und alle kamen zu demselben Resultat. Kollege K. W. wird es verstehen, wenn ich diesen Punkt etwas diskret behandele. Das Resultat des Rechnens, es verdient die Note „sehr gut", führte dazu, daß die „Liebesgabe" uns „Beilagenfabriken" aus den Händen gerissen wurde. Der Telegraph war überlastet und tagelang stand das Telephon nicht still: „Liebesgaben" her, aber sofort! so lautete der Ruf. Wer das erlebt hat, wie die Auflagen sprunghaft in die Höhe gingen und erst an der Höchstleistung der Maschinen eine Grenze fanden, der lächelt leise und anhaltend über das Argument der „Liebesgaben für den Leser".

Inzwischen ist der bekannte Rauhreif gefallen, das Geschäft ist nicht mehr wie anno 24, gewiß, aber trotzdem, an die mit vollen Händen spendenden Provinzverleger braucht man nicht unbedingt zu glauben. Ich habe Grund zu der Annahme, daß sie auch jetzt zuweilen noch rechnen. Ein großer Teil der Verleger gibt überdies die „Illustrierte Beilage" nur mit erhöhter Abonnementsgebühr (Ausgabe B mit illustrierter Beilage) ab. Das sei auch noch festgestellt.

Wenn man auch das größte Verständnis dafür aufbringt, daß der Kollege von der Tageszeitung die „fremde" illustrierte Beilage nicht gerade liebt, so kann man andererseits billig erwarten, daß er sachlich und nicht voreingenommen dem ernsten Arbeitsprodukt eines Berufskollegen gegenübersteht. O. S.

William Randolph Hearst und seine Presse.

Aus dem Leben des amerikanischen Zeitungskönigs.

Der frühere Chefredakteur der „Times" und jetzige Herausgeber der „Review of Reviews", Wickham Steed, der in letzter Zeit durch die Veröffentlichung der Grönerschen Denkschrift von sich reden machte, hat die Grundprinzipien angelsächsischer, besonders amerikanischer Journalistik einmal wie folgt umrissen:

> „Sei der Erste mit deinen Nachrichten. Sieh zu, daß du sie bekommst. Mache sie, wenn nötig, selbst. Drucke sie auf eine frappante Art, sorge für schnelle Verbreitung, verkaufe für wenig Geld. Vermeide Kommentare, worüber sich die Leser den Kopf zerbrechen müßten. Fahre mit deiner Berichterstattung über ein bestimmtes Geschehnis fort bis zum Vorabend des Tages, an welchem die Leser genug davon bekommen. Und beginne dann mit etwas anderem."

Hearst, der Besitzer Dutzender von Zeitungen und Zeitschriften in den Vereinigten Staaten, kann hierfür als bestes Vorbild gelten. Zweck und Sinn seiner Presse liegt darin, durch entsprechende Aufmachung des Materials dem eiligen Leser Gelegenheit zu geben, morgens auf dem Wege zur Arbeitsstätte, in einer Viertel- oder halben Stunde, „im Bilde" zu sein oder sich das wenigstens einbilden zu können. Ein kürzlich in London erschienenes Buch von John K. Winkler „W. R. Hearst, an American Phenomen" bringt über diesen Mann und seinen Lebenslauf eine Fülle interessanter Angaben, von denen hier einige wiedergegeben seien.

Hearst hat sich bekanntlich in London nicht aus kleinen Verhältnissen emporgearbeitet; er war der einzige Sohn eines Multimillionärs, dessen Bergwerke und Ländereien von Mexiko bis Alaska reichten, und der auch Zeitungen herausgab. Der Sohn trieb es an der Harvard-Universität so bunt, daß er relegiert wurde. „Well", sagte der Vater, „was willst du machen?" William Randolph ließ dem Alten Bergwerke und Farmen und erbat sich den „Examiner", der in San Franzisko als Tageszeitung erschien. „Das Blatt hat mich bereits einen Haufen Geld gekostet", meinte der Vater, „aber wenn du willst: bitte!" Der damals 23jährige Hearst machte aus der Zeitung, die bereits in ihren letzten Zügen lag, in kurzer Zeit ein blühendes Unternehmen. Er wußte, was das Publikum verlangte, bevor dieses selbst es wußte. Er organisierte allerlei aufsehenerregende Pressefeldzüge, bekämpfte Übelstände im öffentlichen Leben und wußte mit einer Art typographischer Gewaltsamkeit sein Blatt auch äußerlich zu etwas vom Gewohnten völlig Abweichendem zu machen. Er selbst arbeitete oft ganze Nächte durch und brachte die Auflage innerhalb weniger Jahre und in einer Stadt von 300 000 Einwohnern (San Franzisko vor 40 Jahren), von ungefähr Null auf achtzigtausend. Sehr bald verstand er es, Journalisten und Schriftsteller von Ruf an sich zu ziehen, darunter Mark Twain und den besten amerikanischen Karikaturisten jener Zeit, Thomas Nast. Er bekämpfte vor allem die „bosses", d. h. die Besitzer der Wasserleitungen und ähnlicher Werke, die damals in San Franzisko, wie fast überall in den Vereinigten Staaten, in den Händen von Privatpersonen waren, die die Bevölkerung ausbeuteten und die Stadtverwaltungen tyrannisierten. Er war einer der heftigsten Gegner der asiatischen Einwanderung und zog 1891 das eingeschlafene Panamakanalprojekt von neuem ans Tageslicht. Der romantische Selbstmord des Kronprinzen Rudolf von Österreich war der Anlaß zu dem längsten Telegramm, das bis dahin in Frisco empfangen worden war. Hearst war Meister in jener Berichterstattung, die man drüber „stunt" nennt: etwas Staunenerregendes, Nochniedagewesenes. Ein weibliches Mitglied der Schriftleitung ließ sich auf der Straße in Ohnmacht fallen, wurde mit der Ambulanz in ein städtisches Krankenhaus gebracht, und binnen wenigen Tagen rief der „Examiner" in spaltenlangen Berichten mit wuchtigen Schlagzeilen Mord und Brand über die Zustände im Hospitalwesen der Stadt. Der Erfolg war, daß zahlreiche Änderungen und Verbesserungen eingeführt wurden. In jenen Jahren war ein gewisser Chamberlain, früher Sekretär von Gordon Bennett (New York Herald), eine Kanone auf dem Gebiet des „stunt", er erlangte von der Königin von Hawai ihre Lebensgeschichte, die in Amerika verschlungen wurde. Leider war er häufig betrunken. Als Hearsts Direktor ihm nach Europa telegraphierte: „Chamberlain wieder betrunken. Soll ich ihn entlassen?" antwortete Hearst lakonisch auf gleichem Wege: „Wenn nur einen Tag von dreißig im Monat nüchtern, ist er mir wertvoll genug." Vielleicht ist diese Anekdote erfunden, aber sie zeichnet den Mann.

Im Jahre 1892 starb der alte Hearst, 16 Millionen Dollar hinterlassend, die dem jungen die Inangriffnahme größerer Pläne ermöglichten. Sein Ehrgeiz war, New York zu erobern, wie er San Franzisko erobert hatte. Er kaufte für die Hälfte des ursprünglich geforderten Preises das „Morning Journal", ließ die fähigsten Köpfe seines Stabes aus San Franzisko herüberkommen und begann den Kampf gegen Pulitzer, den Verleger der „World". Er begann ihn mit einer ebenso großen Zeitung, aber auf besserem Papier gedruckt und zum halben Preise, genau wie es früher Pulitzer gegen Bennett getan hatte. Das Ergebnis war dasselbe: Pulitzer mußte, wie einst Bennett, den Preis um die Hälfte herabsetzen; dafür konnten aber beide Gegner die Anzeigenpreise erhöhen. Es begann zwischen

Digitized by Google

den beiden Konkurrenten ein unerhört heftiger Kampf um die Auflage, und das Mittel war: Sensation um jeden Preis. Hearst ließ seine Millionen springen. Pulitzer hatte für sein Sonntagsblatt einen Schriftleiter, Morill Goddard, der in seinem Fach ein Genie war. Hearst lud ihn ein, Schriftleiter seines eigenen Sonntagsblattes zu werden. Goddard zögerte, ein Scheck über 35 000 Dollar half nach. In verhältnismäßig kurzer Zeit war die Auflage des „Morning Journal" von 20 000 auf fast 400 000 Exemplare gesteigert. Aus diesen Tagen (1895) datiert für die Blätter von Hearst und Pulitzer die Bezeichnung Gelbe Presse, ein Name, der nicht viel Gutes bedeutet und einer Karikatur aus damaliger Zeit „The yellow kid" (Der gelbe Clown) entlehnt ist. Die Sonntagsausgabe des „Journal" entwickelte sich allmählich zum heutigen „American Weekly", das zugleich in sechs Städten der Union auf sieben 24-Zylinder-Pressen gedruckt wird und dessen Leserzahl hoch in die Millionen geht.

Während der ersten Jahre legte Hearst sich besonders auf Unglücksfälle, Morde und Prozesse. Diagramme, die die Stelle andeuteten, „wo die Leiche gefunden wurde", waren vermutlich seine Erfindung. In den Schlagzeilen huldigte man dem Stabreim, z. B. „Leiche lag links" oder „Mörder mußte mit". Festen der „Upper ten" widmete er nicht selten ein halbes Dutzend Seiten. Der Krieg gegen Spanien war zum großen Teil das Werk der gelben Presse und brachte ihr wieder höhere Auflagen und vermehrte ihre Macht. Zum Hearst-Konzern gehören heute nicht weniger als 39 Zeitungen und Zeitschriften, wozu noch Nachrichtenagenturen und Filmunternehmungen treten. Die Methoden seiner Presse wurden und werden heftig kritisiert; aber Hearst ging unbeirrt seinen Weg. Anfang dieses Jahrhunderts ließ er sich in den Kongreß wählen.

Im Weltkriege war er gegen Amerikas Teilnahme; er hat den Eintritt Amerikas denn auch lange verhindern helfen. Wilson wurde von ihm heftig angegriffen, und Hearsts Einfluß ist es zum bedeutenden Teile zuzuschreiben, daß Amerika sich außerhalb des Weltschiedsgerichtshofes und des Völkerbundes hält. Wie im Kriege, wenigstens in dessen erstem Teil, ist die Sprache der Hearst-Presse auch neuerdings wieder von bemerkenswerter Schärfe gegenüber England; Hearst veröffentlichte im vergangenen Sommer bekanntlich den Text des englisch-französischen Flottenabkommens und unterstützt gegenwärtig die anti-britische Stimmung in Amerika durch die Losung: „Freiheit der Meere — oder die stärkste Flotte der Welt!"

H. E.

Die ungarische Preßgesetznovelle.

Der neue ungarische Justizminister Dr. Tibor Zsitvay hat kürzlich den Mitgliedern des Justizausschusses, den Leitern der Gerichtsbehörden, der Journalisten-Vereinigung und den Vertretern der Rechtsanwaltskammer den Referentenentwurf zur Preßgesetznovelle zugeleitet. Sollte der Entwurf in seiner jetzigen Form zum Gesetz erhoben werden, würde in Ungarn nicht nur die Freiheit der Presse gefährdet, sondern auch die freie Willens- und Meinungsäußerung im öffentlichen Leben des Landes stark eingeschränkt werden. Der nachstehend auszugsweise wiedergegebene Inhalt des Referentenentwurfes bedarf keines Kommentars. Die einschneidenden Bestimmungen der Novelle sprechen eine genügend deutliche Sprache. Bemerkenswert ist, daß der Justizminister betonte, daß er den vorliegenden Entwurf von seinem Vorgänger im Amte fertig übernommen habe. Es ist daher zu hoffen, daß es den maßgebenden Faktoren gelingen wird, entsprechende Abänderungen durchzusetzen.

Nach dem Referentenentwurf kann eine Zeitung weder durch die politische Behörde noch von Gerichtswegen verboten werden, während bisher der Minister des Innern auf Grund der noch zu Recht bestehenden Ausnahmegewalten das Erscheinen einer Zeitung zeitweilig oder für immer verbieten konnte. Bezüglich der preßgesetzlichen Verantwortung besagt der § 3, daß in erster Linie der Verfasser bzw Mitverfasser verantwortlich ist, ferner derjenige, der den Autor zur Verfassung oder Herstellung des gegen das Strafgesetz verstoßenden Preßproduktes veranlaßt hat. Bei nicht periodisch erscheinenden Zeitschriften geht laut § 4 die Verantwortlichkeit auf den Verleger über, falls der Verfasser nicht festgestellt werden kann. Nach § 5 ist für Preßdelikte einer periodischen Zeitschrift mit dem Verfasser auch der verantwortliche Redakteur verantwortlich, wenn dieser nicht nachweist, daß die Veröffentlichung ohne sein Wissen oder gegen sein Verbot erfolgte. Der § 6 verbietet zwar eine Haussuchung in der Redaktion oder Druckerei, enthält jedoch besonders für die verantwortlichen Redakteure bedenkliche Bestimmungen. Es heißt hier:

> „Zugunsten des verantwortlichen Redakteurs ist es als gewichtiger Milderungsgrund in Betracht zu ziehen, wenn er den Verfasser namhaft macht und der Verfasser zur Verantwortung gezogen werden kann. Wenn der verantwortliche Redakteur oder der für die Veröffentlichung der inkriminierten Mitteilung Verantwortliche nicht den wirklichen Verfasser als Verfasser namhaft macht, oder wenn nicht der wirkliche Verfasser sich als Verfasser stellt, so ist diese Handlung als Vorschubleistung strafbar."

Nach § 7 sind für Inserate und Verlautbarungen im offenen Sprechsaal der Verfasser und der Verleger verantwortlich. Der § 11 besagt:

> „Eines Vergehens macht sich schuldig und mit Geldstrafe ist zu belegen, wer im Wege der Presse Mitteilungen veröffentlicht, die öffentliche Urkunden oder öffentliche Verhandlungen des Reichstages, der Parlamentsausschüsse, der Behörden oder durch Gesetz konstituierten Körperschaften sei es vorsätzlich oder fahrlässig nicht wahrheitsgetreu wiedergeben, und wenn die Veröffentlichung den guten Ruf des Reichstages, der Parlamentsausschüsse usw. schädigt. Die Mitteilung kann als nicht in getreuem Sinne und nicht wahrheitsgetreu insbesondere dann betrachtet werden, wenn die Überschrift dem Inhalt der Mitteilung nicht entspricht, oder wenn diese den Tatbestand entstellt oder wesentliche Teile verschweigt."

Nach § 13 kann im Falle der Verleumdung, Ehrenbeleidigung, Kreditschädigung der Privatkläger seinen Antrag darauf beschränken, daß das Gericht ohne Strafbemessung die verantwortlichen Personen lediglich zur Vergütung seines materiellen oder moralischen Schadens verpflichtet, für den alle Verantwortlichen solidarisch haftbar sind. Die Verjährungsfrist für Mitteilungen in periodischen Zeitschriften beträgt laut § 14 sechs Monate, für nichtperiodische Zeitschriften zwei Jahre. Wichtig ist ferner die nach § 17 verfügte Ausschaltung des Anklagesenates, dessen Funktion auf den Vorsitzenden der Hauptverhandlung übergeht, weiter, daß Einwendungen gegen die Anklageschrift nicht zulässig sind, dem Beschuldigten es aber freisteht, seine Bemerkungen innerhalb von acht Tagen vor der Hauptverhandlung schriftlich zu unterbreiten. Die Entscheidung über den Wahrheitsbeweis und die Aufnahme der Beweise erfolgt ausschließlich in der Hauptverhandlung selbst. Der Wahrheitsbeweis kann im Rahmen der Hauptverhandlung nur dann angeordnet werden, wenn der Beschuldigte seinen Wunsch rechtzeitig vorher angemeldet hat. Der § 18 schließlich bestimmt, daß alle jene Personen, die im Geschäftskreise des Verlages einer periodischen Zeitschrift sich betätigen oder eine Unterlassung begehen, hinsichtlich dieses Geschäftskreises den Schutz des Immunitätsrechtes als Mitglieder gesetzgebender Körperschaften verlieren, einerlei ob die betreffende Person nach den Bestimmungen des Preßgesetzes als Verleger, Geschäftsführer oder verantwortlicher Redakteur angemeldet war oder nicht.

Die Veröffentlichung des Referentenentwurfes hat bereits zur Folge gehabt, daß sich viele Verbände der Presse usw. entschieden gegen einzelne Bestimmungen ausgesprochen und darauf hingewiesen haben, welche schädliche Folgen die Preßgesetznovelle für die gesamte Öffentlichkeit haben müßte. Wir werden über den Ausgang der bezüglichen Beratungen s. Zt. berichten.

W-r.

BAD PISTYAN
bietet d. „Deutschen Presse" zur Kur ganz besondere Begünstigungen.
Vulk. Schwefel-Schlammquellen — Rheuma, Gicht.
400 Morgen Park. Tennis, Golf, Rudern, Fischen.
Ausk.: Pistyan-Büro, Berlin W 15, Meierottostr. 1

Digitized by Google

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Der große Verlag und der kleine Schriftsteller.

Die Hauptschriftleitung von „Motor und Sport", Berlin NW 7, (Verlag Vogel, Pößneck), schrieb unter dem 18. März einem Mitarbeiter folgendes:

„In Erledigung Ihrer Zeilen vom 16. d. M. teilen wir Ihnen höfl. mit, daß Ihr Aufsatz nunmehr in Heft 11 vom 17. März 1929 erschienen ist. Nach Eingang der Remittenden werden wir Ihnen Beleg zukommen lassen, und das Honorar wird Ihnen gemäß unsern üblichen Mitarbeiter- und Zahlungsbedingungen Ende April durch unsere Pößnecker Kasse übermittelt werden. Eine andere Regelung der Bezahlung läßt sich leider in unserem großen Betriebe nicht ermöglichen . . ."

Eigentlich ist jeder Kommentar überflüssig. Wir möchten aber doch darauf hinweisen, daß Ullstein, Scherl, Bobach, Velhagen und andere Verlage, die sich ja vielleicht an Größe mit dem Pößnecker Vogel-Verlag noch vergleichen dürfen, entweder sofort nach Annahme oder am Tage des Erscheinens eines Artikels bezahlen. Die Hauptschriftleitung von „Motor und Sport" hat offenbar eine Empfindung dafür, daß die in Pößneck üblichen Zahlungsbedingungen unsozial sind — „leider" —; sie sollte deshalb aber auch darauf hinwirken, daß sie schleunigst reformiert werden, was wohl u. E. um so leichter geschehen könnte, als unseres Wissens der Verlag Vogel zu denjenigen deutschen Zeitschriftenunternehmungen gehört, die auf modernste Betriebsmethoden umgestellt sind. A. M.

Recht und Presse

Ein interessanter Beleidigungsprozeß im Saargebiet. Das Schöffengericht Saarbrücken verhandelte vor kurzem über die Beleidigungsklage, die der Herausgeber der „Menschheit", Fritz Röttcher, gegen den verantwortlichen Redakteur Franke von der „Saarbrücker Zeitung" auf Grund eines Artikels in der „Saarbrücker Zeitung" angestrengt hatte, in dem behauptet wurde, daß die „Menschheit" von Frankreich subventioniert werde. Nach lebhaft geführter Verhandlung und kurzer Beratung wies das Gericht unter Verzicht auf die Beweisanträge die Klage Röttchers kostenpflichtig ab und sprach den Angeklagten frei.

In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: „Es sei zu berücksichtigen, daß Röttcher in seiner Zeitung landesverräterische Ausführungen gemacht habe, durch die er seinem Vaterlande im Auslande nur schaden konnte. Der Tatbestand des gemeingefährlichen landesverräterischen Vorgehens sei gegeben. Daher bedeute der Vorwurf der Subventionierung durch Frankreich keine besondere Beleidigung. Im übrigen müsse der „Saarbrücker Zeitung" der Schutz des § 193 zugebilligt werden, da sie in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe."

Fachrundschau

Freie Berufe und Gewerbesteuer.

Der preußische Staatsrat beschloß am 23. März mit 37 gegen 21 Stimmen, entsprechend dem Beschlusse seines Hauptausschusses gegen das vom Landtag angenommene Gesetz über die Regelung der Gewerbe- und Berufsschulsteuer Einspruch einzulegen.

In der Begründung heißt es, daß der Staatsrat, ohne zu der Frage der Besteuerung der freien Berufe und den anderen Änderungen des Gesetzes gegenüber der Regierungsvorlage materiell Stellung zu nehmen, den Zeitpunkt nicht für geeignet halte, die schwierige Frage der Neuregelung der Gewerbesteuer vorzunehmen, da das Gewerbesteuerrecht zurzeit in der Reichsgesetzgebung neu geregelt werde.

Nach den Bestimmungen der preußischen Verfassung wird nunmehr die ganze Gewerbesteuer noch einmal an den Landtag, und zwar während der Osterferien an dessen Ständigen Ausschuß zurückverwiesen. Und erst wenn dieser mit Zweidrittelmehrheit den Landtagsbeschluß bestätigen sollte, würde das Gesetz trotz des Einspruchs des Staatsrats verkündet werden können. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß diese Zweidrittelmehrheit erreicht wird, so daß durch den Einspruch des Staatsrats die freien Berufe in Preußen vorläufig und hoffentlich endgültig von der Gewerbesteuerpflicht befreit worden sind.

Justiz und Presse.

Auf dem diesjährigen Deutschen Richtertage, der am 14. September in Köln zusammentritt, sollen die **Beziehungen zwischen Justiz und Presse** einen breiten Raum einnehmen. Senatspräsident Reichert vom 1. Strafsenat des Reichsgerichts, der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes und damit auch der Kölner Tagung, hat für das Thema entsprechend seiner Aktualität einen ganzen Tag vorgesehen.

Vom deutschen Zeitungswesen.

Verlegung der Zeitschrift „Deutsche Republik". Die Zeitschrift „Deutsche Republik" geht am 1. April an den Verlag der „Rhein-Mainischen Volkszeitung" in Frankfurt a. M. über, deren Redakteur Thormann die redaktionelle Leitung übernimmt. Dr. Teipel scheidet aus der redaktionellen Leitung aus. Herausgeber werden die Abgeordneten Dr. Wirth und Dessauer sein. Nach einer Mitteilung der „Frankfurter Zeitung" soll die Änderung in der Zusammensetzung der Herausgeberschaft und die Verlegung der Zeitschrift nach Frankfurt a. M. sowie die neue redaktionelle Leitung keine Wendung in der Richtung der Zeitschrift bringen, die auf überparteilich-republikanischer Linie weitergeführt werden soll. Bei der Gründung der Zeitschrift zeichnete bekanntlich die „Republikanische Union" als Herausgeberin, wobei sie durch die Namen Wirth, Löbe und Haas repräsentiert wurde. Auch die „Republikanische Union" soll nicht aufgelöst werden, sondern mit der „Deutschen Republik" als ihrem Organ fortbestehen.

Zeitungszusammenlegung in Dessau. Der Zeitungsverleger Wagner in Dessau hat die beiden Dessauer Zeitungen „Dessauer Zeitung" und „Zentralanzeiger" erworben. Er vereinigt sie zu einer Zeitung für Dessau und den Freistaat Anhalt nebst umliegenden Gebieten Mitteldeutschlands.

Das „Groß-Gerauer Kreisblatt" (Starkenburger Tageszeitung) konnte am 16. d. M. auf ein 80jähriges Bestehen zurückblicken. Es ist ein echtes und rechtes Heimatblatt, das in seinem Verbreitungsgebiet die Liebe zur engeren Heimat stets tatkräftig und erfolgreich gefördert hat. Sein nunmehr 80jähriges Bestehen ist ein Beweis für seine starke innere Lebenskraft und ein Zeugnis für das Vertrauen, das es sich in seinem Leserkreis erworben hat.

Das „Straubinger Tagblatt" veröffentlichte anläßlich der Übersiedlung in sein neues Verlagshaus eine umfangreiche, gut ausgestattete Sondernummer, für die Dr. Hans Kapfinger verantwortlich zeichnete. In der Sondernummer wurde den Lesern, was sie sicherlich interessiert hat, ein genauer Einblick in die Herstellung des Blattes gegeben. Auch über die Entwicklung der Zeitung wurden sie unterrichtet.

Das „Stuttgarter Neue Tagblatt" gibt unter dem Titel „Hoch vom Turmhaus" seit kurzem Mitteilungen heraus, die in geschickter Weise in Wort und Bild für die Zeitung werben.

Pressestellen und Pressеämter.

Nachrichtenamt der Stadt Berlin. Der personelle Ausbau des Nachrichtenamtes der Stadt Berlin, der bei der Berufung des neuen Leiters Stadtrat Dr. Lohmann angekündigt worden war, ist nun inzwischen erfolgt. Es sind dem Leiter des Nachrichtenamtes folgende Referenten beigeordnet worden: 1. Adolf Zeberin (D.V.P.), 2. Dr. Kurt Zielenziger (Dem.), zugleich Stellvertreter des Pressechefs, 3. Erwin Zimmermann (Zentrum).

Eine Pressestelle beim Landgericht Augsburg. Auch beim Landgericht Augsburg ist vor kurzem eine Pressestelle errichtet worden. Zu ihrem Leiter wurde Landgerichtspräsident Marth bestellt.

Stadtpresseamt Heidelberg. Wie der Oberbürgermeister von Heidelberg in der letzten Stadtratssitzung bekannt gab, soll das städtische Nachrichtenamt wieder in ein „Stadtpresseamt" umgewandelt werden.

Verschiedenes.

Ein Preisausschreiben für einen Roman über das Ruhrgebiet. Die Stadt Essen hat, um den Gedanken des Tages des Buches durch die Tat zu fördern, beschlossen, zur Schaffung eines Romanes einen Preis von 3000 Mark auszusetzen. Der Roman soll das Ruhrgebiet zum Gegenstand haben und die vielfältigen Lebensenergien von Landschaft/Mensch und Wirtschaft in der Gegenwart zur künstlerischen Gestaltung bringen. Die näheren Bedingungen des Wettbewerbs werden noch bekanntgegeben.

Digitized by Google

Aus der Organisation

Verein Niedersächsische Presse.

Der Verein Braunschweigische Presse

im Reichsverband der deutschen Presse hielt kürzlich im Wilhelmsgarten in Braunschweig seine Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende Albert Allerdist konnte über eine erfreuliche Entwicklung im letzten Vereinsjahr berichten. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder Albert Allerdist (erster Vorsitzender), Arno Keilitz (zweiter Vorsitzender), Fritz Mumme (Kassenführer), Erich Schulz (Schriftführer), Erich Schaper und Hermann Schroff (Beisitzer). Der diesjährige Presseball soll am 16. November im Wilhelmsgarten abgehalten werden.

Provinzialverband Pommern.

Der Verein Stettiner Presse

bittet uns um Aufnahme folgender Erklärung:

„Der Tannenbergbund hat in Stettin am 14. Februar eine Versammlung abgehalten, zu der auch die Stettiner Presse eingeladen war. Bei dieser Gelegenheit hat es Frau Dr. Ludendorff für nötig befunden, ohne den leisesten sichtbaren Grund, den sämtlichen Stettiner Zeitungen „von rechts bis links" wissentlich falsche Berichterstattung vorzuwerfen. Die anwesenden Vertreter der Stettiner Zeitungen haben daraufhin einmütig den Saal verlassen, wobei es zu Schmährufen aus der Versammlung und tätlichen Angriffen gegen die Pressevertreter kam.

Nunmehr gibt Frau Ludendorff in ihrem Organ, der „Deutschen Wochenschau" in Nr. 9 vom 3. März eine Darstellung, nach der sie zu ihrem Verhalten der Presse gegenüber veranlaßt sein will auf Grund der Tatsache, daß „ein Kopf mit schwarzem Kraushaar sich unter ihnen (den Pressevertretern) besonders bemerkbar durch abwechselnde Heiterkeitsausbrüche und Kopfschütteln" gemacht habe. Diese Darstellung veranlaßt uns zu folgender Erklärung:

Abgesehen davon, daß von Heiterkeitsausbrüchen nicht die Rede sein kann, bestand gar kein Grund, die gesamten Stettiner Zeitungen in einer solch ehrenrührigen Weise zu verdächtigen, zumal der von Frau Ludendorff apostrophierte Pressevertreter weder der Redaktion eines Stettiner Blattes angehörte, noch im Auftrage eines solchen anwesend war. Im übrigen wird in der Darstellung der „Deutschen Wochenschau" geflissentlich jeder Hinweis auf die unverschämten Beleidigungen sowie die tätlichen Angriffe vermieden. Wie Frau Ludendorff auch peinlichst unterläßt, darauf hinzuweisen, daß die Stettiner Presse ausdrücklichst eingeladen gewesen ist. Im übrigen dürfte die Tatsache, daß unter den anwesenden Pressevertretern sich mehrere alte Frontsoldaten und ehemalige Offiziere befanden, die sich von Tannenberg-Jünglingen wehrlos anpöbeln lassen mußten, von selbst für die Methoden sprechen, mit denen man in jenen Kreisen vorzugehen beliebt. Wir begnügen uns damit, den Kollegen im Reich von der unverantwortlichen Art solchen Vorgehens Kenntnis zu geben." **Verein Stettiner Presse.**

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse.

Verein Düsseldorfer Presse.

Der neue Vorstand, der in der Hauptversammlung am 25. Februar gewählt wurde, setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender: Franz Weber, Generalsekretär des Augustinusvereins; 2. Vorsitzender: Dr. Maria Meyer; Kassenführer: Franz Mahr; Schriftführer: H. A. Lux; Beisitzer: Hans Eberlein, Hans Heiling, Hermann Karthaus, Hubert Knickenberg, B. M. Mai, Herbert Schmidt, Gottfried Stoffers, H. Wrietzner.

Landesverband der Sächsischen Presse.

Der Bezirksverein Leipzig

im Landesverband der Sächsischen Presse hielt am 15. März seine Jahreshauptversammlung ab. Jahresbericht und Kassenbericht wurden von der Versammlung einstimmig genehmigt. Der Bezirksverein Leipzig zählt gegenwärtig 136 Mitglieder. Im Berichtsjahr haben 11 Mitgliederversammlungen sowie 17 Vorstandssitzungen stattgefunden. Die Einrichtung von Vortragsabenden hat sich bewährt. Besonders stark ist im Berichtsjahr die soziale Hilfstätigkeit des Bezirksvereins gegenüber bedürftigen Mitgliedern und gegenüber Witwen ehemaliger Mitglieder gewesen. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder. Ein Beisitzer, der seine Wiederwahl ablehnte, wurde durch ein anderes Mitglied des Bezirksvereins ersetzt. Der Vorstand setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitzender Dr. A. Günther, stellvertretende Vorsitzende Rogatzky, Dr. Stettenheim; Schriftführer: Proffen, Steidte, Wasser; Kassierer Seidel, Lorenz; Beisitzer Büttner, Kunde, Dr. Lanick, Dr. A. Lehmann, R. Lehmann, Dr. Mendheim, Fr. Schumann, Suter.

Personalien

Fritz Goetz, Chefredakteur des lokalen Teiles der „Vossischen Zeitung", feiert am 1. April seine 25jährige Zugehörigkeit zum Verlag Ullstein. Er kam als junger Mensch, der sich ursprünglich dem Studium der orientalischen Sprachen gewidmet hatte, von der „Deutschen Warte" her zur „Berliner Morgenpost" und schwang sich rasch zum Leiter der wichtigen Lokalredaktion dieses Blattes auf. Später half er der „B. Z. am Mittag" in ihren Anfängen. Seit 1920 gehört er der Redaktion der „Vossischen Zeitung" an, deren ausgezeichnete unpolitische Beilage ihm ihre Entwicklung verdankt. Zahlreiche jüngere Journalisten haben bei ihm ihre Ausbildung genossen, manches publizistische Talent ist von ihm entdeckt und gefördert worden. Auf seine Anregung geht die Berliner Kommunale Pressekonferenz zurück, deren Vorsitz er führt. Seine erfahrene Lebensklugheit und seine tatkräftige Hilfsbereitschaft wird weit über den Kreis der Berufsgenossen hinaus hoch geschätzt.

Kollege Andreas Müller in Bonn vollendete am 22. März sein 50. Lebensjahr, und in wenigen Tagen, am 1. April, kann er auf eine 25jährige Tätigkeit als Redakteur zurückblicken. Andreas Müller ist Saarländer, aus Mettlach gebürtig. Er verbrachte seine Gymnasialzeit in einem Trierer Konvikt, studierte in München und Bonn Theologie und Philosophie, war schon als Student journalistisch tätig und entdeckte dabei seine Neigung zum Presseberuf. Vor 25 Jahren trat er in die Schriftleitung der „Deutschen Reichs-Zeitung" in Bonn ein, deren örtlichen und nichtpolitischen Teil er leitete, während des Krieges zeitweise auch den politischen. 1921 übernahm er die Schriftleitung der „Rheinischen Volksstimme" und 1924 die Hauptschriftleitung der „Westdeutschen Tages-Zeitung", in der er in Schrift und Wort tatkräftig für die wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der westdeutschen Landwirtschaft eintritt. Kollege Müller ist ein überzeugtes und eifriges Mitglied seiner Berufsorganisation. Anfang 1920 wurde auf seine Anregung der Verein Bonner Presse gegründet, dessen Vorsitzender er im folgenden Jahre wurde. Im Bonner Verein, im Vorstand des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse und bei zahlreichen anderen Gelegenheiten hat er sich stets mit größter Wärme für das Wohl des Presseberufes und seiner Angehörigen eingesetzt. Es möge ihm vergönnt sein, noch mindestens weitere 25 Jahre mit gleichen Erfolgen wie bisher für seinen Beruf und den Verband zu wirken!

Karl Sabelsberg 70 Jahre. Am Karfreitag dieses Jahres, am 29. März 1929, feierte der in den weitesten Kreisen be-

Digitized by Google

kannte Senior des Vereins Düsseldorfer Presse, Redakteur Karl Savelsberg, den 70. Geburtstag. Als Sohn des Gymnasial-Oberlehrers Prof. Dr. Savelsberg in Aachen am 29. 3. 1859 geboren, besuchte er das dortige Kaiser-Karl-Gymnasium und erwählte, durch die literarische Tätigkeit seines Vaters angeregt, den Buchdruckerberuf. Vier Jahre lernte Karl Savelsberg zunftgemäß in der Buch- und Zeitungsdruckerei von C. H. Georgi Satz und Druck, Buchhaltung und Verlagstechnik und war dann noch als Korrektor und Faktor in hervorragenden Verlagsdruckereien tätig. Aber schon bald erwachte in ihm, geweckt durch die vielseitige geistige Kost, die er beruflich verarbeitete, der selbstschöpferische Geist. Im Dienste der Kölner Verlagsanstalt und Druckerei A.-G. begann er, für das „Kölner Tageblatt" Berichte, Plaudereien und kleine Feuilletons zu schreiben, und schließlich auch Romane; „Der Reiseonkel", „Der Troubadour", „Nemesis", „Jetzt oder nie", „Opfer der Liebe" u. a. erschienen, zum Teil in 12 000 Auflage, in Buchform und in der Presse, u. a. in den „Münchener Neuesten Nachrichten", „Dresdener Nachrichten", „Kölner Tageblatt" und „Düsseldorfer Generalanzeiger". Der Leiter der Kölner Verlagsanstalt, Direktor Jean Dietz, wurde dadurch auf seine literarischen Fähigkeiten aufmerksam und berief ihn im April 1890 in die Redaktion des „Kölner Tageblatts", wo er an den Redakteuren Gustav Delpy und Karl Wolff geistvolle und journalistisch hervorragende Lehrmeister hatte. Nach zehnjähriger redaktioneller Tätigkeit in Köln übernahm er auf Ansuchen der „Mülheimer Zeitung" in Köln-Mülheim deren Redaktionsleitung. In späteren Jahren war Karl Savelsberg noch als Lokalredakteur der „Essener Volkszeitung" und als Chefredakteur der „Recklinghäuser Volkszeitung" tätig. Dann kam er nach Düsseldorf, wo sich ihm ein neues Tätigkeitsfeld bot bei der Fachpresse und in der Mitarbeit bei hervorragenden Tageszeitungen. Im Herbst 1904 war es Karl Savelsberg eine zwingende Pflicht, an der Gründung des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse mitzuwirken. Wenn unser Geburtstagskind in Kollegenkreisen von seinen Erinnerungen spricht, erwähnt er gerne das eindringliche, sachliche und überzeugende Eintreten des eigentlichen Schöpfers der Organisation, des Kollegen Gottfried Stoffers, sowie die feurige und packende Rede, mit welcher der damals noch jugendliche Kollege Professor Arthur Jung als Vertreter des Vereins der Hagener Presse alle Kollegen zu sofortigem Handeln hinriß. Und dieser Funke ist nie erloschen. Unser jetzt 70jähriges Geburtstagskind hat stets der Organisation nach bestem Können gedient. Sein Wahlspruch war immer Reuters Wort: „Wenn einer dheit, wat hei kann, dann kann hei nicht miehr dhaun, als hei dheit." Beim Eintritt in das Patriarchenalter geleiten den auch als Mensch und Charakter hochgeschätzten Kollegen die herzlichsten Wünsche seines großen Freundeskreises. F. W.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband Groß-Hamburg. Heinz Liepmann (fr. Mitarb.), Hamburg 13, Mittelweg 25.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Leipzig. Bernhard Kroesing (Wolff-Büro), Leipzig N. 22, Lothringer Straße 28. — Bezirksverein Dresden. Karl Rudolf Burock (Dresdener Vertr. völk. Zeitung.), Dresden-A. 16, Bönischplatz 1.

Verband der Schlesischen Presse. Schriftl. Hans Hoffmann (Grenzmark Schlesien), Breslau 1, Vorwerkstr. 58 60; Red. Karl Wiechmann (Bunzlauer Stadtbl.), Bunzlau, Friedrichstraße 26.

II. Neuanmeldungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Journalist Philipp Grimm (Beobachter am Main), Aschaffenburg, Fischhausgasse 2; Red. Dr. Fritz Rudolph (Beobachter am Main), Aschaffenburg, Weißenburger Straße 46 III; Paul Emil Rings (Donaubote), Ingolstadt, Kupferstraße 18 I; Max Schachenmayer (Red. d. Saalezeitung), Bad Kissingen, Theresienstraße 16 II; Adolf Moser (Red. d. Neuen Augsburger Ztg.), Augsburg, H. 245 1/5; Josef Scharl (Red. am Freisinger Tagbl.), Freising, Pfalzgrafstraße 10.

Bezirksverband Berlin. Dr. Alex. Jason (Mitarb.),; Siegfr. Loevy (Dtsch. Getreide-Ztg.); Erh. Windmüller (Mitarb.).

Verein Niedersächsische Presse. Friedel Schubert (Osnabrücker Allg. Ztg.), Osnabrück, Krahestr. 8.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Bezirksverein Niederrhein-Ruhr. Red. Heinz-Ludwig Wellhausen (Osterfeld-Bottroper Ztg.), Oberhausen, Niederstr. 65; Red. Dr. Junge (Oberhausener General-Anz.), Oberhausen, Paulstraße 10; Red. Günther Bungert (Mülheimer Gen.-Anz.), Mülheim-Ruhr, Kurfürstenstr. 22; Red. Hanns H. Haefs (Rhein- u. Ruhr-Ztg.), Duisburg, Taubenstraße 61 II; Red. P. Grandjean (Rhein- u. Ruhr-Ztg.), Duisburg, Akazienstraße 3. — Verein Kölner Presse. Hans Watermann (Dürener Ztg.), Düren, Rhld.; Irma Fiebig (Scherl), Köln, Moltkestr. 103; Dr. Josef Winschuh (Köln. Ztg.), Köln-Sülz, Zülpicher Straße 402. — Verein Düsseldorfer Presse. Hans Bilges (Tel.-Union), Düsseldorf; Dr. Horst Walther (Düsseldorfer Stadtanzeiger), Düsseldorf.

*

In Nr. 30 1928 der „Deutschen Presse" ist unter „Mitgliederbewegung, Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse, Verein Düsseldorfer Presse", mitgeteilt worden, daß ein Kollege Walter Maaß wegen Nichtzahlung von Beiträgen gestrichen worden sei. Die Notiz beruht, wie wir auf Wunsch von Herrn Kollegen Dr. W. Maaß, Saarbrücken, mitteilen, auf einem Irrtum der betreffenden Geschäftsstelle des Rheinisch-Westfälischen Presseverbandes, da Dr. Walter Maaß nach seiner Angabe niemals Mitglied des Vereins Düsseldorfer Presse gewesen ist.

Verband der Deutschen Sportpresse

Jahresversammlung
des Verbandes der Deutschen Sportpresse.
am 12. und 13. April 1929 in Breslau.

Zeitprogramm.

Freitag, 12. April:

16—20 Uhr: Tagung des Gesamtvorstandes im Hotel „Vier Jahreszeiten".

20½ Uhr: Empfang durch die Stadt Breslau im Fürstensaal des Breslauer Rathauses. Im Rahmen des Festabends kurzer Vortrag des Leiters des Stadtamts für Leibesübungen über „Die Sportanlagen der Stadt Breslau im Hinblick auf die deutschen Kampfspiele 1930".

Sonnabend, 13. April:

9 Uhr: Besichtigung der Stadionanlagen und der Jahrhunderthalle. Omnibusse holen die Teilnehmer vom Hotel „Vier Jahreszeiten" ab. Im Anschluß: Mittagessen im Terrassenrestaurant des Messehofes.

13 Uhr: Hauptversammlung im prachtvollen Remter des Paketpostamtes.

Abends: Abendessen des Vereins Breslauer Sportpresse im Hotel „Vier Jahreszeiten".

Sonntag, 14. April:

Omnibusfahrt ins Eulengebirge von Breslau über Zobten, Sieben Kurfürsten, Fürstensteiner Schloß nach Bad Salzbrunn und zurück für die Teilnehmer, die am Sonntag noch in Breslau bleiben.

Standquartier für die Kongreßteilnehmer ist das Hotel „Vier Jahreszeiten" dicht am Bahnhof, Gartenstraße 66/70. Dort werden möglichst alle Teilnehmer untergebracht werden. Anmeldungen für die Teilnahme werden bis zum 7. April an die Geschäftsstelle erbeten.

Der Vorstand.
I. A.: J. Riecken, Schriftführer.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Inhaltsangabe:

Geschäftsreklame, Eigenreklame und Redaktion. Von A. v. S.
Rundfunk und Presse. Von Alfred Dambitsch.
Noch einmal: Wohin der Weg? Von O. S.
William Randolph Hearst und seine Presse. Von H. E.
Die ungarische Preßgesetznovelle.
Der große Verlag und der kleine Schriftsteller.
Recht und Presse.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68. Zimmerstraße 36.

Digitized by Google

Wirtschaftskonzentration und Mittelstand.

Einzelhandelskonzerne - Großhandelszusammenschlüsse - Einkaufsvereinigungen.

Als ein besonderes Gebiet im Rahmen der Rationalisierungsmaßnahmen der deutschen Wirtschaft müssen die Konzentrationsbestrebungen gewertet und beurteilt werden, die in Zusammenlegungen von Industriebetrieben, Konzernbildungen innerhalb der Industrie, des Großhandels oder Einzelhandels und Schaffung von Einkaufsvereinigungen aller Art bestehen. Es wird im Anschluß daran vielfach die Frage aufgeworfen, ob einerseits Konzernbildungen im Einzelhandel z. B. den übrigen, nicht zusammengeschlossenen Gruppen des gleichen Wirtschaftsgebietes Schaden zufügen, oder ob sie hier gerade im Gegenteil nicht vielleicht eine Kräftigung des Absatzmarktes herbeiführen und ob andererseits derartige Zusammenschlüsse zum Zwecke gemeinsamen Einkaufs oder gemeinsamer Geschäftsbetriebsführung der Konsumentenschaft, in erster Reihe also wiederum dem Mittelstand, nicht zahlenmäßigen Nutzen bringen. Der Verbraucherschaft wird in erster Reihe

die Konzernbildung im Einzelhandel,

also bei den großen Warenhausfirmen sichtbar, während die Konzentration in Industrie und Großhandel sich mehr unkontrolliert durch die Öffentlichkeit im Innern des Gesamtwirtschaftsorganismus abspielt. Hierher gehören aber vor allem auch die Zusammenschlüsse von Einzelhandelsbetrieben zu Einkaufsvereinigungen, von deren Vorhandensein der Verbraucher und Kunde wenig erfährt. Es wird nun auch dem volkswirtschaftlich nicht geschulten Beobachter des täglichen Lebens offensichtlich, daß der Zusammenschluß von Einzelfirmen zum Zwecke gemeinsamen Einkaufs und gemeinsamer Interessenvertretung bei Industrie und Großhandel Vorteile bringt, die durchaus der Allgemeinheit zugute kommen. Die Konzernbildung im Warenhauswesen als

die letzte volkswirtschaftliche Entwicklungsphase

auf diesem Teilgebiete der deutschen Privatwirtschaft bildet also keineswegs ein Gefahrenmoment für den nichtkonzernierten Einzelhandel. Der Konkurrenzkampf im Einzelhandel spielt sich erfahrungsgemäß stets zwischen meist gleichstarken großen Betrieben, also den Waren- und Kaufhäusern ab, die ihren gesamten technischen und organisatorischen Apparat aufbieten, um leistungsfähiger zu sein als die Konkurrenz und um die Verkaufspreise niedrig gestalten zu können. Werden also beispielsweise an einem Orte die Warenhausbetriebe zweier Firmen von dem gleichen Konzern aufgesogen, so fällt naturgemäß der verschärfte vielfach ungesunde Wettbewerb zwischen diesen Betrieben fort und die Preisgestaltung wird stabiler. Das wirkt sich auch im Wettbewerb für die kleineren und mittleren Betriebe durchaus günstig aus. Eine durch konzernmäßigen Zusammenschluß von Warenhausgruppen hervorgerufene Vermehrung der Einzelbetriebe ist nicht festzustellen. Der zahlenmäßige Bestand der Warenhausfirmen wird also dadurch nicht erhöht. Entstehen oder entstanden seit den Tagen ausgesprochener Konzernbildungen bei den Warenhausunternehmungen Neubauten oder Neuerrichtungen in einer Stadt, so lagen sie im Arbeits- und Bauprogramm der Einzelfirmen eines solchen Konzerns schon von vornherein fest.

Die verstärkte Einkaufskraft,

die als Hauptfaktor eines Zusammenschlusses derartiger Betriebe in Frage kommt, äußert sich naturgemäß in der Preisgestaltung vorteilhaft für die Konsumentenschaft, wird also mittelstandsfördernd sein. Eine Tatsache übrigens, die diejenigen kleineren Einzelhändler, die sich zu Einkaufsvereinigungen zusammengeschlossen haben, oder die den schon bestehenden Einkaufskonzernen beitreten, wohl erkannt haben. Auch

der Großhandel,

dieses so außerordentlich wichtige Glied im Kreislauf der deutschen Wirtschaft, trägt sich weiter stark mit dem Gedanken der Konzentration hinsichtlich des gemeinsamen Einkaufs. Und auch hier werden dieselben Motive maßgebend sein: Gesundung, Kräftigung und gesteigerte Leistungskräfte. Es wäre also verfehlt, aus einer in nichts begründeten Angstpsychose, die im Höchstfalle parteipolitische Hintergründe haben könnte, zu deduzieren, daß die Konzernbildung im Warenhauswesen in irgendeiner Form mittelstandsfeindlichen Charakter trüge. Das Gegenteil scheint durch die Tatsachen beweisbar.

Digitized by Google

Dresdner Bank

Sechsundfünfzigste ordentliche Generalversammlung.

Hiermit werden die Aktionäre zur

sechsundfünfzigsten ordentlichen Generalversammlung,

die

Mittwoch, den 10. April 1929, vormittags 11¾ Uhr

im Bankgebäude Dresden, Johann-Straße 8 stattfinden wird, eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichts sowie der Bilanz mit Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1928.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und die Verwendung des Reingewinns.
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats.
4. Satzungsänderungen:
   a) § 8 (Bekanntmachungen) soll folgende Fassung erhalten:
   „Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch
   den Deutschen Reichsanzeiger,
   die Sächsische Staatszeitung,
   die Berliner Börsen-Zeitung,
   den Berliner Börsen-Courier.
   Zur Gültigkeit der Bekanntmachungen genügt deren Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger."
   b) § 18 (Aufsichtsrat) soll folgenden Zusatz erhalten:
   „Willenserklärungen des Aufsichtsrats erfolgen durch den Vorsitzenden oder einen seiner Stellvertreter."
5. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.

Jeder Aktionär ist zur Teilnahme an der Generalversammlung berechtigt. Um in dieser stimmen oder Anträge stellen zu können, müssen die Aktionäre gemäß § 21 der Satzungen spätestens bis zum 6. April einschließlich ihre Aktien — oder die über diese lautenden Hinterlegungsscheine einer Effektengirobank — entweder bei einem deutschen Notar oder bei einer der nachverzeichneten Stellen hinterlegt haben und bis zur Beendigung der Generalversammlung dort belassen:

bei der **Dresdner Bank** in **Dresden** und **Berlin** sowie ihren übrigen Niederlassungen,
bei der **Dürener Bank** in **Düren**,
bei dem Bankhause **Simon Hirschland** in **Essen** und **Hamburg**,
bei der **Deutschen Vereinsbank Kommanditgesellschaft auf Aktien** in **Frankfurt a. M.**,
bei dem Bankhause **Veit L. Homburger** in **Karlsruhe**,
bei dem Bankhause **A. Levy in Köln**,
bei dem Bankhause **Flemming & Co.** in **Magdeburg**,
bei der **Oldenburgischen Landesbank** in **Oldenburg i. O.**,
bei der **Mecklenburgischen Bank** in **Schwerin i. M.**,
bei der **Neuvorpommerschen Spar- und Creditbank Aktien-Gesellschaft** in **Stralsund**,
bei den Herren **Proehl & Gutmann** } in **Amsterdam.**
bei der **Amsterdamschen Bank** }

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsmäßig erfolgt, wenn Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei anderen Bankfirmen bis zur Beendigung der Generalversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Dresden, den 18. März 1929.

Der Vorstand
Nathan. Gutmann.

Mansfeld

Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb Eisleben.

In der heutigen Generalversammlung ist die Dividende für das Jahr 1928 auf 7% festgesetzt worden. Die Auszahlung erfolgt vom 27. März d. J. ab auf den Gewinnanteilschein Nr. 1 nach Abzug von 10% Kapitalertragsteuer mit RM 63,— je Aktie über RM 1000,— und mit RM 6,30 je Aktie über RM 100,— bei nachstehenden Zahlstellen:

in **Eisleben:**
bei unserer Gesellschaftskasse,
in **Leipzig:**
bei der Allgem. Deutschen Credit-Anstalt,
in **Berlin:**
bei der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft,
„ der Darmstädter und Nationalbank K. G. a. A.,
„ dem Bankhaus Delbrück, Schickler & Co.,
„ der Deutschen Bank,
„ der Direction d. Disconto-Gesellschaft,
„ der Dresdner Bank,
„ dem Bankhaus Hardy & Co. G. m. b. H.,
„ dem Bankhaus Hugo J. Herzfeld,
in **München:**
bei der Bayerischen Hypotheken- u. Wechselbank,

ferner bei den in Eisleben, Dresden, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hamburg, Köln, Leipzig und München bestehenden Zweigniederlassungen dieser Firmen.

Die Auszahlung der Beteiligung der Altbesitzer unserer Schuldverschreibungen am Reingewinn für das Geschäftsjahr 1928 erfolgt gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 3 zu den Genußrechtsurkunden gleichfalls bei obigen Stellen nach Abzug von 10% Kapitalertragsteuer mit

RM 9.— auf die Genußrechtsurkunden über RM 500,—
„ 3.60 auf die Genußrechtsurkunden über RM 200,—
„ 1,80 auf die Genußrechtsurkunden über RM 100,—
„ 0,90 auf die Genußrechtsurkunden über RM 50,—.

Am 31. Dezember 1928 belief sich der Betrag der Genußrechtsurkunden auf RM 872050,—.

Eisleben, den 28. März 1929.

Der Vorstand.
Heinhold Franke

Jüngerer Redakteur

für die Zeitschrift eines bedeutenden, gemeinnützigen Unternehmens gesucht. Auflage der Zeitschrift 50000. Bewerber mit mehrjähriger journalistischer Praxis, sowie guten Kenntnissen im Werbewesen wollen sich unter Beifügung einer kurzen Lebensbeschreibung, Referenzen, Gehaltsansprüchen, sowie eines Lichtbildes wenden unter **S. J. 6991** durch **Rudolf Mosse, Stuttgart.**

Ärztliche

und sonstige wissenschaftlich-volkstüml. Feuilletons schreibt Dr. med. Angeb. unter **B. P. 1342** a. d. Deutsche Presse, Berlin SW 48.

Mitarbeit

sucht Gärtner m. 25jähr. In- und Auslandspraxis auf allen Gebieten der Blumen-, Gemüse- und Obstpflege (einschließl. Zimmerpflanzen) durch mon. tl. Beiträge. Stil- u. Bildproben a. Wunsch. Angeb. unt. D. P. 1442 an die „Deutsche Presse" Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41.

Bitte beziehen Sie sich bei Ihren Bestellungen stets auf die „Deutsche Presse".

Dr. phil. (Volkswirtschaft, Deutsch, Geschichte, Philologie) mit mehreren Jahren Bankpraxis, nur erste Kraft, 29 Jahre alt, **sucht** geeignete Stelle als

REDAKTEUR.

Entsprechende Volontärzeit nicht ausgeschlossen. Angebote unter D. P. 1451 an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48

Berliner Vertretung

übernimmt erfahrener Journalist mit ausgedehnten Beziehungen. Probedienst kostenfrei Anfr. unt. „D P. 1450" an den Verlag für Presse, Wirtschaft u. Politik G.m.b.H., Berlin SW 48.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 14 — Berlin, den 6. April 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Das Bild in der Tageszeitung.

Theorie eines Praktikers.

Von Dr. Albert Weinsheimer, Hannover.

Aus der Fülle der Erscheinungen der illustrierten Presse und ihrer Möglichkeiten sei hier das Bild in der Tageszeitung zur näheren Betrachtung herausgestellt. Wir denken hier vorzugsweise an die im allgemeinen auf die Photographie zurückgehende Autotypie, die grobrastrige Zinkätzung, wie sie in den letzten Jahren ausgehend von amerikanischen Vorbildern sich auch in der großen deutschen Tagespresse bereits zu einiger Vollkommenheit entwickelt hat. Illustrierte Wochen- und Monatsschriften können mit ihren Bildern kaum ganz aktuell sein im Sinne des Tagesereignisses, benötigen doch selbst illustrierte Wochenbeilagen mit eigenen Hausdruckereien im Offset und erst recht in Kupfertiefdruck zwei- bis dreimal 24 Stunden im Minimum zwischen Redaktionsschluß und Erscheinungszeitpunkt. Daß die größten illustrierten Wochenzeitungen mit Millionen-Auflagen 8—10 Tage und noch älter sind, wenn sie hinausgeworfen werden, ist eine nur Fachkreisen bekannte Tatsache. Hier klafft eine gewaltige Lücke. Die Tageszeitungsautotypie, die im günstigsten Fall einschließlich der ihr zu Grunde liegenden Photographie in knapp 4 Stunden herzustellen ist, springt hier ein. Sie füllt die Lücke zunächst notdürftig, füllt sie aber in manchen Ländern, beispielsweise in Amerika, so gründlich, daß alte, riesige illustrierte Wochenzeitschriften wie die „Saturday Evening Post" in Philadelphia — der Verfasser konnte dies kürzlich selbst an ihren Maschinen an Ort und Stelle feststellen — sich den Luxus erlauben, um einen ganzen Monat im voraus zu drucken. Wenn hier auch andere, technische Gründe hinzukommen, Tatsache ist jedenfalls, daß aus einer ursprünglich aktuellen Bilderzeitung sozusagen ein wöchentlich erscheinendes Monatsmagazin wurde.

Wir haben zwar in unserer deutschen Tagespresse einige Ansätze und Beispiele, die den Versuch machen, das aktuelle Bild im edlen, hochwertigen Verfahren mitten in der Woche als unmittelbaren Zeitungsbestandteil zu geben (wir denken hier vorzugsweise an die Kupfertiefdruckbeilagen des Hamburger Fremdenblattes). Doch auch hier hat die Kompliziertheit des Verfahrens unter Umständen ein Veralten des Bildmaterials zur Folge. 1½—2 Tage ist auch eine unter forcierten Umständen hergestellte derartige Beilage zum mindesten alt.

Für die illustrierte Boulevardpresse, deren Bildberichterstattung mit der textlichen Schritt zu halten versucht, kann also nur die schnellarbeitende Autotypie in Frage kommen. Diese Art Presse war der Schrittmacher für die große, politische auf illustrativem Gebiet, genau wie sie wenige Jahre vorher bei ihr Schlagzeilenaufmachung und lebhaften Umbruch eingeführt hat. Der Nachrichtenhunger eines durch Boulevardblätter, neuerdings durch Radiomeldungen sogar, verwöhnten Publikums verlangt seine Befriedigung, seine Opfer. Soll man es wagen, das Bild einer neugewählten „Schönheitskönigin" oder die Wiedergabe eines vielleicht noch etwas bedeutsameren Tagesereignisses, über das man flüssig und plastisch geschriebene Berichte bringt, acht und noch mehr Tage bis zur nächsten Sonntagsbeilage hinauszuschieben? Es ginge zur Not, wenn die Konkurrenz sich auch beherrschen wollte. Aber wer garantiert? Und dann — ist das Interesse nicht wesentlich verblaßt, so und so viel Tage später?

Gehen wir vom Ereignis schlechthin aus. Der Verkehrsunfall, der Brand, der Sportsieg, die Kundgebung schreien nach bildlicher Darstellung. Die nicht zu überbietende Objektivität eines optischen Instruments, des photographischen Apparates, bietet eine solch willkommene Ergänzung zur temperamentgefärbten Darstellung des Tageshistorikers, daß gerade auch die seriöse Zeitung sich dieses Anschauungsmittels unter allen Umständen zu bedienen beginnt. Journalistisch also in des Wortes engster Bedeutung ist es, wenn das Bild die Textschilderung gleichzeitig belebt, plastischer macht, unterstreicht, ergänzt. Das Bild soll also Tagesereignis sein wie der übrige Textinhalt der Zeitung.

Ort und Zeit, die unüberwindlichen Kantschen Mauern, setzen auch hier Grenzen. D-Zug und Flugzeug versuchen sie zu überwinden. Die Textberichterstattung eilt mit und „ohne Draht" dem Bild voraus, steckt die drahtlose Bildübertragung doch noch in den Kinderschuhen, während die Bildübertragung mit Draht noch zu teuer und deshalb erst zwischen Berlin und Frankfurt, später vielleicht auch noch für München, einem breiten Publikum zugänglich, eingeführt ist. Doch wenige Monate noch, 1—2 Jahre höchstens, und wir nehmen mit aller Selbstverständlichkeit neben der telephonischen oder drahtlosen Textübertragung auch gleichzeitig die des Bildes in Empfang, sind also dann in der Lage, in wenigen Stunden Bilder auch von Ereignissen zu bringen, die Tausende Kilometer von uns entfernt sich zutrugen. In Berlin ist zurzeit, wie bereits in unserer „Deutschen Presse" ge-

Digitized by Google

Wege und Ziele der zeitungswissenschaftlichen Arbeit.

Emil Dovifat hat im November 1928, nach seiner Berufung auf den neuerrichteten Lehrstuhl für Zeitungswissenschaften an der Universität Berlin, seine Lehrtätigkeit mit einer Antrittsvorlesung aufgenommen, die jetzt gedruckt bei Walter de Gruyter & Co.*) herauskommt. In dieser Schrift faßt Dovifat die grundlegenden Anschauungen über den wissenschaftlichen Wert der neuen Disziplin präzis zusammen und stellt der Zeitungswissenschaft mit weitem, geistigem Horizont ganz konkrete Aufgaben. Er tritt der verbreiteten Meinung gegenüber, daß Journalismus und Wissenschaft Gegner seien und bekennt sich durchaus zur Daseinsberechtigung einer Disziplin, die die Zeitung zum Gegenstand ernster Forschungsarbeit nimmt; und wenn die wissenschaftlichen Methoden dieser Arbeit auch noch nicht klar zutage liegen, so wird es in gründlicher Hingebung doch sehr bald möglich sein, sie zu finden. Mit Recht betont Dovifat, daß nicht die Methode das erste ist, sondern die Erkenntnis, daß ein neues großes und unbekanntes Gebiet der wissenschaftlichen Erforschung harrt. Denn in der Zeitung nimmt die ganze Vielfältigkeit des öffentlichen Lebens Formen an, die exakter Beobachtung zugänglich sind. Deshalb sieht Dovifat in der Erforschung des Wechselspiels zwischen den geistigen, technischen und wirtschaftlichen Kräften, die in der Zeitung zu einer Einheit zusammenfließen, die nächste Aufgabe der Zeitungswissenschaft. Mit der Lösung dieser Aufgabe ist sicherer Grund und sind gemeingültige Maßstäbe zu gewinnen, und von diesem festen Boden aus lassen sich Ausflüge in benachbarte Gebiete unternehmen, ohne aber damit die Zeitungswissenschaft anderen Disziplinen dienstbar zu machen: „wir können nicht, wie es einmal gefordert worden ist, arbeitsteilig die verschiedenen Disziplinen und deren Methoden unser Werk schaffen lassen. Das wäre der Bankrott unserer Arbeit in der Stunde der Inangriffnahme. Unsere Disziplin ist so selbständig, wie es das Objekt ihrer Arbeit ist."

Die Frage, zu welchem Ende man Zeitungswissenschaft studiert, beantwortet Dovifat mit dem Hinweis auf den Zweck jeder deutschen Wissenschaft: sie steht im Dienste der Wahrheit und hat somit ihren Zweck in sich selbst. Er verlangt ausdrücklich, daß die junge Zeitungswissenschaft auf die Wahrung ihrer voraussetzungslosen Unabhängigkeit eifersüchtig bedacht ist, zumal da ihr Objekt voller Gegenwartsprobleme ist. Innerhalb des allgemeinen Universitätsstudiums muß das Verständnis für die Zeitung und ihre Probleme an alle die herangebracht werden, denen im späteren Berufsleben die Aufgabe wird, öffentlich zu wirken. Denn die Zeitung ist aufs engste mit unserem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben verflochten, und das rechte Verständnis der Zeitung und ihrer Wesensart ist nicht nur für den Staatsbürger, sondern auch für den Leser schlechthin bedeutsam. Hier sieht Dovifat mit Fug eine weitere Aufgabe der Auswertung zeitungswissenschaftlicher Erkenntnisse. Ebenso aber haben auch alle Dienste, die die junge Disziplin der Zeitung selbst zu leisten hat, unmittelbares öffentliches Interesse. Und hier wendet sich Dovifat entschieden und wohlbegründet gegen die Gleichsetzung von Zeitungswissenschaft und journalistischer Berufsbildung. Obwohl es eigentlich selbstverständlich ist, kann es nicht deutlich genug unterstrichen werden, daß sich der künftige Journalist die Kenntnis der Sonderfächer in ernstem fachwissenschaftlichem Studium an den Universitäten erwerben muß, und daß darnach die Zeitungswissenschaft „ihn auch in die Lebensgesetze seines eigentlichen Arbeitskreises einzuführen, insbesondere aber ihn die Größe und Gefährlichkeit des Instruments erkennen zu lassen, das ihm anvertraut ist, und ihm die Pflichten zu bezeichnen hat, die er zu erfüllen hat". Zu dem weitern Aufgabenkreis der Zeitungswissenschaft rechnet Dovifat dann noch die Förderung der Kenntnis der Auslandspresse, Mitarbeit an der Neugestaltung des Preßrechts und Aufgeschlossenheit den aktuellen Problemen der Zeitung gegenüber. Die formschönen und gedankenlebendigen Ausführungen Dovifats möchte man in den Händen aller sehen, die sich irgendwie mit der Zeitung zu beschäftigen haben.

Dr. Kf. B.

*) Berlin 1929. 16 S. Mk. 1.—.

Die schlimmste Gefahr.

Von Gottfried Stoffers.

Ich habe in meinem nunmehr fünfundvierzigjährigen Journalistenleben manche Gefahr für die Freiheit und Unabhängigkeit der deutschen Presse erlebt; ich habe die schlimmste preußische Polizeireaktion miterlebt, unter rücksichtsloser, politischer Justiz gelitten, aber ich muß bekennen, daß sie die Presse im Besten und Edelsten, das ihr innewohnt, auch nicht entfernt so gefährlich bedroht haben, als es jetzt vonseiten der „Wirtschaft", vonseiten der Verbände und der Einzelfirmen, die in den Zeitungen Anzeigen veröffentlichen, geschieht. Man lese nur den folgenden Brief:

Industrie- und Handels-Annoncen-Expedition G.m.b.H.
Berlin W 9,
Potsdamer Straße 13.

Löblicher Verlag!

Unsere Kundin, die Zigarettenfabrik Richard Greiling A.-G. in Dresden, durch die wir auch mit Ihnen in Geschäftsverbindung stehen, disponiert — wie Sie wissen — in äußerst großzügiger, aber sehr scharf umrissener Weise. Auch die Wege sind besonders prägnant und werden in der Öffentlichkeit nicht ohne Interesse verfolgt.

In letzter Zeit haben sich nun die Fälle gehäuft, daß Tageszeitungen und Fachzeitschriften — meistens als „Stimmen aus dem Leserkreise" — Publikationen zum Abdruck brachten, in denen die Marken und das Sparsystem der Inserentin herabgesetzt werden. Wir haben den Auftrag, sie vor dem Abdruck derartiger Zuschriften — mögen sie sich anerkennend oder ablehnend äußern — um Einsendung des Manuskriptes unter voller Adressenangabe des Verfassers, zumindest aber bei Kritiken um vorherige Rückfrage bei uns bzw. unserer Auftraggeberin zu bitten, damit eine objektive Behandlung des Falles gewährleistet ist.

Unsere Kundin macht ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sie jeden Einzelfall, der ihre Interessen schädigt, gerichtlich verfolgen wird, daß sie im Falle eines Verstoßes offenstehende Insertionsrechnungen nicht honoriert und die betreffenden Blätter ein für allemal von der Insertion ausschließt. Gegen eine einseitige Interessenpolitik muß sie sich nachdrücklichst verwahren.

Indem wir Sie um freundliche Kenntnisnahme und Beachtung bitten, empfehlen wir uns Ihnen

hochachtungsvoll

„IHA" Industrie- und Handels-Annoncen-Expedition G.m.b.H.

Ich will mich mit den Geschäftsmanövern der Firma Greiling hier nicht befassen. Es tut nichts zur Sache, daß man 25 000 Zigaretten dieser Firma geraucht haben muß — was eine Zeitdauer von 3½ Jahren erfordert —, um in den Besitz des von ihr ausgelobten Photoapparates

Digitized by Google

zu gelangen und auf diese Weise einen Rabatt von 2,4 v. H. zu erzielen. Das ist Nebensache. Die Hauptsache ist der unglaubliche Versuch der Firma und ihrer Anzeigenagentur, in die Unabhängigkeit der Presse einzugreifen, und zwar in einer Weise, die an Unverfrorenheit nicht überboten werden kann. Wobei ich bemerke, daß ich anstatt des Wortes Unverfrorenheit lieber ein viel zutreffenderes gebraucht hätte.

Jeder von uns, und vor allen Dingen auch jeder Verleger, weiß, daß diese Bedrohung der Presse kein Einzelfall ist, daß seit Jahren schon viele Wirtschaftsverbände und Großinserenten solche Druckmittel gegen die Freiheit der Presse anwenden. Ich meine, daß es allerhöchste Zeit für die Reichsarbeitsgemeinschaft wäre, sich mit dieser Gefahr ernstlich zu befassen und endlich eine wirksame Abwehr zu schaffen. Wirksame Abhilfe ist möglich, wenn Verleger und Redakteure einig zusammenhalten und tatkräftig die ihnen beiden drohende Gefahr bekämpfen. Solchen Drohungen gegenüber müßte die gesamte deutsche Presse den Spieß umkehren. Es müßte in einem Falle wie dem vorliegenden ein Beschluß ergehen und ausnahmslos durchgeführt werden: die deutsche Presse schließt bis auf weiteres die und die Firma vom Anzeigenteil aller deutschen Zeitungen aus. Das würde in ganz kurzer Zeit dem Übel abhelfen. Es muß dem anzeigenden Publikum klargemacht werden, daß es, indem es seine Erzeugnisse der Millionen-Leserschaft bekannt macht, den Zeitungen kein Geschenk gibt, sondern daß die Zeitungen ihm für den Anzeigenpreis einen ganz hohen Gegenwert liefern. Jede Firma, die auf diese Weise vom Anzeigenteil ausgeschlossen wird, würde die Folgen sehr bald spüren und zur Vernunft gebracht werden. Wenn die deutsche Presse sich einig ist, wird diese ganz bösartige Gefahr bald überwunden sein. Es würde meine größte Freude sein, das noch zu erleben.

Die Erziehung des Redakteurs.

Von Dr. Hans Hasse, Dresden.

Diese Überschrift Paul Lindenbergs in Nr. 11 der „Deutschen Presse" klingt so hoffnungsvoll; man denkt fast, Lindenberg glaubte noch an die Möglichkeit, uns zu erziehen! Lieber Herr Kollege, da müßten Sie mal die Jahrgänge der „D. P." durchblättern, in denen Ihre Mahnungen in mehr oder weniger temperamentvoller Form und nicht immer in so schonender Weise schon sämtlich vorweggenommen worden sind. Manchmal waren sie sogar so hahnebüchen, daß sich die Objekte der wohlgemeinten Erziehungsmaßnahmen dagegen ein wenig wehrten, obwohl ihnen zu solchen Dingen meist sehr wenig Zeit übrigbleibt.

Gewißlich kann es nützlich sein, jedes Jahr zweimal oder dreimal einen Bußtag für uns arme Sünder auf den Redaktionssesseln zu veranstalten. Denn es gibt unter uns so viele unnatürlich mit Überarbeit Belastete, daß Rückfälligkeit nicht ausschließbar ist. Aber Kapuzinerpredigten ans versammelte Volk haben noch nie geholfen. Jeder hört zu; der rauhe, aber herzliche Ton wirkt stets erfrischend; aber keiner fühlt sich getroffen. Wissen Sie warum? Weil es noch kaum vorgekommen ist, daß statt allgemeiner Ausführungen bestimmte Fälle mit Nennung der Namen vorgebracht worden sind und weil das wahrscheinlich auch meist zu einer Aufklärung führen müßte, die den beteiligten Redakteur formell und moralisch reinwüsche. Darum das auffallend gute Gewissen, mit dem sicher 90 von 100 unserer Kollegen sich einfach nicht getroffen fühlen.

Man muß das Problem, soweit ein solches vorliegt, ohne Verallgemeinerung von Einzelfällen behandeln, und man muß vor allem ganz verschieden Geartetes gesondert besprechen und nicht durcheinanderbringen. Man müßte also z. B. getrennt reden von den Manuskripten, die an den Tag gebunden sind und die im Falle der Unbrauchbarkeit oder Nichtverwendung tatsächlich vielfach papierkorbreif sein dürften, und von denen, die es nicht sind, wie etwa Feuilletons. Und dann müßte man in gemeinsamer Erwägung aller Umstände sich über die normale und zweckdienliche Behandlung jeder dieser ganz verschiedenartigen Manuskripte klar werden. Dann erst und ganz zuletzt dürfte man meines Erachtens mit Vorwürfen kommen, die sich aber ausschließlich gegen die Übertreter oder Übeltäter, nicht aber gegen eine unbestimmte Gesamtheit richten müßten.

Lassen Sie mich heute mit dem vielleicht einfachsten Falle aufwarten, der so schlicht wie möglich liegt. (Andere Fälle mögen von anderer Seite besprochen werden.) Eine kleine, nicht immer angenehme Nebenbeschäftigung meiner Sparte ist die Bearbeitung von Rätseln. Zwei Nächte der Woche gehen regelmäßig durch Außenberichterstatterdienste flöten, ein bis zwei weitere Nächte mit Stilübungen für die „Beilage", mit Lesen von Novellen, die man dann zumeist nicht abdruckt, und mit Erledigung von Korrespondenzen; und so kann man das Glücksgefühl nachempfinden, mit dem ich allwöchentlich die vierte oder fünfte Nacht an diese Rätsel drangebe. Denn bekanntlich schlägt man sich in den Redaktionen am Tage mit Besuchern, Ferngesprächen und Verhandlungen herum und kommt nicht zu der ungestörten Arbeit, die notwendig ist, wenn die kleinen Flüchtigkeiten vermieden werden sollen, die uns so übel vermerkt werden.

Also die Rätsel! Täglich gehen sie ein, nur einmal in der Woche kann ich sie durchprüfen (schon ein Grund zu Beschwerden). Man nimmt also die dicke Mappe vor, faltet die Packen auseinander — es finden sich da neben unzähligen Einzelsendungen stets Sendungen mit 20, oft welche mit 40 Stück und mehr — und prüft zunächst kurz jedes einzelne Stück auf Ablehnungsgründe (erste Vorprüfung). Die ausgesonderten kommen ins Abgangsfach und gehen zurück. Viele sind dabei, die erst ein bis drei Tage da sind. (Die Beschwerden lauten in diesem Falle etwa: „Ich erhalte mit einem nichtssagenden gedruckten Formular eine ganze Reihe erstklassiger Rätsel zurück, die offenbar der Redaktion gar nicht vorgelegen haben können" usw.)

Die zweite Hälfte der Erbmasse macht schon mehr Kopfzerbrechen, wenn man das Beste heraussuchen will (zweite Vorprüfung). Eins nach dem andern wird durchleuchtet wie das Ei beim Einkäufer; manches davon scheint gut und schön, es findet sich aber dann doch ein Haken, und man macht eine höfliche Bleistiftbemerkung neben das und jene Wort, um dem Verfasser für künftige Fälle behilflich zu sein. (Beschwerde: „Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß meine Rätsel regelmäßig von den größten Blättern abgedruckt werden und daß ich es nicht nötig habe, mich schulmeistern zu lassen; ich bin bereits mündig" . . . und so weiter.)

Andere Rätsel hat man in der Hoffnung, sie druckfertig machen zu können, schon ein Stück durchredigiert; da findet sich ein toter Punkt, der nicht lebendig zu machen ist. Man nimmt den Radiergummi in solchen peinlichen Fällen. (Den Wortlaut der Beschwerden hierüber lese man in den Jahrgängen der „Deutschen Presse" nach. Das hat man für seinen guten Willen: Man hat keine Ausrede, muß ihnen rechtgeben.)

Links wächst auf diese Weise langsam ein kleiner Stoß von Manuskripten, die man für originell und druckfähig hält, rechts im entsprechenden Tempo ein größerer Posten, der der Ablehnung verfallen muß. Denn wöchentlich braucht man von den vorhandenen 60 bis 100 Stück nur 5 bis 10; es ist also keine Schande für den betroffenen Verfasser, wenn man von seinen 10 oder 15 Stück nur 1 oder 2 zum Abdruck geben oder in Reserve legen kann. (Die Beschwerden hierüber sind etwa in folgendem Tone gehalten: „Wie ich Ihnen schon mitteilte, bin ich Schwerkriegsbeschädigter" — oder: „durch die Zeitumstände in prekärer Lage"; oder „Mitglied des Reichsverbandes, zurzeit leider ohne genügendes Einkommen"; oder andere Gründe — „und bringend darauf angewiesen, durch Verfassen von Rätseln etwas Butter aufs Brot zu verdienen. Ich verstehe nicht die „Kaltherzigkeit" — oder: „Rücksichtslosigkeit"; oder: „Unkollegialität"; oder anderes —

Digitized by Google

„mit der Sie regelmäßig gerade von meinen Rätseln fast alle zurückschicken . . ." usw.).

Schließlich, nach stundenlangem Vorprüfen, wird der übriggebliebene Rest, soweit möglich, endgültig druckreif gemacht. Man braucht wöchentlich sagen wir mal 5 bis 10 Rätsel. Man muß also der Setzerei doch zum wenigsten 10 übergeben. Aber der Metteur braucht nun mal beim nächsten Umbruch z. B. bloß 5 oder 6. Ist es nicht logisch, daß die anderen liegen bleiben müssen? Nun kommen aber vielleicht beim nächsten Male gerade einige von derselben Machart, aber originellere, so daß man sie nicht missen möchte, und dazu noch aktuellen („taggebundenen") Inhaltes. Ist es nicht ebenso logisch, daß einige nochmals zurückstehen müssen? (Die Beschwerden lauten dann etwa so, wie in Nr. 11 der Deutschen Presse: „Ein tüchtiger Redakteur sieht doch sofort, ob der eingesandte Beitrag für seine Zeitung geeignet ist oder nicht. . . ." usw.)

Ach, Herr Kollege, es sind viele Beiträge, unheimlich viele, für die Zeitung „geeignet". Aber es wird doch kaum bestritten werden, daß diese Eignung relativ ist, und daß man, wenn man das Beste herauszusuchen die Pflicht hat, nicht das „erste Beste" nehmen darf. Es ist doch gerade die Qualität, auf die jeder Einsender vertraut, die besonders hohe Qualität gerade seiner Einsendung. Und die ist wirklich manchmal erst nach langwieriger Sichtung und Prüfung zu entdecken — manchmal freilich auch dann nicht.

Unleugbar ist doch wohl, daß man nur aus demjenigen Stoffe auswählen kann, den man dahat, den man also nicht sofort zurückgeschickt hat. Und daß man nur aus einer gewissen Reservean zahl auswählen kann. Und daß dann selbst in Reserve gelegte später noch der Rücksendung verfallen müssen. Erscheint dann der Beitrag erst im nächsten Kalendermonat, so wird die Abrechnung durch die Kanzlei üblicherweise erst nach dessen Ablauf vorgenommen. Es kommen dann schon „Wochen und Monate" heraus und zwar im Regelfalle. Wer sofortige Entscheidung haben will, kann sie kaum anders als negativ erhalten.

Das ist freilich schlimm für denjenigen Mitarbeiter, der von jeder Arbeit nur ein einziges Manuskript hat und dies nun reihum nach jeder Ablehnung an die nächste Zeitung schicken will. Warum sendet man nicht gleichlautende Manuskripte an mehrere Zeitungen verschiedenen Verbreitungsgebietes? Besonders die Arbeiten zeitgemäßen Inhalts, auf die Lindenberg hinweist, und auch die Feuilletons, denn hier liegt der Fall doch wohl ähnlich? Dann fielen auch die Klagen über das Äußere der vielgereisten Manuskripte auf beiden Seiten weg.

Sollte nicht Lindenberg in erklärlicher Verärgerung manches etwas übertrieben in Erinnerung haben? Was heißt „häufige" Antworten auf Seite 136 unten vorletzte Zeile? Wieviel waren es im letzten Jahre?

Der freie Schriftsteller hat es heute sicherlich sehr schwer. Der Wettbewerb ist ungeheuerlich, verärgert den Mitarbeiter und macht auch dem Redakteur die Arbeit schwer. Wir wollen uns nicht gegenseitig erbittern, wir wollen vielmehr sachlich nach Abhilfe suchen. Nicht mit den an anderer Stelle vorgeschlagenen schwerfälligen Formularen, sondern mit freimütiger Aussprache und gutem Willen. Dazu gehört der Versand gleichlautender Manuskripte, dazu gehört auch die Unterlassung von Massensendungen. Ein tüchtiger Mitarbeiter — „es gibt natürlich nur solche", würde Lindenberg sagen — muß selber im Gefühl haben, welche Arbeiten von vielen im Augenblick die besten sind.

*

Der freie Schriftsteller und die Redaktionen.

Den vielen an dieser Stelle mitgeteilten Beispielen, die zeigen, wie die freien Schriftsteller zuweilen von den Redaktionen von Zeitungen und Zeitschriften mißhandelt werden, möchte ich eine meiner neuesten Erfahrungen hinzufügen.

Am 14. Febr. 29 sandte ich an die Redaktion von Nord und Süd — Frau A. Vallentin — einen Aufsatz und bat, ihn mir des aktuellen Inhalts wegen baldigst zurückzugeben, wenn er nicht in der nächsten Nummer abgedruckt werden könne. — Keine Antwort.

Am 23. Febr. sagt mir Frau V. am Fernsprecher, ich würde in 3 bis 4 Tagen Bescheid erhalten. — Nichts.

Am 3. März erbitte ich mir brieflich mein Manuskript bis zum 6. März zurück. — Nichts.

Am 7. März erhalte ich am Fernsprecher die Auskunft, Frau V. sei bis zum 10. März verreist.

Am 14. März verspricht mir Frau V. am Fernsprecher, ich werde den Aufsatz „bis morgen" erhalten. — Nichts.

Am 23. März erklärt Frau V. am Fernsprecher, sie habe ihre Sekretärin beauftragt, mir das Manuskript zurückzuschicken und hängt ein.

Am 25. März erhalte ich mein Eigentum zurück mit dem üblichen Brief der liebenswürdigen Sekretärin, die sich gestattet, mir den „freundlichst übersandten Aufsatz mit bestem Dank zurückzugeben". — Von Frau V. kein Wort der Erklärung oder der Entschuldigung dafür, daß sie meine Arbeit durch ihre fast sechswöchige Verschleppung beträchtlich entwertet hat.

Ernst Posse.

Nochmals: „Der Reichsverband — Wirklichkeit".

Ergänzende Gedanken zu dem Aufsatz von Max A. Tönjes, Hannover.

Von Graf E. von Schwerin, Essen.

Kollege Tönjes hat in Nr. 10 der Deutschen Presse vom 9. März dieses Jahres einen Aufsatz „Der Reichsverband — Wirklichkeit" erscheinen lassen, der zweifelsohne von dem Idealismus getragen ist, der die Gründer des Reichsverbandes bei seiner Schaffung beseelt hat und der auch heute noch für alle seine Mitglieder vorbildlich sein sollte. Es kann keine Frage darüber sein, daß die Schaffung und die weitere Erhaltung sowie der Ausbau unserer Standesorganisation von allen deutschen Journalisten, die ihr angehören, und die ihr hoffentlich in absehbarer Zeit bis zum letzten Mann angehören werden, diesen Idealismus fordern, der auch vor der Aufbringung materieller Opfer nicht zurückschreckt. Was die „Alten" für unseren Berufsstand getan haben und noch tun, soll und muß den Angehörigen des deutschen Journalismus unvergessen sein und bleiben, und die ideale Opferwilligkeit, mit der sie ihr geistiges und materielles Vermögen dem Reichsverband der deutschen Presse zur Verfügung gestellt haben, wird alle Zeit für die nachwachsenden Elemente ein Beispiel sein, dem in höchstem Grade nachzueifern Pflicht sein muß.

Aber es läßt sich nicht verkennen, daß die Zeit, die ganz anders als die vor 20 Jahren von materieller Bedrängnis beherrscht wird, auch den Idealismus unserer Berufsangehörigen sagen wir einmal „bis zu einem gewissen Grade abgewandelt" hat. Schon die Generation, die jetzt in der Vollkraft ihrer Arbeitsfähigkeit steht, legt an die Probleme, die die Forderungen unseres Berufsstandes erfüllen, einen ganz anderen Maßstab an, als das vor dem Kriege der Fall war. Und für alle diejenigen, die weniger an den Spitzen, dafür aber um so mehr in den Niederungen der Tagesarbeit unserer lokalen Pressevereine und Ortsgruppen des Reichsverbandes tätig sind, ist es eine schmerzliche Erkenntnis, daß gerade die nachrückende Jugend, die heute vielleicht im Alter von 25 bis 30 Jahren steht, dem notwendigen Idealismus mit der Rechenmaschine des praktischen Lebens sehr scharf gegenübersteht. Das wird sich von Jahr zu Jahr stärker bemerkbar machen. Denn darüber ist kein Zweifel, daß unsere Kinder heutzutage bereits in ganz anderer Form mit Geld und Geldeswert zu rechnen verstehen, als das bei denjenigen der Fall ist, die ihre Jugend noch in der

Digitized by Google

Vorkriegszeit erlebt haben, noch vielmehr aber als bei denjenigen, die in der Gründungszeit des Reichsverbandes in der Vollkraft ihrer Jahre standen. Diese Erkenntnis ist sicherlich für alle die, denen der Idealismus unseres Berufsstandes über alles geht, außerordentlich schmerzlich. Aber es hilft nichts, vor ihr den Kopf in den Sand zu stecken und nach den vergangenen Zeiten des reinen und in jeder Beziehung opferbereiten Idealismus zu rufen, wenn wir unserer Standesorganisation auch für die Zukunft das Leben erhalten, sie weiter fördern und stärken wollen. Die Frage „Was bietet Ihr uns?" ist nun einmal da und sie läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Sie geht gegen unsere journalistische Standesorganisation ebenso aggressiv vor, wie die zwingenden wirtschaftlichen Notwendigkeiten heutzutage am Bestande aller unserer öffentlichen Organisationen rütteln, an den Berufsverbänden, an den Parteien, ja vielleicht sogar am Staate selbst. Die Krise, die gerade in den letzten Jahren in allen diesen Organisationen sich bemerkbar macht, die Krise, die fast allein auf die wirtschaftliche Bedrängnis des deutschen Volkes und seiner Berufsstände zurückzuführen ist, wirft nun einmal ihre Schatten auch schon in den Reichsverband der deutschen Presse. Wir müssen, wenn wir es mit dem Reichsverbande gut meinen, dieser beginnenden Krisis klar und entschlossen ins Auge sehen und dürfen nicht allein nach der Wiederkehr der Zeiten alten und schönen Idealismus rufen, wenn wir nicht Gefahren für den Verband heraufbeschwören wollen, die nun einmal an unsere Türen anpochen und die nicht weggeredet werden können.

In jeder Stadt, in der ein intensives Leben innerhalb des Journalismus besteht, ist eine große Reihe von Kräften vorhanden, die zur Standesorganisation herangezogen werden müßten, die heranzuziehen aber nicht gelingt, weil das materielle Moment ein Hindernis bildet. Wir in Essen beispielsweise können in dieser Beziehung mit Ziffern aufwarten, die erschrecken machen müßten und die beweisen, daß wir sogar gezwungen sind, regelmäßig fortschreitend Mitglieder, die wir gerne behalten würden, aus unseren Listen zu streichen, weil sie ihren Beitragspflichten, gemessen an ihrem Einkommen, nicht mehr nachzukommen vermögen. Man wende nicht dagegen ein, daß der Reichsverband auf diese Kräfte, deren ideelle Opferwilligkeit an ihrem materiellen Lebensstande eine Grenze findet, ruhig verzichten könne, daß der Verband an ihnen kein Interesse habe. Es sind meistenteils Kräfte, deren journalistisches Können und deren Begeisterungsfähigkeit für die journalistische Arbeit und für unseren Beruf groß ist. Und es sind fast immer die Kräfte, auf die unter allen Umständen zurückgegriffen werden muß, wenn wir den standesmäßigen und gesellschaftlichen Aufbau unserer Journalistenorganisation weiter fördern und heben wollen. Wenn wir an diese Kräfte mit der Aufforderung herantreten, sich unseren Reihen anzuschließen oder ihren Verpflichtungen weiter nachzukommen, so müssen wir ihrer ersten Frage „Was haben wir vom Reichsverband?" gegenüber bestehen können. So bedauerlich es ist, wir werden, so wie die Zeitverhältnisse nun einmal liegen, nicht bei ihnen vorwärts kommen, wenn wir ihnen nur in den beredtesten Farben die idealistische Notwendigkeit zu schildern vermögen, welche die Stärkung des Reichsverbandes zur Pflicht macht. Die Journalisten, die heutzutage abseits stehen, vielleicht sehr gegen ihren Willen abseits stehen müssen, sind berechtigt, die Frage zu stellen: „Was bietet Ihr uns, wenn wir Euch monatlich einen auch noch so geringen Teil unseres im Verhältnis dazu aber immer noch geringeren Einkommens zur Verfügung stellen?" Die Beantwortung dieser Frage wird uns aber dann ganz besonders schwer gemacht, wenn die betreffenden Kollegen gleichzeitig aus dem Kreise derer, die bereits vom Verbande erfaßt sind, hören müssen, daß die Meinungen über das, was im Verhältnis zu unseren Leistungen geboten wird, innerhalb der organisierten Mitglieder selbst geteilt sind. Der Aufsatz des Kollegen Tönjes ist ja für sich schon ein Beweis dafür, daß die Angaben über die Verschiedenartigkeit der Ansichten bezüglich Leistungen der Verbandsmitglieder und Leistungen des Verbandes nicht etwa nur von allzu kritischen Gemütern aus der Luft gegriffen sind.

Wozu Versteck spielen? Wozu verschweigen, daß vielfach die Ansicht vertreten ist, es werde vom Reichsverband und seiner Zentrale zu großzügig gearbeitet und für Verwaltungs- und Repräsentationszwecke ein Teil der Gelder verbraucht, der vielleicht besser für soziale Arbeit ausgegeben würde. So wird bemängelt, daß die Stellenvermittlung durchaus nicht das leiste, was man von ihr erwarten müsse; oder aber, daß die Tätigkeit der Reichsarbeitsgemeinschaft, an der der Reichsverband doch entscheidend mitbeteiligt ist, bezüglich der so dringend notwendigen Verbesserung unserer Gehaltsverhältnisse fast nur ein platonisches Wirken zu entfalten vermocht habe. Weiter wird vermißt, daß es dem Reichsverband in den 20 Jahren seines Bestehens bisher nicht gelungen ist, soziale Hilfsorganisationen in irgendwie nennenswertem Umfange zu errichten, welche den unverschuldet in Not geratenen Mitgliedern helfend zur Seite zu springen vermöchten. Die im Vorjahr beschlossene Zentralhilfskasse ist doch nur ein ganz bescheidener Anfang. Von ihrem Wirken ist bisher positiv überhaupt nichts zu spüren, und das einzige Ergebnis, das sich durch ihre Schaffung bisher bemerkbar gemacht hat, ist, daß es den Verbandsmitgliedern infolge der erhöhten Beiträge noch schwerer als bisher möglich wird, die sozialen Kassen, welche bestehen (z. B. in Ostpreußen und Rheinland-Westfalen) auf ihrer achtunggebietenden und leistungsfähigen Höhe zu erhalten bzw. sie noch weiter auszubauen. Dazu kommt dann noch, daß man von der Arbeit der Berliner Zentrale in der Provinz nur wenig merkt. Das, was man von der Zentrale sieht, ist mehr oder weniger nur die „Deutsche Presse", der gegenüber es auch nicht an Kritik unter den Kollegen fehlt.

Nun könnte man aber aller dieser Kritik schon in den Ortsgruppen besser entgegentreten, wenn man in der Lage wäre, in ganz anderer Form als bisher auf die positive Arbeit des Verbandsvorstandes und der Verbandszentrale hinzuweisen, und ich verstehe wirklich nicht, weswegen darüber nicht ausführlicher in der „Deutschen Presse" berichtet wird. Um nur ein Beispiel herauszugreifen, die Unterdrückung jeder Diskussion über unser Verhältnis und unsere Wünsche zur Angestelltenversicherung wird von einem großen Teil der Verbandsmitglieder durchaus nicht als so selbstverständlich im Verbandsinteresse liegend angesehen, wie das der Verbandsvorstand für nötig hält.

Faßt man alles vorher Gesagte zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß auch die Mitglieder des Verbandes, die sich zurzeit zu ihrem eigenen Bedauern in sachlicher Opposition befinden (eine Opposition, die ganz gewiß nichts Grundsätzliches an sich hat), sicherlich den Reichsverband als Wirklichkeit im Sinne des Kollegen Tönjes auffassen. Sie stehen nach wie vor mit dem Idealismus, der für die Sache unbedingt notwendig ist, zum Verbande. Aber sie können und wollen sich nicht das Recht der Kritik an Mängeln und Schäden nehmen lassen, die sie als solche zu erkennen glauben.

BAD PISTYAN
bietet d. „Deutschen Presse" zur Kur ganz besondere Begünstigungen.
Vulk. Schwefel-Schlammquellen — Rheuma. Gicht.
400 Morgen Park. Tennis, Golf, Rudern, Fischen.
Ausk.: Pistyan-Büro, Berlin W 15, Meierottostr. 1

Digitized by Google

„Die Architektur der Zeitung“.

Von Max Fleck.

Der gleichnamige Aufsatz von Wilhelm Eule in Nr. 10 der „Deutschen Presse“ auf S. 121 bedarf meiner Ansicht nach einer Stellungnahme.

Es wäre sicher wünschenswert und würde den Betrieb eines Zeitungsunternehmens wirtschaftlicher gestalten, wenn wir nach dem Beispiel der Amerikaner weniger Schriftarten verwenden würden als gegenwärtig. Zunächst würde es sich dabei darum handeln, ob man nur Fraktur oder nur Antiqua wählen soll. Bisher war es gebräuchlich, den politischen und unterhaltenden Teil in Fraktur und den wirtschaftlichen in Antiqua zu setzen. Eule ist dafür, daß man beides in Antiqua setzen solle. Er führt für die Wahl der Antiqua in der Hauptsache geschmackliche Gründe an. Aber den Geschmack aber läßt sich streiten. Ich glaube nicht, daß alle Leser seines Aufsatzes derselben Meinung sind wie Eule. Vielmehr wird ein großer, wenn nicht der größere Teil die Fraktur vorziehen. Das hat seinen Grund, abgesehen von der Geschmacksfrage, hauptsächlich in der besseren Lesbarkeit der Fraktur, denn es ist durch eingehende fachwissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen, daß der Frakturdruck die Augen um etwa 30 v. H. weniger anstrengt und ermüdet als der Antiquadruck. Der Zeitungsleser aber muß verlangen, daß der Druck seines Blattes ihm ein möglichst schnelles Überfliegen des Textes gestattet, zumal wenn er aus geschäftlichen Gründen gezwungen ist, täglich eine Reihe von Zeitungen zu lesen. Es ist deshalb auch nicht einzusehen, weshalb gerade der wirtschaftliche Teil, der den Kaufmann in erster Linie interessiert, ausgerechnet in Antiqua gesetzt werden muß. Der meistens dafür ins Feld geführte Grund, man müsse das mit Rücksicht auf das Ausland tun, käme nur bei den ganz wenigen großen Blättern, die im Auslande tatsächlich gelesen werden, in Betracht. Aber auch er ist hinfällig, da jeder gebildete Ausländer, der deutsch versteht — und nur solche kommen für das Lesen deutscher Zeitungen in Frage — auch anstandslos die Fraktur lesen kann. Die oft ausgesprochene gegenteilige Meinung beruht auf irrtümlichen Voraussetzungen und ist noch nie durch Beispiele belegt worden.

Die von Eule gebrachte Gegenüberstellung der beiden Druckarten könnte ebensogut durch eine andere ersetzt werden, die zugunsten der Fraktur spräche. Wir haben magere und fette, schmale und breite Frakturschriften verschiedenster Art und Größe, haben auch Frakturkursiven und können auf diese Weise die Auszeichnungen und Überschriften mannigfach und gefällig gestalten. Allerdings können wir nicht die Fraktur in „Versalien“ setzen, was aber durchaus nicht nötig ist. Dazu kommt noch — und das dürfte einer der gewichtigsten Gründe sein, der für die Verwendung der Fraktur im Zeitungsdruck spricht — daß die Fraktur im Durchschnitt um etwa 10 v.H. schmaler liegt als eine gleich große Schrift in Antiqua, daß also eine Frakturzeitung entweder um 10 v. H. mehr Text bringen oder um das gleiche Maß an Papier sparen kann.

Der deutsche Leser ist an den Frakturdruck seiner Zeitung gewöhnt, zumal die Leser in der Provinz und besonders auf dem Lande. Kleinere Blätter würden mit Sicherheit beim Übergang zum Antiquadruck eine große Zahl ihrer Bezieher verlieren. Ob das „B. T.“ sowohl an Beziehern in Deutschland, wie im Ausland, nach seiner Umstellung auf Antiqua gewonnen hat, ist mir mir nicht bekannt, ich bezweifele es aber.

Es scheint mir daher dringend der Erwägung wert, auch den wirtschaftlichen Teil der Zeitung in Fraktur zu setzen, wenn aus Rationalisierungsgründen an Schriftarten gespart werden soll. Man wage einmal den Versuch. Es gibt bereits ein Blatt, das auch den Kurszettel in Fraktur bringt, und ich habe nicht gehört, daß dies jemals beanstandet wurde.

Helft den stellungslosen Kollegen!

Die Lage auf dem Stellenmarkt ist leider immer noch so, daß es der Verbandsleitung trotz aller Bemühungen nicht möglich ist, die stellenlosen Kollegen so zeitig unterzubringen, wie es ihre Notlage erfordert. Sie sind daher auf einen Aushilfserwerb angewiesen und versuchen, entsprechend ihrer Begabung und ihrer bisherigen Tätigkeit diesen Erwerb durch freie Schriftstellerei zu finden. Die Bitte der Verbandsleitung geht nun dahin, daß alle diejenigen Kollegen, die sich in festen Redakteurstellungen befinden und über die Aufnahme, bzw. Ablehnung schriftstellerischer Arbeiten zu entscheiden haben, nach Möglichkeit Kollegenarbeiten berücksichtigen, d. h. selbstverständlich nur dann, wenn die vorliegenden Beiträge zu irgend einem Thema nach gewissenhafter Prüfung eine derartige Auswahl gestatten und wenn bestehende Verbindungen mit freien Schriftstellern nicht darunter leiden. Manchen Kollegen, der schon seit Monaten vergeblich nach einer neuen festen Stellung Ausschau hält, ist durch die Annahme schriftstellerischer Arbeiten wenigstens bis zu einem gewissen Grade geholfen. Eine Unterstützung unserer Stellenlosen durch die in festen Stellungen befindlichen Kollegen in der eben geschilderten Art ist für jeden, der sie ausüben kann, eine Ehrenpflicht. Sie sollte auch schon um deswillen ausgeübt werden, weil ja jeder heute noch fest angestellte Kollege in eine ähnliche Lage kommen kann, die auch ihm eine Unterstützung der Kollegen wünschenswert erscheinen lassen würden.

Die Verbandsleitung.
gez. G. Richter.
Geschäftsführender Vorsitzender.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Der Richter als Zeitungsberichterstatter.

Von der Strafkammer Ellwangen in Württemberg als Berufungsinstanz war ein Rechtsagent wegen Betrugs und Unterschlagung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Berufungsurteil hat der Angeklagte erneut Revision eingelegt, weil der zum Referenten bestellte beisitzende Richter als Zeitungsberichterstatter tätig sei, für seine Zeitungsberichte unbefugt amtliche Schriftstücke benutzte und während der Hauptverhandlung, anstatt seine ganze Aufmerksamkeit der Verhandlung zu widmen, für Zwecke seiner Zeitungsberichterstattung Notizen gemacht habe.

Zu diesen Revisionsgründen teilt nun der Vorsitzende der Strafkammer des Landgerichts Ellwangen der Öffentlichkeit mit, daß es Tatsache sei, daß der fragliche Richter für „einige Zeitungen“ (nicht für 6, wie es in einer Veröffentlichung geheißen habe!) Berichte über die Verhandlungen der Strafkammer verfasse. Dieser Richter habe aber hierzu die ausdrückliche Genehmigung des Württ. Justizministeriums, weil es an geeigneten Gerichtsberichterstattern fehle und sowohl das Publikum als das Gericht ein Interesse an sach- und wahrheitsgemäßer Presseberichterstattung über Gerichtsverhandlungen habe. Unwahr sei aber die Behauptung des Angeklagten, daß der richterliche Berichterstatter zu den Verhandlungsberichten für die Presse amtliche Schriftstücke, die nicht Gegenstand der Verhandlung gewesen seien, benutzt habe. Bestritten wird auch, daß der Berichterstatter während der Hauptverhandlung für die Zwecke seiner Zeitungsberichterstattung Notizen gemacht habe.

Der oben angeführte Revisionsgrund ist auch für die Angehörigen der deutschen Presse nicht ohne Interesse. Im allgemeinen wird man es ablehnen müssen, daß Richter, die an einer Verhandlung beteiligt sind, auch nachher selbst darüber Berichte an die Presse — und sei es auch nur die Presse ihres Bezirkes — geben dürfen. Man sollte es auch kaum für möglich halten, daß an einem Gerichtsorte, wo, wie z. B. in Ellwangen, zwei Zeitungen existieren, nicht ein zur Gerichtsberichterstattung befähigter Kollege sein sollte. Und besteht tatsächlich irgendwo ein fühlbarer Mangel, so ließe sich die in Frage kommende journalistische Tätigkeit schließlich von einem Kollegen aus einem Nachbarort mitversorgen. Der Aufmerk-

Digitized by Google

samkeit der Kollegen und des Landesverbandes dürften auf die Dauer derartige Lücken nicht entgehen, und hat man sie entdeckt, wird sich wohl auch die Möglichkeit ergeben, sie zu schließen. —nk.

Wie Reklame geschunden wird.

Man schreibt uns aus dem Rheinland:

Karl Hagenbeck, Zirkus auf Reisen, ständige Adresse Stellingen, läßt sich von den Zeitungen die Insertionsbedingungen zugehen, um darauf zuzusagen, daß er „demnächst" mit Aufträgen von Annoncen „beginnen" werde. Er knüpft daran die Bitte um „freundliche Unterstützung" durch die Redaktion. Wie diese „Bitte" aussieht, ersieht man daraus, daß die textliche Unterstützung jeweils „schon einige Wochen vor dem Gastspielbeginn, also sofort erfolgen muß", damit die Anzeigen „auf fruchtbaren Boden fallen".

Kann man sich schon über die Bitte, die erfüllt werden muß, eigenartige Gedanken machen, so berührt vollends eigentümlich, daß all das auf das bloße Inaussichtstellen von Anzeigen geschehen muß. Der kleine Geschäftsmann hat nicht die Möglichkeit, auf die Redaktionen einen Druck auszuüben, um den Boden für ein Inserat vorzubereiten. Keine Redaktion wird sich sträuben, schon aus publizistischem Interesse, den Zeitpunkt eines Gastspiels notierend bekanntzugeben. Aber das, was Hagenbecks Pressestelle verlangt, geht doch entschieden zu weit. Die Leser haben genug von den Vorankündigungen, die mit Zahlen und Tiernamen operieren. Und die Redaktionen werden sich dafür bedanken, Abteilungen für Voranzeigen zu sein, die auf einen Hebeldruck in Bewegung treten. Der Zirkus Hagenbeck aber sollte sich zu schade für eine derartige Einschätzung der Reklame, der Öffentlichkeit und der Redaktionsaufgaben sein. Dr. St.

Fachrundschau

Vom deutschen Zeitungswesen.

Das „Donauwörther Anzeigeblatt" besteht jetzt 125 Jahre. Zur Erinnerung an den Tag der Gründung ließ der Verlag eine 24 Seiten umfassende illustrierte Festausgabe erscheinen, die kommunalen, historischen sowie kulturellen Fragen gewidmet ist.

Eilenburger Neueste Nachrichten. Anläßlich ihres 75jährigen Bestehens erschienen die „Eilenburger Neuesten Nachrichten" am Sonnabend, dem 30. März, in einer Jubiläumsnummer, der außerdem eine vorzüglich ausgestattete Festschrift „75 Jahre Eilenburger Neueste Nachrichten" beigefügt war, die einen Einblick in die Geschichte des Blattes gibt und in den Betrieb des Unternehmens einführt. Der Chefredakteur des Blattes, Kollege Albrecht Giersch, äußert sich in der Festschrift in lebendiger Weise über das Thema: „Die Zeitung und der Leser". Die Jubiläumsnummer selbst bringt reiches Material über die Stadt Eilenburg und die engere Heimat. Anläßlich des Jubiläums fand am 30. März eine Jubiläumsfeier statt, an der das gesamte Personal und Vertreter der Behörden teilnahmen.

Deutsches Zeitungswesen im Ausland.

Achtzig Jahre „Sonntagsblatt" der New Yorker Staats-Zeitung. Das weit über die Stadt New York hinaus bekannte Sonntagsblatt der Staats-Zeitung und Herold konnte auf ein 80jähriges Bestehen zurückblicken. Unter dem Namen „Der Freischütz" trat Anfang 1849 das jetzige Sonntagsblatt zum ersten Male vor die Öffentlichkeit, zu einer Zeit, als es noch in manchen puritanischen angloamerikanischen Kreisen verpönt war, an einem Sonntag eine Zeitung zu lesen, geschweige denn eine solche herauszugeben. Schon die damaligen Herausgeber und Mitarbeiter sahen es als ihre vornehmste Aufgabe an, Vermittler zwischen Deutschen und Amerikanern zu sein. Während der ganzen Dauer des Bestehens des Sonntagsblattes sind die Leitsätze der Gründer unverändert befolgt worden; auch der jetzige Chefredakteur Adolf Schaffmeyer hält sie hoch.

Verleger-Organisationen.

Hauptversammlung der Bayerischen Zeitungs-Verleger. Auf der Hauptversammlung des Bayerischen Zeitungs-Verleger-Vereins ergaben die Neuwahlen die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden, Kommerzienrats Dr. H. Rink-Dießen, und des bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, Kommerzienrats Hans Buchner-München. Zum Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes für das bayerische Zeitungsgewerbe wurde Kommerzienrat Major a. D. F. Müller-Freising wiedergewählt.

Verlag und Expedition.

Zeitungstransport durch Flugzeuge. Der Verkehrsausschuß des Völkerbundes nahm einen Antrag an, dem Völkerbund die Einberufung einer Staatenkonferenz zu empfehlen, die sich mit der Frage der Erleichterung und Förderung des Transports von Zeitungen durch Flugzeuge beschäftigen soll.

Buchdrucker-Tarif.

Erhöhung des Druckpreisetarifs. Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins hat eine Erhöhung der bestehenden Preise um 5 vom Hundert beschlossen. Sie wird begründet mit der am 1. April in Kraft getretenen Erhöhung des Lohntarifs und dem ständigen Anwachsen aller beim Produktionsprozeß entstehenden Unkosten.

Bildungswesen.

Ein Forschungsinstitut für das graphische Gewerbe. Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins erklärte sich mit der Schaffung eines Forschungsinstituts für das graphische Gewerbe einverstanden, das an der Technischen Hochschule in Charlottenburg errichtet werden soll. Zum Aufgabenkreis des Instituts gehören: Materialkontrolle, Materialprüfung, Untersuchung und Ausprobieren neuer Maschinen, Prüfung neuer Erfindungen, Prüfung neuer Druckverfahren, Ausbildung geeigneter Kräfte für die Praxis und anderes. Der Hauptvorstand billigte ferner den Plan der Schaffung einer Stelle für Schul- und Ausbildungswesen beim Deutschen Buchdruckerverein.

Behörden und Presse.

Gericht und Presse. Eine bemerkenswerte Neuerung haben die Berliner Justizbehörden anläßlich des Prozesses Langkopp eingeführt. Sie haben nämlich die Presse vor Beginn dieses großen Prozesses zum ersten Mal durch den Vertreter der Anklage und den Verteidiger über die Materie informieren lassen.

Ausland.

Die „Züricher Post" konnte Ende März das Jubiläum ihres 50jährigen Bestehens feiern. Am 29. März 1879 erschien die erste Nummer des von Theodor Curti und Reinhold Rüegg begründeten angesehenen Organs.

„Die Presse". Zu unserer Mitteilung in Nr. 5 der „D. P.", daß der Grund für die Ablehnung des Antrages in der Generalversammlung des Vereins der Schweizerischen Presse in Zermatt, die in Bern herausgegebene „Presse" zum offiziellen Organ des Vereins der Schweizerischen Presse zu machen, in den damit verbundenen hohen Unkosten liege, wird uns von einem schweizerischen Kollegen mitgeteilt, daß dieser Grund nur sekundäre Bedeutung hatte. Die Begründung der Ablehnung durch den Zentralvorstand des Schweizerischen Preßvereins fußte auf den Tatsachen, daß die „Presse" mehr auf technische und inseratenpropagandistische Materien eingestellt ist und die Befürchtung herrschte, daß die eigentlichen Berufsfragen des Schweizerischen Journalistenstandes infolge der Einstellung sehr wenig Berücksichtigung finden würde.

Das Ende des „Gaulois". Die französische Zeitung „Gaulois", die 64 Jahre bestanden hat und vor zwei Jahren mit dem „Figaro" zusammen von dem bekannten Parfümfabrikanten Coty aufgekauft wurde, stellte am 30. März ihr Erscheinen ein. Der „Figaro" soll nach dem Eingehen des „Gaulois" erweitert werden.

Eine Landgut-Stiftung für französische Journalisten. Der Direktor und Chefredakteur des „Intransigeant" hat durch testamentarische Verfügung sein Landgut an der französischen Riviera dem französischen Journalistenverband gestiftet und dieser Schenkung eine Geldsumme zur Erhaltung des Besitztums beigefügt.

Eine französische Vereinigung für die Unabhängigkeit der Presse. Der zwischen dem Zeitungsverleger Coty und der französischen Vereinigung der Zeitungsverleger seit längerem geführte Kampf hat zur Gründung einer Vereinigung für die Unabhängigkeit der Presse geführt, der zahlreiche, meist linksstehende Schriftsteller und Politiker beigetreten sind, u. a. Herriot und der Vorsitzende der Radikalen Partei Daladier. Die Vereinigung hat einen Aufruf erlassen, in dem sie es als ihre Aufgabe bezeichnet, sich mit allen Fragen zu beschäftigten, die das Leben und die Würde der Presse angehen.

Ein neues englisches Arbeiterblatt. Die genossenschaftliche Organisation der englischen Arbeiterpartei hat das links-

Digitized by Google

radikale Blatt „Reynolds Newpaper", das seit einigen Monaten von dem ehemaligen Schatzkanzler Snowden geleitet wird, für 150 000 Pfund erworben.

Deutsche Journalisten wieder im Londoner ausländischen Pressekluh. Zum ersten Male nach dem Kriege nahmen in diesem Jahre am 21. März deutsche Pressevertreter an dem üblichen Jahresdiner der Londoner Pressevereinigung in großer Zahl teil. Der englische Premierminister hielt eine kurze Ansprache. Chamberlain machte interessante außenpolitische Ausführungen.

Warschauer Journalisten-Hochschule. Das Regierungskommissariat hat die Satzungen des journalistischen Hochschulvereins in Warschau bestätigt. Der Verein hat sich die Aufgabe gestellt, eine Warschauer Hochschule für Journalisten zu führen. Der Kultusminister hat den Lehrkörper und die Schulleitung bestätigt und einen Kommissar des Ministeriums für die Diplomprüfungen delegiert. — Auch mit dieser Hochschule für Journalisten wird man die Erfahrung machen, daß sich die Berufsbegabung, das Berufensein gerade zu diesem Beruf weder lehren noch lernen läßt.

Tschechische Preßrechtsreform. In der tschechischen Hauptstadt fand kürzlich eine Zusammenkunft deutscher, tschechischer und ungarischer Journalisten und Vertreter der Ministerien statt, die sich mit der Frage einer durchgreifenden Reform des Presserechts beschäftigte. Dabei sprachen sich die Vertreter der tschechischen Journalisten sämtlich für eine Erweiterung der Preßfreiheit aus.

Der Vertreter des tschechischen Presse-Syndikates hob die schädliche Konfiskationspraxis und die schweren Gefängnis- und Geldstrafen hervor, unter denen die verantwortlichen Redakteure zu leiden haben.

Der Vertreter der Reichsgewerkschaft der deutschen Presse, Dr. Bacher, forderte eine neue einzeitliche Gesamtkodifikation des Preßrechtes einschließlich der Bestimmungen über die Regelung des Dienstverhältnisses der Redakteure, unter liberalster Wahrung des Grundsatzes der Preßfreiheit. Im einzelnen wandte auch er sich gegen die bestehende Konfiskationspraxis, forderte eine erweiterte Entschädigungspflicht des Staates, Abänderung der bestehenden Bestimmungen im Schutzgesetz, Abschaffung der demoralisierenden Prämiierung des Bruches des Redaktionsgeheimnisses, wie sie durch die Novelle vom Jahre 1924 geschaffen wurde, und Schutz gegen den Mißbrauch des Berichtigungszwanges.

Die übrigen journalistischen Redner, die den verschiedensten Parteirichtungen angehörten, vertraten zum Teil den Standpunkt, es möge eine sofortige Novellierung des Gesetzes vom Jahre 1924 erfolgen und erst dann eine Neukodifikation in Angriff genommen werden. In der Sitzung wurde eine achtgliedrige Journalistenkommision beschlossen, die unter Verwendung des Entwurfs vom Jahre 1921 eine Denkschrift zur Preßrechtsreform ausarbeiten soll. Die Journalistenverbände sollen ihre Vertreter für diese Kommission baldmöglichst bekanntgeben.

Verschiedenes.

Ein Arbeitsamt des Deutschen Schrifttums. Im Anschluß an die Veranstaltungen des Tages des deutschen Buches trat das Arbeitsamt des Deutschen Schrifttums vor kurzem zum ersten Mal zusammen. An seinen Arbeiten beteiligen sich u. a. der Deutsche Verlegerverein, der Buchhändler-Börsenverein, der Reichsverband des Deutschen Schrifttums, der Reichsverband der deutschen Presse und der Verband der deutschen Hochschulen. Auch der Verein der deutschen Zeitungsverleger hat grundsätzlich seine Mitwirkung zugesagt. Der Sinn dieses Arbeitsamtes ist, die theoretische und praktische Klärung der vielfältigen Probleme und Nöte des gegenwärtigen Schrifttums durch vertrauensvolle Zusammenarbeit der beteiligten Kreise anzubahnen. Die erste Sitzung dient im wesentlichen der Festlegung des Arbeitsplanes. Die nächste Sitzung ist der Frage der Schaffung eines Normalvertrages zwischen Autoren und Verlagen gewidmet.

Interessante Zahlen von der Presse der freien Gewerkschaften. Im Märzheft 1929 der Zeitschrift „Die Neue Bücherschau" beschäftigt sich Werner Schulz mit der Presse der freien Gewerkschaften und teilt über deren Entwicklung folgende Zahlen mit: Die 43 Blätter der freien Gewerkschaften hatten im Jahre 1927 (bei 4,5 Millionen Mitgliedern) eine Gesamtauflage von 221 180 000 Exemplaren, davon entfielen auf die „Metallarbeiter-Zeitung" 39 600 000, den „Grundstein" 20,2 Millionen, die übrigen Zeitschriften 2,5 Millionen bis 15 Millionen Jahresauflage. Interessant sind für uns besonders die Ziffern der Zeitschriften der graphischen Berufe. So erreichte der „Korrespondent" 7 Millionen Jahresauflage, die „Solidarität" (der Hilfsarbeiter) 2,184 Millionen, die „Graphische Presse" (der Steindrucker usw.) 1,092 Mill. und die „Buchbinderzeitung" 2,850 Millionen. Außer diesen regelmäßig erscheinenden Zeitschriften gab es noch 57 Sonder-Zeitschriften, zumeist Wochenschriften, die 1927 eine Gesamtauflage von 30 Millionen Exemplaren hatten. Welche erheblichen Beträge die freien Gewerkschaften für ihre Presse aufwenden, erweist sich aus einer Zusammenstellung, nach der für Presse, Literatur und Bildungswesen folgende Beträge verausgabt wurden: im Jahre 1892: 155 000 Mk., 1904: 1 Million Mk., 1918: 3,652 Millionen Mk., 1927: 11,424 Millionen RM.

Aus der Organisation

Landesverband der Bayerischen Presse.

Die Jahres-Hauptversammlung des Landesverbandes der Bayerischen Presse am Sonntag, dem 24. März, vereinigte eine erfreuliche große Zahl von Münchner und auswärtigen Mitgliedern im Saale des Hotels „Deutscher Kaiser" in München. Der erste Vorsitzende Redakteur C. Freund gedachte einleitend der verstorbenen 5 Mitglieder Kratzsch-Bern, Dr. Egenter, Schwab, Tschaffon und Wertalek, sämtlich in München, und gab dann einen Rückblick über die im Jahre 1928 zum Abschluß gekommenen Tarifverhandlungen, über die Tätigkeit des Schiedsgerichtes und über das günstige Verhältnis in der Landesarbeitsgemeinschaft; letzteres sei auf Verlegerseite vor allem der verständnisvollen Auffassung des Verleger-Vorsitzenden der Verlegerorganisation Kommerzienrat Müller-Freising zu danken. Um der Unterstützungskasse eine gesicherte Grundlage zu geben, sei die Durchführung einer Lotterie im Sommer dieses Jahres geplant; sie sei bereits vom Ministerium genehmigt. Im Einverständnis mit Oberbürgermeister Scharnagl werde der Landesverband die nächstjährige Delegiertentagung des Reichsverbandes der deutschen Presse nach München einladen.

Der Vorstand der amtlichen Pressestelle; Oberregierungsrat Dr. Eisele, überbrachte die Glückwünsche des Ministerpräsidenten Dr. Held und zugleich die Versicherung, daß die bayerische Staatsregierung die Delegiertentagung 1930 in München mit Freuden begrüßen werde.

Journalist A. Wetzstein erstattete als Geschäftsführer den Tätigkeits- und Kassenbericht, in dem er ein Bild gab von der Lage der Redakteure und freien Journalisten, sowie von der Tätigkeit des Vorstandes zur Wahrung der Interessen des Standes und zur Förderung der sozialen Lage der Mitglieder. Der Mitgliederstand betrug Ende 1928 349, wovon 201 auf München und 148 auf das übrige Bayern entfallen. Die finanziellen Verhältnisse der Kasse seien befriedigend, auch die Unterstützungskasse habe dank einer Zuwendung des Ehrenmitgliedes, Gesandten Dr. Adolf Müller in Bern, zur Linderung mancher Not in den eigenen Kreisen und von bedürftigen Berufsgenossen beigetragen. Dem hochherzigen Spender wurde herzlicher Dank ausgesprochen.

Die Einführung der neuen Ausweiskarte habe sich nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland (ein Münchner Kollege genoß in Paris auf Grund seiner Reichsverbandskarte weitgehende Erleichterungen) bewährt. An die Leipziger Fürsorge wurden im Jahre 1923 insgesamt 14 433 M. an Beiträgen abgeliefert und andererseits von dieser Anstalt 13025 M. an Schadenersatz geleistet. Die Versammlung sprach dem ersten Vorsitzenden und dem Geschäftsführer sowie der ganzen Vorstandschaft für ihre erfolgreiche und mühevolle Tätigkeit Dank und Entlastung aus.

Der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes, Gustaf Richter-Berlin, dessen Erscheinen lebhaft begrüßt wurde, machte aufschlußreiche Ausführungen über die Tätigkeit der Reichsarbeitsgemeinschaft, der Versorgungsanstalt und der neugegründeten Zentral-Hilfskasse, sowie weiter über die Reform des Preßgesetzes und die Lage der freien Journalisten.

In der Aussprache über den Tätigkeitsbericht nahm die Frage der kontingentierten Berichterstattung über die Ausschußsitzungen des Landtags einen breiten Raum ein; sie wird noch eine neue Versammlung beschäftigen. Ein Antrag der Ortsgruppe Nürnberg, die nächstjährige Hauptversammlung des Landesverbandes in Nürnberg abzuhalten, wurde mit Rücksicht auf notwendige Satzungsänderungen dem Vorstand überwiesen mit dem Auftrag, eine neue außerordentliche Haupt-

Digitized by Google

versammlung behufs Beschlußfassung über den Antrag einzuberufen. Ohne Erinnerung wurde der vom Vorstand vorgelegten Satzung für die Unterstützungskasse zugestimmt.

Die Wahlen für den Vorstand ergaben die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder; nur an Stelle Dr. Decker-Nürnberg ist Dr. Lorenz als auswärtiger Beisitzer getreten. Für Dr. Decker-Nürnberg wurde Stelzner-Nürnberg als Stellvertreter in die Landesarbeitsgemeinschaft gewählt; sonst ist eine Änderung nicht eingetreten, ebenso nicht bei den Vertretern zum Bezirks-Schiedsgericht München. Das Ehrengericht besteht aus: Eisenschink, Frieß, Hilger, Osterhuber und Schiedt und den Stellvertretern Huber, Roman Mayr, Dr. W. Richter und Städele. Als Delegierte zur diesjährigen Tagung des Reichsverbandes in Bremen wurde außer den beiden Vorsitzenden Freund und Osterhuber gewählt: Wetzstein, Eisenschink, Huber und Hilger, sowie Vertreter der auswärtigen Ortsgruppen, deren Benennung den Ortsgruppen überlassen bleibt. Einstimmig wurde noch ein Antrag Roth angenommen, bei der Reichspost Schritte zu tun, daß an allen Orten gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte die Führung dringender Pressegespräche gestattet werde. An die anregend verlaufene Tagung schloß sich ein gemeinsames Mittagessen an.

*

Verein Münchener Berufsjournalisten.

Die ordentliche Hauptversammlung des Vereins Münchener Berufsjournalisten am 15. März im Saale des Hotels Deutscher Kaiser eröffnete der erste Vorsitzende, stellvertretender Chefredakteur Huber, mit einem Gedenken an die im Vorjahre verstorbenen Mitglieder Dr. Egenter, Schwab, Tschaffon, Wertalek und Kratzsch. Über die Tätigkeit des Vereins im Vorjahre erstattete Journalist A. Wetzstein, der mit der Geschäftsführung des Vereins betraut ist, einen umfassenden Bericht, aus dem besonders die erfolgreichen Tarifverhandlungen hervorgehoben seien. Zur Wahrung des Ansehens des Berufsstandes hat sich der Verein veranlaßt gesehen, in der Presse eine Verwahrung gegen den Kreisrat Esser zu veröffentlichen; die darauf von Esser gegen den Verein angestrengte Privatklage wegen Beleidigung wurde auf Grund des Schriftsatzes des Vereins nicht mehr aufrecht erhalten. Der Bericht stellte fest, daß der Verein 2 Ehrenmitglieder und 207 Mitglieder zählt. Die Unterstützungskasse war im Vorjahre außergewöhnlich stark in Anspruch genommen. Die Neuwahl der Vorstandschaft ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder; an Stelle des nach Innsbruck verzogenen Dr. Huldschiner wurde der Chef vom Dienst bei den „Münchener Neuesten Nachrichten", Hinck, als Beisitzer in den Vorstand gewählt. Als Vertreter des Vereins bei der in Bremen stattfindenden Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse wurden die Mitglieder Huber und Hilger aufgestellt. Der Verein kann im November sein 25jähriges Jubiläum feiern, das festlich begangen werden soll. Von den Gründungsmitgliedern gehören noch 13 dem Verein an. Mit der Beratung reiner Berufsfragen fand die zahlreich besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Personalien

Hauptschriftleiter Adolf Bartsch 70 Jahre alt. Adolf Bartsch, einer der Senioren im deutschen Zeitungsdienst, feierte am 2. April in Hagen i. W. seinen 70. Geburtstag. Am 1. Dezember 1888 trat er in die Redaktion der „Rigdorfer Zeitung" ein, wenig später in die des „Köpenicker Dampfbootes". Nach kurzem Aufenthalt in Leer übernahm Bartsch die Hauptschriftleitung der „Mecklenburgischen Zeitung" in Schwerin. Sein Weg führte ihn weiter zur „Zittauer Morgenzeitung", die kürzlich in einer Jubiläumsausgabe selbst berichtet, daß er „nach nur dreimonatiger Tätigkeit an unserm Blatt einem ehrenvollen Ruf an die „Breslauer Morgenzeitung" folgte". Elf Jahre blieb Bartsch in der Stellung als Hauptschriftleiter in Breslau; über die Leitung einer „Gelsenkirchener Zeitung" und nach ausgezeichneter Vertretung des schwer erkrankten Chefredakteurs des Lahrer „Hinkenden Boten", weiter der Führung eines Konstanzer Blattes fand dieses echt journalistische Temperament für fast zwanzig Jahre Ruhe als Hauptschriftleiter des „Lüdenscheider Generalanzeigers"; nicht Ruhe im Sinne des Journalisten, den es wie anderwärts vornehmlich während des Weltkriegs und der nachfolgenden Jahre stets ruhelos vorwärts trieb. Auch jetzt ist der Siebzigjährige, der sich in allen Kreisen des öffentlichen Lebens größter Beliebtheit erfreut, noch unermüdlich in Hagen tätig. Sein rüsttiges Alter ließ ihn das vierzigjährige Journalistenjubiläum in beneidenswerter Frische begehen. Bartsch bewährte sich lange Zeit — bis zum heutigen Tage — als reger, kollegialer Geist auch im Kreise der Berufsvereine, in denen er, wo er auch war, an leitender Stelle seinen erfahrenen Rat in die Wagschale warf. Er wird weiter der jungen Generation leben. Ad multos annos!

Tchibo

SOLLTEN NUR KAFFEE HAG TRINKEN!

Max Faller, Chefredakteur der „Ermländischen Zeitung" in Braunsberg, wurde auf Grund seiner Dissertation „Johann Friedrich Reichardt und die Anfänge der musikalischen Journalistik" von der philosophischen Fakultät der Albertus-Universität in Königsberg zum Dr. phil. promoviert.

Karl Frieß, Vorsitzender des Vereins der Auswärtigen Presse in München, beging am 16. März den 60. Geburtstag. Frieß, in Memmingen geboren, begann seine journalistische Laufbahn nach vollendetem Studium bei der „Badischen Landeszeitung" in Karlsruhe, die er später auch als Chefredakteur leitete. 1905 siedelte er nach München über und trat in die Redaktion der „Allgemeinen Zeitung" ein; seit 1905 war er Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten" für Kunst, Theater, Wissenschaft; für Politik und Feuilleton vertritt er zurzeit auch die „Hamburger Nachrichten".

Dr. Gerhard Heile, seit 1918 Chefredakteur und später auch Geschäftsführer der „Weser-Zeitung" ist nach der Rückkehr des Blattes in den Verlag Schünemann aus der „Weser-Zeitung" ausgeschieden. Vor seiner Tätigkeit bei der Weser-Zeitung war Dr. Heile Chefredakteur und Geschäftsführender Direktor des „Bremer Tageblattes".

Kollege Ludwig Hölper in München, seit 9 Jahren Schriftleiter der „Münchner Neuesten Nachrichten", früher Schriftleiter der „Augsburger und München-Augsburger Abendzeitung", sowie der „Allgemeinen Zeitung" in München, konnte am 1. April auf eine 25jährige Berufstätigkeit zurückblicken. Wir wünschen dem Kollegen noch nachträglich herzlich Glück zum Berufsjubiläum und hoffen, daß es ihm vergönnt sei, seiner Berufsarbeit noch lange in Gesundheit und Frische nachzugehen.

Dr. **Heinrich Langemann,** seit 1921 Lokalredakteur am „Hannov. Kurier" in Hannover, ist zum Verkehrsdirektor der Stadt Hannover gewählt worden und tritt diesen Posten zum 1. April d. J. an.

Dr. jur. Adolf Tesdorpf †. Die Redaktion der „Dresdener Nachrichten" hat einen herben Verlust zu beklagen. Am 13. März ist nach schwerem Leiden der langjährige erste politische Redakteur des Blattes, Dr. jur. Adolf Tesdorpf, im Alter von 67 Jahren verschieden. Dr. Tesdorpf gehörte der Redaktion des Blattes seit dem 1. Oktober 1893 an, also etwa 36 Jahre. Seine Leitartikel, in denen er ein Menschenalter lang wöchentlich mehrmals zu allen Tagesfragen Stellung nahm, verrieten stets ein umfassendes Wissen, gepaart mit seltenem politischem Weitblick und außergewöhnlicher Be-

Digitized by Google

herrschung der Sprache. Er war ein großer Verehrer des Alt-Reichskanzlers Bismarck und betrachtete es als seine Aufgabe, getreu den Traditionen der „Dresdner Nachrichten" die deutsche Politik in Bismarckschen Bahnen zu erhalten. Sein beweglicher Geist ermöglichte es ihm, auch unter den veränderten politischen Verhältnissen, an die alte Zeit anknüpfend, die Erfordernisse der neuen zu erkennen und auf Grund dieser Erkenntnis am Wiederaufbau Deutschlands mitzuarbeiten. Seine journalistische Tagesarbeit zog ihre beste Kraft aus seinem starken, nie schwankenden deutschen Empfinden. Das Andenken des Kollegen, der dem bekannten alten Hanseatengeschlecht angehörte, wird in Ehren bleiben!

Professor Dr. Hans F. Helmolt gestorben. Am 18. März ist im 64. Lebensjahr der im Juli 1865 in Dresden geborene Professor Dr. Hans F. Helmolt, zuletzt Redakteur der Berliner Zeitung „Der Westen", gestorben. Nach Absolvierung des Gymnasiums oblag er seinen Studien an den Universitäten Leipzig und Bonn, bestand 1891 die Doktorprüfung, 1892 die sächsische Oberlehrer-Prüfung und wurde 1893 Mitarbeiter Karl Lamprechts bei der Herausgabe der rheinischen Urbare. 1904 trat er als Verlagsredakteur in das Bibliographische Institut ein. 1908 ging er als politischer Redakteur nach Dresden und später nach München. Während der Jahre 1912—1917 zeichnete er als Redakteur für auswärtige Politik bei der „Weserzeitung", 1917—1919 war er Pressechef im Reichsministerium des Innern. Am 14. März 1918 erhielt er den Professortitel. Nachdem Helmolt nach dem Umsturz einige Jahre lang als freier Schriftsteller tätig gewesen war, übernahm er am 1. Februar 1921 für ein Jahr die Leitung der Presseabteilung der Deutschen Werke und ging dann an die „Frankfurter Nachrichten" als Chefredakteur. Seit 1923 war er politischer Redakteur am „Westen". Am bekanntesten ist Helmolt als Schriftsteller geworden durch seine neunbändige Weltgeschichte, die er mit 37 Mitarbeitern in den Jahren 1899—1907 herausgab und die auch ins Englische, Russische und Niederländische übersetzt worden ist. Groß ist die Zahl seiner historischen und biographischen Schriften und Abhandlungen. Mit Lamprecht begann er 1913 die Herausgabe von Band 1—10 des Werkes „Weltbild der Gegenwart", mit v. Ardenne und v. Stein Band 1—3 des Buches vom großen Krieg. Helmolt war Mitglied einer Reihe wissenschaftlicher Gesellschaften.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Hermann Frombold Red. d. Ingolstädter Tagbl.), Ingolstadt, Schmalzingergasse 2; Bernhard Fendt (Red. d. Fürstenfeldbrucker Ztg.), Fürstenfeldbruck b. München, Hauptstraße 23; Georg Bittner (Chefredakteur d. Münchener Telegramm-Ztg.), München, Schumannstraße 8, 1 Tr.; Oskar Stark (Red. d. Bayer. Rundschau), Gerlinden, Post Maisach b. München.

Landesverband Mitteldeutschland. Dr. phil. Rudolf Schroth (Hallische Ztg.), Halle, Roeserstraße 4; Alfred Ott (fr. Journ.), Kassel, Parkstraße 47; Heinz Albert Fischer (Hessischer Kurier) Kassel, Friedrichstraße 16; Arthur Berkun (fr. Journ.), Mühlhausen/Thür., Görmarstraße 64.

Inhaltsangabe:

Das Bild in der Tageszeitung. Von Dr. Albert Weinsheimer, Hannover.
Zur Konjunktur des Handelsredakteurs. Von Dr. W. Kürzel, Nürnberg.
Wege und Ziele der zeitungswissenschaftlichen Arbeit. Von Dr. Kf. B.
Die schlimmste Gefahr. Von Gottfried Stoffers-Düsseldorf.
Die Erziehung des Redakteurs. Von Dr. Hans Hasse-Dresden.
Der freie Schriftsteller und die Redaktionen. Von Ernst Posse.
Nochmals: Der Reichsverband — Wirklichkeit. Von Graf E. v. Schwerin-Essen.
Die Architektur der Zeitung. Von Max Fleck.
Der Richter als Zeitungsberichterstatter.
Wie Reklame geschunden wird.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.
Verband der deutschen Sportpresse.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Braunschweigische Presse. Dr. O. Lippelt (Junge Nation), Braunschweig, Wilhelmstraße 1; Frl. Hildegart Dohme (Peiner Tagespost), Peine, Querstraße 4. Ortsgruppe Oldenburg. Fritz Horn (Der Gemeinnützige), Varel i. Old., Moltkestraße 18.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Bochumer Presse. Dr. jur. Fritz Kersting (Chefred. d. Bochumer Anz.), Bochum, Alleestraße 8, 3 Tr.; Verein Dortmunder Presse. Josef Schäfer (Castrop-Rauxeler Volksztg.), Castrop, Kirchplatz 11; Presseverein Münster, Heinrich Schmitt (Westf. Merkur), Münster, Breul 15; Josef Urban (Münstersche Ztg.), Münster, Ferdinandstraße 3; H. Dierksmeier (Zeno), Münster, Hammerstraße 154; Verein der Saarpresse. Martin Vogel (Saar- und Bliesztg.), Neunkirchen, Alexanderstraße 14; Hellweg-Märkischer Presseverein. Fritz Boswinkel (Mitarb.), Hamm, Daberweg 227; Bezirksverein Ravensberg. Bernhard Thümmel (Gütersloher Ztg.), Gütersloh (Westf.).

Landesverband Schleswig-Holstein-Lübeck. Hans Ulrich (Kieler N. N.), Kiel, Lornsenstraße 26.

II. Neuanmeldungen.

Verein Frankfurter Presse. Heinrich Kaiser, Frankfurt/M., Wormserstraße 6.

Landesverein der Pfälzischen Presse. Rudolf Engesser (Zweibrücker Volksztg.), Zweibrücker, Blücherstraße 1; Josef Hütt (Dürkheimer Tagbl.), Wachenheim, Hauptstraße 7.

Verband der Schlesischen Presse. Dr. Otto Riemer, Görlitz, Landeskronstraße 56.

Einzelmitglied. Carl Ario (Vertr. d. Scherl-Verlages), Warschau, Piekna 18—6.

Verband der Deutschen Sportpresse

Geschäftsstelle:
J. Riecken, Berlin-Friedenau, Südwestkorso 76.

Ordentlicher Verbandstag
am 12. und 13. April 1929 in Breslau.

Sitzungen.

Tagung des Gesamtvorstandes im Hotel „Vier Jahreszeiten", Gartenstraße 66/70.

Freitag, 12. April, 16—20 Uhr, **Sonnabend, 13. April,** 13 Uhr. Hauptversammlung im Remter des Paketpostamtes.

Tagesordnung der Hauptversammlung.

1. Erstattung des Jahresberichtes.
2. Entgegennahme des Kassenberichtes und Entlastung des Vorstandes.
3. Genehmigung des Haushaltungsplanes und Festsetzung der Beiträge.
4. Wahlen des obersten Ehren- und Schiedsgerichts und der Kassenprüfer.
5. Satzungsänderungen auf Grund der Bestimmungen des Registerrichters.
6. Anträge: Vom Verband der Deutschen Sportpresse Berlin und vom Verein Breslauer Sportpresse wird der Antrag gestellt, ein Verbandsorgan zu schaffen, über dessen Ausgestaltung auf dem Verbandstage Richtlinien zu beschließen sind.
   Beschlußfassung über die Verbandslegitimation, Ausweis oder Abzeichen.
7. Besprechung allgemeiner Fragen:
   a) Ehrengericht.
   b) Internationaler Ausweis.
   c) Gratiskorrespondenzen und Korrespondenzen der Industrie.
   d) Propaganda-Arbeiten der Sportjournalisten.
   e) Erledigung von Anregungen.
8. Bestimmung des Tagungsortes für den nächsten ordentlichen Verbandstag.

Berlin, 3. April 1929.

Der Vorstand:
K. Doerry, Vorsitzender. J. Riecken, Schriftführer.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68. Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 15 — Berlin, den 13. April 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin GW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

„Verbandstag 1929."

Die diesjährige

Vertreter-Versammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse

wird am

8. und 9. Juni in Bremen

stattfinden.

Eine

Sitzung des Reichsausschusses

die auf Freitag, den 7. Juni, anberaumt worden ist, geht den Verhandlungen der Vertreterversammlung voraus.

Die Tagesordnung für die Vertreterversammlung wird demnächst an dieser Stelle bekanntgegeben, ebenso das in Aussicht genommene Gesamtprogramm der Tagung.

Um eine reibungslose Durchführung der Vorarbeiten zum Verbandstag zu ermöglichen und die Unterbringung der Vertreter sowie der Gäste sicherzustellen, werden sowohl die Vorstände der Verbände wie die Vertreter selbst dringend gebeten, der Zentrale des Reichsverbandes baldmöglichst ihre Anmeldung mitzuteilen.

Vor allem werden auch diejenigen Kollegen, die als Gäste oder zu Studienzwecken an der Vertreterversammlung teilnehmen, in ihrem eigenen Interesse um möglichst baldige Anmeldung ersucht, damit auch ihnen tunlichst die Vergünstigungen für die Vertreter gesichert werden können.

Laut § 14 der Satzung müssen Anträge der Verbände, die auf die Tagesordnung des ordentlichen Verbandstages kommen sollen, 3 Wochen vor der Tagung beim Vorstand eingereicht werden, worauf hiermit besonders aufmerksam gemacht wird. Die Anträge müssen also spätestens am Montag, dem 13. Mai, bei der Verbandsleitung schriftlich vorliegen.

Verbände, die mit der Zahlung oder Abrechnung länger als ein Vierteljahr im Rückstand sind, verlieren das Anrecht auf Vertretung im Reichsausschuß und in der Vertreterversammlung bis zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen.

Für die Verbandsleitung:
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Anwaltschaft und Presse.

Von Rechtsanwalt Dr. Hans Kirchberger, Leipzig.

Nachstehend geben wir die interessanten Ausführungen des Rechtsanwalts Dr. Kirchberg zum Thema „Anwaltschaft und Presse" auf einem Vortragsabend des Bezirksvereins Leipzig im Reichsverband wieder, selbstverständlich ohne uns mit ihnen zu identifizieren; wir nehmen an, daß sich eine Debatte anschließen wird, an der sich die Kollegen hoffentlich recht zahlreich beteiligen.

I.

Wenn man die Einstellung der Anwaltschaft gegenüber den Problemen der Presse und die Einstellung der Presse gegenüber der Anwaltschaft prüfen will, ist zuerst Klarheit darüber erforderlich, was Anwaltschaft und Presse sind.

Der Anwalt ist ein Organ der Rechtspflege, Mittler zwischen seiner Partei und dem Gericht. Die Presse ist das Organ der Öffentlichkeit, Mittler zwischen ihr und dem Gericht. Sie ist darüber hinaus Träger und Schöpfer der öffentlichen Meinung und hält sich für berechtigt und verpflichtet, das Interesse der Allgemeinheit zu vertreten (Groth).

Grundverschieden sind Wirtschaftsbetrieb und Wirtschaftsgesinnung des Anwaltes einerseits und der Presse andererseits.

Der Anwalt ist in erster Linie überhaupt nicht Wirtschafter; „der Inhalt und der eigentliche Zweck seiner Tätigkeit ist nicht die Erzielung wirtschaftlicher Werte, sondern die von hohem Idealismus getragene Erfüllung seines Berufes." (EGH. 18, 88 flgd.)

Viel komplizierter liegen die Dinge bei der Presse. „Kapital und Masse sind die beiden Säulen der Zeitung, demokratisch-kapitalistisch ist ihr Wesen. So entsteht

Digitized by Google

der Dualismus in der Zeitung, so trägt sie einen „Januskopf“, dessen eines Gesicht nach wirtschaftlichem Gewinn, dessen anderes nach geistigem Erfolg bei der Masse ausblickt.“ (Groth.) Dieser Dualismus und die dadurch hervorgerufenen Spannungen sind dem Zeitungsunternehmen wesenseigen. Anders liegen die Dinge beim Anwalt. Wenn er auch als Angehöriger eines freien Berufes selbst für die wirtschaftliche Grundlage seiner Tätigkeit zu sorgen hat, so sind doch Konflikte zwischen wirtschaftlicher Denkungsart und idealer Berufserfüllung dem Anwaltsstand nicht wesenseigen. Dennoch können bei Ausübung des Anwaltsberufes neben schwierigsten Gewissenskonflikten auch Spannungen wirtschaftlicher Art entstehen. Während aber das Zeitungsunternehmen frei darin ist, die Spannungen nach Belieben auszugleichen, muß der Anwalt im Widerstreit mit materiellen Interessen seine Berufspflicht im idealen Sinn erfüllen. Bei Verletzung dieser Pflicht ist die ehrengerichtliche Bestrafung verwirkt.

II.

Von den mit Recht und Rechtspflege zusammenhängenden Problemen der Presse seien folgende erwähnt:

Das Zeugnisverweigerungsrecht ist im Strafprozeß durch die neue Fassung des § 53 StPO. für Redakteure und andere bei Zeitungsunternehmen tätige Personen grundsätzlich gewährleistet. Es wird von seiten der Presse noch nicht für vollkommen ausreichend gehalten. Ein Vergleich mit dem Zeugnisverweigerungsrecht der Anwälte ist aber nicht ohne weiteres angebracht. Insbesondere ist darauf hinzuweisen, daß der Rechtsanwalt nicht nur mit schwerer krimineller Strafe bedroht ist, wenn er unbefugt Geheimnisse offenbart, sondern daß die Verletzung der Diskretionspflicht auch ehrengerichtliche Ahndung, und zwar selbst dann nach sich zieht, wenn eine strafbare Handlung nicht vorhanden ist.

Eine größere Rolle spielt das Problem, inwieweit sich die Hilfspersonen der Presse darauf berufen können, daß sie berechtigte Interessen wahrgenommen haben. Die Frage hat nicht nur eine strafrechtliche, sondern auch eine zivilrechtliche Bedeutung; vgl. insbesondere §§ 824 BGB., 3 UnlWG. Die Rechtsprechung erkennt nicht an, daß die Tagespresse schlechthin befugt oder verpflichtet sei, vermeintliche Übelstände auch unter Verletzung der Ehre einzelner Personen öffentlich zu rügen; vgl. RGZ., Bd. 115, S. 80 ff. Den hierdurch gekennzeichneten Rechtszustand will § 318 der Reichstagsvorlage zum allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuch verbessern. Darnach soll eine strafbare üble Nachrede nicht vorhanden sein, wenn der Täter zur Wahrnehmung eines berechtigten öffentlichen oder privaten Interesses handelt und dieses Interesse das verletzte Interesse des Beleidigten überwiegt.

Diese Fassung wird in Kreisen der Presse als nicht ausreichend betrachtet. Hierbei wird, m. E. zu Unrecht, das Anerkenntnis gefordert, daß ein berechtigtes öffentliches Interesse immer das Interesse des Verletzten überwiege. Berücksichtigt man, daß eine öffentliche Beleidigung einen besonders schweren Eingriff in das Persönlichkeitsrecht darstellt, so wird die in der Reichstagsvorlage vorgeschlagene Fassung als ausreichend anerkannt werden müssen.

III.

Von den bei der Gerichtsberichterstatrung interessierenden Fragen seien folgende behandelt:

1. Die Mitwirkung des Gerichtes durch Errichtung von Pressestellen ist zu begrüßen; die Zuziehung von Anwälten hierzu wäre m. E. erwünscht. Daß die Freiheit und Unabhängigkeit der Berichterstattung gewährleistet sein muß, ist selbstverständlich. Der Bericht soll eine alles Wesentliche erschöpfende Wiedergabe der Verhandlungsvorgänge und objektiv in dem Sinne sein, daß der Berichterstatter von der Objektivität überzeugt ist.

2. Die fortlaufende Berichterstattung bei mehrtägigen Verhandlungen ist m. E. unentbehrlich. Für alle Beteiligten, insbesondere den Anwalt, ist es von Bedeutung, aus dem alsbald erscheinenden Zeitungsbericht zu sehen, welches Bild der außenstehende Betrachter von der Verhandlung bekommen hat.

3. Auch die kritische Berichterstattung ist wünschenswert. Sie darf allerdings nicht vorzeitig einsetzen und muß sich die Zurückhaltung auferlegen, die zur Erhaltung des Ansehens der Rechtspflege selbst dann erforderlich ist, wenn Mängel beleuchtet werden. Die Grenze zu finden kann nur einem möglichst ausgeprägten Taktgefühl überlassen werden. In der Regel sollte Kritik nicht eher einsetzen, als bis die Instanz abgeschlossen ist, aber auch nicht erst dann, wenn das Verfahren rechtskräftig erledigt ist; Ausnahmen können diese Regel bestätigen.

4. Die sensationelle Berichterstattung sollte schlechthin verschwinden. Sie hat mit der Förderung der Rechtspflege nichts zu tun, bewirkt vielmehr umgekehrt die Gefährdung des Rechtslebens. Daß sie entbehrt werden kann, lehren die hervorragenden Berichte des zu früh verstorbenen Sling.

5. Schwieriger ist die Frage der anonymen Berichterstattung. Die Nennung des Namens des Angeklagten sollte überall da vermieden werden, wo nicht die Öffentlichkeit ein ganz dringendes Interesse hat, den Namen zu erfahren. Gerade der Anwalt weiß, wie außerordentlich der Kampf ums Recht erschwert wird, wenn der Angeklagte mit der Namensnennung rechnen muß. Die Namensnennung des als Verteidiger oder Rechtsbeistand tätigen Rechtsanwaltes wird verschieden beurteilt. Sicher ist, daß, vom Standpunkt des Anwaltes aus betrachtet, jede Differenzierung („prominente“ Anwälte nennen, andere verschweigen) ebenso bekämpft werden muß wie jede reklamemäßige Namhaftmachung. Nicht jede Namensnennung hat aber den Charakter einer Reklame. Werden überhaupt Gerichtspersonen namentlich aufgezählt, dann ruft die Unterdrückung des Namens des Anwaltes den Anschein der Nichtachtung hervor.

6. Die illustrierte Berichterstattung hat mit dem Zweck, dem sie dienen soll, ebensowenig zu tun, wie die sensationelle Berichterstattung. Sie ist ein Zugeständnis an die Oberflächlichkeit und die Sensationslust des Publikums. Hier sollte die Presse als Erzieher wirken. Überdies begegnet die illustrierte Berichterstattung technischen und juristischen Schwierigkeiten. Nach § 22 des Kunstschutzgesetzes dürfen Bildnisse nur mit Einwilligung des Abgebildeten verbreitet oder veröffentlicht werden; nach § 23 des Gesetzes ist die Einwilligung u. a. nicht erforderlich, wenn es sich um Bildnisse aus dem Bereiche der Zeitgeschichte handelt oder um Bilder von Versammlungen, Umzügen und ähnlichen Vorgängen, an denen die dargestellten Personen teilgenommen haben. Anläßlich eines Leipziger Sensationsprozesses haben die Gerichte die Frage, ob der Verteidiger der Zeitgeschichte angehört, verneint, beim Angeklagten bejaht; ein Gesamtbild der Gerichtsverhandlung wäre nach der letztinstanzlichen Entscheidung zulässig gewesen.

Der Rückblick auf die Rechtsprobleme der Presse läßt erkennen, daß die Bestrebungen der bei einer Zeitung tätigen Persönlichkeiten dahin gehen, die Rechte der Presse zu erweitern, ein besonderes Recht heranzubilden. Gerade der Vergleich mit der Anwaltschaft lehrt aber, daß es kein besonderes Recht, kein Standesrecht ohne eine Standespflicht gibt und daß beides nicht bestehen kann, wenn nicht ein Organ geschaffen wird, welches über der Erfüllung der Standespflicht wacht. Dieses Organ ist bei der Anwaltschaft der Vorstand der Anwaltskammer. Es liegt deshalb nicht fern, für die Mitglieder der Presse die Errichtung von Pressekammern anzuregen. Sie müssen gesetzlich verankert werden, müssen insbesondere die Befugnis zu Disziplinarbestrafungen haben, damit Mißbräuchen gesteuert werden kann, die wegen der Öffentlichkeit der Presse und der Macht der Zeitung ganz besonders gefahrvoll sind.

Digitized by Google

Einladung.

Hierdurch lade ich die Gesellschafter der Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse G. m. b. H. gemäß § 15 der Satzung zu der dritten ordentlichen Gesellschafterversammlung auf

Freitag, den 3. Mai 1929, vorm. 11 Uhr nach Berlin W. 10, Matthäikirchstraße 3c,

ein.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht und Prüfungsbericht des Verwaltungsrats,
2. Beschlußfassung über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1928,
3. Beschlußfassung über die Verteilung des Gewinns,
4. Erteilung der Entlastung für den Geschäftsführer, die Delegierten und den Verwaltungsrat,
5. Wahlen für den Verwaltungsrat,
6. Beschlußfassung über den Vorschlag des Verwaltungsrates über die Erweiterung des Kreises der versicherungsfähigen Personen gemäß § 3a Ziffer 3 der Satzung.
7. Verschiedenes.

Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse G. m. b. H.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates:
Dr. Ahn.

Werden solche Pressekammern errichtet, dann wird es voraussichtlich leichter sein, jetzt noch offene, schwer lösbare Presseprobleme zur befriedigenden Lösung zu bringen.

IV.

Was die Probleme der Anwaltschaft und die Stellungnahme der Presse hierzu anbelangt, so kann hierüber nur einiges Grundsätzliche angedeutet werden:

So wie für die Presse die Pressefreiheit eine Lebensfrage ist, so kann die Anwaltschaft nur auf dem Boden der Freiheit und Unabhängigkeit existieren. Freiheit der Presse und Freiheit der Advokatur sind gleich wichtig, werden aber von denselben Mächten bedroht und sollten Presse und Anwaltschaft zu natürlicher Bundesgenossenschaft verbinden. Darüber hinaus dienen Presse und Anwaltschaft zusammenarbeitend, einem der höchsten Kulturgüter, der Gerechtigkeit. So wie die beiden Organe der Rechtspflege, Richter und Anwalt, eine Arbeitsgemeinschaft zur Rechtsfindung sein sollen, so sollte von der Presse und der Anwaltschaft gemeinsame Arbeit geleistet werden, um jenes hohe Kulturgut zu erringen und zu erhalten; und ebenso wie sich bei der Arbeitsgemeinschaft zwischen Richter und Anwalt die Erkenntnis Bahn gebrochen hat, daß sie ein wechselseitiges Interesse an ihrem Wohlergehen haben, so muß diese Erkenntnis auch die Gemeinschaft zwischen der Presse und Anwaltschaft beherrschen. Die Anwaltschaft bedarf der Presse. Sie kann ihr höchstes Rechtsgut, die Freiheit und Unabhängigkeit, nur wahren, wenn sie von der Öffentlichkeit, vertreten durch die Presse unterstützt wird. An dieser Unterstützung hat die Öffentlichkeit ein, freilich noch nicht ausreichend erkanntes, Interesse. Sie hat bisher kein genügendes Verständnis dafür gehabt, wie abträglich es der Rechtspflege im allgemeinen und einem ihrer wichtigsten Organe, der Anwaltschaft im besonderen, sein muß, wenn in wechselndem Maß der Anwalt von dem Tätigkeitsgebiet ausgeschaltet wird, auf dem zu wirken er kraft seines Berufes bestimmt ist; es sei nur an die Arbeitsgerichte erinnert, bei denen die Anwaltschaft von der Vertretung in erster Instanz ausgeschlossen ist und bei der Vertretung in zweiter Instanz, im Gegensatz zur Vertretung bei anderen Kollegialgerichten, nicht das alleinige Vertretungsrecht hat.

Wegen der Mitarbeit der Anwaltschaft bei der Presse sind im Anwaltsblatt Vorschläge gemacht worden. Es wird darin angeregt, daß jede größere Tageszeitung eine Rechtsbeilage herausgeben möge, in der allgemeine rechtskulturelle Beiträge, Betrachtungen zu Gesetzentwürfen und dergleichen behandelt werden könnten; derartige Rechtsbeilagen böten auch Gelegenheit, die erschreckende Rechtsunkenntnis, die noch immer in großen Teilen des deutschen Volkes herrscht, zu beheben, schließlich auch gewisse irrige Ansichten über den Anwaltsstand auszurotten. Die Anwaltschaft wird ihre Mitarbeit hierbei gewiß nicht versagen.

Die Zentralhilfskasse.

Kollege Graf E. v. Schwerin-Essen veröffentlicht in Nr. 14 der „Deutschen Presse" ergänzende Gedanken zu einem Aufsatz von Max A. Tönjes aus einer früheren Nummer. Beide Kollegen behandeln das Thema „Der Reichsverband — Wirklichkeit". Sie beschäftigen sich mit der Kritik, der die Tätigkeit unserer Berufsorganisation in den Kreisen der Mitglieder unterworfen wird. Graf Schwerin kommt im Verlauf seiner Ausführungen auch auf die mit dem 1. Oktober 1928 ins Leben getretene Zentralhilfskasse des Reichsverbandes zu sprechen. Er sagt, diese Zentralhilfskasse sei doch nur ein bescheidener Anfang bei den sozialen und zum Anschluß an den Reichsverband werbenden Hilfseinrichtungen.

Das ist zweifellos richtig. Ein bescheidener Anfang ist aber immerhin besser als gar kein Anfang, und es bleibt nur zu bedauern, daß der Anfang nicht eher erfolgte, daß er vielmehr unter schweren Kämpfen mit den entgegenwirkenden Meinungen im Verbande erst mit Wirkung ab 1. Oktober 1928 vor sich ging.

Wenn Kollege Graf Schwerin jedoch weiter betont, von dem Wirken der Z.H.K. sei überhaupt bisher positiv nichts zu spüren gewesen, und das einzige Ergebnis, das sich durch die Schaffung der Z.H.K. bemerkbar gemacht habe, sei, daß es den Verbandsmitgliedern infolge der erhöhten Beiträge noch schwerer als bisher möglich werde, die bestehenden sozialen Kassen (z. B. in Ostpreußen und Rheinland-Westfalen) auf ihrer Achtung gebietenden und leistungsfähigen Höhe zu erhalten, so bedürfen diese Behauptungen einer Zurückführung auf das Tatsächliche, das offenbar infolge mangelnder Informationen übersehen wurde.

Der erhöhte Verbandsbeitrag um 1 M. pro Kopf, der im vorigen Jahre in Köln beschlossen wurde, fließt nicht der Z.H.K., sondern der Zentralverwaltung zu, damit sie fernerhin mit einem sogenannten „ordent-

Digitized by Google

lichen Etat" wirtschaften kann, bei dem die wirklichen Einnahmen mit den Ausgaben balancieren. Das war bis 1928 nicht der Fall; es mußten außerordentliche, also keineswegs ganz feststehende Einnahmen herangezogen werden. Lediglich diese außerordentlichen, unter Umständen einmal auch verschwindenden Mittel, wurden der Z.H.K. überwiesen, deren Existenz dadurch nicht gerade eine unerschütterliche Grundlage für dauernde Zeiten gewann. Die Fundierung durch regelmäßige Beiträge der Mitglieder wäre weit vorzuziehen gewesen.

Was das vom Kollegen Schwerin nicht bemerkte bisherige Wirken der Z.H.K. anbetrifft, so seien dafür in folgendem einige Aufklärungen gegeben, wobei die notwendigen Aufbauarbeiten, die durchaus nicht beendet sind, die regelmäßige Geschäftsabwicklung, die ständig erforderliche Unterrichtung an die Verbände über die statutarischen, mehrmals in der „Deutschen Presse" bekanntgegebenen, aber sichtlich in weitem Maße unbekannt gebliebenen Bestimmungen, der damit verbundene Schriftwechsel usw., nur nebenbei erwähnt sein sollen. Denn das sind ehrenamtliche Funktionen; sie kosten dem Verbande zurzeit nichts.

Geleistet wurden im ersten Halbjahr des Bestehens der Z.H.K. Beihilfen und Darlehen in dreißig Fällen, und zwar an die verschiedensten Bezirksverbände im ganzen Reiche, wobei einzelne Verbände, wie schon aus der Zahl hervorgeht, mehrfach mit der Z.H.K. in Verbindung traten. Die Gelder gingen an in Not befindliche Verbandsmitglieder, und zwar meistenteils als nicht rückzahlbare Beihilfen. Die durch die Verbände garantierten Darlehen bleiben in verschwindender Minderheit.

Das mag gewiß ein bescheidener Anfang sein. Wenn man aber bedenkt, daß von den Mitteln der Z.H.K., der bisher vom Reichsverband 36000 M. überwiesen worden sind, mindestens 25% als Reservefonds zurückzulegen sind, daß es fernerhin wünschenswert erscheint, noch einen Überschuß außerdem zu ersparen für spätere Jahre, in denen, wie erwähnt, die Finanzierung vorläufig noch nicht gesichert erscheint, so könnte man auch von einem beachtenswerten Anfang sprechen. Weitere Einzelheiten darzulegen, ist hier wohl kaum am Platze, da dadurch die in den Satzungen vorgesehene diskrete Geschäftshandhabung in Frage gestellt würde. Diese Einzelheiten sind aber in den genau geführten Akten und Büchern selbstverständlich zu finden, sie unterliegen der Aufsicht und der Revision durch den Vorstand des Reichsverbandes und die jährliche Delegiertenversammlung, deren Ermessen auch die etwa von den Mitgliedern geforderte spezialisierte Unterrichtung anheim gestellt ist.

Goeres-Berlin,
Obmann der Pflegschaft der Z.H.K.

Eine Pressekundgebung in Dresden.

Empfangsabend des Landesverbandes der Sächsischen Presse.

Zum 19. Male trat am 6. April der Landesverband der Sächsischen Presse im Reichsverband der deutschen Presse, diesmal wieder in seiner Gründungsstadt Dresden, zusammen, um über Berufs- und Standesfragen seiner Mitglieder zu raten und zu taten. Wie immer, wurde der Vorabend zur eigentlichen Tagung repräsentativ ausgestaltet. Wenn das in diesem Jahre in einem größeren Rahmen der Fall war, so geschah es aus dem Wunsche heraus, gerade in der Landeshauptstadt alle die Kreise um den Verband zu scharen, mit denen die Mitglieder berufliche und gesellschaftliche Bande verknüpfen. Eine ansehnliche Zahl von Gästen hatte sich im Plenarsaale des Landtagsgebäudes eingefunden, außer dem Ministerpräsidenten die Minister Dr. Bünger, Weber und Elsner, ferner die Minister a. D. Dr. Kaiser und Dr. Külz, fast sämtliche Ministerialdirektoren, der Landeskommandant Generalmajor Schubert, die Präsidenten Dr. Böhme, Dr. Mannsfeld, Schieck, Dr. Streit und Weigel, Landesbischof D. Ihmels, Vertreter des Landtages, der beiden städtischen Körperschaften, der Kunst und Wissenschaft, der Eisenbahn, des Handels, der Banken, der Industrie und Landwirtschaft sowie die Verlegervertreter der Reichs- und Landesarbeitsgemeinschaft und der Versorgungsanstalt der RAG. der deutschen Presse. Das Haus war dicht besetzt. Unter den Anwesenden sah man auch einige Damen, die im Beruf selbst die Feder zu führen haben oder der Presse als Abgeordnete nahestehen. Die Reden und Ansprachen fanden die ungeteilte Aufmerksamkeit des Hauses.

Auf die Begrüßungsworte des Landesverbandsvorsitzenden, Schriftleiters Dr. Blanck, antwortete

Ministerpräsident Heldt.

Aus der Tatsache, daß so viele Vertreter der öffentlichen Körperschaften erschienen seien, möge die Presse die Gewißheit schöpfen, daß ihrer Tagung das allergrößte Interesse entgegengebracht werde. Sonst werde immer die Presse zur Regierung geladen, heute lade die Presse die Regierung. Es bedeute ja, ein heißes Eisen anzufassen, wenn man im Augenblick die Presse und die Regierung in einem Atemzuge nenne, aber er glaube doch, daß sich in den nächsten Wochen Zeit und Gelegenheit finden werde, das Verhältnis der Presse zur Regierung immer fester und inniger zu gestalten. Soweit die sächsische Regierung in Frage komme, sei bekannt, welch hohen Wert sie immer auf ein gutes Verhältnis zur Presse gelegt habe. Er hoffe, daß das auch bei der zukünftigen Regierung der Fall sein möchte, ganz gleich, wie sie zusammengesetzt sei. Der Ministerpräsident wünschte der Tagung den allerbesten Verlauf. Möge sie ein Markstein sein auf dem Wege zur Erreichung der Ziele, die sich der Verband selbst gesteckt habe.

Der Landesverbandsvorsitzende betonte, daß die Regierung wiederholt zu erkennen gegeben habe, wie sehr sie die Aufgaben der Presse zu schätzen wisse. Er erinnere hierbei an die Subventionierung des Instituts für Zeitungskunde an der Landesuniversität und die Förderung des Presseheims Oybin.

Die deutsche Presse

war das Thema, das darauf der frühere Redakteur Prof. Dr. Erich Everth, Direktor des Instituts für Zeitungskunde in Leipzig, erörterte.

Der Vortragende verglich die deutsche Presse unter mannigfachen Gesichtspunkten mit der Presse anderer Länder Europas und Amerikas. Er hob zunächst den geistigen Charakter der deutschen Tagespresse hervor. In ihr zeige sich der Geist nicht so vorwiegend als Organisation und Rationalisierung des Betriebs, wie in manchen anderen Ländern, sondern mehr als in diesen auch im Inhalt der Zeitung. In Deutschland herrsche noch immer der Typ der Meinungspresse gegenüber dem der reinen Nachrichtenpresse vor. Der geistige Charakter unserer Presse hänge mit der in Deutschland vorwaltenden Vertriebsform des Abonnements zusammen, wogegen anderwärts der Straßenverkauf mehr vorgedrungen sei als bei uns. Die feste Gemeinde ständiger Leser, die deutsche Zeitungen in der Regel haben, begünstige die Entwicklung und Erhaltung eines bestimmten geistigen Charakters der Zeitungen. Das deutsche Blatt sei, wenigstens in vielen Fällen, gleichsam eine Kollektivpersönlichkeit. Die ständige Verbindung mit den Lesern und die Einheitlichkeit der Richtung gebe dem Publikum die Möglichkeit der Sammlung und Stetigkeit. Die Kehrseite sei, daß die dem Deutschen eigentümliche Abschließung in Gruppen und Klassen dadurch bestärkt werde, wogegen der Vertrieb der Zeitungen im Straßenhandel gerade in Deutschland den Blick der Leser erweitern und helfen könne, die verschiedenen Kreise einander zu nähern. Schließlich hänge auch der stark parteipolitische Charakter wenigstens der Hälfte der deutschen Tagespresse einigermaßen mit unserer Vertriebsart zusammen. Die Kontinuität der inneren Haltung komme der Propaganda für bestimmte Lebensanschauungen entgegen. Eine Gefahr der Verknöcherung in Parteianschauungen lasse sich zwar auch von Parteizeitungen vermeiden, wenn sie geistig selbständig und gegenüber der Partei unabhängig seien, doch könne die partei-

Digitized by Google

lose Presse eine wünschenswerte Ergänzung zu der Parteipresse bieten.

Welcher Art die Zeitung immer sei, die Mitglieder der deutschen Presse dürften den Kopf hoch tragen. Das lehre gerade der Vergleich mit der Presse anderer Länder. Die Rolle der Zeitungen sei im neuen demokratischen Staat größer als im alten Obrigkeitsstaat. Neue Rechte bedeuteten aber auch neue Pflichten, und diesen werde die Presse am besten nachkommen, wenn sie sich immer mehr mit dem rechten Selbstbewußtsein erfülle. Einer Presse, die ihre Freiheit nach allen Seiten zu wahren wisse, werde auch die Achtung und Hochschätzung der anderen Berufsstände in immer größerem Umfange zuteil werden.

Der Journalist ein Kämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht.

Der Geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Presse, Kollege Gustaf Richter, Berlin, behandelte darauf in knappen Sätzen die Frage: Was ist der Journalist? Er sei Antenne und Sendestation des rastlos wogenden Lebens. Der wahre Journalist sei Künstler oder Kunsthandwerker, nur daß er sich nicht langsam und bedächtig mit einem Thema beschäftigen könne. Er müsse Schritt halten mit dem Tempo des Zeitgeschehens. Zum Journalismus gehöre es, daß er in allen Dingen, die der Tag bringe, sofort das Aktuelle und Wesentliche erkenne und es in den Vordergrund rücke, daß er den Leser zum tieferen Verständnis der schwebenden Fragen führe. Zum Journalisten müsse man geboren sein. Der Aktualitätsinstinkt genüge aber nicht. Es müsse dazu das Bedürfnis kommen, auf die Öffentlichkeit zu wirken. Nur der mitteilsame Mensch könne im wahren Sinne Journalist sein. Wer kein Temperament habe und keine Persönlichkeit sei, der sei kein Journalist. Darin liege die große Bedeutung des Journalismus im öffentlichen Leben. Der Journalist müsse bestimmte Forderungen des Charakters erfüllen, er habe ein besonders großes Verantwortungsbewußtsein nötig. Er müsse den unerschütterlichen Mut zur Wahrheit haben und auch gegen den Strom schwimmen können, wenn es sein müsse, selbst unter Einsatz seiner wirtschaftlichen Existenz. Der wahre Journalist müsse ein Kämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht sein.

Und wiederum: Allgemeiner Schriftstellerverein.

Wie gewissenlos die an dieser Stelle schon des öfteren gekennzeichneten Nachdrucksjägereimethoden des Allgemeinen Schriftstellervereins sind, erhellt aus folgendem neuen Beispiel:

Die Nachdruckskontrolle des Allgemeinen Schriftstellervereins, in der anscheinend ebenso leichtfertig wie schlafmützig gearbeitet wird, hat — auf welche Weise, mögen die Götter wissen — ausfindig gemacht, daß die „Deutsche Presse“ (in welcher Nummer, ist selbstverständlich in der betr. Mitteilung nicht angegeben) einen Artikel „Das Recht auf die Muttersprache (die Praxis der Kirche)“ unerlaubt abgedruckt habe. Als angeblicher Verfasser dieses Artikels ist der Herausgeber der „Deutschen Rundschau“, Herr Dr. Rudolf Pechel, phantasievoll „ermittelt“ worden. Herr Kollege Dr. Pechel hat jedoch niemals den erwähnten Artikel geschrieben, ebensowenig wie die „Deutsche Presse“ ihn abgedruckt hat.

Wir geben den Vorgang hiermit unter Hinweis auf die bereits veröffentlichten Artikel den Kollegen zur Kenntnis und bitten, scharf auf die Methoden des Allgemeinen Schriftstellervereins achten zu wollen.

Die Tätigkeit der Nachdruckskontrolle des A. S. V. nach der Richtung hin, daß sie Autoren auf Beiträge aufmerksam macht, die sie überhaupt nicht geschrieben haben, und zwar auf Beiträge in Zeitschriften, in denen sie gar nicht veröffentlicht worden sind, ist um so verwunderlicher, als die Beitrittseinladung des A. S. V. bezüglich der Nachdruckskontrolle den folgenden Passus enthält: „Sie (die Kontrolle) erstreckt sich aber nur auf Beiträge, unter denen der Name des Verfassers steht.“ Wir möchten denn doch wissen, wo die Nachdruckskontrolle des A. S. V. den Namen des Herrn Dr. Pechel unter dem Artikel „Das Recht auf die Muttersprache“ entdeckt hat. Die Angestellten der Nachdruckskontrolle scheinen mit reichlich merkwürdigen Sehorganen begabt zu sein.

Fachrundschau

Vom deutschen Zeitungswesen.

Das „Donaueschinger Tagblatt“ konnte am 2. April auf ein 150jähriges Bestehen zurückblicken. Im Laufe des kommenden Sommers wird die eigentliche Jubiläumsfeier mit Herausgabe einer Festschrift, die unter anderem auch die Geschichte des Blattes enthält, begangen werden.

Eine Tageszeitung für das Bauwesen. Mit dem Monat April erscheint eine große Zeitung für das gesamte Bauwesen, „Der Bau-Kurier“, im gleichnamigen Verlag, Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstraße 30. Das Organ soll eine Ergänzung der Fachpresse sein, da es in der Hauptsache die wirtschaftlichen Fragen der gesamten Bauwirtschaft behandelt. Zahlreiches Bildmaterial aus der Praxis der Bauwirtschaft und Bautechnik soll den Baufachmann auf mustergültige technische Leistungen hinweisen. Eine illustrierte Wochenbeilage „Bilder vom Bauen“ zeigt neue Anwendungsmöglichkeiten bewährter Baustoffe, neue Baustoffe und neue Bauweisen.

Vom Zeitschriftenwesen.

Nationalisierung von Fachzeitschriften. Der Demizet-Verlag Francken & Lang GmbH. hat vor kurzem die „Mitteilungen für den Eisenwarenhandel“, die bisher in Düsseldorf erschienen, erworben und dieses Fachblatt mit der in seinem Verlag erscheinenden „Deutschen Metall-Industrie-Zeitung“ verschmolzen. Mit dem ersten Aprilheft ist die Verschmelzung vollzogen. Damit ist ein neuer Schritt der Nationalisierung auch im Fachzeitschriftenwesen getan. Das erste Aprilheft Nr. 14 enthielt außer Fachbeiträgen zwei sehr beachtenswerte Aufsätze von Dr. Klaus Morgenstern, Mitglied der Geschäftsführung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, über „Industrie und Fachzeitschriften“ und von Dr. Heinz Grünbaum, Referent der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, über „Gemeinschaftsarbeit“. Die „Deutsche Metall-Industrie-Zeitung“ ist auch in ihrer neuen Form das offizielle Organ des Gesamtverbandes der deutschen Werkzeugindustrie e. V. und des Reichsverbandes der deutschen Metallwarenindustrie. Der bisherige Schriftleiter der „Deutschen Metall-Industrie-Zeitung“, Kollege W. F. Arnold Hadank, zeichnet für den redaktionellen Inhalt der vereinigten Zeitschriften verantwortlich.

Korrespondenzen und Nachrichtenbüros.

Der deutsche Vertrieb der Hearst-Pressedienste. „Das King Features Syndicate Inc., Newspaper Features Service, International Features Service, die Korrespondenzbüros der Hearst-Presse, haben der Firma Greiner & Co., Berlin NW 6, den alleinigen Vertrieb ihres gesamten Pressematerials für Deutschland, Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Polen, Oststaaten und Balkan übertragen.“

Journalisten- und Schriftsteller-Organisationen.

Wechsel in der Leitung des deutschen Journalisten-Organs. Kollege Waldemar Christiansen, Kopenhagen V, Brosspvej 17 A, hat die Leitung der Redaktion des „Journalisten“, Organ des Kopenhagener Journalistenverbandes (Kobenhavns Journalistforbund), übernommen, an Stelle des bisherigen Redakteurs Kollegen Gunnar Nielsen.

Verleger-Organisationen.

Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger. Die diesjährige Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger findet am Dienstag, dem 3. Juni, in Heidelberg statt.

Reklame-Organisationen.

Deutscher Reklame-Verband. Der Verband Deutscher Reklamefachleute E. V., der im vorigen Jahre sein 20jähriges Bestehen feierte, hat seinen Namen jetzt in „Deutscher Reklame-Verband E. V.“ (DRV) abgeändert. Diese neue Bezeichnung entspricht seiner wirklichen Zusammensetzung; er zählt zu seinen Mitgliedern namhafte Firmen der Reklame-Industrie, die Reklame-Verbraucher, sowie die als Bindeglied tätigen Reklamefachleute selbst, die den Verband 1908 begründet und ihm seinen ursprünglichen Namen gegeben hatten.

BAD PISTYAN
Bietet d. „Deutschen Presse“ zur Kur ganz besondere Begünstigungen.
Vulk. Schwefel-Schlammquellen — Rheuma, Gicht.
400 Morgen Park. Tennis, Golf, Rudern, Fischen.
Ausk.: Pistyan-Büro, Berlin W 15, Meierottostr. 1

Digitized by Google

Kommunen und Presse.

Presseamt Heidelberg. Die bisherige städtische Nachrichtenstelle in Heidelberg ist vom 1. April 1929 ab zu einem „Presseamt" umgestaltet worden, zu dessen Vorstand Dr. Großmann bestimmt wurde, dem der frühere Leiter der Nachrichtenstelle, Hebert, beigegeben ist.

Anzeigenwesen.

Ein Anzeigenrekord. Die große amerikanische Chemiegesellschaft Du Pont de Nemours hat in diesem Jahre allein für Zeitungsinserate in ihrem Budget einen Betrag von drei Millionen Dollar bereitgestellt, während sie vor acht Jahren noch nicht einmal 50 000 Dollar für den gleichen Zweck ausgab.

Ausland.

Ferienstipendien für Journalisten in der Tschechoslowakei. Das Ministerpräsidium hat der „Prager Presse" zufolge für das Jahr 1929 15 Ferienstipendien in Höhe von 1500 bis 2500 tschechischen Kronen an tschechische Journalisten gegeben. Zweck dieser Stipendien ist, den Journalisten das volkskundliche, historische, geographische, philologische und politische Studium ihres Vaterlandes zu erleichtern. Für Reisen ins Ausland dürfen diese Stipendien nicht verwandt werden.

Der Pester Lloyd in Antiqua. Mit dem Abendblatt vom 30. 3. 29 hat der „Pester Lloyd" in seiner typographischen Gestaltung eine grundlegende Neuerung vorgenommen. Er ist von der gotischen Frakturschrift zur Antiquaschrift für alle Teile des Blattes übergegangen.

Aus der Organisation

Verein Niedersächsische Presse.

Hauptversammlnug in Hildesheim.

Die diesjährige Hauptversammlung des Vereins Niedersächsische Presse findet am 5. Mai in Hildesheim statt. Der Termin ist deswegen so spät gewählt worden, damit die an der Versammlung teilnehmenden Kollegen nicht nur einen historischen, sondern auch einen frühlingsmäßigen Eindruck von Hildesheim mitnehmen.

Der Hauptversammlung geht am 4. Mai nachmittags eine Vorstands- und Ausschußsitzung voran. Abends veranstaltet der Verein Niedersächsische Presse einen Vortragsabend mit anschließendem Bierabend. Auf der Tagesordnung stehen vorläufig folgende Punkte: 1. Jahresbericht; 2. Kassenbericht; 3. Bericht der Unterstützungskasse; 4. Bericht des Ehrengerichts; 5. Bericht über die Krankenversicherung; 6. Anträge an den Verein Niedersächsische Presse; 7. Anträge an den Reichsverband; 8. Wahlen; 9. Boykott; 10. Verschiedenes.

Verein Osnabrücker Presse.

In der Versammlung des Vereins Osnabrücker Presse vom 8. April wurde die Neuwahl des Vorstandes vollzogen. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Alfred Streubel („Osnabrücker Tageblatt") gewählt und als Kassierer Kollege H. Waltermann („Osnabrücker Volkszeitung") bestätigt. Weiter wurde beschlossen, im Mai einen Vortragsabend „Justiz und Presse" zu veranstalten, auf dem ein Kollege von auswärts das Referat halten soll. Das Korreferat hat bereits der Pressedezernent des Landgerichts Osnabrück, Landgerichtsdirektor Beckmann, übernommen.

Gesuchte Nummern der „Deutschen Presse" und der „Mitteilungen des Bundes deutscher Redakteure".

Gesucht werden für einige Kollegen folgende Nummern:

1. **Mitteilungen des Bundes deutscher Redakteure:**
   1911: Nr. 5; 1912: Nr. 16; 1913: Nr. 1, 2, 7 u. folgende.
2. **Deutsche Presse:**
   1913: Nr. 1, 3, 4, 5, 6;
   1914: 1, 15, 16, 18, 22, 26, 31, 32, 34 und folgende;
   1915: 1, 2, 3, 7, 9, 10 und 13.

Kollegen, die im Besitz einer oder mehrerer der gesuchten Nummern und in der Lage sind, diese Nummern abzugeben, werden um Überlassung an die Verbandsleitung zur Weitergabe an die Kollegen gebeten. Portokosten werden getragen. Sollte eine Vergütung beansprucht werden, so bitten wir um vorherige Anfrage. **Die Verbandsleitung.**

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse.

Verwaltung der Geschäftsstelle.

Wie in den letzten „Mitteilungen des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse" berichtet wird, hat der Geschäftsführer des Verbandes, Kollege Dr. Würfel, am 1. 3. seine Wohnung nach Elberfeld, Hofaue 93 III, verlegt. Telefon Elberfeld, Amt Morian 5310 (Eisen- und Stahlwaren-Industriebund). Das Büro ist vorläufig noch in Köln, Neumarkt 18 a. Dort ist Dr. Würfel Dienstags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends nachmittags von 4—7 Uhr für Besuche und Besprechungen anwesend.

Verein Mittelrheinische Presse, Koblenz.

Zum Abschluß des Vereinsjahres 1928 hielt der Verein Mittelrheinische Presse eine von 78 v. H. der Mitglieder besuchte Jahreshauptversammlung ab. Der 1. Vorsitzende, Kollege Schnitzler, der zur Einleitung seine Freude über den zahlreichen Besuch äußerte, gab einen Überblick über das abgelaufene Vereinsjahr und insbesondere über die Entwicklung des Vereins innerhalb dieses Zeitraumes. Zu Beginn des Vereinsjahres 1928 zählte der Verein 15 Mitglieder, durch Neuanmeldungen und Überweisungen traten 7 Mitglieder hinzu, durch Überweisung in andere Bezirksvereine schieden 2 Mitglieder aus, so daß an der Schwelle des neuen Vereinsjahres zwanzig Mitglieder dem Verein Mittelrheinische Presse angehören. 10 Versammlungen während des Jahres, die in Koblenz, Neuwied und Andernach abgehalten wurden, und die im Durchschnitt von ⅔ des jeweiligen Mitgliederbestandes besucht waren, sind als Zeichen reger Vereinstätigkeit zu bewerten. Der Rückblick ließ dann auch erkennen, daß im Bezirksverein der Mittelrheinischen Presse recht viel getan worden ist, und daß der Verein neben Behandlung interner Fragen sich die Förderung des Ansehns des Berufsstandes sowohl bei Behörden wie in der Öffentlichkeit besonders angelegen sein ließ. Dem Bericht des Kassenwarts, Kollegen Wenz, war zu entnehmen, daß im abgelaufenen Jahr 1547 Mark an Beiträgen für den Verband eingegangen sind. Die Kasse ist in Ordnung. Wenn in einzelnen Fällen schließlich noch Säumigkeit in der Beitragszahlung festzustellen ist, so kann doch gesagt werden, daß die Verpflichtungen im großen und ganzen mit lobenswerter Pünktlichkeit erfüllt werden. Die Zahl derjenigen Kollegen, die der Krankenkasse des Verbandes angehören, ist um 50 v. H. gesunken. Die Neuwahl des Vorstandes ergab neben einigen Neubesetzungen im wesentlichen eine Wiederwahl des bisherigen Vorstandes, der sich wie folgt zusammensetzt: 1. Vorsitzender Chefredakteur Schnitzler, Koblenz, 2. Vorsitzender Chefredakteur Maier, Neuwied, Schriftführer und Kassenwart Redakteur Wenz, Koblenz, Beisitzer: Chefredakteur Dr. Abel, Koblenz, Leiter des städtischen Pressеamtes Dr. Bellinghausen, Koblenz und Redakteur Wind, Andernach. Der Ältestenrat wurde gebildet aus den Kollegen Dr. Abel, Kasteleiner und Schaack. Für die Arbeitsgemeinschaft der Mittelrheinischen Presse wurden als Vertreter des Bezirksvereins gewählt die Kollegen Schnitzler, Koblenz, Dr. Abel, Koblenz, Maier, Neuwied und Dr. Kahmann, Neuwied. Die Vertretung im Landesverbandsvorstand behielt, wie bisher, der 1. Vorsitzende Kollege Schnitzler. Aus dem weiteren Verlauf der Jahreshauptversammlung ist noch bemerkenswert, daß im Laufe des neuen Jahres noch mehr als früher für die Pflege der Geselligkeit gesorgt werden soll.

Verband der Schlesischen Presse.

In Breslau hatten sich die Kollegen aus allen Teilen Niederschlesiens und Oberschlesiens zur ordentlichen Hauptversammlung des Verbandes der Schlesischen Presse versammelt, bei der sich 99 Mitglieder in die Anwesenheitsliste eintrugen; es war also eine außerordentlich gut besuchte Versammlung.

Der erste Vorsitzende, Dr. Langenstraßen, Breslau, gab den Bericht über die Arbeit im verflossenen Jahr, der von einer recht erfreulichen Aufwärtsentwicklung des Verbandes berichtete. Das zeigt sich rein äußerlich gesehen in der Mitgliederzahl, die von 188 bei der letzten Hauptversammlung auf nunmehr 199 gestiegen ist. Die Mitglieder verteilen sich wie folgt: 99 in Breslau, zehn im Regierungsbezirk Breslau, 54 im Regierungsbezirk Liegnitz, 33 in Oberschlesien und fünf außerhalb Schlesiens. Das erfreuliche Anwachsen der Mitgliederzahl brachte jedoch auch eine Steigerung der Arbeit des Vorstandes, so daß die Anstellung einer bezahlten Hilfskraft in Aussicht genommen worden ist. Als wertvolles Bindeglied hat sich das Mitteilungsblatt des Verbandes erwiesen, das im Berichtsjahr den Verbandsangehörigen sechsmal zugestellt wurde. Eine ebenso erfreuliche Vorwärtsentwicklung

Digitized by Google

zeigte der Kassenbericht, der vom Schatzmeister Runge, Breslau, erstattet wurde. Trotz der hohen Ausgaben u. a. auch für die Unterstützungskasse des Verbandes betrug der Kassenbestand am Ende des vergangenen Jahres rund 13 000 Mark. In der Aussprache über die Jahresberichte wurde u. a. der Wunsch zum Ausdruck gebracht, die einlaufenden Aufnahmegesuche einer schärferen Überprüfung zu unterziehen, um die Homogenität des Verbandes der Schlesischen Presse zu gewährleisten.

Lebhaftes Interesse fand der Vortrag des zweiten Vorsitzenden, Hencke, Breslau, über die Versicherungspflicht der Redakteure, an den sich eine rege Aussprache anschloß. U. a. wurde angeregt, beim nächsten Verbandstag zu beantragen, daß alle Landesverbände Sterbekassen einrichten mögen, wie eine derartige Kasse bereits seit Jahren in Schlesien besteht. Die Mittel dieser Sterbekasse werden im Umlageverfahren aufgebracht. Für jeden Todesfall eines Kollegen oder seiner Ehefrau erhebt der Vorstand zwei Mark Umlage, den Hinterbliebenen eines Mitgliedes oder dem Mitgliede im Falle des Todes seiner Ehefrau werden zurzeit 300 Mark Sterbegeld ausgezahlt.

Nachdem die Versammlung dem Vorstand Entlastung erteilt hatte, wurde unter Leitung des Alterspräsidenten Berger-Breslau zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Einstimmig wiedergewählt wurde der geschäftsführende Vorstand — Dr. Langenstraßen-Breslau Vorsitzender, Spaethe-Breslau Schriftführer, Runge-Breslau Schatzmeister—, während die Wahl der Beisitzer in einem besonderen Wahlgange vorgenommen wurde. Es wurden gewählt: Hencke-Görlitz (69 Stimmen), Dr. Matzke-Breslau (67 Stimmen), Kollibay-Breslau (66 Stimmen), Riedel-Breslau (63 Stimmen), von Fritschen-Breslau (63 Stimmen), Wittig-Löwenberg (62 Stimmen), Dr. Reinhart-Gleiwitz (58 Stimmen), Dr. Kraus-Liegnitz (56 Stimmen), Schadewaldt-Beuthen (55 Stimmen), Spang-Hirschberg (53 Stimmen), Wilczek-Breslau (53 Stimmen), Schmolke-Breslau (51 Stimmen) und Darge-Breslau (33 Stimmen). Die Verteilung der Vorstandsämter wurde wie folgt vorgenommen: Hencke-Görlitz 1. stellv. Vorsitzender, Riedel-Breslau, 2. stellv. Vorsitzender, Dr. Matzke-Breslau 2. stellv. Schriftführer, von Fritschen-Breslau stellv. Schatzmeister. Außerdem gehören dem Vorstand des Landesverbandes noch die Vertreter der Ortsgruppen Breslau (Kollege Oheim), Görlitz und Gleiwitz an.

In das Ehrengericht wurden gewählt die Kollegen Dr. Matzke-Breslau, von Fritschen-Breslau, Greiser-Breslau, Roßbach-Breslau, Dreßler-Hirschberg, Jüngst-Ratibor, Hencke-Görlitz, Riedel-Breslau, Dr. Wagner-Breslau und Spaethe-Breslau.

Der Bezirksarbeitsgemeinschaft und zugleich dem Bezirksschiedsgericht gehören an: Dr. Langenstraßen-Breslau, Riedel-Breslau, Hencke-Görlitz und Dr. Reinhart-Gleiwitz, als Stellvertreter Dreßler-Hirschberg, von Fritschen-Breslau, Kollibay-Breslau und Schadewaldt-Beuthen.

Zu Delegierten für den Reichsverbandstag wurden bestimmt: Riedel-Breslau, Runge-Breslau, Hencke-Görlitz, als Stellvertreter Spaethe-Breslau, Baumgart-Görlitz und Dr. Reinhart-Gleiwitz.

Zum Schluß der Tagung wurde die vom Vorstand vorgeschlagene neue Satzung für die Unterstützungs- und Sterbekasse des Verbandes genehmigt.

Personalien

Georg Hallers Berufsjubiläum.

Die Bezirksgruppe Mannheim-Unterbaden im Landesverband der Badischen Presse konnte in diesen Tagen, kurz nach dem Jubiläum des Kolleg. Schönfelder (s. umst), das Berufsjubiläum eines weiteren hochverdienten Mitgliedes begehen. Am 1. April sah der Ehrenvorsitzende des Landesverbandes, Redakteur Georg Haller, auf eine 25jährige journalistische Tätigkeit in Mannheim zurück. Haller, der heute im 56. Lebensjahre steht, war von Jugend auf journalistisch tätig, zuerst als Herausgeber von Fachzeitschriften, dann als Bankbeamter und Mitarbeiter großer deutscher Zeitungen in London. Im Jahre 1903 siedelte er nach Mannheim über. Am 1. April 1904 trat er als Handelsredakteur bei der „Neuen Badischen Landes-Zeitung" ein. Diesen Posten hatte er inne bis zum 31. Dezember 1922. Nach seinem Ausscheiden aus der Redaktion der „Neuen Badischen Landes-Zeitung" wurde er Mitarbeiter einer Anzahl von führenden deutschen Zeitungen und Zeitschriften. In höchstem Maße hat unser Kollege Georg Haller sich das Vertrauen seiner Kollegen in Baden erworben. Er war Mitbegründer des Landesverbandes der Badischen Presse. In seiner Wohnung haben die meisten Vorbesprechungen stattgefunden. Denn er hatte als einer der ersten erkannt, daß die Redakteure nur durch den Zusammenschluß die Stellung erringen würden, die ihnen nach ihrer Wirkung im öffentlichen Leben und im Dienst der Allgemeinheit in der Öffentlichkeit zukommt. Seit 1907 bekleidete Haller im Landesverband sowie in der Ortsgruppe das Amt eines Kassierers, mit dem er bald das eines Schriftführers verband. Über 20 Jahre hat er in dieser Stellung der Organisation der Mannheimer und badischen Journalisten gedient, in jedem Augenblick bereit, mit Rat und Tat seinen Kollegen zu helfen und den Verband zu stärken. So war er der gegebene Nachfolger für Scheel, der im Jahre 1926 den Vorsitz im Landesverband der Badischen Presse niederlegte. Nur zwei Jahre hat Haller das Amt des Vorsitzenden geführt; leider zwangen ihn Gesundheitsgründe, es niederzulegen. Die Landesversammlung hat ihn darauf einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Trotz seines nicht befriedigenden Gesundheitszustandes hat es Haller sich nicht nehmen lassen, auch weiterhin an allen Arbeiten des Verbandes teilzunehmen; er ist jetzt noch Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der badischen Presse sowie Mitglied des Ehrengerichts der badischen Redakteure. Mit dem Dank für seine Tätigkeit verbindet der Landesverband der Badischen Presse den Wunsch, daß ihm die jederzeit bereite zuverlässige Mitarbeit Hallers noch viele Jahre erhalten bleibe. — Der Reichsverband der deutschen Presse schließt sich den guten Wünschen des Landesverbandes Baden für den Kollegen Haller aufs wärmste an. Auch er dankt ihm seine langjährige unermüdliche Mitarbeit am Reichsverband und hat seinen erfahrenen Rat in Vorstandssitzungen und bei Delegiertenversammlungen stets geschätzt. Wir hoffen auf ein erfolgreiches Weiterwirken des Jubilars im Beruf und im Verband und wünschen, daß er noch lange Jahre arbeitsfroh und gesund unter uns weilen möge.

Eine Ehrung Dr. Adolf Müllers.

Dr. Adolf Müller, deutscher Gesandter in Bern, wurde von der deutschen Handelskammer in der Schweiz in ihrer Generalversammlung in Zürich einstimmig zum Ehrenpräsidenten gewählt. Die Versammlung dankte dem Kollegen Dr. Adolf Müller, der bekanntlich Ehrenmitglied des Reichsverbandes der deutschen Presse ist, für seine unermüdliche und erfolgreiche Förderung der deutsch-schweizerischen Wirtschaftsbeziehungen aufs allerwärmste.

Die Dr. Müller zuteil gewordene Ehrung wird in allen Kreisen Deutschlands und der Schweiz, die sein erfolgreiches Wirken um die günstige Entwicklung der deutsch-schweizerischen Beziehungen in der Nachkriegszeit kennen, mit lebhafter Sympathie begrüßt werden. Der hervorragenden Persönlichkeit Dr. Müllers, der seit dem Jahre 1919 die Leitung der deutschen Gesandtschaft in Bern hat, ist auch in hohem Maße die segensreiche schweizerische Liebestätigkeit in den ersten Nachkriegsjahren zu danken. Die Kollegen im ganzen Reich werden

Verbessert
SOLLTEN NUR KAFFEE HAG TRINKEN!

Digitized by Google

sich daran erinnern, daß diese Liebestätigkeit auch ihnen durch Übermittlung von Liebesgaben und Unterbringung deutscher Journalistenkinder in der Schweiz zu längerem Erholungsaufenthalt in erheblichem Maße zugute gekommen ist. Wir sprechen bei dieser Gelegenheit den Wunsch aus, daß es dem Kollegen Dr. Müller vergönnt sein möge, auf seinem verantwortungsvollen Posten noch viele Jahre zum Segen Deutschlands und ausgezeichnet mit Anerkennung und Dank von schweizerischer und deutscher Seite zu wirken.

Verlagsdirektor Esser vom „Stuttgarter Neuen Tagblatt" wurde von der Technischen Hochschule Stuttgart die Würde eines Ehrensenators verliehen.

Julius Hort 70 Jahre alt. Am 9. April beging Julius Hort, der seinen stürmischeren Bruder Heinrich um nahezu 25 Jahre überlebt hat, gefeiert von einem treuen Freundes- und Anhängerkreise, in Berlin den 70. Geburtstag. In den 80er und 90er Jahren war der Name der Brüder Hort — sie waren eigentlich untrennbar — ein Programm; ihre Bedeutung für die Literatur jener stürmischen Jahre, ihr Kampf gegen Lindau, Blumenthal und andere Größen jener Zeit ist so allgemein bekannt, daß wir nicht näher darauf einzugehen brauchen. Julius Hort, der Kritiker, pflegte und förderte vor allem eine etwas symbolistische Richtung. Aus seiner Kritiker- und Publizisten-Tätigkeit sei erinnert an sein Wirken als Theaterkritiker in Bremen, seine Mitarbeit unter Friedrich Lange im Feuilleton der „Täglichen Rundschau", seine Beiträge in der von Max Schippel geleiteten „Berliner Volkstribüne" und im „Sozialist". Er war auch Mitschöpfer der Freien Volksbühne, Ebenso bekannt wie die Bedeutung der Brüder Hort auf literarischem Gebiete ist der Friedrichshagener Kreis, den literarische, philosophische, soziale und politische Probleme erfüllten und zu dessen bedeutendsten Persönlichkeiten neben den Brüdern Hort Bruno Hille und Wilhelm Bölsche gehörten. Eine Fülle von Ehrungen wurde dem Jubilar an seinem 70. Geburtstag zuteil; ihren Abschluß bildete ein Festbankett im Zoo, das die literarische Welt der Hauptstadt Hort gab.

Redakteur Richard Schönfelder, der derzeitige Vorsitzende des Ehrengerichts des Landesverbandes der badischen Presse, beging am 21. März zum 25. Male den Tag seines Eintritts bei der „Neuen Mannheimer Zeitung". 1875 in Görlitz geboren, trat Schönfelder 19jährig bei der „Neuen Badischen Landes-Zeitung" in Mannheim als Berichterstatter ein. Im Jahre 1901 übernahm er die Lokalredaktion der „Ulmer Zeitung", am 21. März 1904 wurde er Lokalredakteur in der „Neuen Mannheimer Zeitung". 25 Jahre Lokalredakteur bedeutet 25 Jahre verbunden sein mit allen Ereignissen und Geschehnissen einer Stadt. So ist Schönfelder heute mit Mannheim verwachsen, wie wenige, als einer, der alles miterlebt und gleichzeitig beobachtet hat. Die Bezirksgruppe Mannheim-Unterbaden sowie der Landesverband der badischen Presse hat auch Schönefelder — wie dem Kollegen Haller — zu seinem Festtage Geschenke überreicht und in einer kleinen Feierlichkeit seiner Verdienste um den Zusammenschluß der Redakteure im Reichsverband gedacht.

Schriftsteller Friedrich Kaminsky in Hindenburg, Mitglied des Verbandes der Schlesischen Presse, hat die Leitung der Schlesischen Ausstellung für Theaterkunde in Oppeln übernommen, die von Ende April bis Ende Mai stattfindet. Die Ausstellung wird von einer Reihe schlesischer Verbände und der Vereinigung oberschlesischer Schriftsteller veranstaltet.

Geheimrat Hugo Freudenthal, Oberlandesgerichtsrat im Ruhestande, langjähriger juristischer Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts", dessen „Juristische Rundschau" er bis gegen Kriegsende leitete, ist am 15. März im 80. Lebensjahre gestorben. Seine Aufsätze über juristische Tagesfragen, die er noch bis vor wenigen Monaten schrieb, zeichneten sich durch klare, gemeinverständliche Darstellung aus.

Inhaltsangabe:

Verbandstag 1929.
Anwaltschaft und Presse. Von Rechtsanwalt Dr. Hans Kirchberger, Leipzig.
Die Zentralhilfskasse. Von Goeres-Berlin.
Eine Pressekundgebung in Dresden.
Und wiederum: Allgemeiner Schriftsteller-Verein.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Mitgliederbewegung

I. Neuanmeldungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Hanns Buchli (Sporthauptschriftl. d. Münchner N. N.), München, Mottlstraße 6; Adolf Ernst Fischer (Münchner Telegramm-Ztg.), München, Landwehrstr. 61/2; Ludwig Krieger (Sportjourn. d. A. Z. am Abend), München, Isenburgstr. 3/1; Hans Priehäußer (Presse- u. Sportreferent d. Dtsch. Stunde in Bay.), Feldkirchen bei München; Carl Fischer (Lindenberger Kurier), Lindenberg (Allg.), Schulstr. 11.

Verein Niedersächsische Presse. Fritz Kuhlmann (Nachrichten f. Stadt u. Land), Oldenburg, Ratsherr-Schulz-Str. 1.

II. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Überwiesen an Landesverband Württemberg: Hans Schoeller, bisher Nürnberg, nunmehr Stuttgart. — An den Verein Niedersächsische Presse überwiesen: Benno Großkopf, bisher Memmingen, nunmehr Hannover. — An den Landesverband Mitteldeutschland überwiesen: Georg Dorsch, bisher Lichtenfels, nunmehr Merseburg (Merseburger Korrespondent), und Dr. Hans Reinicke, bisher Nürnberg, nun Lokalredakteur der Wernigeroder Zeitung, Wernigerode, Forkestraße 25.

Bezirksverband Berlin. Von Ostpreußen überwiesen: Dr. Ernst Rauschenplat (Königsb. A. Ztg.), W 9, Linkstraße.

Verein Frankfurter Presse. An den Landesverband Mitteldeutschland überwiesen: Karl Wagner, Fulda.

Landesverband Mitteldeutschland. Georg Dorsch überwiesen v. Landesv. Bayern nach Merseburger Korrespondenten, Merseburg; Dr. Hans Reinicke überwiesen vom Landesverband Bayern nach Wernigerode, Forkestraße 25 (Wernigeroder Ztg.; Gerhard Wilhelmi, bisher Kassel, siedelte mit dem 1. April nach Erfurt, Walkmühlstraße 11, 1 Tr., (Thüringer Allgem. Ztg.), über.

Verein Niedersächsische Presse. Überwiesen an Verband Rheinland-Westfalen: Dr. Josef Hofmann, bisher Osnabrück, nun Köln, Lütticher Str. 40 (Kölnische Volkszeitung), Kollege Radeneck, bisher Goslar, nunmehr Münster, Habichtstr. 19. — Vom Bezirksverband Berlin überwiesen: Dr. Hans J. Contzen, Osnabrück (Osn. Volksztg.), Milquelstraße 24. — Vom Landesverband Schleswig-Holstein überwiesen: Wilhelm Plog (Rhein-Elbe-Verlag), Hannover, Podbielskistr. 14. — An den Verband Rheinland-Westfalen überwiesen: Fritz Horn, bisher Varel, nunmehr Bad Oeynhausen. — Dem Landesverband Sachsen überwiesen: Koll. Büttel, bisher Bremen, nunmehr Hohenstein-Ernstthal i. Sa., (Tagebl. u. Anz.).

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Leipzig. Vom Bezirksverein Zwickau überwiesen: Dr. Karl Brod, Leipzig C. 1, Gellertstraße 9 III. — Bezirksverein Zwickau. Vom Bezirksverein Vogtland überwiesen: P. Ellerbrock, Zwickau, Sa., (Zw. Tagebl.).

Landesverband Schleswig-Holstein-Lübeck. Verein Lübecker Presse. Wilh. Plog, bisher Lübeck, nun Hannover, Podbielskistraße 14, dem Verein Niedersächsische Presse überwiesen.

III. Austritte und Streichungen.

Bezirksverband Berlin. Verstorben: Peter Schwuchow.

Landesverband der Bayerischen Presse. Ausgetreten: Dr. Reiske, Straubing, wegen Berufswechsels.

Verein Niedersächsische Presse. Gestrichen wegen Nichtzahlung: Fritz Wirth, Harburg-Wilhelmsburg.

Verband d. Rheinisch-Westfälischen Presse. Presseverein Ruhr-Emscher. Gestrichen: Rehn, Gelsenkirchen.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Leipzig. Ausgetreten: Dr. phil. Justus Streller, Leipzig. Eugen W. Schmidt, Leipzig.

Einzelmitglied. Ausgeschieden infolge Berufswechsels: Dr. W. Fürstenberg, Neubrandenburg; W. Hasenclever, Clamart.

Die ausgefertigten Mitgliedskarten der Kollegen Max Fleischer (Nr. 1636), Max Schilling (Nr. 4090), Albert Maaß (Nr. 2838) und Dr. Redlich (Nr. 1125) sind abhanden gekommen und werden gesperrt. Es gelten nur die Duplikatskarten.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68. Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 16 — Berlin, den 20. April 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Berufsberatung.

Von Dr. Hans Malberg, Weimar.

Berufsberatung ist in unseren Tagen fast ein schlagwortartiger Begriff geworden. Man geht der Angelegenheit, wenn es sein muß, mit psychologischen und graphologischen Methoden zu Leibe. Berufsberatung gibt es für eine Unzahl Berufe. Für einen Beruf, der wie ohne Zweifel wegen seiner Eigenart am allernotwendigsten hätte, gibt es sie nicht oder nur in sehr bescheidenen Anfängen. Der Beruf nennt sich Journalismus, und es soll ja noch immer Leute geben, die der Ansicht sind, daß man dafür tauge, wenn man entweder auf der Schule im deutschen Aufsatz eine Eins gehabt hat, mithin also einen guten Stil schreibe, oder für irgendeinen schwierigeren geistigen Beruf nicht recht zulange.

Wir Journalisten sind, wie ich glaube, an diesem Zustand größtenteils selber schuld. Wir fühlen uns für die Nachwuchsfrage nur sehr bedingt verantwortlich und überlassen sie allzu ausschließlich den Verlegern. Wir sind zwar dabei, zeitungswissenschaftliche Institute, gegen deren Wert hier gewiß nicht gesprochen werden soll, ins Leben zu rufen, verkennen aber dabei, daß wir einen Pyramidenbau an der Spitze anzufangen beginnen. Gründliche Durchbildung unseres Nachwuchses auf akademischer Grundlage ist sicherlich nicht zu unterschätzen. Wir können und dürfen aber davon allein die Nachwuchsfrage nicht abhängig machen, denn eine solche immerhin kostspielige journalistische Studienvorbildung, die ohne nachgewiesene praktische Eignung von der Schulbank her in Angriff genommen wird, endet für den einzelnen Neuling oft mit späterer Enttäuschung; für unseren Stand aber bedeutet ein solcher theoretisch Großgezogener in der Praxis vielfach einen Hemmschuh. Es gehört ja eben nicht nur zum Journalisten die Begabung, eine stimmungsvolle Skizze schreiben zu können, wenn es einem gerade so ums Herz ist, oder sich in einer politischen Abhandlung zu versuchen, sondern viele wesentliche andere Dinge, die hier nicht aufgezählt zu werden brauchen. Hinzu kommt ferner, daß gerade bei den kleinen Zeitungen vielfach Volontärstellungen ohne Rücksicht auf irgendwelche fachliche Eignung ihrer Inhaber besetzt werden. Sowohl die rein akademisch-theoretisch Vorgebildeten als auch die voraussetzungslos Angenommenen bilden in zahlreichen Fällen eine Belastung, die nur durch eine rechtzeitige und ausreichende Berufsberatung zu vermeiden ist.

Die Möglichkeit einer solchen Beratung erscheint nicht so schwierig, wie dies auf den ersten Blick aussehen mag. Vorbedingungen dafür sind die Durchführung der Beratung durch Kollegen vom Fach, zum anderen eine nicht nur belehrende Beratung, sondern eine, wenn auch naturgemäß nur knappe, praktische Eignungsprüfung. Gerade das ist das Kennzeichen für Eignung, daß der zukünftige Journalist auf den ersten Anhieb hin Geistesgegenwart, schnelle Auffassungsgabe und Entschlußkraft zeigt. Aus praktischen Erfahrungen heraus hat sich mir eine diesen Anforderungen entsprechende, journalistische Berufsberatung, um die ich öfters angegangen wurde, folgendermaßen entwickelt:

Zu mir kommt Herr X., in den meisten Fällen mit dem Abiturientenzeugnis in der Tasche und möchte Journalist werden, aus eigenem Drange oder von anderen auf diese Berufsmöglichkeit aufmerksam gemacht. Regelmäßig lautet meine erste Frage: Wie kommen Sie auf diesen immerhin ausgefallenen Gedanken, und warum wollen Sie nicht lieber Studienrat oder Pfarrer oder sonst irgend etwas Pensionsgesichertes werden? Darauf kommt fast ebenso regelmäßig die Antwort: Ich habe mich auf der Schule schon immer mit Vorliebe mit schriftstellerischen Arbeiten befaßt!

Nun beginne ich, den jungen Mann zunächst nach allen Regeln der Kunst zu verblüffen und abzuschrecken, kläre ihn darüber auf, daß es eine irrige Ansicht sei, allein mit einem hübschen Stil begabt, den Lesern tagaus tagein Geistesprodukte vorsetzen zu können, denn die Leser seien nicht dafür da, des Redakteurs literarische Steckenpferde zu lesen, sondern der Redakteur sei für die Leser da. Überhaupt sei unser Beruf zu zwei Dritteln Kunsthandwerk und nur zu einem Drittel Kunst. Er habe einen sehr streng geregelten Ablauf, der zu Extraspäßen sehr wenig Muße ließe, der sehr viel Pünktlichkeit, Gleichmäßigkeit und Liebe auch zum Kleinsten fordere. Wer keine Selbstzucht habe, wer nicht sein ganzes Leben unter diese Selbstzucht stellen könne, wer regelmäßige Achtstundenarbeit und gesicherte Freizeiten verlange, sei bei uns gänzlich fehl am Platze. Andererseits werde dem, der auch im kleinsten journalistischen Handgriff einen Dienst am Leser und eine Berufung zu erblicken vermöge, tagtäglich eine Welt erschlossen, von deren Umfang sich andere Berufe kaum eine Vorstellung machen könnten. Tagtäglich im Mittelpunkt allen Geschehens zu stehen, sei Verpflichtung, die aber einem richtigen Journalisten nie Last werden könne. Sichere Aussichten auf Vorwärtskommen seien im landläufigen bürgerlichen Sinne nicht vorhanden, nur wer sich durch Leistungen durchsetze, dem sei Erfolg beschieden.

Nach dieser ersten Aussprache halte ich es für richtig, den jungen Mann aufzufordern, daheim sich die

Digitized by Google

Sache nochmals gründlich zu überlegen. Falls er zur Überzeugung komme, daß er sich in seinen Erwartungen getäuscht sehe, so solle er die Angelegenheit begraben. Falls er aber trotzdem in sich das Zeug zum Journalisten fühle, solle er wiederkommen. In den nächsten Tagen sei da und da eine interessante Veranstaltung, er solle einmal hingehen, sich als Redakteur der am Orte erscheinenden Zeitung fühlen und im Auftrage seines Chefredakteurs 50 bis 60 Druckzeilen Bericht, beileibe nicht mehr, liefern, die alles Wesentliche enthalten müßten, und aus denen der Leser des Blattes ersehen müsse, was dort los gewesen sei, was man „verpaßt“ habe, und wie die Veranstaltung zu beurteilen sei.

In einigen Fällen erreichte diese erste „Abreibung“ ihren Zweck. Der Unsichere oder Untaugliche sandte keinen Bericht ein und ward nicht mehr gesehen. Von anderen ging der Bericht ein, und man konnte daraus erste Schlüsse ziehen, die meist nicht ungünstig ausfielen.

Bei der zweiten Besprechung werden etwaige Mängel durchgesprochen. Sodann geht es gleich hinein in die Praxis. Der Prüfling bekommt eine Zeitung mit einem längeren Tagungsbericht in die Hand gedrückt und die Weisung, innerhalb einer halben Stunde daraus einen entsprechenden Auszug anzufertigen, der unbedingt bis zum Ablauf der Frist satzfertig sein müsse. Nachdem er diesen Auszug abgeliefert hat, erhält er drei kleine Meldungen ohne Überschrift und in schlechtem Deutsch. Er wird aufgefordert, sie recht schnell „aufzumachen“. Schließlich wird ihm bedeutet, sich einmal ein halbes Dutzend Zeitungen des näheren Bezirkes anzusehen und darüber in ein paar Worten ein vergleichendes Urteil abzugeben.

Das alles nimmt nicht viel länger als eine Stunde in Anspruch, und wenn man natürlich auch nichts Abschließendes und Bindendes über eine künftige journalistische Begabung aussagen kann, so kann man dann doch einem Untauglichen bestimmt eröffnen: Laß die Finger von der Journalistik, denn Dir fehlt dazu Wesentliches! Hat der junge Mann aber gezeigt, daß er sich durch solche Tempoarbeit nicht aus der Fassung bringen läßt, dann kann man ihm immerhin genauere Wege sagen, wie er zum Ziele kommen kann. In diesen Fällen verfuhr ich grundsätzlich so, daß ich Abiturienten davon abriet, zunächst zu studieren, um dann Journalist zu werden. Ich empfahl vielmehr unter allen Umständen ein praktisches Volontärjahr, möglichst in einem mittleren Betriebe, in dem der Volontär erfahrungsgemäß mit der Praxis am Nachdrücklichsten in Verbindung tritt, und doch auch die notwendige kollegiale Anleitung sichergestellt ist. Nach diesem Volontärjahr wird es sich dann von selbst zeigen, ob Bildungslücken vorhanden sind, ob ein speziell auf die Journalistik zugeschnittenes Studium anzugliedern ist, oder ob der Volontär gewillt und in der Lage ist, aus sich heraus die notwendige wissenschaftliche Ergänzung neben der Berufsarbeit zu erwerben. Zeigt sich jedoch in diesem ersten Volontärjahre, hervorgerufen durch die vielfachen Anforderungen der Praxis, eine Unfähigkeit, die zum beruflichen Unbefriedigtsein führt, dann ist immerhin noch nicht viel Zeit verloren worden, die Umstellung ist noch verhältnismäßig leicht. Kaum erwähnt zu werden braucht wohl, daß im Verlaufe der Prüfung auch die Kenntnisse in Stenographie und Schreibmaschine festgestellt werden müssen, und daß bei evtl. Lücken und sonstiger Eignung unbedingt zu raten ist, diese Lücken schleunigst zu beheben. Zu erwägen ist ferner, ob man sich, zumindest in gewissen zweifelhaften Fällen, der Mühe unterziehen will. Erkundigungen über die Lebensführung des Prüflings einzuziehen. Vor allem aber ist eine sehr nachdrückliche Belehrung darüber am Platze, daß der Journalist schon vom ersten Tage seines Wirkens an im vollsten Lichte der Öffentlichkeit steht, und daß daraus schwerwiegende Anforderungen erwachsen, weit schwerwiegender, als zu Anfang in manchen anderen Berufen, die ihren Nachwuchs zunächst nicht herauszustellen brauchen. Schließlich sind der Beratung noch ein paar praktische Bemerkungen über Bewerbung, eventuelles Inserieren usw. hinzuzufügen. Aufmerksam zu machen ist dabei, daß für den Anfänger ohne Beziehungen Referenzen notwendig erscheinen. Hat die Eignungsprüfung ergeben, daß man von der Begabung des Prüflings überzeugt ist, so kann man ihm gestatten, den prüfenden Kollegen als Referenz anzugeben, dem Verleger dürfte eine solche fachmännische Beurteilung sicherlich von Wert sein.

Man wird einwenden: Wer soll sich bei unserer sonstigen beruflichen Belastung noch eine solche Last aufbinden? Es darf hier gesagt werden, daß die tatsächlichen Schwierigkeiten nicht so groß sind, wie sie nach diesen Ausführungen erscheinen mögen. Man wird natürlich nicht gleich eine „Prüfungsstelle für werdende Journalisten“ daraus zu entwickeln brauchen, wohl aber müßte unter den Kollegen eines engeren Bezirkes oder einer Ortsgruppe bekannt sein, daß Kollege X. oder Y. bereit und in der Lage sind, sich mit dem Nachwuchs auf diese Weise zu beschäftigen. Art und Wege werden sich den örtlichen Verhältnissen anzupassen haben. Diese Zeilen sollen nur Vorschlag und Gerüst sein. Den Reichsverbands-Ortsgruppen in Sonderheit aber erwächst hier eine Aufgabe, an der sie nicht vorbeigehen sollten. Die Auswahl brauchbaren Nachwuchses ist Stärkung unseres Standes und ihre zielbewußte Durchführung wertvoller, als manche theoretische Abhandlung über die Ehre und das Ansehen des deutschen Journalisten.

*

Anmerkung der Redaktion:

Die vorstehenden Ausführungen des Kollegen Dr. Hans Malberg zu dem immer zeitgemäßen Thema „Berufsberatung“ werden denjenigen Kollegen, die sich mit solcher Beratungsarbeit zu beschäftigen haben, vielleicht nichts wesentlich Neues bringen. Sie werden aber, da sie die Frage von der praktischen Seite her anpacken, sowohl den einzelnen Kollegen wie den Organisationen einen Anreiz bieten, sich mit ihr zu beschäftigen und sie zum Gegenstand von Erörterungen im kleineren und größeren Kreise zu machen. Wir alle haben das größte Interesse daran, unsererseits dabei mitzuwirken, daß nur wirklich geeignete Kräfte als Nachwuchs herangezogen und in die journalistische Tagesarbeit sorgfältig eingeführt werden. Die richtige Auswahl des Nachwuchses ist, wie Kollege Dr. Malberg treffend ausführt, in der Tat die Hauptsache. Wir dürfen sie nicht völlig den Verlegern überlassen, sondern müssen an unserem Teile dazu beitragen, daß nur solche Elemente in die Journalistik kommen, die außer der nötigen Begabung auch die Voraussetzungen des Charakters mitbringen. Insofern geht uns alle die Frage der Berufsberatung besonders nahe an. Ihre Wichtigkeit wird leider noch immer nicht hoch genug eingeschätzt. Die Zentrale des Reichsverbandes, an die vielfach Anfragen wegen Berufsberatung herantreten, arbeitet übrigens seit Jahren schon im Sinne der Ausführungen des Kollegen Dr. Malberg, hat dabei allerdings nur selten die Möglichkeit, die Anwärter für unseren Beruf praktisch prüfen zu können. Hier muß die Arbeit der einzelnen Kollegen bzw. der einzelnen Organisationen einsetzen. Nur so werden wir dahin kommen, möglichst schnell und möglichst einwandfrei festzustellen, ob die sich meldenden Berufsanwärter die nötige Eignung haben oder nicht. Wir verweisen in diesem Zusammenhange auch auf die „Merkblätter für Berufsberatung“ der Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker e. V., in deren Rahmen auch ein Merkblatt „Der Journalist“ erschienen ist, dessen Bearbeiter unser Kollege Prof. Dr. Dovifat ist. (Verlag Trowitzsch & Sohn, Bln. SW 48, Wilhelmstraße 29.)

Das Presseheim Oybin

bei Zittau ist zu jeder Jahreszeit geöffnet und bietet den Kollegen neben wundervoller Erholung in der Natur auch beste Unterkunft und Verpflegung. Anfragen bitte direkt an das Heim.

Digitized by Google

Der Reichsverband — Wirklichkeit.

Offener Brief an Kollegen Tönjes-Hannover.

Sehr geehrter Herr Kollege!

In Nummer 10 der „Deutschen Presse“ haben Sie unter der Überschrift „Der Reichsverband — Wirklichkeit“ einen Artikel veröffentlicht, der dem Landesverband Groß-Hamburg für die Opposition in Sachen des Haushaltsplanes und der Angestelltenversicherung Quittung erteilt. Quittung erteilt — ist sehr gelind ausgedrückt; aber ich habe absichtlich eine Zeit von mehreren Wochen verstreichen lassen, um mich auf so gelinde Wendungen beschränken zu können. Die Methode der Quittungen wünsche ich nicht weiterzuführen, sondern lediglich einige sachliche Bemerkungen zu machen.

Feststellen muß ich da zunächst, daß Ihr Artikel meinen Landesverband Groß-Hamburg an keiner Stelle genannt hat, daß Ihre Zitate jedoch unzweideutig erkennen lassen, wer das Karnickel ist, das Sie vor aller Augen zu schlachten gedachten: nämlich der Landesverband Groß-Hamburg. Ich erkläre mir die Sache so, daß Sie als Vorstandsmitglied des Reichsverbandes die zeitweilige Opposition des Landesverbandes Groß-Hamburg sehr verdrossen hat und daß Sie sich für verpflichtet hielten, diesem Verdruß Ausdruck zu geben, nicht zwar — um des lieben Friedens willen — mit offener Nennung des Gegners, sondern unter der Maske eines allgemein moralisierenden Aufsatzes, dessen Spitze nur die Gemeinten selbst erkennen könnten.

Was ich vorbringen muß, ist also zweierlei: erstens eine Zurückweisung gewisser Beurteilungen des Landesverbandes Groß-Hamburg, zweitens eine Zurückweisung gewisser Regeln der Verbandsmoral, die Sie aufgestellt haben.

Für den Landesverband Groß-Hamburg stelle ich fest, daß die Entschließungen, die in der Sache der Angestelltenversicherung gefaßt worden sind, durchaus eine „positive Kritik zur Förderung der Verbandsarbeit“ enthalten haben und daß die Kritik des Landesverbandes an der Finanzgebarung des Reichsverbandes außerordentlich eingehend begründet worden war. Wenn Ihnen diese Dinge bisher nicht bewußt geworden oder Ihrem Gedächtnis entfallen sind, so bin ich bereit, Ihnen die nötigen Unterlagen zu Ihrer Aufklärung zuzusenden; sowohl die von Ihnen offenbar nicht sorgfältig gelesenen Rundschreiben wie die Rede des Kollegen Noesgen auf der Kölner Verbandstagung ist noch zu haben. Von einer Finanzgebarung in Gänsefüßchen gesprochen zu haben, weiß sich der Landesverband Groß-Hamburg frei; die Gänsefüßchen in natura oder im Ton sind Ihre eigene Erfindung.

Was dann die Moralnorm anlangt, die Sie predigen, so habe ich Ihnen folgendes entgegenzuhalten: Sie geben zu, daß „Kampf“ sein muß; ja Sie sagen wörtlich: „In der Hitze des Kampfes werden die Beschlüsse geschmiedet, die den Verband vorwärts bringen.“ Wenn Sie also gegen den Kampf des Landesverbandes Groß-Hamburg auftreten, so muß es die besondere Art dieses Kampfes sein, die Sie verdrießt. In der Tat wünschen Sie „kein Kampforgan zur Geltendmachung“ und zur „Kritik innerhalb des Reichsverbandes“. Mit anderen Worten, Sie verübeln es dem Landesverband Groß-Hamburg, daß er sich seiner Rundschreiben bedient hat, um seine Meinung unter den Mitgliedern des Reichsverbandes durchzusetzen. Eine kaum verständliche Haltung! Denn wenn Sie, Herr Kollege, am Vorstandstisch in Berlin einmal in die Lage kommen sollten, eine andere Meinung zu haben als die Mehrzahl der übrigen Vorstandsmitglieder, so werden Sie sich doch zweifellos Ihres Mundes als desjenigen „Kampforgans“ bedienen, mit dem Sie sich Geltung verschaffen und innerhalb des Reichsverbandes kritisch durchsetzen können. Was aber Ihr Mund in Berlin, das ist in Hamburg das Rundschreiben. Ich kann nicht einsehen, warum es unmoralisch sein soll zu drucken, was man durch das gesprochene Wort nicht zur Geltung bringen kann. Und so werden Sie meine Frage verstehen, wie Sie sich einen nützlichen „Kampf“ für das Vorwärtskommen des Reichsverbandes denken, wenn Sie „Kampforgane“ nicht zulassen wollen.

Nennen wir das Ding denn beim richtigen Namen und sagen es unverhohlen, daß Sie den Landesverband Groß-Hamburg in den strittigen Punkten gern mundtot zu machen wünschten. Die Landesverbände sollen außerhalb des Vorstandstisches in Berlin zu allen Maßnahmen und Beschlüssen des Reichsverbandsvorstandes widerspruchslos Ja und Amen sagen. Das macht nach Ihrer Ansicht den guten Eindruck nach außen, den die Staaten mit Sinn für Wirklichkeit — Sie nennen England und die U. S. A. — machen. Aber irren Sie sich da nicht ein bißchen, Herr Kollege? Sollten Sie nicht viel mehr auf Italien hinweisen, wo man so schön einig ist, weil man die Opposition aus lauter Sinn für „Wirklichkeit“ verboten hat? Ich glaube, Sie sind auf dem besten Wege, dem Reichsverband faschistische Methoden zu empfehlen.

Ihrer Forderung liegt ein Gedankenfehler zu Grunde. Sie unterscheiden nicht zwischen der Reichsverbandsorganisation als der Grundlage für eine Summe von Aufgaben und der Reichsverbandsorganisation als einem noch immer werdenden Gebilde von Leistungen. Sie verlangen, daß, wer mit der Idee des Reichsverbandes an sich zufrieden ist, zugleich mit allen seinen Leistungen zufrieden sein müsse. Eine völlig unmögliche Forderung, die Sie höchst ungerecht macht! Ich habe mich dem Reichsverband angeschlossen, weil ich sein Bestehen für eine zeitgemäße Notwendigkeit halte, und ich habe mich ihm sogar mit meiner Arbeit ergeben. Glauben Sie, daß ich unter solchen Umständen an der „Wirklichkeit“ des Verbandes zweifele? Aber wie dieser Reichsverband von Fall zu Fall arbeiten soll, das ist eine Frage, die damit keineswegs beantwortet wird. Weil ich im einzelnen Falle Opposition mache, sollte ich mich an der „Wirklichkeit“ des Verbandes vergehen? Im Gegenteil: wenn mir nicht gleichgültig ist, wie sich diese Wirklichkeit bildet, wenn ich mit allen verfügbaren Kräften, ja mit „feindseliger“ Opposition das durchzusetzen versuche, was eine ansehnliche Wirklichkeit gewährleistet, so bin ich, ob mit oder gegen den jeweiligen Vorstandswillen, ein rechter Helfer an einer rechten „Wirklichkeit“ des Verbandes.

Der Rechtsschutz des Reichsverbandes.

Immer wieder kommen Zuschriften aus dem Kollegenkreise, denen wir entnehmen, daß über die Bestimmungen zur Benutzung der Rechtsschutzstelle des Reichsverbandes noch vielfach Unklarheit besteht. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß die Inanspruchnahme der Rechtschutzstelle des Reichsverbandes nur insoweit kostenlos ist und nach Lage der Dinge kostenlos sein kann, als es sich um die eigentliche Rechtsberatung handelt. Dazu gehören: Auskunftserteilung in allen Fragen, Anfertigung von Schriftsätzen, Überprüfung von Verträgen und dgl. Ausgenommen vom kostenlosen Rechtsschutz ist die Prozeßführung; sie kann nach Lage der Dinge kostenlos nur in solchen Fällen übernommen werden, wo es sich um die Austragung prinzipieller Streitfragen handelt. Da selbstverständlich sehr leicht Zweifel darüber entstehen können, ob tatsächlich eine prinzipielle Rechtsfrage vorliegt, werden die Kollegen in allen Fällen, wo es sich um die Übernahme von Prozessen handelt, dringend gebeten, zuvor bei der Verbandsleitung anzufragen, ob der in Frage kommende Prozeß durch die Rechtsschutzstelle vollständig übernommen werden kann.

Die Verbandsleitung.
gez. G. Richter.
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

Ich fasse zusammen: Der Reichsverband ist mir nicht weniger Herzenssache als Ihnen; aber die jeweiligen Leistungen des Reichsverbandes verpflichte ich mich darum doch nicht in Bausch und Bogen anzuerkennen, sondern ich halte mich mitverantwortlich für sie und lasse mir das Recht zur Opposition nicht verkümmern, wenn ich im Besitze einer besseren Einsicht zu sein glaube. Ein wahrhaft überlegener Vorstand wird immer daran zu erkennen sein, daß er sich alles zu nutze zu machen weiß, was ihm begegnet, auch eine entschiedene Opposition, sofern sie nur Gründe hat und Gründen zugänglich ist. Denn nichts entwickelt einen wahren Führer mehr als Opposition: gerade sie klärt ihn in sich selber, und so lernt er von ihr sowohl, wenn er ihr teilweise nachgibt, wie wenn er sie ganz überwindet. Sie aber, Herr Kollege Tönjes, sind als Vorstandsmitglied des Reichsverbandes nach allem Vorgesagten auf einem ganz anderen Wege.

Kurt Himer."

* * *

Die Antwort des Kollegen Tönjes.

„Sehr geehrter Herr Kollege Himer!

Eigentlich müßte ich nun auch meine ganze polemische und dialektische Veranlagung zusammenraffen, um Ihnen einen ebenso offenen wie auch persönlichen Brief zu schreiben, wie Sie ihn an mich gerichtet haben. Ich fürchte aber, sehr geehrter Herr Kollege, daß wir dann sehr bald über Mussolini und seinen Faschismus hinausgelangen und schließlich bei Pilsudski, in Mexiko oder China oder sonstwo, wo gerade die Weltgeschichte mit krausen Ideen spazieren geht, landen würden. Es wäre auch nicht ausgeschlossen, daß ich Ihnen und Ihrem offenen Briefe Motive unterlegen könnte, die ebenso irrtümlich sind wie die, die Sie mir und meinem Artikel unterschieben. Wir würden dabei vielleicht auf die Bahn kleinerer oder größerer persönlicher Bosheiten kommen, und das möchte ich nicht. Sehen Sie, verehrter Herr Kollege Himer, wir haben ja gar keinen Grund dazu, und außerdem würde es wenig erbaulich aussehen, wenn sich die Vorsitzenden zweier benachbarter Verbände, die so oft zusammengearbeitet haben und immer wieder zusammenarbeiten werden, in der „Deutschen Presse" anstricheln würden.

Sie haben denn doch meinen Artikel zu persönlich, allzu persönlich genommen. Sie haben persönlich genommen, was ich sachlich gemeint und auch gesagt habe und ohne alle jene Hintergedanken, die Sie vermuten. Ganz offen gesprochen: Ich habe nie so kühne Träume gehabt, um zu glauben, ich könnte Redakteure mundtot machen. Ich kenne meine Kollegen und liebe sie so, wie sie sind. Außerdem würde die Welt langweilig und ganz besonders unsere Verbandstage, wenn dort nur ja gesagt würde. Das ist nie geschehen und wird auch nicht geschehen.

In einem gebe ich Ihnen recht: Das Zitat mit dem Rundschreiben als „Kampforgan" stammt aus Ihrem in der „Deutschen Presse" veröffentlichten Jahresbericht für den Bezirksverband Groß-Hamburg. Mit allem anderen aber haben Sie unrecht. Wenn ich nachträglich, sehr post festum, noch gegen Ihre Rundschreiben polemisieren wollte, so hätte ich das geradeheraus gesagt. Ich spreche nicht gern in einen luftleeren Raum und fürchte mich auch nicht, das Kind beim rechten Namen zu nennen. — Aber gerade, weil ich Sie und Ihren Verband nicht allein gemeint habe, sondern mancherlei Aufsätze in der „Deutschen Presse" und ebenfalls durch Rundschreiben verbreitete Entschließungen aus einigen Teilen des Reiches im Auge hatte, gerade darum wäre es unrecht gewesen, wenn ich Sie genannt und damit den Anschein erweckt hätte, daß ich Sie ausschließlich oder auch nur vorwiegend gemeint hätte. Die Angestelltenversicherungs- und die Finanzfrage haben auch außerhalb Groß-Hamburgs Besorgnisse, Befürchtungen und Kritik hervorgerufen. Sie haben mir also sozusagen nur das Stichwort gegeben, um einmal Gedanken niederzuschreiben, die mich lange bewegt haben.

Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß jeder von uns die Pflicht hat, nicht nur mitzuarbeiten, sondern auch zur Arbeit des Reichsverbandes kritische Stellung zu nehmen. Irren ist menschlich und überall kann einmal etwas versiebt werden, nicht nur vom Reichsverband, sondern auch von seinen Zweigverbänden. Ich habe mich auf die erste Vormeldung, daß eine Ausdehnung der Versicherungspflichten in der RfA. geplant werde, sofort nach Berlin gewandt und auf die Gefahren aufmerksam gemacht. Ich habe mich auch dauernd über den Stand der Dinge brieflich auf dem Laufenden erhalten, so daß ich immer informiert war und meine Kollegen in Niedersachsen unterrichten konnte. Und es ist nun meine Meinung, daß jeder Bezirks- oder Landesverband, auch jeder Ortsverein denselben Weg hätte gehen können. Ich würde mich auch niemals einen Augenblick besinnen, mich in schwierigen und undurchsichtigen Fällen telephonisch in Berlin anzumelden und persönlich hinzufahren, um in einer Aussprache die nötige Klarheit zu schaffen. Müßte ich mich dann überzeugen, daß von der Zentrale falsche Wege gegangen werden, dann würde ich mich nicht genieren, Feurio zu rufen. Aber zunächst hätte ich das Vertrauen zu den mit und in der Zentrale arbeitenden Kollegen, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen unsere Interessen wahrnehmen und ich würde sie nicht für kurzsichtig und gleichgültig halten. Das ist es, was ich den Reichsverband für eine Wirklichkeit halten nenne.

Und wenn Rundschreiben, wie gesagt nicht nur von Ihnen, hinausgehen, ohne daß die darin angeschnittenen Fragen mit der Zentrale genau durchgesprochen worden sind, so glaube ich nun einmal nicht daran — nehmen Sie es mir bitte nicht übel, sehr verehrter Herr Kollege Himer — daß es sich um Kampfschriften, sondern mehr um Streitschriften handelt. Durch sie werden die Kollegen im Lande weniger zum Kampf für ihre Rechte und Interessen aufgerufen, als daß Streit in unsere Reihen hineingetragen wird.

Und was nun die Finanzgebarung anbelangt, so werden Sie, der Sie die Dinge so genau kennen, doch sehr wohl wissen, daß die Aufgaben unserer Zentrale (RAG., Versorgungsanstalt, ZHK., Rechtsschutz, Zeitungsinstitute, Presserechtsfragen, Berufs- und Standesfragen, Verkehr mit den Reichs- und Staatsbehörden, Stellenvermittlung usw.) doch weit über die einer Zahlstelle hinausgehen. Selbst die Bezirks- und Landesverbände sind schon so mit Arbeit überhäuft, daß sie, wie auch Ihr Bezirksverband Hamburg, sich nach einem, wenn auch nebenamtlichen Geschäftsführer umsehen müssen. So etwas kostet Geld, und die Frage, die wir alljährlich auf dem Verbandstage zu beantworten haben, ist doch die: wie wenig? Um nach Möglichkeit zu sparen, hat der Reichsverband schon im letzten Winter auch auf eine bescheidene Repräsentation verzichtet, ganz zu schweigen von so glänzenden gesellschaftlichen Veranstaltungen, wie sie der Verein Berliner Presse, der Berliner Verband der Auswärtigen Presse und der Verein der Ausländischen Presse alljährlich so erfolgreich im Interesse des Ansehens ihrer Organisationen durchführen. Vom Reichsverband ist etwas Ähnliches im letzten Winter nicht geschehen. Gewiß, der Reichsverband braucht Geld und die Mitglieder des Reichsausschusses und die Delegierten haben alljährlich zu prüfen, wieviel der Reichsverband braucht, um

Digitized by Google

lebensfähig und arbeitsfähig zu sein. Dabei werden sich die Delegierten darüber klar sein müssen, ob die Belastung von den Mitgliedern getragen werden kann oder nicht. Wenn die Beitragserhöhung, die im vergangenen Jahre beschlossen wurde, zu hoch erschien, so hätte man beispielsweise auf die Einrichtung der ZHK. verzichten müssen.

Sind wir uns darüber einig, sehr verehrter Herr Kollege, so ist, woran ich übrigens nie gezweifelt habe, für Sie der Reichsverband genau so die Wirklichkeit wie für mich.

Ihr ergebener

Tönjes."

Ein Pressefest in der Pfalz.

Kundgebung der Bezirksarbeitsgemeinschaft der Pfälzischen Presse.

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft der Pfälzischen Presse veranstaltete am 13. April das Zweite Pfälzische Pressefest in Kaiserslautern. In Zusammenfassung der Aufgaben der pfälzischen Presse gestaltete es sich zu einer großen, vaterländischen Kundgebung für die Befreiung der besetzten Gebiete und für die Freiheit des Vaterlandes überhaupt. Die Stadt Kaiserslautern trug reichen Blumenschmuck; besonders die behördlichen Gebäude grüßten in den Reichs- und Landesfarben die zahlreichen Gäste, die nicht nur aus der Pfalz, sondern aus ganz Süddeutschland und dem Rheinland sich eingefunden hatten.

Seinen Anfang nahm das Fest mit der Eröffnung der Ausstellung

„Die pfälzische Presse in Vergangenheit und Gegenwart"

im Pfälzischen Gewerbemuseum. Konservator Dr. Zink führte die Gäste. Die Presse der Pfalz hat eine lange Geschichte. In Speyer erschien schon 1540 ein Neuigkeitsflugblatt. Man sah zahlreiche Flugschriften und Spottbilder. Aus der großen Zeit der Pfalz, aus den liberalen Kämpfen lagen die vorzüglich redigierten Zeitungen auf, die Philipp Jakob Siebenpfeiffer und Joh. Georg August Wirth zwischen den immer wiederkehrenden Versiegelungen ihrer Presse herausbrachten, wegen deren sie ins Gefängnis geworfen wurden und in die Schweiz fliehen mußten. Man sah auch das Hambacher Taschentuch: der jubelnde Festzug zum Schloß in der Mitte, die bedeutenden Köpfe der führenden Männer ringsum.

Anschließend fand im Hotel „Schwan" ein zwangloses Beisammensein statt, an dem u. a. Regierungsdirektor Stähler von der Kreisregierung der Pfalz, Reichskommissar für die besetzten Gebiete Botschafter Langwerth v. Simmern, Oberbürgermeister Dr. Baumann-Kaiserslautern, Reichspostpräsident Besold-Speyer, zahlreiche Mitglieder des Pfälzischen Kreistages, Abgeordnete des Bayerischen Landtags sowie eine große Anzahl von Vertretern von Industrie und Handel, Wissenschaft und Kunst teilnahmen. Inzwischen trafen auch noch der bayerische Innenminister Dr. Stützel, Justizminister Gürtner und der pfälzische Regierungspräsident Dr. Pfülf ein, die herzlich begrüßt wurden.

Der eigentliche Festakt begann abends 8 Uhr in der großen, festlich geschmückten Fruchthalle. Nach erlesenen künstlerischen Darbietungen hielt

Chefredakteur Hartmann-Neustadt, der Vorsitzende des Landesvereins Pfalz im Reichsverband der deutschen Presse,

die Begrüßungsansprache,

in der er besonders auch den bayerischen Staatsministern und den Vertretern der Saarpfalz herzlich für ihr Erscheinen dankte und anerkannte, was Bayern und Reich für die Pfalz getan haben. Sei das Erste Pfälzische Pressefest ein Dank zu Gott gewesen, daß alle Versuche erstickt waren, die Pfalz vom Reich zu trennen, so gelte es jetzt, vor aller Welt zu bekennen, daß die Pfälzer trotz aller Bedrängnis treu zum Vaterlande stehen. Dieses Bekenntnis sei notwendig gegenüber denen, die wieder unverfroren von einer „freien pfälzischen Volksbewegung" zu sprechen wagten. Das Bekenntnis der Pfalz lasse sich zusammenfassen in die Forderung: Gebt uns am Rhein und in der Pfalz die eines europäischen Landes würdige Freiheit!

Namens des bayerischen Ministerpräsidenten sprach nun **Justizminister Dr. Gürtner,** der beklagte, daß fremde Besatzung immer noch auf heimischem Boden stehe, aber dem Stolz über die letzten zehn Jahre pfälzischer Geschichte Ausdruck gab, habe doch der deutsche Gedanke, das treue deutsche Volkstum Kraft genug besessen, nicht nur gewaltsame oder hinterliftige Einbrüche in deutsches Gebiet und deutsches Volkstum abzuwehren, sondern auch die Gegensätze zwischen den einzelnen Schichten und Ständen des Volkes einzuebnen, den Streit und Zank der Parteien zum Schweigen zu bringen. Diese geschichtliche Tatsache können wir uns nicht oft genug vor Augen halten, nicht deutlich genug der deutschen Jugend einprägen. Keiner Macht der Welt werde es gelingen, den Wiederaufstieg des deutschen Volkes und Deutschlands zu verhindern, wenn es sich seiner Kraft bewußt werde, wenn es den Mut habe, der deutschen Zwietracht den Dolch ins Herz zu stoßen. Mit Stolz dürfe man behaupten, daß die pfälzische Geschichte der letzten zehn Jahre das Wort im Deutschlandlied von dem Deutschland, das „brüderlich zusammenhält", bewahrheitet habe. Die bayerische Regierung danke auch an dieser Stelle dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete für all die Arbeit, die er in den letzten Jahren der Pfalz gewidmet habe. Der pfälzischen Presse rief der Minister zu: Der deutsche Gedanke ist gerade hier in der Grenzwacht, mehr als irgendwo, in Ihre Hut gegeben! Hüten Sie diesen heiligen Schatz, zum Ruhme der Pfalz und zum Segen des deutschen Volkes!

Reichskommissar Botschafter Langwerth v. Simmern, der auch für das Reichsministerium der besetzten Gebiete sprach, fand anerkennende Worte für die Rührigkeit und Beweglichkeit des pfälzischen Volkes, nach dessen schlimmster Leidenszeit inzwischen vieles besser und leichter geworden sei. Er als Reichskommissar verstehe das Gefühl der Enttäuschung über die unvollständigen Auswirkungen von Locarno nur allzugut, aber rückschauende Betrachtung zeige, daß das Reifen auch der besten Saat oft längerer Zeit bedürfe, als die in der Gegenwart lebenden Menschen zu erwarten pflegen. Die Befriedung der Welt durch die Annäherung der Völker sei nicht nur ein hehrer Wunsch, sondern eine Notwendigkeit, wenn nicht Europa im Chaos versinken solle. Nur

verständnisvolles Zusammenwirken der Völker

könne zum Ausweg aus den Nöten der Gegenwart führen. Der Reichskommissar ersuchte die pfälzische Presse, in dem Ringen nach dem Ziel der endgültigen Befriedung durch zähe Ausdauer und Würdigung der so wichtigen psychologischen Momente mitzuwirken, damit dieses Ziel erreicht werde.

Der Bayerische Innenminister Dr. Stützel betonte als Pfälzer, der an seiner Heimat hänge, er betrachte es auf seinem Posten als seine Aufgabe, Anwalt der Pfalz und der Pfälzer zu sein. Wer den Pfälzer kenne, der wisse, wie wenig ihm das Jammern und Klagen liege, wie stolz er auf die Selbsthilfe gewesen, ja wie er immer hilfsbereit bei Notständen im rechtsrheinischen Bayern gewesen sei. Wenn also der Pfälzer heute klage, so müßten schon schreckliche Umstände vorhanden sein. Mit Stolz und Freude könne er aber sagen, daß überall im rechtsrheinischen Bayern diese Klagen gehört werden, daß

das Gefühl der Zusammengehörigkeit

lebendig sei, daß in der Fürsorge für die Pfalz alles nur Mögliche geschehe. Auch das Reich verdiene Dank für seine Fürsorge, es müsse der Pfalz aber auch weiter eingedenk bleiben und dürfe insbesondere die Hoffnung auf eine große Westgrenzhilfe im Herbste nicht enttäuschen. Freilich, beseitigt werden könne die Wunde nur, wenn die Besatzung aufhört. Deshalb: Fort mit der Besatzung, die unwürdig ist für das besetzte Gebiet, unwürdig für die Besatzungsmächte! Hier komme der pfälzischen Presse eine besondere Aufgabe zu, denn sie müsse den Trommler machen für die Forderung:

Fort mit der Besatzung!

Freiheit der Pfalz! Freiheit dem Deutschen Reich!

Die Ansprachen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Nun nahm das künstlerische Programm seinen Ablauf. Gesangliche Darbietungen wechselten mit musikalischen und deklamatorischen Aufführungen, die den Festteilnehmern erlesene Kunstgenüsse boten.

Am Ende des offiziellen Teiles nahm

Verleger-Vorsitzender, Kommerzienrat Grosser-Frankenthal das Wort zu einer Schlußansprache, in der er u. a. auch noch den inzwischen erschienenen Vorsitzenden des Landesverbandes der Bayer. Presse, Redakteur Freund-München, gleichz.

Digitized by Google

worben. Nach Abschluß seiner Studien arbeitete er vorübergehend im Statistischen Büro in Berlin und machte sich später in Oberschlesien mit verschiedenen Zweigen der Großindustrie näher vertraut. Durch einen Studienfreund, der damals die „Halberstädter Zeitung" leitete, veranlaßt, trat er im August 1886 in die Redaktion des Blattes ein, angelockt hauptsächlich durch die Schönheiten des nahen Harzes, den er, der begeisterte Naturfreund, an jedem freien Tage durchstreifte, die Ausübung des edlen Weidwerkes sowie jeglichen Sportzweiges Sommers und Winters nicht vernachlässigend. Im Jahre 1893 half Neste die Pensionsanstalt für Schriftsteller und Journalisten in München mit gründen, trat ferner sofort dem Bund deutscher Redakteure mit großen Hoffnungen bei, die sich nicht verwirklichten, und nahm mit um so größerer Freude an der Verschmelzung desselben mit dem Reichsverband bei dessen Inslebentreten teil. Möchten dem Geburtstagskinde, das mit voller Schaffenslust und Schaffenskraft erfolgreich tätig ist, noch lange Jahre befriedigender Arbeit und froher Erholung beschieden sein!

Redakteur Oskar Sarodnik ist am 1. April nach einer fast 40jährigen verdienstvollen Tätigkeit bei den „Dresdner Nachrichten" in den Ruhestand getreten. Sarodnik, der jetzt im 67. Lebensjahre steht, hatte die Buchdruckerkunst erlernt und war bei den „Dresdner Nachrichten" zunächst Korrektor. Dank seiner guten Allgemeinbildung, die er durch unablässiges Selbststudium vervollkommnet hatte, und seiner Fertigkeit in der Stenographie wurde er bald von der Redaktion zur Berichterstattung herangezogen. Nachdem Sarodnik längere Jahre Hilfsredakteur gewesen war, wurde ihm 1908 die Stellung eines Lokalredakteurs übertragen. Von 1904 bis 1916 war er auch ständiger Landtagsberichterstatter. Sarodnik erfreut sich bei seinen Kollegen großer Beliebtheit. Seit dem Jahre 1923 bekleidete er das Amt des Schatzmeisters im Dresdner Bezirksverein, das er auch noch nach dem Übertritt in den Ruhestand beibehalten wird. Wir hoffen, daß er sich der wohlverdienten Altersruhe noch recht lange in Gesundheit und Frische erfreuen kann.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Otto Schwenk (Neue Augsburger Ztg.), Augsburg, Kaiserplatz 12; Karl Speckner (Bayr. Volksztg.), Nürnberg, Peter-Henlein-Str. 46 a/2; Heinrich Gengler (Erlanger N. N.), Erlangen, Nürnberger Str. 16.

Bezirksverband Berlin. Max Bernardi (Mitarb.), W. 63, Kalckreuthstr. 6; Hermine Marg. Heidrich (Dtsch. Ztg.), Charlottenburg, Leibnizstr. 19; Dr. Alexander Jason (Mitarb.), Friedenau, Moselstr. 1; Siegfr. Loewy (Dtsch. Getreide-Ztg.), Friedenau, Bornstr. 9; Dr. Erhard Windmüller (Mitarb.), SW. 61, Wartenburgstr. 8; Streichung zurückgenommen: Leo Kreindler, W. 15, Pfalzburger Str. 10.

Landesverband Mitteldeutschland. Dr. Helmut Hüttig (Magdeburgische Ztg.), Magdeburg, Lessingstr. 23.

Verein Niedersächsische Presse. Friedel Schubert (Osnabr. Allg. Ztg.), Osnabrück, Krahnstr. 8. — Verein Bremer Presse. Dr. Bortscheller (Hauptschriftlt. d. Weserztg.), Bremen; Dr. Walther Schulz, z. Zt. Berlin (Schriftlt. d. Bremer Nachr.).

Provinzialverband Pommern. Karl Veken (Stolper Generalanz.), Stolp.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Mittelrheinische Presse. Heinz Hart (Kobl. Volksztg.), Koblenz, Kasinostr. 9 II; Wilhelm Mohr (Kobl. Volksztg.), Koblenz, Bechelstr. 5 III.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverband Chemnitz. Dr. Pfeiffer (Allgem. Ztg.), Chemnitz.

II. Neuanmeldungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Dr. Krauß (Red. d. Bürgerztg.), Nürnberg.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Bezirksverein Aachen. Franz Achilles, Aachen, Robensstr. 31 (Polit. Tagebl.); Hermann Opper (Aachener Volk), Aachen. Harskampstr. 5c. — Bezirksverein linker Niederrhein. Wilhelm Vollert (Wolffbüro), Krefeld, Rheinstraße 76; Wilhelm Petschel (fr. Journ.), Moers, Homberger Str.

Landesverband Württemberg. Red. Dr. Hopfgarten, Heidenheim a. Br., Hohe Str. 55.

Verband der Schlesischen Presse. Red. Fritz Wenske (Greif, Niederschles. Volksztg.), Greiffenberg i. Schles., Zittauer Str. 10.

Landesverein der Pfälzischen Presse. Otto Holzer (Pirmasenser Ztg.), Pirmasens.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband Mitteldeutschland. Georg Dorsch vom Landesverband Bayern nach Merseburger Korrespondent Merseburg, Gotthardtstr. 39/II überwiesen; Dr. Hans Ulr. Reinicke vom Landesverband Bayern überwiesen nach Wernigeröder Ztg. ‚Wernigerode, Forckestr. 25; Karl Wagner vom Bezirksverein Frankfurt überwiesen nach Fulda, Markt 13.

Provinzialverband Pommern. Überwiesen an den Landesverband Mitteldeutschland: Richard Schmädicke, bisher Stettin, nun Weimar, Cranachstr. 19. An den Bezirksverband Berlin überwiesen: Jürgen Meyer-Wehlack, bisher Stettin, nun Berlin-Wilmersdorf, Wittelsbacher Str. 12. Vom Verein Niedersächsische Presse überwiesen: Dr. Heinr. Bauer, Stettin, Friedrich-Karl-Str. 27. Überwiesen vom Landesverband Mitteldeutschland: Dr. Joh. Haar, bisher Eisleben, nun Stolp, Postschließfach.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Essener Presse. Überwiesen nach dem Landesverband Mitteldeutschland: Karl Dinger, Essen, Regierungsstr. 3. — Verein Mittelrh. Presse. Überwiesen vom Verein Hagener Presse: Heinr. Schiel, Koblenz, Kasinostr. 58 I. — Verein Wuppertaler Presse. Überwiesen nach Verein Münsterische Presse: Georg Heidingsfelder, Wohwinkel, nach Münster, Papenburger Str. 5; Koll. Adrians, Velbert, übersiedelt nach Amerika und ist dem Reichsverband als Einzelmitglied überwiesen worden. — Verein Kölner Presse. Überwiesen nach Düsseldorf: Dr. Karl Klein, Köln (Düsseldorf. Tageblatt).

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Chemnitz. Überwiesen vom Verein Niedersächs. Presse: Georg Büttel, Hohenstein-Ernstthal.

Landesverband Württemberg. Überwiesen an Bezirksverband Berlin: Red. Will Schaber, Charlottenburg, Spreestr. 7 (Sozialdem. Pressedienst).

Verband der Schlesischen Presse. Red. Viktor Skrepek, bisher Breslau, nun Grünberg i. Schles. (Grünberger Wochenblatt).

IV. Streichungen und Austritte.

Landesverband der Bayerischen Presse. Karl Heinz Sturm, Pfaffenhofen, gestrichen.

Bezirksverband Berlin: Ausgetreten: Frau Dr. A. Börnicke-Wyneken; Dr. Rob. Misch, Gerhard v. Schmidt. — Gestrichen: Curt Biging, Emil Lözius, G. Möndel.

Verein Niedersächsische Presse. Ausgetreten: Kollege Torbeck, Bremen.

Provinzialverband Pommern. Gestrichen: Martin Furian.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Bezirksverein Trier. Ausgetreten: Dr. Göbbel Trier, Fleischstraße 10.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverband Chemnitz. Ausgetreten: Gustav Brendel; Walter Ballerstedt; Willi Windisch; Hermann Haberland; Dr. Wilhelm Schröter; Stellbogen.

Landesverband Württemberg. Ausgetreten: Red. Lorenz Bröhl, Schwenningen (wegen Beruf swechsels); Red. A. Wiederkehr, Ulm.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Inhaltsangabe:

Berufsberatung. Von Dr. Hans Malberg, Weimar.
Der Reichsverband — Wirklichkeit. Offener Brief an Kollegen Tönjes, Hannover. Von Kurt Himer, Hamburg, und Die Antwort des Kollegen Tönjes.
Ein Pressefest in der Pfalz.
Keine Gewerbesteuer für die freien Berufe.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 17 — Berlin, den 27. April 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin GW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin GW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Die Leistungen des Reichsverbandes — eine Wirklichkeit.

Die Arbeit des Reichsverbandes und ihre Erfolge sind in letzter Zeit Gegenstand von Erörterungen in der „Deutschen Presse" gewesen. Man sollte meinen, daß diese Leistungen im Kollegenkreise allgemein bekannt sind und nach Gebühr gewürdigt werden. Aber verschiedene Ausführungen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß das leider an manchen Stellen nicht der Fall ist, und Kollege Graf Schwerin wohl recht hat, wenn er anregt, häufiger, als es bisher der Fall gewesen ist, über die positive Arbeit der Verbandsleitung zu berichten. Die in der „Deutschen Presse" veröffentlichten Jahresberichte geben zwar Unterlagen für die Beurteilung der Reichsverbandsarbeit, aber diese Berichte werden teilweise nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit gelesen, und zum andern ist es unmöglich, in einen kurzen Jahresbericht alles hineinzupressen, was an großer und kleiner Arbeit tatsächlich geleistet wird. Auch in diesen Ausführungen können nur kurze Stichproben gegeben werden, die sich in der Hauptsache darauf beschränken, die Meinung zu entkräften, als ob gerade die soziale Tätigkeit des Reichsverbandes unzulänglich sei und den Mitgliedern für ihre Beiträge nicht genügend geboten würde.

Prüfen wir daraufhin einmal den Tatbestand. Als im Jahre 1920 die durch die Aschaffenburger Beschlüsse geschaffene hauptamtliche Geschäftsstelle des Reichsverbandes ins Leben trat, sah sie sich durch die Nachkriegsverhältnisse und die Inflation vor schwerste Aufgaben gestellt. Diese bezogen sich nach Lage der Dinge vorwiegend auf die soziale Arbeit und die Fürsorge für die Mitglieder. Obwohl die Zentrale des Reichsverbandes, die bis dahin praktisch nicht vorhanden war, vollkommen neu aufgebaut werden mußte, ging sie mit aller Energie und gutem Erfolg an die ihr gestellten Aufgaben heran. Es sei nur erinnert an die langwierigen Kämpfe um die Sicherung des Lebensunterhaltes der deutschen Journalisten in den kritischen Zeiten der Inflation, als die Tariffrage alles beherrschte. Ist es nötig, darüber hier ausführlich zu sprechen und an all das zu erinnern, was damals unter Anerkennung der gesamten Kollegenschaft geleistet worden ist? Natürlich ist auch hierbei nicht alles, was wünschenswert gewesen wäre, erreicht worden, aber das Verdienst bleibt dem Reichsverbande, daß es ihm gelungen ist, die Gefahr der Verelendung unseres ganzen Standes und mit ihr die Gefahr der Senkung des geistigen Niveaus und der Korruption der deutschen Presse abzuwenden.

Obwohl die Jahre der Inflation die schwersten gewesen sind, die der Reichsverband seit seinem Bestehen zu überwinden hatte, und die Zentrale selbst durch den Eingang meist schon entwerteter Mitgliedsbeiträge in die schärfste Bedrängnis geriet, hat sie es trotzdem fertiggebracht, eine großzügige Unterstützungstätigkeit für die besonders in Not geratenen Kollegen ins Werk zu setzen: sie hat nicht nur Geldspenden in reicher Zahl vermittelt, sondern auch Lebensmittel verteilt. Mehrere Waggons von damals sehr begehrten Gegenständen, wie Kartoffeln, Mehl, Zucker usw. wurden herangeschafft und überdies an die Tausend Liebesgabenpakete zur Verteilung gebracht. Was das alles neben der eigentlichen Verbandstätigkeit an Mühe und Arbeit für ein nur sehr schwach besetztes Zentralbüro gebracht hat, braucht wohl nicht näher ausgeführt zu werden, denn es ist doch kaum anzunehmen, daß alle diese sozialen Leistungen dem Gedächtnis der Kollegen schon völlig entschwunden sein sollten.

Besondere Hilfe mußte die Zentrale den durch die Besatzungsbehörden aus Rheinland-Westfalen ausgewiesenen Kollegen leisten. Es handelte sich insgesamt um 114 Ausgewiesene, und es sind bei dieser Betreuungsarbeit über 700 000 M vom Reichsverband ausgezahlt worden. Die Notwendigkeit, jeden einzelnen Fall individuell zu behandeln und den verheerenden Wirkungen der Inflation durch möglichst schnelle und häufige Auszahlung der Gelder nach Möglichkeit zu begegnen, machte diese soziale Arbeit besonders schwierig und zeitraubend. Die Abfertigung dauernder Besuche der ausgewiesenen Kollegen und ein Schriftverkehr, der ganze große Bände füllt, zeugen davon, was hierbei an positiver sozialer Arbeit geleistet worden ist. Dazu kam die weitere Notwendigkeit, die ausgewiesenen Kollegen möglichst schnell in neue Stellungen zu bringen, was ja wertvoller war als die nur zeitweiligen Unterstützungen. Auch diese schwere Aufgabe ist, aufs große und ganze gesehen, befriedigend gelöst worden und hat, wie aus Dutzenden von Schreiben hervorgeht, die Anerkennung der in Frage kommenden Kollegen gefunden.

Wenn man die ganze Größe der sozialen Arbeit der Reichsverbandszentrale in den Zeiten der Inflation richtig würdigen will, so muß man sich vor Augen halten, daß sie kaum erst gegründet war, selbst um ihren Bestand ringen mußte, und daß keine Fonds aus früheren Zeiten vorhanden waren, aus denen soziale Leistungen hätten gewährt werden können, sondern daß alles neu beschafft werden mußte.

Wenn weiter in manchen Kollegenkreisen bemängelt wird, daß es dem Reichsverband in den 20 Jahren seines Bestehens bisher nicht gelungen sei, soziale Hilfsorganisationen in irgendwie nennenswertem Umfange zu errichten, so trifft auch diese Bemängelung in keiner Weise

Digitized by Google

zu. Im Laufe der letzten neun Jahre seit Bestehen der hauptamtlichen Zentrale sind an 416 Mitglieder Darlehen bzw. Unterstützungen gezahlt worden, und zwar in Höhe von rund 37 000 M. Ist das etwa keine soziale Leistung angesichts einer Mitgliederzahl von etwa 3500 und angesichts der Tatsache, daß vor Inkrafttreten der Zentralhilfskasse noch kein Fonds von irgendwelcher Bedeutung bestand, sondern alle Unterstützungsgelder erst durch die Zentrale herangebracht werden mußten?

Was die ZHK. selbst anbelangt, so ist sie zwar ein bescheidener, aber immerhin ein sehr guter Anfang, denn der Reichsverband hat der ZHK. bereits bis zum 1. 1. 1929 volle von der Zentrale beschaffte 36 000 M überwiesen und die bisher geleisteten Zahlungen der ZHK. an Mitglieder belaufen sich schon in den ersten 5 Monaten ihrer Tätigkeit auf über 6000 M. In diesem Zusammenhange sei gleich auch noch der Versorgungsanstalt der deutschen Presse gedacht, die bereits in den ersten drei Jahren ihres Bestehens über 600 000 M an Mitglieder des Reichsverbandes bzw. deren Witwen und Waisen gezahlt hat. Kann man im Hinblick auf solche Leistungen die soziale Arbeit des Reichsverbandes wirklich im Ernst als gering hinstellen?!

Hinzu kommt der stark in Anspruch genommene Rechtsschutz des Reichsverbandes, der doch auch eine soziale Angelegenheit ist. Hunderte von Rechtsauskünften sind im Zusammenwirken mit den Rechtsanwälten des Verbandes erteilt und 51 Prozesse — fast ausnahmslos mit Erfolg — durchgeführt worden. Besonders hervorgehoben sei dabei auch die Eintreibung ausstehender Honorare, vornehmlich für freie Schriftsteller. Auch diese Seite der Tätigkeit der Rechtsschutzstelle wird von allen Kollegen, die hierbei in Frage kommen, aufs wärmste anerkannt.

Von den Kritikern wird nun besonders auch die Stellenvermittlung des Reichsverbandes als unzulänglich hingestellt. Es ist selbstverständlich leicht, auch hier schlechthin die „ideale Forderung" aufzustellen, daß es dem Reichsverband gelingen müsse, alle Stellenlosen irgendwie unterzubringen. Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen. Es hängt ja wirklich nicht allein vom guten Willen und der guten Arbeit des Reichsverbandes ab, ob die stellenlosen Kollegen alle untergebracht werden können oder nicht, sondern es sprechen dabei eine Reihe von Faktoren mit, die sich unserer Beeinflussung ganz oder teilweise entziehen. Dabei spielen vor allem die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse des deutschen Zeitungsgewerbes eine wesentliche Rolle. Während es vor dem Kriege keine Stellenlosigkeit größeren Umfanges im journalistischen Beruf bei uns gab, hat sie sich nach dem Kriege und nach der Umwälzung stark bemerkbar gemacht. Die schlimmste Periode der Stellenlosigkeit war wieder die Zeit der Inflation, während der im Jahre 1923 sich die Zahl der Stellenlosen auf über 10 Prozent, d. h. auf über 300 Mitglieder belief. Der Reichsverband hat damals den Versuch gemacht, mit Hilfe der Industrieverbände Abhilfe zu schaffen und die Kollegen, die bei Zeitungen kein Unterkommen finden konnten, in anderen Berufen unterzubringen. Ein gewisser Erfolg wurde zwar erzielt, aber viele Kollegen, besonders die älteren konnten nicht untergebracht werden. Daran hat aber der Reichsverband keine Schuld, sondern die gesamte wirtschaftliche Lage nach dem Kriege und das Einströmen ganz neuer Kräfte in den journalistischen Beruf. Da viele dieser Kräfte sich für die Redaktionstätigkeit als ungeeignet erwiesen, schieden sie allmählich wieder aus dem Journalismus aus, wodurch von Mitte 1924 ab im Zusammenhang mit der Tatsache, daß auch die Verhältnisse im Zeitungsgewerbe sich allmählich wieder konsolidierten, eine Besserung des Stellenmarktes und eine Verminderung der Zahl der Stellenlosen bemerkbar wurde. Von Anfang 1927 an zeigte sich wieder ein Anschwellen der Zahl der Stellenlosen im Journalismus, die heute, soweit von der Zentrale festgestellt werden konnte, höchstens 3 Prozent der Mitglieder beträgt. Zu dieser entscheidenden Beeinflussung des Stellenmarktes durch die allgemeine Wirtschaftslage im Zeitungsgewerbe kommt die Tendenz vieler Verlage, die jüngeren Journalisten vor den älteren zu bevorzugen; die Folge davon ist, daß die Stellenlosigkeit unter den älteren Kollegen erheblich größer ist, als unter den jüngeren. Der Reichsverband hat diesen Übelstand in der RAG. mehrfach zur Sprache gebracht, doch steht es nicht in seiner Macht allein, hier einen Wandel zum Besseren eintreten zu lassen. Es wird immer wieder an das soziale Gefühl der Verlage und ihre bessere Einsicht appelliert werden müssen. Wie weit aber dieser Appell von Erfolg begleitet sein wird, hängt leider nicht nur vom Reichsverband ab. Es würde im Rahmen dieser Ausführungen zu weit führen, alle die hemmenden Faktoren aufzuzählen, die der Stellenvermittlung entgegenstehen. Soviel aber sei doch gesagt, daß die Zentrale in Berlin auch auf diesem Gebiete viel wirksamer arbeiten könnte, wenn sie fortlaufend sowohl von den Verbänden, wie von den Kollegen selbst über alle bekannt werdenden offenen Stellen so schnell und so genau als möglich unterrichtet würde. Es ist zwar verständlich, daß die Verbände sich zunächst der Stellenlosen ihres eigenen Bezirkes annehmen und sie soweit möglich in den frei gewordenen Stellen des eigenen Bereiches unterzubringen suchen, aber die Erfahrung zeigt, daß die Stellenvermittlung des Reichsverbandes wirksam nur zentral geregelt werden kann und daß gerade hierbei Verbände und Zentrale besonders eng Hand in Hand arbeiten müssen. Außerdem wird es allerdings auch nötig sein, daß die Verlegerschaft dabei mitwirkt, und noch in der letzten Sitzung der RAG. ist ein entsprechender Antrag von unserer Seite gestellt worden mit dem Erfolg, daß die Geschäftsführung der RAG. beauftragt wurde, baldigst Richtlinien für eine solche gemeinsame Stellenvermittlung vorzulegen. Im übrigen sind schon bisher nach der statistischen Aufstellung des Reichsverbandes jährlich rund 40—50 % der vorhandenen Stellenlosen untergebracht worden. Wir verkennen nicht die Wichtigkeit, aber auch nicht die Schwierigkeiten einer guten Stellenvermittlung und werden gerade deswegen alles einsetzen, um allmählich Fortschritte zu erzielen.

Was die Behauptung anlangt, daß man von der Arbeit der Berliner Zentrale im Reich nur wenig merke, so weisen wir zunächst auf das oben Ausgeführte hin, möchten aber grundsätzlich feststellen, daß die Verbandsleitung im Reich im wesentlichen nur durch die dortigen Organisationen wirken kann, deren satzungsmäßige Aufgabe und Pflicht es ist, „innerhalb ihres Gebietes die Zwecke des Reichsverbandes zu fördern und seine Beschlüsse durchzuführen". Je kräftiger die Einzelverbände in ihrem eigenen Rahmen arbeiten, und je eifriger sie dabei von jedem einzelnen Mitglied unterstützt werden, um so sichtbarer werden auch die Leistungen der Verbandszentrale überall in Erscheinung treten; Mißverständnisse werden aufgeklärt werden, die Arbeit wird in allen Teilen fruchtbringend sein und auch der letzte Mann wird für die Organisation gewonnen werden. Die lebendige Zusammenarbeit aller mit allen bedeutet den Erfolg!

Es sei aber hier doch noch darauf hingewiesen, wie lebhaft und groß schon allein der Schriftverkehr der Zentrale mit den Verbänden im Reich, und zwar sowohl mit deren Vorständen wie mit den einzelnen Mitgliedern ist. Nachstehend eine Statistik dieses Schriftverkehrs für das vergangene Jahr 1928:

Das Pressheim Oybin

bei Zittau ist zu jeder Jahreszeit geöffnet und bietet den Kollegen neben wundervoller Erholung in der Natur auch beste Unterkunft und Verpflegung. Anfragen bitte direkt an das Heim.

Digitized by Google

Baden:	Verband: 111		
	Mitgl.: 214	=	325
Bayern:	Verband: 350		
	Mitgl.: 317	=	667
Berlin:	Verband: 419		
	Mitgl.: 861	=	1280
Brandenburg:	Verband: 90		
	Mitgl.: 155	=	245
Danzig:	Verband: 43		
	Mitgl.: 41	=	84
Frankfurt:	Verband: 159		
	Mitgl.: 201	=	360
Hessen:	Verband: 70		
	Mitgl.: 145	=	215
Hamburg:	Verband: 191		
	Mitgl.: 222	=	413
Mitteldeutschland:	Verband: 387		
	Mitgl.: 489	=	876
Nassau:	Verband: 30		
	Mitgl.: 21	=	51
Niedersachsen:	Verband: 251		
	Mitgl.: 306	=	557
Ostpreußen:	Verband: 84		
	Mitgl.: 167	=	251
Pfalz:	Verband: 80		
	Mitgl.: 74	=	154
Pommern:	Verband: 134		
	Mitgl.: 156	=	290
Rheinland-Westfalen:	Verband: 418		
	Mitgl.: 819	=	1237
Sachsen:	Verband: 339		
	Mitgl.: 485	=	824
Schlesien:	Verband: 123		
	Mitgl.: 316	=	439
Schleswig:	Verband: 91		
	Mitgl.: 69	=	160
Württemberg:	Verband: 113		
	Mitgl.: 148	=	261
		i. Sa.	8689

Briefe der Zentrale an Verbandsvorstände und einzelne Mitglieder.

Schon aus dieser Statistik des Schriftverkehrs der Zentrale mit den Einzelverbänden und den einzelnen Mitgliedern im Jahre 1928 ergibt sich doch sehr klar, wie stark die Arbeit der Berliner Zentrale auch direkt in das Reich hineinwirkt. Dabei ist in die Zahl dieser Briefe nicht der Schriftverkehr in der Stellenvermittlung, dem Rechtsschutz, der Zentralhilfskasse usw. mit eingerechnet. Es handelt sich meist um die Beantwortung von Anfragen, was schließlich auch in das Gebiet der sozialen Tätigkeit fällt, denn ohne diese Beantwortung würden oft falsche Entschlüsse gefaßt werden und Schädigungen der Kollegen eintreten.

Es ist also wirklich nicht allein die „Deutsche Presse", die die Reichsverbandszentrale mit den Kollegen im Lande in Berührung bringt, sondern daneben Tausende von Briefen und Hunderte von Ferngesprächen, abgesehen von den Tausenden von Ortsgesprächen, die alle möglichen Angelegenheiten berühren, vor allem sich auf Auskunftserteilung beziehen. Daß nun auch an der „Deutschen Presse" Kritik geübt wird, ist nicht weiter verwunderlich, denn wir sind ja alle Journalisten. Aber auch unser Verbandsorgan würde weniger kritisch beurteilt werden, wenn man sich vor Augen hielte, daß es nicht von einem besonders dazu bestellten Redakteur bearbeitet wird, sondern neben aller anderen Verbandsarbeit, sozusagen nebenher, redigiert werden muß. Das ist gewiß kein wünschenswerter Zustand, und man wird Sorge tragen müssen, daß er so schnell als möglich beseitigt wird. Aber dazu gehören gewisse Voraussetzungen, die — im Augenblick wenigstens — noch nicht erfüllbar sind. Wir alle haben das lebhafteste Interesse daran, aus unserer „Deutschen Presse" eine Fachzeitschrift allerersten Ranges zu machen. Dazu wäre allerdings auch nötig, daß die Kollegen selbst, nicht zuletzt die sogenannten „Prominenten", eifriger die Feder rühren, als es bisher der Fall ist. Im übrigen ist die „Deutsche Presse" wirklich nicht so minderwertig, wie manche Kritiker sie machen wollen, denn sonst würde sie von vielen Mitgliedern wie von den journalistischen Organisationen des Auslandes nicht so eifrig begehrt und jede Nummer sofort reklamiert werden, die einmal ausbleibt. Die großen Sondernummern haben sogar solchen Anklang gefunden, daß sie schon längst nicht mehr zu haben sind, obwohl immer wieder Nachfragen kommen. Die Ansicht der überwiegenden Mehrheit der Verbandsmitglieder ist auf der Delegiertenversammlung in Breslau durch folgende, auf Vorschlag des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse fast einstimmig angenommene Entschließung zum Ausdruck gekommen:

> „Die Vertreterversammlung legt den Landesverbänden und den Ortsvereinen erneut dringend ans Herz, ihre Mitglieder zur regen und aktuellen Mitarbeit am Verbandsorgan zu veranlassen. Mit nörgelnder Kritik ist es nicht getan. Mit Befriedigung ist die bisherige Entwicklung der „Deutschen Presse", soweit Inhalt und Gestaltung in Frage kommen, zu begrüßen. Die Vertreterversammlung hofft, daß die zuständigen Stellen sich alle Mühe geben, die bisher unbefriedigende geschäftliche Lage des Verbandsorgans zu beseitigen. Alle Mitglieder des Reichsverbandes müssen es als selbstverständliche Pflicht betrachten, das Verbandsorgan in jeder Beziehung zu unterstützen."

Wenn schließlich von der Kritik darauf hingewiesen wird, daß der Reichsverband nicht überall eine zufriedenstellende Regelung der Gehälter erreicht hat, so bedauert das niemand lebhafter als die Zentrale selbst. Ihre Wirkungsmöglichkeit gerade auf diesem Gebiete ist aber äußerst begrenzt, nachdem ein Reichstarif trotz aller Bemühungen seinerzeit nicht zustande gekommen ist, da Rheinland-Westfalen die Gehaltssätze als zu niedrig ablehnte, und nachdem seit Beendigung der Inflation die überwiegende Mehrzahl der Einzelverbände auch die regionalen Tarife aufgegeben hat. Sie dort wieder ins Leben zu rufen, wo es sich als unbedingt notwendig erweisen sollte, ist nach dem Vertragswerk Sache der Einzelverbände bzw. der Bezirksarbeitsgemeinschaften, wobei natürlich der Reichsverband selbst gegebenenfalls kräftige Hilfe leisten könnte. Die Ansichten über den Nutzen der Tarife sind aber auch in unseren eigenen Mitgliederkreisen sehr geteilt, so daß es nicht leicht sein dürfte, den alten Zustand der regionalen Tarife überall wieder herzustellen. Die letzte soziale Enquete des Reichsverbandes hat ergeben, daß die Bezahlung der deutschen Redakteure an manchen Stellen noch immer viel zu wünschen übrig läßt und vielfach auch noch lange nicht den Stand der Vorkriegszeit erreicht hat, wenn man die Geldentwertung in Betracht zieht, aber auch hier wird man mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage nur allmählich und in planmäßiger Arbeit die unbedingt notwendige Verbesserung erreichen können, besonders dann, wenn wieder einmal der Geist in der Verlegerschaft sich überall und restlos durchsetzt, den ihr verstorbener Führer Dr. Max Jänicke mit den Worten kennzeichnete, „daß zwischen Redakteur und Verleger letzten Endes eine solche Identität der Interessen bestehe, daß nur ein Mißverständnis ihre eigensten Interessen dahin führen könnte, diese beiden Elemente zu trennen". In der Tat, nur Einsichtslosigkeit auf der Verlegerseite kann auf den Gedanken verfallen, zum Schaden der Zeitung am Gehalt der Journalisten zu sparen. Leider ist diese Einsichtslosigkeit trotz RAG.

Digitized by Google

noch immer an vielen Stellen festzustellen. Wir müssen vorwärts kommen, auch in der Gehaltsfrage! Aber das ist nicht zu erreichen im Kampfe aller gegen alle, sondern nur in gemeinsamer Arbeit aller mit allen im Rahmen des Reichsverbandes.

Aufs Ganze gesehen hat der Reichsverband allen Anlaß, auf den Erfolg seiner Arbeit in den letzten neun Jahren mit Genugtuung zurückzublicken. Noch ist nicht alles erreicht, noch sind manche Mängel zu beseitigen, aber ungeheuer Wichtiges ist auf allen Gebieten der Sicherung und Festigung der ideellen und materiellen Stellung des deutschen Journalisten erreicht, was auch ein Vergleich mit der Lage der Journalisten in anderen Staaten zeigt. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Journalisten aller Welt sind vom Internationalen Arbeitsamt in Genf gründlich untersucht und in einem stattlichen Band zusammengefaßt worden. Auch dort wird anerkannt, daß der deutsche Journalist durch die erfolgreiche Tätigkeit des Reichsverbandes der deutschen Presse „eine hervorragend gute und richtige Stellung“ erreicht habe. Wir wollen auf den Lorbeeren dieses Ergebnisses eines internationalen Vergleichs gewiß nicht ausruhen und einschlafen, aber es ist immerhin ein Zeugnis von Wert dafür, daß die Arbeit und die Leistungen des Reichsverbandes doch nicht ganz so schlecht gewesen sein können, wie von einigen Seiten behauptet wird.

Anwaltschaft und Presse.

Eine Entgegnung an Rechtsanwalt Kirchberger.

Von Redakteur Dr. jur. Roth.

Die Ausführungen, die Rechtsanwalt Hans Kirchberger, Leipzig, kürzlich an dieser Stelle über das Thema „Anwaltschaft und Presse“ veröffentlichte, sind gewiß interessant, und man kann ihnen in vieler Hinsicht auch durchaus zustimmen. Aber die Auslassungen des Herrn Kirchberger sind darüber hinaus auch sehr lehrreich, nämlich insofern, als sie ein Bild davon geben, wie veraltete und vielfach geradezu schiefe Auffassungen vom Wesen der Presse auch in den Kreisen der Anwaltschaft noch zu finden sind. Und dabei wird man noch davon auszugehen haben, daß es sich hier um einen der Presse gegenüber durchaus wohlmeinenden Anwalt handelt, der sich ehrlich bemüht, den Bedürfnissen der Presse gerecht zu werden.

Grundverschieden seien Wirtschaftsbetrieb und Wirtschaftsgesinnung des Anwalts einerseits und der Presse anderseits, meint Herr Dr. Kirchberger und folgert daraus, daß die ideale Berufsauffassung des Anwalts auf die Presse nicht in gleicher Weise zutreffe. Daß diese Ansicht auf durchaus falschen Vorstellungen von den tatsächlichen Verhältnissen innerhalb der Presse beruht, ergibt sich aus seinen weiteren Darlegungen. Dem Verfasser ist es unbekannt, daß auch die Presse ebenso wie die Anwaltschaft ganz starre Ehrbegriffe und ein ebenso fein organisiertes ehrengerichtliches Verfahren besitzt, ein Verfahren, das obwohl oder vielleicht gerade deshalb, weil es ein freiwilliges ist, Verstöße gegen die Standesehre viel rücksichtsloser ahndet als die Anwaltskammern, deren Mitglieder gegenseitig viel enger, insbesondere auch durch wirtschaftliche Rücksichten, aneinander gebunden sind als die einzelnen Vertreter der Presse.

Der Anwalt sei in erster Linie überhaupt nicht Wirtschaftler, sondern eine von hohem Idealismus bei der Erfüllung seines Berufs getragene Persönlichkeit, meint Kirchberger. Es liegt uns fern, uns denen anzuschließen, die dem unter Bezugnahme auf eine angeblich abweichende Entwicklung der Dinge widersprechen und in Konsequenz dessen auch den Anwalt der Gewerbesteuer unterwerfen wollen. Aber wenn K. dieser Auffassung vom Beruf des Anwalts den Dualismus der Zeitung und ihren sogenannten Januskopf gegenüberstellt, so ist dieser Vergleich zum mindesten schief. Er durfte der Tätigkeit des Anwalts nur die des Redakteurs, nicht die gesamte Tätigkeit der Zeitung gegenüberstellen. Vom Redakteur gilt ebenso wie vom Anwalt der Satz, daß der eigentliche Zweck seiner Tätigkeit nicht die Erzielung wirtschaftlicher Werte, sondern die von hohem Idealismus getragene Wahrnehmung allgemeiner öffentlicher Interessen ist. Daß der Redakteur diese, auf den redaktionellen Teil der Zeitung beschränkte Tätigkeit im Rahmen eines wirtschaftlichen Erwerbsgeschäfts, nämlich der Zeitung, ausübt, daß der Verlagsbetrieb und insbesondere das Inseratengeschäft nicht unter den gleichen, rein ideellen Gesichtspunkten vor sich gehen können als die dem Redakteur obliegende Gestaltung des redaktionellen Teiles, das teilt der Redakteur mit dem Anwalt, dessen Bürovorsteher, wenn er auf die Einziehung der nötigen Vorschüsse und die Beitreibung der fälligen Gebühren hinwirkt, ebenfalls eine rein wirtschaftliche, von keinerlei Idealismus getragene Tätigkeit ausübt. Auch im Anwaltsberuf ist also der gleiche Januskopf zu finden wie bei der Zeitung. Und der Unterschied, der darin besteht, daß es bei der Zeitung der angestellte Redakteur, beim Anwalt aber der Geschäftsherr selbst ist, der den ideellen Teil der beruflichen Aufgaben zu erfüllen hat, ist nicht sehr erheblich, wenn man bedenkt, daß dem Redakteur durch den vom Reichsarbeitsminister für allgemein-verbindlich erklärten Tarifvertrag ausdrücklich das Recht zugebilligt worden ist, den redaktionellen Teil ohne Rücksicht auf etwaige geschäftliche Wünsche des Zeitungsverlegers im Rahmen der festgelegten geistigen Richtung der Zeitung selbständig zu gestalten. Wenn trotzdem und trotz der festen Ehrbegriffe des deutschen Redakteurstandes hin und wieder doch Konflikte zwischen wirtschaftlicher Denkungsart und idealer Berufserfüllung vorkommen sollten, so jedenfalls nicht in stärkerem Maße als dies heute beim Anwaltsstande der Fall ist. Die Annahme des Verfassers, daß das Zeitungsunternehmen frei darin sei, diese Spannungen nach Belieben, sei es nach der wirtschaftlichen, sei es nach der ideellen Seite hin, auszugleichen, ist erstens insofern irrig, als das Zeitungsunternehmen durch den Tarifvertrag gebunden ist, keinerlei Gewissenszwang nach dieser Richtung hin auf den Redakteur auszuüben, sondern es ihm zu überlassen, nach rein ideellen Gesichtspunkten den redaktionellen Teil der Zeitung zu gestalten. Sie trifft ferner nicht den Kern der Sache, weil die Gestaltung des redaktionellen Teiles im einzelnen nach demselben Tarifvertrag nicht Sache des Zeitungsunternehmers, sondern Sache der Redaktion ist, deren Mitglieder, wie bereits bemerkt, Ehrengerichten unterstehen, die mindestens nicht geringer geschätzt werden dürfen als der ehrengerichtliche Zwang der Anwaltskammer.

Auch die Ausführungen des Verfassers über das Zeugnisverweigerungsrecht dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Zunächst übersieht Kirchberger auch hier wiederum, daß es ein schweres, ehrengerichtlich unbedingt zu ahndendes Vergehen des Redakteurs ist, wenn er das Redaktionsgeheimnis verletzt. Es ist erstaunlich und bedauerlich, daß die beharrliche Verweigerung der Preisgabe des Redaktionsgeheimnisses durch die Redakteure, die trotz Geld- und Haftstrafen Jahrzehnte hin-

Digitized by Google

durch fast ohne Ausnahme erfolgt ist und den deutschen Redakteurstand ausgezeichnet hat, selbst einem Anwalt von den Qualitäten des Verfassers nicht bekannt ist. Ein Blick in die interessante Abhandlung von Giesen „Der Zeugniszwang gegen die Presse" (Frankfurt/Main 1906) genügt, um den Nachweis zu führen, daß auch ohne Strafbestimmung das Redaktionsgeheimnis der deutschen Presse in gleichem Umfange gewahrt worden ist wie das Berufsgeheimnis der Anwaltschaft. Die Dinge liegen gerade hier beim Anwalt und beim Redakteur völlig gleich. Das Berufsgeheimnis des Anwalts liegt im Interesse der Aufrechterhaltung einer geordneten Rechtspflege, also im öffentlichen Interesse. Das Berufsgeheimnis des Redakteurs aber liegt ebenso im öffentlichen Interesse; denn es ist heute unbestritten Aufgabe der Tagespresse, öffentliche Übelstände zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, um ihre Abstellung zu erreichen, und es bedeutet eine völlige Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse, wenn man behaupten wollte, daß dazu die Parlamente genügten. Die Kleinarbeit der paar tausend Zeitungen in Deutschland bietet meist erst die Unterlage und den Anlaß dafür, daß die Parlamente auf die Dinge aufmerksam werden und sich mit ihnen beschäftigen. Und es bedürfte einer Vermehrung der Abgeordnete um etliche Tausende, wenn man ihnen auch noch all die öffentliche Reinigungsarbeit zumuten wollte, die heute in der Presse von Tausenden von Redakteuren im Deutschen Reiche erledigt wird. Zwischen einer solchen Vermehrung der Abgeordneten und der Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes unter Anerkennung des Rechts der Presse zur Wahrnehmung öffentlicher Interessen ist das letztere doch sicherlich vorzuziehen! Wenn Kirchberger aber die Fassung des Entwurfs zum Strafgesetzbuch über Wahrnehmung berechtigter Interessen und insbesondere die Abstellung auf das überwiegen des einen oder des anderen Interesses billigt, so zeigt er damit nur, daß er die praktischen Auswirkungen einer solchen Fassung noch nicht genügend übersieht. Der einzelne Richter würde bei dieser Kautschuklösung in eine ganz verzweifelte Lage kommen, da es letzten Endes immer eine Weltanschauungsfrage ist, ob man von zwei an sich berechtigten Interessen das eine oder das andere als das überwiegend berechtigte ansieht. Und da diese Feststellung rein tatsächlicher Natur und infolgedessen nicht revisibel wäre, so würde sich nicht einmal im Laufe der Zeit eine einheitliche Rechtsprechung herausbilden können, sondern ein Zustand von Zersplitterung und Rechtsunsicherheit eintreten, der geradezu unerträglich wäre, ganz abgesehen davon, daß der einzelne Richter bei jedem dieser Urteile wegen des von ihm angelegten persönlichen Maßstabes stets schärfsten Angriffen ausgesetzt sein würde. Darüber, in welcher Weise man die Interessen des Verletzten mit den öffentlichen Interessen am besten in Einklang bringt, läßt sich gewiß streiten, aber darüber, daß die Fassung des Strafgesetzentwurfs eine völlig verfehlte ist, läßt sich ernsthaft nicht streiten.

Der illustrierten Berichterstattung wird Kirchberger ebenfalls nicht gerecht. Sie ist keineswegs nur ein Zugeständnis an die Oberflächlichkeit und Sensationslust des Publikums, wie er meint, sondern entspricht dem Bedürfnis weiter Kreise des Publikums, sich möglichst schnell eine greifbare Vorstellung von den Geschehnissen des Tages zu verschaffen. Diese Bilder sind keineswegs nur dazu da, um Sensationsgefühle oder ähnliche Empfindungen auszulösen, sie sind eine echte Berichterstattung, indem der wörtliche Bericht durch bildliche Darstellung ergänzt und belebt wird. Wenn einzelne Gerichtsvorsitzende gegen das Photographieren im Gerichtssaal grundsätzliche Einwendungen erhoben haben, so vergessen sie, daß auch Photographien unter die Preßfreiheit fallende Druckschriften sind und daß die Aufnahme von Photographien zum Zwecke der Berichterstattung ebenso unter den Schutz der Preßfreiheit fällt wie die Niederschrift der Presseberichte selbst. Etwas anderes ist es natürlich dann, wenn die Aufnahme im einzelnen mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Kunstschutzgesetzes oder des Urheberrechts gegen die Gesetze verstößt.

Es sind im vorstehenden im wesentlichen nur die Punkte hervorgehoben worden, in denen man vom Standpunkt der Presse aus den Ausführungen des Herrn Kirchberger nicht folgen kann. In zahlreichen anderen Punkten seines interessanten Vortrags kann man dem Verfasser nur zustimmen. Dies sei deshalb besonders betont, damit nicht der falsche Eindruck erweckt wird, als ob Kirchberger den Bedürfnissen der Presse in keiner Weise gerecht würde. Zustimmen kann man ihm auch trotz der obigen Ausführungen bei seinem Vorschlag zur Errichtung von Pressekammern. Wir haben zwar betont, daß auch heute schon das ehrengerichtliche Verfahren der deutschen Presse so ausgebaut ist und die Ehrbegriffe selbst so feste sind, daß sie den Vergleich mit der Anwaltschaft nicht zu scheuen brauchen. Aber es ist doch nicht zu verkennen, daß es, wie in jedem Berufe, auch in unserem einzelne Außenseiter gibt, die einem Verbande nicht angehören und deshalb auch ehrengerichtlicher Bestrafung nicht zugeführt werden können. Sie befinden sich zwar vielfach nur an Zeitungen niederen Ranges. Aber gerade unter diesen Zeitungen sind die sog. Sensationsblätter, die in gleicher Weise den Interessen der Öffentlichkeit wie dem Berufsstand der deutschen Redakteure abträglich sind. Eine Möglichkeit zu schaffen, auch diese ehrengerichtlich zu belangen, ist zweifellos erwünscht. Schließlich finden wir uns auch darin mit Herrn Kirchberger zusammen, daß Freiheit der Presse und Freiheit der Advokatur in gleicher Weise wichtig sind und daß beide Berufsstände, weil von denselben Mächten bedroht, sich zu natürlicher Bundesgenossenschaft zusammenfinden sollten.

Presseausweise für den Luftschiffbau Zeppelin.

Der Luftschiffbau Zeppelin in Friedrichshafen, Nachrichtenabteilung, beabsichtigt die Ausgabe von Presse-dauerkarten, die an Aufstiegstagen zum Betreten der besonders reservierten Plätze berechtigen. Es soll jedem Blatte je eine Karte (gültig für eine Person) zur Verfügung gestellt werden. Es ist der Wunsch des Luftschiffbaus, daß diese Karte, die nicht übertragbar ist und bei Mißbrauch eingezogen wird, ausschließlich in die Hände der von den Redaktionen mit der Wahrnehmung der Luftfahrtberichterstattung beauftragten Kollegen gelangt. Aus diesem Grunde bittet der Luftschiffbau Zeppelin, Friedrichshafen a. B., die Redaktionen, die solchen Ausweis wünschen, um gefl. direkte Mitteilung des Namens des betreffenden Redakteurs an seine Nachrichten-Abteilung, unter Beifügung eines mit Aufschrift versehenen Freiumschlages.

Für die freien Journalisten, deren Arbeitsgebiet hauptsächlich Luftfahrtangelegenheiten sind, ist folgende Regelung vorgesehen: sie wenden sich durch ihre Landes- bzw. Bezirksverbände bei der Zentrale des Reichsverbandes in Berlin, die ihrerseits für diese Kollegen die Ausstellung von Pressekarten bei der Nachrichtenabteilung des Luftschiffbaues beantragt. (Auch hier wird um Beilegung eines mit Adresse versehenen Freiumschlages gebeten.) Die Nachrichtenabteilung des Luftschiffbaues übersendet dann die auf den Namen ausgeschriebenen Ausweise an den Reichsverband, der sie weiterleitet. Die Beschaffung von Legitimationen kann lediglich für solche freie Journalisten erfolgen, deren Arbeitsgebiet nachweislich Luftfahrtangelegenheiten betrifft, was durch die beantragende Organisation ausdrücklich schriftlich bestätigt werden muß.

Die Verbandsleitung:
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

Oberstes Ehrengericht des Reichsverbandes.

Die Entscheidung im Fall Dr. Östreich.

Auf den Antrag des Kollegen Dr. Östreich, seine Haltung als Herausgeber und Verleger des „Berliner Mittag" gegenüber den in verschiedenen Organen der Presse erhobenen ehrenrührigen Beschuldigungen nachzuprüfen, ist das Oberste Ehrengericht unter Teilnahme der Kollegen Dr. Breslauer als Vorsitzenden, Dr. Freiherr v. Biedermann, Georg Freund, Goerges und Dr. Mühling in seinen Sitzungen vom 12. und 15. April 1929 zu folgender Entschließung gelangt:

„Die ehrenrührigen Angriffe gegen den Kollegen Dr. Östreich, vom „Berliner Tageblatt", vom „Vorwärts", vom „Kleinen Journal", vom „12-Uhr-Mittagsblatt" und vom „Düsseldorfer Mittag" anläßlich der Einstellung des „Berliner Mittag" erhoben, entbehren jeder Grundlage und sind völlig ungerechtfertigt. Dr. Östreich wird deshalb von dem Vorwurf, sich gegen die Gebote der persönlichen und der journalistischen Ehre vergangen zu haben, freigesprochen.

Eines Spruches über die Vorgänge bei der fristlosen Entlassung der Redakteure und Angestellten des „Berliner Mittag" sieht sich das O. E. G. nach Abschluß des Vergleichs in der ersten ehrengerichtlichen Instanz enthoben. Aber es läßt keinen Zweifel darüber, daß es das Kündigungsschreiben formell und sachlich mißbilligt.

Diese Entscheidung ist nebst ihrer Begründung in der „Deutschen Presse" zu veröffentlichen."

•

Begründung.

Die gegen Dr. Östreich in den genannten Blättern erhobenen Angriffe lassen sich, wenn man von nebensächlicheren oder von vornherein gänzlich unsubstanziierten und deshalb sinnlosen Dingen absieht, dahin zusammenfassen: Dr. Östreich habe in seiner Eigenschaft als Herausgeber und Verleger des „Berliner Mittag" eine verschwenderische Wirtschaft getrieben und dadurch seine Angestellten und Redakteure benachteiligt, bei Einstellung des Unternehmens Anstalten getroffen, sich seinen Verpflichtungen durch die Flucht ins Ausland oder durch Konkursvergehen zu entziehen, aus materiellen Gründen politischen Gesinnungswechsel angeboten.

Die Beweisaufnahme, die sich auf den Gesamtinhalt dieser Presseangriffe erstreckte, hat auch nicht den kleinsten Anhalt für diese Beschuldigungen ergeben. Es konnte im Gegenteil festgestellt werden, daß Dr. Östreich mit den ihm zur Verfügung stehenden Geldmitteln einwandfrei gewirtschaftet, seinen Betrieb ordnungsmäßig geführt und nach der aus finanziellen Gründen notwendig gewordenen Einstellung des Blattes restlos liquidiert hat, ohne auch nur daran zu denken, sich seinen Verpflichtungen, sei es durch eine vorzeitige Abreise ins Ausland, sei es durch Begehung irgendwelcher strafbarer Handlungen, zu entziehen.

Das Oberste Ehrengericht hat zunächst die Redaktionen der genannten Blätter schriftlich darüber befragt, auf welches Beweismaterial sie ihre Beschuldigungen stützen. Das „Berliner Tageblatt" hat auf diese Frage überhaupt nicht geantwortet. Von den anderen Blättern hat das „12-Uhr-Blatt" schriftlich erklärt, daß es kein Interesse daran habe, sich mit den Vorwürfen zu identifizieren, die gegen Dr. Östreich erhoben wurden oder Prozeßmaterial gegen ihn beizubringen. Das „Kleine Journal" hat in seiner Antwort behauptet — der Brief ist vom Chefredakteur Wagner unterzeichnet —, daß es aus eigenen Anschauungen nicht in der Lage sei, ein Urteil über die Tätigkeit Dr. Östreichs abzugeben und daß die im „Kleinen Journal" erschienenen Veröffentlichungen sich ausschließlich mit dem deckten, was die Zeugen im ersten gerichtlichen Verfahren ausgesagt haben und daß einer dieser Zeugen sein Gewährsmann gewesen sei. Wenn er als Zeuge vor dem Ehrengericht erscheine, so würde das kaum zu einem nützlichen Ergebnis führen. Der „Vorwärts" hat geantwortet, daß es sich bei ihm nur um eine referierende Wiedergabe der Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht handelte, und daß er deshalb keine Möglichkeit sehe, jetzt, nach dreiviertel Jahren, in ein Ehrengerichtsverfahren von sich aus durch Zeugenaussagen einzugreifen. Der „Düsseldorfer Mittag" erklärte, daß die von ihm gebrachte Darstellung ihm von seinem Berliner Korrespondenten zugegangen und daß er nicht in der Lage sei, Zeugen für die Richtigkeit der von ihm erhobenen Vorwürfe beizubringen. Er erklärte sich aber bereit, dem Berliner Mitarbeiter anheimzustellen, dem Obersten Ehrengericht seinerseits das Material zu überreichen, sofern das Oberste Ehrengericht darauf Wert lege. Dieser Berliner Mitarbeiter hat sich trotz entsprechender Verständigung nach Düsseldorf beim Obersten Ehrengericht nicht gemeldet.

Nach diesen erfolglosen Versuchen, von denen, welche die Anschuldigungen gegen Dr. Östreich erhoben hatten, Beweise für die Richtigkeit ihrer Behauptungen zu erhalten, hat das Oberste Ehrengericht als Zeugen die Redakteure des „Berliner Mittag" geladen, welche gegen Dr. Östreich in dem ehrengerichtlichen Verfahren vor dem Berliner Bezirksverband als Kläger und als Zeugen aufgetreten waren. Herr Kurt Hirsch, der Kläger, hat der Ladung keine Folge geleistet, hat dem Obersten Ehrengericht überhaupt nicht geantwortet und sich dadurch eines Vergehens gegen die Vorschriften der Ehrengerichtsordnung, denen alle Mitglieder des Reichsverbandes unterliegen, schuldig gemacht, was noch zu weiteren Schritten führen wird. Die anderen Zeugen erschienen vor dem Obersten Ehrengericht, mit Ausnahme des Herrn Hartwig, der dem Reichsverband nicht angehört und sich schriftlich entschuldigte. Außerdem wurden auf Antrag des Herrn Dr. Östreich noch zwei Redakteure des „Berliner Mittag" und eine Angestellte, die sich an der Erhebung der Klage nicht beteiligt hatten, sowie Kollege Dr. Jügler von der „Berliner Börsenzeitung" und der Landtagsabgeordnete Major a. D. Borck als Zeugen vernommen. Sie sagten übereinstimmend aus, daß die in den genannten Zeitungen gegen Dr. Östreich erhobenen Beschuldigungen jeder Grundlage entbehrten, insbesondere erklärte Herr Findling, der von Dr. Östreich als sein Vertrauensmann für die Redaktion engagiert war, und mit ihm stimmte Kollege Evenius, der Handelsredakteur des „Berliner Mittag", in allen wesentlichen Punkten vollkommen überein, er habe sich davon überzeugt, daß diese Anschuldigungen gewiß nicht der Wahrheit entsprechen. Sie seien wohl ein Produkt der Psychose, die in den Tagen nach der Einstellung des Blattes die Redakteure und Angestellte ergriffen hatte und dazu führte, daß die wildesten Gerüchte im Hause herumgetragen, ohne jede Prüfung geglaubt und weitergegeben wurden. Dieser Überzeugung hatten die genannten beiden Kollegen übrigens schon in dem vor dem Ehrengericht des Berliner Bezirksverbandes geschlossenen Vergleich Ausdruck gegeben. Zuletzt wurde noch Kollege Steinberg, der den Redakteuren in ihrer Klagesache vor dem Arbeitsgericht zur Seite stand, vom Obersten Ehrengericht gehört.

Dr. Östreich legte ferner dem Obersten Ehrengericht einen Bericht des von seinem stillen Teilhaber zur Kontrolle der Geschäftsführung eingesetzten Treuhänders vor, aus dem sich ergibt, daß die Geschäftsbücher sich alle in bester Ordnung befanden, daß Dr. Östreich in keinem Falle Betriebsmittel zu seinem eigenen Vorteil verwendet hat und daß gegen seine Geschäftsführung kein Vorwurf zu erheben ist. Dr. Östreich überreichte ferner eine eidesstattliche Versicherung des im Betrieb seines Blattes tätig gewesenen Vertrauensmannes des stillen Teilhabers, durch welche die Ergebnisse der Untersuchung des Treuhänders bestätigt wurden. Und schließlich wurde noch ein Schreiben des Rechtsbeistandes vorgelegt, der Dr. Östreich von der Gründung des Blattes an bis zu seiner Einstellung und auch nachher mit juristischen Ratschlägen zur Seite gestanden hat und auch von sich aus bekundet, daß die Ehrenhaftigkeit des Gesamtverhaltens seines Klienten in dieser Zeit mit allem, was er sagte und was er tat, über jeden Zweifel erhaben sei. Nach dem Ergebnis dieser Beweisaufnahme durfte das Oberste Ehrengericht dem Antragsteller das Zeugnis ausstellen, daß sein Verhalten als Herausgeber und Leiter des „Berliner Mittag" in keiner Beziehung einen Verstoß gegen die persönliche oder die journalistische Ehre erkennen läßt.

Gleichzeitig sieht sich aber das Oberste Ehrengericht genötigt, festzustellen, daß die von Dr. Östreich ausgesprochene Kündigung aller seiner Redakteure und Angestellten, weil sie fristlos war, vom Standpunkt des Reichsverbandes der deutschen Presse für unstatthaft erklärt werden muß. Sie ent-

Digitized by Google

spricht nicht den zwischen den Zeitungsverlegern und dem Reichsverband vereinbarten Grundsätzen der Anstellungsverträge und hätte, zumal von einem Verleger, der gleichzeitig Mitglied des Reichsverbandes ist, nicht ausgesprochen werden dürfen. Dr. Östreich hat in dem vor dem Ehrengericht des Bezirksverbandes Berlin zustande gekommenen Vergleich schon zugestanden, daß er sich bei der Abfassung dieses Schreibens in der Form vergriffen habe. Das Oberste Ehrengericht legt aber Gewicht darauf, festzustellen, daß dieses Kündigungsschreiben sich auch sachlich nicht rechtfertigen läßt. Es mag Dr. Östreich zur Entschuldigung dienen, daß er von seinem Anwalt, der dieses Schreiben verfaßte, schlecht beraten war, und daß es ihm, wie er versichert, in erster Linie um eine Klärung der Rechtslage gegenüber seinen Redakteuren zu tun gewesen sei. Aber er hätte als Mitglied des Reichsverbandes selbst das Bedürfnis haben müssen, wenn irgend möglich zu einer außergerichtlichen Einigung mit allen seinen Mitarbeitern zu kommen. Die Schritte, die er nach dieser Richtung hin tatsächlich unternommen hat, können als ausreichend nicht anerkannt werden.

Dr. Östreich hat schließlich beantragt, Urteil und Begründung des Obersten Ehrengerichtes in jedem Fall in der „Deutschen Presse" zu veröffentlichen. Diesem Antrag hat das Oberste Ehrengericht stattgegeben, weil es sich hier um die Reinigung der Ehre eines Kollegen handelt, der in mehreren, zum Teil weit verbreiteten Zeitungen öffentlich auf das schärfste angegriffen, und weil ferner in der „Deutschen Presse" vom 1. September 1928 die Austragung dieses Streites vor den Ehrengerichten des Reichsverbandes angekündigt worden ist.

Berlin, den 15. April 1929.

Unterschriften.

* * *

Der Vergleich vor dem Berliner Ehrengericht.

Der in dem vorstehenden Urteil erwähnte Vergleich vor dem Ehrengericht des Berliner Bezirksverbandes trägt das Datum vom 11. Januar 1929 und lautet wie folgt:

„Im Verlaufe des ehrengerichtlichen Verfahrens ergab sich für die klägerische Partei die Überzeugung, daß die gegen Herrn Dr. Östreich erhobenen Vorwürfe ehrenrühriger Art unbegründet sind und sich aus der allgemeinen Erregung erklären lassen, als der „Berliner Mittag" sein Erscheinen einstellte.

Dagegen spricht Herr Dr. Oestreich über die Form, die er zur Lösung seiner Vertragsverhältnisse zu den Redakteuren des „Berliner Mittag" seinerzeit gewählt hat, sein aufrichtiges Bedauern aus."

Nochmals: Geschäftsreklame, Eigenreklame und Redaktion.

Zu dem unter dieser Überschrift veröffentlichten Artikel in Nr. 13 der „Deutschen Presse" übersendet uns die Redaktion des 8-Uhr-Abendblattes eine Erklärung, der wir zur Sache selbst folgendes entnehmen:

„Der wahre Tatbestand war folgendermaßen: In letzter Zeit häufen sich bekanntlich die Automobildiebstähle. Es gelangte nun an die Redaktion des 8-Uhr-Abendblattes von Publikumsseite die Anregung, doch einmal durch eine Diebessuche und Diebesjagd die Aufmerksamkeit des Publikums zu schärfen. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß die zuständigen Polizeiinstanzen auf unsere diesbezügliche Frage zu erkennen gaben, daß den Behörden eine derartige Erziehung des Publikums zum Aufpassen nicht unwillkommen wäre. Nur müßte absolut der streng private Charakter dieser Aktion gewahrt bleiben! Da von fachmännischer Seite der Redaktion angeraten wurde, sich bei dieser Aktion eines möglichst häufig im Berliner Straßenverkehr zu beachtenden einfachen Serienwagens zu bedienen, ließen wir bei der Firma Eduard Winter G. m. b. H., Berlin-Halensee, anfragen, ob sie uns einen solchen Wagen zur Verfügung stellen würde. (Wohlgemerkt: nicht die Firma Eduard Winter ist an uns, sondern wir sind an diese herangetreten!) Weder Verlag noch Redaktion des 8-Uhr-Abendblattes, noch die genannte Autofirma knüpften hieran irgendwelche materiellen Bedingungen! Es wurden von der Firma Eduard Winter als „Entschädigung" für die „Reklame" weder Inserate in Aussicht gestellt, noch wurden von unserem Verlage solche verlangt! . . . . .

Wir haben nicht nur das Säulenplakat, das die Berliner Bevölkerung zur Verfolgung des Autodiebes aufrief, der behördlichen Stelle zur Begutachtung vorgelegt, — wir haben nicht nur das Publikum immer wieder darauf hingewiesen, daß es sich um eine Aktion des 8-Uhr-Abendblattes allein handele — wir haben der Diebessuche und Diebesjagd durch die Bevölkerung selbst so absolut frei und unverfälscht Lauf gelassen, daß der Fahrer des Wagens am sechsten Tage, nachdem er gefaßt wurde, körperlich zusammenbrach!"

Soweit die Sachdarstellung aus der Erklärung, die uns von der Redaktion des 8-Uhr-Abendblattes zugesandt worden ist. Sie betont weiter ausdrücklich,

„daß weder ein Mitglied der Redaktion noch der Verlag des 8-Uhr-Abendblattes für die ganze Aktion auch nur mit einem Pfennig honoriert worden ist. Es gab für die Redaktion keine „Honorare" und für den Verlag keine Inserate! Die „Bestechung" des 8-Uhr-Abendblattes ging sogar soweit, daß es erweislich von der Firma Winter bzw. General Motors nicht einmal die Inserate erhielt, die zufällig gerade in anderen Berliner Zeitungen erschienen".

Die Erklärung stellt schließlich fest, daß die Aktion dem 8-Uhr-Abendblatt sogar beträchtliche Kosten verursacht hat.

Da die in Nr. 13 der „Deutschen Presse" veröffentlichte Angelegenheit bereits den Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft beschäftigt hat und noch beschäftigen wird, sehen wir zunächst davon ab, zu der Erklärung selbst Stellung zu nehmen.

Zum Fall Tauber—Maushagen.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse ist leider erst sehr spät, nachdem in Chemnitz schon die verschiedensten Schritte getan waren, mit dem Fall Tauber—Maushagen befaßt worden, und zwar insbesondere durch eine Beschwerde aus Chemnitz gegen den Inhalt des Artikels „Um die Freiheit der Kritik" in Nr. 6 der „Deutschen Presse". Das Präsidium der Reichsarbeitsgemeinschaft hat sich durch eine eigene und eingehende Untersuchung des Falles davon überzeugt, daß Folgerungen dieses Artikels durch teilweise einseitige und teilweise lückenhafte Informationen in mehrfacher Beziehung irrig sind. Auf die grundsätzliche Seite des Falles gegenwärtig weiter einzugehen, mußte sich aber das Präsidium der Reichsarbeitsgemeinschaft versagen, weil inzwischen bekannt geworden ist, daß der Fall Tauber—Maushagen noch zu einer gerichtlichen Austragung kommt und das Präsidium auch den Schein vermeiden will, ein schwebendes gerichtliches Verfahren durch irgendeine Publikation zu beeinflussen.

gez.: Dr. Krumbhaar. gez.: Ackermann.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Wie Reklame geschunden wird!

Zu der unter dieser Überschrift in Nr. 14/29 der „Deutschen Presse" veröffentlichten Zuschrift gehen uns noch folgende Mitteilungen aus dem Kollegenkreise zu, die den Einblick in die Reklamemethoden des Zirkus Hagenbeck noch vertiefen:

„Nachdem der Zirkus, [illegible] Nr. 14 der „Deutschen Presse" von einem rheinischen [illegible] berichtet wurde, vorgearbeitet hat, wird schließlich [illegible] aufgegeben, dessen

Digitized by Google

Begleitschreiben nach neuer redaktioneller Unterstützung ruft. Es heißt in diesem Schreiben:

„Da es mir ohne Ihre wertvolle redaktionelle Unterstützung nicht möglich wäre, in demselben weiten Umfange zu inserieren, bitte ich Sie herzlich und dringend, das beiliegende redaktionelle Material gefälligst möglichst sofort verwenden zu wollen. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der altrenommierte Zirkus Karl Hagenbeck in dieser Beziehung bei Ihnen auf dasselbe Entgegenkommen rechnen darf wie andere Wanderzirkusse. . . . In der Hoffnung, bald Belege der redaktionellen Veröffentlichungen in der Hand zu haben . . ."

Ob eine Pressewerbung solcher Einstellung gerecht genug ist, ihre Anzeigen gleichmäßig auszugeben, wenn ihr eine Redaktion wahrheitsgemäß mitteilt, daß sie grundsätzlich keine derartigen Artikel aufnimmt? Es liegt nämlich zur „wertvollen redaktionellen Unterstützung" ein Artikel bei, der mehr als drei engbeschriebene Schreibmaschinenseiten umfaßt! Und damit der Redakteur sich nur ja die Finger danach leckt, steht auch noch darüber „Zur gefl. honorarfreien Verwendung. Original an keine andere Zeitung gegeben". Für wie naiv man doch bei viel gereisten Stellen die Zeitungsredaktionen hält! Nebenbei, der Riesenartikel trägt die Überschrift „Eine Ladung Elefanten", das Motto „Im Hinblick auf das bevorstehende Gastspiel des Zirkus Hagenbeck in ..... dürfte dieser Artikel besonderes Interesse haben". Außerdem liegt noch ein redaktioneller Hinweis bei, der auch nicht kurz ist und zur „gefl. honorarfreien Verwendung, Inserat wurde aufgegeben" überwiesen wird.

Die Redaktionen werden gerne ihren Leuten eine kommende Sensation mitteilen. Aber auf diese Art geht es nicht. Es ist nötig, sich einmal damit zu beschäftigen, weil die Wanderzirkusse immer mehr die Manie zeigen, die Zeitungen mit Geschäftsartikeln zu überschwemmen.

* * *

Der freie Schriftsteller klagt.

Zur vielgerühmten und viel bewunderten Rücksichtnahme gewisser Zeitungen: Ende Mai vergangenen Jahres erhielt die Redaktion der „Danziger Allgemeinen Zeitung" einen Erinnerungsaufsatz zum 40jährigen Todestage Kaiser Friedrichs am 15. Juni des genannten Jahres. Die Rücksendung erfolgte — hört und staunt, Ihr lieben Kollegen! — am 2. April 1929! Vielleicht sollte es ein Aprilscherz sein?

Paul Lindenberg.

Bildberichterstattung bei Gerichtsverhandlungen.

Am 17. April fand im Preußischen Justizministerium unter dem Vorsitz von Staatssekretär Hölscher eine Besprechung statt über die mit der Bildberichterstattung bei Gerichtsverhandlungen zusammenhängenden Fragen. Zu der Besprechung waren erschienen: Vertreter der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse, des Reichsverbandes der deutschen Presse, des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, des Vorstandes der Anwaltskammer Berlin, des Preußischen Richtervereins, des Republikanischen Richterbundes sowie die Spitzen der Berliner Gerichte und Staatsanwaltschaften. Die eingehende Aussprache ergab grundsätzliche Übereinstimmung darin, daß die Bildberichterstattung ein zeitgemäßes und durchaus geeignetes Mittel sei, neben der Wortberichterstattung die Öffentlichkeit über Inhalt und Verlauf von Gerichtsverhandlungen zu unterrichten. Es herrschte jedoch Einverständnis darüber, daß Mißbräuchen der Bildberichterstattung im Interesse der Rechtspflege und im Interesse der an den Verhandlungen beteiligten Personen entgegengetreten werden soll. Um Richtlinien für ein sachgemäßes und verständnisvolles Zusammenwirken zwischen den Organen der Rechtspflege und der Presse hinsichtlich der Bildberichterstattung zu finden, wurden unmittelbare Verhandlungen zwischen der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse, den Richterverbänden und der Anwaltskammer in Aussicht genommen.

Berufungsklage der „Menschheit" verworfen.

Die Berufungsverhandlung gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts Saarbrücken in dem Beleidigungsprozeß, den der Herausgeber der „Menschheit", Fritz Röttcher, gegen den verantwortlichen Redakteur Franke der „Saarbrücker Zeitung" auf Grund eines Artikels in der „Saarbrücker Zeitung" angestrengt hatte (siehe Deutsche Presse Nr. 13), fand am 23. April vor der ersten Strafkammer des Saarbrücker Landgerichts statt. Röttcher wurde auch in der zweiten Instanz kostenpflichtig abgewiesen. Das Gericht schloß sich der Begründung der ersten Instanz, nachdem es zunächst festgestellt hatte, daß Röttcher tatsächlich zur Erhebung der Klage berechtigt gewesen sei, darin an, daß der Vorwurf der Subventionierung nur dann beleidigend sei, wenn damit die Käuflichkeit verbunden sei. Der Beklagte habe aber ausdrücklich erklärt, daß ihm das nicht vorgeschwebt habe. Auch sei eine derartige Auffassung aus dem Aufsatze nicht zwingend herauszulesen. Bei der Betrachtung eines derartigen Vorwurfs müsse man zunächst berücksichtigen, welche Ideenrichtung eine Zeitung verfolge. Die „Menschheit" vertrete internationale Gedanken und stehe auf dem Standpunkt, daß vaterländische Gesichtspunkte sich diesen unterzuordnen hätten. Bei dieser Lage der Dinge könne in der Behauptung der Subventionierung durch das Ausland eine Beleidigung nicht erblickt werden.

Nach der Urteilsverkündigung erklärte Röttcher, daß er auch gegen dieses Urteil Revision einlegen werde. Der Prozeß wird dann in dritter Instanz vor dem Obersten Gericht des Saargebietes in Saarlouis verhandelt.

Preßgesetz und Radio.

Ein interessanter Prozeß ist, wie wir der „Frankfurter Ztg." entnehmen, kürzlich in Paris vor der 12. Strafkammer verhandelt worden. Er behandelte die Frage, ob die gesprochene Zeitung der gedruckten auf Grund des Preßgesetzes gleichzustellen sei. Vor der 12. Strafkammer klagte der Schriftsteller Maurice Privat gegen die Föderation für Radiotelephonie auf Aufnahme einer Berichtigung gemäß dem französischen Preßgesetz von 1881, das — wie in Deutschland — den Zeitungen die Aufnahme sachlicher Berichtigungen von persönlichen Angriffen auferlegt. In seine vom Eiffelturm aus durch das Radio verbreitete tägliche Plauderei, betitelt „Le journal parlé", hatte der Sprecher, Georges Delamare, angeblich beleidigende Bemerkungen über Privat eingeflochten. Die Radiogesellschaft und Delamare weigerten sich, Privats Antwort in eine nächste Plauderei aufzunehmen. Der Rechtsanwalt des Klägers brachte mehrere Radiohörer als „Zeugen" bei. Diese waren sich allerdings über den gehörten Wortlaut nicht einig. Infolgedessen hatte der gegnerische Anwalt leichtes Spiel, indem er darauf hinwies, wie schwer es beim Gesprochenen sei, einen genauen Text festzustellen, und im übrigen sei im Preßgesetz ausdrücklich von „Gedrucktem" die Rede. Das Gericht ließ diese Begründung zu und wies die Klage ab, ließ jedoch durchblicken, daß sich eine gesetzgeberische Regelung der Frage empfehle.

Die preußische Gewerbesteuer.

Neue Gefahren für die freien Berufe beim Steuervereinheitlichungsgesetz.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beriet am 22. April die Regierungsvorlage über die Gewerbesteuer. In der Abstimmung wurden sämtliche Abänderungsanträge abgelehnt. Annahme fand der Vorschlag des Interfraktionellen Ausschusses, der eine Erleichterung für die unteren Steuerstufen bringt. Die vorgeschlagenen Steuersätze wurden angenommen. Auch die übrigen Vorschläge über Gehälter, Tantiemen usw. bei den einzelnen Gesellschaften sowie über die Entrichtung der Gewerbesteuer fanden Annahme. Angenommen wurde auch ein Zentrumsantrag, der das Staatsministerium ersucht, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß der Beschluß des Landtages auf Einbeziehung der Steuer auf freie Berufe als Mehrheitswille des Landtages bei der Verabschiedung des Steuervereinheitlichungsgesetzes Berücksichtigung finde, und daß der Landtag in dieser Richtung rechtzeitig eine Gesetzesvorlage vorgelegt erhalte, wenn über den 31. März 1930 hinaus noch eine weitere Verlängerung des bestehenden Gewerbesteuergesetzes für Preußen notwendig werden sollte.

Das Plenum des Landtages hat inzwischen die 1. und 2. Lesung der Gewerbesteuervorlage vorgenommen. Dabei wurden die §§ 3 und 4, die die Verlängerung der bisherigen Bestimmungen für ein Jahr aussprechen und das Inkrafttreten des Gesetzes auf den 1. April ds. Js. festlegen, angenommen. Die 3. Lesung findet am 27. April statt.

Digitized by Google

Fachrundschau

Recht, Gesetz und Verkehrssitte.

„Welt am Montag" und „Welt am Morgen". Auf Antrag des Verlags der „Welt am Montag" hat der 10. Zivilsenat des Kammergerichts im Wege der einstweiligen Verfügung den Beschluß gefaßt, der Verlagsanstalt Wilhelmstadt G. m. b. H., in der die „Welt am Morgen" erscheint, die weitere Benutzung dieses Titels zu verbieten. Das Landgericht I hatte den Antrag auf einstweilige Verfügung gegen den Gebrauch des Titels „Welt am Morgen" zurückgewiesen und dem Verlag lediglich untersagt, eine Abkürzung zu benutzen, weil in dieser eine Verwechslungsgefahr mit der „Welt am Montag" erblickt wurde.

Journalisten- und Schriftstellerorganisationen.

Zusammenschluß der Deutschen Journalisten in Rom. Eine Anzahl der in Rom hauptberuflich tätigen deutschen Journalisten hat sich zu einem Klub deutscher Pressevertreter zur Wahrung ihrer beruflichen Interessen und zum gesellschaftlichen Verkehr zusammengeschlossen. Der Vereinigung gehören an die Kollegen: Dr. G. Eberlein (Scherl-Verlag), Dr. A. von Grote (Telegraphen-Union), Dr. Hiltebrandt (Kölnische Zeitung), O. Kahn (Frankfurter Ztg.), M. Passarge (Vossische Zeitung), A. Sternstein (Berliner Tageblatt), Dr. Fred C. Willis (Dienazeit). Den Schriftwechsel führt vorläufig der Kollege Kahn.

Aus anderen Organisationen.

Eine Umlage für den Altershilfefonds der Vela. Der Gau Berlin-Brandenburg der Vela (Vereinigung der leitenden Angestellten), veröffentlicht im Heft 8 der Zeitschrift „Der leitende Angestellte" einen Aufruf zur Stärkung des Altershilfefonds der Vela, in dem er an alle Gaumitglieder die Bitte richtet, zum Ausbau des Altershilfefonds durch eine einmalige Altershilfe-Umlage von RM 10.— pro Mitglied beizutragen. Die Umlage kann in Raten im Laufe der nächsten 6 Monate geleistet werden. Stellungslose Mitglieder sind von der Umlage befreit. In dem Aufruf wird an das Solidaritätsgefühl der Mitglieder appelliert und die Beteiligung an der Umlage wird als Ehrenpflicht bezeichnet.

Ausland.

Prozeß Coty—Frankfurter Generalanzeiger durch Vergleich beendet. In verschiedenen deutschen Zeitungen erschienen vor einiger Zeit Artikel gegen den französischen Industriellen und Zeitungsverleger François Coty, darunter auch im „Frankfurter Generalanzeiger", die ihn auf das heftigste bekämpften und ihm unter anderem Steuerhinterziehung in Frankreich vorwarfen. In einem Prozeß zwischen Coty und dem „Frankfurter Generalanzeiger", der jetzt in Frankfurt a. M. stattfand und mit einem Vergleich der beiden Parteien endete, wurde festgestellt, daß die Vorwürfe gegen Coty auf Konkurrenzfirmen zurückzuführen waren. Das von dem Vertreter Cotys, Rechtsanwalt Dr. Alsberg, vorgelegte Aktenmaterial ergab, daß dem ganzen Kampf nicht politische, sondern wirtschaftliche Motive anderer Firmen der Parfümeriebranche zugrunde lagen, und daß das oben genannte Blatt ebenso wie andere deutsche Zeitungen ohne Kenntnis der Hintergründe die inkriminierten Artikel gebracht hatten.

Beginn des ersten Prozesses im Hanau-Skandal. Vor dem Pariser Strafgericht begann der Erpressungsprozeß Anquetil und Genossen, der in unmittelbarem Zusammenhang mit der Angelegenheit der „Gazette du Franc" steht. Der Hauptangeklagte, der Besitzer und Herausgeber der eingegangenen Mittagszeitung „La Rumeur", Georges Anquetil, wird beschuldigt, nicht nur von Frau Hanau, sondern auch von anderen Persönlichkeiten der Finanzwelt unter Androhung scharfer Angriffe Gelder gefordert und zum Teil auch erhalten zu haben. Der zweite Hauptangeklagte ist der vielgenannte Mimun Amar, der in der Angelegenheit der „Gazette du Franc" genannt wurde als Mittelsmann zwischen den Hanau-Unternehmen und einer großen Tageszeitung sowie Persönlichkeiten der Finanz. Weiter haben sich zu verantworten der Herausgeber der satirischen Zeitschrift „Merle Blanc" Eugène Merle sowie ein gewisser Ruff, ehemaliger Geschäftsführer.

Zeitungswissenschaft in Italien. In der faschistischen Fakultät der politischen Wissenschaften an der Universität Perugia sind Lehrstühle für die Geschichte des Zeitungswesens und für italienische und vergleichende Preßgesetzgebung errichtet worden. Der Inhaber des ersten, Prof. Paolo Orano, war, der „Zeitungswissenschaft" zufolge, Journalist und Mitarbeiter des sozialistischen „Avanti" und hat sich als einer der ersten in Italien der Zeitungswissenschaft gewidmet; der Inhaber des anderen Lehrstuhles, Prof. Silvio Longhi, ist Senatspräsident am Kassationshof, Professor des Strafprozesses und Senator in Rom.

Vom chinesischen Zeitungswesen. Während noch bis vor wenigen Jahrzehnten das chinesische Zeitungswesen sehr darnieder lag — man zählte etwa 50 Blätter, die als chinesische Zeitungen angesprochen werden konnten —, ist nach der politischen Umwälzung im Jahre 1911 eine beinahe amerikanische Entwicklung des chinesischen Pressewesens zu verzeichnen. Die Zahl der amtlich verzeichneten chinesischen Blätter soll jetzt gegen 1200 betragen. Einige Verlagsunternehmungen arbeiten mit großen Kapitalien, die den Vergleich mit den Betriebsmitteln amerikanischer oder großer europäischer Blätter nicht zu scheuen brauchen. Eins der größten Blätter des Landes ist die 1872 gegründete „Shun Pao" in Schanghai, die über die modernsten technischen Hilfsmittel verfügt.

Verschiedenes.

500 Pfund für den besten deutschen Roman. Der englisch-amerikanische Verlag Harper and Brothers (London-New York) hat einen Preis von 10 000 Mark (500 Pfund) für den besten deutschen Roman oder die beste deutsche Biographie des Jahres 1929 gestiftet. Die angebotenen Werke müssen unveröffentlicht sein und von Verfassern stammen, die vor 1920 kein größeres Werk der Art herausgegeben haben. Nähere Bedingungen des Wettbewerbes durch den Schutzverband deutscher Schriftsteller, Berlin W 57, Bülowstraße 22.

Aus der Organisation

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse.

Verein Kölner Presse.

Die Neuwahlen in der Hauptversammlung am 11. März 1929 hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzender: Dr. Walter Schmits, Stellvertreter: Max Horndasch. Schriftführer: Walter Hubelmaier, Stellvertreter: Wilhelm Hollbach. Kassierer: W. Peiner, Stellvertreter: Hugo Boesen. Beisitzer: Nissen, Sinkhöfer, Täpper, Efferoth. Kassenprüfer: Fülles, Dr. Müller. Ältestenrat: Dr. Höber, Stehle, Ernst Brües.

Verein der Saarpresse.

In der letzten Hauptversammlung wurde als 1. Vorsitzender Dr. Dückers (Saarbrücker Landeszeitung), als stellvertretender Vorsitzender Adolf Franke, (Saarbr. Ztg.), als Schriftführer Bruch (Saarbr. Ztg.), als Schatzmeister Reinicke (WTB.), als Beisitzer Braun (Volksstimme) und Habebank (Saarzeitung) wiedergewählt. Neugewählt wurde als Beisitzer Dorscheid (Neukirchener Zeitung).

Verein Wuppertaler Presse.

In der Jahreshauptversammlung des Vereins Wuppertaler Presse e. V. konnte der Vorsitzende feststellen, daß auch das Geschäftsjahr 1928 durch den Geist des festen, kollegialen Zusammenhaltens ausgezeichnet war. Die Kassenverhältnisse haben einen erfreulichen Aufschwung genommen, so daß der Verein jetzt wieder den Ruf eines der pünktlichsten Zahler im Verbandsgebiet genießt. Dafür gebührt vor allem dem unermüdlichen Kassenwart, Koll. Winkler, besonderer Dank.

Traditionsgemäß kam der Verein Wuppertaler Presse auch im abgelaufenen Jahre mit einer großen künstlerischen

BAD PISTYAN

bietet d. „Deutschen Presse" zur Kur ganz besondere Begünstigungen.
Vulk. Schwefel-Schlammquellen — Rheuma, Gicht.
400 Morgen Park, Tennis, Golf, Rudern, Fischen.
Ausk.: Pistyan-Büro, Berlin W 15, Meierottestr. 1

Digitized by Google

Veranstaltung heraus. Der „künstlerische Beirat" des Vereins hat 1928 eine besondere Umsicht und glückliche Hand bewiesen. Das Furtwängler-Konzert brachte der Unterstützungskasse des Vereins nicht nur die bitter notwendige Auffrischung, es war auch ein künstlerisches Ereignis ersten Ranges für das Wuppertal.

Der Vorstand wurde einmütig wiedergewählt. Er hat folgende Zusammensetzung: 1. Vorsitzender Kollege Goedecker, 2. Vorsitzender Kollege Fleckner, 1. Kassenwart Kollege Winkler, 2. Kassenwart Kollege Böhme, 1. Schriftführer Kollege Vogt, 2. Schriftführer Kollege Krabus, Beisitzer die Kollegen Gebauer, Wolfg. Müller und Schmedding.

Zu Mitgliedern des Ältestenausschusses wurden gewählt die Kollegen Klein, Krabus und Tölke. Vertreter des Vereins im Verbandsvorstande sind nach dem Wahlergebnis die Kollegen Goedecker, Sir und Kayser. Zu Vertretern des Vereins in der Arbeitsgemeinschaft wurden gewählt die Kollegen Goedecker, Gierstepen, Krabus, Schmedding und Winkler. Für das Ehrengericht des Landesverbandes soll Kollege Klein vorgeschlagen werden. Zum Vertreter des Vereins im Verkehrsausschuß der Industrie- und Handelskammer wurde Kollege Sir gewählt (Vertreter: Koll. Klee). Als Vertreter in der Rheinischen Arbeitsgemeinschaft soll Kollege Kayser, im Eventualfall Kollege Krabus vorgeschlagen werden.

Landesverband der Sächsischen Presse.

Die diesjährige (19.) Hauptversammlung des Landesverbandes der sächsischen Presse fand am 7. April in Dresden statt. Eine stattliche Anzahl von Kollegen hatte sich dazu eingefunden:

Der Vorsitzende Dr. Blanck eröffnete die Tagung mit herzlichen Begrüßungsworten und hieß den Geschäftsführenden Vorsitzenden des Reichsverbandes, Kollegen Richter, Berlin, willkommen. Nach Feststellung der Mitgliederzahl und Aufruf der 33 Delegierten verlas der Vorsitzende den Jahresbericht. (Der Mitgliederbestand betrug Ende 1928 352 Mitglieder.) Die Unterstützungskassen wurden stark in Anspruch genommen. für das Presseheim Oybin wurde zur Ausgestaltung und baulichen Verbesserung eine Lotterie ausgespielt, die über 19 000 Mk. einbrachte, 64 Zuschußstellen für den Besuch von Oybin konnten gewährt werden. In repräsentativer Hinsicht haben sich Landesverband und Bezirksvereine weiter nach vorn geschoben, insbesondere durch Veranstaltung von Vortragsabenden, Pressebällen usw. Die Kassenverhältnisse befinden sich in guter Ordnung, ebenso der organisatorische Zusammenhalt.)

Den Gruß der Regierung an die Tagung hatte Ministerpräsident Heldt am Sonnabend beim repräsentativen „Abend der Presse" im Landtagssitzungssaal persönlich überbracht. Zu Ehren der im Laufe des Jahres verstorbenen Kollegen erhoben sich die Anwesenden von den Plätzen.

Kollege Graefe erstattete als Landesschatzmeister dann den Kassenbericht und den Bericht über die Sterbekasse. Kollege Irrgang berichtete über die Unterstützungskasse des Landesverbandes. Ein Antrag Dresdens betr. die unverheirateten Mitglieder der Sterbekasse wurde einstimmig angenommen:

> „Jedes unverheiratete Mitglied des Landesverbandes hat das Recht, für die Sterbekasse des Landesverbandes ein Mitglied seines Haushalts als mitversichert anzugeben; dabei sollen grundsätzlich nur Familienangehörige in Frage kommen. Diese Bestimmung tritt sofort in Kraft".

Die weiteren Anträge Leipzig und Vogtland wurden angenommen. Danach sollen in allen Landes- und Bezirksverbänden des Reichsverbandes Sterbekassen eingerichtet werden. Die Anträge auf Aufhebung der Unterstützungskasse des Landesverbandes wurden zurückgezogen. Der Antrag betr. Holz- oder Polsterklasse wurde zurückgezogen; es soll darauf bestanden werden, daß Delegierte auf allen Reisen Polsterklasse fahren.

•

Eine lange Aussprache entspann sich um die Frage Angestelltenversicherung und Reichsversorgungsanstalt. Der Bezirksverein Vogtland hatte sich in der Angelegenheit selbständig an das Reichsarbeitsministerium gewandt. Für die L.-V.-Tagung stellte er einen Mißbilligungsantrag gegen die „autokratische Geschäftsführung" des Reichsverbandsvorstandes. Dieser Antrag wurde abgelehnt gegen die Stimmen von Plauen. Koll. Richter, Berlin, bezeichnete den Vorfall als einen peinlichen Verstoß gegen die Verbandsdisziplin. Das Vorgehen Plauens habe die Förderung der Angelegenheit sehr gestört. Von einer auf Grund der Debatte eingesetzten Sechserkommission wurde folgender Antrag gestellt und angenommen:

> „Der Landesverband wolle beim Reichsverband unter allen Umständen darauf hinwirken, daß keinerlei Verhandlungen mit den zuständigen Behörden gepflogen werden, die auf eine Abschaffung der Versicherungspflicht der bisherigen Versicherten (also ausschließlich der nach der Erhöhung der Versicherungsgrenze neu zu Versichernden) in der Reichsangestelltenversicherung abzielen. Die Leistungen der Reichsversicherungsanstalt seien, besonders für die jüngeren Kollegen, so ungleich günstigere gegenüber der Versorgungsanstalt der R. A. G. der deutschen Presse, daß die bereits Versicherten auf ein Weiterbestehen der Versicherungspflicht größten Wert legen.
>
> Falls es nicht möglich ist, im Sinne dieses Antrages die Versicherungspflicht beizubehalten, soll der Reichsverband ersucht werden, als Zusatz des § 19 seiner Fassung des Angestelltenversicherungsgesetzes durchzusetzen: „Der für die freiwillige Weiterversicherung bei der Reichsangestelltenversicherung gezahlte Betrag kann wie bisher bei der gesetzlichen Zwangsversicherung in vollem Umfange (Redakteur- und Verlegeranteil) von der an die Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft zu zahlenden Prämie abgezogen werden".

Ein Antrag, die ganze Materie auf der Reichstagung außerdem zu behandeln, wurde angenommen. Ein Antrag Zwickau, daß die Mitteilungen der R. A. G. zur Versicherungsbescheinigung auch dem Versicherungsnehmer persönlich zugesandt werden, fand Annahme. Dem Vorsitzenden wurde zugestimmt, daß das Vorgehen der Plauener Kollegen zu mißbilligen sei. Betont wurde jedoch dabei, daß damit nur das organisationswidrige Vorgehen gemeint sei, ohne daß der Kampf der Plauener Kollegen in der Sache selbst mißbilligt werden sollte. Die Mißbilligungsformel wurde einstimmig gegen die Stimmen von Plauen ausgesprochen, der letzte Satz wurde mit 186 gegen 151 bei 18 Enthaltungen angenommen.

•

Es wurde darauf Punkt 8 (Fall Maushagen-Tauber, Chemnitz) verhandelt. Kollege Dr. Günther referierte über die Verhandlungen des Landesverbandsvorstandes und verteidigte seine Stellungnahme im Reichsverbandsvorstand. Kollege Krebs, Chemnitz, antwortete und verlas nochmals die Chemnitzer Denkschrift über diese Frage. Ihm antwortete Kollege Richter, Berlin, der insbesondere bedauerte, daß der Bezirksverein Chemnitz sich nicht in einer so wichtigen Sache an den Reichsverband gewandt habe. Nach längerer Aussprache wurde der Antrag des Vorstandes satzweise mit verschiedenen Mehrheiten angenommen, und zwar in folgender Fassung:

> „Die Landeshauptversammlung hat die Überzeugung gewonnen, daß die dem Chemnitzer Bezirksverein gemachten Vorwürfe in verschiedenen wesentlichen Punkten zu weit gegangen sind. Sie kann aber dem Chemn. Bez.-V. den Vorwurf nicht ersparen, daß dieser es unterlassen hat, den Landesverband rechtzeitig und ausreichend über die ganze Angelegenheit zu unterrichten und dauernd auf dem Laufenden zu halten. Wäre das geschehen, dann wäre zweifellos auch die Stellungnahme des Reichsverbandsvorstandes anders ausgefallen. Zweckmäßig wäre es auch gewesen, wenn der Reichsverbandsvorstand, ehe er sein Urteil abgab, sich ausreichender auch beim Chem. Bez.-V. unterrichtet hätte."

Entsprechend einem Antrag Dresdens wurden Bautzen und Bischofswerda nach dem Bezirksverein Dresden einbezirkt.

Es folgten die Wahlen. Entsprechend der Aussprache im Vorstande wurde der Kollege Graefe als Landesverbandsvorsitzender vorgeschlagen und bei Stimmenthaltung von Plauen einstimmig als Landesverbandsvorsitzender gewählt. Dr. Günther sprach dem scheidenden Vorsitzenden Dr. Blanck den einmütigen herzlichen Dank der Versammlung aus. Dank für alles, was er in guten und weniger guten Zeiten für den Verband und die Kollegen getan, sei ihm dauernd gewiß. Dr. Blanck dankte und versprach, dem Verbande auch fernerhin dienen zu wollen. Sämtliche übrigen Mitglieder des Vorstandes wurden durch Zuruf gewählt. An Stelle von Graefe als Schatzmeister Koll. Sarodnik und an Stelle von Koll. Helemann als Beisitzer Wagenknecht, Chemnitz. Der Vorstand setzt sich demnach folgendermaßen zusammen: 1. Vorsitzender: A.

Digitized by Google

Graefe, Dresden; 2. Vorsitzender: Dr. Günther, Leipzig; 3. Vorsitzender: Regierungsrat Dr. Purlitz, Dresden; 1. Landesschatzmeister: O. Sarodnik, Dresden; Stellvertreter: G. Irrgang, Dresden; 1. Schriftführer: R. Albert, Dresden; Stellvertreter: Dr. Hasse, Dresden; ferner als Beisitzer: Dr. Mendheim, Seidel, Proffen, Rogatzky (sämtlich Leipzig); Krebs und Wagenknecht, Chemnitz; Reimann, Zwickau; Dr. Bruchmüller, Plauen; Kellner, Zittau; Quellmalz, Burgstädt; und Herrlein, Dresden.

Die Landesarbeitsgemeinschaft besteht aus den Kollegen Graefe, Dr. Günther, Herrlein; als Stellvertreter: Dr. Bruchmüller und je ein von Chemnitz und Zittau noch zu benennendes Mitglied.

Landesschiedsgericht: Graefe, Dr. Günther, Herrlein; Stellvertreter: Dr. Zwintscher, Dr. Bruchmüller, Dr. Grumbt.

Landesehrengericht: Für Dresden: Herrlein und Dr. Hasse; für Leipzig: Dr. Lanick und Dr. Brendl; für Chemnitz: Helemann und Lemke; für Zwickau: Simon; für Zittau: Kudelko. Der Vorsitz liegt in Dresden, im Bedarfsfalle in Leipzig oder Chemnitz.

Es folgte die Besprechung über das Presseheim Oybin. Kollege Herrlein berichtete über Geschäfts- und Kassenstand. Der Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Wirtschaftsausschusses für das Presseheim Oybin wurde angenommen. Kollege Kellner berichtete über die baulichen Veränderungen, die 5500 Mark erfordert haben. In den Wirtschaftsausschuß wurden gewählt: Für Dresden: Herrlein (Vorsitzender); für Leipzig: Seidel; für Chemnitz: Wagenknecht; für Zittau Kellner und Kahlert.

Ein Antrag Dresdens fand darauf Annahme, für die Filmkritik Richtlinien zu schaffen, die von der Landesarbeitsgemeinschaft beraten und dann für ganz Sachsen verbindlich erklärt werden sollen.

Die Festsetzung des Tagungsortes der nächsten Landesversammlung wurde dem geschäftsführenden Ausschuß überlassen. Voraussichtlich wird wegen der Hygieneausstellung Dresden bestimmt werden. — Als Delegierte für die Reichsverbandstagung in Bremen wurden gewählt: Herrlein, Dr. Albrecht, Dr. Bruchmüller, Kellner, Rogatzky, Seidel, Wagenknecht (außerdem auf Reichsverbandskosten Dr. Günther und Graefe). Die Bezirksvereine können auf eigene Kosten weitere Delegierte mit Stimmrecht entsenden.

Personalien

Dr. Egon-Erich Albrecht, bisher beim „Pirnaer Anzeiger", früher politischer Schriftleiter der „Hamburger Nachrichten", übernimmt zum 1. Mai die Chefredaktion der neuen, in Dresden erscheinenden mittelständischen Dresdner Tageszeitung „Sächsischer Kurier".

Schriftleiter Karl Detzel ist Anfang April aus der Redaktion des „Rheinpfälzer" in Landau, in welcher er mit fünfvierteljähriger Unterbrechung (durch journalistische Tätigkeit in Düsseldorf und Aachen) seit Oktober 1918 tätig war, ausgeschieden; sein Nachfolger ist Hans Ostermaier-Aschaffenburg.

Robert Felz, Redakteur und Geschäftsführer der „Lippstädter Zeitung" konnte Mitte April in voller geistiger und körperlicher Frische das goldene Berufsjubiläum feiern. Mitte April 1879 trat er als Lehrling in die Buchdruckerei von Emil Jakob in Goldberg in Schlesien ein. Damals mußte der Buchdruckerlehrling noch den Nachweis höherer Schulbildung erbringen und in deutscher Sprache, Geschichte, Latein, Französisch usw. eine Prüfung ablegen. Als junger Gehilfe wanderte Felz, wie das damals üblich war, durch Deutschland, diente seine Zeit bei den 18. Königshusaren in Großenhain in Sachsen ab, war dann Akzidenz- und Zeitungssetzer, Korrektor und kam als erster in Dresden (Neueste Nachrichten) an die Linotype. Von 1900 ab war er in Ruhrort und Berlin Zeitungsmitarbeiter, besonders in Berlin an der Nationalzeitung; nebenbei vertiefte er durch Besuch von Hochschulvorlesungen sein Wissen. 1906 wurde er Redakteur in Freiburg i. Br., war dann mehrere Jahre in Nordhausen tätig, dann kurze Zeit als natlib. Parteisekretär in Nürnberg, und wurde von dort 1911 nach Sangerhausen geholt, um nach dem Wahlsieg der nationalliberalen Partei im Kreise Sangerhausen-Eckartsberga die Redaktion der „Sangerhäuser Zeitung" zu übernehmen, die er als Alleinredakteur über den Krieg und seine Nachwehen bis 1923

leitete. Im genannten Jahr wurde er, ein Opfer der Inflation, abgebaut, war zwei Jahre in Hoya und Nienburg tätig und wurde als Sechzigjähriger nach Lippstadt an die dortige evangelische Zeitung berufen, die er seit vier Jahren mit gutem Erfolge leitet. Der Jubilar ist als Redakteur Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Presse. Möge es ihm noch lange Jahre vergönnt sein, dem liebgewordenen Berufe in Frische und Rüstigkeit nachzugehen.

Chefredakteur Dr. jur. Fritz Kersting, der seit 1. Juni 1924 die Chefredaktion des „Bochumer Anzeiger" innehatte, ist am 15. April in den Scherl-Verlag in Berlin eingetreten. Er hat die stellvertretende Chefredaktion des „Tag" übernommen.

Redakteur Mayer am „Neuen Alb-Boten" in Ebingen, früher an der „Oberländer Zeitung" in Singen, wurde die Hauptschriftleitung und Verlagsleitung des „Neuen Alb-Boten" übertragen. Gleichezitig wurde Mayer zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied der Genossenschaftsdruckerei A.-G. in Ebingen bestellt.

Kollege Ernst Schaidt, verantwortlicher Redakteur für Politik und Wirtschaft an den Groß-Berliner Tageszeitungen „Das Dampfboot" und „Der Südosten", wurde zum Chefredakteur ernannt.

Georg Schöpflin 60 Jahre alt. Chefredakteur Georg Schöpflin vom Karlsruher „Volksfreund", M. d. R., beging den 60. Geburtstag. Schöpflin stammt aus Baden. Er wurde am 5. April 1869 in Titisee geboren. Nach längerer Wanderschaft als Bürstenmacher trat er 1891 in die Arbeiterbewegung ein und wurde 1895 Redakteur in Frankfurt a. O., dann in Burgstädt i. Sa., Chemnitz und Leipzig. 1914—18 war er Redakteur der Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz in Berlin. Seit dem Oktober 1919 versieht er das Amt des Chefredakteurs des „Volksfreundes". Während der Revolutionszeit war er mit der Führung der Geschäfte des Oberkommandos in den Marken (Berlin) beauftragt, dann mit denen des Gouverneurs von Berlin. Dem Reichstag gehört er seit 1903 fast ununterbrochen an. Er war auch Mitglied der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung für den Wahlkreis Chemnitz-Zwickau. Im Reichstag erwarb sich Schöpflin, der militärischer Sachverständiger der SPD. ist, bald Ansehen und Beliebtheit auch über seine Fraktion hinaus.

Redakteur Karl Schwaiger in Neu-Ulm vollendet am 6. Mai sein 60. Lebensjahr. Im kommenden Herbst werden es auch 30 Jahre, daß Kollege Schwaiger, der aus dem Lehrerberuf hervorgegangen ist, der Redaktion des „Ulmer Tagblatts" als Leiter des lokalen Teils angehört. Mit weiten Kreisen der Ulmer und Neu-Ulmer Bürgerschaft ist er in dieser langen Zeit in Berührung getreten, und er hat durch sein entgegenkommendes und jederzeit hilfsbereites Wesen wie durch sein ganzes Auftreten nicht nur seinem Blatt zu hohem Ansehen und großer Bedeutung verholfen, sondern auch unserem Stand weitreichende Wertschätzung verschafft. Mit ungebrochener Berufsfreudigkeit stellt er noch heute von morgens 5 Uhr bis in den späten Abend hingebungsvoll seine reichen Erfahrungen und hervorragenden menschlichen Eigenschaften

Digitized by Google

in den Dienst seiner Zeitung. Auch für unsere Standesinteressen hat sich Kollege Schwaiger immer verdienstvoll eingesetzt; er ist seit Jahren Mitglied des Reichsverbandes und gehörte einige Zeit auch dem Ausschuß des Landesverbandes Württemberg an.

Kollege Ewald Schwandt in Landeshut (Schlesien) vollendet am 4. Mai sein 50. Lebensjahr, nachdem er im Jahre 1924 sein 25jähriges Berufs-Jubiläum begehen konnte. Er leitet seit zehn Jahren die Redaktion der „Landeshuter Zeitung" und „Liebauer Nachrichten" und ist ein überzeugtes und eifriges Mitglied des Verbandes der Schlesischen Presse, dessen Vorstand er einige Jahre angehört hat.

Josef Wellenreuther, Redakteur am „Bruchsaler Boten" übernahm die Hauptschriftleitung des Baden-Badener Zentrumsblattes, der „Badischen Volkszeitung".

Dr. ver. pol. Kurt Zielenziger, bisher Mitglied der Redaktion der „Vossischen Zeitung", hat am 15. April sein Amt als Stellvertretender Pressechef und Stellvertretender Leiter des Nachrichtenamtes der Stadt Berlin angetreten.

Dr. Richard Schäfer †. Der verantwortliche Schriftleiter für den volkswirtschaftlichen und Handelsteil des „Landauer Anzeigers", Dr. Richard Schäfer, ist am 5. April nach einer Operation im Alter von erst 31 Jahren gestorben. Der Verstorbene, in Lustadt (Bezirksamt Germersheim) geboren, besuchte die Realschule Landau sowie die Oberrealschule Kaiserslautern, nahm am Weltkriege als Freiwilliger in einem aktiven Feldartillerieregiment teil, studierte nach dem Kriege Volkswirtschaft und schloß seine Studien mit dem Doktorexamen in Heidelberg ab. Hierauf trat er zunächst in das Bankfach und später in den Redaktionsstab des „Landauer Anzeigers" ein, in welchem er 3¾ Jahre als Handelsredakteur tätig war. Mit Dr. Schäfer ist ein tüchtiger Journalist, ein edler Mensch von vornehmer Denkungsart und lauterem Charakter, ein lieber, schätzenswerter Freund und Berufskollege aus dieser Zeitlichkeit geschieden. Sein Andenken wird bei allen, die ihn kannten, in Ehren bleiben.

Eduard Steinacker †. In Klosterneuburg bei Wien ist im Alter von fast 90 Jahren der Journalist Eduard Steinacker gestorben. Steinacker war lange Jahre Mitarbeiter süddeutscher und schweizerischer Zeitungen und ein sehr bekannter Publizist in Österreich.

Professor Adolf Weißmann †. Auf einer Palästinareise ist der Musikkritiker der „BZ am Mittag", Professor Adolf Weißmann, in Haifa ganz plötzlich einem Hirnschlag erlegen. Er weilte in Palästina, um an der Hebräischen Universität in Jerusalem Vorträge zu halten und gleichzeitig die Musikschulen in Palästina zu studieren. Weißmann war am 15. August 1873 in Rosenberg in Oberschlesien geboren. Er war zuerst Gymnasiallehrer, ging aber sehr bald zur Musikkritik und zum Musikschrifttum über. Seine große schriftstellerische und feuilletonistische Begabung machten ihn zu einem der erfolgreichsten Vertreter dieses Gebietes. Er verstand es ausgezeichnet, für seine eigene Stellungnahme in einem großen Anhängerkreise zu werben. Bekannt war er besonders durch sein begeistertes Eintreten für Neubestrebungen auf dem Gebiete der Musik. Oft hat er seinen großen Einfluß eingesetzt, um jungen aufstrebenden Musikern mit die Wege zu ebnen. Seine musikkritische Tätigkeit begann er 1900 am „Berliner Tageblatt". Er setzte sie am „Roland von Berlin" fort und ging 1916 an die „BZ am Mittag". Von seinen Büchern seien genannt das Quellenwerk „Berlin als Musikstadt" und seine letzte Publikation „Die Entgötterung der Musik". Er hat außerdem biographische Bücher über Chopin, Bizet, Puccini und Verdi geschrieben. Seine Beisetzung hat bereits in Haifa stattgefunden.

Inhaltsangabe:

Die Leistungen des Reichsverbandes — eine Wirklichkeit.
Anwaltschaft und Presse. Eine Entgegnung von Rechtsanwalt Kirchberger. Von Redakteur Dr. jur. Roth.
Oberstes Ehrengericht des Reichsverbandes. Die Entscheidung im Fall Dr. Östreich.
Nochmals: Geschäftsreklame, Eigenreklame und Redaktion.
Zum Fall Tauber-Maushagen.
Wie Reklame geschunden wird.
Der freie Schriftsteller klagt.
Bildberichterstattung bei Gerichtsverhandlungen.
Berufungsklage der „Menschheit" verworfen.
Preßgesetz und Radio.
Die preußische Gewerbesteuer.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Philipp Grimm (Journalist am Beobachter am Main), Aschaffenburg, Fischhausgasse 2; Dr. Fritz Rudolph (Red. am Beob. am Main), Aschaffenburg, Weißenburger Str. 46/3; Paul Emil Rings (Red. d. Donaubote), Ingolstadt, Kupferstr. 18/1; Max Schachenmayer (Red. d. Saaleztg.), Bad Kissingen, Theresienstr. 16/2; Adolf Moser (Red. d. Neuen Augsb. Ztg.), Augsburg, H. 245 1/5; Josef Scharl (Red. am Freisinger Tagbl.), Freising, Pfalzgrafstr. 10.

Bezirksverband Berlin. Oberingenieur K. A. Tramm (Fachschriftsteller), Tempelhof, Berliner Str. 16.

Verein Frankfurter Presse. A. Morgner, Hauptmann a. D., Langen/Hessen, Friedrich-Ebert-Straße 9.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Kölner Presse. Hans Watermann (Dürener Ztg.), Düren; Irma Fiebig (Scherl), Köln, Moltkestr. 103; Dr. Josef Winschuh (Köln. Ztg.), Köln-Sülz, Zülpicher Str. 402. — Verein Düsseldorfer Presse. Hans Bilges (Tel.-Union), Düsseldorf, Karlstr. 69 II b. Dreß; Dr. Horst Walther (Stadtanz.), Düsseldorf, Hamm 207.

II. Neuanmeldungen.

Verein Frankfurter Presse. Paul Edmund Hahn, Frankfurt a. M., Rheinstr. 20.

Verein Niedersächsische Presse. Gruppe Verein Hannoversche Presse. E. H. v. Issendorff (fr. Journalist), Hannover, Mardalstr. 6.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Pressevereine Hagen. Emil Reuber (Westd. Volksztg.), Hagen i. W., Elberfelder Str. 12 II.

Büchermarkt

Der Große Brockhaus, Band 1. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig; in Leinen Mk. 22.50, in Halbleder Mk. 29.— vor Subskriptionsschluß. Monatl. Teilzahlungen gestattet.

Die letzten 10 Jahre mit ihrer vorwärtsstürmenden Entwicklung auf so vielen Gebieten des Lebens, mit ihrer grundlegenden Veränderung auf ebenso vielen haben sämtliche vor dem Krieg in Gebrauch gewesenen großen Nachschlagewerke veralten lassen, so daß die bekannten Konversationslexika-Verlage schon vor Jahren begonnen haben, neue „Handbücher des Wissens" herauszubringen. Jetzt wird auch der „Große Brockhaus" neu aufgelegt. Der 1. Band, dessen geschmackvolles und ansehnliches Äußere Erich Gruhnert in Leipzig entworfen hat, ist kürzlich auf dem Büchermarkt erschienen und gibt eine flüchtige Vorstellung von der Vielgestaltigkeit des Werkes, das wohl über alle Gebiete, über alle Fragen, die man an ein solches Nachschlagewerk richten kann, billig Auskunft und Antwort vermittelt. Dem Band 1 des neuen „Großen Brockhaus" ist nicht nur zu entnehmen, daß das alte Material des Vorkriegsbrockhaus auf den neuesten Stand gebracht ist. Viel wichtiger ist, daß bei der Neuherausgabe die Gesichtspunkte maßgebend gewesen sind, unter denen wir Menschen von heute an ein derartiges Nachschlagewerk herangehen. Jeder, der es besitzt, will sich in Fällen des Zweifels oder des Nichtwissens Auskunft holen. Man erwartet von ihm Rat und Belehrung in vielen Fragen des täglichen Lebens, sei es in Sachen des Berufs oder der Familie, der Kunst oder Wissenschaft, der Liebhaberei oder des ernsten Studiums, und erwartet solche Auskunft nicht nur, sondern bekommt sie tatsächlich. Der neue Brockhaus erweist sich, wenn die übrigen Bände halten, was der erste verspricht, als ein unentbehrlicher Ratgeber gerade für das tägliche Leben. Modernisiert ist jedoch nicht nur der Textinhalt, modernisiert ist auch die äußere Gestalt, auf den heutigen Stand gebracht die Bildbeigaben; zum ersten Male finden wir in einem deutschen Lexikon Autotypien und die zahlreichen graphischen Darstellungen verschiedenster Art, z. B. technische Zeichnungen, Handschriften berühmter Persönlichkeiten, Diagramme usw. Der Erwerb des Lexikons ist so erleichtert (durch monatliche Ratenzahlungen bis hinunter zu 5.— Mk.), daß selbst Bezieher in engen wirtschaftlichen Verhältnissen die Anschaffung des Lexikons ermöglichen können. Eine weitere Erleichterung der Anschaffung liegt darin, daß noch eine beschränkte Anzahl von Subskriptionsexemplaren in Ganzleinen, der Band 22.50 Mk. statt mindestens 25.— Mk. zu haben ist und daß alte Lexika von mindestens 4 Bänden an, gleichviel welcher Verlag, in Zahlung gegeben werden können. In Lieferungen erscheint das Lexikon diesmal nicht, da die Erfahrungen gelehrt haben, daß die Ausgabe der einzelnen Bände gegen Monatsraten für die Bezieher praktischer ist.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 36.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 18 — Berlin, den 4. Mai 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Müller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Reichsverbandstag 1929 in Bremen.

Die diesjährige

Vertreter-Versammlung

des Reichsverbandes der deutschen Presse e. V. wird vom 7. bis 9. Juni in Bremen stattfinden.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht, Entlastung des Schatzmeisters und Aufstellung des Haushaltsplanes.
3. Wahlen zum Vorstand des Reichsverbandes, zum Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft, zum Oberschiedsgericht aus dem Tarifvertrag, zum Obersten Ehren- und Schiedsgericht des Reichsverbandes und Ersatzwahl zur Pflegschaft der ZHK.
4. Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse, Versorgungsanstalt der RAG. und Reichsangestelltenversicherung.
5. Richtlinien für die Mitgliedschaft im Reichsverband.
6. Die Lage der Auslandskorrespondenten und der Reichsverband.
7. Bürokratie und Presse.
8. Rundfunk und Presse.
9. Die Berichterstattungssperre in Verbindung mit dem Konflikt Tauber-Manshagen in Chemnitz.
10. Anträge der Verbände.
11. Fédération Internationale des Journalistes.
12. Verschiedenes.

Um eine reibungslose Durchführung der Vorarbeiten zum Verbandstage zu sichern und vor allem die preiswerte Unterbringung der Vertreter sowie der Gäste unbedingt zu gewährleisten, werden sowohl die Vorstände der Verbände wie die Vertreter selbst dringend gebeten, der Zentrale des Reichsverbandes baldmöglichst, spätestens aber bis zum 15. Mai, ihre Anmeldung für Hotelunterkunft mitzuteilen. Endtermin für die Anmeldung für Hotelunterkunft wird noch festgesetzt.

Vor allem werden diejenigen Kollegen, die als Gäste oder zu Studienzwecken an der Vertreterversammlung teilnehmen wollen, in ihrem eigenen Interesse nochmals um möglichst baldige Anmeldung ersucht, damit auch ihnen die Vergünstigungen der Vertreter gesichert werden können.

Für die Berücksichtigung nach dem 15. Mai eintreffender Anmeldungen bzw. später gemeldeter Absagen kann hinsichtlich Hotelunterbringung eine Verantwortung der Verbandsleitung nicht übernommen werden.

Laut § 14 der Satzung müssen Anträge der Verbände, die auf die Tagesordnung des ordentlichen Verbandstages kommen sollen, 3 Wochen vor der Tagung beim Vorstand eingereicht werden, worauf hiermit besonders aufmerksam gemacht wird. Die Veröffentlichung der Anträge erfolgt in der am Sonnabend, dem 25. Mai, erscheinenden Nummer des Verbandsorgans. Die Anträge müssen also spätestens am Montag, dem 20. Mai, bei der Verbandsleitung schriftlich vorliegen.

Programm:

Freitag, 7. Juni:

10 Uhr: Sitzung des Reichsausschusses im Kleinen Saal der „Glocke" (am Dom).
13 Uhr: Gemeinsames Essen der Delegierten, der schon in Bremen anwesenden auswärtigen Teilnehmer an der Tagung und der Mitglieder des Vereins Bremer Presse mit Damen in der „Glocke".
20 Uhr: Empfang der Delegierten durch den Senat im neuen Rathause (ohne Damen). (Eingang: Gegenüber dem Dom.)
Anzug: Smoking oder Cutaway.
Von 21 Uhr ab: Geselliges Beisammensein der nicht am Senatsempfang teilnehmenden Gäste im Patriziersaal des Essighauses.
Begrüßung durch den Verein Bremer Presse.
Die Delegierten erscheinen nach Beendigung des Senatsempfanges.

Sonnabend, 8. Juni:

10 Uhr: Beginn der Delegierten-Versammlung im Mittleren Saal der „Glocke". (Eingang: Domsheide).
13 Uhr: Gemeinsames Mittagessen der Delegierten und sonstigen Teilnehmer und deren Damen im Großen Saal der „Glocke".
14.30 Uhr: Fortsetzung der Delegierten-Versammlung.
19.00 Uhr: Kundgebung des Reichsverbandes im Großen Saal des Klubhauses der „Union" Kaufmännischer Verein. (Eingang: An der Tiefer.)
21.00 Uhr: Festessen im Großen Saal der „Glocke", veranstaltet vom Reichsverband der deutschen Presse. (Eingang: Domsheide.)

Digitized by Google

Sonntag, 9. Juni:

9.00 Uhr: Fortsetzung der Delegierten-Versammlung im Mittleren Saal der „Glocke“.
13.00 Uhr: Gemeinsames Mittagessen aller Teilnehmer an der Tagung im Großen Saal der „Glocke“.
14.00 Uhr: Fortsetzung der Delegierten-Versammlung.
Etwa 16.30 Uhr: Schluß der Delegierten-Versammlung.
17.00 Uhr: Fahrt zur Werft der Actien-Gesellschaft „Weser“ zur Besichtigung des seiner Fertigstellung entgegensehenden Riesenschnelldampfers „Bremen“ des Norddeutschen Lloyd.
Etwa 20 Uhr: Rückfahrt zur Stadt.
Nach Rückkehr: Nach Belieben! Geselliges Beisammensein im Ratskeller oder in der Böttcherstraße.

Montag, 10. Juni:

Auf Einladung des Norddeutschen Lloyd:

7.05 Uhr: Fahrt mit Sonderzug vom Hauptbahnhof Bremen nach Bremerhaven.
8.32 Uhr: Ankunft auf dem Columbusbahnhof in Bremerhaven.
Besichtigung der neuen Bahnhofsanlagen des Norddeutschen Lloyd und der Columbusmauer.
9.30 Uhr: Fahrt mit dem Seebäderdampfer „Roland“ des Norddeutschen Lloyd nach Helgoland.
12.30 Uhr: Ankunft auf der Reede von Helgoland. Mittagessen an Bord.
Etwa 14 Uhr: Ausbooten und Landung.
Letztes Boot ab Land 18.30 Uhr.
18.45 Uhr: Wiedereinschiffung und Rückfahrt nach Bremerhaven.
22.08 Uhr: Rückfahrt mit Sonderzug von Bremerhaven (Columbusbahnhof) nach Bremen.
23.35 Uhr: Ankunft in Bremen.
Der Anschluß an die Nachtzüge nach Hannover, Berlin, Frankfurt, München (0.04 Uhr) sowie nach dem Westen (0.47 bezw. 1.27 Uhr) wird erreicht.

Vorläufiges Programm für die Damen und Nicht-Delegierten:

Freitag, 7. Juni:

Besuch des Bremer Stadttheaters (Oper) oder des Bremer Schauspielhauses (Schauspiel).
Nach Schluß der Vorstellungen: Geselliges Beisammensein im Essighause.

Sonntag, 8. Juni:

10.00 Uhr: Hafenrundfahrt und Besichtigung der Fabrikanlagen der Kaffee-Hag.
13.00 Uhr: Gemeinsames Mittagessen mit den Delegierten in der „Glocke“.
16.00 Uhr: Rundfahrt durch die Stadt.
19.00 Uhr: Teilnahme an der Kundgebung des Reichsverbandes in der „Union“ und am Festessen in der „Glocke“ (21 Uhr).

Sonntag, 9. Juni:

10—11.30 Uhr: Spaziergang durch den Bürgerpark. Frühstück in der Meierei.
12—1 Uhr: Besuch des Städtischen Museums am Bahnhof oder der Kunsthalle am Ostertor oder des Focke-Museums für bremische Altertümer an der Großenstraße (Stephanitor). Für Führung ist gesorgt.
13.00 Uhr: Gemeinsames Mittagessen mit den Delegierten in der „Glocke“.
17.00 Uhr: Fahrt zur Werft der Actien-Gesellschaft „Weser“. Besichtigung des Schnelldampfers „Bremen“. Nach Rückkehr: Zwangloses geselliges Beisammensein im Ratskeller oder im Festsaal der Kaffee-Hag in der Böttcherstraße.

Montag, 10. Juni:

Fahrt nach Bremerhaven und Helgoland. (Programm s. oben.)

Für die Teilnehmer an der Tagung, Vertreter und Gäste, wird ein Teilnehmerheft herausgegeben, in das Gutscheine für die einzelnen Veranstaltungen eingefügt sind. Das Teilnehmerheft kostet 20 RM. Hotelunterkunft, Frühstück und Bedienung sind besonders zu bezahlen. Über die Preise wird Näheres spätestens in der nächsten Nr. der „D. P.“ mitgeteilt. Um die Teilnehmer an der Tagung überhaupt zu einem erträglichen Preis unterzubringen, war es nötig, schon jetzt Hotelzimmer rechtsverbindlich zu mieten. Es kann sich daher jeder Kollege, der an der Tagung teilnimmt, schon jetzt eine Hotelausweiskarte beim Verein Bremer Presse (Kollege Hans Müller, Bremen, Weser-Zeitung), bestellen. Im Bahnhof des Norddeutschen Lloyd (neben dem Hauptbahnhof, links vom Ausgang) wird eine Geschäfts- und Auskunftsstelle des Vereins Bremer Presse eingerichtet. Dort bekommen die Kollegen gegen Zahlung von 20 RM pro Person das Teilnehmerheft, in dem keinerlei Abschnitte für die Unterkunft enthalten sind. Da die Hotelunterkunft schon jetzt bezahlt werden kann, verteilen sich die Ausgaben für den Verbandstag auf zwei Monate.

Diejenigen Kollegen, die am 10. Juni abends noch nicht von Bremen abreisen wollen, werden gut daran tun, sich rechtzeitig nach weiterer Unterkunft umzusehen. Der Verein Bremer Presse, Wohnungsausschuß, ist bereit, auf Wunsch die Zimmer zu belegen. Redakteur Hans Müller, Weser-Zeitung, nimmt Anmeldungen hierfür entgegen.

Sonderkosten werden außer den erwähnten für Unterbringung, Frühstück und Bedienung im Hotel voraussichtlich nicht entstehen. Zu allen besonderen Veranstaltungen finden sich Gutscheine in den Teilnehmerheften.

Die Verbandsleitung:
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Nachrichtenbüros und Pariser Konferenz.

Von der Redaktion aus gesehen.

Der 18. April, an dem die Pariser Sachverständigenkonferenz zu scheitern drohte, war ein schwarzer Tag für die beiden großen deutschen Nachrichtenbüros. Und wer von den Kollegen das Morgenblatt zum 19. April redigiert hat, — und auf die Berichterstattung von Wolff und T. U. angewiesen war, — wird mit mir die Auffassung teilen, daß er in seiner redaktionellen Arbeit selten vor einer so schwierigen Situation gestanden hat wie an diesem Tage.

In Paris war am Nachmittag der Revelstoke-Ausschuß zusammengetreten, um zu versuchen, einen Ausgleich zwischen dem alliierten und dem deutschen Memorandum herbeizuführen. Die Lage war an sich gespannt und man mußte darauf gefaßt sein, daß eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Aber dieser Fall trat in einer Form auf, die auch die trübsten Erwartungen übertraf. Gegen ¼10 Uhr abends meldete T. U. mit drei Zeilen:

Digitized by Google

Die Sachverständigenkonferenz ist aufgeflogen. Der Unterausschuß Revelstoke, der am Donnerstag nachmittag erneut zusammentrat, hat eine Fortsetzung der Arbeiten für aussichtslos erachtet.

Die Meldung war in dieser Form zunächst nicht zu gebrauchen. Wer eine ernst zu nehmende Zeitung zu redigieren hat, kann ein so ungeheuer wichtiges Ereignis nicht mit einer Meldung von drei Zeilen bekannt geben, die sich zudem noch auf den Beschluß eines Unterausschusses der Konferenz bezog. Es hieß also zunächst abzuwarten, was das offiziöse Wolffbüro zu sagen hatte.

Eine halbe Stunde später traf die erste Rundfunkmeldung des W. T. B. ein:

Paris, 18. April.

Havas berichtet: In Verfolg der heute nachmittag von dem Unterausschuß Revelstoke abgehaltenen Sitzung wird offiziell bekannt gegeben, daß die deutsche Delegation sich geweigert hat, den von ihr gestern gemachten Vorschlag, während 37 Jahren 1650 Millionen Mark zu zahlen, zu erhöhen. Infolgedessen werden die deutschen Delegierten nicht mehr an den Arbeiten der Reparationskonferenz teilnehmen. Die Vertreter der Gläubigermächte haben eine Sitzung abgehalten, um einen Bericht über den Gegenstand ihrer Mission abzufassen. Es wurde festgestellt, daß es unmöglich gewesen ist, sich mit den deutschen Delegierten zu verständigen, um eine Lösung des Reparationsproblems zu finden.

Was war mit dieser Meldung anzufangen? Daß die Konferenz so gut wie aufgeflogen war, schien danach festzustehen. Das politisch und wirtschaftlich so ungeheuer wichtige Ereignis war eingetreten. Das WTB. hatte korrekterweise die Nachricht als Havasmeldung gekennzeichnet, aber man sah auf den ersten Blick, daß Havas ihr eine scharfe Tendenz gegen die deutschen Unterhändler gegeben hatte, denen allein die Schuld an dem Scheitern der Konferenz zugeschoben werden sollte. Also auch mit dieser Nachricht, die auch in ihrer Formulierung offensichtliche Fehler erkennen ließ, war für eine deutsche Zeitung wenig anzufangen. Trotzdem mußten die Blätter, die gegen 10 Uhr abends Redaktionsschluß haben, in Ermangelung einer besseren Meldung mit dieser gegen Deutschland gerichteten Tendenz erscheinen, die Redaktion konnte allenfalls noch ausdrücklich die Quelle kennzeichnen.

Es verging eine weitere Stunde, in der man versuchte, sich an Hand des vorliegenden Materials ein Bild von den Vorgängen zu machen und durch Kommentare die Tendenz der Meldung abzuschwächen. Endlich, gegen 11 Uhr, kam die zweite Radiomeldung des Wolffbüros. Aber die Erwartung, daß eine positive deutsche Darstellung der Vorgänge dieser entscheidenden Phase der Konferenz gegeben werden würde, war wiederum getäuscht. Die neue Meldung beschränkte sich zunächst darauf, die Havasmeldung zu berichtigen und als „völlig irreführend" hinzustellen, und gab dann in ein paar Zeilen den Tatbestand, wie ihn die deutsche Delegation auffaßte.

Das durch die französische Agentur bewußt herbeigeführte Bild war somit wieder völlig verändert. Aber Klarheit war keinesfalls geschaffen. Die Zeitungen, die in später Abendstunde kein eigenes Telephonat mehr aus Paris bekamen, mußten gegen Mitternacht mit diesen beiden sich scharf widersprechenden Nachrichten herausgegeben werden. Die Wolffmeldung allein konnte nicht veröffentlicht werden, da sie sich auf die Havasmeldung bezog und diese ja richtigstellte. —

Es liegt auf der Hand, daß schwerwiegende Fehler gemacht worden sind. Für uns, die wir in den Redaktionsstuben saßen und versuchten, ohne Schädigung der deutschen Sache in unseren Zeitungen zu berichten, ist es unverständlich, daß wir von den beiden wichtigsten deutschen Nachrichtenbüros derartig im Stich gelassen wurden. Es ist allgemein bekannt, daß zwischen Wolff und Havas Abmachungen über den Austausch von Nachrichten bestehen, die ihre große Bedeutung haben und gegen die nichts eingewendet werden soll. Aber unverständlich ist es, wie die oben wiedergegebene Havasmeldung als erste Meldung über den Pariser Vorgang übernommen und verbreitet werden konnte. In den Redaktionen werden, selbst bei den belanglosesten Vorfällen, oft Rückfragen gemacht, ehe die Meldung veröffentlicht wird. Um wieviel mehr hätte das Wolffbüro, als es die Havasmeldung bekam, von der deutschen Delegation eine Darstellung der Vorgänge in der Ausschußsitzung verlangen müssen, ehe es, gerade in der Zeit des Redaktionsschlusses zahlreicher deutscher Zeitungen, diese Nachricht verbreitete. Das hätte vielleicht zu einer kurzen Verzögerung geführt, aber die deutsche Sache hätte nicht so schweren Schaden erlitten, wie es durch die Weitergabe der tendenziösen französischen Nachricht geschehen ist.

Aber es muß auch die Frage untersucht werden, wie weit die Art der Presseinformation durch die deutsche Delegation die Schuld trifft. Es ist bekannt, daß die deutschen Vertreter sich strikte an die Abmachungen gehalten haben, die Verhandlungen als geheim zu betrachten und die Presse nicht zu informieren. Daß diese Abmachung von der Gegenseite, auch in weniger kritischen Stadien, durchbrochen worden ist, haben wir während der elf Wochen Verhandlungsdauer zur Genüge erfahren. Dieses Verhalten im allgemeinen zu kritisieren, soll denen überlassen bleiben, die an Ort und Stelle darunter zu leiden hatten. In dem hier gekennzeichneten besonderen Falle stand aber so ungeheuer viel auf dem Spiel, daß, wo nun einmal kein Communiqué über die Sitzung ausgegeben wurde, auch auf deutscher Seite die Bedeutung des Augenblicks erkannt und sofort eine deutsche Darstellung des Sachverhaltes hätte veröffentlicht werden müssen. Wann endlich werden die deutschen maßgebenden Stellen erkennen, daß man sich auch in der Nachrichtenübermittlung nicht in die Defensive drängen lassen darf, — was durch ein Dementi immer der Fall ist, — sondern, daß es darauf ankommt, der erste zu sein, und der Öffentlichkeit die Darstellung zu geben die man über einen bestimmten Vorgang verbreitet zu sehen wünscht! Es kommt nicht nur auf die Formulierung, sondern auch auf die Priorität der Meldung an. Das Urteil der ganzen Welt hat sich jedenfalls an diesem Tage nicht nach dem Dementi der deutschen Seite gebildet, sondern nach den tendenziösen Meldungen des französischen Nachrichtenbüros.

Max Roßbach, Breslau.

Gesuchte Nummern der „Deutschen Presse" und der „Mitteilungen des Bundes deutscher Redakteure".

Gesucht werden für einige Kollegen folgende Nummern:

1. **Mitteilungen des Bundes deutscher Redakteure:**
   1911: Nr. 5; 1912: Nr. 16; 1913: Nr. 1, 2, 7 u. folgende.
2. **Deutsche Presse:**
   1913: Nr. 1, 3, 4, 5, 6;
   1914: 1, 15, 16, 18, 22, 26, 31, 32, 34 und folgende;
   1915: 1, 2, 3, 7, 9, 10 und 13.

Kollegen, die im Besitz einer oder mehrerer der gesuchten Nummern und in der Lage sind, diese Nummern abzugeben, werden um Überlassung an die Verbandsleitung zur Weitergabe an die Kollegen gebeten. Portokosten werden getragen. Sollte eine Vergütung beansprucht werden, so bitten wir um vorherige Anfrage. **Die Verbandsleitung.**

Digitized by Google

Verwaltung beraten. Es erscheint mir grundsätzlich erwünscht, daß ein solches Amt ebenso wie das Statistische Amt und die Berichterstattung im Rundfunk irgendwie mit der Pressestelle verbunden werden, weil sie sachlich zu ihr gehören und weil in jeder geordneten Verwaltung Doppelarbeit in verschiedenen Dienststellen vermieden werden muß. All das wird aber von selbst zur Lösung drängen, und darum sollte man es werden, wachsen und reifen lassen. Die Hauptsache ist, daß eine Pressestelle erst einmal allen berechtigten Anforderungen des modernen Presse- und Berichtwesens durch ihre praktische Arbeit gerecht wird. Und das Berliner Presseamt darf nach einer zweimonatigen Reorganisationsarbeit diesen Anspruch erheben.

Wie man sich wehren muß.

Zwei Fälle aus der Praxis.

Von J. Wenz, Koblenz.

Der Kampf um das Ansehen unseres Berufsstandes muß auch heute noch vielfach bei Behörden und Körperschaften in der schärfsten Form geführt werden. Oft werden allerdings von der Presse in diesem lebenswichtigen Kampf stumpfe und unbrauchbare Waffen benutzt, so daß es geboten erscheint, einmal Beispiele dafür anzuführen, wie solche Kämpfe erfolgreich für die Presse entschieden werden können.

Zwei Fälle aus letzter Zeit, bei denen die mittelrheinische Presse sich einmal gegen eine Herabsetzung des Journalistenstandes auf der Bühne und ein andermal gegen einen Eingriff in die Freiheit der Presse zu wehren verstanden hat, seien als Beispiele behandelt:

Im März brachte das Koblenzer Stadttheater das Erstlingswerk eines Koblenzers — der sich übrigens ganz kurze Zeit im Journalismus versucht hatte — als Uraufführung heraus. Das Stück trug den Titel „Fliegen am Markt" und hatte die Tendenz, sich mit gewissen Reklame- und Sensationstypen der Gegenwart auseinanderzusetzen. Die Aufführung bekam nur dadurch einen gewissen Publikumserfolg, daß in verschiedenen Szenen Journalisten in solch verzerrter und schmachvoller Karikatur auf die Bühne gebracht wurden, wie sie die ältesten Kollegen in 30- und mehrjähriger Journalistenlaufbahn niemals im Theater oder Film gesehen haben. Es genügt, eine Stelle aus der Regieanweisung anzuführen, die erkennen läßt, in welch hahnebüchener Art die auf die Bühne gestellten Journalisten dargestellt werden sollten:

> „Journalisten, es sind junge Leute in auffallenden Sportanzügen mit langen zurückgekämmten Haaren und Hornbrillen groß wie Mistbeetfenster. Jener Typ des amerikanischen Sensationsreporters, der heute auch in Europa nicht mehr unbekannt ist. Sie sind sehr vorlaut, sehr überzeugt von ihrer eigenen Bedeutung und drängen sich in den Vordergrund."

Die Spielleitung hatte sich dieser Anweisung des Autors besonders liebevoll angenommen und alles getan um „Journalisten" auf die Bühne zu stellen, die einem Zuhälter- oder Kaschemmenmilieu entsprungen schienen. Und als diese „Journalisten" in der Szene nach einer tumultartigen Balgerei mit dem Saaldiener, nach wildem und wüstem Gestikulieren untereinander, zum Interview wie eine Horde Gassenbuben die Treppe hinunter in den Vortragssaal hineinstürzten, leierte ein Saaldiener in verächtlicher Geste von den in den Händen gehaltenen Besuchskarten folgende Zeitungstitel herunter:

> „Vossische Zeitung, Tageblatt, Morgenpost, Münchener Neueste Nachrichten, T. U., Wolff, Temps, Times usw."

Was nun im Verlauf der weiteren Szenen folgte, das unmanierliche Handeln und Feilschen um Manuskripte, die öden, banalen Redensarten, die freche Aufdringlichkeit und viele andere ekelhaften Handlungen, die dieser Art Journalisten unterschoben wurden, soll heute nicht mehr besprochen werden. Der Verein Mittelrheinische Presse hat sich diese unglaubliche Verhöhnung des Journalistenstandes nicht gefallen lassen, sondern dem Oberbürgermeister einen ruhigen und sachlichen Protest überreicht, in dem er um Stellungnahme zu dieser Angelegenheit gebeten wurde, die für den Berufsstand der Redakteure von grundsätzlicher Bedeutung sei. In seiner Antwort teilte der Oberbürgermeister lediglich mit, daß nach der ersten Aufführung in dem Stück die Namen der Tageszeitungen und Korrespondenzbüros weggelassen oder durch fingierte Namen ersetzt worden seien, und daß die Mitglieder des Theaterausschusses, die der Aufführung beigewohnt hätten, nicht das Empfinden einer Verhöhnung oder Herabsetzung des verantwortungsbewußten Journalistenstandes durch die Darstellung gehabt hätten. Mit dieser Erklärung war den Kollegen nicht Genüge geleistet; der Verein Mittelrheinische Presse sperrte als ersten Akt der Notwehr die Berichterstattung über das Koblenzer Stadttheater und veranlaßte die Einberufung der Arbeitsgemeinschaft (Bezirksverein Koblenz des Vereins Deutscher Zeitungsverleger und Verein Mittelrheinische Presse). Der Beschluß, den nun die Arbeitsgemeinschaft faßte, die Zusammenarbeit zwischen Presse und Stadttheater abzulehnen, solange nicht eine Erklärung des Bedauerns zum Ausdruck gebracht und eine Gewähr gegen eine Wiederholung der Aufführung gegeben werde, führte zu gewundenen Erklärungen des Intendanten über künstlerische Intentionen, zu widerlegbaren Ausflüchten und schließlich zu der „Belehrung" der Presse, daß von der Presse das Vorhandensein des üblen Reporter-Typs nicht geleugnet werden könnte. Erneuter Zusammentritt der Arbeitsgemeinschaft. Durch Verleger angeregt, erging der Beschluß: Sperrung auch des Anzeigenteils, wenn es nicht gelänge, eine restlos befriedigende Erklärung der Theaterleitung herbeizuführen. Das wirkte. Es kam zu einer mündlichen Verhandlung zwischen der Arbeitsgemeinschaft, der Stadtverwaltung und der Theaterleitung. Der Oberbürgermeister erklärte namens der Stadtverwaltung und des Intendanten schriftlich, daß ausdrücklich bedauert werde, daß die Aufführung des Stückes „Fliegen am Markt" den Eindruck einer Verächtlichmachung des Journalistenstandes hervorrufen konnte. Das Stück verschwand vom Spielplan und damit hatte die Presse den moralischen Sieg in dieser Angelegenheit davongetragen.

Kaum war dieser entscheidende Schlag geführt, da sah sich die mittelrheinische Presse genötigt, gegen einen neuen Angriff Front zu machen. Als nämlich in der Andernacher Stadtverordnetenversammlung vom 10. April der dort residierende Allgewaltige, Bürgermeister Mettlich, über den für die Stadt ungünstigen Auslauf eines langwierigen und kostspieligen Prozesses in der Frage der Gasfernversorgung berichten wollte, war ihm die Anwesenheit zweier Koblenzer Pressevertreter offenbar höchst unbequem. Er ver-

Digitized by Google

bot ihnen am Pressetisch Platz zu nehmen. Die beiden Pressevertreter begaben sich in den Zuhörerraum. Bürgermeister Mettlich erklärte aber bei Eröffnung der Sitzung:

„Im Zuhörerraum befinden sich zwei Koblenzer Reporter. Ich verbiete, daß im Zuhörerraum Notizen gemacht werden und bitte die beiden Herren, sich danach zu richten."

Da es sich um eine öffentliche Sitzung, ohne jeden geheimen Charakter handelte, waren die beiden Koblenzer Pressevertreter ob dieser unglaublichen Anmaßung des Bürgermeisters einigermaßen erstaunt. Als im späteren Verlauf der Verhandlungen sich der eine anschickte, eine Notiz auf Papier zu bringen, unterbrach der Bürgermeister die Sitzung, wiederholte sein Verbot in der schärfsten Form und drohte im Wiederholungsfalle die Pressevertreter aus dem Sitzungssaal hinauszuweisen. Dieses unglaubliche Verhalten des Bürgermeisters bewog die beiden Koblenzer Pressevertreter, zum Zeichen des Protestes sofort den Saal zu verlassen.

Wieder trat die Arbeitsgemeinschaft der mittelrheinischen Presse in Aktion. Nach einer Sitzung, in der dieser Vorfall eingehend besprochen wurde, regte die Arbeitsgemeinschaft beim Regierungspräsidenten in Koblenz eine Besprechung an, zu der auch der Bürgermeister von Amts wegen geladen wurde. Interessant war bei dieser Verhandlung, daß der Bürgermeister auch hier zunächst glaubte, selbstherrlich darüber entscheiden zu dürfen, wem er erlaube, im Stadtverordneten-Sitzungssaal Notizen zu machen. Zur Begründung dieser, gelinde gesagt, unhaltbaren Auffassung wußte er nichts Schlaueres zu sagen, als daß er sich gegen spätere Eventualitäten schützen wollte. Es könnte nämlich sein, daß man vielleicht später einmal irgendeine seiner Äußerungen gegen ihn verwenden würde, daß er sich dann des Zusammenhangs der Dinge nicht mehr entsinnen könnte und so etwaigen Angriffen schutzlos preisgegeben wäre. Der Regierungspräsident zeigte sich von einer anderen Seite. Auf Vorhaltungen der Arbeitsgemeinschaft belehrte er den Bürgermeister, daß er sich ganz gründlich auf dem Holzweg befinde, daß er nicht nur gegen die rheinische Städteordnung, sondern auch gegen die Reichsverfassung verstoße, und traf schließlich kurz und bündig die dienstliche Anordnung, daß der Bürgermeister bei öffentlichen Sitzungen künftig nicht verbieten dürfe, Notizen zu machen. Bei diesen Verhandlungen wurde schließlich noch eine Erklärung formuliert, die der Bürgermeister in der nächsten Stadtverordnetensitzung abgab und die folgenden Wortlaut hatte:

„Nach Benehmen mit der Aufsichtsbehörde nehme ich mein Verbot, im Zuhörerraum des Stadtverordnetensitzungssaales Notizen zu machen, zurück. Die Aufsichtsbehörde sieht in einem solchen Verbot eine nach § 42 der Rheinischen Städteordnung unzulässige Beschränkung der Öffentlichkeit. Ich bedauere, daß die Berichterstattung der Presse durch mein Verbot behindert war."

Die Verhandlungen beim Regierungspräsidenten hatten auch den Erfolg, daß der Bürgermeister gegen die Anwesenheit der Koblenzer Pressevertreter am Pressetisch nichts mehr einzuwenden hatte.

* * *

Was lehren nun diese beiden Fälle? Oft muß man hören, daß die von Unterorganisationen des Reichsverbandes (örtlichen Vereinen) in ähnlichen Fällen eingeleiteten Maßnahmen nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt haben, zuweilen sogar ohne jede Wirkung verpufften. (Vergl. den Fall Maushagen/Tauber in Chemnitz). In den beiden Koblenzer Fällen versprach der Kampf der Presse von vornherein den erwarteten Erfolg, weil es die Vorsitzenden der beiden Verbände, Chefredakteur Schnitzler als Vorsitzender des Vereins Mittelrheinische Presse, und Verlagsdirektor Duckwitz als Vorsitzender des Bezirksvereins der Zeitungsverleger verstanden haben, die Arbeitsgemeinschaft in beiden Fällen zu einer festgefügten Einheitsfront zusammenzuschweißen. Erst als man in ausgiebigen Verhandlungen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft jeden Schritt wohlerwogen hatte und sich über seine etwaigen günstigen oder ungünstigen Folgen klar geworden war, ging es, wie man zu sagen pflegt, aufs Ganze. Die Presse am Mittelrhein hofft zwar nicht, daß sie in Zukunft noch einmal um ihre Belange Attacke reiten muß, wird aber wiederum gewappnet sein, wenn das Ansehen oder die Unabhängigkeit der deutschen Presse angetastet werden sollte. Und das dürfte zur Nachahmung empfohlen werden.

Wer muß erzogen werden?

Von Hans Holzmann, Berlin.

Das Erziehungs-Thema ist zweifellos sehr aktuell. Der Diskussionsumfang müßte aber etwas erweitert werden, damit man nicht immer nur von der Erziehung des Redakteurs liest, und unsere „Deutsche Presse" ist zweifellos damit einverstanden, wenn an dieser Stelle auch einmal von der notwendigen Erziehung des freien Schriftstellers gesprochen wird. Einen Fall aus der Praxis will ich hier schildern, und er ist leider nicht der einzige, wie aus der Registratur meiner Redaktion festgestellt werden kann.

Am 25. Februar erscheint der Schriftsteller F. W. Sch. auf der Redaktion, eingeführt durch die Empfehlung des mir bekannten Kollegen Dr. W. Ein Redakteur verhandelt mit dem Besuch, der einen Artikel anbringen will: ungefähr 2 Druckseiten Berliner Format! Es wird ihm gesagt, daß der Höchstumfang eines Artikels, dem das gewählte Thema zugrunde gelegt ist, 4—5 Schreibmaschinenseiten nicht überschreiten darf und daß man den Artikel, wenn er auf dieses Maß gekürzt sei, erneut prüfen werde. Der Artikel kommt an mit einem Schreiben des Verfassers:

„. . . . Nach Drucklegung erbitte drei Belege. Honorar zu Ihren Sätzen."

Die Arbeit ist nicht druckreif, sondern kann, ohne daß sie darunter leidet, auf die Hälfte umgeschrieben resp. gekürzt werden. Eine Photographie, die dem Artikel beilag, kam von vornherein für eine Verwendung nicht in Frage. Dem Verfasser wurden am Tage des Eingangs des Manuskripts RM. 25.— überwiesen, das wären ungefähr 30 Pfennig pro Druckzeile für eine Arbeit gewesen, die man dem Herrn F. W. Sch. nur abgenommen hatte, weil er von der Not des freien Journalisten beweglich zu reden verstand und außerdem auf Empfehlung eines liebenswürdigen Kollegen kam. Daß der Artikel von jedem Redakteur an Hand des Archivmaterials in 30 Minuten ebenso hätte geschrieben werden können, sei nur nebenbei bemerkt. Es war durchaus nicht etwa eine wissenschaftliche Arbeit, sondern eine harmlose Plauderei über die unliebsamen Begleiterscheinungen der Zwangswirtschaft, deren Aufhebung sich zum 10. Male jährte. Man sollte annehmen, daß am nächsten Morgen ein Dankbrief dieses freien Journalisten auf dem Redak-

Digitized by Google

tionstisch gelegen hätte, weil es sicher wenig Zeitungen geben wird, die grundsätzlich am Tage des Manuskripteinlaufes sich über Annahme oder Ablehnung entscheiden und das Honorar sofort anweisen. Weit gefehlt! Was schreibt der Herr Kollege?

„. . . . ich darf deshalb wohl annehmen, daß bei der Bemessung des Honorars entweder eine Teilzahlung (vor Erscheinen, denn einen Beleg vermisse ich noch) oder ein Irrtum Ihrer Kasse vorliegt . . . ."

Es wurde ihm mitgeteilt, daß es sich um keinen Irrtum der Kasse handele, sondern daß die Arbeit nach Auffassung der Redaktion angemessen honoriert sei. Dieser Mitteilung folgte noch ein sehr angeregter Briefwechsel, der die freie Zeit der Redakteure mehrere Wochen angenehm verkürzte. U. a. schrieb diese Zierde eines freien Journalisten, der es bisher stets vermieden hat, überhaupt einen bestimmten Betrag für seine Arbeit zu fordern, am 28. März:

„Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ein Fachorgan — wie die „. . . . Zeitung" mit 43 000 Auflage! — seine Mitarbeiter anständig entlohnen kann. Dieses „Können" ist Tatsache und dürfte auch von Ihnen nicht bestritten werden sollen. Obendrein hat Ihr Verlag kürzlich ein gutes Geschäft mit seinem Grundstück Beerenstraße 20a in Zehlendorf gemacht und 40 000 Mark dafür erhalten."

Also, weil mein Verlag, der den freien Mitarbeitern gegenüber wirklich immer korrekt und großzügig ist und die Auffassung der Redaktion, daß angenommene Manuskripte sofort bezahlt werden müssen, durchaus teilt, weil dieser Verlag in Zehlendorf ein Grundstück verkauft hat, das ihm bei einem Konkurs zugefallen ist, deshalb soll ein mäßig geschriebener Artikel ganz besonders hoch honoriert werden. Nun weigert sich dieser Mitarbeiter, die 25 RM zurückzuzahlen und den Artikel, dessen Abdruck für uns nicht mehr in Frage kommt, abzuholen. Er will jetzt ein Gutachten seiner „Standesvertretung" einfordern und uns zwingen, ihm den Betrag zu zahlen, den er für die Arbeit haben will. Seine Kollegen von der freien Schriftstellerei, die an meiner täglich erscheinenden Fachzeitung mitarbeiten — es sind ungefähr 250 — können sich bei ihm bedanken, wenn die Honorarauszahlung in Zukunft nach anderen Grundsätzen gehandhabt wird. Wer ist hier zu erziehen?

Die Krankenversicherung.

Die letzte Mitgliederversammlung der Leipziger Fürsorge hat beschlossen, eine Summe von 250 000 RM in einen neu zu bildenden Reservefonds für Beitragsrückgewähr zurückzustellen. Dieser Betrag soll bei einem günstigen Schadenverlaufe mit dazu verwandt werden, am Ende des Geschäftsjahres 1929 an alle Mitglieder, die im Jahre 1929 gesund geblieben sind, Beiträge zurückzugewähren. Der Vorstand hofft, daß diese Beitragsrückgewähr etwa 25 % des Jahresbeitrages ausmachen wird. Die endgültige Entschließung über die Verteilung bleibt der nächsten Mitgliederversammlung vorbehalten.

Ferner ist beschlossen worden, die Leistungen für Wochenhilfe zu erweitern. Es werden in Zukunft auch Operationskosten, deren Mindestsatz nach der Abgo 75 RM und mehr beträgt, besonders entschädigt. Die Einzelheiten dieser Regelung sind aus dem bei den Bezirksdirektionen zur Verfügung stehenden Neudruck der Versicherungsbedingungen zu ersehen.

Eine weitere Verbesserung der Versicherungsbedingungen zugunsten der Mitglieder besteht darin, daß die Vorschriften über die Einreichungsfrist der Rechnungen gemildert worden sind. Wenn die Einreichung der Rechnung selbst innerhalb der vorgesehenen Fristen von drei Monaten nicht möglich ist, dann genügt zur Wahrung der Rechte auf die Versicherungsleistungen eine Mitteilung innerhalb dieser Fristen an die zuständige Bezirksdirektion über Beginn und Ende der ärztlichen Behandlung, Art der Krankheit und Person des behandelnden Arztes.

Vielfachen Wünschen der Mitglieder auf dem Lande entsprechend, ist mit Gültigkeit ab 1. Mai 1929 eine Unterart der Tarife der Abteilung B mit Kilometergebühren-Erstattung eingeführt. Dafür werden die Leistungen für ärztliche Beratungen und Besuche etwas herabgesetzt. Alle Mitglieder, die Interesse an diesem besonderen „Landtarif" haben, werden gebeten, sich wegen der Einzelheiten mit der zuständigen Bezirksdirektion in Verbindung zu setzen und dieser zu erklären, daß ab 1. Mai 1929 Erstattung nach dem „Landtarif" erfolgen soll; sonst wird nach den jetzigen Tarifen weiter erstattet. An den Beiträgen ändert sich nichts.

In den Aufsichtsrat hat die letzte Mitgliederversammlung der Leipziger Fürsorge einen Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Presse gewählt. Als solchen hat der Hauptvorstand des Reichsverbandes Herrn Werner Pfeiffer ernannt.

Reichsarbeitsgemeinschaft und Prozeßberichterstattung.

Die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen hatte sich unter Berufung auf die Stellungnahme des Vorstandes der RAG. vom 29. Februar 1928 zum Krantz-Prozeß („D. P." Nr. 11/1928) an die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse mit der Bitte gewandt, bei der Tagespresse darauf hinzuwirken, daß bei der bevorstehenden Verhandlung des Prozesses Manasse Friedlaender eine sensationelle Berichterstattung in der Tagespresse verhindert und daß in den Berichten das pädagogische Interesse der betroffenen Jugendlichen gewahrt werde.

In der Präsidialsitzung der RAG. vom 20. Februar kam die Angelegenheit zur Verhandlung. Es wurde beschlossen, im Falle Friedlaender zu empfehlen, daß der Anregung der Vereinigung entsprochen werde. Die Bezirksarbeitsgemeinschaften sind dementsprechend aufgefordert worden, den einzelnen Zeitungen von dieser Stellungnahme der RAG. Kenntnis zu geben.

Im Falle Krantz hatte die RAG. bekanntlich ausgesprochen, daß bei derartigen Prozessen alles vermieden werden müsse, was außerhalb der Berufssphäre der Presse zur Berichterstattung und Kritik liege, insbesondere die sensationelle Ausbeutung der im Prozeß berührten Vorgänge.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Signum „RDP".

In der „Deutschen Presse" forderte der Reichsverband die Kollegen in den Redaktionen des öfteren auf, die Einsendungen der freien Mitarbeiter im Reichsverband, soweit sie den Anforderungen genügen natürlich, vorzugsweise zu berücksichtigen. Diesem Ersuchen nachzukommen wäre für manche der Redakteure eine angenehme Pflicht gewesen, wnen sie gewußt hätten, welcher Einsender Mitglied des Reichsverbandes ist. Man kann es den Vielbeschäftigten nicht zumuten, immer wieder die Mitgliederlisten zu studieren; andererseits ist nicht anzunehmen, daß die freien Mitarbeiter in ihren Begleitbriefen jedesmal ihre Zugehörigkeit zum Reichsverband der deutschen Presse betonen.

Ich möchte nun nach dem Beispiel einiger anderer Verbände vorschlagen, daß sich die Mitglieder des Reichsverbandes in ganz Deutschland durch das ihrem Namen angefügte Signum „RDP" den Kollegen (und eventuell auch der Öffentlichkeit) gegenüber gewissermaßen ausweisen. Um ein Beispiel anzuführen: die Mitglieder des „Bundes deutscher Architekten" setzen hinter ihre Namen das Signum „BDA", eine Tatsache, die nicht wenig dazu beigetragen hat, den Bund bekannt und einflußreich zu machen. Auch der Schutzverband deutscher Schriftsteller schlägt in der letzten Nummer seines Verbandsorganes den Gebrauch des Signums „SDS" vor.

Vielleicht beeinflussen die Vorstände des Reichsverbandes der deutschen Presse ihre Mitglieder diesem Vorschlag entsprechend. Das Signum „RDP" würde die Kollegen untereinander an ihre Zusammengehörigkeit und Interessengemeinschaft erinnern, — der Öffentlichkeit gegenüber würde das Zeichen einer machtvollen Vereinigung sichtbar repräsentieren.

Dr. Kem[illegible] urt London.

Digitized by Google

Fachrundschau

Arbeitsgemeinschaft städtischer Nachrichten- und Presseämter.

Auf Grund des Beschlusses der vorjährigen Jahreshauptversammlung treten die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft städtischer Nachrichten- und Presseämter zu ihrer diesjährigen achten Jahrestagung in Stuttgart zusammen. Für die Verhandlungen ist die Zeit vom 24. bis 26. Mai vorgesehen. Am Freitag, dem 24. Mai, findet im Konferenzzimmer des Rathauses zu Stuttgart die Vorstandssitzung statt, an die sich ein zwangloses Beisammensein der Tagungsteilnehmer anschließt. Die Hauptversammlung wird am 25. Mai im großen Sitzungssaale des Stuttgarter Rathauses abgehalten; folgende Referate stehen auf der Tagesordnung: Dr. Benecke (Berlin), Beigeordneter des Deutschen Städtetages, spricht über „Verwaltung und Presse“ Professor Dr. Dovifat, Direktor des deutschen Instituts für Zeitungskunde (Berlin): „Kommunalpolitik und Presse im Auslande und ihre Nutzanwendungen für Deutschland“, Stadtamtsrat Dr. Schöne, Privatdozent für Zeitungskunde an der Universität Leipzig: „Die deutsche Presse und die kommunalen Nachrichtenämter“. Im Anschluß an die Referate ist eine Aussprache vorgesehen. Nachmittags findet die geschlossene Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft im Konferenzsaal des Stuttgarter Neuen Tagblatts statt. Abends Empfang der Tagungsteilnehmer durch die Stadtverwaltung im Schloß Villa Berg. Die Beratungen der Mitgliederversammlung werden am Sonntag, dem 26. Mai, fortgesetzt.

*

Presseabteilung der Reichsregierung. In die Presseabteilung der Reichsregierung trat am 1. Mai der bisherige Reichsgeschäftsführer der Demokratischen Partei, Werner Stephan, als Referent ein.

Verkehrs- und Presseamt Halberstadt. Anstelle des kürzlich verstorbenen Verkehrsdirektors Richter wurde der bisherige Leiter des Halberstädter Wohnungsamtes Moldenhauer zum Halberstädter Verkehrsdirektor gewählt, der gleichzeitig auch das Presseamt des Magistrats der Stadt Halberstadt zu verwalten hat. Zur Vermeidung von Neuausgaben im Personalhaushalt war aus Kreisen der Stadtverordneten der Wunsch geäußert worden, den Posten des Verkehrs- und Presseamtsdirektors mit einem Beamten der Verwaltung zu besetzen. Das Halberstädtische Presseamt wird also durch einen Nichtjournalisten verwaltet.

Vom deutschen Zeitungswesen.

„Frankfurter Zeitung“. Um die „Frankfurter Zeitung“ spielten in den letzten Tagen wieder einmal allerhand Gerüchte; sie sollte in den Einflußkreis der J. G. Farben-Industrie gerückt werden. Das Blatt dementierte diese Gerüchte mit folgender durch WTB. verbreiteter Erklärung:

„Die Majorität der „Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.“, der Inhaberin der „Frankfurter Zeitung“, ist im Besitz der Familie des Gründers. Von jeher waren Anteile auch in Händen von einzelnen Personen, die durch ihre Gesinnung oder ihre Mitarbeit mit dem Unternehmen verknüpft sind. Zu diesem Kreise der mit dem Unternehmen und seinen Inhabern befreundeten Einzelpersonen gehört seit einiger Zeit Professor Hummel, Vorstandsmitglied der Demokratischen Partei und demokratischer Reichstagsabgeordneter. Kombinationen, die an die Tatsache anknüpfen, daß Professor Hummel auch Aufsichtsratsmitglied der J. G. Farben-Industrie ist, sind hinfällig: Die Angaben über eine Beteiligung auch eine Minoritätsbeteiligung, der J. G. Farben-Industrie oder eines anderen Erwerbsunternehmens an der „Frankfurter Societäts-Druckerei“ in irgendeiner Form sind unwahr. Um die „Frankfurter Zeitung“ unabhängig zu machen vom Anteilbesitz einzelner Personen und unabhängig von den Zufälligkeiten, die durch Erbgang oder dergleichen eintreten könnten, ist vielmehr geplant, den Anteilbesitz in einer Stiftung oder in einer Körperschaft ähnlichen Charakters zusammenzufassen. Die Familie und ihre Freunde wollen auf diese Weise die bisher von ihnen gehütete Tradition des Gründers auch für die Zukunft fest verankern. Im Zusammenhang mit dieser Absicht steht die von dem jetzigen Aufsichtsratsvorsitzenden Friedrich Payer vorgeschlagene Zuwahl Professor Hummels in den Aufsichtsrat.“

Neue Film-Zeitungen. Im Verlage der Film-Journal-G. m. b. H. Berlin erscheinen neuerdings außer dem „Film-Journal“ noch zwei weitere Zeitungen, nämlich die „Tonfilm-Zeitung“ und das „Film-Atelier“. Beide Blätter stehen unter der redaktionellen Leitung des Chefredakteurs Albert Schneider.

Nachrichtendienst.

Drahtlose Telefonie Berlin-Siam. Am 26. April wurde die neue drahtlose Fernsprechverbindung Berlin—Siam auf der Groß-Funkstation Nauen vor einem kleinen Kreis geladener Gäste versuchsweise eröffnet. Eines der ersten Gespräche wurde mit Erich von Salzmann, dem ostasiatischen Vertreter eines Berliner Großverlages geführt, der auf der Rückreise aus China sich in Siam aufhielt.

Ausland.

Zeitungssterben in Serbien und Jugoslawien. Die Belgrader Tageszeitung „Novosti“, die im Jahre 1921 gegründet wurde, hat wegen finanzieller Schwierigkeiten ihr Erscheinen eingestellt. Das Blatt war bis zum 6. Januar das Organ der serbischen Bauern und hatte gegen eine Koalition mit den Anhängern Raditschs gekämpft.

Die Agramer Zeitung „Dom“, das vor 15 Jahren durch Stefan Raditsch gegründete Organ der kroatischen Bauernpartei, hat ihr Erscheinen endgültig eingestellt.

Über das „Zastava“ von Neusatz wurde der Konkurs verhängt. Die Zeitung „Zastava“, die schon vor dem Kriege erschien und die Interessen der Serben verteidigte, hat ihr Erscheinen eingestellt.

Das Staatsmonopol als Ausweg aus der Krisis der türkischen Presse. Der türkische Abgeordnete Jakub Kadri Bey behandelte in der türkischen Zeitung „Milliet“ die Möglichkeiten einer Monopolisierung der türkischen Presse durch den Staat, um auf diesem Wege die Krise zu beenden, in die die Presse durch die Einführung des lateinischen Alphabets und die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Türkei geraten ist. Er ist der Auffassung, daß nur der Staat helfen könne. Tue er es nicht, so müsse die ganze Presse zugrunde gehen, und unter einem solchen Untergang der Presse werde das geistige Leben der Türkei schwer leiden. Da die in Konstantinopel erscheinenden türkischen Zeitungen, vier Morgen- und zwei Abendblätter, schon jetzt sämtlich Organe der Regierung sind, so ist man ohnehin von einer Monopolisierung der türkischen Presse nicht mehr weit entfernt.

Wirtschaftlicher Zusammenschluß südwestafrikanischer Blätter. Die im Mandatsgebiet Südwestafrika erscheinenden Zeitungen („Allgemeine Zeitung“ in Windhuk, „Lüderitzbuchter Zeitung“, „Swakopmunder Zeitung“, „Windhoek Advertiser“ und „Suidwes Afrikaner“ in Windhuk) haben eine „Pressevereinigung für Südwestafrika“ gegründet mit dem Zwecke, eine möglichst gleichmäßige Behandlung aller Wirtschaftsfragen herbeizuführen, jedoch unter Wahrung der Selbständigkeit jeder einzelnen Zeitung auf politischem Gebiet.

Bezirksarbeitsgemeinschaf en

Bezirksarbeitsgemeinschaft der nordwestdeutschen Presse.

Am 27. März trat in Hannover die Bezirksarbeitsgemeinschaft der nordwestdeutschen Presse zusammen. Als Redakteurvertreter waren anwesend die Kollegen: Tönjes, Allerdist, Crull und Westphal, als Verlegervertreter: Lattmann, Dr. Erich Madsack und Dr. Walter Jänecke und als Geschäftsführer Dr. Keßler. Die Sitzung, die vom Kollegen Tönjes geleitet wurde, behandelte zunächst die Frage der Inanspruchnahme des Bezirksschiedsgerichts durch Nichtmitglieder. Es ist darüber zu klagen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen den Vertragspartnern durch die Inanspruchnahme der Schiedsgerichte durch Nichtmitglieder unter Umständen sehr erhebliche Kosten erwachsen, die ihnen billigerweise nicht zugemutet werden können. Die Anwesenden waren sich darüber einig, daß eine Begünstigung von Nichtmitgliedern zu Lasten der Organisationen nicht angängig sei. Auf Grund des Arbeitsgerichtsgesetzes ergab sich, daß die Zuständigkeit des Bezirksschiedsgerichts schon dann aufgehoben ist, wenn auch nur eine Partei den Tariforganisationen nicht angehört. In diesem Falle kann das Bezirksschiedsgericht als freies Schiedsgericht angerufen werden. Es wurde als erwünscht bezeichnet, daß alle derartigen Fälle vor das sach-

Digitized by Google

verständige Bezirksschiedsgericht kommen, schon, damit nicht eine verschiedene Rechtsübung eintritt. In diesem Falle müssen die Parteien aber die gesamten Kosten tragen und hinreichende Vorschüsse leisten, während die Mitglieder der Vertragsorganisationen im allgemeinen nur einen Teil der Kosten tragen werden. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

Für den Fall, daß die Parteien nicht beide den Tarifparteien angehören, soll das Schiedsgericht als freies Schiedsgericht in Tätigkeit treten. In diesem Falle soll ebenfalls die Schiedsgerichtsordnung der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse gelten mit der Maßgabe, daß die Parteien die vollen Kosten des Verfahrens tragen und entsprechende Kostenvorschüsse leisten. Der Obmann des Schiedsgerichts wird angewiesen, nur dann das Schiedsgerichtsverfahren einzuleiten, wenn die Parteien sich ausdrücklich zur vollen Kostentragung verpflichten und die Vorschüsse geleistet haben.

Um die doppelte Gerichtsbarkeit bei Streitfällen aus dem Reichstarif und unserem nordwestdeutschen Tarif zu beseitigen, wurde ferner beschlossen, eine Änderung des Paragraphen 2 vorzunehmen. Der Paragraph lautet in der neuen Fassung:

§ 2. Schiedsgericht.

Für die Schlichtung von Einzel- und Gesamtstreitigkeiten, die sich aus diesem Tarifvertrag ergeben, ist als Schiedsgericht das Bezirksschiedsgericht Hannover der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse zuständig. Als Geschäftsordnung gilt die Schiedsgerichtsordnung der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse vom 9. Januar 1926.

Die Allgemeinverbindlichkeit dieses Paragraphen ist beantragt worden.

Ferner wurde über Schwierigkeiten verhandelt, die in einzelnen Fällen bei den Finanzämtern mit dem im Tarif festgelegten Satz von 7½ Prozent des Gehalts als steuerfreier Aufwandsentschädigung entstanden sind. Herr Lattmann will persönlich beim Landesfinanzamt vorstellig werden.

Die Gratisreklame, die sich immer mehr in den Textteil einschleicht, soll in weiteren Besprechungen behandelt werden.

Justizrat Woltereck wurde auf zwei weitere Jahre zum Obmann des Bezirksschiedsgerichts gewählt.

Arbeitsgemeinschaft der Rheinischen Presse.

Die Arbeitsgemeinschaft der Rheinischen Presse hielt nach längerer Pause eine Sitzung in Köln ab. Nach kurzer Aussprache über das Tarifwerk und die Gehaltsfrage in Verbindung mit der Angestelltenversicherung wurde die in der letzten Sitzung der A. G. der niederrheinisch-westfälischen Presse in Bochum gefaßte Kundgebung ebenfalls zum Beschluß erhoben. Diese Kundgebung hat folgenden Wortlaut:

Kundgebung:

„Die Bezirksarbeitsgemeinschaft ist verpflichtet, das am 9. Januar 1926 geschaffene und für verbindlich erklärte Vertragswerk im Interesse des vertrauensvollen Zusammenwirkens der Redakteure und Verleger überall zur Geltung zu bringen.

Deshalb richtet sie an alle Redakteure und Verleger die Aufforderung, den im § 2 Absatz B 3 vorgesehenen Normaldienstvertrag überall schriftlich festzulegen und seine Bestimmungen durchzuführen.

Sie bittet gemäß § 2 Absatz B 8 die Verleger um Zusammenarbeit mit der Organisation der Stellenvermittlung des Reichsverbandes der deutschen Presse bei allen vorkommenden Vakanzen.

Besondere Aufmerksamkeit erbittet die B. A. G. für den im § 2 Absatz B 9 festgelegten Zusatz, daß die Einkommensverhältnisse der Redakteure und festangestellten Mitarbeiter in den Grenzen des für die Verleger wirtschaftlich Möglichen der geistigen Stellung und besonderen Bedeutung des Redakteurs und festangestellten Mitarbeiters entsprechen.

Es ist erforderlich, daß die Bezüge der Redakteure entsprechend der verminderten Kaufkraft des Geldes in einem Maße erhöht werden, wie es dem Stand der Lebenshaltung und den gesteigerten Einkommensverhältnissen anderer Arbeitnehmergruppen der Zeitungsverlage entspricht.

Die beiden Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sind bereit, in den Fällen, in denen die Erfüllung berechtigter Wünsche nach persönlicher Vorstellung nicht erfolgt, zu vermitteln."

In der Sitzung wurde ferner bezüglich der Presseausweise zwecks Führung dringender Pressegespräche bemerkt, daß man nach Einführung des telephonischen Schnellverkehrs mit der Ausstellung solcher Ausweise zurückhaltender sein müsse. Wegen der Prüfung dieser Gesuche soll ein Schriftwechsel mit den Oberpostdirektionen in Aachen, Koblenz, Trier, Köln, Düsseldorf eingeleitet werden.

Ferner trat die rheinische A. G. der Ansicht der niederrhein.-westf. A. G. bei, daß Informationen, die sich ein Redakteur über städtische oder sonstige Angelegenheiten beschafft, von den betr. Stellen erst dann weitergegeben werden können, wenn sie die Zeitung des anfragenden Redakteurs bereits in ihren Spalten abgedruckt hat.

Für die nächste Sitzung wurde auf Antrag Weyers-Aachen das Thema Presseämter vorgesehen.

Endlich wurden die Geschäfte vom Redakteurvorsitzenden, Kollegen Hornbasch, übernommen.

Der Bezirksverein Niederrhein-Ruhr hat sich in Verfolg der in Bochum beschlossenen Kundgebung zum Tarifwerk und der Gehaltsfrage an die der A. G. der Niederrheinisch-Westfälischen Presse angeschlossenen Verleger mit einem Schreiben gewandt, in welchem der Abschluß und Unterzeichnung der Normaldienstverträge als dringlich bezeichnet und die Gehälter entsprechend dem veränderten Lebenshaltungsindex als aufbesserungsbedürftig festgestellt werden. Außerdem ist in diesem Schreiben die Bereitwilligkeit der Redakteure kundgetan, an der gemeinsamen Stellenvermittlung der A. G. rege mitzuarbeiten.

Zweiter Oldenburgisch-Ostfriesischer Pressetag.

Am Sonntag, dem 14. April fand in Oldenburg die zweite gemeinsame Tagung der Vereinigung Oldenburgisch-Ostfriesischer Redakteure und Verleger statt. Den gemeinsamen Verhandlungen ging eine Sitzung der Redakteurvereinigung voraus, in der der Geschäfts- und Kassenbericht für 1928 entgegengenommen und erledigt wurde. Das entstandene Defizit des Vorjahres wird durch eine vorübergehende Erhöhung des Gruppenbeitrags gedeckt. Der bisherige Vorstand der Gruppe, die zurzeit 21 eingeschriebene Mitglieder umfaßt, wurde wiedergewählt: 1. Vorsitzender: Chefredakteur von Busch, Oldenburg, stellvertretender Vorsitzender: Hauptschriftleiter Knorr, Varel, Kassenführer: Redakteur Schnittger, Oldenburg, Schriftführer: Redakteur Herrmann, Oldenburg.

Redakteur Tönjes, Vorsitzender des Vereins Niedersächsische Presse, sprach darauf in der gemeinsamen Tagung über die Aufgaben der deutschen Journalisten. Er hob das gute Einvernehmen zwischen Zeitungsverlegern und Redakteuren, das vor einigen Jahren zum Abschluß einer Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse geführt habe, hervor und wies darauf hin, daß der deutsche Journalist auf seine Zeitung stolz sein dürfe, denn Deutschland habe die bestredigierten Zeitungen der Welt.

Verleger Böning, Nordenham, referierte über die Aufgaben der Provinzpresse, zumal der Presse in den kleineren Städten und Landgemeinden, die dazu berufen sei, kulturelle Anregerin und Vermittlerin für das flache Land zu sein. Mittelpunkt ihrer Arbeit sei die Kommunalpolitik.

Verleger Riek, Delmenhorst, behandelte das Verhältnis zwischen Presse und Behörden, das gerade in Oldenburg arg zu wünschen übrig lasse, während in Ostfriesland auf Grund der in Preußen eingerichteten Pressestellen eine zufriedenstellende Arbeit gewährleistet sei.

Kollege Tönjes gab anschließend wichtige Fingerzeige für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Behörden und Zeitung.

Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Behörden dem Gedanken eines gedeihlichen Zusammenwirkens zwischen Presse und Verwaltung mehr Verständnis als bisher schenken.

Nach kurzer Behandlung der Frage der Konkurrenz zwischen Zeitung und Rundfunk auf dem Gebiet der Unterhaltung wurde der von Wirtschaftsverbänden und politischen Parteien in der letzten Zeit wiederholt gemachte Versuche, auf die Zeitungen einen Druck auszuüben, besprochen und beschlossen, sich gegen einen derartigen Druck mit allen Mitteln zu wehren, gegebenenfalls durch Sperrung des redaktionellen Teils und des Inseratenteils. Anlaß zu dieser Besprechung gaben Vorfälle, die sich an Stellungnahmen der oldenburgischen Zeitungen zu der Frage des vom Landbund beschlossenen Käuferstreiks bzw. der Kaufenthaltung knüpften.

Digitized by Google

Personalien

J. G. Hamilton †.

J. G. Hamilton, zuletzt Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“ ist vor einigen Tagen einem heimtückischen Leiden erlegen, erst 51 Jahre alt. Mit ihm ist einer der geachtetsten europäischen Journalisten dahingegangen. Der „Manchester Guardian“ teilte seinen Verlust mit folgenden Worten mit: „Mit tiefer Trauer kündigen wir den Tod des Herrn J. G. Gamilton, des Pariser Korrespondenten des „Manchester Guardian“, an . . . Die Berichte und Telegramme, die er dem „Manchester Guardian“ in jenen Jahren (gemeint sind die Jahre 1918/20) sandte, sind denkwürdig wegen ihrer Wahrheit, ihrer Lebendigkeit und der klaren Einsicht in den Wirrwarr europäischer Politik und Diplomatie. Hamilton's Wirken als Journalist während des Burenkrieges, der Balkankriege und des russisch-japanischen Krieges gab ihm einen festen Grund für seine spätere Arbeit. Wenn irgend jemand etwas aus der Geschichte gelernt hat, dann war er es. In dem großen Kriege verlor er nicht einen Augenblick die Klarheit der Vision und seinen gesunden Menschenverstand, so daß er in jenen Tagen ganz allein stand. Er war unfähig, die Metzelei anders als mit tiefem Entsetzen und Mitleid zu beklagen. Er litt unendlich unter dem Kriege. Er hat ihn kommen sehen. Kein anderer hatte eine tiefere und objektivere Einsicht in den ungeheuerlichen Komplex von politischen, moralischen und wirtschaftlichen Kräften, der ihn hervorbrachte. Als der Krieg vorüber war, sah er die Anarchie und Zerstörungen voraus, die er bald mit eigenen Augen beobachten sollte.“ Nach einer Würdigung seiner Tätigkeit in Genf und seines hervorragenden fünf Jahre umspannenden Wirkens in Paris sowie nach einer kurzen Schilderung dieser auf geistigen und menschlichen Höhen heimischen Persönlichkeit schließt der „Manchester Guardian“ seinen Nachruf mit folgenden Worten: ‘„Seine Kollegen verloren einen Freund, die Freiheit einen Vorkämpfer und Europa einen großen Journalisten“.

Hamilton, in Manchester geboren, jedoch irischer Abkunft, war nicht allein in seinem Vaterlande, sondern weit über dessen Grenzen hinaus bekannt als einer der ganz Großen im Reich der Presse. Einen ausgezeichneten Nachruf hat ihm W. von Dewall in der „Frankfurter Zeitung“ gewidmet. Er schreibt: „Dieser Journalist war furchtlos, er war frei, er war gerecht, er war groß. Die Staatsmänner, die Politiker, die Journalisten wußten seinen Namen und nannten ihn mit Respekt. Wenn Hamilton vorgelassen werden sollte, weil ihn irgendeine Frage bedrückte, dann wurde er vorgelassen, es gab dann keine geschlossene Türen; dann fand auch der beschäftigtste Minister Zeit, sich mit diesem großen Journalisten auszusprechen, um seinen Rat, um seine Kritik entgegenzunehmen. Hamilton, der Bescheidene, der Einfache, der Zurückhaltende, war eine Figur, die von jedem beachtet werden mußte. Der Journalismus ist ihm zu unendlichem Dank verpflichtet, denn er war die schönste Zierde unseres Standes.

Ein Denkmal gebührt ihm besonders im deutschen Herzen. Was weiß der Deutsche von dem heißen Kampf, den auch ausländische Federn in all den furchtbar schweren Jahren nach dem Weltkriege für die Erleichterung des deutschen Geschicks geführt haben? Was weiß er, der heute trotz Fortdauer der Besetzung, trotz Reparationsstreit und wirtschaftlicher Bedrängnis wieder aufatmen kann, von der Dankesschuld, die er so manchem ausländischen Journalisten zollen sollte, von der Dankesschuld gegenüber den Männern und Frauen, die mutig genug waren, gegen eigene nationale Wünsche, gegen die Wünsche und Begierden verbündeter Nationen aufzutreten, wenn es galt, im Kampf um den Frieden für Recht und Anstand zu kämpfen? Die Zahl dieser Menschen ist nicht klein, und Hamilton war unter ihnen einer der Mutigsten. Viele Franzosen nannten ihn einen Deutschenfreund. Er war ein Deutschenfreund, wenn es ums deutsche Leid ging. Aber er konnte auch uns mit aller Schärfe kritisieren, wenn sich Deutschland politischer Fehler schuldig machte. Er war in Wirklichkeit ein Freund aller Bedrückten. In dem Toten ehren wir alle den Streiter für das Recht, ehren wir die große englische Zeitung, für die er arbeiten durfte.“

Dorothee Goebeler, die bekannte Berliner Schriftstellerin, konnte am 1. Mai auf eine 25jährige Tätigkeit als Redakteurin der Wochenschrift „Berliner Hausfrau“ zurückblicken. Als Frau Goebeler seinerzeit in die Redaktion der „Berliner Hausfrau“ eintrat, erschien das Blatt noch im Deutschen Verlagshaus (A. v. Studnitz) und war ein Frauenblatt nach damaliger Art, sich hauptsächlich mit Angelegenheiten der Küche, der Kleidung und der Kinderpflege beschäftigend. Frau Goebeler folgte den Bestrebungen und der Entwicklung der modernen Frauenbewegung mit aufmerksamen Augen und bemühte sich erfolgreich, auf dem ihr zur Verfügung stehenden Raum alle Probleme der Zeit, soweit sie das Frauenleben betreffen, zu Bachtung kommen zu lassen. Die „Berliner Hausfrau“ erscheint bekanntlich heute im Verlag Hackebeil. Die Jubilarin ist seit langen Jahren Mitglied des Reichsverbandes. Sie ist als Schriftstellerin und Journalistin eine in weiten Kreisen angesehene Persönlichkeit und wird von einem großen Lesepublikum außerordentlich geschätzt. Wir wünschen ihr, wenn auch etwas verspätet, zu ihrem Jubiläum, daß ihre unerschöpfliche frische Tatkraft ihr noch viele Jahre erhalten bleiben und sie zu weiterer erfolgreicher Arbeit führen möge.

Chefredakteur Rudolf Henckel trat am 15. April nach 28jähriger Tätigkeit als Leiter der „Hannoverschen Landeszeitung“ aus Gesundheitsrücksichten von seinem Posten zurück, den er fast drei Jahrzehnte hindurch mit Hingabe verwaltete. Das Direktorium der Deutsch-Hannoverschen Partei sprach dem in den Ruhestand übergetretenen Kollegen in der Nummer vom 16. April den Dank für sein aufopferungsvolles Wirken aus. Henckel selbst hat in dieser Nummer das Wort in einem umfangreichen Leitartikel genommen, in dem er Leid und Freud seiner langjährigen Arbeit schildert und wichtige Ereignisse erwähnt, an denen er als Chefredakteur der Zeitung teilgenommen hat. Er wird seinem Blatt als Mitarbeiter hoffentlich noch recht lange erhalten bleiben.

Dr. Reinicke übernahm am 1. April 1929 die Stelle eines Lokalredakteurs an der „Wernigeroder Zeitung“ in Wernigerode am Harz.

Dr. Fritz Rudolph übernahm die Chefredaktion des „Beobachter am Main“ in Aschaffenburg.

Buchdruckereibesitzer Bernhard Vopelius in Jena, der Herausgeber des demokratischen „Jenaer Volksblattes“, konnte am 15. April sein 50jähriges Berufsjubiläum feiern. Er hat in Jena als Setzer gelernt und ist später als Redaktions-Stenograph in Mannheim und Augsburg tätig gewesen. Während einer Tätigkeit in einer Leipziger Schriftgießerei erhielt er im Jahre 1891 eine Berufung in seine Vaterstadt Jena zur Übernahme des „Jenaer Volksblattes“, dessen Gründer Professor Ernst Abbe ihn für den geeigneten Fachmann hielt, das damals schwer um seine Existenz ringende Organ hochzubringen. Wie Professor Abbe als Begründer der Carl-Zeiß-Stiftung in seinem Betriebe durch soziale Maßnahmen das Wohl seiner Arbeiterschaft förderte, so folgte auch Vopelius seinem Beispiel. Dem „Verein Thüringer Presse“, der später im Landesverband Mitteldeutschland des Reichsverbandes aufging, gehörte er bis zu seiner Auflösung als eines der tätigsten Mitglieder an. Das Vertrauen seiner Mitbürger berief ihn vor dem Kriege für eine Wahlperiode in den Gemeinderat der Stadt Jena. Als mutiger Vorkämpfer im Sinne eines politischen und sozialen Ausgleichs hat Vopelius in Wort und Schrift stets seinen Mann gestanden.

Dr. h. c. Alexander Wyneken, der Mitbegründer und bisherige alleinige Chefredakteur und Geschäftsführer der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“, Ehrenmitglied des

BAD PISTYAN

Bietet d. „Deutschen Presse“ zur Kur ganz besondere Begünstigungen.
Vulk. Schwefel-Schlammquellen — Rheuma, Gicht.
400 Morgen Park, Tennis, Golf, Rudern, Fischen.
Ausk.: Pistyan-Büro, Berlin W 15, Meierottostr. 1

Digitized by Google

zwar schon eine Neigung, bei dem hier zur Erörterung stehenden Mißbrauch der Immunität von dieser traditionellen Praxis abzugehen; aber zu einer grundsätzlichen Änderung kam es nicht. Von deutschnationaler Seite wurde deshalb im Geschäftsordnungsausschuß des Preußischen Landtags folgende Entschließung eingebracht:

„In der Erwägung, daß ein Abgeordneter die Übernahme des Postens des verantwortlichen Redakteurs einer periodischen Druckschrift nicht dazu benutzen darf, die Bestimmungen des Gesetzes über die strafrechtliche Haftbarkeit des verantwortlichen Redakteurs tatsächlich hinfällig zu machen, erklärt der Landtag, daß er in Fällen, in denen ein Abgeordneter mit der Stellung des verantwortlichen Redakteurs offenbaren und schweren Mißbrauch treibt, einem Antrag auf Auslieferung zur strafgerichtlichen Verfolgung grundsätzlich stattgeben wird.“

Die Entschließung fand im Ausschuß keine Mehrheit. Vor allem wurde eingewandt, daß sie keine greifbare Regelung des Problems bedeute. Demgegenüber wurde von den Antragstellern, aber auch von anderer Seite betont, daß sie ja auch nur eine Richtlinie für die künftige Praxis des Landtags geben, gleichsam ein Warnungssignal aufrichten wolle, damit aber doch von Wert und Bedeutung sei; würde eine große Mehrheit sich darauf vereinigen, dann sei zu hoffen, daß die von den meisten Parteien gemeinsam beklagten Mißstände aufhörten oder doch stark eingedämmt würden. Im Plenum ist die Entschließung dann auch mit sehr beträchtlicher Mehrheit zur Annahme gelangt.

Wie aus dem Wortlaut der Entschließung hervorgeht, hat diese Richtlinie zwei Seiten. Auf der einen lehnt sie ab, in den Fällen, in denen ein Abgeordneter in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur gewisse Grenzen überschritten hat, etwa ohne weiteres die Auslieferung zu empfehlen. Es muß vielmehr nicht nur offenbarer, sondern auch grober Mißbrauch der Immunität vorliegen, um die Auslieferung zu begründen. Aus meinen Ausführungen im ersten Teil dieses Artikels ergibt sich ja schon, daß ich es an sich nicht für einen Mißbrauch der Immunität, sondern unter Umständen sogar für einen durchaus erwünschten Zustand halte, wenn ein immuner Abgeordneter eine periodische Druckschrift als verantwortlicher Redakteur zeichnet; erst der absichtliche Gebrauch der Immunität zur Umgehung des Preßgesetzes bedeutet nach meiner Überzeugung einen Mißbrauch. Ein solcher Mißbrauch bedarf aber m. E. nur dann der Sühne, wenn er schwerer Natur ist, nicht aber schon, wenn es sich um Lappalien oder doch um Preßvergehen handelt, wie sie nach der ganzen Art des politischen Kampfes in der deutschen Gegenwart leider gang und gäbe sind.

Hierzu ein grundsätzliches Wort: so tief man die offensichtliche Verschärfung der deutschen Parteikämpfe seit der Revolution beklagen muß, man darf sich doch der Tatsache nicht verschließen, daß sie sehr natürliche Gründe hat, die nicht in bösem Willen, sondern in Realitäten beruhen. Schon die äußere Spannweite der politischen Gegensätze, mit anderen Worten die Verschiedenheit der politischen Grundauffassung wie der politischen Zielsetzung zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken ist heute größer als vor der Revolution. Daß die Folgen der Inflation und anderer wirtschaftlicher Nöte Verbitterung geschaffen haben und noch fortwährend schaffen, die die tieferen grundsätzlichen Gegensätze in unserem Volksleben noch weiter verschärft, liegt auf der Hand. Es darf schließlich nicht übersehen werden, daß es heute beim Kampf der Parteien nicht nur, wie in der alten Staatsverfassung, um einen überdies noch relativen Einfluß auf die Gesetzgebung, sondern um die ganze Macht im Staate geht. Heilung oder doch Besserung des durch diese Momente verursachten bedauerlichen Zustandes kann wohl erst die Zeit bringen. Man wird deshalb heute an Ausschreitungen im politischen Kampfe allgemein einen milderen Maßstab anlegen müssen. Diese Zusammenhänge habe ich ja auch oft genug gegenüber Ausartungen der Polemik in der Presse betont, die an sich niemand mehr bedauern kann als ich. Sie haben aber natürlich ihre Geltung auch für die Auslieferungspraxis der Parlamente.

Namentlich im Hinblick auf diese allgemeine Verschärfung der politischen Gegensätze und des politischen Kampfes bin ich mir wohl bewußt, daß eine einheitliche Auffassung der parlamentarischen Parteien, oder auch nur großer parlamentarischer Mehrheiten, in der Auslieferungspraxis nicht leicht zu erzielen sein wird; es wird immer wieder Fälle geben, die einzelne Parteien verschieden beurteilen und entscheiden, weil sie sie eben verschieden sehen. Die Frage, ob ein schwerer Mißbrauch der Preßfreiheit vorliegt, wird ja in diesen Zeitläuften nicht nur von den Parteien, sondern auch von den Gerichten oft genug verschieden beantwortet. Aber ich glaube und hoffe doch, daß die Praxis des Preußischen Landtags auf Grund dieser Richtlinie dem hier besprochenen Mißbrauch schon sehr bald wenigstens sehr viel engere Grenzen ziehen wird; Anzeichen in dieser Richtung sind seither sichtbar geworden. Und ich hoffe auch, daß sie zu einer immer größeren Annäherung der Auffassungen von dem führen wird, was erlaubt und was nicht erlaubt ist. Im Geschäftsordnungsausschuß des Reichstags scheint bisher noch ein recht labiler Zustand in der Behandlung dieses Übelstandes zu bestehen. Wird aber erst eine Besserung der Verhältnisse im größten Landtag deutlich sichtbar, dann ist eine entsprechende heilsame Rückwirkung auf den Reichstag ohne weiteres anzunehmen. Ein idealer Zustand also wird sich schwerlich so bald erreichen lassen. Aber eine Besserung des bisherigen Zustandes ist doch mit Sicherheit zu erhoffen. Und diese Besserung wird um so schneller und um so gründlicher eintreten, je mehr wir von der Presse uns bemühen, mehr als bisher mit gutem Beispiel voranzugehen!

Nachrichtenbüros und Pariser Konferenz.

Von Dr. F. Gericke, Chef vom Dienst der Telegraphen-Union.

Die in Nr. 18 der „Deutschen Presse“ veröffentlichten Betrachtungen des Kollegen Max Roßbach-Breslau über das Thema „Nachrichtenbüros und Pariser Konferenz“ machen eine Ergänzung vom Standpunkt der Nachrichtenbüros aus notwendig, die allerdings im Endergebnis zu den gleichen Schlußfolgerungen wie Kollege Roßbach kommt.

Zunächst einige Tatsachen: Am 18. April war die Lage so, daß man mit einem Scheitern der Sachverständigenverhandlungen in Paris rechnen mußte und auch durchweg rechnete. Kurz nach 21 Uhr meldete der Pariser Vertreter der Telegraphen-Union ein Extrablatt an, und der Pressefunk der TU. gab um 21.12 Uhr folgendes Pariser Extrablatt:

„Die Sachverständigenkonferenz ist aufgeflogen. Der Unterausschuß Revelstoke, der am Donnerstag nachmittag erneut zusammentrat, hat eine Fortsetzung der Arbeiten für aussichtslos erachtet.“

21.33 Uhr verbreitete der Pressefunk der Telegraphen-Union unter der Überschrift „Französische Darstellung über den Abbruch“ folgende ergänzende Expreßmeldung:

„Aber das Auffliegen der Sachverständigenarbeiten wird von französischer Seite folgende Darstellung gegeben: „Der Unterausschuß Revelstoke versuchte, einen

Digitized by Google

Ausgleich zwischen den von Deutschland angebotenen Jahreszahlungen und den in der alliierten Denkschrift geforderten Zahlungen herzustellen. Dr. Schacht weigerte sich, Zugeständnisse zu machen. Angesichts dieser Weigerung und der Tatsache, daß Dr. Schacht in der deutschen Denkschrift politische Fragen aufgeworfen hat, wurde der Abbruch beschlossen. Am Freitag vormittag wird der Sachverständigenausschuß zu einer Vollsitzung zusammentreten, die den Abbruch voraussichtlich einstimmig gegen die Stimmen der deutschen Abordnung annehmen wird."

Von deutscher Seite wurde die Tatsache des Scheiterns der Verhandlungen zugegeben."

Dies war tatsächlich das Einzige, das sich um die genannte Zeit sagen ließ. Die maßgebenden deutschen Stellen in Paris hüllten sich in allertiefstes Schweigen, und nur ein einziger Herr bestätigte dem Vertreter der TU. auf Anfrage, daß die Verhandlungen gescheitert seien. Aber auch die französische Darstellung, als solche gekennzeichnet, konnte eine gewissenhafte Agentur ihren Kunden nicht unterschlagen, wenn sie sich nicht berechtigten Vorwürfen hätte aussetzen wollen.

Um 24.01 Uhr verbreitete dann der Pressefunk der TU. unter der Aberschrift „Wie es zum Abbruch kam" eine ausführliche Darstellung über die Entwicklung von deutscher Seite. Man verrät wohl kein Geheimnis mehr, wenn man sagt, daß diese Darstellung Ausführungen entstammt, die am gleichen Abend von der zuständigsten deutschen Sachverständigenseite in Paris gemacht worden sind. Allerdings, im Vergleich zu der tendenziösen Pariser Darstellung kamen diese Ausführungen um mehrere Stunden zu spät. Die Ausführungen waren aber so gehalten, daß jeder annehmen mußte, die für den folgenden Tag (Freitag) vorgesehene Vollsitzung der Sachverständigen könne sich nur noch mit der Ausarbeitung eines Schlußberichtes beschäftigen, der das Scheitern der Verhandlungen zugegeben hätte. Die allgemeine Auffassung in Paris ging also dahin, daß die Konferenz, deren Ziel es war, die Kriegsentschädigungsfrage zu lösen, ohne Ergebnis geblieben sei. Wenn sich tags darauf — stimmungsmäßig mochte der plötzliche Tod Revelstokes und die dadurch gegebene Möglichkeit der Verschiebung der Vollsitzung dabei eine Rolle gespielt haben — doch wieder neue Hoffnungen zu regen begannen, so ändert dies nichts an der Tatsache, daß die Lage am Abend des 18. April so war, wie sie in dem ersten Extrablatt der TU. geschildert und in der ausführlichen Meldung der TU. um 24.04 Uhr dargelegt worden war.

Kollege Roßbach ist nun in der unglückseligen Lage gewesen, früher Redaktionsschluß machen zu müssen, als die ausführliche Darstellung im Pressefunk der TU. erschien. In dieser Lage war zweifellos eine ganze Reihe von deutschen Zeitungen. Eine Entschuldigung darf man grundsätzlich selbst zugunsten der Herren anführen, die in Paris die Aufgabe hatten, die deutsche Presse ins Bild zu setzen; die Ereignisse können sich nicht nach den Redaktionsschlüssen der Zeitungen richten, und demzufolge wird auch kein Nachrichtenbüro in der Lage sein, die Ereignisse so zu beeinflussen, daß sie immer zu den Redaktionsschlüssen der Zeitungen zurechtkommen. Ganz abgesehen davon, daß auch die Redaktionsschlüsse der Zeitungen zwar um die Mittagsstunde und um die Abendstunden im Reichsdurchschnitt eine gewisse Häufung aufweisen, dennoch aber zu verschieden liegen, als daß nicht auch hier des einen Uhl des anderen Nachtigall wäre. In dem einen Punkte dürfte aber Kollege Roßbach irren: Selbst für den Fall, daß seine Zeitung in später Abendstunde ein eigenes Ferngespräch aus Paris bekommen hätte, hätte er über den wahren Sachverhalt in deutscher Darstellung kaum früher unterrichtet werden können, als wenn er noch die Möglichkeit gehabt hätte, um 24.01 Uhr den Pressefunk der TU. abzuhören.

Soweit vom Standpunkt des Nachrichtenbüros. Die Nachrichtenbüros haben schon viel schwierigere Fälle zu bewältigen gehabt als den, der am Abend des 18. April gegeben war. Das Entscheidende aber ist — und hierin müssen wir dem Kollegen Roßbach vollauf zustimmen —, daß die Schwierigkeiten am Abend des 18. April auch nachrichtentechnisch sehr wohl zu vermeiden gewesen wären, wenn die mit der Unterrichtung der Presse beauftragten Herren der deutschen Abordnung in Paris rechtzeitig, das heißt sofort nach dem gegen 21 Uhr erfolgten Abbruch der Verhandlungen im Revelstoke-Ausschuß, die deutschen Pressevertreter ins Bild gesetzt hätten. Statt dessen überließen sie es den französischen Stellen, eine tendenziöse Darstellung zu geben, die jedoch, wie gesagt, auch die Nachrichtenbüros ihren Kunden nicht vorenthalten durften, selbst auf die Gefahr hin, daß die von ihnen bedienten Zeitungen noch kein richtiges Bild von den Zusammenhängen gewinnen konnten. Die Kollegen werden mir darin sicherlich zustimmen, daß die Redakteure der Nachrichtenbüros weder dazu da noch überhaupt in der Lage sind, jeder einzelnen Zeitung zu ihrem Redaktionsschluß ein schon fertiges Bild über bestimmte, in der Entwicklung begriffene politische Entwicklungen zu liefern. Die politische Tatsache aber, daß am Abend des 18. April die deutschen Stellen in Paris einer französischen Tendenz-Darstellung einen Vorsprung von mehreren Stunden ließen, ist viel schwerwiegender als die nachrichtentechnische Seite der Angelegenheit, und leider steht auch dieser politische Vorgang nicht vereinzelt da. Er ist vielmehr die Norm, die am Abend des 18. April nur besonders deutlich in die Erscheinung trat. Die Gegensätze zwischen den deutschen Stellen und den Alliierten waren an diesem Tage auch stimmungsmäßig so stark wie nur je, und so mußte es zu dieser Zeit ganz besonders auffallen, wie sehr auch die stimmungsmäßigen Tendenzen auseinandergingen. An anderen Tagen während dieser langen Pariser Konferenz ist der Unterschied vielleicht weniger ersichtlich gewesen, er war aber stets vorhanden. Pressemäßig wirkte sich das immer so aus, daß von Gläubigerseite alle nur gewünschten Auskünfte und Einzelheiten in die Welt posaunt wurden, während man sich auf deutscher Seite allzu peinlich an die längst durchbrochene Schweigeabmachung hielt. Die Folge war, daß die deutsche Öffentlichkeit über den Stand der Dinge in Paris stets zuerst aus gegnerischen Quellen unterrichtet

Die Hotelunterkunft in Bremen.

Wie schon in Nr. 18 der „D. P." mitgeteilt, erwies es sich, um die Teilnehmer am Bremer Verbandstag zu erträglichen Preisen unterzubringen, als notwendig, schon jetzt Hotelzimmer rechtsverbindlich zu mieten. Es kann sich daher jeder Kollege, der an der Tagung teilnimmt, schon jetzt eine Hotelausweiskarte beim Verein Bremer Presse (Kollege Hans Müller, Bremen, Weser-Zeitung) bestellten. Da die Hotelunterkunft schon jetzt bezahlt werden kann, verteilen sich die Ausgaben für den Verbandstag auf 2 Monate.

Die Preise für Hotelunterkunft (Zimmer) bewegen sich zwischen 5 und 7,50 Mark für Einzelzimmer ohne Bad, und zwar sind hierfür Zimmer in den Hotels Europahof, Nordischer Hof, Alberti, Bahnhofshotel, Reichshof, Parkhotel, Schiffers Hotel, Fürstenhof, Hotel Bach, Continental, Zur Post und Schaper-Siedenburg zu haben. Der Preis für Frühstück beläuft sich in den genannten Hotels auf 1,50 bis 2,10 Mark. Im Hotel Schaper-Siedenburg, wo das Einzelzimmer 6,60 Mark kostet, versteht sich der Preis für Unterkunft einschließlich Frühstück und Bedienung. Die Preise in den Hotels Columbus und Hillmann liegen zum Teil wesentlich über diesen Sätzen, worauf hiermit besonders hingewiesen sei.

Diejenigen Kollegen, die am 10. Juni abends noch nicht von Bremen abreisen wollen, werden gut tun, sich rechtzeitig nach weiterer Unterkunft umzusehen. Der Verein Bremer Presse, Wohnungsausschuß, ist auf Wunsch bereit, die Zimmer zu belegen. Auch hierfür nimmt Redakteur Hans Müller, Weser-Zeitung, Anmeldungen entgegen.

Es sei nochmals besonders darauf hingewiesen, daß das Teilnehmerheft keinerlei Abschnitte für die Hotelunterkunft enthält; Unterbringung im Hotel, sowie Frühstück und Bedienung sind besonders zu bezahlen.

Die Verbandsleitung:
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

werden mußte, und man atmete erleichtert auf, wenn, manchmal erst nach Tagen, eine Darstellung von zuständiger deutscher Seite gegeben wurde, auf Grund deren sich die deutsche Öffentlichkeit erst ein richtiges Bild machen konnte. Beispiele für dieses Mißverhältnis ließen sich täglich aufweisen. Hier seien, neben dem oben besprochenen Fall, nur zwei weitere, besonders augenfällige Beispiele erwähnt:

Bereits am 4. Mai konnte die gesamte Pariser Presse ausnahmslos über den neuen Youngvorschlag berichten, wobei u. a. stets behauptet wurde, daß der Jahresdurchschnitt der deutschen Zahlungen im Zeitraum von 37 Jahren 2,040 und 2,060 Milliarden betragen würde. Erst am 5. Mai war der „New York Herald" in der Lage, Ziffern zu nennen, die dem tatsächlichen Youngvorschlag (dem ja die deutschen Sachverständigen zugestimmt hatten) einigermaßen entsprachen. Hätte man nicht auf anderem Wege als auf dem der ordnungsmäßig vorgesehenen Unterrichtung der deutschen Presse in Paris schon am Sonnabend in Erfahrung gebracht, wie denn dieser Youngplan tatsächlich aussieht, dann hätten die Agenturen keine Möglichkeit gehabt, zu den am Sonnabend von der französischen Presse genannten Zahlen irgendwie — ob zu hoch gegriffen, zu niedrig gegriffen — Stellung zu nehmen. Erst am 6. Mai mittags ließen sich die zuständigen deutschen Stellen herbei, eine verbürgte Darstellung über den von den deutschen Vertretern gebilligten Youngschen Zahlungsplan zusammen mit den deutschen Vorbedingungen zu geben. Ein anderes Beispiel ist noch besser in Erinnerung. Es handelt sich um die deutsche Denkschrift. Der sogenannte politische Teil dieser Denkschrift Schachts ist ja bekanntlich von der französischen Presse zum Anlaß genommen worden, Deutschland die Schuld am Scheitern der Verhandlungen im Revelstoke-Ausschuß zuzuschieben. Der Wortlaut der Denkschrift ist einigen deutschen Pressevertretern in Paris ausgehändigt worden mit der an das Ehrenwort gebundenen Auflage, daß sie das Schriftstück nur zu ihrer persönlichen Unterrichtung benutzen und keinesfalls, auch nicht auszugsweise, veröffentlichen dürfen. Trotzdem waren „Echo de Paris" und „Times" sehr bald in der Lage, den politischen Teil der Denkschrift zu veröffentlichen. Ein Vergleich des rückübersetzten Textes mit dem ursprünglichen deutschen Wortlaut ergab, daß die genannten ausländischen Blätter tatsächlich im großen und ganzen richtig und ohne eigentliche Tendenz übersetzt hatten, wenngleich selbstverständlich die Veröffentlichung als solche eine pressetaktische Maßnahme der Verhandlungsgegner war. Trotzdem gestatteten die maßgebenden deutschen Stellen in Paris die Veröffentlichung der Denkschrift nicht, obwohl, wenn es nach den deutschen Sachverständigen gegangen wäre, bis heute noch kein Mensch in Deutschland wüßte, ob die Veröffentlichungen der ausländischen Presse dem Sinne nach echt waren oder nicht. Der deutschen Öffentlichkeit würde, wenn es nach den deutschen Sachverständigen gegangen wäre, auch heute noch jede Handhabe fehlen, darüber zu urteilen, ob und wie weit der heftige Pariser Pressefeldzug gegen die bösen Deutschen, die mit ihren angeblich politischen Forderungen der Herausgabe deutscher Kolonien und der Rückgabe des polnischen Korridors der Sachverständigenkonferenz den Todesstoß versetzt haben sollten, zu Recht bestanden oder nicht. Sie hätte bis heute noch keine Möglichkeit, die französischen Vorwürfe wirkungsvoll zu entkräften.

Es wird sich empfehlen, die zweifellos unzulängliche deutsche Presseregie in Paris nach Abschluß der Sachverständigenkonferenz noch weiter zu erörtern und dann auch die deutschen Pressevertreter in Paris selbst hierzu zu Worte kommen zu lassen. Solange die Verhandlungen noch andauern, werden diese allerdings dank dieser verfehlten Regie noch gar zu anstrengende und aufopferungsvolle Arbeit zu leisten haben, als daß sie noch Zeit fänden, ihre beweglichen Klagen zu Papier zu bringen.

Oberstes Ehrengericht des Reichsverbandes.

Ehrengerichtsklagen Pastenaci/Kames und Kames/Pastenaci.

In der Ehrengerichtsklage des Kollegen Pastenaci gegen den Kollegen Kames hat das O. E. G. in seiner Sitzung vom 22. April, an welcher teilgenommen haben Dr. Breslauer als Vorsitzender, Frhr. v. Biedermann, Goeres, Freund und Dr. Mühling als Beisitzer, folgendes Urteil gefällt:

1. Die Berufung des Kollegen Kames gegen das erstinstanzliche Urteil vom 22. 12. 1928 wird zurückgewiesen.

Gründe.

Das Oberste Ehrengericht teilt die Auffassung der ersten Instanz, daß für selbständige, in sich geschlossene und vom Verfasser mit Namen gezeichnete Beilagen, die ein Verlag seiner Zeitung einfügt, nur dieser Verfasser die journalistische Verantwortung zu tragen hat und nicht die eigentliche Redaktion oder der Chefredakteur. Der entgegengesetzten Auffassung des Göttinger Amtsgerichts kann es sich nicht anschließen, jedenfalls keine entscheidende Bedeutung beimessen. Kollege Pastenaci konnte deshalb die Verantwortung für das in Frage stehende Bornemannsche Flugblatt mit Recht ablehnen und war also freizusprechen.

Nun hat allerdings Kollege Kames in seinem Schriftsatz vom 6. Dezember 1928 und vor dem Obersten Ehrengericht mündlich darauf hingewiesen, daß herabsetzende Äußerungen gegen eine bestimmte Gruppe von Kollegen, die sogenannten Hugenberg-Redakteure, auch in verschiedenen Nummern des „Jungdeutschen" selbst wiederkehren, daß insbesondere in dem vom Kollegen Pastenaci ge- und unterschriebenen Artikel „Der Plutokrat am Ziel" in Nr. 249 dieses Blattes vom 23. Oktober 1928 sich folgende Sätze vorfinden:

> „Die Haltung der nationalen Bewegung zu Hugenberg ist, vom Stahlhelm abgesehen, klar. Alle größeren Bünde außer dem Stahlhelm haben in Hugenberg einen Feind der deutschen Erneuerungsbewegung erkannt. Sie wissen und haben es auch erklärt, daß die Hugenberg-Presse als ein gefügiges Werkzeug in der Hand des Geldfürsten die nationalen Bünde totschweigt oder angreift, je nach dem Befehl ihres Herrn und Meisters, und je nachdem, ob die Haltung des einen oder anderen Bundes Hugenberg mehr oder weniger angenehm ist."

Kollege Pastenaci hat indessen erklärt, daß es nicht seine Absicht gewesen sei, sich mit dieser Wiedergabe von Äußerungen dritter Personen oder Verbände zu identifizieren, daß er sie vielmehr nicht teilen und nicht billigen könne. Das Oberste Ehrengericht ist der Meinung, daß er dann richtiger getan hätte, diese seine abweichende Ansicht irgendwie hervortreten zu lassen oder jene Äußerungen wenigstens in einer Form wiederzugeben, die jedes Mißverständnis ausschloß. Wenn es trotzdem seine Freisprechung aufrecht erhielt, so geschah das in der Erwägung, daß die Veröffentlichung dieses Artikels in eine Zeit fiel, die erfüllt war von politischen Kämpfen gegen diejenigen Richtungen, gegen die der „Jungdeutsche" und der Jungdeutsche Orden mit in erster Reihe im Felde stehen. Deshalb solle ihm die in diesem Falle begangene Unvorsichtigkeit nicht zum Schaden gereichen.

•

2. Die Berufung des Kollegen Pastenaci gegen das Urteil erster Instanz vom 20. 12. 1928 wird zurückgewiesen. (Dieses Urteil erster Instanz lautete dahin, daß die Klage des Kollegen Pastenaci gegen den Kollegen Kames auf Ausschluß aus dem Reichsverband der deutschen Presse abgewiesen wird, Kollege Kames indessen mit einem „strengen Verweis", Kollege Pastenaci mit einem „Verweis" bestraft wird.)

Digitized by Google

Gründe.

Der Streit zwischen den beiden Parteien hat seinen Ausgang genommen von der Vertreterversammlung der Deutschnationalen Volkspartei im Sommer 1928. Der „Jungdeutsche" veröffentlichte einen Bericht über diese Tagung, der in einem Artikel des Kollegen Kames als ein „widerlicher Vertrauensbruch" und in allen wesentlichen Punkten als wahrheitswidrig bezeichnet wurde. Dieser Artikel des Kollegen Kames wahrt noch die Grenzen einer Polemik, wie sie leider heutzutage in der deutschen Presse landesüblich geworden ist, wenn auch einzelne Ausdrücke vielleicht besser unterblieben wären; während die Antwort, die Kollege Pastenaci darauf in seinem Artikel „Ein journalistischer Schmutzfink" gegeben hat, diese Grenze mit Ausdrücken wie „journalistischer Schmutzfink" — „eine einzige journalistische Schmutzfinkerei" — Herr Kames habe „gekniffen" ganz unzweifelhaft überschritten hat und deshalb vom O. E. G. mißbilligt wird. Die sachliche Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Darstellung politischer Vorgänge, um die dieser Streit sich drehte, hat das O. E. G. nicht nachzuprüfen. Es kann aber selbstverständlich nur sein Bedauern darüber aussprechen, wenn solche politisch notwendigen Auseinandersetzungen in Formen geführt werden, die kollegiales und gesellschaftliches Zusammenleben der Beteiligten unmöglich machen.

Kollege Kames hat daraufhin unter Berufung auf seine Eigenschaft als alter Herr der Landsmannschaften vom Kollegen Pastenaci Genugtuung gefordert, wobei ihm, wie er versichert, vorschwebte, daß über den Weg des binnen drei Tagen zusammentretenden neutralen Schiedsgerichts der Streit den Ehrengerichten des Reichsverbandes der deutschen Presse zur Erledigung übergeben werden könnte. Kollege Pastenaci hat das Ansinnen, für seine Beleidigung Genugtuung mit der Waffe zu geben, nicht grundsätzlich abgelehnt, aber auf Bindungen gegenüber dem Jungdeutschen Orden hingewiesen, und als dessen oberste Leitung diese Austragung des nach ihrer Auffassung politischen Konflikts untersagte, den Reichsverband der deutschen Presse mit der Angelegenheit befaßt. Kollege Kames hat sich daraufhin für berechtigt gehalten, nach entsprechender Ankündigung den Weg des Knüppelkomments gegen Kollegen Pastenaci zu beschreiten, weil ihm eine andere Möglichkeit, sich Genugtuung zu verschaffen, angeblich nicht mehr zur Verfügung gestanden habe.

Das O. E. G. muß demgegenüber, in Übereinstimmung mit den Kollegen der 1. Instanz, es auf das lebhafteste beklagen, daß Kollege Kames diesen Weg gegangen ist. Es muß grundsätzlich davon ausgehen, daß jeder Streit unter Kollegen, der im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit entstanden ist, in erster Linie bei den Ehrengerichten des Reichsverbandes anhängig zu machen ist, auch dann, wenn er in den Blättern zu Angriffen persönlicher Natur geführt hat, für die in anderen Verbänden eigene Ehrenvorschriften gegeben sind. Das Primäre bei solchen Zeitungspolemiken ist immer der journalistische Charakter, den sie tragen. Häufig besteht nicht einmal irgendwelche persönliche Beziehung zwischen den Beteiligten, zuweilen wissen sie sogar nicht, wer der gegnerische Artikelschreiber ist, dessen Ausführungen oder Gesinnungen sie bekämpfen. Um so sorgfältiger sollten dann allerdings nach Meinung des O. E. G. persönliche Schärfen oder gar Beschimpfungen in allen solchen Auseinandersetzungen vermieden werden, da sie dem öffentlichen Ansehen unseres Berufes nur zum Schaden gereichen können. Die Einrichtung unserer Ehrengerichte würde aber jeden Sinn verlieren, wenn bei als persönlich aufgefaßten Kränkungen der Beleidigte, je nach der Person oder den Verhältnissen des Beleidigers, in dem einen Fall den Weg persönlicher Genugtuung, in dem anderen Fall den Weg der Genugtuung durch Dritte nämlich durch die Ehrengerichte des Reichsverbandes beschreiten wollte. Eine solche Verschiedenartigkeit in der Austragung journalistischer Konflikte muß auch dann zurückgewiesen werden, wenn die Möglichkeit besteht, das neutrale Schiedsgericht irgendwelcher Verbände auf beiden Seiten mit Berufskollegen zu besetzen und so auf einem Umweg schließlich doch die Ehrengerichte des Reichsverbandes mit der eigentlichen Entscheidung zu befassen. Diese Möglichkeit bedeutet keine Sicherheit, sie schließt andere Vorentscheidungen dieser Instanz, die vom Standpunkt des Reichsverbandes aus nicht gebilligt werden könnten, nicht aus, ganz abgesehen von grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, die vielleicht einem Teil unserer Kollegen die Beschreitung dieses Weges überhaupt verbieten könnten.

Nur in einem Punkte mußte das O. E. G. dem Kollegen Kames bei seiner Verteidigung zustimmen. So schwere Beleidigungen, wie sie hier vorlagen, erfordern eine sofortige Entscheidung. Die Ehrengerichte des Reichsverbandes funktionieren aber, wie die Erfahrungen lehren, mitunter recht langsam, und auch Kollege Kames mußte in einem anderen Verfahren, das er etwa ein Jahr vorher gegen den Kollegen Pastenaci angestrengt hatte, allzulange auf eine ehrengerichtliche Entscheidung warten. Nun sind die Ehrengerichte des Reichsverbandes allerdings keine „Standgerichte". Sehr oft bedarf es genauer Untersuchungen und der Vernehmung nicht immer augenblicklich zur Verfügung stehender Zeugen, um zu einem einwandfreien Urteil gelangen zu können. Auch bei dieser Sache Pastenaci/Kames wäre ein gerechter Spruch ohne Berücksichtigung und Bewertung der seit Jahren durch gegenseitige Polemik gestiegenen Verbitterung, die schließlich zum gewaltsamen Ausbruch führte, nicht möglich gewesen. Doch hat der Vorschlag des Kollegen Kames, für besonders eilige Fälle eine Art „journalistischen Standgerichts" einzuführen, das etwa binnen drei Tagen zum wenigsten zu einer ersten Entscheidung gelangen soll, sehr viel für sich; er wird die Forderung, daß nur der Reichsverband für die Austragung derartiger Streitigkeiten in Anspruch zu nehmen ist, wirksam unterstützen und soll deshalb bei der bevorstehenden Revision unserer Ehrengerichtsordnung vom Obersten Ehrengericht zur Durchführung empfohlen werden. Der Mangel, der den Ehrengerichten des Reichsverbandes in dieser Beziehung zur Zeit noch anhaftet, darf aber nicht dazu führen, eine solche Art von Selbsthilfe, wie sie Kollege Kames für notwendig gehalten hat, zu rechtfertigen; er hätte mindestens den Versuch machen müssen, an der zuständigen Stelle eine rasche Entscheidung über die von ihm geforderte Genugtuung durchzusetzen. Immerhin kann es aber, da ihm Milderungsgründe zur Seite stehen, bei dem von der 1. Instanz über ihn verhängten strengen Verweis sein Bewenden behalten.

Berlin, den 24. April 1929.

gez.: Dr. Breslauer. Georg Freund.
Dr. E. Mühling. Goeres.
Dr. Frhr. v. Biedermann.

Die Sprechstunden des Reichsverbandes.

Wie sich aus verschiedenen Anfragen ergibt, bestehen im Kreise der Kollegen irrige Auffassungen darüber, wann die Verbandsleitung ihre Sprechstunden abhält; ja es gibt anscheinend sogar Kollegen, die überhaupt keine Ahnung davon haben, daß solche Sprechstunden täglich vorgesehen sind. Die Zeit hierfür liegt zwischen 12 und 2 Uhr, während das Büro des Reichsverbandes immer von 9 bis 6 Uhr durchgehend, Sonnabends bis 3 Uhr geöffnet ist. Kollegen von auswärts, die nicht die Zeit von 12—2 Uhr innehalten können, sowie auch Berliner Kollegen, die während dieser Zeit dienstlich verhindert sind, haben selbstverständlich die Möglichkeit, nach vorheriger telephonischer Anmeldung zu jeder anderen Stunde der Bürozeit im Verbandsbüro vorzusprechen und Auskünfte zu erhalten.

Die Verbandsleitung:
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

BAD PISTYAN

Mitglied d. „Deutschen Presse" zur Kur ganz besondere Begünstigungen.
Vulk. Schwefel-Schlammquellen — Rheuma, Gicht.
400 Morgen Park, Tennis, Golf, Rudern, Fischen.
Ausk.: Pistyan-Büro, Berlin W 15, Meierottostr. 1

Digitized by Google

Fachrundschau

Vom deutschen Zeitungswesen im Ausland.

Die Leiden der deutschen Presse in Polen. Die Zeitschrift „Der Auslandsdeutsche" veröffentlichte kürzlich eine Zusammenstellung der Beschlagnahmen und Presseprozesse deutscher Zeitungen in Polen in den Jahren 1927/28. Bei den drei Zeitungen „Oberschlesischer Kurier" in Königshütte, „Kattowitzer Zeitung" in Kattowitz und „Volkswille" in Kattowitz sind danach in den beiden Jahren nicht weniger als 104 Fälle von Beschlagnahmen und gerichtlichen Verfolgungen vorgekommen. In 82 von diesen 104 Fällen wurde die Beschlagnahme bestätigt. Die verantwortlichen Redakteure wurden insgesamt verurteilt zu folgenden Geldstrafen: beim „Oberschlesischen Kurier" zu 720 Zloty Geldstrafe und 856,50 Zloty Gerichtskosten, bei der „Kattowitzer Zeitung" zu 1380 Zloty Geldstrafe und beim „Volkswillen" zu 1380 Zloty Geldstrafe. Eine Reihe der Fälle des Jahres 1928 ist noch nicht erledigt, so daß man über die Höhe der verhängten Geldstrafen kein vollständiges Bild gewinnen kann. Immerhin zeigen die angegebenen Ziffern allzu deutlich, mit welch ungeheuren Schwierigkeiten die deutsche Presse in Polnisch-Oberschlesien zu kämpfen hat.

Nachrichtendienst.

Pressetelegramme nach Amerika. Vom 1. Mai d. J. ab sind die Gebühren für Pressetelegramme von Deutschland nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Mexiko, Mittelamerika, Westindien und den Nordstaaten von Südamerika über die Kabelwege via DAT, via DAT Cial oder via DAT Wun ermäßigt.

Zeitungskunde und Zeitungswissenschaft.

Zeitungskunde in der Volkshochschule. An der Breslauer Volkshochschule hält Dr. Hirschfeld, Geschäftsführer des Breslauer Einzelhandels, einen Kursus über das Thema „Wie lese ich Zeitungen". Der Lehrgang bezweckt durch kritisches Vergleichen von 10 bis 12 Zeitungen verschiedener Richtungen festzustellen, wie die gleichen Nachrichten je nach dem Aufgabenkreis, der Tendenz und der Interessensphäre der Zeitung verschieden gestaltet und aufgemacht werden. Daneben werden Entstehung und Entwicklung des deutschen Zeitungswesens sowie seine Gliederung behandelt.

Kommunen und Presse.

Zehn Jahre Städtisches Presseamt Breslau. Das Presseamt des Magistrats der Stadt Breslau, seinerzeit auf besonderen Wunsch der Presse begründet, konnte am 1. Mai auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Schon Ende 1918 wurden die Vorbereitungen für die Gründung getroffen. Die Presse aller Schattierungen begrüßte es damals vor allem, daß zum Leiter des Presseamtes nicht ein Beamter, sondern ein Journalist gewählt wurde; nämlich Redakteur Otto von Hörner, den Kollegen im ganzen Reich näher bekannt durch seine Veröffentlichung „Aus Arbeit und Erfahrungen" in der Verbandstagssondernummer 1927 der „Deutschen Presse". Kollege v. Hörner hat mit feinstem Verständnis und Einfühlungsvermögen für das Wesen und die Aufgaben sowohl der Verwaltung wie der Presse es vermocht, eine Verbindung zwischen Presse und Verwaltung herzustellen, mit der beide Teile zufrieden sind.

Reorganisation des Nachrichtenwesens der Stadt Köln. Bisher gab es in Köln Pressestellen bei verschiedenen Ämtern, so bei der Hauptverwaltung, beim Verkehrs- und Werbeamt wie beim Messeamt. Das städtische Presseamt wurde bisher von Dr. Cramer geleitet, während die Pressestelle beim Verkehrsamt in Händen des Herrn Frenzel lag und die Leitung der Pressestelle im Messeamt Direktor Taepper inne hatte. Jetzt ist die Zentralisation des gesamten städtischen Pressewesens durchgeführt und die Leitung dieses Zweiges der Stadtverwaltung Direktor Taepper übertragen worden.

Journalisten- und Schriftstellerorganisationen.

Ein elsaß-lothringischer Schriftstellerverein. Unter dem Titel „Société des Ecrivains de Province-Section d'Alsace et de Lorraine" ist im Elsaß eine Schriftstellerorganisation gegründet worden, der 40 jüngere elsäßische Schriftsteller sich angeschlossen haben. Dem Ehrenkomitee gehört René Schickele an. Hauptzweck der Organisation ist, für das elsaß-lothringische Schrifttum zu wirken, dessen Zweisprachigkeit ausdrücklich betont wird.

Der Litauische Journalistenverband hat sich eine neue Satzung gegeben, die ihn zu einem ausschließlichen Berufsverband der Journalisten stempelt. Es können ihm als ordentliche Mitglieder nur im Hauptberuf tätige Journalisten angehören, die mindestens zwei Jahre im Pressedienst gestanden haben. Als Journalisten-Korrespondenten können dem Verband solche Personen beitreten, die satzungsgemäß als ordentliche Mitglieder nicht aufgenommen werden können. Sie haben jedoch nur beratende Stimme und können weder dem Vorstand noch dem Ehrengericht des Verbandse angehören. Als Hauptziel und Zweck der Organisation wird die Vertretung der materiellen und geistigen Interessen der Mitglieder sowie gegenseitige Hilfe bezeichnet.

Ausland.

Statistisches von der französischen Presse. Eine Statistik gibt die folgenden Auflageziffern Pariser Blätter bekannt: Petit Parisien 1 600 000, Le Journal etwa 1 Million, L'Ami du Peuple, das von Coty gegründete billige Blatt (Morgenausgabe), 900 000—1 000 000, Matin 800 000, Humanité, das offizielle Organ der französischen Kommunisten, 800 000. Echo de Paris (nationalsozialistisch) 600 000, L'Ami du Peuple (Abendausgabe) 400 000. Der Intransigeant, die alte Tribüne Henry Rocheforts, dessen Auflage nicht genannt wird, hat sich zu einem Inseratenblatt entwickelt und bringt täglich 10—12 Seiten kleine Anzeigen. Excelsior, die einzige tägliche Bilderzeitung, hat eine Auflage von 185 000. Die großen politischen Blätter dürften in der Nähe von 200 000 liegen. Hierher gehören Oeuvre und Quotidien, ferner der Temps.

Aus der Organisation.

Verein Frankfurter Presse E. V.

In der Generalversammlung des Vereins Frankfurter Presse E. V. wurde der seitherige Vorsitzende Alexander Giesen, der eine Wiederwahl ablehnte, in Anbetracht seiner jahrzehntelangen uneigennützigen und selbstlosen Arbeit für den Verein Frankfurter Presse und den Reichsverband einstimmig zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Dr. Fritz Wahl (Frankfurter Zeitung), 2. Vorsitzender Heinz Gorrenz (Frankfurter Nachrichten), 1. Schriftführer Robert Mösinger (freier Journalist), 2. Schriftführer Pfeiffer (Rhein-Mainische Volkszeitung), Schatzmeister Fritz Peters (General-Anzeiger), Beisitzer: Meisterbernd (Frankfurter Nachrichten), Anhäuser (Frankfurter Zeitung), Du Mont (freier Journalist) und Dr. Albrecht (WTB., zugleich als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Frankfurter Sportpresse). Als Delegierte für den Reichsverbandstag in Bremen wurden gewählt: Giesen, Dr. Wahl, Gorrenz, Robert Mösinger, Eck-Troll. Die Beratung der neuen Satzungen wurde wegen vorgeschrittener Zeit auf eine neu einzuberufende Generalversammlung verschoben, da mehrere Abänderungsanträge vorlagen.

Provinzialverband Pommern.

Der Provinzialverband Pommern E. V. hielt am 21. April im Konzerthaus zu Stettin seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der erste Vorsitzende Dr. Dyrssen begrüßte die Anwesenden und teilte mit, daß vom Pommerschen Verlegerverein angeregt worden sei, demnächst die erste Sitzung der Bezirksarbeitsgemeinschaft abzuhalten.

Nach dem Jahresbericht, der dann verlesen wurde, ergab sich ein erfreuliches Fazit des vergangenen Vereinsjahres; die Unternehmungen des Verbandes, insbesondere die Kolberger Tagung im September und ein Bierabend im Januar 29 in Stettin, zu dem zahlreiche Vertreter der Behörden erschienen waren, haben den Verband innerlich gefestigt und sein Ansehen nach außen hin gehoben. Auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse in Köln war der Verband durch seine Delegierten, die Kollegen Dr. Dyrssen, Höhne und Hermann vertreten.

Dem Kassenführer Kollegen Herrmann wurde Entlastung erteilt. Von der ursprünglich für diesen Sommer geplanten Tagung in Vorpommern beschloß der Landesverband, einem Antrag des Kollegen Farwick folgend, abzusehen.

Vor der Vorstandswahl bat der Kassenführer Kollege E. Herrmann, von seiner Wiederwahl abzusehen. Der Vorsitzende sprach ihm den herzlichsten Dank aus für die treue und aufopferungsvolle Arbeit, die er dem Landesverband fast zwanzig Jahre lang geleistet habe.

Digitized by Google

In den Vorstand wurden wiedergewählt die Kollegen: Dr. Dyrssen (1. Vorsitzender), Rosenau (2. Vorsitzender). Schrey (1. Schriftführer), Höhne (2. Schriftführer), Ricker und Schumann als Beisitzer. An Stelle des Kollegen Herrmann wurde Kollege Kusath zum Kassenführer gewählt.

Das Ehrengericht setzt sich zusammen aus den Kollegen: Herrmann, Höhne, Neitzel, Schumann. Darius und Walter als Stellvertreter. Als Vertreter des Verbandes in der Arbeitsgemeinschaft wurden gewählt die Kollegen: Dr. Dyrssen, Herrmann, Höhne, Ricker, Rosenau und Schumann.

Mit großer Anteilnahme hörte die Versammlung einen Vortrag über die Versorgungsanstalt der RAG. von Herrn Contag, der den Kollegen auch über alle Einzelfragen in liebenswürdiger Weise Auskunft gab.

Der Hauptversammlung ging am Vortage ein gut besuchter Begrüßungsabend voraus, der die Verbandsmitglieder und ihre Familienangehörigen in harmonischer Geselligkeit vereinte.

Landesverband Württemberg.

Die Jahreshauptversammlung findet am 15. und 16. Juni in Wildbad statt. Am Abend des 15. Juni ist eine Veranstaltung der Stadtgemeinde und der Staatlichen Badverwaltung im Kurhaus vorgesehen. Am Sonntag vormittag ist den Teilnehmern an der Tagung Gelegenheit geboten, die interessanten Badeeinrichtungen und Kuranlagen in Augenschein zu nehmen. Die geschäftlichen Verhandlungen finden von 11 bis 2 Uhr statt. Nach dem Mittagessen mit der Drahtseilbahn auf den Sommerberg. Kaffee auf der Sommerberg-Hotelterrasse. Abends Konzert am Kurplatz.

Personalien

Alexander Wyneken.

Zu seinem Scheiden aus der Leitung der „Königsberger Allgemeinen Zeitung".

Von Leo Holstein, Redakteur der „Königsb. Allg. Ztg."

Am 1. Mai ist Dr. h. c. Alexander Wyneken, der 53 Jahre hindurch als Geschäftsführer und Chefredakteur die „Königsberger Allgemeine Zeitung" geleitet hat, von seinen Ämtern zurückgetreten. In Anerkennung seiner großen Verdienste ist er in den Aufsichtsrat berufen worden. Für die „Königsberger Allgemeine Zeitung" bedeutet die mit dem Ausscheiden Wynekens verbundene Neuordnung der Dinge einen markanten Abschnitt ihrer Geschichte.

Denn mit Alexander Wyneken scheidet ein Mann aus der Leitung des Unternehmens, der es verstanden hat, aus bescheidensten Anfängen, nämlich aus einem kleinen Kommunalblatt der siebziger Jahre, durch unermüdliche und weitblickende Tätigkeit die „Königsberger Allgemeine Zeitung" zu einer führenden, deutschen Zeitung des Ostens zu machen, die nicht nur politisch, sondern auch kulturell weit über die Grenzen der Provinz in Deutschland bekannt und geachtet ist. Obwohl die Verlockung nahegelegen hätte. aus dieser Zeitung ein Blatt vom Typ des Generalanzeigers zu machen, hat Alexander Wyneken die „Königsberger Allgemeine Zeitung" trotz Erfassung eines breiten Lesepublikums als Gesinnungszeitung erhalten. Aufgewachsen in den Traditionen der Nationalliberalen Partei im Sinne eines Bennigsen hat Wyneken sich vor allem mit Entschlossenheit zum Reichsgedanken und zu dessen großem Schöpfer Bismarck bekannt. Als dann nach Krieg und Revolution sich die Aufgabe ergab, aus einem Chaos neue politische Formungen zu bilden, hat Wyneken zu den Männern gehört, die als erste zur Sammlung des nationalen Liberalismus und zur Gründung der Deutschen Volkspartei aufriefen. Durch seine vornehme und abwägende Leitung der Zeitung hat er sich das größte Ansehen erworben, und es ist charakteristisch, daß ihm das jetzt bei seinem Scheiden selbst der politische Gegner bestätigt, indem nämlich die Sozialdemokratische „Königsberger Volkszeitung" schreibt:

> „Er war zu seinen politischen Gegnern immer ein anständiger Kerl und bevorzugte den sogenannten „guten Ton".

Die „Königsberger Allgemeine Zeitung" hat aber unter seiner Leitung stets über die Parteigesichtspunkte die allgemein verbindenden, nationalen Interessen gestellt, was besonders sich in den schweren Zeiten bedeutsam ausgewirkt hat, die nach Abtrennung durch den Korridor über Ostpreußen kamen.

Alexander Wyneken hat sich aber nicht damit begnügt, seinem Blatt, das unter ihm in jahrzehntelanger, unermüdlicher Arbeit, auf „Fingerspitzengefühl" dirigiert, immer mehr sich entfaltete, politische Richtlinien zu geben. Ihm, der selber in jungen Jahren als Theater- und Musikkritiker tätig gewesen war, war das Feuilleton ganz besonders ans Herz gewachsen. Er, der sich mit jugendlichem Temperament für Richard Wagner eingesetzt hatte und mit Stolz sein Werturteil in der bekannten Wagner-Biographie Glasenapps zitiert fand, betrachtete das Feuilleton als einen der wichtigsten, in die Gesamtkultur ausstrahlenden Teile der Zeitung.

Wyneken hat für seine Arbeit reiche Anerkennung gefunden. Er darf mit Recht heute einer der prominentesten Zeitungsmänner Deutschlands genannt werden. Wenn er aber nicht nur von dem Zeitungsverlegerverband in den Vorstand gewählt und mit den höchsten Ehrungen ausgezeichnet wurde, sondern wenn er auch — eine sehr seltene Auszeichnung — zum Ehrenmitglied des Verbandes der Ostpreußischen Presse ernannt wurde, so geschah das deshalb, weil Alexander Wyneken auf das glücklichste die Synthese zwischen Verleger und Redakteur in einer harmonisch wirkenden Personalunion gefunden hatte. Deshalb darf dieser Nestor der deutschen Zeitungswelt, der mit seinen 82 Jahren in einer bewundernswerten Frische den Beruf des Zeitungsmannes als Lebenselexier erscheinen läßt, mit gutem Recht und mit Stolz auch von den deutschen Journalisten als einer der Ihrigen gefeiert werden. Der Erfolg seiner Lebensarbeit beweist, daß es nur zum Besten einer Zeitung als einen lebendigen Organismus dient, wenn Verlag und Redaktion nicht als zwei feindliche Kampffronten einander gegenüber stehen, sondern wenn sie als gemeinsame Diener einer geistigen Sendung betrachtet werden, die selbstverständlich wirtschaftlich unterbaut sein muß.

Fragen wir aber nach dem Geheimnis des Erfolges von Alexander Wynekens Lebensarbeit, so werden wir, wie stets in solchen Fällen, auf den Zauber der Persönlichkeit im Goetheschen Sinn treffen. Dem gebürtigen Hildesheimer mag es zunächst nicht leicht geworden sein, sich in die völlig andere Atmosphäre Ostpreußens einzuleben. Bald aber fühlte er sich dort so wohl und hatte es durch seine menschengewinnende Art verstanden, sich einen solchen weiten Freundeskreis zu schaffen, daß er ganz mit den Interessen der Ostmark verwuchs. so daß er heute in seinen Abschiedsworten sagt: „Dieses herrliche, charaktervolle Land .... Ostpreußen und Königsberg. von dem ich nie mich werde trennen können." Wyneken ist zu einem Stück Ostpreußen geworden. Untrennbar ist sein Name mit dieser Wahlheimat verbunden.

Verhetzt
SOLLTEN NUR KAFFEE HAG TRINKEN!

Digitized by Google

Er ist aber trotz oder wegen solcher Bodenständigkeit zu einem repräsentativen Zeitungsmann geworden, der weit über die Grenzen der Provinz und nach zahlreichen Reisen auch im Ausland das deutsche Zeitungswesen als ein Gentleman von seltenen Gnaden vertritt. Wie er es verstanden hat, stets mit seinen Mitarbeitern in herzlicher Verbundenheit zusammenzuarbeiten, wußte er auch als ein Lebenskünstler von Format sein Haus zu einem Mittelpunkt kulturvoller Geselligkeit zu gestalten, in dem nicht nur die provinziellen „Spitzen“ und lokalen Größen sich zu anregender Unterhaltung zusammenfanden, sondern in dem wohl auch kein Prominenter aus dem Reich, der nach Ostpreußen kam, vor allem auch kein berühmter Künstler fehlte. Dieses Bild des Lebenskünstlers Wyneken, das auch eine Lösung des Rätsels bis ins hohe Alter erhaltener Frische birgt, herauszustellen, ist deshalb wichtig, weil in Deutschland zuweilen gerade bei einem Zeitungsmann der repräsentative Wert einer Persönlichkeit gegenüber dem Typ des reinen Arbeitsmenschen unterschätzt wird. Weil bei Wyneken alle diese verschiedenen Lichter sich zu einer harmonischen Gesamtpersönlichkeit zusammenschließen, erscheint er uns Jüngeren als das Vorbild eines Zeitungsmannes, den wir als richtunggebend betrachten dürfen.

Dr. Otto Gaupp, der langjährige Londoner Vertreter der „Münchener Neuesten Nachrichten“, ist nach unterbrochenem 37jährigem Wirken für das genannte Blatt in den Ruhestand getreten. Gaupp hat große Verdienste um Deutschland und seine politische Geltung. Er wurde besonders auch von englischen Staatsmännern aller Parteien geschätzt, ebenso wie von den jeweiligen deutschen Botschaftern. In den langen Jahren seines englischen Aufenthaltes hatte er sich so in die englischen Verhältnisse eingelebt, daß er als einer der besten Kenner des politischen und gesellschaftlichen Lebens Groß-Britanniens gelten kann. Während des Krieges versah er seinen Dienst vom Haag aus. Eine lautere Gesinnung, eine gerechte Beurteilung und eine genaue Prüfung der Dinge machten die großen Vorzüge seiner Person und seiner journalistischen Arbeit aus. Nachfolger Gaupps wurde der bisherige Vertreter der Münchener Neuesten Nachrichten in Newyork, Dr. Adolf Halfeld.

Dr. Hans-Karl Gespann, der am 1. Oktober vorigen Jahres als politischer Schriftleiter in die Redaktion der „Halleschen Zeitung“ eintrat, hat die Hauptschriftleitung des genannten Blattes übernommen.

Friedrich Jung, Chefredakteur der „Speyerer Zeitung“ konnte in voller körperlicher Rüstigkeit und geistiger Frische sein 30jähriges Jubiläum als Redakteur der „Speyerer Zeitung“ begehen. Der Jubilar, der seit 34 Jahren in der Pfalz als Redakteur tätig ist und sich sowohl in Journalistenkreisen wie auch bei der Bevölkerung großen Ansehens und großer Beliebtheit erfreut, wurde aus Anlaß seines Jubelfestes hoch geehrt, insbesondere gingen ihm zahlreiche Glückwünsche und Ehrengeschenke zu. Möge es ihm vergönnt sein, in voller Arbeitsfrische noch viele Jahre in dem von ihm so sehr geliebten Journalistenberuf segensreich wie bisher tätig zu sein.

Redakteur Ernst Keil in Eßlingen in Württemberg, ehemals Redakteur an der „Weser-Zeitung“, vollendete vor kurzem das 70. Lebensjahr. Nach einundzwanzigjähriger Tätigkeit an der „Weser-Zeitung“ von 1886—1907 übernahm er die Chefredaktion des „Stuttgarter Neuen Tageblattes“. 1918 wurde er Syndikus des Eßlinger Industrie-Vereins.

Dr. Hermann Ullmann, früher Redakteur an der Tageszeitung „Der Deutsche“, zuletzt Herausgabe der „Politischen Wochenschrift“, ist aus dem Verlage Scherl, wo er eine leitende Stellung einnahm, ausgeschieden. Dr. Ullmann befindet sich zurzeit im Auslande.

Inhaltsangabe:

Immunität und verantwortlicher Redakteur. Von Chefredakteur Paul Baecker, M. d. L.
Nachrichtenbüros und Pariser Konferenz. Von Dr. F. Gericke, Berlin.
Oberstes Ehrengericht des Reichsverbandes.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Sir Hildebrand Harmsworth †. Der Bruder des verstorbenen Lord Northcliffe, Sir Hildebrand Harmsworth, starb in London im Alter von 57 Jahren. Harmsworth war in seinen jungen Jahren wie seine beiden Brüder Lord Northcliffe und Lord Rothermere zunächst Journalist. Später widmete er sich ganz der Politik; er war lange Jahre Mitglied des Unterhauses.

Dr. Albert Schütz, Handelsredakteur der „Neuen Züricher Zeitung“, wurde bei einem Autoausflug das Opfer eines tödlichen Unfalls. Dr. Schütz, ein begabter Journalist, war schon während seiner Studienzeit Mitarbeiter der „Neuen Züricher Zeitung“ gewesen.

Severine †. Am 23. April ist in Paris die bekannte französische Journalistin und Schriftstellerin Severine im Alter von 74 Jahren gestorben. Severine, eine geborene Lothringerin, hieß eigentlich Karoline Remy. Ihr reiches Leben hat sie in dem Buch „Line“ geschildert. Schon ihre ersten journalistischen Arbeiten, im Jahre 1876 erschienen und Artur Vingtras gezeichnet, erregten großes Aufsehen. Sie schrieb unter verschiedenen Pseudonymen für fast alle großen Pariser Blätter. Severine war eine Journalistin, die stets ihrer Überzeugung diente und unermüdlich gegen alles kämpfte, was sie als unrecht, unwahr und unsozial empfand. Auch wenn sie oft leidenschaftlich und temparamentvoll über das Ziel hinausschoß, erzwang sie sich wegen ihres uneigennützigen Wollens auch bei Andersdenkenden Respekt. Ihr zweiter Mann, ein junger Gelehrter namens Dr. Guebhard, gab ihr die Möglichkeit, sich zu entwickeln. 1883 übernahm sie die Leitung des radikalen „Cri du Peuple“, doch blieb ihre journalistische Arbeit nicht auf dieses Blatt beschränkt. Besonders kämpfte sie für die Emanzipation der Frauen und in den letzten Jahren für den Weltfrieden.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Badischen Presse. Wilhelm Roth (Verkehrsverein Pforzheim), Pforzheim, Schulstr. 6; Dr. Haufler (Bad. Presse), Karlsruhe, August-Dürer-Straße 3; Wilhelm Nagel (T. U.), Mannheim, O. 6. 6.

Verein Frankfurter Presse. Heinrich Kaiser Frankfurt a. M., Wormser Straße 6.

Verein Niedersächsische Presse. Fritz Kuhlmann (Nachr. für Stadt und Land), Oldenburg, Ratsherr-Schulze-Straße 1.

II. Neuanmeldungen.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Bremer Presse. J. Bronsema (Weser-Ztg.), Bremen, Wilhelmstraße 1a; Erich Wilberg (Weser-Ztg.), Bremen, Contrescarpe 42. Gruppe Unterweser-Unterelbe. Arthur Freißler (Wilhelmsburger Ztg.), Harburg-Wilhelmsbg., Fährstraße 71.

Landesverband Württemberg. Red. F. W. Willms. Horb a. N., Neckarstraße.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Bezirksverein Ravensberg. Überwiesen vom Verein Niedersächs. Presse; Fritz Horn, bisher Oldenburg, nun Bad Oeynhausen, Königstr. 3 (Bad Oeynh. Lokalanzeiger.). Vom Provinzialverband Pommern überwiesen: Rudolf Petri Lübbecke i. W., Lange Str. 30.

IV. Austritte und Streichungen.

Bezirksverband Berlin. Gestrichen: Paul Eckert. — Ausgetreten J. Fiege; Frau A. Vallentin.

Landesverband Schleswig-Holstein-Lübeck. Ausgetreten wegen Berufsw.: Dr. Hans Hinrichsen.

•

Die ausgefertigten Mitgliedskarten der Kollegen Dr. Heinz Caspari (Nr. 1712) und Paul Jäckel (Nr. 3949) sind abhanden gekommen und werden hiermit gesperrt. Es gelten nur die Ersatzkarten.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86.

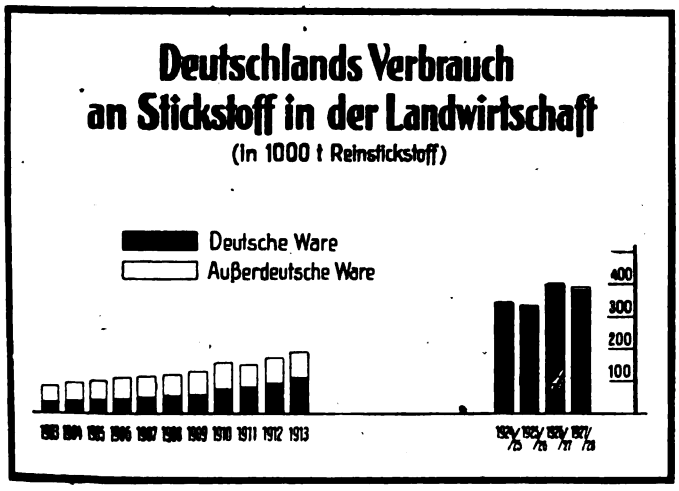
Digitized by Google

Landwirtschaft - Stickstoffdünger - Volkswirtschaft.

Das Ziel der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland muß die Gewinnung der Nahrungsmittelfreiheit sein. Wie weit wir noch von diesem Ziel entfernt sind, zeigen mit erschreckender Deutlichkeit die statistischen Handelsausweise des Reiches. So sind im Laufe der letzten Zeit jährlich rund 4 Milliarden für eingeführte Nahrungsmittel ins Ausland gegangen. Hiervon entfallen rund 2,6 Milliarden auf solche Produkte, die auch im Inlande erzeugt werden. Die Frage, ob es möglich ist, diese Einfuhr durch entsprechende Mehrproduktion zu unterbinden, ist vielfach bejaht worden. Nicht so klar ist jedoch die Frage, wie weit die Gewinnnung der Nahrungsmittelfreiheit für die Landwirtschaft auch privatwirtschaftlich einen Erfolg bedeutet. Der einzelne Landwirt wird naturgemäß seine Erträge nur so weit steigern, als die hierfür erforderlichen Mehraufwendungen tatsächlich gewinnbringend sind. Für die Steigerung der Erträge werden mithin in erster Linie nur solche Betriebsmittel in Frage kommen, deren Anwendung bei verhältnismäßig niedrigem Preise einen verhältnismäßig hohen Mehrertrag zur Folge hat. Hierzu gehören vor allem die künstlichen Düngemittel. Unter ihnen spielt wieder der Stickstoff als wichtigster und zur Erzielung hoher Erträge stets unerläßlicher Pflanzennährstoff eine besondere Rolle.

Die Geschichte der Stickstoffanwendung

beginnt mit dem Abbau der Guanolager in Peru, der jedoch schon gegen Ende des vorigen Jahrhunderts durch den Ausbau der chilenischen Salpeter-Industrie an Bedeutung verlor. Das erste in Europa hergestellte Stickstoff-Düngemittel war das schwefelsaure Ammoniak, das aus dem bei der Gaserzeugung und bei der Verkokung der Kohle anfallenden Ammoniak gewonnen wurde. Hierzu kamen um die Jahrhundertwende die ersten synthetischen Düngemittel, der Norgesalpeter und der Kalkstickstoff. Einen ungeheuren Aufschwung nahm die Stickstoff-Erzeugung jedoch erst mit dem Ausbau der nach dem Haber-Bosch-Verfahren arbeitenden Industrie. Nach diesem Verfahren wurde im Laufe der Jahre eine sich ständig vermehrende Anzahl von Düngemitteln geschaffen. Hand in Hand mit dieser Vermehrung der Formen ging eine erhebliche Zunahme des Verbrauches.



Diese Zunahme war nur möglich durch die fortlaufende Senkung der Stickstoffpreise, die deshalb besonders stark ins Gewicht fiel, weil sie mit einem gleichzeitigen Steigen der Preise für landwirtschaftliche Produkte zusammentraf. Hierfür ein Beispiel:

Für 100 kg Stickstoffdünger
(mit 20 % Stickstoff).

	Roggen	oder Weizen	oder Hafer	oder Kartoffeln	oder Milch
gab man 1913	167 kg	138 kg	162 kg	611 kg	176 Ltr.
gibt man 1929+	92 kg	87 kg	94 kg	305 kg	112 Ltr.

Die Werte sind errechnet nach Berliner Notierungen
+ Durchschnitt Jan.–April 1929.

Die Vielfältigkeit der von der deutschen Stickstoff-Industrie hergestellten Düngemittel ermöglicht es, die Düngung den jeweiligen Bedürfnissen von Boden, Klima und Pflanze anzupassen. Während vor dem Kriege nur Düngemittel mit einer Stickstofform wie z. B. schwefelsaures Ammoniak, Kalkstickstoff, Chile- und Norgesalpeter auf den Markt gelangten, die den Stickstoff entweder in der langsam und nachhaltig wirkenden Ammoniak- oder Cyanamidform oder in der schnell wirkenden Salpeterform enthielten, sind heute in den Ammonsalpeterdüngern (Leunasalpeter, Montansalpeter und Kalkammonsalpeter) (Düngemittel vorhanden, die den Pflanzen gleichzeitig beide, in ihrer Wirkungsart verschiedene Formen zuführen. Bei Anwendung dieser Dünger steht der Pflanze sofort ein gewisser Vorrat von Salpeter zur Verfügung. Die weitere gleichmäßige Ernährung wird dann durch das inzwischen umgesetzte Ammoniak gewährleistet. Da die Wirkung von Ammo-

Digitized by Google

niak und Salpeter auch stark durch die jeweilige Witterung bedingt wird und zwar so, daß Witterungsbedingungen, die die Salpeterwirkung fördern, die Ammoniakwirkung hemmen und umgekehrt, so bedeutet die Anwendung der Ammonsalpeterarten auch eine gewisse Verminderung des Risikos der Düngemittelanwendung. Da zudem in diesen Düngemitteln der Salpeterstickstoff zum niedrigeren Ammoniakpreise berechnet wird, sind sie besonders vorteilhaft. Auch wird man sie aus diesem Grunde in vielen Fällen mit Nutzen anwenden, in denen bisher reine Salpeterdüngemittel vorgezogen wurden. Da, wo aus landwirtschaftlichen Gründen nur reine Salpeterdünger in Frage kommen, sollte der deutsche Landwirt die deutschen Salpetersorten, den deutschen Natronsalpeter und den deutschen Kalksalpeter anwenden. Diese sind nach zahlreichen Urteilen wissenschaftlicher Autoritäten dem Chilesalpeter in der Wirkung gleich. Da sie aber billiger sind, muß ihre Anwendung auch wirtschaftlicher sein als die des Chilesalpeters.

Eine besondere Bedeutung kommt endlich

den Volldüngern

zu, wie sie in den verschiedenen Formen des Nitrophoska IG vorliegen. Zur Herstellung des Nitrophoska IG führte die Erkenntnis, daß in einem großen Teil der deutschen Betriebe das zweckmäßigste Verhältnis, in dem die drei Kernnährstoffe Stickstoff, Phosphorsäure und Kali bei der Anwendung zueinander stehen müssen, unbekannt ist, und daß aus diesem Grunde vielfach eine einseitige, die Auswirkung des angewandten Pflanzennährstoffes hemmende Düngung stattfand. Die Festsetzung der Nährstoff-Verhältnisse ist im Benehmen mit maßgebenden Stellen der Landwirtschaft erfolgt. Sie gewährleisten unter den meisten Bedingungen eine volle Ausnutzung der Nährstoffe, ganz besonders aber des wertvollen Stickstoffes. Die inzwischen durchgeführten zahlreichen Versuche und die steigende Nachfrage nach Nitrophoska IG bestätigen die gute Wirkung dieses Volldüngers.

Ein ganz besonderer Vorzug des Nitrophoska IG liegt noch in seinem hohen Gesamtnährstoffgehalt sowie in der Einfachheit seiner Anwendung.

Abgesehen davon, daß die Leistungen der deutschen Industrie es der Landwirtschaft ermöglichen, vorteilhafter zu düngen als vor dem Kriege, kommt der Stickstoff-Industrie auch eine große

volkswirtschaftliche Bedeutung

zu:

Sie liefert einem Heer von Arbeitern Arbeit und Lohn.

Sie versetzt die deutsche Landwirtschaft in die Lage, durch vermehrte Anwendung ihrer Produkte die einheimische Produktion an Nahrungsmitteln ganz erheblich zu steigern und die bisherige Einfuhr zu vermindern.

Sie macht durch die von ihr gelieferten Produkte die Einfuhr eines ausländischen Düngemittels überflüssig; eine unnötige Belastung der deutschen Handelsbilanz wird damit vermieden.

Sie ist in der Lage, in erheblichem Umfange Stickstoff-Düngemittel zu exportieren und damit die deutsche Handelsbilanz zu verbessern.

Die Steigerung der Qualität der Ernteerzeugnisse durch Kalidüngung.

Von Dr. A. Becker, Berlin.

Die deutsche Wirtschaft muß ihre Stärke darin sehen, daß sie die ihr zur Verfügung stehende hochwertige Arbeitskraft und Intelligenz zur Erzielung von Spitzenleistungen in bezug auf Qualität ausnutzt, um sich gegenüber dem Wettbewerb des Auslandes behaupten zu können. Diese Forderung gilt in besonderem Maße für die schwer um ihren Bestand ringende Landwirtschaft und ihre verwandten Gebiete, wie Wein-, Obst- und Gemüsebau, denn nur durch erhöhte Betonung der Qualität der Ernteprodukte kann diesen ein lohnender Absatz gesichert werden. Der Landwirt muß deshalb darauf bedacht sein, durch Zusammenwirken aller Wirtschafts- und Kulturmaßnahmen Qualitätsware zu erzeugen. In diesem Zusammenhange gewinnt die Frage, welchen Einfluß die Anwendung der künstlichen Düngemittel, die der Landwirt in Hinsicht auf die Höhe des Ertrages anwenden muß, auf die Qualität der Ernteprodukte ausübt, eine große Bedeutung.

Früher war vielfach die Ansicht verbreitet, daß die Anwendung der Kunstdünger die Qualität der Ernteprodukte ungünstig beeinflusse. Dieses mag in den Anfangszeiten der Kunstdüngeranwendung auch oft gestimmt haben, es lag dann aber nicht an den Kunstdüngern an und für sich, sondern an der falschen einseitigen Anwendung. Bei einer dem heutigen Stande der Düngerlehre angepaßten Volldüngung ist die Befürchtung einer

Digitized by Google

Schädigung dagegen vollständig unbegründet, im Gegenteil, es läßt sich in vielen Fällen durch rationelle Anwendung der Kunstdünger sogar eine wesentliche Verbesserung der Qualität der Ernteerzeugnisse erreichen.

Bei Anwendung von Stallmist sind nämlich die Hauptnährstoffe, welche der Pflanze zugeführt werden sollen, stets in ein und demselben Verhältnis gegeben, während man das Nährstoffverhältnis bei der Kunstdüngeranwendung beliebig verändern, also dem Nährstoffbedarf der angebauten Frucht aufs beste anpassen kann. Aus diesem Grunde kann der Kunstdünger bei sachgemäßer Anwendung sich dem Stallmist oft überlegen erweisen.

Besonders eine reichliche Ernährung der Pflanzen mit Kali wird häufig, wie zahlreiche wissenschaftliche Versuche ergeben haben, eine Verbesserung der Qualität bewirken, da dieser Nährstoff nicht nur als Baustein der Pflanze anzusehen ist, sondern tief in den gesamten Lebensprozeß der Pflanze eingreift, weil er mitwirkt bei dem Prozeß der Umwandlung der Lichtenergie in die chemische Energie der Kohlehydrate, der die Grundlage für die gesunde Entwicklung einer gehaltvollen Pflanze ist.

Da je nach dem Verwendungszweck ganz verschiedene Anforderungen an die Qualität der Ernteprodukte gestellt werden, ist es notwendig, die Beeinflussung der Qualität für die einzelnen Pflanzen von Fall zu Fall besonders zu betrachten.

Bei dem Getreide versteht man unter guter Qualität zunächst ein gesundes, schweres Korn. Ein starker Einfluß auf die Schwere des Kornes wird bei Mais, Hafer, Gerste und Sommerweizen insbesondere durch eine reichliche Kalidüngung ausgeübt. Bei Versuchen, die von der Kaliforschungsanstalt über den Einfluß einer Volldüngung auf das Hektolitergewicht durchgeführt wurden, konnte durch Volldüngung mit Stickstoff, Phosphorsäure und Kali im Vergleich zu einseitig mit Stickstoff und Phosphorsäure gedüngtem Getreide eine Zunahme des Hektolitergewichtes von 4,3—9,5 % festgestellt werden. Weiter wird durch Kalidüngung die Standfestigkeit des Getreides erhöht und die Gefahr einer Lagerung, die immer eine Qualitätsverschlechterung bedingt, vermindert. Auch schützt, wie Prof. Remy, Bonn-Poppelsdorf, und andere Forscher berichten, eine reichliche Düngung mit Kalisalzen den Weizen vor Gelbrostbefall, durch den die Ausbildung von schweren Körnern sehr beeinträchtigt wird.

Von besonderer Wichtigkeit ist die qualitätsverbessernde Wirkung des Kalis bei der Braugerste. Von einer guten Braugerste verlangt man ein dünnschaliges, schweres Korn von heller Farbe, das mit einem hohen Gehalt an Stärke einen geringen Gehalt an Eiweiß verbindet, weil bei einem solchen Korn die Malzausbeute besonders hoch ist. Alle diese gewünschten Eigenschaften werden weitestgehend durch eine reichliche Kalidüngung gefördert. So wird nach Schneidewind die Malzausbeute der Gerste durch Kalidüngung über 8 % vermehrt. Bei einer Bewertung der Gerste von Versuchen der englischen Versuchsstation Rothamsted durch den Mälzer erhielt: Ungedüngt 100 Punkte, mit Stickstoff und Phosphorsäure gedüngt 95,3 Punkte, mit Stickstoff, Phosphorsäure und Kali gedüngt 107 Punkte. Einseitige Düngung mit Stickstoff und Phosphorsäure verschlechterte also die Qualität, während Volldüngung eine beträchtliche Verbesserung bewirkte.

Bei den Hackfrüchten steht die Qualität im Zusammenhang mit einem hohen Gehalt der Wurzeln an Trockensubstanz, da der Gehalt an Stärke bezw. Zucker sowie die Haltbarkeit diesem parallel gehen.

Für die Bewertung der Speisekartoffeln sind ihr Geschmack und ihre Kocheigenschaften maßgebend. Daß eine Volldüngung mit schwefelsaurem Kali in dieser Richtung vorteilhaft wirkt, geht aus Untersuchungen der englischen Versuchsstation Rothamsted hervor. Sir John Russell von Rothamsted unterzog Kartoffeln der verschieden gedüngten Parzellen seines Versuchsfeldes der sachverständigen Beurteilung durch seine Köchin. Ohne Kenntnis von der Düngung der verschiedenen Proben zu haben, bezeichnete diese mit Sicherheit stets diejenigen Kartoffeln als die besten, die eine Volldüngung mit schwefelsaurem Kali bekommen hatten.

Auch die Haltbarkeit und Widerstandsfähigkeit der Kartoffeln wird durch eine Kalidüngung sehr erhöht, wie zahlreiche holländische Versuche über die „Bläue" oder die „Melanie" der Kartoffeln ergeben haben. Bei diesen Untersuchungen wurde festgestellt, daß ein besonders hoher Prozentsatz der ohne Kali gedüngten Kartoffeln keinen Stoß vertragen konnte, sondern blaue Flecken bekam, während die reichlich mit Kali gedüngten Knollen fast alle unbeschädigt blieben.

Bei der Zuckerrübe ist die Qualität einem hohen Zuckergehalt gleichzusetzen. Dieser wird durch eine Kalidüngung wesentlich erhöht. Professor Remy fand bei einem Zuckerrübendüngungsversuch eine Erhöhung des Zuckergehaltes: durch Kainit-Hartsalz um 0,9 %, durch 40er Kalidüngesalz um 1,02 % und bei schwefelsaurem Kali um 0,5 %. Auch bei der Futterrübe wird durch eine ausreichende Kalidüngung der Zuckergehalt und damit der Nährwert wesentlich erhöht.

Die Wiesen und Weiden werden hinsichtlich der Düngung noch oft sehr stiefmütterlich behandelt, trotzdem sie eine Nährstoffzufuhr durch Steigerung der Erträge und wesentliche Verbesserung der Qualität lohnen. Als es während der Kriegszeit unmöglich war, die Mengen von Kraftfutter zu beschaffen, welche früher die Grundlage unserer Viehwirtschaft bildeten, gelang es Professor

Digitized by Google

Warmbold in der Versuchswirtschaft Hohenheim, den Nachweis zu führen, daß unsere Tierzucht auch ohne Kraftfuttereinfuhr bestehen kann, wenn nur dem Grünland die richtige Pflege und vor allem eine reichliche Düngung zu teil wird. Durch eine richtige Düngung, namentlich mit Kali, wird die Zusammensetzung der Grasnarbe günstig beeinflußt. Die wertvollen Gräser nehmen zu, während die minderwertigen Gräser und Unkräuter zurückgedrängt werden. So berichtet Dr. Toetzke über einen Wiesendüngungsversuch der Moorversuchswirtschaft Neu-Hammerstein, bei dem die botanische Analyse auf der mit Kali gedüngten Parzelle 89 % wertvolle Gräser und 11 % minderwertige Gräser und Unkräuter ergeben hatte, während auf der ungedüngten Parzelle die Zusammensetzung 45 % wertvolle Gräser und 55 % minderwertige Gräser und Unkräuter betrug.

Durch verstärkte Kaligaben wird das Futter schmackhafter und salzreicher. Nach Professor Duerst wirkt ein erhöhter Kaligehalt des Futters sehr günstig auf die züchterisch wertbestimmenden Eigenschaften des Viehes, weil durch reichliche Kaliernährung alle Zellen, welche dem Stoffwechsel und der Atmung dienen, kräftiger und widerstandsfähiger werden.

Im Handelspflanzenbau kommt es vor allen Dingen auf Erzeugung von hochwertigen Produkten an, die nur durch eine reichliche Düngung gewonnen werden können. Beim Tabak ist die Grundbedingung für eine gute Qualität die Brennbarkeit; nach den Untersuchungen von Neßler, die durch Prof. Wagner bestätigt wurden, ist diese dem Kaligehalt direkt proportional.

Weiter konnte die Versuchsstation Medan in Sumatra praktisch beobachten, daß durch die Düngung mit schwefelsaurem Kali die Tabakblätter länger, feiner und von hellerer Farbe wurden, daß sie also in jeder Beziehung sich besser zur Verarbeitung auf hochwertige Deckblätter, der Spezialität des Tabakbaues von Sumatra, eigneten.

Bei der Düngung der Reben besteht die Wirkung der besseren Ernährung nicht nur in einer Erhöhung des Ertrages, sondern dazu tritt eine ausgesprochene Verbesserung der Qualität; allerdings auch wieder nur, wenn die Dünaung in Form einer harmonisch zusammengesetzten Volldüngung verabreicht wird. Einseitige Düngungen setzen dagegen die Qualität des Weines oft herab; insbesondere verleihen einseitige Stickstoffdüngungen dem Weine einen rauhen Charakter. Das Kali, welches zweckmäßig als schwefelsaures Kali gegeben wird, wirkt nicht nur beschleunigend auf die Reife, wie dies auch die Phosphorsäure tut, und befördert dadurch die Bildung der Bouquetstoffe, sondern Kali erzielt durch vermehrte Bildung der Kohlehydrate ein höheres Mostgewicht, auch pflegt der Säuregehalt durch die Kalidüngung herabgesetzt zu werden.

Wie sich die Qualitätsverbesserung durch richtige Kalidüngung bezahlt macht, zeigen folgende Preise, die auf der Versteigerung der 1925er Versuchsweine Unkeler Berg für das Fuder Rotwein (1000 Liter) gezahlt wurden:

Ungedüngt	mit RM 880.—
Volldüngung	mit RM 1070.—
Düngung ohne Kali	mit RM 900.—

Über Qualitätsverbesserung durch Kali bei Obst berichtet Professor Dr. Wagner-Weihenstephan. Bei einem Dauerdüngungsversuch bei Pastorenbirnen machte er bei Geschmacksprüfungen wiederholt die Beobachtung, daß die Birnen „ohne Kali" einen bitteren, weißrübenartigen Geschmack hatten. Wie bei der chemischen Untersuchung festgestellt werden konnte, war 1926 der Rohrzuckergehalt der Früchte „ohne Kali" deutlich nachteilig beeinflußt. Die nicht mit Kali versehenen Früchte hatten auch wesentlich mehr unter Fäulnis zu leiden als die mit Kali gedüngten. Dieser günstige Einfluß auf die Haltbarkeit des Obstes, über den auch andere Versuchsstationen berichten, ist für den Transport von Früchten, namentlich von tropischen, von größter Bedeutung.

Über den Einfluß der Kalidüngung auf den Geschmack von Tomaten konnten bei Düngungsversuchen im Institut für Pflanzenkrankheiten Bonn-Poppelsdorf Beobachtungen gemacht werden, die ihrer Eigenart wegen nicht unerwähnt bleiben sollen. Bei diesen Versuchen beobachtete man, daß seltsamerweise an den mit Kali gedüngten Pflanzen, trotz reichlichen Fruchtansatzes, nie reife Früchte vorhanden waren, während die Früchte an den Pflanzen ohne Kali reiften. Später kam man dahinter, daß die Arbeiter immer die Früchte abgepflückt hatten, weil sie so süß und schmackhaft waren, während die Früchte ohne Kali keinen Geschmack hatten.

Die Zusammenstellung aller dieser Beobachtungen zeigt deutlich, daß eine richtige Anwendung von Kunstdüngern nicht nur keine Verschlechterung der Ernteprodukte hervorruft, sondern eine Qualitätsverbesserung bewirkt. Die inneren physiologisch-chemischen Zusammenhänge, wie die Qualitätsverbesserung durch die Düngesalze zu erklären ist, sind noch nicht genügend erforscht, und es eröffnet sich hier zur Lösung dieses Fragenkomplexes noch ein weites Arbeitsgebiet für den Physiologen und Chemiker. Die vorhandenen Tatsachen genügen aber, um zu beweisen, welche Bedeutung den Kunstdüngern und namentlich den Kalisalzen zur Verbesserung des Wertes unserer Ernteprodukte zukommt, und es kann daher nicht dringend genug geraten werden, bei der Anwendung der Kunstdünger auch diese Seite ihrer Wirkung im Auge zu behalten.

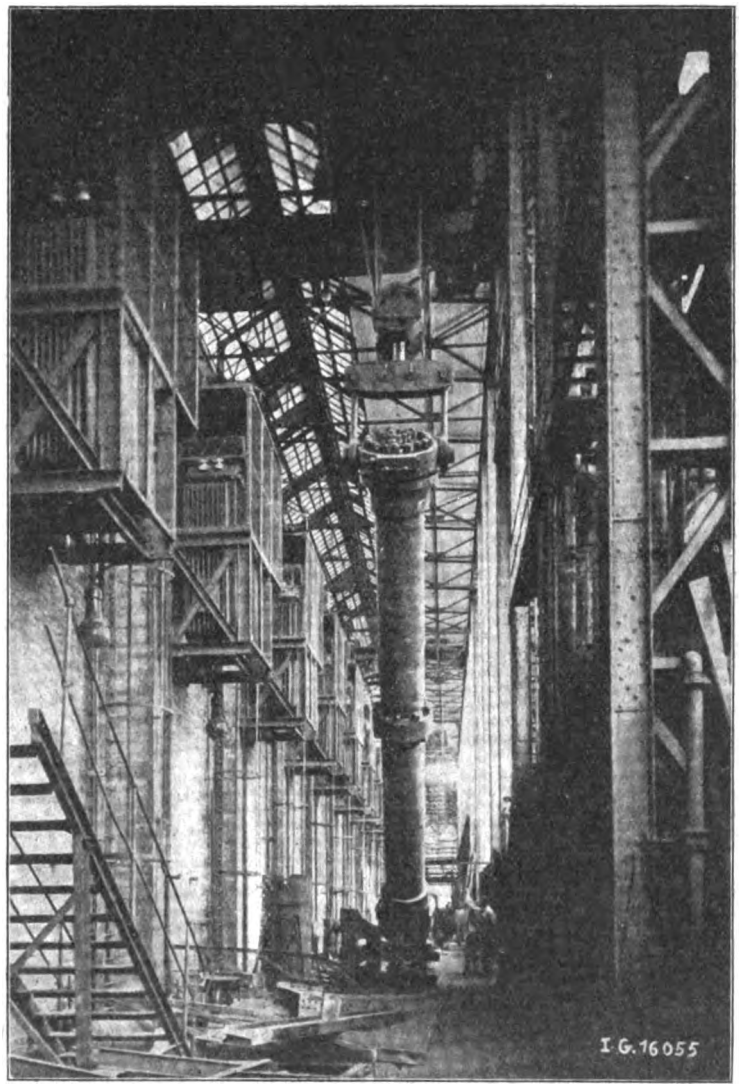
Digitized by Google

Die Verdrängung des Naturproduktes

durch das technische Erzeugnis, betrachtet an der Entwicklungsgeschichte der Stickstoffindustrie.

Von Dr. Walter Voigtlaender-Tetzner, Heidelberg.

Unter den großen Umgestaltungen, die unser Wirtschaftsleben durch die Errungenschaften der Technik von der Mitte des vorigen Jahrhunderts ab erfuhr, sind sicher nicht die geringsten diejenigen, welche durch die chemische Forschung und Technik ins Leben gerufen wurden. Diese ging ganz allgemein darauf aus, die von der Natur erzeugten, also gewissermaßen „gewachsenen" Stoffe, durch auf technischem Wege „hergestellte", also Naturprodukte durch Kunstprodukte zu ersetzen. Ihrer ganzen Art entsprechend, begnügte sich die chemische Technik aber nicht nur mit einem bloßen Ersatz, sondern fügte noch besondere Fortschritte, und zwar nach verschiedenen Richtungen hinzu. Im Gegensatz zu der durch die Art ihrer Entstehung bedingten, schwankenden und zufälligen Beschaffenheit der natürlichen Stoffe trat jetzt die völlige Reinheit, die höhere Konzentration sowie die vollkommene und stete Gleichmäßigkeit der technischen Fabrikate. Infolgedessen waren diese in der Anwendung auch zweckmäßiger, sicherer und billiger als jene. Diese Vorteile waren aber nicht die einzigen. Es kamen noch solche allgemein wirtschaftlicher Art hinzu. Durch die fast unbegrenzte Möglichkeit der technischen Herstellung verschwand jetzt die früher bestehende Beschränkung in bezug auf die zur Verfügung stehenden Mengen; wenn es sich um bisher ausschließlich im Ausland erzeugbare Naturprodukte handelte, so wurde durch die nunmehrige technische Herstellung der gleichen Produkte im Inland die Abhängigkeit vom Ausland aufgehoben.



Aufstellung eines Ammoniak-Kontaktofens im Ammoniakwerk Merseburg.

Diese Überlegenheit der technischen Erzeugnisse über die früher verwandten Naturprodukte ist auf chemisch-technischem Gebiete durch die Einführung der Teerfarbstoffe, der synthetischen Heilmittel, Riechstoffe und Gerbstoffe, der Kunstseide, des synthetischen Holzgeistes und der synthetischen Betriebsstoffe (sogen. Verflüssigung der Kohle) zutage getreten.

Wenn es aus dem Vorhergehenden auch eigentlich schon ersichtlich ist, so sei hier doch nochmals betont, daß diese von der Technik zum Ersatz der Naturprodukte geschaffenen Stoffe, wirkliche Ersatzstoffe im besten Sinne des Wortes, also keine Surrogate, darstellen. Dies hier besonders hervorzuheben, ist deshalb notwendig, weil das Wort „Ersatzstoffe" infolge der Erfahrungen der Kriegszeit für uns einen so üblen Beigeschmack erhalten hat. Nein, diese durch die chemische Technik geschaffenen Kunstprodukte waren sämtlich mindestens gleichwertig, meist aber boten sie in dem oben näher ausgeführten Sinne größere Vorteile als die Naturprodukte. Man begegnet auf diesem Gebiete ja so oft einer unangebrachten Verallgemeinerung und Überschätzung des Begriffes „Naturprodukte", die von Gebieten, wo sie berechtigt ist, z. B. bei Nahrungsmitteln, auf andere unberechtigterweise übertragen werden. Es ist z. B. durchaus richtig, zwischen Begriffen, wie „Naturbutter und Kunstbutter", „Naturhonig und Kunsthonig" eine strenge Trennung zu üben, während bei anderen wie „Naturindigo und synthetischer Indigo", „natürlicher Salpeter und synthetischer Salpeter" dies nicht am Platze ist,

Digitized by Google

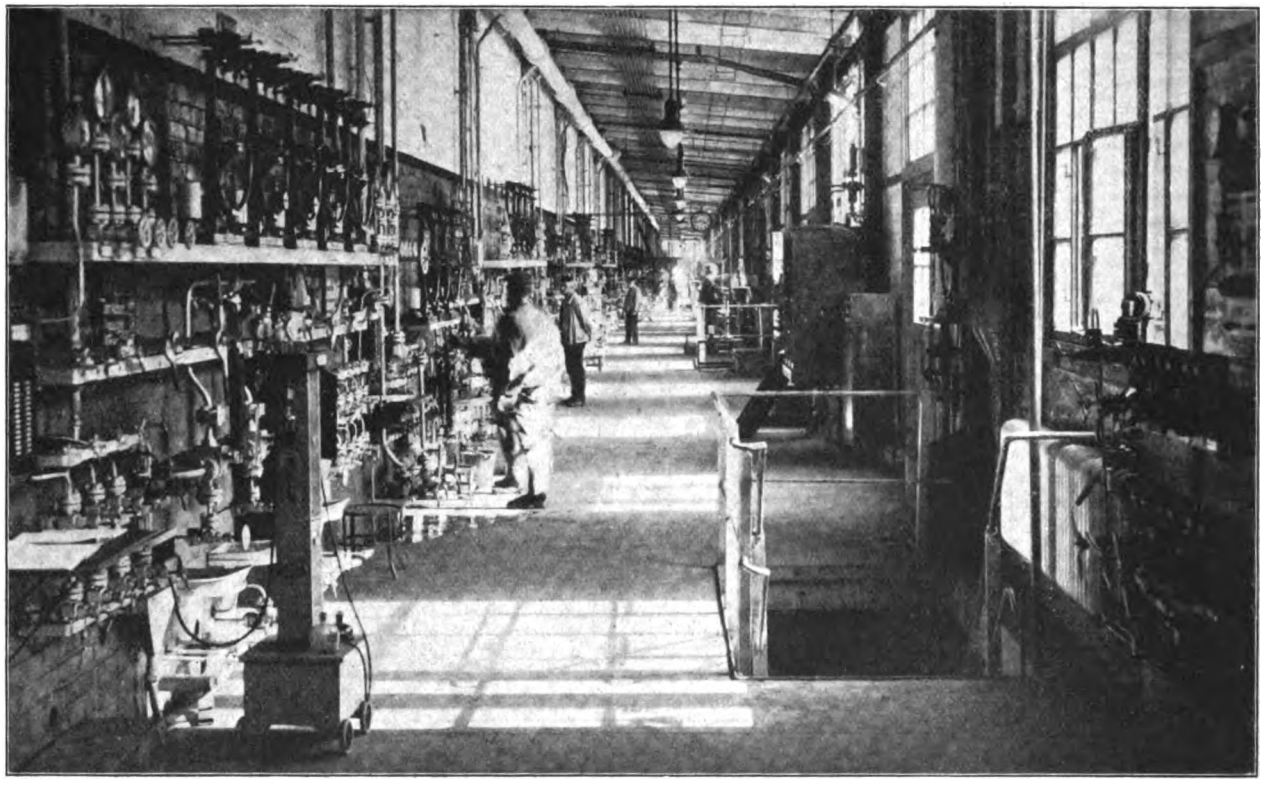
da die synthetischen Stoffe nicht nur einen vollkommenen, sondern sogar einen nach manchen Richtungen wertvolleren Ersatz bedeuten.

Die chemische Forschung und Technik hat also tatsächlich Naturprodukte durch Kunstprodukte, und zwar durch mindestens gleichwertige, meist aber bessere ersetzt. Ob nun diese Kunstprodukte wirklich die gleichen Eigenschaften aufweisen, bzw. noch größere Vorteile bieten als die Naturerzeugnisse, zu deren Ersatz sie geschaffen waren, soll hier kurz an einem Spezialfall untersucht werden, dem der künstlichen Düngemittel.

Ihre Einführung ist zweifellos eine der tiefgreifendsten Neuerungen auf landwirtschaftlichem Gebiete gewesen, sagt doch Werner Sombart in seiner „Deutschen Volkswirtschaft des 19. Jahrhunderts" geradezu, daß er sie für „epochaler halte als die Benützung der Dampfkraft". Erzielte Fortschritte gewinnen gerade bei der Landwirtschaft deshalb besondere Bedeutung, weil infolge ihrer umfassenden Ausdehnung ein einziger technischer Fortschritt mit einem Male die erzeugende und wertschaffende Kraft der Natur über das ganze kultivierte Gebiet der Erde zu erhöhen vermag.

Den Anstoß zur Verwendung der künstlichen Düngemittel gaben die Forschungen von Justus von Liebig, der als Erster erkannt hatte, daß die dem Boden durch die Pflanzen entzogenen Nährstoffe ihm wieder zurückgegeben werden müssen, und daß dies am besten in Form reiner konzentrierter Nährstoffe, also durch künstliche, auf technischem Wege hergestellte Düngemittel geschieht. Im Folgenden soll die Entwicklung dieses Gebietes verfolgt werden, wobei, um die Untersuchung sich nicht zu weit ausdehnen zu lassen, sich auf die Stickstoffdüngemittel beschränkt werden soll.

Vor der Einführung der Stickstoffdüngemittel war die einzige Stickstoffquelle für die Düngung der Stallmist. Der Stallmist ist vor allem wertvoll durch seinen hohen Gehalt an Humusstoffen und seine bakterienfördernde Wirkung; die dadurch bedingten bodenverbessernden Eigenschaften machen ihn auch heute noch einfach unersetzlich. Anders verhält es sich mit seinem Nährstoffgehalt. Dieser ist sehr gering, der Stallmist enthält nur 0,5 Proz. Stickstoff (neben 0,6 Proz. Kali und 0,2 Proz. Phosphorsäure, so im halbverrotteten Dünger, wie meist in der Praxis gebraucht). Von diesem geringen Stickstoffgehalt kommt aber sogar im Laufe mehrerer Jahre nur etwa die Hälfte, im Jahre der Verabreichung nur etwa ¼ zur wirklichen Ausnützung. Man würde also für die große Menge von Nährstoffen, die für die heute notwendige hohe Erzeugung landwirtschaftlicher Ernteprodukte erforderlich ist, derartig große Quantitäten Stallmist gebrauchen, daß sie nur in ganz seltenen Ausnahmefällen zur Verfügung stehen könnten. Heute werden auf 1 ha, je nach Art der Frucht, jährlich etwa 50—80 kg Reinstickstoff gegeben. Dies entspräche — dem Gehalt von 0,5 Proz. Stickstoff nach berechnet — etwa 100—160 dz Stallmist, unter Berücksichtigung der schlechten Ausnützung jedoch müßte eine 3—4fache Gabe, also jährlich etwa 400 bis 640 dz Stallmist auf 1 ha angewandt werden, eine



Arbeitsgang hinter den Ofenkammern im Ammoniakwerk Merseburg. Hier sind die Meß- und Registrierapparate zur Überwachung des Kontaktprozesses aufgestellt.

Digitized by Google

Menge, die für diese Bodenfläche niemals zur Verfügung stehen würde. Schon aus diesem Grunde würde es also der Landwirtschaft ganz unmöglich sein, bei der heutigen intensiven Wirtschaftsweise den Stickstoff und auch den übrigen Nährstoffbedarf ihrer Kulturen mit Stallmist allein zu decken.

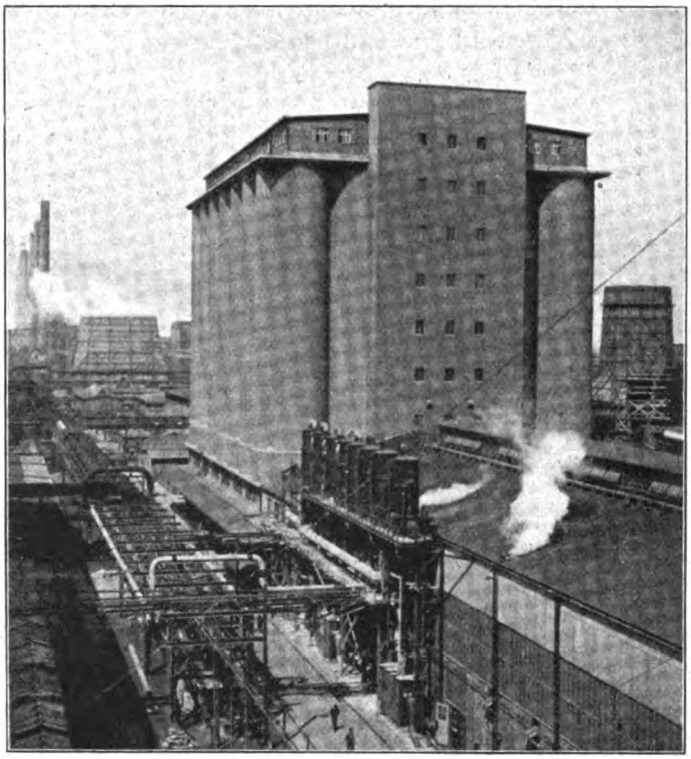
Die künstlichen Stickstoffdüngemittel haben also die Landwirtschaft vom Stickstoff des Stallmistes unabhängig gemacht.

Als weiterer Vorteil kam noch hinzu, daß infolge des hohen Nährstoffgehaltes und der dadurch erreichten Konzentration der Stickstoffdünger eine große Verringerung der anzuwendenden Düngermengen eintrat, indem für 1 ha statt 400 dz Stallmist nunmehr nur noch etwa 2½ dz Stickstoffdünger jährlich transportiert und ausgestreut zu werden brauchten.

Ein Fortschritt war ferner auch noch in der Möglichkeit geboten, statt des im Stallmist gegebenen festen Verhältnisses der Nährstoffe dieses jetzt ganz nach dem Bedürfnis der einzelnen Pflanzen zu variieren.

Bei der Weiterentwicklung der Stickstoffindustrie kamen aber noch Vorteile anderer Art hinzu. Bis zum Anfang dieses Jahrhunderts waren als künstliche Stickstoffdüngemittel für deutsche Verhältnisse nur der Chilesalpeter und das schwefelsaure Ammoniak in Betracht gekommen. Ersterer war aber ein ausländisches Produkt, erhielt uns also in Abhängigkeit vom Auslande, dem dafür auch früher jährlich große Summen zugeflossen sind, im Jahre 1913 noch 170 Millionen Mk. Der Chilesalpeter erlaubte aber nur eine ganz bestimmte Form der Stickstoffdüngung, nämlich die mit der Salpeterform. Es war da schon zu begrüßen, daß bei der Entgasung der Steinkohle der darin enthaltene Stickstoff in der zweiten pflanzenphysiologisch wirksamen Form, nämlich der Ammoniakform, in Gestalt von schwefelsaurem Ammoniak als Nebenprodukt gewonnen werden konnte. Tatsächlich hat sich die Anwendung dieser Ammoniakform auch schon vor der Entstehung der Luftstickstoffindustrie immer mehr ausgedehnt und betrug im Jahre 1913 in Deutschland bereits 39 Proz. der gesamten Stickstoffanwendung für landwirtschaftliche Zwecke.

Das schwefelsaure Kokereiammoniak zeigte aber leider eine andere wirtschaftliche Beschränkung, die sich immer mehr fühlbar machte. Die Mengen, die davon zur Verfügung standen, hingen ab von dem jährlich entgasten Quantum Steinkohle, da eine Selbstfabrikation lediglich zum Zwecke der Gewinnung von Stickstoffverbindungen auf diesem Wege nicht möglich ist. Da die Steinkohle aber nur 1—1,5 Proz. Stickstoff enthält, und davon wieder nur etwa ein Siebentel als schwefelsaures Ammoniak gewonnen werden kann, war die jährlich zur Verfügung stehende Menge verhältnismäßig beschränkt und hielt mit dem fortgesetzt steigenden Bedürfnis der Landwirtschaft an Stickstoffdüngern bald nicht mehr Schritt, so daß eine Not in Ammoniakstick-



Die Kalksalpeterfabrik im Ammoniakwerk Merseburg.
(Leunawerk)

stoff vor der Tür stand. Hier war es wieder die chemische Forschung und Technik, die dadurch half, daß sie das große Stickstoffkapital, das uns in der atmosphärischen Luft gegeben ist, nutzbar zu machen verstand und das Problem löste, den Luftstickstoff in Stickstoffdüngemittel, und zwar in Ammoniak- und Salpeterdünger, überzuführen. Nun war mit einem Male alle Not behoben und der völligen Auswirkung der Düngung mit künstlichem Stickstoff keine Schranken mehr gesetzt. Man war unabhängig geworden vom Stickstoff im Stallmist — man hatte einen gleich guten, viel konzentrierteren Ersatz dafür — man war unabhängig geworden vom ausländischen Chilesalpeter — man war befreit von der Beschränkung in bezug auf die verfügbaren Mengen und konnte jetzt jedes Quantum Stickstoff in den beiden wirksamen Formen haben!

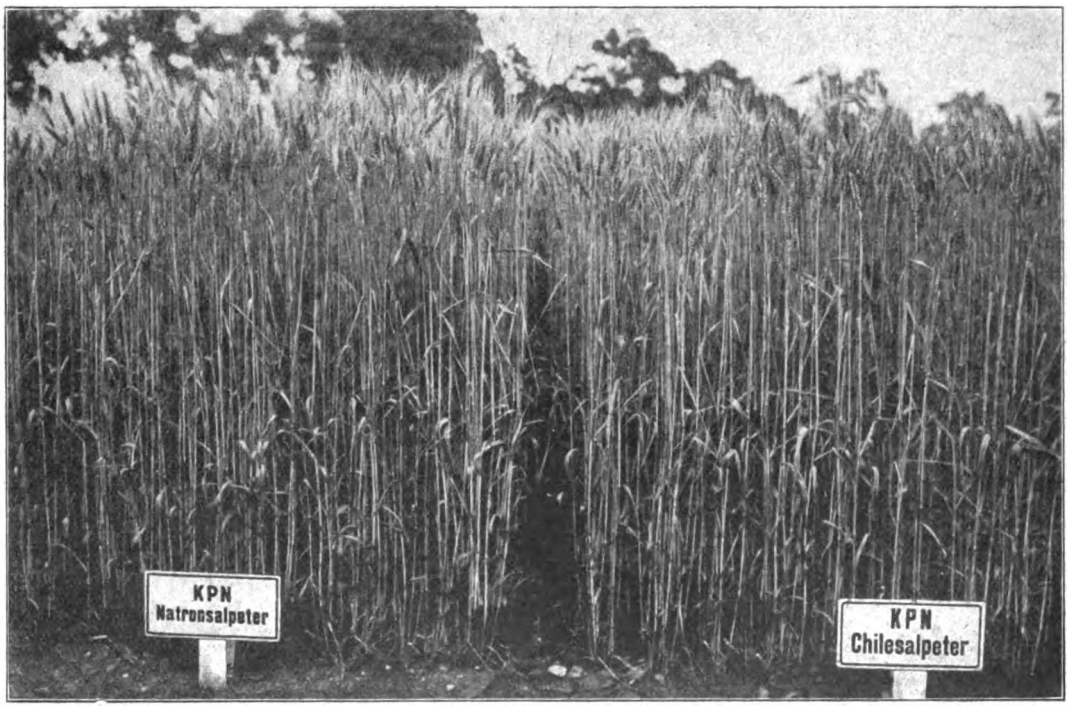
Wenn die wissenschaftliche Forschung einstmals den Anstoß zur Einführung der künstlichen Düngemittel gegeben hatte, so regten diese selbst wieder rückwirkend jene an. Erst durch das Zurverfügungstehen der künstlichen Düngemittel war es nämlich möglich geworden, die Nährstoffe in reiner, konzentrierter Form und vor allem in genau dosierter Menge den Pflanzen zu verabreichen. Damit war aber nun auch der Weg für eine exakte Erforschung der Pflanzenernährung gegeben, und zwar nicht nur mittelst rein wissenschaftlicher Versuche im Laboratorium, sondern auch durch unmittelbar praktische Versuche im Felde selbst. Man konnte jetzt die Wirkung der Nährstoffe auf die verschiedensten Pflanzen, auf den verschiedensten Bodenarten sowie

Digitized by Google

unter den mannigfaltigsten Bedingungen im Experiment studieren und bekam so Antwort auf die subtilsten Spezialfragen.

Die Wechselwirkung zwischen den Forschungen über Nährstoffwirkung und Pflanzenernährung befruchtete auch wieder die Industrie der Düngemittel. Gerade durch derartige Versuche wurde auf dem Gebiet der Stickstoffernährung die verschiedene Wirkungsart der beiden Stickstoff-Formen erkannt, nämlich, daß die Salpeterform rasch wirkt, die Ammoniakform langsam und nachhaltig, daß also keine dieser beiden Formen die andere ersetzen kann, sondern daß sie volle Existenzberechtigung nebeneinander haben. Auf Grund dieser Erkenntnisse wurden dann neue Stickstoffdüngemittel gewissermaßen konstruiert, indem man solche schuf, die beide Wirkungsformen in glücklicher Weise vereinigen und damit die Nährstoffwirkung sicherstellen. Dem Konzentrationsstreben — einen Dünger so nährstoffreich wie nur möglich zu machen — dessen erster großer Schritt einst vom voluminösen Stallmist zum Ammoniak und Salpeter geführt hatte, wurde schon aus wirtschaftlichen Gründen weiter Rechnung getragen und völlig ballastfreie Stickstoffdünger (Harnstoff, Ammonsalpeter) geschaffen. Die Krone dieser zusammenballenden Tendenz bildet die Schaffung der Volldünger (Harnstoff-Kali-Phosphor, Nitrophoska). Diese enthalten außer Stickstoff in seinen verschiedenen Wirkungsformen auch noch die anderen beiden Kernnährstoffe Kali und Phosphorsäure und leiten so in bezug auf die Vollständigkeit der Nährstoffe eigentlich wieder zum Ausgangspunkt der Entwicklung, dem Stallmist zurück. Hand in Hand mit diesen teils aus pflanzenphysiologischen, teils aus wirtschaftlichen Gründen erfolgten Neuschöpfungen geht eine immer größer werdende Sicherheit der Wirkung sowie eine fortschreitende Verbilligung, nach welcher der Stickstoffpreis als der des einzigsten landwirtschaftlichen Bedarfsartikels heute 30 Proz. unter dem Vorkriegspreis steht.

Alle hier geschilderten Verhältnisse offenbaren den innerlichen Zusammenhang aller dazu gehörenden Erscheinungen, von denen die eine ohne die andere nicht möglich ist. Man muß bei der Wertung der Vorteile, welche die Stickstoffdüngung brachte, alle gleich achten. Die Unabhängigkeit vom Stickstoff des Stallmistes ist ebenso wichtig wie die Unabhängigkeit vom ausländischen Chilesalpeter — die Möglichkeit, je nach Notwendigkeit eine ganz bestimmte Stickstofform oder einen Volldünger mit größter Aussicht auf Sicherheit der Wirkung anwenden zu können, ist ebenso von Bedeutung wie die erreichte Unbeschränktheit in der verfügbaren Menge — die gegenüber dem voluminösen Stallmist erzielte hohe Konzentration der synthetischen Stickstoffdünger ist geradeso ein Fortschritt wie ihre fortschreitende Verbilligung nicht nur gegenüber dem Stickstoff im Stallmist, sondern auch gegenüber dem Chilesalpeter.



Ein Vergleichsdüngungsversuch zu Weizen zwischen Chilesalpeter und deutschem Natronsalpeter, angestellt auf dem Versuchsgut Nederling in Oberbayern.

Die Erzeugnisse der Technik, die „Kunstprodukte", haben also, wie wir gesehen haben, mit voller Berechtigung über die „Naturprodukte" gesiegt: Die künstlichen Stickstoffdünger durch ihre genaue Dosierbarkeit, unendlich höhere Konzentration und unbeschränkt verfügbare Menge über den Stickstoff im Stallmist, die Produkte der deutschen Stickstoffindustrie, weil sie ein einheimisches und billigeres Erzeugnis darstellen, über das ausländische Naturprodukt, den Chilesalpeter.

Digitized by Google

Das Phosphorsäureproblem.

Entwicklung und Bedeutung der Superphosphatindustrie.

Bis ins graue Altertum ist die Düngungsfrage unserer Kulturpflanzen zu verfolgen. Die ersten Anläße der künstlichen Düngung bot die Verwendung der Holzasche. Unter der Regierung Karls I. (1625—1649) kam als zweiter Kunstdünger der Salpeter in der Landwirtschaft zuerst in England zur Anwendung. Zwei Jahrhunderte später etwa 1810 wurden gemahlene Knochen und Knochenasche als Phosphorsäure- und Stickstoffdünger verwandt, nachdem der deutsche Chemiker Margraf 1769 in der Knochenasche den Phosphorkalk entdeckt hatte.

1840 stellte Justus von Liebig fest, daß die Wirksamkeit des Knochenmehls durch einen Zusatz von Schwefelsäure bedeutend erhöht wird. 1843 tat sich nun Lawes-Rothamsted mit Liebig zusammen und gründete die erste Superphosphatfabrik in Deptford. Im Jahre 1855 gründete in Deutschland die Firma Stackmann & Retchy in Lehrte die erste Superphosphatfabrik. Durch die Entdeckung neuer Rohstoffquellen folgte bald ein allgemeiner Aufschwung der Superphosphatindustrie. Als Rohmaterial dienten nicht nur Knochenmehl und Knochenasche, sondern auch mineralische Phosphate, und zwar zunächst Koprolithe und Lahnphosphorite. Bald wurde der Industrie ein weiteres Rohmaterial, der Peruguano, zugeführt. 1865 wurde von der Firma Ohlendorff & Co., Hamburg, aufgeschlossener Peruguano auf den Markt gebracht. Später ging man schrittweise zur stärkeren Heranziehung der mineralischen Phosphate über, wie kanadisches Apatit-, Florida-, Curacao-, Algier-, Tunis-, Marokko- usw. Phosphat.

Welche Entwicklung die Superphosphatindustrie genommen hat, gibt folgende Aufstellung:

1885	15 000 To. Phosphorsäure
1913/14	550 000 To. Phosphorsäure

Die Ernteerträge stiegen vom Jahre 1885—1913 dementsprechend, und zwar:

bei Getreide um	40—53 %
Heu	43 %
Kartoffeln	23 %

Theorie und Praxis hatten bald erkannt, daß eine erhöhte Phosphorsäuregabe stets in qualitativer wie quantitativer Beziehung günstig auf das Wachstum unserer Kulturpflanzen einwirkte, denn die Phosphorsäure ist zur Bildung, Wanderung und Ablagerung aller Eiweißstoffe unentbehrlich. Jeder Pflanzenkörper baut sich aus kleinsten Bausteinen, den Zellen, auf. Der Lebensträger jeder Zelle ist der Zellkern. Bei Phosphorsäuremangel bleibt der Zellkern verhältnismäßig klein, das Gewebe wird locker und schwammig und dadurch leichter empfänglich für Krankheiten. Die Phosphorsäure bewirkt eine höhere Halmfestigkeit und vermeidet Lagergetreide. Sie erhöht die Triebkraft, wirkt reifebeschleunigend, erhöht die Ausbildung der Blüten, Körner und Früchte und fördert die Keimfähigkeit der Samen. Die Phosphorsäure erhöht den Stärkegehalt der Kartoffeln und den Zuckergehalt der Rüben. Der Geschmack und Nährwert (Vitamingehalt) von Obst, Wein und Gemüse wird durch hinreichende Phosphorsäureernährung bedeutend erhöht.

Wie aus obiger Aufstellung ersichtlich ist, nahm die Phosphorsäuredüngung ständig zu, bis durch die Blockade während des Weltkrieges die Einfuhr von Rohphosphaten völlig unterbunden wurde. Durch diesen Rohstoffmangel geriet die deutsche Superphosphatindustrie in eine außerordentlich kritische Lage, die zur Folge hatte, daß sie ihre Betriebe z. T. schließen mußte. Brachten die ersten beiden Kriegsjahre auch noch befriedigende Ernten, so muß dies allein auf einen gewissen Phosphorsäurevorrat im Boden zurückgeführt werden.

Jetzt zeigte es sich, daß die Entwicklung der Pflanze sich nach dem Nährstoff richtet, der in geringster Menge ihr zur Verfügung steht (Minimumgesetz), denn, trotzdem wir mehr Stickstoff und Kali unseren Böden als vor dem Kriege zuführten, hatten wir Mißernten. Dazu kam noch die Aereboe-Wrangelsche Lehre, die bezweckte, die Phosphorsäuredüngung durch Mobilisierung der natürlichen Bodenphosphate einzusparen. Dieses System der Vernachlässigung der Phosphorsäure-Versorgung unserer Böden machte sich bald durch schlechte Ernten bemerkbar. Während das Ausland seine Superphosphatphosphorsäuregaben auf 167 Prozent erhöhte und dadurch bedeutend höhere Ernten als vor dem Kriege erzielte, gebrauchte Deutschland nur 40 Prozent seines Friedensbedarfs. Die Folge dieser falschen Düngetechnik zeigte sich im Rückgang unserer Ernteerträge. Auffallend ist doch die Tatsache, daß die hauptsächlichsten ausländischen Agrarstaaten den Verbrauch von Superphosphat so außerordentlich steigerten. An der Spitze stehen Amerika, Frankreich und Holland. Insbesondere ist Holland ein starker Superphosphatverbraucher infolge der Intensität seiner Betriebe. Schon die Eigenart der Großgemüsekulturen bedingte eine starke Phosphorsäuredüngung. Nur gesunde Gemüseprodukte waren absatzfähig und brachten ausreichende Erzeugerpreise. Grundlage der Düngung dieser Früchte war also die Superphosphatgabe. Holland bietet uns damit ein beachtliches Beispiel, das unsere Landwirte nur nachahmen sollten.

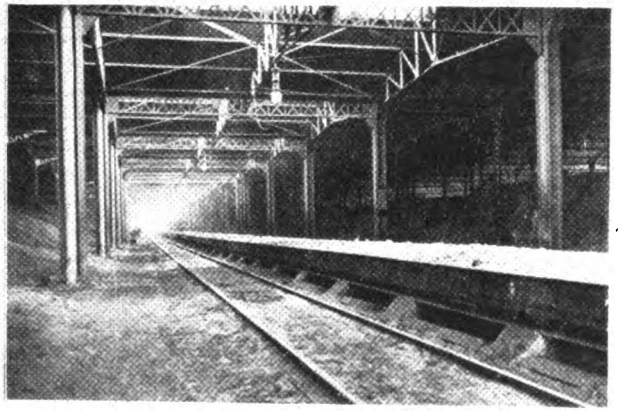
Nur dann werden Höchsternten erzielt, wenn die drei Hauptnährstoffe: Stickstoff, Phosphorsäure, Kali im richtigen Verhältnis zueinander gegeben werden, und zwar erfahrungsgemäß im Verhältnis wie: $1 : 2{,}5 : 2$. Diese Erfahrung wurde in den beiden letzten Jahren genügend beachtet. Mit dem steigenden Superphosphatverbrauch trat eine Steigerung der Ernteerträge ein.

Gerade das Phosphorsäureproblem beherrscht im Augenblick die Kunstdünger- und damit Ernährungsfrage unseres Volkes.

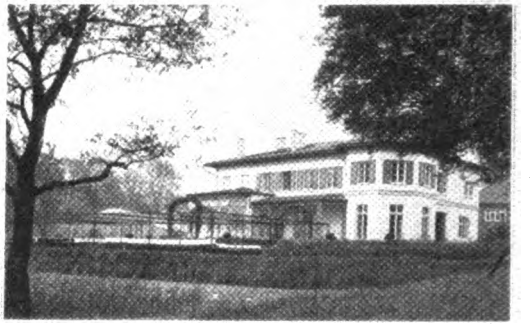
Digitized by Google

Roh-Phosphat-Gewinnung

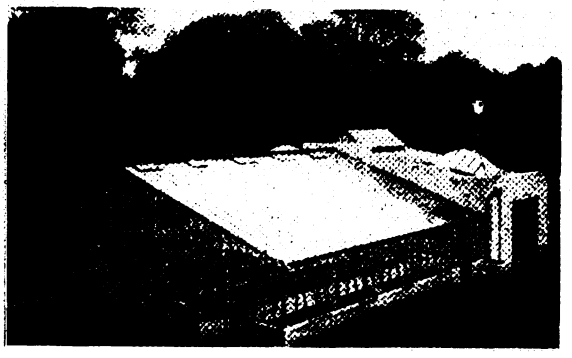
Roh-Phosphat-Dampfer



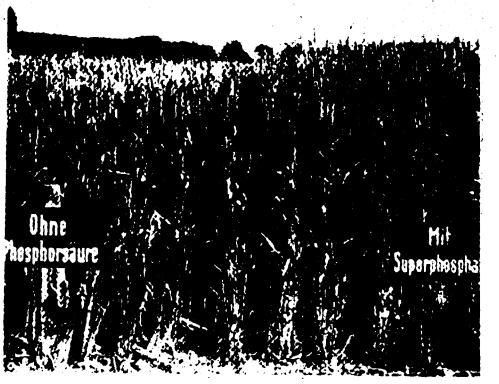
Roh-Phosphat-Lagerhalle



Superphosphat-Station Hamburg-Horn



Vegetationshalle der Hamburger-Versuchs-station



Superphosphat-Feldversuch zu Weizen

Bilder aus der Phosphorsäureindustrie.

Digitized by Google

Kalk, der chemische Pflug des Landwirts.

Von Dipl.-Landwirt Dr. A. Fruhstorfer, Berlin.

Die seit Jahrzehnten übliche Versuchstechnik im Düngerwesen hat dazu geführt, die Düngemittel in der Hauptsache nach ihrer Wirkung auf die Erhöhung der Pflanzenerträge zu beurteilen. In neuerer Zeit erst ist wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Düngung auch in anderer Weise wirtschaftlich sein kann. So wirkt z. B. die mineralische Düngung mit Kalk, Kali und Phosphorsäure qualitätsverbessernd auf die meisten Erzeugnisse in Landwirtschaft und Gartenbau. Sie äußert sich ferner deutlich in der Erhöhung der Widerstandsfähigkeit der Pflanzen gegen schädliche Einflüsse und Pflanzenkrankheiten, was besonders im Obstbau zum Ausdruck kommt.

Leider ist bisher eine Frage bei den Versuchen über die Wirtschaftlichkeit der Düngemittel weniger beachtet worden, nämlich ihre Einwirkung auf das Bodengefüge. Die wichtigste Rolle spielt hierbei der Kalk. Basische Kalkverbindungen verändern die Bodenstruktur in günstigster Weise, indem sie dem Dichtlagern des Bodens entgegenwirken. Die feinsten Bodenteilchen bestehen hauptsächlich aus Humus und Aluminiumkieselsäure, die sich in kalkarmer Erde in einer schleimigen Form befinden und bewirken, daß der Boden bei der Austrocknung fest verkittet, zementiert. Treten nun Kalkverbindungen in den Boden ein, dann verbinden sich diese schleimigen Teilchen, die sogenannten Kolloide, mit dem Kalk und setzen sich zu Flocken und kleinen Krümeln zusammen. Der Boden ist nun, wie der Landwirt sich ausdrückt, in den Krümelzustand übergegangen und nähert sich dem günstigsten Fruchtbarkeitszustand, der Gare. Mit dem Entzug des Kalkes, der durch Pflanzen und durch die Auswaschung erfolgt, ändert sich der physikalische Zustand der Kolloidteilchen nach und nach in ungünstiger Weise. Die körnige Beschaffenheit geht verloren, an ihre Stelle tritt wieder der schleimige Zustand, der die Einzelkornstruktur herbeiführt.

Der von der Kalkung hervorgerufene Zustand der Lockerung muß sich in der Praxis in mannigfachen Formen auswirken. Die natürliche, handgreifliche Folge der Auflockerung ist die Erleichterung der Bodenbearbeitung. Man spricht von einem schweren Boden, weil er schwer bearbeitbar ist, und von einem leichten Boden, weil die Bearbeitung leicht vor sich geht. Die Lehm- und Tonböden gelten als schwer, die Sandböden als leicht. Praktiker versichern, daß ihr Tonboden nach der Kalkung „wie Sand“ ausgesehen habe. Der Kalk hat hier die Rolle des Pfluges übernommen, indem er chemisch die Bodenteilchen zertrümmert hat. Amerikanische Versuche haben eine Arbeitserleichterung bis zu 25 i. H. festgestellt.

Der chemische Pflug des Landwirts leistet aber noch mehr. Er ersetzt auch die Arbeit des Eggens und Hackens. Durch die lockere Lagerung der Bodenteilchen wird der Eintritt der warmen Luft in den Boden ermöglicht und daraus folgt eine fühlbare Erwärmung der Krume. Ältere und besonders neuere Versuche von Dr. Gehring zeigen eine Erhöhung der Durchschnittstemperatur um mehrere Grade, was besonders im Frühjahr für die wachsenden Pflanzen von größter Bedeutung ist. Der Volksmund nennt daher den lockeren, leichten Boden „warm“, den dichten, schweren Boden „kalt“.

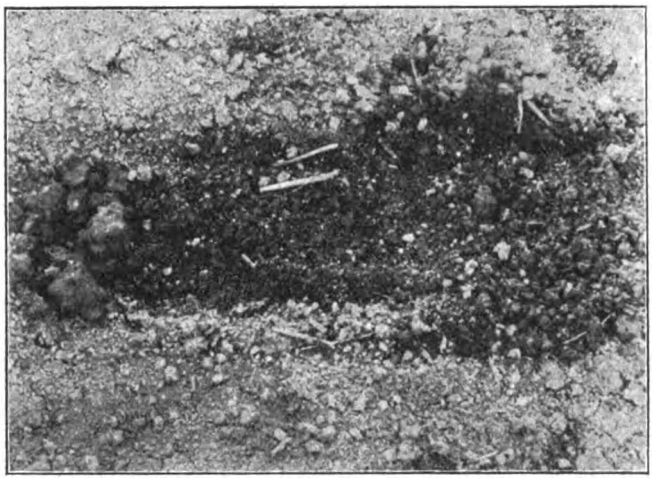
Eine weitere Folge der Lockerung ist die Förderung des Bakterienlebens. Die Kleinlebewesen verarbeiten bekanntlich den Humus und viele chemische Salze zu Pflanzennahrung. Dazu brauchen sie Luft, die ihnen in dichtgelagerten Lehmböden fehlt. Ein durch Kalk gelockerten Boden wird tätig, d. h. bakterienreich. In ihm findet eine günstige Zersetzung des Stallmistes statt, während dieser im toten Boden vertorft und wirkungslos bleibt.

Eine wichtige Rolle spielt im Boden das Wasser. Es soll weder zu viel noch zu wenig davon da sein.

1. Schwerer, klumpiger Lehmboden in ungenügendem Kalkzustand.

2. Derselbe Lehmboden, mit aufgebrochener Oberschicht.

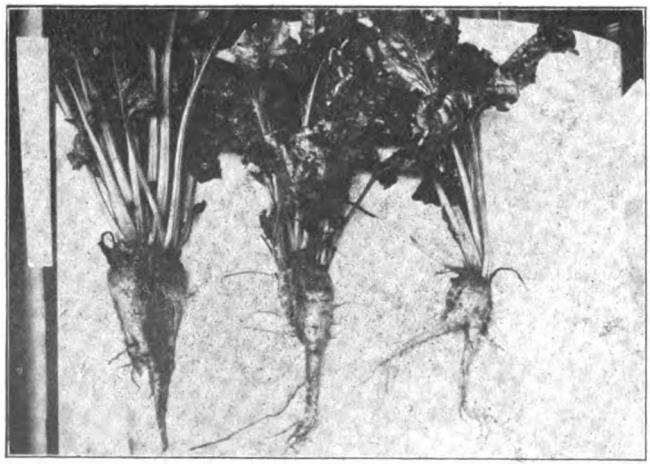
Digitized by Google



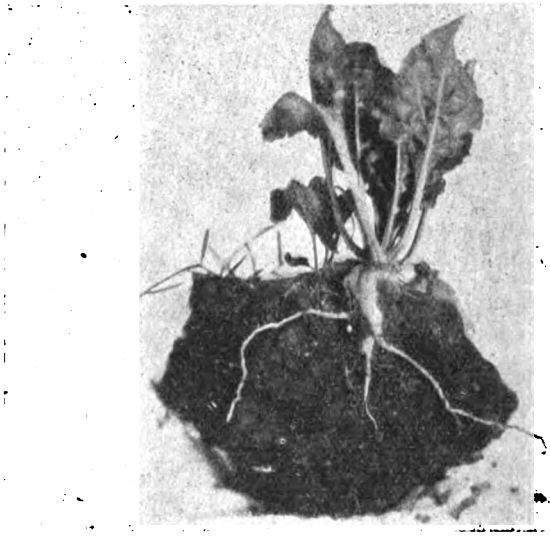
3. Schwerer Lehmboden, durch zweimalige Kalkung vorzüglich gelockert.

Leider gibt die Natur den Pflanzen diesen lebenswichtigen Stoff nicht nach und nach, wie sie ihn verbrauchen, sondern er wird regelmäßig im Überfluß gegeben, um dann wieder längere Zeit ganz auszubleiben. Der Boden muß die Kraft haben, den Überschuß den Pflanzen nach und nach abzugeben. Wie es aber damit steht, konnte man in den letzten regenreichen Jahren auf den schweren Böden häufig beobachten. Tagelang stand oft das Wasser in den Feldern; die Kartoffelkämme waren bedeckt vom Wasser, weil die Bodenteilchen so dicht geschlämmt waren, daß jeglicher Wasserabzug unterbunden war. Hier äußert sich die bodenlockernde Wirkung des Kalkes in augenfälligster Weise. Der Verfasser konnte während der schwersten Wolkenbrüche im Jahre 1926 beobachten, daß auf kalkreichen Lehmböden das Wasser nirgends stehen blieb und sogar aus den Kartoffelfurchen schon kurze Zeit nach Aufhören des Regens versickert war. — Andererseits *schont* der Kalk den Wasserreichtum des Bodens, weil er durch die Lockerung der Krume die kapillare Saugkraft des Bodens unterbricht und das Empordringen des Bodenwassers bis an die Oberfläche verhindert.

In betriebswirtschaftlicher Hinsicht ist der chemische Pflug des Landwirts, der Kalk, oft von ausschlaggebender Bedeutung. Im Frühjahr ist jeder schöne Tag für die Bestellung von Bedeutung. Wenn aber auf kalkarmen schweren Böden die Arbeiten oft um Wochen verzögert werden, weil es unmöglich ist, mit dem eisernen Pflug den nassen, klumpigen Boden zu betreten, so hätte der Wirtschaftsführer wahrlich besser getan, sich des Kalkes zu bedienen. In der Zeit der Arbeitsspitzen, im Sommer und Herbst, muß oft der Motorpflug untätig mit gebrochenen Scharen auf dem Hofe stehen; eine rechtzeitige Kalkgabe hätte bewirkt, daß er der Arbeit in dem nunmehr ausgedörrten, felsenharten Boden gewachsen gewesen wäre.



4. Linke Rübe mit normaler Wurzel aus lockerem Boden; mittlere und rechte Rübe, stark nach unten verjüngt und gabelwurzelig, aus verdichtetem Boden.



5. Zuckerrübe in stark verdichtetem Boden. Auftreten starker Seitenwurzeln.

Der Zuckerrübenanbau geht in den Gegenden mit schwerem Boden immer mehr zurück, weil die Arbeit nicht mehr geschafft werden kann, während er sich auf den leichten Böden ausbreitet; ein deutlicher Hinweis darauf, daß man es versäumt, durch Kalk den *schweren* Boden „*leicht*“ zu machen. Hinzu kommt, daß die Rüben auf dichtgeschlämmten Böden bei nassem Wetter mit Schmutz bedeckt geerntet werden müssen, wofür hinterher von der Fabrik erhebliche Prozente abgezogen werden. Die sogenannte Beinigkeit der Rüben, das Abbiegen der Pfahlwurzeln und das Entstehen starker Nebenwurzeln ist in der Hauptsache auf Bodenverdichtung und Kalkmangel zurückzuführen. Derartige Rüben verursachen nicht nur erschwerte Arbeit, sondern auch große Verluste, da die Nebenwurzeln abbrechen.

Alle Fälle, in denen der Kalk als chemischer Pflug eine wichtige, oft entscheidende Rolle in betriebswirtschaftlicher Hinsicht spielt, aufzuzählen, würde zu weit führen; das Wenige möge genügen, um zu zeigen, daß es gänzlich falsch wäre, nur an die Ertragssteigerung zu denken, wenn Kalk gegeben wird. Für den schweren Boden mit seiner überaus hohen Arbeitsbelastung ist zweifellos die Lockerung des Bodens durch den Kalk oft viel wichtiger. Jeder denkende Betriebsleiter muß aus den Mißerfolgen, besonders der nassen Jahre, lernen, wo er den Hebel anzusetzen hat.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 20 — Berlin, den 18. Mai 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 846 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Reichsverbandstag 1929 in Bremen.

Die diesjährige

Vertreter-Versammlung

des Reichsverbandes der deutschen Presse e. V. wird vom 7. bis 9. Juni in Bremen stattfinden.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht, Entlastung des Schatzmeisters und Aufstellung des Haushaltsplanes.
3. Wahlen zum Vorstand des Reichsverbandes, zum Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft, zum Oberschiedsgericht aus dem Tarifvertrag, zum Obersten Ehren- und Schiedsgericht des Reichsverbandes und Ersatzwahl zur Pflegschaft der ZHK.
4. Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse, Versorgungsanstalt der RAG. und Reichsangestelltenversicherung.
5. Richtlinien für die Mitgliedschaft im Reichsverband.
6. Die Lage der Auslandskorrespondenten und der Reichsverband.
7. Bürokratie und Presse.
8. Rundfunk und Presse.
9. Die Berichterstattungssperre in Verbindung mit dem Konflikt Tauber-Maushagen in Chemnitz.
10. Anträge der Verbände.
11. Fédération Internationale des Journalistes.
12. Verschiedenes.

Um eine reibungslose Durchführung der Vorarbeiten zum Verbandstage zu sichern und vor allem die preiswerte Unterbringung der Vertreter sowie der Gäste unbedingt zu gewährleisten, werden sowohl die Vorstände der Verbände wie die Vertreter selbst dringend gebeten, der Zentrale des Reichsverbandes, soweit das noch nicht geschehen sein sollte, umgehend ihre Anmeldung mitzuteilen. Endtermin für die Anmeldung für Hotelunterkunft ist der 20. Mai.

Vor allem werden diejenigen Kollegen, die als Gäste oder zu Studienzwecken an der Vertreterversammlung teilnehmen wollen, in ihrem eigenen Interesse nochmals um möglichst baldige Anmeldung ersucht, damit auch ihnen die Vergünstigungen der Vertreter gesichert werden können.

Für die Berücksichtigung nach dem 21. Mai eintreffender Anmeldungen bzw. später gemeldeter Absagen kann hinsichtlich Hotelunterbringung eine Verantwortung der Verbandsleitung nicht übernommen werden.

Laut § 14 der Satzung müssen Anträge der Verbände, die auf die Tagesordnung des ordentlichen Verbandstages kommen sollen, 3 Wochen vor der Tagung beim Vorstand eingereicht werden, worauf hiermit besonders aufmerksam gemacht wird. Die Veröffentlichung der Anträge erfolgt in der am Sonnabend, dem 25. Mai, erscheinenden Nummer des Verbandsorgans. Die Anträge müssen also spätestens am Montag, dem 20. Mai, bei der Verbandsleitung schriftlich vorliegen.

Programm:

Freitag, 7. Juni:

10 Uhr: Sitzung des Reichsausschusses im Kleinen Saal der „Glocke" (am Dom).

13 Uhr: Gemeinsames Essen der Delegierten, der schon in Bremen anwesenden auswärtigen Teilnehmer an der Tagung und der Mitglieder des Vereins Bremer Presse mit Damen in der „Glocke".

20 Uhr: Empfang der Delegierten durch den Senat im neuen Rathause (ohne Damen). (Eingang: Gegenüber dem Dom.)
Anzug: Smoking oder dunkler Anzug.

Von 21 Uhr ab: Geselliges Beisammensein der nicht am Senatsempfang teilnehmenden Gäste im Patriziersaal des Essighauses.
Begrüßung durch den Verein Bremer Presse.
Die Delegierten erscheinen nach Beendigung des Senatsempfanges.

Sonnabend, 8. Juni:

10 Uhr: Beginn der Delegierten-Versammlung im Mittleren Saal der „Glocke". (Eingang: Domsheide.)

13 Uhr: Gemeinsames Mittagessen der Delegierten und sonstigen Teilnehmer und deren Damen im Großen Saal der „Glocke".

14.30 Uhr: Fortsetzung der Delegierten-Versammlung.

Digitized by Google

19.00 Uhr: Kundgebung des Reichsverbandes im Großen Saal des Klubhauses der „Union" Kaufmännischer Verein (Eingang: An der Tiefer.)
21.00 Uhr: Festessen im Großen Saal der „Glocke", veranstaltet vom Reichsverband der deutschen Presse. (Eingang: Domsheide.) Anzug: Smoking oder dunkler Anzug.

Sonntag, 9. Juni:

9.30 Uhr: Fortsetzung der Delegierten-Versammlung im Mittleren Saal der „Glocke".
13.00 Uhr: Gemeinsames Mittagessen aller Teilnehmer an der Tagung im Großen Saal der „Glocke".
14.00 Uhr: Fortsetzung der Delegierten-Versammlung.
Etwa 16.30 Uhr: Schluß der Delegierten-Versammlung.
17.00 Uhr: Fahrt zur Werft der Actien-Gesellschaft „Weser" zur Besichtigung des seiner Fertigstellung entgegensehenden Riesenschnelldampfers „Bremen" des Norddeutschen Lloyd.
Etwa 20 Uhr: Rückfahrt zur Stadt.
Nach Rückkehr: Nach Belieben! Geselliges Beisammensein im Ratskeller oder in der Böttcherstraße.

Montag, 10. Juni:

Auf Einladung des Norddeutschen Lloyd:

7.05 Uhr: Fahrt mit Sonderzug vom Hauptbahnhof Bremen nach Bremerhaven.
8.32 Uhr: Ankunft auf dem Columbusbahnhof in Bremerhaven.
Besichtigung der neuen Bahnhofsanlagen des Norddeutschen Lloyd und der Columbusmauer.
9.30 Uhr: Fahrt mit dem Seebäderdampfer „Roland" des Norddeutschen Lloyd nach Helgoland.
12.30 Uhr: Ankunft auf der Reede von Helgoland. Mittagessen an Bord.
Etwa 14 Uhr: Ausbooten und Landung.
Letztes Boot ab Land 18.30 Uhr.
18.45 Uhr: Wiedereinschiffung und Rückfahrt nach Bremerhaven.
22.08 Uhr: Rückfahrt mit Sonderzug von Bremerhaven (Columbusbahnhof) nach Bremen.
23.35 Uhr: Ankunft in Bremen.
Der Anschluß an die Nachtzüge nach Hannover, Berlin, Frankfurt, München (0.04 Uhr) sowie nach dem Westen (0.47 bezw. 1.27 Uhr) wird erreicht.

Vorläufiges Programm für die Damen und Nicht-Delegierten:

Freitag, 7. Juni:

13.00 Uhr: Gemeinsames Essen der schon in Bremen anwesenden auswärtigen Teilnehmer an der Tagung mit den Delegierten und den Mitgliedern des Vereins Bremer Presse — mit Damen — in der „Glocke".
Abends: Besuch des Bremer Stadttheaters (Oper) oder des Bremer Schauspielhauses (Schauspiel).
Nach Schluß der Vorstellungen: Geselliges Beisammensein im Essighause.

Sonnabend, 8. Juni:

10.00 Uhr: Hafenrundfahrt und Besichtigung der Fabrikanlagen der Kaffee-Hag.
11.00 Uhr: Fahrt nach Worpswede.
13.00 Uhr: Gemeinsames Mittagessen der Fahrtteilnehmer in Worpswede; anschließend Besichtigung von Ateliers und sonstigen Sehenswürdigkeiten.
19.00 Uhr: Teilnahme an der Kundgebung des Reichsverbandes in der „Union" und am Festessen in der „Glocke" (21 Uhr).

Sonntag, 9. Juni:

10—11.30 Uhr: Spaziergang durch den Bürgerpark. Frühstück in der Meierei.
12—1 Uhr: Besuch des Städtischen Museums am Bahnhof oder der Kunsthalle am Ostertor oder des Focke-Museums für bremische Altertümer an der Großenstraße (Stephanitor). Für Führung ist gesorgt.
13.00 Uhr: Gemeinsames Mittagessen mit den Delegierten in der „Glocke".
17.00 Uhr: Fahrt zur Werft der Actien-Gesellschaft „Weser". Besichtigung des Schnelldampfers „Bremen". Nach Rückkehr: Zwangloses geselliges Beisammensein im Ratskeller oder im Festsaal der Kaffee-Hag in der Böttcherstraße.

Montag, 10. Juni:

Fahrt nach Bremerhaven und Helgoland. (Programm s. oben.)

Für die Teilnehmer an der Tagung, Vertreter und Gäste, wird ein Teilnehmerheft herausgegeben, in das Gutscheine für die einzelnen Veranstaltungen eingefügt sind. Das Teilnehmerheft kostet 20 RM. Hotelunterkunft, Frühstück und Bedienung sind besonders zu bezahlen, ebenso die Teilnahme an den gemeinsamen Mittagessen in der Glocke. Die Teilnehmerhefte werden in der Geschäfts- und Auskunftsstelle des Vereins Bremer Presse, die im Bahnhofsgebäude des Norddeutschen Lloyd (neben dem Hauptbahnhof, links vom Ausgang) eingerichtet ist, gegen Zahlung von 20 RM pro Teilnehmerheft ausgegeben; in dem Heft befinden sich zu allen besondern Veranstaltungen Gutscheine. **In dem Teilnehmerheft sind jedoch keinerlei Abschnitte für die Unterkunft enthalten.**

*

Die Hotelunterkunft in Bremen.

Jeder Kollege, der an der Tagung teilnimmt, kann sich schon jetzt eine Hotelausweiskarte beim Verein Bremer Presse (Kollege Hans **Müller**, Bremen, Weser-Zeitung) bestellten. Da die Hotelunterkunft schon jetzt bezahlt werden kann, verteilen sich die Ausgaben für den Verbandstag auf 2 Monate.

Die Preise für Hotelunterkunft (Zimmer) bewegen sich zwischen 5 und 7,50 Mark für Einzelzimmer ohne Bad, und zwar sind hierfür Zimmer in den Hotels Europäischer Hof, Nordischer Hof, Alberti, Bahnhofshotel, Reichshof, Parkhotel, Schäfers Hotel, Fürstenhof, Hotel Bach, Continental, Zur Post und Schaper-Siedenburg zu haben. Der Preis für Frühstück beläuft sich in den genannten Hotels auf 1,50 bis 2,10 Mark. Im Hotel Schaper-Siedenburg, wo das Einzelzimmer 6,60 Mark kostet, versteht sich der Preis für Unterkunft einschließlich Frühstück und Bedienung. Die Preise in den Hotels Columbus und Hillmann liegen zum Teil wesentlich über diesen Sätzen, worauf hiermit besonders hingewiesen sei.

Diejenigen Kollegen, die am 10. Juni abends noch nicht von Bremen abreisen wollen, werden gut tun, sich rechtzeitig nach weiterer Unterkunft umzusehen. Der Verein Bremer Presse, Wohnungsausschuß, ist auf Wunsch bereit, die Zimmer zu belegen. Auch hierfür nimmt Redakteur Hans Müller, Weser-Zeitung, Anmeldungen entgegen.

Es sei nochmals besonders darauf hingewiesen, daß das Teilnehmerheft keinerlei Abschnitte für die Hotelunterkunft enthält; Unterbringung im Hotel, sowie Frühstück und Bedienung sind besonders zu bezahlen.

Die Verbandsleitung:
gez. G. Rich[illegible]er,
Geschäftsführender [illegible] Vorsitzender.

Digitized by Google

Vertreterversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse in Bremen 1929.

I. Anträge des Vorstandes.

Richtlinien für die Aufnahme von Mitgliedern in den Reichsverband.

Der Vorstand des Reichsverbandes (Berliner Mitglieder) hat in seiner Sitzung vom 6. Mai beschlossen, der Delegiertenversammlung in Bremen folgende Richtlinien zur Annahme zu empfehlen:

1. Alle Landes- und Bezirksverbände des Reichsverbandes sind verpflichtet, unbedingt von der Aufnahme solcher Mitgliedschaftsanwärter abzusehen, die nicht in jeder Hinsicht den Vorschriften des § 5 der Reichsverbandssatzungen entsprechen.

2. Journalisten im Sinne der Reichsverbandssatzungen sind ausschließlich solche Personen, die hauptamtlich und ohne andere Bindungen als die öffentlicher Interessen an und für Zeitungen, Zeitschriften, Nachrichtenbüros, Pressekorrespondenzen und Buchverlage publizistisch tätig sind, außerdem die Vertreter von Presseämtern staatlicher und kommunaler Körperschaften.

Schriftsteller oder Journalisten in ständigen oder wechselnden Diensten kaufmännischer Erwerbsgesellschaften (Leiter literarischer Büros, Presse- und Propagandachefs) sowie Reklameschriftsteller sind von der Aufnahme in den Reichsverband ausgeschlossen. Ebenso solche Personen, die unmittelbar oder mittelbar in der Anzeigenwerbung tätig sind.

3. Angestellte von Rundfunkgesellschaften sind nur dann in den Reichsverband aufnahmefähig, wenn sie hauptamtlich eine wirkliche journalistische Tätigkeit (z. B. an Rundfunkzeitungen oder in der Nachrichtenredaktion von Sendegesellschaften) ausüben.

4. Diejenigen Mitglieder des Reichsverbandes, die nach § 7 der Satzung einen Aufnahmeantrag unterschriftlich unterstützen, sind verpflichtet, sich vorher über die Persönlichkeit und Tätigkeit des Aufnahmesuchenden genau zu unterrichten, da sie durch ihre unterschriftliche Befürwortung mitverantwortlich für die Aufnahme sind.

5. Übernimmt ein Mitglied des Reichsverbandes neben seinem journalistischen Hauptberuf eine verlegerische Tätigkeit, so hat der zuständige Verband unverzüglich dem Vorstand des Reichsverbandes hiervon Mitteilung zu machen unter Beifügung einer Äußerung, ob nach seiner Meinung das Mitglied im Reichsverbande verbleiben kann. Die endgültige Entscheidung trifft alsdann der Vorstand des Reichsverbandes nach sorgfältiger Prüfung des Einzelfalles.

6. Der Absatz 2 des § 5 der Satzung soll folgendermaßen lauten:

„Wechselt ein Mitglied seinen Beruf, so hat es davon sofort dem zuständigen Verbande Mitteilung zu machen. Durch Beschluß des Reichsverbandsvorstandes kann ihm auf Antrag seines Verbandes die Fortsetzung der Mitgliedschaft gestattet werden. Voraussetzung hierfür ist in der Regel eine 10jährige Verbandsangehörigkeit".

(§ 5, Abs. 2, bisherige Fassung.

Wechselt ein Mitglied seinen Beruf, so kann ihm bei 10jähriger Berufsangehörigkeit die Fortsetzung der Mitgliedschaft gestattet werden.)

7. Abs. 1, 2. Satz im § 5 der Satzung ist folgendermaßen abzuändern:

„Voraussetzung ist, daß er mindestens ein Jahr in der Presse hauptamtlich tätig war, wobei seine Tätigkeit als Volontär mitgerechnet werden kann."

(§ 5, Abs. 1, letzter Satz bisherige Fassung.

Voraussetzung ist, daß er mindestens ein Jahr in der Presse tätig war, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und keine Interessen vertritt, die dem Zweck des Reichsverbandes entgegenstehen.)

8. Die von der Delegiertenversammlung in Bremen angenommenen Richtlinien sind nicht nur maßgebend für die Neuaufnahme von Mitgliedern, sondern auch für die Nachprüfung der schon bestehenden Mitgliedschaften.

II. Vorschläge zur Revision der Ehrengerichtsordnung.

(beschlossen in der Kommissionssitzung vom 4. Mai 1929).

Ehrengerichtsordnung, bisherige Fassung.

§ 1.

Das Ehren- und Schiedsgericht des Landesverbandes (Bezirksverbandes) im Reichsverband der deutschen Presse ist als Ehrengericht zuständig für alle Ehrenfragen. Bis zur Erledigung des Ehrengerichtsverfahrens sind Schritte bei den ordentlichen Gerichten zu unterlassen, abgesehen von Strafanträgen im Privatklageverfahren zur Wahrung der dreimonatigen Antragsfrist.

Als Schiedsgericht entscheidet das Gericht über Privatstreitigkeiten, bei denen Ehrenfragen nicht in Betracht kommen, nur mit vorherigem Einverständnis der Parteien und mit deren Erklärung, daß sie sich dem Spruch unterwerfen mit dem einzigen Vorbehalt der Berufung bei dem obersten Ehren- und Schiedsgericht des Reichsverbandes der deutschen Presse.

§ 2.

Das Ehren- und Schiedsgericht wird jährlich von der Landes-(Bezirks-)Hauptversammlung in geheimer Abstimmung gewählt. Es besteht aus einem Vorsitzenden und vier Beisitzern, für die gleichzeitig Stellvertreter zu bestimmen sind. Den Vorsitzenden und seine stellvertretenden Vorsitzenden wählen die Ehrengerichte aus ihrer Mitte.

Die Vorsitzenden der Verbände und die Mitglieder des obersten Ehren- und Schiedsgerichtes sowie die Geschäftsführer der Verbände dürfen den Ehren- und Schiedsgerichten der Landes- bezw. Bezirksverbände nicht angehören.

§ 3.

Das Gericht ist beschlußfähig bei Anwesenheit von einem Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzern. Stimmenthaltung ist unzulässig. Zur Bejahung der Schuldfrage bedarf es der Zweidrittelmehrheit.

Die Mitglieder des Gerichts sind mit ihrer Berufsehre verpflichtet, strengstes Stillschweigen über den Gang der Verhandlung und die ihnen dabei gewordenen Kenntnisse zu

Die Kommission schlägt vor:

§ 1 bleibt unverändert.

§ 2

zu fassen wie folgt:

Das Ehren- und Schiedsgericht wird jährlich von der Landes-(Bezirks-)Hauptversammlung in geheimer Abstimmung gewählt. Es besteht in der Regel aus fünf, in Verbänden, in denen mehrere Kammern erforderlich sind, aus einem Mehrfachen von fünf Mitgliedern, für die gleichzeitig Stellvertreter zu wählen sind. Jede Kammer besteht aus einem Vorsitzenden und vier Beisitzern. Die Vorsitzenden und ihre Stellvertreter wählen die Ehrengerichtsmitglieder aus ihrer Mitte.

Der Rest bleibt unverändert.

§ 3 in Absatz 2 zu fassen wie folgt:

Die Mitglieder des Gerichts sind verpflichtet, strengstes Stillschweigen über den Gang der Verhandlung und die ihnen dabei gewordenen Kenntnisse zu bewahren. Auch die Beteiligten und Zeugen sind vom Vorsitzenden bei Beginn der Verhandlung auf Verschwiegenheit zu verpflichten.

Absatz 3 des § 3 fällt weg (siehe § 14 statt bisher § 13. 1).

Digitized by Google

bewahren. Auch die Beteiligten und Zeugen sind vom Vorsitzenden bei Beginn der Verhandlung auf Verschwiegenheit zu verpflichten.

Die Abstimmung ist in den Protokollen nur in ihrem Endergebnis und ohne Angaben darüber wiederzugeben, ob der Beschluß einstimmig oder mit Mehrheit gefaßt worden ist. (Siehe § 13. I)

§ 4.

Jedes Mitglied des Reichsverbandes kann ein Ehrengerichtsverfahren gegen sich selbst oder ein anderes Mitglied beantragen, zunächst bei dem für ihn zuständigen Landes-(Bezirks-)Verbandsgericht. Auch kann der Vorstand des Landes-(Bezirks-)Verbandes ein Verfahren gegen ein Verbandsmitglied beantragen. Der Antrag ist bei dem Vorsitzenden des Gerichts mit ausreichender Begründung schriftlich in doppelter Ausfertigung einzureichen. Klagen von Nichtmitgliedern sind nur anzunehmen, wenn diese sich schriftlich in die Hände des Vorsitzenden zur unbedingten Unterwerfung unter den Spruch verpflichten. Schiedsgerichtsverfahren finden ebenfalls nur unter dieser Voraussetzung statt.

Kläger sowie Beklagte können einen Beistand wählen, der an den Verhandlungen teilnehmen und ihre Interessen wahrnehmen kann.

§ 5.

Vor Durchführung des ordentlichen Ehrengerichtsverfahrens soll ein Sühneversuch zwischen den Parteien stattfinden, der in der Regel von dem Vorsitzenden des Gerichtes oder von einem von diesem zu bestimmenden Vertreter zu unternehmen ist. An den Sühneverhandlungen kann je ein von den Parteien zu bestimmendes Mitglied des Gerichtes teilnehmen. Der Versuch gilt als gescheitert, wenn eine Partei fehlt, ebenso, wenn in einmaliger Verhandlung bei Erscheinen beider Parteien kein Vergleich zustande kommt.

§ 6.

Spätestens acht Tage nach Eingang der Klage hat der Vorsitzende oder sein Stellvertreter die Parteien von der Einleitung eines Verfahrens zu benachrichtigen und evtl. Zeit und Ort der Ehrengerichtsverhandlung anzugeben. Der Beklagte kann dazu, spätestens acht Tage vor dem Verhandlungstermin, eine Beantwortung der Klageschrift einreichen. Dem Beschuldigten und seinem Beistand muß auf Verlangen Einsicht in die Akten gewährt werden. Die Verhandlungen des Ehren- und Schiedsgerichtes sind mündlich.

§ 7.

Jede der Parteien kann einzelne Mitglieder des Gerichtes als befangen ablehnen; ebenso kann jedes Mitglied des Gerichtes sich selbst als befangen erklären. In diesem Falle sind Stellvertreter zu stellen. Das Gericht entscheidet endgültig über die Zulässigkeit des Einwandes der Befangenheit. Niemand kann bei einem Verfahren, bei dem er selbst beteiligt ist, als Richter mitwirken.

§ 8.

Klagen, deren Veranlassung länger als drei Monate zurückliegt, sind abzuweisen, falls die sie begründenden Tatsachen dem Kläger ebenso lange bekannt gewesen sind.

§ 9.

Das Gericht kann auch verhandeln und seinen Spruch fällen, wenn die ordnungsgemäß geladenen Parteien zum Termin nicht erscheinen und nicht in genügender Weise entschuldigt sind. Über die Frage, ob die Entschuldigung genügt, entscheidet das Gericht.

§ 10.

Das Gericht kann Zeugen nach seinem eigenen Ermessen oder nach Vorschlag der Parteien laden. Es ist Pflicht jedes Kollegen, einer Zeugenladung Folge zu leisten. Über Verbandsmitglieder, die sich ihrer Zeugenpflicht ohne zwingenden Grund entziehen, kann das Ehrengericht eine der im § 11 vorgesehenen Strafen verhängen. Zeugen, die sich außerhalb des regionalen Zuständigkeitsbereiches des Gerichtes befinden, können protokollarisch durch den Vorsitzenden des für sie zuständigen Ehrengerichtes vernommen werden.

§ 11.

Wird das Verfahren durch strafbare Handlungen oder privatrechtliche Streitigkeiten berührt, die nur durch die bürgerlichen Gerichte geklärt oder entschieden werden können, so

§ 4 zu fassen wie folgt:

Jedes Mitglied des Reichsverbandes kann ein Ehrengerichtsverfahren gegen sich selbst oder ein anderes Mitglied beantragen, zunächst bei dem für ihn zuständigen Landes-(Bezirks-)Verbandsgericht. Auch kann der Vorstand des Reichsverbandes bezw. der Vorstand des Landes-(Bezirks-)Verbandes ein Verfahren gegen ein Verbandsmitglied beantragen. Der Antrag ist bei dem Vorsitzenden des Gerichts mit Begründung schriftlich einzureichen.

Klagen von Nichtmitgliedern sind nur anzunehmen, wenn diese sich schriftlich zur unbedingten Unterwerfung unter den Spruch verpflichten. Schiedsgerichtsverfahren finden ebenfalls nur unter dieser Voraussetzung statt.

Der bisherige Absatz 2 des § 4 ist zu streichen.

Als § 4a neu einzufügen:

Bei schweren persönlichen Beleidigungen ist von der schriftlichen Klage Abstand zu nehmen. In solchen Fällen muß das Gericht so schnell zusammentreten, daß der Spruch spätestens innerhalb dreimal 24 Stunden gefällt wird.

§ 5

in Zeile 3 die Worte „in der Regel" zu streichen.

Im übrigen den § zu fassen wie folgt:

Vor Durchführung des ordentlichen Ehrengerichtsverfahrens soll ein Sühneversuch zwischen den Parteien stattfinden, der von dem Vorsitzenden des Gerichts oder von einem von diesem zu bestimmenden Vertreter zu unternehmen ist.

Der Rest unverändert.

§ 6 zu fassen wie folgt:

Klagen sind spätestens drei Tage nach Eingang an den Beklagten weiterzuleiten, der sie innerhalb acht Tagen schriftlich beantworten kann.

(Siehe auch neuen § 17.)

§ 7

in Satz 2 statt „stellen" zu sagen „berufen". In diesem Falle sind Stellvertreter zu berufen.

Im übrigen unverändert.

§ 8 zu fassen wie folgt:

Klagen sind abzuweisen, wenn sie später als drei Monate, nachdem die sie begründenden Tatsachen dem Kläger bekannt geworden sind, eingereicht werden.

In § 9 am Schluß anfügen:

Über Parteien, die ohne zwingenden Grund ausbleiben, kann das Ehrengericht die in § 12 vorgesehenen Strafen verhängen.

Dem § 10 sind folgende Absätze hinzuzufügen:

Wenn Kläger und Beklagte verschiedenen Verbänden angehören, ist das Ehrengericht des Verbandes zuständig, dessen Mitglied der Kläger ist.

Bei zwei oder mehr Klägern oder Beklagten bestimmt der Vorsitzende des Obersten Ehren- und Schiedsgerichtes die Zuständigkeit des Ehrengerichts, das in erster Instanz verhandeln soll.

§ 11 zu fassen wie folgt:

Können die einer Klage zugrunde liegenden Tatsachen nur durch die ordentlichen Gerichte geklärt werden, oder schwebt bei diesen bereits ein Verfahren, so ist das Verfahren bei dem

Digitized by Google

kann es jederzeit durch eine Verfügung des Vorsitzenden des Ehrengerichts und nach dem Eintritt in die Hauptverhandlung durch Beschluß des Ehrengerichts selbst ausgesetzt werden, bis eine Klärung oder Entscheidung erfolgt ist.

§ 12.

Das Ehrengericht kann bei Bejahung der Schuldfrage erkennen auf:

1. Warnung.
2. Verweis.
3. Strengen Verweis, der die Bekleidung von Ehrenämtern im Verbande für die Dauer von mindestens einem Jahre ausschließt.
4. Ausschluß aus dem Reichsverbande.

In den Fällen 1—3 kann auf Publikation im Verbandsorgan oder in der Mitgliederversammlung erkannt werden. Auch können dem Verurteilten bestimmte Verpflichtungen im Sinne des Urteils auferlegt werden. Mitglieder des Ehrengerichts, gegen die auf eine der Strafen rechtskräftig erkannt worden ist, verlieren ihr Amt mit sofortiger Wirkung.

Gegen das Urteil kann innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach seiner Zustellung Einspruch bei dem Vorsitzenden des zuständigen Ehren- und Schiedsgerichtes eingelegt werden, der ihn sofort an den Vorsitzenden des obersten Ehren- und Schiedsgerichtes mit den Akten weiterzugeben hat. Erst nach Ablauf der Einspruchsfrist wird der Spruch rechtskräftig. Ergeben sich nach Eintritt der Rechtskraft erhebliche neue Tatsachen, so kann das Wiederaufnahmeverfahren beim zuständigen Ehrengericht beantragt werden. Über die Zulässigkeit entscheidet das Gericht. Gegen Ablehnung ist Beschwerde beim obersten Ehren- und Schiedsgericht zulässig. Jede Berufung hat aufschiebende Wirkung.

§ 13.

Der Spruch ist innerhalb acht Tagen dem Kläger und dem Beklagten sowie dem Vorstande des Landes-(Bezirks-) Verbandes und des Reichsverbandes in eingeschriebenem Brief mit Begründung von dem Vorsitzenden des Gerichts mitzuteilen. Die Urschrift des Urteils ist von sämtlichen Mitgliedern des verhandelnden Gerichtes zu unterschreiben. Die Bekanntgabe von ehrengerichtlichen Ausschlüssen aus dem Reichsverband muß mit Begründung des ehrengerichtlichen Spruches möglichst umgehend in der „Deutschen Presse" erfolgen.

§ 14.

In der Verhandlung ist ein kurzes Protokoll durch einen der Beisitzer zu führen. Weitere Einzelheiten der Geschäftshandhabung stellt das Gericht selber fest. Nach Abschluß des Verfahrens sind die Akten sofort der Verbandsleitung in Berlin zu übersenden und dort aufzubewahren.

§ 15.

Ein einmal beim Ehrengericht eingeleitetes Verfahren wird durch den Austritt eines der Beteiligten nicht berührt. Stellt das Gericht aber das Verfahren ein, so ist es verpflichtet, in der „Deutschen Presse" festzustellen, daß das ausgetretene Mitglied sich dem Spruch des Ehrengerichts durch den Austritt entzogen hat.

§ 16.

Die Tätigkeit der Mitglieder des Gerichts ist ehrenamtlich. Bare Auslagen trägt die Kasse des Landes-(Bezirks-) Verbandes, jedoch können dem Verurteilten oder bei Abweisung völlig unberechtigter Klagen dem Kläger die Kosten ganz oder teilweise auferlegt werden.

§ 17.

Außerhalb des Reichsverbandes stehende Journalisten sowie außerhalb des Berufes stehende Persönlichkeiten können die Ehrengerichte des Reichsverbandes gegen ein Mitglied des Reichsverbandes anrufen. Voraussetzung ist, daß diese Personen dem zuständigen Ehrengericht eine formelle schriftliche Erklärung dahin abgeben, daß sie selbst sich sowohl dem Verfahren wie dem Spruch des Ehrengerichts unterwerfen.

Oberstes Ehren- und Schiedsgericht.

Diese Bestimmungen der Ehrengerichtsordnung gelten auch für das Verfahren vor dem obersten Schieds- und Ehrengericht des Reichsverbandes der deutschen Presse. Dieses wird jährlich von dem Verbandstag gewählt. Es besteht aus einem

Ehrengericht bis zur Erledigung durch das ordentliche Gericht auszusetzen.

Als zweiten Absatz hinzuzufügen:

Vergleichsverhandlungen sind auch während dieser Zeit statthaft.

§ 12 Abs. 3 zu fassen wie folgt:

Gegen das Urteil kann innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach seiner Zustellung von den Parteien und den Vorständen Einspruch bei dem Vorsitzenden des zuständigen Ehren- und Schiedsgerichts eingelegt werden.

Im übrigen unverändert.

Der letzte Satz ist zu streichen. Am Schluß ist einzufügen: „Wird eine Frist versäumt, so kann bei Nachweis, daß die Versäumnis entschuldbar ist, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt werden.

§ 12a als neuen Paragraphen einzufügen:

Die Widerklage ist zulässig und kann auch auf Vorgänge gestützt werden, die sich erst im Laufe des Verfahrens ergeben.

§ 13 zu fassen wie folgt:

Der Spruch ist mit seiner Begründung innerhalb acht Tagen dem Kläger und dem Beklagten, dem Vorstand des Reichsverbandes und dem Vorstand des Landes-(Bezirks-) Verbandes in eingeschriebenem Brief von dem Vorsitzenden des Gerichts mitzuteilen. Die Urschrift des Urteils ist von sämtlichen Mitgliedern des verhandelnden Gerichts zu unterschreiben.

Wird auf Ausschluß eines Mitgliedes aus dem Verband erkannt, so ist der Spruch und wenigstens auszugsweise seine Begründung möglichst umgehend in der „Deutschen Presse" zu veröffentlichen.

§ 14 zu fassen wie folgt:

Bei der Verhandlung führt ein Beisitzer ein kurzes Protokoll, das von ihm und dem Vorsitzenden zu unterzeichnen ist. Weitere Einzelheiten der Geschäftshandhabung stellt das Gericht selbst fest. Nach Abschluß des Verfahrens sind die Akten sofort der Verbandsleitung in Berlin zu übersenden und dort mindestens 3 Jahre aufzubewahren.

§ 15 zu fassen wie folgt:

Ein einmal beim Ehrengericht eingeleitetes Verfahren wird durch den Austritt eines der Beteiligten nicht berührt. Benutzt aber ein Mitglied seinen Austritt, um sich dem ehrengerichtlichen Verfahren zu entziehen, so ist dies in der „Deutschen Presse" festzustellen.

§ 16 bleibt unverändert.

§ 17 in der jetzigen Fassung ganz zu streichen und statt dessen wie folgt zu formulieren:

Das Verfahren vor dem Ehrengericht ist mündlich. Alle Schriftsätze sind in fünffacher Ausfertigung einzureichen. Kläger und Beklagte können aus den Reihen der Mitglieder zur Wahrnehmung ihrer Interessen in dem Verfahren einen Beistand wählen, dem ebenso wie ihnen selbst Einsicht in die Akten zu gewähren ist.

Jede Berufung hat aufschiebende Wirkung.

Oberstes Ehren- und Schiedsgericht.

Die Vorschriften sind zu fassen wie folgt:

Das Oberste Ehren- und Schiedsgericht wird alljährlich vom Verbandstag gewählt. Es besteht aus einem Vorsitzenden und sechs Beisitzern, für die gleichzeitig Stellvertreter zu

Digitized by Google

Vorsitzenden und sechs Beisitzern, für die gleichzeitig Stellvertreter zu bestimmen sind. Den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter wählt das oberste Ehrengericht aus seiner Mitte ebenfalls für die Dauer eines Jahres. Das oberste Ehren- und Schiedsgericht ist beschlußfähig bei Anwesenheit von einem Vorsitzenden und mindestens vier Beisitzern. Zur Bejahung der Schuldfrage bedarf es einer Zweidrittelmehrheit. Kläger sowie Beklagte können einen Beistand wählen, der an den Verhandlungen teilnehmen und ihre Interessen wahrnehmen kann.

wählen sind. Es ist beschlußfähig bei Anwesenheit von einem Vorsitzenden und mindestens vier Beisitzern.

Im übrigen gelten die Bestimmungen der §§ 1 bis 17 sinnentsprechend auch für das Oberste Ehren- und Schiedsgericht.

Die Leistungen des Reichsverbandes.

Von Kurt Himer, Hamburg.

Gut, sehr gut, daß der Chefredakteur unseres Verbandsorgans, unser vielgeplagter Geschäftsführender Reichsverbandsvorsitzender Gustaf Richter, in Nr. 17 der Deutschen Presse einmal gehörig und wirksam zusammengefaßt hat, was der Reichsverband in einigen wichtigen Aufgaben bisher geleistet hat! Hoffentlich hat diesen Artikel, um dessen willen mich die vorgängige Polemik über die „Wirklichkeit" des Reichsverbandes nachträglich doppelt freut, keines unserer Verbandsmitglieder ungelesen beiseite gelegt; hoffentlich behalten ihn recht viele Leser gut im Gedächtnis. Noch viel mehr aber hoffe ich, daß der Verfasser des so begrüßten Artikels mit erledigter Veröffentlichung nicht wieder das ganze Problem der dringlichen Mitgliederunterrichtung durch die „Deutsche Presse" beiseite legt, sondern die Notwendigkeit im Gedächtnis behält, die Leistungen des Reichsverbandes dauernd und immer von neuem ans Licht zu stellen. Der Aufsatz in Nr. 17 kann und darf nur ein Anfang sein!

Natürlich meine ich nicht, daß dem gelobten Artikel weitere Artikel ähnlichen Inhalts in kurzen Abständen folgen sollen. Das Interesse an einer solchen schnellen Folge würde rasch erlahmen. Vielmehr wäre es notwendig, jede Nummer der „Deutschen Presse" zu einem Spiegelbild derjenigen Arbeiten zu machen, die den Reichsverband gerade gegenwärtig beschäftigen. Der Reichsverband sollte aus den gelegentlichen Unzufriedenheiten mehr oder weniger unterrichteter Einzelmitglieder und gar nicht unterrichteter Außenseiter nicht so oft die Frage heraushören: Was leistet der Reichsverband?, als die andere Frage: Was tut der Reichsverbandsvorstand? Der allergrößte Fleiß wird schmählich verkannt, wenn er hinter halb verschlossenen Türen geübt wird.

Solche Spiegelbilder der Vorstandstätigkeit denke ich mir nicht als historisches Wandgemälde, sondern als kleine Bleistiftskizzen, die sich mit ein paar Strichen begnügen und mit einem Blick werten lassen. Wenn z. B. in dem Richterschen Artikel über die Leistungen des Reichsverbandes mitgeteilt wird, daß von Redakteurseite in der letzten Sitzung der RAG. ein Antrag gestellt worden ist, wonach Verlegerschaft und Reichsverband gemeinsame Schritte zur Verbesserung der Stellenvermittlung tun sollen ,und daß dieser Antrag den vorläufigen Erfolg gehabt hat, daß Richtlinien für eine solche gemeinsame Stellenvermittlung vom Vorstand der RAG. ausgearbeitet werden, so verdankt die deutsche Kollegenschaft die Mitteilung dieser sehr bemerkenswerten Tatsache doch leider nur dem zufälligen Umstand, daß sich Kollege Richter einmal umfassend über die Leistungen des Reichsverbandes auszusprechen gedrungen fühlte. Ohne diese Generalbeichte des Geschäftsführenden Verbandsvorsitzenden wäre die an sich erfreuliche und für die Tätigkeit der Zentrale ehrenvolle Tatsache, daß sich der Reichsverband und die Delegierten zur RAG. mit einer Verbesserung der Stellenvermittlung beschäftigen, wahrscheinlich nicht eher zu Ohren der Kollegenschaft im Reiche gekommen, als bis, und falls, ein endgültiger Erfolg erzielt worden wäre oder vielleicht die bevorstehende Jahreshauptversammlung in Bremen eine Aufklärung im Zusammenhang mit der Tagesordnung gebracht hätte.

Betrachten wir dieses eine Beispiel auf die Frage hin, ob die Publizität des Reichsverbandes ausreicht, noch etwas genauer! Möglicherweise wird der Sache, nämlich der Stellenvermittlung des Reichsverbandes, kein Abbruch getan, wenn es der Reichsverband unterläßt, vor Beendigung einer allgemein interessierenden Aktion die Kollegenschaft zu Mitwissern zu machen. In kaufmännischen Betrieben wird ja allgemein nach dem Grundsatz des Stillschweigens verfahren, bis das Ziel erreicht ist, und es gehört bekanntlich zu den „reizvollsten" Aufgaben einer pp. Handelsjournalistik, das zäh, zuweilen rücksichtslos gegen alle Wahrhaftigkeit verteidigte Geheimnis vorher ausfindig zu machen. Soll nun aber eine Organisation wie die unserige ohne weiteres die Grundsätze des kaufmännischen Lebens übernehmen? Meine Antwort auf diese Frage ist ein entschiedenes Nein; denn der Kaufmann hat mancherlei gute Gründe, seine Erwerbslisten vor der Mitwisserschaft einer breiteren Öffentlichkeit zu verbergen; der Reichsverband aber hat im Gegenteil alle Ursache, seine Tätigkeit so weit wie immer möglich merken zu lassen. Tut er das nicht mit allem Eifer, so ist daran nur ein sehr merkwürdiger Nebenumstand seiner Tätigkeit schuld, nämlich die Geisteseinstellung aller derer, die zum Handeln berufen sind: sie vergessen in der Konzentration auf das Ziel ihres Handelns nur allzu leicht die Darstellung eben dieses Handelns, d. h. mit einem reichlich groben Wort die Reklame, die dieses Handeln für die Gefolgschaft machen könnte. Vergessen sie, weil es ihnen im Drang des Handelns an Zeit, ja an einer momentanen Eignung dafür fehlt; vergessen sie um so eher, je mehr sie wirklich Handelnde sind. Nicht ohne tieferen Grund forderte Schiller, daß der „Sänger" mit dem „Könige" gehe; der König nämlich handelt und singt nicht; er bedarf eines Begleiters, der, ohne selber handeln zu müssen, das Handeln begreift und für das Verständnis der weiter Abstehenden deutlich macht. Aus dieser Erwägung habe ich schon vor einigen Jahren in einer Reichsausschußsitzung die Anregung gegeben, die „Handelsherren" des Reichsverbandes, obschon sie selbst prominente Journalisten sind, von solchen Journalisten begleiten zu lassen, die durch das Gesetz des Handelns nicht abgelenkt und verhindert sind, sondern — cum grano salis — in der „Deutschen Presse" „besingen", was von den Handelnden gehandelt wird. Denn es ist nun einmal eine Tatsache, daß auch der Journalist, wenn er zum Handeln berufen wird, in der Regel des Journalisten vergißt und dem Gesetz folgt, das dem Handelnden das Schreiben und dem Schreibenden das Handeln schwer macht. Die erwähnte Anregung konnte bisher nicht „Wirklichkeit" werden, weil der Reichsverbandshaushalt vorläufig nicht ausreicht, das Amt eines besonderen Redakteurs für die „Deutsche Presse" zu schaffen. Aber die Einsicht, daß die „Deutsche Presse" davon gewinnen würde, wenn sie von einem in alle Dinge eingeweihten und zur selbständigen journalistischen Auswertung vor den Verbandskollegen berufenen Journalisten betreut würde, ist, glaube ich, heute bereits allgemein; auch Kollege Richter deutet das in seinem Aufsatz an.

Bis zu dem Zeitpunkt, wo das einmal geändert werden kann, hat der Geschäftsführende Vorsitzende also

Digitized by Google

die schwierige Aufgabe, so etwas wie ein König David zu sein, d. h. zu handeln und zu singen. Er singt nach meiner Meinung heute noch immer nicht genug, und das ist der ganze, an sich wahrhaftig leicht verzeihliche, aber gerade von Journalisten nicht leicht verziehene Fehler dieses bewährten Führers. Um sich zu rechtfertigen, hat er in früheren Jahren die Pflicht zur Geheimhaltung nach meiner und mancher Kollegen Auffassung über Gebühr betont; und darauf sind die von manchen Landesverbänden, z. B. dem Hamburger, erhobenen Vorwürfe einer übertriebenen Geheimpolitik zurückzuführen. Gewiß kann ich zugeben, daß es Dinge auch im Reichsverbandsleben geben kann, die besser im Verborgenen gedeihen; aber es muß ausdrücklich bestritten werden, daß das viele Dinge sind. Grundsätzlich jedenfalls sollte die Geisteseinstellung eines Reichsverbandsvorsitzenden nicht auf Geheimhaltung, sondern auf Öffentlichkeit ausgehen. Was wäre z. B. in der Politik der Stellenvermittlung geheimzuhalten gewesen? Ich kann mir nichts vorstellen; ja selbst die Annahme, daß es möglicherweise nicht geschadet hat, bis zum Erfolge zu schweigen, möchte ich hier zurückziehen; denn die frühzeitige Bekanntgabe der Tatsache, daß die gemeinschaftliche Besprechung der Stellenvermittlung in der RAG. geplant sei und Richtlinien gefunden werden sollen, hätte vielleicht manche freiwilligen Mitarbeiter aus dem Reich an diesem so wichtigen Problem geweckt, deren unverbindliche Ratschläge für die Entwicklung der Dinge hätten nützlich sein können. Hamburg z. B. hat in seiner V. A. G. schon vor einigen Monaten ein Zusammenwirken der Verleger und Redakteure in Hamburg angestrebt, ohne sonderlichen Erfolg freilich, aber immerhin dabei Erfahrungen gewonnen. Statt der auf einem solchen Gebiet möglichen Mitarbeit jetzt Schweigen auf der ganzen Linie; denn man kann, selbst wenn der Richtersche Aufsatz von allen Verbandsmitgliedern gelesen worden ist, nicht erwarten, daß eine so beiläufig und versteckt gegebene Notiz innerhalb eines größeren Gedankenzusammenhangs ihrer Bedeutung entsprechend anregend wirkt. Man kann aber erst recht nicht erwarten, daß eine so beiläufige Mitteilung eine rechte Werbekraft für die Vorstandsarbeit und die Verbandsleistungen entfaltet; und das ist schade, denn wenn irgendeine Aktion, so kann diese den immer kritischen Kollegen bei richtiger publizistischer Auswertung einen Begriff davon geben, daß gearbeitet wird. Der Erfolg steht noch dahin, das ist wahr; aber jeweils nach den sofortigen Erfolgen dürfen wir unsere Arbeit überhaupt nicht beurteilen.

Eine andere Auswertung der Verbandsarbeit für die Sichtbarmachung der Leistungen sollte meines Erachtens aus der ungeheuren Korrespondenz geholt werden können, die der Reichsverbandsvorstand nach der in dem Richterschen Artikel mitgeteilten Briefstatistik leistet. Die alljährliche Mitteilung der Briefezahl ist gut, aber sie allein tut es nicht, es muß auch von dem Geiste der Briefe mitgeteilt werden und zwar nicht nur alljährlich, sondern fortlaufend. 8689 Briefe während eines Jahres im inneren Verkehr — sollten die nicht eine große Menge wissenswerten Stoff enthalten, der einer Mitteilung und Weiterverbreitung durch die „Deutsche Presse" würdig wäre? Teils rein mitteilungsmäßig, teils auskunftsmäßig, teils anregend. Es kommt noch ein Vorteil durch solche Auswertung hinzu; die einem Verein schriftlich erteilte Auskunft braucht, einmal veröffentlicht, nicht sogleich wieder drei oder vier anderen Vereinen gegeben zu werden. Manche Fragesteller von heute würden keine Fragesteller mehr von morgen sein, wenn sie sich die Antwort aus der Lektüre der „Deutschen Presse" selbst hätten beschaffen können; andere wiederum wären schlicht durch einen Hinweis auf die und die schon erteilte Auskunft in der „Deutschen Presse" zu befriedigen. Muß überhaupt, so möchte ich fragen, im inneren Verkehr so furchtbar viel korrespondiert werden, wie es die Statistik ausweist? Erstaunlich ist vor allem die Tatsache, daß der Reichsverband in fast allen Rubriken der Statistik mehr Briefe mit einzelnen Mitgliedern als mit den Landesverbandsvorständen wechselt, wobei noch nicht einmal der Schriftverkehr der Stellenvermittlung und des Rechtsschutzes, der seiner Natur nach leicht unter Umgehung der Landesverbandsvorstände entstehen kann, berücksichtigt worden ist. Als geschäftsführender Vorsitzender des Landesverbandes Groß-Hamburg bin ich in eine nicht geringe Verwunderung darüber geraten, daß es trotz meiner reichlichen Verbandskorrespondenz mit Berlin und trotz meiner allen Verbandsmitgliedern bekannten unbedingten Bereitwilligkeit zur sofortigen Hilfeleistung in allen Berufsfragen den Einzelmitgliedern gelungen ist, insgesamt eine noch etwas stärkere Privatkorrespondenz mit Berlin zu führen. Ich weiß nicht, warum so viele Kollegen das Bedürfnis haben, sich in ihren Verbandsangelegenheiten selbständig zu machen und den berufenen Geschäftsführenden Vorsitzenden des Einzelverbandes zu umgehen. Ist es Mißtrauen oder der bescheidene Wunsch, nicht beschwerlich zu fallen? Ist es Selbstbewußtsein oder Gedankenlosigkeit? Eine übermäßige Ungeduld oder Geheimniskrämerei? Ich weiß es nicht. Aber erstaunt bin ich, daß sich der vielgeplagte Geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes in Berlin so etwas gefallen läßt! Ich gebe gern zu, daß ein einzelnes Landesverbandsmitglied wohl einmal den Wunsch haben kann, den Landesverbandsvorsitzenden nicht ins Vertrauen zu ziehen; aber im allgemeinen sind doch die Landesverbandsvorstände, zumal die ausdrücklich „Geschäftsführenden", dazu da, daß sie die Geschäfte führen; ja, sie freuen sich, wenn sie ihren Kollegen recht oft dienlich sein können, denn das fördert das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Und nur wenn dieser ordentliche Weg versagt, wird der außerordentliche Weg der Selbsthilfe durch direkte Korrespondenz mit der höchsten Verbandsstelle beschritten werden dürfen. Bei dem heutigen Zustand muß ja die Arbeit der Zentralstelle in Berlin ganz überflüssigerweise um ein gehöriges Maß überlastet werden; und es wäre nur in der Ordnung, wenn Berlin seine Antworten über den Landesverbandsvorstand zurücklaufen ließe, falls nicht ausdrücklich und begründeterweise dieser Weg verbeten worden ist. Auf diese Art würde der meist ahnungslose Landesverbandsvorstand wieder eingeschaltet werden und der Reichsverband vor einer Überlastung geschützt, die wirklich nicht mehr auf die berühmte Kuhhaut geht. Nach den vom Kollegen Richter mitgeteilten Zahlen bin ich ohne weiteres überzeugt, daß 1000 bis 2000 Briefe der Reichsverbandskorrespondenz erspart, nämlich von den Landesvorsitzenden erledigt werden könnten und daß dadurch dem überlasteten Berliner Büro eine schöne Zeit zu wichtigeren Geschäften, z. B. zu einem Weiterausbau der „Deutschen Presse" in dem angedeuteten verbandspolitisch nützlichen Sinne gewonnen werden könnte.

Die Sprechstunden des Reichsverbandes.

Wie sich aus verschiedenen Anfragen ergibt, bestehen im Kreise der Kollegen irrige Auffassungen darüber, wann die Verbandsleitung ihre Sprechstunden abhält; ja es gibt anscheinend sogar Kollegen, die überhaupt keine Ahnung davon haben, daß solche Sprechstunden täglich vorgesehen sind. Die Zeit hierfür liegt zwischen 12 und 2 Uhr, während das Büro des Reichsverbandes immer von 9 bis 6 Uhr durchgehend, Sonnabends bis 3 Uhr geöffnet ist. Kollegen von auswärts, die nicht die Zeit von 12—2 Uhr innehalten können, sowie auch Berliner Kollegen, die während dieser Zeit dienstlich verhindert sind, haben selbstverständlich die Möglichkeit, nach vorheriger telephonischer Anmeldung zu jeder anderen Stunde der Bürozeit im Verbandsbüro vorzusprechen und Auskünfte zu erhalten.

Die Verbandsleitung:
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

Noch einmal: Nachrichtenbüros und Pariser Konferenz.

Vom Nachrichtenbüro aus gesehen.

Die Ausführungen des Kollegen Max Roßbach, Breslau, sind sicherlich nicht nur in den Redaktionen der deutschen Zeitungen, sondern auch in denen der Nachrichtenbüros mit großem Interesse gelesen worden. Und hier wie dort wird man sich dem Bedauern anschließen, das der Verfasser dieser sachlichen und kritischen Betrachtung über das Funktionieren oder Nichtfunktionieren der Berichterstattung aus Paris in einem der dramatischsten Augenblicke der Sachverständigen-Konferenz ausspricht. Aber es sei gestattet, dem Vorwurf, der mit Bezug auf die Unzulänglichkeit der Information ausgesprochen wird, die zutreffende — in diesem Fall geographische oder politische — Richtung zu geben.

Vielleicht ist es pedantisch, aber es entspricht der deutschen Wesensart, daß man in einem solchen Falle zunächst einmal die Kompetenzen untersucht. Es handelt sich um eine Konferenz von Sachverständigen; wie deutscherseits ausdrücklich bedungen wurde, von unabhängigen und durch ihre Regierungen weder festgelegten, noch dirigierten Sachverständigen. Also nicht um eine Regierungsaktion, so sehr auch die Vorgänge auf der Gegenseite zeitweilig, mit Recht oder Unrecht, einen derartigen Eindruck erweckten. Diese Sachverständigen, deutsche wie ausländische, haben demnach auch allein die Befugnis und die Möglichkeit, die Technik der Presse-Information zu bestimmen, die sie für vereinbar mit ihren Aufgaben und für zweckmäßig halten. Sie haben das in Paris — das gilt für die deutschen, aber auch für die Mehrzahl der ausländischen Sachverständigen-Delegationen — so eingerichtet, daß es ohne Verletzung der Schweigepflicht durch einzelne Konferenzteilnehmer ganz unmöglich war, auf anderem Wege irgendwelche zuverlässigen Nachrichten zu erhalten. Es mag sein, daß dabei zu weit gegangen wurde, daß bei der weltpolitischen Bedeutung dieser Verhandlungen eine weitergehende und auch stimmungsmäßig deutlichere Information der Presse sachlich und politisch zweckmäßiger gewesen wäre. Und es ist vor allen Dingen im Verlauf der 12wöchigen Konferenz offenkundig geworden, daß das verabredete und prinzipiell durchgeführte System an einer Stelle, nämlich auf der französischen Seite, ein oder mehrere Lecks hatte. Auch das ist begreiflich oder mindestens verständlich; denn die Konferenz spielt sich in Paris ab, bedient sich französischer Einrichtungen und, mindestens in weiterem Umfange als für die anderen beteiligten Nationen, französischen Hilfspersonals; und auch die französischen Teilnehmer haben natürlich an Ort und Stelle und in ihrer gewohnten Umgebung eher Vertraute und Freunde, denen sie mal ein paar Worte über den Verlauf der Arbeiten sagen können, als die außer Konnex mit ihren etwaigen journalistischen Freunden stehenden deutschen und sonstigen ausländischen Delegierten. Die Erkenntnis der Folgen dieser Situation hat denn auch zu sehr deutlichen Ausbrüchen des Ärgers über die vorgekommenen Indiskretionen, über die mehrfach inszenierte einheitliche Stimmungsmache in der Pariser Presse und über Paris als Konferenzort überhaupt geführt.

Dazu kommt, daß die beteiligten Hauptpersonen von Hause aus mit der Pressetechnik internationaler Konferenzen nicht nur wenig vertraut, sondern aus ihrer eigenen Berufsarbeit heraus, die ja Diskretion über nicht abgeschlossene Transaktionen meist zur notwendigen Vorbedingung für deren Erfolg macht, naturgemäß ganz gegen nicht konkrete, kommuniquéartige Veröffentlichungen eingestellt sind. Ein verantwortungsbewußtes Nachrichtenbüro wird deshalb in diesem Falle keinen anderen Weg gehen können, als seine Nachrichten auf die von den Sachverständigen ausgegebenen Informationen zu beschränken und sich beim Auftauchen irgendwelcher sensationeller Informationen von der Gegenseite an die unterrichteten und zuständigen Persönlichkeiten zu wenden, um eine Richtigstellung oder Ergänzung zu erlangen, wenn schon keine Bestätigung am Platze ist. Das ist in dem vorliegenden Falle geschehen. Die Konferenz war nicht aufgeflogen, die französische Meldung war tendenziös falsch, aber doch hinreichend interessant und wichtig, um zunächst einmal nach Deutschland übermittelt zu werden. Daß man dabei auf Grund der beschränkten eigenen Kenntnis der Dinge von dem Inhalt abrückte, indem man die Verantwortung der französischen Quelle zuschob, war gleichfalls selbstverständlich; und ebenso selbstverständlich war es, daß die ergänzende oder berichtigende deutsche Meldung erst um so viel später nachfolgen konnte, als dazu notwendig war, um eine Gegenerklärung zu erhalten.

Nicht beipflichten kann ich dem Kollegen Roßbach, wenn er der dann zustande gekommenen deutschen Meldung die Bedeutung einer „positiven deutschen Darstellung der Vorgänge in dieser entscheidenden Phase der Konferenz" abspricht. Denn in der Tat war die Lage so, daß es sich nur um einen Unterausschuß gehandelt hat, daß die ausgebliebene Einigung in diesem Unterausschuß noch keineswegs den weiteren Verhandlungen in der Vollsitzung des folgenden Tages zu präjudizieren brauchte, und daß die deutschen Sachverständigen sich in keiner Weise geweigert hatten weiterzuverhandeln. Wie weitere Verhandlungen zustande kommen konnten, geht deutlich aus dem Satze hervor: „. . . es sei denn, daß irgendwelche Anregungen gegeben werden könnten, die eine Erhöhung der derzeitigen deutschen Leistungs- und Zahlungsfähigkeit herbeizuführen geeignet seien". Wer die Arbeits- und Ausdrucksweise internationaler Konferenzen kennt — und das tun nachgerade wohl alle deutschen Journalisten! — konnte daraus und aus dem Schlußpassus wirklich deutlich genug den Sachverhalt entnehmen, um aus eigener Kenntnis der Dinge zu den Ereignissen und zu dem französischen Aberrumpelungsversuch Stellung zu nehmen. Denn um einen solchen handelte es sich, wenn er auch fehl am Orte war und wenn auch das Geschoß eher wie ein Bumerang gewirkt hat. Aber eben weil es sich darum handelte, und weil deshalb Form und Zeitpunkt offenbar planmäßig gewählt waren, ist es eher ein Beispiel für die Gefahr der Ortswahl, für die Illoyalität und Indiskretion irgendeines fremden Konferenzteilnehmers oder eines großen Unbekannten als für das Versagen des Nachrichtendienstes. Im Gegenteil scheint mir, als sei hier ein besonders schnelles und geschicktes Parieren eines Überfalles zu verzeichnen, so bedauerlich es auch bleibt, wenn nicht alle deutschen Zeitungen rechtzeitig von der deutschen Gegenerklärung erreicht werden oder Vorkehrungen treffen konnten, um durch ausnahmsweise Verlängerung ihrer Umbruchszeit diese offensichtlich zu erwartende Nachricht in ihre Ausgabe zu bringen.

Dr. Edgar Stern-Rubarth,
Chefredakteur im W.T.B.

Gesuchte Nummern der „Deutschen Presse" und der „Mitteilungen des Bundes deutscher Redakteure".

Gesucht werden für einige Kollegen folgende Nummern:

1. **Mitteilungen des Bundes deutscher Redakteure:**
   1911: Nr. 5; 1912: Nr. 16; 1913: Nr. 1, 2, 7 u. folgende.
2. **Deutsche Presse:**
   1913: Nr. 1, 3, 4, 5, 6;
   1914: 1, 15, 16, 18, 22, 26, 31, 32, 34 und folgende;
   1915: 1, 2, 3, 7, 9, 10 und 13.

Kollegen, die im Besitz einer oder mehrerer der gesuchten Nummern und in der Lage sind, diese Nummern abzugeben, werden um Überlassung an die Verbandsleitung zur Weitergabe an die Kollegen gebeten. Portokosten werden getragen. Sollte eine Vergütung beansprucht werden, so bitten wir um vorherige Anfrage. Die Verbandsleitung.

Digitized by Google

Fachrundschau

Zeitungskunde und Zeitungswissenschaft.

Eine internationale Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Weltpresse. Das Deutsche Institut für Zeitungskunde in Berlin hat zur Ergänzung seines durch die Bearbeitung der Auslandspresse im Institut selbst sich ansammelnden Materials in den wichtigsten Zeitungsländern der Welt Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Praxis zu laufender Berichterstattung über die Presse ihres Landes gewonnen. An die von diesen korrespondierenden Mitgliedern genannten Zeitungen des Auslandes wurden zunächst Fragebogen über Geschichte und gegenwärtige Struktur des einzelnen Blattes versandt, die befriedigend beantwortet wurden. Auf diese Weise ist ein für zeitungswissenschaftliche Studien und Presseauskünfte jeder Art geeignetes zuverlässiges Material zusammengekommen, das sich ständig vermehrt. Die ausländischen Korrespondenten erhalten gewissermaßen als Gegenleistung vom Institut Auskünfte, und in den vierteljährlich erscheinenden „Auslandsmitteilungen“ werden zusammenfassende Übersichten über den Stand der Zeitungsforschung und die neuesten Erscheinungen der Praxis gegeben.

Vom deutschen Zeitungswesen im Ausland.

Die „Moskauer Rundschau“ ist erschienen. Am 12. Mai ist die erste Nummer der bereits von uns angekündigten deutschsprachigen Wochenzeitung „Moskauer Rundschau“ erschienen. Als ihren Zweck bezeichnet sie, „das deutschsprechende Publikum mit dem Schaffen und Streben der Sowjetunion durch objektive Darstellung bekanntzumachen“. Das Blatt ist offenbar hauptsächlich für das Publikum in Deutschland selbst bestimmt. Es kann nach dem neuen, am 1. Juni in Kraft tretenden Postpaketvertrag innerhalb 48 Stunden Berlin erreichen. Herausgeber der „Moskauer Rundschau“ ist, wie schon an dieser Stelle mitgeteilt, der frühere Gesandte der österreichischen Bundesrepublik in Moskau, Dr. Otto Pohl, der 1927 dies Amt verließ..

Ausstellungen und Kongresse.

Der Weltreklamekongreß und die Reklameschau 1929. Das Programm für den Weltreklamekongreß und die mit ihm verbundene Reklameschau ist endgültig festgesetzt worden. Die feierliche Eröffnung des Kongresses wird am 11. August in den Abendstunden in der Funkhalle auf dem Ausstellungsgelände stattfinden. Am 12. und 13. August finden Verhandlungen statt, in denen die Probleme der Werbung in Vorträgen führender Männer des Werbewesens behandelt werden sollen. Der 14. und 15. August sollen Sitzungen der Fachgruppen gewidmet sein, in denen durch Rede und Gegenrede alles das herausgehoben werden soll, was den Kongreßteilnehmern als besonders wertvoll und beachtenswert erscheint. Während und nach diesen Veranstaltungen werden gesellschaftliche Empfänge und Besichtigungen sowie Rundfahrten innerhalb und außerhalb Berlins und Reisen nach bedeutenden deutschen Städten stattfinden.

Deutsches Schrifttum auf einer polnischen Ausstellung. Auf der Polnischen Reichsausstellung, die in Posen von Mai bis September auf einem Ausstellungsgelände von 600 000 Quadratmetern stattfinden soll, will das Deutschtum Polens mit einer Sammelschau des gesamten deutschen Schrifttums in Polen vertreten sein, um die Leistungen der deutschen Minderheit auf allen publizistischen Gebieten zu zeigen. Da zahlreiche Ausstellungsbesucher aus dem Auslande erwartet werden, ist die Bedeutung dieser Teilnahme der deutschen Minderheit an der Ausstellung nicht zu unterschätzen.

Reklame.

Seminarstunden über Werbewesen. Am 3. Mai begann an der Handels-Hochschule in Berlin wieder die Arbeit in den „Seminarstunden über Werbewesen“, die der Deutsche Reklame-Verband E. V. Berlin, im Rahmen des Betriebswirtschaftlichen Seminars von Professor Dr. Nicklisch veranstaltet. Im Sommersemester 1929 sind zum ersten Male zwei Seminare, das eine für Anfänger, das zweite für Fortgeschrittene, vorgesehen. Das eine behandelt den Werbefilm: Das zweite Seminar setzt die Arbeiten des Wintersemesters fort: „Die Arbeiten am Werbeplan“.

Ausland.

Das Jubiläum der litauischen Presse. In Kowno fanden in diesen Tagen große Feierlichkeiten anläßlich des 25jährigen Jubiläums der litauischen Presse statt. Erst vor 25 Jahren wurde nämlich das Verbot der Zarenregierung aufgehoben, sich in Litauen der litauischen Sprache und Schrift zu bedienen; von da ab begann sich das litauische Schrifttum zu entwickeln. Die litauischen Journalisten begingen das Jubiläum mit einem Festakt im Berliner Stadttheater.

Keine kostenlose Reklame in der amerikanischen Presse. Die „Industrie- und Handelszeitung“ machte kürzlich darauf aufmerksam, daß das an den deutschen Generalkonsul in New York häufig gerichtete Ansuchen, irgendwelche Reklamenotizen für deutsche Unternehmungen oder deutsche Erzeugnisse in der amerikanischen Presse unterzubringen, zwecklos sei. Es sei wohl möglich, gelegentlich einmal eine Notiz von tatsächlich allgemeinem Interesse kostenlos in die New Yorker Presse zu geben, jedoch nur dann, wenn keinerlei Verdacht bestehe, daß dadurch irgendwelche Reklame umgangen werde. Angesichts der hohen Entwicklung, die gerade das amerikanische Reklamewesen genommen hat, haben selbstverständlich auch die amerikanischen Versuche, bezahlte Reklame geschickt zu umgehen, einen so hohen Grad der Vollkommenheit erreicht, daß die amerikanische Presse alle nur irgendwie verdächtigen Notizen mit äußerstem Mißtrauen betrachtet und sie lieber ablehnt, als sich der Gefahr aussetzt, versteckte Reklame zu bringen. In Deutschland mehren sich, wie wir alle wissen, die Versuche, Reklamenotizen in den Textteil der Zeitungen einzuschmuggeln, so daß auch bei uns die Redaktionen täglich schärfer beobachten müssen.

Aus der Organisation.

Bezirksverband Berlin, Frauengruppe.

Zu geselligen Sommerzusammenkünften ladet die Frauengruppe Berlin alle Kollegen mit ihren Angehörigen freundlichst ein. An jedem letzten Sonnabend im Monat soll das Wochenende vergnügt und angeregt im Kollegenkreis verbracht werden. Als Ort ist für die Zusammenkünfte die Konditorei am Thielplatz in Dahlem (Untergrundbahnhof) vorgesehen. Von 8 Uhr abends findet dann allmonatlich der

Familienabend des Bezirksverbandes Berlin

statt. Erstmalig am Sonnabend, dem 25. Mai, für den rege Beteiligung erbeten und erhofft wird.

Für die Frauengruppe Berlin.
Annie Juliane Richert.

Landesverband Groß-Hamburg.

Zur Vorbereitung auf die Bremer Verbandstagung veranstaltete der Landesverband Groß-Hamburg am Abend des 10. Mai eine Vollversammlung im Curiohaus. Chefredakteur Michael führte den Vorsitz. Die Versammlung war anfangs schwach, später gut besucht.

Zum ersten Gegenstand der Tagesordnung: „Die Steuerrückzahlung der Versorgungsanstalt und die Gründung eines neuen Fonds“ referierte Kollege Michael nach den im 13. Rundschreiben bereits allen Mitgliedern bekanntgemachten Vorgängen. Die folgende Aussprache führte zu dem Beschluß, auf der Bremer Verbandstagung gegen die Verwendung der noch nicht zurückgezahlten Steuern zugunsten der Versorgungsanstalt zu stimmen, da ein großer Teil der hamburgischen Mitglieder bereits seine Steuern zurückgezogen hat und die verbleibende Summe unmöglich allen Mitgliedern der Versorgungsanstalt zugute kommen könne. Daß die Mehrzahl der hamburgischen Kollegen das Rückzahlungsverlangen gestellt hat, erklärt sich aus der unzweckmäßigen und zum Widerspruch herausfordernden Art und Weise, wie die Versorgungsanstalt, ohne vorher die Notwendigkeit eines neuen Fonds und die Bereitwilligkeit der Mitgliedermehrheit zur Gründung eines solchen Fonds festzustellen, die Steuern kurzerhand mit Beschlag zu belegen wünschte.

Zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung: „Der Bremer Verbandstag — unsere Anträge und die Teilnahme aus dem Mitgliederkreise“ gab der Versammlungsleiter die Namen der hamburgischen Delegierten — Michael, Reiner, Himer, Lenz, Dr. Hochkirch — bekannt und forderte zu einer regen Teilnahme der übrigen Verbandsmitglieder in der Eigenschaft als Gäste auf. Da die Strecke Hamburg—Bremen auf billige Sonntagsrückfahrtkarte zu bereisen ist, stellen sich die Fahrtkosten zur Teilnahme an der Tagung von Sonnabend mittag (Beschleunigter Personenzug ab Hamburg 13,19 Uhr) bis

Digitized by Google

Sonntag abend oder Montag früh (Personenzug ab Bremen 20,30, Eilzug 8,06 Uhr) auf 6 bis 9 Reichsmark hin und zurück, je nach Klassenwahl. Da bei einer derartigen 1½tägigen Teilnahme am Verbandstag nur ein Teil der vorbereiteten Veranstaltungen genossen werden kann, soll bei den Bremer Kollegen angefragt werden, ob statt des 20-Mark-Heftes ein verbilligtes Teilheft an die Hamburger Kurzteilnehmer abgegeben werden kann. Sechs der anwesenden Kollegen stellten ihre Gastanwesenheit, zum Teil mit Damen, für 1½ Tage in bestimmte Aussicht.

Über die in Bremen zu vertretenden Anträge referierte der Geschäftsführende Vorsitzende Kurt Himer. An Hand des für Bremen bestimmten Reichsverbandsentwurfs der Richtlinien zur Aufnahme neuer Mitglieder konnte er feststellen, daß die vorjährigen Wünsche des Landesverbandes Groß-Hamburg fast vollzählig berücksichtigt worden sind. Nicht berücksichtigt worden ist vor allem der Hamburger Vorschlag auf Einführung der außerordentlichen Mitgliedschaft für solche Kollegen, die nach längerer als 10jähriger Berufszugehörigkeit ihren Beruf gewechselt haben und Mitglieder zu bleiben wünschen. Nach langer und sehr lebhafter Debatte über alle möglichen grundsätzlichen Fragen der Verbandszugehörigkeit wurde mit knapper Mehrheit beschlossen, in Bremen die Einführung der außerordentlichen Mitgliedschaft zu beantragen. An dem Charakter der bisherigen Mitgliedschaften soll nicht gerüttelt werden.

Einen zweiten Antrag für Bremen stellte Kollege Himer, um eine gründlichere Beschäftigung der Landesverbände mit den Jahresabrechnungen und Haushaltsplänen zu ermöglichen; der Antrag wurde ohne Debatte genehmigt. Himer unterzog dann den am Tage vorher auf seinen dringenden Wunsch von Berlin übersandten Kassenbericht des Reichsverbandes einer Besprechung, die infolge der bereits stark vorgeschrittenen Zeit nur kurz sein durfte. Mit Befriedigung stellte die Versammlung fest, daß die Ausgaben des vergangenen Jahres im Rahmen des Voranschlages geblieben sind und eine relativ sparsame Haushaltung unverkennbar gewesen ist. Eine Reihe von Einzelwünschen soll in einer Sonderzusammenkunft mehrerer interessierter Verbandsmitglieder demnächst erörtert und für Bremen nutzbar gemacht werden.

Kollege Himer gab dann noch das vorläufige Programm zum Empfang deutscher Kollegen aus der Tschechoslowakei im Juni dieses Jahres bekannt. Ein Vortrag des Kollegen Dr. Kurt Stapelfeld, Redakteurs der Norag, über die bestehenden und die erwünschten Beziehungen zwischen Rundfunk und Presse beschloß den Abend. Es war ein kurzer, aber sehr inhaltreicher und temperamentvoller Vortrag, der die Zuhörer stark fesselte und ihnen neue Einsichten vermittelte. Ganz besonders dankenswert war es, daß der Vortragende die in Hamburg vorhandene und überall wünschenswerte Wesensverwandtschaft einer lebendigen Rundfunkleitung mit der Journalistik überzeugend darzustellen vermochte. Das durch den Vortrag angefachte Interesse wird dazu führen, in engerem Kreise die aufgezeigten Probleme weiter zu erörtern. H.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse.

Die diesjährige Hauptversammlung, die trotz der ungünstigen Lage des Tagungsortes von 64 Mitgliedern aus allen Teilen des Verbandsgebietes besucht war, fand am 14. April in Bielefeld statt. Der Verbandsvorsitzende Kollege Horndasch eröffnete sie mit Worten ehrenden Gedenkens für die dem Verband im Verlaufe des letzten Jahres durch den Tod entrissenen Mitglieder.

Punkt eins und zwei der Tagesordnung, Jahresbericht und Kassenbericht, wurden, da die Kassenprüfer eine korrekte Geschäfts- und Kassenführung festgestellt hatten, sowohl bei der Verbands- wie bei der Sterbe- und Unterstützungskasse, ohne Debatte genehmigt. — Die Sterbekasse wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr stark in Anspruch genommen, da 13 Sterbefälle statt des bisherigen Durchschnitts von 6—8 zu verzeichnen waren. Der Vorstand wurde einstimmig entlastet.

Bei der Vorstandswahl wurde bei der satzungsmäßig durch Zettelwahl zu tätigenden Wahl des ersten Vorsitzenden der bisherige Verbandsvorsitzende Kollege Horndasch-Köln mit 63 von 64 Stimmen wiedergewählt. Als stellvertretender Vorsitzender wurde für den nach Berlin verzogenen Kollegen Reppert der Vorsitzende des Bezirksvereins Ravensberg, Kollege Dr. Schmidt-Bielefeld, mit 61 von 64 Stimmen gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden durch Zuruf wiedergewählt: Schriftführer Kollege Breuer-Köln, Schatzmeister Kollege Paffendorf-Gelsenkirchen, Geschäftsführer Kollege Dr. Würfel-Elberfeld. Zu Kassenprüfern wurde Kollege Westerholt-Essen wieder-, Kollege Peiner-Köln für den zurücktretenden Kollegen Kirchrath-Düsseldorf neugewählt. Als Vertreter des Landesverbandes im Reichsverbandsvorstand soll auf dem Reichsverbandstag in Bremen wie bisher der Vorsitzende Kollege Horndasch-Köln vorgeschlagen werden. Zum Vertreter des Landesverbandes im Reichsausschuß des Reichsverbandes wurde Kollege Zons-Münster einstimmig wiedergewählt. In der Vertretung in der Reichsarbeitsgemeinschaft soll, da Rheinland-Westfalen der zweitgrößte Verband im Reichsverband ist, der alte Zustand (ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied statt zwei stellvertretenden Mitgliedern) wieder hergestellt werden. Es wurden hierfür die Kollegen Horndasch-Köln und Stoffers-Düsseldorf bestimmt. In die Arbeitsgemeinschaft Rheinland wurden entsandt Bode-Krefeld, Breuer-Köln, Horndasch-Köln, Karthaus-Düsseldorf, Kayser-Elberfeld und Schnitzler-Koblenz (für den zurückgetretenen Kollegen Müller-Bonn). Für die Arbeitsgemeinschaft Westfalen wurden bestimmt: Honke-Mülheim (Ruhr), Peddinghaus-Bochum, Dr. Schmidt-Bielefeld, Sonnemann-Dortmund, Westerholt-Essen, Zons-Münster.

Der Vorsitzende des Ehrengerichts Kollege Dr. Contzen-Essen berichtete kurz über die Tätigkeit des Ehrengerichts. Vier Tagungen haben stattgefunden. Erfreulicherweise sei nur ein einziger Spruch erforderlich gewesen. Zu Beisitzern wurden mit 60 Stimmen wieder- bzw. neugewählt: Behmer-Rheydt, Collet-Duisburg, Dr. Contzen-Essen, Otto Klein-Elberfeld, Dr. Schmits-Köln. Als Stellvertreter: Böhmer-Gelsenkirchen, Moser-Geldern, Scherer-Aachen, Schloß-Bonn und Weber-Düsseldorf. Im Anschluß an die Bekanntgabe des Wahlergebnisses wurde dem Vorsitzenden und den Mitgliedern des Ehrengerichts herzlicher Dank für ihre gewissenhafte Arbeit ausgesprochen.

Die Frage der Verlegung der Geschäftsstelle nach Elberfeld, die durch Annahme eines Postens des Geschäftsführers beim Kleineisenverband in Elberfeld zur Entscheidung stand, war bereits in der Vorstandssitzung am Vortage sorgfältig durchgesprochen worden. Die Meinungen waren geteilt. Unter einhelliger Anerkennung der von Dr. Würfel im abgelaufenen Jahre als Geschäftsführer geleisteten Arbeit galt die gemeinsame Sorge der Wahrung der gedeihlichen Zusammenarbeit zwischen dem Vorsitzenden und dem Geschäftsführer, sowie der prompten und ordnungsgerechten Erledigung aller Verbandsangelegenheiten. Dazu wurde folgender Beschlußentwurf einstimmig angenommen:

1. Die Hauptversammlung erklärt, daß es notwendig ist, daß die Geschäftsstelle mit dem Wohnsitze des Vorsitzenden verbunden bleibt.
2. In Anbetracht der besonderen zurzeit gegebenen Verhältnisse stimmt die Hauptversammlung zu, daß die Geschäftsstelle vorläufig von Elberfeld aus geführt wird.
3. Der Vorstand wird beauftragt, in angemessener Zeit eine endgültige Regelung herbeizuführen.

Von den in Nr. 17 der „Mitteilungen" veröffentlichten Anträgen wurde zunächst ein Antrag des Vereins Düsseldorfer Presse (Stimmberechtigung der Ehrenmitglieder bei Sitzungen des Gesamtvorstandes) unter Billigung der entsprechenden Änderung des Absatzes 1 des § 8 der Verbandssatzungen angenommen. — Der Antrag 2: Verleihung von Sitz und Stimme im Gesamtvorstande an die Vereinigung der Freien Journalisten in Rheinland und Westfalen an einen von dieser zu bestimmenden Vertreter fand nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Es wurde die Anregung gegeben, größere Vereine möchten einen ihrer Sitze den Freien Journalisten zur Verfügung stellen. — Ein Antrag des Pressevereins Münster, auch den Redakteurvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften Stimmrecht im Verbandsvorstand zu geben, wurde angenommen. Ein Antrag des Vereins Düsseldorfer Presse betr. Einbeziehung der Witwen und Waisen verstorbener Mitglieder in die Satzungen der Zentralhilfskasse fand Genehmigung. Ebenso fand der Antrag des Kollegen Stoffers betr. die erneute Behandlung der Vor-, Aus- und Fortbildung der Redakteure und Journalisten auf der Reichsverbandstagung in Bremen Annahme. Desgleichen fand der von demselben Antragsteller vorgelegte Dringlichkeitsantrag Billigung:

„Die Delegiertenversammlung des Reichsverbandes beauftragt die Redakteurmitglieder der Arbeitsgemeinschaft, die an Zahl und Schärfe zunehmenden Versuche der Wirtschaft, der Großinserenten und der Anzeigenver-

Digitized by Google

mittler, den redaktionellen Teil der Zeitungen zu beeinflussen und seine Unabhängigkeit zu bedrohen, in der Reichsarbeitsgemeinschaft zur Sprache zu bringen und im Verein mit den Verlegern wirksame Abwehrmaßnahmen zu erwägen und durchzuführen.“

Kollege Stoffers hatte in einem Vortrage zur Begründung seines Antrages wichtiges weiteres Material aus der jüngsten Zeit bekanntgegeben. — In Verfolg eines Dringlichkeitsantrages des Bezirksvereins Niederrhein-Ruhr, welcher eine Prüfung der Frage wünschte, in welcher Weise der Nachwuchs für den Verband besser erfaßt werden kann, wurde eine viergliedrige Kommission aus den Kollegen Bode-Krefeld, Dr. Conzen-Essen, Karthaus-Düsseldorf und Kayser-Elberfeldd eingesetzt. — Der Antrag des Vereins Essener Presse betr. die Aufnahme von Entschließungen der Unterorganisationen in der Verbandszeitschrift „Deutsche Presse“ wurde bei einer Stimmenthaltung einstimmig gebilligt. Der Antrag des Vereins Essener Presse, welcher die Finanzgebarung des Reichsverbandes betrifft und eine Anleihepolitik zur Deckung laufender Ausgaben (die übrigens vom Vorstand des R. d. F. gar nicht beabsichtigt gewesen ist. Die Red.) ablehnt, wurde gleichfalls in der vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Über den Ort der nächsten Ordentlichen Hauptversammlung (1930) wird der Vorstand entscheiden.

Kollege Zons-Münster berichtete kurz über die Pressehaus-Angelegenheit (Berlin). Dazu wurde folgender Beschluß gefaßt: „Die Hauptversammlung des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse macht auf die schwerwiegenden Bedenken und Gefahren aufmerksam, die mit der geplanten Einrichtung eines Pressehauses in Berlin verbunden sind.“

Der Vorsitzende Horndasch schloß die Hauptversammlung mit herzlichen Dankesworten an die Kollegen Dr. Schmidt und Kühne-Bielefeld, an alle Teilnehmer der Tagung sowie an Geschäftsführer Dr. Würfel für die im vergangenen Jahre geleistete fleißige Arbeit.

Anschließend fanden sich die Tagungsteilnehmer mit den Spitzen der Behörden zu einem gemeinsamen Mittagessen zusammen. Eine Autobus-Rundfahrt über den Kamm des Teutoburger Waldes zum Sennefriedhof durch das neue Siedlungsgebiet der Stadt Bielefeld sowie ein Rundgang durch die Bodelschwingschen Anstalten in Bethel, die Besichtigung der Burg Sparrenberg und die Kaffeetafel auf der Bergluft beschlossen die Tagung.

Landesverband Württemberg.

Der Vorstand des Landesverbands Württemberg hielt im April im Reichsbahnhotel in Stuttgart eine gutbesuchte Sitzung ab. 15 Kollegen waren anwesend. Man beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Kollegen Dr. Dröse in eingehender Aussprache mit der Frage der Veranstaltung eines Presseempfangs, mit der künftigen Gestaltung der Presse este, mit dem Gesetzentwurf über Nachrichtenschutz, mit der Versorgungsanstalt der deutschen Presse und die Angestellten-Versicherung. Einem Wunsche aus der Versammlung heraus entsprechend wurde beschlossen, die Sportredakteure der Groß-Stuttgarter Zeitungen zu einer Besprechung zusammenzurufen, um zu gewissen Vorgängen in der Sportberichterstattung Stellung zu nehmen. Die Versammlung stimmte weiter einem Antrag zu, den Reichsverbandstag für 1930 nach Stuttgart einzuladen. Nach Bremen zum diesjährigen Verbandstag werden delegiert außer dem Vorsitzenden Dr. Dröse die Kollegen Dr. Falk und Dr. Fakler-Ulm. Der Verbandstag des Landesverbands Württemberg findet am 16. Juni in Wildbad statt.

Personalien

Dr. Karl Klein, früher Redakteur der „Kölnischen Volkszeitung“, hat die Chefredaktion des „Düsseldorfer Tageblattes“ übernommen.

Karl Martin, bisher Chefredakteur des „Westfälischen Kuriers“ in Hamm, ist in die Redaktion des Pressebüro Krauß, Pressedienst der deutschen Zentrumspartei, in Berlin eingetreten.

Curt Platen, Chefredakteur des „Hamburger Anzeigers“ und seit dem Jahre 1910 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, ist in den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg gewählt worden. Der neue Senator wurde am 11. Juni 1872 in Rothenburg (Oberlausitz) als Sohn eines Oberpfarrers, späteren Seminardirektors und Schulrats geboren, der, zeitweilig Mitglied des preußischen Landtags, seine politische Neigung und Begabung auf den Sohn vererbte. Seine Schulbildung erhielt Platen auf dem Gymnasium in Magdeburg, das er absolvierte. Er war dann eine Zeitlang in Schweden Hauslehrer, ehe er sich in Nordhausen der Journalistik verschrieb. Über Hagen und Stettin kam Platen 1898 nach Hamburg an den dortigen „General-Anzeiger“ und wurde 1902 Chefredakteur dieser Zeitung, deren entschieden fortschrittliche Haltung von ihm als dem Leiter des politischen Ressorts bestimmt wurde. Als der „General-Anzeiger“ nach dem Kriege unter dem Namen „Hamburger Anzeiger“ mit der „Neuen Hamburger Zeitung“ vereinigt wurde, übernahm Platen die Chefredaktion auch dieser neu entstandenen demokratischen Zeitung. Außer als Journalist wirkte Platen, ein begabter, populärer und witziger Redner, von Beginn seiner Hamburger Tätigkeit an als praktischer Politiker innerhalb der fortschrittlichen Bewegung Hamburgs. Nach dem Kriege war er viele Jahre lang Vorsitzender der deutschen demokratischen Partei in Hamburg, und z. Z. führt er noch die demokratische Bürgerschaftsfraktion. Die Stärke Platens liegt auf allgemein politischem und kulturellem Gebiet; in beiden Richtungen hat er sich die Verdienste um Hamburg erworben, die ihm jetzt die Berufung in den hamburgischen Senat eingetragen haben. Da sein Senatorenamt zu den halbbesoldeten gehört, wird Platen auch nach seinem Amtsantritt als Kommunalpolitiker am „Hamburger Anzeiger“ tätig bleiben. Dem Reichsverband der deutschen Presse gehört Platen seit seiner Gründung an.

Peter Saget, ein Veteran der Zentrumspresse und einer der bekanntesten rheinischen Dichter, beging am 27. April den 70. Geburtstag. Fast ein halbes Jahrhundert lang ist Saget als Redakteur tätig gewesen, z. B. bei der „Aachener Volkszeitung“ und beim „Arnsberger Zentral-Volksblatt“. Er war auch Mitbegründer des Volksvereins für das katholische Deutschland. Während des Krieges übernahm er die Redaktion der „Münsterländischen Tageszeitung“ in Cloppenburg im Oldenburgischen. Jetzt lebt er in seiner Vaterstadt Bonn.

Dr. Karl Wittig, der langjährige Leiter der Presseabteilung der Mexikanischen Gesandtschaft in Berlin, wurde in Anerkennung seiner verdienstvollen Tätigkeit für die deutsch-mexikanischen Wirtschaftsbeziehungen in Mexiko von dem Mexikanischen Geophysikalischen Institut zum Ehrendoktor ernannt.

Alexander Zinn, Senatsrat und Leiter der Staatlichen Pressestelle in Hamburg, ist zum Staatsrat befördert worden. Damit hat Kollege Zinn, der bekanntlich dem Vorstand des Reichsverbandes seit langen Jahren angehört, in wenig mehr als sieben Jahren seiner Staatsdienste die höchste Stufe der hamburgischen Beamtenlaufbahn erreicht, ein Erfolg, zu dem wir dem allgemein verehrten und um den Reichsverband hochverdienten Kollegen an dieser Stelle die herzlichsten Glückwünsche aussprechen.

Redakteur Gustav Wichmann †. Im Alter von 65 Jahren ist in Weinsberg in Württemberg nach schwerem Leiden Redakteur Gustav Wichmann gestorben. Kollege Wichmann, der in Altona-Ottensen geboren wurde, war seit Jahrzehnten in Heilbronn a. N. tätig gewesen. Er war lange Zeit Schriftleiter am „Allgemeinen Sonntags-Anzeiger“, an der „Südd. Tierbörse“ und an noch einigen im Verlag Otto Weber erschienenen Zeitschriften. Der Südd. Tierbörse galt Wichmanns ganze und hingebungsvolle Arbeit. Das Organ der südd. Tierzüchter hat er zu einem großen und bedeutsamen

BAD PISTYAN

bietet d. „Deutschen Presse“ zur Kur ganz besondere Begünstigungen.
Vulk. Schwefel-Schlammquellen — Rheuma, Gicht.
400 Morgen Park, Tennis, Golf, Rudern, Fischen
Ausk.: Pistyan-Büro, Berlin W 15, Meierottostr. 1

Digitized by Google

Blatt auszubauen gewußt. Durch das Eingehen des oben genannten Verlags verlor Kollege Wichmann in schon hohem Alter seine Stellung. Der jetzt Verstorbene — das älteste Mitglied des Landesverbandes Württemberg — war ein liebenswürdiger Kollege, ein treuer Freund und Anhänger der Organisation. Man freute sich stets, wenn man den Nestor der württ. Verbandskollegen auf den württ. Verbandstagen begrüßen konnte. Wir werden den verstorbenen Kollegen in gutem Andenken behalten.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Dr. Krauß, (Bürgerzeitung), Nürnberg, Jahnstr. 14.

Verband der Danziger Presse. F. John Tietze, Danzig, Fleischergasse 35.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Bezirksverein Aachen. Franz Achilles (Polit. Tageblatt), Aachen, Robensstr. 31; Hermann Opper (Aachener Post), Aachen, Harskampstr. 5c. Bezirksverein Niederrhein-Ruhr. Günther Bungert (Mülh. Generalanz.), Mülheim-Ruhr, Kurfürstenstr. 22; Paul Grandjean (Rhein- u. Ruhrzeitung), Duisburg, Akazienstr. 3; Dr. Junge (Oberh. Gen.-Anz.), Oberhausen, Paulstr. 10; Hanns Haefs (Rhein- u. Ruhrzeitung), Duisburg, Taubenstr. 6/II.

II. Neuanmeldungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Dr. Karl Meyer (Red. d. Münchner Ztg.), München, Hessstr. 25/I; Eugen Fick (Sportmitarbeiter d. M. Ztg.), München, Siebolbstr. 5; Dr. Otto Reismann (Red. d. Bayer. Industrie- und Handelsztg.), München, Amalienstr. 73; Paul Wolfrum (Chefred. d. Regensb. Echo), Regensburg, Dechbettenerstr. 49.

Bezirksverband Berlin. Edgar Casparius (Mitarb.); Paul Fischer (Die Räder); Liane v. Gentzkow (Korr. Frauenpresse); Alfr. Lückenhaus (TU.); Herb. Rosen (Europa-Funk).

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Leipzig. Dr. Friedrich Apitzsch (N. Lpz. Ztg.), Leipzig C. 1, Zeitzer Str. 37/I.

III. Adressenänderungen und Überweisungen.

Bezirksverband Berlin. Von Mitteldeutschland übernommen: Dr. Fr. Flügge (Allg. Fleischer-Ztg.), W 30, Heilbronner Str. 15.

Landesverband Mitteldeutschland. Überwiesen an Landesverband Sachsen: Heinz Hansen, bisher Magdeburg, jetzt Dresden (Dr. Nachr.) und Karl-Fritz Bernhardt, bisher Altenburg, jetzt Dresden, Seidnitzerplatz 2. — Überwiesen an Landesverband Groß-Hamburg: Dr. Henningsen, Hamburg-Rissen, Haus Tannenheim.

Provinzialverband Pommern. Vom Landesverband Sachsen überwiesen: Rudolf Schuster, bisher Leipzig, jetzt Stettin, „Pommersche Tagespost".

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Bochumer Presseverein. Überwiesen an Bezirksverband Berlin: Dr. Kersting (Tag), Berlin; Ernst Rosemann (Fachzeitschrift Motor u. Sport), Berlin NO 55, Jablonskistr. 3. Presseverein Ruhr-Emscher. Günther Gedat (Gevelsberger Zeitung), Gevelsberg/W., Wittener Str. 33. Einzelmitglieder. Von Paderborn ist Dr. A. Rupert nach Hamm, Brüderstr. 6 (Chefred. d. Westf. Kurier) verzogen; Heinz Albert Fischer, Paderborn, Liboriberg 35 (Westf. Volksbl.), überwiesen von Mitteldeutschland.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein der Saarpresse. Überwiesen nach Köln: Adolf Franke, Köln, Lichthof 22 (Mirbachbüro).

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Ausgetreten: Frhr. v. Rummel, München. — Zu streichen ist: W. Hartmann, München.

Verein Niedersächsische Presse. Ausgetreten: Erwin Barth.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Bezirksverein linker Niederrhein. Ausgetreten: Crist. Jenssen, Krefeld, jetzt Hamburg; Hellw.-Märkischer Presseverein. Gestrichen: Paul Rothe, früher Hamm, jetzt Aachen.

Büchermarkt

Der Pressedienst 1929.

Handbuch der deutschen und der wichtigsten ausländischen Pressedienste, der amtlichen Pressestellen, der Pressephotographen und Illustrationsbüros. 2. Ausgabe. Weva-Werbeverlagsabteilung der Frankhschen Verlagsbuchhandlung W. Keller & Co., Stuttgart. Preis 6,20 RM.

Das 128 Seiten starke Buch will sowohl dem Redakteur wie dem Schriftsteller und dem Verleger ein Helfer sein. Den Redakteur und Verleger will es unterrichten über die Bezugsquellen des Nachrichtenstoffes der Zeitung, den Autor über die Absatzmöglichkeiten. Auch für Politiker, Stadtverwaltungen, Behörden, Werbeabteilungen von industriellen Unternehmungen und ähnliche Interessenten will es ein Nachschlagewerk sein. Es enthält ein ausführliches Verzeichnis der deutschen und der wichtigsten ausländischen Presse- und Nachrichtendienste, der amtlichen Pressestellen, der Pressephotographen, der Illustrationsbüros, der Romanzentralen, der Werbedienste usw., einmal alphabetisch, einmal gruppenweise geordnet. So begrüßenswert die Zusammenstellung dieses oft gebrauchten Adressenmaterials, und so vielseitig seine Gliederung ist, so ist doch leider zu sagen, daß das Material einmal nicht ganz vollständig und ferner nicht ganz zuverlässig ist. Bei der Durchsicht mußten wir feststellen, daß eine Reihe Adressen fehlen und daß diese und jene nicht ganz richtig angegeben sind. Dem Verlage und dem Bearbeiter des Werkes ist zu empfehlen, für die nächste Auflage die Unterlagen so zu prüfen, daß die erwähnten Mißstände beseitigt werden. Zugute zu halten ist Herausgeber und Verlag selbstverständlich, daß bei den vielen laufenden Änderungen gerade auf diesem Gebiete es nicht ganz leicht ist, ein Material zusammenzustellen, daß vollkommen auf der Höhe ist. Begrüßenswert ist die von Professor Dr. d'Ester und Regierungsrat Dr. Walter Heide dem Buch beigegebene Abhandlung über Zeitungswissenschaft in Deutschland in chronologischer Darstellung. Es ist anzunehmen, daß das Buch trotz der gerügten Mängel dank der Fülle des Materials einen großen Abnehmerkreis finden wird. —e—.

„Wegweiser für die Preußische Gesetzgebung" von Syndikus A. Ebner, Verlag Hermann Sack, Berlin W 35, Lützowstr. 107/108.

Die Sammlung enthält nach Stichworten alphabetisch geordnet sämtliche in der Gesetzessammlung, dem Reichs- und Staatsanzeiger, sowie den Ministerialblättern veröffentlichten Gesetze, Verordnungen, Erlasse und Ausführungsbestimmungen sowie das zu ihnen gehörige Schrifttum. Die Zusammenstellung des Materials ist sehr übersichtlich.

Something to read. Band 1 der englischen Reihe von Langenscheidts fremdsprachlicher Lektüre, 2. Auflage. Langenscheidts Verlagsbuchhandlung, Berlin-Schöneberg, Professor G. Langenscheidt G. m. b. H.

England of to-day. Band 2 der englischen Reihe von Langenscheidts fremdsprachlicher Lektüre, 2. Auflage. Langenscheidts Verlagsbuchhandlung, Berlin-Schöneberg, Professor G. Langenscheidt G. m. b. H.

Die beiden Bücher, deren Zeileneinerlei der Stift des Zeichners nicht ungeschickt unterbrach, haben den Zweck, vergessenes Wissen der englischen Sprache wieder aufzufrischen, unvollkommenes zu vervollkommnen. Beide bringen fremdsprachige Originaltexte, und zwar englische und amerikanische mit Erläuterungen, soweit sie für den Leser mit geringen Sprachkenntnissen erforderlich sind. Sie spiegeln in lebendiger und unterhaltender Weise, auch in humoristischer Form, das heutige Leben in England und Amerika wider. Dabei haben sie den Vorzug, sowohl in den Geist der Sprache wie in die Sitten der fremden Länder und in das Denken des fremden Volkes einzuführen. Eine weite Verbreitung ist ihnen sicher. —e.—

Dr. Norbert Krebs, Deutschland und Deutschlands Grenzen, Berlin W. 35 1929. Zentralverlag G. m. b. H. Preis RM 1.50.

Dr. h. c. Rudolf Wissell, Die Deutsche Sozialpolitik nach dem Kriege. Berlin W. 35 1929. Zentralverlag G. m. b. H. Preis RM 1.50.

Die Flugschrift „Die Sozialpolitik nach dem Kriege" von Wissell gibt in gedrängtester Kürze einen Überblick über die Sozialpolitik der letzten 10 Jahre. Das Büchlein füllt eine Lücke in der doch sehr umfangreichen sozialpolitischen Literatur unserer Zeit aus, da es das gewaltige Material auf knappstem Raum übersichtlich meistert und nicht nur tote Ziffern und Zahlenreihen bietet, sondern wirklich lebendigen Geist atmet. Mit einem Blick auf die Entwicklung der internationalen Sozialpolitik schließt die knappe, inhaltreiche Schrift.

Köpfe in Schwaben. Porträt-Skizzen von Emil Stumpp, Kunstmaler. Schrift 7 der Tagblatt Schriften, Sonderveröffentlichungen aus dem Stuttgarter Neuen Tagblatt. Verlag: Stuttg. Neues Tagblatt, Stuttgart.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Inhaltsangabe:

Reichsverbandstag 1929 in Bremen.
Vertreterversammlung des R. d. F. in Bremen. I. Anträge des Vorstandes. II. Vorschläge zur Revision der E.-G.-Ordnung.
Die Leistungen des Reichsverbandes. Von Kurt Himer, Hamburg.
Noch einmal! Nachrichtenbüros und Pariser Konferenz.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.
Büchermarkt.

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68 Zimmerstraße 35.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 21 — Berlin, den 25. Mai 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 5—6.

Was hat der Reichsverband erreicht?

Von Heinrich Rippler.

Über die Leistungen des Reichsverbandes ist in diesen Blättern in den letzten Wochen viel debattiert worden, und über die Frage: „Was nützt uns der Reichsverband, was haben wir von ihm?“ Diese Frage scheint mir falsch gestellt; denn schließlich ist der Reichsverband keine Vereinigung von Obrigkeit und Untertanen und auch keine Geschäftskasse, bei der sorgsam darauf zu achten ist, ob auch jeder eingezahlte Beitragspfennig pünktlich mit vollwertiger Gegenleistung abgegolten wird, sondern eine Gemeinschaft freier, völlig gleichberechtigter Kollegen, die gemeinsam an einem Werke arbeitten und durch dieses Werk ihren Beruf in Ehren halten und zu Ehren bringen wollen. Die Frage müßte also nicht lauten: „Was nützt und leistet uns dieser Reichsverband?“, sondern: „Was leisten wir in und durch unsern Reichsverband?“ Diese selbstverständliche Verbundenheit mit ihrer Berufsorganisation und das Bewußtsein der eigenen Verantwortung scheint manchen Mitgliedern zu fehlen, obwohl sie doch unschwer erkennen könnten, daß Gedeihen und Gesundbleiben ihres Berufes und somit ihrer eigenen Berufsexistenz nicht zuletzt auf den Verband gestellt ist. Die Zugehörigkeit zum Reichsverbande und die Mitarbeit in ihm ist heute für jeden deutschen Journalisten einfache schlichte Pflicht und nicht Sache des Abwägens kleinlicher Vorteile oder persönlicher Empfindlichkeiten. Sie ist eine Ehrensache für jeden deutschen Redakteur und Zeitungsmitarbeiter, und wenn sich einige wenige Berufsgenossen noch außerhalb unserer Reihen stellen, so sind wir doch heute schon so weit, daß diese Außenseiter nicht einmal mehr von ihren Verlegern ob dieses Separatismus bewundert werden; denn ein Zeugnis von wirklichem lebendigem Berufsgeist, von Einsicht in die Forderungen des Tages an diesen Beruf oder gar von kollegialer Gesinnung ist diese Selbstisolierung doch wirklich und wahrhaftig nicht. In den Anfangsjahren des Reichsverbandes war die Mitarbeit an der jungen Berufsorganisation für eine große Zahl der ersten Mitglieder ein Opfer und eine Gefahr; heute kann davon nicht mehr die Rede sein. Um so mehr kann man heute von jedem Mitgliede fordern, daß es auch bei der an und für sich erwünschten Kritik bedenke, daß es sich um sein eigenes Haus handelt, in dem es so viele Neuerungen und Verbesserungen vorschlagen und durchsetzen kann, als es vermag, in dem aber Debatten über die Notwendigkeit und den Segen dieses Baues als völlig antiquiert unterbleiben sollten. Die Automatenanschauung, daß man für soundsoviel hineingesteckte Beiträge soundsoviel fertige Leistungen von den andern zu fordern habe, deckt sich nicht mit der Gründungsidee unseres Verbandes, die auf gemeinsame Arbeit mit gemeinsamem Ziel begründet war und weniger den einzelnen im Auge hatte als das berufliche Ganze, mit dessen Hebung und Sicherung von selbst den Interessen des Einzelnen gedient wurde.

Die Wünsche der letzten Jahre nach Leistungen lagen fast alle auf materiellem Gebiet; das ist verständlich und richtig; denn ohne materiellen Unterbau zerstieben unsere idealen Forderungen ins Wesenlose. Zudem hat die Not der letzten Jahre alle materieller denken gelehrt und das Künstler- und Bohemientum, das mit dem echten Journalisten unlösbar verbunden schien, mehr und mehr zum Erlöschen gebracht. Wir sind nüchterner geworden, haben alle rechnen gelernt und wollen nicht für gehäufte und intensivste Arbeit als Stiefkinder und Träumer in der Welt der Erwerbenden und Arbeitenden dastehen. Auch hat sich der Charakter der Presse in den letzten zwanzig Jahren, namentlich aber in den Jahren nach dem Kriege, gründlich geändert. Sport, Wirtschaft, Film haben eine Bedeutung und Ausdehnung gewonnen, die man früher nicht für möglich gehalten hätte. Dadurch sind viele Kollegen zur Presse gekommen, die mit anderen Voraussetzungen und andern Idealen an den Beruf herantraten, als es die alten Journalisten taten. Dadurch wurde ganz von selbst jede Forderung nach „realen“, greifbaren und sofort ausmünzbaren Ergebnissen verstärkt. Der Reichsverband ist nicht hinter der Zeit zurückgeblieben, sondern hat in der gewünschten Richtung eifrig und, was doch nicht ernsthaft bestritten werden kann, mit größten Erfolgen gearbeitet. Wer den Rechenschaftsbericht des Kollegen Richter in Nr. 17 der „Deutschen Presse“ vorurteilsfrei prüft, wird zugestehen müssen, daß nicht nur viel, sondern außerordentlich viel erreicht worden ist, und daß unter den gegebenen schwierigen Verhältnissen von keiner Verbandsleitung mehr erzielt werden konnte. Wer unzufrieden ist und die Erfüllung irgendeines Lieblingswunsches immer noch vermißt, sollte doch bedenken, daß sich Forderungen leichter aufstellen als erfüllen und Beschlüsse leichter fassen als durchsetzen lassen. Ein Urteil kann nur fällen, wer die einschlägigen Verhältnisse genau kennt und die Kräfte und Gegenkräfte einigermaßen abzuwägen vermag. Und da muß gesagt werden, daß die Verbandszentrale weit über ihre einfache Verpflichtung hinaus die Mittel zu schaffen gewußt hat, mit denen der Kampf geführt und der einzelnen Notlage gesteuert werden konnte. Selbstverständlich bleibt noch

Digitized by Google

viel zu tun übrig. Aber eine große machtvolle Organisation, wie es der Reichsverband heute ist, die bewiesen hat, daß sie richtig und erfolgreich zu arbeiten versteht, braucht doch nicht gleich darüber nervös zu werden, wenn sie einige Wünsche vertagen muß und sich große Pläne nicht an einem Tage ausführen lassen. Der Reichsverband bedeutet heute einen Willen, der respektiert wird. Wenn dieser Wille von dem Geiste der festen, unlösbaren Zusammengehörigkeit und der einsichtsvollen Mitarbeit im Verbande getragen wird, werden auch künftighin die Hindernisse überwunden und weitere Ziele erreicht werden können.

Neben den materiellen Forderungen sind die idealen Forderungen des Gründungsprogramms des Reichsverbandes in der letzten Zeit leider allzu sehr in den Hintergrund getreten, die Forderung nach der Unabhängigkeit und inneren Freiheit der Presse, die Anerkennung des Amtes des Redakteurs als eines Amtes der Öffentlichkeit, das er verwaltet im Dienste dieser Öffentlichkeit, verantwortlich seinem eigenen Gewissen und dieser Öffentlichkeit. Gewiß, diese Forderungen sind anerkannt im Tarifvertrage der Arbeitsgemeinschaft. Aber wie sieht es mit dieser Anerkennung in der Praxis aus? Sind wir in der praktischen Anerkennung und Auswirkung dieser Forderungen seit 1910 weiter gekommen? Oder sind wir zurückgegangen? Diese Frage sollte doch endlich einmal nicht nur gestellt, sondern öffentlich debattiert werden. Die Entwicklung des deutschen Zeitungswesens in den letzten zwei Jahrzehnten, namentlich die Nachkriegsentwicklung, war eine Periode äußerlicher, oft bis zur Peinlichkeit gesteigerter Pressefreundschaft und eines Verfalls innerer Werte, eine Aushöhlung des alten Charakters der deutschen Presse, der in Idealismus und Selbstverantwortung bestand. Nicht einzelne Personen, sondern die durch die Zeit diktierte Entwicklung, die fortschreitende Amerikanisierung der Presse, das Überrennen der Gesinnungspresse durch die reine Geschäftspresse, die Erhebung des Kapitalismus zum Beherrscher einer geistigen und seelischen Angelegenheit, die Konzernbildungen und die Neigung der Öffentlichkeit, die Zeitungen nur noch als Nachrichtenquelle und Zeitfüllsel für Unterhaltung zu werten, haben zusammengewirkt, um den Begriff des freien, verantwortlichen Redakteurs zu verändern und oft ins Gegenteil zu verkehren. Wir sind erst im Anfange dieser Entwicklung, Noch haben die alten, sittlichen Bestände der deutschen Presse standgehalten, noch ist es möglich, Dämme gegen eine Entwicklung zu bauen, an deren Ende der Redakteur notwendigermaßen nur noch der untergeordnete fügsame Schreibangestellte eines lukrativen kaufmännischen Betriebes sein würde. Es handelt sich um sehr ernste, gewichtige, weit über unsere Berufsinteressen hinausragende Dinge, die die öffentliche Sittlichkeit und das Wohl des Volkes wie des Staates angehen. Wir dürfen es nicht kampflos so weit kommen lassen, daß, wie z. B. heute in Frankreich, fast widerspruchslos die Behauptung aufgestellt werden kann, daß nicht die Redakteure sondern die Direktoren die Zeitungen machen, und daß das Geld allein entscheidet und selbst der mächtigste Staatsmann nicht mächtig genug sei, die eingerissene Korruption auszubrennen.

Sorgen wir mit aller Energie für die materielle Sicherstellung unseres Berufes; aber vergessen wir nicht, daß es der deutschen Presse nichts nützen würde, wenn sie hohe Gehälter, ausreichende Altersversorgung, schnelle Hilfe in Notfällen und anderes Gute mehr gewänne, an ihrer Seele aber, ihrer inneren Freiheit, ihrem Verantwortungsbewußtsein und ihrer Sauberkeit Schaden nähme.

So darf man sich nicht wehren!

Die Bericht-Sperre. — Der Fall „Fliegen am Markt“.

Von Rudolf Olden.

In Nr. 18 der „Deutschen Presse“ vom 4. Mai 1929 berichtet unter der Überschrift „Wie man sich wehren muß“ Herr J. Wenz, Koblenz, von der erfolgreich durchgeführten Berichtsperre über das Koblenzer Stadttheater anläßlich der Aufführung des Stückes „Fliegen am Markt“. Die Redaktion der „Deutschen Presse“ kennt mich als einen Gegner der Methode, nach der in der letzten Zeit von den journalistischen Organisationen verschiedener Städte die Sperre Theatern angedroht oder über Theater verhängt worden ist. Sie hat mir darum — dem Prinzip folgend, daß auch der andere Teil gehört werden soll —, gestattet, meine Ansicht hier zum Ausdruck zu bringen.

I. Charakter der Berichtsperre.

Die Berichtsperre ist ein Akt der Notwehr. Notwehr ist die Verteidigung, die erforderlich ist, um einen rechtswidrigen Angriff abzuwenden. Die mit rechtswidrigen Mitteln durchgeführte und darum selbst rechtswidrige Abwehr wird rechtmäßig dadurch, daß der Angegriffene in Not ist. Er ist in Not dann, wenn er gegenüber einem rechtswidrig handelnden Angreifer keine anderen als rechtswidrige Verteidigungsmittel zur Verfügung hat.

Angriff und Abwehr müssen in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen. Wer mit einem Grashalm gekitzelt wird, darf nicht deshalb mit einer Pistole schießen.

Eine andere Verteidigung muß unmöglich sein. Wer neben sich einen Schupo hat, darf nicht selbst Hand an den Dieb legen, der ihm die Geldbörse gezogen hat.

In Notwehr handelt der Meuchelmörder Tell, dessen Freiheit und Bürgerrecht anders nicht zu verteidigen sind. In Not ist Beaumarchais, der den Clavigo tötet, weil er gegenüber der geschlossenen Übermacht des fremden Landes anders seine Ehre nicht wiederherstellen kann.

Aber rechtswidrig handelt Shylock, wenn er dem Antonio zu Leibe will; seine Blutforderung geht weit über den unbefriedigten Geldanspruch hinaus. Es würde nicht an weiteren Beispielen mangeln, um den Begriff der Notwehr zu erläutern.

In Notwehr haben nach allgemeinem Urteil die Reichstagsjournalisten gehandelt, als sie gegenüber der Beschimpfung durch einen immunen Abgeordneten — „Preßbengels“ —, die vom Präsidenten nicht gerügt wurde, die Berichterstattung einstellten. Nach meiner Überzeugung die in diesem Punkt von dem Vorstand des Reichsverbandes und der Reichsarbeitsgemeinschaft geteilt wird, muß die Berichtsperre als das letzte Abwehrmittel für die äußersten Fälle vorbehalten werden. Jede unnötige, voreilige, leichtfertige Anwendung ist durchaus zu verwerfen.

Die Berichtsperre ist rechtswidrig, denn sie widerspricht dem Grundsatz, daß Berichterstattung Dienst an der Öffentlichkeit ist. Dieser Grundsatz ist das Palladium der Journalisten; ihn hochzuhalten und vor jeder Anzweifelung durch andere zu schützen, verlangt unser dringendes Interesse. Um so mehr müssen wir selbst uns hüten, gegen diesen Grundsatz zu verstoßen.

Wir haben in diesen Tagen gesehen, daß Journalisten sich von der Ausübung dieses öffentlichen Dienstes selbst durch Lebensgefahr nicht abhalten ließen. Mehrere deutsche Berichterstatter haben Verletzungen bei Erfüllung ihrer Pflicht davongetragen; unser britischer Kollege Mackay hat sie mit dem Tod besiegelt. Auch dann haben, angesichts gegenwärtiger Bedrohung an Leib und Leben, die Berliner

Digitized by Google

Berichterstatter nicht aufgehört, den Dienst zu tun, den sie der Öffentlichkeit schuldeten. Diese bedeutsamen Vorgänge sind ein Beweis dafür, wie hoch die deutschen Journalisten im allgemeinen ihre Pflicht zur Berichterstattung stellen.

II. Wann ist die Berichtsperre zulässig?

Vor der Einstellung der Berichterstattung ist zu fragen:

1. Ist der Angriff, der abgewehrt werden soll, rechtswidrig?
2. Stehen Angriff und Abwehr in einem vernünftigen Verhältnis, d. h. ist der Angriff so ernst, so bedrohlich, so gefährlich, daß eine äußerste Abwehr gegen ihn geboten ist?
3. Kann der Angriff nicht anders als durch das rechtswidrige Verteidigungsmittel der Berichtsperre abgewehrt werden?

III. Zu der über das Koblenzer Stadttheater verhängten Berichtsperre lag kein Anlaß vor.

Trifft nur eine der Vorbedingungen für die Berichtsperre nicht zu, so darf sie nicht verhängt werden. Der Fall „Fliegen am Markt“ liegt deshalb sehr einfach, weil hier keine einzige der Vorbedingungen gegeben war.

1. Ich folge der Darstellung des Herrn J. Wenz von Inhalt und Aufführung des genannten Theaterstücks. Danach sind Autor und Regisseur nicht fein mit Journalisten umgegangen. Herr Wenz spricht von „verzerrter und schmachvoller Karikatur, wie sie die ältesten Kollegen in dreißig- oder mehrjähriger Journalistenlaufbahn niemals im Theater oder Film gesehen haben“. Er verspricht viel, bringt aber als besonders „hahnebüchenes“ Beispiel nur folgende Regieanweisung:

> „Journalisten, es sind junge Leute in auffallenden Sportanzügen mit langen zurückgekämmten Haaren und Hornbrillen groß wie Mistbeetfenster. Jener Typ des amerikanischen Sensationsreporters, der heute auch in Europa nicht mehr unbekannt ist. Sie sind sehr vorlaut, sehr überzeugt von ihrer eigenen Bedeutung und drängen sich in den Vordergrund“.
>
> (Sperrungen von Herrn J. Wenz.)

Es ist zu bemerken, daß der so beschriebene Typ keineswegs allgemein ist. Sollten wirklich einzelne deutsche Journalisten ihm ähnlich sein, so liegt, auch was diese angeht, in der Beschreibung gewiß noch immer eine satirische Verzerrung. Das natürliche Recht des Dichters und Regisseurs auf Satire ist über allen Zweifel erhaben; es ist übrigens in der Reichsverfassung begründet. Wird auch durch Karikierung ein Stand angegriffen, so ist dieser Angriff nicht notwendig rechtswidrig. Er ist es hier insbesondere nicht. Gegenüber den Angriffen, die sich andere Stände auf dem Theater gefallen lassen mußten, ist er von einer unvergleichlichen Harmlosigkeit. Ich erinnere an „Verbrecher“, an „Revolte im Erziehungshaus“, an „Der Arzt am Scheideweg“, an „Die Weber“; Richter, Rechtsanwälte, Erzieher, Ärzte, Textilindustrielle haben sich nicht zur Wehr gesetzt, auch keinen erkennbaren Schaden genommen. Man denke endlich an die unzählbaren karikaturistischen Angriffe, die vor dem Krieg das Offizierkorps ohne Protest ertrug. Als Schauspieler sich einmal weigern wollten, ein sie selbst herabsetzendes Stück von Karl Rößler zu spielen, wurden sie von der gesamten Presse in der heftigsten Weise zurechtgewiesen. Der Journalistenstand ist nicht sakrosankt. Er ist es um so weniger, als viele seiner Mitglieder gewohnheitsmäßig andere Stände angreifen.

2. Ist meine Beurteilung falsch und ist in dem Theaterstück tatsächlich eine übermäßige Kritik des Journalistenstandes enthalten, so war der Kritik kritisch zu begegnen. Die Berichterstatter waren in ihrer Eigenschaft als Theaterkritiker dazu durchaus berechtigt wie befähigt. Gegenüber der Polemik konnten sie polemisieren; was sie vermutlich auch ausreichend getan haben. Das Publikum, das Zeitungen liest, wie es ins Theater geht, konnte sich dann seine Meinung bilden. Wessen Waffe das freie Wort ist, muß ihm vertrauen, wie er es anderen nicht verwehren darf.

3. Wenn ich mit 1 und 2 Unrecht habe, wenn zu befürchten war, daß durch die Aufführung von „Fliegen am Markt“ der Journalistenstand den Koblenzern dauernd verächtlich gemacht worden wäre, so war das Gericht anzurufen. Eine einstweilige Verfügung ist in zwei Stunden zu erwirken. Wer, wie wir, eine öffentliche Funktion ausübt, darf den Staat nicht durch Mißachtung seiner ausschließlichen Befugnisse untergraben, darf nicht grundlos Privatgewalt vor Staatsgewalt setzen.

Von jedem Gesichtspunkt aus betrachtet, ist also die Berichtsperre gegenüber dem Koblenzer Stadttheater zu verwerfen.

IV. Epilog. Berichtsperre und Theater.

„Fliegen am Markt“ ist binnen kürzerer Zeit der fünfte Fall, in dem die Berichtsperre gegenüber Theatern angewendet wurde. Sind gerade Theaterleute besonders pressefeindlich? Das Gegenteil ist wahr. Der Grund für diese isolierte Erscheinung ist ein anderer: Theater sind besonders wehrlos gegenüber der Presse. Nicht nur, daß Schauspieler, Dramatiker, Direktionen völlig abhängig von Kritikern sind, die, wenn sie reden, das Schicksal der Kritisierten in der hohlen Hand halten, werden sie durch das Schweigen der Berichterstatter mit dem Ruin bedroht. Wären sie nicht so ohnmächtig, so hätte sich ein Theater wohl schon einmal mit dem § 826 B.G.B. zur Wehr gesetzt, der eine Schadensersatzpflicht für unberechtigte Kritik wie für unberechtigte Berichtsperre als gegeben erscheinen läßt. Aber sie können es nicht mit der Presse verderben, sie sind gezwungen, die Journalisten bei guter Laune zu erhalten, wollen sie nicht ihre Existenz aufs Spiel setzen. Das ist die Ursache, warum ein Theater gegenüber der geschlossenen Front der Journalisten, ob sie im Recht oder Unrecht sind, nachgeben muß. Bei dieser Sachlage ist es unbegreiflich, wie Herr J. Wenz von einem „moralischen Sieg“ sprechen kann.

Vertreterversammlung 1929 in Bremen.

Anträge der Landes- und Bezirksverbände.

Landesverband der Badischen Presse.

Der Landesverband Baden beantragt:

I.

Der Beitrag der freien Mitarbeiter wird auf die Hälfte des Reichsverbandsbeitrages der festangestellten Redakteure festgesetzt.

Diese Herabsetzung halten wir deshalb für erforderlich, weil die freien Mitarbeiter nur einen Teil der Vorzüge des Reichsverbandes genießen. Sie gehören zum größten Teil nicht zu unserer Versorgungsanstalt und werden von unseren Tarifverhandlungen nicht direkt betroffen.

II.

Zur Revision der Ehrengerichtsordnung wird beantragt:

Für Ausschlußurteile müssen unseres Erachtens besonders erschwerte Bedingungen geschaffen werden, weil ein Ausschluß aus dem Reichsverband u. U. die Vernichtung einer Existenz bedeutet. Deshalb halten wir es für erforderlich, daß Ausschlußurteile nur dann gefällt werden dürfen, wenn das Oberste Ehrengericht und das Bezirksehrengericht übereinstimmen, so daß Ausschlußurteile eines Bezirksehrengerichts immer der Bestätigung des Obersten Ehrengerichts bedürfen. Will das Oberste Ehrengericht entgegen dem Urteil eines Bezirksehrengerichts den Ausschluß ver-

Digitized by Google

hängen, so muß eine 2. Sitzung stattfinden, zu der der Vorsitzende des Landesehrengerichts zugezogen wird. Es soll auf diese Weise darauf hingewirkt werden, daß Ausschlußurteile ganz besonders überlegt werden.

Bezirksverband Berlin.

Der Bezirksverband Berlin beantragt:

I.

Beschlüsse, die von der Vertreterversammlung gefaßt werden, müssen alsbald protokollarisch festgelegt, in der Vertreterversammlung selbst verlesen und vom Vorsitzenden und vom Schriftführer unterschrieben werden.

II.

Nachdem durch die Einrichtung der Zentralhilfskasse die Reichsverbandskasse von den Unterstützungen entlastet ist, möge der Vorstand erneut prüfen, ob und inwieweit durch Bestellung einer besonderen Redaktionskraft die „D. Pr." zu einem wirksameren Organ zur Vertretung der Interessen der deutschen Journalisten ausgebaut werden kann.

III.

Der Bezirksverband Berlin beantragt.

1. § 12, Abs. 3, der Satzungen erhält folgende Fassung: Der Geschäftsführende Direktor wird vom Reichsausschuß bestellt. Bei seiner Behinderung vertritt ihn ein Vorstandsmitglied, das alljährlich vom Vorstand für das laufende Geschäftsjahr benannt wird.

2. Als § 12, Abs. 4, wird folgender Satz eingefügt: Zur Vertretung des Reichsverbandes im Sinne des § 26 B.G.B. sind der in Berlin wohnende Vorsitzende und der Geschäftsführende Direktor berufen.

IV.

Die Satzungen der Unterstützungskassen der Verbände sind möglichst bald nach einem einheitlichen Schema umzuarbeiten. Die Vertreterversammlung wählt einen Ausschuß von 5 Köpfen, der bis zum 1. Oktober d. J. ein solches Schema auszuarbeiten hat.

V.

Für Arbeitsgerichtsprozesse wird vom Verband ein Spezialist für Arbeitsrecht benannt, der die arbeitsrechtlichen Streitigkeiten der Verbandsmitglieder wahrnehmen muß.

Landesverband Groß-Hamburg.

Der Landesverband Groß-Hamburg beantragt:

I.

Der Geschäftsführende Vorstand des Reichsverbandes wird beauftragt, alljährlich die Abrechnung für das verflossene und den Haushaltsplan für das bevorstehende Geschäftsjahr so zeitig zu versenden, daß sie spätestens vier Wochen vor dem äußersten Termin zur Einsendung von Anträgen zur Delegiertentagung in den Händen der Landesverbands- und Bezirksverbands-Vorsitzenden sind.

Zu gleicher Zeit soll die Tagesordnung des Delegiertentages in der „Deutschen Presse" veröffentlicht werden. Beide Anträge bezwecken, den Landes- und Bezirksverbänden genügend Zeit zu geben, um sich mit den aktuellen Problemen der Delegiertentagung zu beschäftigen.

II.

Der Landesverband Groß-Hamburg beantragt, bei Abfassung der Richtlinien für die Aufnahme neuer Mitgieder die im vorigen Jahre von Hamburg vor der Kölner Delegiertenversammlung vertretenen Gesichtspunkte unverändert zur Geltung zu bringen und insbesondere die Einführung der außerordentlichen Mitgliedschaft in Erwägung zu ziehen.

Landesverband Mitteldeutschland.

Der Landesverband Mitteldeutschland beantragt:

I.

folgende Änderungen der Ehrengerichtsordnung:

§ 3. (Erster Absatz) Das Ehrengericht ist beschlußfähig bei Anwesenheit des Vorsitzenden und von zwei Beisitzern. Es ist jedoch berechtigt, in Fällen, die ihm besonders wichtig oder schwierig erscheinen, noch zwei Beisitzer hinzuzuziehen. Seine Entscheidungen fällt es mit einfacher Mehrheit.

2. und 3. Absatz bleiben unverändert.

II.

Der Landesverband bittet den Reichsverband dringend, die Reichsverbandsfähigkeit der Mitglieder zu prüfen und diejenigen Mitglieder, die die für die Mitgliedskarte erforderlichen Voraussetzungen nicht nachweisen können, aus der Mitgliederliste zu streichen.

III.

Der Landesverband Mitteldeutschland beantragt die Schaffung eines Sonderfonds, um Mitgliedern des Reichsverbandes Studienreisen ins Ausland zur Erweiterung ihres Gesichtskreises zu ermöglichen. Der Sonderfonds soll aus außerordentlichen Einnahmen des Reichsverbandes gebildet und vom Gesamtvorstand des Reichsverbandes verwaltet werden, der auch über Gesuche zur Gewährung von Mitteln aus dem Fonds zu entscheiden hat.

Verein Niedersächsische Presse.

Der Verein Niedersächsische Presse beantragt:

Ohne die segensreiche Tätigkeit der ZHK im geringsten behindern zu wollen, muß Vorsorge getroffen werden, daß der ZHK nur soviel Gelder zugeführt werden, wie sie unter Berücksichtigung ihrer Aufgabe, Ausgleichskasse über die Leistungen der Unterstützungskassen der Landes- und Bezirksverbände hinaus zu sein, gebraucht. Jede Thesaurierung größerer Mittel muß unterbleiben, da sie endlich und schließlich als Mitgliederbeiträge aufgebracht werden müssen. Der Reichsverband braucht dringend einen Betriebsfonds. Soweit der Reichsverband über weitere Mittel verfügt, können sie unter Mitwirkung der Landesverbände für andere die Berufskollegen fördernde Zwecke verwendet werden.

Verband der Ostpreußischen Presse.

Der Verband der Ostpreußischen Presse beantragt: Die Delegiertenversammlung wolle beschließen: Der Reichsverbandstag erinnert die noch säumigen Verbände auf das Dringendste an den bereits in Düsseldorf 1926 gefaßten und in Köln 1928 erneuerten Beschluß, wonach jeder Landes- und Bezirksverband verpflichtet ist, eine Unterstützungskasse für seine Mitglieder einzurichten. Die Zentralhilfskasse gewährt den Verbänden bei dieser Aufgabe Hilfe mit Rat und Tat. Der Reichsverbandstag mahnt die Verbandsleitungen dringend an die schwere Verantwortung, die sie übernehmen, wenn infolge ihrer Versäumnis die Mitglieder ihrer Verbände von der ergänzenden Hilfeleistung der Zentralhilfskasse in Notfällen ausgeschlossen sind.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse.

Der Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse beantragt:

I.

Die Redaktion der Verbandszeitschrift „Deutsche Presse" soll gehalten sein, Entschließungen der Unterorganisationen auf deren Verlangen zu veröffentlichen, wenn diese Entschließungen sich mit Angelegenheiten des Berufsstandes oder des Reichsverbandes beschäftigen. Die Veröffentlichung ist nach Möglichkeit in der nächsten nach Eingang des Manuskriptes erscheinenden Ausgabe vorzunehmen. Die Veröffentlichung soll in der Regel nur dann abgelehnt werden, wenn sie mit der gesetzlichen redaktionellen Verantwortung nicht gedeckt werden kann oder wenn sie irgendwie gegen die guten Sitten oder die Berufsinteressen verstößt. Vor der Entscheidung, ob die Veröffentlichung wegen Gefährdung der Berufsinteressen abzulehnen sei, ist die Verbandsorganisation, welche der die Veröffentlichung wünschenden Organisation übergeordnet ist, zu hören. Die Rückfrage bei der zu hörenden Organisation ist binnen vier Wochen zu erledigen.

II.

Die Delegiertenversammlung des Reichsverbandes beauftragt die Redakteurmitglieder der Arbeitsgemeinschaft, die an Zahl und Schärfe zunehmenden Versuche der Wirtschaft, der Großinserenten und der Anzeigenvermittler, den redaktionellen Teil der Zeitungen zu beeinflussen und seine Unabhängigkeit zu bedrohen, in der Reichsarbeitsgemeinschaft zur Sprache zu bringen und im Verein mit den Verlegern wirksame Abwehrmaßnahmen zu erwägen und durchzuführen.

III.

Der Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse beantragt auf der Delegiertenversammlung in Bremen die Frage der Vorbildung, Ausbildung und Fortbildung der Redakteure

Digitized by Google

und Journalisten zur Aussprache und gegebenenfalls zur Beschlußfassung zu stellen. Seit den bedeutsamen Verhandlungen in Düsseldorf im Jahre 1913 ist diese wichtige Berufsfrage nicht mehr erörtert worden. Durch die Gründung zahlreicher zeitungswissenschaftlicher Institute und Seminare hat diese Frage an Bedeutung wesentlich gewonnen; sie hat geradezu ein anderes Gesicht erhalten.

IV.

Die Delegiertenversammlung des Reichsverbandes verlangt daß entweder, wenn dies möglich ist, die Satzungen der Zentralhilfskasse eine für Witwen und Waisen verstorbener Mitglieder günstigere Auslegung erfahren, oder, falls dies unmöglich ist, zugunsten der Witwen und Waisen geändert werden.

Begründung: Nach den Satzungen der Zentralhilfskasse scheint es ausgeschlossen, daß in Notfällen auch für Witwen und Waisen verstorbener Mitglieder Hilfeleistung gewährt wird. Das bedeutet eine Härte namentlich dann, wenn Unterstützungen für den Ferienaufenthalt minderjähriger Kinder erbeten werden.

Der Antrag auf Aenderung der Satzungen der Zentralhilfskasse ist ein Eventualantrag.

Landesverband der Sächsischen Presse.

Der Landesverband der Sächsischen Presse beantragt:

I.

„Jeder Landes- bezw. Bezirksverband des Reichsverbandes der Deutschen Presse ist verflichtet, für seine Mitglieder eine Sterbekasse mit obligatorischer Versicherungspflicht zu errichten.“

II.

„Die Leistungen der Versorgungsanstalt sind im Verhältnis zu denen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte so ungünstig für die versicherungspflichtigen Kollegen, daß der Landesverband Sachsens ersucht, durch Aussprache auf der Reichsverbandstagung eine Klärung der Angelegenheit zwecks Herbeiführung von Maßnahmen zur Wahrung der Rechte der Mitglieder herbeizuführen.“

III.

Der Landesverband ersucht den Reichsverband unter allen Umständen darauf hinzuwirken, daß keinerlei Verhandlungen mit den zuständigen Behörden gepflogen werden, die auf eine Abschaffung der Versicherungspflicht der bisherigen Versicherten (also ausschließlich der nach der Erhöhung der Versicherungsgrenze neu zu Versichernden) in der Reichstagsangestelltenversicherung abzielen. Die Leistungen der Reichsversicherungsanstalt sind, besonders für die jüngeren Kollegen, so ungleich günstigere gegenüber der Versorgungsanstalt der R. A. G. der Deutschen Presse, daß die bereits Versicherten auf ein Weiterbestehen der Versicherungspflicht größten Wert legen.

Falls es nicht möglich ist, im Sinne dieses Antrages die Versicherungspflicht beizubehalten, wird der Reichsverband ersucht, als Zusatz zu seiner Neufassung des Paragraphen 19 des Angestelltenversicherungsgesetzes nach Absatz 2 folgenden Nachsatz durchzusetzen:

„Der für die freiwillige Weiterversicherung bei der Reichsangestelltenversicherung gezahlte Beitrag kann wie bisher bei der gesetzlichen Zwangsversicherung in vollem Umfange (Redakteur- und Verlegeranteil) von der an die Versorgungsanstalt der R. A. G. zu zahlenden Prämie abgezogen werden.“

IV.

Der Landesverband Sachsens ersucht die Verbandsleitung, die Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse zu veranlassen, daß die alljährlich ergehenden „Mitteilungen zur Versicherungsbescheinigung“ nicht nur dem Verlag, sondern ebenso auch dem Versicherungsnehmer an die Privatadresse zugesandt werden.

Verband der Schlesischen Presse.

Der Verband der Schlesischen Presse beantragt:

Der Reichsverband der Deutschen Presse beauftragt die Landesverbände, in die Satzung für ihre Unterstützungskasse analog derjenigen des Verbandes der Schlesischen Presse folgenden Paragraphen aufzunehmen:

Die Unterstützungskasse gewährt im Todesfalle eines Mitgliedes oder einer Ehefrau, bei unverheirateten Mitgliedern auch einer Familienangehörigen, die dem Kollegen den Haushalt führt, ein Sterbegeld in Höhe von 300 M. Die Mittel für diese Leistung werden durch Umlagen aufgebracht, die von jedem Mitgliede des Landesverbandes erhoben werden. Mitglieder, die die Bezahlung einer Umlage ablehnen, haben kein Anrecht auf Sterbegeld für sich oder ihre Angehörigen.

Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse G. m. b. H.

Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1928.

I. Allgemeines.

Die Entwicklung der Anstalt hat im Berichtsjahre einen stetigen Verlauf genommen. Vom größeren Teil der versicherungspflichtigen Redakteure, für die bis zum Ende des vergangenen Geschäftsjahres ordnungsmäßige Anträge noch nicht vorlagen und die sich der ärztlichen Untersuchung noch nicht unterzogen hatten, sind diese Formalitäten zum Abschluß der Versicherung nachgeholt worden. In den Fällen, in denen diesen Verpflichtungen seitens der Redakteure trotz wiederholter Anmahnung noch nicht entsprochen wurde, wird auf Grund der neuen Rechtslage, die durch das Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 27. Oktober 1928 geschaffen ist, zu prüfen sein, inwieweit mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen ist. (S. a. D. P. Nr. 4/29. D. Red.)

Der Prämieneingang seitens der Verlage ist 1928 schleppender geworden als im Vorjahre. Die Außenstände betrugen am Jahresschluß M 21 115,— gegenüber M 14 376,— beim Jahresbeginn. 79 % der Prämienzahler zahlten unaufgefordert und pünktlich die Beiträge. In einzelnen Fällen mußte allerdings auch die zwangsweise Beitreibung der fälligen Beiträge erfolgen.

Die Gesamteingänge (Soll) betrugen:

im Jahre	Prämien	Beiträge zum 2½%-Fonds	zusammen:
1928	**2 344 159,48**	**589 968,58**	**2 934 128,06**
1927	2 074 353,—	524 113,—	2 598 466,—

An dieser Zahlung waren **959 Prämienzahler** (Verlage und Einzelversicherte) beteiligt. Der Umsatz (von einer Hauptbuchseite) betrug M. 18 072 484,24. An dieser Zahl läßt sich der Umfang der Buchungen der Versorgungsanstalt ermessen.

In der Frage der Befreiung der Versicherten von der Versicherungssteuer ist am 6. November 1928 nach 2jährigem Rechtsstreit vor dem Reichsfinanzhof ein obsiegendes Urteil erzielt worden. Inzwischen hat auch am 13. März 1929 der Reichsfinanzminister die Erstattung der zwischenzeitlich gezahlten Steuern, allerdings ohne Zinsen, verfügt.

Die Verhandlungen über die gesetzliche Befreiung der bei unserer Anstalt versicherten Personen von der Versicherungspflicht bei der Reichsangestelltenversicherung sind am Ende des Geschäftsjahres noch nicht abgeschlossen.

Digitized by Google

Nach einem Beschluß des Verwaltungsrates vom 3. Oktober 1928 wurde mit den Vertragsgesellschaften eine Vereinbarung über die Durchführung der Werbung freiwilliger Versicherungen für die Anstalt durch die Organe der Gesellschaften getroffen.

An alle Versicherten und alle Verlage sind Benachrichtigungen über die Höhe der eingezahlten Beiträge und etwa veränderte Versicherungsleistungen abgesandt worden.

Das ärztliche Schiedsgericht ist einmal am 9. 11. 28 zusammengetreten und hat über drei Einsprüche entschieden, von denen zwei zurückgewiesen wurden; bei dem dritten konnte eine günstigere Entscheidung erzielt werden.

II. Die bei den Vertragsgesellschaften laufenden Versicherungen.

A. Bewegung des Bestandes:

1. Aus dem Jahre 1927 wurden übernommen 106 Anträge
Neu eingereicht wurden gültige Anträge . . 314
so daß zu bearbeiten waren . . . . . 422 Anträge
Unter den neueingegangenen befinden sich 64 Anträge auf freiwillige Versicherungen von Verlegern, leitenden Verlagsangestellten, Zeitschriftenredakteuren usw. Der Rest von 250 Anträgen sind obligatorische Versicherungen.
Auf die einzelnen Versicherungsarten verteilen sich die im Jahre 1928 eingegangenen Anträge wie folgt:

Pensionsversicherungen	141	Anträge
Kapitalversicher. (Eintrittsalter bis 55)	161	„
Kapitalversicher. (Eintrittsalter über 55)	5	„
Leibrentenversicherungen	7	„
	314	Anträge

Von den vorliegenden 422 Anträgen hatten wir am 31. Dezember 365 an unsere Vertragsgesellschaften weitergegeben. Bei dem Rest von 57 Anträgen fehlten noch die ärztlichen Unterlagen oder sonstige Angaben.

2. Zur Polizierung hatten die Vertragsgesellsch. 365 Anträge vorliegen. Hinzu kamen aus 1927 . . . 57 „
die noch nicht poliziert waren, so daß also 422 Anträge zu bearbeiten waren.
Hiervon gelangten vorher zum Storno
infolge Aufgabe 10
infolge Todesfalls 2 12 „
verbleiben 410 Anträge
Von diesen sind seitens der Vertragsgesellschaften ausgefertigt worden 383 Policen
Der Rest von 27 Policen
wurde Anfang des Jahres 1929 ausgefertigt und zur Absendung gebracht.
Im Laufe des Jahres 1928
sind verstorben . . . . . 37 Versicherte
Es gaben die Versicherung auf, nachdem ihnen eine Berufsunfähigkeitsrente zugebilligt war . . . . . 16 „
Infolge Ausscheidens aus dem Beruf 91 „
Durch Versicherungsablauf schied aus 1 „
so daß im ganzen . . . . . 145 Versicherungen
erloschen. Wieder in Kraft gesetzt wurden . . . . . 5 „
verbleiben als Abgang 140 Versicherungen

3. Es waren am 31. Dezember 1927 in Kraft . . . . . 3110 Versicherungen
zuzüglich beitragsfreie Versicherungen 3 „
Im Jahre 1928 kamen hinzu . . . 383 „
insgesamt 3496 Versicherungen
Es erloschen (siehe oben) . . . . 140 „
Danach Bestand am 31. Dez. 1928 . 3356 Versicherungen
(gegenüber 3110 am Ende des Vorjahres).
Hiervon sind obligatorische Versicherungen . . . 2885
(gegenüber 2703 in 1927)
freiwillige Versicherungen 471
(gegenüber 407 in 1927)

B. Finanzielles Ergebnis:

Das finanzielle Ergebnis dieses Jahres ist durch eine ungewöhnlich hohe Sterblichkeit, die sich hauptsächlich auf Kapitalversicherung bezieht, ungünstig beeinflußt. Es waren zu zahlen: (die entsprechenden Angaben für 1927 sind in Klammern beigefügt)

in 13 Fällen RM 147 842,40 Kapital
(in 4 Fällen RM 16 358,—)
in 10 Fällen RM 7460,30 Abfindung
(in 9 Fällen RM 9262,87)
in 1 Fall RM 3144,— Unfall
(in — Fällen RM —)
in 15 Fällen RM 3766,45 Jahresrente
(in 4 Fällen RM 1371,86)

Ausgeglichen wurde diese ungünstige Sterblichkeit durch erhebliche Mehrerträgnisse an Zinsen. Die von den Vertragsgesellschaften verwalteten Gelder des ABC-Kontos ergaben eine durchschnittliche Verzinsung von 7,69% gegenüber 7,51% in 1927). Andererseits haben sich die von unseren Vertragsgesellschaften berechneten Verwaltungskosten etwas gesteigert. Als Gewinn wurden uns 293 346,61 RM überwiesen. Die Unkosten der Versorgungsanstalt selbst konnten durch die Inkassoprovision und die Zinsen aus freiem Vermögen vollständig gedeckt werden, so daß sich ein Gesamtgewinn von

297 189,45 RM

ergibt.

Die Anlage enthält die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Versorgungsanstalt.

Die Verwaltungskosten beliefen sich:

(in Prozenten der Prämieneinnahme ausgedrückt.	1928	1927
bei der Versorgungsanstalt auf	2,10 %	(2,06 %)
bei den Vertragsgesellschaften auf	2,66 %	(2,62 %)
zusammen auf	4,76 %	(4,68 %)

Die geringe Steigerung des Unkostensatzes der Versorgungsanstalt ist im wesentlichen durch die Steigerung der Büromiete und der Kosten für die Buchprüfung zu erklären.

Bei der Bilanzierung der Effekten sind leider neue Kursverluste zu den bereits ultimo Dezember 1927 abgeschriebenen hinzugekommen. Für das allgemeine Effektenkonto stellt sich dieser Verlust auf RM 6 762,49; bei den Effekten der einzelnen Fonds ist er in der Erläuterung dieser Fonds im Abschnittt III aufgeführt. Dieser rein buchmäßige Kursverlust bildet für die V. A. eine stille Reserve. Die Senkung der Kurse hat für das laufende Jahr den Erwerb neuer Effekten zu sehr vorteilhaften Bedingungen ermöglicht.

Es wurden für den 2½ %-Fonds drei erststellige Hypotheken auf Berliner Mietshäuser innerhalb einer sehr vorsichtigen Beleihungsgrenze begeben.

Der bei der Begebung der Hypotheken erzielte Disagiogewinn ist in der Bilanz unter die Passiven aufgenommen und wird je nach der Laufzeit der Hypotheken alljährlich dem Gewinn zugeführt werden.

Die im Laufe des Jahres angeschafften Inventarstücke in Höhe von RM 973.80 sind vollkommen abgeschrieben worden.

III. Die Entwicklung der von der Anstalt verwalteten Fonds:

1. 2½ %-Fonds.

Der 2½ %-Fonds zog großen Nutzen aus den hohen Zinsgewinnen und der günstigen Kapitalsanlagemöglichkeit des verflossenen Jahres. Die Ansprüche an den Fonds sind in immer stärkerem Ausmaße angewachsen. Es wurden bewilligt:

im Jahre	Invalidenrenten	Witwenrenten	Waisenrenten	im Gesamtjahresbetrage von
1926	12	10	—	40 464.—
1927	22	15	10	82 584.—
1928	41	17	15	137 403.—

Die Altersgrenze beim Rentenbeginn liegt mit Rücksicht auf die bei uns geltende „Berufsunfähigkeit" verhältnismäßig niedrig. Das Durchschnittsalter betrug für den Zugang 1928 bei den Pensionären 63,4 Jahre. Das Durchschnittsalter der neu hinzugekommenen Witwen war 51,6 Jahre und das der neu hinzugekommenen Waisen 13,5 Jahre. Die Sterblichkeit unter den Pensionären ist sehr gering. Es sind im ganzen Jahr 5 Rentner gestorben; Witwen und Waisen sind aus dem Rentengenuß nicht ausgeschieden. Danach ergibt sich die nachstehende Bewegung des Pensionärbestandes:

Digitized by Google

	Invaliden Zahl	Invaliden Jahresbetrag	Witwen Zahl	Witwen Jahresbetrag	Waisen Zahl	Waisen Jahresbetrag
am Schluß d. Vorj.	33	75 504,—	24	32 616,—	9	6 120,—
erhöht	—	—	(3)	300,—	—	—
neubewilligt:	41	109 068,—	17	18 980,—	15	9 054,60
	74	184 572,—	41	51 896,—	24	15 174,60
erloschen:						
durch Tod	5	18 132,—	—	—	—	—
aus and. Grund	1	5 280,—	1	1 200,—	—	—
mithin Bestand am Ende 1928	68	161 160,—	40	50 696,—	24	15 174,60

insgesamt also 132 Renten im Jahresbetrage von 227 030,60 Reichsmark.

Anspruch auf spätere Leistungen an den 2½%-Fonds hatten:

Am 1. 7. 27	1242	obligatorisch	213	freiw.	Versicherte
„ 1. 1. 28	1237	„	203	„	„
„ 1. 7. 28	1189	„	193	„	„
„ 1. 1. 29	1166	„	188	„	„

Die am 1. 1. 29 vorhandenen 1354 Anwärter des 2½%-Fonds verteilen sich auf die einzelnen Altersklassen wie folgt:

40—45	Jahre	274 Personen	= 20 %
46—50	„	367 „	= 27 %
51—55	„	260 „	= 19 %
56—60	„	207 „	= 16 %
61—65	„	166 „	= 12 %
66—71	„	80 „	= 6 %
		1354 Personen	= 100%

Über die Bewegung des Vermögens des Fonds, das von dem anderen Vermögen der Anstalt völlig getrennt verwaltet wird, unterrichtet nachstehende Aufstellung:

Bestand am Anfang des Jahres 1928	RM	858 149,95
Beiträge	„	589 968,58
Erstattung der Vertragsgesellschaften	„	15 347,85
Effekten-Zinsen	„	60 152,88
Hypotheken-Zinsen	„	14 473,85
Auslosungsgewinne	„	158,27
	RM	1 538 251,38
Leistungen im Jahre 1928	RM	170 034,08
Verwaltungskosten	„	11 578,70
Buchmäßige Kursverluste	„	27 854,50
Bestand am Ende des Jahres 1928	„	1 328 784,10
	RM	1 538 251,38

2. Sonderfonds.

Auch für diesen Fonds gilt die Beobachtung, daß trotz des hohen Alters der Rentenempfänger nur sehr wenig Sterbefälle zu verzeichnen sind. Es ereigneten sich 3 Todesfälle: bei allen wurde die Rente zur Hälte an die Witwe weitergezahlt. Danach ergab sich folgende Entwicklung des Rentnerbestandes:

	Pensionär-	Witwen-	Jahresrente
Bestand Ende 1927	28	4	34 290,—
neu bewilligt	9	2	12 660,—
erhöht	(1)	—	600,—
	37	6	47 550,—
gestorben	3	—	3 900,—
	34	6	43 650,—
dafür	—	3	1 950,—
Bestand Ende 1928	34	9	45 600,—

Unter diesen 34 Pensionären befinden sich 5 mit einem Jahresrentenbetrag von RM 4 260.—, die auf Grund der erweiterten Zulassungsbedingungen an Redakteure bewilligt sind, welche schon vor 1926 aus dem Dienst geschieden waren. Das Durchschnittsalter der Rentner betrug am 1. Januar 1929 75 Jahre, das der Wittwen 66 Jahre.

Über die Bewegung des Vermögens des Fonds unterrichtet nachstehende Aufstellung:

Bestand am Anfang des Jahres 1928	RM	236 065,50
Effekten-Zinsen	„	16 290,—
	RM	252 355,50
Gezahlte Renten	„	43 167,50
Verwaltungskosten	„	1 025,80
Buchmäßige Kursverluste	„	5 621,50
Bestand am Ende des Jahres 1928	„	202 540,70
	RM	252 355,50

3. Ullstein-Fonds.

Aus der Leopold-Ullstein-Gedächtnis-Stiftung liefen bei Beginn des Berichtsjahres 2 Witwenrenten im Jahresbetrage von RM 960.—. Neu bewilligt wurde eine Rente an die Schwester eines Redakteurs im Jahresbetrage von RM 900.— sowie eine Rente an die Witwe eines Rentners des 2½%-Fonds, die erst nach der Pensionierung die Ehe eingegangen war, im Jahresbetrage von RM 480.— und zwei vorübergehende Unterstützungen von RM 300.— und RM 150.—. Es laufen also zurzeit 4 Renten im Jahresbetrage von RM 2 340.—. Über die Bewegung des Vermögens unterrichtet nachstehende Aufstellung

Bestand am Anfang des Jahres 1928	RM	30 727,43
Effekten-Zinsen	„	2 160,—
	RM	32 887,43
Leistungen	RM	2 080.—
Verwaltungskosten	„	12,60
Buchmäßige Kursverluste	„	300,—
Bestand am Ende des Jahres 1928	„	30 494,83
	RM	32 887,43

4. Härte-Fonds.

Der Härtefonds wurde durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 25. April 1928 mit RM 40 000,— gebildet. Es sind aus ihm 5 Renten bewilligt worden im Gesamtmonatsbetrag von RM 603,—. Außerdem wurde einem Redakteur, für den ein Rentenverfahren schwebte, zur Aufrechterhaltung der Versicherung die Prämie bezahlt sowie in 10 Fällen Beihilfen zu Heilverfahren im Gesamtbetrag von RM 1 900,— gewährt. Da die bewilligten Renten teilweise nur wenige Monate das Jahr 1928 belasten, ergab sich insgesamt nur eine Ausgabe von RM 4 511,60. Es sind aber bereits bei Abfassung dieses Berichts 6 weitere Renten im Monatsbetrage von RM 389,— bewilligt worden, so daß zurzeit die monatlichen Rentenzahlungen RM 992.— betragen. Über die Bewegung des Vermögens unterrichtet nachstehende Aufstellung:

Überweisung aus Gewinn des Jahres 1927	RM	40 000,—
Erstattung der Vertragsgesellschaften	„	225,65
Zinsen	„	1 866.60
	RM	42 092,25
Leistungen	RM	4 511,60
Verwaltungskosten	„	22,95
Bestand am Ende des Jahres 1928	„	37 557,70
	RM	42 092,25

IV. Zusammenfassung.

Die **Gesamtleistung** der Versorgungsanstalt aus Versicherungen und Fonds (ohne die Rückvergütungen bei Auflösungen von Versicherungen) betrugen

im Jahre 1926	Mk	67 266,70
„ „ 1927	„	126 466,65
„ „ 1928	„	371 447,31
also seit ihrem Bestehen	Mk.	565 180,66

Berlin, im April 1929.

Der Geschäftsführer:
Contag.

Bericht des Verwaltungsrates.

Dem obigen Bericht des Geschäftsführers der Anstalt schließt sich der Verwaltungsrat an. Die Buchprüfung der Anstalt und die Prüfung der Bilanz ist von zwei vereidigten Bücherrevisoren durchgeführt worden. Es haben sich keinerlei Beanstandungen ergeben; sämtliche Unterlagen würden für richtig befunden.

Der Verwaltungsrat schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den in der Bilanz ausgewiesenen Gewinn von RM 297 189,45 wie folgt zu verteilen:

1. Zur Erhöhung der technischen Risiko-Reserve	RM	30 000,—
2. Dividende an die Versicherten	RM	225 424,—
3. Zuweisung an den Härtefonds	RM	36 532,—
4. als Gewinnvortrag	RM	5 233,45

Digitized by Google

Aus dem Dividendenbetrag von RM 225 424,— soll allen Versicherten, deren Versicherungen das ganze Jahr 1928 über in Kraft waren, eine Grunddividende von 10 % der Prämien des Jahres 1928 gewährt werden. Die freiwilligen Versicherungen erhalten darüber hinaus eine Zusatzdividende von 2 % der gleichen Prämien. Die Gesamtsumme der Zusatzdividende von 2 % für die obligatorischen Versicherungen in Höhe von RM 36 532,— wird, wie im Vorjahre, dem Härtefonds überwiesen. Bei der Berechnung der dividendenberechtigten Prämien sollen die aus der Dividende des Jahres 1927 herrührenden Beträge außer Ansatz bleiben.

Köln, im April 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Dr. Ahn.

*

Bilanz am 31. Dezember 1928.

Aktiva

Disponible Fonds		
Bestand in der Kasse	226,35	
Guthaben bei Banken	74 198,93	
Guthaben bei Postscheckamt	4 935,85	79 361,13
Konto-Korrent-Konto		
Ausstände bei Verlagen	21 115,59	
Guthaben bei der A. V. C. Ges.	259 747,38	280 862,97
Inventar-Konto-Buchwert		1,—
Broschüren-Konto-Buchwert		1,—
Allgem. Effekten-Konto		
Bilanzwert der Effekten		376 962,50
2½ %-Fonds		
Bilanzwert der Effekten	973 284,40	
Bestand an Hypotheken	315 000,—	1 288 284,40
Sonderfonds		
Bilanzwert der Effekten		202 502,—
Ullsteinfonds		
Bilanzwert der Effekten		28 650,—
Härtefonds		
Bilanzwert der Effekten		22 812,50
Ausstehende Zinsen-Konto		
Anteile des Geschäftsjahres 1928 an später fällige Effekten-Zinsen		21 081,75
Darlehns-Konto		
1 Vorausbezahlung		300.—
	RM	**2 300 819,25**

Passiva

Kapital-Konto		20 000.—
Konto-Korrent-Konto		
Vorauszahlungen der Verlage	7 154,32	
unt. Vorbehalt angen. Zahlung.	16 394,21	
Guthaben der A. V. C.-Ges.	5 631,75	29 180,28
Prämien-Konto		
Unabgerechnete Prämien		169 082,75
Vers.-Steuer-Konto		
Unabgerechnete Vers.-Steuern		2 296,15
2½ %-Fonds Haupt-Konto		
Bestand		1 328 784,10
2½ %-Fonds Disagio-Konto		
Bestand		26 840.—
Sonderfonds-Haupt-Konto		
Bestand		202 540,70
Ullstein-Fonds-Haupt-Konto		
Bestand		30 494,83
Härtefond-Haupt-Konto		
Bestand		37 557,70
Techn. Risiko-Reserve-Konto		
Bestand		70 000.—
Spezial-Schaden-Konto		
Bestand		3 221,35
Allgem. Schaden-Konto		
Bestand		12 080,80
Gewinn- und Verlust-Konto		
Vortrag aus 1927	71 551,14	
Gewinn aus 1928	297 189,45	368 740,59
	RM	**2 300 819,25**

*

Gewinn- und Verlustrechnung 1928.

Ausgaben

Allg. Unkosten-Kto. lt. Spezifikation	18 944,91	
Büromaterial-Konto	2 134,12	
Gehälter-Konto	32 742,50	
Sozialbeiträge für Angestellte	2 609,59	
Inventar-Konto Abschreibungen	973,80	57 404,92
Werbekosten-Konto		1 535,65
Allgem. Effekten-Konto Buchmäß. Kursverl.	6 762,49	
Verwaltgs.-Spesen	357,85	7 120,34
Reingewinn: Vortrag aus 1927	71 551,14	
in 1928	297 189,45	368 740,59
	RM.	**434 801,50**

Einnahmen

Per Gewinn-Vortrag aus 1927		71 551,14
A. V. C.-Gewinn-Konto		
Nachträgl. Überw. der A. V. C.-Ges. für 1927	4 300.—	
Überw. d. A. V. C.-Ges. für 1928	293 346,61	297 646,61
Inkassoprovision		37 110,08
Zinsen-Konto		2 909,63
Broschüren-Konto		87,55
Effekten-Ertrag-Konto		24 488,59
Storno-Konto		1 007,90
	RM.	**434 801,50**

* * *

Digitized by Google

Die Beschlüsse der ordentlichen Gesellschafterversammlung der Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse vom 3. Mai 1929.

Die satzungsmäßige Jahresversammlung der Gesellschafter der Versorgungsanstalt war auf den 3. Mai 1929 nach Berlin einberufen. Für die beiden Gesellschafter der Anstalt, den Arbeitgeberverband für das Deutsche Zeitungsgewerbe E. V. und den Reichsverband der deutschen Presse E. V., waren vertretungsberechtigte Vorstandsmitglieder erschienen. Der Versammlung lag folgende Tagesordnung vor:

1. Geschäftsbericht und Prüfungsbericht des Verwaltungsrates.
2. Beschlußfassung über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1928.
3. Beschlußfassung über die Verteilung des Gewinns.
4. Erteilung der Entlastung für den Geschäftsführer, die Delegierten und den Verwaltungsrat.
5. Wahlen für den Verwaltungsrat.
6. Beschlußfassung über den Vorschlag des Verwaltungsrates über die Erweiterung des Kreises der versicherungsfähigen Personen gemäß § 3a Ziffer 3 der Satzung.
7. Verschiedenes.

Der Geschäftsbericht und der Prüfungsbericht des Verwaltungsrates wurden nach kurzer Debatte einstimmig genehmigt. In gleicher Weise wurde die vorgelegte Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1928 genehmigt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung beschloß die Versammlung, dem Vorschlag des Verwaltungsrats für die Verteilung des Gewinns zuzustimmen.

Nach Erteilung der Entlastung für den Vorstand, die Delegierten und den Verwaltungsrat beschlossen die Gesellschafter die Wiederwahl der Mitglieder des Verwaltungsrates.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung beschloß die Versammlung entsprechend einem Vorschlag des Verwaltungsrates vom 14. Dezember 1928, in den Kreis der nach § 3a Ziffer 3 der Satzungen der Anstaltversicherungsberechtigten Personen „Freie Schriftsteller im Hauptberuf“ einzubeziehen. Für die praktische Durchführung dieses Beschlusses sollen der Geschäftsführung durch den Verwaltungsrat besondere Richtlinien gegeben werden.

In einer Verwaltungsratssitzung, die im Anschluß an die Gesellschafterversammlung abgehalten wurde, wurde für das Jahr 1929 zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates Herr Professor Dr. E. Dovifat-Berlin und zum stellvertretenden Vorsitzenden Herr Kommerzienrat Dr. A. Ahn-Köln gewählt.

* * *

Zur Ergänzung des vorstehenden Geschäftsberichtes der Versorgungsanstalt und zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung des vergangenen Jahres ist noch folgendes zu sagen.

Die erfreuliche Entwicklung der Anstalt, über die schon am Ende des zweiten Geschäftsjahres berichtet werden konnte, hat sich auch im Jahre 1928 fortgesetzt. Der Bestand an Versicherungen hat sich von 3110 Verträgen am 31. Dezember 1927 auf 3356 Verträge am Schlusse des Jahres 1928 erhöht; das bedeutet einen Zuwachs von etwa 8 Prozent. Der größte Teil der neu hinzugekommenen Versicherungen (182) sind obligatorische Versicherungen, die auf Grund des Normaldienstvertrages abgeschlossen werden mußten. Der Zuwachs an freiwilligen Versicherungen besteht zum Teil aus freiwilligen Zusatzversicherungen, die obligatorisch versicherte Redakteure abgeschlossen haben. In der Auswahl der Versicherungsart zeigt sich eine steigende Vorliebe für Kapitalversicherungen.

Da es im Interesse der Anstalt liegt, den Kreis der durch sie versicherten Personen möglichst zu erweitern, wurde im Laufe des Geschäftsjahres eine Vereinbarung mit den Vertragsgesellschaften getroffen, auf Grund deren den Gesellschaften das Recht der Werbung freiwilliger Versicherungen von Verlegern, leitenden Verlagsangestellten usw. durch ihre Organisation zugestanden wurde. Die Anstalt hofft dadurch ihren Bestand an freiwilligen Versicherungen zu vergrößern und damit eine breitere Basis für den Risikenausgleich innerhalb der Versicherungen der Anstalt zu schaffen. Die Werbung der freiwilligen Versicherungen durch die Organisation der Vertragsgesellschaften soll möglichst im Einvernehmen mit der Anstalt erfolgen. Wo sich Schwierigkeiten und Differenzen ergeben, wird es angezeigt sein, sich sofort mit der Anstalt in Verbindung zu setzen.

Das Geschäftsjahr 1928 war für die Anstalt ein Jahr besonders hoher Sterblichkeitsverluste. Allein an Kapitalauszahlungen wurden in 13 Sterbefällen 147 842,40 RM fällig gegenüber 16 358 RM für vier Sterbefälle im Vorjahr. Die Anstalt hat — wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht — im Jahre 1928 insgesamt 371 447,31 RM an Versicherungsleistungen ausgezahlt gegenüber 126 466,65 Reichsmark im Jahre 1927.

Selbstverständlich mußte sich die hohe Sterblichkeitsziffer auf die Gewinne des Jahres auswirken. Wenn das Ergebnis trotzdem als sehr erfreulich bezeichnet werden kann, so ist das letzten Endes ein Beweis für die gesunden finanziellen Grundlagen der Anstalt. Denn es ist immer zu berücksichtigen, daß die Anstalt erst ihr drittes Geschäftsjahr abgeschlossen hat und eigentlich erst in der Lage war, vom zweiten Jahr ihres Bestehens ab Reserven zu schaffen. Der Gewinn des Jahres beträgt laut Ausweisen 297 189,45 Reichsmark. Auf Grund der Vorschläge des Verwaltungsrates hat die Gesellschafterversammlung beschlossen, die gleiche prozentuale Dividende wie im Vorjahre auszuschütten, d. h. 10 % für die obligatorischen und 12 % für die freiwilligen Versicherungen. Durch diesen Zugang an Dividenden bleiben die Versicherungsleistungen derjenigen Verträge, auf die bereits beim Abschluß des vorigen Jahres eine Dividende gezahlt wurde in gleicher Höhe bestehen, während die Leistungen derjenigen Versicherungen, auf die erstmalig in diesem Jahre die Dividende zur Ausschüttung gelangt, entsprechend erhöht werden. 2 Prozent der Dividende für die obligatorischen Versicherungen wurden dem Härtefonds zugeführt, dessen Summe sich demnach auf 74 089,70 RM erhöht. Die Mittel dieses Fonds kommen nach den Beschlüssen der ordentl. Gesellschafterversammlung vom 25. April 1928 nur den obligatorisch versicherten Redakteuren zugute.

In die technische Risikoreserve wurden 30 000 Reichsmark eingestellt, so daß sich der Bestand dieses Kontos gegenwärtig auf 100 000 Reichsmark beläuft. Der Rest aus dem Jahresgewinn von 5233,45 RM wurde dem Gewinnvortrag hinzugefügt, der sich einschließlich des Vortrages aus dem Vorjahre auf 76 784,59 RM beziffert. Die Reserven der Anstalt konnten also selbst in dem vergangenen Jahre einer außergewöhnlichen Sterblichkeit in erfreulicher Weise gestärkt werden. In diesen starken Rückstellungen kommt keinesfalls eine übermäßige Vorsicht der Verwaltung oder gar eine ungerechtfertigte Thesaurierungspolitik zum Ausdruck. Je stärker die Reserven sind, um so sicherer ist die Grundlage der Anstalt und um so eher ist die Möglichkeit gegeben, auch in Jahren geringerer Gewinne den bisher eingeschlagenen Weg der Dividendenpolitik ständig durchzuhalten. Die Rückstellungen können letzten Endes auch nur den bei der Anstalt versicherten Personen zugute kommen. In ihrem Interesse liegt es aber in erster Linie, daß der Anstalt in den ersten Jahren ihres Bestehens ein starkes finanzielles Rückgrat gegeben wird.

Erfreulich ist festzustellen, daß sich die Zusammenarbeit mit den Vertragsgesellschaften auch im vergangenen Geschäftsjahr reibungslos vollzogen hat. Es steht zu hoffen, daß dieses Vertrauensverhältnis

BAD PISTYAN

bietet d. „Deutschen Presse“ zur Kur ganz besondere Begünstigungen.
Vulk. Schwefel-Schlammquellen — Rheuma, Gicht.
400 Morgen Park, Tennis, Golf, Rudern, Fischen.
Ausk.: Pistyan-Büro, Berlin W 15, Meierottostr. 1

Digitized by Google

Oberstes Ehrengericht des Reichsverbandes.

Der Fall Dr. Vier.

Das Oberste Ehrengericht des Reichsverbandes der deutschen Presse hat in seiner Sitzung vom 6. 5. 1929, an der teilgenommen haben Dr. Breslauer als Vorsitzender und als Beisitzer die Kollegen Frhr. v. Biedermann, Buchhorn, G. Freund, Goeres (sämtlich aus Berlin) sowie Kollege Krebs (Chemnitz) als Vertreter des Landesverbandes der Sächsischen Presse im Obersten Ehrengericht, beschlossen:

Die Berufung des Herrn Dr. Vier gegen das erstinstanzliche Urteil des Ehrengerichts des Landesverbandes der Sächsischen Presse wird zurückgewiesen.

Gründe.

In seiner Rechtfertigung vor dem Obersten Ehrengericht hat Herr Dr. Vier ganz offen zugegeben, daß er Aufträge zu Reiseberichterstattungen von Reisebüros angenommen, dafür Honorarversprechungen von diesen Büros erhalten und dann seine Berichte einer Anzahl von Zeitungen gegen abermalige Honorarforderungen zugestellt hat. Er hat ferner zugegeben, von der Reisegesellschaft eine Entschädigung für die versäumte Teilnahme an einem Sonderausflug gefordert und erhalten zu haben. Schon diese beiden Tatsachen genügen vollauf, um klarzustellen, daß Herr Dr. Vier kein Journalist im Sinne des Reichsverbandes der Deutschen Presse ist, und daß ihm deshalb, nachdem er nun einmal Aufnahme in dessen Reihen gefunden hat, die Zugehörigkeit zu dieser Organisation entzogen werden muß. Der von der 1. Instanz über ihn verhängte Ausschluß aus dem Reichsverband der deutschen Presse mußte deshalb vom Obersten Ehrengericht bestätigt werden.

Unterschriften.

---

auch fernerhin erhalten bleibt, denn es ist eine der wichtigsten Grundlagen der Anstalt.

Zwei Ereignisse des vergangenen Geschäftsjahres waren für die Anstalt von besonderer Bedeutung. Es gelang, durch Urteil des Reichsfinanzhofes die Steuerfreiheit der durch die Anstalt abgeschlossenen Versicherungen bestätigt zu erhalten. Dadurch wurden den Versicherungsnehmern der Anstalt nicht nur materielle erhebliche Vorteile erwirkt — das Gesamtaufkommen an Versicherungssteuern betrug im Jahre etwa 40 000 RM —, sondern darüber hinaus ist die Entscheidung insofern von grundsätzlicher Bedeutung für die Anstalt, als damit eine Gleichstellung ihrer Versicherungen mit der staatlichen Angestelltenversicherung anerkannt wurde. Nach der rechtlichen Seite hin war das Urteil des Reichsarbeitsgerichtes vom 27. Oktober 1928 in Sachen der Versicherungskasse der Apotheker von maßgeblicher Bedeutung für die Anstalt, da die Rechtsfolgerungen dieses Urteils analog Anwendung finden können auf unsere Anstalt. Der wichtigste Rechtsgrundsatz des Urteils lautet dahin, daß die Anstalt einen Rechtsanspuch auf Abschluß der obligatorischen Versicherungen und auf Einzahlung der festgesetzten Prämien hat, der jederzeit dem Verlag gegenüber im Klagewege geltend gemacht werden kann. Wieweit die Anstalt von diesem Recht in Zukunft bei denjenigen Redakteuren, die nicht ordnungsmäßig bei der Anstalt versichert werden, praktischen Gebrauch machen wird, bleibt ihrer Entscheidung überlassen. Jedenfalls ist damit der Zwangscharakter der obligatorischen Versicherungen auf eine klare Rechtsgrundlage gestellt worden.

Die dritte Frage, die bis zum Ende des Geschäftsjahres noch nicht zum Abschluß gebracht werden konnte, ist die gesetzliche Neu-Ordnung des Verhältnisses zwischen der Versorgungsanstalt und der Reichsangestelltenversicherung. Hierfür hat die Anstalt gemeinsam mit den zuständigen Behörden bestimmte Vorschläge ausgearbeitet, die demnächst den gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlußfassung zugehen werden. Daß dabei die Interessen der Redakteure auch der Reichsangestelltenversicherung gegenüber voll berücksichtigt worden sind, braucht nicht besonders betont zu werden.

Trotz dieser Klarstellung der organisatorischen und rechtlichen Grundlagen der Anstalt, deren Bedeutung für ihren weiteren Ausbau nicht zu unterschätzen ist, wird sie sich auch fernerhin das Vertrauen der in ihre Obhut gestellten Personengruppen nur erwerben können, wenn sie entsprechende Leistungen zu verzeichnen hat. Der Geschäftsbericht weist aus, daß in den ersten drei Jahren ihres Bestehens insgesamt

565 180,66 RM

an Versicherungsleistungen ausgezahlt worden sind. Berücksichtigt man neben dieser Ziffer gleichzeitig die Reserven, über deren Höhe im Vorstehenden nähere Angaben enthalten sind, so darf wohl gesagt werden, daß die Anstalt die an sie gestellten Erwartungen erfüllt hat.

Aus der Organisation.

Verein Niedersächsischer Presse.

In der alten schönen Stadt Hildesheim hielt der Landesverband Niedersachsen am 4. und 5. Mai seine Hauptversammlung ab, die, von der neugegründeten Ortsgruppe Hildesheim sorgfältig vorbereitet und von der Stadtverwaltung gefördert, auch äußerlich einen glanzvollen Verlauf nahm. Die Verhandlungen, die am Sonnabend, 4. Mai, mit der Vorstands- und Ausschußsitzung eingeleitet wurden, boten ein erfreuliches Bild innerer Geschlossenheit und gaben neue Anregungen für die weitere Förderung der Vereinsarbeit.

Der Begrüßungsabend, zu dem auch zahlreiche Vertreter der Behörden, der Wirtschaft und der Zeitungsverleger (u. a. befanden sich Herr Lattmann als Vorsitzender des Zeitungsverlegervereins für Nordwestdeutschland mit Syndikus Dr. Keßler unter den Gästen) der Einladung des Vereins gefolgt waren, vereinigte eine stattliche Gesellschaft im Saale der „Traube". Nach Begrüßungsworten des Kollegen Tönjes hielt zunächst Kollege Dr. Voß einen Vortrag über

Presse und Kultur.

Der Vortragende ging davon aus, daß neben den übernommenen Kulturformen wie Theater, Literatur und Kunst auch die modernen Errungenschaften der Wissenschaft und Technik als Bausteine einer werdenden Kultur anzusprechen sind, und daß sich gleichfalls die Zeitung durch die kritische Betrachtung der Dinge mit dem kulturellen Prozeß der Zeit verbindet. Nach dieser grundsätzlichen Feststellung engte der Vortragende seine Betrachtung auf den Teil der Zeitung ein, bei dem ihre unmittelbare Kulturleistung am deutlichsten erfaßt werden kann, auf das Feuilleton. Dieses zunächst als Anhang der Zeitung eingeführte Feuilleton ist über ein unterhaltsames Anhängsel weit hinausgewachsen und zu einem Kampffeld des Geistes in allen seinen Erscheinungen geworden. Auch die Wissenschaft benutzt heute die Zeitung als Sprachrohr; besonders ist aber die Presse für das künstlerische Leben in allen seinen Ausstrahlungen schlechthin unentbehrlich. Aus dieser Stellung der Presse erwächst auch ihre Verpflichtung zur Kritik, ohne die eine künstlerische Leistung nicht denkbar ist. Aufgabe des Kritikers ist es nicht, etwas gut oder schlecht zu finden, sondern er soll eine künstlerische Leistung in ihrem Wert oder Unwert als kulturelles Ereignis in ihrer lebenssymbolischen Gestaltung erkennen und beurteilen. Nur die Kritik, die sich nicht damit bescheidet, Noten zu erteilen, die sich nicht schon mit artistischen Leistungen zufrieden gibt, sondern die darüber hinaus die kulturellen Wirkungsgrade, die erlösenden und erregenden Kräfte einer künstlerischen Arbeit erkennt und zum Mittelpunkt der Betrachtung nimmt, darf auf diesen Namen wirklich Anspruch machen. Der wahre Kritiker wird immer aufs neue den kulturellen Zustand seiner Zeit durchleuchten müssen. In seiner Verantwortlichkeit vor dem kulturellen Ganzen liegt seine Legitimation. Von dem Umfang dieser kulturellen Arbeit macht sich der Laie nicht leicht einen Begriff. Ihr Hauptwert liegt darin, daß sie eine ganz souveräne Leistung darstellt. Die Individualität einer Zeitung basiert zum großen Teil auf ihrem kulturellen Eigenleben. Der deutsche Leser verlangt nicht nur Material von seiner Zeitung, sondern er will von ihr geführt sein. Dabei mag die politische Einstellung stark ins Gewicht fallen, nicht minder wichtig aber ist die gesamtkulturelle Haltung der Zeitung. In dem kulturellen Teil der Zeitung soll der rastlose Mensch unserer Tage sich besinnen können auf die schöpferischen Grundlagen seines Lebens. Eine Kritik, die sich von solchem Geist nährt, kann auf die Dauer nicht ohne Einfluß auf die künstlerische Entwickelung bleiben. So erhebt sich im letzten Grunde die Wechselbeziehung von Presse und Kultur zu einer verpflichtenden Aufgabe der Presse, an der Zukunft

Digitized by Google

des menschlichen Geistes mitzuarbeiten. Der gedankenreiche Vortrag fand allseitig reichen Beifall.

In Vertretung von Museumsdirektor Professor Dr. Roeder, der sich noch auf der Heimreise von Aegypten befindet und wertvolle Ausgrabungen für sein Pelizäus-Museum mitbringt, hielt dann Architekt Küsthardt als Geschäftsführer des Fremdenverkehrsvereins einen Lichtbildervortrag über die baulichen Schönheiten des alten Hildesheim und bereitete damit in bester Weise die Besichtigung vor, die am Sonntag den Gästen unter sachkundiger Führung von Architekt Küsthardt und Dr. Beyse einen tiefen Einblick in das Werden der alten Stadt und ihrer herrlichen Baudenkmäler gab.

Nach den Vorträgen sprach Regierungspräsident Hoenen den Dank der Gäste aus und verbreitete sich dabei in humorvoller Weise über die Beziehungen der Presse zu den Behörden und deren Pressestellen. Der Abend war so recht geeignet, in zwangsloser Unterhaltung dem Gedankenaustausch zu dienen und die Verbindung zwischen der Presse und den Vertretern der Behörde und Wirtschaft enger zu knüpfen.

Der Hauptversammlung,

die am Sonntag vormittag im Sitzungssaale des Rathauses unter Teilnahme von Vertretern fast aller Gruppen stattfand, und damit dem Verein, entbot Oberbürgermeister Dr. Ehrlicher den Gruß der Stadt Hildesheim.

Kollege Tönjes gab dann als Vorsitzender Ergänzungen zum Jahresbericht. Die Mitgliederzahl hat sich im letzten Jahre von 194 auf 205 erhöht. Die am 1. Januar eingerichtete, vom Kollegen Wisliceny neben der Kasse verwaltete Geschäftsstelle hat schon in den vier Monaten ihres Bestehens die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Einrichtung, die dem Verein keine Mehrkosten verursacht, erwiesen. In der nächsten Zeit soll von der Geschäftsstelle auch die Werbearbeit aufgenommen werden, um alle noch abseits stehenden Kollegen heranzuziehen. Der Kassenabschluß ergab ein Gesamtvermögen von 4582 Mark. Von dem Ueberschuß des letzten Jahres sollen 500 Mark der Unterstützungskasse überwiesen und 350 Mark für einen Jubiläumsfonds zum 25jährigen Bestehen des Vereins im Jahre 1931 zurückgestellt werden. Die Berichte über das Ehrengericht und über die Krankenversicherung wurden zur Kenntnis genommen. Die Wahlen des Vorstandes und der Kommissionen wurden ohne wesentliche Anderungen durch Zuruf vollzogen. Kollege Tönjes begründete dann einen Antrag an den Reichsverbandstag, der sich mit der Zentralhilfskasse beschäftigt. Dem Antrage wurde in folgender Form zugestimmt:

„Ohne die segensreiche Tätigkeit der ZHK. im geringsten behindern zu wollen, muß Vorsorge getroffen werden, daß der ZHK nur soviel Gelder zugeführt werden, wie sie unter Berücksichtigung ihrer Aufgabe, Ausgleichskasse über die Leistungen der Unterstützungskassen der Landes- und Bezirksverbände hinaus zu sein, gebraucht. Jede Thesaurierung größerer Mittel muß unterbleiben, da sie endlich und schließlich als Mitgliederbeiträge aufgebracht werden müssen. Der Reichsverband braucht dringend einen Betriebsfonds. Soweit der Reichsverband über weitere Mittel verfügt, können sie unter Mitwirkung der Landesverbände für andere die Berufskollegen fördernde Zwecke verwandt werden.“

Dann referierte Kollege Tönjes über den

Boykott als Abwehrmittel gegen Angriffe auf die Presse.

Er knüpfte an den Fall Maushagen-Tauber in Chemnitz an. Wie von diesem Fall, so könne nahezu von allen derartigen Fällen gesagt werden, daß sie nicht mit einem Erfolg geendet hätten, auch dann nicht, wenn so etwas wie ein äußerer Erfolg zu verzeichnen gewesen wäre. Nach einer auf Grund von Aktenstudien gebildeten Meinung müsse vor jeder Uebereilung mit dem Boykott gewarnt werden. Er trug dann folgende Fälle vor:

Im Jahre vor dem Kriege kam es bekanntlich zu einer Einstellung der Berichterstattung über die Sitzungen des Reichstages, weil der Abgeordnete Gröber von den Reichstagsjournalisten als von „Preßbengeln“ gesprochen hatte. Tatsächlich erschienen mehrere Tage keine Reichstagsberichte; lediglich die „Rhein-Westf.-Ztg.“ machte eine Ausnahme, denn deren Verleger, Dr. Reismann-Grone, hatte seinen Berliner Vertreter unter Androhung fristloser Entlassung gezwungen, weiterzuberichten. Reichskanzler Fürst Bülow, der damals das Bedürfnis nach Popularität hatte, bemühte sich um die Beilegung, die dann auch so schnell erfolgte, daß nicht andere Zeitungen gezwungen waren, schon aus

Konkurrenzgründen dem Beispiel der „Rhein-Westf.-Ztg.“ zu folgen.

Im Preußischen Landtage erteilte der Präsident Leinert der Pressetribüne eine Verwarnung, weil ein kommunistischer Abgeordneter ein Wort, das einem Journalisten entfahren war, als eine Kritik am Landtage aufgefaßt hatte. Nach Aufklärung des Falles nahm der Präsident die Rüge zurück. Aehnlich lag der Fall im hannoverschen Bürgervorsteherkollegium, wo der Worthalter eine Kränkung der Presse nicht durch Ordnungsruf gerügt hatte. Auch hier genügte ein Schreiben an den Vorsitzenden, um der Presse Genug-

Verbandstag 1929 in Bremen.

Verbilligte Teilnehmerhefte für verkürzten Aufenthalt.

Auf zahlreiche Anträge aus dem Kreise der Mitglieder, die an den Verhandlungen des Verbandstages sich beteiligen, jedoch nicht während der ganzen Dauer der Delegiertenversammlung in Bremen sein können, wird der Bremer Organisationsausschuß verbilligte Teilnehmerhefte zum Preise von 10 M herausgeben, die zur Teilnahme an den Veranstaltungen vom Sonntag und Montag berechtigen. Auch die Kundgebung am Sonnabend abend kann mit diesem verbilligten Teilnehmerheft besucht werden, jedoch nicht der anschließende offizielle Empfang des Reichsverbandes mit Essen. Auch diese verbilligten Teilnehmerhefte sind im Empfangsbüro im Bahnhof des Norddeutschen Lloyd (neben dem Hauptbahnhof, links vom Ausgang) zu haben. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die gemeinsamen Mittagessen von jedem Teilnehmer besonders zu bezahlen sind und daß sich hierfür Abschnitte im Teilnehmerheft nicht befinden.

Die Hotelunterkunft.

Die Bremer Kollegen, in deren Händen die Unterbringung der auswärtigen Teilnehmer liegt, haben es möglich gemacht, den Schlußtermin für die Anmeldung für Hotelunterkunft noch etwas hinauszuschieben, und zwar bis zum 1. Juni. Bis zu diesem Termin kann also durch den Koll. Hans Müller, „Weser-Zeitung“, noch Hotelunterkunft bestellt werden. Dabei verweisen wir auf die Bekanntmachung in Nr. 18 der „Deutschen Presse“, die Mitteilungen über die Zimmerpreise in den einzelnen Hotels bringt. Für Anmeldungen, die nach dem 1. Juni in Bremen eingehen, kann allerdings irgendeine Garantie für gute und preiswerte Unterbringung auf keinen Fall übernommen werden. Die Kollegen, die sich bis jetzt Quartier für ihren Bremer Aufenthalt noch nicht besorgt haben, werden in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht, das Versäumte so schnell als möglich nachzuholen.

Die Verbandsleitung.
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

Das Presseheim Oybin

bei Zittau ist zu jeder Jahreszeit geöffnet und bietet den Kollegen neben wundervoller Erholung in der Natur auch beste Unterkunft und Verpflegung. Anfragen bitte direkt an das Heim.

tuung zu verschaffen. Auch in andern Konflikten mit Stadtverordnetenkollegien gelang es stets, durch geschlossenes Auftreten der Presse, die Standes- und Berufsehre erfolgreich zu verteidigen.

Viel weniger erfreulich sind die anderen Fälle, über die auf Grund der Akten berichtet wurde. Da ist zunächst ein Konflikt zwischen dem Kritiker der „Münchener Neuesten Nachrichten“, von Pander, und dem Kapellmeister Knappertsbusch zu nennen. Nach einer Kritik hatte Knappertsbusch erklärt, er werde bestimmte Konzerte solange nicht dirigieren, wie von Pander sie kritisiere. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ entzogen von Pander das Referat, womit der Konflikt beigelegt war, aber auf Kosten des Ansehens der Presse.

Ein anderer Fall hat sich in Gotha ereignet, wo ein Herr Leopold Klotz, Vorsitzender der Literarischen Gesellschaft Gotha, in einer Werbeschrift des Landestheaters den Wunsch ausgesprochen hatte, daß das Landestheater „endlich die verdiente, seit langem aber vermißte Unterstützung durch eine ernst zu nehmende, verantwortungsbewußte Kritik“ in einer bestimmten Zeitung erführe. Der Verein Gothaer Presse erklärte sich mit dem betr. Kollegen solidarisch und stellte sofort die redaktionelle Arbeit für das Theater ein. Der Intendant ist dann von der Äußerung abgerückt und hat sein Bedauern darüber ausgedrückt. Damit war auch dieser Fall erledigt.

Erheblichen Staub hat dann ein Konflikt zwischen den Kritikern der Darmstädter Zeitungen und dem Dramaturgen Kornfeld aufgewirbelt. Der Streit entstand dadurch, daß über das Gastspiel der „Habima“ in den Darmstädter Blättern nicht über alle Maßen glänzende Kritiken geschrieben worden waren. Der Dramaturg stellte nun in der Programmschrift des Landestheaters eine Sammlung kleinster Auszüge aus Kritiken der Zeitungen in aller Welt zusammen und schrieb darüber „Was sagt die Welt“ . . . und am Schluß „. . . und was sagt Darmstadt? Bitte wenden.“ Dort fand man zwei knappe Auszüge aus Darmstädter Blättern. Später folgten noch zeitgenössische Kritiken über Beethoven, Mozart usw., die beweisen sollten, daß sich der Kritiker grundlegend irren kann. Der Landesverband Hessen protestierte gegen diese planmäßigen Angriffe auf die Kritik und drohte mit „schärfsten Maßnahmen“. Es folgte eine lange Polemik, in die auch „Das Tagebuch“, die „Frankfurter Zeitung“ „Der Tag“, „Die Literarische Welt“ usw. eingriffen. Das „Tagebuch“ hatte den Ausdruck „organisierte Erpresser“ geprägt. Die Sache fand ihren Abschluß in einem sehr scharfen Aufsatz Kornfelds, während der Intendant Ebert die genannte Rubrik einstellte mit der Erklärung: „Da man sich nicht mit einem Gegner schlagen kann, der nicht die gleichen Waffen wählt, so lassen wir die unsrigen hiermit sinken.“ Kornfeld wurde dann nachträglich auch entlassen.

Schließlich ist noch der Fall „Maushagen-Tauber“ in Chemnitz anzuführen, der allen Lesern der „Deutschen Presse“ noch in frischer Erinnerung sein dürfte und dessen Begleiterscheinungen zu berechtigter Kritik Anlaß gegeben haben.

Was lehren nun diese Fälle? Zunächst ist jede übertriebene Empfindlichkeit vom Uebel. Man sollte in Kollegenkreisen nicht immer und allzusehr von der eigenen Unfehlbarkeit überzeugt sein und schon da mit dem Boykott vorgehen oder wenigstens drohen, wo nicht viel mehr als eine Mißfallensäußerung über eine Kritik vorliegt. Man sollte nie vergessen, daß eine Waffe sich auch gegen den wenden kann, der sie zu schnell zur Hand nimmt. Außerdem vermißt man ungern in zunächst leichteren Fällen den Humor. Der Darmstädter Fall lehrt zudem, daß die Schärfen erst im Laufe der Polemik kommen. Bei verständigem Verhandeln würden sich heraufziehende Konflikte zudem fast immer beseitigen lassen, ehe es hart auf hart geht. Zu diesen Verhandlungen sollte man außerdem stets Vertreter der zuständigen Bezirksarbeitsgemeinschaft oder der RAG. zuziehen, da sie an dem Streit nicht beteiligt sind. Sodann sollte man in einen Boykott niemals ohne Mitwirkung der Bezirksarbeitsgemeinschaft hineingehen, und ohne daß die völlige Einigkeit der in Frage kommenden Verlage und Schriftleitungen protokollarisch festgestellt ist. Der Referent empfahl dann folgende

Richtlinien:

„Der Boykott muß das allerletzte Mittel bleiben, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. Zu diesen Verhandlungen ist von vornherein die zuständige Bezirksarbeitsgemeinschaft, gegebenenfalls auch die Reichsarbeitsgemeinschaft zuzuziehen. Auch wenn der Boykott erklärt worden ist, muß versucht werden, durch Verhandlungen Unbeteiligter eine schnelle Beendigung des Kampfes herbeizuführen.

Da der Boykott nur Aussicht auf Erfolg hat, wenn alle in Frage kommenden Zeitungen geschlossen kämpfen, ist der Beschluß unter allen Umständen unter Mitwirkung der Bezirksarbeitsgemeinschaft zu fassen. Eine vorherige öffentliche Andeutung des Boykotts hat zu unterbleiben.

Der Beschluß ist in Form eines rechtsverbindlichen Protokolls mit den Unterschriften der beteiligten Schriftleitungen und Verlage zu fixieren. In dem Protokoll ist die Ursache des Boykotts unzweideutig anzugeben. Ferner ist genau festzustellen, mit welchen Mitteln der Kampf durchgefochten werden soll. Sodann ist festzustellen, wann das Ziel des Boykotts erreicht ist. Endlich sind Maßnahmen gegen diejenigen festzusetzen, die den Boykott vor Erreichung des Zieles durchbrechen.

Über die Beendigung des Boykotts ist wiederum ein Protokoll nach obigen Gesichtspunkten aufzunehmen.

Beleidigungen der Presse in Parlamenten, Versammlungen usw. können die sofortige Einstellung der Berichterstattung nötig machen. Es ist sofort an den Vorsitzenden heranzutreten, und er ist zu ersuchen, die Presse gegen Verunglimpfungen zu schützen. Bleibt dieser Versuch erfolglos, so ist nach obigen Richtlinien zu verfahren.“

Kollege Raloff trat den Richtlinien bei und regte an, solche Fälle zu sammeln, in denen versucht werde, über den Verlag einen Druck auf die Haltung der Redaktion oder auf die Kritik auszuüben. Diese Fälle wären sehr häufig.

Kollege Tönjes bat, ihm entsprechendes Material in einwandfreier Form zuzuleiten, damit es als Unterlage für eine Besprechung in der nächsten Hauptversammlung diene.

Der Vorsitzende sprach dann noch kurz über das Nachrichten-Schutzgesetz, zu dem vorläufig nur ein Referenten-Entwurf vorliegt und das noch sorgfältiger Erwägungen bedarf, wenn es den beabsichtigten Zweck erfüllen soll.

Zum Kapitel Versorgungsanstalt wurde vom Kollegen Dr. Langemann den jungen Kollegen dringend der Abschluß einer Kapitalversicherung bzw. die Umwandlung der Pensionsversicherung empfohlen. Der Vorstand übernahm es, die Vor- und Nachteile beider Versicherungsarten festzustellen und dann weiter darüber zu berichten.

Für die nächste Hauptversammlung lag eine Einladung von Braunschweig vor.

Mit Besichtigungen und einem Empfang durch die Stadt im Ratskeller schloß die ausgezeichnet verlaufene Tagung.

Erich Meyer.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse.

Der Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen in Ergänzung zu dem Bericht in Nr. 20/29 der „Deutschen Presse“:

„In der RAG. soll, da Rheinland-Westfalen der zweitgrößte Verband im Reichsverband ist, der alte Zustand (ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied statt zwei stellvertretender Mitglieder) wieder hergestellt werden. Es wurden hierfür die Kollegen Stoffers, Düsseldorf und Hornbasch, Köln benannt.“

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Inhaltsangabe:

Was hat der Reichsverband erreicht? Von Heinrich Rippler.
So darf man sich nicht wehren! Von Rudolf Olden.
Vertreterversammlung 1929 in Bremen. Anträge der Landes- und Bezirksverbände.
Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse. Geschäftsbericht, Bilanz und Beschlüsse der ordentlichen Gesellschafterversammlung.
Oberstes Ehrengericht des Reichsverbandes.
Aus der Organisation.

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68 Zimmerstraße 86.

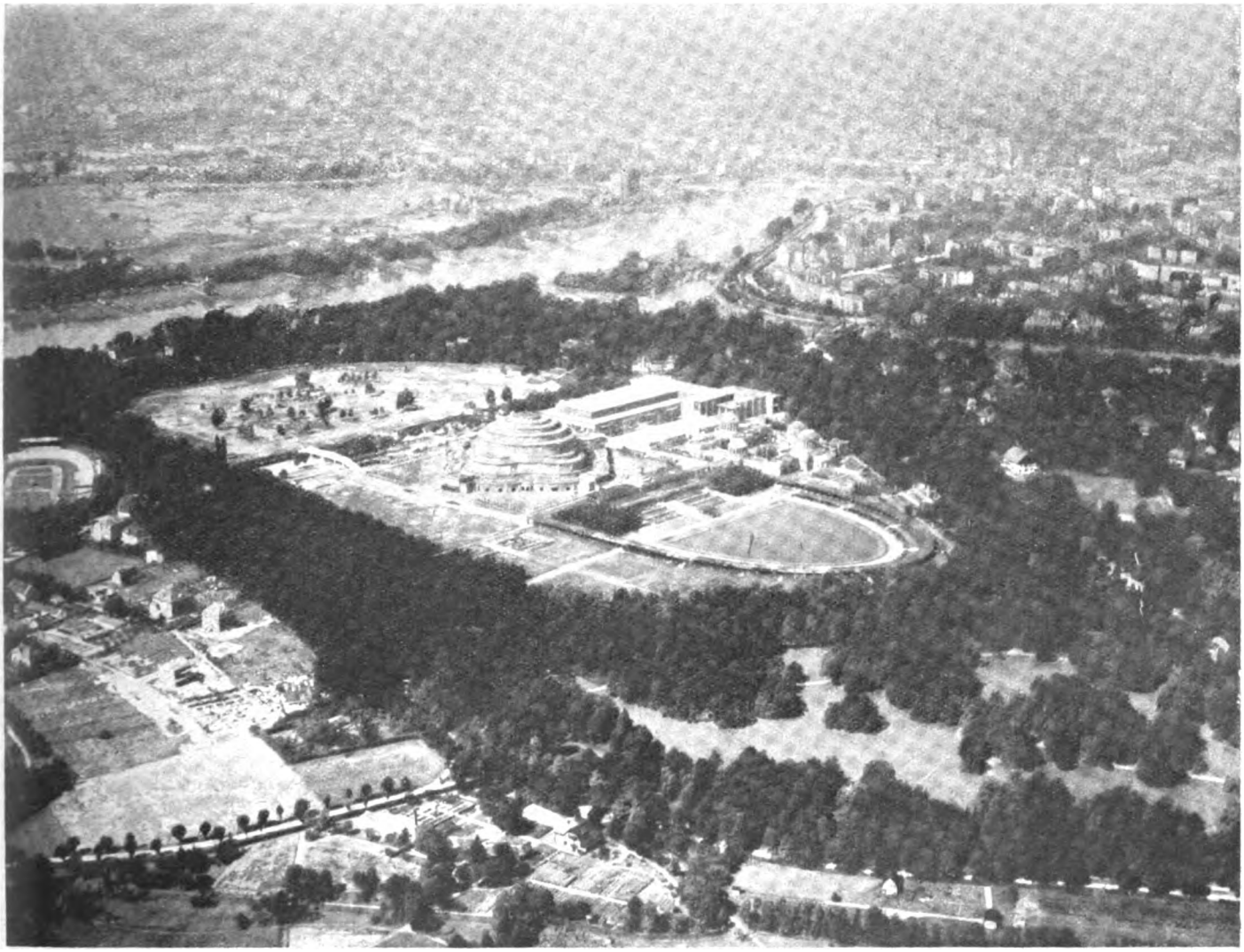
Digitized by Google

„Wohnung und Werkraum.“

Der Deutsche Werkbund im deutschen Osten.

Wohl als einzige Großstadt des Reiches hat Breslau sich dem Wettbewerb der führenden Kommunen um den großen, repräsentativen Ausstellungserfolg bisher ferngehalten. Denn schwerer vielleicht als irgendeine andere deutsche Großstadt hat es in dem Jahrzehnt nach dem Kriege um Leben und Geltung kämpfen müssen. Der viel mißbrauchte Begriff „Wiederaufbau“ war hier eine harte, täglich neu zu bewältigende Realität. Durch den Verlust

Daß unter solchen Verhältnissen das schöne Ausstellungsgelände von 1913 seinem eigentlichen Bestimmungszweck entzogen und wirtschaftlichen Aufgaben dienstbar gemacht wurde — es dient seit dem Kriege den Veranstaltungen der Breslauer Messe —, ist sicherlich zu verstehen. Alles, was nach Repräsentation aussah, was nicht die Lösung aktueller Aufgaben unmittelbar vorwärts zu treiben schien, wurde vor dem Notwendigen zurück-

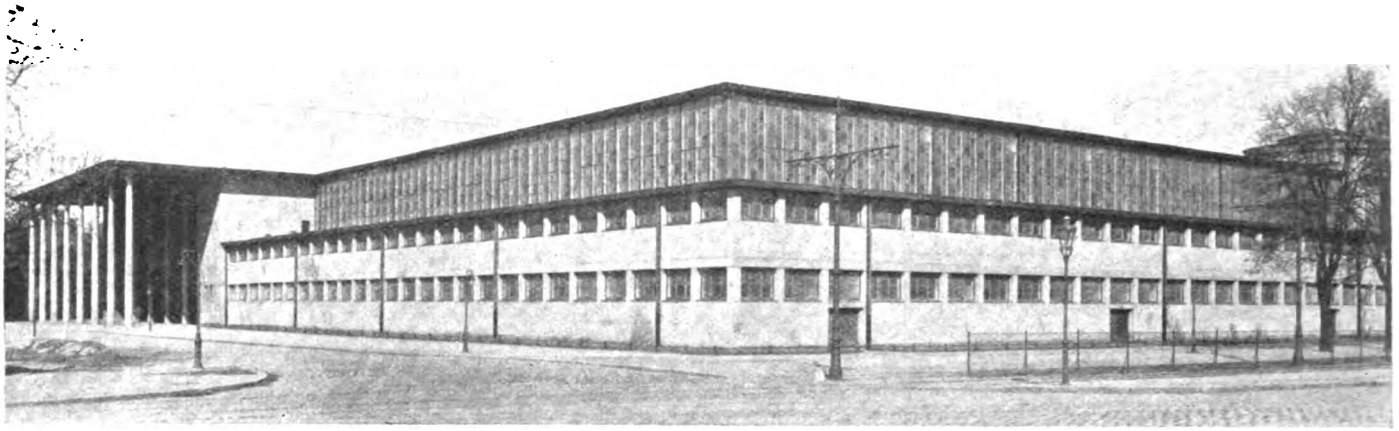


Das Ausstellungsgelände in Breslau-Scheitnig.

der reichsten Absatzgebiete in den Grenzprovinzen, durch die Errichtung neuer Barrieren im Osten und Süden war der Lebensraum der alten Werk- und Handelsstadt in vernichtendem Grade eingeengt. Vor eine völlig neue wirtschaftspolitische Situation gestellt, wurde Breslau überdies das Sammelbecken, wohin sich die Menschenwanderung aus den verlorenen Ostgebieten ergoß. Die ohnehin ungewöhnliche Raumnot wurde zur Raumkatastrophe. Breslau ist seit Jahren die dichtest besiedelte Großstadt Deutschlands.

gestellt. Ob diese Haltung unter dem Gesichtspunkt der Dauer *richtig* war, ist schwer zu entscheiden; daß sie *berechtigt* war, steht außer Zweifel. Und nach all dem ist es denn nicht erstaunlich, daß in der Bürgerschaft selbst das von Stadt und Deutschem Werkbund projektierte Vorhaben einer Großausstellung, nach 16jähriger Pause, krasses Erstaunen hervorrief; bis deutlich wurde, daß *diese Ausstellung* keiner Rechtfertigungs-Kunststücke bedurfte, sondern aus den eigensten Aufgaben und Zielen der

Digitized by Google

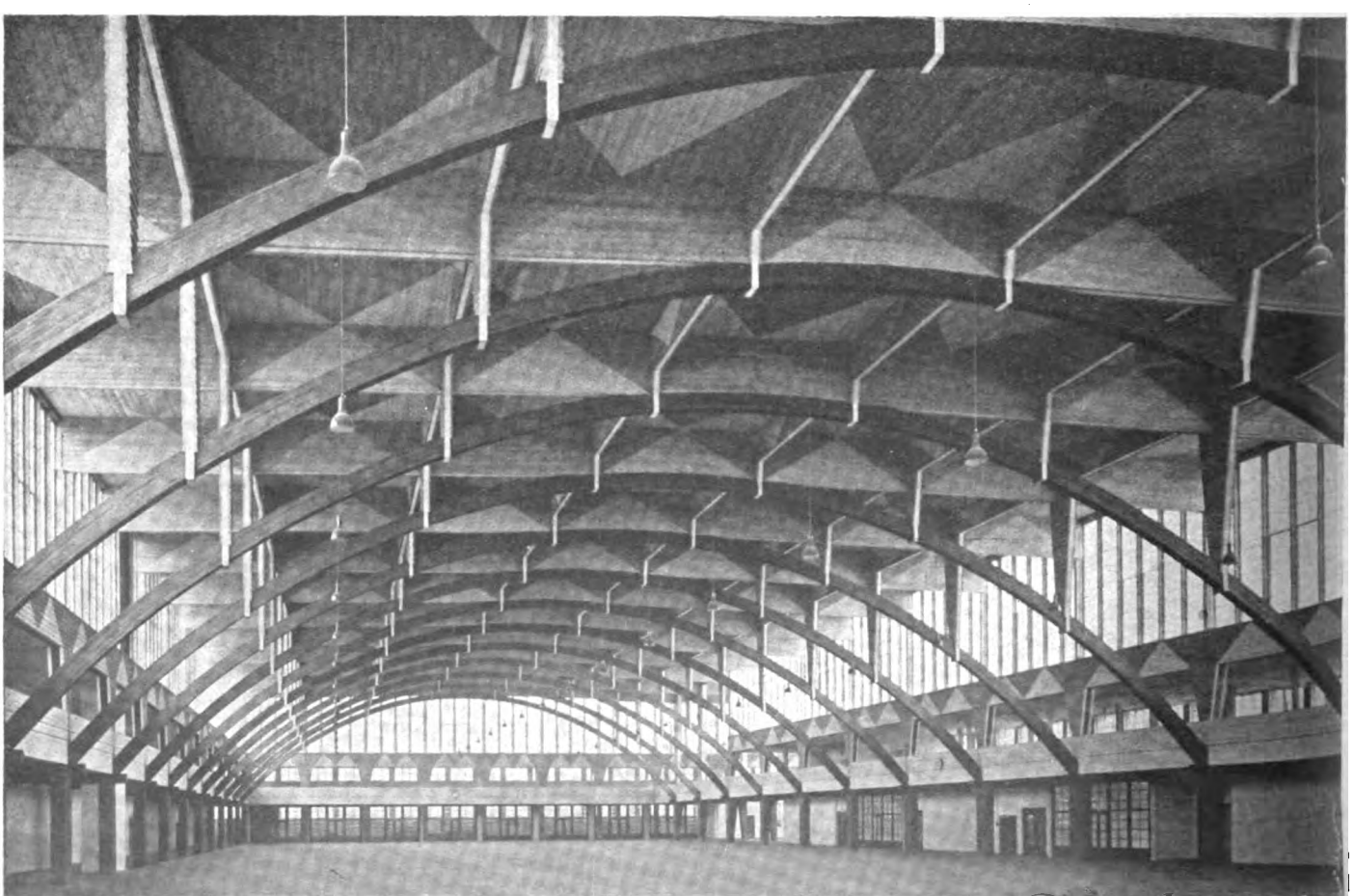


Der Messehof nimmt 12 Gruppen der Hallenausstellung auf.

Kommune herauswuchs, planmäßig an die zähe Arbeit eines Jahrzehnts anschließend.

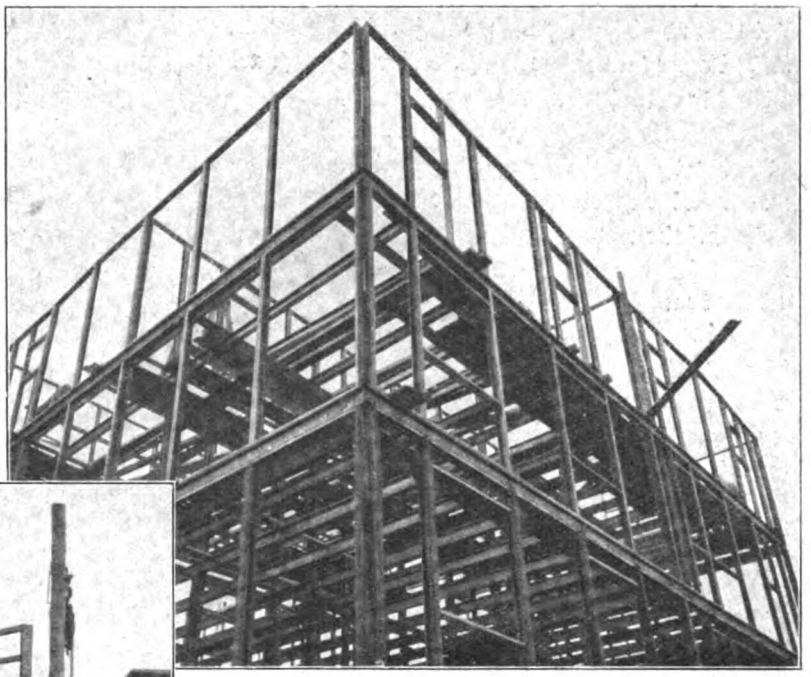
Dennoch, stünde nicht der großzügige Ausstellungskomplex, den Berg und Poelzig vor Jahren gebaut hatten, und der mit der Zeit Teil um Teil erweitert worden war, mit seinen geräumigen Hallen zur Verfügung, die Schwierigkeiten wären schwerlich zu überwinden gewesen. Breslau hat sein wunderbares Ausstellungsgelände wiederentdeckt. Es gab eine letzte Attacke: der Winter wollte nicht enden, die komplementären Bauvorhaben schienen unausführbar; da wurde, Ende Februar, der „Grundstein“ für die Ausstellung „Wohnung und Werkraum“ mit Dynamit gelegt.

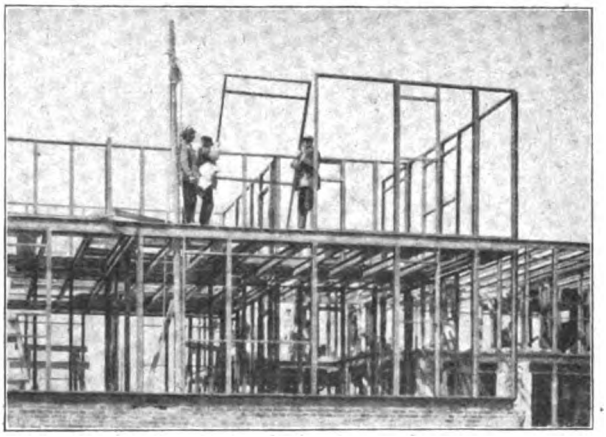
Das Kennzeichen der Ausstellung ist ihr absolut experimenteller Charakter. Das Prinzip, dem sich beide Titelgruppen, die Wohnung und der Werkraum, unterordnen, ist die Eignungsfrage. Die Methode: der Ver-

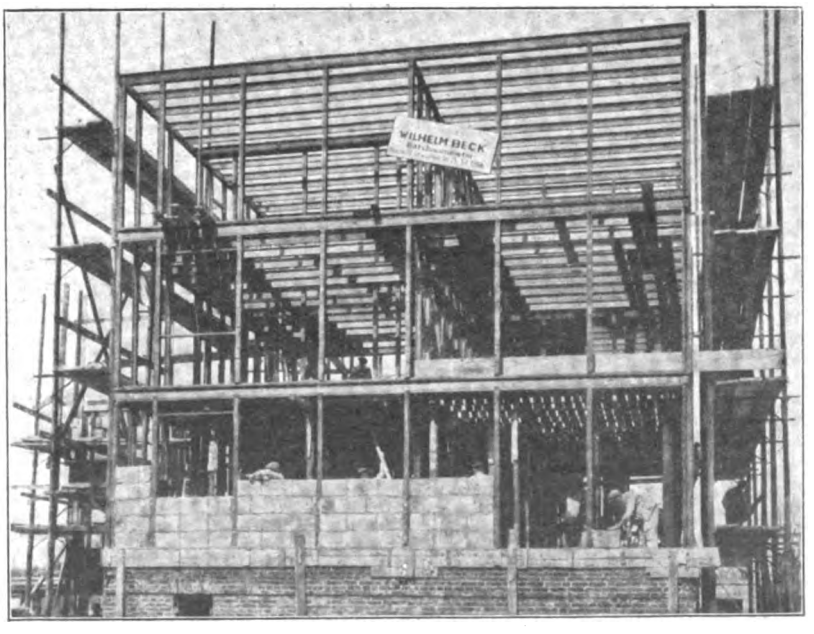


Digitized by Google

STATIONEN EINER MONTAGE







Digitized by Google

gleich. Die Blickrichtung: das Heute in seinen Tendenzen zum Morgen. Der Träger des Ganzen: der Deutsche Werkbund, die Stadtgemeinde, die Siedlungsgesellschaft Breslau. Und das Ziel: im systematischen Versuch die der Mitte und dem Osten Deutschlands konformen Typen, Techniken, Formen herauszutreiben, durchzuarbeiten, zur Diskussion zu stellen. Fachausstellung? Städtebau, Siedlungswesen, Technik sind heute keine Geheimwissenschaften mehr. Wir wollen wissen, wie wir wohnen und arbeiten werden, wie wir wohnen und arbeiten könnten.

Eine Ausstellung, die zwar werben, nicht aber repräsentieren, die eine Entwicklung klar machen und vorwärts stoßen, nicht aber Entwicklungsstationen als historischen Lehrstoff vorführen will, eine solche in den Dienst einer Idee gespannte Ausstellung wird in ihrem Erfolg sehr stark von der Methode abhängen. Aktualität und Lebendigkeit ist hier alles, das Historische kann höchstens da und dort ergänzendes Hilfsmittel sein. Auf das Thema „Wohnung und Werkraum" angewendet, führten diese Erwägungen eine Dreiteilung herbei.

Modell der Versuchssiedlung.

Eine Versuchs-Siedlung — richtiger: eine kleine Versuchsstadt — wird errichtet. Zehn Architekten, Experten der regionalen und sozialen Bedingungen, bauen selbständig nebeneinander, einzig durch den einheitlichen (städtebaulichen) Gesamtplan der Baugruppe gebunden, der ihre Kollektivarbeit ist. Das Experiment beginnt bei der Bauweise, Bautechnik, beim Baustoff, bei der Konstruktion; richtet sich weiter auf die modellmäßige Durcharbeitung des Haupttyps als solchen (Laubenhaus, Etagenwohnhaus, Wohnturmhaus, Reihen-, Einzel-, Landhaus, Gemeinschaftsheim); auf die Organisation der Wohnfläche aller Größenkategorien im einzelnen. Das Problem der Inneneinrichtung und der gesamte Komplex haustechnischer Fragen ist ebenfalls dem Versuch unterworfen. Die soziale Zurechnung jedes Typs wird mitbehandelt. Rund einhundertdreißig Wohnungen von der Kleinwohnung, deren beste Lösung über den Wert eines solchen Versuchs heute entscheidet, bis zum geräumigen wohlbestellten Eigenhaus. Typen für den Serienbau, Musterlösungen für den Privatbau.

Die Gruppe Werkraum", welche ihre eigenen Anlagen auf dem Freigelände erhält, faßt den Versuch etwas enger: Organisationsprinzipien, im lebenden Betriebe demonstriert, werden dem Gewerbe nahegebracht. Eine gewisse Beschränkung in der Auswahl des Gebotenen war notwendig, würde doch die Verfolgung des Themas bis zur Industrie eine fast unbegrenzbare Ausstellung für sich bedeuten. Zudem sind ja die Großbetriebe hier schon teilweise radikal vorausgegangen. Man griff heraus, was lokal und provinzial am dringendsten erschien: das landwirtschaftliche Gehöft mittlerer Betriebsgröße, die Werkstatt des Handwerkers in vielen Typen („Haus des Handwerks"), die kaufmännischen Laden- und Büroräume, den Werkraum des geistigen Arbeiters. Schließlich: den Werkraum der Jugend als Kindergesundheits- und Schulstätte.

Eine Hallenschau, als drittes Glied, soll die Systematik des Versuchs garantieren. Das gesamte Gebiet neuen Bauens und zeitgemäßen Wohnens wird hier in logischer Folge abgehandelt, geordnet nach Gruppen, deren jede von einem oder mehreren Architekten organisiert und verwaltet wird. Wesentlich ist dabei der ständige Bezug auf die Baukörper der Versuchsstadt und ihre Ausstattung, unerläßlich freilich die Erweiterung um die Fragen modernen Wohnungs- und Städtebaus überhaupt. So ergibt sich eine lückenlose Entwicklung vom Einzelgrundriß bis zum mustergültigen Stadtplan, vom ersten Ziegelstein bis zum Standardmöbel und täglichen Gerät. Eine Länderschau gibt den Querschnitt durch den Stand dieser Fragen in den europäischen Ländern, die sich teils offiziell durch die amtlichen Baubüros (Stockholm, Kopenhagen, Oslo), teils durch repräsentative Architektengruppen vertreten lassen: Italien, Österreich, Tschechoslowakei, England, die Schweiz u. a. m.

Der moderne Ausstellungstyp wird heute, nach manchem Fehlschlag, lebhaft erörtert. Wenn es sein Hauptmerkmal ist, jeweils lokal bedingt, aber nicht lokal beschränkt zu sein, so wird die Breslauer „Wuwa" ihn erfüllen.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 22 — Berlin, den 1. Juni 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Jahresbericht für 1928.

In den Auseinandersetzungen über die Frage, ob und inwieweit der Reichsverband an sich und für die Mitglieder eine Wirklichkeit sei, diesen Auseinandersetzungen, die in den letzten Wochen einen großen Teil des Textraumes der „Deutschen Presse" beansprucht haben, ist doch, so kritisch die Einstellung mancher an der Debatte beteiligten Kollegen sich auch gezeigt hat, eines klar zum Ausdruck gekommen, und zwar das Wesentliche, daß der Reichsverband in den letzten neun Jahren seiner Entwicklung unter Leitung eines hauptamtlich arbeitenden Geschäftsführenden Direktors und mit einem eigenen Büro einen ungeahnten Aufschwung genommen hat, daß nicht nur viel, sondern außerordentlich viel in intensiver Arbeit erreicht worden ist.

Es wurde weiter von urteilsfähiger Seite bestätigt, daß in gerechter Würdigung aller Umstände und der manchmal ungeheuer schwierigen und komplizierten Verhältnisse keine Leitung des Verbandes mehr hätte erreichen können. Daß der R.-V. lebt, zeigt nicht nur das immer wachsende Ansehen nach außen hin, das zeigt nicht nur der stetige, manchmal gegen große Hemmungen weitergeführte Ausbau seiner sozialen Einrichtungen, das zeigt nicht nur das ständige Anwachsen der Mitgliederzahl von schätzungsweise 1200 im Jahre 1919 auf über 3700 heute, das zeigt nicht bloß die günstige Entwicklung der „D. Pr.", das beweist vor allem auch die überaus große Arbeitslast und der ständige wachsende Aufgabenkreis der Zentrale. Wir brauchen zu diesem Punkte im einzelnen nicht mehr besonders ausführlich zu werden, da ein Teil des Geschäftsberichts durch den Artikel „Die Leistungen des Reichsverbandes — eine Wirklichkeit" in Nr. 17 der „D. Pr." teils vorweggenommen, teils gestreift worden ist, und ziehen an dieser Stelle die Auseinandersetzungen um die Wirklichkeit des Reichsverbandes nur deshalb noch einmal heran, weil es uns immer wieder nötig erscheint, darauf hinzuweisen, daß der Reichsverband zur vollen Entfaltung seiner Kräfte und Möglichkeiten nur kommen kann durch intensivste Zusammenarbeit zwischen Zentrale, Einzelverbänden und Mitgliedern, durch lebendige Mitarbeit jedes Einzelnen am Bau der Organisation, durch das unbedingte Zusammengehörigkeitsgefühl. Es sollte in den Grenzen Deutschlands keinen Kollegen geben, dem es nicht eine innere Pflicht wäre, tätiges Mitglied jener Organisation zu sein, deren unermüdlichem Wirken er nicht zuletzt die unbestreitbare Hebung des gesamten Standes und damit auch seiner Arbeits- und Lebensbedingungen verdankt. Dabei steht selbstverständlich jedem, der Anlaß zur Kritik zu haben glaubt, auch das Recht zu einer sachlichen Kritik zu, wobei allerdings jeder, der kritisiert, sich darüber klar sein sollte, daß Kritik nicht um der Kritik willen geübt werden soll, sondern daß nur die Kritik nutzbringend für den Reichsverband ist, die umgesetzt wird in zielbewußte und von Sachkenntnis getragene Mitarbeit. Es sollte keinen unter uns geben, der nicht den Wunsch hat, den Reichsverband so stark, so geschlossen und so leistungsfähig als irgend möglich zu sehen; aus solcher Einstellung wird dann stets auch die rechte Beurteilung der Leistungen der Organisation und der Notwendigkeiten der Verbandsarbeit sich ergeben.

An der Festigung der Organisation und ihrem Ausbau hat auch

die letzte Delegiertenversammlung

des Reichsverbandes, die in den Tagen vom 1.—3. Juni 1928 in Köln tagte, wieder einen erheblichen Anteil gehabt. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben war die Schaffung der Satzung einer Zentralhilfskasse, die inzwischen in Tätigkeit getreten ist und über deren erste Leistungen weiter unten berichtet wird. Ein anderer wichtiger Beratungsgegenstand der Delegiertenversammlung war ferner die Stellung der Auslandskorrespondenten, zu der eine Reihe von Richtlinien angenommen wurden mit der Auflage, daß der Reichsverband sich weiter mit ihnen beschäftigen möge, entweder in einer besonderen Sitzung des Reichsausschusses oder aber anläßlich der nächsten Delegiertenversammlung. Dementsprechend wird sich die diesjährige Vertreterversammlung nochmals mit dem Thema befassen und hoffentlich zu zweckmäßigen Beschlüssen kommen. Die Delegiertenversammlung beschäftigte sich weiter mit der Tätigkeit der Ehrengerichte auf der Grundlage der in Breslau angenommenen neuen Ehrengerichtsordnung, wobei festgestellt wurde, daß die Praxis die Notwendigkeit mancher Verbesserungen ergeben habe. Die in Köln vorgelegten Abänderungsanträge sind auf Grund der Erfahrungen des Obersten Ehrengerichts und der Ehrengerichte der Verbände bearbeitet und in neue Vorschläge zusammengefaßt worden, die der diesjährigen Vertreterversammlung zur Beschlußfassung vorliegen. Auch ein Ausbau der Satzungen des Reichsverbandes nach der Richtung einer Verschärfung und genauen Auslegung der Bestimmungen über die Mitgliedschaft erschien den meisten Verbänden dringend notwendig. Die vorgelegten Anträge sind inzwischen in Zusammenarbeit von Vorstand und Landesverbänden zu Richtlinien für die Mitgliedschaft verarbeitet worden, über die die diesjährige Vertreterversammlung gleichfalls zu entscheiden hat. Der Kölner Verbandstag behandelte weiter die Ergebnisse der Sozialen Enquete 1927, die inzwischen durch Beiträge in der „Deutschen Presse" den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht worden sind. Diese Ergebnisse haben im vergangenen Jahr selbstverständlich auch bei den Ver-

Digitized by Google

handlungen mit den Verlegern eine Rolle gespielt und werden es weiterhin tun. Ferner standen in Köln zur Beratung Fragen des Preßrechts, die Tätigkeit der Reichsarbeitsgemeinschaft, die Gefahren der Vertrustung der Presse sowie eine Reihe von Anträgen der Verbände.

Der Vorstand des Reichsverbandes

hielt im Berichtsjahr 1928 insgesamt 14 Sitzungen ab, wovon 10 lediglich Sitzungen der Berliner Mitglieder waren, während an den Sitzungen vom 29. Februar, 19. April, 30. September und 16. Dezember auch die auswärtigen Mitglieder des Vorstandes und zum Teil auch die Mitglieder des Reichsausschusses teilnahmen. Zu der Sitzung vom 19. April, die sich in der Hauptsache mit den Arbeiten der Finanzprüfungskommission befaßte, waren außerdem die Schatzmeister und Geschäftsführer der Unterverbände geladen. Das Ergebnis dieser Arbeiten ist seinerzeit ausführlich bekanntgegeben worden. Eine Fülle von Beratungsstoff lag für die einzelnen Sitzungen vor. In der ersten Hälfte des Jahres 1928 spielten die Beratungen über die direkte und indirekte Beteiligung des Reichsverbandes an der Pressa in Köln eine Rolle, ferner die bevorstehende Preßrechtsreform, die geplante gesetzliche Regelung des Nachrichtenschutzes, die Gerichtsberichterstattung, die Zeitungsinstitute, die Ergebnisse der Sozialen Enquete und nicht zuletzt die Prüfung der Finanzlage des Verbandes und der Unterverbände sowie die damit in Verbindung stehende Vorbereitung der Zentralhilfskasse. Daneben gab es natürlich eine ganze Anzahl Fragen von geringerer Bedeutung. Im zweiten Halbjahr wandte sich das Interesse des Vorstandes vornehmlich der drohenden Ausdehnung der Angestelltenversicherungspflicht auf die Redakteure durch Erhöhung der Versicherungsgrenze zu und weiterhin den durch die Zuwendung des Reiches in Höhe von 225 000 M. in greifbare Wirklichkeit gerückten Plänen auf Schaffung eines deutschen Pressehauses. Von den zahlreichen anderen Fragen, mit denen sich der Vorstand zu beschäftigen hatte, sind die Verbände und Vereine durch Protokolle unterrichtet.

Die Zentrale.

Einen Einblick in die Tätigkeit der Zentrale im vergangenen Jahre hat schon der Artikel über die Wirklichkeit des Reichsverbandes in Nr. 17 gegeben. Ergänzend sei hierzu mitgeteilt, daß der Briefverkehr bei zeitweise vermindertem Personal sich auf der Höhe des Jahres 1927 hielt, trotzdem gewisse Spezialgebiete wie die Soziale Enquête, die Neuausgabe der Mitgliedskarten bei der Gesamtzahl der ein- und ausgehenden Post nicht mehr die große Rolle spielten wie im Jahre 1927. Die Erledigung der rund 50 000 Ein- und Ausgänge hat dementsprechend ein noch höheres Maß von Arbeit erfordert; ständige Überstunden und Sonntagsdienst für einzelne Kräfte waren die Folge. Auch die Zahl der Besucher in der Zentrale ist nicht geringer geworden. Sie betrug 250—260 im Monatsdurchschnitt. Was für ein Zeitaufwand hiermit verbunden ist, braucht den Kollegen, die ja zum Teil selber in ihren Sprech- und Arbeitsstunden von Besuchern bedrängt werden, nicht näher ausgeführt zu werden. Die ankommenden und ausgehenden Telephongespräche beliefen sich pro Tag im Durchschnitt auf etwa 80 bis 85. Hinzukam die Wahrnehmung zahlreicher Besprechungen und Konferenzen durch den Geschäftsführenden Vorsitzenden; es waren pro Woche durchschnittlich 10 Sitzungen wahrzunehmen, die Gesamtzahl betrug 503 Sitzungen im Jahre 1928.

Zur Arbeit der Zentrale gehören im einzelnen die Redaktion der „Deutschen Presse" einschl. der erforderlichen technischen Arbeiten, die manchmal mühevolle Heranschaffung von geeigneten Beiträgen, die Erledigung der damit in Verbindung stehenden Korrespondenz, die Vorbereitung der Sitzungen, sei es des Vorstandes, des Reichsausschusses, der Reichsarbeitsgemeinschaft oder der Delegiertenversammlung, die Erledigung von Beschwerdefällen, die Vorbereitung und rechtzeitige Erledigung der zahlreichen Rechtsfragen in Zusammenarbeit mit den Anwälten des Verbandes, die Arbeit in und mit der RAG., der Verkehr mit der Versorgungsanstalt und die Beantwortung zahlreicher Anfragen mündlicher und schriftlicher Art, die sich auf das Vertragswerk beziehen, der Verkehr mit Behörden, mit Vereinen und Verbänden sowie die Auswertung der zahlreichen Eingänge einschließlich der Zeitungen, Zeitschriften und Drucksachen für die Zwecke des Verbandes, z. B. für Vorstandssitzungen, für die „Deutsche Presse", für die RAG., für Berichte und Rundfragen, für Eingaben an Behörden und dergleichen. Auch über die Korrespondenz des vergangenen Jahres ist zu sagen, daß ein erheblicher Prozentsatz dieser Korrespondenz sich erübrigt hätte, wenn die Kollegen häufiger und aufmerksamer die „Deutsche Presse", die Satzungen, die Ehrengerichtsordnung und das Vertragswerk lesen würden.

Das Archiv des Reichsverbandes, eine Einrichtung, die sich als unentbehrlich erwiesen hat, ist heute auf 3560 Akten und etwa 18 000 Leitumschläge angewachsen, wobei besonders zu beachten ist, daß auf den einzelnen Leitumschlägen häufig 20 und mehr Vermerke eingefügt werden müssen, um die nötigen Verbindungen zwischen den einzelnen Leitumschlägen und Akten herzustellen. Das Archiv könnte noch viel zweckmäßiger ausgebaut und vor allem besser ausgewertet werden, wenn es nicht an den dafür benötigten qualifizierten Arbeitskräften gebräche. Jeder Kollege, der Archivarbeit kennt, wird wissen, was diese Bemerkung bedeutet.

Ein besonders schwieriges Kapitel war, wie immer, die Bearbeitung der Kartei. Von den Ende 1927 ausgegebenen neuen Mitgliedskarten ist immer noch ein erheblicher Teil nicht zur Abstempelung und endgültigen Ausfertigung an die Zentrale zurückgelangt; ebenso wenig sind bisher in alle ausgefertigten Karten die Jahresmarken für das Jahr 1929 eingeklebt worden. Wir hoffen, daß es möglich sein wird, durch intensive Mitarbeit der Verbände die hier vorhandenen Lücken in nicht allzu langer Frist auszufüllen, damit endlich jedes Mitglied in den Besitz einer vollgültigen Mitgliedskarte kommt. Eine halbe Arbeitskraft könnte in der Zentrale gespart werden, wenn jedes Mitglied sich der satzungsmäßigen Pflicht der Inordnunghaltung seiner Mitgliedskarte und der zuverlässigen und genauen Angabe seiner Adresse auch beim Umzug unterziehen würde. Die Zahl der Briefe, die allein aus diesen Gründen immer und immer wieder geschrieben werden müssen, ist leider sehr groß. Hunderte von Briefen sind allein nötig gewesen zur Feststellung ungenauer Adressen. Diese Kleinarbeit, eine wahre Sysiphusarbeit, die immer wieder von neuem mit frischem Mute begonnen werden muß, belastet die Zentrale in ganz unerträglicher Weise. Es wäre zu wünschen, daß sie endlich auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden kann, damit die durch sie in Anspruch genommenen Kräfte für wichtigere Arbeiten nutzbar gemacht werden können.

„Deutsche Presse."

Die erstrebenswerte Ausgestaltung des Textteiles der „Deutschen Presse" verlangt eine bessere Mitarbeit der Kollegen. Alle Ereignisse, die irgendwie für den Journalisten von Bedeutung sind, sollten der Redaktion des Verbandsorgans möglichst schnell mitgeteilt werden, damit in der „Deutschen Presse" darauf hingewiesen und dazu Stellung genommen werden kann. Meistens muß die Redaktion, die doch nur nebenamtlich arbeiten kann, lediglich auf mangelhafte Zeitungsausschnitte gestützt, sich das Material über die einzelnen interessierenden Fälle mühevoll beschaffen. Kommen ihr derartige Zeitungsausschnitte nicht zu Gesicht, so erfährt sie oft überhaupt nichts, da, wie gesagt, die Mitarbeit der Kollegen aus eigener Initiative noch sehr viel zu wünschen übrig läßt. Ein Organ für die Interessen des gesamten Zeitungswesens kann jedoch die „Deutsche Presse", gleichviel, ob sie nebenamtlich oder hauptamtlich redigiert wird, nur durch die eifrige Mitarbeit der Kollegenschaft sein. Die Kollegen sollten nie vergessen, daß die „Deutsche Presse" das einzige Organ ist, in dem sie für ihre eigenen Interessen rückhaltlos eintreten und die Fragen ihres Berufes und Standes frei nach jeder Richtung hin erörtern können.

Trotz der ungünstigen allgemeinen Wirtschaftslage und der Schwierigkeiten bei der Ausgestaltung des Verbandsorgans ist es möglich gewesen, freilich unter nicht unerheblichen Opfern, im Berichtsjahr drei Sondernummern herauszubringen, die viel beachtete Sondernummer „Landwirtschaft und Presse", die besonders in den Agrarprovinzen und -gebieten Deutschlands größtem Interesse begegnet ist, die Sondernummer zur Kölner Verbandstagung, die wertvolle Beiträge zur Psychologie des Journalisten und zur journalistischen Arbeitsmethode wie zu den modernen Problemen der Presse brachte, und schließlich die dreisprachige Sondernummer zur Kölner Tagung der F. J. J., die besonders bei unseren ausländischen Kollegen lebhaften Anklang fand. Wir hoffen, daß das Jahr 1929, obschon es wirtschaftlich nicht verheißungsvoll begonnen hat, doch der günstigen Weiterentwicklung unseres Verbandsorgans dienen wird, und hoffen vor allen Dingen, daß die Mitarbeit der Verbände wie der einzelnen Kollegen lebhafter werden möge als bisher.

Zentralhilfskasse.

Gemäß dem Beschluß der Kölner Delegiertenversammlung trat die Zentralhilfskasse am 1. Oktober 1928 in Kraft. Ihre Arbeiten wurden in einer konstituierenden Sitzung der

Digitized by Google

Berliner Mitglieder der Pflegschaft Anfang September vorbereitet. In dieser Sitzung wurde der Kollege Goeres zum Obmann der Pflegschaft gewählt und die technischen Voraussetzungen für das Funktionieren der Kasse, Einrichtung eines Bankkontos, erste Finanzierung der Kasse, rechtliche Befugnisse des Obmannes und dergl. festgelegt. In den letzten drei Monaten des Jahres 1928 haben noch weitere drei Sitzungen stattgefunden, in den ersten fünf Monaten dieses Jahres insgesamt fünf Sitzungen. Bisher wurden in etwa 30 Fällen insgesamt über 6000 Mark an Darlehen und Unterstützungen auf Befürwortung der Landesverbände, die sich entsprechend den Satzungen beteiligten, bewilligt. Schon Ende 1928 verfügte die Zentralhilfskasse über das ihr für das erste Arbeitsjahr laut Beschluß der Kölner Delegiertenversammlung zugewiesene Kapital von 36 000 Mark, da der Reichsverband die Möglichkeit hatte, ihr schon im Dezember aus den Erträgnissen einer Lotterie neben den ersten beiden Monatsraten von je 3000.— Mark eine Summe von 30 000 Mark zu überweisen. Gelegentlich der Überweisung der erwähnten 30 000 Mark beschäftigte sich der Vorstand mit der Frage der Auslegung des Kölner Beschlusses hinsichtlich der Fundierung der Unterstützungskasse, wobei die Auffassung vertreten wurde, die Meinung der Mehrheit der Delegiertenversammlung sei gewesen, außerordentliche Einnahmen über 36 000 Mark hinaus nicht der Zentralhilfskasse zu überlassen. Dementsprechend wurde beschlossen, die weiteren monatlichen besonderen Einnahmen von 3000 Mark dem schon längst angestrebten und notwendigen Betriebsfonds des Reichsverbandes zuzuweisen. An der bisherigen Inanspruchnahme der Unterstützungskasse gemessen — rund 6000 Mk. in acht Monaten — dürften die Jahreszuwendungen in einer Gesamthöhe von 36 000 Mark für die Unterstützungskasse vollauf genügen, allen an sie herantretenden Ansprüchen gerecht zu werden, so daß vielfach die Frage erörtert wird, ob es nicht, um eine unnötige Thesaurierung der Gelder des Reichsverbandes zu vermeiden, zweckmäßig wäre, einen Teil der für die Zentralhilfskasse gesicherten Einkünfte für andere notwendige soziale Aufgaben des Reichsverbandes abzuzweigen. Hierfür liegen der Bremer Delegiertenversammlung bereits entsprechende Anträge vor. Die Zentralhilfskasse beschäftigt sich augenblicklich noch mit der Frage der Schaffung einer Normalsatzung für die Unterstützungskassen der Landesverbände, die der Pflegschaft als dringlich erscheint. Ihre zukünftige Arbeit wird weiter darauf abzielen müssen, die Landesverbände mehr noch als bisher zur Zusammenarbeit mit der Zentralhilfskasse heranzuziehen und in denjenigen Landesverbänden, die es noch immer nicht fertiggebracht haben, ein eigenes Unterstützungswesen auf die Beine zu stellen, die Errichtung von regionalen Unterstützungskassen zu fördern und evtl. durch Hergabe von Mitteln aus der Zentralhilfskasse in die Wege zu leiten.

Die Rechtsschutzstelle

hat auch im vergangenen Geschäftsjahr eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet. Die Zahl der von ihr bearbeiteten Angelegenheiten hat gegenüber dem Vorjahr etwas nachgelassen; Gutachten sind in ca. 240 Fällen abgegeben. Die Zahl der für den Verband bzw. für die Mitglieder geführten Prozesse hat dagegen nicht unerheblich zugenommen. Es lagen ca. 75 gerichtliche Streitfälle vor. Hiervon sind ca. 45 Prozesse noch nicht abgeschlossen.

Die Zunahme der Prozesse scheint auf dem Vermögensverfall einer Reihe von Zeitschriftenverlagen, mitunter auch auf der vielfach üblichen Verschleppung der Honorarzahlungen für die freien Mitarbeiter zu beruhen. Kleineren Zeitschriften gegenüber ist die größtmögliche Vorsicht vor allem dann zu beachten, wenn sie, wie dies häufig der Fall ist, im Impressum oder auf ihren Briefbogen nicht einmal eine handelsrechtlich zulässige Firma aufweisen. So z. B. führen viele dieser Verlage an Stelle des Namens des Inhabers einfach einen Phantasienamen. Gerade in diesen Fällen, die sich leider häufen, hat sich herausgestellt, daß die betreffenden Verlage ihre Mitarbeiter um das Honorar zu bringen suchen oder zahlungsunfähig werden. Auch ein größerer Berliner Korrespondenzverlag zieht die Zahlung der Honorare für die Mitarbeiter um viele Monate hinaus und zahlt häufig erst, wenn ihm eine Klage zugestellt bzw. bei ihm gepfändet ist.

Auffallend ist die geringe Zahl der Schiedsgerichtsprozesse. Das Oberschiedsgericht ist bisher nur in einem einzelnen Falle angerufen worden. Die wenigen Streitfälle, die vor die Bezirksschiedsgerichte gelangten, sind sämtlich durch Vergleich erledigt. Anzuerkennen sind hierbei die erfolgreichen Bemühungen dieser Gerichte, zur Vermeidung langwieriger Streitigkeiten, einen gütlichen Ausgleich zwischen den auseinanderstrebenden Interessen der beiden Parteien zu schaffen.

Die zur Begutachtung vorgelegten Streitfälle betrafen im wesentlichen dieselben Materien wie in den Vorjahren. In erster Linie stehen nach wie vor die arbeitsrechtlichen Fragen, daneben die preßrechtlichen Fragen: die urheber- und vertragsrechtlichen haben stark zugenommen. Gewichen ist insbesondere die Zahl der Fälle, in denen einzelne Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften abgedruckt wurden. Häufig ergaben sich Streitigkeiten daraus, daß die nachgedruckten Artikel nicht mit einem Vorbehalt der Rechte versehen waren, und infolgedessen die Frage ihres Urheberschutzes im wesentlichen von der oft schwierigen Entscheidung abhing, ob die nachgedruckten Beiträge einen wissenschaftlichen, technischen oder unterhaltenden Inhalt hatten. Ungeklärt ist noch die Frage, wann ein Blatt, aus dem nachgedruckt wird, eine Zeitschrift oder Zeitung darstellt; insbesondere dann, wenn es sich um ein Fachblatt handelt, mag dieses sich nun Zeitung oder Zeitschrift nennen. Solchen Nachdruckstreitigkeiten könnte vielfach dadurch ein Riegel vorgeschoben werden, daß der Artikel mit einem Vorbehalt der Rechte versehen wird.

Ein sehr beachtenswertes Urteil hat das Oberlandesgericht Naumburg in einem Gehaltsstreit gefällt, der bereits vor Einrichtung der Arbeitsgerichte anhängig gemacht worden war. Es lag hierbei der Fall einer mündlichen Kündigung vor. Das Oberlandesgericht hat entschieden, daß ein Einverständnis des Redakteurs mit dieser Kündigung weder daraus zu folgern sei, daß der Redakteur dritten erzählt habe, er gehe zu dem Zeitpunkte, zu dem ihm gekündigt war, fort, noch daraus, daß er sich zu diesem Zeitpunkte nach einer anderen Stellung umsah, noch daraus, daß er auf die mündlich erklärte Kündigung schwieg. Dagegen hat dasselbe Oberlandesgericht weiterhin entschieden, daß der Redakteur den ihm in den früheren Jahren nicht gewährten Urlaub auch während der Zeit, während welcher der Verlag seine Dienste nicht abnahm, nicht nachfordern könne, weil er während dieser Zeit anderweitig tätig war. Aus dieser Entscheidung ist ferner zu vermerken, daß das Oberlandesgericht dem Verlag nicht das Recht zuerkannt hat, die dem Redakteur von der Reichsversorgungsanstalt gezahlte Pension von dem dem Redakteur zustehenden Gehalt abzuziehen, da diese Pension keinen anderweitigen Verdienst darstelle.

Der in dem letzten Bericht („D. P.“ 22/1928) erwähnte große Prozeß ist leider zuungunsten des Mitgliedes ausgefallen. Nach Ansicht der Rechtsschutzstelle um deswillen, weil das Gericht nur die Zeugen des Verlages, nicht aber die des Redakteurs vernommen hat, und das Reichsarbeitsgericht sich der Prüfung, ob darin ein prozessualer Verstoß liegt, dadurch entzogen hat, daß es das Gesetz zur Entlastung des Reichsgerichts auch auf das Reichsarbeitsgericht anwandte. (Vgl. „Deutsche Presse“ Nr. 4, 1929: Die Geltungsdauer dieser Gesetzesbestimmung ist über den 30. Juni 1929 hinaus bisher nicht verlängert.)

Ein Kuriosum stellt ein Fall der Verurteilung eines verantwortlichen Redakteurs zu 1.— Mk. Geldstrafe dar, weil dieser einem Berichtigungsersuchen eines strafrechtlich verurteilten Prozeßagenten nicht stattgegeben hat, das, wie das Gericht selbst als gerichtsnotorisch feststellte, der Wahrheit widersprach. Das Verfahren findet seinen Fortgang. Leider sind die Fälle noch recht häufig, in denen Mitglieder der Rechtsschutzstelle ungenügende Information erteilen, unvollständige Unterlagen einsenden. oder sich erst dann an die Rechtsschutzstelle wenden, wenn sie bereits selbst einen Prozeß anhängig gemacht haben. Die Rechtsschutzstelle kann selbstverständlich am wirksamsten helfen und am sichersten großen Schaden verhüten, wenn ihr Rat und ihre Hilfe rechtzeitig und unter Beibringung aller erforderlichen Unterlagen in Anspruch genommen werden.

Die Stellenvermittlung.

Die Abteilung Stellenvermittlung konnte im Berichtsjahre 696 offene Stellen ausschreiben, d. h. rund 14 wöchentlich, gegen 602 im Jahre 1927. Es wurde also, trotz der im allgemeinen sehr ungünstigen Lage auch des journalistischen Stellenmarktes, noch eine kleine Erhöhung der Zahl der ausgeschriebenen Vakanzen erzielt. Sie ist allerdings darauf zurückzuführen, daß mehr noch als bisher darauf gehalten worden ist, alle nur irgendwie zur Besetzung durch Journalisten geeignete offene Stellen den stellensuchenden Kollegen zur Kenntnis zu bringen in der Annahme, daß jeder Bezieher der Stellenlisten für den Notfall, d. h. wenn sich eine geeignete journalistische Stellung nicht bot, zeitweise auf eine Ersatzstellung zurückgreifen würde. Versandt wurden die Stellenlisten im Durchschnitt des Jahres an 229 Adressen. Am geringsten war die Zahl der Bezieher im Monat Juni, sie betrug 198; die Höchstzahl wurde im Februar mit 248 erreicht. Da

Digitized by Google

ständig rund 40 Listen an Adressen nur zur Information gingen, z. B. an Verbandsvorsitzende, Vertrauensleute usw., war der Jahresdurchschnitt der Stellensuchenden rund 200, davon etwa 60 Mitglieder, die noch in festen Stellungen waren, aber einen Wechsel beabsichtigten.

Leider läßt sich auch für das Jahr 1928 nicht absolut genau feststellen, wieviele derjenigen Kollegen, die die Stellenvermittlung des Reichsverbandes oft Monate hindurch beansprucht haben, durch Vermittlung des Reichsverbandes untergebracht worden sind, da eine große Zahl der Bezieher der Listen es immer noch nicht für nötig hält, Mitteilung zu machen, wann der Bezug eingestellt werden kann bzw. wann eine geeignete Position gefunden ist. Soweit als möglich sind wir den Dingen nachgegangen; doch hat sich eine statistische Zusammenstellung, die Anspruch auf unbedingte Richtigkeit machen kann, nicht durchführen lassen. Von den rund 200 Beziehern, die im Jahre durchschnittlich betreut worden sind, sind im Laufe des Jahres 90 aus der Betreuung ausgeschieden. Schätzungsweise haben etwa 60 Kollegen durch Vermittlung des Reichsverbandes neue Stellung gefunden. Wie groß die Gleichgültigkeit bei manchen Kollegen selbst auf dem Gebiete der Stellenvermittlung ist, beweist die Tatsache, daß auf die Rundfragen an die Stellensuchenden, ob sie die Stellenlisten weiter beziehen wollen oder ob sie inzwischen eine neue Stellung gefunden haben, etwa 25 % nicht antworteten. Erst wenn bei Nichtbeantwortung der Rundfrage die in dem Rundschreiben selbst angekündigte Einstellung der Zusendung der Vakanzenlisten erfolgt ist, kommen ein paar Wochen, manchmal auch ein paar Monate später Beschwerden darüber, daß die Stellenlisten nicht mehr gesandt werden. Es bedarf dann erst wieder eines aufklärenden Schreibens und eines Hinweises darauf, daß Rundfragen von den Mitgliedern beantwortet werden müssen und daß es nicht möglich ist, ohne die Mitarbeit der Kollegen die soziale Arbeit des Reichsverbandes wirksam durchzuführen.

Die Stellenvermittlung, über deren Mängel sich die Geschäftsleitung durchaus im klaren ist, kann, wie das an dieser Stelle schon des öfteren ausgeführt wurde, erst zu einer wirklich erfolgreichen Arbeit kommen, wenn die Mitarbeit sowohl in den Verbänden wie bei jedem einzelnen Mitgliede als eine unbedingte Notwendigkeit empfunden wird, als eine Verbandspflicht, deren Erfüllung Ehrensache ist. Diese Auffassung ist heute leider nur bei einer sehr beschränkten Zahl von Mitgliedern lebendig. Gewöhnlich kommt ein Mitglied erst dann zur Einsicht, wenn es selber die Nöte der Stellensuchenden am eigenen Leibe erfährt. Nur intensivste Mitarbeit der Verbände und jedes einzelnen Mitgliedes, die umgehende Meldung jeder geeigneten offenen Stelle an die Zentrale, der dauernde Hinweis auf die Stellenvermittlung des Reichsverbandes in Verlegerkreisen vermag hier allmählich eine Änderung herbeizuführen.

Selbstverständlich ist die Verbandsleitung dauernd bemüht, endlich die Ziffer 8 B des § 2 der Satzung der Reichsarbeitsgemeinschaft: „Aufgabe der Reichsarbeitsgemeinschaft ist die Schaffung von Einrichtungen zur Bekämpfung der Stellenlosigkeit und zur Erleichterung der Stellenbesetzung" in die Praxis umzusetzen, obwohl die beispielsweise mit der paritätischen Stellenvermittlung der Berliner Arbeitsgemeinschaft gemachten Erfahrungen (etwa 5 vermittelte Stellen im Laufe von 1½ Jahren) nicht gerade ermutigend sind. Noch in der letzten Sitzung des Vorstandes der Reichsarbeitsgemeinschaft (16. April 1929) ist die Frage erneut vom Geschäftsführenden Vorsitzenden angeschnitten worden. Wie aus dem inzwischen versandten Protokoll über diese Sitzung ersichtlich ist, sind die Geschäftsführer der Reichsarbeitsgemeinschaft beauftragt worden, Richtlinien für eine Stellenvermittlung der Redakteure auszuarbeiten und dem Vorstand zur nächsten Sitzung vorzulegen. Verbunden mit diesen Verhandlungen über die Stellenvermittlung wurden in der RAG. auf Antrag des Reichsverbandes Besprechungen über die Frage der Chiffre-Inserate. Dazu wurde nach eingehender Debatte festgestellt, daß zur Behebung der bekannten Mißstände auf dem Gebiet der Chiffre-Inserate von den Verlagen in geeigneter Form auf die Inserenten eingewirkt werden muß, das von den Bewerbern eingesandte Material zurückzusenden. Wir hoffen, daß es im Laufe des Geschäftsjahres 1929 gelingen wird, sowohl über die Frage der Stellenvermittlung wie über die der Chiffre-Inserate zu festen Abmachungen mit den Verlegern innerhalb der Reichsarbeitsgemeinschaft zu kommen. Das Wichtigste aber ist und bleibt, wie wiederholt sei, daß die Kollegen selbst an dem Ausbau ihrer Stellenvermittlung mitarbeiten. Jeder kann heute in die Lage kommen, sie benutzen zu müssen. Kritik auch auf diesem Gebiete ist sehr leicht. Alle Arbeit der Zentrale bleibt aber immer nur halbe Arbeit, wenn sie nicht von den Kollegen unterstützt wird.

Erholungsaufenthalt.

Von der Möglichkeit, sich durch Vermittlung des Reichsverbandes ermäßigten Erholungsaufenthalt für sich selber oder ihre Angehörigen zu beschaffen, haben im Berichtsjahr verhältnismäßig wenig Kollegen Gebrauch gemacht. Insgesamt ist verhandelt worden über die Unterbringung von 15 Personen in Erwachsenenheimen und von 16 Personen in Kinderheimen. In Verbindung stand der Reichsverband im Berichtsjahr außer mit dem Heim Oybin des Sächsischen Landesverbandes mit insgesamt 14 Heimen für Erwachsene und einer großen Zahl von Heimen für Kinder. Die Verhandlungen wurden dadurch leider erschwert, daß in zahlreichen Fällen erst im letzten Augenblick an die Organisation herangetreten wurde, in anderen Fällen häufig in letzter Stunde noch Änderungen notwendig wurden. Die Preise in den Heimen für Erwachsene beliefen sich, abgesehen von Oybin, wo Mitglieder des Reichsverbandes auf die normalen Preise von RM 5.50 bis RM 6.50 25 Prozent Ermäßigung für sich und ihre nächsten Familienangehörigen hatten, auf RM 4.— bis RM 6.50 je nach der Jahreszeit und den Ansprüchen. In den Kinderheimen betrugen sie RM 2.50 bis RM 3.50, zum Teil noch etwas weniger, da z. B. eine vierwöchentliche Kur in einem Heim an der Ostsee inkl. Reisekosten von Berlin aus schon für RM 80.— geboten werden konnte. Etwas mehr als im Jahre 1927, nämlich in 35 Fällen gegen 15 im Jahre 1927 wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, durch den Reichsverband in bestimmten Kurorten ermäßigte oder Ehrenkurkarten zu erhalten und einen zum Teil erheblichen Nachlaß auf die Kurmittelpreise. Auch im laufenden Geschäftsjahre sind eine große Zahl von Kollegen wegen dieser Vergünstigungen, die gern vermittelt werden, an die Verbandsleitung herangetreten. Diese Ermäßigungen sind nicht zu unterschätzen, da die Kurkarte in manchen Orten 30 RM und mehr kostet und auf Bäderpreise bis zu 50 % Nachlaß gewährt wird.

Krankenversicherung.

Die Beziehungen zur Leipziger Fürsorge, erneuert durch den Vertrag vom 21. November 1927, sind auch im Berichtsjahr aufrechterhalten worden. Im Verlaufe des Berichtsjahres hat, was in den Kreisen der Mitglieder sehr unwillig aufgenommen wurde, die Leipziger Fürsorge mit Wirkung vom 1. Oktober die Prämiensätze erhöht, und zwar so, daß jeder Einzelversicherte 1 RM, jeder mit Familie Versicherte 2 RM mehr als bisher zu leisten hatte. Gewissermaßen als Entgelt hierfür wurde der Höchstsatz für Sonderleistungen um 50 % gesteigert (in Klasse 2 auf 75 RM, in Klasse 3 auf 150 RM) und ebenso der Tagessatz für Krankenhausbehandlung in Klasse 2 (bei Nichteinweisung) von 4 RM auf 4,50 RM, in Klasse 3 von 6 auf 8 RM. Die sehr plötzlich getroffene Maßnahme veranlaßte natürlich den Reichsverband und den Bezirksverband Berlin, sowohl bei der Hauptdirektion der Leipziger Fürsorge als auch beim Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen Beschwerde zu erheben. Leider ohne Erfolg, da das Reichsaufsichtsamt den Standpunkt vertrat, daß es von aufsichtswegen nur begrüßt werden könnte, wenn sich die Krankenkassen-Unternehmungen rasch an wirtschaftliche Veränderungen anpassen und erforderliche Beitragserhöhungen nicht solange hinausschieben, bis die Reserven aufgezehrt und vielleicht sogar noch eine Schuldenlast aufgenommen sei. In persönlichen Verhandlungen mit der Leipziger Fürsorge wurde dann noch festgestellt, daß die Leipziger Fürsorge verpflichtet sei, einen Reservefonds von drei Millionen RM anzusammeln, der seinerzeit noch nicht zur Verfügung stand. Sie habe deswegen unter allen Umständen vermeiden müssen, mit einem Verlust zu arbeiten, der ohne Erhöhung der Prämiensätze mit Sicherheit hätte eintreten müssen. Da Reichsverband und Bezirksverband Berlin zu der Auffassung kamen, daß die Argumente ihres Vertragspartners stichhaltig seien, wurde von Vertragskündigung zunächst abgesehen. Um denjenigen Kollegen, die erhöhte Prämien keinesfalls zahlen konnten oder wollten, entgegen zu kommen, erklärte sich die Leipziger-Fürsorge-Hauptdirektion damit einverstanden, Versicherungen nach Klasse D auf Antrag mit sofortiger Wirkung zu streichen und auch ein Zurückgehen aus Klasse III nach Klasse II auf Antrag ohne weiteres zu bewilligen. Geraten wurde aber natürlich den Kollegen nicht dazu, da mit einer Versicherung in einer niedrigeren Beitragsklasse natürlich auch niedrigere Leistungen verbunden sind. Zurzeit wird erneut die Frage geprüft, ob es sich empfiehlt, die vertraglichen Abmachungen mit der Leipziger

Digitized by Google

Fürsorge aufrechtzuerhalten oder ob nicht doch die Möglichkeit besteht, durch Zusammengehen mit irgendeinem anderen Versicherungsunternehmen den Kollegen größere Vergünstigungen zu bieten. Sobald die Prüfung irgendwelche positiven Ergebnisse zeitigt, werden sie den Verbänden bekanntgegeben.

In einer Reihe von Fällen, wo es zu Differenzen zwischen einzelnen Versicherten und Bezirksdirektionen der Leipziger Fürsorge gekommen war, ist es sowohl dem Reichsverband wie den in Frage kommenden Landes- und Bezirksverbänden gelungen, entweder durch Entgegenkommen auf dem Liberalitätswege oder aber durch Durchsetzung von begründeten Forderungen für die Mitglieder etwas zu erreichen. Alle Mitglieder, die irgendwie in Differenzen mit der Leipziger Fürsorge oder deren Vertretungen geraten, werden ersucht, alle Streitfälle ihren Bezirksverbänden zur Erledigung zu übergeben. Bei dieser Gelegenheit sei jedoch darauf hingewiesen, daß jedes krankenversicherte Mitglied, das die Leistungen der Leipziger Fürsorge in Anspruch nimmt, auch nach den Satzungsvorschriften verfahren muß, besonders bezgl. der Spezialisierung der Rechnungen und der Einsendungstermine. Viele Differenzen sind darauf zurückzuführen, daß die Kollegen in diesen Punkten nicht den Vorschriften der Satzungen entsprochen haben. Streitfälle, die sich daraus ergeben, lassen sich gewöhnlich nur unter großen Schwierigkeiten beilegen, da die Leipziger Fürsorge sich, wie alle Versicherungsgesellschaften, zunächst auf den Rechtsstandpunkt zurückzieht.

Dem Ergebnis einer Rundfrage an die Landes- und Bezirksverbände zufolge haben übrigens von 19 angeschlossenen Verbänden 9 auf der Grundlage des Rahmenvertrages mit der Leipziger Fürsorge besondere Verträge abgeschlossen. Die Verträge verpflichten in vier Fällen zur Versicherung. In den übrigen wird die Versicherung bei der Leipziger Fürsorge freigestellt. Nach Auskunft der Leipziger Fürsorge selbst sind nur mit 8 Verbänden Verträge abgeschlossen worden, und zwar für eine Gesamtzahl von annähernd 1100 Versicherten. Zweifelsohne würde es möglich sein, durch Verhandlungen noch günstigere Versicherungsbedingungen zu erreichen, wenn sich die Gesamtzahl der Versicherten erheblich erhöhen ließe und eine Sicherheit dafür bestände, daß wenigstens die große Mehrzahl der Angehörigen der einzelnen Verbände dauernd krankenversichert bleibt.

Reichsarbeitsgemeinschaft, Bezirksarbeitsgemeinschaften und Schiedsgerichte.

Im Verlaufe des Berichtsjahres 1928 wurden zwei Vorstandssitzungen der Reichsarbeitsgemeinschaft und eine Präsidialsitzung abgehalten, über die z. T. in der „Deutschen Presse" näher berichtet worden ist. Über alle Sitzungen sind an sämtliche Landes- und Bezirksverbände die Protokolle zur Kenntnisnahme versandt worden, so daß Gelegenheit gegeben war, sich über die Tätigkeit der RAG. zu informieren. Die Kölner Delegiertenversammlung beschloß eine andere Zusammensetzung der Vertreter des Reichsverbandes im Vorstand der RAG. Es gehören seit Köln dem Vorstande als ordentliche Mitglieder die Kollegen Ackermann-Berlin (Vorsitzender), Dr. Feder-Berlin (stellv. Vors.), Bernhard-Berlin, Klühs-Berlin, Freund-München, Richter-Berlin, Henke-Görlitz, und als stellvertretende Mitglieder die Kollegen Dr. Günther-Leipzig, Jons-Münster, Rippler-Berlin, Baecker-Berlin, Dr. Rumpf-Mannheim, Tönjes-Hannover, Stoffers-Büderich an.

Die RAG. hatte in den oben erwähnten Sitzungen zu einer Reihe von Fragen Stellung zu nehmen, von denen ein Teil noch schwebt. Besonders zu erwähnen ist, daß nach gründlicher Aussprache in der Preßrechtskommission und im Vorstand der RAG. im vergangenen Jahr am 27. Februar 1929 die Eingabe an das Reichsministerium des Innern betreffend Neuordnung des deutschen Preßrechts abgesandt wurde. Die Eingabe bringt Anträge zu dem § 5 des Reichspreßgesetzes (Vorschlag einer Angleichung der Bestimmungen des erwähnten Paragraphen an die Bestimmungen des § 43 der Gewerbeordnung), zu § 7 des RPG. (Definition des Begriffs verantwortlicher Redakteur), zu § 10 des RPG. (Einfügung eines zweiten Absatzes mit der Definition des Begriffes „amtliche Bekanntmachungen"), zu § 11 Berichtigungszwang (Fristsetzung für die Pflicht zur Aufnahme), zu § 16 RPG. (Beantragung der Streichung, da es sich um eine Ausnahmebestimmung handelt), zu § 17 RPG. (Beantragung der Streichung, da veraltet, und Antrag auf Fortlassung einer entsprechenden Bestimmung im neuen Strafgesetzbuch, vergleiche auch Antrag der RAG. zum Entwurf des neuen Strafgesetzbuches vom 18. 1. 1928), zu § 21 RPG. (klarere Formulierung der Fahrlässigkeitshaftung), zu § 22 Verjährung (Festsetzung eines Termins der Verjährungsfrist usw.), zu § 24 RPG., zu § 30 RPG. (Schaffung von Sicherungen für die Presse bei Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung). Außerdem sind der Eingabe angefügt Anträge zu § 53 Strafprozeßordnung (Zeugniszwang) und in Verbindung hiermit zu § 383 der ZPO., damit eine entsprechende Bestimmung in der ZPO. die Anwendung des Zeugniszwangsverfahrens im Disziplinarverfahren für die Zukunft unmöglich macht, sowie eine Ergänzungsbestimmung zur Reichsabgabenordnung. Hoffentlich gelingt es, diese Anträge der RAG., bei deren Beratung und Formulierung der von der Düsseldorfer Delegiertenversammlung 1926 angenommene Antrag Richter zugrunde gelegen hat, durchzubringen. Zur Unterstützung der Anträge der RAG. ist beim Reichsminister des Innern beantragt worden, einen Gutachterausschuß einzusetzen, der paritätisch aus Vertretern der Redakteure und Verleger besteht; er soll dem zuständigen Sachbearbeiter des Ministeriums bei den Vorarbeiten für den Gesetzentwurf mit seinem gutachtlichen Rat zur Verfügung stehen.

Zu erwähnen aus den Arbeiten der RAG. ist ferner die endgültige Fassung der Eingabe mit den Anträgen zur Strafrechtsreform an die Mitglieder des Reichstags und Reichsrats, die Anfang 1928 versandt wurde. Sie enthält die Stellungnahme der RAG. zu den §§ 82, 92, 93, 101, 141, 168, 169 und 318 (§ 193 des jetzigen Strafgesetzbuches) des Entwurfs.

Unter den zahlreichen Fragen, die die RAG. noch beschäftigten, seien u. a. hervorgehoben die Frage der Bildberichterstattung, die Frage der Prozeßberichterstattung, die Frage der Beleuchtungsproben, die der Freikarten auf der Reichsbahn und die der Reklame im Textteil. Soweit hierzu Beschlüsse gefaßt worden sind, sind sie, wie schon erwähnt, nach Festlegung der Protokolle in der „Deutschen Presse" zur Kenntnis der Mitglieder gebracht worden.

Besonders sei noch hervorgehoben, daß die Redakteurvertreter im Vorstand der RAG. immer wieder die Forderung der Durchführung des Normaldienstvertrages angeschnitten haben, wobei von den Verlegern sowohl in den Sitzungen selbst, wie vor einer größeren Öffentlichkeit (siehe auch „D. P." 42/1928) betont wurde, daß der Normaldienstvertrag nach ihrer Ansicht auch dann volle Gültigkeit habe, wenn er nicht besonders schriftlich abgeschlossen sei. Leider ist es nicht immer möglich, in den gemeldeten einzelnen Beschwerdefällen energisch vorzugehen, da die in Frage kommenden Kollegen Nachteile für sich aus einem solchen Vorgehen befürchten.

So wenig günstig nun auch die Frage des Vertragswerkes in einer Reihe von Fällen immer noch steht, ist der Reichsverband doch bemüht, durch ständige Erinnerungen in der RAG. die noch abseits stehenden Verleger zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen heranzuziehen. So wurde beispielsweise in der Präsidialsitzung der RAG. vom 3. 8. 1928 bezüglich der schriftlichen Festlegung des Normaldienstvertrages wieder der Beschluß gefaßt, daß beide Verbände an ihre Mitglieder die Aufforderung richten, daß die Dienstverträge mit den Redakteuren in jedem Falle auf der Grundlage des Normaldienstvertrages schriftlich abgeschlossen werden. Zur Debatte stand in der RAG. ferner die Frage der Festlegung der Rechte des Redakteurs aus den §§ 13 und 14 des Normaldienstvertrages. Hierzu bestätigte das Präsidium, daß nach seiner Auffassung die Schutzbestimmungen der erwähnten §§ zugunsten der Redakteure auch für den Fall der Verpachtung einer Zeitung Gültigkeit haben.

Auch der Frage der Tarifverhandlungen in den einzelnen Verbänden wandte der Reichsverband sein Interesse zu, da bekanntlich die Ziffer 9B des § 2 der Satzung der RAG. in einer Anzahl von Fällen noch der Erfüllung harrt. Die in Frage kommende Bestimmung lautet:

„Aufgabe der Reichsarbeitsgemeinschaft ist:

Die Durchführung und Sicherung allgemeinverbindlicher regionaler wirtschaftlicher Vereinbarungen, und zwar nach dem Grundsatz, daß die Einkommensverhältnisse der Redakteure und festangestellten Mitarbeiter in den Grenzen des für die Verleger wirtschaftlich Möglichen der geistigen Stellung und besonderen Bedeutung des Redakteurs und festangestellten Mitarbeiters entsprechen."

Im übrigen ist im abgelaufenen Jahr nur in einer der Arbeitsgemeinschaften, in denen noch Gehaltstarife bestehen, eine Erhöhung der Tarifsätze erzielt worden, nämlich in Bayern. Die AG. Berlin beschloß, den Berliner Zeitungsverlegern eine Erhöhung des Mindestgehalts für den Vollredakteur auf Mk. 500 zu empfehlen. Die Bezirksarbeitsgemeinschaften Rheinland und Westfalen haben dann

Digitized by Google

noch Kundgebungen beschlossen, in denen auch die Frage der Bezahlung der Redakteure gestreift wurde. Doch ist über eine Auswirkung dieser Kundgebungen im einzelnen Genaues nicht bekannt geworden.

Hiermit kommen wir zu der Tätigkeit der Landes- und Bezirksarbeitsgemeinschaften, von denen Berichte über Sitzungen im Geschäftsjahr 1928 eingesandt haben die BAG. Baden, die BAG. Bayern, die AG. der Berliner Presse, die AG. der Groß-Hamburgischen Presse, die AG. der Niederrheinisch-Westfälischen Presse, die BAG. der Pfälzischen Presse, die AG. der Schlesischen Presse und die AG. der Württembergischen Presse.

Von der Tätigkeit der Schiedsgerichte der RAG. und der BAG. ist zu sagen, daß das Oberschiedsgericht im abgelaufenen Geschäftsjahr überhaupt nicht in Funktion trat und daß nur von einem einzigen Bezirksschiedsgericht über zwei Streitfälle berichtet wurde.

Im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Reichsarbeitsgemeinschaft sei auch die Entwicklung der

Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse

kurz gestreift, die auch im Jahre 1928 trotz überraschend großer Sterblichkeit einen befriedigenden Verlauf genommen hat. Der Bestand der Versicherungen hat sich um etwa 8 % von 3110 am 31. Dezember 1927 auf 3356 am 31. 12. 1928 erhöht, und zwar in der Hauptsache durch obligatorische Versicherungen auf Grund des Normaldienstvertrages. Die neu hinzugekommenen Versicherten gaben der Kapitalversicherung den Vorzug. Trotz der schon erwähnten starken Inanspruchnahme der Versorgungsanstalt durch eine unerwartet große Zahl von Sterbefällen (gegenüber 126 463,65 RM im Jahre 1927 wurden 371 447 31 RM im Jahre 1928 an Versicherungsleistungen ausgezahlt) konnte laut Ausweisen ein Gewinn von 297 189,45 RM erzielt werden, ein erfreuliches Ergebnis, wenn man berücksichtigt, daß die Anstalt erst ihr 3. Geschäftsjahr abgeschlossen hat. Der Gewinn soll, wie im Jahre 1927, als Dividende von 10 % auf die obligatorischen und von 12 % auf die freiwilligen Versicherungen ausgeschüttet werden; die 2 % minus für die obligatorischen Versicherungen dienen zur Auffüllung des Härtefonds, der nur den obligatorisch Versicherten zugänglich ist und sich durch die neue Zuwendung auf 74 089,70 RM erhöhte. Der Rest des Reingewinns wurde zur Erhöhung der technischen Risikoreserve und als Gewinnvortrag verwandt. Die Zusammenarbeit zwischen der Versorgungsanstalt und den Vertragsgesellschaften vollzog sich weiterhin reibungslos.

Von besonderer Bedeutung für die Versicherten ist das in Nummer 52/1928 der „Deutschen Presse" bekanntgegebene Urteil des Reichsfinanzhofes München, durch das die bei der Anstalt abgeschlossenen Versicherungen für Vergangenheit und Zukunft von der Versicherungssteuer befreit wurden. Das bedeutet im Jahre eine Ersparnis von etwa 40 000 RM für die Gesamtheit der Versicherten. Von Bedeutung für die Versicherungsanstalt war dann ein Urteil des Reichsarbeitsgerichtes vom 27. Oktober 1928 (s. auch D. Pr. Nr. 5/1929), das sich an sich auf die Versicherungskasse der Apotheker bezieht, dessen Rechtsfolgerungen jedoch durchaus auch auf die Versorgungsanstalt Anwendung finden. Der Zwangscharakter der obligatorischen Versicherungen ist mit dem erwähnten Urteil auf eine klare Rechtsgrundlage gestellt worden.

Nicht zu Ende gebracht werden konnte im Berichtsjahr die Klärung der gesetzlichen Neuordnung des

Verhältnisses zwischen der Versorgungsanstalt der RAG. und der Reichsangestelltenversicherung.

Im Zusammenwirken von Reichsverband, Reichsarbeitsgemeinschaft und Versorgungsanstalt mit den zuständigen Behörden sind für eine solche Regelung bestimmte Vorschläge ausgearbeitet worden, die im Rahmen einer Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz den gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlußfassung zugehen sollen. Die Bearbeitung dieser schwierigen Frage liegt vorwiegend in den Händen der Kollegen Bernhard und Dovifat. Eine Entscheidung steht noch aus.

Nachdem schon durch die letzten Gesellschafterversammlungen die Erweiterung des bei der Anstalt versicherten Personenkreises durch die Möglichkeit der Aufnahme von Zeitschriftenredakteuren, Redakteuren bei Nachrichten- und Korrespondenzbüros, Redakteuren bei staatlichen, städtischen und kommunalen Pressestellen, sowie von festangestellten Mitarbeitern mehrerer Verlage beschlossen worden war, wurde der Kreis der Versicherbaren jetzt neuerdings vergrößert. Die Gesellschafterversammlung beschloß entsprechend einem Vorschlage des Verwaltungsrates vom 14. Dezember 1928, in den Kreis der versicherungsberechtigten Personen, auch die freien Schriftsteller im Hauptberuf einzubeziehen. Damit ist die vom Reichsverband längst angestrebte und immer wieder gefordert Versicherungsmöglichkeit für die freien Schriftsteller bei der Versorgungsanstalt geschaffen.

Zeitungsinstitute.

Die Verbandsleitung wurde auch im Berichtsjahr durch die Mitarbeit an der Entwicklung der Zeitungsinstitute erheblich in Anspruch genommen. Dabei konnte insofern ein besonders erfreulicher Erfolg erzielt werden, als Kollege Dr. Dovifat von dem preußischen Kultusminister Dr. Becker auf den Lehrstuhl für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin berufen wurde. Mit der Professur verbunden wurde für den Kollegen Dr. Dovifat die Leitung des Deutschen Instituts für Zeitungskunde an der Universität Berlin. Ebenso wie zum Zeitungsinstitut Berlin sind im vergangenen Jahre zum Zeitungsinstitut Heidelberg die Beziehungen weiter gepflegt worden. Dort wirkt bekanntlich als Vertreter der Redakteurseite in der Leitung des Instituts der Kollege A. Scheel, früher Chefredakteur der „Neuen Badischen Landeszeitung", gleichberechtigt mit dem Vertreter der Verlegerseite, dem Besitzer des „Generalanzeigers" in Ludwigshafen, Kommerzienrat Waldkirch. Beide Institute werden bekanntlich vom Reichsverband mit nicht unerheblichen Geldmitteln unterstützt. Großes Interesse bringt der Reichsverband auch den von diesen Zeitungsinstituten geplanten Publikationen zeitungswissenschaftlicher Arbeiten entgegen. Wie lebhaft der Reichsverband nach wie vor an der Pflege zeitungskundlicher und zeitungswissenschaftlicher Fragen teilnimmt, beweisen auch die zahlreichen darauf bezüglichen Veröffentlichungen in der „Deutschen Presse".

Repräsentation und öffentliche Veranstaltungen.

Der Reichsverband der deutschen Presse hat sich im Berichtsjahre hinsichtlich der Repräsentation und des öffentlichen Auftretens die allergrößte Beschränkung auferlegt. Die Zurückhaltung auf diesem Gebiete ist jetzt nach Ansicht vieler Kollegen soweit getrieben, daß ernstlich die Frage aufgeworfen werden muß, ob nicht das äußere Ansehen des Reichsverbandes und seine Stellung auf die Dauer leiden müssen, wenn in gleicher Weise wie bisher die Einschränkung in der Repräsentation beibehalten wird. Die einzigen repräsentativen Veranstaltungen des Verbandes im Jahre 1928 waren die große Kundgebung im Rahmen der Kölner Delegiertenversammlung mit anschließendem Abendessen sowie ein Frühstück im Rahmen der Kölner Tagung der Fédération internationale des Journalistes in Köln, bei dem der Reichsverband die etwa 100 ausländischen Kollegen, die aus allen Teilen Europas eingetroffen waren, begrüßte. Bei beiden Veranstaltungen ist so bescheiden verfahren worden, wie es angesichts der gesellschaftlichen Pflichten, die der Reichsverband zu erfüllen hat, irgend möglich war. Wenn die Frage der Repräsentation im Kreise der Kollegen behandelt und für äußerste Beschränkungen plädiert wird, darf andererseits nicht außer acht gelassen werden, daß schließlich die Mitglieder in den großen Städten, besonders aber in Berlin, im Laufe des Jahres ständig bei Behörden und anderen Körperschaften zu Gaste sind, daß sie selbst aber, von Ausnahmen abgesehen, nicht in der Lage sind, diese Gastfreundschaft zu erwidern und daß deshalb wenigstens einmal im Jahre die Möglichkeit gegeben sein muß, durch eine offizielle gesellschaftliche Veranstaltung des Reichsverbandes es der Gesamtheit der Journalisten auf diese Weise zu ermöglichen, die ihnen so oft gebotene Gastfreundschaft würdig zu erwidern.

Beteiligung an Ausstellungen.

An der Internationalen Presseausstellung in Köln, die nicht nur den deutschen Besuchern einen Begriff vom Geist und Wesen der deutschen Presse vermitteln, sondern auch weiten Kreisen des Auslandes einen Einblick in ihre Entwicklung, ihren Aufstieg und ihren innersten Charakter geben sollte, konnte der Reichsverband der deutschen Presse selbstverständlich nicht ohne Teilnahme vorübergehen. Es wurde eine aktive Mitarbeit des Reichsverbandes an der Ausstellung beschlossen und durchgeführt, um eine Sicherheit dafür zu gewinnen, daß mit der Presse nicht eine rein technische Ausstellung geschaffen würde, sondern eine Schau, die auch dem Laien einen Eindruck vom ‚inneren Leben und von den inneren Gesetzen der deutschen Presse gäbe. Große Verdienste um die Ausgestaltung der Ausstellung nach dieser Richtung hin haben sich viele Kollegen erworben, deren Auf-

Digitized by Google

zählung hier zu weit führen würde, deren Namen auch allgemein bekannt sind.

Aber auch durch eine eigene Organisationsausstellung in bescheidenem Rahmen war der Reichsverband an der Pressa beteiligt. Sie zeigte in kartographischer, karikaturistischer und statistischer Darstellung Entwicklung und Ausbau der Organisation, wichtige Ergebnisse der sozialen Umfrage des Reichsverbandes vom Jahre 1927 bezüglich der Gruppierung der Redakteure, ihres Berufsalters und ihrer Vorbildung, ferner eine statistische Wiedergabe der Entwicklung der Versorgungsanstalt und eine kartographische Darstellung des Standes der deutschen Pressevertretungen im Auslande. Es war auf geringem Raum durch gute Verteilung und konzentrierte Darstellung ein ziemlich umfangreiches Ausstellungsmaterial zur Darstellung gebracht.

Internationale Pressebeziehungen.

Die Mitarbeit des Reichsverbandes an der im Jahre 1926 in Genf gegründeten Fédération Internationale des Journalistes hat sich auch im Jahre 1928 auf beachtenswerter Höhe gehalten. Der Reichsverband hat, um dieses Ergebnis vorwegzunehmen, seine Mitarbeit so intensiv gestaltet und der F. J. J. auf den verschiedensten Gebieten so wertvolle Anregungen gegeben, daß ihm die Präsidentschaft angeboten wurde. Auf dem alle zwei Jahre stattfindenden Kongreß der F. J. J., der Ende 1928 in Dijon tagte, wurde als neuer Präsident für die Jahre 1929/30 vom Reichsverband der deutschen Presse Kollege Bernhard vorgeschlagen und gewählt. 1930 wird auch der 3. Kongreß der F. J. J., wie es die Satzungen vorschreiben, in Deutschland abgehalten werden.

Der ordentlichen Tagung in Dijon ging im Juni eine außerordentliche Tagung voraus, die auf Einladung der Pressa in Köln stattfand. Sie wurde zusammen mit der Pressa vom Reichsverband vorbereitet und hat, wie wir feststellen konnten, bei denjenigen ausländischen Kollegen, die an ihr teilnahmen, einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. Der Kölner Kongreß, der von einer Reihe gesellschaftlicher Veranstaltungen umrahmt war, beschäftigte sich mit der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt, mit der Schaffung einer internationalen Ausweiskarte, den Arbeiten der internationalen Preßrechtskommission und anderen Fragen mehr interner Art. Uns interessiert besonders die Arbeit der internationalen Preßrechtskommission, Sitz Berlin, die gerade zu der Kölner Tagung mit zwei wichtigen Publikationen aufwarten konnte, nämlich einer Zusammenstellung des Urheberrechts aller Staaten der Erde, die überhaupt ein Urheberrecht besitzen, verbunden mit einer Zusammenstellung der Preßgesetze, der Verlagsgesetze, des Filmrechts, des Radiorechts, also kurz und gut des ganzen geistigen Schutzrechts der Welt, ferner mit den ersten zwei Bänden (Deutschland und England) einer ausführlichen Zusammenstellung des gesamten Preß-, Journalisten- und Zeitungsrechts der Welt.

Während auf der Kölner Tagung der F. J. J. die deutschen Kollegen naturgemäß recht zahlreich vertreten waren, fand sich in Dijon zum Kongreß der F. J. J. nur eine kleine deutsche Delegation von vier Kollegen ein. Aus den Verhandlungsergebnissen von Dijon ist zu erwähnen die Schaffung eines internationalen Journalistenpasses, der allerdings noch der besseren Ausgestaltung bedarf, die weitere Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt in Genf hinsichtlich der Feststellung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Journalisten (eine diesbezügliche Veröffentlichung, in drei Sprachen abgefaßt, ist im Spätsommer vergangenen Jahres erschienen), die weiteren Veröffentlichungen der internationalen Preßrechtskommission, das Studium der Frage der Konzernbildung der Presse in den verschiedenen Ländern, die Frage des Funkjournalismus, die Frage der Ausweisung ausländischer Journalisten aus politischen Motiven und verschiedenes andere. Auf allen diesen Gebieten ist bis jetzt von der F. J. J. schon manche erfolgreiche Vorarbeit geleistet, so daß zu hoffen steht, daß die Kollegen in den beteiligten Ländern in den nächsten Jahren die ersten Früchte dieser internationalen Organisationsarbeit ernten können. Die Frage, ob der Reichsverband sich trotz gewisser finanzieller Belastung weiterhin an der F. J. J. beteiligen solle, ist in den Sitzungen des Vorstandes mehrfach gestellt und behandelt worden; noch in der Sitzung vom 16. Dezember 1928 ist der Gesamtvorstand des Reichsverbandes in seiner Mehrheit der Auffassung gewesen, daß Deutschland sich nicht von der Teilnahme an den Arbeiten der F. J. J. ausschließen könne, vorausgesetzt, daß die bis dahin noch nicht unbedingt gesicherte wirkliche Internationalität der F. J. J. ein für allemal stabilisiert würde.

Um die Wirklichkeiten des Reichsverbandes.

Beiträge zur Diskussion.

I.

Wohl alle Kollegen werden mit großem Interesse die Erörterungen in unserer „Deutschen Presse" verfolgt haben, die an den Artikel des Kollegen Tönjes: „Reichsverband — Wirklichkeit" anknüpften. In allen Berufsverbänden wird räsoniert, in unserem aber mit besonderem Eifer, wie es Journalisten ziemt. Leider überwiegt bei dieser Kritik die negative Seite erheblich, ohne daß die Kollegen die ungeheuren Schwierigkeiten aufbauender Arbeit gerade bei einer Journalistenorganisation richtig einzuschätzen wüßten, oder auch selber erfolgreich mitzuarbeiten, sich rühmen könnten. Zugegeben, daß manches noch nicht vom Reichsverbande erreicht worden ist, so muß doch jeder, der die Arbeit des Reichsverbandes dauernd und ernsthaft verfolgt hat, unbedingt anerkennen, daß unsere Organisation seit 1920, wo wir eine hauptamtliche Verbandsleitung haben, eine unbestreitbare Wirklichkeit geworden ist. Die Zentrale ist ganz sicher die stärkste Wirklichkeit im Reichsverbande, und nicht umsonst hat Kollege Bernhard schon vor Jahren einmal in einer Versammlung erklärt, daß die Verdienste des Geschäftsführenden Vorsitzenden unschätzbar seien, während Kollege Freund hinzufügte, daß von den Erfolgen dieser Arbeit noch Generationen zehren würden. Wenn das Männer sagen, die schon lange Jahre in der Verbandsleitung mitarbeiten und die Dinge aus nächster Beobachtung kennen, weshalb dann immer nur die Mängel sehen und hervorheben, statt sich des positiv Erreichten zu freuen und selbst daran mitzuarbeiten, daß die Entwicklung des Verbandes immer erfolgreicher und schneller vor sich gehe.

Ich kann ein seltsames Staunen darüber nicht los werden, daß von den Kritikern meist ganz übersehen wird, daß auch die beste Arbeit der besten Zentrale im Lande nur wirksam werden kann durch die intensive Mitarbeit der Unterverbände, die doch die Aufgabe haben, die Zwecke und Ziele des Reichsverbandes in ihrem Bereiche zu fördern. Es ist doch nicht angängig, immer nur den Reichsverbandsvorstand und die Reichsverbandszentrale zu kritisieren. Mag die Verbandsleitung noch so tüchtig sein, sie kann beim besten Willen nicht alles leisten, und ihre Funktionen müssen eben auf die einer Zentrale begrenzt bleiben, wenn sie sich nicht in ihrer Arbeit zersplittern soll.

Systematische Arbeitsteilung ist auch im Reichsverbande notwendig. Und da erhebt sich die Frage: Inwieweit sind die Unterverbände des Reichsverbandes Wirklichkeiten? Wer als Mitglied des Reichsverbandes die Dinge einigermaßen kennt, teils aus eigener Erfahrung, teils aus Gesprächen mit befreundeten Kollegen, der weiß, daß die Frage, wieweit die Unterverbände Wirklichkeiten sind, nicht einheitlich beantwortet werden kann, denn es gibt Einzelverbände, die von tüchtigen Vorständen geleitet, Großes leisten, aber auch andere, die mehr oder weniger die nötige Aktivität vermissen und dadurch die Arbeit der Reichsverbandszentrale nicht zur Auswirkung in ihrem Bereiche kommen lassen. Schon Kollege Himer hat in seinem letzten Artikel mit Recht darauf hingewiesen, daß es kein gesunder Zustand ist, wenn die Zentrale in Berlin einen Briefverkehr mit einzelnen Mitgliedern in Höhe von etwa 8000 Schriftstücken jährlich zu erledigen

Digitized by Google

hat. Normalerweise müßte doch ein großer Teil davon durch die Unterverbände erledigt werden können, wenn diese in ihrem Bereich die Tätigkeit entfalten würden, die von ihnen von Rechtswegen verlangt werden muß. Wenn man den Besuch der Mitgliederversammlungen in den Unterverbänden kritisch beobachtet und feststellen muß, ein wie geringer Prozentsatz der Mitglieder oft die Versammlungen besucht, so erhebt sich mit ganzer Wucht die Frage: Sind denn die Einzelverbände ihrerseits Wirklichkeiten im Sinne der Bedeutung, die gerade ihnen für ein reges Verbandsleben zukommt?!

Und schließlich: Wie steht es mit den einzelnen Mitgliedern des Reichsverbandes als Wirklichkeiten? Auch hier hat man sich schon daran gewöhnt, zu resignieren und die stellenweise geradezu verheerende Passivität als eine gegebene und unabänderliche Tatsache hinzunehmen. Da kommt gerade zu rechter Zeit der Artikel von Heinrich Rippler in Nr. 21 der „Deutschen Presse“, in dem er uns alle vor die ernste Frage stellt: „Was leistet denn Ihr Kollegen eigentlich in und durch unseren Reichsverband?“ Ich muß ehrlich bekennen, daß ich bei dieser Frage Ripplers, obwohl ich wirklich kein laues Mitglied des Reichsverbandes zu sein glaube, doch ein etwas beklemmendes Gefühl gehabt habe. Darum: Mag diese Debatte wenigstens den guten Erfolg haben, daß von den lieben Kollegen nicht immer bloß mit pharisäerhaftem Dünkel kritisiert wird, sondern jeder sich an die eigene Brust schlägt mit der Frage: „Was leiste ich in und durch unseren Reichsverband für meinen Beruf und Stand?“ Kritik darf niemals in Kritiksucht und Meßmacherei ausarten! Dr. P.

* * *

II.

Wenn auch ruhig zuzugeben ist, daß Manches besser sein könnte im Reichsverband, vor allem in einigen Unterverbänden, so muß doch gleichzeitig gesagt werden, daß die Kritiker selbst am meisten schuld sind, denn wirkliche Stoßkraft kann der Reichsverband nur erhalten, wenn das Gros der Kollegen geschlossen mitmacht. Das ist, wie immer wieder betont werden muß, bitter notwendig. Wir Redakteure und Journalisten erheben Ansprüche auf ideelle und materielle Rechte und übersehen oft dabei, daß diese Rechte noch lange nicht erkämpft sind. Gefährlicher Illusionismus, sich durch schmeichelhafte Apostrophierungen bei repräsentativen Veranstaltungen darüber hinwegtäuschen zu lassen; zu glauben, die viel berufene „Mission“, die wir angeblich auszuführen haben, werde allerseits widerspruchslos anerkannt, und die Träger dieser Sendung seien demgemäß respektiert und angesehen. Die miserable Figur, die der Journalist immer wieder auf der Bühne und in der Literatur macht, ist eigentlich kein Anlaß zum Verwundern — wir selbst sind schuld daran, daß man so von uns denkt! Deshalb werden die Klagen, die über die abfällige Bewertung des Journalistenstandes erhoben werden, solange nicht gegenstandslos werden und verstummen, als sich so wenig Corpsgeist in eben diesem Journalistenstand findet, wie es heute noch der Fall ist. Praktisch wirksam werdender Corpsgeist ist, leider muß man das sagen, noch sehr, sehr schwach bei uns entwickelt. Mangelnder Corpsgeist zeigt, sich z. B. auch in dem großen Abstand, der die Arrivierten von den jungen Kräften trennt, und den zu überbrücken gerade der Reichsverband zu einer seiner vornehmsten Pflichten machen sollte. Leider ist es vielfach so, daß von den minderen Göttern kein Weg zu den höheren führt, und Verfasser dieses ist ja nicht der erste, der die Frage des Nachwuchses und seiner Förderung in der Öffentlichkeit anschneidet. Sie ist doppelt akut in einer Zeit, die leider das persönliche Element aus dem deutschen Pressewesen immer mehr zurückdrängt, da — namentlich im Reich ist dies der Fall — Verlagsdirektoren gleichzeitig die Sessel der Chefredakteure einnehmen und sich allemal zuerst als Verleger und dann erst als Journalisten fühlen — doppelt akut in einer Zeit, wo in Berlin, dem Mekka der aufstrebenden jungen Kollegen, die Unpersönlichkeit der allmächtigen Konzerne dominiert, während die unabhängigen Zeitungen an Bedeutung verlieren oder eingehen. Wir müssen uns klar sein, daß die Chancen des Journalisten bei einer solchen Tendenz immer geringer werden; die ganze Richtung, die zurzeit in der deutschen Presse tonangebend ist, läßt dem Journalisten, der mehr sein will, als ein Verfasser von Kopfzeilen und knalligen Überschriften, nicht mehr viel Raum zur Entwicklung. Es ist ein gefährlicher Weg, den die Entwicklung des Zeitungswesens eingeschlagen hat, ein Weg, dessen Endziel sich in einer nicht allzufernen Zukunft gerade für uns Journalisten sehr schmerzlich fühlbar machen wird. Ein wirklich stoßkräftiger Reichsverband könnte da manche verdienstvolle Arbeit tun — aber um stoßkräftig zu sein, ist er heute vielleicht viel zu groß. Und das ist wohl auch nicht zuletzt die Ursache der Interesselosigeit vieler Mitglieder, und nicht der schlechtesten. Bereits mehrfach ist an dieser Stelle mit Recht gesagt worden, daß der Reichsverband Mitglieder in seinen Reihen zählt, die man durchaus nicht als wirkliche Journalisten ansprechen kann. Wer irgendeine ganz lose Beziehung zum Pressewesen hat, ist deshalb noch kein Journalist. Unser Beruf steht allen offen — wir sperren niemand den Weg durch irgendwelche Berechtigungsscheine — gottlob ist das so — aber; die Berufsorganisation des Reichsverbandes als solche könnte ohne Gefahr etwas mehr Exklusivität wahren. Das käme nur ihrem eigenen Ansehen zugute. Wenn sich die Journalisten in einer Stadt besser kennten — und das ist nur möglich, wenn ihrer nicht so viele sind — gäbe es weniger Auchjournalisten und Auchschriftsteller, die jeder Redakteur aus schmerzlichen Erfahrungen kennt, so viele Herren, die uns bei der Vorstellung mit einem liebenswürdigen „Herr Kollege“ wehrlos machen und sich hinterher als Schnorrer entpuppen. Das sind die Elemente, die den Stand in der Öffentlichkeit diskreditieren und die Modelle für die uns sattsam bekannten Bühnen- und Romanfiguren abgeben; der Schade, den sie im Verkehr mit Behörden und Privaten anrichten, ist unabsehbar. Ein kleinerer, aber straffer zusammengefaßter Reichsverband könnte hier viel Unheil vermeiden.

Und er könnte es noch auf einem anderen Gebiete, auf das einmal die stärksten Scheinwerfer gerichtet werden sollten: auf dem des bezahlten Journalismus, der sorgfältig als ernste Arbeit aufgemachten Reklameschriftstellerei, die oft hart an den Begriff der Korruption grenzt. Auch hierüber sind schon einmal in der „Deutschen Presse“ anläßlich einer Erörterung der „Reisebeilagen“ verschämte Andeutungen gemacht worden. Welchen Umfang dieser Mißstand bereits angenommen hat, kann man aus der Tatsache entnehmen, daß eine bekannte Korrespondenz, die bisher ihre Unabhängigkeit streng bewahrt hat und dies auch in Zukunft tun wird, fortwährend Anfragen aus Industrie- und Interessentenkreisen erhält, „unter welchen Bedingungen“ der und jener Artikel „lanciert“ werden könne. Der Ton, in dem diese Schreiben gehalten sind, läßt erkennen, daß die Absender ein solches Verfahren für durchaus üblich halten — und sie werden wohl ihre Erfahrungen gemacht haben.

Kennten sich, um dies zu wiederholen, die Journalisten, die an einem Orte wohnen, — ganz besonders gilt dies natürlich für Berlin! — so wäre mancher Mißstand dieser Art garnicht möglich; hätten sie Gelegenheit, in regelmäßigen Zusammenkünften Ansichten und Erfahrungen auszutauschen, würde bald manche dieser dunklen Gestalten in der Versenkung verschwinden. Warnungen der „Deutschen Presse“ helfen nicht immer. Die Namen solcher Persönlichkeiten sind leicht vergessen. Ein typischer Fall: ein stellungsloser Handlungsgehilfe, der seit Monaten fremdes geistiges Eigentum vertreibt, mehrfach erwischt und mit Anzeige bedroht, dann aber, weil

Digitized by Google

er Besserung gelobte, geschont und dennoch immer wieder rückfällig wird, kann seine abgeschriebenen Artikel in angesehenen Blättern placieren, obwohl in der „Deutschen Presse" wie im „Zeitungsverlag" vor ihm gewarnt wurde.

Ein Verband der keine genügende Stoßkraft besitzt, kann daher auch in den zunächst interessierenden praktischen Fragen nicht alles Notwendige erreichen. Ein Verband hat deshalb keine Stoßkraft, weil er entweder zu groß ist oder von seinen Mitgliedern nicht genügend gefördert wird. Beides ist m. E. beim Reichsverband der Fall. Dies wird anders werden, wenn sich die Einzelverbände auch mit praktischen Fragen mehr als bisher befassen, wenn die Versammlungen nicht nur zur gewiß wünschenswerten Erörterung wichtiger theoretischer Probleme dienen, sondern auch die tausend kleinen Dinge, die täglich an uns herantreten, die Sorgen und Nöte des Journalisten, seine Chancen in dem sich umschichtenden Pressewesen, das Verhältnis zwischen freien Journalisten und Redaktionen, Redakteuren und Verlegern, wenn alle diese Dinge erörtert werden, von denen man heute nur in kleinen Zirkeln, da aber umso leidenschaftlicher redet, weil man fälschlich meint, der Reichsverband kümmere sich nicht darum. Kollegen, — der Reichsverband seid ja ihr, also tragt ihr selbst alle diese Dinge in die Versammlungen eurer Einzelverbände hinein, bringt sie zur Sprache, seid dort nur halb so lebendig, wie ihr in den Spalten eurer Blätter tut, zahlt nicht nur euren Beitrag, sondern laßt den Krakeel zu Hause und bringt Enthusiasmus, Tempo und geistiges Niveau in die Zusammenkünfte. Wir alle können von einander lernen, und es schadet keinem, die Erfahrungen des andern zu hören. Der Redakteur von heute kann morgen stellenlos sein, in ein anderes Fachgebiet hinüberwechseln müssen. Schadet es da, etwas über die Verhältnisse zu wissen, die er dort antreffen wird? Wenn nur ein Zehntel von dem, was in unseren Kreisen zu dreien und vieren diskutiert wird, zu Papier gebracht und der „Deutschen Presse" zugesandt würde — oder wenn die Kritik an wirklichen und vermeintlichen Mißständen auf den Versammlungen der Einzelverbände zur Sprache gebracht würde — wir vom Reichsverband hätten die interessanteste Zeitschrift und die lebendigste Organisation.

Dr. Kayser.

* * *

III.

Kollege Max A. Tönjes (Hannover) hat in seiner Antwort an den Kollegen Kurt Himer (Groß-Hamburg) in Nr. 16 der „Deutschen Presse" gesagt, er habe bei seinem Artikel „Der Reichsverband — Wirklichkeit" in Nr. 10 nicht allein an den Verband Groß-Hamburg gedacht, sondern auch Entschließungen aus anderen Teilen des Reiches im Auge gehabt. Damit darf sich nun auch der Verband Rheinland-Westfalen getroffen fühlen und zum Wort melden.

Der Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse, der mit seinen rund 500 Mitgliedern zu den stärksten und rührigsten Unterverbänden des Reichsverbandes gehört, ist mit dem Kollegen Tönjes grundsätzlich darin einverstanden, daß Meinungskampf sein muß, daß es jedoch innerhalb des Reichsverbandes eine prinzipielle Opposition nie gegeben hat und auch nie geben soll. Weit davon entfernt, prinzipiell zu opponieren, will er vielmehr tatkräftig am Reichsverbande mitarbeiten. Mitarbeiten bedeutet aber nicht mit allem einverstanden sein, was der Vorstand des Reichsverbandes tut. Mitarbeiten bedeutet auch kritisieren und warnen, wenn in weiten Kreisen der Mitglieder die Meinung besteht, daß im Interesse des Reichsverbandes andere Maßnahmen notwendig seien, als die Zentrale für richtig hält.

Der Reichsverband ist nicht die Zentrale allein (deren sehr verdienstliches und sehr erfolgreiches Wirken wir durchaus nicht verkleinern wollen, wenn wir in einzelnen Zweckmäßigkeitsfragen anders als sie urteilen), sondern die Gesamtheit der Mitglieder. Eine lebendige Wirklichkeit kann der Reichsverband nur dann sein, wenn er seinen Mitgliedern die Möglichkeit gibt, ihre Meinungen über die Zweckmäßigkeit seiner Maßnahmen auszutauschen. Das Organ für diesen Meinungsaustausch sollte die „Deutsche Presse" sein. Durch sie sollten, wenn ein Unterverband Verbesserungsvorschläge macht, die anderen Unterverbände erfahren, was jener zu sagen hat. Uns, in Rheinland-Westfalen, scheint dies eine Selbstverständlichkeit zu sein. Wir müssen aber leider feststellen, daß diese Selbstverständlichkeit keine Wirklichkeit ist.

Darf ich an dieser Stelle den Beweis dafür liefern? Am 7. Oktober 1928 faßte der Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse auf seiner Hauptversammlung in Trier einstimmig eine Entschließung, in der gefordert wurde, daß Entschließungen der Ortsvereine, die zur Veröffentlichung in der „Deutschen Presse" bestimmt sind, von dieser nur dann abgelehnt werden sollen, wenn sie mit der gesetzlichen redaktionellen Verantwortung nicht gedeckt werden können oder irgendwie gegen die guten Sitten oder gegen die Verbandsinteressen verstoßen. In Nr. 49 der „Deutschen Presse" vom vorigen Jahre erschien ein Bericht über die Trierer Hauptversammlung, in diesem Bericht aber war unsere Entschließung gestrichen. Die Mitglieder des Reichsverbandes haben nichts von ihr erfahren. Hätten sie es, dann würden sie wahrscheinlich gefragt haben, was den Verband Rheinland-Westfalen dazu veranlaßt hat, und sie würden auf die naheliegende Vermutung gekommen sein, daß ihnen eine oder mehrere Entschließungen von Ortsvereinen vorenthalten worden sind, die nach der — einstimmigen — Ansicht des großen Verbandes Rheinland-Westfalen mitteilenswert gewesen wären. Und wenn sie jetzt erfahren, daß der Verband auf seiner diesjährigen Hauptversammlung in Bielefeld am 14. April diese Entschließung erneuert hat mit der Änderung, daß sie sich auf „Unterorganisationen" des Reichsverbandes im allgemeinen, nicht nur auf „Ortsvereine" bezieht — wiederum einstimmig (bei einer Stimmenthaltung) —, so werden die Mitglieder des Reichsverbandes daraus schließen können, daß auch der Verband Rheinland-Westfalen sich über Nichtveröffentlichung seiner Meinungsäußerungen in der „Deutschen Presse" zu beklagen hat. Werden sie glauben, daß der große Verband Rheinland-Westfalen Entschließungen faßt oder Entschließungen seiner Bezirksvereine deckt, die den Interessen des Reichsverbandes zuwiderlaufen? Oder werden sie nicht vielmehr glauben, daß hier eine Zensur des Vorstandes geübt wird, die wirklichkeitsfremd ist, die bei den Mitgliedern die Freude an der Mitarbeit im Reichsverbande lähmt und die in den Unterorganisationen manchmal eine Oppositionsstimmung geradezu züchtet, indem sie ihr das Ventil verschließt?

Nehmen wir einmal an — ohne es zuzugeben —, daß die Kritik in Rheinland-Westfalen von falschen Voraussetzungen ausgehe, wäre es dann — gerade dann — nicht richtiger, die Kritik in der „Deutschen Presse" bekanntzugeben und sie durch eine aufklärende Gegenerklärung zu entkräften, als sie zu unterdrücken? Wir wünschen mit dem Kollegen Tönjes, daß der Reichsverband eine Wirklichkeit sei, wir meinen mit ihm, daß Meinungskampf, jedoch ohne prinzipielle Opposition, notwendig ist, aber wir meinen, daß zum Meinungskampf fair play gehört und daß der Reichsverband nur dann von allen seinen Mitgliedern als Wirklichkeit erlebt werden kann, wenn ihnen im Verbandsorgan die freie Meinungsäußerung innerhalb der durch die Berufs- und Verbandsinteressen gebotenen Grenzen gestattet wird.

Dr. Kurt Schmidt-Bielefeld,
2. Vors. d. Verb. d. Rhein.-Westf. Presse.

Digitized by Google

Zur Kritik der Presse.

Von Max A. Tönjes, Hannover.

Wenn Karl Scheffler sich darüber beklagt, wie Dr. Hans Habemann kürzlich in der „Deutschen Presse“ mitgeteilt hat, daß es unmöglich sei, in der Presse rückhaltslos über die Presse zu schreiben, so ist er mit Recht auf die „Deutsche Presse“ und den „Zeitungsverlag“ verwiesen worden als die Zeitschriften, deren selbstgestellte Aufgabe es ist, Kritik an der Presse zu üben.

Tatsächlich reißt die Kritik der Presse nicht ab, ja, man darf ruhig sagen, daß man manchmal das Gefühl hat, es würden Steckenpferde vorgeritten über die Mängel, die kaum welche sind. Diese Kritik verschmäht selbst Wortklaubereien nicht, deren Sinn auch dem verborgen bleibt, der ohne Überhebung von sich sagen darf, daß er seit einem kleinen Menschenleben fernab vom sogenannten Zeitungsdeutsch seine Feder geführt hat.

Doch auch solche Kritik, selbst wenn sie gelegentlich ein wenig überheblich einherschreitet, schadet nicht, wenn vielleicht auch der vertane Aufwand in keinem Verhältnis zu dem möglichen Nutzen steht. Im allgemeinen wird man sagen können, daß das „Zeitungsdeutsch“ meistens nicht von Berufsjournalisten geschrieben wird, sondern von solchen unentbehrlichen Mitarbeitern aus dem Publikum, die ihre Sprache gewaltsam umstellen, wenn sie auch nur vier Zeilen für eine Zeitung schreiben sollen. Die Schuld des Redakteurs besteht dann darin, daß er solche Notizen nicht ganz neu schreibt, weil ihm häufig die Zeit dazu fehlt.

Aber Kritik schadet nicht, und wir Journalisten können sie auch gut ertragen. Selbst Übertreibungen sollen uns nicht ärgern. Eins aber müssen wir fordern, nämlich daß die Kritik wenigstens einigermaßen richtige Maßstäbe an unsere Arbeit anlegt, d. h. journalistische Maßstäbe. Wer die Zeitung mit dem Maßstab mißt, mit dem man dickleibige wissenschaftliche Werke mißt, der tut der Zeitung unrecht. Es kann nicht Aufgabe der Zeitung sein, wissenschaftliche Fragen für Wissenschaftler zu erörtern. Tut es die Zeitung, so verfehlt sie ihr Ziel, gibt sie sich selber auf, denn es ist das Wesen der Tageszeitung, sich an die Massen zu wenden. Ein Journalist, der auf die Wirkung in breitester Öffentlichkeit freiwillig verzichtet, hat seinen Beruf verfehlt.

„Nicht zu kurz, nicht zu lang, nicht zu schwer“, dieses Wort Schefflers übernehme ich mit bestem Gewissen für jede journalistische Arbeit. Ich bin sogar erfreut, wenn es einem meiner Mitarbeiter gelingt, „auch nicht zu ernst“ über ernste Dinge zu schreiben. Bei allem Respekt vor dem Ernst der Dinge weiß doch der Journalist aus Erfahrung, daß das Tragische auch nur kurzlebig ist, und daß Tragik und hohle Sentimentalität dicht nebeneinander wohnen. Er weiß aber auch, daß der wirkliche Journalist niemals ernster, niemals tragischer in des Wortes edelster Bedeutung redet, als wenn er mit wenigen einfachen Worten die Tatsachen selbst sprechen läßt. Wer niemals die Tragik empfunden hat, die aus einer Zehnzeilennotiz sprechen kann, wer niemals gefühlt hat, daß jedes weitere Wort eine Profanierung werden würde, der weiß nichts vom journalistischen Taktgefühl.

Wenn K. Scheffler schreibt: „Ein Leitartikel, ein Feuilleton darf nicht zu lang, nicht zu schwer, nicht zu ernst, nicht zu unwahr und nicht zu wahr sein.... Alles muß dem Durchschnitt angepaßt werden“, so übersieht er in bezug auf den Leitartikel, daß dieser keine langatmige Abhandlung sein soll, sondern daß er in potenzierter Form wie jede journalistische Arbeit das Wesentliche, das, worauf es ankommt, hervorheben und dazu Stellung nehmen soll. Wer sich in der Zeitung mit Selbstverständlichkeiten beschäftigen wollte, würde nie fertig werden, würde nur zu erkennen geben, daß er das Wesentliche nicht zu sehen vermag. Zu diesem Wesentlichen kurz, klar und erschöpfend Stellung zu nehmen und seinen eigenen Standpunkt zu präzisieren, das ist Aufgabe des Journalisten. Wer beispielsweise alle Gesetze, die in den Parlamenten beschlossen werden, in aller Ausführlichkeit besprechen würde, könnte nur eine allgemeine Verwirrung, niemals aber eine Klärung erreichen. Es kommt doch nur auf die Tendenz eines Gesetzes, einer Verordnung, einer Maßnahme in der auswärtigen Politik an und darauf, daß die Durchführung der Praxis der Tendenz entspricht. Und wer in dem Kampf um Tendenzen die absolute Wahrheit in der Hand hat, der mag über „nicht zu unwahr und nicht zu wahr“ spotten.

Und wenn am Feuilleton von Karl Scheffler dieselben Mängel festgestellt werden, so darf man ihm wohl entgegenhalten, daß das Feuilleton sehr vieler Zeitungen nicht nur der ganz großen von internationalem Ruf — durchaus das deutsche und das wertvolle Schrifttum des Auslandes wiederspiegelt. Seine Mängel sind also die des Schrifttums überhaupt. Ja. mehr noch, das Feuilleton läuft nicht etwa hinter dem Schrifttum her, hält nicht etwa um der Massen willen mühsam Anschluß an das Schrifttum, sondern ist vielfach der Wegbereiter des Schrifttums. Wenn kürzlich ein deutscher Schriftsteller von Ruf gesagt hat. er könne ohne Zeitung nicht leben, denn sie gäbe ihm den Lebensunterhalt, so spricht das für das Feuilleton. Die Feuilletonisten haben seit zwei Jahrzehnten mindestens denselben Mut entwickelt wie die Politiker, denn es gehört Mut dazu, die Leser aus dem gewohnten Geleise zu bringen und sie mit den Gedanken und der Kunst der Jungen und Jüngsten vertraut zu machen. Und wenn alle diese neuen Bestrebungen nicht in den Anfängen stecken geblieben sind, dann dürfen, ohne unbescheiden und überheblich zu sein, die Journalisten von sich sagen, daß sie Wegbereiter gewesen sind. Auch dabei sind sie nicht kritiklos dem Neuen und Neuesten nachgelaufen, wohl aber haben sie erkannt, daß Experimente nur dann zum wirklichen Aufbau einer neuen Kunst führen können, wenn sie bekannt werden. Und wenn wir heute, wo alles noch in Fluß ist, kurz zurückblicken, so dürfen wir von uns sagen, daß — sagen wir unter unserer bescheidenen Mitwirkung — wir ein Stück weitergekommen sind, daß das selbstverständliche Chaos, das als Reaktion einer stagnierenden Zeit kommen mußte, doch schon ein Stück hinter uns liegt.

Wichtig ist allerdings, daß das neue Schrifttum stark journalistisch beeinflußt ist, daß es sich stark an das Tatsächliche hält und Tatsachen gestaltet. Und der Weg des Journalismus führt bestimmt zur Gestaltung des Tatsächlichen, „ohne zu lang und zu schwer“ zu werden. Denn das Tatsächliche in seiner Wesentlichkeit dem Leser in kurzer Form nahezubringen, ihm das Erlebnis der Gegenwart zu bereiten, ist etwas, ist sogar viel. Erst seitdem wir eine moderne Presse haben, die auch nicht in der notwendigen Freiheit gehindert wird, ist der Zeitgenosse imstande, seine Zeit mit den vielgestaltigen Erscheinungen zu erleben, ganz gleich, ob er im Brausen der Großstadt oder im einsamen Dorf wohnt.

Wir Journalisten sind neben Schriftstellern und Dichtern kaum im Range, was den Wert der Arbeit anbelangt, unterschieden, wohl aber sind wir ehrlicher. Während fast jeder Schriftsteller und die meisten Dichter glauben, mit jeder Arbeit die Welt aus den Angeln gehoben und Ewigkeitswerte geschaffen zu haben, weiß der Journalist, daß er für den Tag arbeitet, daß es seine Aufgabe ist, dem Tage genüge zu tun. Er weiß aber auch, daß Ewigkeitswerte so ungeheuer selten sind, daß sie kaum alle hundert Jahre einmal entstehen.

Man mag unsere Arbeit kritisieren, meinetwegen hart, bis zur Ungerechtigkeit hart, aber man messe uns mit journalistischen Maßen, wie man billigerweise von einem Tenor nicht verlangt, daß er Baß singt. Mißt man uns aber in dieser Beziehung gerecht, so brauchen wir uns vor Kritik nicht zu fürchten.

Digitized by Google

Nochmals: „Richterliches Eingreifen vor Veröffentlichung eines Artikels“.

In Nr. 12 der Deutschen Presse war unter obiger Überschrift ein Versammlungsbericht des Bezirksvereins Niederrhein-Ruhr enthalten, der sich aus Anlaß eines Vortrages über die Rechtstellung des Publizisten mit einem Vorgang besonderer Art beschäftigt hatte. Eine von einem (nationalsozialistischen) Wochenblatt mit Enthüllungen bedrohte Firma hatte beim Amtsgericht Duisburg eine einstweilige Verfügung erwirkt, die der Redaktion der Wochenschrift die angekündigte Veröffentlichung verbot. Die Versammlung lehnte diese Entscheidung ab, weil

1. eine solche Verfügung als Eingriff in die Freiheit der Presse empfunden wurde,
2. sie in der Verantwortlichkeit des Redakteurs einen vollauf genügenden Schutz vor Angriffen auf die Ehre des Mitmenschen sah, der durch die Strafbarkeit bei Zuwiderhandlungen vollständig gesichert ist.

Die Angelegenheit schien uns wichtig genug, sie in der „Deutschen Presse“ zur Debatte zu stellen. Bedauerlicherweise hat sich bisher niemand weiter mit ihr beschäftigt. Man könnte daher die Akten über die Sache schließen und sich an dem Bewußtsein genügen lassen, rechtzeitig auf eine Gefahr aufmerksam gemacht zu haben. Da jedoch das Landgericht Duisburg sich mit dem Fall beschäftigt hat und zu einem in der Hauptsache die Verfügung bestätigenden Urteil gekommen ist, scheint es doch notwendig, nochmals darauf einzugehen.

Auf einen Umstand ist aufmerksam zu machen. Der Antragsteller hatte ein Verbot gefordert, nach dem sich der Antragsgegner mit den Zuständen im Geschäft der bedrohten Firma überhaupt nicht beschäftigen dürfte. Das Gericht hat in seiner einstweiligen Verfügung das Verbot auf Veröffentlichung „in beleidigender Form“ beschränkt. Dieses Verbot hat das Landgericht bestätigt. Wir zitieren aus der Urteilsbegründung nur die Stellen, die als allgemein gültig zu betrachten sind; was in der Begründung bezgl. des vorliegenden Falles gesagt ist, kommt hier nicht in Betracht, da uns der anlaßgebende Vorgang an sich nicht beschäftigt. Es heißt in der Urteilsbegründung:

> „Der Begriff beleidigende Form umfaßt die strafbaren Tatbestände des 14. Abschnitts des Str.G.B. (§§ 185 bis 195). Der Zweck desselben besteht darin, die Ehre der Antragsteller vor einer strafbaren Verletzung zu schützen, insbesondere durch das Verbot der Veröffentlichung unwahrer, ehrenrühriger Behauptungen oder auch der Veröffentlichung wahrer Tatsachen in einer Form, welche die Absicht der Beleidigung ergibt. Diese strafrechtlichen Verbote gelten auch für den verantwortlichen Redakteur einer Zeitschrift.“

Man denke sich diese Auffassung übertragen auf politische Polemik. Es braucht dann ein politischer Gegner dem andern nur mit Enthüllungen in der Presse zu drohen, und schon muß sich der Kadi mit einer einstweiligen Verfügung schützend vor den Bedrohten stellen, denn der Zweck der Beleidigungsparagraphen des Str.-G.-B. besteht nach dem Duisburger Urteil „darin“ usw. Es ist nur erforderlich, dem angerufenen Gericht glaubhaft zu machen, daß die Gefahr einer Veröffentlichung beleidigender Art vorliegt, und das wird nicht schwer sein, zumal in politisch bewegten Zeiten, wo es doch in der Regel „auf eine Handvoll“ nicht ankommt. Es wird noch weniger schwer sein, wenn die politischen Anschauungen des in Frage kommenden Richters denen des Bedrohten nahestehen. Es ist da durchaus keine einseitige Parteinahme vorauszusetzen — Richter sind zu allererst Menschen, wie wir andern auch. In diesem Zusammenhange ist es von Interesse, daß der Rechtsanwalt, der die in Rede stehende einstweilige Verfügung erwirkte, in Verbindung mit dem Landgerichtsurteil in einem Duisburger Lokalblatt einen Artikel über „Grenzen der Pressefreiheit“ schrieb, der zu dem Schluß kommt:

> „Es besteht also für die gute Presse keinerlei Veranlassung, aus den vorerwähnten Entscheidungen die Gefahr zu fürchten, daß die Pressefreiheit auch nur auf das Geringste eingegrenzt werden soll.“

Was ist denn gute Presse? Dem einen sin Uhl, dem annern sin Nachtigall. Hält etwa ein Sozialist die Rechtspresse für gut und umgekehrt? Wie denkt ein Katholik über gute Presse im Gegensatz zu einem Freigeist? Mit seiner Unterscheidung zwischen guter und anderer Presse hat eben der betr. Dr. jur. uns Leuten von der Zeitung bestätigt, daß unsere Befürchtungen reelle Unterlagen haben, daß, wenn der Erlaß einstweiliger richterlicher Verfügungen auf Verbot nicht erschienener Zeitungsartikel gerichtliche Übung würde, die Pressefreiheit vollkommen abhängig wird von Auffassungen über die Qualität der jeweils in Frage kommenden Zeitung, von der Beantwortung der Frage, ob der drohenden Zeitung zuzutrauen ist, daß sie Unwahres oder Wahres in beleidigender Form veröffentlichen würde. Also nicht greifbare Tatsachen, sondern bloße Vermutungen, nur gestützt von Behauptungen der Bedrohten, würden die Voraussetzungen für ein richterliches Verbot des Erscheinens eines Zeitungsartikels sein können.

Die einstweilige Verfügung ist eine Rechtsbehandlung aus dem Zivilrecht, die Verantwortlichkeit des Redakteurs ist ein strafrechtlicher Begriff. Schon diese Wesensverschiedenheit beider sollte verhindern, daß sie zueinander in Beziehung gebracht werden. Das Gegenteil mutet fast an wie der ebenfalls in der „Deutschen Presse“ besprochene Versuch, den strafrechtlich abgetanen Zeugniszwang für Redakteure auf dem Umwege über den Zivilprozeß wieder wirksam zu machen. Wir sind aus all diesen Erwägungen gezwungen, unsern ablehnenden Standpunkt aufrecht zu erhalten und der Rechtsauslegung des früheren 6. Zivilsenats des Reichsgerichtes zuzustimmen, nach der die vorbeugende Unterlassungsklage dann ausgeschlossen war, wenn die zu verbietende Handlung gegen ein Strafgesetz verstieß. Daß der in dem Duisburger Urteil zitierte Spruch des 2. Zivilsenats vom 15. 2. 1927 diese Ansicht aufgegeben hat, kann für uns nicht bestimmend sein, wenn wir ein Recht zu verteidigen haben, um das Generationen unserer Berufsgenossen mit Einsatz ihrer persönlichen Freiheit gekämpft haben.

Es ist schon in der Einleitung gesagt, daß wir diese Art Verbot auch ablehnen müssen aus unserem Verantwortlichkeitsgefühl als Journalisten heraus. Im Kampf der deutschen Presse um ihre Befreiung von Zensur, Konzessionen und anderen hemmenden Auflagen ist immer wieder und mit Recht betont worden: Der Redakteur steht für das, was er veröffentlicht, nach Inhalt und Form ein, und dieses Einstehen ist Sicherheit genug für Behörden und Publikum. Zudem ist er strafrechtlich faßbar, er kann gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn er beleidigende Ausführungen drucken läßt. Es ergänzen sich also das Verantwortlichkeitsgefühl des Redakteurs und der gesetzliche Schutz der Ehre des Mitmenschen und bilden zusammen eine Sicherung der letzteren, wie sie weder dem Leben noch dem Eigentum zuteil wird. Darüber hinaus Verhütungsmöglichkeiten der Ehrverletzung unter Berufung auf das Strafgesetz — das seinem Wesen und seinem Namen nach straft, nicht vorbeugt — zu konstruieren, heißt der klaren Situation, in der sich der Redakteur und die Öffentlichkeit befinden, Gewalt antun, heißt den Redakteur vor seiner Verantwortlichkeit schützen, ihm gegen seinen Willen die Verantwortung abnehmen, heißt der Allgemeinheit die Möglichkeit nehmen, selbst in Wahrung berechtigter Interessen auch solche Vorgänge in der Presse zu behandeln, die für irgend jemand unangenehm sind, weil sie ihn im Ansehen herabsetzen.

Solche Wirkungen der einstweiligen richterlichen Verfügung kann der Gesetzgeber nicht gewollt haben, wie

Digitized by Google

sie sich aus der in dem vorliegenden Urteil angezogenen Judikatur der 2. Zivilkammer des Reichsgerichts ergeben.

Respekt vor der Ehre und dem Besitz des Mitmenschen und stärkstes Verantwortlichkeitsgefühl sind bei den deutschen Redakteuren der Gegenwart Regelfälle. Gibt es Ausnahmen, dann muß sich die Allgemeinheit damit ebenso abfinden, wie es die anständigen Redakteure tun müssen. Um solcher Ausnahmen willen die Freiheit der Presse in Frage stellen, das Verantwortlichkeitsgefühl der Redakteure mindern und letzten Endes die Möglichkeit verbauen, Mißstände öffentlich zur Sprache zu bringen, ist zu großer Einsatz. Es heißt, um privater Interessen willen die Sorge um das Wohl der Allgemeinheit hintenansetzen, das doch oberstes Gesetz sein soll. Fr. Collet.

Nachrichtenbüros und Pariser Konferenz.

Ein Nachwort von Max Roßbach-Breslau.

Es wird mir gestattet sein, mit ein paar Worten auf die Erwiderungen einzugehen, die meine Kritik an der Nachrichtenübermittlung aus Paris am 18. April von seiten der zuständigen Kollegen der T.U. und des W.T.B. erfahren hat. Ich glaube hierzu deshalb berechtigt zu sein, weil ja die Nachrichtenbüros nicht Selbstzweck sind und für die Beurteilung ihres Wirkens in einem national-politisch bedeutsamen Falle — eine allgemeine Kritik zu üben, liegt mir fern — letzten Endes die Auffassung entscheidend ist, die sich in den Redaktionen bildet. Auch ist der Kontakt zwischen Redaktionen und Nachrichtenbüros im Verhältnis zu der großen Bedeutung der Büros so gering, daß eine Aussprache von Zeit zu Zeit not tut.

Die beiden Kollegen Dr. Gericke und Dr. Stern-Rubarth haben mich durchaus davon überzeugt, daß der Trennungsstrich zwischen nachrichtentechnischer und politischer Seite der Angelegenheit noch schärfer gezogen werden muß, als ich es bereits getan habe. Während über die nachrichtentechnische Seite zwischen Redaktion und Nachrichtenbüros gestritten werden kann, — die Auffassung, daß ein besonders geschicktes und schnelles Parieren eines Überfalles zu verzeichnen gewesen wäre, wird wohl nicht überall geteilt werden —, besteht über die politische Seite völlige Übereinstimmung. Trotzdem möchte ich gerade diese Frage nochmals kurz streifen.

Es ergibt sich von selbst, daß diese beiden Fragen in den Redaktionen nicht so scharf auseinander gehalten werden, wie bei einer der beteiligten Stellen. Das Ergebnis der Zusammenarbeit von Nachrichtenbüros und amtlichen politischen Stellen ist es ja, womit wir uns in unserer redaktionellen Arbeit herumzuschlagen haben. Da es nun nicht Sache der Zeitung sein kann, auf die Mängel der amtlichen Presseinformation hinzuweisen, müssen wir schon die Nachrichtenbüros als unsere Mittler den Amtsstellen gegenüber immer wieder darum bitten, Abhilfe zu schaffen und die Änderungen des Verfahrens herbeizuführen, die im Interesse der Zeitungen und damit der gemeinsamen Sache notwendig sind. Denn die interessanten Darlegungen der beiden Kollegen über die Kompetenzfrage vermögen uns nicht davon zu überzeugen, warum das alles so sein muß, und warum in den 14 Wochen der Konferenz, nach den offensichtlichen Fehlschlägen, keine Änderung eines Informationsverfahrens herbeigeführt worden ist, über das so berechtigte Klagen geführt worden sind. Die Tatsache, daß die weitaus größte Zahl der deutschen Zeitungen in ihrem aktuellen Nachrichtendienst auf die beiden großen Nachrichtenbüros angewiesen sind, deren Bedeutung vor allem seit Einführung des Pressefunkdienstes stark zugenommen hat, muß auch die Autorität stärken, die sie bei den amtlichen Stellen haben. Und so kann ich mir denken, daß es möglich wäre, in dieser Beziehung rascher vorwärts zu kommen, als es, trotz der großen Zahl internationaler Konferenzen, bisher der Fall gewesen ist, und daß man nicht in falscher Bescheidenheit auf einem vermeintlichen Erfolge ausruht, der sich schließlich nicht nur in der kleinen und mittleren, sondern auch in der großen Presse des In- und Auslandes zum Schaden der deutschen Sache ausgewirkt hat. Denn in den meisten Zeitungen, die ich am nächsten Morgen las, war die Konferenz, trotz des Wolffdementis, eben doch „aufgeflogen". Es war also bei ihnen der Eindruck herbeigeführt, den Havas hervorrufen wollte. Das widerspricht der Ansicht des Kollegen Dr. Stern-Rubarth, daß in allen deutschen Zeitungen Kollegen mit dem Fingerspitzengefühl eines diplomatischen Korrespondenten sitzen und zeigt, daß Redaktionsschlüsse meistens nicht von dem guten Willen der Redaktionen, sondern von den Abfahrtszeiten der Nachtzüge und anderen technischen Faktoren abhängig sind.

Wenn auf diese Hinweise Rücksicht genommen wird, und wenn es gelingt, die zeitungs- und nachrichtentechnischen Notwendigkeiten mehr und energischer als bisher den zuständigen amtlichen Stellen klar zu machen, so wird viel gewonnen sein, und die Aussprache könnte von großem Nutzen für die Zusammenarbeit von Redaktionen und Nachrichtenbüros werden.

Recht und Presse

Das Impressum der Bilderbeilage.

Ein für weite Kreise der Presse interessantes Urteil bezüglich der Angaben über die Verlags- und Redaktionsverhältnisse von Bilderbeilagen hat das Reichsgericht vor kurzem gefällt. Der Tatbestand war folgender:

Im Verlag der Oberbergischen Buchdruckerei- und Verlagsanstalt in Gummersbach (Klägerin) erscheint die „Volkszeitung für Rheinland und Westfalen", in dem der Firma F. Lukken daselbst (Beklagten) die „Gummerbacher Zeitung". Die Klägerin beanstandet die Art, wie die Beklagte ihre wöchentliche Bilderbeilage „Die Zeit im Bild" herausbringe. Früher habe sie diese Beilage als solche ihrer Zeitung bezeichnet und dabei am Schluß wahrheitsgemäß angegeben: Druck und Verlag der Firma Otto Elsner in Berlin, verantw. Schriftleiter Dr. Erich Mehne in Charlottenburg. Dann aber sei sie dazu übergegangen, die Bezeichnung „Die Zeit im Bild" nur als Untertitel ihrer Zeitung anzugeben, sich selbst als Verlag dieser Beilage zu bezeichnen und am Schluß der Zeitung (Impressum) als verantwortlich für die illustrierte Wochenbeilage Fräulein Sch. zu bezeichnen. Alle diese Angaben seien unrichtig und darauf berechnet, das Publikum über die wahren Verhältnisse zu täuschen und den Anschein eines besonders günstigen Angebots zu erwecken, als ob es sich um einen besonders leistungsfähigen Verlag in drucktechnischer und redaktioneller Beziehung handle. Die Beilage beziehe sie fertig von der Deutschen Bilderdienst-G. m. b. H. in Berlin, die den Druck besorge und allein das Verlagsrecht besitze. Demgemäß erhob die Klägerin Klage auf Unterlassung der beanstandeten unrichtigen Bezeichnungen und Angaben sowie auf Ersatz des daraus entstandenen und noch entstehenden Schadens.

Sämtliche Instanzen — Landgericht und Oberlandesgericht Köln sowie Reichsgericht — wiesen die Klage ab, letzteres mit folgenden Entscheidungsgründen: Die beanstandeten Angaben besagen zunächst tatsächlich nicht mehr, als daß die Beklagte in ihrem Zeitungsverlag wöchentlich mit der Zeitung eine größere Bilderbeilage erscheinen läßt, für die Fräulein Sch. verantwortlich zeichnet. Ob diese Angaben richtig sind, ist nicht ausschlaggebend. Mit Recht nimmt das Oberlandesgericht an, daß die Angaben der Beklagten sich wie die ganze Zeitung an die ländliche Bevölkerung von Gummersbach und Umgebung wenden. Daß diese auf das Impressum, die Angabe des verantwortlichen Redakteurs, überhaupt achtet, muß als ausgeschlossen erachtet werden, mindestens soweit die Angabe die Bilderbeilage betrifft. Aber auch im übrigen ist nicht damit zu rechnen, daß ein irgend beachtlicher Teil der Bezieher und sonstiger Käufer oder ein Inserent der Zeitung sich zum Bezug, Kauf oder Inserat dadurch bestimmen läßt, daß er glaubt, die Bilderbeilage sei in gleicher Weise wie die Zeitung selbst unter dem Einfluß der Beklagten oder nach deren Wei-

Digitized by Google

sungen hergestellt. Angeboten wird eine Zeitung von besonderer Art, nicht etwa werden die Leistungen einer Druckerei angepriesen, die außer der Zeitung auch andere Druckaufträge erledigt. Mit den beanstandeten Angaben hat die Herstellung des Druckes der Bilderbeilage gar nichts zu tun; es folgt aus diesen Angaben keineswegs, daß die Herstellung der Bilderbeilage in der Druckerei der Beklagten stattfinde. Aber sollte das auch ein nicht unerheblicher Teil der Leser und Inserenten aus den Angaben der Beklagten entnehmen, so spricht doch nichts dafür, daß deshalb das Publikum mehr Exemplare der Zeitung kauft, ihr mehr Inserate anvertraut. Damit entfällt der hauptsächlich auf § 3 UnlWG. (Anschein eines besonders günstigen Angebots) gestützte Unterlassungsanspruch, damit zugleich aber die Berufung der Klägerin auf § 1 desselben Gesetzes (Verstoß gegen die guten Sitten). Wenn die Bilderbeilage der Beklagten tatsächlich zur Verbreitung ihrer Zeitung zum Schaden der Klägerin beitragen sollte, so kann das nur auf ihrem Inhalt, nicht auf den Angaben über die Verlags- und Redaktionsverhältnisse beruhen. (Urteil des Reichsgerichts vom 15. Febr. 29 II. 343/28.)

Zum Artikel: „Wer muß erzogen werden"

Auf Wunsch teilen wir mit, daß der Redakteur Franz Werner Schmoldt, Berlin-Steglitz, Menckenstraße 24, mit dem Schriftsteller F. W. Sch., von dem in dem Artikel „Wer muß erzogen werden?" die Rede ist, nicht identisch ist.

Die Redaktion.

Aus der Organisation.

Landesverband Mitteldeutschland.

Am 5. Mai fand in Jena die Frühjahrshauptversammlung des Landesverbandes Mitteldeutschland im Reichsverband der deutschen Presse statt. Der Vorsitzende Dr. Clages erstattete den Geschäftsbericht. Er konnte mitteilen, daß die Zahl der Mitglieder auf 200 angestiegen sei. Die Korrespondenz nehme dauernd an Umfang zu. Auf der Versammlung wurden verschiedene geschäftliche Dinge erledigt, so die Wahl der Delegierten für die Bremer Hauptversammlung. Ferner wurden einige Anträge, die in Bremen behandelt werden sollen, beschlossen. Die Organisation des Verbandes hat sich weiter gefestigt, da der Kollege Dr. Malberg, Vorsitzender der Ortsgruppe Weimar-Jena, mitteilen konnte, daß sich die Ortsgruppen Erfurt, Weimar-Jena und Gotha unter Beteiligung der Mitglieder in anderen Städten zu einer Bezirksgruppe Groß-Thüringen zusammenzuschließen im Begriffe ständen. Zum Vorort dieser Bezirksgruppe, der jährlich wechseln soll, ist zunächst Weimar bestimmt worden.

Den Mittelpunkt der Tagung bildete ein Vortrag von Prof. Dr. Erich Everth vom zeitungswissenschaftlichen Institut der Universität Leipzig. Er sprach über die Konzentration im deutschen Zeitungswesen. Er verbreitete sich eingehend über die bereits bestehenden Zeitungskonzerne und wies nach, daß gegenüber der großen Zahl der in Familienbesitz befindlichen Zeitungen die Konzerne nicht allzu viel bedeuteten. Allerdings sei ihr Einfluß auf die öffentliche Meinung nicht zu verkennen. Es bestehe aber keine Tendenz in der deutschen Presse, die Besitzkonzentration übermäßig zu forcieren. In der Amerikanisierung der deutschen Presse sieht der Redner jedenfalls keinen erstrebenswerten Zustand, da die Vielseitigkeit des politischen und kulturellen Lebens darunter leide. Der Redner würdigte schließlich noch die Bedeutung der Korrespondenz- und Maternbüros. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Im Anschluß an die Versammlung fand ein gemeinschaftliches Mittagessen statt, während am Nachmittag der größte Teil der Kollegen sich die Sehenswürdigkeiten der Stadt Jena und ihrer Umgegend ansah.

Ortsgruppe Weimar-Jena.

Nachdem bisher die Ortsgruppe Weimar-Jena im Verband Mitteldeutschland ihre Aufgabe lediglich in der Pflege des kollegialen Lebens innerhalb der Gruppe gesehen hatte, hielt sie es für angebracht, auch nach außen hin einmal repräsentativ aufzutreten, um dadurch die Beziehungen zur Thüringer Öffentlichkeit am Sitze der Landesregierung zu vertiefen. Sie nahm diese Aufgabe in Angriff, obwohl dabei ein gewisses Risiko von vornherein in Rechnung gestellt werden mußte. Um so erfreulicher ist es, feststellen zu können, daß der erste Presseabend Ende April ein voller unerwarteter Erfolg wurde, dessen Auswirkungen sich erst in der Folgezeit in vollem Umfange bemerkbar machen dürften.

Der Abend war in der Form eines parlamentarischen Bierabends aufgezogen worden, und die Spitzen der Regierung, des Parlaments und der Behörden waren der Einladung so zahlreich gefolgt, daß sich etwa 100 Gäste mit den Kollegen aus Erfurt und der gastgebenden Ortsgruppe Weimar-Jena zusammenfanden. Der Abend sollte das Verständnis für die Eigenart des journalistischen Berufes wecken und deshalb stand im Mittelpunkt ein Vortrag des Ortsvorsitzenden Dr. Malberg, der den „Journalisten von gestern, heute und morgen" in seiner historischen Entwicklung und seinen neuzeitlichen Lebensformen umriß. Die angeregte Aussprache, die sich daran knüpfte, bewies den Journalisten besser noch als zahlreiche offizielle Beifallsäußerungen, wie stark der Eindruck der Ausführungen wirkte. Worte lebhafter Anerkennung fanden u. a. Staatsminister Dr. Riedel, der Rektor der Thür. Landesuniversität Jena Professor v. Zahn und Bürgermeister Kloß-Weimar. Mehrfach tauchte der Wunsch auf, auch in kleineren Zirkeln eine Verständigung mit den Journalisten herbeizuführen, da auf Grund solcher Fühlungnahme für beide Teile Ersprießliches zu erwarten sei. Künstlerische Darbietungen von ersten Kräften des Deutschen Nationaltheaters gaben dem Abend das Gepräge einer gesellschaftlichen Veranstaltung.

Verein Niedersächsische Presse.

Zu dem Bericht in Nr. 21 der „D. Pr." über die Hauptversammlung des Vereins Niedersächsische Presse werden wir gebeten, folgende Richtigstellung des Münchener Kritikkonflikts zu bringen: „Der Kapellmeister Knappertsbusch war im Hinblick auf die Kritik des Herrn von Pander über die Aufführung der 9. Sinfonie von der Leitung der Akademiekonzerte zurückgetreten. Erst als daraufhin durch eine Erklärung der Musikalischen Akademie e. V. der Versuch gemacht wurde, die Redaktion der „Münchener Neuesten Nachrichten" vor die Wahl zu stellen, entweder die Freiheit der Kritik oder den Fortgang der Akademiekonzerte zu gefährden, ist von den „Münchener Neuesten Nachrichten" jede Berichterstattung über die Veranstaltungen der Akademie eingestellt worden. Es bestand keine Veranlassung, Herrn von Pander das Referat zu entziehen, was auch nicht geschehen ist. Mit dieser Feststellung entfallen die aus dem irrtümlich dargestellten Tatbestande abgeleiteten Folgerungen bezüglich der Haltung der „Münchener Neuesten Nachrichten"."

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse.

Die Geschäftsführung des Verbandes bittet uns, zu dem Bericht über die Hauptversammlung in Bielefeld mitzuteilen, daß der Dringlichkeitsantrag, welcher eine Prüfung der Frage wünschte, in welcher Weise der Nachwuchs durch den Verband besser erfaßt werde, nicht vom Bezirksverein Niederrhein-Ruhr stamme, sondern vom Bezirksverein Linker Niederrhein (Krefeld).

Verband der Schlesischen Presse.

Ortsgruppe Gleiwitz.

Die Ortsgruppe Gleiwitz des Verbandes der Schlesischen Presse, deren Gründung am 7. März erfolgt ist, hielt am Donnerstag, 25. April, eine Sitzung ab. Als erster Punkt wurde die Tariffrage besprochen und beschlossen, an den Vor-

BAD PISTYAN

bietet d. „Deutschen Presse" zur Kur ganz besondere Begünstigungen.
Vulk. Schwefel-Schlammquellen — Rheuma, Gicht.
400 Morgen Park, Tennis, Golf, Rudern, Fischen.
Ausk.: Pistyan-Büro, Berlin W 15, Meierottostr. 1

Digitized by Google

stand des Verbandes der Schlesischen Presse mit dem Ansuchen heranzutreten, daß der Geltungsbereich des bisherigen niederschlesischen Tarifs auch auf Gleiwitz ausgedehnt werde. Die Stadt Gleiwitz müßte dann in die Ortsgruppe A eingestuft werden. Der Vorstand des Schlesischen Verbandes wrd gebeten, alle zur Erreichung dieses Zieles geeigneten Schritte zu tun. Als Vertreter für den Vorstand des Schlesischen Verbandes wurde einstimmig Redakteur Dr. Pehnt („Oberschlesischer Wanderer") gewählt. Der Vorstand der Ortsgruppe setzt sich demnach wie folgt zusammen: Vorsitzender Dr. Reinhart, stellvertretender Vorsitzender Dr. Pehnt, Geschäftsführer Matzel. Als nächste Veranstaltung der Ortsgruppe ist eine Studienfahrt in Aussicht genommen. Näheres darüber wird demnächst mitgeteilt werden können.

Personalien

Kollege Theodor Ernst in Uelzen konnte in diesem Monat auf eine 40jährige Tätigkeit bei der „Allgemeinen Zeitung der Lüneburger Heide" zurückblicken. Er war zunächst als Korrektor tätig, übernahm dann die Geschäftsstelle und trat 1908 in die Schriftleitung ein, in der er den lokalen Teil bearbeitete. Der Verlag veranstaltete zu Ehren des Jubilars eine Feier, bei der diesem auch das Ehrenzeichen des deutschen Buchdruckervereins für 40jährige treue Dienste überreicht wurde. Unser Vorstand hat sich gern den Glückwünschen angeschlossen, denn Kollege Ernst hat immer ein reges Interesse für unsere Organisation bewiesen und ist insbesondere als Obmann der Gruppe Osthannover im Verein Niedersächsische Presse bestrebt gewesen, die Ziele des Reichsverbandes fördern zu helfen.

Eliza Ichenhäuser, eine vielgelesene Mitarbeiterin zahlreicher Zeitungen und Zeitschriften, beging am 12. Mai den 60. Geburtstag. Sie stammt aus Rumänien, wo sie in Jassy geboren wurde. In ihren Schriften ist Eliza Ichenhäuser, eine überzeugte Frauenrechtlerin, stets mit Wärme und Überzeugung für die Hebung ihres Geschlechtes und seine Gleichberechtigung im politischen, beruflichen und privaten Leben eingetreten. Unter ihren zahlreichen Werken, die sich fast ausnahmslos mit Frauenfragen beschäftigen, interessiert hier besonders „Die Journalistik als Frauenberuf".

Frieda Nadel, eine der Führerinnen der Hamburger Frauenbewegung, beging am 10. Mai den 60. Geburtstag. Frieda Nadel gehört zu den ersten deutschen Frauen, die hauptberuflich journalistisch tätig waren; sie hat eine lange Reihe von Jahren sich um die Frauenbeilage des „Hamburger Fremdenblattes" große Verdienste erworben. Zum Journalismus kam sie aus ihrer sozialen Arbeit und der Arbeit in der Frauenbewegung. Ihre Hauptarbeit galt neben ihrem Berufe der Frauenstimmrechts- und Mutterschutzbewegung sowie der Bodenreform. In den Jahren 1919 bis 1927 war sie Mitglied der demokratischen Fraktion der Hamburger Bürgerschaft.

Sportberichterstatter und Schriftsteller Schmidt-Gummy von der Pegnitz konnte Ende Mai auf eine 40jährige Tätigkeit im Dienste des Sportes zurückblicken. Früher selbst stark aktiv im Sport, gehört er mit Richard Braunbeck-München zu den ältesten Sportberichterstattern Deutschlands. Wir hoffen, daß dem Kollegen beschieden sein möge, noch lange Jahre erfolgreich im Dienste seiner Lebensaufgabe zu wirken.

Redakteur Joseph Straub vom „Hochwächter" in Neustadt im Badischen Schwarzwald konnte vor kurzem seinen 60. Geburtstag feiern. Diese Feier gestaltete sich zu einem Doppelfest, da der Kollege gleichzeitig auf ein 30jähriges Berufsjubiläum zurückblicken konnte. Kollege Straub, der auf ein arbeitsreiches ganz dem Journalismus gewidmetes Leben zurückblicken kann, steht in dem wohlbegründeten Rufe, ein hervorragender Kenner der politischen und parteipolitischen Geschichte und Entwicklung Badens seit dem Beginn der Verfassungszeit bis heute zu sein. Wie Hans Jakob wurzelt er zutiefst in seinem Heimatlande, dem er mit seiner Arbeit immer treu gedient hat. Seine journalistische Tätigkeit begann Kollege Straub vor 30 Jahren nach juristischen und volkswirtschaftlichen Studien als politischer Redakteur bei den „Mittelbadischen Nachrichten" in Achern. Von dort ging er an das „Heidelberger Tageblatt" und später an die „Nationalliberale Korrespondenz" am Nationalliberalen Generalsekretariat in Karlsruhe. Der Krieg verschlug ihn nach Ulm a. D., wo er 10 Jahre lang das „Ulmer Tagblatt" leitete. Nachdem der Kollege vor wenigen Monaten eine schwere Operation überstanden hat, ist er im Januar dieses Jahres nach Neustadt zurückgekehrt, wo er die Redaktion des „Hochwächter" übernahm. Wir hoffen, daß er in seiner Heimat noch viele ungetrübte und erfolgreiche Jahre journalistischen Schaffens erleben kann.

Adolf Braun, Mitglied des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und einer ihrer bekanntesten und erfolgreichsten Führer, ist vor kurzem aus einem reichen im Dienste seiner Weltanschauung geopferten Leben dahingeschieden. Adolf Braun, geborener Österreicher — er stammte aus der Steiermark —, war in der deutschen wie in der österreichischen Arbeiterbewegung gleichermaßen angesehen und heimatberechtigt. Mit einer von tiefer Überzeugung getragenen Begeisterung für seine Aufgabe verband sich in ihm eine auf gründlichem Wissen beruhende Sachkenntnis und eine große journalistische Begabung. Die Redaktion seines Blattes war ihm die Welt, in der er lebte. Seine Tätigkeit in der deutschen Arbeiterpresse begann er Anfang der 90iger Jahre als Redakteur beim „Vorwärts". Von dort ging er, da ihm als „Ausländer" die weitere redaktionelle Arbeit am „Vorwärts" verwehrt wurde, nach Nürnberg, wo er das Arbeitersekretariat übernahm. 1902 wurde ihm die Leitung der „Fränkischen Tagespost" übertragen; in dieser Stelle wirkte er 5 Jahre lang, bis man ihn 1907 an die „Wiener Arbeiterzeitung" berief. 1913 jedoch kehrte er an die „Fränkische Tagespost" zurück. Seit seinem Eintritt in den sozialdemokratischen Parteivorstand widmete er sich besonders der Bildungsarbeit und der Heranziehung junger Kräfte für die Referenten- und Pressetätigkeit in seiner Partei. Besonders hat er sich immer für die wirtschaftliche Besserung der Lage der deutschen Buchdrucker eingesetzt. Seine unermüdliche Arbeit im Dienste seiner politischen Überzeugung erwarb ihm einen großen Anhängerkreis.

Klaus Eck, Hauptschriftleiter und Herausgeber des Bayerischen Zeitungsblockes in München, ist nach kurzem schweren Leiden am 21. Mai in einer Münchener Klinik gestorben. Als Sohn eines herzoglichen Bräumeisters in Schaflach bei Gmund am Tegernsee geboren, arbeitete sich der talentierte junge Mann aus dem landwirtschaftlichen Berufe heraus allmählich zum Mitarbeiter oberbayerischer Zeitungen herauf und begann im Jahre 1906 seine Redaktionstätigkeit beim „Miesbacher Anzeiger". Während der Rätezeit führte er gemeinsam mit dem bekannten Volksdichter Ludwig Thoma einen erbitterten und rücksichtslosen Kampf gegen die Führer und Nutznießer des Umsturzes, so daß er mancher Verfolgung ausgesetzt war, die aber seine Überzeugung nicht zu beugen vermochte. Beißender Spott und kerniger, urwüchsiger Humor

Warnung!

Der „Deutsche Theaterdienst", Herausgeber Dr. Oskar Götz in Heidelberg, hat an die Märkische Bühne unter dem 7. März ein Schreiben gerichtet, nach dem er auf Anregung aus den Kreisen der Wanderbühnen entschlossen sei, in Zukunft dem Wunsche der Wanderbühnen zu entsprechen, über ihre künstlerische Tätigkeit zu berichten. Damit selbstverständlich auch über die Märkische Bühne. Jedoch will der „Deutsche Theaterdienst" diese Berichterstattung nicht umsonst übernehmen, sondern stellt zur Bedingung, daß dafür die Korrespondenz abonniert wird, und zwar mit Rücksicht auf die besondere finanzielle Lage der Wanderbühnen statt des für Theater üblichen Preises von 30 RM für monatlich 15 RM. Wenn die Märkische Bühne sich bereit erkläre, den „Deutschen Theaterdienst" fest zu beziehen, so liefere er noch im laufenden Monat einen Bericht über die bisherige Tätigkeit der Märkischen Bühne, den ihm diese baldmöglichst einsenden solle. —

Der „Deutsche Theaterdienst" bringt damit zum Ausdruck, daß er unter der Bedingung des Abschlusses eines Abonnements einen von der Märkischen Bühne selbst hergestellten Bericht bringen will. Der Theaterdienst gibt sich also den Anschein einer unabhängigen Korrespondenz, die objektive Berichte über Theatervorstellungen versendet, will sich aber von dem Theaterunternehmen selber einen Bericht schreiben und als Entgelt hierfür ein Abonnement bezahlen lassen. Ein solcher Bericht stellt tatsächlich eine bezahlte Reklame dar, die äußerlich nicht als solche erkennbar ist.

Zu charakterisieren brauchen wir ein derartiges Vorgehen nicht. Es richtet sich von selbst. Wir möchten nur nicht verfehlen, es hiermit der Kollegenschaft zur Kenntnis zu bringen. Dem Verein der Deutschen Korrespondenzverleger gehört der „Deutsche Theaterdienst" übrigens nicht an.

Die Verbandsleitung.

Digitized by Google

unterstützten seine Kampfweise und brachten den „Miesbacher Anzeiger“ zu erhöhter Bedeutung. Im Jahre 1924 gründete Eck den bayerischen Zeitungsblock, als dessen Hauptschriftleiter er bis zum letzten Tage tätig war. Der Landesverband der Bayerischen Presse, dessen Mitglied der Verstorbene seit 1919 war, wird das Andenken an diese markante Gestalt der bayerischen Publizistik stets in Ehren halten.

Albert Herling †. Nach mehrjährigem, voller Geduld ertragenem Leiden ist am 14. Mai zu Halle a. S. ein Journalist dahingeschieden, dessen Ansehen als Redakteur und Persönlichkeit weit über seinen Wirkungskreis hinausreichte. Albert Herling starb im 73. Lebensjahre. Aus dem Buchdruckerstande hervorgegangen, hat er sich in unermüdlicher Arbeit das Rüstzeug zum Redakteur geschaffen, und in mancher verantwortungsreichen, schwierigen Stellung z. B. in Liegnitz und Halle a. S. jenen nie versagenden Fleiß, Findigkeit, Objektivität, Arbeitsfreude sowie Pflichttreue mit umfassendem Wissen und Forschen vornehmlich auf heimatkundlichem Gebiete, vereinigt und bewährt, denen auch der Andersdenkende seine Hochachtung zollen mußte. Ein innerer gerader, aufrichtiger Charakter von hohen ethischen Qualitäten, hat Albert Herling nicht nur im engeren Kreise seiner Kollegen von den „Hallischen Nachrichten“ (deren Lokal- und Provinzredakteur er bis zu seiner Erkrankung 1924 war) besondere Wertschätzung genossen, sondern seine soziale Betätigung als Vormund und Armenpfleger hat ihm in der Bürgerschaft der Stadt Halle ebenfalls einen guten Namen gemacht, gleichwie ihm Dank gebührt für den Anteil, den er an künstlerischen Interessen, z. B. an der Gründung der „Literarischen Gesellschaft“ nahm. Äußerlichkeiten abhold, wollte Albert Herling nur durch seine Leistung wirken. Das ist ihm gelungen, und so wird dieses Ehrenmitglied des „Vereins Hallesche Presse“ in der Erinnerung vieler fortleben als ein ganzer Mann, der als der besten einer sich selbst und seinem geliebten Berufe getreu war, bis in den Tod!

Redakteur a. D. Fritz Weber ist am 12. Mai nach kurzem schwerem Leiden im Alter von 67 Jahren in Ansbach gestorben. 40 Jahre war er journalistisch an der „Fränkischen Zeitung“ in Ansbach tätig, davon 30 Jahre als verantwortlicher Redakteur für den nichtpolitischen Teil. Am 1. Oktober 1927 trat er nach einem Leben voll Mühe und Arbeit, nicht allein in seinem Berufe, sondern auch im aufopfernden Dienste für die Allgemeinheit in den Ruhestand. Wie sehr er seine Kräfte dem allgemeinen Wohl gewidmet hat, ist daraus zu ersehen, daß er Ehrenvorsitzender des Turngaues Ansbach, Inhaber des Ehrenbriefes der Deutschen Turnerschaft war, ferner Ehrenkommandant der Freiw. Feuerwehr Ansbach. Vorsitzender des Südwestgaues des Fränkischen Sängerbundes und Ehrenmitglied des Fremdenverkehrsvereins. Dem Landesverband der Bayerischen Presse gehörte er seit dessen Gründung im Jahre 1911 als Mitglied an; er wird das Andenken dieses treuen Kollegen und ganzen Mannes stets in hohen Ehren halten!

Jacques Seydoux †. Der französische Wirtschaftspolitiker Jacques Seydoux, ist am 26. Mai im Alter von 58 Jahren plötzlich gestorben. Seydoux ist erst in allerjüngster Zeit durch seine publizistische Vorbereitung der Pariser Sachverständigen-Konferenz wieder hervorgetreten. Er ließ im „Petit Parisien“ eine Artikelserie erscheinen, deren Zweck war, eine sehr hohe wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands nachzuweisen. Die Artikel waren bezeichnend für Seydoux, der kurz vor seinem Tode auch äußerlich die Konsequenzen seiner Einstellung zog, indem er aus dem deutsch-französischen Studienkomitee, dessen prominentes Mitglied er war, austrat. Als französischer Sachverständiger in Wirtschaftsfragen hatte er schon bei den Friedensverhandlungen und an den Konferenzen von Spa (1920), London (1921 und 1924), Cannes (1921) und Genua (1922) teilgenommen. Außenpolitisch war Seydoux Freund einer engen Zusammenarbeit mit England und eines großen Polen.

Anfrage an die Kollegen.

Welcher Kollege kann die gegenwärtige Adresse des Sportredakteurs Saalbach, im Jahre 1928 kurze Zeit in Braunschweig bei den „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ tätig, mitteilen. Die Verbandsleitung benötigt sie dringend.

Die Verbandsleitung. G. Richter.

Kaffee Hag

SOLLTEN NUR KAFFEE HAG TRINKEN!

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Bezirksverband Brandenburg. Dr. Ernst Hirsch, Eberswalde (Stadtanz.).

Landesverein der pfälzischen Presse. Rudolf Engesser (Zw. Volksztg.), Zweibrücken, Blücherstraße 1; Josef Hütt (Dürkh. Tagbl.), Wachenheim, Hauptstr. 7; Otto Holzer (Pirm. Ztg.), Pirmasens.

Verband der Schlesischen Presse. Redakteur Fritz Wenske (Greif, Niederschl. Volkszeitung), Greiffenberg/Schles., Zittauer Str. 10; Dr. Hermann Schuirmann (Bote a. d. Riesengeb.), Hirschberg/Rsgeb., Seydelstr. 9; Schriftlt. Georg Parieser (Grünb. Tageblatt), Grünberg, Breite Str. 68/9.

II. Neuanmeldungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Dr. Erwin Freiherr v. Aretin, München, Possartstr. 35/0; Dr. Ernst Heimeran, München, Dietlindenstr. 14; Emanuel Müller, München, Plinganser Straße 142 a/3 r.; Dr. Hermann Rau, München, Am Neudeck 2½ (sämtl. Münchner Neueste Nachrichten).

Landesverband der Bayerischen Presse. Fritz Büchner Chefred. d. Münchner Neuste Nachr.), München, Giselastr. 7.

Landesverband Mitteldeutschland. Bruno Beckmann (Weimarische Ztg.), Weimar, Luisenstr. 17; Gerhart Seger Volksbl. f. Anhalt), Dessau, Askanische Str. 29, II; Born (Torgauer Ztg.), Torgau.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Braunschweig. Presse. Dr. Wolfgang Bretholz (Br. N. N.), Braunschweig, Inselwall 8; Verein Bremer Presse. Fritz Braun (Weser-Ztg.), Bremen, Pappelstr. 90/2.

Verband der Ostpreußischen Presse. Hans Mosberg (Der Dtsch. Osten),. Königsberg/Pr., Brahmsstr. 11.

Provinzialverband Pommern. Dr. Walter Schmincke (T. U.), Stettin, Bugenhagenstr. 19/I.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Presseverein Ruhr-Emscher. Karl Pesch (Horster Ztg.), Horst-Emscher, Grabenstr. 10.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. Schriftleiter Hanns Höwing (Sächs. Courier), Dresden-Plauen, Kaitzerstr. 106.

Verband der Schlesischen Presse. Redakteur Kurt Seidel (Oberschl. Wanderer), Oppeln, Krakauer Str. 40; Dr. Alfred Kästner (Schl. Gebirgskurier), Waldenburg, Breslauer Straße 24.

Landesverband Schleswig-Holstein-Lübeck. Verein Lübecker Presse. Redakteur Heinrich Jargstorf (Lübecker Generalanzeiger).

Digitized by Google

Zur Warnung!

Im November 1927 trat ein Dr. med. Leo Tompakow aus der Pariser Straße 1 in Berlin mit dem Ersuchen an mich heran, ihm einen Rundfunkvortrag zu überlassen, den ich gerade gehalten hatte. Er erklärte, ihn in einer russischen Zeitschrift veröffentlichen zu wollen. Wir vereinbarten ein Honorar von 20 Mark. Er nahm wenigstens an, daß es nicht weniger als 20 Mark sein würden. Auf seinem Briefbogen stand: „Ständiger Mitarbeiter und Auslands-Berichterstatter des „Sowjet-Kino“ Moskau“. Als ich nichts von dem Herrn hörte, habe ich ihm mehrfach ergebnislos geschrieben. Schließlich wandte ich mich an die Berliner Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und erkundigte mich nach dem Verbleib des Dr. Tompakow. Man stellte mir jedoch lediglich anheim, mit der Zeitschrift „Sowjet-Kino“ in Moskau in Verbindung zu treten. Eine dahin gerichtete Anfrage ist ohne Antwort geblieben. Da es nicht ausgeschlossen erscheint, daß der Dr. Tompakow sich noch in Deutschland aufhält und auch bei anderen Gelegenheiten in ähnlicher Weise mit deutschem geistigen Eigentum Unfug zu treiben und sich daran zu bereichern versuchen wird, halte ich es für meine Pflicht, öffentlich auf mein Erlebnis mit diesem ausländischen Herrn hinzuweisen, der sich geschickt zu verbergen weiß und offenbar sicher ist, daß seine Adresse nicht verraten wird, es sei denn, daß er längst wieder in Rußland weilt.

Dr. Robert Volz, Berlin-Pankow.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Dr. Stirius bisher München, wohnt nun Augsburg, Lützowstr. 32.

Bezirksverband Berlin. Übernommen von Rheinland-Westf.: Dr. Franz Kersting (Scherl), SW 61, Yorckstr. 61; von Pommern: Jürgen Meyer-Wehlack, Wilm,. Wittelsbacherstr. 12; von Sachsen: Ernst Niekisch (fr. Schriftsteller) SW 11, Hallesches Ufer 16.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. Vom Bezirksverein Lausitz überwiesen: M. Fiederer, Bischofswerda; Martin Henkner, Bautzen; Jul. Mehner, Bautzen; Dr. J. Monse, Bautzen; E. Nicke, Bautzen; G. Schwarz, Bautzen, Vom Bezirksverband Berlin überwiesen: Dr. Kurt Baschwitz, Dresden, Ferdinandstraße 4 (Dr. N. N.); An Landesverband Schlesien überwiesen: Bernh. Zachäus, bisher Riesa, nun Löwenberg/Schl., (Löw. Ztg.). Bezirksverein Vogtland. Überwiesen an Bezirksverein Zwickau: Koll. Ellerbrock früher Auerbach/V., nun Zwickau (Zwick. Tagebl.).

Verband der Schlesischen Presse. Bruno Osadzin, bisher Hindenburg, verzogen nach Bischofsheim b. Mainz (Bischofsh. N. N.) dem Verband Hessen überwiesen.

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Gestrichen: Otto Brandl, Rosenheim; gestorben: Fritz Weber, Ansbach. Klaus Eck, München.

Inhaltsangabe:

Jahresbericht für 1928.
Um die Wirklichkeiten des Reichsverbandes. I. Von Dr. P. II. Von Dr. Kayser. III. Von Dr. K. Schmidt.
Zur Kritik der Presse. Von Max Tönjes.
Nochmals: „Richterliches Eingreifen vor Veröffentlichung eines Artikels“.
Nachrichtenbüros und Pariser Konferenz.
Recht und Presse.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.
Büchermarkt.

Bezirksverband Berlin. Gestrichen: M. u. C. Sochaczewski.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Essener Presse. Ausgetreten: Dr. Karrenbrock, Essen. Gestrichen: Helm. Rademacher z. Zt. München.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. Gestrichen: Dr. Vier.

Büchermarkt

Sperlings Zeitungs- und Zeitschriften-Adreßbuch, 55. Ausgabe 1929, bearbeitet von der Adreßbücherredaktion des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig, Postschl. 174/75. Verlag Börsenverein der Deutschen Buchhändler, Leipzig.

Der „Sperling“ ist vor kurzem erschienen im alten wohlbekannten Gewande — aber mit neuem und auf den letzten Stand gebrachtem Inhalt. Er nennt sich mit Recht ein Handbuch der deutschen Presse. Jeder, der in oder mit der Presse arbeitet, mit Zeitungen und Zeitschriften, Korrespondenzen, Annoncenexpeditionen und dergl. zu tun hat, kennt seinen Wert und weiß ihn als verläßlichen Helfer bei der Arbeit zu schätzen. Auch die 55. Ausgabe enthält wie die früheren zunächst ein Verzeichnis der deutschen Zeitschriften, wie üblich nach Materien geordnet. Von jeder Zeitschrift sind die wichtigsten Angaben, Name des Redakteurs, des Verlegers, Adresse, Format, Erscheinungsweise, Abonnementspreis, Gründungsjahr, Anzeigenpreis, Auflagenhöhe und dergl. angegeben. Die 2. Abteilung bringt ein Verzeichnis der deutschen politischen Zeitungen alphabetisch nach Ländern, innerhalb der Länder wieder alphabetisch nach Städten geordnet. Ein Verzeichnis der deutschen Presse im Auslande, verbunden mit einer Übersicht über die im überseeischen Auslande erscheinenden deutschen Zeitungen und Zeitschriften schließt sich an. Schließlich umfaßt der Sperling — unter diesem populären Namen kennt ihn jeder, der einmal mit ihm zu tun gehabt hat — ein Verlegerverzeichnis, ein Schlagwortregister der Zeitungen, ein Ortsregister der politischen Zeitungen, ein Verzeichnis der Zeitungskorrespondenzen und Zeitungsausschnittbüros sowie ein Verzeichnis der Annoncenexpeditionen. Und um das Nachschlagematerial über das deutsche Zeitungs- und Zeitschriftenwesen zu vervollständigen, sind noch die Vereine und Verbände des Zeitschriften- und Zeitungsgewerbes sowie auch die Universitätsinstitute für Zeitungskunde und Zeitungswissenschaft mit ihren Leitern eingefügt. Auch die neue Ausgabe des Sperling wird zu den alten Freunden dieses unentbehrlichen Nachschlagewerkes neue gewinnen helfen.

Sozialpolitische Veröffentlichungen der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Die Vereinigung hat die Referate über Fragen der Sozialpolitik, die auf ihrer mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie in Breslau gemeinsam veranstalteten Tagung gehalten wurden, in Form von Denkschriften veröffentlicht und zwar: 1. die Denkschrift zur „Arbeitsmarktlage der älteren Angestellten“, 2. Abänderungsvorschläge zur Schlichtungsordnung und 3. Reformvorschläge zum Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Arbeitsvermittlung und Erwerbslosen-Fürsorge. In der Schriftenreihe des Gewerkschaftsbundes der Angestellten ist von Maria Hellersberg das Thema Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge in einer Broschüre behandelt worden, die durch die Sieben-Stäbe-Verlags- und Druckereigesellschaft m. b. H., Berlin-Zehlendorf zu beziehen ist. Preis Mk. 1.25.

„GDA-Jahrbuch für deutsche Angestellte 1929.“ Herausgeber: Gewerkschaftsbund der Angestellten, Berlin-Zehlendorf, Schweizerhof. Preis in Ganzleinen RM 1.50. Das neue Jahrbuch ist dem Aufbaugedanken gewidmet. Das Beste für Stand und Staat zu erstreben ist sein Ziel.

„Wegweiser für die Deutsche Reichsgesetzgebung“ von Syndikus A. Ebner, Verlag Hermann Sack, Berlin W 35, Lützowstr. 107/08.

In dem Wegweiser sind die im Reichsgesetzblatt, Reichsministerialblatt (Zentralblatt für das Deutsche Reich), Reichs- und Staatsanzeiger und in den Blättern der Reichsbehörden veröffentlichten Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Ausführungsbestimmungen usw. sowie das zu ihnen gehörige Schrifttum nach Stichwörtern in der Buchstabenfolge geordnet. Das Werk bietet daher einen ausgezeichneten Überblick über die Fülle des Materials.

Das Nationaltheater. Eins der letzten Hefte der Zweimonats-Zeitschrift „Das Nationaltheater“, Herausgeber: Theodor Hüpgens und Rudolf Roeßler, bringt in geschmackvoller Aufmachung Originalbeiträge von Prof. Lothar Schreyer: „Von der Verwandlung des Menschen“, Prof. Martin Lamm: „Strindbergs Ostern“, Prof. Dr. Oskar Fischel: „Zwei Podien“, Dr. Kurt Karl Eberlein: „Diorama, Panorama und Romantik“, Prof. Fedor Stepun: „Typen der Schauspielkunst“ u. a. Bezugspreis des Einzelheftes 2 RM, Jahresbezug 10 RM.

Deutsche Akademiker-Zeitung. Die Deutsche Akademiker-Zeitung veröffentlichte in letzter Zeit folgende Beiträge zeitungswissenschaftlichen Inhalts: Folge 4 vom 1. Febr. 1929. „Die Deutschen und ihre Presse in Polen“ von Hermann Kindt, Berlin. — Folge 6 vom 20. Februar 1929. „Gedanken-Bombenschmeißerei“ von Dr. Hans Münster, Berlin. — Folge 9 vom 20. März 1929. „Die publizistische Wirksamkeit Heinrich von Treitschkes“ von Hermann Kindt, Berlin. — Folge 10 vom 1. April 1929. „Journalist Bismarck“ von Hermann Kindt, Berlin.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichssverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

Zum Verbandstag 1929 in Bremen

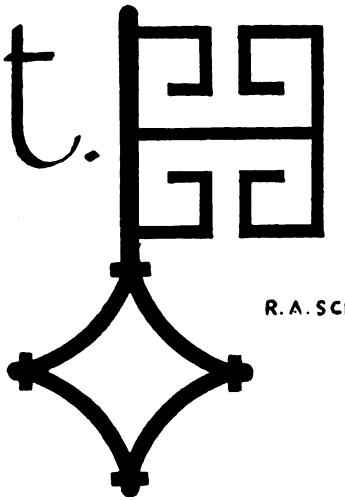
Festnummer der „Deutschen Presse“
zum Verbandstag des Reichsverbandes der deutschen Presse in Bremen

Digitized by Google

Verlag der „Deutschen Presse“
Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48
Verlagsdirektor Cuno Horkenbach

Digitized by Google

Söhne, haltet
blank und rein
Eurer Väter Hort
Freie Stadt soll
Freistatt sein,
Freiem Sinn
und Wort.



R. A. SCHRÖDER

SAEBENS
WORPSWEDE

Digitized by Google

Digitized by Google

„vryheit do ik ju openbar"

Digitized by Google

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 23 — Berlin, den 8. Juni 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Der Gruß des Herrn Reichspräsidenten!

Der Reichspräsident übermittelte dem Reichsverband der deutschen Presse anläßlich seiner Bremer Tagung folgendes Brieftelegramm:

Dem Reichsverband der deutschen Presse sende ich zu seinem diesjährigen Vertretertage meine besten Grüße. Möge Ihrer Tagung in der inmitten des Weltverkehrs stehenden arbeitsamen Hansestadt Bremen ein guter Verlauf beschieden sein und sie Zeugnis ablegen von dem verantwortungsbewußten und einmütigen Willen der deutschen Presse, in den Lebensfragen der Nation verständnisvoll zusammen zu arbeiten und allein dem Nutzen und Segen unseres schwer ringenden Vaterlandes zu dienen.

Berlin, im Juni 1929.

von Hindenburg

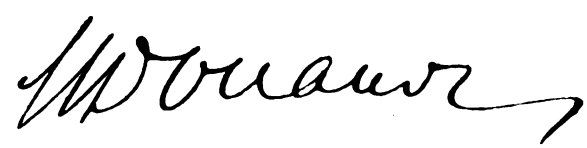
Digitized by Google

Dem Reichsverband der deutschen Presse sage ich ein herzliches Willkommen zu seiner Tagung in den Mauern unserer alten Hansestadt!

Wir von der Wasserkante, mit den Ländern Übersee vielfach verbunden, kennen die Macht der öffentlichen Meinung, deren Ausdruck und Bildner die Presse ist. Wir haben in Friedens- und Kriegszeiten erfahren, daß die Presse ein Werber der Freundschaft und des Verständnisses ist und eine scharfe Waffe im politischen Kampf. Im Wiederaufstieg unseres schwergeprüften Volkes, das unter dem Druck feindlicher Tribute und im Hader der Parteien seinen dornenvollen Weg geht, sei die deutsche Presse Führer und Helfer.

In Ihrer Verantwortung liegt die Größe Ihrer Aufgabe, in Ihrer Arbeit Dienst am Volke.

Bremen, im Juni 1929.



Präsident des Senats
der Freien Hansestadt Bremen.

Digitized by Google

Bremen

Bremens Weltgeltung ist kein Geschenk der Natur — sie ist eine Schöpfung menschlichen Willens und menschlicher Tatkraft. Sie ist durch Kampf errungen, und nur durch Kampf wird sie behauptet. Aber der Bremer ist den Kampf gewohnt. Denn so ist es nicht erst seit gestern, es ist seit vielen Jahrhunderten nicht anders.

Fast genau 700 Jahre ist es her, daß die eben selbständig gewordene Stadt sich zum ersten Male die Freiheit ihres Zuganges zum Meer, ihrer „königlichen Straße" mit Gewalt erkämpfen mußte. Mit köstlicher Anschaulichkeit erzählt die älteste stadtbremische Chronik in ihrem treuherzigen Niederdeutsch diesen Kampf der Bürger gegen ihren damaligen Landesherrn, den Erzbischof Gerhard von Bremen. Der geistliche Herr sah es mit wachsendem Neide, „das die borghere van der zee so grote neringe (Nahrung) hedden", und er beschloß, diese ergiebige Quelle durch einen Zoll für seine stets geldbedürftige Kasse nutzbar zu machen. Er erbaute eine Burg an der Weser unterhalb Bremens und sperrte den Fluß durch Pfahlwerk und Kette. Doch die Bremer machten kurzen Prozeß. Sie warteten das Hochwasser ab „und makeden dar enen groten koggen vullenkomeliken to mit aller herrlichkeit unde manneden dem mit radluden unde mit anderen guten luden, de dar nutte to werem, unde gingen to segele, do een gut wind weygede, unde segelden die kedene middes entwey". Dann legten sie den Koggen neben die Pfähle, warfen Taue um sie herum und rissen die Pfähle aus dem Grund. Der Erzbischof kapitulierte bedingungslos und mußte die Feste den Bürgern übergeben. Noch einmal, 40 Jahre später, mußten die Bremer um die Freiheit des Stromes kämpfen, dann hatten sie für immer, was sie wollten: die feierliche vertragliche Zusicherung aller ihrer Nachbarn, daß niemand — außer den Bremern — an der Weser eine Burg bauen dürfe „zwische Hoya und der salzenen See".

Über 400 Jahre ist dieser Vertrag und damit die Herrschaft Bremens über seinen Strom, das „dominium Visurgis", in Geltung geblieben. Erst in der großen Notzeit des 30jährigen Krieges hat ein schicksalvolles Zusammentreffen von Natur und Politik die Stadt in eine fast hoffnungslose Verteidigung gedrängt, die den schließlichen Untergang ihrer staatlichen und wirtschaftlichen Freiheit und Selbständigkeit beinahe unabwendbar erscheinen ließ. Damals begann die verhängnisvolle Versandung der Weser, die bereits 1619 zur Anlage eines neuen Hafens 15 Kilometer unterhalb Bremens bei Vegesack zwang. Wenige Jahre später setzten sich an der Mündung des Flusses als eroberungslustige Nachbarn die Schweden fest, die durch Gustav Adolf die größte Militärmacht Nordeuropas geworden waren, und gleichzeitig gelang es nach jahrzehntelangen Anstrengungen dem andern Nachbarn Oldenburg, der bedrängten Stadt mit dem Weserzoll bei Elsfleth nun endlich doch die Fessel aufzuerlegen, deren sie sich bisher seit Jahrhunderten erwehrt hatte. Auch jetzt noch hatte man Widerstand bis zum äußersten geleistet. 60 Jahre hatten die Oldenburger gebraucht, um den Bremern beim Kaiser den Rang abzulaufen, und noch einmal hat die Stadt dann ein Menschenalter lang die Erhebung des vom Kaiser bestätigten Zolles mit den Waffen verhindert — bis 1653 die doppelte Bedrohung durch die kaiserliche Reichsacht und den schwedischen Angriff die wehrlos gewordene Bürgerschaft zum Nachgeben zwang.

So bedeutet, gewiß nicht zufällig, die Epoche der aufsteigenden Fürstenmacht in der tausendjährigen Geschichte des Stadtstaates den tiefsten Stand. Er mußte seine Schiffahrtsverbindungen — zu einer Zeit, da die großen Monarchien Spanien, England und Frankreich um Kolonialbesitz und Weltgeltung rangen — auf West- und Nordeuropa beschränken, denn die überseeischen Länder, mit denen das übrige Europa Handel trieb, waren Kolonien im Besitz der großen Weltmächte und nach den damaligen Anschauungen den Untertanen anderer Staaten verschlossen. Drei- und vierfach abgeschnürt von der lebenspendenden See — durch die Schweden, den Elsflether Zoll, die rasch zunehmende Versandung der Weser und die Handelspolitik der fremden Länder — teilte Bremen damals für ein Jahrhundert das Schicksal des gesamten deutschen Bürgertums: überstrahlt vom Glanze der Fürstenhöfe ein politisch und wirtschaftlich bedeutungsloses Stilleben zu führen.

Und doch muß auch zu dieser Zeit im hanseatischen Bürgertum, das sich niemals einer Fürstenherrschaft hat beugen müssen, ein Bewußtsein der schlummernden Kräfte vorhanden gewesen sein, etwas wie eine geheime Bereitschaft — für den Tag, da es einmal wieder möglich werden würde, die unterdrückten Kräfte frei zu regen und zu brauchen. Denn wie anders als aus solcher innerlich bewahrten Lebendigkeit heraus wäre es zu erklären, daß die Hansestädte von dem Tage an, da sich ihnen die Aussicht auf einen selbständigen überseeischen Handel bot, diese Möglichkeit mit einer wahrhaft stürmischen Entschlossenheit ergriffen? Dieser Tag war die Losreißung Nordamerikas von England, die Begründung der Vereinigten Staaten. Zum ersten Male öffnete ein überseeisches Land seine Häfen den Schiffen aller Nationen, und bereits sieben Jahre nach der Anerkennung der Union stieg der Anteil der Hansestädte am amerikanischen Schiffsverkehr innerhalb eines Jahrzehnts, von 1790 bis 1800, auf das Vierzigfache. 1790 nahmen sie die fünfte, 1795 bereits die zweite Stelle unter allen mit Amerika verkehrenden Staaten ein. Aber den Hauptanteil an diesem neuen Handel trug nicht das von der Natur so reich bevorzugte Hamburg, das vielmehr nach wie vor überwiegend die Beziehungen zu England pflegte (so daß noch Napoleon Hamburg eine „englische Stadt" genannt hat); sondern trotz seines völligen Mangels an zureichenden Hafenanstalten — denn auch Vegesack konnte längst nicht mehr erreicht werden, und die Schiffe mußten auf offenem Strome in oldenburgischem Gebiete vor Anker gehen — hat Bremen damals dank der Tatkraft und dem Wagemut seiner Kaufleute im Verkehr mit Nordamerika einen Vorsprung gewonnen, den es bis heute bewahrt hat. Bremen hat die historische Mission der Erwerbung des transatlantischen Handels für Deutschland erfüllt.

Als 1806 der schwere Rückschlag der Kontinentalsperre und dann der französischen Annexion durch Napoleon eintrat, da waren die neuen Verbindungen bereits so gefestigt, daß sie auf die Dauer nicht mehr erschüttert werden konnten. In diesen Jahrzehnten haben die Hansestädte den deutschen Kaufmann in die Welt hinausgeführt. sie sind die Pioniere eines neuen wirtschaftlichen Deutschlands der Industrie und des Welthandels geworden zu einer Zeit, als in der Geruhsamkeit des Binnenlandes kaum jemand diese Möglichkeiten sah.

In diesen Verhältnissen liegt es vor allem begründet, daß die Hansestädte sich bei der Neuordnung Deutschlands nach den napoleonischen Kriegen mit aller Kraft gegen die Einverleibung in einen der benachbarten Klein- oder Mittelstaaten wehren mußten. Um ihrer selbst, um der deutschen Aufgabe willen, die sie allein jetzt erfüllen

Digitized by Google

konnten, brauchten sie ihre Freiheit und Selbständigkeit, und es ist das Verdienst eines bremischen Staatsmannes, des damaligen Senators und späteren Bürgermeisters Johann Smidt, daß er für die Hansestädte als die einzigen der ehemaligen freien Reichsstädte (abgesehen von der Bundeshauptstadt Frankfurt) die Anerkennung ihrer Unabhängigkeit sofort nach der Schlacht bei Leipzig von allen Großmächten erreichte. Es war das ein persönlicher Erfolg dieses ungewöhnlichen Mannes, dessen Einfluß in der deutschen Politik viel weiter reichte, als man etwa der Größe seines Staates nach hätte vermuten sollen. Er hat den Ruhm des bedeutendsten hanseatischen Staatsmannes bis heute behalten.

Smidt ist der Begründer des modernen Bremen, dessen Dasein noch mehr als das des alten auf Kampf gestellt ist. Er hat seiner Vaterstadt in der Stunde der Gefahr ihre Unabhängigkeit gesichert. Er hat 1820 die Aufhebung des Elsflether Zolles erreicht, während Hamburg die ebenso unberechtigte Fessel des hannoverschen Elbzolls bei Stade noch bis 1861 hat tragen müssen. Aber der größte und entscheidende Sieg, den er davongetragen hat, war der Sieg über die Natur: am 11. Januar 1827 unterzeichnete Smidt einen Vertrag mit dem damaligen Königreich Hannover, durch den ein Gebiet von etwa 90 Hektar an der Mündung der Weser zur Anlage eines eigenen Seehafens — des heutigen Bremerhaven — in den Besitz der freien Hansestadt Bremen überging.

Die Gründung Bremerhavens, von Smidt allein geplant und mit unbeirrbarer Zähigkeit gegen alle Widerstände in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Depression durchgeführt, ist der entscheidende Wendepunkt in Bremens neuerer Geschichte. Durch diese für die damalige Zeit gewaltige Kraftanstrengung überwand Bremen für immer die tödliche Gefahr, die ihm durch die Versandung der Weser drohte. Durch sie wurde endgültig entschieden, daß Bremen sich auch in der neuen Zeit der beginnenden Weltwirtschaft als Welthandelsplatz behaupten würde. Mit ihr beginnt ein Aufschwung, der beispiellos ist. Genau 30 Jahre nach der Gründung Bremerhavens entstand der Norddeutsche Lloyd: in diesen 30 Jahren hat sich der Umfang der bremischen Reederei verzehnfacht!

Hand in Hand mit dem Wachsen der Schiffahrt und der Schiffsgrößen gewann auch die Weser wieder ihre Würde als Straße nach Übersee. Durch das vor gut 40 Jahren begonnene gewaltige Werk der „Unterweser-Korrektion" unter Leitung des genialen Wasserbaumeisters Ludwig Franzius wurde das abgerissene Band mit der See für Bremen endgültig wieder befestigt. Der Unterlauf der Weser, der vor 100 Jahren den uns heute zwerghaft erscheinenden Fahrzeugen Schwierigkeiten machte, hat heute als Groß-Schiffahrtsweg das beste Fahrwasser unter den deutschen Seewasserstraßen.

Gerade die Ungunst der Natur spornte die menschliche Kraft zu großen Leistungen, und Bremen war in wenigen Jahrzehnten führend unter den deutschen Seestädten, in der Reederei, an Zahl und Größe der Überseeschiffe, im Tabak- und Baumwollhandel, in der Auswandererbeförderung und im nordamerikanischen Passagierverkehr. Als 1847 von den Vereinigten Staaten aus die erste Dampferverbindung nach dem europäischen Festland geschaffen wurde, gewann Bremen in scharfer Konkurrenz mit allen großen Häfen von Lissabon bis Hamburg die Linie für sich. Von Bremen aus fuhr 1881 der erste deutsche Schnelldampfer über den Ozean, und Bremens Namen trug das Flugzeug, das als erstes den Ozean von Europa nach Amerika überflog.

Der Fremde, der das altertümliche reizvolle Bild der alten Hansestadt an Strom und Markt betrachtet, mag wenig von diesen Dingen spüren, bis er hinausgeht zu den Häfen, wo die Schiffe aus allen Teilen der Welt an der Kaje liegen, wo auf der Weserwerft das größte Schiff der deutschen Handelsflotte, die „Bremen", ihrer Vollendung entgegengeht. Aber er mag davon hören, daß hier ein kleines, doch an wirtschaftlichen Energien starkes Gemeinwesen im scharfen Wettbewerb mit allen großen Häfen Nordwest-Europas, insbesondere mit denen des Maas- und Scheldegebiets, in Holland und Belgien, um Deutschlands Seegeltung zäh und erfolgreich kämpft, und er wird das Verständnis dafür finden, daß Deutschland die wirtschaftliche und politische Kraft der Hansestädte zum Segen der nationalen Arbeit nicht missen kann.

Deutschland in der Weltwirtschaft und im Weltverkehr.

Von Handelskammersyndikus Arthur Ulrich.

Die Unabhängigkeitserklärung Amerikas im Jahre 1776 bedeutete für Deutschland den Beginn einer neuen Handelsepoche. Mit diesem Zeitpunkt machte sich der Handel der größten englischen Kolonie vom Mutterlande frei und trat in unmittelbare Beziehungen zu den europäischen Kulturvölkern. Die Hansestädte, die bisher im wesentlichen Europahandel getrieben hatten, traten nunmehr im überseeischen Verkehr auf den Plan. Besonders war es Bremen, das mit Nordamerika und bald auch mit anderen überseeischen Staaten direkte Verbindungen aufnahm, denen später die erste deutsch-amerikanische Dampferlinie zwischen Bremerhaven und der neuen Welt und dann die Gründung des Norddeutschen Lloyd folgte. In immer stärkerem Maße wurde Deutschland dann in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in den Weltverkehr hineingezogen und konnte im Jahre 1913 im Gesamteigenhandel mit einer Einfuhr im Werte von etwa 11,7 und einer Ausfuhr im Werte von etwa 10,9 Milliarden Mark einen beträchtlichen Anteil am Welthandel gewinnen, der in der Reichsstatistik mit 12,9, in anderen Statistiken mit 13,9 % bewertet wird. Die deutsche Handelsbilanz war sonach zwar um gut ¾ Milliarden Mark passiv, aber die unsichtbare Ausfuhr in Gestalt von Zinsen aus Auslandsguthaben und im Ausland erworbenen Dienstleistungen, besonders den sehr erheblichen Frachten der deutschen Überseeschiffahrt, überstieg dieses Defizit bei weitem. Sie wurde auf 1½—2 Milliarden M geschätzt, so daß die deutsche Zahlungsbilanz mit einem Aktivsaldo von etwa 1 Milliarde M abschloß, der als neue Kapitalsanlage in das Ausland floß.

Der Weltkrieg und seine Folgeerscheinungen haben den Welthandel stark zurückgeworfen. Erst im Jahre 1925 hat er die alte Höhe, nach Vorkriegswerten umgerechnet, wieder erreicht, rein zahlenmäßig um etwa 5 % überschritten. Doch wird dieser rechnungsmäßige Zuwachs fast ausgeglichen durch den neuen Außenverkehr der nach dem Kriege entstandenen Länder, der vor dem Kriege als Binnenhandel zählte. Demgegenüber ist die Weltbevölkerung um etwa 5 %, die Produktion um etwa 18 % gestiegen.

Europas Entwicklung bleibt hinter diesen Weltzahlen erheblich zurück. Seine Bevölkerung hatte im selben Zeitpunkt nur um etwa 1 % zugenommen, seine Produktion nur um etwa 4—5 %; sein Außenhandel aber war um 10 % gegen den Vorkriegsstand gesunken. Der Ausfall Rußlands und die Schwächung Deutschlands machen sich hier stark bemerkbar. Noch ungünstiger sind die Zahlen für Mittel- und Osteuropa (außer Rußland). Die Bevölkerungszunahme beträgt hier etwa 4 %, die Produktion jedoch ist nicht über den

Digitized by Google

Umfang von 1913 gestiegen, der Außenhandel um 25% zurückgegangen. Wie anders stehen demgegenüber die anderen Kontinente da! Ein Vergleich des Anteils einiger Länder am Welthandel (Gesamtaußenhandel) in den Jahren 1913 und 1926 möge dies beleuchten:

	Europa	Deutschland	Belgien	Dänemark	Frankreich
1913	61,0%	12,9%	4,1%	1,0%	7,7%
1926	50,9%	8,1%	2,3%	1,3%	6,4%
		Großbrit.	Italien	Rußland	Schweiz
		15,0%	3,1%	3,9%	1,6%
		14,3%	2,9%	1,1%	1,3%
		(heute außerdem Irland 0,8%)			

	Asien	Br.-Indien	Br.-Malaien	Ceylon	China
1913	11,5%	3,5%	1,2%	0,4%	1,9%
1926	15,6%	3,3%	2,1%	0,6%	2,5%
		Japan	Korea	Niederl.-Indien	
		1,8%	0,1%	1,1%	
		3,4%	0,6%	1,6%	

	Amerika	Kanada	Mexiko	Union
1913	21,6%	2,8%	0,6%	10,9%
1926	27,0%	3,8%	0,9%	15,0%

	Australien
1913	2,4%
1926	3,1%

Ein sehr ungünstiges Bild für Europa und für Deutschland im besonderen. Allerdings ist an der Zunahme des Welthandels seit 1927 Europa etwas stärker beteiligt und vor allem hat sich Deutschlands Anteil insbesondere in der Ausfuhr gehoben. Nach der Völkerbunds-Statistik wurde Deutschlands Anteil am Welthandel im Jahre 1913 auf 13,9% berechnet; nach der gleichen Berechnungsmethode fiel er 1926 auf 9,6% und stieg dann langsam im Jahre 1927 auf 10,9% und im Jahre 1928 auf 11,1% blieb also immer noch stark hinter dem Vorkriegsstand zurück.

Der Ausfuhrhandel Deutschlands (Spezialhandel in Millionen RM, ohne Gold und Silber) betrug

	Einfuhr	Ausfuhr
1913	10 770 M	10 097 M
1923	6 150 RM	6 102 RM
1927	14 228 RM	10 801 RM
1928	13 995 RM	12 299 RM

Trotz Fallens der Einfuhr und starken Steigens der Ausfuhr im Jahre 1928 gegenüber dem Vorjahre ist die deutsche Handelsbilanz immer noch um gut 1½ Milliarden passiv und die Zahlungsbilanz unter Berücksichtigung der Reparationslasten und der sonstigen Faktoren um mindestens das Doppelte.

Es würde also einer Steigerung des Ausfuhrüberschusses um mehr als 3 Milliarden M bedürfen, um die deutsche Zahlungsbilanz ins Gleichgewicht zu bringen und Deutschland vor weiterer Verschuldung zu retten. Wie sind dafür die Aussichten? Der Anteil Deutschlands am Welthandel ist für den Charakter unserer Wirtschaft heute noch recht gering. An sich ist die Höhe des Außenhandels eines Landes kein Beweis für seine Wirtschaftskraft. Rohstoffländer wie die nordamerikanische Union brauchen weniger Welthandel als Industrieländer ohne genügende Rohstoffe wie z. B. England. Deutschland gehört zu der letzteren Kategorie. Sein Anteil am Außenhandel betrug aber pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1926 nach der Reichsstatistik nur etwa 327 RM, entsprach damit fast genau dem der rohstoffreichen Union mit 326 RM, während der Satz bei Großbritannien etwa 909 RM, also fast das Dreifache betrug. Die handelspolitischen Strömungen unserer Zeit sind für eine starke Steigerung der deutschen Ausfuhr nicht günstig. Beeinflußt von den Erfahrungen des Krieges und den starken nationalistischen Tendenzen der Nachkriegszeit hat sich fast in allen Ländern der Welt ein starker Zug nach wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit, nach „Autarkie" entwickelt, der sich nicht nur in Form von Zollschranken, sondern auch in tätiger Förderung einheimischer Produktion unter gleichzeitiger Ablehnung des Auslandsverkehrs zeigt. Freilich ist die auf Abschließung gerichtete Zollpolitik durch die zahlreichen Meistbegünstigungsverträge, die Deutschland abgeschlossen hat, abgeschwächt worden, aber der protektionistische Charakter der Handelspolitik besteht weiter fort. Er wird verstärkt durch Verschiebungen in der internationalen Arbeitsteilung. Die Auffassung, daß die Tropen in erster Linie zur Erzeugung der Rohstoffe, die gemäßigte Zone zu ihrer Verarbeitung geschaffen sei, ist durch die Tatsachen längst überholt. Besonders der ferne Osten hat sich die Überlegenheit Europas in technischer und kaufmännischer Beziehung mit großem Geschick anzueignen gewußt. Sicherlich bedeutet die Industrialisierung von Ländern wie Britisch-Indien, China und Japan zunächst eine Steigerung der Einführung europäischer (oder amerikanischer!) Maschinen und anderer Fertigfabrikate. Auch soll nicht geleugnet werden, daß solche Länder auch als Käufer hochwertiger fremder Waren auf dem Weltmarkt erstarken, was einen Ausgleich dagegen bietet, daß sie nunmehr Produkte selbst herstellen, die bisher aus den alten Kulturländern bezogen wurden. Aber auch, wenn der Außenhandel der alten Kulturländer keine absolute Verringerung durch diese Entwicklung erfahren würde, so besteht doch die starke Gefahr, daß er relativ im Verhältnis zu den Überseeländern abnimmt und diese an wirtschaftlichem Schwergewicht auf der Erde gewinnen. Es kommt hinzu, daß die alten Kolonisierungsmethoden infolge der Selbständigkeitsbestrebungen in den Kolonien der großen Imperien auf Widerstände stoßen. England hat große Absatzgebiete für Textilien im Osten unwiederbringlich verloren, ohne deswegen Zuwachs an neuen Aufträgen aus diesen Ländern zu erhalten. Es hat den Vorkriegsstand seines Anteils am Welthandel nur dadurch aufrecht erhalten können, daß es seine europäische Ausfuhr stark gesteigert hat.

Auf der anderen Seite sind starke internationale Tendenzen bemerkbar, die den Welthandel im aktiven Sinne zu beeinflussen geeignet sind. Das gilt nicht nur von wirtschaftlichen Beziehungen wie internationalen Kartellen und Kapitalverflechtungen auf der einen, internationalen Arbeitnehmerbewegungen auf der anderen Seite, sondern auch von solchen der Kunst und Wissenschaft und besonders der Politik, wie z. B. dem Völkerbund. Auch tragen zahlreiche Verkehrsverbände wie der Weltpostverein, zwischenstaatliche Luftverbindungen, internationale Schiffahrtspools, Verbandstarife der Eisenbahnen, ferner technische Leistungen wie der deutsche Ozeanflug des Flugzeuges „Bremen" sicherlich zur Verbindung der Völker und damit indirekt auch zur Stärkung des Welthandels bei. Aber die schon oben erwähnte Tatsache, daß die Weltproduktion stärker als der internationale Güteraustausch gestiegen ist, beweist, daß die protektionistischen Bestrebungen zurzeit noch das Übergewicht haben. Auch bedeuten die Kapitalverschiebungen, die Europa und Amerika die Rolle als Gläubiger und Schuldner haben tauschen lassen, eine Stärkung der amerikanischen und eine Schwächung der europäischen Ausfuhr, weil der Strom der in Form von Waren hereinkommenden internationalen Schuldzinsen seinen Lauf zu Ungunsten Europas geändert hat.

Deutschlands Stellung in diesem weltbewegenden Geschehen ist durch seine wirtschaftlichen Kriegsverluste besonders geschwächt durch den Wegfall seiner besten landwirtschaftlichen Zuschußgebiete, den Verlust von etwa ¾ seiner Eisenproduktion und ¼ seiner Kohlenerzeugung sowie durch die Kapitalverluste infolge von Enteignungen und Inflation. Seine Einfuhr ausländ-

Digitized by Google

dischen Getreides hat sich um etwa ½ Milliarde vermehrt; die Ausfuhr von Roggen, die vor dem Kriege bestand, ist durch die polnische Konkurrenz gehemmt. Der deutsche Boden wäre nach Ansicht hervorragender Sachverständiger freilich in der Lage, die Ernährung der deutschen Bevölkerung zu bewirken. Aber die Urbarmachung von landwirtschaftlichem Unland und die Intensivierung des alten Kulturbodens sind bei Deutschlands Kapitalarmut und bei den herrschenden Zinssätzen nicht rentabel. Deutsche industrielle Monopole, wie das für künstliche Farben, sind durch die angelsächsischen Staaten gebrochen, das Kalimonopol durch die Abtretung Elsaß-Lothringens verloren gegangen und erst durch eine zwischenstaatliche Vereinigung der Interessenten wieder hergestellt. Die Ausfuhr von Rübenzucker ist durch den überseeischen Rohzucker verdrängt.

Die deutsche Roheisenproduktion wird im Verhältnis zur Vorkriegszeit berechnet auf 61 Hundertteile, dagegen für die Vereinigten Staaten

von Nordamerika auf	118	„
für Britisch-Indien auf	390	„

Bei Steinkohle (1925) sind es

in Deutschland	70	„
in Großbritannien	85	„
in China	151	„
in Japan	136	„
in Britisch-Indien	115	„

Dagegen hat Deutschland die Führung in der Produktion und Ausfuhr synthetischen Stickstoffs in der Welt und in der Aluminiumerzeugung in Europa. Die Ausfuhr stark verfeinerter Erzeugnisse hat zugenommen. Doch hat im ganzen die Maschinenindustrie ihren alten Umfang noch nicht wieder erlangt; und wenn die chemische Industrie zwar ihren Vorkriegsstand erreicht hat und noch immer den größten prozentualen Anteil am Welthandel unter den Ländern der Erde besitzt, so haben doch die amerikanische Union und andere Staaten relativ Deutschland überholt.

In der Einfuhr Deutschlands ist der wertvollste Posten die Baumwolle. Der Bremer Handel versorgte vor dem Kriege fast ganz Mitteleuropa mit diesem Produkt. Wenn ihm auch einzelne Gebiete verloren gegangen sind, so hat er doch außer Deutschland Skandinavien, Polen, die Randstaaten, die österreichischen Nachfolgestaaten und die Schweiz sich zu erhalten gewußt. Die Einfuhr von Baumwolle stieg vorübergehend stark wegen der Notwendigkeit der Auffüllung der Läger, dann sank sie wegen des durch geringere Kaufkraft und Konkurrenz der Kunstseide gefallenen Verbrauchs. Freilich ist Liverpool erheblich stärker zurückgegangen. Die Einfuhr Liverpools aus der amekanischen Baumwollernte 1913/14

betrug		2,9 Millionen Ballen.
die von Bremen	2,6	„ „

Aus der amerikanischen Ernte des Jahres 1926/27 betrug die Einfuhr in Liverpool nur 2,1 Millionen Ballen.
in Bremen dagegen 2,8 „ „

Bremen hatte Liverpool zum ersten Mal im Bezuge amerikanischer Baumwolle übertroffen, blieb aber im Gesamtbezug dieses Artikels noch etwas hinter Liverpool zurück, da dieser Hafen auch fast 1 Milliarde kolonialer Baumwolle bezieht. Im Erntejahr 1927/28 dagegen hat Bremen zum ersten Mal im Gesamtbezuge von Baumwolle mit etwa 2,1 Millionen Ballen Liverpool übertroffen, das nur etwa 1,1 Mill. Ballen an amerikanischer Baumwolle und zusammen mit kolonialer Baumwolle nur etwa 2 Millionen Ballen bezogen hat.

Einer der schwersten Verluste Deutschlands nach dem Weltkriege war wohl der Totalverlust der deutschen Handelsflotte. Deutschland marschierte im Jahre 1914 hinter England als zweitstärkster Handelsflottenstaat; allein die Überseeflotte Bremens war damals größer als die ganze Überseeflotte Schwedens oder Rußlands. Die Reihenfolge war damals (1. 7. 1914):

1. England	19 257
2. Deutschland	5 429
3. Union	5 323
4. Norwegen	2 505
5. Frankreich	2 319
6. Japan	1 708
7. Italien	1 668

Heute hat sich das Bild stark verändert (1. 7. 1928):

1. England	22 783
2. Union	14 633
3. Japan	4 140
4. Deutschland	3 777
5. Italien	3 429
6. Frankreich	3 344
7. Norwegen	2 968

Es ist eine beachtliche Wiederaufbauarbeit, die die Hansestädte auf diesem Gebiete geleistet haben, und besonders Bremen, das seinen Anteil an der deutschen Handelsflotte auch relativ gegenüber Hamburg gesteigert hat. Er beträgt heute etwa 35 % (gegenüber 28 % vor dem Kriege), Hamburg hat heute etwa 50 % der deutschen Handelsflotte.

Der Seegüterverkehr der deutschen Häfen befindet sich ebenfalls seit Kriegsende in steigender Zunahme, er hat jedoch den Vorsprung Antwerpens und Rotterdams noch nicht einholen können. Dieser Verkehr betrug mengenmäßig in Hundertteilen:

	Bremen	Hamburg	Rotterdam	Amsterdam
1913/27	— 18	— 1	+ 45	+35
1927/28	— 15	+ 4	+ 26	?

Die Bedeutung des über die Häfen gehenden Außenhandels ist für Deutschland sehr groß. Mengenmäßig betrug der Seegüterverkehr der deutschen Häfen im Durchschnitt der Jahre 1925—27 in der Einfuhr 48 %, in der Ausfuhr 32,8 % des Gesamtaußenhandels. Dem Werte der Güter nach ist er aber erheblich höher. Allein der Seegüterverkehr Hamburgs und Bremens betrug 1927 ca. 56 % der Ziffer des deutschen Gesamteigenhandels. Der Anteil des Durchfuhrverkehrs und des innerdeutschen Seegüterverkehrs hierbei ist nicht hoch, sicherlich nicht höher als der Außenhandelsverkehr der übrigen deutschen Seehäfen. Man wird also sagen können, daß mehr als die Hälfte des deutschen Außenhandels (dem Werte nach) den Weg über die deutschen Seehäfen nimmt. Sehr viel größer würde dieser Anteil sein, wenn man die gewaltigen Mengen, die von deutschen Gütern nach den ausländischen Häfen Rotterdam und Antwerpen gehen, hinzurechnen würde. Deutschland hat das größte Interesse an der Stützung seiner nationalen Seehäfen. Zwar laufen die deutschen Schiffe auch die ausländischen Häfen an, aber nicht in dem Maße wie die Häfen des eigenen Landes. Der Anteil der deutschen Flagge, der in Rotterdam nur 19,8 % ausmacht, hat in Bremen im Jahre 1928 58,2 %, in Hamburg 44,3 % erreicht; er ist in Bremen im Monat April 1929 zum ersten Male auf 65 % gestiegen. Der Anteil der Beladungsmenge jedoch, auf den es allein ankommt, ist in deutschen Häfen für deutsche Schiffe noch erheblich höher. Abgesehen davon kommt bei Verladungen über deutsche Häfen die Arbeit der zahlreichen Hilfsgeschäfte des Seehandels der deutschen Volkswirtschaft zugute. Die Frage des nationalen Seehafen-

Digitized by Google

verkehrs erhält ihre besondere Bedeutung dadurch, daß die Schiffsfrachten als wichtiger Posten unsichtbarer Ausfuhr zum Ausgleich der deutschen Zahlungsbilanz beitragen.

Daß das Verhältnis der Einfuhr zur Ausfuhr Deutschlands beängstigend ist, ist schon oben gesagt worden. Die deutsche Handelsbilanz paßt für ein Rentnervolk, das durch ausländische Zinsguthaben die Passivität trotzdem in eine Aktivität der Zahlungsbilanz verwandeln kann, aber nicht für ein geschlagenes Schuldnervolk, bei dem sich das Passivsaldo in der Zahlungsbilanz um die Milliarden seiner Schuldzinsen und Kriegstribute vermehrt. Daß der Einfuhrüberschuß sich ganz oder überwiegend als Neuinvestierung, die sich später rentiert, darstellen sollte, ist nicht anzunehmen. Diese Auffassung würde für jungfräuliche Länder, die der Neuerschließung harren, zutreffen, aber nicht für ein altes Kulturland wie Deutschland. Doch ist das Problem nicht allein ein Außenhandelsproblem. Es ist ein innerpolitisches insofern, als Deutschland in seinen inneren Finanzen Ordnung schaffen und nicht nur weitere Belastungen der Wirtschaft vermeiden, sondern zu starken Entlastungen übergehen muß. Davon hängt die Ausfuhrfähigkeit unseres Landes schon heute ab. Ein Problem der Außenpolitik ist die Frage der Kriegstribute; denn daß unser Ausfuhrüberschuß sich so steigern lassen sollte, daß er eine natürliche Übertragung der Reparationslasten (nicht eine verschleierte durch Anleihen) in der jetzigen Höhe ermöglichen sollte, widerspricht aller Wahrscheinlichkeit. Daher ist eine erhebliche Herabsetzung der Kriegslasten unbedingt notwendig. Erst wenn diese beiden Voraussetzungen sichergestellt sind, wird man mit praktischem Erfolg an die Meisterung des Außenhandelsproblems herangehen können. Ob hierbei auf die Dauer die Abschließungsbestrebungen die internationalen Tendenzen überwiegen werden, ist schwer vorauszusagen. Die Zeit seit dem Kriege ist noch zu kurz, um ein endgültiges Urteil darüber zu gewinnen. Auch ob der Anstieg Europas und besonders Deutschlands im Welthandel in den letzten beiden Jahren nur einen Wellenberg oder den Beginn einer längeren aufsteigenden Kurve bedeutet, kann man heute ebensowenig sagen, wie ein abschließendes Urteil darüber schon bestehen kann, ob die bedeutsamen Veränderungen im Welthandel nur äußere Kriegsfolgen oder innere Strukturwandlungen der Weltwirtschaft sind. An der industriellen Erstarkung und der wachsenden Bedeutung der farbigen Völker, besonders des fernen Ostens, wird man allerdings nicht vorbeigehen können. Deutschland wie ganz Europa werden sich ihre wirtschaftliche Machtposition jedenfalls auf die Dauer nur durch technische und kaufmännische Spitzenleistungen erhalten können. Erfindergeist und Unternehmungsgeist sind daher für die Zukunft mehr denn je die wertvollsten Stützen einer erfolgreichen Außenhandelspolitik.

Deutschlands Wettbewerbslage in der Weltschiffahrt.

Geheimrat C. J. Stimming,
Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Bremen.

Nicht ohne starke Hemmungen geht heute der in der Wirtschaft Tätige an eine Erörterung seiner Angelegenheiten in der Öffentlichkeit heran; denn wir sind psychologisch noch nicht an dem Punkt, wo die Erkenntnis der gemeinsamen Gefahr und das Bewußtsein der Schicksalsgemeinschaft alles zur Überwindung der bestehenden Schwierigkeiten einigt. Vorläufig herrscht vielmehr noch eine ungesunde Stimmung, in der jeder die Schuld beim anderen sucht, von fremden Nöten nichts hören will, ja, sich dagegen womöglich durch Unterschiebung unlauterer Motive zu wehren sucht. In der Seeschiffahrt liegen die Verhältnisse aber so eindeutig klar, daß man die damit angedeutete Gefahr laufen kann, zumal niemand in der Schiffahrt die Hilfe bei anderen sucht. Von anderen Zweigen der deutschen Wirtschaft unterscheidet sich der Betrieb der Seeschiffahrt dadurch, daß ihr Tätigkeitsfeld fast zu 100 % ein internationales ist, die See! Das freie Meer niemandes Reich und jedermanns freies Arbeitsfeld! Auch wenn dieser ideale Zustand nicht ein nur in Friedenszeiten anscheinend verwirklichter Traum, sondern Wirklichkeit wäre, würden die Wettbewerbsbedingungen nicht für alle Bewerber um die Früchte der Seeschiffahrt die gleichen sein; denn schon die Gruppierung der Macht und der Besitzungen der Flaggenstaaten um die Meere schafft unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen: Küstenschiffahrtsvorteile z. B. haben eine andere Bedeutung für Länder mit lang gestreckten oder mehrere Meere berührenden Küsten, als für ein Land, das, wie Deutschland, neben der vom Weltverkehr immerhin etwas abgelegenen Ostseeküste nur das verhältnismäßig kleine nasse Dreieck an der Nordsee mit seiner Weltmeerlage auch nur zweiten Ranges besitzt. Deutschland hat weiter keine überseeischen Besitzungen, kann also seine Schiffahrt nicht befruchten durch die Vorteile, die der Schiffahrt eigener Flagge im Verkehr zwischen Mutterland und Kolonien, wenn auch formell zugegeben nur bei der Postbeförderung und Regierungstransporten, zukommen. Richtig ist, daß der Bereich der Küstenschiffahrt und der Verkehr zwischen Mutterland und Kolonien immer nur ein Ausschnitt aus dem großen Weltverkehr ist, aber auch in diesem, dem allgemeinen Wettbewerb an und für sich — wenigstens in Friedenszeiten — gleichmäßig erschlossenen großen Verkehr sind die Wettbewerbsbedingungen nicht ohne weiteres die gleichen; denn die Ausstrahlungen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Heimatstaates reflektieren vom Schiff auch in den fernsten Meeren. Verständlich deshalb bei der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Anteils der eigenen Flagge am Seeverkehr das Bestreben kräftiger und selbstbewußter Staaten, nicht nur Wettbewerbsnachteile der nationalen Schiffahrt aus öffentlichen Mitteln auszugleichen, sondern auch durch sonstige Einflußnahme der Gesetzgebung die nationale Schiffahrt zu bevorzugen oder, was das Gleiche bedeutet, der Schiffahrt fremder Flaggen das Leben zu erschweren, Bestrebungen, die, wenn man den politischen Heißspornen mancher Länder die Zügel schießen ließe, geradezu eine Rückentwicklung zu den Grundsätzen der Navigationsakte einleiten könnten, — besonders schwierig auf der anderen Seite die Wettbewerbslage einer an und für sich durch die Verhältnisse nicht gerade bevorzugten nationalen Schiffahrt, hinter der eine genügend starke politische und wirtschaftliche Macht nicht steht!

Damit sind die Schwierigkeiten der Wettbewerbslage der deutschen Schiffahrt in Umrissen angedeutet. Was reichsseitig geschehen ist, um den Wiederaufbau der Handelsflotte zu ermöglichen, und was anschließend getan werden konnte, um bei verschiedenen Anlässen die Schiffbautätigkeit nicht zum Erliegen kommen zu lassen, verdient unter den zur Zeit jener Leistungen obwaltenden Verhältnissen vollste Anerkennung, war aber dem Umfang nach weder bei der Reedereiabfindung ein wirklicher Ausgleich der gutzumachenden Schäden noch bei den folgenden Maßnahmen dem Umfange nach irgendwie vergleichbar mit dem, was andere Staaten für ihre Schiff-

Digitized by Google

fahrt laufend tun, handelt es sich doch bei der vielbesprochenen Darlehnsaktion des Reiches für Schiffbauten aus dem Jahre 1924 nur um eine Summe von im ganzen 50 Millionen Reichsmark, die spätestens in 10 Jahren zurückzuzahlen sind, und bei der sogenannten Zinsverbilligungsaktion, bei der übrigens das Großschiffbauprogramm des Norddeutschen Lloyd das privilegium odiosum der Nichtberücksichtigung genoß, um sechs Jahresleistungen von durchschnittlich je drei Millionen Reichsmark. Wen die Verhältnisse näher interessieren, der sei auf einen Artikel über „Großschiffbau und Subventionen" in der deutschen nautischen Zeitschrift „Hansa" vom 10. Mai verwiesen, der den für die Finanzierungsmöglichkeiten solcher Großbauten in England, in den Vereinigten Staaten, in Italien und Frankreich bestehenden Möglichkeiten die Tatsache gegenüberstellt, daß der Norddeutsche Lloyd sein Programm aus privaten Mitteln zu finanzieren hatte. Müßig, darüber zu klagen! Eine aktive Subventionspolitik wird bei der Entwicklung der Reichsfinanzen in absehbarer Zukunft noch weniger möglich sein, als es in der Vergangenheit der Fall war. Es bleibt also dabei: Ohne Ausgleich durch Leistungen aus öffentlichen Mitteln wird das deutsche Schiff den Wettbewerb mit günstiger gestellten Rivalen unter einer Belastungshöhe für öffentliche Ansprüche einschließlich Reparationsbelastung, die man im Ausland nicht kennt, und unter Geldbeschaffungs- und Zinsbedingungen bestreiten müssen, die weit über dem Normalen liegen. Die Zeiten, in denen das deutsche Schiff in anderen Unkostenfaktoren, insbesondere solchen auf dem Gebiete der Personalbesoldung, einen gewissen Ausgleich hatte, sind endgültig vorüber. Man darf bei einem solchen Vergleich natürlich nicht gerade auf die amerikanische Schiffahrt exemplifizieren, die die aus den Verhältnissen ihrer Hochschutzzollwirtschaft auf das amerikanische Schiff rückwirkenden Umstände, wie hohe Gagen, hohe Bau- und Reparaturkosten, notwendig durch exorbitant erscheinende Subventionsmaßnahmen ausgleichen muß, wenn ein Wettbewerb der amerikanischen Schiffahrt ermöglicht werden soll. Nehmen wir heute als Vergleichsobjekt unter Ausschluß von Verhältnissen, die noch durch Inflation oder Nachwirkung einer solchen, oder durch eine relative Rückständigkeit in sozialen Belangen beeinflußt sind, z. B. ein englisches, ein skandinavisches oder holländisches Schiff, und berechnen wir die gesamten Unkosten personeller Natur für ein Schiff gleicher Größe und Leistungsfähigkeit, so zeigt sich, daß trotz äußerlich noch bestehender Unterschiede in den Gagenhöhen bei der deutschen Schiffahrt von einer Minderausgabe auf personellem Gebiete nicht mehr gesprochen werden kann, wenn man, wie dies geschehen muß, dabei die indirekten personellen Ausgaben (Versicherung, sonstige soziale Leistungen, Urlaubsgagen usw.), die Unterschiede in den Besatzungsetats u. a. m.) mit berücksichtigt.

Dabei ist der Wettbewerb, in dem sich die deutsche Schiffahrt zu behaupten hat, unter den durch das übermäßige Anwachsen der Welttonnage geschaffenen Bedingungen, die ein Zurückbleiben der Frachtkurve hinter den entsprechenden Unkostenkurven zur Folge hat, und unter dem Einfluß der restriktiven Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten ein besonders harter, der auch durch die bestehenden, an und für sich erfreulichen und deutscherseits mit allen Mitteln zu fördernden Konferenzabmachungen seiner Schärfe nicht völlig zu entkleiden ist. Interessenten mögen Näheres in dem Buche Prof. Helanders in Kiel über die Weltwirtschaftskrise nachlesen. Kein Wunder, daß Vertreter der deutschen Schiffahrt vor der Enquete-Kommission Fragen zu beantworten hatten, die darauf abgestellt waren, die Gründe dafür zu ermitteln, daß die deutsche Schiffahrt trotz allem noch lebt und unternehmungsfroh geblieben ist. Immerhin verständlich die starke Skepsis, mit der die finanzielle Fachpresse neuerdings im allgemeinen Schiffahrtsfragen beurteilt, und die Rückwirkung dieser Skepsis auf die freilich für Baissemomente gegenwärtig besonders verständnisvolle Börsenstimmung. Allen solchen Meinungen begegnet hanseatische Gesinnung mit einem Dennoch! Zunächst ist ja doch davon auszugehen, daß es schließlich nicht nur auf die Figuren ankommt, die dem Spieler zur Verfügung sind, sondern mehr noch auf den Geist, der sie bewegt.

Verhältnisse, wie die geschilderten, enthalten im übrigen auch etwas Entwicklungsförderndes. Der Zwang zur Leistungssteigerung und Unkostenherabdrückung wirkt erzieherisch und Fortschritt fördernd. Er beseitigt z. B., wo es sich um Rationalisierungsmaßnahmen in der Zusammenlegung oder Zusammenarbeit verschiedener Betriebe oder um die Durchrationalisierung des einzelnen Betriebes handelt, manche Hemmung, die in normalen Zeiten gegenüber der Macht der Gewohnheit oder der Ehrfurcht vor historisch Gewordenem besteht. Manches ist auf diesem Gebiete in den letzten Jahren geschafft worden, manches vielleicht noch in der Folge in friedlicher Zusammenarbeit zu erreichen, ohne daß mit dieser Ansichtäußerung einer lediglich mechanistischen, ideelle und Persönlichkeitsmomente nicht genügend berücksichtigenden Auffassung solcher Fragen das Wort geredet sei. In der Zusammenarbeit mit einer technisch hochentwickelten, wirtschaftlich hoffentlich der Gesundung, wenn auch unter Opfern entgegengehenden Werftindustrie konnten schließlich auf technischem Gebiete Leistungssteigerungen erreicht werden, die manches ausgeglichen haben, so insbesondere auf dem Gebiete der Wärmewirtschaft, dem der Schiffsantriebsmaschinen und der Schiffsform. Pünktlichkeit und vergrößerte Schnelligkeit der Dienste, sorgfältige Ladungsbehandlung, individuelle Behandlung des Passagiers nach seinen besonderen Ansprüchen und Gewohnheiten müssen für das deutsche Schiff werben. Ein besonders feinfühliges Eingehen auf die Bedürfnisse des Abladers müssen das deutsche Schiff dem Ablader unentbehrlich machen, müssen insbesondere immer mehr zu einem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zwischen deutscher Industrie und deutscher Schiffahrt führen, wobei ein voller Erfolg allerdings nur zu erzielen sein wird, wenn auf eine verständnisvolle Berücksichtigung deutscher Schiffahrts- und Seehäfeninteressen in der deutschen binnenländischen Tarifpolitik weiter gerechnet werden kann.

Unterstützt werden die deutschen Reedereien in ihrem harten Kampfe um die Behauptung der deutschen Seegeltung, wie gern anerkannt sei, durch ein Personal, das sich durch alle Weltanschauungskämpfe hindurch den alten Seemansgeist und die alte Berufstüchtigkeit erhalten hat und, wie zu hoffen ist, für immer erhalten wird, eine Tatsache, die um so höher zu bewerten ist, wenn man berücksichtigt, was der Fortfall der Schulung in dem Pflichtdienst in der Kriegsmarine für die Ausbildung bedeutet. So lange es so bleibt, wird der Unternehmungsgeist der deutschen Reeder trotz aller Schwierigkeiten schon im Hinblick auf die Bedürfnisse der deutschen Gesamtwirtschaft und insbesondere den deutschen Arbeitsmarkt nicht nachlassen dürfen. In der Schiffahrt verläuft die Konjunktur in besonders starken Wellenbewegungen. Gelingt es, die deutsche Schiffahrt bei weiterer Beobachtung von Umsicht und Vorsicht trotz zurzeit nicht gerade günstiger Konjunktur ruhig und stetig weiterzuentwickeln, und auch in solchen Jahren wenigstens eine Rente für das arbeitende Kapital in der Höhe herauszuarbeiten, wie sie notwendig ist, um das für die Weiterentwickelung erforderliche Vertrauen nicht nur des deutschen Aktionärs, sondern auch der internationalen Finanzwelt zu erhalten, so werden hoffentlich die Früchte einer von Zukunftshoffnung getragenen Aufbauarbeit auch einmal etwas reichlicher reifen. Hoffen wir, daß die Entwickelung der allgemeinen Verhältnisse es dann gestatten wird, bei ihrer Verteilung nicht nur öffentliche Bedürfnisse zu befriedigen, sondern auch Kapital und Arbeit daran gebührend teilnehmen zu lassen.

Digitized by Google

Die Stellung Bremens im Reich.

Von Dr. Müllershausen, Vortragender Rat.

Wenn bei den zahlreichen Vorschlägen zu einer Neugliederung des Reiches fast überall der Gedanke wiederkehrt, den Hansestädten eine Sonderstellung einzuräumen, so ist damit offenbar ein Moment berücksichtigt, das auch im übrigen als Leitgedanke für die künftige Gestaltung des Reiches dienen sollte: Aufgabe und Ziel darf und kann nicht eine schematische Gliederung in präfekturartige Bezirke, Länder oder Provinzen sein; keine willkürliche Abgrenzung nach Gebietsumfang und Bevölkerungszahl darf wirtschaftliche, kulturelle und historische Gegebenheiten durchschneiden, sondern es gilt, in wahrhaft staatsmännischem Geiste die lebendigen Kraftquellen und Energieströme, die im deutschen Staatsleben offenbar sind, zu einer lebendigen Einheit zusammenzufassen, und aus dieser Blickrichtung heraus einen Organismus und nicht ein Schema zu schaffen. Es mag ein Kennzeichen unserer so unhistorischen Zeit sein, daß dieser Gesichtspunkt fast nirgends, auch nicht in den von wissenschaftlicher Seite gemachten Vorschlägen auftaucht und jedenfalls nirgends zum Ausgangspunkt für den Aufbau der künftigen Form gewählt ist. Vielmehr sieht man überall das Bestreben, vorhandene Gebietsgrenzen von Provinzen oder Ländern zu erweitern und zu beschneiden und von außen her die Abgrenzung für jene Landeseinheiten zu suchen, die in ihrer Verbindung das Reichsgefüge darstellen sollen. Dagegen scheint es weit fruchtbarer zu sein, dem Ursprung wirtschaftlicher und kultureller Energien nachzugehen, ihre eigentliche Quelle zu ergründen und so von dem Punkte der Mitte ausgehend die Grenzen eines Gebietes zu suchen, innerhalb dessen diese Kräfte sich auswirken und zu fruchtbarer Gestaltung gebracht werden können. Insbesondere wird für die in Landesgrenzen zerrissenen Teile Mitteldeutschlands wie für die durch starke kulturelle Kräfte in eigenwilligem Sonderdasein gebundenen süddeutschen Staaten so eine bessere Lösung zu finden sein, als mit Zirkel und Meßblatt oder nach den Eingebungen politischen Ehrgeizes. Der Preußische Ministerpräsident Braun hat in seiner Rede vor dem preußischen Landtag für Preußen gleiche Gedankengänge entwickelt und unter Hinweis auf die historisch beglaubigte Kraft des preußischen Staatswesens eine vorzeitige Zertrümmerung in Reichsprovinzen abgelehnt. Es ist in Bremen nicht unbeachtet geblieben, daß der staatsmännische Leiter des größten Bundesstaates auch den Gedanken eines Groß-Niedersachsens als eine Konstruktion ansieht, deren Durchführung und innere Berechtigung ihm zweifelhaft ist. Glaubt man doch gerade in Bremen damit bestätigt zu finden, was jedem Anwohner der Küste schon das Gefühl diktiert: daß diese Bindung unserer seewärts gerichteten Interessen aus binnenländischen Gesichtspunkten heraus die Meeresnatur unserer Stadt und der nordwestdeutschen Küstenbezirke verkennt.

In der Tat sollte man, wenn irgendwo, so bei Plänen über eine Neuordnung der Verhältnisse im deutschen Küstenbezirk der Nordsee, von jener organischen Betrachtung ausgehen, die die Kraftquelle dieses Bezirkes zu erforschen sucht und von dort aus die Grenzen ermittelt, innerhalb deren diese Kraft zum Wohle des Ganzen sich auswirken könnte. Und da bietet sich dem unbefangenen Beurteiler aus geographischer wie aus historischer Erkenntnis klar die Bedeutung des Mündungsgebietes der beiden großen nordwestdeutschen Ströme der Elbe und Weser mit ihren Handels- und Schiffahrtsniederlassungen, ihren Industrieanlagen und Werften, ihren weltweiten Beziehungen in Handel und Verkehr. Hamburg und Bremen sind die großen kraftspendenden lebendigen Zentren dieses Gebietes. Doch während Hamburg und seinen Schwesterstädten an der Elbe, Altona und Harburg, diese Stellung unbestritten zugefallen ist, da schon die Massierung der Bevölkerung auf engem Raum an der Unterelbe diesem Drange ein natürliches Gewicht gab, hat das an Bevölkerungszahl kleinere Bremen um diesen Anspruch zu kämpfen. Denn südlich seines Einflußgebietes breitet sich ein dicht besiedeltes mitteldeutsches Industriegebiet mit den Brennpunkten Bielefeld und Hannover.

Schon in früheren Jahrhunderten hatte Bremen, in dem natürlichen Drange, sich die Herrschaft über den lebenspendenden Strom, das „Dominium Visurgis“ zu sichern, vorübergehend die Gebiete von der Stadt dem Flußlauf folgend bis zum freien Meere in seiner Hand vereint. Später beschränkt auf die unmittelbar angrenzenden Landgebiete und den Hafen Vegesack, erwarb es vom Königreich Hannover einen Bezirk an der Mündung der Weser, auf dem mit Schleusen und Häfen, mit Speichern und Kränen Deutschlands Passagierhafen Bremerhaven entstand.

So weist schon die Entwicklung im Wechsel der Geschichte den Weg zukünftiger Gestaltung und über den eng begrenzten Stadtstaat mit seiner Tochterstadt Bremerhaven hinaus hat kaufmännischer Unternehmungsgeist schon in den vergangenen Jahrzehnten in zahlreichen Industriegründungen in Delmenhorst und Nordenham auf oldenburgischem, in Hemelingen, Blumenthal und Wesermünde auf preußischem Gebiet den kommenden Dingen die Wege gewiesen. Und so mag man die Unterweser von Bremen bis zur salzen See, die Großhandelsstraße für den internationalen Seeverkehr, die heute schon wirtschaftlich eine Einheit ist, künftig auch organisatorisch zu einer Einheit zusammenfassen und einen Weg beschreiten, wie er für Rotterdam und die Häfen der Maas in Gestalt der Hafenschaften in Aussicht genommen ist, damit den natürlichen wirtschaftlichen Energien folgend, die von Bremen ihren Ausgang nehmen. Die Häfen von Bremen und Bremerhaven sind nicht eine zufällige politische Einheit, sondern zu einer wirtschaftlichen Einheit in der Arbeit eines Jahrhunderts verschmolzen und untrennbar verbunden. Der Gedanke liegt nahe, von diesen beiden Polen die Entwicklung auf das ganze Unterwesergebiet auszudehnen und zumindest die Häfen dieses Gebietes enger zusammenzuschließen.

Der Küste folgend schließen sich westwärts das Jade- und Emsgebiet mit ihren Häfen an, die sich in gleicher wirtschaftlicher Einstellung und in gleichgerichtetem Streben mit dem Unterwesergebiet begegnen. In erster Linie ist Emden zu nennen, der weit vorgeschobene Außenposten an der nordwestdeutschen Grenzecke, der preußische Handelshafen an der Nordsee, dem die lebendige Verbindung mit dem Überseehandel fehlt, wie denn wohl staatliche Fürsorge nicht zu ersetzen vermag, was Initiative und Tatkraft des Kaufmanns schafft und erweitert.

Ist damit ein Gebiet umrissen, dem Eigenart und Kraft aus seiner Küstenlage zuwächst, und das seine wirtschaftlichen Schwerpunkte an den Mündungsstrecken der Ströme findet, so darf nicht verkannt werden, daß weite landwirtschaftlich genutzte Bezirke eben diesen Kraftzentren Aufgaben stellen, die auf wirtschaftlichem wie auf finanziellem Felde Lasten und Opfer verlangen. Und gerade in Bremen, das — dem Meere zugewandt —

Digitized by Google

seine Stärke in der ausschließlichen Pflege von Handel und Schiffahrt erblickt, ja, eigentlich sein staatliches Eigendasein in dieser Aufgabe begründet glaubt, wird jede Vereinigung mit landwirtschaftlichen Bezirken, jede Verbindung mit agrarischen Interessen als Beeinträchtigung seiner Kraft, als Opfer empfunden werden. Doch wird nicht jedes wie immer gestaltete staatliche Gebilde im Interesse des Ganzen Opfer zu bringen haben und liegt nicht gerade die Lösung der Aufgabe in der Bindung wirtschaftlich starker und schwächerer Teile zu gemeinschaftlichem Wohle?

Nur eines muß Voraussetzung bleiben bei jeder Regelung, wie im ganzen Reich so insbesondere im Küstenbezirk der Nordsee: Die Kraftquellen dürfen nicht verschüttet werden, ihr Reichtum muß in wohlerwogenen Grenzen dem natürlichen Hinterlande zufließen und aus dessen Blüte wieder neue Kraft gewinnen! Die Meeresnatur, wie Bürgermeister Smidt, der Gründer Bremerhavens, Bremens Wesen bezeichnete, muß dem Bezirke gewahrt bleiben, der einmal zwischen Elbe und holländischer Grenze zusammengeschlossen werden mag, und der im Süden seine Grenze finden könnte in dem dünn besiedelten Streifen Landes, der das Industriegebiet von Hannover und Bielefeld von dem eigentlichen Mündungsgebiet mit seinen Häfen und Industriesiedlungen trennt.

Mehr als einmal ist offiziell und inoffiziell betont worden, daß Bremen sich in seinem Hafengebiet wie überhaupt in seinen politischen Grenzen saturiert fühlt. Nicht Erwerb fremder Gebietsteile, nicht Ausdehnung staatspolitischer Grenzen kann und darf Ziel und Weg für die künftige Entwicklung sein, sondern freier Zusammenschluß der Gebiete, die, vom Seewind bestrichen, aus ihrer natürlichen Verbundenheit den Weg zur Einheit suchen.

Im Laufe der letzten Jahre ist die Erkenntnis gewachsen, daß alle Vorschläge zur Reichsreform, die von rein konstruktiven Gedankengängen ausgehend die bestehenden staatspolitischen Grenzen beseitigen und neue Gebilde an die Stelle der alten Länder setzen wollen, dem Gedanken der Reichsreform eher schaden als nützen. Der Widerstand in den betroffenen Ländern hat sich oft überraschend groß gezeigt und politischer Ehrgeiz hat manche Verbindung zerstört, die schon verheißungsvoll geknüpft war. So hat man sich auch in Erkenntnis dieser Schwierigkeiten gerade in dem oben bezeichneten Gebiet in dem Gedanken gefunden, das Trennende zurückzustellen und in der Pflege und Vertiefung gemeinschaftlicher Interessen den Weg des Verständnisses und der Zusammenarbeit zu suchen. Die Formen des staatlichen Lebens sind wandelbar, und es wäre irrig zu glauben, daß die Mängel, die man in dem heutigen Zustand zu finden glaubt, verschwinden würden, wenn politisches Übergewicht oder Diktat der Zentralstelle das Getrennte zu einigen suchte. Verständige Lösung der strittigen Fragen, Bildung von Verwaltungsgemeinschaften und, wo notwendig, Abgrenzung von besonderen Interessengebieten werden weit eher zum Ziele führen. Die Lösung der Gegensätze an der Wesermündung, die in langen Jahren verhandelt und unter beiderseits einseitiger Blickrichtung nicht gefunden werden konnte, wird auf diese Weise erleichtert werden. Und ebenso wird sich in der Abgrenzung der Bezirke der Reichsbehörden in gerechter Abwägung der jeweils überwiegenden Interessen eine Einigung finden lassen.

Deutschland ist kein ausschließlich der See- und der Schiffahrt zugewandtes Land wie England und Holland. In einem schmalen Streifen nur findet es an der Nordseeküste den Zugang zum Weltmeer. Die Folgen des Krieges, die Verluste der Grenzgebiete im Osten und Westen, der Kampf um den Rhein und die Auseinandersetzungen mit den Nachbarstaaten haben den Blick zwangsläufig auf die kontinentalen Probleme gelenkt und in Deutschland fast vergessen lassen, daß es in den Zeiten seiner Macht unter den seefahrenden Nationen in vorderer Linie stand. Die Hansestädte erblicken in der Pflege des Gedankens der Seegeltung und der Beziehungen zu Übersee ihre besondere Aufgabe im Dienste am Ganzen. So soll man ihnen wie dem Küstengebiet der Nordsee auch in Zukunft dieses Ziel weisen und die Kräfte stärken, die sie zur Erfüllung brauchen!

Bremen und die Unterweser.

Von Dr. G. Kappe.

Es ist eine alte Wahrheit, daß Deutschland über See ausführen muß, und doch kann sie nicht genug eingehämmert werden in einer Zeit, die ein unerträgliches Maß von Arbeitslosigkeit sieht. Ausfuhr nach Übersee setzt nun eingehende Kenntnis von Land und Leuten voraus. Diese aber besitzen in Deutschland zwei Stellen: Bremen und Hamburg. Durch ihre Kontore laufen alle die zahllosen Fäden, die das deutsche Binnenland mit solchen Ländern der Welt verbinden, die den Überschuß seines Gewerbfleißes aufnehmen und Rohstoffe für die Industrie, Nahrungs- und Genußmittel abgeben. Damit ist die Sonderstellung der hansischen Gemeinwesen gegeben: Sie sind in der Tat „die beiden Augen, mit denen Deutschland auf die Welt schaut".

Wenige Zahlen sagen oft mehr als lange Auseinandersetzungen in Worten. So mögen auch hier ein paar statistische Angaben über Bremens See- und Überseegeltung vorangestellt werden. 1,4 Mill. Br.-R.-T. Seeschiffsraum waren am 1. Januar 1929 in Bremen beheimatet, d. h. 35 % der deutschen Kauffahrteiflotte, 95 regelmäßige Linien mit 3477 Abfahrten im Jahr gingen in derselben Zeit von seinen Häfen aus, und 3,48 Mill. Tonnen Seegüter wurden 1927 in ihnen umgeschlagen, d. h. soviel, wie der gesamte Handel Brasiliens beträgt. Bremen versorgt fast ganz Mitteleuropa mit dem wichtigsten Faserstoff der Weltwirtschaft, Baumwolle. 1927 führte es für 940 Mill. Mk. hiervor ein, mehr als der gesamte Baumwollimport in das deutsche Zollinland ausmacht, da ein Teil wieder ausgeführt wird, ein anderer nach der Tschechoslowakei, Polen, Österreich und der Schweiz weitergeht. Auch der zweitwichtigste Rohstoff der deutschen Textilindustrie, die Wolle, nimmt seinen Weg in bedeutendem Maße über Bremen. Dazu kommt eine Rieseneinfuhr von Getreide, dem eine gigantische Umschlagsanlage dient, ein Import hochwertiger Nahrungs- und Genußmittel: Kaffee, Tabak, Früchte usw. Und was die Ausfuhr betrifft, so wird ein großer Teil der deutschen Metallwaren, Gewebe, Spielzeuge, Porzellane, Biere usw. über Bremen in die Ferne geleitet. Endlich gehört Bremen zu den hervorragendsten Fahrgasthäfen der Welt für den Überseeverkehr. 1928 kamen hier 124 700 Passagiere an und fuhren ab, die vielen Tausende nicht gerechnet, die der Seebäderdienst beförderte.

Exponenten dieser seewirtschaftlichen Hochstellung sind der Norddeutsche Lloyd, eine der größten Reedereien der Welt, die Baumwollbörse, die größte des Festlandes, die in der Saison 1926/27 über mehr Ballen amerikani-

Digitized by Google

scher Baumwolle verfügte, als in sämtlichen englischen Häfen gelandet wurden, endlich die Deschimag, das bedeutendste Schiffbauunternehmen des Festlandes.

* * *

Der seewärtige Warenverkehr Bremens befruchtet sein gesamtes Wirtschaftsleben und das seines Umlandes. Die Wolle, die vor dem Weiterversand gereinigt werden muß, ließ zwei Riesenwollwäschereien und -kämmereien entstehen. Eine von ihnen wurde die Keimzelle des nach den Vereinigten Glanzstoffwerken größten deutschen Spinnstoffkonzerns, der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei, der seinen Sitz in Bremen hat. Die Korkeinfuhr schuf drei große Linoleumfabriken, die an hervorragender Stelle in der deutschen Industrie, damit im europäischen Trust, stehen, der Juteimport mehrere große Spinnereien und Webereien, die Einfuhr von Ölfrüchten eins der größten Werke des kräftigsten europäischen Speiseöl- und Margarinekonzerns, die Bremen-Besigheimer Ölfabriken. Die Getreide- und Reiseinfuhr rief große Mühlen ins Leben, der Tabakimport eine Zigarrenindustrie von europäischem Ruf, die Kaffeeeinfuhr die größte Rösterei der Welt, die Kaffee-Hag-Werke, der Import von Kakaobohnen Schokoladenfabriken (Goldina, Hachez), endlich der Export die größte deutsche Brauerei für Tropenbiere, die Haake-Beck-Brauerei, und eine hervorragende Silberwarenindustrie. Darüber hinaus verdanken auch fast sämtliche anderen großen industriellen Unternehmungen der bremischen Seewirtschaft ihr Leben, sind zum Teil Gründungen des Norddeutschen Lloyd, so die Metallwerke in Nordenham, die Norddeutsche Hütte, die Lloyd-Dynamo- und die Hansa-Lloyd-Werke in Bremen.

Nicht sämtliche der genannten Industrien liegen im bremischen Staatsgebiet, aber sie sind fast alle vom bremischen Kapital befruchtet. Doch die alte Hansestadt hat weit über die Ufersäume der Unterweser hinaus Leben geweckt. Es muß jedem nachdenkenden Reisenden, der von Süden auf Bremen zustrebt, auffallen, wie das niedersächsische Land deutlich dreigeteilt ist: vor dem Gebirge eine städte- und industriereiche Zone, dann die Moore und Heiden, die nicht eine einzige Stadt von mittlerer Größe aufweisen, endlich das Küstenland. Hier nimmt die Zahl der Siedlungen erheblich zu. Der Streifen zwischen Unterelbe und Unterems bildet aber eine wirtschaftliche Einheit mit Bremen als Mittelpunkt.

* * *

Die Lebensgemeinschaft an der Unterweser ist wie die entsprechende an der Unterelbe an die Seeschiffstraße gebunden. Es ist in Deutschland viel zu wenig bekannt, welche Opfer die beiden hansischen Stadtstaaten gebracht haben, um den Zugang zur See offenzuhalten. Bis zur Übernahme sämtlicher Wasserstraßen durch das Reich (1921) wandte Bremen mehr als 100 Mill. M dafür auf. Die großen Uferstaaten waren raumkurzsichtig, Hamburg und Bremen sahen immer gleichzeitig nach den Ländern jenseits der Weltmeere und hinein in die gesamte deutsche Heimat. In die gesamte deutsche Heimat, Niedersachsen ist so wenig Hinterland für Bremen wie für Hamburg, Hinterland ist Deutschland. Das ist von grundsätzlicher Bedeutung. Wie unser Zukunftsstaat auch aussehen wird, man wird vom Standpunkt Gesamtdeutschlands nicht vergessen dürfen, daß seinen einzigen Welthäfen, Bremen und Hamburg, eine Sonderstellung zusteht Nicht zum Danke dafür, daß diese beiden Stadtstaaten aus eigener Kraft Deutschland den Weg nach Übersee offenhielten. Abgesehen davon, daß geschichtlich Gewordenes keine Rechtsgrundlage vom Standpunkt der Vernunft ist, kann man ja einwandfrei nie sagen, in welchem Maße diese Arbeit an Strom und Häfen mit Rücksicht auf das Reich oder den eigenen Nutzen geschehen ist. Und doch wegen dieser Arbeit, da sie der beste Beweis ist für die in der Welt einzig dastehende Tatkraft der beiden großen Hansestädte. Ist es doch Preußen nicht gelungen, mit seinen ungleich größeren Mitteln seine Häfen wettbewerbsfähig zu machen. Großstaatswirtschaftliche Organisation ist durch ihren Zentralismus so wenig geeignet, Welthäfen zu verwalten wie Handelsflotten zu haben.

Wie Verwaltung durch einen Großstaat nicht fähig ist, den Schwankungen des Seefrachtenmarktes sich anzupassen — das Scheitern der Staatsflotten von Australien und der USA. zeigen es deutlich —, so ist sie auch nicht beweglich genug, im Hafenbau und in der Hafenverwaltung den Bedürfnissen des Welthandels zu folgen. Und — das Risiko zu tragen, denn Welthäfen sind Zuschußbetriebe in der Organisation der Weltschiffahrt.

Goethe hat einmal gesagt: „Hamburg und Bremen sind groß und prächtig, ihre Wirkung auf Deutschlands Wohlstand gar nicht zu berechnen. Aber würden sie bleiben, was sie sind, wenn sie ihre Souveränität verlieren und irgendeinem deutschen Reich als Provinzialstadt einverleibt würden? Ich habe Grund daran zu zweifeln." Goethes Worte gelten unter Berücksichtigung der geänderten politischen Verhältnisse auch heute noch: die beiden großen Umschlagstellen des deutschen Überseehandels sind nicht wie Binnenstädte zu betrachten, sind eine gesamtdeutsche Angelegenheit. Sie haben auch stets aus anderen Gebieten Führerpersönlichkeiten angezogen, teils als Sprungbrett nach draußen, teils zu bleibender Wirkungsstätte. Man braucht nur an bedeutende Köpfe der Bremer Vergangenheit zu denken: der Erbauer der Häfen Bremerhavens, J. van Ronzelen, war Holländer, der Mann, der durch sein Wirken Deutschland ein Seetor erhielt, L. Franzius, Ostfriese, der Bürgermeister V. Marcus, der Bremen durch wirtschaftlich schwere Zeit hindurchsteuerte, Rheinländer, M. Chr. L. Lahusen, der Begründer der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei, Hannoveraner usw.

Dadurch sind Welthäfenstädte für das Hinterland Erzieher zu weltweitem Denken. Hanseatentum deckt sich heute nicht mehr mit der Gruppe der „Tagenbaren", wie man in Bremen die ureingesessene Bevölkerung nennt, Hanseatentum ist also nicht mehr Kreis, sondern Schnittpunkt der Wesenart aller weltweit denkenden Köpfe, die in den Hansestädten zusammengekommen sind. Es liegt ja auf der Hand, daß in einer Stadt, wo 1927 die Vereinigung der Exporteure über 60 Firmen umfaßte und die der im Baumwollhandel tätigen allein gegen 100, die Beziehungen zu fremden Ländern unvergleichlich geballter sind als in irgendeiner Stadt des Binnenlandes. Ein- und Ausfuhr aber sind „nicht mehr nebensächliche Begleiterscheinungen der im Kern selbst genügsamen Wirtschaften der Vergangenheit, sie sind wesentliche, unentbehrliche Bestandteile unseres ganzen Lebens geworden und für alle Schichten unseres Volkes von gleicher, das Dasein gestaltender Bedeutung". Überseeerfolge verlangen Elastizität des Handels. Diese aber besitzen in hohem Grade die Persönlichkeiten, die Hanseaten im wahren Sinne des Wortes sind. Die deutsche Wirtschaftsverfassung der Gegenwart läßt im Binnenlande immer weniger Raum für diese beweglichen, wagenden Köpfe, begünstigt den gleichsam beamteten Wirtschaftler mit der Behäbigkeit und dem hierarchischen Bewußtsein und dem geringen Mut zur Entscheidung, die der typische Nurbeamte besitzt. Desto mehr braucht Deutschland seine beiden großen Ausbildungsstätten für solche Männer, die fähig und wagend sind, auf sich allein gestellt im Ausland den Daseinskampf durchzufechten.

Digitized by Google

Die Weser als deutsche Großschiffahrtsstraße.

Von Strombaudirektor Ludwig Plate.

Der Seeschiffsverkehr der Weser nimmt in Deutschland nach Hamburg die zweite Stelle ein und erreicht fast die Hälfte des Seeverkehrs dieses großen Seehafens.

Daß ein Seeschiffsverkehr von solcher Größe nur möglich ist, wenn eine leistungsfähige Seewasserstraße vorhanden ist, dürfte an sich eine Selbstverständlichkeit sein. Nachstehend sollen einige Angaben über das Fahrwasser der Weser dies näher belegen.

Die Weser ist für alle Regelfrachtschiffe des Weltverkehrs bis Bremen-Stadt befahrbar. Man pflegt die Weserstrecke unterhalb Bremens in zwei Abschnitte zu teilen, die Unterweser von Bremen bis Bremerhaven-Wesermünde und die Außenweser von dort nach See.

Die Unterweser beginnt 5 Kilometer oberhalb der etwa in der Mitte Bremens liegenden Großen Weserbrücke und endet 65 Kilometer unterhalb derselben an der Mündung des Geesteflusses zwischen Bremerhaven und Wesermünde. Vom Oberlauf der Weser ist die Unterweser durch eine Staustufe, das Bremer Wehr, getrennt, die das Wasser für landwirtschaftliche Zwecke, Verhütung der Austrocknung der Wesermarschen infolge der Absenkung der Weserwasserstände durch die Unterweserkorrektion, aufstaut. Diese Staustufe stellt außerdem den Anfang der Kanalisierung der Weser oberhalb Bremens dar, durch die der Fluß für Binnenschiffe von 1000 Tonnen Tragfähigkeit dauernd, auch bei großer Trockenheit, befahrbar gemacht werden soll. Eine große Wasserkraftanlage, sowie zwei Schleusen von 12,5 Meter Breite und 70 bzw. 350 Meter Nutzlänge sind mit der Anlage verbunden. Ebbe und Flut wirken bis zum Bremer Wehr hinauf, wo der mittlere Tidenhub im Winter etwa 2 Meter und im Sommer sogar etwas über 3 Meter beträgt.

Der eigentliche Seeverkehr beginnt auf der Weser erst unterhalb der Stadt von den verschiedenen Seehäfen aus. Von hier stromabwärts ist die Fahrwassertiefe durch die großzügige Unterweserkorrektion des Oberbaudirektors Franzius und die daran anschließenden Vertiefungen als Großschiffahrtsweg ausgebaut. Die Fahrwassertiefe der Unterweser gestattet heute 8 Meter (= 26 ¼ Fuß engl.) tiefgehenden Seeschiffen auch bei sehr ungünstigen Wasserständen, die bei anhaltenden Ostwinden und ganz geringer Oberwasserführung eintreten, mit einem Spielraum von zwei Stunden in einer Tide von Bremen nach See zu gelangen. Bei normalen Tiden und guter Ausnutzung des Tide-Hochwassers können auch Schiffe von noch größerem Tiefgang (bis zu 8,5 Metern = 28 Fuß engl.) sicher von Bremen nach See auslaufen. Für die mit der Tidewelle von See einlaufenden Schiffe liegen die Verhältnisse noch etwas günstiger. Bremen ist damit für alle Schiffsgrößen, die noch zu den Regelfrachtschiffen des Weltverkehrs gezählt werden können, d. h. Schiffe bis zu 12 000 Tonnen Ladefähigkeit und mehr, bei voller Beladung zugänglich.

Die Flußsohle steigt zunächst unterhalb der stadtbremischen Häfen an, so daß die auslaufenden Schiffe frühzeitig, gleich nach Niedrigwasser, abfahren und den größten Teil der Strecke bis Bremerhaven bei steigendem Wasser zurücklegen können. Da die von See die Weser aufwärtsfahrenden Schiffe bei großem Tiefgang den absichtlich belassenen Rücken in der Mittelstrecke erst nach halber Flut überfahren können, so treffen sie sich mit den großen ausgehenden Schiffen erst auf der Strecke zwischen Farge und Elsfleth, wo schon eine größere Breite des Flusses und des Fahrwassers vorhanden ist als weiter stromaufwärts. Ferner wird durch die ansteigende Sohle auf der oberen Strecke die Gefahr des Querschlagens festkommender Schiffe vermindert, da die großen auslaufenden Schiffe stets gegen Flutstrom fahren und die mit dem Flutstrom aufkommenden Schiffe oberhalb von Rönnebeck immer größere Wassertiefen vorfinden. Außer der Vertiefung ist eine Verbreiterung des Fahrwassers durchgeführt und zwar auf der Strecke zwischen Bremen und Vegesack auf 100 Meter und in den verhältnismäßig starken Krümmungen bei Mittelsbüren und Vegesack auf 136 Meter Sohlenbreite. Da beiderseits an diese Sohle flache, 1:5 geneigte Böschungen anschließen, so ist die nutzbare Fahrwasserbreite für jedes Meter Steigung des Wasserstandes über Niedrigwasser um je 10 Meter größer. Von Vegesack abwärts steigt die Breite des tiefen Fahrwassers auf 120 Meter und bei Elsfleth auf 150 Meter.

Die obere Strecke der Unterweser zwischen Bremen und Vegesack hat für die Nachtfahrt beiderseits am Ufer elektrische Lampen, d. h. eine sogenannte Torbefeuerung. Von Vegesack abwärts ist das Fahrwasser durch ein zusammenhängendes System von Richtfeuerlinien bezeichnet. Im Winter wird bei schwerem Eisgang das Fahrwasser durch starke Eisbrecher ständig offen gehalten. Selbst in dem außerordentlich strengen Winter 1928/29, der seit einem Jahrhundert wohl kaum seinesgleichen gehabt hat, war die Schiffahrt auf der Weser unterhalb Bremens völlig ungestört. Außer Seedampfern konnten auch geschleppte Leichterfahrzeuge während der ganzen Frostzeit auf der Unterweser verkehren, was auf keinen der übrigen Seewasserstraßen Deutschlands, Hollands und Belgiens möglich gewesen ist.

Die Außenweser hat unterhalb von Bremerhaven bis zur freien Nordsee noch eine Länge von 65 Kilometern. Im Jahre 1922 ist das Hauptfahrwasser von dem Wurster- in den Fedderwarder Arm verlegt und auf der ganzen Strecke von Bremerhaven nach See auf eine Mindesttiefe von 10,3 Metern bei gewöhnlichem Niedrigwasser, das sind 13,6 Meter bei mittlerem Tidehochwasser, bei einer Breite von mindestens 200 Metern gebracht worden. Der größte Teil des Fahrwassers weist sogar schon eine nur 1 Meter größere Wassertiefe auf. Die Außenweser von See bis Bremerhaven-Wesermünde besitzt damit das beste Fahrwasser unter den deutschen Seewasserstraßen überhaupt.

Die Unter- und Außenweser werden als Reichswasserstraßen vom Reichsverkehrsministerium verwaltet. In Bremen ist eine Wasserstraßendirektion eingerichtet, die ihre ganze Sorge nur der Weser zuzuwenden hat. Das Reich hat durch seine bisherigen Arbeiten an der Weser gezeigt, daß es gewillt ist, die großen Aufgaben, die Bremen früher mit dem Ausbau seiner Seewasserstraße begonnen hat, fortzuführen und so zu fördern, wie es den jeweiligen Anforderungen der Großschiffahrt entspricht. Bremen seinerseits hat auch nach dem Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich im Jahre 1921 nicht nur an der Planung der weiteren Verbesserung seiner Seewasserstraße teilgenommen, sondern es hat durch eine Kostenbeteiligung von 14¾ Millionen Mark an der weiteren Vertiefung und Verbreiterung der Unterweser bewiesen, daß es gewillt ist, sich auch weiterhin selbst mit seiner ganzen Kraft für die Förderung der Schiffahrt und des Handels im Wesergebiet einzusetzen. Dies zielbewußte und vertrauensvolle Zusammenarbeiten zwischen dem Reich und Bremen bildet die beste Gewähr dafür, daß die Weser in gemeinsamer Fürsorge beider stets als erstklassige Seeschiffahrtsstraße bestehen bleiben und den steigenden Anforderungen der Seeschiffahrt angepaßt werden wird.

Digitized by Google

Willkommen in Bremen!

Von Franz Crull,
1. Vorsitzenden des Vereins Bremer Presse.

Wir sind Kinder einer Zeit, die schnell lebt und noch schneller — vergißt. So hätte ich diese der Begrüßung der Kollegen zur Bremer Tagung gewidmeten Zeilen um ein Haar mit der Bemerkung begonnen, daß sich der Reichsverband in diesem Jahr zum ersten Male im Bereich des Vereins Niedersächsische Presse versammle — wenn mir nicht im letzten Augenblick ein, wenn auch unvollständiges Exemplar der ersten Jahrgänge der „Deutschen Presse“ in die Hände gefallen wäre. Da mußte ich denn die wohl bei den meisten Kollegen in Niedersachsen vergessene Tatsache feststellen, daß der Reichsverband bereits zweimal, 1913 und 1918, wenn auch nicht gerade in Bremen, so doch am Sitz des Vorstandes des Vereins Niedersächsische Presse, in Hannover, zusammengekommen ist. Was in den alten Jahrgängen der „Deutschen Presse“ über diese Versammlungen berichtet wird, ist noch heute für uns in vieler Hinsicht interessant. Vor allem sticht in die Augen, daß wir inzwischen doch rein organisatorisch gewaltige Fortschritte gemacht haben. Im Jahre 1918 handelte es sich freilich um eine Kriegstagung, die noch dazu in den Herbst, in die Zeit unmittelbar vor der Novemberumwälzung, fiel. So erklärt es sich, daß der Besuch damals nicht allzu groß war: elf Landes- und Bezirksverbände hatten im ganzen 34 Vertreter entsandt; dazu verzeichnet der Bericht den Generalsekretär Dr. Hamburger „sowie eine Anzahl anderer Mitglieder des Reichsverbandes, zumeist aus dem Verein Niedersächsische Presse“. Fünf Jahre früher, auf der ersten Delegiertenversammlung in Hannover, der dritten, die der Reichsverband überhaupt seit seinem Bestehen abgehalten hat, vertraten gleichfalls 34 Delegierte mit zusammen 66 Stimmen im ganzen 13 Landes- und Bezirksvereine; auch damals kamen einige „Schlachtenbummler“ dazu. Nun der Reichsverband zum dritten Male in Niedersachsen einkehrt, dürfen wir erwarten, daß entsprechend seiner bedeutenden Erstarkung auch eine weit größere Anzahl Kollegen uns mit ihrem Besuch in Bremen erfreuen wird.

Wir hoffen, daß die Wahl Bremens zum Tagungsort sich als glücklich erweist. Es war schon lange unser Wunsch, der Reichsverband möge einmal zu uns kommen, und wir sind ihm daher aufrichtig dankbar, daß seine Wahl auf unsere Stadt gefallen ist. Alle Vorbedingungen für einen erfolgreichen Verlauf der Delegiertenversammlung — das können wir behaupten — sind bei uns gegeben. Unsere Tagungen gelten in erster Linie der Arbeit, und für diese steht uns in der „Glocke“ eine Stätte zur Verfügung, wie sie in keiner Stadt günstiger geboten werden kann. Unter demselben Dache haben wir außerdem auch für den repräsentativen Empfang der Behörden und der Spitzen der Wirtschaft Räumlichkeiten, die geradezu ideal genannt werden dürfen.

Wenn der Journalist reist, wenn er zu einer Tagung fährt, will er aber auch lernen, will er neue Menschen, neue Städte und Gegenden seines Vaterlandes kennen lernen. Auch in dieser Hinsicht hat Bremen mehr zu bieten, als derjenige, der es noch nicht kennt, meist anzunehmen geneigt ist. Unsere alte Hansestadt hat, sowohl was die Menschen wie die Dinge anbetrifft, einen weit schärfer ausgeprägten Charakter als sehr viele andere Orte. Selbst wer Bremen nur flüchtig besucht, kann sich erfahrungsgemäß diesem Eindruck nicht entziehen. Wer aber, ohne hier „tagenbaren“ (erzogen und geboren) zu sein, seine Arbeitsstätte in Bremen gefunden hat, wird von diesem Charakter immer wieder gefesselt. Ganz besonders gilt das vom Journalisten. Wie die Presse eine bereits auf eine Geschichte von Jahrhunderten zurückblickende Erscheinung ist, die sich aber alle Mittel modernster Technik und Erfindungskunst sofort zu eigen macht, so wird das Wesen Bremens charakterisiert durch Pflege der Tradition und Aufgeschlossenheit für alles Neue zugleich. Wie ein Symbol für diese Verbindung von bewährtem Altem und gutem Neuem wirkt neben dem jahrhundertealten Dom der gleichfalls der Domgemeinde gehörende neue reizvolle Bau der „Glocke“ mit seinen modernen Versammlungs-, Gast- und Gesellschaftsräumen, wirkt nicht minder die Böttcherstraße in ihrem eigenartigen Nebeneinander alter und neuester Baustile.

Lernt man den Bremer selbst näher kennen, so erfährt man, daß auch in seinem Charakter sich diese Mischung von Festhalten am Hergebrachten mit Verständnis für alles Neue wiederfindet: fest im Boden seiner Vaterstadt wurzelnd, weist er doch nichts weiter von sich, als „Kirchturmpolitiker“ zu sein, als auf den Lorbeeren auszuruhen, die seine Väter errangen. Ihm ist es vielmehr Bedürfnis, für die Zukunft mit einem Weitblick und einem Unternehmungssinn zu schaffen, die man in Rechnung stellen muß, um überhaupt zu verstehen, daß Bremen wurde, was es heute ist.

Denn wie kaum eine andere deutsche Stadt — und das ist wiederum eine Erscheinung, die gerade den Journalisten fesselt, der ja auch alles, was er ist, sich selbst schulden muß — verdankt Bremen seine heutige Stellung in Deutschland und in der Welt allein und ausschließlich der zähen Arbeit und dem weitausschauenden Blick seiner Bürger. Die Weser, die der Bremer im Mittelalter als „seinen“ Strom bezeichnete und die wir lieben, zumal seitdem sie der einzige von fremder Kontrolle völlig freie deutsche Strom ist, hat es doch mit Bremen nie so gut gemeint wie die meisten anderen großen Flüsse mit den Häfen an ihrer Mündung. Das Hinterland, das die Weser dem Bremer Handel erschließt, ist verhältnismäßig klein. Bremen ist heute ein sog. Eisenbahnhafen, d. h. die hier einkommenden Seegüter gehen nicht zum größten Teil, wie etwa in Hamburg oder gar in Rotterdam, auf dem Wasserwege flußaufwärts weiter, sondern müssen auf die Eisenbahn umgeladen werden. Das ist in Bremen bei 80 % der über See ankommenden Waren der Fall gegenüber 40 % in Hamburg und nur 10 % in Rotterdam. Allerdings wird dieser Nachteil zum Teil dadurch aufgewogen, daß Bremen tiefer im Binnenland (52 Kilometer südlicher als Hamburg) und dadurch zu den binnenländischen Märkten frachttarifarisch besser gelegen ist. Viel ungünstiger aber noch als zum Hinterland war die Verbindung Bremens mit der See weserabwärts. Wenn Bremen jetzt wieder seit hundert Jahren ein Seehafen im wahren Sinne des Wortes ist, so verdankt es das nur eigener Kraft. Schon vor dem Dreißigjährigen Krieg war die Weser so stark versandet, daß selbst die damaligen, nach heutigen Begriffen recht bescheidenen Seeschiffe die Stadt nicht mehr erreichen konnten. Bremen gründete daher weserabwärts den „Seehafen“ Vegesack. Kaum 200 Jahre später war auch dieser infolge fortschreitender Versandung für Seeschiffe unerreichbar, und Bremens Geschichte als Seehandelsplatz wäre damals zu Ende gewesen, wenn nicht sein genialer Bürgermeister Johann Smidt im letzten Augenblick, im Jahre 1827, dem damaligen Königreich Hannover an der Wesermündung das Gebiet zur Anlage des Seehafens Bremerhaven abgekauft hätte. Seitdem datiert der neue Aufschwung seines Seehandels.

Digitized by Google

In den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts hat dann ein anderer genialer Bahnbrecher bremischen Verkehrs, der Oberbaudirektor Ludwig Franzius, durch die Weserkorrektion „der Flut den Weg zur Stadt Bremen gebahnt", d. h. die stadtbremischen Häfen wieder für moderne Seeschiffe zugänglich gemacht. So hat nicht eine gütige Laune der Natur, sondern bremischer Unternehmungsgeist, der allerdings die natürlichen Vorbedingungen zu benutzen wußte, Bremen zum modernen Seehafen gemacht.

Dieser ihr Charakter als Überseehafen hat nun der Stadt, dem Leben und dem Geist ihrer Bewohner und auch ihrer Presse den Stempel aufgedrückt. Bremen bedeutet etymologisch „an den Rändern", nämlich der Düne. Die alte karolingische Siedlung erhob sich da, wo der den Fluß begleitende Geestrücken der primitiven Verkehrstechnik alter Zeiten vor der Einmündung in die See die letzte Möglichkeit zum Übersetzen über den Strom bot. „An den Rändern" wohnen wir in Bremen in gewissem Sinne auch heute noch, am Rande des deutschen Vaterlandes nämlich. Wenn die Bremerhavener ihre Stadt nicht ungern als Vorort von New York bezeichnen, so fühlen sich die Bremer und insbesondere die Bremer Journalisten in engerer Verbindung mit dem überseeischen Ausland, als es bei den „Landratten" der Fall ist. Jeder Bremer hat in Übersee Verwandte und Freunde und schickt ihnen bremische Zeitungen. Diese Auslandsdeutschen stehen wieder in lebhaftem Gedankenaustausch nicht nur mit ihren daheimgebliebenen Angehörigen, sondern zum großen Teil auch mit den bremischen Journalisten. So erfahren wir vieles über das Ausland und über die Ansichten nicht nur der Auslandsdeutschen, sondern auch der Ausländer, was manchmal freilich für uns nicht gerade sehr schmeichelhaft, dafür aber immer lehrreich ist. Insbesondere die ausgezeichneten, vielfach vertraulichen Informationen, die wir der oft besser als die offiziellen Stellen unterrichteten Kaufmannschaft und dem zwanglosen Verkehr mit den in Bremen beglaubigten Konsuln verdanken, setzen uns nicht selten instand, unseren Blättern eine besondere Note zu geben und Fragen der überseeischen, auch der deutschen Außen-, insbesondere der deutschen Handelspolitik objektiver zu betrachten, als es im Binnenland oft möglich ist.

Man sagt dem Bremer nach, daß er sich seiner Eigenart stark bewußt ist. Vielleicht färbt dieses Bewußtsein auch auf den Journalisten ab, der lange in Bremen tätig ist. Sollen wir uns dessen schämen? Ich meine: nein! Denn nur, wer sich über die Besonderheiten, aber auch über die Grenzen seiner eigenen Wesensart im klaren ist, wird auch das nötige Verständnis für den Wert und Charakter fremder Leistung aufbringen. Es ist dasselbe wie mit den deutschen Stämmen in ihrem Verhältnis zueinander und zum Reich und mit den Nationen im Rahmen der großen Völkergemeinschaft. Der Verein Bremer Presse glaubt von sich sagen zu dürfen, daß er sowohl im Niedersächsischen Verein wie im Reichsverband stets nach Kräften an den uns allen gemeinsamen Aufgaben mitgewirkt hat, und so soll es auch weiterhin bleiben. Er hat sich jetzt bemüht, die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Verlauf der Arbeiten der Delegiertenversammlung in Bremen zu schaffen und darüber hinaus den Kollegen von auswärts die Möglichkeit zu bieten, die Schönheiten und Sehenswürdigkeiten Bremens, soweit es die Kürze der Zeit erlaubt, in sich aufzunehmen, einen Begriff von der Bedeutung der Bremer Seeschiffahrt zu erhalten und, nach Schluß der Tagung — zur Erholung nach der Arbeit — sich auf der Fahrt nach Helgoland auch etwas Seewind um die Nase wehen zu lassen. Wir hoffen, daß alles so klappt, wie es vorgesehen ist. Nochmals: Wir Bremer Journalisten sind stolz darauf und betrachten es als eine Ehre, daß der Reichsverband unserer Einladung Folge geleistet hat.

Willkommen in Bremen!

Das Bremer Gesicht.

Bremen, die Seestadt, die nicht an der See liegt. Die Stadt des Welthandels, die nicht nach Arbeit schmeckt. Die Stadt des doppelten Gesichts, die mit dem einen Antlitz die Welt erobert, mit dem andern sich ebenso ängstlich von dieser Welt abschließt. Die Stadt mit dem zweitgrößten deutschen Überseehafen, die Heimatstadt der mächtigsten deutschen Passagierreederei, der erste Handelsplatz für Baumwolle, Wolle und Tabak, und zugleich die verschlossene wohlgepflegte Patrizierstadt mit den prächtigen historischen Bauwerken, die in eigenartigem Kontrakt zu den gewaltigen Kranen, den modernen Eisenkonstruktionen, den seefahrenden Ungeheuern stehen.

Seltsames Doppelgesicht aus werbender, modernster Neuzeit, aus zurückhaltender traditionswahrender, noch auf festen Füßen stehender Vergangenheit.

In einer der alten schönen Gaststätten bei Rotspon und einer echten Brasil erschließt sich uns das Herz des Bremers, jenes Seefahrers, der von Newyork, Rio, Colombo und Schanghai erzählt, wie andere von Berlin, von Magdeburg. Er ist auf allen Meeren zu Hause und spricht von Bremen, als sei es der selbstverständliche Mittelpunkt allen Seeverkehrs, allen Geschehens jenseits der deutschen Küsten. Daß das erste deutsche Dampfschiff auf der Weser fuhr, die erste deutsche Postdampferlinie von Bremen ausging, das scheint ihm ebenso selbstverständlich wie die Tatsache, daß Bremen im Kriege das erste Handels-U-Boot schuf und daß der erste Ostwestflug über den Ozean bremischer Initiative entsprang. Nachsichtig belächelt er den Fremden, dem die Weser nicht breit genug ist. Was weiß solch Binnenländer von den Kämpfen der Stadt mit dem versandenden Strom. Wie kann er ahnen, daß der Bau gerade dieses schmalen, aber tiefen Strombettes Bremens größte Tat ist, da damit erst die Weser zur Großschiffahrtsstraße und Bremen der am weitesten landeinwärts gelegene Überseehafen wurde.

Doch bei alledem ist der Bremer ebenso stolz darauf, daß aller Wagemut und Fortschrittsgeist doch nicht der Stadt jenes Umfriedetsein, jene würdige Ruhe genommen haben, die sie vor so vielen Hafenstädten in aller Welt auszeichnet. Wohl keine Stadt gibt durch ihr architektonisches Bild dem Bürger so sehr das Gefühl des Zuhauseseins, des Geborgenseins, wie gerade Bremen. Das ist das nach innen gekehrte Gesicht des Januskopfes. Diese Welthandelsstadt hat es verstanden, alles Gedröhne und Gestampfe ihrer Häfen, Werften und Fabriken so weit vom Zentrum und von den Wohnvierteln entfernt zu halten, daß die goldenen Domtürme, das ehrwürdige Rathaus und der reckenhafte Roland sich noch immer unter sich fühlen. Unerschütterlich steht der Glaube des Bremers: nie wird seine Stadt in Gefahr sein, anders zu werden. Es wäre dem Wesen Bremens fremd und deshalb nicht möglich, ein ganzes Stadtviertel niederzulegen, um einen Block von Mammutbauten zu errichten, wie die Schwesterstadt Hamburg es tat. Auch Bremen legt im Kern der Stadt wohl eine alte Straße nieder, aber es baut die Böttcherstraße gleich wieder in alter Enge und neuer Romantik auf. Seit 400 Jahren

Digitized by Google

sitzt die Kaufmannschaft im „Schütting“ am Markt, seit 300 Jahren das Handwerk im selben Gewerbehaus. Älteste Patrizierhäuser wurden Gaststätten. Im ehemaligen Chor einer alten Kirche gibt es Wein und Bier. Von der 350 Jahre alten Stadtwage wird der Bremer Rundfunk geleitet. So zeigt sich das doppelte Gesicht Bremens: Enge und Weite, Tradition und Fortschritt bedingen jene Spannung, die zu schöpferischer Entladung drängt, die Bremens Weite und Abgeschlossenheit bedingt, die der Welt die modernsten Schiffsreedereien schenkt und zugleich die Romantik der engen Böttcherstraße entstehen läßt. Dr. H. M.

Die bremische Presse.

Von Wilhelm Ehlers.

Wenn die Delegierten der im Reichsverbande der deutschen Presse zusammengeschlossenen regionalen journalistischen Berufsverbände sich zu ihrer Jahresversammlung in Bremen einfinden, wird es für sie von Interesse sein, in gedrängter Kürze ein Bild zu erhalten von den Zeitungsverhältnissen, wie sie sich im Laufe der Zeit in der alten Hansestadt Bremen entwickelt haben. Eine zusammenhängende Geschichte der bremischen Presse existiert nicht. Wer angesichts dessen etwa glaubt, daß es sich nicht lohnte, sie zu schreiben, wird eines Besseren belehrt, sobald er sich näher mit der Materie befaßt. Auch beim Studium der bremischen Geschichte — wenigstens der des 19. und 20. Jahrhunderts — wird er erkennen, daß auch Bremen über Presseorgane verfügt hat und auch heute verfügt, deren Stimmen nicht nur in der Stadt und im Staate etwas gegolten, sondern vielfach weit darüber hinaus Beachtung gefunden haben.

Bisher nahm man an, daß die ersten Zeitungen Bremens zu Anfang des 18. Jahrhunderts erschienen seien. Alte im Staatsarchiv aufbewahrte Senatsakten geben uns jedoch Kenntnis von der Tatsache, daß bereits in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts in Bremen unter der Bezeichnung „Advisen“ eine Art Zeitung bestand, über die freilich nähere Angaben nicht vorliegen. In einer sehr lesenswerten Studie über die — wenn überhaupt, so stets sehr milde geübte — „Zensur in Bremen“ *) erwähnt deren Verfasser Studienrat Heinrich Tidemann diese „Advisen“, über die, wie er hervorhebt, zum ersten Male in Bremen die Zeitungszensur verhängt wurde. Diese Zeitung oder „Zeitungen“, wie es im damaligen Sprachgebrauch hieß, war nachweislich das erste bremische Presseorgan, das aber sicherlich nur kurze Lebensdauer gehabt hat.

So bescheiden der Anfang des bremischen Zeitungswesens sich offenbar gestaltete, so bescheiden blieb es bis in das 19. Jahrhundert hinein. „Der Sinn der Bevölkerung war durchaus nicht auf politische Fragen gerichtet; sie ließ die Obrigkeit regieren und ging ihrem Erwerbe nach. Kritik an Maßnahmen des Rates machte sich nur in Worten und nicht mit der Feder Luft. Zeitungen, in denen das regelmäßig hätte geschehen können, fehlten, und als sie aufkamen, waren sie ganz unpolitisch“ — heißt es bei Tidemann. Im Jahre 1726 wird die „Bremer Zeitung“, ein ein- bis zweimal wöchentlich erscheinendes Blatt, zuerst erwähnt. Es brachte unpolitische Meldungen über Paraden, Ordensverleihungen, Hinrichtungen und andere Begebenheiten aus aller Welt, wie sie ihm seine auswärtigen Korrespondenten zusandten.

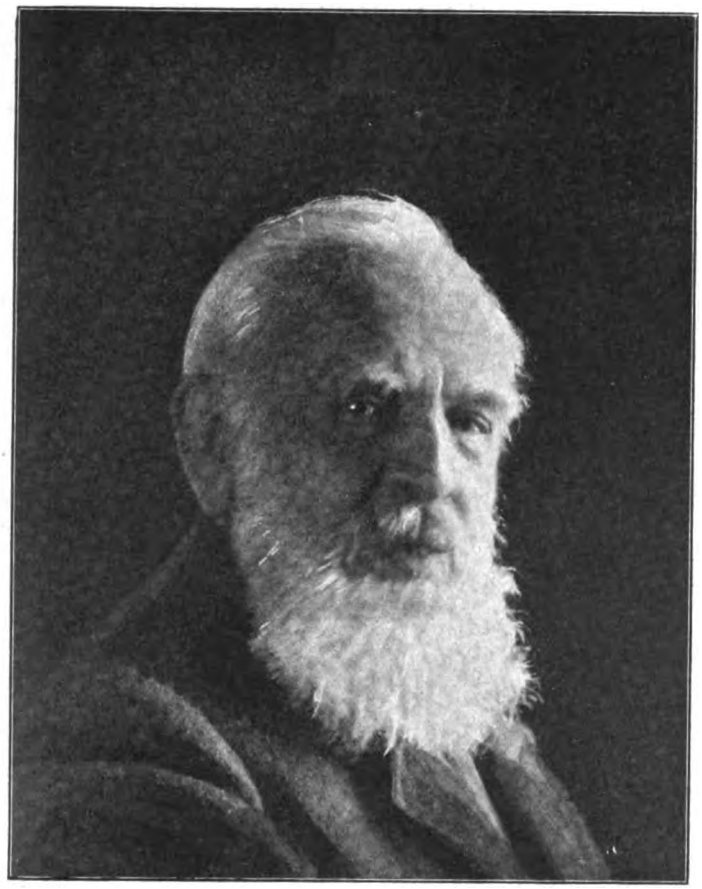
Das zweite bremische Blatt, das mit der Zeit Bedeutung erlangte und in unseren Tagen sich zum meistgelesenen Presseorgan Bremens entwickelt hat, waren die seit dem 1. Januar 1854 unter dem Titel „Bremer Nachrichten“ erscheinenden „Bremer Wöchentlichen Nachrichten“, deren erste Nummer am 7. Januar 1743 aus der Druckerei von Hermann Brauers Witwe hervorging. Die „Bremer Wöchentlichen Nachrichten“ waren ebenfalls nur ein unbedeutendes Nachrichtenblättchen im Quartformat, das auf vier Seiten die Ankündigungen der Verkäufe in der Stadt, welche nach damaliger und bis in die Neuzeit erhalten gebliebener Sitte „bei brennender Kerze“ stattfinden mußten, ein Verzeichnis von Auktionen, Verkäufen und anderen Anbietungen beweglicher Gegenstände und der Vermietung von Häusern brachte. Ferner wurde über die angekommenen Schiffe und Waren und die in Bremen eintreffenden Fuhrleute berichtet. Außerdem wurden Steckbriefe, gerichtliche Ladungen usw. in dem Blatte veröffentlicht. Dem Charakter der Handelsstadt Bremen entsprach die Mitteilung der Wechselkurse von Hamburg, Amsterdam und London, der Hamburger Geldkurse und der jeweiligen Kornpreise. Einen allgemeinen politischen und unterhaltenden Text brachten die „Wöchentlichen Nachrichten“ nicht. Sie waren lediglich Publikationsorgan des Senats und der Behörden auch für Gesetze und Verordnungen und allgemeines Inseratenblatt. Als solches blieben sie während der französischen Invasion unberührt von dem napoleonischen Dekret vom 3. August 1810, das verordnete, daß in jedem Departement nur ein Journal unter der Aufsicht und Genehmigung des Präfekten erscheinen dürfe, sowie durch eine französische Verordnung vom 29. Mai 1811, das die Unterdrückung jedes Blattes vorsah, das andere politische Nachrichten bringe als solche, die dem „Moniteur“ entnommen seien. Immerhin ist es bemerkenswert, daß die „Bremer Wöchentlichen Nachrichten“, obgleich sie als Anzeigenblatt von dem Kaiserlichen Dekret nicht betroffen wurden, doch in einer Anzahl Nummern unter dem Titel „Moniteur de Brême“ erschienen.

Die „Bremer Zeitung“ dagegen wurde am 1. Januar 1812 von dem französischen Präfekten aufgehoben. An ihre Stelle trat vom 2. Februar 1812 bis zum 26. Oktober 1813 das „Journal officiel du Département des bouches du Weser“ in französischer und deutscher Sprache. Sowohl die „Bremer Wöchentlichen Nachrichten“ als auch die „Bremer Zeitung“ erschienen im Verlage des Ratsbuchdruckers, der dafür ein Privilegium exclusivum besaß, für das er dem Camerarius eine Rekognition von 500 Reichstalern zu zahlen hatte. Nach dem Abzuge der Franzosen gab die im Jahre 1810 begründete Firma Carl Schünemann, die auch die Departements-Zeitung gedruckt hatte, auf Veranlassung Tettenborns als deren Fortsetzung die „Neue Bremer Zeitung“ heraus. Diese Publikation wurde ihr aber am 23. Dezember 1814 durch ein Conclusum des Rats untersagt, da mit dem Aufleben der alten Rechtszustände, deren Wiedereinführung Rat und Bürgerschaft am 1. September 1814 beschlossen hatten, auch das Privilegium der Ratsbuchdruckerei wieder in Kraft getreten war. Nach vergeblichem Bemühen Schünemanns, für seine Zeitung ein ausschließliches Privileg zu erlangen, ging das Blatt Ende September 1815 ein.

Die ablehnende Haltung des Rates Schünemann gegenüber hatte ihre besonderen Gründe, über die Tidemann nach den Akten des Staatsarchivs in mehrfacher Beziehung interessante Angaben macht. Einmal wollte der Rat seinen Buchdrucker Dr. Henrich Meier in seinen Rechten, die dieser damals nicht einmal ausnutzte, schützen, zum andern ging er auf Anregung des Bürgermeisters

*) Veröffentlicht im 30. Bande des von der Historischen Gesellschaft des Künstlervereins herausgegebenen „Bremischen Jahrbuches“, Bremen, Gustav Winters Buchhandlung Friedrich Quelle Nachf. 1926. Die erwähnte Darstellung der Zensurverhältnisse in Bremen enthält eine Reihe von Angaben über die Entwicklung der bremischen Presse, auf die ich mich zum Teil bei der Zusammenstellung dieser Übersicht gestützt habe.

Digitized by Google



Otto Gildemeister,
Chefredakteur der „Weser Zeitung" 1850—1852.
(Mitarbeiter des Blattes durch fast 60 Jahre)

Smidt mit der Absicht um, das Privilegium zur Herausgabe der „Bremer Zeitung" abzulösen und es auf die Lateinische Schule zu übertragen.

Smidt war auf die Bedeutung der Presse schon frühzeitig aufmerksam geworden. Schon im Jahre 1798 regte er die Herausgabe einer Zeitschrift an, die bestimmt sein sollte, den Wetteifer der Bürger der Hansestädte auf allen Gebieten des öffentlichen und sozialen Lebens anzuregen und dadurch eine Erhöhung ihres Kulturzustandes herbeizuführen. Es handelte sich um das „Hanseatische Magazin", das zuerst im Jahre 1799 erschien und anfangs in Bückeburg, später in Hannover gedruckt wurde. Zwei Bände kleinen Formats, die in vier Heften ausgegeben wurden, sollten im Jahre erscheinen. Das ist 1799 und 1800 innegehalten worden. Im Jahre 1801 aber, als Smidt von Amtsgeschäften reichlich belastet wurde, erschienen nur zwei Hefte, der fünfte Band, und im Jahre 1802 nur ein Heft des sechsten, der erst 1804 mit dem zweiten und letzten Hefte seinen Abschluß fand. Wilhelm von Bippen, dessen biographischem Werk „Johann Smidt, ein hanseatischer Staatsmann" (Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt. 1921) diese Angaben entnommen sind, bemerkt u. a. dazu, daß das „Hanseatische Magazin", Smidts Absicht durchaus entsprechend, das Gefühl der Zusammengehörigkeit der drei Hansestädte mindestens in dem Kreise einiger ihrer vortrefflichsten Männer gefördert habe und dadurch ein Dokument von historischer Bedeutung geworden sei. Am bedeutsamsten sei es jedoch für Smidt selbst gewesen, da es seinen Namen in weiten Kreisen habe bekannt werden und ihn als einen rührigen Redakteur von lebhafter Initiative habe erkennen lassen, dessen Sinn für die praktischen Bedürfnisse der Handelsstadt in seinen eigenen wie in den von anderer Seite ihm zur Verfügung gestellten Aufsätzen hervorgetreten sei.

Ähnliches wie mit dem „Hanseatischen Magazin" auf allen Gebieten des öffentlichen und sozialen Lebens schwebte Smidt mit dem Ausbau der „Bremer Zeitung" auf politischem Gebiete vor. Er, der die Bedeutung der Presse für das politische Leben stets zu würdigen gewußt hat, empfand es als einen Mangel, daß in Bremen keine politische Zeitung erschien, und das besonders, seitdem er in Wien gesehen hatte, „von welcher Wirkung einzelne Zeitungsartikel selbst bei den Verhandlungen des Kongresses über die bedeutendsten Angelegenheiten waren". Diesem Mangel wollte er durch die alsbald erfolgte Durchführung seiner Vorschläge abhelfen. Dr. Henrich Meier trat sein Recht auf die „Bremer Zeitung" an das Scholarchat der Lateinischen Schule ab, und dieses übernahm die Verpflichtung, in der zu gründenden Zeitung nur Inserate abdrucken zu lassen, die gleichzeitig in den „Wöchentlichen Nachrichten" des Ratsbuchdruckers erschienen. Verlag und Druck der Zeitung wurden dem Buchhändler Johann Georg Heyse übertragen.

Am 1. Oktober 1815 erschien die „Bremer Zeitung" in ihrer neuen Ausstattung. Redakteur war Senator Dr. Johann Gildemeister, dem als Hilfskraft ein emeritierter Pastor von St. Martini, Professor Dr. J. J. Stolz beigegeben wurde, bis Smidt auf Empfehlung von Joseph Görres in Köln den Dr. phil. August Bercht als Schriftleiter in Vorschlag brachte, einen „gründlich durchgebildeten" Pfarrerssohn aus Niederwarburg bei Treuenbrietzen. Am 1. Februar 1816 übernahm Bercht die Leitung des Blattes. Am 5. Februar 1817 wurde ihm vom Senat der ihm auf Anregung Smidts versprochene Titel eines außerordentlichen Professors der Philosophie und das altstädtische Bürgerrecht ohne Handlungsfreiheit verliehen. Bercht erfüllte die Hoffnungen, die man auf ihn setzte, insofern, als er das Ansehen, dessen sich die „Bremer Zeitung" schon unter Gildemeisters Leitung erfreut hatte, noch mehr hob und ihr weite Verbreitung in Deutschland verschaffte. Ihre Abnehmerzahl stieg auf die nach damaligen Begriffen hohe, heute lächerlich gering erscheinende Ziffer von über 1000. In ganz Deutschland wie auch im Auslande rechnete man das

Nikolaus Mohr,
Chefredakteur der „Weser Zeitung" 1860—1868.

Digitized by Google

Digitized by Google

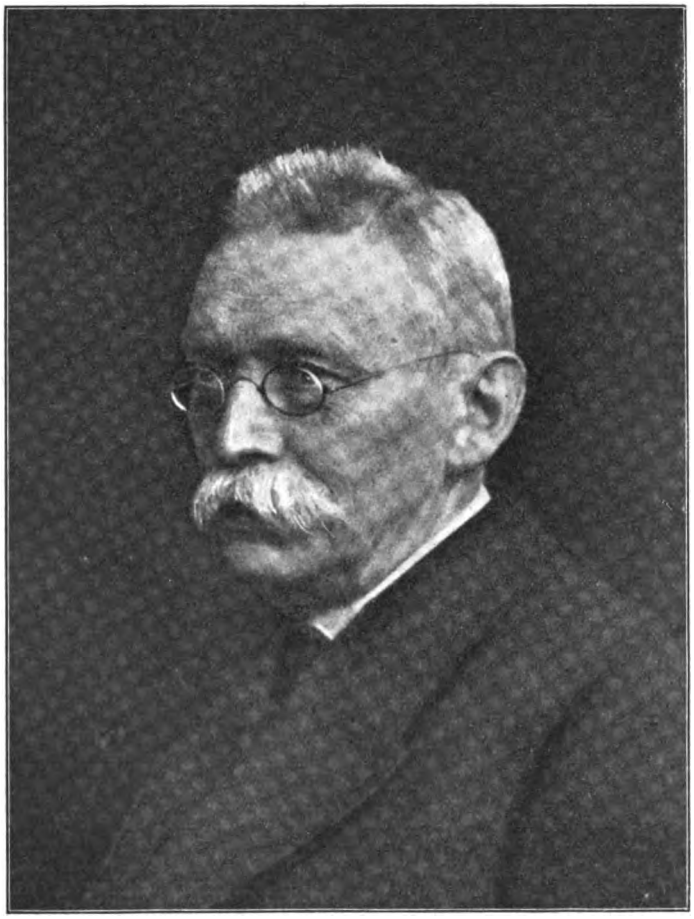
DAS BREMER RATHAUS

Digitized by Google

Blatt zu den besten Zeitungen. Dennoch vollzog sich Berchts Redaktionsführung keineswegs reibungslos. Als ehemaliger Lützower und Freiheitskämpfer war er natürlich ein begeisterter Vertreter der nationalen und liberalen Gedanken seiner Zeit. Nachrichten über reaktionäre Bestrebungen, sonderstaatlichen oder Standesdünkel nahm er immer gerne auf, auch wenn sie aus seinem engeren Vaterlande kamen, und geißelte sie in kleinen Fußnoten. Griff er einmal zur Feder, was freilich nicht oft geschah, so führte er sie nach damaligen Begriffen schneidig und verfiel dabei leicht in einen verletzenden Ton.

Beschwerden über Beschwerden aus Dänemark, Kurhessen, Spanien, Hannover, Frankreich, Preußen, Österreich, ja selbst aus Hamburg waren die Folge. Der Senat konnte sehen, wie er sich seiner Haut wehrte. Tidemann gibt eine sehr interessante Blütenlese aus den an den Senat gerichteten Beschwerdeschreiben nebst den Anlässen dazu, die am 27. Juni 1817 eine feierliche Vermahnung Berchts durch den Senat zur Folge hatten.

Die erwähnten Reibereien waren indessen nur das Vorspiel zu einer Mißhelligkeit, die beinahe zu einem Zerwürfnis Bremens mit Österreich geführt hätte, wenn es nicht der diplomatischen Geschicklichkeit Smidt's gelungen wäre, die Angelegenheit beizulegen. Der Senat aber leitete im Mai 1818 eine gerichtliche Untersuchung gegen Bercht ein und — schloß am 30. Dezember einen neuen Kontrakt mit ihm ab, da für den Senat Veranlassung bestand, einzulenken und sich auf die guten Eigenschaften des Redakteurs zu besinnen. Allerdings erhielt er von nun an eine allgemeine Instruktion über die Art der Redaktionsführung. Bis Oktober 1819 blieb er Redakteur der „Bremer Zeitung“, dann verließ er Bremen. Die Folgen seiner Redaktionsführung hatte er noch lange zu spüren. Nach 42 schicksalsreichen Jahren starb er am 29. Mai 1861 in Darmstadt.



Emil A. Fitger,
Chefredakteur der „Weser Zeitung“ 1886—1917.

Neben den vorerwähnten „Bremer Wöchentlichen Nachrichten“ bildete die „Bremer Zeitung“ und ein 1816 gegründetes höchst bescheidenes Wochenblatt unter dem Namen „Der Bürgerfreund“ die Presse Bremens. Daß ihr Inhalt den Ansprüchen der Bremer gerecht wurde, kann wohl schwerlich behauptet werden, denn es fehlte nicht an Klagen insbesondere darüber, daß der Bürger bei der Lektüre dieser Blätter in bürgerlichen Angelegenheiten nicht auf seine Kosten käme. Das wurde bereits bei der „Bremer Zeitung“ bemängelt und auch Storck*) führt in dieser Beziehung bewegliche Klage über den „Bürgerfreund“, „in dem ein neuer Bürger sich umsonst nach Belehrung über seine bürgerlichen Verhältnisse umsehen, dagegen aber Gedichte, Erzählungen und Rätsel finden würde“. Das Blatt könne freilich nicht anders sein, als es sei, aber es sei auffallend, „daß so gar nichts, was den Staat angeht, zur öffentlichen Sprache kommt“. Ähnlich spricht sich Dr. Ferdinand Donandt in der Einführung des 1831 von ihm begründeten „Bremischen Magazin“ aus: „Es ist gewiß keine leere Redensart, wenn wir behaupten, schon längst und dringend sey unter uns das Bedürfniß nach einer Zeitschrift gefühlt worden, welche, ausschließlich den Verhältnissen unseres öffentlichen Lebens gewidmet, nicht blos kurze Andeutungen, Bemerkungen und Wünsche, sondern vorzugsweise ausführlichere Erörterungen enthielte über alles, was den Bremischen Bürger als solchen interessieren mag. Unsere Tagesblätter erfüllen ihre Bestimmung, indem sie durch harmlosen Scherz, durch ansprechende Erzählung einer müßigen Stunde uns angenehm überheben, nur selten, und dann auch, wie es scheint, mehr zur Unterhaltung als zur Belehrung, auf ernstere Verhältnisse unseres öffentlichen Lebens die Aufmerksamkeit lenkend. So wäre denn freylich Gelegenheit vorhanden, die Momente zu sammeln, welche unser lokales Zusammenleben in seinen öffentlichen Erscheinungen zunächst dem Menschen zur Unterhaltung bietet; aber es gebricht uns durchaus an einem öffentlichen Organe für Belehrungen, deren wir als Bürger eines individuellen Gemeinwesens bedürfen.“ — Diesem Bedürfnis sollte das „Bremische Magazin“ Rechnung tragen, das von 1831—1834 erschien und, wie der Herausgeber bemerkt, denselben Titel führte, wie um die Mitte des 18. Jahrhunderts eine andere in Bremen herausgegebene, aber nicht auf Bremische Verhältnisse bezügliche Zeitschrift.“ (1757 bis 1765.)

Eine wesentliche Verbesserung der bremischen Zeitungsverhältnisse ergab sich erst um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, als in den Kreisen der bremischen Kaufmannschaft und nicht zuletzt in Bürgermeister Smidt der Wunsch sich regte, neben der „Bremer Zeitung“ eine große Tageszeitung ins Leben gerufen zu sehen zum Zwecke der nachhaltigen Förderung von Bremens Handel und Schiffahrt und auch zur Vertretung der Interessen der im Aufblühen begriffenen Tochterstadt Bremens an der Unterweser, Bremerhavens. Smidts Bestrebungen fielen bei Gustav Bernhard Schünemann auf fruchtbaren Boden. Dieser G. B. Schünemann gründete im Jahre 1843 die „Weser-Zeitung“, die am 1. Januar 1844 zum ersten Male unter der Verantwortlichkeit von Dr. Thomas Heinrich Arens erschien, um sich von nun ab für die freiheitliche Entwicklung der deutschen Handels- und Schiffahrtsinteressen und die Pflege des nationalen Gedankens energisch einzusetzen. Das neue Blatt erschien ursprünglich im Großfolio-Format zum Jahrespreise von 6 Talern Gold (20 Mark) als „politisch merkantilisches Abendblatt“. Über die Ziele des Blattes hieß es an leitender Stelle in der ersten Nummer: „Es sei und werde täglich mehr die Zeitung der Weser. Die Interessen dieses Stroms, der dem Herzen Deutschlands entquillt und sich in ein deutsches Meer ergießt, sind auch die unsrigen; wir kennen

*) Prof. Dr. Adolf Storck „Ansichten der freien Hansestadt Bremen“. Frankfurt a. M. Wilman 1822.

Digitized by Google

keine näheren". Der Artikel führt dann näher aus, daß die freie Straße, welche die Weser für Deutschlands Weltverkehr bilde, auch die Bestimmung habe, das Band einer höheren Gemeinschaft zu knüpfen, zu welcher die Interessen des Stromes mit denen des gesamten Vaterlandes untrennbar geeinigt seien. Dem Einheitsbewußtsein der Bewohner des Weserufers, welches sich bereits seit Jahrhunderten betätigt habe und welches in der Folgezeit für manche Bestrebungen noch zu wecken sein werde, sei das Blatt zunächst gewidmet. Indessen müsse sich die Einheit nicht nach äußeren Systemen richten, sondern nach dem Leben, und deshalb sei es nötig, zuerst das Leben kennen zu lernen. Bisher seien über das Wesergebiet in Deutschland die unrichtigsten Ansichten gehegt worden. Die „Weser-Zeitung" betrachte es als ihre Pflicht, nun einmal zu zeigen, wie die Verhältnisse zwischen Elbe und Ems in Wirklichkeit wären und wie dort die nationalen Aufgaben begriffen würden.

Rein äußerlich stach die „Weser-Zeitung" bereits wesentlich von den bis dahin in Deutschland erscheinenden Zeitungen ab. Papier und Druck waren bedeutend besser und auch der Inhalt reichhaltiger und übersichtlicher geordnet als in anderen Blättern, obgleich das Nachrichtenwesen damals noch auf einer sehr niederen Stufe stand. Dem neuen Unternehmen*) bot sich in der damaligen bewegten Zeit reicher Stoff und das junge Blatt gewann rasch an Abonnenten, so daß der Verlag den Umfang der Zeitung vergrößern mußte. Es wurde zunächst eine eigene Beilage, das „Sonntagsblatt" mit feuilletonistischem Inhalt gegründet, das aber später, als die Zeitung durch andere Beilagen verstärkt wurde, wieder einging. In politischen Dingen konnte die „Weser-Zeitung", ihrem Programm getreu, in den vormärzlichen Kämpfen um das preußische Verfassungsrecht, um die Presse- und Vereinsfreiheit und in den religiösen und wirtschaftlichen Fragen ihre entschlossene, freiheitlich frische Anschauung zum Ausdruck bringen. Ihr besonderes Augenmerk wandte sie von Anfang an natürlich der Handelspolitik zu.

Die „Weser-Zeitung" unterlag damals noch der Zensur, die jedoch in Bremen sehr milde ausgeübt wurde, so daß Arens in seinem Blatt die Richtung vertreten konnte, die in der Zeit vor 1848 die Reformen im deutschen öffentlichen und politischen Leben erstrebte. In Bremen blieb das Blatt unbehelligt, in Preußen jedoch erregte es wegen seiner unerschrockenen freiheitlichen Haltung Mißfallen. Bei der Erfolglosigkeit der von Berlin wie auch von Wien gegen die Zeitung erhobenen Beschwerden bildete sich namentlich bei der Regierung in Berlin eine direkte Feindseligkeit gegen sie heraus, die bereits im Jahre 1846 dazu führte, daß das Blatt für den Umkreis des preußischen Staates verboten wurde. Erst nach den Ereignissen von 1848 wurde das Verbot aufgehoben. Die Haltung des Blattes wurde indessen nicht davon berührt. Arens vertrat nach wie vor seinen Standpunkt und sah in Preußen den künftigen Führer des erträumten geeinigten Deutschlands.

Arens selbst hat den Aufschwung Deutschlands nicht mehr erlebt. Er starb am 10. Nov. 1850 im Alter von nur 33 Jahren. Seine Bedeutung für die „Weser-Zeitung", wie gleichzeitig auch für die norddeutsche Presse kennzeichnete Otto Gildemeister in einem Nachruf an ihn u. a. wie folgt: „Die Hamburger wie die Bremer Presse waren in jener Zeit politisch so gut wie bedeutungslos. Oldenburg, Hannover, Braunschweig, Westfalen, kurz das ganze Gebiet von der Nordsee und Elbe bis an die Grenzen der preußischen Monarchie war trotz seiner vielfältigen und wichtigen Interessen in der deutschen Presse nicht vertreten, und eine solche Vertretung zu schaffen war die Aufgabe, welche Arens, aller unberechenbaren und heutzutage kaum mehr glaubhaften Schwierigkeiten unerachtet, übernahm. Ursprünglich gegen seine innere Neigung, aber trotzdem mit dem aufopferndsten Eifer widmete er sich dem mühseligen, aufreibenden, dankloſen Berufe eines Tagesschriftstellers, und auf dieser Bahn, wo alles zu schaffen und zu organisieren war, gelang es ihm, in kurzer Zeit ein Institut zu begründen, welches schon im ersten Jahre seines Bestehens unbestritten einen ehrenvollen und einflußreichen Platz einnahm und die Anregung gab zu einem vollständigen Umschwung der norddeutschen Tagespresse."

Auch in der Folge hat die „Weser-Zeitung" ihre liberale freiheitliche und nationale Richtung unablässig und unerschrocken verfolgt und sich damit allerdings in einen Gegensatz zu den demokratischen Blättern gesetzt, die ihre Haltung tadelten. Gerade durch diese Stellungnahme erregte sie vielfache Konflikte; sie wurde in Bayern und in den Herzogtümern Schleswig und Holstein, nachdem diese wieder unter dänische Herrschaft gekommen waren, verboten und ihr Redakteur Gildemeister von einem bayerischen Gericht verurteilt. Die Strafe ist jedoch niemals vollstreckt worden. In Bremen selbst versuchte eine kleine Gruppe sich gegen die freiheitliche Verfassung der Stadt aufzulehnen und den Versuch einer Reaktion zu machen. Während aber die Weser-Zeitung in maßvollem Tone ihre Überzeugung vertrat, wirkte die „Neue Bremer Zeitung" auf staatlichem und kirchlichem Gebiete in durchaus reaktionärem Sinne, erreichte aber, da sie keine Gefolgschaft fand, damit nur, daß sie im Jahre 1851 wegen Mangels an Abonnenten und Inseraten ihr Erscheinen einstellen mußte.

Es würde zu weit führen, hier auf alle Phasen der Entwicklung und der politischen Stellungnahme der „Weser-Zeitung" im einzelnen einzugehen. Es darf jedoch gesagt werden, daß die erste politische Zeitung Bremens unter der Führung tüchtiger Männer stets ihrer Aufgabe treu geblieben ist, eine Förderin der deutschen Handelspolitik zu sein und zu allen auftauchenden politischen Fragen in einer Weise Stellung zu nehmen, die ihren Prinzipien und den Interessen des bremischen Staates entsprach.

Wenn wir uns die lange Reihe der Männer, die berufen waren, das Blatt maßgebend oder an hervorragender Stelle zu leiten, vergegenwärtigen, so tritt alles überragend die Persönlichkeit Otto Gildemeisters, des bekannten Essayisten und Übersetzers klassischer englischer und italienischer Dichter, hervor. Nach Arens' Tode übernahm er die Leitung des Blattes, dem er seit 1840 bereits als Redaktionsmitglied angehört hatte. Wenn nicht schon früher, so drückte er während der zwei Jahre, da ihm die Verantwortlichkeit zufiel, dem Blatte seinen Stempel auf, den es lange Zeit getragen hat. Die freilich nur kurze Zeit der Redaktionsführung Gildemeisters bedeutete für das Blatt mehr als sich in knappen Worten sagen läßt. Es war nicht allein die liberale Auffassung, die in seinen Artikeln zum Ausdruck kam, die klare Form, in die sie gekleidet, die Reinheit der Sprache, die sie auszeichnete, sondern vor allem der Geist Gildemeisters, der seit Jahren, nach außen kaum bemerkbar, die Geschicke der Redaktion leitete, die Haltung des Blattes beherrschte. So kann man sagen, daß er sich um die Ausgestaltung des Blattes unschätzbare Verdienste erworben hat. Gildemeister ist der „Weser-Zeitung" fast 60 Jahre treu geblieben. Seit seinem Ausscheiden aus dem Redaktionsverbande hat er für sie fast ohne Unterbrechung zweimal wöchentlich, und zwar Sonntags und Donnerstags erscheinende politische Leitartikel geschrieben, die in der Feinheit des Stils, in dem Adel der Sprache wohl kaum ihresgleichen gehabt haben. Sein letzter Artikel erschien an dem Sonntage, der seinem Todestage folgte.

Gildemeister legte Ende Juni 1852 die Redaktion nieder, um sich dem bremischen Staatsdienst zu widmen. Er wurde zunächst Regierungssekretär und wenige Tage nach dem Tode Bürgermeister Smidts, am 11. Mai 1857, Senator. In der Zeit von 1871 bis 1887 hat er dreimal vier Jahre lang als Bürgermeister an der Spitze des bremischen Staates gestanden und Bremen von 1867 bis 1890 im deutschen Bundesrat vertreten. Von 1850

*) Näheres in einer 1907 im Rahmen der Historisch-biographischen Blätter „Der Staat Bremen" erschienenen Monographie über die Buchdruckerei und Verlagshandlung C. Schünemann.

Digitized by Google

ab gehörte der Redaktion der „Weser-Zeitung" auch der Dichter des Mirza Schaffy, Friedrich Bodenstedt, an, dem jedoch die mühselige und oft sehr trockene und unangenehme Stellung eines Tagesredakteurs nicht lange behagte, so daß er sehr bald wieder ausschied. Von 1853 bis 1859 leitete Dr. Wohlbrück, der bereits 1848 in den Redaktionsverband eingetreten war, die Weser-Zeitung als Chefredakteur und verwaltete im übrigen einen Teil des politischen Ressorts, sowie die Theater- und Konzertkritik an Stelle von Dr. Friedrich Pletzer, mit dem gleichzeitig auch August Lammers in der Redaktion tätig war. Lammers wurde 1859 der Nachfolger Wohlbrücks. Er war ein begeisterter Anhänger aller Bestrebungen für die wirtschaftliche Freiheit, hatte hervorragenden Anteil an der Anfang der sechziger Jahre erfolgten Gründung des Nationalvereins und hat später mit Carl Braun und anderen den Volkswirtschaftlichen Kongreß ins Leben gerufen.

Als Lammers im Jahre 1860 nach Frankfurt a. M. übersiedelte, um dort die Redaktion der neugegründeten Zeitung „Die Zeit" zu übernehmen, wurde Nicolaus Mohr, geboren am 12. Juli 1826 in Bremen, sein Nachfolger. Mohr hat in dieser Stellung länger als ein Vierteljahrhundert, bis zu seinem am 6. Juli 1886 erfolgten Tode erfolgreich gewirkt. Obwohl gerade seine Redaktionstätigkeit in die politisch bewegtesten Zeiten Deutschlands fiel, in welchen das Blatt überreich mit Stoff an Nachrichten versehen war, hat er es stets verstanden, auch das von ihm eingeführte und besonders gepflegte Feuilleton in dieser Zeit auf der Höhe zu erhalten und es nach allen Richtungen auf den Gebieten der Kunst und Literatur, der Naturwissenschaft, der Technik, der Länder- und Völkerkunde usw. interessant auszugestalten. In hervorragender Weise wurde er hierbei von Robolsky unterstützt, dessen witzige, geistreiche Plaudereien, namentlich aus den Tagen des ersten norddeutschen Parlaments, sich ungeteilten Beifalls zu erfreuen hatten.

Georg Kunoth,
Chefredakteur der „Bremer Nachrichten" 1899—1927.

Ebenfalls unter Mohrs Leitung hatte die „Weser-Zeitung" 1866 als erstes deutsches Blatt damit begonnen, eine speziell für den Absatz nach überseeischen Ländern berechnete Wochenausgabe herzustellen Diese Neuerung fand im Auslande außerordentlichen Anklang, so daß später eine Reihe großer deutscher Zeitungen diesem Vorgehen folgte.

Nach Mohrs Tode übernahm Emil A. Fitger, geboren am 15. Dezember 1848 in Delmenhorst, die Leitung des Blattes, dem er seit dem 1. Februar 1878 bereits angehört hatte. Fitger, der Autodidakt war, hat sich in seiner redaktionellen Tätigkeit namentlich durch seine politischen, volkswirtschaftlichen und Handelsartikel im Laufe der Jahre vielfach ausgezeichnet und auf seine Art Bremen manchen schätzenswerten Dienst geleistet. In seinen Händen lag während seiner ganzen Tätigkeit an der „Weser-Zeitung" die Leitung der inneren Politik und nach seiner Ernennung zum Chefredakteur am 7. Juli 1886 die gesamte Oberleitung des Blattes, dem er im Laufe der Jahre einen Stab tüchtiger, zuverlässiger Mitarbeiter für die verschiedenen Ressorts zu sichern wußte. Er starb in hohem Ansehen, nicht nur in Bremen, sondern weit darüber hinaus, am 1. Osterfeiertage des Jahres 1917. Sein Nachfolger wurde der im Laufe dieses Jahres verstorbene Professor Hans F. Helmolt, der nach dem Übergang der „Weser-Zeitung" aus dem Verlag von Carl Schünemann in den Besitz einer Aktiengesellschaft von Dr. Gerhard Heile abgelöst wurde. Zu den Mitarbeitern der „Weser-Zeitung" haben während der ganzen Zeit ihres Bestehens die ersten Kräfte Bremens und anderer Orte des In- und Auslandes gehört. Um nur einige wenige zu nennen, sei hier auf die zeitweilige Mitarbeiterschaft Heinrich von Stephans, des späteren General-Postdirektors und Staatssekretärs, verwiesen; weiter insbesondere auf die anfangs dauernde, später gelegentliche Mitarbeit Heinrich Bulthaupts und nicht in letzter Linie auch Arthur Fitgers, des bremischen Dichtermalers usw.

Die Entwicklung des Blattes vollzog sich unter der neuen Leitung in dem letzten Jahrzehnt in anderen Bahnen als bisher. Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie die Nachkriegszeit mit sich brachte, waren in erster Linie die Veranlassung, daß das Blatt, das porteipolitisch unabhängig geleitet wurde, sich nicht so gedeihlich entwickeln konnte, wie man es vielleicht erhofft hatte. Die Folge war, daß im März d. Js. die „Weser-Zeitung" durch Übernahme der Aktienmehrheit nach elfjähriger Trennung wieder in ihr altes Stammhaus, den Verlag Carl Schünemann zurückkehrte, von dem sie vor 85 Jahren gegründet wurde. Verlag und Schriftleitung gaben aus diesem Anlaß die Erklärung ab, daß für sie sich die Verpflichtung ergebe, die „Weser-Zeitung" als großes politisches und Wirtschaftsblatt fortzuführen, das seiner Tradition getreu festhalte an den nationalen und liberalen Ideen des deutschen Volkes. Die „Weser-Zeitung" werde künftig eintreten für den Wiederaufbau eines freien, alle Deutschen umfassenden Nationalstaates, für die Wiederaufrichtung der Sicherheit und Machtstellung des Reiches, für die Pflege und Förderung des geistigen und wirtschaftlichen Lebens, kurz für eine Politik der nationalen Vernunft; sie werde diese Aufgabe zu erfüllen suchen, indem sie frei von parteipolitischen Bindungen zu allen Tagesfragen unbeeinflußt Stellung nehme und durch einen umfassenden Nachrichten- und Artikeldienst für alle wichtigen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Vorgänge im In- und Auslande den Lesern ein Höchstmaß biete. Insbesondere solle das Handels- und Schiffahrtsblatt der „Weser-Zeitung" durch ständigen Ausbau zu einem unentbehrlichen Berater und zu einem Führer für die Wirtschaft werden.

Digitized by Google

Die Bedeutung der „Weser-Zeitung", als deren Hauptschriftleiter jetzt Dr. Georg Bortscheller zeichnet, als der führenden bremischen Zeitung, rechtfertigte es, ihren Entwicklungsgang in großen Zügen hier etwas ausführlicher darzustellen. Was sie auf dem Gebiete der hohen Politik und der Wirtschaftspolitik bedeutet, bedeuten in lokaler Hinsicht die ebenfalls im Verlage von Carl Schünemann erscheinenden „Bremer Nachrichten", die aus den bereits erwähnten „Wöchentlichen Nachrichten" hervorgegangen sind und diesen Titel seit dem 1. Januar 1854 als täglich erscheinendes Blatt erhalten haben. An die Stelle des ersten Redakteurs, dem die Herausgabe der seit 1838 in eigener Regie des Senats erscheinenden „Wöchentlichen Nachrichten" übertragen war, trat Mitte 1856 der Inhaber der Buchdruckerei von Carl Schünemann. 1860 bis 1869 waren die „Bremer Nachrichten", deren Ertrag wegen der Konkurrenz der politischen Zeitungen nur eine unwesentliche Steigerung erfahren hatte, vom Staat an den Schünemannschen Verlag verpachtet. Der Charakter als Amtsblatt wurde sehr gering bewertet und das Blatt selbst wurde gewissermaßen als bereits in dem Besitz von Schünemann befindlich angesehen. 1870 gingen die „Bremer Nachrichten" definitiv in den Besitz von Schünemann über. Ihr Inhalt erstreckte sich seit 1871 in erster Linie auf Mitteilungen über städtische Angelegenheiten. 1874 war der Ausbau der politischen Zeitung vorläufig beendet. Der bremische Staat veröffentlichte, nachdem er seine Besitzrechte an dem Blatt aufgegeben hatte, seine Bekanntmachungen gegen eine geringe Vergütung.

Durchaus kleinstädtisch war der redaktionelle Betrieb des Blattes noch um die Mitte und im ersten Teil der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Aus diesen bescheidenen Verhältnissen heraus nahmen dann die „Bremer Nachrichten" eine stetig fortschreitende Entwicklung. Die redaktionelle Leitung lag bis Mitte 1872 in den Händen von F. A. Hobelmann, der damals im Handelsteil der „Weser-Zeitung" beschäftigt war, dann trat Justus Finger an seine Stelle. Finger leitete bis zu seinem Tode am 19. Mai 1899 die „Bremer Nachrichten" als verantwortlicher Redakteur zunächst allein, später gemeinsam mit dem bekannten Heidedichter August Freudenthal als Mitredakteur. Nach dem Tode Fingers erfuhren die „Bremer Nachrichten" eine völlige Umgestaltung durch Georg Kunoth, der am 20. Mai 1899 aus der Redaktion der „Weser-Zeitung" ausschied und von nun an die Chefredaktion der „Bremer Nachrichten" übernahm. Unter der Leitung dieses volkstümlichen Mannes nahm das Blatt einen gewaltigen Aufschwung nach jeder Richtung hin und zählte bald mehr Abonnenten und Leser als alle sonst in Bremen erscheinenden Blätter zusammengenommen. Kunoth starb vor etwa zwei Jahren bald nach seiner Pensionierung. Er hinterließ seinem Verleger ein Organ, von dem man ohne Übertreibung behaupten kann, daß es nach jeder Richtung hin fest fundiert ist. Als sein Nachfolger zeichnet zurzeit Fritz Reineck, der von den „Münchener Neuesten Nachrichten" nach Bremen kam. Reineck war von vornherein erfolgreich bestrebt, den „Bremer Nachrichten" ein modernes äußeres Gewand zu verleihen und für ihren Ausbau zu sorgen.

Neben den Tageszeitungen des Verlages Schünemann bestand als politisches Blatt seit dem 1. Januar 1846 der „Courier an der Weser", eine ursprünglich vielgelesene Lokalzeitung ausgesprochen liberaler Richtung, die seit 1848 einen großen Aufschwung nahm und später den Titel „Bremer Courier" erhielt. Dieses Blatt war Eigentum der Familie Ordemann, die es bis zu seiner Verschmelzung mit dem „Bremer Tageblatt" und dem „Bremer Generalanzeiger" fortgeführt hat.

Zurzeit besteht als drittes bürgerliches Blatt in Bremen neben der „Weser Zeitung" und den „Bremer Nachrichten" noch die „Bremer Zeitung" als der Deutschnationalen Volkspartei nahestehendes Organ. Im Anfang des Jahres 1921 unter dem Titel „Bremer Zeitung", mit dem Untertitel „Norddeutsche Rundschau", die Interessen der Deutschen Volkspartei vertretend, ging sie später durch Kauf in den Besitz der Deutschnationalen über, erschien dort zeitweise unter dem Titel „Norddeutsche Rundschau" und „Nationale Rundschau", bis sie zuletzt wieder ihren ursprünglichen Titel „Bremer Zeitung" aufgenommen hat und einmal täglich als 6-Uhr-Abendblatt herauskommt.

Groß ist die Zahl der Zeitungen, die im Laufe des vorigen Jahrhunderts unter den verschiedensten Titeln entstanden und wieder verschwanden. Pastor Dulon, am 15. Juni 1848 zum zweiten Pastor an der Liebfrauenkirche in Bremen gewählt und bekannt als der später gemaßregelte „geistliche Führer in der Revolutionszeit Bremens", wurde im Juli 1849 Mitbegründer und am 7. März 1850 Hauptredakteur der „Tages-Chronik". Seit dem 1. Dezember 1850 gab er den „Wecker" heraus.

Wenn wir uns weiter in der Reihe der in Bremen erschienenen Zeitungen umsehen, so finden wir im Jahre 1843 das „Bremer Abendblatt"; in den Jahren 1836/37 eine Zeitschrift für die gebildete Lesewelt „Aurora"; 1849/55 den „Bremischen Beobachter", später „Bremer Tageblatt" (Wochenschrift); 1835/36 „Bremische Blätter", herausgegeben von Ulrichs und Watermeyer; 1838/39 das „Bremische Konversationsblatt"; 1838 eine Zeitschrift „Das Dampfschiff"; 1855/60 das „Bremer Fremdenblatt"; von Oktober 1851 bis 1883 das von dem bekannten Geographen und Publizisten Karl Andrée und später von Victor Böhmert redigierte „Bremer Handelsblatt". 1863 bis 1870 erschien eine Zeitung unter dem Titel „Bremer Morgenpost". Das Jahr 1855 brachte den „Neuigkeitskrämer". In den Jahren 1853 bis 1866 gaben H. Strack und Dr. Friedrich Pletzer das sehr angesehene „Bremer Sonntagsblatt" heraus. Unter dem Titel „Bremer Tageblatt" erschienen nacheinander vier verschiedene Zeitungen, und zwar in den Jahren 1855—59, 1879, 1895/96 und 1897/1916. 1832 gab Dr. J. H. W. Smidt ein „politisches Wochenblatt für die Freie Hansestadt Bremen" heraus. 1848 bis 1850 erschien für bremische Rechnung eine Zeitung für Nordwestdeutschland" in Hannover.

Schon diese Übersicht läßt erkennen, wie mannigfaltig die Bestrebungen im Laufe des vorigen Jahrhunderts waren, das politische und geistige Leben Bremens zu befruchten. Interessant ist übrigens, in welch verhältnismäßig großem Umfange die bremische Presse damals auf die benachbarten Hannoverschen Gebiete hinübergriff. In der „Hannoverschen Zeitung" vom 24. April 1851 befindet sich eine Übersicht, laut welcher damals im ganzen 949 Exemplare der „Weser-Zeitung", 210 Exemplare der „Tages-Chronik" und 652 Exemplare des „Wecker" im Königreich Hannover gehalten wurden.

An links-gerichteten Parteiblättern erscheinen zurzeit in Bremen zwei, und zwar die aus der 1890 gegründeten „Bremer Bürgerzeitung" hervorgegangene sozialdemokrat. „Bremer Volkszeitung", die im Jahre 1919 nach den Spartakusunruhen vorübergehend den Titel „Bremer Volksblatt" führte, als Organ für die Interessen des Volkes für Bremen und Umgegend. Außerdem die kommunistische „Arbeiter-Zeitung", welchen Titel im Jahre 1919 das damals bestehende Organ der unabhängigen sozialdemokratischen Partei trug.

Es konnte nicht meine Aufgabe sein, an dieser Stelle eine vollständige Geschichte der bremischen Presse zu geben: Nur eine allgemeine Übersicht soll es sein, die ich im Vorstehenden nach dem mir zur Verfügung stehenden Quellenmaterial zusammengestellt habe in der Hoffnung, damit, wenigstens in großen Zügen und vielleicht auch in mancherlei interessanten Einzelheiten, die in Bremen zum Reichsverbandstag versammelten Kollegen aus dem Zeitungsfach zu orientieren.

Digitized by Google

Um den deutschen Journalismus

Persönlichkeit in der Zeitung.

Von Alfred Scheel,
Chefredakteur a. D., Universitätsdozent in Heidelberg.

Wenn die Zeitung nicht allein Ausdruck öffentlicher Meinung ist, sondern auch Organ der Meinungs-Bildung, so kommt dem Problem stärkste Bedeutung zu, ob und in welchem Grade sich in ihr die Persönlichkeit auswirken kann. Ich spreche nicht davon, daß mit Namen bekannte und von der Öffentlichkeit anerkannte Menschen in der Presse zu Wort gelangen oder als Objekt öffentlicher Aufmerksamkeit behandelt werden, obwohl auch dies zu dem breiteren Thema „Persönlichkeit und Presse" gehören würde, sondern von der enger begrenzten Frage, welche Wirkungsmöglichkeit innerhalb der Presse die Persönlichkeit des Journalisten hat.

Institutionen der Unterrichtung hängen in ihrem Erfolge nicht nur davon ab, wie beschaffen der Lehrende ist, sondern auch von der Disposition des zu Unterrichtenden. Wie in Schulen jeder Art der Lernende das Wesen und Wirken der Institution entscheidend mitbestimmt, insofern als sein Niveau des Verständnisses das Fundament aller Lehrtätigkeit abgibt und deren Erfolgsgrad stark beeinflußt, so bildet für die Zeitung, die man eine Schule der Erwachsenen genannt hat, der geistige Habitus des Lesers die tiefste und breiteste, freilich nicht unabänderliche Grundlage aller ihrer maßgebenden Handlungen. Man muß die Zeitung sogar als vom Leser noch abhängiger erachten, als die Schule es vom Schüler ist, da bei der Zeitung jener faktische oder moralische Zwang der Schulpflicht und des Examens fehlt, das zu einem Beruf berechtigt, vielmehr der Besuch dieser „Schule der Erwachsenen" durchaus freiwillig ist, und darum eine ungleich stärkere Berücksichtigung des Fühlens, Wollens und Denkens der „Schüler" (Leser) verlangt.

Das Maß des Einflusses, welches die Leser auf die Zeitung haben, ist mithin sehr erheblich. Der Leserkreis, schon als bloße Summe von Einzelmenschen verstanden, ist es, der den Charakter der Zeitung, ihren Inhalt nach Qualität, Auswahl und Gliederung mitbestimmt; das trifft in individuell verschiedenem, aber in irgendeinem Grade unvermeidlich bei allen Zeitungen zu.

Schon hieraus aber folgt, daß die Persönlichkeit in der Zeitung eine Beschränkung ihrer Bewegungsfreiheit, will sagen: ihres Gestaltungswillens erfährt. Der Tagespublizist — worunter ich in diesem Zusammenhang alle auf den Zeitungsinhalt einwirkenden Personen begriffen wissen will, also Redakteure, Mitarbeiter und Verleger — ist bei intuitivem wie bewußtem Schaffen immer irgendwie beeinflußt von dem Leserkreis, der ihm vorschwebt, als von einem ungemein vielfältigen Etwas. Dieses Publikum ist zugleich Objekt seines Formungswillens, denn es ist bildsam. Aber ob, inwiefern, in welchem Grade sein Lesepublikum sich willfährig erweist, hängt nicht allein von der Stärke und Wendigkeit des journalistischen Prägers ab, sondern ebenso sehr und oft mehr davon, daß es (das Publikum) dazu disponiert ist. Auf diese Disposition hin betrachtet, stellt der Leserkreis keine homogene, vielmehr eine heterogene Masse dar, die vielleicht auf Grund des gesamten Inhalts der Zeitung erhalten und vergrößert werden kann, die aber einzelnen Beiträgen oder Rubriken gegenüber oft gleichgültig, ja ablehnend reagiert, sich also dem journalistischen Formungswillen entzieht. Es wäre schlimm um die Erfolgchance gestaltender Publizistik bestellt, wenn die Mentalität der Durchschnittsleser ein festes, wohl gar unabänderliches Gepräge hätte. Man weiß: So ist es nicht; aber man überschätzt — wenigstens heutzutage — die Möglichkeit der Einflußnahme, wenn man sie für unbegrenzt hält und gelegentlich gesagt hat, man könne dem Leser so ziemlich jede Meinung einreden. Ist er labil, so ist er doch auch indolent und außerdem im Tiefsten beharrlich. Immerhin: der Durchschnittsleser ist bildsam, aber er ist es eben nur in begrenztem Grade. Wie wäre sonst z. B. die Erfahrung erklärlich, daß politische Entscheidungen der Masse, Volksabstimmungen und Wahlen, häufig im Gegensatz zu der stetig und eindringlich propagierten Meinung des Teils der Presse stehen, der, an der gesamten Auflagenhöhe gemessen, hätte siegen müssen.

Will man den Einfluß, den die Leserschaft auf die Zeitung hat, und andererseits den Grad der meinungbildenden Kraft, welche der Zeitung auf ihre Leserschaft zukommt, abschätzen, so bedarf es dazu einer schärferen Prüfung der Frage, was denn in unserer Zeit eigentlich „Leserschaft" bedeutet.

Die Voraussetzung, unter der ich bisher das Thema behandelt habe, ist nämlich in erheblichem Maß unrichtig: „Der" Leser als Individuum von einmaliger Prägung oder mit Eigengesetzlichkeit in seiner Verhaltungsweise existiert so wenig wie „der" Mensch. Nur die reale Wertung und Geltung des Menschen als Individuum oder als Gruppenwesen war jeweils verschieden groß. Heutzutage nun — das wird durch eine Fülle von Beobachtungen bestätigt, die zu erörtern hier nicht der Platz ist — sehen wir jedes und besonders auch das deutsche Volk in zahlreiche und mannigfaltige Kollektive aufgeteilt und gegliedert, in deren Interessen und Ideologien der einzelne Mensch mehr oder weniger eingespannt ist. Innerhalb eines Kollektivs mag er noch zu Geltung gelangen, ihm gegenüber nur schwer und selten. Das will heißen: Der einzelne kann in seiner besonderen Prägung fast nirgends mehr voll zur Wirkung kommen, er ist sozusagen seelisch aufgeteilt, ist Partikel mannigfacher „Mitgliedschaften" und „gehört an" einer Klasse, einer Partei, einem Bunde, einem Berufs- oder einem Interessenverband, ist Gruppen-Teil. Selbst der geistig sonst ganz Indolente zählt sich doch wenigstens dem Interesse und dessen Organisation irgendwie zu, welches das Zentrum seines täglichen Lebens, seiner Berufsarbeit angeht.

Diese Tatsache, deren vielerlei Gründe interessant, aber für diese Betrachtung unwichtig sind, ist meines Erachtens bei der Beurteilung unserer gesellschaftlichen und politischen Struktur noch nicht ernst genug eingeschätzt, insbesondere aber auch gerade in

Digitized by Google

der Untersuchung publizistischer Probleme sehr vernachlässigt worden. Die „Leserschaft" ist heutzutage viel mehr „Masse Mensch", als sie es früher und noch vor dem Kriege war. Sie ist viel weniger eine bloße Summe von unbekannten Individuen. Das Publikum der Zeitung zerfällt, je nach Besonderheit des Falls zu einem verschieden großen Prozentsatz, in eine Reihe organisierter Kollektive, und diese treten dem Gestaltungswillen der Zeitung mit einer Mentalität gegenüber, die bereits durch andere Faktoren gestaltet, die schon vorgeformt ist.

Bei der Presse, welche einem Kollektiv oder dessen Beauftragten gehört, was in Deutschland bei zahlreichen Blättern der großen und gut disziplinierten Parteien, aber auch bei andersartigen Verbänden zutrifft, wirken die Kraft des Kollektivs und der Gestaltungswille der Zeitung in der gleichen Zielrichtung, wodurch scharfe Zeitungsprofile entstehen. Inwieweit dabei die Persönlichkeit zur Geltung kommt, ist nicht einfach zu beantworten. Formell gesehen sind Verleger (Geschäftsführer) wie Redakteure nicht so sehr Publizisten aus eigenem Recht als kraft Auftrags, sind Funktionäre des Kollektivs (der Partei usw.). Sie wirken für einen Leserkreis, der vom Parteiwillen schon vorgeformt ist, wenngleich von ihnen mitgeformt wird. Sie sind ihrer publizistischen Wirkung verhältnismäßig sicher, da ihr Leserkreis — und sie selber mit ihm — sich in Gesinnungsgemeinschaft befinden. Der Kompetenz nach ist hier die Bewegungsfreiheit der einzelnen Persönlichkeit in der Zeitung, dem übergeordneten Kollektiv gegenüber, gering, denn dieses selber hat primär die Führung der Zeitung und nicht deren redaktionelle oder verlegerische Leitung. Daß aber Persönlichkeit in der Parteipresse gleichwohl zur Geltung kommt, ist dadurch ermöglicht, daß die Gesinnungsverbundenheit des Journalisten mit dem Kollektiv, dem er innerlich und äußerlich angehört, schon ein Essentiale seiner Persönlichkeit ausmacht, und ferner dadurch, daß der Gesinnungsgehalt jeder echten Partei den ganzen Bereich kultureller, sozialer, wirtschaftlicher und auch (wesentlicher) taktischer Ziele umfaßt. Auf diese Parteipresse, auf die Bewegungsfreiheit ihrer Persönlichkeiten, kann Kollektiv-Mentalität weniger störend wirken als auf die übrige Presse; denn dort ist die Übereinstimmung mit dem Kollektiv bewußt gewollt, macht geradezu das Wesen dieses Zeitungstyps aus. Indessen tangieren andersartige Kollektive diese Art Presse sowohl, wie ganz besonders die übrige Presse. Ich nenne nur das wichtigste: den Berufsverband. Aufmerksame Beobachter der gesellschaftlichen Strukturwandlungen haben den starken Einfluß, welchen die großen Berufsverbände auf die Bildung der öffentlichen Meinung ausüben, schon heute höher eingeschätzt als die Kraft, welche der Tagespresse zugemessen werden dürfe. Unanfechtbares wird sich hierüber kaum sagen lassen; bessere Kenntnis der Sachlage wird erst nach längerer Beobachtung zu gewinnen sein. Soviel aber scheint mir gewiß, daß die Bindung nach Interesse und Ideologie, welche den arbeitenden Menschen mit seinem Berufsverband verknüpft, sehr stark ist, und daß sie auch sein Reagieren auf die meinungbildenden Absichten der Tageszeitung nicht nur, sondern auch sein Einwirkenwollen auf sie beeinflußt. Hier hat sich organisierter Massenwille erhoben, der in allen Blättern, vorab in denen mit schwächerem eigenen Gestaltungswillen (in neutralen Blättern) der meinungbildenden Persönlichkeit in der Zeitung Abtrag zu tun vermag.

Kommt hinzu, daß noch andere Kraftzentren unseres modernen öffentlichen Lebens durch ihre bloße Existenz und wegen der schon deshalb auf sie gebotenen Rücksichtnahme die Zeitung in starker Weise mitformen, sich dazu aktiviert haben, indem sie selber die Meinungsbildung über sich und über alles ihr Interesse Berührende in der Tagespresse zu leiten trachten. Das heißt: es kommt hinzu, daß sich Parteien, Regierungen, Kommunen, Behörden, Unternehmungen, Verbände, Vereine aller Art (in deren Statuten die Zweckbestimmung „Einflußnahme auf die Presse" fast nie fehlt) „journalisieren", nämlich selber in die Zeitungen Artikel und Nachrichten (durch Korrespondenzen oder durch Pressеämter, Informationsdienste und dergl.) zu lancieren suchen. Über Berechtigung und Wert dieser zahllosen Beeinflussungsmittel sei hier nichts gesagt. Festzustellen ist lediglich, daß das selbständige Wirken der Zeitungen und der in ihnen schöpferisch gestaltenden Persönlichkeiten dadurch außerordentlich erschwert wird. Diese Kraftzentren treten, in der Absicht, öffentliche Meinung zu „machen", mit dem Gewicht ihres organisierten Massenwillens oder ihrer legitim fundierten Autorität, in Konkurrenz mit der Zeitung selbst und deren geistiger Leitung, und zwar auf deren eigenstem Arbeitsfeld. Die faktische Wirkung dieser Konkurrenz wird dadurch verstärkt, daß sie die Arbeitskraft der Redaktion, die sich einer Fülle offiziöser und offizieller Einsendungen gegenüber sieht, ungemein beansprucht.

Eine andere Folge ist für die Presse nicht weniger bedeutungsvoll: Indem alle diese Kraftzentren eine möglichst breite und zugleich intensive Einwirkung auf die Öffentlichkeit erstreben, unterstützen sie den Uniformierungsprozeß, dem die Presse ohnedies heute ausgesetzt ist. Nachrichten- und Artikelbezug von selbständigen Telegraphenbüros und Korrespondenzen, Matern- und Plattenvertrieb, Zusammenschluß mehrerer Zeitungen in Konzernen usw., um nur das Wichtigste zu nennen, charakterisieren diesen Uniformierungsprozeß als einen allgemein gültigen Vorgang in der Tagespublizistik, wodurch Inhalt und sogar äußeres Gesicht der Blätter nivelliert und damit zugleich aus der Gesamtpresse und aus der einzelnen Zeitung die Farbe der Persönlichkeit mehr und mehr weggewischt werden. Ich fälle kein Werturteil darüber, ich konstatiere nur.

Das Problem „Persönlichkeit in der Presse" ist mithin zum ersten dadurch gekennzeichnet, daß die schöpferische Tätigkeit der Persönlichkeit (des Journalisten) in aufreibendem Wettbewerb steht mit den oben genannten Kräften, welche sich der Leserschaft schon bemächtigt haben (Kollektive), ehe der Journalist sie zu bilden vermag, oder welche sich ihrer in seinem eigenen Tätigkeitsbereich, in der ihm zur Verfügung stehenden Zeitung, bemächtigen wollen, also mit Kräften, welche von außen her wirken. Zum anderen sind aber der Persönlichkeit auch von innen her, aus der Eigengesetzlichkeit der Zeitung als eines privaten Wirtschaftsunternehmens unausweichliche Schranken gesetzt. Das gilt überall, mag das Unternehmen in handwerksmäßiger oder großgewerblicher Form betrieben werden, und mag die von ihm hergestellte Zeitung nach Inhalt und Absicht vorwiegend Konsumenten-, parteigebundene oder frei gestaltende Presse sein. Erwerbswille besteht überall, mehr oder weniger, und macht seinen Einfluß auf den Charakter der Zeitung geltend. Von rein gewerblichem Standpunkt wäre der Leser nichts als Kunde, dessen Mentalität zu wahren, aber nicht zu modeln ist. Der Charakter einer Zeitung wird ja offensichtlich ganz wesentlich gerade davon entscheidend bestimmt, wie stark Erwerbswille in ihr wirkt und wie stark im Verhältnis dazu das publizistische, das meinungbildende Motiv zur Geltung kommt. „Dienst am Kunden" bedeutet grundsätzlich immer, beim Zeitungsunternehmen wie bei jedem anderen Privatunternehmen, — wenn man die Zeitung lediglich als solches betrachten will: Dienst am Kunden wie er ist (nicht wie man ihn haben möchte), bedeutet darum auch Rücksichtnahme auf Interesse und Ideologie der Kollektive und anderer Kraftzentren des gesell-

Digitized by Google

schaftlichen und staatlichen Lebens, da diese den Leser vor- und mitformen. Daraus aber würde wiederum folgen: Minderbewertung der Persönlichkeit in der Zeitung, abermals Beschränkung schöpferischen Gestaltungswillens, der sich der Meinungsbildung widmen möchte; gleichgültig, ob es sich um Redakteure oder Verleger handelt.

Vorläufiges Ergebnis: Vier Kräfte sind es hauptsächlich, welche heutzutage die Wirkungsmöglichkeit der in der Zeitung tätigen Persönlichkeit hemmen: 1. das Kollektiv in mancherlei Gestalt, das der Zeitung einen in seiner Mentalität bereits vorgeformten Leser präsentiert, 2. der aktive Wettbewerb dieser und anderer Kraftzentren, welcher in der Zeitung selber mit dem Gestaltungswillen des Journalisten um den Einfluß auf die Leserschaft ringt, 3. der Uniformierungsprozeß, der ohnehin schon sehr stark das ganze Pressewesen bedrängt, 4. der in der Zeitung als einem privatwirtschaftlichen Unternehmen wirkende Erwerbswille, der ganz selbstverständlich nicht primär auf Erziehung, sondern auf Befriedigung des Kunden abzielt.

Gibt es denn angesichts solcher Feststellungen, so ist mit Recht zu fragen, überhaupt noch ein ausreichendes Wirkungsfeld für eigengewachsene Persönlichkeiten? Täte nicht der Verleger, welcher Publizist im Sinne eines Meinungsbildners sein möchte, besser, darauf zu verzichten und rein kaufmännischen „Dienst am Kunden" zu pflegen, und zwar mit besserer Gewinnchance? Und sollte nicht der Redakteur es sich versagen, Eigenes wirken zu wollen, vielmehr lediglich bestrebt sein, ein tüchtiger Privatbeamter im Wirtschaftsunternehmen zu sein?

Kein Kenner wird bestreiten, daß solche Denkweise innerhalb beider Gruppen des Zeitungswesens verbreitet ist; wie sehr, wird sich schwerlich messen lassen. Es gibt einen (selbständigen und angestellten) Verleger-Typ, dem die Zeitung nichts anderes bedeutet als ein auf Gewinn zielendes Privatunternehmen und der darum die Journalistik nur in der Form der „Auftrags-Journalistik" kennen will, wobei der Auftrag nicht wie bei der parteigebundenen Presse von der Partei als Gesinnungszentrale, sondern vom Verlag als Erwerbszentrale ausgeht. Es gibt einen Redakteur-Typ, der von vornherein oder, weil er des schweren Ringens um sein Persönlichkeitsrecht nach außen und innen müde ward, den Beruf einfach als Broterwerb betreibt, gleichsam ein Doppelleben als Berufsarbeiter und als Mensch führt. Wenn diese Typen in einer oder in beiden Berufsgruppen vorherrschend oder auch nur beachtlich würden, so wäre damit eine einheitliche Standespolitik, welche Ansehensmehrung bezweckte, unmöglich geworden; denn die Presse würde dann zwar noch als Verkehrsanstalt für Publizität Bedeutung behalten, Ansehen aber bliebe ihr versagt, weil nach aller Erfahrung — wenigstens in Deutschland — ihre Geltung in der öffentlichen Meinung an die Funktion der Zeitung als eines meinungbildenden Organs, nicht aber an die Funktion geknüpft ist, bloß „Ausdruck" öffentlichen Lebens zu sein.

Indessen ist, soweit ich sehe, auch heute wohl noch die maßgebende Richtung innerhalb beider Berufsgruppen des Standes die, welche der deutschen Zeitung den Charakter eines das Leben mitgestaltenden Instruments erhalten wissen will. Und dies scheint mir nun auch die beste Gewähr, aber auch die unausweichliche Voraussetzung dafür zu sein, daß innerhalb der Presse der Wert der Persönlichkeit Geltung behält, was zugleich heißt, daß sie innerhalb beider Berufsgruppen gegenseitiger Achtung begegnen muß.

Ich rede hier keiner Tendenz das Wort, habe auch vermieden, Werturteile im einzelnen zu fällen. Was ich persönlich glaube und vor allem wünsche, liegt auf der Hand, wenn bekannt ist, daß ich zweieinhalb Jahrzehnte bemüht war, an Meinungsbildung mitzuhelfen. Aber das ist irrelevant für die objektive Prüfung des gegenwärtigen Zustandes und der vermutlichen Entwicklungstendenz der deutschen Presse. Ich frage lediglich, welche Folgerung sich aus der oder jener Prämisse ergäbe. Sollte der Einfluß kollektiven Lebens und der bekannte Uniformierungsprozeß immer stärker auf die Presse einwirken, so würden allmählich die Persönlichkeiten entweder in der Tagespresse unterdrückt oder aus ihr verscheucht, so würde die Meinungbildung von ihr an andere Faktoren übergehen, innerhalb der Publizistik etwa an Zeitschriften und an einige wenige ganz große Tageszeitungen. Deutliche Anzeichen solcher Entwicklung finden sich bereits. Soll dagegen den Tageszeitungen (nicht jeder kleinen und kleinsten, aber ihrem wirtschaftlich und geistig leistungsfähigen Teil) die Aufgabe der Meinungbildung, der Lebens-Mitgestaltung, kurzum ihr Führertum erhalten bleiben, so kann dazu gründliche Vorbildung und Fortbildung des Standes, natürlich beider Berufsgruppen, wichtige Dienste leisten. Wobei ich, gerade als Wissenschaftler (aus der Praxis kommend), zu betonen nicht versäume, daß Vermittlung von Kenntnissen allein, so wertvoll das ist, nicht genügt, daß vielmehr auf Charakter-Anlage und -Bildung — und dies ist das der Persönlichkeit Wesentlichste — größtes Gewicht, größeres als bisher, zu legen wäre. Wenn man künftig mit einer Flucht der Persönlichkeit aus der Tagespresse, mit einer Schwächung oder Ausmerzung des geistigen Motivs zu rechnen hätte, weil die Entwicklung ihr ungünstig würde, dann hätten wohl auch alle standeserzieherischen Einrichtungen des Staates und der Organisationen eine Umwandlung ihrer Ziele in der Richtung zu gewärtigen, daß sie für die Tagespresse mehr ein technisch routiniertes Privatbeamtentum als selbständig wirkende Publizisten zu schulen hätten. Dieser aber, der Publizist in der Tagespresse, kann, soweit ich sehe, nur dann erhalten, ihm kann nur dann zu maßgebender Wirksamkeit verholfen werden, wenn gekämpft wird, wenn die in der Tagespresse dennoch vorhandenen Persönlichkeiten, seien sie Redakteure oder Verleger, zielbewußt darum ringen, wenn sie als Verleger nicht den Erwerbswillen allein über sich und ihr Unternehmen Herr werden lassen, als Redakteure jeder zwiespältigen Denkweise entsagen, daß der Beruf ihnen nur Broterwerb zu sein brauche, ihr Menschentum aber außerhalb des Berufs gelebt werden könne. So stark die Kräfte auch sein mögen, welche die Leserschaft geistig zu nivellieren und der Zeitung als bereits geformte Mentalität gegenüber zu stellen trachten, es bleibt doch zweierlei als Aktivum für das Wirken der journalistischen Persönlichkeit und für Wahrung der meinungbildenden Aufgabe der Tageszeitung: Der einzelne Leser wird in seinem Gesamtwesen nie restlos von jenen Mächten erfaßt, er wird nicht einmal, wenn das organisierte Kollektiv aktiv wird, exakt in seiner Mentalität „vertreten", sondern häufig nur von der Leitung des Kollektivs bzw. einer jener anderen Kraftzentren (Behörden usw.) benutzt, um ihnen die stärkste Einwirkung auf die Zeitung zu ermöglichen. Der einzelne Leser bleibt bildsam, und die Kunst der Zeitung wird es künftig erst recht sein, an ihn als Einzelnen heranzukommen, auch ihm sein Persönlichkeitsrecht gegenüber allen auf ihn eindringenden Mächten zu erhalten.

Eine allgemeine Bemerkung zum Schluß über das Persönlichkeits-Problem, das ein Kernproblem unserer Zeit ist:

Wenn von Persönlichkeit in der Tagespresse gehandelt wird, so müßte man die Untersuchung hineinstellen in den großen Zusammenhang aller künftigen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung, dürfte sie nicht daraus isolieren. Dies ginge über den Rahmen dieser Arbeit hinaus. Nur soviel: Was die

Digitized by Google

Tagespresse, ihre meinung-bildende Aufgabe und die Erhaltung der Persönlichkeit in ihr anlangt, hängt diese Frage offenbar sehr eng mit der anderen zusammen, mit welcher Kraft und Intensität andere große meinungbildende Faktoren, wie Staat, Kirche, Schule, Kunst, Wissenschaft künftig auf die Menschen einwirken werden und welcher Spielraum in diesem Wettbewerb der Tageszeitung bleibt. Das ganze Problem „Persönlichkeit in der Presse“ ist in dem weitschichtigeren Problem enthalten: ob Deutschland und unsere ganze zivilisierte Welt in ein Zeitalter wirtschaftlicher und kultureller Gebundenheit eingetreten sind und inwieweit sich überhaupt in dieser ganz andersartigen Welt die Einzelpersönlichkeit durchsetzen kann. Die Antwort könnte zum Teil auf Grund breiter soziologischer Untersuchung von Entwicklungstendenzen, zum anderen Teil nur auf Grund kulturpolitischer Intuition gefunden werden.

Der Journalismus, wie er war.

Von Emil Dovifat.

Im folgenden ist keinerlei Romantik dargestellt. Selbst wenn es uns Rückschauenden so erscheint. Zeiten lassen sich nicht miteinander vergleichen. Auch nicht in ihren Menschen. Erst recht nicht in ihren Zeitungen. Aber wie die Menschen sich in und mit ihren Zeitungen durchgesetzt haben oder mit ihnen gescheitert oder vergessen oder untergegangen sind, das ist wert, dargestellt zu werden. Der Versuch ist hier in flüchtigen Skizzen gemacht. Die Lehre sei vorweggenommen: Zeitungen sind immer um so größer und in ihrer Zeit um so wirksamer gewesen, je größer die Persönlichkeit war, die hinter ihnen stand.

*

Aber von „Persönlichkeit“ in den frühen Anfängen des Journalismus zu reden, hieße — soweit die Nachrichtenarbeit in Frage kommt — gänzlich fehlgreifen. Wo ist sie geblieben, diese bunte, vielfältige Gesellschaft von Nachrichtenschreibern, Kanzleiverwandten, fürstlichen Sekretären, Korrespondenten, Bulletinisten, Botenmeistern, Briefsammlern, Posthaltern, den Nouvellanten, Gazettanten, Scrittores d'avisi, New-Writers, von „Zeitungern“, wie ein prächtiges Wort sie einmal genannt hat? Einzig jene, die — wie das in den Verkehrsmittelpunkten der Zeit gelang — ihr Gewerbe zu einem Großbetrieb machen konnten, die Schreibstuben zur Vervielfältigung der Meldungen eines reichen Korrespondentennetzes aufgebaut und gut unterhalten hatten, sind in Name und Firma uns überliefert. Sonst aber liegt Dunkel über allem. Kein „Impressum“ kündet Redaktion und Verlag. Keiner der „Star-Reporter“ hat seinen Namen gesperrt seiner Arbeit voraufgeschickt (wie sie es heute so gerne tun!). Niemand kennt sie, die in den heißen Zeiten der Türkenkriege vor und hinter der „Barbarenfront“ ihre gefährlichen Reportagedienste getrieben haben. Kriegsberichterstatter auf eigenes Risiko. Ohne gestempelte Armbinde, ohne Ausweis des „Generalkommandos“. Meist baumelte die Galgenschlinge, die für den Spion bestimmt war, auch über ihren Köpfen. Sie waren tüchtige Nachrichtentechniker. Der Journalist, der aus dem belagerten Antwerpen in einer Kanonenkugel Nachrichten über die Köpfe der Belagerer hinweg zu seinen Freunden schoß würde heute den Fernschreiber oder den Schnelltelegraphen gewiß sehr bedeutend vervollkommnet haben und wäre im übrigen ein „rasender Reporter“ gewesen.

*

Aber über diesen Leuten waltete der Druck einer sehr niedrigen, unbeachteten, jeder Schikane zugänglichen sozialen Existenz. Soweit ihre Arbeit die Politik der großen Herren störte, hatten sie mit Gefängnis und mit Prügeln zu rechnen. Es war noch eine gelinde Strafe, wenn man ihnen das Nachrichtenschreiben verbot und ihnen also ihr Brot nahm. Viel wurden sie auch von den Mächtigen mißbraucht. Wer etwa glaubt, die amtliche Pressepropaganda sei eine Erfindung des Weltkrieges oder der ihm kurz vorhergehenden Zeit gewesen, irrt sehr. Friedrich der Große z. B. hat eine Pressepolitik getrieben, die sich neben allen Künsten des verflossenen „Kriegspresseamtes“ sehr wohl sehen lassen konnte. Das Heer der Zeitungsschreiber war stolz, des Königs und seiner Leute Manuskripte zu drucken und hielt ergeben den Buckel hin, wenn der politische Gegner sich den „Zeitunger“ langte. Tragische Fälle dieser Art sind namentlich aus den Schlesischen Kriegen übermittelt. Vorher und nachher war das nicht anders. In Berlin regierte selbst der Kaiser aus Wien bis in die Schreibstuben der Zeitungsleute, und da über sogenannte „innere Politik“ ohnedies niemand eine Lippe wagte und die „äußeren Affären“ dem hohen Souverän nur Ungelegenheiten schafften, ward die Zeitung bald ein bloßes Klatschregister. Hofbericht und Kuriosa beherrschen die Zeitung, literarische Kritik (Lessing) und Unterhaltung beginnt sich zu entwickeln, aber was meinungsmäßig und politisch zu werten war, flüchtete in die geschriebenen Zeitungen, die gut ausgestattet durch unterirdische Kanäle an ihre Leser kamen. Bestenfalls wagte man sich noch in die Zeitschrift. Träger der eigentlichen publizistischen Verantwortung war nicht der Journalist, sondern eher der Zensor. Die Zeitung blieb „geist- und kraftloser Index dessen was geschehen“ (Goerres).

*

Mit Freigabe des Meinungskampfes wandelte sich die journalistische Arbeit in ihren Grundlagen. Zur Nachrichtenjournalistik trat die Gesinnungsjournalistik, d. h. sie trat nicht dazu, sondern sie trat deutlich in die erste Reihe und ward in Deutschland fast ein Jahrhundert lang das eigentliche Ideal journalistischer Arbeit überhaupt. Joseph Goerres, der sich in der Gestaltung seines „Rheinischen Merkur“ als Urtyp dieser Gattung zeigte, ist in den letzten Jahren oft genug geschildert worden. Er hat den Publizisten zum „wirklichen Faktor des öffentlichen Lebens“ gemacht, zum „Stimmführer der öffentlichen Meinung und Hüter des Rechts der freien Opposition“. Andere, die sich im gleichen Zeitpunkt, aber an weniger günstiger Stelle und mit geringerer Kraft der Sprache versuchten, sind ganz oder doch in ihrer journalistischen Leistung vergessen. Da ist Kleist, dessen „Berliner Abendblätter“ eine schwere Tragödie für ihn selber wurden, da stehen die Leute des tapferen „Preußischen Korrespondent“, der in dem damals für Zeitungsgründungen noch recht wenig nahrhaften Berliner Boden nicht vorwärts kam, und da ist schließlich ein Journalist, der mein besonderes Interesse findet, dessen Spur aber im Dunkel endet: der Magister Czoblzaczky, der Pächter der „Hallischen Zeitung“ (Frankesche Stiftung). Er hatte schon in den 90er Jahren des 18. Jahrhunderts der damaligen preußischen Politik das Leben schwer gemacht und dann später den Kampf gegen Napoleons „Königreich Westfalen“ so tatkräftig geführt, daß er in Nacht und Nebel nach Magdeburg entfloh, sich aber das Maul nicht verbinden ließ, sondern mit seiner „Halle-Burgischen Courierzeitung“ kräftig in Mitteldeutschland wirkte, um später in der Restaurationszeit an den Quälereien, denen jede aufrechte Gesinnung damals aufgeliefert war, zugrunde zu gehen.

Digitized by Google

Nicht alle Journalisten jener Jahre waren stürmische Kampfcharaktere solcher Art. Entschieden zwar, aber doch mit einer gewissen überlegenen Milde, walteten andere ihres Amtes. Die Zunft der Professoren und der Pfarrer hat damals so manchen guten Journalisten gestellt. Ein Typ der Art war Dr. Spieker, der Begründer der „Oder-Zeitung" in Frankfurt a. O. All die großen Literaten und Herren, denen die Cottas ihre „Augsburger Allgemeine Zeitung" anvertrauten, waren weniger Kämpfer als politische Eklektiker. Sie stellten ihr Blatt bewußt außerhalb der Händel. Ihr „Institut" hatte die Pflicht überlegener Kritik und „die Ruhe olympischen Urteils". Gebildeten Leuten und Kaffeehausbesuchern waren sie geistige Führer. Ihr Einfluß auf die Masse blieb gleich Null.

Ein Journalist dieser Art war auch der alte Hofrat C. P. Berly, der Redakteur der „Frankfurter Oberpostamtszeitung", dessen Charakter und Lebensart uns W. H. Riehl in einer hervorragend treffenden und sicheren Skizze hinterlassen hat*). Dieser Hofrat Berly, von dem der journalistische Witz berichtet, daß er Hofrat geworden sei, weil er sich niemals getraut habe, den Höfen zu raten, war eigentlich nur der Redakteur des englischen und französischen Artikels seiner Zeitung. Er nannte aber diesen Artikel niemals „Leitartikel", weil er der Meinung war, „eine Zeitung habe überhaupt nichts zu leiten und ein Redakteur müsse mehr trachten, die Kunst des Leidens zu erlernen als die Kunst des Leitens". Seine Auffassung über den deutschen Journalismus hat er einmal in einem kurzen Aufsatz niedergelegt. Dort unterscheidet er den „organisierten" und den „chaotischen" Journalismus und zeichnet die Unterschiede in folgendem Satz:

> „Der eine, der „organisierte", mag nur ruhen auf einer historischen Grundlage, forscht nach Wahrheit und Einsicht und wird ausgehen auf vollständige Durchdringung der Zeichen der Zeit; — der andere, der „chaotische", rafft zusammen, was ihm vorkommt, fragt nur nach Wirkungen, unbekümmert um die Ursachen, begnügt sich mit dem vorübergehenden Eindruck, huldigt den Schwächen des Tages und den Leidenschaften der Parteien. Das Ideal des organisierten Journalismus ist nicht zu erreichen; das Trugbild des chaotischen gewinnt den Beifall der Menge."

Die Macht seiner Feder setzte Berly nur sehr vorsichtig ein und war der Auffassung:

> „Die Waffe des Wortes muß mit Vorsicht gebraucht werden. Täglich zum Publikum zu sprechen ist ein kühnes Beginnen, vielleicht ein vermessenes."

Das war der typische Journalist der Zensurzeit. Müde geworden im Kampfe suchte er seine Arbeit dort, wo sie am leichtesten sich entwickelte, und in den letzten Jahrzehnten seines langen Lebens war sein Prinzip, auf keinen Fall anzustoßen.

*

Schon in den ersten 40er Jahren aber änderten sich die Dinge grundlegend; die ersten „Radikalen" wurden groß. Im Jahre 1841 übernimmt Karl Marx die „Rheinische Zeitung", deren Anteilseigner in ihm einen „entschiedenen Liberalen" glaubten gefunden zu haben. Marx gab dem Blatte in wenig Wochen ganz und gar den Stempel seiner mächtigen Persönlichkeit, aber es diente nicht nur der Propaganda seiner neuhegelianischen Staatsdoktrin. Marx ist als Journalist scharf und rücksichtslos in folgestarker Ausnutzung aktueller Vorgänge zur Verteidigung seiner Weltanschauung gewesen. Es war neu, im damaligen Zeitungswesen, daß jemand den „Holzdiebstahl" nicht als einen Frevel, sondern als eine Notlage der Diebe erklärte, daß über die Notlage der Moselbauern brennende und anklagende Artikel geschrieben wurden. Seinen publizistischen Grundsatz hat er in die Worte geprägt:

> „Der Schriftsteller muß erwerben, um existieren zu können, aber nicht existieren und schreiben, um zu erwerben. Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein."

Seine „Neue Rheinische Zeitung" vom Jahre 1848, deren Redaktionsverfassung, wie Engels erzählt, die „Diktatur Marx" war, konnte damals mit solchen Grundsätzen niemals eine Wirtschaftsbasis finden. Und vielen kämpfenden Zeitungen des 19. Jahrhunderts ist das ähnlich gegangen, zumal in den unglaublich erregten Fehden um das Sozialistengesetz und im sogenannten Kulturkampf. Journalismus bedeutete damals, wenigstens an diesen Blättern, einen häufigen Wechsel zwischen Redaktionssessel und Gefängnispritsche. — Wie fern liegt heute alles das!

*

Aber es war nicht jedes Journalisten Sache, im Lager radikaler Opposition zu stehen. Die, denen ihre Überzeugungsrichtung das damals sehr schwere Brot des Oppositionskampfes ersparte, brachten es zu einer selbst in diesem Berufe nicht einmal ganz unmöglichen Gemütsruhe und friedlich gründlicher Arbeit, bei gelegentlich fester, aber doch in den Formen gemäßigter Opposition. Man warf sich doppelt eifrig auf das Literarische und die Kämpfe um Kunst und Theater verschönten und verdeckten die gelegentliche Blässe der politischen Überzeugung. Große und umfassende Allgemeinbildung und wissenschaftliche oder künstlerische Leidenschaft waren sehr oft die Kennzeichen dieser Journalistengeneration. Ihre Vertreter ragen zum Teil noch in unsere Tage; angesehen und geachtet, aber voller Kritik gegenüber dem Neuen.

In diese Gruppe gehört Gustav Freytag mit seiner späteren Publizistik. Ganz besonders aber der den älteren Berliner Journalisten noch gut bekannte Karl Frenzel von der „Nationalzeitung". Ein Märker mit gigantischem Fleiße und harter Selbstzucht. Wie so manche seiner Berufsgenossen durch persönliche Verhängnisse von der Gelehrtenlaufbahn abgedrängt, ist gleichwohl sein Herz immer dieser ersten Geliebten treu geblieben. So fiel ihm gelegentlich seines goldenen Doktorjubiläums der Professortitel keineswegs zu Unrecht zu; denn die Weite und Tiefe seiner Kenntnisse, die Kraft seiner gedanklichen Konzentration und die ihm ungemindert bis an die Grenze des neunten Lebensjahrzehnts erhaltene Fähigkeit, die Dinge über dem Staub des Alltags hinweg in ihrem großen Zusammenhang zu sehen, hätten ihn zu einem großen Gelehrten und Lehrer gemacht. So aber blieb er in seinen Arbeiten auf die extensive Tätigkeit des Publizisten angewiesen. Er war einer jener großen Schriftsteller, die, ohne oberflächlich zu sein, auf vielen Wissensgebieten zu Hause sind, eine jener geistig umfassenden Persönlichkeiten, die durch die Spezialisierung der modernen Zeit zum Aussterben gebracht worden sind. Schon Gutzkow, dessen Schüler er war, hatte ihm vorgeworfen, daß es ihm an „leidenschaftlichem Überzeugungsinteresse" fehle, und so kam es, daß er naturgemäß in späteren Jahren die Politik mied und sich mehr und mehr den kritischen und literarischen Arbeiten des Feuilletons widmete. Der literarischen Revolution der neunziger Jahre stand er innerlich ablehnend, aber keineswegs eifernd gegenüber. Max Osborn erzählt von ihm, daß er niemals den Versuch gemacht habe, einem anders Überzeugten seine Meinung aufzudrängen. Jahrelang hat er an hohen Festtagen und zu besonderen Gelegenheiten in seinem Blatte allgemein politisch-weltanschauliche Leitartikel geschrieben, die echte Zeugen der Tiefe und Größe seiner Lebensauffassung waren. Sie erschienen anonym. Darüber sollte man heute einmal nachdenken, wo sich die Unsitte einbürgert, selbst kleine Lokalnotizen mit dem Namen zu zeichnen!

Frenzel aber steht schon hart an der Grenze der modernen Zeit. Der alte Journalismus ging zugrunde, als

*) Kulturgeschichtliche Charakterköpfe von W. H. Riehl, Stuttgart 1892.

Digitized by Google

die Zeitung wahrhaft „Massenkonsumartikel“ wurde. In Deutschland liegt diese Entwicklung zwischen 1880 und 1890. Viele der Aufgaben, die ihm gestellt waren, sind von dem neuen Journalismus in anderer Form und vor allem in ganz anderem Tempo übernommen worden. Darüber sollen Berufenere schreiben.

Dem jungen Journalismus aber muß Vorbild bleiben, was dem Journalismus des 19. Jahrhunderts in seinen besten Vertretern zum Erfolg verholfen hat. Gustav Freytag gab dem in der Einleitung zur Sammlung seiner politischen Aufsätze mit den Worten Ausdruck: „Viele Aufregungen, Sorgen, Schmerzen und wieder hohe Freude und Begeisterung habe ich in dem Vierteljahrhundert durchlebt, in dem ich die Zeilen dieses Bandes auf leichten Blättern durch das Land sendete. Es waren die höchsten Interessen meines Lebens, die ich dadurch zu vertreten suchte, es waren die mannhaftesten Gefühle, unter deren Herrschaft ich schrieb, wohl oder übel, wie ich es verstand.“

Der moderne Journalismus und seine Probleme.

Von Chefredakteur Heinrich Rippler.

Der Krieg und die ihm folgende politische Umwälzung hat auch die deutsche Presse gründlich gewandelt. Sie ist nicht nur an Bedeutung und Einfluß, sondern auch an Ansehen gewachsen und hat die ihr zukommende Stellung neben Parlament, Kirche und Schule als Bildnerin und Leiterin der öffentlichen Meinung, die sie früher mehr in zugelassener und vielfach gehemmter Weise versah, in einer Selbstherrlichkeit angetreten, die nur durch die allgemeinen, von ihr selbst gerne anerkannten Gesetze bedingt ist. Der neue demokratische Staat braucht die Presse in ganz anderer Weise als der frühere Obrigkeitsstaat. Sein ganzes System ist auf die Meinung und Mitarbeit des Volkes, „von dem alle Macht ausgeht“, gegründet, und diese Meinung und Mitarbeit kann ohne die Presse weder gebildet, noch gewonnen werden. Es ist eine Forderung der Selbsterhaltung des demokratischen Staates, daß er eine freie und wirksame Presse fördert, denn er kann ohne sie nicht existieren, würde wenigstens ohne sie eine seiner Grundbedingungen verneinen. Dieser Wandel in der Stellung des Staates zur Presse hat naturgemäß auch einen Wandel der äußeren Stellungnahme der beamteten oder gewählten Vertreter dieses Staates zu den Vertretern der Presse herbeigeführt, wenn auch die innere Einstellung noch vielfach die des alten Staates geblieben ist. Man kann ohne die Presse nicht mehr auskommen, und man hat eingesehen, daß es nicht genügt, sich mit ihr abzufinden, oder sie als „Instrument“ zu benützen, wie es im Kriege in so fabelhaft törichter und gemeinschädlicher Weise geschehen war, sondern daß man mit ihr zusammenarbeiten muß und nur durch Zusammenarbeit den gemeinsamen Interessen zu dienen vermag. Die Wandlung dieser Anschauungen bewirkt zunächst, daß man heute die Mitarbeit der Presse in allen Bezirken des öffentlichen Lebens sucht und als selbstverständlich empfindet, wo man sie früher vielfach nur duldete oder durch Hintertüren zuließ, und daß ferner die Zahl der persönlich mitwirkenden und in der Zusammenarbeit mit den anderen Faktoren der Öffentlichkeit sich betätigenden Journalisten eine ungleich größere und fast die Gesamtheit umschließende geworden ist, während früher das Vertrauen der Behörden und Parlamentarier in der Regel nur einzelnen Bevorzugten geschenkt wurde, denen man noch ein Kompliment zu machen glaubte, wenn man ihnen sagte, daß sie eben ganz anders seien als ihre Kollegen.

Die Presse hat also an Macht, der Beruf des Journalisten an Wirkungsmöglichkeit und Ansehen gewonnen. Das zeigt sich am deutlichsten und für das Publikum sichtbarsten in der immer häufiger werdenden Betrauung von Journalisten mit öffentlichen Ämtern und Würden. In Frankreich gilt der Journalismus in der öffentlichen Meinung nur als Übergang, als Zugang oder als Treppe in die Ministerien oder ins Parlament. Soweit sind wir noch nicht. Aber unter den Ministern, hohen Staatsbeamten und Parlamentariern der letzten 10 Jahre waren jedenfalls eine so große Anzahl von Journalisten, daß sie den Vergleich mit jedem andern Berufe ruhig aufnehmen konnten. Auch vor dem Kriege haben sich zuweilen Journalisten Parlamentssitze und — in allerdings sehr seltenen Fällen — auch Staatsämter erobert; aber es waren doch Ausnahmen von der Regel. Im großen ganzen war die Redakteurstelle der Abschluß der Laufbahn, über die hinaus es nichts geben konnte. Wenn ein Mann wie Lothar Bucher ins Auswärtige Amt berufen werden konnte, so war das nur durch die Machtfülle Bismarcks möglich, und von den journalistischen Parlamentariern der Vorkriegszeit mußten mehrere ihr Herausspringen aus der Reihe mit beruflicher Heimatlosigkeit und materieller Schädigung bis zur Existenzvernichtung büßen. Heute ist der journalistische Beruf kein Hemmnis mehr im bürgerlich-politischen Fortkommen, keine Abzäunung von anderer öffentlicher Wirksamkeit; aber wir wollen hoffen, daß auch nach dem Fallen der Schranken für den richtigen deutschen Journalisten seine Zeitung, das Wirken durch das geschriebene Wort, Lebensinhalt und Hauptziel seines Strebens bleibt, und der Journalismus ihm nicht nach ausländischen Mustern nur Durchgangsstation und Mittel zum Zweck wird.

Je mehr die Presse eine Macht geworden ist, desto heißer entbrennt der Kampf, wer diese Macht in Händen halten und ausüben soll. Die Macht als solche wird heute nicht mehr bestritten, und es wird auch kaum noch ernsthaft gegen sie angekämpft; denn sie kommt allen Parteien im Staate zugute, da sich alle ihrer bedienen müssen. Wenn ein faschistisches oder bolschewistisches Regime über Deutschland käme, so würde die Freiheit der Presse ausgelöscht oder gedämpft werden; aber solange das nicht der Fall ist, wird von dem radikalsten Faschisten ebenso dringlich nach Freiheit der Presse und damit nach ihrer Machtausübung gerufen, wie von den Kommunisten gleichviel welcher Färbung. Die heutigen Parteien treten in Einheitsfront für die unbehinderte Macht der Presse ein. Nun aber wächst die Frage empor: Wer hat die Macht über diese mächtige Presse, wer soll diese Macht verwalten?

Der Staat, der die Presse braucht, und durch sein Dasein und die in der Verfassung festgelegten Grundsätze ihre Stellung gehoben hat, muß ein natürliches Interesse daran haben, daß sich diese Macht nicht gegen ihn kehrt, nicht seinen Bestand erschüttert und nicht seine Beziehungen zu der übrigen Welt lähmt und verschlechtert. Wenn er demokratischen Grundsätzen treu bleiben will, muß er daran festhalten, daß mit äußerer Gewalt, mit Polizeimaßnahmen, sich auf die Dauer gegen eine geistige Macht nicht kämpfen läßt, und daß im ganzen gesehen in der Regel bei diesem Kampfe mehr verloren als gewonnen, mehr beschädigt als gebessert wird. Er muß darauf vertrauen, daß eine freie, sich ihrer Verantwortung bewußte Presse derartige Schäden aus sich selbst heraus besser überwindet, als es äußerer Zwang zu tun vermag. Frei-

Digitized by Google

lich wird sich kein Staat das Recht der Notwehr für die Erhaltung der eigenen Existenz nehmen lassen und bei akuter Gefahr und nachgewiesener Gemeinschädlichkeit auch einmal zugreifen. Aber das können und dürfen nur Ausnahmefälle sein, die in jedem einzelnen Falle besonderer Begründung und besonderer Rechtfertigung bedürfen. Viel wichtiger und für den weitaus überwiegenden Teil der deutschen Presse bedeutsamer ist die stille und man möchte fast sagen schleichende Bewerbung des Staates um die Macht der Presse. Der neue Staat hat sich einen ungeheuren und höchst kostspieligen Apparat zur Zusammenarbeit mit der Presse, zur Information und damit auch zur Beeinflussung geschaffen, und die anderen Behörden und Zentralstellen sowie die Verbände, Gruppen und Vereine haben es ihm nachgemacht. Es regnet Informationen über jede Zeitung, und jede Zeitung ist gewiß dankbar dafür, daß sich die Umwelt nunmehr so edel, hilfreich und gut zu ihr einstellt. Sie soll nur das Gewissen und den Verantwortungsstolz haben, das, was sie nicht nachprüfen kann, auch als Information mit genauer Angabe der Quelle ihren Lesern mitzuteilen und nicht als eigene Meinung den Lesern vorsetzen, was sie doch nur auf guten Glauben hingenommen hat. Vertrauen zur Regierung ist eine schöne Sache, aber es nützt weder der Regierung, noch der von ihr vertretenen Politik, noch der Gesamtheit, wenn sich plötzlich fast die gesamte Presse als Regierungspresse auftut und in der gleichen Melodie die gleichen Texte erklingen läßt. Das ist ein Regiefehler der Behörden, die noch neu in der Behandlung der Presse sind und dem die Presse mit Verantwortung und Selbstbewußtsein entgegentreten sollte, weil sonst der Leser mißtrauisch und immer mehr zum Skeptizismus gegen die Presse erzogen wird. Der gute Wille, der Regierung zu helfen und ihr nicht durch Unrichtigkeiten ihr saures Amt zu erschweren, darf nicht so weit führen, alles, was von einer Pressestelle der Regierung gesagt wird, unbesehen hinzunehmen und als eigene Meinung zu vertreten. Zustimmung darf nicht mit Uniformierung und Verzicht auf eigenes Urteil gleichbedeutend sein, und der Köhlerglaube, daß eine Einmütigkeit des politischen Willens sich durch Anrühren eines Gleichheitsbreies von irgend einer Pressestelle aus herstellen lasse, sollte nach den schlimmen Erfahrungen der Kriegszeit und ihrer militärischen Pressezensur auch bei den heutigen Regierungsstellen im Aussterben sein.

Neben dem Staate verlangen die Parteien ihren Anteil an der Macht der Presse, und sie verlangen ihn meist noch gewalttätiger als der Staat und meist mit umso größerer Eindringlichkeit, je weniger sie sich sonst um das Wohlergehen ihrer Presse bekümmern. Die eigentlichen Parteizeitungen haben in den letzten zehn Jahren eher ab- als zugenommen; aber der Parteigeist ist fast in der gesamten deutschen Presse in erschreckendem Maße gestiegen. Sehr zum Schaden der Sachlichkeit und sehr zum Nachteil des Ansehens der Presse bei ihren Lesern. Man beurteilt alles vom Parteistandpunkte aus und — was schlimmer ist — man berichtet nur von diesem Standpunkte aus. Wie im Reichstagsberichte der Gegner in der Regel überhaupt nichts zu sagen hat, so sind auch große Massenversammlungen und Massenbewegungen einfach nicht vorhanden oder werden in lächerlich verächtlicher Verkümmerung dargestellt, wenn sie vom Parteistandpunkte aus als schädlich erscheinen. Kampf der Meinungen ist nötig, temperamentvolle, unerbittliche Bekämpfung alles dessen, was nach bester eigener Überzeugung schädlich wirkt, ist Pflicht und Gebot: aber Tatsachen müssen Tatsachen bleiben, auch wenn sie einmal der eigenen Partei nicht in den Kram passen. In der Sachlichkeit hat die deutsche Presse in diesen letzten Jahren des gesteigerten Kampfes und der Neubildungen unleugbar Rückschritte gemacht und dadurch viel an Vertrauen bei ihren Lesern verloren. Man liest die Zeitungen, aber man traut ihnen heute schon fast ebenso wenig wie in Kriegszeiten, weil gerade dem objektiven Sinn des deutschen Lesers diese Bevormundung und diese Vernebelung der Wirklichkeit auf die Dauer zuwider sind. Der Journalist sollte in seinem eigenen Interesse und im Interesse der von ihm vertretenen Sache dem engherzigen Parteigeiste mehr widerstreben, auch in der Berichterstattung, als dies heute geschieht, selbst wenn es ihm von seinen Parteifreunden schwer verdacht wird. Er muß als Führer auch einmal den Mut haben, weiterblickend zu sein als sie und das Ansehen und die Wirkungskraft seines Blattes hochhalten, die durch Verschweigen ebenso verletzt und geschädigt werden können, wie durch falsche Berichterstattung.

Neben dem Staat und den Parteien ringt aber mit vielleicht noch stärkeren Kriegsmitteln eine Gewalt um die Macht in der Presse, das Kapital, das nach amerikanischem Muster die geistige und seelische Angelegenheit der Presse zu entgeistigen und zu entseelen, die Macht der Presse, die im Dienste der Öffentlichkeit verwaltet werden soll, für seine eigenen Zwecke zu pachten und den geistigen Träger der Zeitung, den Redakteur, aus einem verantwortungsbewußten Diener der öffentlichen Interessen zu einem Angestellten der Geldmacht mit vorgeschriebener Meinung zu machen droht. Die Binsenwahrheit, daß es um eine Zeitung am besten bestellt ist, wenn Redaktion und Verlag in einer Gesinnung zusammenarbeiten, und daß dem Verleger wie dem Redakteur — jedem in seinen Grenzen und seinem Wirkungsbereiche — der Anteil an der Macht der Presse gebührt, steht der Warnung vor dieser großen Gefahr nicht entgegen. Redakteure und Verleger haben in der bisherigen Entwickelung ausdrücklich und gemeinsam den Charakter der Zeitung als einer im Dienste der Öffentlichkeit stehenden Einrichtung anerkannt, die von Männern geleitet und verwaltet werden soll, die ihren Beruf als Amt auffassen und in dem Willen leben, der Gesamtheit zu nützen. Sie haben überdies in feierlichen Reden und Beschlüssen die Presse als moralische Anstalt im Sinne Schillers bezeichnet, die ihren Imperativ von ihrem Gewissen und dem Gemeinwohl empfängt und nicht von dem Gelde eines Einzelnen oder eines Konzerns. Was sich aber neuerdings anbahnt, das ist die absolute Herrschaft des Kapitals, das nicht nur eine Meinungsfabrik, sondern Konzerne von Meinungsfabriken über ganz Deutschland errichtet, in deren Bezirk und Bereich nur ein Wille und eine Einsicht und eine Interessenvertretung gelten darf, die des Besitzers oder des Leiters des Konzerns. Wer sich nicht fügt, der fliegt nicht nur aus dem Konzern, sondern auch aus dem Berufe hinaus, da sich die Allmacht der Konzerne immer weiter ausdehnt. Hier droht eine gewaltige Gefahr nicht nur für den Beruf, der seiner Würde beraubt, der Verantwortung und Selbständigkeit entkleidet und in seinem öffentlichen Ansehen gesenkt zu werden droht, sondern auch für den Staat, dessen Interessen mit denen des freien Berufsjournalisten und des freien Verlegers zusammengehen. Ohne Eingreifen der Gesetzgebung werden wir dieser Gefahr nicht begegnen können. Und da die Staatsinteressen heute mehr in Gefahr sind als früher, so ist auch zu erwarten, daß sich im Parlament mehr Verständnis für eine gesetzliche Festlegung des Charakters der Zeitung und der Rechte und Pflichten der Hersteller der Zeitung finden wird, als dies früher der Fall gewesen ist.

Vieles hat sich in der Umwandlung der letzten zehn Jahre in der deutschen Presse gebessert und vervollkommnet, auch abgesehen von den technischen und redaktionshandwerklichen Verbesserungen und Vervollkommnungen, die eine Würdigung für sich beanspruchen würden. Vieles ist aber auch im Sturm der Zeiten

Digitized by Google

verweht und geknickt worden, was der Erhaltung wert gewesen wäre. Ein auch nur einigermaßen gesicherter Bestand ist nirgends erreicht worden, denn die Umwandlung geht weiter, und wir haben dafür zu sorgen, daß sie nicht in platten Amerikanismus verläuft. So groß die Gefahr erscheint, können wir ihr doch mit gutem Mute entgegenwirken; denn der gesunde Sinn und der Charakter unseres Volkes steht einer solchen Verflachung, einer solchen Entseelung der Zeitung zum reinen und ausschließlichen Geschäftsunternehmen entgegen. Das deutsche Volk will in seiner Zeitung immer noch nicht ein zu Erwerbszwecken bedrucktes Stück Papier sehen, sondern einen Freund und Ratgeber im täglichen Leben, dem es vertrauen kann, in dessen Spalten der geistige Funke sprüht, und das von starken Persönlichkeiten getragen und verantwortet wird. In diesem Persönlichkeitsbedürfnis des deutschen Volkes liegt die Gewähr für die Selbstbehauptung des deutschen Redakteurs als Träger der geistigen Bedeutung seiner Zeitung.

Rundfunk und Presse.

Von Chefredakteur Dr. Josef Räuscher,
Vorstand des „Drahtlosen Dienstes“.

Am 7. Dezember 1928 verbreitete ein amerikanisches Nachrichtenbüro Erstaunliches über die Newyorker Vorführung eines „Fern-Setzapparates“. Ein einziger Setzer könne funkentelegraphisch eine beliebige Anzahl von Setzmaschinen an verschiedenen Orten gleichzeitig bedienen. Bei der Vorführung sei ein Artikel mit der Geschwindigkeit von 60 Wörtern in der Minute „funkgesetzt“ worden. Einst werde von Newyork aus in den verschiedensten Städten Amerikas gleichzeitig eine Einheitszeitung funkentelegraphisch in Satz gebracht werden können.

Man begegnete zuerst ungläubigem Lächeln, wenn man diese Nachricht weitererzählte. Aber rein technisch wäre ein solcher Fernsetzapparat gar keine ungeheuerliche Neuerung. Längst gibt es den drahtlosen Typendrucker, und der Schritt von der Funkbedienung des Typendruckers zur Funkbedienung einer Setzmaschine ist gewissermaßen nur eine Sache höherer Feinmechanik. Etwa ein Vierteljahr nach der ersten Nachricht erörterte denn auch die Fachpresse ganz ernsthaft die angekündigte Erfindung.

Eines umständlichen Kommentars für Journalisten bedarf sie nicht. Ist das Verfahren einmal wirklich erprobt, ist die Herstellung finanziell erschwinglicher Apparate solcher Art einmal industriell gewährleistet, dann könnte eine kapitalkräftige Zeitungsunternehmung etwa in Berlin den politischen Teil und den überall gleichmäßig interessierenden unpolitischen Teil einer hauptstädtischen Zeitung funksetzen lassen nach Köln, Königsberg, Stuttgart usw., wo etwa noch eine Lokalredaktion durch gewöhnliche Setzmaschinen den lokalen Teil hinzufügen würde. In Königsberg erschiene diese Zeitung nicht um eine Minute später und nicht um ein Komma weniger aktuell als in Berlin. Der große Verlag hätte seine Filialen umzuwandeln in Lokalredaktionen mit Empfangssetzereien, er würde seine Postausgaben abschaffen und den schwierigsten Teil des Provinzversandes ersparen.

Ein Zukunftsbild, das niemanden vorzeitig beunruhigen soll. Aber die technische Möglichkeit besteht, und wenn sie einst zu einer praktikablen technischen Wirklichkeit sich entwickeln sollte, wird das nötige Geld und die nötige Organisation von selbst dazu kommen. Jedenfalls sei dieser Zukunftsausblick denen empfohlen, die den Rundfunk als die große Gefahr für die Presse betrachten. Ist man schon zu Alarmrufen bereit, dann wähle man den würdigeren Anlaß. Die ferngesetzte Einheitszeitung wäre ein Kampf innerhalb der Presse, und Bürgerkrieg ist gefährlicher als der äußere „Feind“.

Freilich bezöge die ferngesetzte Zeitung ihre Sprengwirkung aus der nämlichen Technik, die den Rundfunk ermöglicht hat, und die übrigens durch Beschleunigung und Verdichtung des Nachrichtendienstes jahrelang der Presse nur genützt hat. In den Erfindungen der Technik liegt ein dunkles Schicksal. Wer nicht weiß, wohin er geht, der kommt am weitesten. Mit einer naturhaften Unerbittlichkeit, die aller logischen Planwirtschaft spottet, treibt sich täglich das voran, was wir mit dem Begriff „Zwangsläufigkeit“ mehr entsagend bezeichnen als erklären können. Niemand ist durch das Telefon glücklicher geworden, aber niemand kann auf einer gewissen Zivilisationsstufe und in einem bestimmten Milieu ohne das Telefon leben, seit es dieses Ding gibt. Es abschaffen wollen hieße einen Reichsbund gegen Hagelschlag gründen. Die Anwendung einer Erfindung kann verzögert, erschwert, aber niemals endgültig verhindert werden. Hat sich die Erfindung durchgesetzt, so sind am hoffnungslosesten diejenigen geschädigt, die am längsten Widerstand leisteten. Interessenkämpfe — denn nur um solche handelt es sich — gegen Neues fallen außerdem der Presse am schwersten, denn die Presse lebt davon, daß es immer Neues gibt. Der Journalist und der Verleger, der nicht aus geistigem, sondern aus materiellem Selbsterhaltungstrieb gegen eine zwangsläufige Entwicklung kämpft, wird immer selbst den Widerspruch zwischen diesem Kampf und dem Sinn des publizistischen Berufes fühlen. Denn bei solchem Kampfe entzünden sich nicht die echten publizistischen Kräfte geistiger und moralischer Wertungen, sondern man kämpft im Grunde gegen den Stoff der Presse an sich; man verneint, was man nur dann verneinen dürfte, wenn man aufhören wollte, Publizist zu sein.

In die Presse selbst wird also irgendwann einmal die Funktechnik ihr Danaergeschenk werfen. Kein Zweifel, daß die ferngesetzte Zeitung eine Pressekrise verursachen wird. Kein Zweifel jedoch, daß auch diese Krise überwunden werden wird, durch die geistige Anpassung, die das Wesen unseres Berufes ist, der natürlich die materielle Daseinsgrundlage braucht, dessen Leistung jedoch so wenig aus dieser Grundlage allein besteht wie die künstlerische Leistung des Geigenspielers aus Holz und gedrehten Därmen. Kein Zweifel schließlich, daß die Pressekrise, die durch die ferngesetzte Zeitung verursacht würde, ohne Pathos auszutragen wäre als materieller Kampf, weil hier Zeitung gegen Zeitung stünde und die Parole der Berufssolidarität versagen müßte.

Ohnehin steht nur deshalb, weil die ferngesetzte Einheitszeitung noch in der Zukunft liegt, heute ein anderer Gegensatz im Vordergrund: der zwischen Presse und Rundfunk. Ein Gegensatz, den der Rundfunk nicht anerkennen will, mit dem man sich aber auseinandersetzen muß, weil er als Ansicht vieler Redakteure und Verleger nun einmal besteht. Die im Rundfunk praktisch Tätigen haben einen klareren Begriff vom Wesen und den Wirkungsgrenzen ihrer Arbeit als die Außenstehenden, die den Rundfunk als neue Publikationsmöglichkeit neben der Zeitung feststellen und fürchten, daß dieses neue Organ die Macht habe, aus Lesern Hörer zu machen. Die Erkenntnis, daß aus Hörern erst recht wieder Leser werden, daß der Rundfunk ein Zusatz zur Presse und nicht ein Ersatz der Presse ist, daß längst schon eine für beide Teile vorteilhafte Wechselwirkung eingetreten ist, diese Erkenntnis ist in Pressekreisen nicht allgemein.

Digitized by Google

Zunächst darf — ein Gemeinplatz, aber ein notwendiger — auf die Unmöglichkeit hingewiesen werden, die Verwendung eines Instruments verhindern zu wollen, das nun einmal da ist. In diesen aussichtslosen Kampf sollte kein Publizist, sei er nun Redakteur oder Verleger, hineingehen, selbst wenn dieser Kampf materiell begründeter wäre als er es ist. Denn der Publizist verlöre dabei nicht bloß das Gefecht, sondern auch seine beste Waffe, das gute publizistische Gewissen. Die eigentlichen publizistischen Wirkungen des Rundfunks, immer nur der kleinere Teil seines Gesamtprogramms, gehen aus von den aktuellen Übertragungen, von einem Teil der Vorträge und vom gesprochenen Nachrichtendienst. Sie gehen vielleicht auch einmal aus — wir wollen vor nichts die Augen verschließen — vom aktuellen Bildfunk und von gelegentlicher Augenhilfe für die gesprochenen Nachrichten. Alle diese gegenwärtigen und künftigen Rundfunk-Darbietungen sind natürliche Folgen der simplen Tatsache, daß ein Instrument dafür bereitsteht. In den meisten Ländern mit einigermaßen entwickeltem Rundfunk gehören diese Darbietungen zum Programm. Der englische Rundfunk sendet Nachrichten und aktuelle Übertragungen, nur keine Börsenkurse; der Friede mit der Presse ist dort längst geschlossen. Der belgische Rundfunk strebt gerade jetzt nach einer Erweiterung der publizistischen Rundfunkwirkung; man hat dort eine zentrale Redaktion geschaffen, die nicht nur politische Nachrichten sendet, sondern auch politische Vorträge und zusammenfassende gesprochene Artikel. Der österreichische Rundfunk sendet längst Nachrichten, die er jetzt gründlicher organisieren will. Der französische Rundfunk begann mit der Verbreitung von Nachrichten aus den Bürstenabzügen großer Zeitungen. Man darf daraus wohl schließen, daß die französische Presse von vornherein den Rundfunk als Kollegen und Helfer betrachtete. Der italienische Rundfunk sendet nicht nur die üblichen Nachrichten, sondern steht laut Gesetz dem Staate täglich zwei Stunden lang für amtliche Veröffentlichungen von Nachrichten zur Verfügung. An drei Tagen der Woche muß, wenn die Regierung den Wunsch ausspricht, die zentrale italienische Rundfunk-Gesellschaft außerdem mitwirken bei „Veröffentlichungen gemeinsamen Interesses". Im schwedischen Rundfunk ist der Nachrichtendienst seit 2½ Jahren amtlich geregelt. In den Vereinigten Staaten, dem Lande ohne eigentliches Rundfunk-Staatsmonopol, sind Nachrichten und aktuelle Übertragungen aller möglichen Arten längst üblich und selbstverständlich. Wo ist, in allen diesen Ländern und in Deutschland, die Pressekrise, die längst hätte einsetzen müssen, wenn die Ansicht mancher Publizisten über den Rundfunk richtig wäre? Denn wir stehen hier nicht mehr vor einem Anfang, sondern fast überall vor einer mehrjährigen Massenwirkung des publizistischen Rundfunks, und längst müßte die „Schädigung der Presse" aus einer Behauptung sich umgewandelt haben in schlagendes und umfassendes Beweismaterial.

Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe. Freilich haben die publizistischen Teile des Rundfunk-Programms die nämlichen Anlässe und ein ungefähr ähnliches Publikum wie die Presse. Derselbe Stoff, dasselbe Publikum: müßte nicht annähernd im gleichen Verhältnis, in dem die Rundfunkhörerzahl wuchs (seit allein 2 Jahren von 1½ Millionen genehmigten Empfangsgeräten auf annähernd 3 Millionen), die Zahl oder wenigstens das Interesse der Zeitungsleser abgenommen haben? Denn in diesen beiden letzten Jahren hat sich der publizistische Teil des Rundfunk-Programms nicht mehr wesentlich verändert oder erweitert. Bis zu dem noch nicht erbrachten Beweis des Gegenteils darf jedoch festgestellt werden, daß in diesen beiden Jahren sich lediglich eines gezeigt hat, was durchaus nichts Neues ist: eine gute Zeitung hat den Rundfunk nicht zu fürchten, eine schwache Zeitung hat alles und alle zu fürchten, nicht etwa nur den Rundfunk.

Aber die direkten Übertragungen nehmen doch die erste Sensation eines Ereignisses vorweg, wischen ihm den feinen Flaum der ersten Neuheit ab? Jawohl. Der Anblick einer „großen Zeile" in der Zeitung ist freilich nach der Übertragung des Ereignisses durch Rundfunk psychologisch verändert: keine absolute Überraschung oder erste Erregung mehr, aber dafür das Wiedererkennen, Bestätigtsehen und Wiederholenwollen bei vielen, denen sonst die betreffende große Zeile vielleicht gar nichts oder wenig gesagt hätte. Und die Tagesnachrichten des Rundfunks, die gleichfalls zeitlich die Kunde von Ereignissen vorwegnehmen, verhalten sich zur Zeitungsnachricht wirklich wie das Inserat zur Ware. Könnte der Rundfunk die Presse ersetzen, dann wäre alles das nicht so.

Es muß also irgendwie erklärt werden können, daß die sogenannte gesprochene Zeitung, also der publizistische Teil des Rundfunk-Programms neben der gedruckten Zeitung bestehen kann, ohne daß viel mehr eintritt als eine auf beiden Seiten belebende Wechselwirkung. Der Grund liegt im Stil der beiden Veröffentlichungsmittel, und der Stil ist vorgeschrieben durch die Natur des Mittels. Man erlaube einen etwas rohen Vergleich: der Rundfunk photographiert das Leben, die Presse zeichnet und malt es. Bekanntlich kann eine Zeichnung mehr sagen als die Photographie. Den Vorteil, in manchen Teilen seines Programms die Unmittelbarkeit des wirklichen Lebens zu besitzen, bezahlt der Rundfunk mit dem Nachteil, wie das Leben selbst immer bewegt, immer im Flusse und daher oft sogar flüchtig zu sein. Die Zeitung aber steht neben dem Leben, das sie beleuchtet und gestalten hilft. Mag der Schritt von der Aktualität zur Makulatur noch so kurz erscheinen: im Vergleich mit dem Rundfunk-Eindruck wirkt doch die Zeitung auf den Leser wie der Anblick des festen Ufers neben fließenden Wellen. Zeitung und Rundfunk geben über das nämliche Thema dem nämlichen Menschen Grundverschiedenes. Wir sollten froh sein, daß wir „zwei solche Kerle haben". Der Eintritt des Rundfunks in das publizistische Leben ergibt keine Subtraktion von der Presse, sondern eine Addition zu ihr.

Noch war nicht davon die Rede, daß der größere Teil des Rundfunk-Programms nicht publizistisch ist, sondern lediglich die Stoffe für die Presse vermehrt hat. Noch war davon nicht die Rede, daß der Rundfunk als monopolisierte Sendung an alle — das wird er bleiben, schon wegen der Wellennot — einen neuen publizistischen Typus geschaffen hat, der niemals der Typus der Zeitungen sein wird. Denn die Zeitung will Meinungen schaffen, der Rundfunk kann nur Ereignisse und fremde Meinungen mitteilen. Und schließlich, um es zu wiederholen, man unterschätze nicht den wesentlichen Unterschied zwischen der Sicherheit und Wiederholbarkeit des Zeitungseindrucks gegenüber der strengen Zeitgebundenheit des Rundfunks. Wir wollen uns hier nicht dabei aufhalten, daß der Rundfunk heute auf das Ohr wirkt, die Zeitung aber auf das verläßlichere Auge. Damit wäre nur eine Station der Rundfunkentwicklung getroffen, nicht aber die Zukunft des Bildfunks und seiner Kombination mit dem Hörfunk. Aber, wenn hier eine laienhafte Vorausfage erlaubt ist, so dürfte die Zukunft des Bildfunks wohl nicht in der Bildtelegraphie zu suchen sein, die dem Empfänger ein dauerndes Bild liefert, sondern vielmehr im Fernsehen, dessen Kinowirkung wieder dem Hörfunk stilgemäß verwandt ist durch Zeitgebundenheit.

Dieser jeder denkbaren Zukunftsentwicklung des Rundfunks eigene Stil zusammen mit der nicht auf bloßen Vorschriften beruhenden, sondern im Sinne des Veröffentlichungsmittels eingeschlossenen Enthaltung von eigentlicher Meinungsbildung wird freilich die Presse erst recht auf dasjenige Gebiet verweisen, das unveräußerliches Eigentum der Zeitung ist. Vielleicht könnte der Rundfunk einer bloßen Telegramm-Zeitung, einem journalistischen Warenhaus ohne Willen zur Wertung da und

Digitized by Google

dort gefährlich werden, wenn es Zeitungen dieses Typus in Reinkultur überhaupt geben könnte. Denn allerdings vermag der Rundfunk manches von dem, was ein solches — in Reinkultur noch lange nicht bestehendes — Organ böte, besser und vor allem berufener zu leisten. Denn für diese Art Publizistik hat der Rundfunk aus technischen Gründen den gegebenen Stil und die gegebene Fixigkeit, und eine solche, wirklich nur theoretisch vorstellbare Zeitung würde wirken wie „Rundfunks Textbuch“. Wer, der es mit der Presse und unserem Berufsstand ernst meint, würde nicht darin, daß der Rundfunk dem Zeitungswesen eine geistige Sackgasse versperrt, eine Förderung erblicken? Für den Rundfunk ist dies nämlich keine Sackgasse, er gehört dorthin, wohin die Zeitung hätte kommen können, wenn der Rundfunk nicht entstanden wäre. Aber dies wäre ein Auswuchs des Zeitungswesens geworden, keine gradlinige Entwicklung. Die Presse wird in allen Ländern desto mehr echte Presse sein, je mehr der Rundfunk in stilrichtiger Erkenntnis seiner eigenen publizistischen Möglichkeiten neben der Presse arbeitet.

Damit sind wir zu einem weiteren Punkt gekommen, und der betrifft unseren Berufsstand unabhängig von den materiellen Reibungen zwischen den Unternehmungen, in welchen wir tätig sind. So wenig wie der einmal vielleicht kommende Kampf innerhalb der Presse zwischen funkgesetzter Einheitszeitung und örtlichem publizistischem Sonderleben unseren Berufsstand zerreißen darf, so wenig darf heute, wie es gelegentlich geschehen ist, eine Kluft konstruiert werden zwischen den Journalisten des Rundfunks und denen der Presse. Auf die grundsätzlichen, aus Stilgründen und Technik heraus bleibenden Unterschiede, die ein Nebeneinanderleben von Presse und Rundfunk (nicht reibungslos, aber im großen und ganzen doch durchaus erträglich) ermöglichen, ist schon hingewiesen worden. Man wird also das folgende nicht als Verwischung dieser Unterschiede verstehen können. Aber das muß einmal gesagt werden: für unseren Berufsstand ist der Rundfunk eine Erweiterung des Umkreises der Publizistik und weiter nichts. Gleichgültig, ob wir Redakteure einer gedruckten oder der so andersartigen gesprochenen Zeitung sind: Redakteure, Journalisten bleiben wir alle. Es wäre unerträglich, wenn in unser Berufsbewußtsein, in unsere geistige und menschliche Kollegialität die materiellen Kämpfe hineinspielten, die nicht etwa erst jetzt zwischen Rundfunk und Presse und nicht etwa erst künftig zwischen ferngesetzter Zeitung und Ortszeitung anheben werden, sondern die seit jeher zwischen Gruppen von Presseunternehmungen und zwischen einzelnen Unternehmungen geführt worden sind. In die Auseinandersetzung zwischen Presse und Rundfunk, die durchaus notwendig war und der man nur fruchtbarere, positivere Zielsetzungen wünschen möchte, ist sehr häufig ein falscher Ton geraten, durch Verkennung der Tatsache, daß das technische Mittel, mit dem unsere Arbeit verbreitet wird, zwar deren Stil bestimmt, aber im übrigen nichts daran ändert, daß wir alle uns in der nämlichen geistigen und moralischen Situation des Berufes befinden. Einen Dienst vermag die durch den Rundfunk vermittelte publizistische Tätigkeit der Presse noch zu leisten: die Vorschulung des Zeitungslesers. Soweit dies menschlich erreichbar ist, wird der Rundfunk immer nur möglichst sauber herausgearbeitetes Material dem Urteil des Hörers übergeben. Der Hörer geht zu Bett mit der Kenntnis einiger gleichmäßig für alle Schichten und Meinungsrichtungen zubereiteter Tatsachenbestände. Vielleicht haben es manche Zeitungen mit dem so schon in gewisse Schwingungen versetzten Leser, der als Hörer behandelt wurde, als habe er keine oder alle Interessen in sich, ein wenig schwerer als mit dem Leser, der vor dem Griff nach der Zeitung aus anderer Quelle nichts erfahren hat. Aber diese scheinbare Erschwerung ist nichts als eine Wohltat für die Presse. Und vor allem ist sie eine Wohltat für den Redakteur, dessen publizistisches Gewissen sich vor dem Leser, der schon Hörer war, besser behaupten kann angesichts gewisser Widerstände als vor dem bloßen Leser, der vollkommen in der Macht seiner Zeitung stand. Diese Macht wird ja durch den Rundfunk nicht geringer, wenn sie nur publizistisch gut und verfeinert gebraucht wird. Gegen den Mißbrauch dieser Macht, gegen Totschweigetaktik usw. hat der Rundfunk allerdings gewisse Hindernisse aufgerichtet. Aber wer von uns, stehe er politisch oder weltanschaulich wo immer, kann als Journalist ein Interesse haben an dem geistwidrigen Mißbrauch einer Macht, die wir nur mit gutem Gewissen und auf gutem Niveau ausüben wollen? Auf solchem Niveau aber sind der nicht mißbrauchten, also richtig gebrauchten Macht der Presse durch den Rundfunk keine Schranken gezogen. Im Gegenteil, der Rundfunk präpariert der Zeitung den Leser, macht ihn hellhöriger und macht ihn genau zu dem, wie sich ein guter Journalist jeder Richtung seine Leser wünscht: nicht als Wickelkinder, sondern als Männer und Frauen, die sich einer überlegenen Führung gerne anvertrauen und nur einer solchen Führung versagen, an der wir alle, denen an unserem Berufe etwas liegt, ohnehin nicht mitwirken möchten.

Die rechtliche Stellung des Redakteurs.

Von Ministerialrat Dr. Häntzschel.

Ein eigentliches Journalistenrecht im Sinne eines Sonderrechts gibt es bisher nur in wenigen Staaten. Länder wie Österreich, Italien, Ungarn und einige andere sind in dieser Beziehung den übrigen Kulturstaaten vorangeschritten. In Deutschland fällt das Dienstverhältnis des festangestellten Journalisten und insbesondere des Redakteurs unter das Dienstvertragsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches, das der freien Mitarbeiter unter den Werkvertrag sowie ergänzend unter die Sondervorschriften des Verlagsvertragsrechts.

Der Schutz, den das Gesetz über das Verlagsrecht dem freien Mitarbeiter gewährt, findet beim Redakteur sein Gegenstück in dem Tarifwerk der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse und insbesondere in dem Normaldienstvertrag. Während also der freie Mitarbeiter mit Rücksicht auf die Besonderheit geistiger Arbeit sondergesetzlich geschützt wird, sehen wir beim Redakteur bisher lediglich einen für allgemeinverbindlich erklärten und deshalb für einige Jahre mit gesetzesähnlicher Kraft ausgestatteten Tarifvertrag.

Und doch bietet auch das Arbeitsverhältnis des Redakteurs der Besonderheiten genug. Die Selbständigkeit, die der Normaldienstvertrag dem Redakteur „auch bei der Gestaltung des Textteils im einzelnen gewährleistet“, ist eine Ausnahme von der allgemeinen Regel, daß jeder Dienstverpflichtete grundsätzlich auch in allen Einzelheiten den Anweisungen seines Dienstherrn Folge zu leisten hat. Daß das Dienstverhältnis des Redakteurs in dieser wichtigen Beziehung eine Abweichung vom gewöhnlichen Dienstvertragsrecht enthält, drückt ihm von vornherein einen eigenen Stempel auf.

Eine weitere Eigenart des Vertragsverhältnisses zwischen Verleger und Redakteur besteht darin, daß die dem Redakteur vertraglich garantierte Selbständigkeit nicht nur in seinem eigenen persönlichen Interesse, sondern auch im öffentlichen Interesse mit Rücksicht auf die allgemeinen

Digitized by Google

Aufgaben der Zeitung gewährt wird. Gewiß nicht nur im öffentlichen Interesse! Der Schutz der Persönlichkeit des geistigen Arbeiters, der sich nicht zum Tintenkuli herabwürdigen lassen will, liegt auch und vielleicht sogar in erster Linie im Interesse des geistigen Menschen selbst, der sich und seine Arbeitskraft in den Dienst eines Unternehmens wie der Zeitung stellt. Aber parallel damit geht das allgemeine Staatsinteresse. Der Staat hat ein Interesse daran, daß in den Zeitungen nicht Interessenten oder den Interessenten gefügige Propagandajournalisten schreiben, sondern Männer, die unter eigener Verantwortung ihre eigenen Ansichten darüber äußern, was sie im öffentlichen Interesse für notwendig und nützlich halten.

Man hat diese Wahrnehmung der öffentlichen Interessen durch die Presse vielfach damit zu begründen versucht, daß man dem Journalisten neben dem Dienstvertrag seines Verlegers auch einen öffentlichen Auftrag zuschrieb, so daß er gewissermaßen zween Herren dienen sollte. Diese Konstruktion hat sich nicht als haltbar erwiesen. Wer soll denn dieser zweite Auftraggeber sein? Etwa der durch die jeweilige Regierung vertretene Staat? Dann dürfte der Journalist folgerichtig immer nur das schreiben, was den Ansichten der jeweiligen Regierung entspricht. Oder soll dieser Auftraggeber etwa die Allgemeinheit in ihrer unbestimmten Vielheit sein oder wer sonst? Hier verläßt man den Boden der Tatsachen und versteigt sich in wolkenhafte Dunstgebilde, in denen der klare Blick schwindet. Nicht von einem Auftrag, sondern nur von einem öffentlichen Beruf kann hier die Rede sein! Der Zeitungsredakteur ist als solcher dazu berufen, die öffentlichen Interessen so wahrzunehmen, wie er sie nach bestem Wissen und Gewissen für richtig hält. Ebenso wie der Arzt, der Apotheker, der Rechtsanwalt und Notar nicht das Recht haben, sich bei der Ausübung ihres Berufs lediglich nach den Wünschen ihrer Klienten zu richten, ebenso wie auch sie ihren Auftraggebern nicht etwa jeden Wunsch erfüllen dürfen, sondern dabei an bestimmte Berufspflichten gebunden sind, ebenso liegt es beim Zeitungsredakteur. Auch er hat berufliche Pflichten, die als solche öffentlichrechtlicher Natur dem bürgerlichen Vertragsrecht vorgehen. Die wichtigste dieser Pflichten ist, sich bei der Ausübung seines Berufs lediglich von dem Gedanken leiten zu lassen, den öffentlichen Interessen zu dienen und es zu verschmähen, sich für Geld oder andere Vorteile in den Dienst von Privatinteressen stellen zu lassen, die er als mit den öffentlichen Interessen unvereinbar ansieht. Darüber aber, was er im Einzelfall als im öffentlichen Interesse gelegen oder ihm zuwiderlaufend ansieht, entscheidet er zunächst ebenso allein, wie z. B. auch der Arzt darüber entscheidet, ob er nach den für seinen Beruf geltenden Regeln der ärztlichen Kunst einen bestimmten Eingriff vornehmen oder eine bestimmte Medizin verschreiben darf, oder ob dies nach Lage der Umstände nicht zu rechtfertigen wäre. Erst nachher kann ein Ehrengericht oder unter Umständen auch das ordentliche Gericht nachprüfen, ob die Behauptung des Redakteurs, daß er dies oder jenes ohne Rücksicht auf private Interessen oder unerlaubte persönliche Vorteile lediglich deshalb geschrieben habe, weil es seiner Überzeugung nach im öffentlichen Interesse lag, glaubhaft oder offenbar nur ein Vorwand ist. Die Tätigkeit der übrigen oben genannten Berufe liegt gewiß ebenso im öffentlichen Interesse wie die des Redakteurs. Trotzdem ist nie jemand auf den Gedanken gekommen, beim Arzt oder Rechtsanwalt einen Doppelauftrag in dem Sinne anzunehmen, daß er sich gleichzeitig als Beauftragten seines Klienten und als Inhaber eines öffentlichen Staatsauftrags anzusehen hätte. Diese Rechtskonstruktion wäre nicht nur künstlich, sondern auch schief und gezwungen. Es handelt sich in allen Fällen um nichts anderes als um eine besondere Berufspflicht, die sich aus der Stellung dieser Berufe im öffentlichen Leben ergibt.

Bleibt die Frage, ob diese besondere Berufspflicht nur eine solche des Redakteurs oder eine solche der Presse schlechthin ist, mit anderen Worten, ob sie auch dem Verleger obliegt? Ich trage keine Bedenken, die Frage aus rechtlichen und Zweckmäßigkeitsgründen zu bejahen. Wenn man der Presse ganz allgemein das Recht und die Pflicht auferlegt, öffentliche Interessen wahrzunehmen, dann kann man innerhalb der Presse, innerhalb des einzelnen Zeitungsunternehmens nicht eine Scheidewand errichten zwischen Verleger und Redakteur. Sie beide sind Glieder ein- und desselben Unternehmens. Und wenn sich auch ihre Tätigkeit dadurch unterscheidet, daß der eine mehr die geistigen, der andere mehr die wirtschaftlichen Interessen dieses Unternehmens wahrzunehmen hat, so wäre es doch eine starke Überspitzung, zu behaupten, daß der Verleger sich überhaupt nicht um das Geistige zu kümmern, der Redakteur nicht auch auf die wirtschaftlichen Interessen der Zeitung Rücksicht zu nehmen hätte. Auch nach dem Tarifvertrag ist zwar dem Redakteur die Freiheit der Textgestaltung auch im einzelnen gesichert, aber doch anderseits die geistige Mitwirkung des Verlegers dadurch anerkannt, daß sein Recht, die geistige Richtung der Zeitung zu bestimmen, nicht angetastet wird. Also auch der Verleger hat die Berufspflicht, seinen Zeitungsbetrieb so zu führen, daß im redaktionellen Teil — und nur in diesem! — entsprechend der oben dargelegten Berufsauffassung die öffentlichen Interessen und nicht in irgendeiner Weise maskierte Privatinteressen zur Geltung kommen.

Was ist nun Wahrnehmung öffentlicher Interessen? Es ist müßig, den Versuch zu machen, diesen Begriff objektiv abzugrenzen, um im Einzelfalle feststellen zu können, daß die Meinung dieses Journalisten den öffentlichen Interessen entspräche, die jenes aber nicht. Ebenso wenig, wie es in der Rechtswissenschaft ein objektiv richtiges, von der jeweiligen Rechtsordnung der Staaten unabhängiges Naturrecht gibt, ebenso wenig läßt sich im öffentlichen Leben der Begriff des öffentlichen Interesses objektiv mit der Vertretung einer bestimmten Politik oder Meinung gleichsetzen, die Anspruch auf absolute Richtigkeit machen könnte. Der Begriff der öffentlichen Interessenwahrung durch die Presse ist ein rein subjektiver. Er bedeutet das Gebot für die Zeitung und die Berufspflicht der Redakteure und Verleger, sich bei der Ausübung ihrer Tätigkeit stets das öffentliche Interesse — rein subjektiv — zur Richtschnur zu nehmen.

Man könnte einwenden, daß sich damit der ganze Begriff ins Uferlose verflüchtige und daß eine solche Begriffsbestimmung insbesondere für den Gesetzgeber untauglich sei. Letzterer kann ja doch schließlich nicht jeden privilegieren, der zwar seiner Überzeugung nach schreibt, dessen Ansichten aber mit unserer gegenwärtigen Rechts- und Sittenordnung nicht übereinstimmen, ja ihr vielleicht diametral zuwiderlaufen. Dieser Einwand geht jedoch fehl. Gewiß ist nicht zu leugnen, daß bei der angegebenen Begriffsbestimmung auch die radikalen Politiker in ihrem Sinne öffentliche Interessen wahren, wenn sie zum gewaltsamen Sturz der heutigen Staatsordnung auffordern, weil ihrer Überzeugung nach dieser Staat mit Gewalt vernichtet und durch einen anderen besseren ersetzt werden müsse. Aber noch kein Gesetz hat jemals alle die privilegiert, die öffentliche Interessen wahrnehmen. Nur die Wahrnehmung berechtigter öffentlicher Interessen wird geschützt und auch der § 193 des gegenwärtigen Strafgesetzbuchs ebenso wie der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch gewähren nur berechtigten Interessen eine Vorzugsstellung. Berechtigte Interessen aber sind nach der Rechtsprechung nur solche, die dem Gesetz oder den guten Sitten nicht zuwiderlaufen! Nur der, der seiner Überzeugung nach öffentliche Interessen vertritt, die sich innerhalb unserer Rechts- und Sittenordnung halten, kann den Schutz der Wahrnehmung berechtigter öffentlicher Interessen in Anspruch nehmen. Hier also bei der Frage, ob das vom Redakteur verfolgte Interesse seiner Natur nach selbst ein rechts- oder sittenwidriges ist, liegt die objektive Schranke des im übrigen rein subjektiv nach der Überzeugung des Redakteurs zu bestimmenden Begriffs.

Digitized by Google

Noch weitergehende besondere Berufspflichten als diese bisher gesetzlich noch nicht festgelegte Pflicht zur Wahrnehmung öffentlicher nIteressen legt das Preßgesetz dem verantwortlichen Redakteur auf. Er hat die Pflicht, die Zeitung rechtsrein zu halten, amtliche Bekanntmachungen und Berichtigungen aufzunehmen, ohne Rücksicht auf etwaige abweichende Anordnungen des Verlegers. Auch das bedeutet eine Durchbrechung der normalen Grundregeln des privaten Dienstvertragsrechts durch das öffentliche Recht. Da der jahrtausendealte Grundsatz des römischen Rechts, daß öffentliches Recht dem Privatrecht vorgeht, heute noch gilt, so kann darüber, daß die Pflichten des Preßgesetzes den etwaigen abweichenden vertraglichen Vorschriften vorgehen und daß ihre Erfüllung niemals einen Rechtsgrund zu fristloser Kündigung oder sonstiger Maßregelung des Redakteurs abgeben kann, keinerlei Zweifel bestehen. Aber mit dem Satz, daß öffentliches Recht dem Privatrecht vorgeht, sind doch noch längst nicht alle Schwierigkeiten gelöst, die aus diesem Dualismus privater und öffentlichrechtlicher Pflichten hervorgehen. Dies liegt einmal daran, daß zwar alle privatrechtlichen Pflichten des Redakteurs sich einwandfrei aus dem Dienstvertragsrecht ergeben, daß aber die vor ihnen den Vorrang genießenden öffentlichen Pflichten, abgesehen von den oben angegebenen Pflichten des Preßgesetzes, überhaupt noch nicht festgelegt sind und daß auch dort, wo das Preßgesetz diese gesetzliche Fixierung vorgenommen hat, noch eine ganze Reihe von Konflikten übrig bleibt, über deren Regelung das Gesetz keine Auskunft gibt. Gesetzlich überhaupt nicht festgelegt ist die vornehmste Pflicht des Zeitungsredakteurs, bei seiner Berufsausübung das öffentliche Interesse zur Richtschnur zu machen. Nur indirekt durch Schaffung eines Zeugnisverweigerungsrechts im § 53 der Strafprozeßordnung hat sie neuerdings eine gewisse Anerkennung erfahren. Wenn man sich auf eine das bürgerliche Vertragsrecht abändernde Vorschrift des öffentlichen Rechts berufen will, so ist aber natürlich Voraussetzung der Nachweis, daß eine solche Bestimmung überhaupt besteht. Angesichts der Tatsache, daß das höchste deutsche Gericht noch heute auf dem Standpunkt steht, daß die Presse weder das Recht noch die Pflicht habe, öffentliche Interessen zu wahren und daß der Schutz des § 193 wohl dem Redakteur zugute kommen könne, der für seine eigene Tasche oder sonstige ihn nahe angehende Interessen schreibt, aber nicht dem, der in richtiger Auffassung seines Berufs die öffentlichen Interessen der Allgemeinheit zu wahren bestrebt ist, ist dieser Nachweis solange zum mindesten sehr schwierig, als nicht eine ausdrückliche gesetzliche Vorschrift die Rechtslage klärt. Aber auch da, wo die Rechte und Pflichten des Redakteurs gesetzlich festgelegt sind, wird er durch das Fehlen von Vorschriften über das Verhältnis dieser öffentlichrechtlichen Pflichten zu seinen vertraglichen Pflichten praktisch oft in die übelsten Zwangslagen versetzt. Ein verantwortlicher Redakteur, der sich seinem Verleger gegenüber stets und überall auf den Standpunkt stellen wollte, daß er die ihm preßgesetzlich auferlegten Pflichten souverän allein zu erfüllen habe und daß ihm dabei weder der Chefredakteur noch der Verleger noch sonst jemand hineinreden dürfe, läuft zwar nicht Gefahr, wegen Ungehorsams fristlos gekündigt zu werden — denn eine solche Kündigung würde bei dem Vorrang der preßgesetzlichen Pflichten vor dem Vertragsrecht nicht als zu Recht bestehend anerkannt werden —, aber er wird vielleicht bei der nächsten Gelegenheit mit der zulässigen gesetzlichen Frist entlassen werden. Vielleicht wird diese Gefahr nicht so sehr bei größeren Blättern gegeben sein, die wohl auch ohne ausdrückliche gesetzliche Fixierung den heutigen Rechtszustand kennen und achten. Aber wie soll man vom Verleger einer mittleren und kleineren Zeitung auch nur das Bewußtsein verlangen, bei der Einmischung in diese Rechte des verantwortlichen Redakteurs etwas Rechtswidriges zu tun, wenn selbst manchem Juristen die hier gegebene Rechtslage nicht ohne weiteres klar vor Augen steht. Wie oft mag es vorkommen, daß ein Verleger Chef- oder sonstiger Redakteur in letzter Minute, ohne den verantwortlichen Redakteur zu fragen, noch etwas zum Druck gibt, für das nachher der verantwortliche Redakteur wegen strafbaren Inhalts zur Verantwortung gezogen wird. Der das tut, wird in zahlreichen Fällen gar nicht das Gefühl haben, daß er damit in rechtswidriger Weise in den Rechts- und Pflichtenkreis des verantwortlichen Redakteurs eingreift. Der verantwortliche Redakteur steht auch dann, wenn eine Veröffentlichung hinter seinem Rücken erfolgt, unter dem Damoklesschwert der Täterschaftsvermutung des Preßgesetzes. Er wird bestraft, wenn er nicht nachweist, daß er von diesem Artikel und seiner Veröffentlichung tatsächlich nichts wußte und nichts wissen konnte. Und dieser Nachweis ist nicht immer leicht.

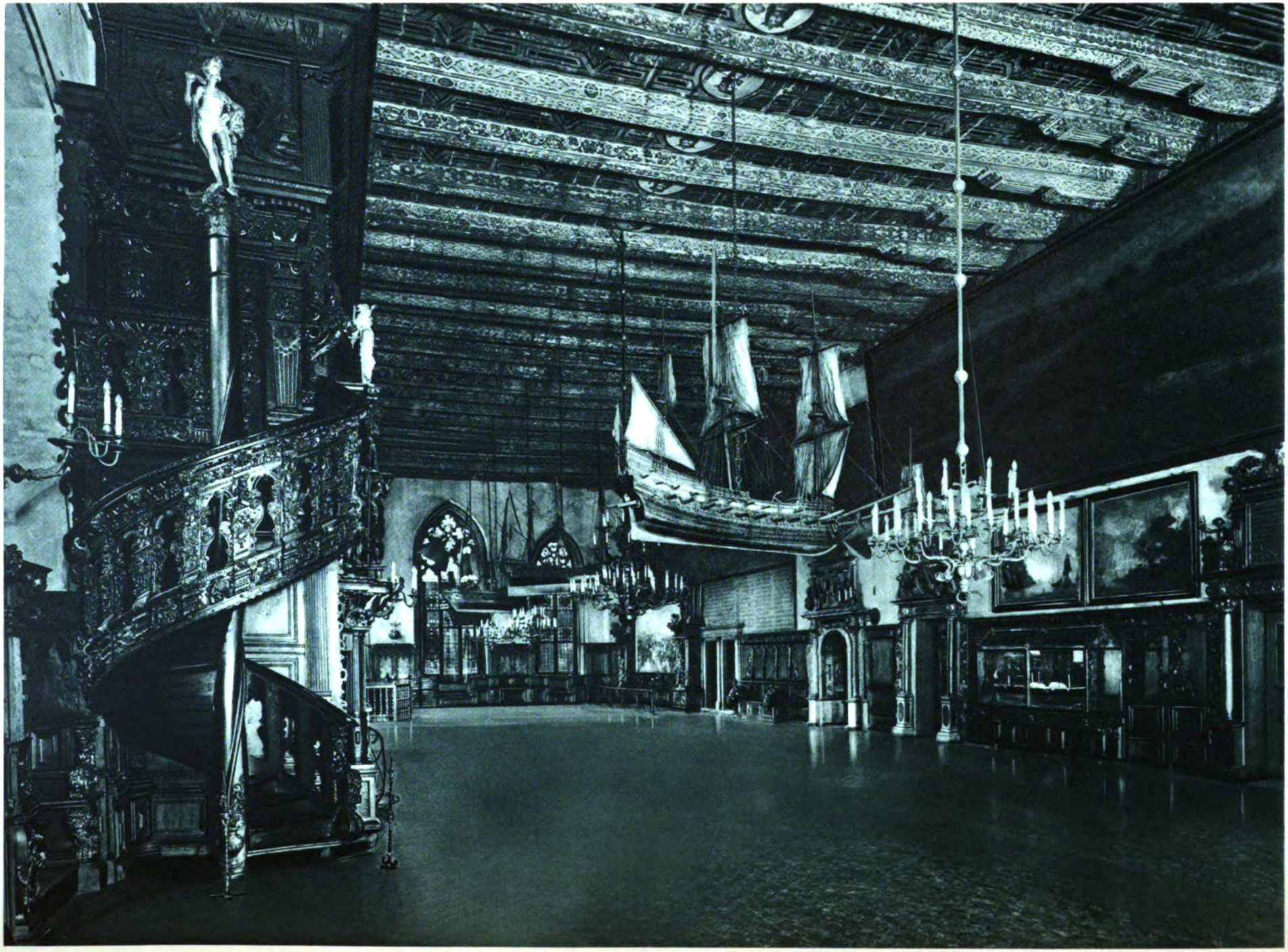
Ähnlich liegt es beim Berichtigungszwang! Die Berichtigungspflicht hat nach dem Preßgesetz der verantwortliche Redakteur und nur er. Gibt er eine Berichtigung pflichtgemäß zum Druck und verweigert der Verleger die Drucklegung, so wird der verantwortliche Redakteur nach der Rechtsprechung mit der Begründung bestraft, daß das öffentliche Recht dem Zivilrecht vorgeht und daß es seine Sache sei, in solchen Fällen dafür zu sorgen, daß eine in dieser Weise gegen gesetzliche Vorschriften verstoßende Zeitungsnummer nicht unter seiner Verantwortung erscheint. Die einzige praktische Möglichkeit aber, die ihm zur Verfügung steht, um dies zu erreichen, ist die, die verantwortliche Redaktion für diese Nummer sofort niederzulegen und der Druckerei Anweisung zu erteilen, seinen Namen aus dem Impressum zu streichen. Nur dann, wenn er soweit geht, erlischt zugleich mit der Vermutung, daß er verantwortlicher Redakteur der Nummer war, auch die gesetzliche Täterschaftsvermutung des § 20 des Preßgesetzes gegen ihn. Das sind natürlich unhaltbare Zustände. Denn ein verantwortlicher Redakteur, der diesen Schritt tatsächlich wagte, würde wahrscheinlich nicht mehr lange bei seiner Zeitung tätig sein.

Es fehlt eine gesetzliche Festlegung der allgemeinen Berufspflichten der Redakteure und Verleger von Zeitungen und dementsprechend auch der Aufgaben des redaktionellen Teiles der Presse. Es fehlen Vorschriften gegen Preßbestechung und ähnliche Vergehen einerseits und zum Schutze der Wahrnehmung berechtigter öffentlicher Interessen durch die Presse und insbesondere ihrer Redakteure anderseits. Es mangelt schließlich auch an den nötigen Sicherungen, um den verantwortlichen Redakteuren die ungehinderte Erfüllung ihrer gleichfalls im öffentlichen Interesse gelegenen Pflichten zu gewährleisten. Hier wird zum erheblichen Teil schon das neue Preßgesetz helfen können. Zur Ausräumung aller der heute durch den Dualismus von öffentlichem und privatem Recht entstandenen Schwierigkeiten wird gesetzlich festzulegen sein, daß Redakteure und Verleger bezüglich der Gestaltung des redaktionellen Teiles gleichen Berufspflichten unterliegen, so daß auch jeder die öffentlichen Interessen verletzende Eingriff des Verlegers in die Textgestaltung nicht nur einen Verstoß gegen den Arbeitsvertrag, sondern auch einen solchen gegen die eigene Berufsehre darstellt.

Diese Festlegung der öffentlichen Aufgaben des redaktionellen Teiles der Zeitung ist mit gesetzlichen Mitteln allein heute noch nicht restlos zu bewerkstelligen. Die Dinge sind noch zu sehr im Fluß und teilweise auch noch zu umstritten. Bis der Gesetzgeber hier das Gewordene als solches anerkennt und in konkreten Rechtssätzen bis ins einzelne festlegen kann, wird noch Zeit vergehen. Deshalb dürfte der brauchbarste Weg der sein, zunächst ganz allgemein das Recht und die Pflicht der Presse zur Wahrnehmung berechtigter öffentlicher Interessen gesetzlich anzuerkennen, im übrigen aber neu zu schaffende und paritätisch zu besetzende Presse- oder Pressesachverständigenkammern damit zu betrauen, dieses Recht und die Pflicht durch Erstattung von Gutachten von Fall zu Fall näher abzugrenzen.

Digitized by Google

Digitized by Google



IM RATHAUS ZU BREMEN

Digitized by Google

Wie wir Journalisten wurden

Antworten auf eine Umfrage

PAUL BAECKER

Chefredakteur, Mitglied des Preußischen Landtags und des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats.

Schuld daran ist Goethe, seine „Dichtung und Wahrheit", vor allem aber sein „Faust". In „Dichtung und Wahrheit" imponierte mir mit zehn Jahren besonders die Äußerung des Autors, daß er als Knabe alle Gedichte, die ihm gefielen, auswendig zu behalten „pflegte". Das mußte ich natürlich auch tun. Im vierzehnten Jahr geriet ich dann näher an den „Faust" und dehnte meine Gepflogenheit auch auf dieses große „Gedicht" aus, wenigstens bis etwa zur Hälfte des I. Teils. Meine Gedanken kreisten dabei besonders um Faustens Erklärung, das Studium aller vier Fakultäten habe ihn doch nicht zu Wissen und Erkenntnis geführt. Da für mich feststand, daß der faustische Erkenntnisdrang die Voraussetzung für jeden wirklichen Menschen sei, so bekam ich eine immer tiefere Abneigung gegen die landesüblichen Studienlaufbahnen über eine bestimmte Fakultät. Schon in der Unterprima weissagte mir deshalb ein Freund, ich würde eines Tages als „Preßbengel" endigen. Zu dieser Meinung, die bei mir noch kein Echo fand, trug wohl auch bei, daß ich, obwohl ständiger Primus und deshalb angeblicher Musterschüler, mein Wissen doch vorwiegend außerhalb der Schule suchte, vor allem aber beim deutschen Aufsatz mehr Widerspruchsgeist und Selbständigkeit zum Ausdruck brachte, als auf unserem Gymnasium üblich war. Frühes Interesse für die Geschichte, insbesondere für die großen politischen Persönlichkeiten, spielte hinein. So nahm ich zu gelindem Entsetzen des Deutschlehrers, der uns bei der üblichen Vorbereitung des Themas besonders liebevoll für den Dichterhelden zu begeistern gesucht hatte, in dem Aufsatz über Torquato Tasso mit unbedingter Entschiedenheit die Partei des Staatsmanns Antonio, und einen Aufsatz über das Thema: „Ein furchtbar wütend Schrecknis ist der Krieg . . ." schloß ich mit feurigen Worten für „Krieg und Heldentum".

Was sollte ich nun studieren? Auf unserem humanistischen Gymnasium waren die Naturwissenschaften besonders stiefmütterlich behandelt worden, übrigens von mir persönlich — nach meiner Meinung natürlich durch Schuld der Lehrer — noch in ganz besonderem Maße. Deshalb beschloß ich, mich nun zunächst auf diesem Gebiet zu versuchen; und da ich keine Neigung zum Lehrberuf hatte, meine Eltern aber auf einem „Brotstudium" bestanden, so ließ ich mich bei der medizinischen Fakultät in Berlin einschreiben, unter dem Dekanat des alten Virchow. Allerdings belegte und vor allem hörte ich dann doch mehr geschichtliche und literarische als Vorlesungen meines Fachs; immerhin konnte ich mich rechtzeitig mit gelassener Zuversicht zum Physikum melden. Nun trat einer der Zufälle ein, die bei Studenten freilich nicht ganz selten sind: da ich meinen faustischen Drang auch häufig auf den Genuß des Burschenlebens ausdehnte, so geriet ich gerade in eine besonders arge Geldklemme. Mit der Entschlußkraft der Jugend ließ ich mir meine Physikumsgebühren zurückzahlen und wechselte zur philosophischen Fakultät hinüber.

Innere Gründe spielten, wenn auch noch unbewußt, dabei doch wohl schon eine Rolle: ich hatte bereits in der Zeitschrift meiner studentischen Verbindung wiederholt Aufsätze über künstlerische, literarische und geschichtliche Fragen geschrieben. Gleich der erste Aufsatz „Ein Wort für den Klassizismus" hatte mir zustimmende Zuschriften von Personen eingebracht,

Digitized by Google

deren Bedeutung ich zwar nicht kannte, aber möglichst hoch einzuschätzen geneigt war. Mehr und mehr war ich inzwischen auch in der stark politisch durchsetzten akademischen Atmosphäre Berlins zu sachlichem Interesse an der Gegenwartspolitik gekommen. Während ich ohne besonderen festen Plan öffentliches Recht, Volkswirtschaft und Geschichte studierte, schwebte mir immer deutlicher eine politische Laufbahn als Ideal vor. Da ich inzwischen auch durch ältere Verbindungsfreunde persönliche Beziehungen zur Zeitungswelt gewonnen hatte, so stellte sich ganz von selber der Gedanke ein, über die Presse zur Politik, mit dem weiteren Ziel einer parlamentarischen Laufbahn, zu gelangen; wie es denn ja auch später gekommen ist. Gegen Ende des achten Semesters bot sich die erste Gelegenheit. Ein mir befreundeter Journalist von Gottes Gnaden, der bereits seit einigen Jahren an der „Deutschen Zeitung“ tätig war, riet mir in einer verhältnismäßig noch frühen Nachtstunde, mich doch kurzerhand bei dem Herausgeber Dr. Friedrich Lange um den soeben verwaisten Posten des Verfassers der parlamentarischen Stimmungsbilder zu bewerben. Der erste Versuch, zum 1. Februar 1897, mißlang; ein älterer Herr, der schon im Auslande als Zeitungskorrespondent tätig gewesen war, wurde mir vorgezogen. Die Abweisung störte weder meinen Seelenfrieden noch meine Zuversicht, daß ich es schon irgendwie schaffen würde. Einen Monat später feierte ich mit einigen Freunden Semesterschluß. Zu diesem Behuf blieb ich zwei Nächte und zwei Tage dem Schlaf und deshalb auch meiner Wohnung fern. Als ich am Nachmittag des dritten Tages gegen ½4 Uhr meine Bude wieder aufsuchte, mit tiefster Sehnsucht danach, nun doch „einen langen Schlaf zu tun“, fand ich dort einen Brief und zwei Rohrpostbriefe des Herausgebers der „Deutschen Zeitung“ vor, die mich immer dringender ersuchten, nunmehr den besprochenen Parlamentsposten zu übernehmen; mein Vorgänger hatte leider den Fehler gehabt, daß er nicht schreiben konnte. Kaltes Wasser half schnell das Schlafbedürfnis stillen; kurz nach 5 Uhr saß ich als Journalist im Sattel ....

Auf diese Weise also wurde ich Journalist. Zufall? Verfehlt angelegtes Studium? Mir scheint doch, daß auch hier das faustische Wort vom „dunklen Drange“ der rechte Wegweiser war. Und daß der innerste Grund meines Weges zur Presse doch der eingeborene Trieb und die Fähigkeit war, meine Meinung und meine Gedanken wirksam zu gestalten und auf einer öffentlichen Tribüne zu wirksamem Ausdruck zu bringen.

PROF. GEORG BERNHARD

Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“,
Mitglied des Reichstags.

Warum ich Journalist wurde? Weil ich mußte, weil es mich von früh an trieb, zu sagen, was ich empfand, zu schildern, was ich sah und zu bekämpfen, was ich für schädlich hielt. Außerdem war ich selbstkritisch genug, um rechtzeitig zu merken, daß es zum Dichter nicht langte.

Wie ich Journalist wurde? Wenn schon kein Dichter, so wollte ich wenigstens Theaterkritiker werden. Ich schrieb zwischen Börse (wo ich für meinen Chef je nach Vorschrift der Kundschaft deutsche Aktien oder amerikanische Eisenbahnbonds handelte) und Büro (wo ich als Korrespondent „Ihre sehr geehrten“ bestätigte und auf „unsere sehr ergebenen“ verwies und mich mit dem Hauptbuch abmühte) an alle möglichen berühmten Leute um Protektion bei einer Zeitung. Abends hörte ich bei Erich Schmidt, bei Roethe und Wilamowitz. Nachts schrieb ich Kritiken und Gedichte für eine Zeitschrift, die ich mit Freunden herausgab. Die meisten wurden abgelehnt. Die Freunde waren streng. (Heute weiß ich, wie gerecht sie waren.) Einmal riet mir einer, doch auch mal über Dinge zu schreiben, von denen ich etwas verstünde. (Er meinte damit: Börse, Banken, Aktien und was sonst mit der Wirtschaft zu tun hatte, während ich ihm gerade ein so schönes Gedicht „Goethe auf dem Kickelhahn“ eingereicht hatte.) Ich war schwer beleidigt. Aber ich versuchte es. Und bald schrieb ich — wenig über 20 — als „Gracchus“ Börsenkritiken für die „Welt am Montag“ (die mein Chef, der nicht wußte, daß der Autor ihm gegenüber saß, fluchend, aber interessiert im Bank-

Digitized by Google

büro vorlas). Abends und ganz früh morgens aber hörte ich nunmehr bei Dernburg, Koster, Gierke, Brunner, Hübler, Adolph Wagner, Sering, Kahl und v. Liszt. Außer meinem Chef las meine Börsenkritiken auch Leopold Ullstein, der mich als Redakteur an die „Berliner Zeitung“ berief. Es gibt Leute, die behaupten, der alte Ullstein habe recht damit getan. Ich bin jedenfalls mit seiner Wahl noch heute zufrieden.

DR. HUBERT CLAGES

Redakteur an der „Magdeburgischen Zeitung“.

Ostern 1887 verließ ich als frischgebackener Mulus die altberühmte preußische Fürsten- und Landesschule Pforta, also eine Heimstätte des humanistischen Systems (damals noch) strengster Observanz. Diesem System von Herzen ergeben, aber trotzdem auch schlechthin an allem interessiert, was nicht irgendwie mit — Mathematik zusammenhing. Und bei Lehrern und Mitschülern als „romantischer“ Wesensart abgestempelt. Dieser „romantische“ Einschlag hatte mich als künftigen Beruf wählen lassen die Konsulatslaufbahn im Orient —, wobei das bestimmende Moment nicht die Laufbahn, sondern der Orient war. Den wollte ich kennen lernen: die Märchen der 1001 Nacht, Firdusis Heldenepos, die indischen Veden und das Mahabharata hatten meine Phantasie entzündet, ihre Stätten, ihre bunt flimmernde Welt und Menschen sollten meinem Leben Heimat werden. Nach einem sorglosen ersten Semester in München schrieb ich mich Ende Juli als einer der ersten Hörer für die persische Klasse am orientalischen Seminar in Berlin ein, das eben damals im Herbst eröffnet wurde. 1½ Jahre blieb ich auf der beschrittenen Bahn, obwohl schon nach einem Jahre eine Mitteilung des Auswärtigen Amts, daß keiner von uns fünf „Persern“ auf Anstellung als Dragoman oder Konsul zu hoffen habe, alle Aussichten abgeschnitten hatte. Dann hieß es Schluß machen. Womit? Mit meinem Traum? Das fiel mir nicht ein. Konnte er nicht auf anderem Wege erfüllbar werden? Ein möglicher Weg freilich, vielleicht der kürzeste und sicherste, schied für mich aus: der, etwa als Angestellter eines Import- oder Exporthauses ins Morgenland zu kommen. Ein Kaufmann, das begriff ich, muß ja rechnen können, und Rechnen war für mich — Mathematik! Aber gab's nicht Zeitungen, die Korrespondenten in aller Welt und also auch im Orient hatten? So zunächst entstand in mir der Entschluß, Journalist zu werden — auch hier freilich das Metier wiederum nicht als Selbstzweck gedacht, sondern als Mittel zum Zweck. Ein klein wenig „realistischer“ war ich in den drei Studentensemestern in der Großstadt ja nun schon geworden. So sagte ich mir, mit Deutsch und Arabisch und Persisch sei es wohl nicht getan, es würden auch andere moderne Sprachen dazu gehören, und so sattelte ich um zur Neuphilologie. Rechnete: Auch zur Presse ist ja der Weg vielleicht nicht schnurgerade und das Tor weit offen, und bis ich das Tor passieren könne, würde ich irgendwie leben und vielleicht ein paar Jahre Schulmeisterei in Kauf nehmen müssen, zu der ich wohl einiges Talent hatte, aber gar keine Neigung in mir spürte. Es würde zwar nicht uninteressant sein, aber den verfügbaren Raum weit überschreiten, wollte ich das Zick und Zack der letzten Studienjahre auch nur skizzieren. Schließlich sagte ich mir, daß das Staatsexamen für mich wohl zwecklos sei, wohl aber der Doktortitel Wert haben könne. Also promovierte ich im Sommer 1892 in Halle mit einer anglistischen Dissertation und schulmeisterte als Vertreter beurlaubter Lehrkräfte und an einigen sogenannten „Pressen“ — immer Ausschau haltend und entschlossen, in die Zeitungswelt hineinzuspringen, auch wenn ich dabei zunächst noch nicht in den Orient, sondern nur überhaupt irgendwo in die weite Welt kommen könnte.

Im Winter 1892/93 war ich am weiland Pollatzschen Militärvorbereitungs-Institut in Dresden tätig. (Beiläufig: der einzige begabte Schüler, den ich dort hatte, ist Journalist geworden: Siegfried Hartmann von der technischen Beilage der D. A. Z.) Ich ging täglich in die großen Zeitungskaffees und suchte nach Inseraten, in denen Journalisten gesucht wurden. Fand

Digitized by Google

eines Tages eines, meldete mich — ehrlich bekennend, daß ich homo novissimus sei, aber dennoch dreist und gottesfürchtig — denn was das Inserat verlangte, setzte einen ausgekochten Federmenschen voraus. Acht Tage später war ich in Verhandlungen und nach noch acht Tagen mit 200 Mark monatlich — damals ein ganz passabler Anfang — engagiert als, sagen wir, Mädchen für alles. Am 30 Juni 1893 gab ich nachmittags von 2—3 Uhr meine letzte Unterrichtsstunde, fuhr um 6 Uhr ab, stieg am 1. Juli morgens 8 Uhr in München aus und meldete mich eine halbe Stunde später, übernächtigt und ausgehungert, beim Dr. Hermann Haas, Herausgeber und (neben den Herren Huck und Werle) Besitzer des damals noch ganz neuen und nach etlichen Jahren (ich glaube 1898) entschlafenen „Münchner General-Anzeigers“. Ich wurde sehr freundlich empfangen, eine Wohnung war für mich im Zeitungshause selbst, unmittelbar hinter der Frauenkirche, besorgt, und also sprach der Dr. Haas zu mir: „Gehen Sie hinauf, frühstücken Sie, und um 10 Uhr können Sie anfangen. Sie gehen zur Grundsteinlegung ins Künstlerhaus, schreiben den Bericht und legen ihn mir vor“. Furchtbar einfach, nicht wahr? Vor 24 Stunden noch vor der Klasse stehend, eine Nacht schlaflos durchfahren und nun einfach ins Wasser geworfen. Ich wagte zu bemerken, ob nicht jemand zur Kontrolle oder Anleitung mitgehen könne, denn ich stelle mir vor, daß der Bericht doch wohl auch werde aufzählen müssen, wer dabei gewesen sei, und woher solle ich alle die Sterne am Münchner Himmel kennen. — „Ich denke“, kam die Antwort, „Sie wollen Journalist werden? Da sehen Sie zu.“ Und ich war verabschiedet. Mir war nicht ganz wohl zumute. Aber als ich wiederkam, hatte ich alle Prominenten herausbekommen bis auf eine Dame; wen ich auch gefragt hatte, wer sie sei, hatte mir immer wieder geantwortet: „D'Pazen“. Dr. Haas lachte vergnügt, belehrte mich, daß „d'Pazen“ die Infantin Maria de la Paz, Prinzessin Ludwig Ferdinand von Bayern, sei, genehmigte meinen Bericht als „recht nett“, aß mit mir zu Mittag im Ratskeller, wo guter Wein mich noch müder machte als ich schon war, ließ mich dann zwei Stunden lang die ersten Scherenübungen machen „an allem, was Ihnen interessant scheint“, belehrte mich dann meist ironisch, warum dies und jenes gar nicht interessant sei, nämlich für Leser des „General-Anzeigers“, und schickte mich für den Abend auf ein Kellerfest der Künstler: Bericht sofort danach schreiben und am nächsten Morgen in aller Frühe nach Tutzing am Starnberger See fahren, wo den ganzen Tag über ein Künstler-Rosenfest sich abspielen werde. Das Fest war unvergeßlich schön, aber als ich nachts heimfahrend in einem Viehwagen bei einem Lichtstümpflein auf 50 oder 60 kleinen Notizblättern meinen Bericht auch darüber hingekritzelt hatte, war mir klar geworden, daß Journalist-sein erheblich anstrengender sei als die französischen unregelmäßigen Verben einpauken. Nun, ganz so arg ist's nicht dauernd weiter gegangen, aber leicht war meine Schule beim „G.-A.“ in München nicht. Dafür um so nützlicher. Ich habe mich in allen Sparten tummeln müssen und bin schließlich bei der Hexe Politik, speziell Außenpolitik, hängen geblieben. Ich verzeichne noch kurz die Stationen meiner Laufbahn: 1895 Halle („Zentralanzeiger“), 1896—1906 Braunschweig („Landeszeitung“), 1906—1909 Hannover („Kurier“), 1909 Düsseldorf („D. A. Ztg.“) und seit 1915 Magdeburg („M. Z.“). Vom Orient keine Spur. Noch heute habe ich das Gefühl, daß das Leben mich um etwas betrogen habe, und noch heute mit fast 63 Jahren würde es schwer werden, mich im Verzicht zu bescheiden, wenn Ironie des Schicksals mir jetzt noch das „Sesam, öffne dich!“ zufallen ließe, obwohl ich längst weiß, daß der wirkliche Orient und der Orient meiner Jugendträume sehr verschiedene Dinge sind.

DR. ARTHUR DIX

Direktor des „Transatlantic-Dienstes“.

Vielleicht interessiert es manchen Kollegen, aus den persönlichen Erinnerungen eines nun immerhin schon seit 35 Jahren von seiner Feder lebenden Berufsgenossen an einem drastischen Beispiel zu ermessen, in welchem Grade bisweilen vom „geborenen“ Journalisten im Sinne eines von frühester Jugend aus zu beobachtenden Dranges zur Zeitung gesprochen werden kann.

Digitized by Google

Nicht von den letzten 30 Jahren mehrfachen, bunten, aber (mit Ausnahme des unnatürlichen Todes der „Täglichen Rundschau" in der Inflationszeit) regelmäßig freiwilligen Wechsels zwischen freiem Tagesschriftsteller, Redakteur oder Chefredakteur von Tageszeitungen, Wochenschriften oder Fachblättern und Korrespondenz-Herausgeber will ich sprechen. Vielmehr kann ich meinen Bericht mit dem 1. Januar 1900 schließen, an dem ich endgültig als hauptberuflicher Volljournalist durch Amtsantritt als erster politischer Redakteur der alten Berliner „Nationalzeitung" und — obwohl mit 24 Jahren weitaus jüngster unter den Kollegen — Stellvertreter des Chefredakteurs (auf dessen Posten mich dann schon 1903 sein vorzeitiger Tod zwang) abgestempelt wurde.

Dafür muß ich rückwärts um so weiter ausholen — eigentlich bis in die Zeit, da ich eben fließend lesen gelernt hatte. Denn sehr bald nach jener Zeit wurden meine inneren Beziehungen zur Presse intim und immer intimer — ganz nach eigenem Geschmack, ohne jede äußere Anregung.

Da meine beiden älteren Geschwister zeitig in die Pension geschickt werden mußten, um die städtische Schule zu besuchen, verlebte ich viele Stunden des Tages reichlich einsam. Und wenn es dann bei schlechtem Wetter oder an langen Winterabenden draußen nichts zu spielen gab, dann erkor ich mir nach und nach als Lieblingsplatz die Sofaecke neben dem hohen Zeitungsstapel und begnügte mich bald nicht mehr mit den „Fliegenden Blättern" oder bilderreichen Wochenschriften, sondern vertiefte mich auch immer mehr in die Tageszeitung.

Als auch ich das väterliche Gutshaus verlassen mußte, um in dem damals noch Culmer Kadettenhaus für die Offizierslaufbahn vorbereitet zu werden, vermißte ich im Korps sehr schmerzlich die gewohnte Zeitungslektüre und ließ mir oft im Briefe wenigstens Ausschnitte schicken. Später in Lichterfelde konnte jede Stube (6—7 Kadetten) auf eine oder die andere Zeitung abonnieren — und ich wußte meine Kameraden zu überreden, daß bei uns möglichst alle überhaupt erlaubten Zeitungen gehalten wurden.

Bei meiner damals recht schwächlichen Konstitution ist dann freilich aus der Offizierslaufbahn nichts geworden. (Es dauerte bis zum Sommer 1915, daß ich für militärtauglich befunden wurde!) Aber das rege Interesse für alle Fragen der Vaterlandsverteidigung nahm ich immerhin in die spätere journalistische Laufbahn hinüber.

Wieder „Zivilist", war ich auch wieder mit gesteigerter Heftigkeit für die Zeitung entbrannt. Oft hörte ich damals von meinem Vater, daß die Danziger Blätter, die in unserem Hause gehalten wurden, doch nur von den Berliner Zeitungen der gleichen Parteirichtung abschrieben. Ich ging an eine gründliche Untersuchung dieser Frage — und fand, daß die Dinge doch anders liegen mußten! Die betreffenden Danziger und Berliner Blätter brachten manche Artikel gleichzeitig (unter Berücksichtigung des Erscheinungstages) — sie mußten also auf einen gemeinsamen Urquell zurückgreifen!

Diese Entdeckung erschien mir außerordentlich wichtig und wertvoll. Wenn es überhaupt so ein gemeinsames Urmaterial für Zeitungen gab — warum wollte dann nicht — ja warum sollte ich von einer solchen Einrichtung nicht auch profitieren können? Es kam doch nur auf die Probe an.

Indessen meine Klassenkameraden auf der Prima des Realgymnasiums zu St. Johann für das Abitur büffelten, trieb es mich, doch endlich einmal nicht nur Zeitungen zu lesen, sondern auch für Zeitungen zu schreiben (trotzdem die damalige Schulordnung so etwas natürlich theoretisch nicht dulden konnte). Und als die ersten Versuche sowohl bei den Danziger Blättern wie auch schon in einigen großen Berliner Tageszeitungen geglückt waren, kaufte ich mir nicht nur mehr Papier und Federn, sondern auch schon Hektographenplatten und verschickte in meinen Mußestunden „Westpreußische Beiträge" an etwa ein Dutzend Zeitungen. Ich hatte eine „Korrespondenz" gegründet, ohne je zuvor eine Korrespondenz gesehen zu haben. Und sie warf ein schönes Taschengeld ab. Um Stoff war ich in Danzig nicht verlegen: Ostmärkische Verkehrsnöte, die Polenfrage, die innere Kolonisation, das Verhältnis zwischen Polen und Kassuben und vielerlei ähnliche Dinge waren aktuell. Dazu sann ich immer wieder über neue Maßnahmen zur Förderung der Ostmark nach, die sich lancieren ließen, und verfiel dabei u. a. besonders auf das Verlangen nach Errichtung einer Technischen Hochschule in Danzig.

Die mit dem 2. September 1894 aufgenommene journalistische Arbeit und Korrespondenz-Herausgabe störte mich durchaus nicht, im März des folgenden Jahres ein durchaus anständiges Abitur hinzulegen. Mein Vater, von dessen praktischem Sinn ich angenommen hatte, daß er ein vernünftiges Brotstudium von mir erwarten würde, ließ sich durch meine klingenden Erfolge veranlassen, durchaus nicht ein solches Ansinnen an mich zu stellen, sondern hielt es für das Richtige,

Digitized by Google

wenn ich zunächst an der philosophischen Fakultät der nächsten Universität eine solide geistige Basis für meine weiteren journalistischen Arbeiten und ein weiteres Gesichtsfeld suchte. In jenem Sommersemester fand nun in Königsberg gerade eine ansehnliche Nordostdeutsche Industrie- und Gewerbeausstellung statt und gab mir herrliche Gelegenheit, bei großen Berliner Tageszeitungen ganze Artikelserien abzusetzen. Kurz — ich wurde und blieb für etliche Jahre das, was man heute „Werkstudent" nennen würde, was damals aber nach den akademischen Satzungen eigentlich höchst unerlaubt war. Und ich besaß am Schluß des ersten Semesters meinen ersten Pfandbrief, im zweiten Semester in Berlin mein Bankkonto, im vierten mein Scheckbuch. Im Sommer 1896 ließ sich an die Provinzpresse wieder viel über die Berliner Gewerbeausstellung berichten, im Sommer 1897 von Leipzig aus über die Sächsisch-Thüringische Industrie- und Gewerbeausstellung. Das dortige Semester führte mich übrigens besonders eng mit dem heutigen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht zusammen, der auf meinen Rat gleich mir in das Studium der Nationalökonomie einmündete und es später gleichfalls mit gutem Erfolge mit dem Journalismus versuchte, bis ihn wegen seiner Wirtschaftsberichte eine Großbank „entdeckte" und zunächst zum Archivar machte.

Bei der Teilung meines studentischen Lebens zwischen Wissenschaft und Journalismus siegte immer wieder der Journalismus. Wenn mir beispielsweise Karl Bücher in Leipzig als Seminararbeit das Thema stellte: „Die Aufgaben des Deutschen Reichs gegenüber der Seefischerei", war mir dieses seetechnische Thema in der Zeit der beginnenden Flottenbewegung viel zu aktuell, um es im Seminar mit einem Referat abzutun. Ich schickte die Ausarbeitung an eine große volkswirtschaftliche Zeitschrift und besorgte dann die Umprägung in kleine Münze für die Tagespresse. Dieses Verfahren, ein Thema ausführlich für eine wissenschaftliche Monatsschrift zu behandeln und auf der gesicherten Grundlage des hierfür bearbeiteten Materials aktuelle Einzelfragen für die Tagespresse auszuwerten, wandte ich dann in immer weiterem Umfange an. Außerdem hielt ich mir einen Sekretär (der heute hochgestellter Vertrauensmann eines fremden Staates für wissenschaftliche Dinge ist) und gab mit seiner Hilfe wieder eine kleine Korrespondenz „Volkswirtschaftliche Beiträge" heraus. Auch in die redaktionelle Arbeit hatte ich inzwischen hineingerochen, da ein Berliner Verlag mir die Redaktion eines kleinen Studentenblattes „Factotum" anvertraute.

Der journalistische Hang zum Aktuellen, die Bevorzugung von Tagesfragen auch bei größeren wissenschaftlichen Arbeiten, ließ mich damals natürlich nie zu einer Doktorarbeit kommen, deren Auswertung auf dem Büchermarkt zweifelhaft und bestimmt erst nach längerer Frist durchführbar gewesen wäre. Es mußte alles möglichst schnell in den Druck! Freilich ließ der damals in akademischen Personalfragen im Preußischen Kultusministerium allgewaltige Friedrich Althoff, der auf einige meiner wissenschaftlichen Veröffentlichungen aufmerksam geworden war, mich wiederholt ermuntern, ich möchte doch möglichst bald meinen Doktor bauen, da er einen akademischen Posten für mich hätte. Aber wieder war es der Hang zur Presse, der mir dieses Angebot nicht allzu verlockend erscheinen ließ. Ich verzeichnete nur mit Behagen den Umschwung bei Althoff, der mich ein Semester zuvor noch hatte wissen lassen, ich könne nie auf eine akademische Laufbahn rechnen, wenn ich nicht die ihm damals noch unbequeme Propaganda für eine Technische Hochschule in Danzig einstellte.

Vollends dem Gedanken an eine Doktorarbeit wurde ich dann entrückt, als auf Empfehlung durch Gustav Schmoller Martin Mohr mich — immer noch als „Werkstudent" — an seine „Nationalliberale Korrespondenz" holte, wo ich Gelegenheit hatte, tiefe Einblicke in das Zeitungswesen zu tun. Sehr bald mußte er sich übrigens mit der Nachrichtenabteilung des Reichs-Marineamts in mich teilen, die damals mit den großen Flottenvorlagen außerordentlich angespannt beschäftigt war und auch ihrerseits eine Art Korrespondenz herausgab. Nun war ich allerdings nur noch der Form nach immatrikuliert, tatsächlich aber schon in einem reichlichen Zwölfstundendienst journalistisch beschäftigt.

In jene Zeiten journalistischer Mitarbeit an der großen Flottenbewegung, in die mittelbar unter Tirpitz ausgeübte Betätigung, reichen übrigens, genau besehen, auch die Wurzeln meiner späteren Hauptwerke zurück, die mir dann doch noch zu einem um rund ein Vierteljahrhundert verspäteten Dr. phil. verhelfen sollten: „Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft" sowohl wie die „Politische Geographie" sind langsam herausgewachsen aus journalistischer Beschäftigung mit den wirtschaftlichen Kriegsfragen und den grundlegenden Fragen, Zusammenhängen und Triebkräften der Außenpolitik.

Digitized by Google

Der Journalismus kann eben über viele Wege führen. Wen er von frühester Jugend gepackt hat, den läßt er wohl nie ganz los. Und — obwohl ich mich damals im Herbst 1899 noch längere Zeit gegen die Bindung und den endgültigen Verzicht auf formellen Abschluß des Studiums gesträubt hatte — Neujahr 1900, als ich den Redaktionssessel in der „Nationalzeitung" bestieg, hatte er mich „voll und ganz".

DR. EMIL DOVIFAT

Universitätsprofessor und Direktor des Deutschen Instituts für Zeitungskunde an der Universität Berlin.

Nur der entschiedene Wunsch der „Deutschen Presse", auch die aus dem Journalistenberuf hervorgegangenen Zeitungswissenschaftler über ihre Berufslaufbahn zu hören, veranlaßt mich, hier einiges über meine berufliche Herkunft zu sagen. Sonst wäre das wohl anmaßend.

Ich verteidige ohne jedes Zugeständnis die Auffassung, daß der Journalist seine Arbeit nicht nur als Angehöriger eines Standes oder gar einzig als einen Gelderwerb ausüben soll. Er muß vielmehr seine Berufung in sich fühlen, die ihn zu diesem Berufe zwingt und jeden anderen ausschließt. Diese Berufung hat viele und sehr angesehene Kollegen oft spät und aus fremden und zeitungsfernen Berufen mit Zwangsläufigkeit zum Journalismus geführt. Diese innere Berufung ist die tiefste Quelle jeder wahrhaft großen journalistischen Leistung. Eine ausgeprägte journalistische Begabung pflegt sich daher schon früh zu zeigen. Irgendein Problem nimmt den jungen Menschen schon in der höheren Schulklasse gefangen, und er setzt sich kämpfend dafür ein. In meiner Schulzeit gab es dafür „Literarische Zirkel" und „Lesekränzchen". Die religiösen und weltanschaulichen Kämpfe in diesen Schülergruppen waren heftig und erbittert. Wir haben sie damals oft mit hektographierten „Zeitungen" geführt, die einen Aktenbogen groß in blaublasser Schrift eine unglaublich glühende und bombastische Sprache von sich gaben. Eine große Rolle spielten Musik und Theater, seltener — zu meiner Zeit — war die Politik umkämpft. Auf sportliche Dinge sahen wir mit souveräner Verachtung herab. Dabei habe ich — nicht nur an mir — erfahren, daß der ehrliche Wille, irgendetwas nach seiner Art zu verbessern, zu vervollkommnen, irgendetwas durchzusetzen, ans Licht zu bringen und zum Siege zu führen, daß dieses oft leidenschaftliche Streben die erste Voraussetzung des künftigen Journalisten ist. Dieser Trieb führt ihn naturgemäß früh schon in die Öffentlichkeit, die dann sein eigenstes, ihm so seltsam vertrautes Lebenselement wird.

Daneben muß sich im jungen Journalisten sehr bald eine zweite Begabungsvoraussetzung einstellen: die Freude an der Form. Der Deutsche in seiner leidenschaftlichen Gründlichkeit und der oft bizarren Neigung, auch geistig die letzte Neige auszuschöpfen, hat vielfach den Sinn für Form verloren. Eine schöne Form ist oft für ihn eine beinahe suspekte Angelegenheit. Darum sind auch die wirklich großen Redner und Schreiber bei uns so selten. Trotz dieser Hemmungen wird der künftige Journalist seine Formbegabung schulen. Ein vortrefflicher Deutschlehrer hatte uns angehalten, unseren Stil dadurch zu verbessern, daß wir uns sogenannte „schöne Stellen" in ein Buch schrieben und in diesem Buche viel lasen, soviel, daß Rhythmus und Aufbau der notierten Sätze uns in Fleisch und Blut übergingen. Ein ausgezeichnetes Mittel! Stilistische Ausdrucksübungen sind übrigens bei wirklichen journalistischen Neigungen schon sehr früh zu beobachten und führen in der Schulzeit oft zu allerlei Zwischenfällen, die sich heute sehr heiter ausnehmen. Freilich nur rückblickend. Sie waren es damals nicht.

Später trat die Sozialpolitik als eigentliches Stoffgebiet meiner journalistischen Betätigung an mich heran. Schon als Schüler und erst recht als Student habe ich mich auch praktisch auf diesem Gebiet betätigt. Der Sozial- und Wirtschaftspolitik, verbunden mit der Geschichte, galten daher auch meine akademischen Studien. Ich bin bis heute der Ansicht und vertrete sie ganz besonders bei meiner Beratungsarbeit in der Studentenschaft, daß nicht ein Nippen

Digitized by Google

an allen Wissenstöpfen den Journalisten macht, sondern die gründliche und völlige Beherrschung eines Fachgebietes das notwendigste ist. Unser Fach verlangt geistig kultivierte Menschen und keine Vielwisser. Selbstverständlich muß neben diese gründliche Fachbildung die genaue Kenntnis der Zeitung als eines geistig-wirtschaftlichen Organismus treten, der nach eigenen Gesetzen lebt und sich entwickelt. Ebendarum freute ich mich, meine journalistische Laufbahn an einem Provinzblatte beginnen zu können. Ich fing als Volontär und „Mädchen für Alles" an und erhielt eine Erziehung, für die ich immer dankbar bleiben werde. In einer mittleren Provinzzeitung ist eben die Zeitung als organisches Ganzes tatsächlich noch zu übersehen und also als Ganzes kennen zu lernen. Hier sollte jeder künftige Journalist beginnen. Meine Tätigkeit namentlich im lokalen Teil, dann aber auch im Handelsteil und dem politischen Teil mehrerer Provinzzeitungen hat mir die gründlichsten und anschaulichsten Begriffe über das vermittelt, was „Journalismus" eigentlich ist. Journalistisch formal bin ich in Berlin nicht klüger geworden, denn die Tätigkeit an einem Blatte der Reichshauptstadt vertieft zwar die Stoffgebiete, spezialisiert sie aber auch. Die Zeitung als Ganzes tritt im Bewußtsein des spezialisierten Ressortmenschen zurück. Und das ist immer ein Fehler!

Das auszugleichen kann die Zeitungswissenschaft beitragen; darin — und nicht in irgendeinem Berufsdrill — liegt für den künftigen Journalisten auch der Wert des zeitungskundlichen Studiums. Größere Studien, auch über das ausländische Zeitungswesen, haben in mir die Meinung befestigt, daß jemand solange Journalist im idealen Sinne bleibt, als er sich kämpfend nach innerster Überzeugung für ein öffentliches Interesse einsetzt. Gibt der deutsche Journalist diese selbständige und eigenverantwortliche Auffassung seiner Berufsarbeit auf, so ist er seiner Berufung untreu oder sie ist in ihm erloschen. Als Zeitungsbeamter oder Angestellter mag er ehrbar, aber ohne Erfüllung einer inneren Berufung seinen Weg gehen. Gewiß wird man solch eine Laufbahn oft in tragischem Lichte sehen, aber hier gibt es kein Kompromiß. Die Eigenart der deutschen Presse liegt in ihrer gesinnungsmäßigen Bindung. Sie trotz aller leserwerbenden Äußerlichkeiten der modernen journalistischen Technik innerlich meinungsgebunden zu erhalten, sollte die erste Aufgabe jedes ernsten Zeitungsmannes sein.

Das sind die Erkenntnisse, die ich unbestimmt gesucht habe, als ich Journalist wurde. In den Jahren journalistischer Berufsarbeit sind sie mir klar und hundertfach bestätigt worden.

DR. HEINRICH DROSE

Redakteur am „Stuttgarter Neuen Tagblatt".

Meine ersten Beziehungen zur Presse entstanden dadurch, daß ich eine kritische Ader und das Bedürfnis habe, meine hin und wieder von den landläufigen Meinungen abweichende Ansicht öffentlich zu vertreten.

Vielleicht wäre ich aber doch nicht Tagesschriftsteller geworden, wenn ich nicht zuvor durch ein reizvolles Gastspiel bei der Fachpresse Geschmack am Zeitungswesen gewonnen hätte. Der Verleger einer Fachzeitschrift, deren gelegentlicher Mitarbeiter ich war, trug mir deren Schriftleitung an. Ich erlag dieser Verlockung. Von meinem Amtsantritt an interessierte ich mich aber auch für die verlegerische Seite des Unternehmens, und ich gewann den Eindruck, daß der Abonnentenstand sich wesentlich vergrößern ließe. Der Verleger, dessen Hauptinteressen auf anderm Gebiete lagen, hatte keine Neigung, Mittel für eine systematische Werbetätigkeit bereitzustellen. Ich machte ihm deswegen das Angebot, die Zeitschrift in mein Eigentum übergehen zu lassen. Wir wurden handelseinig. Fünf Jahre lang habe ich Schriftleitung und Verlag in Händen gehabt. Vermöge einer individuellen Werbung verdoppelte sich die Auflage der Zeitschrift bereits im ersten Jahre. Bis zum Schlusse des fünften Jahres hatte sie sich etwa verfünffacht.

Digitized by Google

Das war Ende 1913. Ich hätte mir nun eigentlich einen Schlafrock und eine Zipfelmütze kaufen und von dem Ertrage des Verlages leben können. Aber während meiner früheren bankfachlichen Betätigung hatten mir meine ausgezeichneten Chefs so etwas wie eine Witterung für Konjunkturen beigebracht. Ich hatte plötzlich die Empfindung, es sei zweckmäßig, die Zeitschrift wieder abzugeben. Ein Großunternehmen, dem ich sie anfangs 1914 anbot, nahm sie mir mit Kußhand ab. Als aber sieben Monate später der Weltkrieg ausbrach, zerstoben die Abonnenten in alle Winde. Die Zeitschrift hat sich von diesem Schlage nie wieder erholen können und später auf dem Wege der Fusion das Zeitliche gesegnet. Mein Angebot, sie zum zweitenmal zu sanieren, kam zu spät; der Verschmelzungsvertrag, von dem ich hatte läuten hören, war schon unterzeichnet.

1919 veröffentlichte ich in einer badischen Zeitung einen Aufsatz über die Fehler, die ich in der Elektrizitätswirtschaft des Landes Baden entdecken zu können glaubte, und stellte ein Reformprogramm auf, das inzwischen in den meisten Punkten durchgeführt worden ist. Der Aufsatz trug mir die Aufforderung zu ständiger Mitarbeit und nach ein paar Monaten das Angebot ein, das Wirtschaftsressort jenes Blattes zu übernehmen. Nach einer Redaktionstätigkeit von wiederum einigen Monaten übertrug man mir die Chefredaktion und die Geschäftsführung der Zeitung. Es war die Zeit des stärkeren Fühlbarwerdens der Inflation und der wachsenden Schwierigkeit, Einnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang zu halten. Ich gewann die Überzeugung, daß ich nur durch plein pouvoir das Blatt über die heraufziehende Krise hinüberbringen könne und machte den Besitzern den Vorschlag, mir das ständig wachsende Zuschüsse erfordernde Unternehmen zu verkaufen. Begreiflicherweise glaubten sie aber, sich von den in der Druckerei enthaltenen Sachwerten nicht trennen zu sollen. Da ich die Sache unter diesen Umständen für aussichtslos hielt, legte ich die Geschäftsführung nieder und behielt nur die Schriftleitung bei. Meine Ahnungen gingen — leider — wieder in Erfüllung. Der letzte der nun in rascher Folge wechselnden Geschäftsführer hatte als wichtigste Amtshandlung 1922 einen Vertrag zu unterzeichnen, durch den das Blatt in einem andern Unternehmen aufging. Ich aber fühlte mich damals bereits so mit der Tagespresse verwachsen, daß ich gern mit zu dem neuen Verlag hinüberging.

1924 bin ich über die badisch-württembergische Grenze zum „Stuttgarter Neuen Tagblatt“ hinübergewechselt. Hier habe ich erst so etwas wie einen endgültigen Beschluß gefaßt, Zeitungsmann zu bleiben. Deswegen konnte ich Ihnen in Beantwortung der mir gestellten Frage die vorausgegangene Schilderung nicht ersparen.

CAJETAN FREUND

Redakteur an der „Münchener Zeitung“.

Meine journalistische Laufbahn hat, wenn ich's richtig sagen soll, schon am Gymnasium begonnen. In der Oberklasse des 1928 hundert Jahre alt gewordenen Gymnasiums zu Freising, das eigentlich die Bestimmung hatte, mich würdig für das Studium der Katholischen Theologie vorzubereiten, im Seminar am Domberg, das mir Wohn- und Schlafstätte bot und in dem ich einige der schönsten Jahre meiner Jugend verlebte, habe ich mich bereits in dem Handwerk versucht. Als Verleger und Redakteur zugleich. Mein Verlagsinventar bestand aus einem Hektographen, den ich, wohlverwahrt vor den neugierigen Augen unserer Präfekten, in meinem Pult verborgen hatte. Mit gutem Grund. Denn in dem „Floh“ — so hieß das Erzeugnis meiner journalistischen Erstlingsversuche — standen zuweilen mancherlei Dinge, die die gestrengen Seminarpräfekten und Gymnasialprofessoren leicht hätten mißverstehen und übelnehmen können.

Das Redigieren und Drucken war unter solchen Umständen keine ganz einfache Sache. Befand man sich doch immer unter dem Druck des eisernen Gebotes: Du sollst dich nicht erwischen

Digitized by Google

lassen. Indes, ich ward nicht erwischt; dafür sorgte schon die freundnachbarliche und verständnisvolle Mithilfe der Studienkameraden und begeisterten Abonnenten des „Floh". Aus denen sind inzwischen sehr viele und zum Teil hohe geistliche Herren, Ärzte, Professoren usw. geworden. Aber sie haben den „Floh" in guter Erinnerung behalten Als meine geistlichen Freunde nämlich vor einigen Jahren ihr silbernes Priesterjubiläum feierten, da haben sie mir als Gegengabe für die Vaterlandsrede, die ich ihnen beim Festmahl hielt, durch den jetzigen Seminardirektor, der auch dereinst ein Klassenkamerad, Mitarbeiter und Abonnent des „Floh" war, ein liebevoll gesammeltes und vollständiges Exemplar aller seinerzeit erschienenen Nummern dieser epochemachenden Zeitschrift, feinsäuberlich gebunden, als sinnige Erinnerung an eine weit zurückliegende schönere Zeit überreichen lassen. „Die ersten journalistischen Sporen, überreicht nach 30 Jahren in Urtext und Prachtausgabe. Suavis praeteritorum memoria", steht in der Widmung. Ich habe mich kaum in meinem Leben über ein Geschenk mehr gefreut.

Aber ich soll ja erzählen, wie und weshalb ich Journalist geworden bin. Nun, so ein leiser Fingerzeig war diese gymnasiale „Floh"-Periode immerhin. Ich bin dann, nachdem ich das Abiturium hinter mich gebracht, an die Universität gegangen mit der Absicht, mich dort auf das Lehramt für Deutsch, Geschichte und Geographie an den höheren Schulen vorzubereiten. Da jedoch der Gedanke, zur Presse zu gehen, mir schon immer sehr verlockend erschienen war, faßte ich eines schönen Tages den Entschluß, das Studium an den Nagel zu hängen und den Sprung ins Dunkle, das heißt hier in die Druckerschwärze, zu wagen. Da war in einer großen Münchener Zeitung eine Anzeige erschienen, in der für einen Frankfurter Verlag ein Hilfsredakteur für die Lokalredaktion als Anfänger gesucht wurde. Ich raffte meine Zeugnisse und Empfehlungen zusammen und sandte sie ein. Nach einigen Wochen erhielt ich eine Aufforderung, einmal persönlich nach Frankfurt am Main zu kommen und mich vorzustellen. Und so fuhr ich denn nach Frankfurt am Main und unterschrieb dort schon nach einem kurzen Gespräch von wenigen Minuten einen Vertrag, laut dem ich für ein Monatsgehalt von 150 Mark als Hilfsredakteur am lokalen Teil der „Frankfurter Nachrichten" (Intelligenzblatt) tätig zu sein hatte.

Am 25. März 1895, am Tage Mariä Verkündigung, begann mein journalistisches Wirken in der Mainstadt. Mein Hauptarbeitsfeld war die Außenberichterstattung, namentlich über wichtige Gerichtsverhandlungen und wissenschaftliche Vorträge. Das war keine schlechte Schule für den Anfang. Aber ich war mir auch sehr bald darüber klar, daß das nur eine Etappe sein könnte. Als ich mich bei meinem Antritt beim Verleger des Blattes, dem als Original bekannten alten Minjon, meldete, da sprach dieser zu mir die folgenden klassischen Worte: „Junger Mann, merken Sie sich eins: Wir beleidigen niemanden, weder Katholiken noch Protestanten noch Juden, denn wir verdienen von allen Geld." Der Mann hat diesen Grundsatz übrigens in seinem Blatte auch wirklich ehrlich und mit drakonischer Strenge durchgeführt. Es durfte nur berichtet werden, Kritik und Meinung gab es nicht. Die sollte der Leser, so meinte Minjon, sich selber aus den berichteten Tatsachen bilden. Meine Auffassung von den Aufgaben des Journalismus war ja allerdings eine etwas andere, und darum trachtete ich auch, nachdem ich einmal die Anfangsgründe meines Berufes leidlich intus hatte, mich in einem Sinne zu verändern, der meiner Auffassung besser entsprach.

Genau nach zwei Jahren gelang es mir, in die politische Redaktion der alten, angesehenen „Augsburger Abendzeitung" in Augsburg zu kommen. Da war ich im richtigen Fahrwasser. Ihr damaliger Chefredakteur Karl Stolz war für einen Anfänger, den ich doch mehr oder minder darstellte, ein Lehrmeister, wie man ihn in Deutschland damals so schnell nicht wieder finden konnte. 17 Jahre habe ich mit ihm aufs engste zusammengearbeitet, und wenn es auch nicht immer leicht war, so war es doch schön und für mich nützlich. Denn der Mann war selber ein Journalist von bestem Holze und wußte, was ein Journalist braucht, wenn er gute Arbeit leisten, gleichzeitig Freude an dieser Arbeit empfinden und wenn die Zeitung einen Nutzen von ihr haben soll.

21 Jahre habe ich der Redaktion dieses Blattes angehört, zuletzt als Chefredakteur und Nachfolger Karl Stolz', bis mich während des Krieges der mit der Haltung meines Blattes unzufriedene Bethmann-Hollweg unter freundlicher Mithilfe der damaligen bayerischen Regierung an die Luft setzen ließ, weil ich ihm nicht den Gefallen tat, so zu schreiben und schreiben zu lassen, wie er es gern gewünscht hätte. Da wußte ich, daß es nicht immer ungefährlich ist, als Journalist eine Überzeugung zu haben und sie auch zu verfechten. Trotz dieser bitteren Erfahrung, die für einen Mann mit einer sechsköpfigen Familie kein Spaß war, habe ich es bis

Digitized by Google

zum heutigen Tage noch keine Stunde bereut, den Beruf erwählt zu haben. Es ist ein herrlicher Beruf, wenn man ihn mit Ernst und Liebe betreibt, wenn man mit dem Herzen dabei, kurz wenn man dazu geboren ist. Auf keinen Beruf wohl findet treffendere Anwendung das Wort: Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nicht erjagen.

So bin ich Journalist geworden. Und weshalb ich es geworden bin, die Frage beantwortet sich nach dem Gesagten ganz von selbst und sehr einfach dahin: weil ich es werden mußte. Ich würde den Beruf auch heute in voller Kenntnis seiner Mühen und Beschwerden und der Schattenseiten, die ihm natürlich ebensowenig wie jedem andern fehlen, wieder wählen, wenn ich noch einmal die Wahl hätte.

ALEXANDER GIESEN

Redakteur an der „Frankfurter Zeitung".

Nun, ich gehöre noch zur älteren Generation vom „verfehlten Beruf". Das heißt, ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, mich dem Journalismus zuzuwenden, sondern wollte eigentlich Arzt werden Dies auch nicht aus innerem Beruf, wie ich überhaupt in meiner Gymnasialzeit keine Spezialfähigkeit und Spezialneigung für eine bestimmte Berufsart gespürt habe, sondern mehr wirtschaftliche Gründe für meine Wahl bestimmend waren. Für die leidende Menschheit ist es vermutlich gut gewesen, daß ich mich von dem medizinischen Studium nach drei absolvierten Semestern abwendete, denn den ärztlichen Beruf hätte ich ziemlich sicher verfehlt, wenn ich mich später auch noch viel mit medizinischen Dingen beschäftigt habe. Wirtschaftliche Notwendigkeit veranlaßte mich, schon in meinem ersten Semester meine stenographischen Fertigkeiten als Parlamentsberichterstatter, zuerst im parlamentarischen Büro der „Kölnischen Zeitung" und später in demjenigen der „Freisinnigen Zeitung", auszunutzen, und da sich hierbei sehr bald herausstellte, daß mein Interesse für die Politik größer war als dasjenige für die Medizin, sich auch beide Tätigkeiten schwer miteinander vereinen ließen, wandte ich mich kurz entschlossen ganz der journalistischen Laufbahn zu und machte zu meiner wissenschaftlichen Fortbildung nationalökonomische und historische Studien, hörte auch einige juristische Kollegien. Die Hauptsache aber tat die praktische Erfahrung, das Studium der Gesetzesvorlagen, die an die Parlamente gingen und die von selbst zum vergleichenden Studium der vorausgegangenen Gesetzesarbeit und ebenso der politisch-parlamentarischen Geschichte führten. Die hierbei gewonnenen theoretischen und praktischen Kenntnisse boten mir die unentbehrliche Grundlage für die spätere Tätigkeit in der Redaktion selbst, die schon während des Dienstes im Parlament für die „Freisinnige Zeitung" begann und der ich mich seit dem Jahre 1892 — nachdem ich seit Januar 1884 im Parlamentsdienste tätig gewesen war — ausschließlich gewidmet habe. Ich war noch drei Jahre verantwortlicher politischer Redakteur der „Freisinnigen Zeitung" und denke an diese Zeit namentlich mit besonderer Dankbarkeit zurück, weil die Eigenart dieser Zeitung und vor allem das Beispiel von Eugen Richter eine ausgezeichnete Schule für die nach meiner Auffassung wichtigste Aufgabe des Journalisten war, schnell das Wesentliche aus allem herauszufinden und dem Leser gemeinverständlich und sein Interesse weckend darzustellen. Seit dem 15. Juni 1895 bin ich politischer Redakteur an der „Frankfurter Zeitung", deren besondere Verfassung dem Redaktionskollegium die volle Unabhängigkeit in der Vertretung seiner Überzeugung sichert, was ich als wichtigste Voraussetzung für die Berufsfreudigkeit und für die Vertiefung in die journalistischen Aufgaben ansehe. Da meine Frankfurter Redaktionszeit mit meiner Betätigung am journalistischen Verbandsleben zusammenfällt, ergab sich hieraus eine wertvolle Ergänzung nach beiden Seiten hin. Eigene Erfahrungen mit gerichtlichen Preßverfolgungen zeigten mir den Wert der Organisation, um Reformen des Preß- und Strafrechts durchzusetzen, und ich habe deshalb fast vom ersten Tage meines Frankfurter Aufenthalts an tätig mitgearbeitet, um Vorschläge für solche Reformen auszuarbeiten. Das führte von selbst dazu, daß ich diese Fragen auch redaktionell in-

Digitized by Google

tensiver behandelte, als es sonst wohl der Fall gewesen wäre. Durch diese Wechselwirkung bin ich immer von neuem angeregt worden, nach beiden Richtungen hin größere Initiative zu entfalten, nach der Richtung der besseren gesetzlichen Sicherung der Presse — und ich darf hier die bisher erzielten, wenn auch noch zu geringen Erfolge in der Frage des Zeugniszwanges und des fliegenden Gerichtsstandes vielleicht auf mein Konto buchen und auf die zusammenfassenden Forderungen für die Reform des Preßrechts hinweisen — und ferner nach der Richtung der strafferen und aktionsfähigeren Zusammenfassung der journalistischen Organisationen zu dem jetzigen Reichsverbande der deutschen Presse, zu dessen Mitvaterschaft ich mich bekenne. Ich hoffe, solange ich im journalistischen Beruf tätig sein kann, auch der Berufsorganisation noch weiter nützlich sein zu können.

DOROTHEE GOEBELER

Redakteurin der „Berliner Hausfrau".

Wie und wodurch ich Journalistin wurde, soll ich erzählen? Läßt sich das überhaupt erzählen? Fontane sagt einmal vom Glück: „Man hat es oder man hat es nicht". Das klingt beinah banal und wie Binsenweisheit, trifft aber, wie noch so manches andere Wort des Alten, den Nagel auf den Kopf. Danach laufen und jagen und sich darum mühen nutzt gar nichts, auch beim Journalismus nutzt es nichts. Man hat das Zeug dazu oder man hat es nicht. Man kann nicht Journalist „werden", auch auf Hochschulen und dergleichen nicht, man „ist" es oder „man ist es nicht"; man kann höchstens nachträglich feststellen, wann und wie man entdeckte, daß man es sei.

Als ich zu arbeiten begann — ich war noch ein besserer Backfisch —, machte ich — Gedichte. Sie waren danach! Einzelne wurden aber doch schon gedruckt, mal hier, mal da! Das erste im „Berliner Lokalanzeiger". Vielleicht war die Tatsache, daß ich es einzuschicken wagte, auch schon eine unbewußte Regung von Journalismus. Es war nämlich damals gerade — hochaktuell. Es hieß „Das Märchen", und war im Grunde genommen eine sentimentale Backfischreimerei, aber es spielte gerade der — Prozeß Gräf, und Gräfs „Märchen" stand im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Brave Haustochter von noch nicht Zwanzig, war ich natürlich viel zu dumm, um zu verstehen, um was es eigentlich ging, aber Märchen und Märchen paßte doch zusammen, und ich weiß heut, daß es noch viel besser paßte, als ich damals ahnen konnte, denn meine sentimentale Reimerei war wie eine Absage an das andere Märchen, besser noch an das, was man daraus machen wollte. — Mit einem zweiten Gedicht erging es genau so. Es lag schon fertig da, behandelte den Regentropfen, der an das Fenster schlägt und dabei die Geschichte seines Werdegangs erzählt. In einem absolut verregneten Mai schickte ich es fort mit der Überschrift: „Im wunderschönen Monat Mai 1887". — Ein „Mailied" mit dem Anfang: „Draußen fällt der Regen nieder, langsam, monoton und traurig" — das war etwas für die Redaktion und ich wurde wieder mal — gedruckt.

Trotzdem hatte ich noch immer keine Ahnung von — Journalismus.

Ich schrieb dann Skizzen und Novellen, kleine Plaudereien, die in Frauenblättern und Zeitschriften erschienen. Wenn ich sie heute prüfend übersehe, finde ich auch in ihnen so manchen journalistischen Zug. Sie waren aus dem Leben und Erleben des Tages geschöpft und behandelten aktuelle Fragen und Probleme.

Ehe ich richtig in meinen Beruf hinein kam, hieß es aber doch noch Verschiedenes durchkämpfen. Es war die Zeit, in der auch die „Haustöchter" begannen — beginnen mußten, an Gelderwerb zu denken; aber mein schriftstellerisches Talent dazu zu verwenden, das wäre weder mir noch meinen Angehörigen eingefallen. Ja, es war ja ganz hübsch, wenn mal ein Gedicht, eine Skizze, ein Artikel gedruckt wurden, wenn es sogar — Honorar dafür gab — aber einen wirklichen „Beruf" daraus machen? Ach, das ging doch nicht! Und so schrieb man denn „nebenbei",

Digitized by Google

am Sonntag, oder am Abend, wenn die andere, die „wirkliche“ Arbeit getan war. Die „wirkliche Arbeit“: Nähen und Sticken, das erste, zu dem die „Damen“ griffen, die Geld verdienen mußten.

Jahre, die arm waren an all den Freuden, die heut der jüngsten Jugend schon als selbstverständlich gelten. Jahre, in denen man da saß mit Ideen, die zur Gestaltung drängten und die man nicht ausführen konnte, weil die „wirkliche Arbeit getan“ werden mußte, schwere und harte Jahre. Nein, ich habe sie nicht leicht getragen, aber ich weiß heute, daß sie mir notwendig waren und darum auferlegt von einer höheren und weiseren Hand. Sie haben mich tief hineinsehen lassen in des Lebens Abgründe und mir den Blick geschärft für seine sozialen Nöte. Sie waren eine Vorbereitung für meinen Beruf, wie ich sie mir nicht besser wünschen konnte, immer wieder habe ich aus ihnen geschöpft und schöpfe noch daraus. Und schließlich nahmen auch diese Jahre ein Ende. Das Schicksal selber griff helfend ein. Zunächst schien es ein harter Schlag, daß meine Mutter erkrankte und auf Monate in die Klinik mußte, aber ich war mit einem Male dadurch selbständig geworden und stand auf eigenen Füßen. Ein Kollege — er ist schon lange tot — sagte mir, was ich längst schon als richtig empfand: Schluß mit der „wirklichen Arbeit“, machen Sie dafür die, die wirklich die Ihre ist, schreiben Sie aktuelle Sachen, Artikel, kurze Notizen, selbst Reportersachen, probieren Sie es wenigstens. Nun, ich probierte. Ich las Zeitungen: Was gebrauchen die? Das kannst du auch schreiben, versuche! Der Versuch gelang. Nicht gleich und nicht immer, aber doch sehr oft. Alt-Berlin war damals ein sehr beliebtes Thema, es „lag mir“ und wurde gründlichst ausgeschlachtet. Am Unterhaltungsblatt des „Lokal-Anzeigers“ wirkte damals unser alter Dr. Franz Hirsch, ich wurde bald seine ständige Mitarbeiterin, er hat mir manchen nützlichen Wink gegeben: „Einhaken“ war seine ständige Rede — „immer irgendwo einhaken, schnell einhaken“. Und so „hakte ich denn ein“, in alles, was geschah, und hatte bald die große Kunst heraus, die den echten Journalisten ausmacht: „Aus dem „Nichts“ das herauszuholen, was „ein Etwas“ daraus macht.“

Am „Vorwärts“ war es Hans Nikolaus Krauß, der leider so früh verstorbene und viel zu wenig gewürdigte Walddichter, der mich heranholte für aktuelle Skizzen. Und so war ich denn schließlich ganz von selbst zu dem Beruf gekommen, der mein eigentlichster ist. Meine Mutter hat das noch erleben dürfen und hat ihren Stolz und ihre Freude daran gehabt.

1904 übernahm ich die Redaktion der „Berliner Hausfrau“, damals Verlag Deutsches Druck- und Verlagshaus, heut Guido Hackebeil, und damit war ich vollends im journalistischen Fahrwasser angelangt.

Die Journalistinnen unserer Zeit kommen wohl schneller und leichter in ihr Fach hinein, und doch weiß ich nicht, ob nicht die Lebensschule, durch die ich und so mancher andere Kollege gehen mußte, die beste und richtigste für unsern Beruf ist.

DR. ARNO GÜNTHER

Redakteur an den „Leipziger Neuesten Nachrichten“.

Zunächst und zuvörderst: warum immer noch das Fremdwort „Journalist“ als unsere Berufsbezeichnung? Ist Tagesschriftsteller nicht viel verständlicher, viel sinnfälliger? Wir schreiben nun einmal für den Tag, um den Tag, und sollten uns deshalb nicht scheuen, Art und Wesen unserer Tätigkeit beim rechten Namen zu nennen. Warum müssen wir uns aber als Träger eines Berufs immer noch in das Gewand einer fremden Sprache kleiden? Glaubt einer, daß er damit seinen Fuß auf Millionen Socken setzt? Und schließlich haben wir alle als Schriftleiter deutscher Zeitungen auch ein Amt an der deutschen Sprache zu verwalten.

Digitized by Google

Also nach dieser kleinen Kapuzinerpredigt gegen entbehrliche Fremdwörter zur Frage selbst: Weshalb und wie wurden wir Tagesschriftsteller? Zuerst war es wohl mehr triebhafter Drang, sich schriftstellerisch irgendwie zu versuchen, als willensvolles Streben zu dem Beruf. Mehr dunkel Geahntes als klar Geschautes. Aber bereits in den letzten Gymnasiastenjahren trat bei mir die innere Entwicklung in den für Berufswahl und Lebensrichtung entscheidenden Abschnitt. Deutlich und hell stand mir das Ziel vor Augen, Tagesschriftsteller zu werden. Die Beschäftigung mit Fragen der Tagespolitik übte einen zwingenden Reiz auf mich aus, auf diesem Gebiet zum Nutzen des Gemeinwohls selbst fördernd mitzuarbeiten. Die Erkenntnis, daß diesem Ziele vornehmlich das Mittel der Presse dient, war der nächste Schritt in dieser Gedankenreihe, und der dritte, das beinahe Zwangsläufige, der Entschluß zum Berufe selbst. Mir schien es damals und ist es noch heute lohnende, lockende Aufgabe, den breiten Schichten der Bevölkerung als Wissensmittler zu dienen. Dabei war und bin ich mir von vornherein wohl bewußt, daß es bei der Arbeit des Tagesschriftstellers vor allen Dingen darauf ankommt, marktgängige Scheidemünze aus guten Goldbarren zu schlagen, also schwierig faßbare Dinge durch entsprechende, dem allgemeinen Bedürfnis entgegenkommende Erläuterungen dem Verständnis möglichst weiter Kreise nahezubringen. Gerade das zweckvoll Lehrhafte, das im Wesen jeder Zeitung beschlossen liegt, veranlaßte mich, der Presse meine Kräfte zu widmen. Die Zeitung ist für viele Zeitgenossen, nachdem sie die Schulbank verlassen haben, das einzige oder wenigstens das vornehmliche Bildungsmittel. Die Bildung, die durch die Zeitung verbreitet werden soll, hat sich m. E. auch auf das sprachliche Stilgefühl zu erstrecken. Die Pflege einer guten und flüssigen Ausdrucksform in der Muttersprache betrachte ich als eine der Hauptaufgaben der Zeitung. Wir Tagesschriftsteller sollen auf dem Gebiet der Sprachbehandlung Vorbilder und Lehrmeister für die große Masse der Lernbedürftigen, der Bildungsempfänglichen sein. Ich bin mir bewußt, daß gerade in dieser Beziehung von uns Männern der Presse noch sehr viel zu leisten ist, und fühle mich deshalb verpflichtet, mit Gleichgesinnten mitzuringen um eine reine, klare, schlichte Ausdrucksweise, um einen guten deutschen Stil in der deutschen Presse.

So bin ich denn nicht wie mancher andere durch einen Zufall oder nach einer Enttäuschung in einem anderen Berufe zur Tagesschriftstellerei gelangt, sondern auf einem ganz bestimmten, scharf aufs Ziel gerichteten Wege. Nach der Gymnasiastenzeit habe ich mich auf zwei deutschen Hochschulen auf den Gebieten der Geschichte, der Volkswirtschaft und der Germanistik gründlich umgetan. Ich erschloß mir dadurch die Wissensgebiete, auf denen sich meine spätere Tätigkeit im engeren Sinne aufbauen sollte, aber ich habe auch häufige Ausflüge über die Grenze in andere Wissensgebiete unternommen, mancherlei gehört und viel gelernt, ohne mich dabei jedoch in verwirrende Verzettelung zu verlieren. Der Tagesschriftsteller soll ja auf möglichst vielen Gebieten Bescheid wissen; aber nur auf wenigen kann er fachlich gründlich durchgebildet sein. Rückschauend kann ich feststellen, daß mir das Studium der Geschichte die reichsten Anregungen für meine spätere praktische Arbeit als politischer Tagesschriftsteller gegeben hat. Was ich einst als Quellenkritik an Ekkehard von Aura oder an Otto von Freising gelernt habe, das zu üben bin ich noch in der Gegenwart unausgesetzt berufen, wenn ich z. B. die unzähligen Erinnerungsbücher durchblättere, die namentlich seit dem Umsturz wie Pilze aus der Erde geschossen sind. So ist also die Arbeitsmethode der Wissenschaft im weitesten Sinne des Wortes auch für meine Tagesschriftstellerei maßgebend. Das Eindringen in die Zeiten der Vergangenheit fördert das Verständnis der in der Geschichte wirkenden Ideen und Kräfte auch für die Politik der Gegenwart. Geschichte und Politik sind, wie Karl Lamprecht einmal gesagt hat, Geschwister. Daß ich das als Schüler dieses Mannes aus dessen eigenem Munde hören konnte, war mir für mein Leben ein hoher Gewinn.

Daß schließlich die Promotion den Abschluß der wissenschaftlichen Vorbereitungszeit auf den Beruf bildete, erschien mir eine Selbstverständlichkeit. Nicht als ob ich durch die Erwerbung des Doktorhutes das Siegel des Tagesschriftstellers aufgeprägt erhalten hätte. Aber es ist auch für den Tagesschriftsteller ein schätzbarer Gewinn, wennn er der Öffentlichkeit zu erkennen geben kann, daß er im Feuer wissenschaftlicher Bewährung seinen Mann gestanden hat. Das erhöht natürlich den Anspruch an seine Leistungen, darin liegt aber auch zugleich eine starke Verpflichtung. In dem Bemühen, sie zu erfüllen, Mittlerdienste zu leisten für die Verbreitung von Wissen und Kenntnissen im deutschen Volke — auch auf dem Wege von Urteil und Kritik —, finde ich meine größte Befriedigung. Ich kann mir sehr wohl auch andere Wege denken, die in die Pforten der Tagesschriftstellerei einmünden. Aber für meine Person möchte ich abschließend bekennen: „Und hätt' ich zu beraten neu meine ganze Bahn, ich ließe meiner Taten nicht eine ungetan."

Digitized by Google

MAX HORNDASCH

Redakteur an der „Kölnischen Volkszeitung“.

Weshalb? Weil ich niemals einen anderen Beruf im Auge hatte. Die Liebe zu ihm wurde durch die Bekanntschaft mit einem Journalisten geweckt, dessen ausgezeichnete Kenntnis des Deutschland der Bismarckzeit mich erstaunen machte.

Wie? Nach einem wohlüberlegten Plan, in dem ich mir zunächst zur Pflicht gemacht habe, alle Zweige des Zeitungswesens, auch die rein technischen Dinge, in praktischer Arbeit kennenzulernen. So habe ich die Redaktions-Volontärzeit benutzt, um Setzen und Umbrechen zu lernen. Ich habe mir gesagt, daß man vom Metteur unabhängig in der Beurteilung der Frage sein müsse, was noch auf eine Seite geht und was in einem bestimmt angegebenen Zeitraum durch die Setzerei bewältigt werden kann. Setzen und Korrekturlesen haben mir beigebracht, wie der Redakteur ein Manuskript bearbeiten soll und wie er dies nicht machen darf. Die vollkommenste Fertigkeit in der Stenographie hielt ich für ebenso unentbehrlich wie den häufigen Besuch politischer Versammlungen aller Parteien und öffentlicher Vorlesungen über wirtschaftliche, geographische, kunstgeschichtliche und ähnliche für den Journalisten wichtige Wissensbereiche. Die journalistische Tätigkeit habe ich während des Feldzuges insoferne fortgesetzt, als ich mir fast täglich Aufzeichnungen machte, um sie für die Geschichte des Regiments, in dem ich als Kompagnieführer Dienst tat, zu verwenden. Als der Krieg zu Ende ging, war auch das Manuskript fertig; in 11 Tagen war die Auflage vergriffen.

Vor dem Kriege habe ich einen einzigen Leitartikel geschrieben. Ich war des vielleicht naiven Glaubens, man müsse erst einen guten Bericht über ein Sängervereins-Stiftungsfest liefern können, bevor man sich an eine größere Aufgabe begebe. In der Nachkriegs- und in der für rheinische Journalisten so wichtigen Besatzungszeit bin ich dem politischen Artikel gänzlich verfallen. Aber ich meine, man sollte sich als Journalist bis ins Alter die Fähigkeit zu bewahren versuchen, über den Transfer ebenso anschaulich zu schreiben wie über die Luftdruckgründung von Strompfeilern für eine neue Brücke.

DR. BODO LANGENSTRASZEN

Redakteur an der „Breslauer Zeitung“.

Die Frage, weshalb und wie ich Journalist wurde, ruft früheste Jugenderinnerungen in mir wach. Mein Vater, pensionierter Postbeamter in einem westpreußischen Marktflecken von etwas über 3000 Einwohnern, sah sich genötigt, um uns Kindern den Besuch der höheren Schule in der nächsten Gymnasialstadt und später auch der Universität zu ermöglichen, neben seiner Pension auf andere Erwerbsmöglichkeiten bedacht zu sein, und die fand er u. a. in der Berichterstattung für sechs der angesehensten Provinzzeitungen. Sie bezahlten teils mehr, teils minder gut und überwiesen außerdem laufend ein Freiexemplar. Auf diese Zeitungen stürzte ich mich, wenn ich in den Ferien zu Hause war, mit einem Feuereifer. Jede mußte ich von A bis Z lesen, eher fühlte ich mich nicht wohl. Besonders eifrig studierte ich bald die Reichstags- und Landtagsverhandlungen, die damals ja noch ausführlicher gebracht wurden als heute, und die der Graudenzer „Gesellige“ mit kleinen Bildchen der Abgeordneten, die gesprochen hatten, zu schmücken pflegte. So kannte ich bald jeden der Volksvertreter — wenigstens nach dem Bilde — und so nahm es auch nicht wunder, daß ich regstes Interesse an

Digitized by Google

der Reichstagswahl des Sommers 1903 nahm. Ich war damals sechzehn Jahre alt, wohlbestalter Untersekundaner in Dirschau, und hielt es einfach für notwendig, um meinen Wissensdurst zu stillen, die „Dirschauer Zeitung" als Abholer für 10 Pfg. die Woche zu abonnieren. Meine Pensionsmutter, mit der ich stark auf Kriegsfuß stand, um ihr Exemplar zu bitten, hielt ich für unter meiner Würde. Während der Ferien hatte ich die Zeitung zu Hause, sie war als nächstes Heimatorgan meine Lieblingslektüre.

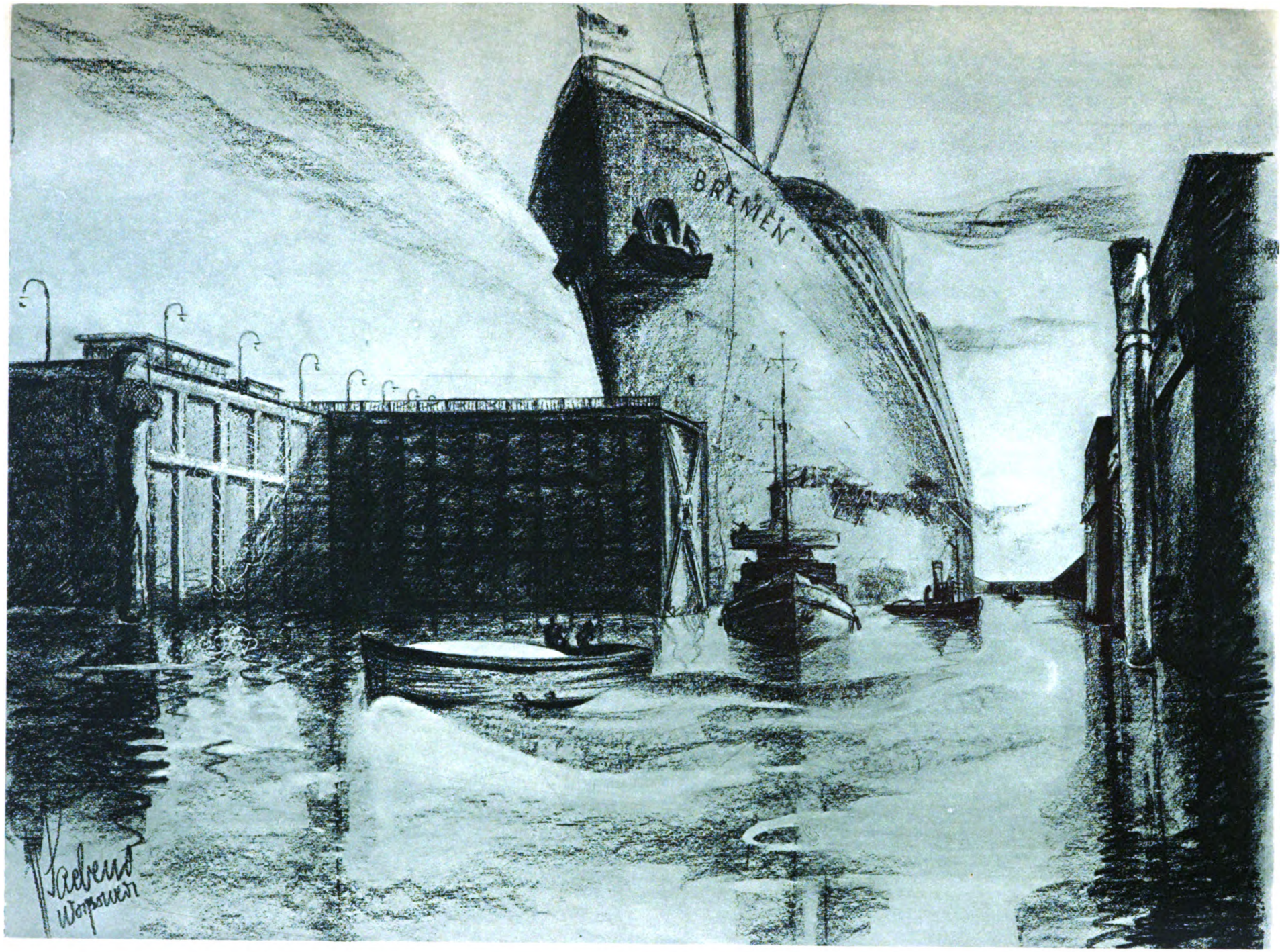
Um diese Zeit wird es wohl gewesen sein, daß mir mein Vater in den Ferien die Berichterstattung für seine Zeitungen, unter seiner Aufsicht natürlich, überließ, damit ich mein Taschengeld vergrößere. In so einem kleinen Nest passiert ja nicht viel, immerhin hatte ich fast in jeden Ferien das „Glück", daß ein Feuer entstand, das von den Zeitungen sorgfältig registriert wurde. Daneben gab es Sommer- und Weihnachtsfeste des Kriegervereins und des Evangelischen Männervereins, Ertrinkensfälle in tückischen Tiefen unseres sonst harmlosen Flusses, Beginn und Schluß der Zuckerrübenkampagne, Ernteberichte, Sterbefälle unter der Geistlichkeit der Kathedralkirche und dergl. mehr, worüber sich berichten ließ. Dagegen fehlten „leider" noch vollständig die heute bei Berichterstattern in der Provinz so beliebten Motorrad- und Autounfälle. Auch gab es noch keine Kongresse mit langatmigen Entschließungen, über die man seitenlang schreiben konnte, ebenso fehlte den Menschen noch jeglicher Sinn zum Selbstmord. Man lebte damals halt glücklicher. Wesentlich war für mich, daß mir mein Vater das Zeilenhonorar gleich nach dem Abdruck in den Zeitungen bar auszahlte. War ich nicht zu beneiden, Ihr lieben Kollegen, die Ihr manchmal wochen- und monatelang auf Euer Honorar warten müßt? Natürlich wurde der Bericht mit gleichem Wortlaut für alle Zeitungen vervielfältigt, und es gab, wenn es gut ging, — und es ging meist gut — im ganzen 50 Pfennige für die Zeile! An Zeilenschinderei dachte man damals noch nicht.

So vergingen die Schuljahre, und so kamen die Universitätsjahre in Königsberg, die mich zunächst in eine andere Bahn brachten, da ich Philologe wurde mit dem Ziel, das höhere Schulfach zu ergreifen. Als eifrigem, ämterbelastetem Korporationsstudent fehlte mir überdies die Zeit, mit einer dortigen Redaktion nähere Fühlung zu nehmen. Zwei Berichte über größere Sitzungen der Gesellschaft für Erdkunde sind — glaube ich — das etwas magere Ergebnis journalistischer Betätigung in Königsberg. In den Ferien, die ich wieder zu Hause zubrachte, vergaß ich selbstverständlich meine Nebenerwerbsquelle nicht. Die Aussichten für Philologen wurden damals von Semester zu Semester schlechter. Mein Leibbursch, der jetzige Ortsgruppenvorsitzende in Nürnberg, ging zur Journalistik über und ließ damit auch bei mir die Neigung zum Zeitungswesen neu aufleben. Es kam hinzu, daß meine Doktorarbeit als stark nationalökonomisch infiziert angesprochen wurde — obwohl ich mich mit Nationalökonomie gar nicht abgegeben hatte — und der nationalökonomische Ordinarius die Absicht zu erkennen gab, mich in seinem Fach zu prüfen. Schleunigst mußte ich noch ein Semester lang nationalökonomische und finanzwissenschaftliche Vorlesungen hören, und im Examen kam ich dann in beiden Fächern glücklich auch durch.

Doch was nun tun? Die Philologenlaufbahn mit der Aussicht auf langjährige Wartezeit weiterzuverfolgen, schien mir höchst ungewiß. So schrieb ich denn an meinen Leibburschen, der inzwischen in Berlin Redakteur geworden war, wohin ich mich wegen einer Volontärstelle wenden könnte. Seinem Rate folgend, reichte ich im August 1911 ein Gesuch an die „Breslauer Zeitung" ein, deren Chef mir alsbald mitteilte, daß zurzeit eine Stelle nicht frei sei, ich möchte mich aber Anfang September noch einmal melden. Die zweite Anfrage wurde zustimmend beantwortet mit dem Ersuchen, möglichst noch einige Tage vor dem 1. Oktober in Breslau einzutreffen, damit ich mich schneller einarbeite. Hocherfreut über diesen Bescheid, der mir alle Zukunftshoffnungen zu erfüllen versprach, vergaß ich in der Weltfremdheit der Studenten von damals dem praktischen Leben gegenüber ganz, dem Chefredakteur mitzuteilen, daß ich wunschgemäß antreten werde. Seelenruhig meldete ich mich schon (!) am 30. September in der Frühe bei dem Chef, der zugleich Verleger war, und fiel aus allen Wolken, als ich einen Anranzer erhielt, weil ich mich nicht alsbald zur Annahme der Stelle bereit erklärt hätte. Ich suchte mich zu verteidigen, kam damit aber nur noch böser an.

Diese etwas derbe Einführung in den neuen Beruf war nicht gerade angenehm. Der peinliche erste Eindruck wurde aber bald verwischt durch das vorbildlich kollegiale Verhältnis in der Redaktion, vom Leiter herunter bis zum jüngsten Redakteur. Man ging mir beim Einarbeiten hilfreich zur Hand, sah über Ungeschicklichkeiten hinweg, die sich bei den ersten selbständigen journalistischen Schritten naturgemäß bemerkbar machten. Lächelnd denke ich auch heute noch an

Digitized by Google



Nach einer Zeichnung von H. Saebens, Worpswede

Digitized by Google

Digitized by Google

meine verzweifelten Bemühungen, am zweiten Tage nach meinem Dienstantritt über einen besonders kompliziert liegenden Mord zu berichten.

So bin ich also Journalist geworden, und es hat mir an der ersten Arbeitsstätte trotz des Anpfiffs beim Dienstantritt so gut gefallen, daß ich nun schon fast achtzehn Jahre bei derselben Zeitung tätig bin.

RUDOLF MICHAEL

Chefredakteur des „Hamburgischen Correspondenten".

Der innerste Weg des Menschen in seinem Beruf bleibt immer ein Rätsel und ein Wunder. Wir mögen die Methoden der Pädagogik noch so sehr verfeinern und die Mittel der Berufsberatung und der Eignungskontrolle noch so weit ausbauen, wir kommen immer nur bis an den Rand jenes Gebietes, wo der eigentliche Beruf erst beginnt. Denn Beruf ist Berufung. Oder man müßte eben nur von der äußeren Tätigkeit sprechen, von dem Anstellungsvertrag, von dem Titel. Dann würde der Hinweis etwa auf den Befehl des Vaters genügen oder auf die wirtschaftliche Notlage oder auf den Zufall der Eingebung. Wir wissen, daß die ältere Generation oft auf sehr unberechenbaren Wegen in den journalistischen Beruf gekommen ist. Bismarcks berüchtigtes Wort stand wie ein Schatten über ihr. Und wir sehen, daß die jüngere Generation oft wie ein solider Beamter zur Zeitung kommt und durch sie hindurchgeht. Vielleicht gehöre ich zu denjenigen, die noch auf der schmalen Grenze zwischen diesen beiden Himmelsrichtungen von der seelischen Gewalt des Journalismus gepackt wurden...

Ich weiß nicht mehr, woher mir als junger Student die Eingebung kam, einen rechten Zeitungsartikel zu schreiben und ihn der Redaktion zu schicken, mit jenem Aufwand sittsamer Höflichkeit, der heute vielen Leuten im Verkehr mit ihrer Zeitung schon abhanden gekommen ist. Es war ein hoher akademischer Stoff, bei dem mir der selige Cajus Julius Caesar ganz offenbar noch seinen Stil hatte in die Feder fließen lassen.

Aber ich weiß noch sehr genau, wie ich Abend für Abend spät zum Bahnhof gelaufen bin, um nur das erste Exemplar frisch vom Zuge weg zu erstehen und nachzublättern, ob vielleicht..... Und eines Abends war der Artikel gedruckt. Ich sehe mich noch im strömenden Regen auf offener Straße unter einer dürftigen Gaslaterne stehen, um das selbst Geschriebene zuerst mit hastigen Augen zu überfliegen, dann Wort für Wort nachzuprüfen und schließlich beinahe Buchstaben um Buchstaben heißhungrig zu verzehren, als hätte ich nie etwas Seltsameres vor den Augen gehabt. Das war der Schauer des ersten Gedrucktseins, den wir wohl alle einmal im Beginn unseres Weges zum Beruf uns haben über Herz und Rücken laufen lassen. Dieser fast kindliche Schauer muß ja entstehen, wenn man dieses Wunder gewahrt, wie der Gedanke, eben noch etwas ganz Flüchtiges und Individuelles, plötzlich objektive Gestalt gewinnt und dasteht, als sei er für die Ewigkeit gebaut. So schauert es den Architekten, wenn er die Visionen seines Zirkels eines Tages sich hoch über die freie Straße recken sieht. Oder den Dramatiker, wenn ihm die Laune seiner Phantasie eines Abends von lebendigen Menschen, mit Stimme und Bewegung, vorgespielt wird . . .

Später ging ich zur Zeitung. Es war ein Wollen und Müssen zugleich. Viele Kollegen erzählen am Biertisch immer wieder mit bravem Behagen von der Heiterkeit dieser ersten Stunde auf dem Stuhl einer großen Zeitungsredaktion. In der Tiefe läutet aber schon das einstweilen noch nicht gehörte erste Glöckchen der journalistischen Tragik, die die ganze Seeligkeit, aber auch die ganze Sorge unseres großen Berufes ausmacht. Den jungen Kopf voll völkerrechtlicher Vorstellungen und historischer Erinnerungen, dazu ferner erzogen, die einfachsten Dinge in den Stil ciceronianischer Konstruktionen zu kleiden, bekam ich die Allmacht über das Ressort Nachbargebiete. Das bekundete ich dadurch, daß ich alle Einsendungen als höchst belanglos in den Papierkorb warf und auf die wirklich großen Ereignisse wartete. Bis mir durch die Bitterkeit der Erfahrung klar wurde, daß es journalistische Möglichkeiten gibt, für die eine überfahrene

Digitized by Google

Kuh wichtiger ist als eine wochenlange Abrüstungskonferenz. So geriet ich unversehens einen großen Schritt weiter auf dem Wege in den Journalismus hinein. Es ging um die Kunst, die Dinge mit eigenen Augen und trotzdem vom Leser her zu sehen. Es war der Zwang, das Beste im Journalisten, das Subjektive, objektiv zu machen . . .

Dann kam eines Tages die erste Kritik, zu der die Sehnsucht den jungen Journalisten erfahrungsgemäß am heftigsten treibt, weil ihm dort am reinsten das Gefühl einer Macht über Menschen und Dinge blüht. Es war ein leichtes Lustspiel, eine Komödie — glaube ich —, vielleicht auch ein Schwank. Aber ich packte ihn de profundis, ich maß ihn mit den eisernen Maßstäben jahrhundertealter literarischer Größe. Ein Hagel von Beschwerden zeigte mir, daß es eine Kunst geben muß, jede Kunst in sich zu nehmen. Wo blieben auch schließlich die deutschen Wälder, wollte man Tag für Tag Tausende von Bäumen ausreißen? Es ist schwer, mit dem Werkzeug des Journalisten in das Reich des Absoluten vorzustoßen. Das gelingt nur wenigen Glücklichen unter uns und auch dann nur bisweilen, wenn sie es gar nicht vermuten. Gewiß kann kein Beruf auf die Dauer ohne Gesetz und ohne Methode sein. Aber was man dem jungen Beamten an Vorschriften, sauber gedruckt, in die zitternden Hände drückt, das muß sich der Journalist an den Ereignissen immer wieder neu erarbeiten. Oft reicht eine Methode ein Jahr lang aus ohne Gefahr, bis sie plötzlich in einer nächtlichen Stunde wieder völlig über den Haufen geworfen wird . . .

Mit den Jahren kam das Selbstverständliche. Man hörte das berühmte Wasser brodeln, mit dem überall gekocht wird. Man sah in die Dinge hinein, gewiß sehr viel tiefer als Hunderte oder Tausende, die tagtäglich vor dem Schaukasten stehen und Weltgeschichte im Fluge genießen. Aber ob man auch wirklich hinter die Dinge sieht, das ist die große quälende Frage, die den guten deutschen Journalisten niemals loslassen darf. Denn da liegt die Schwelle zwischen der besten Reportage und jener Werkstatt, wo wirklich gebaut wird. Hier hockt der tragische Zweifel, ob wir uns nicht, die wir in der Tat an der Quelle der Ereignisse zu stehen scheinen, im Grunde immer ferner an ihnen vorüberleben. Ich habe genug alte Journalisten gekannt, die fünfzig Jahre lang das große Leben beobachtet und bearbeitet hatten und die es doch weniger verstanden als ein Kind. So drängt der ewige Trieb zu wirklicher Gestaltung die einen von uns in die Politik, die andern in die Literatur, die dritten in die Wirtschaft. Vielleicht und gewiß ist dies ein neuer geistiger Wendepunkt auf dem Berufswege des echten Journalisten. Bis dahin — ich muß es ganz offen gestehen — beneide ich oft auf heimlichen Spaziergängen den Maurermann, der mit Kelle und Mörtel Stein auf Stein fügt, um dann am Ende der Woche seinen Kindern das Stück Mauer zu zeigen, das er gebaut. Vielleicht hat er sogar heimlich seinen Namen in den braunen Ziegel geritzt, in der seligmachenden Hoffnung, es könnte nach Jahrhunderten noch einer beim Abbruch dies Stück Stein in die Hand nehmen und sagen.....

Ja, wenn man heute nur schon wüßte, was die Leute später einmal über uns sagen!?

DR. CURT MÜHLING

Redakteur am „Berliner Lokalanzeiger“.

Ich habe vor nunmehr 52 Jahren die Schule mit der Absicht verlassen, Astronom zu werden. Und diese Absicht war gerade deshalb in mir gereift, weil diese Wissenschaft wohl die einzige ist, der man sich nur um ihrer selbst willen widmen kann.

Wenn ich nach einem Studium von fünf Semestern, die ich der Mathematik und den Naturwissenschaften widmete, umsattelte und mich von der Beschäftigung mit außerirdischen Vorgängen der Beschäftigung mit den Schicksalen der Bewohner unseres kleinen Planeten zuwandte, so tat ich das nicht deshalb, weil ich an meiner Überzeugung irre geworden war, sondern deshalb, weil ich, vielleicht zu voreilig, das bedrückende Gefühl nicht los wurde, daß meine Begabung für die Mathematik, die mein alter Lehrer Schellbach, einer der größten Pädagogen des vorigen Jahrhunderts, für vollkommen

Digitized by Google

ausreichend zum Studium der Astronomie gehalten hatte, mir selbst nicht groß genug erschien, um zu solchen Erfolgen emporsteigen zu können, wie sie bei der beschränkten Zahl der Sternwarten und darum der Anstellungsmöglichkeiten nötig waren.

Von meinem fünften Semester an studierte ich deshalb Geschichte und promovierte in diesem Fach und in Geographie und Volkswirtschaft als Nebenfächern in meinem neunten Semester.

Gerade zu dieser Zeit hatte Leo XIII. der historischen Forschung das ihr bis dahin hermetisch verschlossene vatikanische Archiv geöffnet. Zu den zahlreichen Historikern, die sich auf diese ganz unberührte Fundgrube ihrer Wissenschaft stürzten, gesellte ich mich. Ich mußte das auf eigene Kosten oder vielmehr auf Kosten meines Vaters tun, denn für die Arbeiten der Münchener Akademie und des preußischen historischen Instituts, das der Öffnung des vatikanischen Archivs sein Dasein verdankt, kam ich wegen meiner Jugend und auch deshalb nicht in Betracht, weil ich noch keinen Beweis dafür erbracht hatte, daß ich den verantwortungsvollen Aufgaben gewachsen war, die jene Organisationen ihren Mitarbeitern anvertrauen wollten. Dazu kam aber, daß ich im Anschluß an meine Doktorarbeit ganz bestimmte wissenschaftliche Ziele verfolgte, die sich mit denen nicht deckten, die das preußische und das bayerische Institut ins Auge gefaßt hatten.

Das vatikanische Archiv war damals nur von 9—12 Uhr geöffnet, und an jedem Donnerstag und an allen den zahlreichen Feiertagen der katholischen Kirche geschlossen. Während des Sommervierteljahrs war es unzugänglich. Es war klar, daß ich, zumal ich doch auch die ewige Stadt und ihre unerschöpflichen Kunstschätze kennen lernen wollte, die Durcharbeitung der zahlreichen Foliobände der Register des Papstes Johanns XXII., die ich für meine Habilitationsschrift brauchte, nicht in einem Jahre bewältigen konnte.

Ich mußte den folgenden Winter und vielleicht noch ein drittes Jahr in Rom zubringen, wenn ich mein Ziel erreichen wollte. Bei der Ausführung dieses Vorhabens stieß ich aber auf den Widerstand meines Vaters, der endlich die Früchte meines langen Studiums sehen wollte. Ich hätte diesen Widerstand wahrscheinlich überwinden können, wenn ich ihn energisch bekämpft hätte, denn mein Vater war ein wohlhabender Mann, aber die von ihm geltend gemachten Bedenken gegen die lange Dauer der Vorbereitungszeit für die akademische Laufbahn hatten mir meine Abhängigkeit, die ich bisher nicht empfunden hatte, zum Bewußtsein gebracht, und gerade darum wurde mein Drang nach Selbständigkeit unüberwindlich. So beschloß ich denn, mir die Kosten für die Fortsetzung meiner römischen Studien selbst zu verdienen.

Ich hatte in Rom in dem gastlichen Hause von Otto Brandes, der später Vertreter des „Berliner Tageblatts" in Paris und London wurde, aber damals Chef der Kanzlei der deutschen Botschaft war und mit Hilfe seiner geistig sehr hochstehenden sprachgewandten Frau eine Geselligkeit pflegte, wie man sie kaum in einer anderen Familie der deutschen Kolonie in Rom finden konnte, den Berliner Korrespondenten des „Standard", Dr. Waldeck, kennen gelernt und ihm als Führer durch die Herrlichkeiten der ewigen Stadt Dienste geleistet, die von ihm für so wertvoll gehalten wurden, daß er mir beim Abschied sagte, er würde mir, wenn ich ihn einmal brauchen könnte, immer gern zur Verfügung stehen. An ihn, den einzigen Journalisten, den ich kannte, wandte ich mich und fragte ihn, ob es ihm wohl möglich wäre, mir den Weg zu zeigen, den ich einschlagen müßte, um mir die Vertretung einer oder mehrerer deutschen Zeitungen in Rom zu verschaffen. Er versprach mir, selbst nach einer Zeitung Umschau zu halten, die in Rom noch nicht vertreten war oder dort einen neuen Vertreter suchte. Schon acht Tage später suchte mich, von Dr. Waldeck auf mich aufmerksam gemacht, Leopold Sonnemann, der Besitzer der „Frankfurter Zeitung" auf, der im Hotel de Rome, das meinem Vater gehörte, abzusteigen pflegte, wenn er nach Berlin kam. Er forderte mich auf, zunächst einmal einige Feuilletons aus dem Gebiet meiner historischen Studien für die „Frankfurter Zeitung" zu schreiben. Ich arbeitete damals an einem Aufsatz über die Geschichte der deutschen Kaisersage, der Sage vom Kyffhäuser und dem Rotbart,. der für eine historische Zeitschrift bestimmt war. Diesen Aufsatz populärisierte ich und sandte ihn nach Frankfurt. Das war der erste Artikel, den ich für eine Zeitung geschrieben habe. Er wurde in zwei Fortsetzungen abgedruckt. Kurz darauf sandte mir die Redaktion den damals erschienenen fünften Band von Mommsens Römischer Geschichte zur Besprechung. Auch mit dieser Arbeit war man in Frankfurt zufrieden. Einen Monat nach Sonnemanns Besuch bei mir konnte ich meinem Vater zu dessen größter Überraschung mitteilen, daß ich nach Rom gehen würde und seiner Hilfe dazu nicht bedürfte, denn ich hatte einen Vertrag in der Tasche, der mich mit einem Gehalt von 300 Lire und 50 Lire für jedes Feuilleton zum Vertreter der „Frankfurter Zeitung" in Rom machte.

Digitized by Google

Ich betrachtete aber diese meine erste journalistische Tätigkeit zunächst lediglich als einen vorübergehenden Nebenberuf. Vormittags arbeitete ich nach der Durchsicht der Morgenblätter im vatikanischen Archiv. Nachmittags erledigte ich meine journalistischen Arbeiten und hatte doch noch genug Zeit, um abends im Kreise meiner Arbeitsgenossen im Vatikan und einer Schar von Künstlern, die fast ausnahmslos zu großen Erfolgen emporgestiegen sind, in der weit bekannten Kneipe am Vicolo della vedove unvergeßliche Stunden zu verleben.

Zwei Jahre waren so dahingegangen. Ich hoffte nach dem dritten Winter meine archivalischen Studien beendigen und meine Habilitationsschrift fertigstellen zu können. Ich wollte sie in Leipzig, wo mein Lehrer und väterlicher Freund, Professor Arndt, noch wirkte, einreichen.

Da erhielt ich während meiner Urlaubszeit im Sommer des Jahres 1886 in Berlin ein Telegramm aus Frankfurt, das mich aufforderte, sofort nach Sofia abzureisen, wo Alexander von Battenberg damals bekanntlich durch eine von den Russen veranstaltete Militärrevolution gefangen genommen und gewaltsam entführt worden war. Ich besann mich keinen Augenblick, diese ehrenvolle Mission anzunehmen und erledigte sie zu voller Zufriedenheit meiner Auftraggeber. Dann kehrte ich nach Rom zurück und stürzte mich wieder auf meine historische Arbeit.

Zu Anfang des Jahres 1887 aber erhielt ich zu meinem größten Erstaunen die Anfrage, ob ich für die „Frankfurter Zeitung“ nach Paris gehen wolle. Meine eigentliche Berufsarbeit konnte ich nur in Rom zu Ende führen. Wenn ich diese Anfrage bejahte, so entschied ich mich endgültig für die Aufgabe der akademischen Laufbahn. Nach langer und reiflicher Überlegung entschloß ich mich, den entscheidenden Schritt zu tun, wahrlich nicht mit leichtem Herzen.

Ich will nicht leugnen, daß es mich reizte, nach verhältnismäßig so kurzer Lehrzeit auf den wichtigsten Außenposten einer der angesehensten Zeitungen Deutschlands berufen zu werden, aber ich hätte trotzdem diesen über meinen Lebensweg entscheidenden Entschluß wohl nicht gefaßt, wenn ich nicht während meiner journalistischen Tätigkeit in Rom, dem Schauplatz des weltgeschichtlichen Konfliktes, der erst am 11. Februar dieses Jahres seine Lösung gefunden hat, in meinem nahen Umgang mit hervorragenden italienischen Staatsmännern, von denen einige noch Mitarbeiter Cavours waren, und mit kirchlichen Würdenträgern von hoher geistiger Bedeutung zu der Überzeugung gekommen wäre, daß ich meiner Wissenschaft nicht untreu werden müßte, wenn ich Journalist würde. Ist die Geschichte ja auch von Bismarck als die Lehrmeisterin der Politik bezeichnet worden.

Und so, wie ich es mir damals dachte, ist es auch gekommen. Auch als politischer Tagesschriftsteller bin ich immer Historiker geblieben, und ich habe mich immer bestrebt, die Methoden der Geschichtswissenschaft auch in meinen Leitartikeln nie zu verleugnen, Wenn das vielleicht auch unter den jetzigen Zeitläuften nicht mehr als Vorzug gilt, so überzeugt mich doch diese Wandlung des Geschmacks und der Anschauungen vom Zeitungswesen nicht davon, daß nicht auch heute noch ein solcher Lebensweg, wie ich ihn, ohne die Absicht, Journalist zu werden, gegangen bin, eine sehr geeignete Vorbereitung für diesen Beruf ist.

ERNST POSSE

ehemals Chefredakteur der „Kölnischen Zeitung“.

Das sind Gewissensfragen, sehr verehrter Kollege, die sich ohne Umschweife nicht beantworten lassen. Um nach 45 Jahren das Weshalb und das Wie des Entwicklungsprozesses zu erkennen, müssen Sie mir schon gestatten, etwas tiefer in die Erinnerung hinabzuleuchten.

Bismarck soll bekanntlich gesagt haben, Zeitungsschreiber seien Leute, die ihren Beruf verfehlt haben. Auf mich trifft das bösgemeinte Wort zu. Im Jahre 1883 diente ich als Kandidat des höheren Schulamts mein Probejahr an einem Realgymnasium ab und mühte mich, Knaben in die Geheimnisse des

Digitized by Google

Deutschen, Französischen und Englischen einzuführen. Soweit sie mir damals selber erschlossen waren. Denn beim philologischen Studium hatten mich das Literarische, Gehalt und Sinn der Sprache und ihr historisches Werden, mehr gefesselt als Syntax und Grammatik, die ich nun lehren sollte. Aber es ging; wenn auch nicht immer ganz glatt: es ging. Nach Beendigung des Probejahres holte ich mir auf der Turnlehrerbildungsanstalt in Berlin die Berechtigung, auch im Turnen, Fechten und Schwimmen zu unterrichten. In dieser Zeit reifte in Besprechungen mit einem Studienfreunde die Erkenntnis, daß ich nach Veranlagung, Neigung und Richtung der akademischen Studien vermutlich mit mehr innerer Befriedigung und mehr äußerem Erfolg als Journalist denn als Schulmeister würde wirken können. Ich stieß auf eine Anzeige, durch die eine größere Zeitung des Westens einen jungen Akademiker suchte, der seine Studien beendet hätte, aber noch nicht journalistisch tätig gewesen war. Genau mein Fall! Ich meldete mich und erhielt von dem Verlag M. DuMont-Schauberg die Mitteilung, daß es die „Kölnische Zeitung" sei, die den Redakteur suche. Ich mußte zur Besichtigung in Köln antreten und wurde zum 1. April 1885 für ein halbes Jahr probeweise als Redakteur angestellt. Ich bin dann 38 Jahre lang Redakteur der „Kölnischen Zeitung", 22 davon Chefredakteur gewesen.

Damit wüßten Sie ja nun eigentlich, verehrter Herr Kollege, weshalb und wie ich Journalist geworden bin. Aber Sie werden einwenden: „Was ich bis jetzt weiß, ist lediglich, daß Sie, von dunklem Drang getrieben, in die Laufbahn hineingesprungen sind, und den Dusel gehabt haben, eine große Zeitung zu finden, die versuchen wollte, aus Ihnen einen Journalisten nach ihrem Bilde zu machen." Sie haben recht, ich hatte noch keine Ahnung vom Journalismus. Als der Chefredakteur mich am ersten Tage fragte, wo ich mich nun versuchen wolle, im Handel, in der Politik, im Feuilleton, in den Vermischten Nachrichten, mußte ich ihm gestehen, daß das alles für mich böhmische Dörfer seien. Na, dann möge ich mich mal zunächst ein paar Wochen lang einfühlen, meinte er.

Ich fühlte mich also ein, vertiefte mich in Geschichte und Überlieferung der „Kölnischen Zeitung", merkte mir an dem Beispiel der erfahrenen Kollegen, wie's gemacht wird, und las alle Zeitungen, deren ich habhaft werden konnte, deutsche, französische, englische, amerikanische, italienische, spanische, Hinter dem äußeren Bilde der Blätter suchte ich die Tätigkeit des Gestalters zu erkennen, der da in Berlin, Paris, London, New York, Rom, Madrid in einer Werkstatt ähnlich der, in der auch ich jetzt saß, und mit dem gleichen Werkzeug, das mir zur Verfügung stand, den Dingen die Form gab, in der sie als Zeitung wirkten. Ich machte Entdeckungsreisen durch die „Fabrik", sah, wie sich in den Setzsälen die Lettern zu Zeilen, Spalten, Seiten zusammenfügten – Setzmaschinen gab es noch nicht —, wie in der Stereotypie die Platte sich zur Walzenmatrize rundete, wie in der Druckerei die Rotationsmaschinen unter betäubendem Tosen in Tausenden von Exemplaren als Zeitung ausspien, was erst am Morgen Tat geworden, noch vor einer Stunde als Rohstoff durch die Redaktion gelaufen war, und was nun am Abend, wenn es die Zeitung in alle Windrichtungen getragen, Weltereignis wurde. Die Zeitung wurde mir zum Wunder, zu einem Wunderwerk technischen und organisatorischen Scharfsinns, zu einem Wunder auch der wirtschaftlichen Verknüpfung von Erzeuger und Abnehmer, zu einem soziologischen Wunder vor allem, das es der Zeitung ermöglicht, zu einer unbekannten, wogenden und wechselnden Masse da draußen durch zahllose unsichtbare Nervenkanäle die Beziehungen zu finden, die ihr Ansehen und Macht und — was ihr zuweilen die Hauptsache ist — geldlichen Ertrag sichern. Jetzt lichtete in mir auch die Erkenntnis, weshalb es mich drängte, Journalist zu werden: es war das diesem Beruf beschiedene Hochgefühl, zu Tausenden, vielleicht Millionen Menschen reden und dazu beitragen zu dürfen, ihren Gedanken und ihrem Willen Gestalt und Richtung zu geben.

Und so brannte ich denn darauf, mich gedruckt zu sehen; aber nicht in Vermischten Nachrichten und dergleichen Harmlosigkeiten, wie ich sie bisher neben der Hauptstraße aufgelesen; mein Ehrgeiz war darauf gespannt, mitzudrehen am Rade der Weltgeschichte. Da brach zwischen Deutschland und Spanien der Zwist wegen der Karolineninseln aus. Ich hatte Muße genug, mich geographisch und historisch über den Tatbestand zu unterrichten, und auf mein Bitten überließ mir der Ressortredakteur die Behandlung in der Zeitung. In Spanien und auf den Inseln wuchs die Erregung, irgendwo — es war in Gaß glaube ich — war die deutsche Flagge herabgerissen und statt ihrer die spanische gehißt worden; die Augen der Welt gingen hin und her zwischen der Inselgruppe in der Südsee und der Wilhelmstraße. Das war der psychologische Moment, und ich

Digitized by Google

schrieb einen Artikel, der — des war ich überzeugt — in allen Erdteilen Widerhall wecken mußte. Er war für die Abendausgabe bestimmt, und gleich nach dem Mittagessen trieb es mich auf die Redaktion, um mein Erstlingswerk noch feucht von Druckerschwärze, in einem der ersten Exemplare zu genießen. Da stand er, mein Artikel, und ich las und las, und von Zeile zu Zeile schwollen mir Stolz und Befriedigung. Und nun kam der Gipfel, in dramatischer Steigerung schürzte der Knoten sich zur Katastase: „Nachdem die deutschen Hoheitszeichen herabgerissen und in den Kot getreten worden waren, stieg unter dem johlenden Jubel der Menge die spanische Fliege am Mast empor." Die spanische Fliege! Ich traute meinen Augen nicht; aber da gab's nichts zu drehen und zu deuteln, es stand wirklich so da, schwarz auf weiß. Mein Stolz knickte zusammen; statt des Beifalls der Massen gellte mir Hohngelächter der Hölle ins Ohr, und der Druckfehlerteufel schlug grinsend den Takt dazu. Damals habe ich mir gelobt, nie einen Aufsatz in die Welt gehen lassen, ohne daß ich die Korrektur gelesen hätte.

Indes ich merke: wenn ich in dem bisherigen Schrittmaß weiter erzähle, wie ich Journalist geworden, würde ich Sie, um das unterzubringen, bitten müssen, mir einen Anbau zu Ihrer Festschrift zur Verfügung zu stellen. Ich übergehe daher all das Scherzhafte und Schmerzhafte, an dem meine Erfahrung sich bildete, und gebe Ihnen nur noch eine knappe Auslese von dem, was ich mir im Laufe der Jahre in mein journalistisches Vademekum eingepackt habe.

Schon zu der Zeit, als ich mich bei der „Kölnischen Zeitung" in die Journalistik einfühlte, war mir klar geworden, daß zweierlei den Bestand des Allgemeinen Teils der Zeitung ausmacht: die Nachricht und die Meinung. Wie steht der Journalist dazu? Er ist dem Leser Bürge dafür, daß die Quelle, aus der die Nachricht fließt, klar, die Nachricht wahr ist. Er erläutert sie, gestützt auf seine Kenntnis der bibliographischen Hilfsmittel, und macht den Leser aufmerksam, falls sie nach seiner textkritischen Überzeugung gefärbt oder gefälscht ist. So wird der Journalist zum Mittler zwischen Wissenschaft und Masse, und das, was er kündet, hat man zutreffend vergesellschaftete Wissenschaft genannt. Er vor allen ist ferner der verantwortliche Träger und Gestalter der Gesinnung der Zeitung; er steht dafür ein, daß sie aufrichtig das Wohl der Allgemeinheit will, er auch haftet dafür, daß die Zeitungsmeinung so ist, daß sie, um es mit einer Erinnerung an Kant auszudrücken, zur Maxime einer öffentlichen Meinung dienen kann. Nur solchen Aufgaben gerecht zu werden, müssen allerlei Eigenschaften mit dem Journalisten geboren werden: Wahrheitsliebe, Wißbegier, Gestaltungsgabe, feines Fingerspitzengefühl für den Bedarf des Tages, Temperament und selbst Berufsleidenschaft, so daß für ihn Goethes verächtliche Bemerkung über den vom „Zeitfieber" oder, was dasselbe sei, vom „Zeitungsfieber" Befallenen — „er mißkennt seine wahrsten, seine klarsten Vorteile, er opfert alles, ja seine Neigungen und Leidenschaften einer Meinung auf, die nun zur größten Leidenschaft wird" — mehr ein Lob als einen Tadel bedeutet.

Im übrigen ist schließlich zu sagen: unsinnig wäre es, in Regeln und Paragraphen fassen zu wollen, weshalb und wie man Journalist wird. Man kann's so, man kann's aber auch anders machen, und die Antworten auf Ihre Umfrage, verehrter Herr Kollege Richter, werden sicherlich — ich wage die Voraussage — den Beweis erbringen, daß der Wege gar viele sind, die, wie nach Rom, so auch in die Journalistik führen.

ANNIE JULIANE RICHART

Freie Schriftstellerin.

Sicher hat meine böhmische Kindermuhme es mir an meiner Wiege hoch oben in den Bergen bei Salzburg nicht gesungen, daß ich mein Leben als Journalistin beschließen würde. Auch breitete sich kein Schatten der Vorahnung künftiger harter Arbeit über meine unbeschwert heitere, freudebeglänzte Jugend. Ha! Was gab es damals in Lichterfelde für herrliche Hecken, Zäune und Bäume, die wilden über-

Digitized by Google

mütigen Mädels nie zu hoch waren! Dennoch liegen die Wurzeln meiner unversiegbaren Neigung zur Schriftsprache in dem frohsinngesättigten Boden meiner Jugend.

Mein Vater und bester Freund lehrte mich früh, Geschehnisse klar, sicher, ohne „äh", „hm" und andere Brücken zerflatterten Denkens zu erzählen. Ein Jugendgespiele, voll Mißtrauen gegen Mädchenschulbildung, schleppte allsonntäglich zur Auffüllung meiner Wissenslücken einige Dutzend Bände der Weltliteratur herbei. Und da war es kein Wunder, daß die Zwölfjährige selber mit heißen, roten Backen phantastische Märchen in der Laube hinten im Garten schrieb — verstohlen und heimlich. Nie konnten die Worte wohltönend und klingend genug für die wundersamen Begebenheiten sein. Mit zärtlicher Sorgfalt wurden die Sätze immer noch labyrinthischer geschachtelt. Irgendwelche Schlußfolgerungen wurden aber aus dieser literarischen Betätigung nicht gezogen. Es war genug, daß sich das Entzücken am Klang, an der Musikalität der Sprache ausgetobt hatte.

Im Tagebuch wirbelten die Nachklänge der systematisch verschlungenen Literatur kunterbunt durcheinander und gaben einen guten Überblick über die Stilarten aller Zeiten. Denn man las und lernte. Man durfte alles lernen, was man wollte, ohne verpflichtet zu sein, etwa vorhandene Begabungen gewerbsmäßig auszulaugen. Das war schön! Man war ein guter Schüler, wenn es galt, aus Büchern zu beweisen. Und man war ein Analphabet des Lebens. Aber das holt sich nach.

Ehe und Mutterschaft machten die inneren Kräfte lebendig. Noch mußte die ständig wachsende Liebe zur deutschen Sprache sich damit begnügen, vergleichende Studien der Neuerscheinungen in kleine kritische Betrachtungen einzufangen. Sie verließen niemals Schreibtisch und Haus.

Erst, als die eheliche Bindung aufhörte, als gesellschaftliche Rücksichten nicht mehr hemmten, wurden die ersten noch sehr wackeligen Schritte in die Öffentlichkeit gewagt. Zuerst mußte das Handwerk gelernt sein! Und weil der Redaktionsstuhl von Fernstehenden immer sehr ehrfurchtsvoll angestaunt wird, als wäre er eine Art Papstsessel, über dem der Schimmer der Unfehlbarkeit in Tintenfragen schwebt, so bewarb ich mich in der Redaktion des „Land" bei Professor Sohnrey um ein Freiwilligen-Schemelchen. Kaum war es unter qualmendem Protest der Herren Redakteure bestiegen — — „Was zum Kuckuck haben Frauen in Redaktionen ernsthafter Fachblätter herumzuschnökern? — Sollen sich lieber mit Weiberkram befassen!" — —, kaum hatte ich eifervoll stündlich und täglich geübt, aus einer kühl-sachlichen Notiz eine funkelnde, betörende und hinreißende Rattenfängermelodie herauszulocken — kaum hatten wir uns in der Redaktion gegenseitig eingeschüttelt, da schlug die Zeituhr 1914 und Sessel und Schemelchen mußten verlassen werden.

Jetzt hieß es andern helfen. Da bekam meine Feder reichlich zu tun, denn meine Lust, starre Stoffe geschmeidig zu machen und so lange zu biegen, bis sie sich dem Verständnis anpaßten, teilten nicht viele Schriftstellerinnen. Gesetze — Verordnungen, neue Wohlfahrtswege und Berufstore, die sich auftaten, waren Tummelplätze meiner fanatischen Schreibelust. Dann rutschte ich auch mit Glück und Geschick auf einige Redaktionssessel, die mir in den Jahren, an deren Aufgeblasenheit man gern vorüberdenkt, einen liebevollen Rückhalt gaben. Wie man nun aber einmal ist — neue Lebensformen locken, neue Arbeitsgebiete ziehen unwiderstehlich an. Der Sprung ins Ungewisse wird gewagt. Man wacht eines Tages als freier Mitarbeiter auf. Und ein frischgesatteltes Steckenpferd wird aus dem Stall gezogen. Oho! Der Vorrat ist noch groß! Fast alle Wirkungsfelder der Frau, ihre Hoffnungen, wie ihre Fortschritte hatten reichen Stoff geboten, der sich willig die Beleuchtung von den verschiedensten Blickfeldern aus gefallen ließ. Redliche Mühe hatte man sich gegeben, aus dem Erfahrungsgut — dem einzigen, was von gesicherter Habe übrig geblieben war — die besten Stücke zu verteilen. Nur eine Begabung hatte ich bisher verheimlicht. Von Jugend auf mit einer feinen Zunge ausgestattet, wußte ich nicht nur, was gut schmeckt, sondern auch, wie man es macht, daß etwas gut schmeckt. Das kam mir sehr zustatten, als die Ernährungswissenschaft dieses Land auf Neu umpflügte. Seitdem ist das kulinarische Feuilleton mein Brotgeber. Damit bin ich unter die Spezialisten geraten, möchte es aber nicht verschwören, daß mir die unendlich weite Welt, die unendlich reiche Fülle der Erscheinungen und vor allem die mich stets aufs neue entzückenden Unzulänglichkeiten des Lebens nicht noch einmal auf ein ganz anderes Feld werfen. Aber geschrieben wird bis ans Ende! Das steht fest!

Digitized by Google

GUSTAF RICHTER

**Chefredakteur der „Deutschen Presse“,
Geschäftsführender Vorsitzender des Reichsverbandes
der deutschen Presse.**

Niemals ist mir die Lust zu fabulieren eigen gewesen; auch der „sehr gute“ Aufsatz, den ich nach dem Urteil meiner Lehrer auf dem Gymnasium schrieb, hat mich nie auf den Gedanken gebracht, Journalist zu werden; nicht einmal der Umstand, daß Musikkritiken von mir schon als Primaner in einer Tageszeitung veröffentlicht wurden. Dagegen ahnte ich schon damals den Einfluß der Presse, denn ich konnte beobachten, daß wenigstens ab und zu kritische Bemängelungen und Forderungen berücksichtigt wurden.

Nach bestandenem Abiturientenexamen wurde ich aktiver Offizier, und zwar aus tiefster Neigung. Auch hier habe ich die Beziehungen zur Presse nicht ganz verloren. Zwar interessierte mich die Politik lediglich als Beobachter, aber ich las nicht nur eifrig Zeitungen verschiedenster Richtung, sondern schrieb sehr bald über militärische Fragen und kämpfte dabei für die fortschrittliche Entwicklung der mir teilweise etwas veraltet erscheinenden Ausbildungsgrundsätze. Wiederum lernte ich den Wert der Presse für den Meinungskampf kennen. Anonym betätigte ich mich auch wieder als Musikkritiker.

Ich habe den Kampf von jeher für den Vater aller Dinge gehalten und kann mir ein Leben ohne vollen und rücksichtslosen Einsatz der Persönlichkeit für als richtig erkannte Ideen nicht denken. Da keine Aussicht auf Krieg bestand, auch meine Wünsche auf Verwendung in den deutschen Kolonien nicht in Erfüllung gingen, beschäftigte ich mich immer mehr mit dem Gedanken eines Übertritts zum Journalismus. Es verstrich zwar noch einige Zeit, aber eines Tages war der Entschluß endgültig gefaßt, ich studierte und ging zur Presse.

Meine ersten Schritte in den neuen Beruf tat ich beim „Posener Tageblatt“, dessen Chefredakteur V. H. Welcker ich von früher her flüchtig kannte. Er nahm mich in Gnaden, wenn auch nicht ohne Bedenken auf, denn er hatte für Offiziere nicht allzu viel übrig. Unser erstes Gespräch beendete er mit den Worten: „Daß Sie schreiben können, habe ich aus den mir vorgelegten Arbeiten ersehen. Ob Sie sich zum Journalisten eignen, wird sich zeigen müssen. Da ist jetzt gerade Militärdebatte im Reichstag, Sie können gleich morgen einen Artikel dazu schreiben.“ Ich schrieb ihn und noch ein paar andere und ward endgültig engagiert. Schon nach drei Monaten zeichnete ich verantwortlich für Auslandspolitik, Heer und Flotte und übernahm später auch noch die Musik- und Opernkritik. Bald erkannte ich, daß ich den richtigen Beruf für mich ergriffen hatte, denn hier gab es nicht nur, wie bei der Armee, Vorbereitung für den Kampf, sondern den Kampf selbst, besonders auf dem heiß umstrittenen Boden der deutschen Ostmark.

Ich habe dann meinen Weg als Journalist sehr schnell gemacht, kam von Posen als politischer Redakteur und Leitartikler zu den „Dresdner Nachrichten“ und von dort zu den „Hamburger Nachrichten“. Meinen alten Beruf habe ich nie vergessen, denn er hat mir auch für die journalistische Betätigung Wertvollstes mitgegeben. Vor allem Selbstdisziplin und Verantwortungsfreudigkeit, sowie die Erkenntnis, daß es nichts Höheres gibt, als eine Sache um ihrer selbst willen zu tun und nicht um äußerer Anerkennung willen. Persönliche Eitelkeit, die immer nach Ehrungen schielt, halte ich, um ein Wort Bismarcks zu gebrauchen, für eine schwere hypothekarische Belastung jedes Mannes, besonders aber des Journalisten. Die Presse verwaltet eine große Macht, und nur der wird sie richtig gebrauchen, der sich seiner Verantwortung im Tiefsten bewußt ist, nicht an sich denkt, sondern den Blick fest auf das Ganze, auf das Gemeinwohl gerichtet hält. Führung — und der echte Journalist soll ein Führer sein — verpflichtet!

Als ein besonderes Glück in meiner journalistischen Laufbahn habe ich es empfunden, daß ich bei Zeitungen tätig gewesen bin, die zwar auf fester allgemeinpolitischer und weltanschaulicher Grundlage standen, aber parteimäßig nicht gebunden waren, so daß den führenden Redakteuren freier Spielraum gegeben war, selbständig Politik zu treiben. Das entsprach meinen innersten Neigungen, denn wie ohne Kampf, kann ich mir auch ohne Freiheit das Leben nicht lebenswert denken. So ist mir die Presse eine neue Heimat geworden, in der ich mich mit Unterbrechung des Weltkrieges, den ich — in Erfüllung alter Sehnsucht — an der Front mitnehmen durfte, bis

Digitized by Google

zum Jahre 1920 aktiv betätigt habe. Dann berief mich das Vertrauen meiner Kollegen in die Leitung des Reichsverbandes der deutschen Presse als Geschäftsführenden Direktor, wo ich den alten Kampf um die innere und äußere Freiheit der Presse mit organisatorischen Mitteln zu führen bemüht bin. Viel Kampf, viel Ehr! Durch Kampf zum Sieg!

HEINRICH RIPPLER

ehemals Chefredakteur der „Täglichen Rundschau“.

Das viel mißbrauchte Verärgerungswort Bismarcks von dem Zeitungsschreiber, der seinen Beruf verfehlt hat, hat mich nie berührt. Ich darf vielmehr von meinem Berufe mit einem Verse von Börries von Münchhausen sagen: „Ich bin durchs Leben auf dich zugegangen, so fest und klar wie übers grüne Land.“

Schon in der Schule interessierten mich Zeitung und Politik mehr, als es einem braven Schüler zukam, und sie interessierten mich um so leidenschaftlicher, als meine Meinung der meiner Umgebung entgegenstand. Zum Klappen aber kam die Sache erst, als die Reichstagswahlen kamen und mein Kandidat schmählich geschlagen wurde, während der Zentrumsmann triumphierend in den Reichstag einzog. Als nun dieser Abgeordnete im Reichstage eine Rede hielt, die ob ihrer Urwüchsigkeit ungeheure Heiterkeit auslöste, rieb ich natürlich diese Kritiken meinen Schulkameraden, die sich für den Mann begeistert hatten, höhnisch unter die Nase. Aber sie wollten die Blamage nicht einsehen, und ich zog aus dem Kampfe im Schulhof durchaus als zweiter Sieger von dannen. Das ergrimmte mich. In dem letzten Viertel der nächsten Mathematikstunde schrieb ich, schon damals ein Terminschreiber, dem die guten Gedanken erst im letzten Augenblick, wenn er unter Zwang steht, kommen, ein Spottgedicht auf den unseligen Abgeordneten, das sich gewaschen hatte. Das trug ich stracks nach der Stunde in die Redaktion des größten Lokalblattes meiner Gymnasialstadt und hatte das Vergnügen, es schon im Abendblättle gedruckt zu sehen, obwohl ich natürlich keinen Namen angegeben hatte, da ich als Schüler beim Bekanntwerden meiner Autorschaft mit sofortiger Demission zu rechnen gehabt hätte. Das Gedichtchen, das mir übrigens zu meinem sechzigsten Geburtstag noch von zwei Schulkameraden, die es sich aufbewahrt hatten, zugesandt wurde, wirkte fabelhaft. Das Zentrumsblatt brachte eine spaltenlange gepfefferte Entgegnung im besten Bajuvarisch, und damit nicht genug, wurde auch noch eine Versammlung einberufen, in der gegen den Dichter und sein Werk scharfer Protest eingelegt wurde. Einem würdigen, liberalen Rechtsanwalt, der der Autorschaft verdächtig schien, wurde überdies vor seinen Fenstern ein mißtönendes Ständchen gebracht, und seine Erklärung, daß er völlig unschuldig sei, half ihm gar nichts. Mir aber erwuchs die Pflicht, auf den ungeheuerlichen Angriff des Zentrumsblattes sofort und gebührend zu antworten. Das war nicht so leicht; denn mein Widersacher hatte es gut mit mir gemeint und war mit Grobheit nicht eben haushälterisch umgegangen. Das erforderte Rache. Ich brauchte nicht nur die lateinische, sondern auch die griechische Stunde dazu, um ihm eine würdige, aber gründliche Abfuhr zu erteilen. Dann aber ging ich mit dem Elaborat wieder zu unserm Tagblatt, steckte es heimlich in den Kasten und hatte die Genugtuung, es wiederum wenige Stunden später ohne Änderung wortwörtlich abgedruckt zu sehen. Damit war mein Gegner nach meiner Überzeugung vernichtet. Aber des Lebens ungemischte Freude wird keinem Sterblichen zuteil. Und als ich am nächsten Tage in stolzer Siegesfreude zur Klasse kam, mußte ich es erleben, daß mein braver Professor Lehmann, der mich schon seit einigen Tagen sehr mißtrauisch betrachtet hatte, in so unpassendem Augenblick eine Kritik über meine letzte griechische Schularbeit abhielt, die zwar nicht so geistreich wie meine mit Pointen geradezu gespickte Polemik, aber doch schlechthin vernichtend war. „Sie sind“, sagte er, „seit einiger Zeit auf der schiefen Ebene, lassen sich nichts sagen und werden immer tiefer und tiefer gleiten, bis Sie am Ende vielleicht gar Redakteur werden“. Das machte Eindruck auf mich, hielt mich aber doch nicht ab, nachdem ich nun einmal Blut geleckt, mich um eine Art Mitarbeiterschaft bei der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ und der „Frankfurter Zeitung“ zu bemühen, bei der es

Digitized by Google

sich zunächst nur um die einfache telegraphische Übermittlung einer bestimmten Wirtschaftsnachricht handelte, die sich später aber doch zu mehr auswuchs und mir jedenfalls ein für meine damaligen Verhältnisse ganz annehmbares Taschengeld einbrachte.

Als ich dann später mein Studium unterbrechen mußte — ich wurde als Anarchist und Atheist mißliebig, obwohl ich keines von beiden in meinem Leben jemals gewesen bin —, übernahm ich, während ich mich noch auf mein Examen vorbereitete, das Theaterreferat eines andern Blattes meiner Heimat, in der Hauptsache deswegen, weil ich das brennende Verlangen hatte, jeden Abend im Stadttheater sitzen zu können, da mich ein Stern der Gesellschaft besonders anzog. Als das Theater seine Pforten schloß, kam eine neue Wahlschlacht, und so wurde ich Redakteur des Blattes und ließ mein Examen zunächst warten. Wir hatten diesmal Erfolg, aber mein Triumph auf dem Siegesfeste in Oberstaufen, bei dem ich neben dem Abgeordneten Marquardsen saß, wurde dadurch gestört, daß mich der aufsichtführende Gendarm höflich, aber bestimmt bat, mich aus dem Saale zu entfernen, da ich noch lange nicht volljährig sei und also in einer bayerischen Wahlversammlung nichts zu suchen hätte. Als ich dann die Universität bezog, tat ich es mit der festen Absicht, mich der Presse zuzuwenden, trat dem Münchener Journalistenverein bei, besuchte die Pressecafés nicht weniger eifrig als die Hörsäle und verdiente mir einen Teil meines Unterhaltes durch Korrespondenzen, die ich an die auswärtige Presse schrieb. Zwei alte Kollegen, mit denen ich damals viel verkehrte, Viereck und Stieglmeyer, warnten mich zwar bei vielen Maß Bier, die Presse als Lebensberuf zu wählen, da das Redakteursein schon „das Mindeschte" sei und man auch, wie Viereck meinte, so viel eingesperrt werde, vor allem in Sachsen, gegen das er einen besonderen Groll hegte. Aber ich blieb meinem Vorsatze treu. Eine fulminante Wochenschrift, die ich mit einem Freunde, der jetzt Professor und Arzt in Venedig ist, herausgeben wollte, wurde von dem klugen Vater des Freundes mit seiner Diplomatie im Keime erstickt, obwohl schon Redakteure, Druckerei und Redaktionsräume bestellt waren. Und so ging ich nach Augsburg als Redakteur der „Augsburger Neuesten Nachrichten" und später des „Augsburger Kurier". Als ich nach zwei Jahren nach Berlin übersiedelte, wollte ich infolge eines unliebsamen Erlebnisses, das mich zum Objekt eines Verlegerstreites machte und die ganze Ohnmacht des damaligen unorganisierten und von seinen eigenen Berufsgenossen nicht geschützten Kollegen erkennen ließ, von der Presse eine Zeitlang nichts mehr wissen und als freier Schriftsteller von meiner Feder leben. Das dauerte ein kurzes Jährchen. Dann nahm ich ein Angebot der „Täglichen Rundschau" als Schlußredakteur an, wurde bald darauf Parlamentsredakteur und erhielt nach zwei Jahren durch Wahl und einstimmigen Vorschlag meiner Kollegen die Leitung des Blattes übertragen, die ich mehr als dreißig Jahre inne hatte.

Verfehlt also habe ich meinen Beruf nach meiner Überzeugung nicht — das hat erst vor drei Jahren ein liebenswürdiger Berliner Kollege, der an meiner geistigen Unzulänglichkeit Ärgernis nahm, entdeckt. Ich habe den Beruf gewählt, zu dem mich innere Neigung und geistige Veranlagung trieben, und er hat mich ganz erfüllt. Freilich, wenn ich jetzt, da der Becher zur Neige geht, und ich manchmal einen bitteren Geschmack auf die Zunge bekomme, meine mehr als vierzig Journalistenjahre überblicke, kommt mir oft das Bekenntnis eines französischen Journalisten in den Sinn, das ich früher einmal gelesen habe, und das ungefähr so lautet: Ein Leben voll Arbeit, Hingabe, Aufregung — ohne Lohn —, wäre es nicht besser zu verwerten gewesen?

DR. HEINRICH RUMPF

Redakteur an der „Neuen Badischen Landeszeitung".

Zwischen dem Geistlichen und dem Gaukler steht, so hat ein geistvoller Franzose des 18. Jahrhunderts geurteilt, der neue geistige Mensch. Zwischen dem Gaukler, der das Volk unterhält, der es mit immer neuen Sensationen überrascht, und dem Gelehrten, dem Lehrer, dem Erzieher, die dem Leben Sinn und Wert zu geben sich bemühen, steht der Journalist. Überall ein Fremder, der nicht in den Rahmen, den wohlabge-

Digitized by Google

zirkelten Rahmen der Gesellschaft paßt, immer ein Einsamer, der — von fein geästeltem Nervensystem in Spannung gehalten — schaut, fühlt, träumt, was die Welt erfüllt; manchmal ein Prophet, der den dichten Schleier der Zukunft durchdringt, manchmal ein Prophet, der an irgendeiner Ecke steht und weint. Immer steht er zwischen den Menschen und den Ereignissen, so einem Dichter vergleichbar, der eine Gegenwart formt aus der widerspruchsvollen Fülle des Geschehenden; der Ziele und Aufgaben aus seiner Problemstellung setzt, um aus dem Einmaligen die Wirklichkeit abzuleiten. Daß er einsam ist, daß er immer eigene Wege sucht und die ausgefahrenen Geleise meidet, das macht ihn zum Journalisten; daß er nie befangen ist in Fachwissen und Amtsenge, daß er Dilettant ist, so der Nachfolger derer, die die Welt aus ihren Gesetzen ableiteten, statt sich die Gesetze vorschreiben zu lassen, gibt ihm die große Freiheit; daß er nirgends eine Heimat hat, nirgends einen Halt, daß sein ganzes Leben abgestellt ist auf sein intuitives Schauen, gibt ihm die seltsame Stellung zwischen und über Menschen, Berufen, Stellungen und Plänen. Man muß dies in sich tragen, um Journalist zu sein, Schreiber für den Tag, aber nicht dem Tage dienend, sondern ihn einordnend in das große Geschehen. . .

Man wird Journalist nicht aus Zufall. Man wird es aus Schicksal, aus dem Muß, das manchmal wie schwere Last den Weg gestaltet, das selbst Irrwege und Abwege einmünden läßt in den Weg zum Ziele. Als Schüler schrieb ich schauernd vor der Verantwortung meine ersten Aufsätze in Zeitungen. Das meiste versteckte ich in einem Tagebuch. Gedanken, die ich nicht zeigen durfte. Denn auf dem Lande, wo ich aufgewachsen bin, war die Konvention wichtiger als der Mensch. Und was hätte der Nachbar gedacht, wenn er gewußt hätte, daß man nachdachte, und daß einem alles unwichtig vorkam, was man am Biertisch beschwätzte. Und Zeitungsschreiber erst? Als ich endlich meine erste Redakteurstelle hatte, sagte man in meiner Verwandtschaft, „also unter die Tintenkleckser ist er gegangen. Ja, so mußte das enden!" Denn als Student hatte ich gar kein Gefühl dafür, daß das Examen am wichtigsten sei. Nicht irgendeinen sorgfältig filtrierten Ausschnitt des Wissens suchte ich, sondern Wissen überhaupt, das System des Erkennens, um nicht gebunden zu sein. Als ich Jurist war, hatte ich nur die Angst, ich könnte es bleiben müssen, irgendwo zwischen Menschen einen Ausweg suchend, die sich über ein Wort nicht einigen konnten, oder ein Verbrechen in den „Tatbestand" des Gesetzes einordnend. Ich hatte nur die Angst, ich könnte einmal an ein Amt gefesselt sein. So war ich heimatlos in der Justiz. Was ein Journalist war, wußte ich noch nicht. Aber ich ahnte, daß auch heute noch Menschen nötig seien, die nicht aus der Perspektive ihres Amtes die große Welt ansehen. Es war meine Schwiegermutter — damals nur die Mutter der Frau, die heute mein Journalistendasein teilt —, die mich zum Journalismus brachte. Ihr Vater war selbst Journalist gewesen. Sie fühlte die Unruhe in mir, die das beste Teil des Tagesschriftstellers ist. Sie vermittelte mir Landkind die Bekanntschaft mit Zeitungsmännern und nach einer kurzen Volontärzeit, empfahl sie mich ihrem Bruder für die „Danziger Zeitung". Als Volontär, als Versuchsobjekt. Mit Mißtrauen wurde ich empfangen. Mit unendlichem Mißtrauen. Es war 1919. Ich war schon mehr als dreißig Jahre alt. In dem Alter einen Beruf ergreifen, zu dem nicht nur Begabung gehört, sondern Berufung? Ein paar kleine Recherchen wirkten sich in Sittenbildern aus. Dann kam die erste Probe. Der Verleger sprach über das Beerdigungswesen der Stadt Danzig. Er meinte, es müßte reformiert werden, man nannte es damals sozialisiert. Wer sollte darüber schreiben? Voraussetzung war genaue Kenntnis aller Preise, der Möglichkeiten der Verbilligung. Die Wahl fiel auf mich. Die Beerdigungsordnungen waren bald beschafft. Aber die Preise. Genaue Preise, nicht für die Zeitung frisierte Preise. Was blieb mir übrig, als als trauernder Hinterbliebener alle Beerdigungsinstitute zu besuchen. Ich machte ein sehr ernstes Gesicht. Überall wurde mir das tiefste Mitgefühl ausgesprochen. Und ich notierte nur Preise, Bedingungen, Sargschmuck und Leichenwäsche. Die Bestellung behielt ich mir vor. Am nächsten Tage aber stand in der Zeitung ein Aufsatz über das Beerdigungswesen mit einem eingehenden Reformvorschlag. Der Verleger war starr. In kaum 12 Stunden nicht nur ganz Danzig durchrecherchiert und schon einen Aufsatz geschrieben, auf den er erst nach acht Tagen gerechnet hatte. Dazu schrieb ich politische Leitartikel. „In Ihrer Feder liegt Gold", sagte der Verleger und schrieb meiner Schwiegermutter einen glücklichen Brief. Das ist ein Journalist, schrieb er, der das richtige Blut hat und über ein Wissen verfügt, das erstaunlich ist. Wer war glücklicher, als meine Braut! So wurde ich Journalist. Und bereue trotz mancher Enttäuschung nicht, daß ich es geworden bin. Denn nur der Journalist steht mit beiden Beinen im Leben, steht über dem Leben und steht neben dem Leben.

Digitized by Google

ALFRED SCHEEL

Chefredakteur a. D.,
Dozent für Zeitungskunde an der Universität Heidelberg.

Ich schreibe meine Antwort zwischen zwei Sitzungen des Badischen Landtages, dem ich angehöre. Diese Äußerlichkeit enthält bereits den Kern meiner Bekenntnisse: mich hat Neigung zur Politik zum Journalisten gemacht. Ich erinnere mich aus frühester Jugend, wie eine Ahnung davon, daß es „Politik" gibt, zuerst in mir erwachte, als ich, ein kleiner Schüler des Gymnasiums in Chemnitz, meinen Vater, städtischen Musikdirektor, sich im Straßentrubel über den Sinn der Septennatswahlen mit guten Bekannten unterhalten hörte. Als ich einige Jahre später (1890) bei den ersten Reichstagswahlen nach Aufhebung des Sozialistengesetzes zahlreiche Arbeiter das Wahlergebnis aufs lebhafteste diskutieren und ein Polizeiaufgebot patrouillieren sah, fühlte ich, daß es sich um einen Kampf handelte, der irgendwie mit dem Staat zusammenhing. Aber den ersten Anstoß zu eigentlicher Beschäftigung mit Politik haben mir, wenn ich mich richtig geprüft habe, die zuweilen erlauschten Gespräche zweier meiner Familie bekannter Volksschullehrer, vor allem jedoch ein Geschichtslehrer des Gymnasiums in Altona gegeben, der uns Schüler der Unterprima begreifen lehrte, daß Geschichte aus noch etwas mehr als Kriegsdaten und Fürstenschicksalen besteht, daß es sich z. B. bei der französischen Revolution doch sehr wesentlich um Ideen und soziale Kämpfe gehandelt habe. Ich begann Zeitungen zu lesen, auch die oppositionellen. Meine Mitschüler, die aus Gesprächen mit mir eine sie überraschende Interessiertheit für Begebenheiten des öffentlichen Lebens bemerkten, haben mich seitdem mit „roter" Gesinnung behaftet geglaubt und diesen Irrtum noch viele Jahre danach nicht revidiert. Politisches Ergriffensein hat mich von da an nicht mehr verlassen, und als ich in Berlin mein juristisches und nationalökonomisches Studium begann, war ich bereits nach wenigen Monaten dem Sozialwissenschaftlichen Studentenverein verfallen, damals Sammelpunkt einer geistig regsamen akademischen Jugend. Er stellte in den Wahlschlachten um das Direktorium der akademischen Lesehalle, der Ersatz für den aufgelösten Studentenausschuß war, die Protagonisten. In seinen zahlreichen internen und öffentlichen Diskussionen habe ich die erste „parlamentarische" Schulung empfangen. Aber bei den akademischen Behörden waren der Verein und die aus seinen Reihen gekürten beiden Direktoriumsmitglieder der Lesehalle wenig beliebt. Deren eines war ich, das andere Hermann Kantorowicz, jetzt Strafrechtsordinarius in Kiel und Nachfolger Radbruchs. Mein politisches Interesse ließ mich viele Stunden in der Akademischen Lesehalle vor den Tageszeitungen verbringen. Als angehender Jurist neigte ich etwa zu einer Einstellung, die später, unter Mitführung von Radbruch und Kantorowicz, die Freirechtsschule hieß.

So waren es, recht überlegt, Politik und Journalismus, die meine geistige Entwicklung bereits in ihren Anfängen beherrscht haben. Zur Journalisterei statt zur Juristerei und innerhalb dieses über 24 Jahre ausgeübten Berufs — zur Politik — kam ich dann, ja weshalb eigentlich? Meinen Vater verschlug sein Künstlerleben zur Weltausstellung nach Chicago, als ich fünfzehn Jahre alt war. Er hatte große künstlerische, um so geringere materielle Erfolge. Meine Freunde behaupten, auch ich sei mit einer gewissen „Geistigkeit", daher mit einem Mangel an privat-wirtschaftlicher Begabung belastet; so etwas soll ja erblich und auch durch volks-wirtschaftliche Studien nicht auszugleichen sein. Meines Vaters ganzer Ernst konzentrierte sich darauf, Pionier deutscher Musik in Amerika zu sein. Das gelang ihm. Aber sein Leben hat den Zuschnitt eines echten Künstlerschicksals alten Stils gehabt, erfüllt von Nöten und Sorgen. Schon als Pennäler, von Obertertia an, und erst recht als Student mußte ich zum Lebensunterhalt beitragen und

Digitized by Google

mein Studium durch Erteilung von Privatunterricht bestreiten helfen. Auch „Pädagogik“ also, habe ich, zuerst an Privatschülern, später zwecks „Erwachsenenbildung“ in der Journalistik getrieben. Und gegenwärtig doziere ich erneut. Mein Vater erkrankte schwer, kaum daß er das heute noch berühmte Symphonie-Orchester in Philadelphia mitbegründet hatte und dessen erster Dirigent geworden war. Er genas zwar halbwegs und hat sein Amt noch sieben Jahre geführt. Für mich aber bedeutete diese Wendung die Unterbrechung meines Studiums, Annahme einer Hauslehrerstelle, sodann freilich Wiederaufnahme meiner Studien, zugleich aber doch die Aussichtslosigkeit, sie noch jahrelang bis zum zweiten Staatsexamen durchzuführen. Ich heiratete, zog nach Marburg, trieb Privatstudien und verfiel alsbald der praktischen Politik und Journalistik. Die nationalsoziale Bewegung Friedrich Naumanns hatte mich angezogen. Als der Reichstagskandidat H. v. Gerlach, dessen politische Wege sich später allerdings recht weit von den meinen entfernt haben, damals einen Agitations-„Chef“ suchte, verfiel er auf mich. So „organisierte“ ich denn in zweihundert Kleinstädten und Dörfern, arrangierte Versammlungen, setzte Redner ein. Von diesen haben sich manche — außer Friedrich Naumann selber — später einen Namen gemacht: Korell, der gegenwärtige hessische Wirtschaftsminister, Adolf Köster, nach der Revolution deutscher Innenminister und jetzt Gesandter. Nach der Wahl wurde ich ständiger Mitarbeiter der Hessischen Landeszeitung, leitartikelte, schrieb Theater- und Musikkritiken, war also praktisch genötigt dem Axiom zu dienen, das ich bekämpfe: daß „der Journalist alles können“ müsse. Schon damals freilich (und erst recht später) begann ich zu begreifen, daß Gesinnungspflege in der Journalistik nicht immer ein gutes Geschäft ist, jedenfalls nicht für mich. (Betriebswissenschaft war noch nicht erfunden.) Dann hat's mich nach München verschlagen. Ursache? Die Politik hatte mich nun einmal gepackt. Aber Mazedonien (Marburg) war für mich zu klein. Zudem trug ich mich mit hohen weitgreifenden Gedanken, — welcher junge Mann täte es nicht? Ich trat in die nationalsoziale Münchener Wochenschrift „Freistatt“ als Chefredakteur ein, und nun begann eine der geistig anregendsten Perioden meines Lebens, denn zu dem politisch-literarischen Mitarbeiterkreis der „Freistatt“ gehörten Männer, die illustre Namen schon hatten oder hernach sich erwarben, wie Lujo Brenntano, Walter Lotz, M. J. Bonn, Walter Goetz, Karl Renner, Friedrich Huch und andere. In diese Zeit fiel der erste Preßprozeß, an dem ich beteiligt war. (Verurteilt bin ich nie worden.) Lujo Brentano hatte in einer großen Versammlung zugunsten der russischen Revolution von 1905 eine Rede gehalten, weswegen die offiziöse „Münchener Allgemeine Zeitung“ ihn heftig angriff. Ich schrieb einen scharfen Verteidigungsartikel, worin u. a. angedeutet war, daß die „Münchener Allgemeine Zeitung“ aus fürstlichen Geldquellen gespeist sei. Die „Münchener Post“, damals unter Chefredaktion des jetzigen Gesandten Adolf Müller, druckte den Artikel ab und versah ihn mit einem derben Nachsatz. Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ klagte gegen die Post; Kläger war Chefredakteur Dr. Martin Mohr. Der Prozeß endete mit einem Vergleich. Auf den Korridoren des Gerichtsgebäudes vertrieben sich der Zeuge Georg Heim, der Bauern-Doktor, und der Verfasser, ebenfalls Zeuge, die lange Wartezeit mit Weißwurst und Starkbier und allerlei politischen Gesprächen. Die „Freistatt“-Episode endete mit einer schlimmen geschäftlichen Enttäuschung und dem Hinscheiden des Blattes. Bald aber wurde ich Mitgründer einer neuen, rein politischen Zeitschrift, des „Fortschritts“, die als Organ der neugegründeten liberalen Arbeitsgemeinschaft auftrat und u. a. Dr. Geßler zum Mitarbeiter hatte. Aber sie bot mir keine auskömmliche Existenz, ich mußte eine festere Position an einer Tageszeitung suchen. Nach zweimaliger Verhandlung, über ein Jahr dauernd, kam ich zur „Neuen Badischen Landeszeitung“, deren Chefredakteur ich über zwanzig Jahre geblieben bin. Was ich seit 1907 erlebt habe, betrifft nicht mehr die Frage, weshalb und wie ich Journalist *wurde*.

Ich bin als Journalist immer Politiker geblieben und auch in die politische Praxis, als Stadtverordneter und Abgeordneter, eingetreten, habe aber die Erfahrung machen müssen, daß für den *deutschen* Journalisten, wenigstens auf liberalem oder demokratischem Boden, der Weg dahin über den Journalismus sehr schwer ist; denn man „vertritt“ nichts als sich selber, nicht etwelche Interessen oder Gruppen. Hierzulande begegnet der Journalist immer noch einer recht sonderbaren Einschätzung, mag er sich als Mensch auch größter Achtung erfreuen. Kein Wunder, daß ich frühzeitig zu der Überzeugung kam, der Stand müsse sich selber helfen; deshalb gründete ich schon vor zwanzig Jahren den Verband badischer Redakteure. Der Berufsorganisation des Reiches, dem Reichsverband der deutschen Presse, muß die endgültige Fundierung seines Ansehens gelingen, das halte ich für eine kulturpolitische Angelegenheit ersten Ranges.

Digitized by Google

ADOLF SCHIEDT

Chefredakteur der „Münchener Zeitung".

Wer zu den vielseitig angeregten Naturen gehört, hat es im allgemeinen bei der Wahl eines Berufes und überhaupt im Leben viel schwerer, als die einseitig Begabten, die sich von vornherein des für sie richtigen Weges wohl bewußt sind. Trotzdem habe ich mich nicht lange zu besinnen brauchen, ob ich Journalist werden sollte, denn ich bin es ganz von selbst geworden. Ich habe zwar sowohl Naturwissenschaften, wie Philosophie, Geschichte und Volkswirtschaft studiert, weil ich von allen diesen geistigen Gebieten angezogen wurde, habe mir aber eine ernsthafte Beschäftigung in diesen Fächern nie ohne engste Verbindung mit dem Schrifttum vorstellen können. Ich fand überall so viele Berührungspunkte zwischen der akademischen Lehre und dem Leben, daß ich es für notwendig hielt, auf sie hinzuweisen und um sie herum einen Aufsatz zu schreiben. Daß ich dies immer in einer Form zu tun versuchte, die irgendwie schon durch sich selbst reizvoll sein sollte, verdanke ich dem Umstand, daß sich für mich die Begriffe Schriftsteller und Journalist vielfach deckten, und daß ich dem Journalisten nie das Recht zugestanden habe, sorgloser und schlechter zu schreiben, als er es tun würde, wenn er Schriftsteller wäre. Ich behaupte sogar, daß der Journalist den Schriftsteller in hohem Maße zu erziehen vermag, weil der wohl verstandene Journalismus zwingt, so einfach und so verständlich wie möglich zu schreiben. Es ist bei der immer weiter schreitenden Facheinteilung des Journalismus Grund vorhanden, unsere Verleger wie unseren Nachwuchs auf die Wichtigkeit der Form für die Bedeutung und Wirkung der Presse aufmerksam zu machen und jedem das Recht zum Journalismus zu bestreiten, der seinen Mangel an deutschem Ausdrucksvermögen durch Umherwerfen mit Fachausdrücken und Fremdwörtern zu verbergen sucht.

Mit 16 Jahren, als Primaner, schrieb ich Berichte über Sitzungen der Landessynode, mit 17 Jahren Stimmungsbilder aus dem Landtag, mit 19 Jahren verfaßte ich Skizzen, die mir von dem im Reichsverband gut bekannt gewesenen Dr. Siercke den Verdacht eintrugen, ich hätte sie von Mark Twain abgeschrieben. Worauf ich sehr stolz war. Aber die wichtige Entwicklungsstufe, auf der man Gedichte und Theaterstücke zu machen pflegt, bin ich bald hinweggeglitten, weil mich die Mitarbeiterschaft an Zeitungen völlig in Anspruch nahm. Wie ich dann plötzlich Redakteur geworden bin, weiß ich heute noch nicht ganz genau. Sicher ist, daß ich ohne Bewerbung einen ehrenvollen Ruf als dritter Redakteur für Lokales, Provinz, Alle Welt und Theater an ein dreimal täglich erscheinendes Blatt erhielt, und dieses Blatt, dessen Redaktion sonst mit vier Mann besetzt war, schon nach einem Vierteljahr fünf Wochen lang allein redigieren durfte. Der Chefredakteur war ohne Hinterlassung einer Anschrift in Urlaub gegangen, der Feuilletonist bekam Gelenkrheumatismus und der vierte Mann verließ das Lokal unter dem üblichen Protest, weil er irgendwo mehr Gehalt bekommen konnte. In den fünf Wochen bin ich Redakteur geworden. Ich bekenne aber, mit der Bitte um Nutzanwendung an unsere jungen Kollegen, daß ich das nicht zuletzt meinem alten Freunde, dem Metteur Lehnert, zu verdanken habe, in dem bestes Journalistenblut pulste, und der mich mit Liebe und Weisheit leitete. Übrigens blieb der Dank des Hauses nicht aus, denn ich erhielt nach Eintritt normaler Verhältnisse unter der Versicherung, es habe niemand etwas gemerkt und die Auflage sei gestiegen, einen verheißungsvoll versiegelten Briefumschlag mit 30.— Mark Inhalt, die ich als Trinkgeld ansah. Ich habe sie denn auch mit meinem Freund Lehnert vertrunken. Dann bin ich viel gereist, auch im Ausland, war jahrelang Reichstagsjournalist, war mit 28 Jahren stellvertretender Chef eines großen Blattes und bin bis heute Chefredakteur geblieben. Wenn ich noch einmal anfangen könnte, würde ich wieder Journalist werden.

Digitized by Google

PROF. DR. EUGEN SCHMITZ

Musikredakteur der „Dresdner Nachrichten".

Im Herbst 1900 bezog ich die Universität München, um auf Wunsch meiner Eltern Jurisprudenz zu studieren. Aber alle meine Neigungen gehörten bereits der Musik. Darum sattelte ich, nachdem ich den juristischen Studien durch das Bestehen des in Bayern damals sogenannten „Zwischenexamens" einen gewissen Abschluß gegeben hatte, endgültig zur Musik um. Ich studierte Komposition, blies Flöte, spielte Klavier und sang im weiland berühmten Porgesschen Oratorienverein ersten Baß. Vor allem aber studierte ich an der Universität Musikwissenschaft, eine Disziplin, die damals eben an den Hochschulen Eingang zu finden begann und in München durch Professor Adolf Sandberger vorbildlich vertreten war. Diese Universitätsstudien, die als Seitenfächer noch Psychologie bei Lipps und deutsche Literaturgeschichte bei Muncker umfaßten, waren nicht etwa Nebensache, sondern sozusagen das Zentrum, auf dem sich mein musikalischer Lebensplan aufbaute. Denn mit meiner Musik wollte ich nicht auf praktische, sondern auf theoretische Ziele hinaus. Ich wollte — Musikschriftsteller werden. Auch das war damals etwas Neues. Der streng fachlich gebildete, zugleich aber wissenschaftlich graduierte Musikschriftstellertyp löste just allmählich die ältere Kritikergeneration ab, die zu einer Hälfte aus musikdilettierenden Feuilletonisten und zur anderen Hälfte aus reinen Musikpraktikern mit etwas Schreibtalent bestanden hatte. Musikschriftsteller der neuen Prägung wirkten in München damals zwei: Theodor Kroyer an der „Allgemeinen Zeitung" und Rudolf Louis an den „Münchener Neuesten Nachrichten". Kroyer vertrat die streng historische Richtung, Louis die neuzeitlich ästhetisierende, beide waren sie Vollmusiker, beide aber auch absolvierte Wissenschaftler.

Dem Wirken dieser Männer sah ich aus der Ferne mit brennendem Interesse zu. München war damals ein dankbarer Boden für musikkritische Betätigung: da war der Kreis Strauß-Schillings-Thuille, daneben der aufstrebende Max Reger und seine Gemeinde, weiter das Eigenbrötlertum des allmählich beachteten Hans Pfitzner, die großen Tages- und Sensationserfolge des musikalischen Verismo. Über all das wogte das private und öffentliche Urteil hin und her, und was „der Kroyer" zu dieser, „der Louis" zu jener Neuheit in der Zeitung schrieb, das wurde mit Spannung erwartet, mit Eifer und Leidenschaft diskutiert. Auch einmal so öffentlich mit eingreifen zu können in den Streit der Meinungen, ihn gleichsam zu dirigieren, für Verkanntes eintreten, gegen Überschätztes vorgehen zu dürfen, schien mir der erstrebenswerteste Beruf. Ich kam schneller dazu, als ich dachte. Man gab an der Münchner Oper Charpentiers „Louise". Der Stil dieses Werkes, das modernes Großstadtleben auf die Opernbühne zu bringen unternahm, erweckte denkbar größtes Aufsehen und heftigsten Widerspruch. Ich aber war wild begeistert, so daß ich mich hinsetzte und unter dem etwas schwerfälligen Titel „Gedanken über die Zukunft des Musikdramas" einen Artikel schrieb, den ich schlankweg an die damals vielgelesene schöngeistige liberale Münchner Wochenschrift „Die Freistatt" einsandte. Der Artikel trat für den Realismus auf der Opernbühne als die zugkräftigste Wendung des Musikdramas seit Wagner ein und — er wurde angenommen. Das war im November 1902 — ich sah mich zum ersten Male gedruckt! Bekam sogar 12.50 Mark Honorar. Ich schrieb nun noch Einiges für die „Freistatt", auch etliche historische Musikfeuilletons für die „Münchener Zeitung", sowie zahlreiche Beiträge für musikalische Fachorgane. Nun wurde Theodor Kroyer auf mich aufmerksam. Da er sich inzwischen als Privatdozent für Musikwissenschaft an der Münchener Universität habilitiert hatte, brauchte er als Journalist etwas Entlastung. Und da ich desgleichen am 11. Juli 1905, am Tage vor meinem zweiundzwanzigsten Geburtstage, zum Dr. phil. aus Musikwissenschaft promovierte, wurde ich für würdig befunden, als zweiter Musikkritiker neben Kroyer an die „Allgemeine Zeitung" zu kommen.

Dort bekam ich Baron Alfred von Mensi zum Chef, einen feinsinnigen Feuilletonisten aus der älteren Wiener Schule. Während er mir den zeitungstechnischen, feuilletonistischen Schliff zu geben bemüht war, nahm Kroyer mich nochmals in streng fachmusikalische Obhut. Auf seine Anregung machte ich bei dem kürzlich verstorbenen Münchener Komponisten und ausgezeichneten Ton-

Digitized by Google

lehrer Anton Beer-Wallbrunn erneut einen Kontrapunktkursus durch. Schon vorher hatten mich persönliche und verwandtschaftliche Beziehungen zu dem Münchener Generalmusikdirektor Hermann Zumpe auch in Verbindung mit der Münchener Oper gebracht, so daß ich frühzeitig Einblick in das Leben und die Praxis hinter den Kulissen eines großen Opernbetriebes bekam. Auch das war mir wichtig und wertvoll, denn ich wollte in vollstem Sinne des Wortes „Fachjournalist" sein, das heißt: das Fach „Musik und Oper", über das ich zu schreiben hatte, von Grund aus beherrschen, wie nur irgendeiner, der selbst praktisch darin tätig ist. Unter dem gleichen Gesichtspunkt versuchte ich mich, und zwar nicht einmal erfolglos, als Komponist. Um aber auch die wissenschaftliche Seite meiner Studien weiter zu bauen, habilitierte ich mich nach einer längeren italienischen Studienreise als Privatdozent für Musikwissenschaft an der Universität München. Neben der journalistischen Tätigkeit habe ich dieses Wirken als Hochschullehrer bis zum heutigen Tage (seit 1916 an der Technischen Hochschule zu Dresden), mit großer Befriedigung fortgesetzt. Zeitweise machte ich allerdings sonderbare Erfahrungen. Daß Rechtsanwälte, Ärzte, Ingenieure und ähnliche Berufe neben ihrer praktischen Tätigkeit noch Eingang als Lehrer einer Hochschule finden, war man ja gewohnt. Aber nun gar einen „Zeitungsschreiber" in solch erhabene Gemeinschaft aufgenommen zu sehen — das wollte manchem ehrsamen geheimrätlichen Kopf gar nicht eingehen. Schließlich ist es mir aber noch in jedem Falle gelungen, eingerostete törichte Vorurteile zu überwinden. Heute, wo die Zeitungswissenschaft ja selbst schon Hochschulfach geworden, ist das vielleicht gar nicht mehr nötig.

Die journalistische Laufbahn führte mich weiter zur „Leipziger Volkszeitung", zur „Münchener Zeitung", zum „Bayerischen Kurier": — als Musikkritiker war ich ja an eine bestimmte politische Richtung nicht gebunden; schließlich landete ich während des Krieges in einer Dauerstellung — wenn man dreizehn Dienstjahre schon als solche bezeichnen darf — als Musikredakteur der „Dresdner Nachrichten". Ob deren Leser nun auch jedesmal so gespannt, wie ich früher auf Kroyers und Louis' Kritiken war, darauf warten, was „der Schmitz" über die neue Oper oder Sinfonie schreibt: — das weiß ich nicht.

WILHELM SCHWEDLER

Chefredakteur des „Transoceandienstes".

Also fangen wir mal mit der Beantwortung der zweiten Frage an: Weshalb? Selbstverständlich aus dem inneren Drang; selbstverständlich weil ich mich von Jugend auf dazu bestimmt, gewissermaßen dafür geboren fühlte, oder dachten Sie, ich würde mich als Freiwilliger der großen Armee derer zugesellen, die Bismarck einmal mit einem später viel gemißbrauchten Wort ärgern wollte — besonders nachdem mir die Schriftleitung der „Deutschen Presse" verraten hat, daß das schon mindestens sechs Kollegen geschrieben haben? Außerdem habe ich es selbst schon früher einmal getan und es dann bedauert. Um den Widerspruch zwischen meiner früheren und meiner heutigen Erklärung auszugleichen, gebe ich folgendes schöne Selbstbekenntnis:

Nachdem zwei von ihren Lehrern schlecht beratene Lehranstalten auf meine Mitwirkung freiwillig verzichtet hatten, schwankte ich lange, ob ich Musikant oder Schriftsteller werden solle. Für beide Künste schienen meiner damaligen Ansicht nach gewisse Vorbedingungen vorhanden, wobei zu bemerken ist, daß gerade die schriftstellerischen Versuche, die ich während der Unterrichtsstunden und an Stelle meiner Klassenarbeiten unternommen hatte, keine Anerkennung gefunden hatten. Für die Wahl des Weges in dieser Richtung war dann der erste „Erfolg" entscheidend, nämlich die Tatsache, daß eine Novelle von einem, in meinen Augen jedenfalls sehr vornehmen Verlag bei einem Preisausschreiben mit einem Preis von 100 Mark ausgezeichnet wurde. 100 Mark sind heute, besonders wenn man sie hat, nicht viel — vor 35 Jahren war das etwas anderes. Ich legte meine Musikinstrumente beiseite und schrieb lustig weiter, womit ich allerdings noch lange kein

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Journalist war, denn Schreiben allein tut's bekanntlich nicht. Die Weihe erhielt ich erst im Auslande, als ich rein aus Abenteurerlust nach London übersiedelte. Dort hatte ich das Glück, gleich Anschluß an ein inzwischen selig entschlafenes Korrespondenzbüro zu finden und die Stellung des Nachtredakteurs zu bekommen. In dieser Eigenschaft habe ich fünf Jahre lang jede Nacht 320 Druckzeilen geschrieben, die Nächte von Sonnabend zu Sonntag ausgenommen. Jeder kann sich ausrechnen, was in den 5mal 300 Nächten aus meiner Schreibmaschine geflossen ist. Damit war ich „liquide", war mitten in den Tagesereignissen drin, war Journalist — womit das Novellen- und Romaneschreiben zunächst einmal ein Ende hatte. An der Musik habe ich später viel Freude gehabt, trotzdem, oder vielleicht gerade weil ich Dilettant darin geblieben bin — an der Journalistik habe ich heute noch Freude, trotzdem oder gerade weil ich sie heute noch ausübe.

Damit ist eigentlich, wie ich eben bemerke, nicht nur das „weshalb" beantwortet, sondern auch das „wie". Gerade aufs Ziel losgeschossen bin auch ich nicht, denn eigentlich wollte ich ja kein Journalist werden, sondern Schriftsteller. Daran ist heute nichts mehr zu ändern, denn ich bin schon seit zehn Jahren in dem Zweige der Journalistik gelandet, in dem der Begriff des „Jour" durch den der Stunde und der Minute überholt ist. Diese Tages-, Stunden- und Minutenjournalistik wird mich nicht mehr loslassen, bis ich eines Tages wieder in Vollendung des Kreislaufes, der Menschenschicksal ist, aus diesem Getriebe hinausgehe, und, wenn es mir vergönnt ist, noch Zeit dazu habe, Memoiren oder einen Diplomatenroman zu schreiben, der dann wohl eine posthume Veröffentlichung sein müßte.

FRIEDRICH STAMPFER

Chefredakteur des „Vorwärts", Berlin.

Mein Vater war Rechtsanwalt in der damals deutschen Stadt Brünn. Meine Mutter, eine vielseitig gebildete Frau, lenkte mein Interesse frühzeitig auf die schöne Literatur. Ihre Brüder hatten, wie mein Vater auch, 1848 in der Akademischen Legion gestanden. Die Verse Freiligraths, die jetzt das Reichsbanner als Bundeslied singt, klingen mir noch von der Kinderzeit her ins Ohr.

Auf dem Gymnasium war ich die Verzweiflung meiner Lehrer, leider auch manchmal meiner Eltern. Ich studierte leidenschaftlich — nur immer etwas anderes als das, was auf dem Lehrplan stand. Beispielsweise las ich, als wir noch bei Xenophon hielten, mit Begeisterung Sophokles, lernte ganze Seiten aus seinen Dramen auswendig — und brachte es dabei doch fertig, im Griechischen durchzufallen. Als wir Sophokles in der Schule lasen, gehörte ich schon ganz der Philosophie (ich will damit nicht behaupten, daß ich alles richtig verstanden habe) und der Politik.

Die einzige Disziplin, in der ich mich dauernd auf der Höhe hielt, war die deutsche Sprache und Literatur. Hier war mein Eifer grenzenlos. Kein Mitschüler, der mich bat, neben meiner deutschen Hausarbeit auch die seine zu besorgen, blieb unerhört. Mein Ruf als stets bereiter Helfer verbreitete sich, und nie war ich stolzer, als wenn ich einem Schüler eines höheren Jahrgangs eine Hausarbeit machen durfte und wenn er — also ich — eine gute Note darauf erhielt.

Unter uns Sechzehnjährigen gab es schon einen politisch stark interessierten Kreis. Dabei lebten wir im Geiste mehr in Deutschland als in Österreich. Einer meiner Freunde konnte sogar die Wahlresultate aller interessanten Reichstagswahlkreise auswendig hersagen.

Ein Jahr später erschien in meiner Klasse ein gewisser Johann Polach aus Wien — jetzt sozialdemokratisches Mitglied des Senats in Prag — und diese Bekanntschaft entschied mein politisches Schicksal. Alsbald gründeten wir einen aus Schülern der höheren Gymnasialklassen und der Technischen Hochschule bestehenden sozialistischen Geheimbund. Das Abenteuer endete für mich mit der Relegation, aber der liberale Minister von Chlumetzky verschaffte mir die Gelegenheit, das Abiturientenexamen nachzuholen und die Wiener Universität zu beziehen, wo ich mich auf das Studium der Staatswissenschaften warf. Im Wiener marxistischen Studentenklub machte ich die Bekanntschaft des jungen Dr. Karl Renner und des stud. med. Rud. Hilferding.

Digitized by Google

Selbstverständlich hatte ich schon als Gymnasiast angefangen, für sozialistische Blätter zu schreiben. Ich schrieb auch für B. v. Suttners Zeitschrift „Die Waffen nieder!“ und lieferte zu den damaligen Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik über die Lage des Handwerks einen kleinen Beitrag über die Hutmacherei.

Inzwischen war in Deutschland die Bewegung der „Sozialpolitiker“ entstanden, die man etwa in der Mitte zwischen den Nationalsozialen Deutschlands und den Fabiern Englands eingruppieren kann. Sie gründete auch in meiner Vaterstadt eine politische Wochenschrift. Hauptbeteiligt war dabei der Dozent der Nationalökonomie Dr. St. Bauer, jetzt Professor in Basel.

Bauer bat mich, die Redaktion dieser Wochenschrift zu übernehmen, nach Beratung mit einigen Parteifreunden sagte ich zu. Meine Tätigkeit dauerte nur ein paar Monate, da es sich schließlich doch als unmöglich herausstellte, daß ein Sozialdemokrat ein nichtsozialdemokratisches Blatt redigierte, aber diese kurze Zeit war für mich lehr- und inhaltreich. Ich kam in einen Kreis geistig hochstehender Männer, unter ihnen der schon genannte Dr. Bauer, ferner Dr. Julius Korngold, Vater von W. A. Korngold, und M. Konstantin, Vater der Schauspielerin L. Konstantin.

Die Lösung des Redaktionsverhältnisses erfolgte in aller Freundschaft, die angenehmen persönlichen Beziehungen bestanden weiter. Und so kam es, daß Bauer an den ihm befreundeten Dr. Bruno Schoenlank in Leipzig einen Brief schrieb, in dem er seine Aufmerksamkeit auf mich lenkte. Schoenlank hatte damals eben die „Leipziger Volkszeitung“ gegründet, die alsbald als die beste sozialdemokratische Zeitung in Deutschland galt. Seine Aufforderung zur Mitarbeit wurde entscheidend für meine Laufbahn als Berufsjournalist.

Ich arbeitete zunächst als österreichischer Korrespondent der „Leipziger Volkszeitung“ und ging dann 1898 für ein Semester nach Leipzig in das volkswirtschaftliche Seminar Karl Büchers. Nun hatte ich auch Gelegenheit, Schoenlank persönlich kennen zu lernen und in den Betrieb einer Tageszeitung Einblick zu gewinnen. Schoenlank, einer der geistvollsten und kenntnisreichsten Menschen, die mir in meinem Leben begegnet sind, war nicht nur ein glänzender Stilist, sondern auch ein ausgezeichneter Redakteur. Mit bescheidenen Mitteln hatte er ein Kampfblatt von starker Aktualität geschaffen, dessen Niveau auch den Gegner zur Achtung zwang. Seine journalistischen Ziele gingen noch weit über das Erreichte hinaus bis in die moderne Journalistik unserer Zeit hinein, die er in mancher Beziehung vorausgeahnt hat.

Der Abschied von Leipzig und die Rückkehr nach Wien wurden mir nicht leicht. Eines Tages entschloß ich mich, an Schoenlank einen Brief zu schreiben, in dem ich ihn fragte, ob für mich eine Möglichkeit bestände, ganz nach Deutschland zu kommen, um in der sozialdemokratischen Presse mitzuschaffen. Schoenlank antwortete, indem er mir die Stelle eines politischen Redakteurs an der „Leipziger Volkszeitung“ anbot, die ich im Frühjahr 1900 antrat. Leider dauerte diese enge Zusammenarbeit nicht lange, Schoenlank erkrankte und starb. Meinungsverschiedenheiten mit Franz Mehring, dem Berliner Redakteur und nach meinen Weggang Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, veranlaßten mich, meinen Abschied zu nehmen. Ich ging nach Berlin, kam in den Kreis K. Eisners und des „Vorwärts“ und gab eine tägliche politische Korrespondenz heraus. Nach Rückkehr aus dem Felde, im Herbst 1916, übernahm ich auf Wunsch Eberts die Chefredaktion des „Vorwärts“.

Zusammenfassend kann ich sagen, daß ich nie in meinem Leben etwas anderes als ein Journalist gewesen bin und daß ich den Journalismus nie anders denn als Dienst an einer Idee aufgefaßt habe. Ich vermute, daß ich in jedem anderen Berufe hoffnungslos gescheitert wäre, da ich mir nie die Fähigkeit zugetraut habe, aus rein praktischen Erwägungen heraus etwas mir innerlich Widerstrebendes zu betreiben. Daß mir von früher Jugend an gegeben war, das und nur das tun zu dürfen, was ich mit Lust und Liebe tat, war das Glück meines Lebens. Dafür bin ich dem Schicksal und all denen, die mir dabei geholfen haben, unendlich dankbar.

Den Journalisten, der aus reiner Freude am Gestalten einer Zeitung ohne den starken Trieb der politischen Überzeugung in unseren Beruf gelangt ist, habe ich erst in reiferen Jahren menschlich schätzen und als Kollegen achten gelernt. Wesensfremd fühle ich mich ihm gegenüber auch heute noch. Das ist beileibe kein Hochmut, nur das Bewußtsein eines Andersseins. Mich hätte der journalistische Beruf an sich nicht gereizt, wenn mich nicht der Drang, für eine Idee zu wirken, in ihn hineingetrieben hätte. Das war für mich entscheidend. Denn es kann für mein Gefühl nichts Größeres geben als dies: die wechselvollen Schicksale des eigenen Volkes und der ganzen Menschheit mit leidenschaftlicher Anteilnahme mitzuerleben und nach Kräften an ihrer Gestaltung mitzuwirken. — So und darum wurde ich ein sozialdemokratischer Journalist.

Digitized by Google

GOTTFRIED STOFFERS

Chefredakteur a. D., Büderich, Krs. Neuß.

Weshalb und wie ich Journalist wurde? Es war um das Jahr 1880 und 1881 herum. Ich war damals Schüler des „Königlichen" Gymnasiums in Düsseldorf. Direktor war Karl Kiesel, der aber auch schon im Jahre 1848 Direktor desselben Gymnasiums gewesen ist, denn er ist im Prozeß gegen Ferdinand Freiligrath als Zeuge aufgetreten und hat als solcher seine Personalien als Gymnasialdirektor in Düsseldorf angegeben. Zu meiner Zeit war er ungefähr 70 Jahre alt und das Lehrerkollegium erfreute sich meist auch des biblischen Alters. Man kann sich denken, wie uns da die humanistische Wissenschaft verleidet wurde. Wenn ich dann so mittags um 12 Uhr über den Karlsplatz in Düsseldorf ging, sah ich an einem Fenster der Wirtschaft Wiese vier Männer sitzen: Baron Karl v. Perfall, den Redakteur der liberalen „Düsseldorfer Zeitung"; Dr. Eduard Hüsgen, den Redakteur des katholischen „Düsseldorfer Volksblattes", der den Reichsverband mit gegründet hat; Johannes Fiesahn, den Redakteur der fortschrittlichen „Düsseldorfer Volkszeitung", und Aloys Koerfer, den Redakteur des gemäßigt nationalliberalen „Düsseldorfer Anzeigers". Jeden Mittag, wenn ich aus der Schule kam, sah ich also diese vier trefflichen Journalisten beim Frühschoppen sitzen und sich anscheinend in der herzlichsten Freundschaft unterhalten. Nach getaner Arbeit, getreu dem alten Malkastenspruch: „Erst mach' dein Sach', dann trink und lach!" Alle vier Zeitungen erschienen um die Mittagszeit, denn an Nachtarbeit und dergleichen dachte damals, als es noch keinen Fernsprecher und kaum ein Telegramm bei diesen mittleren Blättern gab, kein Mensch. Das Bild am Fenster der Wirtschaft, das kühle verlockende Bier wenn ich „im vollen Brand der Juliglut" über den staubigen, baumlosen Platz ging, erregte meinen Neid, dann meine Sehnsucht und schließlich meinen Entschluß, einen Beruf zu ergreifen, dessen Mitglieder schon um 12 Uhr mittags ein so feines Leben führen könnten. Ich suchte also nach meinem Abgang vom Gymnasium in die Presse hineinzukommen, und ehe ich zwanzig war, hatte ich meine erste Stelle mit 60 Mark Monatsgehalt. Am 1. sollte ich es kriegen, gegen den 25. wurde es mir ausgezahlt, und am 26. kam manchmal der Verleger und fragte, ob ich ihm die 60 Mark nicht für ein paar Tage leihen könne? Wir armen Journalisten im Reich waren damals wahrlich nicht auf Rosen gebettet. Erregte es doch z. B. das größte Aufsehen in Düsseldorf, als bekannt wurde, daß Karl v. Perfall mit einem Gehalt von 5000 Mark an die „Kölnische Zeitung" berufen worden sei. Fünftausend Mark! Wobei man freilich bedenken muß, daß fünftausend Mark anfangs der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts mehr bedeuteten, als heute zwölftausend. Ich bin also aus reiner Neigung, aus innerem Drang in früher Jugend Journalist geworden, und als ich am 1. April 1884 mit dem Range eines Gefreiten von der Königlich preußischen Armee verabschiedet wurde, stand schon in meinem Militärpaß, daß ich von Beruf Journalist sei. Das sind nun schon mehr als 46 Jahre her, und ich habe es nie bereut, den Beruf ergriffen zu haben. In meinen Augen ist er immer noch der schönste aller Berufe, obschon von den journalistischen Idealen der damaligen Zeit vieles abgebröckelt ist. Zur Frage der Vorbildung, Ausbildung und Fortbildung will ich auf Grund meines Lebenslaufes folgendes sagen: An Zeitungswissenschaftliche Institute mit angegliederten Seminarien dachte damals natürlich kein Mensch. Was die deutsche Presse geworden ist, ist sie geworden durch Männer, die in der Praxis gelernt haben, Journalisten zu sein. Sie wurden ins Wasser geworfen und es mußte sich dann zeigen, ob sie schwimmen konnten oder nicht, d. h. ob sie geborene Journalisten waren oder nicht. Wer den Beruf ergriff, ohne das heilige Feuer, ohne das Talent in seinem Innern, der erlitt Schiffbruch. So habe ich hochstudierte, hochgebildete Männer, die zu unserem Beruf kamen, über eine Lokalnotiz von sechs Zeilen elend stolpern, und ich habe Männer, die vom Setzkasten kamen und die nur die Elementarschule hinter sich hatten, ganz brauchbare Journalisten werden sehen. Die Schule, durch die ich gegangen bin und die ich auch heute noch für die beste Ausbildung für den Journalisten halte, war das kleine Blatt im Reiche — der Berliner sagt: in der Provinz —, dessen einziger bezahlter Mitarbeiter damals der

Digitized by Google

Scherenschleifer war. Mein Blatt war gegründet worden von streikenden Setzern, die das Blatt genossenschaftlich betrieben und die oft genug am Samstag mit zehn Mark nach Hause gehen mußten. Mir gaben sie das fürstliche Gehalt von 200 Mark, und dafür mußte ich alles machen: Innenpolitik, Außenpolitik, Parlamentsbericht, Theater und Konzerte, Feuilleton, Berichterstattung. Dabei lernte man unendlich viel, vor allen Dingen: arbeiten! Daneben mußte ich eine Zeitlang alle vierzehn Tage vor der Strafkammer erscheinen, bis sie mich endlich bei den Hammelbeinen packten und mich für neun Monate bei Wasser und Brot — denn damals gab es keine Selbstbeköstigung — in Einzelhaft hinter Schloß und Riegel setzten. Auch das gehörte damals zu der Lehrzeit des Journalisten. Und ich war es nicht allein. Fast jeder der wackeren Männer aus dem Setzerstande, der während meiner Behinderung das demokratische Blatt zeichnete, kam zu sitzen, denn es war von Berlin Befehl gekommen, das Blatt zugrunde zu richten, was ihnen denn endlich auch gelungen ist. Und dann muß ich noch eines verzeichnen, das mir in meiner „Ausbildung“ zum Journalisten von unendlichem Wert gewesen ist: Ehe ich meine neun Monate absaß, so etwa um das Jahr 1896 herum, bin ich ein Jahr nach England gegangen. Dort habe ich meine journalistischen und politischen Kenntnisse in einem Jahre mehr erweitert als daheim in zehn. Ich hatte das große Glück, in Fleet Street mit Männern bekannt zu werden, die als Journalisten in der ersten Reihe standen. Es war das die wackere Schar, die sich um Massingham und das unter seiner Leitung stehende, damals hochangesehene Daily Chronicle versammelt hatten: Nevinson, Vaughan Nash und ein halbes Dutzend andere. Ich werde es nie vergessen, wie Massingham, als Vaughan Nash mich ihm in einer Nacht in der Redaktion vorstellte, zu mir sagte: „I am honoured to met you, Mr. Stoffers“. Die Gesinnung, die in diesen Worten lag, hat gedauert bis zu seinem Tode, denn als ich ihn nach dem Kriege wieder aufsuchte, fand ich bei ihm die alte, herzliche Aufnahme, als ob kein Krieg und kein Haß gewesen wäre. Und mit denen, die noch leben, verbindet mich heute, nach 35 Jahren, noch dieselbe aufrichtige, herzliche Freundschaft. Weshalb ich diese Episode in meiner Ausbildung erwähne? Weil ich Reisen, Reisen und abermals Reisen für die beste Fortbildung des Journalisten halte. Vor allen Dingen Reisen im Auslande und Sprachen lernen. Mit Recht sagt Everth, daß jeder Journalist mindestens eine englische und eine französische Zeitung müsse lesen können. Natürlich muß man nicht reisen wie die amerikanischen Touristen, die in Brüssel das Manneke Pis, in Paris den Moulin rouge und in London den Tower als die höchsten Sehenswürdigkeiten betrachten. Nein, die höchsten Sehenswürdigkeiten für den Journalisten sind die Menschen, die Menschen aller Klassen, die Menschen in allen Lagen und bei allen Betätigungen. Reisen zur Fortbildung! Die Geschichte von dem Unterschied zwischen dem lieben Gott und dem Journalisten hört sich ja ganz nett an: „Der liebe Gott weiß alles, der Journalist weiß alles besser“. Aber sie hebt uns nicht gegenüber dem lieben Gott. Auch der Eingebildetste unter uns kann noch etwas für seine Ausbildung tun, und selbst der Dümmste kann noch etwas zulernen.

THEODOR WOLFF

Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“.

Wenn ich sagen soll, wie ich Journalist wurde, muß ich bei den Schülergeschichten beginnen. Denn als ich morgens in die Untersekunda mit der Mappe ging — und mit der denkbar größten Unlust —, ging ich abends auf den Helikon und „redigierte“, zusammen mit einigen literarisch begeisterten Altersgenossen aus anderen Schulen, ein Vereinsblättchen, das zwar nach der damals üblichen primitiven Methode mit lila Hektographiertinte vervielfältigt und erfreulicherweise, der technischen Schwierigkeiten wegen, nur einigen Auserwählten übergeben wurde, aber stolz „Annalen des Vereins Kalliope“ hieß. Etwas später wagte sich eine Gruppe hochstrebender Geister — zwischen siebzehn und neunzehn —, die einen noch unter der Schulfuchtel, andere, wie ich, eben frei geworden — an ein Unternehmen von weit größerer Bedeutung heran. Wir gründeten eine richtige Zeitschrift, die in einer richtigen Druckerei

Digitized by Google

gedruckt wurde, monatlich einmal erschien, die Ablagerungsstätte für unsere schriftstellerische Produktion wurde und besonders in den Mädchenschulen ein bisweilen sogar zahlendes Abonnentenpublikum fand. Den Namen „Erste Waffengänge" hatte Paul Lindau gespendet, den wir um seinen Rat in dieser Angelegenheit gebeten hatten, und als dann Richard Schmidt-Cabanis im „Ulk" sich mit unserer Schöpfung beschäftigte, und sie „Erste Affengänge" taufte, schien das nur unsere Popularität zu erhöhen. Redaktionsraum war ein Zimmer Max Osborns, der damals mit seinen Eltern in der Regentenstraße wohnte, und die Ehre, als Chefredakteur zu zeichnen, wurde mir zuteil. Um die Wahrheit zu sagen: unsere Zeitschrift war sehr zahm, gar nichts von Sturm und Drang, nichts von revolutionärer Unruhe, nicht einmal etwas von der romantischen Lausbüberei einer „Räuberbande", und wenn ich zurückblicke, wundere ich mich darüber, daß wir so gesittete Jünglinge gewesen sind. Ich empfinde keine Genugtuung bei der Feststellung, daß wir nicht als Störenfriede auf die Welt kamen, sondern artig und stubenrein. Indessen, in diesen Heften unternahmen nicht wenige, die heute zu einem noch größeren Kreise von Verehrern sprechen, ihren ersten Waffengang. Max Osborn debütierte dort mit zahlreichen Beiträgen, Max Dessoir, bereits Student, lieferte philosophische Aufsätze, Felix Holländer ließ seine erste Novelle erscheinen, sein Bruder Viktor stiftete eine Komposition, Ludwig Stettenheim, jetzt in Leipzig, versah uns, als Erbe seines Vaters, mit Humor. Ich möchte auch einen Schulkameraden von unzweifelhaftem Talent erwähnen, Max Kaufmann, der früh auf tragische Weise aus dem Leben schied. Ein anderer, Hoffstädt, machte lyrische Gedichte, wurde aber später ein korrektes Mitglied der Gesellschaft und starb als Staatsanwalt. Obgleich die „Ersten Waffengänge" eigentlich niemanden erschrecken konnten, sollen einige Schuldirektoren die Lektüre verboten haben, und da uns Leser und Leserinnen aus diesem oder einem anderen Grunde verließen und das Geld fehlte, teilten wir der Öffentlichkeit die Einstellung unserer Bemühungen mit. Wir konnten uns mit dem wohl etwas irrigen Gedanken trösten, nur die Tyrannei habe uns besiegt.

Als ich so aufgehört hatte, Chefredakteur zu sein, trat ich, auf Wunsch meiner Eltern und meines Vetters Rudolf Mosse, in den kaufmännischen Betrieb ein, der mit dem „Berliner Tageblatt" verbunden ist. Aber diese Tätigkeit entsprach nicht meinen Neigungen, ich hatte den Drang zum Journalismus, und Arthur Levysohn, der Chefredakteur des „Berliner Tageblatts", dem ich meine Stilproben brachte, reichte mir die rettende Hand. Zuerst wurde ein zartes Geplauder, dem ich den reizvollen Titel „Wovon die jungen Mädchen träumen" gegeben hatte, abgedruckt. Bald darauf erhielt ich einen kleinen Posten in der Lokal-Redaktion, machte Reporterdienste, ging täglich zur Kriminalpolizei, berichtete über Morde und Diebstähle, und nachdem ich mich auf diesem Gebiete hinreichend geübt und einige schöne Erfolge gehabt hatte, wurde ich zum Feuilleton versetzt, schrieb nun über Künstlerbälle und Pressebälle, über hunderterlei Dinge, in Prosa und in Reimen, und sogar, was mir der Himmel verzeihen möge, mit zweiundzwanzig Jahren Theaterkritiken, wenn Paul Lindau keine Lust hatte, zu einer Premiere zu gehen. Dann reiste ich in Europa und ein wenig im Orient herum, mit einem Monatshonorar, das heute sehr gering erscheinen würde, damals aber eine genügende Grundlage für ein angenehmes Leben in Venedig war. Und als ich fünfundzwanzig Jahre alt geworden war, kam ich als Korrespondent des „Berliner Tageblatts" nach Paris, wo, durch manches Heitere gemildert, der Ernst des Lebens begann.

MAX A. TONJES

Redakteur am „Hannoverschen Tageblatt".

Da ich keinen Nekrolog für mich selbst schreiben soll — es wäre auch reichlich hart, und außerdem mögen sich seinerzeit andere darum bemühen —, so ist die Frage, wie ich in den Journalismus gekommen bin, schnell beantwortet:

So um die Wende des Jahrhunderts studierte ich an der Technischen Hochschule in Hannover Architektur. Damals beschränkte sich mein aktiver Journalismus auf die Abfassung

Digitized by Google

von Bier- und Hochzeitszeitungen. Sie trugen durchaus provinziellen Charakter, wie auch die Zeichnungen, die nicht von mir stammten, keine außerordentliche Begabung verrieten.

Man fing damals das Architekturstudium mit der Kopie der Kopie griechischer Tempel an und schuf mit Eigenschatten, Schlagschatten, bemalten Friesen und Architraven und einem wunderbar abgetönten blauen Himmel ein schönes Bild und den Beweis für ein gewisses unumgängliches Maß von Fleiß. In ähnlicher Weise schlug man sich durch die römische, romanische, gotische und die Kunst der Renaissance mit ihren verschiedenen Epochen durch. Man übte sich in Konstruktionen und Grundrissen aller Art und war dann reif für den Baumeister.

Soweit ist es bei mir nie gekommen. Und das kam so: In den langen Sommerferien suchte der Student einen Unterschlupf in dem Büro eines Privatarchitekten, um ein bescheidenes Verhältnis zur Praxis zu gewinnen. Denn wir trieben nur Theorie, und rein architektonisch waren wir eigentlich Kunsthistoriker. Die Praxis war ganz anders, wenn auch damals nicht besser. Zu jener Zeit grassierte der Jugendstil †††, der es ganz anders machte als wir auf der Hochschule. Es kamen nur ganz neue Linien in Frage. (Eines Tages stellte ich mit Genugtuung fest, daß eine Straßenwaschmaschine mit dem Spülwasser Linien auf dem Asphalt produzierte, die so modern wie nur möglich waren.) Es stehen auch noch zwei Häuser in Hannover, ein großes Wirtshaus und ein Warenhaus, an denen ich in meinen Ferien mitgewirkt habe. Daß sie noch stehen, ist sicherlich das Verdienst des Baupolizeiamtes, das nach Fritz Reuters Vorbild zwar nicht mehr für „gezahnte“, wohl aber für „genietete“ Träger schwärmte. Die Häuser sind seit jener Zeit trotz aller Umwälzungen in der Architektur nicht schöner geworden, als sie mir damals nicht erschienen sind.

Ich saß also zwischen der Kunsthistorie und dem Jugendstil. Die eine litt m. E. an Arteriosklerose und der andere an hochgradiger embryonaler Rachitis. Dieser Zwiespalt zwischen Theorie und Praxis fiel mir auf und zwang — bitte wörtlich zu nehmen — mir die Feder in die Hand. Mit den Ergebnissen meiner Journalistik ging ich zu Hermann Löns, der damals als Lokalredakteur bei der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ wirkte. Und siehe, er nahm sie, trotzdem oder auch weil sie in der Form weder milde noch abgeklärt ruhig waren. Ihm gefielen sie, weil sie ihm in die stürmerische und drängerische Zeit der damaligen Kunst zu passen schienen. Vielleicht darf ich einfügen, daß auch ich mich noch darüber freue, wenn mir zufällig einer dieser Erstlinge meiner journalistischen Tätigkeit in die Hand fällt.

Im Frühjahr 1903 riet mir Löns, aus der augenblicklichen Misere der Architektur in den Journalismus hinüberzuwechseln. Er glaubte viel mehr an mich, als ich an mich selbst zu glauben vermochte. Denn was wußte ich vom Journalismus? Gewiß sagte mir das freie Schaffen zu, wie auch die Lebensauffassung, die fraglos etwas von der Bohème hatte. Aber das alte niedersächsische Bauernblut ging doch nicht leichten Sinnes von der soliden Lebensbasis des Architekten hinunter. So erschien mir der Gang in den Journalismus wie ein Sprung ins Dunkle. Die Osterferien der Hochschule wurden zur Versuchszeit.

Der Journalismus ist ein süßes Gift. Wer einmal davon genommen hat, kommt nicht wieder davon los. So wurde ich zum Volontär bei Hermann Löns, zum ersten und letzten. Mein Lehrmeister hatte eine eigene Methode des Unterrichts. Er vertrat den Standpunkt, daß man nicht besser lernen könne als aus eigenen Dummheiten. Ferner war er überzeugt, daß niemand besser und schneller schwimmen lerne, als wenn er ins Wasser gestoßen würde. Das tat er in der Weise, daß er ohne vorherige Ankündigung mehrere Tage auf Jagd ging und mich an dem großen Doppelschreibtisch mit all den Manuskripten und den erforderlichen Entscheidungen allein ließ. Und ich habe das Schwimmen gelernt. Jedenfalls ist mir dies erst kürzlich noch von meinen Kollegen anläßlich meines Jubiläums beim „Hannoverschen Tageblatt“, wohin ich 1904 mit Hermann Löns übersiedelte, bestätigt worden.

Löns blieb mir bis zu seinem Tode bei Loivre ein treuer Freund, dem ich auch deswegen von Herzen dankbar bleibe, weil er, auch ohne schulmeisterliche Belehrung, durch sein Beispiel das Temperament zu wecken und auch zu meistern wußte.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse. Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

Reichszentrale für Heimatdienst und Presse.

Von Ministerialrat Dr. Strahl, Leiter der Reichszentrale für Heimatdienst.

In ihrer Berichterstattung wie im Nachrichtendienst übermittelt unsere Tagespresse dem Staatsbürger eine ungeheure Fülle an politischem Informationsstoff, gewährt sie ihm die Möglichkeit, das Weltgeschehen auf allen Gebieten der Politik zu verfolgen. Sie nimmt von einem bestimmten politischen, weltanschaulichen, beruflichen oder wirtschaftlichen Standpunkt aus Stellung zu allen schwebenden Fragen der Staatspolitik. Damit leistet sie eine staatspolitische Erziehungsarbeit ganz großen Stils. In einer Zeit des stärksten Kämpfens und Ringens um unsere staatliche Selbsterhaltung und Geltung gibt sie bis in die entlegenste Siedlung hinein dem deutschen Volksgenossen die Möglichkeit, Stellung zu nehmen zu den Fragen der politischen Willensgestaltung und der staatlichen Lebensführung, sich insbesondere auch ein Urteil zu bilden über die Amtshandlungen der Regierenden, für deren Entschlüsse das Volk in der demokratischen Republik sich viel stärker verantwortlich fühlen muß, als im Obrigkeitsstaat.

Diese Tätigkeit der Presse sucht die Reichszentrale für Heimatdienst auf ihre Weise zu ergänzen. Auch die politische Aufklärungstätigkeit, die der Reichszentrale für Heimatdienst obliegt, soll staatsbürgerliche Erziehungsarbeit im besten Sinne des Wortes sein. Während indes die Tagespresse stark auf den Gang der Ereignisse, auf das jeweils Neue in dem politischen Geschehen abgestellt ist, sucht die Reichszentrale gerade die großen Entwicklungen als solche, das Bleibende gegenüber dem Vorübergehenden, bei ihrer Aufklärungsarbeit herauszuarbeiten. Sie bemüht sich daher, dem Staatsbürger — vor allem dem politisch Interessierten, also hauptsächlich auch dem Zeitungsleser — immer wieder den großen Zusammenhang der Dinge vor Augen zu führen und ihm insofern gerade das Verständnis für die aktuellen Ereignisse, die ihm die Zeitungen übermitteln, zu vertiefen. Gesundheit und Kraft des Staates beruhen im Zeitalter des Volksstaates und des Selbstbestimmungsrechtes im höchsten Maße auf dem Gemeinsinn und den politischen Fähigkeiten des Volkes, zahllose innere und äußere Reibungen, unnütze Kräftevergeudungen können erspart werden, wenn all denen, die im Lande auf den Gang der politischen Ereignisse Einfluß ausüben — und dies ist letztendlich und grundsätzlich jeder einzelne Staatsbürger, vor allem aber die Führer im Großen wie im Kleinen — die wirklichen Zusammenhänge, die realen Kräfteverhältnisse, die tatsächlichen Grundlagen des politischen und wirtschaftlichen Geschehens objektiv erkennbar gemacht werden. Eine weitere Aufgabe erwächst der Aufklärungstätigkeit der Reichszentrale für Heimatdienst durch die zunehmende Vielfältigkeit der gesetzgeberischen Tätigkeit, deren Kenntnis für jeden Staatsbürger in dem Maße wichtig ist, als das Bedürfnis nach Selbstbestimmung im Volke mehr und mehr wächst und nach Verwirklichung strebt.

Diese Gründe für die staatsbürgerliche Aufklärungstätigkeit der Reichszentrale für Heimatdienst enthalten in nuce auch schon die Wege, die zur Erreichung der ihr gesteckten Ziele beschritten werden müssen. In erster Linie ist es Aufgabe der staatlichen Aufklärungsarbeit, die Liebe zur Heimat aufs engste mit dem Gedanken der Volksgemeinschaft, der Not und Schicksalsverbundenheit aller Stämme, Stände und Staatsbürger zu verknüpfen. Der deutsche Reichstag hat dies zum Ausdruck gebracht, als er in seiner Sitzung vom 5. Juli 1921 die richtunggebenden Grundsätze für die Arbeit der Reichszentrale für Heimatdienst in folgender Entschließung festgelegt hat:

> „Die Reichszentrale für Heimatdienst dient der sachlichen Aufklärung über außenpolitische, wirtschaftspolitische, soziale und kulturelle Fragen, und zwar nicht im Geiste einzelner Parteien, sondern vom Standpunkte des Staatsganzen“.

Die einzelnen Arbeitsgebiete der Reichszentrale sind mannigfachster Art. An ihrer Spitze steht die umfassende Aufklärungsarbeit über die Außenpolitik im weitesten Sinne: Über Inhalt und Auswirkung des Friedensvertrages, über die Entwicklung und Ergebnisse der Reparationsverhandlungen, über die Beziehungen Deutschlands zu den anderen Großmächten, über den Völkerbund, seine Einrichtung und seine Bedeutung für die Ziele der deutschen Außenpolitik, über den Stand der Erörterungen über die Kriegsschuldfrage, über die Lage der deutschen Minderheiten und die Beziehungen zu dem Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen insgesamt, nicht zuletzt zu dem deutsch-österreichischen Brudervolk. Daß die Fülle des sich aus der deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik ergebenden Aufklärungsstoffes an Umfang gegenüber dem außenpolitischen Arbeitsgebiet nicht zurücksteht, bedarf keiner Erwähnung. Insbesondere sind es hier die großen Fragen der Produktion und des Absatzes und damit der deutschen Handelsbilanz, die Verbindungen und Möglichkeiten Deutschlands auf dem Weltmarkte, namentlich aber die innere Verflechtung und gegenseitige Abhängigkeit der deutschen Wirtschaftszweige, für die dauernd Verständnis zu schaffen ist. Ferner bilden die Probleme der Reichsfinanzen, des Haushalts und des Steuerwesens, endlich die großen Komplexe der Sozialversicherung und der nationalen Arbeit — Arbeitsleistung, Arbeitslohn, Arbeitszeit, Arbeitsschutz, Arbeitsmarkt usw. — fortlaufend Gegenstände der Aufklärungsarbeit. Es ist selbstverständlich, daß für eine Aufklärungsbehörde ein weiteres ständiges Aufklärungsthema die Verbreitung von Kenntnissen über die Verfassung des Deutschen Reichs, über ihren inneren Aufbau, über die Rechte und Pflichten des Staatsbürgers in Reich, Staat und Gemeinde ist. Bei allen diesen Arbeiten ist es das Ziel ihrer Bemühungen, durch die Übermittlung objektiven Wissens eine Versachlichung der Urteilsbildung zu bewirken und dadurch auch die Staatsautorität als solche zu stützen.

* * *

Auch die von der Reichszentrale für Heimatdienst geübten Methoden bilden gewissermaßen eine Ergänzung der Bildungsarbeit der deutschen Presse. Nachdem die rein propagandistischen Maßnahmen, wie Flugblattver-

Digitized by Google

teilung und Plakatierung, mehr und mehr infolge der fortschreitenden politischen Beruhigung in Fortfall gekommen sind, ist es heute vor allem die Verbreitung des Aufklärungsstoffes in Form von sorgsamen kleinen Sonderabhandlungen, sogenannten Richtlinien, oder von Broschüren, mit der der Heimatdienst seine Arbeit durchführt. Dazu gesellt sich noch das besondere Mitteilungsblatt „Der Heimatdienst". Auf der anderen Seite wird durch ein ausgedehntes Vortragswesen die praktische Aufklärungsarbeit durchgeführt. Diesen Tätigkeits- und Verbreitungsmethoden ist auch die Organisation der Reichszentrale angepaßt. Vor allem sind es die großen Organisationen aller Art, ebensowohl die politischen, wirtschaftlichen und berufsständischen Verbände, wie die kulturellen und Volksbildungsorganisationen, mit denen die Reichszentrale in engster Verbundenheit zusammenarbeitet und denen sie ihr Druckschriftenmaterial und ihre Redner überläßt. Außerdem haben sich im Laufe der mehr als zehnjährigen Arbeit überall im Lande zahlreiche Persönlichkeiten gefunden, die von sich aus der parteipolitisch neutralen Volkserziehundsarbeit Interesse und Neigung entgegenbringen und als ehrenamtliche Mitarbeiter, sogenannte Vertrauensleute, sich der Reichszentrale zur Verfügung gestellt haben. Selbstverständlich sind es hier nur Persönlichkeiten von Einfluß und mit eigener größerer Auswirkungsmöglichkeit, die als Mitarbeiter und Träger des Aufklärungsstoffes in Frage kommen. Hängt doch gerade von der Persönlichkeit, ihrem Charakter und ihrem Ansehen der Erfolg einer solchen politischen Aufklärungsarbeit, wie sie die Reichszentrale betreibt, in allererster Linie ab. Dieses über das ganze Reich hingespannte Netz von Vertrauensleuten, gegenwärtig etwa 27 000, bildet die ehrenamtliche Organisation der Reichszentrale für Heimatdienst, ohne die eine weitgreifende politische Aufklärungstätigkeit resonanzlos bleiben müßte. Den unmittelbaren Verkehr zwischen Vertrauensleuten und Reichszentrale für Heimatdienst besorgen im wesentlichen 18 Außenstellen, sogenannte Landesabteilungen, die über das ganze deutsche Reichsgebiet verbreitet sind. Ihre Sitze haben sie in Berlin, Königsberg, Breslau, Schneidemühl, Schwerin, Hamburg, Kiel, Dresden, Halle, Erfurt, München, Stuttgart, Karlsruhe, Frankfurt a. M., Hannover, Münster, Essen (Ruhr), Siegen (Westfalen).

Diesen Landesabteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst obliegt es auch, unter Führung und auf Grund von Anweisungen der Berliner Zentralleitung, staatsbürgerliche Vortrags- und Lehrveranstaltungen in Verbindung mit den örtlichen Behörden ihres Bezirks, sowie den maßgeblichen Berufsorganisationen durchzuführen. In diesem Zusammenhange sind zu nennen die sogenannten staatsbürgerlichen Lehrgänge, Vortragszyklen, die in einer Aufeinanderfolge von mehreren Vorträgen die Einwohnerschaft der größeren Städte über die bedeutsamsten aktuellen politischen Fragen unterrichten sollen. Derartige staatsbürgerliche Lehrgänge haben im vergangenen Jahr 55 mit rund 75 000 Teilnehmern stattgefunden. Ergänzt wird diese Veranstaltungsart durch die staatsbürgerlichen Bildungstage, die — 738 an der Zahl mit 109 000 Teilnehmern während des Jahres 1928 — sich in den kleineren Städten größter Beliebtheit erfreuen. Auch hierbei werden von prominenten Rednern Vorträge über politische, wirtschaftspolitische oder sozialpolitische Zeitfragen vor Hörern aller Berufsschichten gehalten. Die schönste Anerkennung, die diese Lehrveranstaltungen der Reichszentrale für Heimatdienst finden, zeigt sich in der von Jahr zu Jahr zunehmenden Besucherzahl. Im vergangenen Jahr wurden die staatspolitischen Lehrgänge durchschnittlich von je 400 Personen besucht gegenüber durchschnittlich rund 300 im Jahre 1925. Bei den staatsbürgerlichen Bildungstagen stieg die Teilnehmerziffer von durchschnittlich je 100 im Jahre 1925 auf 148 im Jahre 1928. Gleichzeitig fand eine erhebliche Anzahl von staatsbürgerlichen Kursen für besondere Berufsgruppen statt. Erwähnt seien die 78 staatspolitischen Sondertagungen für die Lehrerschaft (insbesondere auch für die Berufsschullehrer) mit 13 7000 Teilnehmern, für Beamte und Bürgermeister, für die Schutzpolizei und — nicht zuletzt — für die Gewerkschaftsführer aller Richtungen.

Außer diesen staatsbürgerlichen Lehrveranstaltungen hat die Reichszentrale für Heimatdienst sodann noch zahlreiche Einzelvorträge in fremden Organisationen teils selbst veranstaltet, teils gefördert. Für das vergangene Jahr sind allein 25 000 Vorträge dieser Art zu verzeichnen. Dabei muß es die Reichszentrale für Heimatdienst selbst auf das stärkste bedauern, daß sie aus finanziellen Gründen vielfach nicht in der Lage war, durchaus förderungswerte Bestrebungen und Veranstaltungen in der gebotenen Weise zu unterstützen. Nicht unerwähnt sollen schließlich die 9850 Lichtbildervorträge im vergangenen Winterhalbjahr bleiben, die in Vereinen und Ortsgruppen der großen Verbände mit dem Material der Reichszentrale für Heimatdienst gehalten worden sind.

Es ist selbstverständlich, daß sich aus dieser Arbeitsweise der Reichszentrale zahlreiche Berührungspunkte mit der Presse ergeben. Findet sich doch unter den engeren Mitarbeitern, den Vertrauensleuten und regelmäßigen Rednern der RfH. eine stattliche Anzahl von Redakteuren und Verlegern. Aber auch über diesen Kreis der unmittelbaren Mitarbeiter hinaus hat sich die Presse stets in dankenswertester Weise in den Dienst der Veranstaltungen der Reichszentrale gestellt. Insbesondere die Berichterstattung über die Vorträge ist von der Presse ausnahmslos in entgegenkommendster und verständnisvollster Weise erfolgt und hat in erheblichstem Maße dazu mitgewirkt, den Stoff dieser Vorträge noch weit über den Kreis der Teilnehmer hinaus zu verbreiten. Ferner ist von der natürlich gern und bereitwillig gegebenen Erlaubnis des Nachdrucks des literarischen Materials von der Presse in steigendem Maße Gebrauch gemacht worden. Auch der Unterstützung der großen Zeitungskorrespondenzen hat sich die Reichszentrale für Heimatdienst oft erfreuen dürfen. Sie möchte daher mit den besten Glückwünschen, die sie dem Reichsverband der deutschen Presse anläßlich seiner Bremer Tagung aussprechen darf, den herzlichen Wunsch auf eine weitere gedeihliche und immer engere und intensivere Zusammenarbeit verbinden.

Digitized by Google

Redakteur, Journalist und Industrie.

Wie können sie miteinander weiterkommen?

„Sehr geehrter Herr!

Wir haben die Absicht, in unserem Bericht von der Ausstellung „Gas und Wasser“, Berlin, einige Artikel, Firmen betreffend, deren Tätigkeit sich unserem Studium angliedert, zu veröffentlichen.

Um unsere Dokumentation zu formen oder zu vervollständigen, wären wir Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns mit wendender Post Ihre Broschüren, Kataloge, geschriebenen Noten und Photographien Ihrer Fabrikationen zukommen lassen würden, da wir auf diese Weise unserer Studie eine größere Ausdehnung und Genauigkeit verleihen können, als nur durch eine Kritik Ihrer Ausstellung.

Diese Sendung bindet keineswegs eine der beiden Parteien. Falls Sie es wünschen, werden wir Ihnen den Text unseres Manuskriptes vor Veröffentlichung zur Beurteilung vorlegen.“

Daß dieser Brief niemals von einer deutschen Zeitung stammen kann, wird, abgesehen von seiner Ausdrucksweise, auch aus seinem Inhalt jedem Kollegen aus einer Redaktion sofort klar sein. Er stammt von einer Pariser Redaktion — das heißt von einer Stelle, die sich darüber klar sein muß, daß geschäftliche Verbindungen mit dem Adressaten niemals in Frage kommen können. Aber er besitzt mehr als dokumentarischen Wert; denn er zeigt mit Grazie und schlicht-sachlicher Offenheit den Weg, der von der Presse zur Industrie und von der Industrie zur Presse führen kann. Er könnte von einem Journalisten geschrieben sein und kommt doch von einem Redakteur. Das ist — womit in keiner Hinsicht etwas gegen den Journalisten gesagt werden soll — in diesem Falle mehr; denn ein Journalist kann und wird oft genug das lebhafteste Interesse an industriellen Dingen haben und solange er ein Idealist ist, solches Interesse auch durch schriftstellerische Arbeit „aufs Geratewohl“ betätigen. Aber ein Redakteur, der nicht zugleich selbst Besitzer einer Zeitung und deren verlegerische Dispositionen in alleräußerster Unabhängigkeit zu führen entschlossen ist, wird schwerlich in der Lage sein, in so temperamentvoller Bereitschaft zur Vertretung ihrer Interessen mit der Industrie zu korrespondieren. Denn die Grenzen zwischen publikationsfähigem Material und dem, was man in Deutschland nur durch den Anzeigenteil glaubt sagen zu können, sind zu flüssig, als daß sich noch sonderlich viel redaktionelle Initiative auf diesem Gebiet sollte hervorwagen können.

Nach meiner Erfahrung, die sich auf jeweils mehrjährige Tätigkeit als Redakteur und als Bearbeiter industrieller Presseangelegenheiten stützt, ist durch diese Unklarheit heute ziemlich allgemein etwa folgender Zustand geschaffen: Im Zeitungsgebäude stehen sich die Interessen der Anzeigen-Abteilung und der Redaktion (namentlich gewisser Sparten) mehr oder weniger schroff gegenüber. Die Anzeigen-Abteilung steht auf dem Standpunkt, daß möglichst viel Mitteilungen aus der Industrie in Form von bezahlten und deutlich vom Textteil unterschiedenen Inseraten aufgegeben werden müssen. Sie stützt diese Forderung auf allerlei mehr oder weniger interessante und beweiskräftige Statistiken, nach denen angeblich im Ausland sehr viel mehr Inseratenpropaganda von der Industrie getrieben würde als in Deutschland und dazu auf ihre Auslegung der einzig in der Welt dastehenden Tatsache der Trennung von Textteil und Anzeigenteil in der deutschen Presse. Sie sieht in redaktionellen Veröffentlichungen über industrielle Dinge entweder einen Anknüpfungspunkt für die Akquisition von Anzeigen „zur Vertiefung der Veröffentlichungen“ oder steht ihnen überhaupt ablehnend gegenüber, weil sie sagt, daß eine Industrie, die im Textteil der Zeitung Raum findet, dafür den Anzeigenteil weniger oder gar nicht benutzt. Ich bin überzeugt, daß es auch zahlreiche Fälle gibt, in denen die Anzeigen-Abteilung versucht, durch Andeutungen über mögliche redaktionelle Unterstützung der Inserate ihr Geschäft zu heben. Man möge mir erlassen, mit Beweisen zu begründen, woher ich diese Überzeugung habe. Sapienti sat.

Die Redaktion, namentlich der Handelsteil, aber auch der technische Teil, hat ein dringendes Interesse daran, eingehende Nachrichten und positiv wertvolles Material über wirtschaftliche Vorgänge und industrielle Erfindungen und dergleichen zu erhalten, anderseits ist sie nur in seltenen Fällen in der Lage, wirklich sehr große Mittel für dessen Erlangung von neutralen Beobachtern aufzuwenden. Daraus ergibt sich, daß sie entweder versuchen muß, sich aus dürftigen Kommuniqués mühsam ein Bild zu verschaffen, oder aber, daß sie den kostbaren Zeitungsraum praktisch verschwendet, um mehr oder weniger haltlose Kombinationen wirtschaftspolitischer Art oder Berichte über Erfindungen und technische Gegenstände zu verbreiten, denen niemals eine praktische Bedeutung zukommt oder zukommen kann.

Beides liegt aber nicht im Sinn der Zeitung, die zwar bestrebt sein muß, das Aktuellste zu bringen, die aber letzten Endes nur in mangelhafter Weise ihre Leserschaft über das tatsächlich Existierende informieren kann, das zu wissen viel wichtiger ist, als die Kenntnis müßigen Börsenklatsches oder utopischer Erfinderpläne.

Die Industrie ihrerseits sieht in den Zeitungen nur allzu oft in erster Linie Geschäftsunternehmungen, denen es darauf ankommt, einen möglichst stattlichen Inseratenteil zu haben, und deren Information im redaktionellen Teil sie in schlimmeren Fällen glaubt beeinflussen zu können oder in anderen Fällen für wertlos, sachlich falsch

Digitized by Google

oder vom Gegner beeinflußt ansieht. Sie sucht entweder mit übertriebenen reklamehaften Notizen in die Textspalten der Tageszeitungen auf den verschiedensten Wegen einzudringen oder hüllt sich den Redaktionen gegenüber, wenn diese wirtschaftliche Informationen zu erhalten wünschen, in das unbeliebte, offizielle Schweigen; schließlich übt sie reichlich die Taktik des Dementierens. Überschwang auf der einen, krasses Mißtrauen auf der anderen Seite sind die beiden leider üblichen Einstellungsarten, aus denen industrielle Nachrichten für die Presse nur allzu oft heute abgefaßt werden. Und um den circulus vitiosus zu schließen: mit solchem „publizistischen Material“ soll dann der Redakteur die Idee verfechten, sein Publikum redaktionell ohne Rücksicht auf das Anzeigengeschäft informieren zu dürfen!

Ich stütze mich mit dem, was ich hier sage, keineswegs nur auf meine eigenen Erfahrungen, obzwar die materiellen Unterlagen für die Beobachtung der Verhältnisse nicht allzu vielen in solchem Umfange zugänglich sein mögen, wie das durch Zufall bei mir der Fall ist. Führende Journalisten und führende Redakteure stimmen der hier niedergelegten Auffassung ziemlich vorbehaltlos zu.

Die Unhaltbarkeit des Zustandes ist — und das ist vielleicht das einzig Erfreuliche daran — allen Teilen durchaus bewußt. Jeder erstrebt eine Änderung in seinem Sinne, doch dies verschärft nur die Gegensätze der Interessen und züchtet auf die Dauer eine Methodik der Umwege (der offenen und versteckten), die einem geradeaus denkenden Journalisten, Redakteur oder Kaufmann gleichermaßen unsympathisch und unzweckmäßig erscheinen muß.

Neuerdings ist mit Begründung einer „Technisch-Literarischen Gesellschaft“ der Versuch gemacht worden, eine Änderung herbeizuführen, aber bei allem Respekt vor dem guten Willen, der darin in Erscheinung treten soll, muß doch gesagt werden, daß dieser Versuch ein geradezu typisches Verlegenheitsprodukt ist: Was man bisher als Kundmachung dieser Gesellschaft gesehen hat, besagt, daß sie gegründet sei, „um die Doppelhonorierung technischer Schriftsteller zu unterbinden“. Wohl ziemlich allgemein dürfte das Gefühl vorherrschen, daß Organisationen, die dazu da sein sollen, etwas zu unterbinden, von vornherein ihren Zweck verfehlt haben. Leistung unter einem klaren Maßstab für das Verhältnis von Gewolltem und Erreichtem findet man allemal nur da, wo ein positives Ziel gesteckt ist, dem zugestrebt wird. Ein *positives* Ziel wäre aber die Schaffung einer geregelten Verbindung zwischen der Industrie und den Text- und Bildredaktionen der Tagespresse.

Nun wage ich mit vielen anderen, die mich ihrer Übereinstimmung versicherten, daran zu zweifeln, daß auf dem hier in Rede stehenden Gebiet überhaupt mit Organisation und mit Vereinsbetrieb etwas zu machen ist. Der richtige Weg, gemeinsam weiterzukommen, liegt anderswo und glücklicherweise nicht in Utopia oder in einem Land, das nur mit dem Passierschein einer Vereinsmitgliedskarte und gegen den Zoll eines Mitgliedsbeitrages zu erreichen wäre.

Dr. Alfred Oehlke, Chefredakteur und Verleger, hat den Weg vor vielen Jahren schon gewiesen. Eine Reihe namhafter politischer Journalisten sind ihn ebenfalls gegangen und auch in den Sparten der Tagespresse, von denen hier die Rede ist, führt sich langsam aber sicher die Grundidee ein, auf die zuzustreben die Lösung der Schwierigkeiten sollte bringen können: ich meine das Prinzip der persönlichen Namensnennung unter den Artikeln über industrielle und gewerbliche Angelegenheiten. Ich meine weitergehend die planmäßige und bewußte Durchbrechung der redaktionellen Anonymität im Verkehr mit der Industrie und der industriellen Anonymität gegenüber den Redakteuren, ich meine, kurz gesagt, die planmäßige Aufnahme persönlicher Beziehungen auf beiden Seiten. Auf der einen Seite von einem Redakteur aus, der dauernd selbst mit seinem Namen und mit seiner eigenen Person die Beziehungen pflegt, auf der anderen Seite vom Journalisten im industriellen Betrieb, der ebenfalls mit seiner ganzen Person und mit seinem guten Namen für das eintritt und haftet, was er an Informationen gibt. Solche Kenntnis der Personen auf beiden Seiten ist die sichere Bürgschaft dafür, daß einmal zur Information von industrieller Seite der persönliche Vertrauenskredit des Nachrichtengebers hinzutritt, daß auf der anderen Seite dieser Vertrauenskredit deshalb gewährt werden kann, weil der Journalist, der in der Industrie arbeitet, weiß, an wen er seine Informationen fortgibt. Er gewinnt die Möglichkeit, seinem Partner in der Redaktionsstube mit vollendeter Offenheit Rede und Antwort zu stehen, weil er durch Erfahrung immer wieder bestätigt findet, daß dieser Mann, eben weil er persönlich haftet, unbedingt zu denjenigen Journalisten gehört, die mehr wissen, als sie schreiben, zu den guten Journalisten also und nicht zu jenen, die da mehr schreiben als sie wissen, weil ihre Informationsquellen nicht zureichend oder nicht mit Vertrauen von ihnen benutzt worden sind.

Dann hört der Zustand auf, daß die Industrie einen Strom offener und verkappter Propaganda-Artikel über freie Journalisten, technische Schriftsteller, Nachrichtenbüros, Korrespondenzen und auf tausend anderen Umwegen auf den Redaktionstisch zu bringen sucht und daß der Redakteur, der über das Schicksal dieser Journalistenarbeiten zu entscheiden hat, beim besten Willen nicht mehr zu erkennen vermag, ob es sich hierbei um eine rein objektive oder um eine vom Interessenstandpunkt beeinflußte Arbeit handelt. Wenn er aber die Quellen kennt, aus denen er schöpft, wird der Redakteur auch in der Sache viel weiter gehen können, in der Deutlichkeit der Informationen, der Klarheit seiner Darstellung, und wird nicht in der quälenden Zwangslage sein, Informationen, die ihm von der Industrie direkt zugehen, fast ohne Rücksicht auf ihren journalistischen und nachrichtlichen Wert abzu-

Digitized by Google

lehnen, aus dem unbestimmten Gefühl oder gar dem niederdrückenden Bewußtsein heraus, dadurch mit dem Verlag in Schwierigkeiten zu kommen. (Bezeichnend ist, daß der Verein Berliner Presse wenigstens in neuerer Zeit Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Journalisten macht, die in der Industrie arbeiten!)

Noch ein anderes spielt hier eine Rolle. Die persönliche Verantwortlichkeit und die persönliche Fühlungnahme bietet die notwendigen Garantien auch für einwandfreie Zusatzmitteilungen und Nachrichtenkorrekturen gegenüber solchem Material, das aus fremden Quellen über bestimmte Industrien verbreitet wird. Es ist ja in dem Augenblick, in dem eine gegenseitige Personenkenntnis vorhanden ist und ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis besteht, hinfällig, über eine Vorzensur sich zu beklagen, wenn von seiten der Industrie der Wunsch laut wird, Mitteilungen, die sie betreffen und die von dritter Seite kommen, die womöglich zu bestimmten Bedenken von vornherein Veranlassung geben, zu prüfen und evtl. unverändert, aber mit einer deutlich getrennten Meinungsäußerung der betroffenen Industrie zugleich zu veröffentlichen. Denn das Instrument der Berichtigung, an sich schon ein schwaches Hilfsmittel zur Regulierung der Meinungsbildung, versagt vollständig gegenüber einer einigermaßen handfertigen Industriepublizistik. Hier wird namentlich, wenn zwischen Erstveröffentlichung und Entgegnung auch nur Tage liegen, sofort bezifferbarer Schaden in einem Umfang gestiftet, der ein wirklich vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Organisationen der Industrie und Organisationen der Presse, (die niemals das gegenseitige Vertrauensverhältnis haben können, das von Person zu Person zu erzielen stets möglich ist,) ausschließt. Das Nachrichtenwesen auf dem Gebiet von Technik, Handel und Industrie ist bei uns, und zwar sicher auf Grund der ungeklärten Verhältnisse zwischen Textteil und Anzeigenteil der Zeitung, bzw. der bei aller scheinbaren Klarheit doch letzten Endes durchaus auf einseitige Willkür abgestellten, geschäftlichen Politik am Anzeigenmarkt so schwach, so einseitig oder gar so zweideutig entwickelt, daß auch hier erst einmal jeder einzelne Redakteur viele Pionierdienste zu tun hat, ehe er die notwendige Rodung im Dickicht des Nachrichtengewirrs vorgenommen hat.

Denn nicht nur die Nachricht, die abgedruckt wird, gilt ja und entscheidet, auch jedes Stück Papier, das in den gefräßigen Papierkorb wandert, hat ja doch vorher seinen Eindruck beim Redakteur hinterlassen. Es ist leider eine Tatsache, daß die Industrien, die am meisten Papier zu versenden in der Lage sind, bei vielen, vielen Zeitungen am meisten Recht haben, während andere, die nur dann, wenn etwas zu sagen ist, sich an die Zeitungen wenden, durchaus nicht die Berücksichtigung zu finden vermögen, die ihre Nachrichten der Qualität nach unbedingt beanspruchen dürfen.

Ich höre schon die Klage, daß zu wenig Platz sei zur Entwicklung einer regen Beziehung zwischen Industrie und Presse, daß die Sparten nicht den genügenden Raum hätten, um das Spiel der Kräfte zuzulassen. Allein jeder Kollege weiß, daß der Einwand, es sei kein Platz da, eben nur ein Einwand ist, mit dem man sagen will, die Sache, die da gedruckt werden soll, sei nicht so wichtig. Es ist nicht zu bezweifeln, daß bei sorgfältigster Einordnung des Nachrichtenmaterials, das er erhält, der Redakteur jeder Sparte in viel weiterem Maße die verschiedenen Interessen berücksichtigen kann, die an ihn herantreten, als es heute oft genug der Fall ist. Gerade solche Sparten, in denen derart unmittelbar Werte geschaffen und zerstört werden, wie es in den industriellen, technischen und wirtschaftlichen Sparten der Tageszeitungen geschieht, müssen viel unabhängiger von Mode und Zeitströmung sein, als politische oder als die Sparten der reinen Geisteswissenschaften und der Unterhaltung, in denen Mode und Gefühl einen breiten Raum haben können. Die engen Verflechtungen von publizistischer Tätigkeit und materieller Einwirkung der Veröffentlichungen auf dem Gebiet industrieller Publizistik machen es mehr als sonst notwendig, miteinander weiterzukommen und nicht im gegenseitigen Mißtrauen und unter gegenseitigen Überlistungsversuchen Kraft, Zeit und Nerven zu vertun. Es genügt nicht, zu sagen, daß Deutschland eine vorwärtsstrebende Industrie habe und den Zeitungslesern verschwommene Ideen beizubringen: Deutschland sei in wirtschaftlichen Dingen voran, oder geknebelt, oder, ganz im allgemeinen gesprochen, einem bestimmten Konkurrenten über- oder unterlegen. Es muß über die wirtschaftlichen und industriellen Dinge viel präziser, viel deutlicher und mit persönlicher Verantwortung im redaktionellen Teil der Zeitungen gesprochen werden, wenn die Tagespresse in einem Zeitalter, das allenthalben von der Wirtschaft beherrscht ist und lange bleiben wird, ihrer Aufgabe gerecht bleiben will: Spiegel des Lebens zu sein. Wir wollen keine Entschließungen fassen, keinen Verein gründen, keine Satzungen aufstellen. Wir wollen hüben in der Industrie und drüben in der Presse Persönlichkeiten aufrufen, die es wagen, mit ihrem Namen und ihrem ganzen Ruf für Erkenntnis des Bestehenden und für gerechte Abwägung und Förderung des Fortschrittlichen einzutreten, ohne engherzige Rücksicht auf Augenblicksgeschäfte und egoistische Interessen. Nur so und nur durch solche Persönlichkeiten auf beiden Seiten wird es möglich sein, ein Vertrauensverhältnis zwischen Industrie und Presse zu schaffen, das in wirklich großzügiger Zusammenarbeit auf ideellem und materiellem Gebiet seinen zwanglosen und nach jeder Richtung hin völlig korrekten Ausdruck findet.

Dr. Werner Wolff,
Zentrale für Gasverwertung e. V.

Digitized by Google

Der Rundfunk als Schrittmacher der Presse.

Von Radiator.

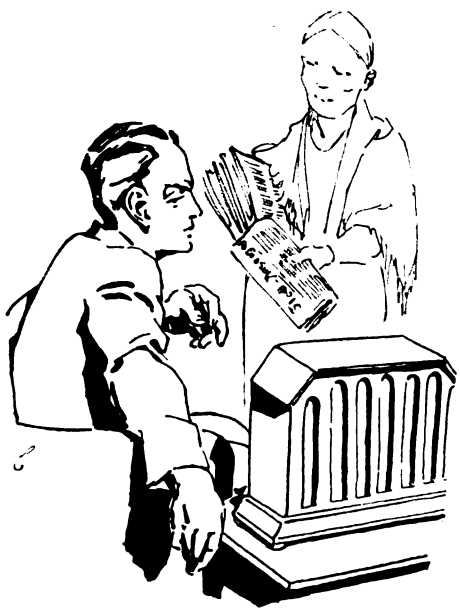
Schrittmacher der Presse? Viele bestreiten das. Sie sehen den Rundfunk vielmehr im Wettbewerb mit der Presse, sie machen gedanklich Halt bei der bloßen Tatsache, daß ein neues Veröffentlichungsmittel entstanden ist. Bleibt man bei dieser bloßen Tatsache, dann allerdings muß man auch eine Gegenwirkung dieses neuen Veröffentlichungsmittels befürchten. Aber der Schaden, den der Rundfunk der Presse getan hätte, müßte doch irgendwie objektiv festzustellen sein. Der Rundfunk ist nicht mehr so jung, daß man etwa erst seine Wirkungen abzuwarten hätte. Aber der Rundfunk hat den Zeitungen, im ganzen genommen, nicht nachweislich geschadet. Wo ein solcher Schaden behauptet und auf den Rundfunk zurückgeführt wurde, sind die Beweise für solchen Schadensursprung niemals ganz schlüssig gewesen. Die wahre Ursache lag meist in einer gewissen organisatorischen, journalistischen und finanziellen Anfälligkeit des betreffenden Presseunternehmens, das auch ohne Rundfunk durch alle möglichen anderen Anlässe in Gefahr geraten wäre. Solange nicht objektiv festgestellt werden kann, daß ein an sich gesundes Presseunternehmen am Rundfunk zugrunde gegangen ist oder zugrunde gehen könnte, solange bleibt die Konkurrenzlegende eben eine unbeweisbare Behauptung. Seit mindestens drei Jahren ist in Deutschland die Rundfunk-Hörerzahl so bedeutend, daß die Wirkungen einer Konkurrenz für die Presse längst weithin sichtbar hätten eintreten müssen.

Man darf daher nicht bei dem ersten Gedanken Halt machen: Veröffentlichungsmittel hier, Veröffentlichungsmittel dort, also Konkurrenz, und zwar ideale und materielle. Ein solcher Gedanke wäre nur dann befriedigend, wenn er irgendwie zur Wirklichkeit paßte. In der Wirklichkeit aber darf das Verhältnis zwischen Rundfunk und Presse nicht einmal verglichen werden mit dem zwischen Luftverkehr und Eisenbahn. Denn der Rundfunk weist gegenüber der Presse einen endgültig entscheidenden Wesensunterschied auf. Selbst wenn man eine künftige Höchstentwicklung des Rundfunks schon als Tatsache voraussetzte, bliebe der Presse immer die Dauerhaftigkeit, die Wiederholbarkeit der durch Lektüre vermittelten Eindrücke, die nicht dem so verschieden gestuften Gedächtnis allein überlassen bleiben, sondern die immer wieder ohne Anstrengung durch Lektüre gesichert werden können. Eine Zeitung hat man abonniert oder man kauft sie, wenn man Zeit und Lust hat. Jedenfalls liest man sie, wenn man Zeit und Lust hat. Der Eindruck der Zeitungsarbeit ist der besten, selbstgewählten Stunde überlassen und kann beliebig wiederholt und überprüft werden. Der Rundfunkhörer jedoch, der zu einer bestimmten Stunde nicht Zeit oder Lust hatte zu empfangen, hat diesen Teil dieses Programms überhaupt verloren. Und er hat auch Teile des empfangenen Programms verloren, wenn er etwa für Minuten zerstreut oder ermüdet war.

Laufen demnach Zeitung und Rundfunk nebeneinander her, ohne einander zu schaden, ohne einander zu nützen? Nein. Denn der Rundfunk ist geradezu ein Schrittmacher der Presse. Leicht erkennbar ist dies dort, wo der Rundfunk einfach die Stoffe der Presse vermehrt, wo er als ein neues Stück Leben durch die Zeitung beleuchtet, beurteilt, beeinflußt wird. Ein sehr großer Teil des durchschnittlichen Rundfunk-Programms gehört hierher. Die dramatischen, die musikalischen und viele literarischen Darbietungen des Rundfunks sind nichts anderes als Stoffvermehrung, also Förderung der Presse. Wir wollen es uns aber nicht so leicht machen, nur bei diesem, bei weitem größten Teil der Rundfunk-Darbietungen stehen zu bleiben. Daß der Rundfunk Schrittmacher der Presse ist, wollen wir gerade an denjenigen Programmteilen nachzuweisen versuchen, die am ehesten als Konkurrenz für die Presse betrachtet werden könnten, nämlich an den direkten Übertragungen, den aktuellen Vorträgen und den Tagesnachrichten.

Die direkten Übertragungen von Ereignissen — wobei immer nur eine sehr kleine Zahl der wichtigen Ereignisse in Betracht kommt — mögen die ersten Anlässe zu einem gewissen Verdacht der Presse gegenüber dem Rundfunk geboten haben. Auch hier aber bleibt der grundsätzliche Unterschied bestehen, daß diese Übertragungen an die Minute gebunden sind, daß sie für den Hörer nicht wiederholt werden können. Es ist hundert gegen eins zu wetten, daß die Zahl derer, die durch direkte Übertragung erst recht neugierig werden und zur Zeitung greifen, weit größer ist als die Zahl derer, die sonst zur Zeitung gegriffen hätten und dies nach Anhörung der Rundfunk-Über-

Digitized by Google

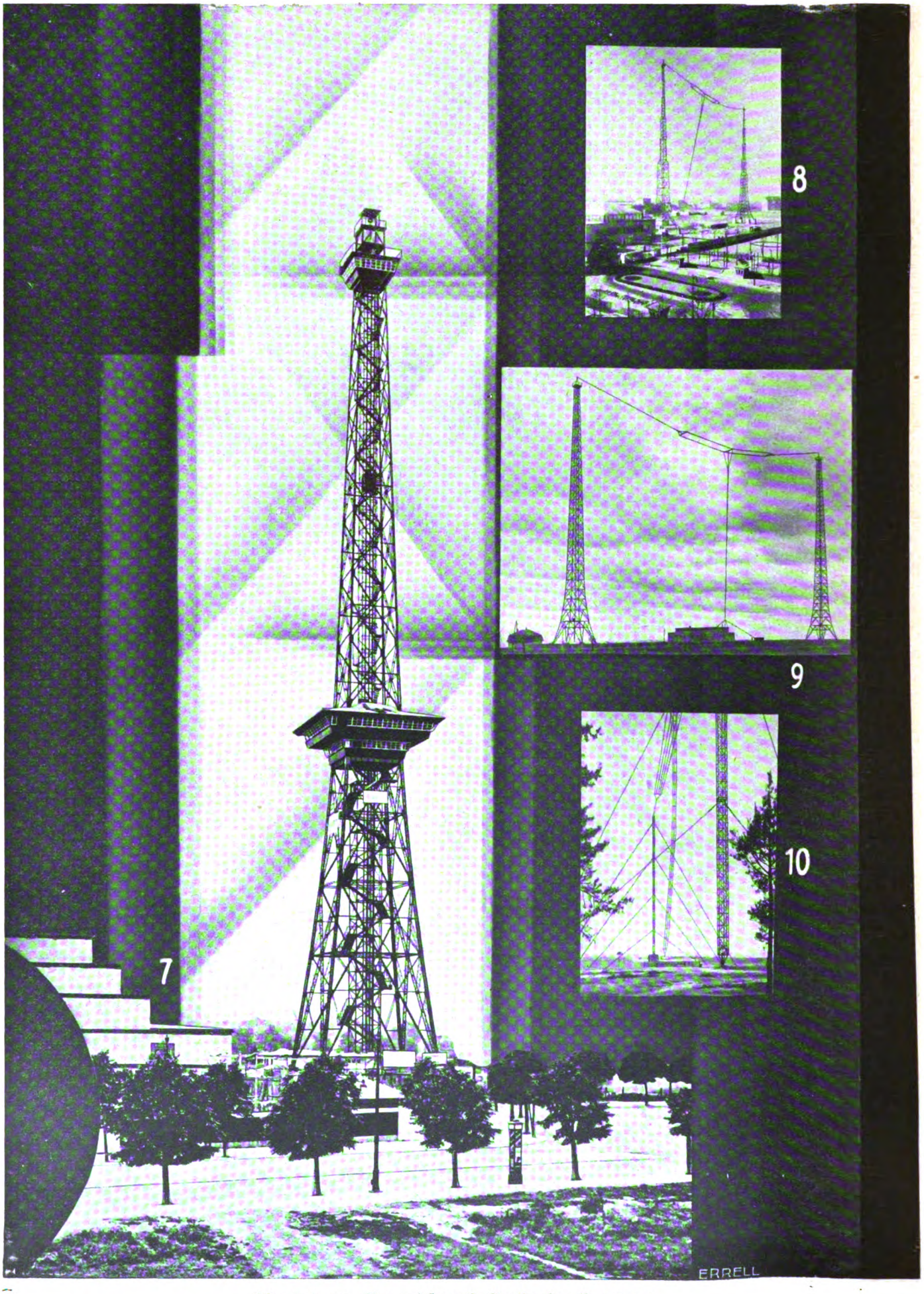


tragung sich sparen wollen. Es kann unter Beweis gestellt werden, daß die Rede eines Politikers, dessen natürliche Stimme man durch Rundfunk gehört hat, dann in der Zeitung mit noch mehr Anteilnahme, mit mehr Begierde nach Begleitumständen, nach Beurteilung und allem Drum und Dran gelesen wird; daß folglich die Übertragung selbst mehr Rundfunkhörer zu Zeitungslesern macht als etwa umgekehrt durch die Ankündigung der Übertragung aus bisher willigen Zeitungslesern bloße Rundfunkhörer gemacht werden könnten. Denn die Übertragung, sei sie selbst künftig einmal durch Fernsehen auf den zweiten Sinn ausgedehnt, den der Rundfunk sich technisch erst noch erobern soll, selbst eine solche heute noch nicht mögliche vollkommenste Übertragung bleibt immer noch gewissermaßen ein Flächenbild, zu dem die Beschreibung, Beurteilung und Aufmachung der Zeitung erst die dritte Dimension liefert, die der Empfänger der Übertragung geradezu vermißt und erwartet. Im notwendigen Stil der Übertragung liegt daher ein noch viel größerer Anreiz zur Lektüre als in der völligen Überraschung dessen, der erst durch die Zeitung das Ereignis erfahren soll. Die Übertragung bringt mit dem Erlebnis selbst auch das deutliche Bewußtsein von dem, was diesem Erlebnis noch fehlt. Wo ein Ereignis überhaupt übertragbar war und wo seine Übertragung technisch ermöglicht werden konnte — nicht vorherzusehende Ereignisse sind im allgemeinen jedenfalls nicht übertragbar —, dort ist der Rundfunk lediglich der erste Ausrufer, der vor dem Zeitungskolporteur gelaufen kommt. Auch der begabteste Ansager einer solchen Übertragung ersetzt den Zeitungsmann nicht, sondern gibt ihm nur die besten Stichworte und führt ihm Leser zu.

Die Vorträge des Rundfunks, die äußerlich wie ein riesiges gesprochenes Feuilleton, wie ein gefunkter Ersatz wissenschaftlicher Zeitungsbeilagen usw. erscheinen könnten, sind in Wahrheit wieder bloße Anreger zur Lektüre. Es ist in Fällen, in denen man es nicht hatte glauben wollen, nachgewiesen worden, daß zum Beispiel die Verfilmung von Romanen die Nachfrage nach diesen Romanen nicht etwa gedrückt, sondern ganz überraschend gesteigert hat. Das ist ein Schulbeispiel für die Wirkung der zeitgebundenen Darbietungen, zu denen auch der Rundfunk gehört. Die lebendige Wirkung, die ein Vortrag haben kann, wenn er gut ist und gut vorgetragen wird, führt nicht zur Aufzehrung des Interesses, das der Hörer für das betreffende Thema hat. Viel häufiger weckt der Vortrag erst das Interesse für dieses Thema oder steigert es wenigstens, wobei die Unmittelbarkeit der persönlichen Rede und oft die äußerlichsten Zufälligkeiten wie humoristische Wendungen, Organ und Berufstitel des Vortragenden noch mitwirken. Durch Rundfunkvorträge sind ganz gewiß mehr populäre Schriften etwa über Astronomie, Geologie usw. verkäuflich geworden als etwa umgekehrt Hörer, die sonst eine solche Schrift gelesen hätten, durch den Vortrag schon gesättigt sind. Vielleicht werden gute populärwissenschaftliche Zeitungsartikel dem Buchverkauf eher gefährlich; der Rundfunk-Vortrag ersetzt weder den Zeitungsartikel noch das Buch, sondern ist die wirksamste Anzeige für beide.

Die hartnäckigsten Zweifel an der Tatsache, daß der Rundfunk Schrittmacher der Presse ist, wird immer derjenige hegen, der den grundsätzlichen Fehler begeht, ein Rundfunk-Programm als Ganzes zur Grundlage seines Bildes von der Rundfunk-Wirkung zu machen. Freilich enthält das gesamte Rundfunk-Programm sehr Vieles; aber ist denn irgendein Rundfunk-Hörer, überaus seltene Ausnahmen ausgenommen, jemals in der Lage, das gesamte Programm zu empfangen? Der Rundfunk-Hörer hat, wenn schon einmal die Lust, dann jedenfalls nicht die Zeit dazu. Auf keinen durchschnittlichen Rundfunk-Hörer wirkt auch nur die Hälfte des Gesamtprogramms; kein durchschnittlicher Rundfunk-Hörer kann oder soll von allem dem erreicht werden, was der Rundfunk bietet. Man wende nicht ein, daß auch der Zeitungsleser nur auswähle; der wesentliche Unterschied besteht darin, daß der Zeitungsleser den gesamten Inhalt der Zeitung auf einmal und zur freien Verfügung nach seinen eigenen Zeitverhältnissen in die Hand bekommt. Der Zeitungsleser liest nur das nicht, was er nicht lesen will; der Rundfunk-Hörer empfängt eben nur das, was er empfangen kann. Und unter dem, was er empfangen kann, wird manches sein, das er nicht empfangen will, unter dem aber, was er gerne empfangen möchte,

Digitized by Google



Aus dem Rundfunk-Jahrbuch 1929.
Herausgegeben von der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft.

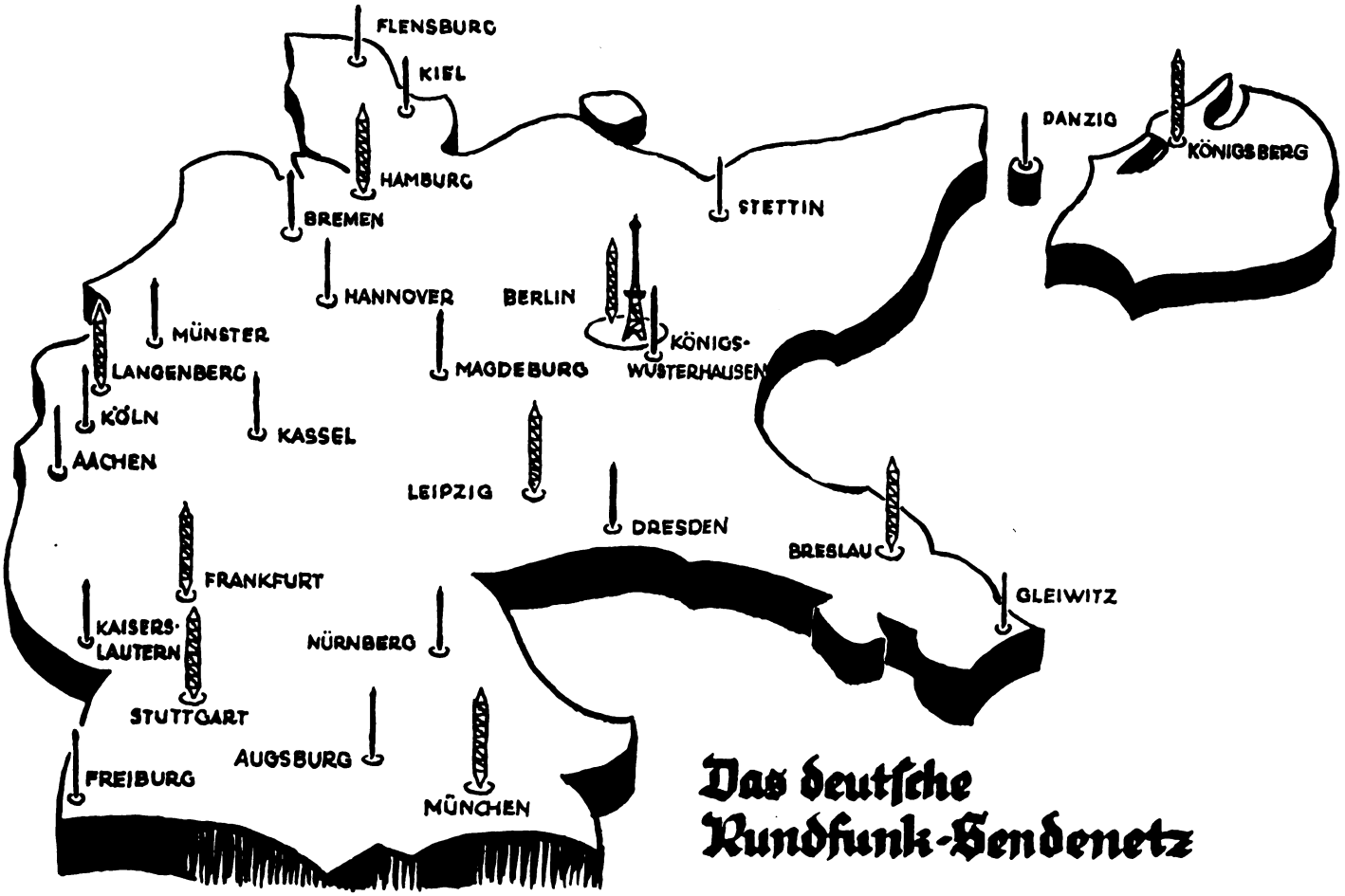
Digitized by Google

Zu nebenstehender Abbildung:

7. Sender Berlin-Witzleben
8. Sender Leipzig
9. Sender Stuttgart
10. Deutschlandsender König-Wusterhausen

ist manches, was er, aus beruflichen oder sonstigen Gründen, versäumen muß und eben verloren hat. So groß ist und wird immer sein die Überlegenheit der Zeitung, die alle Wirkungen des Rundfunks als Anzeigen für ihre eigene Arbeit buchen darf, während der Rundfunk nicht einmal der Wirkungen jemals sicher ist, die er vorbereitet hat.

Nun zu den Nachrichten. Auf diese vor allem hat man den Ausdruck „gesprochene Zeitung“ angewandt, worin sich deutlich das Konkurrenzgefühl verriet. Obwohl es hier am allerwenigsten berechtigt ist. Gewiß nimmt die gesprochene Nachricht ähnlich wie die direkte Übertragung die erste Kunde von Ereignissen vorweg. Ist aber die direkte Übertragung gewissermaßen zweidimensional im Vergleich zur dreidimensionalen Pressewirkung, dann darf die Rundfunk-Nachricht wohl nur eine Dimension für sich in Anspruch nehmen. Die direkte Übertragung kann etwa eine Rede vollständig bringen; die Nachricht im Rundfunk muß „des Auszugs Auszug aus dem Auszug ziehn“. Und wer um 10 Uhr abends nicht empfangen konnte, der hat diese ganze „gesprochene Zeitung“ unwiederbringlich verloren. Wer sie aber angehört hat, der ist zum Zeitungsleser geradezu vorgeschult. Denn die Tagesnachrichten lassen nur andeutungsweise das tägliche Weltbild anklingen, das mit einer Vollständigkeit, die dem Rundfunk aus seiner Natur heraus unerreichbar bleiben muß, durch die Zeitung hinterher gebracht wird. Im Rahmen des Nachrichtendienstes hat ferner die Presseumschau, eine regelmäßige Zitierung von Presseurteilen mit Quellenangabe, bewiesen, daß der Rundfunk ganz bewußt seine Rolle als Schrittmacher der Presse spielt. Als Spiegel der Wirklichkeit ist der Rundfunk eine Funktion dieser Wirklichkeit selbst. Darin liegt seine Stärke und seine unverrückbare Grenze. Für die Zeitung, deren Aufgabe erst jenseits dieser Grenze so recht beginnt, wird auch die höchste Entfaltung des Rundfunks nur ein Teil der Entfaltung des Lebens sein, die der Zeitung niemals schaden kann, weil sie doch vom Leben lebt.



Das deutsche Rundfunk-Sendenetz

Digitized by Google

Zur Kontingentierung der Brauindustrie.

Von Prof. Dr. Seb. Schlittenbauer, Mitglied des Bayer. Landtags, Generalsekretär des bayer. Christl. Bauernvereins.

Nach dem Reichsbiersteuergesetz vom 26. Juli 1918 wird die jährliche Erzeugung der deutschen Brauindustrie so begrenzt (kontingentiert), daß in jedem Jahr nur derjenige Prozentsatz des Braurechtsfußes nach den normalen Biersteuersätzen zu versteuern ist, der jeweils vom Reichsrat für ein Jahr festgesetzt wird. Die jährliche, zu besteuernde Erzeugungsmenge ist festgesetzt nach dem durchschnittlichen Bierabsatz in den Vorkriegsjahren 1912/13. Die Wirksamkeit des Gesetzes vom 26. Juli 1918 war begrenzt; die Kontingentierung sollte aufhören am 1. April 1929. Da § 5 des Biersteuergesetzes, um eine übermäßig große Gründung von neuen Brauereien hintanzuhalten, neue Brauereien für die ersten fünf Rechnungsjahre mit der dreifachen und die zweiten fünf Rechnungsjahre mit der doppelten Biersteuer belegte, war tatsächlich in der Brauindustrie bis zu einem gewissen Grade ein numerus clausus geschaffen.

Da wir am 1. April 1929 keine aktionsfähige Reichsregierung hatten, hinter der eine geschlossene verantwortliche Mehrheit des Reichstags gestanden hätte, wurde zunächst von einer Neuordnung der Dinge abgesehen und die Wirksamkeit des Gesetzes vom 26. Juli 1918 bis zum 30. Juni 1929 verlängert. Da dieser Termin nunmehr naheſteht, wird sich der Reichstag mit der Reichsregierung in nächster Zeit zu entscheiden haben, ob die Kontingentierung in der Brauindustrie fortgesetzt oder in dieser Industrie die schrankenlose Wettbewerbsfreiheit eingeführt werden soll.

Ich erkläre mich ohne weiteres für die Beibehaltung der Kontingentierung und für einen gewissen numerus clausus, wenn ich auch zugestehe, daß gewisse Paragraphen des Reichsbiersteuergesetzes gemildert werden müssen, um die Neubildung von Betrieben nicht allzu sehr zu erschweren, und daß die Handhabung der Kontingentserwerbung so zu gestalten ist, daß das Bestehen von Kontingenten nicht eine direkte Unterbindung der Weiterentwicklung in der Brauindustrie bedeutet.

Warum nehme ich grundsätzlich den Standpunkt ein, daß die Kontingentierung und ein gewisser numerus clausus beizubehalten sind?

1. Aus allgemein wirtschaftlichen Gesichtspunkten heraus.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß bei allen Industrien, bei welchen schrankenlose Wettbewerbsfreiheit herrschte, zwangsläufig die Macht des nur am reinen Zinsgewinn interessierten Kapitals gesiegt hat. Ein erschreckendes Beispiel der letzten Auswirkungen der geldlichen Übermacht liefert uns die gegenwärtige Lage des deutschen Mühlengewerbes. Die konzentrierten Großbetriebe am Rhein und an der Wasserkante haben infolgedessen zwangsläufig die Binnenhandelsmühlen jeglicher Existenzmöglichkeit beraubt. Ähnlich erginge es auch der Brauindustrie, wenn man den schrankenlosen Wettbewerb zuließe. Das wäre überall von vernichtender Wirkung, namentlich aber in Bayern, wo wir noch mehr als 3000 Mittel- und Kleinbetriebe in der Brauindustrie haben. Der wahre Freund des Mittelstandes kann und darf heute nicht mehr der schrankenlosen Freiheit das Wort reden.

Für die moderne Wirtschaft gilt als Grundsatz das, was der neue Präsident der faschistischen Kammer in Rom bei Eröffnung der ersten Kammersitzung gesagt hat, Herr Giurati: „Die Politik hat die wirtschaftlichen Beziehungen in der Weise zu disziplinieren, daß sie immer den höheren Gesichtspunkten des Staates untergeordnet bleiben."

2. Aus besonderen wirtschaftlichen Gründen, die mit dem Gedeihen gewisser Spezialzweige unserer Landwirtschaft zusammenhängen.

Diese Spezialzweige heißen: Hopfen und Gerste. An deren Schicksal ist die gesamte Landwirtschaft, ganz besonders aber auch hier wieder die bayerische interessiert; denn Bayern erzeugt von der gesamten deutschen Hopfenernte allein $^4/_5$, von der Ernte an deutscher Braugerste mehr als 33 %. Die nächsten und natürlichsten Abnehmer dieser Erzeugnisse sind die zahlreichen, überall verstreuten kleinen, mittleren und größeren Brauereien des eigenen Landes. Liefert man sie und ebenso die sonstigen deutschen Brauereien dem schrankenlosen Wettbewerb aus, dann sind Hopfen und Gerste der bayerischen wie auch der vielen übrigen deutschen Anbaugebiete ihrer natürlichen Abnehmer beraubt. Man wende nicht ein, daß eine — wie jetzt die Mühlenindustrie — intensiv kapitalistische und gar überfremdete Großbrauindustrie ja auch Gerste und Hopfen brauche. Denn bei ihr wäre die Gefahr des Bezugs des Rohstoffes im Auslande wegen der mangelnden Verbindung mit der direkten Produktion viel größer als bei unseren Mittel- und Kleinbetrieben und auch als bei jenen heutigen Großbrauereien, die durch ihre Verkehrslage und persönlichen Beziehungen in engster Verknüpfung mit der ihre Standorte umgebenden Landwirtschaft stehen. Wohin nach einer straffen Konzentration in Großbetrieben bei einer günstigen Verkehrslage die Entwicklung führt, das zeigt uns die traurige Tatsache, daß die deutschen Großmühlen fast überwiegend fremden Weizen vermahlen und die einheimische Ware liegen lassen. Jeder wahre Freund des heimischen Hopfen- und Gerstenbaues muß daher wünschen, daß die bisherige gesunde Mischung der Betriebsgrößen in unserer Brauindustrie erhalten bleibt.

3. Aus nationalen Erwägungen heraus.

Deutschland leidet schwere Not an Betriebskapital. Diese Not wird angesichts der Reparationslasten ein paar Menschenalter andauern. Die Aufbringung der Reparationslasten zwingt uns, das Betriebskapital zu hohen Zinssätzen aus Amerika und anderen Teilen der Welt zu leihen. Wenn wir nicht mehr imstande sind, Zins und Amortisation zu zahlen — und diese Zeit wird kommen —, dann wird das fremde Kapital auf dem Wege der Betei-

Digitized by Google

DIE STADT AM STROM

Digitized by Google

Digitized by Google

ligung oder des Eigentumserwerbs in unsere Betriebe eindringen. Je stärker aber diese Betriebe in Konzerne zusammengefaßt sind, je mehr die mittleren und die kleineren Betriebe verschwinden, je mehr wenige Großbetriebe an deren Stelle treten, desto leichter ist die Aufsaugung der einzelnen Zweige unserer Industrie durch das fremde Kapital. Wenn heute die mittlere und kleine Brauindustrie vernichtet ist und nur mehr wenige Großbetriebe vorhanden sind, dann ist dem Eindringen des fremden Kapitals, auch in die nationalste unserer Industrien, Tür und Tor geöffnet. Wir haben ja schon in der Eisen- und eisenverarbeitenden Industrie in den letzten Monaten einen Vorgeschmack bekommen, wie sich die Dinge entwickeln werden.

4. Aus steuertechnischen Gründen.

Je schrankenloser der Wettbewerb in einem Wirtschaftszweige ist, desto weniger ist die Erzeugung und die Bewegung der Ware statistisch zu erfassen. Eine absolute Voraussetzung aber für die restlose Wirksamkeit einer indirekten Steuer ist die Möglichkeit, die Produktion zu überblicken. Wenn die Steuerbehörden die Erzeugung nicht mehr übersehen, dann ist dem Unterschleif in der Steuerleistung Tür und Tor geöffnet. Diese Erkenntnis ist nicht neu; darum hat schon das alte bayerische Malzaufschlaggesetz Kontingentierungsbestimmungen gehabt, so schon das Gesetz vom 18. September 1889, welches neu entstehende Brauereien mit einer höheren Steuer belegte, als die alten Brauereien sie hatten; ferner das Gesetz vom 18. März 1910, welches eine Kontingentierung des Malzverbrauches festlegte nach dem Durchschnitt der vorausgegangenen drei Jahre. Wurde der Braurechtsfuß einer Brauerei überschritten, dann erhöhten sich für die überschrittene Menge die Sätze des Malzaufschlages um 10 Prozent, bei Brauereien, die nach dem 1. März 1910 in Betrieb genommen wurden, erhöhte sich der Malzaufschlag sogar um 25 Prozent. Ähnliche Bestimmungen hatten wir schon vor dem Kriege in Württemberg, Baden und in den Ländern der norddeutschen Brausteuergemeinschaft. Diese historischen Tatsachen sind ein glatter Beweis dafür, daß die Erhebung einer indirekten Steuer am stärksten gesichert ist, wenn die Produktion festgelegt ist und überblickt werden kann. Gerade bei der gegenwärtigen Finanznot des Reiches ist ein solcher Gesichtspunkt von ausschlaggebender Bedeutung; denn jede Million, welche durch mangelhafte steuertechnische Regelung verloren geht, muß letzten Endes wieder durch Anziehen der Steuerschraube hereingeholt werden auf Gebieten, auf denen der Druck der Steuern nicht leichter als bei einem besteuerten Massenartikel ist, wo sich die steuerliche Last auf die Schultern von Millionen verteilt. Bei der Zigarettenindustrie strebt man, nicht zuletzt auch aus steuerlichen Gründen, nach der Kontingentierung. Dann kann man nicht in demselben Atemzuge die Kontingentierung bei der Brauindustrie beseitigen.

Für viele Leute, insbesondere in den Kreisen der Arbeiter und der Bauern, ist in der Beurteilung dieser Frage ausschlaggebend ein Stimmungsmoment. Die Leute erwarten vom vollständig freien Wettbewerb in der Brauindustrie ein billigeres Bier. Ein billigeres Bier ist bei den heutigen Preisen der Rohstoffe, bei den hohen Kohlenpreisen, bei den hohen Frachttarifen, bei den hohen Löhnen, bei den hohen sozialen Abgaben, bei der riesenhaften Besteuerung gerade des Braugewerbes nach allen Richtungen hin nur möglich, wenn die Qualität verschlechtert wird, wenn minderwertige Rohstoffe für die Erzeugung genommen werden, wenn das alte Reinheitsgebot nicht mehr gilt, welches unserem Bier seinen Weltruf erworben hat. Wer möchte um eines Vorteiles willen, der nur erreicht werden kann durch Aufopferung der Qualität der Erzeugung und des Ansehens eines Weltrufes, die ganze historische Tradition unserer deutschen Brauindustrie über den Haufen werfen und sie z. B. der Konkurrenz der tschechischen Brauindustrie und der neuaufstrebenden italienischen Brauindustrie in den annektierten Gebieten preisgeben? Aus allen diesen bedeutsamen Erwägungen heraus soll die Kontingentierung in verbesserter Auflage wiederkommen und ein gewisser numerus clausus bestehen bleiben.

Digitized by Google

Matern obiger Abbildung sind durch den Verlag der „Deutschen Presse“, Berlin S. W. 48, Friedrichstraße 240/41 zu beziehen.

Die neue Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und die Presse.

Von Geh. Regierungsrat Dr. Syrup, Präsident der Reichsanstalt.

Auf Grund des früheren Rechtszustandes wurden die Belange des Arbeitsmarktes von einer vielgliedrigen Behördenorganisation betreut. Neben der Reichsarbeitsverwaltung bestanden bei den Ländern bzw. Provinzen besondere Organisationen für die Arbeitsvermittlung; die Arbeitsnachweise waren Einrichtungen der Städte und der Kreise. Dieser vielgestaltige Apparat war gleichzeitig mit der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge betraut, deren Einführung sich unter den Nachwirkungen des Krieges als unerläßliche sozialpolitische Maßnahme herausgestellt hatte.

Daß das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. Juli 1927 eine organisatorische Zusammenfassung durch die Bildung einer einheitlichen Körperschaft des öffentlichen Rechtes geschaffen hat, ist ein bedeutsamer Fortschritt, der heute neben den Diskussionen über Einzelheiten des Gesetzes sowie insbesondere seines materiellen Inhalts nicht immer genügend gewürdigt wird. So glaubte man, zugleich mit der Neufundierung wichtiger wirtschafts- und sozialpolitischer Aufgaben ein nicht unwesentliches Stück verwaltungsmäßiger Neuordnung leisten zu können.

In der Tat waren die wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben mit den organisatorischen aufs engste verbunden. Der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft nach dem Kriege erforderte nicht nur eine pflegliche Behandlung und einen möglichst rationellen Einsatz der menschlichen Arbeitskraft, des wichtigsten volkswirtschaftlichen Gutes, das neben einem vernachlässigten Produktionsapparat und einem aufs schärfste reduzierten Bestand an Umlaufskapital übriggeblieben war, — er verlangte außerdem, daß der Arbeitsmarkt in weit stärkerem Maße, als dies früher geschehen war, als Einheit im ganzen Reichsgebiete angesehen und behandelt wurde. Die Schwankungen der Konjunktur und die tiefgreifenden Veränderungen im Aufbau unserer Wirtschaft infolge des Entstehens neuer, der Rationalisierung alter Industrien, die dadurch ausgelösten Umsiedlungs- und Wanderungserscheinungen machen für eine staatliche Arbeitsmarktpolitik einen einheitlichen Behördenkörper notwendig.

Die neue Reichsanstalt ist im Gesetz als „Träger der öffentlichen Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung" bezeichnet. Ihre Hauptaufgaben sind neben der grundlegenden Beobachtung des Arbeitsmarktes die Durchführung der Arbeitsvermittlung, die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung, die Arbeitslosenversicherung und die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge. Die Reichsanstalt kann außerdem vom Reichsarbeitsminister mit Aufgaben beauftragt werden, die der Regelung des Arbeitsmarktes dienen sollen; genannt seien insbesondere die Schwerbeschädigtenfürsorge und die Veranstaltung statistischer Erhebungen über den Arbeitsmarkt.

Durch die Schaffung einer starken wirtschaftlichen Selbstverwaltung wurden die für die Aufgaben der Reichsanstalt verantwortlichen Kreise der deutschen Wirtschaft an der Durchführung der Aufgaben maßgebend beteiligt. In den Selbstverwaltungsorganen stehen sich jeweils drei Gruppen gegenüber, die Kreise der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie die Vertreter der öffentlichen Körperschaften, die man, abgesehen von den Fragen der Arbeitslosenversicherung mit Rücksicht auf die enge Verflechtung staatlicher und wirtschaftlicher Belange einbeziehen zu sollen glaubte. Als oberstes Organ ist der Verwaltungsrat der Reichsanstalt bestellt, dem neben entscheidenden rechtsbildenden Aufgaben insbesondere die Genehmigung des Haushalts übertragen ist. Die eigentlichen Geschäfte werden von dem Vorstand geführt, der sich zusammensetzt aus dem Präsidenten oder einem seiner Stellvertreter und je fünf Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der öffentlichen Körperschaften als Beisitzern. Den Vorsitz im Vorstande und Verwaltungsrat führt der vom Reichspräsidenten nach Anhörung des Verwaltungsrates und des Reichsrates ernannte Präsident der Reichsanstalt. Bei den Landesarbeitsämtern und den Arbeitsämtern kommt der Selbstverwaltungsgedanke durch die Schaffung von Verwaltungsausschüssen deren Funktionen im Gesetze umschrieben sind, zum Ausdruck. Außerdem sind bei der Hauptstelle, bei den Landesarbeitsämtern und Arbeitsämtern zur Mitwirkung bei besonderen fachlichen Fragen Fachausschüsse gebildet. Die Mitwirkung der beteiligten Kreise in diesen Selbstverwaltungskörpern soll einmal das Interesse und das Verantwortlichkeitsgefühl der betreffenden Gruppen stärken, und auf der anderen Seite der Verwaltung die großen Erfahrungen der Vertreter der Praxis zuführen. In die so geschaffene neue Reichsanstalt sind die früheren Landesämter für Arbeitsvermittlung und die öffentlichen Arbeitsnachweise als Landesarbeitsämter und Arbeitsämter eingegliedert.

Anläßlich dieser Eingliederung hat der Vorstand die regionale Neuordnung auf rein wirtschaftlicher Grundlage vorgenommen. Das Gesetz sah vor, daß der Vorstand der Reichsanstalt im Benehmen mit der obersten Landesbehörde die Grenzen der Arbeitsämter und der Landesarbeitsämter unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Zusammenhänge ändern könne. Auf Grund dieser Bestimmung sind aus den 22 Landesämtern

Digitized by Google

für Arbeitsvermittlung, die das Arbeitsnachweisgesetz geschaffen hatte, 13 Landesarbeitsämter entstanden, und aus 885 öffentlichen Arbeitsnachweisen 361 Arbeitsämter.

Die Gedankengänge, von denen diese Arbeit der Neugliederung bestimmt wurde, waren keineswegs einseitige Tendenzen einer übertriebenen Zentralisierung. Vielmehr wurde in den Beratungen ständig der richtige Mittelweg gesucht zwischen demjenigen Maß von Zentralisierung, das im Interesse der Übersichtlichkeit und der Sparsamkeit notwendig schien, und der durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gebotenen Dezentralisierung. Als Wegweiser diente dabei, wie es den Aufgaben der Reichsanstalt entspricht, der Gedanke der Schaffung lebensfähiger Wirtschaftsbezirke. Jeder Bezirk sollte ein leistungsfähiges Amt mit sachkundigen Bearbeitern für die Hauptarbeitsgebiete wirklich beanspruchen und tragen können und sollte, wenigstens in Zeiten eines günstigeren Arbeitsmarktes, tragfähig sein für das Risiko der Arbeitslosigkeit; hieraus folgte, daß das Gefüge des Arbeitsmarktes in jedem einzelnen Bezirk schon in sich durch eine möglichst große Mannigfaltigkeit der Berufsarten eine weitgehende Möglichkeit des Ausgleiches bieten sollte. So wurde z. B. der Gedanke eines besonderen Landesarbeitsamtes für den Ruhrbezirk (beherrscht von Kohle und Eisen) vom Vorstand abgelehnt, weil ein solches Gebilde ein zu einseitiges Risiko in sich trage. Aus ähnlichen Erwägungen ließ man die bisherigen Landesarbeitsämter Berlin und Hamburg nicht bestehen, sondern brachte diese Großstädte in engste Verbindung mit den umliegenden, dünner bevölkerten Landgebieten.

Wenn man auch vermied, politische Grenzen der Länder und Provinzen ohne zwingenden Grund zu überschneiden, so ergaben sich doch im einzelnen nicht unerhebliche Abweichungen. Am deutlichsten erkennbar werden diese z. B. in der Zusammenfassung von Mecklenburg-Schwerin, Hamburg, Schleswig-Holstein, Lübeck und Teilen der Provinz Hannover zum Landesarbeitsamt Nordmark, in der Schaffung eines Landesarbeitsamtes Niedersachsen, das den größeren Teil der Provinz Hannover mit den Ländern Oldenburg und Braunschweig und dem Gebiet der Stadt Bremen zusammenfaßt, und in der Gestaltung des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland, zu dem Thüringen, Anhalt und die Provinz Sachsen gehören. Die Bezirke Sachsen, Schlesien (als Zusammenfassung der Provinzen Ober- und Niederschlesien), Ostpreußen, Westfalen, Rheinland, stimmen in ihren Grenzen im wesentlichen mit den betreffenden Ländern bzw. Provinzen überein. Das Gebiet des früheren Landesamtes für Arbeitsvermittlung Grenzmark ist mit der Provinz Brandenburg einschließlich der Reichshauptstadt zu einem Bezirk zusammengelegt.

Ein abschließendes Urteil über die Bedeutung dieser Grenzziehungen ist vielleicht heute noch nicht möglich. Doch hat der Vorstand zweifellos durch seine großzügige sachliche Arbeit eine bedeutende organisatorische Leistung vollbracht, die auch allgemein als solche anerkannt wurde.

Die Aufgaben, vor denen die Reichsanstalt steht, in deren Durchführung sich die hier dargestellte Organisation bewähren soll, sind umfangreich und schwierig, und werden durch die Entwicklung der Volkswirtschaft immer wieder in neuer Form auf die Tagesordnung gestellt werden.

Die Reichsanstalt muß stets von dem Bewußtsein getragen sein, daß sie mit einem weitverzweigten Körper vergleichbar ist, der seine Organe nach allen Seiten des tätigen Lebens aussendet. Mußte in den letzten Monaten infolge der abnormen Gestaltung des vergangenen Winters die Arbeit hauptsächlich auf die Durchführung der Arbeitslosenversicherung konzentriert werden, so soll in nächster Zeit vor allem der Ausbau der Arbeitsvermittlung im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen. Dazu ist verwaltungsmäßig ein Ausbau der Arbeitsämter und eine durchgreifende Schulung ihres Personals in dieser Richtung in Angriff genommen. Die sorgfältige Beobachtung der Konjunktur und ihrer Wechselbeziehungen zum Arbeitsmarkt war von Anfang an eine wichtige Aufgabe. Sie gewinnt jedoch steigende Bedeutung, wenn nicht mehr eine allgemeine große Arbeitslosigkeit die Wirtschaftslage bestimmt, sondern die feineren Verschiebungen zwischen den einzelnen Industrien, zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen den einzelnen Wirtschaftsbezirken wieder stärkere Wirksamkeit erhalten. Neben den drängenden Aufgaben des Tages müssen auch die Arbeiten ein volles Maß von Sorgfalt und Aufmerksamkeit finden, mit denen der Reichsanstalt eine planmäßige Wirksamkeit auf weitere Sicht zugewiesen ist, und die in der Berufsberatung zusammengefaßt sind.

Eine fruchtbare Tätigkeit der Reichsanstalt auf allen diesen Gebieten wäre undenkbar, wenn es ihr nicht gelingen würde, mit der Presse und ihren Organen eine nahe Beziehung herzustellen, die auf gegenseitigem Vertrauen gegründet ist und gemeinsame sachliche Arbeit zum Ziele hat. Fast jeder Zeitungsleser ist heute interessiert an der Entwicklung des Arbeitsmarktes, sei es, weil er Arbeit sucht, sei es, weil er als Industrieller, Gewerbetreibender oder Kaufmann von dieser Entwicklung abhängig ist. Niemand schließlich, der sich über die Zukunft des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft überhaupt Gedanken macht, kann an der Entwicklung des Arbeitsmarktes und an den Einblicken, die sie in die Gestaltung der einzelnen Wirtschaftszweige ermöglicht, achtlos vorübergehen. Es kann die erfreuliche Feststellung ausgesprochen werden, daß die Presse diese Sachlage durchaus erkannt hat.

Umsomehr ist zu hoffen, daß die Bitte freundlich aufgenommen wird, mit der diese Ausführungen schließen sollen:

Aber der Kritik, die dankbar angenommen wird, wenn sie uns hilft, Fehler und Mängel aufzudecken und abzustellen, die positive Hilfe nicht vergessen!

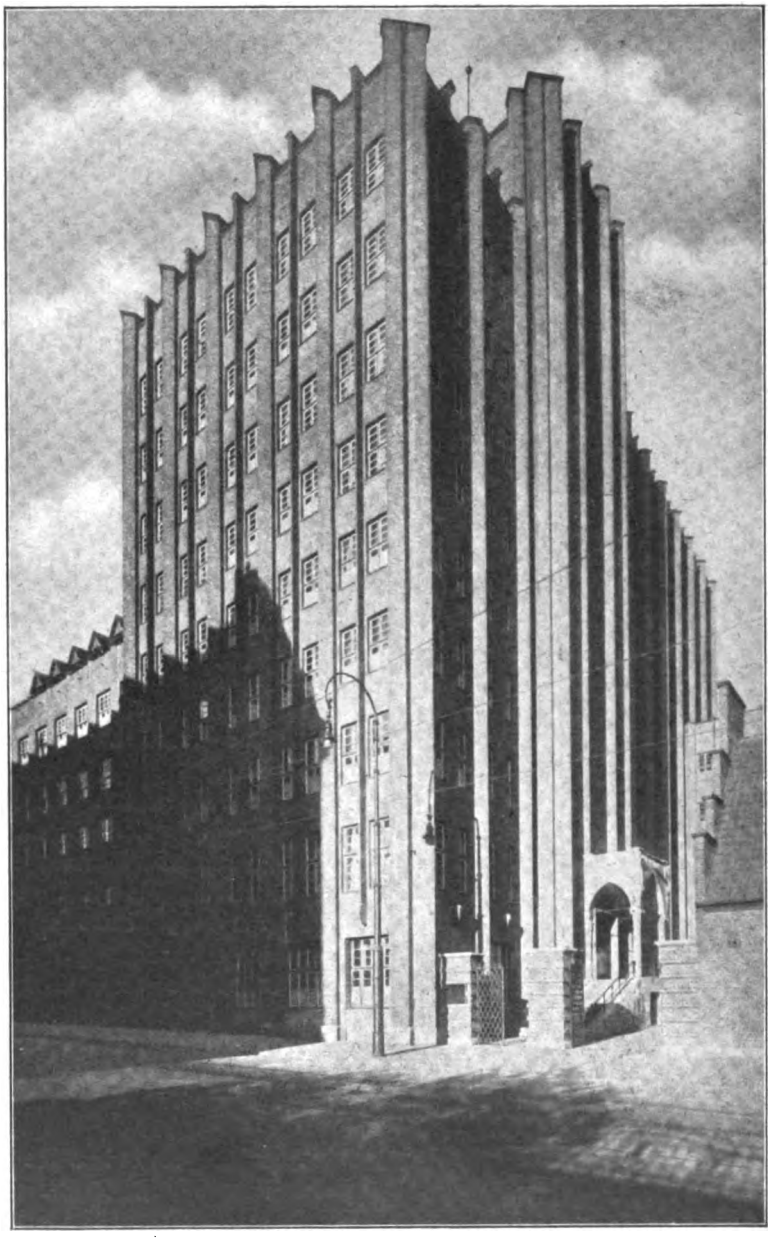
Den breiten Massen der Bevölkerung Klarheit geben über die großen Aufgaben: Arbeitsmarktpolitik, Konjunkturpolitik, Wirtschaftspolitik! Es handelt sich darum, jedem arbeitsfähigen und arbeitswilligen Glied des Volkes die Möglichkeit zu schaffen, seinen Platz in der produktiven Arbeit Deutschlands auszufüllen.

Digitized by Google

Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft, Düsseldorf.

Gleichmäßigkeit, Qualität und Rentabilität der Erzeugung als Ziel des Zusammenschlusses.

Die Zusammenschlußbewegung der deutschen Industrie nahm in den Jahren 1925/26 besonders ausgeprägte Formen an. Es entstanden kurz hintereinander die I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft in Frankfurt (Main), der Großkonzern der deutschen chemischen Industrie, sowie die Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft, Düsseldorf, die einen großen Teil der bedeutendsten Werke der Kohlen- und Eisenindustrie in Rheinland und Westfalen umfaßt und heute etwa 190 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. An der Gründung der Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft waren die Rhein-Elbe-Union (Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft und der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation), die Thyssen-Gruppe in Hamborn, die Phoenix-Gruppe in Düsseldorf und die Gruppe der Rheinischen Stahlwerke in Duisburg-Meiderich beteiligt, die alle ihre Werksanlagen und den größten Teil ihres Zechenbesitzes in einer Ausdehnung von 360 Mill. qm mit insgesamt 48 Schachtanlagen und 153 Schächten bei einer jährlichen Fördermöglichkeit von 37 Mill. t in die Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft eingebracht haben.



Stahlhaus in Düsseldorf,
Sitz der Hauptverwaltung der Vereinigte Stahlwerke A.-G.

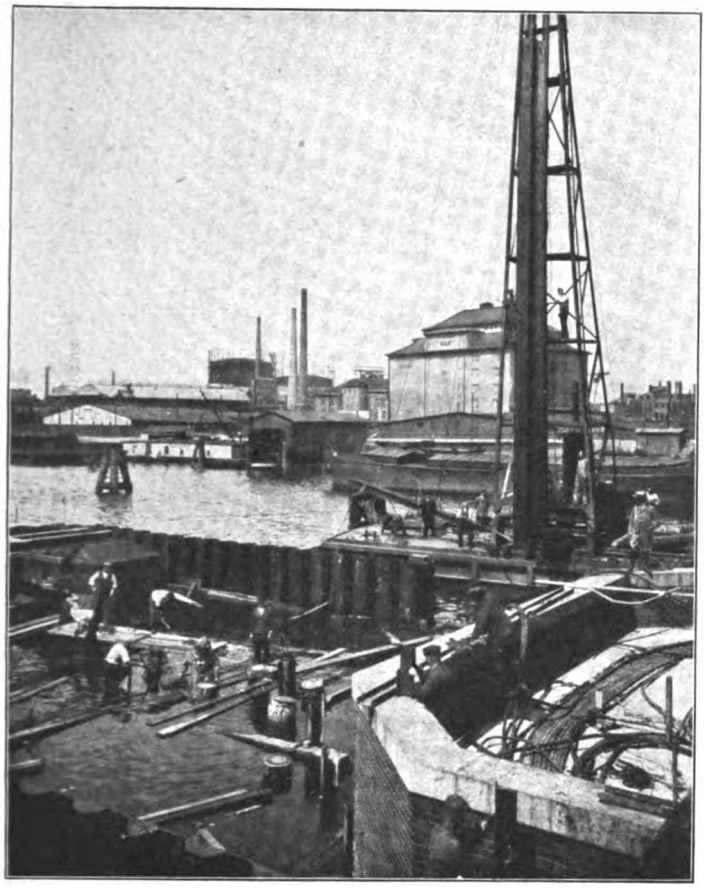
Im Juli 1926 erfolgte die Übernahme der Charlottenhütte in Niederschelden mit verschiedenen Zweigwerken auf die Vereinigten Stahlwerke; sodann wurden einige größere Werke aus dem Besitz des Stumm-Konzerns erworben sowie wertvolle Teile von den Rombacher Hüttenwerken übernommen.

An der Gründung der Mitteldeutschen Stahlwerke und der Deutschen Edelstahlwerke waren die Vereinigten Stahlwerke maßgeblich beteiligt, indem verschiedene Werke in diese neuen Gesellschaften eingebracht wurden.

Eine weitere beachtenswerte Organisationsmaßnahme der Vereinigten Stahlwerke war die Abstoßung der von der Thyssen-Gruppe übernommenen Maschinenfabrik Thyssen & Co., die der neugegründeten Demag Aktiengesellschaft, einer Tochtergesellschaft der Maschinenbauunternehmungen A.-G., Duisburg, einverleibt wurde, um so auch nach außen hin die strenge Konzentration auf das eigentliche Gebiet der Stahlerzeugung zu beweisen.

Nach erfolgter Umstellung gliedern sich heute die Erzeugungsstellen der Vereinigten Stahlwerke in folgende Hauptwerke: August Thyssen-Hütte, Hamborn; Dortmunder Union — Hoerder Verein in Dortmund; Bochumer Verein in Bochum mit dem von In- und Ausländern aus allen Teilen der Welt oft besuchten modernen Röhrenwerk in Höntrop; Schalker Verein in Gelsenkirchen; Stahl- und Walzwerke Thyssen und Friedrich Wilhelm-Hütte in Mülheim (Ruhr); Hütte Ruhrort-Meiderich, Hüttenbetrieb Meiderich, Niederrheinische Hütte und

Digitized by Google



Pfeilergründung der zweigeschossigen Eisenbahn- und Straßenbrücke über den Pregel bei Königsberg mittels Spundwandeisen Larssen.

Hütte Vulkan in Duisburg. Um diese Hauptwerke herum lagert sich ein Kranz von mittleren und kleineren Erzeugungsstellen. Alle diese Werke sind miteinander durch Eisenbahnlinien und durch Anschluß an die Staatsbahn bzw. an die westdeutschen Wasserstraßen verbunden. Dadurch, daß die Produktionszentren in unmittelbarer Nachbarschaft des Rheins und der westlichen Kanäle liegen, haben sie direkten Zugang zu den deutschen, holländischen und belgischen Seehäfen, wodurch die Beschaffung ausländischer Erze erleichtert und die billigste und bequemste Beförderung der Exportgüter an die Dampfer ermöglicht wird.

Auf dem Gebiet der Verkaufsorganisation ist man nach Gründung der Vereinigten Stahlwerke zu einer weitgehenden Vereinheitlichung geschritten. Der Verkauf der wichtigsten syndizierten Walzwerkserzeugnisse wurde nach Düsseldorf als dem Sitz der in Frage kommenden Verkaufsverbände gelegt. Der Verkauf von Fein- und Weißblechen wurde in Köln, der von Roheisen und Eisenguß in Gelsenkirchen-Schalke zusammengefaßt. Der Verkauf der Spezialerzeugnisse verblieb bei den für diese Produkte jeweils führenden Werken, z. B. bei Dortmund und Bochum für Werkstättenerzeugnisse. Im übrigen wurden die Arbeitsgebiete der angegliederten Handelsgesellschaften in der Weise abgegrenzt, daß die Firma Heinr. Aug. Schulte, Eisen-Aktiengesellschaft, Dortmund, den Westen und Nordwesten, die Thyssen Eisen- und Stahl-Aktiengesellschaft den Norden und Nordosten Deutschlands sowie Berlin und die Thyssen-Rheinstahl Aktiengesellschaft in Frankfurt und Mannheim den südlichen Teil des deutschen Marktes bearbeiten. Die Auslandsinteressen liegen bei der Stahlunion-Export G. m. b. H., Düsseldorf, der Verkauf der Kohlen und Nebenprodukte erfolgt, soweit nicht das Kohlensyndikat in Frage kommt, durch die Firma Raab Karcher G. m. b. H., Karlsruhe.

Welches waren nun im einzelnen die Gründe für den Zusammenschluß in der Vereinigte Stahlwerke Aktiengesellschaft?

Der Grundgedanke war, ein unter einheitlicher Leitung stehendes Unternehmen zu schaffen, um durch die Ausnützung der verkehrsgeographischen Lage der Werke sowie eine durchgreifende technische und kaufmännische Rationalisierung der Betriebe eine Senkung der Selbstkosten und damit eine Steigerung der Rentabilität sowie eine Verbilligung und Verbesserung der einzelnen Erzeugnisse herbeizuführen.

Die Zersplitterung der Einzelwerke auf zahllose Produkte und Aufgaben sollte dadurch ersetzt werden, daß die für die Einzelaufgaben jeweils bestgeeigneten Einzelwerke wenige Erzeugnisse in stets gleichmäßigem Arbeitsgang herstellten. Während also der Gesamtkonzern nach wie vor der Mannigfaltigkeit der Anforderungen des Verbrauchers gerecht wird, ist seinen Einzelwerken die Möglichkeit gegeben, ganz intensiv einige wenige Produkte zur höchsten Entwicklung zu bringen, da der Hauptfaktor der Qualität der einzelnen Erzeugnisse in ihrer Gleichmäßigkeit liegt. Die laufende Erzeugung einiger weniger Produkte in großen Mengen führt aber zwangsläufig zu einer ständigen Erhöhung der Gleichmäßigkeit und Qualität bei sinkenden Selbstkosten.

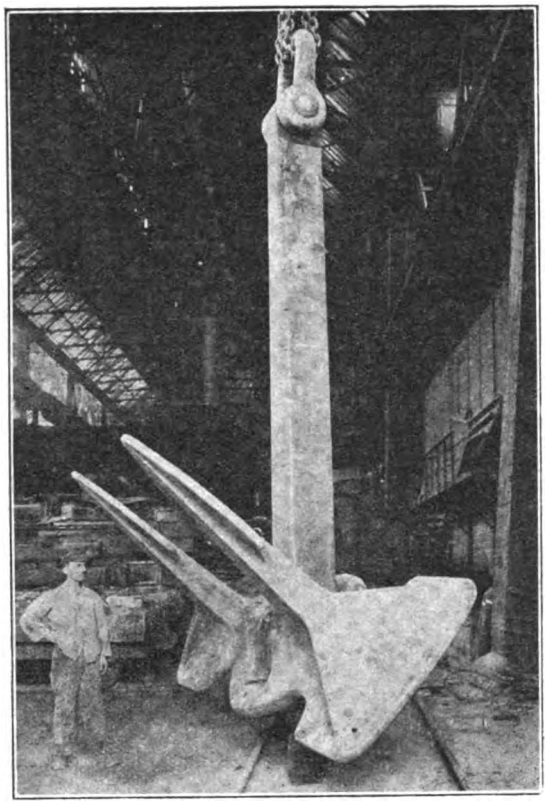
Zum Teil wurden diese Bestrebungen bedingt von den immer höheren Anforderungen der weiterverarbeitenden Industrie an die Qualität der Eisen- und Stahlerzeugnisse. Je mehr auch diese zur Verwendung automatischer Bearbeitungsmaschinen und Verarbeitungsverfahren überging, um so größeren Wert mußte sie auf die Gleichmäßigkeit ihrer Werkstoffe legen. Es ist ihr nicht gedient mit Werkstoffen, die zuweilen in einer Spitzenleistung die günstigsten Eigenschaften in sich vereinigen, aber in diesen Eigenschaften ständigen Schwankungen unterworfen sind. Sie legt vielmehr ausschlaggebenden Wert auf Erzeugnisse mit einem möglichst gleichbleibenden Wert guter Eigenschaften und möglichst geringer Streuung dieser Eigenschaften innerhalb der Gesamtlieferungen.

Die Spezialisierung der Einzelwerke des Konzerns auf bestimmte Sondergebiete führte im Laufe der Zeit durch ständige Beobachtung und Auswertung der Erfahrungen ganz natürlich zur Entwicklung typischer Stahlsorten und Bauarten. Als Beispiele hierfür seien genannt:

Die Entwicklung eines neuen Hochbaustahls, des sogenannten „Union-Baustahls", der eine erheblich höhere Streckgrenze und Festigkeit als der gewöhnliche Baustahl bei gleichzeitig wesentlich größerem Korrosionswiderstand aufweist. Er ähnelt in seinen Eigenschaften dem bekannten Siliziumstahl, ohne aber dessen Nachteile der Neigung zu Rißbildung, schwieriger Verwalzbarkeit u. dgl. zu zeigen.

Sehr intensiv haben sich die Vereinigten Stahlwerke mit der Herstellung von Werkstoff mit höherem Rostwiderstand beschäftigt. Sie waren die ersten, die auf Grund langjähriger Versuche die Herstellung eines besonders geeigneten sogenannten gekupferten Stahls aufnahmen, der einen um etwa 50 Prozent höheren Rostwiderstand auf-

Digitized by Google



Union-Becker-Anker für den neuen Lloyd-Dampfer „Europa“, Gewicht über 15 t.

weist und die Fähigkeit besitzt, Farbanstriche weit fester und länger haften zu lassen als gewöhnlicher Stahl.

Seit etwa einem Jahr wurde auch die Herstellung des in Amerika schon seit einer langen Reihe von Jahren bestens bekannten und bewährten Armcoeisens aufgenommen. Führend sind die Vereinigten Stahlwerke weiter in der Herstellung von Spundwandeisen (Bauart Larssen), die durch ihre Konstruktion und Stahlgüte sich in der ganzen Welt als unentbehrliches Mittel beim Unterwasserbau erwiesen haben; besondere Erwähnung verdienen sodann die Unterwasserschneideapparate der Dortmunder Union, die allein das autogene Schneiden unter Wasser ermöglichen. Ein Sondergebiet der Vereinigten Stahlwerke war von jeher die Herstellung von Kesselmaterial aller Art. Den Stahl- und Walzwerken Thyssen, Mülheim, gelang es als ersten, Wassergasschweißungen mit Wandstärken über 30 mm durchzuführen und auf diese Weise den Ersatz der bei hohen Drücken bedenklichen genieteten Trommel durch geschweißte Hohlkörper herbeizuführen. Mit der Einführung des Hochsicherheitsverfahrens, bei dem die Trommeln auf höchste Sicherheit abgepreßt werden und in alterungsfreiem Zustande zur Ablieferung gelangen, wurde hier ein weiterer Schritt für die Sicherheit des Kesselbaues getan.

Röhren werden von den Vereinigten Stahlwerken in jeder Art und Ausführung, gezogen, gewalzt, nahtlos und geschweißt geliefert. Der Kunde genießt auf diese Weise besondere Vorteile, da die Röhren nach sämtlichen bekannten und bewährten Verfahren hergestellt werden und für jede Anforderung jeweils das bestgeeignetste Verfahren gewählt werden kann. Eine Sonderheit der Vereinigten Stahlwerke ist weiter die Fabrikation von schmiedeeisernen Fittings und Fittingsteilen.

Von den vielen Spezialroheisensorten der Vereinigten Stahlwerke hat das bei der Friedrich Wilhelms-Hütte in Mülheim (Ruhr) hergestellte kohlenstoffarme Spezialroheisen Marke „Silbereisen“ weitgehende Beachtung und Verbreitung gefunden.

Bekannt durch die Herstellung von Ankern und Ketten ist die Dortmunder Union. Sie lieferte beispielsweise die drei Union-Becker-Anker im Gewicht von 47 126 kg für den neuen 46 000-t-Lloyddampfer „Europa“. Es sind dies die größten und schwersten Patent-Bug-Anker der Welt.

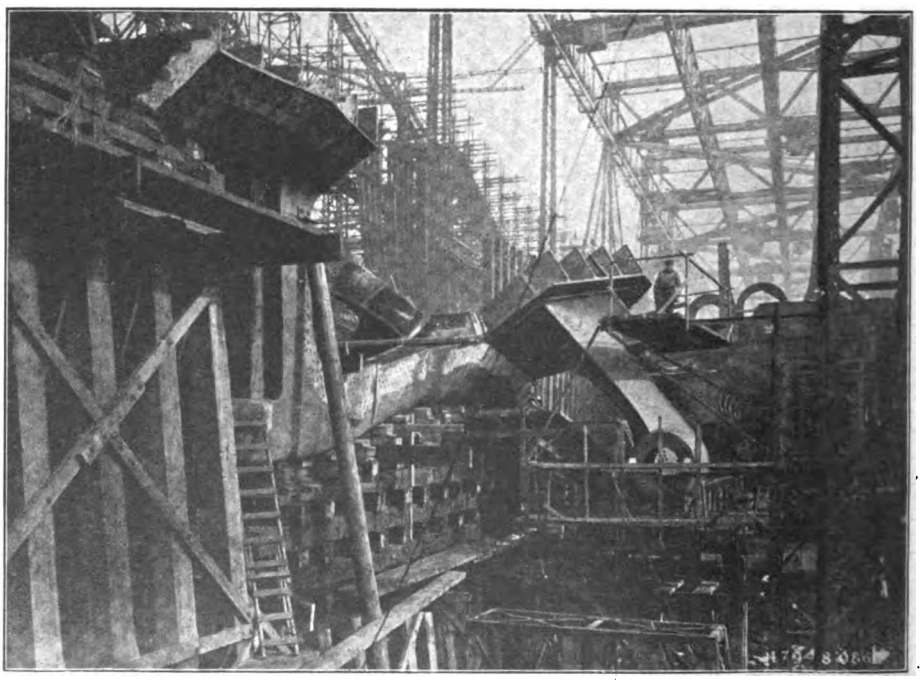
Für den Schiffbau liefern die Vereinigten Stahlwerke Schiffsprofile und -Bleche, Kesselmaterial, Ruder, Steven, Wellenböcke, Schiffsmaschinenteile, Masten und andere Erzeugnisse. An den Lieferungen für die neuen Lloyddampfer „Europa“ und „Bremen“, von denen das letztere Schiff in den nächsten Tagen in Dienst gestellt wird, waren die Vereinigten Stahlwerke hervorragend beteiligt.

Eins der schwierigsten Kapitel der metallurgischen Wissenschaft ist die Klärung des Zusammenhanges zwischen Klangfarbe, Zusammensetzung und Behandlung von Metallen. Der Bochumer Verein hat in langjährigen Versuchen und Erfahrungen die Herstellung von Gußstahlglocken so weit entwickelt, daß sie würdig neben ihren teuren bronzenen Schwestern bestehen können.

Besondere Erwähnung verdient sodann die weit über die deutschen Grenzen hinaus bekannte Brückenbauanstalt in Dortmund, aus der bedeutende Brücken- und Eisenhochbauten des In- und Auslandes hervorgegangen sind, u. a. die Kaiserbrücke über den Rhein bei Mainz, die Südbrücke über den Rhein bei Köln, die Hauptbahnhofshalle in Köln und die doppeletagige Straßen- und Eisenbahndrehbrücke über den Pregel in Königsberg. In den letzten Monaten wurde von den Vereinigten Stahlwerken der Bau der Königin-Brücke in Rotterdam, der größten Klappbrücke des Kontinents, ausgeführt.

Auch am Bau der Kölner und Düsseldorfer Rheinbrücken sowie der Donaubrücke in Jugoslawien sind die Vereinigten Stahlwerke beteiligt.

Außer diesen besonders hervorgehobenen Spezialerzeugnissen stellen die Vereinigten Stahlwerke naturgemäß alle



Hintersteven und innere Wellenböcke, hergestellt von der Vereinigte Stahlwerke A.-G., Bochumer Verein, eingebaut im Gerüst des Lloyd-Dampfers „Europa“.

Digitized by Google

die Produkte her, die regelmäßig in das Programm von Hütten-, Stahl- und Walzwerken fallen. Alles in allem ergibt so der Erzeugungsplan des Gesamtkonzerns ein Bild von ungemeiner Reichhaltigkeit und Vielseitigkeit; er enthält über 30 000 Erzeugnisse, die teilweise in fast sechzigjähriger Erfahrung der Gründerwerke zu ihrer heutigen Vollkommenheit entwickelt worden sind.

Durch die Gründung der Vereinigten Stahlwerke wurde es möglich, diese Erfahrungen im Konzern auszutauschen und dadurch einen großen technischen Vorteil zu bekommen. Es wurde eine besondere Organisation geschaffen, bei der die Fachleute jedes Sondergebiets, die Stahlwerker, die Walzwerker, die Verzinkungsfachleute usw., in regelmäßigen kurzen Zeitabständen zusammenkommen, um über ihre Erfahrungen und Fortschritte gegenseitig zu berichten und Berichte über die Entwicklung ihres Sondergebiets aus der Literatur entgegenzunehmen.

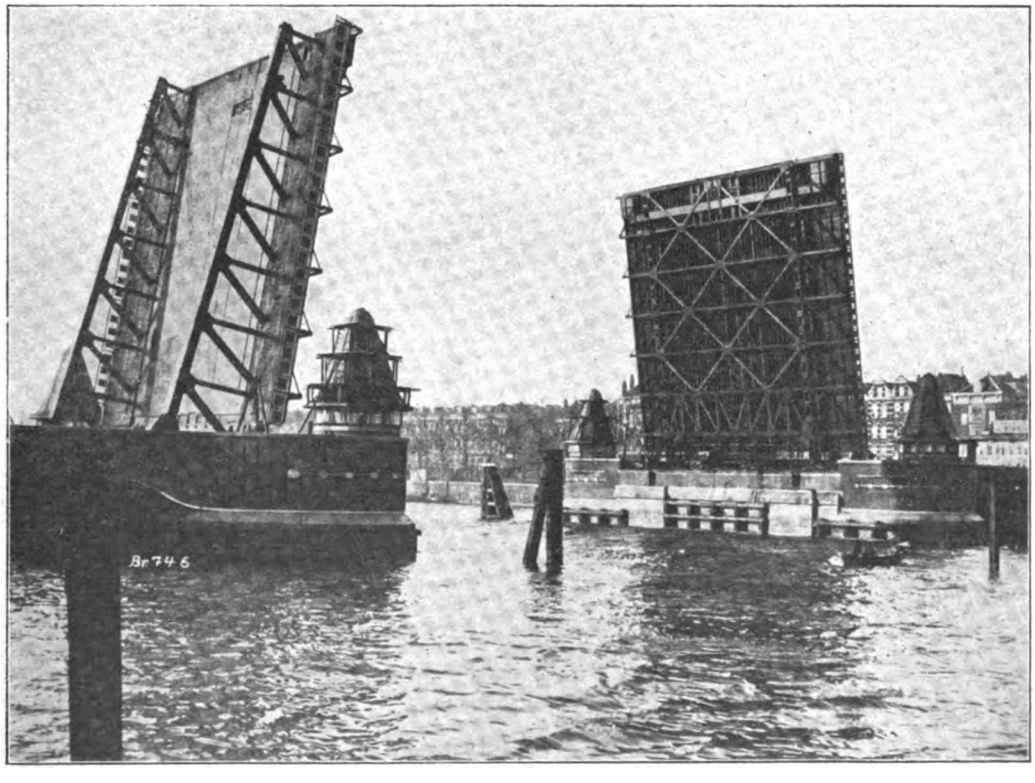
Die Glockenfabrik des Bochumer Verein.

Aus diesen Besprechungen ergeben sich auf Grund der praktischen Erfahrungen immer wieder Anregungen, die zunächst im Laboratorium auf ihre Brauchbarkeit geprüft werden müssen. Für die Durchführung der unmittelbar mit dem Betrieb zusammenhängenden Untersuchungen besitzen die Vereinigten Stahlwerke eine große Anzahl Versuchsanstalten und Laboratorien, in denen rd. 700 Arbeitskräfte beschäftigt sind.

Zur Prüfung der Gleichmäßigkeit werden alle Rohstoffe und die gesamte Erzeugung ständig durch diese Anstalten überwacht. Einen Anhalt für die Sorgfalt, die hier angewendet wird, ergibt vielleicht die Angabe, daß auf je 1000 To. Eisen während des Erzeugungsganges aus dem Erz bis zum fertigen Walzprodukt allein 400 chemisch-analytische Untersuchungen entfallen. Dazu kommen noch zahlreiche Meßeinrichtungen innerhalb der Betriebe, die für Einhaltung genauer Gießtemperatur, Walztemperatur, Wärmezeiten u. dgl. Sorge tragen.

Darüber hinaus haben die Vereinigten Stahlwerke ein besonderes Forschungsinstitut in Dortmund errichtet, das ohne Belastung mit Kontrolluntersuchungen des Betriebes einzig und allein der Weiterentwicklung der Stahlsorten und Stahlerzeugungsverfahren dient. Dort werden Arbeiten ausgeführt, die zunächst nur in losem Zusammenhang mit der Eisenerzeugung zu stehen scheinen; die Erfahrung zeigt aber immer wieder, daß erst die theoretische Grundlage geschaffen werden muß, wenn sichere Fortschritte entstehen sollen!

So zeigen die Vereinigten Stahlwerke als größtes montanindustrielles Unternehmen Europas in Aufbau und Organisation den einheitlichen Willen, Gleichmäßigkeit und Qualität der Erzeugung miteinander zu vereinen und ständig zum Nutzen des Verbrauchers weiterzuentwickeln.



Königin-Brücke in Rotterdam,
erbaut von der Brückenbauanstalt der Dortmunder Union.

Digitized by Google

Der Bremer Baumwollmarkt und die Bremer Baumwollbörse.

Von E. Schier, Direktor der Bremer Baumwollbörse.

Unter allen Pflanzenprodukten der Erde, die nicht der Ernährung der Menschen dienen, steht Baumwolle unbestritten in der ersten Reihe.

Die Versorgung der Textilindustrie Deutschlands und seiner Nachbarländer wird über Bremen, als dem größten Importhafen für Baumwolle auf dem Kontinent, geleitet. In langsamer, aber steter Entwicklung — beginnend etwa über die Baumwolleinfuhr, und zwar seit dem Jahre 1900, geben ein anschauliches Bild nicht nur von dem Verhältnis der amerikanischen Baumwolle zu demjenigen der sonstigen Provenienzen, sondern beweisen insbesondere, daß Bremen einen beträchtlichen Anteil der nordamerikanischen Baumwolle über seinen Hafen gezogen hat.

Saison	Amerikanische	Ostindische	Sonstige	Total
1900/01	1 546 110	16 069	16 132	1 578 311
1901/02	1 618 748	18 402	2 471	1 639 621
1902/03	1 759 746	36 267	13 296	1 809 309
1903/04	1 757 575	50 297	6 364	1 814 236
1904/05	1 931 795	18 353	1 108	1 951 256
1905/06	1 700 768	31 930	7 539	1 740 237
1906/07	2 083 803	48 420	7 518	2 139 741
1907/08	2 192 091	39 091	5 048	2 236 230
1908/09	2 158 664	21 297	4 328	2 184 289
1909/10	1 760 349	38 831	6 400	1 805 580
1910/11	1 957 350	18 979	10 041	1 986 370
1911/12	2 843 695	16 150	7 212	2 867 057
1912/13	2 216 893	18 728	14 142	2 249 763
1913/14	2 619 442	45 795	15 252	2 680 489
1914/15	741 517	43 448	12 686	797 651
1915/16 *	32 380	3 184	2 643	38 207
1919/20	454 198	882	2 555	457 635
1920/21	1 242 246	4 951	4 202	1 251 399
1921/22	1 490 623	3 550	2 075	1 496 248
1922/23	971 941	31 633	10 321	1 013 895
1923/24	1 286 338	31 817	8 984	1 327 139
1924/25	1 728 874	4 592	3 672	1 737 138
1925/26	1 657 878	9 700	1 995	1 669 573
1926/27	2 833 913	12 472	7 826	2 854 211
1927/28	2 059 104	18 034	6 238	2 083 376
1928/29 **	1 711 836	7 670	2 708	1 722 214

*) bis 30. März 1916. **) bis 26. April 1929.

in den sechziger Jahren und nur unterbrochen durch die Kriegsjahre — hat der Baumwollhandel Bremens sich zu der Bedeutung entwickelt, auf die er heute mit Stolz zurückblickt. Wenn in Bremen auch Baumwolle sämtlicher Provenienzen importiert wird, so nimmt doch die Baumwolle aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika weitaus die erste Stelle ein. Die nachfolgenden Zahlen

Bei Betrachtung dieser stetigen Entwicklung ist besonders zu beachten, daß Bremen nicht lediglich Umschlagsplatz ist für diese großen Mengen, sondern daß sich der eigentliche Baumwoll-Handel — soweit er für die Versorgung Deutschlands und der umliegenden Länder in Frage kommt — in Bremen konzentriert hat. Die große Bedeutung liegt eben darin, daß Bremen nicht nur ein

Digitized by Google

Baumwollumschlagplatz, sondern ein Baumwollmarkt ist, der durchaus selbständig seine Dispositionen für den Handel treffen kann; natürlich sind die Weltmarktpreise für Baumwolle für die Preisbildung ausschlaggebend.

Die Bedeutung eines großen kontinentalen Stapelplatzes ist für die Industrie unschätzbar und es ist Aufgabe des Handels zu wissen, wie die Bedürfnisse der Industrie in den verschiedensten Qualitäten von Baumwolle zu befriedigen sind. Die großen Baumwollvorräte, die ständig in Bremen gehalten werden, und vielfach größer sind, als die Vorräte der großen amerikanischen Exporthäfen, ermöglichen es der Industrie, ohne großes Risiko zu jeder Zeit diejenigen Qualitäten einzukaufen, die sie zu ihrer Fabrikation bedarf. Daß sie ferner nicht das Risiko des direkten Importes von Baumwolle zu übernehmen braucht, ist ein weiterer Vorteil, der gewiß nicht gering einzuschätzen ist. Baumwolle wird nach Klassen-, Farben- und Stapel-Bezeichnungen gehandelt, und zwar vielfach auf weite Sicht hinaus. Es werden also sehr häufig Kontrakte abgeschlossen über Baumwolle, die noch nicht gepflanzt ist. In diesem Falle ist es dem Verkäufer unmöglich, bei Geschäftsabschluß zu beurteilen, ob er in der Lage sein wird, die verkaufte Qualität zu liefern.

Bremer Baumwollbörse.

Dem amerikanischen Verschiffer steht naturgemäß stets nur ein bestimmter Distrikt für seine Einkaufsmöglichkeiten offen, und wenn er in seinem Distrikt die betr. Qualitäten nicht beschaffen kann, so sieht sich der Käufer in die Lage versetzt, Baumwolle hereinnehmen zu müssen, die er für seinen Spinn-Prozeß nicht verwenden kann. — Anders ist die Lage, wenn die Industrie ihren Bedarf aus dem Bremer Baumwollmarkt deckt.

Dem Bremer Baumwollhändler stehen alle Teile der Vereinigten Staaten zum Einkauf zur Verfügung und aus allen Distrikten des cotton belts strömt die Baumwolle nach Bremen, demnach ist die Auswahl eine unendlich viel größere als in den Baumwollplätzen der Vereinigten Staaten selbst.

Der Handel in Baumwolle, sowie der Einkauf als auch der Verkauf vollziehen sich seit 50 und mehr Jahren auf Grund der Vorschriften, die den allgemeinen Handelsusancen sich anpassend zusammengestellt sind. Diese Usancen oder Bedingungen unterliegen einer regelmäßigen Prüfung, um sie mit den Veränderungen, die ständig eintreten, in Einklang zu halten. Die Preise für nordamerikanische Baumwolle werden fast ausschließlich in Dollars

Entlöschen eines Baumwolldampfers in Bremerhaven.

Baumwolle im Bremer Freihafen.

Digitized by Google

und Cents für das engl. Pfund gerechnet. Es sind Marktpreise, auf deren Höhe die großen Baumwollterminbörsen der Welt ausschlaggebende Bedeutung besitzen.

Die große Organisation, die alle mit dem Baumwollhandel zusammenhängenden Fragen zu bearbeiten hat, ist die Bremer Baumwollbörse, die vor 55 Jahren in Bremen ins Leben gerufen wurde.

Die erste und wichtigste Aufgabe dieser Organisation bestand darin, die bereits erwähnten Usancen oder wie sie heute heißen „die Bedingungen der Bremer Baumwollbörse“ aufzustellen und ihnen internationale Bedeutung zu verschaffen. Daß dieses weit gesteckte Ziel erreicht ist, wird dadurch bewiesen, daß auf Grund dieser Bedingungen der gesamte Einkauf und Verkauf aller Sorten Baumwolle, Linters und Baumwollabfälle — mit Ausnahme der ägyptischen Baumwolle — nach dem europäischen Festlande — nur einige Länder ausgenommen — vollzogen wird.

Probeziehen im Baumwollschuppen des Bremer Freihafens I.

Der ursprünglich rein bremischen Vereinigung schlossen sich im Jahre 1886 die Baumwollspinnindustrie Deutschlands, im Jahre 1895 auch diejenige der ehemals österreichisch-ungarischen Monarchie sowie 1908 die der Schweiz an, so daß sich die Mitglieder der Bremer Baumwollbörse auf alle diese Staaten erstrecken, auch der Hamburger Baumwollhandel ist der Baumwollbörse angegliedert. Dieser weitreichenden Vereinigung war es möglich, auf vielen Gebieten des Baumwollhandels bahnbrechend vorzugehen und eigene Wege einzuschlagen, teilweise abweichend von denjenigen der anderen europäischen Börsen, die bedeutend älter sind als Bremen.

Die Bremer Baumwollbörse organisierte nach eigenem Muster Schiedsgerichte für Streitfragen und Arbitragen für Qualitätsdifferenzen, mit welchem Erfolg, beweisen die nachstehenden Zahlen über die Arbitragen in den Jahren seit 1887:

Jahr	Arbitragen
1887	300 446 Ballen
1892	653 567 „
1897	1 089 956 „
1902	1 295 441 „
1907	2 396 128 „
1912	2 554 284 „
1913	2 165 657 „
1920	405 058 „
1921	1 041 608 „
1922	969 676 „
1923	656 124 „
1924	996 618 „
1925	1 805 118 „
1926	1 370 001 „
1927	2 010 741 „
1928	1 789 458 „
1929 bis 30. 4. 29	665 880 „

Durch glückliche und durch schlechte Zeiten haben sich diese Einrichtungen bewährt. Sie haben sogar die größte Belastungsprobe, die einem Unternehmen von der Eigenart der Baumwollbörse auferlegt werden konnte, nämlich den Weltkrieg, bestanden. Ohne Zaudern haben die amerikanischen Baumwollverschiffer nach dem Kriege ihre Verkäufe nach Europa wiederum unter Zugrundelegung der Bedingungen der Bremer Baumwollbörse getätigt und

Klassierzimmer der Bremer Baumwollbörse.

sich damit den Schiedsgerichten und Arbitragen der hiesigen Sachverständigen wieder unterworfen. Ein Vertrauensvotum, was nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Mit hoher Befriedigung kann daher Bremen auf das von der Bremer Baumwollbörse bisher Erreichte zurückblicken.

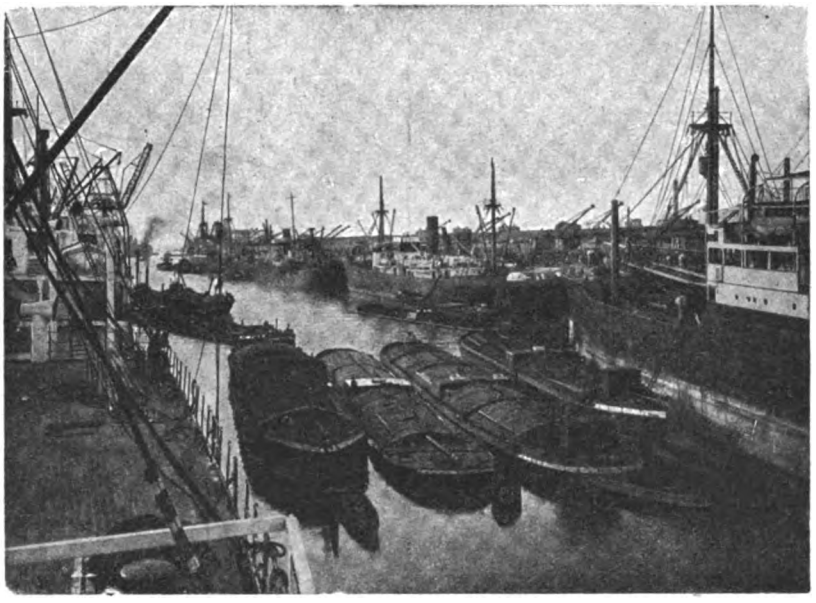
Digitized by Google

Die Hafenanlagen in Bremen.

Von Dr. Dronke, Direktor der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft.

Der Verkehr in einem Seehafen spiegelt das industrielle und wirtschaftliche Schaffen der Zeit in engstem Raume wider. Die Güter aller Weltteile laufen hier zusammen, um in kleine Kanäle verteilt den Betrieben zur Verarbeitung, den Verbrauchern zur Verwendung zugeführt zu werden. Hier zeigt sich, welche Unsumme von Arbeit nicht nur in der Erzeugung der Waren steckt, sondern auch in ihrer Bewegung, in Handel und Verkehr. Schiffahrt, Eisenbahn, Umschlag und Lagerung der Ware mit all ihren Nebengewerben greifen in einem Seehafen organisch ineinander, und als Kraft, die diesem Organismus das Leben einhaucht, wirkt, dem Auge vielfach verborgen, der Handel.

Bremen hat bei der Ausgestaltung seiner Häfen eine Trennung nach Schiffsgrößen dergestalt vorgenommen, daß die Ozeanriesen in Bremerhaven bleiben, das Regelfrachtschiff dagegen weseraufwärts nach Bremen-Stadt kommen kann. Die Außenweser, d. h. die Strecke von See bis Bremerhaven, wurde daher mit einem Kostenaufwand von 41 Millionen Mark für die größ'en Seeschiffe fahrbar gehalten, während die Unterweser von Bremerhaven bis Bremen-Stadt mit den wachsenden Schiffsgrößen nur so weit vertieft wurde, daß das Regelfrachtschiff des Weltverkehrs bis zu den stadtbremischen Häfen fahren kann. Hierfür hat Bremen 85 Millionen Mark aufgewandt, und die jetzt vom Reich weitergeführten Arbeiten erfordern 33 Mill. RM, von denen Bremen 14,3 Mill. RM übernommen hat.



Freihafen II.

Bremen hat jetzt in der Stadt und in Bremerhaven 22 seeschifftiefe Häfen mit rund 43 km nutzbaren Ufern, rund 500 000 qm staatlichen Speichern und Kajeschuppen (ohne die vielen im Hafengebiet und in der Stadt liegenden privaten Lagerhäuser), 290 km staatlichen Hafenbahngleisen und 235 Kranen.

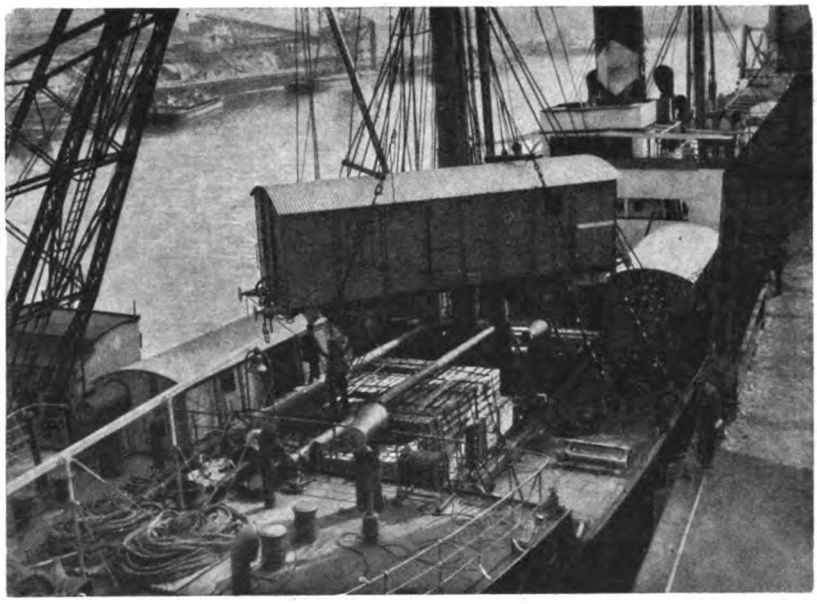
Die stadtbremischen Häfen sind im Laufe der letzten 50 Jahre der Wesermarsch unterhalb Bremens abgewonnen worden; hiervon ist der Industrie- und Handelshafen mit seinen 7 Hafenbecken ein durch Schleuse abgeschlossener Dockhafen, die übrigen sind offene, von Ebbe und Flut abhängige Tidehäfen. Von ihnen dienen die Häfen I und II als vom Zollgebiet ausgeschlossene Freihäfen dem allgemeinen Verkehr, der Hafen III dem Getreideumschlag, der Holz- und Fabrikenhafen den Geschäften und Industrien, die auf unmittelbaren Wasseranschluß angewiesen sind. Dazu kommt der Hohentorshafen mit seinen Holzplätzen und der Werfthafen für die Aktiengesellschaft Weser.

In Bremen bewirken Ebbe und Flut zweimal täglich eine Hebung und Senkung des Wasserspiegels um 2,70 m bei normalen Witterungsverhältnissen. Will man im Hafen einen stets gleichmäßigen Wasserstand haben, so muß man ihn durch Schleusen von dem Tidehub unabhängig machen. Diesen Weg ist man in Bremerhaven allgemein, in Bremen nur für den Industrie- und Handelshafen gegangen. Man hat dadurch erreicht, daß hier die Hafentiefe geringer gehalten werden konnte und die Uferein fassungen niedriger und billiger herzustellen waren, als in einem Tidehafen. Gegenüber einem Dockhafen ist der Tidehafen dadurch ausgezeichnet, daß er zu jeder Zeit zugänglich ist, und dies ist bei der Eile des neuzeitlichen Verkehrs von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Die bremischen Häfen sind, im Gegensatz zu Rotterdam und Hamburg, die Stromhäfen sind, ausgesprochene Eisenbahnhäfen, d. h. in Bremen spielt sich der Hauptumschlag zwischen Schiff und Eisenbahn ab, während in den erwähnten anderen beiden Häfen der größere Teil des Umschlags sich zwischen Seeschiff und Binnenschiff oder Schute abwickelt. Der Eisenbahnhafen gibt sich schon rein äußerlich durch die Breite der Hafenbecken zu erkennen. Liegt der größte Teil des Verkehrs im Umschlag von Bord zu Bord, so sind Wasserflächen von großer Breite (200 bis 300 m) erforderlich, in denen Pfahlbündel (Dükdalben) den Schiffen Gelegenheit zum Festmachen geben und die Küstendampfer, Flußschiffe und Schuten neben die Seedampfer legen, um im Strom die Waren überzuneh-

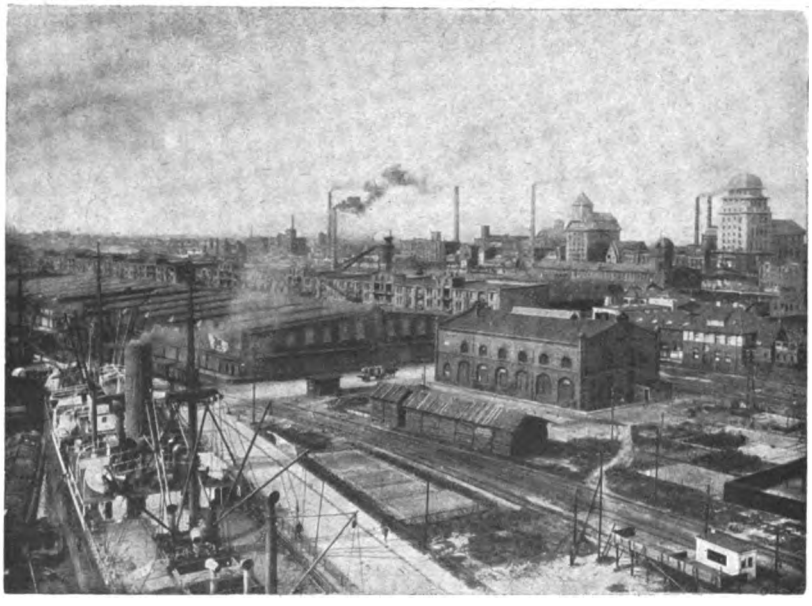
Digitized by Google

men. Ist jedoch der Umschlag zwischen Seeschiff und Landbeförderungsmittel das Ausschlaggebende für einen Hafen, so liegt der Nachdruck auf dem Ausbau von Kajemauern und ihrer reichlichen Ausstattung mit Hebezeugen, Schuppen, Ladestraßen und Gleisen. Dieser Umschlag zwischen Schiff und Land ist für Bremen das Wesentliche. Es ist deshalb hier alles auf einen möglichst flotten und reibungslosen Verkehr zwischen Eisenbahn und Seeschiff eingestellt, weil das von Bremen zu bedienende Hinterland weniger durch Binnenwasserstraßen als durch die Bahn aufgeschlossen ist. Die Eisenbahngleise sind unmittelbar an die Schiffe herangeführt und die Kajen mit zwei oder drei, nach den neuesten Plänen sogar vier Gleisen ausgestattet.



Verladung von Eisenbahn-Waggons im Freihafen II.

Der Freihafen I hat eine Wassertiefe von 7,90 m bei Hochwasser und 5,60 m bei Niedrigwasser. Er ist daher nur für die kleineren Dampfer der europäischen Fahrt und die Leichter im Verkehr mit den Unterweser- und Elbehäfen geeignet. Er ist 2000 Meter lang, hat 11 Durchgangsschuppen an den Kajen mit 107 000 Quadratmeter Grundfläche, für die leichteren Güter 88 Uferkrane mit Druckwasserbetrieb und 8 elektrische Krane mit einer Tragkraft von 1500 bis 2500 kg, zwei Schwerkrane von 4000 und 10 000 kg Tragkraft. Für die schwersten Güter sind zwei Schwimmkrane von 12 000 u. 40 000 kg Tragfähigkeit vorhanden.



Industrie-Hafen.

Der noch nicht voll ausgebaute Hafen II hat eine Sohlentiefe von 10,4 m unter Hochwasser, 4 km ausgebaute Kajemauern, sechs Durchgangsschuppen von 87 000 Quadratmeter Grundfläche und 74 elektrische Uferkrane mit einer Tragkraft von 2500 bis 5000 kg. In ihm spielt sich der Verkehr der größeren Überseedampfer ab. Zurzeit werden auf der nördlichen Kaje zwei große Schuppen gebaut. Im Hafen III liegt die Getreideverkehrsanlage mit ihrem 23 000 t fassenden Speicher, den in das Wasser eingebauten Piers mit je 4 Hebetürmen, die mittels elektrisch erzeugter Saugluft das Getreide aus den Schiffen saugen, es auf selbsttätigen Wagen verwiegen und dem Speicher oder den Verkehrsmitteln — Eisenbahn, Landfuhrwerk, Binnenschiff — auf Förderbändern zuführen. Im Holz- und Fabrikenhafen liegen 16 Mühlen und Fabriken, 7 große Holzplätze, die Lagerhäuser von Speditionsfirmen, namentlich für Baumwolle und eine Reihe anderer Unternehmungen; im Gebiet des Industrie- und Handelshafens haben sich 15 große Betriebe angesiedelt, von denen besonders die Norddeutsche Hütte und die Vacuum-Öl erwähnt seien.

Sind die Kajeschuppen nur für den Durchgangsverkehr der Güter bestimmt, so dienen der Lagerung die hinter den Schuppen gelegenen Speicher und Lagerschuppen. Im Hafen I sind sechs große Speicher mit 22 600 qm bebauter Grundfläche und einer nutzbaren Lagerfläche von 118 000 Quadratmeter, im Hafen II deren zwei mit 27 000 qm Lagerfläche vorhanden. Für die Beförderung von der Kaje zum Speicher dienen besondere Speicherkrane, von denen 23 vorhanden sind, in den Speichern arbeiten 55 Aufzüge und 64 Winden.

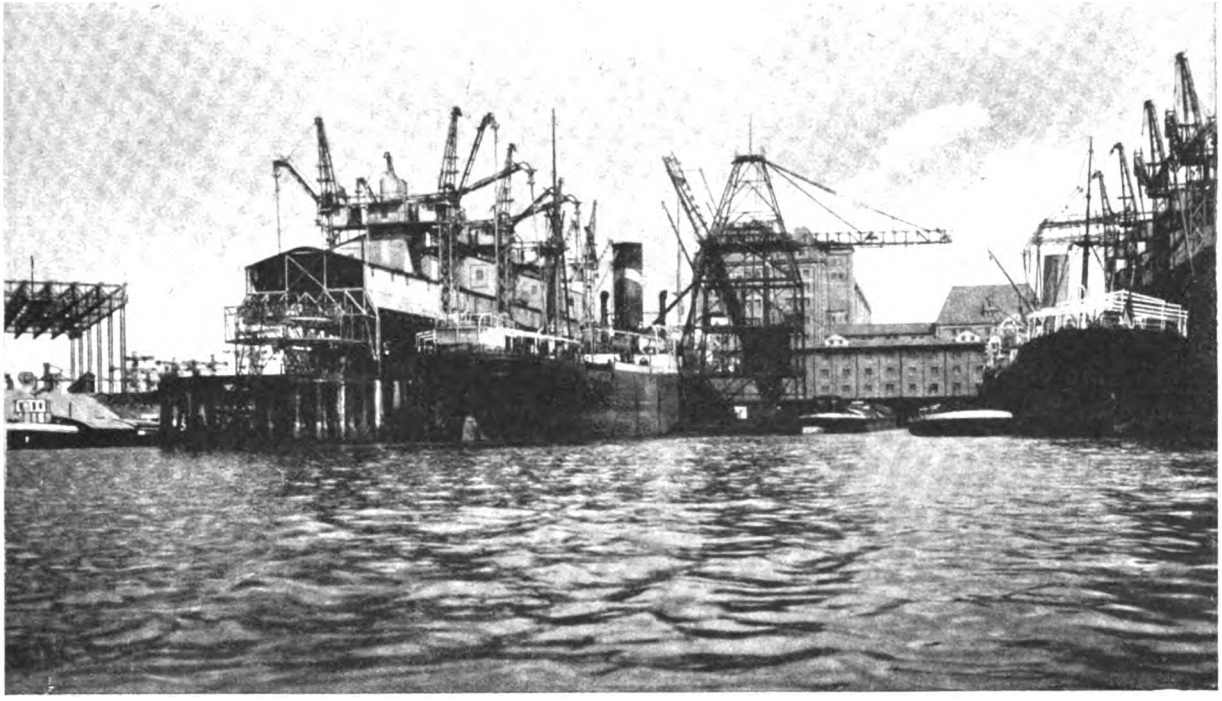
Der Verwaltung dienen die Verwaltungsgebäude im Hafen I und II und das Hafenhaus. Der bremische Staat hat von Einrichtung des Freihafens an den Grundsatz verfolgt, den Teil des Hafenbetriebs, der sich zur geschäft-

Digitized by Google

lichen Ausnutzung eignet, einer Aktiengesellschaft zur Verwaltung zu überweisen. Als für einen geschäftlichen Betrieb passend erschienen in Bremen der Umschlagsverkehr an den allgemeinen Ladestellen und der Lagerverkehr. Ebenso wurde die Hafenbahn ursprünglich auf Kosten der Privatgesellschaft betrieben. Dagegen blieb der Bau der Hafenanlagen und die Verwaltung und finanzielle Ausnutzung des Hafens als Verkehrsweg, nicht als Umschlagsplatz, dem Staat vorbehalten. Demgemäß zerfällt die Hafenverwaltung in Bremen in einen staatlichen und einen privaten Betrieb. Der staatliche umfaßt den Hafenbau und die Hafenmeisterei, der private den Umschlags- und Lagerverkehr.

teil, eine im allgemeinen beweglichere, nachgiebigere und der jeweiligen Markt- und Geschäftslage gerechter werdende Partnerin zu haben, als wenn sie mit einer naturgemäß starren Staatsverwaltung zu arbeiten gehabt hätte.

Die Kosten, die Bremen für seine Hafen- und Wasserbauten geleistet hat, sind gewaltig. Während im Ausland, besonders in Holland und Belgien, ein großer Teil dieser Bauten auf den Schultern des Gesamtstaates liegt, hat sie in Bremen der kleine Stadtstaat selbst getragen. Die Hafenbauten am rechten Weserufer in Bremen-Stadt haben über 100 Millionen Mark gekostet. Die Hafenanlagen in Bremerhaven übertreffen noch diese Summe.



Getreide-Verkehrs-Anlage im Hafen III.

Der den Hafen betreibenden Gesellschaft, der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft, sind neben dem Betriebe der Hafenanstalten alle Geschäfte gestattet, die üblicherweise von Lagerhausgesellschaften geführt werden, mit Ausnahme der Spedition für Auswärtige. Hinsichtlich des Entgeltes für die Leistungen der Bremer Lagerhaus-Gesellschaft ist bestimmt, daß sie, soweit sie monopolartigen Charakter tragen, durch obrigkeitliche Tarife festgesetzt werden, soweit sie in freiem Wettbewerb mit anderen Unternehmungen erfolgen, freier Vereinbarung unterliegen. An sämtlichen Überschüssen der Gesellschaft hat der Staat einen bis 90 % steigenden Anteil.

Die Teilung der Verwaltung und des Betriebes des Hafens hat sich für den Staat Bremen durchaus vorteilhaft erwiesen. Ebenso hat die Kaufmannschaft den Vor-

Die Kosten für die Wasserstraße der Weser sind bereits oben erwähnt. Aber den gewaltigen Anstrengungen entsprach auch der Erfolg. 1928 verkehrten in den Weserhäfen für bremische Rechnung 6876 Schiffe mit 9 085 549 Reg.-Ton. und von der gesamten deutschen Handelsflotte sind 32 % in Bremen beheimatet. Der Güterverkehr belief sich auf 6,6 Millionen Ladungstonnen, die auf 158 Schiffahrtslinien befördert wurden.

Ist es Bremen gelungen, diesen gewaltigen Verkehr nach der Weser zu ziehen, so ist es dessen sicher, daß es unter dem Wahlspruch

„Buten und binnen, wagen und winnen“

in zäher Arbeit seinen Platz unter den Welthäfen behaupten und in den nächsten Jahrzehnten weiter ausbauen wird.

Digitized by Google

Straßenbahn und Kraftomnibus.

Von Roffhack, Direktor der Bremer Straßenbahn A.-G. und Geschäftsführer der Bremer Vorortbahnen G. m. b. H.

Sich literarisch betätigen, wo den berufenen Vertretern der Presse der Tag gehört, ist an sich schon ein Unterfangen; es bedeutet „Eulen nach Eutin tragen". Hinzu kommt, daß heute jeder Geschäftsmann nach der morgendlichen Dusche von einer wahren Hochflut von Reklame- und anderen Drucksachen empfangen wird, die die Postkörbe füllen, zum Teil malerisch über ihre Ränder herunterhängen — eine neue Papierinflation. Wer also seine Erfahrungen und und Ideen oder was er dafür hält, dem Druckbogen anvertraut, muß sich darüber klar sein, wen er antrifft: Niemand. Gelesen werden solche Gelegenheitsaufsätze nicht.

Sonst wäre es nicht möglich, daß die zahlreichen „lichtvollen" Ergüsse der Verkehrsverwaltungen über das heutige Verhältnis von Straßenbahn und Kraftomnibus usw. bisher so wenig für die nötige Aufklärung der „breiten Masse" nicht nur, sondern auch der zuständigen Amts- und sonstigen Stellen auszurichten vermochten.

Wie oft z. B. ist dargelegt, daß die Straßenbahn heute noch nicht geneigt ist, sich vom Kraftomnibus verdrängen zu lassen, daß sie vielmehr vor ihm — bis jetzt noch — den größeren Wirkungsgrad des Elektromotors im Vergleich zum Explosionsmotor, den geringeren Reibungswiderstand der Schienen im Vergleich zum Pflaster und vornehmlich das weitaus größere Fassungsvermögen, schließlich infolgedessen den billigeren Betrieb voraus hat. Trotzdem verkündet bei nächster Gelegenheit ein Sachkundiger mit einer Miene, die neue Erkenntnisse, wenn auch nichts Gutes verheißt, daß die Lösung des Verkehrsproblems nur möglich sei, wenn die Straßenbahn endlich, so rasch wie möglich, aus dem Straßenbilde verschwinde. Als ein Schaustück von rein musealem Interesse soll sie hinfort in den städtischen Museen der Belehrung der nächsten Generation dienen, die sich sonst aus eigener Anschauung keine Straßenbahn mehr vorzustellen vermag.

Dementsprechend kommt in einem längeren Zeitungsartikel ein „Verkehrsinspektor" zu dem Ergebnis, daß die Straßenbahn das „größte Verkehrshindernis" sei. Besonders schmerzlich berührt es, wenn mit dem gleichen Vorwurf sogar ein Wirtschaftsunternehmen die Bitte der Verwaltung beantwortet, seine Lastkraftwagenführer anzuweisen, fürderhin nicht auf dem Straßenbahngleis zu spuren. Unleugbar und unvermeidlich ist das Massen- und Hauptverkehrsmittel zugleich ein Hauptverkehrshindernis. Dennoch ist die Straßenbahn bis auf weiteres nicht zu entbehren.

Das sollte schon die Betrachtung der Zustände in der ganz vom Straßenbahnverkehr verschonten City gewisser Großstädte des Auslandes lehren, die uns, selbst wenn wir im Lande bleiben, die illustrierte Presse vermittelt. Reihenweise rücken dort von Straßenkreuzung zu Straßenkreuzung zahllose dicht aufgestaute Taxis, Omnibusse usw. vor. Sie erobern sozusagen schrittweise das Gelände. Spricht man freilich z. B. den Pariser auf diese Verkehrsblockade an, so erwidert er als Großstädter gleichmütig: „Que voulez-vous? C'est Paris! Wenn wir auf den Boulevards schnell vom Fleck kommen wollen, so fahren wir nicht, sondern gehen zu Fuß."

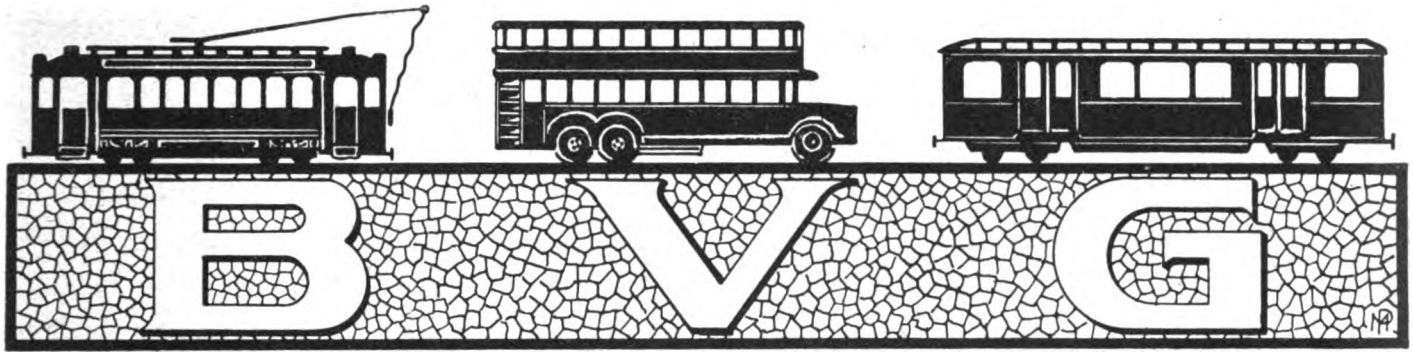
Die oft bemängelte „Gebundenheit an die Schienen bedeutet keine Verschärfung, sondern eine Milderung der ohne Straßenbahn noch weit schlimmeren Verkehrsnöte der Großstadt. Wird doch auf solche Weise der Weg des Hauptverkehrsmittels für alle anderen Straßenbenutzer ein für allemal deutlich bezeichnet. Dadurch erübrigen sich bei diesem die sonst beim Ausweichen üblichen Kontertänze sich begegnender Fahrzeuge, Radfahrer usw.

Nicht anders steht es mit dem allgemeinen Urteil über die Wirtschaftlichkeit der Verkehrsunternehmungen. Haben die „Verlautbarungen" der Verwaltungen, die häufigen Hinweise auf die Folgen des Krieges und Währungsverfalls, auf das sich unausgesetzt verschlechternde Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben, den zunehmenden Steuerdruck und die Untragbarkeit der in den Konzessionsverträgen enthaltenen Lasten Eindruck gemacht? Keineswegs, wie schon das Fortbestehen der sog. Beförderungssteuer beweist, einer 6prozentigen Bruttoabgabe an das Reich, die als steuerliches Unikum aus dem Kriegsjahr 1918 längst vom Erdboden hätte verschwinden müssen. Ein ironisches Lächeln und der Hinweis auf die überfüllten Wagen pflegt die Antwort auf solche Klagen zu sein. Man sieht nicht ein, daß die Überfüllung der einzige, schwache Ausgleich für die geschilderten Schwierigkeiten ist und daß, trotz zeitweiliger Überfüllung der Wagen während der Hauptverkehrsstunden, die durchschnittliche Wagenbesetzung im Lauf des ganzen Tages etwa 35 % des Platzangebots nicht übersteigt.

Zuweilen glaubt man zu sparen, indem man die Firma ändert. Aber dadurch allein, daß z. B. ein kommunales Verkehrsunternehmen in eine „G. m. b. H." umgewandelt wird, läßt sich die Rentabilität nicht wieder herstellen. Das ist nur möglich, wenn alle unwirtschaftlichen politischen und fiskalischen Einflüsse nach Möglichkeit ausgeschaltet werden und die verantwortliche Leitung das Verhalten der sog. „Betriebszahl" (Verhältnis der reinen Betriebskosten zur Einnahme), als ein untrügliches Wirtschaftsbarometer, aufmerksam verfolgt und unverzüglich zur Korrektur schreitet, sobald danach das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben gestört erscheint. Auch muß jede Überlastung mit Abgaben, Steuern usw. vermieden werden, wenn die Verkehrsunternehmungen sich unter den heutigen ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen trotz ständig zunehmender Betriebsverteuerung behaupten sollen.

Dazu bedarf es der Hilfe der Vertreter der Presse, deren Stimme weiter reicht als die unsrige und die allein die öffentliche Meinung systematisch bilden und beeinflussen können. Sie erfüllen eine zwar nicht sehr dankbare, aber moralische Aufgabe, mindestens werden sie der Wirklichkeit gerecht, wenn sie die landläufige, aber abwegige, zuweilen sogar ungerechte Einstellung des Zeitungslesers, Verfassers von Sprechsaalartikeln usw. bekämpfen und den um ihre Existenz ringenden Verkehrsunternehmungen, wenn auch nicht zu einem „Platz an der Sonne" so doch dazu verhelfen, daß sie nicht hoffnungslos im Schatten des wirtschaftlichen Niederganges verkümmern.

Digitized by Google



Weltstadtverkehr und Presse.

Von Dr.-Ing. W. Majerczik.

Mitglied des Vorstandes der Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft.

Die Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft (BVG) ist die Zusammenfassung der Berliner städt. Straßenbahnen, Omnibusse und Untergrundbahnen. Die BVG wurde am 8. Dezember v. Js. gegründet und nahm am 1. Januar d. Js. ihre Tätigkeit auf. Sie ist das größte rein kommunale Verkehrsunternehmen der Welt. Ihr Aktienkapital, das ausschließlich in den Händen der Stadt Berlin ist, beträgt 400 Millionen Mark. Sie ist hinsichtlich des Gesellschaftskapitals das drittgrößte Unternehmen Deutschlands. Die Zahl ihrer Angestellten und Arbeiter beträgt gegenwärtig rund 26 000. Die Straßenbahn betreibt ein Liniennetz mit einer Streckenlänge von 635 km. Die Streckenlänge des Omnibusses beträgt 220 km, die der Untergrundbahnen zurzeit 55 km. Auf diesem gewaltigen Verkehrssystem wurden im Jahre 1928 rund 1 800 Millionen Menschen befördert. Die dazu erforderliche Betriebsleistung war 260 Millionen Wagenkilometer. Eine Vorstellung von der Bedeutung dieser Zahl gewinnt man, wenn man daran denkt, daß 1 800 Millionen Menschen die gesamte Einwohnerzahl der Erde ist und daß 260 Millionen Kilometer fast die doppelte Entfernung der Erde von der Sonne ist (140 Millionen Kilometer).

Die BVG ist das Verkehrsunternehmen der Stadt Berlin, eines Gemeinwesens, dessen Einwohnerzahl gegenwärtig rund 4,2 Millionen beträgt. Berlin hat mehr Einwohner als Länder wie die Schweiz, Dänemark, Norwegen, Finnland, Estland, Lettland, Litauen u. a. Als Wirtschaftsgebiet ist Berlin umfassender und bedeutender wie mancher Staat mit der doppelten oder dreifachen Bevölkerung. Die Reichshauptstadt verfügt über eine gewaltige Industrie, zu der Unternehmungen von Weltruf gehören, sie ist Sitz aller Zentralbehörden, zugleich das Zentrum des deutschen Finanzwesens und des deutschen Handels.

Die unsäglich verschlungenen, massenhaften Verkehrsbedürfnisse dieses riesigen Wirtschaftssystems zu befriedigen und zu entwickeln, ist die Aufgabe der BVG Dabei befinden sich ihr Liniennetz und ihre Verkehrsleistungen keineswegs in einem Beharrungszustande. Berlin ist eine Stadt, die sich jährlich um 60 000 bis 80 000 Einwohner vermehrt. Für diesen Bevölkerungszuwachs müssen jedes Jahr die vorhandenen Betriebsmittel vergrößert, Straßenbahn- oder Omnibuslinien verlängert oder ganz neue Linien angelegt werden. Stadtteile, die am Rande des Weichbildes liegen, wollen mit dem Zentrum der Stadt durch Radiallinien oder untereinander durch Peripherielinien verbunden sein. Im Inneren, wo die Verkehrsströme derart angewachsen sind, daß die Oberflächenverkehrsmittel zur ihrer Bewältigung nicht mehr ausreichen, müssen neue unterirdische Schnellbahnen gebaut werden, die zwar kostspielig, dafür aber auch sehr leistungsfähig sind.

Dieses gewaltige Verkehrsunternehmen, das tief in die Lebensbedürfnisse jedes einzelnen Bewohners der Stadt eingreift, kann nur mit Hilfe der Presse bestehen und gedeihen. Die Presse hat der BVG gegenüber eine doppelte Aufgabe zu erfüllen. Sie ist als erste dazu berufen, die öffentliche Meinung zu vertreten, die Wünsche des einzelnen, der verschiedenen Stadtteile, der verschiedenen Berufsgruppen, Wirtschaftsinteressen usw. auszusprechen. Die Leitung der BVG. hört mit aufmerksamem Ohr auf die vielen Stimmen, die aus den Spalten der Tageszeitungen zu ihr dringen. Soweit die Wünsche berechtigt sind und die verfügbaren Mittel es ihr gestatten, wird die BVG immer bemüht sein, den vorgetragenen Anregungen nachzukommen. Die Presse hat aber dem öffentlichen Verkehrsunternehmen gegenüber noch eine zweite Aufgabe zu erfüllen. Sie muß das Sprachrohr sein, der Dolmetscher, mit dessen Hilfe die Leitung der BVG zu der Bevölkerung reden kann. Auch die BVG hat ihre Wünsche und ihre Beschwerden. Sie hat das Bedürfnis, der Einwohnerschaft mitzuteilen, was sie bisher getan hat und in Zukunft tun wird. Die Leitung der BVG hat aber manchmal auch die nicht immer leichte Aufgabe zu sagen, was das Unternehmen nicht leisten kann, wo die Grenzen seiner Kräfte und seines Vermögens liegen.

Die Aufgaben der BVG wachsen von Tag zu Tag. Bei der Eigenart der Berliner Verhältnisse kommt neben dem Ausbau des Schnellbahnnetzes auch die Modernisierung der Straßenbahn als eine der wichtigsten Arbeiten in Betracht. In letzter Zeit hat die Berliner Presse sich mehrfach über dieses Verkehrsmittel abfällig geäußert und es als überlebt bezeichnet. Wenn diese Kritik sich auf die Straßenbahn in ihrem heutigen technischen Zustande bezieht, so ist sie vielleicht nicht ganz unberechtigt. Die Straßenbahn muß und wird aber technisch so ausgestaltet werden, daß sie den Ansprüchen des Großstadtverkehrs in jeder Hinsicht entspricht; denn sie ist in Berlin das technische und finanzielle Rückgrat der gesamten Personenbeförderung.

Die Presse hat sehr viel dazu beigetragen, das öffentliche Verkehrswesen zu fördern. Wenn sie in diesem Sinne ihre Tätigkeit ausübt, so handelt sie zum Nutzen der Bevölkerung der Weltstadt.

Digitized by Google

Das Problem des Straßenhilfsdienstes.

Mit dem Dienst auf der Landstraße haben sich, getragen von dem Bestreben, einem Bedürfnis des zunehmenden Kraftverkehrs entgegenzukommen, zwei Organisationen befaßt: Die Aha-Autohilfe G. m. b. H. und der A. D. A. C.

Die Aha wurde als Erwerbsorganisation ins Leben gerufen und begann damit, Reparaturwerkstätten durch ein Schild, das diese käuflich erwerben mußten, als für den Kraftfahrer besonders geeignet, zu empfehlen. Angriffe auf dieses System, bei dem die Empfehlung zugleich von einer geldlichen Leistung abhing, veranlaßten die Aha später, ihre Ziele in der Satzung als gemeinnützig zu bezeichnen.

Daneben wurden die Inhaber der Reparaturwerkstätten von an den Hauptverkehrsstraßen gelegenen Fernsprechstellen verpflichtet, die Benutzung ihrer Apparate notleidenden Kraftfahrern zu gestatten.

Schließlich begann man, Skizzen der Hauptstraßen Deutschlands mit Einzeichnung der öffentlichen oder sonst zur Verfügung stehenden Fernsprechstellen anzufertigen, welche dem Kraftfahrer als Hilfsmittel dienen sollten.

Da die Einnahmen gering waren und mit Einstellung des Verkaufes der Schilder für Reparaturwerkstätten fast ganz aufhörten, die Verwaltungsunkosten aber weiter liefen, so war das geringe Kapital bald verausgabt und mußte durch neu eintretende Verbände immer wieder aufgefüllt werden.

Vor kurzem ist, als die Mittel wieder aufgebraucht waren, das Reichsverkehrsministerium mit 50 000 Mk. eingesprungen und man plant nun, die Strecken Berlin—Leipzig und Berlin—Swinemünde von 5 zu 5 Kilometern mit Fernsprechstellen zu versehen, womit die 50 000 Mark Beihilfe, deren Verausgabung nunmehr Zweck der Aha geworden ist, nach ihrer eigenen Berechnung einschließlich der Abgaben an die Post für die ersten Jahre etwa aufgebraucht sein wird.

Einnahmen sollen Abonnements von Kraftfahrern auf die Benutzung der Fernsprechstellen (je Mark 15.—) und Kautionen (je Mark 5.—) bringen, wobei mit 3000 Abonnements, also Einnahmen von Mark 45 000+15 000 = 60 000 Mark gerechnet wird.

Es wird jedoch nur wenige ständig diese Strecke befahrende Kraftfahrer geben, welche sich zu einem Abonnement entschließen. Auf Abonnements in namhafter Zahl wird man erst dann rechnen dürfen, wenn der größte Teil der deutschen Straßen ebenso eingerichtet ist wie die beiden genannten Strecken, und das wird, selbst wenn das Reichsverkehrsministerium trotz der ungünstigen Wirtschaftslage alljährlich eine Beihilfe von 50 000 Mark gibt — von den Gesellschaftern der Aha ist, nachdem das eingebrachte Kapital verloren ging, auf nennenswerte Beiträge kaum zu rechnen — viele Jahre dauern.

Zwei wichtige Faktoren sind jedoch bei der Rentabilitätsberechnung nicht genügend berücksichtigt: das sind einmal die Bürounkosten und sodann die Instandhaltungskosten. Bezüglich der letzteren wird man nicht übersehen dürfen, daß mit Schäden durch mutwillige Zerstörungen zu rechnen ist, wie wir dies bei den Verkehrszeichen täglich erleben.

Denselben Fehler wie die Aha, dem Riesenproblem des Straßenhilfsdienstes mit unzulänglichen Mitteln zu Leibe zu gehen, hat aber auch der A.D.A.C. gemacht, nur mit dem Unterschied, daß er durch rationelles Arbeiten und die Steigerung seiner Aufwendungen auf 600 000 Mark wenigstens etwas Positives erreicht hat. Es sind nämlich 4000 Hilfsstationen eingerichtet, Tausende von Richtungs- und Umleitungsschildern aufgestellt und über 50 Kraftwagen angeschafft worden, welche die Hauptstraßen abpatrouillieren und mit Ersatzteilen, Verbandsmaterial usw. versehen sowie von einem besonders erfahrenen Reparateur gesteuert sind. In der richtigen Erkenntnis jedoch, daß dies Alles noch nicht ausreicht, um überall eine schnelle Hilfe zu gewährleisten, hat der Club unter seinen mehr als 108 000 Mitgliedern allmählich 6000 nichtärztliche und 2000 ärztliche Helfer gewonnen, die ihre Fahrzeuge mit dem Hilfsdienstwimpel versehen und sich zu jeder Art von Hilfeleistung verpflichtet haben.

Die gemeinnützige Natur seiner Hilfseinrichtungen, welche im Gegensatz zu dem Fernsprechdienst der Aha allen ohne Rücksicht auf ihre Clubzugehörigkeit zur Verfügung stehen, dokumentiert der Club auch dadurch, daß er die Bestrebungen des Zentralkomitees für das Rettungswesen in Preußen, welches sich neuerdings unter der tatkräftigen Beratung durch den Direktor des Rettungsamtes der Stadt Berlin, Sanitätsrat Dr. Frank, des gesamten Unfalldienstes angenommen hat, nicht nur ideell, sondern auch materiell fördert.

Im Interesse der Sache mag man es bedauern, daß es den Bemühungen des Reichsverkehrsministeriums nicht gelungen ist, alle Verbände und Clubs zur Zusammenarbeit zu bringen. Zur Zeit repräsentieren die Gesellschafter der Aha nur einen Bruchteil der organisierten Kraftfahrer, während außer dem A. D. A. C. auch der Deutsche Autoclub und die Deutsche Motorfahrer-Vereinigung, also die große Mehrheit der Kraftfahrer, der Aha ferngeblieben sind. Was den A. D. A. C. anbetrifft, so glaubt er offenbar, es seinen Mitgliedern gegenüber nicht vertreten zu können, wenn er ein von eigenen Mitteln entblößtes Unternehmen, das bei aller Anerkennung seiner Ziele doch nur verschwindend geringe Erfolge gehabt hat, wieder zum Leben erweckt, statt die ihm für den Straßenhilfsdienst zur Verfügung stehenden Mittel dem Ausbau seiner eigenen bewährten Hilfsdiensteinrichtungen zuzuwenden. Die Interessen der Allgemeinheit werden durch den nicht erfolgten Zusammenschluß der Verbände zu gemeinsamer Arbeit nicht berührt, da die Arbeitsgebiete von Aha und A. D. A. C. sich, abgesehen von der Kennzeichnung von Reparaturwerkstätten, nicht überschneiden. Im Gegenteil! Beide Parteien werden sich doppelt bemühen, zu beweisen, daß sie, die eine mit öffentlichen, die andere mit privaten Mitteln, imstande sind, auf den selbstgewählten Arbeitsgebieten Ersprießliches für die Gesamtheit der Straßenbenutzer zu leisten, und dieser Wettbewerb wird sich zum Nutzen der Allgemeinheit auswirken. Schmerzlich berühren muß es nichtsdestoweniger, daß die erfolgreiche Arbeit des A. D. A. C. nicht die gleiche Anerkennung durch Bewilligung einer Beihilfe aus öffentlichen Mitteln gefunden hat, wie die Tätigkeit der Aha-Autohilfe G. m. b. H.

Digitized by Google

Digitized by Google

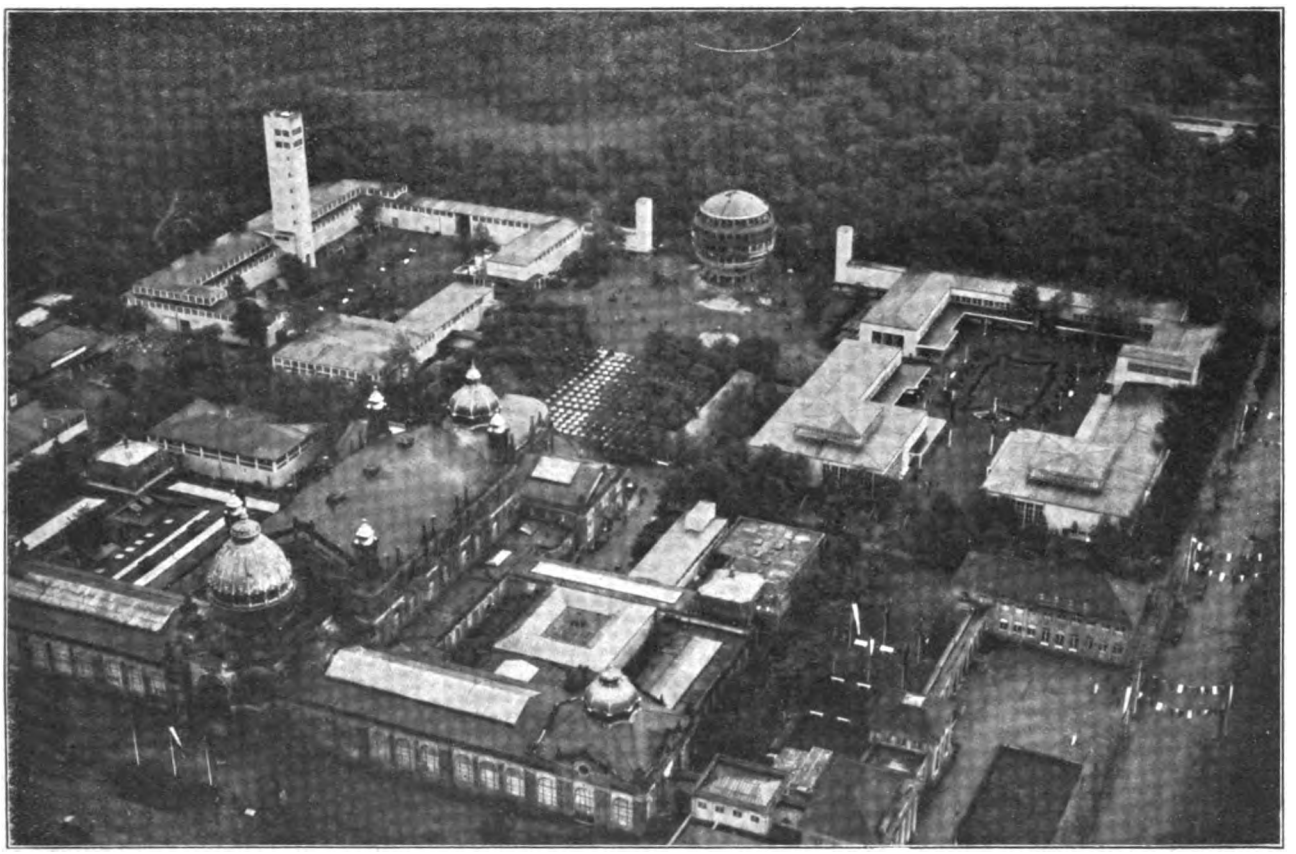
Digitized by Google

In einem Tag durch Deutschland.

Zur Dresdner Jahresschau „Reisen und Wandern“.

Von **Heinrich Zerkaulen,**
Leiter der Literarischen Abteilung der Jahresschau Deutscher Arbeit Dresden.

Seit acht Jahren veranstaltet nun die Jahresschau in Dresden alljährlich Spezialausstellungen, um bestimmten Zweigen der Industrie und des Gewerbes Gelegenheit zu geben, in einer Fachausstellung das Neueste auf ihren Gebieten der großen Öffentlichkeit vorzuführen. Diese Qualitätsausstellungen, bekannt geworden durch die ästhetische Anordnung und ebenso durch die Volkstümlichkeit ihrer Ausstellungstechnik, waren schon einmal durch die große und unvergeßliche Gartenbauausstellung des Jahres 1926 unterbrochen worden. So will es scheinen, als habe man auch dieses Jahr das festumrissene Programm der Jahresschau zum mindesten etwas aufgelockert. Aber es will nur so scheinen. Denn in Wirklichkeit hat man doch wiederum eine ganz bestimmte Industrie in den Vordergrund gestellt, wenn auch diese Industrie diesmal vielleicht dem Beschauer weniger sichtbar wird. Es handelt



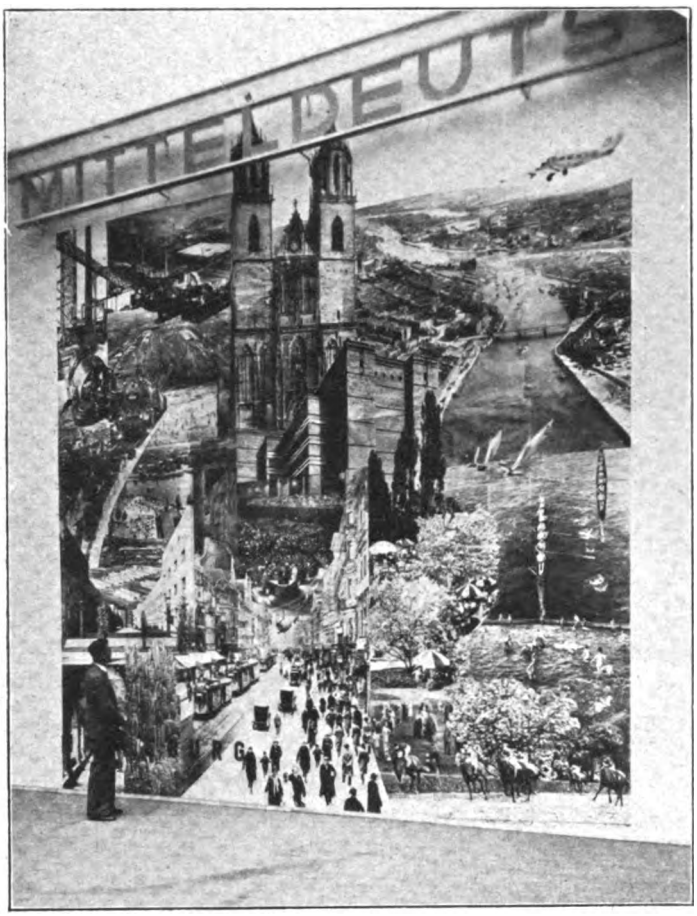
Luftaufnahme vom Gelände der Dresdner Jahresschau 1929 „Reisen und Wandern“

sich um die Fremdenverkehrswerbung, die längst für Deutschland ein Problem geworden ist.

Der langjährige geschäftsführende Direktor der Jahresschau, Carlwalter Straßhausen, dem die schöne Idee dieser großzügigen Ausstellung zu danken ist, und der gleichzeitig auch für die Formgebung verantwortlich zeichnet, hat in einem besonderen Pressereferat den wirtschaftlichen Sinn gerade der diesjährigen Jahresschau ausführlich betont. Er stellt fest, daß die Ausstellung „Reisen und Wandern“ zwei grundlegende Fragen aufzurollen habe, nämlich die der einheitlichen Fremdenverkehrswerbung und die, auf welchem Wege man diesem Problem näherkommen könne. In der Zusammenfassung der vielen Verbände und Institute, die sich mit dem Fremdenverkehr in Deutschland zu beschäftigen haben und die noch zu sehr für sich allein arbeiten, sei die erste Frage beantwortet. Die zweite zeige einen von mancherlei anderen Wegen, aber einen besonders richtunggebenden. Zu der ersten Problemstellung führte Direktor Straßhausen folgende Zahlen an: Der Gesamtfremdenverkehr in Frankreich macht eine Ausgabesumme von 798 Millionen deutscher Reichsmark alljährlich aus, während der Gesamt-Fremdenverkehr in Deutschland nur die Summe von 161,7 Millionen deutscher Reichsmark alljährlich erreicht. Von 1890 Millionen deutscher Reichsmark, die von reisenden Amerikanern (also von nicht ansässigen Amerikanern) nach Europa in einem Jahr gebracht werden, entfallen ca. 42 % allein auf Frankreich,

Digitized by Google

legte Musterauskunftszentrale unterrichtet über alle Einzelheiten der Reisewege, des Reiseverkehrs, der Reisebequemlichkeit. Alle dreiundzwanzig Länder, die in der „Deutschen Heimat“ ausgestellt haben, sind hier zu Auskünften jeder Art bereit, über jeden deutschen Verkehrsbezirk, über jede Reiseroute. Bank- und Versicherungswesen unterrichten über die vielen Einzelheiten, die man braucht, um mit Ruhe für seine eigene Person zu reisen. Hinzu kommen die besonderen Auskunftsstellen der Reichsbahn, der Reichspost, der Lufthansa, der Schiffahrtslinien, des Kraftverkehrs, die ihrerseits wiederum in den einzelnen Sonderabteilungen der Reise zu Wasser, zu Lande und in der Luft von all dem berichten, was ihre besondere Eigenart ausmacht.



Neue Wege zur Fremdenverkehrswerbung: Groß-Fotomontage auf der Dresdner Jahresschau

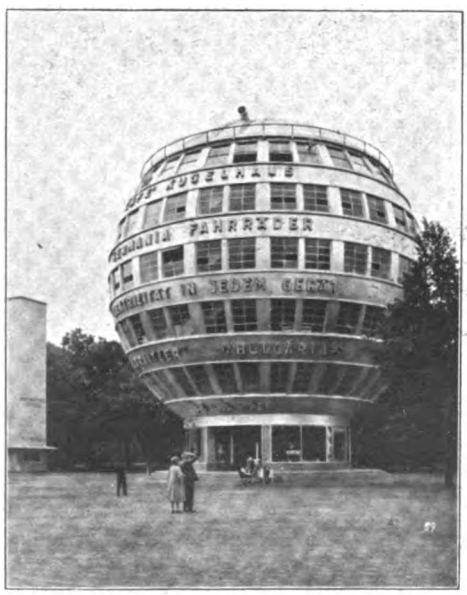
Aber nun die letzte Hauptgruppe „Das Wandern“. Das Wandern hat ja nicht allein Bedeutung für die Gesundheit, sondern auch für die Hebung der Bildung. Es macht uns mit Erde, Wasser und Himmel vertraut, mit Pflanzen und Tieren. Es lehrt uns, Land und Leute aus erster Hand verstehen. In einer besonderen Ehrenhalle wird an geschichtlich hervorragende Persönlichkeiten mit Einzelheiten aus Forschungsfahrten deutscher Geographen erinnert. Unter der Erkenntnis, daß der entwurzelte, heimatentfremdete Großstadtmensch wieder zur Natur und in die Heimat geführt werden muß, steht die Sonderabteilung, in der wohl zum erstenmal in der Ausstellungsgeschichte überhaupt die Wirkung des Wanderns auf Geist und Seele und Gemüt behandelt wird. Eine Musterjugendherberge wird die zahlreichen Scharen der Wandergruppen zur Besichtigung anlocken. Eine Wanderbühne zeigt all das, was ausstellungstechnisch keinen Platz finden konnte, etwa das Verhalten auf dem Marsche und bei der Rast, das Packen des Rucksackes, die kleinen Vergnügungen zur Belebung und Unterhaltung während des Wanderns.

Und wie immer bei den Ausstellungen der Jahresschau soll die lebendige Darstellung erst das ganze Material mit Blut und Nerven auffüllen. So finden während der Sommermonate, von Mai bis Oktober, allein 100 Veranstaltungen im Rahmen der diesjährigen Ausstellung statt. Besondere „Heimattage“ werden als Veranstaltungen der Landsmannschaften im Rahmen eines jeweiligen Heimatfestes all das bringen, was der Kultur und Lebensgewohnheit ihrer Besucher entspricht.

Abschließend: das alles soll ja nur ein Hinweis sein, wie man in einem Buch blättert, und diese Ausstellung umfaßt viele Buchseiten, so wird man hier und da für sich je nach Geschmack und innerer Einstellung verharren. Man wird es sicherlich bei der Jahresschau „Reisen und Wandern“ tun und wird letzten Endes mit unserem Dichter Trojan übereinstimmen, der einmal geschrieben hat:

Des Lebens Tiefen, die Weiten der Welt

Die Heimat in sich verschlossen hält!



Das erste Kugelhaus der Welt auf der Dresdner Jahresschau 1929 „Reisen und Wandern“

Das Innere des ersten Kugelhauses der Welt auf der Dresdner Jahresschau

Digitized by Google

Norderneys Vorbereitungen 1929.

G. Klingemann.

Norderney hat die Winterruhe benutzt, sich für die Erfüllung der großen Sonderaufgabe weiter vorzubereiten, die ihm, dem staatlichen Nordseebad, nach dem Ausbauprogramm von Staat und Gemeinde immer mehr zufällt: dem heute zu stark in das Ausland abfließenden Strom deutschen Geldes in Norderney ein deutsches Seebad internationaler Geltung als Ziel zu geben.

Das frühere Kgl. Schloß, jetzige Große Logierhaus, bietet so heute einen Wohnkomfort, wie man ihn im In- und Ausland nur selten findet. Das im Innern nicht wiederzuerkennende „Konversationshaus“, wie die historische Bezeichnung für das Kurhaus in Norderney lautet, ist ein wundervoller, geschmackvoller Rahmen für die gesellschaftlichen Veranstaltungen, die großen Symphonie-Konzerte wie auch für das tägliche Kurleben des führenden deutschen Nordseebades.

Der in seiner Ausdehnung unbegrenzte Korbstrand Norderneys.

Trotz ständig steigender Unkosten ist das Kurorchester in voller Stärke beibehalten und braucht auf künstlerischem Gebiet nicht mit ersten, ständigen Orchestern des Festlandes den Vergleich zu scheuen.

Nur wenige machen sich ein Bild, welche Beträge schon die Erhaltung von 50 Hektar Park und Wald und sonstiger gärtnerischer Anlagen auf einer Nordseeinsel erfordert. Auch diese Beträge werden sich weiter erhöhen durch die noch in der Durchführung begriffene Umwandlung der Aufforstungen am Nordstrand zu einem gepflegten Kurpark mit Wegen, Bänken und Aussichtspunkten. Hierzu kommen die Straßenbauten am Hafen und im Innern der Insel, der Bau eines modernen Krankenhauses mit großer Isolierstation, der Bau eines neuen Wasserturms usw. Der von Norderney geschaffene erste und bisher einzige typische Dünengolfplatz Deutschlands ermöglicht den deutschen Golfern auch an der deutschen See das zu finden, was sie bisher nur im Ausland hatten: Golf am Meer in den Dünen.

Noch sind all diese Aufgaben nicht oder kaum zu Ende geführt und schon rüstet Norderney zu dem im Herbst beginnenden zweiten Abschnitt des Ausbauprogramms.

Diese enormen Anstrengungen Norderneys würden auch eine entsprechende Erhöhung der Kurtaxe rechtfertigen. Im Gegensatz dazu sieht die neue Kurtaxordnung nur eine geringfügige Heraufsetzung der Sätze vor. Sie schwankt von 3.50 RM bei einer Kurtaxe für Kinder von 5—16 Jahren (unter 5 sind Kinder kurtaxfrei) bis 35 RM für eine ganze Familie, die den überhaupt nur möglichen Höchstsatz zahlt. Mit dieser Kurtaxerhöhung ist aber gleichzeitig eine Maßnahme verbunden, die sich praktisch für die Kurgäste Norderneys als eine **recht fühlbare Ersparnis** auswirkt. Den Inhabern von Kurkarten wird die **Benutzung der Kabinen und Karren sowie das Luft- und kalte Seebad völlig unentgeltlich freigegeben** wie die Brunnenkur in den Quellbädern.

Ein 5—16-jähriges Familienmitglied zahlt so zwar RM 3.50, eine Familie von 6 und mehr Köpfen zusammen höchstens RM 35.— Kurtaxe mehr für die ganze Saison, dem gegenüber aber steht die viel größere Ersparnis durch den Fortfall jeder Kosten für das tägliche Bad, sei es Luft- oder kaltes Seebad, während der Dauer des Aufenthaltes, und sei es während der ganzen Saison. Der geldliche Vorteil für den Kurgast liegt besonders bei großen Familien und längerem Aufenthalt klar zutage. Ebenso wertvoll ist die Annehmlichkeit, daß die tägliche Bezahlerei usw. völlig in Fortfall kommt.

Sehr wesentlich sind auch die erreichten Verbesserungen im Verkehr nach Norderney sowohl aus der Richtung von Berlin, Hamburg und Hannover als auch vor allen Dingen im Verkehr mit dem Rheinland und Westfalen, der bisher noch etwas im Argen lag. Hier ist es einmal geglückt, den D-Zug mit Speisewagen nach Norddeich in Köln statt bisher in Düsseldorf beginnen zu lassen und seine Laufzeit bereits ab 8. Juni festzusetzen. Dann aber ist durch einen völlig neuen Wochenendzug mit ausgezeichneter Fahrzeit Sonnabend nachm. ab Essen, Sonntag abd. ab Norderney eine ausgezeichnete Ausflugmöglichkeit nach Norderney und an günstigen Tagen nach Helgoland über Norderney für das Industriegebiet geschaffen.

Digitized by Google

Automobilindustrie, Verkehr und Presse.

Von Dr. Ing. W. Scholz.

Die Rolle Deutschlands im internationalen Wirtschaftsleben hängt in hohem Maße von der Entwicklung seines Verkehrswesens ab. Beschleunigung und Verbilligung des Verkehrs bedeuten Kapitalvermehrung, — mit diesem Argument kämpfte vor hundert Jahren Friedrich List für die Eisenbahn. Der Erfolg gab ihm Recht. Eisenbahn und Dampfschiff wurden Ausgang und Grundlage der modernen Weltwirtschaft. Genau so stellt heute die international fortschreitende Motorisierung eine Bereicherung des Transportwesens dar, die mit ihren Rückwirkungen auf die Gemeinwirtschaft nicht mehr fortzudenken ist. Während neue Eisenbahnstrecken nur noch in seltenen Ausnahmefällen gebaut werden, weil die damit verbundenen Kosten außerordentlich hoch sind und der erreichbaren Rentabilität nicht mehr entsprechen, haben die Kraftfahrlinien der Post, der privaten und kommunalen Gesellschaften heute schon mit einer Länge von rund 60 000 km die Länge des gesamten Schienennetzes der Deutschen Reichsbahngesellschaft um einige tausend Kilometer übertroffen. Der schnelle, anpassungsfähige, unabhängige Kraftwagen wird auch weiterhin in steigendem Maße Grundlage rationeller Betriebsführung werden. Handel und Industrie können ihre Läger klein halten, weil durch das Auto die Möglichkeit schneller Ersatzlieferungen wesentlich verbessert sind, was für die intensive Ausnutzung des Betriebskapitals überaus wichtig ist. So ist die Zeit, wo man den Kraftwagen auch nur noch mit einem Schein des Rechts als Luxusfahrzeug ansprechen konnte, endgültig vorbei: Motorrad, Personen-, Omnibus, Lastkraftwagen sind das neue Gesicht des Verkehrs.

Einige wenige Zahlen mögen den gegenwärtigen Stand der deutschen Automobilindustrie beleuchten. Nach den bisher vorliegenden Schätzungen erreichte ihre Produktion im Jahre 1928 einen Gesamtwert von 1050 Millionen RM. Insgesamt wurden 92 200 Kraftfahrzeuge, über 15 000 Kraftwagen hergestellt, was fast einer Verdreifachung der Produktion gegenüber dem Jahre 1926 entspricht. Damit nähert sich Deutschland der in Europa führenden englischen und französischen Erzeugung, — wobei allerdings nicht zu übersehen ist, daß sein Anteil an der Weltproduktion immer noch gering ist. Die Bedeutung unserer heimischen Automobilindustrie aber für die Gesamtwirtschaft geht daraus hervor, daß im Jahre 1928 in Deutschland für rund 1,1 Milliarden RM Kraftfahrzeuge, Ersatz- und Zubehörteile abgesetzt wurden. Wäre die Motorisierung unseres Verkehrs allein auf den Import angewiesen, so hätten wir also diesen ganzen Betrag zusätzlich an das Ausland abführen müssen, so hätte das Passivum unseres Außenhandels im vorigen Jahre nicht 2,3 Milliarden sondern 3,4 Milliarden betragen. Diese weitere Steigerung unserer ohnehin hohen Fertigfabrikateinfuhr an Rohstoffen und Nahrungsmitteln um einen Betrag, dessen Summe über 50 Prozent unserer gesamten Reparationslasten ausmacht, wäre für den Devisenmarkt eine untragbare Belastung. Der Erfahrungssatz, daß eine durchgreifende Motorisierung nur mit Hilfe einer einheimischen Industrie verwirklicht zu werden vermag, gilt mehr noch als für die Vereinigten Staaten für das wirtschaftlich schwächere Deutschland.

Trotzdem unter den bestehenden Verhältnissen an eine Massenfabrikation von amerikanischen Ausmaßen in Deutschland nicht gedacht werden kann, haben konstruktive Verbesserungen und moderne Fabrikationsmethoden (Fließarbeit) eine Preissenkung ermöglicht, die seit Jahren ständig fortschreitet. Trotz der großen Steigerung der Lebenshaltung und trotzdem die Preise für andere industrielle Fertigwaren weit über dem Vorkriegsstand liegen, konnte die deutsche Automobilindustrie durch Einführung arbeitsparender Methoden bis Ende April 1929 die Preise für Personenwagen um 38,5 % und für Lastkraftwagen um 34,2 % unter den Index von 1913 senken. Die Ausweitung des Marktes und Popularisierung des Kraftfahrzeuges, die diese Preissenkung ermöglichte, hat denn auch dazu geführt, daß der Beitrag der Automobilwirtschaft einschließlich ihrer Zulieferanten, des Autohandels, der Garagenbetriebe, Fahrschulen, Versicherungen usw. zum Nationaleinkommen fast 3,3 Milliarden RM erreichte. Ihre zentrale Bedeutung kommt der Automobilindustrie eben in dieser ihrer Eigenschaft als Schlüsselindustrie zu. Ihre befruchtende Wirkung dehnt sich auf die verschiedensten Industrien aus.

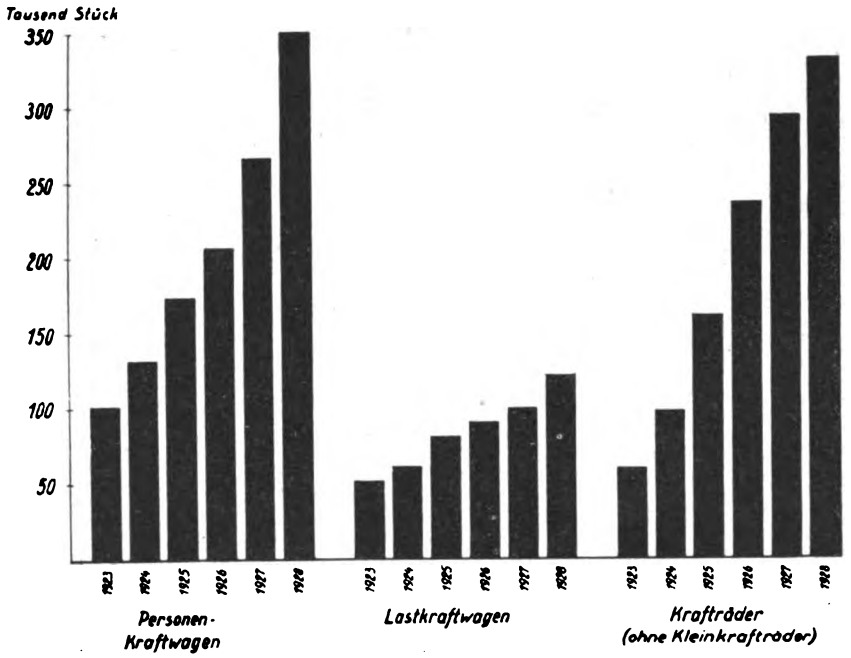
Von Stahl und Eisen, Kupfer, Messing und Leichtmetallen abgesehen, sind die Textil-, Glas-, Leder-, Holz- und chemische Industrie hieran beteiligt. Von einer Kuriosität zu einem Luxusfahrzeug und schließlich zum unentbehrlichen Verkehrsmittel geworden, ist das Kraftfahrzeug einer jener dauernd aktuellen Gegenstände, denen die Presse ihre Aufmerksamkeit umso intensiver zuwenden kann, als die Öffentlichkeit selbst danach verlangt. Dies gilt zunächst für die Fortschritte der Konstruktion, die dauernd in der Tagespresse diskutiert werden und auf diesem Wege wiederum die Wünsche der Verbraucher und deren Anforderungen an die Industrie beeinflussen. Doch kann man in dieser Beziehung heute feststellen, daß das Problem der Konstruktion im wesentlichen gelöst ist. Der moderne Kraftwagen, wie er in vier Jahrzehnten herausgebildet worden ist, genügt allen Anforderungen an Betriebssicherheit und Wirtschaftlichkeit. Neukonstruktionen und Verbesserungen einzelner Teile, dazu Änderungen der äußeren Form, wie sie durch den Wandel des Geschmacks bedingt sind, werden auch weiter gefunden und in der Presse erörtert werden. Im ganzen aber darf man sagen, daß die Grundprobleme der Konstruktion gelöst sind. Um so bedeutender sind die noch zu lösenden organisatorischen Aufgaben der Kraftverkehrswirtschaft.

Digitized by Google

Mit Hilfe des Kraftwagens aber können auch alle jene Fragen des Verkehrs gelöst werden, die im Zeitalter der Schienenbahn nur zu Teillösungen gelangten. Die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes, wie sie die Abbildung zeigt, hat der Industrie die Möglichkeit gegeben, ihren Standort nicht mehr nach der besten Bahnverbindung, sondern nach den günstigsten Produktions- und Arbeitsbedingungen auszusuchen und so ihre Leistungsfähigkeit zu steigern. Soll aber diese Motorisierung die so hervorgerufene Erweiterung des Absatzmarktes weiter steigern, so müssen zunächst die zahlreichen verkehrstechnischen Probleme einer fortschreitenden Lösung entgegen geführt werden, wie sie für den Straßenbau, für den Garagenbau, für Art und Höhe der Besteuerung, für Versicherung und Haftpflicht, in der Stellung der Reichsbahn zum Kraftverkehr, in seiner Förderung oder Hemmung durch Verwaltung und Justiz dauernd im breitesten Licht der Öffentlichkeit umstritten werden. Dieses Gebiet ist es vornehmlich, auf dem die Presse ihre publizistische Wirksamkeit entfaltet. Eine Million Kraftwagen laufen in Deutschland; bedenkt man die Verflechtung des einzelnen und ganzer Familien mit der Automobilwirtschaft, so geht man sicherlich nicht zu weit, wenn man bei jedem zehnten Zeitungsleser ein starkes unmittelbares Interesse für ihre Probleme voraussetzt. Man kann sagen, daß die Automobilwirtschaft heute in allen Provinzen der Großmacht Presse — ganz abgesehen von den wirtschaftlichen, technischen und sportlichen Fachblättern – zu Hause ist: im lokalen Teil wie im Sportteil wie im Handelsteil. Die Reisebeilagen haben der Umwälzung im Verkehrswesen entsprechend ein anderes Gesicht bekommen, und seitdem zahlreiche Tageszeitungen regelmäßige Beilagen für Autosport und Autotouristik herausbringen, ist die Union zwischen Kraftverkehr und Presse besiegelt.

Ich muß es mir versagen, hier auf die Einzelheiten der erwähnten aktuellen Fragen einzugehen; sie hängen eng miteinander und mit der Gesamtwirtschaft zusammen, und es war von jeher das Bestreben der Presse, sie vor der Öffentlichkeit in die richtige Beziehung zu setzen, die Umstellung der behördlichen Bestimmungen auf die neuen Verkehrsverhältnisse zu befürworten und damit der Ausbreitung des Kraftverkehrs überhaupt vorzuarbeiten. Die Gefahren, die der deutschen Automobilindustrie drohen, liegen offen zutage. Es ist nötig, daß die Öffentlichkeit davon weiß. Nur durch diese Mitarbeit der Presse, in der sie mit Grund eine nationale Aufgabe von allerhöchster Tragweite erkannt hat, können die tatsächlich vorhandenen inländischen Absatzmöglichkeiten der heimischen Industrie geöffnet werden. Umgekehrt ist die Zeitung selbst innig mit der Gesamtwirtschaft verbunden; wird ihre Leistungsfähigkeit durch die Motorisierung gesteigert und arbeitet sie rentabler, so zieht auch die Presse daraus Nutzen. Der Zeitungsverlag bedient sich heute ebenso selbstverständlich des Kraftwagens wie jedes andere Großunternehmen. Von der Beschleunigung der Berichterstattung abgesehen, ist vor allem die Expedition der modernen Zeitung zu Filiale und Verkäufer, zum Bahnhof oder zum Flugplatz direkt vom Kraftverkehr abhängig. Auch hier zeigt sich eine Erweiterung des Absatzgebietes, die nicht nur für die Zeitungen selbst, sondern auch für ihre Abnehmer — zumal in der Provinz und auf dem Land — von hoher kultureller Bedeutung ist. Denn die Presse ist heute für die Allgemeinheit ein wichtigerer Bildungsfaktor als das Buch, was wiederum mit dem veränderten Lebenstempo zusammenhängt.

Die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes im Deutschen Reich 1923-1928.



Heute rollt die Zeitung, unabhängig von einem ihrem Betrieb wesensfremden Eisenbahnfahrplan, zu den ihr günstigen Stunden von der Rotationsmaschine direkt auf die Landstraße.

So laufen die Fäden zwischen Automobilindustrie, Verkehr und Presse, hier nur angedeutet, eng verflochten hin und zurück.

Aber auch die innere Zielsetzung ihrer Arbeit ist die gleiche. Sie heißt: Schnelligkeit, Zuverlässigkeit, Wirtschaftlichkeit.

Diese geistige Gemeinsamkeit ist es nicht zuletzt, die sie verbindet.

Digitized by Google

So wird in der Welt für Deutschland geworben!

Die neuesten Werbe-Plakate und Schriften der RDV

Die Reichsbahnzentrale für den Deutschen Reiseverkehr (RDV) hat für ihre Deutschlandwerbung neben den allgemeinen Schriften über deutsche Reisegebiete jetzt auch Spezialschriften herausgegeben, und zwar über deutsche Universitäten, über Kunst und Sport (Golf, Tennis) in Deutschland. Im ganzen wurden von den Deutschen Verkehrsbüchern bisher ca. 6 Millionen Stück in der ganzen Welt verbreitet.

Die bisher erschienenen Deutschlandplakate, von denen bereits über 50 Motive vorliegen, sind durch eine Anzahl farbiger Plakate ergänzt worden. U. a. ist dem Rhein ein neues Plakat von Ludwig Hohlwein gewidmet. Den Schwarzwald zeigt ein Plakat nach einem Entwurf von W. Dzubas. Ueber $^1/_2$ Million Deutschlandplakate werben für Deutschland auf Bahnhöfen, in Reise- und Schiffahrtsbüros, Banken, Schulen und Universitäten des Auslandes.

Digitized by Google

Digitized by Google

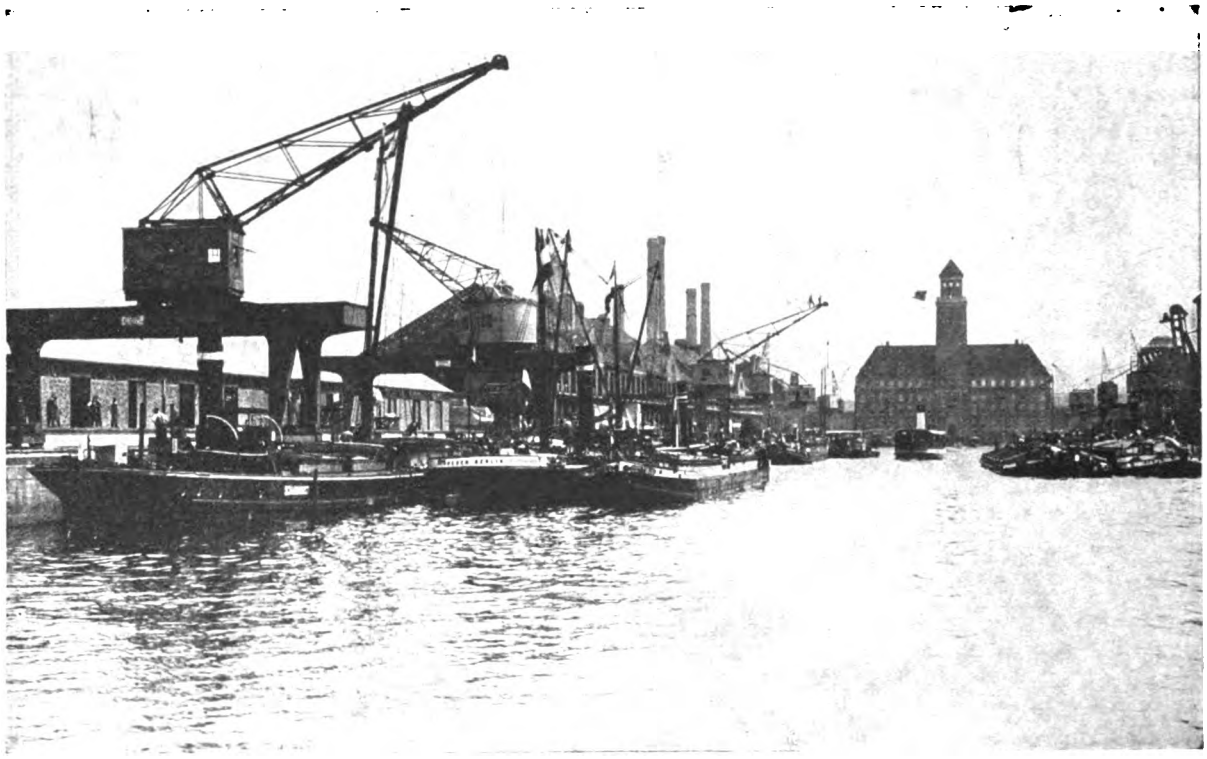
Berlin als Hafenstadt.

Von Direktor Schüning.

Die Bedeutung, welche Berlin als Hafenstadt hat, kommt schon dadurch zum Ausdruck, daß rund 50 000 Schiffe jährlich aus den Stromgebieten der Elbe, Oder und Märkischen Wasserstraßen nach Berlin kommen.

Die oberschlesische Kohle benutzt mit Vorliebe die billige Wasserstraße. Aus den Seehäfen Hamburg und Stettin kommen auf schnellen Eilschiffen hochwertige Kaufmannsgüter. Aus Sachsen senden die Papierfabriken das Druckpapier für die Berliner Tageszeitungen ebenfalls auf dem Wasserwege. Getreide kommt sowohl von der Elbe als auch von der Oder. Bedeutend ist auch die Baumaterialien-Schiffahrt. Ziegelsteine und Kies werden auf den Märkischen Wasserstraßen Berlin zugeführt. Der größte Teil der Schiffe, die nach Berlin kommen, muß Berlin allerdings leer wieder verlassen und ca. 20 % erhalten heute Fracht; denn Berlin ist in erster Linie ein riesiger Konsumplatz.

Die Berliner Hafenwirtschaft hat sich erst im letzten Jahrzehnt den Bedürfnissen der Binnenschiffahrt als auch der Berliner Wirtschaft angepaßt. Die riesigen Warenmengen, die Berlin zu seiner Ernährung und Produktion



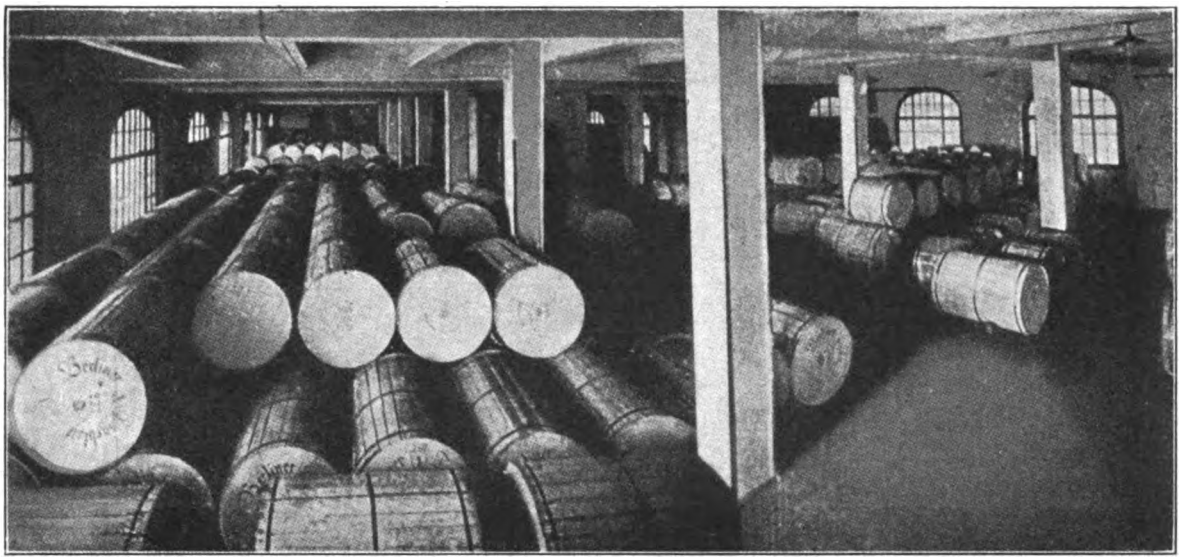
Westhafen Berlin mit Verwaltungsgebäude.

benötigt, wurden in früheren Jahren an anderen Plätzen, namentlich Hamburg, gelagert und je nach Bedarf nach Berlin transportiert. Es herrschte großer Mangel an Lagerraum. Diesem ist jetzt abgeholfen, denn 1913 wurde der Osthafen und 1923 der Westhafen dem Verkehr übergeben. Auch eine große Anzahl von Privatfirmen hat Umschlags- und Lagereibetriebe errichtet. Die Behala allein verfügt heute über 20 hochmoderne Lagerhäuser und -hallen, darunter 2 riesige Getreidespeicher und Zollspeicher. Als jüngstes wurde jetzt ein Lagerhaus zur Einlagerung von Eiern in Betrieb genommen, das auf dem Osthafen errichtet worden ist und in welchem ca. 50 Millionen Eier eingelagert werden können. Daneben bestehen riesige Freiläger, welche namentlich für Kohle und Baumaterialien in Betracht kommen.

Aber auch technisch haben die Berliner Hafenanlagen erst in den letzten 20 Jahren eine große Entwicklung durchgemacht. In Groß-Berlin sind ca. 200 Krane modernster Konstruktion und 20 riesige Verladebrücken vorhanden. Für die Getreideförderung stehen ca. 30 technische Fördereinrichtungen (Sauger, Elevatoren) zur Verfügung, so daß Berlin als Hafenstadt mit an erster Stelle in Deutschland steht.

Dadurch, daß Berlin ein moderner Umschlags- und Lagerplatz geworden ist, ist auch die Schiffahrt zweifellos stark befruchtet, so daß heute bereits über 8 Millionen Tonnen Güter auf dem Wasserwege nach Berlin befördert werden und fast 2 Millionen Tonnen von Berlin aus den Wasserweg benutzen.

Digitized by Google



Papierlager im Osthafen.

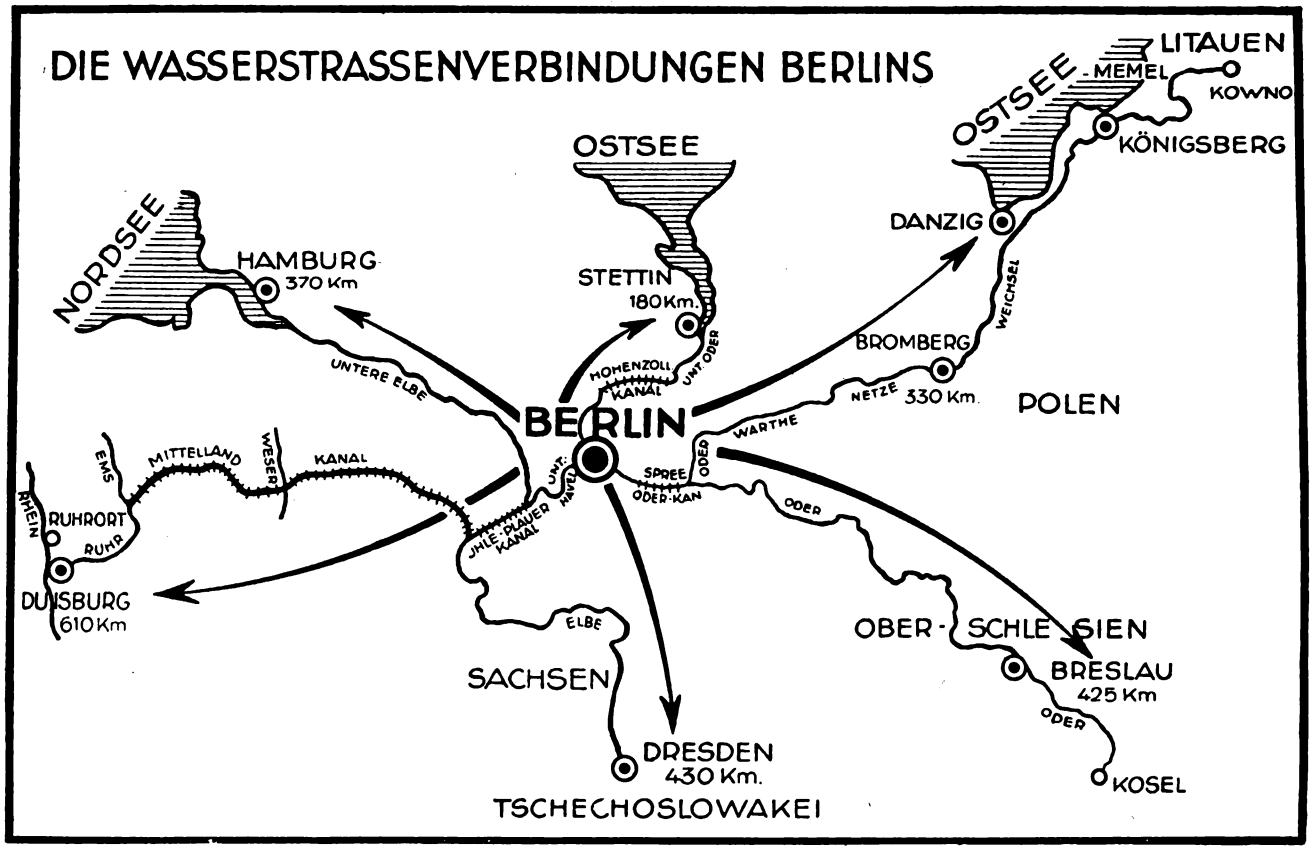
Die Wasserstraßen Berlins, so günstig sie im allgemeinen sind, bedürfen für diesen Verkehr jedoch einer dringenden Verbesserung. In erster Linie ist der Durchbruch bei Siemensstadt erforderlich sowie eine Änderung der Schleusenverhältnisse am Mühlendamm. In ca. 6 Jahren kann damit gerechnet werden, daß der Mittellandkanal von Hannover bis Magdeburg durchgeführt ist und auch der Rhein mit dem Industriegebiet durch den Wasserweg mit Berlin direkt verbunden wird. Dies wird eine weitere Aufwärtsentwicklung der Schiffahrt und der Berliner Hafenverhältnisse mit sich bringen.

Hafentechnisch ist Berlin auf diese Vergrößerung bereits eingestellt. Die Umschlags- und Lagereinrichtungen sind so leistungsfähig, daß mindestens eine Steigerung um 4 Millionen Tonnen bewältigt werden kann, zumal in der Lagerung von Gütern ein Wandel gegenüber der Vorkriegszeit eingetreten ist. Die Wirtschaft disponiert schneller, die Spesen für Transport und Lagerung werden auf ein Minimum herabgedrückt. Langfristige Lagerungen, wie sie früher üblich waren, werden heute vermieden. Die Waren werden so schnell wie möglich ihren Bestimmungsorten zugeführt.

Verladung von Zeitungspapier im Osthafen Berlin.

Die „Behala“ Berliner Hafen- und Lagerhaus A.-G. als das größte Umschlags- und Lagerei-Unternehmen Berlins hat in den letzten Jahren eine scharfe Konzentration im Güterverkehr auf den Wasserstraßen, soweit Lagerei und Umschlag in Frage kommen, herbeigeführt. Die Zersplitterung, wie sie noch vor einigen Jahren vorhanden war, und deren äußere Anzeichen darin be-

Digitized by Google



standen, daß die Schiffahrt auf den Ladestraßen Berlins zerstreut war, ist beseitigt und die hauptsächlichsten Schiffahrtsgesellschaften haben sich auf dem Ost- und vornehmlich auf dem Westhafen konzentriert, so daß heute vermöge der modernen Umschlagseinrichtungen schnellste Ent- und Beladung möglich ist, einwandfreie Lagerung in modernen Lagerhäusern und -Hallen stattfindet und der Schiffspark rationeller bewirtschaftet werden kann.

In welchem Umfange sich die Wirtschaft in steigendem Maße der Berliner Hafenanlagen bedient, beweist die ständige Steigerung des Verkehrs. Im Jahre 1924 hatte die Behala einen Umschlag von rund 700 000 to. Dieser ist von Jahr zu Jahr gestiegen und betrug im Jahre 1928 rund 2½ Millionen Tonnen. Insgesamt waren es 3½ Millionen Tonnen Güter, welche die Anlagen der Behala im Jahre 1928 benutzten.

Man sieht, daß Berlin als Hafenstadt schon heute große wirtschaftliche Bedeutung, die durch eine Verbesserung der Wasserstraßen, Modernisierung der Schiffahrt und Fertigstellung des Mittellandkanals noch erhöht wird.

Wochenend-Häuser

Ausspannen vom aufreibenden Zeitungsdienst ist Notwendigkeit.
Ein eigenes Heim gewährt Ihnen dieses am besten.
Äußern Sie bitte Ihre Wünsche.
Unverbindlich werden wir Ihnen die günstigsten Vorschläge unterbreiten.

HOTIBAG

HOCH- UND TIEFBAU GMBH / BERLIN-REINICKENDORF
JUSTUSSTR. 42-43 / FERNSPR.: D 9 REINICKENDORF 0778 UND 3882

Verkehr und Elektrizität.

Von Betriebsdirektor Wasserzier-Berlin.

Das heutige Großstadtbild wird in weitem Maße von dem immer stärker anwachsenden Verkehr beherrscht. Wenn man hierbei zunächst auch vornehmlich an die Kraftfahrzeuge denkt, so muß man doch berücksichtigen, daß die öffentlichen Verkehrsmittel und unter diesen vor allem die Straßen-, Hoch- und Untergrundbahnen den weitaus größten Anteil an dem gesamten Personenverkehr zu bewältigen haben. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Entwicklung der modernen Weltstädte ohne diese Schnellverkehrsmittel überhaupt unmöglich gewesen wäre. Hierbei war die Elektrizität als geeignetste Energieform berufen, die Vorbedingungen für die Einführung von beschleunigten Verkehrsmitteln zu erfüllen. Wenn man speziell die Berliner Verhältnisse in Betracht zieht, so findet man, daß die sich schnell ausbreitenden elektrischen Verkehrsmittel schon sehr frühzeitig einen maßgebenden Einfluß auf die Entwicklung der Berliner Elektrizitätswerke genommen haben, denn als im Jahre 1896 anläßlich der Berliner Gewerbeausstellung der Ersatz tierischer Zugkraft auf den Berliner Straßenbahnen durch elektromotorischen Antrieb zur Durchführung gelangte, wurde schon damals die benötigte elektrische Energie aus den Werken der Aktiengesellschaft Berliner Elektrizitätswerke entnommen. Die Arbeitsmengen hielten sich im Anfang in sehr bescheidenen Grenzen, und es war nicht zu ahnen, daß die Berliner Straßenbahn in verhältnismäßig kurzer Zeit einer der größten Stromabnehmer dieser Werke werden würde. Im ersten Jahr der Stromlieferung an die Straßenbahn wurde nur eine Abgabe von 257000 kWh erzielt, die aber schon im zweiten Jahre auf rund 1800000 kWh anstieg. Im vierten Jahr bezifferte sich der Verbrauch bereits auf über 10 Millionen kWh, im Jahre 1900 auf über 20 Millionen kWh. Die Sprunghaftigkeit der Entwicklung ergibt sich sehr sinnfällig aus dem nachstehenden Diagramm, aus dem zu ersehen ist, daß bei Beginn des Kriegsausbruches der jährliche Strombedarf der Berliner Straßenbahn sich auf 73 Mill. kWh erhöht hatte; dies bedeutete einen Anteil von rund 27 Prozent an der gesamten Energieabgabe der B.E.W. Wir können diese Entwicklung als klassisches Beispiel dafür ansehen, daß die technische Vervollkommnung nicht nur die Befriedigung bestehenden Bedarfes erleichtert, sondern auch neuen Bedarf weckt, denn durch die hervorragende Eignung der Elektrizität als Triebkraft für die Verkehrsmittel war der Ausbau des Berliner Verkehrsnetzes verursacht worden in einem Umfang, der sicherlich nicht erreicht worden wäre, wenn man lediglich auf die Dampfkraft oder gar tierische Zugkraft angewiesen gewesen wäre. Natürlich wurde dieser Verlauf durch die gewaltige Expansion Berlins bei seiner Entwicklung zur Weltstadt gefördert, die gleichzeitig auch das Aufblühen der Vororte angeregt hat. Man vermag sich heute nicht mehr vorzustellen, mit welchen Schwierigkeiten vor dem Ausbau unseres Straßenbahnnetzes eine Reise nach Vororten wie Tegel, Steglitz oder Lichterfelde verbunden war. Der blühenden Entwicklung folgte ein Stillstand während des Krieges und der nachfolgenden Zeit stärkster wirtschaftlicher Depression. Auch in den Absatzziffern der BEWAG für den Betrieb der Berliner Straßenbahn findet diese Tatsache beredten Ausdruck. Der Tiefstand wurde im Jahre 1923 mit einer Lieferung von nur rund 40 Millionen kWh erreicht; es war allerdings das Jahr, wo zwecks gründlicher Umorganisation des Betriebes die Straßenbahn für einige Tage vollständig stillgelegt werden mußte. Erst an den Umsatzziffern ab 1924 läßt sich dann wieder eine außerordentlich starke Zunahme des Stromverbrauches feststellen; der Stromverbrauch der Straßenbahn bezifferte sich im Jahre

1924	auf	61,7	Mill.	kWh
1925	„	86,3	„	„
1926	„	93,1	„	„
1927	„	100,6	„	„
1928	„	114,2	„	„

Es zeigt sich also, daß seit dem Jahre 1924 der Energieverbrauch über 85 Prozent sich gesteigert hat.

Besonders beachtenswert ist, daß die Straßenbahn, die vor und sogar noch kurz nach dem Kriege einen Teil ihres Strombedarfes durch einige kleine Kraftwerke selbst deckte, vollständig zum Energiebezug aus den Kraftwerken der BEWAG übergegangen ist.

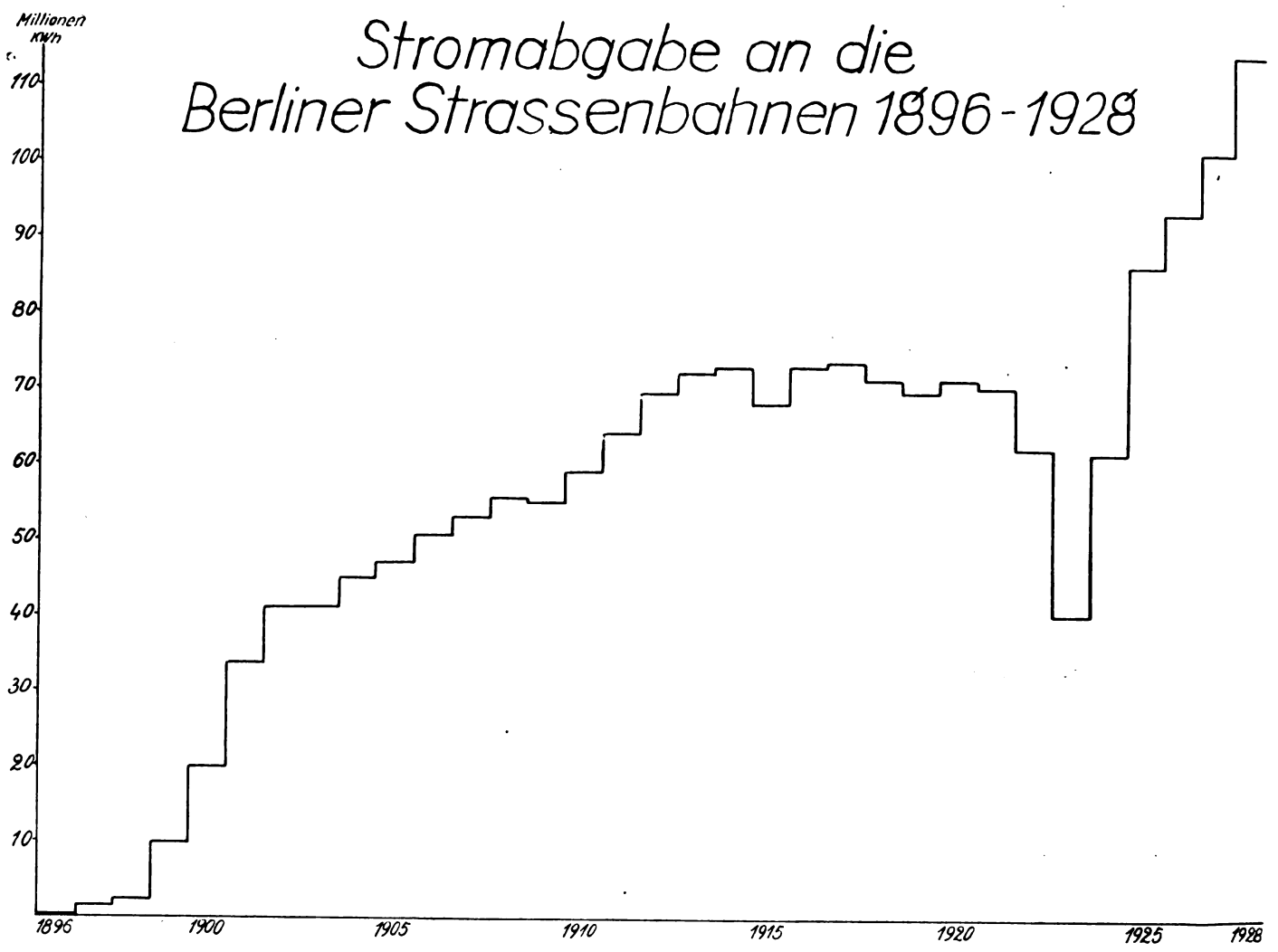
Im Jahre 1923 trat in der Nordsüdbahn ein weiteres Verkehrsunternehmen als Stromverbraucher der BEWAG auf. Hier finden wir allerdings keine so gewaltige Entwicklung wie bei der Berliner Straßenbahn, weil die Kapazität dieses Unternehmens sehr bald nach der Betriebseröffnung voll ausgenutzt wurde. Erst der weitere Ausbau des Schienennetzes der Nordsüdbahn führte eine Steigerung des Stromabsatzes herbei, der aus der nachfolgenden Zahlentafel ersichtlich ist.

1924	8,1	Mill.	kWh
1925	16,0	„	„
1926	15,8	„	„
1927	19,8	„	„
1928	28,6	„	„

einschl. der Lieferung für die Stammlinien der U-Bahn.

Bekanntlich sind seit kurzer Zeit auch die Strecken der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in die Regie der Stadt Berlin übergegangen, und es lag daher sehr nahe, den Bedarf dieser Gesellschaft aus dem Netz der BEWAG zu decken, soweit er über die Leistungs-

Digitized by Google



fähigkeit des eigenen Kraftwerkes Unterspree hinausging. Dahingehende Verträge sind im Jahre 1928 abgeschlossen worden.

Die Entwicklung Berlins zur Weltstadt hat uns ein fast amerikanisches Tempo im öffentlichen Leben gebracht, und diese Steigerung der Lebensenergie der Reichshauptstadt ist wohl in erster Linie mit der Grund, daß die schon lange schwebenden Pläne der Elektrifizierung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahn mit großer Beschleunigung verwirklicht worden sind. Für die Versorgung dieser Strecken war vorerst die Errichtung eines bahneigenen Kraftwerkes ernstlich in Erwägung gezogen worden, aber sorgfältige wirtschaftliche Überlegungen haben der Reichsbahn-Direktion den Entschluß erleichtert, die benötigte elektrische Energie je zur Hälfte aus den Elektrizitätswerken der BEWAG und der Elektrowerk A.-G., einem Unternehmen des Reiches, zu beziehen. Die Reichsbahn war allerdings bereits Stromabnehmer der BEWAG für den Betrieb der Vorortbahnen nach Bernau, Velten und Oranienburg. Die für diese Strecken jährlich verbrauchten Energiemengen erreichten in den letzten Jahren die Höhe von etwa 30 bis 40 Millionen kWh. Der elektrische Probebetrieb auf der Stadt-, Ring- und Vorortbahn wurde im April des vergangenen Jahres aufgenommen, aber erst in den letzten Monaten des Jahres 1928 hatte sich der elektrische Betrieb hier soweit entwickelt, daß er auch äußerlich in die Erscheinung trat. Allein aus dem Netz der BEWAG wurden während des Einführungsbetriebes im Jahre 1928 etwa 19 Millionen kWh entnommen, aber seit März 1929 wird der Betrieb praktisch vollständig elektrisch geführt, so daß man wohl mit einem Jahresverbrauch von zunächst etwa 100 Millionen kWh wird rechnen können, das sind im Durchschnitt täglich etwa 300 000 kWh. Welchen ungeheuerlichen Vorteil die Elektrifizierung der Stadtbahn bedeutet, merken die Benutzer in erster Linie an der außerordentlichen Verkürzung der Fahrzeiten, die Anlieger der Stadtbahn aber an einer erheblichen Verminderung der Rauch- und Rußbelästigung, denn außer den Fernzügen fahren in der Stadt überhaupt keine mit Dampf-Lokomotiven geschleppten Züge mehr.

Noch vor wenigen Jahren war es fast Regel, daß Verkehrsbetriebe bei ihrem großen Energieverbrauch eigene Kraftwerke unterhielten. Wenn wir heute diese Unternehmungen als Strombezieher großer bestehender Werke sehen, so zeigt dies, daß der Rationalisierungsgedanke vielleicht mit unter wirtschaftlichem Zwang sehr energisch durchgeführt wird. Wie auch in anderen Industriezweigen, die auf Massenerzeugung eines einzigen Spezialartikels eingestellten Fabriken die beste Qualität zum niedrigsten

Digitized by Google

Preise liefern, vermögen auch nur gut organisierte Großkraftwerke ihren Spezialartikel, die elektrische Energie, zu dem günstigsten Preise zu erzeugen bei höchster Qualität; als Qualitätsmaß gilt die Zuverlässigkeit der Lieferung, Gleichmäßigkeit der Spannung, Ruhe der Frequenz.

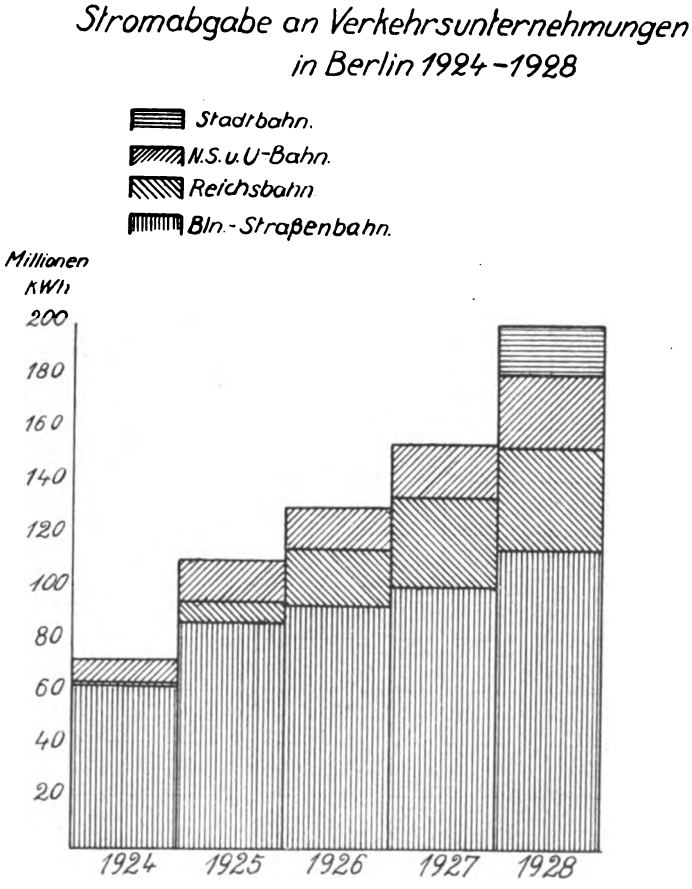
Die vorstehenden Ausführungen schildern in großen Zügen den außerordentlich intimen Zusammenhang zwischen der Elektrizität und dem Verkehr im engsten Sinne. Wir können aber diesen Begriff auch weiter fassen und z. B. an den Fremdenverkehr denken, der sich in den letzten Jahren zu bisher ungekannter Höhe entwickelt hat. Auch hier wird man kaum leugnen können, daß die Elektrizität nicht unwesentlich an der Steigerung beteiligt ist, denn eine Weltstadt erhält ihr charakteristisches Gepräge zu recht erheblichem Teil durch die Beleuchtung. Berlin verdient es, heute die erste Lichtstadt Europas genannt zu werden, denn die Urteile aller Besucher stimmen darin überein, daß Berlin bezüglich der Beleuchtung andere europäische Weltstädte weit überflügelt hat. Alle die Lichteffekte, die dem Berliner im Laufe der letzten Jahre nur zu vertraut geworden sind, die aber doch die Aufmerksamkeit und das Staunen der Fremden hervorrufen, sind ohne Elektrizität nicht zu erreichen.

Der Wert der Elektrizität im Verkehr braucht sich nicht immer nur in großen Ziffern auszudrücken, sondern sie kann auch in bescheidenem Maße angewendet für die Regelung und Durchführung des Verkehrs sehr nutzbringend sein. Wir müssen hierbei an die Verkehrszeichen, Signalampeln und ähnliche Einrichtungen denken, ohne die eine reibungslose Abwicklung des raschen Großstadtverkehrs unmöglich wäre. Der Wert dieser Einrichtungen läßt sich zahlenmäßig gar nicht zum Ausdruck bringen. Es mag genügen, darauf hinzuweisen, daß durch diese so unscheinbaren Mittel zahllose Menschenleben vor schweren Schäden behütet werden.

Aber es ist nicht nur die Aufgabe der Elektrizitätswerke, nach außen hin in Erscheinung tretende Erfolge zu erzielen, sondern die BEWAG hat es sich auch ganz besonders angelegen sein lassen, die elektrische Energie in weitestem Maße Allgemeingut der Berliner Bevölkerung werden zu lassen und ihr durch günstige Tarifgestaltung Eingang in die Haushaltungen selbst wirtschaftlich schwächster Kreise zu verschaffen, und damit soziale Werte zu schaffen.

Während man bei der Großindustrie die Vorzüge der Elektrizität sich schon längst zunutze gemacht hat, ist es auch heute noch notwendig, bei dem Kleingewerbe und im Haushalt aufklärende Werbearbeit zu leisten, da in diesen Kreisen noch vielfach irrige Ansichten bestehen. So begegnet man immer wieder der Auffassung, daß die Benutzung elektrischer Geräte und Werkzeuge zu teuer sei; die wirtschaftlichen Vorteile einer Reihe von Anwendungsmöglichkeiten der Elektrizität sind leider in vielen Kreisen überhaupt noch unbekannt. Die Bewag hat aus diesem Grunde eine großzügige Aufklärungsorganisation Kreisen überhaupt noch unbekannt. Die BEWAG hat aus verkehrspunkten der Stadt Berlin eingerichteten Vorführungsräume stehen; hier werden elektrische Geräte an Besucher ohne jede Verpflichtung zu einer Gegenleistung vorgeführt und Auskünfte erteilt. Ein Verkauf von Apparaten findet in den Vorführungsräumen nicht statt. Außerdem werden Vorträge, besonders vor den Innungen der Handwerker und Kleingewerbetreibenden abgehalten, und weiterhin versucht durch Filme das Interesse und Verständnis für die nutzbringende Elektrizitätsanwendung zu wecken. Es versteht sich von selbst, daß zu allen derartigen Vorträgen und Vorführungen stets die Referenten der Tages- und Fachpresse eingeladen werden, weil die Mitarbeit der Presse für eine Weiterverbreitung naturgemäß des Gezeigten nicht entbehrt werden kann.

Die nachstehenden Abbildungen zeigen Abschnitte aus den Vorführungsräumen der Bewag: Bei der erfolgverheißenden Gestaltung aller Bestrebungen der Elektrizitätswerke fällt der Presse die dankbare Aufgabe zu, aufklärendes Verbindungsglied zwischen Publikation und Elektrizitätswerken zu sein, um einerseits das allgemeine Verständnis zu fordern, um anderseits der weiteren Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft aus sozialen, volkswirtschaftlichen und kulturellen Gründen die Wege zu ebnen. Diese gemeinsame Zusammenarbeit sollte jedoch in mancher Hinsicht noch enger und weiter ausgebaut werden, um vor allen hin und wieder Mißverständnisse nach Möglichkeit zu



Zur Illustration der Bedeutung der Berliner Verkehrsunternehmungen als Stromabnehmer in den Jahren seit 1924 diene Bild 2, in dem die Stromabgabe an diese Betriebe dargestellt ist.

Digitized by Google

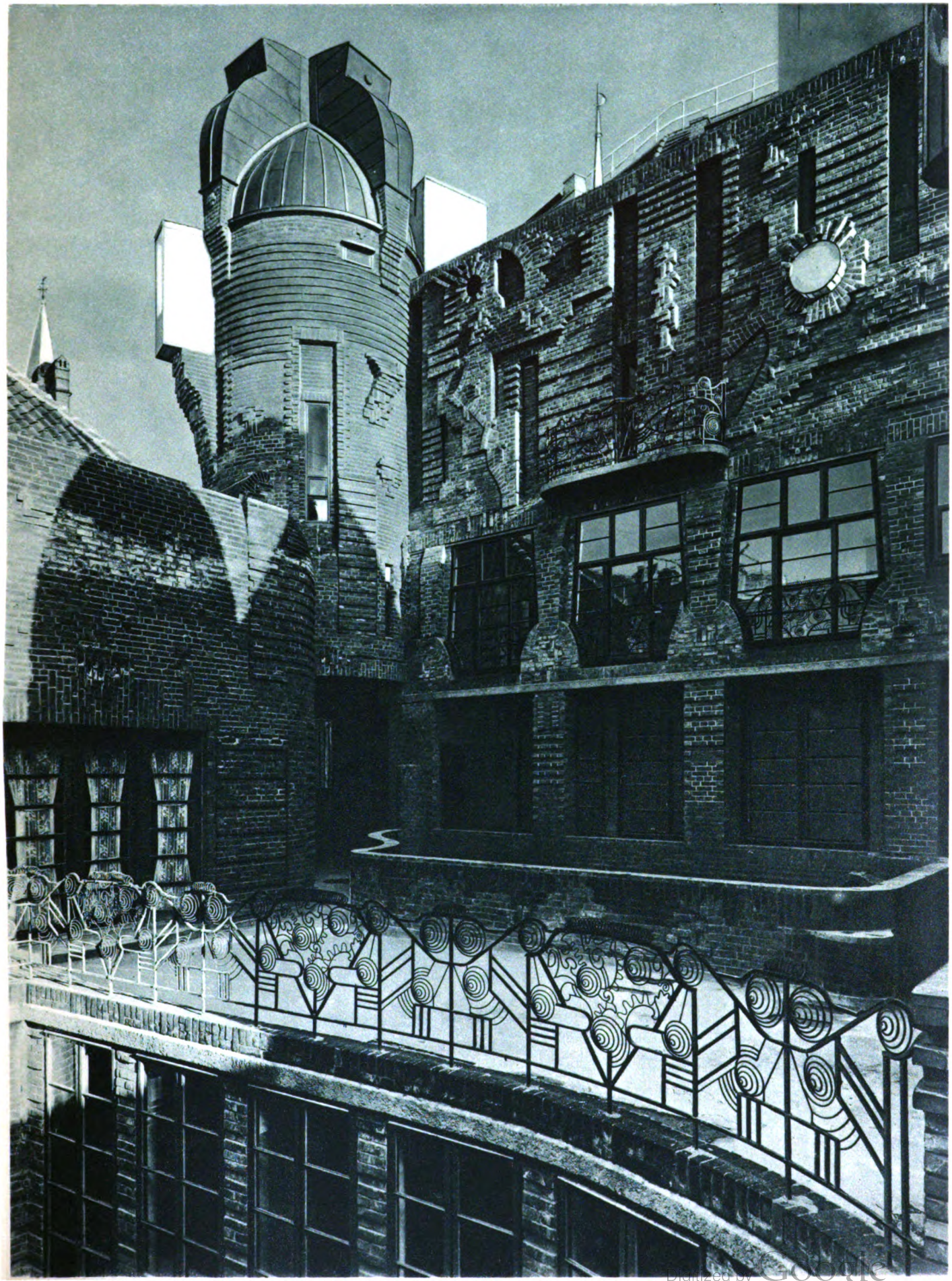
vermeiden, die naturgemäß bei der Schwierigkeit des zu behandelnden Stoffes und der nicht immer genügenden technischen Kenntnisse vieler Männer der Feder unter Umständen entwicklungshemmend wirken und das Vertrauensverhältnis zwischen Elektrizitätswerk und Abnehmern beeinflussen. So ist z. B. noch häufig in vielen Zeitungen das Märchen vom Kurzschluß als Brandstifter zu finden, mit dem man noch immer die Ursache für schwer aufzuklärende Brände und ähnliche Unglücksfälle zu motivieren versucht.

Obwohl nicht nur die einzelnen Werke, sondern auch die Vereinigung der Elektrizitätswerke sich immer und immer wieder bemüht haben, einen engeren Gedankenaustausch zwischen Presse und Elektrizitätswerk zur Vermeidung solcher Mißverständnisse herbeizuführen, so sind diese Bemühungen leider nicht ausnahmslos von vollem Erfolg gekrönt. Man darf hier nun keineswegs außer acht lassen, daß den Elektrizitätswerken und damit der deutschen Wirtschaft durch derartige, oft nicht nachgeprüfte und scheinbar belanglos aussehende Notizen ein schwerer Schaden entstehen kann.

Die in Bremen versammelten Herren der Presse wird es interessieren, zu erfahren, daß die Stadt Berlin in dem Nachrichtenamt, das dem Magistrat angegliedert ist, eine eigene Stelle geschaffen hat, deren Aufgabe es ist, einen besonders innigen Kontakt zwischen der Presse und den einzelnen städtischen Werken, also auch dem Elektrizitätswerk, herzustellen. Das Nachrichtenamt steht den Zeitungen Tag und Nacht zur Verfügung und ist durch besondere Vereinbarungen in der Lage, in kürzester Frist jede gewünschte Auskunft zu erhalten und weiterzuleiten. Außerdem werden von den einzelnen Werken dem Nachrichtenamt laufend alle die Allgemeinheit interessierenden Neuigkeiten mitgeteilt, die in Form von Rundschreiben innerhalb der Presse weitergeleitet werden.

Organisatorisch dürfte diese Zusammenarbeit zwischen den Werken und der Presse die zweckmäßigste Lösung in beiderseitigem Interesse sein. Diese Organisation kann sich jedoch nicht auswirken, wenn nicht ein Vertrauensverhältnis zwischen Werken und Presse ständig besteht, das zuletzt dem Interesse der Allgemeinheit in erhöhtem Maße zugute kommt.

Digitized by Google



Digitized by Google

Digitized by Google

Die Staatliche Porzellanmanufaktur Berlin.

Die figürliche Bildnerei der Staatlichen Porzellanmanufaktur Berlin hat der Göttin Fama, der „Schutzpatronin“ des Reichsverbandes der deutschen Presse, die Sophokles ein Kind der Hoffnung nennt und deren Wohnung Ovid als einen aus tönendem Erz gebildeten Palast mit tausend Öffnungen beschreibt, alle ihr gebührenden Ehren erwiesen. Einmal steht sie, ein Werk des Berliner Bildhauers Wilhelm Christian Meyer, auf allerhöchsten Befehl Friedrichs des Großen (der bekanntlich auch eine temperamentvolle Ode auf sie gedichtet hat), eine sehr graziöse und geflügelte Dame, hinter dem Thron der Kaiserin Katharina II. von Rußland, der den Mittelpunkt des ihr gewidmeten berühmten Berliner Dessertaufsatzes bildet, und bekränzt deren ruhmreichen Wappenschild. Und einmal bildet sie, nur mit gelben Sandalen und einem grünen Lorbeerkranz bekleidet und von demselben Künstler gestaltet, mit Saturn zusammen eine große allegorische Gruppe „Zeit und Ruhm“, indem sie, mit einer goldenen Tuba in der Linken, den geduldig dargebotenen Rücken des knieenden alten Herrn als Pult für das große Buch benutzt, aus dem sie mit überzeugender Geste den „Ruhm“ verkündet. Vielleicht den Ruhm der Berliner Porzellanmanufaktur, die damals unter der künstlerischen Leitung des großen Königs im Wettbewerb mit der älteren Meißener Fabrik ihre besten Leistungen vollbrachte. Später hat Fama ihre Verpflichtungen gegenüber der Berliner Fabrik durchaus nicht immer erfüllt. Wir müssen zugeben, daß sie in gewissen finsteren Zeiten des 19. Jahrhunderts wohl gute Gründe gehabt hat, sich auszuschweigen. Aber in der Gegenwart hätte sie wirklich alle Ursache, wieder etwas mitteilsamer zu werden. Sie hat sich in den letzten Jahren (freilich nicht ohne ernste Veranlassungen) vorwiegend mit den Verwaltungsproblemen der staatlichen Anstalt beschäftigt, die eine allzu große Publizität gar nicht vertragen. Die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse 1929 gibt uns die erwünschte Gelegenheit, Famas federgewaltige Diener zu bitten, ihre Aufmerksamkeit wieder einmal ernstlich auf die Arbeiten der Berliner Porzellanmanufaktur zu lenken, die uns die öffentliche Anerkennung durchaus zu verdienen scheinen und sie unter dem heutigen wirtschaftlichen Druck jedenfalls brauchen.

Porzellangruppe „Zeit und Ruhm“ 1767.

Die Grundlage ihrer künstlerischen Existenz bildet das unverlorene Erbe der alten Manufaktur, das in dem kostbaren Schatz ihrer Formen und Muster auf allen Gebieten der Gefäßkunst, der Vasen, Geräte und der figürlichen Plastik aus dem achtzehnten und den ersten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts beschlossen ist. Vor allem bei der Herstellung von Tafel- und Kaffeegeschirren, die immer den Hauptgegenstand ihres Absatzes gebildet haben, erntet die Manufaktur dauernd die Zinsen dieses einzigartigen Vermächtnisses, indem sie ihr Augenmerk auf eine möglichst getreue Nachformung und Nachbildung der bewährten alten Modelle und dekorativen Vorbilder richtet.

Über den Erfolg in der Gegenwart entscheidet aber naturgemäß nicht diese reproduktive Tätigkeit, sondern der künstlerische Rang der modernen Arbeiten. Dem Urteil über ihre derzeitige Bedeutung soll nicht vorgegriffen werden. Jedenfalls ist frisches Leben zu spüren. Die prominenten Künstler der Berliner Hochschule für die bildenden Künste sind in den letzten Jahren in erster Linie zur Mitarbeit herangezogen worden. Edwin Scharff, René Sintenis, Ludwig Gies, Tommy Parzinger, W. Loeber sind mit bemerkenswerten plastischen Gestaltungen, Hans Meid, E. R. Weiß, César Klein, Ernst Boehm, daneben Richard Seewald, Ruth Schaumann u. a. mit dekorativen Arbeiten vertreten. Einen Überblick über diese vielseitige künstlerische Betätigung der Manufaktur gewinnt man in den Verkaufsräumen in der Leipziger Straße, denen Bruno Paul mittels einer durchgreifenden baulichen Veränderung und wiederum unter Mitwirkung der genannten Künstler ein ganz neues Gesicht gegeben hat, und zu deren Besichtigung die Mitglieder

Digitized by Google

des Reichsverbandes der deutschen Presse besonders auf ihrem Rückwege von Bremen hierdurch eingeladen werden.

Es besteht die Absicht, in diesem neuen geschmackvollen Rahmen, dessen künstlerische Durchbildung jetzt zu Ende geführt ist, in zwangloser Folge kleine Ausstellungen zu veranstalten, die über die einzelnen Arbeitszweige der Manufaktur in eindrucksvoller Weise unterrichten und aus dem vorbeiflutenden Menschenstrom auch die nicht immer kauflustigen oder kaufkräftigen Freunde des Berliner Porzellans herbeilocken sollen. Eine Ausstellung der historischen Tafelservice, die den künstlerischen Ruhm der Berliner Manufaktur begründet haben, leitet anläßlich der Berliner Festspielwoche die Reihe dieser vielleicht auch für die Kulturgeschichte Berlins bedeutsamen Veranstaltungen ein.

Den künstlerischen Abteilungen der Staatlichen Manufaktur ist eine technische angegliedert, die unter den schwierigen Verhältnissen der Gegenwart ihren wirtschaftlichen Rückhalt bildet. Den Weltruf der Porzellangeräte für chemische und technische Zwecke aus dem sogenannten Berliner Hartporzellan hat auch der Weltkrieg nicht erschüttern können.

Von der staatlichen Manufaktur wird mit Recht verlangt, daß sie, wenn nicht eine führende, so doch eine anregende und befruchtende Wirksamkeit innerhalb der deutschen keramischen Industrie ausüben und deren Ansehen auch im Auslande fördern soll. Sie bedarf zur Erfüllung dieser Aufgabe nicht zuletzt auch der weitgehenden Unterstützung durch die deutsche Presse, um die sie mit diesen Ausführungen werben möchte.

Neue Staatspreise.

Im Laufe der letzten Jahre hat sich bekanntlich der Brauch eingebürgert, staatliche Anerkennungen und Ehrengaben nicht nur in edlen Metallen wie Gold und Silber oder Bronze, sondern auch in einer edlen Erde, in Porzellan, zu verleihen. Diese Orden und Ehrenzeichen einer neuen Zeit tragen nun erfreulicherweise dazu bei, nicht nur den deutschen Künstlern Anregung und Gelegenheit zum Schaffen zu geben, sondern auch die Freude am Besitz bei den Beschenkten zu erhöhen. Eine solche Ehrentasse oder ein Ehrenschreibzeug — im übrigen eine recht sinnige Gabe für die Männer der Presse — erfreut täglich im Heim oder auf dem Schreibtisch den also Geehrten. Die Staatliche Porzellanmanufaktur Berlin hat im Laufe der letzten Jahre zahlreiche Aufträge ausgeführt auf Ehren-Tassen, die unter anderen die Reichsregierung, der Preußische Ministerpräsident und das Handelsministerium für die verschiedensten Zwecke bestellt haben. Bekannt ist, daß das Preußische Staatsministerium bei hundertsten Geburtstagen eine sogenannte 100-Jahr-Tasse dem Jubilar überreichen läßt, weniger bekannt wird sein, daß das Wohlfahrtsministerium eine Muttertasse bei der Geburt des 7. Kindes in einer Familie der Mutter zugehen läßt. Das Landwirtschaftsministerium und die Reichsregierung haben Schreibzeuge als Ehrenpreise und Anerkennung für Verdienste in den verschiedensten Fällen verliehen. Die Presseleute, die ja auf der Pressa die schönen Pressatassen und Pressa-Schreibzeuge der Manufaktur gesehen haben, wird es im übrigen noch besonders interessieren, daß auch der Reichspressechef Zechlin vor einiger Zeit einer großen norddeutschen Tageszeitung anläßlich ihres 100jährigen Bestehens eine Ehrentasse namens der Reichsregierung dediziert hat. Aus der Staatlichen Porzellanmanufaktur stammen auch die vom Reichskanzler zu den eisernen Hochzeiten verliehenen Tassen, kommen die Erinnerungstassen für Lessing, Beethoven, Schubert, die Hindenburgtasse und nicht zuletzt die bekannte Rheinland-Befreiungstasse.

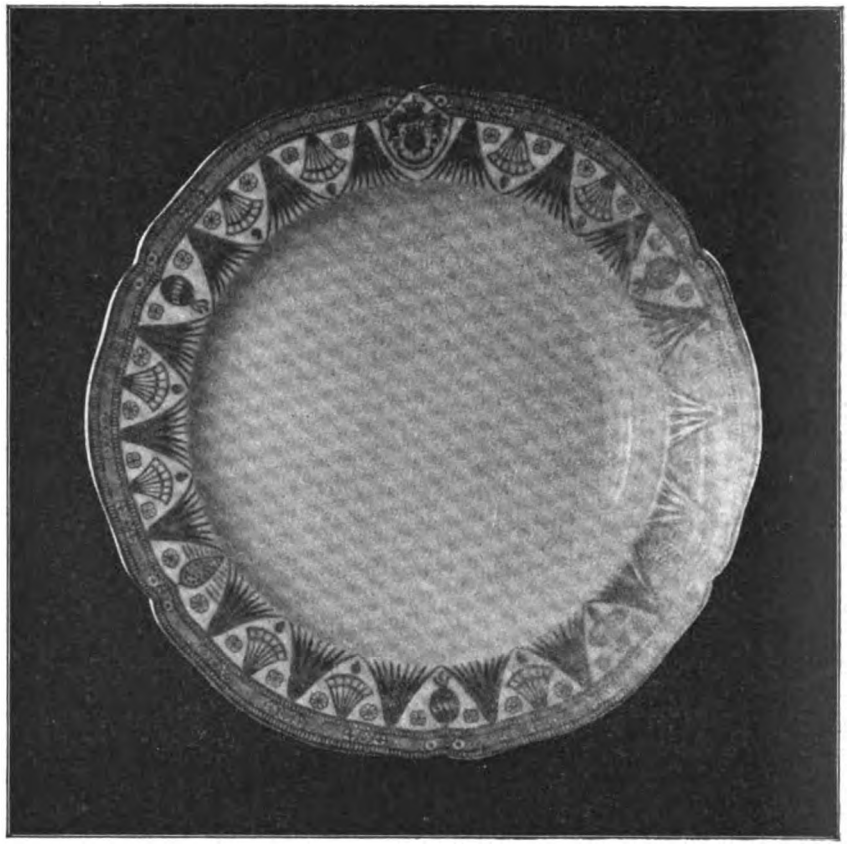
Robinson Crusoe auf der Weltausstellung in Barcelona.

Die Überschrift will nicht sagen, daß nun der alte Seefahrer Daniel Defoes plötzlich auf der Weltausstellung in Barcelona wieder lebendig geworden ist. Nein, es handelt sich hier um ein Robinson-Service, das Professor Richard Seewald im Auftrag der Staatlichen Porzellanmanufaktur Berlin geschaffen hat und das, aus 77 verschieden geschmückten Teilen bestehend, zum ersten Male der Öffentlichkeit auf der Weltausstellung vor Augen geführt wird. Jedes Stück dieses Services ist geschmückt mit einer anderen Szene aus dem Leben Robinsons, dessen Abenteuer und Wanderungen noch heute in ungebrochener Kraft und Frische nicht nur die Jungen, sondern auch uns Ältere immer wieder entzückt. Neben diesem Seewaldschen Service ist naturgemäß die Manufaktur mit den erlesensten Stücken sowie auch mit einer Ausstellung chemisch-technischer Porzellane vertreten.

Digitized by Google

Der ägyptische Königsbesuch in Deutschland.

König Fuad von Ägypten, der in diesen Tagen deutsche Gastfreundschaft genießt, gilt als ein großer Liebhaber von Qualitätsarbeit auf allen Gebieten. Anläßlich des Königsbesuches ist nun auf die künstlerische Initiative von Exzellenz Hassan Nascha Pascha, des ägyptischen Gesandten in Berlin, und in gemeinsamer Arbeit zwischen der ägyptischen Gesandtschaft und der Staatlichen Porzellanmanufaktur Berlin ein Tafel- und Kaffee-Service geschaffen worden, das für die Einladungen, die der König an Regierung, Industrie, Wissenschaft und andere prominente Kreise hat ergehen lassen, benutzt werden soll. Dieses Prunkservice, von dem nebenstehende Abbildung das reiche Golddekor eines Tellers zeigt, weist das Wappen König Fuads, umgeben von altägyptischen Motiven, auf. Die Arbeit ist in reiner Goldgraviertechnik hergestellt. Jedes Stück weist außerdem am Boden die Inschrift: Angefertigt für die kgl. ägyptische Gesandtschaft in Berlin, auf. Das Service, für 60 Personen ausreichend, besteht aus annähernd 900 Teilen und darf wirklich als ein königliches Prunkgeschirr bezeichnet werden. Über den Rahmen seiner Bestimmung hinaus ist diese aus Anlaß des Königsbesuches erfolgte Bestellung des ägyptischen Gesandten an die Berliner Manufaktur ein Symbol für die gemeinsame freundschaftliche Basis der Beziehungen zwischen den beiden Ländern und ihren geistigen und kulturellen Exponenten.



Die Staatliche Porzellan-Manufaktur Berlin auf der „Bremen“.

Für den künstlerischen Ausbau des neuen Riesen-Schnelldampfers „Bremen“ ist auch die Staatliche Porzellan-Manufaktur Berlin herangezogen worden. Der große Tanzsaal enthält vier Wandreliefs als Porzellannischen, die eigens zu diesem Zweck geschaffen worden sind. Die künstlerischen Reliefs zeigen Darstellungen aus dem Leben der sportlichen Dame in einer außerordentlich reizvollen neuen Maltechnik. Es sind dargestellt eine Jägerin, die Dame als Polospielerin, als Schwimmerin und als Reiterin. Alle vier Reliefs sind in lichten Pastellfarben gehalten und Originale der Manufaktur.

Galvanos dieser aktuellen Abbildungen sind beim Verlag der „Deutschen Presse“, Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41 erhältlich.

Die Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft in Bremen.
(Kaffee Hag)

Alle seit vielen Jahren unternommenen Versuche, den Bohnenkaffee vom Coffein zu befreien, entsprachen den berechtigten Wünschen, nachteilige Folgen des Coffeingenusses zu verhindern. Im Jahre 1906 gelang es Herrn Generalkonsul Dr. h. c. Ludwig Roselius mit einigen Mitarbeitern, ein Verfahren zur Herstellung von coffeinfreiem Kaffee zu erfinden, das den Geschmack und das Aroma des Kaffees nicht im geringsten benachteiligte. Mit dieser Entdeckung beginnt gleichsam ein neuer Abschnitt in der Geschichte des Bohnenkaffees. Zur fabrikmäßigen Herstellung und zum Vertriebe des coffeinfreien Kaffees wurde im Jahre 1907 unter Führung von Ludwig Roselius die Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft in Bremen gegründet und das Produkt entsprechend den Anfangsbuchstaben der Gesellschaft Kaffee HAG genannt. Im Holz- und Industriehafen in Bremen liegt die Fabrik. Ein System von ganz aus Beton in einem einfachen eindrucksvollen Stil hergestellten Gebäuden. Eine Rampe und ein Transporttunnel verbinden die Erdgeschosse und Kellerräume der einzelnen Gebäude miteinander. Sonst steht jedes Bauwerk für sich von seinem Nachbarhaus durch feste Brandmauern getrennt, an der Straßenfront der Großgerauerstraße das Rösterei- und Packgebäude, das Maschinen- und Kesselhaus und das Verwaltungsgebäude, in der Ecke zwischen Großgerauerstraße und Hafenkaiseite das Lagerhaus mit doppeltem Gleisanschluß, dahinter das Extraktionsgebäude und verschiedene Magazine.

Digitized by Google

Nicht einfach war die Aufgabe, die sich die Kaffee Hag gestellt hatte. Es handelte sich darum, die Erfindung, den Kaffeebohnen das Coffein zu entziehen, fabrikmäßig auszuführen und große Mengen von Rohkaffee immer so zu bearbeiten, daß sie trotz der Coffeinentziehung alle für den Genuß wertvollen Eigenschaften behielten. Sie ist vorbildlich gelöst worden. Unter ständiger wissenschaftlicher Anleitung und Kontrolle in eigenen chemischen Laboratorien wickelt sich die Fabrikation dank der modernsten technischen Einrichtungen und einer klaren Organisation reibungslos und peinlich sauber ab. Durch den Transportkanal kommen die Kaffeesäcke auf einem Transportband vom Lagerhaus nach der Extraktionsanlage. Ein reinigendes Gebläse fördert ihren Inhalt, die Kaffeebohnen, in den obersten Stock. Verschiedene Reinigungs-, Extraktions- und Trocknungsapparate durchlaufen die Bohnen von Stock zu Stock abwärts und werden dann auf einem weiteren Transportband nach dem Röstereigebäude befördert. Wieder wirbelt sie ein Gebläse in den obersten Stock und wieder geht es von Stock zu Stock abwärts durch Rösterei, Kühlsiebanlage, Lagersilos und das Wunderwerk der Packetiermaschine, bis die Bohnen in dem bekannten fertig gepackten und verschlossenen Kaffee-Hag Päckchen zum Versandraum des Erdgeschosses gelangen. Von hier aus treten sie dann sofort ihre Reise an und sind in den Ladengeschäften des Inlandes in der Regel schon 24 Stunden nach der Röstung frisch zu haben. Vom ersten Aufschneiden der Säcke im Erdgeschoß des Extraktionsgebäudes bis zur Empfangnahme durch den Verbraucher ist keine Menschenhand mit den Bohnen in Berührung gekommen. Die Art der Durchführung der Extraktion des Coffeins besteht im wesentlichen darin, daß der Rohkaffee in Reinigungsmaschinen zunächst mechanisch gesäubert wird. Dann gelangt er in große über 12000 Liter fassende Zylinder, wo er einer Vorbehandlung unterworfen und das Coffein in eine leicht lösliche Form übergeführt wird. Hierauf wird das Coffein mit einem leicht flüchtigen Lösungsmittel von besonderer Reinheit extrahiert, das nur das Coffein und geringe Mengen einer unverdaulichen, schlecht riechenden Fettsubstanz, das Kaffeewachs, fortnimmt, dem Kaffee aber alle jene Stoffe beläßt, aus denen sich beim nachherigen Rösten Aroma und Geschmack entwickeln. Das Coffein wird bis auf ganz geringe Spuren entzogen, so daß der Kaffee Hag praktisch coffeinfrei ist und gesetzlich so bezeichnet werden darf. Nach der Extraktion wird das Lösungsmittel restlos entfernt und der Kaffee getrocknet. Proben werden jetzt einerseits in die Laboratorien zur chemischen Untersuchung gebracht, andererseits in der Kaffeestube von Sachverständigen geprüft. Kein Kaffee kommt in den Handel, der nicht in geschmacklicher Hinsicht hervorragend ist und dessen chemische Untersuchung nicht die weitgehendste Coffeinentziehung bestätigt hat. Die Verwendung nur der feinsten Kaffeesorten aus Süd- und Mittel-Amerika — geringe bleiben unter allen Umständen ausgeschlossen — bürgt für erstklassige Qualität.

Nach und nach haben folgende Gesellschaften das Verfahren zur Herstellung des coffeinfreien Kaffee Hag erworben und damit das Recht erhalten, die Patente von Dr. Ludwig Roselius zu benutzen:

Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft, Bremen,

Kaffee Hag A.-G., Feldmeilen (Kt. Zürich),

Koffie Hag Maatschappij, Amsterdam,

Sanka Coffee Corporation Brooklyn, U. S. A.,

Café Sanka S. A., Boulogne sur Seine,

H. A. G. Coffee Company Ltd., London,

Kaffee Hag Aktiengesellschaft, Wien,

Café Hag S. A., Brüssel,

Kaffee Hag Aktiengesellschaft, Marienbad, Tschechoslowakei,

Kaffee Hag G. m. b. H., Danzig,

Kawa Hag T. Z. O. P., Oddzial Warszawa, Warschau,

Kaffe Hag, A./S., Kopenhagen,

Kaffe Hag A. B., Stockholm,

Kaffe Hag A./S., Oslo,

Hag-Kávé Részvenytársasag, Budapest,

Kava Hag d. d., Zagreb,

O. Y. Kaffee Hag A. B., Helsingfors.

Der Wirkungskreis dieser Gesellschaften erstreckt sich nicht nur auf die Länder, in denen sie ihren Sitz haben, sondern auch auf die jeweiligen Kolonien und angrenzenden Gebiete, in denen sich noch keine Hag-Gesellschaft befindet, so daß praktisch heute die ganze Welt versorgt werden kann. In Frankreich und Amerika führt Kaffee Hag den Namen Sanka-Kaffee.

Zwei Dinge sind es, denen der Kaffee-Hag seinen Welterfolg verdankt, seine gesundheitliche Bekömmlichkeit und seine hervorragende Qualität. Hinzu kommt, daß diese Vorzüge der Kulturwelt unaufhörlich mit der Werbekraft einer Propaganda bekanntgegeben werden, die man in Fachkreisen wiederholt als vorbildlich bezeichnet hat. Die Devise ist: „Wahrheit in der Reklame". Stets wird auf internationalen Absatz hingearbeitet, werden dem Publikum immer wieder die Namen Hag und Sanka eingeprägt, die längst ein bestimmter Begriff geworden sind. Heute wird bereits in 37 Ländern der Erde Kaffee-Hag bzw. Sanka-Kaffee konsumiert.

Der Standpunkt der ärztlichen Wissenschaft dem coffeinfreien Kaffee gegenüber ist ein sehr freundlicher. Eine ganz erhebliche Anzahl Ärzte — allein im Jahre 1928 siebentausend — haben lobende Urteile über Kaffee Hag schriftlich abgegeben. Auch aus allen führenden Sportkreisen kommen immer wieder Äußerungen darüber, wie gut Kaffee Hag bekommt und das Wohlbefinden sowie die Leistungsfähigkeit fördert.

Von besonderer Bedeutung im Rahmen der Hag-Propaganda ist das große von der Kaffee-Handels-Aktiengesellschaft herausgegebene Wappenmarkenwerk geworden,

Digitized by Google

das in seiner Gesamtheit und bunten Farbigkeit ca. 3000 Ortswappen umfaßt, die gegen Einsendung der den Hag-Päckchen beigefügten Gutscheine bezogen werden können. Das Wappenmarkenwerk kann als Kulturtat bezeichnet werden. Es ist einer großen Sammlergemeinde zur ständigen Freude geworden, trägt viel zur Vertiefung der Heimatliebe bei und ist als Unterrichts- und Bildungsmittel von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Das Wappenwerk ist von dem berühmten Heraldiker Prof. Otto Hupp in Jahren mühevoller Arbeit bereits vor dem Kriege geschaffen und wird auf Grund eines Übereinkommens der Kaffee Hag mit Prof. Hupp fortgesetzt und in dieser Volksausgabe verbreitet.

Millionen Menschen in allen Erdteilen gehören heute zu regelmäßigen Verbrauchern des coffeinfreien Kaffee Hag und sind seine treuen Anhänger und Freunde. Der Satz: „Kaffee Hag schont Herz und Nerven“ ist heute ein selbstverständlicher Begriff aller Kulturvölker.

Unentbehrlich

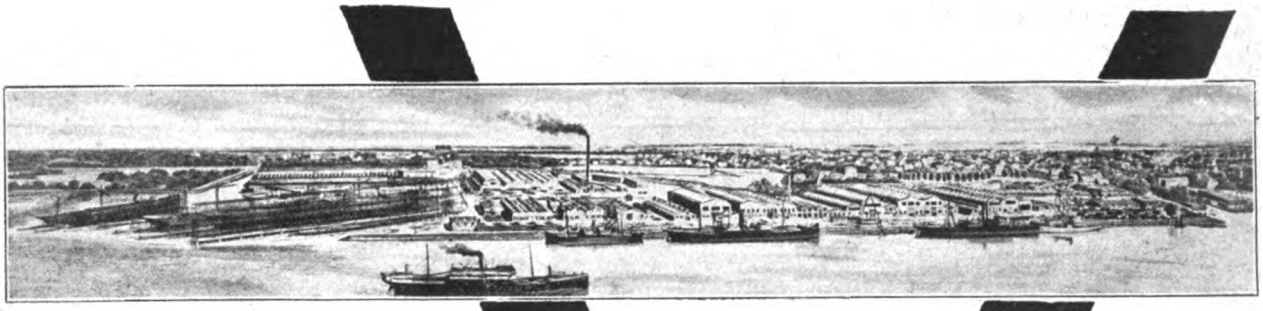
für jede Redaktionsbibliothek

Dr. jur. JOSEF TRAKATSCH

Die strafrechtliche Haftung des verantwortlichen Redakteurs in der Rechtsprechung des Reichsgerichts

RM 2.50 (bei Voreinsendung des Betrages oder RM 2.95 bei Nachnahmesendung)

VERLAG FÜR PRESSE, WIRTSCHAFT UND POLITIK G.M.B.H., BERLIN SW 48, FRIEDRICHSTRASSE 240/41



Bremer Vulkan, Schiffbau und Maschinenfabrik, Vegesack, eine der führenden deutschen Großwerften, gegründet 1893, hervorgegangen aus der 1803 errichteten Schiffbauanstalt Joh. Lange, die 1817 das erste deutsche Dampfschiff erbaut hat.

In den letzten Jahren wurden u. a. geliefert die Dampfer der „Sierra-Klasse“, sowie der Fahrgastdampfer „Berlin“ für den Norddeutschen Lloyd, die Fahrgastmotorschiffe „Orinoco“, „St. Louis“ (das größte deutsche Fahrgastmotorschiff) und „General Osorio“ für die Hamburg-Amerika-Linie, der Motortanker „C. O. Stillman“, das größte Tankschiff der Welt, für die International Petroleum Company in Toronto.

BREMER VULKAN

SCHIFFBAU UND MASCHINENFABRIK VEGESACK

Digitized by Google

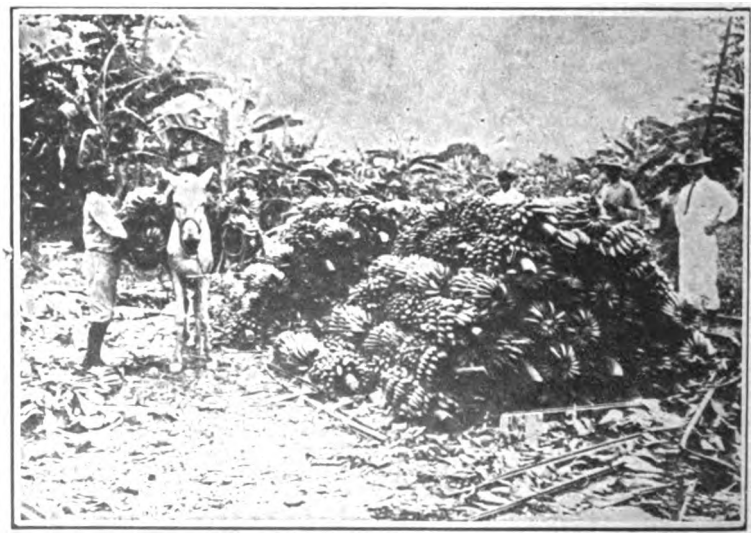
Der Nachrichtendienst und die Bananen.

„Eine eigenartige Zusammenstellung“ wird jeder Fachmann, in diesem Falle also jeder Redakteur und Leser der „Deutschen Presse“ sagen. Aber so eigenartig es auch klingen mag, die westindische Banane hat ein ganz besonderes Verhältnis zum Nachrichtendienst, oder noch besser gesagt, hat einen bis ins Feinste organisierten und verästelten Apparat der Nachrichtenübermittlung. Davon soll im folgenden zuerst die Rede sein, ehe auf die allgemeine volkswirtschaftliche und volksgesundheitliche Bedeutung dieses so wichtigen Obstes eingegangen wird.

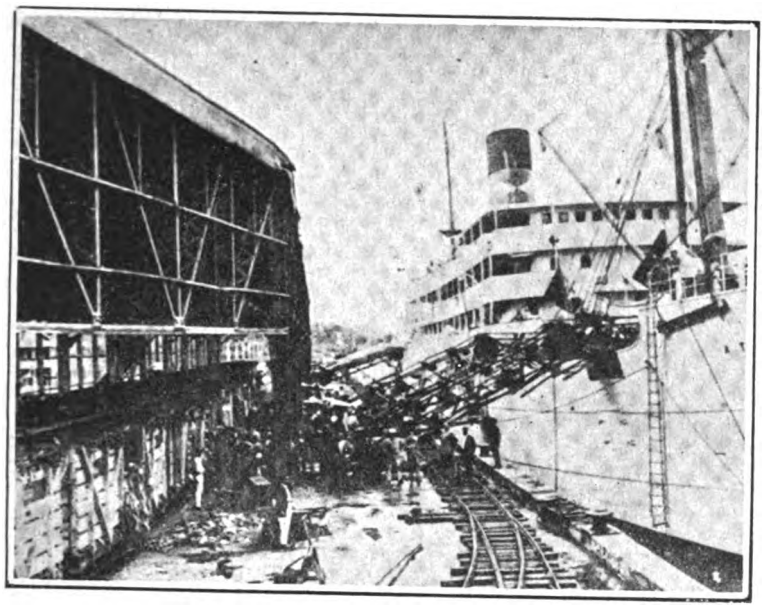
Die leichte Verderblichkeit der geernteten Bananenstauden in den feucht-heißen Gebieten Mittelamerikas bedingt eine bis ins Kleinste gegliederte und vorher berechnete Organisation der Ernte, des Transports von den Plantagen nach den Häfen, der Verladung in die Spezialdampfer des Überseetransports, der Entladung und des Landtransports bis in die Reiseräume.

Da also, wie gesagt, alles darauf ankommt, die im Laufe weniger Stunden geernteten, leicht verderblichen Früchte auch ebenso schnell an den Hafen zu bringen, so ist die Erschließung jedes Plantagenabschnittes durch Wege, Straßen, Verkehrsmittel aller Art von entscheidender Bedeutung für die Nutzung der Produktion. Leichte Bahnen: ochs-trams, Seilbahnen, Dampf- und elektrische Bahnen durchziehen die Felder; ein dichtes Schienennetz in Abständen von wenigen hundert Metern ist notwendig. Irgendwo schließen sich alle Feldbahnen an die Hauptbahn an. Hier auf der Rampe wird die erste Sichtung von erfahrenen Inspektoren vorgenommen. Alle Büschel, die zu klein, zu reif oder beschädigt sind, werden ohne weiteres zurückgewiesen. Das Verladen in die bereitstehenden Waggons geht schnell vor sich; mehrere hundert Waggons müssen abgefertigt werden, um einen Bananendampfer zu füllen. Aber ehe 24 Stunden verflossen sind, sind schon von allen Richtungen her zahlreiche Waggons im Hafen eingetroffen. In den folgenden 12 Nachtstunden geht die Einschiffung vor sich. — Der gesamte Bananenexport hängt in erster Linie von dem unbedingt sicheren Ineinandergreifen aller Transportmöglichkeiten ab. Schon kurzfristige Verzögerungen gefährden bei der Empfindlichkeit der Frucht eine ganze Dampferladung. Daher setzt der Welthandel mit Bananen ein Organisationssystem von ungeheuren Ausmaßen voraus. Die einzelnen Bananenländer sind nach fast militärischen Grundsätzen in Divisionen, diese in Distrikte und die wiederum in viele Unterabschnitte eingeteilt. Eigene Stationen für drahtlose Telegraphie, die in Zentral-Amerika und Columbien errichteten Anlagen für Funkentelegraphie zählen zu den ältesten der Welt, verbinden alle Stellen untereinander, mit den Hafenplätzen, sowie mit den Dampfern. Von einem Punkte aus, dem Sitze des Divisionsleiters, kann die ganze Organisationsmaschine beherrscht werden.

Ebenso sorgsam, ein Vorgang in den anderen greifend, ist die Verladung in die Spezialdampfer geregelt. Sobald einer der durchschnittlich 6000 Tonnen großen Bananendampfer festgelegt hat, wird sofort mit der Verladung begonnen, und zwar geschieht dies meist nachts, damit die empfindlichen Früchte nicht länger als nötig der tropischen Atmosphäre ausgesetzt sind. Auch hier wird jedes Fruchtbüschel genau kontrolliert und auf Brauchbarkeit geprüft. Die endlosen Bänder führen die Früchte aus den Waggons in die Laderäume. Zählmaschinen an beiden Enden des Tragbandes bürgen für die ausreichende Kontrolle, und unbrauchbare Früchte werden sofort aussortiert. Die Fahrgeschwindigkeit der Spezialdampfer hat ungefähr die Schnelligkeit der großen Passagierdampfer.



Digitized by Google



Die Wertung der Westindischen Bananen, und hier insbesondere der „Fyffes Bananen“, für die Volksgesundheit und Volksernährung ist heute unbestritten. Daß unter den frischen Früchten und Gemüsen die Banane im Urteil ärztlicher Autoritäten so außerordentlich günstig abschneidet — sei es als Nahrungsmittel, sei es als Krankenkost —, liegt in ihrer Eigenart begründet; enthält die Banane doch gegen Kernobst und Steinobst einen bedeutend höheren Prozentsatz an Eiweiß und Kohlehydraten, sowie an Salzen. Auch die Leichtverdaulichkeit der Banane spielt hier eine große Rolle. Gegen Fleisch und Kohl, die eine durchschnittliche Verdauungsdauer von 4—5 Stunden haben, wird die reife Banane in kaum zwei Stunden vom Organismus verdaut. Voraussetzung für den Nährwert und die Bekömmlichkeit der Banane ist allerdings ihre Vollreife. Aus diesem Grunde wird bei der „Fyffes Banane“ streng darauf gesehen, daß sie allein im Zustand der Vollreife in Form von „Händen“ und nicht in ganzen Büscheln auf den Markt kommt.

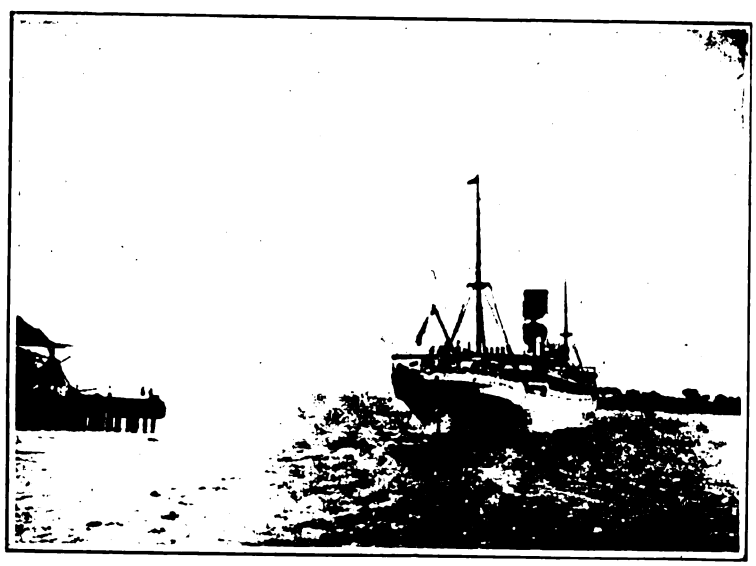
Die Banane empfiehlt sich auch besonders für Kinder: sie ist nicht nur nahrhaft und leicht verdaulich, sie ist auch immer sauber. Niemals können Bananenfrüchte mit der Schale gegessen werden; die leicht abziehbare Schale aber schützt die Banane bis zu dem Augenblicke des Genusses gegen jede Unsauberkeit. Die Kernlosigkeit der Früchte ermöglicht es, sie auch kleinsten Kindern unbedenklich in die Hand zu geben. Dazu zeigen Bananen als fast einzige Frucht die Eigentümlichkeit, niemals Maden zu enthalten.

Die leichte Verderblichkeit dieser köstlichen und für die Ernährung überaus wertvollen Frucht, die in den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Lande des höchsten Bananenkonsums, als das „Ideal-Obst“ gilt und auch im Laufe der letzten Jahre bei uns in Deutschland sich zum Volksnahrungsmittel entwickelte — die gesamte Bananenversorgung Deutschlands hat eine Riesenorganisation für den Ausbau, die Ernte und den Transport nötig gemacht. In Zentralamerika dient heute fast alles direkt oder indirekt der Banane. Urwälder wurden gerodet, und weite Bananenfelder traten an ihre Stelle. Die Anbaugebiete in Indien, Afrika, Australien, in der Südsee, auf den Kanarischen Inseln treten gegen die Bananenplantagen in Mittelamerika, der Heimat der westindischen Bananen, völlig zurück, da der Welthandel fast vollkommen auf diese angewiesen ist. Das Organisationsnetz umfaßt: Mensch, Tier, Fluß, Feldbahn, Eisenbahn, Häfen und Flotte, und der immer mehr steigende Bedarf des europäischen Kontinents an westindischen Bananen zwingt die bis ins Feinste intensivierte Kultur zu den vollkommensten Produktionsmitteln.

Wissenschaft und Praxis arbeiten Hand in Hand, um die günstigsten Bedingungen sowohl für den Anbau als auch für den Versand der westindischen Banane festzustellen, und in besonderen Forschungsinstituten werden fortgesetzt Versuche und Experimente unternommen, um die rationellsten Anbauanlagen und Transportmethoden für diese Frucht herauszufinden.

Dieser kurze Überblick über die Organisation des großen Komplexes „Banane“ beweist und zeigt mit Deutlichkeit, wie auch ein dem Pressewesen so fernes Gebiet der internationalen Wirtschaft und des Überseehandels letzten Endes von der Schnelligkeit und Fixigkeit der Nachrichtenübermittlung abhängig ist und gleich den Redaktionen der Tageszeitungen alles tun muß, um hier jederzeit sich die besten und technisch vollkommensten Methoden zunutze zu machen.

Bei der Tagung der Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse in Bremen wird gerade diese aufschlußreiche Abhandlung besonderem Interesse begegnen.



Fyffes Bananen sind in stets gleich guter Qualität während des ganzen Jahres in allen Städten Deutschlands erhältlich, und die in den Straßen verkehrenden gelben Lieferautos tragen die Aufschrift Fyffes, welcher Name die Garantie für stets frische vollreife Bananen bietet.

Digitized by Google

I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft Frankfurt a. M.

Farbstoffe und Färbereihilfsprodukte:

Ludwigshafen a. Rh., Frankfurt a. M., Feuerbachstr. 50
Höchst a. Main / Leverkusen bei Köln

Stickstoff für technische Zwecke:

Berlin NW 7, Unter den Linden 78

Düngestickstoff:

Verkauf durch das Stickstoff-Syndikat, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin NW 7, Neustädtische Kirchstr. 9

Anorganische Produkte und organische Zwischenprodukte, Chrom- und synthetische Gerbstoffe, Lösungsmittel und Weichmachungsmittel:

Frankfurt a. M., Gutleutstraße 31 / Höchst a. Main
Berlin SO 36, Lohmühlenstraße 65-67 / Leverkusen
bei Köln am Rhein / Urdingen am Niederrhein
Ludwigshafen am Rhein

Pharmazeutische und Veterinär-Produkte sowie Pflanzenschutzmittel

(Schädlingsbekämpfungsmittel)
Höchst a. Main / Leverkusen bei Köln am Rhein

Photographische Produkte
Kunstseide
Riechstoffe:

Agfa, Berlin SO 36, Lohmühlenstraße 65-67

Digitized by Google

Ein Gang durch die Sarotti-Werke

Zu den modernsten Fabriken Groß-Berlins zählen die Sarotti-Werke in dem Vorort Tempelhof.

Diese Fabrik, eine der größten Schokoladen-Werke Europas, brannte im Jahre 1922 bis auf die Fundamente nieder. Heute jedoch erinnert nichts mehr an die Brandkatastrophe, denn das Fabrikgebäude ist nicht nur vollkommen wieder aufgebaut, sondern dazu noch um $^2/_3$ vergrößert worden und faßt jetzt rund 3000 Arbeiter. Siebenstöckig erhebt sich der gewaltige Bau am Teltowkanal, und die feine Architektur des Gebäudeblocks und die lichtspendenden großen Fenster lassen schon vor dem Betreten des Gebäudes ahnen, welche köstlichen Erzeugnisse in diesen hellen Räumen hergestellt werden.

Folgen wir dem Fabrikationsgang, so sehen wir zunächst, wie die rohen Kakaobohnen auf einem endlosen Bande an Arbeiterinnen vorüberziehen, die alle groben unerwünschten Fremdkörper aus dem Gewirr der rohen Kakaobohnen entfernen. Der Rohkakao wandert nun in die riesigen Röster und die gerösteten Bohnen werden dann der Bruch- und Reinigungsmaschine ausgeliefert, welche eine überaus wichtige Aufgabe hat, denn sie soll die Schalen, die Samenhäutchen, etwa noch vorhandenen Staub, die Kakaokeime nicht nur entfernen, sondern auch nach Größe und Wesen sortieren. Bis hierhin ist der Fabrikationsprozeß für die verschiedenen Kakaoerzeugnisse gleich. Will man aus diesem Kakao, also dem Kerngut, Kakaopulver herstellen, so muß in wuchtigen Maschinen und unter unerhörtem Druck das im Kerngut enthaltene Kakaofett, handelsüblich Kakaobutter genannt, abgepreßt werden. Es verbleiben harte Preßkuchen, die dann von großen Kakaomühlen auf staubfeinstes Pulver zermahlen werden. Die erwähnte Kakaobutter wird zum Teil bei der Herstellung von Schokolade verwertet, aber auch an andere Schokoladenfabriken verkauft.

Teilansicht der Eintafelei.

Die gefüllten Formen werden nach dem Passieren der Schüttelbahn auf ein Transportband gesetzt, das durch den Kühlschrank läuft.

Zur Fabrikation der Schokolade mischt man zunächst die Ingredienzen grob unter einem Walzwerk. Zur Verfeinerung bedarf es dann noch der komplizierten Längsreibemaschinen, die in vielstündiger Arbeit diesem Schokoladengemisch die Schmelzfeinheit verleihen. Der so entstandene Schokoladenbrei muß nunmehr die sogenannten Eintafelmaschinen passieren, welche die abgeteilten Schokoladenhäufchen in Blechformen bringen. Diese werden dann in langsamer Fahrt durch einen Kühlraum getrieben, den sie in erstarrtem Zustande verlassen. Flinke Hände greifen zu, schlagen die Form hart auf und heraus fällt die fertige, knackendharte Schokoladentafel, die dann durch automatische Einwickelmaschinen verpackt wird.

Zahlreich sind die Räume im Sarotti-Werk, die ausschließlich der Pralinenherstellung dienen. Hier finden wir Maschinen zum Gießen der Einlagen für Krempralinen, im nächsten Raume die großen Überziehmaschinen, und dann wieder freundliche Räume mit Hunderten von weiß gekleideten Arbeiterinnen für die Herstellung der feinen Dessert-Pralinen.

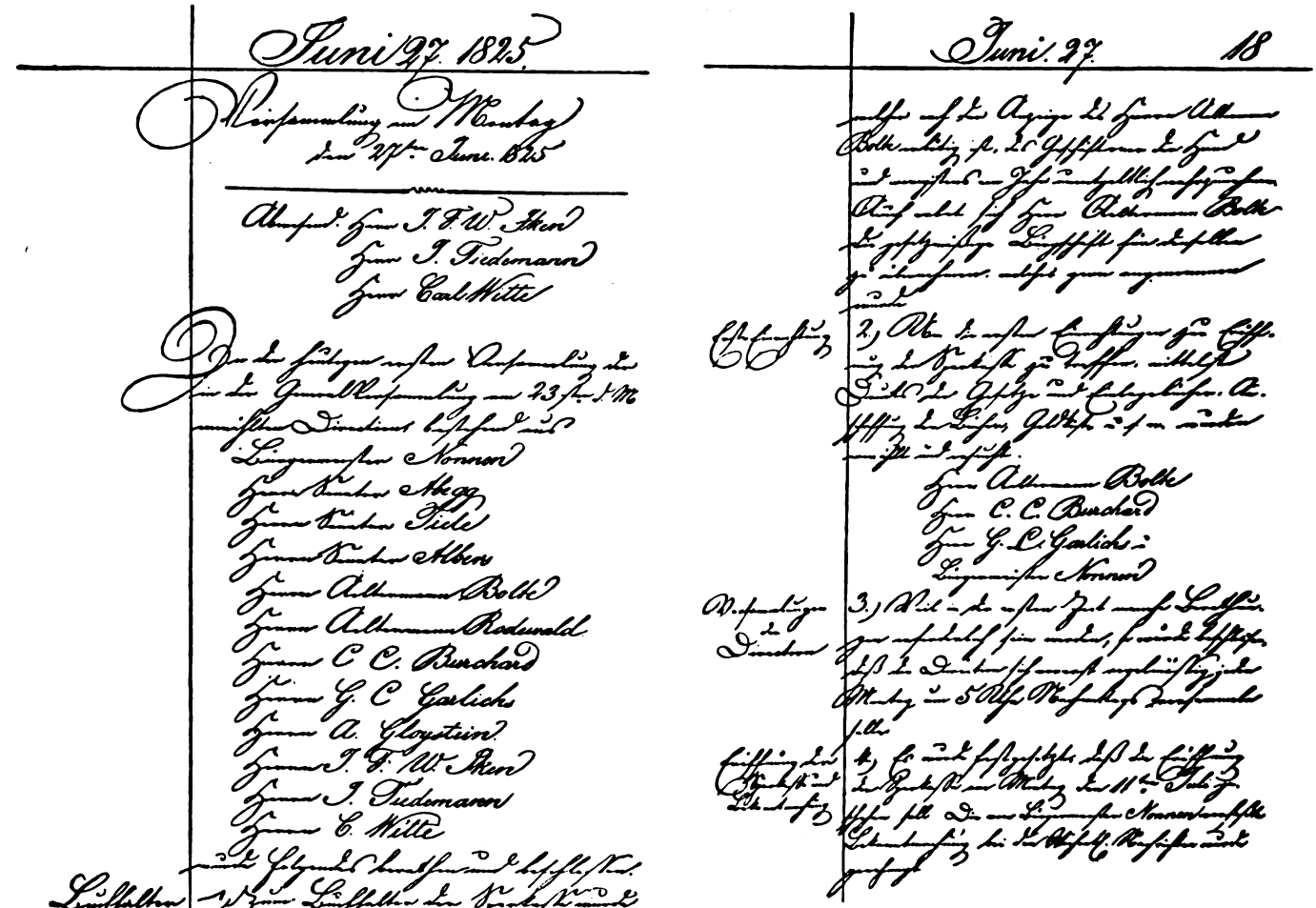
Das Fabrikgebäude auf dem 47 000 qm großen Grundstück lehnt sich an den Teltowkanal an, an dem auch die Maschinenhalle mit ihren 2 Dampfturbinen und 4 Dampfkesseln liegt. Ein Riesenkran am Ufer des Teltowkanals, mit einer Kapazität von stündlich 20 Tonnen, befördert die Rohstoffe aus den großen Elb- und Havelkähnen in die Lagerräume der Fabrik. Fast winzig niedrig gegen den Riesenbau der Fabrik erscheint das getrennt von dem Fabrikblock liegende dreistöckige Verwaltungsgebäude, obwohl es weite Kontore in sich schließt.

Das tägliche Leistungsvermögen der Fabrik beläuft sich auf etwa 250 000 Tafeln Schokolade, 10 000 Kilogramm Pralinen und 10 000 Kilogramm Kakao.

Digitized by Google

Die Sparkasse in Bremen

Gegründet 1825



Juni 27. 1825.

Versammlung am Montag den 27ten Juni. 825

Juni 27. 18

25 Juni 27.

Die *Sparkasse in Bremen*, vor über hundert Jahren von Bremer Bürgern in's Leben gerufen, ist eine *gemeinnützige Anstalt* mit juristischer Persönlichkeit in der Rechtsform eines Vereins von z. Z. über *1000* Mitgliedern und gehört dem Verbande der Deutschen Freien und Oesterreichischen Vereinssparkassen e. V. als Mitglied an. Ihre *Überschüsse* werden, soweit sie nicht zur Sicherung der Einlagen in den Reservefonds fließen, *nur für gemeinnützige Zwecke* verwandt. Seit ihrem Bestehen konnte die Sparkasse fast 4 Mill. für gemeinnützige Zwecke in Bremen zur Verteilung bringen. Aus den bescheidensten Anfängen heraus hat sich die Sparkasse in Bremen im Laufe der langen Jahre eine *bedeutende Stellung im Bremer Wirtschaftsleben* geschaffen, stets ihrem Grundsatze treu, zu sicherer Aufbewahrung und Zinsbarmachung von Ersparnissen auch der kleinsten, allen Schichten der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, und stets darauf bedacht, ihren gemeinnützigen Charakter zu bewahren.

Das große *Vertrauen*, das die Bremer Bevölkerung der Sparkasse entgegenbringt, geht aus dem *steten Anwachsen* der bei ihr gemachten Einlagen, die z. Z. *104* Millionen RM. betragen, hervor, wie auch aus der Tatsache, daß die Spareinlagen Bremens per 1. 1. 1929, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, mit RM. *300.–* die höchsten in Deutschland waren. Dieses Vertrauen konnte auch durch eine *29 % Aufwertung der Spareinlagen* per *1. 1. 1932* gerechtfertigt werden. ◆ Durch die Ausgabe von Mündelbüchern, Sparbüchsen, Geschenksparbüchern, Geschenkurkunden für Neugeborene sowie durch Errichtung von Schulsparkassen und von zwölf Nebenstellen in allen Stadtteilen sucht die Sparkasse *den Sparsinn* der Bevölkerung zu *fördern und zu vertiefen*. ◆ Die Hauptaufgabe der Sparkasse in Bremen ist stets die *Pflege des Bremer Hypothekenmarktes* und damit die Förderung des Wohnungsbaues gewesen. Seit der Inflation konnten bis Ende April 1929 bereits wieder RM *54 734 000.–* in Hypotheken auf *14 317.–* Grundstücke, also über die Hälfte des gesamten Sparkapitals, belegt werden. ◆ Der Hypotheken-Zinssatz beträgt 8 % jährlich und liegt damit auf der untersten Grenze der in Deutschland für Realkredite üblichen Sätze.

Digitized by Google

Dachpappe als wasser- und feuerabwehrendes Baumittel.

Von Walter Baedeker.

Man kennt die bekannte Darstellung der industriellen Erzeugnisse, die aus der Steinkohle gewonnen werden, und die man in der Form eines Stammbaumes dem Beschauer in ihren Zusammenhängen zur Anschauung bringt. In ähnlicher Weise wie diese Darstellung der Erzeugnisse der Steinkohle, des Teeres, der Farbenindustrie etc. könnte man sich auch eine Darstellung schaffen, die in Stammbaumform die Erzeugnisse der Papierindustrie mit allen Einzelheiten zeigen würde. Weitaus der meiste Teil dieser Erzeugnisse wandert natürlich in irgendeiner Form durch die Druckpresse und wird zum literarischen Erzeugnis. Manches aber wird papierindustriell auch für andere Zwecke benutzt, und ein Ast dieses Stammbaumes führt sogar in das Baugewerbe, in dem Papier und Pappe für Zwecke des Bauens sowohl im Innern wie im Äußeren eines Bauwerks Verwendung finden. Darunter spielt die Pappe in der Form von Dach- und Isolierpappe eine besondere Rolle, und es ist vielleicht für die Leser dieses Blattes ganz interessant, von einigen Sondergebieten innerhalb der Erzeugung von Dachpappe zu sprechen.

Dachpappe als Isoliermaterial.

Gemeinhin wird der Laie schon aus dem Wort „Dachpappe“ dieses Material lediglich für ein Bedeckungsmaterial der Dachfläche eines Hauses ansehen. Tatsächlich ist ja auch ein sehr großer Prozentsatz der erzeugten Dachpappe für diesen Zweck stets zur Anwendung gelangt und wird in der verschiedensten Form, als einfaches oder doppellagiges Dach, als Kiespappdach, als teerhaltiges oder teerfreies Dach in der Bauwirtschaft benutzt. In dieser Form dient die durch Dachpappe erzeugte Haut in dem betreffenden Hause als abwehrende Schicht gegen alle Niederschlagwasser, gegen Regen, Schnee, Hagel etc.

Daneben wird aber dieses Baumaterial, d. h. also eine Rohpappe, die mit teerhaltigen oder bituminösen Stoffen durchtränkt ist, auch für Isolierzwecke anderer Art dauernd benutzt. In den baupolizeilichen Vorschriften sind wichtige Bestimmungen nach der Richtung hin enthalten, daß sowohl im Kellermauerwerk, d. h. über dem Fundament, wie auch dort, wo beim Kellergeschoß das Erdgeschoß ansetzt, eine Schicht Isolierpappe zur Verwendung gelangen muß. Diese Isolierpappe hat einen ähnlichen Zweck wie die Dachhaut auf dem Dache. Sie schützt das Mauerwerk vor Feuchtigkeit; nur in diesem Falle nicht vor Feuchtigkeit, die von oben auf das Haus gelangt, sondern im Gegenteil, sie schützt das Haus gegen die Bodenfeuchtigkeit, die in den Mauern hochzusteigen pflegt.

Alles Gesteinmaterial, der Ziegelstein ebenso wie der Beton und anderes Gesteinmaterial, haben eine gewisse Porosität, die die Feuchtigkeit durch kapillare Tätigkeit anzieht und weitergibt. Eine relativ dünne Schicht teerhaltiger oder bituminöser Pappe schiebt diesem Wanderungsprozeß des Wassers innerhalb der Mauer einen Riegel vor, und das ist denn auch der Grund, der zur Verwendung von Isolierpappe ganz allgemein geführt hat.

Aber diese feuchtigkeitshemmende Tätigkeit derartiger Isolierpappen ist sich der Laie meist wenig im klaren. Es wird ihn z. B. wunder nehmen, zu hören, das dicke Betonwände, wie man sie etwa für Untergrundbahnbauten, Tunnel und sonstige Schächte innerhalb der Erde und innerhalb der Grundwasserzone baut, an sich durchaus nicht wasserundurchlässig sind; im Gegenteil, daß Wasser durchdringt allmählich auch den stärksten Betonkörper und, an der Innenseite eines Untergrundbahnschlauches z. B., wird dieses hineingedrückte Wasser nicht nur tropfenweise, sondern in ziemlicher Stärke abgeben.

Das ist natürlich ein Mißstand, der unter allen Umständen vermieden werden muß. Genau so gut, wie ein feuchter Wohnraum unhygienisch und unwirtschaftlich ist, zur Zerstörung der Gesundheit der Menschen und zur Zerstörung des in ihm vorhandenen Materials führt, genau so gut ist natürlich ein nasser Tunnel oder Untergrundbahnschlauch für den in ihm stattfindenden technischen Betrieb auf die Dauer unmöglich.

Was nun der meterstarke Beton nicht vermochte, d. h., das Wasser fernzuhalten, wird erreicht durch die Ummantelung des Betonkörpers mit einer Schicht von Isolierpappe. Diese Isolierschicht, die sehr sorgfältig hergestellt wird und noch einen äußeren Schutz von einer zweiten Betonschicht erhält, ist geeignet, das Bauwerk im Innern dauernd trocken zu erhalten. Man sieht also, daß eine knapp zentimeterstarke Schicht dieses Isoliermaterials in der Lage ist, eine Funktion zu erfüllen, die meterstarke steinerne Baumaterialien nicht übernehmen können.

In ähnlicher Weise wie die Isolierung von Tunnels und Kellerräumen, geschieht auch die Isolierung von Brücken, Viadukten und anderen technischen Bauten dieser Art, d. h., überall dort, wo ein Eindringen schädlicher Feuchtigkeit zu befürchten ist, wird durch mehrere Lagen sachgemäß aufgebrachter Isolierpappe eine wasserabweisende Schicht geschaffen.

Die Bewährung der Dachpappe bei Bränden.

Feuer und Wasser sind die beiden schlimmsten Gegner aller Baulichkeiten. Wie das Wasser ein allmähliches Zerstörungswerk an einem Bau verrichten kann und von

Digitized by Google

ihm ferngehalten werden muß, so ist das Feuer meist der Feind des Baues durch einen plötzlichen Überfall. In jedem Hause, auch dem feuersichersten, befinden sich nicht nur innerhalb der Konstruktion, sondern auch als Inneneinrichtung oder als gestapelte Waren außerordentlich viel brennbare Stoffe, und namentlich die Räume der Dachgeschosse, die Bodenräume, sind bekannt dafür, daß sie gern den Anlaß zu verhängnisvollen Bränden geben. Jeder Bewohner einer großstädtischen Mietswohnung kennt ja den bekannten Hinweis auf polizeiliche Bestimmungen, den man an jeder Bodentür angeschlagen liest, und der schwere Strafen demjenigen androht, der Bodenräume mit offenem Licht betritt. Weitaus die meisten Dachstühle bestehen überwiegend aus Holz, und es ist daher durchaus verständlich, daß ein durch die Sommerhitze ausgetrockener Dachstuhl, unter dem auch nur ein kleiner Brand entsteht, diesem Brande rasch eine große Ausdehnung zu geben vermag.

Das Verschwinden des Strohdaches in ländlichen Gebieten ist im wesentlichen auf die Erkenntnis zurückzuführen, daß ein Dachdeckungsmaterial von so leicht feuerfangender Art wie Stroh eine besondere Gefahr für das Haus und seine Bewohner in sich schließt. Die Feuerversicherungsgesellschaften, die materiell besonders daran interessiert sind, die Brände und ihre Ausdehnung nach Möglichkeit zu vermindern, haben daher von jeher Unterschiede in bezug auf die Bewertung der Eindeckung von Dächern nach feuertechnischer Richtung hin gemacht. Man spricht in diesem Sinne von sogenannter „harter" Deckung bei allen denjenigen Materialien der Dachdeckung, die dem Feuer und seiner Ausbreitung einen stärkeren Widerstand leisten.

In der Anschauung des Laien wird nun das Pappdach häufig so eingeschätzt, als ob es gegenüber anderen Eindeckungsarten in bezug auf die Feuerbekämpfung benachteiligt sei. Das ist indes keineswegs der Fall. Auch Dachpappe gilt durchaus als „harte" Deckung, und Pappdächer genießen bei den Feuerversicherungsgesellschaften keinerlei andere Bewertung als etwa Ziegeldächer, Schieferdächer, Metalldächer und ähnliche andere Deckungsarten. Tatsächlich ist auch der weitaus größte Teil unserer großstädtischen Mietshausbauten, industriellen Gebäude, eisenbahntechnischen Bauten und vieler landwirtschaftlicher Betriebsgebäude mit Dachpappe gedeckt und hat sich bei Bränden durchaus bewährt. Der Irrtum des Laien, der der Dachpappe nach dieser Richtung hin etwas mißtraut, hat seinen Anlaß wohl in der Erwägung, daß Teer, Pech und ähnliche Materialien erwiesenermaßen brennbare Stoffe sind. Man vergißt nur, daß diese Materialien, in Verwendung mit der Rohpappe, als Dachpappe ganz andere Eigenschaften erhalten und daß Dachpappe an sich durchaus nicht so leicht brennt, wie dies in manchen Kreisen irrtümlicherweise angenommen wird. Unter diesen Umständen ist das Resultat einer Umfrage von außerordentlichem Interesse, die im Jahre 1928 durch Branddirektor Düwer bei den Feuerversicherungsgesellschaften und Feuerwehren gemacht worden ist. Die Umfrage hatte den Zweck, festzustellen, wie sich bei Bränden von Pappdächern dieses Material verhalten hat, und welche Erfahrungen in der Bekämpfung solcher Brände gemacht worden sind.

Fast übereinstimmend ergibt sich das Resultat, daß ein gutes Pappdach, namentlich auch, wenn es bekiest ist, in nichts Dächern anderer Art nachsteht, ja, daß es sogar beim Ausbruch eines Bodenbrandes in vielen Fällen gewisse Vorzüge zeigt. In der Hitze eines Bodenbrandes pflegen alle Materialien wie Dachziegel, Schiefer und ähnliche mineralische Stoffe zu zerspringen, in derselben Weise, wie ja auch die Stufen einer Granittreppe im Feuer zerspringen, so daß eine Granittreppe nicht in dem Maße als feuersicher gilt, wie z. B. eine durch Unterputz geschützte Holztreppe. Dieses Zerspringen der Dachdeckungsmaterialien führt natürlich dazu, daß der Sauerstoff der Luft an den Brandherd gelangt und eine ursprünglich nur schwelende Menge von brennbaren Stoffen derartig beeinflußt, daß es zur offenen Flammenentwicklung und damit zur größeren Hitze und rascheren Ausdehnung des Brandes kommt.

Dachpappe, welche auf einer Schalung als Dachdeckung verwandt wurde, pflegt bei Bodenbränden zu verkrusten, hart zu werden und ziemlich lange der Flammenentwicklung Widerstand zu leisten. Daß sie schließlich auch brennt, wie ja im Grunde genommen jeder Stoff bei entsprechender Erhitzung eine Zersetzung oder Umwandlung erfährt, ist selbstverständlich, aber der Termin des Ausbrechens eines offenen Brandes schiebt sich bei Pappdächern verhältnismäßig weit hinaus. Es kommt wohl zu einer starken Verqualmung des Bodens, der die Feuerwehr durch Löcherschlagen leicht abhelfen kann, aber der Ausbruch eines eigentlichen großen Schadenfeuers wird verhältnismäßig lange hinausgeschoben.

Diese Tatsache ist natürlich für die Bekämpfung von Bränden von außerordentlicher Wichtigkeit. Je größer die Spanne Zeit ist, die zwischen dem Beginn und der Bekämpfung eines Brandes liegt und die einen offenen Ausbruch des Feuers noch nicht zur Tatsache werden läßt, um so günstiger sind die Aussichten für die Verminderung derjenigen Schäden, die nun einmal mit einem Feuer verbunden sind. In dieser Beziehung leistet aber das Pappdach ganz besonders viel. Es ermöglicht auch ländlichen Feuerwehren, die naturgemäß nicht so schnell zur Stelle des Brandherdes gelangen können wie eine städtische Berufsfeuerwehr, das noch rechtzeitige Eingreifen in den Brand. Außerdem gestatten die meist flachen Dachkonstruktionen von Pappdächern eine ungleich leichtere Bekämpfung des Brandherdes durch die Feuerwehr, als dies bei steilen und unzugänglichen Dachkonstruktionen der Fall zu sein pflegt.

So sehen wir, daß das Papier in der Form von Pappe, die mit entsprechend geeigneten Stoffen getränkt ist, nicht nur dem Wasser, sondern auch dem Feuer einen relativ starken Widerstand entgegenzusetzen vermag.

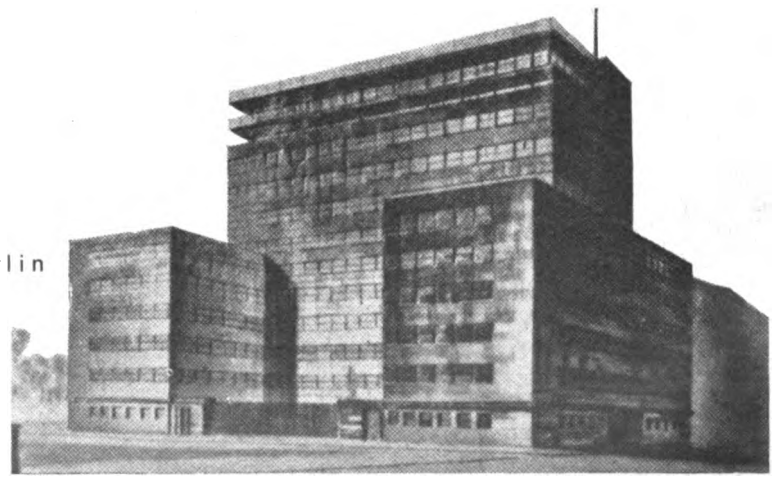
Digitized by Google

PRESSE, GEISTESARBEIT UND NERVENHYGIENE

Wenn geistige Arbeiter und insbesondere Männer der Presse zusammen sind, so wird wohl auch neben der reinen „Fachsimpelei“ die Frage der geistigen Elastizität und Spannkraft das Gesprächsthema bilden. Das ist nun keineswegs übertriebene Ängstlichkeit oder Hypochondrie, sondern ein Zeichen des Selbsterhaltungstriebes, der bei der verantwortungsvollen, nervenaufreibenden und aufpeitschenden Arbeit der Tageszeitungsredakteure selbstverständlich scheint.

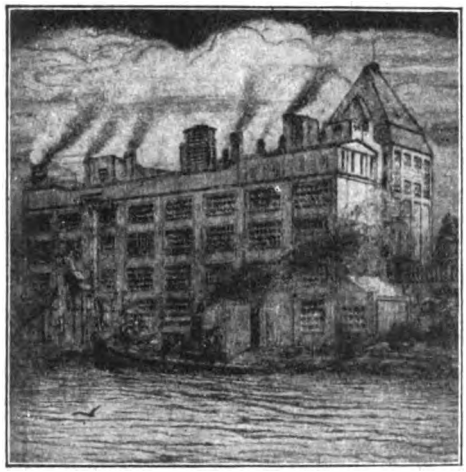
Die Frage, „wie erhalte ich mir meine Spannkraft im sausenden Betrieb des Berufs?“ ist nicht nur eine Angelegenheit dieses Berufsstandes selbst, sondern auch ein für die Gesamtheit des Volkes wichtiges Problem; denn nur Kräfte, die dem Ansturm der Ereignisse gewachsen sind, werden im Zeitungswesen in der Lage sein, diese hohe Arbeit, diese ethische und kulturelle Mission restlos zu erfüllen. Schonung und Pflege der Nerven wird nun am besten erreicht durch sinngemäße und zweckmäßige Ernährung, und hier spielt das tägliche Getränk eine wesentliche Rolle. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben gezeigt, daß ein Getränk besonders geeignet erscheint, bei völliger Unschädlichkeit für Herz und Nerven doch die nötige Anregung zu geben: das ist Kathreiners Malzkaffee. Statistisches und volkswirtschaftliches Material über Kathreiners Malzkaffee wird infolgedessen interessieren.

Der Geburtsort der Malzkaffee-Industrie, eines Industriezweiges, der schnell zu gewaltiger Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft gelangte, ist München. Die industrielle Herstellung von Malzkaffee kam, wie die Entwicklung gezeigt hat, einem



Kathreiners Verwaltungsgebäude Berlin

Digitized by Google



Cöpenick

dringenden wirtschaftlichen und gesundheitlichen Bedürfnis breitester Volksschichten entgegen.

Kathreiners Malzkaffee-Fabriken leisteten den für die Einführung des ganz neuen Artikels erforderlichen gewaltigen Aufklärungsdienst und machten damit den deutschen Markt überhaupt erst aufnahmefähig für Malzkaffee. Die ganze deutsche Malzkaffee-Industrie verdankt also ihre Existenz dieser von Kathreiner geleisteten Pionierarbeit.

Wenige Daten mögen den Weg der Entwicklung des Kathreiner-Unternehmens zeigen:

Es war im September des Jahres 1889, als die Kolonialwaren-Firma Franz Kathreiners Nachfolger, München, die Fabrikation von Kathreiners Malzkaffee aufnahm.

Im Jahre 1892 wurde die Malzkaffee-Abteilung von dem Unternehmen abgetrennt, als selbständiges Geschäft unter der Firma Kathreiners Malzkaffee-Fabriken Wilhelm & Brougier fortgeführt und 1893 in eine G. m. b. H. umgewandelt. Teilhaber und Leiter wurde der Hamburger Großkaufmann Hermann Aust, seinerzeit Inhaber der Import- und Exportfirma H. G. Aust in Hamburg, Port Louis (Mauritius) und Saint Denis (Le Réunion), unter dessen energischer Führung das neue Unternehmen in überraschend kurzer Zeit Weltgeltung erlangte.

Frankfurt a. O.

Die schnelle Entwicklung zeigt sich deutlich in den Jahreszahlen der Fabrikeröffnungen. Die 9 Kathreiners Malzkaffee-Fabriken im deutschen Heimatgebiet entstanden: 1895 in Uerdingen am Niederrhein, 1906 in Frankfurt am Oderhafen, 1906 in Karlsruhe am Rheinhafen, 1909 in Magdeburg am Elbehafen, 1909 in Breslau, 1919 in Regensburg, 1922 in Danzig, 1925 in Blieskastel (Saargebiet) und in Berlin-Cöpenick.

Ausländische Fabriken zur Herstellung von Kathreiners Malzkaffee bestehen in: Österreich: Wien; Tschechoslowakei: Eger und Sered; Ungarn: Nagykanizsa; Jugoslawien: Agram (Zagreb); Rumänien: Kronstadt (Brasov); Polen: Skavina/Krakau; Lettland: Riga; Frankreich: Juvisy/Paris; Spanien: Barcelona; Schweiz: Solothurn; Italien: Mailand; Nordamerika: Manitowoc-Newyork; Südamerika: Buenos Aires.

Ausländische Lager befinden sich in: Belgien: Lüttich; Holland: Amsterdam; Dänemark: Hadersleben; Litauen: Kowno; Finnland: Helsingfors; Schweden: Stockholm; Südwestafrika: Swakopmund.

Während des Weltkrieges mußte die Fabrikation vorübergehend stillgelegt werden; da fast alles Getreide für Brotzwecke verwendet werden mußte, konnten der Getreidekaffee-Industrie nur geringe Mengen Gerste zur Verfügung gestellt werden, die dann, mit anderen Rohstoffen vermengt, zumeist als gemahlener Kaffee-Ersatz in den Handel gebracht wurden. Mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft und der dadurch bedingten Freigabe der Gerste vermochten Kathreiners Malzkaffee-Fabriken ihre Fabrikation erneut aufzunehmen und dem Bedürfnis der Bevölkerung nach dem beliebten Kathreiner wieder zu entsprechen. Der Friedensumsatz ist dann auch bald wieder erreicht und wesentlich überschritten worden.

Der Firma Kathreiner gebührt das Verdienst, die von Pfarrer Kneipp in Wörishofen ausgehende Bewegung für „naturgemäße Lebensweise“ in ihrer großen Bedeutung sofort erfaßt und zum Vorteil nicht nur für das eigene Unternehmen, sondern auch zum Nutzen für die Allgemeinheit konsequent verfolgt zu haben.

Die Gefahren, die einem Betriebe drohen, der in zwei Jahrzehnten aus den bescheidensten Anfängen zu einer Weltfirma sich entfaltet hat, wurden durch eine mustergültige Organisation überwunden. Die Entwicklung des Unternehmens ist kein geglücktes Spekulationsgeschäft, sondern die Frucht jahrzehntelanger harter Arbeit.

Wirtschaftliche Gründe, deren wichtigster die günstigere geographische Lage und Bedeutung der Reichshauptstadt war, erzwangen 1911 die Verlegung der Zentrale nach Berlin. In München befinden sich nur noch die Büros für die Verwaltung des bayerischen Geschäftes.

Im Frühjahr 1928 begannen in Berlin die Vorarbeiten für den Neubau eines großen Kathreiner-Verwaltungsgebäudes, das die noch weiter gewachsenen Büros aufnehmen soll.

Breslau

Man wird sich eine Vorstellung von dem Umfang der Organi-

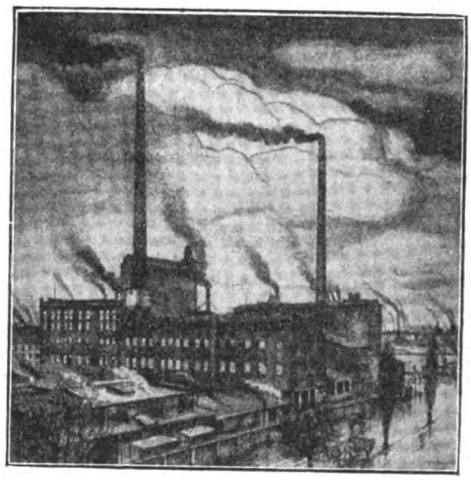
Digitized by Google

sation des Geschäftes machen können, wenn man bedenkt, daß in Deutschland etwa eine Viertelmillion Kleinhandelsstellen laufend mit Kathreiners Malzkaffee versorgt werden müssen. Denn die deutschen Hausfrauen wollen ihren „Kathreiner“ — ob in München oder Cuxhaven, ob in Saarbrücken oder Insterburg — täglich bei ihrem Kaufmann frisch einkaufen können.

Die Fabrikation.

Im Interesse einer rationellen Betriebsführung war man bei der Anlage der Fabriken darauf bedacht, daß diese sowohl auf dem Wasserwege wie auch durch die Eisenbahn mit direktem Gleisanschluß bequem zu erreichen sind. Die Einrichtung besteht aus modernsten Maschinen, die dem jeweiligen Stande der Technik angepaßt sind. Handarbeit kommt fast nur für die Bedienung der Maschinen in Betracht, so daß die Herstellung und Verpackung des Fabrikates den strengsten hygienischen Anforderungen entspricht.

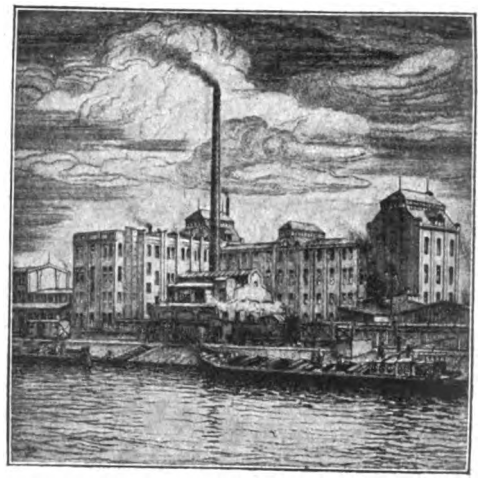
Elevatoren saugen die Rohgerste aus dem ankommenden Schiff bis zum obersten Stockwerk der Fabrikgebäude in eine selbsttätige Wage. Sinnreich konstruierte Reinigungs- und Sortiermaschinen scheiden dünne Gerstenkörner, Unkrautsamen, Sand, Hülsen aus. In den Weichanlagen wird die Gerste einer gründlichen Waschung durch Wasser und Preßluft unterzogen und so zur Mälzung vorbereitet, die in riesigen Trommeln unter Einwirkung von feuchtwarmer Luft vor sich geht. Das Mälzungsverfahren entwickelt die Blatt- und Wurzelkeime der Gerste bis zu einer bestimmten Länge; gleichzeitig erfolgt die Auflösung des Gerstenkorninhaltes und die Aufschließung seiner wertvollen Nährstoffe. — In der Röstmaschine beschließt die nunmehr zu Malz gewordene Gerste endgültig den inneren Umwandlungsprozeß. Imprägnierung und Glasur nach eigenem Verfahren verbessern den Geschmack und erhöhen die Haltbarkeit des fertigen Malzkaffees, der über Kühlanlagen, Putzmaschinen und selbsttätige Kontrollwagen in die Lager- und Verpackungsräume geht.



Uerdingen

Diese Darstellung der Fabrikation erhebt natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern hält nur einige der wichtigsten Etappen des komplizierten Verfahrens fest, das notwendig ist, um einen Malzkaffee von der überragenden Sonderqualität des „echten Kathreiner“ zu schaffen. Das Verpackungsmaterial wird gleichfalls im eignen Hause durch Spezialmaschinen hergestellt. Rollenpapier und Bogen laufen durch große Druckschnellpressen durch kombinierte Falz- und Klebemaschinen, bis am anderen Ende die bekannte fertige Kathreinerpackung erscheint. Die Füllung der Packungen erfolgt mittels Maschinen, die automatisch die betreffende Menge in die einzelnen Pakete schütten und sie selbsttätig schließen.

Magdeburg



Karlsruhe

Auch die Versandkisten werden in eigenen Tischlereien hergestellt, im Packraum unter doppelter Kontrolle gepackt und von dort direkt im Eisenbahnwagen verstaut.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung.

Der Verbrauch an Malzkaffee war in Deutschland vor Ausbruch des Krieges bereits halb so groß wie der Verbrauch gerösteten Bohnenkaffees. Das Verhältnis hat sich in der Nachkriegszeit noch wesentlich zugunsten des Malzkaffees verschoben. Allein der Verbrauch in „echtem Kathreiner“ stellt heute etwa zwei Drittel des gesamten Bohnenkaffee-Konsums in Deutschland dar. Berücksichtigt man hierbei, daß der deutschen Bevölkerung in Kathreiners Malzkaffee ein hochwertiges Genußmittel für wenig Geld geboten wird, so wird man die außerordentlich große Bedeutung erkennen, die Kathreiners Malzkaffee-Fabriken für die deutsche Volkswirtschaft haben.

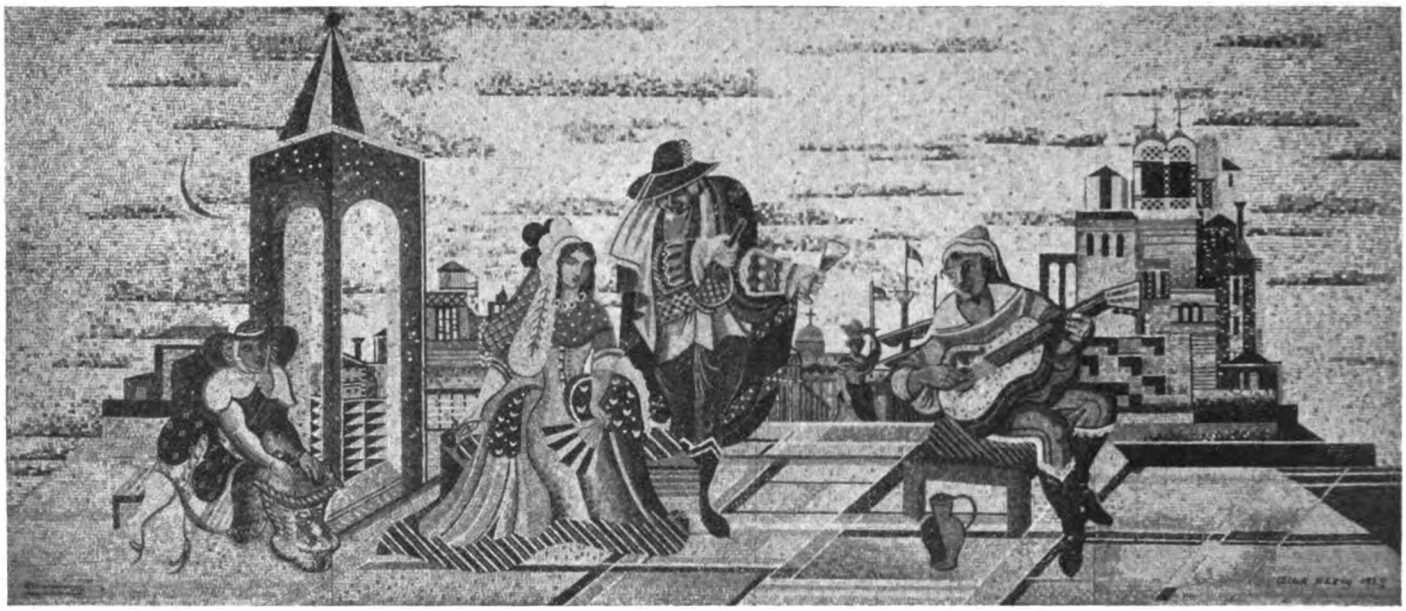
Von dem mächtigen Aufschwung, den der neue Handelszweig erfuhr, profitieren auch zahlreiche andere Gewerbe; insbesondere ist stark interessiert die Landwirtschaft, für die die Malzkaffee-Industrie nächst dem Brauerei-Gewerbe als stärkster Verbraucher der Gerste in Frage kommt.

Kathreiners Malzkaffee und die Volksgesundheit.

Nationen, Wirtschaftsgruppen, Bevölkerungsschichten und Einzelexistenzen stehen seit Jahren in einem Wirtschaftskampf, der an die physischen und psychischen Kräfte jedes einzelnen stündlich die größten Anforderungen stellt. Jede Stunde an jedem Tag erfordert ein Maximum von Anspannung, dem nur ein gesunder Körper gewachsen ist.

Von Kapazitäten der Wissenschaft und ganzen Berufsklassen, die praktische Sozialpolitik treiben, ist immer wieder anerkannt worden, daß Kathreiners Malzkaffee frei von allen schädlichen Stoffen und deshalb besonders bekömmlich und förderlich für die Gesundheit ist.

Mit der umfangreichen Aufklärungsarbeit, die die Kathreiners Malzkaffee-Fabriken in dieser Richtung leisten, dienen sie gleichzeitig der Volksgesundheit, deren Erhaltung im Interesse des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes lie



„Notte Veneziana“
Supraporte im Haupttreppenhaus der S. S. „Bremen“

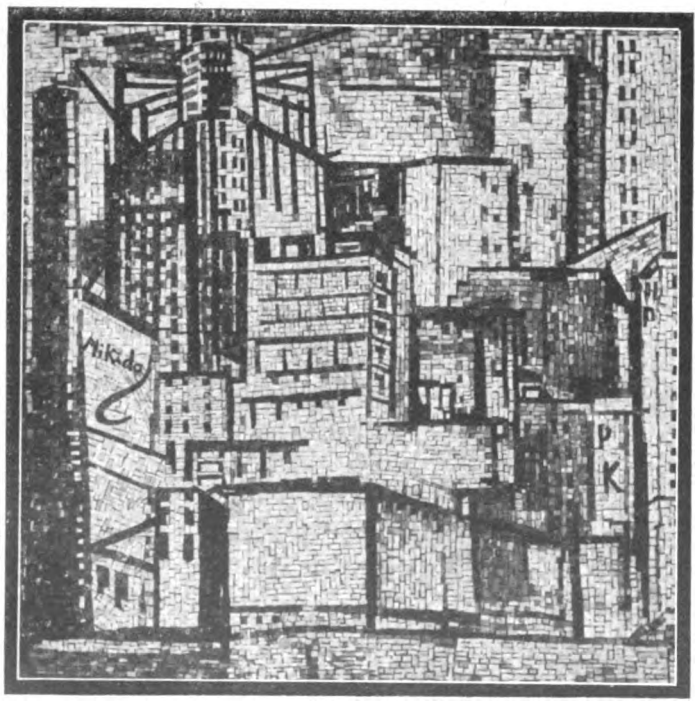
Entwurf: Prof. César Klein, Berlin
Ausführung: Puhl-Wagner-Heinersdorff, Berlin-Treptow

Schwimmende Glasmosaiken.

Zu den neuen Arbeiten der Vereinigten Werkstätten Puhl-Wagner-Heinersdorff, Berlin.

Von Dr. H. Hofmann.

Kostbare Dekorationsmittel, wie es die Glasmosaiken seit alter Zeit sind, gab es schon früher nicht nur in Bauten auf fester Erde, sondern auch in den Prunkgemächern der meerbefahrenden Schiffe. Beschreibungen aus dem Altertum berichten hiervon. Aber auch in neuer und neuester Zeit haben sich die Schiffsbauer für besondere Zwecke des farbkräftigen und unverwüstlichen Schmuckstoffes der Mosaiken für die Ausgestaltung von Wänden, Decken oder Fußböden bedient. Erinnert sei aus der Vorkriegszeit an die großen deutschen Schiffsbauten der „Imperator-Klasse“ (Imperator, Vaterland, Bismarck), die in ihren Schwimmbadanlagen Mosaikdekorationen erhalten haben. Aus der Nachkriegszeit jedoch nennen wir die „Cap Arcona“, deren Wintergarten und Schwimmbad ebenfalls Glasmosaiken enthalten, vor allem aber ist es jetzt der Ozeanriese, die „Bremen“ des Norddeutschen Lloyd, in deren geräumigen Hallen neuzeitliche Mosaikkunst ausgiebige Verwendung finden konnte. Der Architekt, dem die Ausstattung der offiziellen Schiffsräume der 1. Klasse anvertraut war, Professor Fritz August Breuhaus, Düsseldorf, verstand es, für die Entwürfe der in Mosaik auszugestaltenden Dekorationen die geeigneten Künstler heranzuziehen und die Durchführung dieser nicht leichten Aufgabe einer auch die erforderlichen neuzeitlichen Techniken und den Geschmack unserer Zeit berücksichtigenden Werkstätte, dem in der ganzen Welt auf ihrem Gebiete führenden Hause Puhl-Wagner-Heinersdorff, Berlin, anzuvertrauen.

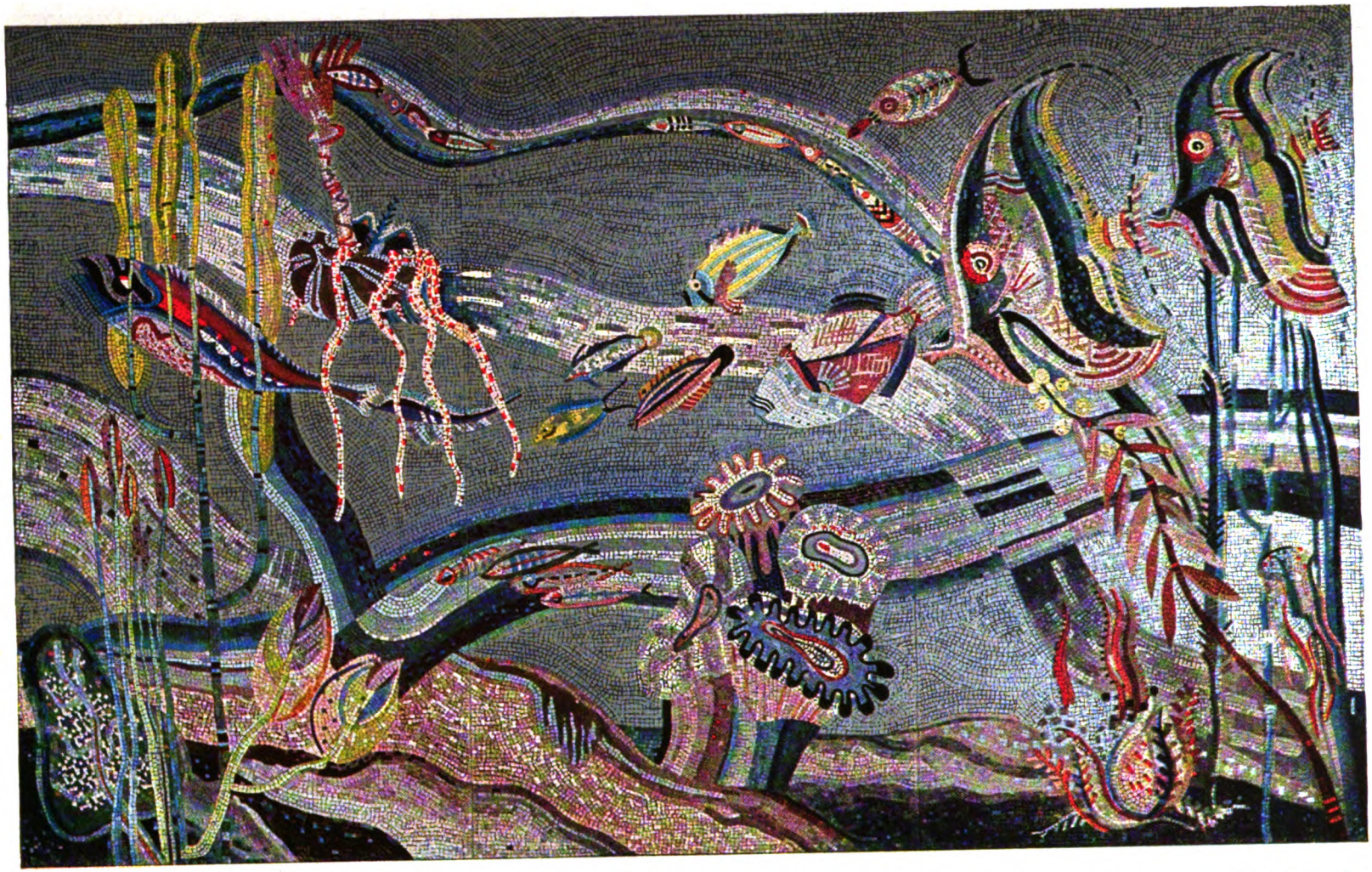


„Wolkenkratzer“
Ausschnitt aus der Supraporte über dem Eingang zum Sonnendeckrestaurant der S. S. „Bremen“
Entwurf: Olly Waldschmidt
Ausführung: Puhl-Wagner-Heinersdorff, Berlin-Treptow

Das künstlerische Mosaik — in unserem Falle das Glasmosaik — ist zwar eine uralte Kunst, aber es haben, obwohl viel Unkundige aus historischen Gründen Italien immer noch für das einzig klassische Land des Mosaiks ansehen, deutscher Erfindungsgeist, deutscher Fleiß und unser kunsthandwerklich sich immer mehr hebender Geschmack dem Mosaik zu neuer Blüte verholfen. Es sind jetzt gerade vier Jahrzehnte her, daß, von Berlin ausgehend, junge deutsche Künstler und Techniker das Glasmosaik für uns gleichsam neu erfunden haben. Diese vier Jahrzehnte schließen einen weit- und vielverzweigten Entwicklungsweg in sich ein, und der Name Puhl-Wagner-Heinersdorff ist für das Glasmosaik wie aber auch für die Schwesterkunst, die Glasmalerei und künstlerische Bauverglasung, schon zu einem Programm geworden. Die zahlreichen großen Werke, die in fast allen Staaten und Erdteilen durch diese deutschen Werkstätten ausgeführt worden sind, reden eine deutliche Sprache, und die Ergeb-

Digitized by Google

Digitized by Google



MOSAIKFELD AUS DEM VORRAUM ZUM BALLSAAL S. S. „BREMEN"
ENTWURF: MARIA MAY, BERLIN / AUSFÜHRUNG: PUHL — WAGNER — HEINERSDORFF
BERLIN-TREPTOW

AUS OCEANEXPRESS „BREMEN", VERLAG BRUCKMANN A.G. MÜNCHEN

Digitized by Google

Mosaiksetzer bei der Arbeit für die Mosaiken der S. S. „Bremen“
Aus den Vereinigten Werkstätten für Mosaik und Glasmalerei, Puhl-Wagner-Heinersdorff, Berlin-Treptow

nisse zeigen, daß die Voreingenommenheit so vieler, die diesen Künsten nur eine „kirchliche“ Verwendung zusprechen möchten, sich irren. Immer wieder behaupten sich diese Kunstarten auch im Profanbau, ja es ergeben sich hier erst recht neue und ganz große Perspektiven. Es kommt nur darauf an, die jeweils gestellten Aufgaben klar zu erkennen und sie dann materialgerecht durchzuführen. Wir nennen hier nur wenige Beispiele, so für das Mosaik neben dem Aachener Münster, der neuen, im privaten Auftrag des Königs Alexander ausgestatteten Dynastiekirche in Belgrad, der Frauenfriedenskirche in Frankfurt a. M. oder der Kathedrale in St. Louis U. S. A., etwa noch den eindrucksvollen „Goldenen Saal“ im Stadthaus zu Stockholm, das prunkvolle Excelsiorbad in Berlin, das Metropolitan Life Insurance Building Ottwa, Kanada, die Williamsburgh-Savings-Bank, New-York, u. a. m.

Für die neue Glasmalerei aber nennen wir die berühmten Fenster im Internationalen Arbeitsamt Genf, eine Stiftung des Deutschen Reiches, Fenster im Grassi-Museum zu Leipzig oder im neuen Ullsteinhaus zu Berlin, alles Werke, an denen führende und fortschrittliche Künstler unserer Zeit mit den genannten Werkstätten zusammenarbeiteten.

Die vielfältigen Erfahrungen und die Auffindung neuer Wirkungsmöglichkeiten führten nun in der Ausgestaltung des Dampfers „Bremen“ zu besonders glücklichen Ergebnissen, die wir wenigstens in einigen Abbildungen hier vor Augen haben. So sind nach Entwürfen der Malerin Maria May, Berlin, 6 große Felder mit Tiefseemotiven auf silbern schimmerndem Grund für den Vorraum zum Ballsaal entstanden. Professor César Klein, Berlin, und Frau Professor Olly Waldschmidt, Stuttgart, entwarfen fein komponierte und in ihrer Flächenaufteilung wirkungsvolle Supraporten, die im Haupttreppenhaus über den Eingangstüren zur Großen Halle, bzw. zum Großen Sonnendeck-Restaurant sitzen. Die Mosaikausgestaltung des Schwimmbades geht auf die Idee des Professors Karl Wach, Düsseldorf, zurück; dieser hat ferner wie auch Professor Bruno Paul, Berlin, die Mosaikwände und -fußböden der 2 Luxusbäder entworfen. Hierbei wird man auch in der Verwendung besonderer Steingrößen auffallend glückliche, moderne Wirkungen eines neuen Mosaikstils feststellen. Im Ballsaal selbst befindet sich ein Silber-Fußboden in Mosaik. Schließlich sei, um auch die Verbindung von Mosaik und Metall hervorzuheben, auf die Mosaikspiegelnischen im Sonnendeck-Restaurant, Entwurf von Architekt Dr.-Ing. Hoffmann, Bremen, hingewiesen, wie auch auf dem Gebiet des Glasfensters auf die von dem Atelier des Professors Breuhaus selbst angeregten modernen Schliffscheiben mit zartfarbigen Überzügen in dem Speisesaal 1. Klasse und im Rauchsalon 3. Klasse. Aus all diesen Arbeiten geht die ebenso vielfältige wie sachgemäße Verwendung des gläsernen Werkstoffes und ihre technische Beherrschung durch die ausführenden Werkstätten hervor.

Zum Schlusse sei noch auf unser Bild hingewiesen, das einen Mosaikkünstler bei der Arbeit des Setzens zeigt. So blicken wir noch auf die Stätte, wo diese Arbeiten entstehen und zu letztlicher Wirkung gebracht werden. Jeder, der einmal dem Werdegang eines Mosaiks oder dem Entstehen eines Glasbildes gefolgt ist, beginnend in der Hütte und vor den heißen Schmelzöfen bis zum letzten Griff beim Ansetzen eines Mosaiks oder beim Einbau einer Verglasung, wird unvergeßliche Eindrücke mit sich nehmen. Wenn diese Zeilen zugleich auch nach dieser Richtung hin das Interesse für diese uralten und doch ewig jungen Künste erwecken könnten und wenn sie die Kenntnis von dem notwendigen Zusammenspiel von entwerfendem Künstler und ausführendem Kunsthandwerker, die wie Dirigent und Orchester im Sinne harmonischen Zusammenspieles eins sein müssen, vermitteln könnten, so wäre damit der Idee der Kunst und vor allem deutscher Handwerkskunst sicherlich manches gedient.

Digitized by Google

Gemeinsame Freuden

bedeuten in der Ehe die Arbeiten zur Ausschmückung des Heimes. Der Ausführung von Handarbeiten pflegt freilich der Gatte nicht mit besonderem Interesse zu folgen, dazu fehlt ihm die Geduld. Das wird gleich anders mit der

Singer Nähmaschine

Wenn man gemeinsam Stoff, Farbe, Form gewählt hat, ist mit Hilfe der „Singer“ und ihrer Spezialapparate die Arbeit rasch getan und beglückt folgt der Gatte der Ausschmückung des Heimes

Weitestgehende Zahlungserleichterungen
Mäßige Monatsraten

SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT

Singer Läden überall + Mehr als 9000 beschäftigte Personen

Digitized by Google

SCHINAG

SCHIFFS-INSTALLATION A.-G. * BREMEN

Lieferung und Einbau vollständiger elektr.
Anlagen auf Schiffen, Docks, in Häfen usw.
Elektr. angetriebene Schiffsmaschinen, wie
Lade- u. Ankerwinden, Rudermaschinen usw.
sowie alle Spezialantriebe für Motorschiffe

Lieferantin der gesamten elektr. Anlage einschließlich Einbau
auf Schnelldampfer „Bremen" des Norddeutschen Lloyd.

LLOYD

DYNAMOWERKE A.-G. * BREMEN

Herstellung von Drehstrom-Motoren und Generatoren in jeder
Spezialausführung, Gleichstrommaschinen, Kompensierten
Motoren, Einanker-Umformern, Motorgeneratoren, Turboge-
neratoren, Transformatoren, Spezialmaschinen für Bordbetrieb

ELEKTRIZITÄTSGESELLSCHAFT
HANSA

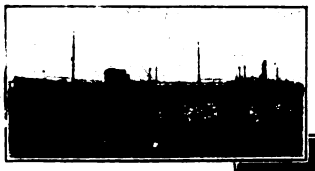
M. B. H. * BREMEN

Elektrische Anlagen für Fabriken, Hafenanlagen, Zentralen und Ortsnetze

Digitized by Google

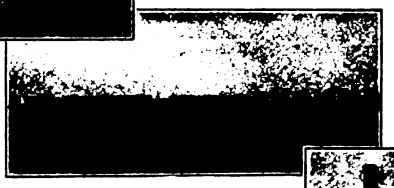
Neuzeitliche Energiequellen.

Das Erdöl und die Schiffahrt auf der Weser.



Tankschiff „Poebus"

72 Riesentanköl Anlage im Hamburger Petrol.-Hafen.



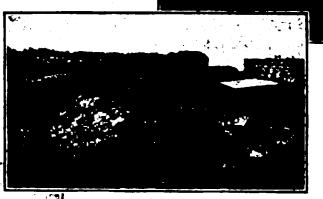
Verladestelle Nordenham

Großtankstation Columbuskaje

Einer der Seeleichter d. D.A.P.G.

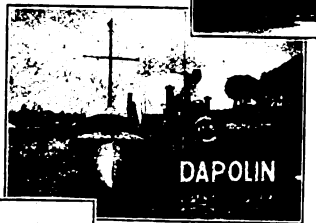
Tankkähne vor der Verladestelle Mannheim

Eine der fünf Benzinfabriken (Düsseldorf)

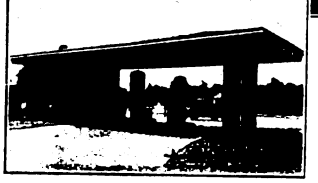


Morgens früh auf einem der vielen 100 D. A. P. G.-Läger (Charltbg.)

Eisenbahnkesselwagen vor der Verlade-Stelle Stettin



Tankautos versorgen d. Dapolin-Pumpen



Eine der vielen schwimmenden Tankstellen. (Bremen)

So sehen die vielen neuzeitlichen Dapolin-Stationen aus.

Wenn heute die Produkte des Erdöls unentbehrlich geworden sind für die gesamte Wirtschaft eines Kulturvolkes, so gilt dies auch für dessen Schiffahrt und zwar sowohl für die des Binnenlandes wie für die nach Uebersee. Diese wird in gleich starkem Maße wie alle anderen großen Wirtschaftsgebiete von einer durchgreifenden Rationalisierung erfaßt, die sich hier in zwei verschiedenartigen Neuerungen zeigt. Auf der einen Seite in der Ersetzung der Kohlen- durch die Heizöl-Feuerung bei der Seedampfschiffahrt, und auf der anderen Seite in der Verdrängung der Dampfmaschine durch den Dieselmotor sowohl bei der See- wie bei der Binnenschiffahrt. Beide Neuerungen sind bedingt und ermöglicht durch das Vorhandensein einer zuverlässig arbeitenden Organisation, die durch ihre Einfuhrläger, durch ihre Transportmittel, durch ihre Lagerorganisation usw. die Bunkerstationen für die Schiffahrt mit Gasöl, Dieselöl oder Heizöl jederzeit versorgt. Diese Riesenorganisation heißt: Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.

Auch die Schiffahrt der Weser hat stark an der modernen Entwicklung teilgenommen. Nicht nur die großen Passagierdampfer des Lloyd, der „Columbus" oder die Neubauten „Bremen" und „Europa", die besonders hohen Anforderungen gerecht werden müssen, feuern Heizöl, sondern auch eine ganze Reihe Frachtschiffe des Lloyd, der D. G. „Neptun" usw. besitzen Dieselmotoren, für die bekanntlich Dieselöl als Betriebsstoff benötigt wird. Ebenso wie in der Großschiffahrt ist es auch in der Küsten-, Fluß- und Kanal-Schiffahrt und in der Fischerei, wo überall der Siegeslauf des Rohölmotors bezeichnend ist. Wie sich in ganz Deutschland an den Meeresküsten und den Wasserstraßen des Binnenlandes ein dichtes Netz von Bunkerlägern und -Stationen hinzieht, so auch im Wirtschaftsgebiet der Weser. Dieses Netz, das die D. A. P. G. in Erkenntnis der Anforderungen der modernen Schiffahrt in einer erstaunlich kurzen Zeit geschaffen hat und das sie heute noch immer dichter ausbaut, wird durch eine vorbildliche und zuverlässig arbeitende Verteilungsorganisation (Tankleichter, Tankkähne, Kesselwagen, usw.) von den Einfuhrhäfen aus (Hamburg, Rotterdam und Düsseldorf) versorgt. An der Weser besteht für die Großschiffahrt seit langer Zeit die ausgedehnte Bunkerstation und Verladestelle der D. A. P. G. in Nordenham. Nachdem jetzt die beiden Neubauten des Lloyd „Bremen" und „Europa" vor der Vollendung stehen, hat sich die D. A. P. G. entschlossen, den neuesten Anforderungen des Schiffahrtsbetriebes Rechnung zu tragen, — und eine Bunkerstation größten Ausmaßes ist jetzt auf der Columbus-Kaje fertiggestellt worden. Sie besteht aus einer Reihe gewaltiger Tanks, die zum Teil einen Durchmesser von 31 m haben und z. B. den Inhalt von 600 Eisenbahnkesselwagen = 10 langen Güterzügen in sich aufnehmen können. Die großen Pumpanlagen sind imstande, in einer Minute etwa 6000 Ltr. zähflüssiges Heizöl in die Bunker der Schiffe überzupumpen, so daß die größten Passagierdampfer innerhalb weniger Stunden ihren gesamten Betriebsstoff übernehmen können. Ein ausgedehntes Rohrleitungsnetz mit langen, unterirdisch gangbaren Kanälen, Oel-, Dampf- und Heizrohren erstreckt sich über die ganze Columbuskaje (die über 1 km lang ist), bis zum Verbindungshafen hin.

Wie sich heute in ganz Deutschland an allen Landstraßen und in allen Orten die Dapolin-Pumpen hinziehen, wie sich überall viele tausend D. A. P. G.-Läger befinden, die mit einer ausgedehnten Transportmittel-Organisation (tausende von Eisenbahnkesselwagen, Tankautomobilen, Petroleum- und Gasölwagen usw.) die Versorgung der Wirtschaft mit lebenswichtigsten Erzeugnissen sicherstellen, so bestehen auch an den Ufern der Weser eine größere Anzahl von Bunkerplätzen und schwimmenden Tankstellen für die Versorgung der modernen Küsten- und Flußschiffe mit Dieselöl, Gasöl, Dapolin, etc. (Bremerhaven, Geestemünde, Brake, Nordenham, Bremen, Minden, etc).

Riesige Kapitalien sind in den Bau der geschilderten größten, großen, mittleren und kleinen Bunkerstationen an der Weser wie überall in Deutschland, sowie auch in die Einrichtung einer zuverlässig arbeitenden Versorgungsorganisation investiert worden. Aber erst hierdurch konnten die notwendigen neuzeitlichen Betriebsrationalisierungen im gesamten Schiffahrtsbetrieb reibungslos durchgeführt werden. Die dadurch gemachten Ersparnisse und Gewinne tragen erheblich zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft bei. —

Digitized by Google

Das Nordseebad Rüstringen

— Das Bad, das sie suchen —

wird im Osten und Süden von der See umspült. Es hat alle hygienischen und verkehrstechnischen Einrichtungen der Neuzeit. Die Unterkunftsmöglichkeiten sind ideal. Pensionen und eigne Verpflegung nach Belieben. Ein großer, gartenarchitektonisch schönen Stadtpark, gut gepflegte Grünanlagen, Straßen mit blühenden und buntfarbigen Ziersträuchern sowie künstlichen Baumformen geben dem Ort künstlerisches und rhytmisches Gepräge. Wochenendaufenthalt! — **Täglich Seedampferverkehr nach Wangerooge und Helgoland. — Keine Kurtaxe! —**

Werbeschriften durch die Badeverwaltung.

BAD PISTYAN

bietet d. „Deutschen Presse“ zur Kur ganz besondere Begünstigungen.
Vulk. Schwefel-Schlammquellen — Rheuma, Gicht.
400 Morgen Park, Tennis, Golf, Rudern, Fischen.
Ausk.: **Pistyan-Büro, Berlin W 15, Meierottostr. 1**

Die Flotte der deutschen Heringsfischereien besteht zurzeit aus:

5 Dampfern,
64 Dampfloggern,
50 Motorloggern und
17 Segelloggern.

Beheimatet sind die Schiffe in Emden, Vegesack, Wesermünde, Nordenham, Glückstadt, Elsfleth und Leer. — Gesamtfang der deutschen Flotte im Jahre 1928:

255104 handelsüblich gepackte Tonnen Salzheringe.

Gesamtverbrauch Deutschlands an Salzheringen im Jahre 1928 etwa

1000000 handelsüblich gepackte Tonnen.

Der gesamte deutsche Fang wird unter der Marke D.H.G. durch die

Deutsche Herings-Handels-Gesellschaft m.b.H.

in Bremen in den Handel gebracht.

Ein deutscher Herings-Dampflogger

Digitized by Google

Norddeutsche Wollkämmerei & Kammgarnspinnerei Bremen

TELEGRAMMADRESSEN: KAMMGARN BREMEN
NORDWOLLE BREMEN

Eigene Werke:

Delmenhorst
Altona-Bahrenfeld
Eisenach
Fulda
Glücksbrunn
Hainichen i. Sa.

NWK

Garantiezeichen für sämtliche Erzeugnisse

Eigene Werke:

Hamburg
Langensalza
Leipzig
Mühlhausen (Thür.)
Wernshausen
Wilhelmsburg (Elbe)

Fabrikate:

Spinnereien: Alle Sorten rohweißer, farbiger und melierter Wollgarne für die Kammgarnweberei, Wirkerei, Hand- und Maschinenstrickerei, Phantasie-, Sport-, Stick- und Häkelgarne jeder Art.

Strickerei: Strickwaren: Strümpfe, Socken, Stutzen, Westen, Jacken, Kleider etc.

Nebenbetriebe: Fabrikation von Wollfett (gereinigt und ungereinigt) für technische und pharmazeutische Zwecke.

Herstellung von Haushaltungs- u. Toiletteseifen, Parfüms und Crêmes.

Eisengießerei: Alle Arten Maschinenguß.

Die führenden Marken der NWK:

seit 1741 Fabrik-Zeichen

Sternwollen

Schwanenwollen

Taubenwollen

3 Kugel Marke

Strickwaren

Digitized by Google

Haake-Beck

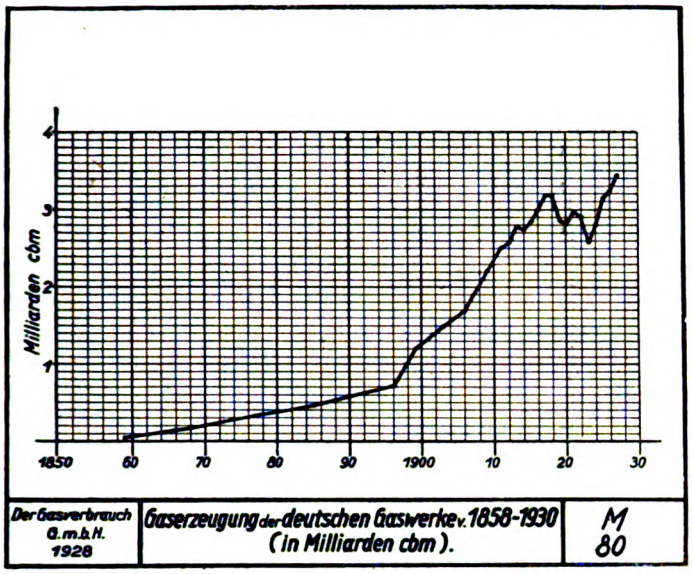
das

deutsche Qualitätsbier

HAAKE-BECK BRAUEREI
BREMEN

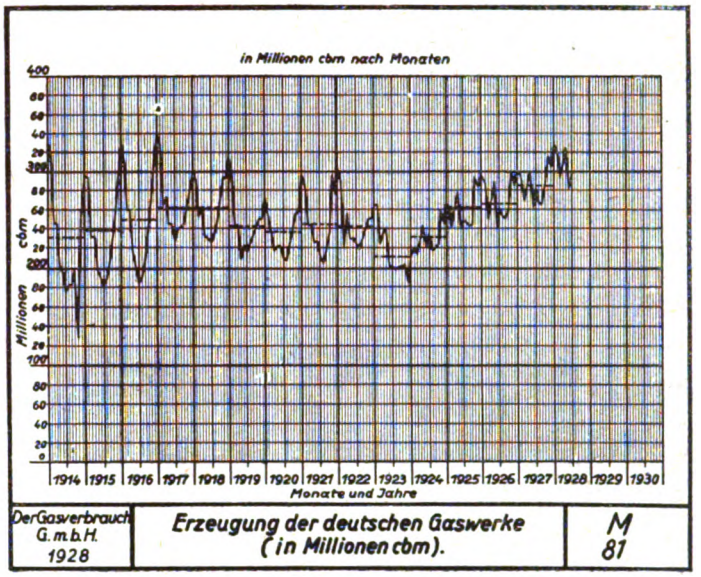
Digitized by Google

Digitized by Google



2. Die angeblich „tote“ Gasbeleuchtung spielt in der öffentlichen Beleuchtung noch heute eine ausschlaggebende Rolle. Rund 74 % der beleuchteten Straßenlänge Deutschland sind mit Gas erhellt; denn Gaslicht ist zuverlässig, billig, blendungsfrei und stufungsfähig. Der Ausfall an Wohnungsbeleuchtung durch Übergang von Gas zur Elektrizität wird weit mehr als ausgeglichen durch die rasche Ausbreitung des Gases als Wärmeträger für Warmwasserbereitung, Heizung und gewerbliche Zwecke. Die

1. Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß die Entwicklung der Gasabgabe nicht sonderlich günstig sei. Nach einer vorübergehenden Senkung der Abgabe in der höchsten Inflationsnot steigt die Gasabgabe regelmäßig um etwa 8 % jährlich; wenn man die in der obigen Statistik nicht mit berechneten Ruhrgasabschlüsse hinzunimmt, hat sie sich in den letzten fünf Jahren etwa verdoppelt. Die Vorkriegsproduktion ist längst überschritten.

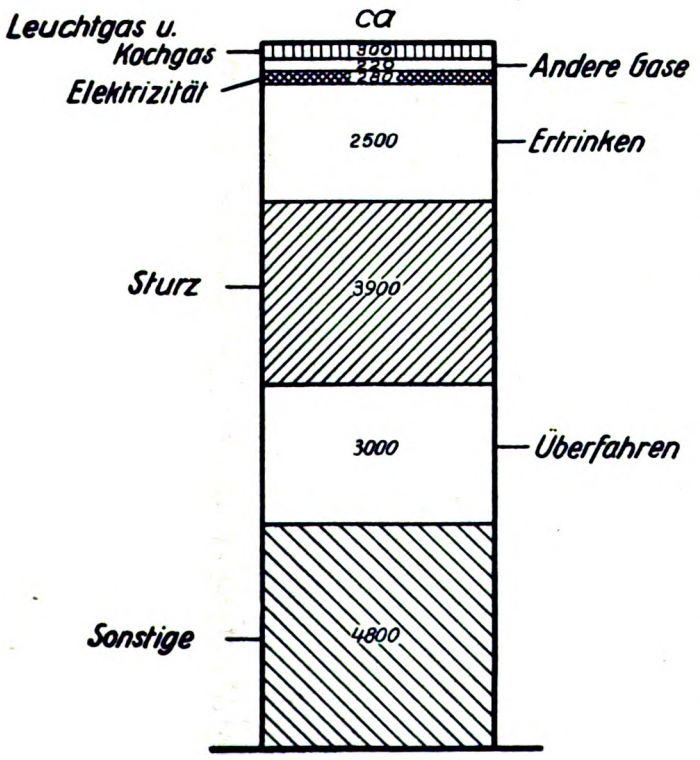


Belastungskurven der Gaswerke gleichen sich mehr und mehr aus, so daß in Verbindung mit der Speicherfähigkeit des Gases ein ideal glatter Verlauf von Energieschaffung und Energieverteilung sich allmählich entwickelt.

3. Gas hat nur beschränkte Verwendungsgebiete? Einer von den vielen Irrtümern, die über industrielle Dinge verbreitet sind. Auf kurze Formel gebracht, bietet Gas die technische und wirtschaftliche Möglichkeit, nahezu jede Art der Wärmeversorgung zu übernehmen, sofern eine einigermaßen dicht besiedelte Gegend zu versorgen ist. Rund 8,5 von den rund 15 bis 16 Millionen deutschen Haushaltungen sind z. B. mit Gas versorgt. Berücksichtigt man nur die Haushaltungen gasversorgter Gebiete, so sind mehr als 86 % von ihnen an die Gasversorgung angeschlossen. Kohle ist Rohstoff, kein Brennstoff. Ihre sachgemäße Überführung in die menschliche Energie- und Chemiewirtschaft heißt Entgasung, nicht Verbrennung.

4. Ein angeblich sehr trübes Kapitel entpuppt sich als außerordentlich harmlos: Gasunfälle im Lichte objektiver Statistik. Von verschiedensten Seiten werden die Gasunfälle als Kinderschreck zu Propagandazwecken spazieren geführt. Der amtliche neutrale Statistiker weist nach, was es mit dem Gerede vom „gefährlichen“ Leuchtgas auf sich hat und wie gering überhaupt die Gefahren häuslicher Energiewirtschaft im Verhältnis zu den übrigen Gefahren des Alltags sind. Darum Schluß mit dem Märchen vom gefährlichen Gas!

Zahl tödlicher Unfälle
(jährlich, Preußen ohne Saar,) rund 15000



Digitized by Google

Ihr Alter in Ruhe geniessen

das können Sie nur, wenn Sie für Kapital oder ausreichende Pension, ganz wie es Ihren Verhältnissen und besonderen Wünschen entspricht, durch Abschluß einer Lebens- oder Pensionsversicherung sorgen.

Billiger und vorteilhafter

als bei irgendeinem anderen Unternehmen ist der Abschluß einer Lebens- oder Pensionsversicherung bei der Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse. Bei dieser Anstalt können außer den auf Grund des Tarifvertrages obligatorisch versicherten Redakteuren folgende Berufsgruppen freiwillige Versicherungen abschließen:

Verleger deutscher Tageszeitungen

Leitende Angestellte von Zeitungsverlagen und Nachrichtenbüros

Redakteure von Zeitschriften

Hauptamtliche Journalisten, die gleichzeitig für mehrere Zeitungen tätig sind.

Inhaber von Nachrichten- und Korrespondenzbüros

Redakteure bei Korrespondenzbüros

Redakteure bei staatlichen, städtischen und Partei-Pressestellen

Freie Schriftsteller im Hauptberuf

Die Versorgungsanstalt bietet nachweislich auf Grund eines Spezialvertrages mit der Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank Aktiengesellschaft und der Concordia Lebensversicherungsbank Aktiengesellschaft **günstige Versicherungsbedingungen, niedrige Beiträge, hohe Gewinnbeteiligung** (bereits nach einem Jahre). Kostenlose und unverbindliche Auskunft erteilen Ihnen gerne die

Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse

G. m. b. H., Berlin W 8, Mauerstrasse 16-18

sowie die Vertretungen der

Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank Aktienges.

und der

Concordia Lebens-Versicherungs-Bank Aktien-Gesellschaft

Digitized by Google

„Hallische Nachrichten und Heimat". — Unter diesem Titel steht eine 70 Seiten starke Sonderausgabe der „Hallischen Nachrichten" (vom 15. Mai 1929), die anläßlich des 40jährigen Bestehens dieser in Halle und Mitteldeutschland weit verbreiteten Zeitung in einer Auflage von 80 000 Exemplaren herausgebracht wurde. Die Sondernummer der „Hallischen Nachrichten", die typographisch wirkungsvoll ausgestaltet ist, verschafft durch Reichhaltigkeit des Inhalts und auch durch einen umfangreichen Inseratenteil einen überzeugenden Eindruck von der einflußreichen Arbeit eines Blattes, das in vier Jahrzehnten emporstrebender Entwicklung fest in dem heimatlichen Boden ihres mitteldeutschen Erscheinungsbereichs verwurzelt ist.

Die Entwicklung der „Hallischen Nachrichten" ist parallel gegangen mit der Entwicklung eines Wirtschaftsgebietes, das mit dem Begriff des engeren mitteldeutschen Industriereviers umrissen ist. In diesem Bezirk und in dessen Wirtschaftsmetropole Halle sind die „Hallischen Nachrichten" im Dienste der Gesamtheit wie des Einzelnen stets ein wertvolles Instrument der Öffentlichkeit gewesen, ein lebendiger Ausdruck der ideellen, sozialen und wirtschaftlichen Kräfte, von denen dieses Gebiet emporgetragen wurde. Diese Tatsache, die ihre äußere Bestätigung in der Verbreitungsziffer der „Hallischen Nachrichten" findet, rechtfertigt den Zweck der reichillustrierten Ausgabe „Hallische Nachrichten und Heimat". Nicht nur die Pflege heimatlicher Kultur findet in ihr eingehende Würdigung, sondern es wird auch ein Bild von der täglichen Arbeit derer, welche die Zeitung formen und gestalten helfen und im Dienst an Heimat und Volk stehen, vermittelt. Die geistigen Arbeitsvorgänge der Zeitung, die Fülle und Vollkommenheit ihrer technischen Einrichtungen und die Leistungsfähigkeit eines modernen Druckereibetriebes werden in besonderen Artikeln abgewandelt. Es folgt außerdem eine Zusammenstellung der Beilagen der „Hallischen Nachrichten", die erkennen läßt, wie dieses mitteldeutsche Blatt bemüht ist, alle Fragen des Tages, denen der praktischen Lebensführung und denen der idealen Lebenserhöhung, Raum zu geben.

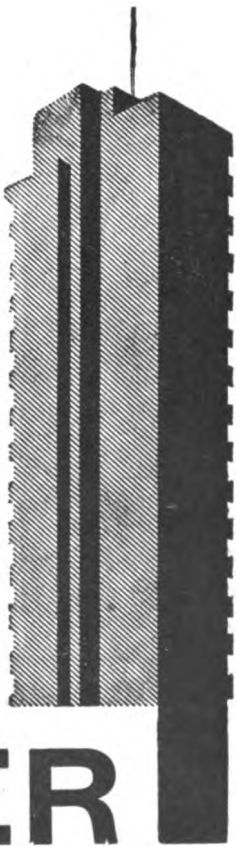
Der Anlaß zur Herausgabe dieser beachtenswerten Sondernummer war nicht nur das 40jährige Bestehen der „Hallischen Nachrichten", sondern auch die Erneuerung der Betriebsräume dieser Zeitung, welche in ihrem an der Hauptstraße gelegenen Häuserblock vor allem den Bau einer neuen, im modernen Baustil gehaltenen Schalterhalle und die Schaffung ausreichender Räume für Verwaltung und Redaktion vornahm, eine Maßnahme, welche durch den gesteigerten Verkehr und die glückliche Entwicklung des Unternehmens erzwungen war.

Der große Duden. Rechtschreibung der deutschen Sprache und der Fremdwörter. Mit Unterstützung des Deutschen Sprachvereins, des Deutschen Buchdruckervereins, des Reichsverbandes Österreichischer Buchdruckereibesitzer, des Schweizerischen Buchdruckervereins sowie der deutschen und österreichischen Korrektorenvereine nach den für Deutschland, Österreich und die Schweiz gültigen amtlichen Regeln bearbeitet von Dr. Theodor Matthias. Zehnte, neubearbeitete und erweiterte Auflage. 54 und 656 Oktavseiten. In Leinen 4.50 RM. Bibliographisches Institut A.-G., Leipzig.

„Die strafrechtliche Haftung des verantwortlichen Redakteurs in der Rechtsprechung des Reichsgerichts". Von Dr. jur. Josef Trakatsch. Mit einem Geleitwort von Oberreichsanwalt Prof. Dr. Ebermayer. Erschienen im Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstr. 240/41. Preis RM 2.50.

Parapsychologische Korrespondenz
Ebing bei Bamberg, Bayern
Spezialkorrespondenz: Okkultismus, Spiritismus, Magie, Mystik, Hellsehprozesse, Spuk. — Originalbeiträge Prominententester. Probe Abonn. kostenlos.

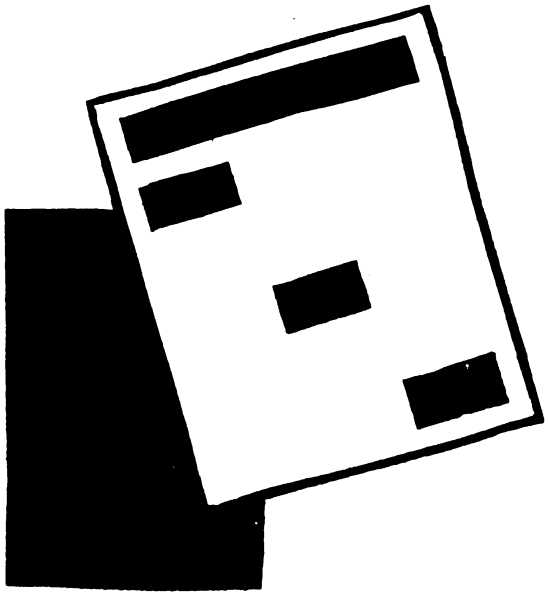
Größte
und bedeutendste Zeitung
Württembergs



Täglich 2 Ausgaben

STUTTGARTER
NEUES TAGBLATT

Digitized by Google



Aus der „Gazette“ wurde die moderne „Zeitung“ — aus dem einstigen Privileg der Kampf um das Publikum — und die Inserenten.

Die Sonntagsnummer ist immer noch die Visitenkarte der Zeitung, je reichhaltiger um so mehr in der Familie wurzelnd — den Inserenten den Erfolg verschaffend.

Unsere Kupfertiefdruck-Bildbeilagen und Illustrierte sind nicht wesensfremd — sie sind Teile Ihrer Zeitung. Wir arbeiten nur im Dienste unserer Bezieherzeitungen, auch im geldlichen Interesse.

Eine Anfrage an uns ist unverbindlich — für Sie aber sehr wertvoll, denn wir zeigen Ihnen aus langer Erfahrung hervorgegangene neue Wege.

Deutscher Bilderdienst G. m. b. H.

Berlin SW 11, Dessauer Straße 7

Digitized by Google

Der direkte Druck vom Klischee

ist die Spitzenleistung der modernen Zeitungsbebilderung.

Die Verfahren der Dr. Selle-Eysler A.G. machen sowohl bei Flach- als auch Rotationsdruck den umständlichen Abguß von Matern überflüssig. Machen auch Sie einen Versuch mit

Dr. Selle's Presse-Klischee-Dienst.

Achttägige unverbindliche Probebelieferung auf Wunsch.

Illustrierte Aufsätze!

Dr. Selle-Eysler A.G., Abt. Presse-Klischees
Berlin SW 29, Hasenheide Straße 55

Digitized by Google

Diese mehr als
148 Seiten
starke Verbandsnummer in einer Auflage von über 10000 Exemplaren wurde in
5 Tagen
gedruckt von der Buchdruckerei
Wilhelm Möller
Oranienburg-Berlin
Modernste Vorortdruckerei, Illustrations-, Werk- und Zeitschriftendruck, Dissertationen, Prospekte, Kataloge.

Beschwerden
über Nichtzustellung d.
Deutschen Presse
zuerst beim zuständigen Postamt, wenn dort ohne Erfolg, an den
Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik, Berlin SW 48, Friedrichstr. 240/41.

Vertretung
f. Schlesien übernimmt Redakteur mit langjähriger Praxis und sehr guten Beziehungen in beiden Provinzen. Ausf. Angeb. u. D. P. 1453 an den Verlag für Presse, Wirtschaft u. Politik G. m. b. H. Berlin SW 48.

Lehrling
f. Zeitungsverlag gesucht. Angebote unt. D. P. 1331 an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik Berlin SW 48.

„Presse und Pressa“
Ein Brevier für Journalisten und die es werden wollen.

Dr. Stern-Rubarth,
Chefredakteur des W. T. B. in der „Deutschen Presse:“
. . . . Im ganzen: es ist ein sorgfältig und liebevoll gearbeitetes Werk, aus dem man unendlich viel lernen kann. . .

Der Reichskunstwart:
. . . . Durch die geschickte Verbindung von Bild, Schlagwort und Text ist in diesem dauernden Erinnerungsbuch auch der Stil, den wir heute für derartige propagandistische Dinge suchen, in ausgezeichneter Weise erfaßt.

Reichsminister a. D. Sollmann:
. . . . von der Höhe Ihrer Leistung geradezu überrascht. Es ist die glänzendste Würdigung der Pressa, die mir unter die Augen gekommen ist.

Für Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse ist der Ursprungspreis von 5 RM auf **zwei Mark** herabgesetzt.
Zu beziehen: (zuzüglich 30 Pfg. Porto oder durch Nachnahme zuzüglich Porto RM 2.60.)
Verlag der „Deutschen Presse“, Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241

Einzelhefte
dieser Verbandstags-Sonder-Nummer
der „Deutschen Presse (Organ des Reichsverb. der deutschen Presse) zum Preise von Mk. 3.— (Nachnahmesendung mit 50 Pfg. Zuschlag) nur durch den **Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H.** Berlin SW 48, Friedrichstr. 240/41, Tel. Bergmann 6567

Berliner Vertretung
(Wahrnehmung aller Interessen) übernimmt noch für zwei mittlere Provinzzeitungen gegen geringe Pauschale bekannter Journalist mit vorzüglichen Verbindungen und eigenem Büro. Streng individuell. Offerten unter „D. P. 1464“ an die „Deutsche Presse“, Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41.

Welche Redaktion
hat Interesse für direkte Berichterstattung und interessante, wochenbriefliche, evtl. auch bildlich belegte Abhandlungen über Holland. Berichtgeber ist Mitglied des ersten Gesellschaftsklubs. Off. an W. J. Haefen, Amsterdam, Reguliersgracht 47.

Rundfunkreferate (Europa)
in Wochenbriefen
liefert namhafter Schriftsteller. Anfragen erbeten unter D. P. 1417 an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik, Berlin SW 48.

Angesehener Berliner Journalist
der über innerpreußische Angelegenheiten gut unterrichtet ist, zu einer Sonderberichterstattung über einen Spezialfall gesucht. Schriftliche Angebote unter D. P. 1469 an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik, Berlin SW 48.

Wer übernimmt gegen Vergütung die Unterbringung regelmäßiger Berichte, Aufsätze usw. aus
SÜDAFRIKA
Angebote unt F. S. an Box 2594 Kapstadt erbeten.

F. LÜDECKE A.-G.
BERLIN SW 68
ZWEIGNIEDERLASSUNG
BRESLAU
TOCHTERHAUS DANZIG
EMPFIEHLT
PAPIERE
ALLER ART
ZU BILLIGSTEN TAGESPREISEN

Wer liefert technische Artikel

Theater-Kritiker
ehemaliger Regisseur und Dramaturg mit abgeschlossenem Hochschulstudium übernimmt Theaterberichterstattung für angesehene Zeitungen. Offerten unter „D. P. 1385“ an die Geschäftsstelle der „Deutschen Presse“, Berlin SW 48.

Digitized by Google

Woher bezieht der Schriftleiter sein Korrespondenz- und Nachrichten-Material?

PRESSE-VERLAG DR. R. DAMMERT

BERLIN S.W. 48 WILHELMSTR. 130-32

POLITIK u. WIRTSCHAFT

Berliner Redaktion
Täglicher Leitartikeldienst, Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik, Informationen, Glossen, parlamentarische Stimmungsbilder, politische und wirtschaftliche Wochenschau usw.

Telefonischer Spezialdienst
als Berliner Vertretung, Berichterstattung nach den besonderen Wünschen der Zeitung, Spezialinformationen. Telefonat Tag und Nacht zu jeder gewünschten Zeit.

Nachrichtendienst
brieflich, zweimal täglich. Eigener Informations- und eigener Nachrichtendienst der Zeitung zur aktuellen Aufmachung (Informatorische Spitze, Nachrichten, Parlaments- und Börsenberichte).

Tagesfragen
Namensartikel bekannter Persönlichkeiten auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.

Auslandsbriefe
aus Paris, London, New-York, Wien, Bukarest, Rom, Madrid, Moskau u. a.

FEUILLETON u. UNTERHALTUNG

Die illustrierte Seite
Beiträge und Artikel über aktuelle, interessante, populär-wissenschaftliche und humoristische Themata, Reiseerlebnisse, auserwählte Artikel bekannter Schriftsteller, von namhaften Zeichnern illustriert, Sondernummern zu Fest-, Gedenktagen und wichtigen Ereignissen. Als **Manuskript** und als **Mater.**

Die Magazinseite
bringt Beiträge und Illustrationen nach dem Muster der modernen Magazine. Die Seite befaßt sich mit den aktuellen menschlichen Problemen der heutigen Zeit und enthält u. a. auch täglich Denksportaufgaben und illustrierte Scherze Als Manuskript und als Mater.

Die unpolitische Seite
das tägliche aktuelle unpolitische Material, Artikel über interessante Tagesprobleme aller Lebensgebiete, abenteuerliche Begebenheiten, Gedenkartikel und der vermischte kleine Lesestoff aus aller Welt. Täglich als **Manuskript** oder als **Mater.**

Die Auslese
auserwählte Namensbeiträge bekannter Schriftsteller, Novellen und Skizzen, Kunst, Wissenschaft und Leben.

Die Unterhaltungsbeilage
Das gepflegte Unterhaltungsblatt für die Familie (Erzählungen, Novellen, Skizzen, kleines Feuilleton, humoristische Ecke, Rätsel). Umfang 4 Seiten Quartformat, Versand zweimal wöchentlich als **Manuskript** oder **Mater.**

Zeitungs-Romane
(als **Manuskript** oder **Mater**).

FACHKORRESPONDENZ u. MATERNBEILAGEN

Wöchentlich einmal als **Manuskript** oder **Mater**

Die Frau und ihre Welt	**Kommunale Zeitfragen**
Aus dem Reiche der Mode	**Garten und Landwirtschaft**
Dammerts Film-Korrespondenz	**Deutsche Aero-Korrespondenz**
Die schöne Welt (Reise u. Verkehr)	**Allgemeine Wehr-Korrespondenz**
Recht und Justiz	**Sport und Gymnastik**
Technische Rundschau	**Prakt. Volkswirtschaft u. Steuerfragen**
Die Funk-Korrespondenz	**Aerztliche Rundschau**

Der vorbildliche Sonderdienst:

Kleinigkeiten

Kurzbeiträge aus allen Weltteilen und zwar etwa 200 monatlich. Interessant, zeitgemäß und durchweg brauchbar! Verlangen Sie kostenfrei Angebot vom Sonderdienst „Kleinigkeiten" Hannover-Kirchrode

Sozialpolitik

WK.

Wohlfahrts-Korrespondenz

Nachrichten, Berichte u. Beiträge a. d. gesamt. Gebiete d. Wohlfahrtspflege u. sozialen Fürsorge.

Einzige sozialpolitische Spezialkorrespondenz.

Nur authentisches Material.

Fünfter Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal mit den Sonderbeilagen Landes- und Provinzdienst, Hygienische Beilage, Wohnungsfürsorge u. Wohnungsreform, Tagungen und Kongresse.

Ernst Boerschel, früh. Pressereferent im Reichsministerium des Innern und des Preuß. Ministeriums für Volkswohlfahrt, Berlin W 10, Corneliusstraße 4b (Barbarossa B 5, 8791)

Zeitungs-Romane

Fordern Sie Romane des

Carl Duncker Verlages

Berlin W 62

zur Prüfung an

Digitized by Google

Politik

Mirbachs Tel.-Büro
Berlin NW 6, Luisenstraße 31 b
Allgem. Nachrichtendienst
brieflich telefonisch
Matern für Westdeutschland
20 Cicero und 16 Cicero.
Nachrichten — Artikel — Feuilleton

Handel u. Wirtschaft

„Der Handelsteil“
BERLIN SW 61, Belle-Alliance-Platz 16.
1915 gegründete Spezialkorrespondenz
Aktuelle kurze Artikel erster Fachschriftsteller über alle Wirtschaftsfragen, Steuerwesen, Geldmarkt, Börse, Warenmarkt, Industrie. „Die Börsenwoche“, „Die Wirtschaftswoche“, Individ. Börsendienst, Informationen. — Kein Massendienst! Tägliche Beilage: Das Wichtigste vom Tage.

Eildienst der Deutschen Steuerzeitung
(Steuerschnellpost)
Der Eildienst erscheint je nach Bedarf.
Der Eildienst kostet 2 — Mk. pro Heft.
Industrieverlag Späth & Linde
BERLIN W 10 WIEN 1

„Die Wirtschaftskorrespondenz“
Herausgeber Dr. Paul Hilland, Berlin SW 29, Zossener Str. 3
Tel. Bergmann 5104
Unter Mitwirkung bekannter Wirtschaftspolitiker
Der Spezialdienst für die Provinzpresse. Wochenübersichten aus Börse und Wirtschaft — Leit- u. Spitzenartikel zu all. aktuellen Wirtschaftsfragen. Lageberichte v. all. deutschen u. intern. Warenmärkt. — Pariser, Londoner, Wiener und Amsterdamer Wirtschaftsbriefe.
Telefon-Berichterstattung und Berliner Handelsvertretung.

„Der Unternehmer“
Informationsblatt über alle wirtschaftspolitischen Vorgänge. Unterrichtet zuverlässig über die deutsche Unternehmerbewegung. Deutsche Industrieberichte für die in- und ausländische Presse. Bestellungen beim Verlag des „Unternehmer“, Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41. Für die deutsche Presse Probehefte gratis.

Änderungen für die Korrespondenztabelle
bitten wir bis spätestens Sonnabend einzusenden.

Rätsel

Rätsel
jeder Art, sowohl Originale, wie Serienlieferungen, beziehen Sie durch
Otto Tesmar, Essen
von-der-Tann-Straße 5.

Suchen Sie **Rätsel,** aktuell, mit oder ohne **Matern?** Verlangen Sie Proben der „Rätsel-Korrespondenz“ vom Rätselbüro des Ostens, Königsberg (Pr.) 4.

Abonnentenversicherung

Aachen-Leipzig
Lebensversicherungsbank AG-Leipzig
Brandenburger Str. 16b
Abonnenten-Versicherung

Zeitungs-Beilagen

Die in Qualität und Preiswürdigkeit führenden Zeitungsbeilagen
Panorama
in fünf verschiedenen Ausgaben und zwei Formaten in Kupfertiefdruck auf Qualitätspapier liefert der Bild- und Buch-Verlag G. m. b. H., Berlin SW 19, Leipziger Straße 76.

Klischee's

Selle's Präge-Presse-Klischees
Original-Zink-Klischees
keine Matern.
Verlangen Sie Angebot!
Dr. Selle-Eysler A.-G.
Berlin SW 29, Zossener Straße 55

Verschiedenes

Am Kamin Varel i. Oldbg.
liefert
Roman-Beilagen für Zeitungen
fertig gedruckt und in Matern
Kurzerzählungs-Korrespondenz
auch in Matern
Romane auch in Matern

Pressedienst Würth/Mannheim
berichtet über
Südwestdeutschland

Spannende Reiseschilderungen,
Feuilletons, ernsten und heiteren Inhalts, Lokalspitzen, Plaudereien liefert regelmäßig Max Schilling, Mitgl. d. Reichsverb. d. deutschen Presse, Göppingen, Oberhotenstraße 11.

Verlangen Sie einen Monat **kostenlos zur Probe** den wöchentlich erscheinenden
● **Hans Schraders Pressedienst** ●
über Tagesfragen der Werbe- u. Wirtschaftspolitik. Köln, Herwarthstr. 90.

Deutscher Matern Verlag
Hermann Berger
Berlin SO 36 Mariannenstr. 9
Korrespondenz Berger
Matern-Korrespondenz
täglich ab Berlin od. Mannheim
Matern-Romane
Unterhaltungs-Beilage
Seiten-Matern:
Ratgeber für Landwirt u. Siedler · Die Frau im Heim u. Beruf
Unterhaltungsseite mit kriminellem Einschlag

Bergheim
Sie den Bezug der Zeitung durch Sonderbericht
Aus deutschen Gauen
Städtebilder und Texte
Deutsches Reisen, Deutsches Wandern
Illustrierte Reisebeschreibungen
Verlangen Sie Referenz-Probeseiten in Matern von Strichätzungen
Frau Robert Hannelen Berlin

Angesehener Berliner Journalist
der über innerpreußische Angelegenheiten gut unterrichtet ist, zu einer Sonderberichterstattung über einen Spezialfall gesucht. Schriftliche Angebote unter D. P. 1469 an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik, Berlin SW 48.

Wer übernimmt gegen Vergütung die Unterbringung regelmäßiger Berichte, Aufsätze usw. aus
SÜDAFRIKA
Angebote unt F. S. an Box 2594 Kapstadt erbeten.

Wer liefert technische Artikel?
(mit Matern oder Klischees)
für Zeitungswochenbeilage (Bergbau, Eisen- u. Maschinenindustrie)
Eilangebote an
Merkater-Verlag, Duisburg

Verantwortlich für den Anzeigenteil: R. Meyer, Berlin NW. — Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41, Fernsprecher: Bergmann 346, 6567 — Druck: Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—6.

Aus dem Arbeitsgebiet des Reichskunstwarts.

Von Reichskunstwart Dr. Edwin Redslob.

Die Arbeit des Reichskunstwarts hat den ganzen Vorteil und den ganzen Nachteil der Tatsache, daß sie in sich einer Idee gilt: der Verstärkung des kulturellen Willens innerhalb der Tätigkeit der Reichsbehörden.

Einen wesentlichen Teil der Arbeit des Reichskunstwarts, dessen Amt man häufig das künstlerische Gewissen der Reichsregierung genannt hat, bleibt daher anonym. Sie ist beratend, anregend, oft verhindernd. Mit diesem Amt haben die künstlerischen Interessen gleichsam einen Fuß zwischen eine Tür gestellt, die sonst wohl häufig verschlossen sein würde; daß dem Fuß dabei besonders wohl zu Mute wäre, ist nicht immer zu sagen.

In der Anfangszeit des 1920 begründeten Amtes war der Kampf für die Steigerung der Wertarbeit nach einer Periode der Ersatzproduktion besonders wichtig, eine Arbeit, die in engster Verbindung mit den großen kulturellen Verbänden und Einrichtungen betrieben wurde. Ein 1920 in Buchform erschienener Vortrag auf der Leipziger Messe „Die Werbekraft der Qualität" ist aus dieser Tätigkeit heraus entstanden. Daraus entwickelte sich in der folgenden Zeit eine Vertiefung des Qualitätsgedankens und die Befreiung des Kampfes um die Wertarbeit von dem subjektiver Beurteilung. Es wurden die Grundlagen der Qualitätsarbeit untersucht, und die Arbeit richtete sich besonders auf Fragen des Handwerks. Das Schlagwort „Handwerkskultur" kennzeichnet diese Arbeit, die in engster Verbindung mit für das Handwerk bestehenden Institutionen geschah und zu einer Zusammenarbeit von Behörden und Verbänden führte, denen an den Fragen der Handwerkskultur lag. Ein 1922 in Hannover als dem Vorort des deutschen Handwerks gehaltener Vortrag „Das Können der deutschen Hand" kennzeichnet, ebenso wie ein Aufruf zur Erhaltung wertvoller Handwerkstechniken und andere für das Handwerk und für die Arbeitsgemeinschaft für deutsche Handwerkskultur betätigte Arbeiten diese Entwicklung.

Aus dem Eintreten für das im Volke lebendige Können entwickelte sich für den Reichskunstwart die Fürsorge für die deutsche Volkskunst. Die meisten mißverstehen heute die Volkskunst. Für sie ist es ein Branchenbegriff, ähnlich und noch verächtlicher als Kunstgewerbe. Daß es sich hier um die Grundlagen von Sitte und Brauch und um die Verbindung des Volksganzen mit künstlerischer und handwerklicher Arbeit handelt, und daß die Erhaltung des unserem Volke eigentümlichen Könnens auf dem Spiele steht, das sind Gesichtspunkte, die erst neu wieder durchgekämpft werden müssen. Die Herausgabe der einzelnen deutschen Heimatsgebieten gewidmeten Folge „Deutsche Volkskunst", von der zurzeit 10 monographisch abgeschlossene Bände vorliegen, gab die wissenschaftliche Grundlage zu dieser Arbeit. Die Vorbereitung einer Ausstellung für deutsche Volkskunst („Volkstum in Arbeit und Feier"), die ursprünglich in Dresden veranstaltet werden sollte, deren Verwirklichung jetzt aber an anderer Stelle vorbereitet wird, ist hierfür als entscheidend zu nennen.

Auf der Grundlage solcher Ideen und in engstem Zusammenhang mit der praktischen Tätigkeit des Amtes entwickelte sich die Beschäftigung mit Fest und Festesbrauch. Einzelne große staatliche Feiern, deren Gestaltung wesentlich Sache des Reichskunstwarts war, gaben die Möglichkeit, hier neue Bahnen zu beschreiten und insbesondere eine enge Beteiligung der Künstler an den großen Staatsfeiern herbeizuführen.

Auch verband sich eine Fülle von Einzelarbeit, die auf dem Gebiet der Formgebung und der Heraldik des Reichs im Laufe der Jahre geleistet war, mit diesem Thema, ebenso wie die Beteiligung an einer Reihe von Ausstellungen Gelegenheit bot, unmerklich auf dieses Gebiet hinzuweisen.

Dieser ideellen Seite des Amtes steht in ständiger Wechselwirkung die praktische Betätigung gegenüber, vor allem auf dem Gebiet der Formgebung des Reichs. In der amtlichen Graphik konnte mancherlei verwirklicht werden, was als wegbereitend für die Durchsetzung geschmacklich guter Gebrauchsgraphik innerhalb der Behörden empfunden wird. In dieser Möglichkeit, Vorbilder aufzustellen und eine Bresche zu schlagen, liegt ja überhaupt der Reiz kultureller Arbeit innerhalb der Ämter und der Lohn für die ganz besondere Mühe, die sie erfordert.

Über die künstlerische Formgebung des Reichs orientiert eine Publikation, welche der Bund Deutscher Gebrauchsgraphiker in einer Sondernummer seiner Zeitschrift „Gebrauchsgraphik" unter dem Titel: „Die amtliche Graphik des Reichs und ihre Auswirkung auf Kunst und Handwerk" im Jahre 1925 herausgab.

Die amtliche Graphik des Reichs wurde besonders durch eine Ausstellung bekannt, die in verschiedenen Orten Deutschlands gezeigt wurde. Vor allem aber wurden auf der Pressa Köln 1928 innerhalb der Ausstellung, die die Verbindung der Arbeiten der Reichsbehörden mit der Presse zeigte, eine ausgewählte Reihe von Beispielen vorgeführt. Eine besondere Veröffentlichung „Die künstlerische Formgebung des Reichs" unterrichtet über diese Ausstellungen.

Auf dem Gebiet des Ausstellungswesens wird der Reichskunstwart sonst eingestandenermaßen gewöhnlich dann beteiligt, wenn besondere Schwierigkeiten auftreten oder wenn im allerletzten Termin noch eine Absage verhin-

Digitized by Google

dert bezw. eine Beteiligung ermöglicht werden soll. Beispiele hierfür sind die Kunstausstellung auf der Olympiade in Amsterdam, die durch die Bindung an das Thema „Sport" erschwert wurde. Hier hat sich das Einsetzen aller Kräfte und die freudige Bereitwilligkeit vieler Künstler sehr gelohnt, denn der Erfolg der Ausstellung, die Deutschland acht Preise und somit den bei weitem ersten Erfolg brachte, war außerordentlich groß.

In diesem Jahr bot die Beschickung der Ausstellung für amtliche Graphik in Zürich und die im letzten Augenblick erreichte Beschickung der internationalen Exlibris-Ausstellung in Brüssel Beispiele dafür, daß die Durcharbeitung so vieler Gebiete durch eine amtliche Stelle sich lohnt.

Es würde zu weit führen, auf all die Einzelheiten einzugehen, die in dem Amt zusammenlaufen. Wichtig ist nur immer wieder die Tatsache, daß die Zahl der an den Einzelarbeiten beteiligten Künstler besonders groß ist und daß ihre Arbeiten vielfach auch auf andere Behörden und Organisationen Einfluß bekamen, so daß sich die beratende Tätigkeit des Amtes immer mehr erweiterte. Das gilt außer für einen wesentlichen Teil der amtlichen Graphik vor allem auch für Medaillen und Münzen, für die — leider nicht verwirklichten — Markenentwürfe mit Motiven deutscher Städte sowie für die Heraldik des Reichs. Auf dem Gebiet der Heraldik hat seit der im Reichstag erfolgten Ausstellung über die künstlerische Formgebung des Reichs ein nicht unwesentlicher Teil der beratenden amtlichen Arbeit gelegen, weil — kennzeichnenderweise insbesondere in den deutschen Grenzgebieten — Städte, Gemeinden und Kreis zu einer Neubelebung der Heraldik schreiten und weil nach Aufhebung des Heroldsamtes hier eine beratende Stelle gebraucht wird, die in vermittelndem Sinne sowohl auf heraldisch-historischem wie auch auf praktisch-künstlerischem Gebiet wirkt.

Selbstverständlich ist das Amt vielfach auch bei Baufragen beteiligt, und zwar nicht nur bei Bauten der Reichsbehörden, sondern auch bei baulichen und städtebaulichen Aufgaben von großer allgemeiner Bedeutung. An dem Vorkampfe für die baulich sichtbare Ausgestaltung Berlins zur wahren Hauptstadt des Reichs ist der Reichskunstwart naturgemäß beteiligt. Aus dieser Tätigkeit ist das Vorwort zu dem kürzlich erschienenen Tafelwerk „Berliner Bauten der Nachkriegszeit" zu nennen, und in einem ideellen Zusammenhang hiermit steht auch die Veröffentlichung eines Werkes „Deutsche Bauten als Dokumente deutscher Geschichte".

Die Schwierigkeit des Amtes liegt darin, daß die meisten Behörden, Verbände und Private, die es benutzen, aus ihrem eigenen Arbeits- und Interessengebiet heraus nur einen Teil von der Tätigkeit des Amtes überblicken, daß aber die wenigsten Verständnis dafür haben, wie schwer es ist, mit einem Minimum von Hilfskräften und mit geringfügigen Mitteln eine Arbeit durchzukämpfen, deren Reiz, aber auch deren Schwierigkeit nicht zuletzt in ihrer ungewöhnlichen Mannigfaltigkeit liegt.

Zum Branntweinmonopol des Deutschen Reiches.

Von Regierungsrat Dr. Goetzeler, Berlin.

Das geltende Branntweinmonopol des Deutschen Reichs, das in der Spiritus-Zentrale, eines aus der Vereinigung der Brenner sowie der Spritfabriken bestehenden Kartells mit monopolartigem Gepräge, seinen wirtschaftlichen Vorläufer hat, ist im wesentlichen ein Handelsmonopol. Es hat nach dem Branntweinmonopolgesetz vom 8. April 1922 zum Gegenstand die Übernahme und Verwertung des im Deutschen Reich hergestellten Branntweins aus den Brennereien und damit im Zusammenhang ein Einfuhr- und ein Reinigungsmonopol. Außerdem ist der Reichsmonopolverwaltung das ausschließliche Recht vorbehalten, Branntwein aus Stoffen herzustellen, aus denen vor dem 1. Oktober 1914 Branntwein gewerblich nicht gewonnen worden ist (hauptsächlich Ablaugen der Zellstoffgewinnung). Branntwein, der ausschließlich aus Obst, Beeren, Wein, Weinhefe, Most, Wurzeln oder aus Rückständen davon hergestellt wird, Kornbranntwein sowie Branntwein aus Abfindungsbrennereien, d. h. im wesentlichen Kleinbrennereien, die in einem Betriebsjahr nicht mehr als 3 Hektoliter Weingeist herstellen, unterliegt nicht dem Handelsmonopol des Reiches, für ihn ist vielmehr eine steuerähnliche Abgabe, der Branntweinaufschlag, zu entrichten.

Das Handelsmonopol des Reiches,

das den Kern der heutigen Monopolwirtschaft bildet und darum kurz betrachtet werden soll, knüpft an eine längere historische Entwicklung an, die eng in Verbindung steht mit der Landwirtschaft Mittel- und Ostdeutschlands und mit der Bedeutung der Brennerei für die mittleren und leichten Böden dieser Gebiete: Die Brennerei schafft eine Verwertungsmöglichkeit der für die Fruchtwechselwirtschaft wichtigen Kartoffel und liefert gleichzeitig für die Landwirtschaft neben dem Branntwein ein hochwertiges Futtermittel, die Schlempe. So wird die Kartoffel, ein eiweißarmes Erzeugnis, umgesetzt in ein eiweißreiches Futtermittel, das für die Viehhaltung von großer Bedeutung ist. Indem auf dem Wege über das Vieh dem Boden als Dünger wieder die wichtigsten Nährstoffe zugeführt werden, vollzieht sich ein Kreislauf, in den die landwirtschaftlichen Brennereien mit einer besonders wichtigen Funktion hineingestellt sind. Auf diese

Digitized by Google

Verhältnisse war die Branntweinwirtschaft schon vor dem Kriege eingestellt, und diese Verhältnisse sind auch der Ausgangspunkt für das Verständnis des geltenden Branntweinmonopolgesetzes, das den Begriff der landwirtschaftlichen Brennerei wie folgt umschreibt: „Als landwirtschaftliche Brennereien gelten die Brennereien, die ausschließlich Kartoffeln oder Getreide verarbeiten und bei deren Betriebe die sämtlichen Rückstände in einer oder mehreren den Eigentümern oder Besitzern der Brennerei gehörenden oder von ihnen betriebenen Wirtschaften verfüttert werden und der so gewonnene Dünger vollständig auf dem den Eigentümern oder Besitzern der Brennerei gehörenden oder von ihnen bewirtschafteten Grund und Boden verwendet wird."

Neben den landwirtschaftlichen Brennereien, deren Branntweinerzeugung, um die allerletzte Vergangenheit herauszugreifen, im Betriebsjahr 1926/27 60,6 v. H., im Betriebsjahr 1927/28 sogar 68,5 v. H. der gesamten Branntweinproduktion ausmachte, treten die anderen Brennereien, also die Hefebrennereien, Melassebrennereien, Laugenbrennereien usw. und die Brennereien, die ablieferungsfreien Branntwein herstellen, was die Höhe ihrer Gesamterzeugung anbelangt, ganz wesentlich zurück.

Der von den landwirtschaftlichen und sonstigen ablieferungspflichtigen Brennereien erzeugte Branntwein wird von der

Reichsmonopolverwaltung

gegen Bezahlung eines nach bestimmten Gesichtspunkten abgestuften Kaufpreises (Übernahmegeld) übernommen, gereinigt und dem Verbraucher zugeführt. Branntweinübernahme- und Branntweinverkaufspreise werden von der Reichsmonopolverwaltung in gemeinschaftlicher Beschlußfassung mit dem Monopolbeirat festgesetzt. Der Branntweinübernahmepreis setzt sich zusammen aus einem Grundpreis (zurzeit 62 RM), der durch verschiedene Zuschläge oder Abzüge eine Veränderung erfahren kann. Der Grundpreis ist nach den gesetzlichen Vorschriften so festzusetzen, daß er die durchschnittlichen Herstellungskosten eines Hektoliters Weingeist in gut geleiteten landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien mittleren Umfanges deckt, wobei davon auszugehen ist, daß bei angemessener Verwertung der Kartoffeln die Schlempe dem Brennereibesitzer kostenfrei verbleibt.

Ein allgemeiner Betriebsabzug kommt in Frage z. B. bei Brennereien mit einer Jahreserzeugung von über 600 Liter Weingeist, für gewerbliche Brennereien, für Brennereien, die Branntwein im Überbrand erzeugen, d. h. über die Menge hinaus, die einer Brennerei für das Betriebsjahr nach Maßgabe einer besonderen Veranlagung als Brennrecht zugestanden ist.

Zuschläge zum Grundpreis werden bewilligt hauptsächlich für Branntwein mit einer besonders hohen Stärke, für Branntwein, der sich durch besondere Reinheit auszeichnet.

Abgesetzt wird der ablieferungspflichtige Branntwein nicht nur zur Herstellung von Trinkbranntwein, sondern auch

für industrielle Zwecke,

dann zur Bereitung von Speiseessig, zur Herstellung von Heilmitteln, von Riech- und Schönheitsmitteln und zu Putz-, Heizungs-, Koch- und Beleuchtungszwecken. Der Verkaufspreis ist differenziert je nach dem Verwendungszweck. Der für die Herstellung von Trinkbranntwein bestimmte Sprit, der die hauptsächlichste Einnahmequelle des Branntweinmonopols bildet, wird abgesetzt zum regelmäßigen Verkaufspreis (zurzeit 600 RM für das Hektoliter Weingeist), der Brennspiritus und der Industriesprit zum allgemeinen ermäßigten Verkaufspreise (zurzeit 40 RM für das Hektoliter Weingeist), der Sprit zur Herstellung von Heilmitteln, Riech- und Schönheitsmitteln zum besonderen ermäßigten Verkaufspreise (zurzeit 330 RM für das Hektoliter Weingeist), der Branntwein, der zur Essigherstellung dient, zum Essigbranntweinpreis (zurzeit 80 RM für das Hektoliter Weingeist).

Wie die beigegebene statistische Zeichnung ersehen läßt, ist der Branntweinabsatz zum allgemeinen ermäßigten Verkaufspreis am stärksten, während der Verkauf zum besonderen ermäßigten Verkaufspreis, zum Ausfuhrpreis und zum Essigbranntweinpreis andererseits ganz wesentlich zurücktritt und der Absatz zum regelmäßigen Verkaufspreis, also zur Befriedigung des Trinkbranntweinkonsums, den beiden erstgenannten Gruppen die Wage hält.

Die Durchführung des Monopols

obliegt der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein, die ihren Sitz in Berlin, Schellingstraße 14/15, hat. Die Reichsmonopolverwaltung gliedert sich in zwei Teile, das Reichsmonopolamt und die Verwertungsstelle. Beide unterstehen dem Präsidenten der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein. Beigegeben sind der Reichsmonopolverwaltung ein **Beirat**, der sich aus Mitgliedern des Reichstags, des Reichsrats, des Reichswirtschaftsrats, aus Vertretern der Branntwein erzeugenden und der Branntwein verbrauchenden Gewerbe und aus Vertretern der Arbeitnehmer dieser Gewerbe zusammensetzt und ferner ein Gewerbeausschuß, der die Vertretung der an dem Absatz und der Verarbeitung von Branntwein und Branntweinerzeugnissen beteiligten Gewerbe bei der Reichsmonopolverwaltung bildet. Während der Beirat in vielen Fällen, namentlich wie erwähnt, bei der Festsetzung der Preise entscheidend mitzuwirken hat, steht der Gewerbeausschuß der Reichsmonopolverwaltung nur beratend zur Seite.

Einzelhefte der Verbandstags-Sonder-Nummer 1929

der „Deutschen Presse" (Organ des Reichsverbandes der deutschen Presse) zum Preise von Mk. 3.— (Nachnahmesendung mit 50 Pfg. Zuschlag) nur durch den **Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik**, Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41, Postscheckkonto Berlin 14483. Tel. Bergmann 6567.

Digitized by Google

Die Bedeutung des Ruhrbezirks für das deutsche Wirtschaftsleben.

Von Dr. H. Meis, Verein für die bergbaulichen Interessen, Essen.

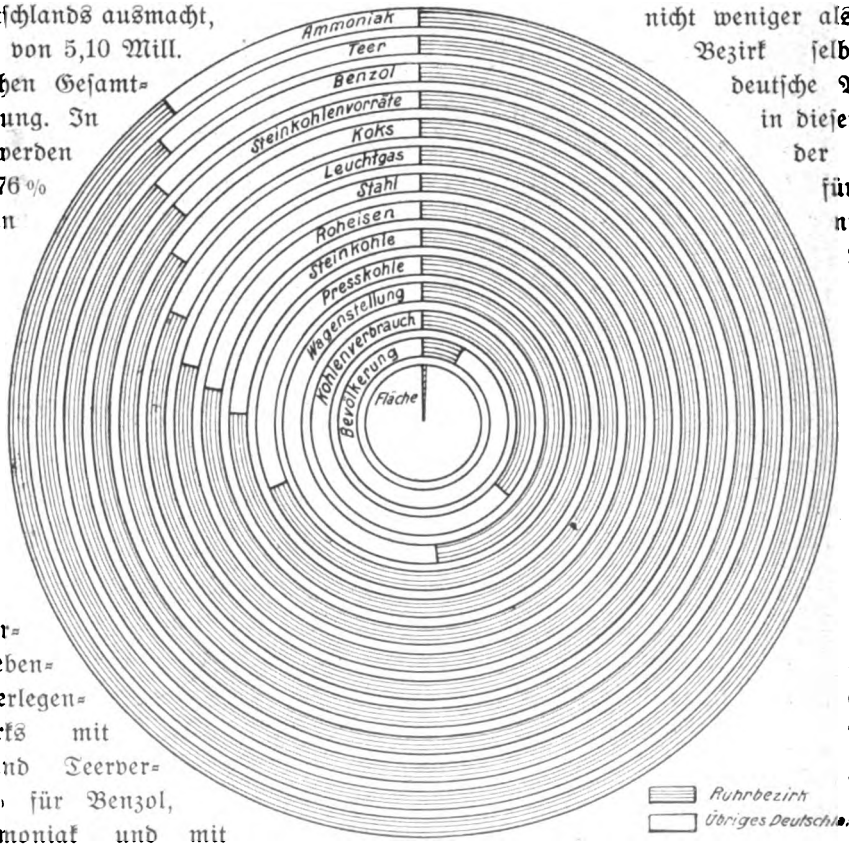
Die eigentliche Geburtsstunde des Ruhrbezirks, der in seiner industrie-wirtschaftlichen Bedeutung unserer Generation längst zu einem Begriff geworden ist, liegt sehr weit zurück. Sie fällt in das Jahr 1847, das Jahr, in dem der erste Steinkohlenkoks-Hochofen — bis dahin wurde das Eisen nur mittels Holzkohle erblasen — dem Betrieb übergeben werden konnte. Der unaufhaltsame Aufstieg, den der Ruhrbergbau seitdem genommen hat, beruht auf zwei Säulen, der Kohle und dem Eisen. Begünstigt durch die wirtschaftsfördernde verkehrspolitische Einigung und den Ausbau des Eisenbahnnetzes begann die Industrialisierung Deutschlands. Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts sah eine wirtschaftliche Entwicklung, wie sie umwälzender in keinem Zeitraum organisierten Wirtschaftens zu verzeichnen war. Die Umstellung von der organischen zur anorganischen Materie drückte dieser Epoche ihren Stempel auf. Der Ersatz der Holzkohle durch den Steinkohlenkoks im Hochofenvorgang bewirkte die Vereinigung der bislang getrennten Industrien der Kohle und des Eisens. Die Standortfrage ist gelöst: das Eisen auf der Kohle.

Die Bedeutung, die der Ruhrbezirk heute im deutschen Wirtschaftsleben einnimmt, ist aus der nebenstehenden Zahlentafel und dem zugehörigen Schaubild zu erkennen. Auf einer Bodenfläche von 3000 qkm, die nur gut ½ % des gesamten Deutschlands ausmacht, findet eine Bevölkerung von 5,10 Mill. oder 8,07 % der deutschen Gesamtbevölkerung ihre Nahrung. In diesem engen Raum werden nicht weniger als rd. 76 % der gesamten deutschen Steinkohlenförderung gewonnen, 84,4 % des Steinkohlenkokses und 68,5 % der gesamten Preßkohle erzeugt. Zu 77,7 % entfällt die deutsche Roheisengewinnung und zu 79 % die Stahlerzeugung auf diesen Bezirk. Hinsichtlich der bei dem Verkokungsvorgang anfallenden Nebenerzeugnisse ist die Überlegenheit des Ruhrbezirks mit 88 % für Teer und Teerverdickungen, mit 86,5 % für Benzol, mit 89 % für Ammoniak und mit 81,7 % für Leuchtgas noch größer.

Zahlentafel 1.

	Deutschland [1]	Ruhrbezirk	Ruhrbezirk von Deutschland %
1. Bodenfläche . . . qkm	469 000	3 000	0,64
2. Bevölkerung	63 200 000	5 100 000	8,07
3. Steinkohlenvorräte Milliarden t	247,5	213,6	86,30
4. Steinkohlengewinnung 1928 . . . . . t	150 876 000	114 567 000	75,93
5. Kokserzeugung 1928 . t	33 863 000	28 583 000	84,41
6. Preßkohlenherstellung 1928 . . . . . t	4 907 000	3 363 000	68,53
7. Kohlenverbrauch 1927 (Steinkohle, Koks und Preßsteinkohle) . . . t	120 123 000	43 848 000	36,50
8. Roheisengewinnung 1928 t	11 804 000	9 171 000 [2]	77,69
9. Stahlgewinnung 1928 t	14 517 000	11 462 000 [2]	78,96
10. Gewinnung von Nebenprodukten aus Koksöfen 1927:			
a) Teer- und Teerverdickungen	1 187 375	1 045 151 [2]	88,02
b) Benzole	306 557	265 121 [2]	86,48
c) schwefels. Ammoniak und Ammoniakverbindungen . . . . . t	458 430	409 050 [2]	89,23
d) abgesetztes Leuchtgas 1000 cbm	595 671	486 524 [2]	81,68
11. Wagenstellung 1928 für die Abfuhr von Kohle (Wagen auf 10 t Ladegewicht zurückgeführt) .	16 595 995	8 030 846	48,39

[1]) Ohne Saargebiet.
[2]) Rheinland-Westfalen.

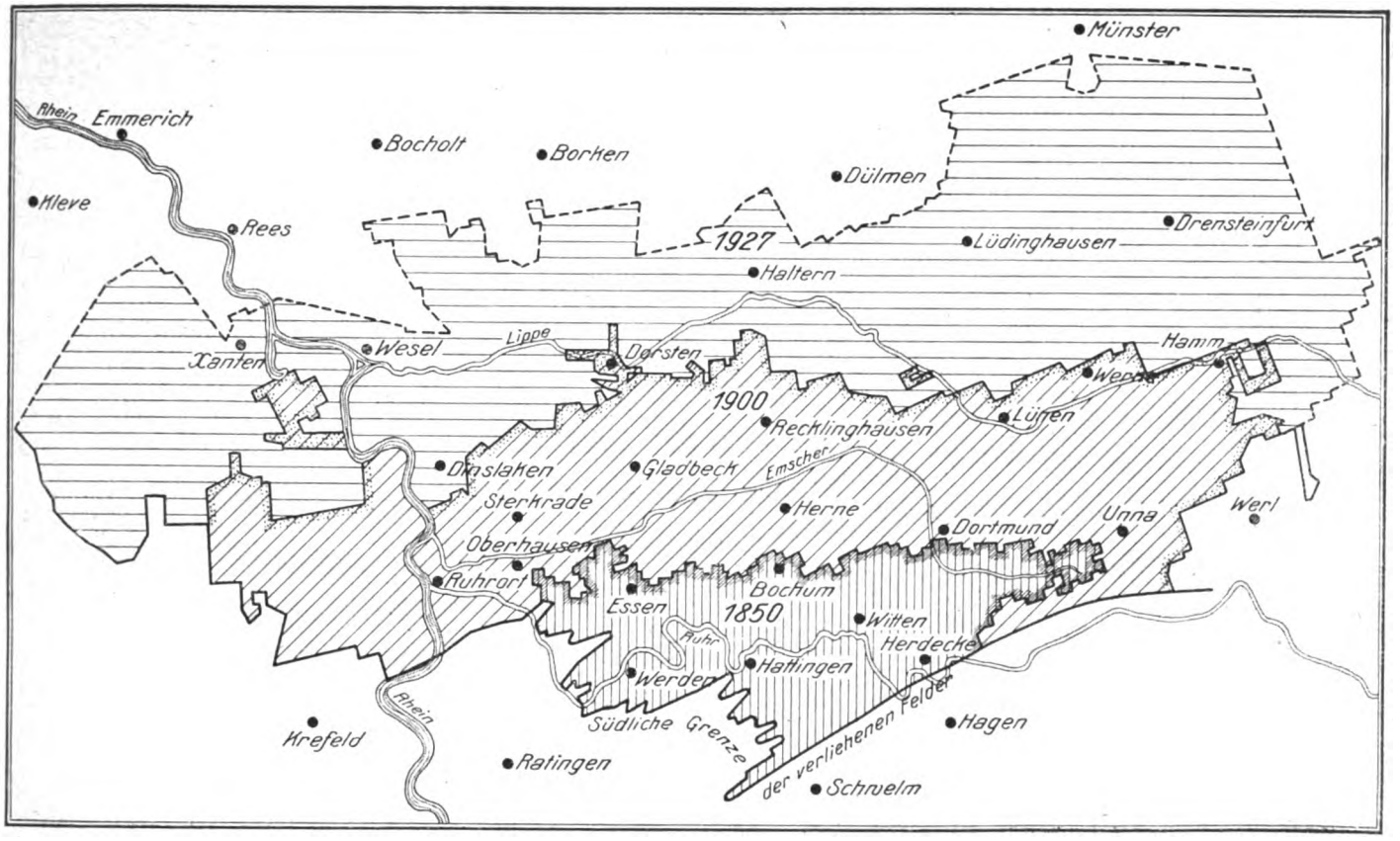


Die Bedeutung des Ruhrbezirks für die deutsche Wirtschaft.

Von der gesamten Steinkohlenförderung wird nicht weniger als ein gutes Drittel im Bezirk selbst verbraucht. Die deutsche Verkehrswirtschaft sieht in diesem Bezirk, der rd. 48 % der Gesamtwagenstellung für sich in Anspruch nimmt, ihre Haupterwerbsquelle.

Das Schwergewicht des Ruhrkohlenbergbaues lag anfänglich im Süden des Reviers an der Ruhr. Hier tritt das Steinkohlengebirge zu Tage aus. Im Laufe der Entwicklung gewann der Felderbesitz, der um das Jahr 1850 erst eine Ausdehnung von 609 qkm hatte, nach Norden Raum. Bis zum Jahre 1900 war er auf eine Fläche von 2310 qkm gewachsen und betrug Anfang 1927

Digitized by Google



Geographische Entwicklung des Felderbesitzes im Ruhrbezirk.

4906 qkm*). Näheres über diese Entwicklung ist aus der Abbildung 2**) zu ersehen.

*) Hiermit geht er über die eigentliche Grenze des Ruhrgebiets erheblich hinaus, hat aber insoweit für das industrielle Leben keine Bedeutung, weil er hier noch nicht aufgeschlossen ist.

**) Entnommen aus „Der Felderbesitz im niederrheinisch-westfälischen Bergbaubezirk" von Dr. Ernst Jüngst, Essen, Verlag „Glückauf" 1928.

Die Überlegenheit, die der Ruhrbezirk hinsichtlich seiner Förderung gegenüber den andern deutschen Bergbaurevieren hat, geht aus Zahlentafel 2 hervor. Der Gesamtwert seiner Kohlengewinnung betrug im Jahre 1927 1,734 Milliarden Mark oder das Achtfache der ihm am nächsten kommenden oberschlesischen Steinkohlengewinnung. Von dem Gesamtwert der deutschen Steinkohlen-

Zahlentafel 2. Menge und Wert der Steinkohlenförderung der wichtigsten Bezirke Deutschlands.

Jahr	Ruhrbezirk[1])			Oberschlesien			Niederschlesien			Aachen			Sachsen			Deutschland insges.		
	Menge	Wert		Menge	Wert		Menge	Wert		Menge	Wert		Menge	Wert		Menge	Wert	
	t	1000 M.	je t M.	t	1000 M.	je t M.	t	1000 M.	je t M.	t	1000 M.	je t M.	t	1000 M.	je t M.	t	1000 M.	je t M.
1913	114 182 576	1 851 010	11,93	48 484 944	894 286	9,03	5 527 859	57 894	10,47	3 264 708	39 892	12,22	5 445 291	73 886	13,48	190 109 440	2 185 978	11,24
1924	94 111 415	1 714 243	18,22	10 900 128	182 105	12,12	5 589 967	74 958	13,41	2 892 511	54 776	18,94	3 817 284	71 455	18,72	118 768 748	2 072 499	17,45
1925	104 128 684	1 537 440	14,77	14 272 693	151 758	10,63	5 563 010	65 801	11,83	3 542 838	56 121	15,84	3 869 244	72 375	18,71	132 622 125	1 903 463	14,35
1926	113 131 208	1 601 069	14,28	17 461 659	189 558	10,86	5 587 810	72 805	12,94	4 613 452	75 706	16,41	4 147 160	78 266	18,87	145 295 724	2 038 901	14,03
1927	117 994 021	1 734 263	14,70	19 877 829	219 464	11,83	5 844 278	77 472	13,26	5 022 844	74 768	14,89	4 032 290	78 896	19,57	158 599 355	2 205 041	14,36
1928	114 577 128	—	—	19 697 991	—	—	5 701 456	—	—	5 508 645	—	—	4 042 672	—	—	150 875 814	—	—

[1]) Ohne Ibbenbüren.

Zahlentafel 3. Im Steinkohlenbergbau Deutschlands angelegte Arbeiter:

Jahr	Ruhrbezirk[3]	Oberschlesien	Niederschlesien	Aachen	Sachsen	Deutschland insges.
1913	424 627	121 617[1]	27 864[1]	14 766[1]	26 007	689 030[2]
1924	463 330	43 703	39 705	18 499	32 281	609 003
1925	433 567	45 710	32 008	19 314	25 114	564 684
1926	384 255	49 810	29 775	21 336	25 585	519 680
1927	406 233	53 000	29 032	22 944	23 530	543 264
1928	381 760	57 717	27 755	23 926	22 558	521 994

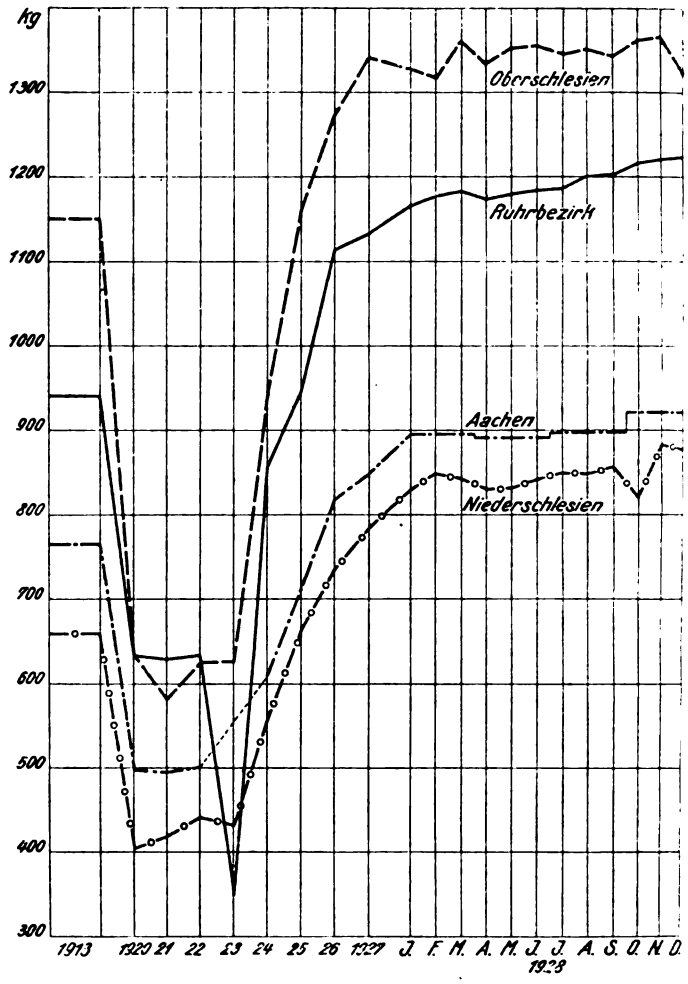
[1]) Vollarbeiter. [2]) Vollarbeiter einschl. Beamte. [3]) Ohne Ibbenbüren.

Digitized by Google

förderung im Betrage von 2,205 Milliarden Mark entfallen auf den Ruhrbezirk 78,65 %.

Die Zahl der im Ruhrkohlenbergbau und in den übrigen deutschen Kohlenrevieren beschäftigten Arbeiter ist aus Zahlentafel 3 zu ersehen. Hiernach wurden im Ruhrbezirk im Jahre 1928 rund 382 000 Bergarbeiter beschäftigt, das sind 73,13% der insgesamt im deutschen Steinkohlenbergbau tätigen Arbeiter. Rechnet man zu der Zahl der Beschäftigten überschläglich die der Familienangehörigen hinzu, so erhält man etwa die Zahl von 1 Million Personen, die aus dem Ruhrbergbau unmittelbar ihre Nahrung ziehen.

Die schwierige Entwicklung, die der deutsche Kohlenbergbau in der Nachkriegszeit durchgemacht hat, ist am besten nach der Gestaltung der Leistung, das ist der Förderanteil je Mann und Schicht, zu beurteilen. Er ist für die Jahre 1913 und 1920 bis 1928 in Zahlentafel 4 und der dazugehörigen Abbildung 3 für die wichtigsten Bergbaubezirke dargestellt. Die besonders schwierigen Verhältnisse, unter denen der Ruhrbergbau zu arbeiten gezwungen war, kommen in dem Schaubild



Schichtförderanteil eines Arbeiters der bergm. Belegschaft in den hauptsächlichsten deutschen Steinkohlenbezirken.

treffend zum Ausdruck. Seine Förderleistung, die im Jahre 1913 mit 943 Kilogramm an zweiter Stelle stand, ging unter den Einwirkungen der Staatsumwälzung und Arbeitszeitverkürzung außerordentlich zurück und erreichte infolge des Ruhreinbruchs ihren tiefsten Stand mit 349 Kilogramm im Jahre 1923; damit war sie unter den deutschen Bergbaubezirken an die letzte Stelle getreten. Der starke Abfall im Jahre 1923 war um so bedauerlicher, als die anderen Bergbaubezirke sich bereits wieder in einer aufstrebenden Entwicklung befanden. Die Erfolge, welche die unter größten Schwierigkeiten und finanziellen Opfern durchgeführte Wiederaufbauarbeit erzielt hat, zeigen sich in der unaufhaltsamen Steigerung der Leistung von Beginn des Jahres 1924 ab. Trotz der besonders schwerwiegenden Schäden und Beeinträchtigungen ist es dem Ruhrbergbau möglich gewesen, seine Leistung gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr bis März 1929 um 34% zu steigern und damit die verhältnismäßig größte Leistungsverbesserung unter den deutschen Bergbaubezirken zu erreichen. Am nächsten kommt ihm Niederschlesien mit einer Steigerung um 32 %, während Oberschlesien mit einer solchen von 23% erst in größerem Abstande folgt und gar Sachsen seine Vorkriegsleistung noch um 6% unterschreitet.

Zahlentafel 4.

Förderanteil (in kg) je verfahrene Schicht in den wichtigsten Bergbaurevieren Deutschlands.

Monatsdurchschnitt bzw. Monat	Untertagearbeiter				Bergmännische Belegschaft[1]			
	Ruhrbezirk	Oberschlesien	Niederschlesien	Sachsen	Ruhrbezirk	Oberschlesien	Niederschlesien	Sachsen
1913	1161	1636	928	917	943	1139	669	709
1924	1079	1309	783	646	857	933	557	471
1925	1179	1580	906	.	946	1154	660	.
1926	1374	1671	986	788	1114	1270	735	586
1927	1386	1725	1034	852	1132	1341	784	634
1928	1463	1735	1103	870	1191	1344	847	659
1929: Januar	1521	1731	1134	866	1240	1350	887	666
Februar	1536	1760	1097	863	1248	1364	856	655
März	1551	1816	1134	882	1261	1404	886	663

Die Entwicklung des Schichtförderanteils gegenüber 1913 (letzteres = 100 gesetzt) geht aus der folgenden Zahlentafel hervor.

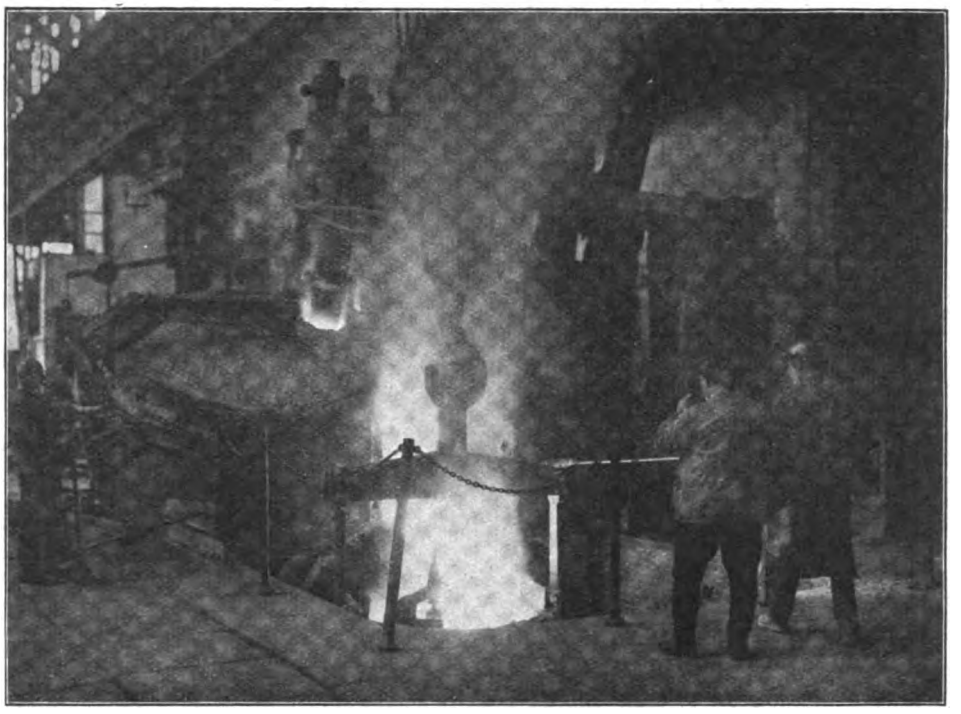
Monatsdurchschnitt bzw. Monat	Untertagearbeiter				Bergmännische Belegschaft[1]			
	Ruhrbezirk	Oberschlesien	Niederschlesien	Sachsen	Ruhrbezirk	Oberschlesien	Niederschlesien	Sachsen
1913	100	100	100	100	100	100	100	100
1924	93	80	84	70	91	82	83	66
1925	102	97	98	.	100	101	99	.
1926	118	102	106	86	118	112	110	83
1927	119	105	111	93	120	118	117	89
1928	126	106	119	95	126	118	127	93
1929: Januar	131	106	122	94	132	119	133	94
Februar	132	108	118	94	132	120	128	92
März	134	111	122	96	134	123	132	94

[1]) Das ist die Gesamtbelegschaft ohne die in Kokereien und Nebenbetrieben sowie in Brikettfabriken Beschäftigten.

Digitized by Google

Nichtrostende Krupp-Stahle.

Aus den zahlreichen Veröffentlichungen über nichtrostende Stahle in der Tagespresse ist ersichtlich, daß die Eigenart dieser Werkstoffe, die so recht Ausdruck des Zeitalters der Technik sind, in weiten Kreisen der Bevölkerung ein lebhaftes Interesse für alles, was aus ihnen gefertigt werden kann, hervorgerufen hat. Kein Wunder. Stahl, der nicht rostet, der also stets blank bleibt wie ein Edelmetall, ist eben etwas ganz Besonderes, von bisher Gewohntem völlig Abweichendes. Hinzu kommt, daß die nichtrostenden Stahle sich als ganz vorzügliche Werkstoffe für zahlreiche Gegenstände des täglichen Gebrauchs erwiesen haben, und daß derartige Gegenstände äußerst hygienisch und arbeitsparend sind, also den Forderungen unserer Zeit in ganz besonderem Maße entsprechen.



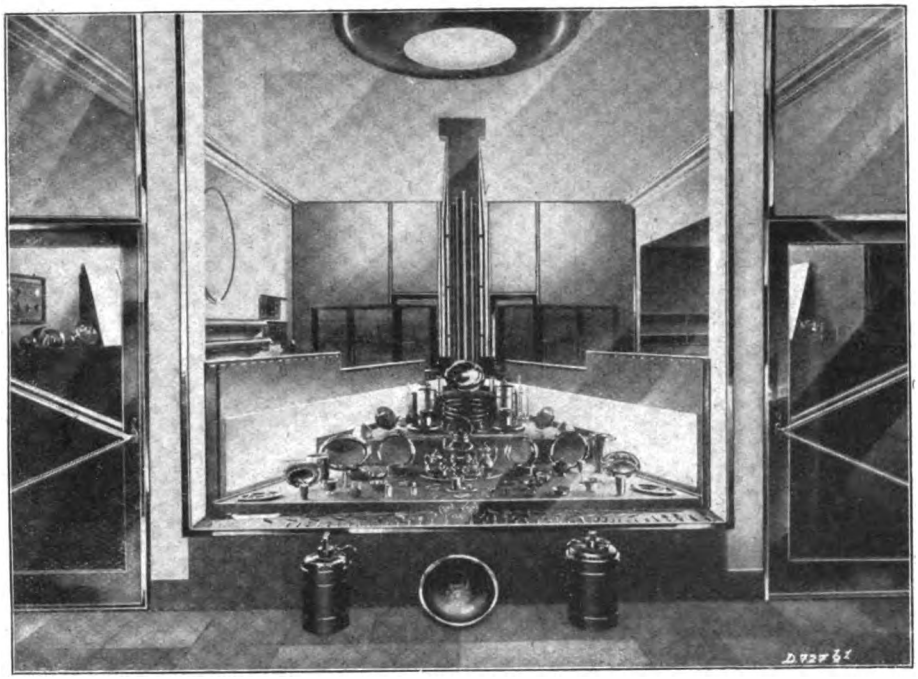
Elektro-Ofen.

Die Entwicklung, um nicht zu sagen Erfindung, der nichtrostenden Stahle verdanken wir den deutschen Forschern Prof. Strauß und Maurer, die in den Jahren 1909/12 in der Versuchsanstalt der Firma Krupp die erforderlichen wissenschaftlichen Versuche und Untersuchungen durchführten. Das muß vor allem deswegen immer wieder betont werden, weil durch zahlreiche Nachrichten aus dem Auslande oft der Eindruck erweckt wird, als ob englische oder amerikanische Forscher erstmalig nichtrostende Stahle geschaffen hätten. Wie die Dinge tatsächlich liegen, geht wohl am besten daraus hervor, daß in England und Amerika nach Krupp-Patenten gearbeitet wird.

Bierfässer aus V 2A-Stahl

Bei den nichtrostenden Krupp-Stahlen handelt es sich um hochlegierte Chrom-Nickel-Stahle, die man in 2 Gruppen eingeteilt hat, VM und VA genannt. Sie werden im Elektro-Ofen (Bild 1) erschmolzen. Die VM-Stahle haben 13 — 15% Chrom und ½ — 1½% Nickel. Einer dieser Stahle, die Marke V3M, ist härtbar und dient als Messerstahl. Die VA-Stahle, die je nach Verwendungszweck in weicheren und härteren Qualitäten geliefert werden, enthalten 18 bis 22% Chrom und 8 — 9% Nickel. Der zu dieser Gruppe gehörende V2A-Stahl ist der bekannteste und verbreitetste der nichtrostenden Stahle überhaupt. Er zeichnet sich, wie alle Stahle der

Digitized by Google

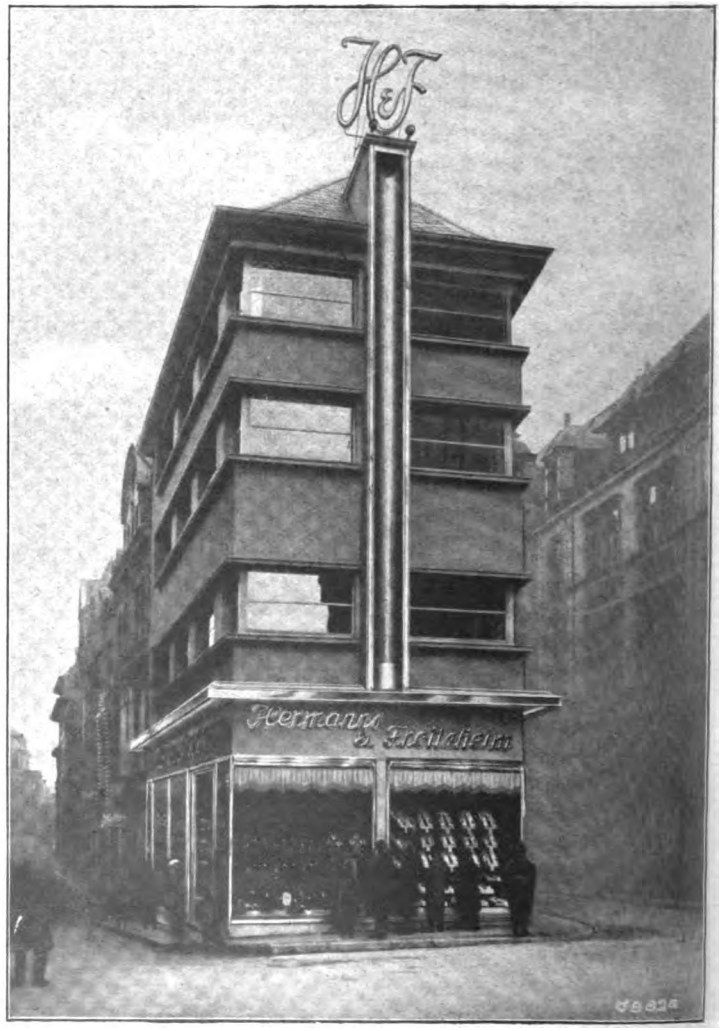


Nirosta-Ausstellungsraum der Fried. Krupp A.-G. in Düsseldorf, Königsallee 28.

VA-Gruppe, durch eine besonders hohe chemische Beständigkeit aus, d. h. er ist nicht nur unbedingt rostsicher, sondern auch gegen Laugen, Salzlösungen, viele Säuren und sonstige Agenzien widerstandsfähig. Er eignet sich demgemäß hervorragend für Apparate, Einrichtungen, Behälter usw. der chemischen und verwandten Industrien. Diese Gebiete sind z. Zt. die größten Verbraucher von nichtrostenden Stahlen. Ein weiterer Großabnehmer ist das Braugewerbe, das Lagertanks, Gärbottiche usw. sowie in bedeutendem Umfange Bierfässer aus V 2 A-Stahl (Bild 2) verwendet. Diese Bierfässer dienen dem Transport von Süß- und Exportbieren, die im Gegensatz zu den normalen Bieren vor dem Versand entkeimt (pasteurisiert) werden müssen, was aber nur in Flaschen oder Stahlfässern, nicht aber in Holzfässern möglich ist. Großen Wert haben die nichtrostenden Krupp-Stahle ferner für Zahnersatzteile, ärztliche Instrumente, Einrichtungen von Operations- und Krankenzimmern, für Großkochkessel, Bestecke, Scheren, Messerwaren aller Art, Tafelgeräte, Küchengeschirre und anderes. Bestecke usw. sind hygienisch unübertreffbar, da sowohl der zu den Messern gebrauchte V 3 M-Stahl als auch der für die übrigen Teile verwandte V 2 A-Stahl von Speisen und Getränken sowie durch die bei ihrer Bereitung verwandten Stoffe nicht angegriffen, also niemals fleckig werden. Selbst dem Edelmetall Silber sind sie in dieser Hinsicht überlegen.

Ein Gebiet, auf dem der nichtrostende Kruppstahl erst in jüngster Zeit Eingang gefunden hat, aber bereits mit beachtlichem Erfolg, ist das Bauwesen. Bei der neuzeitlichen Innen- und Außenarchitektur von Geschäftshäusern, Läden, Warenhäusern, Cafés usw. ist der Werkstoff von besonderer Bedeutung. Er soll dem Gesamtbild ein charakteristisches Gepräge geben und als Blickfang die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Soweit man bisher hierfür Metalle, wie Messing, Bronze, Nickel usw. verwandt hat, ergaben sich stets Anstände wegen der geringen Witterungsbeständigkeit dieser Baustoffe Sie müssen häufig geputzt werden, büßen aber trotzdem allmählich ihr gutes Aussehen ein. Anders der nichtrostende Krupp-Stahl. Er bleibt, auch im Freien verwandt, stets blank, so daß das vom Architekten gewollte Gesamtbild niemals beeinträchtigt wird.

Erstmalig wurde nichtrostender Krupp-Stahl im Vorjahre für die Düsseldorfer Ausstellungsräume der Firma Krupp verwandt. Die Metallteile dieser Räume, wie Beleuchtungskörper, Tür-, Fenster- und Soffitten-Fassungen, Beschlagteile usw. sind aus „Nirosta" (Bild 3). In

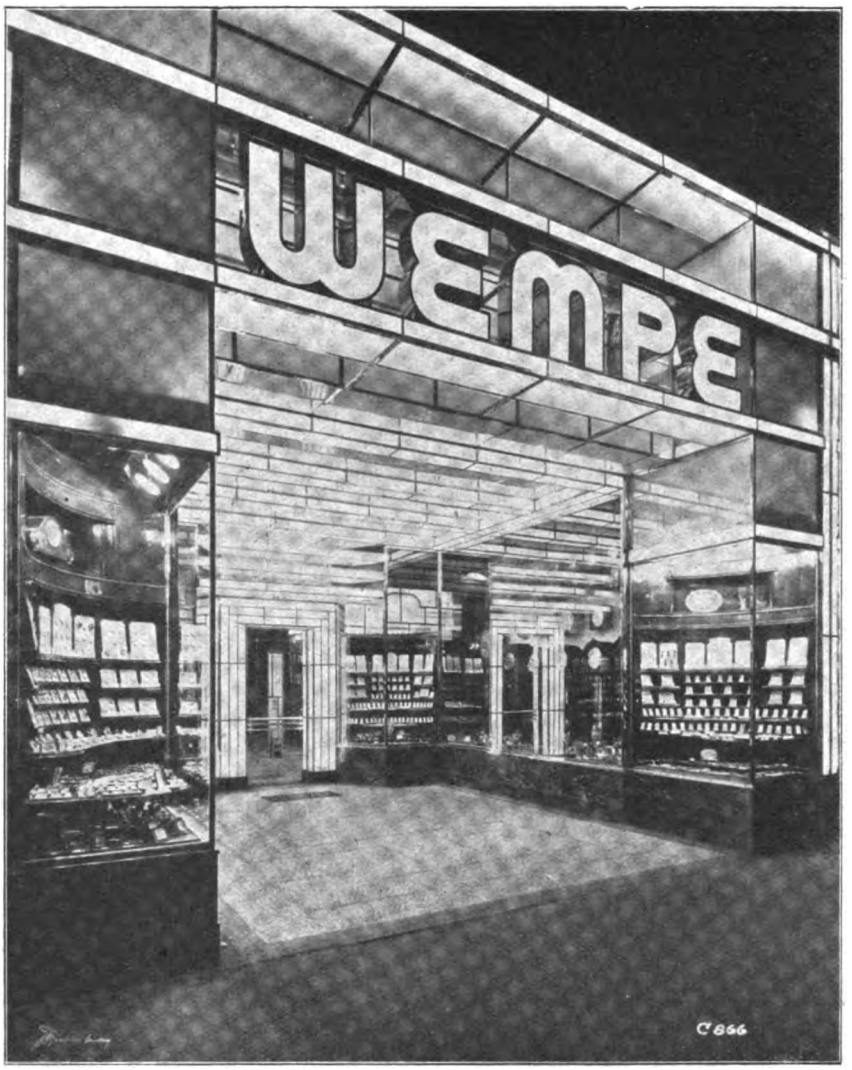


Geschäftshaus der Firma Hermanns & Froitzheim in Essen.

Digitized by Google

Verbindung mit durchsichtigem, durchscheinendem und farbigem Glas gibt er den Räumen innen und außen eine modern-sachliche Note von bemerkenswerter Schönheit. Im gleichen Jahre folgten das Hamburger Juweliergeschäft Wempe (Bild 5) und das Herrenartikel-Geschäft von Hermanns & Froitzheim in Essen (Bild 4) und vor einigen Wochen das Schuhhaus Nordheimer in Dortmund mit Neubauten, bei denen „Nirosta“ architektonisch verwandt wurde. Alle Gebäude haben in Fachkreisen und in der Öffentlichkeit stärksten Anklang gefunden.

Die Vorzüge von Erzeugnissen aus den nichtrostenden Krupp-Stahlen werden heute allgemein rückhaltlos anerkannt. Nur in bezug auf die Preise hört man mancherlei Wünsche. Man muß hierbei jedoch bedenken, daß diese Werkstoffe sehr kostbare Legierungs-Bestandteile enthalten und sorgfältigste Arbeit verlangen, also nicht gerade billig sein können. Dafür vereinigen sie aber auch eine Reihe von wertvollen Eigenschaften in sich, von denen anderen, ebenfalls teueren Legierungen nur die eine oder andere zukommt. — Zudem sind „Nirosta-Erzeugnisse“ praktisch unbegrenzt haltbar.



Laden der Firma Wempe, Hamburg, Alsterarkaden.

„Presse und Presse“

Ein Brevier für Journalisten und die es werden wollen.

Für Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse ist der Ursprungspreis von 5 RM auf **zwei Mark** herabgesetzt. Zu beziehen: (zuzüglich 30 Pfg. Porto oder durch Nachnahme zuzüglich Porto RM 2 60) vom

Verlag der „Deutschen Presse“
Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241

Digitized by Google

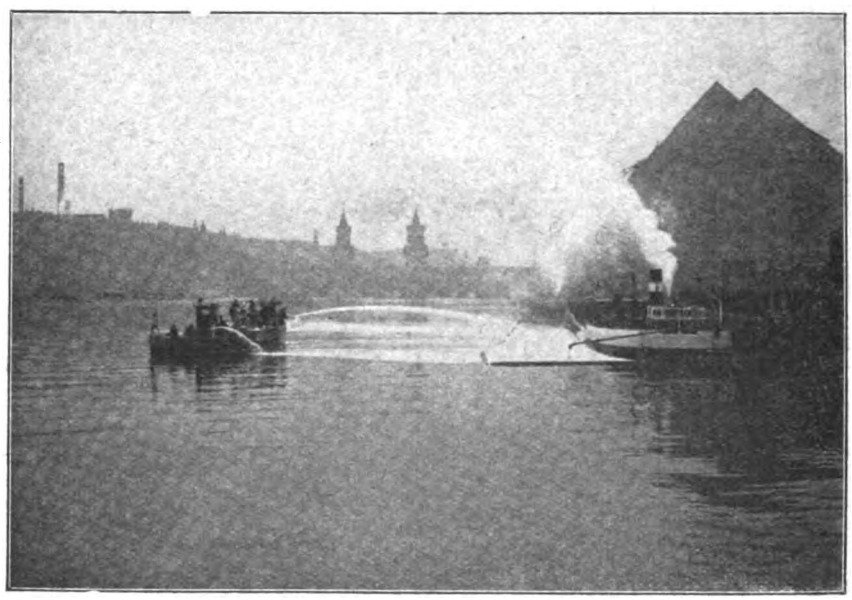
Feuerschutz auf Schiffen.

Minimax-Schaum-Generator

Bei der Besichtigung der „Bremen“, des neuen Riesen-Schnelldampfers des Norddeutschen Lloyd, anläßlich der Jahrestagung des Reichsverbandes der deutschen Presse in Bremen werden die versammelten Vertreter der deutschen Tagespresse sicherlich auch die Frage aufgeworfen haben, was für Maßnahmen zum möglichsten Schutze eines solch ungeheuren volkswirtschaftlichen Wertes gegen Feuer ergriffen werden. Diese Frage wird umso sicherer und bestimmter aufgeworfen sein, weil ja noch allen die Brandkatastrophe des Schwesterschiffes der „Bremen“, der „Europa“, klar und deutlich in Erinnerung gewesen ist. Gerade ein sehr großer Teil der in Bremen versammelten Reporter der deutschen Tageszeitungen wird selbst mit der Weitergabe und Abfassung der Berichte über den ungeheuren Brand, der die „Europa“ z. T. zerstörte, befaßt gewesen sein. Es ist allen noch in Erinnerung, wie schwierig es war, dieses Riesenfeuers Herr zu werden und welcher Einsatz an Menschen und technischen Hilfsmitteln erforderlich war, um das Element wenigstens zum Teil zu bändigen und noch größeren materiellen Schaden zu verhüten. Die damalige Brandkatastrophe hat auch ganz zwangsläufig die Gedanken wiederum auf den Feuerschutz an sich gelenkt, und man ist mehr als bisher noch mit Problemen beschäftigt, wie ganz allgemein Brandschaden verhütet werden kann; denn Brandschaden ist ja nicht damit ausgelöscht, daß nun die in Frage kommenden Faktoren, die Versicherungsgesellschaften, Schaden vergüten, sondern es werden ja wirtschaftliche Werte zerstört, die vielfach unersetzlich sind. Bei der Sicherung eines Schiffs-Kolosses, wie der „Bremen“, spielt naturgemäß auch die Sicherung von Menschenleben eine hervorragende Rolle.

Obwohl das Schiff auf See weit und breit von Wasser, dem urältesten Löschmittel, umgeben ist, so ist doch die Bekämpfung eines im Innern des Schiffsleibes ausgebrochenen Brandes außerordentlich schwierig. Wirksame Feuerlöschmittel spielen daher im modernen Schiffbau eine große Rolle.

Man kennt als Feuerlöschanlagen auf Seeschiffen solche, die mit Dampf, mit flammenerstickenden Gasen (schwefelige Säure und Kohlendioxyd) oder mit Schaum arbeiten. Das letztgenannte Verfahren erobert sich immer weitere Kreise. Eine Schaumlösch-Anlage, wie sie z. B. auch die „Bremen“ besitzt, besteht aus einer Löschzentrale, wo die den Schaum erzeugenden Apparate aufgestellt sind, wie z. B. Minimax-Schaum-Generatoren, Akkumulatoren oder Mörser. Von dieser überraschend wenig Raum beanspruchenden Zentrale führt ein Rohrleitungsnetz zu den am meisten gefährdeten Punkten über das ganze Schiff. Im Brandfalle wird das Schaumgerät selbsttätig oder von Hand in Tätigkeit gesetzt, und der Löschschaum kann dann durch die Rohre an jeden Punkt gedrückt werden, wo er zum Löschen nötig ist. Die Arbeitsweise der Apparate ist denkbar einfach, aus einem Schaumpulver entsteht durch Zuleitung von Wasser unter Druck Schaum, der sich wie eine Decke über den Brandherd legt, die Luftzufuhr abschneidet, und so das Feuer erstickt. — Die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Schaumaggregate der Minimax A. G. beträgt von ein bis sechs Kubikmeter je Minute.



Beschäumung der Schutzzone eines löschenden Tankdampfers von Land aus in Verbindung mit dem Schaumangriff des Feuerlöschbootes.

Schwefelbrand im Unterraum eines Schiffes mit Schaum abgelöscht.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 24/25 — Berlin, den 22. Juni 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Paul A. Kirstein.

Es ist verwunderlich, daß nun auch Paul A. Kirstein, der immer Rege und Anregende, in die Reihen der Alten, der Sechziger eintritt. Aber da der Kürschner den 24. Juni 1869 als seinen Geburtstag angibt, muß es wohl wahr sein. Mit Kirstein feiert diesen Tag ein weiter Kreis von Freunden, Kollegen und Verehrern; denn Kirstein ist eine der bekanntesten Persönlichkeiten der Berliner Journalisten- und Schriftstellerwelt und zugleich einer von denjenigen, die in ihrem Leben so vielen geraten, geholfen und beigestanden haben, daß viele ihn heute auch aus Dankbarkeit und innerer Verbundenheit herzlich begrüßen werden. Paul A. Kirstein war vom Anfang seiner Laufbahn an ein „Wanderer" zwischen verschiedenen Gebieten. Er wandte sich der Presse zu, in der er bald eine anerkannte und einflußreiche Stellung im Feuilleton sich zu erwerben wußte, daneben aber lockte es ihn zu freier schriftstellerischer Betätigung, in der er sich als Dramatiker, Essayist und Romanschriftsteller einen ausgezeichneten Namen zu sichern wußte. Besonders seine Romane „Der Griff in den Himmel" und sein Bekenntnisroman „Der Wanderer" sind in vielen Auflagen erschienen und haben ihm die Anerkennung der literarischen Kritik und einen großen Leserkreis gewonnen. Paul A. Kirstein gehörte aber auch frühzeitig zu jenen wenigen Schriftstellern und Journalisten, die für die geschäftliche Seite des Berufes der Feder Sinn und Verständnis hatten, und so wurde er mehrfach aus seiner redaktionellen und schriftstellerischen Tätigkeit hinübergedrängt in die verlegerische. Er war in leitender Stellung bei Ullstein und später Direktor des Buchverlages von Mosse, den er mehrere Jahre leitete und zur Blüte brachte.

Paul A. Kirstein galt immer als guter Kollege, und so war es selbstverständlich, daß er sich der journalistischen und schriftstellerischen Berufsbewegung von Anfang an anschloß und in ihr mit Eifer und Sachkenntnis wirkte. Dem Vorstand des Vereins Berliner Presse gehörte er mehr als ein Jahrzehnt an und vertrat in ihm mit Leidenschaft das soziale Gewissen und die Überbrückung der Unstimmigkeiten zwischen Redakteur und freiem Mitarbeiter. Sein Entwurf über die Behandlung der Manuskripte wurde vom Verein Berliner Presse und später vom Reichsverbande der deutschen Presse übernommen und durchgeführt als die erste soziale Tat des Reichsverbandes, die auch die Zustimmung der Verleger fand. Dem Reichsverbande der deutschen Presse gehört Paul A. Kirstein seit dem ersten Tage seiner Gründung an. Er gehörte zu dem engeren Freundeskreise um Paul Marx und hat mit ihm die Vorbereitungen zu dem großen Werke und die inneren Kämpfe im Verein Berliner Presse und dem Verbande deutscher Journalisten und Schriftsteller mit durchgefochten. Der Verband wählte ihn neben Otto Wenzel zum Kassenprüfer und bestätigte diese Wahl von Jahr zu Jahr, solange der Reichsverband besteht. Von der Gründung an bis Köln ist wohl kaum eine Delegiertenversammlung gewesen, an der Paul A. Kirstein fehlte, und jeder der Kollegen im Reiche, die an diesen Tagungen mit ihm zusammentrafen, fühlte bald, daß hier ein Mann mitarbeitet, dem der Reichsverband eine Herzenssache ist, und der eine Summe von Lebens- und Facherfahrung wie wenig andere in den Dienst der Sache zu stellen vermag. Im vorigen Jahre ist Paul A. Kirstein auch zum Vorsitzenden des Schutzverbandes Deutscher Schriftsteller gewählt worden, wo er für die Rettung des deut-

Digitized by Google

schen Schriftstellerstandes aus seiner dermaligen Notlage mit heißem Bemühen und mit Erfolg eintritt.

Gerne und in Ehren und Dankbarkeit soll auch an seinem Jubiläumstage der sozialen Tätigkeit Paul A. Kirsteins während des Krieges gedacht werden, während dessen er als Vorstandsmitglied des Vereins Berliner Presse die soziale Hilfsarbeit für die in Not geratenen Mitglieder und deren Angehörige und namentlich auch die Überführung der stellenlos gewordenen Redakteure in andere Berufe organisierte. Der Reichsverband der deutschen Presse bringt seinem Gründungsmitgliede Paul A. Kirstein zu seinem sechzigsten Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche dar und hofft, daß er noch lange als Verbindungsmann zwischen Presse, freiem Schrifttum und Verlag seine reichen Erfahrungen und guten Dienste dem Verbande widmen und allzeit der warmherzige, liebenswürdige und beliebte Kollege bleiben möge, der er immer war.

Reichsverbandstag 1929 in Bremen.

Bremen! Stadt im Binnenlande und doch erfüllt vom belebenden Atem des Meeres. Frisch und kräftig weht er durch Straßen und Gassen, macht den Kopf klar und frei und lenkt den Sinn über Nächstes und Nahes hinaus auf weltweite Ziele und Aufgaben. Was Wunder, daß die Vorfahren der „Tagenbaren" sich nicht genügen ließen an den versandenden Wassern des Stroms, an Ackerfurche und Weideland, sondern gegen eine Welt von Widerständen, gegen feindliche und neidische Nachbarn, ja gegen die widerstrebende Natur selbst den Weg zur „salzenen See", zur Straße des Weltverkehrs suchten und gewannen. Gewannen dank ihrem Weitblick, dank ihrem nie ermüdenden Unternehmungsgeist, ihrem unerschütterlichen Lebenswillen und festen Zusammengehörigkeitsgefühl.

Aber diese treu bewahrten Bürgertugenden haben sich auch noch andere Denkmäler gesetzt, die mit einer in allen Zungen verständlichen Sprache zu uns reden. Unvergeßlich ist der Blick vom Gebäude der Ratsstuben über den Marktplatz mit dem herrlichen Rathaus, dieser Perle deutscher Baukunst, mit dem Schütting und dem hochragenden ehrwürdigen Dom, an dem Jahrhunderte bauten. Nur starke Liebe zur Heimat und freier Bürgersinn vermochten den in dieser Hansestadt wirkenden Kräften eine so prächtige und würdige äußere Gestalt zu geben.

Und noch ein anderes, das in diese Gedankengänge gehört. Im Jahre 1914 verfügte der Norddeutsche Lloyd über nahezu eine Million Tonnen Schiffsraum, darunter die Ozeanriesen der Bismarckklasse je mit über 25 000 Tonnen. Das Kriegsende zerschlug diese stolze in jahrzehntelanger Arbeit geschaffene Handelsflotte; als größtes Schiff blieb aus den Trümmern ein Hilfsfahrzeug, der Dampfer „Grüß Gott", mit 781 Brutto-Register-Tons zurück. Heute aber beträgt die Gesamttonnage des Lloyd — denn navigare necesse est — schon wieder über rund 900 000 Brutto-Register-Tons, also 94 % des Vorkriegsstandes.

Doch wozu das alles uns Journalisten, denen die lärmend bewegte Gegenwart so selten Rast vergönnt, sich mit Vergleichen und rückschauenden Betrachtungen aufzuhalten? Diese Bremer Welt spricht so sinnfällig in Werken und Bauten zu den Lebenden, daß wir alle, die wir die diesjährige Vertreterversammlung des Reichsverbandes in der Hafenstadt an der Weser miterlebt haben, gar nicht anders können, als aus ihr neue Kraft und neuen Mut zu schöpfen für unser eigenes Werk, den weiteren Aufbau und vor allem den inneren Ausbau unseres Reichsverbandes, auf daß auch er einst lebendiges Zeugnis ablege von zielstrebigem, weitschauendem Führergeist, nimmermüdem Willen und unerschütterlichem Zusammengehörigkeitsgefühl aller Kollegen.

Gewiß haben wir, vor allem in den letzten zehn Jahren, Vieles und Wertvolles erreicht für die Hebung des Standes wie für die Sicherung der Lage des einzelnen, seinen Schutz vor den härtesten Unbilden des Schicksals. Aber am Ziel sind wir noch lange nicht, und der Hemmungen werden künftig nicht weniger sein denn in der Vergangenheit. Wir denken da nur an den weiteren Ausbau der Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse, die einst jedem deutschen Journalisten ein Hort für die Tage des Alters sein möge; an die weitere Ausgestaltung des Vertragswerks der Reichsarbeitsgemeinschaft, an die Entwicklung wichtiger sozialer Einrichtungen des Reichsverbandes wie Stellenvermittlung, Rechtsschutz, Unterstützungswesen, an das künftige Haus der deutschen Presse, an die Ausgestaltung unseres Verbandsorgans und vieles andere mehr. Das sind Aufgaben, zu deren vollkommener Lösung vielleicht die Kräfte der gegenwärtigen Generation nicht ausreichen werden, doch müssen und wollen wir, wie bisher schon, mit allen Kräften an ihnen arbeiten.

Und das Beispiel Bremens mag uns dabei lehren, allen Hemmungen und Schwierigkeiten, aller Ungunst der Verhältnisse und aller Gegnerschaft von außen und manchmal auch aus den eigenen Reihen zum Trotz unsere Organisation nach innen zu festigen und wohnlich auszubauen, nach außen stark und angesehen zu machen zum Segen aller, die ihr angehören, nicht zuletzt aber zum Segen der deutschen Presse.

* * *

Die Sitzung des Reichsausschusses.

Für die Verhandlungen des Reichsausschusses und der Delegiertenversammlung standen in der „Glocke", einem modernen, der Bremer Domgemeinde gehörenden Bau mit Gesellschafts- und Sitzungssälen ausreichende Räumlichkeiten zur Verfügung, die in ihrer hellen Weiträumigkeit einen ausgezeichneten Rahmen für die Verhandlungen boten.

Auch diesmal war für die Beratungen des Reichsausschusses ein voller Tag angesetzt, der sich, obschon gut ausgenutzt, doch etwas zu kurz erwies, so daß auch der erste Tag der Vertreterversammlung noch mit einer kurzen Sitzung des Reichsausschusses eingeleitet werden mußte.

In einem der kleinen Säle der „Glocke" fand sich am 7. Juni vorm. 10 Uhr der Reichsausschuß fast vollzählig zusammen. Nicht vertreten war allein der Bezirksverband Brandenburg. Nach kurzen Begrüßungsworten des Vors. Koll. Bernhard, der auf den Wechsel im Vorstand des Vereins Frankfurter Presse hinwies und den neuen Vorsitzenden Kollegen Dr. Wahl zum ersten Mal im Reichsausschuß willkommen hieß, gab

der Geschäftsführende Vorsitzende Kollege Richter

Ergänzungen zu dem gedruckt vorliegenden

Jahresbericht.

Er wies besonders darauf hin, daß man gewiß verschiedener Meinung sein könne über manche Maßnahmen des Vorstandes und der Verbandsleitung, daß jedoch die eingeschlagene Taktik im großen und ganzen immer den Erfordernissen der Stunde entsprochen habe und daß man schließlich eine andere Taktik schlechterdings im Interesse der Entwicklung des Verbandes nicht wohl habe wählen können. In den letzten Nummern des Ver-

Digitized by Google

bandsorgans liege das Ergebnis von Arbeiten vor, die die vorjährige Delegiertenversammlung der Verbandsleitung aufgetragen habe. Ganz besonders wichtig seien darunter die Richtlinien für die Handhabung der Satzungsparagraphen über die Mitgliedschaft; sie seien von der allergrößten Bedeutung für die weitere Entwicklung und innere Festigung der Organisation. Besonders müsse von den Verbänden in Zukunft die Frage einer propagandistischen Nebentätigkeit der Mitglieder geprüft werden (Reklameschriftstellerei, Anzeigenwerbung usw.). Das Oberste Ehrengericht sei im vergangenen Jahr überlastet gewesen; auch die Ehrengerichte der Zweigverbände hätten sich mit vielen Streitigkeiten zu beschäftigen gehabt. In der zur Prüfung der Ehrengerichtsordnung niedergesetzten Kommission habe man sich sehr eingehend mit den zahlreichen Verbesserungsvorschlägen beschäftigt, dabei sei man allerdings auch zu der Auffassung gekommen, daß es nicht richtig sei, an dem § 1 der EG.-Ordnung etwas zu ändern. Die Finanzlage des Reichsverbandes sei dank einer äußerst sparsamen Wirtschaft durchaus zufriedenstellend und es sei zu hoffen, daß in den nächsten Jahren noch an einigen Posten des Etats weitere namhafte Ersparnisse vorgenommen werden könnten.

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen kam der Geschäftsführende Vorsitzende auf die materielle Lage der Kollegen und die durch das Vertragswerk der Reichsarbeitsgemeinschaft errungenen Sicherungen für sie zu sprechen. Das seien gewiß Fortschritte gegenüber den Zuständen von früher, doch stehe man in dem Kampf um eine günstigere Lage der Kollegen noch lange nicht am Ziel, besonders wenn man die letzten Erfolge der österreichischen Kollegen im neuen Kollektivvertrag zum Vergleich heranziehe. Dieser neue Kollektivvertrag biete eine Reihe von Anhaltspunkten für eine bessere Fruchtbarmachung der RAG., wobei man allerdings nicht übersehen dürfe, daß das deutsche Vertragswerk erst drei Jahre bestehe, der Wiener Kollektivvertrag dagegen rund neun Jahre; aber nach und nach müßten auch die Mängel unseres Vertragswerks ausgeglichen werden. Da sei z. B. die viel günstigere österreichische Kündigungsfrist — drei Monate mindestens gegenüber sechs Wochen bei uns — die Berücksichtigung der Dauer der Tätigkeit in einem Verlage bei der Gehaltszahlung und verschiedenes andere. Da der gedruckte Jahresbericht sehr ausführlich sei, wolle er zunächst nicht näher auf Einzelheiten eingehen, sondern behalte sich vor, in der Generaldebatte noch zu dieser oder jener Frage das Wort zu nehmen.

Anschließend erstattete Kollege Moßner, der nun schon neunzehn Jahre lang das Amt eines Schatzmeisters des Reichsverbandes verwaltet,

den Kassenbericht,

der den Verbänden etwa vier Wochen vor der Tagung gedruckt übermittelt und in einer Reihe von Verbänden inzwischen auch schon eingehend erörtert worden war, so daß sich an dieser Stelle ein näheres Eingehen auf ihn erübrigt. Festgestellt sei nur kurz, daß Ultimo 1928 noch erheblichere Rückstände an Beiträgen vorhanden waren als Ultimo 1927, nämlich 16 000 gegen etwa 14 000, daß jedoch die Rückstände aus dem Jahre 1927 inzwischen bis auf einen geringfügigen Betrag eingegangen sind ebenso wie die Rückstände aus 1928. Die Ausgaben, die nach dem Haushaltsplan auf rund 154 000 Mark veranschlagt waren, konnten mit rund 150 000 Mark etwas unter dem Voranschlag gehalten werden.

In der anschließenden Generaldebatte wurden dann auf Vorschlag des Vorsitzenden Kollegen Bernhard die Besprechung der Punkte Deutsche Presse und Pressehaus nebst den dazu vorliegenden Anträgen mit der Aussprache über Jahres- und Kassenbericht verbunden. Sehr rege war übrigens die Beteiligung an dieser Debatte nicht. Zunächst begrüßte Kollege Himer, daß sich die Finanzgebarung für 1928 nach dem vorliegenden Kassenbericht günstiger gestaltet habe als die für 1927 und stellte fest, daß die vorjährige Opposition Hamburgs gegenüber der Beitragserhöhung nicht auf Mangel an Gemeinsinn beruhte. Es gebe allerdings besonders unter den Handelsredakteuren noch heute Kollegen, die der Auffassung seien, daß der Etat des Reichsverbandes überhaupt zu groß sei; ob diese Auffassung richtig sei, lasse er dahingestellt — Kollege Himer erbat dann noch Aufklärung über einige Etatpositionen, die ihm nicht genügend klargestellt erschienen — die gewünschte Aufklärung wurde von der Kassenführung gegeben — und gab dem Wunsche Ausdruck, daß Kassenbericht und Voranschlag im kommenden Jahre noch zeitiger an die Verbände hinausgesandt werden möchten, damit diesen Gelegenheit gegeben sei, sich noch eingehender als in diesem Jahr damit zu beschäftigen; auch sei es wohl erwünscht, die Abrechnung in Zukunft noch mehr zu spezialisieren. Er gab dann weiter die Anregung, daß der Berliner Vorstand die gesamten Ausgaben noch einmal überprüfen möge, vielleicht sei es auf diese Weise möglich, weitere Ersparnisse zu machen, ohne daß die Repräsentationsaufgaben des Verbandes darunter litten, ja vielleicht könnten gerade durch eine solche Prüfung noch weitere Mittel für Repräsentations- und Werbezwecke freigemacht werden. — Kollege Horndasch-Köln machte auf Wunsch einiger Mitglieder seines Verbandes gleichfalls einige Ausstellungen am Jahresabschluß für 1928, die ebenso klargestellt wurden. — Kollege Giesen vom Verein Frankfurter Presse sprach hinsichtlich der Aufnahme von Informationsinseraten in die „Deutsche Presse" den dringenden Wunsch aus, daß diese Inserate besser als solche gekennzeichnet werden möchten, damit keinerlei Verwechslungen möglich seien.

Da weitere Wortmeldungen zum Bericht des Kollegen Moßner nicht vorlagen, machte Kollege Richter auf besonderen Wunsch aus dem Kreise der Reichsausschußmitglieder noch eingehende Mitteilungen über den

Stand des Pressehausprojekts

und gab dem Wunsch und der Hoffnung Ausdruck, daß es in absehbarer Zeit endlich gelingen möge, diesen Plan, den der Reichsverband hege, seit er bestehe, in einer Weise zu verwirklichen, die sowohl den Interessen der einzelnen Kollegen, wie dem Ansehen und der Hebung des Standes von Nutzen sei. Es seien gewiß noch eine Reihe von Hindernissen zu überwinden, doch hoffe er, daß der Königsberger Beschluß von 1924 sich in absehbarer Zeit verwirklichen lassen werde.

In der Aussprache wies zunächst Bernhard darauf hin, daß es wohl überflüssig sei, im gegenwärtigen Augenblick über den Plan ausgiebig zu debattieren, da die Abmachungen seinerzeit dem Gesamtvorstand vorgelegt werden würden. Der jetzt vorliegende Plan bringe jedenfalls ein weit geringeres Maß von Sorgen und Verantwortung mit sich. Im weiteren beschäftigte sich Bernhard mit der Frage des Verkehrs der ausländischen Journalisten in dem geplanten Pressehause und kam in diesem Zusammenhange auch auf die Bedeutung der von der Fédération Internationale des Journalistes geschaffenen Internationalen Ausweiskarte, die eine große Zukunft habe. Weiter beteiligten sich an der Aussprache über das Pressehaus die Kollegen v. Wilpert, Dr. Dröse, Klühs, Holstein und Hartmann, sowie antwortend und aufklärend die Kollegen Bernhard und Richter. Besonders betont wurde von den Kollegen Holstein und Hartmann die große Bedeutung, die das Haus, so wie es geplant sei, auch für die Kollegen aus dem Reich haben werde. Es sei ein schwerwiegender Irrtum, anzunehmen, daß das Pressehaus nur für die Berliner Kollegen von Nutzen sein werde. Gerade die Kollegen aus dem Reich benötigten, wenn sie einmal in Berlin seien, einen Sammelpunkt und die Möglichkeit der ungestörten Aussprache. Hier habe das Pressehaus eine große Aufgabe zu erfüllen und einem oft empfundenen Mangel abzuhelfen. Wie wichtig und bedeutungsvoll ein Pressehaus für den deutschen Journalismus werden könne, wisse jeder, der z. B. einmal einen Einblick in die Kopenhagener Verhältnisse getan und die Wirkungen beobachtet habe, die von dem dortigen Pressehaus ausgingen. Zur größten Vorsicht gegenüber den Pressehausplänen mahnte dann Kollege Dr. Dröse, der dem Projekt überhaupt sehr kritisch, ja gegnerisch, gegenübertrat.

Im weiteren Verlauf der Sitzung sprach Kollege Klühs für den Berliner Antrag der Anstellung eines besonderen Redakteurs für

das Verbandsorgan,

um die „Deutsche Presse" mehr als bisher zu einem führenden Organ für die Interessen der Kollegen auszubauen. Bedenklich erscheine ihm die Kopulation der Ämter des Geschäftsführenden Vorsitzenden des Reichsverbandes, Mitgeschäftsführers der Reichsarbeitsgemeinschaft und Redakteurs der „Deutschen Presse", denn dadurch würden s. E. Konflikte herbeigeführt, die bei einer Teilung der Ämter und einer Entlastung des Geschäftsführenden Vorsitzenden vermieden werden könnten. Selbstverständlich sei, daß, wenn eine besondere Kraft für die „Deutsche Presse" eingestellt werde, sie Verbandspolitik im Verbandsorgan nur treiben könne im Einvernehmen mit dem Vorstand. Es sei vielleicht möglich, durch Einsparung noch einiger Posten im Etat die notwendigen Mittel für diese neu einzustellende Kraft aufzubringen. Er

Digitized by Google

bitte, den Antrag Berlin zu unterstützen und dem Vorstand den Auftrag zu geben, die Möglichkeiten seiner Verwirklichung im nächsten Jahre ernsthaft zu prüfen, wo der Vertrag mit dem bisherigen Verlag abliefe. Richter wies zu dieser Frage darauf hin, daß seinerzeit bei der Übernahme des Postens des Generalsekretärs durch ihn ausdrücklich beschlossen worden war, die Redaktion der „Deutschen Presse" durch den verstorbenen Kollegen Dr. Hamburger ausführen zu lassen. Der Tod Dr. Hamburgers habe damals diese Abmachungen über den Haufen geworfen, und in den folgenden Jahren sei es finanziell unmöglich gewesen, einen eigenen Redakteur für das Verbandsorgan anzustellen. Er persönlich werde es lebhaft begrüßen, wenn er durch die Bestellung eines besonderen Redakteurs für die „Deutsche Presse" in seiner schweren Arbeit für den Verband etwas entlastet würde. Im übrigen solle man sich aber in diesem Punkte keinen übertriebenen Hoffnungen hingeben. Es sei sehr leicht, sich ein Idealbild vom Verbandsorgan zu machen, etwas anderes sei es, ob dieses Idealbild sich verwirklichen lasse. Der Kollege, der die „Deutsche Presse" einmal redigieren werde, sei jedenfalls nicht zu beneiden, er übernehme eine dornenvolle Aufgabe, wie er aus neunjähriger Erfahrung wisse. Die Personenfrage werde sehr schwierig zu lösen sein. Hinsichtlich der Kopulation der Ämter sei er anderer Auffassung als sein Vorredner, denn diese Kopulation mache es erst möglich, alle Verbandsdinge so zu beherrschen, wie es für die Redaktion der „Deutschen Presse" nötig sei. Für die Stellung der „Deutschen Presse" zu den Fragen der Arbeitsgemeinschaft sei übrigens ein Wechsel in der Redaktion ohne Belang, denn auch ein Redakteur, der nicht gleichzeitig Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft sei, werde die getroffenen Abmachungen berücksichtigen müssen.

Nachdem anschließend noch die Frage der Honorierung der Beiträge für das Verbandsorgan erörtert worden und man dahin übereingekommen war, eine grundsätzliche Klärung bis 1930 zurückzustellen, wurde vor der Mittagspause noch die Frage der Festsetzung der Diäten für die Mitglieder des Reichsausschusses und des Vorstandes besprochen. Nach kurzer Diskussion wurde beschlossen, für die Mitglieder des Vorstandes und des Reichsausschusses bei Teilnahme an Sitzungen des Vorstandes, des Reichsausschusses und der Vertreterversammlung die Fahrtkosten in der Polsterklasse zu vergüten und für jeden Sitzungstag einen Betrag von 30 Mark, für den Reisetag dagegen einen Betrag von 15 Mark, für Hin- und Rückreise also 30 Mark, und dem Schatzmeister die Ermächtigung zu geben, Mitgliedern des Reichsausschusses mit sehr weitem Reiseweg auf Nachweis mehr als 30 Mark für die beiden Reisetage zu zahlen. Beschlossen wurde ferner noch, diese Festlegung schon für den Bremer Verbandstag in Kraft zu setzen.

Nach kurzer Mittagspause wurden die Verhandlungen des Reichsausschusses um 3 Uhr mit einer

Aussprache über die Versorgungsanstalt

wieder eröffnet. Kollege Bernhard wandte sich zunächst gegen die Disziplinlosigkeit einiger Kollegen, die doch recht bedenkliche Formen angenommen und die von der Verbandsleitung im Einvernehmen mit der großen Mehrzahl der Kollegen eingeleiteten Schritte erschwert habe. Die Kollegen seien sich bis jetzt darüber einig gewesen, daß der Vorstand mit allen Kräften bemüht sein solle, die durch die Erweiterung der Angestelltenversicherung betroffenen Kollegen aus der Angestelltenversicherungspflicht herauszubekommen. Trotzdem hätten sich die Plauener Kollegen über den Kopf des sächsischen Landesverbandes und des Reichsverbandes hinweg an das Reichsarbeitsministerium gewandt und, was die Sache noch mehr zuzuspitzen drohe, auf der sächsischen Landesverbandsversammlung in Dresden sei ein Antrag angenommen worden, der im Effekt das Plauener Vorgehen billige. Er für seinen Teil müsse es ablehnen, irgendeinen Schritt im Parlament zu tun, bevor nicht völlige und eindeutige Klarheit darüber geschaffen werde, erstens wie die Mehrheit der Kollegen jetzt denke und ob sie noch ihren alten Standpunkt einnehme, zweitens, ob die Minderheit bereit sei, sich zu fügen, und drittens, was gegenüber einer derartigen Disziplinlosigkeit in Zukunft zu geschehen habe.

Der Vertreter des sächsischen Landesverbandes im Vorstand, Kollege Dr. Günther, Leipzig, stellte daraufhin zunächst fest, daß der in Frage kommende Beschluß des sächsischen Landesverbandes gegen seine Stimme gefaßt worden sei. Das Vorgehen von Plauen sei natürlich auch von der sächsischen Landesversammlung einstimmig gemißbilligt worden, doch habe man den Plauenern in der Sache selbst den guten Glauben zubilligen zu müssen gegaubt. Auch müsse er feststellen, daß aus verschiedenen Kreisen Klagen über die Leistungsfähigkeit der Versorgungsanstalt gekommen seien. Aus diesem Grunde vertrete er den Standpunkt, daß es zweckmäßig sei, durch öftere informierende Artikel in der „Deutschen Presse" ein einwandfreies und klares Bild über die Leistungen und die Vorzüge der Versorgungsanstalt zu geben. Wäre das geschehen, dann wäre vielleicht eine derartige Opposition gar nicht entstanden. So hätten sich einzelne Kollegen privat an die Allianz gewandt und scheinbar weit günstigere Angebote erhalten als bei der Versorgungsanstalt. Darauf sei auch die letzte Denkschrift eines Plauener Kollegen zurückzuführen, der übrigens nicht Mitglied der Organisation sei. Was die Privatangebote der Allianz anlange, so habe er sich natürlich davon überzeugt, daß sie mit Vorsicht zu genießen seien und daß die darin errechneten hohen Leistungen nur zustandekommen könnten durch Vorausberechnung der Dividendenquote auf 10 Jahre nach dem gegenwärtigen Zinsfuß. Aber es sei doch, wie er wiederholen möchte, nötig, in der „Deutschen Presse" auf alle diese Dinge einmal einzugehen und Beispiele zu geben, damit die Bedenken gegen die Versorgungsanstalt zerstreut würden.

Kollege Professor Dovifat als Vorsitzender des Verwaltungsrats der Versorgungsanstalt bemühte sich dann sehr energisch und erfolgreich, die entstandenen Irrtümer über die Versorgungsanstalt aufzuklären und wies vor allem auch auf den trotz der großen Sterblichkeit außerordentlich günstigen letzten Jahresbericht über die Tätigkeit der Versorgungsanstalt hin. Nach diesem günstigen Ergebnis dürfe man sagen, daß das Werk der Versorgungsanstalt versicherungstechnisch feststehe. Was die Kritik aus dem Kreise der sächsischen Kollegen anlange, so müsse er erneut darauf hinweisen, daß die Versorgungsanstalt mit anderen Versicherungsanstalten gar nicht zu vergleichen sei, da sie den Besonderheiten unseres Berufes ganz ausgezeichnet angepaßt sei. In dieser Anpassung an einen so individuell eingestellten Beruf liege auch ein großer Teil der zu überwindenden Schwierigkeiten. Von der Erhöhung der Versicherungsgrenze für die Angestelltenversicherung sei man im letzten Herbst etwas überrascht worden. Man habe jedoch dann sofort eine ganz entschiedene Aktion eingeleitet, um die Mitglieder der Versorgungsanstalt von den neuen Lasten zu befreien. Der Erfolg dieser Aktion sei allerdings von lebenswichtiger Bedeutung für die Anstalt. Er bedauere deswegen um so mehr die sächsische Entschließung, die doch sehr stark den Eindruck erwecken müßte, als biete die Angestelltenversicherung soviel, daß man besser tue, die Kollegen bei der Angestelltenversicherung zu lassen. Die Kollegen hätten jedoch allen Grund, sich auch durch ihr eigenes Versicherungswerk als einen eigenen Beruf zu dokumentieren, anstatt in der großen Masse der Angestellten unterzugehen. Bei den weiteren Verhandlungen in dieser Angelegenheit sei zu bedenken, daß sie nur erfolgreich geführt werden könnten, wenn wir eine möglichst breite parlamentarische Front für uns haben. Diese Front werde geschwächt, wenn aus dem Kreise der Kollegen Entschließungen und Erklärungen an die Öffentlichkeit oder an die beteiligten Behörden gelangten, die sich gegen die Arbeit des Reichsverbandes auf diesem Gebiete wenden. In seinen weiteren Ausführungen wies Kollege Dovifat noch darauf hin, daß leider der Termin der Einbringung der Novelle zum Reichsangestelltenversicherungsgesetz noch nicht festliege. Durch die Neufassung des § 19, die allen Kollegen bekannt sei, sei aber allen berechtigten Wünschen der beteiligten Kreise Rechnung getragen. Im übrigen sei die Angestelltenversicherung mit der Versorgungsanstalt überhaupt nicht zu vergleichen, da die Versorgungsanstalt einmal keine Karenzzeit kenne und zweitens weitgehende Leistungen für die über 40jährigen Kollegen biete, wie auch besonders für die mit einem Beitrittsalter über 60, die bei der Angestelltenversicherung völlig leer ausgingen. Kollege Dovifat kam dann auf den großen Erfolg zu sprechen, der im vergangenen Jahre durch das bekannte Urteil des Reichsfinanzhofes erreicht wurde, das die Versicherungssteuer für die bei der Versorgungsanstalt abgeschlossenen Versicherungen der Kollegen auch für die Vergangenheit beseitigte und dadurch unserer Versorgungsanstalt mit der gesetzlichen Sozialversicherung steuerlich gleichstellte. Dieses Urteil sei außerdem auch ein materieller Erfolg, denn es habe der Versorgungsanstalt ungefähr 100 000 M. bereits gezahlte Versicherungssteuern zurückgebracht. Von ganz vereinzelten Fällen abgesehen, hätte sich lediglich aus dem Landesverb. Hamburg eine größere Zahl von Kollegen an die Versorgungsanstalt wegen Rückzahlung ihrer Versicherungssteuergelder gewandt, trotzdem die satzungsmäßig festgesetzte Frist für die Rückforderung verstrichen gewesen sei. Im Interesse aller Versicherten bei der Versorgungsanstalt, für die aus dem zurückgewonnenen Steuergelde ein besonderer Fonds begründet werden solle, würde er es begrüßen, wenn

Digitized by Google

die in Frage kommenden Hamburger Kollegen noch jetzt von ihren Forderungen zurücktreten würden. Sie würden dadurch sich selbst und der Gesamtheit der Versicherten einen großen Dienst leisten. Die entgegenstehenden Bedenken der Hamburger zerstreute Kollege Dovifat, indem er nachwies, daß das Vorgehen der Versorgungsanstalt in dieser Sache durchaus korrekt gewesen sei, daß weiter der betreffende Fonds im Interesse der Gesamtheit der Kollegen notwendig sei und schließlich für den einzelnen tatsächlich keine Schädigung in der Belassung der Gelder bei der Versorgungsanstalt liege. Deren Ausbau im Interesse aller Kollegen erfordere das kleine Opfer. Redner ging schließlich noch einmal kurz auf die Behauptungen der Opposition ein, daß die Allianz privat bessere Bedingungen biete als die Versorgungsanstalt und betonte, daß das gar nicht möglich sei, weil der mit den Versicherungsgesellschaften abgeschlossene Vertrag der Versorgungsanstalt in jedem Falle die besten Versicherungsleistungen der Gesellschaften verbürge. Mit einem Appell an die Kollegen, an der Versorgungsanstalt weiterzubauen, auf daß sie mehr noch als bisher einer der wirtschaftlichen Pfeiler für die Zukunft unseres Berufes werde, schloß er seine Ausführungen.

Kollege Ackermann, Berlin, trat den Ausführungen des Kollegen Dovifat bei, ergänzte sie und hob nochmals hervor, daß es nur der Aufmerksamkeit der Verwaltungsratsmitglieder der Versorgungsanstalt und ihrer Energie zu verdanken sei, daß die Versicherungssteuerangelegenheit erst einmal aufgegriffen und dann erfolgreich durchgeführt worden sei. Er nahm in seinen weiteren Ausführungen den Verwaltungsrat gegen den Vorwurf in Schutz, daß er die Landes- und Bezirksverbände in dieser Angelegenheit nicht rechtzeitig und ausreichend informiert und befragt habe und vertrat den Standpunkt, daß es zu den Funktionen des Verwaltungsrats gehöre, auch Beschlüsse mit materieller Tragweite zu fassen und durchzuführen.

Die Auffassung, daß durch die Errichtung eines neuen Fonds eine Überorganisation und eine vielleicht unnötige Anhäufung von Geldmitteln stattfinde, sei vollkommen abwegig. Der aus den Versicherungssteuergeldern zu errichtende Fonds sei eine absolute Notwendigkeit. Wenn man in der praktischen Arbeit für die Versorgungsanstalt stehe, so sehe man erst, in wie manchen dringenden Notfällen die bisherigen Bestimmungen keine Handhabe zur Hilfeleistung geben. Die Versorgungsanstalt müsse gewisse Mittel zur Verfügung haben, um die Lücken, die der Vertrag noch aufweise, auszufüllen. Im übrigen stehe es ja der Mitgliedschaft, die etwa an den Fähigkeiten, der Arbeitsfreudigkeit und dem Verständnis der Verwaltungsratsmitglieder für ihre Aufgaben zweifle, durchaus frei, andere Kollegen mit diesen dornenvollen Ehrenämtern zu betrauen.

Nachdem noch Kollege Freund, München, seine Verwunderung und sein Befremden darüber zum Ausdruck gebracht hatte, daß eine solche Debatte überhaupt geführt werden könne, verteidigten die Kollegen Himer und Michael, Hamburg, die Stellung der Hamburger Opposition in dieser Angelegenheit. Kollege Himer berichtete zunächst über das Entstehen der Hamburger Gegnerschaft gegen die Zurückbehaltung der Versicherungssteuer und betonte, daß man in Hamburg tatsächlich des guten Glaubens gewesen sei, die Versorgungsanstalt wolle unrechtmäßig Gelder der Kollegen zurückbehalten. Außerdem hätte man in Hamburg die Art und Weise, wie von der Versorgungsanstalt aus diese Angelegenheit behandelt worden sei, sehr unangenehm empfunden. Die Mitglieder seien nicht für eine patriarchalische Behandlung solcher Angelegenheit zu haben. Man wolle nicht immer dirigiert werden und es sei nicht richtig, Vorwürfe zu erheben, wenn Kollegen auf ihrem Recht beständen. Kollege Michael nahm den guten Willen der Mitglieder des Verwaltungsrates auch für die Hamburger Mitglieder in Anspruch und führte die unerfreuliche Entwicklung der Angelegenheit in der Hauptsache darauf zurück, daß die Versorgungsanstalt nicht ausreichende Aufklärungsarbeit geleistet habe. Die Versorgungsanstalt müsse jede Gelegenheit wahrnehmen, um moralische Eroberungen zu machen. Das sei in diesem Falle versäumt worden. Dadurch, daß sie ins Leben gerufen sei, habe sie bei den Mitgliedern noch nicht die Stellung, die sie beanspruche. Überdies habe man in Hamburg durch die Errichtung eines neuen Fonds eine Überorganisation befürchtet, wie sie heute leider an der Tagesordnung sei. Wenn man sich besser in die Denkungsweise der Kollegen in der Provinz versetze, würden derartige Mißhelligkeiten sicherlich zu vermeiden sein.

Im weiteren Verlauf der Debatte machte Kollege Bernhard noch darauf aufmerksam, daß die bedauerliche Entwicklung dieser Angelegenheit wohl in erster Linie darauf zurückzuführen sei, daß die Korrespondenz mit den Abrechnungsstellen der Verlage geführt sei, die natürlich nicht das nötige Verständnis für die Angelegenheit aufgebracht hätten. Hamburg habe natürlich mit dem Wunsche recht, daß die Einrichtungen der Versorgungsanstalt so populär als möglich gemacht werden müßten. An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Kollegen Dr. Dröse, Stuttgart, der die Errichtung eines neuen Fonds für besondere Fälle der Not guthieß und das Interesse der Versorgungsanstalt für einen notleidenden württembergischen Kollegen besonders erbat, Dr. Leo, Königsberg, der von dem Kampf des ostpreußischen Verbandes gegen die Einbeziehung von Kollegen in die Arbeitslosenversicherung berichtete, Streese, Darmstadt, Klühs, Berlin, der betonte, daß er — obschon prinzipieller Gegner einer Sonderversicherung für Redakteure — sich doch stets für das Zustandekommen und den Ausbau der Versorgungsanstalt im Interesse der Kollegen eingesetzt habe, und Dr. Günther, Leipzig, der nochmals um bessere Aufklärung über die Versorgungsanstalt, ihre Leistungen und ihre Arbeit bat.

Kollege Himer gab dann eine kurze Erklärung ab, in der er feststellte, daß Hamburg nach der Klarstellung der Angelegenheit keinen Grund sehe, auf seinem Standpunkt zu verharren. Der Hamburger Vorstand werde versuchen, die Kollegen zu bewegen, von ihren Forderungen zurückzutreten und die evtl. schon ausgezahlten Gelder zurückzugeben. Er könne jedoch für den Erfolg seiner Bemühungen nicht garantieren und könne auch keinen Zwang auf die Hamburger Kollegen ausüben.

Der Vorsitzende nahm die Erklärung mit Dank entgegen.

Beraten wurde dann über

die Zentralhilfskasse.

Berichterstatter hierüber war der Obmann der Pflegschaft der ZHK., Kollege Goeres. Er hob hervor, daß er über die Notwendigkeit der Unterstützungskasse nichts mehr zu sagen brauche, da sie auf der Hand liege. Die Ansprüche an die Zentralhilfskasse zeigten eine steigende Tendenz. Mit Bedauern stelle er fest, daß bei den Gesuchen in der Mehrzahl der Fälle die Satzung der Unterstützungskasse nicht beachtet werde, was nur unnötige Arbeit und eine vermeidbare Verzögerung in der Erledigung der Gesuche verursache. Leider würden auch zahlreiche Anforderungen an die ZHK. gestellt, die diese nicht erfüllen könne: sie sei weder in der Lage, unzulängliche Gehälter aufzubessern, noch regelmäßige Pensionen zu zahlen, noch in Krankheitsfällen, wenn der Antragsteller es versäumt habe, eine Krankenversicherung abzuschließen, Mittel zur Verfügung zu stellen. Gezahlt seien bisher an Beihilfen 5620 Mark, an Darlehen 2650 Mark — also wesentlich mehr Beihilfen als Darlehen. Mit Ausnahme der Verbände Nassau und Danzig hätten sämtliche Verbände die Kasse in Anspruch genommen. Wenn die Anforderungen an die ZHK. in dem gleichen Maße wie bisher steigen würden, stehe man bestimmt in 5—6 Jahren vor der Frage, was werden solle. Eine wichtige Aufgabe der ZHK. bestehe darin, dafür zu sorgen, daß das gesamte Unterstützungswesen des Reichsverbandes in Ordnung komme; es sei bisher leider nicht erreicht worden, daß alle Verbände Unterstützungskassen einrichteten. Bei der Finanzierung der ZHK. hätten sich die bekannten Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichsverbandsvorstand und der Pflegschaft der ZHK. ergeben.

In der anschließenden Debatte über die ZHK. wurde vom Kollegen Bernhard zunächst der Standpunkt vertreten, daß die Überweisung der 30 000 Mark Lotteriegelder, die ausdrücklich für Wohlfahrtszwecke bestimmt waren, an die ZHK. absolut richtig sei, da diese Lotteriegelder überhaupt nicht anders hätten verwandt werden können. Er vertrat dann die Meinung, daß der Vorstand des Reichsverbandes das in die ZHK. hineinbringen könne, was er für richtig halte. Er sei sehr wohl auch in der Lage, im Jahresbericht seine Meinung zu sagen, wenn auch Kollege Goeres dagegen polemisiert habe. Die Delegiertenversammlung habe ja immer die Möglichkeit, entsprechende Beschlüsse nach eigenem Ermessen zu fassen. Was die Überweisung der 30 000 Mark aus besonderen Einnahmen in einen Betriebsfonds anlange, so sei der Vorstand hier im Recht gewesen. Es liege ein ganz klarer Beschluß der Delegiertenversammlung Köln vor, wonach die ZHK. im Rahmen eines Betrages bis zu 36 000 Mark zu errichten war, und das sei geschehen. Die durch die Lotterie ersparten 30 000 Mark dürften nur nicht zu Verwaltungszwecken verwandt werden, etwa zur Bestreitung von Ausgaben des laufenden Etats. Der Wunsch nach der Errichtung eines Betriebsfonds sei schon lange vorhanden gewesen und vertreten worden. Er verweise da nur auf die Ausführungen

Digitized by Google

des verstorbenen Kollegen Wenzel in Düsseldorf. Bei den teilweise sehr unregelmäßigen Beitragszahlungen der Mitglieder und Verbände käme die Kasse immer wieder in die Verlegenheit, regelmäßigen Verpflichtungen nicht nachkommen zu können. Wenn ein Betriebsfonds bestehe, sei sie solchen Verlegenheiten enthoben. Er bitte daher dringend, den Betriebsfonds einzurichten. Dazu verlas er den inzwischen eingegangenen nachstehenden Antrag:

> Der Reichsausschuß empfiehlt der Vertreterversammlung, den Beschluß des Vorstandes nachträglich zu billigen, nach dem
>
> durch Überweisung der außerordentlichen Einnahmen von Mk. 30 000.— aus Lotteriemitteln die Verpflichtung an die ZHK. für die Zeit von 10 Monaten abgegolten ist und die in dieser Zeit anfallenden sonstigen außerordentlichen Einnahmen von monatlich Mk. 3000.— dem Schatzmeister des Reichsverbandes als Betriebsfonds zur Verfügung gestellt werden.
>
> Der Reichsausschuß hält es in Übereinstimmung mit dem Vorstand für dringend erforderlich, daß dieser Betriebsfonds in voller Höhe sichergestellt bleibt, d. h. soweit er vorübergehend in Anspruch genommen werden muß, alsbald aus den ordentlichen Einnahmen wieder aufzufüllen ist.
>
> Die Vertreterversammlung möge diese Auffassung durch ausdrücklichen Beschluß bestätigen.
>
> Klühs. Freund.“

Kollege Bernhard betonte dann nochmals, daß kein Zweifel darüber bestehen könne, daß die Verpflichtungen des Verbandes der ZHK. gegenüber restlos erfüllt seien. Es müsse lediglich ein Beschluß über die Verwendung der ersparten 30 000 Mk. gefaßt werden. Gegenüber der Fassung der Entschließung Klühs-Freund habe er allerdings noch einige Bedenken. Es müsse in der Entschließung klar zum Ausdruck kommen, daß dieser Fonds nur zur Deckung eines Kassendefizits, nicht aber eines Budgetdifizits in Anspruch genommen werden dürfe.

Auch Kollege Streese, Darmstadt, vertrat den Standpunkt, daß die ZHK. den ihr bewilligten Grundstock von 36 000 Mk. bekommen habe. Die Notwendigkeit des Betriebsfonds könne niemand bestreiten. Es sei durchaus nach dem Willen der Antragsteller in Köln verfahren worden, eine lange Debatte sei überflüssig.

Weiter beteiligten sich an der Debatte die Kollegen Klühs, Berlin, der hervorhob, daß er sich immer für kräftige Unterstützungseinrichtungen der Organisation eingesetzt habe, daß aber auch nach seiner Auffassung in Köln klar und unzweideutig beschlossen worden sei, die ZHK. im Rahmen bis zu 36 000 Mark einzurichten,

Dr. Rumpf, Mannheim, der es für richtig hielt, die Delegiertenversammlung entscheiden zu lassen,

Dr. Dröse, Stuttgart, der gegen den Vorstandsbeschluß opponierte, und

Tönjes, Hannover, der das Schwergewicht des Unterstützungswesens in die Unterstützungseinrichtungen der Landesverbände gelegt sehen wollte.

Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde der Antrag Klühs-Freund in der folgenden etwas geänderten Fassung mit dem Bemerken angenommen, daß der Reichsausschuß ihn der Delegiertenversammlung zur Annahme empfehle:

> „Die Vertreterversammlung billigt nachträglich den Beschluß des Vorstandes, nach dem
>
> durch Überweisung der außerordentlichen Einnahmen von 30 000.— Mk. aus Lotteriemitteln die Verpflichtung an die ZHK. für die Zeit von 10 Monaten abgegolten ist und die in dieser Zeit anfallenden sonstigen außerordentlichen Einnahmen von monatlich 3000.— Mk. dem Schatzmeister des Reichsverbandes als Betriebsfonds zur Verfügung gestellt werden.
>
> Die Vertreterversammlung hält es in Übereinstimmung mit dem Vorstand für dringend erforderlich, daß dieser Betriebsfonds in voller Höhe sichergestellt bleibt, d. h. soweit er vorübergehend in Anspruch genommen werden muß, alsbald aus den ordentlichen Einnahmen wieder aufzufüllen ist.
>
> Klühs. Freund.“

Der Reichsausschuß hatte sich dann mit einem allen Mitgliedern vorliegenden Antrag des Vereins Lübecker Presse zu beschäftigen, ihn aus dem Landesverbande Schleswig-Holstein-Lübeck zu entlassen und seine Vereinigung mit dem Landesverbande Groß-Hamburg gutzuheißen.

Zu dem Antrag sprach zunächst der gegenwärtige Vorsitzende von Schleswig-Holstein-Lübeck, Kollege Dr. Wichmann, Kiel. Schleswig-Holstein habe nichts dagegen einzuwenden, wenn Lübeck sich mit Hamburg vereinige in der Annahme, daß es dabei besser fahre. Er bitte jedoch, die Angelegenheit in einer Kommission zu behandeln, da noch verschiedenes dabei zu bedenken sei. Es müßte in den Festlegungen zum Ausdruck kommen, daß nur die Stadt Lübeck, nicht auch das Fürstentum Lübeck aus dem Verband Schleswig-Holstein ausscheide und weiter müßte zum Ausdruck gebracht werden, daß im Falle der Einverleibung Lübecks in Hamburg Schleswig-Holstein die bisher hamburgischen Mitglieder in Altona und Wandsbek zugesprochen erhalte. Schleswig-Holstein lege Wert auf einen einheitlichen Verband.

Dagegen bat Kollege Michael, Hamburg, von der Niedersetzung einer Kommission abzusehen. Lübeck habe eben den Wunsch, aus seinem bisherigen Verbande auszuscheiden und gemeinschaftlich mit Hamburg zu arbeiten, weil es seine Interessen so besser vertreten glaube. Nach weiteren Erörterungen in dieser Angelegenheit, in denen der Kollege Bernhard auf § 3 Abs. 2 der Satzung hingewiesen hatte, wurde, da es sich um eine Vorstandsangelegenheit handelte, beschlossen, im Laufe der Tagung eine kurze Vorstandssitzung abzuhalten, um sie zu erledigen.

Auf Vorschlag des Kollegen Michael wurde dazu noch protokollarisch festgelegt:

> „Der Reichsausschuß nimmt davon Kenntnis, daß im gegenseitigen Einverständnis der Verein Lübecker Presse aus dem Landesverbande Schleswig-Holstein-Lübeck ausscheidet und in den Landesverband Groß-Hamburg eintritt. Der Reichsausschuß stellt fest, daß Hamburg bereit ist, mit Schleswig-Holstein zu verhandeln.“

Der Reichsausschuß erklärte sich mit dieser protokollarischen Festlegung einverstanden unter der Voraussetzung, daß daraus keine rechtlichen Konsequenzen gezogen würden.

Gegen Ende der Sitzung des Reichsausschusses wurde unter Vorsitz des Kollegen Freund über die vom Vorstand beschlossenen

Richtlinien für die Mitgliedschaft

verhandelt, die in Nr. 21/29 der „Deutschen Presse“ veröffentlicht worden sind.

Auch an dieser Debatte beteiligten sich die Kollegen zahlreich, so daß es nicht gelang, die Verhandlungen am Freitag zu Ende zu führen und

eine zweite Sitzung des Reichsausschusses

für den 8. Juni vorm. 9 Uhr anberaumt werden mußte, die bis gegen 10¼ Uhr dauerte.

An den Beratungen über die Richtlinien für die Mitgliedschaft beteiligten sich u. a. die Kollegen Holstein, Königsberg, v. Wilpert, Danzig, Freund, München, Graefe, Dresden, Klühs, Berlin, Ackermann, Berlin; Zinn, Hamburg, Dr. Clages, Magdeburg, Dr. Günther, Leipzig, Goeres, Berlin, Bernhard, Berlin und Richter, Berlin. Besonders erörtert wurden folgende Gesichtspunkte: Anerkennung oder Nichtanerkennung von redaktionell arbeitenden Kräften als Redakteure unter Mitwirkung der Landesverbände, Einbeziehung von Hilfsredakteuren, Redaktionssekretären und Telephonstenographen der großen Blätter als wichtiger redaktioneller Mitarbeiter in die Organisation, die Frage der Anrechnung oder Nichtanrechnung der Volontärzeit bei sonstiger Erfüllung der Voraussetzungen für die Aufnahme in die Organisation, die ausreichende moralische Qualifikation der Bewerber als Hauptvoraussetzung für die Mitgliedschaft, die Mitgliedschaft der Pressechefs, wobei besonders betont wurde, daß nur solche Leiter von Presseämtern in die Organisation Aufnahme finden dürften, die im Hauptamt diese Tätigkeit ausüben und aus dem journalistischen Beruf hervorgegangen seien, nicht etwa irgendwelche Dezernenten, denen die Führung des Presseamts nebenbei übertragen sei, die Frage der rückwirkenden Anwendung der Richtlinien sowie die Frage der Aufnahme von Verlegersöhnen in die Organisation.

Kollege Graefe, Dresden, der sich besonders für die Beibehaltung der Bestimmung zu Ziffer 8 oder eine Ersatzbestimmung ins Zeug legte, bat dringend um eine Anweisung

Digitized by Google

des Vorstandes im Sinne der Ziffer 8, damit die Verbände einen Antrieb hätten, endlich einmal aufzuräumen und ungeeignete Mitglieder auszuscheiden.

Im Laufe der Verhandlungen wurde dann über die folgenden Anträge und Abänderungsvorschläge abgestimmt:

Zu Ziffer 4 wurde beantragt der Zusatz

„unbeschadet der Prüfungspflicht des Vorstandes."

Zu Ziffer 7 wurde beantragt folgende Fassung

„Voraussetzung ist, daß er mindestens ein Jahr in der Presse hauptamtlich tätig war, wobei die Volontärzeit (mindestens 1 Jahr) nicht mitgerechnet wird."

Dieser Antrag wurde abgelehnt, die alte Fassung beibehalten, jedoch statt hauptamtlich „hauptberuflich" beschlossen.

Ebenso wurde das Wort hauptamtlich in Ziffer 2 und 3 durch „hauptberuflich" ersetzt.

Zu Ziffer 2 Abs. 1 wurde die Ergänzung angenommen

„wenn sie aus dem journalistischen Beruf hervorgegangen sind."

Der Antrag Freund auf Streichung der Ziffer 8 wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Reichsausschuß stellte dann fest, daß die Richtlinien von ihm mit den erwähnten Änderungen angenommen seien und in dieser Form der Vertreterversammlung unterbreitet werden sollten.

Eine kurze Debatte über einen Zusatzantrag Graefe, Dresden:

„Den Landesverbänden wird aufgegeben, ihre Listen zu bereinigen; in Zweifelsfällen soll der Reichsverbandsvorstand entscheiden."

fand ihren Abschluß mit folgender protokollarischen Feststellung:

„Die Meinung des Reichsausschusses ist, die Ausführung des Antrages Graefe den Landesverbänden dringend zu empfehlen. Die Landesverbände sollen alsbald ihre Listen nachsehen und prüfen, ob alle Mitglieder den Satzungen und den Richtlinien entsprechen."

Diese Feststellung gebe den Landesverbänden die Möglichkeit, einzuschreiten, wo es sich als notwendig erweise.

Eine kurze Aussprache über die

Vorschläge zur Revision der Ehrengerichtsordnung.

beendigte die Verhandlungen des Reichsausschusses. Da die Zeit schon sehr weit vorgeschritten war, machte Kollege Tönjes-Hannover den Vorschlag, eine Kommission einzusetzen. Dieser Vorschlag wurde angenommen.

In aller Kürze wurde dann noch die Angelegenheit der Wahl eines Reichsverbandsmitgliedes in den Aufsichtsrat der Leipziger Fürsorge erörtert. Der Vorstand beschloß dazu, an seinem seinerzeitigen Beschluß, für den Aufsichtsratsposten das Berliner Mitglied Werner Pfeiffer als besonders sachverständigen und interessierten Kollegen vorzuschlagen, festzuhalten und die Bedingungen der Leipziger Fürsorge als unzulässig abzulehnen.

* * *

1. Sitzung der Vertreterversammlung.

Um 10,15 Uhr eröffnete Kollege Bernhard die Vertreterversammlung und hieß die zahlreich erschienenen Delegierten aus ganz Deutschland herzlich willkommen. Er hoffe, im Laufe der Tagung werde sich Gelegenheit bieten, die Presse zu zeigen, wie sie sein soll. Er wolle sich kurz fassen und nur betonen, was er auch schon bei den gestrigen Verhandlungen des Reichsausschusses getan habe, wie sehr es der Disziplin aller Beteiligten gerade unter Journalisten bedürfe, um die Tagung zu einem guten Ende zu führen. Vor allen Dingen hoffe er, daß die wichtigsten Punkte der Tagesordnung ausführlich behandelt werden könnten. Das werde jedoch der Leitung der Tagung nur dann möglich sein, wenn alle Kolleginnen und Kollegen mit der Leitung gemeinsam sich bemühten, sich so kurz als möglich zu fassen. In den vorhergegangenen Verhandlungen des Reichsausschusses seien seiner Meinung nach die wichtigsten Punkte der Tagesordnung schon sehr weitgehend geklärt worden, so daß die Stellungnahme der Verbände zum größten Teil im Reichsausschuß festgelegt werden konnte. Er bitte die Verbände, die im Reichsausschuß vertreten seien, sich durch ihre Reichsausschußmitglieder informieren zu lassen, so daß, wenn es sich nicht um ganz wichtige Dinge handele, die Ausführungen vom Tage vorher nicht wiederholt zu werden brauchten. Mit einem nochmaligen Appell an die Disziplin der Kollegen schloß Kollege Bernhard seine Ausführungen.

Anschließend wurde die Präsenzliste festgestellt, wobei sich wiederum ergab, daß der Bezirksverband Brandenburg auf der Tagung durch keinen Delegierten vertreten war. Dann wurde der Wahlausschuß zusammenberufen, um die Wahlen für den Anfang der Nachmittagssitzung vorzubereiten.

Namens des Vereins Bremer Presse begrüßte nun der Vorsitzende Kollege Crull-Bremen die Delegiertenversammlung, die zwar nicht zum ersten Mal im Bezirk des Vereins Niedersächsische Presse zusammengetreten sei, aber zum ersten Male in Bremen selbst. Er heiße die Anwesenden im Namen des Vereins Bremer Presse herzlich willkommen, und sei hocherfreut, daß die Kollegen so zahlreich der an sie ergangenen Einladung gefolgt seien. Nachdem Kollege Bernhard dem Verein Bremer Presse herzlich für die freundlichen Begrüßungsworte gedankt hatte, nahm

der Geschäftsführende Vorsitzende zum Jahresbericht

das Wort. Kollege Richter führte etwa folgendes aus:

Heute stehe ich zum 10. Male vor Ihnen. Die vergangenen 9 Jahre Verbandstätigkeit sind für mich Mühe und Arbeit und schwere Verantwortung gewesen. Ich halte nicht viel von großen und langen Reden, denn der erste Arbeiter des Reichsverbandes muß sich durch seine Taten und Leistungen ausweisen können. Mit Genugtuung darf ich feststellen, daß die Arbeit der Zentrale in den letzten 9 Jahren erfolgreich gewesen ist. Der Reichsverband und seine Zentrale sind eine kräftige Wirklichkeit geworden, an der im Ernst nicht zu zweifeln ist. Belastungsproben bleiben weder dem einzelnen Menschen, noch einer Organisation erspart. Sie müssen ohne Nervosität bestanden werden, und sie werden auch vom Reichsverband gemeistert, wie ja alle unsere Delegiertenversammlungen bisher klar und bündig bewiesen haben.

Eine der wichtigsten und dringlichsten Aufgaben, mit denen sich der diesjährige Verbandstag zu beschäftigen hat, ist die Festlegung der Richtlinien für die Aufnahme neuer Mitglieder und die Siebung des jetzigen Mitgliederbestandes. Es läßt sich nicht leugnen, daß manche Kollegen — und es sind nicht die schlechtesten — sich nicht mehr ganz wohl in unserer Organisation fühlen, da sie der Ansicht sind, es kämen zu viel Elemente hinein, die nicht zu uns gehören und Ansehen wie Stoßkraft des Verbandes nur lähmen, also eine Belastung und ein Hemmschuh für ihn seien. Sie verlangen — ohne Engherzigkeit — eine größere Exklusivität (im guten Sinne des Wortes). Aufgabe dieses Verbandstages wird es darum sein, klare Richtlinien für die Mitgliedschaft zu beschließen mit dem Ziel, den Reichsverband von allen Elementen freizuhalten, die nicht in ihn hineingehören.

Auf der vorjährigen Delegiertenversammlung sind auch gewisse Mängel unserer Ehrengerichtsordnung zur Sprache gekommen. Die mit der Ausarbeitung von Abänderungsvorschlägen beauftragte Kommission hat gründliche Arbeit geleistet und ihre Vorschläge sind in der „Deutschen Presse" veröffentlicht worden. Die Bremer Delegiertenversammlung wird darüber zu beschließen haben.

Der in unserem Verbandsorgan veröffentlichte Jahresbericht, den Sie alle gelesen haben werden, kann natürlich nur ein schwaches Bild von der gewaltigen Arbeit geben, die auch im vergangenen Berichtsjahr geleistet werden mußte und geleistet worden ist. Diese Arbeit ist immer noch im Wachsen, und deshalb fühle ich mich innerlich verpflichtet, auf Grund meiner nun über neunjährigen Erfahrungen immer wieder mit allem Nachdruck zu betonen, daß die Zentrale des Reichsverbandes nur dann so arbeiten kann, wie es von ihr verlangt wird, wenn ihr auch die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Sparsamkeit muß sein, aber jede Übertreibung dieser Sparsamkeit gerade bei der Zentrale würde sich bald bitter am Verbandsleben rächen. Sie hat sich ohne allen Zweifel als der starke Motor

Digitized by Google

des Reichsverbandes erwiesen, und wer aus eigener Kenntnis der Dinge die ersten neun Jahre unseres Verbandslebens mit den neun Jahren seit Gründung einer hauptamtlichen Zentrale miteinander vergleicht, wird zugeben müssen, daß wirkliche Arbeit und wirkliche Anregung für das Verbandsleben nur durch eine möglichst starke Zentrale geleistet werden kann.

Sehr zu beklagen ist die viele unnütze Arbeit, die eine große Anzahl von Mitgliedern des RV. auch im vergangenen Jahre der Zentrale wieder gemacht hat. Es hätte viel Zeit und Aufwand erspart werden können, wenn alle Kollegen die Satzungen, die Ehrengerichtsordnung, die Satzung der ZHK., das Vertragswerk, wie auch das Verbandsorgan genauer studieren würden, als es heute teilweise der Fall ist. Einige Tausende von Briefen hätten dadurch in Wegfall kommen können. Ich bitte daher alle Verbände und alle Kollegen, das Ihrige zu tun, damit dieser wirklich überflüssige Briefverkehr in Zukunft nach Möglichkeit vermieden wird.

Was die einzelnen Teilgebiete der Arbeit der Zentrale anlangt, so haben sie sich, wie aus dem Jahresbericht zu ersehen ist, im großen ganzen günstig entwickelt und sind von erheblichem Nutzen für die Kollegen gewesen. Natürlich hat auch hier Kritik nicht gefehlt. So ist besonders die Stellenvermittlung bemängelt worden, weshalb ich an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen möchte, daß zwar in der Zentrale das Möglichste getan wird, alle ihre Bemühungen aber teils an der Interesselosigkeit der Kollegen selbst, teils an dem bisherigen Beiseitestehen der Verleger sich müde liefen. In der letzten Sitzung der RAG. ist von uns wiederum die Frage der Stellenvermittlung zur Sprache gebracht und insofern ein Erfolg erzielt worden, als beschlossen wurde, Richtlinien für die Zusammenarbeit mit den Verlegern auf dem Gebiete der Stellenvermittlung auszuarbeiten, und dem Vorstand der RAG. vorzulegen, damit endlich der § 2 B. 8 der Satzung der RAG. in die Tat umgesetzt wird. Ich hoffe, daß wir nun bald einen Schritt weiter kommen werden. Ich werde den Verbänden so schnell als möglich eine Denkschrift des Reichsverbandes zugehen lassen, die den heutigen Stand der Stellenvermittlung auseinandersetzt und neue Vorschläge bringt.

Kritische Bemerkungen sind hie und da auch wieder über unsere „Deutsche Presse" gefallen. Auch in diesem Punkte ist es mit Kritik allein nicht getan. Die Entwicklung des Verbandsorgans in dem von uns allen gewünschten Sinne hängt einmal von den finanziellen Möglichkeiten ab und zum andern davon, daß jeder Kollege, der wirklich etwas zu sagen hat, an unserer „Deutschen Presse" mitarbeitet. Heute tun es nur wenige Mitglieder und in der Regel immer die gleichen. Ich selbst bin der erste, der es mit Freuden begrüßen würde, wenn eine besondere und hochbefähigte Kraft für die Redaktion des Verbandsorgans eingestellt werden könnte, denn ich würde mich dann anderen Verbandsarbeiten noch intensiver widmen können. Ohne ausreichende finanzielle Grundlage ist aber die Anstellung eines Redakteurs nicht möglich. Außerdem wird auch die Personenfrage keine geringen Schwierigkeiten machen, denn es kann nur ein Kollege in Frage kommen, der sowohl hervorragende journalistische Fähigkeiten wie auch genaue Kenntnis des Verbandslebens besitzt. Hat er diese Kenntnis nicht und besitzt er nicht das nötige Fingerspitzengefühl für die redaktionelle Arbeit gerade an dem Organ eines überparteilichen Verbandes, wie des unseren, so wird es ein Unglück geben. Abgesehen von der Überlastung hat die Verbindung des Amtes des Geschäftsführenden Vorsitzenden mit dem des Leiters unseres Verbandsorgans schon ihre großen Vorzüge gehabt. Auf jeden Fall wird auch ein besonderer Redakteur für die „Deutsche Presse" seine Redaktionstätigkeit nur im engsten Einvernehmen mit dem Geschäftsführenden Vorsitzenden richtig ausführen können.

Zu meiner großen Verwunderung befindet sich unter den diesjährigen Anträgen der Verbände für die Delegiertenversammlung kein einziger, der sich mit der Gehaltsfrage beschäftigt, obschon mir bekannt ist, daß in vielen Kreisen der Kollegenschaft größte Unzufriedenheit über die teilweise ganz unzulänglichen Gehälter herrscht. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß die Gehaltsfrage wieder einmal akut geworden ist und auf diesem Gebiete etwas Ernstliches geschehen muß. Hierbei müssen allerdings zunächst die Landesverbände in Aktion treten, da ja der Reichsverband nach den Bestimmungen des Vertragswerkes nicht direkt über die Festsetzung der Gehälter verhandeln kann, sondern diese Aufgabe den regionalen Bezirksarbeitsgemeinschaften zugewiesen worden ist. In diesen müssen die Redakteurvertreter immer wieder auf die Verpflichtung der Verleger aus § 2 B. 9 der Satzung der RAG. hinweisen und sich nicht nur mit unverbindlichen Richtlinien und Empfehlungen begnügen, die größtenteils doch nicht von den Verlagen befolgt werden. Lediglich in Bayern ist in verhältnismäßig kurzer Zeit zweimal eine Gehaltserhöhung erreicht worden, und zwar einmal im vergangenen Jahre 10% und jetzt wieder 5% im Anschluß an die Erhöhung der Buchdruckerlöhne. Da die letzten 5% auf die Gehälter von 1927 einschließlich der 10% von 1928 gezahlt wurden, ergibt sich seit 1927 insgesamt eine Steigerung der bayerischen Tarifgehälter um etwa 17 %. Das ist aber auch der einzige Lichtblick in dieser Frage. Trotz der auch bei den Verhandlungen in Bayern aufgetretenen Schwierigkeiten ist es dank der vorbildlichen Energie der Leitung dieses Verbandes und der anerkennenswerten Einsicht der beteiligten Verleger gelungen, diesen erfreulichen Fortschritt in der Gehaltsfrage zu erzielen. Auch hier kann ich allen Kollegen nur zurufen: Kämpfen und nicht müde werden, denn es gibt sicherlich nur wenige Verleger, die aus eigenem Antrieb Gehälter erhöhen. Selbstverständlich wird unter Umständen auch bei solchen Verhandlungen die RAG. selbst eingreifen müssen. Allen Verbänden stehen die Ergebnisse unserer sozialen Enquete auf besonderen Wunsch zur vertraulichen Auswertung zur Verfügung. Nach allem, was ich aus Kollegenkreisen, und zwar aus den verschiedensten Teilen des Reiches, gehört habe, gibt die Gehalts- und Honorarpolitik der Verleger zu ernstesten Bedenken Veranlassung. Erfreuliche Ausnahmen sind gewiß vorhanden, aber es sind und bleiben eben Ausnahmen.

In diesem Zusammenhange auch ein Wort über die Reichsarbeitsgemeinschaft. Sie hat sich nach meiner Auffassung leider nicht so fruchtbar entwickelt, wie wir es in unserem Interesse verlangen müssen. Das Ergebnis ihrer Arbeit im letzten Berichtsjahr ist doch recht mager. Es sind nur drei Sitzungen des Vorstandes und des Präsidiums abgehalten worden. Ein deutlicher Beweis dafür, daß kein genügend kräftiges Leben in der RAG. pulsiert. Immer wieder zeigt sich die Schwierigkeit, die Parteien zu einem Zeitpunkt zusammenzubringen, der allen genehm ist. An dieser Schwierigkeit ist so manche geplante RAG.-Sitzung gescheitert. Vor allem vermisse ich einen klaren Operationsplan unsererseits. Es scheint mir höchste Zeit, daß der Vorstand sich baldigst auf einen solchen einigt und festlegt. Auch bezüglich der einzuschlagenden Taktik muß Klarheit geschaffen werden. Ich persönlich stehe, wie Sie wissen, auf dem Standpunkt einer kräftigen Initiative und Offensive, weil ich der Überzeugung bin, daß wir sonst von den Verlegern nicht viel erreichen werden. Ein anderer Teil der Kollegen steht mehr auf dem Standpunkt, daß allein ein vorsichtiges, diplomatisches Ringen den Erfolg verbürgen könne. Wer recht hat, kann erst die Zukunft lehren. Aber ich weise darauf hin, daß auch das ganze Vertragswerk nur im Kampf den Verlegern abgerungen worden ist. Wie dem aber auch sei, auch in der Taktik ist eine einheitliche, von allen zu befolgende Linie notwendig, und sie muß ebenfalls so schnell als möglich festgelegt werden. Wieviel in der RAG. noch zu tun ist, beweist wieder der neue österreichische Kollektivvertrag, den ich einen Tag vor der Bremer Delegiertenversammlung von den österreichischen Kollegen erhalten habe. Da ist z. B. die Urlaubsfrage. Während es nach unserem Normaldienstvertrag immer noch einen Mindesturlaub von 2 Wochen gibt, setzt der österreichische Kollektivvertrag von vornherein einen Urlaub von 4 Wochen fest für einen Volljournalisten. Weiter die Mindest-Kündigungsfrist! Sie beträgt nach unserem Normaldienstvertrag 6 Wochen zum Quartalsschluß, während sie in Österreich auf 3 Monate festgesetzt ist. Auch die Steigerungen der Kündigungsfrist sind in Österreich weitaus besser als in unserem Normaldienstvertrage. Der österreichische Kollektivvertrag sieht auch — um noch einen beliebigen Punkt herauszugreifen — vor, daß bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres jedem Journalisten nach je 5jähriger Tätigkeit im gleichen Verlage automatisch eine

Digitized by Google

Steigerung von mindestens 8% seines Gehaltes zugestanden werden muß.

Dann noch ein paar Worte über die Zeitungsinstitute Berlin und Heidelberg, die bekanntlich vom Reichsverband laufend mit Beträgen unterstützt werden. Insgesamt hat der Reichsverband für beide Institute schon etwa 46 000 Mark aufgebracht. Wir müssen allmählich dahin kommen, daß diese Institute, wie es z. B. in Sachsen mit Leipzig, in Bayern mit München der Fall ist, völlig vom Staat übernommen werden, so daß wir von diesen erheblichen Kosten herunterkommen. Unter allen Umständen müssen wir aber nach wie vor, gleichviel, ob wir die Institute finanziell unterstützen oder nicht, ihnen das regste Interesse widmen und sie in ihrer Arbeit wirksam fördern, soweit es in unserer Möglichkeit steht.

Auf die Versorgungsanstalt der RAG., ihre Entwicklung und die Gefahren, die ihr aus der Erhöhung der Angestelltenversicherungspflichtgrenze drohen, näher einzugehen, kann ich mir wohl ersparen, da dieses wichtige Thema ja schon in aller Ausführlichkeit behandelt worden ist und auch hier in Bremen verhandelt werden wird. Ebenso kann ich mich in bezug auf die Federation Internationale des Journalistes kurz fassen. Sie wissen, daß Kollege Bernhard im vergangenen Jahr auf Vorschlag des Reichsverbandes zum Vorsitzenden der FIJ. gewählt worden ist. Wir hoffen, daß es gelingen wird, die heute noch etwas labile Internationalität der FIJ. endgültig zu festigen, damit sie eine gedeihliche Entwicklung nimmt. Die von der FIJ. geschaffene internationale Ausweiskarte für Journalisten kann von jedem Mitglied des Reichsverbandes, das ins Ausland reisen will, beantragt werden. Unbedingt erforderlich ist dabei, daß der Antrag möglichst frühzeitig gestellt wird, denn es sind mancherlei zeitraubende Formalitäten bei der Ausstellung zu erledigen. Zu erwähnen wäre noch, daß die letzte Versammlung der FIJ. in Prag die Schaffung eines journalistischen internationalen Ehrengerichts grundsätzlich beschlossen hat. Der Entwurf einer Satzung hierfür liegt schon vor und wird wahrscheinlich im Herbst cr. in Kraft gesetzt werden.

Das ist alles, was ich in Ergänzung des gedruckt vorliegenden Jahresberichtes noch zu sagen habe. Der Reichsverband hat in zäher Arbeit viel erreicht, aber er muß noch viel mehr erreichen, wenn die Stellung des deutschen Journalisten in ideeller wie materieller Hinsicht völlig gesichert werden soll. Um dies Ziel zu erreichen, ist gemeinsame Arbeit und gemeinsamer Kampf, wenn es sein muß, nötig. Die Voraussetzungen für einen Erfolg sind vorhanden. Der Reichsverband ist wirklich eine Wirklichkeit und sie wird immer stärker werden, wenn alle Mitglieder des Reichsverbandes die Mahnung beherzigen, die kürzlich Kollege Rippler in der „Deutschen Presse" an alle Kollegen gerichtet hat, nämlich nicht immer nur die Frage zu stellen, was leistet der Reichsverband für uns, sondern die ebenso wichtige, was leisten wir als gleichberechtigte und gleichverpflichtete Mitglieder in und durch unseren Reichsverband?

Nach diesen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Geschäftsführenden Vorsitzenden schlug Kollege Bernhard vor, anschließend gleich den Kassenbericht zu hören. Zu Punkt 4 der Tagesordnung könne allerdings erst am Nachmittag diskutiert werden, weil der Geschäftsführer der Versorgungsanstalt vorläufig nicht zur Verfügung stehe. Er bitte daher, wohl die RAG. mit zu diskutieren, jedoch die Versorgungsanstalt auszuschließen.

Kollege Moßner erstattete dann den Kassenbericht, auf den wir bereits in dem Bericht über die Sitzung des Reichsausschusses Bezug genommen haben.

In der anschließenden Generaldebatte kam zunächst der Kollege Walter Steinberg, der Geschäftsführer des Bezirksverbandes Berlin, zum Wort. Er bemängelte in mehreren Punkten die Arbeit der Zentrale und der Verbandsleitung. Ihm trat Kollege Dr. Breslauer sofort entgegen, indem er darauf hinwies, daß die Ausführungen Steinbergs ausschließlich auf sein persönliches Konto zu setzen seien, daß er aber nicht im Namen und Auftrag des Bezirksverbandes Berlin gesprochen habe.

Kollege Dr. Dröse als Vorsitzender des Landesverbandes Württemberg bemerkte, er habe den Eindruck, als ob die Delegiertenversammlung eine Konkurrenz mit den Parlamenten anstrebe, weil die Dinge, die in der Delegiertenversammlung vorkämen, schon in der Reichsausschußsitzung verhandelt worden seien. Er würde es begrüßen, wenn der Delegiertenversammlung alle 3 Tage für ihre Verhandlungen zur Verfügung ständen. Nach seiner Auffassung informiere der Verbandsvorstand die Verbände über seine Tätigkeit nicht genügend. Seine Forderung sei: mehr Publizität! Ohne Reklame gehe es heute nun einmal nicht. Nachdem der Redner sich dann über die Pressehausfrage geäußert hatte, vertrat er, wie auch schon in Vorstandssitzungen, die Auffassung, daß der Vorstand den günstigsten Augenblick zur Verlängerung der Versorgungsanstalt versäumt habe. Wenn die 10 Jahre herum seien, würde man die Verleger vielleicht bitten müssen; sie würden dann die Gebenden sein. Er erinnerte weiter daran, daß der Vorstand dem Württembergischen Antrag auf Ergänzung und Verbesserung der Schiedsgerichtsordnung noch immer nicht stattgegeben habe. Er hoffe, daß das nun endlich im kommenden Jahre geschehe. Die Auffassung Richters, daß die Verleger in der Gehaltsfrage kein Entgegenkommen zeigen würden, teile er nicht, da erst kürzlich in Heidelberg auf der Tagung der Zeitungsverleger dem Sinne nach gegenteilige Äußerungen gefallen seien, so habe sich z. B. der Verleger Dr. Jänicke außerordentlich entgegenkommend in der Gehaltsfrage ausgesprochen. Er habe sich etwa geäußert: in Gehaltsfragen solle man großzügig sein, denn die Redakteure seien die wertvollsten Mitarbeiter der Verleger. (Zuruf: Die Verleger sagen das immer, aber sie handeln nicht danach!)

Die Kollegen Bestler-Essen und Mösinger-Frankfurt a. M. trugen besonders die Klagen der freien Mitarbeiter vor und erhoben den Vorwurf, daß der RV. für diese Kategorie seiner Mitglieder bisher ganz auffallend wenig getan habe. Es müsse endlich einmal der Not der freien Mitarbeiter gesteuert werden und vom Reichsverband etwas Gründliches geschehen. Die freien Mitarbeiter, die ohnehin manchmal nur unter Entbehrungen ihr Leben fristen könnten, seien nicht in der Lage, die hohen Verbandsbeiträge aufzubringen, wenn sie nicht dafür ein entsprechendes Äquivalent sehen. Eine weitere Erhöhung der Verbandsbeiträge sei für sie nicht tragbar. Außerordentlich bedauerlich sei, und das zeige auch wieder das mangelnde Interesse der Verbandsleitung den freien Mitarbeitern gegenüber, daß sie im Geschäftsbericht nicht mit einem Wort erwähnt worden seien. (Zuruf: Das stimmt ja nicht!) Besonders in der Frage der Honorarzahlungen wie auch in der Frage des Urlaubs müsse endlich für die freien Journalisten gesorgt werden, und er bitte dringend darum, daß den freien Journalisten von der Geschäftsleitung des RV. Gelegenheit gegeben werde, diese Dinge im einzelnen mit ihr durchzusprechen.

Kollege Dr. Günther, Leipzig, trat der Anregung seines Vorredners, des Kollegen Bestler, auf Errichtung einer Sondervereinigung der freien Journalisten entgegen. Der RV. habe gewiß noch viel zu leisten, doch müßten alle Kollegen sich in geschlossener Front an diesen Arbeiten beteiligen. Was die Stellung der Verleger zu den Redakteuren anlange, so müsse er entschieden darauf hinweisen, daß man den Verlegern nur mit Forderungen kommen könne, wenn man ihnen auch das nötige Material dazu liefere, und daran hapere es vielfach. Die Kollegen beklagten sich zwar, wollten jedoch für ihre Klagen nicht geradestehen. Nach seiner Auffassung liege das Schwergewicht unserer Beziehungen zu den Verlegern in der RAG., nicht in den BAG. Ihre Aufgabe bestehe darin, die österreichischen Erfolge auszuwerten. Wichtig sei, daß die österreichischen Erfolge in der „Deutschen Presse" den Kollegen bekanntgegeben würden. Wir müßten dasselbe erlangen, wie die österreichischen Kollegen.

Der Geschäftsführende Vorsitzende, Kollege Richter, trat dann den Angriffen von seiten der freien Journalisten, namentlich des Kollegen Bestler, entgegen und betonte, daß einige Einrichtungen des RV. ganz vorwiegend von den freien Journalisten in Anspruch genommen würden, so z. B. der Rechtsschutz und auch das Unterstützungswesen. Das sei übrigens auch im Jahresbericht deutlich zum Ausdruck gekommen. Auch ein sehr großer Teil des Briefverkehrs werde gerade zwischen der Zentrale und freien Journalisten geführt. Die Rechtsschutzstelle sei das reine Inkassobüro für ausstehende Honorare. Auch in der RAG. habe man nicht einmal, sondern Dutzende von Malen über die Lage der freien Mitarbeiter gesprochen und versucht, etwas für sie herauszuholen. Ebenso habe man mehr als einmal die Frage erörtert, wie es möglich sei, ihnen die Vorteile der Versorgungsanstalt zugute kommen zu lassen. Zur Besprechung dieser Frage sei ausdrücklich ein freier Journalist aus dem Rheinland nach Berlin gerufen werden. Er könne jedenfalls feststellen, daß im Verhältnis zu der Zahl der freien

Digitized by Google

Journalisten die Arbeit, die der RV. für sie leiste, sehr erheblich sei.

Kollege Dovifat wies ergänzend noch darauf hin, daß im Dezember 1927 in der RAG. Abmachungen über die Bezahlung der freien Journalisten getroffen worden seien. Sie seien auch in der „D. Pr." bekanntgegeben; die Landesverbände brauchten sich nur nach ihnen zu richten und darauf zu dringen, daß sie innegehalten würden.

Kollege Bernhard schlug dann vor, daß die freien Journalisten ihr gesamtes authentisches Material dem Vorstand zur Bearbeitung übergeben, damit dieser ganz konkret die Mängel feststellen könne, die sich gezeigt haben. Im übrigen sei der Vorstand sich über die allgemeinen Sorgen der freien Journalisten durchaus klar; es liege nicht so, daß vom RV. bisher für sie nichts getan worden sei.

Kollege Freund machte dann einige Ausführungen zur Tariffrage und bedauerte außerordentlich, daß der größte Teil der Unterorganisationen mit der Einführung der festen Währung im Jahre 1924 die Tarife abgeschafft habe. Damit sei ein großer Fehler begangen worden. In Bayern sei man mit der Beibehaltung der Tarife durchaus gut gefahren. Durch die verschiedenen Abmachungen seien auch nicht etwa die über Tarif bezahlten Kollegen beeinträchtigt worden. Er glaube übrigens nicht, daß es möglich sei, auf dem Wege über die RAG. in der Gehaltsfrage viel Positives zu erreichen. Die Landesverbände seien nach seiner Auffassung der gegebene Weg hierzu.

Kollege Biel, Hannover, äußerte sich über die Krankenversicherung. Die Krankenversicherung gehöre nach seiner Auffassung auch zu den sozialen Aufgaben des Verbandes. Ein großer Teil der Mitglieder sei stark an ihr interessiert. Eine gute Krankenversicherung sei nach seiner Auffassung ein starkes Aktivum des RV. gegenüber den Mitgliedern. Ein großer Vorteil sei nach seiner Auffassung z. B. in seinem Landesverband, daß die Mitglieder nicht zur Krankenkasse selbst zu gehen brauchten, sondern durch ihn als Vertrauensmann der ganze Verkehr vermittelt würde. Die Frage, ob es zweckmäßig sei, auch weiterhin mit der Leipziger Fürsorge zusammen zu arbeiten, müsse nach seiner Auffassung von neuem geprüft werden. Nach der Prüfung müßten den Landesverbänden die positiven Ergebnisse ermittelt werden. Doch wünsche er, daß die Prüfung nicht nur von Berlinern vorgenommen werde, sondern Vertreter der Landesverbände zugezogen würden, bevor sie beendet sei. Unbedingt nötig sei, daß die Landesverbände in der Krankenkassenfrage über die Zentrale untereinander Fühlung bekämen. Die Vertrauensleute müßten außerdem untereinander Fühlung nehmen. Sein Wunsch sei, im Laufe der Verhandlungen eine kurze Besprechung derjenigen Kollegen herbeizuführen, die die Krankenkassengeschäfte bei den einzelnen Verbänden besorgen.

Kollege Albach, Essen, polemisierte dann zum Kassenbericht und stellte fest, daß nach seiner Auffassung trotz einer erfreulicherweise erkennbaren Sparsamkeit wirtschaftlich doch eine absolut solide Grundlage noch nicht geschaffen sei. Noch immer würden zu den ordentlichen Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen außerordentliche Mittel für die Verwaltung verbraucht. Das könne nicht gutgeheißen werden. Es müsse daher versucht werden, wenn irgendmöglich, mit weniger auszukommen.

Kollege Himer stellte fest, daß der Verbrauch im letzten Jahre sich in den in Köln gezogenen Grenzen gehalten habe. Er begründete dann den Hamburger Antrag, von dem er eine weitere Besserung der Finanzlage des RV. erhoffe, und bat um seine Annahme.

Kollege Giesen, Frankfurt a. M. bat, bei den kommenden Tagungen dafür zu sorgen, daß mehr Zeit für die Beratungen bleibe und weniger Zeit aufgewendet werde für Vergnügungen und Festlichkeiten. Er bemängelte dann scharf die nicht genügende Kenntlichmachung von Informationsinseraten in der „Deutschen Presse" und bat den Vorstand, dafür zu sorgen, daß Informationsinserate ganz deutlich als solche zu kennzeichnen seien und bei einem neuen Vertragsabschluß eventuell ganz in Wegfall kämen. Es müsse da ein ganz klares Abkommen mit dem Verlag der „Deutschen Presse" getroffen werden.

Kollege Dr. Rumpf, Mannheim, begründete den vom Landesverband Baden gestellten Antrag auf Ermäßigung der Beiträge der freien Mitarbeiter, da es sich bei den freien Journalisten sehr häufig um Kollegen handele, die für längere oder kürzere Zeit ohne Stellung seien und für die der Verbandsbeitrag deswegen immerhin ein Opfer bedeute. Er wolle nicht unbedingt auf der Annahme des Antrages bestehen, sondern wünsche nur, daß der Vorstand die Frage einmal gründlich erörtere. In längeren Ausführungen erging er sich dann über das Heidelberger Zeitungsinstitut. Verdienst des badischen Landesverbandes sei es, wenn sich das Heidelberger Institut in einer Weise entwickelt habe, die für den deutschen Journalismus nicht schädlich sei.

Nach einer kurzen, etwa einstündigen Mittagspause teilte Kollege Klühs als Mitglied des Vorstandes und Vorsitzender des Bezirksverbandes Berlin mit, daß von den Kassenprüfern beantragt sei, dem Schatzmeister die Entlastung zu erteilen und zugleich die Entlastung des Gesamtvorstandes auszusprechen.

Unter Leitung des Kollegen Freund wurden dann die Wahlen vorgenommen. Kollege Ackermann als Vorsitzender berichtete über die Verhandlungen der Wahlkommission, der die folgenden Kollegen angehört hatten: Ackermann, Berlin; Osterhuber, Bayern; Herrlein, Sachsen; v. Wilpert, Danzig; Dr. Falk, Württemberg; Dr. Dyrssen, Pommern; Hochkirch, Hamburg; Dr. Wahl, Frankfurt a. M.; Allerdist, Niedersachsen; Kayser, Rheinland-Westfalen; Dr. Clages, Mitteldeutschland; Henke, Schlesien; Streese, Hessen; Dr. Rumpf, Baden; Dr. Wichmann, Schleswig-Holstein; Hartmann, Pfalz. Das Ergebnis der Verhandlungen der Wahlkommission habe zu einstimmigen Vorschlägen in allen Punkten geführt, und zwar empfehle die Wahlkommission an erster Stelle die Wiederwahl des 1. Vorsitzenden. Die Wahlkommission sei einstimmig zu der Auffassung gekommen, daß die Wiederwahl auf Grund der Erfahrungen im letzten Jahr am besten keinen weiteren Diskussionen unterworfen werde. Er richte an die Delegiertenversammlung die Bitte, dem Vorschlag beizutreten und den Kollegen Bernhard zum Vorsitzenden durch Zuruf wiederzuwählen.

Nachdem hiergegen vom Kollegen Grafen v. Schwerin, Essen, Einspruch erhoben worden war, mußte für die Wahl des 1. Vorsitzenden Zettelwahl eintreten.

Inzwischen wurde der Wahlgang fortgesetzt und

der Vorstand einstimmig wiedergewählt.

Er setzt sich, nachdem kurze Zeit später festgestellt war, daß Kollege Bernhard mit 106 gegen 14 Stimmen, also mit großer Mehrheit, wiedergewählt war, folgendermaßen zusammen:

1. Vorsitzende: Chefred. Prof. Bernhard, Berlin; Red. C. Freund, München, Geschäftsführender Vorsitzender, und Direktor G. Richter, 2. Stellv. Vorsitzende: Chefred. Ackermann, Berlin; Dr. Günther, Leipzig; Chefredakteur Horndasch, Köln. 3. Beisitzer: Chefredakteur Paul Baecker, Berlin; Red. Tönjes, Hannover; Staatsrat Zinn, Hamburg. 4. Schriftführer: Klühs, Berlin. 5. Schatzmeister: C. Mohner, Berlin.

Zu der Vorstandswahl lag übrigens noch folgender Antrag Mitteldeutschland vom vergangenen Jahr vor:

> Die Vertreterversammlung des Reichsverbandes in Köln möge den § 12, Abs. 1 der Satzung dahin ergänzen oder interpretieren, daß die Vertretung der Landesverbände im Vorstand des Reichsverbandes so geregelt wird, daß auch die an ihm bisher noch niemals beteiligten Verbände dazu herangezogen werden.

Die Vertreter der Landesverbände in der Wahlkommission hatten sich bezgl. dieses Antrages dahin schlüssig gemacht, für das laufende Geschäftsjahr eine Änderung in der Zusammensetzung des Vorstandes noch nicht eintreten zu lassen.

Nach Schluß der Vorstandswahl erklärte Kollege Haller, daß auch die südwestdeutschen Verbände Baden, Pfalz und Württemberg, die früher im Vorstand vertreten gewesen seien, einen Anspruch darauf erhöben, wieder im Vorstand vertreten zu werden. Sobald sich eine Möglichkeit ergebe, bitte er darum, daß auch der Landesverband Baden bei einer Umänderung des Vorstandes berücksichtigt werde.

Kollege Freund gab der Meinung Ausdruck, daß durch die Ankündigung des Kollegen Ackermann wohl in absehbarer Zeit dem Wunsche Rechnung getragen werden könne.

Es folgten die Wahlen zur RAG. Vorgeschlagen wurde, als ordentliches Redakteur-Mitglied der RAG. an Stelle des Kollegen Klühs den Kollegen Stoffers zu setzen, das stellvertretende Mitglied Zons durch den Kollegen Höhne, Stettin, zu ersetzen und den Kollegen Klühs an Stelle des Kollegen Stoffers als Stellvertreter zu führen. Mit diesen geringfügigen Abänderungsvorschlägen erfolgte einstimmige

Digitized by Google

Wiederwahl. Die Redakteurkurie des Vorstandes der RAG. setzt sich demnach zusammen:

a) ordentliche Mitglieder:

Chefred. Ackermann, Berlin; Dr. Feder, Berlin; Chefred. Bernhard, Berlin; Chefred. Stoffers, Büderich; Chefred. Freund, München; Direktor G. Richter, Berlin; Red. P. Hencke, Görlitz.

b) stellv. Mitglieder:

Dr. Günther, Leipzig; Chefred. Höhne, Stettin; Chefred. Rippler, Berlin; Chefred. Baecker, Berlin; Dr. Rumpf, Mannheim; Red. Tönjes, Hannover; Chefred. Klühs, Berlin.

Es folgten die Wahlen zum Oberschiedsgericht gemäß der Schiedsgerichtsordnung des Vertragswerkes, das im vergangenen Jahr überhaupt nicht in Tätigkeit getreten ist. Die Mitglieder dieses Gremiums wurden einstimmig durch Zuruf wiedergewählt. Das Ober-Schiedsgericht setzt sich also wieder folgendermaßen zusammen:

Chefred. Ackermann, Berlin; Chefred. Hartmann, Neustadt a. d. Haardt; Chefred. Kayser, Elberfeld; Red. Saternus, Frankfurt a. M.; Chefred. Schiedt, München; Red. Tönjes, Hannover.

Hinsichtlich der Wahlen zum Obersten Ehren- und Schiedsgericht hatte sich die Wahlkommission auf den Standpunkt gestellt, daß nur ganz kleine Änderungen vorgenommen zu werden brauchten. Sie schlug vor, an Stelle von Kollegen Buchhorn, der auf eigenen Wunsch ausscheide, den Kollegen Fritz Engel, Berlin, zu wählen, und an Stelle der Kollegin Stropp unter den Stellvertretern den Kollegen Schwedler. Da kein Widerspruch erfolgte, wurde auch diese Wahl durch Zuruf vollzogen. Das OEG. setzt sich demnach für das Jahr 1929 folgendermaßen zusammen:

Dr. Breslauer, Berlin; v. Biedermann, Berlin; Fritz Engel, Berlin; Dr. Clages, Magdeburg; Dau, Breslau; Dr. Dresemann, Köln; Doch, Stuttgart; Scheel, Mannheim; Dr. G. Freund, Berlin; Goeres, Berlin; Dr. Hochkirch, Hamburg; Osterhuber, München; Krebs, Chemnitz; Dr. Mühling, Berlin; R. Müller, M.-Gladbach; Stellvertreter: Dr. Rupp, Frankfurt a. M.; Tönjes, Hannover; Schwedler, Berlin.

Bevor man in den Wahlen fortfuhr, sprach Kollege Dr. Breslauer als Vorsitzender des OEG. dem Kollegen Buchhorn für die bisherige Tätigkeit den besten Dank aus.

Auch die Wahl der Mitglieder der Pflegschaft der Zentralhilfskasse wurde durch Zuruf vorgenommen. Eine Änderung trat nur insofern ein, daß als Stellvertreter an Stelle des ausgeschiedenen Kollegen Boelcke, Berlin, Kollege Klühs vorgeschlagen wurde. Mit dieser Änderung wurde auch die Pflegschaft der ZHK. durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. Sie setzt sich für das Jahr 1929 folgendermaßen zusammen:

a) ordentliche Mitglieder:

Goeres, Berlin; Frederich, Berlin; Etzkorn, Berlin; Richter, Berlin; Steinberg, Berlin.

b) stellv. Mitglieder:

Klühs, Berlin; R. Naumann, Berlin; Dr. Leo, Königsberg; Herrmann, Stettin.

Als Kassenprüfer wurden gewählt einstimmig durch Zuruf der bisherige langjährige Kassenprüfer Kirstein, und an Stelle des verstorbenen Kollegen Wenzel der Kollege Wehnert.

Dem verstorbenen Kollegen Wenzel, der auch Ehrenmitglied des RV. gewesen wor, widmete Kollege Bernhard einen herzlichen Nachruf.

Dann wurde die Aussprache zum Jahresbericht und Kassenbericht fortgesetzt mit Ausführungen des Kollegen Dr. Rumpf zu der Tätigkeit der Bezirksarbeitsgemeinschaft, wobei er auf die in der badischen BAG. vereinbarten Richtlinien über Film- und Sportkritik hinwies, die auch in der „Deutschen Presse" seinerzeit (Nr. 1/1929) veröffentlicht worden sind. Dr. Rumpf schilderte die Widerstände, die sich aus der Mannheimer Verlegerschaft selbst gegen die Richtlinien erhoben hätten, und zwar seitens eines Verlegers, der jede Arbeitsgemeinschaft zwischen Redakteuren und Verlegern ablehne. Weiterhin seien dann Vereinbarungen mit den Lichtspieltheaterbesitzern abgeschlossen worden, die jedoch von der RAG. nicht genehmigt worden seien.

Kollege Ackermann betonte, daß zwischen den Richtlinien und der Vereinbarung streng unterschieden werden müsse. Die Richtlinien seien gut und daher von der RAG. zur Nachahmung empfohlen worden. Die Vereinbarung mit den Lichtspieltheaterbesitzern jedoch sei eine Durchbrechung und Preisgabe der Richtlinien und bedeute einen Rückzug. Das Schlimmste daran sei jedoch die Einrichtung der Schiedsgerichte zusammen mit den Lichtspieltheaterbesitzern, die unmöglich durch die RAG. sanktioniert werden könnte.

Die Debatte zum Geschäfts- und Kassenbericht wurde darauf geschlossen und die vorliegenden Anträge betr. Genehmigung der Berichte und Entlastung der Geschäfts- und Kassenführung wie des Vorstandes wurden zur Abstimmung gebracht. Sowohl die Entlastung des Vorstandes und der Geschäftsführung wie der Kassenführung wurde erteilt. Ebenso wurde der Etat für das nächste Jahr mit großer Mehrheit genehmigt.

Die Verhandlungen wurden dann fortgesetzt mit der Beratung der Anträge. Antrag I Baden

I.

Der Beitrag der freien Mitarbeiter wird auf die Hälfte des Reichsverbandsbeitrages der festangestellten Redakteure festgesetzt.

Diese Herabsetzung halten wir deshalb für erforderlich, weil die freien Mitarbeiter nur einen Teil der Vorzüge des Reichsverbandes genießen. Sie gehören zum größten Teil nicht zu unserer Versorgungsanstalt und werden von unseren Tarifverhandlungen nicht direkt betroffen.

wurde auf Anregung des Kollegen Bernhard zurückgezogen.

Die Anträge des Bezirksverbandes Berlin I, II und III sowie V

I.

Beschlüsse, die von der Vertreterversammlung gefaßt werden, müssen alsbald protokollarisch festgelegt, in der Vertreterversammlung selbst verlesen und vom Vorsitzenden und vom Schriftführer unterschrieben werden.

II.

Nachdem durch die Einrichtung der Zentralhilfskasse die Reichsverbandskasse von den Unterstützungen entlastet ist, möge der Vorstand erneut prüfen, ob und inwieweit durch Bestellung einer besonderen Redaktionskraft die „Deutsche Presse" zu einem wirksameren Organ zur Vertretung der Interessen der deutschen Journalisten ausgebaut werden kann.

III.

Der Bezirksverband Berlin beantragt.

1. § 12, Abs. 3, der Satzungen erhält folgende Fassung: Der Geschäftsführende Direktor wird vom Reichsausschuß bestellt. Bei seiner Behinderung vertritt ihn ein Vorstandsmitglied, das alljährlich vom Vorstand für das laufende Geschäftsjahr benannt wird.

2. Als § 12, Abs. 4, wird folgender Satz eingefügt: Zur Vertretung des Reichsverbandes im Sinne des § 26 BGB. sind der in Berlin wohnende Vorsitzende und der Geschäftsführende Direktor berufen.

V.

Für Arbeitsgerichtsprozesse wird vom Verband ein Spezialist für Arbeitsrecht benannt, der die arbeitsrechtlichen Streitigkeiten der Verbandsmitglieder wahrnehmen muß.

wurden ohne Debatte dem Vorstand als Material überwiesen.

Der Antrag I des Landesverbandes Groß-Hamburg wurde in seinem ersten Absatz angenommen:

Der Geschäftsführende Vorstand des Reichsverbandes wird beauftragt, alljährlich die Abrechnung für das verflossene und den Haushaltsplan für das bevorstehende Geschäftsjahr so zeitig zu versenden, daß sie spätestens vier Wochen vor dem äußersten Termin zur Einsendung von Anträgen zur Delegiertentagung in den Händen der Landesverbands- und Bezirksverbands-Vorsitzenden sind.

Bezüglich der Anträge Rheinland-Westfalen IV und Sachsen I wurde beabsichtigt, sie bei dem Punkt ZHK. zu beraten. Dasselbe gilt für den Antrag des Verbandes der Schlesischen Presse.

Digitized by Google

Hinsichtlich der Anträge Sachsen II, III und IV

II.

„Die Leistungen der Versorgungsanstalt sind im Verhältnis zu denen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte so ungünstig für die versicherungspflichtigen Kollegen, daß der Landesverband Sachsen ersucht, durch Aussprache auf der Reichsverbandstagung eine Klärung der Angelegenheit zwecks Herbeiführung von Maßnahmen zur Wahrung der Rechte der Mitglieder herbeizuführen."

III.

Der Landesverband ersucht den Reichsverband unter allen Umständen darauf hinzuwirken, daß keinerlei Verhandlungen mit den zuständigen Behörden gepflogen werden, die auf eine Abschaffung der Versicherungspflicht der bisherigen Versicherten (also ausschließlich der nach der Erhöhung der Versicherungsgrenze neu zu Versichernden) in der Reichsangestelltenversicherung abzielen. Die Leistungen der Reichsversicherungsanstalt sind, besonders für die jüngeren Kollegen, so ungleich günstigere gegenüber der Versorgungsanstalt der RAG. der deutschen Presse, daß die bereits Versicherten auf ein Weiterbestehen der Versicherungspflicht größten Wert legen.

Falls es nicht möglich ist, im Sinne dieses Antrages die Versicherungspflicht beizubehalten, wird der Reichsverband ersucht, als Zusatz zu seiner Neufassung des Paragraphen 19 des Angestelltenversicherungsgesetzes nach Absatz 2 folgenden Nachsatz durchzusetzen:

„Der für die freiwillige Weiterversicherung bei der Reichsangestelltenversicherung gezahlte Beitrag kann wie bisher bei der gesetzlichen Zwangsversicherung in vollem Umfange (Redakteur- und Verlegeranteil) von der an die Versorgungsanstalt der RAG. zu zahlenden Prämie abgezogen werden."

IV.

Der Landesverband Sachsen ersucht die Verbandsleitung, die Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse zu veranlassen, daß die alljährlich ergehenden „Mitteilungen zur Versicherungsbescheinigung" nicht nur dem Verlag, sondern ebenso auch dem Versicherungsnehmer an die Privatadresse zugesandt werden.

Mitteldeutschland III

Der Landesverband Mitteldeutschland beantragt die Schaffung eines Sonderfonds, um Mitgliedern des Reichsverbandes Studienreisen ins Ausland zur Erweiterung ihres Gesichtskreises zu ermöglichen. Der Sonderfonds soll aus außerordentlichen Einnahmen des Reichsverbandes gebildet und vom Gesamtvorstand des Reichsverbandes verwaltet werden, der auch über Gesuche zur Gewährung von Mitteln aus dem Fonds zu entscheiden hat.

und Verein Niedersächsische Presse

Der Verein Niedersächsische Presse beantragt:

Ohne die segensreiche Tätigkeit der ZHK. im geringsten behindern zu wollen, muß Vorsorge getroffen werden, daß der ZHK. nur soviel Gelder zugeführt werden, wie sie unter Berücksichtigung ihrer Aufgabe, Ausgleichskasse über die Leistungen der Unterstützungskassen der Landes- und Bezirksverbände hinaus zu sein, gebraucht. Jede Thesaurierung größerer Mittel muß unterbleiben, da sie endlich und schließlich als Mitgliederbeiträge aufgebracht werden müssen. Der Reichsverband braucht dringend einen Betriebsfonds. Soweit der Reichsverband über weitere Mittel verfügt, können sie unter Mitwirkung der Landesverbände für andere die Berufskollegen fördernde Zwecke verwendet werden.

sowie Verband der Ostpreußischen Presse

Der Verband der Ostpreußischen Presse beantragt:

Die Delegiertenversammlung wolle beschließen: Der Reichsverbandstag erinnert die noch säumigen Verbände auf das Dringendste an den bereits in Düsseldorf 1926 gefaßten und in Köln 1928 erneuerten Beschluß, wonach jeder Landes- und Bezirksverband verpflichtet ist, eine Unterstützungskasse für seine Mitglieder einzurichten. Die Zentralhilfskasse gewährt den Verbänden bei dieser Aufgabe Hilfe mit Rat und Tat. Der Reichsverbandstag mahnt die Verbandsleitungen dringend an die schwere Verantwortung, die sie übernehmen, wenn infolge ihrer Versäumnis die Mitglieder ihrer Verbände von der ergänzenden Hilfeleistung der Zentralhilfskasse in Notfällen ausgeschlossen sind.

wurde beschlossen, sie bei der Diskussion über die Zentralhilfskasse und Versorgungsanstalt zu beraten.

Die Verhandlungen wurden dann fortgesetzt zum Thema

Zentralhilfskasse.

Kollege Goeres wiederholte zunächst seine Ausführungen aus der Sitzung des Reichsausschusses, auf die wir deswegen hier nicht näher einzugehen brauchen. Er schilderte die finanzielle Entwicklung der Kasse, äußerte sich über die Gesuche und kam schließlich auf die Ausführung des Kölner Beschlusses betreffend die Begründung der ZHK. im Rahmen bis zu 36 000 Mark zu sprechen. In Ergänzung seiner Ausführungen hatte er den Delegierten eine vervielfältigte Erklärung überreicht, die den Standpunkt der Mehrheit der Pflegschaft gegenüber dem Vorstandsbeschluß vertrat.

Auch vor der Delegiertenversammlung vertrat Kollege Bernhard die Auffassung, daß der Vorstand durchaus den Kölner Beschluß in vollem Umfange durchgeführt habe, als er der ZHK. die 30 000 Mk. aus dem Erträgnis der Lotterie überwies und die 30 000 Mk. aus besonderen Einnahmen vorläufig zurückstellte zur Begründung eines Betriebsfonds. Hinsichtlich des Erträgnisses der Lotterie sei zur Bedingung gemacht worden, daß es lediglich für soziale Zwecke verwandt werden müsse. Die Delegiertenversammlung habe nun darüber zu entscheiden, ebenso darüber, wie die vom Vorstand vorläufig für den Betriebsfonds zurückgestellten 30 000 Mk. verwandt werden sollen. Die Gründung eines Betriebsfonds sei schon seit mehreren Jahren dringend gewünscht worden, damit der Schatzmeister auch dann wirtschaften könne, wenn, wie das häufiger vorkomme, ein Teil der Verbände ihren Verpflichtungen gegen die Hauptkasse des Reichsverbandes nicht pünktlich nachkomme. Er solle nur gebildet werden zur vorübergehenden Deckung eines Kassendefizits, nicht eines Budgetdefizits. Er bitte die Delegiertenversammlung, sich zu entscheiden.

In der Debatte wies Kollege v. Wilpert, Danzig, zunächst darauf hin, daß Danzig trotz seiner geringen Mitgliederzahl es fertig gebracht habe, über einen Kassenbestand von 4000 Gulden in seiner Unterstützungskasse zu verfügen. Was die zur Entscheidung stehende Frage anlange, so möchte er bemerken, daß Danzig als nicht mehr reichszugehörig vielleicht einen schärferen Blick habe für die große Bedeutung des Reichsverbandes. Er würde es sehr bedauern, wenn aus dieser Diskussion vielleicht die Meinung entstehen könnte, als ob sich hier zwei feindliche Lager gegenüberständen. Der Reichsverband sei und bleibe doch unbedingt die Hauptsache, die Zentralhilfskasse nur eine der mancherlei Einrichtungen des Reichsverbandes. Deswegen stimme er dafür, daß der Betriebsfonds eingerichtet werde. Er hoffe, daß sich auch ein Weg finden lasse, der ZHK. die Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie benötige.

Kollege Etzkorn, Berlin, setzte sich für die Überweisung der Gelder an die ZHK. ein.

Kollege Allbach, Essen, äußerte das Bedenken, ob nicht, wenn die Delegiertenversammlung tatsächlich dem Wunsche des Vorstandes nachkomme und einen Betriebsfonds schaffe, dieser Betriebsfonds doch wieder anderweitig Verwendung finden werde, z. B. um den Etat zu balancieren. Er schlage vor, nicht einen besonderen Betriebsfonds zu bilden, sondern das Geld einfach zum Vermögen zu schlagen.

Kollege Dr. Leo, Königsberg, machte dann den Vorschlag, von der Gesamtsumme von 30 000 Mk. 20 000 Mark dem beantragten Betriebsfonds zu überweisen und den Rest von 10 000 Mark der ZHK., wogegen die Ansprüche der ZHK. auf die Gelder aus dem alten Unterstützungsfonds abgegolten sein sollten. Notwendig sei, daß die ZHK. auch für die Zukunft gesichert und ihre Arbeitsfähigkeit durch eine gesunde Finanzgebarung erhalten werde. Auf der anderen Seite sei aber auch der Betriebsfonds notwendig. Die Kollegen wüßten alle, daß die Beitragszahlungen der Landesverbände manchmal außerordentlich nachlässig seien, so daß die Kasse in die Lage gesetzt werden müsse, in Zeiten der Not andere Gelder zur Verfügung zu haben. Gegen einen Betriebsfonds dieser Art sei nichts einzuwenden. In dem Kölner Beschluß sei tatsächlich nur davon die Rede, daß die ZHK. geschaffen werden solle im Rahmen eines Betrages bis zu 36 000 Mk. Es stehe nicht da, daß dieser Rahmen erweitert werden solle auf 66 000 Mk.

Digitized by Google

Auch Bernhard wiederholte nochmals, daß der Vorstand auf Grund des Kölner Beschlusses nicht in der Lage gewesen sei, mehr als 36 000 Mk. an die ZHK. zu überweisen.

Kollege Dr. Leo, Königsberg, wies noch darauf hin, daß nach seiner Ansicht ein Betriebsfonds von 20 000 Mk. genügen würde. Er empfahl nochmals seinen Antrag zur Annahme. Dann sei der Streit bereinigt.

Inzwischen waren noch andere Anträge zu diesem Punkt eingegangen, und zwar zunächst ein Anton Goeres, Berlin,

„In Aufrechterhaltung der Beschlüsse des Kölner Vertretertages von 1928 wird festgestellt, daß die dort der ZHK. zugesprochenen Bezüge von Mk. 3000.— pro Monat aus außerordentlichen Einnahmen des Reichsverbandes der ZHK. in vollem Umfang zu verbleiben haben.

Wenn darüber hinaus der ZHK. weitere zu sozialen Zwecken bestimmte Mittel überwiesen werden konnten oder später noch können, so ist das zu begrüßen im Hinblick auf die dadurch geförderte Existenzsicherung der ZHK. auch für die Zukunft."

2. der vom Reichsausschuß empfohlene Antrag Klühs-Freund:

„Die Vertreterversammlung billigt nachträglich den Beschluß des Vorstandes, nach dem

durch Überweisung der außerordentlichen Einnahmen von Mk. 30 000.— aus Lotteriemitteln die Verpflichtung an die ZHK. für die Zeit von 10 Monaten abgegolten ist und die in dieser Zeit anfallenden sonstigen außerordentlichen Einnahmen dem Schatzmeister des Reichsverbandes als Betriebsfonds zur Verfügung gestellt werden.

Die Vertreterversammlung hält es in Übereinstimmung mit dem Vorstand für dringend erforderlich, daß dieser Betriebsfonds in voller Höhe sichergestellt bleibt, d. h. soweit er vorübergehend in Anspruch genommen werden muß, alsbald aus den ordentlichen Einnahmen wieder aufzufüllen ist."

3. Ein Vermittlungsantrag Streese:

„Der Vorstand verzichtet auf einen eigenen Betriebsfonds. Die 30 000 plus 36 000 Mk. werden der ZHK. überwiesen.

Der Vorstand erhält das Recht, bis zum Betrage von 30 000 Mk. die ZHK. in Anspruch zu nehmen, soweit in dem Eingang der ordentlichen Einnahmen vorübergehend Lücken entstehen."

4. ein Antrag Dr. Wichmann, Kiel:

„Die zur Verfügung stehenden Gelder sind zwischen Betriebsfonds und Zentralhilfskasse so zu verteilen, daß jedem die Hälfte zugewiesen wird."

5. Der bereits oben erwähnte Antrag Dr. Leo, Königsberg, der inzwischen folgendermaßen formuliert worden war:

„1. In die Haushaltspläne vom 1. Oktober 1929 ab und 1930 werden eingestellt:

Bei den Ausgaben: Überweisung an die Zentralhilfskasse Mk. 36 000.—.

Bei den Einnahmen: außerordentliche Einnahmen 36 000.—.

2. Von den aus außerordentlichen Einnahmen des laufenden Jahres aufgesammelten Mitteln werden zur Bildung eines Betriebsfonds verwendet Mk. 20 000
der ZHK. werden überwiesen Mk. 10 000
mit der Maßgabe, daß damit zugleich der Anspruch der ZHK. aus dem früheren Wohlfahrtsfonds abgegolten ist."

Die vorstehenden Anträge wurden nunmehr in die Diskussion einbezogen. Im weiteren Verlauf der Aussprache bedauerte zunächst Kollege Klühs, daß die Diskussion über die ZHK. einen solchen Verlauf nehmen konnte. Er sei immer der Meinung gewesen, daß die ZHK. auf eine ordentliche und gesunde Basis gestellt werden müsse. Aber über die in Köln beschlossenen 36 000 Mk. hinauszugehen, sehe er keinen Anlaß. Im übrigen sei durchaus anzuerkennen, daß die ZHK. schon vor dem 1. Januar in den Besitz des ihr zugesprochenen Jahresbetrages von 36 000 Mk. gekommen sei. Da schließlich die organisatorische Tätigkeit des Reichsverbandes das Primäre und Wichtigste sei, habe er den dringenden Wunsch, daß der von ihm in dem Antrag Klühs-Freund gewünschte Betriebsfonds in voller Höhe von der Vertreterversammlung beschlossen werden möge. Vor allen Dingen bitte er, den Antrag Streese nicht anzunehmen.

Ein inzwischen eingegangener Antrag Graefe auf Schluß der Debatte fand Annahme. Eingegangen war in zwischen noch nachstehender Zusatzantrag Graf von Schwerin zum Antrag Klühs:

„Zur vorübergehenden Deckung nicht eingegangener laufender Einnahmen dürfen höchstens 50 Prozent des Betriebsfonds zur Verfügung gestellt werden."

Von den vorliegenden Anträgen wurde dann nach kurzer Debatte der Antrag Dr. Leo, Königsberg, mit großer Mehrheit angenommen. Dadurch waren die anderen Anträge gefallen.

Es folgten die Verhandlungen über die

Versorgungsanstalt,

in deren Verlauf zunächst der Kollege Dovifat längere Ausführungen machte; sie bewegten sich im Rahmen seines Referates im Reichsausschuß, so daß wir uns an dieser Stelle mit einigen kurzen Bemerkungen begnügen können. Kollege Dovifat wies zunächst auf den in der „Deutschen Presse" veröffentlichten Geschäftsbericht über das letzte Arbeitsjahr der Versorgungsanstalt hin, ging dann auf die Auswirkungen der im Herbst vergangenen Jahres beschlossenen Erhöhung der Angestelltenversicherungsgrenze auf die Versorgungsanstalt über sowie auf die vom Reichsverband im Einvernehmen mit der Versorgungsanstalt und den Verlegern getroffenen Abwehrmaßnahmen, die bisher leider noch nicht zum Ziele geführt hätten. Er wies besonders hin auf die Versorgungsanstalt als ein Versicherungswerk, das den Eigenheiten des Berufes weitgehend gerecht werde und hob die großen Vorzüge der Versorgungsanstalt gegenüber der Angestelltenversicherung hervor, so u. a. den Fortfall der Karenzzeit, die Einführung des Begriffes Berufsunfähigkeit anstatt Arbeitsunfähigkeit, die Leistungen für die älteren Kollegen usw. Kollege Dovifat stellte ferner die angeblich günstigeren Angebote privater Versicherungsanstalten in das rechte Licht und erläuterte an einigen Beispielen die hohe Leistungsfähigkeit der Versorgungsanstalt. Die Kollegen müßten den Wert der Versorgungsanstalt als einer wahren Berufsversicherung noch viel mehr schätzen lernen als bisher. Was die Versicherung der freien Journalisten anlange, so glaube er, daß doch vielleicht eine Möglichkeit bestehe, die Verleger zu einer Beteiligung an den Beiträgen für die freien Schriftsteller heranzuziehen. Allerdings bedürfe diese Frage noch eingehender rechnerischer Erwägungen. Schließlich äußerte sich Kollege Dovifat noch über die weite Ausgestaltung der Dispositionsfonds und hob hervor, daß es immer noch Fälle gebe, wo nach den strengen Bestimmungen der Versorgungsanstalt nichts gegeben werden könne. Für solche Fälle benötige man eben besondere Fonds. Zum Schluß ging der Kollege auf die Anträge der Landesverbände, die sich mit der Versorgungsanstalt beschäftigen, ein, nämlich auf die Anträge Sachsen II und III. Antrag II bitte er, abzulehnen. Die Forderungen des Antrages III seien durch die neue Fassung des § 19 erfüllt. Eine Annahme dieses Antrages sei infolgedessen überflüssig. Den Antrag IV bitte er anzunehmen. Er sei zwar an sich überholt, da der Verwaltungsrat schon beschlossen habe, dem Antrage entsprechend zu verfahren.

Nachdem Kollege Wagenknecht, Chemnitz, zu dem sächsischen Antrage erklärt hatte:

„Unsere Anträge sind formuliert worden auf Grund eines großen Haufens von Material, dessen Nachprüfung wir leider nicht vornehmen konnten."

wurde der Antrag II zurückgezogen.

Zurückgezogen wurde ferner nach weiteren Ausführungen Wagenknechts auch der Antrag Sachsen III.

Damit war der Punkt Versorgungsanstalt erledigt.

Besprochen wurde ferner der Antrag I des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse, dessen Vorgeschichte Kollege Horndasch, Köln, erläuterte.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Redaktion der Verbandszeitschrift „Deutsche Presse" soll gehalten sein, Entschließungen der Unterorganisationen auf deren Verlangen zu veröffentlichen, wenn diese Entschließungen sich mit Angelegenheiten des Berufsstandes oder des Reichsverbandes beschäftigen. Die Veröffentlichung ist nach Möglichkeit in der nächsten nach Eingang des Manuskriptes erscheinenden Ausgabe vorzunehmen. Die Veröffentlichung soll in der Regel nur

Digitized by Google

dann abgelehnt werden, wenn sie mit der gesetzlichen redaktionellen Verantwortung nicht gedeckt werden kann oder wenn sie irgendwie gegen die guten Sitten oder die Berufsinteressen verstößt. Vor der Entscheidung, ob die Veröffentlichung wegen Gefährdung der Berufsinteressen abzulehnen sei, ist die Verbandsorganisation, welche der die Veröffentlichung wünschenden Organisation übergeordnet ist, zu hören. Die Rückfrage bei der zu hörenden Organisation ist binnen 4 Wochen zu erledigen.

Horndasch schlug dazu folgende Entschließung der Delegiertenversammlung vor:

1. Die Delegiertenversammlung empfiehlt dem Vorstand, bis zur endgültigen Regelung der Angelegenheit möglichst im Sinne des Antrages zu verfahren.
2. Der Vorstand erhält den Auftrag, schon in der nächsten Vorstandssitzung sich mit dem Antrage zu befassen.

Kollege Bernhard bat, diesen Antrag dem Vorstand gleichfalls als Material zu überweisen, mit der Bemerkung, daß der Vorstand Beschlüsse dazu fassen werde, die der nächsten Delegiertenversammlung vorgelegt werden sollen. Das geschah!

Der zweite Verhandlungstag wurde morgens 9 Uhr mit einer kurzen

Sitzung des Vorstandes

eröffnet, der wegen der Regelung des Antrages Lübeck auf Ausscheiden aus dem Landesverband Schleswig-Holstein-Lübeck und Beitritt zum Landesverband Groß-Hamburg zusammengetreten war.

Dazu lag vom Kollegen Dr. Wichmann, Kiel, ein Schreiben an den Vorstand vor, in dem er erklärte, die Zustimmung Schleswig-Holsteins zum Austritt Lübecks und Anschluß Lübecks an Groß-Hamburg nur unter Annahme der folgenden vier Voraussetzungen geben zu können:

1. daß Schleswig-Holstein sämtliche Mitglieder zugewiesen werden, die zu dem Gebiet Schleswig-Holstein gehören;
2. daß Groß-Hamburg-Lübeck sich verpflichtet, keine Agitation gegen den Landesteil Schleswig-Holstein zu betreiben, sondern die Unabhängigkeit Schleswig-Holsteins respektiert;
3. daß das Fürstentum Lübeck (Bestandteil des Landes Oldenburg mit der Holsteinischen Schweiz) bei Schleswig-Holstein verbleibt. (Dort gibt es seither keine Mitglieder);
4. daß die Mitglieder aus Schleswig-Holstein, die zu dem Verein Lübecker Presse gehören, von Lübeck aus diesem Verhältnis zu entlassen sind.

Nach eingehender Erörterung der Angelegenheit unter Beteiligung fast aller Vorstandsmitglieder sowie der Kollegen Dr. Wichmann, Kiel, und Himer, Hamburg, wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der Vorstand genehmigt den Übertritt des Vereins Lübecker Presse zum Landesverband Groß-Hamburg und den Austritt aus dem Landesverband Schleswig-Holstein ab 1. Juli 1929.

Dabei wird festgestellt, daß das Fürstentum Lübeck zum Bestande des Landesverbandes Schleswig-Holstein gehört, und daß in Zukunft dem Verein Lübecker Presse nur Mitglieder aus dem Lübecker Staatsgebiet angehören dürfen.

Dem Mitglied Jacobi aus Seegeberg, der noch Mitglied des Vereins Lübecker Presse ist, wird die Entscheidung hinsichtlich seiner künftigen Zugehörigkeit anheimgestellt.

Hinsichtlich der territorialen Eingliederung der Mitgliedschaften von Altona und Wandsbek entscheiden die jetzt vorhandenen Mitglieder. Sie werden durch ein gemeinsames Schreiben des Landesverbandes Groß-Hamburg und des Landesverbandes Schleswig-Holstein befragt."

Außerdem wurde auf Wunsch des Kollegen Dr. Wichmann die Äußerung des Kollegen Zinn protokollarisch festgelegt, daß es sehr wünschenswert sei, daß die Schleswig-Holsteiner allein bleiben. Schleswig-Holstein könne seine Mitglieder viel besser betreuen, als selbst der rührigste Geschäftsführer in Hamburg es vermöchte. Hamburg werde nie eine Agitation gegen Schleswig-Holstein betreiben.

Kollege Dr. Wichmann erklärte zu dem Beschluß, daß er selbstverständlich zuerst seinen Landesverband wegen der Zustimmung dazu befragen müsse.

Kollege Himer bemerkte zum Schluß noch, daß der Landesverband Groß-Hamburg sich nach vollständiger Vereinigung mit Lübeck den Namen Landesverband Groß-Hamburg-Lübeck beilegen werde.

*

2. Sitzung der Vertreterversammlung.

Der zweite Sitzungstag war in der Hauptsache den auf der Tagesordnung angekündigten Vorträgen gewidmet. Zunächst kam

die Frage der Auslandskorrespondenzen

zur Sprache. Das 1. Referat hielt Kollege Ackermann. Da sämtliche Referate in den nächsten Nummern der „Deutschen Presse" in ihrem Wortlaut veröffentlicht werden, sei hier nur kurz auf ihren Inhalt hingewiesen.

Kollege Ackermann, der das Thema vom Standpunkt der Heimatredaktionen aus behandelte, stellte zunächst fest, daß das Primäre der Tätigkeit eines Auslandsjournalisten die Arbeit für sein eigenes Land, seine Zeitung und seine Leser sei, das Sekundäre die Pflege und Festigung seiner Beziehungen zu dem Land, in dem er arbeite, also gewissermaßen seine Mittlertätigkeit. Diese Mittlerrolle dürfe nicht allzu sehr in Erscheinung treten. Die Korrespondenten sollten selbstverständlich nach Möglichkeit im Auslande Beziehungen anknüpfen, dürften aber niemals Bindungen ernster Art eingehen. Die bekannte deutsche Anpassungsfähigkeit lasse befürchten, daß der im Auslande befindliche Pressevertreter sich mit der Zeit manchmal allzu sehr der Meinung der fremden Nation anpassen könnte. Solche Korrespondenten seien nicht die richtigen. Der im Auslande befindliche Korrespondent müsse stets bemüht sein, mit der Heimat in engster Fühlung zu bleiben. Er müsse sich auch laufend über die innerpolitischen Verhältnisse seines Heimatlandes orientieren. Es müsse möglich sein, eine klare Linie auf der Basis des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Auslandsvertreter und der Heimatredaktion innezuhalten. Das Vertrauensverhältnis sei das Kernproblem. Das Recht der Materialkürzung müsse nach wie vor den Redaktionen vorbehalten bleiben, da sie am besten die Notwendigkeiten des Tages auf Grund des vorliegenden Nachrichtenstoffes übersehen könnten. Oft sei es nötig, noch im letzten Augenblick Auslandsmaterial hinter wichtigeren anderen Nachrichten zurückzustellen. Die beste Vorbildung für einen Auslandskorrespondenten sei die Ausbildung in einer Zeitungsredaktion. Abzulehnen sei eine staatliche Heranbildung der Auslandskorrespondenten. Der Auslandskorrespondent müsse möglichst aus der Praxis kommen. Schwierig sei die Frage der Verträge für den Auslandskorrespondenten. Ein allgemein gültiges Schema für einen Vertrag würde auch eine annähernde Gleichheit der Arbeitsbedingungen voraussetzen. Darin liege die größte Schwierigkeit. Der Auslandskorrespondent müsse aber materiell sichergestellt werden trotz individueller Verträge. Er halte es durchaus für möglich, in der RAG. den Versuch zu machen, allgemeine Richtlinien für die Arbeit der Auslandskorrespondenten, für ihre Auswahl, für ihre Vorbildung und dergl. festzulegen, damit das Chaos von heute wenigstens in etwas beseitigt werde.

Das Korreferat über die Frage der Auslandkorrespondenten hielt der Kollege Dr. Stahl-Paris. Er sprach vom Standpunkt des Auslandskorrespondenten, und seine Ausführungen hatten deshalb ganz besonderen Wert, weil sie nicht allein seine persönliche Meinung wiedergaben, sondern das Ergebnis einer Rundfrage mitverwerteten, die er an eine große Zahl befreundeter Kollegen in den verschiedensten europäischen Hauptstädten gerichtet hatte. Kollege Stahl behandelte in seinem Referat, das wir in einer der nächsten Nummern der „D. Pr." gleichfalls im Wortlaut veröffentlichen werden, die Frage der Staatsangehörigkeit der Auslandskorrespondenten, wobei er für alle Fälle, in denen aus diesen oder jenen Gründen die Bestellung eines deutschen Staatsangehörigen zum Auslandskorrespondenten nicht möglich sei, die grundsätzliche Forderung aufstellte, daß man die größte Liberalität gegenüber allen Kollegen zeigen möge, die, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, deutsch denken und fühlen und sich zur deutschen Kulturgemeinschaft bekennen. Kollege Stahl behandelte ferner die Frage der

Digitized by Google

Vorbildung der Auslandskorrespondenten, wobei er gleichfalls die Ausbildung in der Redaktion als das Ideal hinstellte. Im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Auslandskorrespondenten und Heimatredaktion sprach er die Bitte aus, daß mit möglichst großer Gewissenhaftigkeit die Arbeit der Auslandskorrespondenten Verwendung finden möge unter dem Gesichtspunkt der notwendigen Achtung vor der geistigen Arbeit des Korrespondenten. Großen Wert legte auch er auf einen ständigen innigen Kontakt zwischen Auslandskorrespondenten und Heimatredaktion durch gegenseitige vertrauliche Informationen. Kollege Stahl behandelte weiter die Frage der Beziehungen der Korrespondenten zu den diplomatischen Vertretungen und Amtsstellen Deutschlands im Auslande, wobei er sich auf den Standpunkt stellte, daß in dieser Frage die Presse ihr Schicksal selbst in der Hand habe. Notwendig sei vor allen Dingen eine feste Solidarität unter den Auslandskorrespondenten. Das Verhältnis von diplomatischen Vertretungen und Auslandskorrespondenten müsse gleichfalls getragen sein vom Vertrauen zueinander. Es müsse aufgebaut sein auf gegenseitiger Achtung und Anerkennung. Ein wunder Punkt sei in der Regel die Frage der Presse-Attachés, wobei es allerdings auch Ausnahmen gebe. Im allgemeinen empfehle es sich nicht, daß der WTB.-Vertreter in irgendeiner Hauptstadt gleichzeitig Pressechef der betr. Gesandtschaft sei. Nachdem Kollege Stahl dann noch die Frage der beruflichen Ausweise und der Ausweiskarten der FJ. gestreift hatte, behandelte er zum Schluß die materielle Existenz des Auslandskorrespondenten, wobei er die Forderung aufstellte, daß die materielle Existenz auch der gelegentlichen Mitarbeiter ausreichend gesichert werden müßte. Er richtete zum Schluß den Appell an den RV., das Seinige dazu beizutragen, daß ausreichende moralische und materielle Voraussetzungen für eine erfolgreiche und wertvolle Arbeit des Auslandskorrespondenten so schnell als möglich geschaffen werden möchten.

Zur Frage der Auslandskorrespondenten nahm dann das Wort der Kollege Wertheimer-Paris. Er stellte zunächst fest, daß er in einem Punkte mißverstanden worden sei. Auch nach seiner Auffassung habe der deutsche Auslandsjournalist irgendwelche Rücksichten auf die Stellungnahme der fremden Regierung nicht zu nehmen. Er müsse aber den Standpunkt der Gegenseite kennen lernen, da er damit nur eine Pflicht der Information erfülle. Auch eine Mittlerrolle könne unter Umständen erforderlich sein. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen unterstützte Kollege Wertheimer in der Hauptsache die Ausführungen Stahls und hielt es für zweckmäßig, die theoretischen Auseinandersetzungen zunächst fortzuführen. Es erscheine ihm erfolgversprechend, einen an Zahl nicht allzu begrenzten Ausschuß einzusetzen, der Richtlinien ausarbeiten solle, um die Frage des Verhältnisses vom Auslandskorrespondenten zur Zeitung befriedigend zu regeln. In diesen Diskussionen solle die materielle Seite und die Frage der Stellung der Auslandskorrespondenten zur Heimatredaktion neben den politischen Fragen nicht vergessen werden.

An der Diskussion beteiligte sich weiter der Kollege v. Wilpert-Danzig, der nach seinen besonderen Danziger Erfahrungen auf den geradezu unglaublichen Mißbrauch von Gratisausweisen aufmerksam machte, der von angeblichen Korrespondenten ausländischer Blätter in Zoppot geübt wurde. Es müßte unbedingt dafür gesorgt werden, daß sich nicht irgendwelche Leute als Auslandskorrespondenten ausgeben könnten, die es in Wirklichkeit gar nicht seien. Leider werde die Ausgabe der Ausweise in den Redaktionen der Zeitungen durch die Kollegen selbst sehr lax gehandhabt zum Schaden des Ansehens der Presse. Es müsse unmöglich gemacht werden, daß Anzeigenvertreter und Propagandaschriftsteller sich mit Redaktionsausweisen im Auslande Reisevergünstigungen verschafften.

Kollege Bernhard erklärte sich einverstanden damit, daß der vom Kollegen Wertheimer geforderte Ausschuß eingesetzt werde, obschon die Frage der Zusammensetzung sehr schwierig sei. Die Sache sei in der Hauptsache eine Kostenfrage. Er beantragte,

> die Frage der Niedersetzung der Kommission dem Vorstand zu überweisen, der die Frage zu prüfen habe, wie diese Kommission zusammengesetzt sein solle, damit sie den erhofften Nutzen stifte.
> Der Antrag wurde angenommen.

Kollege Bernhard betonte in seinen weiteren Ausführungen, daß er tatsächlich aus den Referaten den Eindruck gewonnen habe, als ob die Arbeit der Auslandskorrespondenten in den Heimatredaktionen nicht immer genügend gewürdigt werde. Auch ihm erscheine unbedingt wichtig, daß stets die richtige Fühlung zwischen Auslandskorrespondenten und Heimatredaktion da sei. Er wandte sich weiter gegen die oft geübte Geringschätzung den Reportern gegenüber und betonte, daß nach seiner Auffassung eine gute Berichterstattung journalistische Arbeit hohen Grades darstelle.

In seinem Schlußwort hob Kollege Ackermann zunächst hervor, daß nach seinem Dafürhalten gar kein großer Unterschied zwischen dem Standpunkt Wertheimers und dem seinen sei. Allerdings bestehe nach seiner Auffassung die Gefahr des Mißbrauchs der Auslandskorrespondenten durch die fremden Regierungen. Was die viel beklagte Arbeit des Auslandskorrespondenten für den Papierkorb anbelange, so sei es tatsächlich infolge des Stoffandranges nicht immer möglich, den Wünschen der Auslandskorrespondenten gerecht zu werden. Für theoretisch sehr gut, aber praktisch unmöglich halte er die Forderung der Bearbeitung der Meldungen der Auslandskorrespondenten durch den jeweiligen Ressort-Redakteur. Besonders an großen Blättern sei das eine Unmöglichkeit. Das müsse eben anderen Kräften überlassen werden. Nötig sei allerdings auch nach seiner Ansicht die Kontrolle der Bearbeitung durch den Ressort-Redakteur. In der Frage der Presseausweise sei zu verlangen, daß diese Ausweise der Redaktionen nicht vom Verlage, sondern vom Chefredakteur ausgestellt würden. Mißbrauch würde s. W. mit derartigen Ausweisen hauptsächlich von kleineren Blättern getrieben, wie ja auch allgemein bekannt sei. Was die Honorierung der gelegentlichen Mitarbeiter betreffe, so sei nach seiner Erfahrung die Gewährung des Existenzminimums an sie nicht möglich. Zum Schluß setzte sich Kollege Ackermann auch für die Einberufung einer Kommission ein, da man mit den bisherigen Beschlüssen in der RAG. nicht weiterkomme, sondern sich zunächst untereinander ganz klar über die aufzustellenden Forderungen werden müsse. Hinsichtlich der Zusammensetzung der Kommission bitte er noch darum, daß die Kollegen aus dem Auslande nicht allzu großen Wert auf paritätische Zusammensetzung legten.

Da Einspruch dagegen nicht erhoben wurde, wurde noch festgestellt, daß, um auch die Rechte der Auslandskorrespondenten in vollem Umfange zu sichern, die Abstimmungen in der Kommission nach Kurien erfolgen sollten.

Nachdem Kollege Bernhard den Referenten dann noch für ihre Mühewaltung gedankt hatte, wurde auf Anregung aus dem Kreise der Mitglieder einstimmig eine Entschließung zur Saarfrage angenommen, die folgenden Wortlaut hat:

> „Der Reichsverband der deutschen Presse stellt sich einmütig hinter die Silvesterkundgebung der pfälzischen Presse und erklärt: Besetztes Gebiet und Saargebiet haben bisher ihr Schicksal gemeinsam getragen, sie fordern darum gemeinsam ihre Befreiung. Die Vertreterversammlung bittet die Reichsregierung, allen Versuchen, das Saargebiet zum Handelsobjekt zu machen, entgegenzutreten."

Nach Annahme dieser Entschließung hielt Kollege Schwedler dann ein infolge Zeitmangels von der Tagesordnung der vorjährigen Delegiertenversammlung in Köln abgesetztes Referat über das Thema

„Bürokratie und Presse".

Als Korreferent sprach zum gleichen Thema Kollege Bernhard. Beide Referate werden in der nächsten Nummer der „Deutschen Presse" erscheinen, ebenso ein kurzer Auszug aus der anschließenden Debatte.

Die Änderung der Ehrengerichtsordnung.

Inzwischen hatte die Kommission ihre Arbeiten beendet, die unter dem Vorsitz des Kollegen Dr. Breslauer zusammengetreten war, um die vorliegenden Anträge auf Abänderung der Ehren- und Schiedsgerichtsordnung des Reichsverbandes durchzuberaten. Der Kommission gehörten auch Vertreter derjenigen Verbände an, von denen Abänderungsvorschläge vorlagen.

Kollege Dr. Breslauer machte noch kurz Mitteilung über die in Sachsen bestehende Anomalie von Ehrengerichten der Bezirksvereine und des Landesverbandes und bat Kollegen Herrlein, dafür zu sorgen, daß die sächsischen Verhältnisse denen im Reiche angepaßt würden.

Während Kollege Freund eine paragraphenweise Abstimmung vorschlug, wurde von anderer Seite en bloc-Abstimmung verlangt. Dieser Vorschlag wurde vom Kollegen Leo-Königsberg dahin eingeschränkt, die von der Kom-

Digitized by Google

mission vorgeschlagenen wichtigen Abänderungen von der Abstimmung auszunehmen, im übrigen aber en bloc anzunehmen. Dieser Vorschlag wurde angenommen.

Nach kurzer Debatte wurde der § 12 in folgender Fassung angenommen:

„Gegen das Urteil kann innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach seiner Zustellung von den Parteien und den Vorständen der Landesverbände Einspruch bei dem Vorsitzenden des zuständigen Ehren- und Schiedsgerichts eingelegt werden."

Weiter war eine Änderung vorgeschlagen zu § 14, nämlich die, aus praktischen Gründen den letzten Satz dieses Paragraphen:

„Nach Abschluß des Verfahrens sind die Akten sofort der Verbandsleitung in Berlin zu übersenden und dort mindestens 3 Jahre aufzubewahren."

wegfallen zu lassen. Auch dieser Abänderungsvorschlag wurde angenommen. Anstatt dessen soll es weiter heißen:

„Nach Abschluß des Verfahrens sind die Akten sofort der Leitung des Landesverbandes zu übersenden und dort mindestens 3 Jahre aufzubewahren."

Zu der Bestimmung über das Oberste Ehren- und Schiedsgericht am Schluß der Ehrengerichtsordnung wurde anstelle des bisherigen folgender Satz 2 beschlossen:

„Es genügt, wenn zu den regelmäßigen Sitzungen die in Berlin wohnenden Mitglieder zugezogen werden; bei Beteiligung eines auswärtigen Landesverbandes ist dessen Vertreter im O. E. G. zuzuziehen."

Grundlegende Wichtigkeit kommt dem neuen § 4a der E.-G.-Ordnung zu, der für die Fälle schwerer persönlicher Beleidigungen ein mündliches Verfahren vorschreibt, das mindestens binnen 3 × 24 Stunden zu einem gewissen Abschluß zu bringen ist.

Der durch die Delegiertenversammlung beschlossene Wortlaut der Ehren- und Schiedsgerichtsordnung wird in der nächsten Nummer der „Deutschen Presse" veröffentlicht werden.

Nach kurzer Aussprache wurde anschließend ein Antrag der Verbände Rheinland-Westfalen/Sachsen einstimmig angenommen, der sich mit der Bedrohung der Freiheit und Unabhängigkeit der Presse durch wirtschaftliche Beeinflussung beschäftigt. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Hauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse schließt sich der am 4. Juni in Heidelberg auf der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger gehörten Entschließung ausdrücklich an, in der Stellung genommen war gegen die sich dauernd mehrenden systematischen Versuche gewisser Inserenten und insbesondere Inserentenverbände, den redaktionellen Teil der Zeitungen ihren privatwirtschaftlichen Sonderinteressen nutzbar zu machen.

Die Hauptversammlung betrachtet es als dringlichste und wichtigste Aufgabe der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse, Maßnahmen zu treffen, die das gemeinsame Vorgehen von Redakteuren und Verlegern zum Schutze der Freiheit und Unabhängigkeit der Presse gegenüber wirtschaftlicher Beeinflussung verbürgen."

Kollege Stoffers hatte im Verlaufe der Debatte noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Anregung zu der Heidelberger Entschließung der Verleger durch seinen Artikel in Nr. 14 der „Deutschen Presse" gegeben worden sei, der von Verlegerseite mit großem Interesse aufgenommen sei. U. a. verlas er eine zustimmende Äußerung des Verlegers der „Kölnischen Zeitung".

Verhandelt wurde weiter über die

Richtlinien für die Aufnahme von Mitgliedern.

Sie wurden nach kurzer Aussprache in der Fassung des Reichsausschusses, auf die wir bereits in dem Bericht über die Sitzung des Reichsausschusses eingegangen sind, angenommen zuzügl. Ziff. 8. An der Aussprache beteiligten sich die Koll. Freund, München, Holstein, Königsberg, der nochmals den ostpreußischen Antrag auf Nichtanrechnung der Volontärzeit vorbrachte, Dr. Falk, Stuttgart, der es beklagte, daß diese wichtige Angelegenheit in letzter Stunde verhandelt werde und auf die Gepflogenheit bei einzelnen Verbänden hinwies, außer den ordentlichen Reichsverbandsmitgliedern noch „außerordentliche" Mitglieder zu führen, Himer, Hamburg, Neumann, Berlin, von Wilpert, Danzig, der den Vorschlag machte, daß Grenzfälle bezüglich der Aufnahme bzw. des Verbleibens im Reichsverbande von solchen Mitgliedern, die ihren Beruf wechseln, den Vorsitzenden der Landesverbände zur Kenntnis gegeben werden müßten. Außerdem schlug Kollege von Wilpert vor, auf die Tagesordnung der nächsten Vertreterversammlung die Frage zu setzen:

„Wer ist berechtigt, sich in der Öffentlichkeit Pressevertreter zu nennen?"

Es wurde dann über die inzwischen noch vorgelegten Anträge abgestimmt.

Abgelehnt wurde zunächst ein Antrag Württemberg, die Annahme der Richtlinien noch auf ein Jahr zurückzustellen.

Abgelehnt wurde weiter der Antrag Ostpreußen zu § 5 Abs. 1 2. Satz der Satzung:

„Voraussetzung ist, daß er mindestens ein Jahr in der Presse hauptberuflich tätig war, wobei die Volontärzeit (mindestens 1 Jahr) nicht mitgerechnet wird."

Es handelte sich dann noch um die Ziffer 8 der Richtlinien, die entgegen der Stellungnahme des Reichsausschusses wieder aufgenommen wurde, wobei als Auffassung der Vertreterversammlung folgendes festgelegt wurde:

„Die Versammlung ist damit einverstanden, daß für den Fall der Annahme der Ziffer 8 kein Zwang zur Nachprüfung ausgeübt werden soll, sondern die Nachprüfung dem pflichtmäßigen Ermessen der Landesverbände überlassen bleibt."

Die anschließende Gesamtabstimmung über die Richtlinien ergab Annahme gegen eine Stimme.

Es waren dann noch einige Anträge der Verbände zu erledigen, u. a. Anträge der Verbände zur Zentralhilfskasse.

Vorläufig zurückgezogen wurde der Antrag des Vereins Niedersächsische Presse:

„Ohne die segensreiche Tätigkeit der ZHK im geringsten behindern zu wollen, muß Vorsorge getroffen werden, daß der ZHK nur soviel Gelder zugeführt werden, wie sie unter Berücksichtigung ihrer Aufgabe, Ausgleichskasse über die Leistungen der Unterstützungskassen der Landes- und Bezirksverbände hinaus zu sein, gebraucht. Jede Thesaurierung größerer Mittel muß unterbleiben, da sie endlich und schließlich als Mitgliederbeiträge aufgebracht werden müssen. Der Reichsverband braucht dringend einen Betriebsfonds. Soweit der Reichsverband über weitere Mittel verfügt, können sie unter Mitwirkung der Landesverbände für andere die Berufskollegen fördernde Zwecke verwendet werden."

Angenommen wurde der Antrag des Verbandes der Ostpreußischen Presse:

„Der Verband der Ostpreußischen Presse beantragt: Die Delegiertenversammlung wolle beschließen: Der Reichsverbandstag erinnert die noch säumigen Verbände auf das Dringenste an den bereits in Düsseldorf 1926 gefaßten und in Köln 1928 erneuerten Beschluß, wonach jeder Landes- und Bezirksverband verpflichtet ist, eine Unterstützungskasse für seine Mitglieder einzurichten. Die Zentralhilfskasse gewährt den Verbänden bei dieser Aufgabe Hilfe mit Rat und Tat. Der Reichsverbandstag mahnt die Verbandsleitungen dringend an die schwere Verantwortung, die sie übernehmen, wenn infolge ihrer Versäumnis die Mitglieder ihrer Verbände von der ergänzenden Hilfeleistung der Zentralhilfskasse in Notfällen ausgeschlossen sind.

Die Anträge Bezirksverband Berlin IV:

Die Satzungen der Unterstützungskassen der Verbände sind möglichst bald nach einem einheitlichen Schema umzuarbeiten. Die Vertreterversammlung wählt einen Ausschuß von 5 Köpfen, der bis zum 1. Oktober d. J. ein solches Schema auszuarbeiten hat.

Landesverband Sachsen I:

„Jeder Landes- bzw. Bezirksverband des Reichsverbandes der Deutschen Presse ist verpflichtet, für seine Mitglieder eine Sterbekasse mit obligatorischer Versicherungspflicht zu errichten."

und Schlesien wurden dem Vorstand als Material überwiesen.

Der Antrag Rheinland-Westfalen IV hatte sich durch die Debatte erledigt.

Nach einer kurzen Aussprache über die Sterbekassenfrage schlug Kollege Bernhard die Einsetzung einer Kommission aus Vertretern der Verbände Schlesien, Ost-

Digitized by Google

preußen, Sachsen, Niedersachsen, Hamburg, Rheinland-Westfalen und eines süddeutschen Verbandes, evtl. Bayern, vor, um die Frage weiter zu klären und vorbereitende Arbeit für die nächste Delegiertenversammlung zu leisten. Weiter wurde der Vorschlag gemacht, den Apparat nicht so groß aufzuziehen und die Kommission lieber einen Tag vor der nächsten Reichsausschußsitzung zusammentreten zu lassen. Ein anderer Vorschlag ging dahin, daß der Vorstand Richtlinien ausarbeiten und der nächsten Delegiertenversammlung vorlegen solle.

Schließlich wurde noch empfohlen, den Vorstand zu beauftragen, daß er ein Rundschreiben an alle Landesverbände richte und sie um Übersendung von tatsächlichem Material und Vorschlägen für die Gestaltung einer Sterbekasse bitte. Der Vorstand solle verpflichtet werden, über das Ergebnis vor dem nächsten Zusammentritt des Reichsausschusses Bericht zu erstatten.

Angenommen wurde schließlich der erste Vorschlag des Kollegen Bernhard, eine Kommission zur weiteren Bearbeitung der Angelegenheit einzusetzen. Sie soll nur 5 Mitglieder haben, aus Vertretern der Verbände Bayern, Ostpreußen, Rheinland-Westfalen, Sachsen und Schlesien bestehen und zu gegebener Zeit einberufen werden.

Zur Verhandlung kam dann der Punkt 9 der Tagesordnung:

Die Berichterstattungssperre in Verbindung mit dem Konflikt Tauber/Maushagen in Chemnitz.

Eine grundsätzliche Erörterung über die Frage der Berichterstattungssperre ließ sich infolge der vorgeschrittenen Zeit leider nicht mehr durchführen, doch wurde beschlossen, sie auf der nächsten Vertreterversammlung erschöpfend durch Referat, Korreferat und anschließende Aussprache zu klären, da es sich um eine sehr wichtige Angelegenheit der Presse handele. Bei der Behandlung der Frage auf der nächsten Vertreterversammlung sollen Vertreter beider Richtungen, der für den Boykott und der gegen ihn, zur Sprache kommen. Was den Fall Tauber/Maushagen anlange, so war es allgemeine Meinung der Versammlung, daß diese Angelegenheit genügend geklärt sei und nicht mehr diskutiert zu werden brauche. Ein Antrag des Chemnitzer Vertreters Dr. Wagenknecht um Annahme einer Entschließung, die den Chemnitzer Verein rehabilitiere, wurde nach kurzer Auseinandersetzung abgelehnt. Es wurde über den Antrag zur Tagesordnung übergegangen.

Ganz kurz beschäftigte sich die Vertreterversammlung noch mit dem Punkt 11 der Tagesordnung:

Fédération Internationale des Journalistes.

Dazu wurde, da eine eingehende Aussprache nicht mehr möglich war, der Vorschlag Bernhards angenommen, die Verbände durch ein Rundschreiben über den Entwurf einer Ehrengerichtsordnung der FIJ. und den Entwurf einer internationalen Presseausweiskarte zu unterrichten und sie um ihre Stellungnahme dazu zu bitten.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung:

Verschiedenes

wurde über den nächstjährigen Tagungsort beraten. Einladungen lagen in reicher Fülle vor, u. a. von den Landesverbänden Bayern für München, Württemberg für Stuttgart, Hessen für Darmstadt, Sachsen für Dresden und Schleswig-Holstein für Kiel. Außerdem hatten die Städte Dortmund, Bochum, Karlsruhe und Koblenz den Reichsverband für das nächste Jahr eingeladen. Die Entscheidung über die Annahme einer dieser Einladungen wurde auf Antrag des Kollegen Holstein-Königsberg dem Vorstand überlassen.

Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Kollege Bernhard schloß nunmehr die Versammlung mit folgenden Worten:

„Ich habe nicht den Wunsch, diese Versammlung mit einer großen Rede zu schließen, aber ich glaube doch feststellen zu können, daß wir eine sehr reichhaltige und viel Arbeit erfordernde Tagesordnung erledigt haben. Das ist zu einem guten Teil darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil der Kollegen diesmal Sebstdisziplin gezeigt hat. Ich hoffe, daß diese Selbstdisziplin sich in Zukunft immer mehr festigen wird, so daß wir regelmäßig unsere Tagesordnungen völlig aufarbeiten.

Kollege Neumann-Berlin als Senior der Versammlung dankte hierauf dem Vorstand für die geschickte und erfolgreiche Leitung der Verhandlungen.

Das Schlußwort des Kollegen Bernhard galt den Bremer Kollegen, denen er für die glänzende Vorbereitung und Durchführung der Tagung den herzlichen Dank des Reichsverbandes aussprach.

* * *

Glückwunschtelegramme zur Reichsverbandstagung.

Auch der diesjährigen Delegiertenversammlung war eine Reihe von Glückwunschtelegrammen der Reichsstellen und prominenter Persönlichkeiten zugegangen.

An erster Stelle ist zu nennen das Brieftelegramm des Herrn Reichspräsidenten, mit dem die diesjährige Verbandstagssondernummer eröffnet wurde. Die Vertreterversammlung beantwortete es mit folgendem Danktelegramm:

Reichspräsident von Hindenburg,
Berlin

Der Reichsverband der deutschen Presse dankt ehrerbietigst für das Begrüßungstelegramm. Die in Bremen versammelten Journalisten aller Gaue und aller Parteianschauungen begrüßen in dem höchsten Repräsentanten des deutschen Volkes und Reiches den berufenen Führer auf dem mühsamen Wege zum Wiederaufstieg. Diesen Aufstieg zu erleichtern, sieht der Reichsverband als höchste Pflicht der deutschen Presse an.

Die Vorsitzenden: Georg Bernhard, Cajetan Freund, Gustaf Richter.

Reichskanzler Hermann Müller telegraphierte:

Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Presse
Glocke Bremen.

Den Reichsverband der deutschen Presse begrüße ich anläßlich seiner Bremer Tagung herzlich. Die Zusammenkünfte Ihres Verbandes können immer auf das Interesse der breitesten Öffentlichkeit und auf Beachtung bei den amtlichen Stellen rechnen: ist doch die Presse in besonderem Maße Mittler zwischen Regierung und öffentlicher Meinung. Ihren Beratungen, die stets ein hohes Maß von Verantwortungsbewußtsein fordern, wünsche ich vollen Erfolg. Reichskanzler Müller.

Die Vertreterversammlung dankte mit folgendem telegraphischen Gruß:

Reichskanzler Hermann Müller,
Berlin

Der Reichsverband der deutschen Presse dankt dem Herrn Reichskanzler ergebenst für die freundliche telegraphische Begrüßung der Delegiertenversammlung in Bremen. Die hier versammelten Journalisten aller Parteirichtungen sind sich der hohen Verantwortung der Presse gegen Volk und Reich bewußt und erhoffen von der Reichsregierung auch weiterhin die Förderung der freien Entwicklung der Presse als eines wesentlichen Bestandteils und Organs des deutschen Volksstaates.

Die Vorsitzenden: Georg Bernhard, Cajetan Freund, Gustaf Richter.

Weiter ging ein Begrüßungstelegramm ein von Reichskanzler a. D. Dr. Luther:

Dem in Bremen tagenden Reichsverband der deutschen Presse entbiete ich als Vorsitzender des Hauptausschusses des Welt-Reklame-Kongresses herzliche Wünsche und spreche die Hoffnung und Bitte aus, daß der Welt-Reklame-Kongreß nicht nur durch tatkräftige Mitarbeit, sondern auch durch recht zahlreichen Besuch der Vertreter der Presse gefördert werden möge.

Dr. Hans Luther, Reichskanzler a. D.

auf das gleichfalls dankend geantwortet wurde.

Digitized by Google

In Anerkennung der Mitarbeit des Reichsverbandes an der vorjährigen Kölner „Pressa" sandte Oberbürgermeister Dr. Adenauer-Köln folgendes Telegramm:

In dankbarer Erinnerung an die hervorragende Mitarbeit des Reichsverbandes der deutschen Presse an der Kölner Pressa begrüße ich Ihre Hauptversammlung und wünsche Ihrer Tagung besten Verlauf. Ich verbinde damit den Wunsch, daß die durch die Pressa zwischen der deutschen Presse und der Stadt Köln geknüpften guten Beziehungen weiterhin bestehen bleiben.

Oberbürgermeister, Köln.

Darauf übermittelte die Vertreterversammlung die nachstehende Antwort:

Oberbürgermeister, Köln.

Die Delegiertenversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse in Bremen erwidert in dankbarer Erinnerung an die vorjährige Tagung Ihre freundliche Begrüßung auf das herzlichste.

Das Präsidium: Georg Bernhard, Cajetan Freund, Gustaf Richter.

Schließlich war ein Telegramm eingegangen vom Bund der Saarvereine, das nachstehende Beantwortung fand:

Bund der Saarvereine,

Münster i. W.

Die zum Reichsverbandstag in Bremen versammelten Journalisten Deutschlands erwidern die übermittelten Grüße mit der Versicherung, daß sich die gesamte deutsche Presse für die Lösung der Saarfrage im Rahmen der beginnenden Rheinverhandlungen und entsprechend den Wünschen der Saarbevölkerung tatkräftig einsetzen wird.

Reichsverband der deutschen Presse.

* * *

Die gesellschaftlichen Veranstaltungen.

Auch diesmal fanden im Rahmen des Verbandstages einige gesellschaftliche Veranstaltungen statt. Sie wurden am 7. Juni eingeleitet mit einem

Empfang der Delegierten durch den Bremer Senat

im Festsaal des neuen Bremer Rathauses. Senator Dr. Apelt sprach in seiner Begrüßungsrede die Hoffnung aus, daß Bremen auch im neugegliederten Reich einen Platz erhalten möge, der es ihm möglich mache, seine Kräfte frei zu entfalten und seine Aufgaben in dem friedlichen, aber schweren Ringen um Deutschlands Überseestellung erfolgreich zu erfüllen. Er würdigte in lichtvollen Ausführungen die große Bedeutung, aber auch die große Verantwortung der Presse im modernen Leben und gab dem Wunsche Ausdruck, daß Bremen immer eine gute Presse haben möge.

Im Namen des Reichsverbandes dankte Kollege Bernhard für die Worte der Begrüßung durch den Senat und sprach dabei über das Zusammenarbeiten von Presse, Staat und Behörden. Wenn heute so oft von der Kunst des Staatsmannes geredet werde, das „Instrument der Presse" wirksam gebrauchen zu können, und von dem Zusammenspiel zwischen Presse und Regierung, so habe er seinerseits den Eindruck, daß es manchmal besser wäre, wenn der Staatsmann sich nicht nur als Staatsmann und Beeinflusser der Presse betrachtete, sondern sich auch daran erinnern würde, daß er auch Leser der Presse sei und so manches von dem, was er glaube, aus Eigenem zu geben, seiner Zeitungslektüre verdanke. Der Vorzug des modernen Volksstaates liege seiner Ansicht nach vor allem darin, daß der Einzelne anfängt, sich darauf zu besinnen, was er dem anderen verdankt. Nur so werde sich eine innere Gleichstellung der Menschen entwickeln.

Den Höhepunkt der Veranstaltungen bildete am Samstag abend die

öffentliche Kundgebung des Reichsverbandes

im großen Saale der „Union". Chefredakteur Bernhard begrüßte die Gäste, indem er ausführte, ein Wahrspruch der Handelsstadt Bremen, die gegründet sei auf Bürgerstolz und Bürgerfreiheit, beginne mit den Worten: „Frei wie die Welle, der du vertraust!" Auch der Reichsverband der Deutschen Presse sei eine Organisation der Freiheit, eine Organisation zur Wahrung der ideellen und materiellen Interessen des deutschen Journalistenstandes, aufgebaut auf der Freiheit der journalistischen Gesinnung. Kollege Bernhard befaßte sich dann eingehend mit der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Presse, besonders im Nachrichtendienst, und gab dem Wunsche Ausdruck, daß recht viele Kaufleute es als ihre Pflicht erkennen mögen, nicht nur Nachrichtenempfänger zu sein, sondern auch selbst möglichst viele Nachrichten in den allgemeinen Nachrichtendienst der Presse zu geben. Dann würde manches Mißverständnis und Mißtrauen beseitigt werden und zwischen Wirtschaft und Presse ein harmonischeres Verhältnis herrschen, als es heute der Fall sei.

Danach sprach der Vizepräsident der Bremer Handelskammer, Regierungsrat a. D. Petzet, der sich ebenfalls mit dem Verhältnis von Wirtschaft und Presse beschäftigte. Mögen — so führte er aus — auch in manchen Dingen die Interessen von Wirtschaft und Presse auseinandergehen, in dem einen und wichtigsten Punkt treffen sie zusammen, daß nämlich ihrer beider Tätigkeit auf die Förderung von Wirtschaft und Wohlfahrt nicht nur des Einzelnen, sondern des Ganzen gerichtet sein soll. Dazu gehöre gegenseitiges Vertrauen, Anerkennung des guten Glaubens auch beim anderen Teil und Verständnis für die manchmal nötige Zurückhaltung des Kaufmanns ebenso, wie für das stets lebendige Mitteilungsbedürfnis der Presse andererseits. Wirtschaft und Presse vereinigten sich, wenn sie in diesem Vertrauen miteinander arbeiteten, zur Erfüllung von Aufgaben höchster nationaler Bedeutung. Arbeiten wir in diesem Sinne zusammen, so schloß der Redner, so wird diese Arbeit dem Wohle unseres deutschen Vaterlandes und Volkes dienen.

Den Hauptvortrag der Kundgebung hielt Redakteur Dr. Winschuh über das Thema:

„Weltverkehr und Presse",

dessen Wortlaut wir im folgenden wiedergeben:

Der Reichsverband der deutschen Presse tagt in der Hansestadt Bremen. Seeluft umweht uns Redakteure aus dem Binnenland. Wer heute durch die Straßen der Stadt wanderte oder nach Bremerhaven hinausfuhr, der spürte und schnupperte bei jedem Schritt den starken Atem des Weltverkehrs. Es liegt daher nahe, dem Geist der Stadt, deren Gastfreundschaft wir genießen, eine freundliche Reverenz zu erweisen und das Thema: Presse und Weltverkehr — zu behandeln, weil — nun weil eben deutsche Presseleute in der alten Handels- und Schiffahrtsstadt Bremen tagen. Aber dies Thema ist nicht nur aus diesem Grunde berechtigt. Das äußere organisatorische Ereignis, das einen Kontakt zwischen dem Milieu der Presse und der Atmosphäre des Weltverkehrs herstellt, entspricht vielmehr in überaus glücklicher Weise einer starken inneren Berechtigung dieses Themas. Es giebt wohl kein Gebiet — wenn wir von den geistigen Triebkräften absehen — das die Entwicklung der Presse so stark beeinflußt hat und noch befruchtet wie der Verkehr, besonders in seiner internationalen Gestalt als Weltverkehr. Der Ausbau des Weltverkehrs hat überhaupt erst wichtige technische Voraussetzungen für den modernen Zeitungsbetrieb geschaffen. Die ganze neuzeitliche Organisation, die der Presse die Nachricht, die sie braucht, schnell und zuverlässig zuführt, beruht schlechterdings auf der Funktion des Verkehrs. Aber auch die mehr geistigen Wirkungen, die aus dem Weltverkehr

Digitized by Google

in die Redaktionen und die Spalten der Zeitungen strömen, sind stark und vielseitig. Aber auf sie wird in der Regel weniger geachtet. Das gilt auch von wichtigen wirtschaftlichen Triebkräften, die aus der Entwicklung des Weltverkehrs in das Reich der Presse eindringen und hier revolutionierend wirken. Wir haben daher allen Grund, uns die Wechselwirkungen zwischen Presse und Weltverkehr klarzumachen. Der Mann der Presse hat die Aufgabe, der Gegenwart zu dienen und so die Zukunft vorzubereiten. Aber das kann er nur auf den Schultern der Vergangenheit und ihrer Würdigung. Lassen Sie mich daher mit einem knappen Rückblick beginnen und die ersten Kontakte zwischen Presse und Weltverkehr beleuchten. Dabei stellt sich heraus, daß oft der Verkehr der Entwicklung des Zeitungswesens als Pionier voranzog, bald aber der Spürsinn des Journalisten und die Bedürfnisse der Presse stark auf die Entwicklung des Verkehrs einwirkten. Es ist eine elementare Tatsache in der Geschichte des Zeitungswesens, daß auf der einen Seite die Rotationsmaschine, auf der andern der Telegraph die Voraussetzungen für die moderne Zeitung schufen und die Presse erst zu dem machten, was sie heute zum großen Teile ist und auch, von ihrer klassischen Aufgabe her gesehen, sein soll, nämlich: Standardform zur Vermittlung eines möglichst umfassenden Wissens vom öffentlichen Leben der Welt, und zwar im typischen Tempo der Zeit. Da ist es nun interessant zu beobachten, daß der Telegraph zunächst im Dienste des wirtschaftlichen Weltverkehrs stand. Er vermittelte keine Nachrichten für die Presse, sondern Handels- und Börsennotizen für die Wirtschaft. Ehe es ein deutsches Depeschenbüro gab, noch vor 1848, führte eine der ersten elektrisch betriebenen Telegraphenlinien von Bremerhaven nach Bremen, zur schnellen Übermittlung börsenwichtiger Schiffahrtsnachrichten. Wir sehen hier deutlich

Welthandel und Weltverkehr
als Schrittmacher der modernen Pressetechnik.

Als Bernhard Wolff 1849 sein Telegraphenbüro einrichtete, begründete er dies Unternehmen und seine geschäftlichen Aussichten ausdrücklich mit der Möglichkeit, „das neue Kommunikationsmittel“ für die Zeitungen nutzbar zu machen. Und noch der erste telegraphische Pressedienst trägt deutlich die Merkmale seines Ursprungs aus dem wirtschaftlichen Verkehr: er gab zunächst Kurse und Handelsnachrichten zwischen Hamburg, Stettin und Frankfurt durch, erst später wurden politische Meldungen hinzugefügt. Seeluft umsaust die ersten Telegraphendrähte. Es ist bekannt, wie der Gründer des großen englischen Depeschenbüros Reuter seine Fäden an die große Kraftlinie des damaligen Weltverkehrs, den Schiffahrtsweg zwischen New York und Europa, anschloß. Er ließ den Atlantikschiffen schnell segelnde Jachten entgegenfahren, um die wichtigen Nachrichten schneller nach einem der südirischen Häfen und von dort nach London zu bekommen. Der gleiche Grundsatz, eine individuelle Presseorganisation an den Kraftstrom des großen Weltverkehrs zu schalten, ist heute wirksam, wenn der Berichterstatter schon draußen vor den Häfen das ankommende Schiff besteigt und den prominenten Passagier befragt: Der Atem des Weltverkehrs schlägt auch in der Reportage. Die Entwicklung des Nachrichtenbüros Reuter war überhaupt bedingt und begünstigt durch die Tatsache, daß London noch mehr als heute der große Umschlagsplatz des internationalen Warenverkehrs und das größte Handels- und Bankzentrum der Welt war. Auch als die Presse selbst beginnt, verkehrspolitische Initiative zu entfalten, folgt sie in der Hauptsache der Entwicklung des Weltverkehrs, wie er durch wirtschaftliche und politische, vor allem bevölkerungs- und kolonialpolitische Kräfte angetrieben wurde. Die Ausdehnung des Nachrichtennetzes folgt den internationalen Verkehrswegen. Wir sehen die Presse hier denselben Weg gehen wie die große imperialistische Politik der Vorkriegszeit, die in schnellem Tempo die Erdkugel erschloß und jede politische Nation mit der Lockung der Übersee, mit der magnetischen Anziehungskraft ferner Erdteile infizierte. Aber schon bald sehen wir

den Journalisten als Anreger des Verkehrsmannes.

Stanley wird im Dienste eines amerikanischen Blattes, auf der Suche nach Livingstone, zum bahnbrechenden Erforscher des schwarzen Erdteils. Journalisten werden die gewandtesten und vielseitigsten Kunden der Verkehrseinrichtungen, von oft schöpferischer und verblüffender Kombinationskraft. Die Versuche, die größte Schnelligkeit aus dem noch unvollkommenen Verkehrssystem herauszuholen, der Verkehrsbürokratie ein Schnippchen zu schlagen, verschiedene Verkehrsmöglichkeiten zu einem sicheren und schnellen Beförderungsweg für die sensationelle Nachricht zu kombinieren, bei diesem phantasievollen Kampf die Konkurrenz zu schlagen und die Nachricht, den Artikel in immer schnellerem Tempo um den Erdball in die Heimatredaktion zu jagen — diese Versuche gehören zu den schönsten und heißesten Erinnerungen der großen Weltreporter der alten Schule. Man lese darüber einmal in der Selbstbiographie von Edgar Wallace nach. Die Forderung: Mehr Tempo, mehr Sicherheit, mehr Präzision, mehr internationale Zusammenarbeit, die den Mann der Schiffahrt, des Kabels, der Telephonie und drahtlosen Telegraphie zu immer neuen Leistungen antreibt, die den Weg nach Neuyork und Shanghai immer kürzer werden läßt und immer mehr Ortschaften in das Drahtnetz einbezieht, sie findet stets den Journalisten an ihrer Seite, oft sogar als Vorkämpfer. Zusammen mit dem Verkehrspolitiker und als Nutznießer seiner Leistungen trägt er mit dazu bei, daß die Welt immer kleiner, übersichtlicher und bewußter wird. Er trägt somit bei zur Zivilisierung, aber auch zur Entillusionierung der Welt.

Diese Feststellung führt uns zu den geistigen Einflüssen, die von der gewaltigen Entwicklung des Weltverkehrs auf die Zeitung, den Redakteur und den Leser ausstrahlen. Welcher Art sind diese Einflüsse? Zunächst ist die Universalität der Zeitung gefördert worden. Eine gutgeleitete Zeitung, welche die Nachricht schätzt und pflegt, ist heute für den Leser ein Fenster in die Welt, und dies Fenster wird immer größer und durchsichtiger. Ja, durch dies Fenster sieht der Leser heute so viele Dinge, seine Zeitung läßt vielfach das Weltgeschehen derart kaleidoskopartig an ihm vorüberziehen, daß er verwirrt wird und sich nur schwer durchfindet. Er kommt zu der Einbildung, daß heute viel mehr in der Welt geschähe als früher. Das trifft zum Teil zu, aber in der Hauptsache wird nur Geschehenes viel umfassender bekannt. Es ist nicht zu leugnen, daß die Inflation von Nachrichten und Tatsachen, zu der die

enge Zusammenarbeit zwischen Verkehr und Presse

geführt hat, vielfach der Rationalisierung bedarf. Rationalisierung nicht nur in dem Sinne, daß die gute interessante Nachricht besser herausgearbeitet wird, sondern daß überhaupt mehr gesiebt und ausgespart wird. Die moderne Nachrichtenzeitung droht vielfach zu üppig zu werden, ihr Ideal muß disziplinierte „Vollschlankheit“ sein.

Die größten geistigen Wirkungen des Weltverkehrs zeigen sich auf dem Gebiete der Außenpolitik und der Auslandskenntnis. Ein Teil des gebildeten Leserpublikums ist durch seine Auslandsreisen kritischer geworden und legt strengere Maßstäbe an die auswärtige Berichterstattung und das Feuilleton seiner Zeitungen. Außerordentlich stark ist vor allem die Entwicklung, die der Teil: Reise und Verkehr in den letzten Jahren in den deutschen Blättern genommen hat. Die Presse hat sich zur stärksten Förderin des Touristenverkehrs entwickelt, nicht nur durch die Anzeige, sondern auch durch eine redaktionelle Behandlung des Erholungsverkehrs und der Reiselandschaften, die oft auf hohem Niveau steht. Zuweilen ist es gerade der individualistische Journalist, der auf der Flucht vor gewohnten und überlaufenen Reisezielen und Erholungsplätzen eine neue Landschaft für den Fremdenverkehr entdeckt und in Mode bringt. Oft ist es seine Kritik, die zu Verbesserungen im Reiseverkehr und Erholungsbetrieb führt.

Nicht geringer ist auch die Wirkung des Weltverkehrs auf die Ausbildung des Journalisten und die Erziehung des Nachwuchses. Eine wichtige, noch nicht gelöste Aufgabe der deutschen Presse, vor allem der großen Zeitungen ist es, ihren Auslandsdienst wieder auszubauen und einen

tüchtigen Nachwuchs an Außenkorrespondenten

und fähigen außenpolitischen Schriftleitern für die Heimatredaktionen heranzubilden. Nun ist der Außendienst gegen früher vielfach teurer geworden. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß die starke Entwicklung und Verflechtung des internationalen Verkehrs die Möglichkeit zu Studienreisen ins Ausland vermehrt und erleichtert hat. Solche Studienreisen sind heute auch dem Redakteur kleinerer Blätter gelegentlich möglich. Es ist von großem Wert, daß er sein Bücherwissen über das Ausland durch plastische Eindrücke von Land und Leuten ergänzen und somit erst fruchtbar machen kann. Der Satz der klassischen und romantischen Zeit, daß Reisen bildet, gilt auch heute und gilt gerade für den Journalisten. Für seine Persönlichkeit und seine Arbeit ist nichts gefährlicher, als wenn er ständig am grünen Tisch

Digitized by Google

sitzt, nichts nützlicher, als wenn er sich von Zeit zu Zeit energisch auslüftet, sein Vaterland und die deutsche Politik aus der Vogelschau sieht, Vorurteile am Vergleich entkräftet und neue Maßstäbe mit nach Haus bringt. In einer Redaktion, die viel reist und deren Verlag Verständnis für den Wert häufiger Studienreisen aufbringt, wird eine andere Weite des Blicks und Großzügigkeit des Urteils herrschen als in einer Schriftleitung, die an ihren Stühlchen klebt.

Eine intensivere Reise- und Auslandstätigkeit dient auch der Völkerverständigung, die man heute mit Recht, aber vielfach zu billig, ohne Verständnis für Schwierigkeiten und Hemmungen, der Presse als internationale Aufgabe zuweist. Ich möchte hierbei den Anteil des Weltverkehrs nicht überschätzen. Er verhält sich zu dieser Aufgabe im Grunde neutral, da er wirtschaftliche Organisation und technischer Apparat ist. Er wirkt völkerverbindend, das allerdings in zunehmendem Maße. Nun ist Völkerverbindung noch lange nicht Völkerverständigung, und es gibt, wie jeder weiß, Reisekontakte und Besuchseindrücke zwischen den Nationen, die eher neue Vorurteile begründen als alte zerstreuen. Es kommt hier auf die geistigen Kräfte an; sie müssen die bessere Völkerverbindung planmäßig in den Dienst der Völkerverständigung stellen.

Die stärkste dieser geistigen Mächte ist die Großmacht Presse.

Sie kann am ehesten und wirksamsten der Völkerverständigung dienen und dabei die Möglichkeiten des modernen Weltverkehrs aufs beste ausnutzen. Vor allem durch eine sachliche, wahrhafte Information des Lesers, frei von Bluff und Oberflächlichkeit, durch ein konsequentes Abrücken von der Nachrichtenpolitik des Krieges. Damals war in allen Ländern die politische Nachricht stark Tendenzmeldung und Propagandawaffe und stand, vor allem, wenn sie ins Ausland gegeben wurde, nicht im Dienst einer sachlichen Unterrichtung der Zeitung und des Lesers. Der amerikanische Großkaufmann Filene, der sich viele Gedanken über den Friedenswert wirtschaftlicher Zusammenarbeit gemacht hat, sagt mit Recht: „Das beste Mittel zur Förderung der internationalen Verständigung ist die Presse, denn sie formt heute die öffentliche Meinung. Ist diese richtig informiert und frei von dem Einfluß von Unheilstiftern, dann kann die Welt in Frieden leben.“ Diese Aufgabe der Presse, der öffentlichen Meinung der Welt den Rohstoff genauer und gewissenhafter Nachrichten zu geben, hängt außer vom Gewissen des Journalisten in höchstem Maße von dem Funktionieren des Weltverkehrs ab. Herrscht hier der Grundsatz der offenen Tür, so wird diese Aufgabe erleichtert, ist ein großer Teil des Weltverkehrs und vor allem der Nachrichtenmittel unter politischen Gesichtspunkten monopolisiert, so wird diese Aufgabe ungemein erschwert. Gerade die Tatsache, daß die Presse eine Großmacht geworden ist, daß der Journalist vielfach mehr Politik machen kann, früher da ist und sich freier tummeln kann als der Diplomat, vorausgesetzt, daß sein Verlag großzügig ist, macht die Presse zu einem wichtigen Mittel der staatlichen Politik. Wie stark und wendig diese Waffe sein kann, die zudem den Vorzug weitgehender Unverbindlichkeit hat, bewies uns noch kürzlich die Strategie der Pariser Presse bei den Reparationsverhandlungen. Auch diese Entwicklung wird durch den Weltverkehr erst ermöglicht. Die Presse einer Nation, die mitzählt, tritt heute ungleich schneller und einheitlicher als Meinungsfront in die Erscheinung. Der polnische Minister des Äußern sieht am nächsten Morgen aus den Zeitungsausschnitten, wie seine Rede in Deutschland gewirkt hat, und wir erfahren noch am gleichen Tag, wie ein europäisches Ereignis in Wallstreet oder im Weißen Haus eingeschlagen hat. Man fragt: Was sagt die französische Presse, man stellt fest: Die deutsche Presse tobt. Der Weltverkehr macht das Antlitz der Presse unpersönlicher, kollektiver, das Tempo ihrer Redaktionen schneller, ihre Wendigkeit und Verwertbarkeit als politische Waffe größer. Er macht auch das Interesse, das die Presse an Ereignissen und Entwicklungen nimmt, beweglicher und konzentrierter. Bestimmte Ereignisse und Tagungen lassen stets eine Menge europäischer Journalisten zusammenströmen. Sie werden zu Standardfällen des Zeitungsinteresses. Es entwickeln sich so fast Pressebörsen, auf denen man sich trifft, es ist wichtig und wird zur Tradition, daß die ersten Garnituren zu solchen Zusammenkünften fahren. Es sei auch erinnert an die internationalen Presse-Kongresse der letzten Zeit, so an den Internationalen Kongreß der Fachpresse 1928 in Berlin und die Tagung des internationalen Journalistenverbandes während der Pressa in Köln, einer Ausstellung übrigens, die auf Schritt und Tritt die enge Verbundenheit von Presse und Weltverkehr zeigte. Auch die gegenseitige Durchdringung von politischer Welt und Presse wird inniger durch die größere Beweglichkeit und den stärkeren Aktionsradius des Journalisten. Hier bahnen sich interessante soziologische Wandlungen in der Welt der Presse an, die nicht nur geistig und organisatorisch, sondern auch gesellschaftlich von Belang sind. Hinter diesen Wandlungen steht der Weltverkehr als neutraler Makler und Einpeitscher.

Ebenso wichtig sind die ökonomischen Rückwirkungen des Weltverkehrs und seiner rapiden Entwicklung auf das Zeitungswesen. Der Verkehr fördert durch sein Tempo, seinen technischen Fortschritt und die immer größer werdenden Kapitalanlagen, die sein Betrieb erfordert, die Industrialisierung der Presse. Er fördert damit den bekannten Dualismus und Zwiespalt im Pressewesen, nämlich, daß in ihm die Seele der geistigen Arbeit mit dem Leibe des wirtschaftlichen Betriebs verbunden ist, wie Professor d'Ester anschaulich sagt. Wenn Sombart, der geistvolle Geschichtsschreiber des Kapitalismus, den modernen Zeitungsbetrieb als einen Gipfel der kapitalistischen Organisation bezeichnet, so wird dieser Charakter wohl noch schärfer herausgearbeitet werden, wenigstens was die Betriebstechnik, die kaufmännische Organisation und auch den Stil des Arbeitens anbelangt.

Der Nachrichtenhandel ist heute zu einem wichtigen, wenn auch zurzeit im allgemeinen nicht ergiebigen Zweig der Weltwirtschaft geworden. Der Weltverkehr führt allerdings auch zu einer schärferen Konkurrenz der Nachrichtenbeförderungsmittel und Nachrichtenbüros. Hier wirkt sich auch das Unkostengesetz der modernen Wirtschaft aus. Die Kosten einer Nachricht fallen mit der Massenproduktion und dem größeren Absatz von Nachrichten. Das führt zu einer Verbreiterung der wirtschaftlichen Grundlagen der Nachrichtenorganisationen und zu einer stärkeren Anlage von Kapital. Die Folge ist, daß entweder Zusammenschlüsse von Nachrichtenbüros und Zeitungen entstehen zwecks besserer Ausnutzung und Arbeitsteilung, oder daß Zeitungsverlage, die kostspielige eigene Nachrichtendienste einrichteten, sich einen Nachrichtenvertrieb für andere Blätter angliedern, um einen Teil der Kosten einzubringen. Vertrustungen sehen wir vorzüglich in England und in Amerika, in Deutschland sehen wir eine wichtige Nachrichtenhilfsorganisation in den Dienst der mittleren und kleineren Presse treten und ihr die Fortschritte des Weltverkehrs dienstbar machen.

Die Bedeutung des Nachrichtenverkehrs

führt zu internationalen Zusammenschlüssen der nationalen Verkehrssysteme. So sehen wir schon 1921 den Zusammenschluß der Weltfirmen der drahtlosen Technik sich vollziehen, zwischen der deutschen Telefunkengesellschaft, der amerikanischen Radiogesellschaft, der englischen Marconigruppe und der französischen Gesellschaft für drahtlose Telegraphie entsteht ein Weltbund des drahtlosen Nachrichtenverkehrs. Die starke Kapitalanlage im Nachrichtenverkehr verbunden mit seiner weltpolitischen Bedeutung drängen zur Konzentration und Monopolisierung. Das bisher größte und vielsagendste Ereignis dieser Entwicklung ist die Vertrustung des britischen Nachrichtenbeförderungswesens, eingeleitet durch die Kabel- und Radiokonferenz zu London im Juli vorigen Jahres. Hier entsteht ein monopolistischer Koloß des Nachrichtenwesens und Weltverkehrs, in dem außer den Sacheinlagen der Regierung 50 Millionen Pfund Fusionskapital angelegt sind. Wir sehen hier den britischen Imperiumsgedanken als treibende Kraft durchschlagen. Wir sehen hier aber auch die gleichen Tendenzen am Werk wie in der Industriewirtschaft: Zunächst Wettbewerb und Ausfüllen der Lücken, dann Kartellierung und Aufteilung der Märkte auf der einen, Kapitalkonzentration und Rationalisierung des Betriebs auf der anderen Seite. Diese ganze Entwicklung wird zu einer weiteren Industrialisierung des Nachrichtenwesens führen und auch das Zeitungswesen nicht unbeeinflußt lassen. Sie führt ferner zu Monopolisierungserscheinungen im Nachrichtenwesen, die in politischen Krisenzeiten gefährlich werden können. Gegenkräfte gegen die Gefahren dieser Entwicklung sind: Starker Individualismus im Zeitungswesen, genügende Mannigfaltigkeit und Arbeitsteilung in der Nachrichtenorganisation und damit auch ausreichender Wettbewerb im guten Sinne, Tradition strengster Sachlichkeit in der Nachrichtenpolitik, die dann am besten ist, wenn sie am wenigsten Politik ist und nur der Zeitung und ihrem Informationsdrang dient. Eine wichtige Sicherungskraft ist auch eine gute nationale Verkehrspolitik, die Deutschlands zentrale Verkehrslage ausnutzt. Sie hat günstige Voraussetzungen und ich bin der Ansicht, daß unsere Verkehrsfachleute ihrer Aufgabe gewachsen sind und im internationalen Wettbewerb ihren Mann stehen.

Digitized by Google

Das zeigt schon ein kurzer, aber achtungsvoller Seitenblick auf die bewundernswerte Wiederaufbauarbeit, die an der Waterkant von der deutschen Schiffahrt geleistet worden ist.

Gefährden die Fortschritte des Weltverkehrs nicht die Existenz und Entwicklung der Presse? Ist z. B. nicht das Radio zum Konkurrenten der Zeitung geworden? Ich glaube, daß Befürchtungen, die der Zeitungsmann zunächst beim Auftauchen des Rundfunks hegte, inzwischen durch die Wirklichkeit zerstreut worden sind. Das gedruckte Wort behält seine Anziehungskraft. Die Zeitung erweist sich noch immer als eines der beweglichsten, bequemsten und billigsten Mitteilungsmittel, ganz abgesehen von ihrem geistigen und kritischen Gehalt, von der Persönlichkeitsausstrahlung des Journalisten. Im Gegenteil, alle neuen Erfindungen erwiesen sich bald als neuer Ansporn, als Bereicherung für den Journalismus und das Zeitungswesen. Das Radio hat eine Reihe neuer Zeitungen und Zeitschriften geschaffen, die mit größtem Interesse gelesen werden und in denen viel gute journalistische Arbeit steckt. Der moderne Seeverkehr hat Bordzeitungen ins Leben gerufen, die zuweilen in einem Umfang von 10 bis 20 Seiten und in Auflagen von 2000 bis 3000 Stück erscheinen. Wir sehen, wie überall, entweder die Verkehrstechnik zur Hilfskraft der Presse wird oder aber als Mitteilungsmittel erst der pressemäßigen Auswirkung bedarf, um ganz fruchtbar gemacht zu werden. Allerdings ist die Folge dieser Erfindungen und Fortschritte eine

Komplizierung der journalistischen Arbeit,

eine Verschärfung des Wettbewerbs, eine Beschleunigung des Arbeitstempos, aber nicht Einengung und Rückgang des Zeitungswesens insgesamt, das vielmehr seit dem Kriege in der ganzen Welt gewaltig zugenommen hat. Wohl werden neue Typen des Journalisten, neue Formen der Pressearbeit nötig werden. Wenn wir auch noch weit entfernt sind von dem Reporter, der mit einer Antenne am Hut herumläuft und den Ereignissen auf verschiedenen Wellen nachspürt, so werden doch Rundfunk, Bildübertragung, drahtlose Telegraphie und die Entwicklung des Flugverkehrs den Zeitungsbetrieb weiter revolutionieren.

Hat diese Entwicklung nicht auch soziale und psychologische Gefahren für den Journalisten im Gefolge? Zweifellos Sie bringt viel Mechanisierung der Arbeit mit sich. In dem Maße, als die konstanten Kosten im Zeitungsbetrieb größer werden, wird der Drang steigen, die variablen Kosten der menschlichen und geistigen Arbeit einzuschränken. Früher war die soziale Geltung des Journalisten bedroht und eingeengt durch die Tatsache, daß das Zeitungswesen noch jung und primitiv und der Journalist in der geordneten Welt der traditionellen bürgerlichen Berufe heimatlos war. Im Durchschnitt hat sich das Ansehen des Journalistenstandes und seine wirtschaftliche Lage inzwischen mit dem Aufblühen des Zeitungswesen gehoben. Jetzt tauchen

neue soziale Gefahren

aus der stärkeren Industrialisierung des Zeitungswesens auf: Weitgehende Arbeitsteilung, Einstellung auf Massenproduktion mit ihren verflachenden und mechanisierenden Folgen für die Arbeit, scharfes Tempo des Schaffens, Entindividualisierung des Zeitungsbetriebs durch Vertrustung oder Klischee. Diese sozialen Gefahren sind nun nicht zu bannen durch Widerstand gegen die wirtschaftliche Entwicklung und den technischen Fortschritt. Man kann sie nur beseitigen und mildern durch soziale Gemeinschaftsarbeit Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Produktivität des Zeitungswesens und grundsätzlich auch Hand in Hand mit den Verlegern, die von einem Teil dieser Gefahren gleichfalls bedroht sind.

Gerade für den Journalisten gilt also der Satz, daß er nur nach vorn entfliehen kann. Infolgedessen wird er den Fortschritten des Weltverkehrs, mögen sie auch auf das Zeitungswesen revolutionierend einwirken, positiv und optimistisch gegenüberstehen, aber auch die Begleitgefahren, die im Gefolge dieser Entwicklung liegen, nicht in blinder Hingabe an das Tempo der Zeit übersehen.' Der hanseatische Leitsatz: Navigare necesse est — ist ja nichts anderes als der Ausdruck des faustischen und europäischen Lebensgefühls im Mund des Seemanns und Überseekaufmanns, das Bekenntnis zum großzügigen und zähen Streben in Ferne und Zukunft und der Hingabe an ein Werk. In diesem Sinne wird auch der echte Journalist stets Hanseate sein wollen und müssen, ein Hanseate der Feder, des prüfenden, kritischen, schweifenden Geistes, des prägenden und klärenden Worts. In diesem Sinne wird er auch stets eine Prise Seeluft in seiner Redaktionsstube brauchen neben dem geliebten und vertrauten Geruch der Druckerschwärze. Presse und Verkehr, Weltpresse und Weltverkehr, sie werden stets miteinander gehen und sich die Hände reichen müssen, einer Pionier, Diener und Freund des andern.

Die Kundgebung des Reichsverbandes wurde umrahmt von herrlichen Vorträgen des Bremer Lehrergesangvereins unter Leitung seines hervorragenden Dirigenten Professor Noeßler.

An die öffentliche Kundgebung schloß sich

ein Festessen in der „Glocke",

das der Reichsverband der deutschen Presse zusammen mit dem Verein Bremer Presse veranstaltete, und zu dem außer den Mitgliedern des Verbandes die Spitzen der Bremer Behörden und Bürgerschaft sowie die auswärtigen Konsuln in reicher Zahl erschienen waren. Kollege Bernhard begrüßte in einer kurzen Ansprache die Gäste und ließ seine Rede in ein Hoch auf die Freie und Hansestadt Bremen ausklingen. In einer launigen, von wiederholtem Beifall begleiteten Rede dankte der Präsident der bremischen Bürgerschaft, Herr Dunkel, im Namen der Gäste und trank auf das Wohl des Reichsverbandes der deutschen Presse. Namens der Reichsregierung überbrachte Geheimer Legationsrat Dr. von Kaufmann deren Grüße und Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf der Tagung in Bremen. Er betonte, daß es ein Irrtum sei zu glauben, daß die deutsche Presse sich nicht das Wohl des Volksganzen besonders angelegen sein lasse. Sie wolle sich nur nicht kommandieren lassen, sondern stets aus eigenem Verantwortungsbewußtsein selbständig handeln. Nur so könnten sich auch die Beziehungen zwischen Regierung und Presse angenehm und fruchtbar gestalten. Der Geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes, Direktor Richter, dankte dem Bremer Lehrergesangverein herzlich für seine Mitwirkung bei der Kundgebung und feierte den deutschen Männergesang als starkes Band im Volke. Unter lebhaftem Beifall aller Anwesenden überreichte er dem hochverdienten Dirigenten Professor Nößler einen silbernen Pokal mit Widmung des Reichsverbandes zum Dank und zur Erinnerung. Professor Nößler erwiderte diese Ehrung nicht mit Worten, sondern mit einem improvisierten Vortrag auf der Orgel im großen Saal der „Glocke". Lautlos lauschte die Versammlung dem herrlichen Vortrag des Meisters, den er ergreifend ausklingen ließ in den Tonsätzen „Das ganze Deutschland soll es sein" und „Das Reich soll uns doch bleiben". Warmer Beifall lohnte für diesen Kunstgenuß. Namens der bremischen Konsuln dankte Herr Bravor-Kuba für die Einladung. Kollege Crull widmete mit humorvollen Worten sein Glas den Damen. An das Festessen schloß sich ein Ball an, der die Teilnehmer noch lange zusammenhielt.

Festlicher Ausklang der Tagung war bei herrlichstem Frühlingswetter eine Fahrt nach Helgoland auf Einladung des Nordd. Lloyd mit dem Seebäder-Dampfer „Roland" am 10. Juni. An Bord, wie auf dem Felseneiland herrschte die fröhlichste Stimmung. Nach ruhiger Überfahrt mit Musik und Tanz begrüßte Direktor Stadtlaender als Vertreter des Lloyd die Kollegen im Kurhaus. Kollege Ackermann antwortete und leerte sein Glas auf eine weitere gedeihliche Entwicklung des Lloyd. Auch der Helgoländer Bürgermeister Dr. Lange hieß die Gäste willkommen und überbrachte ihnen die Einladung der Helgoländer Fischer zu einer Fahrt nach der Düne und um die Insel. Die Erinnerung an diesen Sonnentag wird alle die ihn miterlebten, noch lange begleiten.

Auch an dieser Stelle sei mit besonders herzlichem Dank des Vereins Bremer Presse und insbesondere der Kollegen Crull, Ehlers, Gehrels, Hans Müller und Orrie Müller gedacht, die sich in so hervorragender Weise um das gute Gelingen des diesjährigen Verbandstages verdient gemacht haben. Sie dürfen überzeugt sein, daß alle Teilnehmer die schönen Tage in Bremen in bester Erinnerung behalten werden.

Digitized by Google

Noch einmal:

Die Komödie „Fliegen am Markt".

Herr Robert Huber, der Verfasser der Komödie „Fliegen am Markt", gegen die der Artikel des Herrn Kollegen J. Wenz in der „Deutschen Presse" als Herabwürdigung unseres gesamten Standes und Berufes scharf polemisiert hatte, sendet uns unter Berufung auf § 11 des Reichspreßgesetzes folgende Berichtigung:

Herr J. Wenz hat sich bei seinem Artikel in der „Deutschen Presse" bei der Anführung meiner Regiebemerkung in der Komödie „Fliegen am Markt" einer Irreführung schuldig gemacht, indem er die von mir vorgeschriebene Unterscheidung einfach verschweigt und den Text abändert. Die Regieanweisung lautet, wie sich durch Manuskript und Textbuch belegen läßt, nicht:

„Journalisten, es sind junge Leute in auffallenden Sportanzügen, mit langem, zurückgekämmtem Haar und Hornbrillen groß wie Mistbeetfenster. Jener Typ des amerikanischen Sensationsreporters, der heute auch in Europa nicht mehr unbekannt ist. Sie sind sehr vorlaut, sehr überzeugt von ihrer eigenen Bedeutung und drängen sich in den Vordergrund."

sondern ausdrücklich:

„Journalisten. Es sind zum Teil sehr seriöse Leute, denen man Intelligenz und geistige Beweglichkeit ansieht. Den kleineren Teil bilden ein paar jüngere Leute, in auffallenden Sportanzügen usw."

Erholungsaufenthalt für Journalisten und Journalistenkinder.

Auch in diesem Jahre ist der Reichsverband der deutschen Presse in der Lage, Kollegen und deren Kindern Ferien- und Erholungsaufenthalte zu mäßigen Preisen zu vermitteln. Die Pensionspreise in den nachstehend aufgeführten Heimen für Erwachsene verstehen sich einschl. Wäsche und Beleuchtung zuzüglich 10 Prozent für Bedienung und 15 Pfg. für Stiefelputzen, wo nichts anderes angegeben ist. Gepäckbeförderung nach ortsüblichen Tarifen. Unterschiede in den Pensionspreisen erklären sich aus der Lage und Ausstattung der Zimmer und daraus, ob es sich um Einzelzimmer oder um mehrbettige Zimmer handelt.

Ahrenshoop, pomm. Ostseeküste: Geöffnet Mai bis Anfang bzw. Ende Sept. Pensionspreis: Einheitspreis 4 M, Juni-August 4—5 M; Anfang Juli bis Ende August 50 Pfg. Zuschlag pro Bett. Für Aufenthalt unter 7 Tagen 50 Pfg. Zuschlag pro Tag.

Alexisbad (Harz), 360 Meter ü. M.: Geöffnet ganzjährig, nur kurze Zeit im Winter geschlossen. Pensionspreis Mai und ab Sept. 4 M, Juni-August 4—5 M; 1. Juli bis 15. August 50 Pfg. Zuschlag pro Bett. Für Aufenthalt unter 7 Tagen 50 Pfg. Zuschlag; Bedienung 15 Prozent inkl. Stiefelputzen.

Baabe a. Rügen: Geöffnet Mai bis Anfang bzw. Ende Sept. Pensionspreis: Einheitspreis 4 M, Juni inkl. August 4—5 M; Anfang Juli bis Ende August 50 Pfg. Zuschlag pro Bett. Für Aufenthalt unter 7 Tagen 50 Pfg. Zuschlag pro Tag.

Binz a. Rügen: Geöffnet Mai bis Anfang bzw. Ende Sept. Pensionspreis: Mai und Sept. Einheitspreis 4 M, Juni-August 4—5 M; Anfang Juli bis Ende August 50 Pfg. Zuschlag pro Bett. Für Aufenthalt unter 7 Tagen 50 Pfg. Zuschlag pro Bett. (Nur wenige Zimmer zu 4 M; Waldseite 4,50, Seeseite 5 M.)

Elgersburg bei Ilmenau, 500 Meter ü. M.: Geöffnet ganzjährig. Pensionspreis: Jan.-Mai und Sept.-Dez. 4 M, Juni-August 4—5 M; 1. Juli bis 15. August 50 Pfg. Zuschlag pro Bett. Für Aufenthalt unter 7 Tagen 50 Pfg. Zuschlag pro Tag.

Helgoland: Geöffnet Mai bis Ende Sept. Pensionspreis: Mai-Sept. 5 M; Juli-August 50 Pfg. Zuschlag pro Bett. Für Aufenthalt unter 7 Tagen 50 Pfg. Zuschlag pro Tag.

Hosterwitz bei Pillnitz-Dresden: Geöffnet ganzjährig, nur kurze Zeit im Winter geschlossen. Pensionspreis: Mai und Sept.-Dez. Einheitspreis 4 M, Juni-August 4—5 M; 1. Juli bis 15. August 50 Pfg. Zuschlag pro Bett. Für Aufenthalt unter 7 Tagen 50 Pfg. Zuschlag pro Tag. Bedienung 15 Prozent inkl. Stiefelputzen.

Josefstal bei Schliersee, 900 Meter ü. M.: Geöffnet ganzjährig. Pensionspreis: 15. März bis 15. Juni und 1. Sept. bis 15. Dez. 4,50 M, 15. Juni bis 1. Sept. und 15. Dez. bis 15. März 5,50 M.

Bad Langenschwalbach i. Taunus: Geöffnet Mai bis Ende Sept. Pensionspreis: 4,50—5,50; 1. Juli bis 15. August 50 Pfg. Zuschlag pro Bett. Für Aufenthalt unter 7 Tagen 50 Pfg. Zuschlag pro Tag.

Mittelberg bei Oy i. Allgäu, 1036 Meter ü. M.: Geöffnet ganzjährig. Pensionspreis: durchgehend 4,50 M inkl. Bedienung.

Kurhaus Seebad Rüdersdorf i. d. M.: Geöffnet ganzjährig. Pensionspreis: Mai und Sept.-Dez. Einheitspreis 4 M, Juni-August 4—5 M; 1. Juli bis 15. August 50 Pfg. Zuschlag pro Bett. Für Aufenthalt unter 7 Tagen 50 Pfg. Zuschlag pro Tag.

Saalberg bei Warmbrunn, Riesengeb., 600 Meter ü. M.: Geöffnet ganzjährig. Pensionspreis: Mai und Sept.-Dez. Einheitspreis 4 M, Juni-August 4—5 M; 1. Juli bis 15. August 50 Pfg. Zuschlag pro Bett. Für Aufenthalt unter 7 Tagen 50 Pfg. Zuschlag pro Tag.

Harz-Mittelstandsheim Harzburg: Einheitspreis 4,50 M zuzüglich 12 Prozent Verwaltungskosten und 3 M einmalige Aufnahmegebühr. Bei notwendiger Zentralheizung Selbstkostenzuschlag wöchentlich 3 M.

Harz-Mittelstandsheim Braunlage: Einheitspreis 4,50 M zuzüglich 12 Prozent Verwaltungskosten und 3 M einmalige Aufnahmegebühr. Bei notwendiger Zentralheizung Selbstkostenzuschlag wöchentlich 3 M.

Harz-Mittelstandsheim Ilsenburg: Einheitspreis 4,50 M zuzüglich 12 Prozent Verwaltungskosten und 3 M einmalige Aufnahmegebühr. Bei notwendiger Zentralheizung Selbstkostenzuschlag wöchentlich 3 M.

* * *

Für den Erholungsurlaub der Kinder

stehen gleichfalls sorgfältig ausgesuchte Heime in schönen Gegenden zur Auswahl. Die Heime befinden sich in Helgoland, Graal, Schloß Stiege im Harz und Burg Daber im Wittstocker Forst. Der Preis hierfür beträgt zwischen 2,50 und 3 M in den Monaten Juni, Oktober bis Dezember, für Jugendliche 3,50 M. Während der Monate Juli bis September 2,85 bis 3,50 M, für Jugendliche 4 M.

Durch Vermittlung des Berliner Vereins für Ferienkolonien besteht außerdem die Möglichkeit der Unterbringung für eine ganze Kurzeit, 4 bzw. 6 Wochen,

an der Ostsee: Für 80 M einschl. Reisegeld und aller sonstigen Unkosten für 4 Wochen,

in Pyrmont für 130 M für 6 Wochen,

im bayerischen Gebirge für 100 M für 4 Wochen,

im bayerischen Gebirge und Schwarzwald für 135 M für 6 Wochen

und an der Nordsee (Wyck auf Föhr und Norderney) für 170 M für 6 Wochen. Hier werden allerdings nur Kinder im Alter von 7 bis 14 Jahren berücksichtigt, ausnahmsweise auch etwas jüngere Kinder in der Zeit vor und nach den Schulferien. Anmeldungen, besonders für den Kinderaufenthalt, werden möglichst umgehend erbeten. Die obigen Preise versehen sich ab Berlin mit Sammeletransport.

Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß die Kinderheime bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte als Genesungsheimme anerkannt sind, so daß unter Umständen die Reichsversicherungsanstalt einen Zuschuß bis zur Hälfte der Kurkosten zahlt, wenn die andere Hälfte von den Eltern getragen wird. Die Zuschußzahlung der Reichsversicherungsanstalt erfolgt jedoch nur nach Bescheinigung eines Arztes und des zuständigen Jugendheims und selbstverständlich nur für Kinder solcher Eltern, die bei der Reichsversicherung für Angestellte versichert sind. Falls die Kinder in Sammeltransporten reisen, wird den Eltern bei nachgewiesener Hilfsbedürftigkeit Fahrpreisermäßigung gewährt.

Bei allen Anmeldungen ist genau anzugeben, ob Gebirge, See (Ost- oder Nordsee) oder Landaufenthalt gewünscht wird. Ebenso ist genau anzugeben, ob es sich um Knaben oder Mädchen handelt, sowie das Alter, ferner die Zeit, in der die Kinder reisen sollen. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Einganges nach der Zahl der vorhandenen Plätze berücksichtigt. Sie sind tunlichst frühzeitig zu übermitteln.

Die Verbandsleitung:
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

„Möglichst nicht über 40 Jahre alt!“

In Nr. 23 des „Zeitungs-Verlags“ vom 8. Juni 1929 findet sich folgendes Stellen-„Angebot“:

Innenpolitiker

für eine große Tageszeitung im Osten (deutsch-volksparteilich) zum baldmöglichen Eintritt gesucht. Benötigt wird eine erste Kraft mit längerer Berufserfahrung, jedoch möglichst nicht über 40 Jahre alt, die neben dem notwendigen Fleiß eigene Initiative und die Fähigkeit besitzt, schnell und kritisch zu arbeiten. Besonderer Wert wird auf lebendige Bearbeitung des politischen Nachrichtenteiles und moderne Aufmachung gelegt. Bewerbungen usw. . . . . .

Solche und ähnliche Stellen-„Angebote“ häufen sich in der letzten Zeit ebenso wie die Ausschreibungen von Posten für nur unverheiratete Redakteure, Hilfsredakteure und Redaktionsvolontäre. Es wäre deshalb interessant, zu erfahren, weshalb die Bewerber nicht über 40 Jahre alt und unverheiratet sein sollen. Sind etwa die Schriftleiter, die mit des Himmels Beistand das 40. Lebensjahr glücklich überschreiten konnten, oder sind die verehelichten Kollegen (ein Zölibat für Schriftleiter existiert ja noch nicht) überaltert? Haben sie kein Anrecht mehr auf einen Platz in einer Redaktion, auf Verdienst für sich und ihre Familie? Die Tatsachen reden gottlob eine andere Sprache, denn die verantwortlichen Leiter gerade unserer großen und mittleren Zeitungen dürften wohl fast ausnahmslos mehr als 40 Lenze zählen. Benjamine an Lebensjahren sind bekanntlich auch in der Regel weder unsere Verantwortlichen in den Regierungen, noch in den Parlamenten, noch in unserer Wirtschaft. Und dann, um zum Fach zurückzukehren, baut ein Zeitungsverleger vielleicht sich ab, sobald er 40 Jahre alt geworden ist?

Fürwahr, es wäre wohl wünschenswert zu hören, weshalb es bei so manchen Zeitungsverlagen Mode und System zu werden scheint, vorwiegend nicht über 40 Jahre alte Redakteure, unverheiratete Redakteure, Hilfsredakteure und Redaktionsvolontäre zu suchen und einzustellen. Zur Ehre des deutschen Zeitungsverlegerstandes wollen wir annehmen, daß es nicht in der Absicht geschieht, sich für möglichst wenig Gehalt einen Schriftleiter zu ergattern.

Um aber jeden Zweifel auszuschalten und zu zerstreuen, wäre es angebracht, eine kurze und bestimmte Antwort auf die Frage zu erteilen:

Weshalb nicht über 40 Jahre alt?

Dr. K.

Fachrundschau

Zeitungswissenschaftliche Funde in Aachen.

Die frühen Nachrichtenblätter des 16. Jahrhunderts, in denen über die Entdeckungsfahrten zur Neuen Welt berichtet wird, sind nur in wenig Exemplaren auf uns gekommen. Von der „Neuen Zeitung aus Brasilien“ (Newe zeytung auß Presilly Landt, 1508) kennt man bisher etwa ein Dutzend. Eines davon kam vor etlichen Jahren in den Handel und wanderte um den Preis von 14 400 Mark nach Amerika. Noch seltener ist die „Newe zeittung von dem Lande das die Sponier funden haben ym 1521. iare, genant Iucatan“ die von der Eroberung Mexikos durch Fernando Cortes erzählt. Von ihr waren bisher nur zwei Stück aufgefunden: das der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin und das der Augsburger Stadtbibliothek. Zu ihnen gesellt sich nunmehr als drittes ein von dem Leiter des Internationalen Zeitungsmuseums zu Aachen, Privat-Dozent Dr. W. Hermanns, als unbekannter Schatz der dortigen Stadtbibliothek nachgewiesenes Exemplar. Nach Ansicht des Bibliothekdirektors Dr. Müller, der die Anregung zur Nachforschung gab, stammt diese alte „Neue Zeitung“ noch aus der Schenkung des Bibliothekgründers und hervorragenden Journalisten Franz Dautzenberg († 1828). Das gleiche scheint der Fall bei einer zweiten zeitungswissenschaftlichen Seltenheit, der „Schönen Newen zeytung so kayserlich Mayestet auß India hetz nemlich zukommen seind“ (1522). Auch in diesem Falle war das Aachener Exemplar der Forschung bisher ganz unbekannt. Die älteste „Neue Zeitung“ des Zeitungsmuseums selbst ist inhaltlich eine Wundergeschichte und führt den Titel: „Neuwe zeitung. Wie ein Bild geredt / klagt vnd Bekannt habe / zur warnung sich vor allem Götzenleben zu hütten“. Sie ist durch Ulrich Morhart zu Tübingen im Jahre 1561 gedruckt. Ein Exemplar befindet sich in der Münchener Staatsbibliothek. — Die „Neuen Zeitungen“ stellen einen Seitenast am Stamm der Presse dar, der die heutigen Tagesblätter trägt. Ihre wissenschaftliche Erforschung gewährt bedeutsame Einblicke in die Entstehung des Zeitungswesens überhaupt.

Journalisten- und Schriftsteller-Organisationen.

Der Verband Leipziger Kritiker hielt kürzlich seine diesjährige Hauptversammlung ab. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ging hervor, daß der Verband in Unterhandlungen mit Leipziger Theater- und Konzertdirektionen für seine Wünsche meist erfreuliches Entgegenkommen gefunden hat. Berufs- und Standesfragen wurden wiederholt lebhaft erörtert. Der im vorigen Jahre neu gewählte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt; nämlich: Dr. Max Mendheim als Vorsitzender, Dr. Wilhelm Jung als stellvertretender Vorsitzender, Eugen W. Schmidt und Dr. Rudolf Brandl als Schriftführer, Johannes Wendt als Schatzmeister, Professor Ernst Müller und Dr. Ludwig Stettenheim als Beisitzer.

Pressestellen und Presseämter.

Eine Pressestelle der Berliner Anwaltschaft. Der Vorstand der Anwaltskammer zu Berlin und der Vorstand des Berliner Anwaltsvereins haben Ende Mai gemeinsam eine Pressestelle der Berliner Rechtsanwaltschaft eingerichtet. Zweck der neuen Einrichtung soll nicht nur sein, die Öffentlichkeit über wichtige Vorgänge innerhalb der Anwaltschaft zu informieren und das Verständnis des Publikums für die Anwaltschaft zu vertiefen, sondern auch die Beziehungen zur Presse zu pflegen und ein verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen Presse und Anwaltschaft zu sichern. Die Leitung der Pressestelle befindet sich beim Vorstand der Anwaltskammer, Berlin W 10, Viktoriastr. 13, Telephon Lützow 7381. Die Pressestelle besteht aus den Vorsitzenden und den Geschäftsführern des Vorstandes der Anwaltskammer und den Vorsitzenden und den Schriftführen des Berliner Anwaltsvereins.

Arbeitsrecht.

Gewerkschaftsmitgliedschaft kein Kündigungsgrund! Ein außerordentlich bedeutsames Urteil für die Sicherung der Vereinigungsfreiheit und den Schutz der gewerkschaftlichen Betätigung verkündete kürzlich das Reichsarbeitsgericht. Es entschied, daß unter „Abreden und Maßnahmen, welche die im Satz 1 gewährleistete Vereinigungsfreiheit einzuschränken und zu behindern suchen“, im Sinne des Artikels 159 der Reichsverfassung auch Kündigungen zu verstehen sind. Danach sind Kündigungen, die wegen der Zugehörigkeit zu einer gewerkschaftlichen Organisation erfolgen, nichtig und verpflichten den Arbeitgeber zum Schadenersatz. Das Urteil des Reichsarbeitsgerichtes ist besonders wichtig, weil es das freie Kündigungsrecht des Arbeitgebers einschränkt. (Gpd.)

Verschiedenes.

Novellenpreis europäischer Zeitschriften. Zusammen mit einer englischen, französischen, italienischen und spanischen Zeitschrift schreibt die „Europäische Revue“ einen Preis von tausend Mark für „die beste deutsche kurze Erzählung von literarischem Niveau und europäisch-gegenwärtigem Charakter“ aus. Die preisgekrönte Arbeit wird zugleich in fünf Sprachen

BAD PISTYAN

hietet d. „Deutschen Presse“ zur Kur ganz besondere Begünstigungen.
Vulk. Schwefel-Schlammquellen — Rheuma, Gicht.
400 Morgen Park, Tennis, Golf, Rudern, Fischen.
Ausk.: Pistyan-Büro, Berlin W 15, Meierottostr. 1

Digitized by Google

Mitteilungen

der Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse G. m. b. H.

Entsprechend den Beschlüssen des Verwaltungsrates der Anstalt wird auch im laufenden Geschäftsjahr den Versicherten eine Benachrichtigung über die Versicherungsleistungen übersandt, die sich auf Grund der bisher eingezahlten Prämiensummen und unter Hinzurechnung der von der Anstalt ausgeschütteten Dividenden aus dem Gewinn ergeben. Die Benachrichtigungen, mit deren Versendung in den nächsten Wochen begonnen wird, gehen als Sammelsendungen den Verlagen zu mit der Bitte, sie den versicherten Redaktionsmitgliedern auszuhändigen. Der Verlag selbst erhält einen Beleg über die Versicherungssummen, die auf Grund der obligatorischen Versicherungsverträge auf den einzelnen Redakteur entfallen.

Aus technischen Gründen ist es der Anstalt nicht möglich, die Benachrichtigungen für alle versicherten Personen zu einem Termin zu versenden.

Um Rückfragen zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß sich die in der Benachrichtigung enthaltenen Zahlen über die Versicherungsleistungen nur auf die Grundversicherung beziehen, wobei Zusatzleistungen aus den Fonds der Anstalt nicht berücksichtigt sind.

*

Zwischen der Versorgungsanstalt und ihren Vertragsgesellschaften (Allianz und Stuttgarter Lebensversicherungsbank, Berlin und „Concordia" Lebensversicherungsbank, Köln) ist ein Abkommen getroffen, nach dem die Vertragsgesellschaften die Zustimmung der Anstalt dazu erhalten haben, unter denjenigen Personengruppen, die sich bei der Anstalt freiwillig versichern können, für den Abschluß derartiger Versicherungsverträge durch Beamte ihrer Organisationen zu werben.

Entsprechend dieser Vereinbarung werden sich im Laufe der Zeit Beamte der beiden Versicherungsgesellschaften an Verleger, leitende Verlagsangestellte, Redakteure etc. wegen des Abschlusses freiwilliger Versicherungsverträge (auch freiwilliger Zusatzversicherungen für Redakteure) wenden. Die Versorgungsanstalt legt Wert darauf, mitzuteilen, daß diese Werbung unter ihrer Zustimmung erfolgt. Es liegt im Interesse der bei der Versorgungsanstalt versicherten Personen, daß der Bestand an Versicherungen möglichst erweitert wird. Deshalb bittet die Anstalt, beim Abschluß privater Versicherungen die Angebote, die von den Beamten der Vertragsgesellschaften auf Grund ihrer Sondertarife überreicht werden, besonders zu berücksichtigen.

Nach wie vor ist die Geschäftsstelle der Versorgungsanstalt, Berlin W 8, Mauerstr. 16-18, selbst bereit, Offerten für den Abschluß freiwilliger Versicherungen an die genannten Personenkreise abzugeben.

Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse, G. m. b. H.
Contag.

---

veröffentlicht. Zu den Preisrichtern gehören Hugo von Hofmannsthal und Professor Ernst Robert Curtius. Letzter Einsendungstermin ist der 1. September.

Vereinigte Staaten von Europa; ein Wettbewerb für den besten Artikel. Die „Revue des Vivants" hat vor kurzem einen Wettbewerb für einen Artikel über die Gestaltung der Vereinigten Staaten von Europa ausgeschrieben, an dem sich Schriftsteller aller Länder beteiligen können; Bedingung ist nur, daß dem eingesandten Artikel eine Übersetzung in französischer Sprache beigefügt ist. Der beste Artikel soll einen Preis von 10 000 Frs. erhalten. Die Einsendung der zum Wettbewerb bestimmten Arbeiten muß bis zum 31. Oktober d. J. erfolgen. Die Entscheidung soll am 10. Dezember mitgeteilt werden.

Aus der Organisation.

Landesverband der Bayerischen Presse.

Eine Kundgebung der Nürnberger Ortsgruppe.

Die Nürnberg/Fürther Ortsgruppe im Landesverband der Bayerischen Presse ist vor kurzem zum ersten Male mit einer eigenen Veranstaltung an die Öffentlichkeit getreten. Es ist erfreulich, daß dieses erste öffentliche Auftreten ein voller und nachhaltiger Erfolg war. Der Einladung ins Nürnberger „Künstlerhaus" zu einem Pressetee in Verbindung mit Vorträgen auswärtiger Kollegen über deutsche Grenzlandfragen waren die prominentesten Persönlichkeiten der Nürnberger Gesellschaft aus den Kreisen von Kultur, Wirtschaft und Politik und die Spitzen der Behörden nahezu vollzählig gefolgt. Neben den beiden Bürgermeistern Nürnbergs bemerkte man u. a. die Präsidenten der Reichsbahn- und der Oberpostdirektion, den Rektor der Universität Erlangen, Polizeidirektor und Kommandeure von Reichswehr und Landespolizei, die Vorsitzenden der großen wirtschaftlichen Organisationen, zahlreiche Vertreter städtischer und anderer Ämter, der Künstler, der sonstigen freien Berufe und der verschiedenen Spitzenverbände. Als Vertreter des bayerischen Ministerpräsidenten war der Pressechef der bayerischen Staatsregierung Oberregierungsrat Eisele, für den Landesverband der Bayerischen Presse Kollege Freund und für die Münchner Journalisten Kollege Weißstein erschienen.

Der erste Vorsitzende der Ortsgruppe, Kollege Dr. Karl Lorenz, betonte in seiner Begrüßungsansprache, Sinn und Zweck der Veranstaltung darlegend, die besondere Bedeutung genügend gefestigter persönlicher Beziehungen und gegenseitigen Vertrauens zwischen den Führern des öffentlichen Lebens einerseits und den an den Organen der öffentlichen Meinung wirkenden Geistesarbeitern andrerseits. Nachdem die Ortsgruppe Nürnberg/Fürth mit dem stetigen Anwachsen ihres Mitgliederstandes gezeigt habe, daß es ihr an der festen und sicheren Grundlage nicht mehr fehle, gehe sie dazu über, die im öffentlichen Interesse liegenden Beziehungen der erwähnten Art auch von sich aus durch besondere Veranstaltungen zu pflegen. Für den ersten Versuch sei unter dem Motto „Um deutsche Grenznot" der Rahmen einer Kundgebung gewählt worden, die über Parteien, Stände und Weltanschauungen hinaus die Gesamtheit angehe: Grenzlandnot und Grenzlandkampf.

Für die Gäste dankte Oberbürgermeister Dr. Luppe. Er wies auf die große Bedeutung hin, die solchen von den Berufsjournalisten ausgehenden Veranstaltungen zukomme, äußerte den Wunsch, daß sie sich nun auch in Nürnberg öfters wiederholen und begrüßte die Wahl des Themas, die gerade in dieser Zeit, in der Zusammenarbeit im Volke besonders nottue, außerordentlich dankenswert sei.

Als erster Referent sprach der Präsident des Deutschen Ostbundes, der vor seiner Vertreibung aus dem abgetretenen Ostgebiet 25 Jahre lang als Chefredakteur und Verlagsdirektor in Bromberg und Posen tätig gewesene Eduard Ginschel-Berlin über „Deutsche Not in Polen". In eingehenden Ausführungen, die die Unmöglichkeit der heutigen Grenzführung und die Bedeutung der Ostmark von den verschiedensten Seiten aus beleuchteten, kam der Redner zu dem Schluß, daß die deutsche Presse am Wiederaufbau des Vaterlandes und an den Grundlagen seiner künftigen Kraft und Größe wirksam mitarbeitet, wenn sie dafür sorgt, daß den Ostfragen ein regeres Interesse als bisher entgegengebracht wird. Kollege von Wilpert-Danzig, Vorsitzender des Verbandes der Danziger Presse im R. d. P., behandelte den „deutschen Willen Danzigs" in knappen, aber scharf umrissenen und höchst eindrucksvollen Sätzen. Auf die Unsinnigkeit des Korridors hinweisend, betonte der von den Danziger Fragen unmittelbar berührte Referent vor allem die wirtschaftliche Seite der Danziger Not, da Polens Politik heute weniger mit brutaler Gewalt als auf wirtschaftlichem Wege die Rechte und Interessen der Freien Stadt Danzig angreift. Der deutsche Wille der Bevölkerung, die nichts von dem künstlichen Erzeugnis eines Danziger Staates wissen wolle, müsse auch durch das Interesse Reichsdeutschlands wachgehalten werden.

Nach diesen beiden Vorträgen wurde eine einstündige Teepause eingeschaltet, die bei guter Musik einer Abteilung des Nürnberger Stadttheaterorchesters in den Nebensälen eine von Gästen wie Veranstaltern freudig begrüßte Gelegenheit zu angeregtem und zwanglosem Gedankenaustausch bot. Besonderes Interesse rief dann das dritte Referat hervor, das der Geschäftsführer der „Deutschen Akademie", Schriftsteller Dr. Franz Thierfelder-München, über „Deutsche Sprachpflege diesseits und jenseits der Grenzen" hielt. Ausgehend von der Arbeit der verschiedenen einschlägigen Organisationen, bot der Redner eine Fülle von beachtlichen Anregungen für den Politiker, den Mann der Wirtschaft und der Feder. Höchst interessante Feststellungen enthielt das Referat über den Vormarsch der deutschen Sprache im Auslande, eine erfreuliche Be-

Digitized by Google

wegung, die durch systematische Sprachpflege diesseits und jenseits der Grenzen gefördert werden sollte.

In einem kurzen Schlußwort brachte Koll. Dr. Hans Bencker, der 2. Vorsitzende der Ortsgruppe, deren Dank für die interessierte Anteilnahme der Gäste zum Ausdruck.

An einer anschließenden geselligen Unterhaltung im kleineren Kreise beteiligte sich u. a. noch Oberregierungsrat Eisele, der nach Begrüßungsworten durch Koll. Martin Holz, den 1. Schriftführer der Ortsgruppe, den Gruß des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held übermittelte und seiner Freude über den ausgezeichneten Verlauf dieser ersten Nürnberger Veranstaltung Ausdruck gab. Einen vom Vorsitzenden ausgesprochenen Dank an die Redner erwiderte Koll. Ginschel mit Worten der Anerkennung der gastlichen Aufnahme.

Verband der Ostpreußischen Presse.

Pressetagung in Elbing.

Am Sonntag, dem 2. Juni, hielt der Verband der Ostpreußischen Presse seine diesjährige Frühjahrshauptversammlung in Elbing ab. Der Vormittag war internen Beratungen gewidmet. Der Vorsitzende des Verbandes, Redakteur Holstein, gab in seiner Begrüßungsansprache der besonderen Freude darüber Ausdruck, daß man auch den Vorsitzenden des Danziger Presseverbandes, Kollegen v. Wilpert, zum Zeichen deutscher Verbundenheit im Osten willkommen heißen könne. U. a. teilte der Vorsitzende mit, daß die Begründung einer Bezirksarbeitsgemeinschaft zwischen dem Verein Ostpreußischer Zeitungsverleger und dem Verband der Ostpreußischen Presse für den Frühherbst in Aussicht stehe. Redakteur Dyck-Königsberg, stellvertretender Vorsitzender des Verbandes, berichtete über den eventuell geplanten Erwerb eines Presseheims an der Samlandküste. Grundsätzlich stimmte die Versammlung diesem Plan zu, zumal man dadurch nicht nur für Ostpreußen, sondern auch für das Reich eine im besten Sinn für Ostpreußen werbende Institution erhofft.

An der Mittagstafel, zu der die Stadt Elbing eingeladen hatte, nahmen außer den Verbandsmitgliedern und ihren Damen Oberbürgermeister Dr. Merten, Landrat Dr. Cichorius, Frau Stadträtin Carsten und Stadtrat Dr. Uffhausen teil. Oberbürgermeister Dr. Merten begrüßte in sehr freundlich gehaltenen Worten den Verband der Ostpreußischen Presse. Er betonte, daß er sich über die Wahl Elbings als Tagungsort um so mehr freue, als leider die reichsdeutschen Journalisten auf ihrer kürzlichen Informationsfahrt nicht Gelegenheit gehabt hätten, Elbing und seine Umgebung zu besuchen. Er sprach der ostpreußischen Presse seinen besonderen Dank für die tatkräftige Unterstützung aus, die sie der Stadt Elbing, vor allem bei der Behandlung des Schichau-Problems hat angedeihen lassen. Im Anschluß daran hob der Oberbürgermeister die Bedeutung Elbings als Industrie- und Wirtschaftszentrum der zu Ostpreußen gekommenen verstümmelten Teile Westpreußens hervor, die immer an den Zusammenhang mit dem größeren Deutschland mahnen.

Der Verbandsvorsitzende dankte in herzlichen Worten dem Oberbürgermeister für die Einladung und die überaus liebenswürdige Aufnahme in Elbing. Mit Absicht halte der Verband seine Frühjahrshauptversammlung stets in der Provinz ab. Gerade die Schichau-Frage habe gezeigt, daß es in wichtigen Fragen über alle Einzelerscheinungen hinweg eine gemeinsame ostpreußische Front gebe, die das Gesamtschicksal der Provinz bestimme. Er hoffe, daß die ganze deutsche Presse diesen Ruf über den Weichselkorridor hinweg aufnehme.

Der Nachmittag war einem Ausflug in die wunderschöne, vielleicht noch viel zu wenig bekannte und gewürdigte Umgebung Elbings vorbehalten. Die Damen der Verbandsmitglieder hatten während der geschäftlichen Tagung dank der liebenswürdigen Vorsorge des Verkehrsvereins Elbing unter der sachkundigen Führung von Frau Stadträtin Carsten und ihres Sohnes eine eingehende Besichtigung der Sehenswürdigkeiten, vor allem des wertvollen Heimatmuseums vornehmen können. In Autos ging es über Panklau und Cadinen, wobei auch dem modern ausgestatteten Pflegeheim des Landkreises Elbing ein Besuch abgestattet wurde, nach dem Haffschlößchen. Dort fand eine Kaffeetafel statt, zu der Verlagsdirektor Stein von der „Elbinger Zeitung" eingeladen hatte. Direktor Stein begrüßte die Gäste mit herzlichen Worten unter Betonung guter Zusammenarbeit zwischen Redakteuren und Verlegern. Landrat Dr. Cichorius gab ein knappes, aber aufschlußreiches Bild von der rührigen und zielstrebigen Arbeit, die im Landkreise geleistet werde. Redakteur Dyck dankte im Namen der Pressevertreter, indem er noch einmal auf die große soziale Bedeutung des Verbandes und seine in die Zukunft weisenden Ziele hinwies.

Bewundernd genossen dann die Teilnehmer der Fahrt die Schönheit dieses herrlichen Fleckchens ostpreußischer Erde, von wo man von überragender Höhe aus einen prächtigen Ausblick über grüne Täler und Höhen und weit hinaus über das Frische Haff hat, das sich schließlich auch noch im Glanz der Abendsonne zeigte. Besonderer Dank wurde auch dem Kollegen Dehler-Elbing abgestattet, der sich um die Organisation der Veranstaltung die größten Verdienste erworben hatte. Mit aufrichtigem Dank verließen die Teilnehmer an der Tagung die gastliche und schöne Stadt Elbing.

Bezirksverband Berlin (Frauengruppe).

Die geselligen Zusammenkünfte an jedem letzten Sonnabend im Monat haben im Mai begonnen und versprechen, sich zu anregenden und das Solidaritätsgefühl stärkenden Veranstaltungen zu entwickeln. Der nächste gesellige Abend findet am

Sonnabend, den 29. Juni, 8½ Uhr

bei hoffentlich zahlreicher Beteiligung der Kollegen und ihrer Angehörigen in der Konditorei am Thielplatz in Dahlem statt.

Tagung der freien Journalisten in Frankfurt a. M.

Die Arbeitsgemeinschaften der freien Journalisten Rheinland-Westfalen, Frankfurt a. M. und Vertreter der badischen freien Journalisten kamen in Frankfurt zu einer Aussprachetagung zusammen, die sich einerseits mit dem Reichsverbandstag in Bremen, andererseits mit der Lage der freien Journalisten im allgemeinen befaßte. In mehrstündiger Aussprache, der auch der Vorsitzende des Vereins Frankfurter Presse, Herr Dr. Wahl, anwohnte, wurde beschlossen, daß die Arbeitsgemeinschaften der freien Journalisten künftig noch enger zusammenarbeiten wollen, insbesondere dann, wenn die in der Gründung begriffenen süddeutschen Arbeitsgemeinschaften Tatsache geworden sind. Die „Deutsche Presse", das Verbandsorgan des Reichsverbandes, soll künftig stärker als vermittelndes Bindeglied zwischen den einzelnen Arbeitsgemeinschaften in Anspruch genommen werden.

Personalien

Redakteur Wolf Heller von der Landesstelle Württemberg der Telegraphen-Union in Stuttgart wurde vom großen Senat der Technischen Hochschule in Stuttgart mit der Würde eines Ehren-Senators ausgezeichnet. Die Verleihung erfolgte durch den Rektor der Hochschule bei einem Festakt aus Anlaß

Digitized by Google

Maßnahmen der Firma Philips gegen den Absatz deutscher Radiogeräte in Holland.

Philips, der den holländischen Radiomarkt vollständig beherrscht, arbeitet gegen den Import und insbesondere den deutschen Import mit sehr starken Mitteln. Telefunken ist es gelungen, infolge der guten Qualität seiner Lautsprecher größere Aufträge für Holland zu erhalten. Dies ist wahrscheinlich der Grund dafür gewesen, daß Philips eine Propaganda für seinen national fabrizierten holländischen Lautsprecher entfaltet hat; unter der Überschrift: „Weshalb ausländisches Fabrikat?“

Philips hat namentlich in letzter Zeit leider mit Erfolg versucht, Grossisten, welche bisher relativ gute Umsätze in deutschen Apparaten erzielten, durch wirtschaftlichen Druck zu veranlassen, den Vertrieb dieser Apparate aufzugeben. Er hat den Firmen, die gleichzeitig Grossisten in Philips Glühlampen und Radiogerät sind, erklärt, sie, falls sie es nicht aufgeben, weiter anderes als Philips-Radiogerät zu führen, in der Rabatt-Bemessung und den sonstigen Konditionen erheblich schlechter zu stellen, als diejenigen, die ausschließlich seine Fabrikate führen. Dies hat unter dem Druck der übermächtigen Stellung von Philips in Holland dazu geführt, daß sämtliche in Frage kommenden Grossisten, die bisher Telefunken-Waren bezogen haben, erklärt haben, daß sie künftig leider nicht in der Lage seien, die deutschen Apparate trotz guter Qualität zu führen, weil sie sich einer Pression von Philips aussetzen würden, der sie wirtschaftlich nicht gewachsen seien.

WAAROM

BUITENLANDSCH FABRIKAAT?

Waarom zoudt U zich een luidspreker van buitenlandsch fabrikaat aanschaffen, wanneer de PHILIPS RADIOFABRIEKEN U luidsprekers leveren, die alle toonfrequenties, ook de allerlaagste en de allerhoogste natuurgetrouw reproduceeren?

Langdurige wetenschappelijke onderzoekingen in onze laboratoria hebben ons in staat gesteld, een product te fabriceeren, dat ook over onze grenzen een allereerste plaats inneemt.

Eischt voor Uw Radio-ontvangst PHILIPS' wetenschappelijk geconstrueerde luidsprekers.

PHILIPS

RADIO

Weshalb ausländisches Fabrikat?

Warum sollten Sie sich einen Lautsprecher ausländischen Fabrikats anschaffen, wenn die Philips-Radio-Fabriken Ihnen Lautsprecher liefern, die alle Tonfrequenzen, auch die allertiefsten und die allerhöchsten, naturgetreu wiedergeben. Langdauernde wissenschaftliche Untersuchungen in unseren Laboratorien haben uns in den Stand gesetzt, ein Produkt zu fabrizieren, das auch über unsere Grenzen einen allerersten Platz einnimmt.

Verlangen Sie für Ihr Empfangsgerät Philips wissenschaftlich konstruierte Lautsprecher. Philips-Radio.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 26 — *Berlin, den 29. Juni 1929*

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto Berlin 144 83. Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Referate auf der Bremer Tagung.

I. Die Lage der Auslandskorrespondenten.

In dem Bericht über die Bremer Vertreterversammlung des Reichsverbandes sind wir auf den Tagesordnungspunkt „Die Lage des Auslandskorrespondenten" schon kurz eingegangen. Wie angekündigt, geben wir nachstehend die Referate eingehender wieder. Und zwar bringen wir zunächst die Ausführungen des Referenten, Kollegen Ackermann-Berlin, in der Form einer Zusammenstellung der Hauptpunkte seines Referates, gesehen vom

Standpunkt des Heimatredakteurs:

„Das Primäre der Behandlung dieses Themas ist nach meiner Auffassung die Arbeit des Auslandskorrespondenten für das eigene Land, seine Zeitung und seine Leser. Erst in zweiter Reihe kommt die Schaffung und Festigung seiner Beziehungen zu dem Lande, in dem er arbeitet, und die Mittlerrolle, die er gegebenenfalls glaubt übernehmen zu sollen. Selbstverständlich hat der Auslandskorrespondent auch die Aufgabe, gelegentlich eine solche Mittlerrolle zu spielen, die Rolle des Ausgleichs von Gegensätzen der Regierungen und ihrer Politik. Aber in dieser Aufgabe liegt eine große Gefahr, wenn sie allzu intensiv angefaßt wird. Unter Umständen bringt sie sehr leicht einseitige Bindungen und in deren Verfolg Konflikte mit dem Blatte und Divergenzen der politischen Auffassungen hervor. Gewiß hat der Auslandskorrespondent auch die Aufgabe, die Beziehungen zu der fremden Regierung und ihren Vertretern zu pflegen. Aber auch da ist es nötig, die richtige Mitte zu halten, da sich sonst allzu leicht Reibungen ergeben, Reibungen, die leicht gefördert werden durch eine mangelhafte Kenntnis der politischen Entwicklung im eigenen Lande. So begrüßenswert es ist, wenn der Auslandskorrespondent möglichst lange auf seinem Posten bleibt und seine Beziehungen im fremden Lande nach allen Richtungen hin entwickelt und ausbaut, so hat auch dieses Moment seine Gefahren, die um so größer sind, als die Assimilationsfähigkeit des Deutschen bekanntlich sehr weitgehend ist. Diese Entwicklung wird gefördert, wenn die Vorgänge in der Heimat sprunghaft und unabgeschlossen sind wie in den letzten zehn Jahren. Die Möglichkeit für den Auslandskorrespondenten, die Dinge in der Heimat genau zu übersehen, wird zudem in unseren Tagen erschwert durch den rapiden Ablauf der innerpolitischen Entwicklung. Deshalb ist es für den Auslandsvertreter unbedingtes Erfordernis, sich fortlaufend innerpolitisch zu orientieren, und für die Heimatredaktion ist es Pflicht, ihm diese Orientierungsarbeit nach besten Kräften zu erleichtern. Es ist daher zweckmäßig, wenn die Heimatredaktion, wie das ja üblich ist, nicht nur Material zur Veröffentlichung von ihrem Auslandsvertreter erhält, sondern auch weitgehende Informationen, wie auch der Auslandsvertreter von der Heimatredaktion Informationen erhalten muß. Dieser gegenseitige Informationsdienst läßt heute noch vielfach zu wünschen übrig. In dem Maße, wie dieser gegenseitige Kontakt gefördert wird, wird es dem Auslandskorrespondenten erleichtert, sich in die gesamte innerpolitische Lage seines Landes einzuarbeiten und seinerseits die Dinge nicht nur von außen her zu sehen.

Ich kann mich der Ansicht Wertheimers auf dem Kölner Vertretertag nicht anschließen, daß der Auslandskorrespondent eine eigene Politik machen könne, ebensowenig, wie es den Kollegen innerhalb der Redaktion gestattet sein kann, eigene Politik neben der Einstellung des Blattes her zu treiben. Polemik innerhalb der Redaktion selbst bleibt dem Leser unverständlich; er will geführt sein, und er empfindet die eventuelle Notwendigkeit, aus widerstreitenden Meinungen in seiner eigenen Zeitung sich selbst ein Urteil zu bilden, als Zumutung, die er ablehnt.

Was nun die Klagen über unzureichende Berücksichtigung des von den Auslandskorrespondenten übermittelten Materials anlangt, so muß ich doch sagen, daß der angegriffene Standpunkt der Heimatredaktion bei der Bearbeitung des Materials manchmal notwendig ist, da das Material des Korrespondenten in vielen Fällen nur Rohstoff darstellt, der in der Redaktion nach den Bedürfnissen des Blattes zunächst bearbeitet werden muß. Es ist notwendig, da eine mittlere Linie des gegenseitigen guten Willens zu finden, eine mittlere Linie auf der Basis des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Auslandsvertreter und der Heimatredaktion. Dieses Vertrauensverhältnis ist

das Kernproblem der ganzen Frage.

Der Auslandskorrespondent wird sich gelegentlich doch damit abfinden müssen, daß er einen Teil seiner Arbeit für den Papierkorb leistet. Er kann ja auch am Tage der Übermittlung des Materials gar nicht genau übersehen, was an dem betreffenden Tage wirklich aktuell ist, weil er nicht weiß, was vom innerpolitischen Standpunkt oder von anderen Gesichtspunkten aus für das betreffende Blatt im Augenblick das Wichtigste ist. In der Redaktion selbst ändert sich ja die Frage: „Was ist aktuell und was nicht?" von Stunde zu Stunde. Dabei ist es aber nicht möglich, den Auslandsdienst von vornherein zu drosseln, weil irgendwelche innerpolitischen Dinge, z. B. im Parlament, evtl. der Zeitung in letzter Stunde ein anderes Gesicht geben könnten. Es kommt eben immer alles anders, als man es sich vorher vorgestellt hat. Der Bedarf an Material ist niemals mit völliger Sicherheit zu übersehen. Unter diesen Umständen ist es selbstverständlich, daß eine gewisse Vorratswirtschaft getrieben werden muß, was wiederum zur Folge hat, daß ein Teil dieser Vorräte, darunter auch solche von seiten der Auslandskorrespondenten, unter den Tisch fallen. Der Ausgleich zwischen den Forderungen der Redaktion und denen des Korrespondenten muß gefunden werden durch das gegenseitige Vertrauensverhältnis. Dieses kann gepflegt werden durch öftere gegenseitige persönliche Fühlungnahme. Ich selber freue mich immer, wenn ich Gelegenheit habe, mich mit den Kollegen aus dem Auslande auseinanderzusetzen. Solche persönlichen Aussprachen sind sehr förderlich.

Digitized by Google

Was die wichtige Frage der Vorbildung anlangt, so empfehle ich als beste Vorbildung für einen Auslandskorrespondenten die Vorbildung in der Redaktion. Nach dem Kriege ist die Auswahl des Korrespondentenmaterials außerordentlich schwierig geworden. Auf jeden Fall bin ich gegen eine staatliche Brutanstalt für Auslandskorrespondenten. Der Auslandskorrespondent soll möglichst aus der Praxis kommen. Welcher Art die theoretische Vorbildung ist, ist eine ganz andere Frage. Aber alle amtlichen Stellen möchte ich dringend ferngehalten haben von einer Erziehung der deutschen journalistischen Vertretungen im Auslande.

Bei der Beurteilung der materiellen Basis für den einzelnen Korrespondenten kommt es darauf an, welcher Aufgabenkreis dem Korrespondenten zugewiesen wird, ob man einen Korrespondenten für alle Sparten haben will, oder einen Korrespondenten, der nur auf einen ganz bestimmten Kreis beschränkt ist, ob er nur feuilletonistisch arbeiten soll oder nur im Nachrichtendienst, ob laufend oder nur für gelegentliche Berichterstattung. Der Volljournalist als Auslandsvertreter ist nach meinen Erfahrungen bis jetzt auch nicht die Regel, sondern die Ausnahme. Fast einem jeden der Auslandskorrespondenten wird die Aufgabe anders gestellt. Darin liegt ja auch die große Schwierigkeit, dem Wunsche der Kollegen aus dem Auslande nach einem einheitlichen Vertragsformular zu entsprechen. Ein derartiger Normalvertrag würde nach meinem Dafürhalten wenigstens eine annähernde Gleichheit der Arbeitsbedingungen voraussetzen. Die Vorschläge, die in dieser Beziehung in Köln gemacht worden sind und der RAG. zur weiteren Veranlassung übergeben werden sollen, können so infolgedessen nicht für die Gesamtheit der Verlage in Frage kommen, sondern nur für eine Anzahl von großen Verlagen, und zwar für relativ wenige. Bei diesen fällt aber meist ohnehin der Auslandsvertreter als festangestellter Mitarbeiter unter den schon bestehenden Normaldienstvertrag des Tarifwerks. Im allgemeinen wird eine Individualisierung der materiellen Gegenleistung der Verlage unerläßlich und unvermeidlich sein. Diese

Individualisierung der Vertragsbedingungen

liegt ja schließlich auch auf der Linie, die sich für unseren ganzen Beruf in den letzten Jahren herausgebildet hat. Ich verweise da nur auf das Schicksal des Reichstarifes als Beispiel. Infolge der Verschiedenheit der Verhältnisse wird sich, wie ich wiederhole, ein allgemein gültiges Schema nur sehr schwer aufstellen lassen. Der Auslandskorrespondent ist der exponierteste Posten der Redaktion. Infolgedessen hat er dem Verlage gegenüber auch eine besonders schwierige und schwache Stellung. Denn wenn irgendwo in einem Verlage aus der geschäftlichen Lage heraus Ersparnismaßnahmen in der Redaktion notwendig werden, so erstrecken sie sich in erster Linie auf den selbständigen Auslandsdienst. Aus diesem Grunde halte ich es aber auch vom kollegialen Standpunkt aus für richtig, daß das Vertrauensverhältnis, das zwischen Auslandskorrespondent und Heimatredaktion bestehen soll, ganz besonders fest ist. Je fester dieses Vertrauensverhältnis auch auf unserer Seite ist, desto besser können wir praktische Arbeit zugunsten unserer Kollegen im Auslande leisten. Dabei halte ich es durchaus für möglich, daß in der RAG. der Versuch gemacht wird, allgemeine Richtlinien für die Arbeit der Auslandskorrespondenten, für ihre Auswahl, für ihre personelle Zusammensetzung, für ihre Vorbildung und dergl. zu erörtern. Zu fordern sind nach meiner Auffassung für deutsche Zeitungen grundsätzlich Auslandskorrespondenten mit deutscher Staatsangehörigkeit. Ich halte es auch für möglich, festzusetzen, daß Auslandskorrespondenten für hauptamtliche Posten nur mit redaktioneller Vorbildung gewählt werden und halte es ferner für möglich und notwendig, eine gewisse Abgrenzung der Arbeitsgebiete herbeizuführen, so daß das Chaos von heute einigermaßen beseitigt wird. Wenn diese Dinge in verständnisvoller Zusammenarbeit mit den Verlegern erreicht sein werden, dann erst können wir an die dringliche Aufgabe gehen, auch auf materiellem Gebiete die Verhältnisse unserer Kollegen im Auslande einer Besserung entgegenzuführen.

Die Auffassung der Auslandskorrespondenten.

Kollege Dr. L. Stahl, Pariser Vertreter der Ullstein-Blätter, hatte das Korreferat übernommen; er führte u. a. folgendes aus, nachdem er zunächst kurz für die Möglichkeit gedankt hatte, die Fragen und Sorgen der Auslandskorrespondenten an dieser Stelle erörtern zu können.

Die Diskussion über diese Frage, die im vergangenen Jahr durch die Referate der Kollegen Wertheimer und Pinkow eröffnet wurde, hat damals mehr den Charakter einer Generaldebatte gehabt. Sie hat den Rahmen abgesteckt für die zu behandelnden Einzelfragen und hat dazu beigetragen, in uns allen das Bewußtsein unverbrüchlicher Solidarität und Zusammengehörigkeit zu stärken.

Der Redakteur in der Heimat und der Korrespondent draußen auf fernem Auslandsposten mögen sich manchmal, wenn nicht als feindliche, so doch als eifersüchtige Brüder gegenüberstehen. Das schadet nichts, solange sich beide bewußt bleiben, daß sie am gleichen Strang ziehen, solange dieser Antagonismus nur Ausfluß eines edlen Wetteifers im Dienste der gemeinsamen Sache ist. Das bitte ich auch, meinen Ausführungen zugute zu halten, Wenn ich mich lediglich auf die Diskussion der wichtigsten und dringlichsten Einzelfragen beschränke und dabei vielleicht etwas zu einseitig den Standpunkt des Auslandskorrespondenten vertrete, dann vergessen Sie bitte nicht, daß alle Forderungen, die wir stellen, alle Anregungen, die wir geben, nicht von persönlichem Interesse diktiert sind, sondern von dem Wunsche, der Gesamtheit der deutschen Presse zu dienen, die wir im Auslande meist unter viel schwereren Bedingungen und Verhältnissen zu vertreten haben als Sie in der Heimat.

Ich habe, um die mir gestellten Fragen mit größtmöglicher Objektivität und nicht nur unter ausschließlicher Berücksichtigung der Verhältnisse an dem Platze und in dem Lande, in dem ich selbst seit Jahren tätig bin, beantworten zu können, eine Rundfrage bei einer ganzen Reihe mir befreundeter Kollegen in anderen europäischen Hauptstädten veranstaltet. Die Auskünfte sind zumeist von den dort tätigen Kollegen in gemeinsamer Beratung festgelegt worden. Sie können also gewissermaßen als Querschnitt der in diesem oder jenem Detail vielleicht von einander abweichenden Auffassungen angenommen werden.

Eine der brennendsten Fragen, die schon im vergangenen Jahr den Reichsverband beschäftigt hat, ist die der

Staatsangehörigkeit des Auslandskorrespondenten.

So naheliegend der Gedanke erscheinen mag, daß jedes deutsche Blatt darauf sehen müßte, nur deutsche Staatsangehörige auf die verantwortungsvollen Posten im Auslande zu schicken, so schwierig ist er in der Praxis zu verwirklichen. Ich glaube volles Verständnis bei Ihnen zu finden mit der Forderung, daß wir es unseren Brüdern in Österreich schuldig sind, auch in dieser Frage keinen Unterschied zu machen zwischen der deutschen und der österreichischen Staatsangehörigkeit. Dieser Grundsatz hat übrigens meines Wissens in allen Redaktionen Anerkennung gefunden und er ist auch, wie ich Ihnen aufs bestimmteste zu versichern vermag, bei den Auslandskorrespondenten draußen die Regel. Auch in Paris haben wir österreichische Kollegen, die ausschließlich für deutsche Blätter tätig sind, und es gibt ihnen gegenüber keinen Unterschied weder bei den Kollegen noch bei den zuständigen deutschen Stellen.

Sehr viel schwieriger ist schon die Frage der Staatsangehörigkeit zu beantworten, wenn es sich um Angehörige deutscher Minderheiten handelt, die zu Deutschland nicht in restlos freundschaftlichen Beziehungen stehen. Es gibt deren leider heute sehr viele. Haben wir das Recht, über einen Südtiroler, einen Oberschlesier, einen Kollegen aus unseren ehemaligen Ostprovinzen ohne weiteres den Bannfluch auszusprechen, nur weil sie das Unglück gehabt haben, daß ihre engere Heimat durch das Diktat der Sieger vom Mutterlande losgerissen und fremden Nationen einverleibt worden ist? Unser Gefühl spricht dagegen. Aber es läßt sich doch wohl nicht leugnen, daß mit ihrer Verwendung auf wichtigen Auslandsposten sehr erhebliche Schwierigkeiten verbunden sind. Es lassen sich dafür bindende Regeln wohl kaum aufstellen, der allgemeine Grundsatz sollte aber wohl sein: die größte Liberalität gegenüber allen Kollegen, die, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu haben, deutsch denken und fühlen und sich bewußt zur deutschen Kulturgemeinschaft bekennen. Solche Toleranz aber muß zur unerläßlichen Voraussetzung eine ständige und wachsame Kontrolle haben, die Deutschland, die deutsche Presse und unseren Stand vor Schaden bewahrt. Es läßt sich leider nicht leugnen — und Zuschriften, die ich aus anderen Hauptstädten, insbesondere aus dem Osten erhalten habe, — bestätigen es, daß der nichtreichsdeutsche Vertreter deutscher Blätter dem Druck, der zuweilen von der Regierung und den Behörden des fremden Landes auf die Auslandskorrespondenten auszuüben versucht wird, sehr viel wehrloser gegenübersteht als der deutsche Staatsangehörige. Es muß schon ein ganz besonders ge-

Digitized by Google

festigter Charakter sein, der in solchen Fällen der Versuchung zu widerstehen vermag, sich durch kleine Gefälligkeiten den üblichen Schikanen und Verwaltungsrankünen zu entziehen. Die Gefahr ist groß, daß er in seiner Berichterstattung mehr und mehr den Wünschen der betreffenden Regierung Rechnung zu tragen versucht sein wird und so auf eine schiefe Ebene gerät. Hier muß im Interesse der deutschen Politik und der deutschen Presse selbstverständlich rücksichtslos durchgegriffen werden.

Die Ausübung dieser Kontrolle ist nicht nur Sache der Redaktion, sondern auch der Organisationen der deutschen Auslandskorrespondenten an Ort und Stelle. Wir in Paris üben sie mit der allergrößten Gewissenhaftigkeit und setzen uns

gegen das Eindringen ungeeigneter Elemente

in die deutsche Presse mit aller Entschiedenheit zur Wehr. Einer dieser Fälle wird demnächst sogar vor den deutschen Gerichten seinen Austrag finden. Auch anderwärts ist man auf der Hut. So hat sich in Rom die Organisation der dort tätigen Korrespondenten veranlaßt gesehen, die gesamte deutsche Presse vor einer neuen Nachrichtenagentur zu warnen, die, von einem Schweizer gegründet, einen Italiener zum Chefredakteur hat. Trotz der ausgesprochenen Warnung gegen die Korrespondenz hat sie ihr Material an eine Reihe deutscher Provinzzeitungen absetzen können.

Ganz besonders schwierig scheinen die Verhältnisse im Osten zu liegen. In Warschau sind beispielsweise von den 10 hauptberuflich dort tätigen Korrespondenten deutscher Zeitungen nur 3 Reichsangehörige. Formelle Schwierigkeiten haben sich aus der Frage der Staatsangehörigkeit dort nicht ergeben. Die polnischen Staatsbürger (1) haben sogar einen gewissen Vorteil, als sie, im Gegensatz zu den deutschen, nicht ausgewiesen werden können. Dafür sind sie zeitweise einem gewissen Druck polnischer Amtsstellen ausgesetzt gewesen, den man Ausländern gegenüber nicht gewagt haben würde. In den letzten Jahren haben diese Beeinflussungsversuche aufgehört, was aber lediglich auf einen zufällig günstigen Wechsel in der Besetzung der Presseabteilung des polnischen Außenministeriums zurückzuführen ist.

In Kowno sind sämtliche Korrespondenten deutscher Zeitungen litauische Staatsbürger; die meisten von ihnen sind, da sie die Berichterstattung im Nebenberuf ausführen, sogar doppelt abhängig. Infolge der sehr viel schärferen Knebelung der öffentlichen Meinung — die Verbreitung falscher Nachrichten ins Ausland wird mit Gefängnis bestraft — ist die Berichterstattung über Litauen in der deutschen Presse zweifellos stark gehandicapt und völlig einseitig nach den Wünschen der litauischen Regierung gefärbt. Ähnlich liegen die Verhältnisse auf dem Balkan.

Man wird bei der Beurteilung der ganzen Frage nicht vergessen dürfen, daß auch die materielle Seite eine gewichtige Rolle spielt und daß es vielen Blättern einfach aus pekuniären Gründen gar nicht möglich ist, alle Auslandsposten und namentlich in den kleinen Ländern immer mit Angehörigen des eigenen Landes zu besetzen. Wo dies der Fall ist, müßte verschärfte Kontrolle die Gefahr, die aus dieser Heranziehung von Ausländern den deutschen Interessen erwachsen kann, auf ein Minimum herabschrauben. Die Mittel dazu sind mannigfacher Art, sei es, daß die Redaktion das betreffende Land von Zeit zu Zeit durch einen Sonderberichterstatter bereisen läßt, sei es, daß sie, wie dies bei mehreren Blättern bereits geschieht, die lokalen Korrespondenten eines größeren Gebietes, wie etwa des Balkans, durch ein Zentralbüro dauernd überwachen läßt.

Wie gesagt, es ist ausgeschlossen, diese außerordentlich heikle Frage nach der Schablone behandeln zu wollen. Die Richtlinien für ihre Lösung ergeben sich von selbst aus der Tatsache, daß der für ein deutsches Blatt im Auslande tätige Journalist nicht nur die schwerste Verantwortung gegenüber seinem Blatte und der deutschen Öffentlichkeit trägt, sondern daß, wie Kollege Pinkow es im vergangenen Jahre ausgedrückt hat, die „Würde seines Vaterlandes in seine Hände gegeben ist“. Den Redaktionen erwächst daraus die elementare Pflicht, die Auslandsposten nur mit solchen Kollegen zu besetzen, die hinsichtlich der Anständigkeit ihrer Gesinnung, hinsichtlich ihrer Zuverlässigkeit und ihres Verantwortungsbewußtseins die volle Garantie dafür bieten,

Deutschland würdig zu vertreten.

Ich kann deshalb meinem Vorredner nur beipflichten, wenn er die Forderung aufstellt, daß der Auslandsvertreter nach Möglichkeit in der Redaktion selbst seine Sporen verdient haben muß. Denn nur so wird die Redaktion die Gewißheit haben, im Auslande so vertreten zu sein, wie sie es selbst wünscht und der Korrespondent selbst alle Voraussetzungen erfüllen können, die notwendig sid, um eine ersprießliche Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Damit komme ich zu dem zweiten Punkt meines Referates, dem Verhältnis zwischen Auslandskorrespondenten und Heimatredaktion. Von einem der Referenten ist im vorigen Jahr der Grundsatz aufgestellt worden, daß eine reibungslose Zusammenarbeit nur zu erzielen sei bei rückhaltlosem gegenseitigem Vertrauen. Ich setze dieses Vertrauen als selbstverständlich voraus, denn sonst ist überhaupt keine Zusammenarbeit möglich, weder eine gute noch eine schlechte. Aber selbst wo dieses Vertrauen vorhanden ist, geht es nicht immer so wie es sollte. Ich möchte keine polemische Note in diese Aussprache unter Kollegen bringen. Aber da es ja schließlich der Zweck unserer Besprechungen ist, Mißverständnisse zu beseitigen und Mißständen abzuhelfen, so hoffe ich bei Ihnen Verständnis dafür zu finden, wenn ich gewisse Dinge ungeschminkt beim Namen nenne, Verständnis auch dafür, daß in dieser Frage der Auslandskorrespondent der Forndernde oder richtiger gesagt der Kläger ist, ohne deshalb Querulant zu sein. Es handelt sich um die manchmal zu heftigen Klagen anlaßgebende Behandlung der Manuskripte. Glauben Sie nicht, daß es verletzte Autoreneitelkeit ist, die manchmal geharnischte Beschwerden veranlaßt. Wir haben im Ausland viel zu schwere und verantwortungsschwere Arbeit zu leisten, um, wie es in der Debatte des vergangenen Jahres ausgedrückt wurde: „in die Allüren von Kinostars oder Primadonnen zu verfallen, die Schreikrämpfe kriegen, wenn ihnen einige hohe Noten gestrichen werden“. Halten Sie uns nicht für so beschränkt, für so kleinlich und eitel. Wir haben alle volles Verständnis dafür, daß auch die Redaktion nicht immer so kann, wie sie gern möchte, daß sie Rücksicht auf den Platz, auf innerpolitische Notwendigkeiten zu nehmen hat, denen wir uns, wenn wir sie auch nicht immer verstehen und billigen, beugen. Wir sind uns auch klar darüber, daß, namentlich in großen Zeitungen, in denen täglich die Meldungen, Berichte und Artikel von zehn, zwanzig und mehr Korrespondenten zusammenlaufen, sehr viel gestrichen und komprimiert werden muß. Die meisten von uns, die, bevor sie ins Ausland gingen, jahrelang in den Redaktionen gesessen haben, haben dieses Geschäft selbst lange genug besorgt, um nicht jede Zeile, die unter den Tisch fällt, der Böswilligkeit der Kollegen in der Heimat zuzuschreiben. Aber gerade weil heute vielmehr gestrichen werden muß als früher, soll es

mit größerer Gewissenhaftigkeit

geschehen. Ich glaube, die Hauptursache, auf die sich die Mehrzahl aller Konflikte und Reibungen dieser Art zurückführen läßt, ist die, daß in den Redaktionen und ganz besonders in den großen die Bearbeitung des gesamten Nachrichtenmaterials in der Regel den jüngeren und jüngsten Kollegen überlassen wird, die in Ermangelung der nötigen Schulung und Erfahrung die Kürzungen nach rein mechanischen und technischen Gesichtspunkten vornehmen. So kommt es, daß dann ganz willkürlich vorn, hinten oder in der Mitte ganze Sätze und Absätze gestrichen werden, wie es gerade die Raumverhältnisse erfordern, und es geschieht nicht selten, daß das, was dem Korrespondenten in seiner Meldung als das wichtigste schien, in den Papierkorb fällt. In dieser Praxis liegt ein bedauerlicher Mangel an Achtung vor der geistigen Arbeit des Korrespondenten. Aber auch dem Blatte selbst erwachsen daraus häufig schwere Schädigungen. Ich möchte keine Beispiele dafür anführen, aber ich kann versichern, daß jeder Auslandskorrespondent ganze Bände davon liefern könnte.

Die ideale Forderung wäre, daß in den Redaktionen, namentlich da, wo es eine strenge Ressortteilung gibt, die zuständigen Ressortredakteure selbst sich der Bearbeitung des gesamten in ihr Gebiet fallenden Nachrichtenmaterials unterziehen. Zumindest sollte es für Beiträge der eigenen Korrespondenten gelten, die doch wohl beanspruchen dürfen, daß ihr Redakteur zumindest das Material beherrscht und nach Möglichkeit auch einige Kenntnisse von den Verhältnissen des betreffenden Landes hat. Dieser Redakteur dürfte dann nur nicht in den anderen Fehler verfallen, auf Grund der eigenen Kenntnisse des Auslands alles besser wissen zu wollen als der an Ort und Stelle tätige Korrespondent. Auch das kommt vor, wenn auch glücklicherweise sehr viel seltener.

Das beste Mittel, die Reibungsflächen zu vermindern — ganz werden sie wohl niemals aus der Welt geschafft werden können — ist der möglichst häufige persönliche Kontakt

Digitized by Google

Sphinxen hüllten sich in Schweigen, die Löwen brüllen. Die Pressevertreter, die sich im Sternbild des Löwen sammeln, machen wohl gelegentlich den Versuch, dagegen anzukommen, aber meistens endet der Versuch damit, daß sie mitbrüllen, und das nennt man dann „Resonanz in der Presse“ oder „Einheitsfront“. Es ist die Erfüllung der Aufgabe der Presse-Abteilung, die ihr durch die täglichen Zusammenkünfte von vielen Kollegen erleichtert wird. Aber den politischen Vorteil kann man verschiedener Ansicht sein. Jedenfalls ist die Herstellung dieser Einstimmigkeit in kritischen Zeiten — und diese sind ja seit Kriegsschluß fast chronisch — höchste Pflicht des Reichs-Pressechefs.

Bei diesem Worte muß ich einmal innehalten und eine kleine Abschweifung machen. Schon wiederholt habe ich seit Jahr und Tag an dem Wort „Pressechef“ Kritik geübt, und ich kann auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne sie zu wiederholen. Vielleicht ist das Wort berechtigt im Reichsdienste und in denjenigen Ländern, die eine große Presseabteilung haben. Der betreffende Beamte ist

Chef der Presseabteilung.

Im übrigen kann die Presse niemanden als Chef im Sinne eines Vorgesetzten anerkennen, und es ist vielleicht kein Zufall, daß ganz große und hochgeachtete Unternehmungen, wie unsere Reedereien, Lloyd, Hapag usw., ferner AEG., Siemens und ähnliche Unternehmungen von wirklichem Weltruf keinen „Pressechef“ haben, sondern daß sich dort der betreffende Herr, der diese Funktion ausübt, als Leiter oder Vorstand des literarischen Büros bezeichnet. Es liegt hier eine sehr beachtenswerte Unterscheidung vor.

Diese Herren üben zwar auch ihre Tätigkeit in erster Linie nicht im Interesse der Presse, sondern im Interesse des Unternehmens aus, in dessen Diensten sie stehen. Sie können auch, wenn Interessen kollidieren, nicht immer die Aufgabe ablehnen, hier zu narkotisieren, dort künstlich zu befruchten (Sie wissen, was ich damit sagen will). Aber im allgemeinen haben sie uns, den Journalisten gegenüber, nicht Beamtencharakter und Beamtentätigkeit, sondern sie versuchen, häufig mit bestem Erfolg, ihre Tätigkeit auch im Interesse der Presse auszuüben und Kollegen zu bleiben. Viele davon sind ja sehr geschätzte Mitglieder unserer Organisation, und wir freuen uns ganz besonders, wenn sie sich nicht trennend zwischen ihre Auftraggeber und die Presse stellen, sondern als Bindeglieder zu dienen versuchen.

Anders steht es mit der Tätigkeit der eigentlichen — ich muß das Wort wieder gebrauchen — „Pressechefs“ in den Reichsämtern und bei Staatsbehörden. Wohl führen sie gelegentlich ihren Ministern Journalisten zu. Das sind jedoch meist ausländische Gäste, denen durch Unterredung mit hochstehenden Persönlichkeiten, unter Umständen auch durch ein Zweckfrühstück mit sorgfältig zusammengestellter Besetzung eine Auszeichnung erwiesen werden soll. Im Verkehr der deutschen Presse mit der Regierung aber treten sie in den weitaus meisten Fällen zwischen die Journalisten und die im Amt befindlichen Staatsmänner. Auf die Wirkung dieser Tätigkeit ist nicht in letzter Linie

die Entwertung des Interviews

zurückzuführen, die wir in den letzten Jahren mit Bedauern feststellen mußten. Das Interview hat ja seinen Charakter seit dem Kriege völlig verändert und man möchte sagen, es hat ihn verloren. Es ist charakterlos geworden.

Wenigstens soweit die Interviews mit aktiven Staatsmännern in Betracht kommen. Ein Interview besteht schon lange nicht mehr aus Rede und Gegenrede. Nur selten dringen deutsche Journalisten überhaupt noch bis zu einem Minister oder Staatssekretär vor, um aus Frage und Antwort Stoff für ein interessantes und wertvolles Manuskript zu schöpfen. Der Erfolg eines Gesuches um ein Interview — das Wort „Gesuch“ ist auch schon charakteristisch für die Situation — ist zunächst der, daß es an die zuständige Stelle zur Prüfung weitergegeben wird. Wenn es aber dann weiteren Erfolg hat, d. h. wenn es befürwortet und genehmigt wird, dann ist der Betreffende noch lange nicht bei dem, den er zu sprechen wünschte. Und wenn der Empfang wirklich stattfindet, so kommt es auch nur selten zu einem richtigen Frage- und Antwortspiel, sondern es wird dem Journalisten ein umfangreiches Manuskript in die Hand gedrückt, enthaltend alles das, was der betreffende Staatsmann über diese oder jene Frage zu sagen wünscht, außer acht lassend, was er zu verschweigen wünscht. In den meisten Fällen ist auch — vorsichtig ausgedrückt — der betreffende Staatsmann keineswegs ausschließlich Verfasser des Manuskripts.

Der Unterschied zwischen heute und früher ist leicht auf eine Formel zu bringen: Früher sprach man mit einem Staatsmann, heute wird man empfangen — oder auch nicht. Kritische Bemerkungen will ich daran nicht knüpfen, um nicht politisch zu werden. Im übrigen ist ja das Interview fast eine abgetane Sache, ersetzt durch die Massenveranstaltungen, die man als „Pressekonferenzen“ bezeichnet. Ich bemerke dazu, daß ich das Wort im Plural genommen habe und daß ich nicht etwa die Pressekonferenz allein meine, die im Leopold-Palais regelmäßig stattfindet. Sie steht aber in der Menge der Pressekonferenzen, die in Deutschland an verschiedenen Plätzen stattfinden, an erster Stelle in bezug auf Zahl der Teilnehmer, Sitzungstage und Bedeutung.

Wenn ich das Wort Bedeutung angewendet habe, so liegt darin nicht implicite Anerkennung. Ich habe darüber meine eigenen Gedanken und habe mich in gelegentlichen Aussprachen damit nicht beliebt gemacht. Ich muß aber auch heute, selbst auf die Gefahr hin, hier und da anzustoßen, einige Bemerkungen grundsätzlicher Art machen:

Zunächst einmal wird doch wohl keiner von Ihnen wirklich im Ernst glauben können, daß Sie auch nur eine einzige Information, eine einzige Meldung in solchen Konferenzen zu hören bekommen, die die Gefragten nicht schon vorher bereit waren bekanntzugeben. Auch das mit den „vertraulichen Auskünften“ unter 1), 2), 3), oder wieviele Nuancen der Vertraulichkeit es sonst geben mag, ist sehr cum grano salis zu nehmen. Natürlich wird mit der Wahrung der Vertraulichkeit bis zu einem gewissen Grade gerechnet, aber glauben Sie denn, daß ein Mann von reifem Urteil sich wirklich einbildet, was er zu 5, zu 10 oder 25 oder 50 Journalisten sagt, sei ein Geheimnis und könne ein Geheimnis bleiben? Denn jedermann weiß doch, daß ein Geheimnis, das mehr als zwei Personen kennen, kein Geheimnis mehr ist. Und eigentlich ist diese Zahl schon etwas zu hoch gegriffen. Nun, was von dieser Konferenz gilt, das gilt mutatis mutandis mehr oder minder von allen Konferenzen, mögen sie ständige Einrichtungen sein und in regelmäßigen Zeitabschnitten abgehalten werden oder zu besonderem Zwecke zusammenberufen sein.

Ich will nun keineswegs bestreiten oder verkennen, daß auch diese Konferenzen, Maß und Vorsicht beiderseitig angewandt, ihr Gutes haben. Daß sie auch zum Beispiel, besonders den Jüngeren in unserem Kreise, so manche Möglichkeit der Information bieten, die ihnen sonst vielleicht vorenthalten bliebe. Und es ist sicher nicht Aufgabe des Reichsverbandes, den schwächeren Elementen die Stütze anzusägen, an die sie sich gelegentlich mit Vorteil lehnen. Aber höher als die Interessen der einzelnen, von denen sich die für unseren Beruf wirklich wertvollen Elemente doch im Kampf durchsetzen würden, steht die Sorge um die Stellung der deutschen Journalistik in der Weltpresse, stehen auch die

großen politischen und publizistischen Gesichtspunkte,

die man in solchem Falle anwenden muß, und da muß ich sagen: von solchen großen Gesichtspunkten aus betrachtet, liegt der Vorteil dieser Einrichtung zu einem weit überwiegenden Prozentsatz auf seiten derer, die die Information erteilen, nicht auf seiten derer, die sie bekommen. Mögen Vertreter von Zeitungen geringerer Stoßkraft, mögen junge Kollegen, die, wie man sich so schön ausdrückt, noch nicht die richtigen „Beziehungen“ haben, ab und zu etwas davon profitieren — diejenigen, die ihrer Sache sicher sind, die geborenen Journalisten mit großen Qualitäten, dürfen niemals ganz auf den persönlichen Verkehr, die persönliche Fühlungnahme mit den interessanten Männern ihres Landes — und dazu gehören Regierende, ganz unbeschadet ihrer Fähigkeiten und ihres Wertes nun einmal immer — verzichten.

Im übrigen müssen Sie sich darüber klar sein, daß die Tätigkeit von Presseabteilungen im Reich, in den Staaten, in den Kommunen, in den Industrien, in den großen Verbänden im wesentlichen eine abwehrende und eine retardierende ist. Die Abwehr findet ihren Ausdruck im Dementi, über das ich mich hier kaum zu verbreiten brauche. Für das Retardieren hat man das Mittel der Verschleierung. Das ist nicht nur ortsüblich, sondern international, und man muß sich damit abfinden. Das einzige Gegenmittel von seiten der Presse bildet eine gesunde Skepsis.

Zu weitestgehender moralischer Entlastung gerade der Presseabteilung der Reichsregierung müssen die nächstliegenden politischen Erwägungen dienen, die am besten an einem sehr aktuellen Beispiel zu erklären sind, nämlich an der Pariser Konferenz. Da hat — was ja wohl kein Geheimnis mehr ist — die deutsche Presse, soweit sie sich auf offiziöse Informationen verlassen mußte, nachrichtlich nicht besonders gut abgeschnitten, nachrichtlich immer zum Unterschied von politisch gemeint. Das ist sehr leicht verständlich, wenn

Digitized by Google

man bedenkt, daß in Paris eine Zusammenkunft zwischen Gläubigern und Schuldnern war. Es ist eine bekannte Erscheinung im bürgerlichen Leben, von der das politische Leben nicht wesentlich abweicht, daß der Gläubiger immer redseliger ist und eine lautere Tonart beliebt, als der Schuldner. Dieser Vergleich ist zu übertragen auf die verschiedenen Instanzen, und Sie können sich leicht einen Begriff von der schwierigen Lage machen, in der die Persönlichkeiten zwischen Regierung und Presse in diesen Monaten standen. Solche Situationen kehren alle Augenblicke wieder. Die deutsche Politik und die deutschen Politiker müssen viel vorsichtiger mit Publikationen sein, als diejenigen der sogenannten Siegerstaaten.

Außerdem wird ja wohl keiner von Ihnen glauben, daß irgendeine Firma, vom kleinsten Industriekonzern bis zu der großen Firma, die den Namen Deutsche Republik führt, immer gern und willig die volle Wahrheit verbreitet. Sie *kann* es gar nicht immer und ganz bestimmt kann es nicht der für die Publikation und für die Presseangelegenheiten verantwortliche Beamte. Sie werden niemals erleben, daß eine Bank, auch wenn es ihr noch so schlecht geht, auch wenn sie in den letzten Zügen liegt, 24 Stunden vor der Katastrophe sagen wird: „Jawohl, wir sind so ziemlich pleite.“ Das ist allgemein menschlich verständlich und vom politischen Standpunkt noch mehr verständlich. Es ist eine alte Erfahrung, daß man eigentlich die Wahrheit immer am besten bei der Konkurrenz erfährt. Wenn Sie wissen wollen, was — immer beispielsweise gesprochen — bei Opel vorgeht, so müssen Sie bei Adler oder Brennabor fragen; wenn Sie wissen wollen, was in der einen Großbank vorgeht, so müssen Sie sich bei einer anderen erkundigen; wenn Sie sich darüber orientieren wollen, was in der kommunistischen Partei vorgeht, so müssen Sie die sozialdemokratischen Blätter lesen, und umgekehrt! Weitere Folgerungen zu ziehen, bleibt Ihnen überlassen.

Vielleicht wird mancher unter uns der Ansicht sein, daß dieselben Gründe auch für die

Haltung der Presse der verschiedenen Länder

maßgebend sein müßten, aber es kommt da auf das Maß und das „wie“ an. Wie die Dinge heute liegen, ist eben die deutsche Presse in bezug auf Informationen im Nachteil gegenüber dem größten Teil der ausländischen Presse, und die deutschen Zeitungsleser — das klingt sehr unfreundlich und wird vielleicht auf Widerspruch stoßen — sind gegenüber den meisten ausländischen Zeitungslesern insofern benachteiligt, als sie unendlich viele Mitteilungen erst einen halben Tag später erfahren als das Ausland. Das gilt von den weitaus meisten ausländischen Nachrichten, die die deutsche Presse zum großen Teil aus London und Paris bezieht, und sehr häufig, wenn sie dort schon in den Zeitungen stehen. *Das Gegenstück dazu fehlt*, denn die ausländischen Zeitungsleser, wenigstens in den Ländern mit hochentwickelter Presse, besonders in den westeuropäischen Ländern und in Amerika (auch die großen südamerikanischen Zeitungen eingeschlossen, die einen beneidenswert reichen Nachrichtenteil haben) werden durch die ohne Hemmungen, ohne Rücksicht auf persönliche Beziehungen arbeitenden Vertreter ihrer Nachrichtenbüros und ihre Spezial-Berichterstatter über deutsche Ereignisse in einem Tempo und häufig auch mit einer Genauigkeit informiert, die Staunen erregen muß. Daß ab und zu Übertreibungen oder gar Unwahrheiten unterlaufen, ändert an der allgemeinen Beurteilung nichts.

All das liegt in der Nachkriegsentwicklung in Deutschland begründet; aber es ist bedauerlich und wir müssen alle versuchen, an der Beseitigung dieses Zustandes mitzuhelfen, ohne die Dinge zu überstürzen und politischen Schaden anzurichten.

Die meisten von Ihnen werden sich ja vollkommen darüber klar sein, in welchem Maße fast die gesamte deutsche Presse der Alten Welt von den großen, gelegentlich offiziös genannten *nationalen Nachrichtenbüros* abhängt, die in dem Ring der Agenturen vereinigt sind. Gleichzeitig aber auch werden Sie schon häufig bemerkt haben, daß die Existenz *anderer* Nachrichtenbüros ebenfalls sehr wichtig für Sie ist, denn in unendlich vielen Fällen, die in der Hast des Routine-Dienstes kaum beachtet werden, sind diejenigen, die über die Ausgabe von Nachrichten aus politischen Gesichtspunkten entscheiden, beeinflußt von der pressetechnischen Erwägung: Wenn *wir* sie nicht herauslassen, so werden sie von *anderer* Seite veröffentlicht! Auch diejenigen Zeitungen also, die nicht eigene Korrespondenten haben und nicht auf andere Dienste abonniert sind, ziehen einen gewissen Vorteil daraus, nicht nur aus dem Vorhandensein anderer Nachrichten-Organisationen, sondern auch aus der Tätigkeit der Spezialberichterstatter großer deutscher Blätter in ausländischen Hauptstädten. Wenn nämlich diese Büros und diese Spezialkorrespondenten, für die gewisse deutsche Zeitungen oft große finanzielle Opfer bringen, nicht existierten, so könnten Sie fast sicher sein, daß Sie von unendlich vielen Vorgängen überhaupt nichts erfahren würden.

Ich möchte nun *vom Negativen zum Positiven* kommen. Es ist nicht der Zweck dieses Vortrages, das Thema einfach zu erledigen, allen Einwänden im voraus die Spitze abzubiegen. Ich lege deshalb auch keine Thesen hier nieder, ich habe keine Entschließung hier formuliert, die ich zu verteidigen beabsichtige.

Natürlich habe ich aber ein *Ziel* im Auge gehabt. Das Ziel ist nicht wirtschaftlicher Natur. Ich möchte, daß durch die Wirkung des Vortrages und der Aussprache, die sich vielleicht daran knüpfen wird, wenn auch nur in bescheidenem Maße, der Charakter und das Aussehen unserer Presse an Lebhaftigkeit gewinne. Die Lebhaftigkeit ist verloren gegangen, nicht zum geringsten Teil durch die

Gewöhnung an die geistigen Massenabfütterungen

bei den großen und regelmäßigen Konferenzen, durch die immer zunehmende Abhängigkeit von der Speisung durch die amtlichen oder halbamtlichen Kanäle, die es mit sich bringt, daß es beinahe schon eine Strafe ist, das ganze Register von Zeitungen mit allen Wiederholungen täglich lesen zu müssen, obwohl, wie ich keineswegs verkenne, sehr viele und sehr wertvolle Beiträge in der Mehrzahl der deutschen Zeitungen enthalten sind.

Ich spreche so, weil ich ein *Nachrichtenmann* bin. Natürlich schreibe ich heute noch sehr gern, ganz besonders gern Leitartikel und Bücher, denn das ist interessant und macht interessant, und schließlich werden ja Leitartikel, wenigstens von einem großen Teil des Publikums, sehr geschätzt, manchmal mehr als Nachrichten. Mit den Büchern ist es schon etwas anders. Wir wissen alle, daß zwar in Deutschland immerhin noch ein relativ starkes Lesepublikum vorhanden ist, daß es aber Tausende, ja Hunderttausende von Menschen gibt, die jahraus, jahrein nur sehr selten ein Buch in die Hand nehmen, dagegen Tag für Tag regelmäßig ihre Zeitung lesen. Wenn wir aber nicht auf der Hut sind, so können die Leitartikel eines schönen Tages dasselbe Schicksal erleiden wie die Bücher. Wir werden immer schnellebiger, und auch in Deutschland werden die Zeitungen auf die Dauer nur dann gern gelesen werden, wenn sie lebhaft und abwechslungsreich sind. Für dieses Moment der Lebhaftigkeit, der Abwechslung müssen wir kämpfen, gegen das Gespenst der Nivellierung, der Schablone, der Schablonisierung, die aus der Entwicklung der letzten anderthalb Jahrzehnte sich immer mehr herausbildet. Diese Entwicklung halte ich für den gefährlichsten Feind der deutschen Presse.

Es ist, wie ich schon sagte, nicht meine Absicht, bilderstürmerisch zu wirken und Sie etwa zu einem Feldzug gegen die Pressestellen in Stadt und Land aufzufordern — im Gegenteil: Der Journalist soll *jede* Information nehmen, die er erhalten kann, *auch Informationen von interessierter Seite* — und interessiert in dem hier nicht mißzuverstehenden Sinne sind alle, die auftragsgemäß als Pressestellen mit der Presse arbeiten. Die Informationen sollen aber stets *in kritischem Geiste genommen*, kritisch betrachtet und vorsichtig verwendet werden und sie sollen

das eigene Urteil der Redakteure

nicht in den Hintergrund drängen, das kritische Vermögen nicht einschläfern. Ich weiß, daß besonders in der Provinz, aber auch in Berlin sehr häufig Nachrichten — sagen wir einmal — zurückgehalten werden, über deren Wahrheit kaum ein Zweifel besteht, die man aber nicht offiziös bestätigt bekommen kann, und zwar mit Rücksicht auf die sogenannten „Beziehungen“. Es gibt eine Reihe von Verlegern, die übergroßen Wert auf die Beziehungen legen. Ich bedauere das, und wenn ich ein Verleger wäre — der Fall ist leider nicht anzunehmen —, so würde ich meinem Vertreter in der Reichshauptstadt sagen: „Ich pfeife auf die Beziehungen, ich wünsche Nachrichten.“ Wenn nämlich diese Praxis des Retardierens durch Ausspielen der Beziehungen überhand nimmt, so würde die deutsche Presse auf die Dauer die schwersten Nachteile davon haben.

Und nun wollen wir, um den Kreis zu schließen, uns noch einmal der Frage zuwenden, die das Thema meines in Köln nicht gehaltenen Vortrages bildete: Wie steht es eigentlich mit der *Macht der Bürokratie*?

Die Bürokratie ist ganz sicher eine sehr große Macht, verwaltungstechnisch gesprochen, wirtschaftlich gesprochen. Sie hat unendlich viele Vorrechte, unendlich viele Vorteile der Presse

Digitized by Google

gegenüber. Sie kann der Presse Schwierigkeiten bereiten, sie kann sie sogar schikanieren — womit nicht gesagt sein soll, daß sie es tut —, sie kann auf der anderen Seite der Presse und ihren Vertretern manche Annehmlichkeiten bieten. Das alles kann sie, wenn sie will. Dabei handelt es sich aber nur um Annehmlichkeiten oder Unannehmlichkeiten — nicht um Lebensfragen. Rein publizistisch, rein journalistisch genommen hat die Bürokratie weder Recht noch Macht den Redaktionen und den einzelnen Journalisten gegenüber, außer der Macht, die ihr die Presse und ihre Vertreter selbst zuführen. Und wenn ich eben von Beziehungen geredet habe, so muß ich hier noch hinzufügen, daß Beziehungen unter allen Umständen weit wertvoller für die Pressestellen jeder Art sind, als für die Presse und ihre Vertreter, denn es gibt große und angesehene Zeitungsunternehmen, die zu den Pressestellen nur sehr lockere und kühle, manchmal auch gar keine Beziehungen haben und trotzdem sehr gut informiert sind und

ihre Aufgabe dem Lesepublikum gegenüber

ausgezeichnet erfüllen. Eine Pressestelle aber, deren Chef und Beamten keine Beziehungen zur Presse haben und gewinnen können, ist ein Fehlschlag, führt nur ein Scheinbasein.

Die Presse eines jeden Landes, und zurzeit in nicht geringem Maße die deutsche, muß immer sorgfältig darauf achten, daß sie nicht in den Ruf kommt, lediglich ein Sprachrohr ihrer Regierung oder anderer in ihrem Lande maßgebender Kreise zu sein. Das würde ihrem Ansehen einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zufügen und auch den Regierungen und sonstigen Kreisen, die auf die Unterstützung der Presse Wert legen, keinen Nutzen bringen, denn politische Wirkung kann auch eine geschickte Regierung nur mit einer Presse erreichen, die wirkliches Ansehen im In- und Auslande hat.

Die Erfahrung lehrt, daß eine große angesehene Presse mit politischer publizistischer Stoßkraft eine gute Politik stützen, ja sogar auch einmal, wenn es nicht anders geht, eine schlechte Politik ganz gut verteidigen kann. Aber kein Blatt wird jemals durch Veröffentlichung offiziöser Mitteilungen groß und einflußreich werden. Das zu betonen ist wichtig in einer Zeit, in der man zu glauben scheint, daß es ein Vorzug ist, offiziöse Informationen zu haben. Die Presse dient mit ihrer Veröffentlichung nicht sich selbst, sondern denjenigen Männern und Amtsstellen, die die Informationen geben — unter Umständen auch ihrem Lande, ihrem Volke. Dabei muß man sich jedoch von dem Vorurteil freihalten, daß die Interessen des Landes, des Volkes, der Gesamtheit immer mit denen der jeweiligen Regierung identisch sind. Natürlich ist es die Aufgabe jeder Regierung, die Interessen ihres Landes zu vertreten. Ob dies in der richtigen Form und in der richtigen Methode geschieht, das zu beurteilen muß natürlich die Regierung der Presse überlassen. Ein Mann, der es in der englischen Politik wie auch in der englischen Presse wirklich zu etwas gebracht hat, und der auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens erfolgreich war, Lord Beaverbrook, hat einmal zu den Staatsleuten seiner eigenen Regierung gesagt: „Sie können sich nicht vorstellen, daß die Presse besser weiß, was die Nation will, als die Politiker, bis Sie durch ungünstigen Ausgang der Wahlen belehrt werden." Hieraus würde hervorgehen, daß die Presse sich ihr Urteil niemals vorschreiben lassen darf, auch nicht in der liebenswürdigsten, vorsichtigsten Form der Bitte, denn sie wird dann leicht unmerklich zu Opfern der Überzeugung gedrängt. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß in anderen Ländern — wobei ich immer nur von Ländern mit hochentwickelter Presse spreche — diese

Opfer der Überzeugung

nur selten verlangt und noch seltener gebracht werden. Von deutschen Journalisten und auch von deutschen Verlegern wird das häufig bestritten, selbstverständlich auch von Amtsstellen, wenn sie der Presse eine Freundlichkeit sagen wollen. Ich glaube aber, einen großen Teil der ausländischen Presse sehr gut zu kennen, glaube wirklich aus eigener Erfahrung zu sprechen, und ich möchte gleichzeitig den Wunsch aussprechen, daß möglichst viele Kollegen der ausländischen Presse ihre Aufmerksamkeit dauernd widmen; nicht bloß durch Lektüre der Auszüge, die Ihnen durch Nachrichtenbüros zugeführt werden — die sind immer nach bestimmten Grundsätzen ausgesucht —, sondern durch Lektüre der unbearbeiteten, unausgeschnittenen Zeitungen. Nur dann können Sie ein richtiges Urteil gewinnen, nur dann können Sie Schlüsse ziehen.

*

Das Korreferat hatte Kollege Professor Georg Bernhard-Berlin übernommen. Nachstehend geben wir die Hauptgesichtspunkte seiner Ausführungen in gedrängter Fassung wieder:

Wir müssen dem Kollegen Schwedler für sein Referat, dem sich kaum etwas Wesentliches hinzufügen läßt, unseren besten Dank schon deswegen zollen, weil er die Dinge so außerordentlich scharf und charakteristisch gezeichnet hat. Ich kann mich ganz kurz fassen und möchte nur ein paar Worte zur Ergänzung sagen.

Grundsätzlich trete ich dem Standpunkt Schwedlers bei. Wenn wir uns heute über die Pressestellen beschweren, so muß aber doch darauf hingewiesen werden, daß es eine Zeit gegeben hat, in der wir uns für die Schaffung von Pressestellen immer wieder und sehr entschieden eingesetzt haben. Als wir damals für die Schaffung von Pressestellen eintraten, kam es darauf an, in das Bewußtsein der Behörden einzuhämmern, daß es überhaupt so etwas wie eine Presse gibt. Und da bekanntlich in der Bürokratie nur das vorhanden ist, was in den Akten steht, so war es notwendig, in die Bürokratie eine Stelle einzugliedern, die sich mit der Presse beschäftigte. Dadurch wurde es der Bürokratie an manchen Stellen überhaupt erst klar, daß es eine Presse gibt. Der Ruf nach Pressestellen hat schon vor dem Kriege begonnen, und das Kriegspresseamt ist die erste Behördenstelle gewesen, die die Fühlung mit der Presse aufgenommen hat.

Es kommt nach meiner Meinung nicht darauf an, ob an der Spitze einer Pressestelle ein Journalist oder ein Beamter steht. Das ist ziemlich gleichgültig. In der Regel ist es sogar besser, wenn es kein Journalist ist; denn ein Kollege, der in eine Beamtenstelle hineinkommt, erliegt gewöhnlich den gleichen Versuchungen und gebärdet sich dann noch viel bürokratischer als die alteingesessene Bürokratie. Es hat keinen Sinn, einen Kollegen an der Spitze einer Pressestelle zu haben, wenn er sich bürokratisch benimmt. In den Pressestellen kommt es bekanntlich nur auf zwei Dinge an, einmal, daß in der Pressestelle jemand ist, der weiß, welche Bedürfnisse die Presse hat, und zum anderen, daß der Leiter der Pressestelle tatsächlich alles Wichtige auch selber erfährt. Alles andere ist unwesentlich.

Ich freue mich sehr, daß Kollege Schwedler auch so klar die andere entscheidende Seite des Problems dargelegt hat. Es kommt nämlich vor allem auf die Kollegen an und auf den Geist, in dem die Presse selbst mit den Pressestellen arbeitet; auf die Art, in der sie ihnen gegenübertritt. Das ist das Wesentliche! Diese Frage ist eine Erziehungsfrage von eminenter Bedeutung für uns selbst. Die Leute in den Pressestellen, die da immer sagen, das Reichs-, Staats- oder Kommunalinteresse fordere das und jenes, sind meist selbst nicht genügend unterrichtet. Ob die Dinge wirklich im Reichs-, Staats- oder Kommunalinteresse liegen, kann ein Teil von ihnen überhaupt nicht beurteilen, und wer hinter die Kulissen sieht, kann oft und mit tiefer Beschämung feststellen, wie ein Teil der Kollegen sich von den Pressestellen mißbrauchen läßt, anstatt genügend eigene Kritik und Urteilsfähigkeit zu zeigen. Ich wende mich gegen den Kotau, der einmal der Kollegen unwürdig ist und zum anderen die Einschätzung der Presse durch die Pressestellen so ungünstig beeinflußt.

Außerdem müssen Sie sich über folgendes klar sein. Die Macht der Bürokratie ist seit der Revolution unendlich gewachsen. Das kann man lebhaft bedauern, aber es ist nun einmal so. Ich halte es auch für selbstverständlich, daß im neuen Deutschland die Macht der Bürokratie wachsen mußte. Auch im demokratischen England ist der Einfluß der Bürokratie größer, als sie nach außenhin in Erscheinung tritt. Aus dieser Machtentwicklung der Bürokratie muß nun die Presse die Konsequenzen ziehen.

Journalist soll nur jemand sein, der auf Grund geistiger Fähigkeiten die Vorgänge des Lebens, gleichgültig ob politische oder kulturelle, sieht, kritisch würdigt und darstellt. Er soll alle Dinge, die an ihn herantreten, prüfen auf Grund seiner eigenen Kenntnisse und Erfahrungen. Sie halten das für selbstverständlich, aber das Merkwürdige ist nun, daß in dem Augenblick, wo ein behördlicher Titelträger dazutritt, der Journalist die Meinung bekommt, er müsse im Interesse des Vaterlandes so handeln, wie ihm das von dem Titelträger als im Interesse des Vaterlandes liegend hingestellt wird.

Digitized by Google

Eine der besten Pressestellen, die ich kenne, ist die Pressestelle bei den Berliner Landgerichten. In dieser Pressestelle werden wirklich die Aufgaben, die eine solche Stelle zu erfüllen hat, dadurch geleistet, daß ihr Leiter die Materie vollkommen übersieht und beherrscht und alle in Frage kommenden Prozesse mit der Presse bespricht und so die Presse wirklich informiert. Auf der anderen Seite versteht er es aber auch, stets Anwälte und Richter für seine Stelle zu interessieren und sie zu veranlassen, sie ausreichend zu unterrichten. Für eine nicht gut funktionierende Pressestelle halte ich die der Reichsregierung, obwohl ein außergewöhnlich intelligenter Mann an ihrer Spitze steht, der auch die Bedürfnisse der Presse durchaus kennt. Hier liegt es am System, das auf die Dauer unhaltbar sein wird.

Für mich ist jedenfalls das Wesentliche an dieser ganzen Frage, daß wir uns und unsere Kollegen immer mehr zu einer

richtigen Benutzung der Pressestellen.

dadurch zu erziehen suchen; daß wir ihnen darstellen, wie regiert wird, und ihnen weiter klarmachen, daß die Entscheidungen aller behördlichen Stellen die Nachprüfung durch das gewissenhafte journalistische Urteil vertragen müssen. Der Journalist darf nicht das einfach unbesehen hinnehmen, was ihm von der Pressestelle irgendeiner Behörde mitgeteilt wird. Dazu gehört natürlich, daß der Journalist sich auch selber aus eigener Initiative informiert, damit er die Möglichkeit hat, die Angaben, die in den Pressekonferenzen und von den Pressestellen gemacht werden, kritisch nachzuprüfen.

Außerdem müssen die deutschen Journalisten mindestens dieselben Informationsmöglichkeiten haben wie die Auslandsvertreter in Berlin. Zu den Besprechungen mit den ausländischen Journalisten kommt der Reichsaußenminister selbst ab und zu und gibt Informationen. Das hält man bei den deutschen Journalisten offenbar nicht für nötig, und so erfahren sie meistens faktisch nichts. Durch derartig schlechte Informationsmöglichkeiten ergibt sich eine sehr unangenehme Diskrepanz zwischen dem politischen Niveau einer Reihe von Zeitungen in Berlin, den großen Auslandszeitungen und den übrigen deutschen Blättern. Vielleicht ein Dutzend Journalisten in Berlin hat die Möglichkeit, sich zu informieren auf Grund guter persönlicher Beziehungen zu den leitenden Persönlichkeiten, die anderen sind angewiesen auf die Informationen, die ihnen durch die Pressestelle gegeben werden, und diese Informationen sind lückenhaft, dazu manchmal noch falsch oder nur zu einem Viertel richtig. An uns selbst liegt es, die Dinge zu ändern. Lassen sie uns alle daran mitarbeiten!“

Rundfuuk und Presse.

Von Chefredakteur Dr. Josef Räuscher.

Meine sehr geehrten Kollegen und Kolleginnen, lassen Sie mich gleich an diese Anrede anknüpfen, die Sie hinweise.n soll auf die Einheit unseres Standes, die unabhängig bleiben muß von der Technik der Verbreitungsmittel. Gleichgültig, ob wir unsere Arbeit der Rotationsmaschine oder dem Mikrophon anvertrauen — wir bleiben Mitglieder eines ganz bestimmten Berufes, dessen Verantwortung für uns alle gleichmäßig gilt.

Aber der Rundfunk kann dank seinem Veröffentlichungsmittel früher berichten als die Zeitungen, lebt also von einem ungeistigen Vorteil? So werden Sie mir entgegnen, und ich antworte mit Ja. Die Berichtstätigkeit des Rundfunks hätte nämlich überhaupt keine Daseinsberechtigung, wenn sie hinter den Zeitungen nachhinkte. Wenn die Zeitung spricht, hat der Rundfunk längst zu schweigen. Denn die Zeitung ersetzt nicht nur den gesprochenen Bericht, sondern sie übertrifft ihn der Sache, Darstellung und Ausdehnung nach so, daß der Rundfunk überhaupt nur vor der Zeitung ein Publikum haben kann. Herr Direktor Richter hat mir in dankenswerter Weise die Antworten zugänglich gemacht, die der Reichsverband der deutschen Presse auf einen Fragebogen erhalten hat durch den Rundfunk-Journalismus Belgiens und Frankreichs. In beiden Antworten, die gewiß unabhängig voneinander und auch unabhängig von unseren deutschen Erfahrungen gegeben wurden, wird fast wörtlich gleichlautend mitgeteilt, daß und warum der Rundfunk keine Konkurrenz der Presse ist. Es war mir, als läse ich Zitate aus eigenen Briefen und Aufsätzen wieder, und ganz sicher haben die belgischen und französischen Kollegen weder diese Briefe noch diese Aufsätze gekannt. Warum denken die Journalisten des Rundfunks alle über diesen Punkt so gleichartig, und warum sind sie, aus ihrer Arbeit und Erfahrung heraus, so einig darüber, daß sie der Presse nicht schaden? Nicht aus Abwehr von Presseangriffen, und nicht etwa, weil sie es für nützlich halten, zugunsten des jungen Rundfunk-Journalismus den Gegensatz zur Presse zu verschleiern und zu beschönigen. Sondern weil sie den Rundfunk-Journalismus in seinen Zukunftsmöglichkeiten und seinen unverrückbaren Grenzen besser überblicken können als die Kollegen von der Zeitung.

Lassen Sie mich ein Beispiel aus der letzten Zeit heranziehen. Am Freitag, dem 7. Juni, kam ziemlich spät abends der Wortlaut des Schluß-Kommuniqués der Pariser Sachverständigenkonferenz. Sie wissen, daß dieses Kommuniqué den wesentlichen Inhalt des erst am nächsten Tage veröffentlichten Schlußberichts vorwegnahm. Wir machen also im Rundfunk einen Auszug aus dem Kommuniqué, können hier schon nicht die Skala der Jahreszahlungen so wirksam angeben, wie die Zeitung es in Tabellenform tut. Außerdem können wir, weil die Sache zu spät kam, diesen Auszug nicht im ordentlichen Abendgespräch durchgeben, sondern erst, nach vorangegangener Ankündigung, hinter dem Sportdienst, also zu nicht gewöhnlicher Zeit. Wer dieses Schluß-Kommuniqé nun auch in der Zeitung nicht läse, der würde ein so schwieriges Gespräch im Rundfunk erst recht nicht anhören, sondern zu Bett gehen oder die Tanzmusik abwarten. Wer aber unseren Auszug mit anhörte, der wurde förmlich zur Zeitung hingetrieben, denn dieser Auszug konnte gerade auf den interessierten Hörer nur als Anreiz wirken, die Sache vollständig zu lesen, also zu ergänzen, was notwendigerweise fehlte, und ferner auch das genau schwarz auf weiß zu sehen, was unser Auszug brachte. Wer also dieses Gespräch hörte, der wurde zum Lesen des nächsten Morgenblattes geradezu gezwungen; Ich möchte gern einmal, wenn das möglich wäre, durch eine umfassende Rundfrage feststellen, wieviele Hörer einer so schwierigen Materie der Rundfunk der Zeitung erst als Leser bringt.

Die direkten Übertragungen können der Zeitung gleichfalls nicht gefährlich werden. Erstens: wie wenige Ereignisse können überhaupt übertragen werden! Sie müssen erwartet sein, und von diesen erwarteten Ereignissen wieder taugen nur die, die man akustisch vermitteln kann, also hauptsächlich Tagungen, Reden, oder im Ausnahmefall ein Ereignis wie das Befreiungsläuten vom Kölner Dom, das vor einigen Jahren dank den elektrischen Wellen durch ganz Deutschland, ja Europa dröhnte. Und auch hier präparierte der Rundfunk nur den Hörer zum Zeitungsleser.

Rundfunk und Presse, die in ihren Berichten hintereinander an das Publikum herantreten, wirken also zusammen und stören sich nicht. Wir Journalisten des Rundfunks sind froh darüber, daß es so ist. Und wir Journalisten überhaupt sollten froh sein, daß die Einheit unseres Berufes durch dieses

Verhältnis von Rundfunk und Presse

weit weniger gestört wird als gelegentlich durch Konkurrenzkämpfe unter gleichartigen Presseunternehmungen. Wieder will ich auf die Berichte aus Frankreich und Belgien zurückgreifen, weil sie ganz neues Material enthalten. Es gibt in Frankreich sechs gesprochene Zeitungen, davon gleich zwei in Paris, zwei in Lyon, je eine in Toulouse und in Grenoble. Außerdem wird das Rundfunk-Nachrichtenwesen in diesem Jahre in Frankreich noch gesetzlich besonders geregelt werden. Die Sache ist dort also in vollem Betrieb. Allein die Rundfunk-Redaktion des Eiffelturm-Senders, die Redaktion eines einzigen unter den obengenannten sechs Sendern, zählt zehn Redakteure und einen Chefredakteur, während zum Beispiel die zentrale deutsche Rundfunk-Redaktion, deren Leitung ich zu versehen habe, außer mir lediglich drei Redakteure, eine Archivarin und einen Volontär umfaßt. Das veröffentlichte Material wird in Frankreich als „identisch mit dem einer gewöhnlichen Zeitung“ bezeichnet und enthält außer Nachrichten auch Artikel, die bekanntlich bei uns nicht gefunkt werden. Der Eiffelturm funkt die gesprochene Zeitung zwischen ½7 und ½8 Uhr abends, während bei uns die Nachrichten dreimal am Tage gegeben werden; Gesamtdauer ohne Wirtschaftsnachrichten etwa

Digitized by Google

dreiviertel Stunden. Wichtige Nachrichten werden in Frankreich wie bei uns mit Sachkommentar versehen. Reklamemeldungen, die bei uns abgebaut werden, sind in Frankreich üblich.

In Belgien besteht ein fertig durchorganisiertes „Journal parlé“. Sie sehen also, daß man in Frankreich und in Belgien ganz ohne Scheu den bei uns gern vermiedenen Namen der gesprochenen Zeitung offiziell trägt. Diese belgische gesprochene Zeitung ist

ein regelrechter gefunkter Generalanzeiger

mit allem, aber auch allem Zubehör einer Zeitung. Täglich werden außer Nachrichten aller Art, für die zu verschiedenen Zeiten insgesamt ungefähr 1¼ Stunden, gleichfalls mehr als bei uns, zur Verfügung stehen, noch Tages-Interviews gesandt, improvisierte Frage- und Antwortspiele zwischen einem Redakteur und Politikern, Schriftstellern, Künstlern, Finanzleuten, Sportsleuten usw. Die Redaktion ist ungefähr so groß wie die des Drahtlosen Dienstes in Deutschland, sie zieht jedoch für Spezialgebiete eine ganze Anzahl regelmäßiger nebenamtlicher Mitarbeiter heran. Sowohl in Frankreich wie in Belgien zeigt sich die Tendenz, in das Gebiet der gesprochenen Zeitung und in den Aufgabenkreis ihrer Redaktion verschiedenes hereinzuziehen, was in Deutschland den einzelnen Rundfunk-Gesellschaften überlassen bleibt, also nicht zu der zentralisierten gesprochenen Zeitung des Drahtlosen Dienstes gehört. Die Mitwirkung der Journalisten, die nach unseren Berufsbegriffen notwendige Zuständigkeit wirklicher Journalisten für die funkjournalistischen Aufgaben, ist in Frankreich und Belgien gesicherter als bei uns. Würde man bei uns statt der Diskussion des Gegensatzes zwischen Rundfunk und Presse lieber mehr für Durchdringung der funkjournalistischen Arbeit mit berufenen journalistischen Kräften sorgen, dann hätte man ein fruchtbareres Feld vor sich und würde unserem Stande nützen können.

Sie sehen also, daß die Ausnutzung des nun einmal gegebenen neuen Veröffentlichungsmittels sich überall zwangsläufig durchgesetzt hat und daß man in manchen Ländern schon bedeutend weitergegangen ist als bei uns. Ein Kampf gegen diese Einsetzung des Funks zur Berichterstattung wäre also aussichtslose Kräftevergeudung und stünde unserem Berufe nicht an. Sorgen wir lieber durch Kritik und sachliche Förderung dafür, daß die unvermeidliche Verwendung des Funks zu publizistischen Zwecken auf jenem Niveau erfolgt, das unserer Berufsauffassung entspricht.

Lassen Sie mich jetzt einige Gedanken näher ausführen, die ich in meinem Aufsatze in der Verbandstagsnummer der „Deutschen Presse“ nur andeuten konnte. Der Nachrichtenrundfunk, zu dem ich nicht allein die Nachrichten zähle, sondern auch die direkten Übertragungen und gewisse Teile des Vortragsprogramms, kann nämlich dazu helfen, daß wir eine richtige und verfeinerte Berufsauffassung allgemein in der Presse durchsetzen. Der Rundfunk hat sich auf ein Publikum einzustellen, das aus allen Schichten, Bekenntnissen, Parteien, Stämmen usw. besteht. Er muß einen Kollektiv-Hörer vor dem geistigen Auge haben; der Rundfunk kann weder für bestimmte Meinungen noch für bestimmte Interessenkreise arbeiten. Mindestens muß er eine solche Neutralität anstreben, soweit sie menschlich erreichbar ist. Dadurch präpariert er den Hörer nicht nur zum Leser, sondern er präpariert den Hörer auch für eine richtige Berufsauffassung des Zeitungs-Journalisten. Bis zu einem gewissen Grade wird der Rundfunk immer die Einseitigkeit der Berichtsmethoden ausgleichen. Der Zeitungs-Journalist wird geradezu dankbar dafür sein. Nur ein Beispiel. Zu den widerwärtigsten

Methoden der Meinungsbildung

(gleichzeitig zu den bequemsten) gehört die Totschweige-Taktik, die noch dazu ein journalistisches Armutszeugnis ist. Einen Sachverhalt, der einem nicht paßt, dem Leser vorzuenthalten und so nicht das Urteil des Lesers zu bilden, sondern es gar nicht zur Urteilsgelegenheit kommen zu lassen, ist ebenso kurzsichtig wie mit dem Sinn unseres Berufes intellektuell und moralisch unvereinbar. Wir alle sind uns doch wohl darüber einig, daß der Journalist gar nicht das Recht hat, seinem Publikum einen wichtigen Sachverhalt ganz oder teilweise vorzuenthalten. Diese Methode gliche dem Vorgehen einer Bank, die wichtige Informationen zu eigener Spekulation auf dem Rücken ihrer Kunden benutzte. Die Aufgabe der echten Publizistik kann es nur sein, alle wichtigen Tatsachen mitzuteilen und erst durch den Kommentar, durch die Darstellung des an sich unantastbaren Sachverhalts die Meinung des Lesers zu bilden. Man muß es nur können, und daß man es könne, daß dieses Können jedesmal eingesetzt werde, daran haben wir ein Berufsinteresse, weil sich bei solcher Arbeit nur die wirklich Berufenen in unserem Stande halten können. Und hier hilft der Rundfunk, denn er verhindert es, daß eine bestimmte Zeitung allein darüber entscheidet, was ihre ausschließlichen Leser an Tatsachenmaterial erfahren. In vielen Fällen wird dann der Zeitungsjournalist gar nicht mehr überlegen müssen, ob er einen Sachverhalt zu melden hat, denn er muß ihn als durch Rundfunk bekannt voraussetzen. Es wird dem Zeitungsjournalisten dann auch leichter sein, der Versuchung zu widerstehen, sich die Darstellung eines unbequemen Sachverhalts etwa zu ersparen, und es wird ihm leichter sein, irgendeinem Druck zu widerstehen, der solche „Meinungsbildung“ durch Verschweigen etwa nahelegt.

Sagen Sie nicht, daß Sie jetzt ein Plaidoyer für den Rundfunk gehört haben. Meinen Ausführungen lag zugrunde lediglich die Sorge, daß sich ein Mißverständnis vergrößere und innerhalb unseres Berufsstandes schlechte Luft schaffe. Lassen Sie uns doch lieber den Zusammenhang zwischen den Journalisten der Presse und des Rundfunks stärken, nicht allein so, daß Zeitungsjournalisten gelegentlich Rundfunkvorträge halten oder als Kritiker des Rundfunks arbeiten, sondern auch so, daß die hauptamtlich im Rundfunk tätigen Journalisten mit den Zeitungen und ihren Redakteuren in Verbindung bleiben. Aus gutem Grunde habe ich es im Drahtlosen Dienst befürwortet, daß unseren Redakteuren vertraglich die Mitarbeit an Zeitungen in Artikelform grundsätzlich gestattet wurde. Der Rundfunk-Journalist soll den auf Meinungsbildung gerichteten Teil seiner Veranlagung nicht brach liegen lassen. Erwünscht wäre auch für die Zukunft — noch ist ja der eigentliche Rundfunk-Journalismus erst wenige Jahre alt — ein häufiger Austausch hauptamtlicher journalistischer Arbeitskräfte zwischen Zeitung und Rundfunk. Ein solcher Austausch wird nämlich dem Rundfunk und den Zeitungen nützen. Der Rundfunk wird gerne auf die Zeitungsschulung eines Journalisten zurückgreifen, die Zeitung wieder wird — vielleicht sage ich Ihnen hier etwas Unerwartetes — die ganz besondere sprachliche und perspektivische Schulung des Rundfunk-Redakteurs für ihren Nachrichtenteil recht gut einsetzen können. In einem Referat über die Berichterstattung aus dem Auslande wurde von Fällen gesprochen, in denen die Heimatredaktion die Arbeit des Auslandsvertreters durch unüberlegte Striche zerstöre. Ferner ist oft schon mit vielem Recht darüber geklagt worden, daß die Zeitungsredakteure gelegentlich die eigentliche redaktionelle Tätigkeit ein wenig verachten und sich als Schriftsteller fühlen, die nebenher auch Redaktion machen müssen. Im Rundfunk aber ist, nicht durch unser Verdienst, sondern durch den Zwang des Veröffentlichungsmittels zur Konzentration auf den Berichtsstil und zur Vereinigung des Wesentlichen auf kleinem Raum ohne Verlust wichtiger oder farbiger Einzelheiten, wirklich eine neue

Schule für die eigentliche Redaktionsarbeit

entstanden. Das „Zurechtmachen“ von Rohdepeschen — Titel, Sperrung, vielleicht Fettung, Striche, ritsch, ratsch, Setzerei — ist beim Rundfunk von vornherein unmöglich. Jede Nachricht, sei sie noch so kurz, ist eine selbständige sachliche und stilistische Arbeit des Rundfunk-Redakteurs, der jahraus, jahrein die Depeschen mehrerer Quellen über einzelne Fälle kritisch vergleichen, ineinanderarbeiten, informatorisch und archivarisch ergänzen und dann nach besonderen Erfahrungen (die zwar durch den Hörstil bestimmt, aber auch für die Zeitungen nicht wertlos sind) völlig neu stilisieren muß. Oft macht eine einzige Zeile mehr Kopfzerbrechen als der längste Absatz eines Zeitungsartikels; für jede Nachricht wird zuerst ein Entwurf hergestellt, der dann noch einmal zur endgültigen Fassung gelangt in einem knappen, dabei möglichst populären, von aller Koketterie mit hoher Weisheit freien und doch nicht den Sachverhalt vergröbernden Stil. Der Rundfunk — ich habe hier ein Ideal geschildert, das nicht täglich und nicht in jeder Nachricht erreicht wird — kann also wirklich einmal der Presse echteste Redakteure liefern. Umgekehrt wird er zu seiner eigenen Auffrischung gern wieder schriftstellerische Kräfte hereinnehmen, die ihre besondere Gabe dann an kleine Nachrichten wenden müssen und den Ehrgeiz einer systematischen Nachrichtenformung lernen, in der uns z. B. die amerikanische Presse weit überlegen ist. Glauben Sie nicht, daß auch die Zeitung so geschulte Kräfte brauchen könnte? Vor einiger Zeit ist mir als Ansicht eines Verlegers mitgeteilt worden, daß er grundsätzlich Redakteure, die im Rundfunk tätig gewesen seien, nicht engagieren würde. Ich glaube, daß er recht gute Erfahrungen machen könnte, wenn er dieses Vorurteil einmal besiegen würde. Denn die Sorgfalt, mit der die Rundfunk-Redaktion Sätze, ja Worte und Silben sachlich und stilistisch abwägen muß, könnte dem Nachrichtenteil so mancher Zeitung auch nicht schaden.

Digitized by Google

Wenn wir uns also darauf geeinigt haben sollten, daß der Rundfunk im publizistischen Teil seines Programms die Zeitung nicht schädigt, dann können wir wohl die Wirkungen des Rundfunk-Journalismus auf unsere redaktionelle Ausbildung als Förderung unseres Berufes gelten lassen. Vor allem aber bitte ich Sie nochmals, daran festzuhalten, daß wir zusammengehören, und daß nicht Mikrophon oder Setzerei entscheidend sind, sondern das uns allen gemeinsame Wesen unseres Berufes, das freilich nur Berufene richtig werden verkörpern können.

Richtlinien
für die Aufnahme von Mitgliedern in den Reichsverband.

Die Vertreterversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse in Bremen 1929 hat die nachstehenden

Richtlinien
für die Aufnahme von Mitgliedern in den Reichsverband

angenommen. Sie treten mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft; ihre genaue Beachtung ist, entsprechend dem Beschluß der Mitgliederversammlung, Pflicht der Verbände.

„1. Alle Landes- und Bezirksverbände des Reichsverbandes sind verpflichtet, unbedingt von der Aufnahme solcher Mitgliedschaftsanwärter abzusehen, die nicht in jeder Hinsicht den Vorschriften des § 5 der Reichsverbandssatzungen entsprechen.

2. Journalisten im Sinne der Reichsverbandssatzungen sind ausschließlich solche Personen, die hauptberuflich und ohne andere Bindungen als die öffentlicher Interessen an und für Zeitungen, Zeitschriften, Nachrichtenbüros, Pressekorrespondenzen und Buchverlage publizistisch tätig sind, außerdem die Vertreter von Pressestellen staatlicher und kommunaler Körperschaften, wenn sie aus dem journalistischen Beruf hervorgegangen sind.

Schriftsteller oder Journalisten in ständigen oder wechselnden Diensten kaufmännischer Erwerbsgesellschaften (Leiter literarischer Büros, Presse- und Propagandachefs) sowie Reklameschriftsteller sind von der Aufnahme in den Reichsverband ausgeschlossen. Ebenso solche Personen, die unmittelbar oder mittelbar in der Anzeigenwerbung tätig sind.

3. Angestellte von Rundfunkgesellschaften sind nur dann in den Reichsverband aufnahmefähig, wenn sie hauptberuflich eine wirkliche journalistische Tätigkeit (z. B. an Rundfunkzeitungen oder in der Nachrichtenredaktion von Sendegesellschaften) ausüben.

4. Diejenigen Mitglieder des Reichsverbandes, die nach § 7 der Satzung einen Aufnahmeantrag unterschriftlich unterstützen, sind verpflichtet, sich vorher über die Persönlichkeit und Tätigkeit des Aufnahmesuchenden genau zu unterrichten, da sie durch ihre unterschriftliche Befürwortung mitverantwortlich für die Aufnahme sind.

5. Übernimmt ein Mitglied des Reichsverbandes neben seinem journalistischen Hauptberuf eine verlegerische Tätigkeit, so hat der zuständige Verband unverzüglich dem Vorstand des Reichsverbandes hiervon Mitteilung zu machen unter Beifügung einer Äußerung, ob nach seiner Meinung das Mitglied im Reichsverbande verbleiben kann. Die endgültige Entscheidung trifft alsdann der Vorstand des Reichsverbandes nach sorgfältiger Prüfung des Einzelfalles."

* * *

Satzungsänderungen.

6. Der Absatz 2 des § 5 der Satzung lautet jetzt folgendermaßen:

„Wechselt ein Mitglied seinen Beruf, so hat es davon sofort dem zuständigen Verbande Mitteilung zu machen. Durch Beschluß des Reichsverbandsvorstandes kann ihm auf Antrag seines Verbandes die Fortsetzung der Mitgliedschaft gestattet werden. Voraussetzung hierfür ist in der Regel eine 10jährige Verbandsangehörigkeit."

7. Abs. 1, 2. Satz im § 5 der Satzung lautet jetzt folgendermaßen:

„Voraussetzung ist, daß er mindestens ein Jahr in der Presse hauptberuflich tätig war, wobei seine Tätigkeit als Volontär mitgerechnet werden kann.

* * *

8. „Die von der Delegiertenversammlung in Bremen angenommenen Richtlinien sind nicht nur maßgebend für die Neuaufnahme von Mitgliedern, sondern auch für die Nachprüfung der schon bestehenden Mitgliedschaften."

Zu der letzten Ziffer 8 wurde als Auffassung der Vertreterversammlung festgelegt:

„Die Versammlung ist damit einverstanden, daß für den Fall der Annahme der Ziffer 8 kein Zwang zur Nachprüfung ausgeübt werden soll, sondern die Nachprüfung dem pflichtmäßigen Ermessen der Landesverbände überlassen bleibt."

Die neue Ehrengerichtsordnung.

Die neue von der Bremer Vertreterversammlung angenommene Ehrengerichtsordnung tritt für alle Ehrengerichte des Reichsverbandes mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in der „Deutschen Presse" in Kraft. Sie unterscheidet sich von der bisherigen Ehrengerichtsordnung im großen und ganzen nur in Fragen von rein formaler Bedeutung. Insbesondere ist auf eine Verkürzung der Fristen hingewirkt worden, um eine größere Beschleunigung des Verfahrens zu ermöglichen.

Grundlegende Wichtigkeit kommt dagegen dem neuen § 4a der Ehrengerichtsordnung zu, der für die Fälle schwerer persönlicher Beleidigungen ein mündliches Verfahren vorschreibt, das binnen dreimal 24 Stunden mindestens zu einem gewissen Abschluß zu bringen ist.

Die Kollegen in den Ehrengerichten des Reichsverbandes und insbesondere deren Vorsitzende werden auf diese Neuerung unseres ehrengerichtlichen Verfahrens mit ganz besonderem Nachdruck hingewiesen. Sie soll dazu dienen, das Ansehen und die Wirksamkeit unserer Ehrengerichte innerhalb wie außerhalb des Reichsverbandes zu stärken und zu heben.

Anschließend veröffentlichen wir den Wortlaut der neuen Ehrengerichtsordnung:

§ 1.

Das Ehren- und Schiedsgericht des Landesverbandes (Bezirksverbandes) im Reichsverband der deutschen Presse ist als Ehrengericht zuständig für alle Ehrenfragen. Bis zur Erledigung des Ehrengerichtsverfahrens sind Schritte bei den ordentlichen Gerichten zu unterlassen, abgesehen von Strafanträgen im Privatklageverfahren zur Wahrung der dreimonatigen Antragsfrist.

Als Schiedsgericht entscheidet das Gericht über Privatstreitigkeiten, bei denen Ehrenfragen nicht in Betracht kommen, nur mit vorherigem Einverständnis der Parteien und mit deren Erklärung, daß sie sich dem Spruch unterwerfen mit dem einzigen Vorbehalt der Berufung bei dem obersten Ehren- und Schiedsgericht des Reichsverbandes der deutschen Presse.

§ 2.

Das Ehren- und Schiedsgericht wird jährlich von der Landes-(Bezirks-)Hauptversammlung in geheimer Abstimmung

Digitized by Google

bezeichnete. Für die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse sprach Dr. Kurt Simon-Frankfurt a. M., für den Verein Deutscher Zeitungsverleger Kommerzienrat Krumbhaar und für den Reichsverband der Deutschen Presse der Geschäftsführende Vorsitzende Direktor Gustaf Richter. Im Anschluß an den Festakt fand die erste Sitzung des Kuratoriums statt, in der Professor Wolff-Dresden und Chefredakteur Paul Baecker-Berlin Vorträge über Probleme der Zeitungswissenschaft hielten.

Personalien

Hans Bodenstedt (Mitglied des Landesverbandes Groß-Hamburg), bisher Direktor der Nordischen Rundfunk A.-G., ist durch Aufsichtsratsbeschluß in Anerkennung seiner Verdienste um die Entwicklung der Gesellschaft zum Intendanten ernannt worden. — Gleichzeitig ist der bisherige stellvertretende Direktor der Nordischen Rundfunk A.-G., Dr. Kurt Stapelfeldt, zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Gesellschaft berufen worden. Beide Herren sind aus dem Journalistenberufe hervorgegangen und haben den Rundfunkdienst bewußt und entschieden aus journalistischem Geiste aufgebaut und entwickelt.

Berufsjubiläum von Dr. Rudolf Dammert. Am 1. Juli d. J. kann Dr. Rudolf Dammert, der Inhaber und Leiter des bekannten Presse-Verlages, auf eine 25jährige journalistische Tätigkeit zurückblicken. Er war einer der ersten deutschen Journalisten, die das Wesen und den Aufgabenkreis der Zeitungs-Korrespondenzen klar erfaßten und praktisch durchführten. Bereits vor zwanzig Jahren gründete er in Berlin einen eigenen Korrespondenz-Verlag, der viele deutsche Zeitungen auf den Gebieten der Politik, des Handels und Feuilletons sowie auf allen Fachgebieten mit Material versorgt. Zahlreiche Redakteure und Publizisten, deren Namen in der deutschen Presse heute gut bekannt sind, haben dort ihre erste journalistische Schulung erhalten.

Dr. Georg Kanzow hat nach viereinhalbjähriger Tätigkeit als verantwortlicher Handesredakteur und wirtschaftspolitischer Leitartikler der „Braunschweigischen Landeszeitung“ am 15. Juni d. J. die Leitung der Presseabteilung der Vereinigten Stahlwerke A.-G., Düsseldorf, übernommen.

Dr. W. A. Krannhals ist, wie wir hören, nicht mehr Hauptschriftleiter der Mannheimer Wochenschrift „Die Deutsche Woche“, die aus wirtschaftlichen Gründen ihr Erscheinen seit dem 1. Juni eingestellt hat. Ob die Zeitschrift wieder in die Lage versetzt wird zu erscheinen, ist fraglich. Kollege Krannhals ist nach Jena, Ernst-Häckel-Platz 1, übergesiedelt.

Chefredakteur Hofrat Dr. Klaus Buschmann †. Am 18. Juni verschied in Berlin der langjährige Chefredakteur der „Darmstädter Zeitung“ und seinerzeitige Mitbegründer der Ortsgruppe Darmstadt des Reichsverbandes der deutschen Presse, Hofrat Dr. Klaus Buschmann, geboren am 29. Jan. 1873. Nach Besuch der Universitäten Leipzig und Brüssel beendete er sein staatswissenschaftliches Studium in Straßburg mit seiner 1897 von der dortigen Universität preisgekrönten Dissertation „Die Arbeitslosigkeit und die Berufsorganisationen“. Seine journalistische Laufbahn begann er als Volontär in der „Straßburger Post“ unter Pascal Davids Führung. Nach kurzer Tätigkeit am „Seeboten“ in Überlingen ging Dr. Buschmann als Chefredakteur zum „Heidelberger Tagblatt“, dem er fünf Jahre angehörte. Anschließend gründete er die „Süddeutsche Korrespondenz“, die er ebenfalls fünf Jahre lang herausgab. Inzwischen erfolgte seine Berufung als Chefredakteur der „Darmstädter Zeitung“, des amtlichen Organs der hessischen Landesregierung, die er bis nach dem Kriege leitete, um dann im Zusammenhang mit der Regierungsumbildung in den Ruhestand zu treten. Ausgedehnte Reisen, die ihn in fast alle Teile der Erde führten, gaben ihm im Jahre 1916 die Grundlagen zu einer „Denkschrift für ein Deutsches Weltwirtschafts- und Weltnachrichtenamt“, das nach Beendigung des Krieges Deutschlands weltwirtschaftliche Verbindungen regeln und organisieren sollte. Der Ausgang des Krieges machte die Verwirklichung seiner Pläne unmöglich. In den letzten Jahren widmete sich der Verstorbene mit größter Liebe erneut diesen Plänen. Zahlreiche Artikel, die in vielen deutschen Zeitungen erschienen sind, geben Zeugnis von der, bis wenige Monate vor dem Tode anhaltenden Arbeitsfreude des Verstorbenen. Ehre seinem Andenken! Seine Familie steht in engster Verbindung mit dem deutschen Zeitungswesen. So ist sein Bruder, Hans Buschmann, Verlagsdirektor in Stettin und sein ältester Sohn, Dr. Hans Buschmann, seit vielen Jahren Handelsredakteur der „Vossischen Zeitung“.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Bezirksverband Berlin. Hermann Luft (Mitteldeutsche Bergbau-Ztg.), Charlottenburg, Tegeler Weg 8.

Verein Frankfurter Presse. Paul Edmund Hahn, Frankfurt a. M., Rheinstr. 20; Richard Bieler (Vilbeler Anz.), Vilbel, Frankfurter Straße 69.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Hannoversche Presse. Hugo R. Bartels (Funkgemeinde), Hannover, Escherstraße 25. — Verein Braunschweigische Presse. Dr. Wolfgang Bretholz (Braunschw. N. Nachr.), Braunschweig, Inselwall 8.

II. Neuanmeldungen.

Verein Frankfurter Presse. J. Weisbecker, Frankfurt a. M., Kantstraße 25.

Landesverein der Pfälzischen Presse. Dr. Josef Seibold (Pfälzische Volkszeitung), Kaiserslautern, Schillerplatz 6; Richard Gayring, Oppau/Rh., Kirchenstraße 92.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. Paul Niehaus (Dresdn. Nachr.), Dresden-Neugruna, Altenberger Straße 25 II.

Verband der Schlesischen Presse. Red. Willi Ernst Geiger (Ostd. Morgenp.), Oppeln, Sebastiansplatz 4; Red. John Brix (Liegnitzer Tagebl.), Liegnitz, Dänemarkstr. 12; Red. Wilhelm Krüger (Bote a. d. Katzbach), Goldberg, Schlesien.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Bezirksverband Berlin. Nach Bayern überwiesen: E. Kredel (Nordbayer. Luftfahrt A.-G.), Fürth; von Mitteldeutschland übernommen: H. Radecke (Mitarb.), W 50, Bamberger Straße 59.

Landesverband Mitteldeutschland. Überwiesen an Bezirksverband Berlin: Helmut Radecke, Berlin W 50, Bamberger Straße 59; an Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse: Dr. Alfred Potthoff, bisher Magdeburg, nun Köln, Köln. Ztg.

Verband der Ostpreußischen Presse. Harald Nietz, bisher Wehlau, an den Bezirksverband Berlin (Deutscher Überseedienst) überwiesen; Otto Zippert, bisher Tilsit, nun Neustadt, Haardt, Haardter Schlößchen, dem Landesverein Pfalz überwiesen.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. Dr. Widdecke, bisher Dresden, nun Minden, Westf. (Mindener Ztg.), dem Verband Rheinland-Westfalen überwiesen.

Verband der Schlesischen Presse. Red. Josef Hoffmann, bisher Breslau, nun Oppeln, Flurstr. 20 c; Red. Fritz Reinsch, Breslau, verzogen nach Breslau I, Land, Siedlung Cosel.

IV. Austritte und Streichungen.

Bezirksverband Berlin. Ausgetreten: Frl. Dockhorn; Dr. R. Lewinsohn. — Gestorben: E. Hohenberger.

Verein Frankfurter Presse. Ausgetreten: Leo Colze, Berlin; Rudolf Seidel, Oberursel.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. Ausgetreten: Dr. Reyher. — Gestorben: Karl Bethke.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Inhaltsangabe:

Referate auf der Bremer Tagung:
Die Lage der Auslandskorrespondenten. Von Wilhelm Ackermann-Berlin und Dr. Leo Stahl-Paris und **Bürokratie und Presse.** Von Wilhelm Schwedler und Professor Georg Bernhard.
Rundfunk und Presse. Von Dr. Josef Räuscher-Berlin.
Richtlinien für die Aufnahme von Mitgliedern in den Reichsverband.
Die neue Ehrengerichtsordnung.
Feststellung.
Um die Freiheit der Presse.
Polizei und Presse.
Zeitungsinstitut Heidelberg.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

Die Wasserversorgung Berlins durch die Berliner Städtische Wasserwerke Aktiengesellschaft.

Von Direktor Kühne
Mitglied des Vorstandes der Berliner Städtische Wasserwerke Aktien-Gesellschaft
Regierungsrat a. D.

Eine zentral geregelte Wasserversorgung besteht in Berlin seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Bis zu dieser Zeit behalf sich die Bevölkerung durch Entnahme des Wassers aus Hof- und Straßenbrunnen, denen im Gegensatz zu anderen Städten der reichhaltige Untergrund der Spreetalmulde verhältnismäßig leicht gutes Wasser zuführte.

Im Jahre 1856 schloß die Staatsregierung einen Vertrag mit den englischen Unternehmern Fox und Crampton ab, der diesen das Recht zusprach, vom 1. Juli 1856 ab der Stadt Berlin durch die zu erbauenden Wasserwerke auf 25 Jahre Wasser gegen Entgelt zu liefern.

Die Grundsteinlegung zu dem ersten Wasserwerk auf dem Ufergelände an der Spree vor dem Stralauer Tor fand 1853 statt und 1856 konnte der Betrieb eröffnet werden.

Die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens hob sich mit dem rapiden Anwachsen der Bevölkerung und der Errichtung mehrstöckiger Häuser, so daß 1870 die Versorgung bereits einen recht ansehnlichen Überschuß abwarf.

Die englische Gesellschaft war indessen zu dieser Zeit an das Ende ihrer Kapitalkraft gelangt, nachdem der Ausbau des Röhrennetzes bereits über die vertragliche Grenze hinausgeschritten war und bis zum Jahre 1867 die Erhöhung des Aktienkapitals auf 4 000 000 Taler erforderlich gemacht hatte. Die Gesellschaft erklärte sich deshalb zum weiteren Ausbau der Anlagen nur dann imstande, wenn die sichere Aussicht auf eine weitere Verlängerung des Vertrages mit der Stadt um weitere 25 Jahre bestände. Da in Anbetracht der fortgeschrittenen Entwicklung hierfür keine Neigung vorhanden war, entschloß man sich zum Ankauf der Werke. Mit Wirkung vom 1. Dezember 1873 gingen die Wasserwerksanlagen zum Kaufpreise von 25 125 000 Mark in den Besitz der Stadtgemeinde Berlin über.

Die schnelle Steigerung des Wasserbedarfes machte die Erbauung eines neuen großen Werkes erforderlich, das am Tegeler See erbaut und 1877 eröffnet wurde. Ausgang der achtziger Jahre mußte das älteste Werk am Stralauer Tor infolge der fortschreitenden Verschlechterung des Spreewassers an der Schöpfstelle aufgegeben werden. Als Ersatz erstand ein neues großes Wasserwerk für Oberflächenwasser östlich von Friedrichshagen am Müggelsee mit einem Zwischenwerk in Lichtenberg. Mit dessen Inbetriebnahme im Jahre 1893 stellte das Werk am Stralauer Tor seine Tätigkeit ein. Der Übergang zum Grundwasser, den in Deutschland die Wasserversorgungen in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wegen der Vorzüge des Grundwassers allgemein einschlugen, veranlaßte auch die Stadt Berlin, in den Jahren 1900 bis 1905 das Werk Tegel ganz und Müggelsee überwiegend in Grundwasserwerke umzubauen. Müggelsee förderte 1928 etwa 40 Millionen Kubikmeter Grundwasser und 12 Millionen Kubikmeter Oberflächenwasser.

Im Jahre 1914 wurde ein weiteres großes Grundwasserwerk in der Wuhlheide in Betrieb genommen.

Die Grundwasserversorgung in der Nähe von Berlin wird dadurch besonders begünstigt, daß die Spree- und Havelniederung die Urstromtäler der Eiszeit darstellen, die bis zur Tiefe von 30—60 Metern mit Kiesen und groben Sanden diluvialen Ursprungs ausgefüllt und diese stark wasserführend sind.

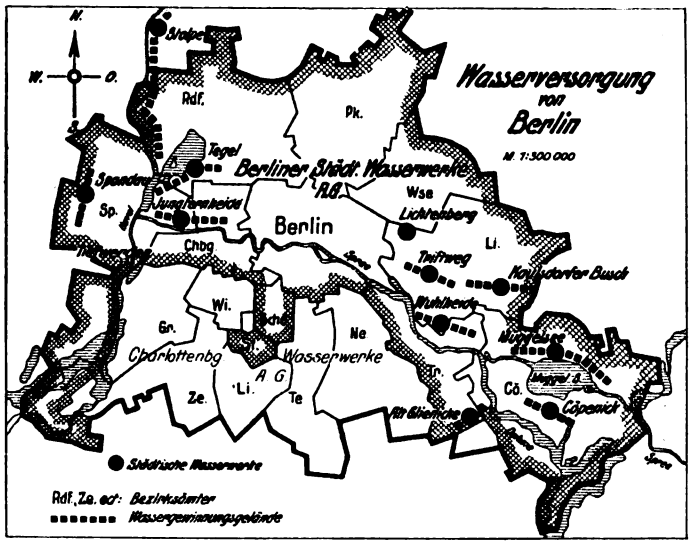
In ein neues Stadium trat die Berliner Wasserversorgung durch die Bildung von Groß-Berlin. Außer Alt-Berlin hatten eigene Wasserversorgungen im Gemeindebetriebe: Spandau, Charlottenburg, Reinickendorf, Hermsdorf, Tegel, Pankow, Rosenthal, Niederschönhausen, Hohenschönhausen, Lichtenberg, Cöpenick, Adlershof. Alle diese Vorortswerke wurden mit der Alt-Berliner Wasserversorgung 1922 zu einer einheitlichen Wasserwerksverwaltung vereinigt, die im Jahre 1924 in die Berliner Städtische Wasserwerke Aktien-Gesellschaft umgewandelt wurde. Diese Gesellschaft, die die städtischen Werke auf die Dauer von 50 Jahren von der Stadt gepachtet hat und deren Aktien sich ausschließlich in den Händen der Stadt Berlin befinden, versorgt von den 4 200 000 Einwohnern der Stadt zurzeit — 1. Juli 1929 — rund 3 500 000.

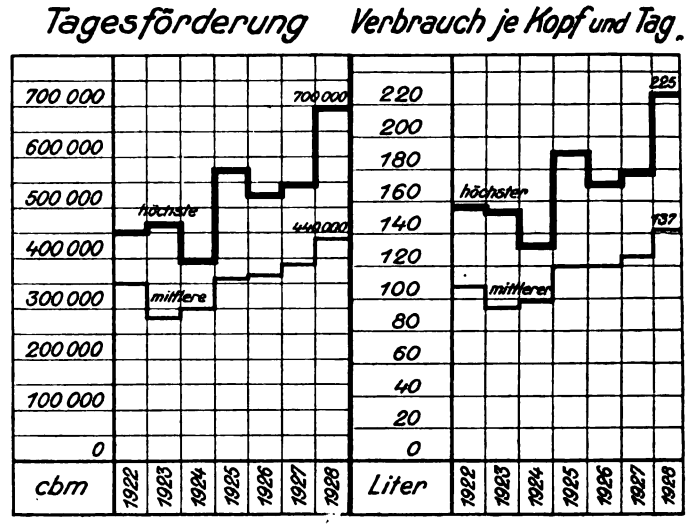
Das versorgte Gebiet umfaßt Alt-Berlin, d. h. die Bezirksämter 1—6, ferner die Bezirksämter Spandau, Charlottenburg, Reinickendorf, Pankow, Weißensee, Lichtenberg, Treptow, Cöpenick und die früheren Ortsteile Schöneberg und Steglitz, zusammen 66 154 Hektar von einer Gesamtfläche von 87 810 Hektar des Gemeindegebietes der Stadt Berlin. Dazu kommen noch einige außerhalb Berlins im Norden gelegene Dorfgemeinden.

Der Rest von Berlin wird von der Charlottenburger Wasser- und Industriewerke A.-G. versorgt.

Die Leitung der Gesellschaft liegt in den Händen einer zentralen Direktion, nach deren Anweisungen die örtlichen Unterabteilungen in den Bezirken arbeiten. Die Geschäftsführung beruht auf rein kaufmännischer Grundlage. Neben den Geschäften der Wasserversorgung erledigt die Gesellschaft auch die Einziehung der Gebühren der Stadtentwässerung im ganzen Stadtgebiet. Die Zahl der Angestellten der Gesellschaft betrug am Schluß des Jahres 1928 564, die Zahl der Arbeiter 1138.

Digitized by Google





Die Gesellschaft betreibt zurzeit folgende Wasserwerke:

a) Werke mit Wassergewinnung: Müggelsee, Cöpenick, Alt-Glienicke, Wuhlheide, Kaulsdorf, Triftweg I, Triftweg II, Stolpe, Tegel, Reinickendorf, Jungfernheide, Spandau, Teufelssee.

Alle diese Werke sind Grundwasserwerke. Im Werk Müggelsee werden außer 40 Millionen cbm Grundwasser noch 12 Millionen cbm Oberflächenwasser gefördert, die mit dem Grundwasser gemischt in das Verteilungsnetz gelangen.

b) Zwischenpumpwerk Lichtenberg (Landsbg. Chaussee).

c) Überpumpstationen Tempelhofer Berg, Akazien-Allee und Kleistpark.

Die Größe der Werkgrundstücke beträgt		333 ha
Die Anzahl der Tiefbrunnen beträgt		980 „
Die nutzbare Filterfläche		125 716 qm
Die nutzbare Rieslerfläche		5 174 „
Die Anzahl der Dampfkessel		47
Die Anzahl der Kolbendampfmaschinen	Zum Antrieb von Pumpmaschinen	49
Die Anzahl der Dampfturbinen		11
Die Anzahl der Dieselmotoren		15
Die Anzahl der Elektromotoren		36

Das Gesamtrohrnetz, durch welches die Wasserverteilung stattfindet, hat einschließlich der Hausanschlüsse eine Länge von rund 4000 km, eine Länge, welche ausreichend sein würde, um den Atlantischen Ozean zu überspannen.

Die Rohrdurchmesser der Straßenleitungen bewegen sich zwischen 100 mm bei den kleinen Straßenrohren und 1200 mm bei den größten Hauptleitungen. In dem Verteilungsnetz wird unterschieden eine Tiefstadtzone, die sich im wesentlichen mit dem Spree- und Haveltale deckt und eine nördliche und eine südliche Hochstadtzone entsprechend dem Hochplateau des Barnim und des Teltow, die das Spreetal nach Norden und nach Süden einfassen. Der Wasserdruck beträgt in beiden Zonen etwa 40 m über Straßenpflaster.

Die Entwicklung der Wasserversorgung in Berlin und damit der Gesellschaft erhellt aus folgenden Zahlen:

Bei Gründung der Gesellschaft am 1. Januar 1924 betrug die versorgte Einwohnerzahl 3,05 Millionen, Ende 1928 rund 3,5 Millionen, die entsprechende Zahl der Anschlüsse 65 000 und 84 000. Während in dem Hitzejahr 1925 die Förderung an Reinwasser im Jahre 130,5 Millionen und die Menge des verkauften Wassers 116 Millionen betrugen, waren sie im Jahre 1928 auf 162 bzw. 146,5 Millionen gestiegen, von denen 150 Millionen cbm Grundwasser und 12 Millionen cbm Oberflächenwasser waren. Der Unterschied zwischen Wasserförderung und Wasserverkauf ist der Verlust, der den Wasserwerken dadurch entsteht, daß die Wassermesser infolge einer gewissen Unempfindlichkeit gegenüber kleinen Durchflußmengen diese nicht anzeigen, obgleich sie an den Verbraucher geliefert werden. Die Städtischen Wasserwerke haben also im Jahre 1928 ihren Abnehmern nach Abzug von Verlusten anderer Art etwa 15 Millionen cbm Wasser geschenkt.

Dieser jährlichen Steigerung entsprechen die täglichen Fördermengen, die in das Netz abgegeben wurden. Die durchschnittliche Tagesförderung betrug:

1925 362 000 cbm
1928 442 000 „

die höchste Tagesförderung dagegen

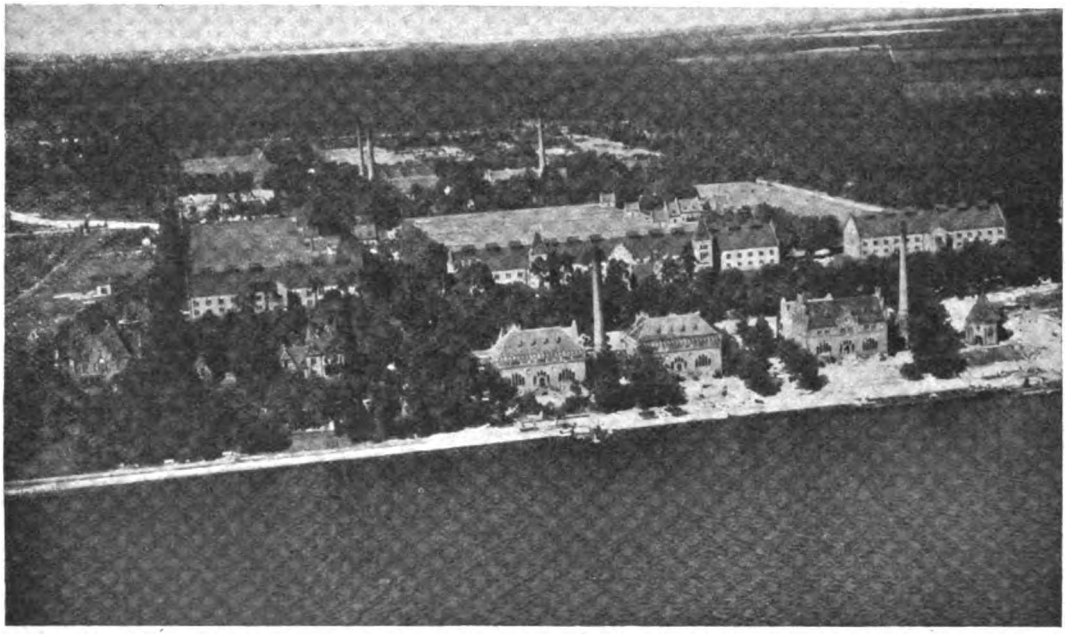
1925 592 000 cbm
1928 700 000 „

Diese erheblichen Steigerungen der Verbrauchsziffern sind zurückzuführen auf den Mehrbedarf der Bevölkerung pro Kopf und Tag, der wiederum der Steigerung schon vorhandener Lebensbedürfnisse und der Steigerung neuer Bedürfnisse, wie sie z. B. durch die immer mehr sich ausbreitende Warmwasserversorgung und die Siedlungstätigkeit entstehen, entspringt. Während beispielsweise im Jahre 1924 der mittlere Verbrauch pro Kopf und Tag rund 100 Liter, 1925 und 1926 119 Liter, 1927 126 Liter betrug, stieg er 1928 auf 137 Liter, gegenüber 1924 also eine Steigerung von rund 40 Prozent. Der

Digitized by Google

Kopfverbrauch am Tage der höchsten Förderung, der im Gegensatz zu dem kontinuierlich wachsenden mittleren Verbrauch sprungweise steigt und fällt, da er von Witterungseinflüssen, insbesondere dem Eintreten von Hitzeperioden abhängig ist, hat aber eine noch viel gewaltigere Steigerung erfahren. Er betrug 1924 130 Liter, in dem heißen Sommer 1925 189 Liter, um 1926 und 1927 auf 169 bzw. 176 Liter zu fallen und am 16. Juli 1928 auf 225 Liter zu steigen, was gegenüber 1924 eine Steigerung von 70 Prozent bedeutet.

Es leuchtet ein, daß diese gewaltigen Anforderungen ebenso gewaltige Anstrengungen zur Beschaffung neuen Wassers erfordern. Dementsprechend ist die Bautätigkeit seit Bestehen der Gesellschaft, d. h. seit 1924, eine außerordentlich lebhafte gewesen. Es sind bis zum Schluß des Jahres 1928 insgesamt rund 57 Millionen Mark für Erweiterungen der Werke, Erbauung neuer Wasserfassungsanlagen, Verlegung neuer Hauptstränge und Vergrößerung des Verteilungsrohrnetzes aufgewendet worden. Von dieser Summe wurden lediglich 14 Mill. Mark aus Anleihen gedeckt, während rund 43 Mill. aus den Rücklagen der Wasserwerke für Abschreibungen und Werkerhaltung bezahlt wurden.



Wasserwerk Müggelsee (Fliegeraufnahme).

Die Leistungsfähigkeit aller Wasserwerke zusammen, die im Jahre 1925 etwa 600 000 cbm pro Tag betrug, ist durch die vorgenommenen Erweiterungsbauten auf 900 000 cbm pro Tag im Jahre 1929 gesteigert worden. Durch weitere im Gang befindliche Bauten in den Wasserwerken an der Oberhavel wird die Tagesleistung auf nahezu 1 Million cbm gebracht und damit auch bei weiterem starken Steigen des Wasserverbrauchs eine sehr erhebliche Reserve geschaffen.

Zur Beurteilung der Wasserversorgungsverhältnisse von Berlin, im besonderen auch bei Vergleich mit den Wasserversorgungsverhältnissen anderer Städte muß hervorgehoben werden, daß das Grundwasser, welches aus den Niederungen der Spree und der Havel entnommen wird, nur durch Tiefbrunnen gewonnen werden kann, von denen die Berliner Städtischen Wasserwerke zurzeit etwa 1000 besitzen. Das gewonnene Rohwasser ist eisen- und manganhaltig und muß einem diese Stoffe ausscheidenden Reinigungsprozeß unterworfen werden, welcher eine erstmalige Hebung des Wassers durch Maschinenkraft und sehr umfangreiche Enteisenungs- und Filteranlagen erfordert. Das von den Stoffen befreite filtrierte Reinwasser muß alsdann durch eine zweite Serie von Maschinenanlagen, nötigenfalls durch besondere Zwischenwerke, deren größtes das Werk Lichtenberg (Landsberger Chaussee) ist, in das Rohrnetz weiterbefördert werden. Diese komplizierte Behandlung und Fortleitung erfordert naturgemäß sehr viele höhere Anlagekosten und Betriebskosten als in solchen Wasserversorgungen entstehen, denen wie z. B. in Wien oder München das Wasser mit natürlichem Gefälle, also ohne maschinelle Hebung und ohne weitere Reinigung zu erfordern, aus den in den Hochgebirgen liegenden Quellen zufließt.

Das Anlagekapital der Wasserwerke, deren Eigentümerin die Stadt Berlin geblieben ist, betrug trotzdem am Schluß des Jahres 1928 nicht mehr als 120,4 Mill. Mk., die Bruttoeinnahme 22,5 Mill. Mark. Nach Abzug der Betriebskosten, der Ruhegelder und Pensionen, die beiläufig bemerkt, von 1924—1928 von 524 000 Mk. auf 1 300 000 Mk. gestiegen sind, ferner nach Abzug reichlicher Abschreibungen verblieb im Jahre 1928 ein Überschuß, der eine rund 7 prozentige Verzinsung des Anlagekapitals darstellt.

Wenn trotzdem die Berliner Städtischen Werke das Wasser zu 15 Pfg. je cbm ohne jede Nebenabgabe verkaufen und dieser Preis somit 10 % unter dem Durchschnittspreise liegt, der vor Ausbruch des Weltkrieges von den damals bestehenden, das jetzige Groß-Berlin versorgenden Gemeindewasserwerken erhoben wurde und wenn trotz dieses niedrigen Wasserpreises, der zu den niedrigsten in Deutschland gezahlten gehört, die Wasserwerke bis jetzt in der Lage gewesen sind, aus laufenden Mitteln neben den oben angeführten Summen für Bauzwecke auch noch im letzten Jahre nahezu 4 Millionen bar an die Kämmerei abzuführen, so spricht dies für eine außerordentlich gesunde Wirtschaft und für die Richtigkeit der von der Stadt Berlin durchgeführten Vergesellschaftung ihrer großen Werke.

Digitized by Google

Berliner Städtische Gaswerke Aktiengesellschaft.

Ihre Bedeutung für die Gasversorgung Groß-Berlins.

Von Direktor Dr. Alexander.
Vorstandsmitglied der Berliner Städtische Gaswerke A.-G.

Die Berliner Gaswerke, die bereits auf ein hundertjähriges Bestehen zurückblicken können, haben sich aus einfachen Anfängen heraus zu einer der größten Unternehmungen Deutschlands entwickelt.

Im Jahre 1826 wurde in Berlin die englische Gasgesellschaft gegründet, die bis zum Jahre 1847 durch Privileg die alleinige Versorgung der öffentlichen und privaten Beleuchtung inne hatte. Erst von diesem Zeitpunkt an hat die Stadt Berlin eigene Werke errichtet, und in den nunmehr folgenden Jahrzehnten setzte durch die genialen Erfindungen eines Bunsen, Auer usw. ein gewaltiger Aufschwung der Gaserzeugung und Gasverwendung ein.

Neue Absatzgebiete konnten in der Gasabgabe für Koch-, Heiz- und Kraftzwecke und zu allen möglichen industriellen und gewerblichen Feuerstätten gewonnen werden.

Im Jahre 1928 wurden in dem heutigen Groß-Berliner Versorgungsgebiet bereits 656 Millionen cbm Gas erzeugt, wobei die Berliner Städtischen Gaswerke mit ca. ¾ und die Gasbetriebsgesellschaft (die ehemalige englische Gesellschaft) mit ca. ¼ an der Produktion beteiligt waren. Nur weniger als 0,1 % der Bevölkerung sind heute noch ohne Gasanschluß.

Die Berliner Städtischen Gaswerke verfügen mit ihren fünf großen in Betrieb befindlichen Anlagen in Tegel, Lichtenberg, Charlottenburg, Neukölln und an der Danziger Straße sowie mit einem kleineren noch in Betrieb befindlichen Werk in Weißensee zusammen über eine Leistungsfähigkeit von 1 850 000 cbm Gas in 24 Stunden, die einem Verbrauch von etwa 4100 t Kohlen pro Tag entsprechen, während die Gasbetriebsgesellschaft Aktiengesellschaft mit ihren Werken Gitschiner Straße, Holzmarktstraße, Schöneberg und Mariendorf den Berliner Süden und Südwesten und große Kreise des angrenzenden Kreises Teltow mit über 150 Millionen cbm Gas jährlich versorgt.

Das Straßenrohrnetz der Berliner Städtischen Gaswerke

allein ist zusammen beinahe 4000 km lang, das ist rund der dritte Teil des Erddurchmessers oder der zehnte Teil des Erdumfanges. Hiervon entfallen rund 300 km auf Ferndruckleitungen in die umliegenden Kreise der Provinz Brandenburg.

Die Verwaltung der Berliner Gaswerke hat es sich besonders in der Nachkriegszeit zur Aufgabe gemacht, die Methoden eines modernen Groß-Unternehmens nach jeder Richtung hin voll auszuwerten, um möglichst günstige Resultate sowohl in technischer als auch in wirtschaftlicher Beziehung zu erzielen.

Aus diesem Grunde wird das Gas auf den Werken heute nur noch in modernen Kokerei- und anderen Großraumöfen (Horizontal-, Schräg- und Vertikalkammeröfen) erzeugt. Das Gas wird in gleichwertiger Beschaffenheit, das heißt mit gleichem Heizwert, in ganz Berlin abgegeben. Ausschlaggebend für die Rentabilität der Gasproduktion ist ferner die Qualität der gewonnenen, höchst wertvollen Nebenprodukte, wie Koks, Teer, schwefligsaures und konzentriertes Ammoniak, Benzol, Schwefelsäure, die ihrerseits wieder der Ausgangspunkt großer Industriezweige sind.

Mit größter Sorgfalt wird auf qualitativ hochwertige Erzeugnisse hingearbeitet, die zum Teil in eigenen Nebenanlagen weiterverarbeitet werden. Aus der im Jahre 1928 vergasten Kohlenmenge von 1 072 250 t sind allein bei den Berliner Städtischen Werken erzielt worden:

ca.	490 000 000	cbm Gas,
ca.	863 000	t Koks,
ca.	48 000	t Steinkohlenteer,
ca.	6 500	t Benzolvorprodukte,
ca.	1 000	t reines Benzol,
ca.	157 000	t Ammoniak,
ca.	9 500	t schwefelsaures Ammoniak,
ca.	3 800	t Schwefelsäure.

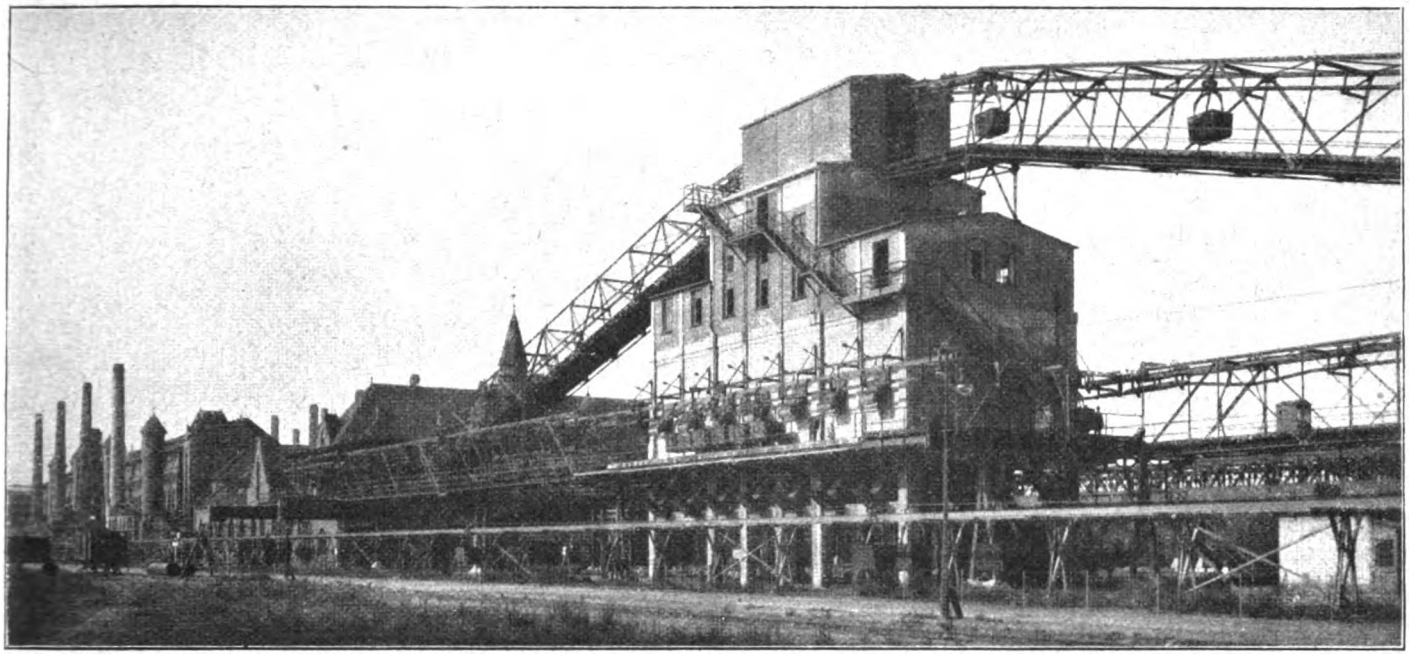
Diese Zahlen erhellen eindeutig die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Ausnutzung der Kohle und den Grundsatz: Keine Kohle direkt verbrennen, sondern sie vergasen und in den Gaswerken mit größter Wirtschaftlichkeit in die einzelnen wertvollen Bestandteile zerlegen und diese den einzelnen Verwendungszwecken nutzbringend zuführen.

Auch die von den Kommunal- und Staatsbehörden intensiv angestrebte Einschränkung der Rauch- und Rußplage in Großstädten wird am wirkungsvollsten dadurch erreicht, daß an Stelle aller festen Brennstoffe das rauchfrei verbrennende Gas besonders in gewerblichen und industriellen Betrieben immer mehr zur Einführung gelangt.

Auf diese Weise wird im Weichbild der Stadt die Rauchplage immer mehr und mehr vermieden und die Luft für die Gesundheit der Bevölkerung hygienisch einwandfreier.

Die Verwendung des Leuchtgases ist eine äußerst mannigfaltige und gewinnt trotz des steigenden Verbrauchs an elektrischer Energie von Jahr zu Jahr an Bedeutung. In den ersten Jahrzehnten des Bestehens der Gasindustrie diente das Steinkohlengas ausschließlich der Beleuchtung. Durch die Elektrizität auf dem Gebiete der Wohnungsbeleuchtung zurückgedrängt, beherrscht es heute neben der Straßen-Beleuchtung, in der es wegen der absoluten Zuverlässigkeit und Gleichmäßigkeit sich auch

Digitized by Google



Gaswerk Tegel. Koksaufbereitung, Hängebahn, im Hintergrunde links Kammerofenhaus.

gegenüber dem elektrischen Licht behauptet, vor allem die Arbeitsgebiete, bei denen es auf Lieferung von Wärme ankommt.

Die Gegenwart und Zukunft der Verwendung des Gases liegen auf den großen Arbeitsgebieten:

Haushalt, Gewerbe und Industrie.

Mit den Worten rein, rasch, billig ist die Bedeutung der Gasanwendung im Haushalt gekennzeichnet. Für den Haushalt hat die nie rastende Technik immer weiter vervollkommnete Kochherde mit hohem Wirkungsgrad herausgebracht. Aber nicht nur der einfache Gaskocher macht das Gas für jede Hausfrau unentbehrlich, sondern auch seine Verwendung in den bestens durchgebildeten Gasbrat-, Back- und Grillöfen ist für die Hausfrau von zeitsparender und daher entscheidender Bedeutung.

Das große Gebiet der Warm- und Heißwasser-Bereitung für Bade- und Küchenzwecke wird mehr und mehr eine Domäne des Gases. Hierzu dienen Warmwasserbereiter von hohem Wirkungsgrad, von denen aus Warmwasser je nach Bedarf und ohne Mühe auch nach dem Badezimmer, den Waschräumen usw. gleichzeitig geleitet werden kann. Auch auf dem Gebiete der Raumheizung gewinnt der Gasheizofen immer mehr an Boden. Ein Winter, wie ihn das Jahr 1929 brachte, hat wohl manchen die Vorteile einer solchen bequemen und schnell wirkenden Heizung eindringlichst gezeigt. Neben Koch- und Heizgeräten gibt es eine Reihe anderer nützlicher Haushaltsgeräte, z. B. gasbeheizte Waschmaschinen und Waschautomaten, die bei größter Schonung der Wäsche und Ausschaltung jeder größeren Körperanstrengung eine saubere Wäsche in kürzester Zeit liefern. Das Bügeln der Wäsche mit gasbeheizten Eisen ist eine wohlbekannte und bewährte Einrichtung, die sich immer mehr und mehr einführen wird.

Ein sehr großes Anwendungsgebiet findet die Gasbeheizung in den verschiedensten Gewerben, wie im Gastwirts-, Konditorei-, Bäckerei-, Schlächterei-, Plätterei- und Wäscherei-Gewerbe. Zahlreiche Großbetriebe Berlins, wie Kempinski, Aschinger usw., haben ihren Kochbetrieb fast vollkommen auf Gas eingestellt. Ganze Batterien von Herden, Back- und Bratöfen, Grill-Apparaten und Kaffee-Maschinen versorgen die Riesenzahl der Besucher dieser ersten Weltstadtbetriebe.

Besonders gebaute Backöfen ermöglichen die Herstellung von gleichmäßigen Backwaren aller Art für das Konditoreigewerbe.

In den Groß-Bäckereibetrieben sind es hauptsächlich die Groß-Backöfen mit einem Durchschnitt bis 30000 Broten täglich, eine Leistung, die ohne Gasbeheizung nicht denkbar ist. Kleine Backöfen mit Gasbeheizung für kleinere Betriebe gelangen jetzt zur Einführung.

Im Schlächtereigewerbe findet das Gas zum Kochen von Würsten, zum Räuchern, Sengen und anderen Vorrichtungen eine immer weitere Verbreitung, da es durch seine große Regelbarkeit jeden Verlust an Wurstgut vermeidet.

In Wäschereien, bei denen die Sauberkeit eine selbstverständliche Rolle spielt, haben die gasbeheizten Waschmaschinen, die in mannigfaltigen Ausführungsformen auf den Markt kommen, ein großes Verwendungsfeld erobert.

In Waschanstalten und in der Konfektion wird seit langem fast ausschließlich mit Gasbügeleisen und -apparaten gearbeitet, die infolge ihrer geringen Betriebskosten allen anders beheizten Eisen überlegen sind.

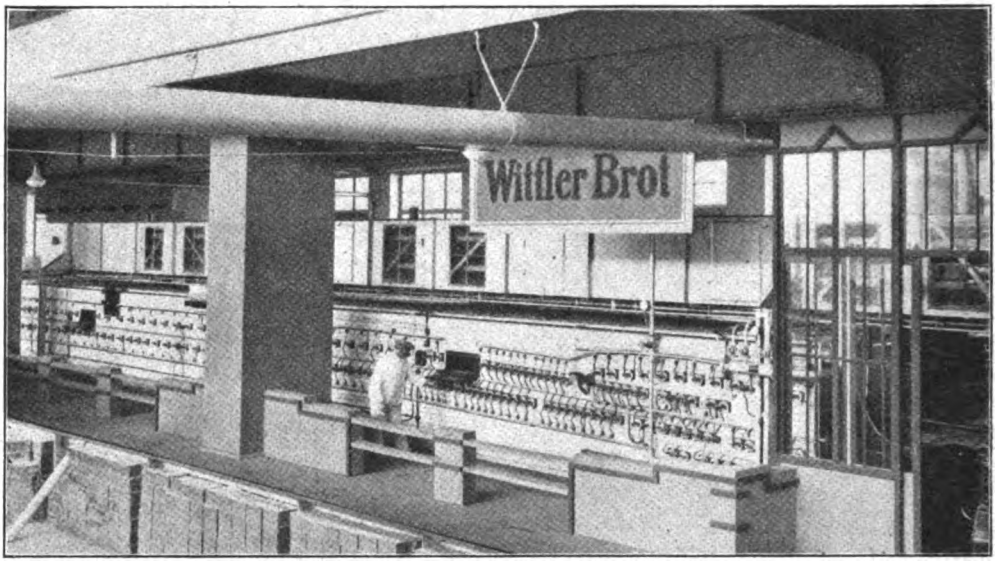
Ein neues und äußerst umfangreiches Arbeitsgebiet erschließt sich der Gasbeheizung in steigender Anforderung

in der Industrie,

in der an die Beschaffenheit der herzustellenden Erzeugnisse hohe Anforderungen gestellt werden. Beim Glühen,

Digitized by Google

Härten, Schmelzen, Schmieden, Schneiden, Emaillieren und Trocknen und bei ähnlichen Arbeitsvorgängen ist das Gas zum unentbehrlichen Mitarbeiter der Industrie geworden. In der Glas- und keramischen Industrie bietet die Gasbeheizung durch die Bildsamkeit und Beweglichkeit der Gasflamme, die Regelbarkeit der Flammengröße und des Flammenwärmegrades allen anderen Brennstoffen gegenüber ganz besondere Vorzüge. Diese Erkenntnis hat die Einführung dieser idealen Heizkraft auf breitester Grundlage ermöglicht. Die Berliner Städtischen Gaswerke unterhalten für die Einführung des Gases in der gesamten Industrie eine Reihe von beratenden, sachverständigen Ingenieuren, deren Aufgabe es ist, alle Zweige des Gewerbes und der Industrie mit ihren Erfahrungen auf den verschiedensten Gebieten zu beraten. Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß diese Einrichtung der gesamten Industrie kostenlos zur Verfügung steht. Ebenso findet jeder Haushalt bei der Berliner Städtischen Gaswerke Akt.-Ges. eine kostenlose Beratung in dem vorbildlich organisierten Hausdienst, Am Karlsbad 12 13, in dem etwa 50 Damen tätig sind, die jederzeit auf Anforderung jedem Berliner Haushalt im Versorgungsgebiet der städtischen Werke zur Verfügung stehen, die Gasgeräte nachprüfen und die Hausfrau über deren zweckmäßigste Handhabung unterrichten.



Gasbeheizter Brotbackofen.

Hochwertige, aber leichtverständlich abgefaßte, gut u. instruktiv
illustrierte Beiträge gesucht
auf den Gebieten der Hauswirtschaft, Wohnungsbau und Wohnungseinrichtung, Gartenpflege, Haus- und Kleintierzucht, Ernährung, Frauen- und Kinderkleidung, Handarbeiten, Erziehung, Hygiene, Leibesübungen und Schönheitspflege.
Verlag A. H. Payne, Leipzig W 31

„Presse und Pressa“

Ein Brevier für Journalisten und die es werden wollen.

Dr. Stern-Rubarth,
Chefredakteur des W. T. B. in der „Deutschen Presse:“
. . . . Im ganzen: es ist ein sorgfältig und liebevoll gearbeitetes Werk, aus dem man unendlich viel lernen kann. . .

Der Reichskunstwart:
. . . . Durch die geschickte Verbindung von Bild, Schlagwort und Text ist in diesem dauernden Erinnerungsbuch auch der Stil, den wir heute für derartige propagandistische Dinge suchen, in ausgezeichneter Weise erfaßt.

Reichsminister a. D. Sollmann:
. . . . von der Höhe Ihrer Leistung geradezu überrascht. Es ist die glänzendste Würdigung der Pressa, die mir unter die Augen gekommen ist.

Für Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse ist der Ursprungspreis von 5 RM auf **zwei Mark** herabgesetzt.
Zu beziehen: (zuzüglich 30 Pfg. Porto oder durch Nachnahme zuzüglich Porto RM 2.60.)
Verlag der „Deutschen Presse“,
Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241

Digitized by Google

Kommunale Straßenreinigungs- und Müllbeseitigungs-Betriebe.

Von G. Erdmann,
Direktor der Straßenreinigung und Müllbeseitigung in Berlin.

Wenn der Großstädter am frühen Morgen seinen Weg zur Arbeitsstelle antritt, wenn er am Nachmittag ermüdet heimkehrt oder am Abend erholungsuchend spazieren geht, immer und überall will er saubere Straßen vorfinden. Aber nicht nur sauber sollen die Straßen sein, sondern auch staubfrei. Der Staub reizt die Schleimhäute der Atmungsorgane des Menschen, dringt in die Wohnungen und Läden ein und überzieht alles mit einer grauen Decke. Auch der Verkehr stellt besondere Ansprüche an die Sauberkeit der Straßen. Die stark gesteigerte Verkehrsgeschwindigkeit im Oberflächenverkehr und die größere Verkehrsdichte bedingen eine größere Sicherheit des Verkehrs, und diese erhöhte Sicherheit erfordert bei bestimmten Arten von Straßendecken bei der Reinigung eine besondere Behandlung. In Berlin, das eine Straßenfläche von rund 40 Millionen Quadratmeter hat, werden an die Straßenreinigung besonders hohe Anforderungen gestellt. Berlin ist nicht nur Großstadt, es ist auch Reichshauptstadt und Weltstadt. Von Berlin erwartet man, daß schon in seinem Äußeren diese Sonderstellung zum Ausdruck kommt und daß seine Straßen von vorbildlicher Sauberkeit sind. In der Vorkriegszeit stand Berlin in dem Ruf, eine der saubersten Städte der Welt zu sein. In der Kriegs- und Nachkriegszeit und in der Zeit der Inflation, als alle Ausgaben der öffentlichen Verwaltungen stärkstens gedrosselt waren, konnte dieser Ruf nicht immer gehalten werden. Inzwischen aber hat Berlin aufgeholt. 18 Millionen Reichsmark gibt die Reichshauptstadt alljährlich für die Sauberhaltung ihrer Straßen aus. Das ist, wenn man die gesunkene Kaufkraft unseres Geldes berücksichtigt, nicht ganz soviel wie in der Vorkriegszeit. Wenn trotzdem die Berliner Straßen heute wieder ebenso sauber sind wie ehedem, so liegt das in erster Linie daran, daß durch die Rationalisierung des Betriebes, die Einführung neuer, leistungsfähigerer Arbeitsmaschinen und die zweckmäßigere Ausgestaltung der Arbeitsverfahren die Leistungen nicht unbeträchtlich gesteigert werden konnten. Man hat Maschinen konstruiert, die in einem Arbeitsgang das Straßenpflaster besprengen, den Schmutz abfegen, ihn sofort mit aufnehmen und abfahren. Von den Asphaltstraßen spült man den Schmutz mit Waschmaschinen oder Spülmaschinen in die Gullys, und aus den Gullys saugt man ihn mit Kraftbaggersaugwagen wieder heraus, ohne daß er dem Auge nochmals sichtbar wird. Die Großkraftsprengwagen, die zur Staubbekämpfung benutzt werden, können Straßen bis zu 24 Meter Breite in einer Fahrt besprengen. Selbst bei den Winterarbeiten wird die Handarbeit mehr und mehr durch Maschinenarbeit ersetzt. Die Entwicklung ist damit noch nicht abgeschlossen. Je mehr die Ansprüche wachsen, die an die Sauberkeit der Straßen gestellt werden, desto mehr werden die Straßenreinigungsbetriebe bestrebt sein müssen, ihre Betriebsmittel den gesteigerten Ansprüchen anzupassen. Zugleich aber werden sie versuchen müssen, die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu erhöhen, um die Bürgerschaft nicht über Gebühr mit den Kosten solcher Einrichtungen zu belasten.

Die Beseitigung der festen Abfallstoffe, die innerhalb der bebauten oder bewohnten Grundstücke sich ansammeln (des sogenannten Mülls), ist, rein rechtlich betrachtet, noch immer eine Angelegenheit der Eigentümer der Grundstücke. Aber die Erkenntnis, daß aus Gründen der öffentlichen Gesundheitspflege und der Volkswohlfahrt auch die Gesamtheit der Bevölkerung an einer einwandfreien Beseitigung dieser Abfallstoffe interessiert ist, hat sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr durchgesetzt und darf als der Grund dafür angesehen werden, daß heute in fast allen namhaften Gemeinden Deutschlands die Müllbeseitigung in der Hand der Gemeinde liegt. Zu Beginn dieser Entwicklung, also in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, konzentrierte sich das öffentliche Interesse mehr auf die endgültige Beseitigung und Unterbringung des Mülls. Schon damals spielte die Frage, ob nicht aus hygienischen Gründen an die Stelle der landwirtschaftlichen Verwertung des Mülls oder der Anschüttung von Ödland die Verbrennung oder die industrielle Verwertung treten müsse, in den öffentlichen Erörterungen eine nicht unbedeutende Rolle. Sehr bald aber erkannte man, daß es notwendiger und auch naheliegender sei, zunächst einmal die Einwohnerschaft der Städte gegen die aus der Sammlung und Aufbewahrung des Mülls sich ergebenden gesundheitlichen Gefahren zu schützen und bei der Abholung des Mülls Belästigungen durch Staub und üble Gerüche zu verhindern. Dieser Aufgabe haben sich die Betriebe mit beachtenswertem Erfolge unterzogen. Besonders im letzten Jahrzehnt sind die Einrichtungen für die Müllsammlung und -abfuhr, die in ihrer Entwicklung hinter der allgemeinen technischen Entwicklung zurückgeblieben waren, bedeutend verbessert und vervollkommnet worden. Von der Müllgrube und dem einfachen, oben offenen Müllsammelwagen ging die Entwicklung zum Haus- und Hofstandgefäß und dem allseitig geschlossenen Abfuhrwagen mit staubdichter Einschüttvorrichtung, und schließlich zum Großraummüllwagen mit mechanischer Be- und Entladevorrichtung und Verteileranlage im Wageninnern. Wie hoch der in dieser Entwicklung liegende Fortschritt zu veranschlagen ist, das ersieht man daraus, daß so manche dieser in Deutschland konstruierten und hergestellten Einrichtungen inzwischen den Weg ins Ausland gefunden hat.

Aber auch mit der Frage, die den Ausgangspunkt der Bewegung bildete, nämlich der Frage, wie das Müll in hygienisch einwandfreier und wirtschaftlich befriedigender Weise endgültig unterzubringen ist, hat man sich inzwischen wieder eingehender zu beschäftigen begonnen. Wie diese Aufgabe schließlich gelöst werden wird, ist heute noch nicht abzusehen. Es darf aber angenommen werden, daß es den Stadtverwaltungen gelingt, gemeinsam mit der deutschen Industrie auch hier die richtige Lösung zu finden. —

Digitized by Google

Die Sparkasse der Stadt Berlin.

Von F. Schmitt, geschäftsführender Direktor.

Die Sparkasse der Stadt Berlin kann als älteste öffentliche Sparkasse Preußens auf eine 110jährige wechselvolle Geschichte zurückblicken. Ereignisse, die während dieser Zeit auf das Berliner Wirtschaftsleben einwirkten, spiegeln sich in ihrem wichtigsten Geschäftszweig, in der Spareinlagenbewegung, wider. So wurde ihre Spareinlagenentwicklung u. a. durch die Choleraperiode in den 40er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, durch die Revolution im Jahre 1848 und durch die Kriegsjahre 1864, 1866 und 1870/71 stark beeinflußt. Der große wirtschaftliche Aufschwung Berlins nach 1871 ließ ihre Spareinlagen in einem Umfange anwachsen, der es ihr ermöglichte, der Berliner Bevölkerung Hypothekenkredite in erheblichem Ausmaß langfristig zur Verfügung zu stellen.

Im Jahre 1916 übernahm die Sparkasse der Stadt Berlin, wie alle Sparkassen, die Aufbewahrung und Verwaltung von Kriegsanleihen für ihre Kunden. Der bargeldlose Zahlungsverkehr der Sparkassen, der schon vor dem Kriege seinen Anfang genommen hatte, wurde 1917 von der Sparkasse der Stadt Berlin — aber nicht in der von den Sparkassen-Giroverbänden ausgebauten Form —, sondern als „Sparverrechnungsverkehr" eingeführt. Dieser mußte indessen 1920, als er infolge der großen Bedeutung, die der Sparkassen-Giroverkehr erlangte, den Anforderungen nicht mehr entsprach, in die übliche Form des kommunalen Giroverkehrs umgewandelt werden.

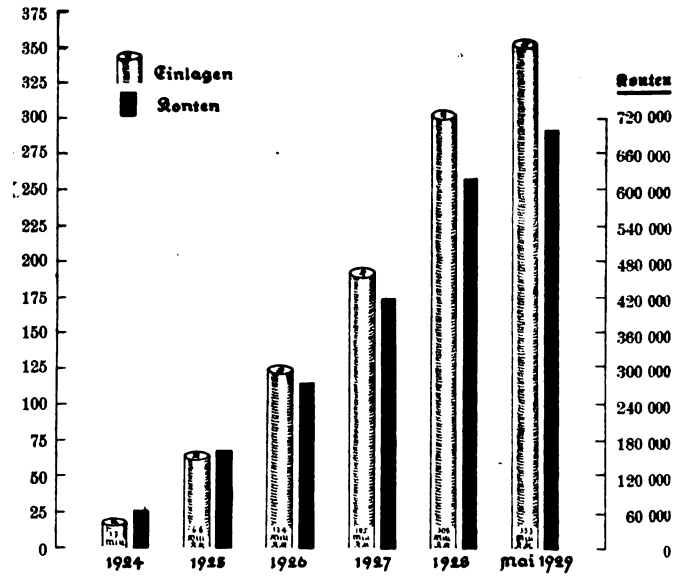
Durch das Abgleiten der deutschen Währung nach Kriegsende gingen die Hauptgeschäftszweige der Sparkassen — das Ansammeln von Vermögensteilen auf lange Sicht und ihre langfristige Anlage —, die ausschließlich auf der Grundlage einer stabilen Währung möglich waren, zurück, dafür nahmen aber die jüngeren Zweige der Sparkassen — die bankmäßigen Geschäfte wie Konto-Korrent-, Wechsel-, Scheck- und Wertpapierverkehr — zu, so daß für sie bei fast allen Sparkassen besondere Organisationen — die Girokassen — errichtet werden mußten. Während bei einzelnen größeren Sparkassen schon vor dem Kriege derartige Kassen errichtet waren, gründete die Sparkasse der Stadt Berlin unmittelbar nach Aufnahme dieser Geschäftszweige im September 1920 die erste Girokasse, ihr folgten bald weitere, so daß sie Ende 1920 6 Girokassen hatte.

In jener Zeit des Währungsverfalls, in der an alle Sparkassen größere Anforderungen gestellt wurden, hatte die Sparkasse der Stadt Berlin noch andere große organisatorische Maßnahmen vorzunehmen, die sie vollkommen umgestalteten. Mit der Eingemeindung großer Vorortsgemeinden nach Berlin mußte sie die 15 Sparkassen dieser Vororte, die zum Teil selbst einen bedeutenden Umfang hatten und ein ausgebautes Girokassennetz besaßen, aufnehmen und mit ihren Kassen vereinigen. Das bedeutete einmal die Herbeiführung einer einheitlichen Verfügungsgewalt über die Mittel der Sparkasse, eine Vereinheitlichung ihres ganzen Geschäftsgebahrens und sodann die Ausgestaltung des vorhandenen Sparkassen- und Girokassennetzes in der Weise, daß allen Berlinern eine bequeme Erreichung einer Kasse ermöglicht wurde. Zentralisation in der Verfügung über die Vermögensteile der Sparkasse und Dezentralisation des Kundenverkehrs waren, auf eine kurze Formel gebracht, die Aufgaben, die die Sparkasse zu lösen hatte.

Die Übernahme der Girokassen zwang außerdem zur Gründung einer besonderen Geldausgleichsstelle — Girozentrale —, die den Ausgleich der kommunalen Girozahlungen innerhalb der ihr angeschlossenen Girokassen vorzunehmen hatte und der gleichzeitig der Giroverkehr mit den übrigen Girozentralen oblag.

Die Organisation der Sparkasse der Stadt Berlin wurde infolgedessen in zwei große Teile zerlegt. Die Sparkassengeschäfte wurden in einer Sparkassenzentrale der Stadt Berlin und die bankmäßigen Geschäfte, wie kommunaler Giroverkehr, Konto-Korrent-, Wechsel-, Scheck-

Sparkonten und Spareinlagen der Sparkasse der Stadt Berlin von 1924 bis Mai 1929.



und Wertpapierverkehr in einer Girozentrale der Stadt Berlin zusammengefaßt. Die Girozentrale ist Anfang 1925 zur Berliner Stadtbank ausgebaut worden. Die Verwaltung der Sparkasse der Stadt Berlin wurde zentralisiert und einem Aufsichtsrat, dem die Behandlung grundsätzlicher Fragen der Sparkassen oblag und dem Vorstande, der die Geschäftsführung der Sparkasse hatte, übertragen. Für das Aktivgeschäft (Kreditgewährung) und die indifferenten Geschäfte der Sparkasse und Girozentrale wurden in den Zentralen beider Gruppen besondere Abteilungen eingerichtet, von denen diese Geschäfte ausschließlich erledigt werden. Die Verbindung mit der Kundschaft lag nach wie vor bei den Sparkassen, die Bezirkskassen genannt wurden, den Zweigsparkassen und den Girokassen sowie den Nebenstellen dieser Kassen.

Die Sparkassenzentrale hatte nach ihrer Übernahme insgesamt 19 Sparkassen, 72 Zweigkassen und 232 Nebenstellen, die im Berliner Bezirk zerstreut lagen.

Infolge des Rückgangs der Spartätigkeit und des starken Anwachsens der Betriebsunkosten während der In-

Digitized by Google

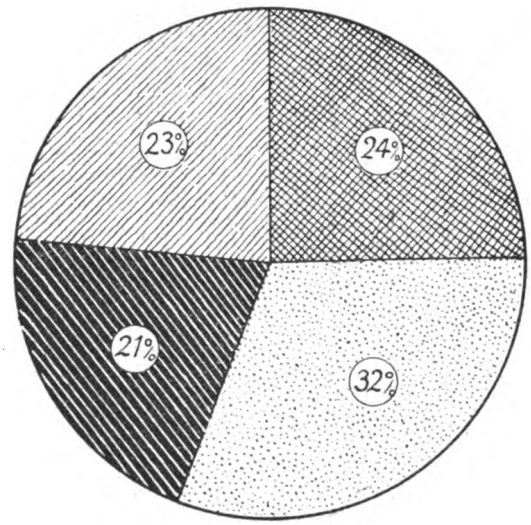
flationszeit mußte ein großer Teil der Zweigsparkassen und der Nebenstellen sowie einzelne Kassen aufgelöst werden, doch konnte ab 1924 das Sparkassennetz wieder aufgebaut und ausgebaut werden. Im Mai 1929 hatte die Sparkasse in sämtlichen Stadtteilen Berlins insgesamt 70 Sparkassen und rund 200 Nebenstellen aufzuweisen.

Die durch die Inflation untergrabene Spartätigkeit bei der Sparkasse der Stadt Berlin nahm wieder ihren Anfang, als es ihr durch die Ausgabe wertbeständiger Reichs- und Kommunalanleihen ermöglicht wurde, um die Mitte 1923 für ihre Kunden wertbeständige Konten zu errichten. Nach der Umstellung der Papiermark auf Rentenmark und später auf Reichsmark begann eine lebhafte Spartätigkeit unter der Berliner Bevölkerung. Die Spareinlagen sind unabhängig von den Konjunkturschwankungen seit 1924 ständig angewachsen und betrugen Ende Mai 1929 352 Mill. RM. Auch die Zahl der Sparkonten ist ständig gestiegen. Ende Mai zählte die Sparkasse wieder 705 890 Sparer, von denen 13 % alte Sparer sind, die ihre ausgezahlten Aufwertungsbeträge aus früheren Spareinlagen zur Anlage von Reichsmarkkonten benutzt haben.

Die Sparkasse der Stadt Berlin hat seit 1924 besonderen Wert auf das Jugendsparen durch Ausgabe von Geschenksparbüchern für Neugeborene, Errichtung von Schulsparkassen und Verkauf von Sparmarken in den Schulen gelegt, und weiterhin hat sie das Heim- und das Kleinsparen durch Ausgabe von Sparbüchsen gefördert. Die Bedeutung des Kleinsparwesens geht u. a. daraus hervor, daß in den Jahren 1924 bis 1928 über 30 % aller neu errichteten Sparkonten solche bis zu 20 RM waren und über 70 % aller Sparkonten Ende 1928 ein Guthaben bis zu 500 RM aufzuweisen hatten. Durch die Einrichtung von Zwecksparkonten gibt die Sparkasse der Stadt Berlin den Sparern Gelegenheit, zu einem höheren Zinssatz als üblich größere Sparbeträge anzusammeln. Das Sparen für den Bau von Eigenheimen sucht sie durch die Errichtung von Kollektivbausparkassen zu erleichtern.

Die angesammelten Sparbeträge stellt sie, soweit sie sie nicht entsprechend dem Anlagegesetz in Wertpapieren anlegen muß, vorwiegend als Hypothekenkredit der Berliner Bevölkerung zur Verfügung. So hat sie bis März 1929 insgesamt 1834 Hypotheken von zusammen 136 Mill. Reichsmark gewährt. Hiervon entfallen 1047 Hypotheken

Zinsbar angelegtes Vermögen der Sparkassen der Stadt Berlin am 31. 12. 1928



Vorübergehend angelegte Barbestände	70	Mill. RM	= 23 %
Inhaberpapiere	74	„ „	= 24 %
Feingoldhypotheken	97	„ „	= 32 %
Darlehen	65	„ „	= 21 %
Gesamtvermögen	306	Mill. RM	= 100 %

im Betrage von 57 Mill. RM auf Altbauten und 787 Hypotheken im Betrage von 79 Mill. RM auf Neubauten. Damit hat sie seit 1924 insgesamt 12 438 Neubauwohnungen finanziert, von denen 10 395 Kleinwohnungen bis zu 3 Zimmern sind.

Die Berliner Stadtbank.

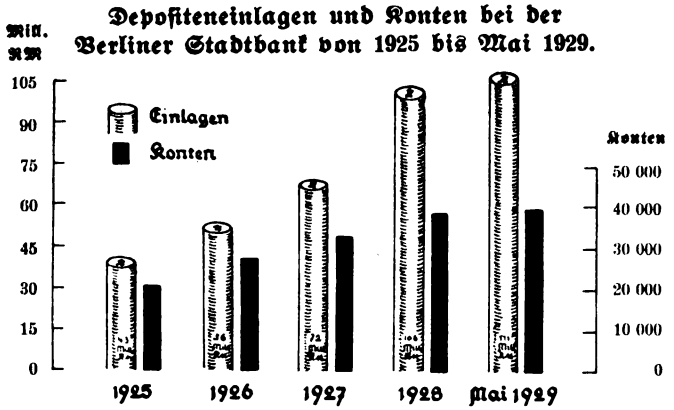
Girozentrale der Stadt Berlin.

Die zweite große Abteilung der Sparkasse — die Girozentrale — wurde Ende 1924 in ein selbständiges neben der Sparkasse ressortierendes Institut — Berliner Stadtbank — Girozentrale der Stadt Berlin — umgewandelt, das am 1. Mai 1925 seine Geschäftstätigkeit aufnahm. Aufsichtsrat und Vorstand der Sparkasse sind mit der Leitung und der Geschäftsführung dieses neuen Instituts betraut worden; der Aufsichtsrat der Berliner Stadtbank führt die Bezeichnung Verwaltungsrat. Die Organisation blieb im wesentlichen die gleiche wie bei der früheren Girozentrale, nur wurde eine schärfere Zentralisierung eines Teiles der indifferenten Geschäfte vorgenommen. Die Girozentrale hatte bei ihrer Errichtung im Jahre 1920 insgesamt 21 Girokassen. Ihre gute Entwicklung während der Inflationszeit, die vor allem neben der Ausweitung des kommunalen Giroverkehrs, durch das Aufblühen des Wertpapiergeschäftes und durch die rege Inanspruchnahme der bei den Girokassen vorhandenen Stahlkammerfächer hervorgerufen wurde, machte im Jahre 1921 schon die Errichtung weiterer 10 Girokassen notwendig. Im Jahr 1928 übernahm die Berliner Stadtbank die Geschäfte der Neuköllner Stadtbank G.m.b.H. in Liqu. und hatte Ende 1921 insgesamt 32 Girokassen und 50 Zahlstellen, die mit Sparkassen verbunden sind, aufzuweisen.

Durch die Inflationskrise im Jahre 1924 ging die Geschäftstätigkeit bei den Girokassen erheblich zurück. Die Gründung der Berliner Stadtbank ermöglichte aber durch Ausdehnung des Geschäftsbetriebes über die Grenzen der Sparkassengeschäfte hinaus eine erhöhte Geschäftstätigkeit bei den Girokassen. Die Anzahl ihrer Depositen- und Girokonten, die Ende 1924 auf 13 041 gesunken war, stieg Ende 1925 auf 20 651 an und ist dann weiterhin bis zum Mai 1929

Digitized by Google

auf 39 501 angewachsen. Die Depositen- und Giroeinlagen hatten ebenfalls unter größeren durch die Konjunkturkurve bedingten Schwankungen eine beträchtliche Steigerung aufzuweisen. Ende Mai 1929 betrug der Einlagenbestand auf diesen Konten 111 Mill. RM.

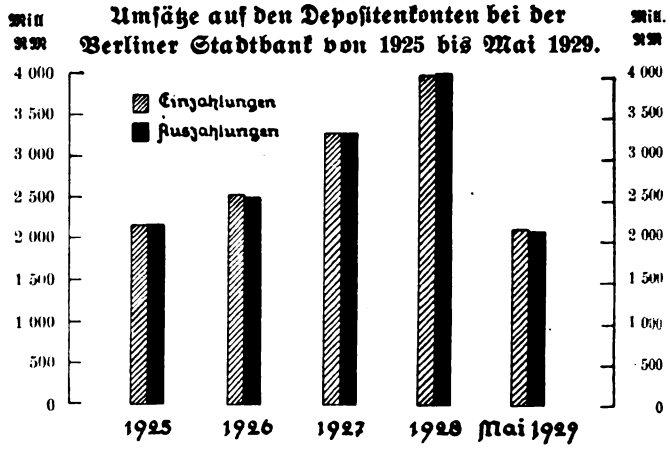


Das Wertpapiergeschäft ging entsprechend der allgemeinen Börsenentwicklung seit 1923 zurück. Die Konto-Korrent-Kreditgewährung und das Wechsel-Diskontgeschäft wurden aber von der Berliner Stadtbank stark ausgebaut. Fast allen Wirtschaftszweigen Berlins konnte die Berliner Stadtbank unter Bevorzugung des gewerblichen Mittelstandes Kredite zuführen. Ihre Eigenschaft als Devisenbank und ihre Beziehungen zum Ausland über die deutsche Girozentrale ermöglicht ihr auch, Geldüberweisungen nach dem Ausland für ihre Kunden auszuführen. Dem Wohnungsbau hat sie durch ihre eigens zu diesem Zwecke errichtete Baugeldabteilung in beträchtlichem Ausmaße kurzfristige Kredite zur Verfügung gestellt, die nach Fertigstellung des Baues durch Hypotheken der Sparkasse der Stadt Berlin oder durch solche anderer Institute abgelöst wurden.

Der Kommunal-Giro- und Scheckverkehr haben bei der Berliner Stadtbank seit ihrer Gründung erheblich zugenommen, und der vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband in die Wege geleitete Reisekreditbriefverkehr erfreut sich bei ihr wachsender Beliebtheit. In letzter Zeit sind auch ihre Stahlkammerfächer von ihren Kunden wieder stärker benutzt worden.

Die Berliner Stadtbank sucht ebenso wie die Sparkasse der Stadt Berlin ihr Geschäftsgebaren immer wieder der neuzeitlichen Entwicklung anzupassen und durch Errichtung von neuen Kassen- und Nebenstellen der Berliner Bevölkerung die Inanspruchnahme des Institutes für ihre Geld- und Kreditgeschäfte zu erleichtern. Wie bisher, so ist sie auch weiterhin bemüht, durch Rationalisierung und Mechanisierung ihrer Betriebe, die dem Kunden entstehenden Unkosten auf ein möglichst niedriges Maß herabzudrücken.

Sparkasse und Stadtbank können ihre Aufgaben aber nur dann erfüllen, wenn die Berliner Bevölkerung zu ihren Instituten das nötige Vertrauen hat und von ihnen ihre Geldgeschäfte erledigen läßt. Die enge Verbindung



zwischen Sparkasse und Stadtbank sowohl in ihrer Leitung als auch in der räumlichen Vereinigung der Girokassen mit den Sparkassen gibt auch den Sparkassenkunden die Möglichkeit, bankmäßige Geschäfte bequem durch die Stadtbank erledigen zu lassen.

Matern der auf den Seiten 477–488 veröffentlichten Abbildungen sind erhältlich beim Verlag der „Deutschen Presse", Berlin S W 48, Friedrichstraße 240/41

Unentbehrlich
für jede Redaktionsbibliothek

Dr. jur. JOSEF TRAKATSCH
Die strafrechtliche Haftung des verantwortlichen Redakteurs in der Rechtsprechung des Reichsgerichts

RM 2.50 (bei Voreinsendung des Betrages oder RM 2.95 bei Nachnahmesendung)
Postscheckkonto Berlin NW 144 83

VERLAG FÜR PRESSE, WIRTSCHAFT UND POLITIK G.M.B.H., BERLIN SW 48, FRIEDRICHSTRASSE 240/41

Digitized by Google

Der Feuerschutz der Weltstadt.

Von Hans Weilmaier,
Sekretär im Verband Deutscher Berufsfeuerwehrmänner, Berlin.

Den charakteristischen Eigenheiten der Weltstadt muß auch die Gestaltung des Feuerschutzes Rechnung tragen. Die Weltstadt ist nicht nur der Brennpunkt des gesellschaftlichen Lebens, sondern auch Handel- und Industriezentrum. Um die Weltstadt vor schweren Verlusten durch Schadenfeuer zu bewahren, müssen vor allem die Gebäude in einer Bauart ausgeführt sein, die das hemmungslose Umsichgreifen entstandener Schadenbrände verhindert. Die Erfahrungen — auch der Gegenwart — lehren jedoch, daß es keine Bauweise gibt, die der Entwicklung eines einmal entstandenen Schadenfeuers dauernd Widerstand leisten kann. Um die Feuersicherheit der Weltstadt auf das für das Zusammenleben von Millionen Menschen bedingte Maß zu bringen, sind deshalb noch besondere Feuerschutzmaßnahmen notwendig. Diese finden wir in der vorbeugenden und abwehrenden Tätigkeit der Feuerwehr.

Schwere Brandkatastrophen, verbunden mit tiefbedauerlichen Verlusten an Menschenleben, beweisen immer wieder, daß gerade die vorbeugende Tätigkeit der Feuerwehr wichtige Voraussetzung für die Sicherheit der Bewohner von Wohngebäuden und der Betriebsbelegschaft ist. Neben der vorbeugenden Tätigkeit gilt es aber auch, das zur Bekämpfung entstandener Schadenbrände notwendige Personal bereit zu halten und mit höchstmöglicher Beschleunigung an die Brandstelle zu bringen.. Um bedrohten Menschen Hilfe leisten und die Feuerbekämpfung erfolgreich durchführen zu können, muß auch die Feuerwehr alle Fortschritte der Technik nutzbar machen und das Personal so schulen, daß es alle technischen Hilfsmittel rasch und geschickt anzuwenden versteht. Aus diesem Bedürfnis heraus ist die Berufsfeuerwehr entstanden. Soll ihr rasches Eingreifen sichergestellt werden, ist notwendig, daß sie von einem entstandenen Schadenfeuer ohne Zeitverlust verständigt und der Löschangriff ohne Verzögerung durchgeführt werden kann. Dafür sind besondere Feuertelegrafenanlagen geschaffen und Ueberflurhydranten in die Hochdruckwasserleitungen eingebaut worden. Der Straßenfeuermelder, der zu jeder Tages- und Nachtzeit die rascheste Verständigung der Feuerwehr von dem Ausbruch eines Schadenfeuers ermöglicht und der Überflurhydrant — vielleicht beide mit dem Beleuchtungsmast vereinigt — gehören ebenso zum Straßenbild der Weltstadt wie der Verkehrspolizist.

Der Gerätepark der Berufsfeuerwehr muß jederzeit in gebrauchsfähigem Zustande sein. Nach jedem Alarm müssen Fahrzeuge und Geräte auf ihre Brauchbarkeit geprüft und beschädigte sofort ausgebessert werden. Die Berufsfeuerwehren unterhalten deshalb besondere Werkstätten, in denen die Ausbesserung durch eigenes, entsprechend geschultes Personal erfolgt. Die hohen Anforderungen, die der Beruf an das Feuerwehrpersonal stellt, bedingen eine strenge Auswahl unter den Bewerbern. Nur körperlich gewandte, geistig regsame und vollkommen gesunde Bewerber können angenommen werden. Von den bei der Berufsfeuerwehr Berlin in der Zeit vom 1. 6. 1925 bis 25. 1. 1926 untersuchten 476 Bewerbern wurden nur 180 = 33 v. H. als für den Feuerwehrdienst geeignet befunden. Neben der körperlichen Eignung müssen die Bewerber noch ein Handwerk gelernt haben.

Die Stärke der Berufsfeuerwehren in einzelnen Großstädten zeigt die nachstehende Übersicht.

Es betrugen in:

Name der Stadt	Zahl der bebauten Grundstücke	Zahl der Einwohner	Kosten des Feuerlöschwesen in RM insgesamt	Kosten des Feuerlöschwesen in RM pro Kopf der Bevölkerung	Zahl der Feuerwachen	Zahl der Alarm-Fahrzeuge	Zahl der beschäftigten Menschen	Zahl der Alarme 1928
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Berlin	85 000	3 968 388	9 390 000	2,36	36	161	1816	[1] 9290
Hamburg	30 045	1 095 558	3 088 700	2,82	11	50	653	5426
Köln	44 485	690 114	2 051 500	2,97	7	15	293	[2] 2382
München	20 500	671 548	1 114 600	1,64	6	14	205	[3] 772
Leipzig	21 000	660 140	1 400 000	2,12	5	12	294	1544
London	?	4 483 249	?	?	62	201	2111	?
Stockholm	18 661	553 320	1 961 139	3 54	8	22	262	[4] 721

[1]) 1926; [2]) 1. 4 1927 bis 1. 4. 1928; [3]) 1. 4. 1928 bis 1. 4. 1929; [4])1927.

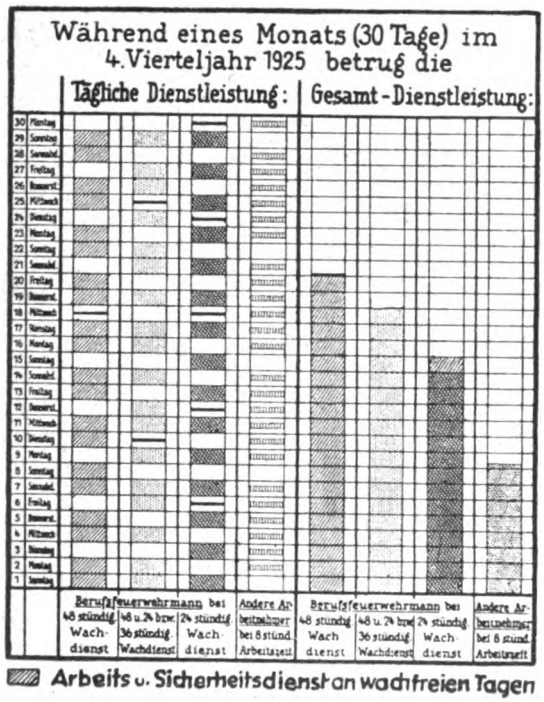
Der volkswirtschaftliche Wert des Feuerschutzes wird leider nicht in vollem Umfange gewertet. Wenn es der Feuerwehr gelungen ist, durch aufopfernde Tätigkeit ein Haus oder einen ganzen Stadtteil vor der Vernichtung zu bewahren, so findet die Arbeit der Feuerwehr zwar Anerkennung und Lob in der Tagespresse, jedoch ein wirtschaftlicher Gewinn, den sich die Feuerwehr nutzbar machen könnte, ist mit ihrer Tätigkeit nicht verbunden. Der wirtschaftliche Gewinn liegt eben darin, daß durch die rasche Hilfeleistung der Feuerwehr die Sicherheit der Einwohnerschaft gehoben und die Verluste durch Schadenbrände gemindert werden. Zum Ausdruck kommt diese Tatsache in dem Verhältnis der Brandverluste zu den vorhandenen Werten. So betragen für München in der Zeit von 1843 bis 1911 die Verluste durch Gebäudebrandschäden 0,16 ‰ der Versicherungssumme, während sie im Durchschnitt der Landesbrandversicherungsanstalt 1,21 ‰ betragen. Die Gebäudebesitzer der Stadt München haben in der gleichen Zeit 1,16 ‰ der Versicherungssumme an Beiträgen entrichtet. Die Beiträge waren also 1 RM höher als die Brandschädenvergütung. Bei einer Versicherungssumme von rund 1 Milliarde im Durchschnitt der Jahre 1910/11 war das eine Mehrleistung von 1 Million jährlich. In den Jahren 1927/28 betragen die Aufwendungen für Brandschädenvergütung 286 966 RM (0,05 ‰ der Gebäude-Versicherungshaftsumme gegen 0,61 ‰ im Landesdurchschnitt), während an Beiträgen 3 860 905 RM aufgebracht werden mußten. Eingespart wurden demnach 3 573 933 oder 104,6 v. H. der Kosten des Feuerschutzes. Die Stadt Braunschweig

Digitized by Google

hat in den Jahren 1755—1910 im Jahresdurchschnit 1,13‰ der Versicherungssumme an Beiträgen entrichtet und 0,28‰ für Schadenvergütung erhalten. Die übrigen Städte haben 1,50 ‰ an Beiträgen entrichtet und 1,68‰ für Schadenvergütung erhalten. Das Landgebiet hat 1,56 ‰ an Beiträgen entrichtet und 1,82 ‰ an Schadenvergütung erhalten. Für einen Zeitraum von 155 Jahren hat also die Stadt Braunschweig in der Gebäudeversicherung die gesamten Verwaltungskosten und einen Teil der Brandschäden des übrigen Staatsgebietes getragen. Außerdem hat sie die angesammelten Reserven aufgebracht.

In der Tatsache, daß der Ertrag der Tätigkeit der Feuerwehr für sie nicht nutzbar wird, liegt der Umstand begründet, daß die Feuerwehr zu jenen Einrichtungen der Städte gehört, bei denen am meisten gespart werden muß. Dies kommt insbesondere in der Dauer der Arbeitszeit des Feuerwehrpersonals zum Ausdruck. Sie ist erheblich länger als die Arbeitszeit anderer Arbeitnehmer, wie das nebenstehende Schaubild zeigt.

Dienstleistung des Berufsfeuerwehrmannes und Arbeitszeit anderer Arbeitnehmer.



Zur langen Dauer der Arbeitszeit kommen noch die großen Gefahren des Berufes. Nicht nur die Unfallgefahren sind an Brandstelle sehr erheblich, das Feuerwehrpersonal ist auch sonst großen Gefahren ausgesetzt. Rauch und Qualm sind an jeder Brandstelle in reichstem Maße vorhanden und enthalten höchst gesundheitsschädliche Bestandteile. Die ständige Alarmbereitschaft bedingt, daß sich das Feuerwehrpersonal auch nachts der Kleider nicht entledigen kann. Unter dieser dauernden Belastung leiden naturgemäß die Nerven. An Brandstelle erfordert das Vortragen des Angriffes mit den benötigten Löschgeräten hohe körperliche Anstrengung. Am Brandort angekommen, trifft der Feuerwehrmann in der Regel sehr hohe Temperaturen. Bei der Bekämpfung des Feuers wird er bis auf die Haut durchnäßt. Im Winter vereisen dann nicht nur Steig- und Löschgeräte, sondern auch die Kleider frieren am Leibe steif.

Die Folge dieser Gefahren ist rascher Verbrauch des Personals. Die Erkrankungshäufigkeit beträgt bei den deutschen Berufsfeuerwehren im Durchschnitt der Jahre 1920/27 72,3 v. H. des Personals, während sie bei den reichsgesetzlichen Krankenkassen in den Jahren 19[illegible]r 49 v. H. beträgt. Die in den Jahren 1920/27 im [illegible]en Dienst verstorbenen Feuerwehrbeamten erreichten [illegible] Lebensalter von 44 Jahren und ein Dienstalter von 16½ Jahren. Diese Erscheinung verdient um so mehr Beachtung, als die gesundheitliche Auswahl besonders streng ist.

Auch die Entlohnung des Feuerwehrpersonals ist nicht so, wie sie mit Rücksicht auf die Anforderungen und Gefahren des Berufes sein müßte. Insbesondere ist festzustellen, daß in anderen Ländern das Feuerwehrpersonal wesentlich besser entlohnt wird wie in Deutschland. Wir geben nachstehend eine Übersicht, in die wir auch London und Stockholm aufgenommen haben. Die Kosten des Einkaufskorbes (Spalte 2) sind für London, Berlin und Stockholm vom Internationalen Arbeitsamt ermittelt und dem Februarheft 1928 der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ entnommen. Für die Städte Hamburg, München, Dresden sind sie nach den Kleinhandelspreisen in „Wirtschaft und Statistik“ 1927 Seite 907 errechnet. An Vergütung in RM erhalten nach dem Stande vom 1. Oktober 1927:

Stadt	Kosten des Einkaufskorbes	Feuerwehrmänner Anfangs-Gehalt	Feuerwehrmänner End-Gehalt	Brandmeister Anfangs-Gehalt	Brandmeister End-Gehalt	Wachvorsteher Anfangs-Gehalt	Wachvorsteher End-Gehalt
1	2	3	4	5	6	7	8
London . .	1,69	4350	5680	5680	6430	[1]) 6000	7000
Berlin . .	1,77	2964	4564	3364	5552	3748	6302
Hamburg .	1,86	3132	3932	3032	5208	3532	5608
München .	1,92	2878	4160	3063	5120	4216	6168
Dresden .	1,95	2832	3932	3432	4532	4808	5808
Stockholm	1,93	3903	5145	4556	5772	5691	7033

[1]) Dazu Wohnung, Licht und Heizung frei.

Männer, die ihr höchstes Lebensgut, ihre Gesundheit, in den besten Jahren im Dienst der Allgemeinheit opfern, haben ein Anrecht darauf, daß sie im Falle der Erwerbsunfähigkeit und ihre Hinterbliebenen nach dem Ableben vor Not und Elend geschützt sind. Es ist deshalb sicher berechtigt, daß das Feuerwehrpersonal als Beamte auf Lebenszeit angestellt wird und die Dienstjahre bei Berechnung der versorgungsfähigen Dienstzeit eineinhalbfach gerechnet werden.

Der Weltstadtbürger muß wissen, daß alle zu seiner Sicherheit möglichen Vorkehrungen getroffen sind. In bezug auf den Feuerschutz ist das dann der Fall, wenn die zur Verhinderung von Schadenbränden getroffenen Maßnahmen volle Beachtung finden, die Berufsfeuerwehr mit Fahrzeugen und Geräten so ausgerüstet ist, wie es die Aufgaben an Brand- und Unfallstelle erfordern und das zur Bedienung der Geräte notwendige Personal in solcher Anzahl vorhanden ist, daß ihm auch die zur Erhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit notwendige Freizeit gegeben werden kann. Deutschland befindet sich durch den verlorenen Weltkrieg in großer wirtschaftlicher Not. Diese Not darf aber nicht dazu führen, daß die Sicherheit der Bewohner und der Belegschaften der Betriebe Schaden leidet und durch Brände schwere Verluste an Sachwerten entstehen. Selbst der Vertrag von Versailles gebietet der Gegenpartei im Zugreifen dann ein „Halt“, wenn es gilt, die Existenz des deutschen Volkes sicherzustellen.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 27 — Berlin, den 6. Juli 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 846 und 6567. Postscheckkonto Berlin 14483. Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Propaganda und „Propaganda".

Von Dr. Max Jordan,
Korrespondent des „Berliner Tageblatts" für die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Wer aus weiter Entfernung den Verlauf der Reparationsberatungen in Paris verfolgt hat, wird den Ausführungen des Kollegen Dr. F. Gericke in der „Deutschen Presse" vom 11. Mai rückhaltlos zustimmen können. Die, wie Dr. Gericke sagt, „unzulängliche deutsche Presseregie in Paris" war nirgends so deutlich zu beobachten, wie in den amerikanischen Zeitungen. Weil die beteiligten deutschen Stellen der Havasagentur in der Beeinflussung der öffentlichen Meinung mehrere Stunden Vorsprung gewährten, war die amerikanische Presse in genau derselben Lage wie Kollege Max Roßbach-Breslau, das heißt, sie war ausschließlich auf die französische Darstellung der Sachlage in der kritischen Nacht angewiesen, und das Resultat war ein fast unermeßlicher Schaden für die deutsche Sache. Es war, als ob sich erneut eine deutschfeindliche Propagandawelle über die ganze Welt ausbreitete. Der gute Name des deutschen Volkes wurde wieder einmal durch böswillige und schlechtunterrichtete Brunnenvergifter in den Schmutz gezogen. Deutschland erschien vor den Augen des Auslandes als der Störenfried und als der hinterlistige, intrigante Schuldner. Die deutschen Delegierten in Paris aber schwiegen. Die Presseabteilung der Reichsregierung schwieg. In schreienden Titelzeilen verkündete die amerikanische Presse tagelang, was Paris über Schachts Haltung zu sagen hatte. Clemenceaus Unterstellung, daß Deutschland einen neuen Krieg schüre, wurde allenthalben groß aufgezogen. Jegliche deutsche Gegenäußerung fehlte. Nur ein Beispiel braucht jetzt nachträglich noch aufgeführt zu werden, um die schädlichen Folgen dieser Taktik darzutun. Das maßgebende republikanische Blatt „Newyork Herald-Tribune" schrieb damals, „die herausfordernden Manöver Schachts seien lebhaft zu beklagen. Man habe bisher geglaubt, daß seit Locarno Briand-Stresemannsche Versöhnungspolitik getrieben werde, die ein Ausdruck einer neuen deutschen Haltung sei. Darum seien Schachts Vorschläge ein schmerzlicher Schlag und müßten das Vertrauen in Deutschlands ehrlichen Friedenswillen erschüttern; stützten sie doch den Verdacht, daß Deutschland in seine Vorkriegsmentalität (!) zurückgefallen sei. Wieder tauchten nun die alten Zweifel an Deutschlands aufrichtigem Willen zur Vertragserfüllung auf. Schacht habe für das alte Deutschland gesprochen, sachlich sowohl wie in seinem Auftreten und habe damit an die Hoffart und Unvernunft der ehemaligen kaiserlichen Diplomatie erinnert". So wurde Deutschland als Sündenbock wieder einmal an den Wagen der alliierten Propaganda gespannt.

Wer als Deutscher den Verlauf der Dinge aus der amerikanischen Perspektive beobachten konnte, mußte entsetzt sein über die völlige Hilflosigkeit der deutschen Stellen. Schacht, so schien es, war beim ersten Anhieb schon der alliierten Propagandataktik wehrlos zum Opfer gefallen, anstatt sofort, und zwar noch in derselben Stunde, da das berüchtigte Havaskommunique veröffentlicht wurde, die Gegenoffensive zu ergreifen, den Stier bei den Hörnern, d. h. die in Paris vertretene internationale und besonders die amerikanische Presse bei ihrer Interviewbereitschaft zu packen. Und Berlin stellte sich auf den in einem so kritischen Augenblick unsagbar kurzsichtigen Standpunkt, daß die Sachverständigen unabhängig seien und die Reichsregierung darum auch nicht offiziell eingreifen dürfe. Das Resultat war verheerend. Als dann zwei Tage später die amerikanischen Kollegen in Paris endlich durch die zuständigen deutschen Stellen über die deutsche Auffassung in Kenntnis gesetzt wurden, war es natürlich schon zu spät. Der erste Eindruck stand bereits fest, die gesamte amerikanische Presse war gegen Deutschland eingenommen, und infolgedessen waren die Aussichten überaus gering, nun noch nachträglich ihre Haltung gegenteilig zu beeinflussen. Der Eindruck war für den deutschen Beobachter unvermeidlich, daß in Berlin die publizistische Wirkung politischer Ereignisse gänzlich unterschätzt wird.

Der Amerikaner gebraucht den Ausdruck „Propaganda" stets in einem ungünstigen Sinne. Propaganda heißt auf amerikanisch lügenhafte, tendenziöse Beeinflussung der Öffentlichkeit. Propaganda im deutschen Sinne, das heißt Beeinflussung der Öffentlichkeit in einer bestimmten Richtung, aber doch stets in zulässiger, einwandfreier Weise, heißt in den Vereinigten Staaten „publicity" (Publizität). Tendenzpropaganda ist von deutscher Seite immer schon viel zu viel und ganz und gar wirkungslos betrieben worden. Leider verausgabt das Auswärtige Amt auch heute noch nicht unbeträchtliche Mittel zur Verbreitung von Propagandaliteratur im Auslande, die ebensogut zum Fenster hinausgeworfen werden könnten. So wurde kürzlich ein Buch über die Reparationsfrage aus der Feder eines hervorragenden deutschen Nationalökonomen in englischer Übersetzung an eine ganze Reihe amerikanischer Journalisten und Politiker versandt. Dieses an sich durchaus einwandfreie

Digitized by Google

Werk war aber so einseitig vom deutschen Standpunkt aus geschrieben und in seiner Argumentierung derart, daß jeder der Empfänger sofort der „Propaganda"-Absicht inne wurde. Propaganda in diesem Sinne ist den deutschen Interessen nur abträglich. Die Pariser Erfahrungen sollten bewiesen haben, daß die amtlichen Stellen es selbst in der Hand haben, gute Propaganda, also Publizität im amerikanischen Sinne, zu betreiben, die immer dann wirkungsvoll sein wird, wenn sie sich auf Tatsachen stützt, wenn sie technisch gewandt, d. h. rasch und in Rücksicht auf die unweigerlichen Bedürfnisse der Presse durchgeführt wird. Mit Leisetreten, Verschweigen und Dementieren ist nie etwas gewonnen. Die Presse wird sich stets gegen Beeinflussung von außenstehender Seite wehren; sie ist aber, im Auslande nicht minder wie daheim, stets empfänglich für informative Mitarbeit der Behörden. Mehr Beweglichkeit, größere Anpassungsfähigkeit wird man den deutschen Behörden und den Presseabteilungen wünschen müssen. Sonst werden sie immer wieder, wie im Falle des skrupellosen, aber durchschlagend erfolgreichen Havaskommuniques, von der Gegenseite geschlagen werden, und das deutsche Volk wird für die schwere Einbuße an moralischem und finanziellem Kredit im Auslande aufzukommen haben.

Die Neugestaltung des Berliner Nachrichtenamtes*).

I.

Von Fritz Goetz,

Vorsitzendem der Kommunalpolitischen Pressekonferenz in Berlin.

„Die Hauptsache ist, daß eine Pressestelle erst einmal allen berechtigten Anforderungen des modernen Presse- und Berichtwesens durch ihre praktische Arbeit gerecht wird, und das Berliner Presseamt darf nach einer zweimonatigen Reorganisationsarbeit diesen Anspruch erheben."

Mit diesen Worten schließt ein Artikel in Nr. 18 vom 4. Mai d. Js. der „Deutschen Presse", der zum Verfasser den Leiter des Berliner Städtischen Nachrichtenamts Dr. Richard Lohmann hat. Mit dem ersten Satz hat der Verfasser zweifellos recht, aber die Eins, die er sich und seinem Presseamt nach zweimonatiger Reorganisationsarbeit erteilt, kann nicht unwidersprochen hingenommen werden.

Das, was an Reorganisationsarbeiten im Berliner Städtischen Nachrichtenamt geleistet wurde, ist bisher doch nur die etwas schüchterne Einlösung langjähriger Versprechungen und Verhandlungen zwischen dem Berliner Magistrat und der Berliner Presse. Schon als unser Kollege Brennert als Direktor des Städtischen Nachrichtenamtes fungierte, war für alle beteiligten Kreise (einschließlich Brennert) kein Zweifel darüber, daß das Städtische Nachrichtenamt Berlin ein völliger Versager war. Wiederholte Besprechungen zwischen Brennert und Berliner Presse-Vertretern zeigten die Notwendigkeit einer völligen Umgestaltung des Städtischen Nachrichtenamtes, wenn es überhaupt einen Sinn haben sollte, und das dauernde Fordern und Reden und Beschwören von seiten Brennerts hat schließlich zu dem Ergebnis geführt, daß der Berliner Oberbürgermeister selbst die Sache in die Hand nahm, um den notwendigsten Erfordernissen moderner Zeit und rascher Berichterstattung durch einen völligen Neuaufbau des Nachrichtenamtes gerecht zu werden. Eingeleitet wurde die gesamte Reorganisationsarbeit unter der Leitung und der tatkräftigen Mitwirkung des Kollegen Brennert. Leider konnte er die Früchte dieser schwierigen, undankbaren und durch Hindernisse immer wieder zurückgeworfenen Vorarbeit nicht mehr genießen.

Zu diesen Vorarbeiten gehört auch die Einrichtung der kommunalpolitischen Presse-Konferenz, für deren Zustandekommen sich Oberbürgermeister Boeß in besonderer Weise interessierte. In Einzelbesprechungen mit dem Oberhaupt der Stadt Berlin legte der Verfasser dieser Zeilen dem Oberbürgermeister in offener und ungeschminkter Weise die notwendigen Verbesserungen für das Nachrichtenamt dar, zeigte ihm, woher die schleppende Art der Behandlung journalistischer Dinge durch die Stadt kam und fand — das darf hier ruhig gesagt werden — beim Oberbürgermeister volles Verständnis für die Nöte und Wünsche der großstädtischen Journalisten. Die Presse-Konferenz ist also nicht etwa einem Mißtrauen gegenüber dem Städtischen Nachrichtenamt unter Brennert entsprungen, sie ist vielmehr auf besonderen und dringenden Wunsch des Oberbürgermeisters entstanden. Mißtrauen hatten wir gegen das Nachrichtenamt der Stadt Berlin niemals, denn Mißtrauen kann nur dort sich entwickeln, wo man eine Tendenz oder eine die journalistische Arbeit schädigende Absicht vermutet. Die Arbeit des Nachrichtenamtes aber war ja im großen und ganzen nur die eines statistischen Amtes kleinsten Umfanges, und wenn wir Nachrichten haben wollten, haben wir uns sicherlich erst in letzter Linie an das Nachrichtenamt gewandt. Wir wußten immer andere Wege im Rathaus gehen als den zum Nachrichtenamt, weil das Nachrichtenamt selbst von den Dezernenten keine Auskünfte und Nachrichten erhielt und weil der größte Teil der Stadt- und Magistratsräte — das hat sich übrigens absolut nicht etwa geändert — nach unserer Auffassung durchaus pressefeindlich eingestellt ist oder sich aus den Fesseln der Geheimniskrämerei früherer Jahrzehnte absolut nicht befreien kann. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte man hierfür aus den zahllosen Fällen der journalistischen Praxis einige anführen.

An dieser Praxis hat sich auch — das muß ich leider im Gegensatz zu Herrn Dr. Lohmann sagen — bei dem neu organisierten Nachrichtenamt mit einem Pressechef, einem Stellvertreter, Referenten, Büroleitern etc. nicht viel geändert. Gewiß gibt das neue Nachrichtenamt einige Nachrichten mehr von allgemeinerem Interesse aus, als es vorher der Fall war. Gewiß bemüht es sich auch — das soll anerkannt werden —, eilige Fragen, die man zu stellen hat, rasch und wenn möglich ausführlich zu beantworten. Aber es kann ja doch nicht so, wie wir von der Journalistik es gern haben wollten. Über die Dezernenten und Referenten kann es auch nicht hinweg und die Herren haben sich eben in keiner Weise geändert. Vielleicht wird es Herrn Dr. Lohmann gelingen, auch hierhin eine prinzipielle Änderung zu erzielen.

Als die vorbereitenden Besprechungen wegen Einrichtung der kommunalpolitischen Pressekonferenz im Rathaus stattfanden, habe ich in nicht mißzuverstehender Weise alles das angeführt, was gegen die Einrichtung einer solchen Institution spricht, wenn sie nur um ihrer selbst willen geschaffen werden soll und wenn sie nicht auch den Wünschen des großen Büro-Organismus im Berliner Rathaus in seiner Gesamtheit entspricht. Die Stadt Berlin hat seinerzeit durch ihre Vertreter versprochen, daß unsere dort geäußerten Wünsche nach jeder Richtung hin erfüllt werden sollen. Die Presse-Konferenz ist eine ständige Einrichtung geworden. Sie hat

*) Die beiden Artikel der Herren Kollegen Goetz und Medefind sind uns sogleich nach Erscheinen des Artikels des Herrn Kollegen Dr. Lohmann zugegangen, doch sind wir infolge der Beanspruchung der „D. P." vor und nach dem Verbandstage erst jetzt in der Lage, sie abzudrucken. D. Red.)

Digitized by Google

auch eine Anzahl wertvoller Referate und Besichtigungen gebracht, ist aber noch bei weitem nicht das, was wir bei der Gründung von ihr erwartet haben. Daß sie bei einer modern geleiteten Pressestelle überflüssig sei, ist ein Trugschluß. Die kommunalpolitische Pressekonferenz ist eine journalistische Angelegenheit und die Pressestelle eine bürokratische. Diese Definition allein zeigt schon, daß sie wohl bei gutem Funktionieren nebeneinander wirken, sich aber niemals schneiden können. Die Pressestelle, wie sie sich Herr Dr. Lohmann vorstellt, soll nach Nichtbestehen einer Konferenz alles das über kommunale Arbeit in bürokratischer Form geben, was der Pressestelle und der Stadt erwünscht und angenehm ist, die Zeitung aber wünscht derartige uniforme Berichte nicht, sondern sie will selbst entscheiden und in eigener Darstellung das veröffentlichen, was sie von den Dingen für interessant hält. Wenn also die Pressekonferenz überhaupt einen Sinn haben soll, dann kann sie nur völlig unabhängig von irgendeinem Nachrichtenamt oder sonst einer Behörde arbeiten und darf nur selbst sich ihre Gesetze und ihre Verhandlungsweise geben und muß unabhängig vom Nachrichtenamt jederzeit die Möglichkeit haben, über die Personen- und Sachreferenten zu verfügen, die sie für ihre journalistischen Zwecke für notwendig hält. Ob aber ein Nachrichtenamt eine Pressekonferenz für notwendig hält oder nicht, ist für diese ohne jede Bedeutung, denn ihre Aufgabe und ihre Zweckbestimmung ist ja eine ganz andere, als das Nachrichtenamt sie auffaßt.

Der Berliner Magistrat hat die Möglichkeit, durch das Medium Pressekonferenz auf die Öffentlichkeit direkt und indirekt einzuwirken und so unendlich viel Gutes für die so oft und vielgeschmähte Hauptstadt des Reiches zu tun. Dazu ist aber auch erforderlich, daß er mit dieser Konferenz auf einem Fuße verkehrt, wie er unter gleichen und gleichberechtigten Faktoren üblich ist. Hiervon ist er noch sehr weit entfernt und außer bei dem Oberbürgermeister und noch zwei oder drei anderen Herren kann man von Verständnis für die modernen Aufgaben des Journalisten und der Zeitung kaum eine Spur merken. Hier eine Erziehungsarbeit zu leisten, wird ebenfalls die Aufgabe des Nachrichtenamtes sein und das ist vielleicht sogar eine der wichtigsten Aufgaben, die es sich stellen kann. Denn nur dann, wenn das Vertrauensverhältnis zwischen den beiden Kontrahenten den richtigen Grad erreicht hat, wird auch das Vertrauen der Presse zum Nachrichtenamt ein entsprechendes sein, selbst wenn der Leiter dieses Amtes nicht den Titel „Pressechef“ als amtliche Bezeichnung annehmen zu müssen glaubt.

* * *

II.

Von Heinz Medefind,

Redakteur am „Berliner Börsen-Courier.“

Der neue Pressechef der Stadt Berlin, Herr Dr. Lohmann, hat in Nr. 18 der „Deutschen Presse“ einen Aufsatz über die Neugestaltung des Berliner Nachrichtenamtes veröffentlicht. Der Artikel erscheint mit der Unterzeile „Kritisches und Grundsätzliches zur Frage städtischer Pressestellen“. Der Verfasser will also Allgemeingültiges, nicht nur für Berlin Zutreffendes sagen. Werden aber die Richtlinien des Nachrichtenamtes der Stadt Berlin, der an Bevölkerungszahl und Ausdehnung weitaus größten, an Aufgaben reichsten Kommune Deutschlands, werden diese Richtlinien maßgebend sein können für andere Stadtverwaltungen? Wohl kaum.

Aber ganz abgesehen davon: der Aufsatz stammt aus der Feder des beamteten Direktors des Berliner Nachrichtenamtes. Die Perspektiven ergeben sich naturgemäß vom Standpunkt des Leiters des Nachrichtenamtes aus. Nicht von denen der Presse. Das aber muß das einzig Entscheidende sein.

Politisierung oder Entpolitisierung einer städtischen Nachrichtenstelle sind nicht ausschlaggebend für ihre Aufgaben und ihre Arbeit. Gesetzt, man hätte mit der Berufung von vier früheren Journalisten verschiedener politischer Parteien (D. Vp., Ztr., Dem., Soz.) die Entpolitisierung vollkommen erreicht — so bleiben doch andere Gesichtspunkte, die weitaus wichtiger sind. Ein „politisiertes“ Nachrichtenamt würde sehr bald an sich selbst zugrunde gehen. Es würde für den größten Teil der Presse unbrauchbar sein. Man würde die Nachrichten nur in einem beschränkten, politisch einseitig festgelegten Teil von Zeitungen veröffentlichen. Das aber kann nicht im Interesse einer Stadtverwaltung liegen.

Das Wichtigste ist dieses: ein städtisches Nachrichtenamt ist wie jede amtliche Pressestelle ein Organ der Verwaltung. Leiter und Referenten sind amtlich besoldete Beamte oder Angestellte, die in ihrer Stellung abhängig sind von der Verwaltung. Jede Nachricht, die von einer solchen Stelle ausgeht, muß zensiert sein, muß die Genehmigung der „zuständigen“ Verwaltung haben. Hier liegen die Grenzen der Möglichkeiten für eine städtische Nachrichtenstelle. Mag sie noch so einwandfrei, noch so „entpolitisiert“ arbeiten: es wird niemals eine Meldung das Haus verlassen, die nicht geprüft und nicht „genehmigt“, die also nicht zensiert ist.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin arbeitet in der letzten Zeit nach der starken Vermehrung seines Personals in diesen ihm von der Natur gesteckten Grenzen ausgezeichnet. Es steht für jeden Anruf zur Verfügung, sucht die erbetenen Auskünfte stets schnell zu vermitteln. Es stellt Material aus den verschiedensten Verwaltungszweigen zusammen und leistet damit der Presse nicht geringe Dienste. Hier ist seine Arbeit nachahmenswert.

Niemals aber darf man vergessen, daß eine amtliche Pressestelle, auch eine von dem Umfange und dem weiten Aufgabenkreis des neugestalteten Nachrichtenamtes der Stadt Berlin, eben amtlich bleibt. Sie kann nud darf für die Zeitungen nur Material liefern. Die Stellungnahme und die Folgerung aus diesem Material müssen der Presse überlassen bleiben. Das Mißtrauen, dem die Pressestellen wegen ihres amtlichen Charakters, wegen der von ihnen verbreiteten „Dementis“ begegnen, darf und wird nicht ausgeschaltet werden. Und die aus diesem Mißtrauen entstandenen Pressekonferenzen abzubauen oder in ihrer Wirksamkeit auch nur zu beschränken, wäre mehr als verfehlt: es wäre unsinnig. Auch bei den Konferenzen während der neuen Ära im Nachrichtenamt der Stadt Berlin konnte man feststellen, daß das, worauf es den einzelnen Vertretern der Zeitungen ankam, nicht aus den Referaten der städtischen Beamten, die zum jeweiligen Thema sprachen, hervorging. Den größten Teil des Wertvollen erfuhr man erst nach den Fragen, die in der Konferenz gestellt wurden. Ein deutlicher Beweis also für die unbedingte Notwendigkeit der Pressekonferenz.

Würde man diese Konferenz aufheben, so bestände zwischen der Presse und dem Rathause nur noch die Verbindung über das Nachrichtenamt. Diesem Amt wäre dann eine Macht gegeben, die zu weit gehen würde. In dem Augenblick, wo die kommunalpolitische Pressekonferenz ausgeschaltet wird, ist keine Möglichkeit mehr gegeben, die zuständigen Referenten zu Gesicht zu bekommen, Fragen an sie zu stellen, und durch die Diskussion zu klären, was zu klären ist. Wir haben in Berlin schon bei dem Nachrichtenamt im alten Stil immer das Bestreben bemerkt: Alles über das Nachrichtenamt, nichts direkt. Ruft man in Berlin irgendeine städtische Verwaltungsstelle an, und wünscht eine

Digitized by Google

Auskunft, so ist die Antwort in jedem Falle: „Bitte wenden Sie sich an das Nachrichtenamt". Das Nachrichtenamt vermittelt dann. Aber ist es nicht eine Uniformierung, wird nicht durch eine solche Organisation die Initiative der einzelnen Zeitung, des einzelnen Journalisten zugunsten der weniger interessierten Presse erstickt?

Die Verbindung der Presse mit dem Rathaus in Berlin ist denkbar gering. Will man sie schaffen, so muß man wohl anderes tun, als ein Nachrichtenamt monströs aufzuziehen. Man darf nicht das Nachrichtenwesen monopolisieren. Man muß im Gegenteil die freie Initiative der Presse zu fördern suchen und darf nicht zwischen diese Initiative und die einzelnen Verwaltungsstellen eine Reihe von Beamten setzen, die ihre Ausbildung — zugegeben — einmal in einem Zeitungsbetriebe genossen haben. In dem Augenblick, wo diese früheren Journalisten ihr Gehalt von der städtischen Verwaltung beziehen, sind sie Beamte (oder „städtische Angestellte"). Beamtentum und Journalismus aber sind (das wurde vor einigen Wochen schon im Berliner Börsen-Courier" gesagt) Begriffe, die einander ausschließen. Sie vereinigen wollen, heißt die Tatsachen verkennen.

* * *

Vom Standpunkt des Statistikers.

III.

Von Professor Dr. Meyer,
Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Nürnberg.

In der Nr. 18 dieser Zeitschrift vom 4. Mai 1929 brachte der neue Pressechef von Berlin, Dr. Lohmann, einen Aufsatz, überschrieben „Die Neugestaltung des Berliner Nachrichtenamtes" mit dem Untertitel „Kritisches und Grundsätzliches zur Frage städtischer Pressestellen". In diesem Aufsatze beschäftigt sich Dr. Lohmann auch mit der Stellung der Presseämter zu den Statistischen Ämtern der Städte und schreibt: „Ich halte eine Angliederung des Statistischen Amtes an die Pressestelle in allen Städten für dringend erforderlich. Kommunale Statistik darf nicht Selbstzweck sein, sondern sie muß dem unmittelbaren Bedürfnis der Verwaltung wie der Öffentlichkeit dienen" usw. usw.

Diese Sätze konnten nur von einem geschrieben werden, der mit den Aufgaben, die die Statistischen Ämter der Städte zu erfüllen haben, nicht ganz vertraut und der nicht Fachmann ist. Zunächst einige allgemeine Ausführungen. Die Statistik ist Wahrheitssucherin. Sie hat die Aufgabe, die Wahrheit in den Erscheinungen zu ergründen, ohne dabei nach rechts und links zu sehen. Der Statistik werden schon heute aus Unkenntnis über ihr Vermögen und Nichtvermögen Zweifel entgegengebracht; würde das Vertrauen in sie gehoben werden, wenn man sie von einem politisch nach einer bestimmten Richtung eingestellten Presseamtsleiter beeinflußt und interpretiert vorgesetzt bekäme? Das Gegenteil würde wohl der Fall sein. Die Statistik kann nur Achtung und Wertschätzung genießen, wenn der Bearbeiter ohne jede Voreingenommenheit an seinen Stoff herantritt. wenn er nicht gebunden durch eine bestimmte Weltanschauung bald dies, bald jenes unterläßt, weil das Ergebnis vielleicht seiner Weltanschauung zuwiderlaufen möchte. Und weil die Statistik jedem dienen soll und muß, ist die erste Voraussetzung, daß sie überpolitisch orientiert sein muß. Mit einem politisch aufgezogenen Presse- oder Nachrichtenamt, wie es der Verfasser wünscht, möchte deshalb die Statistik oder die statistische Stelle schlecht zusammenpassen. Das Ansehen, welches die Statistik heute noch hat, möchte dann vollständig verloren gehen.

Dann ist in dem Artikel der Satz zu lesen: „Die kommunale Statistik darf nicht Selbstzweck sein, sondern sie muß dem unmittelbaren Bedürfnis der Verwaltung und der Öffentlichkeit dienen". Sagt der Satz etwas Neues? Alle Städtestatistik wird ja nur einzig und ausschließlich für das unmittelbare Bedürfnis der Verwaltung gefertigt. Wo ist denn der Städtestatistiker, der nur aus eitel persönlicher Bedürfnisbefriedigung Statistiken durchführt?! Der Verfasser scheint die statistische Literatur sehr schlecht zu kennen, und mit seiner Behauptung stellt er den Stadtverwaltungen ein recht schlechtes Zeugnis aus, als wenn sie Mittel auswerfen würden für völlig nutzlose und die Eitelkeit der Direktoren ihrer Statistischen Ämter befriedigende Aufgaben. Nein. Die Städtestatistik ist durchaus auf die praktischen Interessen der Kommunalverwaltungen ganz und gar abgestellt. Aber es scheint so, da man sonst nichts Gewichtiges gegen die Städtestatistik sagen kann, daß man ihr etwas Falsches unterstellt, um dann dagegen ins Feld ziehen zu können. Ich glaube kaum, daß diese Kampfesweise auf die städtischen Verwaltungen Eindruck zu machen vermag. Und dient die Städtestatistik, wie sie heute ist, nicht der Öffentlichkeit? Wozu geben denn die städtestatistischen Ämter Monatsberichte, Vierteljahrsberichte, Jahrbücher, Mitteilungen, Verwaltungsberichte usw. heraus? Doch deshalb, um der Allgemeinheit und der breiten Öffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, sich ein eigenes Bild über die verschiedensten, sie interessierenden kommunalen Fragen zu machen. Und daß erst das Presseamt die Popularisierung der Städtestatistik vorzunehmen hätte! Wie steht es damit? Gibt nicht jedes Statistische Amt heute sich Mühe, seine Ergebnisse der großen Allgemeinheit verständlich zu machen? Ich brauche da nur auf die beschreibenden Artikel hinzuweisen, die in Monats- und anderen Berichten der Statistischen Ämter zur Veröffentlichung gelangen und die sich nicht nur des Wortes, sondern auch des Bildes bedienen, das doch gewiß eines der besten Mittel der Popularisierung der Statistik ist. Auch möchte in diesem Zusammenhange auf die vielerorts erschienenen graphisch-statistischen Atlasse hingewiesen werden, die oft gar nicht gerne herausgegeben werden, weil sie nur ein verschwommenes Bild bieten können, die aber trotzdem veröffentlicht werden, nur weil die Statistiker es als ihre Verpflichtung ansehen, auch der großen Masse zu dienen, um auch sie einen Einblick in das wirtschaftliche Getriebe tun zu lassen.

Der Verfasser kämpft mit seinen Ausführungen gegen Windmühlen. Und was möchte wohl aus der Statistik werden, wenn die Interpretierung der Ergebnisse und die Popularisierung von dem Statistischen Amte auf das Presseamt überginge? Es ist doch allgemein bekannt, daß eine richtige Interpretierung der Zahlenreihen nur von denjenigen gegeben werden kann, die diese Zahlen zusammengestellt haben, die ganz besonders die Mängel dieser Zahlen kennen. Der Statistiker allein ist deshalb in der Lage, die richtigen Schlüsse aus den Zahlen zu ziehen. Er allein wird eine richtige Darstellung von den untersuchten Erscheinungen geben können. Und nun soll das Presseamt Interpret der vom Statistischen Amt gelieferten Zahlen werden! Also die zweite Stelle soll hier den Zahlen den Mund öffnen an Stelle der ersten, die sie schuf. Warum denn diese Umständlichkeit? Es dürfte doch richtiger und einfacher sein, wenn das Presseamt über irgendeine Frage die Öffentlichkeit unterrichten will, dann das Statistische Amt zu ersuchen, ihm diese Unterlagen und Berichte zu liefern. Auch steht den Presseämtern die von den Statistischen Ämtern zahlreich zutage geförderte Literatur zur Verfügung, so daß die Presse-

Digitized by Google

ämter ja nur zuzugreifen brauchen. Was braucht es da eine Angliederung des Statistischen Amtes an das Presseamt? Dadurch erst entsteht Doppelarbeit, wenn ein Presseamt sich in Dinge mischt, die es nichts angehen, mindestens solange doch, als der Nachweis erbracht wird, daß die städtestatistischen Ämter sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen zeigen. Dies zu beurteilen, dazu dürften wohl andere Stellen berufen sein als der Pressechef der Stadt Berlin. Vom Deutschen Städtetag, der gemeinsam mit den städtestatistischen Ämtern in dem Statistischen Ausschuß beim Städtetag arbeitet, hat man noch nicht gehört, daß er die Arbeit der städtestatistischen Ämter für unbefriedigend erklärt hätte.

Auf eine andere Tatsache mag noch kurz hingewiesen werden. Der Statistiker ist in vielen Städten der Berater der Stadtverwaltungen in wirtschaftlichen Fragen. Hat der Presseamtsleiter die gleich tiefen Einblicke und Kenntnisse in das Wirtschaftsleben der Stadt wie der Statistiker, der die Zahlen für alle Erscheinungen des Wirtschaftslebens doch produziert? Die Frage dürfte verneint werden müssen.

Auf der 37. Tagung des Verbandes der Städtestatistiker dieses Jahr in Köln nahm in seiner Begrüßungsansprache der Vorsitzende des Verbandes, Direktor Weigel, gleichfalls Anlaß, zu den Auslassungen des Herrn Dr. Lohmann Stellung zu nehmen. Seine Ausführungen scheinen mir so bedeutsam, daß ich es nicht unterlassen kann, sie hier wiederzugeben. Er sagte, nachdem er die Ausführungen Dr. Lohmanns bekanntgegeben hatte: „Das ist allerhand, wenn man bedenkt, daß selbstverständlich konsequenterweise dann auch das Statistische Reichsamt dem Reichspressechef anzugliedern wäre und die Statistischen Landesämter den Landespressestellen unterstellt werden müßten. Allein, wenn der Berliner Pressechef einmal Gelegenheit genommen haben wird, sich einigermaßen darüber zu orientieren, was ein Statistisches Amt eigentlich ist und was es zu tun hat, wird er, wie ohne weiteres angenommen werden kann, diesen originellen Einfall, den er für alle Fälle zunächst einmal hat drucken lassen, selbst etwas anders beurteilen. Daß die Städte auf diesen Reformvorschlag zurückkommen werden, ist nicht zu befürchten.“

Wer muß erzogen werden?

Von Dr. Cl. Heiß, Berlin-Heiligensee.

Von der notwendigen Erziehung des freien Schriftstellers zu reden, ist ebenso absurd wie von der des Schriftleiters. Erwachsene Menschen soll man nicht erziehen, weil ein solches Unterfangen stets von zweifelhaftem Erfolg sein wird. Dagegen darf und soll man sie für ihre öffentlich begangenen Fehler verantwortlich machen. Der Aufsatz „Wer muß erzogen werden?“ in Nr. 18, S. 211 f. der „Deutschen Presse“ vom 4. Mai, der vom Chefredakteur der „Fleischer-Verbands-Zeitung“ Hans Holzmann verfaßt ist, enthält aber solche schiefe Darstellungen, die einer Richtungstellung bedürfen, da sie sich in die Öffentlichkeit gewagt haben. Ich habe damit solange gewartet, weil ich mich darüber wunderte, daß bei solch offensichtlich einseitiger Darstellung nicht längst von seiten des öffentlich herabgesetzten Schriftstellers selbst eine Richtigstellung erfolgt ist. Als Mann, der schon seit dreißig Jahren vom Verdienst seiner Feder lebt, fühle ich mich mit dem hier angegriffenen Kameraden solidarisch und daher zu einer Entgegnung auf die Angriffe des Herrn Holzmann sowohl berechtigt als verpflichtet.

An tatsächlichen Unrichtigkeiten enthält der Artikel folgendes, was jedem aufmerksamen Leser sofort auffallen muß: Der angebotene Artikel soll zwei Druckseiten Berliner Formats, also etwa 500 Druckzeilen umfaßt haben. Nachdem er auf den Umfang von 4—5 Schreibmaschinenseiten gekürzt war, umfaßte er $5 \times 32 = 160$ Normalzeilen; ein Honorar von 30 Pfennig für die Zeile davon macht aber 48, nicht 25 Mark aus.

Es ist aber wohl anzunehmen, daß die eingesandte Arbeit, die damals 500 Zeilen umfaßte, auf die Hälfte oder 250 Zeilen gekürzt wurde und daß das Honorar, das danach der Mitarbeiter mit Recht erwarten durfte, 75 RM gewesen wäre. Statt dessen erhielt er aber 25 RM, d. h. 10 Pfennig für die Zeile, ein Betrag, den die kleinsten Blättchen zu zahlen pflegen. Wahrscheinlich war dem Schriftsteller von seinem Freund, der ihn der Redaktion der „Fleischer-Verbands-Zeitung“ empfohlen hatte, mitgeteilt worden, daß diese Fachzeitschrift mit der hohen Auflage von 43 000 Stück auch ansehnliche Honorare, nämlich 30 Pfennig für die Zeile bezahlt. Dieser Satz ist z. B. vom R.D.V., der sich übrigens an seine eigenen Bestimmungen nicht hält, für volkswirtschaftliche Fachschriftsteller aufgestellt worden. Daß der Mitarbeiter über die sofortige Bezahlung eines Zeilenhonorars, wie es für einen Korrespondenzartikel bezahlt werden muß, für eine Arbeit, die er obendrein noch hatte umarbeiten müssen, nicht so sehr entzückt war, um vor Dankbarkeit überzuströmen, ist begreiflich. Der Verlag ist das Honorar schuldig und seine sofortige Bezahlung ist beim Lohncharakter des Honorars selbstverständliche Anstandspflicht; für die Erfüllung dieser sozialen Pflicht kann man nicht gut besondere Dankbarkeit erwarten.

Die Zumutung an den Mitarbeiter, die erhaltenen 25 RM zurückzuzahlen und die Handschrift seiner Arbeit dafür abzuholen, verrät eine bedauerliche Unkenntnis der Rechtsbegriffe auf der Seite derer, die sie stellten. Mit dem Auftrag, den Artikel auf 4—5 Schreibmaschinenseiten zu kürzen, lag eine Bestellung vor. Durch die Absendung des Honorars wurde die gelieferte Arbeit abgenommen und wenigstens teilweise bezahlt; ein Rücktritt war nicht mehr möglich. Jeder Jurist wird diese meine Ansicht wohl bestätigen.

Auf der andern Seite verdient natürlich die Heranziehung des Grundstücksverkaufs durch den freien Schriftsteller scharfen Tadel, zeigt aber zugleich, wenn man den Fall unter menschlichem Gesichtspunkt betrachtet, wie sehr er gereizt worden sein muß, um auf solche Abwege zu geraten.

Daß nämlich die Herren Redakteure die Artikel über geschichtliche Fragen nur so in einer halben Stunde an Hand des Archivs aus dem Ärmel schütteln, glaubt kein Sachkundiger. Entweder ist solche Schnellarbeit danach, oder es handelt sich hier um weiter nichts als Renommiererei und mutwillige Herabsetzung der Arbeit eines andern, die man wegen unsachlicher Verärgerung nicht mehr haben will und daher nach schlechtem deutschen Brauch schlecht macht, so viel man kann.

Was sich aber gewisse Redaktionen freien Schriftstellern gegenüber noch alles leisten, dafür spricht folgender Briefwechsel, den ich der Redaktion der „Deutschen Presse“ zur Verfügung zu stellen in der Lage bin. Anlaß dazu gab eine Anfrage wegen Mitarbeit; der Briefwechsel spricht für sich und bedarf keines weiteren Kommentars.

•

„Neueste Auto- und Chauffeur-Nachrichten
Organ für das gesamte Automobil-Wesen

Charlottenburg, den 19. Juni 1929.

Herrn K. M.

Berlin . . .
D. Straße . . .

Sehr geehrter Herr!

Wir gelangten heute in den Besitz Ihres Schreibens vom 18. d. M. und teilen Ihnen darauf mit, daß wir jederzeit Interesse für Fachartikel haben. Allerdings müssen wir Ihnen erklären, daß wir Honorar nur unseren ständigen Mitarbeitern

Digitized by Google

zahlen. Für den Fall, daß Sie uns Ihre Arbeiten kostenfrei überlassen, sind wir gern bereit, für baldigen Abdruck an entsprechender Stelle zu sorgen. Die erforderlichen Belegexemplare würden Ihnen unmittelbar nach dem Erscheinen zugehen.

Unsere Redaktion wird tagtäglich von einer Menge schriftstellerischer Angebote überflut. Sie werden verstehen, wenn wir in solchen Fällen von einer Honorierung grundsätzlich absehen.

Inzwischen empfehlen wir uns Ihnen und zeichnen
mit ganz vorzüglicher Hochachtung
Neueste
Auto- u. Chauffeur-Nachrichten.
Unterschriften."

*

„Berlin, den 20 .Juni 1929.

Redaktion
Neueste Auto- und Chauffeur-Nachrichten
Berlin-Charlottenburg.

Von Ihrer freundlichen Mitteilung vom 19. 6. 29 habe ich mit großem Interesse Kenntnis genommen und erkläre mich mit Vergnügen bereit, Ihnen den angebotenen Aufsatz sowie auch weitere Arbeiten gratis zu überlassen, sobald ich in Erfahrung gebracht habe, daß Sie Inserate ebenfalls gratis aufnehmen.

Mir sind rein zufällig einige Ihrer Inserenten bekannt, und nach erfolgter Rücksprache steht Ihrem Verlangen nach Gratiseinsendungen nichts entgegen.

Die Gratisaufnahme der fachlichen Aufsätze wäre in gewisser Beziehung ein Entgegenkommen, denn man sollte meinen, daß, wenn die Inserate gratis gebracht werden, doch zum mindesten die Einsender der fachlichen Aufsätze zu den Herstellungskosten beitragen müßten. Ich würde an Ihrer Stelle dann wahrscheinlich keine Gratiseinsendungen bringen. sondern mir den Raum von den Einsendern angemessen bezahlen lassen.

Ich habe in den nächsten Tagen Gelegenheit, die erforderliche Information einzuziehen und Sie werden dann weiteres von mir hören.

Mit ganz vorzüglicher Hochachtung
M."

*

„Neueste Auto- und Chauffeur-Nachrichten
Organ für das gesamte Automobil-Wesen

Charlottenburg, den 21. Juni 1929.

Herrn K. M.
Berlin . . .
D. Straße . . .

Sehr geehrter Herr!

Wir bestätigen bestens dankend den Eingang Ihres Schreibens vom 20. d. M. Ihre Zeilen über die Gratisaufnahme von Inseraten bedürfen einiger Richtigstellungen. Der Anzeigenteil unserer Zeitschrift enthält tatsächlich vier Inserate Ihres Sinnes, mit dem Unterschiede allerdings, daß die in Frage kommenden Firmen in den kommenden Tagen von einem unserer Vertreter besucht werden. Im allgemeinen lehnen wir derartige Ansinnen grundsätzlich ab, denn ein Verlag, der auf dieser Basis arbeitet, kann nicht bestehen.

Anders liegen (anders) die Verhältnisse, wenn der betreffende Inserent zu seinem Inserat die Aufnahme redaktioneller Besprechungen wünscht. Das kann aber auch nur dann geschehen, wenn sich diese kurzgefaßten Abhandlungen nur mit den im Inserat genannten Fabrikaten beschäftigen.

Es wäre uns sehr angenehm, wenn Sie sich zu unserem Schreiben noch einmal äußern würden. Wie wir Ihnen schon mitteilten, wäre uns Ihre redaktionelle Mitarbeit in dem von uns angedeuteten Sinne sehr angenehm. Machen Sie uns bitte, falls Sie unser Angebot anders auffassen sollten, geeignete Gegenvorschläge.

Wir erwarten Ihre recht baldige Rückäußerung mit Interesse und empfehlen uns Ihnen
mit ganz vorzüglicher Hochachtung
Neueste
Auto- und Chauffeur-Nachrichten.
Unterschriften."

Kanadische Journalisten als Gäste des Reichsverbandes.

Auf ihrer Rundfahrt durch Europa, die sie schon nach Paris, Wien und Prag geführt hatte, trafen am Sonntag, dem 23. Juni, 53 kanadische Journalisten und Journalistinnen zu mehrtägigem Aufenthalt in Berlin ein. Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Presse und der Presseabteilung der Reichsregierung sowie der Stadt Berlin hatten sich zum Empfang der kanadischen Kollegen auf dem Anhalter Bahnhof eingefunden.

Das Berliner Programm begann mit einer Rundfahrt durch die Stadt, deren Arrangement der Reichsverband übernommen hatte und auf der den kanadischen Gästen die Sehenswürdigkeiten der Reichshauptstadt gezeigt wurden. Die Rundfahrt endete im Flughafen, wohin der Magistrat der Stadt Berlin die Kanadier zu einem Frühstück im Flughafenrestaurant geladen hatte. Bürgermeister Scholz, in Vertretung des verhinderten Oberbürgermeisters Dr. Böß, hieß die ausländischen Gäste in einer kurzen Ansprache herzlich willkommen. Er begrüßte es, daß auf diese Weise die Möglichkeit geschaffen würde, die kanadischen Bürger über Berlin und über Deutschland zu unterrichten und gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Kanadier aus ihrem kurzen Aufenthalt in der Reichshauptstadt die Überzeugung gewinnen möchten, daß Berlin nicht nur eine Stadt des Lebensgenusses, sondern vor allem ein Zentrum der Arbeit und des Wirtschaftslebens wie auch ein Zentrum aller kulturellen und sozialen Bestrebungen sei. In deutscher Sprache antwortete Mr. Motz, Herausgeber der „Daily Record" in Kitchener, Ontario, der namens seiner Kollegen für den freundlichen Empfang dankte und sich gern bereit erklärte, den Lesern der kanadischen Zeitungen über Deutschland zu berichten. Er schloß seine Ausführungen mit einem dreifachen Hipp-Hipp-Hurra. Als letzter Redner begrüßte bei dem Frühstück der Geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes, Kollege Richter, die kanadischen Gäste. Anschließend an das Frühstück folgte eine Besichtigung des Flughafens, wobei die Kanadier Gelegenheit hatten, in zwei Großflugzeugen Berlin aus der Vogelschau zu sehen.

Für den Nachmittag hatte der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Zechlin, zu einem Teempfang in das Palais Prinz Leopold geladen. Mit herzlichen Worten hieß Dr. Zechlin die kanadischen Gäste im Namen der Reichsregierung willkommen und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß den Deutschen durch diese Reise Gelegenheit gegeben wurde, die Gastfreundschaft zu erwidern, die im vergangenen Jahre den erfolgreichen Ozeanfliegern Hauptmann Köhl und Frhr. von Hünefeld, als sie auf kanadischem Boden in Greenly Island landen mußten, von der kanadischen Regierung und Bevölkerung zuteil geworden war. Den Dank der Gäste brachte Mr. Smith vom „Times-Journal" in St. Thomas, Ontario, zum Ausdruck.

Höhepunkt des Besuches war der festliche Abend, den der Reichsverband der deutschen Presse zu Ehren der Gäste im Kaiserhof veranstaltete, an dem außer den kanadischen Kollegen als Ehrengäste Vertreter der Reichsregierung, der Stadt Berlin, des englischen Konsulats, des Polizeipräsidiums und sonstiger Behörden sowie Vertreter der ausländischen und der deutschen Presse teilnahmen. Im Namen des Reichsverbandes begrüßte Professor Georg Bernhard die Gäste, indem er betonte, daß sie um so herzlicher in Berlin willkommen seien, als Kanada vielen deutschen Auswanderern eine neue Heimat geboten habe. In seiner Antwort betonte W. J. C. Sutton, Direktor der „Montreal Gazette", die Bedeutung der deutschstämmigen Einwanderer für die Entwicklung Kanadas. Er sprach dann im Namen der Gäste der deutschen Presse den Dank für ihre Gastfreundschaft aus. Der außerordentlich harmonisch verlaufenen Veranstaltung schloß sich ein geselliges Beisammensein an.

Der zweite Tag des Aufenthaltes brachte den Kanadiern einen Ausflug nach Potsdam mit Rundfahrt-Autos und Motorschiff. In Potsdam wurden ihnen Sanssouci, das Neue Palais und die Garnisonkirche gezeigt. Abends folgten sie einer Einladung zum Besuch der Oper „Sly" im Charlottenburger Opernhaus. Nach Schluß der Oper war ein

Digitized by Google

geselliges Beisammensein mit Vertretern der deutschen Presse, des Auswärtigen Amts und der Presseabteilung im Opernrestaurant arrangiert, wobei Kollege Richter den Gästen ein herzliches Lebewohl entbot und dem Wunsche Ausdruck gab, sie einmal auf längere Zeit in Deutschland begrüßen zu können. Mit herzlichen Dankesworten versicherte Mr. W. J. Motz, daß er und seine Kollegen außerordentlich viele schöne und wertvolle Eindrücke von Berlin in ihre kanadische Heimat mitnähmen.

Am Mittwoch, dem 26., nachmittags fuhren die Kanadier nach Wiesbaden weiter; auf dem Bahnsteig dankte Mr. Rupert Davies, Vizepräsident und Herausgeber der Zeitung „The Whig Standard“ in Kington, Ontario, in einer improvisierten Rede nochmals herzlich für die seinen Kollegen und ihren Damen gewährte Gastfreundschaft und nahm von den Berliner Kollegen Abschied.

Die Deutschlandreise wurde beendigt mit einer Rheinfahrt von Biebrich nach Köln, wo die Kanadier am Donnerstag abend eintrafen. In Köln gab ihnen die Arbeitsgemeinschaft der Redakteure und Verleger einen Abend im Rhein-Terrassen-Restaurant, zu dem Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden und des britischen Generalkonsulats erschienen waren. Für die Arbeitsgemeinschaft der Redakteure und Verleger sprach Kollege Horndasch, der in seinen Ausführungen der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Kanadier als Angehörige eines freiheitliebenden und freiheitstolzen Volkes Verständnis für unsern Wunsch haben möchten, daß unserem Lande bald wieder die vollkommene Freiheit zurückgegeben werde, damit auch kein Schatten mehr auf die Bemühungen dieser durch tragische Jahre gegangenen Generation falle, die Herrschaft des Friedens, der Aufrichtigkeit und der Liebe fest und für die Dauer zu begründen. Für die Kanadier sprach nochmals Mr. Motz, der deutscher Abstammung ist. Er versicherte im Namen seiner Landsleute, daß sie alle einen sehr lebendigen und günstigen Eindruck von Deutschland empfangen und Gelegenheit genug gehabt hätten, manches Vorurteil, das auf Unkenntnis der Verhältnisse beruhte, zu berichtigen. Von Köln aus traten die Kanadier über Brüssel und den Haag die Rückreise an.

Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.

Die diesjährige (35.) Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger fand am 4. Juni unter starker Beteiligung aus allen Teilen des Reiches in Heidelberg statt. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden Kommerzienrat Dr. Krumbhaar-Liegnitz, in der er Ehrengäste und Gäste willkommen hieß, nahm zunächst der Pressechef der österreichischen Bundesregierung, Minister Ludwig-Wien, das Wort, der in seinen Ausführungen betonte, daß die Arbeit der deutschen und der österreichischen Presse im Interesse des gesamten deutschen Volkes geleistet würde. Er überbrachte dann die Einladung an den Verein, eine seiner nächsten Tagungen in Wien abzuhalten. Diese Einladung wurde aufgenommen von dem Vorsitzenden des österreichischen Verlegervereins Präsidenten Fliegel, der die Verlegung der Versammlung nach Wien für das Jahr 1931 erbat. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde sofort beschlossen, die Einladung anzunehmen und die Tagung 1931 in Wien stattfinden zu lassen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Ehren- und Vorstandsmitglieder Dr. h. c. Lensing-Dortmund und Dr.-Ing. e. h. Senator a. D. Gustav Fuchs-Danzig.

Zum Jahresbericht betonte der Vorsitzende, daß die 2. Hälfte des Jahres 1928 im Zeichen einer sinkenden Konjunktur gestanden habe, die durch die Witterungsverhältnisse der ersten drei Monate des Jahres 1929 verschärft worden sei. Die Verschlechterung der Wirtschaftslage des Zeitungswesens sei allgemein, und da die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands noch nicht zu übersehen sei, vermöge man, trotz einer Besserung der Verhältnisse im März und April, noch nicht zu sagen, ob der Tiefpunkt der Depression bereits erreicht sei. Nachdem der Redner sich weiterhin über die Steigerung der Unkosten im Zeitungsgewerbe und die Möglichkeiten ihrer Verringerung bzw. Stabilisierung geäußert hatte, ging er zu einigen Spezialfragen des Verlagsgeschäftes über und beschäftigte sich u. a. mit dem in Berlin stattfindenden Welt-Reklame-Kongreß, der zweifelsohne dem Reklamewesen Deutschlands neue Anregungen bringen werde und deshalb zweckmäßiger Weise vom Verein Deutscher Zeitungsverleger materiell und ideell unterstützt und gefördert werde. Zum Schluß seiner Ausführungen betonte Kommerzienrat Dr. Krumbhaar, daß es Pflicht der deutschen Zeitungsverleger sei, der politischen und wirtschaftspolitischen Entwicklung mutvoll ins Auge zu sehen, und gab der Überzeugung Ausdruck, daß mit Selbstvertrauen und Tatkraft auch die gegenwärtige schwere Krise überwunden werden würde.

Nachdem Dr. Carbe-Berlin noch zur Jahresrechnung 1928/29 und zum Voranschlag 1929/30 — der Jahresbedarf beträgt danach rund 680 000 Mark — das Wort genommen hatte, wurden Jahresrechnung und Voranschlag genehmigt und dem Vorstande Entlastung erteilt. Es wurden dann verschiedene Satzungsänderungen, die jedoch nicht von größerer Wichtigkeit sind, angenommen und dadurch u. a. die Zahl der Beisitzer des Gesamtvorstandes von 24 auf 26 erhöht. Die aus dem Vorstande ausscheidenden Mitglieder Kommerzienrat Dr. Ahn, Dr. Carbe, Dr. Gerstenberg, Kiefer, Dr. Knittel, Dr. h. c. Madsack, Kommerzienrat Müller, Assessor Scheuer, Dr. Simon, Senator Will und von Zweck wurden einstimmig wiedergewählt. Für die verstorbenen Vorstandsmitglieder Dr.-Ing. Fuchs-Danzig und Richard Weber-Kassel wurden Kommerzienrat Dr. Waldkirch-Ludwigshafen und Verleger Lensing-Dortmund neu in den Vorstand gewählt, außerdem in die neu geschaffenen Sitze des Vorstandes Direktor Jahn-Rügenwalde und Verleger Niemitz-Oranienbaum. Auch die aus dem Ehrenrat ausscheidenden Mitglieder und deren Stellvertreter sowie die Rechnungsprüfer wurden einstimmig wiedergewählt.

Sehr ausführlich berichtete darauf Kommerzienrat Waldkirch über die Tätigkeit des Zeitungswissenschaftlichen Instituts Heidelberg. Er sprach zunächst über die Entwicklung des Instituts, das der jungen Zeitungswissenschaft als Stätte der Forschung dienen solle, und machte darauf aufmerksam, daß sich diese Forschungsarbeit des Instituts auch zu befassen habe mit der Vertiefung und allgemeinen Festigung des in der Präambel zum RAG-Vertrag festgelegten Gedankens, daß die Zusammenarbeit von Verleger und Redakteur bedingt sei durch die Pflicht zur Wahrnehmung öffentlicher Interessen durch die Zeitung. Kommerzienrat Waldkirch sprach dann vom Aufbau des Instituts, von seiner Forschungsarbeit und ihren Mitteln und von der Lehrtätigkeit, wobei er als eine Hauptaufgabe der Lehrtätigkeit die Heranbildung eines ausreichend geschulten Nachwuchses bezeichnete. Schließlich gab der Redner noch einen kurzen Überblick über die Bedeutung des Instituts für die Ausgestaltung des Zeitungswesens und hob besonders hervor, daß die Betonung der Stellung des Verlegers innerhalb des Zeitungswesens nicht eine bloße Prestigefrage des verlegerischen Standes, sondern eine Lebensfrage der Presse selbst sei. Wenn man von dem publizistischen Problem der Zeitung im allgemeinen spreche, so denke man gewöhnlich ohne weiteres zunächst an die redaktionelle Tätigkeit, aber so gut wie unbekannt sei die Tatsache, daß die publizistische Wirksamkeit einer Zeitung sich nicht allein in der redaktionellen Tätigkeit erschöpfe. Hier habe die Wissenschaft einzusetzen, und ihre ersten Forschungsergebnisse weisen bereits darauf hin, daß die publizistischen Aufgaben einer Zeitung, wenn sie sich gedeihlich entwickeln solle, die aktive Mitwirkung des Verlegers fordern.

Es könne nicht übersehen werden, daß allein schon das Bestehen einer Zeitung, die Schaffung des Leserkreises im Verlaufe von Jahrzehnten, ein Faktum darstelle, dem nicht nur wirtschaftliche, sondern im besonderen auch publizistische Bedeutung beizumessen sei, denn die politische Kraft irgendeines Leitartikels werde wesentlich dadurch zur gewollten Wirkung gebracht, daß sein Gedankengehalt durch die Organisation der Zeitung den Weg zur Leserschaft gewissermaßen gebahnt finde und daß gleichsam hinter jeder Veröffentlichung das Vertrauen stehe, das Leser und Zeitung verbinde. Dieses Vertrauen der Leserschaft setze voraus, daß der Verleger es verstehe, auf den Ausbau des redaktionellen Teils derart günstig einzuwirken, daß die Zeitung den Anforderungen der fortschreitenden Zeitverhältnisse und den geistigen Bedürfnissen der Leserschaft nach Unterricht und Bildung zu genügen vermöge. Dazu müsse der Verleger nicht nur Verständnis für das Wesen der Zeitung, sondern auch ein bestimmt geartetes publizistisches Gefühl haben, das ihn

Digitized by Google

befähige, Qualitätsarbeit zu schätzen und bei der Erweiterung des redaktionellen Gebietes die geeigneten Kräfte auswählen zu können. Die verlegerischen Leistungen erreichten dann ihre Höchststeigerung, wenn Verlag und Redaktion sich in restlosem Vertrauen fänden und sich im geistigen Ausbau der Zeitung gegenseitig ergänzten. Wenn mit Genugtuung gesagt werden könne, daß von der Berufsidee des Verlegers immer weitere Kreise erfaßt würden, so vertraue er darauf, daß gerade die Aufklärung durch die Zeitungswissenschaft dazu beitragen werden, das Verständnis für die Notwendigkeit einer vertieften Berufsauffassung auch in denen zu wecken, die diesem Gedanken bisher noch nicht nachgegangen seien. Mit einem Appell zu gemeinsamer Berufsarbeit in diesem Sinne mit dem Ziel, durch solche Erfüllung der Führungsverpflichtungen der Zeitung am Wiederaufstieg des deutschen Volkes mitzuwirken, schloß der Redner seine Ausführungen.

Einen zweiten wichtigen Vortrag hielt der Verleger Prof. J. F. Wolff, Dresden, über die „wachsenden Gefahren für die deutschen Tageszeitungen“. Nachdem er eingangs seiner Ausführungen die Behauptung aufgestellt hatte, daß die großen Gefahren der unzulässigen Einflußnahme auf den redaktionellen Teil der Zeitungen nicht den bisherigen Umfang hätte annehmen können, wenn die Verleger sich in der Zusammenarbeit mehr auch um den redaktionellen Inhalt ihrer Zeitung kümmern würden, kennzeichnete er die in Rede stehenden Gefahren näher. Er sprach von den zunehmenden Versuchen, mit Machtmitteln geradezu eine Kontrolle darüber auszuüben, ob redaktionelle Reklamen von Interessenten untergebracht werden, von den Bestrebungen der Industrie, die Zeitungen dahin zu bestimmen, keine Inserate von der ausländischen Industrie gleicher Art anzunehmen, von den Versuchen, das Recht der Kritik im redaktionellen Teil durch Machtmittel zu beschränken, von den Bemühungen von Interessentengruppen, durch Androhung wirtschaftlicher Nachteile oder gegebenenfalls durch Versprechungen wirtschaftlicher Vorteile unmittelbaren Einfluß auf den redaktionellen Teil zu gewinnen und bedauerte es besonders, daß sich an dieser unzulässigen Beeinflussung der Presse auch amtliche und halbamtliche Stellen beteiligten. Er beklagte weiter die Versuche großer Unternehmungen, auf dem Umweg über den Verlag geradezu eine Präventivzensur in der Zeitung auszuüben, und behandelte in diesem Zusammenhang die Bestrebungen für die Schaffung eines Gesetzes über das Zugabewesen, das ein wirtschaftlicher Schaden sei. In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich Prof. Wolff dann noch mit den vielfachen Versuchen, die Zeitungsanzeige zu ersparen und auf Kosten des Verlages billige Reklame zu machen durch Einladungen zu Besichtigungen, Beleuchtungsproben usw. Es sei dringend erforderlich, allen diesen Bestrebungen mit der schärfsten Aufmerksamkeit entgegenzutreten, um schweren Schaden von den Zeitungsverlagen fernzuhalten. Nötig sei aber auch fortzufahren mit der Säuberung der Zeitungen von schwindelhaften Anzeigen der verschiedensten Art. Allen Gefahren, die auf diesen Gebieten die Zeitungsverlage bedrohten, könne man nur begegnen durch feste und entschiedene Haltung, keinesfalls durch ein Eingehen auf etwaige machtpolitische Ansprüche von Interessentengruppen. Alle Angriffe würden scheitern, wenn ihnen eine Presse gegenüberstehe, die in ihren fundamentalen Selbstgeboten einig sei und die wisse, um was es gehe: um ihre sittliche und um ihre materielle Existenz. Im Anschluß an dieses Referat wurde die nachstehende Entschließung angenommen, die bereits durch die Tagespresse bekanntgegeben ist.

„Die sich dauernd mehrenden systematischen Versuche gewisser Inserenten und insbesondere der Inserentenverbände, den Zeitungen die Anzeigenpreise und Anzeigenbedingungen zu diktieren und darüber hinaus auch ihren redaktionellen Teil ihren privatwirtschaftlichen Sonderinteressen nutzbar zu machen, gefährden auf das allerschwerste die Grundlagen und die innere Unabhängigkeit der Zeitung. Derartigen Bestrebungen der Inserenten leisten manche Zeitungen und Annoncen-Expeditionen Vorschub, indem sie in kurzsichtiger Verkennung der unausbleiblichen Folgen einen ungesunden und übersteigerten Konkurrenzkampf untereinander führen und sich hierbei selbst den unbilligsten und unerhörtesten Forderungen der Inserenten fügen. In alledem muß eine ernste Gefahr für die deutsche Presse erblickt werden.

Die Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger ist sich bewußt, daß eine grundlegende Besserung der zurzeit unerträglichen Zustände im Anzeigenwesen nur dann wird erreicht werden können, wenn die Grundsätze eines ordnungsmäßigen Geschäftes im Anzeigenwesen wieder zur herrschenden Geltung gebracht werden und wenn die Zeitungsverleger den wachsenden Angriffen auf die Wirtschaftsfreiheit der Zeitungen und mittelbar auf die Freiheit der Presse überhaupt eine geschlossene Front entgegenstellen.“

Schließlich hielt Verleger v. Zweck-Bernburg in Vertretung des Vorsitzenden des Anzeigenausschusses, Verlegers Dierichs-Bochum, noch ein Referat über das Anzeigenwesen, dessen Kernpunkt die Feststellung war, daß nach Erfahrungen, Beispielen und Belegen allein die Verleger selbst an gewissen unerfreulichen Zuständen auf dem Gebiete des Anzeigenwesens schuld seien, nicht nur in bezug auf die redaktionelle Unabhängigkeit und Sauberkeit, sondern auch hinsichtlich der Zumutungen in der Preisgestaltung. Es nütze gar nichts, gesunde Geschäftsgrundsätze aufzustellen, wenn nicht in die Gesamtheit der Verlage die Erkenntnis einziehe, daß solche Grundsätze auch fest befolgt werden müßten; erst dann werde die gemeinsame Arbeit von Erfolg gekrönt sein.

Nachdem dann noch zum nächsten Tagungsort die Stadt Bochum bestimmt worden war, wurde die Versammlung mit Dankesworten an die Referenten, den Vorstand und die Geschäftsführung des Verbandes sowie den Redaktionsstab des Zeitungsverlages und das Büro des Vereins geschlossen.

*

Die Tagung des Arbeitgeberverbandes.

Im Rahmen der Tagung des Vereins deutscher Zeitungsverleger fand auch die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für das Deutsche Zeitungsgewerbe statt, die vom Vorsitzenden Dr. Kurt Simon-Ffm. mit Begrüßungsworten eröffnet wurde. Nach einer Ansprache des Vertreters des Deutschen Buchdruckervereins Wolf-München wurde zu Punkt 1 der Tagesordnung der Geschäftsbericht zur Diskussion gestellt. Ihn ergänzte Kommerzienrat Müller-Freising hauptsächlich mit einem ausführlichen Bericht über die letzten Lohnverhandlungen im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe. Dr. G. Sydow-Berlin hielt darauf ein Referat über das Thema „Arbeitszeit und Arbeitsrecht im Entwurf zum Arbeitsschutzgesetz“, in dem er dringend bat, die Aufmerksamkeit auf diese wichtige Materie zu lenken.

Anschließend erstattete Dr. Jänecke-Hannover einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der RAG. der Deutschen Presse im vergangenen Geschäftsjahr. Er stellte eingangs fest, daß es sich bei der Tätigkeit der RAG. nicht so sehr darum handle, eigene Interesse zu verfolgen, oder bestimmte Gesetzesvorschläge zu fördern, zu hemmen oder zu kontrollieren, sondern mehr oder weniger darum, eine Aussprache über gemeinsame Berufsfragen zwischen Verlegern und Redakteuren zu ermöglichen, natürlich keine ständige Aussprache, sondern eine Aussprache von Zeit zu Zeit, in der man sich zu verständigen suche. Es seien wohl auch alle wichtigen Fragen bisher in gutem Einvernehmen erledigt worden. Dr. Jänecke behandelte dann zunächst den Komplex der ideellen Probleme der RAG. und sprach über die auch durch die „Deutsche Presse“ bekanntgegebenen Arbeiten der RAG. zum Reichspreßgesetz, zur Strafrechtsnovelle, zur Frage der Pressesachverständigen bei den Gerichten, zur Frage der Gerichtsberichterstattung, der Bildberichterstattung, der Ausbildung des Nachwuchses, der Auswüchse der Kinokritik, der unerfreulichen Erscheinungen auf dem Gebiete der technischen Korrespondenzen und der kostenlosen Reklame im Textteil, wobei er der Auffassung Ausdruck gab, daß es nicht Sache der RAG. sei, zu dieser letzten Frage generell Richtlinien herauszugeben. Ihre Sache sei es nur, anregend und fördernd zu wirken, sie könne selbst handelnd auf diesem Gebiete nicht tätig sein. Das sei Sache der örtlichen und bezirklichen Stellen. Der Redner wandte sich dann den sozialen Fragen zu und stellte zunächst zum Normaldienstvertrag fest, daß sein Inhalt verbindlich sei. Bei Nichtunterschreibung des Normaldienstvertrages müsse immer erst bewiesen werden, daß diese oder jene Vereinbarung getroffen oder nicht getroffen sei, während sonst der klare Wortlaut entscheide. Er bitte die Verleger in ihrem eigenen Interesse, die Verträge auszufüllen. Zur Gehaltsfrage stellte er fest, daß sie grundsätzlich Sache der Bezirksarbeitsgemeinschaften sei. Er bitte, in den Kreisen der Verleger mitzuteilen, daß die Verlegervertreter in der RAG. ein kleinliches Vorgehen in der Gehaltsfrage für falsch halten; denn das führe zur Verbitterung und ziehe auf der Redakteurseite den Gewerkschaftsgedanken groß. Ein gutes Einvernehmen mit den wertvollsten Mitarbeitern, den Redakteuren, sei besser als eine zu weit geführte Sparsamkeit. Aus der durch die Verleger durchgeführten Enquete, die 75 Prozent der Redakteure erfaßte, habe sich übrigens ergeben, daß das

Digitized by Google

Gehaltsniveau ein befriedigendes sei. Die Enquete des Internationalen Arbeitsamts habe gleichfalls ein verhältnismäßig günstiges Ergebnis bei den deutschen Redakteuren gegenüber ihren Berufskollegen im Auslande festgestellt. Die Tätigkeit der Tarif- und Schiedsgerichte sei gering gewesen. Doch sei eine Reihe von Fällen vor den Arbeitsgerichten verhandelt worden. Der Hinweis Professors Bernhards auf der Tagung des Reichsverbandes 1928, daß die Bezirksarbeitsgemeinschaften stark gehandicapt würden, weil sich die Redakteure bei Vertretung der Interessen ihrer Berufskollegen Maßregelungen aussetzten, sei nicht richtig. Nach seiner Auffassung sei das Gegenteil der Fall. Nicht nur die Redakteure, auch die Verleger müßten in der RAG. Kompromisse schließen. Der Auffassung Bernhards, daß dem Redakteur die geistige Urheberschaft an der Zeitung und die Vertretung der Geistigkeit in der Zeitung zukomme, die eine objektive Wertung der Arbeit der Verleger vermissen lasse, stelle er die des verstorbenen Vorsitzenden des Vereins deutscher Zeitungsverleger, Dr. Max Jänecke, entgegen, der sie so ausgedrückt habe: „Zwischen Verlegern und Redakteuren besteht eine solche Identität der Interessen, daß nur eine mißverständliche Ausdeutung dieser Interessen beide auseinanderführen könnte". Daran wolle man auf Verlegerseite festhalten.

Nachdem noch einige andere Fragen erörtert worden waren, wurde die Versammlung mit Dank an den Vorstand und die Geschäftsführung des Arbeitgeberverbands geschlossen.

•

Gesellschaftliche Veranstaltungen der Verleger.

Die Verlegertagung war von einer Fülle groß aufgezogener gesellschaftlicher Veranstaltungen umrahmt. Nach einem Begrüßungsabend auf der Molkenkur mit anschließender Festbeleuchtung der Südfront des Heidelberger Schlosses am 3. Juni fand am 4. Juni das Festbankett der Verleger in den festlich geschmückten Räumen des Stadthallenbaues statt, zu dem sich mehrere hundert Teilnehmer an der Tagung mit ihren Damen sowie zahlreiche Ehrengäste vereinten. Die Begrüßungsansprache hielt der Vorsitzende Kommerzienrat Dr. Krumbhaar. Zu weiteren Ansprachen nahmen der Badener Kultus- und Unterrichtsminister Dr. Leers, Geh. Legationsrat Dr. von Kauffmann als Vertreter der Reichsregierung, Oberbürgermeister Dr. Neinhaus-Heidelberg, der Rektor der Universität Professor Dr. Heinsheimer, der Vorsitzende des Verlegervereins Südwestdeutschland Stadtrat Koelblin-Baden-Baden und Professor Wolff-Dresden das Wort. Nach Schluß der Tagung fand ein Besuch von Schloß und Schloßpark Schwetzingen statt mit dem traditionellen Schwetzinger Spargelessen. Eine Rokoko-Aufführung vor dem Schwetzinger Schloß „Ein Frühlingstag am Hofe Karl-Theodors" beschloß den Ausflug in Schwetzingen. Abends veranstaltete die Stadtverwaltung Heidelberg die große Schloßbeleuchtung mit Feuerwerk. Der Tagung schlossen sich Besuche der Verleger in Mannheim (auf Einladung der Sunlicht-Gesellschaft A.-G.) und Frankenthal (Einladung der Schnellpressenfabrik Frankenthal Albert & Co.) sowie eine Fahrt an die Haardt an.

Die neue Ehrengerichtsordnung.

Der 3. Absatz des § 10 der in Nr. 26/29 der „D. P." veröffentlichten neuen Ehrengerichtsordnung enthält eine Lücke; der Absatz muß richtig heißen:

„Bei zwei oder mehr Klägern oder Beklagten, die verschiedenen Verbänden angehören, bestimmt der Vorsitzende des Obersten Ehren- und Schiedsgerichts die Zuständigkeit des Ehrengerichts, das in erster Instanz verhandeln soll."

Zum Bericht über den Bremer Verbandstag. Kollege Dr. Dröse bittet uns, folgendes festitellen zu wollen: „Ich habe gar nichts dagegen einzuwenden, daß der Reichsverband ein eigenes Haus erwirbt oder erbaut, schon deswegen nicht, weil seine gegenwärtigen Geschäftsräume durchaus unzureichend sind. Mein Wunsch ist lediglich — und deswegen habe ich gegen die bisherigen Pläne Bedenken geäußert —, daß dieser Erwerb auf einer soliden finanziellen Grundlage erfolge, damit der Besitz des Hauses nicht eines Tages zu einer schweren Belastung der Verbandskasse führt."

„Redakteur, Journalist und Industrie". In der Verbandstagsnummer unserer Zeitschrift ist auf Seite 354 ein Artikel „Redakteur, Journalist und Industrie", verfaßt von dem Propagandachef der Zentrale für Gasverwertung Dr. Werner Wolff, veröffentlicht worden, der — wie wir verschiedenen Zuschriften entnehmen — durch seine Aufmachung bei verschiedenen Lesern den Eindruck einer redaktionellen Arbeit erweckt hat. Wir stellen daher ausdrücklich fest, daß dieser Artikel im Inseratenteil steht, der auf Seite 351 beginnt, und die Redaktion daher für Form und Inhalt nicht verantwortlich ist. Seite 350 trägt am Schluß ausdrücklich den Vermerk: Schluß des redaktionellen Teiles.

Radekteur und Publikum. Kollege Dr. M. Pollaczek hat kürzlich im Berliner Rundfunk einen Vortrag über das Thema „Redakteur und Publikum" gehalten. Die ausgezeichneten Ausführungen dieses Rundfunkvortrages werden hoffentlich dazu beitragen, im großen Publikum immer mehr Verständnis für die Stellung und Arbeit des Redakteurs zu verbreiten und die vielfachen Mißverständnisse zu beseitigen, die leider noch immer vorhanden sind. Kollege Dr. Pollaczek hat in seinen Ausführungen mit Recht betont, daß die Stellung des Publikums zum Redakteur auch heute immer noch problematisch ist. Noch sei die Meinung, die einst Börne äußerte, nicht Gemeingut geworden, wenn er sagte: „Wenn ein Zeitschriftsteller (also ein Journalist) auch nur der Fuhrmann der Wissenschaft und der Geschichte wäre, bliebe er doch ein ehrenwerter Mann, aber er ist mehr als das. Er reicht uns das Gefäß, das unentbehrlich ist, um an der Quelle der Wahrheit für den Durst des Augenblicks zu schöpfen." Leider beurteile das Publikum die Redakteure häufig nach den traurigen Ausnahmen, die unserem Beruf und Stande keine Ehre machen, statt sie eben als Ausnahmen zu werten. Der Vortragende stellte mit Recht fest, daß der deutsche Journalist — von Ausnahmen abgesehen — durchaus jeden Vergleich mit den Journalisten aller anderen Länder aushalten könne, was Berufspassion, Integrität, Verantwortungsbewußtsein und Tüchtigkeit anlange.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Ein Kollege, wie er nicht sein soll.

Ein Vorfall, über den man nur verzeihend lächeln möchte, falls er nicht im Innern doch einen bitteren Kern trüge, ereignete sich kürzlich in Hamburg.

Sitzt da eines Tages anläßlich einer Veranstaltung ein Redakteur einer Tageszeitung mit zahlreichen Kollegen zusammen, unter denen sich auch Vertreter größerer und kleinerer Blätter aus den Nachbarstädten befinden. Zufällig gerät er in unmittelbare Nachbarschaft eines, an Jahren noch recht jungen Vertreters eines der erwähnten Blätter, der — soeben von seiner Zeitung frisch importiert — sich noch im Glanze einer plötzlich errungen, in gewissem Umfange verantwortlichen Stellung sonnt. Ebenso zufällig gerät das Gespräch auf einen engeren Kollegen des Hamburgers, der von dem jungen Kollegen mit den Worten abgetan wird: „Ach der? Ja, der hat mir kürzlich auch eine Novelle zum Abdruck gesandt. Aber da hätte ich so viel ändern und herausstreichen müssen, daß ich sie lieber postwendend zurückgeschickt habe!"

Glücklicherweise kennt der fast sprachlose Hörer die Arbeit seines Redaktionsgefährten ganz genau und weiß, daß

BAD PISTYAN
bietet d. „Deutschen Presse" zur Kur ganz besondere Begünstigungen.
Vulk. Schwefel-Schlammquellen — Rheuma, Gicht.
400 Morgen Park, Tennis, Golf, Rudern, Fischen.
Ausk.: Pistyan-Büro, Berlin W 15, Meierottostr. 1

Digitized by Google

eine Reihe führender deutscher Tageszeitungen von unbestrittenem Ansehen gerade diese Arbeit, die nichts weiter sein sollte als eine harmlose, fröhliche Plauderei, ungeändert abgedruckt und sehr gut honoriert haben. Glücklicherweise kennt er den „Fall" so gut, daß er in der Lage ist, jenem sicher nur unbedachten jungen Kollegen Aufklärungsunterricht und ein Privatissimum über Kollegialität zu halten.

Immerhin scheint der Fall ein gewisses Nachdenken zu erfordern. Gerade jener Hamburger Kollege, der die kleine Novelle geschrieben hat, ist auch in jenem Ort gut bekannt und gesellschaftlich eingeführt, wo der junge Kritiker seine Tätigkeit entfaltet. Welche Folgen könnte es haben, wenn auch dort einmal zufällig in einem gesellschaftlichen Kreise die Rede auf den ersteren kommt und der Vorwitz in der gleichen prahlenden Weise den wesentlich älteren und jahrelang im Beruf stehenden Kollegen gleicherweise gänzlich unbedacht in Mißkredit bringt? Hat die Kollegialität so enge Grenzen, daß man es ungescheut wagen darf, aus Selbstüberschätzung heraus einen Berufsgefährten in derartiger Weise Dritten gegenüber abzutun? Nur, um die eigene „verantwortliche" Tätigkeit von der Sonne des Ruhms umstrahlt zu sehen? Auch darauf sollte jeder von uns sein Augenmerk richten und gegebenenfalls, wie der oben angeführte Hamburger Kollege, verdienstvolle Erziehungsarbeit leisten.

J.

Pressestellen auf dem Lande.

Vor ungefähr sechs Wochen wurde beim Landgericht Traunstein, dem Beispiel anderer Gerichtsorte folgend, eine Pressestelle errichtet. Eine Rosenheimer Zeitung, die sich nun dieser Tage an diese Pressestellen um Auskunft in irgendeiner schwebenden Strafsache wandte, erhielt folgenden Bescheid:

„Tittmoning, 25. Juni. Ihre Zuschrift vom 22. Juni wurde mir hierher nachgeschickt. Ich bin bis 13. Juli auf Vertretung in Tittmoning, dann bis 15. August in Urlaub, so daß ich keine Aufschlüsse erteilen kann . . .

Pressestelle am Landgericht Traunstein

gez. . . . . Landgerichtsrat."

Konklusion. Ist der Bürgermeister in Urlaub, so ist's die ganze Stadt; denn der Bürgermeister ist die Stadt.

Provinzredakteure haben es hart; sie müssen mit „Pressestellen" verkehren, die den Amtsschimmel aus der Zeit des Sonnenkönigs im Stalle haben.

Fachrundschau

Arbeitsgruppe sozialdemokratischer Redakteure für Heimatschutz und Volkstumskunde. Auf eine Anregung des Koll. Walter Trojan-Berlin vereinigten sich am 1. und 2. Juni in Brandenburg an der Havel die Lokalredakteure der brandenburgischen sozialdemokratischen Parteizeitungen, um sich über die stärkere Betonung von Fragen wie Natur-, Heimat- und Denkmalschutz, Heimat- und Volkstumskunde, Landeskunde, Lokal-, Kommunal- und Provinzialgeschichte, Heimatwandern und Wochenendreisen auszusprechen. Einleitende Vorträge wurden von den Kollegen Trojan-Berlin (Vorwärts) und Müller-Magdeburg (Volksstimme) gehalten. Der erstere betonte die ideellen Grundlagen dieser Fragen auch für die breite Masse des Volkes, der letztere sprach über die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten bei Texterweiterungen in dieser Richtung, wobei er sich auf die in der „Volksstimme" bereits seit mehreren Jahren erscheinende und von ihm geleitete Heimatbeilage „Luginsland" beziehen konnte. Koll. Friedrich Ebert-Brandenburg (Brandenburger Zeitung) und Vertreter der Stadt begrüßten die zum größten Teil mit ihren Frauen anwesenden Kollegen in dem jetzt tausendjährigen Brandenburg. Koll. Ebert sowohl wie Koll. Reitsch-Cottbus konnten über das warme Interesse berichten, das die Fragen der Heimat und des Heimatschutzes, der Volkstumskunde und des Heimatwanderns in ihren Blättern bereits finden. Es bildete sich schließlich eine Arbeitsgruppe sozialdemokratischer Redakteure für Heimatschutz und Volkstumskunde, deren Obmann Koll. Trojan, Berlin-Zehlendorf, ist. Außerdem wurde ein engerer Arbeitsausschuß eingesetzt.

Vom deutschen Zeitungswesen.

Das „Deutsche Tageblatt", die einzige in Berlin erscheinende Tageszeitung der deutsch-völkischen Freiheitsbewegung, kündigte in ihrer Ausgabe vom 2. Juli ihre Umstellung in eine Wochenzeitung an.

Das „Durlacher Tageblatt" konnte am 1. Juli auf ein 100jähriges Bestehen zurückblicken. Die Zeitung die zuerst den Titel „Durlacher Wochenblatt" führte, erschien von 1870 ab dreimal und seit dem 1. Oktober 1897 täglich. Sie gehört noch heute der Familie Dups, aus der ihr Gründer der Buchdrucker Ludwig Mattheis Dups, hervorgegangen ist.

Hallische Nachrichten. Anläßlich ihres 40jährigen Bestehens brachten die „Hallischen Nachrichten" unter dem Titel „Hallische Nachrichten und Heimat" eine typographisch wirkungsvoll ausgestattete Sondernummer heraus.

Das „Merseburger Tageblatt" (Kreisblatt) legte seiner Hauptausgabe vom Sonnabend, dem 22. Juni, eine Sonderbeilage unter dem Titel „Das Werden der Zeitung" bei, deren äußere Veranlassung die Aufstellung einer Rotationsmaschine war. Die Beilage, die die Leser geschickt in den Werdegang einer Zeitung einführt, wurde vervollständigt durch einen interessanten Abriß aus der Entwicklung des Merseburger Zeitungswesens.

Wechsel in der Redaktion des „Simplicissimus". Hermann Sinsheimer, der den „Simplicissimus" bisher gemeinsam mit Peter Scher leitete, ist dieser Tage aus seiner Stellung ausgeschieden. Die Gründe für diesen Schritt sollen in Meinungsdifferenzen zwischen Sinsheimer und Scher über den politischen Kurs der Zeitschrift liegen. Peter Scher führt jetzt allein die Redaktion.

Zeitschrift für Musik. Die 1834 von Robert Schumann gegründete Zeitschrift für Musik ging mit Wirkung vom 1. Juni d. J. aus dem Steingräber-Verlag in Leipzig in den Verlag von Gustav Bosse in Regensburg über, der auch die „Deutsche Musikbücherei" herausgibt. Die Chefredaktion der Zeitschrift behielt Dr. Alfred Heuß.

Vom deutschen Zeitungswesen im Ausland.

Das Ende der „Litauischen Rundschau". Am 29. Juni hat die „Litauische Rundschau" in Kowno, die einzige deutsche Zeitung in Groß-Litauen, ihr Erscheinen eingestellt. An der Spitze der letzten Ausgabe des Blattes vom 29. Juni befand sich nur eine kurze Mitteilung darüber. Auf die Gründe der Einstellung der Zeitung wurde darin mit keinem Wort eingegangen.

Betriebsergebnisse.

Deutsche Tageszeitung, Druckerei und Verlag A.-G. Die Generalversammlung des Unternehmens genehmigte die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung, wonach aus einem Reingewinn von 162 614 RM, i. V. 193 387 RM, 6% Dividende, i. V. 6½% Dividende, verteilt werden. Das Gesamtergebnis des Geschäftsjahres 1928 wurde als leidlich zufriedenstellend bezeichnet. Die Umsätze in der Druckerei haben seit 1924 fast eine Verdoppelung erfahren. Die vorgeschlagene Erhöhung des Aktienkapitals um eine Million auf 3½ Millionen RM, die nötig geworden ist durch den gesamten Ausbau des Unternehmens, unterliegt der Beschlußfassung einer neuen Generalversammlung am 18. Juli.

Königsberger Hartungsche Zeitung und Verlagsdruckerei A.-G. Nach Mitteilung in der ordentlichen Generalversammlung der Gesellschaft verbesserte sich der Rohgewinn im abgelaufenen Geschäftsjahr um 206 000 RM. Die Geschäftsunkosten stiegen um rund 231 000 RM. Nach Abschreibungen von 19 088 RM gegenüber 43 486 RM im Vorjahr und einer Rückstellung von 2340 RM verblieb ein Reingewinn von 2371 RM, im Vorjahr 8938 RM, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. Auf der Aktivseite zeigte sich ein Zugang in den Positionen Maschinen, Warenbestände, Außenstände und Grundstücke, auf der Passivseite, wahrscheinlich infolge der Betriebserweiterung, ein Anwachsen der Position Gläubiger. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung. Eine Dividende wurde nicht verteilt.

15 Prozent Dividende bei Ullstein. Der Ullstein-Verlagskonzern erzielte im Geschäftsjahr 1928 einen Rohüberschuß von 10 500 289 RM gegenüber 10 387 151 RM im Vorjahre. Nach Abzug der Handlungsunkosten von 5 442 411 (5 189 650) RM, der Steuern von 1 715 867 (1 500 600) RM und der Abschreibungen von 1 472 189 (1 550 493) RM verbleibt ein Reingewinn von 1 900 521 RM einschließlich 30 700 RM Vortrag gegenüber 1 901 824 RM einschließlich 29 400 RM Vortrag im vorangegangenen Geschäftsjahre. Die G.-V., in der als einziger Aktionär die Familie Ullstein vertreten war,

Digitized by Google

genehmigte den Abschluß und setzte die Dividende für das Aktienkapital von 12 Mill. RM auf wieder 15 Prozent fest. Das bisherige Vorstandsmitglied Fritz Roß sowie Heinz Ullstein wurden in den Aufsichtsrat hinzugewählt. In der Bilanz zeigt das Maschinenkonto mit 5 633 000 gegenüber 547 000 RM im Vorjahre eine ansehnliche Vergrößerung. Die Bestände an Papier, sonstigen Materialien und Waren stehen mit 4 103 582 (4 051 171) RM zu Buch. Wertpapiere und Beteiligungen sind auf 2 794 874 (i. V. 3 156 531) RM zurückgegangen. Die Außenstände nahmen auf 11 182 875 (9 748 085) RM um rund 1,5 Mill. zu. Die Bankguthaben erfuhren mit 495 512 (484 916) RM und der Wechselbestand mit 363 798 (259 881) Reichsmark ebenfalls eine Erhöhung. Unter den Passiven sind Bankschulden auf 2 105 699 (1 437 923) RM und sonstige Gläubiger auf 15 823 153 (13 894 561) RM angewachsen.

Kommunen und Presse.

Die Düsseldorfer Stadtverwaltung und die Presse. Entsprechend dem von der Stadtverwaltung Düsseldorf vertretenen Grundsatz weitgehender Publizität hat der Oberbürgermeister von Düsseldorf zur Unterrichtung der Presse über die wesentlichen Vorgänge im Bereich der Verwaltung und der ihr angeschlossenen Betriebe die nachstehende Verfügung erlassen:

„Sämtliche Dezernate und Dienststellen haben dem Presseamt auf Anruf die gewünschte Auskunft zu erteilen, um die Presse rasch und erschöpfend informieren zu können. Alle Submissionsergebnisse sind fortan binnen drei Tagen unter Angabe der Namen der Unternehmer und der Bedingungen dem Presseamt zur Aufnahme in das städtische Amtsblatt zu übermitteln. Das Presseamt ist zu sämtlichen Sitzungen einzuladen. Bei wichtigen, die Allgemeinheit interessierenden Beratungsgegenständen wird das Presseamt jeweils einen Bericht an die Presse geben.“

Pressestellen und Presseämter.

Eine Justizpressestelle in Oldenburg. Das Ministerium für Justiz hat jetzt für den Landesteil Oldenburg eine Justizpressestelle eingerichtet, die von der Oldenburger Presse schon seit langer Zeit gefordert wurde. Es ist die erste behördliche Pressestelle in Oldenburg. Bei der Regierung ist eine solche Einrichtung noch nicht bekannt.

Ausland.

Eine neue linksradikale Zeitung in Paris. Seit kurzem erscheint in Paris eine neue Zeitung mit linksradikaler Tendenz. Herausgeber ist der radikale Parteivorsitzende Edouard Daladier. Der Name des neuen Blattes ist „La République“.

Schenkung einer Zeitungssammlung an das Prager Nationalmuseum. Der Prager Zeitungsbibliophile J. Sorm, ein ehemaliger Lehrer, hat dem Prager Nationalmuseum seine große Zeitungssammlung zum Geschenk angeboten. Die Sammlung wurde vor 40 Jahren begonnen; sie umfaßt 30 000 Folgen deutscher und tschechischer Blätter. Sie wird der Bibliothek des Nationalmuseums als Grundlage für ein tschechisches Zeitungsarchiv übergeben. Die Sammlung enthält wertvolle Kuriosa, z. B. Extraausgaben, Zeitungen, von denen nur eine Nummer erschienen ist, Zeitungsnummern von historischen Tagen usw.

Neuer Chefredakteur der „Iswestija“. Zum Chefredakteur des offiziösen Blattes der Sowjetregierung, der „Iswestija“, ernannte die Sowjetregierung Saweljew; sein Stellvertreter wurde Gronski.

Aus der Organisation.

Landesverband der Badischen Presse.

In Pforzheim fand am 16. Juni im Bürgerausschußsaale des Rathauses die gut besuchte Jahreshauptversammlung des Landesverbandes der badischen Presse statt. Nach einem Willkommgruß, den Stadtrat Schübbelin im Namen des Oberbürgermeisters entbot, erstattete der Schriftführer Redakteur Riedel den Geschäfts- und Kassenbericht. Der Vorsitzende Dr. Rumpf, Mannheim, berichtete über die Bremer Tagung und Chefredakteur Fischer über die Tätigkeit der Tarifkommission. Die vorgelegte Satzung einer Unterstützungskasse wurde mit wenigen Abänderungen einstimmig angenommen.

Bei den Wahlen wurde Redakteur Dr. Rumpf-Mannheim einstimmig zum ersten Vorsitzenden wiedergewählt. Sonst traten Änderungen im Vorstand nur ein infolge von Todesfällen und Verzug. Es wurden zu Beisitzern neugewählt die Redakteure Binder, von Seckendorff (Karlsruhe) und Holzinger (Singen). In das Ehrengericht wurde Chefredakteur Dr. Müller (Mannheim) neugewählt. Die Vorstandsmitglieder der Bezirksarbeitsgemeinschaft wurden wiedergewählt.

Mit einem gemeinsamen Mittagessen und einem Ausfluge in die schöne Umgebung schloß die Tagung. Am Vorabend fand im Hansarestaurant ein Begrüßungsabend statt, der durch Vorträge eines Männerchores verschönt wurde.

Verbeizte

SOLLTEN NUR KAFFEE HAG TRINKEN!

Personalien

C. P. Scotts Abschied vom „Manchester Guardian“.

Der 83jährige C. P. Scott, Chefredakteur und Herausgeber des „Manchester Guardian“ seit 37 Jahren, hat nach 58jähriger journalistischer Tätigkeit jetzt die Leitung seines Blattes seinem Sohn C. F. Scott übergeben. C. P. Scott, der Veteran des englischen Journalismus, ist nach Ansicht der besten Kenner des englischen Zeitungswesens nach Garvin der bedeutendste englische Journalist. Er ist zeit seines Wirkens auch eine der bemerkenswertesten Gestalten der englischen Politik gewesen und einer der interessantesten Männer Englands. Scott war der Freund Gladstones. Sein Rat wurde in der Blüte des englischen Liberalismus stets von allen Regierenden Englands gesucht. Die hervorragendsten Männer Englands rechneten es sich zur Ehre an, ihn zum Freunde zu haben. Der „Manchester Guardian“ ist so recht sein Werk, seine machtvolle Persönlichkeit hat dem Blatt jahrzehntelang den Stempel aufgedrückt. Der „Manchester Guardian“, eine in Wahrheit unabhängige Zeitung unter einem unabhängigen Führer, war stets auf der Seite des Rechtes zu finden. Er war gegen den Burenkrieg und erwies sich im Weltkrieg als der mutigste Vorkämpfer eines baldigen und anständigen Friedensschlusses; nach der Beendigung des Weltkrieges stand der „Manchester Guardian“ in der ersten Reihe derjenigen, die um eine wirkliche Verständigung der Völker sich bemühten. Wir können dem Blatt beim Scheiden Scotts nur wünschen, daß es unter der Führung seines Sohnes, der schon seit 17 Jahren ebenfalls sein Mitarbeiter und neben C. P. Scott einer seiner hervorragendsten Leitartikler ist, die führende Stellung und den Ruf eines in Wahrheit unabhängigen Organs behalten möge, den ihm Scott sen. in jahrzehntelanger journalistische Arbeit gegen oftmals heftige Widerstände errungen hat. Dem Führer des englischen Journalismus aber, der bis vor kurzem mit jugendlicher Elastizität und Tatkraft die schwere Bürde seines Amtes trug, wünschen wir, daß er noch lange Jahre Freude an einer blühenden Entwicklung seines Werkes haben möge. Der „Deutschen Presse“ ist Scott im vergangenen Jahre durch einen Beitrag zur F.I.J.-Sondernummer als Mitarbeiter näher getreten.

Digitized by Google

Chefredakteur Ernst Boerschel, Herausgeber der Wohlfahrtskorrespondenz, wurde von der Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit in Berlin aufgefordert, im nächsten Wintersemester eine Reihe von Vorlesungen über die Aufklärungsarbeit durch die Presse mit besonderer Berücksichtigung der Wohlfahrtspflege zu halten. Die Deutsche soziale Frauenakademie, der die systematische Fortbildung der Wohlfahrtspflegerinnen, Jugendleiterinnen, Berufs- und Fachschulleyrerinnen obliegt, leistet der Wohlfahrtspflege mit dieser Berufung eines journalistischen Fachmannes einen wertvollen Dienst.

Verleger Otto Dierichs vom „Bochumer Anzeiger und General-Anzeiger“ konnte am 24. Juni seinen 60. Geburtstag begehen. Verleger Dierichs ist eine bekannte Erscheinung in der Presse; frühzeitig hat er seine Arbeit auch seiner Berufsorganisation zugewandt, er war Mitbegründer des Niederrheinisch-Westfälischen Zeitungsverlegervereins.

Ministerialrat Dr. Kurt Häntzschel, allen Kollegen bekannt durch seine ausgezeichneten preßrechtlichen Beiträge in der „Deutschen Presse“, ist zum Leiter der politischen Abteilung im Reichsministerium des Innern mit dem Titel eines Ministerialdirigenten ernannt worden.

Chefredakteur Gustav Meyer-Lingen, Hauptschriftleiter der „Jenaischen Zeitung“ und Mitinhaber der Firma G. Neuenhahn, G. m. b. H., vollendete am 3. Juli das 60. Lebensjahr. Er ist ein Kind des Landes Hannover, wurde 1869 in Lingen geboren und besuchte, bevor er die Universität Jena bezog, das Ratsgymnasium in Hannover. Durch Heirat kam er in verwandschaftliche Beziehungen zur Familie Neuenhahn, der Besitzerin der „Jenaischen Zeitung“ und trat am 1. Oktober 1899 in die Redaktion der Zeitung ein. Später übernahm er den Posten des Chefredakteurs und wurde 1920 auch Mitinhaber der Firma. Meyer-Lingen vereinigt das Ruhige, Aufrechte und Festgewurzelte seiner niedersächsischen Stammesart mit der geistigen Beweglichkeit und Aufgeschlossenheit seines langjährigen Aufenthalts- und Wirkungsortes: Thüringens und der Universitätsstadt Jena. Sehr rege ist sein Interesse für die Fragen der auswärtigen Politik. Ohne jede parteipolitische Engherzigkeit, vielmehr mit offenem Blick und vornehmer Weitherzigkeit auch gegenüber anderen Anschauungen und Richtungen, ist er seit langer Zeit im Dienste der Nationalliberalen Partei und der nunmehrigen Deutschen Volkspartei tätig. Seine Freunde und Mitarbeiter wissen die Liebenswürdigkeit und echte Vornehmheit seines Wesens in hohem Maße zu schätzen und wünschen dem Sechzigjährigen noch eine lange Reihe von Jahren ungebrochener Frische und Tätigkeit.

Hauptschriftleiter Bethke †. In Klotzsche bei Dresden verstarb vor kurzem nach langem Leiden der redaktionelle Leiter der „Sächsischen Staatszeitung“, Chefredakteur Karl Bethke, früher lange Jahre Landtagsabgeordneter. Bethke stammte aus Westpreußen, wo er 1878 geboren wurde. Er erlernte zunächst das Bildhauerhandwerk. Durch seine politische Tätigkeit, er gehörte der sozialdemokratischen Partei an, kam er in den Journalismus. 1911 ging er als Redakteur für die Partei nach Landsberg a. d. Warthe, nach einem Jahre als Redakteur und Parteisekretär nach Freiberg i. S. Den Krieg machte er als Frontsoldat mit. Nach Ausbruch der Revolution wurde Bethke Mitglied des Zentralrates der deutschen Republik und zugleich Mitglied des Landesarbeiterrates in Sachsen. 1919 trat er an Stelle des ausgeschiedenen Dr. Gradnauer in die Nationalversammlung ein. Im folgenden Jahre wurde er in den Sächsischen Landtag gewählt. In den inneren Kämpfen der sächsischen sozialdemokratischen Partei schlug sich Bethke auf die gemäßigte Seite und wurde im Jahre 1920 mit Heldt, Kühn, Winkler und Wirth wegen parteiwidrigen Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen. In der alten sozialdemokratischen Partei, deren Mitbegründer er war, nahm er eine führende Stellung ein. Die Leitung der „Sächsischen Staatszeitung“ hat er etwa 2 Jahre innegehabt. Bethke war auch Mitglied des Reichsverbandes. Ehre seinem Andenken.

Inhaltsangabe:

Propaganda und „Propaganda“. Von Dr. Max Jordan-Washington.
Die Neugestaltung des Berliner Nachrichtenamtes. I. Von Fritz Goetz-Berlin; II. Von Heinz Medefind-Berlin; III. Von Prof. Dr. Meyer-Nürnberg.
Wer muß erzogen werden? Von Dr. Cl. Heiß-Berlin-Heiligensee.
Kanadische Journalisten als Gäste des Reichsverbandes.
Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger und des Arbeitgeberverbandes.
Die neue Ehrengerichtsordnung.
Zum Bericht über den Bremer Verbandstag.
„Redakteur, Journalist und Industrie.“
Redakteur und Publikum.
Ein Kollege, wie er nicht sein soll.
Pressestellen auf dem Lande.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Verband der Schlesischen Presse. Redakt. Dr. Alfred Kästner (Schles. Gebirgskurier), Waldenburg, Breslauer Straße 24.

II. Neuanmeldungen.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Solinger Presse. Dr. Josef Müller (Berg.-Ztg.), Solingen-Wald; Kurt Kiehne (Berg.-Ztg.), Solingen.

Einzelmitglieder: Wilhelm Baum (Köln. Ztg., Ost-Expreß etc.); Jos. Dubrowitsch (B.T.); Hans Graf Huyn (WTB.); Dr. E. Kulschewski (D.A.Z.); Th. Loevy (Soz. Presse-D.); Rud. Neter (Frkf. Ztg.); Dr. Paul Graf Toggenburg (Germania), sämtlich Korrespondenten in Warschau.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Vom Bezirksverband Berlin überwiesen: Dr. Ernst Kredel (Leiter der Presse-Abtlg. der Nordbayer. Verkehrsflug G. m. b. H.), Fürth bei Nürnberg, Flugplatz.

Bezirksverband Berlin. Von Sachsen überwiesen: Dr. Max Domschke (Germania), Steglitz, Südendstr. 58; von Rheinland-Westf.: Dr. Otto Friebel (Mitarb.), W. 30, Eisenachstr. 118.

Verein Frankfurter Presse. Überwiesen an den Verband Rheinland-Westfalen: Karl Dörr (Freie Presse), Elberfeld, und Edgar Katz, Essen, Richard-Wagner-Straße 60.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Düsseldorfer Presse. Überwiesen vom Bezirksverband Brandenburg: Walter Froneberg, Düsseldorf, Florastraße 23 (Düsseldorfer Nachr.); überwiesen an Bezirksverband Berlin: Dr. Otto Friebel, bisher Düsseldorf, nun W. 30, Eisenacher Str. 118; überwiesen von Düsseldorf nach Essen: Hans Bilges, Langenbeckstr. 3 (Tel.-Union). — Verein Kölner Presse. Überwiesen nach Berlin: Dr. Josef Winschuh, Berlin-Schöneberg, Badensche Str. 56. — Presseverein Münster. G. F. Heidingsfelder, Rosenheim (Rosenheimer Anz.), überwiesen an den Landesverband Bayern. — Verein Solinger Presse. Überwiesen nach Düsseldorf: F. Rademacher, Düsseldorf (Sportbüro Böhme).

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. Dr. Max Domschke, bisher Dresden, ist nach Berlin (Germania) übergesiedelt und dem Bezirksverein Berlin überwiesen.

Verband der Schlesischen Presse. Redakt. Paul Keppler, bisher Oybin, jetzt Liegnitz, Schubertstr. 14.

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Streichung der Mitgliedschaft Waldemar Hartmann, bisher München, zurzeit in Madrid, aufgehoben.

Verein Niedersächsische Presse. Hannoversche Presse. Gestrichen: Hans Brosius, bisher Hannover, jetzt angeblich Berlin, und Walter Crome-Schwiening, bisher Hannover, jetzt Berlin.

Verband der Schlesischen Presse. Red. Hans Schneider, bisher Neurode, wegen Nichtauffindbarkeit gestrichen.

Landesverband Schleswig-Holstein-Lübeck. Verein Lübecker Presse. Gestrichen Rudolf Sehnert.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber. Reichssverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 28 . Berlin, den 13. Juli 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14483. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Honorare als Reklame.

Versuch einer Marktanalyse.

Von Dr. Bengt Paul.

„Vor fünfzehn Jahren waren $ 1000.— ein hohes Honorar für eine Kurzgeschichte" schreibt Mr. Th. L. Masson, langjähriger Magazin-Redakteur, in den Vereinigten Staaten. „Ich erinnere noch, wie zu jener Zeit einer der besten Detektivgeschichtenschreiber in mein Büro kam und mir erzählte, er habe eben diese Summe für eine seiner Geschichten bekommen. Ich äußerte einige Zweifel und er zeigte mir den Scheck... Einer meiner Freunde schrieb eine lange Kurzgeschichte und erhielt dafür $ 250.— von einem kleineren Magazin. Bald darauf wurde sein Name bekannt. Da das Magazin seine Geschichte noch nicht gebracht hatte, kaufte er sie zurück, für das, was sie ihm bezahlt hatten, und verkaufte sie an ein anderes Magazin für $ 7000.—. Wie gesagt, es handelte sich um eine etwas längere Kurzgeschichte von zwei Teilen."

Selbst wenn man berücksichtigt, daß eine amerikanische Short story meist so lang ist, wie bei uns eine kleine Novelle, und daß auch heute noch tausend Dollar ein ziemlich hohes Honorar dafür sind, das nur in Ausnahmefällen überschritten werden dürfte, so sind die Höhenunterschiede immer noch märchenhaft groß. Doch finden sie ein Beispiel bei einem Vergleich der deutschen und amerikanischen Auflageziffern und Inseratenpreise. Diese Feststellung hilft uns jedoch nicht über die Tatsache hinweg, daß die deutschen Honorare im Durchschnitt auch verglichen mit europäischen Ländern meist recht niedrig sind, daß z. B. ein Vergleich dieser Art mit den nordischen Ländern nicht zu unseren Gunsten ausfällt. So interessant solche Betrachtungen nun auch sein mögen, ausschlaggebend ist die Tatsache, daß die durchschnittliche Höhe der in Deutschland gezahlten Honorare im Durchschnitt keinen als äquivalent empfindbaren Gegenwert für die geleistete geistige Arbeit darstellt.

Ein Mißverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung wird überall in der menschlichen Wirtschaft bedingt durch ein Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Hier stehen wir vor der unabänderlichen Tatsache, daß das Angebot an Manuskripten die Nachfrage um ein Mehrfaches übersteigt. Dank der breiten Schicht schreiblustiger Gebildeter ist in Deutschland das Überangebot besonders groß. Unter diesen Umständen ist eine marktmäßige Preisbildung natürlich ganz ausgeschlossen. Es liegt daher ganz im freien Ermessen des Käufers, des Verlegers, wieviel er zu zahlen für gut befindet. Wie die Erfahrung zeigt, gibt es stets genug, und darunter auch gute Köpfe, die auch die niedrigsten Honorare noch mitnehmen, sei es, weil sie eben auf jeden Pfennig angewiesen sind, sei es, weil sie ihr Geistesprodukt und ihren Namen gern gedruckt sehen und herumzeigen wollen, oder um für sich Propaganda zu machen, die für ihren Hauptberuf bisweilen vorteilhaft ist. Denn es gibt nun einmal kein Mittel, die absoluten Unkosten für die Herstellung eines guten Manuskripts festzustellen, den Geldwert geistiger Arbeit zu errechnen. Und in diesem Fehlen materieller Herstellungskosten liegt einer der wichtigsten Gründe für das Überangebot und für die Genügsamkeit. Weiter verschlechtert wird die Lage noch durch Korrespondenzen, die den Manuskriptmarkt mit billigem Material überschwemmen. Da schließlich alle Gebildeten gelegentlich gern einmal schreiben, ist bei der feinen Verteilung und Zersplitterung der „Produzenten" ein Zusammenschluß der Produktion zum Zwecke der Marktkontrolle nicht möglich. Kleinere Teilverbände sind natürlich zur Machtlosigkeit verurteilt.

Die Zeitungen sind also in der angenehmen Lage, fast ausnahmslos die Preise bestimmen zu können, die sie zahlen wollen. Jede Zeitung hat das uneingeschränkte „Monopol" über ihre eigenen Inseratenspalten. Man kann ein Inserat in einer Zeitung nur bei dieser bestimmten Zeitung kaufen und bekommt es nicht anderswo billiger — es sei denn durch eine rückvergütende Anzeigenexpedition oder bei großen Abschlüssen. Ein Schriftsteller aber hat erst dann ein Monopol über seine Werke, wenn er ein Prominenter ist, wenn er einen Namen hat, der „zieht". Allerdings steht es ihm auch ohne das frei, seine Artikel nur zu festen Preisen zu verkaufen und sich selbst einzuschätzen. Der Abschluß und der Abdruck wird aber nur dann zustandekommen, wenn die Einschätzung der Redaktion mit der seinen übereinstimmt. Da nehmen denn die meisten, was sich mitnehmen läßt. Auch bieten Korrespondenzen bereits Artikel der aktuellen Persönlichkeiten der Politik oder Wirtschaft zu Spottpreisen an.

Nur in einem Falle darf der Produzent in der Honorarfrage mitreden: wenn ein Artikel fest bestellt worden ist. Und dieser Fall ist selten.

Da es also keinen Marktwert gibt, zahlt selbstverständlich jede Zeitung nur, was ihr subjektiv die Artikel wert sind. Die von ihrer Redaktion angenommenen

Digitized by Google

Artikel stehen alle durchschnittlich auf einem Niveau, das ihr durchschnittlich pro Zeile soundsoviel wert ist. Einer anderen Zeitung mag derselbe Artikel nur die Hälfte wert sein und einer dritten gar nichts: sie lehnt ihn ab. In jedem Falle müssen es die Verfasser dem Verleger überlassen, wie hoch er den Inhalt seines Blattes, das Niveau, in Geld bewertet, bzw. wieviel er dafür ausgeben will. Der Einfluß des Redakteurs beschränkt sich meist auf die zweckmäßige und sparsame Verteilung des ihm bewilligten Honoraretats, der ihn fast stets zu großer Zurückhaltung zwingt.

Die Mitarbeiter der deutschen Presse sind also bezüglich der Höhe ihrer Honorare auf Grund der ständig und unabänderlich katastrophalen Lage auf dem Manuskriptmarkt vorwiegend vom guten Willen der Verlage abhängig. Eine Aufbesserung des Durchschnittshonorars in Deutschland läßt sich also nur erreichen, indem man diesen guten Willen nach Kräften pflegt, stärkt und bisweilen auch — weckt.

Wir haben auch in Deutschland Zeitungen, die schon von sich aus verhältnismäßig gute Durchschnittshonorare ziemlich rasch bezahlen. Ihre Verlage wissen genau, was sie damit tun: erstens spielt es in ihrem großen Betrieb keine Rolle und zweitens ziehen sie dadurch die besten Artikel und das beste Material zuerst in ihre Redaktionen — und das ist von großer Wichtigkeit. Aber wir haben auch Zeitungen, die mehr könnten, als sie tun. Doch ist es vielleicht möglich, mit dem weiteren Ausbau der Arbeitsgemeinschaft auch ein Abkommen über Mindest-Zeilenhonorare zu vereinbaren, die nach der Auflagenhöhe gestaffelt sein würden.

Besonders förderlich aber wäre die Ausarbeitung einer Tabelle über die bestehenden Zeilenhonorare. Sie würde dem Mitarbeiter von vornherein zeigen, mit welchem Honorar er zu rechnen hat, und so Differenzen vermeiden helfen. Dem Verlage würde sie zeigen, an welcher Stelle er mit seinen Aufwendungen unter den anderen Verlagen steht. Darin läge für manchen ein anspornendes Moment für seinen guten Willen.

Wichtig wäre auch, einmal festzustellen, welche Rolle im Durchschnitt die Honorare überhaupt bei den Verlagsunkosten spielen und ob nicht der überraschend geringe Prozentsatz, der sich ergeben würde, zugunsten der deutschen Geistesarbeiter eine allgemeine Erhöhung vertrüge. Man würde hierbei gewiß auf Widerstand, aber vielleicht auch auf mehr Großzügigkeit bei der Verlegerseite stoßen, als manche zu hoffen wagen.

Denn schließlich: es ist die wirkungsvollste und dabei recht billige Reklame für ein Blatt, den Lesern zu sagen, daß man viel für sie ausgibt. Dienstleistung für den Leser! Reklame macht sich bezahlt! Reklame ist kein Luxus! Reklame ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit! Die Verleger wissen, was sie ihren Inserenten sagen. Die Erkenntnis, daß hohe Honorare eine ausgezeichnete Reklame sind, wird sich hoffentlich auch in Deutschland über kurz oder lang durchsetzen und uns am ehesten bessere Zeiten in dieser Beziehung bringen. Und die Verleger werden ihren Lesern sagen: „Unser Blatt zahlt die höchsten Honorare. Das sichert ihnen die raschesten Nachrichten, die besten Gedanken, die beste Lektüre, die besten Mitarbeiter — redigiert von den besten und höchstbezahlten Redakteuren der Welt!“

Journalist und Schriftsteller.

Ein Beitrag zur Frage: Wer gehört in den Reichsverband?

Von Dr. Egon-Erich Albrecht, Dresden.

Wir bringen nachstehende Ausführungen, ohne uns mit ihnen zu identifizieren, als einen Beitrag zur Diskussion. D. Red.

In Nr. 22 der „Deutschen Presse“ hat Kollege Dr. Kayser in seinem Beitrag zur Erörterung „Um die Wirklichkeit des Reichsverbandes“ sehr richtig festgestellt: „Ein wirklich stoßkräftiger Reichsverband könnte da manche verdienstvolle Arbeit tun — aber um stoßkräftig zu sein, ist er heute vielleicht viel zu groß, und das ist wohl auch nicht zuletzt die Ursache der Interesselosigkeit vieler Mitglieder, und nicht der schlechtesten. Bereits mehrfach ist an dieser Stelle mit Recht gesagt worden, daß der Reichsverband Mitglieder in seinen Reihen zählt, die man durchaus nicht als wirkliche Journalisten ansprechen kann. Wer irgendeine ganz lose Beziehung zum Pressewesen hat, ist deshalb noch kein Journalist.“ Und daraus ebenso richtig gefolgert, „. . . . . die Berufsorganisation des Reichsverbandes als solche könnte ohne Gefahr etwas mehr Exklusivität wahren“.

Wer von uns will noch ernsthaft leugnen, daß Kollege Dr. Kayser hier an einen offenbaren Mißstand gerührt hat, an einen Mißstand, der zurückgeht auf die oft nur zu große Laxheit der „Aufnahmeausschüsse“ oder sonstigen örtlichen Einrichtungen, denen die Prüfung der Aufnahmegesuche obliegt. Bei der großen Bedeutung gerade dieser Funktion sollte man überall nur die bewährtesten Kollegen in die Aufnahmeausschüsse und verwandte Stellen schicken.

Aus diesem Grunde ist auch als eines der wichtigsten Ergebnisse der diesjährigen Bremer Reichsverbandstagung die fast einstimmige Annahme der vom Vorstand beantragten „Richtlinien für die Aufnahme von Mitgliedern in den Reichsverband“ (veröffentlicht in Nr. 20 der „Deutschen Presse“ vom 18. Mai 29) aufrichtig zu begrüßen.

Allerdings hätte man gewünscht, daß in diesen Richtlinien die Grenze gegen den Schriftsteller schärfer gezogen wäre, denn gerade aus meiner längeren Praxis als Mitglied des Aufnahmeausschusses des Bezirksvereins Dresden weiß ich nur zu gut, daß alle Augenblicke uns die Entscheidungsfrage vorliegt: Journalist oder Schriftsteller. Wir wollen hierbei doch ganz eindeutig und mit Nachdruck feststellen, daß der Reichsverband eine oder richtig die Organisation der deutschen Journalisten ist, deren Aufgabe es durchaus nicht sein kann, den zahlreichen bestehenden Schriftstellerorganisationen Konkurrenz zu machen, wie ja die meisten dieser Schriftstellerorganisationen sehr richtig auch keine reinen Journalisten aufnehmen.

Natürlich wird es immer Grenzfälle geben, aber die sind ja nirgends zu vermeiden. Feststehen dürfte jedenfalls, daß der Romanautor, der seine Werke Zeitungen zum Erstabdruck überläßt, ebensowenig wie der Schriftsteller, der regelmäßig nicht an das aktuelle Tagesinteresse gebundene Skizzen, Novellen, Gedichte usw. in Zeitungen veröffentlicht, Journalist im Sinne der Reichsverbandssatzungen ist, denn sonst müßte man bei dem infolge der Not der Zeitschriften wie des Buches allgemeinen Drang so gut wie aller unserer Dichter und Schriftsteller zur Tagespresse sie alle in den Reichsverband aufnehmen. Ebensowenig ist ein Schriftsteller, der alle vier bis fünf Wochen einen Uraufführungsbericht an einige Zeitungen gibt, ein Journalist, denn dann könnten mit noch viel mehr Recht die zahlreichen ländlichen Schullehrer, die ihren Heimatblättern regelmäßig Berichte über die Ereignisse ihres Dorfes liefern, Aufnahme in den Reichsverband verlangen.

In Zweifelsfällen aber, ob ein Anwärter Journalist oder Schriftsteller ist, wird als Hauptkriterium die Erwägung dienen müssen, ob bei ihm der Arbeitszeit

Digitized by Google

nach die journalistische, also die an den Tag gebundene Arbeit überwiegt oder nicht. Das bisher vielfach angewandte Kriterium, das verlangte, daß der Betreffende seinen Lebensunterhalt in der Hauptsache aus der journalistischen Arbeit bestritt, kann oft zu Unbilligkeiten führen, denn es kann z. B. ein Journalist durch ein Buch, das er in seiner Freizeit schrieb, — wenn er Glück hat, wie z. B. Remarque — weit mehr verdienen als durch jahrelange hingebende journalistische Arbeit, oder aber es kann einer sich in der glücklichen Lage befinden, aus Privatvermögen eine Rente zu beziehen, die bedeutend die Einkünfte aus seiner journalistischen Arbeit übersteigt; wenn er aber trotzdem aus Liebe zur Sache regelmäßig journalistisch tätig ist, so gehört er unbedingt zu uns in den Reichsverband, und wir wollen uns des gut situierten Kollegen herzlich freuen.

Aus all diesen Erwägungen heraus läßt sich vielleicht die folgende Ergänzung zu Ziffer 2 der in Bremen angenommenen Richtlinien empfehlen:

Nur diejenige Tätigkeit ist eine journalistische, die

a) im Dienste einer Zeitung oder Zeitschrift geschieht,

oder die

b) sich damit befaßt, den Zeitungen oder Zeitschriften aus bestimmten Lebensgebieten aktuellen Tagesstoff als Rohstoff oder auch als fertige Arbeit zu liefern.

Nicht dagegen kann als Journalismus eine allgemein schriftstellerische Tätigkeit gelten, auch dann nicht, wenn ihre Erzeugnisse, vom Rätsel bis zur Novelle und zum Fachartikel, in Zeitungen oder Zeitschriften untergebracht werden. Die Hersteller derartiger Erzeugnisse sind entweder reine Fachleute oder Schriftsteller oder Fachschriftsteller, nicht aber Journalisten.

Wer schriftstellerisch tätig ist, daneben aber auch journalistisch, ist nur dann Journalist im Sinne der Satzungsbestimmungen. wenn die journalistische Tätigkeit der Arbeitsbauer nach überwiegt. Selbstverständliche Ausnahmen ergeben sich für solche Mitglieder, die zurzeit Syndici, Schriftsteller usw. sind, zur Zeit ihrer Aufnahme in den Verband jedoch Journalisten im Satzungssinne waren, da sie ja jeden Augenblick wieder in ihren ursprünglichen Hauptberuf zurücktreten können!

Diese Formulierung erhebt durchaus nicht den Anspruch auf Vollkommenheit, sondern soll lediglich ein Beitrag zur Diskussion sein, aus der dann vielleicht eine endgültige und schärfere Fassung dieses wichtigsten Punktes der Richtlinien auf der nächsten Reichsverbandstagung sich herauskristallisieren kann.

Aufrichtig zu begrüßen ist auch, daß der Absatz Ziffer 8 der Bremer Richtlinien, der die Nachprüfung bereits bestehender Mitgliedschaften als Kannvorschrift festlegt, bestehen geblieben ist. Hierdurch werden sich Fälle, wie z. B. der des Dr. Vier, von dem es in der Begründung des Ausschlußurteils des Obersten Ehrengerichtes u. a. heißt: „Schon diese beiden Tatsachen genügen vollauf, um klarzustellen, daß Herr Dr. Vier kein Journalist im Sinne des Reichsverbandes der deutschen Presse ist, und daß ihm deshalb, nachdem er nun einmal Aufnahme in dessen Reihen gefunden hat, die Zugehörigkeit zu dieser Organisation entzogen werden muß" („Deutsche Presse" Nr. 21 [1929] Seite 258), viel schneller und zweckmäßiger ohne Bemühung des Obersten Ehrengerichtes erledigen lassen.

* * *

Fragt man sich nun, warum so viele in unserem Sinne nichtjournalistische Kreise sich um die Aufnahme in den Reichsverband — oft wiederholt und immer wieder — bemühen, so sind es neben sonstigen Vorteilen wie leichtere Erlangung von Presseausweisen, Pressekarten und Anknüpfung von persönlichen Beziehungen zu maßgebenden Zeitungsredakteuren vor allem die sozialen Einrichtungen des Reichsverbandes wie Sterbekasse, Unterstützungskasse, Rechtsschutz usw., die diesen Leuten die Mitgliedschaft im Reichsverband als höchst wünschenswert erscheinen lassen. Und das scheint mir doch in sehr positivem Sinne für die Wirklichkeiten des Reichsverbandes zu sprechen. Und hierbei sei auch gleich ein Wort an die freien Mitarbeiter eingeschaltet, deren schwierige Lage ich in keiner Weise verkenne, aber die es — wenigstens bei uns in Sachsen — doch in der Hauptsache sind, welche die Wohlfahrtseinrichtungen unseres Reichsverbandes in Anspruch nehmen. Das ist gewiß ihr gutes Recht als Mitglieder, das ihnen niemand schmälern will und das ihnen jeder von Herzen gönnt, aber das sind doch auch „Wirklichkeiten" des Reichsverbandes, die sie in ihren Beschwerden und Klagen nicht so offensichtlich hintenanstellen oder gar ganz vergessen sollten.

Die scharfe Handhabung der Aufnahmebestimmungen ist geradezu eine Lebens- und Schicksalsfrage für unseren Reichsverband. Hier müssen alle Verbände ihre Pflicht erfüllen, denn bei laxer Handhabung der Aufnahmebestimmungen kann es nur zu leicht dahin kommen, daß die „Auchjournalisten" die wirklichen Journalisten majorisieren oder zu majorisieren versuchen; in einzelnen Unterverbänden soll es schon beinahe so weit sein.

Deshalb: Nicht die Zahl macht die Stärke unseres Reichsverbandes aus, sondern der Geist, der in ihm lebendig ist, nicht das zahlenmäßig starke Rudel bringt uns weiter und setzt sich durch, sondern die numerisch wohl geringere, aber dafür innerlich festgeschlossene, stoßkräftige Standes- und Gesinnungsgemeinschaft.

Das neue Jahrbuch der Tagespresse.

An dieser Stelle sind vor Jahresfrist gewisse Richtlinien aufgestellt worden, die nach Ansicht des Verfassers bei der Herausgabe eines Jahrbuches berücksichtigt werden müssen, wenn dieses seinen Zweck, allen Interessenten einen raschen und vollständigen Überblick über die Tagespresse und die bei ihr tätigen Kräfte zu geben, erfüllen soll. Im Anschluß daran war im einzelnen dargelegt worden, inwiefern das damals im ersten Jahrgang erschienene „Jahrbuch der Tagespresse 1928" noch berechtigte Wünsche offen ließ. Nunmehr liegt der neue Jahrgang 1929 vor, und schon der stark vermehrte Umfang (442 gegen 353 Seiten) läßt erraten, daß eine wesentliche Bereicherung des Inhalts vorgenommen worden ist. Erfreulicherweise hat der Herausgeber und Verleger sich unsere Hinweise zunutze gemacht und ihnen nach Möglichkeit zu entsprechen versucht. Das Werk ist unter weitgehender Berücksichtigung dieser Vorschläge vollkommen neu durchgearbeitet worden und ist damit dem Ideal eines derartigen Nachschlagebuches schon recht nahe gerückt. Man kann nur wünschen, daß das Interesse der Öffentlichkeit stark genug ist, um die weitere Ausgestaltung des Inhalts zu ermöglichen, wobei allerdings die Frage aufgeworfen werden muß, ob sich ein alljährliches Erscheinen auf die Dauer wird durchhalten lassen können.

Wenden wir uns den Einzelheiten des Werkes zu, so ist festzustellen, daß eine ganze Reihe von wichtigen Neuerungen durchgeführt worden sind, die seine Brauchbarkeit erhöhen. Die Orte des Reiches sind länderweise gruppiert und mit den Einwohnerzahlen versehen, die Angaben über den Redaktionsstab der Zeitungen wesentlich vervollständigt und berichtigt worden. Die Mitglieder der beiden Berufsorganisationen, des Vereins der deutschen Zeitungsverleger und des Reichsverbandes der deutschen Presse, wurden besonders gekennzeichnet, und schließlich sind Angaben über die Auflage und den Umfang der Zeitungen gemacht worden. Naturgemäß sind

Digitized by Google

die letzteren Angaben besonders wichtig und geeignet, eine Vorstellung von der Bedeutung eines Blattes zu geben. Wertvoll ist dann vor allem die gesonderte Angabe des gesamten und des redaktionellen Umfanges an einem gemeinsamen Stichtag. Man muß den dringlichen Wunsch nach möglichster Vervollständigung dieser Angaben aussprechen und hoffen, daß die Verleger selbst erkennen, wie sehr dies in ihrem eigensten Interesse liegt. Schon jetzt bietet das Jahrbuch mit seinen zahlreichen Angaben eine Quelle, wie sie in dieser Reichhaltigkeit wohl nirgends sprudelt. Dies gilt in besonderem Maße von der ebenfalls neu eingerichteten Abteilung „Vertreter der großen Tagespresse im In- und Auslande“, die für den praktischen Gebrauch allen, die Verbindung mit der großen Presse suchen, unschätzbare Hinweise bietet.

Weiter ist der ausländische Teil durch genaue Angaben der in den Vereinigten Staaten erscheinenden deutschen Blätter besonders ausgestaltet worden, und schließlich hat man dem ersten, der Tagespresse gewidmeten Teile des Jahrbuches einen zweiten Teil angegliedert, der Angaben über die „Unterhaltungsblätter“, d. h. über die illustrierten Wochen- und Monatsschriften, die Familien-, Frauen- und Rundfunkblätter enthält. Bei der engen Berührung, die hier mit der Tagespresse vielfach besteht, ohne Zweifel eine sehr wünschenswerte Bereicherung. Wenn hierzu noch ein Wunsch ausgesprochen werden darf, so der, daß künftig auch die nicht der „Unterhaltung“ dienenden, nicht illustrierten Wochen- und Monatsschriften, insbesondere, soweit sie sich auch mit politischen Fragen befassen, in den Kreis der zu behandelnden Blätter mit aufgenommen werden. Ihre Zahl ist — leider — verhältnismäßig so gering, daß ihre Berücksichtigung eine wesentliche Vermehrung des Umfangs kaum zur Folge haben dürfte. Wir vermissen ferner noch die von uns angeregte Aufführung der auswärtigen Korrespondenten und freiwilligen Mitarbeiter an den verschiedenen Orten. Für die Redaktionen kann im Bedarfsfalle ein solches Verzeichnis, wenn es sich um die plötzliche Gewinnung eines Mitarbeiters für einen bestimmten Zweck handelt, von großem Nutzen sein und für die betreffenden Kollegen natürlich ebenfalls. Man muß der dringenden Erwartung Ausdruck geben, daß die Bezirksvereine hier energisch mitarbeiten, um die nötigen Angaben vollständig und zuverlässig zu verschaffen.

Die Angaben über die Redaktionsmitglieder sind durchweg vervollständigt worden. Erfreulicherweise. Weniger erfreulich ist die Tatsache, daß einige große Verlage, besonders in Berlin, nach wie vor lediglich die Chefredakteure ihrer Zeitungen anführen und die sehr zahlreichen und vielfach sehr namhaften übrigen Redaktionsmitglieder einfach unter den Tisch fallen lassen. Es erhebt sich die Frage, da es sich dabei offenbar um eine Art von „System“ handelt, ob nicht von Reichsverbandswegen hier Mittel und Wege gefunden werden können, diesen Mangel abzustellen. Ich will diese Frage aber auf sich beruhen lassen, zumal die nächsten dazu, nämlich die beteiligten Kollegen selbst, bisher kein Interesse daran bekundet haben.

Auch das an der Spitze des Jahrbuches befindliche Verzeichnis der Berufsorganisationen ist wesentlich ergänzt und erweitert worden. Ich empfehle nach wie vor auch hier eine Aufnahme der Vorsitzenden auch an den betreffenden Orten. (Ist, soweit möglich, was den Reichsverband anlangt, schon geschehen. Die Redaktion.) Nicht selten wird beim Benutzer das Bedürfnis auftreten, sich an den Vorsitzenden des Bezirksvereins wenden zu wollen, wenn es sich um eine lokale Angelegenheit handelt. Im übrigen dürfte es an der Zeit sein, das Organisationsverzeichnis zu ergänzen durch Angabe der sonst noch vorhandenen Presseverbände und ihrer Vorstände, insbesondere auch solcher mit weltanschaulicher und politischer Bindung (Verein Arbeiterpresse, Augustinusverein usw.). Dabei würden auch Mitteilungen über die Mitgliederzahl und die Leistungen der Verbände (Unterstützungskassen, Versicherungen usw.) sehr erwünscht sein. Auch die von uns angeregte Aufzählung der öffentlichen Pressestellen, die Angaben über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Länder und größeren Städte gehören noch zu den frommen Wünschen, die wir in Erinnerung bringen möchten. Der kundige Thebaner kann sich natürlich diese Angaben auch aus anderen Quellen verschaffen — vorausgesetzt, daß sie ihm im Augenblick des Bedarfs zur Verfügung stehen und er sie kennt. Dies ist in der Praxis häufig nicht der Fall. Deshalb bleibt die Anführung dieser Angaben wünschenswert. Zum Schlusse möchten wir den rührigen Herausgeber in seiner Absicht ermutigen, dem Jahrbuch in Zukunft eine Arbeit über die Struktur der Presse, von einem besonderen Standpunkt aus gesehen, beizufügen. Derartige Arbeiten können, vorausgesetzt, daß sie kurz und lesbar geschrieben sind, dem Benutzer sehr wertvolle Hinweise bieten und Licht über Zusammenhänge verbreiten, die von den Interessenten gern im Dunkel gelassen werden.

Mit allem Nachdruck sei aber betont, daß auch ohne Erfüllung dieser Wünsche das Jahrbuch bereits in seiner jetzigen Gestalt einen vollständigen und genauen Überblick über das deutsche Pressewesen gibt, wie er bisher nicht zu erlangen war und nach meiner Kenntnis auch nicht für die Presse irgendeines anderen Landes zu erlangen ist. Es liegt im Interesse der Kollegen selbst, dieses, ihr Jahrbuch zu fördern, soweit es in ihrer Kraft steht.

Ernst Scheiding, Dresden.

Um die Berliner Frauengruppe.

Zwei offene Briefe: wider und für.

I. Frau Lenka von Körber an die Verbandsleitung.

„Sehr geehrter Herr Richter!

Als Mitglied des Reichsverbandes fühle ich mich verpflichtet, Ihnen folgendes zur Kenntnis zu geben. Ich habe wiederholt tüchtige Berliner Journalistinnen angeregt, dem Reichsverband aus Gründen der Solidarität beizutreten und die Antwort bekommen, daß es ihnen unmöglich sei, weil die weiblichen Mitglieder des Reichsverbandes in Berlin automatisch als Mitglieder des Frauenausschusses gelten, diese Kolleginnen aber absolute Gegner einer Frauengruppe innerhalb des Reichsverbandes sind.

In keinem anderen Beruf ist die Gleichberechtigung der Frauen so grundsätzlich feststehend als im journalistischen, weil allein die Leistung und nicht das Geschlecht bei der Arbeitsbewertung maßgebend ist. Daher kann eine Sondergruppierung der Frauen nur schaden, weil damit der Eindruck erweckt wird, die Frauen bedürften eines besonderen Schutzes, um sich in ihrer Berufsorganisation behaupten zu können.

Ich halte es für möglich, daß die Gründung einer Frauengruppe manche Journalistinnen, die von sich aus nicht die Sicherheit hatten, sich als Einzelmitglieder in eine seit langem bestehende, vornehmlich männliche Organisation, zu begeben, zum Eintritt bewogen hat. Diese Aufgabe dürfte der Frauenausschuß inzwischen erfüllt haben. Jetzt steht die Existenz eines Frauenausschusses dem Eintritt derjenigen Journalistinnen entgegen, die den Standpunkt vertreten, daß sie als Mitglieder einer Berufsorganisation des Sonderschutzes einer Frauengruppe nicht bedürfen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Werbung Berliner Journalistinnen jetzt durch das Bestehen einer

Digitized by Google

Frauengruppe erschwert wird, weil sie nicht in einen Frauenverein im Reichsverband, sondern unmittelbar in den Reichsverband eintreten wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Lenka v. Koerber geb. v. der Leyen.“

*

II. Frau Annie Juliane Richert, Vors. d. Frauengruppe, an Frau Lenka v. Koerber.

„Sehr verehrte Frau v. Koerber!

Da Sie nun einmal den Weg über die Leitung des Reichsverbandes zur Aussprache wählten, gestatten Sie mir, ebenfalls auf diesem Umwege zu antworten. Der Eindruck, den Sie bei Ihrem kurzen Hiersein gewannen, war der, daß die Frauengruppe dem Eintritt prominenter Journalistinnen hinderlich sei. Ich habe im Gegenteil die Erfahrung gemacht, daß die stützebedürftigen jungen Journalistinnen wegen des ihnen zu hohen Beitrages nicht eintreten und daß die Bildung der Frauengruppe dazu beigetragen hat, den Bestand an weiblichen Mitgliedern zu erhöhen.

Es wird Ihnen als Außenstehender entgangen sein, daß der Bezirksverband Berlin die Frauengruppe in die Wege geleitet hat, damit sie gewissermaßen als Clearing-House für die Berufswünsche der Frauen diene. Daß die Mitarbeit der Frau im journalistischen Beruf in der Berliner Organisation voll anerkannt wird, bewies sie dadurch, daß seit Jahren im Ehrengericht eine Kollegin, Frau Dr. Margarete Edelheim, tätig ist, und daß seit nunmehr zwei Jahren im Bezirksverband Berlin die Unterzeichnete dem Vorstand angehört.

Wer in den Reichsverband eintritt, ist ebenso automatisch Mitglied seiner Ortsgruppe, wie die Berliner Kolleginnen sich zur Frauengruppe innerhalb des Bezirksverbandes zählen. Die Frauengruppe ist ein fester Bestandteil des Berliner Bezirksverbandes. Die eintretenden Kolleginnen können an den Zielen der Frauengruppe, die mit dem Reichsverband völlig einig geht, mitarbeiten, oder sie können ihrer Arbeit fernbleiben. Es entstehen daraus keinerlei Sonderbelastungen, die irgendeine Kollegin abhalten könnten, nunmehr dem Reichsverband fernzubleiben.

Ich bitte Sie, allen Interessentinnen mitteilen zu wollen, daß die seit November 1928 bestehende Frauengruppe, zu deren wichtigsten Aufgaben die Pflege der Kollegialität gehört, sich nur dann als Sonderschutzengel betätigt, wenn sie darum angegangen wird. Da viele der Kolleginnen sich mit den Einrichtungen des Reichsverbandes unvertraut zeigten, ist es der Frauengruppe schon mehrfach gelungen, Mißverständnisse aufzuklären. Besonders in persönlicher Aussprache, offen und ehrlich.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Annie Juliane Richert geb. Waldmann,
1. Vorsitzende der Frauengruppe Berlin im Reichsverband der deutschen Presse.

Arbeitsgerichtsbarkeit und „Entlastungsgesetz fürs Reichsgericht“.

Unter dieser Überschrift ist in Nr. 4 der „Deutschen Presse“ ein Artikel erschienen, der zu der grundsätzlichen Frage Stellung nimmt, wie weit die bisherige Praxis des Reichsarbeitsgerichtes, das Entlastungsgesetz fürs Reichsgericht vom 21. 12. 1925 in der Fassung vom 28. 3. 1928 (Reichsgesetzblatt 25 I S. 475, 1928 I S. 120) auch auf arbeitsrechtliche Streitigkeiten zur Anwendung zu bringen, dem Willen des Gesetzgebers entspricht. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß die Ausschaltung der Revisionsgründe aus den §§ 139, 286 und 287 der Zivilprozeßordnung im arbeitsrechtlichen Verfahren eine in ihrer ganzen Auswirkung noch gar nicht zu übersehende Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte des Einzelnen bedeutet und durch sie eine schlimme Rechtsunsicherheit gerade in das für unser soziales Leben so wichtige Gebiet des Arbeitsrechtes hineingetragen würde. In dem Artikel war gefordert, daß in dem damals dem Rechtsausschuß des Reichstages vorliegenden Gesetzentwurf für die Verlängerung dieses Entlastungsgesetzes eine Bestimmung eingemauert werden müsse, die die Anwendbarkeit dieser Vorschriften auf Revisionen gegen Urteile der Landesarbeitsgerichte ausdrücklich ausschließt.

Zu welchen Folgen und einschneidenden Beschränkungen der gesetzlichen Rechte die bisherige selbstherrliche Judikatur des höchsten Ausführungsgerichtes dieser Arbeitsgerichtsbarkeit führen kann, ist auch in dem Jahresbericht für 1928 des Reichsverbandes der deutschen Presse aus dem Bericht der Rechtsschutzstelle zu ersehen. Die Gefahr, die gerade den Journalisten aus einer solchen Judikatur erwächst, wird nur zu deutlich durch den hierbei angezogenen großen Prozeß (D. P. 22/1928) gezeigt. Daß dieses Verhalten des Reichsarbeitsgerichts nicht dem Willen des Gesetzgebers entsprach, ergibt sich aus den Verhandlungen, die vor der Verabschiedung des Mitte Februar vom Reichstag neu angenommenen Gesetzes über die Entlastung des Reichsgerichtes geführt worden sind. In diesen Beratungen wurde gerade das erwähnte Reichsarbeitsgerichtsurteil als Beweis dafür angeführt, daß die Anwendung des Entlastungsgesetzes fürs Reichsgericht auf Revisionen gegen Urteile der Landesarbeitsgerichte nicht mit den Absichten zu vereinbaren ist, die der Gesetzgeber durch die seinerzeitige Verabschiedung des Arbeitsgerichts-Gesetzes vom 23. 12. 26 verwirklichen wollte. Durch die neue Fassung des Gesetzes wird in Verfolg dieser Auffassung des Rechtsausschusses des Reichstages festgelegt, daß die Bestimmungen über die Einschränkung der Revisionen (Prozeßrügen aus den §§ 139, 286 und 287 der Z. P. O.) nur gelten gegen die Urteile der Oberlandesgerichte; der Rechtsausschuß des Reichstages wollte damit bewußt klarstellen, daß die Beschränkungen der Revisionen nicht auf arbeitsrechtliche Streitigkeiten Anwendung finden sollen und dürfen. In dieser Fassung ist das Gesetz auch vom Plenum angenommen worden. Dieser Kampf um die Beseitigung einer selbstherrlichen Judikatur des Reichsarbeitsgerichtes ist mit Unterstützung des Reichsverbandes der deutschen Presse also erfolgreich durchgeführt worden. In Zukunft ist es dem Reichsarbeitsgericht unmöglich gemacht, seine, jedem gesunden Rechtsempfinden widersprechende bisherige Judikatur in dieser Angelegenheit beizubehalten. Gerade dadurch, daß der Gesetzgeber die Anwendung des Entlastungsgesetzes für das Reichsgericht auf das arbeitsgerichtliche Verfahren ausdrücklich ausgeschlossen hat, ist das Reichsarbeitsgericht aufs schärfste desavouiert worden. Es ist damit auch ausdrücklich unmöglich gemacht worden, daß die Landesarbeitsgerichte etwa den Oberlandesgerichten gleichgestellt und dadurch mit gewundener Rabulistik doch die Bestimmungen des neuen Entlastungsgesetzes, die sich nur auf Revisionen gegen Urteile der Oberlandesgerichte erstrecken, als anwendbar ansehen. Durch die Haltung des Rechtsausschusses ist außerdem klargestellt worden, daß die Auffassung des Reichsarbeitsgerichtes unbegründet ist, derzufolge es sich nicht als selbständiges höchstes Ausführungsgericht des Arbeitsgerichtsgesetzes, sondern als Teil des Reichsgerichts betrachtet. Genau so wenig, wie das Oberste Ehrengericht der Anwälte, das bekanntlich ebenfalls beim Reichsgericht errichtet ist, oder das Reichsbahngericht, für die diese Bezeichnung ebenfalls zutrifft, als Teile des Reichsgerichtes anzusehen sind, genau so wenig trifft dies für das Reichsarbeitsgericht zu. Es sollte in der Öffentlichkeit wohl beachtet werden, daß der Rechtsausschuß des Reichstages es damit auch als höchste Aufgabe dieser neu geschaffenen besonderen Arbeitsgerichts-Instanzen bezeichnet hat, die Fortbildung des Rechtes zu sichern und nicht nur formale Rechtsangleichung zu betreiben und — was menschlich vielleicht verständlich ist — auf diesem einfachen Wege eine beträchtliche Begrenzung des Arbeitsstoffes vorzunehmen.

Es kann also gar nicht deutlich genug betont werden: Das Entlastungsgesetz fürs Reichsgericht darf nach dem Willen des Gesetzgebers bei arbeitsrechtlichen Streitigkeiten nicht angezogen werden; es ist also in Zukunft ausgeschlossen, daß das Reichsarbeitsgericht künftighin Revisionen gegen die Urteile der Landesarbeitsgerichte, die sich auf Prozeßrügen aus den §§ 139, 286 und 287 der Zivilprozeßordnung stützen, auf Grund des Entlastungsgesetzes fürs Reichsgericht zurückweist. Für etwaige künftige Prozesse kann das Material, das über diese Beratungen des Rechtsausschusses zur Verfügung steht, durch Vermittlung des Reichsverbandes der deutschen Presse (Rechtsschutzstelle) herangezogen werden. * * *

Digitized by Google

Justiz und Presse.

In Stettin fand dieser Tage eine Gerichtsverhandlung statt, in deren Verlauf der Vorsitzende Worte des Verständnisses für die Presse fand, wie sie bisher selten an Gerichtsstelle vernommen wurden. Es handelte sich um eine Verhandlung vor dem Schöffengericht, in der eine Handelsfrau wegen Beleidigung eines Gerichtsberichterstatters angeklagt war. Der Kollege hatte in seinem Blatt die Verurteilung der Frau in einer Betrugssache veröffentlicht, und sie war dann in der Redaktion erschienen, wo sie dem Berichterstatter vorwarf, daß er von ihren Gegnern mit Geld bestochen worden sei, damit der Bericht veröffentlicht werde. Trotz ernstlicher Vorhaltungen hatte die Frau die Behauptung noch wiederholt. Die Folge war eine Anklage wegen Beleidigung. Selbstverständlich vermochte die Angeklagte den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen nicht zu erbringen, und ihre Ausrede, daß sie von solchen Bestechungen gehört habe, nutzte ihr nichts. Sie wurde für schuldig im Sinne der Anklage erkannt und über den Antrag des Staatsanwalts (2 Wochen Gefängnis) hinausgehend zu einem Monat Gefängnis verurteilt. In der Begründung des Urteils führte der Vorsitzende u. a. aus:

„Der von der Angeklagten erhobene Vorwurf ist eine sehr schwere Beleidigung. Die Presse wird so wie so schon mit allerhand Vorwürfen überhäuft. Wir müssen unsere Presse unbedingt gegen solche Verdächtigungen in Schutz nehmen, da sie aus idealistischen, moralischen und politischen Gründen arbeitet, nicht aber aus gewinnsüchtigen Motiven.“

Man kann nur wünschen und hoffen, daß die Auffassung von dem Wesen und den Aufgaben der Presse, wie sie sich in den oben erwähnten Worten des Stettiner Richters spiegelt, Gemeingut der deutschen Rechtsprechung werden möge.

Internationale Zeitungsforschung.

Das Studium der fremden Presseverhältnisse ist für die Erkenntnis der politischen Willensbildung im Ausland und damit auch für die deutsche Außenpolitik von großer Bedeutung. Dem wurde in Deutschland zum ersten Male durch das Kriegspresse-Amt Rechnung getragen. Es kam zu einer Reihe von Veröffentlichungen, die Kriegszwecken dienten und heute längst veraltet sind.

Schon im Jahre 1924 wurde daher, wie uns geschrieben wird, dem „Deutschen Institut für Zeitungskunde“ in Berlin bei seiner Gründung die Erforschung des ausländischen Pressewesens zur Pflicht gemacht. Das Institut begann damals sofort mit systematischer Sammelarbeit und stellte das Ergebnis für die öffentliche Benutzung bereit. Um das Material ständig für alle Auskünfte wertvoll zu halten und die Veröffentlichung vorzubereiten, hat das Institut vor Jahresfrist eigene Korrespondenten in allen Ländern gewonnen. Dies sind meist führende Fachleute, die als „Korrespondierende Mitglieder“ in ständigem Materialaustausch mit dem Institut stehen und ihm über die Presse ihres Landes alle wichtigen sachlichen und persönlichen Mitteilungen zuleiten. Damit ist die Möglichkeit gegeben, an einer Zentralstelle in Berlin alle wichtigen Angaben über die geistige, wirtschaftliche und rechtliche Struktur der großen Weltpresse durchgearbeitet und unbedingt zuverlässig zu erhalten.

Für die wissenschaftliche Beobachtung der internationalen Presse dient das Archiv des Instituts, das über die ausländischen Zeitungen auch ein nach wissenschaftlichen Grundsätzen bearbeitetes Spezialmaterial zur Verfügung hält. Die Bibliothek und die besondere Bibliographie der Auslandspresse dienen als weitere Grundlagen für die Forschung.

Ein Institut für internationales Pressewesen in Köln.

Am 13. Juli soll in Köln im Verfolg der während der Pressa aufgetretenen Bestrebungen, auf Grund des wertvollen Ausstellungsmaterials ein Forschungsinstitut für internationales Pressewesen zu errichten, dieses Institut eröffnet werden. Es soll alle Fragen des internationalen Pressewesens für Forschungs- und Lehrzwecke untersuchen und bearbeiten. An der Gründung sind beteiligt in erster Linie Oberbürgermeister Dr. Adenauer, Geheimer Regierungsrat Prof. Dr. Eckert und Direktor Lietmann von der Pressa; sie wurden unterstützt von dem Universitätsprofessor Dr. Kallen und dem Lektor für Zeitungswesen an der Universität Münster, Dr. Wohlers. Weitere Mitarbeit leisteten die Professoren Walb, Stier-Somlo und von der Leyen.

Eine der wichtigsten Vorarbeiten für die Gründung des Instituts waren die Verhandlungen wegen Überlassung des auf der Pressa zusammengetragenen reichhaltigen Materials. Diese Verhandlungen waren den Berichten der Kölner Presse zufolge sehr erfolgreich. Vieles, was wissenschaftlichen Wert hatte, ist in den Besitz des Instituts übergegangen. Auch die ausländischen Ausstellungsteilnehmer, vor allen Dingen Amerikaner, Russen, Japaner, Schweden und Dänen, wie die Schweiz, Latein-Amerika und Spanien haben in entgegenkommender Weise wertvolles Material kostenlos zur Verfügung gestellt.

Das Institut soll, wie es heißt, eine kulturhistorische und wirtschaftswissenschaftliche sowie eine rechtswissenschaftliche Abteilung umfassen. Für später ist auch eine soziologische Gruppe vorgesehen. Die kulturhistorische Abteilung des Instituts soll kritisch zu dem geschichtlichen Stoff Stellung nehmen, die Verkehrsbedingungen untersuchen, die Auswirkung von staatlichen Zuständen auf das Pressewesen, die gesellschaftliche Seite, das Parteiwesen des 19. und 20. Jahrhunderts, soweit es sich in der Presse widerspiegelte und die internationalen Verflechtungen. In dieser Abteilung existiert eine Mustersammlung zur Entwicklung der Geschichte der Presse aus Originalen, Photos und Faksimiles. Eine Reihe von wertvollen Stücken, die von den Museen nicht abgegeben werden konnten, sind durch Photos für das Institut nutzbar gemacht. Historische Erscheinungen, die forschungsmäßig festgestellt werden konnten, sind auf besonderen Tafeln bildlich dargestellt. Die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung beobachtet den wirtschaftlichen Inhalt der Zeitungen und Zeitschriften kritisch. Sie soll dem Quellenstudium der wirtschaftlichen Publizität dienen und darstellen, in welcher Weise die wirtschaftlichen Zustände durch die Presse erfaßt werden. In dieser Abteilung will man auch einen Überblick darüber gewinnen, wie den Bedürfnissen der Öffentlichkeit bei der Erfassung der wirtschaftlichen Zustände am besten Rechnung getragen werden kann. In der rechtswissenschaftlichen Abteilung werden die preßrechtlichen Fragen klargelegt. Es soll Stellung zum Preßrecht und zu den Reformbestrebungen genommen werden. Alle Organisationsfragen der Redakteure, Verleger und aller im Zeitungswesen Beschäftigten hinsichtlich der Interessengemeinschaft sollen auf internationaler Grundlage beleuchtet werden. Ebenso die Rechtsverhältnisse der Presse zu den Mitarbeitern, das Autorenrecht usw.

Das Institut hat sich also eine Fülle großer und schwieriger Aufgaben gesetzt. Für alle schon im Beruf Stehenden ist besonders wichtig, daß Vorträge und Übungen auch in den Abendstunden abgehalten werden sollen, um so die ununterbrochene Teilnahme der Zuhörer zu sichern. Allen journalistisch Interessierten, auch ohne akademische Bildung, soll die Möglichkeit zu weiterer Fortbildung gegeben werden. Das Institut ist vorläufig im Hause Alteburger Straße 151/55 in Köln untergebracht.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Notschrei eines freien Mitarbeiters.

Die schwere Notlage derjenigen Kollegen, die die das harte Los des freien Mitarbeiters gezogen haben, beleuchtet die nachstehende uns im Einvernehmen mit dem Briefschreiber zur Veröffentlichung im Verbandsorgan zur Verfügung gestellte Zuschrift eines freien Journalisten an den Schatzmeister seines Landesverbandes.

„Sehr geehrter Herr Kollege!

Sie werden mich nicht im Verdacht haben, die Verbands- und Krankenkassenbeiträge aus Nachlässigkeit nicht eingesandt zu haben. Die Lage ist augenblicklich wieder einmal ernst. Es kommt mir vor, als ob die Zeitungsverlage, von den hochanständigen Berliner und einigen wenigen anderen abgesehen, auch die leiseste wirtschaftliche Schwankung auf die freien Schriftsteller und Mitarbeiter abzuwälzen suchen. Die Honorare, die manche Blätter zahlen, sind jämmerlich. Ich erhielt neulich von einem süddeutschen Großstadtblatt für einen allerdings zusammengestrichenen Reiseaufsatz ein Honorar von

Digitized by Google

8 M (acht). Eine ebenfalls sehr bekannte Großstadt-Zeitung in Mitteldeutschland sandte mir für einen Beitrag von 175 Zeilen genau 17,50 M. Eine Zeitung, gleichfalls in einer Großstadt, als deren zwar nicht fest angestellter, aber immerhin einigermaßen regelmäßiger Mitarbeiter ich mich dank langjähriger Verbindung betrachten kann, hat mir bis heute noch nicht das Honorar für die Beiträge des Monats April, geschweige denn das für Mai, gesandt. Das sind grauenhafte Zustände. Und wenn man energisch wird, riskiert man, die Verbindung zu verlieren, und das möchte man zunächst doch nicht. Man ist also als wirtschaftlich Schwächerer vollkommen hilf- und wehrlos den Verlagen gegenüber. Daß die leitenden Redakteure an diesen Zuständen vollkommen unschuldig sind, vermag ich nicht zu glauben. Ja, manche von ihnen bringen es fertig, dabei noch im Vorstand des betreffenden Ortsverbandes des Reichsverbandes zu sitzen. Schöne Begriffe von Kollegialität haben diese Herren! Es gibt zwar einen Beschluß der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse, nach dem Honorare innerhalb eines Monats nach Manuskript-Annahme zu zahlen sind, aber es steht leider in vielen Fällen auf dem Papier. Für die nicht angestellten Mitarbeiter scheint die Arbeitsgemeinschaft nicht zu existieren. Solange solche Zustände herrschen, solange die paar gutgemeinten Beschlüsse nicht einmal durchgeführt werden, muß ich an der „Wirklichkeit des Reichsverbandes“ zweifeln.

Sobald eines der schon so lange erwarteten Honorare einläuft, werde ich sehen, wenigstens die Krankenkassenbeiträge sogleich einzusenden. Bis dahin bitte ich um Geduld. Die freie Mitarbeiterschaft ist ja, wenn man nicht gerade einmal Glück hat, nur eine nobel verhüllte Form der Stellenlosigkeit. Es wäre trostlos, wenn man nicht auf die Zukunft hoffte und vertraute.

Mit ergebenen Grüßen

K. P. Z.“

Personalien

Dr. Arno Günther,

politischer Redakteur an den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ konnte am 12. Juli den 50. Geburtstag begehen. Kollege Dr. Günther, in weiten Kreisen der Mitglieder des Reichsverbandes durch seine Tätigkeit als Vorsitzender des Bezirksvereins Leipzig wie Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Presse und Redakteurvorstandsmitglied der RAG. bekannt, widmete sich nach gründlichen Studien auf den Gebieten der Volkswirtschaft, Germanistik und Geschichte (er war ein Schüler Karl Lamprechts), der journalistischen Tagesarbeit. Kollege Dr. Günther hat schon frühzeitig an den Bestrebungen der Berufsorganisation teilgenommen und, wie seine Wahl in die hervorragendsten Gremien des Reichsverbandes beweist, allen Fragen des Berufs und Standes stets sein lebendiges Interesse zugewandt. Seines 50. Geburtstages gedenken wir mit dem Wunsche, daß es ihm mindestens noch weitere 25 Jahre vergönnt sein möge, in tatkräftigem Schaffen sowohl an der journalistischen Tagesarbeit wie an der Entwicklung der Berufsorganisation erfolgreich mitzuwirken.

Aus der Organisation.

Frauengruppe im Bezirksverband Berlin.

Empfang anläßlich des Internationalen Frauen-Kongresses.

Ein selten glücklicher gesellschaftlicher Start der Frauengruppe Berlin war dieser Empfang in den eleganten, anheimelnden Räumen des Deutschen Lyzeum-Klubs. Darüber hinaus aber eine Notwendigkeit. Denn wo sich andere Berufsorganisationen ihrer ausländischen Kolleginnen in so großzügiger Weise annahmen, durfte die deutsche Journalistin mit ihrer einzigen offiziellen Vertretung nicht fehlen. Daß auch der Kongreß selbst die Wichtigkeit dieser Einladung erkannte, bewies das Erscheinen fast des gesamten Präsidiums mit Mrs. Corbett-Ashby und Frau Rosa Manus an der Spitze. Vom Vorstand des Reichsverbands waren anwesend die Kollegen Prof. Bernhard, Prof. Dofivat und Klühs, vom Lyzeum-Klub Frau Luise Marelle, die Schriftführerin. Auf eine Begrüßungsansprache der Vorsitzenden Annie Juliane Richert, die in großen Zügen die Arbeit des Reichsverbandes schilderte, antworteten Kolleginnen aus aller Welt, um die Gastgeberinnen ihrer Sympathie zu versichern. Unter den Rednerinnen befand sich auch Karin Michaelis und die Vizepräsidentin des Weltbundes, Mme. Malaterre-Sellier aus Paris, eine glühende Pazifistin, die die Presse zur Förderung der Völkerverständigung aufrief. Unterhaltungsmusik, für die Kollegin Elsa Herzog gesorgt hatte, förderte den angeregten Meinungsaustausch und die Anknüpfung internationaler Beziehungen, die für die Presse so wertvoll sind.

Dr. Gertrud Haupt.

Beitragszahlung während des Urlaubs.

Die Kollegen, die ihren Urlaub noch vor sich haben, werden gebeten, die

pünktliche Zahlung der Reichsverbandsbeiträge auch für die Urlaubszeit

nicht außer acht zu lassen. Sie ist unerläßlich, da die Arbeit des Verbandes auch während der Sommerpause keine Unterbrechung erfahren darf. Rechtsschutz, Stellenvermittlung, „Deutsche Presse“, Zentralhilfskasse u. dgl. sollen weiter geführt werden, ebenso ist nach wie vor ein überaus stattlicher Briefwechsel durch die Zentrale zu erledigen. Deshalb müssen auch für die Sommerzeit der Zentrale die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen.

Erinnert sei auch an die regelmäßige Zahlung der Krankenkassenbeiträge.

Die Verbandsleitung:

gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Landesverband Schleswig-Holstein.

Des rege Leben im Landesverband Schleswig-Holstein kommt darin zum Ausdruck, daß in diesem Jahre bereits drei Hauptversammlungen stattgefunden haben. Die erste Hauptversammlung tagte am 1. April in Kiel, die zweite am 12. Mai in Neumünster und die dritte am 7. Juli wieder in Kiel.

Die dritte Hauptversammlung dieses Jahres hatte insofern besondere Bedeutung, als zu dem Beschluß des Vorstandes des Reichsverbandes, Lübeck von Schleswig-Holstein zu trennen und dem Hamburgischen Landesverband anzugliedern, Stellung zu nehmen war. Der erste Vorsitzende Dr. Wichmann berichtete kurz über die bereits durch Rundschreiben und die Veröffentlichungen in der „Deutschen Presse“ ergangenen Mitteilungen. Er betonte, daß der Beschluß des Reichsverbandsvorstandes sich zu den Statuten des Reichsverbandes in einem gewissen Gegensatz befinde, weil er die Entscheidung über ihre Zugehörigkeit zu dem einen oder anderen Landesverbande den Altonaer und Segeberger Kollegen zuschiebe. Damit errichtet er ein Selbstbestimmungsrecht der Einzelmitglieder, das bei Stimmengleichheit Schwierigkeiten hervorrufe, während satzungsgemäß der Reichsverbandsvorstand in Übereinstimmung mit den Landesverbänden über die Begrenzung der Landesverbände zu entscheiden habe. Dr. Wichmann riet aber dennoch davon ab, von dem von ihm gewahrten Appellationsrecht an die Vertreterversammlung Gebrauch zu machen, da das Selbstbestimmungsrecht der Kollegen ein wichtiger Faktor sei, der Achtung verdiene, und da es letzten Endes darauf ankomme, daß der Verband Schleswig-Holstein Mitglieder besitze, die aus freiem Willen ihm zugehören. Die Versammlung erklärte sich einmütig damit einverstanden, das Ausscheiden Lübecks aus dem Landesverband Schleswig-Holstein-Lübeck zu genehmigen. Der Landesverband heißt hin-

BAD PISTYAN

Bietet d. „Deutschen Presse“ zur Kur ganz besondere Begünstigungen.
Vulk. Schwefel-Schlammquellen — Rheuma, Gicht.
400 Morgen Park, Tennis, Golf, Rudern, Fischen.
Ausk.: Pistyan-Büro, Berlin W 15, Meinekestr. 1

Digitized by Google

Welche Kollegen haben über Bremen berichtet?

Alle Kollegen, die in ihren Zeitungen über den Bremer Verbandstag und Bremen Berichte, Plaudereien und dergl. veröffentlicht haben, werden um Uebersendung von Belegexemplaren an die Geschäftsstelle des Reichsverbandes gebeten, zur Vervollständigung der Akten: Berichterstattung über den Verbandstag.

Die Verbandsleitung.
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

---

fort Landesverband Schleswig-Holstein. Ein Widerspruch gegen die Beschlüsse des Vorstands des Reichsverbands soll nicht erhoben werden. Bezüglich der vom Vorsitzenden des Landesverbands dargelegten Beschlüsse des Vorstands des Reichsverbands, auf welchem Wege die Entscheidung der Altonaer und Segeberger Kollegen herbeigeführt werden soll, erklärte der Vorsitzende, daß, nachdem Hamburg und Lübeck den hanseatischen Charakter hervorgekehrt haben, es selbstverständlich moralische Pflicht der Schleswig-Holsteinischen Redakteure in Altona und Segeberg sei, da die Redakteure in Schleswig-Holstein Wortführer des Schleswig-Holsteinischen Gedankens in der Presse zu sein berufen sind, sich an den Landesverband Schleswig-Holstein anzuschließen. Im anderen Falle würden sie in einen inneren Zwiespalt geraten. Wirtschaftliche Rechte die die betreffenden Kollegen in Hamburg und Lübeck besäßen, müßten von diesen Verbänden abgefunden werden. Dr. Wichmann verwies darauf, daß die Stimmung in Altona keineswegs so hamburgisch sei, wie von Hamburg stets behauptet werde, denn Altona besitze z. B. die größte Ortsgruppe der schleswig-holsteinischen Universitätsgesellschaft mit über 3000 Mitgliedern. Dies zeige, daß der schleswig-holsteinische Gedanke in Altona starke Wurzeln habe.

Im Anschluß daran wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden Kollege Dr. Illing, der Pressereferent der Provinzialverwaltung von Schleswig-Holstein, zum Propagandaleiter des Schleswig-Holsteinischen Landesverbandes gewählt und ihm die Kollegen Dr. Häuser-Kiel und Hamann-Schleswig als Mitarbeiter beigeordnet. Darauf erfolgte die Neuordnung des Landesverbands Schleswig-Holstein. Kollege Gregori-Rendsburg wurde zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Zweiter Schriftführer wurde Kollege Hillers-Flensburg. Neu zu Beisitzern wurden gewählt die Kollegen: Dr. Deckmann-Flensburg, Becker-Itzehoe und Petersen-Eckernförde. Vorsitzender der Redakteurvertretung bei der Bezirksarbeitsgemeinschaft wurde Kollege Kühne-Kiel. In das Ehrengericht wurde gewählt außer den Koll. Dr. Stolze-Kiel und Dr. Deckmann-Flensburg die Koll. Dr. Koop-Itzehoe, Dr. Michel-Schleswig und Schröder-Flensburg; als Ersatzmänner wurden gewählt die Kollegen: Warm-Kiel, Bitterling-Kiel und Dr. Kähler-Apenrade. Zum Vertreter Schleswig-Holsteins beim Bezirksschiedsgericht in Hamburg wurde Kollege Gregori-Rendsburg gewählt. Sämtliche Wahlen erfolgten einstimmig.

Zum Schluß berichtete Kollege Gumpold-Kiel über das am 5. August in Kiel stattfindende Pressefest, zu dem die Kollegen aus dem Landesverbande Schleswig-Holstein Einladungen zu freiem Eintritt erhalten würden.

Landesverband Württemberg.

Die Jahresversammlung fand am 15. und 16. Juni in Wildbad statt. Sie war von rund 60 Teilnehmern besucht, die höchste Teilnehmerzahl, die bisher bei einer Versammlung in Württemberg zu verzeichnen war. Am Samstag und Sonntag wurden unter sachkundiger Führung die Badanlagen besichtigt. Am Samstag abend vereinigten sich die Teilnehmer mit ihren Damen zu einem von der Stadt- und Badverwaltung veranstalteten Bankett in den Räumen des neuen Kurhauses, wo der staatliche Badekommissar, Oberstleutnant von Breuning, und Stadtschultheiß Bätzner die Gäste willkommen hießen. Der Verbandsvorsitzende, Dr. Dröse, Stuttgart, wies in seiner Erwiderung in launiger Weise darauf hin, daß Wildbad seine Popularität nicht zuletzt dem geistvollsten „Pressechef“, den es je gehabt habe, Ludwig Uhland, und seinem „Überfall in Wildbad“ zu verdanken habe.

Am Sonntag vormittag fand die Hauptversammlung im Rathaus statt. In mehrstündigen Verhandlungen wurden alle die Presse augenblicklich beschäftigenden Fragen erörtert. Aus dem von dem 1. Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht ging hervor, daß die Zahl der Mitglieder auf 122 gestiegen ist. Die Unterstützungskasse des Verbandes hat im abgelaufenen Jahre wieder mehreren Kollegen Hilfe geleistet. Mit besonderem Interesse nahm die Versammlung Kenntnis von dem Kollektiv-Vertrag, der von der österreichischen Presse abgeschlossen worden ist, sowie von der Absicht der Reichsarbeitsgemeinschaft, zehntägige Informations-Kurse für Journalisten in Berlin abzuhalten. Aus dem Bericht des Kassiers, Dr. Falk, ging hervor, daß die Verbandskasse sich in einer mustergültigen Ordnung befindet.

An den Bericht über die Reichsverbandstagung in Bremen schlossen sich Mitteilungen über Vergünstigungen bei Auslandsreisen, die die Mitglieder des Reichsverbandes durch Vermittlung der Berliner Zentrale erhalten können. Dem Vorstand wurde ein Antrag zur weiteren Behandlung überwiesen, der u. a. die Bildung von Bezirksgruppen zum Gegenstand hat. Auch bezüglich der Bezirksarbeitsgemeinschaft, der Pressefeste und der Presse-Empfänge wurden dem Vorstand Wünsche übermittelt.

Bei der Wahl des Vorstandes wurden wiedergewählt: Dr. Heinrich Dröse, Stuttgart, zum 1. Vorsitzenden, Robert Bauer Heilbronn, zum 2. Vorsitzenden, Dr. F. Falk zum 1. Kassier, Schlensog, Stuttgart, zum 2. Kassier, Zanker, Stuttgart, zum 1. Schriftführer, Gloning, Stuttgart, zum 2. Schriftführer. Als Beisitzer fungieren wieder die Kollegen: Frey, Stuttgart, Frau Rettich-Haidyl, Stuttgart, Heimer, Stuttgart, Koch, Reutlingen, Weeber, Eßlingen, Achleitner, Heilbronn, Dr. Forderer, Tübingen und Greiner, Ulm. Ferner wurde Kollege Missenharter, Stuttgart, als Beisitzer in den Vorstand gewählt.

In den Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der württembergischen Presse wurden entsandt: Dr. Dröse, Stuttgart, Dr. Horlacher, Stuttgart, und Kemper, Stuttgart, sowie als Stellvertreter: Bauer, Heilbronn, Minister a. D. Heymann, Stuttgart, und Zanker, Stuttgart.

Die Wahlen in die Ausschüsse werden an dieser Stelle bekanntgegeben, sobald der schwer erkrankte Protokollführer wiederhergestellt ist.

An die Verhandlungen schloß sich ein gemeinsames Essen im Hotel Klumpp. Der Verbandsvorsitzende, Dr. Dröse, wies in seiner Begrüßung des Vertreters des Vereins Württembergischer Zeitungsverleger und des Leiters der Staatlichen Pressestelle darauf hin, in welch harmonischer Weise Redakteure und Verleger in der Arbeitsgemeinschaft der württembergischen Presse zusammenwirken und welch verständnisvolle Unterstützung die württembergische Presse bei Ausübung ihrer Berufspflichten bei der Staatlichen Pressestelle findet. Zeitungsverleger Kaupert-Freudenstadt überbrachte die Grüße des Vereins Württembergischer Zeitungsverleger und gab dem Wunsche Ausdruck, daß Redakteure und Verleger allezeit, so wie es bisher in Württemberg geschehen sei, bei Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Presse zusammenarbeiten möchten. Regierungsrat Vögele-Stuttgart übermittelte die Grüße der württembergischen Staatsregierung und betonte die angenehmen Beziehungen, die zwischen der Presse des Landes und der Staatlichen Pressestelle bestehen. Den Abschluß der Tagung bildete ein geselliges Beisammensein auf der Terrasse des Sommerberges.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Inhaltsangabe:

Honorare als Reklame. Von Dr. Bengt Paul, Lübeck.
Journalist und Schriftsteller. Von Dr. Egon-Erich Albrecht. Dresden.
Das neue Jahrbuch der Tagespresse. Von Ernst Scheiding, Dresden.
Um die Berliner Frauengruppe. Zwei offene Briefe von Lenka v. Koerber und Annie Juliane Richert.
Arbeitsgerichtsbarkeit und „Entlastungsgesetz für Reichsgericht“. Von * * *
Justiz und Presse.
Internationale Zeitungsforschung.
Ein Institut für internationales Pressewesen in Kölln.
Notschrei eines freien Mitarbeiters.
Personalien.
Aus der Organisation.

Herausgeber. Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

Die Preußische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft zu Berlin.

Die Preußische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft ist auf Grund der dem Staatsministerium durch Gesetz vom 9. Oktober 1923 — Ges. Samml. Seite 467 — erteilte Ermächtigung, zwecks Verwaltung und Ausbeutung der der staatlichen Bergverwaltung unterstehenden Betriebe, Gerechtsame und Berechtigungen eine Aktiengesellschaft zu bilden, am 13. Dezember 1923 gegründet und am 31. Dezember 1923 in das Handelsregister eingetragen worden. Das Grundkapital der Gesellschaft betrug nach dem Beschlusse der Generalversammlung vom 3. Dezember 1923 5 000 000 Goldmark und wurde in 5000 auf den Namen lautende Aktien von je 1000 Goldmark eingeteilt. Die Aktien sind sämtlich vom Preußischen Staat übernommen worden, der seine Vertretung als Aktionär durch den Minister für Handel und Gewerbe und den Finanzminister zu gleichen Teilen ausüben läßt. Die formelle Übertragung der Ausbeutung der staatlichen Bergwerke usw. an die Gesellschaft ist durch Vertrag vom 11. Januar 1924 erfolgt, wobei das zu den Betrieben gehörende Eigentum nebst sämtlichem Zubehör dem Staate verblieb. Die Gesellschaft ist danach verpflichtet, für die Ausbeutung des von ihr verwalteten Staatseigentums ein monatliches festes Entgelt an den Staat zu zahlen und außerdem die von ihr erzielten Überschüsse als Dividende am Jahresschlusse unverkürzt an die Staatskasse abzuführen.

Durch das Gesetz vom 26. Juli 1926 — Ges. Samml. Seite 234 — wurde dieser Zustand geändert. Der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft wurde hiernach auch das Eigentum der obengenannten Betriebe ganz als Einlage gegen Aktien übereignet.

Das Aktienkapital

ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 9. Dezember 1926 auf 100 000 000 RM erhöht worden, das an den Staat zu zahlende Entgelt ist weggefallen. Der infolge dieser Änderung erforderliche neue Vertrag zwischen Staat und Gesellschaft wurde am 30. November 1926 abgeschlossen.

In der Generalversammlung am 13. April 1929 wurde das Aktienkapital um 40 000 000 RM auf 140 000 000 RM erhöht. Gleichzeitig wurde in dieser Generalversammlung der Übertragung der Aktien vom Preußischen Staat auf die Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft zugestimmt. In dieser Gesellschaft sind mit Zustimmung des Landtags jetzt die staatlichen Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaften zum Zwecke des Geldausgleichs und der Geldbeschaffung zusammengefaßt. Die Aktien der neuen Gesellschaft sind sämtlich im Eigentum des Preußischen Staates. Die Wahrung der Aktionär-Rechte liegt dem Handels- und dem Finanzminister gemeinschaftlich ob.

Das Verlangen, die Staatsbergwerke in eine privatwirtschaftliche Form umzustellen, ist alt und wurde zuerst eindringlich vertreten durch den konservativen Landtagsabgeordneten v. Pappenheim, auf dessen Antrag hin ein besonderer Ausschuß des Preußischen Landtags zur Verfolgung der gedachten Zwecke eingesetzt wurde. Der Krieg unterbrach diese Vorarbeiten. Erst im Jahre 1922 konnten sie wieder aufgenommen werden. Die zu dieser Zeit begonnenen Arbeiten erlitten erneut eine Unterbrechung durch den Ruhreinbruch, da die zunächst angestrebten Maßnahmen auf die Umstellung der im Ruhrgebiet gelegenen Recklinghauser Werke ausgingen.

Der Zweck dieser Maßnahme war, eine größere Wirtschaftlichkeit der betreffenden staatlichen Unternehmen und eine klarere Übersicht über die Betriebsergebnisse zu gewährleisten. Innerhalb der früheren staatlichen Formen glaubte man dies nicht erreichen zu können, sondern drang auf eine

völlige Loslösung der Staatsbergwerke vom Etat

und auf ihre Umstellung auf eine moderne Wirtschaftsform, wie solche sich bei Privatunternehmen ähnlicher Art bewährt hat. Die Lösung vom Etat brachte eine große Entlastung der Werke von allgemein als überflüssig betrachteter Arbeit. Auch die Aufhebung der Rechnungslegung für die Prüfung durch die Oberrechnungskammer wirkte in dieser Hinsicht. Die Umstellung auf eine moderne Wirtschaftsform bezweckte das Verlassen der bürokratischen Gleise und sollte die Möglichkeit leichter Kreditbeschaffung herbeiführen sowie die Ausnutzungsmöglichkeit der jeweiligen Marktlage bei plötzlich auftretenden Wirtschaftsbedürfnissen, unabhängig von der Finanzlage des Staates. Durch die neue Form einer Aktiengesellschaft erreichte man ferner, daß an die Stelle der bisherigen Staatsbeamten — namentlich in den leitenden Stellen — höher bezahlte, an den Betriebsergebnissen geldlich interessierte und jederzeit kündbare Angestellte traten. Dies war ein weiteres Mittel, der neuen Verwaltung an allen Stellen kaufmännischen Geist einzuflößen und damit erhöhte Wirtschaftlichkeit zu erzielen. Die klarere Übersicht über die Betriebsergebnisse ließ sich ebenfalls durch die neue Wirtschaftsform ohne weiteres erreichen, weil Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung ungezwungen nur aus der für die neue Form selbstverständlichen kaufmännischen Buchführung hervorgehen.

Nach den bis jetzt vorliegenden Geschäftsberichten der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft für die ersten fünf Geschäftsjahre 1924—1928 ist der angestrebte Erfolg erreicht worden. Die Umstellung ist auf allen Werken ohne Schwierigkeiten durchgeführt. Eine große Reihe von Beteiligungen an anderen Unternehmungen wurde vorgenommen, um die angestrebten Allgemeinzwecke zu fördern.

Digitized by Google

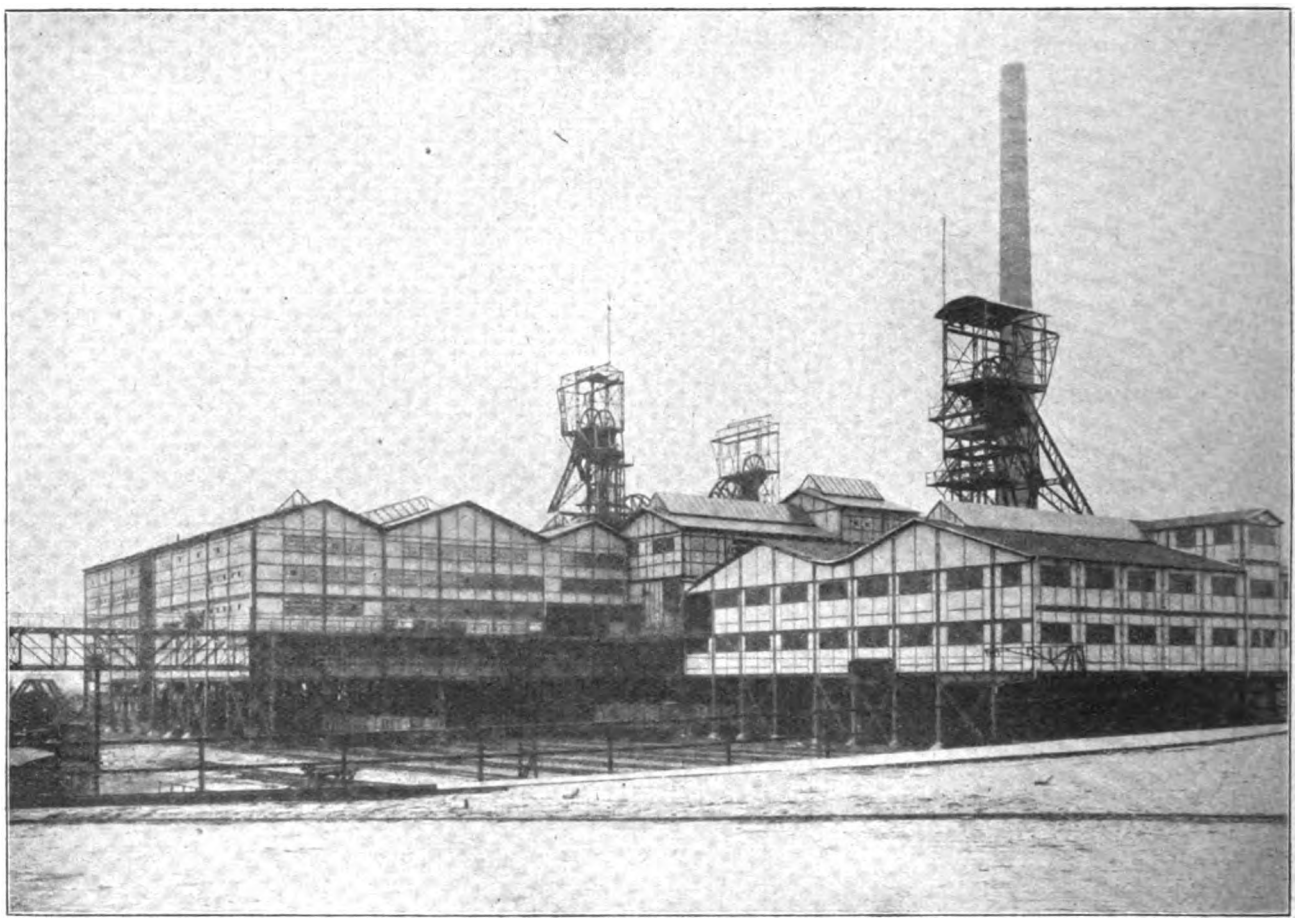
Für den technischen Ausbau der Werke,

der von dem Staat im Kriege und bei den widrigen Nachkriegsverhältnissen naturgemäß hatte vernachlässigt werden müssen, wurden reiche Mittel verwendet, damit die Werke den auf allen Gebieten sich geltend machenden Wettbewerb erfolgreich ausüben können. In den ersten fünf Geschäftsjahren hat man für den gedachten Zweck rund 69 000 000 RM aufgewandt. Daneben konnten an den Staat 17 000 000 RM ausgeschüttet werden. Eine besondere Last, wie sie die reinen Privatgesellschaften nicht annähernd zu tragen haben, ist für die Gesellschaft dadurch erwachsen, daß sie vertraglich verpflichtet ist, die Ruhegehälter, Wartegelder und Hinterbliebenenbezüge, die für die Beamten der übernommenen Werke vor ihrer Übernahme fällig geworden sind, weiterzuzahlen. Die jährliche Ausgabe hierfür betrug über 2 000 000 RM. Eine weitere sehr große Belastung der Gesellschaft bilden auch einige Verlustwerke, die vom Preußischen Staat übernommen worden sind und zunächst aufrechterhalten werden müssen.

Von vielen Seiten wird immer die Behauptung aufgestellt, daß die Preußag steuerliche Vergünstigungen genieße und dadurch gegenüber reinen Privatgesellschaften sehr im Vorteil sei. Dies ist unzutreffend. Die Preußag muß alle laufenden Steuern in gleicher Weise wie jede andere Privatgesellschaft zahlen. Sie ist lediglich von der Vermögenssteuer befreit. Diese Erleichterung ist aber unbedeutend und fällt gegenüber den beiden obengenannten Belastungen gar nicht ins Gewicht, so daß die Preußag nicht besser, sondern schlechter dasteht als eine reine Privatgesellschaft.

Die tatsächliche Übernahme der einzelnen Bergwerke, Hütten und Salinen einschließlich des preußischen Anteils an den sogenannten Gemeinschaftswerken seitens der Aktiengesellschaft ist im Laufe des Jahres 1924 erfolgt.

Königin Luise Grube
der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft Bergwerksdirektion Hindenburg O/S.



Fettkohlen-Separation **Schachtanlage Ostfeld** Flammkohlen-Separation

Ausgenommen von der Übernahme sind lediglich die der früheren staatlichen Bergwerksdirektion Recklinghausen i. W. unterstehenden Betriebe, die jetzt einer besonderen Gesellschaft, der Bergwerks-Aktiengesellschaft Recklinghausen, übertragen worden sind. Die Bergwerksgesellschaft Hibernia in Herne, deren Aktien sich fast sämtlich seit langer Zeit im Besitze des Staates befinden, wurde naturgemäß durch die Umstellung nicht berührt.

Abgesehen von zahlreichen Berechtigungen und Gerechtsamen sind von der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft die nachstehenden Werke übernommen worden:

Digitized by Google

	Belegschaft Stand März 1929	Produktion 1928	
Zweigniederlassung Oberharzer Berg- u. Hüttenwerke in Clausthal	2 556	Kaufblei	10 133 t
		Silber	19 960 kg
a) Berginspektion in Clausthal		Eisenguß	1 270 t
b) Berginspektion in Lautenthal			
c) Berginspekt. in Grund			
d) Hüttenamt in Clausthal (Silberhütten b. Clausthal und Lautenthal)			
e) Hüttenamt Rothehütte (Eisenhütte)			
f) Hüttenamt Lerbach (Eisenhütte)			
Bleierzbergwerk Friedrichsgrube in Miechowitz O. S.	160	Bleischlich aus eigenem Roherz	286 t
		Bleischlich aus d. Reservatfelde	6 548 t
		Stufferze	109 t
		Blei	1 405 t
Zweigniederlassung Bergwerksdirektion Hindenburg O. S.	13 398	Steinkohlen	3 869 097 t
		Koks	167 258 t
a) Berginspektion II Zaborze, Steinkohlenbergwerk Königin Luise			
b) Berginspektion III, Zaborze			
c) Verkaufsbüro der oberschlesisch. Staatsgruben G. m. b. H., Hindenburg O. S.			
d) Wasserwerk Deutsch-Oberschlesien G. m. b. H., Hindenburg O. S.			
Zweigniederlassung Bernsteinwerke in Königsberg i. Pr.	865	verwertbarer Bernstein	205 122 kg
		Preßbernstein	9 368 kg
a) Bergwerksverwaltung Palmnicken		geschmolzener Bernstein	252 614 kg
Zweigniederlassung Salz- und Braunkohlenwerke Berlin W 9, Friedrich-Ebert-Straße 10	2 877	Kalirohsalze	7035 905 dzeff.
		Steinsalz	152 008 t
a) Berginspektion Staßfurt		Siedesalz	92 550 t
b) Berginspektion Bleicherode		Chlorkalium	440 831 dz K_2O
c) Berginspektion Vienenburg			
d) Salzamt Schönebeck (Elbe)		Braunkohlen	211 211 t
e) Salzamt Dürrenberg			
f) Salzamt Artern			
g) Bad und Salzamt in Bad Oeynhausen			
Hüttenamt Gleiwitz O. S.	1 646	Stahlguß	9 285 t
		Eisenguß	5 903 t
a) Werk Gleiwitz			
b) Werk Malapane			
Berginspektion Dillenburg	321	Eisenerze	91 000 t

	Belegschaft Stand März 1929	Produktion 1928	
Bohrverwaltung Schönebeck a. E.	82		
Berginspektion Ibbenbüren	2 004	Steinkohlen	456 035 t
		Steinkohlen-Briketts	53 309 t
Berginspektion am Deister in Barsinghausen	1 648	Steinkohlen	310 910 t
Unterharzer Berg- und Hüttenwerke G. m. b. H. in Oker	2 047	Kaufblei	7 599 t
		Silber	11 594 kg
a) Berginspektion am Rammelsberg b. Goslar		Elektrolytkupfer	986 t
b) Hüttenamt in Oker		Zinkoxyd	12 058 t
c) Hüttenamt in Herzog Juliushütte		Zinkvitriol roh	5 370 t
Berginspektion Rüdersdorf Kalkberge in der Mark	566	Kalksteine	431 363 cbm
		Branntkalk	94 408 t
		Sackkalk	32 097 t
Gesamtbergamt Obernkirchen G. m. b. H. in Obernkirchen	2 574	Steinkohlen	365 186 t
		Koks	152 579 t

Der Vorstand der Preußischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft wird aus zwei ordentlichen Mitgliedern, Generaldirektor Geh. Bergrat Dr. Röhrig und Generaldirektor Kommerzienrat Lotz, sowie zwei stellvertretenden Mitgliedern, Direktor Ministerialrat Koska und Direktor Mitglied des Landtages Osterroth, gebildet.

Der Aufsichtsrat besteht aus den Herren: Staatssekretär a. D. Dönhoff, Vorsitzender, Staatssekretär Schleusener, 1. stellvertretender Vorsitzender, Oberberghauptmann Flemming, 2. stellvertretender Vorsitzender, Ministerialrat Dr. Arlt, Ministerialdirektor Bail, Berghauptmann Bennhold, bisher sämtlich Berlin, Berghauptmann Dr. Bornhardt, Clausthal, Staatsfinanzrat Brekenfeld, Berlin, Justizrat Falk, M. d. L., Köln a. Rhein, Ministerialrat Fimmen, Berlin, Bürgermeister Franz, M. d. L., Hindenburg O.S., Ministerialdirektor Grosser, Berlin, Bergrat Krämer, M. d. L., Recklinghausen, Bergassessor a. D. Krawehl, Essen-Ruhr, Präsident Professor Dr. Krusch, Berlin, Redakteur Merker, M. d. L., Berlin, Oberberghauptmann a. D. Schantz, Berlin, Steger, M. d. L., Oberhausen, Rhld., Generaldirektor v. Velsen, Herne i. W., Reichsbahnoberrat Dr. Viëtor, Berlin, Dr. von Waldthausen, M. d. L., Essen-Ruhr, Ministerialrat Dr. Wellmann, Berlin, Reichsarbeitsminister Wissell, Berlin. Vom Betriebsrat entsandt: Hauer Zimmermann, Bad Grund (Harz), Korrespondent Lattmann, Egestorf a. Deister.

Mater der Abbildung

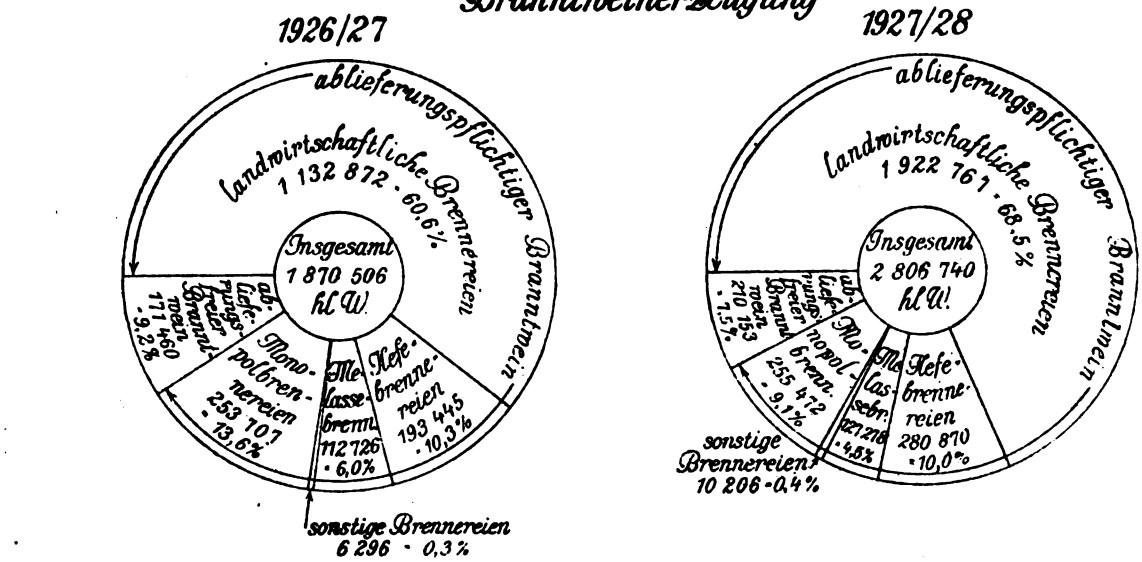
ist erhältlich beim Verlag der „Deutschen Presse", Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41.

Digitized by Google

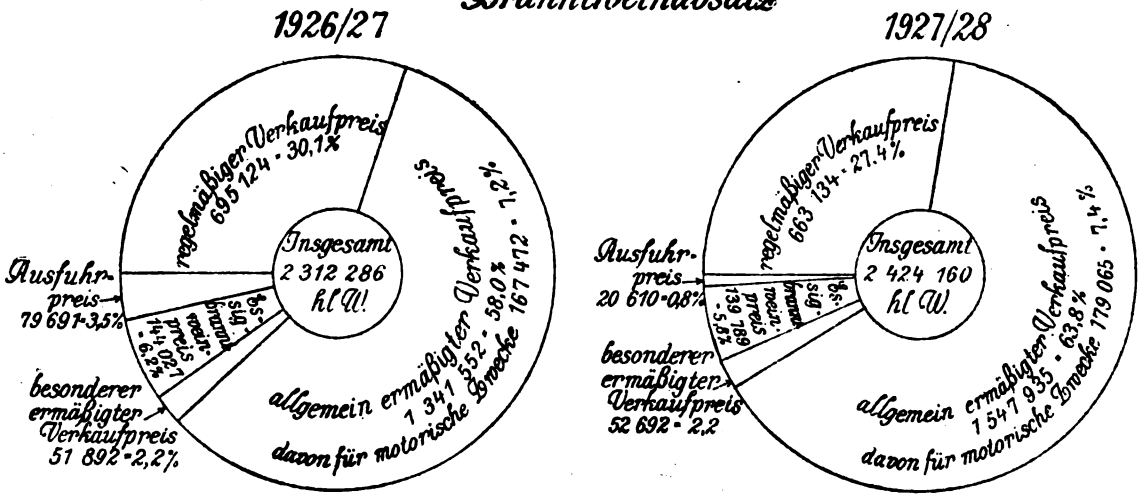
Zum Branntweinmonopol des Deutschen Reiches

Siehe auch Nr. 24/25, Seite 426/27

Branntweinerzeugung



Branntweinabsatz



Die Zahl innerhalb der einzelnen Kreise bedeutet die Gesamtzahl der einzelnen Mengen.

„Presse und Prella“

Ein Brevier für Journalisten und die es werden wollen.

Für Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse ist der Ursprungspreis von 5 RM auf zwei Mark herabgesetzt. Zu beziehen: (zuzüglich 30 Pfg. Porto oder durch Nachnahme zuzüglich Porto RM. 2.60) vom

Verlag der „Deutschen Presse“
Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

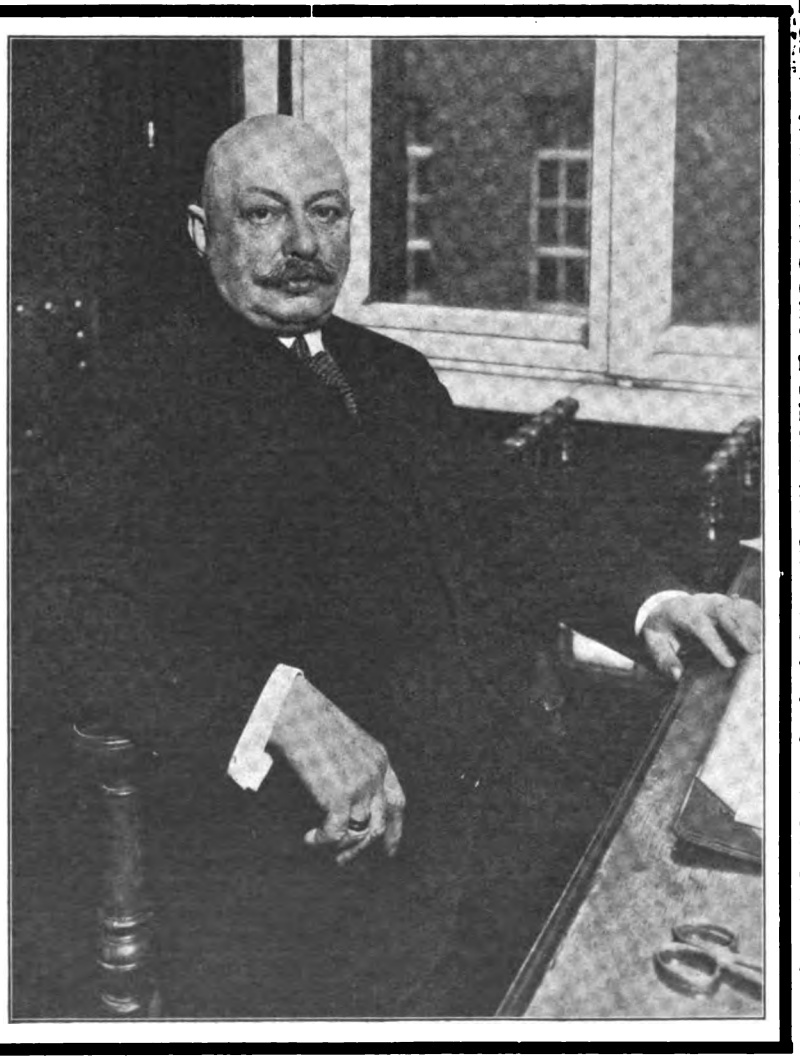
19. Jahrgang Nr. 29 Berlin, den 20. Juli 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Curt Moßner †.

Die Reihe der Gründer des Reichsverbandes der deutschen Presse lichtet sich. Nach ten Brink, Hermes, Paul Marx, Mohr, Wenzel ist am 14. Juli das Vorstandsmitglied seit dem Gründungstag, unser Ehrenschatzmeister Chefredakteur Curt Moßner, heimgegangen.

In Curt Moßner verlieren wir einen warmherzigen, erprobten Freund, einen liebenswürdigen und liebenswerten Menschen und hochangesehenen Kollegen und den Finanzminister des Reichsverbandes, den das allgemeine Vertrauen aller Mitglieder trug, den jeder hochschätzte und der keine Gegner, geschweige denn Feinde hatte. Das Geheimnis seiner unantastbaren, von keiner Seite befehdeten Stellung, die jede Veränderung im Vorstande des Reichsverbandes überdauerte, war seine selbstlose Hingabe an die Interessen und Ziele des Reichsverbandes. Curt Moßner wollte nichts für sich, wollte nur dem Verbande dienen, für ihn arbeiten und ihn hochbringen. Daneben bezwang seine gütige Menschlichkeit, sein vornehmer Charakter, seine herzliche und tatbereite Anteilnahme an den Geschicken jedes Einzelnen. Er hat an allen Verbandstagen und allen wichtigen Sitzungen teilgenommen und ist so zu einem großen Kreise der Verbandsgenossen in persönliche Beziehungen getreten. Und groß ist daher der Kreis von Kollegen, die den lieben, alten Moßner nicht nur als Vorstandsmitglied des Reichsverbandes, sondern als persönlichen Freund betrauern. Groß ist aber auch der Verlust des Reichsverbandes, in dessen Organisation eine Lücke gebrochen ist, die schwer auszugleichen sein wird. Es war Moßners Wesen, zu vermitteln, die Ecken abzurunden, zusammenzufassen und immer wieder an die Ideen der Gründer und ersten Führer des Reichsverbandes zu mahnen. In Berlin hatte er einen kleinen Kreis in der Reichsverbandsarbeit besonders tätiger Kollegen, Alter und Junger, Reformer und Beharrender, Opponenten und Zustimmender, zu monatlichen Zusammenkünften bei Huth um sich zu sammeln gewußt, die offiziell Reichsverbandsabende hießen, aber eigentlich Moßnerabende heißen mußten, da er Anreger und Mittelpunkt des Kreises war und blieb. Und wie er hier die Kollegen auf dem gesellschaftlichen Boden bei kollegialem, feucht-fröhlichem Zusammensein menschlich zusammenführte und Gegensätze vergessen ließ, so übte er es auch in seinem gastlichen Hause und bei den großen Tagungen. Es werden viele sein, die den Kollegen und Menschen Moßner künftig schwer vermissen werden.



Dem Reichsverbande widmete Moßner treue, gewissenhafte Arbeit, für die ihm kein Opfer an Zeit und Mühe zu groß war, von der er aber nie sprach. Curt Moßner, der die Notwendigkeit der Berufsorganisation früh erkannt hatte, hat den Verein der deutschen Redakteure mitbegründet und auch in ihm das Amt des Schatzmeisters verwaltet. Als der Verein unter Führung ten Brinks die Zusammenarbeit mit dem Verein Berliner Presse und den Landesverbänden des Journalisten- und Schriftstellerverbandes suchte, war Moßner Mithelfer. Und als die große und schwere

Digitized by Google

Gründung endlich November 1910 zustandekam, wählte ihn die Gründungsversammlung zum 1. Schatzmeister, eine Wahl, die 18 Jahre immer wieder auf jeder Verbandstagung einstimmig bestätigt wurde. Was er in diesen 19 Jahren für den Verband geleistet hat, dafür ist ihm der Reichsverband zu dauerndem Danke verpflichtet, dem er auf der Tagung in Königsberg 1924 durch die Ernennung Moßners zum Ehrenschatzmeister Ausdruck verlieh. Auch im Bezirksverbande Berlin betätigte sich Moßner von Anfang an mit Eifer und gehörte dessen Vorstand durch fast zwei Jahrzehnte an. Außerdem hat ihn das Vertrauen seiner Kollegen in das Ehrengericht berufen.

Curt Moßner gehörte zu dem guten Schlage der alteingesessenen Berliner, den man draußen leider zu wenig kennt. Nach Absolvierung des Werderschen Gymnasiums hatte er sich dem Bankfache gewidmet, um bald zur Handelsjournalistik überzugehen und als Mitarbeiter verschiedener Zeitungen sich in kurzer Zeit eine gute Position in der Wirtschaftspresse zu verschaffen. 1889 gründete er die bekannte Korrespondenz „Gelb“, aus deren Schule eine große Anzahl von Handelsjournalisten hervorgegangen ist. 1891 gründete er den Finanzverlag, in dem er zahlreiche wirtschaftliche Nachschlagewerke herausgab, die Moßners Verständnis für die praktischen Erfordernisse von Wirtschaft und Presse bewiesen. Sein Lebenswerk wird von seinen drei Söhnen weitergeführt werden.

Moßner war ein glücklicher, harmonischer Mensch, dem auch ein reiches Familienglück beschieden war. Als ihm vor fünf Jahren seine über alles geliebte Frau durch den Tod entrissen wurde, war das für ihn der schwerste Schlag seines Lebens, von dem er sich nie mehr ganz erholt hat.

Moßner hat in seinem Leben allezeit Treue gehalten, nicht zuletzt dem Reichsverbande der deutschen Presse, den er liebte und der ihm immer mehr ein wesentlicher Inhalt seines Lebens wurde. Und Treue wird ihm auch der Reichsverband halten. Er wird seines Ehrenschatzmeisters Curt Moßner stets in Liebe und Ehren gedenken.

Heinrich Rippler.

Die Presse als Willensbildner.

Von Chefredakteur P. Baecker.

Wenn wir die Bedeutung der Presse für die menschliche Willensbildung untersuchen, müssen wir von der Frage ausgehen, auf welche Weise überhaupt bestimmter Tatwille des Menschen sich bildet. Hier genügt im wesentlichen der Satz, daß jedem Akt eines lenkbaren menschlichen Willens irgendein Denkprozeß vorausgeht; wobei es keinen grundsätzlichen Unterschied ausmacht, ob es sich um rein logisches oder mehr oder weniger gefühlsmäßig bestimmtes Denken handelt. Die menschlichen Willensakte, die entweder rein triebhaft zustandekommen oder bei denen der Denkprozeß gegenüber einem Urtriebe der menschlichen Natur nicht zu klarer oder doch nicht zu normaler Entfaltung komme, scheiden für unsere Untersuchung im wesentlichen aus. Diese Willensakte, die sich der Beeinflussung durch die Presse, überhaupt durch Belehrung, weitgehend entziehen und allenfalls durch persönliches Vorbild und Beispiel zu beeinflussen sind, umfassen mannigfache Gebiete, von dunklen Abgründen des menschlichen Aberglaubens bis zum wechselvoll launischen Spiel der Mode. Wir denken dabei an Bewegungen wie die Geißlerfahrten, an manche religiösen oder besser pseudoreligiösen Sekten, daran, daß es trotz aller Aufklärung immer noch in Tegel spukt. Solchen Irrungen, die manchmal mit der unheilvollen Kraft von Epidemien wirken, auf die vielfach die Öffentlichkeit gar nicht aufmerksam wird oder doch nur besondere Zufälle gelegentlich ein öffentlich wahrnehmbares Schlaglicht werfen, kann die Presse meist ebenso wenig beikommen, wie andere Mächte der Belehrung und Willensbildung, etwa Kirche oder Schule. Wie wenig haben auch beispielsweise in der Gründerzeit alle Belehrungen durch die Presse die auf dem primitiven menschlichen Spieltrieb beruhende Spekulationssucht weiter Volkskreise einzudämmen vermocht, bis sie allmählich durch Schaden klüger wurden. In unserer Untersuchung also haben wir es mit den Willensakten des Menschen zu tun, für die ein Denkprozeß auch dann noch entscheidend bleibt, wenn der Gedanke gefühlsmäßig bestimmt ist. Natürlich können auch dabei Urtriebe der Menschheit — wie der Krieg oder nackte Lebensnot — eine maßgebende Rolle spielen, kann also ein elementares Gefühl der Wurzelboden für die Willensbildung sein; aber immer muß ein logischer Denkprozeß dabei dem Willen die entscheidende Richtung geben.

Kommt dem menschlichen Gedanken für die Willensbildung, die uns hier interessiert, eine maßgebende Bedeutung zu, so ergibt sich fast von selber, daß die Wirkung der einzelnen Faktoren dieser Willensbildung zunächst von dem Maß der Vollendung des den Willen lenkenden Gedankens abhängt. Und daraus ergibt sich wiederum als erste Feststellung: Der stärkste Bildner des menschlichen Willens ist die Tat, als die höchste Vollendung, nämlich die Verwirklichung eines menschlichen Gedankens, und zugleich schon als Vollendung eines menschlichen Willensaktes selber. Die Taten siegreicher Feldherren, schöpferischer Staatsmänner, der großen Religionsstifter, die entscheidenden Entdeckungen und Erfindungen und andere Großtaten des menschlichen Geistes lenken den Willen der Völker, wenigstens aber der Mehrheit eines einzelnen Volkes, in neue bestimmte Bahnen. Vor einer vollendeten Tatsache beugt sich der menschliche Wille am leichtesten. Dabei haben wir es allerdings — und auch noch mit gewissen Einschränkungen — vornehmlich mit solchen Tatsachen zu tun, die in ihren Auswirkungen mehr oder weniger direkt sichtbar und greifbar werden. Manche geschichtliche Großtat, namentlich im Bezirk des Geistes, hat ja Generationen gebraucht, um sich bis zu allgemeiner Anerkennung durchzusetzen; und schon manchmal ist, auch gegenüber echter menschlicher Größe, dem Hosianna! bald das Kreuzige! gefolgt. Weiter aber: Selten sind große Gedanken zur Verwirklichung gelangt, ohne daß vorher schon der Boden dafür bereitet war. Das gilt vom „Heureka“ des Forschers zumeist ebenso wie von Tatsachen wie der Gründung des Deutschen Reiches oder der Beseitigung der Währungsnot durch die Rentenmark. Damit ist schon gesagt, daß für die Vorbereitung und Durchführung, ebenso aber auch für die Anerkennung und Auswirkung der Tat auch die anderen Faktoren der menschlichen Willensbildung, darunter gerade auch die Presse, oft große Bedeutung haben. Aber die Tat bleibt wo nicht der primäre, so doch in der Regel der stärkere Faktor.

Der andere ist das Wort, das ja als Faktor menschlicher Willensbildung irgendwie immer die Bedeutung einer erstrebten, aber unvollendeten Tat hat. Es steht zunächst in zwei Formen gleichsam zwischen der vollendeten und unvollendeten Tat. Es gibt Worte, die mit der Kraft von Taten wirken, weil der Hörer fühlt, daß hinter ihnen die Tat selber oder doch ein großer Tatwille steckt. Hier stehe ich, ich kann nicht anders, Gott helfe mir ... Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt... Wir sind hier durch die Gewalt des Volkes und weichen nur der Gewalt der Bajonette ... — Rule, Britannia, rule the waves ... Pro-

Digitized by Google

letarier aller Länder, vereinigt Euch — solche Worte haben ungezählten Millionen menschlicher Hirne und Herzen die Richtung ihres Denkens und Wollens gewiesen. Es gibt dann Großtaten des menschlichen Geistes, die im Wort gleichsam schon ihre Vollendung finden: Die philosophischen Systeme, die Werke großer Dichter und Schriftsteller. An das letzte Glied dieser Kette schließt wieder die Tätigkeit der Presse an. Ehe wir aber ihre Stellung in diesem Rahmen betrachten, müssen wir noch untersuchen, welche Form des Wortes von Natur der stärkere Faktor menschlicher Willensbildung ist: Das gesprochene oder das geschriebene.

Es ist wohl kein Zweifel: der Redner kann im allgemeinen unmittelbarer und stärker auf den Hörer wirken, als der Schriftsteller, vom Buch bis zur Zeitung, auf den Leser. Ihm stehen noch andere Wirkungsmittel zur Verfügung als nur der im Wort geprägte Gedanke selber: Die Abtönungen der Stimme, die Verstärkung des Wortes durch die Geste, der lebendige Eindruck der Persönlichkeit selber; kurz alle Momente, die den seelischen Kontakt zwischen ihm und seinen Zuhörern leichter und stärker herstellen, als es in der Regel das geschriebene Wort zwischen dem Verfasser und dem Leser zu tun vermag. Ein Perikles oder Demosthenes, aber auch die großen Redner der Zeiten, in denen das Buch, die Streitschrift, überhaupt das geschriebene Wort dem gesprochenen mehr und mehr den Rang im Meinungskampf abgewann, haben die Herzen ihrer Hörer gelenkt wie der Wind die Wolken; und solche Möglichkeit rednerischer Wirkung besteht immer noch, so wenig auch unsere Zeit, namentlich bei den germanischen Völkern, in der Pflege der Redekunst an die Zeitalter heranreicht, in denen neben der Tat die Rede das einzige oder doch das Hauptmittel war, auf den Willen der Menschen zu wirken.

Dieser Punkt bedarf einer Einschränkung und einer Erweiterung. Das Mittel des gesprochenen Wortes vermag in der Hauptsache nur in einem räumlich beschränkten Kreise zu wirken. Auch das Radio kann das nur teilweise ändern, weil es die lebendige Wirkung der rednerischen Persönlichkeit doch höchstens im Bereiche des Ohrs, aber nicht im Bereiche des Auges wiederzugeben vermag. Es bleibt mindestens sehr zweifelhaft, ob eine Rede, die der Hörer am Radio vernimmt, im Ganzen auf ihn stärker wirkt, als ein Zeitungsartikel, der ja noch den Vorteil hat, daß der Leser bei den Worten, die ihm besonderen Eindruck machen, länger verweilen, ihre Wirkung in sich also sofort vertiefen kann. Auf der anderen Seite wirkt das gesprochene Wort auch ohne die besondere Form der geschlossenen Rede leicht stärker als das geschriebene, weil diesem eben das unmittelbare persönliche Fluidum fehlt. Eine geschickte Mundpropaganda, die sich richtig auf natürliche Interessen der Zuhörer einstellt, hat für die Entwicklung gesellschaftlicher Organisationen auch ohne die Anwendung besondere Redekunst eine große Bedeutung, die beispielsweise für das Anwachsen der Sozialdemokratie in Deutschland lange Zeit sehr viel größer gewesen ist als die Arbeit der sozialdemokratischen Presse.

Alles in allem: Die Tribüne des gesprochenen Wortes ist im allgemeinen kleiner als die des geschriebenen; die Wirkung des lebendigen Wortes aber von Natur intensiver als die der Schrift. Die innere Rangordnung der Hauptfaktoren menschlicher Willensbildung ist also: An der ersten Stelle steht die Tat, an der zweiten das gesprochene, an der dritten erst das geschriebene Wort.

Anders stellt sich die äußere Rangordnung dieser Hauptfaktoren der Willensbildung, wenn man von den tatsächlichen Verhältnissen des öffentlichen Lebens in der heutigen Zeit ausgeht; und diese bilden ja doch die entscheidende Grundlage für unser Thema. In seinem Rahmen haben wir schließlich nicht die Großtaten des Geistes zu behandeln, die immer wieder der Menschheit neue Wege weisen, sondern Dinge wie: das Wirken der Regierungen, der Parlamente und der sonstigen Körperschaften, die von der Verfassung mit Beschlußrecht, also mit der Prärogative der Tat, ausgestattet sind; die Wirksamkeit von Schule und Kirche; die Tätigkeit der Parteien und der sonstigen Organisationen, die in unserem so vielfältig durchorganisierten Volksleben um Einfluß ringen — kurz, die Wirksamkeit aller der Faktoren, mit denen heute die Presse im Wettbewerb um die Beeinflussung des öffentlichen Lebens, um die Willensbildung der Nation und darüber hinaus der zivilisierten Menschheit steht.

Die Kirche zunächst steht nunmehr indirekt in Wettbewerb mit der Presse. Es gibt in Deutschland eine weitverbreitete Presse bestimmter religiöser Richtungen; aber sie ist wesentlich für die Gläubigen der eigenen Richtung bestimmt und mit diesen so tief in innerlichster Gemeinschaft verwachsen, daß sie eine Selbständigkeit neben der Glaubensgemeinschaft gar nicht erstrebt; auch wo sie Mission nach außen hin treibt und wo starke Persönlichkeiten in ihr wirken, bleibt sie in dieser freiwilligen inneren Bindung. Immerhin wissen auch die führenden Männer des religiösen Lebens in Deutschland heute, wie wertvoll für ihre Glaubensgemeinschaft sowohl das Wirken einer eigenen wie die Einflußnahme auf die andere Presse ist. Und umgekehrt haben sie in hohem Maße die schmerzliche Erfahrung machen müssen, daß die Presse dem kirchlichen Leben, ja der religiösen Ehrfurcht und Gläubigkeit selber, schweren Schaden zufügen kann. In Frankreich hat ja eine einflußreiche Presse die Stellung der Kirche mit großem Erfolge untergraben. Die Frage aber, wer der stärkere ist, die Religionsgemeinschaft oder die Presse, läßt sich nicht entscheiden, ja im Grunde überhaupt nicht stellen: weil die Vergleichsmomente auf zu verschiedenen Ebenen liegen, und weil auch die Zahl der Kirchenaustritte, die zum guten Teil auf die Propaganda einer kirchenfeindlichen Presse zurückgeht, doch nur ein negatives Bild gibt, dem eine positive, zahlenmäßig aber kaum erfaßbare Aktivseite der religiösen Propaganda gegenübersteht.

Mit Schulfragen beschäftigt sich die deutsche Presse weit mehr als mit kirchlichen, sowohl mit den Grundsätzen der Schulpolitik, wie auch mit dem praktischen Leben der Schule. Aber hier stehen ja nicht Presse und Schule sich im Wettbewerb gegenüber, sondern in der Hauptsache jedenfalls die verschiedenen Richtungen innerhalb beider Faktoren. Ein Wettbewerb um die Seelen der Schüler findet in der Presse glücklicherweise doch höchstens in beschränktem Umfange statt, da sie es ja in der Hauptsache mit Erwachsenen zu tun hat. Und auch wo sie ihre Propaganda an eine Jugend heranträgt, die noch in einem Schulverhältnis steht, vor allem an die Hochschuljugend, da handelt es sich doch normalerweise nicht um das Verhältnis zwischen Schülern und Schule, sondern um den Versuch, junge oder doch angehende Wähler zu beeinflussen. Ausnahmezustände können wir beiseitelassen. Hier gibt es also überhaupt kein eigentliches Wettbewerbsverhältnis, jedenfalls keine gleiche Ebene der Auseinandersetzung oder des Kampfes.

Unter den Faktoren, mit denen die Presse in der gleichen Ebene um Einfluß ringt, stehen auch heute die Regierungen obenan. Nun gilt in einem demokratischen Staatswesen — diktatorisch regierte können hier ausscheiden — ohne Zweifel der Satz, daß Staat und Volk nicht mehr, wenigstens nicht für irgendwie längere Zeit, gegen die öffentliche Meinung regiert werden können; und auch starke demokratische Regierungen wissen, daß sie die öffentliche Meinung gegen die Presse oder doch eine ausgesprochene Mehrheit der Presse kaum gewinnen würden. Eine absolutistische oder diktatorische Regierung kann verhältnismäßig leicht Tatsachen schaffen, die stärker auf die öffentliche Meinung wirken, als eine mißgünstige Presse; im demokratischen Staat ist die Regierung dazu sehr viel weniger in der Lage. Eine kluge Regierung wird sich auch immer schon bewußt sein, daß es eine grundlegende Erleichterung ihrer Aufgaben bedeutet, wenn sie die Presse, wenigstens in ihrer Mehrheit, für sich gewinnt; und zwar möglichst schon in einem frühen Sta-

Digitized by Google

dium der Vorbereitung ihrer Pläne. Eine Presse, die sich ihrer Macht bewußt ist, hat es also im demokratischen Staat nicht schwer, sich so zur Geltung zu bringen, daß sie von der Regierung nicht als Dienerin, auch nicht nur als Instrument, sondern als Helferin betrachtet wird, mit der man auf der Grundlage der Gleichberechtigung verhandelt.

Bildet aber nicht im parlamentarischen Staat die Regierung zusammen mit dem eigentlichen Souverän, dem Parlament, eine Macht, die gegenüber der Presse eine Superiorität schlechthin beanspruchen kann? Diese Frage ist rundweg zu verneinen. Schon in einem konstitutionellen Staatswesen gibt es von dem Augenblick an, wo eine verfassungsmäßig gesicherte Preßfreiheit besteht, keine Abhängigkeit der Presse von den Regierungsgewalten, die sie nicht etwa freiwillig auf sich nimmt; schon hier steht sie als völlig gleichberechtigte Macht neben Regierung und Parlament im Wettbewerb um die Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Im demokratischen Staat gilt das naturgemäß erst recht. Gewiß, Parlament und Regierung zusammen können Tatsachen der Gesetzgebung oder Verwaltung schaffen; auch gegen eine Mehrheit der Presse; aber sie werden das nur sehr ungern versuchen, weil ihre eigene Existenzgrundlage ins Wanken gerät, sobald es der gegnerischen Presse gelingt, gegen Parlament und Regierung eine Mehrheit der Wählerschaft für sich zu gewinnen.

In diesem Zusammenhange ein besonderes Wort über das Verhältnis von Parlament und Presse. Beide sind nach der politischen Idee, in der sie ihren Ursprung haben, Geschwister; in einzelnen Verfassungsstaaten sind sie gleichsam als Zwillinge auf die Welt gekommen. Zugleich aber sind sie geborene Konkurrenten. Sehr interessant ist ihr Verhältnis zueinander gerade in älteren parlamentarischen Staaten. In England wurde es der Presse bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts hinein verwehrt, über die Verhandlungen des Parlaments kritisch zu berichten; ein verfassungsmäßig gesichertes Recht zur parlamentarischen Berichterstattung überhaupt gibt es dort sogar heute noch nicht. Wenn trotzdem in England die Berichterstattung der Presse über die Parlamentsverhandlungen auf besonders hoher Stufe steht und sogar vom Parlament selber praktisch als autoritativ angesehen wird, so ist das wohl ein durchschlagender Beweis dafür, daß bei einem Kampf zwischen Parlament und Presse die letztere nicht der von Natur schwächere Teil ist. In Frankreich hat sich die Presse gleich im Anfang der Revolution ihre unabhängige Stellung gegenüber der Nationalversammlung geschaffen; kein Geringerer als Mirabeau hat dabei Pate gestanden. In Deutschland und Österreich ist die gleichberechtigte Stellung der Presse neben dem Parlament tatsächlich ebenso alt wie die verfassungsmäßige Stellung des Parlaments selber, wenn dieses auch die Geburt der Pressefreiheit erst beurkunden mußte.

Schon im konstitutionellen Deutschland hat sich gezeigt, daß im Wettbewerb der beiden Geschwister Presse und Parlament die Presse die größeren Aussichten hat. Hauptsächlich aus zwei sehr einleuchtenden Gründen. Das Parlament hat im modernen Staat ein elementares Interesse daran, daß seine Verhandlungen von der Öffentlichkeit beachtet werden; und der Weg zu dieser Beachtung geht eben praktisch nur über die Presse. Der kleine Kreis von Zuhörern, der die Publikumstribünen in unseren Parlamenten bevölkert, stellt nur rechtlich und theoretisch, nicht aber tatsächlich die Öffentlichkeit dar. Mit Recht hat Emanuel Lasker gesagt: „Die wahre Öffentlichkeit sitzt auf der Tribüne, auf welcher die Vertreter der Presse beschäftigt sind." Aber nicht nur das Parlament als solches, sondern vor allem auch der einzelne Parlamentarier hat ein natürliches Verlangen nach Publizität; und nur die Presse, in deren Hand ja die Berichterstattung über seine Reden nicht nur im Parlament, sondern auch außerhalb des Parlaments liegt, kann diesem Wunsch zur Erfüllung verhelfen. Auch dem Parlament gegenüber hat die Presse die gewiß zweischneidige, aber auf jeden Fall wirksame Waffe des Schweigens zur Verfügung. Ich darf daran erinnern, daß während der Amtszeit des Fürsten Bülow die Presse drei Tage lang die Berichterstattung über besonders wichtige Reichstagsverhandlungen zur auswärtigen Politik einstellte, bis der Abgeordnete, der sich einer groben Beleidigung der Journalistentribüne schuldig gemacht hatte, sich zu einer hinreichenden Entschuldigung verstand; und auch daran, daß in der Kriegszeit die ganze Presse in Berlin eine wichtige Rede eines Reichsministers mit voller Absicht nicht wiedergegeben hat. Tatsächlich ist das Parlament auf den guten Willen der Presse in höherem Maße angewiesen, als umgekehrt. Ferner aber: der einzelne Parlamentarier kommt doch durchschnittlich nur ein paar Mal im Jahre auf der Parlamentstribüne zum Wort, der Mann der Presse dagegen in der Regel jeden Tag. Und sein Wort liest man, je nach dem Aktionsradius seiner Zeitung, in einem bei weitem größeren Raum; sofern nicht eben auch der Parlamentarier durch das Medium der Presse eine ähnliche Ausweitung seiner Tribüne erreicht. Da die Tribüne der Presse dem Journalisten tagein, tagaus zur Verfügung steht, so werden auch die Fälle immer seltener, in denen die parlamentarischen Verhandlungen neue Gesichtspunkte von Bedeutung oder besondere Überraschungen bieten; das ist m. E. auch ein Hauptgrund dafür, daß das Interesse an den parlamentarischen Verhandlungen im deutschen Publikum dauernd abgenommen hat. Auch eine Wiedergabe der Parlamentsdebatten durch das Radio, die man gelegentlich diskutiert hat, würde nach meiner Überzeugung keine Abhilfe zugunsten des Parlaments schaffen. Ich trete dem Parlament, dem ich ja selber angehöre, schwerlich zu nahe, wenn ich eher eine gegenteilige Wirkung vermute.

Wie steht es aber mit dem Verhältnis der Presse zu dem letzten Kreise von Wettbewerbern um die Willensbildung des Volkes, den Parteien und sonstigen, namentlich wirtschaftlichen oder beruflichen Organisationen? Ist die Presse, die einer bestimmten Partei oder Organisation dient, ein unabhängiger Faktor der nationalen Willensbildung, oder nicht vielmehr nur ein von anderen Händen dirigiertes Instrument? Hier gibt es gewiß starke — freilich selbstgewollte — Bindungen für die Presse. Einmal aber besteht wenigstens in Deutschland der Zustand, daß neben den offiziellen Korrespondenzen nur ausnahmsweise einzelne Zeitungen zur Disposition von Parteien oder anderen Organisationen stehen, während auch die große Masse der Tageszeitungen, die aus innerer Verbundenheit ihren Platz in einem bestimmten Lager gewählt haben, sich doch die Unabhängigkeit wahrt, selbst darüber zu bestimmen, ob oder wie weit sie im Einzelfall mitgehen will oder nicht. Nicht nur die formelle, sondern wohl mehr noch die geistige Unabhängigkeit der deutschen Parteipresse ist im allgemeinen so groß, daß sie schon an der Willensbildung der eigenen Partei in hervorragendem Maße teilnimmt. Wiederholt waren deutsche Zeitungen die Seele ihrer Partei und der anerkannte Hauptträger ihres Programms; man hat mit praktischem Recht von einer „Kreuzzeitungs"-Partei, einer „Wochenblatt"-Partei, einer „Beobachter"-Partei und dergl. gesprochen. Und in einem Konflikt mit der Reichstagsfraktion hat ein Blatt einer Partei, der man besondere Disziplin nachrühmt, die „Kölnische Volkszeitung", übrigens in voller Übereinstimmung mit der „Germania", die Stellung der Parteipresse in folgender Weise zum Ausdruck gebracht: „Es wäre schlimm, nicht nur um die Presse, sondern noch mehr um die Partei bestellt, wenn unsere Zeitungen nichts anderes wären als das Sprachrohr der Fraktion. Fraktion und Presse, beide stehen nebeneinander im Dienste der Partei. Die Presse treibt Politik aus eigenem Recht. Ein Über- oder Unterordnungsverhältnis besteht nicht." Das entsprach nicht nur in diesem Fall den Tatsachen, es ist auch der allgemeine Zustand im deutschen Parteiwesen. Gewiß wird sich auch der charaktervollste Publizist sorgfältig überlegen, ob er im Einzelfall seine abweichende Meinung gegenüber Maßnahmen der Partei oder ihren Fraktionen zum Ausdruck

Digitized by Google

bringen soll; wie das ja auch für die Mitglieder einer Fraktion oder anderer Parteiorgane gilt, die bei einer bestimmten Entscheidung in der Minderheit bleiben. Aber dabei handelt es sich nicht um Unterordnung, sondern um eine aus Rücksicht auf das gemeinsame Ziel freiwillig geübte Selbstdisziplin. Stärker als bei den deutschen Parteien dürften Bindungen der Presse bei den Organen einiger wirtschaftlicher oder sonstiger Berufsverbände sein. Hier gibt es vielleicht noch mehr als bei Parteien vorgefaßte, oft auch vorgeformte Meinung. Aber wenigstens die Formung, meist auch der Inhalt, der Grundsätze auch solcher Organisationen kommt doch immer wieder in Fluß, so daß auch der eigenen Presse immer wieder Gelegenheit zu Mitwirkung und Einflußnahme geboten wird. Und dann wirkt als natürliches Gegengewicht gegen die teilweise Bindung schon die Tatsache, daß eine Zeitung doch nicht nur dazu da ist, Monologe einer bestimmten Organisationspolitik zu halten, daß sie vielmehr zu ihren Lesern noch über viele andere Dinge spricht; und daß sie deshalb ihnen gegenüber wenigstens zum guten Teil in der überlegenen Stellung ist, in der sich jedenfalls eine geschickte und gut geleitete Presse ganz allgemein gegenüber dem Publikum befindet.

Hiermit stehen wir in der letzten, zugleich der wichtigsten und innerlichsten Frage unseres Themas: der Frage, ob die Presse überhaupt mehr die öffentliche Meinung macht oder nur Sprachrohr für die Meinung anderer ist. Aber diese Kardinalfrage des Wesens der Zeitungsmacht sind von berufener und unberufener Seite schroff entgegengesetzte Meinungen ausgesprochen worden. Die einen schreiben der sogenannten siebenten Großmacht eine fast dämonische Wirkung als Führer, oder auch Verführer, der Menschen des modernen Zeitalters zu. Auf der anderen Seite hat ein Historiker, der an der weisheitsschweren Alma Mater Heidelberg wirkte und selber in Rede und Schrift mit Feuerzungen sprechen konnte, Heinrich von Treitschke, aus innerster Abneigung gegen die Presse erklärt: Die Tagespresse schafft nichts Neues, sie bringt es nur an den Tag. Aber auch Bücher spricht der Presse eine schöpferische und leitende Rolle ab und meint: Ihre Tätigkeit ist eine wesentlich Form gebende. Sie prägt das Metall, welches die eigentlich schöpferische Geistesarbeit in Politik, Wissenschaft, Kunst, Technik zutage fördert, in kleine Münze um, macht es also zirkulationsfähig. Die Wahrheit dürfte zunächst insoweit etwa in der Mitte zwischen den beiden entgegengesetzten Auffassungen liegen, als die Presse gewiß eine Hauptaufgabe darin sieht, die Auffassungen und Wünsche, Sorgen und Nöte der Bevölkerung „an den Tag", an das Forum der Öffentlichkeit und das Ohr der verantwortlichen Gewalten des Gemeinwesens zu bringen; und als ihr Verhältnis zu ihren Lesern ein stetiger Wechsel von Geben und Nehmen ist. Es soll und darf auch nicht verschwiegen werden, daß auch in Deutschland, wo es Gottseidank eine bestechliche Presse nicht gibt, manche Zeitungen sich doch in einem Maße von Rücksichten auf ihre Leser und auch auf Inserenten leiten lassen, durch das sie den Anspruch auf eine führende Stellung bei der Willensbildung der Nation verwirken. Aber der Standpunkt Gordon Bennetts, seine Zeitungen *wollten* dem Publikum gar nicht ihre Meinung aufdrängen, sondern nur die Meinungsware verkaufen, die es selber wünsche, ist doch glücklicherweise in Deutschland verschwindende Ausnahme. Im Rahmen eines knappen Aufsatzes kann ich nicht den mannigfachen und verwickelten soziologischen Zusammenhängen dieser Frage nachgehen, sondern nur kurz einige praktische Hauptmomente berühren, die nach meiner Überzeugung schon genügen, um die Auffassung Treitschkes, aber auch Büchers, doch wesentlich zu wiederlegen. Die Zeitung besitzt gegenüber dem einzelnen Leser, damit aber auch gegenüber dem Publikum im allgemeinen, eine Überlegenheit, die in einer Zeit, in der eine ständig wachsende Fülle von Nachrichten und Betrachtungen aus allen Lebensgebieten tagtäglich auf den unglücklichen Zeitungsleser einströmt, sehr natürlich ist. Wir stellten eingangs fest, daß die Tat, die Tatsache schlechthin, am stärksten auf den Willen der Menschen einwirkt. Welche Fülle von Mitteln aber hat die Zeitung, die doch zumeist die Tatsachen als Nachrichten zuerst an den Leser heranbringt, an der Hand, um ihre Wirkung nach ihrer eigenen Auffassung zu beeinflussen! Die Fassung der Überschrift, leichte Schattierungen im Text einer Nachricht, können schon ohne jeden Kommentar ihr Gesicht und damit ihre Wirkung auf den Leser weitgehend ändern. Das sind Mittel, die die Masse der Leser bei der Hast der Zeitungslektüre kaum merkt, die aber auch der kritische Leser oft nicht sieht, oft auch, da er weiß, daß die Zeitung bestimmte Grundauffassungen und demgemäß auch Tendenzen vertritt, kaum mehr beachtet — und die doch auch auf ihn nicht ganz ohne Wirkung bleiben. Ein anderes psychologisch bedeutsames Moment ist die ständige Wiederholung von Behauptungen und Argumentationen, bei einer gut geleiteten Zeitung in immer neuen Wendungen und unter immer neuen Gesichtspunkten. Auch hier gilt das Wort: Steter Tropfen höhlt den Stein. Ferner: Eine Zeitung wird nicht leicht eine Meinung aussprechen, von der sie weiß, daß sie bei dem Stamm ihrer Leser von vornherein Widerspruch fände; aber indem der Journalist die stärkste Kunst des Schriftstellers übt, indem er eine Meinung, die auch in anderen Hirnen besteht, oder im Entstehen begriffen ist, aber meist noch ohne feste Form, oft nur erst als dunkles, wirres, halb unbewußtes Gefühl, zuerst in voller Klar-

Oberstes Ehrengericht.

Das Oberste Ehrengericht hat in seiner Sitzung vom 5. Juli 1929, an der teilgenommen haben Dr. *Breslauer* als Vorsitzender und die Kollegen Dr. Frhr. v. *Biedermann*, *Goeres*, Dr. *Mühling* und Dr *Clages*-Magdeburg als Beisitzer, auf die Berufung des Hauptvorstandes gegen das Urteil des Ehrengerichts Berlin vom 19. April 1929 beschlossen:

Das Urteil der ersten Instanz wird bestätigt.

Gründe:

Auch nach Meinung des OEG. hat sich Kollege Wagener durch die Übernahme bezahlter Propagandaarbeit für Boxer-Veranstaltungen unter den Verhältnissen, wie sie in diesem Falle und zu der Zeit, als er sich abspielte, vorlagen, keiner ehrenrührigen Handlungsweise schuldig gemacht.

Indessen macht es die seitherige Entwicklung auf dem Gebiete der Sportjournalistik notwendig, in Übereinstimmung mit der Begründung der 1. Instanz festzustellen, daß grundsätzlich kein Angehöriger des Reichsverbandes der deutschen Presse zu irgendjemand, dessen Tätigkeitsgebiet er journalistisch behandelt, in geschäftlich-finanzielle Beziehungen treten darf. Auch der bloße Anschein muß vermieden werden, daß Unternehmer von Sportveranstaltungen, indem sie Journalisten Nebenverdienste zuwenden, Einfluß auf den Inhalt der Zeitungen gewinnen können. Der Verband der deutschen Sportpresse hat auch allerdings auf seiner Breslauer Tagung vom 12.—13. April 1929 eine Entschließung gefaßt, nach der gegen die Herstellung von Propagandaarbeiten durch Sportjournalisten nichts einzuwenden ist. Er hat dann aber von diesem allgemeinen Grundsatz alle in Redaktionen festangestellten Sportjournalisten ausdrücklich ausgenommen und ihn auch für die freien Sportjournalisten noch an zwei wesentliche Voraussetzungen geknüpft, so daß seine Geltung noch weiterhin erheblich eingeschränkt wird und eigentlich nur noch Ausnahmefälle umfaßt. Danach hat es aber auch vom Standpunkt des Verbandes der deutschen Sportpresse keine Berechtigung, einen solchen allgemeinen Grundsatz überhaupt aufzustellen, vielmehr hält es das OEG. im Interesse der Reinerhaltung des journalistischen Berufsstandes für richtig und notwendig, den strengen Auffassungen des Reichsverbandes auch für den Kreis der Sportjournalisten *in ihrer Gesamtheit* Geltung zu verschaffen und höchstens nach genauester Prüfung des Einzelfalles besonderen Umständen, wo sie etwa vorliegen, Rechnung zu tragen.

gez. Dr. Breslauer, gez. Goeres,
gez. Clages gez. Dr. Frhr. v. Biedermann
gez. Dr. C. Mühling.

Digitized by Google

heit, in bestimmter, wirksamer Form zum Ausdruck bringt, übt er nicht nur Führerschaft gegenüber den Lesern aus, die ohnehin seinen Auffassungen zuneigen, sondern reißt oft auch viele mit sich, die vielleicht zu einer anderen Meinung kämen, wenn sie genügend Zeit, präsentes Wissen um die aktuellen Tatsachen, rasch zugreifende Denk- und namentlich Formungskraft, schließlich auch innere Selbständigkeit überhaupt besäßen, um sich sofort eine ähnlich bestimmte und fest geformte eigene Meinung zu bilden. Gewiß gibt es gerade im deutschen Volk mit seinem Reichtum an Bildung, Persönlichkeit und Kritik verhältnismäßig viele Menschen, die sich gegenüber der Presse, auch gegenüber ihrem „Leibblatt“, wenn sie ein solches haben, die unabhängige eigene Meinung bewahren; aber gegenüber der Masse des Publikums ist ihre Zahl doch so gering, daß sie der Presse keine besonderen Kopfschmerzen zu machen braucht. Letzten Endes wird das Verhältnis zwischen der Presse und der Masse des Publikums noch durch die Stärke der Persönlichkeiten bestimmt, die in der Presse arbeiten. Und unter den Männern der deutschen Presse hat es noch immer, in den Verlagen wie in den Redaktionen, genug Persönlichkeiten gegeben, die durch Weitblick und Wissen, Geist und Charakter zu führender Arbeit im Volksleben berufen sind.

Die Presse erhebt nicht den Anspruch, schöpferisch in dem Sinne zu sein, wie der eigentliche Künstler oder der wissenschaftliche Forscher. Besonders klar ist der natürliche Unterschied zwischen Wissenschaft und Presse: Die Wissenschaft sucht objektive, letzte und dauernde Wahrheiten; die Zeitung muß sich meist darauf beschränken, das zu suchen, was für sie im Drang der Stunde subjektive Wahrheit ist. Niemand wird deshalb auf sie einen Stein werfen dürfen, der sich der Tatsache bewußt ist, daß die Presse hier genau so handelt wie die anderen Faktoren öffentlicher Meinungsbildung; und daß es wohl schon kaum eine wirklich voraussetzungslose Wissenschaft, ganz bestimmt aber nicht eine voraussetzungslose Kunst menschlicher Willensbildung gibt. Nimmt aber auch die Presse an der eigentlich schöpferischen Tätigkeit in Kunst und Wissenschaft wenigstens nicht direkt teil, so gilt das Wort Büchers jedenfalls nicht gegenüber der schöpferischen Arbeit auf politischem, wirtschaftlichem und kulturpolitischem Gebiet. Auch Kritik kann schon schöpferisch wirkende Anregung sein; und die Presse beschränkt sich keineswegs auf Kritik. Hervorragend kluge Staatsmänner haben oft bei Männern der Presse Rat gesucht und gefunden, nicht nur in Fragen der inneren, sondern vielleicht mehr noch auf dem Gebiete der äußeren Politik, auf dem die Presse ja eine besonders wirksame Tätigkeit als Bildner nationalen Willens zu üben vermag, im Guten wie im Bösen. Nicht nur als persönlicher Ratgeber, sondern mehr noch durch ihre sachliche Arbeit in der Zeitung selber nehmen führende Männer der Presse weitgehenden Anteil an der schöpferischen Tätigkeit in Politik, Kultur und Wirtschaft. Wollte man die Gedankenarbeit hervorragender deutscher Journalisten in Büchern zusammenfassen, dann würde sicher manches Werk entstehen, das vollauf den Vergleich mit Büchern aushielte, denen man allgemein den Charakter einer schöpferischen Geistesarbeit zubilligt.

Die Bedeutung der Presse als Willensbildner wird endlich auch dadurch nur scheinbar gegenüber anderen Faktoren herabgesetzt, daß sie, vor allem im heutigen Deutschland, in sich so tief gespalten ist; denn gerade diesen Mangel teilt sie ja mit den anderen Faktoren der nationalen Willensbildung, auch mit solchen, die gegenüber der Presse gelegentlich mit Erfolg die Devise divide et impera ausspielen.

Hiernach fasse ich zusammen:

Das geschriebene Wort steht zwar in der Intensität seiner Wirkung an sich hinter der Tat und dem gesprochenen Wort zurück; aber kraft der fast unbegrenzten extensiven Möglichkeiten ihrer Arbeit behauptet die Presse in der Praxis des Alltags vorwiegend die erste Stelle.

Die Presse gibt nicht nur ihre eigene Meinung, sondern auch Meinungen wieder, die in der Bevölkerung, im Publikum schon vorhanden sind. Aber sie gibt diesen nicht nur Stimme und Form, sondern meist auch erst Richtung und Ziel: Erst durch geformte Publizität setzen sich in der Regel bestimmte Auffassungen durch, werden sie erst öffentliche Meinung.

Daraus ergibt sich für die Presse, vor allem im demokratischen Staate, eine führende, in der täglichen Praxis des öffentlichen Lebens vielfach die stärkste Stellung bei der Willensbildung der Nation.

Möge die deutsche Presse zu immer einheitlicherem Willen wenigstens in den großen Lebensfragen unseres Volkes gelangen. Dann wird sie in Wahrheit ihre doppelte Aufgabe erfüllen: Herzenskündiger und Gewissen des Volkes zu sein, und zugleich Wegbereiter und Führer auf der Bahn zu einer helleren deutschen Zukunft.

„Die Schäden der deutschen Zeitungssprache“.

Jeder Journalist greift mit einiger Spannung nach diesem Buche*). Er ist der letzte, der leugnet, daß die Zeitungssprache besserungsfähig und besserungsbedürftig ist. Der Kampf darum ist ja so alt wie die Zeitung selbst, und seit Schopenhauers hämischen Angriffen ist es nicht wieder stille darum geworden. Ernst Engel hat mutig und begründet die Überzahl philiströser Angriffe auf ein gesundes Maß zurückgeschraubt. Die eigentliche Quelle der Zeitungssprachverderbnis ist der schlechte Stil, den andere Berufe schreiben und dessen Fehlerhaftigkeit aus anderen Lebensgebieten, nicht zuletzt auch aus der Wissenschaft übernommen ist. Schon Schopenhauer hat deutlich diese tiefere Ursache mancher journalistischer Stilsünden bloßgelegt. Sicher hat aber der ständige Lärm um das Zeitungsdeutsch (= Schweinedeutsch lt. Nietzsche) schon dazu beigetragen, daß unsere Tageszeitungen heute meist ein besseres Deutsch schreiben als manche anderen Berufe, und sicher ist, daß sie aus dem journalistischen Tempo und der Werbearbeit eine eigene und echte Stilform zu prägen sich bemühen. Schließlich lebt ja die Sprache und also entwickelt sie sich weiter.

Um so seltsamer berührt es, daß der Deutsche Sprachverein auf sein Preisausschreiben über die Schäden der Zeitungssprache der Schrift des Herrn Rektor Nikolaus Paul Becker den ersten Preis zuerkannt hat. Das Deutsch dieses Mannes ist so „fehlerlos“, daß es völlig seelenlos geworden ist. Wer sich der deutschen Zeitungssprache gegenüber zum Magister aufwirft, sollte — selbst wenn ihm der schöne und eigene Rhythmus des begabten Stilisten fremd ist — doch mindestens Worte werten, Sätze bewegen und Begriffe inhaltlich erschöpfen können; nichts von diesen Fähigkeiten findet sich in Beckers Schrift. So makellos nach der Tabulatur sein Deutsch auch sein mag, in manchen oft seitenlangen Passagen ist es kaum lesbar und in vielen Teilen oft geradezu unerträglich. So redet Herr Becker fortgesetzt von den ihm „gestellten“ Aufgaben; er „bietet Fingerzeige“. Einmal (Seite 32) gibt er eine Erläuterung des Begriffs „Geschmack“ mit folgenden Worten:

> „Man kann es allemal einen Verstoß gegen den Geschmack nennen, wenn und wo Eindruck und Ausdruck nicht miteinander übereinstimmen.“

*) Rektor Nikolaus Paul Becker, „Die Schäden der deutschen Zeitungssprache, ihre Ursachen und ihre Heilung.“ Vom Deutschen Sprachverein mit dem ersten Preise ausgezeichnete Bearbeitung der Preisaufgabe.

Digitized by Google

An einer anderen Stelle (Seite 8) schreibt Herr Becker:

„Das gesprochene Wort hört im Augenblick seiner Hervorbringung schon auf zu sein, und das Beharren im Gedächtnisse auf die einmalige Erregung des Gehörsinns hin ist unsicher und nicht von festem Bestande.“

Solche Sätze können beliebig vermehrt werden. Die Sprache des Herrn Becker wimmelt sozusagen von „Fehlerlosigkeiten“. Sie ist ein Homunkulus und kein Geschöpf von Fleisch und Blut. Der Herr bewahre uns vor Merkern seines Schlages. Man darf nur hoffen, daß gesundes Sprachempfinden noch stark genug ist, diesem Manne jede Gefolgschaft zu nehmen. Bedenklich schlimm wird die Sache dort, wo Herr Becker unter die Fremdworttöter geht. Wir sind uns wohl alle darüber einig, daß jedes Fremdwort, wo man es vermeiden kann, vermieden werden sollte. Ganz sicher kann jene fatale Gruppe von Fremdwörtern ausgeschaltet werden, von denen der Berliner treffend sagt, daß ihre Anwendung „Glücksache ist“. Es gibt aber eine Anzahl von Fremdworten, die noch nicht entbehrlich sind oder deren Ausmerzung die Gefahr mit sich bringt, daß man falsche Begriffe mit den deutschen Worten verbindet. Das tut nun die Schrift von Becker in einem geradezu strafbaren Umfange.

Herr Becker hat in einer Saarbrücker Zeitung auf drei Seiten 192 Fremdworte gefunden, von denen ohne Zweifel eine ganze Anzahl zu vermeiden waren. Aber in seiner Übersetzungswut bringt Herr Becker derartige Begriffsverdrehungen zum Vorschein, daß man nur ernstlich warnen kann, sich dieses Buch für die Verdeutschung zum Vorbilde zu nehmen oder es zu diesem Zwecke Schülern in die Hand zu geben. So übersetzt Becker:

„Sanierungsprozeß	= Plan des Aufbaus,
Krise	= Schwankungen,
Steuerbukett	= Steuerplan,
„Banque de France“	= Französische Bank,
Kartellfragen	= Verbandsfragen,
Valutadumping	= Währungselend,
Circulus viciosus	= Kreisbewegung.“

Nirgend zeigt Herr Becker deutlicher, daß er gar nichts von dem versteht, was man Wortprobe und Wortwertung nennt. Darüber hinaus — es ist peinlich, das zu sagen — verrät die Übersetzung einen bedauerlichen Mangel an Allgemeinbildung. Der Verfasser ist daher erst recht nicht berufen, sich den Zeitungsleuten gegenüber zum Mahner aufzuwerfen. Wenn jemand „Valutadumping“ mit „Währungselend“ übersetzt und „Banque de France“ wörtlich verdeutscht, wenn er das recht anschauliche und witzige Bild des „Steuerbuketts“ plump mit „Steuerplan“ übersetzt, wer „Krise“ mit „Schwankung“ verdeutscht, der hat von Seele und Sinn dieser Worte nicht einen Hauch verspürt. Tief bedauerlich, daß der Deutsche Sprachverein unter all den Unsinn seinen Stempel setzt und in einer Einführung sogar um weiteste Verbreitung dieser Preisschrift bittet. Im Gegenteil: Warnen sollte man vor dieser Schrift!

Gegen das Preisausschreiben des Sprachvereins an sich kann man nichts einwenden. Man hätte aber gewünscht, daß der Preis einer Schrift zugebilligt worden wäre, die die tieferen Zusammenhänge gesehen und die wahrhaften Quellen der Sprachverderbnis bloßgelegt hätte.

Zum Schluß sei noch festgestellt, daß der Schreiber dieser Zeilen nicht weiß, ob unter den Einsendungen auf das Preisausschreiben bessere Arbeiten eingegangen sind, und daß er auch selber an diesem Wettbewerb sich nicht beteiligt hat. Waren bessere Arbeiten nicht eingegangen, so hätte man davon absehen müssen, überhaupt einen Preis zu vergeben. Die Schrift des Rektors Nikolaus Paul Becker hat ihn nicht verdient. Jeder Journalist sollte die magistralen Überheblichkeiten dieses Sprachkorrektors entschieden zurückweisen.

Prof. Dr. Emil Dovifat.

Beitragszahlung während des Urlaubs.

Die Kollegen, die ihren Urlaub noch vor sich haben, werden gebeten, die

pünktliche Zahlung der Reichsverbandsbeiträge auch für die Urlaubszeit

nicht außer acht zu lassen. Sie ist unerläßlich, da die Arbeit des Verbandes auch während der Sommerpause keine Unterbrechung erfahren darf. Rechtsschutz, Stellenvermittlung, „Deutsche Presse“, Zentralhilfskasse u. dgl. sollen weiter geführt werden, ebenso ist nach wie vor ein überaus stattlicher Briefwechsel durch die Zentrale zu erledigen. Deshalb müssen auch für die Sommerzeit der Zentrale die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen.

Erinnert sei auch an die regelmäßige Zahlung der Krankenkassenbeiträge.

Die Verbandsleitung:
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Presseempfang.

Wie man es nicht machen sollte.

Von Carlo von Kügelgen.

Aus welchem Grunde sich auch hochlöbliche „Veranstalter“ entschließen mögen, in den sauren Apfel eines Presseempfangs zu beißen, fast immer werden dieselben Fehler gemacht. Sie laufen letzten Endes darauf hinaus, daß man im Pressevertreter einen Menschen wittert, dem es an Fähigkeiten und an gutem Willen, sie zu betätigen, mangelt. Dem Mangel an Einsicht hilft man dadurch nach, daß man den Journalisten alles vorkaut, was sie zu sagen haben und dabei auch nicht vor faustdick aufgetragenem Selbstlob zurückscheut — um des guten vaterländischen Zweckes willen, dem natürlich die Veranstaltung dient! Damit er nur das Beste nicht vergesse, werden die spontanen Einfälle der Tischreden schon vorher vervielfältigt und jedem journalistischen Teilnehmer beim Eintritt in die Hand gedrückt. Bisweilen tritt das Wort an die Stelle der Anschauung. Ich nenne die Ausstellungen, in denen die zur Pressebesichtigung umhergeführten Journalisten noch nichts Sehenswertes entdecken konnten; man gab ihnen aber schwarz auf weiß, welche Herrlichkeiten die einen Tag später zur Eröffnung Geladenen zu sehen bekommen würden.

Wenn also dem eigenen Urteil des Berichterstatters kein Gewicht beigemessen wird, so wird sein guter Wille desto mehr geschätzt. Ihn gilt es durch reichliche Speise und guten Trank zu wecken und zu fördern. Auch Rauchwerk wird nicht gespart; und bald sitzt die ganze Gesellschaft als Opfer unserer Gesellschaftsbarbarei tränenden Auges in dickem Qualm. Doch das nur nebenbei. Zur Qual wird aber diese Zweckgeselligkeit, wenn in später Stunde, die normaler Weise die Fidelitas zu bringen pflegt, lange Vorträge mit oder ohne Lichtbilder eingeschoben werden.

Digitized by Google

Ich möchte nicht mißverstanden werden. Ich bin kein Feind von Festen, von maßvollem, gutem Essen und Trinken. Warum soll nicht die Eröffnung einer Veranstaltung gefeiert werden, warum sollen nicht die Vertreter der Presse dazu geladen werden, damit sie teilnehmen und auch in gesellschaftlichem Rahmen dem neuen Werk und seinen Schöpfern nahe kommen? Weder die Führungen, noch die Reden und Vorträge, noch das Festessen sind an sich verwerflich. Ich wende mich nur gegen die Geschmacklosigkeiten, den Mangel an Takt und an Rücksicht, die Brutalität der Zweckmäßigkeit.

Führungen sind oft nur ein Schein (auch wenn es wirklich was zu sehen gibt): Männer mit Schildern (Gruppe I, II, III usw.) flanieren durch die Räume und hinter ihnen in drangvoller Eile die besagten Gruppen von Journalisten. Der Führer sagt was zu den ersten der Herde. Die übrigen können kein Wort verstehen und gehen resigniert mit, bedacht, ihr Gruppenschild nicht zu verlieren. Andererseits wird — wenn auch viel seltener — der Fehler gemacht, daß man dem Pressevertreter eine Unmenge wissenschaftlicher oder technischer Dinge vorführt, von denen er, von Ausnahmen abgesehen — wenig Ahnung und daher auch wenig Nutzen hat. Eine wichtige Reform hätte darin zu bestehen, daß man zwischen Führungen für spezielleres Wissen (in ganz kleinen Gruppen) und allgemeineren Führungen unterscheidet und es den Journalisten selber freistellt zu wählen. Überhaupt hat die Führung aber keine formelle Erledigung einer Pflicht zu sein, sondern ist entsprechend der Veranstaltung zu gestalten, wobei man sich an die vorauszusetzenden Wünsche und Bedürfnisse der Berichterstatter anzupassen hat.

Ähnlich steht es mit Reden und Vorträgen und deren Waschzetteln. Wenn man dem Journalisten durch sachliche Unterlagen, Angaben bedeutsamer Tatsachen, Zahlen und Namen, eine Rednerliste, einen Katalog und dergleichen bei seiner Arbeit hilft, so ist dagegen schwerlich was einzuwenden. Aber dieser ursprünglich gute Brauch ist zum Unfug ausgeartet. So ist es eine Beleidigung, dem objektiven Berichterstatter Werturteile und Lobsprüche „vorzuschreiben". Harmloser, aber störend ist die Selbstüberschätzung der Veranstalter, die sich darin zu äußern pflegt, daß man die Pressevertreter mit einer Fülle von Einzelheiten überschüttet, die weder sie, noch die Öffentlichkeit interessieren. Auch hier fehlt oft das Verständnis für den Journalisten und das, was er bedarf. Obgleich man ihn braucht, macht man keinen Versuch, sich ihm anzupassen.

Es ist bedauerlich, wenn man es immer wieder erleben muß, wie ausgezeichnete Sachen, mit denen Deutschland Ehre einlegen kann, der Presse des In- und Auslandes in einer Weise nahegebracht werden, die schärfste Kritik wecken muß. Es kommt vor, daß die unter großen materiellen Opfern geladene Presse, nachdem sie Ausgezeichnetes gesehen hat, in einer geistlosen und ermüdenden Weise durch Reden und Vorträge bearbeitet wird, die die Wirkung des Geschauten aufhebt und Begeisterung in Opposition wandelt. Statt einige Lichter aufzusetzen, sind die Veranstalter ängstlich bemüht, alles aufzuzählen und wiederzukäuen, was man gesehen hat, damit nur nichts vergessen werde.

Deshalb sei es allen, die Pressesempfänge veranstalten, zugerufen: Journalisten sind nicht Masse, die man nur durch Masse zwingen kann! Es sind Menschen, auf die nach der Arbeit freier Gedankenaustausch in würdiger Geselligkeit und der Geist der Reden anregend wirken möge, wenn sie ihren Geist zum Nutzen der Sache spielen lassen sollen.

Briefe an den Schatzmeister

erbitten wir bis auf weiteres an die Zentrale des Reichsverbandes, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86.

Die Verbandsleitung.
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Generalmusikdirektor und Kritiker.

Wieder ein Zusammenstoß.

Wie schon in der Tagespresse berichtet wurde, hat auf dem Tonkünstlerfest in Duisburg der Königsberger Generalmusikdirektor Hermann Scherchen auf der Terrasse der Tonhalle den Musikkritiker der „Rheinisch-Westfälischen Ztg.", Friedrich Wilhelm Herzog beschimpft und durch einen Faustschlag ins Gesicht tätlich angegriffen. Herzog wurde dabei die Brille zerschlagen und das Gesicht verletzt. Der Angriff Scherchens auf Herzog ist den Berichten zufolge ein Ausfluß des Streites, der zwischen beiden bestand, weil Herzog die Gattin Scherchens, die bekannte Schauspielerin Gerda Müller-Scherchen, durch Kritik an ihrem Verhalten in einer Honorarangelegenheit beleidigt haben sollte. Scherchen hatte Herzog wegen dieser vermeintlichen Beleidigung bei den Gerichten verklagt, war jedoch mit seiner Klage abgewiesen worden. Um nun Herzog zu einer Klage gegen ihn zu zwingen, bei der er auch die alte Angelegenheit (als Widerklage oder als Tatsachenermittlung) zur Sprache bringen wollte, hat Scherchen, wie er selbst zugab, Herzog angegriffen.

Nach Bekanntwerden des Vorfalles nahm sich der Vorstand des Kritikerverbandes sofort der Sache an und leitete der Tagespresse die nachstehende Mitteilung zu:

> „Kapellmeister Scherchen hat einige Stunden nach dem Vorfall dem Vorstande des Musikkritikerverbandes die folgende Erklärung abgegeben: In einer Kontroverse mit dem Musikschriftsteller Friedrich W. Herzog bin ich gegen Herrn Herzog tätlich vorgegangen. Herr Herzog hatte meiner Frau, der Schauspielerin Gerda Müller-Scherchen, unlauteres Verhalten in einer Honorarangelegenheit unterstellt. Ich bin Herrn Herzog nicht als Künstler, sondern als Privatperson entgegengetreten. Da ich allgemein jedes tätliche Vorgehen gegen einen Gegner mißbillige, lege ich Wert darauf, dem Verband deutscher Musikkritiker, dem Herr Herzog als Mitglied angehört, mein Bedauern über den tätlichen Angriff auszusprechen. Die Sache selbst ist bereits Gegenstand einer Beleidigungsklage. Ich übergebe sie nunmehr auch der Standesorganisation der Musikkritiker zur Behandlung."

Zu dieser Erklärung teilte Herzog mit, daß er Frau Müller-Scherchen in der betreffenden Honorarangelegenheit niemals ein unlauteres Verhalten unterstellt habe, und daß er es ablehne, die Erklärung Scherchens anzunehmen. Herzog hat gegen den Königsberger Generalmusikdirektor Klage wegen tätlicher Beleidigung und Körperverletzung erhoben. Das gerichtliche Ergebnis der beiderseitigen Beleidigungsklagen bleibt abzuwarten.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Gefährliche Zwitterstellung.

Aus Hessen wird uns geschrieben:

In einer in Hessen-Nassau erscheinenden Zeitung findet sich im Impressum eine seltsame Zusammenstellung. Es ist dort nämlich ein- und dieselbe Persönlichkeit verantwortlich „für den landwirtschaftlichen, Handels- und Inseratenteil". Dabei handelt es sich offenbar um eine höchst bedenkliche Zwitterstellung, deren Gefahren sich selbst beim besten und ehrlichsten Willen derjenigen Persönlichkeit, die Inhaberin des Doppelpostens eines Handelsredakteurs und Inseratenchefs ist, nicht meiden lassen werden. Die Gefahr einer solchen Verknüpfung im Impressum und dementsprechend auch in der Stellung gegenüber der Öffentlichkeit besteht aber darin, daß damit ganz offen und ungeniert Redaktion und Geschäft unlösbar miteinander verbunden worden sind. Oberstes Gesetz einer jeden Zeitung ist jedoch oder sollte sein, auch nach Auffassung der Verleger, die reinliche Scheidung zwischen diesen beiden Teilen ihres Doppelwesens, zwischen Redaktion und Anzeigengeschäft, auch nach außen hin so deutlich wie möglich zur Schau zu tragen. Jenes Blatt in Hessen-Nassau jedoch tut genau das Gegenteil, es legt die Leitung seines in dieser Beziehung wohl besonders pfleglich zu behandelnden Handelsteiles in dieselbe Hand wie die Leitung seines Anzeigengeschäftes. Es ist bedauerlich, daß ein Verlag einer solchen Zweideutigkeit Tür und Tor öffnet, es ist allerdings auch unverständlich, wie ein Kollege dazu die Hand bieten kann, es sei denn, daß etwa eine vom Inseratenteil herkommende Persönlichkeit sich bereitgefunden haben sollte, das bißchen Landwirtschaftliches und Handel nebenbei zu betreiben. —es.

Digitized by Google

Unangebrachtes Mitleid.

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, daß zwischen dem Schwarm von Besuchern, die die Redaktionszimmer überlaufen, sich auch sogenannte Kollegen befinden, die angeben, in Not zu sein, und bitten, ihnen mit einigen paar Mark auszuhelfen. In fast allen Fällen bieten sie einen, angeblich aus ihrer Feder stammenden, Feuilletonbeitrag zu den „bei ihnen üblichen Honorarsätzen“ an. Meistens d. h. selbstverständlich, wenn es sich um brauchbare Manuskripte handelt, geht man auf diesen Vorschlag ein. In dem Bewußtsein, einem wirklich notleidenden Kollegen geholfen zu haben, läßt man den meist hocherfreuten armen Teufel wieder ziehen. Daß diese praktische Betätigung kollegialen Mitgefühls aber manchmal wirklich nicht angebracht ist, möge folgender Fall beweisen:

Im Februar ds. Js. erschien auf der Redaktion einer größeren Zeitung in Schleswig-Holstein ein gewisser Fritz Karl Roegels. Er gab an, sich augenblicklich in Not zu befinden und nicht mehr Geld genug zur Rückreise nach Berlin zu besitzen, wo er ständiger Mitarbeiter der bedeutendsten Zeitungen sei. Zum Beweise dessen legte er eine ganze Mappe voll Belege vor, meistens flott geschriebene Reisebeiträge aus der „Vossischen Zeitung“, dem „Lokalanzeiger“, der „Morgenpost“ usw, die auch tatsächlich den angegebenen Namen als Verfasser nannten. Da R. auch sonst einen ganz netten Eindruck machte, kauften wir ihm schließlich eine kleinere Novelle ab und hochbeglückt zog der „Herr Kollege“ wieder in die Ferne, nachdem er noch die Adresse, nämlich „Roentgental-Berlin, Rütlistr. 3“ als Anschrift für die Übersendung von Belegstücken angegeben hatte. Jetzt, nach Monaten, meldete sich der richtige Verfasser der Novelle, ein Schriftsteller aus Danzig-Oliva, der die von Roegels annektierte Arbeit als ein wortgetreues Plagiat eines von ihm in der „Berliner Nachtausgabe“ erschienenen Feuilletons bezeichnet und um Adressenangabe bittet, da er den Dieb der Staatsanwaltschaft übergeben will. Seiner Skrupellosigkeit die Spitze aufsetzend, hatte der Plagiator (vor dem übrigens erst in Nr. 45/1928 der „D. Pr.“ wegen Darlehensschwindels gewarnt worden ist. D. Red.) noch vor kurzem schriftlich um Zusendung von 2 Belegen gebeten und zwar an eine andere (diesmal wahrscheinlich richtige) Adresse, die wir aber leider abgelegt haben. Ein Beweis dafür, daß er mit der gestohlenen geistigen Ware weitere Geschäfte zu machen gedenkt!

Der Fall mahnt zur Vorsicht. Auf den Redaktionen wird man gut tun, jedem sog. notleidenden Kollegen etwas näher auf die Finger zu sehen. Grundsätzlich wird Schreiber dieser Zeilen in Zukunft nur noch jenen Bittstellern helfen, die sich durch die Mitgliedskarte unseres Reichsverbandes ausweisen können. F.

Wozu Justizpressestellen da sind.

Vor kurzem hatten wir mitgeteilt, daß die Pressestelle des Landgerichts Traunstein auf Anfrage einer Rosenheimer Zeitung Auskunft nicht erteilen konnte, da der Leiter der Pressestelle infolge Vertretungen und Urlaub längere Zeit abwesend war. Die Pressestelle des Landgerichts Traunstein gibt nun der Rosenheimer Zeitung in einem zweiten Brief ihre Auffassung über die Aufgaben einer Justizpressestelle mit folgenden Worten bekannt:

> „Im übrigen wird mitgeteilt, daß die Pressestelle nicht dazu dient, den Zeitungen jederzeit zu beliebiger Auskunfterteilung zur Verfügung zu stehen, sondern sachlich unrichtige Berichterstattungen zu verhüten ... Die Pressestelle ist nicht dazu da, Ihnen Material zur Füllung Ihrer Zeitungsspalten zu verschaffen, sondern sachlich unrichtige Berichterstattungen zu verhüten.“

Es ist zu hoffen, daß es den im Bezirk des Landgerichts Traunstein arbeitenden Kollegen allmählich doch gelingt, die Leitung der Pressestelle des Landgerichts zu einer zeitgemäßen Auffassung vom Aufgabenkreis einer Justizpressestelle zu bekehren.

Recht und Presse

Beleidigung durch Weiterreichen einer Zeitung mit einem strafbaren Aufsatz.

Eine bedeutsame Entscheidung für das gesamte Zeitungswesen fällte die Kleine Strafkammer Bamberg (Obfr.) als Berufungsgericht. Aus dem letzten Wahlkampf heraus hatte sich in Forchheim der Kaufmann Lerner eine Beleidigungsklage zugezogen, bei der er in zwei Instanzen, in Forchheim und Bamberg, verurteilt worden war. Die „Bamberger Zeitung“ brachte damals einen Bericht über die Verurteilung Lerners und wiederholte dabei zum Teil die Vorwürfe, die damals Lerner gegen seine Gegner gebraucht hatte. Der Vertrauensmann der Reichswirtschaftspartei in Forchheim, Lindner, gab die „Bamberger Zeitung“ mit dem angezogenen Bericht weiter, worauf gegen Lindner der Prozeßgegner Lerners Beleidigungsklage anstrengte. Das Amtsgericht Forchheim verurteilte auch Lindner zu 30 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung. In der Berufungsverhandlung gab Lindner zu, daß er die „Bamberger Zeitung“ Bekannten auf Wunsch zum Lesen gegeben habe. Das Gericht verwarf die Berufung und bestätigte in seiner Urteilsbegründung, daß der Angeklagte durch „Weiterleitung einer Zeitung mit einem strafbaren Aufsatz sich selbst einer strafbaren Handlung schuldig gemacht hat. Wahrung berechtigter Interessen könne dem Angeklagten nicht zugebilligt werden.“ Die Angelegenheit wird aus prinzipiellen Gründen nunmehr das Oberste Landesgericht als letzte Instanz beschäftigen.

Fachrundschau

Vom deutschen Zeitungswesen.

Die „Danziger Neuesten Nachrichten“ haben soeben eine rund 70 Seiten starke Sonderbeilage in Heftform „Das rührige Danzig“ veröffentlicht, die den Zweck hat, das Verständnis für die freie Stadt Danzig und ihre Bevölkerung diesseits und jenseits der Grenze zu wecken und wachzuhalten. Die Beilage vermittelt vor allen Dingen eingehende Kenntnisse über das gesamte Danziger Wirtschaftsleben, doch ist auch das kulturelle Leben nicht vergessen worden.

Der „Linzgaubote“ in Ueberlingen am Bodensee konnte auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken.

Stuttgarter Neues Tagblatt. Vor kurzem ist die Nr. 2 der Mitteilungen des „Stuttgarter Neuen Tagblattes“ „Hoch vom Turmhaus“ erschienen, die in Wort und Bild interessante Eindrücke aus dem Betriebe des Blattes vermittelt. Die geschmackvolle Aufmachung dieser Werbeschrift, die eine ausgezeichnete Selbstreklame darstellt, ist besonders zu erwähnen.

Die **„Tübinger Chronik“** ließ zum 100jährigen Jubiläum des „Tübinger Sängerkranzes“ eine Festausgabe drucken.

Das „West-Sternberger Kreisblatt“ hat anläßlich der 600-Jahrfeier der Kreisstadt Neppen eine starke Festausgabe herausgebracht, die neben verschiedenen Bildern sehr interessante und wertvolle Beiträge aus Vergangenheit und Gegenwart Neppens enthält. Auch das gleichzeitige 375jährige Jubiläum der privilegierten Schützengilde ist darin gebührend gewürdigt worden.

Kongresse und Tagungen.

Reklame-Verband Berlin. Da im August dieses Jahres in Berlin der Weltreklamekongreß abgehalten wird, soll die am 8. und 9. August 1929 ebenfalls in Berlin stattfindende alljährliche Hauptversammlung des Deutschen Reklame-Verbandes E. V. (Verband Deutscher Reklamefachleute E. V.) sich ausschließlich den Fragen der inneren Organisation, des Ausbaues der Fachgruppen und der eigentlichen Verbands-

BAD PISTYAN
bietet d. „Deutschen Presse“ zur Kur ganz besondere Begünstigungen.
Vulk. Schwefel-Schlammquellen — Rheuma, Gicht.
400 Morgen Park, Tennis, Golf, Rudern, Fischen.
Ausk.: Pistyan-Büro, Berlin W 15, Meierottostr. 1

Digitized by Google

arbeit widmen. Die großen Probleme des Werbewesens werden in internationaler Beleuchtung vom 11. bis 15. August auf dem Weltreklamekongreß erschöpfend behandelt.

Bildungswesen.

Neue Buchdruckerlehranstalt in Leipzig. Unter Teilnahme zahlreicher Gäste wurde das vom Verein Leipziger Buchdruckereibesitzer errichtete Schulgebäude für die Buchdruckerlehranstalt eingeweiht. Der Bau ist so gestaltet, daß in ihm alle übrigen Zweige des Buchdruckgewerbes ein Unterkommen für Schulzwecke finden. So wird in dem Gebäude auch die Meisterschule für das graphische Gewerbe untergebracht, die am 1. Oktober eröffnet werden soll, ferner die Lithographen- und Steindruckklassen. Mit der Inanspruchnahme dieser neuen Lehranstalt ist ein Plan verwirklicht, der schon seit 50 Jahren schwebt.

Ausland.

Rheinland-Nummer der „American News". Die in Hamburg erscheinenden, von dem amerikanischen Publizisten Eugene J. Deuth herausgegebenen „American News" haben eine im Text und mit Bildern ausgezeichnet ausgestattete Rheinland-Nummer herausgebracht. Die Nummer vermittelt ihren überseeischen Lesern, die in Deutschland weilen, ein treffendes Bild des kulturellen und wirtschaftlichen Lebens der Rheinlande, auch seiner landschaftlichen Schönheiten und der politischen Tagesprobleme; sie ist von weitest gehendem Verständnis für Deutschland getragen.

Das Gesamtdefizit der „Gazette du France." Die Sachverständigen, die mit der Prüfung der Bücher der „Gazette du France" und der ihr angeschlossenen Unternehmungen beauftragt waren, haben dem Untersuchungsrichter ihren Bericht übergeben. Danach beträgt das Defizit der Unternehmungen der Frau Hanau rund 50 Millionen Franks.

Verein der Schweizer Presse. Vor kurzem tagte in Rapperswil die von neun Sektionen beschickte Präsidentenkonferenz gemeinsam mit dem Zentralvorstand. Sie beschäftigte sich u. a. für die Generalversammlung mit einem mit dem Schweizerischen Zeitungsverlegerverein abzuschließenden Abkommen über Text- und Inseratenteil. Grundsätzlich wurde beschlossen, bei der Vorbereitung des Gesetzes über den unlautern Wettbewerb gemäß den bisherigen Bestrebungen des Zentralvorstandes weiterhin mitzuwirken und auch die Frage des Nachrichtenschutzes im Zusammenhang mit diesem Gesetzentwurf zu prüfen. Die Präsidentenkonferenz genehmigte sodann eine Statutenrevesion, durch welche u. a. eine Kategorie von freien Mitgliedern und der Rahmen für eine ständige Geschäftsstelle geschaffen wird. — Die an Stelle einer ursprünglich vorgesehenen Sondergruppe neu zu schaffende Interessengemeinschaft mit dem Verein schweizerischer Sportjournalisten wurde als im Berufs- und Standesinteresse liegend begrüßt. Die Präsidentenkonferenz dankte für alle bisherigen Anstrengungen zur Erhöhung des Pensionsfonds und nahm Kenntnis von der Zusicherung weiterer Mittel. Die ordentliche Generalversammlung des Vereins der Schweizer Presse wird auf den 10. und 11. August nach La Chaux-de-Fonds einberufen.

Millionenauflagen englischer Zeitungen. Die beiden größten Londoner Zeitungen „Daily Expreß" und „Daily Mail" teilten vor kurzem mit, daß die Durchschnittszahl der täglich verkauften Exemplare weiter gestiegen sei, und zwar gab „Daily Expreß" die durchschnittliche Tagesauflage im Juni mit 1 406 552 Exemplaren an oder 61 181 mehr als im Mai, und „Daily Mail" sogar mit 1 930 166 Stück, gleich 10 950 mehr als im Mai.

Von der Entwicklung der kanadischen Presse. Während der 60 Jahre des Bestehens des Kanadischen Staatenbundes (1867—1927) stieg, einer von The British and Colonial Press Ltd. herausgegebenen Broschüre zufolge, die Zahl der kanadischen Tageszeitungen von 20 auf 115, die der wöchentlich zweimal erscheinenden von 15 auf 28, die der wöchentlich erscheinenden von 156 auf 937, während von den 18 früher alle drei Wochen erscheinenden Blättern nur noch 7 vorhanden waren.

Verschiedenes.

Ausweisung eines deutschen Korrespondenten aus Südslawien. Der Berichterstatter des „Berliner Tageblattes" auf dem Balkan, Theodor Berkes, ist vor einigen Tagen mit einer Frist von drei Tagen aus Jugoslawien ausgewiesen worden, weil er in einem Artikel mit der Überschrift: „Die Massenerschießungen auf dem Balkan" Kritik an den zahlreichen blutigen Vorkommnissen an der bulgarisch-serbischen Grenze geübt hatte. Die deutsche Vertretung in Belgrad hat beim jugoslawischen Außenministerium Schritte unternommen und der jugoslawischen Regierung eine Note überreicht, in der das Befremden Deutschlands über die Ausweisung ausgesprochen wird.

Der Leitartikelpreis der „Concordia". Der Journalisten- und Schriftstellerverein „Concordia" hat im Herbst v. J. zum fünften Mal einen Preis von 1000.— S. (Lippowitz-Preisstiftung) für einen wertvollen kulturpolitischen Artikel ausgesetzt. Das Thema der Preisausschreibung lautete: „Wie könnte Wien ein internationales Kulturzentrum werden?" Unter den termingerecht bis zum 28. Februar d. Js. eingelangten 198 Arbeiten entfiel bei starker Stimmenzersplitterung von den Stimmen der Preisrichter die größte Anzahl auf den mit dem Motto: „Je Maintiendrai" eingereichten Artikel. Der Verfasser ist Dr. Alexander Manzoni, Berlin-Grunewald. Eine rühmliche Erwähnung fanden zwei weitere Artikel, deren Verfasser Dr. Alexander Salkind (Wien) und Adalbert Franz Seligmann (Wien) sind. Als Preisrichter haben fungiert: Dr. Max Vladimir Beck, Ministerpräsident a. D., Präsident des Rechnungshofes; Altbundespräsident Dr. Michael Hainisch; Universitätsprofessor Dr. Hanns Kelsen; Dr. Rudolf Sieghart, Präsident der Allg. Österr. Bodenkreditanstalt; die Schriftsteller und Publizisten Max Cohen-Reuß, Mitglied des deutschen Reichswirtschaftsrates, Berlin; Bertold Molden; Felix Salten; der Präsident der „Concordia", Chefredakteur Leopold Lipschütz; die Vorstandsmitglieder der „Concordia" Dr. Arnim Reichmann; Dr. Siegmund Rubinstein; Stefan Skrein und Dr. Edmund Wengraf.

Welche Kollegen haben über Bremen berichtet?

Alle Kollegen, die in ihren Zeitungen über den Bremer Verbandstag und Bremen Berichte, Plaudereien und dergl. veröffentlicht haben, werden um Uebersendung von Belegexemplaren an die Geschäftsstelle des Reichsverbandes gebeten, zur Vervollständigung der Akten: Berichterstattung über den Verbandstag.

Die Verbandsleitung.
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Aus der Organisation.

Landesverband der Badischen Presse.

Bezirksverein Oberbaden.

Der Bezirksverein Oberbadische Presse im Landesverband der Badischen Presse hielt am 3. Juli in Freiburg seine Hauptversammlung ab. Die außerordentlich anregend verlaufene Tagung brachte zunächst die Neuwahlen, die einstimmig den bisherigen Gesamtvorstand erneut für zwei Jahre bestätigten. Der Vorstand setzt sich darnach wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Redakteur Fritz Segelken-Freiburg, Freiburger Zeitung, 2. Vorsitzender Chefredakteur Färber-Freiburg (Freiburger Tagespost), 3. Vorsitzender Chefredakteur Zumtobel-Freiburg (Volkswacht), Schriftführer Redakteur G. Wenzel-Freiburg (WTB.), Kassenwart Hans Lasotta-Freiburg (Freiburger Zeitung), an Stelle des wegen Arbeitsüberlastung zurückgetretenen Redakteurs Dr. Walther-Freiburg (Breisgauer Zeitung), Beisitzer die Redakteure Karl Jos. Zöller-Lörrach (WTB.), Frick-Zell i. W. (Oberländer Tagespost). Neu hinzugewählt wurden außerdem als Beisitzer Redakteur Kirchberg-Waldshut (Albbote) und als Vertreter der Freien Journalisten Schriftsteller Franz Schneller-Freiburg. Dem bisherigen Vorsitzenden Segelken wurde für seine tatkräftige Führung der Bezirksgruppe der einstimmige Dank der Versammlung ausgesprochen. Neben internen Fragen wurden Berufs- und Standesfragen ausgiebig behandelt. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Teilnahme der Presse an öffentlichen Veranstaltungen, mit der Repräsentationspflicht der Presse und mit der Frage der Berichterstattung im Freiburger Bürgerausschuß. Zur Frage der Repräsentation wurden bestimmte Richtlinien aufgestellt, die einstimmig gebilligt wurden.

Digitized by Google

Landesverband der Bayerischen Presse.

Dem Landesverband der Bayerischen Presse ist vom Bayerischen Staatsministerium die Durchführung einer Geldlotterie mit sofortiger Gewinnauszahlung genehmigt worden, um aus deren Erträgnissen seinen Wohlfahrtskassen neue Mittel zuzuwenden. Die Losbriefe sind ab 1. Juli zur Ausgabe gelangt. Hoffentlicht gelingt es auf diese Weise, die stark in Anspruch genommenen Wohlfahrtseinrichtungen des Verbandes mit so viel Mitteln zu versorgen, daß sie ihren Verpflichtungen den in wirtschaftlicher Notlage befindlichen Kollegen und deren Familien gegenüber nachkommen können.

Landesverband Hessischer Zeitungsredakteure.

Ortsgruppe Mainz.

Die Ortsgruppe Mainz hat in ihrer Sitzung vom 3. Juni einstimmig beschlossen, nachfolgende Entschließung den behördlichen Dienststellen und Körperschaften empfehlend zu unterbreiten:

Entschließung!

Vorgänge des öffentlichen Lebens politisch-wirtschaftlicher oder künstlerischer Art werden in letzter Zeit häufig von Persönlichkeiten journalistisch und kritisch behandelt, die infolge ihrer Stellung oder beruflichen Bindung unmittelbar interessiert und abhängig sind. Die Ortsgruppe Mainz des Reichsverbandes der deutschen Presse sieht in dieser Tatsache eine große Gefahr für das Ansehen der deutschen Presse, die vor allem in der objektiven Haltung zu allen Fragen des öffentlichen Lebens begründet liegt. Angestellte einer Körperschaft oder eines Instituts dürften nach den Grundsätzen deutscher Pressetätigkeit nicht über Veranstaltungen ihrer Dienststellen oder ihnen angegliederter Unternehmungen der Öffentlichkeit gegenüber Stellung nehmen, weil die Objektivität nicht in jedem Falle gewahrt werden kann. Die Ortsgruppe bittet alle Behördenstellen, den Bendenken der deutschen Presse Rechnung zu tragen.

Die dem Reichsverband angeschlossenen Organisationen werden gebeten, sich den von der Mainzer Ortsgruppe eingenommenen Standpunkt zu eigen zu machen.

Verein Nassauischer Redakteure.

Die Sommertagung des Vereins fand am 23. Juni in Bad Ems statt. An ihr nahmen die Kollegen vom Rhein, von der Lahn und vom Westerwald sowie verschiedene Mitglieder der hessischen Organisation in Mainz teil. Die Mitglieder aus Wiesbaden und Mainz erlebten dabei eine herrliche Fahrt durch eine der schönsten Partien Nassaus. Die Mitgliederversammlung tagte unter Leitung des 1. Vorsitzenden Fritz Günther (Wiesbadener Tagblatt), der einen anschaulichen Bericht über die Bremer Tagung des „Reichsverbandes der deutschen Presse" erstattete. Während der Mitgliederversammlung besichtigten die Damen und Gäste des Vereins unter der Führung von Dr. Diener von der Emser Kurdirektion die Kureinrichtungen sowie die Anlagen der Stadt. Bei der Mittagstafel im Kursaale war Kurdirektor Brogsitter Gast der nassauischen Redakteure, der auf die Begrüßungsworte des Vorsitzenden äußerst ehrenvolle Worte der Anerkennung für die Bedeutung der Presse und ihren verantwortungsvollen Beruf fand. Er wies darauf hin, daß Ems zum zweiten Male eine Pressetagung sehe, und zwar nach der Zusammenkunft der deutschen Sportredakteure die Anwesenheit der Redakteure des Nassauer Landes, und daß er schon seit langem bestrebt sei, einmal die Tagung des Reichsverbandes nach Bad Ems zu leiten. Ein Kollege aus Wiesbaden würdigte die Arbeit des Vorstandes, ein Kollege der Bezirksgruppe Rheinhessen unterstrich die Bedeutung der kollegialen Zusammengehörigkeit. Nach einer Führung durch das Kurhaus fand die Emser Tagung ihren Abschluß in gemütlicher Runde auf dem Emser Ausflugspunkt Malberg.

Personalien

Oberregierungsrat Brand, der Leiter der Pressestelle im Reichsfinanzministerium, ist zum Ministerialrat ernannt worden.

Redakteur Holzer, Pirmasens, bisher „Pirmasenser Zeitung", übernahm am 1. Juli die Redaktion der „Südwestdeutschen Landeszeitung" in Waldfischbach.

Kollege Paul Keppler ist in die Redaktion des „Liegnitzer Tageblattes" in Liegnitz eintreten. Der Kollege war bisher als Redakteur in Hirschberg am „Boten aus dem Riesengebirge" tätig.

Karl August Walther hat als Nachfolger des kürzlich verstorbenen Schriftstellers Prof. D. Dr. h. c. Friedr. Lienhard die Herausgeberschaft des „Türmers" übernommen. Kollege Walther, der bereits seit einigen Jahren der Redaktion dieser bekannten Monatszeitschrift angehört, für die er in jüngster Zeit verantwortlich zeichnete, studierte Kunstwissenschaft, Psychologie und Volkswirtschaft. Der „Türmer" erfuhr durch ihn eine innere Umgestaltung, vor allem in künstlerischer Hinsicht, so daß er den Aufgaben der neuen Zeit mehr und mehr gerecht zu werden vermochte. Die Zeitschrift, die 1898 vom Freiherrn von Grotthus gegründet wurde, steht gegenwärtig im 31. Jahrgang.

Redakteur Joseph Wellenreuter, bisher am „Bruchsaler Boten", hat die Redaktion der „Badischen Volkszeitung" in Baden-Baden übernommen.

Professor Otto Taubmann, der langjährige Musikkritiker des „Berliner Börsen-Couriers" ist vor kurzem im Alter von 70 Jahren nach langem Leiden gestorben. Professor Taubmann, der sich auch als Komponist einen Namen gemacht hat, war seit 1917 ordentliches Mitglied der Akademie der Künste, seit 1924 Senator der Akademie, seit 1920 gehörte er dem Lehrkörper der Staatlichen Hochschule für Musik an.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Bezirksverband Berlin. Götz v. Scheve (Luftfahrt-Fachschriftst.), Johannisthal, Sternplatz 13.

Landesverband Mitteldeutschland. Dr. phil. Karl Groß (Magdeburger Tages-Ztg.), Magdeburg, Olvenstedter Str. 37; Hans Otto Steinmetz (Allgemeine Thüringer Ztg. Deutschland), Weimar, Kohlstr. 27; Dr. Kurt Koepsel (Kasseler Ztg.), Kassel, Königstraße bei Mischke; Bruno Beckmann (Weimarische Ztg.), Weimar, Luisenstr. 15; Gerhart Seger (Volksbl. f. Anh.), Dessau, Askanische Str. 29 II.

Verein Lübecker Presse. Heinrich Jargstorf (Lübecker Generalanzeiger), Lübeck, Engelswisch 21.

II. Neuanmeldungen.

Bezirksverband Berlin. Dr. Albert Hofacker (Mitarbeiter).

Landesverband der Bayerischen Presse. Karl Kleiner (Passauer Ztg.), Passau, Kapuzinerstr. 3. Ortsgruppe Nürnberg. Dr. Ludwig Baer (Fränkischer Kurier), Nürnberg, Güntherstr. 53/54.

Digitized by Google

Verein Frankfurter Presse. Ernst Nebhut (Frankfurter Nachr.), Frankfurt a. M., Wittelsbacher Allee 62; Dr. Ruth Bachert (Frankf. Generalanzeiger), Frankfurt a. Main, Schillerstr. 19; Dr. Fritz Debus (Sachsenhäuser Anz.), Frankfurt a. M., Finkenhofstr. 17.

Landesverband Mitteldeutschland. Fritz Apelt, Weida, Berggartenstraße 4 (Weidaer-Hohenleubener Zeitung).

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Bochumer Presse. E. Schmidthals (Rheinisch-Westfälische Ztg.), Bochum, Hattinger Straße 83.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. An den Landesverband der Bayer. Presse: Georg Heidingsfelder (Red. des Rosenheimer Anz.), Rosenheim/Inn, bisher Münster/W. Überwiesen an Provinzialverband Pommern: Hermann Stumpf, bisher Coburg, nun Stolp, Uhlandstr. 2 (Stolper Morgenzeitung).

Landesverein Hessischer Zeitungsredakteure. Vom Verband der Schlesischen Presse überwiesen: Bruno Osadzin (Bischofsh. N. A.), Bischofsheim b. Mainz, Neue Mainzer Straße 1.

Landesverband Mitteldeutschland. Hans Aubert, Gera, Leipziger Straße 6 bei Schade (Geraer Zeitung), überwiesen vom Bezirksverband Brandenburg.

Verein Niedersächsische Presse. Überwiesen an Landesverband Mitteldeutschland: Erich Seifert (Magd. Ztg.), Magdeburg, und Hermann M. P. Weber, Ilfeld/Südharz, Gartenstraße 12.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Bochumer Presse. Überwiesen an den Bezirksverband Berlin: Fritz Clauß (Sportredakteur d. Scherl-Verlages). Verein Kölner Presse. Kurt Weinhold, Gummersbach (Einzelmitglied), überwiesen nach Köln-Poll, Siegburger Straße 392 (Köln. Ztg.). Bezirksverein Ravensberg. Überwiesen vom Landesverband der Sächsischen Presse: Dr. Widdecke (Mindener Ztg.), Minden i. Westf.; überwiesen an Verein Düsseldorfer Presse: Chr. Meyer, bisher Bielefeld, nun Düsseldorf (Düsseldorfer Nachrichten). Verein Wuppertaler Presse. Überwiesen vom Verein Frankfurter Presse: Karl Doerr (Freie Presse), Unterbarmen, Elberfelder Straße 29 bei Blasberg. Vom Bezirksverein Chemnitz überwiesen: Eugen Hartmann (Velberter Morgenzeitung), Velbert, Bergische Straße 9; vom Bezirksverein Aachen überwiesen: Hans Fleckner (Generalanzeiger für Elberfeld), Remscheid, Lenneper Straße 38. Einzelmitglied Hanns Kurth, Düsseldorf, überwiesen an Bezirksverband Berlin, Berlin (Scherl-Verlag Nachtausgabe).

Verband der Schlesischen Presse. Dr. Alfred Schlosser, bisher Sagan, vorl. Anschrift: Mylau i. V., Mühlgasse 16; Gustav Richter, bisher Weißwasser, jetzt Landeshut in Schlesien, Schloß Kreppelhof; Dr. Alfred Kästner, bisher Waldenburg, jetzt Hirschberg i. Riesengeb. (Bote a. d. Riesengeb.).

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Zwickau. Die Streichung des Koll. Karl J. Bach, Bockwitz bei Mückenberg (Elsterrundschau) hat sich erledigt. B. wurde der Bezirksgruppe Ost des Landesverbandes Mitteldeutschland zugewiesen.

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Zu streichen: Hermann Stumpf, Coburg, nun Stolp i. Pom.

Bezirksverband Berlin. Ausgetreten: Dr. Konr. Döring; Rud. Olden; Friedr. Mantel.

Landesverband Hessischer Zeitungsredakteure. Verstorben: Chefredakteur W. Barth, Darmstadt.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Bochumer Presse. Gestrichen wegen Nichtzahlung: Alb. Koß, Bochum, jetzt Hamburg. Verein Düsseldorfer Presse. Ausgetreten wegen Berufswechsels: Karl Hartmann, Düsseldorf; gestrichen wegen Nichtzahlung: Hermes und J. Meise, Düsseldorf. Presseverein München-Gladbach. Gestrichen wegen Nichtzahlung: Hans Schmitz. Bezirksverein Niederrhein-Ruhr. Ausgetreten: Heinr. Bahle, Mülheim (Ruhr). Einzelmitglied Joh. Plugge, Werl, gestrichen wegen Nichtzahlung.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Zwickau. Ausgetreten: Paul Arthur Seidel, Zwickau.

Landesverband Schleswig-Holstein. Ausgeschieden: Chefred. A. G. Nagel, Kiel und Red. Konr. Wangemann, Kiel.

*

Gesperrte Mitgliedskarten.

Die ausgefertigten Mitgliedskarten der Kollegen: Hanns Wagner (Nr. 3427), Paul Sckell (Nr. 2074), Dr. Schmauser (Nr. 1188), Herm. Guschmer (Nr. 790), Friedr. Körner Nr. 2953) sind als verloren gemeldet worden und werden gesperrt. Es gelten nur die Duplikatskarten.

Büchermarkt

Die Hindenburg-Linie und die Herrschaft der Mitte von Dr. Julius Paul Köhler. Xenien-Verlag zu Leipzig.

Die oben angeführte Schrift, der ein Passus aus dem Hindenburgbuch „Aus meinem Leben", 1920, S. 404: „Das Aufnahme- und Ausstrahlungszentrum so vieler unerschöpflicher Werte menschlicher Zivilisation und Kultur wird solange nicht zugrunde gehen, als es den Glauben behält an seine große weltgeschichtliche Sendung. Ich habe das sichere Vertrauen, daß es der Gedankentiefe und der Gedankenstärke der Besten unseres Vaterlandes gelingen wird, neue Ideen mit den kostbaren Schätzen der früheren Zeit zu verschmelzen und aus ihnen vereinigt dauernde Werte zu prägen zum Heile unseres Vaterlandes." vorausgestellt ist, erstrebt eine zeitgeschichtliche Klärung und Ausweitung des nationalen Idealismus. Daneben hat der Verfasser versucht, die inner- und außenpolitische Entwicklung der letzten Jahre in ihren Zusammenhängen zu zeigen. Die politische Einstellung und Beobachtung galt dabei nicht nur dem parlamentarischen, sondern auch dem außerparlamentarischen politischen Deutschland, d. h. dem lebendigen Volksganzen in der Überzeugung, daß die Frage des Verhältnisses zwischen Parteien und außerparlamentarischen politischen Kräften immer mehr in den Vordergrund treten wird.

Ausflugsführer „Hinaus aus der Stadt mit Straßenbahn, Omnibus und U-Bahn (BVAG)" von Dr. E. R. Uderstädt, erschienen im Verlage der Berliner Verkehrs-A.-G.

Mit diesem brauchbaren und übersichtlichen Heft, das zeigen will und zeigt, welche billigen Erholungsmöglichkeiten der Bevölkerung der Reichshauptstadt durch die Benutzung der Groß-Berliner Verkehrsmittel gegeben sind, hat der Verfasser den großen Massen einen Wanderführer geschenkt, der dem Wunsch und Willen der Berliner, in den wenigen freien Stunden so schnell als möglich hinaus ins Freie zu kommen und die Erholungszeit intensiv zu genießen, in hervorragendem Maße gerecht wird. Erst durch einen Einblick in diesen Führer wird man inne, was der Berliner Fahrgast, wenn man die Umsteigeberechtigung der Fahrscheine in Betracht zieht, für 20 Pfg. erreichen kann, und wie auch für den Minderbemittelten, für den schon die geringe Ausgabe von 20 Pfg. eine Belastung bedeutet, viele Genuß- und Erholungsmöglichkeiten bestehen, ins Freie zu kommen. Der Führer erfüllt ganz ausgezeichnet den Zweck, das Verkehrssystem der BVAG für die Benutzung übersichtlich zu machen und dem Benutzer eine Vorstellung davon zu vermitteln, bis zu welchen äußersten Punkten das Berliner Verkehrsnetz sich entwickelt hat, wie man dorthin gelangen kann und welche Spaziergänge oder Wanderungen von diesen Endpunkten aus in der wirklich schönen Umgebung der Reichshauptstadt möglich sind. Ein besonderer Vorzug des Führers ist, daß er auch mit übersichtlichen Karten ausgestattet ist.

Das Pressеamt der Stadt Magdeburg. Seine Organisation und seine Aufgaben behandelt ein Artikel, den Dr. Bader, Leiter dieses Amtes, in Nr. 20 des „Magdeburger Amtsblatts" veröffentlicht hat. Das Amtsblatt ist amtliches Organ der Magdeburger Verwaltung und erscheint im Verlage des Magdeburger Magistrats. Einzelnummer 25 Pfg.

„La Coopération intellectuelle" Monatszeitschrift, herausgegeben vom Völkerbund. Institut für geistige Zusammenarbeit, Paris Ier, 2, Rue Montpensier, Palais Royal.

Das uns vorliegende Heft 5/1929 enthält einen Bericht über die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der Fédération Internationale des Journalistes in Prag in den Tagen vom 6.—8. April.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Inhaltsangabe:

Curt Moßner †.
Die Presse als Willensbildner. Von Paul Baecker, M. d. L., Berlin.
Oberstes Ehrengericht.
Die Schäden der deutschen Zeitungssprache. Von Prof. Dr. Emil Dovifat.
Presseempfang. Von Carlo von Kügelgen.
Generalmusikdirektor und Kritiker.
Gefährliche Zwitterstellung.
Unangebrachtes Mitleid.
Wozu Justizpressestellen da sind.
Recht und Presse.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.
Büchermarkt.

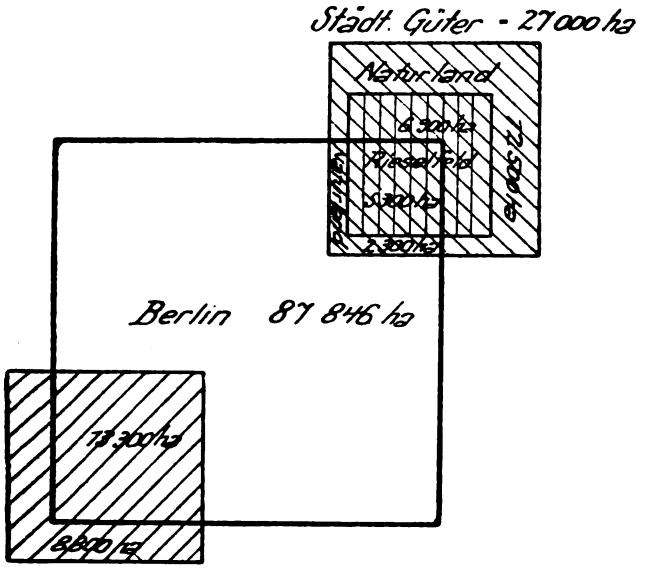
Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse. Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

Die Berliner Stadtgüter.

Im Jahre 1873 ist Berlin mit dem Ankauf des Rittergutes Osdorf (800 Hektar) in die Reihe der Landwirte eingetreten. Heute besitzt Berlin 63 Güter mit einer Gesamtfläche von rund 27 000 Hektar. Hiervon sind rund 12 000 Hektar aptiert, d. h. für die Unterbringung von

Darstellung der Flächengröße von Berlin u. sein land- u. forstwirtschaftlicher Besitz
innerhalb und außerhalb des Stadtbezirks



Rieselwasser eingerichtet. Von dem Gesamtbesitz sind 15 Einzelgüter und 7 Hauptgüter in einer Gesamtgröße von 7500 Hektar, davon 3100 Hektar Rieselland, verpachtet, so daß in eigener Bewirtschaftung stehen 28 Verwaltungen mit rund 19 500 Hektar.

Die Stadt Berlin ist zur Landwirtschaft gezwungen worden durch die ungesunden Verhältnisse, die Ende der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts in Berlin herrschten. Es ist insbesondere Professor Virchow, Stadtbaurat Hobrecht und Stadtrat Marggraff zu verdanken, daß Berlin heute zu einer der gesündesten Städte der Welt geworden ist. Virchow hat 1869 den Standpunkt vertreten, daß Staat und Stadt nur ihren Wert erhalten durch die Arbeit der Menschen und aller Reichtum und alle Bedeutung der Städte und des Staates in letzter Instanz auf der Tätigkeit ihrer Bewohner beruhe. Es könne daher keinen größeren Verlust geben, als den Verlust an Menschenleben, und jede Störung der Tätigkeit der Menschen durch Krankheit und Tod sei nicht nur für die Familie ein Unglücksfall, sondern auch rein volkswirtschaftlich für Städte und Staat. Und wenn Staat und Stadt die allgemeine Bildung, den Verkehr usw. pflege, hätten sie auch die Pflicht und Schuldigkeit, für die Gesundheit ihrer Untertanen zu sorgen.

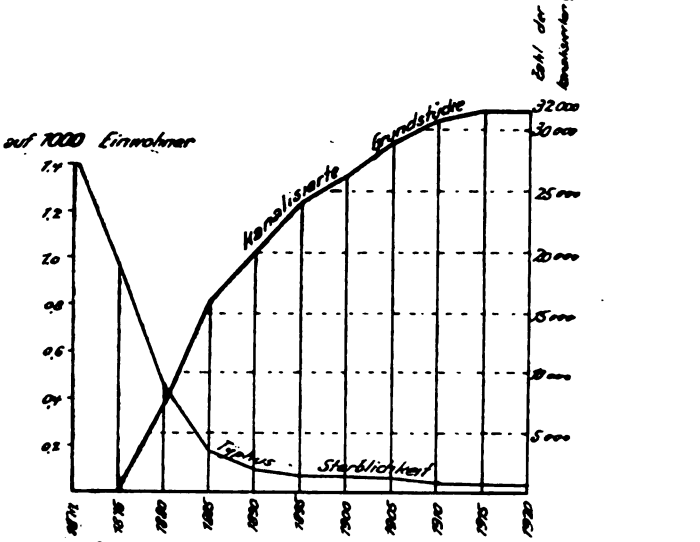
Wie die Statistik zeigt, ist z. B. die Sterblichkeit an Typhus in Berlin seit Einrichtung des Rieselbetriebes mit der Anzahl der an die Kanalisation angeschlossenen Grundstücke ständig gefallen, und zwar von 1,40 ‰ 1872 auf 0,01 ‰ heute der Bewohner.

Die Rieselfelder haben somit zunächst eine hygienische, dann eine landwirtschaftliche und in Verbindung eine volkswirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen.

Die Reinigung der Abwässer besteht darin, daß die Stadt in bestimmte Bezirke eingeteilt ist, in denen das Wasser aus den Häusern, Straßen, Fabriken usw. (Mischsystem) nach dem tiefsten Punkt des betreffenden Bezirks läuft. Dort befindet sich die Pumpstation, von wo aus das Wasser in Röhren bis 150 cm l. W. mit starken Pumpen bis 300 PS nach dem höchsten Punkt des Gutes, dem Standrohr, gepumpt wird. Von hier wird es in Röhren nach den Klärbecken geleitet, dort von den schwebenden Sinkstoffen, dem Schlick, vorgereinigt und läuft nun als geklärtes Wasser in offenen Gräben nach den Schlägen bzw. Einzeltafeln, die eine Größe von ¼ bis ½ Hektar haben. Ein Gut von 5000 Morgen, wie Malchow, das vollständig aptiert, d. h. zum Rieselbetrieb eingerichtet ist, besteht dann nicht aus 8—10 großen Stücken, wie in anderen Landwirtschaftsbetrieben, sondern aus 4000 bis 5000 Einzelstücken.

Auf dem Rieselland geht das Wasser durch den Boden hindurch und wird dabei vollständig von allen schädlichen Stoffen gereinigt. Die Rieselfelder sind alle auf 5 Meter Weite dräniert, d. h. mit Dränsträngen durchzogen, die 1—1,20 Meter tief liegen und das gereinigte Rieselwasser zum größeren Teil auffangen. Sie führen das gereinigte, wie klares Trinkwasser aussehende Wasser nach den Vorflutgräben und diese nach der Havel bzw. Spree. Hiermit war die hygienische Aufgabe Virchows in einfachster Weise gelöst. Berlin war sein Schmutzwasser los und die unterhalb an den Flußläufen (Havel und Spree) liegenden Dörfer und Städte hatten nicht nur keinen Nachteil, sondern nur Vorteil von diesem System, das vorbildlich für die ganze Welt geworden ist.

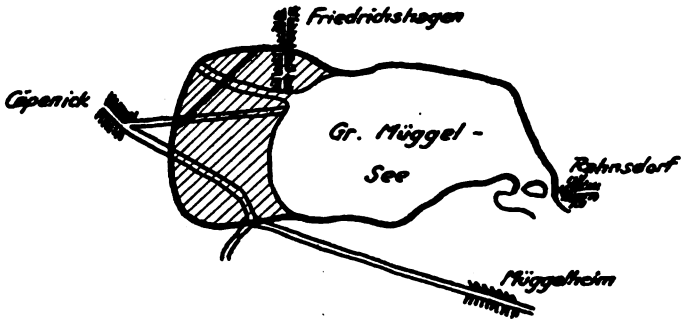
Graphische Darstellung der Zahl der an die Kanalisation angeschlossenen Grundstücke in den Jahren von 1875 bis 1920 und der Typhussterblichkeit von 1872 bis 1920



Als wichtig für die Rieselfelder hat sich die landwirtschaftliche Nutzung erwiesen, weil nur dadurch die dauernde Aufnahme von Schmutzwasser und dauernde Reinigungsfähigkeit der Rieselfelder erhalten bleibt. Selbst auf den Gütern, auf denen seit 50 Jahren der Rieselbetrieb betrieben wird, hat sich keine Störung der Reinigungsfähigkeit seither feststellen lassen. Durch die

Digitized by Google

Aus Berlin werden jährlich 230 Millionen Kubikmeter Abwasser — d. i. die 1½ fache Wassermenge des Müggelsees — nach den Rieselfeldern gefördert



landwirtschaftliche Nutzung wird der Boden gelockert, Luft und Sonne können eindringen, die Umsetzung der Stoffe befördern, wodurch der Boden gesund bleibt.

Zurzeit erhalten die Rieselfelder je Hektar und Tag durchschnittlich 60 cbm Abwasser, einzelne nur 35 cbm, andere wieder bis über 200 cbm. Die jährliche Abwassermenge beträgt 230 Millionen cbm, das ist die 1½fache Wassermenge des großen Müggelsees.

Je besser die Klärbecken für die Vorreinigung eingerichtet sind, desto größer kann die Beschickung je Hektar Rieselfeld sein, wie z. B. in Carolinenhöhe mit 200 cbm und mehr je Hektar und Tag. Mit der stärkeren Beschickung erhöht sich auch die landwirtschaftliche Nutzung. Denn auf Gütern, die 200 cbm je Hektar und Tag erhalten, kann das Gras 7—8 mal geschnitten werden, wo nur 30—50 cbm hinkommen, kann es jedoch nur 3-, höchstens 4 mal geschnitten werden. Würde man überall die Vorreinigung so durchführen wie in Carolinenhöhe, so würden die jetzigen 12 000 Hektar Rieselland ausreichen, selbst wenn der Wasserverbrauch je Kopf der Bevölkerung um 50 Prozent steigen würde, das Abwasser von 11 Millionen Bewohnern auf diesen 12 000 Hektar dauernd unterzubringen und so gut zu reinigen wie heute.

Die beste Pflanze für den Rieselbetrieb ist das Gras, das bis 8 Schnitte liefert, sodann alle Gemüsearten, die nach kurzer Zeit schon geerntet werden können. Bei genügend Wasser und warmer Witterung können jährlich bis zu 3 Gemüseernten auf dem Rieselland erreicht werden. Theoretisch wäre es möglich, wenn man das ganze Rieselland in Gras anlegen würde, den gesamten Milchbedarf Berlins mit 1,2 Millionen Liter Milch täglich zu decken, das entspricht einem Wert von 100—120 Millionen Mark. Ebenso könnte man auch den gesamten Gemüsebedarf, wenn man alles mit Gemüse bebauen würde, decken, was ebenfalls, gering gerechnet, einem Wert von 120 Millionen Mark entspricht.

Zurzeit liefern die Rieselfelder schon soviel Erzeugnisse, daß der 6. Teil des Milchbedarfs und der 4. Teil des Gemüsebedarfs Berlins gedeckt wird, obgleich heute nur 7000 Hektar für Grasbau und 3000 Hektar für Gemüsebau genutzt werden. Außerdem werden auf den städtischen Gütern noch angebaut: 6000 Hektar mit Hackfrüchten (Kartoffeln und Futterrüben), 8000 Hektar mit Getreide und ein kleinerer Teil mit Korbweiden. Alle Wege sind mit Obstbäumen (200 000), Äpfel und Birnen, bepflanzt. Eine Saatzuchtwirtschaft sorgt für den Anbau bester Arten von Getreide, Kartoffeln usw.

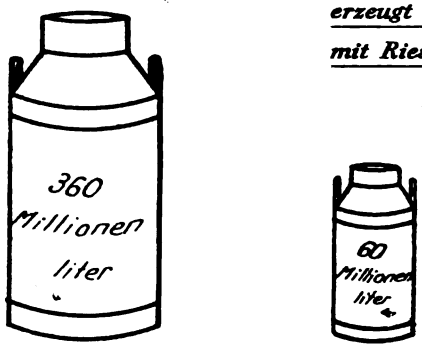
In der Viehhaltung im eigenen Betriebe ist die Milchviehhaltung mit 2700 Milchkühen und dem entsprechenden Jungvieh vorherrschend. Die Kühe liefern täglich 30 000 Liter Milch, die an Krankenanstalten, Heimstätten und auch an Private abgesetzt werden. Ferner wird noch betrieben: Schweinezucht und -mast 4000 Stück, Schafzucht 2500 Stück, Geflügelzucht (Hühner- und Entenfarm), sowie Fischzucht.

Von Nebenbetrieben sind zu nennen: ein Milchwirtschaftsbetrieb in Weißensee, eine Großschlächterei, ein Sägewerk mit Holzbearbeitungsbetrieb in Hobrechtsfelde und eine Mühle in Großbeeren.

Die Güter sind kaufmännisch organisiert und haben die Verpflichtung, ein möglichst großes finanzielles Ergebnis zu erzielen, dabei aber auch die Fortschritte einer modernen Landwirtschaft zu fördern. So haben die Berliner Stadtgüter mit als erste den amerikanischen Mähdrescher — zurzeit 2 Stück — in Betrieb. Ferner wird eine weitgehende Motorisierung und Mechanisierung, aber nur soweit wirtschaftlich, durchgeführt.

Jährlicher Milchverbrauch in Berlin

davon wird 1/6 jährlich erzeugt von Kühen, die mit Rieselgras gefüttert werden



Die Eigenartigkeit der Berliner Rieselfelder in ihren volkswirtschaftlichen Ausmaßen ist vorbildlich und sucht ihresgleichen bis jetzt vergeblich. Die in Amerika, teilweise auch in England durchgeführte Anwendung des Faul- und Belebtschlammverfahrens zur Beseitigung der städtischen Abwässer wird auch in Berlin geprüft, jedoch dürfte es volkswirtschaftlich keine weitere Zukunft haben. Auf den Berliner Rieselfeldern werden heute 20 000 Menschen beschäftigt, wogegen auf diesen Flächen bei allgemeiner landwirtschaftlicher Nutzung nur 2000 Verdienst haben könnten. Die meisten haben ihre eigene Existenz. 5000 Pächter ernähren sich auf durchschnittlich 2 Hektar Rieselland. Die Beschäftigungszahl der Menschen hat sich somi gegen früher verzehnfacht. Das Wertvolle des Riese betriebes ist es, daß Menschen ohne Kapital, jedoch gesunden Armen, Wagemut und Selbstvertrauen mi Spaten in der Hand sich eine eigene Existenz können.

Jährlicher Gemüseverbrauch in Berlin

7 000 000 Zentner

davon werden 1,7 Mill. Zentner, d. i. ¼ der Gesamtmenge, auf den Rieselfeldern erzeugt

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 30 — Berlin, den 27. Juli 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin GW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin GW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14483. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Die sittliche Idee des Journalismus.

Von Dr. Karlfriedrich Baberadt.

Kein menschliches Werk hat Wert und Bestand, wenn es nicht von Kräften getragen wird, die das Wohl der Gesamtheit fördern und wenn es nicht erfüllt ist von dem Willen zu sittlicher Verpflichtung. Das Ziel menschlichen Tuns, Handelns und Strebens soll die Entwicklung, der Fortschritt sein. Diese beiden Komponenten in Willen und Ziel gehören auch zum Wesen der Zeitung und bestimmen ihre sittliche Idee. Diese Idee ist in ihrer kräftigen Ursprünglichkeit aus der Natur, aus der Welt geschöpft, also aus einer Quelle, aus der, nach Schopenhauer, jedes echte Kunstwerk stammt. Und in der Tat ist die Zeitung, als Ganzes gesehen, ein künstlerisches Erzeugnis. Das Stoffliche sind im Journalismus die Begriffe, die aus der Vielheit wiederhergestellten Einheiten, mit deren Hilfe das journalistische Werk zustande kommt. Indessen, wollte sich dieses Werk nur auf die Begriffe und ihre Verarbeitung beschränken, so könnte theoretisch wohl tiefe Gelehrsamkeit herauskommen, praktisch aber wäre das Ergebnis platter Materialismus, bestenfalls Technik. Aber Journalismus ist in diesem Sinne nicht Gelehrsamkeit, und er ist auch mehr als bloße Technik: er ist in hohem Grade künstlerisches Wollen, und das Gewollte, die Zeitung, ist mithin nicht nur Erzeugnis der Technik, sondern ihr muß auch ein künstlerisches Prinzip innewohnen, wenn sie dem Idealtypus nahekommen soll. Will es der oberflächlichen Betrachtung also vielleicht scheinen, als ob gerade der Journalismus vorzugsweise mit Begriffen arbeite, so wird sich doch jedem, der tiefer in das Wesen des Journalismus einzudringen vermag, sehr bald die Idee zu erkennen geben, die, wie in jedem echten Kunstwerk, auch hier waltet.

Der Journalismus hat eine sittliche Aufgabe zu erfüllen. Die Erfüllung dieser Aufgabe wird allerdings dadurch erschwert, daß das menschliche Dasein im allgemeinen nicht von der (geistigen) Idee, sondern von dem (materiellen) Interesse beherrscht wird, und daß der Journalist gezwungen ist, der „Ökonomie" Zugeständnisse zu machen. Da es im Wesen des Journalismus liegt, aus dem Ganzen zu wirken und sich für geistige Ziele einzusetzen, so braucht er in beträchtlichem Maße die richtige Betätigungsweise der Vernunft, damit aber bejaht er seine sittliche Idee. Wir nehmen dabei Idee mit Kant als Vernunftbegriff des Unbedingten und sehen in der Vernunftidee das „Urbild aller Dinge, welche insgesamt als mangelhafte Kopie den Stoff zu ihrer Möglichkeit daher nehmen". Diese Idee des Journalismus schöpft sich aus dem Leben selbst und liegt, metaphysisch gesprochen, hinter den Dingen. Konkret und richtunggebend drückt sie sich nach außen in der journalistischen Berufsethik und in der Berufsausübung aus. Ihre beiden Attribute sind Wahrheit und Treue. D. h.: der Journalismus soll nicht bloß bei der Erscheinung der Dinge sich aufhalten, sondern er soll ihnen auf den Grund gehen, soll ihre Idee aufspüren, mit unbestechlicher Ehrlichkeit und unerschütterlichem Verantwortlichkeitsbewußtsein. Die Erkenntnis einer sittlichen Idee muß naturgemäß das Handeln der Menschen beeinflussen, die Träger oder Vollstrecker dieser Idee sind.

So groß auch die Wandlung ist, die seit dem Erscheinen der ersten Zeitung bis auf den heutigen Tag in der Zeitung vor sich gegangen ist, so wenig hat sich die sittliche Idee des Journalismus in den Jahrhunderten geändert: von Anfang an war sie da in dem Glauben an den Dienst an der Menschheit, anfangs primitiv und schwer erkennbar, später aber immer deutlicher und bewußter, bis zu schließlich klar hervortretendem Denken und Willen. Damit aber wuchs auch die Zeitung von der ephemeren zur Lebenserscheinung. Noch Goethe z. B. spricht in den „Zahmen Xenien" von der „leidigen Ephemeren", und im Divan schildert er das Zerstörerische der Zeitungslektüre: er liebt die Zeitungen nicht, weil sie „der Zeit dienen". Sie sind ihm das größte Unheil seiner Zeit, die nichts reif werden lasse. Andere harte Worte des Dichters über die Zeitungen sind bekannt. Goethe erkannte also nicht, daß auch im „Broschüren- und Blätterwesen des Tages" mit seinem „Narrenlärm" eine höhere sittliche Anschauung walte, die er sonst überall in der Ordnung der Dinge fand. Und doch ist unbestreitbar, daß gerade in dem Journalismus der Freiheitskriege die sittliche Idee in hohem Maße wirksam war; es wäre eine dankenswerte Aufgabe, dies einmal zu untersuchen. Goethes Einstellung gegen die Presse ist nur daraus zu erklären, daß er in der Pressefreiheit nur das Recht der Zeitungen sah, über den anderen so viel Schlechtes und Niederträchtiges zu sagen, wie ihnen beliebte. Einen Rest dieser mangelnden Anerkennung der öffentlichen Aufgaben des Journalismus finden wir noch in der Rechtsprechung unserer Tage. Wir sind auch heute noch weit davon entfernt, die Erkenntnis der sittlichen Aufgaben des Journalismus als Allgemeingut ansprechen zu dürfen, wenn auch auf Grund der beginnenden ernsten wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Problem der Zeitung und damit des Journalismus allmählich eine Aufhellung der Anschauungen auch in solche Kreise dringt, denen bisher das Pressewesen ein Buch mit sieben Siegeln war.

Digitized by Google

Ohne guten Willen müßte die sittliche Aufgabe des Journalismus Chimäre bleiben. Das sittliche Prinzip des Journalismus verlangt unbedingte Achtung vor der Meinung des anderen; wird ein Redakteur also gegen eine ihm entgegengesetzte Meinung auftreten müssen, die er achten muß, so sollte ihm die sittliche Idee des Journalismus gebieten, es unter keinen Umständen in einer Weise zu tun, die die Ehre des anderen verletzt. Wesentlich dabei ist die innere Überzeugung des Redakteurs, denn die sittliche Idee des Journalismus gründet sich ja auf Wahrheit. Dieses Fundament kann auch nicht durch schlechte Handwerker am Bau verschüttet werden, denn die sittliche Idee ist das Ewige in dem Zeitbedingten des Journalismus.

Die sittliche Idee des Journalismus ist weiterhin der Exponent der ethischen Berufsauffassung des Journalisten, d. h. die Erkenntnis, daß im Journalismus eine hohe Idee wirkt und daß diese Idee eine sittliche ist, muß ihre Rückwirkung auf die Presse selbst, auf die Zeitung, ausüben, denn Vollstrecker der sittlichen Idee des Journalismus sind in erster Linie die Journalisten, die Redakteure und Reporter. Nur der wird ein guter Journalist sein, der von der sittlichen Idee geradezu besessen ist und dessen journalistische Grundsätze auf den Attributen dieser Idee beruhen. Das kann natürlich weder gelehrt noch gelernt werden, weil es ja viel mehr Eigenschaften des Charakters als des Verstandes sind, aber ohne diese journalistische Berufsethik ist eine vollkommene Erfüllung der sittlichen Aufgaben des Journalismus undenkbar, und nur kraft der sittlichen Idee kann die Mechanisierung der journalistischen Arbeit verhindert werden. Die beiden Pole der Berufsethik sind Ehrlichkeit und Verantwortungsbewußtsein. Die sittliche Idee des Journalismus heischt von jedem seiner Vertreter, daß er stets die Person hinter die Sache zurücktreten läßt und daß er niemals das öffentliche Vertrauen mißbraucht. Ist zwar die Zeitung auch nicht die öffentliche Meinung, so ist sie doch ihre sehr wesentliche Sachwalterin und besitzt nicht nur einen großen Einfluß auf die politische, wirtschaftliche, soziale, moralische usw. Meinungsbildung, sondern ist schlechthin unlösbar mit ihr verbunden. Täte sie etwas, das dem Wohle der Allgemeinheit zuwider wäre, so beginge sie Verrat an der sittlichen Idee des Journalismus. Denn Verantwortungsbewußtsein, Treue, Ehrlichkeit, Selbstkritik, Genauigkeit, Pflichtgefühl, Toleranz, Rechts- und Menschlichkeitsbewußtsein gewinnen im Journalisten erst dann Substanz, wenn sie Attribute der sittlichen Idee im Journalismus sind. Unabhängigkeit des Journalisten bezw. der Zeitung ist freilich unerläßliche Vorbedingung hierfür, denn sobald Bindungen auftreten, die der sittlichen Idee des Journalismus widersprechen oder auch sie nur verdecken, muß sich beim Journalisten eine bedenkliche und höchst unerfreuliche Reaktion zeigen, die innerlich nur und allein überwunden werden kann durch den Glauben an die sittliche Idee des Journalismus.

Durch die Anerkennung einer sittlichen Idee wird dem Journalismus und der Presse eine gewaltige Machtstellung eingeräumt, was ihr allerdings auch als betrachtlichste Verpflichtung den Willen zur Sittlichkeit auferlegt. Die Zeitung als Lebenserscheinung ist amoralisch, aber ihre Äußerungen involvieren durchaus „Moral", wodurch sie sich wiederum von dem echten, reinen Kunstwerk unterscheidet. Als Korrektiv der öffentlichen Moral hätte die Presse eine große Aufgabe zu erfüllen. Das gilt nicht nur von ihrer Gesamthaltung, sondern es muß bis in die letzte Zeile der Zeitung zu spüren sein, d. h. die Beziehungen zum täglichen Leben, wie sie im Nachrichtenwesen und in der Berichterstattung zutage treten, müssen beherrscht werden von einem reifen Verantwortungsgefühl gegenüber den öffentlichen Aufgaben: darin besteht die grundlegende Forderung für die Berufsauffassung des Journalisten. Die Komponenten der journalistischen Begabung sind Willen und Intellekt in geistiger und stofflicher, besonders aber in moralischer Beziehung. Eine Zeitung ist nicht bloß ein geschäftliches Unternehmen, sondern in hohem Grade auch eine „moralische Anstalt". Man muß deshalb von dem Journalisten in erster Linie verlangen, daß er ein moralisch und sozial untadeliger Charakter ist und in seiner Berufsausübung Gewissenhaftigkeit und Takt unbedingt walten läßt. Der Redakteur ist der geistige Schöpfer der Zeitung und er darf nie vergessen, daß die Würde seines Volkes in den Händen der Presse liegt. Seine Berufsausübung muß mehr synthetisch als analytisch sein, mehr verknüpfen und verbinden als auflösen und zersetzen.

Dienst an der Menschheit üben heißt ihr dienen. Der tiefe Sinn eines solchen Dienens aber, der „sittlichen Idee", ist der, daß der Journalist inniges Vertrauen gewinnt zu und in der Masse, die er geistig führt. Eine Berufsausübung, die sich dessen nicht bewußt ist, weiß nichts vom wahren Wesen der Zeitung, nichts von schöpferischem Wirken und Willen, nichts von dem Idealismus, der in kaum einem Berufe so bitter nottut wie im journalistischen. Dieses Bewußtsein zu wecken und zu stärken und diesem Vertrauen Rückhalt und Würde zu geben, auch im Falle von Konflikten, das ist das Erste und Letzte, was die sittliche Idee des Journalismus von dem einzelnen Journalisten verlangt. Angesichts der Abhängigkeit der meisten Zeitungen von materiellen und parteipolitischen Interessen allerdings liegt die Gefahr nahe, daß die Heraushebung der „sittlichen Idee" des Journalismus ideologisch wirkt, d. h. daß sie nicht so sehr eine öffentliche Legitimierung des Journalismus bedeuten als vielmehr gewisse Bedenklichkeiten des Journalismus durch ideale Forderungen überdecken soll, aber wir kennen diese Bedenklichkeiten viel zu gut, als daß wir versucht wären, sie wegzuleugnen oder zu verstecken. Nein, gerade weil wir sie kennen, sind wir von der unbedingten Notwendigkeit überzeugt, die sittlichen Ideale, die dem Journalismus vorgezeichnet sind, in stetem Kampfe mit den realen Verhältnissen durchzusetzen. Dazu aber ist ebenso notwendig, daß man eine „sittliche Idee" nicht nur erkennt, sondern auch anerkennt, und hierzu beitragen zu helfen, ist erste und letzte Absicht meiner Ausführungen, denen nichts ferner liegt, als die „realen Verhältnisse" irgendwie aus dem Gesichtsfeld rücken zu wollen.

Knut Hamsun und die Presse.

(Zum 70. Geburtstag des Dichters, geb. am 4. Aug. 1859.)

Von Dr. Clemens Heiß.

Knut Hamsun, der am 4. August 1859 in der kinderreichen Familie eines kleinen Hofbesitzers und Dorfschneiders geboren wurde, war ein guter Schüler; seine hervorragenden Fähigkeiten — schon in den Knabenjahren trieb es ihn auch, Gedichte zu machen — gaben Veranlassung, daß er zur weiteren Ausbildung und Entlastung seiner Eltern einem mütterlichen Verwandten, einem Pastor, ins Haus gegeben wurde. Hier hatte der Junge schwer durch Überfütterung mit Religionsunterweisung zu leiden. Er faßte daher eine unüberwindliche Abneigung gegen alles, was mit Theologie zusammenhängt. In seiner Novelle „Das Gespenst" schreibt er über den Aufenthalt bei diesem Onkel: „Es war eine harte Zeit für mich, viel Arbeit, viel Prügel und selten oder nie eine Stunde Spiel und Vergnügen". Er kam später in eine Kaufmannslehre, wurde nacheinander Schusterlehrling,

Digitized by Google

Hausierer, wandernder Volksschullehrer, ging nach Amerika, arbeitete hier schwer am Tage, um in der Nacht sich weiter zu bilden und dem inneren Ruf zu folgen. In allen möglichen Berufen, unter andern zweimal als Straßenbahnschaffner in Chikago, war Knut Hamsun in Amerika tätig. Er schrieb auch für ein amerikanisches Magazin über Zola und Strindberg. Die Überarbeitung gefährdete indessen seine Gesundheit und zwang ihn zur Heimkehr. Der Versuch, sich als freier Mitarbeiter der Presse in Christiana und durch Vorträge über die norwegische Literatur in der Provinz durchzuschlagen, scheiterte. Er kroch als Wegearbeiter, d. h. wohl bei Notstandsarbeiten für Arbeitslose unter, ging ein zweites Mal nach Amerika, wo er bis nach San Franzisco vordrang und in einem schweren, ruhelosen Leben immer wieder an seiner Ausbildung arbeitete. Kurze Zeit war er auch Privatsekretär bei dem Dichter und unitarischen Prediger Kristoffer Janson in Minneapolis; sie konnten einander aber bei der tief sitzenden Abneigung Hamsuns gegen alle Theologie nicht verstehen. Dieser häufige Berufswechsel setzte unsern Dichter in enge Beziehungen zu allen Volksklassen, zwang ihn immer wieder zur raschen Erlernung neuer Fertigkeiten, schärfte seine Beobachtungsgabe und den Blick für das Wesentliche. Es waren also auch alle Voraussetzungen zu einem tüchtigen Zeitungsmann gegeben.

Aber der voranstürmende Draufgänger war seiner Zeit viel zu weit voraus. Er unterschätzte die Notwendigkeit der handwerklichen Tagesarbeit im Zeitungsdienst und war unnachgiebig in seinen Ansichten. Er hatte einen harten Kopf. Als ein Stück Selbstbiographie erschien, zuerst anonym, ein Bruchstück des Romans „Hunger“, in dem das Elend der freien Mitarbeiter, die ihren Lebensunterhalt auf freie Mitarbeit in der Presse aufzubauen gesucht haben, erschütternd geschildert wird. Es handelt sich um die Zeit nach seinem ersten Aufenthalt in Amerika und nach seiner Genesung. Unter sachlicher Würdigung ist das Bild dieses freien Mitarbeiters nicht gerade anziehend. Mit unerbittlicher Selbstkritik schildert Hamsun, wie er sich mit großen Plänen trug, sobald einmal eine Arbeit angenommen und nach langem Warten gedruckt war, wie er darüber das Notwendigste, durch kleine Arbeiten für den täglichen Lebensunterhalt zu sorgen, vergaß, angefangene Arbeiten immer wieder liegen ließ, wie er dann schwer und andauernd hungerte und so nie mehr in die rechte Stimmung kam, um die angefangenen Arbeiten vollenden zu können. Die Redakteure sehen es ihm nicht an, daß er mehrere Tage nicht gegessen hat, lassen ihn oft lange warten, bis sie seine Arbeiten durchsehen. Nur einer merkt es, in welch elender Verfassung er ist, und gibt ihm auf der Straße zehn Kronen mit der vornehmen Bemerkung, er könne ihm gelegentlich einen Beitrag dafür liefern. Der freie Mitarbeiter, der ausschließlich auf den Ertrag der Feder angewiesen ist, wird in diesem Roman als typisch behandelt, und er erscheint als ein wirtschaftlich vollständig unzurechnungsfähiger Mensch, der seine Arbeit nicht den Bedürfnissen der Zeit anzupassen versteht und, sobald er einmal in den Besitz einer mäßigen Summe Geldes kommt, sie sinnlos verschleudert.

Umfangreiche Literaturberichte über die amerikanische Literatur veröffentlichte damals O. Thommesen in „Verdens Gang“ anonym. Nun zog Knut Hamsun im Lande umher, um gegen die vier großen Norweger Ibsen, Björnson, Kielland und Jonas Lie Vorträge zu halten. Ibsen war gerade ins Vaterland zurückgekehrt und wurde begeistert im ganzen Lande gefeiert. Da kommt Hamsun, in ihren Augen ein junger frecher Dachs, daher und greift gleich die vier Großen der Literatur auf einmal an; wer wird es nicht verstehen, daß er von demselben O. Thommesen, der ihm in äußerster Not geholfen hatte, scharf zurückgewiesen wurde, zumal ein neues Buch von ihm, „Mysterien“, erschien, das eine Überfülle von Stoff nicht zu bändigen verstand und außerdem mit hellseherischen Visionen das Schicksal seines Helden bestimmte. Es erinnert vielfach an „Auch Einer“ von Theodor Vischer. Dieser Roman hat wohl auch dem Biographen unseres Dichters, Professor Walter A. Berendsohn Veranlassung gegeben, seiner — Hamsuns — Biographie den Titel zu geben: „Knut Hamsun, Das ungebändigte Ich und die menschliche Gemeinschaft“. Die scharfen Angriffe Thommesens führten zu einem Rückschlag im Aufstieg des Dichters.

Unter diesen Eindrücken entstand „Redakteur Lynge“. Keineswegs ist dieser Roman nur in empfindsamem Rachegefühl, das natürlich mit hineinspielt, geschrieben. Er zeigt die Gefahren, die dem Redakteurberuf drohen, in hellem Licht, aus Liebe und Hochschätzung des Berufs. Er zeigt, wie die Amerikanisierung der Presse, die Versuche, auch mit dem Textteil Geschäfte zu machen, zur Versumpfung führen. Sein Held sucht seine Macht zu erweitern und erweist sich im Anfang bei der Aufrechterhaltung politischer Grundsätze rücksichtslos, später wird er nachgiebiger, um die Zahl der Bezieher zu steigern. Er wird als übler Schürzenjäger geschildert, der von einem als Leporello gekennzeichneten Reporter unterstützt wird, aber als tüchtiger, erfindungsreicher, energischer Kopf und erfolgreicher Organisator. Aber auch die Tragik des Berufs, wie er sich ausschreibt, innerlich ausgehöhlt und leer wird, der Routine verfällt, seine Schaffenskraft erlahmt, wird ans Herz greifend geschildert. Dem stürzenden Minister hält unser Redakteur die Treue. An anderer Stelle in dem Roman „Neue Erde“ (Band 2 Seite 400) heißt es mit Bezug auf den Journalismus: „So wie es nun ist, fristet der Journalist sein Leben ohne gerechte Anerkennung . . . der große Journalist sollte über dem Dichter stehen“. An derselben Stelle wird die Macht der Presse betont und für den großen Journalisten eine dieser Macht entsprechende gesellschaftliche Stellung gefordert. Und weiter: „Ein in der Öffentlichkeit wirkender Beruf darf nicht überempfindlich gegen die Kritik sein und wird immer erwidern können, daß einzelne schwarze Böcke nichts gegen den Stand als solchen beweisen“.

Schon im „Hunger“ hat Hamsun sich die Aufgabe gestellt, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Wertschätzung der Arbeit des Literaten, den er in einem Vortrag vor Studenten in Upsala dem Landstreicher gleichsetzt, im Verhältnis der wirtschaftlichen Berufsstände zueinander zu bewerten. Am höchsten steht ihm die fruchtbare Arbeit des unabhängigen selbständigen Landwirts, aber auch die Unternehmungslust und wirtschaftliche Verantwortlichkeit des Großindustriellen und Großhändlers schätzt er viel höher als das wirtschaftlich unverantwortliche Treiben der Literaten. Es geht ihm auch im Redakteurroman und in „Neuer Erde“ um die viel wichtigere Frage der Einschätzung geistiger Arbeit, die auch in andern Romanen immer wieder aufgenommen wird. Der Cliquengeist unter Führung anerkannter Autoritäten: Paulsberg in „Neuer Erde“ (wahrscheinlich Strindberg), die Überheblichkeit, Eitelkeit und der Neid der jüngeren Literaten werden in den Personen Irgens und Oein geschildert. Die Vertreter Hamsunscher Gedanken Höibro in „Redakteur Lynge“ und Coldevin in „Neuer Erde“ und „Segelvoß“ stellen sämtlich den Aufgabenkreis und die Verantwortung des Redakteurberufs außerordentlich hoch.

Auch sonst nimmt Knut Hamsun lebhaften Anteil an der Erörterung von Tagesfragen. Berendsohn konnte über 100 Beiträge für Tageszeitungen und Zeitschriften sammeln, die dem Gedächtnis ihres Verfassers entschwunden waren.

Knut Hamsun hat die Dinge geschildert, wie sie damals waren, nicht um zu lästern und das eigene Nest zu be-

Briefe an den Schatzmeister

erbitten wir bis auf weiteres an die Zentrale des Reichsverbandes, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86.

Die Verbandsleitung.
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

schmutzen, sondern als glühender Freund seines Volkes, dessen Ehre in die Hände der Presse gegeben ist.

Die deutschen Redakteure, die vieles von dem, was der Jubilar angestrebt hat, verwirklicht haben, dürfen ihn grüßen trotz seiner Abneigung gegen zu späte öffentliche Ehrung. Vorbildlich ist er darin für den Journalistenberuf, daß er das Vaterland, das Volkstum opferwillig über alle Angelegenheiten des einzelnen und der Parteien stellt und als reifer Mann auf das Staatsstipendium verzichtet hat, damit es jungen Kräften zugewendet werden konnte.

Im hohen Alter betreibt er wie Cato der Ältere die Urbarmachung von Moorland als Besitzer eines Gutes, dessen Erwerb ihm durch den Nobelpreis ermöglicht wurde.

Noch einmal Berliner Presseamt.

Ein Schlußwort

von Dr. Richard Lohmann, Pressechef der Stadt Berlin.

I.

Wer an neuem Werk schafft, hat drei Kritiker zu beachten (nicht zu fürchten, wenn er sie beachtet!): Nr. 1 den, der aus der Ruhe gestört worden ist, und dem um sein ererbtes Recht auf Ruhe bangt — Nr. 2, den, der das Neue noch neuer machen würde, unerhört neu — Nr. 3 den, der das Neue schon vorher geschaffen hat, gedacht hat, geahnt hat oder der wenigstens einen Kollegen kennt, der das Neue schon vorher ... usw. usw.

Ich müßte nicht eine fünfzehnjährige journalistische Tätigkeit und eine fast ebenso lange, heftig umfehdete politische Tätigkeit hinter mir haben, wenn ich nicht das Passivum solcher Kritiken bei der Übernahme meines Amtes in die Eröffnungsbilanz eingesetzt hätte. Ich habe die drei erwarteten Kritiker von vornherein in meinen Ausführungen über die Neugestaltung des Berliner Nachrichtenamts, das den maßlosen Ehrgeiz hat, das modernste Presseamt überhaupt zu werden, zu widerlegen gesucht. Um so mehr haben sie ein Recht, sich prompt hinterher mit ihrer Kritik zu Wort zu melden. Das Schlußwort ist mein.

II.

Ich habe das Presseamt der Stadt Berlin übernommen mit dem Ehrgeiz, den ich eben mit Recht maßlos nannte, hier eine Stelle zu schaffen, die wirklich den Bedürfnissen der Presse wie der Verwaltung gleichermaßen gerecht werden sollte. Eine Stelle, die Kritik und Anregung der Presse für die Verwaltung der Stadt nutzbar macht und die zugleich die volle Publizität der Verwaltung durch einen mit unerhörter Pünktlichkeit und unerhörter Öffentlichkeit arbeitenden Nachrichtendienst zur Wirklichkeit werden läßt. Wie weit mir dies gelungen ist, darüber haben die Kollegen in Berlin das Wort, die ständig — ich möchte sagen stündlich — mit mir und meinem Amte zusammen arbeiten. Nicht zuletzt diejenigen Kollegen, die ich durch die Neugestaltung meines Amtes leider habe brotlos machen müssen, diejenigen, die bisher gewohnt waren, kommunale Nachrichten aus unterirdischen Quellen zu schöpfen und dafür zeilenweise von ihren Verlegern bezahlt wurden, während jetzt die Nachrichten über geplante und in Angriff genommene Projekte amtlich durch das Presseamt verbreitet werden. Es wäre sehr erfreulich, Herr Kollege Goetz, wenn Sie sich bei diesen Mitarbeitern einmal über die tatsächliche Arbeit des neuen Berliner Nachrichtenamtes informieren und sich dann mit mir zusammen dafür einsetzen würden, daß mit dem Mißbrauch journalistischer Arbeitskräfte in diesem Sinne endlich Schluß gemacht wird.

Anmerkung: Titel tun es weiß Gott nicht in der Journalistik. Pressechef einer Verwaltung ist nicht der Chef über die Presse, sondern der Chef in Pressesachen, wie der Reklamechef der Chef in Reklamesachen und nicht der Chef über die Reklame ist. Ich meine, daß doch gerade die „Chef“-Redakteure unter den Kollegen, deren Zahl nach einer bösartigen Statistik die der ganz „gewöhnlichen“ Redakteure übertreffen soll, für solche Amtsbezeichnungen ein freundliches Verständnis haben müßten.

III.

Und nun: Pressekonferenz.

Ich habe mich durch das schüchterne Eingeständnis einer ketzerischen Einstellung zu dieser angeblich modernen Institution bereits im vorhinein einigermaßen salviert und ausdrücklich betont — ich wiederhole es —, daß ich gar nicht daran denke, Pressekonferenzen irgendwie zu behindern oder einzuschränken, wenn sie von der Presse gewünscht werden. Tatsächlich gibt es m. E. nichts Pressegefährlicheres als diese angeblich pressefreundliche Institution. Sie ist um so gefährlicher, weil sie den Mantel der Presseautonomie trägt. Ich bin der Meinung, daß der modernen Presse mit uniformen Nachrichten nicht gedient ist, sondern daß sie Wert auf individuelle Berichterstattung legen muß, und habe daher in meinem Presseamt die volle Telephonfreiheit und die volle Freiheit der Material- und Nachrichteneinholung eingeführt. Hier kann wirklich einer besonders eifrigen oder findigen Redaktion eine nur für sie bestimmte Nachricht oder Ergänzung oder eine zusammenfassende Darstellung auf ihre Anfrage hin allein gegeben werden. Ich könnte ein Dutzend Berliner Zeitungen oder Berichterstatter nennen, die von diesem Recht den ausgiebigsten Gebrauch machen. Die viel gerühmte Pressekonferenz halte ich nach wie vor für die schematischste und uniformste Art der Nachrichtengebung überhaupt. Denn hier ist nicht nur die amtliche Mitteilung uniform, sondern auch die Fragestellung einer einzelnen Redaktion und die Antwort darauf. Alle Redaktionen wissen sofort, was eine einzelne wissen will. Die Freiheit der Rückfragen und die Freiheit individueller Ergänzung einer zunächst uniformen Nachricht ist nur durch das persönliche Telephonat gewährleistet. Und der Redakteur, der nur aus einem mündlich (notabene auch schriftlich) vorliegenden Bericht auf einer Pressekonferenz eine individuell gestaltete Zeitungsnotiz machen kann, aber nicht aus einer gedruckt gegebenen uniformen Nachricht, die er nach seiner Wahl durch persönliche Rückfrage

---

Die Sprechstunden des Reichsverbandes.

Wie sich aus verschiedenen Anfragen ergibt, bestehen im Kreise der Kollegen irrige Auffassungen darüber, wann die Verbandsleitung ihre Sprechstunden abhält; ja es gibt anscheinend sogar Kollegen, die überhaupt keine Ahnung davon haben, daß solche Sprechstunden täglich vorgesehen sind. Die Zeit hierfür liegt zwischen 12 und 2 Uhr, während das Büro des Reichsverbandes immer von 9 bis 6 Uhr durchgehend, Sonnabends bis 3 Uhr geöffnet ist. Kollegen von auswärts, die nicht die Zeit von 12—2 Uhr innehalten können, sowie auch Berliner Kollegen, die während dieser Zeit dienstlich verhindert sind, haben selbstverständlich die Möglichkeit, nach vorheriger telephonischer Anmeldung zu jeder anderen Stunde der Bürozeit im Verbandsbüro vorzusprechen und Auskünfte zu erhalten.

Die Verbandsleitung:
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

gänzen kann, hat nach meiner Ansicht seinen Beruf verfehlt. Es war mir außerordentlich interessant, daß ich bei dem letzten Besuch der Vertreter der Stadt Wien in Berlin erfahren habe, daß die Pressekonferenzen in Österreich aus demselben Grunde ganz allgemein abgeschafft worden sind.

Wenn Herr Kollege Goetz wirklich noch anzunehmen glaubt, daß sich in der Pressefreundlichkeit der Berliner Dienststellen seit der Neugestaltung des Amtes nichts geändert habe, so kann ich dem nur das Urteil aller ständig mit unserem Amt zusammenarbeitenden Journalisten entgegenstellen. Seit meinem Amtsantritt hat es nicht einen einzigen Fall gegeben, in dem das Presseamt der Stadt Berlin nicht in der Lage gewesen wäre, binnen allerkürzester Frist Auskünfte zu erteilen, Interviews zu vermitteln und dergl. Bitte, Herr Kollege Goetz, machen auch Sie wenigstens einmal den Versuch!

IV.

Beamteter Pressechef oder freier Journalist?

Herr Kollege Medefind, darf ich dagegen fragen: Wer ist unabhängiger, der auf Privatdienstvertrag angestellte Journalist einer städtischen Behörde oder der auf Privatdienstvertrag angestellte Redakteur einer politischen Tageszeitung? Sie sagen sehr schön und daher sehr falsch: „In dem Augenblick, wo diese früheren Journalisten ihr Gehalt von der städtischen Verwaltung beziehen, sind sie Beamte oder städtische Angestellte". Darf ich fragen, Herr Kollege Medefind, von wem Sie Ihr Gehalt beziehen? Darf ich daraus dieselbe Schlußfolgerung ziehen, daß Sie Beamter oder Angestellter des Berliner Börsen-Couriers sind? Sie sprechen zufällig mit einem Mann, der vor 11 Jahren einmal Beamtentum und Pensionsberechtigung an die Wand warf, um unabhängig politisch tätig sein zu können und der seither in „freier" journalistischer Tätigkeit angestellt war. Glauben Sie wirklich, daß ein städtischer „Angestellter", der — nebenei bemerkt — den Vorzug hat, mit den Dienststellen der Stadtverwaltung sowohl als Angestellter wie als Stadtverordneter wie als Landtagsabgeordneter sprechen zu dürfen, abhängiger, unselbständiger, „verbeamteter" wäre als Sie?

Ich habe Verständnis für die kritische Einstellung gegen „amtliche" Journalisten — aber bitte: Wir wehren uns mit Recht dagegen, daß man einem von uns zumutet, im Interesse eines Privatvertrages mit einem Privatverlag dessen Politik gegen die eigene Überzeugung zu machen. Wollen wir nicht endlich auch die Konsequenz für „amtliche" Journalisten ziehen?

V.

Und nun noch: Der Statistiker.

Ich habe uneingeschränkte Hochachtung vor der Wissenschaft, aber ich bestreite, daß das Statistische Amt einer Kommune dazu da ist, in reiner Wissenschaft zu „machen". Ich verlange von ihm, daß es in lebendiger Beziehung zu den Absichten und Handlungen der Verwaltung steht, daß es diese Handlungen, Grund, Zweck und Erreichtes, mit den Mitteln der Statistik auswertet. Dazu muß es im lebendigen Zusammenhang mit dem Presseamt stehen. Wie dieser Zusammenhang im einzelnen zu schaffen ist, ist eine zweite Frage. Ich habe nie den Ehrgeiz gehabt, Leiter eines statistischen Amtes zu sein. Aber dann sollten auch die Nur-Statistiker wie Professor Dr. Meyer die Hände lassen von der Leitung der Pressеämter ihrer Städte. Angliederung und Verbindung bedeuten nicht Aufsaugen und Verschlucken. Dem Ersteren habe ich das Wort geredet und es in Berlin durchgesetzt. Ich hoffe, daß die anderen Städte diesem Beispiel folgen. Es muß endlich Schluß gemacht werden mit dem Gedanken, daß die Statistiker sich aus dem Rahmen der Bedürfnisse der Verwaltung loslösen könnten, und daß sie eine „unpolitische" Tätigkeit im Gegensatz zur „politischen" Tätigkeit der kommunalen Verwaltung auszuüben hätten. Schon die Frage, was statistisch erfaßt werden soll, noch mehr die Frage, was zu veröffentlichen ist, sind politische Angelegenheiten, die vom Standpunkt der Verwaltung wie vom Standpunkt der Öffentlichkeit aus, also politisch entschieden werden müssen.

VI.

Also zum Schluß:

Das Berliner Nachrichtenamt maßt sich nach seiner Neugestaltung an, eine Pressestelle zu sein, gegen die weder die Presse noch die Verwaltung eine der vielen im Museum für Pressestellen urkundlich ausgestellten „historischen" Beschwerden erheben kann. Wir glauben — wir wissen auf Grund einer nunmehr halbjährigen Erfahrung, daß eine amtliche Pressestelle genau so unabhängig im Interesse der Presse arbeiten kann wie die Presse im Interesse der Verwaltung, wenn beide nur den Willen dazu haben. Und mehr als Gegenseitigkeit wird auch der freie Journalist im Dienste seiner Redaktion von dem freien Journalisten im Dienste seiner Pressestelle billigerweise nicht verlangen wollen. Darum: Laßt uns arbeiten! In der Journalistik wie in der Politik entscheidet der Erfolg.

Neues zum Thema: Der freie Journalist.

Das Thema vom freien Journalisten und seinem Verhältnis zur Zeitung und zum Redakteur sollte in unserem Verbandsorgan nicht abreißen dürfen, solange nicht alle Schäden behoben sind. Und das sind sie keineswegs. Viele haben noch Grundsätzliches dazu zu sagen — Journalisten in freier Tätigkeit und Journalisten in fester Stellung, denn Journalisten sind wir doch alle, gleichviel, welche Position wir augenblicklich im Getriebe der Presse einnehmen.

In einem großen Verein unseres Reichsverbandes sprach einmal ein freier Journalist das richtige Wort: „Die Redakteure sollten bedenken, daß sie alle auch freie Journalisten in spe sind", und als sich an einem Abend einmal etwa zehn freie Journalisten — die beschäftigtsten und ersten jener Stadt — trafen, stellte einer zum allgemeinen Halloh fest, daß auch nicht ein einziger am Tische saß, der nicht in der gleichen Stadt schon an einem angesehenen Blatte Redakteur gewesen war. Warum ein Redakteur freier Journalist wird oder ob er es hat werden müssen, weil er eben abgebaut wurde, scheidet bei der Beurteilung des Verhältnisses zu den Redakteuren natürlich völlig aus. Ich selbst habe von meiner journalistischen Laufbahn sechzehn Jahre als Redakteur verbracht und nur drei Jahre als freier Journalist, und bin, ich erwähne es nur, damit ich nicht als befangen für den freien Journalisten gelte, augenblicklich Redakteur. Und als befangen will ich nicht gelten, weil ich für den freien Journalisten eintreten will.

Denn es gibt Abelstände, die leicht behoben werden könnten, wenn man sie erst richtig erkennt, und das fehlt meist bei den Kollegen, die stets auf einer Redaktion gesessen haben. Deshalb möchte ich gewissermaßen in einer Person beide Parteien vertreten. Die Zeitungen und Redakteure brauchen den freien Journalisten, das steht außer Frage, aber sie nutzen ihn häufig in einer Weise aus, die zum mindesten das kollegiale Gefühl vermissen läßt. Nehmen wir an, ein Journalist ist Spezialist für ein gewisses Gebiet, für das aber nicht immer Bedarf vorhanden ist, etwa Luftfahrt oder Lokalgeschichte u. ä. Gibt es auf diesen Gebieten etwas

Digitized by Google

zu berichten, findet in der betreffenden Stadt eine Veranstaltung statt, bei der man gerade diese Feder nötig hat, so läßt man ihn gern verdienen, aber man kümmert sich nicht darum, wie ein solcher Mann sich ernährt, wenn gerade sein Spezialgebiet notgedrungen ruht. Es wäre eine Kleinigkeit, solchen Journalisten in der Zwischenzeit mit allgemeinen Berichten zu beschäftigen, ihn in Vorträge usw. zu senden, aber daran denkt man gar nicht. Hat man doch für Berichterstattung, die keine Spezialkenntnisse erfordert, stets Leute an der Hand, denen man aus irgendeinem Grunde geneigt ist. Ich will absolut nicht verallgemeinern, aber ich habe schon derart viele Fälle kennen gelernt, in denen Redakteure zu solcher Berichterstattung nahe Verwandte und gute Bekannte heranziehen, daß sie in ihrer Häufung das Leben des freien Journalisten außerordentlich erschweren. Dabei denke ich nur an den Journalisten, der nicht einfach aus Verlegenheit sich eben auch nur auf sogenannte allgemeine Berichterstattung verlegen muß, sondern den Mann, der als Fachmann von den Zeitungen gebraucht und beschäftigt wird, ohne daß sie sich überlegen, daß man einem solchen Kollegen auch über die bei ihm stille Zeit hinweghelfen muß. Also mehr Verständnis für Lebensnotwendigkeiten desjenigen, der ein gern gesehener Mitarbeiter ist!

Daß beim Wegfall aller nichtjournalistischen Mitarbeiterkategorien die Lage der freien Journalisten mit einem Male besser würde, ist so oft betont worden, daß ich es nicht zu wiederholen brauche. Aber ein Grund für die Bevorzugung von Nichtjournalisten ist meines Wissens noch nicht genügend hervorgehoben worden: die oft noch unzureichende Bezahlung der Redakteure, die sich auf diese Art auch auf die freien Journalisten auswirkt. Es ist kein Zufall, wenn in der Redaktion einer Zeitung, die als die gilt, die ihren Redakteuren in der betreffenden Stadt die geringsten Gehälter zahlt, fast sämtliche Herren krampfhaft versuchen, Berichterstattungsaufträge ihren Frauen und Töchtern zuzuschanzen, um das Budget der Familie zu erhöhen. Der Kampf der Redakteure um gute Besoldung gilt also auch den Mitarbeitern, denn vom menschlichen Standpunkte aus haben diese Kollegen ja recht und sind durchaus entschuldigt. Sie würden auch gern darauf verzichten, wenn es ihnen finanziell möglich wäre.

Nun zur leidigen Bezahlungsfrage. Da möchte ich die Behauptung aufstellen, daß ein freier Journalist nur dann leben kann, wenn er genügendes Vermögen hat, um abwarten zu können, bis er sein Geld bekommt. Ich muß gestehen, daß ich als freier Journalist bedeutend mehr verdiente denn als Redakteur selbst in einer sehr guten und weit über Tarif bezahlten Stellung, und daß ich trotzdem ständig in größter Verlegenheit mich befand, weil das Geld eben einfach nicht einlief. Glücklich der, der nur für Zeitungen am Orte arbeitet; er kann sich sein Geld holen, und bei ihm handelt es sich oft nur um einige Tage Verzögerung, wenn er es wirklich einmal nicht so erhält, wie er es gerade nötig hat. Aber die Bezahlung von auswärts! Telephonate, Auslagen werden pünktlichst verlangt, aber die Zahlung wird oft unglaublich in die Länge gezogen. Ich will nicht mit der Aufzählung einzelner Erfahrungen langweilen, jeder hat sie selbst schon gemacht. Die Folge der zögernden Bezahlung für den freien Journalisten ist katastrophal. Welchen Eindruck muß es nicht machen, wenn er seine Miete nicht zur rechten Zeit bezahlen kann, obwohl er weit höhere Honorare ausstehen hat, als das Monatsgehalt des Festbesoldeten. Er muß Versicherungen etc. verfallen lassen, weil er keine festen Zahlungsfristen einhalten kann, ganz abgesehen von den persönlichen Bedürfnissen, die sich immer noch am leichtesten regeln lassen.

Daß Abhilfe not tut, ist klar. Und auf welchem Wege soll sie geschaffen werden? Ich will auch hier auf ein Moment hinweisen, das bisher meiner Meinung nach noch nicht oft genug in den Vordergrund gestellt wurde: Den Bürokratismus der Beamten im Zeitungsbetrieb.

Vom Redakteur will ich ohne weiteres annehmen, daß er das Honorar, soweit es bei ihm steht, so schnell wie möglich anweist, beim Verleger will ich finanzielles Können und den guten Willen voraussetzen, wenn nicht den, so das Gefühl des geschäftlichen Anstandes. Aber der Mann des retardierenden Moments ist der Buchhalter und Kassierer — oft genug auch die Buchhalterin und Kassiererin. Hier muß alles erst nach einem viel zu komplizierten System registriert, abgezählt, aufgestellt, angefordert, zehnmal gezeichnet und gegengezeichnet werden, bis er soweit ist, das Geld endlich überweisen zu können. Und gerade dieses ganze undurchsichtige Gebahren bei der Honorarzahlung, wie es in vielen Betrieben herrscht, kommt am ersten einem unehrlichen Buchhalter — es gibt auch solche — usw. zugute, denn ich habe es in einem solchen Betriebe schon zweimal erlebt, daß trotz aller Vorsichtsmaßregeln der Honorarbuchhalter es verstanden hat, hohe Beträge zu unterschlagen, indem er Geld für honorarfreie Beiträge an eine fingierte Adresse zahlte. Die einfachste Honorarbuchhaltung ist die beste, und wenn jeder Redakteur sich im Interesse seiner Mitarbeiter stets die enge Fühlung mit der Honorarbuchhaltung angelegen sein läßt, kann hier viel verbessert werden. Ich habe es z. B. schon erlebt, daß die Honorare sämtlich durch Postscheck gezahlt werden sollten. Aber die Deckung wurde, wenn sie nicht vorhanden war, nicht nachgezahlt, sondern man wartete ab, bis durch zufällige Postscheckzahlungen die notwendige Summe auf dem Konto angelaufen war, ehe man längst ausgeschriebene Schecks zur Post gab. Der Bürokrat an der Kasse hätte sonst vielleicht durch doppelte Überweisung vom Bank- auf das Postscheckkonto sich Arbeit gemacht oder — nach seiner Meinung — seine Bücher verunziert, sie unübersichtlicher gemacht. Und aus diesem Grunde kann der freie Journalist monatelang warten!

Das Thema ließe sich ins Unendliche fortspinnen, aber ich wollte nur einige Dinge anführen, die ich noch nicht erwähnt gefunden hatte, und lieber nun andere zum Wort kommen lassen, die Vorschläge zur Abhilfe machen können. W—g.

Fraktur oder Antiqua.

Vom Standpunkt der Auslandswirkung deutschen Schrifttums.

Von Walter Singer, Stockholm.

Angeregt durch die Aufsätze zu obigem Thema von Wilhelm Eule in Nr. 10 und Max Fleck in Nr. 14 möchte ich mir gestatten, einige während meines mehr als zwanzigjährigen Aufenthalts im Ausland gemachte Erfahrungen beizutragen. Wie die nachfolgenden Ausführungen zeigen werden, sehe ich als Auslandsdeutscher die Frage nur vom Standpunkte der Verbreitung der deutschen Sprache und damit deutscher Gedanken und deutscher Kultur im Auslande, nicht unter den ästhetischen oder praktisch-wirtschaftlichen Gesichtswinkeln der Herren Eule und Fleck.

Ich hatte in St. Petersburg vor dem Kriege einen russischen Freund, einen sprachkundigen Mann: er war Korrespondent für fremde Sprachen in einer Großbank. Stets, wenn er mich besuchte, lieh er sich das eine oder das andere Buch aus meiner Bücherei und stets nahm

Digitized by Google

er nur lateinisch gedruckte mit der Begründung, daß ihm der deutsche Druck zu große Schwierigkeiten mache infolge der gotischen Verschnörkelung und namentlich wegen der Ähnlichkeit von ſ und f.

Ein deutscher Bankbeamter in Rußland erzählte mir, daß er den Direktoren die mit gotischen Buchstaben geschriebenen Briefe aus Deutschland vorlesen müsse. Dasselbe berichten deutsche Angestellte in Stockholm.

Es muß also doch wohl, auch für gebildete und deutschkundige Ausländer, nicht gleichgültig sein, wie Max Fleck meint, ob ihnen Antiqua oder Fraktur vorgesetzt wird. Und wie sollte es das auch. Die ganze Welt kennt doch heute nur noch die lateinische Schriftform. Auch in Schweden hat sie die Fraktur seit etwa vierzig Jahren vollkommen verdrängt und wird in den Schulen nur noch im Zusammenhang mit dem deutschen Sprachunterricht gelehrt und mangels Übung bald wieder vergessen. Die Schüler zeigen, wie mir ein Lehrer mitteilte, eine große Abneigung gegen diese, wie sie meinen, höchst überflüssige Erschwerung des deutschen Unterrichts. „Die Deutschen müssen immer etwas besonderes für sich haben“, sagen sie. Und liebenswürdig lächelnd fügte der Lehrer hinzu, es scheine die Schrift der deutschen Denkart zu entsprechen: kompliziert, kunstvoll und kraus.

Wie diese Beispiele zeigen und meine als Vorsitzender der Deutsch-kulturellen Vereinigung in Stockholm gesammelte Erfahrung bestätigt, ist die Fraktur für die Verbreitung der deutschen Sprache, der deutschen Zeitung und des deutschen Buches ein rechter Klotz am Bein, und steht damit der Verbreitung deutschen Geistes, deutscher Denkweise und deutscher Kultur überhaupt hinderlich im Wege. Die anderen Weltsprachen haben durch Verwendung der Antiqua einen bedeutenden Vorsprung vor dem Deutschen voraus. Es ist doch kein Zufall, daß die deutschen Fachzeitschriften und wissenschaftlichen Bücher, die im Auslande gelesen werden sollen und auch gelesen werden, seit langem lateinisch gedruckt sind. Was für diese gilt, gilt ebenso für alle Bücher und für die größeren deutschen Zeitungen. In Fraktur gesetzte deutsche Reklame- oder Propagandaschriften, wie man sie manchmal im Auslande sieht, haben ihren Zweck verfehlt.

Alle Bestrebungen, unseren deutschen Zeitungen und dem deutschen Buche den Weg ins Ausland zu erleichtern, sind vergebens, solange man daran festhält, die an sich schon schwierige deutsche Sprache als einzige unter den Weltsprachen auch noch mit einem eigenen Schriftgewande zu umkleiden. Dieses Festhalten am Hergebrachten verrät weniger Eigenart als Eigensinn. Ein guter Teil des Unverständnisses, dem wir in der Welt begegnen, ist nach meiner Ansicht auf die unentwegte Verwendung der Fraktur zurückzuführen.

Zeitungsstil.

Von Victor Halla, Allenstein.

Die Tageszeitung ist ihrer äußeren Form nach ein Kind der Zivilisation. Der Journalist, der geistige Träger der Zeitung, muß sich — unbeschadet seines lebendigen Bewußtseins von der hohen kulturellen Mission der Presse — gewollt oder ungewollt den Erfordernissen des Zivilisationscharakters der Zeitung geistig anpassen. In den Betrieb der Zeitung eingespannt, ist er trotz seiner Führerschaft in den geistigen Zielen der Zeitung doch an das Laufband des Betriebes gebunden. Das zivilisatorische Moment, das der Zeitung eigen ist, wird den Journalisten zwar in seiner geistigen Richtung keineswegs, wohl aber in der Form seines Denkens beeinflussen. Diese Einwirkung ist bis zu einem gewissen Grade auch schon durch einen anderen Umstand gegeben; nämlich dadurch, daß die Tagespresse im Städtischen wurzelt und der Journalist dementsprechend Städter ist. Die Stadt, insbesondere aber die Großstadt, ist nun der eigentliche Nährboden der Zivilisation. Sie drückt dem Zeitungsmann, wie jedem anderen Städter, auch außerhalb seines Berufes mehr oder weniger ihren Stempel auf, sie gibt die Art zu denken und zu schauen, die ihr entspricht.

Die ungeheure Vielfältigkeit der Zivilisation, ihre riesenhaften schwer faßbaren Funktionen, ihre Wandelbarkeit, ihre sprunghafte Entwicklung (man denke an die Erfindungen, die großen Förderer der Zivilisation!) und vor allem die sinnfällige Art, durch die sie suggestiv wirkt, zwingt zu sprunghaftem Denken. Sie läßt nicht Zeit, dem organischen Wachstum nachzusinnen, sie formt das Denken nicht von innen nach außen, sondern sie erzieht auf dem umgekehrten Wege dazu, an die Welt der Erscheinungen von außen heranzugehen und sie in Typen zu erfassen.

Diese geistige Beeinflussung des Journalisten durch die Wirkungen der Zivilisation findet ihren Niederschlag auch im Zeitungsstil, und nicht nur im Sprachstil, sondern in allem, was uns an Formhaftem im Textteil der Zeitung entgegentritt. Vor allem ist die Sprache der Zeitung heute meist kürzer, bündiger, weniger umständlich als zu früheren Zeiten. Eine gewisse Abruptheit des Stils greift Raum, man „entwickelt“ nicht mehr gern, sondern man wirft „Schlaglichter“. Die „Randbemerkungen“ werden in den Spalten der Blätter häufiger. Selbst der Feuilletonist, der vielleicht nicht immer ganz so auf die Minute an das Tempo des Zeitungsbetriebes gefesselt ist wie etwa der Politiker, der Wirtschaftler, der Berichterstatter, der Leiter des lokalen Teils, neigt heute zu einem gewissen Stile disziplinierter planmäßiger Sprunghaftigkeit. Es ist vielleicht kein Zufall, daß sich diese Form des Denkens gerade bei Zeitungen, die ganz modern eingestellt sind, besonders herausgebildet hat. Der Stil eines oder einiger bekannter Berliner Kritiker (um hier keine Namen zu nennen), hat Schule gemacht. — Charakteristisch für diesen neuen Stil ist, daß nach wenigen skizzenhaft hingeworfenen scharf formulierten Sätzen mit Wortprägungen von großer Leuchtkraft abgebrochen wird. Der Gedanke wird nicht unmittelbar weitergeführt, der sogenannte rote Faden, an den man sich bisher unbedingt hielt, wird abgeschnitten. Es kommt etwas ganz anderes, es beginnt ein neues Kapitel. Dies wird meist gekennzeichnet durch Sternchen oder andere typographische Zeichen, die die Absätze voneinander trennen. Diese Art der Zergliederung von Artikeln tritt oft als äußerliches Merkmal dieses neuen Stils auf. — —

Wir wollen auf weitere Einzelheiten hier nicht eingehen und auch die Frage, die sich aufdrängt, ob es sich hier nämlich um eine fruchtbare Neuformung oder einen dem Organischen widerstrebenden Vorgang handelt, ob dieser neue Stil ein Glied in einer verheißungsvollen Entwicklung bedeutet oder ob er vielleicht am Ende einer Entwicklung steht, sei hier nicht weiter verfolgt. Es kam nur darauf an, auf einen charakteristischen Zug in der Entwicklung der Zeitung hinzuweisen. Der aufmerksame Beobachter wird gewiß noch mancherlei feststellen können, das diese Darlegungen bestätigt.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Ein Wort über die Rätsel.

Ein „hervorragendes“ Mittel, mit den Zeitungen das Bildungsniveau ihrer Leser sozusagen spielend zu heben, sind bekanntlich die Rätsel. Ob Kreuzwort-, Silben- oder andere Rätsel: Wie vielseitig wird doch der Geist der Löser dabei angeregt, wie enorm müssen sie das Denken anstrengen und alle ihre Geistesschätze hervortun, um die verzwickten und vertrackten Dinge herauszubekommen, die da zu suchen sind. Irgendwo spukt bei den meisten Zeitungen so ein Rätsel regelmäßig herum, sei es in den Spalten selbst oder in der Bilder- oder Unterhaltungsbeilage.

Die Bilderbeilagen werden nun für die mittleren und kleinen Blätter meist bekanntlich in Berlin redigiert und gedruckt. Was dabei herauskommen kann, dafür ein kleines Beispiel:

Hygiene und Presse.

Der Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung wird an die Redaktionen der einzelnen Zeitungen einen Fragebogen versenden, durch den eine engere, Fühlungnahme zwischen dem Reichsausschuß und der Presse zur Propagierung der hygienischen Volksbelehrung angestrebt wird.

Digitized by Google

Eine der zahlreichen illustrierten Beilagen, die in der Hauptsache kleinen und allerkleinsten Blättern beigelegt wird, mit Verlag und Redaktion in Berlin, brachte kürzlich ein Silbenrätsel, in dem 19 Wörter zu finden waren. Unter diesen 19 befanden sich folgende: Adjazent = Anlieger, Nehemia = altjüdischer Staatsmann, Enak = Vater von Riesen, Aedilen = römische Polizeibehörde, Narde = wohlriechende Pflanze, Ladiner = romanischer Volksstamm in Südtirol, um nur einige herauszugreifen.

Jene Berliner Redaktion überschätzt die Ergebnisse unserer Dorfschulen und Volksschulen denn doch ziemlich erheblich; gewußt haben muß sie, welchen Lesern und „Lösern" sie ihre Rätsel vorsetzt, und sie hätte darauf Rücksicht nehmen sollen. Zum mindesten hätte aber die Provinzredaktion, die derartige Beilagen ihren meist kleinbäuerlichen Lesern vorsetzt, wissen müssen, daß dort nicht auf jedem Tische der Brockhaus oder Meyer bereit liegt, um die Nüsse knacken zu helfen, die Berlin versendet. Die Kollegen in der Provinz sollten besser dafür sorgen, daß ihre Zeitung dem allgemeinen Bildungsniveau ihrer Leser angepaßt bleibt und daß sie auch in Kleinigkeiten den Kontakt mit der Mehrzahl ihrer Leser nicht verlieren, für die Unterhaltungsteil und Rätsel doch vor allem da sind. W. B.

Recht und Presse

Juristen und Gerichtsberichterstattung.

Der Mannheimer Rechtsanwalt Dr. Hachenburg behandelt in der Juristischen Umschau der „Deutschen Juristen-Zeitung" (34. Jahrgang, Heft 14; Verlag Franz Vahlen, Berlin W 9) das viel umstrittene Problem der Berichterstattung der Presse über Gerichtsverhandlungen und äußert sich dazu folgendermaßen:

Man kann kaum mehr eine Zeitung zur Hand nehmen, ohne sofort auf eine Darstellung eines oder mehrerer Kriminalfälle zu stoßen. Namentlich über die Hauptverhandlungen wird eingehend berichtet. Die Angeklagten werden abgebildet. Ihr Aussehen, ihr Verhalten wird geschildert, ihr Seelenleben durchforscht und zergliedert. Das mag von gar manchem peinlich empfunden werden. Andern mag das Interesse der Allgemeinheit einen gewissen Trost gewähren, namentlich, wenn sie sich schuldlos fühlen und auf Sympathien stoßen. Daß hier die Presse einen starken Einfluß auf die öffentliche Meinung im Gebiet der Rechtspflege ausübt, ist unbestreitbar. Inwieweit diese auf das Gericht, namentlich die Laienrichter, zurückwirkt, ist schwer zu sagen. Bewußt läßt sich keiner beeinflussen. Unbewußten Eindrücken ist jeder zugänglich. Man mag die Presseberichte loben oder schelten. Sie sind nun einmal da und werden nicht wieder beseitigt werden können. Gingen sie aus dem Verlangen des Publikums hervor, über die Rechtslage in Strafsachen unterrichtet zu werden, oder wurde dieses Interesse erst durch die Presse hervorgerufen? Beides mag ineinandergreifen. Bei der Beratung des Justizhaushalts im Reichstag wurde von beachtlicher Seite gewünscht, den Einfluß der Presse „einzudämmen". Das wird wohl nicht möglich sein. Alles, was man von seiten der Organe der Justiz tun kann, ist, die Bestrebung auf eine Reinhaltung der Berichte von aller Sensationssucht und auf weitmögliche Objektivität zu unterstützen. Auch da, wo die Presse Schäden und Irrtümer aufzudecken sich bestrebt, darf man ihr nicht aus mißverstandenem Schutz der Autorität in den Arm fallen. Stets vorausgesetzt, daß es ihr wirklich um einen Dienst im Interesse des Rechts zu tun ist. Wir verwahren uns gegenüber den Angriffen auf die Rechtspflege gegen eine Verallgemeinerung einzelner Vorkommnisse. Das gleiche muß man der Presse gewähren. Einzelne Entgleisungen, Geschmacklosigkeiten in der Aufmachung und dergleichen dürfen nicht zu einer Verurteilung der Presseberichte im ganzen führen. In einem der jüngst behandelten Fälle hat das Schwurgericht Bonn den Angeklagten, den Arzt Dr. Richter, zum Tode verurteilt. Er war des Mordes seiner Geliebten durch Vergiftung beschuldigt. Die Berichte der Presse folgten aufmerksam dem Gang der Verhandlung. Sie nahmen das Urteil als Ergebnis einer gewissenhaften Prüfung der Richter hin. Die Möglichkeit, daß trotz der Indizien die Angaben des Verurteilten zutreffen können, wird zwar erwogen. Auch die psychischen Vorgänge, die vielleicht zur Tat führten, werden besprochen. Beides aber, ohne das Urteil anzutasten, Zugleich zeigt sich dabei die Volksstimmung gegenüber einer Vollstreckung des Todesurteils. Man setzt die Begnadigung als selbstverständlich voraus.

Fachrundschau

Vom deutschen Zeitungswesen.

Die „Diezer Zeitung", Kreisblatt für den Unterlahnkreis, hat anläßlich des 600jährigen Bestehens der Stadt Diez die Nr. 149 vom 29. Juni als Festausgabe erscheinen lassen. Diese Ausgabe ist, wie selbstverständlich, in der Hauptsache der Entwicklung der jubilierenden Stadt und ihrer Umgebung gewidmet. Sie bietet eine Fülle interessanter historischer, kommunalpolitischer und wirtschaftspolitischer Artikel.

Eine Pressausstellung des „Stuttgarter Neuen Tagblattes". Der Verlag des „Stuttgarter Neuen Tagblattes" hat im 15. Stockwerk seines 61 Meter hohen Turmhauses eine ständige Ausstellung eingerichtet, in welcher den Zeitungslesern an Hand von Anschauungsmaterial und Bildern klar gemacht werden soll, wie eine Tageszeitung entsteht. In der Ausstellung ist u. a. eine während der Besuchsstunden stets in Betrieb befindliche Linotype-Setzmaschine untergebracht. Die Wände des Ausstellungssaales sind mit riesigen photographischen Reproduktionen überzogen, die nach Aufnahmen aus der Redaktion und dem Betrieb des „Stuttgarter Neuen Tagblatts" gemacht sind und die eigentliche Ausstellung ausgezeichnet ergänzen. Außerdem interessiert die Vorführung von Filmen aus dem Tagblatt-Betrieb mittels eines großen Apparates für Tageslichtprojektion und eine kleine geschichtliche Abteilung, welche die Entwicklung des Neuen Tagblatts im Laufe der Jahrzehnte vor Augen führt.

Verleger-Organisationen.

Verein württembergischer Zeitungsverleger. In der Hauptversammlung des Vereins württembergischer Zeitungsverleger, die soeben am 19. Juli in Friedrichshafen am Bodensee tagte, wurde der Vorstand in folgender Zusammensetzung gewählt: Vorsitzender: Generaldirektor Esser-Stuttgart, stellv. Vorsitzender: Viktor Kraemer-Heilbronn, ferner Richard Bechtle-Eßlingen, Direktor Eugen Depp e-Stuttgart, Otto Härle-Stuttgart, Othmar Geßler-Friedrichshafen, Oskar Kaupert-Freudenstadt, Dr. Sedlmayr-Ulm, Direktor Alfred Walcker-Stuttgart, Moriz Ulmer-Ludwigsburg, Karl Scharr-Vaihingen; mit beratender Stimme wurde ferner Max Schwend-Hall dem Vorstand zugewählt, dem als Ehrenmitglied auch Dr. Wolf-Oberndorf angehört.

Betriebsergebnisse und Gründungen.

Die München-Dachauer Papierfabrik A.-G. hat im abgelaufenen Geschäftsjahr bei einem Rohertrag von 2,35 Mill. RM einen Reingewinn von 289 689 RM (im Vorjahre 272 693 RM) erzielt. Es soll wieder eine Dividende von 6 % verteilt werden. Der Beschäftigungsgrad des Unternehmens ist vorläufig gut. Im laufenden Geschäftsjahr waren alle Betriebe voll beschäftigt.

Dr. Selle-Eysler A.-G. Der auf den 10. August einberufenen Generalversammlung ist vom Aufsichtsrat die Verteilung einer Dividende von 10 % wie im vorigen Jahre vorgeschlagen worden.

HDA-Verlag Elsner & Co. G. m. b. H. Unter dieser Firma ist in Berlin SW 68, Charlottenstraße 96, eine neue Verlagsgesellschaft von der Firma O. Elsner, Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung K.-G. Berlin, Dr. Max Heidler, Berlin, Justus Dörner, Berlin und Erich Robert Alisch, Wien, gegründet worden.

Ausland.

Erschwerung der Zeitungseinfuhr in Polen. Die bisher geübte Art der Beförderung ausländischer Zeitungen nach Polen hat im Verfolg einer Ministerialverfügung eine einschneidende Änderung insofern erfahren, als alle vom Ausland nach Polen eingeführten Zeitungen nicht mehr im direkten Kurierdienst befördert, sondern durch ein Sammelpostamt geleitet werden müssen, von wo die Weiterbeförderung nach den einzelnen Orten erfolgt. Infolge dieser Maßnahme erhalten die Bezieher ausländischer Zeitungen, natürlich auch der deutschen — es werden sämtliche deutschen Zeitungen von dieser Maßnahme gleichmäßig betroffen —, ihre Zeitungen 24 Stunden und noch mehr später als bisher. Besonders ungünstig

Digitized by Google

wirkt sich die neue Beförderung auf die Zeitungsverlage an der gesamten deutschen Ostgrenze aus, die bisher in den ehemals deutschen Gebieten noch viele Tausende Leser hatten, die infolge der geringen Entfernung sehr schnell von den deutschen Zeitungen erreicht wurden. Die Umleitung der Zeitungen über das Sammelpostamt bedeutet hier eine besonders empfindliche Verzögerung. Von deutscher Seite sind, wie verlautet, sofort Schritte in Warschau unternommen worden, damit die durch die ministerielle Verfügung verursachte Erschwerung der Zeitungslieferung beseitigt wird.

Interessante neue Zahlen von der russischen Presse. Das Bureau der russischen Presse veröffentlicht eine aufschlußreiche Statistik der in Rußland erscheinenden Zeitungen. Am 1. Jan. 1929 erschienen im Gebiet der Sowjetunion 692 Zeitungen, davon im eigentlichen Rußland, in der R.S.F.S.R., 487, in der Ukraine 127, in Transkaukasien 37, in Weißrußland 18, in Usbekistan und Turkmenistan 23. Von diesen 692 Blättern sind 214 Bauern-, 170 Arbeiter-, 24 Bauern- und Arbeiterblätter. Die Jungkommunisten und die kommunistischen Pioniere verfügen über 82, die Gewerkschaften über 23, die Soldaten über 24, die Genossenschaften über 11, andere soziale Organisationen über 71 Organe. 441 Zeitungen sind in russischer Sprache, 241 in Fremdsprachen geschrieben. Seit August 1927 hat die Zahl der Zeitungen von 556 auf 692 zugenommen; dabei entfallen 50 der neu erschienenen Blätter auf die nationalen Minderheiten. Die Gesamtauflage aller russischen Zeitungen übertrifft die der russischen Presse vor dem Kriege um ein Vielfaches; sie hat im vergangenen März die Zahl von insgesamt 11 840 200 Exemplaren erreicht. An Bedeutung nimmt die politische Presse den ersten Platz ein. Sie hat eine Gesamtauflage von 3 690 000 Exemplaren. Ihr folgen die bäuerliche Presse mit 3 115 000, die Gewerkschaftspresse mit 1 456 300 und die Arbeiterpresse mit 1 117 000 Exemplaren.

Dr. R.

Der Grönlander und seine Zeitung. Auf Grönland erscheint unter dem Titel „Aktuagogbliutil" eine Zeitung, die jeder grönländischen Familie gratis ins Haus geliefert wird. Ein Blatt nach modernem Muster ist diese Zeitung allerdings nicht, denn sie berichtet nur in gedrängter Kürze über die Ereignisse draußen in der Welt; ihre Hauptaufgabe erblickt sie vielmehr darin, ihre Leser für Aufklärung und bessere Lebensbedingungen zu interessieren und sie zur Mitarbeit hierfür zu gewinnen. Aktuell kann das Blatt nicht sein deswegen, weil es bis zu einem Jahre dauert, ehe es seinen Lesern in die Hände kommt. Die für Ostgrönland bestimmten Exemplare gehen erst nach Dänemark und von dort nach ihrem Bestimmungsort, und zwar der ganze Jahrgang — 12 Nummern — auf einmal. Die Auflage ist 2400 Exemplare bei einer Einwohnerzahl von knapp 15 000. Das Verteilungsgebiet erstreckt sich über Entfernungen wie die von der Nordspitze Dänemarks bis Rom.

Personalien

Walter Kirchberg, der verantwortliche Redakteur des „Albboten", vollendete am 1. Juli 1929 das 60. Lebensjahr. Kirchberg, gebürtig aus Weißenfels an der Saale, war früher Buchhändler. Im Jahre 1897 trat er in die Redaktion des „Albboten" ein und übernahm nach dem Tode des Redakteurs Heinrich Zimmermann im Jahre 1917 die preßgesetzliche Verantwortung. Kirchberg ist in der Presse des ganzen badischen Landes bekannt, er ist ein langjähriges Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Presse und bekleidet in der Bezirksgruppe Oberrhein des Landesverbandes Baden ein Ehrenamt.

Dr. Max Mendheim, Leipzig, ist das tragbare silberne Ehrenzeichen des Buchhändlers verliehen worden.

Redakteur Hans Chr. Metzer, bisher pol. Schriftleiter der „Westfälischen Zeitung" in Bielefeld, ist in gleicher Eigenschaft bei den „Düsseldorfer Nachrichten" eingetreten. (Adresse: Düsseldorf, Karltor 2.)

Der Rechtsschutz des Reichsverbandes.

Immer wieder kommen Zuschriften aus dem Kollegenkreise, denen wir entnehmen, daß über die Bestimmungen zur Benutzung der Rechtsschutzstelle des Reichsverbandes noch vielfach Unklarheit besteht. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß die Inanspruchnahme der Rechtschutzstelle des Reichsverbandes nur insoweit kostenlos ist und nach Lage der Dinge kostenlos sein kann, als es sich um die eigentliche Rechtsberatung handelt. Dazu gehören: Auskunftserteilung in allen Fragen, Anfertigung von Schriftsätzen, Überprüfung von Verträgen und dgl. Ausgenommen vom kostenlosen Rechtsschutz ist die Prozeßführung; sie kann nach Lage der Dinge kostenlos nur in solchen Fällen übernommen werden, wo es sich um die Austragung prinzipieller Streitfragen handelt. Da selbstverständlich sehr leicht Zweifel darüber entstehen können, ob tatsächlich eine prinzipielle Rechtsfrage vorliegt, werden die Kollegen in allen Fällen, wo es sich um die Übernahme von Prozessen handelt, dringend gebeten, zuvor bei der Verbandsleitung anzufragen, ob der in Frage kommende Prozeß durch die Rechtsschutzstelle vollständig übernommen werden kann.

Die Verbandsleitung.
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Oberst a. D. Karl von Oertzen, bisher Pressechef des Reichswehrministeriums, hat sich am 18. Juli von der Presse verabschiedet. Zu seinem Nachfolger ist Hauptmann Marx ernannt worden.

Kollege Siegfried Raetzer, der seit langen Jahren als freier Schriftsteller in Weimar ansässig ist, begeht am 3. August seinen 60. Geburtstag. Aus materiellen Gründen mußte Raetzer sich ursprünglich dem Kaufmannsberufe widmen und hatte es darin bei der Firma Krupp zu einer ehrenvollen Stellung gebracht. Aber der Hang zum Dienst an der Feder war stärker. Schon vor dem Krieg widmete er sich ihm ganz. Seine Feuilletons, Kurzgeschichten sowie seine Aufsätze über kulturgeschichtliche Stoffe, namentlich aus dem Bereich der Antike, sind vornehmlich in der „Täglichen Rundschau" und der „Berliner Börsenzeitung", aber auch sonst in einer großen Anzahl deutscher Tageszeitungen erschienen. In allen seinen Arbeiten lebt neben dem Streben nach reiner, klangvoller Sprache ein herzerfreuendes Bekenntnis aufrechten Deutschtums und ebenso ein nicht umzubringender Humor, der ihn, den geborenen Rheinländer, niemals im Stiche gelassen hat.

Karl Schregle 50 Jahre alt. Am 26. Juli feierte Karl Schregle, Chefredakteur der „Neuen Augsburger Zeitung", seinen 50. Geburtstag. Schregle ist ein geborener Schwabe. Seine Wiege stand in Buch, Bezirk Illertissen. In Schwabens Hauptstadt, in Augsburg, verbrachte er als Stephaner seine Gymnasialzeit. Beim Wolffbüro in Frankfurt a. M. begann er nach Abschluß seiner Studien die journalistischen Lehr- und Wanderjahre. Am 1. März 1904 trat er als Lokalredakteur bei der „Neuen Augsburger Zeitung" ein, um schon am 1. Okt. 1905 Augsburg zum zweiten Male zu verlassen und sich noch weiter in der Welt umzusehen. Die Journalistenlaufbahn führte ihn über Saarbrücken (Saarpost), Gelsenkirchen, St. Ingbert in der Pfalz. Am 1. April 1911 kehrte er wieder nach Augsburg zurück, und zwar als Chefredakteur des großen Blattes seiner schwäbischen Heimat. Die größte Zahl der Jahre seiner mehr als fünfundzwanzigjährigen journalistischen Tätigkeit hat also unser Kollege im Dienste der „Neuen Augsburger Zeitung" und somit Augsburgs, das ihm zur zweiten Heimat geworden ist, sowie der weiteren schwäbischen Heimat verbracht. Bei seinen Kollegen erfreut sich Kollege Schregle großer Beliebtheit wegen seiner vorbildlichen kollegialen Haltung und seines freundlichen Wesens.

Dr. Wilhelm Wendlandt begeht am 31. Juli den 70. Geburtstag. Dr. Wendlandt wurde 1859 in Tranquebar (Ostindien) als dritter Sohn des Missionsinspektors Wilhelm

BAD PISTYAN
bietet d. „Deutschen Presse" zur Kur ganz besondere Begünstigungen.
Vulk. Schwefel-Schlammquellen — Rheuma, Gicht.
400 Morgen Park, Tennis, Golf, Rudern, Fischen.
Ausk.: Pistyan-Büro, Berlin W 15, Meierottostr. 1

Digitized by Google

Wendlandt geboren und bereiste schon in jungen Jahren alle fünf Weltteile. Wissensdrang führte ihn nach Deutschland zurück, nachdem er als Kolonist tätig war. Er machte das Abiturienten-Examen auf der Domschule in Güstrow und studierte in Leipzig, Bonn und Berlin Medizin, Naturwissenschaften, Philologie, Literatur, Geschichte und Nationalökonomie. 1887 machte er sein Doktorexamen mit einer grundlegenden Abhandlung über Shakespeare. Er arbeitete mit Dr. Carl Peters an der Gewinnung von deutschen Kolonien, redigierte dessen „Kolonialpolitische Korrespondenz“ und ferner als Chefredakteur das „Bergische Tageblatt“ in Remscheid, die „Pfälzische Presse“ in Kaiserslautern und die „Deutsche Warte“ in Berlin. Inzwischen hatte er beachtenswerte Erfolge als Bühnenschriftsteller. Mitte der neunziger Jahre verfaßte er als Leitartikler eine Serie von Artikeln, betitelt „Ein Bund der Industriellen“, die von Männern der Wirtschaft zu einer Broschüre zusammengestellt und verbreitet wurden. Dies führte 1895 zur Gründung des „Bundes der Industriellen“, zu dessen Generalsekretär er 1896 ernannt wurde. Der „Bund der Industriellen“ wuchs als Vertretung der Fertig- und Exportindustrie neben dem älteren „Zentralverband deutscher Industrieller“ zu einer Organisation der deutschen Industrie heran und verwirklichte 1918 durch Zusammenschluß beider Verbände im Reichsverband der deutschen Industrie das ursprüngliche Ziel Wendlandts, eine Gesamtorganisation der Industrie herbeizuführen. Er veranlaßte auch die Gründung einer Reihe von industriellen Fachverbänden sowie des Reichsverbandes deutscher Volkswirte. In gleicher Weise war er stets für die Organisation des deutschen Schrifttums tätig, wurde in Anerkennung seiner Leistungen auf dem Gebiet der Literatur zum „Geschäftsführenden Vorsitzenden“, 1925 in Wiesbaden zum ersten Vorsitzenden des „Deutschen Schriftstellerverbandes“ (gegr. 1878) und 1927 in Elberfeld zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Die Vielseitigkeit seines Könnens und seine erstaunliche Gesundheit, die ihm auch für die Zukunft erhalten bleiben möge, ermöglichen es ihm, auch in den Jahren des Ruhestandes schriftstellerisch, organisatorisch und politisch noch unermüdlich tätig zu sein. Besondere Erfolge sind ihm in letzter Zeit noch auf literarischem Gebiet beschieden gewesen.

Paul Soudav †. Der Literaturkritiker des „Temps“, eine der bekanntesten Erscheinungen der französischen Kritik überhaupt, Paul Soudav, ist soeben gestorben. Er war einer der ersten Entdecker Marcel Prousts und hat sehr viel für Paul Valery getan. Seit 1892 gehörte er der Redaktion des „Temps“ an, wo er von der Pike auf gedient hat, bis er 1912 Literaturkritiker des Blattes wurde.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Bezirksverband Berlin. Wieder aufgenommen: Hans-Walther Betz (Der Film), Tempelhof, Berliner Straße 33a; Paul Raché (Mitarb.), Friedenau, Isoldestraße 8.

Verband der Schlesischen Presse. Willi Ernst Geiger (Ostdeutsche Morgenpost), Oppeln, Sebastiansplatz 4; Red. John Britz (Liegn. Tagebl.), Liegnitz, Dänemarkstraße 12; Red. Wilhelm Krüger (Bote a. d. Katzbach), Goldberg (Schlesien).

II. Neuanmeldungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Ludwig Wöhrl (Neumarkter Tagbl.), Neumarkt (Oberpf.), Lahrer Weg 21 p.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Chemnitz. Friedrich Karl Ebert (Hauptschriftlt. d. Glauchauer Tagebl.), Glauchau i. Sa.; Dr. Friedrich Wilhelm Schröter (fr. Journ.), Chemnitz, Uferstraße 26 III.

Verband der Schlesischen Presse. Red. Dr. Josef Seibold (Ostdeutsche Morgenpost), Beuthen (O.-S.), Johann-Georg-Straße 2.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Überwiesen von Rheinland-Westfalen: Erwin Benz (Chefred. der Koburger Zeitung), Koburg, Obere Leopoldstraße 2.

Provinzialverband Pommern. Überwiesen vom Landesverband Bayern: Hermann Stumpf (Red. d. Stolper Morgenzeitung), Stolp, Uhlandstraße 2.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Kölner Presse. Überwiesen vom Verein d. Saarpresse: Dr. Ernst Rasch (Köln. Ztg.), Köln, Venloer Straße 33 b. Thielo; vom Landesverband Mitteldeutschland: Dr. Alfred Potthoff (Köln. Ztg.), Köln-Ehrenfeld, Ottostraße 59. — Verein Wuppertaler Presse. Überwiesen nach Köln: A. Hülstrunk (Opl. Ztg.), Opladen, Bahnhofstraße 9.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Chemnitz. Überwiesen vom Bezirksverein Leipzig: Dr. Ad. Strenge (Chemnitzer Tagebl.), Chemnitz.

Verband der Schlesischen Presse. Red. Michael Haupt, bisher Liegnitz, nun Bochum (Chefred. d. Bochumer Anz.), überwiesen an den Verband Rheinland-Westfalen; Red. Walter Schulze, bisher Breslau-Opperau, nunmehr Weißwasser, O.-L. (Weißwasser N. Nachr.).

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Ausgetreten: Max Brack, München, wegen Berufswechsels.

Bezirksverband Berlin. Gestrichen: K. W. Philipp; verstorben: L. Maurach er.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Presseverein Hagen. Gestrichen wegen Nichtzahlung: Helmut Hoffmann, Hagen. — Verein Wuppertaler Presse. Ausgetreten wegen Berufsw.: Emil Thimm, Barmen. — Bezirksverein Trier. Ausgetreten: Michael Weber, Trier.

Inhaltsangabe:

Die sittliche Idee des Journalismus. Von Dr. Karlfriedrich Baberadt, Frankfurt a. M.
Knut Hamsun und die Presse. Von Dr. Clemens Heiß, Berlin.
Noch einmal Berliner Pressesamt. Ein Schlußwort von Dr. Richard Lohmann, Berlin.
Neues zum Thema: Der freie Journalist.
Fraktur oder Antiqua. Von Walter Singer, Stockholm.
Zeitungsstil. Von Victor Halla, Allenstein.
Ein Wort über die Rätsel.
Juristen und Gerichtsberichterstattung.
Fachrundschau.
Personalien.
Mitgliederbewegung.
Büchermarkt.

Büchermarkt

Nutzloser Reklamebetrieb. Von Dr. Karl Pintschovius, Volkswirt, R. D. B. Heft 3 der Sonderschriften des Reichsverbandes der Deutschen Volkswirte (Verband der Diplom-Volkswirte), Berlin-Wilmersdorf. 36 Seiten. 1.50 RM.

Archiv für Zollwesen, Wegweiser für Rechtswissenschaft und Wirtschaftspraxis, enthält sämtliche einschlägigen Bestimmungen des Zollrechts und der Reichsabgaben-Ordnung nach Stichworten bzw. Paragraphen geordnet, einschl. der wichtigsten Tarifauskünfte der Landesfinanzämter mitsamt den vollständigen, auswechselbaren Bestimmungen des Zolltarifs. Herausgegeben von Dr. M. Bott, Bodenhausen, Hamburg. Verlag und Geschäftsstelle: Hanseatischer Rechts- und Wirtschaftsverlag, Hamburg 1.

Der neuzeitliche kaufmännische Briefwechsel. Theorie und Praxis im Schriftverkehr, unter besonderer Berücksichtigung des Din-Formates und des amtlichen Schreibens. Anleitung, Beispiele und Aufgabensammlung für kaufmännische und Handelsschulen. Von Herbert Bock, Dipl.-Handelslehrer. Hahnsche Buchhandlung, Hannover.

Die Zerschmetterung des Versailler Kriegsschuld-Lügengebäudes durch feindbundstaatliche und deutsche Forscher. Von H. Isenberg. Hansa-Druckerei G. m. b. H., Münster i. W.

Anklage und Widerlegung. Taschenbuch zur Kriegsschuldfrage. Herausgegeben von Hans Draeger, Geschäftsführendem Vorstandsmitglied des Arbeitsausschusses deutscher Verbände. Verlag: Arbeitsausschuß.

Mit uns zieht die neue Zeit. Von Else Frobenius. Verlag Deutsche Buchgemeinschaft, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 156/57. Eine Geschichte der deutschen Jugendbewegung.

Geschäftshandbuch für Osteuropa. Herausgegeben vom Wirtschaftsinstitut für Rußland und die Oststaaten E. V., Königsberg-Pr. (Ost-Europa-Verlag G. m. b. H., Königsberg-Pr.). Fünfte neubearbeitete Auflage, Preis 2.50 M.

König Ludwig I., der zweite Gründer der Ludwig-Maximilians-Universität. Verlag von Dr. C. Wolf & Sohn und R. Oldenbourg, München.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 31 — Berlin, den 3. August 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 846 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14483. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Luftfahrt und Presse.

Von Ernst Schäffer.

In der „Deutschen Presse" ist das Verhältnis der Presse zur Justiz, zum Rundfunk und anderen Institutionen im Laufe der letzten Jahre oft und eingehend erörtert worden. Noch nie aber war die Rede von der Einstellung der Presse zur Luftfahrt, obwohl man kaum eine Zeitung, gleichgültig, ob es sich um ein Weltblatt oder eine kleine Provinzzeitung handelt, aufschlagen kann, ohne darin irgendwelche Nachrichten aus dem Gebiete der Luftfahrt zu finden. Manche Blätter besitzen ja sogar schon ganze Flugbeilagen.

Grundsätzlich läßt sich feststellen, daß die Presse aller Richtungen die Luftfahrt von ihren ersten Anfängen an tatkräftig unterstützt hat, sogar schon zu einer Zeit, als die dafür in Betracht kommenden Behörden die Bedeutung, die schüchterne Versuche für einen späteren Luftverkehr haben sollten, noch nicht erkannten. Zeitungen waren es, die schon vor dem Kriege durch Aussetzen namhafter Preise Flugmeetings veranstalteten, wodurch die Fliegerei gewaltig vorwärts getrieben wurde. Auch nach dem Kriege hat sich die Presse von rechts bis links für den Luftverkehr eingesetzt. Es ist ihr dies nicht immer gelohnt worden. Kleine Fehler, die auf mangelnder Fachkenntnis, nie aber auf bösem Willen beruhten, wurden ihr schwer angekreidet. Aber auch dieses vorübergehende Manko wußte die Presse bald auszugleichen. Die großen Blätter beauftragten Kollegen, die Flieger oder Luftschiffer gewesen waren, mit der Bearbeitung dieser Materie als besondere Luftfahrtredakteure, wieder andere vertrauten dieses Ressort Fachschriftstellern zur regelmäßigen Mitarbeit an.

Es kam die Zeit der Transozeanflüge. Die Presse genügte nur ihrer berichterstatterischen Pflicht, wenn sie ihre Leser über Pläne rechtzeitig orientierte, und es gehörte ebenfalls zu dem Kreis ihrer Aufgaben, wenn sie vor dilettantisch aufgezogenen Versuchen warnte. So grotesk es klingen mag, es gab damals Kreise in der Luftfahrt, die das Mißglücken dieser Flüge — der Presse als schwere Schuld zuschoben, weil sie vorzeitig davon berichtet hatte. Es kam auch vor, daß Unternehmungen der Luftfahrt, wenn sie mit einem Artikel nicht einverstanden waren, sich nicht etwa an den Chefredakteur des Blattes wandten, wie es ihr gutes Recht gewesen wäre, sondern an den Verlag, weil sie glaubten, auf diese Weise dem Artikelschreiber besonders schneidig in die Parade fahren zu können.

Allmählich hat man aber eingesehen, daß die Presse immer bestrebt ist, der Luftfahrt zu dienen, und es soll dankbar anerkannt werden, daß, von ein paar verschwindenden Ausnahmen abgesehen, die Pressestellen der Luftfahrtindustrie und der Luftverkehrsunternehmungen bemüht sind, der Presse in jeder Beziehung ihre schwere Aufgabe zu erleichtern.

Wir haben nur eine Stelle in Deutschland, die die Bedeutung der Presse noch nicht erkannt hat oder erkennen will, die aber für die gesamte deutsche Luftfahrt maßgebend ist. Das ist die Luftfahrtabteilung des Reichsverkehrsministerium. Bis vor einem Jahre besaß sie einen eigenen Pressechef, der sicherlich voll guten Willens, seiner Aufgabe mit sonderbaren Methoden nachkam. Wenn nämlich jemand etwas schrieb, was dem Verkehrsministerium nicht gefiel, so fuhr der Pressechef, stets unter demselben, allmählich bekannten Pseudonym scharfes Geschütz in Form eines Gegenartikels — immer in einer bestimmten Zeitung — auf. Seine Stellung wurde erst unhaltbar, als er sich folgendes Husarenstückchen leistete. Als die Rede von dem Flugpreis der einzelnen Luftverkehrsgesellschaften war, glaubte er, die Interessen eines Unternehmens, ohne von diesem irgendwie dazu beauftragt zu sein, dadurch zu wahren, daß er vor den versammelten Vertretern der Presse verkündete, seine Propagandaunkosten wären im Vergleich zu anderen Unternehmungen höher, und zwar hauptsächlich wegen der der Presse gegebenen Essen. Tableau! Der Vertreter einer Rechtszeitung hatte den Beifall sämtlicher Kollegen, als er darauf erwiderte, daß er dies nicht glaube, sollte es aber der Fall sein, dann bäte er im Namen der vertretenen Zeitungen von derartigen Veranstaltungen in Zukunft abzusehen.

Die Presseinteressen der Luftfahrtabteilung werden jetzt von der Gesamtpressestelle des Ministeriums wahrgenommen, trotz alledem soll heute noch nach wie vor, wenn auch mehr im Hintergrunde, der frühere Pressechef die Zeitungsangelegenheiten bearbeiten!!! Im Gegensatz zu anderen Behörden unterhält die Luftfahrtabteilung keine oder sehr unterschiedliche Beziehungen zur Presse. Erst als im Laufe dieses Frühjahres die Angriffe gegen sie fast einheitlich von rechts bis links sich verstärkten, hielt das Ministerium es für notwendig, das erste Mal seit Jahren eine Pressebesprechung einzuberufen. Bei den Veranstaltungen des Ministeriums, z. B. bei dem Empfang der Ozeanflieger auf dem Tempelhofer Feld und anderen kümmerte sich kein Mensch um die Presse. Bei den festlichen Unternehmungen trifft man hinsichtlich der Einladungen von Redaktionen eine Auswahl, die offenbar diejenigen auszuschließen scheint, die sich zu einer sachlichen Kritik verpflichtet fühlen. An der Spitze des Ministeriums steht seit kurzem Adam Stegerwald, dem es hoffentlich gelingt, auch den Referenten der Luftfahrtabteilung die Bedeutung der Presse klarzumachen. Er findet jedenfalls ein reiches Feld, sich in dieser Beziehung zu betätigen.

Gelingt es ihm, diese Lücke auszugleichen, dann wird man „Luftfahrt und Presse" als ein Motto gemeinsamer Arbeit im Dienste des Vaterlandes betrachten können.

Digitized by Google

Deutsche Schriftfragen

unter besonderer Berücksichtigung ihrer Auslandswirkung.

Von Dr. Franz Thierfelder, Deutsche Akademie München.

Der Kampf um Fraktur oder Antiqua ist eine jener innerdeutschen Auseinandersetzungen, die der Ausländer auch bei gutem Willen nicht verstehen kann. Die Bildung eines eigenen Urteils wird ihm vor allem dadurch erschwert, daß die Kämpfer in beiden Lagern den Streit zu einem Prüfstein für weltanschauliche Dinge schwersten Gewichts machen und dadurch eine Klärung des eigentlichen Sachverhalts heillos erschwert haben. Auf beiden Seite ist eine Fülle von guten Gründen für den Gebrauch der Fraktur ebenso wie für den der Antiqua aufgehäuft worden, und je nachdem, ob man in diesen oder in jenen Topf greift, kann man den urteilslosen Leser zum Anhänger der deutschen oder der lateinischen Schrift machen. Von dieser Art des Kampfes hat die Öffentlichkeit nachgerade genug, er bietet der Welt ein ebenso unerfreuliches Schauspiel wie der Flaggenstreit und wird kaum je zu einer befriedigenden Entscheidung führen. Aus diesem Grunde hat die Deutsche Akademie seit zwei Jahren versucht, den einzig möglichen Weg einer sachlichen, wenn man will wissenschaftlichen Untersuchung des Schriftproblems zu beschreiten, und der Widerhall, den die bisherigen Ergebnisse in der Öffentlichkeit gefunden haben, läßt hoffen, daß die Atmosphäre des Schriftstreites entgiftet werden kann, wenn auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden ist. Ich möchte im folgenden unter besonderer Berücksichtigung der Ausführungen Walter Singers in Nr. 30 der „Deutschen Presse“ zusammenfassen, was sich gegenwärtig unvoreingenommen über die Bedeutung von Fraktur und Antiqua für das deutsche Schrifttum im In- und Auslande sagen läßt*).

Die Entscheidung für Fraktur oder Antiqua, das kann nicht mehr bestritten werden, gestattet keinen Rückschluß auf eine stärker oder geringer entwickelte nationale Gesinnung, wenn auch zuzugeben ist, daß sich der international gerichtete Beurteiler häufiger für die Antiqua, der national gerichtete häufiger für Fraktur erklärt.

Die Antiqua hat gerade vom Standpunkt der Verbreitung des nationalen Schrifttums aus betrachtet den Vorteil, daß sie den natürlichen Anschluß an das abendländische Schrifttum überhaupt gewährt; man muß sich dabei freilich bewußt bleiben, daß nicht, wie Walter Singer behauptet, „die ganze Welt nur noch die lateinischen Schriftzeichen kennt“, sondern daß vor der Hand zahlenmäßig die Völker mit eignen nationalen Schriftzeichen denen, die sich der Antiqua bedienen, sicherlich die Wage halten. Wir können doch nicht einfach Rußland und die asiatischen Völker, um die wichtigsten zu nennen, unberücksichtigt lassen. Die Fraktur andererseits wird noch immer von der überwiegenden Zahl der Deutschsprechenden als lebendige Ausdrucksform deutscher Wesensart empfunden und erfüllt damit eine gerade für das kulturell bedrohte Auslanddeutschtum wichtige politische Funktion, die nur der Theoretiker unterschätzen kann. Diese beiden Tatsachen sind meines Erachtens der Kernpunkt des Problems; hinter ihnen treten die zahlreichen anderen im Meinungskampfe oft über Gebühr in den Vordergrund gerückten Fragen der Leichtlesbarkeit, der Sparsamkeit, der Unterrichtsvereinfachung, des künstlerischen Geschmacks usw. zurück. Denn die Verbreitung deutschen Kulturgutes und die Erhaltung deutschen Volkstums sind Lebensfragen unserer Nation, mit ihnen muß sich jeder, nicht zuletzt der Tagesschriftsteller auseinandersetzen, und je nach seiner Entscheidung wird er dann die Gründe minderen Gewichts zur Stützung seiner Ansicht heranziehen.

Gibt es aber zwischen diesen beiden Kernfragen wirklich eine auf entweder — oder gestellte Entscheidung? Der Politiker wird sie von vornherein ablehnen, denn völkische Sammlung und internationale Ausstrahlung sind für den Bestand des modernen Großstaates gleich unerläßlich. Dazu kommt, daß bei näherer Betrachtung die beiden vorhin aufgestellten Behauptungen sehr beachtliche Einschränkungen erfahren müssen. Die deutsche Druckschrift (von der Schreibschrift, bei der die Verhältnisse wesentlich anders liegen, ist in diesem Aufsatze nicht die Rede) macht zwar dem deutschlernenden Ausländer eine gewisse Unbequemlichkeit, sie wird jedoch von den meisten innerhalb weniger Stunden erlernt, soweit sie ihnen nicht aus ihrem eigenen Schrifttume vertraut ist. Denn die „gotische“ Schrift ist fast allen Völkern als Zierschrift geläufig, und zwar in einer viel verwickelteren Form, als sie die Fraktur aufweist. Die Behauptung, der Ausländer *könne* deutsche Schriftzeichen nicht lesen, ist also in fast allen Fällen dahin zu berichtigen, daß er sie nicht lesen *mag*. Und auch letzteres gilt nur für diejenigen, die mit dem deutschen Schrifttume wenig vertraut sind, alle anderen lesen die Fraktur sehr bald so geläufig, daß ihnen vielfach ein deutscher Text in Antiqua das Verständnis eher erschwert als erleichtert. Immerhin, es kann nicht geleugnet werden, daß die deutsche Druckschrift gewisse Hemmungen bei der Verbreitung deutscher Druckwerke hervorruft, namentlich solcher, auf deren Lektüre der Ausländer nicht aus wissenschaftlichen, geschäftlichen oder sonstigen besonderen Gründen angewiesen ist. Die Hemmungen sind jedoch nicht so bedeutend, daß sie die Verbreitung deutscher Bücher oder die Erlernung der deutschen Sprache ernstlich gehindert hätten — die Fortschritte der deutschen Sprache im Auslande während des letzten Jahrzehnts sowie das wachsende Interesse an deutschen Büchern in der allerletzten Zeit beweisen das unwiderleglich.

Wenn wir sagten, daß die Fraktur von Millionen Deutscher als wichtiger Ausdruck nationaler Eigenart angesehen werde, so liegt in dieser Feststellung schon die Einschränkung, daß dies nicht bei allen Deutschen der Fall ist. In den auslanddeutschen Siedlungen mit einer starken kleinbürgerlich-bäuerlichen Schicht hält man an der Fraktur leidenschaftlich fest, namentlich dort, wo die Antiqua die Wesensart des das Deutschtum bedrängenden herrschenden Staates zu verkörpern scheint. Wo dieser Gesichtspunkt geringe Bedeutung hat, also namentlich in Übersee, ist auch bei dem Auslandsdeutschtum die Neigung vorhanden, die Antiqua zu bevorzugen, deren sich die befreundete Umwelt bedient.

Aus dieser nüchternen Betrachtung ergibt sich, daß die Zweischriftigkeit trotz der mit ihr verbundenen verschiedenartigen Schwierigkeiten einen geschichtlich begründeten, auch in die Zukunft fortwirkenden Vorteil darstellt, dessen uns zu freuen wir allen Grund haben. Die natürliche Entwicklung hat ganz von selbst dazu geführt, daß gewisse Gebiete des Schrifttums vornehmlich der Fraktur, andere der Antiqua vorbehalten bleiben, und unser Bestreben sollte darauf gerichtet sein, diese Gebiete immer schärfer abzugrenzen, die Ergebnisse der Statistik zu verwerten und das augenblickliche Verhältnis der beiden Schriften zu bewahren. Es entspricht im großen und ganzen den nationalen und internationalen Bedürfnissen unseres Volkes.

*) Wer sich mit dem Schriftproblem eingehender vertraut machen möchte, sei auf die umfänglicheren Broschüren „Deutsche Schriftfragen“, das Ergebnis einer Sachverständigenaussprache, herausgegeben von der Deutschen Akademie, München 1927, und „Druckschriftreform“ von H. v. Recklinghausen, ebendort, 1929, sowie auf Heft 22 der „Mitteilungen der Deutschen Akademie“ verwiesen.

Digitized by Google

Wer sich diesen Überlegungen nicht verschließt, wird die Ausführungen Walter Singers ablehnen müssen. Das Festhalten an der Fraktur ist nicht ein Ausfluß deutschen Eigensinns, sondern die Folge der besonderen völkischen Lage unserer Nation. Die anderen Weltsprachen haben keinen Vorsprung vor der deutschen, denn diese bedient sich ebenso wie jene der Antiqua, wo es geboten erscheint, wobei ganz nebenher angedeutet werden soll, daß nur der Sprachunkundige das Märchen von der Weltschrift Antiqua glaubt. Ein Blick auf die Sonderzeichen des Rumänischen, Polnischen, Litauischen, Tschechischen, von kleineren Abweichungen im Schwedischen, Spanischen u. a. zu schweigen, zeigt, daß ohne besondere Erlernung zahlreicher Buchstaben auch die Antiqua nicht den Vorhof zu allen europäischen Sprachen aufschließt. Herr Singer hat unrecht, wenn er behauptet, Reklameschriften in Fraktur verfehlten im Auslande völlig ihren Zweck — denn gerade bei kürzeren Reklamedrucksachen und besonders wirksamen Reklameaufschriften verwendet der Ausländer sehr oft die gotische Zierschrift für seine eigene Sprache. Wir werden seinen Ausführungen nur dann gerecht, wenn wir sie unter dem besonderen Gesichtswinkel seiner schwedischen Umgebung verstehen. In Schweden besteht tatsächlich eine bewußte Abneigung gegenüber der Fraktur, die sich wohl daraus erklärt, daß dieses Land vor einem halben Jahrhundert sehr radikal zur Antiqua übergegangen ist, nachdem es vorher jahrhundertelang die Fraktur verwendet hatte. Es ist nichts Ungewöhnliches, wenn eine solche Wandlung zu einer gewissen Einseitigkeit verleitet, die dem deutschen Standpunkte nicht gerecht wird.

Fragen wir uns zum Schlusse, welche Folgerungen in der Schriftfrage für die Zeitungen zu ziehen sind. Es läßt sich nicht bestreiten, daß der überwiegende Teil unserer Blätter für den innerdeutschen Verkehr bestimmt ist und deshalb allen Grund hat, an der Fraktur festzuhalten. Denn ein Übergehen der Zeitungen zur Antiqua würde der Fraktur den Todesstoß versetzen und wir sahen, daß dies nicht im nationalen Interesse liegt. Ob diejenigen Zeitungen, die auch im Auslande verbreitet sind, mit größerem Vorteile die Antiqua anwenden, könnte lediglich durch den Versuch festgestellt werden; es wäre deshalb sehr interessant, wenn das „Berliner Tageblatt“, das ja seit einiger Zeit zweifellos aus diesem Grunde zur Antiqua übergegangen ist, einmal seine Absatzziffern aus früherer und aus neuerer Zeit mitteilen wollte. Die Rückkehr der „Kölnischen Volkszeitung“ (auch der „Süddeutschen Monatshefte“) zur Fraktur — sie war während des Krieges zur Antiqua übergegangen — läßt vermuten, daß die erhofften Vorteile nicht eingetreten sind. Man darf eben nicht vergessen, daß die deutschen Zeitungen im Auslande auch nur von solchen gelesen werden, die Deutsch verstehen und deshalb die Fraktur ohne ernstere Schwierigkeiten beherrschen. Wenn sich das deutsche Volk darüber klar geworden ist, daß es durch Gebrauch der Fraktur und Antiqua am ehesten in der Lage ist, seinen in- und ausländischen Interessen gerecht zu werden, wird der Schriftstreit der Vergangenheit angehören.

Die Nachbeter.

Betrachtungen eines freien Journalisten zu einem heiklen Thema.

Daß fast in der ganzen Welt die Rechtsnormen, die das Eigentum schützen, nur ganz unzulänglich auch auf das geistige Eigentum anwendbar sind, ist für jeden geistigen Arbeiter immer wieder deprimierend. Gewiß, Goethe und andere sehr namhafte Leute haben direkt ein „Recht auf das Plagiat“ proklamiert, und davon macht man auch heute noch hier und da mehr oder weniger intensiv Gebrauch. Die Angriffe auf z. T. recht bekannte Schriftsteller in den letzten Jahren zeigen aber doch, daß das deutsche Schrifttum keineswegs daran denkt, dieses Recht auf das Plagiat als Norm anzusehen. Der Schutz geistigen Eigentums ist vorhanden, solange es sich um eine literarisch geformte Darstellung handelt. Die plagiierenden Schriftsteller haben also immer noch die Verpflichtung, den aus dem Plagiat gewonnenen Gewinn zurückzugeben, wozu dann noch die Blamage kommt.

Aber das Thema „ungeschütztes geistiges Eigentum“ beginnt eben erst da, wo die Paragraphen des Urheberrechts aufhören. Arthur Holitscher hat vor einiger Zeit im B. T. seine Erfahrungen über die Verwendung von Ideen und Situationen, die der Schriftsteller erfunden hat, für die Verfilmung berichtet, die, ohne daß eine Bezahlung dafür erfolgte, sehr oft direkt von den Verfassern herausgelockt wurden; Ideen sind ja nicht geschützt, also handelt es sich hier um einen ganz legalen Diebstahl geistigen Eigentums; über den dort recht viel zu hören ist, wo man für den Film arbeitet.

Aber solche Dinge passieren nicht nur in der Filmindustrie. In der Journalistik werden zahllose Artikel geschrieben, in denen der Inhalt wesentlich wichtiger ist als die Form. Hier sei vor allem an die großen Kastenartikel, die Sensationsberichte, die Untersuchungen über wirtschaftliche oder wissenschaftliche Probleme gedacht, alles Dinge, die dem verfassenden Reporter oder Redakteur fast immer mühevolle Recherchen und zeitraubende Arbeit kosten. Früher wurden solche interessanten Artikel häufig unbefugt nachgedruckt. Bis vor wenigen Monaten noch war die Nachdruckskontrolle durch Abonnement eines Zeitungsausschnittdienstes für den freien Mitarbeiter, der vor allem solche Arbeiten machte, recht lohnend. Den Bemühungen des Reichsverbandes und der Reichsarbeitsgemeinschaft ist es aber doch in bedeutendem Ausmaße gelungen, für eine Beseitigung dieser üblen Angewohnheiten zu sorgen.

Leider sind aber der in den Artikeln genannte Tatsachenbestand, die darin aufgestellten Statistiken und die darin angegebenen Schlußfolgerungen, Ausblicke oder geschichtlichen Rückblicke tatsächlich gesetzlich nicht geschützt, obwohl gerade der Verfasser auf diese Dinge die meiste Zeit und Mühe verwenden mußte, während die Formulierung des Textes kaum irgendwelche besondere geistige Anstrengung erforderte. Und gerade die Verwendung solcher Artikelinhalte ist heute in vielen Fällen gang und gäbe. Dabei wird oft recht ungeniert verfahren, indem z. B. Artikelvorschläge über bestimmte Gebiete von freien Mitarbeitern verlangt werden, die sich auch die Mühe der Recherche oder der Bibliotheksarbeit machen und einige Zeit später mit einer Entschuldigung ihre Arbeit als nicht verwendbar zurückerhalten, worauf dann in kurzer Zeit prompt ihr Material, natürlich in anderer Fassung, in dem betreffenden Blatt erscheint. Man darf hier den Vorwurf nicht den großen Redaktionen direkt machen, es handelt sich zumeist um Dinge und Angaben, die sie durch ihre ständigen fachlichen Mitarbeiter nachprüfen lassen. Diese sind häufig nicht hauptberufliche Journalisten und machen mit Behagen von den ihnen zur Begutachtung vorgelegten Angaben und Zusammenstellungen Gebrauch, um sie selbst publizistisch auszuwerten.

Spaßigerweise ist mir selbst dieser Vorgang zum ersten Male passiert, als ich eine neue interessante Tatsache aus dem Rechtsleben, daß nämlich einzelne Länder prinzipiell die Todesstrafe abgeschafft hatten, einem Blatt anbot und dessen juristischer Berater, ein pensionierter hoher richterlicher Beamter, dann mein Material zu einer eigenen Arbeit verwenden wollte. Ich bin ihm damals dank der Hilfe von Verbandskollegen in einem Konkurrenzblatt zuvorgekommen; aber inzwischen habe

Digitized by Google

Berichte von frischen Vorkommnissen, auch familiärer Art, Witze, Humor, Scherzgedichte, Feuilleton, Okkultis, Heraldik, Kunst- und Tagesereignisse jeder Art. Am besten ersehen Sie ja aus jeder Einzelnummer Ihrer Pflichtzeitung, die Sie mit beiliegender Berichterstatterkarte abonnieren wollen (auf Wunsch und Einsendung von 25 Pfennig in Marken senden wir eine neue Probenummer), was gewünscht wird und welche Berichte wir aufnehmen, auch die Größe der Artikel und die ungefähre Abfassung können Sie daraus ersehen. Nur aufgenommene Berichte werden bezahlt. Da jeder Bericht die Ausweisnummer des Korrespondenten trägt, kann der Artikelschreiber jede Woche selbst nachprüfen, ob von ihm etwas erschienen ist. Größere Artikel, wie Feuilleton, Romane, Reiseerlebnisse werden evtl. auch für späteren Abdruck gekauft, davon wird der Einsender aber benachrichtigt. Bei Sendungen solcher Art ist stets das Honorar bei Einsendung anzugeben, damit Rückfragen vermieden werden.

Wir hoffen recht bald in dem Besitz der von Ihnen auszufüllenden Berichterstatterkarte zu sein. Nach deren Eingang übersenden wir Ihnen den Berichterstatter-Ausweis zu.

Inzwischen zeichnen wir und empfehlen uns

hochachtungsvoll

Verlag H. S.-K., München.

Unverlangte Manuskripte werden ohne Rückporto nicht zurückgesandt."

Gleichzeitig liegt folgende Karte bei:

„Sonder-Kurier-Berichterstatterkarte. Ich trete mit heutigem dem S.-K. Verlag Monika Nebauer, München, als Sonder-Kurier-Berichterstatter bei und zwar nebenberuflich und verpflichte mich, nur wahrheitsgetreue Berichte an den Verlag zu richten und zwar mindestens wöchentlich 1—2 mal Berichtskarten, Briefe oder Zeitungsausschnitte nur aus meinem Bezirks-Orte zu senden.

Diese Sendungen mache ich ¼, ½, 1 Jahr lang und verantworte auch die von mir geschriebenen Berichte, die Portokosten verlange ich ..... Zeilenpreisfestsetzung verlange ich nach 1 Monat Tätigkeit. Ich nahm zur Kenntnis, daß nur aufgenommene Berichte vom Verlag bezahlt werden. Da ich noch nicht als Berichterstatter gearbeitet habe, wolle mir eine Berichterstatter-Ausweiskarte übermittelt werden. Die Spesen und Portounkosten von 50 Pfg. ersetze ich. Ebenso abonniere ich ¼, ½, 1 Jahr auf ein Pflichtexemplar der „Sonder-Kurier-Korrespondenz", woraus ich stets ersehe, welche Berichte vom Verlag gewünscht werden. Die Kosten pro ¼ Jahr Mk. 3.— überweise ich ebenfalls mit der Post auf Postscheckkonto München 10110, M. Nebauer S.-K. Verlag, München.

Ich wünsche mit Ihrem Verlag monatliche, vierteljährige, halbjährige Abrechnung. Ich will mich auch nebenberuflich in Abschlüssen von Inseratenaufträgen, Heraldik und Bestellungen von Familienwappen betätigen. Aufträge bzw. Anfragen richte ich an die Hauptgeschäftsstelle, von welcher ich weitere Anweisungen stets abwarte. — Nicht Gewünschtes bitte durchstreichen!

Ort: — — Datum: — — Straße: — — Bezirk: — —

Name: — — geb.: — — Beruf: — —."

Hieraus geht hervor, daß die Firma, der es natürlich nur um Abonnenten für ihre Korrespondenz zu tun ist, alle Abonnenten einfach zu Berichterstattern ernennt und auf die Menschheit losläßt. Was daraus entsteht, braucht nicht näher geschildert zu werden. Vielleicht nimmt sich einmal die Münchener Kollegenschaft der Sache energisch an.

Lth.

Briefe an den Schatzmeister

erbitten wir bis auf weiteres an die Zentrale des Reichsverbandes, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86.

Die Verbandsleitung.
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Fachrundschau

Zeitungskunde und Zeitungswissenschaft.

Studienfahrt des Deutschen Instituts für Zeitungskunde. Zum Abschluß seiner Sonderveranstaltungen im Sommer-Semester 1929, machte das Deutsche Institut für Zeitungskunde mit 60 seiner Mitglieder eine Studienfahrt nach Stettin. Beobachtung der Provinzpresse an ihrem Standort und Besichtigung der Papierfabrik Feldmühle waren das Ziel der Veranstaltung. Dank persönlicher und sachlicher Unterstützung der Stettiner Presse, der Stadt Stettin und der Feldmühle konnte das Institut seine Aufgabe voll und ganz erfüllen. Zwei Vorträge machten am 1. Tag die Mitglieder eingehend mit den Arbeiten und Einrichtungen die sie kennen lernen sollten, bekannt. Stadtrat Möllhausen, Leiter des städt. Nachrichtenamtes, erzählte von seinen Erlebnissen mit der unmittelbaren Praxis und verband sie mit grundlegenden Anschauungen über die Aufgaben und die Tätigkeit eines Pressechefs. Chefredakteur Dr. Dyrssen von der „Pommerschen Tagespost" legte in anschaulicher und eindringlicher Weise die Bedeutung und Verpflichtung der Provinzpresse auseinander im Vergleich mit den großen Berliner Zeitungen. Eine lebhafte Diskussion erörterte Einzelfragen über Arbeit und Aufgaben des Provinzredakteurs. Im Mittelpunkt stand dabei das schwierige Problem, wie der Redakteur den Kontakt mit dem Publikum findet und aufrecht erhält. Ein gemütliches abendliches Zusammensein mit den Vertretern der Stadt Stettin und des „Vereins Stettiner Presse" im Konzerthause Stettin füllte die Stunden bis zur Führung durch den Nachtbetrieb des „Stettiner Generalanzeigers". Chefredakteur Krüger verstand es, die Besichtigung anregend zu gestalten. Den Aufgaben der aktuellen Sportberichterstattung und ihren besonderen Schwierigkeiten in einer Provinzzeitung widmete er in seinem einleitenden Vortrag über die Herstellung der Montagsausgabe mit Recht einen breiten Raum. Am zweiten Tage konnte unter sachkundiger Führung eine Hafenrundfahrt unternommen werden. Dr. Oldenburg vom Magistrat Stettin hielt während der Fahrt einen Vortrag über die wirtschaftliche Bedeutung und technische Einrichtung des Hafens. Ziel der Fahrt waren die Feldmühle-Papierfabriken. Das unmittelbare Erlebnis einer großartigen Industrie stand bei dieser Führung durch die größte Papierfabrik des europäischen Kontingents im Vordergrund. Dank dem liebenswürdigen Entgegenkommen der Direktion wurde die Besichtigung unter fachtechnischer Leitung in einzelnen kleinen Gruppen vorgenommen. Nach einem gemeinsamen Mittagessen im Casino der Feldmühle und der Rückfahrt nach Stettin, wurde abschließend der Betrieb der „Pommerschen Tagespost" besichtigt.

Professor Dovifat betonte in seinen verschiedenen Dankesreden immer wieder, wie wertvoll diese Fühlungnahme mit der Praxis die zeitungswissenschaftliche Arbeit unterstützt und belebt. Tr.

Die wiedergefundenen Handschriften von der Pressa. Am Schluß der Pressa erregte es bekanntlich großes Aufsehen, daß sechs wertvolle dem Gutenbergmuseum in Mainz gehörende Handschriften, darunter das Gebetbuch Karls des Kühnen von Burgund, die ausgestellt worden waren, plötzlich auf unerklärliche Weise verschwanden. Diese Handschriften sind jetzt wieder ans Tageslicht gekommen. Drei von ihnen wurden kürzlich einem Kölner Händler zur Begutachtung ihres Wertes vorgelegt. Sie waren in einem Speditionsgeschäft von einem dort beschäftigten Mann in einer Kiste unter allerlei Gerümpel und Stroh gefunden worden. Da man den Wert der Schriften rechtzeitig erkannte, wurde nachgesucht und schließlich wurden in dem gleichen Speditionsgeschäft auch noch die anderen drei Handschriften aufgefunden. Wahrscheinlich liegt ihrem Verschwinden im vergangenen Jahr eine irrtümliche Verpackung zugrunde. Die Handschriften sind selbstredend dem Gutenbergmuseum in Mainz wieder zur Verfügung gestellt worden.

Ausgrabung einer altrömischen Zeitung. In Ostia, dem Hafen des alten Rom, ist in Gestalt von Mauertafeln zum ersten Male eine Zeitung des alten Rom ausgegraben worden; die Kenntnisse über das öffentliche Nachrichtenwesen zur Zeit Cäsars bringt. Unter den Mitteilungen befindet sich eine Nachricht vom Tode des Pompejus im Jahre 49 vor Christo, die Veröffentlichung des Testaments Julius Cäsars mit seinen Legaten an das römische Volk, eine Liste der neugewählten Konsuln und die Bekanntgabe der Einbringung eines Ge-

Digitized by Google

setzes, durch das den Armen eine jährliche Rente zugebilligt werden sollte, außerdem Berichte lokaler Natur und aus dem Auslande.

Ausstellungen und Kongresse.

Weltreklamekongreß und Reklameschau 1929 in Berlin. In den Tagen vom 11.—15. August findet in Berlin der Weltreklamekongreß, verbunden mit der 25-Jahr-Feier der International Advertising Association statt. Zahlreiche ausländische Besucher sind angemeldet. Eröffnet wird der Kongreß durch den Präsidenten des deutschen Ausschusses, Reichskanzler a. D. Dr. Luther und den Präsidenten der Internationalen Reklameorganisation, B. C. Younggreen.

Die Reklameschau 1929 Berlin wird bereits am Vortage der Kongreßeröffnung dem Publikum zugänglich gemacht. Sie dauert bis zum 8. September und soll den Charakter einer Lehrausstellung tragen, die die Besucher über den heutigen Stand und die Mittel der Werbung anschaulich unterrichtet.

Ausland.

Zusammenlegung dänischer Zeitungen in Nordschleswig. Nach dem Beispiel der deutschen Presse in Nord-Schleswig, wo die vier deutschen Lokalzeitungen zu einer großen deutschen Zeitung in Apenrade mit Lokalredaktionen in vier Städten vereinigt wurden, sollen am 1. Oktober zunächst zwei dänische bisher selbständige Blätter „Hadersley Stiftstidende“ und „Hadersley Amtstidende“ als selbständige Zeitungen eingehen. Dafür soll für Nord-Schleswig ein täglich vier Bogen starkes dänisches Blatt erscheinen, das von der „Berlingske Tidende“ in Kopenhagen finanziert werden soll. Politischer Leiter des neuen Blattes soll Redakteur Svensson in Hadersleben werden. Das neue Unternehmen dürfte sich als scharfe Konkurrenz gegen „Modersmaalet“ in Hadersleben und „Hjemdal“ in Apenrade, das Blatt H. P. Hanssens, auswirken.

Ein ehemaliger Korrektor als Botschafter. Zum Pariser Botschafter der Vereinigten Staaten wurde an Stelle des verstorbenen Herrick der republikanische Senator von New Jersey, Edge, ernannt. Am 20. November 1878 geboren, war Edge zunächst Korrektor an der „Atlantic Review“, gründete dann ein internationales Anzeigenbüro und wurde später Besitzer zweier großer Blätter. Außerdem widmete er sich auch Bank-, Finanz- und Handelsgeschäften. Seine politische Laufbahn war ebenso glänzend wie seine berufliche. Im Jahre 1917 zum Gouverneur von New Jersey gewählt, trat Edge zurück, um im Jahre 1919 in den Senat einzutreten, in den er 1925 für weitere sechs Jahre gewählt wurde.

Das polnische Journalistensyndikat gegen die Ausartung der Pressepolemik. Der Vorstand des polnischen Journalistensyndikats in Warschau hat eine Entschließung gefaßt, und veröffentlicht, in der gegen die immer übleren Ausartung der Pressepolemiken Stellung genommen wird. Die Entschließung fordert die Mitglieder auf, in der Pressepolemik die persönlichen, unsachlichen Angriffe zu vermeiden, sich aller Beleidigungen zu enthalten und besonders die Ehre der Berufsgenossen zu achten und auf das allgemeine Standesinteresse der Journalisten Rücksicht zu nehmen.

Aus der Organisation

Landesverband Mitteldeutschland.

Die Bezirksgruppe Ost hielt am 20. Juli in Leipzig (Löwenbräu) ihre Sommersitzung ab. Die Bezirksgruppe beschäftigte sich mit einem Antrage der Bitterfelder Kollegen, der bereits der letzten Landesverbandsversammlung vorgelegen hatte und die Regelung von Hinweisen im redaktionellen Teil betraf. Nach eingehender Beratung der Materie wurde der Bitterfelder Antrag abgelehnt und ein neu vorgelegter Antrag des Kollegen Giersch-Eilenburg angenommen. Er betont, daß es den Redakteuren überlassen bleiben muß, kulturelle, soziale usw. Angelegenheiten durch Hinweise zu unterstützen, daß im übrigen aber die Regelung dieser leidigen Frage eine dringende Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft ist. Der formulierte Antrag Giersch wurde einstimmig angenommen und dem Landesverband mit der dringenden Bitte übersandt, ihn als Beratungsmaterial baldigst der Arbeitsgemeinschaft vorzulegen.

Eine weitere unerfreuliche Angelegenheit war die Besprechung der Schwindeleien, die ein angeblicher Redakteur C. H. Siebrecht im Bereich der Bezirksgruppe Ost verübt hat. Herr Siebrecht hat mehreren Kollegen unter falschen Vorspiegelungen Honorarvorschüsse bzw. persönliche Darlehen abgelockt und ist dann spurlos verschwunden. Ganz besonders verurteilenswert ist sein Verhalten gegenüber einem auf sein Ruhegehalt angewiesenen Altkollegen, den er um rund 55 Mk. betrogen hat. Die Bezirksgruppe beschloß, dem geschädigten Altkollegen den Betrag zu ersetzen bzw. eine Beihilfe vom Landesverband zu erbitten.

Als Gastmitglieder hatten sich gemeldet und wurden zur Bezirksgruppe zugelassen die Redaktionsvolontäre Dr. Grohmann-Torgau und Schmidt-Eilenburg.

Im Anschluß an den geschäftlichen Teil vereinigte ein gemütliches Zusammensein die Kollegen bis zur Abfahrt der Frühzüge.

Dr. Klauser.

Personalien

Redakteur P. Brewka ist als verantwortlicher Redakteur an der „Westlausitzer Zeitung“ in den Verlag A. Papst in Königsbrück i. Sa. eingetreten.

Dr. Rudolf Dammert, der Inhaber und Leiter des Presse-Verlages Dr. Rudolf Dammert, vollendet am 5. August sein fünfzigstes Lebensjahr. Nachdem er zwei Jahre in Worms, dann zwei weitere Jahre als Chef vom Dienst beim „Berliner Lokalanzeiger“ und der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ alsdann zwei Jahre in Stuttgart als Chefredakteur der „Württemberger Zeitung“ Wesen und Bedürfnisse der Provinzpresse kennen gelernt hatte, übersiedelte er nach Berlin. Hier wurde er führend im Ausbau des modernen Nachrichten- und Korrespondenzwesens. In seinem Unternehmen hat er sich die Aufgabe gestellt, durch den organisatorischen Aufbau seiner Korrespondenzen und Pressedienste die deutsche Provinzpresse möglichst leistungsfähig zu machen. Viele bekannte Journalisten haben bei ihm ihre Ausbildung genossen.

Redakteur Artur Graefe, bisher Dresdener Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wurde vom sächsischen Ministerpräsidenten Bünger mit Wirkung vom 1. Oktober ab mit der Leitung der Nachrichtenstelle der Sächsischen Regierung betraut und zum Oberregierungsrat ernannt. Kollege Graefe ist seit kurzem Vorsitzender des Landesverbandes der Sächsischen Presse. Der bisherige Leiter der Sächsischen Nachrichtenstelle, Oberregierungsrat Block, der der sozialdemokratischen Partei angehört, übernahm an Stelle des soeben verstorbenen Chefredakteurs Bethke die Leitung der „Sächsischen Staatszeitung“.

Adam Kuckhoff, bisher Leiter der Zeitschrift „Die Tat“ (Verlag Eugen Diederichs, Jena) ist von seinem Posten zurückgetreten.

Digitized by Google

Friedrich Carl Meyer, Leiter der Filiale Königsberg des WTB., konnte am 24. Juli, der zugleich sein 58. Geburtstag war, auf ein volles Vierteljahrhundert erfolgreicher Tätigkeit in dieser Stellung zurückblicken. Unmittelbar vom Studium, dem er in Marburg und Berlin oblag, trat Meyer in das WTB. ein und kam nach mancherlei Zwischenstationen, unter anderm Köln, Straßburg, München, im Jahre 1904 nach Königsberg, um hier die Leitung der ostpreußischen Zweigorganisation zu übernehmen.

F. C. Meyer ist den Aufgaben eines Leiters eines großen Nachrichtendienstes, zuverlässig und zugleich mit äußerster Schnelligkeit den Austausch der wichtigsten Meldungen aus aller Welt mit denen des engeren Bezirks zu bewerkstelligen, Organisationsgabe, Opferfreudigkeit, Pflichttreue, Zuverlässigkeit und Takt zu zeigen, voll gerecht geworden. Er hat nicht nur seinen Platz vortrefflich ausgefüllt und sein Büro in allen Zeitläuften — es sei nur erinnert an die für Ostpreußen und den ostpreußischen Nachrichtendienst besonders harte und schwierige Kriegszeit — umsichtig, würdig und geschickt vertreten, sondern er ist mit seiner Arbeit schon seit langen Jahren in eine besondere Vertrauensstellung bei den ostpreußischen Journalisten hineingewachsen. An ihn wendet sich der ostpreußische Kollege gerne in allen beruflichen Verlegenheiten und er findet an dieser Stelle stets bereiten Rat und gleichbleibende Freundlichkeit. So konnte es nicht ausbleiben, daß Meyer, der mehr als ein Ehrenamt bekleidet, auch von vornherein in den journalistischen Organisationen einen angesehenen Platz einnahm. Er ist Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Königsberger Ortsvereins der Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller; er hatte ebenso ein starkes Verdienst an der Begründung des Verbandes der ostpreußischen Presse, indem er als einer der ältesten und erfahrensten Journalisten Ostpreußens eine Reihe wichtiger Ämter, u. a. das eines Ehrenrichters, ausübt.

Möge es dem allverehrten Kollegen, der sich nicht nur um den Beruf und die Berufsorganisation, sondern auch um das vom Reich abgetrennte Ostpreußen große Verdienste erworben hat, vergönnt sein, noch viele Jahre lang erfolgreich wie bisher seiner Arbeit zu leben und Gutes für seine Wahlheimat, seinen Beruf und seine Kollegen zu wirken.

Chefredakteur Karl Witte, seit 1921 Leiter der Redaktion des „Schöneberger und Friedenauer Tageblattes“, konnte am 29. Juli den 75. Geburtstag feiern.

Mitgliederbewegung

I. Überweisungen und Adressenänderungen.

Bezirksverband Brandenburg. Überwiesen vom Landesverband Württemberg: Georg Spiegel, bisher Tuttlingen, nun Potsdam (Potsdamer Volksblatt).

Verein Frankfurter Presse. Überwiesen an Bezirksverband Berlin: Walther Katz, Berlin W., Regensburger Str. 31.

Landesverband Mitteldeutschland. Der in Nr. 30 des Verbandsorganes gemeldete Dr. Groß, Magdeburg, wohnt nicht Olvenstedter Str. 37, sondern 33/I. Der an derselben Stelle angeführte Dr. Köpsel ist nicht bei der „Kasseler Ztg.“ sondern bei der „Kasseler Post“ tätig und wohnt Kassel, Königstor 3 bei Mischke. — Redakteur Karl J. Bach (Elster-Rundschau) Bockwitz bei Mückenberg, übernommen vom Bezirksverein Zwickau. — Redakteur Erich Seifert (Magdeburgische Zeitung), Magdeburg, Schillerstr. 36, übernommen vom Verein Niedersächsische Presse.

Verband der Ostpreußischen Presse. Vom Landesverein Pfalz zurücküberwiesen: Otto Zippert, Tilsit.

Inhaltsangabe:

Luftfahrt und Presse. Von Ernst Schäffer.
Deutsche Schriftfragen unter besonderer Berücksichtigung ihrer Auslandswirkung. Von Dr. Franz Thierfelder.
Die Nachbeter. Von Kurt Kreyhan.
Wer bietet mehr?
Das Jahrbuch der Tagespresse.
Wie „Pressevertreter“ gemacht werden.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.
Büchermarkt.

Provinzialverband Pommern. Überwiesen an den Verein Nassauischer Redakteure: Gerhart Grothus, Wiesbaden (Neue Wiesbadener Ztg.).

Landesverein der Pfälzischen Presse. An den Verband der Ostpreußischen Presse zurücküberwiesen: Otto Zippert, Tilsit, Landwehrstr. 45/6.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Düsseldorfer Presse. Überwiesen vom Verband der Ostpreußischen Presse: Paul Züge, Düsseldorf-Oberkassel, Kaiser-Wilhelm-Ring 43. — Überwiesen vom Bezirksverband Berlin: Karl Böttcher, Dortmund, Kielstr. 5 (Westf. Allgem. Volksztg.).

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. Überwiesen an den Bezirksverband Berlin: Dr. Max Domschke, Steglitz, Südendstr. 58 (Germania).

II. Austritte und Streichungen.

Bezirksverband Berlin. Ausgetreten: Max Goosmann. Gestrichen: Kurt Hirsch, Ernst Rosemann.

Landesverband Mitteldeutschland. Ausgetreten: Bernh. Guillemin, zurzeit Ostseebad Ahrenshoop.

*

Gesperrte Mitgliedskarten.

Die ausgefertigten Mitgliedskarten der Kollegen Dr. Hans Hinrichsen Nr. 3782, W. Hudelmaier Nr. 2949, Paul Brewka Nr. 3687 und Max Schefter Nr. 1924 sind abhanden gekommen und werden gesperrt. Es gelten nur die Duplikatskarten.

Büchermarkt

Reklame, Propaganda, Werbung, ihre Weltorganisation, herausgegeben von Dr. Alfred Knapp mit einem Geleitwort von Reichskanzler a. D. Dr. Hans Luther, Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik, Berlin.

Als Auftakt zum Weltreklamekongreß, der in den Tagen vom 11. bis 15. August in Berlin stattfindet, erscheint soeben das eingangs erwähnte Buch, zu dessen Veröffentlichung der Weltreklamekongreß auch Veranlassung gab. Es soll nicht nur dem Reklamefachmann die Möglichkeit geben, den organisatorischen Aufbau des internationalen Werbewesens der Gegenwart genau kennen zu lernen, sondern es soll jedem, der sich für Reklame interessiert, ein Wegweiser durch die weitverzweigte Organisation des Werbewesens sein. Das Buch bringt zunächst einen kurzen Abriß über die Geschichte der internationalen Werbeorganisation (International Advertising Association) und anschließend eine schlagwortartige Darstellung der Verfassung der International Advertising Association, die sich aus 18 Distrikten zusammensetzt. Der 17. dieser Distrikte stellt den kontinentaleuropäischen Block dar, der den Namen Kontinentaler Reklameverband trägt und in Deutschland natürlich am meisten interessiert. Seinem Aufbau hat der Verfasser daher auch sein besonderes Interesse zugewandt. Der Darstellung der Organisationen schließen sich aktuelle Beiträge führender Fachleute aus aller Welt über interessante Einzelfragen des Werbewesens an. Es schreiben u. a. Gilbert Hodge-Newyork, letzter Präsident des Advertising-Club, Newyork, über „Reklame, der Schlüssel zum Wohlstand der Welt“; Rt. Hon. Lord Riddell über „Die Entwicklung des Werbewesens in Groß-Britannien seit dem Kriege“; C. Hortenbach über „Die Presse als Reklameträger“, welcher Beitrag besonders auch dem Standpunkt der Redaktionen gerecht wird; Professor Frenzel-Berlin über „Ein Bild sagt mehr als 1000 Worte“ u. a. Die Neuerscheinung dürfte in allen interessierten Kreisen lebhafte Beachtung finden.

Deutsches Bauerntum. Schriftenreihe, herausgegeben von der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine e. V., Berlin, Heft 3 „Um die Rettung der deutschen Landwirtschaft“ mit einem Vorwort von Reichsminister a. D. Dr. A. Hermes, Präsident der Vereinigung der deutschen Bauernvereine e. V.

Kallee, Dr. Albert, Amtsgerichtsdirektor, und Gros. Dr. Paul, Amtsgerichtsrat, Taschenbuch des Arbeitsrechts. Verlag für Wirtschaft und Verkehr, Stuttgart, Pfizerstraße 20. 740 Seiten. Im Taschenformat auf holzfreiem Papier in mehrfarbigem Ganzleinenband. Preis RM 7.80.

Das von Dr. Kallee und Dr. Gros herausgegebene „Taschenbuch des Arbeitsrechts“ dürfte mit das Beste sein, was auf dem Gebiete der gedrängten und doch umfassenden Darstellung des Arbeitsrechts geleistet worden ist. Als Beweis für seine Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit kann das Erscheinen von 5 Auflagen innerhalb sehr kurzer Frist angesehen werden. Besondere Beachtung verdient der von Dr. Kallee bearbeitete erste, systematische Teil. In der Gliederung der Unterabteilungen, die einen lückenlosen Überblick über das gesamte Rechtsgebiet gewähren, zeigt sich eine besondere Kunst der Systematisierung. Es folgt als zweiter Teil das Lexikon des Arbeitsrechts, ein ausgezeichnetes Nachschlagewerk und daran schließt sich als dritter Teil noch eine Sammlung arbeitsrechtlicher Formulare an, die alle praktisch vorkommenden Fälle berücksichtigt. Die Darstellung steht auf dem Boden der Rechtsprechung und berücksichtigt abweichende Ansichten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Ein auswechselbarer Zahlenanhang enthält alle diejenigen Fragen, die erfahrungsgemäß einem raschen Wechsel unterliegen. Sobald in diesen Fragen Veränderungen eintreten, wird vom Verlag ein neuer Zahlenanhang herausgegeben, so daß das Buch immer auf dem laufenden gehalten wird.

Ausflugsführer „Hinaus aus der Stadt mit Straßenbahn, Omnibus und (B. V. A. G.)“ von Dr. E. R. Uderstädt, erschienen im Verlage der Berliner Verkehrs-A.-G. Zu der in Nr. 29 veröffentlichten kurzen Besprechung bemerken wir noch ergänzend mit, daß der Verfasser, Kollege Dr. Uderstädt, das Werk allen Redaktionen kostenlos zur Verfügung stellt, wenn sie es besprechen wollen.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

Milch - Volkswirtschaft - Volksgesundheit

Die Milchwirtschaft in Zahlen

Milch und Milchwirtschaft sind heute Probleme geworden, die weit über den Rahmen landwirtschaftlicher oder molkereitechnischer Fragen hinausgehen. Nicht nur, daß die mit der Milch täglich umgesetzten Geldwerte zu den bedeutendsten Faktoren unseres Wirtschaftslebens gehören, sondern auch der tägliche Bedarf an Milch und Milchprodukten für alle Bevölkerungsschichten und Kreise gibt allen Fragen der Milchwirtschaft besondere Bedeutung. Die deutsche Milchwirtschaft hat früher nicht die Beachtung gefunden, welche ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft entsprochen hätte. Erst Weltkrieg und Geldentwertung mit ihrem furchtbaren Mangel an Milch und Milcherzeugnissen haben weiteste Kreise nachdrücklichst auf den Wert der Milch als Nährquelle hingewiesen.

In Deutschland gibt es gegenwärtig 10 Millionen Milchkühe. Im Deutschen Reich waren vorhanden:

	Rindvieh	davon Kühe (auch Färsen, Kalbinnen usw.)
1928	18 390 000	9 430 000
1927	18 010 669	10 288 291
1921	16 790 699	9 061 598
1913	18 474 377	9 972 575

Der Versailler Vertrag forderte von uns die unmittelbare Abgabe von 175065 unserer besten Milchkühe. Die Viehbestände verringerten sich während des Krieges auf etwa 70 Prozent des Vorkriegsstandes. Heute hat die Zahl der Milchkühe mit etwa 10 Millionen Stück die Höhe der Vorkriegszeit bereits überschritten.

Der Durchschnittsmilchertrag je Kuh und Jahr wurde im Jahre 1913 auf etwa 2000 Liter geschätzt. Sachverständige beziffern den Ertrag vom Jahre 1925 schon wieder auf 1800 Liter und gegenwärtig auf etwa 2100—2200 Liter. Die in den deutschen Milchkontrollvereinen einer regelmäßigen Leistungskontrolle unterstehenden Kühe haben demgegenüber wesentlich höhere Milcherträge; im Durchschnitt zurzeit rund 3500 Liter. Am 1. Januar 1928 umfaßte das Milchkontrollvereinswesen in Preußen 13,7 Prozent des Gesamtkuhbestandes,

im Reich	9,8	Prozent
in Ostpreußen	25,9	„
in Oldenburg	23,5	„
in Pommern	21,4	„
in Schleswig-Holstein	20,2	„ usw.

10 Millionen Milchkühe

ergeben bei einem Durchschnittsertrag von nur 5 Kilogramm täglich 50 Millionen Kilogramm Milch im Werte von rund 10 Millionen RM am Tage. Das bedeutet für das Jahr einen **Gesamtwert der Milcherzeugung von 3,6 Milliarden RM.** Der Wert der deutschen Fleischerzeugung wird auf 2,5 Milliarden RM, der Getreideerzeugung auf etwa 2,3 Milliarden RM, der Roheisenerzeugung auf etwa 1 Milliarde RM, der Kohlenerzeugung auf etwa 2,3 Milliarden RM. Jahresproduktionswert geschätzt. Aus diesen Vergleichszahlen ergibt sich die überragende volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Milchwirtschaft.

Für die Landwirtschaft ist die Milch allein schon deshalb besonders wichtig, weil ihr Wert etwa 25 Prozent des Gesamtwertes der deutschen Agrarerzeugung ausmacht.

Der überwiegende Teil aller Kleinbetriebe hat sich im wesentlichen auf die Milchproduktion eingestellt, wie überhaupt die Tendenz der Milcherzeugung in den kleinsten Betrieben relativ am stärksten ist. Es entfallen vom Gesamtrindviehbestand auf die einzelnen Betriebsgrößen:

			Zahl der landwirtschaftl. Betriebe
unter 2	Hektar	6,5 Prozent	3 027 431
von 2— 5	„	16,4 „	894 454
von 5— 20	„	42,1 „	956 155
von 20—100	„	25,0 „	199 825
über 100	„	10,0 „	18 669

Demnach werden annähernd zwei Drittel des Gesamtrindviehbestandes in Betrieben unter 20 Hektar gehalten.

Gemäß der amtlichen Betriebszählung vom 16. Juni 1925 waren 12 661 Molkereien, in denen 46 916 Angestellte beschäftigt wurden, vorhanden.

Demgegenüber ist festzustellen, daß Deutschland eine sehr starke Einfuhr an ausländischen Molkereiprodukten aufzuweisen hat. Die Einfuhr betrug:

	1913 dz	1928 dz	1913 RM	1928 RM
Milch, frisch, auch entkeimt oder peptonisiert, Magermilch . .	327 895	247 392	4 807 000	5 170 000
Rahm, frisch, auch entkeimt od. peptonisiert	443 745	257	34 612 000	60 000
Buttermilch, Molken	133	8 656	—	438 000
Milchbutter, Butterschmalz	542 394	1 265 534	123 123 000	435 450 000
Hartkäse	242 586	547 100	34 447 000	94 405 000
Weichkäse	20 060	67 659	3 410 000	8 311 000
Milch, eingedickt, eingetrocknet (Pos. 208 und 219 c)	518	63 866	44 000	9 235 000

Der Wert des Gesamteinfuhrüberschusses an Milch und Milcherzeugnissen beläuft sich auf:

1913	191 823 000,— RM.
1926	448 628 000,— „
1927	494 174 000,— „
1928	549 995 000,— „

Digitized by Google

Die Haupteinfuhrländer für Deutschland sind für Milch die Schweiz, für Butter Dänemark, die Niederlande und Lettland, für Hartkäse die Niederlande, die Schweiz und Dänemark, und für Weichkäse Finnland, Tschechoslowakei und Frankreich.

Die in Deutschland erzeugte Milch (Kuh- und Ziegenmilch) wurde, wie folgt, verwertet:

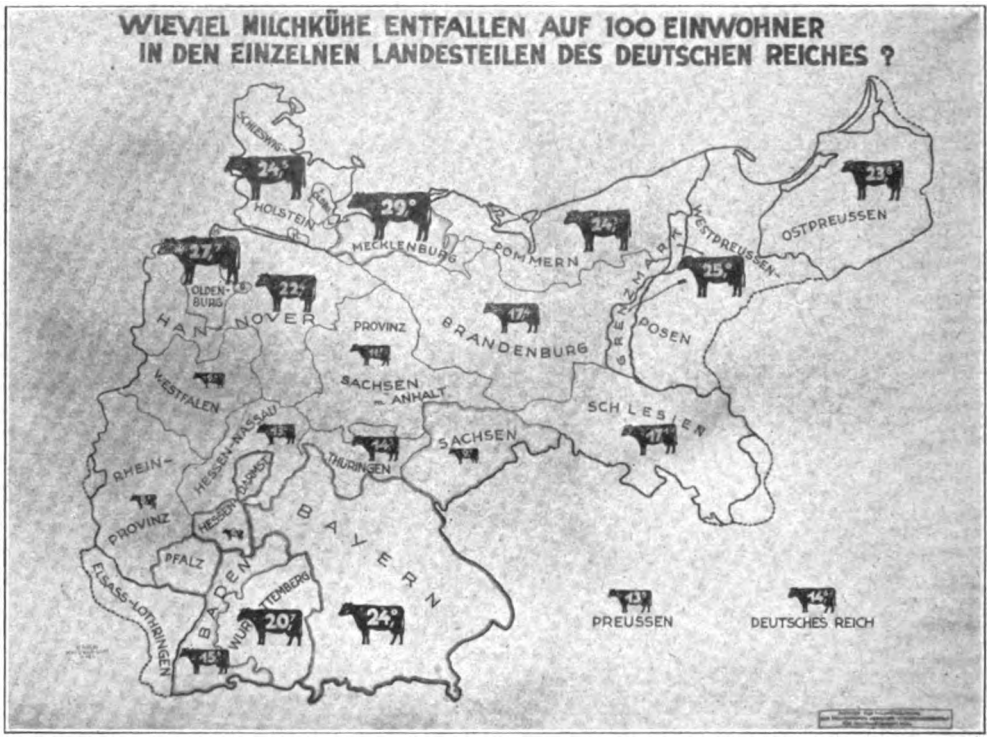
Zum unmittelb. Verzehr	35 v. H.	8 050	Millionen kg
Zur Butterbereitung	54 v. H.	12 420	„ „
Zur Käsebereitung	4 v. H.	920	„ „
Zu Aufzuchtszwecken	7 v. H.	1 610	„ „
		23 000	Millionen kg

Der Trinkmilchverbrauch ist in Deutschland pro Tag und Kopf der Bevölkerung geringer als im Ausland. Der tägliche Durchschnittsverbrauch stellt sich auf 0,26—0,27 Liter, während der Milchverbrauch z. B. in Kopenhagen 0,40, Stockholm 0,58, Basel 0,72 und Antwerpen 0,75 Liter beträgt. In amerikanischen Städten steigt der Milchverbrauch bis zu 1 Liter und darüber.

64 Prozent des Fettbedarfs und 17 Prozent des Eiweißbedarfs der Bevölkerung werden in Deutschland durch Milch gedeckt. Von 100 Wärmeeinheiten in der Nahrung werden rund 15 Prozent durch Fleisch und rund 14 Prozent durch Milch und Milchprodukte gedeckt.

Milch, Wissenschaft und Forschung

Die Tatsache, daß Milch ein hochwertiges Nahrungsmittel ist, läßt nicht ohne weiteres erkennen, wieviel wissenschaftliche, wirtschaftliche und organisatorische Probleme sie uns aufgibt. Vertreter aus fast allen naturwissenschaftlichen und technischen Wissensdisziplinen sind mit der Lösung dieser Probleme beschäftigt. Die Fülle der Aufgaben ist so groß, daß es überflüssig erscheint, einzelne durch Aufzählung hervorzuheben. Die Stellung der Milch zu den Wissenschaften ist an der Zahl der eigenen Forschungsanstalten, Institute usw. zu erkennen. Deutschland besitzt zwei eigene milchwirtschaftliche Forschungsanstalten — eine für Preußen in Kiel und die zweite für Süddeutschland in Weihenstephan bei Freising, letztere mit einer Zweigstelle in Wangen (Württemberg). Milchwirtschaftliche Institute und Lehranstalten wurden eingerichtet in: Oranienburg, Greifswald, Breslau, Münster in Westfalen, Cleve im Rheinland, Boos i. Allgäu, Weiler i. Allgäu, Molkereischulen



befinden sich in: Kiel, Königsberg, Gr. Karschau (Ostpr.), Halle a. Saale, Fulda (Hessen-Nassau), Braunschweig und Güstrow. Außerdem wird Milchwirtschaft als eigene Wissensdisziplin an verschiedenen deutschen Universitäten und Hochschulen gelesen, so z. B. in Berlin, Königsberg, Breslau, Halle a. S., Kiel, Göttingen, Bonn-Poppelsdorf, München, Leipzig, Hohenheim, Gießen, Jena und Hamburg.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß zur Herstellung hochwertiger Qualitätsware ein einwandfrei gewonnenes Rohprodukt gehört, sind eine Reihe von Melker- und Viehhaltungsschulen gegründet worden, durch die einschlägige Lehrgänge teils als Wanderkurse abgehalten werden. Institute dieser Art befinden sich in: Echem b. Lüneburg, Kellen b. Kleve, Ramten i. Ostpr., Östinghausen i. Westf., Ohlau-Baumgarten (Schlesien), Bokeholm (Schleswig-Holstein), Spitalhof b. Kempten (Allgäu), Großtalerhof (Oberbay.), Altenbach (Niederbay.), Wokern b. Rostock.

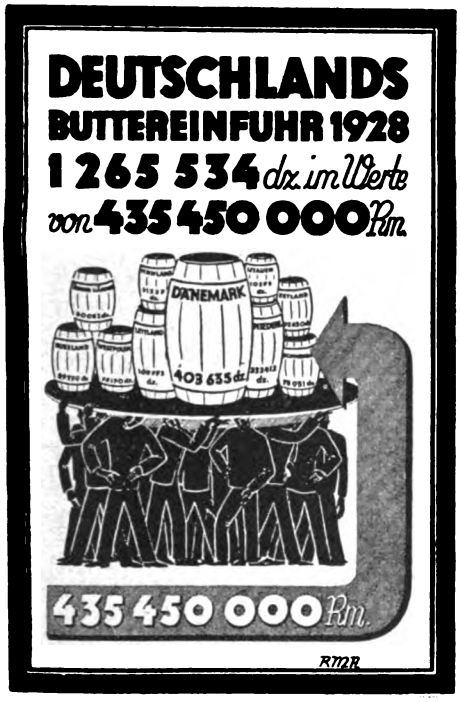
Matern sämtlicher Abbildungen

sind kostenlos durch die Geschäftsstelle des Reichsmilchausschusses Berlin W 8, Wilhelmstr. 48 und auch durch den Verlag der Deutschen Presse, Berlin SW 48, Friedrichstr. 240/41, zu beziehen.

Digitized by Google

Milch in der ärztlichen Praxis

Die Milch ist ein vorzügliches Nahrungsmittel für den Säugling; er kann, vernünftig ernährt, etwa das erste Lebenshalbjahr allein von einer Milchernährung existieren. Dann aber würden merkliche Schädigungen auftreten, falls gewisse Ergänzungen der Nahrung dem wachsenden Organismus vorenthalten würden. Vom 2. Lebensjahr ab bedeutet nunmehr die Milch ein Ergänzungsnahrungsmittel für das Kind. Dasselbe gilt auch für den Erwachsenen.



Als natürliches Getränk ist die Milch eines der kalorienreichsten, die wir kennen. Allerdings wird eine gewisse Leistungsfähigkeit des Magen-Darmkanals Vorbedingung sein müssen bei der Einleitung einer Milchdiät. Erheblich störend können Überempfindlichkeit, verzögerte Austreibung und leicht erregbare Übelkeit ins Gewicht fallen. Aber auch hier versucht man, sofern die Störungen sich zeigen sollten, erst einmal sein Heil mit ganz langsamem Trinken, Verdünnen mit Mineralwasser oder Tee. Ein Zusatz von Grieß oder Mehl macht die Milch schon leichter verdaulich. Auch kann es ratsam sein, die Milch mit Lab oder Pegnin künstlich vorzuverdauen. Widerwillen gegen Milchgenuß läßt sich oft durch Bettruhe überwinden.

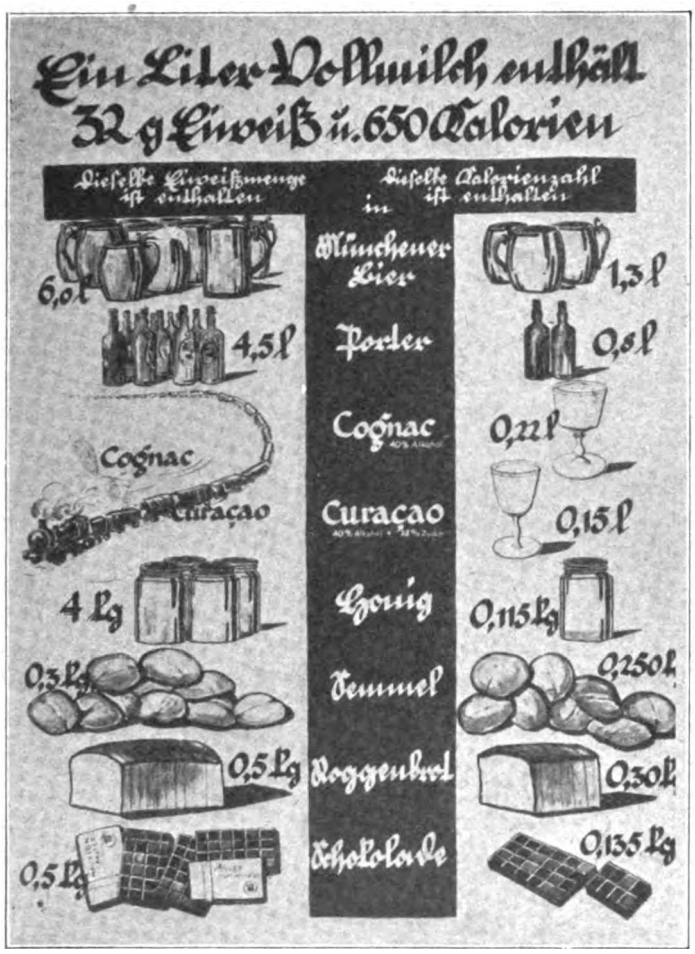
Therapeutisch verwenden wir die Milch bei Zuständen im Darm, die mit ungewöhnlich starker Fäulnis einhergehen. Da sind es besonders die Sauermilchen (Joghurt, saure Milch, Buttermilch), die in sehr vielen Fällen von günstiger Wirkung sind. Durch ihren Säuregehalt streben wir eine Vermehrung der Milchsäurebazillen an, mit deren Hilfe dann der Kampf gegen die Fäulniserreger mit gutem Erfolg aufgenommen werden kann.

Bei Erkrankungen der Leber und Gallenwege bedienen wir uns in vielen Fällen mit gutem Erfolg der Milch. Nierenkranken verordnen wir geradezu Milch in vielen Fällen. Die Milch hat den großen Vorteil einer gewissen Kochsalzarmut, was für viele Nierenleidende von ausschlaggebender Bedeutung sein kann. Ob ihr relativ hoher Stickstoff- und Wassergehalt von Nachteil ist, wäre von Fall zu Fall zu entscheiden. — Bei allen gichtischen Leiden bewährt sich die Milch recht gut. Bei Krankheiten des Gefäßsystems und des Herzens wird Milch mit Vorteil dann anzuwenden sein, wenn Neigung zu Wassersucht besteht. Milch und gekochtes Obst gelten als hervorragende, kochsalzarme Krankendiät. Bei Kochsalzeinschränkung oder -hunger verliert der Mensch beträchtliche Mengen dieses sonst so wichtigen Salzes und schwemmt andrerseits unter diesem Verlust bedeutende Quantitäten Wasser aus. Damit eignet sich die Milch auch vorzüglich bei der Behandlung gewisser Hautkrankheiten, bei denen es darauf ankommt, einen Einfluß auf den Mineralstoffgehalt der Haut zu bekommen. — Bei Blutkrankheiten schätzen wir die Milch als Ergänzungsnahrungsmittel zumal bei den oft appetitlosen und empfindlichen Individuen. Im Greisenalter sollte der Arzt auf reichlichen Milchgenuß Wert legen. Von großem Wert ist es, daß Milch den Patienten meist nicht übersättigt; so ist es auch in der Rekonvaleszenz ohne Schwierigkeiten möglich, ein Milchquantum während oder nach der Mahlzeit trinken zu lassen, und viele Patienten nehmen Milch sogar früh vor dem Frühstück und abends vor dem Schlafengehen. Man braucht den Vorteil einer solchen Diät bei Tuberkulösen nicht näher auszuführen. Auch von stillenden Frauen wissen wir, daß sie erstaunliche Quantitäten Milch zu sich nehmen können, ohne wesentliches Sättigungsgefühl zu empfinden.

Digitized by Google

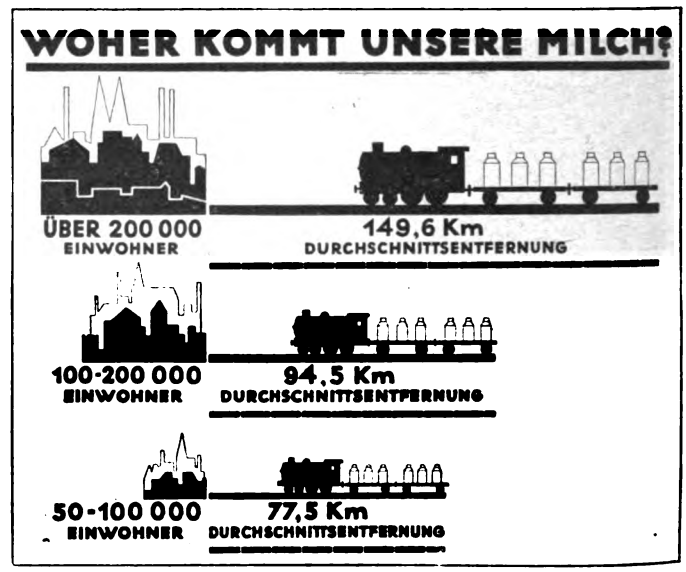
Der Reichsmilchausschuß

Die sich aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage ergebende Notwendigkeit rationeller und gesunder Ernährungsweise des deutschen Volkes und die enge Verbundenheit der Milchwirtschaft mit der um ihre Existenz ringenden Landwirtschaft haben im April 1926 zu der Über-



legung geführt, in einem besonderen Ausschuß die wohlverstandenen Interessen der Verbraucherschaft und der Landwirtschaft miteinander zu vereinigen und dem zu diesem Zweck gebildeten Reichsmilchausschuß folgende Zielsetzung zu geben: Auf der einen Seite Hebung der Qualität bei der Milchgewinnung und bei der Milchverarbeitung durch Propagierung der hygienischen Forderungen und betriebswirtschaftlichen Verbesserungs- und Rationalisierungsmöglichkeiten, auf der anderen Seite Hebung des Verbrauchs durch Steigerung des Verbraucherwillens auf dem Wege der Aufklärung möglichst weiter Kreise über Nährwert und Preiswürdigkeit von Milch und Milcherzeugnissen und durch Vermehrung der Verbrauchsgelegenheiten, ausgehend von dem Gedanken, daß praktische Anregungen über die Verwendung von Milch und Vermehrung, der Milchausschankgelegenheiten die beste Popaganda sind. Der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ist gleichzeitig Vorsitzender des Reichsmilchausschusses. Seinem Ziel gemäß hat sich der Reichsmilchausschuß aller Werbemittel in Schrift, Bild und Wort und auf dem Wege praktischer Anregungen bedient; er bedarf insbesondere der Mitwirkung der Presse. Zur laufenden Unterrichtung der Presse wird ein eigenes Korrespondenzblatt monatlich einmal kostenlos herausgegeben. Der Werbekreis, d. h. diejenigen Organisationen und Einzelpersönlichkeiten, mit deren Hilfe die Maßnahmen vorbereitet und durchgeführt werden, und an die sich die Werbung richtet, umfaßt die gesamte milchwirtschaftliche Praxis, nämlich Landwirtschaft, Molkereien und Milchhandel, wie auch die Verbraucherschaft im weitesten Sinne des Wortes, insbesondere Hausfrauen, Jugend, Arbeitnehmer und -geber, Beamte, Sporttreibende, Gesundheitspflege, Wohlfahrtspflege usw. Der Reichsmilchausschuß dient also — kurz gesagt — im Interesse der Volksernährung der Zusammenfassung und Förderung aller Bestrebungen, die auf Hebung des Verbrauchs der Bevölkerung an Milch und deutschen Milcherzeugnissen, insbesondere auch durch Steigerung ihrer Güte, gerichtet sind.

Anschrift der Geschäftsstelle: Berlin W 8, Wilhelmstraße 48. Fernsprecher: Zentrum 3590 und 4190.



Unsere Städte werden von Jahr zu Jahr größer; die laufende Versorgung der Bevölkerung mit leichtverderblichen Lebensmitteln wird damit immer schwieriger. Ein für fast alle Kreise unentbehrliches und dabei sehr leicht verderbliches Nahrungsmittel ist die Milch. Jeder verlangt täglich seine Milch, ohne jemals zu bedenken, woher sie eigentlich kommt und wie es möglich ist, sie stets frisch und wohlschmeckend zu bekommen. Unendlich viel Mühe und Sorgfalt bei der Gewinnung, beim Transport und bei der Behandlung in der Molkerei und beim Milchhändler müssen aufgewandt werden, um die hervorragenden Eigenschaften dieses wertvollen und vergleichsweise billigen Volksnahrungsmittels zu erhalten. Ein kleiner

Digitized by Google

Teil der täglich in einer Stadt verbrauchten Milch wird in Kuhställen in der Stadt oder vor deren Toren gewonnen, während der weitaus größere Teil von außerhalb eingeführt werden muß. Nach einer Umfrage in 91 deutschen Städten betrugen die Durchschnittsentfernungen für eingeführte Milch 149,6 Kilometer bei den größten, 94,5 Kilometer bei den mittleren und 77,5 Kilometer bei den kleineren Städten. Rund 70 Prozent der eingeführten Milch wird durch die Eisenbahn herangebracht. Die größten Entfernungen für den Milchbezug sind für Berlin 270 Kilometer, Nürnberg 230 Kilometer und Frankfurt a. M. sogar 380 Kilometer.

Die Milch in Kultur, Technik und Wirtschaft

Die erste Flaschenmilch kam 1878 in Amerika in den Handel. Man benutzte in Brooklyn zunächst Bierflaschen dazu.

Ein Liter Milch enthält 24 bis 30 Millionstel Gramm Jodsalze. Jod steht in inniger Beziehung zu der Tätigkeit der Schilddrüse. Bei Jodmangel treten krankhafte Veränderungen der Schilddrüse auf.

Das Durchschnittsalter der Bewohner in Balkanländern ist ein viel höheres als das der Europäer. Man führt diese Tatsache auf den reichlichen Verzehr von Sauermilch, Joghurt und Kefir zurück.

Ein erwachsener Mensch verbraucht bei mittlerer Arbeit im Jahr durchschnittlich 37 Pfund Butter und Fett, 102 Liter Milch, 400 Pfund Getreide und 700 Liter Flüssigkeit.

Zu einem Pfund Butter benötigt man rund 15 Liter Milch mit einem Fettgehalt von 3 Prozent.

Eine Kuh gibt in Deutschland pro Jahr durchschnittlich 2000—2200 Liter Milch. Einzelne Kühe mit besonders guten Leistungen haben es im vergangenen Jahre auf über 12 000 Liter gebracht.

Kefir ist eine besonders bekömmliche Sauermilchart, die bis zu 1 Prozent Alkohol bilden kann.

In Deutschland sind zurzeit 46 900 Personen mit der Herstellung von Milchwaren, Butter und Käse beschäftigt.

Die erste Zentrifuge für fortlaufende Entrahmung der Milch wurde am 26. Juni 1878 in der Genossenschaftsmolkerei in Kiel aufgestellt. Dieses Entrahmungsinstrument ist heute über die ganze Welt verbreitet.

Die ältesten schriftlichen Überlieferungen, die uns Kunde von der Milch geben, sind die heiligen Gesänge der Inder, die „Vedas“, deren Ursprung in die Jahre 2000—1400 vor Christus gelegt wird.

In einem Kubikmillimeter Kuhmilch sind je nach der Tierrasse 2—5 Millionen Fetttröpfchen enthalten, während sich in einem Kubikmillimeter Frauenmilch nur 0,8—1 Millionen Fetttröpfchen befinden.

Griechen und Römer benutzten Butter hauptsächlich als Schönheits- und Heilmittel in Salbenform. Im 17. Jahrhundert war Butter in Spanien nur in Arzneihandlungen zum äußerlichen Gebrauch zu haben.

Milchwirtschaftliche Qualitätswaren

Die Voraussetzung für die Herstellung hochwertiger Molkereierzeugnisse ist die einwandfreie Beschaffenheit der zur Verarbeitung gelangenden Milch. Der deutschen Land- und Milchwirtschaft ist es gelungen, den gesteigerten Qualitätsansprüchen der Verbraucherschaft Rechnung zu tragen. Nicht oft genug kann der weit verbreiteten Auffassung entgegengetreten werden, daß die ausländischen Molkereiprodukte in ihrer Qualität die deutschen übertreffen sollen.

Da die Qualität, insbesondere bei Butter, von ausschlaggebender Bedeutung für die Marktfähigkeit ist, gehen die Bestrebungen dahin, die Herstellung einer scharfen Kontrolle zu unterwerfen.

Die so kontrollierte Butter, unter dem Namen „Markenbutter“ bekannt, ist in Deutschland erstmalig im April 1925 von der Provinz Schleswig-Holstein auf den Markt gebracht worden.

Digitized by Google

Heute wird Markenbutter in den meisten Erzeugergebieten hergestellt, z. B. in Pommern, Hannover, Mecklenburg, Ostpreußen, Ostfriesland, Westfalen, Oldenburg, Hessen, Baden, Bayern und Württemberg usw.

033159 *

Amtliche Butterkontrolle der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein

ewig ungeteilt

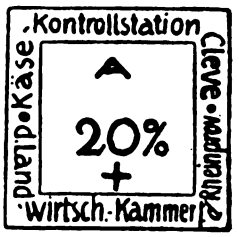
033159 *

Auch auf dem Gebiete der **Käsebereitung** haben die Bestrebungen zur Hebung der Güte sich erfolgreich ausgewirkt. In Süddeutschland (Bayern) sorgen staatliche Vorschriften mit einer durchgreifenden Kontrolle dafür, daß jede Käsepackung, die in den Verkehr gelangt, die Aufschrift trägt:

BAYER. KÄSE
45% FETT I. T.
208

Allgäuer Käse
45% Fett i. T.
123

Die Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz hat eine amtliche Käsekontrollstelle am Niederrhein errichtet. Der in den ihr angeschlossenen Molkereien, in der Hauptsache nach Holländer Art hergestellte Käse erhält eine besondere Kontrollmarke der Landwirtschaftskammer, die den betr. Fettgehalt: 20, 30, 40, 45 Prozent Vollfett garantiert.



Neben diesen unter amtlicher Kontrolle stehenden Käsen werden in den verschiedenen Erzeugergebieten auch hochwertige Qualitätskäse hergestellt, die den Namen des Erzeugers tragen.

In diesem Zusammenhange sei nur kurz auf die erfreuliche **Zunahme des Flaschenmilchverbrauchs** (teilweise auch als Markenmilch), Einführung der Bezahlung der Milch an die Landwirte nach Qualität, auf die Ausbreitung der Milchpasteurisation und ähnliche Maßnahmen hingewiesen, die alle geeignet sind, die Qualität der deutschen Erzeugnisse zu heben und zu gewährleisten.

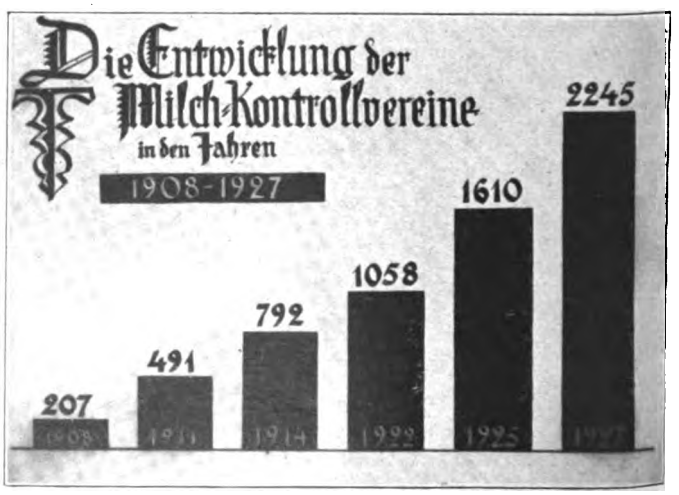
Alle diese Bestrebungen zur Verbesserung der Qualität deutscher Molkereierzeugnisse und der Milch finden eine starke Förderung durch den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, der erhebliche Mittel zum Ausbau und zur Neuorganisation des Molkereiwesens sowie zur Verbesserung der Absatzverhältnisse bereit gestellt hat. Darüber hinaus wird das vom Reichsminister ausgearbeitete Reichsmilchgesetz wirksame Handhaben zur Verbesserung der milchwirtschaftlichen Verhältnisse in Kürze bieten.

Die Milchkontrollvereine

Die gesamte wirtschaftliche Entwicklung zwingt den Landwirt dazu, den Erzeugnissen mit schnellem Umsatz erhöhte Betrachtung zu widmen. Hier steht die Milchproduktion an erster Stelle; die Milchleistungen der Vorkriegszeit sind nicht nur erreicht, sondern teilweise überschritten. Einen wesentlichen Anteil an dieser Mehrerzeugungsarbeit haben die Milchkontrollvereine. Am 1. Januar 1928 waren in Deutschland 2612 Kontrollvereine mit 50 888 landwirtschaftlichen Betrieben und 924 484 Kühen vorhanden. Die Zahl der Vereine und der angeschlossenen Betriebe nimmt von Jahr zu Jahr zu.

Die Durchschnittsleistung von Kontrollvereinskühen betrug 1927 rund 3300 Liter und 1928 fast 3500 Liter (Gesamtdurchschnittsleistung aller Kühe in Deutschland pro Kopf und Jahr zirka 2200 Liter). Nach den letzten Erhebungen von 1928 haben 46 Kühe eine Milchleistung von über 9000 Liter. Den höchsten Ertrag brachte 1928 die rheinische Kuh „Therese 10 390“ = 12 164 Kilo Milch mit 3,66% Fett. Diese Leistungssteigerung ist durchweg durch eine systematische Auslese und zweckmäßige Fütterung erreicht worden.

Aber nicht allein „mehr Milch“, sondern auch „bessere Milch“ heißt die Forderung. Der Verbraucher verlangt und bezahlt nach Qualität. Einwandfreie Milchgewinnung ist die Vorbedingung zur Erzielung erstklassiger Milchprodukte, nur durch beste Qualität der Inlandserzeugnisse ist es möglich, der Auslandseinfuhr an Milchprodukten, die 1928 über 500 Millionen Mark betrug, entgegenzuwirken.



Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 32 — Berlin, den 10. August 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14483. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Zusammenarbeit der Zeitungswissenschaft mit der Praxis.

1. Zeitungsfachlicher Fortbildungskursus des Deutschen Instituts für Zeitungskunde in Berlin.

Von Dr. Friedrich Bertkau, Berlin.

Die deutsche Zeitungswissenschaft verdankt ihre heutige Stellung als anerkanntes Lehrfach an deutschen Universitäten nicht zum wenigsten der tatkräftigen Unterstützung durch die Berufsverbände. Auch dort, wo die „Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse" nicht die unmittelbare Patenschaft der Institute für Zeitungskunde übernehmen konnte, wie sie das in Berlin und Heidelberg getan hat, sind die Bezirksverbände des „Reichsverbandes der deutschen Presse" und des „Vereins Deutscher Zeitungsverleger E. V." wertvolle Helfer am Werk der jungen deutschen Zeitungswissenschaft. Das liegt in der Natur der Sache, denn auf kaum einem anderen wissenschaftlicher Forschung unterworfenen Gebiet bedarf der Theoretiker, wenn er nicht fehlgehen will, in solchem Maße ständiger enger Fühlung mit der in ununterbrochener lebhafter Entwicklung befindlichen Praxis als im Bereiche der Zeitungswissenschaft. Das Studium des lebendigen Organismus der Presse ist für seine Erkenntnis auch in der Vergangenheit unerläßlich. Aber auch, wenn dieses rein wissenschaftliche Bedürfnis nicht vorläge, würde man in der Zielsetzung zeitungswissenschaftlicher Arbeit den Blick auf ihre praktischen Auswirkungsmöglichkeiten für das Berufsleben richten müssen, wie es ja in jedem anderen Fache ebenso geschieht. Daher lautet § 1 der Satzungen der „Deutschen Gesellschaft für Zeitungskunde", als Trägerin des Berliner Instituts:

> „Die „Deutsche Gesellschaft für Zeitungswissenschaft" hat den Zweck, die Zeitungswissenschaft in ihrem Gesamtbereich zu pflegen und sie durch Unterhaltung eines Forschungs- und Lehrinstituts in der Reichshauptstadt, das den Namen „Deutsches Institut für Zeitungskunde" trägt, in den Dienst der Allgemeinheit und der beruflichen Bildungsbestrebungen der deutschen Zeitungsleute zu stellen."

Und die Satzung des Instituts weist für diese Forderung den praktischen Weg, wenn sie in ihrem ersten Paragraphen u. a. als Zweck des Instituts bezeichnet,

> „für die Berufsbildungsbestrebungen der deutschen Zeitungsleute durch eigene Veranstaltungen von Fach- und Fortbildungskursen zu sorgen."

Die wiederholt unterbrochene Entwicklung des Berliner Instituts, die erst mit der Ernennung Professor Dovifats zu seinem Direktor in feste Bahnen gelenkt wurde, verhinderte leider bisher die von Anbeginn der Arbeit geplante Ausführung der Satzung in dem wichtigen Punkte der Berufsbildung, aber nun ist es, wiederum dank der opferbereiten Mitwirkung der „Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse", gelungen, den „1. Zeitungsfachlichen Fortbildungskursus" des Deutschen Instituts für Zeitungskunde in Berlin für das Wintersemester anzuberaumen.

Er soll vom 21.—30. November d. Js. stattfinden.

Die nachfolgende Veröffentlichung des in Aussicht genommenen Arbeitsplanes gibt zwar eine ziemlich genaue Vorstellung von dem, was die Teilnehmer des Kursus zu erwarten haben, sie bedarf jedoch zum besseren Verständnis unserer Absichten der Erläuterung.

Zunächst gilt es, ein mögliches Mißverständnis auszuschalten. Wem von den Kollegen die Zeit blieb, sich mit dem Wesen deutscher zeitungswissenschaftlicher Arbeit vertraut zu machen, dem wird diese Kernfrage geläufig sein: Sind die deutschen zeitungswissenschaftlichen Institute „Journalistenhochschulen" etwa im amerikanischen Sinne? Gerade, wenn man von „zeitungsfachlichen Fortbildungskursen" hört, könnte diese Frage wieder auftauchen. Deshalb ist es notwendig, hier von vornherein zu betonen, daß die deutschen zeitungswissenschaftlichen Institute in vollem Einklang mit den führenden Berufsverbänden den amerikanischen Gedanken scharf ablehnen. Wir stehen, wie die deutschen Zeitungsfachleute, Journalisten und Verleger, nach wie vor auf dem Standpunkt, daß für die deutsche Presse eine Berufsschule ebensowenig in Frage kommt wie ein Berufsexamen, sondern daß die Freiheit der Berufsvorbereitung die Eigenart deutscher Pressefachleute bleiben und die Eignung zu unserem Berufe nur durch die Bewährung in der Praxis der Redaktion und des Verlages qualifiziert werden soll. So dient die deutsche Zeitungswissenschaft der Berufsvorbildung und -fortbildung nicht mehr und nicht minder als jede andere Wissenschaft, die den Studierenden in die Lage versetzt, sich die nötigen oder erwünschten theoretischen Kenntnisse zu erwerben, auf denen er einst sein Leben praktisch im Beruf aufbauen will.

Das Institut für Zeitungskunde in Berlin sieht es also auch nicht als seine Aufgabe an, dem Berufe neue Kräfte zuzuführen, die sich gerade jetzt, vielfach in der falschen Auffassung, als habe die Zeitungswissenschaft eine neue Berufskonjunktur geschaffen, in Massen in die Hörsäle drängen. Demgegenüber nimmt das Institut bewußt die Stellung des Warners ein und fühlt sich in den weitaus meisten Fällen auf Grund seiner Erfahrungen verpflichtet, von der journalistischen Laufbahn dringend

Digitized by Google

abzuraten, wenn nicht ganz besondere Begabung dafür vorliegt. Aber auch in diesen seltenen Fällen wird auf die entscheidende Bedeutung der praktischen Erprobung nachdrücklich verwiesen. Ganz in diesem Sinne ist unser zeitungsfachlicher Fortbildungskursus nicht auf die Berufsfortbildung in schulmäßiger Weise eingestellt, sondern er soll zunächst Redakteuren aus dem Reiche ermöglichen, „in der Reichshauptstadt durch eigene Anschauung und persönliche Fühlungnahme das praktische, wirtschaftliche und kulturelle Leben kennen zu lernen, das dort einen Mittelpunkt findet", wie es in dem von der Reichsarbeitsgemeinschaft angenommenen Plane heißt, zu dessen Durchführung die Herren Direktor Gustaf Richter, Prof. Jul. Ferd. Wollf und Dr. Martin Carbe als Vertreter der Reichsarbeitsgemeinschaft dem Direktor des Instituts zur Seite getreten sind. Wie dort weiter angeführt wird, „sollen Redakteure, befreit von der Alltagsarbeit des engeren Pflichtenkreises, Eindrücke und Anregungen sammeln, um zu eigener publizistischer Arbeit neue Kräfte zu gewinnen und dadurch namentlich der Gefahr uniformierender Korrespondenzarbeit entgegenzuwirken". Deshalb tritt auch neben die Vortragsarbeit an den Vormittagen, die nach kurzem Vortrag vor allem gründlicher Aussprache Raum geben sollen, als gleichwichtiger Teil die Fühlung mit der Praxis in den nachmittäglichen Führungen, Arbeiten in Parlamenten, Besuch der Wirtschaftsbetriebe, der Theater, Konzerte usw. und den der Nutzbarmachung nach eigenem Bedürfnis überlassenen Freizeiten.

Für die Kollegen soll der Kursus kostenlos sein und auch keine Anrechnung auf den Urlaub stattfinden. Die so niedrig als möglich gehaltenen Reise- und Aufenthaltskosten sollen von den Verlagen getragen werden, in deren Interesse solche Fortbildungsmöglichkeiten für ihre Redakteure ja auch gelegen sind. Deshalb soll auch von „Festveranstaltungen" Abstand genommen werden. Dagegen wird den Kursusteilnehmern zum freien Besuche von wissenschaftlichen Instituten, Konzerten und Theatern, Galerien und Ausstellungen je nach Art der ressortfachlichen Gruppe reiche Gelegenheit geboten.

Als innere Angelegenheit der gesamten Presse und eines wissenschaftlichen Instituts vollziehen sich die Arbeiten auf dem neutralen Boden parteipolitischen und sonstigen Burgfriedens, wie es den Kollegen aus der Arbeit des darin mustergültigen „Reichsverbandes der deutschen Presse" ja geläufig ist.

Der erste zeitungsfachliche Fortbildungskursus des Berliner Instituts soll mit wechselndem Programm zu einer ständigen Einrichtung werden. Dies sei gesagt, um das Fehlen mancher Gegenstände in diesem ersten Studienplan zu erklären. Die große Mannigfaltigkeit der Pressearbeit macht die Aufteilung des Stoffes notwendig, die gründlicher Bearbeitung zugute kommen wird. Der hoffentlich große Erfolg unserer der Berufsfortbildung der deutschen Zeitungsleute gewidmeten Bestrebungen wird von der Anteilnahme abhängen, die Redakteure und Verleger dem Besuche des ersten Fortbildungskursus entgegenbringen.

Vorläufiger Studienplan.

(Änderungen vorbehalten.)

Zeitungsfachliche Abteilung. Leitung: Professor Dr. Dovifat.

Donnerstag, 21. 11. 29. — Prof. Dr. Emil Dovifat, Direktor des Deutschen Instituts für Zeitungskunde, Berlin: „Aufgaben und Arbeitsmethode des ersten zeitungsfachlichen Fortbildungskurses".

Freitag, 22. 11. 29. — Professor Dr. Erich Everth, Direktor des Instituts für Zeitungskunde an der Universität Leipzig: „Das öffentliche Interesse als Ziel journalistischer Arbeit".

Sonnabend, 23. 11. 29. — Dr. Friedrich Bertkau, wissenschaftlicher Referent am Deutschen Institut für Zeitungskunde, Berlin: „Die Mitarbeit der Praxis an zeitungswissenschaftlichen Problemen".

Montag, 25. 11. 29. — Dr. jur. Martin Carbe, Generalbevollmächtigter der Fa. Rudolf Mosse, Berlin: „Kritische Freiheit und Anzeigenboykott".

Dienstag, 26. 11. 29. — Professor a. d. Handelshochschule Georg Bernhard, Chefredakteur der Vossischen Zeitung, M. d. R. und M. d. RWR.: „Presse und Bürokratie".

Mittwoch, 27. 11. 29. — Direktor Walter Wolff, Verlag Rudolf Mosse: „Die jüngste Entwicklung des Anzeigenwesens".

Donnerstag, 28. 11. 29. — Bruno Dreßler, Herausgeber der „Typographischen Mitteilungen": „Neuestes aus der Drucktechnik".

Freitag, 29. 11. 29. — Dr. Walter Zechlin, Ministerialdirektor, Pressechef der Reichsregierung: „Die Organisation der Presseabteilung der Reichsregierung".

Sonnabend, 30. 11. 29. — Paul Baecker*), Chefredakteur, M. d. L. und M. d. RWR.: „Die Nachrichtenpolitik der Interessenten".

Politische Gruppe. Leitung: Dr. Stern-Rubarth.

Donnerstag, 21. 11. 29. — Dr. Edgar Stern-Rubarth, Chefredakteur im Wolffschen Telegraphenbüro, Berlin: „Die politische Eigenarbeit in der Tageszeitung".

Freitag, 22. 11. 29. — Ein führender politischer Beamter: „Zehn Jahre Versailler Vertrag".

Sonnabend, 23. 11. 29. — Dr. Erich Koch-Weser, Reichsjustizminister a. D.: „Die Pläne zur Reichsreform".

Montag, 25. 11. 29. — Paul Loebe*), Reichstagspräsident: „Parlament und Presse". — Richard Lotz, Chefredakteur (Verein Deutscher Zeitungsverleger): „Journalistische Parlamentsarbeit".

Dienstag, 26. 11. 29. — Prof. Dr. Otto Hoetzsch, Direktor des Osteuropäischen Seminars der Universität: „Auslandsdeutschtum und Minderheitenproblem".

Mittwoch, 27. 11. 29. — Dr. Georg Kaisenberg, Minist.-Direktor im Reichsamt des Innern: „Die Möglichkeiten einer Wahlrechtsreform".

Donnerstag, 28. 11. 29. — Dr. Herbert Dorn*), Prof. h. c., Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium: „Die Entwicklung der Reparationsprobleme".

Freitag, 29. 11. 29. — Ein führender Fachmann: „Die Weltwirtschaftspolitik im Rahmen der deutschen Außenpolitik."

Sonnabend, 30. 11. 29. — Professor Dr. M. P. Rühlmann, Oberregierungsrat im Reichsministerium für die besetzten Gebiete: „Rheinlandprobleme." — Dr. Edgar Stern-Rubarth: „Völkerbundsjournalistik."

Wirtschaftspolitische Gruppe. Leitung: Hans Hirschstein.

Donnerstag, 21. 11. 29. — Hans Hirschstein, Chefkorrespondent des „Hamburger Fremdenblattes": Staatswirtschaft und Privatwirtschaft im Handelsteil." — Graf Schwerin von Krosigk, Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium: „Technik und Aufbau des Reichshaushaltes."

Freitag, 22. 11. 29. — Dr. Arthur Zarden, Ministerial-Direktor im Reichsfinanzministerium: „Gegenwartsfragen der Steuerpolitik."

Sonnabend, 23. 11. 29. — Prof. Dr. Joh. Popitz, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium: „Finanzielle Verflechtung von Reich und Ländern."

Montag, 25. 11. 29. — Dr. Hans Posse, Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium: „Handelsvertragspolitik."

*) Endgültige Zusage steht noch aus.

Digitized by Google

Dienstag, 26. 11. 29. — Prof. Dr. Götz Briefs, Technische Hochschule, Berlin: „Die Sozialpolitik des Auslandes.“

Mittwoch, 27. 11. 29. — Dr. A. Grieser, Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium: „Zehn Jahre deutsche Sozialpolitik.“

Donnerstag, 28. 11. 29. — Prof. Dr. Julius Flechtheim: „Wichtige Fragen der Bilanzkunde.“ — Chefredakteur Bruno Buchwald: „Bilanz- und Ertragsrechnung der A.-G.“

Freitag, 29. 11. 29. — Dr. J. Kastenholz, Handelsredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Berlin: „Die Börse und ihre Technik.“ — Gustav Wehnert, Handelsredakteur der „DAZ“ übernimmt eine Führung durch die Börse.

Sonnabend, 30. 11. 29. — Chefredakteur Felix Pinner: „Die Träger der Wirtschaft und des Handelsteils.“ — Dr. Karl Feßmann: „Der Laie und der Handelsteil.“

Kulturpolitische Gruppe. Leitung: Dr. Gustav Manz.

Donnerstag, 21. 11. 29. — Dr. Gustav Manz: „Die Kulturaufgaben der Presse.“

Freitag, 22. 11. 29. — Dr. Paul Fechter*) (DAZ): „Die Aufgaben der Buchkritik.“ — Karl Rosner, Schriftsteller, Geschäftsführer der Cottaschen Buchhandlung, Berlin: „Buch und Zeitung.“

Sonnabend, 23. 11. 29. — Dr. Bernhard Diebold, Redakteur der „Frankfurter Zeitung“: „Was die Presse vom Theater erwartet.“ — Prof. Leopold Jeßner*), Generalintendant der Staatl. Schauspiele: „Was das Theater von der Presse erwartet.“

Montag, 25. 11. 29. — Dr. S. Nestriepke, Generalsekretär der Volksbühne: „Die Volksbühnenbewegung.“ — Ludw. Sternaux, Schriftsteller: „Publikum und Spielplan.“

Dienstag, 26. 11. 29. — Prof. Dr. Hermann Springer, 1. Vorsitzender des Verbandes deutscher Musikkritiker: „Aufgaben der Musikkritik.“ — Dr. Singer, Aufsichtsratsmitglied der Städtischen Oper, Berlin: „Der gegenwärtige Stand des Opernwesens.“

Mittwoch, 27. 11. 29. — Dr. Max Osborn, Kunstkritiker der „Vossischen Zeitung“: „Die Arbeit des Kunstkritikers.“ — Staatssekretär Heinrich Schulz (Reichsmin. d. J.), M. d. R., „Die Aufgaben der Kunstpolitik.“

Donnerstag, 28. 11. 29. — Dr. ing. h. c. Hermann Jansen*), Professor für Städtebau an der Technischen Hochschule Charlottenburg: „Betrachtungen über moderne Städtebaukunst.“

Freitag, 29. 11. 29. — Lupu Pick, Schauspieler: „Ausführungen eines Filmpraktikers.“ — Direktor Hermann Grieving (Ufa): „Die Aufgaben des Lehr- und Kulturfilms.“

Sonnabend, 30. 11. 29. — Prof. Dr. H. Schubotz (Deutsche Welle): „Die Kulturverpflichtung des Rundfunks.“ — Ein Vertreter der Funkkritik: „Rundfunk und Presse.“

Anmeldungen zum Kursus werden bis spätestens zum 1. Oktober an das „Deutsche Institut für Zeitungskunde“, Berlin NW 7, Universitätsstraße 7, erbeten.

*) Endgültige Zusage steht noch aus.

Verantwortliche Redakteure, Abgeordnete und Strohmänner.

Von Dr. jur. Georg Ritter.

Die Frage, ob Abgeordnete verantwortliche Redakteure sein dürfen, ist an dieser Stelle schon oft erörtert worden. Die Übelstände, die sich aus dem Mißbrauch der Abgeordnetenimmunität ergeben haben und die Schwierigkeiten, die auf der anderen Seite einer sachgemäßen, auch den Interessen der den Redakteurberuf wirklich ausübenden Abgeordneten Rechnung tragenden Lösung entgegenstehen, sind so oft besprochen worden, daß wir sie als bekannt voraussetzen dürfen. Nachdem eine Novelle zum Preßgesetz, die den Abgeordneten die verantwortliche Zeichnung verbot, infolge der Reichstagsauflösung im vorigen Reichstag nicht mehr zur Beratung gelangt ist, hat der neue Reichstag im Juni 1929 beim Etat des Reichsministeriums des Innern wiederum eine Entschließung angenommen, welche die Regierung um Vorlage einer solchen Novelle ersucht. Die Sache ist dem Rechtsausschuß überwiesen worden, in welchem sie beim Wiederzusammentritt des Reichstags zur Erörterung kommen wird.

Es ist nicht anzunehmen, daß diese Novelle ohne erhebliche Kämpfe vom Reichstag angenommen wird. Die Widerstände sind gerade bei den großen Flügelparteien, den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten, ziemlich stark, wiewohl außer den Kommunisten und den Nationalsozialisten wohl keine Partei geschlossen gegen ein solches Gesetz stimmen dürfte. Abgesehen von den Nutznießern dieser Gesetzeslücke, den Kommunisten und den Nationalsozialisten, deren Abgeordneter Straßer wohl acht verschiedene, über ganz Deutschland verstreute Zeitungen und Zeitschriften gleichzeitig verantwortlich gezeichnet hat, ist diese Frage für die übrigen Parteien keine eigentliche Parteifrage, sondern eine solche, zu der der einzelne streng sachlich nach seiner persönlichen Überzeugung und Erfahrung Stellung nimmt. Bei dieser Sachlage ist die Frage der Annahme oder Ablehnung einer solchen Novelle keineswegs klar zu übersehen. Sie würde bei der Wiedereinbringung möglicherweise bis zum letzten Augenblick zweifelhaft bleiben.

Die eigentliche Ursache der Novelle ist nicht die, daß man Abgeordneten, die den Redakteurberuf wirklich im Hauptberuf ausüben und die als solche auch als Abgeordnete ihre Zeitung verantwortlich zu zeichnen wünschen, dies unterbinden zu müssen glaubt. Mag vom streng juristischen Standpunkt aus auch dies schon als unerwünscht angesehen werden, so ist es politisch gesehen doch zweifellos nicht der Zweck des Gesetzes. Denn fast in allen Fällen, in welchen Abgeordnete durch Übernahme der verantwortlichen Redaktion mit ihrer Immunität gröblichen Mißbrauch getrieben haben, hat sich erwiesen, daß die Betreffenden zwar Abgeordnete, aber nie im Leben Redakteure im Sinne der Berufsauffassung des Reichsverbandes der deutschen Presse waren. Der typische Fall des Mißbrauchs ist der, daß ein einer extremen Partei angehörender Abgeordneter, der den Journalistenberuf nie ausgeübt hat oder doch jedenfalls zur Zeit seiner Abgeordnetentätigkeit nicht mehr ausübt, seinen Namen dazu hergibt, um als Strohmann den verantwortlichen Redakteur zu spielen und den gesamten Zeitungsinhalt mit seinem Namen und seiner Immunität zu decken. Auch die Frage, ob Abgeordnete verantwortliche Redakteure sein dürfen, ist also praktisch betrachtet nichts anderes als ein Teil des größeren Problems der Bekämpfung des Strohmann-Unwesens beim Amt des verantwortlichen Redakteurs. Denn das muß man gerechter- und billigerweise zugeben, daß Strohmänner hier nicht nur bei den Abgeordneten zu finden sind, sondern daß es noch manche andere Zeitungen und Zeitschriften gibt, in denen das Impressum nicht den angibt, der in Wirklichkeit als verantwortlicher Redakteur im Sinne des Gesetzes betrachtet werden muß.

Das Strohmann-Unwesen und seine Bekämpfung bildete von jeher eins der schwierigsten Probleme bei uns und im Ausland. Es ist nicht leicht, eine Lösung zu finden, die einerseits die Freiheit der Presse unangetastet läßt, andrerseits aber doch wirksame Kautelen gegen die Bestellung von Strohmännern zu verantwortlichen

Digitized by Google

Redakteuren gewährt. Die Vorbilder der ausländischen Staaten, die das Amt des verantwortlichen Redakteurs teils von einer Vorprüfung der Persönlichkeit durch staatliche oder halbstaatliche Organe, teils, wie es ein griechisches, inzwischen schon wieder außer Kraft getretenes, Preßgesetz vorsah, von der Zugehörigkeit zu einer journalistischen Berufsorganisation abhängig machten, verlocken nicht gerade zur Nachahmung. Und doch dürfte es einen ähnlichen Weg geben, auf dem man dem den gesamten Journalistenstand schädigenden Strohmann-Unwesen wirksam zu Leibe gehen könnte. Man beauftrage den Reichsverband der deutschen Presse mit der Führung eines journalistischen Berufsregisters, in welches alle Zeitungsredakteure aufzunehmen sind, die den Redakteurberuf seit mindestens anderthalb Jahren ununterbrochen ausüben, das 21. Lebensjahr vollendet haben und im übrigen die gesetzlichen Voraussetzungen des Preßgesetzes (vergl. § 8) erfüllen. Ob der Betreffende Mitglied des Reichsverbandes der deutschen Presse ist oder nicht, bleibt gleichgültig. Selbstverständlich müssen auch Nichtmitglieder aufgenommen werden. Wer den Journalistenberuf länger als sechs Monate nicht ausübt, wird bis auf weiteres aus der Liste gestrichen. Nur die Redakteure, die in der Liste als solche anerkannt sind, lasse man zur verantwortlichen Zeichnung von Zeitungen zu. Der Journalistenberuf im übrigen kann völlig frei bleiben, nur die verantwortliche Redaktion mag an die Feststellung gebunden werden, daß der Betreffende auch tatsächlich als Redakteur anzusehen ist.

Der Einwand liegt nahe, daß auch der Reichsverband der deutschen Presse nicht Redakteure aller Parteien und Weltanschauungen umfaßt, daß auch der Verband in späteren Jahrzehnten unter anderer Leitung vielleicht einmal Wege gehen könnte, die eine völlig unparteiische Listenführung in Frage stellen würden. Ich halte diesen Einwand praktisch nicht für sehr gewichtig, wiewohl er theoretisch sicher berechtigt ist. Um ihm zu begegnen, stände auch nichts im Wege, wenn man gegen die Nichtaufnahme bzw. die Streichung in der Liste ein Rechtsmittelverfahren schüfe, wobei das Rechtsmittel selbstverständlich nicht an die Regierung, sondern wiederum nur an eine Pressekörperschaft, etwa die jetzt im Zusammenhang mit dem Gesetz zum Schutze des Nachrichtenwesens beabsichtigte Pressesachverständigenkammer, gegeben werden könnte. Das wichtigste bleibt, daß bei dieser Regelung die Regierung niemand vom Amt des verantwortlichen Redakteurs etwa von sich aus ausschließen kann, sondern im Interesse der Freiheit der Presse höchstens das Recht haben darf, gegen eine ihrer Meinung nach unberechtigte Zulassungsverweigerung oder Streichung die Rechtsmittelinstanz anzurufen.

Ich möchte es mir versagen, näher auf die Einzelheiten dieses Vorschlags einzugehen. Man wird auf diesem Wege mehreres zugleich erreichen, nämlich einmal die im Interesse des gesamten Journalistenstandes so notwendige Bekämpfung des Strohmann-Unwesens und zum anderen auch die Überflüssigkeit besonderer Vorschriften gegen die Abgeordneten-Strohmänner, denen es bei diesem Verfahren schwer werden dürfte, ihre Tätigkeit fortzusetzen.

Freuden und Leiden mit Pressestellen.

Von Fritz Aulich.

Das Leben des Redakteurs wird in der gegenwärtigen Zeit von vielen Pressestellen verschönt. Sie sind dazu da, ihm die Arbeit zu erleichtern oder in ihm die Initiative und die Freude an ihr zu ertöten, je nachdem. Viel Richtiges und Wichtiges ist über Pressestellen schon gesagt worden, aber es gibt da immer wieder Nuancen und neue Episoden, die man mit ergebenem Lächeln hinnimmt. Das ist jedenfalls die richtige Einstellung. Daneben kann man hier und da ein wenig darüber nachdenken, wie man der treusorgenden Liebe von soviel Pressestellen am zweckmäßigsten entgeht. Eine kleine Revue aus Provinzperspektive mag einen bescheidenen Beitrag dazu bilden.

Was Kollege Medefind in Nr. 27 der „Deutschen Presse“ für Berlin Grundsätzliches gesagt hat, trifft auch für die Provinz zu: der „amtliche“ Charakter der städtischen Pressestelle, die Zensur durch die Dezernenten, die Umständlichkeit des Apparates. Die kleinen Nachrichten, das mag noch hingehen. Kommt aber einmal eine wichtigere Sache, dann ist man auf den Klischeebericht angewiesen. Versucht man, erweiterte Informationen zu erhalten, um eine individuelle Bearbeitung des Materials vornehmen zu können, dann erlebt man in der Regel, daß die Information sofort auch an die übrigen in Betracht kommenden Zeitungen geht, und es ist wieder nichts mit dem eigenen Beitrag. Man läßt es also bleiben, nimmt die Pressestelle hin, wie sie ist und versucht es, auf andere Weise zum Ziele zu kommen. Es geht auch, wenn die Verwaltung nicht übermäßig bürokratisch und die Dezernenten nicht allzu ängstlich sind. Aber ein Hindernis ist trotzdem die Geheimdiplomatie der Magistrate selbst in belanglosen Dingen. Man kann es verstehen, daß noch nicht abgeschlossene Grundstückskäufe geheim gehalten werden, weil es eben eine Grundstücksspekulation gibt. Man kann auch noch manches andere verstehen, aber in den weitaus meisten Fällen ist die Ängstlichkeit nicht gerechtfertigt. Die Pressestelle versagt aber, von Ausnahmen abgesehen, völlig bei eiligen Informationen, denn sie ist unselbständig.

Einigermaßen erfreulich entwickeln sich m. E. im allgemeinen die Pressestellen der Polizeipräsidien. Man hat dort wohl erkannt, daß Presse und Polizei zweckmäßig zusammenarbeiten sollen. Man kommt der Presse daher möglichst weit entgegen. Da ist sogar der Pressestellenleiter Tag und Nacht zu erreichen, gibt mit erstaunlicher Geschwindigkeit zuverlässige Auskunft, und überdies kommen all die kleinen Unfälle und Zwischenfälle gesammelt heraus. Auch hier ist es natürlich ein Hindernis, daß eine erbetene Information sofort auch den anderen Zeitungen gegeben wird. In besonderen Fällen wird man infolgedessen auch hier versuchen, von seinen Kenntnissen nicht zuviel zu verraten. Wie wichtig aber eine zuverlässige Information durch die Polizei sein kann, wird ganz besonders derjenige Kollege gemerkt haben, der einmal wegen einer nicht ganz zutreffenden Nebensächlichkeit in einer Lokalnotiz einen Beleidigungs- oder Schadenersatzprozeß davongetragen hat. Es sind da schon ganz sonderbare Sachen vorgekommen. Mit den polizeilichen Pressestellen wird man, obwohl sicherlich manches Korrigierbedürftige noch vorhanden ist, im allgemeinen zufrieden sein können. Gewiß, es kommt einmal vor, daß man beschworen wird, doch ja um Gotteswillen nur den amtlichen Text zu bringen und nichts hinzuzusetzen, damit die Behörde keine Unannehmlichkeiten habe. Man wird leise vor sich hinlächeln, und einige aufklärende Worte werden die Sache in Ordnung bringen. So ungeschickt ist schließlich ein Redakteur nicht, daß er die taktischen Maßnahmen der Polizei bekannt gibt und so dem Verbrecher die Flucht erleichtert. Bei besonders großen Ereignissen ist die Pressestelle des Polizeipräsidiums oft geradezu eine ideale Einrichtung, denn wenn die Kriminalpolizei mit Hochdruck arbeitet, ist es

Digitized by Google

selten möglich, von dem angestrengten Beamten vom Dienst eine ruhige und präzise Auskunft zu erhalten. Andererseits stehen ja dem Journalisten weitere Möglichkeiten offen.

Eine Neuerung von ganz besonderem Charakter sind m. E. die Pressestellen an den Landgerichten. In den etwa 6 Monaten ihres Bestehens haben sie sich eingelaufen. Einlaufen sollen. Denn diese Einrichtung sieht bei näherer Betrachtung doch ein wenig anders aus, als man sie sich vielleicht vorgestellt hat. Diese Pressestellen sind nicht aus Liebe und Freundschaft zur Presse geboren. Zur Beleuchtung dessen folgendes charakteristische Erlebnis:

Der Leiter der Pressestelle am Landgericht einer Stadt, die hier ungenannt bleibt, ladet zur ersten Pressekonferenz ein und spricht zu den versammelten Pressevertretern. Ja, meint er, da sind nun auf Grund des ministeriellen Erlasses vom soundsovielten die Pressestellen errichtet worden. Sie sind „natürlich nicht nur dazu da, etwa die Presse zu kontrollieren, sondern auch, um mit der Presse zusammenzuarbeiten".

Da liegt, wie das alte Sprichwort so treffend sagt, der Hase im Pfeffer. Nicht nur, sondern auch. Es stellt sich nämlich heraus, daß in erster Linie die Zeitungen kontrolliert werden. Man hält die Zeitungen des Bezirks, schneidet allmorgendlich fein sauber alle Meldungen und Berichte heraus, die mit dem Gericht etwas zu tun haben, und die aufgeklebten Ausschnitte gehen sofort an das zuständige Gericht. Dort wird der Prozeßbericht genau geprüft, ob er auch in allen Einzelheiten richtig ist, und erforderlichenfalls sauft sofort eine Berichtigung an die Zeitung, die sich irgend etwas hat zuschulden kommen lassen. Mit einem gewissen naiven Stolz erklärte jener Pressedezernent, daß schon eine ganze Menge Berichtigungen an Zeitungen geschickt worden seien; in einem Falle habe man sogar telegraphisch die Berichtigung veranlaßt. Und das war, bevor überhaupt an die erste Fühlungnahme mit der Presse gedacht wurde.

Es ist wahr, man hat in der Presse viel von einer Rechtskrise gesprochen, man hat Urteile untersucht und kritisiert, man hat sie, wie Sling es tat, einer Beleuchtung vom menschlichen Standpunkt unterworfen. Und dabei ist manches auch gegen Richter und Staatsanwälte gesagt worden, dabei hat man Urteile und menschliches Empfinden, auf einen bestimmten Fall bezogen, gegeneinander abgewogen. Es wurde diskutiert, auch Männer des Rechts erhielten das Wort. Wenn man aber nun — gewiß neben anderen Beweggründen — die Justiz-Pressestellen als Abwehrinstitute schuf, dann bleibt das ein Kuriosum. Denn die Hauptaufgabe ist ganz zweifellos die Überwachung. Zwar wird gesagt, daß die Pressestellen auch die Wünsche der Presse berücksichtigen wollen, aber mit dem Zusatz „soweit es möglich ist und keine Störung in der Gerichtsarbeit eintritt". Das heißt eben, wenn nicht zuviel verlangt wird. Also werden Auskünfte erteilt, wenn die Beamten Zeit haben. Praktisch ist das dann so, daß man zunächst schief angesehen wird, wenn man einen Wunsch äußert, daß man auf eine Statistik einige Wochen warten muß, selbst wenn nur eine kleine Abschrift nötig ist, und so ähnlich.

Es wäre ungerecht, dem Pressestellenleiter einen Vorwurf zu machen, denn er handelt nach dem Erlaß und nach den ihm zuteil gewordenen Direktiven. Und es ist eine Forderung von fast pikanter Ironie, wenn in einer Pressekonferenz seitens der Pressevertreter der Wunsch laut wird, daß für Sitz- und Schreibgelegenheit im Schwurgerichtssaal gesorgt und Nachricht von wichtigen Prozessen gegeben werden möge. Damit ist, nimmt man noch die Mitteilung von Personalnachrichten aus dem Gericht hinzu, die Aufgabe der landgerichtlichen Pressestellen, so wie sie selbst sie sehen, erfüllt. Ausnahmen, die es natürlich gibt, bestätigen nur die Regel. In ein schwebendes Verfahren darf man nicht eingreifen, und wenn man erfahren will, ob ein eben festgenommener Schwerverbrecher schon gestanden hat, dann wird man wahrscheinlich warten, bis die Antwort an Interesse verloren hat. Es klingt dies alles ein wenig hart und leicht übertrieben, aber es ist nicht anders, und es ist gewiß auch kein Einzelfall.

So ist es heute: Man hat überall erkannt, daß man die Presse braucht. Man steht ihr aber hilflos gegenüber. Mit verlegenen Mitteln wird nach einer Verbindung, nach Fühlungnahme und Einflußnahme gesucht, wobei aber das Verständnis für die auf der Seite der Presse liegenden Forderungen und Wünsche meist fehlt. Diese Forderungen zu studieren, Wesen und Art der Presse durch gründliche Beschäftigung mit ihr, ihren Einrichtungen und ihren Mitarbeitern kennen zu lernen, sollten sich alle Pressestellen zur ersten Aufgabe machen; dann würde sicherlich vieles bald besser werden.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Berichterstatter oder Stimmungsbildner?

Es gibt zweierlei Arten der Berichterstattung: Man geht offiziell zu einer Veranstaltung — gedacht ist hier in erster Linie an Versammlungen politischer Organisationen —, stellt sich vor und nimmt Platz. Zwei Möglichkeiten sind hierbei auf der Seite der Veranstalter gegeben: „Es freut uns" oder „Wir legen keinen Wert auf die Berichterstattung in Ihrem Blatt". Man kann das letztere auch etwas derber zu hören bekommen. Was ist da zu machen? Ich weiß nicht, ob das Hausrecht der Einberufer so weit geht, daß sie den unbeliebten Journalisten aus dem Saal weisen können.

Man kann aber auch einen Horcher hinschicken. Ein beliebtes Verfahren bei extrem-politischen Versammlungen. Ich bin dagegen, man sollte offen kämpfen. Der Horcher kann nichts notieren, ist also auf sein Gedächtnis angewiesen. Nun wird in solchen Versammlungen zumeist stundenlang geredet, man kann nicht alles behalten, und eine oft sehr lebhafte Diskussion läßt dazu noch vieles zerflattern. Die Stimmung des Horchers ist außerdem zumeist nicht die beste; er wird sich für seine „Zurücksetzung" zu rächen versuchen. Aus solchen Momenten entsteht das „Stimmungsbild".

Der offizielle Pressevertreter ist in einer anderen Lage. Man kennt ihn, er hört sich die Ausführungen in aller Ruhe an, notiert, was ihm nützlich erscheint, geht nach Hause und verarbeitet das Gehörte und Gesehene zu seinem Bericht. Bericht, nicht Stimmungsbild. Dieser Bericht wird sachlich sein müssen, zunächst aus allgemein journalistischen Gründen, dann aber auch, weil der Verfasser eine Verantwortung hat. Gegen sich und die anderen. Er hat keinen Grund unsachlich im Bericht zu werden. Persönliche Berichte sind überhaupt keine. Und dann noch eins: Es kann sein, daß beim nächsten Mal ein anderer Berichterstatter des gleichen Blattes da ist; vielleicht könnte der verantwortlich gemacht werden für einen unsachlichen Bericht des ersten.

Was tun? Die Zeitung sagt, wir müssen darüber unterrichtet sein, wie, das ist gleichgültig. „Horchen Sie, und verarbeiten Sie das Ganze". Der Berichterstatter meint, das anonyme Arbeiten müsse endlich mal aufhören; er will auch kämpfen im Geisteskampf, will erkannt sein, auch als eventueller Gegner der oder jener Partei und will sich sachlich auseinandersetzen. Er will die Verantwortung für seinen Bericht sämtlichen Rollkommandos und sonstigen Einrichtungen gegenüber auf sich nehmen. Er will aber auch erzieherisch wirken.

Wenn der verantwortliche Berichterstatter einen sachlichen Bericht über eine politische Veranstaltung liefert, wird der politische Kampf seiner persönlichen Gehässigkeit entkleidet, das Verhältnis der Redaktion eines Blattes gegenüber den gegnerischen Parteien in die Ebene sachlicher Auseinandersetzungen gerückt. Dann kann der politische Redakteur wieder in die Arena der politischen Versammlungen hinabsteigen, braucht die politische Redaktion keinen „Horcher" zu schicken. Der politische Redakteur am Pressetisch, eine Forderung der „neuen Sachlichkeit" in der Presse.

Wenn wir inkognito horchen, ist das kein Zeichen unserer Macht; der Berichterstatter braucht aber dieses Gefühl des Machtbewußtseins. Der Berichterstatter inkognito bei einer politischen Versammlung ist eine Degradierung des Journalisten, zu der sich kein Kollege hergeben sollte; auch keine

Digitized by Google

Zeitung sollte ihren Mitarbeitern zumuten, in Veranstaltungen mit geschlossenem Visier ihrer journalistischen Arbeit obzuliegen, ganz abgesehen davon, daß sie sich durch solche Arbeitsmethoden in den Augen des Publikums selbst herabsetzt.

J. Würth, Mannheim.

Zu dem Kapitel: Fraktur oder Antiqua.

So sehr meine Erfahrungen, in achtjähriger Auslandstätigkeit gesammelt, mit denen des Kollegen Walter Singer (in Nr. 30) übereinstimmen, so möchte ich doch an einer Stelle seiner vortrefflichen Ausführungen eine kleine Korrektur anbringen, nicht etwa als Widerspruch, sondern als eine nicht uninteressante Kuriosität. Er schreibt: „Die ganze Welt kennt doch heute nur noch die lateinische Schriftform." Ich sage dazu „beinahe die ganze Welt". In Lettland und Estland nämlich erscheinen die meisten Zeitungen und Bücher auch heute noch in Fraktur, oder, wie man hier sagt, in gotischer Schrift. Und zwar wohlgemerkt nicht etwa nur die Publikationen der deutschen Minderheiten dieser Länder, sondern in weitestem Maße gerade die lettischen und estnischen Druckerzeugnisse. Das erklärt sich ganz natürlich aus dem jahrhundertealten kulturellen Einfluß der deutschen gebildeten Schichten, die diese Länder von jeher haben, in deren Händen zu einem großen Teil die Erziehung und Heranbildung auch der anderen Volksteile lag. Auch ein technischer Grund spielt mit: die Druckereien verfügen aus der früheren Zeit über große Bestände an Fraktur-Schriften, während es Lateinschriften mit den neugeschaffenen besonderen Schriftzeichen noch kaum gibt. Einer der größten Zeitungsverleger der baltischen Staaten, dessen Blatt in über 100 000 Exemplaren vom „Mann auf der Straße" gelesen wird, erklärte mir, daß es für ihn ganz undenkbar sei, seinen Lesern plötzlich die Lateinschrift zuzumuten. Trotzdem muß auch hier mit einem allmählichen Übergang zur Lateinschrift gerechnet werden, parallel mit dem Verschleiß der vorhandenen Frakturschriften und der Umstellung der Schulbücher auf Latein. Aber noch für geraume Zeit wird hier eine wohl einzige und letzte fremdsprachige Frakturinsel sein.

Bernhard Lamey-Riga.

Bildberichterstattung.

Zeichnung oder Photographie?

Bei einem Vergleich mit den Zeitungen des Auslandes stehen die deutschen Zeitungen, was die Qualität des Inhalts anbelangt, sicher nicht zurück. In einer Beziehung aber werden wir von der Presse manches anderen Landes geschlagen, und zwar in der Bildberichterstattung. Die illustrierten Beilagen, die bei uns üblich waren und es noch, wenn auch in geringerem Umfange sind, kommen ja für eine aktuelle Bildberichterstattung kaum in Frage. Deshalb geht man in manchen Verlagen immer mehr dazu über, die Bilder im Textteil der Zeitung zu veröffentlichen. Aber diese Bildberichterstattung steckt noch sehr in den Anfängen und kommt nur langsam vorwärts. Wenn sie infolge ihres verhältnismäßig kurzen Bestehens bei uns auch noch keinen Anspruch auf Vollkommenheit erheben will, so muß doch gesagt werden, daß sie stellenweise sich auf einem direkten Irrweg befindet. Das bezieht sich vor allem auf die vielfach falsche Anwendung von Zeichnungen an Stelle von Photographien. Statt die Zeichnungen auf bestimmte Gebiete, z. B. der Karrikatur (darin ist unsere Tagespresse ja wohl am meisten zurück), der Mode, Einzelgebiete der Technik zu beschränken, veröffentlicht man Zeichnungen von Länderspielen (ganze Mannschaften), festlichen und anderen Veranstaltungen, in denen es hauptsächlich auf das persönliche Moment ankommt. (Die Karrikatur behandelt ja bekanntlich eine ganz andere Seite des Persönlichen.) In solchen Fällen verliert die Darstellung durch die Art der Wiedergabe ihren eigentlichen Wert. Sie wird der Wirklichkeit sozusagen völlig enthoben. Die Beeinträchtigung der Wirkung ist ähnlich derjenigen, die wir auch am Theater finden, wenn in bestimmten Rollen die dem Theater schon fehlende Wirklichkeit noch durch Verwendung von weiblichen Personen zur Darstellung männlicher Rollen gesteigert wird. Manche, auch größere angesehene Zeitungen, bringen bei uns gar keine Bilder im Nachrichtentext. Diese Blätter haben dafür wohl ihre besonderen, berechtigten Gründe, und diese Haltung ist sicher der vorzuziehen, der wir heute mancherorts begegnen. Wenn Blätter dazu übergehen, z. B. von großen Wettkämpfen am nächsten Tage Zeichnungen zu bringen, deren Vorgänge gar nicht den tatsächlichen Kämpfen zugrunde liegen, so ist das nicht nur für den Zeitungsnachrichtendienst, sondern für das Zeitungswesen überhaupt durchaus schädlich. Allerdings kann man, wie zahlreiche Beispiele gelehrt haben, auch mit Photographien düpiert werden. Dabei handelt es sich aber um einen Auswuchs, der für die dieser Betrachtung zugrunde liegenden Mißstände nicht in Frage kommt.

C. Sch.

Fachrundschau

Weltreklamekongreß.

Die Tage des Welt-Reklame-Kongresses beginnen am Sonntag, dem 11. August, mit einem festlichen Empfang aller Delegierten in der Funkhalle am Kaiserdamm. Das Programm des Kongresses bringt eine Reihe interessanter Vorträge hervorragender Reklamefachleute und Wissenschaftler. Wir nennen u. a. nach der feierlichen Eröffnung der Sitzungen in der Funkhalle, die am 12. August, vormittags 9 Uhr unter dem Präsidium des ehemaligen Reichskanzlers Dr. Luther und des Präsidenten Younggreen stattfindet, die Vorträge von Hans Domizlaff über „Reklame als Schöpfer neuer Werte", Edgar A. Filene über „Reklame als Schlüssel zum Wohlstand der Welt", Geh. Regierungsrat Ernst Wagemann, Präsident des statistischen Reichsamts, über „Reklame-Erfolg und Konjunkturforschung", Prof. W. Ostwald über „Ethik in der Reklame", Prof. H. K. Frenzel über „Beschränkt Normung die künstlerische Freiheit?", H. F. J. Kropff über „Marktanalyse als Grundlage der Rationalisierung", Prof. Dr. Moede über „Die Werbung als Lehrfach der Hochschulen" und viele andere. Den deutschen Redakteur dürfte besonders interessieren der Vortrag des Kollegen Prof. Dr. Dovifat, Direktors des Deutschen Instituts für Zeitungskunde, über „Bildungsfragen des Werbewesens".

Eine Fülle großartig aufgezogener gesellschaftlicher Veranstaltungen bieten etwa 3000 Teilnehmern des Kongresses, die aus aller Welt, besonders aus Amerika, eingetroffen sind, Anregung und Ablenkung von den geschäftlichen Verhandlungen. Mittelpunkt der gesellschaftlichen Veranstaltungen ist das offizielle Bankett „Die internationale Nacht" in den Festsälen des Zoologischen Gartens unter dem Präsidium des Reichskanzlers a. D. Dr. Luther. Bei diesem Bankett sprechen u. a. der ehemalige amerikanische Botschafter in Berlin, Hon. Jacob Gould Shurman, Lord Birkenhead, England, Gaston Gerard, Frankreich, Reichsinnenminister Karl Severing und Ministerpräsident Dr. h. c. Braun.

Im Anschluß an den Reklamekongreß findet eine Sternfahrt der Kongreßteilnehmer durch Deutschland statt, auf der die Städte Dresden, Leipzig, Nürnberg-Rothenburg, Augsburg, München, Stuttgart, Heidelberg, Frankfurt a. M., Koblenz, Köln besucht werden.

Den Verhandlungen des Welt-Reklame-Kongresses gehen die Beratungen des Kontinentalen Reklame-Verbandes voraus.

Vom Berliner Zeitungswesen.

Die „Berliner Wirtschaftsberichte" haben eine eingehende Untersuchung über die Berliner Zeitungen und Zeitschriften nach dem Stande von 1928 angestellt. Bei dieser Untersuchung wurden als Zeitschriften diejenigen periodisch erscheinenden Druckschriften betrachtet, die weniger als einmal wöchentlich herauskommen, und ferner solche, die nicht Tagesereignisse, sondern besondere Gebiete des Wissens, der Belletristik, der Kunst usw. behandeln. Bei der Untersuchung sind Korrespondenzen, Protokolle, Parlamentsberichte, Kursbücher, Kunden-, Werk- und Werbeschriften nicht gezählt worden, dagegen die Ministerialblätter, und zwar als Zeitschriften. Als Berliner Presseerzeugnisse wurden alle diejenigen Zeitungen und Zeitschriften, einschließlich der Kopfblätter, gezählt, die Berlin als Verlags- oder Erscheinungsort angaben. Sonderbeilagen zu den Hauptblättern wurden nicht als besondere Zeitungen oder Zeitschriften gezählt.

Danach ergab sich, daß auf Berlin von den 3241 im gesamten Deutschen Reich 1928 erschienenen Zeitungen 147 oder 4,5% entfielen; dadurch wird allerdings nicht der wirkliche Anteil der Berliner Zeitungen an der deutschen Tagespresse und ihr Einfluß auf das deutsche Geistes- und Wirtschaftsleben erfaßt. Dieser Einfluß ist viel größer, da man ja den Umfang und die große Auflage der Berliner Zeitungen bei dieser Berechnung in Betracht ziehen muß. So gab z. B. eines der größten Verlagshäuser Berlins für die in ihm er-

Digitized by Google

scheinenden Zeitungen eine Gesamtauflage von weit über 5 Millionen Exemplaren an, die natürlich längst nicht alle in Berlin gelesen werden. Von den 147 Tageszeitungen erscheinen 93 sechsmal und mehr, 18 zwei- bis sechsmal, 29 einmal pro Woche und 7 unregelmäßig. Unter den Zeitungen befindet sich eine einzige fremdsprachige, eine russische, die sechsmal in der Woche erscheint. An Zeitschriften für Wirtschaft, Politik, Technik, Naturwissenschaften usw. waren 2486 vorhanden, davon nahezu zwei Drittel, die weniger als einmal wöchentlich erscheinen. Am stärksten war die Gruppe der monatlich einmal erscheinenden Zeitschriften mit 938 oder 37,7 Proz. vertreten. Danach folgen solche, die wöchentlich einmal erscheinen nämlich 611 oder 24,6 Prozent. Zeitschriften in russischer Sprache wurden 17 gezählt. Nach Sperlings Zeitschriften-Adreßbuch verfügte Deutschland im Jahre 1927 über 6739 Zeitschriften. Unter den in Berlin erscheinenden Zeitschriften waren 222 für Arbeitnehmer. Im übrigen ist die Gruppe Wirtschaft mit 828 am stärksten vertreten. Die erwähnten Zahlen geben erst den richtigen Eindruck von der Entwicklung des Berliner Zeitungswesens, wenn man einen Blick in die Vergangenheit tut. Nach den Mitteilungen des Post-Zeitungsamts wurden im Jahre 1825 erst 38 Zeitungen und Zeitschriften von Berlin zum Postvertrieb angemeldet; 1850 waren es bereits 112; 1875: 343; 1914: 1342; 1927: 1429. Die vorübergehend höchste Zahl wurde 1919 mit 1834 erreicht. Die Zahl der nach auswärts versandten Zeitungsstücke stieg von 3 Millionen im Jahre 1825 auf 460 Millionen im Jahre 1927. Daneben fand noch eine starke Versendung durch Auto, Flugpost und „expresse Bahnfahrer“ statt. 1914 war der Versand auf 665 Millionen Exemplare gestiegen und der größte Umfang war 1918 mit 707 Millionen erreicht worden.

Journalistische Arbeit in der kommunalen Kulturpolitik.

In weiten Kreisen der Kollegen dürfte es interessieren, wie journalistische Initiative, verbunden mit dem erforderlichen Fachwissen, mit Energie und Tatkraft, zur Förderung und Entwicklung ganzer Gemeinwesen hervorragend beitragen kann. Wir haben hier den Fall der Stadt Essen im Auge, bekanntlich eines der Gemeinwesen im deutschen Westen, die mit geradezu staunenswerter Energie, gezwungen durch die Umwälzungen der Kriegs- und Inflationszeit, an ihre kommunalpolitische Weiterentwicklung gegangen sind. Gefördert hat Essen diese kommunalpolitische Weiterentwicklung insbesondere mit Hilfe von Ausstellungen, vor allem Fachausstellungen. Zu den Anregern dieser Ausstellungen gehört in erster Linie mit ein Journalist, unser Kollege Dr.-Ing. Reisner, der Chefredakteur des „Anzeigers für Berg-, Hütten- und Maschinenwesen“ in Essen. Auch in anderer Weise ist Kollege Reisner führend an der Entwicklung der Stadt Essen beteiligt. Schon im Jahre 1909 hatte er auf die Notwendigkeit einer systematischen Fortbildung von Technikern hingewiesen und ein Programm dafür entworfen. Diese erste Anregung wurde 3 Jahre später mit einer Denkschrift über die „Anregung und Förderung wissenschaftlicher Bestrebungen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk“ bekräftigt. Aber erst mehrere Jahre nach dem Kriege (1926) war es möglich, die Gedanken Reisners zu verwirklichen. Aus der Idee Reisners ist im Zusammenhang mit den vorhandenen Einrichtungen des Ruhrgebietes und unter Förderung und Mitarbeit des Essener Magistrats wie der Technisch-wissenschaftlichen Vereinigung in Essen das Haus der Technik entstanden; in ihm ist auch das Ergebnis zahlreicher Verhandlungen mit den Hochschulen Aachen, Hannover, Darmstadt und Münster in Gestalt einer reinen Fortbildungseinrichtung zu sehen zum Schutz der älteren Berufsangehörigen von hoher technischer und naturwissenschaftlicher Ausbildung, zur Fortbildung im Sinne der Berufsausgestaltung und Berufsförderung für Techniker wie leitende Angestellte der gesamten Industrie.

300-Jahrjubiläum der Annoncenexpeditionen.

In Paris hat im Sommer des Jahres 1629 ein geschäftstüchtiger Franzose die erste Annoncenexpedition gegründet und damit auch in Frankreich das erste wirkliche Blatt für Geschäftsanzeigen und die erste Zeitung. Der Mann hieß Theophrastus Renaudot. Renaudot war oder spielte den Arzt, seine Geschicklichkeit, aber auch sein Esprit wurden gerühmt. Bald war seine Behausung für seine große Praxis zu klein, und so machte er ein richtiges Bureau auf nach dem Vorbilde der Kaufleute. Er nannte sein Unternehmen „Bureau des adresses“. Für 3 Sous konnte man dort das erste Adressenbuch einsehen, Angebote, Nachfragen Stellengesuche, offene Stellen, An- und Verkäufe, usw. Kurz darauf, noch im Sommer gleichen Jahres, versandte Renaudot sein erstes Anzeigenblatt unter dem Titel „Inventaire des adresses du Bureau“. Unter den Geschäftsanzeigen aller Art bot der tüchtige Arzt und Salbenmischer natürlich auch seine eigenen Produkte an. Die Arzneien und Salben sollen einen außerordentlichen Umsatz gehabt haben, aber auch die anderen Geschäftsleute, die in diesem Anzeigenorgan, das periodisch erschien, Reklame für sich machten, waren nach den alten Quellen sehr zufrieden. Sogar die Gunst Richelieus und des Königs Ludwig XIII. konnte sich Renaudot mit seinem Geschäftsblatt erringen. Mit solcher Unterstützung gründete er 2 Jahre nach seiner „Inventaire des adresses du Bureau“ die erste französische Zeitung, die „Gazette de France“, die wöchentlich erschien. 1929 bringt also den 300jährigen Geburtstag der ersten Annoncenexpedition und ihres eigenen Organes. Die erste Reklamezeitung von Renaudot trägt nur die Jahreszahl 1629, aus den Anzeigen ergibt sich aber die Sommerzeit, und zwar anscheinend der Monat August. Sind doch Mittel gegen Hitzschlag im heißesten Monat angekündigt, der in Paris in der Regel der August ist. H.

Vom deutschen Zeitungswesen.

Deutsche Tageszeitung, Druckerei und Verlag A.-G. Von der außerordentlichen Generalsammlung vom 18. Juli ist die vorgeschlagene Kapitalerhöhung bis zu 1 Million Mark einstimmig genehmigt. Die Aktien sollen zu 120 % ausgegeben werden.

Die „Freiburger Zeitung“ hat als Sonderheft eine Wirtschaftsbiographie: „Die Industrie in Oberbaden“ herausgegeben, die in einer Reihe von Aufsätzen die verschiedenen industriellen und wirtschaftlichen Fragen des oberbadischen Landes behandelt und den gegenwärtigen Stand der einzelnen Industriegruppen zeigt. Das gut ausgestattete, für die Aufbewahrung bestimmte Heft ergänzt den Text durch eine Fülle graphischer Darstellungen und Zeichnungen.

Das „Göttinger Tageblatt“ konnte am 4. August auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken. Es erscheint im Verlage der Gebrüder Wurm G. m. b. H.; sein Gründer war der Verleger Gustav Wurm.

Betriebsgemeinschaft Kasseler Zeitungen. Zwischen dem Verlag des „Kasseler Tageblattes (A.-G. für Druck und Verlag, Kassel) und den vom Huck-Konzern gedruckten „Kasseler Neuesten Nachrichten“ sind der „Frankfurter Zeitung“ zufolge Fusionsverhandlungen geführt worden, die bereits zu einer Einigung geführt haben sollen. Zunächst wurde eine Betriebsgemeinschaft gegründet, nach der die „Kasseler Neuesten Nachrichten“ in das Verlagshaus des „Kasseler Tageblattes“ übersiedeln und von der A.-G. für Druck und Verlag gedruckt werden sollen. Beide Zeitungen behalten jedoch zunächst ihre redaktionelle und verlegerische Selbständigkeit. Da der Huck-Konzern jedoch den geplanten Bau eines eigenen Verlagshauses in Kassel aufgibt und überdies eine Dachgesellschaft gegründet werden soll, in die die beiden Vertragsparteien ihre Interessen einbringen, nimmt man an, daß die Betriebsgemeinschaft in absehbarer Zeit zu einer regelrechten Fusion führen wird. Anderen Mitteilungen zufolge soll das „Kasseler Tageblatt“ zukünftig nur noch als Morgenzeitung erscheinen; bisher kam es täglich zweimal heraus.

Der **„Lüdenscheider Generalanzeiger“** hat anläßlich seines 75jährigen Bestehens eine Sondernummer veröffentlicht, die ein überaus reichhaltiges Material bringt. Neben einer Veröffentlichung „Vom Wochenblatt zur Tageszeitung“ in der Redaktion und Verlag des Jubiläums gedenken, erschien eine Chronik der Stadt Lüdenscheid unter Berücksichtigung

BAD PISTYAN
bietet d. „Deutschen Presse“ zur Kur ganz besondere Begünstigungen.
Vulk. Schwefel-Schlammquellen — Rheuma, Gicht.
400 Morgen Park, Tennis, Golf, Rudern, Fischen.
Ausk.: Pistyan-Büro, Berlin W 15, Meierottostr. 1

Digitized by Google

der politischen, kulturellen und sozialen Entwicklung des Gemeinwesens an Hand der Jahrgänge des „Lüdenscheider Generalanzeigers", außerdem eine Fülle von Aufsätzen, die sich mit der Stadt und ihrem kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben beschäftigen.

Die Nachfolgerin der „Münchener Allgemeinen Zeitung" eingegangen. Mit der „A. Z. am Abend", die am 30. Juli ihr Erscheinen einstellte, ist die einzige liberale Tageszeitung Münchens, die Nachfolgerin der seinerzeit weit über Süddeutschland verbreiteten Allgemeinen Zeitung, deren 132. Jahrgang sie bildete, eingegangen.

Die **„Tübinger Chronik"** hat anläßlich der 700-Jahrfeier der Stadt Herrenberg eine reich bebilderte Sonderausgabe mit wertvollen Beiträgen zu der Geschichte der Stadt herausgegeben. Besondere Beachtung dürfte die Abhandlung des Hauptschriftleiters Dr. Forderer über den Künstler Jerg Ratgeb, den bekannten Meister des Herrenberger Altars, finden.

Zusammenschluß der landwirtschaftlichen Tagespresse im Westen Deutschlands. Der Verein Westfälische Landwirtschaftliche Presse, e. V., Hagen i. W., der Verein Westdeutsche Tageszeitung, e. V., Köln, und der Verein Landwirtschaftliche Presse, e. V., Kleve, haben bekanntgegeben, daß sie am 24. Juli d. J. ihren Zusammenschluß zu einer G. m. b. H. vorgenommen haben, die am 1. Januar 1930 in Wirksamkeit tritt. Vom 1. Oktober d. J. an wird die Herstellung der drei Zeitungen „Rheinische Bauernzeitung", „Westdeutsche Tageszeitung" und „Westfälische Bauernzeitung" einheitlich in Kempen erfolgen. Der Zusammenschluß bezweckt, die Willensmeinung der rheinisch-westfälischen Landwirtschaft einheitlich und deutlich in der Öffentlichkeit zum Ausdruck gelangen zu lassen.

Verbotene deutsche Zeitungen in Frankreich. In Frankreich sind die „Pfälzische Rundschau" sowie die beiden führenden Zeitungen des Saargebietes, die „Saarbrücker Zeitung" und die „Saarbrücker Landeszeitung", verboten, die beiden letzteren schon seit mehreren Jahren, trotzdem sie vor dem Kriege starke Beziehungen in Elsaß und Lothringen hatten. Das Sonderbare an den Verboten der beiden Saarblätter ist, daß eine offizielle Mitteilung der Verbote oder ihrer Begründung nie erfolgt ist. Beide Blätter werden aber auch heute noch an den Grenzstationen sogar den Reisenden beim Passieren des Zolles von den Zollbeamten beschlagnahmt. Die Bemühungen, die Aufhebung der Grenzsperre zu erwirken, sind bis heute erfolglos geblieben. Einschränkungen für den Eingang französischer Zeitungen in das Saargebiet bestehen dagegen nicht. Man nimmt an, daß die Aussperrung der beiden Saarblätter auf Veranlassung der Zeitungsverlage in den benachbarten größeren Städten Elsaß-Lothringens erfolgt ist, die sich eine unangenehme Konkurrenz vom Halse halten wollen.

Verschmelzung von Schünemanns und Westermanns Monatsheften. Die vor einigen Jahren gegründeten „Schünemanns Monatshefte" sind in den Verlag von „Westermanns Monatsheften" übergegangen. Die Zeitschrift selbst erscheint nicht mehr; sie geht in Westermanns Monatsheften auf.

Urheberschutz.

Neuer Entwurf eines deutschen Urheberrechtsgesetzes. Im Auftrage des Reichsverbandes des Deutschen Schrifttums haben die Rechtsanwälte Dr. Wenzel Goldbaum und Dr. Hans-Erich Wolff in Berlin als Beitrag zur kommenden Revision der deutschen Urheberrechtsgesetzgebung, die durch die Ergebnisse der vorjährigen internationalen Konferenz in Rom notwendig geworden ist, den Entwurf eines Urheberrechtsgesetzes ausgearbeitet. Dieser Entwurf faßt in einem einzigen Gesetz alle urheberrechtlichen Bestimmungen für Literatur, bildende Kunst, Musik, Kinematographie, Photographie usw. zusammen. Als Schutzfrist werden von den Verfassern 50 Jahre, auch für Photographien, vorgeschlagen. Ja, der Entwurf geht sogar noch weiter; es wird nämlich die von der Regierung vorgeschlagene Kompromißlösung der 50jährigen Schutzfrist mit gesetzlicher Abdruckslizenz vom 31. Jahre nach dem Tode des Urhebers, nach dem Beispiel des groß-britannischen Urheberrechtsgesetzes, nicht gewählt. Der Entwurf bringt dann die Forderung eines zeitlich befristeten „domaine public payant" nach Ablauf der Schutzfrist. Nach dieser Bestimmung des Entwurfes soll jeder, der während der Dauer von 10 Jahren nach dem Erlöschen des Schutzes ein bis dahin geschütztes Werk wie ein Urheber benutzt, 2 % der Einnahmen aus diesem Werke an das Reich zur Verwendung für die Zwecke der durch das Gesetz geschützten Personen und Künste abführen. Diese Bestimmung würde wirtschaftlich eine weitere Verlängerung des Urheberrechtsschutzes bedeuten.

Verlegerorganisationen.

Hauptversammlung des Vereins Rheinischer Zeitungsverleger. Am 12. Juli wurde in Bonn die diesjährige ordentliche Hauptversammlung des Vereins Rheinischer Zeitungsverleger abgehalten, zu der sich etwa 90 Teilnehmer eingefunden hatten, darunter Vertreter der Behörden, u. a. der Reichskommissar für die besetzten Gebiete Freiherr Langwerth von Simmern, der Oberbürgemeister der Stadt Bonn Dr. Falk, der gegenwärtige Rektor der Universität Professor Dr. Rademacher und der Präsident der Industrie- und Handelskammer Dr. Goertz. Die Redakteurseite der Rheinischen Arbeitsgemeinschaft war durch die Kollegen Karthaus-Düsseldorf und Breuer-Köln vertreten. Mittelpunkt der Veranstaltung war ein Vortrag von Professor Dr. Kern über „Lehren der Weltgeschichte in moderner Geschichtsauffassung". Neben den Regularien beschäftigte sich die Versammlung mit der Frage der Bezahlung von Veröffentlichungen staatlicher und kommunaler Behörden und der Reichsbahn, sowie mit einem den geschäftlichen Teil der Zeitungen angehenden sonderbaren Ansinnen der Firma Opel. Den Schluß der Tagung bildete ein Vortrag des Syndikus Rechtsanwalt Claren über „Aufgaben und Grenzen organisatorischer Betätigung im Zeitungsgewerbe".

Nachrichtenwesen.

Das kommende Nachrichtenschutzgesetz. Im Reichsministerium des Innern ist der Referentenentwurf eines Gesetzes im wesentlichen fertiggestellt, der den Schutz von Nachrichten zum Gegenstand hat. Dieser Gesetzentwurf wird voraussichtlich im kommenden Winter Reichsrat und Reichstag beschäftigen. Der Entwurf geht zurück auf die Entschließungen über den Schutz von Nachrichten, die bei den Verhandlungen der internationalen Pressesachverständigenkonferenz in Genf im August 1927 gefaßt worden sind.

Justiz und Presse.

Justizpressestellen in Thüringen. Auf Grund einer Verfügung des Thüringischen Justizministeriums sind Justizpressestellen auch bei den Thüringischen Land- und Amtsgerichten eingerichtet worden, und zwar beim Oberlandesgericht in Jena, bei jedem thüringischen Landgericht und bei dem Amtsgericht in Sondershausen für den Bezirk der Strafkammer Sondershausen.

Ausland.

Schutz der Berufsbezeichnung „Redakteur" in der Tschechoslowakei. Um dem weitverbreiteten Unfug zu steuern, daß Leute den Titel „Redakteur" ohne Berechtigung oder gar in betrügerischer Absicht führen, beabsichtigt das neue tschechoslowakische Preßgesetz diesem Titel denselben Schutz angedeihen zu lassen wie akademischen Titeln.

Eigener Informationsdienst der Vatikanischen Stadt. Für Nachrichten aus der Vatikanischen Stadt ist ein eigener Informationsdienst in Vorbereitung, der dem Gouverneur der Citta del Vaticano unterstehen soll.

Knebelung der Pressefreiheit in Polen. Die „Gazeta Warszawska" das Hauptblatt der polnischen Nationaldemokratie stellte kürzlich fest, daß sie seit dem Pilsudski-Staatsstreich im Mai 1926 nicht weniger als 67 Male beschlagnahmt worden sei. Das Blatt schloß seine Notiz mit dem bemerkenswerten Satz: Der Druck, der auf der Presse in Polen lastet, kann mit keinem andern in den europäischen Staaten verglichen werden. Dieser Druck lastet bekanntlich vor allen Dingen auch auf den Minderheitenblättern in Polen. So hat beispielsweise von den deutschen Blättern in Polen der „Oberschlesische Kurier" in Königshütte die Zahl von 100 Beschlagnahmungen überschritten. Den Rekord auf diesem Gebiete aber schlägt die ukrainische Presse. Das ukrainische Tageblatt „Dilo" das in Lemberg erscheint, wurde beispielsweise in einem einzigen Monat nicht weniger als 22 Male beschlagnahmt.

Eine Negerzeitung in Paris. In den nächsten Tagen wird in Paris eine Negerzeitung in Dualasprache erscheinen, das heißt in der Sprache, die in Kamerun, im Kongo und am Niger gesprochen wird. Das neue Blatt wird „Mbala" — „Die Wahrheit" — heißen und bestimmt viele Leser haben, da in Frankreich zurzeit ungefähr 50 000 afrikanische Neger leben, von denen 20 000 in Paris wohnen.

Verschiedenes.

Die Vertretung der Weltpresse in Genf. In Genf unterhalten einer schweizerischen Zusammenstellung zufolge 83 Zeitungen und 20 Nachrichtenagenturen ständig eigene Vertretungen. Deutschland stellt davon 21 ständig in Genf ansässige Journalisten, von denen 4 Nachrichtenagenturen und

Digitized by Google

2 größere Konzerne vertreten. England ist mit 11 Journalisten (3 Nachrichtenbüros), Frankreich mit 12 (3), Bulgarien mit 1, Holland mit 4 (1), Indien mit 1, Italien mit 3 (1), Jugoslawien mit 2, Kanada mit 1, Polen mit 2 (1), Portugal mit 1, Rumänien mit 4 (1), Schweiz mit 12 (2), Spanien 3, Tschechoslowakei 2 (1), Türkei mit 1, Ungarn mit 1 und Nordamerika mit 8 (2) Journalisten vertreten. Außerdem hat die russische Auslandspresse 2 Vertretungen in Genf und die jüdische Presse 4 Vertretungen.

Die Presse in der Volkshochschularbeit. In der Zeit vom 17. August bis 3. September wird in Prerow in Pommern im Rahmen der Volkshochschularbeit ein besonderer soziologischer Kursus über die gegenwärtige Bedeutung der Presse abgehalten. Als Gastlehrer sind Professor Stenzel (Kiel) und Professor Rosenstock (Breslau) gewonnen worden.

Die Kreditbank der jungen Schriftsteller. Ein Pariser Verlag hat, um die Bewegung zu fördern, die junge unbekannte Schriftstellertalente heranziehen will, eine Bank gegründet, die dem jungen Autor, der ein Buch zu schreiben wünscht oder ein druckfertiges Manuskript hat, einen Kredit gewährt, den sie zurückerhält, sobald das Buch erscheint. Sie übernimmt es auch, nach der Lektüre durch ein Komitee, Manuskripte bei Verlegern anzubringen.

Aus der Organisation.

Landesverband der Schlesischen Presse.

Ortsgruppe Gleiwitz.

Die Ortsgruppe Gleiwitz des Verbandes der Schlesischen Presse veranstaltete am 23. Juni 1929 einen Ausflug nach Ratibor und dem Hultschiner Ländchen. Der Zweck dieser Veranstaltung war, den Kollegen die persönliche Anschauung dieses Teilgebietes Oberschlesiens zu vermitteln, das zu den Opfern des Vertrages von Versailles gehört, das aber gegenüber dem größeren Interesse, welches dem oberschlesischen Industriegebiet entgegengebracht wird, stark in den Hintergrund gedrängt worden ist. Um 9½ Uhr versammelten sich die Teilnehmer in Ratibor im Landratsamt. Dort wurden sie durch den Vertreter des zurzeit beurlaubten Landrats, Regierungsassessor Dr. Quabbe, empfangen, der in einem kurzen Vortrage auseinandersetzte, welche schwere Einbuße der Landkreis Ratibor durch die Grenzziehung erlitten hat. In einem zweiten Vortrag stellte Lehrer Janosch, Vorsitzender des Reichsverbandes heimatliebender Hultschiner, die wichtigsten das Hultschiner Ländchen betreffenden Tatsachen zusammen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Gleiwitz, Dr. Reinhart, begrüßte die Kollegen, besonders die Breslauer Gäste, und dankte den beiden Vortragenden. Eine Autofahrt führte dann die Kollegen bei schönstem Wetter kreuz und quer durch das landschaftlich und volkskundlich gleich interessante Hultschiner Ländchen. Auch zwei Abstecher in das ehemals österreichische Sudetenland, nach Troppau und Mährisch-Ostrau, wurden gemacht. In den Ortschaften bot sich Gelegenheit zur Fühlungnahme mit der Einwohnerschaft und Beteiligung am sonntäglichen Volksleben. Drei Herren vom Verbande heimatliebender Hultschiner hatten die Führung übernommen. Die Ortsgruppe Gleiwitz wird trotz ihrer bisher erst bescheidenen Mitgliederzahl aus dieser wohlgelungenen Veranstaltung den Mut zu weiterer Arbeit schöpfen. Um die Vorbereitung der Pressefahrt nach Hultschin hat sich besonders Kollege Matzel-Gleiwitz verdient gemacht.

Personalien

Eduard Ginschel, früher Verlagsdirektor und Chefredakteur des „Posener Tageblattes“, jetzt Bundespräsident des Deutschen Ostbundes, feierte vor kurzem den 60. Geburtstag. Ginschel hat sich vor dem Kriege um die Organisation der deutschen Journalisten in Polen große Verdienste erworben. Er gründete 1911 den Verein der Posener Presse, der 1920 in einen Verband der deutschen Redakteure in Polen umgewandelt wurde. Während seiner journalistischen Tätigkeit hat er auch stets den Arbeiten des Reichsverbandes der deutschen Presse lebhaftes Interesse entgegengebracht. Von allergrößter Bedeutung ist seine Arbeit stets für die Sache des Deutschtums in der Ostmark gewesen.

Dr. Paul Naché, Leiter eines Berliner Redaktionsbüros, und ständiger Mitarbeiter des „Berliner Lokalanzeigers“, begeht am 15. August den 60. Geburtstag. Dr. Naché begann seine journalistische Laufbahn im Jahre 1893 bei der „Halleschen Zeitung“. Schon kurze Zeit darauf trat er in den Redaktionsverband des „Hamburger Fremdenblattes“ ein, dem er 20 Jahre lang bis zum Kriegsausbruch, zuerst als Redakteur, später als Chefredakteur und zuletzt als Berliner Vertreter angehört hat. Während des Krieges war Dr. Naché Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ in Amsterdam, später der „Vossischen Zeitung“ in Bukarest. Neben seiner umfassenden und vielseitigen journalistischen Arbeit hat Dr. Naché noch Zeit gefunden, sich literarisch zu betätigen. Unter dem Pseudonym Paulus hat er eine Reihe von Romanen und Übersetzungen herausgegeben, u. a. die Romane: „Komödiantin“, „Plebejerblut“ und die „Bunten Geschichten“. Auch wirtschaftspolitische Broschüren entstammen seiner Feder. Dr. Naché hat sich frühzeitig für die Fragen des Berufes und Standes interessiert und lebhaften Anteil an ihrer Entwicklung genommen. Zu seinem 60. Geburtstage wünschen wir ihm, daß die körperliche und geistige Frische und Rüstigkeit, deren er sich erfreut, ihm noch lange Jahre erfolgreichen Arbeitens in der Presse und für sie ermögliche.

Chefredakteur J. Reiß konnte sein 25jähriges Dienstjubiläum in der Redaktion der „Ipf- und Jagstzeitung“ in Ellwangen in Württemberg feiern. Die Zeitung gehört dem Schwabenverlag A.-G. in Stuttgart.

Konsul Dr. Roth, der früher in der Presseabteilung der Reichsregierung das Ostreferat betreute und dann nach Odessa versetzt wurde, wurde zum Konsul 1. Klasse in Odessa ernannt.

Chefredakteur A. Wild der „Augsburger Postzeitung“ wurde vom Pabst in Anerkennung seiner Verdienste das Ehrenkreuz pro ecclesia et pontifice verliehen.

Dr. Alois Winbauer, bisher zweiter politischer Redakteur am „Hamburger Anzeiger“, hat seit dem 1. Juli als Nachfolger des in den hamburgischen Senat gewählten Kollegen Curt Platen die Chefredaktion des genannten Blattes übernommen. Senator Platen ist, als halbbesoldeter Senator, dem Redaktionsverband als Berater und ständiger Mitarbeiter erhalten geblieben.

Redakteur Otto Zippert von der „Tilsiter Zeitung“ konnte kürzlich seinen 70. Geburtstag feiern, ein seltenes Fest für einen Journalisten, der noch tagaus, tagein seinen Beruf wahrnimmt! Zippert, der dem Ostpreußischen Presseverbande seit seiner Gründung angehört, kam nach längerem Wirken in Rheinland-Westfalen und Thüringen im Frühjahr 1903 in seine ostpreußische Heimat zurück, wo er zuerst beim „Königsberger Tageblatt“, dann bei der „Tilsiter Allg. Ztg.“ und schließlich bei der „Tilsiter Zeitung“ als Kommunalpolitiker tätig war. Von der Beliebtheit dieses wackeren Zeitungsmannes zeugte nicht nur eine sehr herzliche Begrüßung durch seine Redaktionskollegen in der „Tilsiter

Digitized by Google

Kurpreisermäßigung in Pistyan.

Die Badeverwaltung des Bades Pistyan (Tschechoslovakei) hat sich auch in diesem Jahre wieder bereit erklärt, unseren Mitgliedern auf Antrag Preisermäßigungen auf Wohnung und Bädergebrauch zu gewähren. Die 70 Grad Celsius heißen Schwefel-Schlamm-Quellen versprechen bekanntlich glänzende Erfolge bei der Behandlung von Rheuma, Gicht und Ischias.

Es empfiehlt sich, vor Antritt der Reise mit der Badeverwaltung in Verbindung zu treten. Anweisungen für ermäßigte Plätze sind durch das Verbandsbüro zu beziehen.

Dieser Tage wurde auf der Badeinsel ein Musterkurhaus „Cyrill Hof“ für den Mittelstand eröffnet, das ein wichtiges Bindeglied unter den bisher bestehenden Kuranstalten mit eigenen Bädern darstellt. Bisher befanden sich nur im „Thermia Palace“, das auch sehr hohen Ansprüchen genügt, und in der „Pro Patria“, einem Hause für bescheidene Ansprüche Heilbäder im Hause.

Die Verbandsleitung:
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Zeitung“, sondern u. a. auch ein warmer Glückwunsch, den die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Tilsit ihrem früheren verdienten Aufsichtsratsvorsitzenden und treuen Mitgliede widmete.

Emil Thomas †. Emil Thomas, der frühere langjährige Chefredakteur des „Börsenblattes für den deutschen Buchhandel“, ist im 61. Lebensjahre in Leipzig gestorben. Thomas hat sich um den deutschen Buchhandel auch schriftstellerisch große Verdienste erworben. Bis 1911 gab er auch die „Allgemeine Buchhändlerzeitung“ heraus.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Bezirksverband Berlin. Albert Hofacker (Mitarb.), SW 61, Yorckstr. 82.

Verband der Rhein.-Westf. Presse. Verein Solinger Presse. Dr. Josef Müller (Berg.-Ztg.), Solingen-Wald; Kurt Kiehne (Berg.-Ztg.), Solingen.

Einzelmitglieder. Wilhelm Baum, Korrespondent deutscher Zeitungen in Moskau; Josef Dubrowitsch (B.T.), Hans Graf Huyn (WTB.), Dr. E. Kulschewski (D.A.Z.), Th. Loevy (Soz. Presse-D.), Rud. Meter (Frkf. Ztg.), Dr. Paul Graf Toggenburg (Germania), sämtl. Korrespondenten in Warschau.

II. Neuanmeldungen.

Bezirksverband Berlin. Ludwig Deptola (Rennsport), Oberschöneweide, Rathaus 5; Rolf Spelz (Mitarb.); Lotte Zielesch (Schles. VZ.).

Landesverband Mitteldeutschland. Erich Born (Torgauer Ztg.), Torgau, Westring 3.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Bremer Presse. Wilhelm Sauer (Bremer Nachrichten).

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Bezirksverband Berlin. Überwiesen von Rheinland-Westf.: Hanns Kurth (Scherl), W 57, Bülowstr. 22/3; Dr. Josef Winschuh (Deutsche Führerbriefe), Schöneberg, Badensche Str. 56. — Nach Württemberg überwiesen: Dr. Gottfried Rösel, jetzt Stuttgart, Kasernenstr. 59. — Joachim Böhmer verzogen von Wilmersdorf, Schlangenbader Str. 88 nach Lichterfelde-West, Dahlemer Str. 65 B; Maria Köchling, Steglitz, Poschingerstr. 32; Bernh. Neumann, verzogen von W 62, Lutherstr. 13 nach Charlottenburg 2, Fasanenstr. 6 (von Versen); Dr. Albr. Weinschenk, N 113, Krügerstraße 25.

Verein Niedersächsische Presse. An den Landesverband Mitteldeutschland überwiesen: Friedrich Wilhelm Biedermann, bisher Wilhelmshaven, jetzt Stendal, Südwall 33 (Der Altmärker).

Verband der Schlesischen Presse. Dem Landesverband Mitteldeutschland überwiesen: Dr. Walter Pehnt, von Gleiwitz nach Kassel-Wilhelmshöhe, Rolandstr. 10 (Kasseler Neueste Nachr.); Dr. Hermann Schuirmann, bisher Hirschberg, jetzt Magdeburg, Kaiser-Friedrich-Straße 22 c (Magdeburgische Ztg.); Red. Paul Majunke-Lange, verzogen von Breslau nach Dyhernfurth b. Breslau, Flurstraße 56; Red. Kurt Mandel, Gleiwitz, Katzlerstr. 17.

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband Groß-Hamburg. Ausgetreten: Hermann Otto Küster, Hamburg.

Landesverband Mitteldeutschland. Gestrichen wegen Nichtzahlung der Beiträge: Max Meyer, Salzwedel.

Verein Niedersächsische Presse. Schriftsteller B. C. Großkopf, früher Memmingen, Äußere Kempter Str. 37, ist vorläufig gestrichen, da er, im Ausland befindlich, nicht zu erreichen ist.

*

Gesperrte Mitgliedskarten.

Die ausgefertigten Mitgliedskarten der Kollegen Hom (Nr. 2724), Andreas Kraus (Nr. 2023), Rüdiger (Nr. 1160), Dr. Zimmermann (Nr. 2367) sind abhanden gekommen und werden hiermit gesperrt. Es gelten nur die Duplikatskarten.

Büchermarkt

Die Rechtlosigkeit der Rundfunkhörer. (3 Millionen rechtlose Rundfunk-Teilnehmer) von Hermann Klamfoth, Verlag Klemens Reuschel, Berlin W 57. Ladenpreis 2.— Mk.

Die Broschüre Klamfoths, die übrigens die funktechnischen Leistungen der Reichspost anerkennt, beschäftigt sich mit der Frage „Haben wir ein Funkrecht?“ und geht von dem Grundsatz aus, daß die Volkssouveränität der Weimarer Verfassung auch im Funkrecht Gültigkeit haben müsse, während das maßgebende Gesetz über Fernmeldeanlagen vom 1. Januar 1928 in dem alten Posthoheitsrecht aus dem Jahre 1892 (Telegraphen-Gesetz) verankert ist. Daraus ergäbe sich, daß die 70 Millionen Mark, die von den drei Millionen Rundfunkhörern jährlich bezahlt werden, nur eine Genehmigungsgebühr bedeuten und keine Leistung, für die eine Gegenleistung verlangt werden könnte. Die Summe der Genehmigungsgebühr fließt in das Sondervermögen des Postetats und tritt im ordentlichen Haushalt nicht in Erscheinung, sodaß die Kontrolle der Volksvertretung über Einzelausgaben fehlt. Klamfoth verlangt nun, daß das veraltete Hoheitsrecht der Post durch ein zeitgemäßes Rundfunkgesetz, das Rechte und Pflichten gleichmäßig verteilt, zu ersetzen ist. Ein Entwurf hierfür ist in der Broschüre enthalten, ebenso wie die zurzeit noch geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

Bericht des Gewerkschaftsbundes der Angestellten über das Jahr 1928. G.D.A.-Schrift Nr. 48. Sieben-Stäbe-Verlagsdruckerei G. m. b. H.

Dem vom Bundesvorstand des G. D. A. hier eingegangenen Bericht ist zu entnehmen, daß sich die Aufwärtsentwickelung stetig fortsetzt. Seit 1924 ist die Mitgliederzahl um rund 40 000 gestiegen. Im Vergleich zum selben Jahre stellt der letzte Jahresetat des Bundes in Höhe von annähernd 12 000 000 Mark nahezu eine Verdoppelung dar. 90 Prozent der Beiträge gingen pünktlich ein. Der Bund hat 110 Bundesgeschäftsstellen mit 1336 Bundesangestellten, davon allein 351 in Berlin. Im Herbst 1929 wird die Verwaltung in das neu erbaute Hochhaus des Bundes am Karlsbad verlegt. Der Jahresbericht gibt Auskunft über die allgemeine sozialpolitische Tätigkeit des Bundes sowie auch über seine wirtschaftspolitische und seine tarifpolitische Arbeit. Weitere Ausführungen sind der Bildungsarbeit, der Heranziehung des Nachwuchses, dem Zeitschriften- und Pressedienst, der Bundesselbsthilfe und anderen Arbeitsgebieten der Organisation gewidmet.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Inhaltsangabe:

Zusammenarbeit der Zeitungswissenschaft mit der Praxis. Zeitungsfachlicher Fortbildungskursus des Deutschen Institutes für Zeitungskunde (mit Studienplan). Von Dr. Friedrich Bertkau.
Verantwortliche Redakteure, Abgeordnete und Strohmänner. Von Dr. jur. Georg Ritter.
Freuden und Leiden mit Pressestellen. Von Fritz Aulich.
Berichterstatter oder Stimmungsbildner. Von J. Würth, Mannheim.
Zu dem Kapitel: Fraktur oder Antiqua. Von Bernhard Lamey-Riga.
Bildberichterstattung. Von C. Sch.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.
Büchermarkt.

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur. Gustaf Richter, Berlin SW 68 Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 33 — Berlin, den 17. August 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 30 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto Berlin 14488. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg Kurfürstenstraße 8—5.

Der Schrei nach der Presse . . . und wie ihn die Filmindustrie versteht.

Von Dr. Robert Volz-Berlin.

Man braucht zwar nicht an die Anfänge des Films zurückzugehen, aber man muß doch eine Reihe von Jahren überspringen, wenn man sich in die Zeit versetzen will, in der es die Presse, die Journalisten und die Schriftsteller für unter ihrer Würde und vor allem für ganz zwecklos und unnötig hielten, sich mit dem Film und dem Lichtspielhause auseinanderzusetzen. Das war noch so, als manche gebildete und kunstbeflissene Kreise schon einzusehen begonnen hatten, daß in der Kinematographie große geistige Werte steckten und daß in ihr auch künstlerische Möglichkeiten schlummerten.

Aber da das Eis nun einmal gebrochen war und die Presse schließlich doch den Mut fand und die Verantwortung spürte, dem Film gegenüber eine Einstellung zu gewinnen, wuchs langsam die Zahl der kritischen Betrachtungen im engeren und im weiteren Sinne des Wortes, und setzte bei manchen Blättern auch eine gewisse Regelmäßigkeit ein, mit der sie die verschiedensten Filmfragen der Theorie und der Praxis teils in belehrender, teils in polemischer Form anschnitten. Gewiß waren es immer nur noch vereinzelte Blätter, die so vorgingen, aber doch war das die entscheidende Zeit, in der die Grundlagen für die Beziehungen von Film und Presse geschaffen worden sind. Leider hat sich, wie wir noch sehen werden, im Laufe der Zeit an den rein journalistischen Voraussetzungen manches geändert, so daß heute vielfach ein ungesundes und verfälschtes und auf die Dauer für alle Beteiligten schädliches Verhältnis zwischen dem Tagesschrifttume und der Kinematographie zu beobachten ist.

Mit der steigenden Entfaltung des Films, mit der Zunahme der Lichtspielhäuser und der Produktionsunternehmen, mit der Schaffung wertvoller Filmwerke, die neue Wege wiesen und ungeahnte Offenbarungen brachten, vor allem aber mit dem wachsenden Wunsche auf seiten der anspruchsvolleren Öffentlichkeit, am Film nicht mehr zweifelnd und ablehnend vorüberzugehen, sondern Hoffnungen und Erwartungen irgendwie in die Wagschale zu werfen — mit diesem ganzen Wandel in der Richtung einer Bereicherung und Vertiefung der Kinematographie ging Hand in Hand das ständig lebendiger werdende Verlangen der Industrie und des Kinogewerbes nach reger und vielseitiger Anteilnahme der Tagespresse an Film und Lichtspielhaus. Dieses Verlangen hatte einen doppelten Hintergrund. Es galt jetzt die gebildeten Kreise, die Träger des Kulturgedankens und vor allem die große Schicht der Verbraucher von Bühne, Literatur und Kunst restlos auch für den Film zu erobern. Aber man verknüpfte mit diesem Wunsche nach gutwilliger und wohlwollender Auseinandersetzung mit dem Film, nach Steigerung des Interesses für ihn, vielfach auch propagandistische Erwartungen offener oder verschleierter Art, und man hat sich von den Formen und Voraussetzungen solcher Anteilnahme am Schicksale von Film und Kino gewiß nicht immer die richtige Vorstellung gemacht. Der Film steckte auch in diesen gemischt geschäftlichen Fragen noch stark in den Kinderschuhen und schätzte die Aufgaben und den Sinn der Presse vielfach falsch ein.

Aber immerhin — der Schrei nach der Presse war ertönt und kehrte ständig und mit Recht in ungezählten Abwandlungen wieder. Auch die Fachpresse ist oftmals in diesem Sinne bei der Tagespresse vorstellig geworden und hat ihr ins Gewissen geredet. Von Ausnahmen jedoch abgesehen, legten die Zeitungen immer noch wenig Neigung an den Tag, dem Filmproblem ernstlich und gründlich ihre Spalten zu öffnen und dazu beizutragen, daß ihre Leser zum Film eine einigermaßen abgeklärte Einstellung gewinnen, sich mit kulturellen, künstlerischen, wirtschaftlichen und anderen Filmfragen befassen und so ihr Urteil bilden und festigen konnten, um das ihre dann bald so, bald so für die Hebung des Lichtspielwesens, für die Stärkung des guten und für die Zurückdrängung des minderwertigen Films beizutragen. Was einzelne Blätter auf diesem Gebiete getan haben und auch heute noch tun, ist unschätzbare Pionierarbeit, aber sie hat nicht ausgereicht und sie kann auch heute noch nicht ausreichen.

Die Schwierigkeiten sind sehr erheblicher Natur, denn mit der mehr oder weniger eingehenden Beurteilung neuer Filme ist es noch lange nicht getan. Die sachgemäße Einschätzung der vielseitigen Möglichkeiten der Kinematographie, die sichere Bewertung der ihr eigenen Mittel auf gutes oder schwaches Gelingen und die Durchdringung der vielfach ineinander verstrickten geistigen, künstlerischen, technischen und sonstigen Zusammenhänge bietet zweifellos erhebliche Schwierigkeiten, die nicht ohne weiteres mit gutem Willen und auch nicht einmal mit fleißigem Kinobesuche allein zu beheben sind. Es ist ja immer zu bedenken, daß es nicht damit getan wäre, daß die Presse reine Werturteile abgibt, sondern auch beim Film ist der Kern ihrer Aufgabe eine eindringliche, richtunggebende

Digitized by Google

und schließlich mitschöpferische Betrachtung und Anteilnahme.

In diese Lage der Dinge nun schaltete sich die Industrie ein, denn sie sah, daß einerseits die Öffentlichkeit nicht abgeneigt ist, mancherlei über den Film zu lesen und daß andererseits die Presse nicht genug Material hat, aber doch vielfach gerne Abdrucke vornimmt, die sie nichts kosten. Man brauchte also ihres Erachtens nur der Presse geschickt aufgemachte Produktionsnachrichten und feuilletonistisch gehaltene Mitteilungen honorarfrei zugehen zu lassen und konnte sicher sein, mit solchen Angeboten auf eine empfangsbereite Gegenliebe zu stoßen. Nie ist es zwar die große oder führende mittlere Presse, die sich auf den Bezug und Abdruck solcher „Geschenkartikel" einläßt, wenn auch gelegentlich die Ausnahme die Regel bestätigt.

Man muß also den Verhältnissen so, wie sie sich herausgebildet haben, ruhig ins Auge blicken und muß schauen, was daran aus Gründen, die ebensosehr bei der Presse wie beim Film liegen, geändert und gebessert werden muß. Der Zustand jedenfalls, daß ein sehr großer Teil der Filmbeiträge in der Tagespresse von der Industrie selbst geschrieben wird, ist journalistisch und verlegerisch gesehen ein grober Unfug, den die Presse hat einreißen lassen. Es ist für jeden Journalisten, der aus der Überzeugung heraus seinen Beruf ausübt, verantwortlicher Vertreter seiner Überzeugung an führender und einflußreicher Stelle zu sein, auf die Dauer unausdenkbar und unerträglich, Schrittmacher enger privatwirtschaftlicher Interessen zu sein. Die Anstrengungen der Film-Industrie, der Tagespresse für ihre besonderen Zwecke und Ziele die Arbeit abzunehmen und sich überall dort mit ihrer geschäftlichen Tendenz vernehmen zu lassen, wo der Zeitungsleser die Stimme, das Urteil, die Gesinnung seines Blattes vermutet, erzielten keine Errungenschaft auf lange Sicht. Sie haben gewiß mitgeholfen, Film und Kino mehr und mehr in den Bereich der Presse zu rücken, und es mag sogar da und dort ihr Verdienst sein, daß sie den Boden für die Veröffentlichung neutraler, echter journalistischer Aufsätze bereitet haben, aber das alles ändert nichts daran, daß das Gratismaterial der Filmindustrie ein Verderb der Presse ist, nach der man in allen Tönen gerufen hat, und daß es gerade das nicht zustande bringt, woran es der Kinematographie bei ihrer Fühlungnahme mit der Presse hauptsächlich gelegen ist oder gelegen sein sollte: Verbreitung von Einsicht, Erwärmung für die Möglichkeiten und Aufgaben des Films und Eintreten für den guten Film.

Solange sich die Industrie darauf beschränkt, Mitteilungen, Neuigkeiten an die Presse zu geben, tut sie nichts anderes, als was Bühne, Konzertagenturen, Verleger usw. betreiben: sie informiert. Aber längst ist die Filmindustrie auf den vermeintlich klugen Gedanken gekommen, in großem Stile feuilletonistisch zu arbeiten, und zwar nach drei Gesichtspunkten. Entweder liefert sie Artikel, in denen eine propagandistische Absicht bei einigermaßen genauem Lesen klar festzustellen ist, oder sie versteckt einen werbenden Zweck für bestimmte neue Filme so, daß scheinbar nur ein allgemein gehaltener Beitrag vorliegt, während in Wirklichkeit spätere mit dem Thema verwandte Artikel erst zu erkennen geben, was gemeint war, dieses neue Material also auf einen Boden fällt, der sich als schon vorbereitet erweist; man kann in diesem zweiten Falle auch so vorgehen, daß ein anscheinend harmloser Artikel in Wirklichkeit an Namen und Vorgänge anknüpft, die gerade in letzter Zeit die Öffentlichkeit beschäftigt haben, also etwa in Gestalt reiner Propagandanotizen. Dann sind diese Aufsätze und Plaudereien gewissermaßen der Zuckeraufguß auf die Reklame. — Die dritte Möglichkeit, die auch gerne angewandt wird, besteht darin, daß wirklich neutrale Beiträge zusammen mit reinem und feuilletonistischem Propagandamaterial mitgeliefert werden, und zwar „zur Belohnung" für den Abdruck der Reklamesachen.

Die Versendung dieses gesamten Materials erfolgt teilweise unter der grotesken Bezeichnung einer „Korrespondenz"! Ursprünglich wollte man damit den Anschein einer journalistischen Leistung erwecken, heute bedient man sich dieser sichtlich sehr geschätzten Bezeichnung weiterhin offenbar deshalb, weil man damit die Gleichstellung des Gratis-Korrespondenzmaterials mit dem rein journalistisch aufgebauten geltend zu machen gewillt ist und vielleicht auch hofft, durch den Mißbrauch dieser Bezeichnung ihren ursprünglichen Sinn verändern und es erreichen zu können, daß Gratis-„Korrespondenz" und Korrespondenz (geschrieben oder gedruckt wird immer nur gleichmäßig „Korrespondenz"!) schließlich einander gleichgesetzt werden, daß also durch die einhämmernde Wiederholung der Unterschied zwischen Reklame und Journalismus sich verringert. Die Bedenklichkeit dieser Methode, für die in der deutschen Filmindustrie durchweg ehemalige Journalisten ihren Namen hergeben, braucht in diesen Blättern nicht noch näher ausgeführt zu werden.

Hat somit die Presse, die von diesen Industrielieferungen Gebrauch macht, den Vorteil, daß sie bequem und kostenlos über Filmangelegenheiten ihre Leser zu unterrichten vermag und sie auch über Neuigkeiten im Gebiete des Films auf dem Laufenden hält, so gelingt es der Industrie, auf eine verhältnismäßig sehr billige Weise, Propaganda zu betreiben, die in Wirklichkeit erst dann und natürlich in anderer Form in den Inseratenteil hineingehörte, wenn der Film fertig vorliegt. Aber das wäre wieder nicht Sache der Industrie, sondern der Lichtspieltheaterbesitzer. Wenn die Industrie es ist, die diese Vorreklame betreibt, so geschieht es deshalb, weil sie stimmungsmäßig den Erfolg des Films einzuleiten sucht und weil sie außerdem der Presse am Orte, wo der Film herauskommt, Stoff in die Hand geben will, damit sie bequem das Ereignis vor ihren Lesern aufrollen und damit sie gleichzeitig den Theaterbesitzern (und mittelbar wieder sich selbst) einen Gefallen erweisen kann. Ein Netzwerk von Rücksichten und Berechnungen!

Spricht man mit Vertretern der Industrie über die Kurzsichtigkeit, die Presse daran zu gewöhnen, daß sie sich um den Film nur kümmert, wenn sie etwas geschenkt bekommt, und ihr eine Unselbständigkeit und Fremdheit gegenüber Film und Kino anzuerziehen, die schließlich rückwirkend auch die Industrie wieder trifft, so kann man den Einwand hören, daß die Presse doch mehr oder weniger Sprachrohr industrieller Bestrebungen zu werden bestimmt sei und daß sich die ganze Entwicklung einer Durchdringung des textlichen Teiles der Zeitungen mit wirtschaftlichen Interessen nicht aufhalten lasse.

In dieser Auffassung steckt natürlich eine grundfalsche Einschätzung der Presse und ihrer Aufgabe, aber die Tatsache, daß überhaupt ganz grob zugegeben wird, man wolle für privatwirtschaftliche Zwecke die redaktionellen Spalten erobern, beweist, wo wir stehen, wo die Gefahr liegt und wie die Abwehr aussehen muß, die Abwehr, die ebenso aus Gründen der Unabhängigkeit der Presse wie dem Film und seiner Zukunft zu Liebe geschehen muß, denn selbst der überzeugteste Verteidiger der Gratis-Film-„Korrespondenzen" wird zugeben müssen, daß dem Film ein sehr schlechter Dienst erwiesen wird, wenn vorwiegend er selbst sein eigener Sprecher ist. Man vergleiche diese Verhältnisse einmal mit denen der Bühne oder des Konzertsaales oder mit denen der Kunstausstellungen und stelle sich vor, es würde dort ähnlich seitens der wirtschaftlich interessierten Kreise vorgegangen. Das Ungeheuerliche unterliegt dann keinem Zweifel mehr.

Digitized by Google

Man braucht sich keiner Einseitigkeit schuldig zu machen, sondern kann, wie es hier auch schon geschehen ist, unumwunden zugeben, daß die Presse selbst mit dafür die Verantwortung trägt, daß die Industrie das Gratis-„Korrespondenz“-Wesen so stark entwickeln konnte, wie es heute zu beobachten ist. Es soll auch keineswegs verkannt werden, daß die Schwierigkeit bei der Beschaffung mancher unterhaltender Artikel, so etwa von bekannten Künstlern und Künstlerinnen, durch das Vorhandensein des Industriematerials teilweise behoben sind, denn dort ist in dieser Hinsicht kein Mangel. Aber das, was die Presse in erster Linie nötig hat, ist Eindringen in das Filmproblem, und das kann sie nur selbst und von sich aus und durch ihre Mitarbeit tun. Die Darsteller werden eben lernen müssen, mit der Presse unmittelbar zu verkehren und zu- oder abzusagen. Das ist, gemessen an der Wichtigkeit der Aufgabe, die es zu lösen gilt, eine ganz unwesentliche Nebensache.

Es sind auch Grenzfälle denkbar. Eine Filmgesellschaft beginnt einen Film zu drehen, in dem es sich um eine sehr wichtige und ernste Frage, oder um eine Umarbeitung aus der Literatur oder um ein geschichtlich bedeutsames Thema handelt. Da wird es gewiß ein Wunsch der Presse sein, schon während der Aufnahmen etwas über dieses neu entstehende Werk zu veröffentlichen. Das Gegebene ist, daß sie sich in tatsächlicher Hinsicht orientiert und einen Fachmann mit der Abfassung eines Artikels beauftragt, sofern ihn die Schriftleitung nicht selbst zustande bringt. Da kann nun der Fall eintreten, daß der Bearbeiter des Drehbuches oder der Regisseure oder einer der Darsteller oder sonst ein unmittelbar Beteiligter diese Arbeit zu schreiben berufen wären, und es wird — was auch gar nicht nötig wäre — nicht zu verhüten sein, daß in diesem Aufsatz eine werbende Wirkung enthalten ist, ohne daß man sagen kann, hier würden Vorschußlorbeeren verteilt und Reklameversprechungen gemacht. — Aber um dieser gewiß vereinzelten Gelegenheiten willen lohnten sich keine Gratis-„Korrespondenzen“, deren Ziele ja auch ganz andere sind. —

In der Fachpresse wird gelegentlich mitgeteilt, wie man es machen muß, um Gratis-Artikel in die Presse „einzuschmuggeln“. Oft wird dabei gemeinsam mit den Theaterbesitzern vorgegangen und das System der Überrumpelung wird in anderer Form neu angewandt. Leider verkennt die Presse in der Tat bisweilen, daß sie gerade aus verlegerischen, geschäftlichen Gründen unbeirrt daran festhalten muß, jedwede Reklame im Inseratenteile unterzubringen. Mit gehaltvollen Filmaufsätzen, besonders mit zielbewußten Filmbeilagen, in denen sich sehr viel aufbauende Arbeit leisten läßt, ist noch immer ein Theaterbesitzer davon zu überzeugen gewesen, daß eine Zeitung für den Film und für das Lichtspielhaus nachhaltiger eintritt, als mit flauen Reklameplaudereien.

Auch die Kritik der neuen Filme, die oft ein Sorgenkind der mittleren und kleineren Presse ist, wird selbst dann den Theaterbesitzern nicht auf die Nerven fallen, wenn ein Film einmal mit guten Gründen und mit allen Zeichen des grundsätzlichen Wohlwollens für das Lichtspielwesen abgelehnt wird. Allerdings muß zugegeben werden, daß oftmals der Lichtspieltheaterbesitzer in der verhängnisvollen Lage ist, einen blind abgeschlossenen Film oder einen bei einem bedeutenden Film als sog. Schwanzfilm mitgemieteten Film spielen zu müssen, den er bei freier Wahl nicht ausgesucht hätte. Er wird sich in solchen Fällen doppelt gegen eine schlechte Kritik wehren. Aber hier tritt wieder eine der großen Aufgaben der Tagespresse in die Erscheinung: ihr Teil dazu beizutragen, daß endlich der Lichtspieltheaterbesitzer das vorführen kann, was er will. Es ist noch ein weiter Weg dahin aus Gründen, die hier nicht auseinandergesetzt werden können. Nur sei gerade im Zusammenhang mit der Betonung der unerläßlichen Unabhängigkeit der Presse und ihrer Pflicht, mehr zu leisten, als eine Gratis-„Korrespondenz“ bietet, auch an dieser Stelle wieder darauf hingewiesen, daß Bindungen, die sie eingeht und Unvollkommenheiten, auf die sie sich einläßt, allen Teilen zum Schaden gereichen.

Es kann also nicht genug geschehen, um die Schriftleitungen von der Benutzung des Gratismaterials unabhängig zu machen. Die Zeitungsinstitute werden viel Gutes stiften, wenn sie die Kollegen draußen im Reiche auch damit vertraut machen helfen, wie Film und Presse zueinander stehen und welche überragenden Gesichtspunkte dieses Verhältnis beherrschen müssen, das heute leider durch kurzsichtige Maßnahmen der Industrie in einem Teile der deutschen Presse ein ungesundes Aussehen bekommen hat.

Aber es ist nicht allein Sache der Redaktionen, es ist weit mehr noch eine Pflicht der Verleger schon in ihrem ureigensten Verleger-Interesse dafür zu sorgen, daß ihre Zeitungen auch auf dem Gebiete von Film und Kino ihrer hohen Aufgaben im Dienste der Allgemeinheit nicht entfremdet und daß sie nicht dadurch mißbraucht werden, daß aus einer Not, die sich beheben läßt, eine Tugend gemacht wird!

Reklame und Journalismus.

In der Fülle der Vorträge, die im Rahmen des soeben in Berlin abgehaltenen Weltreklamekongresses sich mit den vielerlei Problemen des modernen Werbewesens auseinandergesetzt haben, interessiert den Journalisten besonders das Referat des Kollegen Professor Dr. Emil Dovifat-Berlin, der in der dritten Hauptsitzung über „Reklame und Journalismus“ sprach. Wir haben den Ausführungen ihre rednerische Form gelassen, die für ein internationales Publikum berechnet war. Für besonders erfreulich halten wir es, daß die Gelegenheit gegeben war, einer internationalen Zuhörerschaft aus Fachkreisen die deutsche journalistische — und, wie wir feststellen zu können meinen, auch verlegerische — Auffassung der Stellung von Journalismus und Reklame innerhalb der deutschen Presse nahezubringen. D. Red.

„Der Herr Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat den Delegierten seines Landes zu diesem Kongresse eine schöne und nützliche Parole mitgegeben: Er hat ihnen geraten, für die ethische Wertung der Anzeige einzutreten, Sorge zu tragen, daß jede werbende Angabe wahr sei, und daß ein ehrlicher Wettbewerb Wahl und Erfolg aller Werbemittel bestimme. Wenn der Präsident des Landes, das heute kraft der höchsten Ergiebigkeit seiner Wirtschaft die größten Anzeigenaufträge der Welt zu vergeben hat, solches verkündet, so ist das ein internationaler Fortschritt. Vor diesem Forum von Sachverständigen darf ich wohl gerade heraus erklären: Wer diese ethische Forderung durchsetzen will, kann unmöglich vorbeigehen an dem Problem: Reklame und Journalismus.

Die Reklame in der Form der Anzeige und der Journalismus haben gemeinsam die moderne Tageszeitung geschaffen. Sie haben damit gemeinsam dem heutigen Leben das stärkste Ausdrucksmittel seines öf-

Digitized by Google

sentlichen Wollens und öffentlichen Meinens gegeben. Erst seit die Presse ihre Meinungsfreiheit erfochten hat, konnte auch der Anzeigenreklame die breiteste Öffentlichkeit erschlossen werden; erst der Ertrag der Anzeige wiederum gab dem Zeitungswesen die wirtschaftliche und technische Kraft, seine Nachrichten in Blitzesschnelle rund um den Erdball zu sammeln und seine Nachrichten und Meinungen wieder zu verbreiten. Dadurch erst gewinnt die Zeitung jene große und immer größere Rufweite, die der Nachricht, der Meinung und der Anzeige gleichzeitig zugute kommt. Reklame und Journalismus haben sich also gegenseitig in der Zeitung ihre Tribünen errichtet. Sie tragen einander, und dennoch: sie sind streng voneinander getrennt.

In dieser strengen Trennung zwischen dem Anzeigenteil einer Zeitung und ihrer journalistischen Arbeit liegt für beide der größte Erfolg. Aber auch die größte Gefahr. Gemeinsam ist beiden die Werbeabsicht. Aber gänzlich verschieden ist ihr Werbeinhalt. Ob der Journalismus im Meinungskampfe steht oder Nachrichten sammelt und vermittelt, überall sind es allgemeine, sind es öffentliche Interessen, denen er dienstbar ist. Wo aber die Reklame auftritt, ist zunächst immer ein privates Interesse Triebkraft der Werbehandlung. Erst der Wert des Dargebotenen und die Zweckmäßigkeit und Treffsicherheit der Werbeform geben der Reklame ihre allgemeine, ihre volkswirtschaftliche Bedeutung. Zunächst aber steht sie im privatwirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen, die für ähnliche oder verwandte Dinge werben. Dieser Wettbewerb muß ehrlich sein. Er muß als „fair play" mit guten Mitteln und unter gleichen Voraussetzungen geführt werden. Mag dem Besten der Erfolg beschieden sein!

Wenn aber in diesem gesunden und ganz natürlichen Wettkampf die Leistungen der Kämpfenden sich steigern, Geringes ausscheidet und Wertvolles sich behauptet, so ist es unerträglich, wenn hier Kämpfer das Visier schließen, regelwidrige Fechterkniffe anwenden und unerlaubte Hilfsmittel benutzen. Ein derart unerlaubtes Hilfsmittel ist die Vermengung von Reklame und Journalismus. Unerlaubt auch für den Journalismus, der dadurch seine allgemeinen Zielen dienende Arbeit privatwirtschaftlich mißbrauchen läßt, unerlaubt für die Anzeige vor allem deswegen, weil sie irreführend im journalistischen Kleide erscheint, also nicht nur kostenlosen Anzeigenraum zu gewinnen sucht, sondern auch in einem privaten Wettbewerb öffentlichen Vorspann regelwidrig nutzt. Also in beiden Fällen: Vorspiegelung falscher Tatsachen.

In beiden Fällen auch höchst gefährlich für die journalistischen wie für die wirtschaftswerbenden Aufgaben der Zeitung. Man kennt die Versuche, vom Anzeigenteil her den redaktionellen Teil zu beeinflussen. Sie sind sehr mannigfaltig und treten in allen Masken auf. Bald in freundlicher Selbstverständlichkeit, bald laut fordernd. Von der harmlosen, mehr oder weniger gekennzeichneten „Redaktionellen Notiz", vom Versuch, Journalisten durch Einladungen oder bevorzugte Warenbelieferung zu gewinnen, bis zur deutlichen Boykottandrohung gegenüber redaktioneller Meinungsäußerung. Wenn derartige Versuche sich siegreich durchsetzen, so bedeuten sie das Ende der Tageszeitung in ihrer gegenwärtigen Form und damit das Ende unseres besten Reklameträgers. Wenn der redaktionelle Teil verkappt dem Anzeigenteil dienstbar wird, so ist die tiefste Ursache jedes publizistischen und jedes reklametechnischen Erfolges der Zeitungsarbeit dahin: das Vertrauen des Lesers. Für die Beziehungen zwischen Journalismus und Reklame gilt in der Endwirkung unwiderlegbar der Grundsatz:

Die Anzeigenkraft des Blattes ist am stärksten, das dem Anzeigenteil keine Einwirkung auf seine journalistische Arbeit gestattet. Je größer die publizistische Unabhängigkeit, um so größer der Anzeigenerfolg.

Dies Grundgesetz muß jeder journalistischen und jeder anzeigenmäßigen Arbeit voraufgestellt werden. Wo große Wirtschaftserfolge Einzelner erzielt werden, wo hervorragende privatwirtschaftliche Erfolge Gegenstand allgemeinen und öffentlichen Interesses geworden sind, pflegt die Zeitung auch im redaktionellen Teil zwangsläufig darüber zu berichten. Wer wollte z. B. die verkehrstechnischen Erfolge eines neuen Schiffstyps von der redaktionellen Besprechung ausschalten. Über derartige Ereignisse zu berichten liegt ganz einfach in den organischen Gesetzen aller journalistischen Arbeit. Aber jedes der Zeitung aufgezwungene journalistische Anzeigenhilfsmittel, alle Reklamenotizen, redaktionellen Hinweise und Textreklamen werden durch gesunde Zeitungen ganz von selbst in eine Form gebracht, zusammengefaßt und gekennzeichnet, daß der Leser sie schon sehr bald als das nimmt, was sie sind: Kein journalistischer Text! Bloße Beigaben zur Anzeige! Das Gegenteil würde den Verlust des Vertrauens in den redaktionellen Teil und damit das Ende der Zeitung bedeuten. Zeitungsleute und Reklameleute haben also ein gemeinsames Interesse daran, gegen Bestrebungen Front zu machen, die ihnen den Anzeigenwert der Zeitung zerschlagen, gegen Organisationen und Persönlichkeiten anzugehen, die eine Ausnutzung des redaktionellen Teils zur privatwirtschaftlichen Werbung sich zur Aufgabe gemacht haben. Es ist ein Zeichen gefährlicher Begriffsverwirrung, daß es solche Organisationen und solche Persönlichkeiten überhaupt gibt.

Hier liegt auch eine Bildungsaufgabe. Für die innere Bedingtheit zwischen publizistischer Freiheit und Anzeigenwirkung sollte man schon dem künftigen Werbepraktiker Verständnis beibringen. Ebenso wie der künftige Journalist lernen und wissen muß, wie bedeutsam für die wirtschaftliche und technische Ausgestaltung seiner Zeitung und damit für die Wirkungsweite seiner eigenen Arbeit der Anzeigenteil ist, ebenso muß der Werbepraktiker der journalistischen Arbeit mit Sinn und Verständnis gegenüberstehen. Er muß wissen, daß diese Arbeit von öffentlichen Interessen bestimmt und in öffentlicher Verantwortung geleistet ist. Es muß ihm in Fleisch und Blut übergehen, daß jede Verschleierung der klaren Scheidung zwischen dem redaktionellen und dem Anzeigenteil eine Verminderung der Wirkungskraft der Zeitung ist, die beiden Aufgaben gleicherweise dient. Daher sollten auch Zeitungswissenschaft und Werbewissenschaft in der Bearbeitung dieser Fragen zusammenwirken, weil sie für das Zeitungswesen wie für das Werbewesen von gleicher lebenswichtiger Bedeutung sind.

So liegen in den Beziehungen zwischen Reklame und Journalismus für die Träger beider Arbeitsgebiete die höchsten beruflichen Aufgaben. Möchte die Tatsache, daß die Unabhängigkeit der journalistischen Arbeit auch die höchste Wirkung der Anzeigenreklame verbürgt, in allen Teilen der Welt die Ethik beider Berufsgruppen bestimmen. Die gleiche Grundauffassung wird dann beide auch in ihrer internationalen Aufgabe fördern, den Journalismus und die Reklame."

* * *

Digitized by Google

Die Mentalität der deutschen Zeitungsverleger.

Einen zweiten, besonders den deutschen Journalisten interessierenden Vortrag hielt in der Fachgruppe „Zeitungsverleger" der General-Bevollmächtigte des Verlages Rudolf Mosse, Berlin, Dr. Martin Carbe, über das Thema: „Die Mentalität der deutschen Zeitungsverleger". Nach dem „Berliner Tageblatt" hat Dr. Carbe etwa folgendes ausgeführt (die Sperrungen sind von uns vorgenommen. D. Red.):

„Darf ich Ihnen sagen, was wir deutschen Verleger nicht sind und nicht sein wollen: Lassen Sie mich plakatartig zu Ihnen sprechen: Wir sind keine Händler mit bedrucktem Papier! Wir wissen, daß das Handeln mit bedrucktem Papier ein durchaus ehrsames Gewerbe sein kann oder ist, aber wir betreiben es nicht. Unsere Zeitung ist auch kein Anhängsel des Reklameteils. Ich bitte, mich aber, zumal auf einem Reklamekongreß, nicht mißzuverstehen. Wir wissen den Wert der Annoncen und des Reklameteils voll und ganz zu schätzen; und wir wissen sehr genau, daß, wenn die wirtschaftliche Grundlage unserer Zeitungen gefährdet würde, auch unsere geistige Freiheit und unsere politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit ins Wanken geraten könnte oder mindestens schwer bedroht wäre.

Bei unserer Arbeit und bei unserem Denken aber als Verleger gehen wir aus von dem, was wir als unsere publizistische Pflicht erkennen. Unsere Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit, unsere Pflicht gegenüber Reich und Staat. Wir fühlen uns aus selbstgewählter Mission heraus nicht nur unseren Abonnenten und Lesern gegenüber, sondern der Gesamtheit unserer Volksgenossen moralisch und sachlich verpflichtet. Jeder von uns, ohne Unterschied der Partei, dient dem kategorischen Imperativ der Pflicht. Wir wissen uns mit den Redakteuren, die in unseren Blättern schreiben, und mit denen wir in einer paritätischen Arbeitsgemeinschaft freundschaftlich verbunden sind, vollkommen eins in dem Gedanken der sittlichen Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit und in dem Gedanken, daß niemals privates Interesse die Feder führen darf in den Spalten unseres redaktionellen Teil.

Wir wollen unseren Lesern, und das trifft besonders für die großen Ihnen allen bekannten Blätter zu, ein möglichst vollständiges Bild nicht nur von deutschem Geschehen, sondern auch vom Geschehen im Ausland geben. Wir wollen ein Spiegelbild deutschen politischen, geistigen und kulturellen Lebens sein, wir wollen versuchen, soweit es in unserer Macht liegt, unseren Lesern auch die Ideenwelt und die politischen Gedanken des Auslandes und seiner führenden Staatsmänner und Parteien verständlich zu machen. Wir wollen damit eine Kulturgemeinschaft aller geistig hochstehenden Völker vorbereiten und dem gegenseitigen Verstehen dienen. Wir wollen dem arbeitenden Menschen, dem geistig und dem körperlich Arbeitenden aller Schichten dienen und die Erkenntnis fördern. Wir wollen der Wahrheit dienen, auch da, wo sie bitter ist.

Wir deutschen Verleger müssen uns ferner, im Gegensatz zu glücklicheren Kollegen anderer Länder, immer vor Augen halten, daß für weite Kreise unseres verarmten, arbeitsamen Volkes die Zeitung heutzutage die einzige Erkenntnisquelle und nahezu die einzige Bildungs- und Belehrungsquelle ist, da weite Kreise unseres Volkes nicht mehr in der Lage sind, sich die Bücher unserer Schriftsteller, Gelehrten und Dichter zu kaufen. Aber trotz alledem sind wir deutschen Verleger frohen Mutes und vertrauen auf die Zukunft."

Es ist ganz besonders zu begrüßen, daß auf dem Weltreklamekongreß auch von so prominenter Verlegerseite ganz eindeutig und klar festgestellt worden ist, daß der redaktionelle Teil der deutschen Tageszeitungen lediglich öffentlichen, nicht aber privaten geschäftlichen Interessen zu dienen hat, um so mehr, als gerade auch in einem Teil der großstädtischen Presse immer wieder Versuche bemerkbar werden, den redaktionellen Teil der Zeitungen für private geschäftliche Interessen zu mißbrauchen. In ihrem Kampf für die Reinhaltung des Textteils von privater geschäftlicher Beeinflussung, dem die deutschen Zeitungsverleger noch kürzlich auf ihrer Heidelberger Tagung einen so entschiedenen und klaren Ausdruck gegeben haben, werden sie die deutschen Journalisten stets an ihrer Seite finden.

Eigenartiges Zeugnis-Zwangsverfahren gegen einen Redakteur.

Der für das Politische verantwortliche Redakteur der in Duisburg erscheinenden Volksstimme (SPD.) Alfr. Buchholtz ist nach einer gerichtlichen Vernehmung von dem vernehmenden Assessor in eine Geldstrafe von 600 (sechshundert) Mark, im Falle deren Nichtbeitreibung zu 30 Tagen Haft verurteilt worden, „da er das Zeugnis ohne hinreichenden Grund verweigert hat."

Die Sache hat folgende Vorgeschichte: Die Volksstimme veröffentlichte am 29. April 1924 einen Artikel in dem gegen die Friedrich-Wilhelms-Hütte in Mülheim (Ruhr) der Vorwurf des gewinnsüchtigen Landesverrates erhoben wurde, begangen durch Lieferung als minderwertig befundener Granaten während des Krieges. Es wurde auch der Name des verantwortlichen Werksbeamten genannt. Am 12. August 1925 erfolgte der Freispruch eines Arbeiters, der einen ehemaligen Betriebsleiter der Friedrich-Wilhelms-Hütte im Sinne des Artikels der Volksstimme beschuldigt hatte. Als seitens der Justiz nichts gegen die betr. Beamten unternommen wurde, fragte Kollege B. bei der Staatsanwaltschaft an und erhielt zur Antwort, daß alle derartigen Vergehen durch Erlaß der Volksbeauftragten seinerzeit amnestiert worden seien.

Eine Pressemeldung vom 9. August 1928 veranlaßte B., die Angelegenheit nochmals ins Rollen zu bringen. Es wurde nämlich berichtet, daß einem ehemaligen Matrosen der Prozeß wegen gewinnsüchtigen Landesverrats gemacht worden sei, und zwar auf Veranlassung des Reichsanwalts. Seine in der Volksstimme an diesen gerichtete Frage, ob es in Deutschland zweierlei Recht gebe, beantwortete der Reichsanwalt mit Eröffnung einer Untersuchung gegen Unbekannt wegen Landesverrats. Kollege Buchholtz wurde als Zeuge geladen, jedoch fand er sich nicht veranlaßt, der Aufforderung der Staatsanwaltschaft entsprechend sein Material herauszugeben, einmal, weil er selbstverständlich seine Gewährsmänner nicht preisgeben konnte, und ferner wohl, weil er annahm, daß es ihm selbst vielleicht eines Tages fehlen könnte.

Es dauerte wieder eine Zeitlang. Inzwischen erhielt die Untersuchungsakte den Namen des beschuldigten Werkdirektors, und B. wurde abermals als Zeuge vorgeladen. Die Vernehmung war am 22. Juli 1929. Wiederum verlangte man von B. die Herausgabe seines Materials, die natürlich verweigert werden mußte, denn diese Herausgabe würde nichts anderes bedeutet haben als die Bloßstellung jener Gewährsleute, die dem Redakteur B. das Material zu seinem Artikel vom 29. April 1924 geliefert hatten; es würde die Bloßstellung von Zeugen bedeutet haben, die dem Redakteur die Wahrheit dieser Angaben be-

Digitized by Google

stätigten. Das wäre ein schwerer Bruch des Redaktionsgeheimnisses gewesen; der Kollege Buchholtz soll nun mit 600 Mark oder einem Monat Haft dafür büßen, daß ihm das Redaktionsgeheimnis heilig ist.

Der Standpunkt der Anklagebehörde ist ganz unverständlich. Der in dem Beleidigungsprozeß freigesprochene Arbeiter sowie ein weiterer Arbeiter, der in einem Brief an General-Direktor Vögler die gleichen Beschuldigungen erhoben hatte, sind der Staatsanwaltschaft bekannt. Diese beiden werden ihr mindestens soviel sagen können, daß ein Entschluß gefaßt werden kann, ob das Verfahren weiterzuführen oder einzustellen ist. Man braucht also den Redakteur gar nicht, um den Zweck des Verfahrens zu erreichen.

Kollege Buchholtz hat selbstverständlich gegen das Strafmandat wegen Zeugnis-Verweigerung Einspruch erhoben, zunächst mit dem Erfolg, daß die Vollstreckung ausgesetzt worden ist. C.

Der Nürnberger Hopfenmarkt-Bericht.

Wie uns von der Ortsgruppe Nürnberg-Fürth in Ergänzung des in der „Deutschen Presse" Nr. 31/29 vom 3. August erschienenen Artikels „Wer bietet mehr?" berichtet wird, wurde der Standpunkt der Presse, daß amtliche Marktberichte der gesamten Presse unterschiedslos und unentgeltlich zur Verfügung stehen müssen, von der Industrie- und Handelskammer für Mittelfranken gewürdigt. Die Herausgabe von Nürnberger Hopfenmarkt-Berichten unter Aufsicht der Nürnberger Handelskammer wurde hauptsächlich deshalb für empfehlenswert gehalten, weil vielfach vom Nürnberger Hopfenmarkt Berichte erschienen waren, die sich als „offiziell" bezeichneten, ohne daß es in Wirklichkeit bisher „offizielle" Berichte gegeben hätte. Infolgedessen herrschte auch bei Behörden eine gewisse Unklarheit über die Bewertung der verschiedenen, aus Nürnberg in Umlauf gesetzten Hopfenmarkt-Meldungen. Der Beseitigung solcher Mängel wegen glaubte sich die Handelskammer den von den Kommissionären und Maklern vorgebrachten Wünschen auf Herausgabe amtlicher Berichte nicht entziehen zu können. Der mit Beginn der neuen Saison unter ihrer Aufsicht abzufassende Bericht soll kein Tendenzbericht werden, sondern die Marktlage rein ziffernmäßig erfassen und die Notierungen der in Nürnberg gehandelten Auslandshopfen mit enthalten. Die Handelskammer legt Wert auf die Feststellung, daß die unter ihrer Mithilfe zustande kommende Neuerung nicht den Zweck haben sollte, die Tendenz-Berichterstattung zu unterbinden. Für die Verbreitung der amtlichen Berichte wird ein Verfahren gewählt werden, das der von der Ortsgruppe Nürnberg-Fürth im Landesverbande der Bayerischen Presse in ihrem Schreiben an die Nürnberger Handelskammer vom 24. Juli d. J. niedergelegten Auffassung Rechnung trägt.

Somit hat die Angelegenheit eine Erledigung gefunden, welche die an der Nürnberger Hopfen-Berichterstattung interessierten Handels-Redaktionen der Notwendigkeit enthebt, eine Änderung in der bisherigen Übermittlungsart der Nürnberger Berichte vorzunehmen.

Ortsgruppe Nürnberg-Fürth
im Landesverband der Bayerischen Presse.
Geschäftsstelle: Nürnberg, Meuschelstr. 54.

Zuschriften aus dem Kolegenkreise

Zur Zeppelin-Weltfahrt.

Anläßlich der Zeppelin-Weltfahrt, bei der die Frage des Nachrichten-Monopols erneut Bedeutung gewonnen hat, ging uns folgende Zuschrift aus dem Kollegenkreise zu:

„Grundsätzlich muß man als deutscher Journalist dabei beharren, daß die Presse als solche ein Recht auf Mitteilungen über das Schicksal des Luftschiffes hat, das, zum Teil wenigstens, aus öffentlichen Mitteln, ja sogar aus Geldern, die durch eine Volksspende zusammengebracht sind, erbaut wurde. Praktisch gesprochen, haben die Zeitungen Anspruch darauf, durch die großen Nachrichten-Agenturen des Inlandes, sagen wir einmal Wolff-Büro und Telegraphen-Union, Nachrichten darüber zu bekommen. Das berechtigte Interesse beschränkt sich aber auf das, was wirklich als „Schicksal" des Luftschiffes angesprochen werden kann, nämlich die glückliche Abfahrt und Ankunft. Die Nachrichten über beide Ereignisse hängen nicht von der Genehmigung der Zeppelin-Gesellschaft oder des Führers des Luftschiffes ab. Weiter hat das deutsche Volk als solches, also die Gesamtheit der Zeitungsleser und damit die Gesamtheit der Zeitungen ein Recht darauf, über etwaige Unfälle unterrichtet zu werden. Auch dieses geschieht ja wohl unabhängig von finanziellen Interessen der Luftreederei, da diese Nachrichten von der Not des Augenblicks diktiert werden. Schließlich könnte man auch noch Standortmeldungen verlangen. Dieser Punkt ist aber schon unzweifelhaft.

Unzweifelhaft ist, daß über die Plätze auf dem Schiff nur die Eigentümer zu verfügen haben, daß diese die Plätze und alles, was damit zusammenhängt, auch die Genehmigung der Bordstation für Berichte, nach Gutdünken vergeben, vermieten oder verkaufen können, ist selbstverständlich.

Da der Reiz der Neuheit verflogen ist, werden meiner Ansicht nach die Debatten über die Möglichkeit der Erlangung von Beschreibungen und Stimmungsberichten bald von selbst verstummen. Diese Frage wird durch die inneren Gesetze des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage geregelt werden." S. W.

Das Jahrbuch der Tagespresse . . .
das Ideal eines Nachschlagewerkes

Kollege Ernst Scheiding hat in Nr. 28 der „Deutschen Presse" das Jahrbuch der Tagespresse als ausgezeichnet und einem Ideal schon recht nahe gerückt bezeichnet. Ich muß ihm da recht energisch widersprechen. Das Jahrbuch hat noch zahllose Mängel. Ein ganz großer Mangel aber ist es, daß es viele völlig falsche und veraltete Angaben enthält. Ich allein habe von mehr als zehn Kollegen sehr abfällige Ansichten über das Jahrbuch hören müssen, Kollegen, bei denen die Tätigkeitsangaben völlig falsch bezeichnet sind. Ich selbst habe z. B. bei zufälligem Blättern im Jahrbuch feststellen müssen, daß ein Kollege als verantwortlicher Redakteur im Jahrbuch für 1929 genannt ist, der bereits im Frühjahr 1928 verstorben ist und schon lange vorher nicht mehr verantwortlich gezeichnet hat.

Noch kurioser liegt mein Fall. Ich bin ein Jahr lang bis zum 30. 9. 1928 erster Redakteur einer mittleren Provinzzeitung gewesen und habe verantwortlich für den gesamten Inhalt gezeichnet. Außerdem zeichnete ich noch in zwei Kopfblättern meiner Zeitung für Politik und Feuilleton. Ich überwarf mich wegen Änderung der politischen Richtung des Blattes mit dem Verlage, tat von Anfang August 1928 an keinen Dienst mehr und zeichnete auch nicht mehr verantwortlich. Seit dem 1. 10. 1928 bin ich wieder in Berlin tätig, seit dem 1. 1. 1929 Mitglied des Reichsverbandes. Und nun nehme ich das Jahrbuch für 1929 zur Hand, das im März 1929 erschienen ist, und will nachsehen, ob ich auch im neuen Jahrbuche verzeichnet bin. Ich stehe im Jahrbuch, und zwar — als Feuilletonredakteur eines der beiden kleinen Kopfblätter, für die ich seinerzeit in den Sparten Feuilleton und Politik verantwortlich zeichnete. Die Bearbeiter des Jahrbuches hätten mindestens sieben Monate Zeit zur Berichtigung dieser falschen Angaben gehabt. Und eigenartigerweise bin ich gleichzeitig als Mitglied des Reichsverbandes bezeichnet, obwohl ich das zur Zeit meiner Tätigkeit bei der genannten Provinzzeitung gar nicht gewesen bin. Es ist also Altes und Neues wahllos durcheinander gemischt worden. Die falsche Angabe hat für mich schon Unannehmlichkeiten im Gefolge gehabt. Verständlich wäre es, wenn meine ganze frühere Tätigkeit im Jahrbuche genannt wäre, denn dann könnte ich annehmen, daß das Jahrbuch für 1929 bereits in der Mitte des Jahres 1928 abgeschlossen wurde. Die jetzige völlig falsche Angabe bedeutet geradezu eine Degradierung für mich. Es ist dringend zu fordern, daß zukünftig bei der Zusammenstellung des Jahrbuches mehr Sorgfalt verwendet wird, damit sich derartige Unzulänglichkeiten nicht wiederholen.

Digitized by Google

Noch ein zweiter Mangel tritt beim Jahrbuch deutlich hervor: Es beschränkt sich auf die Tagespresse, nennt auch einige Zeitschriften, verschweigt aber völlig das Vorhandensein der großen Nachrichtenbüros, z. B. des WTB. und der TU., obwohl nur ein kleiner Prozentsatz der Tagespresse ohne diese Nachrichtenbüros überhaupt existieren könnte. Auch in den Nachrichtenbüros wird wertvolle journalistische Arbeit geleistet, auch dort sitzen Kollegen, die ein Recht darauf haben, im Jahrbuch genannt zu werden, sofern das Jahrbuch als vollständig gelten will. Ist es doch einem Journalisten, der in einem Nachrichtenbüro tätig ist, kürzlich passiert, daß eine Behörde Auskunfterteilung an ihn ablehnte, da sie seinen Namen im Jahrbuche nicht verzeichnet fände, er also wohl kaum Bedeutung als Journalist hätte und daher nicht als solcher anzusprechen sei. Es bedurfte längerer Erklärungen, diese Behörde von der Unrichtigkeit ihrer Ansicht zu überzeugen und sie vor Überschätzung der Bedeutung des Jahrbuches in seiner jetzigen Gestalt zu warnen. Hoffentlich sieht das Jahrbuch für 1930 so aus, daß man es wirklich als „Das Ideal eines Nachschlagewerkes für die Tagespresse" und natürlich alles, was damit zusammenhängt, bezeichnen kann. Sonst wäre es besser, der Jahrgang 1930 erschiene nicht mehr. Alfred-Ingemar Berndt.

*

Was der Jahrbuch-Verlag dazu sagt.

Die Vorarbeiten für eine Neuauflage des „Jahrbuches der Tagespresse" beginnen mit der Versendung von Fragebogen an sämtliche Tageszeitungen. Einzig und allein die darauf einlaufenden Auskünfte werden für die Bearbeitung des „Jahrbuches" verwandt. An irrtümlichen Angaben über Herrn Berndt trage also nicht ich schuld, sondern die Zeitung, die mir die fehlerhaften Angaben gemacht hat. Falls Herr Berndt einen anderen Weg kennt, auf dem man zu einwandfreien Unterlagen für das „Jahrbuch" gelangt, wäre ich ihm für Beratung dankbar.

Die erste Auflage des „Jahrbuches" enthält die Tagespresse, die zweite Auflage gliederte die Abteilung Unterhaltungsblätter an, für den dritten Jahrgang ist schon seit langem die Rubrik Korrespondenz- und Nachrichtenbüros vorgesehen.

Ich bin für jede Anregung und für jede Kritik, aus der ich neue Ideen schöpfen kann, dankbar. Um so mehr bedauere ich den Ton, den Herr Berndt mir gegenüber anschlägt, der besonders in seiner Schärfe im Gegensatz zu den in der „Deutschen Presse", im „Zeitungsverlag" und in der „Zeitungswissenschaft" veröffentlichten Besprechungen steht.

Kurt Kornfeld.

Aus der Organisation

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse.

Verein der Saarpresse.

An Stelle des nach Köln übergesiedelten langjährigen zweiten Vorsitzenden Adolf Franke wurde in der vorletzten Hauptversammlung des Vereins der Saarpresse der bisherige Schriftführer Ludwig Bruch zum zweiten Vorsitzenden des Vereins gewählt. Mit dem Amt des Schriftführers wurde in der letzten Vollsitzung Kollege Ludwig Kreutz betraut.

Landesverband Schleswig-Holstein.

Ortsgruppe Kiel.

Der erste Kieler Presse-Ball in Kiel veranstaltet vom Ortsverein Kiel im Reichsverband der deutschen Presse, gestaltete sich zu einem vollen Erfolge. Für das vom Kollegen Gumpold geleitete Fest war die Mitwirkung von Johann Strauß (Enkel) gewonnen, der mit seinem 40 Musiker zählenden Wiener Orchester die Ballmusik ausführte. Der Gedanke der Veranstaltung eines Johann-Strauß-Festes fand so lebhaften Anklang, daß der Kieler Oberbürgermeister Dr. Lueken das Protektorat über die Veranstaltung übernahm und sich ferner für den ersten Kieler Presseball ein Ehrenausschuß aus 37 führenden Persönlichkeiten der Öffentlichkeit bildete. Eingeleitet wurde der erste Kieler Presseball durch tanzkünstlerische Vorführungen nach Alt-Wiener Weisen durch Kieler Künstler. Die künstlerische Ausstattung des Festsaales erinnerte an eine „Sommernacht

im Wiener Wald." Das Fest wurde das gesellschaftliche Ereignis des Sommers in Kiel; der zahlreiche Besuch ermöglichte die Überführung eines stattlichen Betrages an die Wohlfahrtskasse des Ortsvereins Kiel, für die der Reinertrag der Veranstaltung bestimmt war.

Personalien

Wilhelm Baum, der langjährige Vertreter der „Leipziger Neuesten Nachrichten" in Warschau, wurde bei seiner Übersiedlung nach Moskau, wo er gleichfalls als Vertreter großer deutscher Blätter tätig sein wird, von der Warschauer Journalistengruppe, von der deutschen Regierungsvertretung wie auch von der Presseabteilung des polnischen Außenministeriums besonders geehrt. Der Leiter der Presseabteilung des polnischen Außenministeriums, Ministerialrat Dr. Litauer, dankte bei einem Bankett zu seinen Ehren dem deutschen Journalisten in einer Rede, in der er anerkannte, daß Baum bei aller Wahrung der Interessen des Deutschtums auch für das polnische Land und Volk weitgehendes Verständnis und große Sympathie besessen habe. Auch die polnische Presse hat ausdrücklich die vornehme und vorbildliche Art deutscher journalistischer Tätigkeit, wie Baum sie ausübte, anerkannt.

Redakteur Erich Bergmann, bisher Mitglied der Redaktion der „Bergischen Tageszeitung" in Elberfeld, hat die Redaktion der „Geilenkirchener Zeitung" in Geilenkirchen übernommen.

Redakteur Dr. Drees aus Barmen ist in den Redaktionsverband der „Bergischen Tageszeitung" eingetreten.

Redakteur Heinz Lubbers, bisher in Herne-Sodingen, gehört jetzt dem Redaktionsverband der „Westfälischen Volkszeitung" in Bochum an. Er zeichnet verantwortlich für den lokalen und allgemeinen Teil.

Redakteur Bernh. Manger, bisher bei der „Recklinghausener Volkszeitung" in Recklingshausen tätig, ist als Redakteur für Wirtschaftspolitik, Handel und Sport in die Redaktion des „Düsseldorfer Tageblattes" eingetreten.

Assessor Dr. Maus, Presseabteilung der Reichsregierung, ist zum Regierungsrat ernannt worden.

Redakteur Dr. Hermann Stratz aus Säckingen in Baden übernahm die Redaktion des „Uerdinger Volksblattes" in Uerdingen am Rhein.

Otto Wollermann als Siebzigjähriger. Das langjährige Mitglied des Reichsverbandes Otto Wollermann in Berlin-Steglitz, dessen 25jährigen Jubiläums als Hauptschriftleiter

Digitized by Google

Helft den stellungslosen Kollegen!

Die Lage auf dem Stellenmarkt ist leider immer noch so, daß es der Verbandsleitung trotz aller Bemühungen nicht möglich ist, die stellenlosen Kollegen so zeitig unterzubringen, wie es ihre Notlage erfordert. Sie sind daher auf einen Aushilfserwerb angewiesen und versuchen, entsprechend ihrer Begabung und ihrer bisherigen Tätigkeit diesen Erwerb durch freie Schriftstellerei zu finden. Die Bitte der Verbandsleitung geht nun dahin, daß alle diejenigen Kollegen, die sich in festen Redakteurstellungen befinden und über die Aufnahme, bzw. Ablehnung schriftstellerischer Arbeiten zu entscheiden haben, nach Möglichkeit Kollegenarbeiten berücksichtigen, d. h. selbstverständlich nur dann, wenn die vorliegenden Beiträge zu irgend einem Thema nach gewissenhafter Prüfung eine derartige Auswahl gestatten und wenn bestehende Verbindungen mit freien Schriftstellern nicht darunter leiden. Manchen Kollegen, der schon seit Monaten vergeblich nach einer neuen festen Stellung Ausschau hält, ist durch die Annahme schriftstellerischer Arbeiten wenigstens bis zu einem gewissen Grade geholfen. Eine Unterstützung unserer Stellenlosen durch die in festen Stellungen befindlichen Kollegen in der eben geschilderten Art ist für jeden, der sie ausüben kann, eine Ehrenpflicht. Sie sollte auch schon um deswillen ausgeübt werden, weil ja jeder heute noch fest angestellte Kollege in eine ähnliche Lage kommen kann, die auch ihm eine Unterstützung der Kollegen wünschenswert erscheinen lassen würden.

Die Verbandsleitung.
gez. G. Richter.
Geschäftsführender Vorsitzender.

---

des Fachblattes „Die Buchdruckerwoche“ wir vor Jahresfrist gedacht haben, vollendet am 23. August das 7. Jahrzehnt eines arbeits- und erfolgreichen Lebens. In unserem Vereinsleben hat der allgemein geschätzte Kollege Zurückhaltung geübt; dagegen spielt er seit langen Jahren im kirchlichen Leben seiner Wohnstadt Steglitz als Kirchenältester eine angesehene Rolle. Kollege Wollermann, der sich einer beneidenswerten körperlichen Rüstigkeit und geistigen Frische erfreut, denkt vorläufig noch nicht daran, den ihm ans Herz gewachsenen Beruf aufzugeben. Wir hoffen und wünschen mit ihm, daß ihm auch im achten Jahrzehnt des Lebens seine Arbeitsfreude und Arbeitsfrische erhalten bleiben möge.

Professor Alfred Freund †. Der bekannte technische Schriftsteller, Ingenieur Professor Alfred Freund (Leipzig), ist in Oybin, wo er zur Erholung weilte, im Alter von 56 Jahren gestorben. Freund war früher Professor für Maschinenbau an der Leipziger städtischen Gewerbeschule und hat mehrere Lehr- und Handbücher über dieses Fach verfaßt. Vielfach war er als Sachverständiger für Maschinenbau und Flugwesen tätig. Professor Freund ist weiteren Kreisen als ausgezeichneter technischer Mitarbeiter der Tagespresse bekannt geworden; auch in der „Deutschen Presse“ hat er zu technischen Fragen, die auf ein allgemein journalistisches Interesse Anspruch hatten, verschiedentlich das Wort genommen. Ehre seinem Andenken!

Dr. Leo Wulff, früher Leiter der „Hamburger Woche“ und vorher Mitglied der Redaktion der „Lustigen Blätter“ in Berlin sowie der Zeitschrift „Der Floh“ in Wien, ist in Hamburg gestorben. Er hat sich durch zahlreiche Gedichte und Gedichtbände, von denen im vergangenen Jahre als letzter „Der beseelte Kosmos“ erschienen ist, einen Namen gemacht.

Inhaltsangabe:

Der Schrei nach der Presse . . . und wie ihn die Filmindustrie versteht. Von Dr. Robert Volz.
Reklame und Journalismus. Vortrag von Professor Dr. Emil Dovifat.
Die Mentalität der deutschen Zeitungsverleger. Vortrag von Dr. Martin Carbe.
Eigenartiges Zeugnis-Zwangsverfahren gegen einen Redakteur.
Der Nürnberger Hopfenmarkt-Bericht.
Zur Zeppelin-Weltfahrt.
Das Jahrbuch der Tagespresse . . . das Ideal eines Nachschlagwerkes? Und: Was der Jahrbuch-Verlag dazu sagt.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.
Kurze Nachrichten.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverein der Pfälz. Presse. Dr. Julius Ganser (Landauer Anz.) Landau, Moltkestr. 16; Richard Gayring, Oppau / Rh., Kirchenstr. 92; Dr. Josef Seibold (Pfälz. Volksztg.) Kaiserslautern, Schillerplatz 6; Dr. Hans-Heinz Thumann, Kaiserslautern, St.-Marienplatz 3 bei Kleinfelder.

II. Neuanmeldungen.

Verein Frankfurter Presse. Dr. Berthold Günsche (Generalanzeiger) Frankfurt, Berger Str. 156 I.

Verein Hannoversche Presse. William Torge (Journalist), Hannover, Salzstr. 106.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Verein Frankfurter Presse. Überwiesen an Bezirksverband Berlin: Frank Arnau, Berlin W 50, Nürnberger Straße 69a.

*

Gesperrte Mitgliedskarten.

Die ausgefertigte Mitgliedskarte des Kollegen Dr. Landauer (Nr. 963) ist abhanden gekommen und wird hiermit gesperrt. Es gilt nur die Duplikatskarte.

Kurze Nachrichten

Es wird zuviel geschrieben.

Der „Blaue Bücherkurier“, Wien, hat sich die Mühe gemacht, Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt der freien Schriftsteller in Deutschland einer Untersuchung zu unterziehen. Er hat herausgerechnet, daß in Deutschland den Redaktionen in einer Woche von 15 000 Schriftstellern 135 000 Artikel zugehen, einschließlich Zweitabdrucke. Dazu kommen die eigenen Artikel der bei den deutschen Zeitungen und Zeitschriften tätigen Redakteure, die auf 52 000 geschätzt wurden. Die von Behörden, Vereinen, Verbänden, Korrespondenzbüros und dergl. übersandten und angebotenen Artikel wurden mit 300 000 angenommen. Von Fachleuten, Kritikern usw. kommen außerdem 23 000 Beiträge hinzu. Das gibt zusammengerechnet über eine halbe Million. Es können jedoch nach Berechnung des „Bücherkuriers“ nur untergebracht werden in den Tageszeitungen rund 280 000 Artikel und in den Wochenschriften etwa 100 000 Artikel, zusammen also 380 000, so daß das Überangebot an Artikeln mindestens 120 000 pro Woche betragen würde. Daß diese Zahlen von der Wirklichkeit wahrscheinlich noch überholt werden, dürften die Beobachtungen einer großen Berliner Redaktion zeigen, wonach in einer Woche bei 12 Ausgaben etwas mehr als 5000 Artikel angeboten wurden, während nur 300 untergebracht werden konnten.

5. Internationaler Kongreß der Fachpresse. Nach dem in der Genfer Schlußsitzung des internationalen Fachpresseverbandes (J.V.T.B.P.) im vergangenen Jahr gefaßten Beschluß findet der diesjährige 5. Kongreß des Verbandes in der Zeit vom 16.—24. September in Barcelona statt.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

Die tausendjährige Stadt

Hie guet Brandenburg allewege

Brandenburg,

die tausendjährige Stadt der Mark, birgt in ihren Mauern ehrwürdigste Denkmäler der Anfänge der geschichtlichen Entwicklung Preußens und Deutschlands. Vor 1000 Jahren, im Winter 928 auf 929 eroberte nach der Chronik des Mönches Widukind aus dem Jahr 967 Heinrich I. die wendische Inselfeste Brennaburg durch „Hunger, Schwert und Kälte“. Damit wurde Brennaburg eine deutsche Stadt. Ihr Name ist nicht slawischen Ursprungs, sondern weist nach vorgeschichtlichen Funden in die urgermanische Zeit und hat die Wendenzeit überdauert. Dieser erste Griff des deutschen Stammes in das Wendengebiet an der Havel, dieser Sieg des ersten Sachsenkaisers Heinrich hatte keine bleibende Wirkung. Wohl wurde 948 das Bistum Brandenburg gegründet, doch ging alles Land östlich der Elbe 983 wieder durch den großen Wendenaufstand verloren. Von der Höhe des Harlunger- oder Marienberges schaute wieder das Bild des Triglaw anderthalb Jahrhunderte hindurch in die wendischen Lande. Das letzte Aufflackern der Wendenkraft wurde 1157 durch Albrecht den Bären gebrochen. Seitdem hat das Deutschtum in Brandenburg einen starken Halt gehabt. Das Bistum auf der Dominsel wurde erneuert, auf dem Harlungerberge die viele Jahrhunderte hindurch als Wallfahrtsort berühmte Marienkirche gebaut, die leider 1722 abgetragen wurde. In der Seesperre zwischen Beetzsee und Plauer See mit der von mehreren Flußarmen der Havel und vielen Gräben durchzogenen Havelniederung haben die frühesten Bewohner Brandenburgs eine gegen Angriffe von außen leicht zu sichernde Niederlassung errichtet. Die labyrinthisch verschlungenen Arme der Havel, die die Havelläufe untereinander verbindenden Kanäle und Gräben mit ihren Schleusen und Wehren geben der Stadt noch heute das charakteristische Gepräge. Nicht eine einheitliche Stadtsiedlung, sondern zwei Städte, die Altstadt und Neustadt, wuchsen auf diesem Boden, bestanden jahrhundertelang als selbständige Gemeinwesen nebeneinander und wurden erst 1715 zu einer einheitlichen Stadt vereinigt. Brandenburg wurde die Hauptstadt der Mark, der sie auch ihren Namen gab. So kann Brandenburg mit Recht als die Wiege Preußens und damit Deutschlands gelten. Es war im Besitz wichtiger Privilegien. Der Brandenburger Schöppenstuhl war Jahrhunderte hindurch das oberste Gericht der ganzen Mark, viele märkische Städte wurden mit Brandenburger Stadtrecht beliehen. Der steinerne Roland vor dem Neust. Rathaus als Markt- und Gerichtssinnbild ist noch heute der steinerne Zeuge dieser Zeit. Der schöne, historische Schätze bergende Dom hat in der preußischen Geschichte eine Rolle gespielt als Zufluchtsstätte für den preußischen Landtag in den Märzstürmen des Jahres 1848. Mit dem Domstift und der Ritterakademie, der Schule des brandenburgischen Adels, bildete bis vor kurzem die Domgemeinde ein interessantes Überbleibsel aus der feudalen Zeit, das durch seine unmittelbare Nähe zu der ganz modernen Industriestadt Brandenburg in einem eigenartigen Gegensatz steht.

Zahlreiche ehrwürdige bauliche Schönheiten bietet die Stadt bei näherem liebevollen Betrachten. Nicht nur für Kunsthistoriker sind zahlreiche Profanbauten und Kirchen Brandenburgs in ihrer märkischen Backsteingotik immer wieder wertvolle Anziehungspunkte, so die die Neustadt überragende Katharinenkirche, die stattliche Gotthardtkirche der Altstadt und der idyllische, abseits des Verkehrs liegende Pauliwinkel mit Kloster und Kreuzgang und schließlich die in der Havel sich spiegelnde Johanniskirche, nicht minder die beiden Rathäuser, der steinerne Roland, der einzigartige Giebel des Kurfürstenhauses, eine Reihe altehrwürdiger Bürgerhäuser und die altertümlichen Wehrtürme mit Resten der Stadtmauer. Durch die großen industriellen Bauten, namentlich die modern ausgebauten großen Brennaborwerke, in denen Kinderwagen, Fahrräder und Automobile hergestellt werden, die vielen anderen industriellen Bauten und gewerblichen Betriebe an der stillfließenden Havel oder im Innern der Stadt sowie die großen, zum Teil durch Elektrizität oder Wasserkraft betriebenen Mühlen in der altertümlichen Domgemeinde, hat sich in den letzten Jahrzehnten das Stadtbild verändert. Alle diese Wahrzeichen einer sich modern ent-

Blick von der St. Katharinenkirche nach Norden.

Digitized by Google

Das sogenannte Kurfürstenhaus, erbaut 1543 von Clemens Storbeck.

wickelnden Industriestadt haben die altersgrauen Türme der ehrwürdigen Kirchen und alte Befestigungen mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt, geben aber in ihrer Gesamtwirkung der Stadt ein interessantes Gepräge, das für viele Fremde immer wieder von neuem einen Anziehungspunkt bildet. Ein weiteres Charakteristikum der Stadt bilden die reizvollen Promenaden auf den alten Wallanlagen und die seit Jahrzehnten durchgeführte planmäßige gärtnerische Ausgestaltung des Marienberges, der die Stadt im Norden überragt. An den vielverschlungenen Läufen der Havel finden sich kleingewerbliche Unternehmungen wie Gerbereien und Mühlen, Schiffswerften und Bootsbauereien, die im Rahmen ihrer Umgebung hübsche Landschaftsbilder ergeben. Für den Ruder- und Segelsport bieten die beiden Seen, der Beetz- und Plauersee, eine geradezu ideale Gelegenheit zur Betätigung. So verbinden sich in Brandenburg Vergangenheit und Gegenwart. Im Beginn seiner industriellen Entwicklung war Brandenburg zunächst durch seine Tuchfabrikation weithin bekannt. Im Laufe der Jahrzehnte ist aber ein Teil der Tuchindustrie nach der Lausitz abgewandert. Brandenburg ist heute der Ort der eisenverarbeitenden Industrie. Die bekannten Fahrradfabriken Brennabor, Corona und Excelsior, die Elisabethhütte, die weltberühmten Blechspielzeugfabriken, eine bedeutende Schiffswerft legen Zeugnis davon ab. Dazu kommt aus neuester Zeit die Gründung eines Stahl- und Walzwerkes der Vereinigten Stahlwerke. Viele gewerbliche Unternehmungen aus den früheren Grenzgebieten oder in den vom Deutschen Reich losgerissenen Landesteilen haben in zentral gelegenen Teilen des Deutschen Reiches in der Nachkriegszeit ihre Zuflucht gesucht, um hier von neuem zu erstehen und somit zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens beizutragen. Diese Entwicklung ist auch Brandenburg und seiner Umgebung dank seiner ausgezeichneten Bahn- und Wasserverbindungen zugute gekommen. Durch die Fortsetzung des Baues des Mittellandkanals, in dessen Gebiet die Havel mit dem Silokanal und dem Plaue-Ihle-Kanal eingeschlossen ist, wird diese wirtschaftliche Entwicklung noch weiter gefördert werden. Auch der Ausbau der Provinzialdurchgangsstraßen, von denen die sehr wichtige Straße Berlin—Potsdam—Brandenburg—Magdeburg hervorzuheben ist, wirkt sich bei dem gewaltig zunehmenden Personen- und Lastautoverkehr bereits verkehrsfördernd aus. Den modernen Aufgaben des Städtebaus, des Gesundheitswesens und der sozialen Fürsorge ist die Stadt Brandenburg in den letzten Jahrzehnten in steigendem Maße gerecht geworden. Daneben hat sie es verstanden, die natürlichen Reize ihrer Landschaft durch großzügige Anlagen zu erhöhen, so daß sie heute mit Recht den Namen einer Gartenstadt verdient. Zugleich aber hat sie verständnisvoll die herrlichen mittelalterlichen Baudenkmäler, Kirchen, Rathäuser, Stadttore und Bürgerhäuser geschützt, gepflegt und erneuert in dem Bewußtsein, daß sie der wertvollste von den Vätern ererbte Besitz der 1000jährigen Stadt sind. Möge diese Pflege guter deutscher Art in freier Selbstverwaltung, in liebevoller Fürsorge für die Armen und Bedrängten, in der Pflege alter Überlieferungen und neuer Bildung eine Erbtugend der ehrwürdigen Kurstadt an der Havel bleiben, die seit einem Jahrtausend die Vorkämpferin und Wächterin deutscher Gesittung im Osten ist.

Wo guter Wille, Kräfte, durch Verstand
und Tätigkeit, vielfältig zur Hand:
Was könnte da zum Unheil sich vereinen,
Zur Finsternis, wo solche Sterne scheinen?

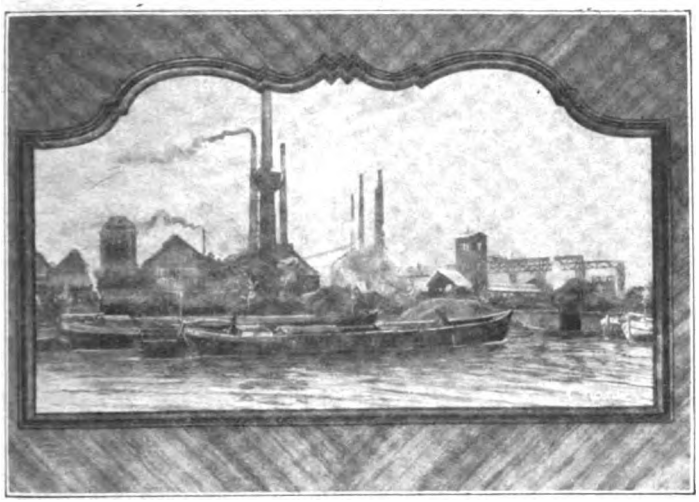
Oberbürgermeister.

Digitized by Google

Brandenburg als Industrie- und Handelsplatz

Von Kommerzienrat G. Krüger, Stadtrat, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Brandenburg/Havel.

In unserem Stadtarchiv befindet sich eine Urkunde aus dem Jahre 1170, in welcher Markgraf Otto unserem nunmehr tausendjährigen Brandenburg zollfreien Handel in der ganzen Mark zusichert, ein Beweis, daß damals schon Handel und Wandel hier in großer Blüte stand. Seiner Lage an der Havel, dem schiffbaren Wasserweg von der Oder zur Elbe und den strahlenförmig hier zusammenlaufenden Landstraßen verdankte Brandenburg in erster Linie dies schnelle Emporblühen. Im Mittelalter gewann das Tuchmachergewerbe mehr und mehr an Bedeutung und legte den Grund zur heutigen Industriestadt



Mitteldeutsche Stahlwerke. Blick Silokanal.

Brandenburg, aber erst im 19. Jahrhundert setzte der gewaltige Aufschwung ein durch den Bau der Eisenbahnstrecken Berlin—Potsdam—Magdeburg, der Brandenburgischen Städtebahn und den Ausbau der Wasserstraßen. Ein weiterer wichtiger Faktor, der zur rapiden Industrialisierung unserer Vaterstadt nicht wenig beitrug, war ein rastloser Unternehmungsgeist und eine tüchtige, fleißige und besonnene Arbeiterschaft.

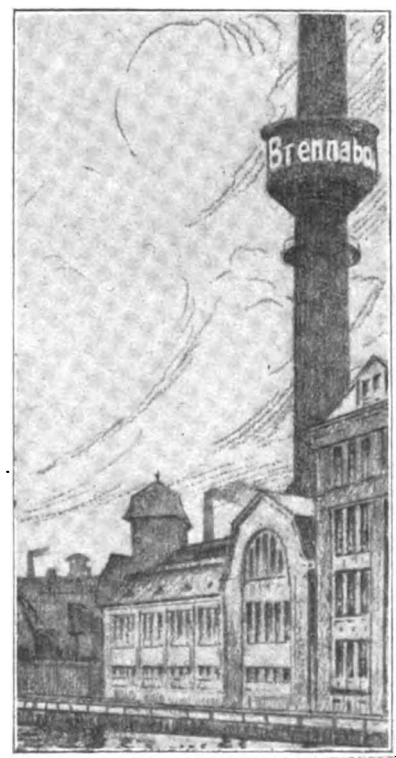
Während im vorigen Jahrhundert die Tuchfabrikation fast allein die Industrie Brandenburgs verkörperte, ist diese jetzt fast völlig verschwunden, dafür haben sich viele andere Industrien angesiedelt, die den Aufstieg der Stadt und ihre jetzige Einwohnerzahl von über 60 000 bedingten. An erster Stelle steht jetzt die Metallindustrie, verkörpert insbesondere durch mehrere große Fahrradfabriken, Brennabor, Excelsior und Corona. An der Spitze aller industriellen Anlagen stehen die Brennaborwerke Gebr. Reichstein, welche zuerst in den siebziger Jahren die Kinderwagenfabrikation in bedeutendem Umfange betrieben, einen ganz hervorragenden Aufschwung aber nahmen, als das Fahrrad auf dem Weltmarkt in Erscheinung trat. Mit dem „Brennaborrad“ verbreitete sich der Ruhm der Werke weit über die Grenzen Deutschlands hinaus. Einige Jahre vor dem Weltkrieg wurde auch die Fabrikation von Automobilen aufgenommen, die in den letzten Jahren einen ganz bedeutenden Aufschwung nahm, so daß heute viele tausend Arbeiter ihren Verdienst in den Werken finden. Veranlaßt durch die vorerwähnte günstige Wasserlage Brandenburgs siedelte sich vor etwa 20 Jahren an dem einen Teil des Mittellandkanals bildenden Umgehungskanal von Brandenburg ein Stahl- und Walzwerk an, heute das größte Hüttenwerk Nord-Ost-Deutschlands, welches jetzt den Mitteldeutschen Stahlwerken unter dem Namen Weber-Werk (Name des Begründers) angegliedert ist und in der Hauptsache Grob- und Feinbleche herstellt. Die Eisengießerei und Werkzeugmaschinenfabrik Elisabethhütte J. Krüger, auch am Wasser und an der Städtebahn gelegen, erzeugt als Spezialität Bohrmaschinen und Pianoplatten. An einer sehr günstigen Ausbuchtung der Havel hat sich die Schiffswerft und Eisengießerei Gebr. Wiemann angesiedelt, die in der Hauptsache Schleppdampfer und Personendampfer herstellt, unter vielen anderen auch den in Berlin sehr beliebten und bekannten Personendampfer „Wintermärchen“ erbaut hat. Die Eisengießerei Hartung A.-G. in Berlin hat ein ebenfalls an Wasser und Städtebahn gelegenes Grundstück von der früheren Mähmaschinenfabrik A.-G. erworben und betreibt dort neben einer Tempergießerei im großen Stil den Bau von Erntemaschinen. Außerdem sind noch einige mittlere Betriebe vorhanden, die sich mit der Herstellung von Silumin und Rotguß, sowie mit der Herstellung von Massenartikeln der Schreibmaschinen- und Kleineisenbranche befassen.

Eine eigenartige Industrie besitzt Brandenburg ferner in den blechverarbeitenden Fabriken, die sich vorzugsweise mit der Herstellung von Blechspielwaren aller Art befassen. Hier ist in erster Linie das weltbekannte Patentwerk Ernst Paul Lehmann zu nennen, dessen Erzeugnisse, mechanische Blechspielwaren, fast konkurrenzlos in alle Länder der Erde versandt werden. Ferner sind die Oro-Werke sowie die Lineol-A.-G. und das Gundka-Werk zu erwähnen, alle diese Firmen betreiben einen bedeutenden Export nach England, Nord- und Südamerika.

Die Tuchfabrikation ist bis auf die Tuchfabrik C. Genrich gänzlich aus Brandenburg abgewandert. Dagegen haben sich andere Textilindustrien hier angesiedelt und zu Großbetrieben entwickelt. Der größte Betrieb in dieser Branche ist die Kammgarnspinnerei Emil Kummerlé, welche die unter der Bezeichnung „Brandenburger Wolle“ im In- und Auslande gut eingeführten Wollstrickgarne herstellt. Die Erste Deutsche Fein-Jute-Garn-Spinnerei A.-G. und die Filzhutfabrik Gebr. Silbermann A.-G., welche letztere die Räume der früheren Firma Schlee und Meinicke innehat, und die Firma Richter & Rohrlapper, die Militäreffekten herstellt, wären hier noch zu erwähnen.

Als dritte Industriegruppe folgt die Lederindustrie, deren bedeutendstes Werk die Firma August Spitta Söhne ist neben den Fabriken von G. Jahn und A. Duve.

Das Nahrungsmittelgewerbe ist ebenfalls mit einer Reihe von namhaften Betrieben vertreten. Neben einigen Brauereien sowie Sprit- und Mostrichfabriken sind zwei Getreidegroßmühlen, die Firmen A. Tiede und Franz Heidrich in Brandenburg ansässig. Weiter sind zwei Stärkefabriken, von denen die Firma W. A. Scholten A.-G. auch Maisstärke verarbeitet, eine Honigkuchenfabrik von König und eine Keksfabrik Gebr. Tiede vorhanden.



Zum Druckereigewerbe rechnen die Berlin-Neuroder Kunstanstalten A.-G., zwei große Zeitungsdruckereien (Brandenburger Anzeiger und Brandenburger Zeitung) und

Digitized by Google

mehrere Buch- und Akzidenzdruckereien. Die Berlin-Neuroder Kunstanstalten rechnen zu den größten Unternehmungen in dieser Branche und stellen alle Artikel des Vielfarbendruckes, Plakate, Kalender und Ähnliches her, deren größter Teil nach dem Ausland verfrachtet wird.

Schließlich ist noch die chemische Industrie und die Ziegelindustrie zu nennen sowie die Elektroindustrie. Das Brandenburger Elektrizitätswerk hat in diesem Jahre ein Ausstellungsgebäude errichtet, welches in großzügiger und übersichtlicher Weise eine Ausstellung fast aller elektrischen Maschinen und Apparate, welche im Handwerk, Haus- und Wirtschaftsbetrieb benötigt werden, vorführt.

Auch Großhandelsfirmen, Banken und Filialen von Großbanken nehmen in den Mauern Brandenburgs eine sehr beachtliche Stellung ein. Das älteste Bankinstitut ist der Brandenburger Bankverein, eine Gründung von Schultze-Delitzsch. Eine Reihe von Tuchgroßhandlungen haben sich aus früherer Zeit erhalten und betreiben heute noch einen bedeutenden Export nach Italien, Rumänien, Bulgarien und den nordischen Ländern. Ferner sind erwähnenswert Großhandelsfirmen, die sich mit dem Handel von Brennmaterialien, Stabeisen und I-Trägern, Kolonialwaren, Mehl und Mühlenfabrikaten und Wein befassen. Hier ragen die Firmen H. Witte A.-G. und J. F. Krause weit über die Grenzen der Stadt mit ihren geschäftlichen Beziehungen hinaus.

Einen ganz besonderen Aufschwung hat in den letzten Jahren der Einzelhandel genommen und durch große Neubauten in den verkehrsreichen Straßen des Stadtinnern dem Stadtbild ein besonderes Gepräge gegeben. Neben einem großen Warenhaus sind ganz bedeutende Spezialgeschäfte dazu übergegangen, ihre Geschäftshäuser erheblich zu erweitern und modern umzugestalten, so daß der kaufenden Bevölkerung Gelegenheit gegeben ist, eine Auswahl zu treffen, wie sie von einer Großstadt kaum überboten werden kann.

Die Stadt Brandenburg selbst hat durch eine weitsichtige Grundstückspolitik verstanden, an den verschiedensten Stellen der Stadt Gelände mit Bahn- und Wasseranschluß zu erschließen, das eine weitere Zunahme der industriellen Bedeutung Brandenburgs und eine günstige Entwicklung gewährleistet. Damit Hand in Hand ist auch durch eine weitsichtige Siedlungspolitik dafür gesorgt worden, daß die werktätige Bevölkerung in gesunden und neuzeitlichen Wohnungen verhältnismäßig gut untergebracht werden kann. Ein besonderes Wirtschaftsamt der Stadt sowie ein Verkehrsbüro machen es sich zur Aufgabe, allen Interessenten über Ansiedlungsmöglichkeiten usw. bereitwilligst Auskunft zu geben. Wir dürfen uns daher der Hoffnung hingeben, daß Brandenburg in der industriellen und kommerziellen Entwicklung unseres Vaterlandes seinen Platz behaupten wird.

Die Wredowsche Zeichenschule

(Städtische Kunstgewerbeschule) und ihre Kunstsammlungen

Von Bildhauer Wilhelm Posoreck, Leiter der Wredowschule und ihrer Sammlungen.

Am 5. Juni d. J. gedachten wir zum 125. Geburtstage eines der verdienstvollsten Söhne unserer alten Kur- und Hauptstadt, des Bildhauers Professor August Wredow, Mitglied des Senats der Preußischen Akademie der Künste und Begründer der Wredowschen Zeichenschule mit ihren Sammlungen.

Wredow, einer der begabtesten Schüler Rauchs, nimmt in der Geschichte der deutschen Bildhauerkunst eine hervorragende Stellung ein. Es dürfte daher durchaus angebracht sein, seiner als eines der größten Wohltäter Brandenburgs auch an dieser Stelle zu gedenken. Hat er sich doch durch seine hochherzige Stiftung einen unvergänglichen Namen um die Kunst und das kunstgewerbliche Leben unserer Stadt erworben. Die von ihm geschaffenen Werke sind von seltener Vollendung. Rauch selbst hat sie durchaus anerkannt und sie sogar zum Teil höher geschätzt als Werke von Thorwaldsen. Auch Schadow, Rietschel und Tieck haben mit ihrer Anerkennung nicht zurückgehalten. Welche künstlerische Bedeutung ihm beigemessen wurde, geht daraus hervor, daß Friedrich Wilhelm IV. mehrere seiner Arbeiten in Marmor ausführen ließ, so den anmutigen „Ganymed", der im Schloß Charlottenhof bei Sanssouci aufgestellt ist, und dem wundervollen „Paris", der in der Teehalle der Orangerie in Sanssouci den Raum schmückt. Seine „12 Apostel", bekrönen die Nikolaikirche zu Helsingfors und seine Gruppe „Iris" steht auf der Schloßbrücke zu Berlin. Im Leseraum der Wredowschule steht der reizende „Merkur", der die ineinander verbissenen Schlangen trennen will, und in dem Modellliersaal wird die von ihm modellierte „Anatomie" benutzt, die übrigens auch an allen anderen Kunstlehranstalten des Reiches als Lehrmittel Verwendung findet. Auf dem Marienberge hat der Ganymed Aufstellung gefunden, und in den Grabenanlagen steht sein Paris, die beide Bürger unserer Stadt gestiftet haben. Im Chor der Katharinenkirche sehen wir die Modelle seiner für Helsingfors geschaffenen Apostel. Als im Jahre 1870 die von Wien ausgehende kunstgewerbliche Bewegung überall im Reiche Kunst- und Zeichenschulen erstehen ließ, widmete auch Wredow sein volles Interesse der in Brandenburg ins Leben gerufenen gewerblichen Zeichenschule. In ihren Zielen sah er eigene Gedanken, die ihn von Jugend auf beschäftigt hatten, verwirklicht, und er ließ ihr weitgehende Unterstützung an Geld, Lehrmitteln und Kunstgegenständen zuteil werden. Er war

Digitized by Google

von der Notwendigkeit kunstgewerblicher Schulen tief durchdrungen und zwei Jahrzehnte seines Lebens widmete er seine ganze Kraft der Erhaltung dieser Schule. In den ersten Jahren gab er eine Unterstützung von 600 Mk. jährlich, die er allmählich auf 3600 Mk. und mehr steigerte; immer reicher spendete er Unterrichtsmittel und Kunstgegenstände aller Art. Im Interesse ihrer zweckentsprechenden Aufbewahrung und Benutzung wurde ein eigenes Heim — unsere jetzige Wredowschule — notwendig. Für die Erbauung desselben schenkte er 60 000 Mark und im Laufe der nächsten Jahre ließ er die ganze innere Einrichtung auf seine Kosten und nach seinen Plänen ausführen. Nach und nach überwies er dieser Anstalt seine gesamten Kunstsammlungen und, um sie für alle Zeiten selbständig und unabhängig zu machen, hinterließ er ihr ein Kapital von über 300 000 Mk.

Hierdurch konnte die Schule den Zweck erfüllen, dem sie gewidmet war, nämlich tüchtige Generationen von Handwerkern und Gewerbetreibenden jeder Art heranziehen, sowie kunstfreudige und kunstsinnige Menschen fördern helfen. Ihre überaus wertvollen Sammlungen dienten den Schülern als Anschauungsmaterial und die äußerst wertvolle, über 5000 Bände starke Bibliothek half der Förderung des Kunstsinnes. So ist die von Wredow gegründete Kunstgewerbeschule im wahren Sinne des Wortes zu einem Volksbildungsinstitut geworden.

Auf die wechselvollen Schicksale der Schule einzugehen, verbietet der Raum. Nur kurz sei erwähnt, daß die Inflation auch das Wredowsche Stiftungskapital vernichtete. Da aber die Unentbehrlichkeit der Schule sich im Laufe der Jahre erwiesen hatte, wurde sie von der Stadt übernommen. Von dem jetzigen Leiter wird sie als Städtische Kunstgewerbeschule reorganisiert und den Ansprüchen der Neuzeit entsprechend aufgebaut. Die Aufgaben im Kunstgewerbe, in der angewandten Kunst, sind heute wesentlich andere als frühere. Wir müssen uns den Errungenschaften der Technik und den dadurch geschaffenen anderen Lebensbedingungen anpassen. Mit der Versachlichung schwindet die sogenannte Verzierungskunst. Wo sind die schmückenden Berufe von früher, wie der Dekorationsmaler, der Steinbildhauer für Architektur und für Friedhofskunst, der Holzbildhauer, der Kunsthandwerker, der in Metall arbeitete, der Kunsttischler, der Keramiker geblieben? Es handelt sich heute im wesentlichen um die geistige, formale Durchdringung der Aufgaben. Und das ist außerordentlich wichtig für unseren Wiederaufbau.

Um nun auch der Sammlertätigkeit Wredows Ehre widerfahren zu lassen, sei auf seine Sammlungen von Holzschnitten und Kupferstichen hingewiesen. Große Meister wie Dürer, Cranach, Rembrandt usw. sind vertreten. Seine besondere Liebe aber hat er den Stechern der Rubens-Schule zugewendet. Hier sowohl wie in Chodowiekischen Stichen erreicht seine Sammlung eine große Vollständigkeit. Von seiner Gemäldesammlung kann man nicht das gleiche sagen, sie ist an Zahl zu gering und zu lückenhaft, um die Kunst in den verschiedenen Ländern zu veranschaulichen. Am meisten sind die Holländer des 17. Jahrhunderts wie: Nason, Goyen, S. Ruisdael, de Neyn, Vlieger, van Nekkelen, Hondekoeter vertreten. Von Goyen sehen wir den Strand von Scheveningen, den er öfter gemalt hat. Von den großen Italienern der Renaissance ist nur Corregio mit seiner sogen. Madonna del Latte vorhanden. Wredow hat dieses ausgezeichnete Bild aus dem Besitze Ferdinands II., des Königs beider Sizilien, erworben. Von den vier Gemälden der französischen Schule fesselt am meisten das Bildnis Philipps v. Orleans von Hyacinthe Rigaud.

Aus dem 18. Jahrhundert stammen Gemälde von Meistern wie Franz de Paula, Ferg, Klengel, J. Chr. Rheinhart, Mengs, Graff. Letzterer mit dem Bildnis der Kurfürstin Maria Antonia von Sachsen, welches auf der Dresdener Graff-Ausstellung des Jahres 1913 durch seine hohe malerische Kultur überragte.

Das 19. Jahrhundert bringt uns ein feines Bronzerelief von Schadow, das den alten Fritz zu Pferde zeigt. Von Malern seien erwähnt — Schwendy, der Berliner Gräb und der Hamburger Hermann Kaufmann. In neuerer Zeit ist die Sammlung durch den künstlerischen Nachlaß des Malers Gustav Metz erweitert worden, dessen Erben der Wredowschule eine große Anzahl Kartons, Studienblätter und Skizzenbücher überwiesen haben.

So bietet die Wredowschule durch ihre Sammlungen und die mit ihnen verbundene Fachbibliothek sowohl ihren Schülern wie auch sonstigen Kunstfreunden reiche Gelegenheit, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zu vertiefen und weiter auszubauen.

Fremden- und Kongreß-Stadt Brandenburg/Havel

An der Reichsbahnstrecke Berlin-Magdeburg, im Mittelpunkt der von der Brandenburgischen Städtebahn betriebenen Privatbahn Treuenbrietzen-Neustadt (Dosse) gelegen, Endpunkt der Kleinbahn nach Nauen und verschiedener anderer Nebenbahnen und die äußerst günstigen Fahrverbindungen auf allen diesen Strecken sind es, die die tausendjährige Stadt Brandenburg mehr und mehr dem Fremdenverkehr erschließen. Dasselbe gilt von den gut ausgebauten Durchgangs-Chausseen und dem Radfahrwegenetz in der Stadt und seiner schönen waldreichen Umgebung. Die ausgedehnten und vielseitigen Industrieanlagen in der Stadt und ihrer Peripherie und die aus früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten ansässigen Gewerbebetriebe aller Art lassen viele Tagungen und Kongresse nach Brandenburg führen, um ernste Beratungen mit lehrreichen Besichtigungen in den modernen Industrieanlagen zu verbinden. Aber nach ernster Arbeit ist immer in unserer

Digitized by Google

alten Stadt die Möglichkeit gegeben, Erholung und Erfrischung in den vorbildlich angelegten Parks und Gärten zu suchen und zu finden. Als tausendjährige Stadt der Mark weist Brandenburg aber auch Bauwerke auf, die bei Fachleuten und Laien gleichgroßes Interesse erwecken. Alte sehenswerte Kirchen und Baudenkmäler zeugen von der Kunst der Baumeister jener Zeit. Das vom historischen Verein betreute Heimatmuseum bietet reichlich Material zum Studium altmärkischer Geschichte. Umfangreiche Stadtmauerreste erinnern an schwere Kämpfe in früheren Jahrhunderten mit den Quitzows und anderen Raubrittern, die in der wald- und wasserreichen Umgebung der Stadt einen günstigen Unterschlupf fanden. Mehrere Türme stehen noch heute als Wahrzeichen des Kampfgeistes jener Zeit. Aber der Kampfgeist hat sich im Laufe der Zeit in einen friedlichen Arbeitsgeist umgewandelt. Der Erfrischung und Erholung dienen die zahlreichen waldumsäumten Wasserarme und Seen für Einheimische und Fremde. Schmucke Dampfer und Motorboote fahren zu reizvoll gelegenen, viel besuchten Ausflugsorten. Für Wassersportler bietet sich ein reiches Feld der Betätigung jeder Art auf den weiten Flächen der Havelseen. Idyllische Seen inmitten dichten Hochwaldes sind auf einsamen Waldwegen zu erreichen durch körperlich erfrischende Spaziergänge in beschaulicher Abgelegenheit. Moderne Wohnungsbauten, großzügige Brückenbauten und von Weitblick für die Gegenwart und Zukunft zeugende Wohlfahrtseinrichtungen zeugen von dem Geist der neuen Zeit. Aufs modernste eingerichtete Geschäftshäuser bieten die Möglichkeit des guten und preiswerten Einkaufs. Der alte steinerne Roland vor dem Neustädtischen Rathaus, der Pauliwinkel, der ehrwürdige Dom, der 1848 Sitz der preußischen Nationalversammlung war, und viele andere stille Winkel sind beliebte Ziele für Amateure und Photofachleute.

Eine organisatorisch wohldurchdachte Propaganda — im Jahre 1928 verbreiteten Magistrat und Verkehrsverein 30 000 Prospekte — ziehen den Fremden- und Wochenendverkehr in unsere Stadt. Das im Zentrum der Stadt im historischen Kurfürstenhaus gelegene Verkehrsbüro des Verkehrsvereins steht jederzeit zur Verfügung und ist in der Lage, allen Wünschen nach Führungen durch die Stadt, Besichtigungen und Unterbringung gerecht zu werden. So sind auch in der 1000jährigen Stadt der Mark alle Voraussetzungen gegeben, die sie berechtigen, den Wettbewerb mit anderen Kongreß- und Fremdenstädten mit Erfolg aufzunehmen und zu bestehen. Die zahlreichen Tagungen haben dies bewiesen. Die immer wieder allgemein geäußerte größte Zufriedenheit mit allem Gebotenen und Gesehenen bewirkt auch für den Fremdenverkehr die Richtigkeit des auch für die Zukunft geltenden alten Ausspruchs

„Hie guet Brandenburg allewege".

Brandenburgische Architektur in alter und neuer Zeit

Von Stadtbaurat Erbs.

Das Tempo der Zeit, der Zwang, jede Stunde des Tages auszunutzen, bedingt eine ausgeprägte Zentralisation auf allen Gebieten. Es bilden sich Zentralpunkte der Wirtschaft, des Verkehrs usw. immer schärfer heraus. Die Großstädte unserer Zeit, das Ergebnis dieser Zusammenballung, stellen alles bisher an Stadtbildungen Dagewesene in den Schatten. Die die Großstädte umgebenden Mittelstädte scheinen mehr und mehr an Bedeutung zurückzutreten, sie werden entweder von der Großstadt aufgesogen oder aber häufig in ihrer angeblichen Verträumtheit unbeachtet gelassen.

Brandenburg (Havel), in naher Nachbarschaft zur Reichshauptstadt gelegen, die ältere Schwester Berlins, ist eine solche Mittelstadt, die die Vor- und Nachteile der Nähe einer Großstadt täglich mehr fühlt. Der ungeheure Verkehr, der sich von der Reichshauptstadt nach dem Westen ergießt, durchquert Brandenburg auf der großen Provinzialstraße Berlin—Magdeburg. Diesem Verkehr hinsichtlich der Ausgestaltung der Straßen gerecht zu werden, ohne die von der Geschichte umwobenen Baudenkmäler zu gefährden, ist die ernste, unabweisbare Pflicht aller Verantwortlichen.

In dem Kranze der 1000jährigen Städte eingewunden, hat die Namengeberin der Mark, unsere Stadt Brandenburg, einen solchen Reichtum an mittelalterlichen Bauwerken, und zwar aus allen Epochen des Backsteinbaues, daß der die Stadt aufsuchende Baukünstler oder Maler immer wieder auf seine Rechnung kommt.

Die weitverzweigten Wasserarme der Havel und Mühlengräben erhöhen den malerischen Reiz der himmelanstrebenden Kirchen und der trutzigen Tortürme in Verbindung mit der sich anschließenden Landschaft.

Die alten Stadtteile sind noch von altersgrauem Gemäuer der ehemaligen Schutz- und Trutzfriedigung eingefaßt, wo sie fehlen, umschließt ein Grüngürtel das Stadtinnere.

Fast alle alten Bauwerke unserer Stadt reichen mit ihren Anfängen in das 12. Jahrhundert zurück, und wenn auch für den Fachmann jeder einzelne Baustil deutlich erkennbar ist, so wird der unbefangene Beschauer nicht ahnen, daß durch Jahrhunderte getrennte Generationen an dem einzelnen Bauwerk baukünstlerisch gewirkt und geschaffen haben.

Der Roland, das Wahrzeichen alter Stadtgerechtsame, die St. Katharinen-Kirche, das hervorragendste Denkmal gotischer Backsteinbaukunst Norddeutschlands, der Dom, die stimmungsvolle dreischiffige Basilika, verdienen besonders genannt zu werden.

Malerische Winkel von kaum zu überbietender schlichter Schönheit stellen die Fachwerkshäuser gemeinsam mit der Pauli-Kirche, dem ehemaligen Dominikaner-Kloster, und mit der Gotthardt-Kirche, dem ehemaligen Prämonstratenser-Kloster, dar. Wenn auch manches Gebäude neuzeitlichen Forderungen preisgegeben werden mußte, so ist es doch möglich gewesen, diesen Stätten ihre Unberührtheit und klösterliche Abgeschiedenheit zu bewahren.

Sind die vorgenannten Baulichkeiten reich an architektonischem Schmuck, Zierrat und Gerät, so zeichnet sich die Johannis-Kirche, ein Überbleibsel des ehemaligen Franziskaner-Klosters, die Nikolai-Kirche, die ehemalige Pfarrkirche des Dorfes Luckenberg, und die Jakobs-Kapelle, das Bethaus des Elisabeth- und Spiritus-Hospitals, durch feierliche Schlichtheit und Vornehmheit aus.

Die Petri-Kapelle, in der Nähe des Domes gelegen, ist das älteste, heute aber nicht mehr benutzte Gotteshaus der Stadt. Der heute noch vorhandene, etwa zwei Meter über Terrain liegende Unterbau wird mit Bestimmtheit als ein Teil jener Stätte angenommen, an der die Gebeine des Wendenfürsten Pribislav und seiner Gemahlin Petruska beigesetzt sind. Das überhöhte gurt- und rippenlose Zellengewölbe stellt eine überaus komplizierte technische Leistung dar, sie wird an den Anfang des 16. Jahrhunderts zu setzen sein. Ein Blick in diesen eigenartigen Raum verlohnt sich sowohl für den Maler als auch für den Architekten.

Das Neustädtische Rathaus, ebenfalls in seiner früheren Zeit ein gotischer Backsteinbau, hat in seiner Süd- und Ostfassade Kellenputz erhalten, nur der Nordgiebel läßt noch einen Schluß auf die einstige Schönheit dieses Bauwerkes zu.

Neben den zahlreichen alten Bauwerken tritt das, was die Neuzeit geschaffen hat, etwas zurück, ist aber trotzdem beachtlich.

Die umfangreichen neueren Wohnsiedlungen und öffentlichen Bauten, die der industrielle Aufstieg der Stadt mit sich brachte, zeigen ungesuchte, natürliche Formen. So das am Südhange des Marienberges liegende Krankenhaus, das am Nordhang des Marienberges erbaute Krematorium mit Urnenhain.

Dem gesteigerten Verkehr Rechnung tragend sind in den letzten Jahren 4 hölzerne Brücken durch breitere Eisenbetonbrücken ersetzt worden.

Zurzeit wird die die Neustadt und die Altstadt in der Hauptverkehrsader verbindende Lange Brücke als Jahrtausend-Brücke, ebenfalls in Eisenbeton, errichtet.

Auf aufgespültem Gelände an der Havel ist das Gesundheitsforum, das Gebäude der Ortskrankenkasse, eine Turnhalle und eine Schwimmhalle im Bau begriffen. Die ganze Baumasse umschließt einen nach Osten zu offenen Innenschmuckhof und zeigt sich von den Straßen und von der Wasserseite her in seiner Gesamtgestaltung als eine Baugruppe von schlichter und vornehmer Sachlichkeit.

Wer so das alte und neue Brandenburg besichtigt hat, sollte zum Schluß nicht versäumen, von der Höhe des an geschichtlichen Begebenheiten so reichen Marienberges einen Rundblick zu tun. Die weitausgedehnte Stadt mit ihren ragenden Zeugen baulicher und geschichtlicher Vergangenheit liegt zu unsern Füßen. Havel, Seen und Wälder umschließen und durchdringen die Stadt und lassen sie als Ausflugs- und Erholungsziel so recht geeignet erscheinen.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 34 — Berlin, den 24. August 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto Berlin 14483. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg Kurfürstenstraße 3—5.

Der verantwortliche Redakteur.

Von Ernst Scheiding, Dresden.

Der nachstehende Artikel, der die in Nr. 32 der „Deutschen Presse" begonnene Erörterung über das Thema: „Verantwortliche Redakteure, Strohmänner und Abgeordnete" fortsetzt, wird hoffentlich noch andere Kollegen zur Meinungsäußerung und zu weiteren Vorschlägen anregen.

Die Erörterungen über die Mißstände, die sich dadurch herausgestellt haben, daß in zunehmendem Maße Abgeordnete sich als verantwortliche Redakteure bezeichnen, obwohl sie auf Grund ihrer parlamentarischen Immunität nur in den seltensten Fällen zur Verantwortung gezogen werden können, leiden meines Erachtens darunter, daß dabei nicht genügend die Stellung erkannt und betont wird, die das Preßgesetz dem verantwortlichen Redakteur zuweist. Dies trifft auch für die im übrigen dankenswerten Ausführungen von Dr. Georg Ritter in Nr. 32 der „Deutschen Presse" zu. Es erscheint mir deshalb notwendig, zunächst einmal die gesetzliche Bestimmung über die Stellung des verantwortlichen Redakteurs ins Gedächtnis zurückzurufen. Der hierfür maßgebende § 7 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 lautet:

> „Zeitungen und Zeitschriften, welche in monatlichen oder kürzeren, wenn auch unregelmäßigen Fristen erscheinen (periodische Druckschriften im Sinne des Gesetzes), müssen außerdem (d. h. außer der Angabe des Druckers und Verlegers, die in § 6 festgelegt ist! der Verf.) auf jeder Nummer, jedem Stücke oder Hefte den Namen und Wohnort des verantwortlichen Redakteurs enthalten.
>
> Die Benennung mehrerer Personen als verantwortliche Redakteure ist nur dann zulässig, wenn aus Form und Inhalt der Benennung mit Bestimmtheit zu ersehen ist, für welchen Teil der Druckschrift jede der genannten Personen die Redaktion besorgt."

Aus dem Wortlaut dieser Bestimmungen ist klar ersichtlich, daß der Gesetzgeber die Zeichnung als verantwortlicher Redakteur an die selbstverständliche Voraussetzung knüpfen wollte, daß dieser wirklich selbst die Redaktion besorgt. Der sogenannte Sitzredakteur, der lediglich dem Gericht gegenüber die formelle Verantwortung trägt, auf die Redaktion seines Blattes aber gar keinen maßgebenden Einfluß ausübt oder an ihr überhaupt nicht beteiligt ist, findet keine Stütze im deutschen Preßgesetz. Er stellt meiner Meinung nach nicht nur eine Umgehung, sondern geradezu eine Verletzung des geltenden Rechtes dar. Die tatsächliche Entwicklung ist allerdings, besonders während der Geltung des Sozialistengesetzes, etwas andere Wege gegangen und hat der Einrichtung des Sitzredakteurs, wenigstens für politische Blätter, eine Art von Gewohnheitsrecht verliehen. Dabei ist es jedoch meiner Kenntnis nach nie oder nur selten soweit gekommen, daß Personen, die mit der Redaktion eines Blattes überhaupt nichts zu tun hatten, als verantwortliche Redakteure gezeichnet haben. Im übrigen handelte es sich damals um eine Art Ausnahmezustand, auch gegenüber einem Teile der Presse.

Dieser Ausnahmezustand besteht heute nicht mehr. Abgesehen davon kann meiner Meinung nach die grundsätzliche Stellung, die unsere Berufsorganisation zu dieser Frage einnehmen muß, nicht zweifelhaft sein. Wir haben das stärkste Interesse daran, daß die Bestimmungen des Preßgesetzes in ihrer Reinheit praktisch verwirklicht werden, selbst auf die Gefahr hin, daß in dem einen oder anderen Falle dies für einen von uns zu Unannehmlichkeiten führen sollte. Es erscheint mir als ein selbstverständliches Gebot journalistischer Berufsehre, daß man die gesetzliche Verantwortung nicht auf einen Strohmann abschiebt. Alle anderen bisher gemachten Vorschläge, auch der von Dr. Georg Ritter, erscheinen von diesem Standpunkt aus gesehen als unzulänglich. Das entscheidende Merkmal für die preßgesetzliche Verantwortung ist nicht die Anerkennung als zünftiger Journalist. Die Einführung einer Stammrolle von verantwortlichen Redakteuren würde in der Praxis zu unerträglichen Hemmungen führen. Sie würde die Gründung neuer Zeitungen und Zeitschriften außerordentlich erschweren und vielfach geradezu den Sitzredakteur von neuem züchten, nämlich den, der nur deshalb verantwortlich zeichnet, weil er in die Stammrolle eingetragen ist, während die wirklichen Leiter des betreffenden Blattes im Dunkeln bleiben. Die einfachste Lösung der Streitfrage wird man dadurch erreichen können, daß dem 1. Absatz des § 7 des Preßgesetzes eine Bestimmung angefügt wird, wonach nur diejenigen Personen, die tatsächlich die Redaktion besorgen, als verantwortliche Redakteure zeichnen dürfen. Eine solche Bestimmung würde im völligen Einklang mit dem Geist des schon geltenden Gesetzes stehen und in der Praxis vielfach zu einer Hebung des Ansehens unseres Standes führen, da damit auch der Zeichnung als verantwortlicher Redakteur durch einen Verleger, der in Wirklichkeit die Redaktion gar nicht ausübt, ein Riegel vorgeschoben würde. Namentlich für viele unserer an mittleren und kleineren Blättern tätigen Kollegen würde dies von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein.

Das Reichspreßgesetz über die Presse enthält in § 8 eine weitere grundsätzliche Bestimmung über die Voraus-

Digitized by Google

setzungen, die eine Person erfüllen muß, wenn sie als verantwortlicher Redakteur zeichnen will. Der § 8 lautet:

> „Verantwortliche Redakteure periodischer Druckschriften dürfen nur Personen sein, welche verfügungsfähig, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind und im Deutschen Reiche ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben."

Auch diese Bestimmung ist offenbar in der Praxis nicht mit der notwendigen Energie durchgeführt worden. Es ist mir z. B. außerordentlich zweifelhaft, ob alle die Personen, die als verantwortliche Redakteure der noch in vielen Orten grassierenden Skandalpresse zeichnen, verfügungsfähig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Eine Nachprüfung nach dieser Richtung würde vermutlich in nicht wenigen Fällen zu erstaunlichen Resultaten führen. Wenn der § 7 des Preßgesetzes in der oben geforderten Weise ergänzt wird, so daß in Zukunft die Zeichnung als verantwortlicher Redakteur niemandem möglich ist, der lediglich seinen Namen dazu hergibt, und wenn die erwähnten Bestimmungen des § 8 in der Praxis scharf durchgeführt werden, so dürfte sich dies als eine schärfere Waffe gegen die Skandalpresse erweisen als alle bisherigen Maßnahmen. Denn es wird auf die Dauer ziemlich schwierig werden, verfügungsfähige und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Personen zu finden, die mit vollem Bewußtsein den Schmutz eines Skandalblattes allwöchentlich zusammenkehren und dafür auch die preßgesetzliche Verantwortung zu tragen haben.

Auch das Bedürfnis nach Beseitigung des durch seine parlamentarische Immunität vor strafrechtlicher Verantwortung geschützten Abgeordneten als verantwortlicher Redakteur könnte durch eine einfache Ergänzung des § 8 des Preßgesetzes befriedigt werden. Die grundsätzliche Seite dieser Frage ist meines Erachtens vom Standpunkt unserer Berufsorganisation aus als geklärt anzusehen. Wir können nicht eintreten für die Beibehaltung eines Zustandes, wonach es zwei Klassen von „verantwortlichen Redakteuren" gibt, nämlich solche, die wirklich verantwortlich sind, und andere, die praktisch nicht zur Verantwortung gezogen werden können. Daß dieser Unterschied auf die Dauer nicht erträglich ist, haben verschiedene Kollegen, die gleichzeitig Abgeordnete sind, dadurch selbst erkannt, daß sie während der Dauer ihres Mandates auf die Zeichnung als verantwortlicher Redakteur verzichteten. Auch in den Parlamenten ringt sich mehr und mehr die Auffassung durch, daß die parlamentarische Immunität nicht als Freibrief für straflos bleibende Beleidigungen ausgenutzt werden darf. Man könnte der Meinung sein, daß diese Entwicklung eine genügende Sicherheit gegen künftigen Mißbrauch der Immunität bietet. Wer aber die parlamentarische Praxis kennt, muß zugeben, daß die Entscheidung in solchen Fällen fast immer durch politische Erwägungen der einzelnen Parteien maßgebend beeinflußt wird, so daß von einer grundsätzlichen Sicherheit gegen Mißbrauch niemals die Rede sein kann, wenn nicht die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Aus allen diesen Gründen erscheint als die einfachste und zweckmäßigste Lösung die Einfügung einer Bestimmung in § 8 des Preßgesetzes, wonach verantwortliche Redakteure periodischer Druckschriften nur Personen sein dürfen, deren Verantwortung nicht durch irgendwelche Bestimmungen praktisch beschränkt ist und die ohne weiteres zur Verantwortung gezogen werden können. Eine solche Bestimmung empfiehlt sich auch deshalb, weil es immerhin denkbar ist, daß die parlamentarische Immunität der Abgeordneten durch eine Verfassungsänderung in dem gleichen Sinne eingeschränkt wird. Ebenso ist der Fall denkbar, daß durch neue Gesetze Bestimmungen getroffen werden, wonach eine weitere Beschränkung der Verantwortung und der Verfolgung von strafrechtlichen Delikten eingeführt wird. Auch in einem solchen Falle würde eine Person, die eine derartige Vergünstigung genießt, nicht als verantwortlicher Redakteur zeichnen dürfen. Wir müssen uns grundsätzlich auf den Standpunkt stellen, daß die Verantwortlichkeit des Redakteurs tatsächlich sein muß und nicht beschränkt werden darf.

Ein schwerer Verlegerangriff gegen die deutschen Redakteure.

In dem Sonderheft „Weltmacht Reklame", das der „Zeitungsverlag" anläßlich des Weltreklamekongresses herausgebracht hat, findet sich unter den Geleitworten an letzter Stelle auch ein längerer Beitrag des Kommerzienrats Dr. h. c. Neven Du Mont, des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Vereins deutscher Zeitungsverleger: „Welche ideellen Pflichten legt der Anzeigenteil den deutschen Verlegern auf?"

Wir haben den Aufsatz aufmerksam gelesen und können uns im allgemeinen mit seinem Inhalt, der durchaus den Auffassungen entspricht, die von Redakteuren und Verlegern mehr als einmal hinsichtlich der Reinhaltung des Textteils von privatgeschäftlicher Einflußnahme vertreten worden sind, einverstanden erklären, bis auf eins. Nachdem Herr Dr. Neven Du Mont des längeren in zum Teil ausgezeichneter Formulierung ausgeführt hat, daß ein auf den Ruf seines Unternehmens bedachter Verleger auch in seinem eigenen Interesse darauf halten müsse, den Textteil seiner Zeitung von Reklameankündigungen freizuhalten, ja, daß er noch über das hinausgehen müsse, was ihm Sitte und Gesetz in dieser Beziehung vorschreiben, und nachdem er weiter festgestellt hat, daß die deutschen Zeitungsverleger bedauerlicherweise nicht immer dem vorgezeichneten Ideal gleichkommen, wendet er sich den Forderungen zu, die nach seiner Meinung die deutschen Zeitungsverleger an die Regierungskreise stellen müßten, damit sie im Kampf um die Reinhaltung der Presse, besonders gegen die Sensations- und Skandalblätter, dort die notwendige Unterstützung finden. Und diese Forderungen beginnen mit folgender merkwürdigen Einleitung:

> „Vor einigen Jahren hat die Regierung die Verleger gezwungen, sich mit Beiträgen an der Versorgungsanstalt für die Redakteure zu beteiligen, damit diese nicht in Versuchung kämen, Notizen, die kein öffentliches Interesse besitzen, in den Textteil der Zeitung aufzunehmen, um dadurch einzelnen Personen, Berufskreisen usw. dienlich zu sein."

Herr Dr. Neven Du Mont hat seinerzeit an den Verhandlungen um das Zustandekommen des Vertrags- und Versicherungswerkes der Reichsarbeitsgemeinschaft, von dem übrigens die Versorgungsanstalt nur einen Teil bildet, nicht teilgenommen, aber so schlecht unterrichtet, wie er sich in den oben erwähnten Ausführungen zeigt, sollte er trotzdem nicht sein. Welche Gründe man auch immer für das Zustandekommen des Vertrags- und Versicherungswerkes der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse anführen mag, dieser eine gehört bestimmt nicht dazu. Auch über die Kreise der Verhandlungsteilnehmer hinaus ist und sollte in beiden Lagern bekannt sein, daß die Regierung, soweit sie sich für die Schaffung des Vertrags- und Versicherungswerkes überhaupt inter-

Digitized by Google

essierte, keineswegs sein Zustandekommen erzwungen hat mit der Begründung, daß sonst die Gesamtheit der deutschen Redakteure moralisch verkommen müßte. Es ist und sollte weiter bekannt sein, daß das Vertrags- und Versicherungswerk nach langen Verhandlungen völlig ohne Regierungszwang auf Grund freier Vereinbarung der in der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse paritätisch vertretenen deutschen Redakteure und Verleger zustandegekommen ist. Die von Herrn Dr. Neven Du Mont vorgebrachte unzutreffende Begründung für die Errichtung der Versorgungsanstalt und damit auch für das Zustandekommen des gesamten Vertrags- und Versicherungswerkes, das neben den wichtigen materiellen auch noch mindestens ebenso wichtige ideelle Errungenschaften aufweist, ist um so unverständlicher, als er durch sie ja auch die hochbedeutsame freiwillige Mitarbeit seiner eigenen Kollegen an dem Zustandekommen des Werkes völlig in Frage stellt und damit ihre arbeitsgemeinschaftliche Gesinnung überhaupt. Wie er denn anscheinend, trotz seiner Würde als stellvertretender Vorsitzender des V. D. Z., noch nichts von der Reichsarbeitsgemeinschaft gehört hat. Gewiß ist in den Erörterungen, die der Schaffung des Vertrags- und Versicherungswerkes vorausgingen, auch nebenbei die Frage gestreift worden, ob nicht die Gefahr akut werden könnte, daß der und jener besonders schlecht bezahlte, vor den Wechselfällen des Lebens vollständig ungeschützte Redakteur gelegentlich einer Versuchung der erwähnten Art erliegen könnte, wenn er sonst keine Möglichkeit sähe, seine wirtschaftliche Lage zu verbessern. Die Schuld an solcher vereinzelten Entgleisung würde jedoch, wenn nicht die rastlose Arbeit des Reichsverbandes der deutschen Presse inzwischen eine fühlbare Besserung der Lage der deutschen Redakteure erreicht hätte — von selbst wäre sie bestimmt nicht gekommen —, in vollem Umfange die Verleger der deutschen Tageszeitungen getroffen haben, die nur schwer und allmählich einzusehen vermochten, daß neben der unbedingt notwendigen geistigen Bewegungsfreiheit auch eine, wenn auch bescheidene wirtschaftliche Unabhängigkeit die Grundlage für erfolgreiche journalistische Arbeit zum Segen der deutschen Presse bilden mußte. Im übrigen haben gerade die deutschen Journalisten in ihrer großen Mehrzahl — Ausnahmen gibt es in jedem Beruf — in Krisenzeiten der deutschen Presse bewiesen, daß sie gewillt sind, ihrem Berufsidealismus die allergrößten wirtschaftlichen Opfer zu bringen. Wir brauchen da nur das Wort Inflationszeit auszusprechen, und jeder weiß, was gemeint ist.

Um so mehr muß es unser Befremden erregen, daß ausgerechnet in der zum Weltreklamekongreß erschienenen Nummer des „Zeitungsverlages“, deren wesentlicher Inhalt auch den ausländischen Teilnehmern durch Übersetzung einer Reihe wertvoller Beiträge in die Hauptfremdsprachen besonders mundgerecht gemacht wurde, den deutschen Journalisten — bekanntlich den ersten Mitarbeitern der Verleger — eine so üble Unterstellung gemacht wird. Wenn tatsächlich die Gefahr der Einschmuggelung geschäftlicher Notizen und Mitteilungen in den redaktionellen Teil der Zeitungen besteht und bestanden hat, so ist diese Gefahr, wie auch die Verleger wissen, weit stärker und weit öfter von den Anzeigenabteilungen ausgegangen; alle deutschen Redakteure ohne Ausnahme würden es nur begrüßen, wenn sie in dem Maße, wie es in dem Artikel des Herrn Dr. Neven Du Mont zum Ausdruck kommt, von ihren Verlegern in dem Kampf um die Reinhaltung des Textteils unterstützt würden. Wir können einstweilen nur annehmen, daß die Entgleisung des Herrn Dr. Neven Du Mont eine ungewollte war. Ihre Schwere aber verlangt es, daß nicht nur der Vorstand des Reichsverbandes, sondern auch die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse sie zum Gegenstand sehr ernster Verhandlungen macht, um so mehr, als gerade auch die Verleger selbst ein Interesse daran haben müssen, ihre Einstellung zum Gedanken der Arbeitsgemeinschaft und zu ihren positiven Leistungen nicht durch Mißorientierte aus ihren eigenen Reihen vor der Öffentlichkeit diskreditieren zu lassen.

* * *

Zeppelin-Nachrichtenmonopol.

Auf die in Nr. 33/29 der „Deutschen Presse“ veröffentlichte Zuschrift aus dem Kollegenkreise „Zur Zeppelin-Weltfahrt“ gingen uns die nachstehenden Ausführungen mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Es ist merkwürdig: sobald „Graf Zeppelin“ unterwegs ist und irgendeine große Fahrt unternimmt, geht die Rederei vom Nachrichtenmonopol wieder los. Und das, obwohl der Luftschiffbau Zeppelin — um den Wünschen der Presse entgegenzukommen — eine eigene Nachrichtenstelle eingerichtet hatte. Daß diese Stelle aufgehört hat zu bestehen, darf sich die Presse ebenso aufs Schuldkonto schreiben wie das sogenannte Monopol.

Ich habe diese Stelle lange genug geleitet, um einiges zu dem Thema sagen zu können. Für die Weltfahrt hatte der Luftschiffbau keinerlei Monopolabsichten. Er hat — des bin ich Zeuge — das Recht der Berichterstattung für ganz Europa sowohl dem Wolffschen Telegraphenbüro wie dem Verein Deutscher Zeitungsverleger angeboten. Er hat von seinen ursprünglichen Forderungen mehr als die Hälfte nachgelassen. Die Verhandlungen sind trotzdem gescheitert. Die Zeitungsverleger konnten sich nicht entschließen, zusammen die 120 000 Mark aufzubringen, die für die Finanzierung notwendig waren; Wolff glaubte sogar, nicht über 20 000—25 000 Mark hinausgehen zu können. Und das, obwohl ihnen zugesichert war, daß sie ungefähr die gleiche Wortzahl von Bord des Luftschiffes würden senden dürfen wie die amerikanische Presse, die ein Vielfaches der genannten Summe bezahlt hat. Die Leistungsfähigkeit der Funkenstation ist aber bekanntlich sehr begrenzt; die Zusage des Luftschiffbaus war deshalb von ganz besonderem Werte.

Wenn der Luftschiffbau nach dem Scheitern dieser Verhandlungen Verbindungen mit einzelnen leistungsfähigen Verlagen anknüpfte, so dürfte eine Schuld für die Folgen wohl kaum ihn treffen. Es ist selbstverständlich, daß der, der bezahlt, auch Rechte hat. Auf dieser Tatsache baut sich unser Gesetz auf. Es war Sache der Zeitungsverleger oder der großen Nachrichtenbüros, durch eine Umlage, berechnet nach der Auflage der Blätter, die Kosten aufzubringen, die für den Erwerb der Berichterstattungsrechte nötig waren; damit hätten sie alle Möglichkeiten für eine ausführliche und individuelle Berichterstattung in der Hand gehabt. Die Umlagekosten hätten für alle Berichte während der ganzen Dauer der Weltfahrt noch nicht zehn Pfennig auf das Exemplar einer Zeitungsgesamtauflage eines Tages betragen. Denn alle deutschen Blätter zusammen bringen an einem Tage mehr als 1,2 Millionen Exemplare heraus. Ein einziges Mal zehn Pfennig Unkosten pro Exemplar dürften aber noch von allen deutschen Blättern getragen werden können.

Der Luftschiffbau konnte auf diese Einnahmen nicht verzichten. Der Vertrag mit der amerikanischen Presse sah ausdrücklich vor, daß das Berichterstattungsrecht für Europa mit Ausnahme Großbritanniens unter allen Umständen für Deutschland reserviert bleiben solle; selbstverständlich verringerte sich auch der Betrag, den die amerikanische Presse für das Recht der Berichterstattung zahlte, um diesen Anteil. Dieser Anteil wurde von der Gesamtheit

Digitized by Google

der deutschen Presse gefordert, weil er für die Finanzierung der Fahrt notwendig war. Ohne diese Gelder hätte das Luftschiff seine Fahrt nicht unternehmen können.

Es ist schon richtig, wenn behauptet wird, daß das Luftschiff erbaut sei aus Mitteln der öffentlichen Hand wie aus den Ergebnissen der Sammlungen und Volksspenden (die, wie wir hinzufügen wollen, ihr Erträgnis nicht zum wenigsten der großzügigen Pressepropaganda verdankten. Die Red.). Aber was, frage ich, nützt mir ein Auto, wenn ich das Geld nicht habe, Benzin zu kaufen und Reparaturen und neuen Gummi zu bestreiten? Das fertige Luftschiff ist auch zu nichts nütze, wenn es nicht fahren kann — und die Gelder, die der Luftschiffbau haben wollte, brauchte er zum Fahren.

So seltsam, daß unsere Kollegen immer noch auf dem Argument des Rechtes an der Berichterstattung herumreiten! Es scheint keiner zu bedenken, was er damit sagt. Er sagt: das deutsche Volk hat das Luftschiff aus seinem Vermögen erbaut, folglich hat — die deutsche Presse ein Recht, die Luftschiffberichte gratis zu bekommen und sie den Lesern zu verkaufen.

Oder wollte etwa die deutsche Presse diese Berichte verschenken? Noch, denke ich, sind die Zeitungen ein kapitalistisches Unternehmen; noch bezahlt der Leser nicht den Wert des Papieres, sondern der Nachricht, die darauf gedruckt ist — wenn auf den (ach, so beschränkten) Raum der Spalten (wie ich bei Einsendung meiner Manuskripte so oft zu hören bekommen habe), Luftschiffberichte kommen statt anderer Berichte: sollten die Blätter auf den Straßen dann billiger zu haben gewesen sein?

Das glaube ich nicht, und niemand glaubt das mit mir. Geld ist noch immer der Gegenwert der Leistung, und wo kein Geld, da auch kein Recht. Die deutsche Presse hat sich ihre Nachrichtenlosigkeit über den Fahrtenverlauf wirklich selbst zuzuschreiben, weil sie verlangte, wo nichts zu verlangen war. Das deutsche Volk hat wohl die Gelder gesammelt, das Luftschiff zu erbauen — es fahren zu lassen, hat es nicht geholfen. Ein Luftschiff im Stall ist soviel wert wie ein Wechsel vor dem Offenbarungseid.

Die deutsche Presse hat eine Gelegenheit verpaßt, wie sie nie mehr wiederkommt. Sie hatte Gelegenheit gehabt, zu sagen: seht her, alle Welt, Deutschlands Zeitungen haben zusammengetan und haben die Mittel geschaffen, das deutsche Luftschiff um die Welt fahren zu lassen; das Interesse des deutschen Volkes, dem wir den Absatz unserer Zeitungen zu verdanken haben, hat uns die Möglichkeit dazu gegeben. Die deutsche Presse wäre up to date gewesen: sie hätte sich um die Förderung der internationalen völkerverbindenden Luftfahrt bedeutende Verdienste erworben. Praktische, tatsächliche. Nicht solche, die nur auf dem Papier stehen.

Sie war nicht up to date, sie hat nicht geholfen. Sie hat es einzelnen bedeutenden Verlagen überlassen, das Risiko zu tragen und dafür — natürlich — auch den Lohn einzustecken. In erster Linie der großen amerikanischen Presse. Denn die hat bezahlt, stillschweigend. Weil sie weiß, daß von Nichts nichts kommt. Weil sie seit schon langer Zeit das Prinzip hat, alles wirklich Große und Bedeutende zu finanzieren; ich brauche wohl nicht zu erinnern an Byrd und an Wilkins, an Chamberlin, Lindbergh und viele, viele andere, nicht auch wohl an den weiland Stanley: „Wie ich Livingstone fand".

Ich glaube, wir täten besser, nicht zu jammern, sondern uns darauf zu besinnen, ob in unserer Verlegerschaft wirklich der Unternehmergeist steckt, der uns das Recht zur Beschwerde gibt. Wieviel Gegnerschaft ist Eckener aus unseren Reihen erwachsen — gerade ihm, dem einstigen Kollegen, auf den wir stolz sein könnten, ihn zu den Unsrigen zu zählen —, wieveil Feindschaft hat er von uns zu ertragen gehabt, eben um dieses Pressemonopols willen, das der mangelnden Initiative der Presse entsprang' — und wie oft hat er nicht meine Hand angehalten, wenn ich als Leiter der Nachrichtenstelle Erklärungen gegen solche Angriffe schrieb. Er saß, lächelte, zog die rechte Augenbraue hoch und sagte gelassen: „Wozu die Schreiberei? Nur Fahrten beweisen!"

Nur die Tat beweist. Gäb's Gott, wir faßten das Große in unserem Beruf so an wie Eckener. Und sagten nicht: „Grundsätzlich muß man als deutscher Journalist dabei beharren, daß die Presse als solche ein Recht ..."

Hat sie es wirklich? Grundsätzlich?

Walter Stölting,
gewesener Leiter der gewesenen
Nachrichtenstelle des Luftschiffbaus
Zeppelin, Friedrichshafen.

Berichterstattung über Ausstellungen und Messen.

Von Paul Kiessig, Leipzig.

Das Thema der Messeberichterstattung ist in diesen Tagen der Leipziger Herbstmesse und der Königsberger Ostmesse wieder besonders aktuell. Die Berichterstattung ist nun einmal ein notwendiger Teil der Journalistik. Eine gute Berichterstattung gibt jedem Blatte eine besondere Note. Deshalb ist es notwendig, daß auch die Berichterstattung über öffentliche Veranstaltungen von den Redaktionen gebührend gepflegt wird. Diese Auffassung ist aber leider noch nicht überall durchgedrungen, sonst würde nicht vielfach die Ausübung der Berichterstattung in die Hände von journalistischen Kräften gelegt werden, die ihr nicht ausreichend gewachsen sind. Diese Beobachtung kann man gerade bei der Berichterstattung über Ausstellungen und Messen machen.

In der Zeit vor dem Kriege wurde nach meinen Beobachtungen die Messeberichterstattung von den Zeitungen gleichsam als Stiefkind betrachtet, wohl mit aus dem Grunde, weil man in vielen Redaktionen nicht das rechte Verständnis für die Bedeutung der großen Messen als Wirtschaftsfaktoren hatte. So ist es Tatsache, daß selbst ältere, erfahrene Journalisten, die erstmalig eine große Messe aus eigener Anschauung kennen lernten, offen zugaben, sich ein ganz falsches Bild davon gemacht zu haben, ja, daß man diese Messen sozusagen mit einem Jahrmarktstreiben in einen Topf geworfen habe. Den Messeämtern ist es nicht zuletzt zu danken, daß die falschen Meinungen über das Messewesen auch bei der Presse gründlich korrigiert worden sind. Es war deshalb auch zu begrüßen, daß Messeämter an die gesamte Presse die Aufforderung gerichtet haben, persönlich an die Messeorte zu kommen und auf Grund eigener Beobachtungen darüber zu berichten. Der Erfolg ist auch nicht ausgeblieben. Die großen Messen werden jetzt von der Presse schlechthin als das gewürdigt, was sie sind, nämlich ein großzügiger Ein- und Verkaufsmarkt für das gesamte In- und Ausland. Es kommen denn auch jetzt zu jeder bedeutenden Messe Vertreter der Presse aller Schattierungen persönlich, um an Ort und Stelle das Wesen und den Verlauf der Messe zu studieren und ihre Beobachtungen ihrem Leserkreise näher zu bringen. Trotz alledem ist die Messeberichterstattung immer noch nicht so, wie sie sein müßte.

Der aufmerksame Beobachter und Kenner der Verhältnisse kann, wie schon eingangs kurz angedeutet, sich des Eindrucks nicht erwehren, daß bei der Auswahl der „Messeberichterstatter" nicht immer mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen wird. Gewiß, ein ansehnlicher Teil der zur Messe kommenden Journalisten ist in bezug auf Können und Wissen durchaus geeignet, über die Messe so

Digitized by Google

zu berichten, daß die ganze Messeinstitution dadurch gefördert wird und ihre Bedeutung mit durch die Förderung in das Bewußtsein aller Wirtschaftskreise übergeht. Andererseits begegnet man aber doch des öfteren Berichterstattern auf den Messen, die wenig Verständnis für Wirtschaftsfragen im allgemeinen und für die der Messen im besonderen haben. Die Messen als solche sind aber nun einmal rein wirtschaftliche Veranstaltungen, ergo sollten mit der Berichterstattung darüber auch nur Kollegen beauftragt werden, die selbst wirtschaftlich orientiert sind. Es scheint aber, daß manche Redaktionen der Meinung sind, daß schließlich jeder Journalist auch befähigt sein müßte, über Messen zu berichten. Hier liegt meistens die Ursache unzureichender Messeberichterstattung. Während man sonst streng daran festhält, jeweils die Berichterstattung in die Hände von Sachkennern zu legen (beispielsweise bei sportlichen Veranstaltungen, wissenschaftlichen Tagungen oder politischen Geschehnissen), scheint man bei der Messeberichterstattung weniger Wert auf einen „Fachmann" zu legen, wenn man schon in diesem Sinne von einem solchen reden will.

Jede Zeitung, die auf Grund persönlicher Vertretung über die großen Messen berichten will, müßte sich zunächst darüber klar sein, ob sie das Thema feuilletonistisch oder rein wirtschaftlich behandeln will. Im ersteren Fall genügt natürlich ein Journalist, der eine einigermaßen gute Beobachtungsgabe und flüssigen Stil hat, im anderen Falle sollte man aber nur einen Wirtschaftler mit der Berichterstattung betrauen.

Nun noch einige Worte über die Ausübung der Messeberichterstattung selbst. Ein objektives Bild über den Verlauf des Geschäftes auf einer weitverzweigten kommerziellen Messeschau zu erhalten, ist nicht leicht. Zwischen einer repräsentativen Ausstellung und einer Musterschau kommerziellen Charakters bestehen natürlich große Unterschiede. Bei einer Messe handelt es sich vor allem darum, festzustellen, inwieweit die Wirtschaft von deren Verlauf befruchtet werden wird. Da die Mehrzahl der in die großen Meßorte kommenden Journalisten die Messen entweder gar nicht oder nur wenig aus eigener Anschauung kennt, so ist es freilich keine leichte Aufgabe, aus der Fülle des Tatsachenmaterials den richtigen Überblick über die Gesamtheit der Messe zu gewinnen, um so mehr, als sie im Gegensatz zu den fachlichen Ausstellungen örtlich auf Dutzende von Ausstellungshäusern verteilt ist. Ungleich schwieriger ist aber die Informationeinholung über den Messeverlauf selbst, also die rein wirtschaftliche Berichterstattung. Da ist es zunächst notwendig zu wissen wer von den Ausstellern in der Lage und willens ist, über den Messeverlauf objektiv Auskunft zu geben. Das ist für den Neuling natürlich eine heikle Aufgabe. Da kommt man nur nach jahrelanger Praxis auf die richtige Fährte. Aber auch das hat einen Haken. Die bestunterrichteten Auskunfterteiler sind in den ersten Messetagen durch Konferenzen mit Großeinkäufern, Verbandssitzungen usw. in der Regel stark in Anspruch genommen und daher schwer zu erreichen. Man muß sich oft bei ihnen förmlich in Audienz vormerken lassen. Immerhin ist es gut, wenn man sich die persönliche Bekanntschaft mit diesen Gewährsleuten verschaffen kann. Derjenige Journalist, der über diese Beziehungen nicht verfügt, muß aufs Geratewohl sich Auskunftgeber suchen. Hat er Glück dabei, wird er vielleicht einigermaßen informiert werden. Aber ebenso leicht kann das Gegenteil eintreten. So weiß ich aus Erfahrung, daß mancher Messeberichterstatter direkt falsche Auskünfte erhielt und sie an seine Zeitungen weiterleitete. Es braucht dabei nicht einmal böse Absicht bestanden zu haben. Aber hat z. B. ein Aussteller einen guten Auftrag bekommen, so berichtet er sicher auf Anfrage in optimistischem Sinne, obgleich dies für die Gesamtheit seiner Branche durchaus nicht zuzutreffen braucht.

Auch über eine gewisse fachliche Kenntnis muß der Messeberichterstatter verfügen, damit er über Stilrichtung usw. einigermaßen Bescheid weiß. Er wird dann auch über die gebrachten „Messeneuheiten" schnell im Bilde sein. Manche Aussteller erweisen sich übrigens der Presse gegenüber sehr geschäftskundig, indem sie den Pressevertretern fertige „Meßberichte" präsentieren. Vorsicht meine Herren Kollegen! In 99 von 100 Fällen handelt es sich hier um glatte Reklame. Man macht überhaupt merkwürdige Erfahrungen. So bemerkte einmal ein von mir befragter Aussteller, daß er Leser einer bestimmten Zeitung sei und bat, ich möchte ihn in meinen Berichten recht herausstreichen. Man sieht also, die Messeberichterstattung hat ihre Schwierigkeiten, namentlich wenn man es ernst damit nimmt. Die Messeämter suchen den Vertretern der Presse ihre Arbeit tunlichst zu erleichtern, aber mir scheint, nicht immer im wohlverstandenen Interesse der Presse, wenigstens solcher Zeitungen, die auf Eigeninformationen Wert legen. Was tun aber hie und da noch zu den Messen kommende Pressevertreter? Man benutzt die von den Messeämtern herausgegebenen Tagesinformationen und läßt sie, vielleicht ergänzt durch Mitteilungen aus örtlichen Blättern, oder eigene Beobachtungen und Feststellungen, den Zeitungen zugehen. Bezeichnend ist es jedenfalls, daß verschiedene von mir bediente Zeitungen es mir ausdrücklich zur Pflicht machen, die amtlichen Berichte nicht zu benutzen. Nicht, daß deren Zuverlässigkeit angezweifelt würde, sondern um die Gewähr zu haben, daß Informationen persönlich und an Ort und Stelle eingeholt werden. Die persönliche Auskunfteinholung ist überhaupt sehr wichtig. Man erfährt dabei manches über Absatzverhältnisse, ausländischen Wettbewerb, Zollfragen, kurz, man gewinnt auf diese Weise leicht Einblick in die Konjunktur. Alles Momente, die für die Abfassung der wirtschaftlichen Artikel befruchtend sein können. Nicht unerwähnt mag bleiben, daß auf den großen Messen auch die Auslandskonkurrenz stark vertreten ist und man selten eine gleich günstige Gelegenheit hat, sich über deren Wirtschaftslage persönlich zu informieren. Aus all diesem erhellt, wie notwendig es ist, daß der Messeberichterstatter fleißig arbeitet und auf eingehende persönliche Orientierung Wert legt. Wünschenswert erscheint es, daß der Messeberichterstatter auch fremde Sprachen beherrscht, um gegebenenfalls Auslandskäufer interviewen zu können.

Reisejournalisten einst und jetzt.

Als Goethe 1829 in seinem letzten Liebesidyll mit Ulricke von Levetzow in Marienbad einmal die Karlsbader Postkutsche an sich vorüberrollen sah, meinte er weise lächelnd zu seiner Umgebung: „Wie lange wird die wohl noch fahren? Ob vielleicht nicht einmal eine Zeit kommen wird, in der man eine „Dampfkutsche" baut und sich Nachrichten durch die Luft gibt?" Er sollte wieder einmal recht behalten. Schon 20 Jahre nach seinem Tode sah es mit den Verkehrsmitteln in der Welt anders aus. Auch dem reisenden Journalisten stand nun der Eisenbahnzug, das Dampfschiff und vor allem der Telegraph zur Verfügung. Noch ehe der deutsche Verleger seinem Mitarbeiter, mochte dieser nun ein Reiseschriftsteller für ein illustriertes Familienblatt oder der Berichterstatter journalistischer Prägung für eine Tageszeitung sein, seinen „Reisegeldbrief" ausstellte, hatten die großen Zeitungsmänner in England und vor allem in Amerika gelernt, alle der Welt zu Gebote stehenden Reisemaschinen und Verkehrsmöglichkeiten blitzschnell zu gebrauchen und bis ins Kleinste auszunützen.

Der alte Gordon Bennett, der Begründer des „New York Herald", ist es gewesen, der selber auf seinen Neuig-

Digitized by Google

keitsbooten den von Europa auf New York zufahrenden Dampfern entgegenfuhr, um, ehe man eine Kabelverbindung zwischen der alten und neuen Welt kannte, alles nur einigermaßen Wichtige und Interessante, was in Europa passiert war, zu erfahren, um es dann auf schnellstem Wege journalistisch zu verwerten. Er und sein Sohn hatten Henry Morton Stanley in ihren Diensten. Dieser Mann wurde der Typ des genialen Reisejournalisten nach 1870. Er reiste nicht in der Art, wie es vor ihm so mancher deutsche Reiseschriftsteller und auch Journalist taten, die gemächlich und bequem im Hotel oder Gasthaus ihre Routen zusammenstellten. Zu ihnen gehörte u. a. ein Woldemar Kaden, der begeisterte Schilderer der Schönheiten Italiens für die „Augsburger Allgemeine Zeitung“. Auch Rudolf v. Gottschall und Julius Rodenberg, die für Leipziger und Berliner Tageszeitungen und Familienblätter nach der Schweiz und England fuhren oder über die Pariser Weltausstellung von 1867 in prickelnden Reiseberichten schrieben, reisten ähnlich. Selbst Paul Lindau, in dem schon etwas vom nervösen Tempo einer späteren Zeit steckte, nahm sich auf seinen journalistischen Reisen Zeit und benutzte die vorgeschriebenen Wege mit der Eisenbahn oder dem Dampfschiff. Die Berichte schickte man höchstens als „Eilbrief“. Julius Rodenberg erlaubte sich freilich einmal, einen Bericht dem Telegraphen anzuvertrauen, ohne vorher seinen Verleger in Berlin um Erlaubnis zu fragen. Dafür erhielt er einen brieflichen Tadel.

Anders verfuhr Stanley, als ihn erst noch der alte Gordon Bennett und später dessen Sohn auf Reisen schickten. Die erste journalistische Reise dieses später als Afrikaforscher und Entdecker des Kongo berühmt gewordenen amerikanischen Zeitungskorrespondenten ging im Jahre 1867 durch die Türkei und Kleinasien, dann im nächstfolgenden Jahre durch Persien und Indien, um 1869 bei der Eröffnung des Suez-Kanals haltzumachen; von Ägypten führte der Weg weiter durch den Kaukasus über das Kaspische Meer, dann wieder nach Persien und Indien und von dort nach Zentralafrika. Von Bagomoyo aus nahm Stanley seinen Weg in das Innere des schwarzen Erdteils, um den verschollenen amerikanischen Afrikareisenden Livingstone aufzusuchen, den Stanley am 3. November 1871 fand. Diese Reise hat dem „New York Herald“ 10000 Pfund gekostet. Das Neuartige dabei war, daß auf ihr Stanley als wahrhafter Reisejournalist sich nicht einseitig an vorhandene feste Wege und Verkehrsmittel band. Vom Bord des Dampfers ging es auf das Kamel, von diesem unter das Dach einer Sänfte mit indischen Trägern, aus dem Eisenbahnkupé auf den Rücken des Berberhengstes, zu Fuß durch endlose Sandwüsten, um dann wieder vom Turm eines Elefanten aus weiter zu streben. Jede Neuigkeit wurde, wenn irgendwie die Möglichkeit gegeben war, durch den Telegraphen übermittelt. Brieftauben nahm Stanley mit, die er in Persien aufsteigen ließ und die seine über den Besuch von Täbris niedergeschriebenen Eindrücke im Fluge über Felsen und Wasser nach Kalkutta tragen mußten, um dort durch den Vertreter des „Herald“ weiter telegraphiert zu werden.

Dem Amerikaner Stanley gleich war als Reisejournalist der als kühner Kriegsberichterstatter berühmte Reporter der „Daily News“, Mr. Archibald Forbes. Sein Verleger schickte ihn mit dreimal hunderttausend Pfund Sterling in der Tasche in den deutsch-französischen Krieg von 1870/71, worauf Forbes, bald auf französischer, bald auf deutscher Seite weilend, glänzende Schlachtberichte an sein Blatt nach London telegraphierte. Am Karlistenkrieg in Spanien, dann am russisch-türkischen Krieg von 1877/78 und besonders an den aufregenden, an der Überwindung von Terrain- und temporären Schwierigkeiten reichen Kolonialkriegen der Engländer in Afghanistan, im Zululande und später im Sudan hat Forbes nicht minder in unermüdlichem Berufseifer teilgenommen. Er ritt stundenlang auf Kamelen tief in die Wüste Sahara hinein, um die Vorposten des Mahdi zu beobachten. Mit Panzerzügen dampfte er während des Pariser Kommuneaufstandes bis in die unmittelbare Nähe der feuernden Forts des Mont Valerien, er mietete ein zerlegbares Boot, um auf dem Nil stromaufwärts nach Kartum vorzustoßen, als dort General Gordon, von den Madhisten eingeschlossen, vergeblich auf die Ersatztruppen der Engländer wartete. Dieser englische Journalist benutzte abgerichtete Wüstenschakale und russische Steppenhunde, um durch diese Tiere in Ägypten und auf dem Balkan wichtiges Manuskript seiner Meldungen und Berichte bis zur nächsten Telegraphenstation befördern zu lassen.

Der Typ Stanley-Forbes ist dann, freilich in etwas gemäßigterer Form, auch nach Deutschland gekommen. Schon ein Gustav Hackländer und vornehmlich Hans Wachenhusen haben als frühere Soldaten auf ihren Reisen, der erste als Kriegsberichterstatter im französisch-italienischen Kriege 1859 und der letztere im Feldzug der Engländer und Ägypter im aufständischen Sudan, mehr telegraphiert als geschrieben und immer wieder sich telegraphisch von ihren Verlegern Geld anweisen lassen, um damit vor allem ihre Depeschen zu bezahlen. Hans Wachenhusen vertelegraphierte im Hauptquartier des preußischen Kronprinzen in der 3. Armee während des ganzen Feldzuges von 1870/71 allein über 17000 Mark, was damals als eine ungeheure Summe galt. Das neue Deutschland nach dem deutsch-französischen Kriege brauchte Reisejournalisten vom Schlage Hackländers und Wachenhusens, und bald zeigte es sich, daß die Vertreter von großen Wiener Blättern wie Spitzer, Ludwig Hevesi und Ferdinand Groß bei ihren mannigfachen Reisen in südliche Gefilde heute den Dampfer in Triest bestiegen, um bereits am nächsten Tage von Brindisi aus einen telegraphischen Reisebericht an ihre Wiener Redaktion zu schicken. Karl Rechels wurde 1892 vom „Berliner Tageblatt“ auf eine Rundreise durch alle namhaften deutschen Städte geschickt. Er schilderte dabei streng realistisch alles, was er sah und vermied in seinen Berichten auch nicht Härten und Schärfen. Eine ähnliche „realistische Reise“ machte Konrad Alberti für das Haus Ullstein in Berlin. Viktor Ottmann, aus der gleichen Schule hervorgegangen, ebenso Alfred Holzbock, arbeiteten gleich einem Max Nordau und Rudolf Lothar schon im Tempo des Maschinenzeitalters. Ihnen stand, was Stanley und Forbes noch nicht zur Verfügung hatten, das Telephon zu Diensten. Sie nahmen Extrazüge, wenn der Anschluß an den fahrplanmäßigen Kurierzug verpaßt war. Sie lebten in der Zeit, in der dann der junge Gordon Bennett den italienischen Journalisten Bazzini hinausschickte, um statt der klassischen „Reise um die Erde in 80 Tagen“ mit der phantastischen Figur des Phileas Foggs in Jules Vernes bekannter Erzählung eine wirkliche „Reise um die Welt“ in 49 Tagen zu unternehmen. Jener Mailänder Journalist Bazzini, der im Automobil von Paris nach Peking innerhalb einer Rekordzeit fuhr, um darüber Aufsehen erregende Berichte zu schreiben, war der erste Pressevertreter, der sich auf seiner Reise dieses Verkehrsmittels in hervorragender Weise bedient hat. Vermied es seinerzeit z. B. ein Hermann Bahr, auf seinen journalistischen Kreuz- und Querfahrten durch Spanien und Nordafrika vom vorgeschriebenen Reiseweg abzuweichen, so tat der Typ des neuen und jetzigen Reisejournalisten das Gegenteil.

„Tempo, Sensation, Spannung!“ war schon für einige von diesen modernen Weltfahrern vor dem Kriege das Losungswort geworden. Um wieviel mehr wurde es nunmehr das gleiche erst nach dem furchtbaren Weltringen. Norbert Jaques und Collin Roß wurden die Reisejournalisten vom Schlage der modernen Tempomenschen. Tagelang waren die alten Herren wie Hackländer und Wachenhusen im Sattel gewesen oder hatten sich in der Eilpostkutsche umherrütteln lassen. Wochen- und monatelang hingegen saßen Jaques und Roß im Auto oder Schnellsegler, reisten als Kohlentrimmer auf holländischen Dampfern, interviewten chinesische Mandarine oder australische Sträflinge, benutzten Flugzeuge

Digitized by Google

und Ochsenkarren, übernachteten in ägyptischen Luxus-Hotels oder in polnischen Schweinekoben. Der völkerpsychologisch und mehr politisch als journalistisch eingestellte Reisejournalist Arthur Holitscher zeichnete das Gesicht des neuen Rußland, Alfred Kerr ließ schärfste impressionistische Streiflichter auf das alte Kulturantlitz von Spanien und Nordafrika, ebenso interessante auf die Neue Welt in seinem „Yankeeland" fallen, Egon Erwin Kisch, der Sohn des berühmten Prager Gynäkologen und Marienbader Badearztes, sammelte in seinem „rasenden Reporter" den geistigen Niederschlag seiner journalistischen Weltreise aus jüngsten Tagen.

Im Zeitalter der geistigen Mechanisierung und der ungeheuren sportlichen Betätigung der höchsten Temp»-Anspannung muß auch der Journalist Ungeheures leisten. Man denkt hier wieder an eine Phantasiefigur des alten Jules Vernes, der in seiner phantastischen Reisegeschichte „Claudius Bombarnac" den Typ eines französischen Reporters schildert, der auf einer unendlich beschwerlichen journalistischen Forschungsreise durch das Land Tibet teils mit den Mitteln des Reisejournalisten von einst und teils wieder mit denen des allermodernsten arbeitet, um schließlich für seine Zeitung den gewünschten Erfolg zu erzielen. Wenn auch nur in der Phantasie, so hat sich inzwischen diese Vereinigung des Reisejournalisten von einst und jetzt heute in Wirklichkeit längst herbeiführen lassen. Mit ihr ist der reisende Journalist unserer Tage erreicht worden, der geistige Rekordarbeiter auf Reisen. E. H.

Festfolge

für die Jahrtausendfeier der Chur- und Hauptstadt Brandenburg (Havel) vom 6. bis 8. September 1929

Freitag, den 6. September
17.00 Uhr: Festsitzung der städtischen Körperschaften im Altst. Rathaus.

Sonnabend, den 7. September
7.00 Uhr: Fanfaren. Glockenläuten.
11.00 Uhr: Hauptfestakt im Dom zu Brandenburg.
13.00 Uhr: Grundsteinlegung des Hallenschwimmbades.
13.30 Uhr: Einweihung der neu erbauten „Langen Brücke".
16 00 Uhr: Großer Blumen-Korso der Kraftfahrer.
20.00 Uhr: Festbeleuchtung der Stadt, Haveluser und Brücken, Brückenfeuerwerk.

Sonntag, den 8. September
7.00 Uhr: Fanfaren. Glockenläuten.
9 30 Uhr: Evangelischer und katholischer Festgottesdienst in der St. Katharinen- und Dreifaltigkeitskirche.
11.00 Uhr: Öffentliche Uraufführung des Stadtfilmes in den Konzerthaus-Lichtspielen.
12.00 Uhr: Eröffnung der Kunstausstellung in der Aula der „Saldria".
17.00 Uhr: Großer Korso der Wassersportler.
20.30 Uhr: Festbeleuchtung der Stadt, Haveluser u. Brücken.

Die Festmusik wird vom Sinfonie-Orchester der Berliner Schutzpolizei gestellt

Der Sachverständigen-Ausschuß für das Preßgesetz.

Dem beim Reichsministerium des Innern gebildeten Sachverständigenausschuß für die Preßrechtsform gehören als Redakteurvertreter die Kollegen Paul Baecker, M. d. L., und Dr. Ernst Feder, beide Redakteurvorstandsmitglieder der RAG., an. Ferner sind Mitglieder der Kommission Dr. Martin Carbe, Assessor Scheuer, die Universitätsprofessoren Kitzinger und Stier-Somlo, Rechtsanwälte Wolfgang Heine und Justizrat Magnus sowie die Generaldirektoren Wölck und Dr. Heß.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Taschengeld für den Volontär?

Unter den deutschen Tageszeitungen, die Volontäre in ihren Redaktionen beschäftigen, gibt es immer noch eine ganze Anzahl, die den jungen Leuten für ihre oft sehr anstrengende Tätigkeit nichts vergüten. Es besteht da zweifellos ein Mißverhältnis zwischen Leistung und Anerkennung, das durch ein gutes Zeugnis und noch so wohlwollende Referenzen kaum ausgeglichen werden dürfte. Der Volontär hat, sofern er nicht gerade aus Verleger- und Redakteurkreisen stammt, selten eine Ahnung vom inneren Betrieb der Zeitung und hält daher eine „Gratisausbildung" in der redaktionellen Tätigkeit nicht selten noch für ein großes Entgegenkommen. Nach kurzer Zeit muß er dann häufig genug einsehen, daß er eigentlich einen bezahlten Redakteur ersetzt und seinen Teil dazu beitragen muß, den Redaktionsetat zu entlasten. Es kann dann wohl vorkommen, daß ein junger Mann, der sich dem Journalismus mit Haut und Haaren verschrieben hat, jede Freude am erwählten Beruf verliert, wenn er sieht, wie seine bescheiden mit Ausbildung bezeichnete Tätigkeit bewertet wird.

In der Tat ist es doch so, daß ein journalistisch gut begabter, geweckter und anstelliger Volontär das tägliche Handwerkszeug bald beherrscht. Damit soll nicht gesagt sein, daß er nach zwei oder drei Monaten fix und fertig wäre — ein schlechter Journalist, der jemals auslernte —, aber immerhin wird er dann den Unterschied zwischen Corpus und Cicero begriffen haben, wird wissen, wie eine Meldung zurechtgemacht wird, kurzum in der Tagesarbeit seinen Mann stellen. Nach zwei bis drei Monaten ist er dann — Fähigkeiten selbstredend vorausgesetzt — so weit eingearbeitet, daß er etwa die Sportbeilage, die Seite mit den vermischten Nachrichten selbständig bearbeitet, daß er Schlußdienst macht, beurlaubte Kollegen in wichtigeren Sparten vertritt, nach anstrengender Tagesarbeit abends in Versammlungen läuft und bis tief in die Nacht über Berichten sitzt. Natürlich weiß der Volontär sehr gut, daß er nur so den ganzen Betrieb wirklich kennen lernt. Aber: die Ausnutzung darf nicht so weit gehen, daß man mit seiner Arbeitskraft so umspringt, daß er schließlich jede Lust am Beruf verliert und dabei nicht wenig von dem Gedanken gequält wird, einem arbeitslosen Kollegen den diesem gebührenden Platz wegzunehmen. Ganz unhaltbar wird dieser Zustand dann, wenn der Volontär während seiner „Ausbildungs"-Zeit ausschließlich oder fast ausschließlich Telephonate und Funksprüche aufnehmen muß oder gar mit Arbeiten beschäftigt wird, die ins Verlagskontor gehören. Nicht jeder hat genügend Festigkeit, hier „nein" zu sagen.

Es sei durchaus anerkannt, daß es bei weitem nicht alle Zeitungen sind, die den Redaktionsvolontären eine „unentgeltliche Ausbildung" angedeihen lassen. Wo dies aber jetzt noch der Fall ist, muß unbedingt eine Änderung getroffen werden in der Weise, daß der Volontär nach zwei- oder dreimonatiger unentgeltlicher Tätigkeit ein vorher fest vereinbartes stetig steigendes Taschengeld erhält, das im dritten bzw. vierten Monat ungefähr 80 Mark betragen und im letzten — gewöhnlich also dem zwölften — Monat der Ausbildung nicht unter 150 Mark liegen sollte. Es steht den einzelnen Zeitungen natürlich frei, auch schon im ersten Monat Taschengeld zu gewähren. Dabei müßte dafür Sorge getragen werden, daß dem Volontär, der sich durch eine feste Verpflichtung auf ein Jahr in seinen Dispositionen festgelegt hat, nicht etwa nach dem ersten Vierteljahr gekündigt werden kann, sondern daß sich der Verlag seinerseits dazu verpflichtet, ihn ein Jahr lang zu behalten, sofern er sich nicht als untauglich für den Beruf erweist. T. K.

Zur Verdeutschung von Fremdwörtern.

Des Herrn Nikolaus Paul Becker Buch über die Schäden der deutschen Zeitungssprache kenne ich bisher nicht; die Proben indes, die Prof. Dr. Dovifat in Nr. 29 der Deutschen Presse daraus gibt, genügen mir, um mich Dovifats Bedauern darüber anzuschließen, daß der Deutsche Sprachverein dieses Buch mit dem ersten Preise ausgezeichnet hat und ihm weiteste Verbreitung wünscht. Wenn es richtig ist, was Becker behauptet, daß es „ein Verstoß gegen den Geschmack" sei, „wenn und wo Eindruck und Ausdruck nicht miteinander übereinstimmen", so sind die von Dovifat mitgeteilten Verdeutschungsproben des Herrn Becker Musterbeispiele von Geschmacklosigkeiten. Denn der Eindruck, den der gebildete Deutsche von der Bedeutung dieser Fremdwörter hat, stimmt so wenig mit dem ihnen in der Verdeutschung

Digitized by Google

Beckers gegebenen Ausdruck überein, daß der Schluß, Herr Becker habe sich nicht einmal bemüht, den ihm unbekannten Sinn der Fremdwörter zu erfassen, durchaus gerechtfertigt ist. Dovifat hat darauf schon hingewiesen. Daß Becker Banque de France als „Französische Bank“ wiedergibt, erinnert mich an einen Vorfall, der zeigt, zu welchen Folgerungen ein Übereifer herausfordert, der auch die Namen ausländischer Firmen zu verdeutschen unternimmt.

In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wirkte in Köln ein Gerichtsdirektor, den die dortige Ortsgruppe des Deutschen Sprachvereins wegen seiner verdienstlichen Bemühungen um die Reinhaltung und Reinigung unserer Muttersprache zum Vorsitzenden gewählt hatte. Im dienstlichen Verkehr mit Publikum und Anwälten war er bestrebt, auch die Paragraphenrätsel der Gerichtssprache in verständliches Deutsch aufzulösen und Fremdwörter zu vermeiden. Als einmal in einer Verhandlung unter seinem Vorsitz ein Anwalt sagte, er habe — in irgendeiner Sache — die Société anonyme des Tramways de Cologne — so war die belgische Gesellschaft in das Handelsregister eingetragen — zu vertreten, fiel ihm der Vorsitzende ins Wort: „Aber, Herr Rechtsanwalt, wäre es nicht besser, wenn wir sagten: „Die Kölner Straßenbahngesellschaft“? Nun habe ich jedoch, wandte der Rechtsanwalt ein, nachher noch eine vom Kommerzienrat Guillaume angestrengte Klage vorzutragen. Muß ich da nun dementsprechend sagen, ich vertrete den Handelsrat Wilhelm? So ad absurdum geführt, sah der Richter seinen Fehler ein; ob auch Herr Becker den seinigen? Ernst Posse.

Nochmals: Fraktur oder Antiqua.

Die Ausführungen Walter Singers, Stockholm, in der „Deutschen Presse“ vom 27. Juli geben mir Veranlassung im folgenden noch einmal kurz Stellung zu nehmen:

Es fällt auf, daß gerade aus Schweden viel häufiger als aus anderen Ländern Stimmen kommen, die uns Deutschen die Fraktur verekeln wollen. Natürlich stimmen die dort lebenden Deutschen mit in dasselbe Horn. Das hat seinen erklärlichen Grund darin, daß die Schweden, die bis vor einigen Jahrzehnten selbst ausschließlich Fraktur druckten und deutsche Handschrift schrieben, nunmehr, nachdem die Fraktur bei ihnen so ziemlich ganz verschwunden ist, aus einer gewissen Renegatenstimmung heraus am ärgsten über dieses alte, von ihnen über Bord geworfene Kulturgut herziehen und behaupten, es nicht lesen zu können. Können sie auch ihre alten Bücher und Bibeln, die in Fraktur gedruckt sind, nicht mehr lesen?

Singer schert außerdem die Druckschrift und die Handschrift über einen Kamm. Das führt zu falschen Schlüssen. Es ist denkbar, daß ein Ausländer die deutsche Handschrift, besonders, wenn sie flüchtig geschrieben ist, schlecht entziffern kann, zumal, wenn er die deutsche Sprache nur wenig oder gar nicht beherrscht. Aber auch die lateinische Schrift, wie sie z. B. die Engländer schreiben, ist oft für einen Nicht-Engländer ebenso wenig lesbar, weil der Engländer für eine Reihe von Buchstaben abweichende Handschriftformen hat. Die gedruckte Fraktur dagegen bereitet nur den wenigsten Ausländern Schwierigkeiten, es sei denn, daß der Betreffende nur schlecht deutsch kann. Dann aber kann er auch unsere Sprache in Lateinschrift nicht lesen. —

Die wenigen von Singer gebrachten Beispiele beweisen noch gar nichts. Es gibt viel mehr gebildete Ausländer, die deutsch lieber in Fraktur lesen, weil ihnen das Wortbild in dieser Schrift vertrauter ist. Wer im Ausland das Bestreben hat, sich mit deutscher Kultur und deutschem Wesen vertraut zu machen, dem macht es nichts aus, ob das betr. Buch in Fraktur gedruckt ist. Man soll doch nicht glauben, daß der Antiquadruck uns im Ausland beliebter machen wird. Ich fürchte, man wird uns wegen Liebedienerei nur noch mehr verachten, wenn wir die Fraktur abschaffen. Das „Berliner Tageblatt“, das seit über einem Jahr in Antiqua erscheint, hat, soweit mir bekannt, in keiner Weise dadurch seinen Auslandsabsatz verbessert.

Wenn in Bruchschrift gesetzte Reklame- und Propagandaschriften, die man neuerdings im Auslande recht häufig antrifft, ihren Zweck verfehlten, wie Singer meint, so würden die Amerikaner sie sicher nicht anwenden. Da sie dies aber in immer steigendem Maße tun, so müssen sie wohl vom Gegenteil überzeugt sein. Und was Amerikaner, Engländer und Franzosen tun, das sollten wir unterlassen? Bloß, weil mal hier und da ein Mensch behauptet — ich sage aus Bequemlichkeit —, er könne unsere Schrift nicht lesen? Das wäre doch etwas zu viel verlangt. Max Fleck.

Fachrundschau

Vom deutschen Zeitungswesen.

Die D.A.Z. ab 1. September im neuen Format. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, wird das Blatt ab 1. September in einem neuen handlicheren Format erscheinen, das drei Viertel der Größe des jetzigen Formats entspricht. Mit dieser Formatänderung soll eine inhaltliche Erweiterung der Zeitung Hand in Hand gehen.

Die „Emser Zeitung“ in Bad Ems konnte auf ein 80jähriges Bestehen zurückblicken. Sie erschien erstmalig am 6. August 1849 als „Kreisamtsblatt des Kreisamtsbezirkes Nassau“.

Betriebsgemeinschaft Kasseler Zeitungen. Zu der in Nr. 32 der „Deutschen Presse“ veröffentlichten Mitteilung ergänzen wir, daß das „Kasseler Tageblatt“, wie vermutet, zukünftig 7 mal als großes Kasseler Morgenblatt erscheinen soll; die „Kasseler Neuesten Nachrichten“ wie bisher, allerdings in großem Format, als Nachmittagsblatt 6 mal wöchentlich.

Um die „Kölnische Volkszeitung“. Die Görreshaus G. m. b. H. in Köln hat zu den in den letzten Tagen durch einen Teil der Tagespresse gegangenen Mitteilungen bezüglich einer Sanierung und Umstellung der „Kölnischen Volkszeitung“ unter Mitwirkung industrieller Kreise folgende Erklärung abgegeben: „Es ist unrichtig, daß unser Unternehmen sich seit längerer Zeit in finanziellen Schwierigkeiten befindet und einer Sanierung bedarf. Dagegen ist richtig, daß beabsichtigt ist, unsere Firma mit Ende des laufenden Jahres in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft erfolgt zum Zwecke des Ausbaues des Betriebes, und zwar aus freiem Entschluß der Gesellschafter. Weder Wirtschaft noch Klerus haben den Versuch gemacht, Einfluß auf das Unternehmen in irgendeiner Form zu gewinnen. Alle Angaben über die Hauptgeldgeber und Zeichner der Aktien entsprechen in keiner Weise den Tatsachen und sind vollständig aus der Luft gegriffen.“

Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ brachte anläßlich der 17. Deutschen Ostmesse im Zeichen des Wiederaufbaus der deutsch-russischen bzw. ostpreußisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen eine Rußlandbeilage heraus, die einen Überblick über die bisherige Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion in der Nachkriegszeit und einen Ausblick auf die weiteren Möglichkeiten der deutsch-russischen Beziehungen gibt. Mitarbeiter sind eine Reihe prominenter Politiker und Wirtschaftsführer Deutschlands wie der Sowjetunion.

Eine wissenschaftliche Zeitschrift als Überschußbetrieb. Bei der Jahressitzung des Herausgeberkollegiums der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“, die, jetzt im 76. Jahrgang stehend, das älteste ärztliche Fachblatt Deutschlands ist, wurde festgestellt, daß die Zeitschrift, anstatt wie die meisten wissenschaftlichen Organe der Unterstützung zu bedürfen, in der Lage war, aus den Überschüssen, die sie im letzten Berichtsjahr abgeworfen hat, 19 000 Mk. für wissenschaftliche und ärztliche Wohlfahrtszwecke zu verwenden.

Kongresse und Tagungen.

Internationale Tagung evangelischer Journalisten. Die Pressekommission der Stockholmer Weltkirchenkonferenz (Vorsitzender Professor D. Hinderer-Berlin), die im vergangenen Jahre mit der internationalen christlichen Pressekonferenz in Köln erstmalig an die Öffentlichkeit trat, veranstaltete vom 21. bis 23. August in Basel eine Regionalkonferenz christlicher Redakteure. An ihr haben evangelische Journalisten aus Deutschland, Deutsch-Österreich, der Schweiz, Elsaß, Frankreich, England, Holland und Belgien teilgenommen. Die zweitägigen Verhandlungen beschäftigten sich u. a. mit der Frage einer internationalen Zusammenarbeit der christlichen Presse und mit der Stellung der Tagespresse in den verschiedenen Ländern zu den Fragen des Christentums und zu den sozialen und internationalen Aufgaben der Kirche.

Internationaler Kritikerkongreß. Unter der Leitung des Parlamentsmitgliedes und Präsidenten der rumänischen Association E. D. Faguré wird am 15. September in Bukarest der 3. Internationale Kongreß für Theater-, Musik- und Literatur-Kritik eröffnet werden. An der Tagung, an deren Vorbereitungsarbeiten sich auch die rumänische Regierung beteiligt, werden Delegationen aus 13 Ländern teilnehmen. Aus

Digitized by Google

Deutschland werden u. a. erwartet: Prof. Springer, Dr. Albert Körber, Dr. Bernh. Diebold und Dr. U. A. Naumann.

Internationale Plakatausstellung München. Am 17. August wurde in München die Ausstellung „Das internationale Plakat“ eröffnet. An der Ausstellung haben sich nicht weniger als 34 Staaten offiziell beteiligt, jeder mit etwa 30 Plakaten; besonders umfangreich ist die französische und die italienische Ausstellung. Dem Münchener Plakat war eine seiner historischen Bedeutung entsprechende eigene Abteilung vorbehalten worden.

Ausland.

Schwierigkeiten der deutschen Presse in Polnisch-Oberschlesien. Einer Bekanntmachung der Polizeidirektion Königshütte zufolge soll der in Königshütte erscheinende „Oberschlesische Kurier“ von jetzt ab alle Orts- und Straßennamen in polnischer Bezeichnung drucken. Für die übrigen in Kattowitz erscheinenden deutschen Minderheitenblätter ist eine derartige Verfügung bisher noch nicht ergangen. — Man erinnert sich dabei, daß auch die „Bromberger Rundschau“ vor einiger Zeit gezwungen worden war, die Straßennamen in polnischer Bezeichnung zu bringen. Auf den Einspruch des genannten Blattes entschied das oberste Gericht in Warschau, daß keine gesetzliche Handhabe vorhanden sei, ein Blatt zu zwingen, nur die polnischen Bezeichnungen zu bringen. Auf diese Entscheidung stützen sich auch die in Deutschland erscheinenden polnischen Blätter, welche bis heute immer noch die deutschen Ortsnamen in polnischer Bezeichnung bringen.

Umgestaltung der polnischen Regierungspresse. Nachrichten der Tagespresse zufolge soll die Warschauer Regierungspresse demnächst gründlich umgestaltet werden. Von den vorhandenen regierungsfreundlichen Blättern sollen vier ganz eingehen, um einer großen Tageszeitung Platz zu machen, deren Redaktion in den Händen eines Redaktionsausschusses mit dem jetzigen Chefredakteur des Pilsudski-Blattes „Glos Prawdy“ Oberst Koc an der Spitze, liegen soll. Auch der Leiter der Ostabteilung im polnischen Außenministerium, Holowko soll der Redaktion des neuen Blattes angehören. Es wird ferner die Gründung einer Wochenschrift geplant und an Stelle der neulich infolge der Entziehung der Regierungsunterstützung eingegangenen Telegraphenagentur „Expreß“, die Gründung eines neuen großen Nachrichtenbüros, das die Informierung der polnischen Presse im Regierungssinne übernehmen soll. Zum Leiter dieses Pressedienstes soll der ehemalige Postminister Miedzinski berufen werden.

Storm für französisch: Zeitungsleser. Im Feuilleton des „Temps“ ist jetzt Theodor Storms „Immensee“ erschienen. Die Übersetzung stammt von Daniel Decourdemanche.

Berichterstattungsschwierigkeiten in Jugoslavien. Nach dem Korrespondenten des „Berliner Tageblattes“, Th. Berkes, über dessen Ausweisung aus Jugoslavien wir kürzlich berichteten, hat der Belgrader Korrespondent des „Vorwärts“ wegen seiner Berichterstattung Schwierigkeiten bekommen. Da ihm jede Nachrichtenübermittelung nach Berlin unmöglich gemacht wurde, hat er, ohne die offizielle Ausweisung abzuwarten, Belgrad verlassen.

Verschiedenes.

Zusammenschluß der Studierenden der Zeitungskunde an der Universität Leipzig. Vom Verein der Studierenden der Zeitungskunde an der Universität Leipzig wird uns geschrieben: In der Überzeugung der besonderen Nützlichkeit eines engeren Zusammenschlusses der Studierenden der Zeitungskunde an der Universität Leipzig, insbesondere der Mitglieder des Institutes für Zeitungskunde dieser Hochschule, wurde im Herbst 1928 der Verein der Studierenden der Zeitungskunde an der Universität Leipzig (V.S.Z.) gegründet. Der Gedanke eines solchen Zusammenschlusses war nicht neu, denn bereits sieben Jahre vorher, im Herbst 1921, war ein „Zweckverband der Studierenden der Zeitungskunde an der Universität Leipzig“ von dem jetzigen Chefredakteur der „Sonneberger Zeitung“ Dr. Harald Feddersen, gegründet worden. Dieser „Zweckverband“ war aber nach dem Weggange seines Gründers in wenigen Jahren eingegangen. Sein ideeller Nachfolger ist nunmehr der Verein der Studierenden der Zeitungskunde geworden, der noch im Gründungsjahre durch den Universitätsrichter unter Genehmigung der Satzungen als korporierter Verein der Universität Leipzig anerkannt wurde.

Der Verein dient satzungsgemäß als interkorporierter Verein (Fachschaft) der Sammlung und Förderung aller dem Zeitungswesen gewidmeten Kräfte des Institutes für Zeitungskunde an der Universität Leipzig. Aus diesem Grunde sind der jeweilige Professor für Zeitungskunde an der Universität als Direktor des Instituts für Zeitungskunde Protektor, der jeweilige Assistent und die jeweiligen Übungsleiter des Institutes Ehrenprotektoren des Vereins. Zu diesen Ehrenprotektoren gehören auch — vorbehaltlich ihrer persönlichen Zustimmung — der jeweilige Vorsitzende des Landesverbandes der Sächsischen Presse und der jeweilige Vorsitzende des Vereins Sächsischer Zeitungsverleger im Verein Deutscher Zeitungs-Verleger.

Seine Aufgaben versucht der Verein durch Veranstaltungen aller Art (Vorträge, Führungen, Diskussionsabende usw.) zu erfüllen. Mitglied kann jedes an der Universität immatrikulierte Mitglied des Institutes für Zeitungskunde werden. Bemerkenswert ist, daß die Mitglieder des Vorstandes Zeitungskunde als Dissertationsfach haben müssen. Bisher hatte der Verein jedes Semester rund fünfzig Mitglieder.

Warnung!

Ein „Kollege“ Karl Fritz Bernhardt, der zuletzt in Doberan und Altenburg in Stellung war und vor einigen Monaten stellungslos nach Dresden verzog, hat einige Landes- und Bezirksverbände des Reichsverbandes um teilweise recht erhebliche Summen geschädigt. Bernhardt hat unter Vorspiegelung falscher Tatsachen sich Darlehen geben lassen, die er nicht zurückzahlt. Bernhardt ist jetzt durch den Landesverband Sachsen aus dem Reichsverband ausgeschlossen worden. Es wird dringend gewarnt, dem Bernhardt noch irgendwelche Beträge zu geben. Zurzeit ist er mauffindbar; vermutlich versucht er seine Darlehnsschwindeleien mit Hilfe der Mitgliedskarte des Reichsverbandes fortzusetzen. Es wird daher gebeten, ihm, wenn er auftaucht, diese Mitgliedskarte abzunehmen und seine Adresse dem Reichsverband mitzuteilen. Ebenso wollen sich alle geschädigten Unterverbände und Kollegen an den Reichsverband wenden.

Landesverband der Sächsischen Presse.

Personalien

Chefredakteur Hans Holzmann der „Fleischerverbandszeitung“ erhielt in seinem Verlage Prokura.

Dr. Paul Kaczke-Königsberg ist als Chefredakteur und Verlagsdirektor in die „Neißer Zeitung“ in Neiße (Schl.) eingetreten.

Redakteur Heinz Lubbers, bisher in Herne-Sodingen, gehört jetzt dem Redaktionsverband der „Westfälischen Volkszeitung“ in Bochum an. Er zeichnet verantwortlich für den lokalen und allgemeinen Teil.

H. Leo Russy, ein Pionier der bayerischen Provinzpresse, gestorben. In München, wo er den Rest seiner Tage verlebte, verschied am 15. August H. Leo Russy im 85. Lebensjahre. Russy war am 14. Juli 1845 in Bad Tölz geboren, besuchte die dortige Lateinschule und erlernte nach deren Absolvierung die Steindruckkunst. Da ihm diese zu wenig Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten schien, wandte er sich alsbald dem Buchdruck zu, und wie die Erzeugnisse seiner Offizin zeigen, war er ein sehr tüchtiger Buchdrucker. Noch mehr aber war er ein guter

BAD PISTYAN

bietet d. „Deutschen Presse“ zur Kur ganz besondere Begünstigungen.
Vulk. Schwefel-Schlammquellen — Rheuma, Gicht.
400 Morgen Park, Tennis, Golf, Rudern, Fischen
Ausk.: Pistyan-Büro, Berlin W 15, Meierottostr. 1

Digitized by Google

Journalist, so eigentlich der Typ des damaligen Provinzzeitungsverlegers, der zugleich sein eigener Redakteur und für die wichtigsten Vorgänge sein eigener Korrespondent war. Er hat verschiedene Provinzzeitungen ins Leben gerufen bezw. geleitet, so den Deggendorfer „Donauboten", die „Isarzeitung" in Dingolfing, ferner das wöchentlich erscheinende Blatt „Das Kreuz" und das Tageblatt „Bayerischer Volksbote" in Stadtamhof. 1887 erwarb er den Verlag des „Burghauser Wochenblattes", das später dreimal wöchentlich erschien. Seine Hauptaufmerksamkeit galt von Anfang an der Ausgestaltung des lokalen Teiles und der gemeindlichen Politik, und damit ist er richtunggebend für die meisten seiner Nachbarblätter geworden, denn klares Urteil und gewandter Stil verschafften seinen Publikationen großen Einfluß. Daneben schrieb er für größere Blätter und war auch sonst schriftstellerisch tätig, verfaßte kleine Theaterstücke und schrieb unter anderem auch eine Stadtgeschichte von Dingolfing. Bis in seine letzten Lebenstage verfaßte er noch lokalgeschichtliche Notizen für den „Burghauser Anzeiger" und die illustrierte Heimatzeitschrift „Feierabend", die Zeugnis für seine fast unglaubliche Geistesfrische ablegten. In einer geschichtlichen Darstellung der bayerischen Provinzpresse wird man einmal an Russys Persönlichkeit nicht vorüber gehen können.

Pfarrer a. D. Stanislaus Swierczewski starb unerwartet im Alter von 68 Jahren. Er war der Senior der evangelischen Preßverbände. Sein Heimgang bedeutet für das evangelische Pressewesen einen schmerzlichen Verlust. Pfarrer Swierczewski war der erste hauptamtliche evangelische Pressepfarrer in Deutschland. Sein Lebenswerk stand im Dienst der Aufgabe, einer positiven Wertung der Presse in der kirchlichen Öffentlichkeit Bahn zu brechen und in den Führerkreisen den Willen zu verantwortlicher Mitarbeit an ihren volkserzieherischen Aufgaben zu wecken. Mit größter Energie hat er sich insbesondere der journalistischen Schulung der Geistlichen durch zahlreiche Presselehrgänge gewidmet, von denen der erste, unter Mitwirkung führender Vertreter der Zeitungswelt, im im Jahre 1912 stattgefunden hat. In den Jahrbüchern „Evang. Preßbestrebungen und Hoffnungen" hat der Verstorbene ein noch heute wertvolles umfassendes Material über die Beziehungen zwischen Presse und Kirche und über die Kultur des Zeitungswesens gesammelt und den journalistischen und kirchlichen Kreisen zugänglich gemacht.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Karl Kleiner (Passauer Ztg.), Passau, Kapuzinerstr. 3; Ludwig Wöhrl (Neumarkter Tageblatt), Neumarkt (Oberpfalz), Lahrerweg 21.

Verein Frankfurter Presse. Dr. Fritz Debus (Sachsenhäuser Anz.), Frankfurt a. M., Finkenhofstr. 17.

Provinzialverband Pommern. Dr. Walter Schmincke (T. U.), Stettin, Bugenhagenstr. 19/I; Rudolf Lantzsch (Pressereferent beim Oberpräsidium), Stettin, Friedrich-Karl-Straße 23.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Bochumer Presse. E. Schmidthals (Rhein.-Westf. Ztg.), Bochum, Hattinger Straße 83.

Verband der Schlesischen Presse. Redakteur Josef Seibold (Ostdeutsche Morgenpost), Beuthen (O.-S.), Johann-Georgstr. 2.

II. Neuanmeldungen.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Hannoversche Presse. Redakteur Clarus Hopfe (Niederdeutsche Ztg.), Hannover.

Provinzialverband Pommern. Günther Meyer-Haenel (Stettiner General-Anzeiger), Stettin, Kaiser-Wilhelmstr. 21.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein der Saarpresse. Martin Vogel (Saar- u. Bliesztg.), Neunkirchen (Saar).

Verband der Schlesischen Presse. Bruno Klatt (Niederschlesische Allgemeine Ztg.), Sagan (Schl.), Günterstr. 29.

III. Adressenänderungen und Überweisungen.

Landesverband Mitteldeutschland. Vom Verein Niedersächsische Presse übernommen: Friedrich Wilhelm Biedermann, bisher Wilhelmshaven, jetzt Stendal („Altmärker"), Südwall 33/I.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Frankfurter Presse. Überwiesen an Rheinland-Westfalen: Dr. Dang. Nach Hamburg überwiesen: Julian Lehmann (Israelitisches Wochenblatt).

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Wuppertaler Presse. Dr. Ehrle, Elberfeld, überwiesen nach Stuttgart (Südd. Ztg.). Überwiesen vom Verein Frankfurter Presse: Dr. Alfred Dang, Elberfeld. — Verein Düsseldorfer Presse. Überwiesen vom Landesverband Mitteldeutschland: Dr. Volkmar Muthesius, früher Weimar, jetzt Düsseldorf (Vertreter des Berliner Tageblattes).

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Vogtland. Überwiesen vom Bezirksverein Zwickau: Redakteur Johannes Seifert, jetzt Plauen (Vogtl.), Reichsstraße 11.

Verband der Schlesischen Presse. Redakteur Robert Weiß, verzogen nach Liegnitzer Straße 30; Redakteur Peter Jäntsch, verzogen nach Gleiwitz, Moltkestr. 16 b. Beckers.

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Die Mitteilung von der Streichung des Kollegen Hermann Stumpf, früher Koburg, nun Stolp in Pommern in Nr. 29, ist irrtümlich erfolgt. Kollege Stumpf ist ordnungsmäßig an den Provinzialverband Pommern überwiesen worden.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein der Saarpresse. Ausgetreten Redakteur A. Röttgen, Völklingen (Saar). — Presseverein Ruhr-Emscher. Gestrichen: Red. Thorbeck, Recklinghausen.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Leipzig. Verstorben: Professor Alfred Freund, Leipzig. Ausgetreten wegen Berufswechsels: Walter Benzien, Leipzig N. 22, Ulanenstr. 11.

*

Gesperrte Mitgliedskarten.

Die ausgefertigten Mitgliedskarten der Kollegen Paul Ahrend (Nr. 3119) und Hans Kreck (Nr. 2966) sind abhanden gekommen und werden hiermit gesperrt. Es gelten nur die Duplikatskarten.

Inhaltsangabe:

Der verantwortliche Redakteur. Von Ernst Scheiding.
Ein schwerer Verlegerangriff gegen die deutschen Redakteure. * * *
Zeppelin-Nachrichtenmonopol. Von Walter Stölting.
Berichterstattung über Ausstellungen und Messen. Von Paul Kiessig, Leipzig.
Reisejournalisten einst und jetzt.
Der Sachverständigen-Ausschuß für das Preßgesetz.
Taschengeld für den Volontär?
Zur Verdeutschung von Fremdwörtern. Von Ernst Posse.
Nochmals: Fraktur oder Antiqua? Von Max Fleck.
Fachrundschau.
Personalien.
Mitgliederbewegung.
Büchermarkt.

Büchermarkt

Der Große Brockhaus, Band II.

In Stärke von 800 Seiten ist Band II des großen Brockhaus erschienen, der wie der 1. Band den Anforderungen, die an ein modernes Nachschlagewerk gestellt werden, in weitestreichendem Maße entspricht. Er gibt nicht nur Auskunft über alles, was sich im Alphabet zwischen Asuncion in Paraguay und dem polnischen Marktflecken Blazowa bewegt, sondern er erteilt wie der erste Band auch Winke und Ratschläge für Beruf und Familie, für Arbeit und Mußestunden, kurzum für das ganze tägliche Leben. Alle Berufsgruppen finden in dem 2. Band wie in dem 1. Beiträge und Artikel über ihr Berufsgebiet. Alle Bereiche der Wissenschaft werden von ihm erfaßt, alle Gebiete des Lebens berührt und dem Leser in Ausschnitten nahegebracht. Sicherlich wird der 2. Band dem Gesamtwerk noch viele neue Freunde und Leser zuführen, um so mehr als der Bezug auch dem Minderbemittelten durch bequeme Ratenzahlung ermöglicht worden ist.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

Rundfuuk / Zeitungswesen / Funkpresse

Es gehört zu den immer wiederkehrenden Erscheinungen, daß Neuerungen, gleichgültig auf welchen Gebieten, im Anfang großen Anfechtungen und Anfeindungen ausgesetzt sind. Von dieser üblichen Erscheinung konnte naturgemäß der Rundfunk nicht verschont bleiben. Im Gegenteil mußte bei der Größe dieser Sache der Widerstreit der Kräfte besonders heftig sein.

Auch die Presse, die sonst jederzeit sich mit Temperament und Überzeugung für jeden kulturellen Fortschritt eingesetzt hat und ihre Stellung darin sieht, Vorkämpfer zu sein für Freiheit des Geistes, hat sogar dem Rundfunk mit einer starken Skepsis aus konkurrierenden Momenten gegenübergestanden. Der Konkurrenzeinwand zwischen der gesprochenen und der gedruckten Zeitung ist in den durch die junge Funktechnik sich überstürzenden Ereignissen lebhaft erörtert worden. Aber auch hier hat die Praxis aufs neue bewiesen, daß einem so gewaltigen und festgefügten Kulturträger, wie es die Presse ist, durch Erfindungen oder Neuerungen, die auf Grund ganz anderer Sinnesvorgänge publizieren, eine gefährdende Konkurrenz nicht entstehen kann. Das Beispiel des Rundfunks hat uns sogar gezeigt, daß diese neue Einrichtung viel eher pressefördernd gewesen ist. An dieser Stelle ist diese Frage wiederholt untersucht worden. Es ist sehr schade, daß uns hier zahlenmäßige Unterlagen fehlen, um die Folgerichtigkeit dieser, auch heute von der Zeitungsfachwelt unbestrittenen Tatsachen zu belegen.

Die Entwicklung des Rundfunks zeigen folgende Zahlen:

am 1. 7. 1924	99 011	Rundfunkteilnehmer in Deutschland.
am 1. 7. 1926	1 224 057	
am 1. 7. 1928	2 284 248	
am 1. 7. 1929	2 826 628	

also insgesamt etwa 10 Millionen Rundfunkteilnehmer

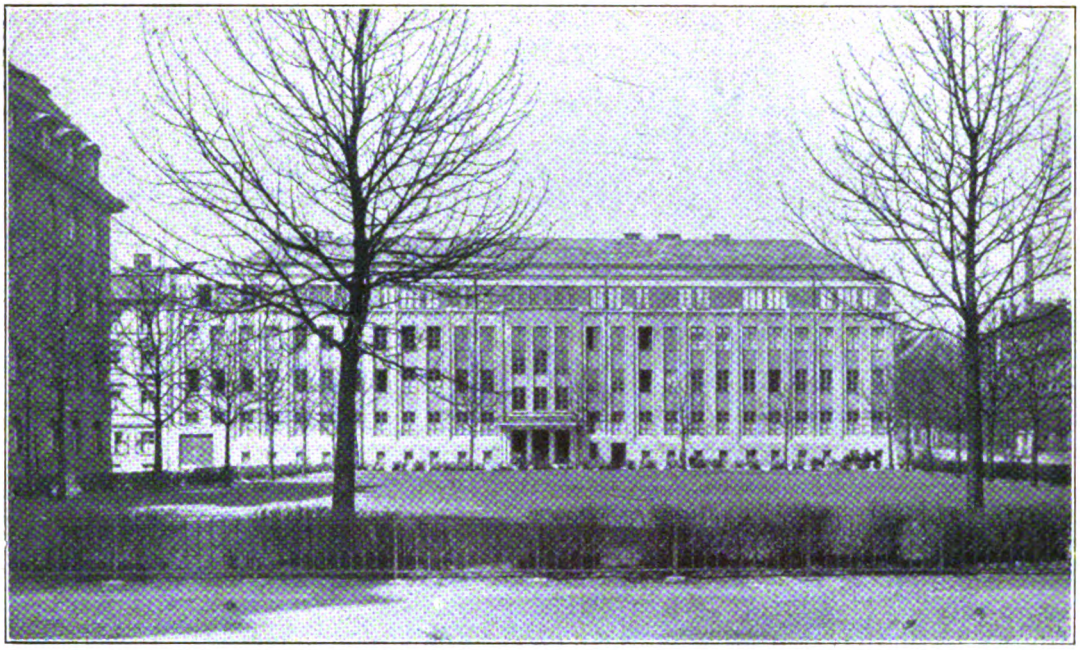
Dieser Entwicklung hat die Presse auch Rechnung getragen durch die Einrichtung von Funkecken, Radionachrichten und Funkbeilagen, eine Erscheinung, die ganz selbstverständlich und zwangsläufig bei den besonders gelagerten Verhältnissen zwischen Rundfunk und Zuhörerschaft eintreten mußte. Den Rundfunkhörern ist im Gegensatz zu Theater, Konzertsaal und Kino die Möglichkeit des Ausdrucks von Beifall oder Mißfallen — abgesehen von den direkten Briefen an die Sendegesellschaften — genommen. Für den Rundfunk wird der Hörerbrief zwar auch ein Hilfsmittel sein, um seine Wirkungen festzustellen, aber das Hauptmittel ist die Zeitungskritik, sei es nun in den Rundfunkübersichten oder Programmbesprechungen, sei es in einer eigenen eingerichteten Rundfunkbeilage, Funkecke usw. sein. Die Presse hat also hier die hohe Mission zu erfüllen, auf dem Gebiete der Darbietungen des Rundfunks nach jeder Richtung hin kritisch Einfluß zu üben und damit auch auf die Reformierung und Gestaltung der Programme selbst.

Die besondere Rundfunkpresse hat nun ihr Tätigkeitsbereich noch auf andere Gebiete ausgedehnt, auf technische Erörterungen und Hinweise z. B., auf belehrende Berichte für die Bastler und technisch besonders interessierte Hörer und auch eine regelmäßige Übersicht über die Fortschritte der Radio-Industrie.

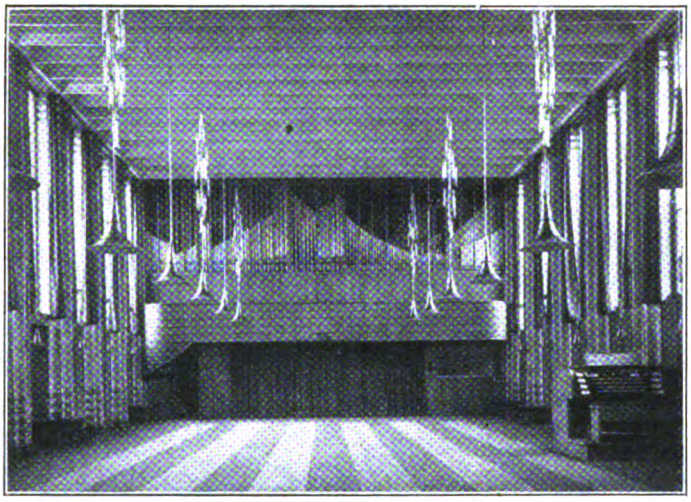
Besondere Bedeutung für das gesamte öffentliche Leben ist die Verbreitung des Rundfunks auf dem Lande. Auf die landwirtschaftliche Bevölkerung ist in der Programmgestaltung besonders Rücksicht genommen. Es werden nicht allein Fragen des Marktes in gemein-verständlicher Weise geboten, sondern auch Gebiete der Praxis, Ackerbau und Düngerfragen, die für den Landmann von speziellem Interesse sind, werden durch Fachleute behandelt.

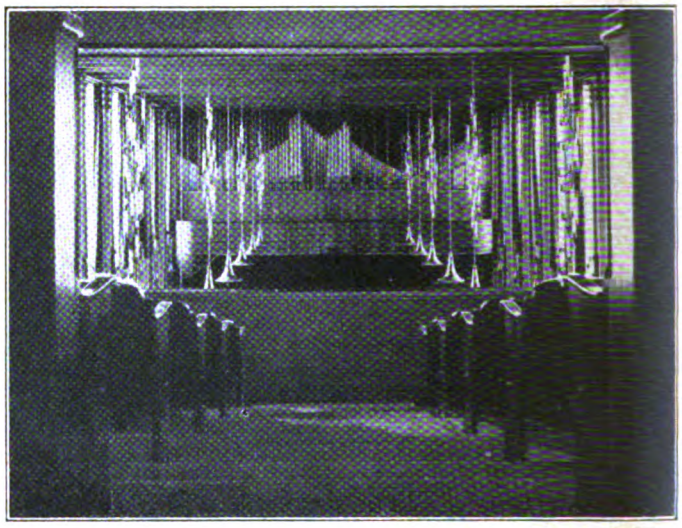
Hier kann besonders die ländliche Presse ihrer Leserschaft einen besonderen Dienst erweisen, wenn sie sich des Rundfunks auch nach der Programm-Seite hin besonders annimmt. Gerade der Redakteur von ländlichen Zeitungen wird aus der genauen Kenntnis seiner Leserschaft und ihrer Bedürfnisse hier manche guten Ratschläge geben können. Die Zeitungen aber, die hier versuchen, das Rundfunkprogramm allgemeininteressierend zu gestalten, werden sich sicherlich den Dank ihrer Leserschaft erwerben. Der Leser aber wird immer stärker in Verbindung mit dem Rundfunk an die Presse gefesselt werden. Darf es da Wunder nehmen, wenn Rundfunk, Presse und Volksleben so eng miteinander verbunden sind?

Digitized by Google



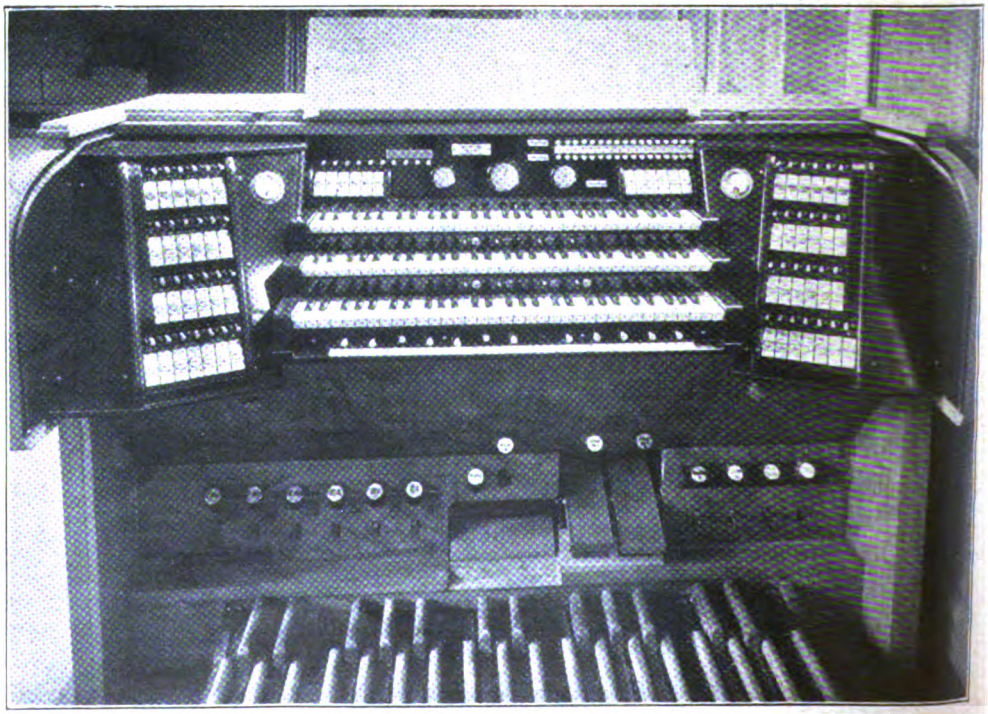
Das neue Funkhaus in München
(Gesamtansicht)





Obenstehend links:
Großer Senderaum mit Funkorgel

Obenstehend rechts:
Blick aus dem Hörraum in den großen Senderaum



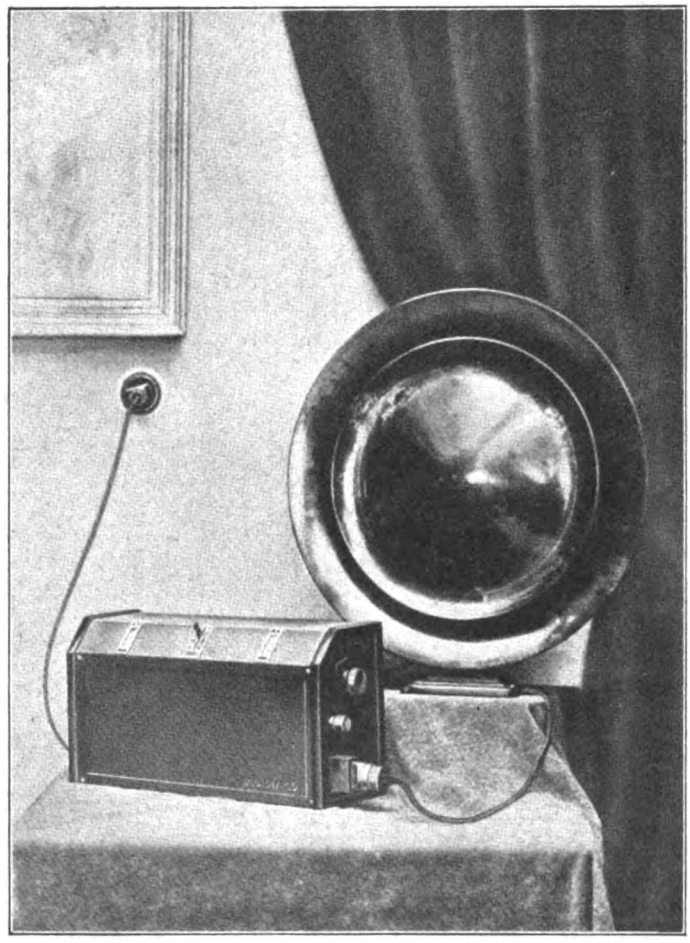
Untenstehend rechts:
Spieltisch der Funkorgel
(3 Manuale, 50 Register, 3183 Orgelpfeifen)

Digitized by Google

Presse und Rnudfnnk

Von W. v. Stein.

Es ist noch gar nicht so lange her, daß die Presse dem Rundfunkwesen mit starkem Mißtrauen gegenüberstand. Fürchtete sie doch im Rundfunk einen schweren Konkurrenten, der durch direkte Übermittlung der aktuellen Tagesereignisse dem großen Publikum das Lesen der Zeitungen überflüssig zu machen drohte. Die Entwicklung der letzten zehn Jahre hat gezeigt, daß diese Befürchtungen der Presse nicht eingetroffen sind, und aus dem einstigen Mißtrauen hat sich heute ein sehr inniges Kameradschaftsverhältnis entwickelt. Die deutsche Presse hat es bald verstanden, den Rundfunk in ihre eigenen Dienste zu stellen. Es gibt heute wohl keine größere Zeitung, die nicht auf eigenen Apparaten den Wirtschafts-Rundspruchdienst oder „Europa-Radio“ empfängt.



„Ein modernes Netz-Empfangsgerät.“

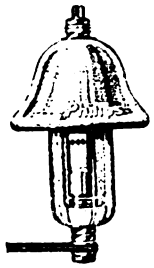
Abgesehen von der Nutzbarmachung der Funktechnik für eigene Zwecke, hat die Presse auch die große und täglich noch wachsende Bedeutung des Radiowesens für das deutsche Volk frühzeitig erkannt.

Diese Bedeutung liegt nicht allein in der gewaltigen Hörerzahl, die ca. 15 % des deutschen Volkes umfaßt und damit die Radioindustrie zu einem volkswirtschaftlichen Faktor ersten Ranges macht, sondern ganz besonders auch in dem hohen kulturellen Wert des Rundfunks. Wir möchten hier nur den Kampf um unsere Rundfunkprogramme andeuten, der mit einer Erbitterung geführt wird, die man sich nur erklären kann, wenn man sich vor Augen hält, wie sehr die große Masse des Volkes von dem Inhalt dieser Programme berührt wird.

Rundfunk ist heute längst keine Angelegenheit des einzelnen mehr, in allen Schichten des Volkes hat das Radio heute seine begeisterten Anhänger, sei es in der Großstadt, sei es auf dem Lande. Gerade für den, der dauernd auf dem Lande lebt, hat der Rundfunk eine gewaltige kulturelle Aufgabe erfüllt und noch zu erfüllen. Vergleichen wir das Leben auf dem Lande oder in der Kleinstadt vor zehn Jahren mit dem von heute: Einst abgeschlossen, einsam und losgelöst von allem, was die Großstadt zu bieten vermochte, der Verzicht auf gute Musik und interessante Vorträge. Heute ein intensives Miterleben aller Tagesereignisse, gleichgültig, ob es sich um internationale Sportwettkämpfe, weltumspannende Zeppelinfahrten, politische Diskussionen, ob es sich um den Genuß einer musikalischen Kunstleistung, oder das Anhören eines interessanten wissenschaftlichen Vortrages handelt. Die gewaltigen Aufgaben, die der Rundfunk auf dem Gebiet des Erziehungswesens erfüllen kann und zu erfüllen hat, seien hier nur angedeutet. Wohl noch nie hat eine Erfindung so in das kulturelle Leben der Völker eingeschnitten, keine Erfindung war je so wie der Rundfunk dazu geschaffen, ausgleichend zu wirken auf das Bildungsniveau der verschiedenen Schichten des Volkes.

Vergessen wir dabei nicht, daß das Radiowesen erst am Anfang seiner Entwicklung steht, und daß gerade die große Deutsche Funkausstellung 1929 uns Einblicke in die Entwicklungsmöglichkeiten des Funks gewährt, die wir vor einigen Jahren noch nicht zu ahnen vermochten. Gerade die diesjährige Funkausstellung führt uns eindringlich vor Augen, wie sehr sich der Qualitätsgedanke im Radiowesen durchgesetzt hat und welch sprunghafte Entwicklung gerade in diesem Jahre vor sich gegangen ist. Alte Tatsachen werden umgestoßen und verdrängt durch neu entdeckte Erkenntnisse. Erinnern wir uns nur daran, daß noch vor 1 Jahr die Qualität eines Empfangsapparates gleichbedeutend war mit der Anzahl seiner Röhren; man sprach von Drei-, Vier-, Fünf-Röhrengeräten, und meinte damit Orts-, Fern- und Europaempfang. Die diesjährige Funkausstellung lehrt uns, daß zwischen Röhrenanzahl und Reichweite des Gerätes kein Zusammenhang mehr besteht. Durch eine gewaltige Steigerung der Leistung der Röhren ist das moderne Empfangsgerät unabhängig geworden von der Anzahl der Röhren, und wir finden gerade auf dieser Ausstellung Beweise, daß der heutige Dreiröhrenempfänger weit mehr leistet, als noch vor kurzer Zeit ein Fünfröhrengerät.

Digitized by Google



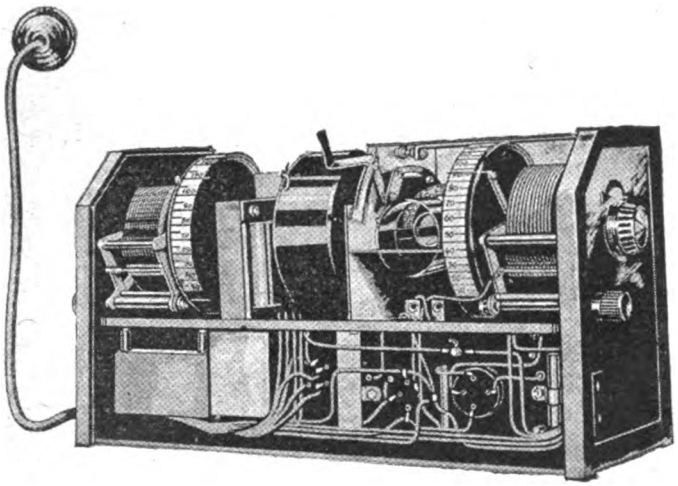
Philips-Antennen-Sicherung

Philips auf der Funkausstellung

Eine der Firmen, die in den letzten Jahren den Gedanken von Qualitätsgeräten ganz besonders gefördert hat, ist die Deutsche Philips-Gesellschaft, die auf der diesjährigen Funkausstellung wieder in einem eigenen Pavillon in der Königin-Elisabeth-Straße eine Reihe von interessanten Neuigkeiten vorführt.

Diese Firma zeigt neben vielem anderen einen von der Lorenz A.-G. gebauten Netzempfänger, der bei seinem Erscheinen berechtigtes Aufsehen erregte und der geeignet ist, den Kampf zwischen Batterieanschlußgerät und Netzempfänger zugunsten des letzteren zu entscheiden.

Dieser neue Netzempfänger hat als erster seiner Gattung die Kinderkrankheiten dieses Gerätes völlig überwunden. Die Brummgeräusche, die man bis-



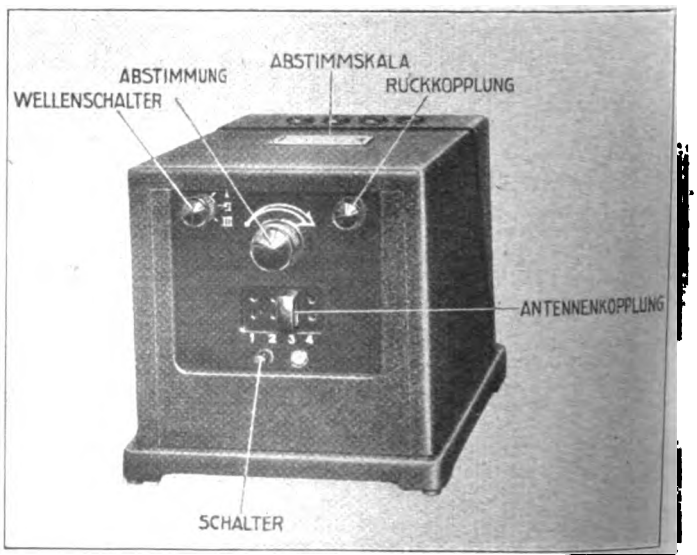
Innenansicht des neuen Netzempfängers Paladin 20.

her dem Netzempfänger hauptsächlich zum Vorwurf machen konnte, sind bei diesem nach modernen Prinzipien durchkonstruierten Fernempfänger, der sämtliche erforderlichen Spannungen: Anoden-, Heiz- und Gittervorspannung dem Wechselstromlichtnetz entnimmt, durch eine Spezialschaltung, eine wohldurchdachte und erprobte Leitungsverlegung und vor allem durch reichlich dimensionierte Abflachglieder des Netzanschlußteiles völlig unterdrückt. Dieses neue Gerät, heute schon in den breitesten Volkskreisen bekannt unter dem Namen Paladin 20, ist dem Batterieempfänger in bezug auf Klangreinheit und Störungsfreiheit überlegen. Der Paladin 20, in seiner neuen sachlichen äußeren Aufmachung die reine, technische Form betonend, ein vorbildlicher Repräsentant seiner Kategorie, vereinigt dabei noch eine Reihe weiterer Vorzüge, von denen wir nur seine hohe Selektivität hervorheben wollen. Er stellt ein nach völlig neuen Gesichtspunkten aufgebautes Dreiröhrengerät dar, das mit den bisherigen Ortsempfängern gleicher Röhrenzahl nichts gemein hat. Im Gegensatz zu allen anderen übrigen Empfängern enthält er nur eine einzige Tonverstärkerstufe, allerdings eine Penthode (Dreigitter-Endröhre), deren Verstärkung zwei normalen Stufen entspricht. Da auch für die Hochfrequenzverstärkung ein Schirmgitterrohr verwendet wird, ist der Paladin 20 dem besten Vierröhrengerät zumindest gleichwertig. Er ist damit ein typisches Beispiel für das Bestreben der Funkindustrie, die Qualität der Apparate durch Reduktion der Anzahl der verwendeten Röhren zu erhöhen. Konnte schon vor einiger Zeit mit der Schirmgitterhochfrequenzröhre der Fünfröhrenapparat auf vier Stufen reduziert werden, so erlaubt jetzt die Entwicklung der Empfangsqualität eine weitere Reduktion auf nur drei Stufen. Der Paladin 20 ist ein Beweis dafür, daß ein Apparat trotz seiner relativ geringen Röhrenzahl ein hochwertiger Fernempfänger sein kann, mit dem an kleinen Außen- oder gut angelegten Innenantennen alle hörbaren europäischen Sendestellen in guter Lautsprecherstärke abgestimmt werden können.

Neben diesem ausgesprochenen Fernempfänger zeigt die Deutsche Philips-Gesellschaft einen ebenfalls von der Firma Lorenz gebauten Ortsempfänger, Paladin 5, für völligen Netzbetrieb, der dadurch eine besondere Bedeutung gewinnt, daß er in Verbindung mit der elektrischen Schalldose von Philips auch einen idealen Schallplattenverstärker darstellt. Dieser Apparat hat gegenüber dem bisherigen Ortsempfänger den großen Vorteil, daß er nicht nur das eine Programm des Lokalsenders vermittelt, daß vielmehr jederzeit die Möglichkeit einer freien Programmwahl durch Auflegen von Schallplatten besteht. Gerade die Entwicklung der Lautsprecher auf ihre hohe jetzige Stufe hat uns gelehrt, daß Schallplattenmusik erst durch Übertragung auf den Lautsprecher einen idealen, durch keinerlei Nadelgeräusch getrübten Genuß gewährt. Und da bildet der kleine handliche Paladin 5 eine ideale Ergänzung jedes Schallplattenapparates.

Von den dank ihrer hohen Qualität bekannten Philips-Lautsprechern bringt die Deutsche Philips noch weiter verbesserte Modelle: Recht geschmackvoll und vornehm wirkt der neue 2015 L in seiner einfarbigen weinroten Tönung. Auch das altbekannte und weit verbreitete siebeneckige Modell erscheint in einem neuen Gewande.

Weiterhin bringt die Gesellschaft eine größere Anzahl Doppelweg-Hochvakuum-Gleichrichterkolben mit



„Der neue Ortsempfänger Paladin 5.“

Digitized by Google

verschiedenen Leistungen, die in Netz-, Orts- und Fernempfängern, in Netzanoden und im Netzteil des Kraftverstärkers Verwendung finden.

Ferner zeigt die Firma, die sich ja die Modernisierung alter Batteriegeräte zu einer ihrer Hauptaufgaben gemacht hat, natürlich auch ihre bewährten und bekannten Dauerlader und Netzanoden, sowie den Philips-Überspannungsschutz-Isolator, und vervollständigt mit diesen Modellen ihr reichhaltiges Arbeitsprogramm, das jedem Funkfreund etwas Interessantes bringt.

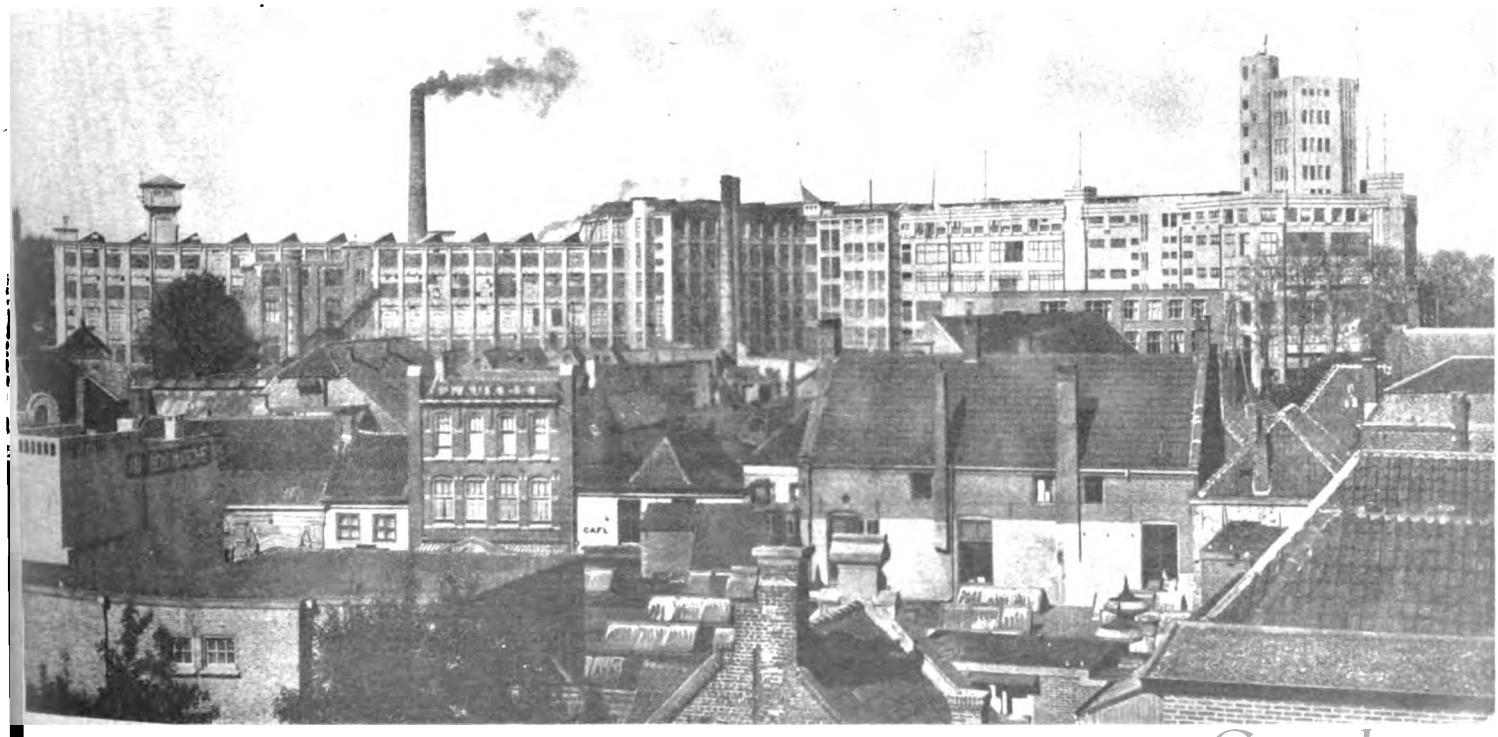
Philips und die deutsche Volkswirtschaft

Es sei besonders darauf hingewiesen, daß alle von der Deutschen Philips-Gesellschaft m. b. H. vertriebenen Empfängsgeräte in Deutschland von der C. Lorenz A.-G. gebaut werden, die schon seit Jahren auf dem Rundfunkgebiet in Deutschland eine hervorragende Stellung inne hat.

Philips hat mit Lorenz ein langjähriges Lieferungsabkommen geschlossen, wobei der Firma Lorenz für die Fabrikation dieser Apparate außer ihren eigenen langjährigen Erfahrungen auch in vollem Umfang die Erfahrungen der weltberühmten Laboratorien der Philips-Fabriken in Eindhoven, Holland, zur Verfügung stehen. Die gemeinsamen Erfahrungen der Laboratorien von Philips und der Lorenz-Fabriken, sowie deutsche Werkmannsarbeit haben in den Paladinen Geräte geschaffen, die zu dem Besten gehören, was die Radioindustrie bei dem heutigen Stand der Technik zu bieten vermag. Für die deutsche Industrie hat sich diese Gemeinschaftsarbeit mit Philips in einer erheblichen Produktionserweiterung und damit der Einstellung neuer Arbeitskräfte bei der Lorenz A.-G. in Berlin ausgewirkt.

Darüber hinaus aber bedeutet die Firma Philips in Eindhoven einen wesentlichen Faktor für das deutsche Wirtschaftsleben, denn sie wurde in den letzten Jahren zu einem der größten Abnehmer für deutsche Rohprodukte und Halbfabrikate. So kaufte die Firma Philips im Jahre 1926 für 3 Millionen Mark, im Jahre 1924 für 4,5 Millionen Mark, im Jahre 1928 für 17 Millionen Mark und in den ersten fünf Monaten 1929 für etwa 8 Millionen Mark deutsche Waren in Deutschland zum direkten Import für ihren eigenen Bedarf.

In diesen Zahlen sind noch nicht die Lieferungen deutscher Fertigfabrikate, Halbfabrikate und Rohprodukte eingeschlossen, welche die Firma Philips in Holland durch holländische Agenten und Importeure kaufte. Diese indirekten, in Holland getätigten Käufe schätzt die Firma Philips nach den vorliegenden Unterlagen ebenso hoch, wie die direkt von ihr in Deutschland gekauften und nach Holland importierten Waren. Rechnet man die direkten und indirekten Importe zusammen, so kommt man für das Jahr 1928 zu einem Betrag von 30 bis 35 Millionen RM, für den Philips in Deutschland Ware gekauft und in Holland verarbeitet hat. Dies ist ein nicht zu unterschätzender Faktor in der deutschen Außenhandelsbilanz. Damit dürfte die Firma mit an der Spitze der ausländischen Großabnehmer deutscher Produkte stehen. — Daß die Vertreterin der Philips-Werke, die Deutsche Philips-Gesellschaft m. b. H., im Augenblick etwa 300 kaufmännische Angestellte beschäftigt und daß in den Philips'schen Konzern-Gesellschaften in Deutschland augenblicklich zirka 350 Angestellte und 2200 Arbeiter beschäftigt werden, sei hier nur nebenbei erwähnt.



Digitized by Google

Die deutsche Konstruktion an der Spitze

Wir erhalten von der Telefunken-Gesellschaft anläßlich der Uebersicht über ihre Schau auf der Funkausstellung 1929 folgende bemerkenswerten, die Schriftleiter nicht nur der technischen Teile der Zeitungen besonders interessierenden volkswirtschaftlichen Mitteilungen über die Lage der gesamten Deutschen Funkindustrie.

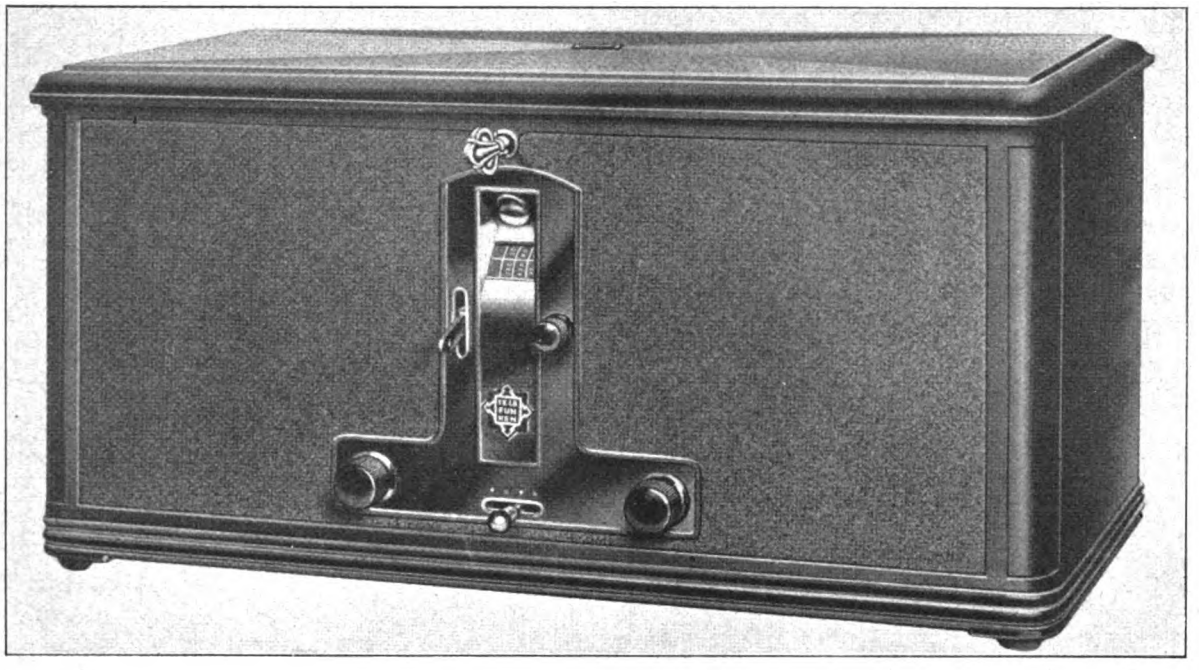
Der diesjährige Überblick über die Ergebnisse intensiver wissenschaftlicher und fabrikatorischer Tätigkeit aller Teile der deutschen Radioindustrie, zusammengefaßt in dem Begriff „Funkausstellung Berlin 1929", gibt vielfachen Anlaß zu publizistischen Erörterungen. Gerade der Pressemann wird noch mehr als auf den früheren Qualitätsschauen dieses wichtigen Faktors der deutschen Volkswirtschaft, Gelegenheit nehmen müssen, sich in mehrfacher Richtung mit dem Gesamtkomplex Radio-Wirtschaft auseinanderzusetzen. Gerade der Pressemann wird aber auch in besonderem Maße gehalten sein, losgelöst von technischen Erwägungen, kritisch an alle Einzelheiten dieser Funkausstellung heranzugehen. Messe- und Ausstellungs-Berichte erfordern, darüber sind sich im übrigen auch die beteiligten Kreise der deutschen Tages- und Fachpresse vollkommen klar, ein ins außerordentliche gesteigertes Verantwortlichkeitsgefühl, sollen nicht der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Volksvermögen überhaupt, schwere Schädigungen entstehen. Losgelöst von der rein fachlichen Berichterstattung durch besonders vorgebildete Mitglieder und in ihren Interessen gleichgerichtete Mitarbeiter der Redaktionen, deren persönliche Beobachtungen in eingehenden Spezialneuheiten- und Ausstellungsreferaten ihren Niederschlag finden, verlangt heute der ernste Kampf und die außerordentlich schwierige Lage, in denen sich die deutsche Radio-Industrie und der einschlägige Handel befinden, eine feinfühlige, allen Vorgängen auf dem Markte und der Fabrikation gerecht werdende Beurteilung derartiger Rechenschaftsberichte der Produktion, wie sie Ausstellungen im Umfange der Deutschen Funkausstellung bilden. Bei einem Rundgang durch die Funkausstellung 1929 werden derartige Erwägungen besonders angeregt. Auf der einen Seite Erzeugnisse einer bis ins Feinste entwickelten Präzisions-Industrie, deren Produktion fußt auf den kostspieligsten und langwierigsten Versuchen deutscher Wissenschafter und Forscher von Weltruf, auf der anderen Seite die Schar der Händlerschaft, ausgerüstet mit fachlicher und kaufmännischer Erfahrung und dem Blick für das Wesentliche im Interesse ihres Geschäftes. Auf beiden Seiten aber gleicherweise der Wunsch und das Bestreben, der Sache selbst zu dienen und dazu dem eigenen Betrieb Vorteil zu bringen. Bei der Fülle des Angebotes an technischen Neuerungen, Neuheiten, Verbesserungen und Material in jeglicher Form für jeglichen Bedarf, wird selbst der Fachmann es nicht leicht haben, die Wahl zu treffen, die seinen besonderen Wünschen gerecht wird. Dazu kommt vielfach die Bedrängung durch eine Überfülle an Druckschriften in Form von Prospekten, Katalogen und Flugzetteln. Hier nun setzt die Arbeit einer verantwortungsbewußten Fach- und Tagespresse ein. Richtlinien und kurze Übersichten über das, was tatsächlich wichtig und besichtigenswert ist, leisten stets gute Dienste und werden darum von allen Seiten dankbar begrüßt.

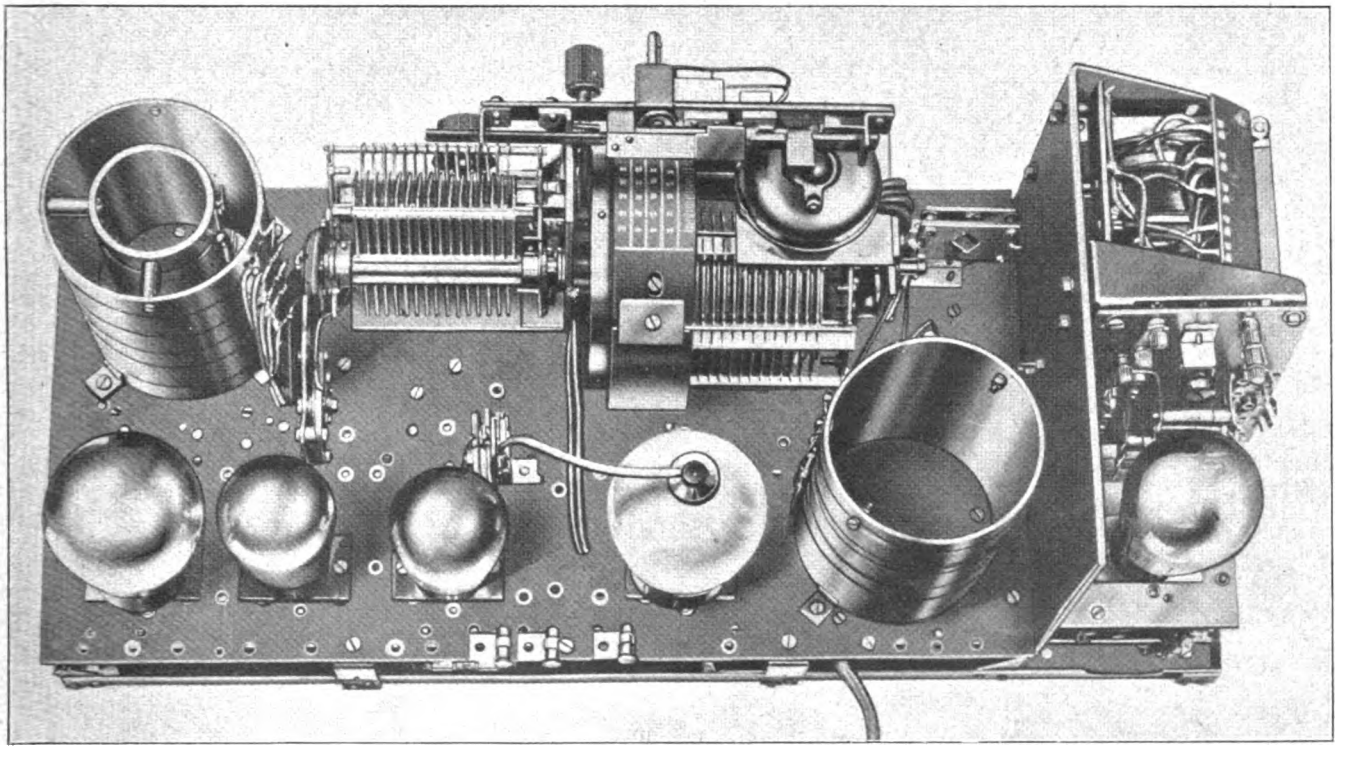
Hier aber auch setzt die besonders schwere Arbeit des Berichterstatters ein, dessen Aufsätze und Referate nicht einzig und allein geleitet sein dürfen von diesem einseitigen Bestreben, eine Neuheiten-Übersicht zu geben, sondern auch getragen sein müssen, von höheren Gesichtspunkten, nämlich denen, der deutschen Volkswirtschaft zu helfen, indem sie dem Sonderausschnitt, der Funkindustrie, innerhalb der deutschen Produktion beistehen und weiter damit der deutschen Arbeiterschaft und im Kreislauf der Güter und Produktion auf dem ganzen Handel, dienen.

Die deutsche Funkindustrie, deren hochwertige Erzeugnisse mitführend sind auf dem Weltmarkt, da sie aufgebaut sind auf den Forschungsergebnissen deutscher Wissenschaftler und Pioniere der deutschen Technik, wie Graf Arco, führt einen schweren Existenzkampf auf dem Weltmarkt. Die deutsche Funkindustrie kann diesen Kampf aber nur erfolgreich führen, wenn sie dabei unterstützt wird von der Gesamtheit des deutschen Volkes. Jeder verkaufte deutsche Apparat stärkt die Expansionskraft der deutschen Funkindustrie auf den außerdeutschen Absatzmärkten, während ein ausländisches Erzeugnis nicht nur die deutsche Kaufkraft dezimiert, sondern auch weiterhin den deutschen Absatz erschüttert. Und noch eins kommt hinzu, die indirekte Schädigung, die für den deutschen Hersteller deutschen Radio-Qualitäts-Gerätes entsteht, wenn aus Gedankenlosigkeit auf dem deutschen Markt selbst der Absatz fremder Apparate begünstigt wird. Mit diesen deutschen Geldern, die naturgemäß in das Mutterland des ausländischen Konzerns zurückfließen, werden ja gerade die scharfen Propaganda-Maßnahmen finanziert, durch die auf den Auslandsmärkten der deutsche Export ausgeschaltet werden soll. Diese Gedankengänge müssen es sein, die auch in erster Reihe mit bei der Beurteilung dessen, was auf der

Digitized by Google

großen Funk-Ausstellung 1929 zu sehen ist, in den Vordergrund zu treten haben. Selbst die Gegner jeder Beschränkung des Freihandels und des freien Wettbewerbes werden sich unbedingt dazu bekennen müssen, daß hier in dieser Sonderlage der deutschen Funkindustrie das Maßgebende ist und bleibt, die technisch vorgeschrittenste in ihren Leistungen kaum zu erreichende deutsche Konstruktion zu bevorzugen, nicht nur aus Gründen des Selbsterhaltungstriebes, sondern eben gerade, weil der freie Wettbewerb erkennen läßt, daß für die Praxis die deutsche Konstruktion nicht nur in Deutschland, sondern auch im





Die deutsche Konstruktion führt

Telefunken 40

der neue Vier-Röhren-Empfänger mit Schirmgitter — Hochfrequenz

Digitized by Google

Ausland immer noch die wertvollste ist. Davon wird der Rundgang, den wir mit einer Übersicht über die **Ausstellung der Telefunken-Gesellschaft** beginnen, am allerbesten überzeugen. Die Telefunkenschau steht durchaus im Zeichen höchster Qualität und Vollkommenheit in technischer, ästhetischer und propagandistischer Beziehung. Telefunken arbeitet bereits seit Jahren daran, eine systematische Standardreihe von Rundfunkempfängern zu entwickeln, so daß die einzelnen Apparate nicht als Zufalls-Konstruktionen auf Grund augenblicklicher Forderungen entstanden sind, sondern vielmehr einem einheitlichen Gedanken als Gesamtheit eingeordnet sind. Telefunken hat bereits vor Jahren erkannt, daß es darauf ankommt, Standard-Typen zu schaffen, deren Grundkonstruktion nach gewissenhafter Laboratoriums-Vorarbeit bestehen bleibt und nicht etwa nach einer Saison wieder verworfen werden muß. Diese Standard-Typen werden jedes Jahr den neuesten Erkenntnissen angepaßt und in Einzelheiten so vervollkommnet, daß sie den modernsten Forderungen genügen, daß aber die Erfahrungen, die man inzwischen in konstruktiver und fabrikatorischer Hinsicht gemacht hat, dieser Standard-Type als außergewöhnliche Vervollkommnung zugute kommen. Auf der anderen Seite hat durch die Standardisierung das Publikum die Gewähr, einen Apparat zu besitzen, der nicht nach kurzer Frist veraltet ist, sondern in seiner Leistung auch weiterhin allen Anforderungen genügt.

An Apparaten

sind die folgenden Neuheiten besonders zu erwähnen:

Telefunken 10.

Der bewährte 3-Röhren-Bezirks-Empfänger mit induktiv-kapazitiver Rückkopplung und aperiodischer Antennen-Ankopplung, die trotz der Einkreis-Abstimmung eine relativ hohe Abstimmschärfe verbürgt. Der Telefunken 10 mit seinem Isolier-Gehäuse und solidester mechanischer Herstellung hat bereits in der vergangenen Saison uneingeschränkte Anerkennung gefunden. Der Telefunken 10 ist nicht nur als Batterie-Empfänger brauchbar, sondern ist bereits so konstruiert, daß für den Betrieb an der Wechselstrom-Lichtleitung die Röhrenfassungen ohne Umänderung für die Aufnahme von Wechselstromröhren geeignet sind. Es ist also jederzeit der Übergang von Batterie-Betrieb zum Wechselstrom-Betrieb ohne Umbau, lediglich durch Zuschalten des dafür angepaßten kleinen Netzanschluß-Geräts Type W, möglich. Der Telefunken 10 wird in unveränderter Ausführung weitergebaut.

Arcolette 3

ist der hochwertige 3-Röhren-Batterie-Empfänger, der ebenfalls bereits bekannt und bewährt ist. Er besitzt eingebaute Spulen und Röhren und zeichnet sich durch leichte Bedienbarkeit aus. Der Übergang von einem Wellenbereich zum anderen geschieht lediglich durch Umschalter. Die geschmackvolle Außenform gestattet die Aufstellung in dem vornehmsten Wohnraum.

Telefunken 30 W.

Überall dort, wo Wechselstrom-Lichtleitung vorhanden ist, sind heute Batterie-Empfänger ein überwundener Standpunkt. Der neue Telefunken 30 W stellt den Standard-Typ des 3-Röhren-Wechselstrom-Empfängers dar. Er ist entstanden aus der bekannten Arcolette 3 W. Während die Grundkonstruktions-Merkmale beibehalten worden sind, sind jedoch in zahlreichen mechanischen und elektrischen Einzelheiten die Erfahrungen soweit verwertet, daß der Telefunken 30 W sowohl in seiner elektrischen Leistung, als auch in seiner Bedienung merklich vervollkommnet worden ist. Telefunken 30 W soll nicht nur den Ortssender auch unter ungünstigsten Empfangsverhältnissen ohne Hochantenne sicher im Lautsprecher bringen, sondern er ist auch auf dem Lande unter den ungünstigsten Empfangsverhältnissen in der Lage, an der Hochantenne zahlreiche Fernstationen sicher zu empfangen. Durch den Feinregler ist die Bedienung so vereinfacht worden, daß nach kurzer Übung auch der Laie den Telefunken 30 W einstellen kann. Wenn man sich auf den Empfang des Bezirkssenders beschränkt, so besteht die gesamte Bedienung nur darin, daß man den Hauptschalter mit einem Fingerdruck ein- und ausschaltet.

Telefunken 31 G

ist der bisher fehlende 3-Röhren-Stadt- und Land-Empfänger für Gleichstrom-Netzanschluß. Äußerlich hat er Ähnlichkeit mit dem Telefunken 30, stellt aber eine neue Standard-Type dar: Die Einschaltung geschieht mittels Schlüssel-Schalters, der automatisch den Deckel verriegelt, solange der Apparat unter Spannung steht. Der Telefunken 31 G ist für sämtliche vorkommenden Spannungen umschaltbar, so daß bei Spannungsänderungen der Apparat nicht umgebaut zu werden braucht.

Es kann die Endlautstärke des Telefunken 31 G dadurch noch vergrößert werden, daß er wahlweise auch mit einer Schirmgitter-Endröhre (RES 164 d) benutzt werden kann, wozu keine Änderung am Empfänger erforderlich ist. Die Röhrenfassung der letzten Röhre besitzt zu diesem Zweck eine seitliche Feder, die sich beim Einführen der Schirmgitter-Röhre automatisch an die Schirmgitterklemme anlegt. Bei Benutzung eines angepaßten Lautsprechers (Arcophon 4 Z) ist bei erhöhter Lautstärke die Wiedergabegüte unbeeinträchtigt.

Telefunken 4 A

stellt ebenfalls eine bereits bekannte Type dar. Telefunken 4 A ist der 4-Röhren-Fernempfänger mittlerer Leistung, der an einer Hochantenne auf dem Lande alle gewünschten Fernstationen hereinbringt und sich durch sehr sparsamen Batterieverbrauch und große Preiswürdigkeit auszeichnet. Er ist ähnlich wie der Telefunken 10 ohne weiteres auch für die Aufnahme von indirekt geheizten Wechselstrom-Röhren ohne Umbau eingerichtet.

Digitized by Google

Telefunken 40

(4-Röhren-Empfänger mit Schirmgitter-Hochfrequenz) hat in den wenigen Wochen, die er auf dem Markt ist, bereits in der Praxis so zahlreiche Anerkennungen gefunden, daß schon jetzt eindeutig feststeht, daß dieser neue Empfänger ein neuer Standard-Typ des preiswerten Fernempfängers in allen Punkten, wie Bedienungs-Einfachheit, Fernempfangsleistung, Tonqualität und Formschönheit, darstellt. Beim Telefunken 40 wird auch unter ungünstigen Empfangsverhältnissen ohne Hochantenne und ohne Rahmenantenne Fernempfang garantiert. Der Stationswähler ist in seiner Handhabung so bequem, daß in diesem Empfänger endlich das Problem des Fernempfangs auch für den unkundigen Laien als gelöst angesehen werden muß. Der Telefunken 40 wird in drei Typen geliefert: Telefunken 40 B für Batterie-Betrieb, Telefunken 40 G für Gleichstrom-Betrieb, Telefunken 40 W für Wechselstrom-Betrieb. Der Telefunken 40 W kann auch wahlweise statt mit der normalen Lautsprecherröhre RE 134 mit der Kraftverstärkerröhre RE 604 bestückt werden, so daß dann die Leistung ausreicht, einen dynamischen Lautsprecher gut auszusteuern (Telefunken liefert hierzu einen neuen dynamischen Lautsprecher, Type L 500 und L 501, der ohne Ausgangs-Transformator direkt hinter der RE 604 benutzt werden kann).

Telefunken 9 W

ist in seinem Grundaufbau ebenfalls bereits 2 Jahre bekannt und stellt nach wie vor die Spitzenleistung des modernen Fernempfängers dar. Sein besonderer Vorzug liegt darin, daß er Dreikreis-Abstimmung besitzt und daher trotz höchster musikalischer Qualität eine Abstimmschärfe aufweist, die selbst in unmittelbarer Nähe eines Ortssenders unbeeinträchtigten Fernempfang zuläßt. Trotz dieser Dreikreis-Abstimmung besitzt er Eingriff-Bedienung, die so handlich ausgeführt ist, daß die Vereinigung der einfachen Bedienung mit der hohen Leistung in der Praxis dem Telefunken 9 W die Bezeichnung „Aristokrat der Fernempfänger“ gegeben hat. Der Telefunken 9 W ist ein 5-Röhren-Neutrodyn-Empfänger mit Vollnetzanschluß für Wechselstrom. Das Netzteil ist so reichlich bemessen, daß der Telefunken 9 W selbst im Kopfhörer vollkommen brummfrei ist. Das Gehäuse besteht aus echtem Mahagoniholz.

Kraftverstärker.

Der Kraftverstärker KV 11, der an jeden vorhandenen Lautsprecher-Empfänger angeschaltet werden kann, ist ebenfalls bereits bekannt und ergibt eine unverzerrte Ausgangsleistung von nahezu 3 Watt. Er ist also insbesondere dort geeignet, wo ein Rundfunk-Gerät bereits vorhanden ist und entweder eine Anzahl von Einzel-Lautsprechern (bis zu 8 Arcophone) oder ein Großlautsprecher betrieben werden soll. — Weniger bekannt ist dagegen, daß man mehrere dieser Kraftverstärker parallel schalten kann, so daß die Leistung auf etwa 10 Watt erhöht werden kann.

Netzanschlußgeräte.

Für diejenigen Rundfunkteilnehmer, die einen vorhandenen Empfänger nachträglich für den Anschluß an die Wechselstrom-Lichtleitung verwenden wollen, dienen die beiden kleinen Netzanschlußgeräte Type W und Type A, deren erste alle Anodenspannungen sowie Gitter- und Heizspannung liefert, während die letztere Ausführung nur die Anodenspannungen und die Gittervorspannung für 3-Röhren-Widerstandsverstärker zur Verfügung stellt.

Telefunken-Sperrkreis.

Für alle diejenigen Empfänger, deren Abstimmschärfe an sich zwar für den Empfang entfernter Stationen ausreicht, jedoch nicht gestattet, in unmittelbarer Nähe eines störenden Ortssenders unbeeinträchtigten Fernempfang durchzuführen, dient der Telefunken-Sperrkreis, der, in die Antenne eingeschaltet, ein unbedingt sicheres Ausschalten des störenden Ortssenders zuläßt.

Lautsprecher.

Die Lautsprecher-Reihe mit der eigenartigen Falzmembran ist auf drei Ausführungs-Formen verschiedener Preislagen standardisiert worden: Arcophon 4 Z ist das preiswerte Modell, das gegenüber der normalen Ausführung Arcophon 3 ein wenig vereinfacht ist, während das Arcophon 5 mit seinem Isolier-Gehäuse ganz besonders für den anspruchsvollen Rundfunk-Teilnehmer gedacht ist. Alle Arcophone zeichnen sich durch einen Tonumfang von 7½ Oktaven aus, weshalb nicht nur die hohen Töne, sondern auch die für den Klangcharakter und den Rhythmus so maßgebenden tiefen Baßtöne klangvoll wiedergegeben werden. Als Zimmerlautsprecher stellt das Arcophon nach wie vor daher den geeigneten Lautsprecher dar. Außerdem liefert Telefunken als Lautsprecher noch die besonders billige Konus-Type L 666 mit der Exzenter-Membran, der bereits hinreichend bekannt ist und sich infolge seiner großen Lautstärke gerade auch bei kleinen Anoden-Spannungen für kleine Batterien-Empfänger auszeichnet.

Dynamische Lautsprecher.

Es besteht kein Zweifel, daß der dynamische Lautsprecher heute die große Mode ist. Es ist auch nicht zu verkennen, daß der dynamische Lautsprecher dort besonders geeignet ist, wo es sich darum handelt, Lautstärken wiederzugeben, die wesentlich größer sind, als man sie normal in einem Wohnraum verlangt, also insbesondere für Gaststätten. Für solche Verwendungszwecke ist der dynamische Lautsprecher bei richtiger Lautstärke in der Lage, selbst große Säle mit Musik zu füllen, wobei — unter Voraussetzung richtiger Lautsprecher-Konstruktion und richtig dimensionierter Kraft-

Digitized by Google

verstärker — die Klangwiedergabe auch bei diesen großen Lautstärken ausgezeichnet ist. Dynamische Lautsprecher verlangen allerdings eine recht große Energie-Zufuhr, so daß mit normalen Lautsprecherröhren eine gute Wiedergabe nicht möglich ist. Telefunken bringt zwei neue dynamische Lautsprecher heraus: Type L 500 und Type L 501. (Außerdem werden diese beiden Typen auch mit eingebautem Erreger-Gerät als Type L 500 A und Type L 501 A geliefert.) Beide Typen zeichnen sich äußerlich durch eine ganz neuartige und äußerst geschmackvolle Form aus. Während Type L 500 zum Aufstellen auf dem Tisch gedacht ist, ist L 501 so groß, daß er auf dem Boden als ein selbständiges Möbelstück aufgestellt wird. Das Besondere dieser beiden dynamischen Lautsprecher ist, daß sie — im Gegensatz zu normalen dynamischen Lautsprechern — in ihrem elektrischen Teil so dimensioniert sind, daß sie ohne einen Ausgangs-Transformator direkt an die am meisten verwendete Kraftverstärkerröhre RE 604 angeschlossen werden können. Damit ist einmal eine Ersparnis an Kosten, zum anderen aber auch eine Qualitäts-Verbesserung durch Fortfall des unbequemen Ausgangs-Transformators verbunden. Auch ist der Wirkungsgrad besonders hoch, so daß die Lautstärke bei dem dynamischen Lautsprecher von Telefunken höher ist, als bei Verwendung eines guten magnetischen Lautsprechers.

Übersicht über Telefunken-Röhren:

Die Telefunken-Röhren sind in einer stattlichen Reihe vorhanden, die es gestattet, für jeden Verwendungszweck eine besonders geeignete Telefunken-Röhre zu benutzen. Die Telefunken-Röhren sind heute im Gebrauch sämtlicher deutscher Apparate-Fabriken.

Neu sind folgende interessante Typen: Die Schirmgitter-Hochfrequenz-Röhren RES 044 (für Batteriebetrieb) und RES 1204 (für Wechselstrom-Betrieb) werden jetzt in der eigenartigen neuen Ausführung mit Außenmetallisierung hergestellt, die eine Sonderabschirmung überflüssig macht und gleichzeitig die Innenkapazität auf einen so minimalen Wert herabsetzt, daß die Ausnutzung des hohen Verstärker-Faktors in der Praxis möglich ist (ein praktischer Beweis hierfür ist der Telefunken 40).

RES 094

Eine Schwierigkeit bestand bisher darin, daß bei Gleichstrom-Netz-Empfängern für 110 V Netzspannung die Leistung soweit herabsinkt, daß für Fernempfang große Schwierigkeiten bestanden. Die neue Schirmgitter-Hochfrequenz-Röhre, RES 094, ist deshalb insbesondere für die Verwendung niedriger Anodenspannungen dimensioniert und gestattet auch bei Netzspannungen von nur 110 Volt den Bau von Schirmgitter-Fernempfängern. Die technischen Daten sind:

Anodenspannung	200 V
Schirmgitterspannung	60 V max.
Innerer Widerstand	400 000
Steilheit	0,8 mA/V
durchschn. Anodenstromverbrauch	2,5 mA

RE 304

Man geht jetzt allmählich dazu über, bei hochwertigen Empfängern die Leistung der Endstufe zu vergrößern, wodurch bei normaler Lautstärke infolge der Leistungsreserve eine Verbesserung der Wiedergabe der tiefen Töne erreicht wird. Es besteht allerdings darin eine Schwierigkeit, daß bei vielen Netzempfängern der Netzteil nicht mehr ausreicht, um für die Kraftverstärker-Röhren bestimmte Ströme zu liefern. Deshalb stößt z. B. die Verwendung der RE 604 in vorhandenen Netzempfängern auf Schwierigkeiten. Telefunken bringt daher jetzt eine kleinere Kraftverstärkerröhre heraus, deren Leistung etwa zwischen der Lautsprecherröhre RE 134 und der Kraftverstärkerröhre RE 604 liegt. Die Röhre führt die Bezeichnung RE 304: und hat folgende Daten:

Heizstrom	0,3 A
Anodenspannung	200 V
Durchgriff	20 %
Steilheit	2 mA/V
Innerer Widerstand	2000
max. Anodenbelastung	6 W
durchschn. Anodenstromverbrauch	22 mA
Negative Vorspannung bei 200 V	18 V

Die RE 304 ist auf Grund zahlreicher Wünsche aus der Praxis entwickelt worden und dürfte sich sehr schnell einführen.

Es sei noch darauf hingewiesen, daß Telefunken außer den zahlreichen Empfängern und Verstärkerröhren eine ganze Serie von Gleichrichter-Röhren für alle Verwendungszwecke herstellt. Wer sich hierüber orientieren will, lasse sich einmal die ausführliche Röhrenliste zusenden.

Die Klischees der Abbildungen

von Seite 586, 587, 588, 589 und 591 sind erhälllich beim Verlag der „Deutschen Presse“, Berlin SW 48, Friedrichstraße 240-41

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 35 — Berlin, den 31. August 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14483. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Neue zeitungswissenschaftliche Literatur.

Groths zweiter Band. — Das Aachener Zeitungsmuseum.

Vor einigen Wochen ist bei J. Bensheimer in Mannheim der 2. Band von Otto Groths großem Werk „Die Zeitung" erschienen.

Auch der neue Band zeigt klar, daß Groth mit der gleichen großen Gründlichkeit und beispiellosem Fleiße am Werke gewesen ist, dies erste Standardwerk der deutschen Zeitungswissenschaft fortzusetzen. Der Band umfaßt den 5. Abschnitt des 2. Buches und behandelt auf 620 Seiten die äußeren Faktoren der Stoffbeeinflussung. Dargestellt wird die Gesamtheit der Einflüsse, die vom Staat, von der Stadtverwaltung, den politischen Parteien, den Interessenten und den Interessentenverbänden auf die Presse ausgeübt werden. Besonders eingehend ist diesmal die historische Entwicklung jeder einzelnen Themengruppe vorgetragen. Das Kapitel „Regierung und Presse" erwächst ganz organisch aus einer gründlichen Untersuchung der Preßpolitik Friedrichs des Großen, Napoleons und der vormärzlichen Zeit. Für die moderne Praxis wird vor allem die Darstellung des „Systems Hamman" sowie die Entwicklung der jüngeren Preßpolitik der Regierung wertvoll sein. Sie ist mit der üblichen Vollständigkeit aller Quellen gegeben. Allein der Presseabteilung der Reichsregierung sind fast 20 Seiten gewidmet. Die jüngeren Bestrebungen der Stadtverwaltungen, durch eigene kommunale Preßämter ihren Einfluß auf die Presse geltend zu machen, sind in einem eigenen Kapitel dargestellt.

Besonders eingehend und mit einer zu den übrigen Kapiteln kaum im gleichen Verhältnis stehenden Ausführlichkeit werden die Beziehungen der Zeitung zu den politischen Parteien behandelt. Die Darlegung umfaßt beinahe 200 Seiten und hat wohl alles Material zusammengetragen, das über dieses große Thema erschienen ist. Auch hier hat Groth sein altes Verfahren angewandt, zunächst das gesamte Stoffmaterial in ausführlichen Zitaten vorzulegen und dann selber kritisch Stellung zu nehmen. Die sehr heiklen und schwer zu fassenden Beziehungen zwischen Parteien und Presse sind dabei mit so gründlichem Verständnis der wirklichen Zusammenhänge vorgetragen, daß wieder einmal der Beweis erbracht ist, wie notwendig auch praktisches Erleben und langjährige Erfahrung für die tiefere zeitungswissenschaftliche Erkenntnis ist. In der kritischen Beurteilung der Beziehungen zwischen Parteien und Presse kommt Groth zu der hier einzig berechtigten Folgerung, daß die Lösung der meisten Probleme auf dem Gebiete der Persönlichkeit zu suchen ist. Er sagt dazu:

> „Mittel und Einrichtungen die sich die Parteien zur Sicherung ihres Einflusses auf die Presse schaffen, hängen am letzten Ende in ihren tatsächlichen Wirkungen und Erfolgen doch von den Persönlichkeiten ab, die sich ihrer bedienen, sie mit Leben erfüllen oder erstarren lassen, die sie in fruchtbare Wechselbeziehungen zur Presse und zum Journalismus zu bringen wissen oder nicht. Stärker als jede Vorschrift und Institution bestimmen Persönlichkeiten hüben und drüben, in den Parteiinstanzen und in den Redaktionen, Maß und Art der gegenseitigen Befruchtung."

Von besonderem Interesse wird für die Zeitungspraxis das letzte Kapitel des neuen Bandes sein. Es behandelt die Interessenten und die Interessentenverbände in ihrem Einfluß auf die Presse. Auch hier hat Groth mit der üblichen frappierenden Ausführlichkeit den Stoff zusammengetragen, läßt aber freilich selber gelegentlich durchfühlen, wie schwer auf diesen unsicheren und dunklen Gebieten die Erarbeitung klarer Tatsachen ist. Soweit Einflüsse der großen Religionsgesellschaften in Frage kommen, liegen die Dinge noch einfach. Schwierig werden sie in dem Augenblick, wo die Beziehungen der mächtigen Wirtschaftsgruppen zu den Zeitungen erörtert werden. Hier muß sich auch Groth im wesentlichen auf Zeitungsstimmen und die von einer Reihe von politischen Parteien herausgebrachten Publikationen stützen, ohne im ganzen die Klarheit und Abrundung zu geben, die man wissenschaftlich wünschen möchte, die aber m. E. augenblicklich noch gar nicht zu gewinnen ist. Die Dinge sind hier noch ganz im Fluß. Eine wirkliche einwandfreie Klärung wird erst späteren Jahrzehnten vorbehalten sein. Um so bedeutsamer ist auch hier die zeitungspolitische Wertung der Dinge. Hier ist Groths Stellungnahme von erquickender Deutlichkeit und Frische.

Zeitungswissenschaftlich ist in der Materialsammlung Groths dort eine auffallende Lücke, wo Wesen und Entwicklung der modernen Massenpresse dazustellen gewesen wäre. So gründlich und liebevoll Groth die politischen Zeitungen behandelt hat, so schnell und beinahe flüchtig geht er über die Entwicklung dieser jüngeren Zeitungstypen hinweg. Die „Generalanzeigerpresse" behandelt er z. B. weder historisch ausreichend, noch in ihrer modernen Bedeutung entsprechend der Ausführlichkeit, mit der er andere Typen bedacht hat. Über die Probleme, die von der Straßenverkaufspresse heute aufgeworfen sind, geht er überhaupt hinweg. Eine Lücke, die bei dem gewaltigen Umfange des Stoffes wohl nicht zu vermeiden war.

Digitized by Google

Die aktiven Journalisten werden Groth dankbar sein für die Entschiedenheit, mit der er auch in diesem zweiten Bande für ihre geistigen Interessen eintritt. Gegenüber der Macht der großen Wirtschaftskonzerne weiß er auch sehr klar die Schwächen ihrer Pressesysteme aufzuzeigen. Darüber schreibt er:

„Die Existenz einer Presse, die nicht allein durch rein journalistisch-zeitungsgeschäftliche Leistungen wächst und erstarkt, sondern sich auf Subventionen von außen stützt, hat immer etwas Unsicheres. Das Geistige des einzelnen Blattes, das erst die Zeitung macht und ihr Bestand gibt, wird nicht durch noch so große Geldsummen und zahlreiche Organisationen gewonnen, schließlich sogar auch nicht durch erfahrene Redakteure und sehr energische Verlagsdirektoren. Es wächst heraus aus dem der Zeitung gemäßen Boden und wird erhalten und zur Entfaltung gebracht durch die starke Tradition, die die Zeitung und ihr Publikum in einem Vertrauensverhältnis verbindet. Das Werden einer solchen Tradition hat aber zur Voraussetzung Journalisten, die mit dem Blatt selbst innerlich verknüpft sind und denen nicht von außen Richtlinien gezogen werden, und Verleger, die die Eigenart des Blattes selbst mitschaffen helfen, diese deshalb auch achten und wahren."

So ist es auch hier das Persönlichkeitsproblem, von dem aus Groth Fortschritt und Entwicklung der gegenwärtig nicht immer erfreulichen Zustände fordert. Wenn er außerdem Klarheit der Besitzverhältnisse und gesetzliche Sicherung der inneren Unabhängigkeit der Presse verlangt und schließlich die Heranbildung des Journalistenstandes eine „immer noch sehr vernachlässigte Sorge" nennt, so wird gerade der praktische Journalist dem aus vollem Herzen zustimmen.

Auch diesen 2. Band des Grothschen Werkes legt man mit der Überzeugung aus der Hand, daß dieses monumentale Werk des Fleißes eines Einzelnen der Zeitungswissenschaft und Zeitungspraxis gleicherweise dienen wird.

*

Die „Zeitung als Dokument" zu sammeln und sie so der wissenschaftlichen Forschung und dem interessierten Laien zugänglich zu machen, war die Lebensaufgabe Oscar v. Forkenbecks. Er hat in Aachen das erste „Zeitungsmuseum" geschaffen. Eine Schrift, die Heinrich B. Schiffers-Davringhausen [1]) herausgebracht hat, erweckt diesen seltsamen Mann zu neuem Leben jetzt in einer Zeit, die durch die Zeitung und ihre Bedeutung mehr gepackt ist, als die stillen und politisch im Grunde doch so friedlichen 70er und 80er Jahre es gewesen sind. Als Forkenbeck seine Sammlung schuf, kennzeichnete man ihn als einen Sonderling. Man war bestenfalls geneigt, seinen Sammeleifer dem der Briefmarkenliebhaber gleichzusetzen. Glückliche Zeit trotzdem, wo es einem Manne aus eigenen Mitteln gelang, eine Sammlung von solchem Ausmaß aufzustellen und dieser Arbeit seine vollen Kräfte ganz allein zu widmen. Die Sammlung schaut sich heute wie ein gewaltiger Torso an. Ihre Gliederung entbehrt im modernen Sinne des leitenden Grundsatzes; rein topographische mengen sich mit politischen, religiösen, weltanschaulichen, wirtschaftlichen, persönlichen und rein stofflich inhaltlichen Gesichtspunkten. Gliederungsgrundsatz waren hier eben die im Kopf eines einzelnen nach dessen Individualinteresse gegebenen Zusammenhänge. Der neue Katalog mußte, wollte er nicht ein Übermaß von Arbeit bewältigen, sich dieser ersten Anordnung anpassen. So ist eine Art systemloser Ordnung entstanden, die den gegenwärtigen Aufgaben der Zeitungswissenschaft nicht genügt und ebenso für die allgemein und speziell historischen Zwecke noch allzu eng ist. Aber groß und wertvoll sind die Schätze, die in dieser seltsamen Anordnung aufgespeichert sind. Schiffers Schrift vermittelt einen Überblick über das Ganze. Sie geht nicht an den Kernproblemen vorbei. Schon Forkenbeck hat sie gefühlt und in seiner Fachzeitschrift, dem „Zeitungsmuseum", eingehend besprochen. Es galt nicht nur, die anbrandenden Zeitungsmassen zu gliedern und unterzubringen, sondern auch das so leicht zerfallende Zeitungspapier zu hüten. Sachlich hat Forkenbeck in der Frage: Zeitungssammlung oder Sammlung interessanten Zeitungsstoffes, keine klare Lösung gefunden. Heute ist die aus stofflich-inhaltlichen Gründen erfolgende Zeitungssammlung von der zeitungswissenschaftlichen Typensammlung getrennt. Die Sammlung von Stoffen (politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Natur) und Darstellung von zeitungswissenschaftlichen Vorgängen im Einzelnen ist im wesentlichen durch archivalische Ausschnittsammlungen gelöst. Für die Darstellung der Typenentwicklung des einzelnen Blattes ist die historisch entwickelte Typensammlung, die zweckmäßig topographisch gegliedert ist, als richtig erkannt. (Gerade hier wird von einer Durcharbeitung der Forkenbeckschen Sammlung noch sehr viel zu erwarten sein.) Für die allgemein wissenschaftliche und speziell historische Ausnutzung der Zeitung aber ist die Sammlung in Bänden unerläßlich. Es ist durchaus richtig, was Schiffers nicht genügend herausarbeitet, daß für die historische Nutzung der Zeitung die Reihe alles und die Einzelnummer nur sehr wenig ist. Zugegeben, daß in diesem Punkte bisher noch Chaos herrscht. Aber die angebahnte provinzielle Gliederung der Aufbewahrungspflicht (also dezentralisiertes System), unterstützt durch einen guten Gesamtkatalog, wird hier über die größten Schwierigkeiten hinweghelfen. Forschungsarbeit der einzelnen Disziplinen muß dann das übrige tun. Immer aber wird — schon wegen des brüchigen Materials — die Zeitungsreihe in all ihren Stücken der besonderen Pflege bedürfen. Es sei an das Wort eines namhaften Sachverständigen erinnert: Nach dem Grade ihrer Empfindlichkeit steht die Zeitung dem Manuskript näher als dem Buch.

Die Aachener Sammlung wird entweder ein „Museum" bleiben, d. h. sich auf die Aufarbeitung, Nutzung und Ergänzung ihrer historischen Bestände beschränken, oder sie wird als Typensammlung modern ergänzt werden müssen. Das freilich würde sehr bedeutende Mittel erfordern, wenn die von Forkenbeck gewählte internationale Grundanlage beibehalten werden soll. Außerdem sind eine Reihe moderner Sammlungen in diesem Punkte der Aachener weit voraus. In jedem Falle, ob die Aachener Sammlung nun museal oder aktuell ergänzt wird, bleibt sie ein wertvoller Schatz für die zeitungswissenschaftliche Arbeit, dessen Erschließung unbedingt fortgesetzt werden muß.

Martin Spahn hat der Arbeit Schiffers ein Vorwort voraufgeschickt, in dem er behauptet, „Sammlung und Aufbewahrung der Zeitungen" sei beinahe „in Vergessenheit geraten". Er klagt dann über das „Amerikanertum" in der deutschen Zeitungswissenschaft. Die erste Behauptung ist unbegründet. Eine ganze Reihe von Instituten — u. a. das Deutsche Institut für Zeitungskunde — haben sorgsam gepflegte Zeitungssammlungen von großem Umfange angelegt. Was die „Amerikanisierung" angeht, so hätte Spahn gut daran getan, näher zu bezeichnen, was und wen er damit meint. Die heutigen deutschen Zeitungswissenschaftler lehnen in ihrer großen Mehrheit die amerikanische Berufsschulung sehr entschieden ab. Spahn, dem die deutsche Zeitungswissenschaft von früher her viel verdankt, täte gut, sich über diese Fortentwicklung zu unterrichten oder in seinen Angriffen deutlich zu sein.

Emil Dovifat.

[1]) Die Zeitung als Dokument. O. v. Forkenbecks Lebenswerk. Das Aachener Zeitungsmuseum. Von H. B. Schiffers-Davringhausen. Herausgegeben mit Unterstützung der Aachener Stadtverwaltung. Aachen 1929. Kommissionsverlag J. A. Mayersche Buchhandlung.

Digitized by Google

Bildberichterstattung.

Von Dr. Hans Hasse, Dresden.

Die Frage, ob für die „Bilder vom Tage" im Zeitungstext die Zeichnung oder die Photographie die geeignete Grundlage sei, wird in Nr. 32 der „D. Pr." (Seite 556) kurzer Hand zugunsten der letzteren entschieden. Wäre der Unterschied zwischen beiden Bildgrundlagen, wie der Verfasser C. Sch. meint oder zu meinen scheint, ebensogroß wie der zwischen Dichtung und Wahrheit, dann freilich müßte man ihm unumwunden recht geben. Tatsächlich liegt die Sache wohl verwickelter.

Es sei an die Zeit erinnert, da man noch nicht gelernt hatte, auf so bequeme Weise wie heute vermöge der Autotypie auf Grund eines Lichtbildes ein Klischee herzustellen. Damals strebten außer den Zeitungen auch die Zeitschriften nach Aktualität. Bedeutende Zeichner stellten sich als „zeichnende Journalisten" diesem Streben zur Verfügung. Damals war die Zeichenkunst dieser Art ein durchaus vollgültiges Mittel der Wirklichkeitsdarstellung, wie denn das Zeichnen überhaupt in hohem Ansehen stand und als Grundlage jeder darstellenden Kunst galt. Man blättere die Jahrgänge jener Zeitschriften nach und wird bestätigt finden, daß dem Betrachter nicht der leiseste Argwohn kommen konnte, daß die Zeichnungen etwa Fälschungen der Wirklichkeit sein könnten. Das sieht man heute noch, nach 40 und 50 Jahren!

Unter den heutigen Malern freilich wird das Zeichnen im allgemeinen nicht besonders hoch eingeschätzt. Es verlangt jahrelanges liebevolles Üben. Da greift der junge Kunstbeflissene meist lieber gleich zum Pinsel, mit dessen Hilfe zwar kein Bild in klassischem Sinne, aber mit Leichtigkeit immer noch etwas zu erreichen ist, was nach Impression oder wenigstens nach Expression aussieht. Und die Zeichenlehrer in den Volksschulen lassen ihre Zöglinge denselben billigen Weg beschreiten. Diese Generation ist — mit Ausnahmen — für das „biedere" Wirklichkeitszeichnen so ziemlich verloren. Meist nur der Handwerker, der Reklamezeichner übt die alte Kunst, aber nicht mit dem Ziele der sachlichen Darstellung. Da entsteht denn der Eindruck, unter dem die Bemerkungen in Nr. 32 geschrieben sein dürften, daß nämlich die Zeichnung keine Bestehensberechtigung habe neben der Photographie als der einzig glaubhaften Wirklichkeitsdarstellung.

Aber wir sprachen oben von Ausnahmen. Es gibt auch heute noch Künstler, die imstande sind, über das Handwerksmäßige hinaus das Zeichnen der Wirklichkeit ohne karikaturistischen oder impressionsmäßigen Einschlag zu üben. Man muß sie nur finden und, wie es offensichtlich Zeitungen schon wieder getan haben, als „journalistische Zeichner" ausbilden. Es gehört dazu einerseits wirkliche künstlerische Zeichner-Befähigung, andererseits ein bescheidenes Zurücktreten der „Künstlerpersönlichkeit" hinter der Wirklichkeit und der ihr zukommenden Darstellung. Man rede nicht von Vergewaltigung der Künstlerpersönlichkeit. Alle weltberühmten Maler früherer Jahrhunderte haben sich durch eine eiserne Zeichendisziplin hindurchgerungen und keinen Schaden an ihrem Künstlertum genommen; im Gegenteil, so scheint es, Nutzen davon gehabt. Auch heute finden sich wieder Talente, die diesen Nutzen für sich anerkennen.

Unter diesem Gesichtswinkel scheint die Abstempelung der Zeichnung als Irrweg für die Bildberichterstattung nicht haltbar. Sie hat neben der Photographie ihre volle Berechtigung. Sie muß nur danach sein! Abzulehnen, darin hat C. Sch. bestimmt recht, ist — mit Ausnahmen — die Neigung des Zeichners, zur Verdeckung von Mängeln der Beobachtung seine Zuflucht zur Impression oder zur Karikatur zu nehmen. Wer nicht scharf beobachten und blitzschnell festhalten kann, soll vom Zeichnen aktueller Bilder die Finger lassen.

Haben wir aber den Zeichner gefunden, der das kann, dann hat die Zeichnung in vielen Fällen sogar Vorzüge vor der Photographie. Zunächst die Schnelligkeit, die ja in bestimmten Stunden vor Redaktionsschluß die ausschlaggebende Rolle spielt. Eine Zeichnung braucht man nicht zu entwickeln, zu trocknen, zu kopieren und abermals zu trocknen, wie das Lichtbild. Sie entsteht auf dem Skizzenblock eines gewiegten Zeichners fast genau in derselben Zeit, die der Photograph braucht, um seine Kamera in Schuß und wieder in Ordnung zu bringen; oft ist die Zeichnung fertig, ehe jener nur erst eine Stelle gefunden hat, wo weder Baumstämme noch Lichtmasten noch vorüberhuschende Personen stören. Und kleine Lücken füllt der geschickte Zeichner unter Umständen noch während der Rückfahrt zum Betriebe aus. Wenn sich der Photograph gar noch an Ort und Stelle aufhalten läßt, um private oder behördliche Bestellungen auf Abzüge entgegenzunehmen, ist ihm der Zeichner um viele Pferdelängen überlegen.

Vielfach ist aber auch die Brauchbarkeit („Qualität") der Zeichnung der des Photobildes sichtlich überlegen. Zunächst rein technisch. Regen, Sturm und Dunkelheit im Freien oder schlechte Beleuchtung in Räumen können das Lichtbild für die Herstellung des Klischees bedeutend in der Brauchbarkeit herabsetzen, ja es unverwendbar machen. Aber auch inhaltlich. Wir erinnerten schon an das störende Beiwerk, das der Zeichner weglassen kann. Die kleinen Verschiebungen, die man dem Zeichner gelegentlich erlauben sollte (etwa die Verkleinerung eines Rednerpultes, um den Redner deutlicher hervortreten zu lassen, oder die Verkürzung einer flatternden Fahne, die Wichtigeres verdeckt), sind nicht Fälschung, sondern Steigerung der Sachdarstellung und oft Bedingung für die Erlangung eines darstellungswürdigen Bildes. Sie sind dem Photographen versagt. Vor allem aber ist es die Weglassung von Nebensachen, die dem Lichtbild zu seinem Schaden eben nicht gegeben ist. Nachträgliche Retuschen sind häufig unmöglich, da der Retuscheur zwar ein z. B. durch plötzliche Bewegungen entstelltes Gesicht beseitigen, nicht aber an seiner Stelle ein unentstelltes Antlitz einretuschieren kann. Retuschen nehmen auch immer viel wertvolle Zeit weg. Was aber die Lebenswahrheit anlangt, so ist häufig die Zeichnung eines guten Zeichners dem Lichtbild des besten Photographen überlegen.

Kurz und gut: Uns scheint die letzte Stunde der Zeichnung, selbst für Veranstaltungen der gedachten Art, noch nicht geschlagen zu haben. Wir glauben vielmehr, daß sie noch eine große Zukunft auch für die Bildberichterstattung hat und sogar die Photographie stark zurückdrängen kann, wenn erst wieder überall die tüchtigen Zeichner gefunden und eingeübt sein werden, die der Anlage nach sicher überall vorhanden sind.

Zeppelin und die Presse.

In der in Nr. 33 dieser Zeitschrift veröffentlichten Zuschrift „Zur Zeppelin-Weltfahrt" habe ich mich bemüht, in ruhiger und sachlicher Form nicht nur die Ansprüche der deutschen Presse in der Angelegenheit der Nachrichten über das Schicksal des Unternehmens niederzulegen, sondern auch diese Ansprüche auf das meiner Ansicht nach richtige Maß zurückzuführen. Ich habe mich absichtlich jeglicher Kritik der Nachrichtenpolitik des Unternehmens enthalten, um keine Schärfen in dieser Auseinandersetzung zu tragen. In der Antwort, die in der Nr. 34

Digitized by Google

erschien, werden nicht nur alle Ansprüche der Presse zurückgewiesen, sondern es werden in Bausch und Bogen Vorwürfe gegen die Presse erhoben, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen.

Die deutsche Presse soll nach Ansicht des Herrn Walter Stölting die Gelegenheit gehabt und versäumt haben, die für die Finanzierung der Weltreise des Luftschiffes notwendigen Mittel zusammenzubringen, ja mehr als das, sie hätte diese Mittel selber aufbringen sollen. Ob das Aufgabe der Presse ist, erscheint mindestens fraglich. Zunächst einmal wird einfach gesagt: das Luftschiff. Der „Graf Zeppelin" ist ein deutsches Luftschiff. Es wird kaum bestritten werden, daß es das größte, das schönste und leistungsfähigste deutsche Luftschiff ist; eine technische und organisatorische Leistung, auf die mit den Technikern und Organisatoren das ganze deutsche Volk und nicht in letzter Linie die deutsche Presse stolz ist. Es ist aber nicht das einzige; es hat Vorgänger gehabt, wird Nachfolger haben, der Zeppelin als solcher hat Rivalen gehabt, hat Kritiker gehabt, dessen wird sich niemand besser entsinnen können als Dr. Eckener selbst. Das deutsche Volk hat mit großer Begeisterung und Aufopferungsfähigkeit Mittel aufgebracht, um an seinem Bau zu helfen. Das alles aber bedeutet noch keine uferlosen Ansprüche an die deutsche Presse. Und wenn ein amerikanischer Zeitungsunternehmer große Mittel für das Nachrichten-Monopol aufwendet, so hat er das selbstverständlich nicht getan, um das „deutsche Luftschiff um die Welt fahren zu lassen", sondern aus ganz anderen Gründen, die sich für ihn in sehr deutlichen Ziffern ausdrücken lassen.

Der Vorschlag, daß die Zeitungen ihrerseits sich hätten zusammentun sollen, um die Mittel zu schaffen, ist ja wohl erwägenswert und auch erwogen worden, aber er ist eben abgelehnt worden, und das W. T. B. wie der Verein deutscher Zeitungsverleger werden ihre Gründe dafür gehabt haben. Natürlich wäre es eine schöne und große Tat gewesen, aber, wie bereits bemerkt, ist dieser Zeppelin nicht der erste. Er trägt die Nummer 127 und die Ziffern werden wahrscheinlich noch viel höher steigen. Wie nun soll sich die Presse bei der nächsten Fahrt verhalten? Es könnte eine Nordpolfahrt oder eine äquatorielle Umkreisung in Frage kommen — es werden immer neue und größere Aufgaben sein, die der „Luftschiffbau Zeppelin" sich setzt. Soll dann die Presse immer die Aufgabe haben, „das deutsche Luftschiff um die Welt fahren zu lassen"? Diese Erwägungen werden es wohl gewesen sein. die zur Ablehnung des Planes führten.

Völlig abwegig ist der Vergleich mit dem Auto. Der Zeppelin ist schon mehr als ein Auto, er ist ein Luft-Autobus größten Stils, und wenn wir schon den Vergleich mit den auf der Straße fahrenden Verkehrsmitteln ziehen wollen, so könnte es sich nur um einen höchst vollkommenen, auf hoher Stufe der Leistungsfähigkeit stehenden Autobus handeln. Wenn jemand einen solchen bekommt und die Erlaubnis, damit zu fahren, Passagiere, Frachten und Post mitzunehmen, so ist es seine nächste Sorge, der Öffentlichkeit teils durch die Presse, teils durch andere Wege die Fahrzeiten, Fahrpläne und sonstige Einzelheiten bekanntzugeben und dann die Sache auf eine geschäftliche Basis zu stellen. Man kann aber nicht auf der einen Seite den Zeppelin mit einem Auto vergleichen, zu dem man Benzin, Gummi usw. braucht, und auf der anderen Seite mit dem weiland Stanley: „Wie ich Livingstone fand." Unter keinen Umständen kann man aus solchen Vergleichen Verpflichtungen für die Presse herleiten.

Und da das Thema nun einmal wieder angeschnitten ist, wollen wir uns gleich über eine andere Seite der Sache ein wenig unterhalten und einmal feststellen, ob das, was in den letzten zwei Wochen in einem Teil der deutschen Presse und in den Nachrichtenbüros geschehen ist, etwas sehr „amerikanisch" war, d. h. es war nicht wirklich amerikanisch, sondern so, wie man hier glaubt, daß es in den amerikanischen Zeitungen und Nachrichtenbüros zugeht. Etwa so, wie das Lustspiel „Reporter", das kürzlich am Kurfürstendamm gegeben wurde, die Sache darstellt. Das ist etwas anderes. Da wurden Meldungen auf Vornotizen basierend und mit Spekulation auf gut Glück als Tatsachen ausgegeben, da wurden Nachrichten der Konkurrenz abgefangen, umgemodelt und in anderer Form ausgegeben, da wurden Mitteilungen als Telegramme frisiert, die nicht telegraphisch befördert worden waren, und eine Aufregung herrschte, auf die man zwar nicht das Zitat anwenden kann, „daß sie einer beiseren Sache würdig gewesen wäre", denn die Sache war ja unbestritten nicht nur gut, sondern mehr als gut, sie war glänzend. Aber die Einzelheiten, über die man sich aufregte, waren doch die Aufregung nicht immer wert. Es ist für den verantwortlichen Berichterstatter und für den seiner Verantwortung bewußten Redakteur wichtig, schleunigst zu erfahren, ob das Luftschiff, mit dem sich die Gedanken des deutschen Volkes in so hohem Maße beschäftigen, abgefahren oder angekommen ist. Und es ist ungeheuer wichtig, daß übertriebene Gerüchte von einer angeblichen oder wirklichen Beschädigung auf das richtige Maß zurückgeführt werden. Es ist, um von dem einen Objekt nun einmal fortzukommen, wichtig, ob im Haag eine Verständigung erzielt ist oder ob die Konferenz auffliegt, und wenn eine Verständigung erfolgt ist, auf welcher Basis. Das sind alles wichtige Sachen, bei denen Aufregung gerechtfertigt ist. Ob aber der deutschen Presse am Morgen mitgeteilt wird, daß das Luftschiff — abgesehen davon, daß es überhaupt gestartet ist — 5.26 oder 5.52 Uhr aus der Halle gezogen worden ist und es soundso viel oder soundso viel Minuten später in die Lüfte ging, das ist wirklich herzlich gleichgültig und das ist nicht die „smartness" wert,die in diesem Falle von einigen Stellen darauf verwendet worden ist. Das ist auch nicht amerikanisch. Unsere amerikanischen Kollegen werden sich wahrscheinlich sehr energisch dagegen verwahren, wenn man das als Nachahmung ihres Stiles bezeichnet. Rasche und ausführliche Nachrichtengebung ist eine sehr gute Sache die ganz besonders der deutschen Presse in ihrem jetzigen Zustande not tut, aber man muß gerade dabei das richtige Maß und die richtige Methode finden, sonst artet die Sache zur Groteske aus.

Vielleicht äußert sich einmal ein amerikanischer Kollege oder ein deutscher Kollege, der in amerikanischen Büros gearbeitet hat, dazu.

W. Schwedler.

Ist der Ausdruck „Hungerlöhne" zulässig?

Ein Streitfall, dessen Ausgang für die gesamte deutsche Publizistik von Interesse ist, beschäftigte die erste Zivilkammer des Landgerichts in Hanau. Der Redakteur der sozialdemokratischen „Hanauer Volksstimme" hatte im Verlauf einer Polemik gegen den Generaldirektor einer dort ansässigen Gummifabrik die Wendung gebraucht, es seien bei dieser Firma vielfach „Hungerlöhne" üblich. Die Firma erwirkte eine einstweilige Verfügung, die dann auch durch Gerichtsurteil bestätigt wurde, wonach dem Beklagten bei einer Geldstrafe bis zu 1000 Mk. verboten ist, den Ausdruck Hungerlöhne im Zusammenhang mit der Firma zu gebrauchen. Da der Redakteur schon während der Verhandlung auf die Fortführung der Polemik verzichtet hatte, wäre das Urteil wenigstens bis auf

Digitized by Google

weiteres ohne Belang. Das Gericht stellt jedoch mit dem Urteil und seiner Begründung Rechtsnormen auf, die keinesfalls zu halten sind.

Die deutsche Presse — keineswegs allein die sozialdemokratische oder die gewerkschaftliche Presse — muß es als ihr Recht in Anspruch nehmen, Mißstände — gleichgültig welcher Art — als das zu kennzeichnen, was sie wirklich sind. Es gibt wohl wenige deutsche Blätter, die nicht mindestens schon einmal in die Lage gekommen wären, ergreifende Schilderungen sozialen Tiefstandes in wirtschaftlich ungünstigen Gebieten bringen zu müssen. Man braucht nur an das lebhafte Echo zu erinnern, das seinerzeit die Reise des Reichspräsidenten v. Hindenburg in das Waldenburger Notstandsgebiet allenthalben gefunden hat. Hier, wo das Elend niedrig entlohnter Bergarbeiter und Textilarbeiter auf die wirtschaftliche Struktur der ganzen Gegend, auf das Gemeindeleben, auf das Bildungsniveau usw. abfärbt, hat sich oft die Schilderung der sozialen Verhältnisse zu einer wuchtigen Anklage gegen die Gesellschaft verdichtet. Ähnliches gilt für zahlreiche Reviere, in denen heute noch die Heimarbeit vorherrscht, für manche Gebirgsgegenden mit Bevölkerungsüberschuß, die heute weniger als je den Zugang zur Industrialisierung finden. Weite Kreise der Presse — ohne Rücksicht auf parteipolitische Bindungen — haben es in solchen Fällen als ihre Pflicht angesehen, zu warnen oder an die staatliche Hilfe zu appellieren. Dabei ging es natürlich nicht immer mit Argumenten akademisch wissenschaftlicher Art ab, die eine Reportage zu hoffnungsloser Langweiligkeit verurteilen. Da war denn oft von Hungerexistenzen, Hunger- und Elendslöhnen und dergleichen die Rede, ohne daß sich je ein Gericht daran gestoßen hätte.

Anders im Hanauer Fall: hier stellt das Gericht ohne besonderen Anlaß schlechthin die Sache so dar, als ob tariflich festgelegte Löhne niemals Hungerlöhne sein könnten. Die Urteilsbegründung sieht in der erwähnten Äußerung

> „die klare und unzweideutige Behauptung, die Klägerin zahle vielfach Hungerlöhne. Diese Behauptung — so fährt die Begründung fort — ist unwahr. Es fehlt nämlich in ihr der Hinweis darauf, daß die Klägerin, was vom Beklagten nicht bestritten wird, ihre Lohnzahlungen tarifgemäß bewirkt, so daß in jedem unbefangenen Leser der Eindruck erweckt werden muß, die von der Klägerin gezahlten Löhne blieben unter den Tariflöhnen und seien um deswillen „Hungerlöhne“, denn das kann und will der Beklagte nicht behaupten, die Tariflöhne seien überhaupt und ganz allgemein „Hungerlöhne“. Wohl trifft es zu und ist es gerichtsbekannt, daß die Arbeitslöhne im allgem. sehr niedrig sind und wenig mehr, als zur Fristung des notdürftigen Lebens ausreichend. Aber von „Hungerlöhnen“, also von Löhnen, die diesen Zweck nicht erfüllen, kann füglich nicht die Rede sein. Dies um so weniger, als die Höhe dieser Löhne unter Mitwirkung der auf beiden Seiten beteiligten Wirtschaftsorganisationen und deren berufenen Vertreter, sowie unter Aufsicht der eigens zu diesem Zweck eingesetzten staatlichen Überwachungsstellen festgesetzt werden und hierdurch die Gewähr gegeben ist, daß das Existenzminimum erreicht und gehalten wird...“

Diese Beweisführung ist durchaus abwegig. Wohl wird man im allgemeinen es als Ziel jeder tariflichen Lohnregelung annehmen können, daß das Existenzminimum erreicht oder gehalten wird. Ob dieses Ziel aber erfolgreich angestrebt werden kann, das hängt ja nicht nur vom guten Willen der Tarifparteien oder des amtlichen Schlichters ab. Steigende Preise mindern die Kaufkraft des Reallohns und können einen bei seiner Festsetzung auskömmlich erscheinenden Lohnsatz entwerten, bis er zum Hungerlohn wird. Im vorliegenden Falle werden die Löhne der Gummiarbeiter nach dem in der Chemie gültigen Tarif festgesetzt. Gerade diese Löhne aber mußten wenige Monate nach der Fällung des erwähnten Urteils erhöht werden, weil die Unternehmer selbst sie als unzureichend anerkannten. Also waren sich wohl auch die Tarifparteien nicht so ganz einig darüber, ob die in der Gummiindustrie im Herbst vorigen Jahres gezahlten Löhne auskömmlich waren oder als Hungerlöhne gelten konnten. Das Gericht jedoch glaubt sich berechtigt, jeden Tariflohn als ausreichend zur Fristung des Existenzminimums zu erklären. Es setzt sich auch darüber hinweg, daß ein notorisch auskömmlicher Tariflohn große Arbeitnehmermassen nicht vor dem Hunger schützen kann, wenn etwa infolge von Saisonschwankungen Beschäftigungsmangel eintritt und infolge der dann einsetzenden Kurzarbeit der Wochenlohn nicht verdient werden kann, der den Tarifparteien oder dem Schlichter bei dem Vertragsabschluß als auskömmlich vorschwebte. Jedenfalls schützt die Tatsache, daß ein Lohn tariflich festgelegt ist, keinesfalls vor Unterschreitung des Existenzminimums. Man kann aus dem Chemiearbeitertarif dafür selbst ein Beispiel anführen. Der Lohn des gelernten Chemiearbeiters betrug in der fraglichen Zeit 96 Pfennige die Stunde, der der Arbeiterin 55 Pfennig die Stunde nach dem Mindestsatz. Bei diesen Lohnsätzen, von denen offenbar der höhere dem Gericht als sehr niedrig vorschwebte, wird eine Arbeiterin, die noch Angehörige zu unterstützen hat, sicherlich bittere Not leiden, selbst wenn es ihren männlichen Kollegen noch nicht ausgesprochen schlecht zu gehen braucht.

Diese Hinweise zeigen bereits, daß das Hanauer Gericht von gänzlich falschen Tatsachenvoraussetzungen ausging, als es sein Urteil fällte. Wohin würde es kommen, wenn man beispielsweise ohne Nachprüfung der im einzelnen Fall entscheidenden Zusammenhänge etwa die Behauptung aufstellen wollte, allen deutschen Landwirten ginge es gut, nur deswegen, weil das Reich mit seiner Zollpolitik und Kreditgewährung den Ertrag der Landwirtschaft mit durchaus umstrittenem Erfolg aufzubessern sucht? Zu welchen Konsequenzen müßte es führen, wenn ein deutsches Gericht ein auf bestimmten Tatsachen fußendes Werturteil nach der einen oder anderen Richtung für juristisch unerlaubt erklären und gegen Zuwiderhandlungen Geldstrafen festsetzen wollte? Der Eingriff in die öffentliche Urteilsbildung, der hier vorliegt, könnte unter Umständen zu Konsequenzen führen, die ganzen Berufsständen sehr unangenehm sein würden.

Als besondere Härte mutet das Urteil vorliegenden Falles deshalb an, weil das Gericht dem beklagten Redakteur ausdrücklich zugestand, es gehöre zu dessen Pflichten, den Kampf gegen die „oft behauptete“ Ausnutzung und Ausbeutung durch das Arbeitgebertum zu führen. Bei klarer Erkenntnis des wirtschaftlichen und sozialen Sachverhalts hätte das Gericht einsehen müssen, daß es unmöglich ist, eine Rechtsnorm aufzustellen wie die, Tariflöhne seien keine Hungerlöhne. Dann hätte aber das Gericht keine Urteilsgrundlage mehr gehabt, mindestens jedoch hätte es angesichts der Schwierigkeit des ganzen Problems dem Beklagten die Wahrung berechtigter Interessen zugestehen und damit zu einem Freispruch kommen müssen.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Sachwalter der Justiz vor mißdeutigen oder übertriebenen Auslegungen ihrer Urteilssprüche zu warnen. Wehren müssen wir uns jedoch als Journalisten dagegen, daß die Freiheit der öffentlichen Meinung und Kritik durch Urteile eingeschränkt wird, die einfache soziale Vorgänge nicht richtig zu würdigen vermögen. Was hier dem einen mit den „Hungerlöhnen“ zustößt, kann dem nächsten bei anderen Anlässen widerfahren. Wir möchten daher hoffen, daß das befremdende Urteil von der Berufungsinstanz korrigiert wird.

Arthur Saternus.

Das Presseheim Oybin.

bei Zittau ist auch im Winter geöffnet und bietet den Kollegen neben wundervoller Wintererholung in der Natur auch beste Unterkunft und Verpflegung. Anfragen bitte direkt an das Heim.

Digitized by Google

Filmkritik.

Dr. Robert Volz, den Lesern der „Deutschen Presse" kein Unbekannter und insbesondere allen filmisch interessierten Kollegen längst vertraut durch seine unermüdliche Pionierarbeit auf diesem Gebiet, hat in Nr. 33 der „Deutschen Presse" mit seinem Artikel „Der Schrei nach der Presse .... und wie ihn die Filmindustrie versteht" das Thema der sog. „Gratis-Korrespondenzen" erschöpfend behandelt. Er sieht, wie ich aus langjähriger genauer Beobachtung der Dinge glaube sagen zu dürfen, in dieser Beziehung vielleicht etwas allzu schwarz, wenn auch zugegeben werden muß, daß immer noch manche Redaktionen das — übrigens zumeist recht minderwertige und flache — Material solcher „Korrespondenzen" stärker ausbeuten, als es angebracht erscheint. Der gerade den Feuilletonisten nicht selten ziemlich beschnittene Etat wird dabei eine Rolle spielen.

Es gibt aber — und der Verfasser dieser Zeilen hat bereits wiederholt in führenden Zeitschriften und Fachblättern, auch in der „Deutschen Presse" darauf hingewiesen — eine welt größere Gefahr für den verantwortungsbewußten Filmjournalisten, und zwar ist und bleibt das, vor allem in den (größeren wie kleineren) Provinzblättern, die Frage der Filmkritik! Hier müßte, nicht zuletzt von seiten der Arbeitsgemeinschaften, weit tatkräftiger als bisher durchgegriffen werden, um nicht nur den einzelnen mit der Kritik beauftragten Kollegen, sondern auch den Zeitungen den Rücken zu stärken. Denn immer ist es noch so, daß ein großer Teil der Lichtspieltheaterbesitzer meint, der Kritiker sei sein Hinweis- und Reklameschreiber, der lediglich ins Kino zu kommen hat, um seine Anzeigen durch „ein paar wohlwollende Zeilen" zu unterstützen. Tut er das nicht, sondern nimmt er es ernst mit seiner Aufgabe, dann ist der Redakteur ein „böswilliger Ignorant", der einzig und allein darauf bedacht ist, dem Direktor X. oder Y. sein Kinogeschäft zu verderben. Folgen geharnischte Beschwerdeschreiben (selbstverständlich nicht an die Redaktion, sondern an den Verlag) und so und so oft Entziehung der Inserate usw. usw.

Man wird verstehen, daß es unter solchen Umständen wahrhaftig mehr als der üblichen Berufsfreude bedarf, um einer Tätigkeit gerecht zu werden, die ohnedies gerade heute, wo die Filmproduktion des vergangenen Jahres nur ganz vereinzelt ein anständiges Kunstwerk auf den Markt brachte, dem Feuilletonredakteur nicht eben eine „Lieblingsbeschäftigung" bedeutet. Es wäre deshalb durchaus wünschenswert, wenn sich — was ja einzelne Arbeitsgemeinschaften bereits getan haben (siehe vor allem den Artikel des Kollegen Dr. Rumpf-Mannheim in Nr. 1/29 der „Deutschen Presse") — wie vorgesehen die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse bald unter Heranziehung sachverständiger Kollegen (immer wieder und vor allem auch aus der Provinz) ernstlich mit diesem ganzen Problem beschäftigen und generell Richtlinien aufstellen würde, auf Grund deren die Filmkritiker einen stärkeren Schutz vor Übergriffen unbelehrbarer Kinodirektoren erhalten. Ich bin davon überzeugt, daß durch eine derartige „Absteckung der Grenzen" gewissermaßen das Verhältnis zwischen Presse und Film keineswegs eine Verschärfung, sondern, wenn beide Teile im Interesse der Allgemeinheit zu arbeiten bestrebt sind, im Gegenteil eine Verbesserung erfahren würde. Wenn bei dieser Gelegenheit gleichzeitig etwas für die vernünftigere, solidere und wahrere Gestaltung der Kino-Inserate erreicht werden könnte, so wäre das doppelt zu begrüßen; denn was heute auf diesem Gebiet vielfach an Lächerlichkeit, übler Sensationshascherei und selbst Schmierage geleistet wird, spottet jeder Beschreibung und schreit dringend nach Abhilfe.

Adolf Eidens.

Rundfunk und Presse.

Auch das Ausland sieht keine Gefahren.

In den Spalten der „Deutschen Presse" ist wiederholt die Frage, ob der Rundfunk eine Gefahr für die Presse bedeute, erörtert und nach gründlicher Untersuchung verneint worden. Mit Rücksicht darauf jedoch, daß es im Zeitungswesen immer noch weite Kreise gibt, die der Auffassung sind, daß der Rundfunk die Presse schädige, sei darauf hingewiesen, daß in letzter Zeit auch aus dem Auslande Meldungen eingingen, die den Beweis dafür erbringen, daß der Rundfunk keineswegs in der Lage ist, die Presse zu ersetzen und somit zu verdrängen. Die in Frage kommenden Meldungen beziehen sich allerdings im wesentlichen auf die Zeitung als Reklameträger. Was die Gefahren des Rundfunks für die Zeitung als Vermittler von Nachrichten und Meinungsäußerungen anlangt, sowie vor allem als Meinungsbildner, so dürfte ein ernsthafter Abonnentenschwund durch die Verbreitung des Rundfunks von den Zeitungen nicht nachgewiesen werden können. Die Berichterstattung des Rundfunks — von Meinungsäußerung und Meinungsbildung kann schon mit Rücksicht auf seine Überparteilichkeit nicht die Rede sein —, die von ganz anderen Gesichtspunkten ausgehen und überdies auch ihren ganz besonderen Stil haben muß, wenn sie wirklich überhaupt die Funktionen einer Berichterstattung ausüben will, kann sich, wie jeder Rundfunkhörer weiß, schon aus Mangel an Zeit nur auf die kurze Wiedergabe wirklich wichtiger Meldungen beschränken. Sie wirkt auch dann mehr nach der Richtung hin, daß sie das Interesse für die gedruckte Zeitung anregt und belebt, als daß sie es einschränkt. Und den Handelsteil muß der Rundfunk wegen seiner Kompliziertheit sogar nahezu unberücksichtigt lassen.

Was schließlich die Reklame durch den Rundfunk anlangt, so treten hierbei die gleichen Schwierigkeiten hervor wie bei der Verbreitung von Nachrichten durch den Rundfunk. Es können mit einigem Erfolg nur solche Gegenstände angeboten werden, die in sich in nicht allzuviele Kategorien zerfallen. Inserate, wie sie beispielsweise große Geschäfte der Textil- oder Lebensmittelbranche, auch Warenhäuser, aufgeben, mit ihrer Fülle an Text, sind im Rundfunk einfach unmöglich. Niemand würde sich die Mühe machen, die auf diese Weise verbreiteten Angebote genau anzuhören oder gar aufzuschreiben. Es kommt aber noch ein psychologisches Moment hinzu, und das ist das wichtigste. Man will durch den Rundfunk Anregungen und Zerstreuungen empfangen, aber nicht mit Geschäften belästigt werden. Daher stellen 90 Prozent der Rundfunkhörer den Apparat ab, sowie die Reklamedarbietungen durchgesprochen werden. Das Geld für diese Art der Reklame wird daher meistens nutzlos vertan, und sehr viele Geschäftsleute haben sich im Laufe der Zeit davon überzeugen können, daß die Rundfunkreklame meistens gar nicht ihr Ziel, nämlich die kapitalkräftigen Käufer, erreicht.

Dieselbe Erfahrung hat man in Frankreich gemacht. Dort sind die inserierenden Kaufleute zu der Überzeugung gekommen, daß sich etwaige Reklame mittelst des Mikrophons nicht bezahlt macht und wenden sich wieder mehr der besonders wirksamen Zeitungsreklame zu.

Ganz ähnlich liegen die Dinge in den Vereinigten Staaten. Das Warenhaus Wanamaker, das ungeheure Summen für die Rundfunkreklame ausgegeben hat, ist zu der Auffassung gelangt, daß die Reklame mittelst des Mikrophons den Absatz im allgemeinen nicht fördere und daher nur einen geringen Wert besitze. Das Unternehmen führte die Rundfunkreklame in sehr vorsichtiger Weise durch. Man verzichtete darauf, jeden Tag durch Rundfunk alle Artikel anzupreisen, die man zu verkaufen hat. sondern man beschränkte sich gewöhnlich darauf, beim Ansagen der Sendungen auf die Firma hinzuweisen, und man nahm an, daß manche Hörerkreise aus einer gewissen Dankbarkeit heraus das Warenhaus bei ihren Einkäufen bevorzugen würden. Das scheint aber durchaus nicht der Fall gewesen zu sein, denn Wanamaker hat seine große Sendestation in Philadelphia, die seit 1922 ununterbrochen in Betrieb war, geschlossen. Da es in Amerika

Digitized by Google

nur private Sendestationen gibt, mit Ausnahme einiger großer, die internationale Bedeutung haben, so bedeutet diese Schließung zwar eine Einschränkung der Hörmöglichkeiten der Rundfunkfreunde, aber immerhin wird bewiesen, daß die Rundfunkreklame kein Ersatz für die Zeitungsinsertion und daß daher der Rundfunk durchaus nicht der „stärkere Bruder" in der Reklamebearbeitung des Publikums ist.

Es wäre nun verkehrt, wenn viele Tageszeitungen, die bisher das Rundfunkprogramm abgedruckt haben, aus Konkurrenzüberlegungen diese Beigabe ihren Lesern nicht mehr bieten würden. Auch die manchmal durchaus berechtigte Kritik an den Rundfunkdarbietungen darf keinesfalls unterbleiben, da mit ihr wichtige Interessen des hörenden Publikums gewahrt werden. Die Kritik hat dazu beigetragen, die Programme aus einer gewissen Einseitigkeit zu erlösen, und der Rundfunk müßte, wenn er ohne diese Kritik bliebe, stagnieren. Die Wechselbeziehungen zwischen Rundfunk und Presse sind auch in dieser Beziehung von großer Wichtigkeit, wenngleich natürlich die einzelne Zeitung durch den Abdruck der Rundfunkprogramme keine Einnahmequellen hat. Aber die Abonnenten werden auf diese angenehme Beigabe nicht verzichten wollen, denn nicht jeder will oder kann sich noch eine besondere Rundfunkzeitung halten.

Die Presse braucht also den Rundfunk auch in Zukunft nicht zu fürchten, sollte sich aber nach wie vor mit ihm beschäftigen und sich um ihn kümmern. Es wäre bedauerlich, wenn dem Rundfunk die öffentliche Kritik in Zukunft fehlen würde, ohne die nun einmal keine Fortentwicklung einer solchen Institution denbar ist. Molitor.

Abgeordnete und Immunität.

Das Schöffengericht Oranienburg hat den nationalsozialistischen Abgeordneten Strasser wegen Beleidigung des Preußischen Ministerpräsidenten Braun, des Ministers Hirtsiefer, des Zentrumsabgeordneten Kloft, des Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß, des Berliner Rechtsanwalts Dr. Georg Löwenthal und der beiden Essener Rechtsanwälte Dr. Stern und Dr. Levi sowie gegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu insgesamt 6 Monaten Gefängnis und 350 Mark Geldstrafe verurteilt.

Strasser, der in diesem Proeß durch den nationalsozialistischen Rechtsanwalt Dr. Freiser aus Kassel vertreten war, hatte bekanntlich unter dem Schutz der Immunität als Reichstagsabgeordneter insgesamt 10 Zeitungen als verantwortlicher Redakteur gezeichnet. In diesen 10 Blättern — es handelt sich um die „Berliner Arbeiterzeitung" und deren neun in der Provinz erscheinende Kopfblätter — hatte er schwere Verleumdungen und Beleidigungen der oben erwähnten Persönlichkeiten veröffentlicht bzw. die Veröffentlichung dieser Beleidigungen und Verleumdungen mit seinem Namen gedeckt. Der Antrag des Staatsanwaltes gegen Strasser ging sehr viel weiter als das Urteil. Der Staatsanwalt hatte nicht weniger als 1 Jahr 6 Monate Gefängnis beantragt und in seinem Plaidoyer ausgeführt, daß die über den Angeklagten zu verhängende Strafe abschreckend wirken müsse.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Nochmals das Jahrbuch der Tagespresse.

Alfred Ingemar Berndt hat bezüglich der Lückenhaftigkeit des Jahrbuchs der Tagespresse in Nr. 33 eigentlich schon das meiste gesagt, und wir Redakteure von Nachrichtenbüros können ihm in dieser Richtung nur dankend beipflichten. Immerhin sei der Hinweis gestattet, daß dem Jahrbuch-Verlag schon vor dem Erscheinen der ersten Auflage, insbesondere aber nach der ersten Auflage mit aller Deutlichkeit gesagt worden ist, wie groß seine Unterlassungssünde durch das Weglassen der Nachrichtenbüros usw. sei. Der Verlag hätte also ohne weiteres Gelegenheit gehabt, schon für die zweite Auflage die notwendigen Unterlagen zu beschaffen und die entsprechende Rechtfertigung vorzubereiten. Im übrigen wird man abwarten müssen, wie sich der Verlag des Jahrbuches die Angaben über die Korrespondenz- und Nachrichtenbüros verschafft.

Hierzu noch ein Wort. In seiner Rechtfertigung schreibt Kurt Kornfeld, daß die Vorarbeiten zu jeder Neuauflage des Jahrbuches mit der Versendung von Fragebogen an sämtliche Tageszeitungen beginnen. Er ist also mit seinen Worten recht vorsichtig. Wer ist Tageszeitung? Ist das Verlag, oder ist das die Redaktion? Nach meiner Meinung müßten derartige Fragebogen paritätisch an die Verlage und an die Redaktionen versandt werden, und die daraufhin eingehenden Angaben, falls sie in irgendwelchen Einzelheiten sich unterscheiden, durch entsprechende Rückfragen ausgeglichen werden. In sehr vielen Fällen werden sich trotz vertraglicher Festlegung der Beziehungen zwischen Verlag und Redaktion unterschiedliche Angaben bei der Beantwortung ergeben, die durch entsprechende Rückfragen leicht ausgeglichen werden können. Im übrigen: Warum werden an jede in Betracht kommende Stelle nicht zwei verschiedenfarbige Fragebogen versandt, von denen der eine sofort und der andere mit etwaigen Berichtigungen unmittelbar vor dem Redaktionsschluß der betreffenden Auflage des Jahrbuches zurückzusenden sind? Wenn mit Fragebogen bedachte Verlage und Redaktionen dann nicht antworten, so muß man diesen Organen die Verantwortung überlassen. Man sollte ihnen aber die Beantwortung dieser Frage zum mindesten so weit als möglich erleichtern.

H. G.

Presseausweise für Luftschiff „Graf Zeppelin".

Der Luftschiffbau Zeppelin G. m. b. H. Friedrichshafen a. Bodensee bittet uns, folgendes bekanntzugeben:

„Die bisher ausgegebenen Presseausweise müssen aus verschiedenen Gründen für ungültig erklärt werden und berechtigen vom Tage dieser Veröffentlichung ab nicht mehr zum Betreten des Werftgeländes. Es werden an deren Stelle neue Ausweise ausgestellt, und die Zeitungsredaktionen bzw. Nachrichtenbüros werden hiermit gebeten, den alten Ausweis ihres Vertreters sofort an den Luftschiffbau Zeppelin G. m. b. H., Verkehrsabteilung, Friedrichshafen a. B. einzusenden und anzugeben, auf welchen Namen der neue Ausweis ausgestellt werden soll. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausweise nur von den betreffenden Zeitungsredaktionen bzw. Nachrichtenbüros für ihre Vertreter angefordert werden können."

Unfruchtbare Kritik am Jahrbuch der Tagespresse.

Der Kollege Alfred Ingemar Berndt hat meine anerkennende Besprechung des zweiten „Jahrbuches der Tagespresse" durch eine Kritik ergänzt, die ich leider als unfruchtbar bezeichnen muß. Wer sich eine Vorstellung von dem Zustandekommen eines solchen Nachschlagewerkes macht — und der Kritiker sollte dies in allererster Linie tun —, weiß, daß der Herausgeber auf die Zuverlässigkeit des ihm übersandten Fragebogenmaterials angewiesen ist, besonders was die personellen Angaben betrifft. Außerdem weiß jeder, der sich selbst schon einmal an einer solchen Arbeit versucht hat, daß die Einzelangaben erst allmählich den wünschenswerten Grad von Fehlerlosigkeit erreichen können, und dies auch nur dann, wenn er von allen Beteiligten dabei unterstützt wird. Das neue Jahrbuch enthält nach einem groben Überschlag rund 11 000 Namen! Daß dabei immer ein gewisser Prozentsatz von Fehlern unterlaufen wird, besonders bei den Angaben über Kollegen, die in der Zwischenzeit ihre Stellung wechselten oder verstorben sind, hätte sich der Kollege Berndt eigentlich selbst sagen können. Bemerkt man solche Fehler, so gibt es nur ein wirksames Abhilfemittel, nämlich eine entsprechende Mitteilung an den Herausgeber des Jahrbuches. Es hat nicht den geringsten Sinn und bedeutet keine Förderung des nach jahrelangen Bemühungen endlich zustande gekommenen Werkes, an dessen Weitererscheinen niemand stärker interessiert ist als die gesamte Kollegenschaft, wenn man statt dessen Fehler in den Personalangaben an die große Glocke hängt, wie dies der Kollege Berndt tut. Ich habe durch eine eingehende Kritik des ersten Jahrgangs des Jahrbuches wohl den Nachweis geliefert, daß ich vor einer sachlich scharfen Kritik keineswegs zurückschrecke, und nicht wenige der inzwischen vorgenommenen Verbesserungen sind auf meine Anregungen zurückzuführen. In der Kritik des Kollegen Berndt habe ich keine fruchtbare Anregung gefunden, nicht einmal die naheliegende Mahnung an die Kollegenschaft, nach Kräften an der Vervollkommnung des Jahrbuches und an der Ausmerzung von Fehlern mitzuarbeiten. Ich hole dies nach und stelle dabei fest, daß mein Gesamturteil über die im zweiten Jahrgang des Jahrbuches geleistete Arbeit durch die Bemängelungen des Kollegen Berndt in keiner Weise erschüttert werden kann.

Ernst Scheiding, Dresden.

Digitized by Google

Fachrundschau

Internationale evangelische Journalistentagung in Basel.

Auf der internationalen christlichen Pressekonferenz, die in den Tagen vom 22.—25. August in Basel stattfand, sprachen zum ersten Thema, das den Aufgaben und Nöten der christlichen Presse in den beteiligten Ländern gewidmet war, Vertreter von Deutschland, Österreich, Holland, Belgien, Frankreich, des Elsaß und der Schweiz. Als gemeinsames Ziel trat die Aufgabe hervor, eine engere Zusammenfassung der vielfach zersplitterten christlichen Presse in ökumenischem Geist herbeizuführen. In ihrem weiteren Verlauf beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage der engeren Zusammenarbeit der christlichen Presse zwischen den beteiligten Ländern. Gegenüber der in fast allen Ländern gleichartigen Entwicklung des modernen Geisteslebens und gegenüber dem Vordringen weltlicher Kulturbestrebungen wurde die Herausarbeitung eines evangelischen Kulturprogramms mit konkreten Repliken und sozialen Forderungen als dringend notwendig erachtet. Der Ausbau des bereits bestehenden internationalen Nachrichtendienstes, eine lebendige und interessante Berichterstattung über Kirchen fremder Länder, Ausstellungen und Studienreisen sowie Schulungskurse wurde angeregt. In einer Entschließung bittet die Konferenz die Kirchenleitungen der verschiedenen Länder um moralische und finanzielle Förderung der wichtigen Pressearbeiten. Auf der Tagesordnung der Schlußsitzung stand die Frage: „Wie steht die Tagespresse zu den Fragen des Christentums und den Aufgaben des Stockholmer Arbeitskreises?" Für Deutschland hatte das Referat Redakteur Günzler vom „Stuttgarter Neuen Tageblatt", der eine gewisse Aufgeschlossenheit und wohlwollende Haltung des größten Teils der Tagespresse gegenüber kirchlichen und christlichen Fragen konstatierte und diese Aufgeschlossenheit zum großen Teil auf die Tätigkeit der evangelischen Presseverbände zurückführte. Im Schlußwort forderte der Vorsitzende der Konferenz Professor Hinderer-Berlin eine positive Stellung der christlichen Kreise zur Tagespresse.

In einer Entschließung wurde die hohe Berufsauffassung der Tagespresse, wie sie in den Ausführungen der anwesenden Pressevertreter Ausdruck fand, anerkannt und die Bereitschaft der evangelischen Presseverbände zur weiteren Ausgestaltung der angebahnten Zusammenarbeit ausgesprochen. Zuletzt wurde die Fortsetzung der internationalen Zusammenarbeit der christlichen Presse beschlossen und ein Fortsetzungsausschuß aus Vertretern der beteiligten Länder gewählt.

Vom deutschen Zeitungswesen.

Das „Berliner Tageblatt" veröffentlichte anläßlich des Weltreklame-Kongresses eine Sonderbeilage mit dem Titel „Reklame und Publikum", die eine Fülle interessanter Beiträge deutscher und ausländischer Autoren enthält.

Das „Erkelenzer Kreisblatt" konnte vor kurzem das Fest seines 75jährigen Bestehens begehen. Aus diesem Anlaß wurde eine reichhaltige Jubiläumsausgabe veröffentlicht, die eingehende Schilderungen aus der Entwicklungsgeschichte des heute noch in Familienbesitz befindlichen Blattes enthält.

Die „Kölnische Volkszeitung" hatte unter der Überschrift „Die Stunde der Wirtschaft" aus Anlaß des Abschlusses der Pariser Konferenz eine ausgezeichnete Sonderbeilage herausgegeben, in der nachgeprüft wird, welche Verpflichtungen der Wirtschaft erwachsen, wenn der Young-Plan endgültig angenommen werden sollte. Die Sonderbeilage, die Geleitworte von Geheimrat Duisberg, Oberpräsident Fuchs, Direktor Fischer und des Handels- und Wirtschaftsredakteurs der „R.V." Werner Peiner bringt, enthält eine Reihe von Aufsätzen, die sich mit der Auswirkung des Young-Planes auf die verschiedenen Wirtschaftsgebiete auseinandersetzen. Die Nummer ist auch drucktechnisch hervorragend und mit ausgezeichneten Reproduktionen in Kupfertiefdruck versehen.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung hat kürzlich unter dem Titel „10 Jahre Friedenswirtschaft" anläßlich des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung des Versailler Friedens eine interessante Sonderveröffentlichung herausgebracht. Das stattliche großformatige Heft von 134 Seiten Umfang enthält Beiträge führender Persönlichkeiten der Wirtschaftspraxis, die in ihrer Gesamtheit einen Überblick über den zehnjährigen Friedensarbeitskampf der deutschen Wirtschaft und den von ihr erreichten Stand geben unter besonderer Berücksichtigung der Westindustrie.

Vom deutschen Zeitungswesen im Ausland.

Die „Preßburger Zeitung", das seit 160 Jahren bestehende deutsche Blatt in der Tschechoslowakei, hat wegen Zahlungsschwierigkeiten sein Erscheinen eingestellt.

Die „Tatra-Presse" ein deutsches Wochenblatt in der Zips. Seit kurzem erscheint in Kesmark die „Tatra-Presse", eine Wochenzeitung, die sich im Untertitel „Deutsche Zeitung für die Slowakei, die Zips und Karpathorußland" nennt und für die Karl Almesberger als Herausgeber und Margarete Friedrich als verantwortliche Schriftleiterin zeichnen. Die Zeitung will als unpolitisches Blatt neben aktueller, illustrierter Berichterstattung, einem Unterhaltungsteil, Berichte über Mode, Theater, Kunst, Film, Sport und Technik, Land- und Volkswirtschaft und Gesetzgebung bringen, sich vor allem auch der Heimat widmen und eine Beratungsstelle für alle sein.

Eine neue Zeitschrift für das deutsche Buch in den Niederlanden. Unter dem Titel „Het Duitsche Boek" wird demnächst eine neue Zeitschrift für die Freunde des deutschen Buches in den Niederlanden im Verlag J. M. Meulenhoff in Amsterdam erscheinen. Die neue Zeitschrift verfolgt den Zweck, durch Leitartikel, Sammelreferate und Einzelbesprechungen auf allen Gebieten des Schrifttums dem deutschen Buch und damit der deutschen Kultur in Holland neue Freunde zu erwerben. Die Redaktion wird zusammengesetzt sein aus den Herren: Prof. Dr. Th. van Stockum, Professor für deutsche Sprache und Literatur an der Universität Utrecht; Dr. J. van Dam, Dozent für dieselben Fächer an der Universität Amsterdam; Dr. G. Ras, Gymnasialoberlehrer in Haarlem.

Prinzipals-Organisation.

Vom Deutschen Buchdruckerverein. Bei der Tagung des Hauptvorstandes des Deutschen Buchdruckervereins in Leipzig wurde festgestellt, daß die Vermögensübersicht des Vereins eine halbe Million RM nachwies. Die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1928 beliefen sich auf 474 000 RM; für das Jahr 1929 ist ein Voranschlag von 385 000 RM vorgesehen. Jahresabschluß sowie das Konto der Zeitschrift und das Hausertragskonto wurden genehmigt.

Arbeitnehmerbewegung.

Die Entwicklung der freien Gewerkschaften. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (sozialistische Richtung) gab in der „Gewerkschafts-Zeitung" (Nr. 30, 1929) einen Überblick über den Stand der freien Gewerkschaften zu Ende des Jahres 1928. Die Umorganisation zu großen Industrieverbänden schritt auch 1928 weiter fort. Die Zahl der Zentralverbände beträgt nur noch 35, die Zahl der Ortsgruppen 13 810. Ende 1927 zählten die freien Gewerkschaften 4 415 673 Mitglieder, Ende 1928 war diese Zahl auf 4 866 926 gestiegen. Der Mitgliedergewinn beträgt 12,1 v. H. Der Anteil der weiblichen Mitglieder wird mit 15,3 Prozent geschätzt. Die Gesamteinnahmen der freien Gewerkschaften werden auf 221 696 195 RM beziffert. Gegenüber dem Jahre 1927 ist eine mehr als 20-prozentige Einnahmesteigerung festzustellen. An Beiträgen allein wurden eingenommen 1927 auf den Kopf 40,87 RM, im Berichtsjahr 44,02 RM. Die Beitragsleistung hat den Realwert des Standes der Vorkriegszeit wieder erreicht. Ausgegeben wurden rund 189 Millionen RM, davon rund ein Drittel für Unterstützungszwecke. Presse und Bildungswesen erforderten rund 12 Millionen. In 127 Orten werden eigene Arbeitersekretariate unterhalten, in 114 Orten besitzen die freien Gewerkschaften eigene Gewerkschaftshäuser, die Millionenwerte repräsentieren.

Reklame.

Die Rundfunkreklame in Deutschland eingeschränkt. Der Reichspostminister hat auf Antrag des Rundfunkkommissars Dr. Bredow seine Zustimmung zum Fortfall der Rundfunkreklame an Sonn- und Festtagen gegeben. Die Rundfunkreklame wird zukünftig in die Vormittagsstunden verlegt, so daß die für die große Mehrzahl der Hörer in Frage kommenden abendlichen Hörstunden zukünftig reklamefrei sein werden.

Ein deutscher Verband werbetätiger Frauen. Im Anschluß an den Weltreklamekongreß wurde [illegible] zahlreich besuchten Sitzung in den Räumen des Lyzeumklubs der „Verband werbetätiger Frauen" gegründet, eine Organisation, die alle im Reklamefach und im Werbewesen tätigen Frauen zu einer Gesamtheit zusammenfassen will. Zur Vorsitzenden des neuen Verbandes wurde Frau Samoje gewählt. Einen kräftigen Antrieb erhielt die Begründung durch den Besuch von Mrs. Chr. Frederik, der Leiterin der ersten Versuchsanstalt für ökonomische Haushaltungen in Amerika, die die Arbeit des

Digitized by Google

von ihr vor zwanzig Jahren ins Lebens gerufenen Verbandes der werbetätigen Frauen Amerikas, einer Organisation von rund 2000 Mitgliedern, schilderte.

Arbeitsrecht.

Kündigung 5 Minuten vor 12 Uhr nachts. Es ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß die fristgemäße Kündigung eines Arbeitnehmers bis mittags 12 Uhr zu erfolgen hätte. Im anderen Falle sei sie rechtsunwirksam und der Arbeitgeber verpflichtet, das Dienstverhältnis fortzusetzen. Diese Ansicht hat das Arbeitsgericht Berlin als falsch bezeichnet. Als Kläger trat ein Arbeitnehmer auf, dem in der Nacht (er hatte Nachtdienst) kurz vor 24 Uhr gekündigt war. Er erkannte diese Kündigung nicht an, da sie nach seiner Auffassung verspätet erfolgt war. Das Arbeitsgericht stellte sich dagegen auf den Standpunkt, daß nach § 188 Abs. 1 BGB. die Frist zur Kündigung mit Ablauf des letzten Tages endige, der Tag aber 24 Stunden zähle und daher auch noch kurz vor Ablauf der 24. Stunde gekündigt werden könne. Der Kläger wurde kostenpflichtig abgewiesen.

Betriebsergebnisse.

Die Dr.-Selle-Eysler-A.-G. erzielte im vergangenen Geschäftsjahr einen Bruttoertrag von 2,96 (im V. 2,66) Mill. RM, wovon nach Abzug von 2,14 (2,03) Mill. RM Unkosten und 371 626 (221 317) RM Abschreibungen ein Reingewinn von 211 487 (201 859) RM verblieb. Hieraus wurden wieder 10% Dividende verteilt. Im abgeschlossenen Geschäftsjahr wurde ein Gesamtumsatz von 8,2 Mill. RM gegen 6,76 Mill. RM i. V. erzielt.

Papier.

Schwedische Finanztransaktion auf dem Holz- und Papiermarkt. Der schwedische Zündholzkönig, Ivar Kreuger, der mächtigste Mann in der schwedischen Wirtschaft, ist die treibende Kraft bei einer bedeutenden schwedischen Finanztransaktion. Es handelt sich um den Erwerb der Aktienmehrheit von zehn der größten schwedischen Holzwaren- und Zelluloseunternehmungen in der Provinz Norrland, die 20- bis 25 % der Holzwarenausfuhr sowie 15- bis 16 % der schwedischen Holzmasse und Zellulose liefern. Die neue Holdinggesellschaft wird über ein Aktienkapital von etwa 50 Mill. Kr. verfügen, die vollständig in schwedischen Händen verbleiben sollen. Angesichts der Bedeutung, die der schwedische Export von Holzwaren und Zellulose für den Weltmarkt hat, wird der neue Zusammenschluß eine sowohl für Käufer als Verkäufer bedeutsame Wirkung auf die Marktlage ausüben. Der neue Holzkonzern will die Zelluloseindustrie von Norrland durch Bau einer neuen Sulphatfabrik erweitern, wodurch wiederum die meilenweiten Wälder Norrlands besser ausgenutzt werden könnten als bisher. Der neue Konzern verfügt über den größten Waldbesitz von ganz Schweden.

Ausland.

Wirtschaftliche Sorgen der Pariser „Humanité“. Die kommunistische Pariser Zeitung „Humanité“, die durch die Schließung der Kommunistischen Arbeiter- und Bauernbank sich auf das schwerste in ihrer Existenz bedroht fühlt, richtete einen Appell an das kommunistische Proletariat Frankreichs, sein einziges Organ unter allen Umständen vor der Verfolgungskampagne des Innenministeriums zu retten. Jeder Kommunist in Frankreich möge der Zeitung sofort 10 Franken zur Verfügung stellen, um sie vor dem finanziellen Untergang zu bewahren.

„American News“. Von Kollegen, die Gelegenheit gehabt haben sich eingehender mit den in Hamburg erscheinenden „American News“ zu beschäftigen, werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß es sich bei dieser Zeitschrift um ein etwas umstrittenes Presseerzeugnis handelt, demgegenüber Vorsicht anzuraten ist. Leider scheint diese Kenntnis nur in einem verhältnismäßig kleinen Kreise verbreitet zu sein, denn die Rheinland-Sondernummer der „American News“ enthält eine große Sammlung von Anzeigen aus der rheinischen Großindustrie, dem Hotelgewerbe und von den Städten.

Aus der Organisation

Landesverband der Bayerischen Presse.

Ausdehnung des letzten bayerischen Redakteurtarifs auf die Mitarbeiter der Münchener Zeitungen.

Es ist gelungen, die den Redakteuren mit Tarifvertrag vom 1. 7. 1929 zugebilligten 5 % Gehaltserhöhung auch auf die Mitarbeiter der Münchener Zeitungen, ausgenommen eine einzige, die „M. N. N.“, auszudehnen.

Verletzte

SOLLTEN NUR KAFFEE HAG TRINKEN!

Personalien

Emanuel Ginschel, Präsident des Deutschen Ostbundes (nicht Eduard Ginschel, wie in Nr. 33 irrtümlich mitgeteilt wurde), wurde vom Reichsbund der Schlesier, der Vereinigung schlesischer Vereine im ganzen Reiche, auf seiner jüngsten in Breslau abgehaltenen Tagung in den Ehrenbeirat gewählt. Damit ist einmal unserem früheren Kollegen, der in der deutschen Pressewelt allgemein bekannt ist, eine besondere Ehrung erwiesen, und gleichzeitig auch eine engere Verbindung zwischen dem deutschen Ostbund, dessen Geschicke er erfolgreich leitet, und dem Reichsbund der Schlesier hergestellt.

Redakteur Walter Hein wurde Chefredakteur des in Wetzlar erscheinenden „Wetzlarer Anzeigers“. Er erhielt gleichzeitig Prokura. Hein ist der Nachfolger des kürzlich verstorbenen Chefredakteurs Karl Hirschhorn.

Redakteur Walter Heise vom „Wandsbeker Boten“ feierte sein 25jähriges Redakteurjubiläum.

Artur Holitscher wurde am 22. August 60 Jahre alt. Wer das liest, glaubt es nicht, denn als Journalist ist er trotz der Fülle des Erlebens jung geblieben. Er kultiviert eine besondere Art des Reiseberichtes, wobei ihm das Reisen das Hauptsächlichste ist. In fremden Ländern sucht er nicht die Landschaften, sondern die Menschen. Länder, in denen es unruhig hergeht, in denen sich politische Wendungen grundsätzlicher Art vollziehen, interessieren ihn zumeist. Alles was er schreibt, trägt den Stempel des Ursprünglichen, Persönlichen. Seine Sprache ist lebensfrisch und farbig. Seine Bücher und und seine Berichte geben einen lebendigen Eindruck von dem, was er sah und miterlebte. Die ungebrochene Frische und Kraft seiner Persönlichkeit läßt noch wertvolle Früchte seiner Arbeit erhoffen.

Kollege Hans Jödicke, Arnstadt in Thüringen, Mitglied des Landesverbandes Mitteldeutschland, konnte am 25. August auf eine 25jährige Tätigkeit als Hauptschriftleiter des „Arnstadter Anzeigers“ zurückblicken. Welches Maß von Anerkennung und Vertrauen er sich durch seine Tätigkeit in dieser langen Zeit erworben hat, beweist die Tatsache, daß seines Jubiläums sowohl die Thüringische Staatsregierung wie die Arnstadter Stadtverwaltung und eine ganze Reihe von Verbänden aller Art, sowie auch der Verein Deutscher Zeitungs-Verleger, Kreis Mitteldeutschland, und die Mittelthüringer Handels- und Gewerbekammer in Weimar durch ehrenvolle Glückwünsche gedacht haben.

Kollege Friedrich Körner in Stuttgart hat die Redaktion der „Ludwigsburger Zeitung“ übernommen.

Dr. Hans Erich Wolff †. Ein Opfer des furchtbaren Eisenbahnunglücks auf der Tauernbahn wurde auch Dr. Hans Erich Wolff, der Syndikus und Direktor des „Schutzverbandes deutscher Schriftsteller“. Sein Verband verliert in ihm eine wertvolle Führerpersönlichkeit. Seiner schwierigen Aufgabe widmete er sich mit großer Umsicht und Tatkraft; reiche

Digitized by Google

Geistesgaben förderten seine Arbeit. Das deutsche Schrifttum, dem er nicht nur durch Neigung, sondern auch durch Verwandtschaft eng verbunden war — er war der Schwiegersohn Hermann Kienzls —, hatte noch viel von ihm erwartet. Das Präsidium des Reichsverbandes des deutschen Schrifttums hat seiner mit folgender Kundgebung gedacht:

„Mit Wolff, dem geschäftsführenden Direktor des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller, ist einer jener energischen und zielbewußten Männer auf tragische Weise dahingegangen, die in klarer Erkenntnis von der Unzuträglichkeit eines zersplitterten Schrifttums mit nie rastendem Arbeitswillen und ungebrochenem Idealismus an dem endlichen Zusammenschluß der einzelnen Organisationen zum Reichsverband des deutschen Schrifttums gearbeitet haben. Das deutsche Schrifttum kann des Dahingegangenen nur mit tiefer Dankbarkeit gedenken."

Noch in letzter Zeit ist der Verstorbene besonders hervorgetreten durch den Entwurf eines neuen deutschen Urheberrechtsgesetzes, den er im Auftrage des Reichsverbandes des deutschen Schrifttums gemeinsam mit Rechtsanwalt Dr. Wenzel Goldbaum ausgearbeitet hatte.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Dr. L. Baer (Fränkischer Kurier), Nürnberg, Güntherstr. 53.

Landesverband Mitteldeutschland. Fritz Apelt (Weidaer-Hohenleubener Ztg.), Weida, Berggartenstr. 4.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Chemnitz. Walter Schlosser (Glauchauer Ztg.), Glauchau i. Sa., Grazstr. 1.

Landesverband Württemberg. Red. Dr. Werner Stierle (Stuttg. Neues Tagbl.), Stuttgart, Libanonstr. 36; Red. F. W. Willms (Schwarzwälder Volksbl.), Horb a. N., Neckarstraße; Red. Helmut Alscher (fr. Mitarb.), Stuttgart, Blumenstraße 40; Red. Dr. Ernst Kapp (fr. Mitarb.), Stuttgart, Mittelstr. 4/II; Red. Dr. Hopfgarten (Grenzbote), Heidenheim, Hohestr. 55.

II. Neuanmeldungen.

Bezirksverband Berlin. Rud. Brendemühl (Vorwärts); Frau Marg. Caemmerer (Ullstein); Else Fanter (Mitarb.); Eugen Hein (Dr. Selle-Eysler); Rolf Spelz (Mitarb.); Lotte Zielesch (Mitarb.).

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Chemnitz. R. Wünschmann (Limbacher Tagebl.), Limbach Sa., Albertstr. 16; Walter Steeger (Hohenstein-Ernstthaler Anz.), Hohenstein-Ernstthal, Bismarckstr. 16.

Landesverband Württemberg. Journalist Th. Wagner, Stuttgart, Burgstallstr. 106.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Überwiesen an den Landesverband Baden: Karl Josef Roser, bisher Wörth, nun freier Journ., Insel Reichenau i. B., Pension Seeschau.

Bezirksverband Berlin. Von Frankfurt übernommen: Frank Arnau, W. 50, Nürnberger Straße 69 a, von Rheinland-Westf.: Fritz Clauß (Scherl), W. 30, Kyffhäuserstr. 19.

Landesverband Mitteldeutschland. Überwiesen an den Verband Rheinland-Westf.: Dr. Volkmar Muthesius, früher Weimar, nun Düsseldorf, Achenbachstr. 78. Vom Landesverband Schlesien übernommen: Dr. Walter Pehnt, Kassel-Wilhelmshöhe, Rolandstr. 10 (Kasseler N. Nachr.), und Dr. Hermann Schuirmann (Magdeburgische Ztg.), Magdeburg, Kaiser-Friedrich-Straße 22 c.

Landesverband Württemberg. Dr. Gottfr. Rösel, Stuttgart, Kasernenstr. 59, und Walter Stölting, Friedrichshafen, Ailinger Straße 21, überwiesen vom Bezirksverband Berlin. Red. Josef Schraut, Laupheim (Laupheimer Verkündiger) vom Landesverband Bayern überwiesen.

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Zu streichen ist: J. B. Sailer, München.

Bezirksverband Berlin. Gestrichen: Dr. Jan Eyssen; Werner Menzel; E. v. Salzgeber; Hans Sturm. Verstorben: Dr. Max Wolf.

Einzelmitglied. Theodor Loevy (Sozialdemokratischer Pressed.), Warschau, ist in Nr. 32 als irrtümlich aufgenommen gemeldet worden. Er ist inzwischen aus Warschau verzogen und ist nicht Mitglied des Reichsverbandes.

Büchermarkt

Zeitungsbilderdruck. Ein Handbuch von Professor Franz Bauer, früher Lehrer der graphischen Lehr- und Versuchsanstalt in Wien. Verlag von Klimsch u. Co., Frankfurt a. M. Preis RM. 7,—, Ganzleinen 220 Seiten Text.

Das ausgezeichnete Werk des bekannten Fachmannes kommt den allgemeinen Wünschen des Lesepublikums an die Zeitungen entgegen, die Bebilderung der Tageszeitungen zu erweitern und Bilder in möglichster Vollkommenheit wiederzugeben. Professor Bauer behandelt in seinem Buch alle einschlägigen Fragen. Nach einer Einführung, in der Allgemeines über Zeitungsbilderdruck gesagt ist, wendet er sich zunächst den redaktionellen Fragen der Bebilderung zu, behandelt in einem besonderen Kapitel die Bilderredaktion und ihre Aufgaben, in einem weiteren die Bildvorlage und ihre Behandlung und schließlich die Aufmachung des Zeitungsbildes. Den Redakteur interessieren ferner noch besonders die Kapitel Bilderbeilagen für Zeitungen und Zeitungsbilderdruck und Urheberrecht. Aber auch allen technischen Fragen des Bilderdrucks widmet Professor Bauer die größte Aufmerksamkeit. So beschäftigt er sich in einem besonderen Kapitel mit der Herstellung der Zeitungsautotypien, in einem weiteren mit der Zurichtung des Zeitungsklischees, ferner mit der Unterbringung des Zeitungsbildes in technischer Beziehung, mit dem Prägen der Matern, mit der Metallbehandlung und dem Guß der Platten. Mit dem Druck von Originalklischees und der indirekten Bilderstereotypie, mit dem Vorbereiten der Druckmaschinen, kurz mit allen den technischen Einzelfragen, deren Kenntnis und Beachtung für die Hervorbringung guter Zeitungsbilder von Wichtigkeit ist. Schließlich behandelt noch ein besonderes Kapitel die Frage Papier und Farbe im Bilderdruck. Das ausgezeichnet ausgestattete, durch eine Fülle von vorzüglich ausgewählten Beispielen, sowie durch gute bildliche Wiedergabe der maschinellen Einrichtungen für den Bilderdruck besonders wertvolle Werk ist für den angehenden Bilderredakteur ein zuverlässiger Lehrmeister und bietet auch dem, der schon in der Praxis steht, eine Fülle ausgezeichneter Ratschläge.

Die russische öffentliche Meinung und ihre Stellung zu den Großmächten 1878—1894. Von Dr. Irene Grüning. Osteuropäische Forschungen. Im Auftrage der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas herausgegeben von Prof. Dr. Otto Hoetzsch. Neue Folge, Band 3, 220 Seiten, geheftet RM. 7,—. Ganzleinen RM. 8,50 im Ost-Europa-Verlag, Berlin W. 35 und Königsberg i. Pr.

Dr. Irene Grüning macht in ihrem Buch die große Macht der Presse und ihren Einfluß auf die Regierung eines Landes zum Gegenstand eines eingehenden Untersuchung, die außerordentlich interessante Ergebnisse zeitigt. Die Veröffentlichung, die sich auf in Deutschland nicht vorhandene russische Organe sowie auf wichtige deutsche und französische Presseäußerungen stützt, beweist völlig eindeutig, daß die russische öffentliche Meinung bis zum Rücktritt Bismarcks keinesfalls deutschfeindlich gesinnt war. Für die Beurteilung der späteren Entwicklung ist von dem allergrößten Interesse die Aufnahme der Außenpolitik Wilhelms II. in Rußland. Die russischen Beweggründe für die Abkehr von Deutschland und für die Wege, die nach der Rückversicherungsvertrages zum Bündnis mit Frankreich führten, werden in umfassender Weise klargelegt. Ebenso bedeutsam für den Zeitungsleser von heute, der die Macht der Presse zu erkennen bestrebt ist, sind auch die Ausführungen darüber, wie die russische Presse später die Verbindung zu Frankreich gefunden hat, wie sie politisch und finanziell gebunden war und wie auch einzelne deutsche Organe zur Vermehrung der russischen Mißstimmung gegen Deutschland beigetragen haben. Das Buch bietet sehr viel wertvolles Material für die Klärung der Gründe, die zum Kriege zwischen beiden Ländern geführt haben.

Jahresbericht des literarischen Zentralblattes, Jahrgang 5, 1928. Herausgegeben von der Deutschen Bücherei, Leipzig. Der Jahresbericht, der soeben erschienen ist, dient gleichzeitig als systematisches Register zum Jahrgang 1928 des „Literarischen Zentralblattes für Deutschland".

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Inhaltsangabe:

Neue zeitungswissenschaftliche Literatur. Von Emil Dovifat.
Bildberichterstattung. Von Dr. Hans Hasse.
Zeppelin und die Presse. Von W. Schwedler.
Ist der Ausdruck „Hungerlöhne" zulässig? Von Arthur Saternus.
Filmkritik. Von Wolf Eidens.
Rundfunk und Presse. Von Molitor.
Abgeordnete und Immunität.
Nochmals das Jahrbuch der Tagespresse.
Unfruchtbare Kritik am Jahrbuch der Tagespresse. Von Ernst Scheiding.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.
Büchermarkt.

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

Eine Jubelfeier von wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung

25jähriges Bestehen des Verbandes der Wach- und Schließgesellschaften (Kölner Verband E. V.)

Köln, die Stadt der „Pressa“, die im vorigen Jahre der Mittelpunkt internationaler Wallfahrten, nicht nur der Presseleute der ganzen Welt gewesen ist, wird in diesem Jahr erneut im Zeichen einer 25jährigen Jubiläumstagung stehen, die ihrerseits wiederum eine große Reihe von Teilnehmern nicht nur Deutschlands, sondern auch Österreichs, der Schweiz, der Tschechoslowakei, Dänemarks und Hollands vereint sehen wird. In dieser Jubelfeier des Verbandes der Wach- und Schließgesellschaften (Kölner Verband E. V.) kristallisieren sich gleichzeitig wichtige und wertvolle wirtschaftspolitische, kommunalpolitische, soziale und ethische Momente, und die gesamte deutsche Tagespresse hat, ebenso wie die Behörden und die weitere Öffentlichkeit, ein besonderes Interesse daran, den Werdegang des nunmehr 25 Jahre bestehenden Verbandes näher begrenzt zu sehen und kennenzulernen. Die privaten Bewachungsinstitute in Deutschland haben sich aus kleinen Anfängen heraus in Deutschland zu achtunggebietender Höhe entwickelt und sind im Laufe der drei Jahrzehnte ihres Bestehens zu einer Einichtung der Öffentlichkeit geworden, die heute weder im Wert noch besser ersetzt werden könnten. Der Kölner Verband, dem die wichtigsten und bedeutendsten Bewachungsunternehmungen Deutschlands, sowie Österreichs, neben denen der Schweiz, der Tschechoslowakei, Hollands und Dänemarks angehören, hat stets als obersten Grundsatz gelten lassen, daß nur solche Gesellschaften als Mitglieder aufgenommen werden können, die volle Gewähr für das in sie gesetzte Vertrauen bieten. In logischer Konsequenz dieses Grundsatzes hat sich der Verband seit 20 Jahren auch bereits dafür eingesetzt, daß das Bewachungsgewerbe staatlich konzessioniert werden müsse. Nach langwierigen, fast zwei Dezennien dauernden Bemühungen ist im Jahre 1927 dieser Wunsch in Erfüllung gegangen, denn durch das Reichsgesetz ist das Bewachungsgewerbe konzessionspflichtig erklärt worden. Die Behörden, insbesondere natürlich die Polizeibehörden, haben in den gut geleiteten Bewachungsgesellschaften von jeher willkommene Helfer für ihre schweren Aufgaben erkannt, und sie arbeiten seit langem zu Nutz und Frommen beider Einrichtungen mit ihnen Hand in Hand.

Unsere Polizei und die zum Schutze des Bürgers und seines Eigentums getroffenen öffentlichen Einrichtungen sind gar nicht in der Lage, die Sonderwünsche des Einzelnen zu berücksichtigen. Hier muß die gewerbsmäßige, private Bewachung eingreifen, um der Vielfältigkeit der Wünsche des Publikums, von Handel, Gewerbe und Industrie gerecht zu werden.

Die im „Kölner Verband“ zusammengeschlossenen Bewachungsgesellschaften haben es verstanden, sich in jahrelanger, eifriger, gewissenhafter Pflichterfüllung das Vertrauen ihrer Auftraggeber und der gesamten Öffentlichkeit in hohem Maße zu erwerben, und der „Kölner Verband“ wacht eifrig darüber, dieses Vertrauen zu vergrößern und zu vertiefen. Der Verband unterrichtet seine Mitglieder über alles Wissenswerte und Notwendige des Gewerbes, er unterrichtet sie auf Grund der Erfahrungen, die er im Austausch mit den einzelnen Mitgliedern sammelt. Er gibt seit seinem Bestehen eine umfangreiche fachwissenschaftliche Zeitung für seine Mitglieder heraus: kurz, er besorgt alle organisatorischen Arbeiten in ihrem Interesse. Fast alle größeren und wichtigeren Unternehmungen der Bewachungsbranche sind Mitglieder des „Kölner Verbandes“, und die Zugehörigkeit zu ihm gibt dem einzelnen Unternehmen ein erhöhtes Ansehen.

Wenn man früher die Feuerwehr als „Mädchen für Alles“ im Volksmund bezeichnete, so hat sich im letzten Jahrzehnt längst die Wach- und Schließ-Gesellschaft diese Bezeichnung verdient. Sie schließt nicht nur die Häuser und bewacht Haus, Hof und Garten, sondern sie steht auch für Sonderaufträge der mannigfachsten Art stets dem Bürger zur Verfügung.

Die Zahlen der Statistiken, die gewissenhaft von den Gesellschaften des „Kölner Verbandes“ geführt und veröffentlicht werden, geben ein anschauliches Bild über die vielfältige Art ihrer Tätigkeit. Der Wach- und Schließ-Wächter ist längst eine volkstümliche Erscheinung im öffentlichen Leben geworden. Und so hat auch die Tagespresse tatsächlich ein besonderes Interesse, sich dieses Jubeltages des Kölner Verbandes zu erinnern; denn kaum ein Tag vergeht in irgendeiner Stadt, in der ein Institut des Kölner Verbandes sich befindet, an dem nicht der Lokalteil der Zeitungen von irgendeinem Ereignis zu melden wüßte, das in Beziehung mit der verantwortungsvollen und gewissenhaften Tätigkeit der Wach- und Schließgesellschaften steht. Folgende Statistik über die Verbandsgesellschaften und ihre vielseitigen Arbeiten wird besonders interessieren:

Statistik der Verbandsgesellschaften pro 1928

Haustüren		Keller- und sonstige Türen offen gefunden	Offene Fabriken, Läger usw.	Offene Fenster	Abonnenten geweckt	Offene Geldschränke	Off. Jalousien, Schutzgitter, Rolladen, Auslagekästen	Wasserleitungen		Eindringlinge		
offen gefunden und verschlossen	den Einwohnern geöffnet							offen gefunden	Rohrbrüche	erlappt, Polizei übergeben	verscheucht	festgenommen
950 359	59 252	72 710	73 102	76 566	24 255	4 819	35 641	8 437	1 241	708	1 798	656

Hilfeleistungen		Feuer		Gefunden		Aus Neubauten Leute gewiesen, Obdachlose	Licht gebrannt	Offene Gaskrane	Pferde ausgefährlicher Lage befreit	Dampfkessel-Revisionen	Einbruch entdeckt, verhindert
bei Unglücksfäll.	bei polizeil. Festnahme	gemeldet	selbst gelöscht	Schlüssel	Sonstige Gegenstände						
9 211	946	1 464	1 210	15 850	10 104	4 437	177 859	4 056	10 537	6 129	2 032

Digitized by Google

Reklame Propaganda Werbung

Ihre Weltorganisation

von Dr. Alfred Knapp

Geleitwort von Reichskanzler a. D. Dr. Hans Luther und Beiträge von Reichsaußenminister Dr. Stresemann, Reichsminister a. D. Dr. Krohne, Präsident Herbert Hoover, Lord Riddel, Russel Chapmann, Sir William Crawford, C. C. Younggreen, Cuno Horkenbach, Ph. L. Thomson, Lewellyn Pratt, E. Greiffenhagen, Prof. Frenzel, Joh. Schmiedchen, Earle Pearson, C. Dandridge u. a.

Die Tages- und Fachpresse hat eine selten günstige Gelegenheit, aus obigem Buche Material zu schöpfen aus der Feder erster Politiker und Werbefachleute.

Steif kartoniert mit vielen Tafeln und Abbildungen.

Lieferung nur durch den Verlag.

Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240-241

Vorzugspreis für die Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse statt Mk. 5.— **Mk. 3.—** bei Voreinsendung des Betrages.

UNENTBEHRLICH

FÜR DIE REDAKTIONSBIBLIOTHEK

FRANK I. SCHECHTER

Die Grundlage des Warenzeichenschutzes

Autorisierte Uebersetzung von
U. S. A. Patentanwalt F. Burchartz
Vicepräsident der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland.

Geleitwort von Patentanwalt Dr. Ing. Robert Meldau

Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H.
Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241.

VORZUGSPREIS

für die Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse Mk. 1.50 (anstatt Mk. 2.50) bei Voreinsendung des Betrages. Postscheckkonto Berlin 14483

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 36 — Berlin, den 7. September 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin GW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin GW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14 483. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

§ 193 und die Presse im kommenden Strafrecht.

Von Dr. jur. Breitschwerdt, Stuttgart.

Nach geltendem Recht sind an sich beleidigende Äußerungen, welche zur „Wahrnehmung berechtigter Interessen" gemacht werden, nur insofern strafbar, als das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Äußerung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht. Dieser — einst auf Beschluß des Reichstags in das StGB. aufgenommenen — Bestimmung des § 193 liegt der Gedanke zugrunde, daß die Ausübung eines vom Recht anerkannten und geschützten Interesses nicht schon deshalb zu unterlassen ist, weil dadurch der Ehre eines anderen zu nahe getreten werden könnte. Was aber unter „Wahrnehmung berechtigter Interessen" zu verstehen ist, hat der Gesetzgeber nicht näher bestimmt; er hat es der Rechtsprechung überlassen, diesem farblosen Begriff Inhalt zu geben und Grenzen zu setzen. Diese ein für allemal zu ziehen, ist bei der Vielgestalt der Lebensverhältnisse gar nicht möglich; so konnte und mußte es beinahe kommen, daß sich § 193 zum Kreuz aller Beleidigungsprozesse ausgewachsen hat, bei denen es sich nicht um bloße Formalinjurien, sondern um Behauptungen konkreter Tatsachen handelt. Immerhin hat sich unter Führung des Reichsgerichts in dem mehr als einem halben Jahrhundert der Herrschaftsdauer des StGB. eine zwar von gewichtigen Stimmen scharf angefochtene, aber in sich folgerichtige und beständige Praxis entwickelt. Diese läßt als berechtigt nur solche Interessen gelten, die dem Recht und den guten Sitten nicht zuwiderlaufen und die den Täter persönlich berühren und nahe angehen. Nur die zum Zwecke der Vertretung und Verfechtung eigener Interessen vorgefallene Beleidigung wird von § 193 gedeckt. Wer bei beruflicher oder außerberuflicher Vertretung allgemeiner öffentlicher Interessen, etwa bei Erörterung politischer oder sozialer Fragen, bei Besprechung von Gemeinde- oder Verbandsfragen, die Ehre des Gegners angreift, beruft sich dagegen ohne Erfolg darauf, er habe in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Demnach werden aus § 193 beispielsweise geschützt: an sich beleidigende Äußerungen, die ein Hausherr zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Hause tut; nicht geschützt werden Kritiken von behördlichen Mißständen, Angriffe auf politische Gegner, Äußerungen im Wahlkampf, überhaupt jede in Ausübung der allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte erfolgte Stellungnahme. Hier soll der § 193 nur den Personen zugute kommen, die kraft eines Amtes oder einer Stellung zu den behandelten Fragen ein so enges persönliches Verhältnis haben, daß es sich bei ihnen bei Erörterung dieser öffentlichen Dinge gewissermaßen doch wieder um eigene Angelegenheiten handelt. Auf diesem Umweg wird z. B. einem Stadtverordneten, einem Parteivorstand, einem Wahlausschuß Wahrnehmung berechtigter Interessen bei Besprechung der zum Amt oder zur Stellung gehörenden Fragen zugebilligt. Dagegen hat die Rechtsprechung in zahllosen Entscheidungen den Personen, deren Beruf die Vertretung öffentlicher Interessen ist, den Schriftleitern der Tages- und Parteipresse, diesen erweiterten Aktionsradius nicht gegeben. Allgemeine Mißstände, politische und soziale Fragen sollen den Schriftleiter nicht mehr angehen wie jede Einzelperson, er nimmt bei ihrer Besprechung keine eigenen Interessen wahr und deshalb werden seine Äußerungen nicht aus § 193 geschützt. Auch den Schriftleiter einer Fachzeitschrift hat das Reichsgericht zur Vertretung berechtigter Interessen der Fachgenossen nicht für befugt erklärt. Darin sind ihm aber zahlreiche Untergerichte (so z. B. auch das Bayerische Oberste Landesgericht) nicht gefolgt.

Darin liegt eine Beschränkung der öffentlichen Kritik und Meinungsäußerung, über deren Tragweite meist erst der Konfliktsfall Aufklärung bringt. Im alten Staat, in dem die Grenze zwischen berechtigter Kritik einerseits und Majestätsbeleidigung andererseits manchmal nicht ganz scharf abgesteckt war, diente diese Handhabung des § 193 zur Stütze und Erhaltung des Bestehenden. Die Bedeutung der Presse war in ihm eine weit bescheidenere, was schon die ganze Struktur des Staates mit sich brachte. Der heutigen Bedeutung der Presse, insbesondere der politischen Presse, wird diese Benützung des § 193 als Korrektiv der Pressefreiheit nicht mehr gerecht. Im demokratischen Staat hat sich gegenüber früher zweierlei geändert: die Stellung des einzelnen im und zum Staat und — damit zusammenhängend — die Stellung der Presse im öffentlichen Leben. Nach der Verfassung nimmt der einzelne an der Willensbildung des Staates teils mittelbaren, teils unmittelbaren Anteil: „die Staatsgewalt geht vom Volke aus". Jeder einzelne kann daher bei Erörterung öffentlicher Fragen sagen: „mea res agitur". Wo aber gehen diese Erörterungen breiter und allgemeiner vor sich als in der Presse? Durch sie treten die im Volk vorhandenen Strömungen ja erst zutage, die Presse wirkt auf die Entschließungen der Staatsbürger ein und bildet viel-

Digitized by Google

fach er[illegible]g und Gegenmeinung. Un[illegible]n sollten alle d[illegible]ungen näher ber[illegible] persön[illegible] [illegible] die [illegible] die Vertr[illegible]g [illegible] [illegible] [illegible] Leben [illegible] der Tageszeitungen und [illegible]schrift[illegible] [illegible] demokratisch-parlamentarisch[illegible] Staat [illegible] daß der [illegible] grundsätzlich [illegible] Wahrnehmung [illegible] Interessen zugebilligt wird, ein Korrelat des Grundsatzes der Pressefreiheit. Das [illegible] für parteipoli[illegible] [illegible] für Stellungnahme [illegible] wirtschaftlichen Kampf und — in der Zeit der Schulgesetze und Konkordate — auch für Debatten über kirchliche und Schulfragen zu gelten.

Einer verständnisvollen, sich in die Forderungen der Zeit einfühlenden Rechtsprechung hätte es sonach nicht schwer fallen sollen, den § 193 den veränderten staatsrechtlichen Verhältnissen entsprechend anzuwenden. Dazu hätte es weder einer Gesetzesänderung noch einer völligen Aufgabe der bisherigen Doktrin bedurft. Das Reichsgericht hätte hier zeigen können, wie ein Gesetz aus dem Geist der Zeit heraus unter völlig veränderten Verhältnissen anders auszulegen ist als unter denen, für die es einst gegeben wurde. Es hat den entscheidenden Schritt nicht nur von sich aus nicht getan, sondern auch mehrfache Versuche der Instanzgerichte, den § 193 von seinen unzeitgemäßen Fesseln zu befreien und ihn auch auf die Presse als Wahrerin und Hüterin der öffentlichen Interessen anzuwenden, scheitern lassen. Immer wieder entgegnet das Reichsgericht mit dem Einwand, die Presse hätte bei Besprechung allgemeiner Fragen keine Ausnahmestellung gegenüber jedem Staatsbürger. Eine solche beansprucht sie aber auch gar nicht. Was die Presse will und braucht, ist nichts anderes als das im demokratischen Staat jedem Staatsbürger zustehende Recht der freien Kritik an öffentlichen Einrichtungen und Maßnahmen sowie der freien Stellungnahme im politischen und sozialen Kampf auf die Gefahr hin, um der Sache willen der Person des Gegners vielleicht zu nahe zu treten.

Eine gewisse Anpassung an diese Forderungen bringt, wie bekannt, der amtliche Entwurf eines Allgemeinen Deutschen StGB., der in diesen Tagen vom 21. Ausschuß des Reichstages beraten wird. In seinem § 286 erkennt er an, daß an sich beleidigende Äußerungen nicht als üble Nachrede strafbar sind, wenn der Täter zur Wahrnehmung eines berechtigten privaten oder öffentlichen Interesses handelt und dabei die einander gegenüberstehenden Interessen pflichtgemäß abgewogen hat. Damit gräbt schon der Wortlaut des Entwurfs der jetzigen Rechtsprechung den Boden ab. [illegible] vorgeschlagene Neuregelung [illegible] jed[illegible]lls m[illegible] a[illegible] bisher der Fall [illegible] der [illegible] [illegible] der [illegible] Presse [illegible] modernen [illegible] Presse [illegible] [illegible] zur [illegible] an, ohne [illegible] Strafe [illegible] übler Nachrede zu befürchten hätte. Wird [illegible] geschlagene Fassung Gesetz, so wird es künftig [illegible] [illegible] Gegner [illegible] rend zurückweist, wegen Beleidigung verurteilt wird, während dem Gegner, der zuerst angegriffen hat, nichts geschieht; oder daß der Redakteur des lokalen Teils wegen einer vielleicht in gutem Glauben aufgenommenen abfälligen Äußerung bei Besprechung einer kommunalen Angelegenheit bestraft wird.

Die Schranke, die der Entwurf zieht, insofern er vom Angreifer fordert, daß er die einander gegenüberstehenden Interessen pflichtmäßig abgewogen hat, versteht sich für die Zeitung, die auf einen guten Ton hält, eigentlich von selbst. Sie wird von ihr wohl kaum als drückend empfunden werden. Leichtfertige Beschuldigungen zu erheben, gehört nicht zu den Gepflogenheiten des anständigen deutschen Journalisten. Für eine gewisse Art von Presse wird die vorgeschlagene Einschränkung heilsam wirken und verhüten, daß Pressefreiheit zur Verleumdungsfreiheit wird. Verlangt wird nicht schlechtweg, daß der Angreifer an die Wahrheit seiner Behauptung glaubt, wohl aber, daß er sich die Frage vorgelegt hat, „ob das Interesse, für das er in der Öffentlichkeit eintreten will, den Angriff, den er erheben will, rechtfertigt." (Begründung zum E. S. 146.)

Der Reichsrat hat die im Regierungsentwurf vorgesehene Regelung dahin abgeändert, daß das wahrgenommene Interesse das verletzte Interesse des Beleidigten auch objektiv überwiegen muß. Enthält eine Presseäußerung, die zur Wahrnehmung eines berechtigten öffentlichen Interesses erfolgte, eine Formalbeleidigung oder ergibt sich aus dem Inhalt die Absicht einer Ehrenkränkung, so bleibt auch nach dem Entwurf die Möglichkeit einer Bestrafung wegen einfacher Beleidigung übrig (E. § 288). Doch kann hier das Gericht „in besonders leichten Fällen" von Strafe absehen.

Ob § 286 des Entwurfs in seiner jetzigen Fassung Gesetz werden wird, vermag noch niemand zu sagen. Sicher ist nur, daß sich sein Grundgedanke, der der Presse erst die nötige Freiheit der Meinungsäußerung bringt, durchsetzen wird.

Noch einmal: Zeitungssprache und Fremdwörterseuche.

Wie stehen wir zum Deutschen Sprachverein?

Von Schriftleiter E. Sonntag, Zittau.

Noch ein kurzes Wort zu dieser Frage, die in den Nummern 29 und 34 der „Deutschen Presse" behandelt worden ist. Der Verfasser nachstehender Zeilen hatte die Schrift des Rektors Becker gelesen, ehe Prof. Dr. Dovifat seine Stellungnahme dazu veröffentlicht hatte, und seine Ansicht bereits in einem Vortrage zum Ausdruck gebracht, der jedoch nur im engen örtlichen Kreise Beachtung gefunden hat. Seine Auffassung stimmte im großen und ganzen mit der Dr. Dovifats völlig überein; gerade das Seelenlose und Langweilige der Beckerschen Schrift hatte auch ich (in jenem Vortrag) gegeißelt. Auch das ist meine feste Überzeugung, die ich nachdrücklich vertreten hatte: daß die eigentliche Quelle der Sprachverderbnis in der Zeitung der schlechte Stil ist, den andere Berufe schreiben. Denn tatsächlich ist es doch so, daß man — wenigstens als Lokalredakteur — von früh bis nachts seine Kraft verbraucht, um die fehlerhaften, unlogisch, oft mißverständlich abgefaßten Nachrichten, die man unter die Hände bekommt, in ein verständliches und verdauliches Deutsch umzuwandeln. Die kleinen Mitteilungen, die man alltäglich von den Behörden erhält (Polizeibericht, Mitteilungen von Feuerwehr, Straßenbahn, Reichsbahn, Reichspost, Finanzamt usw.), gehören dabei oft zu den schlimmsten Dingen, die auf sprachlichem Gebiete geleistet werden. Das wird mir jeder Kollege, der mit der Bearbeitung dieses Kleinkrams vertraut ist, bestätigen können. Tagtäglich dieselben Fehler, dieselben unlogischen Satzverbindungen, dieselben gespreizten Ausdrücke, dieselben umständlichen, falsch gebauten Sätze! Es ist sehr hart, soviel Kraft und Zeit darauf verschwenden zu müssen, immer und immer wieder die-

Digitized by Google

selben Dummheiten der anderen verbessern zu müssen, aber es grenzt geradezu an Verleumdung, wenn man dann schlechthin der Zeitung und ihren Bearbeitern noch die Schuld dafür zuschiebt, wenn aus den mühsam vom gröbsten Unkraut gereinigten vielen Dutzenden kleiner Beiträge kein Werk klassischen Stiles geworden ist. Die Artikel und Beiträge, die wir selbst schreiben, haben in der Regel — wie man so sagt — Hand und Fuß, sind kurz und klar und stehen — das darf ohne Überheblichkeit gesagt werden — meist weit über dem Stil des gesamten übrigen Inhalts einer Zeitungsnummer. Aber das weiß natürlich der Außenstehende nicht; wie es überhaupt kaum glaublich ist, wie wenig der Durchschnittsleser, selbst der hochgebildete, über die Entstehung einer Zeitungsnummer unterrichtet ist. An diesem großen Mangel krankt vor allem auch die preisgekrönte Schrift des Rektors Becker.

Aber einem Satz aus den Ausführungen Dr. Dovifats kann ich nicht zustimmen und bin jederzeit bereit, das Gegenteil davon zu beweisen. Gerade diesen Satz möchte ich allen Kollegen zu ganz besonderer Beachtung empfehlen (er war auch schon gesperrt gedruckt): „Wir sind uns wohl alle darüber einig, daß jedes Fremdwort, wo man es vermeiden kann, vermieden werden sollte“. — Hand aufs Herz, Kollegen. Vermeiden Sie jedes Fremdwort, das vermieden werden kann? Leider scheinen wir uns darin noch gar nicht einig zu sein, sonst würden nicht in jeder Zeitungsnummer viele Dutzende, oft Hunderte, leicht vermeidbare, dabei unschöne und abgegriffene Fremdwörter enthalten sein. Wenn wir alle nach der oben angeführten Auffassung Dovifats verfahren würden, wäre tatsächlich schon sehr viel zur Besserung des Zeitungsdeutsch getan. Und noch ein Gewinn würde daraus hervorgehen: Wir würden den Bestrebungen des Deutschen Sprachvereins näher kommen als bisher. Jetzt hört man in den Kreisen der Kollegen immer noch weit mehr kritische und ablehnende Urteile über die Bestrebungen des Sprachvereins als anerkennende, und das beruht nur auf gegenseitigem Mißverständnis. Tatsächlich ist der Deutsche Sprachverein etwas einseitig zusammengesetzt, was gar nicht seinem eigentlichen Wesen und seinen großen Aufgaben entspricht, nämlich aus Leuten, die wohl auch auf dem Gebiete der Sprache arbeiten und täglich Geschriebenes lesen und beurteilen müssen, die aber nicht ein Viertel so selbstschöpferisch tätig sind wie freie Schriftsteller und Journalisten, die tagtäglich über eine Reihe von Fragen schreiben und urteilen müssen und dabei noch im Drang und Zwang der eilenden Zeit stehen.

Wenn man also erreichen will, daß der Deutsche Sprachverein seine an sich durchaus anerkennenswerten Bestrebungen gerecht und gewissenhaft nach jeder Seite hin erfüllt, dann wird es nötig sein, daß ihm in Zukunft nicht mehr vorwiegend Schulmänner angehören, sondern vor allem auch Zeitungsmänner, wie Vertreter aus allen Berufen, die mit der Feder zu arbeiten und deren Arbeiten auch für weitere Kreise Bedeutung haben.

Darum Kollegen, die Ihr wie kein anderer Stand berufen seid, das Kulturgut der deutschen Sprache zu erhalten, selbstschaffend auszubauen und ihre feinsten Regungen zu beachten und zu verwerten, sichert Euch selbst den Einfluß auf alle Bestrebungen und Unternehmungen des Deutschen Sprachvereins durch Mitarbeit und steht nicht mehr kritisierend und ablehnend beiseite. Die gegenseitige Befruchtung ist für beide Teile gleich wertvoll. Alle wirklichen Freunde unserer Muttersprache gehören in den Deutschen Sprachverein und sollen dort führend wirken, dann wird auch bei künftigen Preisausschreiben etwas Besseres herauskommen.

Die Sachlichkeit und sprachliche Formung von Zeitungsnachrichten.

Von Arthur Hertz, München.

Ich sage ganz kurz: die Zahl der Menschen, deren berufliche Anspannung es verbietet, die Zeitung zu einem anderen Zwecke als dem der Nachrichtengabe zu lesen, wird von Tag zu Tag größer. In welcher Weise die innerorganisatorische Ordnung der Zeitung diesem Umstand jetzt oder später entgegenkommen muß, ist eine Frage für sich, die ich heute nicht zur Sprache bringen will. Ich will hier nur die Formung besprechen, die angesichts dieser Tatsache der Nachricht gegeben werden muß, um sie als Nachricht in jedem Sinne voll wirksam werden zu lassen.

Der Mensch, dessen berufliche Anspannung so stark ist, daß er mit seinen gesamten Kräften, geistigen wie physischen, genau haushalten muß, ist von einer besonderen Art. Er ist gewohnt, viel zu erledigen, ein Ding nach dem anderen in die Hand und in den Kopf zu nehmen, scharf gegenwärtig zu sein, gleichviel, ob er selber handelt oder dem, was ihm auf irgendwelche Weise vorgetragen wird, zuhört. Er hat die Kunst des gesammelten Zuhörens ebenso gelernt wie die des gesammelten Zuschauens oder Zugreifens. Die Konzentration, die er sich selber abverlangt oder genauer: die ihm durch die ganzen Umstände der Zeit abverlangt wird, gibt ihm auch einen offenen Blick und ein offenes Gehör dafür, ob das, was sich ihm entgegenstellt, seinerseits geschlossen und konzentriert ist oder ob es unklar und voller Lücken ist. Und nur das, was seinem Bedürfnis nach einer sofortigen und klaren Übersicht entgegenkommt, was ihm erlaubt, schnellen und erschöpfenden Überblick zu gewinnen, zieht ihn an. Aber das, was ihm Zeit und mit der Zeit Kraft raubt, weil es undeutlich oder halb, jedenfalls im Sinne des konzentrierten Menschen nichts Geschlossenes und nichts Erschöpfendes ist, stößt ihn ab. Auf eine solche Weise und in einem solchen Grade, daß er von seinem Standpunkt aus ein schnelles und bündiges Urteil über gut und schlecht, über Wert und Unwert fällen wird.

In diesem Sinne wertet der moderne Mensch auch die Zeitungsnachricht und wird weiter von dem, was ihm die Nachricht bietet, oft auch sein Urteil über die Zeitung im ganzen abhängig machen. Die Zahl derer, die so eingestellt sind, ist schon heute nicht klein und wird von Tag zu Tag mit dem immer schärfer werdenden Tempo unserer Arbeit und dem immer stärker werdenden Übergewicht des wirtschaftlichen Lebens größer werden. Es erscheint also die Prüfung berechtigt, ob für die unter diesem Gesichtspunkte betrachtete Nachricht die heutige Form genügt. Ich will versuchen, das an einigen Beispielen zu zeigen. Die Antwort wird sich dann von selbst ergeben. Zuvor aber möchte ich noch einmal mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß es darum geht, die Nachricht in sich geschlossen, leicht faßbar, klar und deutlich zu gestalten, weil der Leser, um sich ein Bild zu machen, ja nichts anderes vor sich hat als eben die von keinen Zusätzen begleitete Nachricht.

Ich lese: „In Paingbe, 130 Meilen von Rangoon entfernt, sind bei einem Riesen-Petroleumbrand 47 Menschen, davon 18 Frauen, verbrannt.“ Obschon die Lage von Paingbe durch den Zusatz, es sei 130 Meilen von Rangoon entfernt, deutlich zu machen versucht ist, habe ich keinen Überblick, weil ich (und wird es nicht der Mehrzahl der Leser ebenso gehen?) nicht weiß, wo

Digitized by Google

Rangoon liegt, ob es ein Gebiet ist, das viele und große Petroleumfelder umschließt und so fort.

Ich lese (wörtlich): Gustav Hartung bringt im Berliner Renaissancetheater Fred A. Angermeyers neues Drama „Flieg' roter Adler von Tirol" zur Aufführung." Wann? hat Angermeyer anderes für die Bühne, anderes überhaupt geschrieben?

Ich lese: „Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, haben sich die Landesregierungen von Württemberg, Baden und Hessen über die Frage der Aufhebung der Enklaven, Exklaven und Kondominate dahingehend verständigt, daß die Innenministerien der drei Länder mit der Aufnahme von Verhandlungen beauftragt werden. Diese Verhandlungen werden sich mit dem Austausch von Gebietsteilen zu beschäftigen haben." Ich sage: derjenige, der aus den oben besprochenen Gründen eine Zeitung hauptsächlich auf Nachrichten hin liest, fragt, welche Umstände die Existenz von Enklaven heute als störend empfinden lassen, in welcher Richtung diese Störung liegt: verkehrstechnisch, verwaltungstechnisch und so fort, und fragt — vielleicht — auch nach dem Unterschied von Enklaven, Exklaven und Kondominaten.

Ich lese: „Die Verwaltungsausschüsse von Würzburg und Heidingsfeld sprachen über die Eingemeindungsbedingungen von Heidingsfeld". Ich lese aber nicht, wieviel Einwohner Würzburg heute hat, wieviel Heidingsfeld, wieviel also Würzburg durch die Eingemeindung gewinnen würde usw.

Diese Beispiele, ohne langes Suchen und aus den verschiedensten Rubriken genommen, mögen genügen, um deutlich zu machen, daß Deutlichkeit und Wert einer Nachricht für den Leser durch ein Weniges leicht gesteigert werden können und daß durch eine solche sachliche Geschlossenheit und sachliche Rundung die Nachricht nicht nur an unmittelbarem Werte gewinnt, sondern geradezu erst ihre Berechtigung bekommt. Berechtigung vor allem in den Augen derer, die aus der Zeitung vornehmlich die Nachricht schöpfen und diese deswegen in einer Aufmachung wünschen, die auch den eiligen Leser schnell, klar und möglichst erschöpfend ins Bild setzt.

Gegen Tendenzberichterstattung.

Die Gefahren tendenziöser Berichterstattung in der Presse sind durch eine Reihe von Zwischenfällen von internationaler Bedeutung in den letzten Jahren wiederholt recht klar vor Augen geführt worden. Und wenn von allen für Pressefragen zuständigen Organisationen und Persönlichkeiten die weitere Hebung des Moralniveaus in der Presse als notwendig gefordert wird, so scheint es uns an der Zeit, die Problemstellung hier nochmals zu umreißen und die bisherigen Versuche und Ansätze in dieser Richtung aufzuweisen.

Um was handelt es sich also? Die Presse hat den Übergang vom Spiegelbild der öffentlichen Meinung längst abgeschlossen und trägt also die Verantwortung für die tatsächliche Substanz, aus der sich die allgemeine Anschauung aufbaut. Diese Substanz setzt sich zusammen aus den Nachrichten und aus deren Erörterung und solange diese zwei Bestandteile säuberlich getrennt sind, leistet die Presse — gleichviel unter welchem Gesichtswinkel die Erörterung geführt wird — ihre wesentliche Arbeit. Gehen aber einzelne Strömungen, vergleichbar etwa verschwimmenden Farbstoffen, in die nüchterne Schwarz-weiß-Zeichnung des rein Tatsächlichen über, so wird die Tendenz, und zwar auch die noch so berechtigte Tendenz, zur Gefahr für jede internationale Beziehung. Diese Gefahr wird von allen Seiten erkannt und als verwerflich bezeichnet, aber in der Praxis häufig nicht vermieden. In der Litteratur hat sie gerade im letzten Jahr eine nicht unbedeutende Rolle gespielt, seitdem der bekannte französische Journalist und Politiker Wladimir Graf d'Ormesson in seinem auch in deutscher Übersetzung erschienenen Buch „Vertrauen zu Deutschland?" sie in allen Einzelheiten analysiert und mit Beispielen belegt hat.

Aber die Geschichte der Bekämpfung der Tendenzmeldung beginnt nicht erst mit dem Ormessonschen Buche. Es lag nahe, daß aus der Atmosphäre des Völkerbundes, der ja als — bisher freilich nicht erreichtes — Ideal die Organisation des Friedens der früheren Systematik des Kampfes gegenüberstellen will, der Versuch einer Ächtung solcher Tendenznachrichten erwuchs. So hat der Vertreter Chiles im Völkerbundsrat, in dessen Sitzung im September 1925, den Antrag auf Einberufung einer Konferenz von Presse-Sachverständigen gestellt, in deren Programm wir den Ursprung des Feldzuges gegen die Tendenzmeldung zu erblicken haben. Die Vorbereitungen zu dieser Konferenz dauerten bis zum August 1927, die Konferenz selbst befaßte sich bekanntlich im wesentlichen mit einer Reihe von technischen und grundsätzlichen Fragen des Journalismus, doch enthält die 9. Resolution unter ihrer Ziffer 1 die erste authentische Formulierung unseres Problems:

> „In voller Anerkennung der Tatsache, daß die Veröffentlichung und Verbreitung von Nachrichten und Artikeln, die offensichtlich unrichtig, stark übertrieben und absichtlich entstellt sind, geeignet ist, unter den Nationen peinliche Mißverständnisse zu erzeugen und einen schädlichen Einfluß auf den internationalen Frieden zu haben, drücken die Teilnehmer der Konferenz den Wunsch aus, daß die Zeitungen und Nachrichtenagenturen der ganzen Welt es als ihre Pflicht erachten müssen, daß strenge Maßnahmen ergriffen werden, um die Veröffentlichung und Verbreitung solcher Artikel und Nachrichten zu vermeiden, und daß die Möglichkeit, eine aktive internationale Zusammenarbeit im Sinne dieser dem Geiste des Völkerbundes entsprechenden Ziele herzustellen, geprüft werde."

Zur Ergänzung sei hier auch noch Ziffer 4 der gleichen Resolution wiedergegeben wie folgt:

> „Die Konferenz richtet einen warmen Appell an die Weltpresse, daß diese mit allen Mitteln zur Befestigung des bestehenden Friedens beitragen und daß sie den Haß der Nationalitäten und den Haß der Klassen als die größte, den Frieden bedrohende Gefahr bekämpfen, daß sie ohne Zögern den Weg zur moralischen Entwaffnung freimachen müsse."

Weiterhin haben dann die Tagungen der internationalen Journalistenföderation 1928 und 1929 (Dijon und Prag) das Problem der Bekämpfung einer politisch verhetzenden Tätigkeit der Presse durch tendenzgefärbte Berichterstattung über die Vorgänge eines Landes in einem anderen Lande behandelt. Auch die Vereinigung der beim Völkerbund beglaubigten Journalisten hat durch einen Beschluß vom 7. März 1929 die Notwendigkeit einer pressemäßigen Zusammenarbeit im Sinne unseres Problems betont und die Gründung eines Ordnungsrates zur Durchführung einer derartigen Arbeit vorgesehen.

Das weiter oben erwähnte Buch des Grafen d'Ormesson bildete für ihn persönlich nur den Ausgangspunkt einer bis heute fortgesetzten Reihe von Veröffentlichungen in Zeitungen und Zeitschriften (wie „l'Europe Nouvelle", „Revue d'Allemagne", „Revue des Vivants" u. a. m.), wie auch mündlicher Äußerungen (so etwa sein Vortrag vor dem deutsch-französischen Studienkomitee).

Der erste Schritt, der nach d'Ormesson in dieser Richtung zu tun wäre, bestünde in der Festlegung bestimmter Tatbestände, die dem Journalisten mindestens als „unfair" (etwa vergleichbar sportlichen Regeln), wo nicht als deliktisch im Sinne eines Strafrechtes zu gelten hätten. Die Überschreitung solcher Regeln hätte als unvereinbar mit der Berufsehre des Journalisten erklärt zu werden und wäre unter entsprechende Strafandrohung zu stellen.

Digitized by Google

Dasjenige Delikt, das hier am stärksten bedroht werden müßte, wäre die Verbreitung von Nachrichten, die geeignet sind, ein tatsächlich unrichtiges Bild von den Zuständen oder Vorgängen in einem anderen Lande zu geben.

Die Durchführung dieser Bestimmungen hätte dann einem internationalen Pressegeschiedsgericht in Genf (in Fühlung mit dem Völkerbund gebildet, aber ausschließlich aus Berufsjournalisten zusammengesetzt) zuzustehen.

Es fragt sich nun, was diesen theoretischen Erörterungen und Programmen an praktischen Ansätzen zur Verwirklichung gegenübersteht. Und das ist im Grunde genommen noch erschreckend wenig. Wenn wir von dem oben erwähnten Beschluß der Völkerbundsjournalisten absehen, der ja wohl noch kaum einen tatsächlichen Erfolg darstellt, so sind irgendwie umfassende Bindungen, die eine Bekämpfung der Tendenzmeldung herbeiführen sollen, kaum nachzuweisen. Zwischen einzelnen Staaten bzw. deren Presseorganisationen bestehen allerdings schon Vereinbarungen dieser Art. So haben sich die Pressevereinigungen der Länder der Kleinen Entente auf einer Konferenz in Genua 1922 zur sogenannten „P. E. P.“ (Petit Entente de la Presse) zusammengeschlossen, deren Zweck neben der Vereinfachung in den technischen Voraussetzungen journalistischer Arbeit, insbesondere in einem Abkommen über die gegenseitige Aufklärung der Presse in den Mitgliedsstaaten und in der Verbreitung der so gewonnenen Erkenntnisse über den tatsächlichen Stand der Verhältnisse im anderen Lande bestand. Das Hauptziel dieser kleinen Presseentente, wie es in den Statuten sowohl als auch in einer Resolution vom 17. August 1925 festgelegt worden ist, war also Pressecampagnen zu verhindern oder zu bekämpfen, die durch böswillige oder tendenziös gefärbte Handhabung der journalistischen Arbeit die Vertrauensatmosphäre zwischen den beteiligten Ländern zu stören geeignet sein könnten.

Entsprechende Bindungen bestehen auch zwischen Rumänien und Polen. Die Journalisten dieser beiden Länder haben sich auf einer Tagung in Galatz zu einer Art zwischenstaatlicher Dachorganisation zusammengeschlossen, die im wesentlichen die gleichen Funktionen wie die P. E. P. auszuüben hat. (Zu diesem und dem vorigen Absatz vgl. d'Ormesson in Nr. 15 der „Revue d'Allemagne“ Januar 1929/9.)

Die Schwierigkeiten, die einer Verallgemeinerung derartiger Abkommen entgegenstehen, sind natürlich unverkennbar. Ganz abgesehen von der Gefahr, in die Pressefreiheit eingreifen zu müssen, um unser Problem zu lösen, besteht die Schwierigkeit selbst in den Ländern, wo eine Pressefreiheit verfassungsmäßig gar nicht garantiert ist. Vielleicht wird dort die Schwierigkeit sogar mit am größten sein, denn in Ländern mit starker Pressezensur bzw. mit starkem regierungsseitigem Einfluß auf das Pressewesen würde ja jede Stellungnahme einer internationalen — sagen wir „Presseentgiftungszentrale“ — nicht nur die Journalisten, sondern die hinter ihnen stehenden verantwortlichen Regierungen treffen. Aber dennoch ist auch hier der Einfluß nicht zu bezweifeln, den eine Vertiefung der journalistischen Verantwortlichkeit der internationalen Allgemeinheit gegenüber mit sich brächte. Es ist insbesondere in diesem Sinne eine internationale Beeinflussung durch Journalistenkurse in Erwägung gezogen worden, diese werden sich freilich nur sehr allmählich und mittelbar auswirken können. Mehr Aussichten auf schnellere Wirksamkeit scheint uns schon der Versuch internationaler Dachorganisationen über den bestehenden nationalen Ehrengerichten der Journalisten zu haben, und so ist denn auch dieser Weg, der gerade auf der Prager Konferenz der F. I. J. wohl mit am meisten in den Vordergrund getreten ist.

Wir sind uns klar darüber, daß alle diese Versuche das Stadium der Utopie noch nicht sehr weit hinter sich gelassen haben, aber gleichviel, ob und wann sich das Ideal einer in diesem Sinne entgifteten internationalen Atmosphäre erreichen lassen wird, scheint uns doch schon die bloße Beschäftigung aller mit der Presse in Berührung stehender Kreise mit ihm nicht nur als erfreuliches Zeichen eines inneren Reinlichkeitsbedürfnisses zu werten, sondern als Notwendigkeit für alle Probleme des internationalen Zusammenlebens zu fordern!

Dr. Heinz Victor Rosenfeld.

Grenzen der Reklame.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind das gelobte Land jeder Propagandatätigkeit. Politik, Geschäft, Kunst, was sich dort drüben durchsetzen will, muß verstehen, die Werbetrommel geschickt, den Forderungen und Bedürfnissen des Publikums angepaßt, zu rühren. In der Zeitungsreklame, die nach Umfang und Wert auf der höchsten Stufe steht, sind die besten Schriftsteller und Zeichner gerade gut genug, um die Kauflust anzuregen.

Wie ein seltsamer Klang berührt uns in diesem lärmenden, lebenbejahenden Treiben die herbe Kritik, die Sinclair Lewis — der durch Übersetzungen auch in Deutschland bekannte Schriftsteller — in der „Nation“ (Nr. 3322) an der Übertreibung des Propagandagedankens übt.

Es handelte sich um folgendes: Kapitän Fried von der „Amerika“ beschrieb die Rettung des Schiffes „Florida“. In die Darstellung war eine Reklame für „Lucy Strikes“, ein Fabrikat der American Tobacco Co. verwoben. In aufdringlichster Weise wurde die Zigarettenmarke fünfmal erwähnt. Das Ganze erscheint wohlgemerkt als halbseitiges Inserat mit der Unterschrift des Kapitäns.

Überstiegene Empfindlichkeit eines Literaten, dessen ätzende Gesellschaftskritik auch sonst der Übertreibung geziehen wird. Nun, Sinclair Lewis steht mit seinem Urteil nicht allein. Er übernimmt nämlich in diesem Fall das Verdikt eines Inseratenfachmannes, der sich in „Advertising and Selling“, also einer Spezialzeitschrift, gegen diese Propagandaform gewandt hat. Nicht als Gegner, sondern gerade als Freund des Reklamegedankens. Denn diese widerliche Aufdringlichkeit verstößt gegen das Grundgesetz amerikanischer Propaganda, Truth in Advertising, Wahrheit in der Reklame. Es mag schließlich sein, daß unter dem Eindruck von Sensationsberichten die Kauflust durch solche bezahlte Propagandabriefe vorübergehend angeregt wird. Gerade das urteilsfähige Publikum wird aber abgestoßen, bei den übrigen kommt ebenfalls nach kurzer Zeit die Reaktion. Wenn dieser Inseratenfachmann also die Sensationsreklame ablehnt, so geschieht dies aus der richtigen Erwägung heraus, daß immer neue Effekte und buntschillernde Seifenblasen gefunden werden müssen, um den Leser im Rauschzustand zu erhalten. Damit wird aber in das nüchterne Geschäft von Kaufen und Verkaufen, dem die ehrliche Reklame dienen will, ein Zug von Spielerei hineingetragen, der auf die Dauer zerstörend wirkt. Letzten Endes beruht also die Kritik auf dem Selbsterhaltungstrieb des Geschäftsmannes.

Sinclair Lewis führt aus eigener Erfahrung Beispiele verlogener Propaganda an. So wollte eine Fabrik von Schreibmaschinen ihre Inserate mit seinem Bilde und der unwahren Behauptung schmücken, daß sich der Schriftsteller dieser Maschine stets bediene. Eine Radiogesellschaft bot an, in „seinem“ Landhause (das ihm leider nur nicht gehörte) einen Apparat kostenfrei unterzubringen gegen eine photographische Aufnahme und entsprechende Reklame.

Sinclair Lewis stellt dazu die unziemliche Neugier der 110 Millionen Amerikaner an rein privaten Angelegenheiten bekannter Persönlichkeiten und findet gerade in dieser Nichtachtung des Privatlebens eine charakteristische Wesenseigenschaft des Amerikaners.

Hand aufs Herz! Findet sich in dieser Philippika mit der bezeichnenden Überschrift „Publicistes gone mad“ nicht vielleicht manches, was auch in Deutschland Beachtung verdient?

Dr. Friebel.

Generalmusikdirektor und Kritiker.

Zu der in Nr. 29 der „Deutschen Presse“ vom 29. Juli 1929 veröffentlichten Notiz: „Generalmusikdirektor und Kritiker“ betr. den Überfall des Königsberger Generalmusikdirektors Hermann Scherchen auf den Essener Musikkritiker Friedrich W. Herzog während des Tonkünstlerfestes in Duisburg teilt uns Kollege Herzog mit, daß es nicht zutreffe, daß er die Schauspielerin Gerda Müller-Scherchen durch Kritik

Digitized by Google

an ihrem Verhalten in einer Honorarangelegenheit beleidigt habe. Er habe niemals eine Kritik über Gerda Müller-Scherchen geschrieben und nur in einem am 2. Februar in einer Berliner Tageszeitung erschienenen Artikel „Kulturpolitik im Osten" beiläufig ihren Namen im Zusammenhang mit einer damals möglichen Neubesetzung des Intendantenpostens des Königsberger Schauspielhauses genannt. Eine Klage gegen ihn sei von Scherchen vielmehr wegen einer Kritik der Scherchenschen Tätigkeit im Ostmarkenfunk, wobei er Scherchen u. a. einen Reizdirigenten nannte, im März beim Amtsgericht Berlin-Mitte anhängig gemacht worden. Diese Klage sei am 4. Juni als unbegründet kostenpflichtig abgewiesen worden. Diese Mitteilungen des beleidigten Kollegen lassen den unerhörten Angriff Scherchens auf ihn in einem noch ungünstigeren Lichte erscheinen.

Schlußwort des Herausgebers in Angelegenheit „Jahrbuch der Tagespresse".

Bei der Heimkehr vom Urlaub erfahre ich von der Kritik des Herrn H. G. und möchte dazu bemerken, daß ich die Anregung, künftig die Fragebogen an Verlag und Redaktion zu senden, gern annehme und schon bei den Vorbereitungen für die neue Auflage verwerten werde.

Die Lücke, die in der letzten Auflage durch das Fehlen der Korrespondenz- und Nachrichten-Büros entstanden ist, habe ich selbst empfunden. Ich habe mich mit dem Verein der Deutschen Korrespondenzverleger, dessen Mitglied ich bin, ins Einvernehmen gesetzt. Wie begründet die Aussichten sind, daß diese Lücke im neuen Jahrgang nicht mehr vorhanden ist, zeigt am besten der nachfolgende Brief:

Verein der Deutschen Korrespondenz-Verleger,
Berlin SW 11, Großbeerenstr. 95.

V./A. Berlin, den 2. September 1929.

An den
Carl-Duncker-Verlag,
z. Hd. von Herrn Kornfeld,
W. 62, Keithstraße 5.

Ihrem Wunsche gemäß teilen wir Ihnen hiermit ergebenst mit, daß wir gern bereit sind, Sie in Zukunft bei den Publikationen Ihres Verlages, die den in unserem Verein organisierten Zweig des Zeitungswesens betreffen, zu beraten und Sie hinsichtlich der von Ihnen publizierten Listen der Korrespondenzen mit dem von der Geschäftsstelle unseres Vereins gesammelten Material zu unterstützen.

Hochachtungsvoll
gez. Verein der Deutschen
Korrespondenz-Verleger.
von Voß, Vorsitzender.

Ich schließe meinerseits die Aussprache mit der Bitte an Herrn H. G. und an alle, die im „Jahrbuch" Lücken und Fehler entdeckten, sich möglichst noch im Laufe des Septembers mit mir in Verbindung zu setzen und mich zu beraten, damit der 3. Jahrgang, dessen Vorbereitungen am 1. Oktober beginnen und der im Januar 1930 erscheinen soll, so fehlerfrei wie möglich wird. Ich wiederhole, daß ich für jeden Rat dankbar bin. Kurt Kornfeld.

Das Presseheim Oybin

bei Zittau ist auch im Winter geöffnet und bietet den Kollegen neben wundervoller Wintererholung in der Natur auch beste Unterkunft und Verpflegung. Anfragen bitte direkt an das Heim.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Machen wir uns lächerlich?

Anläßlich der Uraufführung eines Emelka-Filmes irgendwo erschien in einer Zeitung des betreffenden Ortes folgende „Kritik":

„Das Motiv ist gut, die Handlung spannend und psychologisch gut durchdacht, so daß das Gefühl des Kitschigen, wie man es leider oft bei Filmen der Emelka haben kann, nicht Platz greift.

Technisch läßt der Film zu wünschen übrig. Und zwar scheint der Photograph den Anforderungen nicht gewachsen gewesen zu sein. Es ist unerträglich, wenn eine Baumreihe, die direkt in der Szene steht, an den Augen vorbeiflimmt, oder wenn eine Zimmerwand mit Bildern und Mobilar in Verfolgung der Spieler blitzartig vorüberzuckt. Es scheint, als sei der Photograph bei der Aufnahme mit seinem Kurbelkasten stets zu nahe dem aufzunehmenden Objekt gewesen. Daher auch die oft störende Unschärfe weniger im Vorder- als im Hintergrund. Wenn zum Beispiel im Vorzimmer der Kaiserin die Gräfin Nostiz als die Hauptperson im Vordergrund der Szenerie erscheint, und diese auf den Obersten Trenck zueilt, so ist es mehr als störend, wenn letzterer von weither in völliger Unschärfe im Hintergrunde sich naht, und erst mit seinem Näherkommen in den Bereich des Erkennens rückt: Es gibt Möglichkeiten genug, das nun einmal immer noch unvollkommene Objekt (sic!) einer Filmkamera gleich welcher Brennweite (sic!) durch Anwendung verschiedener Raffinessen zu einem so vollkommenen zu machen, daß störende Fehler wie die gerügten vermieden werden."

Soweit die „technische Kritik". Meine Herren Kollegen, ist zu dieser Kritik sehr viel zu sagen? Wohl kaum. Der Berichterstatter, der da so tiefgründig über Aufnahmetechnik schreibt, hat nicht den leisesten Schimmer, er weiß nicht, daß gerade das, was er rügt, die Gipfelleistung der Photokunst und Phototechnik und nicht ein Ergebnis des „nun einmal noch unvollkommenen Objekts einer Filmkamera gleich welcher Brennweite" ist. Man bedenke, es handelt sich um eine Uraufführung; die Kritiken der Tagespresse werden von der herstellenden Firma ausgewertet. Diese Kritik könnte eines Tages in der Fachpresse erscheinen, als neuer Beweis für die „Sachkenntnis" der Tagespresse in den Fragen des Films. Frage: ist es unbedingt notwendig, daß Hinz und Kunz über alles und jedes schreiben, auch wenn sie nicht den leisesten Schimmer haben. Muß jeder Berichterstatter über alles und jedes wichtigtuend dozieren, auch wenn ihm, wie in diesem Falle unter Beweis gestellt worden ist, jede Sachkenntnis abgeht. Dürfen Chefredakteur und Verleger wirklich ohne Rücksicht auf das Ansehen des Standes — wenn ihnen schon das Ansehen der Zeitung gleichgültig ist — die Hände zu solchen Späßen reichen? Machen wir uns lächerlich? Ja!

W.

Noch einmal: Frauengruppen im Reichsverband.

Offener Brief.

Sehr geehrte Frau Richert!

Ich habe seinerzeit den Weg über die Verbandsleitung gewählt, weil es sich um eine rein sachliche organisatorische Frage und keineswegs um eine persönliche Angelegenheit handelt.

Ihre Antwort bestätigt meine Feststellungen. Ich habe nie bestritten, daß junge unterstützungsbedürftige Journalistinnen den Eintritt in den Reichsverband scheuen, weil ihnen der Mitgliedsbeitrag zu hoch ist, sondern ich habe festgestellt, daß mehrere prominente Journalistinnen grundsätzlich nicht in den Reichsverband eintreten, solange eine Sonderfrauengruppe besteht.

Wenn die Mitarbeit der Frau in der Berliner Organisation von jeher voll anerkannt worden ist, — warum brauchen die Kolleginnen dann eine Sondergruppe? Es gibt ja auch männliche Kollegen, die sich schwer durchsetzen können und zuweilen anlehnungsbedürftig sind, — unser Vorsitzender würde sich doch aber sehr wundern, wenn sie darum einen eigenen kleinen Schutzverband innerhalb des Reichsverbandes gründen wollten.

Digitized by Google

Ich halte die Frauengruppe gegenwärtig geradezu für eine Gefahr, weil der Gedanke: man brauche eine Unterstützung, könne etwas durch die Hilfe anderer leisten, die eigene Tatkraft unterbindet und die wesentlichen Kräfte im Menschen lähmt. Überall versucht sich dieser Gedanke einzuschleichen, und es gibt Menschen genug, die der Meinung sind, mangelnde Kenntnis und mangelnde Tüchtigkeit könnten durch gute Beziehungen aufgewogen werden.

Den jungen Kolleginnen müßte immer wieder gesagt werden; leistet gute Arbeit, leistet immer bessere Arbeit; gebt euch mit kleinen Teilerfolgen nicht zufrieden, sorgt, daß jeder Bericht, jeder Artikel besser wird als der vorhergehende, daß er mehr von dem Wesentlichen der erörterten Frage bringt. Laßt euch warnen durch die Tatsache, daß es Kollegen und Kolleginnen gibt, die eine günstige Anstellung verführte, in ihrem Arbeitseifer nachzulassen.

Wir heben ja unsere Gleichberechtigung auf, wenn wir unsere Kolleginnen als schutzbedürftiger hinstellen, als die männlichen Kollegen. Braucht jemand einen besonderen Rat, kann er sich ja immer an Sie, sehr geehrte Kollegin, wenden. Aber eine Frauengruppe innerhalb des Reichsverbandes ist wirklich nicht mehr zeitgemäß.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Lenka v. Koerber, geb. v. der Lehen.

Fachrundschau

Vom deutschen Zeitungswesen im Ausland.

Eine deutsche Tageszeitung in China. Die deutsche Presse hat bisher ihre durch den Krieg verlorene Stellung im Fernen Osten noch nicht wiedergewinnen können. In Japan gibt es z. Zt. überhaupt kein deutsches Organ, in China lediglich eine Wochenschrift in Schanghai. Um so erfreulicher ist es, daß am 1. September in Harbin (Mandschurei) die erste Nummer der deutschen Tageszeitung „Deutsch-Mandschurische Nachrichten“ erscheint. Es hat monatelanger Vorarbeiten bedurft, bis das Unternehmen Wirklichkeit wurde. Die Hauptschriftleitung liegt in den Händen von Dr. J. Kunst, der sich schon mehrere Jahre im Fernen Osten aufgehalten hat und durch Reisen in unbekannten Gegenden der Nordmandschurei bekannt geworden ist. Die Leitung des gesamten Zeitungsunternehmens liegt in der Hand eines Herrn Bartels. Die „Deutsch-Mandschurischen Nachrichten“ wollen eine parteilose Tageszeitung sein und sich über alle Vorgänge im Fernen Osten verbreiten, die für Deutschland von Interesse sind. Sie beginnen ihr Erscheinen in der größten, politisch und wirtschaftlich wichtigsten Stadt der Nordmandschurei, in der sich zu Anfang Juli d. J. Ereignisse zugetragen haben, die zu dem sowjetrussisch-chinesischen Konflikt führten. Das Zeitungsunternehmen eröffnet somit seine Tätigkeit in einer politisch recht schwierigen Umgebung, die seinem Gedeihen hoffentlich keinen Abbruch tun wird.

Ausland.

Der Abschluß der Affäre Horan-Deleplanque. Die Affäre Horan hat vor kurzem ihren Abschluß gefunden. Es handelt sich, wie die Kollegen sich erinnern werden, um die Veröffentlichung der Note, die im vergangenen Jahre der französische Botschafter in Washington über das englisch-französische Seeabkommen überreichen sollte, durch den Pariser Vertreter der Hearstpresse, Horan. Das Verfahren gegen den französischen Journalisten Deleplanque und gegen einen höheren Beamten der Presseabteilung des Quai d'Orsay ist eingestellt worden. Diese Maßnahme hat sich als notwendig erwiesen, da Deleplanque den Beweis erbringen konnte, daß nicht er allein, sondern außer ihm noch vier andere französische Journalisten den Text der Note in der Hand gehabt haben, so daß es sich also nicht um eine Entwendung handeln konnte.

Aus anderen Organisationen.

Generalversammlung des Augustinus-Vereins. Der ersten geschlossenen Versammlung der Katholikentagung in Freiburg ging eine sehr zahlreich besuchte Generalversammlung des Augustinusvereins zur Pflege der kath. Presse voraus, die unter der Leitung des 1. Vorsitzenden, Hauptschriftleiters Dr. Karl Hoeber, stattfand, der die Bischöfe von Rottenburg und Speyer, den bayer. Ministerpräsidenten Held und viele andere hervorragende Vertreter des Katholizismus begrüßen konnte. Nach der Erstattung des Tätigkeitsberichtes durch den Generalsekretär Weber (Düsseldorf) über die Zeit vom 18. März d. J., wo in Köln der Vorstand des Augustinusvereins neu gewählt worden war, sprach Dr. Karl Hoeber über die wichtigsten literarischen Erscheinungen des Jahres. Nach verschiedenen Ansprachen und Referaten ergriff Prälat Schofer das Wort mit der Mahnung, man müsse endlich zu Taten kommen. Die verantwortlichen Führer des katholischen Volkes, insbesondere der Klerus, müßten sich besinnen auf ihre Pflicht gegenüber der Presse, denn hier stände mehr als alles auf dem Spiel.

Der Deutsche Schriftsteller-Verband beruft aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens einen „Deutschen Schriftstellertag“ nach Eisenach zum 3.—6. Oktober ein. Der Verbandstag findet am 4. Oktober im Saale des Wartburggasthofs mit Referaten des Verbandsvorsitzenden Dr. Otto Everling und des Geschäftsführers von Lossow statt. An ihn schließt sich eine Festsitzung im Sängersaal der Wartburg. An Vorträgen sind u. a. vorgesehen: „Wartburggeist“ von Arthur Rehbein und „Deutsche Art im deutschen Schrifttum“ von Dr. Paul Fechter.

Jubiläumstagung des Deutschen Buchdruckervereins in Mainz. Eine der wirtschaftlich wichtigsten und kulturell bedeutendsten Organisationen, der Deutsche Buchdruckerverein, kann in diesem Jahre auf eine 60jährige, erfolgreiche Vergangenheit zurückblicken. Das 60jährige Bestehen des Vereins der Buchdruckereibesitzer Deutschlands soll in diesem Jahre festlich begangen und die Jahresversammlung zu einer Jubiläumstagung werden. Nichts lag näher, als Mainz, die Gründungsstadt des Buchdruckervereins und die Werkstätte der Buchdruckkunst, zum Orte der Jubiläumsfeier zu wählen. In den Tagen vom 7. bis 10. September wird die Stadt Mainz den Deutschen Buchdruckerverein als Gast begrüßen können. Die Verbandsorganisationen haben ein Jubiläumsprogramm ausgearbeitet, das der Bedeutung der Tagung gerecht wird und der Veranstaltung einen eindrucksvollen Verlauf zu sichern verspricht. Die Tagung beginnt am 7. September in Mainz mit einem Festakt im ehemaligen kurfürstlichen Schloß. Es werden daran teilnehmen Vertreter der Regierung, der Stadt, der öffentlichen Körperschaften und anderer in- und ausländischer Verbände. Universitätsprofessor Dr. Kautzsch (Frankfurt a. Main) wird einen Vortrag über „Die ersten Mainzer Drucker“ halten. Der geschäftliche Teil der Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins wird am 8. September in der Stadthalle eröffnet. Hier wird Professor Dr. Götz von der Technischen Hochschule Charlottenburg über „Wirtschaftsfragen des Buchdruckgewerbes im Rahmen der Gesamtwirtschaft“ sprechen. Generaldirektor Dr. Woelck (Berlin) wird einen Vortrag über „Die sozialpolitische Lage besonders im Buchdruckgewerbe“ halten. Hofrat Weber (Leipzig) wird über „Wirtschaftsamt und Normenausschuß“ und Direktor Sturm (Leipzig) über „Die Preisgestaltung im Buchdruckgewerbe und die bisherigen Erfolge der kollegialen Abkommen“ sprechen.

Die Presse der Minderheiten.

Auf dem Kongresse der Minderheiten in Genf war ein beträchtlicher Teil der Verhandlungszeit der als besonders wichtig bezeichneten Aussprache über die Minderheitenpresse gewidmet. Dr. Schiemann, Chefredakteur der Rigaschen Rundschau, zeichnete die Aufgaben der Minoritätenpresse, die nicht nur volksgemeinschaftlicher und staatsgemeinschaftlicher Art sind, sondern die sich ebenso auf eine Vermittlung zwischen Minderheit und Mehrheit, zwischen den verschiedenen Minderheiten eines Staates, zwischen Minderheit und Stammvolk und schließlich auf die Forderung des europäischen Friedens beziehen. Dabei wies er auf die großen Schwierigkeiten hin, da die Minderheitenpresse einerseits trachten müsse, an alle Volksgenossen heranzukommen, und andererseits ein gewisses publizistisches und kulturelles Niveau wahren solle. In grundsätzlicher Übereinstimmung mit dem Referenten wurden von slowenischer und ungarischer Seite besonders die Schwierigkeiten der Minderheitenpresse hervorgehoben, die sehr oft Dinge verschweigen muß und damit gegenüber der Mehrheitspresse in Nachteil gerät.

Auskünfte für lettlandreisende Journalisten.

Der Verein der deutschen Journalisten in Riga, Sekretär Dr. Hans von Rimscha, Riga, Ritterstraße 23, ist bereit, durch Lettland reisenden oder Lettland besuchenden deutschen Kollegen mit gutem Rat zur Seite zu stehen. Durchreisende oder sich in Lettland aufhaltende deutsche Journalisten tun gut, sich an die oben angegebene Adresse zu wenden.

Digitized by Google

Kurze Nachrichten.

1. Zeitungsfachlicher Fortbildungskursus in Berlin. Der endgültige Studienplan des vom Deutschen Institut für Zeitungskunde im November dieses Jahres veranstalteten 1. Zeitungsfachlichen Fortbildungskurses ist erschienen (vgl. Nr. 32 der „Deutschen Presse"). Die Pläne können beim Institut (Berlin, NW. 7, Universitätsstr. 7) angefordert werden.

Personalien

• **Paul Fischer-Graudenz 70 Jahre alt.** In Hirschberg in Schlesien begeht am 17. September der frühere Chefredakteur des „Graudenzer Geselligen", Paul Fischer, seinen 70. Geburtstag. Fast 35 Jahre hindurch, also die Hälfte seines Lebens, hat Fischer auf dem schwierigen Posten des Hauptschriftleiters an dem unabhängig-liberalen Geselligen mit Erfolg gearbeitet und oft eine scharfe Klinge gegen polnische Anmaßungen und Geschichtslügen geführt. Seine Schriften zur Aufklärung der Welt über den deutschen Osten und seine Vergangenheit haben viele Leser gefunden: das Buch über die Marienburg, das Büchlein über Tannenberg 1410 und 1914, ferner schrieb er über Graudenz und seine Geschichte, auch ein Drama: Der Gouverneur von Graudenz (Courbière) entstammt seiner Feder. Fischer, einer in Grünberg in Schlesien ansässig gewesenen Familie entsprossen, genoß seine Schulbildung auf dem Realgymnasium seiner Vaterstadt, wurde beim „Niederschlesischen Tageblatt" Journalist, war dann Redakteur in Oels und Prenzlau, von wo er an den „Geselligen" in Graudenz berufen wurde. Nach dem Krieg mußte er, der am meisten von den Polen gehaßte ostdeutsche Journalist, seinen Wirkungskreis in Westpreußen verlassen. Er fand als Mitarbeiter des „Hirschberger Boten" aus dem Riesengebirge ein neues Feld der Tätigkeit, auch als eifriges Mitglied des Ostbundes ist Fischer noch schriftstellerisch hervorgetreten.

Redakteur Arthur Riedel von den „Breslauer Neuesten Nachrichten" konnte am 15. August sein 25jähriges Dienstjubiläum und das der 25jährigen Zugehörigkeit zur Redaktion der B.N.N. feiern. Wegen der Urlaubszeit wurde des Ehrentages erst am 1. 9. gedacht. Der Verband der Schlesischen Presse, zu dessen Gründern der Gefeierte gehört und dessen 2. stellvertretender Vorsitzender er gegenwärtig ist, erschien mit dem geschäftsführenden Vorstand mittags im Arbeitszimmer des Kollegen Riedel. Kollege Langenstraßen beglückwünschte ihn zu seinem Jubiläum und dankte ihm für die Treue, die er allezeit dem Verbande gehalten hat, insbesondere dankte er ihm auch für die Mühe und Arbeit, die er im Interesse des Verbandes als langjähriger Schatzmeister geleistet hat, und für die wahre Kollegialität, die er stets bekundete. Kollege von Fritschen überbrachte die Glückwünsche der Breslauer Ortsgruppe, deren stellvertretender Vorsitzender Kollege Riedel ist, und Kollege Kaßmann die des Vereins Breslauer Sportpresse, in dem der Jubilar den Vorsitz führt. Alle drei Organisationen überbrachten wertvolle Ehrengaben. Unter den Gratulanten erschien auch der Oberbürgermeister der Stadt Breslau.

Georg Herbst †. Am 18. August ist in Hamburg das Mitglied des Vereins Bremer Presse, Georg Herbst, verstorben. Herbst war in Ingolstadt geboren und hatte sich schon als junger Gymnasiast zu einem außerordentlich befähigten Violinspieler entwickelt. Er erwählte zunächst das Studium zum Apotheker, besuchte aber gleichzeitig zu seiner musikalischen Weiterbildung ein Konservatorium. Später wandte er sich völlig dem Musikerberuf zu. Er wurde Lehrer und Professor der Meisterklasse für Violine am früheren Staatlichen Konservatorium in Zürich und wirkte auch hier bereits als Musikkritiker für die Züricher Presse. Später siedelte Herbst nach Bremen über, wo er sich als anerkannter Lehrer des Violinspiels um das musikalische Leben Bremens außerordentlich verdient machte. Er ist mehrere Jahre lang Opern- und Konzertkritiker der „Weser-Zeitung" gewesen und hat auch durch diese Tätigkeit einen sehr großen Einfluß auf die Entwicklung des musikalischen Lebens der Stadt Bremen gewonnen. Der Verein Bremer Presse betrauert in dem plötzlich Heimgegangenen einen liebenswerten Kollegen.

Joseph Kunkel †. Nach längerem schwerem Leiden ist Schriftleiter Joseph Kunkel am 30. August in München gestorben. Über 30 Jahre lang hat Kunkel, der im 62. Lebensjahr stand, an hervorragender Stelle in der bayerischen Presse gewirkt und mit seinem reichen Wissen und Können der Allgemeinheit vorzügliche Dienste geleistet. Von 1909 bis 1924 war er als Redakteur für bayerische Politik an den „Münchener Neuesten Nachrichten" tätig, seit 1924 vertrat er die „Deutsche Allgemeine Zeitung" in München. Kunkel, ein treues und tätiges Mitglied des Reichsverbandes, ist jederzeit für das Ansehen und die Lauterkeit unseres Standes, für die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse seiner Kollegen eingetreten und hat sich auch mit Erfolg organisatorisch betätigt. Das Vertrauen seiner Kollegen berief ihn zum 1. Vorsitzenden des Vereins Münchener Berufsjournalisten, ein Amt, das er mehrere Jahre innehatte. Joseph Kunkel wurde am 2. September auf dem Münchener Waldfriedhof zur letzten Ruhe bestattet. Der Vorsitzende Cajetan Freund rief ihm im Namen des Reichsverbandes und des Landesverbandes der bayerischen Presse die letzten Grüße nach. Für die bayerische Regierung und den abwesenden Ministerpräsidenten sprach Oberregierungsrat Eisele.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Bezirksverband Berlin. Rud. Brendemühl (Vorwärts), Pichelsdorf-Boxfelde, Hauptstr. 3; Frau Marg. Caemmerer (Ullstein), W. 10, Hohenzollernstr. 19; Lotte Zielesch (Mitarb.), W. 50, Schaperstr. 32.

II. Neuanmeldungen.

Bezirksverband Berlin. Harald Bredow (Der Film); Bruno Heilig (Ullstein).

Verband der Schlesischen Presse. Red. Robert Matzke, Liegnitz, Skalitzerstr. 14 (Liegn. Volksztg.); Red. Karl Theod. Reuß, Breslau 10, Vierturmstr. 20 (Schlesische Zeitung).

III. Überweisungen und Wressenänderungen.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Hannoversche Presse. An den Bezirksverband Berlin überwiesen: Dr. Albert Weinsheimer, bisher Hannover, ab 1. 9. Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 16 (Illustr. Nachtausgabe).

IV. Austritte, Streichungen und Todesfälle.

Landesverband der Bayerischen Presse. Ausgetreten: A. H. Bergmann, Rosenheim, wegen Veränderung im Beruf; zu streichen sind: Red. Dr. Fritz Rudolph, Aschaffenburg, und Emil Herold, Neustadt bei Coburg; gestorben ist Josef Kunkel, München.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Bremer Presse. Gestorben: Georg Herbst, Bremen.

Verband der Schlesischen Presse. Red. Dr. Johann Wilutzky, früher Görlitz, jetzt Berlin, wegen Nichtzahlung der Beiträge gestrichen; Bruno E. Tschierschke, früher Oppeln, jetzt Neiße, gestrichen wegen Berufswechsels; Red. Fritz Wenske, Greiffenberg, Aufnahme rückgängig gemacht wegen Nichtzahlung der Beiträge.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Inhaltsangabe:

§ 193 und die Presse im kommenden Strafrecht. Von Dr. jur. Breitschwerdt, Stuttgart.
Noch einmal: Zeitungssprache und Fremdwörterseuche. Von C. Sonntag, Zittau.
Die Sachlichkeit und sprachliche Formung von Zeitungsnachrichten. Von Arthur Hertz, München.
Gegen Tendenzberichterstattung. Von Dr. H. V. Rosenfeld.
Grenzen der Reklame. Von Dr. Friebel.
Generalmusikdirektor und Kritiker.
Schlußwort des Herausgebers in Angelegenheit: „Jahrbuch der Tagespresse. Von K. Kornfeld.
Machen wir uns lächerlich?
Noch einmal: Frauengruppen im Reichsverband.
Fachrundschau.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

Jeder Verleger
REDAKTEUR, JOURNALIST
FACHSCHRIFTSTELLER, WERBELEITER
sollte lesen:

Landwirtschaft und Presse

Das landwirtschaftliche Nachrichten- und Pressewesen Presse und landwirtschaftliches Werbewesen

Von
Redakteur Kurt Borsdorff
Leiter der Presseabteilung des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Die Presse urteilt über diesen erstmalig unternommenen Versuch, die mannigfachen wechselseitigen Beziehungen zwischen Landwirtschaft und Presse einer systematischen und umfassenden Untersuchung zu unterziehen:

Berliner Tageblatt: „Der Verfasser behandelt in mustergültig objektiver Form das Presse- und Nachrichtenwesen, soweit es die Allgemeinheit über landwirtschaftliche und agrarpolitische Fragen unterrichtet. Die Broschüre bringt eine ausgezeichnete Unterrichtung über die sonst kaum erörterten einschlägigen Fragen.“

Deutsche Tageszeitung: „Das Buch ist aus einer vollkommenen Beherrschung des Stoffes heraus gestaltet . . . . .“

Kölnische Zeitung: „Das Buch verrät in seinen grundsätzlichen Ausführungen wie in dem technischen Querschnitt durch das Zeitungs- und Nachrichtenwesen den Fachmann, man kann wohl fast sagen, den einzigen Fachmann auf diesem Gebiet“.

Kölnische Volkszeitung: „Statt Trennungsgräben zwischen Landschaft und Presse aufzuwerfen, sollte man Brücken bauen, wozu die Schrift Borsdorffs wertvolle Bausteine liefert“.

Rheinisch-Westfälische Zeitung: „Die Grundlagen für eine solche journalistische Arbeit zu finden, ist nicht einfach, und der Wert des Borsdorff'schen Buches liegt eben darin, daß es an diese nicht leicht zu lösende Aufgabe herangeht und wertvolle Fingerzeige gibt“.

Hannoverscher Kurier: „Jedenfalls ist uns ein Werk, das die Beziehungen von Landwirtschaft und Presse in der erschöpfenden Form, wie es der Verfasser hier getan hat, darlegt, bisher nicht zu Gesicht gekommen“.

Kasseler Post: „Wohl kaum ein Werk agrarpolitischen Inhalts hat im letzten Jahrzehnt so neuartige Gedanken ausgesprochen“.

Münchener Neueste Nachrichten: „In der Tat ist damit ein Versuch gemacht, das vielfach noch reichlich platonische Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Presse für beide Seiten fruchtbarer zu gestalten“.

Magdeburgische Zeitung: „Das Werk stellt zugleich eine wirtschaftspolitische Schrift dar, in der kritisiert und gefordert wird Vielleicht ist das Buch gerade deshalb so interessant zu lesen“.

Zeitungsverlag: „So schließt das stofflich ausgezeichnet fundierte, stilistisch die schwierige, etwa nüchterne Materie trefflich und gefällig bewältigende Buch Borsdorffs eine Lücke, die lange empfindlich genug spürbar war“.

Deutsche Presse: „Die Kollegen werden aus dem Studium der Broschüre sicherlich manche Anregungen für ihre Berufsarbeit schöpfen“.

Die Fachpresse: „Wir können das Buch jedem Angehörigen des Fachzeitschriftengewerbes nur bestens empfehlen“.

Zu beziehen: bei Vorauszahlung RM 2.50 (zuzüglich 80 Pf. Porto oder durch Nachnahme zuzüglich Porto RM 3.10 Postscheckamt Berlin Nr. 14488.)

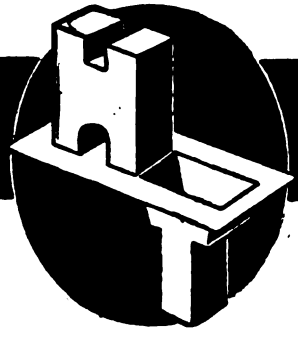
VERLAG DER „DEUTSCHEN PRESSE“
BERLIN SW 48, FRIEDRICHSTRASSE 240/41

Vorzugspreis für Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse . . . . . RM 2.50

Digitized by Google

HOTIBAG

HOCH-UND TIEFBAU GMBH



KOMMUNALE BAUTEN

ALLER ART

KRANKENHÄUSER / SIEDLUNGEN / REIHENHÄUSER
INDUSTRIEBAUTEN / VERWALTUNGSGEBÄUDE

FÜR DIE ZWECKE GROSSER UND KLEINERER STADTGEMEINDEN

BERLIN-REINICKENDORF, JUSTUSSTR. 42-43 / FERNSPR.: D 9 REINICKENDORF 0778 U. 3882

„Presse und Presse“

Ein Brevier für Journalisten
und die es werden wollen.

Für Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse ist der Ursprungspreis von 5 RM auf zwei Mark herabgesetzt. Zu beziehen: (zuzüglich 30 Pfg. Porto oder durch Nachnahme zuzüglich Porto RM. 2.60) vom

Verlag der „Deutschen Presse“
Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 37 — Berlin, den 14. September 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14 483. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Wie war es im Haag?

Von Dr. Josef Adolf Bondy, Leiter des politischen Teils des „Berliner Börsen-Courier".

„Erzählen Sie von Ihren Erfahrungen auf der Haager Konferenz! Die deutschen Sonderberichterstatter haben sich in ihren Telegrammen mehr als einmal darüber beschwert, sie seien viel unzulänglicher informiert worden als ihre Kollegen in den andern Lagern. Wie stand es damit?"

Es ist ein guter Gedanke des leitenden Redakteurs der „Deutschen Presse", das Problem der Beziehungen zwischen Regierungs-Delegation und Presse-Delegation nach einer der größten internationalen Diplomaten-Zusammenkünfte neu zur Erörterung zu stellen. Kaum eine andere journalistische Aufgabe ist so schwierig und verantwortungsvoll wie die des Kongreß-Berichterstatters. Kaum eine fruchtbarere Gelegenheit findet der Diplomat, das mächtige Instrument der Presse im Verhandlungskampf voll auszuspielen.

Im Haag erreichten uns die Zitate aus unseren telephonischen Berichten in der Pariser, Brüsseler und namentlich der Londoner Presse oft viel früher als unsere eigenen Zeitungen. Es kam vor, daß, ehe ein Korrespondent seinen Artikel gedruckt in den Händen hielt, der von einem Teil der deutschen öffentlichen Meinung bisher verwöhnte Führer einer andern Delegation einen deutschen Delegierten fragte, warum er gerade von dieser Seite so heftig angegriffen werde. Die Presse ist eben kein willenloser Trabant der eigenen Minister. Kein Zweifel mehr: sie steht in solchen Augenblicken selbst mitten im Kampf für ihr Land; sie kann ihm, ebenso wie der Diplomat, nützen, sie kann erst recht durch Disziplinlosigkeit oder falsche Orientierung schweren Schaden stiften.

In fast allen Delegationen ist man darum sorgsam und fast stündlich darauf bedacht gewesen, nicht nur auf die eigene Presse, sondern womöglich auf die ganze, in einem Bienenschwarm durcheinandersummende Weltpresse Einfluß zu gewinnen. Eine der wichtigsten Figuren ist darum in jeder Abordnung der Pressechef. Die Minister der Labour Party riefen darum wieder den mit allen Wassern gewaschenen Pressemanager der Torypegierung, Herrn Stuard, nach dem Haag, und bei den Franzosen riß der Arbeitsminister Loucheur selbst dieses Amt an sich und verwaltete es meisterhaft.

Tatsache ist, daß an so manchen entscheidenden Tagen auch die deutschen Berichterstatter über die Haager Verhandlungen fast ausschließlich (direkt oder indirekt) von diesen beiden rührigen Informatoren unterrichtet worden sind. Unter den Journalisten aus den verschiedenen Lagern haben sich in Genf und auf den zahlreichen Konferenzen der letzten Jahre Beziehungen guter Kameradschaft entwickelt. Nachrichten — mehr noch Gerüchte — fliegen hin und her. Eine Viertelstunde nach der Parole-Ausgabe in irgendeiner Delegation wußte man im mittelalterlichen Turm des Binnenhofs, was drüben — abgesehen von den vertraulichen Bemerkungen — mitgeteilt worden war. Mehr oder minder genau, je nach dem guten Willen oder der Auffassungsgabe des Mittlers.

Aber es kann nicht als ein idealer Zustand angesehen werden, wenn wir bei dem Bestreben, uns ein Bild von den Vorgängen zu machen, gerade in kritischen Augenblicken von den Regierungsvertretern allein gelassen wurden. Aus eigener Kraft mußten die deutschen Journalisten sich insbesondere gegen die Stimmungsmache wehren, die von Herrn Loucheur und auch sonst von französischer Seite bei der Ausgabe eines — naturgemäß lückenhaften — Tatsachenberichts versucht wurde. Und ich meine, daß sie dabei ihr selbständiges Urteil bewahrten, als man sie glauben machen wollte, Snowden beabsichtigte die Reparationsbank und damit den ganzen Youngplan zu torpedieren; sein Kampf um die Annuitäten sei nur ein Schein- und Vorgefecht. Ja, sie erwiesen sich, wie mir scheint, gegen solche Einflüsterungen immuner als einzelne aktive Politiker, die — wie von einem Snowden-Komplex besessen — selbst den entschiedenen Dementis des englischen Schatzkanzlers tief mißtrauten und die schon bei dem Wort „treasury" eine Gänsehaut überlief. Als uns aus den andern Delegationen genaue Einzelheiten über die verdächtigen Pläne mitgeteilt wurden, wie die vier Reparationsmächte Snowdens Forderungen zu erfüllen gedachten, als wir erfuhren, daß auch die deutschen Delegierten über die vorgeschlagenen Lösungen unterrichtet worden sind, hörten wir im Hotel Oranje, das alles seien noch vage Projekte und von deutscher Seite sei auch nicht ein Cent bewilligt worden.

*

Wer ist verantwortlich dafür, daß man uns in so entscheidenden Momenten ohne Direktiven ließ? Wir hatten nicht den Eindruck, daß der deutsche Pressechef Dr. Zechlin und seine Mitarbeiter es an Eifer fehlen ließen, uns Informationen zu geben, wir hatten weit eher den Eindruck, daß selbst der Pressechef von den Beratungen der Delegierten nach Möglichkeit ferngehalten worden ist. Wollte man ihn vor jeder Versuchung bewahren? Ich werde noch die psychologischen Beweggründe, die nach meiner Meinung für diese unglückliche Methode maßgebend waren, erwähnen. Schließlich kam es dahin, daß wir wochenlang jede vertrauens-

Digitized by Google

volle Fühlung verloren und — ein bisher noch nicht erlebter Fall — das Presselager fast ausnahmslos (nicht aus Verärgerung, sondern weil wir die Situation ganz anders sahen und niemand uns überzeugende Gegenargumente bot) oppositionell eingestellt war. Es entzieht sich meiner Beurteilung, ob Dr. Zechlin, wie es seine Pflicht gewesen wäre, sich gegen diese ihm aufgezwungene Aushungerung der eigenen Presse und gegen diese Aushöhlung seiner eigentlichen Aufgabe energisch genug aufgelehnt hat. Aber ich kann bezeugen: Die Herren der deutschen Presseabteilung gaben sich auch unter diesen schwierigen Umständen große Mühe, den Berichterstattern in manchem dunklen Engpaß zu Hilfe zu kommen. Wenn sie selbst einer Kongreß- oder Kommissionssitzung beiwohnen durften und der Schweigepflicht entbunden waren, gaben sie uns sehr ausführliche Berichte. Regierungsrat Dr. Wingen war immer bereit, auf bestimmte Fragen hin eingehende wirtschaftspolitische Aufklärungen zu geben, und Regierungsrat Dr. Heide hat während der interessantesten Nachtsitzung sogar Indianerlisten angewandt, um uns von einem heimlichen Beobachterposten aus in den dunklen Binnenhof sehr willkommene Botschaften zu senden, die von uns buchstäblich aufgegriffen wurden. Darunter war die entscheidende Nachricht, der Ausspruch Hendersons: „Das Eis ist gebrochen“, der, auf diesem Wege bekannt geworden, gleich darauf von den Journalisten aller Länder in die ganze Welt hinausposaunt wurden.

Ich kann mich überhaupt einer verallgemeinernden Beschwerde über mangelnde Informationen nicht anschließen. Es gab Tage, an denen die deutschen Journalisten von ihren eigenen Ministern, die persönlich zur Besprechung zu erscheinen pflegten, weit gründlicher unterrichtet worden sind als alle anderen. Dann wurden wir — gelegentlich — zum Nachrichtenborn für die übrigen Gruppen. In der wahrlich nicht schwach beschickten deutschen Abordnung gab es eine ganze Reihe von Vertretern und insbesondere von Spezialisten, die ein waches Verständnis für die Aufgaben der Presse haben und auf ganz bestimmte Fragen — sie zu stellen, ist eine Kunst, die erst gelernt werden muß — auch Rede standen. So konnte man im stillen Hotelzimmer zu den in der allgemeinen Pressebesprechung meist auch sehr allgemein gehaltenen Darlegungen wertvolle Ergänzungen erhalten. Obendrein kennt jeder alte Konferenzhase in den verschiedenen Delegationen die Steine, auf die man nur zu klopfen braucht, um den Quell, wo nicht zum Sprudeln, so doch zum Sickern zu bringen.

Es kommt nicht immer so sehr auf die Information selbst, wie auf ihre richtige Wertung, auf ihre Einfügung in das Ganze an. Hält man sie mit dem zusammen, was man von andern Seiten erfahren hat, so schließt sich oft plötzlich die Kette. Das ewige Lauern auf das Nachrichtenwild, bis in die tiefe Nacht hinein, das schnelle Kombinieren und die mühselige Mosaikarbeit gehören nun einmal zu dem alle Nerven anspannenden Metier des Konferenz-Berichterstatters. Durch das Vergleichen der mannigfachen Darstellungen, die er von allen Seiten erhält, weiß er in der Regel am Abend doch, welches Spiel gespielt wird.

*

Nicht über Nachrichtenmangel an sich ist also zu klagen, sondern über die unsystematische Art der Information, über den allzu empfindlichen Wechsel von Ebbe und Flut. Je heikler die Lage wurde, um so spärlicher wurden wir mit Winken bedacht. Dann machten sich die Spitzen der Delegation unsichtbar oder ihre Orakelsprüche wurden immer karger, immer dunkler. Das hing nicht nur mit dem chaotischen Charakter dieser wüstesten aller Konferenzen zusammen, aus der die Deutschen wochenlang ganz ausgeschaltet waren. Das lag weit mehr an der Unsicherheit der deutschen Unterhändler selbst, die noch psychologisch analysiert werden soll. Das lag an der auch nach zehnjähriger Kongreßerfahrung nicht voll gereiften Erkenntnis, wie wesentlich die Mitwirkung der Presse zur Erreichung weltpolitischer Ziele ist.

Gerade im letzten, im ausschlaggebenden Stadium der Konferenz ließ man uns beiseite. Man verzichtete auf das vertrauensvolle Zusammenspiel mit der Presse, aus der die anderen Delegationen Gewinn zu ziehen wußten. Nie ist aus unserem Kreis die unvernünftige Forderung erhoben worden, die deutschen Unterhändler sollten vor der Welt vorzeitig ihre Karten aufdecken? Aber sie wollten uns selbst noch im Zwielicht lassen, als ihr Weg schon allen offenbar geworden war. Für uns ist es nicht wesentlich, daß man uns unzureichend mit Nachrichten diente, sondern daß wir selbst einem vollkommeneren Konferenzerfolg nicht so dienen konnten, wie es in unseren Kräften stand.

Jetzt gilt es, daß wir und die Regierenden wenigstens aus den Erfahrungen im Haag für die Zukunft lernen. Drum muß noch der Versuch unternommen werden, die hier angedeuteten Zusammenhänge bis ins Letzte aufzuhellen.

Der 1. Zeitungsfachliche Fortbildungskursus.

Anfangs der Woche sind durch die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse die Studienpläne für den 1. Zeitungsfachlichen Fortbildungskursus des „Deutschen Instituts für Zeitungskunde“ versandt worden. Auch den Bezirksgruppen des Reichsverbandes der deutschen Presse sind Studienpläne zur Weitergabe an die Mitglieder zugegangen. Weitere Studienpläne stehen auf Anforderung beim Deutschen Institut für Zeitungskunde (Berlin NW 7, Universitätsstr. 7) in beliebiger Anzahl zur Verfügung.

Mit diesem Kurse wird zum ersten Male in entschiedener und zielklarer Weise versucht, einer Notwendigkeit zu genügen, die jeder Redakteur in seiner Berufsarbeit oft bitter und quälend empfunden hat. Der Kurs soll Redakteuren die Möglichkeit bieten, bestimmte Probleme ihrer beruflichen Arbeit ruhig und losgelöst vom Drängen der Alltagsarbeit vertieft und gründlich zu erfassen. Daher die Gliederung des Kurses in ressortfachliche Gruppen, deren zunächst drei (Politik, Wirtschaftspolitik und Kulturpolitik) vorgesehen sind. Eine besondere allgemein zeitungsfachliche Gruppe ist für die Gesamtheit der Teilnehmer bestimmt. Sie erörtert allgemeine Probleme der Berufsarbeit, darunter eine ganze Reihe heikler, in der Alltagsarbeit fast täglich auftauchender Fragen („Die Nachrichtenpolitik der Interessenten“, „Presse und Bürokratie“, „Redaktionelle Freiheit und Anzeigenboykott“). Die zeitungsfachliche Gruppe schließt auch Vorträge über die jüngste Entwicklung des Anzeigenwesens und der Drucktechnik ein, um so neben den geistigen Kräften der Zeitung auch ihre technischen und wirtschaftlichen zu berücksichtigen.

Der Schwerpunkt liegt naturgemäß in der ressortfachlichen Arbeit. Jeder Teilnehmer wählt eine der ressortfachlichen Gruppen. Die Kursform ist die der Arbeitsgemeinschaft. Jede Gruppe ist von einem namhaften Fachmann geleitet, der vor allem Sorge trägt, die Vorträge der Fachleute so anzusetzen und zur Debatte zu bringen, daß eine wirklich gründliche und umfassende Betrachtung des Themas möglich wird. Sowohl die Auswahl der Persönlichkeiten wie auch die Themenfolge ist so getroffen, daß nicht sogenannte „Repräsentationsvorträge“ entstehen, die gerade den Journalisten so oft

Digitized by Google

vorgesetzt werden und sachlich über Gemeinplätze kaum hinauskommen. In jedem Falle ist dafür gesorgt, daß die Vortragenden auf die wirklichen Probleme eingehen, die — wie jeder Journalist weiß — im Lärm der öffentlichen Auseinandersetzung nicht immer genügend hervortreten. Heute schon liegen eine Reihe konkreter Anfragen und Aufklärungswünsche eng sachlicher Natur zu den einzelnen Sondervorträgen vor. In ausführlicher Aussprache mit den Referenten sollen sie gründlich durchgebildet und zu Erkenntnissen entwickelt werden.

Daß bei einer so aufgefaßten Arbeit selbst in der politischen Gruppe die parteipolitische Grundauffassung des einzelnen Redners ebenso wie der Kursteilnehmer nicht im Vordergrunde steht, bedarf wohl keines Beweises. Weder die Vorträge noch die Debatte sind für die Öffentlichkeit bestimmt. Sie sind — entsprechend den im amerikanischen Leben so beliebten „round table conferences“ — einfach ein Beisammensein gebildeter Menschen in sachlicher und unvoreingenommener Aussprache. Verschiedenheiten der Überzeugung sollen nicht behoben, sondern unter Ausschaltung aller propagandistischen Nutzung sachlich geprüft und gegeneinander gestellt werden. Der ruhigen Aussprache in geschlossenem Kreise kommt auch die geringe Zahl der Teilnehmer zugute. Mehr als 30 Personen sollen an den einzelnen ressortsachlichen Gruppen im allgemeinen nicht teilnehmen. Mit der Vortragsarbeit ist die Vermittlung praktischer Anschauung in großem Umfange und aufs engste verbunden. Die Fühlung mit der praktischen Politik und Wirtschaftspolitik, wie sie jeden Nachmittag freigegeben ist, der freie Besuch von Konzerten, Theatern, Museen, wissenschaftlichen Anstalten usw. läßt jedem einzelnen weitgehende Möglichkeiten, sich aus eigenem und in Muße Urteile zu bilden, die seiner beruflichen Arbeit ebenso wie der Weite seines eigenen Gesichtskreises zugute kommen werden. Ohne irgendwie schulmäßig aufgebaut zu sein, vermittelt der Kurs in dieser arbeitsgemeinschaftlichen Form, was die unausgesetzte aufreibende Arbeit des Alltags dem Redakteur zu erwerben nicht zuläßt.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse fördert den Kurs und hat sein Programm und seine Bedingungen anerkannt. Gleichzeitig hat sie zugesagt, dahin zu wirken, daß die durch das „Deutsche Institut für Zeitungskunde“ stark verbilligten Aufenthaltskosten sowie die Reisekosten von den Verlagen getragen werden und daß der ausschließlich beruflichen Zwecken dienende Kurs nicht auf den Urlaub angerechnet wird. Es empfiehlt sich, daß auch die Redaktionen unter sich in gegenseitiger kollegialer Vereinbarung Mitgliedern die Teilnahme an dem Kurse ermöglichen.

Wie uns das Institut mitteilt, gibt es jede weitere Auskunft im einzelnen. —er.

Die Anonymität in der Tagespresse.

Von Ernst Scheiding, Dresden.

Die bevorstehende Reform des deutschen Presse- und Urheberrechtes wirft eine Reihe von Fragen auf, die für uns von großer Bedeutung sind. Man muß sich immer vergegenwärtigen, daß unser deutsches Pressegesetz über 50 Jahre alt und auf Verhältnisse zugeschnitten ist, die sich inzwischen so gründlich wie möglich gewandelt haben. Es stammt aus einer Zeit, für die Pressefreiheit, Presseverantwortlichkeit und Recht der Anonymität frisch eroberte Errungenschaften waren, in der das moderne Nachrichten- und Korrespondenzwesen sozusagen noch in den Windeln und der Schwerpunkt der Zeitung unbestritten bei „dem“ verantwortlichen Redakteur lag, der in der Regel auch sein Blatt wirklich selbst schrieb. In einem früheren Artikel*) habe ich bereits daran erinnert, welch ausschlaggebende Bedeutung das Pressegesetz von 1874 dem verantwortlichen Redakteur zuweist, eine Bedeutung, die heute vielfach nur noch auf dem Papier vorhanden, jedenfalls gegen früher stark zurückgetreten ist, besonders seitdem man entdeckt hat, daß das Zeitungsgewerbe genau so lohnend im Großen betrieben werden kann, wie die Erzeugung von Kunstseide und Eisenbahnschienen. Wir sollten uns auch darüber im klaren sein, daß diese Entwicklung trotz des stürmischen Tempos, das sie in den letzten Jahren angenommen hat, noch keineswegs auf ihrem Höhepunkt angelangt ist, geschweige denn ihr Ende erreicht hat. Um so größer ist die Gefahr für uns Journalisten, von dieser Entwicklung überrannt zu werden und die Grundrechte unseres Schaffens durch die Praxis bis zur Inhaltlosigkeit ausgehöhlt zu sehen.

Zu diesen Grundrechten zähle ich das Recht des Autors auf Kennzeichnung seiner Arbeit mit seinem Namen oder einem anderen, von ihm gewählten Erkennungszeichen. Ihm gegenüber steht die Praxis der Anonymität, und sie ist im großen ganzen die mächtigere geblieben. Willl man den Kern der Frage herausschälen, so muß man das „Recht“ der Anonymität von der tatsächlich geübten Praxis trennen. Um das Recht der Anonymität hat die Presse einen hartnäckigen Kampf geführt, d. h. um das Recht, den Urheber eines Artikels oder einer Meldung verschweigen zu dürfen, auch vor Gericht, wo der gesetzliche Aussagezwang besteht. Wir brauchen an dieser Stelle kein Wort darüber zu verlieren, daß sich in dieser Beziehung unser Standpunkt nicht geändert hat, um so weniger, als auch die Gerichte und vielleicht sogar einmal die Gesetzgeber sich davon werden überzeugen lassen, daß es eine Schweigepflicht nicht nur für Ärzte und Anwälte, sondern auch für Journalisten gibt und geben muß. Erfreulicherweise gehen ja auch die Fälle, in denen der verantwortliche Redakteur seinen unbekannt bleibenden Mitarbeiter durch Zeugnisverweigerung vor strafrechtlicher Verfolgung schützen muß, immer mehr zurück und beschränken sich in der Hauptsache auf kleinere Orte, in denen eine angeblich beleidigte Lokalgröße nach Rache schnaubt. Selbstverständlich besteht kein Anlaß, dieses Rachebedürfnis zu befriedigen, zumal der verantwortliche Redakteur in solchem Falle für seinen Mitarbeiter gerade stehen muß.

Für uns als Redakteure und Mitarbeiter der Tagespresse ist diese strafrechtliche Seite der Anonymität, bei deren Beurteilung wir uns in völliger Übereinstimmung mit der Verlegerschaft befinden, längst zurückgetreten hinter ihrer geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung. Die bereits gekennzeichnete moderne Entwicklung des Zeitungswesens hat dazu geführt, daß von manchen Verlagen die Anonymität in einem ganz anderen Sinne eingeführt worden ist, nämlich in dem des grundsätzlichen Verschweigens des Autornamens zugunsten des Blattes, des völligen Zurücktretens des einzelnen Mitarbeiters hinter der machtvollen oder machtvoll erscheinen sollenden Nachrichtenorganisation des Verlages. Glücklicherweise ist eine Zeitung immerhin eine etwas empfindlichere Ware als irgendein anderes Massenprodukt. Die Erfahrungen, die man mit dem in den Vordergrund drücken des Verlages, dem Beiseitedrücken der Mitarbeiter in eine unauffindbare Impressumecke machen mußte, waren durchaus nicht immer günstig. Es zeigte sich bald, daß gerade diejenigen Zeitungen, die innerlich und äußerlich ihren Mitarbeitern das zukommen ließen, was ihnen

*) „Der verantwortliche Redakteur“ in Nr. 34 der „Deutschen Presse“.

Digitized by Google

gebührte, in der Regel auch geschäftlich besser gediehen als andere, wo die Leserschaft aus der anonymen Nachrichten- und Meinungsküche des Verlages gespeist wurden. Es ist immer vorteilhaft, wenn man in der Lage ist, den Gegenspieler davon zu überzeugen, daß die Erfüllung unserer Wünsche und Forderungen auch in seinem Interesse liegt. Dies trifft nach meiner Überzeugung im vorliegenden Falle durchaus zu, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entwicklung eines Blattes einen Hauptfeind hat: Die Langeweile. Der deutsche Durchschnittsleser ist in dieser Beziehung nicht gerade verwöhnt, und die geniale Erfindung der Zeitungsfrau, die für billiges Geld mit absoluter Regelmäßigkeit die Zeitung ins Haus liefert und damit einen verhältnismäßig stabilen Abonnentenstamm und entsprechende Inserateneinnahmen sichert, enthebt manchen Verlag — und manche Redaktion — der Bemühung um die interessante Gestaltung ihres Blattes. Aber auf die Dauer wird auch der anhänglichste Leser stutzig und müde. Ich will natürlich nun nicht behaupten, daß man ein langweiliges Blatt dadurch interessant macht, daß man seine einzelnen Beiträge signiert, aber die Zeichnung des Verfassers bildet ohne Zweifel einen Ansporn und eine Verpflichtung, die stärker sein können als irgend etwas anderes. Sie geben die Möglichkeit, sich einen Namen zu „machen“. Es ist ganz klar, daß bei den verwickelten Vorgängen, in denen sich die Erzeugung einer geistigen Arbeit abspielt, diese Möglichkeit die letzten und besten Kräfte weckt. Ein kluger Verleger — und wir haben Gott sei Dank nicht wenige — ist sich dieser Zusammenhänge bewußt und sucht das Selbstgefühl der Redakteure und Mitarbeiter gerade auf diesem Gebiete zu befriedigen. Womit selbstverständlich nicht verlangt werden soll, daß jede Lokalnotiz ihr Signum erhält.

Es gibt allerdings nicht nur Verleger, die eine grundsätzliche Anonymität möglichst aller Beiträge für das Richtige halten, sondern auch Journalisten. Sie zitieren Lassalle und sprechen von der kollektiven Verantwortlichkeit des Blattes, die notwendigerweise anonym sein müsse, da sie kein Individuum verkörpere, sondern die Gesamtheit einer Bevölkerungsklasse. Abgesehen davon, daß diese Auffassung doch nur für solche Blätter Geltung haben würde, die sich, wie etwa die sozialdemokratische oder die Zentrumspresse, eng an eine bestimmte Partei anschließen und sich mit ihr solidarisch fühlen, ist die tatsächliche Entwicklung auch bei diesen Blättern ganz andere Wege gegangen. Die Zahl der signierten Beiträge ist bei ihnen keineswegs geringer als in anderen Blättern und ihr Charakter als Organ einer bestimmten Bevölkerungsschicht hat dabei nicht die geringste Einbuße erfahren. Ich kann somit weder vom Standpunkt des Journalisten noch von dem des Verlegers einen durchschlagenden Grund zugunsten der Anonymität erblicken, es sei denn, daß sie durch besondere Umstände geboten ist oder auf einem ausdrücklichen Wunsche des Verfassers beruht.

Noch einmal: Zeppelin-Nachrichten-Monopol.

In Nr. 34 der „Deutschen Presse“ führte ich aus, daß der Luftschiffbau Zeppelin für die Weltfahrt keinerlei Monopolabsichten mehr gehabt hätte, daß aber die Verträge mit Scherl, Ullstein und der Frankfurter Zeitung dadurch zustandegekommen wären, daß seitens der deutschen Verlegerschaft nicht genügend Initiative aufgebracht worden sei. Es hatte mir bei diesen Ausführungen jede Polemik ferngelegen; es war meine Absicht gewesen, den Kollegen zu zeigen, daß die Dinge von der andern Seite aus betrachtet anders aussähen und daß es für den Luftschiffbau Zeppelin einen sehr wichtigen Grund gegeben hätte, weshalb er die Presse Deutschlands nicht unentgeltlich oder zu billigen Sätzen paritätisch mit Berichten von dem Fahrtverlauf versorgen konnte. Dieser Grund war der Mangel an Geld für die reinen Unkosten der Fahrt; der einzige Wert, den der Luftschiffbau in der Hand hatte, um die Fahrt finanzieren zu können, war der Verkauf der Fahrtberichte, weil sie begehrt waren. Vielleicht hätte die Möglichkeit bestanden, die Fahrt durch Mittel der öffentlichen Hand zu finanzieren; der Luftschiffbau schaltete diese Möglichkeit aber von sich aus aus, weil er der Öffentlichkeit nicht mehr länger zur Last liegen wollte und will. Wie er sich heute stark genug glaubt, eigenwirtschaftlich sein zu können, so glaubte er es auch schon vor Antritt aller Fahrten, die im Laufe dieses Jahres gemacht wurden, mußte dazu aber erst einige Beweise erbringen. Ehe diese Beweise erbracht waren, waren Mittel nicht verfügbar außer denen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den Fahrten verdient werden konnten. Dazu gehörten — um ihrer Begehrtheit willen — in erster Linie die Bordberichte.

Meine Ausführungen in Nr. 34 sind fast nicht angegriffen worden; diese Tatsache hat mir bestätigt, daß der weitaus größte Teil der Kollegenschaft sie so verstanden hat, wie ich es in Absicht hatte: als Ergänzung, als Beitrag zum Verständnis der Lage des Luftschiffbaus, nicht als Angriff. Sie hat mir weiterhin bestätigt, daß die Kollegenschaft auch die Motive Dr. Eckeners richtig würdigte; daß Dr. Eckener nicht gegen die deutsche Presse undankbar war, wenn er sich den — wie ich weiß, sehr schweren — Entschluß abrang, die Bordberichte zu verkaufen, sondern daß es Lebens- und Sterbensfrage für das Werk war. Daß dem Brot wirklich das Schmalz fehlte, um gegessen zu werden.

Es sei in diesem Zusammenhange auch besonders zum Ausdruck gebracht, daß der Luftschiffbau sehr wohl weiß, wie sich die Presse Deutschlands des Werkes des Grafen Zeppelin angenommen und in welcher Weise sie es gefördert hat. Dr. Eckener in persönlichen und öffentlichen Reden und bei allen Möglichkeiten sonst seine leitenden Persönlichkeiten und Schiffsführer haben keine Gelegenheit vorübergehen lassen, der deutschen Presse für diese Förderung und Mithilfe, für die große Unterstützung öffentlich ihren Dank auszusprechen. Die letzte Gelegenheit, deren ich mich persönlich erinnern kann, war die Tagung der Württembergischen Zeitungsverleger in Friedrichshafen im vergangenen Juli, wo Dr. Eckener in sehr warmen Worten den großen Anteil der deutschen Presse am Gelingen des Werkes des Grafen Zeppelin anerkannte.

Dieser große Anteil der Presse hat seinen Lohn in sich selbst getragen. Ohne die Unterstützung der Presse und der gesamten Bevölkerung Deutschlands wäre das Werk des Grafen Zeppelin zum Untergang verdammt gewesen; ohne diese Unterstützung hätte Deutschland nie die großen Tage der ersten Fahrt nach Amerika und der ersten Fahrt um die Erde erlebt. Das Vertrauen zu rechtfertigen, das Presse und Volk in den Luftschiffbau gesetzt hatten, ist der beste Dank gewesen, den der Luftschiffbau abstatten konnte; es war der Dank durch die Tat.

Ich weiß, daß Dr. Eckener mit allen Kräften danach strebte, auch der Presse seinen Dank besonders zum Ausdruck zu bringen. Wenn er die Mittel gehabt hätte, die Fahrten aus eigenem zu finanzieren, zweifle ich nach allen persönlichen Eindrücken aus unseren Besprechungen nicht, daß er der deutschen Presse die Bordberichterstattung auch unentgeltlich ermöglicht hätte. Daß er es nicht konnte, war nicht seine Schuld: die Mittel erlaubten es nicht.

So wollte Dr. Eckener dadurch der Presse seine Dankbarkeit beweisen, daß der gesamten deutschen Presse *ohne jedes Monopol* die Bordberichte zugänglich gemacht

Digitized by Google

werden sollten. In Nr. 34 hatte ich geschildert, mit welchen Summen diese Zuleitung verbunden war und wem die Berichterstattung angeboten wurde. Ich hatte gesagt, daß der Verein Deutscher Zeitungs-Verleger und das Wolffsche Telegraphen-Büro die Möglichkeit hatten vorübergehen lassen, der gesamten deutschen Presse das Monopol der Berichterstattung zu sichern. Meine Schilderung war in großen Zügen gehalten und verzichtete auf die Darstellung des Ablaufs der Verhandlungen, um nicht weitschweifig zu werden.

Diese Darstellung in großen Zügen entsprach durchaus den Tatsachen. In einem anonymen Artikel behauptet aber der VDZV. in der letzten Nummer des „Zeitungsverlages", daß ich von falschen Voraussetzungen ausgegangen wäre und in einer Reihe von Punkten eine schiefe Darstellung gegeben hätte. Es wird in diesem Artikel gesagt, daß ich im Namen des Luftschiffbaus am 2. März d. Js. dem VDZV „das Monopol der Berichterstattung für ganz Europa ausschließlich Großbritanniens zum Preis von etwa 250 000 Mark" angeboten habe und daß es demnach nicht stimmen könne, wenn sich die Zeitungsverleger zur Aufbringung der 120 000 Mark für die Finanzierung nicht hätten entschließen können. Weiter sei übrigens nicht die Frage der Aufbringung dieses Geldes für die Ablehnung bestimmend gewesen, sondern die Erwägung, daß es angesichts der überstaatlichen Bedeutung eines Monopols der Berichterstattung für ganz Europa richtig sei, die Angelegenheit der Presseabteilung der Reichsregierung als der hierfür zuständigen Stelle zu unterbreiten. Ministerialdirektor Dr. Zechlin habe daraufhin mit Dr. Eckener persönliche Verhandlungen aufgenommen.

Soweit ist dem Artikel nicht zu widersprechen. Sein Inhalt deckt sich durchaus mit dem Inhalt der Korrespondenz, die seinerzeit zwischen dem Luftschiffbau und dem VDZV geführt wurde. Was hier offengelassen wird, ist lediglich die Vereinbarung zwischen Dr. Zechlin und Dr. Eckener, wonach nicht 250 000 Mark, sondern 120 000 Mark als tragbare Basis für beide Teile festgestellt wurde. Daß anfänglich überhaupt 250 000 Mark gefordert wurden, lag an dem Wunsch, die deutsche Presse mit einer gleich hohen Quote an der Funkleistung der Luftschiffstation zu beteiligen wie jede ausländische Presse.

Diese Funkleistung nämlich war zum Ausgangspunkt der Bewertung des Vertragsobjektes gemacht worden, da von ihr das redaktionelle und finanzielle Ergebnis abhing. Die Funkstation im Luftschiff ist in ihrer Arbeitsmöglichkeit sehr gehemmt, weil sie vor Presse- und Privattelegrammen den ganzen Schiffsdienst (Standorte, Peilungen, Wetterberichte, Dienstnachrichten usw.) zu besorgen hat; der Schiffsdienst nimmt rund die Hälfte der Gesamtkraft in Anspruch. Nur die Hälfte also eines Tages kommt für Presse- und Privatdienst in Frage; vergleicht man die Station mit einem Trichter, so wird verständlich, daß oben nicht mehr hineingegossen werden kann als unten herauskommt.

Der Luftschiffbau hatte den Wunsch, vier deutsche Korrespondenten mitzunehmen; ihnen die Hälfte der Pressezeit zu sichern, war unbedingt notwendig. Andrerseits hatten ausländische Verleger begreifliches Interesse, für die Höhe ihrer Einzahlungen einen möglichst großen Anteil an Funkkraft zu erhalten. Die Verhandlungen zwischen Dr. Zechlin und Dr. Eckener führten zur Reduktion der geforderten Summe, aber auch zur Reduktion der Funkquote, die erst später wieder erhöht wurde, nachdem mit dem ausländischen Vertragskontrahenten Fühlung genommen war. Ob es nötig wäre, das Reich mit der Führung der Verhandlungen zu beauftragen „um der überstaatlichen Bedeutung" willen, entzieht sich meiner Beurteilung; bei der sehr einfachen Auffassung, die der Luftschiffbau hatte, scheint es mir, als ob eine Unterredung zwischen Herrn Kommerzienrat Krumbhaar und Dr. Eckener denselben Erfolg gehabt hätte.

Dennoch ist weder auf diesem noch auf jenem Wege ein Endergebnis erzielt worden. Der anonyme Artikel des „Zeitungsverlages" gibt dafür den wahren Grund an, den ich bis jetzt selbst vergeblich gesucht habe: „Der VDZV hat lediglich die Absicht und das Bestreben gehabt, das Monopol selbst zu verhindern . . ."

Der Luftschiffbau hatte keine Monopolabsichten, sonst hätte er nicht der gesamten deutschen Zeitungsverlegerschaft den europäischen Anteil an den Berichterstattungsrechten angeboten. Zwar steht in meinem Briefe vom Luftschiffbau an den VDZV, daß ihm „das Monopol" angeboten werde, aber ein Monopolrecht für einen Verein, dem fast alle deutschen Zeitungsverleger angehören, drückt sich in der Praxis dadurch aus, daß kein Monopol besteht. Es wäre nur ein „Copyright" gewesen, aber in Deutschland hätte jedes Mitglied dieses Vereins drucken dürfen. Der VDZV hat also etwas verhindern wollen, was gar nicht verhindert werden mußte, und es ist sein eigener Wille, daß es zu keinem Abschluß zwischen ihm und dem Luftschiffbau kam; zur Erreichung dieses Zieles, wie der „Zeitungsverlag" schreibt, hat der VDZV die Hilfe der Reichsregierung in Anspruch genommen.

Ich stelle das fest ausdrücklich nochmals mit der Betonung, daß mir jede Polemik fernliegt, und auch im folgenden Schluß will ich mich jeden Angriffs enthalten.

Der anonyme Artikel fährt fort und schließt mit der Bemerkung, daß die deutsche Presse wegen ihrer Unterstützung des Werkes des Grafen Zeppelin und ihrer Förderung der Zeppelin-Eckener-Spende damit rechnen durfte, vor der amerikanischen Presse bevorzugt zu werden.

Diesen Sätzen gilt, was ich eingangs ausführlich behandelt habe: Dr. Eckener ist soweit gegangen, wie er gehen konnte. Verträge enthalten immer Bedingungen, und eine der Hauptbedingungen im amerikanischen Vertrag war die Funkkraftquote; ohne sie wäre der Vertrag überhaupt gescheitert. Damit wäre die Fahrt um die Erde gefallen. Denn diese Fahrt kostete ein Mehrfaches der anfänglich von der deutschen Presse geforderten 250 000 Mark. Dr. Eckener erreichte im amerikanischen Vertrag zugunsten der deutschen Presse die Gleichsetzung des Dollars mit der Mark; dadurch wurde die deutsche Quote an der Funkkraft um das Vierfache erhöht.

Ich weiß nicht, ob es richtig ist, den Luftschiffbau oder Dr. Eckener als undankbar hinzustellen; ich weiß nur, daß in dem schweren Kampf um das Geld für die Große Fahrt alles getan worden ist, was nach Lage der Dinge für die deutsche Presse getan werden konnte. Und ich weiß nicht, ob sich der Luftschiffbau wirklich an der deutschen Presse versündigt hat: meiner Meinung nach kann es nicht hoch genug eingeschätzt werden, wenn ein Betrieb, der sein Leben lang von Almosen existiert hat, weil er ohne Almosen nicht lebensfähig war, so schnell eigenwirtschaftlich zu werden versucht, wie ihm die Möglichkeit dazu geboten ist.

Wir haben — Verleger, Redakteure, Journalisten — ein schweres Kind gebären helfen, und es tut jetzt erst seine ersten wirklichen Atemzüge. Vorläufig dürften wir wohl kaum an Kindespflichten mahnen. Vorläufig werden wir wohl noch Mutterpflichten haben. Der Dank liegt auch nicht im Luftschiffbau, sondern im Luftschiff: daß wir es haben und daß wir es haben.

Walter Stölting.

Adresse gesucht.

Wer von den Kollegen kennt die jetzige Adresse des Diplom-Kaufmannes Hellmuth Schneider, früher in Köln? Schneider war im Jahre 1925 Berichterstatter der „Industrie- und Handelszeitung" in Berlin. Angaben erbeten an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

Rechts-, Berufs- und Standesfragen

Gerichtsberichterstattung und Presse.

Der Schild der Presse muß rein sein.

Mit einer Strafsache von prinzipieller Bedeutung hatte sich das erweiterte Schöffengericht in Münster unter dem Vorsitz des Landesgerichtsdirektors Dr. Spillner am 2. September zu befassen. Der früher in Münster als Gerichtsberichterstatter für hiesige und auswärtige Zeitungen tätige Hans Becker hatte sich wegen Betrugsversuchs bzw. versuchter Erpressung zu verantworten.

Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Gegen einen Gutsbesitzer aus der Umgegend von Münster, dessen Frau und dessen Knecht fand im April 1929 eine Gerichtsverhandlung wegen angeblicher Milchfälschung statt. Der Gutbesitzer und seine Frau wurden freigesprochen, während der Milchschweizer mit einer geringen Geldstrafe belegt wurde. Bei dieser Gerichtsverhandlung war Hans Becker als Gerichtsberichterstatter anwesend.

Der nunmehr Angeklagte unterließ es, seinen Bericht an die Zeitungen, bei denen er gegen Honorar beschäftigt war, weiterzugeben. Vielmehr rief er den freigesprochenen Gutsbesitzer telephonisch an, machte ihn darauf aufmerksam, wie peinlich es für ihn sein müsse, wenn der Fall in der Presse behandelt würde. Er wolle darum die Sache mit ihm besprechen.

Der Gutsbesitzer, der den Angeklagten überhaupt nicht kannte, sagte schließlich, Becker könne ja herauskommen, wenn er das wolle; ließ ihn aber nicht im Zweifel darüber, daß ihm die Erwähnung des Falles in der Presse völlig gleichgültig sei, da er und seine Frau ja freigesprochen waren. Trotzdem kam der Angeklagte Becker in einem Mietsauto nach draußen, stellte sich dem Gutsbesitzer vor und versuchte, ihm und dessen Frau klarzumachen, daß bei einer solchen Berichterstattung „doch immer etwas hängen bleibe“. Schließlich forderte er, angeblich auch für andere Berichterstatter, die er ebenfalls für den Ausfall entschädigen müsse, etwa 15 Mark sowie den Ersatz der Kosten für die Autodroschke.

Zu der Auszahlung des Geldes kam es nicht, denn der Gutsbesitzer fühlte sich als das Opfer einer Bauernfängerei und fuhr von seinem Hofe fort, nachdem er das ganze Geld mitgenommen hatte, damit seine Frau in seiner Abwesenheit nicht etwa aus Ängstlichkeit sich zur Auszahlung verleiten lasse.

Dieser Fall kam dem Münsterischen Pressevereín zur Kenntnis, der dann im Interesse der Reinhaltung des Journalistenstandes die Akten an die Staatsanwaltschaft weiterreichte. Darauf wurde durch die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingeleitet, wobei die Anklage, die zunächst nur auf versuchten Betrug lautete, auf versuchte Erpressung erweitert wurde. Zur Verhandlung erschienen waren der Angeklagte, der Gutsbesitzer als Zeuge und zwei Redakteure als Sachverständige.

Die Vernehmung des Angeklagten ergab im allgemeinen das Bild, das wir oben von der Straftat entworfen haben. Der Angeklagte machte nur geltend, daß er sich berechtigt gefühlt habe, sich für das entgangene Honorar für den Bericht eine Entschädigung zu verschaffen.

Der erste der vernommenen Sachverständigen konnte dazu aus eigener Kenntnis berichten, daß der Angeklagte mehrfach und einmal auch in einem ganz bestimmten Verdachtsfall auf das moralisch Verwerfliche und die Strafbarkeit seiner Handlungsweise hingewiesen worden war. Außerdem habe ein Gerichtsberichterstatter keinen Einfluß darauf, ob ein Bericht angenommen werde oder nicht, da die Entscheidung hierüber allein von der Redaktion gefällt würde.

Der zweite Sachverständige brachte ausführliches Material zur Beurteilung der Sache bei, wies unter anderem auf einen Präzedenzfall hin, der vom Reichsverband der deutschen Presse mitgeteilt und bis zur Reichsgerichtsentscheidung durchgefochten war. Die Unterschlagung von Berichten sei nicht allein ein Vertragsbruch gegenüber der betreffenden Zeitung, sondern bedeute auch, wenn es gegen Entgelt geschehe, eine moralisch durchaus verwerfliche Handlung. Die Strafbarkeit trete aber wohl erst in dem Falle ein, daß der Gerichtsberichterstatter unter dem Druck der drohenden Veröffentlichung eine Entschädigung verlange. Leider sei es Tatsache, daß von Angeklagten oder Verurteilten sehr häufig an die Gerichtsberichterstatter herangetreten würde, die Berichterstattung gegen Vergütung zu unterlassen. Vom journalistischen Standpunkte aus sei jede Vergütung oder Entschädigung, ganz gleich, ob sie verlangt oder freiwillig geboten würde, unzulässig und verwerflich. Das sei auch den Berichterstattern bekannt. Die Presse habe ein Interesse daran, derartigen Fällen nachzugehen, um auch nicht den leisesten Verdacht aufkommen zu lassen, als ob sie irgendwie bestechlich sei.

Der Staatsanwalt hob hervor, daß der Tatbestand der Anklage gegeben sei. Die Presse habe eine besondere kulturelle und politische Aufgabe und solle Führerin des Volkes sein. Deshalb müsse das Schild der Berichterstatter besonders rein gehalten werden. Es müsse die Standesehre gewahrt bleiben. Deshalb sei eine Geldstrafe nicht am Platze, sondern nur eine Gefängnisstrafe. Er beantrage einen Monat Gefängnis.

Das Gericht hielt nur den Tatbestand der versuchten Erpressung für gegeben und erkannte auf einen Monat Gefängnis. Von der Anklage des versuchten Betruges erfolgte Freisprechung. Der Angeklagte habe zweifellos gegenüber dem Landwirt keinen Anspruch irgendwelcher Art. Ob er gegen eine Zeitung bestand, könne dahingestellt bleiben. Infolgedessen suchte er sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen. Diesen Vorteil habe er durchzudrücken versucht mit der Drohung, daß, wenn der Zeuge ihm den Betrag nicht zahle, er dann den Artikel veröffentlichen werde. Darin liege vom subjektiven Standpunkte des Angeklagten aus die Androhung eines Übels gegenüber dem Landwirt. Der Angeklagte habe selbst ausgeführt, daß bei solchen Gerichtsverhandlungen immer etwas hängen bleibe. Er habe es jedenfalls so angesehen, daß der Zeuge doch lieber diese Summe zahlen solle, weil er selbst der Ansicht war, daß es schließlich für den Zeugen unangenehm sein müsse, wenn ein Bericht veröffentlicht würde. Infolgedessen sei er selbst davon überzeugt gewesen, daß er dem Zeugen Übel zufügen würde, wenn der Bericht veröffentlicht werde. Aus diesem Grunde sei er, wie er zugebe, an den Zeugen herangetreten. Die Androhung der Zufügung eines Übels sei eine Drohung im Sinne des § 253 Str.G.B. Bei dem Strafmaß sei berücksichtigt, daß es sich hier um eine sehr häßliche Sache handle, die ein erhebliches öffentliches Interesse beanspruche. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich der Angeklagte selbst des moralisch Verwerflichen seiner Handlungsweise genau bewußt sein mußte. Weiter komme in Betracht, daß B. wegen Eigentumdelikts schon vorbestraft sei, so daß von einer Geldstrafe keine Rede sein könne.

Der Fall ist darum auch von öffentlichem Interesse, weil er die Entschlossenheit der Presse bekundet, unlautere Elemente aus dem ohnehin so diffizilen Gebiet der Gerichtsberichterstattung auszuschalten.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Modewörter.

Von Dr. F. Mouths, Hamburg.

Nach den beachtenswerten Mahnungen von Dr. Kurt Schmidt in Nr. 3 über Sprachverwilderung und von H. Walter in Nr. 5 über Sprachschnörkel darf das Augenmerk der Kollegen auch auf die im Schriftgebrauch sich breitmachende Unsitte der allzu häufigen Anwendung von Modewörtern und Modewendungen gelenkt werden. In leichter Unterhaltung nicht unberechtigt, geben sie dem Schriftstil leicht einen sloppen Charakter.

Wenn man das Wort „stundenlang“ liest und dann in Verbindung mit einem „richtig gehenden“ Palast oder einer „richtig gehenden“ Grippe oder dgl., so ist das wirklich nicht schön.

Man sollte mit der Anwendung von Modewörtern sparsamer und vorsichtiger sein. Tragbar für erträglich gehört z. B. hierher. Was ist heutzutage nicht alles „tragbar“ oder „untragbar“. Früher waren's Körbe, Kisten, Leitern und dgl., jetzt sind's Vorschläge, Mieten, Steuern, Bierpreiserhöhungen, Verfügungen, solange sie noch nicht in Gesetzen „verankert“ und diese zu Gesetzbüchern „zusammengeballt“ sind. Auch das schöne Wort „umbiegen“ wird mißbraucht. Konnte man doch jüngst lesen, daß das Unsympathische einer Theatergestalt in Gefühle des Mitleids „umgebogen“ wurde.

Digitized by Google

Manche Schriftleitung wird jetzt „im Bilde" sein, namentlich, wenn sie erfährt, daß wenige Tage genügt haben, die in Gänsefüßchen gesetzten Wörter und Wendungen angesehenen Zeitungen zu entnehmen.

Fachrundschau

Justiz und Presse.

In Köln wurde in der Zeit vom 12.—14. September der 8. Deutsche Richtertag abgehalten. Er begann mit der Vertreterversammlung und setzte am 13. 9. die Beratungen mit einer Aussprache über das Thema fort: „Bedarf es einer grundlegenden Justizreform?" Die Referate zu diesem Thema hatten Landgerichtspräsident Hermsen-Koblenz und Landgerichtsrat Linz-Leipzig übernommen. Der letzte Tag war ganz dem aktuellen Thema „Justiz und Presse" gewidmet. Berichterstatter war Landgerichtsdirektor Winkler, Leiter der Justizpressestelle Breslau, Korreferenten Dr. Ernst Feder und Professor Dr. Dovifat (Berlin). Letzterer referierte über das Sonderthema „Gerichtsberichterstattung".

Das Ende einer Zeitung.

Die „Allgemeine Zeitung" erscheint nicht mehr.

Die „A.Z. am Abend", eine kleine Abendzeitung in München, stellte im August ihr Erscheinen ein. Mit diesem Boulevardblatt endete der letzte Nachkömmling einer ehemals großen Zeitung von europäischem Format: der von Cotta begründeten „Allgemeinen Zeitung", deren erste Anfänge in das Zeitalter der französischen Revolution zurückreichen. Damals begann in Deutschland eine neue publizistische Ära. Angeregt durch die großen Ereignisse, durch die tiefgründenden Umwälzungen in der geistigen Atmosphäre tauchten allenthalben in Verleger- und Buchdruckerkreisen Zeitungsprojekte auf. So trat auch der Buchhändler Cotta mit einem Kreis deutscher Männer in Paris in Verbindung, um ein neues Organ ins Leben zu rufen, das über die nationalen Grenzen hinaus europäische Geltung haben sollte. Cotta dachte daran, zunächst Friedrich Schiller als Herausgeber dieser Zeitung zu gewinnen. Schiller ließ sich auch unter seinem Einfluß bereden, eine entgegenkommende Neigung war jedoch bei ihm nicht vorhanden. Als Cotta bereits den unterschriebenen Vertrag in der Tasche hatte, erhielt er doch noch eine, sicher unter Goethes Einfluß zustande gekommene Absage von Schiller. Cotta setzte sich nun mit dem Badener Dr. Posselt in Verbindung und schloß mit ihm im Jahre 1794 einen Vertrag ab. Es kam zunächst nur zu einer politischen Monatsschrift: den „Europäischen Annalen". Erst im Herbst 1797 wurde ein Prospekt verschickt, der die neue Zeitung ankündigte, und im Jahre 1798 endlich erschien die erste Nummer mit dem Titel: „Neueste Weltkunde". Das Blatt sollte aber nicht nur Berichte bringen, sondern auch die Tatsachen zusammenfassen und ihre Beziehungen aufdecken. Ein solches Blatt konnte trotz Zensur aufkommen, weil es damals an einem Zentralinstitut für Kontrolle fehlte. Die Kleinstaaterei begünstigte die publizistische Bewegungsfreiheit. Auch nach der Revolution legte man den Zeitungen nicht allzuviel Schwierigkeiten in den Weg. Cotta reichte daher von vornherein Bitte um Zensurfreiheit für sein Blatt beim Herzog von Württemberg — das Blatt erschien in Tübingen — ein und erhielt sie auch. Als jedoch ein gegen den Bischof von Speyer gerichteter Artikel erschien, drängte Österreich das Reich zum Verbot des Blattes. Es kam auch zu einem Befehl des Reiches an den Herzog, das Blatt zu verbieten. Cotta kam aber dem offiziellen Verbot zuvor, indem er das Blatt einstellte, Posselt abberief und in Stuttgart eine neue Zeitung schuf, die jetzt als „Allgemeine Zeitung" erschien und von Huber redigiert wurde. So ging es einige Zeit ruhig bis zum Jahre 1803, wo die Zeitung mit dem neuen Herzog in Konflikt geriet und es erneut zu einem Verbot kam. Cotta verlegte nun die Zeitung nach Ulm, wo sie von 1803 bis 1810 blieb. Als Ulm württembergisch wurde, kam das Blatt nach Augsburg.

Hier, wo an der alten Handelsstraße von Süden und Südosten nach Norden die Nachrichten aus allen Ländern besonders reichlich und zuverlässig einliefen, fand die „Allgemeine Zeitung" den günstigen Boden, der sie zur gelesensten deutschen Zeitung europäischen Formats machen sollte. Es gab damals keine größere Stadt des europäischen und

überseeischen Auslandes, nach der nicht wenigstens ein Exemplar der „Allgemeinen Zeitung" als Spiegelbild der deutschen öffentlichen Meinung verschickt wurde. Und in Deutschland selbst gehörte es lange Zeit zum guten Ton, Abonnent der „Allgemeinen Zeitung" zu sein. Es war ein Blatt für die Gebildeten und Gelehrten der damaligen Zeit und blieb es auch bis nahezu in die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Erst die Verschiebung des deutschen Schwergewichts aus dem Süden nach Berlin ließ die Weltgeltung der „Allgemeinen Zeitung" verblassen und gab ihrer Entwicklung mehr Richtung zum süddeutschen und nach und nach lokalen Blatt. Als solches siedelte die Zeitung in Anbetracht der veränderten Verkehrsverhältnisse im Jahre 1882 nach München über, wo ihr Wirkungskreis ein immer kleinerer wurde, bis sie vor dem Kriege nur noch als Wochenblatt erschien. Auch nach dem Kriege war sie trotz erheblicher Sanierungsversuche zum Untergang bestimmt, der sich nun an dem Boulevardblatt, als letztes Überbleibsel einer großen Zeit, mit unerbittlicher Härte vollzogen hat.

60 Jahre Deutscher Buchdrucker-Verein.

(Jubiläumstagung in Mainz.)

Vom 7. bis 9. September fand in Mainz die Jubiläumstagung des Deutschen Buchdrucker-Vereins, der Vereinigung der Buchdruckereibesitzer Deutschlands, statt. Es wurde von der Hauptversammlung folgende Entschließung angenommen:

„Die Aussprache über die Lage des Buchdruckgewerbes bei der Jubiläumstagung des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Mainz hat ergeben, daß die wirtschaftliche Not im Buchdruckgewerbe bedrohlichste Formen angenommen hat. Zeigen die Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden für die Lebensnotwendigkeiten des Druckgewerbes nicht in letzter Minute das notwendige Verständnis, so ist eine wesentliche Einschränkung in den Betrieben und damit eine noch größere Zahl der Arbeitslosen im Druckgewerbe die unausbleibliche Folge.

Von der Reichsregierung, den Länderregierungen und Parlamenten wird gefordert, daß mit der Gründung und Vergrößerung der Regiebetriebe Schluß gemacht und daß die bestehenden unwirtschaftlich arbeitenden abgebaut werden. Weiter wird erwartet, daß, wie wiederholt gefordert ist, endlich die letzte Erhöhung des Portos für Drucksachen rückgängig gemacht wird.

Diese Portoerhöhung belastet das Buchdruckgewerbe doppelt und schädigt es aufs empfindlichste, weil der Verbrauch von Drucksachen durch diese Portoerhöhung erheblich zurückgegangen ist und außerdem viele Druckaufträge zwecks Portoersparnis an Druckereien im Ausland vergeben werden."

Digitized by Google

Die Frauengruppe im Bezirksverband Berlin

veranstaltet eine letzte sommerliche Zusammenkunft in der Konditorei Am Thielplatz, Dahlem, am Sonnabend, den 28. September von 8 Uhr abends an. Die zahlreiche Teilnahme aller Kollegen mit ihren Angehörigen ist ein Wunsch der Frauengruppe, der bisher nur geringe Berücksichtigung fand, sie hofft aber, daß diesem neuerlichen Aufruf zu geselligem Beisammensein und kollegialer Aussprache recht lebhaft Folge geleistet wird.

Ausland.

Neuer polnischer Pressechef. Der bisherige Vertreter der halbamtlichen Polnischen Telegraphenagentur in Berlin, Swiecicki ist zum Pressechef des polnischen Ministerpräsidenten ernannt worden. Seine Nachfolge übernimmt der frühere Korrespondent der Agentur in Moskau, Schmidt.

Polen erschwert die deutsche Zeitungseinfuhr. Durch eine neuerliche Ministerialverfügung aus Warschau ist seit einigen Tagen die deutsche Zeitungseinfuhr nach Polen wesentlich erschwert worden. Die bisher geübte Art der Beförderung deutscher Zeitungen nach Polen hat eine einschneidende Änderung erfahren, da alle vom Ausland nach Polen eingeführten Zeitungen nicht mehr im direkten Kurierdienst befördert, sondern durch ein Sammelpostamt geleitet werden müssen, von wo erst die Weiterbeförderung der Zeitungen nach den einzelnen Orten erfolgt. Durch diese Maßnahme erhalten die deutschen Zeitungsbesteller ihre Zeitungen aus Deutschland vierundzwanzig Stunden und mehr später als bisher. Besonders schwer geschädigt werden aber die deutschen Zeitungsverlage an der gesamten deutschen Ostgrenze, die bisher noch viele tausend Leser in den ehemals deutschen Gebieten hatten, die sie verlieren werden, wenn die neue Maßnahme aufrechterhalten wird. Von deutscher Seite sind sofort Schritte in Warschau unternommen worden, über deren Ergebnis bisher nichts bekannt ist.

Kurze Nachrichten.

Bilder von der schwedisch-deutsch-chinesischen Asienexpedition unter Führung Dr. Sven von Hedins. Der Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig, macht darauf aufmerksam, daß Dr. Sven von Hedin nur ihm allein die Erlaubnis gegeben hat, das Reproduktionsrecht von Bildern der Expedition zu vergeben. Der Verlag hat Grund, vor anderweitigen Angeboten zu warnen.

Personalien

Kollege **Karl Dinger** aus Essen wurde zum Leiter des Presseamtes der Stadt Gelsenkirchen-Buer ernannt.

Kollege **Louis Lippmann** in Sagan tritt mit Ende d. M. von seiner Redaktionstätigkeit bei der „Niederschlesischen Allgemeinen Zeitung" zurück. Er kann auf eine 42jährige Tätigkeit als Redakteur zurückblicken, und zwar, was bemerkenswert ist, ununterbrochen bei einer Zeitung, nämlich der „Niederschlesischen Allgemeinen Zeitung". Mit Lippmann tritt ein Kollege in den wohlverdienten Ruhestand, der immer ein echter und rechter deutscher Journalist gewesen ist. Er hatte eine hohe Auffassung von seinem Beruf und zeigte in jeder Lage immer Mäßigung, Bedachtsamkeit und Anpassungsfähigkeit. Seine Redaktionstätigkeit hat ihn mit dem kommunalen und gesellschaftlichen Leben Sagans auf das engste verknüpft, und die Anerkennung und Achtung, die er sich erworben, kamen deutlich zum Ausdruck, als Louis Lippmann am 1. Januar 1927 sein 40jähriges Berufsjubiläum feiern konnte. Möge dem bewährten Journalisten und guten Menschen ein ruhiger und gesegneter Lebensabend beschieden sein.

Dr. Otto Kunze †. Der Schriftleiter der katholischen „Allgemeinen Rundschau", München, Oberltnt. d. R., Dr. Otto Kunze ist in der Chirurgischen Klinik, wo er sich wegen einer Kriegsverletzung operieren ließ, gestorben. Er war 1885 in Zwickau geboren, studierte an den Universitäten Leipzig, München und Tübingen Philologie, promovierte 1911 zum Dr. phil. und war dann als Hilfsschriftleiter der Katholischen Kirchenzeitung für Deutschland tätig. Der Ausbruch des Weltkrieges rief ihn zu den Fahnen; mit einer Kriegsverletzung kehrte er in die Heimat zurück. Seit 1921 führte er die Schriftleitung der „Allgemeinen Rundschau". Mit ihm ist ein ernster und erfahrener Journalist dahingegangen. Ehre seinem Andenken.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Wieder aufgenommen wurde: Frl. Dr. Elly Staegmeyer, München, Orffstr. 7/I r. (Handelsschriftleiterin der Münchener Neueste Nachr.). Die Streichung von Emil Herold in Neustadt bei Coburg ist aufgehoben.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Hannoversche Presse. Journalist William Torge, Hannover, Sallstr. 106; Redakteur Clarus Hopfe (Niederdeutsche Ztg.), Hannover.

II. Neuanmeldungen.

Landesverband Groß-Hamburg-Lübeck. Hermann Christian Georg Erdlen (Musikkritiker des Hamb. Anz.), Hamburg-Volksdorf Farmsener Landstraße 18.

Verein Niedersächsische Presse. Hans Eugen Schmidt (Osn. Allgem. Ztg.), Osnabrück.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Bezirksverband Berlin. An den Reichsverband als Einzelmitglied überwiesen: Ed. Richter, Kopenhagen.

Landesverband Mitteldeutschland. Überwiesen an den Verband Rheinland-Westfalen: Dr. Harald Feddersen, bisher Oberlind, jetzt Dortmund (Dortmunder Generalanz.); an den Verband der Schlesischen Presse: Adolf Lindemann, bisher Halle/S., jetzt Sagan, Markt 17/II.

Verein Nassauischer Redakteure. Gerhard Grothus, Wiesbaden, Mainzer Straße 68 (Neue Wiesbadener Ztg.), überwiesen vom Provinzialverband Pommern.

Verein Niedersächsische Presse. An den Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse überwiesen: Friedel Schubert, bisher Osnabrück, jetzt Elberfeld (Bergisch-Märkische Ztg.). Verein Hannoversche Presse. Überwiesen an den Bezirksverband Berlin: Arthur Mesterharm, bisher Hannover, jetzt Berlin-Weißensee.

Landesverein der Pfälzischen Presse. Kollege Dr. Thumann ist in Nr. 33 des Verbandsorgans irrtümlich als neuaufgenommen veröffentlicht worden. Es handelt sich um die Übernahme vom Landesverband der Badischen Presse.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Essener Presse. Überwiesen an den Landesverband Baden: Stephan Quirmbach (Chefredakteur der Badischen Presse), Karlsruhe. Überwiesen vom Verein Frankfurter Presse: Edgar Katz, Essen, Richard-Wagner-Str. 60. — Verein Hagener Presse. Überwiesen an Landesverband Mitteldeutschland: Arthur Noack, Altenburg, Hohe Straße 42/I.

IV. Austritte, Streichungen, Sterbefälle.

Landesverband der Bayerischen Presse. Gestorben ist Dr. Otto Kunze, München; ausgetreten ist wegen Berufswechsels: Josef Eder, bisher Augsburg.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Hannoversche Presse. Verstorben: Günther Hempel, Hannover.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Essener Presse. Ausgetreten: Dr. Bartz, Essen.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Inhaltsangabe:

Wie war es im Haag? Von Dr. Bondy, Berlin.
Der 1. Zeitungsfachliche Fortbildungskursus.
Die Anonymität in der Tagespresse. Von Ernst Scheiding, Dresden.
Noch einmal: Zeppelin-Nachrichten-Monopol. Von W. Stölting, Berlin.
Gerichtsberichterstattung und Presse.
Modewörter. Von Dr. Mouths, Hamburg.
Fachrundschau.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 38 — Berlin, den 21. September 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14 483. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Eindrücke eines Binnenhof-Gängers.

Von Victor Schiff.

Ich soll den Kollegen vom Reichsverband der deutschen Presse die beruflichen Erfahrungen schildern, die wir Journalisten auf der Haager Konferenz gesammelt haben?

Da muß ich aber zunächst ein Mißverständnis berichtigen: eine Haager Konferenz hat es nie gegeben. Sie ist ein Mythos. Es hat am 6. August vormittags eine konferenzartige Eröffnungssitzung stattgefunden, auf der einige nicht sehr vielsagende Begrüßungs- und Höflichkeitsreden gehalten und übersetzt wurden — und dann Schluß! Der Vorhang fiel, und was dann folgte, war ein physikalisch-chemisches Experiment größten Stils, das fast vier Wochen andauerte: eine Zertrümmerung der diplomatischen Atome. Die „Konferenz" hielt noch zwei weitere Vollsitzungen ab; da man jedoch nicht mehr bloße Redensarten gebrauchte, sondern „zur Sache" sprach, wurde von vornherein die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Aber anscheinend war das noch nicht genug, d. h.: die Öffentlichkeit erfuhr aus diesen ersten beiden Sitzungen noch immer zu viel. Da wurde beschlossen, die Konferenz in zwei Kommissionen zu teilen. Die Kommissionen tagten. Die Pressechefs waren zugelassen, und durch sie erfuhr die Presse noch allerhand. Schwapp! Es gab fortan keine Kommissionssitzungen mehr, sondern nur noch Unterkommissionen, die sich in etliche Bestandteile auflösten. Und dann gab es noch Ministerbesprechungen. Da durfte überhaupt keiner mehr herein, kein Staatssekretär, kein Ministerialdirektor, kein Pressechef.

Und währenddessen standen die Journalisten im Binnenhof und warteten, warteten, warteten. . . Nach zwei Wochen erbarmte man sich ihrer und stellte an regengeschützten Plätzen Bänke auf, damit sie wenigstens sitzend warten durften.

Das war die sogenannte Haager Konferenz. Diese Schilderung ist wohl etwas forciert. Aber, im Grunde genommen, enthält diese scherzhafte Darstellung einen tiefen Kern von Wahrheit und sie berührt das ernste Problem der Selbstachtung unseres Standes. Ich glaube nicht, einer rein subjektiven Meinung Ausdruck zu geben, wenn ich erkläre, daß die Behandlung der internationalen Presse im Haag ihrer Bedeutung und ihrer Aufgabe nicht entsprach. Auf mich hat sie jedenfalls deprimierend gewirkt, weil ich darin einen Rückfall in Zeiten und Methoden erblickte, die wir für überwunden hielten.

Vielleicht sind wir Journalisten, die an Tagungen des Völkerbundes häufig teilnehmen, etwas verwöhnt. Und doch ist die Methode, die in Genf angewendet wird, bestimmt die richtige. Nicht nur die Plenarsitzungen der Völkerbundversammlung und die meisten Sitzungen des Rates, sondern auch die Kommissionssitzungen sind dort öffentlich. Das ist zweifellos ein gewaltiger politischer und menschlicher Fortschritt. Und für uns Journalisten bedeutet diese Öffentlichkeit eine Befreiung von der Vormundschaft der Diplomatie und Bürokratie, die, mag sie noch so liebenswürdig und gewissenhaft ausgeübt werden, Vormundschaft bleibt.

Im Haag dagegen mußten wir nach einer nichtssagenden öffentlichen Eröffnungssitzung einen von Tag zu Tag sich verschlimmernden Rückfall in die Methoden der Geheimdiplomatie erleben. Man sage nicht, daß dies bei der heiklen Natur der dortigen Verhandlungen unvermeidlich war. Es gibt gewiß Situationen und Probleme, bei denen die Einigung erschwert wird, wenn sich die Beratungen im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit abspielen, und bei denen man leichter zu einem Kompromiß gelangt, wenn die Staatsmänner nicht befürchten müssen, daß jedes Wort, das sie aussprechen, von ihren innerpolitischen Gegnern aufgegriffen und zum Anlaß schärfster Angriffe genommen wird. Auch der Grundsatz der offenen und öffentlichen Diplomatie, den Wilson an die Spitze seiner 14 Punkte gestellt hatte, ist hundertprozentig nicht durchzuführen. Aber der Grundsatz selbst ist gesund. Besonders die Presse muß an ihm festhalten; sie sollte sich geschlossen dagegen auflehnen, wenn dieser Grundsatz hundertprozentig aufgehoben wird, wie das im Haag vom ersten Nachmittag an geschehen ist.

Denn niemand wird uns einen vernünftigen Grund dafür angeben können, daß jene beiden Plenarsitzungen der Konferenz, die der Eröffnungssitzung folgten, unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagen mußten. Das waren die Sitzungen, in denen Snowden die britischen Forderungen entwickelte und überhaupt die Generaldebatte geführt wurde. Man hat später doch, wenn auch aus zweiter Hand und erst, nachdem Snowden dafür gesorgt hatte, daß seine programmatische Rede durch den englischen Pressechef der anglo-amerikanischen Presse mitgeteilt wurde, ziemlich genau erfahren, was sich abgespielt hatte. Aber mit welcher Verspätung und unter welchen für uns Journalisten wenig würdigen Umständen!

Was mich im Haag besonders bedrückte, war die resignierte Selbstverständlichkeit, mit der wir Journalisten diese völlige Aufhebung der Öffentlichkeit hinnahmen und von der ersten Stunde an unsere Warteposten

Digitized by Google

im Binnenhof bezogen. Als wir am Abend der ersten nicht öffentlichen Sitzung, die vielleicht die interessanteste von allen war, hörten, was sich abgespielt hatte, da sagte einer zu dem anderen: „Das hätte man doch im allgemeinen Interesse wirklich öffentlich behandeln können!“ Solche mißmutigen Äußerungen hörte man noch häufig in den folgenden Tagen. Aber es blieb bei diesen platonischen Rekriminationen. Ja, zum Donnerwetter, es liegt doch an uns! Wir, die Presse, nennen uns doch eine Weltmacht, aber, wenn es darauf ankommt zu beweisen, daß wir wirklich eine sind, dann lassen wir wie hilflose Kulis mit uns herumspringen. Wenn wir geschlossen auftreten, solidarisch und international, dann kann so etwas nicht passieren. Die Minister, die man heute etwas gar vorschnell und allgemein „Staatsmänner“ nennt oder die sich selbst so nennen, sind zwar sehr wichtige, mächtige, meinetwegen gar geniale Leute, aber sie brauchen uns Presseberichterstatter genau so, wie wir sie brauchen. Ohne uns können sie keine Reden halten, weil sonst ihre Reden für die Katz sind; ohne uns können sie keine Politik machen, weil erst wir ihrer politischen Arbeit die Resonanz verschaffen. Und weil die Minister auf uns angewiesen sind, können wir als Gegenleistung verlangen, daß man nicht über unsere Köpfe hinweg beschließt: Die Konferenz findet nach der nichtssagenden Eröffnungssitzung unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt — seht zu, ob und wie ihr etwas erfahrt! Einstweilen dürft ihr auf dem Hof warten. . . .

Ich mache daher einen konkreten Vorschlag für die Zukunft und bitte die Leitung des Reichsverbandes der deutschen Presse, die Anregung zunächst intern, dann international im Schoße der Fédération Internationale des Journalistes zu diskutieren.

Vor Beginn jeder internationalen Konferenz — und es dürfte in den nächsten Jahren noch manche geben — treten die Journalisten aller Länder zusammen und wählen einen Vorstand für die Dauer der Konferenz. Dieser Vorstand ist ermächtigt, mit der Leitung und dem Sekretariat der Konferenz im Namen der internationalen Presse zu verhandeln, Wünsche, Anregungen, ja Forderungen zu unterbreiten, insbesondere die Frage der Zweckmäßigkeit einer Aufhebung oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit mit ihnen zu diskutieren. Für den — sehr unwahrscheinlichen — Fall, daß die Konferenzleitung es überhaupt ablehnt, den von den Journalisten gewählten Vorstand zu empfangen oder mit ihm über solche Fragen der Konferenzmethode überhaupt zu debattieren, stellen sämtliche Journalisten die Berichterstattung sofort ein. Zu diesem äußersten Mittel kann auch dann gegriffen werden, wenn die Konferenzleitung ohne Angabe von plausiblen Gründen es ablehnt, die Anregungen der Presse zu erfüllen.

Ich bin überzeugt, daß es niemals zu einem offenen Konflikt kommen wird, denn die Staatsmänner, mögen sie z. T. noch so abfällig die Presse beurteilen, wissen am besten, daß sie im 20. Jahrhundert ohne uns nichts sind. Außerdem würde schon der zu wählende Vorstand aus solchen erfahrenen Journalisten mit internationalem Ansehen bestehen, von denen die Minister wissen würden, daß sie sich nicht dazu hergeben, unvernünftige und undiskutierbare Vorschläge und Forderungen zu unterbreiten. Ebenso würden sich die Journalisten einigermaßen plausiblen Gründen wohl immer fügen. Die einzige bange Frage bliebe: Würde die internationale Presse im Notfalle wirklich solidarisch vorgehen? Denn das ist natürlich die Voraussetzung für jede erfolgreiche Vertretung unserer Berufsinteressen und unserer Würde. Ich glaube, daß man nach den Haager Erfahrungen, wo die Empörung allgemein war, diese Frage bejahen kann, obwohl sie natürlich heikle Lebensprobleme — z. B. für die Vertretungen regierungsoffiziöser Agenturen — aufwirft.

Mein Vorschlag mag etwas tollkühn, ja revolutionär anmuten, er ist aber durchaus ernst gemeint und verdient, glaube ich, ernste Prüfung. Er ist der sehr hohen Meinung entsprungen, die ich über die Bedeutung unseres Berufes und über die Aufgaben und die Macht der Presse habe. Mein Berufsstolz ist durch die Haager Erfahrungen tief verletzt. Im Hinblick auf die 100 Stunden und mehr, die wir beim nutzlosen und unwürdigen Herumstehen im Haag vergeudet haben, möchte ich meine Ausführungen in die abschließende Formel kleiden, die zugleich eine Parole und ein Programm ist: „Nie wieder „Binnenhof“!“

* * *

Ich habe mich absichtlich auf das allgemeine Thema der Behandlung der internationalen Presse überhaupt beschränkt. Aber auch die Frage unserer Erfahrungen als deutsche Berichterstatter verdient eine eingehende Erörterung, wie die Ausführungen des Kollegen Dr. Bondy zeigen. Ich möchte indessen anregen, daß über diesen Punkt in nächster Zeit ein Diskussionsabend vom Berliner Bezirksverband unseres Reichsverbandes unter Hinzuziehung der amtlichen Stellen veranstaltet wird.

Presse und Justiz.

Die Verhandlungen des 8. Deutschen Richtertages in Köln.

Seit sich der Reichsverband der deutschen Presse schon vor längeren Jahren mit dem Problem „Presse und Justiz“ beschäftigt hatte, ist das Thema auch in seinen praktischen Lösungsversuchen, insbesondere bezüglich der Gerichtsberichterstattung, nicht mehr von der Tagesordnung abgesetzt worden. Besprochen wurde es jedoch im wesentlichen immer von Politikern, von Journalisten, Wissenschaftlern, Rechtsanwälten. Selten, fast nie von Richtern.

Das ist nun der große Fortschritt der Kölner Tagung des Richterbundes, daß die Richter — und zwar von sich aus — die hier liegenden Fragen aufgriffen und in offener Aussprache mit Pressevertretern und juristischen Sachverständigen die Lösung einleiteten. Gewiß soll man sich von der Feierstimmung, dem traditionellen Optimismus derartiger Bundestage nicht allzu rosig stimmen lassen. Es wird noch viel Mühe und Arbeit zu bewältigen sein, ehe ein Fortschritt auf der ganzen Linie auch in der Praxis erkennbar wird. Für die Presse ist das Referat des das Thema in Köln behandelnden Richters, des Landgerichtsdirektors Winkler (Breslau) erfreulich gewesen. Es zeigte eine von Richterseite bisher nur ganz selten gehörte Sachkunde und Verständigungsbereitschaft. Die der Presse zugehörigen Referenten, Kollege Dr. Feder und Kollege Professor Dovifat, haben beide in Übereinstimmung diese Auffassung kundgegeben. Meinungsverschiedenheiten scheinen nur noch in der Frage gesetzlicher Eingriffe in das Verhältnis von Justiz und Presse vorzuliegen. Die Vorschläge Winklers fanden hier auf der Gegenseite keine volle Zustimmung. Die Notwendigkeit der unbedingten Freiheit der Gerichtsberichterstattung und der Gerichtskritik wurde immer wieder bewiesen und zur Behebung der unleugbar vorhandenen Mißstände eine engere Zusammenarbeit zwischen Presse und Justiz gefordert, für die Kollege Dovifat auch bis ins Einzelne gehende Vorschläge machte.

Bei der grundsätzlichen Bedeutung des Themas haben wir es für nötig gehalten, die drei Referate nachfolgend in ihrem wesentlichen Inhalte wiederzugeben. Wir glau-

Digitized by Google

ben, damit den Kollegen ein wertvolles Material an die Hand zu geben, das sie durch ihre eigenen Erfahrungen prüfen und ergänzen mögen. Die „Deutsche Presse“ steht zu weiteren Erörterungen gerne zur Verfügung, zumal die vom Kollegen Dovifat aufgestellten neuen Vorschläge ohnedies im bevorstehenden Winter Gegenstand von Verhandlungen im Reichsverband und in der Reichsarbeitsgemeinschaft sein werden.

Als erster Redner führte

Landgerichtsdirektor Winkler-Breslau

aus:

„Kölner Septembertagen scheint man ein besonders günstiges Klima zuzutrauen, wenn es sich darum handelt, das noch immer nicht sehr robuste Pflänzchen der Justizpressebeziehungen der etwas rauheren Luft öffentlicher Erörterungen auszusetzen. In der nächsten Woche jähren sich die Tage, daß ebenfalls in Köln das gleiche Thema erörtert wurde. Die sämtlichen Leiter der preußischen Justizpressestellen kamen damals hier zusammen, tauschten ihre Erfahrungen aus und hielten nach neuen Gesichtspunkten für die Weiterentwicklung ihrer Arbeit Ausschau. Damals fand die Aussprache immerhin nur in einem engeren Kreise an der Arbeit beteiligter Personen statt. Heute hat sich die gesamte deutsche Richterschaft der Erörterung dieser Fragen gewidmet.

An Aufgaben sind den Justizpressestellen gesetzt:

a) die Unterrichtung der Justiz über Presseveröffentlichungen, und

b) die Unterrichtung der Presse über Angelegenheiten der Justiz.

Zu der ersteren gehört als Voraussetzung eine ausgiebige Presselektüre, die teils von den Pressestellen selbst, nämlich soweit die an ihrem Sitz erscheinenden und sonst wichtigsten Blätter ihres Bezirks in Frage kommen, teils von den Pressedezernenten vorgenommen wird, die am Sitze der Landgerichte bestellt werden. Diese Arbeit setzt sich fort in der Zuleitung der irgend einen Justizvorgang betreffenden Zeitungsmeldung an andere Stellen, in der Erörterung dieser Zeitungsmeldung mit den Justizstellen, und unter bestimmten Voraussetzungen in einer Rückschrift an die betreffende Zeitung.

Diese Rückschrift gehört allerdings schon wieder gewissermaßen zu der zweiten Aufgabe, nämlich der Unterrichtung der Presse über den Justizvorgang. Aber sie ist nur ein unwesentlicherer Teil dieser Aufgabe. Hauptsächlich soll diese Unterrichtung der Presse in vorsorglichen Mitteilungen auf Anfrage oder ohne Anfrage über Justizvorgänge zur Verhütung falscher Pressenachrichten bestehen und ferner in der Benachrichtigung der Presse über wichtige Verhandlungen, Entscheidungen und ähnliche die Anteilnahme der Öffentlichkeit erregenden Justizvorgänge. Neben diesen nur scheinbar wichtigsten Bestimmungen aber, was die Pressestellen zu tun haben, ist schon in und zwischen den Zeilen dieser Richtlinien das viel Wesentlichere gesagt, wie und mit welchem Ziele sie arbeiten sollen. Bezeichnend hierbei ist, wie schon in der Verfügung selbst gewisse Unterschiede zwischen Justiz und Presse hervorgehoben werden, auf deren Ausgleich wir uns einzustellen haben, so wenn gesagt ist, daß die Bedürfnisse der Presse auf rasche Information, die der Justizverwaltung auf zuverlässige Nachprüfung des Einzelfalles eingestellt sind. Die Pressestelle soll in ihrer Arbeit **beides** gewährleisten. Über dem

Grundsatz der Schnelligkeit im Verkehr mit der Presse

aber, oder richtiger ihm übergeordnet, ist das Ziel, eine Verständigung zwischen Justiz und Presse herbeizuführen, also ein wechselseitiges Verstehen. Zum Verstehen aber gehört Kennenlernen. Daraus müssen wir für unsere Arbeit entnehmen dreierlei: daß es sich nicht nur darum handelt, die Presse über Justizvorgänge zu unterrichten, sondern dadurch und darüber hinaus über das Wesen der Justiz und ihre Arbeit der Presse Kenntnis zu verschaffen. Und weiter ergibt sich daraus die Pflicht, die Justiz nicht nur über Presseveröffentlichungen, sondern aus ihnen und darüber hinaus auch über das Wesen der Presse, ihre Bedeutung im öffentlichen Leben und ihre Stellung zum Wirken der Justiz zu unterrichten und drittens schließlich aus den Presseäußerungen nicht nur die Presse, sondern in ihrem Spiegel uns selbst kennen zu lernen. Wenn es auch manchmal ein Zerrspiegel ist, so werden uns aus der Vergrößerung einzelner Schönheitsfehler diese besonders erkennbar werden können.

Die Pressestellen haben in ihrem Wirken bereits Lob und Tadel gefunden. Lob hat ihnen auch der Herr Justizminister im Landtage bei der Beratung des Justizhaushalts gespendet, indem er feststellte, daß sich die Justizpressestellen bewährt hätten.

Zum Tadel dürfte es zu rechnen sein, daß diese Feststellungen von einem Teil der Presse mit Fragezeichen versehen wurden. Von anderer Seite der Presse hingegen, und zwar von sehr maßgeblicher, ist bei einer Besprechung im preußischen Justizministerium der frische Geist der Pressestellen mit Anerkennung bedacht und die vollste Zufriedenheit mit ihrer Tätigkeit ausgesprochen worden.

Justiz und Presse: Zwei Gewalten, jede mit der Macht ausgestattet, die andere als Objekt ihres Wirkens zu behandeln, die andere — wörtlich oder bildlich gesprochen — vor ihr Forum zu laden und über sie zu urteilen. Beide geschaffen oder gewachsen aus dem Willen des Volkes. Das Volk, in dessen Namen wir Recht sprechen, und das sich wiederum (in seinen einzelnen Angehörigen) dem Zwange dieser Rechtssprüche unterwerfen muß, hat ein Recht darauf, in die Arbeit der Justiz hineinzuschauen, um sie zu verstehen, und ein Recht zu sagen, was sie darin nicht versteht und was sie daran falsch findet. Dies Verstehen soll die Presse vermitteln, sie soll in unsere Arbeit hineinschauen, sie soll sagen, was sie darin falsch findet, und soweit es ihr bei alledem um Mitarbeit an der Vervollkommnung der Rechtspflege zu tun ist, werden wir es ihr nur danken können und wirklich danken. Der Justizpressearbeit im Sinne einer Verständigungsarbeit stellen sich aber auf beiden Seiten manche Hindernisse in den Weg.

Auf Seiten der Justiz wird man eine aber nur noch ganz vereinzelte und wohl im völligen Abklingen begriffene gelegentliche

Überbetonung des Amtlichen

als Hindernis bezeichnen können. Eine Überbewertung der sella curulis und der Gerichtsschranke. Häufiger schon, wenn auch verhältnismäßig nicht sehr oft, zeigt sich der gelegentlich in Urteilen zu Tage tretende Mangel an Einfühlungsvermögen in das Volksempfinden und den Zeitgeist. Als das am häufigsten vorkommende Verständigungshindernis aber ist zu nennen eine oft nicht ausreichende Einfühlung in Wesen und Bedeutung der Presse — weshalb ich es auch für eine weitere Aufgabe der Pressestellen halte, das Verständnis hierfür innerhalb der Justiz auszubreiten, sei es durch gelegentliche Vorträge, sei es während der regelmäßigen Fühlungnahme mit den Organen der Justiz bei der Justizpressearbeit. — Die Justizpressestellen sollen dabei nicht die einzigen Arbeitszellen, sondern nur die Arbeitszentren der Justizpressearbeit sein. Diese Erkenntnis von der Notwendigkeit der Mitarbeit aller Justizorgane, insbesondere aller Richter, Staatsanwälte und der in entsprechender Stellung befindlichen Beamten der Strafvollzugsbehörden, bricht sich auch bereits immer mehr Bahn, und ich glaube, was mir auch von anderen Pressestellenleitern wird bestätigt werden können, daß es an dem guten Willen zu dieser Mitarbeit selten einmal fehlt. **An dem Erfolge jedoch fehlt es noch ziemlich häufig; eben überall dort, wo die erforderliche Mitarbeit aus mangelnder Einfühlung in das Bedürfnis der Presse, wichtige Ereignisse schnell zu erfahren, ausbleibt.** Für diesen letzterwähnten Mangel ist es kein Ausgleich, daß auch auf Seiten der Presse vielfach ein Mangel an Verständnis für die Notwendigkeiten der Justiz zu finden ist. Er stellt die erste Erschwerung für die Verständigungsarbeit auf Seiten der Presse dar. Zu diesen Notwendigkeiten der Justiz rechne ich keinesfalls irgendwelche Zöpfe, die wohl so ziemlich alle abgeschnitten sind,

Digitized by Google

auch nicht die gelegentlich etwas geruhige Gangart des Amtsschimmels, sondern: die Notwendigkeiten, die sich aus den Gesetzen und den Zwecken des einzelnen Verfahrens ergeben und die meines Erachtens von der Presse unbedingt respektiert werden müssen. Eine erhebliche Erschwerung der Verständigung ergibt sich ferner von Seiten der Presse durch gelegentliche unsachliche und verallgemeinernde Kritik, sowie insbesondere durch die wohl nicht mehr als Kritik zu bezeichnenden gelegentlichen ehrkränkenden Angriffe auf die Richter. Die Stellung des Richters zur Pressekritik soll aber ebensowenig grundsätzliche Abwehr, wie überschätzende Beachtung sein. Der Wert der ernsten Pressekritik für die Rechtspflege liegt in ihrer Verwertung als Prüfstein für das eigene richterliche Ermessen. Über die

Berechtigung der Kritik

und ihre Notwendigkeit kann kein Zweifel bestehen, ebensowenig darüber, daß eine Kritik, die in sachlicher Weise Schäden aufdeckt, dankenswert ist und von der Justizverwaltung begrüßt wird. Diese Kritik, in rechter Weise ausgeübt, muß geradezu als ein Förderungsmittel für die Verständigung bezeichnet werden. Denn da dieser Verständigung sehr wesentlich auch von Seiten der Justiz die Beachtung ernster und berechtigter Kritik sowie die Nutzanwendung der daraus etwa zu entnehmenden Lehren dient, so kann eine derart geübte Kritik nur förderlich sein für die Beseitigung gegenseitigen Mißverstehens, wie überhaupt der Dissonanzen zwischen Rechtspflege und Volk. Es ist kein Zweifel daran, daß diese Kritik der Rechtspflege auch von der Richterschaft selbst — eben als Selbstkritik — in weitgehendem Maße geübt wird; aber es ist darum nicht weniger wertvoll, daß sie auch von Außenstehenden dort ausgesprochen wird, wo vorhandene Mängel richtig erkannt werden und infolge eines gewissen Abstandes von der Sache selbst vielleicht sogar besser überblickt werden können.

In manchen Fällen kann allerdings bei einer solchen Kritik, soweit sie sich auf die Beanstandung bestimmter Vorkommnisse bezieht, die Frage aufgeworfen werden, warum der angeblich Benachteiligte gleich beim ersten Vorgehen mit dem scharfen Geschütz der Presseveröffentlichung schießt, obgleich eine persönliche Vorstellung den gleichen Erfolg gezeigt hätte. Auch hierauf ist gelegentlich der Presse gegenüber hingewiesen worden, und ich kann aus meinen eigenen Erfahrungen berichten, daß mehrfach Fälle vorgekommen sind, wo die Presse dieser Anregung gefolgt ist und Beanstandungen einzelner gerichtlicher Maßnahmen, die ihr von ihrem Leserkreise zugegangen sind, zunächst der Pressestelle bekannt gegeben hat, ohne gleich damit in die Öffentlichkeit zu treten. In vielen anderen wird der Abstellung des Mangels gerade durch die sachliche Erörterung in der Presse gedient werden können. Unter sachlicher Kritik verstehe ich jede Kritik, die in angemessener Form wirkliche oder vermeintliche Verstöße oder Mißstände zur Sprache bringt und beurteilt mit dem Zwecke, ihrer Wiederholung oder Fortdauer vorzubeugen. Ihr Gegenstück ist nicht etwa schlechthin die subjektive, sondern die unsachliche Kritik. Subjektiv wird wohl jede Pressekritik sein. Das Recht zur subjektiven Betrachtung der Presse absprechen, heißt — glaube ich — von ihr Unmögliches verlangen. Auf alle Betätigungsgebiete der Presse wirkt es sich eben aus, daß sie weltanschaulich oder politisch gegliedert und verzweigt ist. Mag also die Presse subjektiv urteilen. Es ist ihr gutes Recht. Zwischen subjektiver und unsachlicher Kritik ist ein grundlegender Unterschied. Selbst eine vom einseitigen Parteistandpunkt gefällte Kritik kann sachlich sein, wenn sie der Sache dienen will, deren Recht sie auf ihrer Seite erblickt, und wenn sie dabei nicht mehr tut, als diesen ihren Standpunkt ohne unnötige Angriffe verficht. Leider — gibt es auch eine Kritik, die anderes will. Das ist die Kritik um des Angriffs willen; also eine Erörterung der Justizarbeit, bei der nicht die Politik nur die innere Einstellung für die Betrachtung eines Falles gibt, sondern die politische Wirkung Zweck der Kritik ist. Vielleicht ist es nicht einmal richtig, diese Art der Besprechung von Justizvorgängen überhaupt unter den Begriff Justizkritik zu fassen. Jedenfalls gehört sie insoweit nicht darunter, als sie sich gar nicht gegen das Wirken und die Arbeit der Justiz oder ihre Organe richtet, sondern gegen die Justiz selbst, als gegen eine Einrichtung der staatlichen Ordnung. Nahe verwandt dieser, den Zwecken des politischen Kampfes dienenden Scheinkritik ist die verallgemeinernde Kritik. Ausgehend zwar meist von einer sachlichen Grundlage des Einzelfalles werden Werturteile über allgemeine Unzulänglichkeiten abgegeben und weite Kreise, wenn nicht gar die Gesamtheit der Justizorgane — sei es der Weltfremdheit, der Rückständigkeit, der parteipolitischen Voreingenommenheit usw., ja sogar der staatsfeindlichen Gesinnung verdächtigt. Solche Vorwürfe — zumal wenn sie sich aus Anlaß großer Prozesse oder heftiger politischer Spannungen häufen — erschüttern aber auch bei uns den Glauben an eine Verständigungsmöglichkeit sehr. Ebenso wie ich bereits betont habe, daß diese Angriffe an sich unter die Erörterung über die Justizkritik der Presse gar nicht gehört, sondern eine besondere und besonders zu behandelnde Art der Pressebetätigung darstellen, so muß ich hier eine weitere Einschränkung machen, wenn ich mich nicht selbst dem Vorwurf der Verallgemeinerung aussetzen will: Das zuletzt Gesagte gilt keinesfalls für die gesamte Presse. Es gilt insbesondere nicht für die große und führende, ihrer ernsten Verantwortung bewußte Presse. Es muß hier im Gegenteil ausdrücklich festgestellt werden, daß die große und ernste Presse um Sachlichkeit und wirklich nutzbringende Kritik bemüht ist, und daß sie weiterhin in ihrem Zusammenschlusse darum bemüht ist, derartige Ausartungen der Kritik und unsachliche Gehässigkeiten, wo sie sich zeigen, nach bester Möglichkeit zu bekämpfen und zu beseitigen. Schon jetzt also zeigen sich hier durchaus gleichlaufende Bestrebungen dieser Presse und der Justiz, und ich glaube, daß auch diese Presse sich in ihrem Bestreben nach sachlicher Gestaltung der Kritik unter Wahrung der besonderen Eigenart der Presse zu dem Leitsatz bekennen wird: Aus der natürlichen Verwegung der Presse in weltanschaulicher oder politischer Richtung ergibt sich ihr Recht zu subjektiver Kritik; aus dem überaus großen Einfluß der Presse auf alle Volksteile ergibt sich die Pflicht der Presse zu sachlicher Kritik.

Die vor einigen Jahren häufigeren Ehrenkränkungen der Justiz haben bereits an Aktualität verloren, was dabei m. E. das wesentlichste ist, daß sie nur noch von einem verhältnismäßig recht geringen und wenig bedeutenden Teil der gesamten Presse ausgehen und insofern an ihrer grundsätzlichen Bedeutung Einbuße erlitten haben. Was jetzt gelegentlich noch als wirksames Mittel erachtet wird, um solchen Angriffen entgegenzutreten, das erfüllt den Zweck in keiner Weise. Es ist die von dem Betroffenen gelegentlich verlangte Berichtigung, die vielfach als ein Hauptbestandteil der Justizpressearbeit angesehen wird. Ich möchte hierzu nur folgendes sagen: Preßgesetzliche Berichtigungen kommen im Bereiche der Justiz nur noch außerordentlich selten vor. Ich habe nicht ein einziges Mal die Verweigerung der mit zwanglosem höflichem Ersuchen zugeleiteten einfachen Berichtigung erlebt, mir auch kaum beträchtliche Zusätze gefallen lassen müssen. Diese Berichtigungen, auch die nicht preßgesetzlichen, sind wirklich ein recht trauriger Notbehelf. Nur angebracht, wo sich auf andere Weise nichts erreichen läßt und bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen ein bestimmter Zweck der angreifenden Veröffentlichungen erkennbar ist. Eines jedenfalls scheidet unter allen Umständen aus. Die Pressefehde mit großen Auseinandersetzungen. Die Stellung der Justiz im Staate und ihr Amt, Recht zu geben, verbietet ihr um eigene Rechtfertigung im öffentlichen Pressestreit zu kämpfen, also nur Wahrheitsfeststellung, keine Polemik.

Aufklärungsarbeit ist not. An dieser Aufklärungsarbeit müssen alle mithelfen. **Nichts ist meines Erachtens verkehrter als der Gott sei Dank nur noch ganz vereinzelt anzutreffende Standpunkt: „Das geht Dich nichts an".**

Mit der Art, wie sich die

Unterrichtung über schwebende Verfahren

vollzieht, ist die Presse nicht immer ganz einverstanden. Das Hauptinteresse der Zeitungen bezieht sich ganz vorwiegend auf Strafprozesse. Nach den Ereignissen in Zivilprozessen wird selten gefragt. Auch für Strafprozesse ist die Anteilnahme der Presse nicht gleichmäßig. Nur die großen Delikte, die die Öffentlichkeit beunruhigen oder auch im Zusammenhang mit irgendwelchen an hervorragender Stelle stehenden Persönlichkeiten beschäftigen, oder Delikte mit sozialem Hintergrund werden von der Presse mit Aufmerksamkeit verfolgt. Dieses Interesse beginnt bereits mit der Tat, von der die Presse in der Regel durch das allgemeine Bekanntwerden unterrichtet wird, aber auch bereits

Digitized by Google

von der Polizei auf Grund der ersten Ermittlungen Nachrichten erhält. Diese ersten polizeilichen Ermittlungen werden vielfach in voller Öffentlichkeit erörtert, gelegentlich wird auch diese selbst durch die Presse zur Mitarbeit aufgerufen. Die Presse bringt täglich kurze oder längere Nachrichten über diese Dinge. Weitere Berichte werden erwartet und von der Polizei auch meist wohl gegeben, bis nunmehr die Sache in das Stadium der Voruntersuchung kommt, die ihrem Zwecke nach manchmal eine derartige häufige Unterrichtung nicht zuläßt. Nunmehr werden die Presseinformationen eingeschränkt und die Presse stellt mit Unzufriedenheit fest, daß die Justiz weit schweigsamer ist als die Polizei. Den Hauptgrund für die Schweigsamkeit der Justiz wird aber in der Regel das Interesse des Verfahrens bilden. Daß es nicht öffentlich ist, schließt nicht aus, daß die Presse von gelegentlichen Vorgängen unterrichtet wird. Das ergibt sich schon daraus, daß unter Umständen auch hier die Aufrufung der Presse zur Mitarbeit an den weiteren Ermittlungen nötig wird. Grundsatz aber muß in jedem Falle sein: Das Eingehen auf die Wünsche und Bedürfnisse der Presse findet seine Begrenzung in der Verwirklichung des obersten Grundsatzes pflichtgemäßer, dem Zwecke möglichst vollkommener Rechtsfindung dienender Arbeit der Rechtspflegeorgane.

Nicht immer will sich die Presse auf diesen Grundsatz einstellen, und die Strafverfolgungsbehörden haben oft ihre Schwierigkeiten durch vorzeitige Veröffentlichung von Verfahrensmaßnahmen oder Ergebnissen, die einstweilen noch geheim gehalten werden sollen. Es ist also hier für die Pressestellen, durch die in der Regel die Unterrichtungen gehen werden, eine wohlerwogene Zurückhaltung nötig, die aber nicht weitergehen soll, als es nach Lage der Sache geboten erscheint.

Die Presse ihrerseits hört Zeugen ab. Sie weiß, wo sie vernommen werden, spricht mit ihnen auf der Rückkehr vom Vernehmungsraum und erlangt alle die Kenntnisse, richtig oder entstellt, unmittelbar, die ihr der bearbeitende Richter oder Staatsanwalt nicht geben wollte. Sie kann sich solche Nachrichten auch von den Angehörigen eines Beteiligten verschaffen, von dem Angeklagten, wenn er nicht in Haft ist, oder von dem Verletzten. Sie interviewt den Verteidiger und hat sogar noch andere Quellen, manchmal allerdings recht wenig legale, aus denen sie ihre Nachrichten schöpft. Oft aber werden diese Nachrichten eben auch allerlei Entstellungen in sich tragen, wenn sie nicht aus amtlichen Stellen stammen, werden in der Öffentlichkeit für wahr gehalten werden und das Verfahren schädigen können, und vielfach wird dann der Leiter des Verfahrens doch genötigt sein, **die richtige Nachricht in die Presse zu geben, was er einfacher hätte vorher tun können.** Dies ist der Punkt, wo die schon vorher erwähnte eingehende Mitarbeit der Richter unbedingt nötig ist. Von der Eröffnung der Voruntersuchung an werden in den die Öffentlichkeit interessierenden Verfahren alle Verfahrensfortschritte formeller und sachlicher Art mitzuteilen sein, die ohne wirkliche Schädigung des Verfahrens mitgeteilt werden können, und zwar, was leider immer wieder gesagt werden muß, möglichst ohne jedesmalige ausdrückliche Nachfrage. Wo wirklich Dinge geheim gehalten werden müssen, da allerdings muß dafür gesorgt werden, daß Nachrichten auch auf andere Weise nicht in die Öffentlichkeit dringen können. Da mag den vernommenen Personen eingeschärft werden, nichts nach außen hin verlauten zu lassen. Da mag auch der Verteidiger gebeten werden, Schweigen zu bewahren. Oft gilt es auch die Wahrung der Interessen aller am Verfahren, sei es als Angeklagte oder sonstig beteiligter Personen, **ganz besonders bei Jugendlichen,** zu gewährleisten. Und überall, wo es derartige Interessen zu schützen gilt, da soll wirklich eine ernsthaft durchgeführte Verschwiegenheit geübt werden, oder, wo sich dies nicht durchführen läßt,

die Presse von den Pressestellen ins Vertrauen gezogen

und zu vertrauensvoller Behandlung etwa an sie gelangender Nachrichten veranlaßt werden. Wie dieses Vertrauen der Presse zu gewinnen ist, das läßt sich generell nicht sagen. Jedenfalls nicht ohne Vertrauen der Justiz. Statt formeller Pressekonferenzen empfehlen sich eher zwanglose, aber eingehende Aussprachen. Über die Art der Nachrichtenausgabe ist noch zu sagen, daß sie klar und bestimmt sein muß. Bloße Andeutungen sind immer gefährlich.

Die Presseunterrichtung muß einen Einfluß von Sachlichkeit ausströmen. Sie darf nie die Hand bieten zu sensationeller Ausschmückung der Geschehnisse. Sie muß auch durch verständige Fühlungnahme mit der Presse zu verhüten suchen, daß, wie es leider vielfach noch geschieht, schon vor dem Urteilsspruch über die Schuldfrage Erörterungen oder gar Feststellungen stattfinden und Vorurteile in die Welt gesetzt werden, die schweren Schaden anrichten.

Wie soll man dem begegnen?

Gesetzliche Maßnahmen sind, glaube ich, fehl am Ort.

Das einzige, was hier helfen kann, ist eben immer wieder die Fühlungnahme mit der Presse.

Bei den Fragen der Öffentlichkeit und der Zulassung von Pressevertretern zu nicht öffentlichen Verhandlungen soll weitgehend der Gedanke mitsprechen, daß gerade die öffentliche Rechtspflegearbeit geeignet ist, das Verständnis der Allgemeinheit für diese Arbeit zu vertiefen. Zunächst muß den Pressevertretern — rein technisch genommen — die bestmögliche Gelegenheit gegeben werden, die Öffentlichkeitsrechte der Allgemeinheit wahrzunehmen. Außer Sitz- und Schreibgelegenheit läßt sich noch manches andere zur Erleichterung und zur Ermöglichung einer geordneten Berichterstattung tun. Notwendig ist es, den Pressevertretern mindestens einen Raum im Gericht mit Telefon zur Verfügung zu stellen (gegebenenfalls auch eine Schreibmaschine bereitzuhalten), wo sie ihre Niederschriften zur Sitzung ausarbeiten und weiterleiten können. Auch besondere Telefonzellen für ungestörte Gespräche mit den Redaktionen sind zu schaffen.

Es werden sich noch manche solche Erleichterungen für die Berichterstattung finden lassen, insbesondere auch aus Einzelfällen und unter Berücksichtigung der verschiedenen örtlichen Verhältnisse. Und wenn man hier etwa weiter noch die Bildberichterstattung mitberücksichtigen wollte, dann würden sich so zahlreiche weitere Möglichkeiten ergeben, daß ich sie nicht einmal andeuten möchte, um nicht Zukunftmusik in die Gegenwartsforderungen bringen zu lassen. Die

Frage der Bildberichterstattung

ist m. E. noch nicht spruchreif; generell läßt sie sich wohl auch gar nicht beantworten. An sich sehe ich nicht ein, was grundsätzlich gegen sie sprechen soll. Kaum ein Bedenken, das gegen ihre Auswirkungen spricht, läßt sich nicht ebenso auch gegen die Wortberichterstattung vorbringen. Die wirklichen Werte der Bildberichterstattung sind m. E. gering anzuschlagen. Es werden fast nur Werte für die Zeitung, kaum für die Allgemeinheit und gar nicht für die Rechtspflege sein. In vielen Fällen wird sich die Bildherstellung ganz reibungslos erledigen lassen und häufig nicht einmal bemerkt werden. Schwierigkeiten werden sich aber besonders dann ergeben, wenn durch das Zeichnen oder Photographieren Schöffen oder Geschworene, Zeugen, Sachverständige, auch der Angeklagte, von der notwendigerweise aufmerksamen Verfolgung der Verhandlung abgelenkt und an der Konzentrierung für die ihm aus der Verhandlung erwachsenden Aufgaben gehindert wird. Der Vorsitzende hat aber bei seinen Maßnahmen m. E. nur die Ordnung der Sitzung zu bedenken. Persönliche Beanstandungen der daran Beteiligten aber nur, soweit ihr Gegenstand auf die Ordnung zurückwirkt. Daß etwa der Vorsitzende auch auf Anregung eines Beteiligten ohne solche Rückwirkung für dessen Recht am eignen Bilde eintreten und dem Zeichner aus diesem Grunde seine Tätigkeit untersagen darf, glaube ich verneinen zu müssen.

Die wesentlichen Schädigungen der Gerichtsberichte werden sich äußern in Schädigungen der am Verfahren beteiligten Personen und in der Gefährdung der Wahrheitsermittlung.

In dem Bezirk der Breslauer Pressestelle kurz vor deren Einrichtung ist der Fall vorgekommen, daß sich ein der Abtreibung angeklagtes Mädchen das Leben genommen hat, weil ihr Name und ihr Vergehen vor der Schwurgerichtsverhandlung in der Zeitung mitgeteilt worden ist. Dieser Fall ist bezeichnend für eine ganze Gruppe von Fällen. Ich brauche die Peinlichkeiten, die beruflichen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, familiären Schädigungen nicht im einzelnen zu schildern.

Und darüber hinaus kann bei jungen Menschen ihre innere Entwicklung, ja ihre gesamte Einstellung zur Umwelt durch die Veröffentlichung ihrer in der mündlichen Verhandlung notgedrungen preisgegebenen Geheimnisse ernst beeinflußt werden. Ein großer und bedeutender

Digitized by Google

Teil der Presse enthält sich natürlich nach Möglichkeit solcher schädigenden sensationellen Veröffentlichungen aus der Erkenntnis ihrer Gefahr. Aber die auf Sensation um jeden Preis eingestellten Blätter wollen es sich nicht versagen, auch die Tragödien der Gerichtssäle für die Neugier und den Nervenkitzel ihrer Leser auszuschlachten. Was ist dagegen zu tun? Der Ausschluß und die Beschränkung der Öffentlichkeit oder der Berichterstattung ist meines Erachtens ein recht unbefriedigendes Mittel gegen diese Gefahren, soweit es überhaupt zur Verfügung steht. Dennoch wird es in manchen Fällen das einzige sein und darum angewandt werden müssen. Vielfach erscheint es auch unangebracht, den sehr hoch einzuschätzenden Wert der Öffentlichkeit, also des Richtens vor aller Augen und Ohren zu opfern der ungewissen Besorgnis vor dem vielleicht durch einige Sensationsblätter geübten Mißbrauch. Wenn sich diesem Mißbrauch auf andere Weise vorbeugen ließe, so wäre das sehr erwünscht. Viel wird sich hier in der Tat erreichen lassen — wie auch in dem erwähnten Bumkeschen Aufsatz mit Recht gesagt ist — durch eine geschickte Verhandlungsleitung, die alles Sensationelle, alles überflüssige Eingehen auf intime Einzelheiten vermeidet. Darüber hinaus wird auf der anderen Seite die Einwirkung der großen Presseorganisation manche Erfolge zeitigen.

Noch ernster aber in ihren Folgen als dieses Spiel mit Persönlichkeitsrechten ist die Folge der Furcht vor diesem Spiel auf die Wahrheitsermittlung.

Es bedeutet etwas, wenn Sling selbst, der den Grundsatz der Öffentlichkeit so hoch stellt, daß er das Rechtsleben ohne Öffentlichkeit als dem Tode geweiht erachtet (S. 37) — und das, obwohl er zugibt, daß die Anprangerung eines Angeklagten schlimmer sein kann als ein paar Monate Gefängnis —, daß Sling selbst für die Wahrheitsermittlung im Krantz-Prozeß bei der Vernehmung der Hilde Scheller den Ausschluß der Öffentlichkeit gefordert hat (S. 13).

Ich brauche die Gefahren nicht näher darzulegen. Gerade der Krantz- und der Husmann-Prozeß, zwei Jugendprozesse, haben den Druck der drohenden Anprangerung, das Breittreten mehr oder minder zarter Kammer- und Bettgeheimnisse, ja den Druck der drohenden Bloßlegung des Innenlebens junger Menschen mit seinen Irrungen und Wirrungen und die sich aus diesem Druck und der Furcht vor der Öffentlichkeit ergebenden Folgen für die Wahrheitsermittlung jedem deutlich gezeigt. Viel ist darüber geschrieben worden. Bisher haben wir ein solches Berichtsverbot nur gemäß § 174 Abs. 2 GVG. (bei Gefährdung der Staatssicherheit) und erweiternd die Strafvorschrift des Gesetzes vom 5. 4. 88 (Art 3). Ferner aus § 184 b StGB., die Strafandrohung für Ärgernis erregende Veröffentlichungen bei Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit. Für die Zukunft ist im amtlichen Entwurf statt des § 174 Abs. 2 GVG ein § 174 a vorgesehen, der in seinem zweiten Absatz in Verbindung mit der vorgeschlagenen Neufassung des § 172 m. E. ausreichende Schutzmaßnahmen, und zwar auch gegen die Gefährdung von Rechten an Verfahren beteiligten Personen zuläßt.

Danach kann das Gericht die Öffentlichkeit ausschließen auch dann, wenn zu befürchten ist, daß durch Bekanntwerden der in der Verhandlung zu erörternden Vorgänge das Geschlechtsgefühl der Jugend überreizt oder irregeleitet werde, oder wenn die Verhandlung Angelegenheiten des Privat- oder Familienlebens betrifft, die das öffentliche Interesse nicht berühren; und es kann weiter den anwesenden Personen verbieten, die Tatsachen, die durch die Verhandlung zu ihrer Kenntnis gelangen, bekannt zu geben. Es wird natürlich Sache der Gerichte sein, diese Vorschriften mit wohl erwägender Behutsamkeit anzuwenden. Die Presseöffentlichkeit wird danach in vielen Fällen aufrecht erhalten werden und der Erfolg durch ein Berichtsverbot erreicht werden können, und wenn der Vorsitzende auf den Presseplätzen nur Vertreter von solchen Blättern sieht, denen es ernst mit ihrer verantwortungsvollen Aufgabe ist, dann wird er auch das Verbot unterlassen und sich mit einem Hinweis begnügen können, der den Zeugen darüber aufklärt, daß er eine Preisgabe seiner Aussage über peinliche Angelegenheiten des Familienlebens über Privates und Sexuelles nicht zu befürchten hat.

Ich bin fest überzeugt davon, daß, wenn auch nicht vielleicht in so kurzer Zeit, wie manche diesen Erfolg erhoffen, ganz wesentliche Übereinstimmungen zwischen der gesamten großen und ernsten Presse auf der einen und der Justiz auf der anderen Seite erzielt sein werden. Ein solches Einvernehmen hat aber eben zur Voraussetzung, daß Zwangsmaßnahmen aller Art, soweit irgend möglich, unterbleiben. Soweit man zu diesen Zwangsmaßnahmen aber auch die gesetzlichen Möglichkeiten einer weiteren Öffentlichkeitsbeschränkung zählen muß, werden wir ganz ohne solche Maßnahmen eben mit Rücksicht auf die von unseren Zielen fortstrebende Presse nicht auskommen können. Eine Beeinträchtigung der Pressefreiheit ist unter allen Umständen ein zeitfremdes Beginnen, das keine wahre Lösung bringen kann. Im übrigen aber gilt es für die Justiz, durch Gewinnung eindringenden Verständnisses für die Bedürfnisse der großen und ernsten Presse und durch die Förderung ihrer Bestrebungen die Zusammenarbeit immer enger zu gestalten und ein Abirren von dem Wege zu den gemeinsamen Zielen immer seltener werden zu lassen. Wenn wir uns dauernd für eine Zusammenarbeit mit der ernst strebenden deutschen Presse ohne Rücksicht auf ihr politisches oder sonstiges Bekenntnis zielbewußt einsetzen, dann wird dieser idealen Interessengemeinschaft gegenüber das Häuflein der anderen, so hoffe ich, klein und kleiner werden, bis es an seiner eigenen Bedeutungslosigkeit zerfällt. Vervollkommnung der Justizarbeit mit Hilfe der Presse — Vervollkommnung der Pressearbeit im Zusammenwirken mit der Justiz, beides mit dem Ziele, dem Volksganzen zu dienen, das ist eine große gemeinsame, jeder Mühe würdige Aufgabe für Justiz und Presse.

Nach dem Vertreter der Richterschaft sprach zum Thema „Justiz und Presse“ der Kollege

Dr. Ernst Feder-Berlin.

Er führte im wesentlichen folgendes aus:

Justiz und Presse, welch verschiedenartiges Paar, welch seltsames Gespann. Die Justiz alt und ehrwürdig wie der Staat, das unverzichtbare Symbol der Staatsgewalt, seine Wage und sein Schwert — die Presse ein Geschöpf neuerer Zeit, in ihrer großen, modernen Gestalt ein Gebilde der neuesten Epoche. Die Justiz, gebunden an Gesetze und strenge Formen —, die Presse ungebunden, die eigene Form suchend. Die Justiz in gemessener, sachlicher, zurückhaltender Sprache — die Presse temperamentvoll, subjektiv, aggressiv. Die Justiz messend nach Maßstäben und Werten, die ihr der Gesetzgeber in die Hand drückt — die Presse neue Maßstäbe erprobend und anbietend, alte Werte umwertend.

Welch ein Gegensatz — und doch ein Zusammenklang. Öffentliche unabhängige Justiz und Pressefreiheit — beides waren revolutionäre Forderungen der Freiheitsbewegung von 1848, beide gemeinsam erfüllt und nicht voneinander zu trennen, unlösbare Bestandteile des modernen Rechtsstaates. Beide der Ausdruck allgemeinen Willens und der Willensbildung, wobei die Justiz mehr den Willen des Staates, das gewordene Recht, die Presse mehr den Willen der Gesellschaft, das werdende Recht, zum Ausdruck bringt.

Scheiden wir die riesenhafte Stoffülle, um sie übersehbar zu machen, zunächst nach zwei Gesichtspunkten: die Presse als Objekt der Justiz und die Justiz als Objekt der Presse.

Über die Presse als Objekt der Justiz nur einige aphoristische Bemerkungen. Als Beispiel verständnisvoller Würdigung der Presse und ihres Wesens nenne ich das Urteil des Schöffengerichts Stettin, das vor einigen Wochen erging und die Angeklagte, die einem Presseberichterstatter Bestechlichkeit vorgeworfen hatte, zu einem Monat Gefängnis verurteilte. In der Begründung wurde gesagt: „Die Presse wird sowieso schon mit allerhand Vorwürfen überhäuft. Wir müssen unsere Presse unbedingt gegen solche Verdächtigungen in Schutz nehmen, da sie aus idealistischen, moralischen und politischen Gründen arbeitet, nicht aber aus gewinnsüchtigen Motiven.“

Befremden haben in neuerer Zeit bei der Presse einige Urteile erregt, die den Verleger zur Rückzahlung der Gebühr für ein Inserat verurteilen, weil im redaktionellen Teil beispielsweise eine ungünstige Kritik des Filmtheaters erschien, das im Inserat empfohlen worden war. Das ist eine Verkennung der für jedes verantwortungsbewußte Organ fundamentalen Sachlage, die die Beeinflussung des redaktionellen Teils durch den Inseratenteil ausschließt. Ferner kommt es nicht selten vor, daß die Geldstrafe, die den verantwortlichen Redakteur trifft, besonders hoch bemessen wird mit Rücksicht darauf, daß ja doch der Verleger die Strafe zahlt.

Nach § 17 des Preßgesetzes dürfen bekanntlich die Anklageschrift und andere amtliche Schriftstücke eines Strafprozesses durch die Presse nicht eher veröffentlicht werden, als

Digitized by Google

bis sie in öffentlicher Verhandlung kundgegeben sind oder das Verfahren beendet ist. Gegen diese Bestimmung wird täglich verstoßen. Täglich erscheinen in zahlreichen Zeitungen Vorberichte über bevorstehende Gerichtsverhandlungen, die sich deutlich als Wiedergabe aus der Anklageschrift kennzeichnen. Eine Strafverfolgung tritt nur gelegentlich ein.

Vor zwei Jahren hat der preußische Justizminister Schmidt in einer Pressekonferenz diesen Paragraphen ausdrücklich für antiquiert erklärt. Ich möchte die Frage aufwerfen, ob ein Gericht sich nicht auf den Standpunkt stellen könnte, daß die Bestimmung als durch Nichtanwendung aufgehoben anzusehen ist.

Eine Bestimmung, die allen Kreisen der Presse besonders am Herzen liegt, ist der berühmte § 193, die Wahrnehmung berechtigter Interessen.

Das Reichsgericht hat den Satz aufgestellt, daß die Wahrnehmung fremder, insbesondere öffentlicher Interessen, die Presse nicht näher angeht als jeden andern auch. Ein Recht, öffentliche Übelstände unter Verletzung der Ehre Dritter zu rügen, habe der Redakteur nur dann, wenn er seine persönlichen oder ihn persönlich nahe angehende Interessen vertritt. Was ist die Konsequenz? Der Redakteur, der völlig uneigennützig und nur im öffentlichen Interesse beispielsweise eine große Korruption aufdeckt, genießt den Schutz des § 193 nicht. Er steht aber unter dem Schutz des Gesetzes, wenn er selbst geschädigt ist oder geschädigt zu sein glaubt. Er darf für seine kleinen privaten Interessen, er darf nicht für die großen Allgemeininteressen öffentlich eintreten.

Die unteren Gerichte, besonders die Landgerichte haben bis in die neueste Zeit wiederholt Entscheidungen gefällt, die bewußt von der Ansicht des Reichsgerichts abweichen, diese Abweichung sorgfältig begründen und überzeugender wirken als die im wesentlichen auf die persönliche Auffassung Laskers gestützte Ansicht des Reichsgerichts. Das Reichsgericht ist jedoch bei seiner Auffassung verblieben. Es versagt der Presse, was ihr Lebenselement ist und was ihren Reiz ausmacht für die Besten ihrer Angehörigen, das Recht zur Wahrnehmung öffentlicher Angelegenheiten.

Es versagt ihr das besondere Recht zur Erörterung politischer Angelegenheiten und läßt sich darin auch nicht beirren durch den völligen Wandel des politischen Lebens, der sich im parlamentarischen Volksstaat vollzogen hat und der sich auch auf die Stellung der Presse auswirken muß. Im ersten Artikel der Reichsverfassung ist bestimmt: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Das Grundgesetz des Staates sagt also, daß das ganze Volk an der Willensbildung im Staat mitzuwirken hat. Das gibt dem einzelnen Staatsbürger nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Teilnahme am politischen Leben.

Teilnahme am politischen Leben setzt die politische Aufklärungsarbeit der Presse voraus. Woher soll der Staatsbürger politische Belehrung und Aufklärung regelmäßig beziehen, wenn nicht aus der Presse? Also handelt die Presse, wenn sie politische Angelegenheiten erörtert, in Wahrnehmung berechtigter, für sie, den Staatsbürger und den Staat notwendiger Interessen. Diese Funktion der Presse wird von allen öffentlichen Organen anerkannt, von der Regierung, vom Parlament, die sich mit der Presse auseinandersetzen, weil sie in ihr nicht eine Quelle von Privatansichten, sondern eine Funktion der öffentlichen Meinung erblicken. Von dieser ganzen Erneuerung des öffentlichen Rechts und des politischen Lebens ist die reichsgerichtliche Rechtsprechung zum § 193 leider unberührt geblieben.

Es gibt kaum einen Punkt, in dem sich die Presse von der Rechtsprechung des höchsten Gerichtes so verkannt sieht, wie wenn man ihr sagt: Du wirst wegen dieser Beleidigung bestraft, weil du in pflichttreuer Ausübung deines Berufes nur ein öffentliches Interesse vertratest, das dich persönlich gar nichts anging. Dein Handeln wäre nicht rechtswidrig, du würdest nicht bestraft, wenn du, vielleicht unter Verstoß gegen deine Berufspflicht, nicht im öffentlichen Interesse, sondern in deinem privaten Interesse die Beleidigung begangen hättest. Die Zeitung macht sich verächtlich, wenn sie dem Privatinteresse des Verlegers, des Redakteurs oder ihm nahe stehender Einzelpersonen dient. Sie genießt Vertrauen nur, solange man ihr glaubt, daß sie keine privaten Interessen, sondern allgemeine Interessen vertritt. Gerade dies besondere Recht aber bestreitet ihr das Reichsgericht. Sollte es wirklich unmöglich sein, sollte der Wortlaut oder der Sinn des § 193 verbieten, in diesem wichtigen Punkte Justiz und Presse in Einklang zu bringen?

Ist die Presse nur in einzelnen Fällen Objekt der Justiz, nämlich im allgemeinen nur bei Verstößen gegen das Gesetz, so wird die Justiz fast täglich zum Objekt der Presse. Das Rechtsleben nimmt einen immer mehr wachsenden Teil des Zeitungsraumes ein. Rechtsfälle und Rechtsprechung üben eine immer stärkere Anziehungskraft, die auch im Roman, im Drama, auf der Bühne sichtbar wird. Das Publikum wünscht nicht besondere Gerichtszeitungen, die heute weniger begehrt sind als in früherer Zeit, sondern es wünscht die Rechtsfälle eingegliedert in das Gesamtbild des Lebens, das die Tageszeitung entrollt.

Man übertreibt nicht, wenn man sagt: Öffentlichkeit ist identisch mit Teilnahme der Presse. Ausschluß der Presse bedeutet Ausschluß der Öffentlichkeit, genau so wie die Öffentlichkeit der Parlamente im Grunde nicht darin besteht, daß eine Anzahl Schaulustige die Tribüne füllt, sondern darin, daß die Zeitungen über sie berichten.

Zivilprozesse interessieren im allgemeinen nur, wenn bekannte Persönlichkeiten, staatliche Interessen, politische Beziehungen hineinspielen. Auch veröffentlicht die große Presse in ihrem Handelsteil die für Handel und Industrie wichtigsten Entscheidungen. Den Hauptanteil hatte stets und hat die Strafjustiz, die die Phantasie am stärksten beschäftigt, in der das allgemein Menschliche, das Psychologische, das Triebhafte, das Abenteuerliche, das Verbotene, die Unsicherheit und die Buntheit des Lebens am sinnfälligsten zum Ausdruck kommt. Freilich kommt auch nur ein kleiner Ausschnitt der Strafjustiz für die Presse in Betracht, die Fälle, die durch die kriminalistische Eigenart der Taten oder der Menschen oder durch psychologische oder politische Besonderheiten auffallen, dann aber auch gewöhnliche Durchschnittsfälle, an denen gerade das Typische, das Nichtbesondere zur Darstellung reizt. Gerade was den Müller oder die Schulze, die ganz uninteressant sind, vor Gericht führt und was ihnen dort widerfährt, kann interessant sein. Besondere Aufmerksamkeit schenkt die Presse den Fällen, in denen das Urteil ihr als verfehlt erscheint und zur Kritik Veranlassung gibt, geradeso wie die Verkehrschronik über die Entgleisungen der Eisenbahn berichtet, aber die unendlich häufigeren Fälle unerwähnt läßt, in denen der Zug richtig an sein Ziel gelangt.

So ist es klar, daß in der Optik der Zeitung die Justiz anders erscheint, als sie wirklich ist, nicht in ihrem Totalbild, sondern im Ausschnitt eines Ausschnittes, und es gehört zu den Aufgaben jedes verantwortungsbewußten Zeitungsorgans, sich dieser besonderen Presseoptik bewußt zu bleiben und sie auch den Lesern zum Bewußtsein zu bringen.

Die Aufgaben und die Methoden, mit denen Justiz und Presse an denselben Gegenstand herantreten, sind ganz verschieden. Ein Wort zuvor: die Justizkritik der Presse wie ihre Gerichtsberichterstattung wird immer subjektiv sein. Eine völlige Objektivität gibt es nicht. Sie wird nicht einmal durch das Stenogramm verbürgt: es fehlen die Gesten, die Pausen, der Ton. „Könnt ich ihn nur vor Gericht stellen, diesen Ton“, läßt Lessing die Mutter der Emilia Galotti sagen. Eine wirklich objektive Reproduktion würde nur im Tonfilm zu erzielen sein, und vielleicht auch da noch nicht. Die Presse kann und will nicht objektiv sein, und auch ich bitte von diesem Recht der Subjektivität Gebrauch machen zu dürfen. Aber bewußte und zugestandene Subjektivität schließt Sachlichkeit und Verantwortungsbewußtsein nicht aus, sondern macht beides erst recht zur journalistischen Pflicht.

Mein Herr Mitberichterstatter, Landgerichtsdirektor Winkler, hat das Verhältnis von Justiz und Presse mit Worten von Onkel Bräsig dahin charakterisiert, daß die Presse in der Fixigkeit, die Justiz in der Richtigkeit überlegen sei. Das mag ganz witzig sein. Ich halte es nicht für richtig und möchte dazu folgendes bemerken, worin ich mich eins weiß mit allen Angehörigen der verantwortungsbewußten Presse: der Journalist erfüllt seine Arbeit und seine Aufgabe mit derselben Sorgfalt und derselben Gewissenhaftigkeit, mit der der Gelehrte seiner wissenschaftlichen Forschung nachgeht und der Richter seine Verhandlungen führt und seine Urteile begründet. Aber die Mittel, die dem Journalisten zur Verfügung stehen, und die Methoden, nach denen er arbeitet, sind andere. Er kann nicht, wie der Gelehrte, wenn neue Zweifel auftauchen, eine neue Forschungsreihe beginnen und neue Experimente eröffnen; er kann nicht wie der Richter die Verhandlung vertagen und neue Zeugen vorladen. Er muß im Augenblick zu der Situation des Augenblicks Stellung nehmen, aber er kann und muß auch dies mit der größten Sorgfalt und Genauigkeit tun.

Und um einen weiteren Unterschied etwas zugespitzt auszudrücken: Der Richter muß das Interessante langweilig machen, der Journalist das Langweilige interessant. Der Richter hat nur zu prüfen: ist der Angeklagte schuldig oder nicht? Alles übrige,

Digitized by Google

die Besonderheit des Falls, das allgemein Menschliche, das Psychologische, das Typische oder Abnorme, das Anekdotische, politische Hintergründe, alles das interessiert ihn nur so weit, wie es für Strafe und Strafmaß in Betracht kommt. Die Presse, die Öffentlichkeit aber können vielleicht diese Nebenumstände, dies rechtlich Unerhebliche viel brennender interessieren, als die Frage, ob dieser oder jener Paragraph anzuwenden ist.

Die Funktionen, die die Presse erfüllt, soweit sie sich mit Recht und Rechtsprechung befaßt, sind in der Hauptsache drei. Ich darf sie auf die Formel bringen: die Presse als Rechtslehrer, die Presse als Rechtsbildner, die Presse als Rechtskritiker. Es ist die Presse, die dem ganzen Volke eine Art Rechtsunterricht erteilt. Das ist der einzige Rechtsunterricht, der die großen Massen überhaupt erreicht. Erst die Justizerörterungen in der Presse machen das Volk, auch die Gebildeten, mit der Tätigkeit der Richter vertraut. Auch viele Richter, worauf ich nebenbei hinweisen möchte, lernen die Strafrechtspflege in der Hauptsache aus der Presse kennen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Presse auch auf die Rechtsentwicklung und Rechtsprechung einen großen Einfluß übt, sowohl indirekt, indem sie auf die rechtschaffenden Faktoren einwirkt, wie auch direkt, indem sie mitschafft an der ständigen Weiterbildung des Rechts.

Die Presse hathingewirkt auf einen ausreichenden strafrechtlichen Schutz der Republik, ihrer Repräsentanten und ihrer Symbole. Nicht zum Ausdruck gekommen ist bisher ein solcher Einfluß auf die Praxis des Landes- und Hochverrats, in der sich auch nach meiner Ansicht das Reichsgericht auf einem falschen Wege befindet. Wenn heute die Todesstrafe in Deutschland tatsächlich abgeschafft ist, so ist das gewiß nicht allein, aber doch zum Teil ein Werk der Presse. Und um auf künftige Entwicklungen hinzuweisen: es ist nicht ohne Wirkung geblieben, daß die Presse mit großer Entschiedenheit und Unermüdlichkeit auf den auch von vielen Richtern und Rechtslehrern beklagten Mißbrauch des Eides im heutigen Recht und auf die Meineidsepidemie hingewiesen hat. Es ist sicher, daß das neue Strafrecht hier Wandel schaffen wird.

Umgekehrt liegt es mit dem Indizienbeweis, den immer noch ein mittelalterliches Vorurteil für den minderwertigen hält. Der psychologisch geschulte Richter weiß, daß der Indizienbeweis gegenüber den roheren Formen des Zeugeneides und des Geständnisses eine verfeinerte Beweisführung ist, und er wird auch Zeugnis und Geständnis nicht als untrügliche Wahrheitkünder, sondern als Indizien benutzen. Dem Vorurteil gegen den sorgfältig geführten und umsichtig verwendeten Indizienbeweis sollte gerade die Presse entgegentreten, auch wenn sie damit gegen populäre Auffassungen verstößt.

Die rechtsbildende Tätigkeit der Presse erschöpft sich nicht in der Hinwirkung auf neue Gesetze oder Gesetzesänderungen. Sie ist wirksam auch in der unmittelbaren Fortbildung des geltenden Rechts. Das Recht wandelt sich nicht nur durch neue Gesetze. Der Gesetzgeber greift selten ein. Auch in der Zwischenzeit ist das Recht nicht erstarrt. Es bleibt im Fluß lebendiger Entwicklung. Neue Fragen tauchen auf, neue Entwicklungen der Technik, der Wissenschaft, der Lebensauffassung. Die Volksanschauung wandelt sich. Es wandeln sich nicht nur einzelne Rechtssätze. Es wandelt sich die Bedeutung ganzer Rechtsinstitute.

Nicht immer bedarf es eines neuen Gesetzes, um dieser Wandlung zu folgen. Oft gelingt es, das alte Gesetz ihr anzupassen. Aus den geschriebenen Paragraphen sprießen neue Rechtsgedanken, die dem Gesetzgeber, der die Paragraphen formte, vielleicht fern gelegen haben.

So schweigen die rechtsbildenden Kräfte der Nation nicht, wenn der Gesetzgeber schweigt. Sie regen sich in der Rechtsprechung und in der Rechtswissenschaft, sie regen sich auch in der Presse. Auch sie gehört zu den rechtsbildenden Kräften der Nation, und zwar in dem doppelten Sinne, daß sie einem Wandel der Volksanschauung zuerst und am kräftigsten Ausdruck gibt, und dann dadurch, daß starke Persönlichkeiten, die in ihr tätig sind, zu solchem Wandel treiben. Diese rechtsschöpferische, rechtsumbildende Tätigkeit der modernen Presse ist noch wenig beachtet und nicht zu unterschätzen.

Hier berühren und befruchten sich rechtsbildende und rechtskritische Tätigkeit der Presse. Viel umstritten ist, wann die kritische Tätigkeit der Presse einsetzen soll. Man hat sie beschränken wollen auf die Zeit nach dem rechtskräftigen Abschluß des Verfahrens. Davon kann keine Rede sein. Das wäre ein unnatürliches Schweigen. Die Öffentlichkeit würde es nicht begreifen und sich ein anderes Ventil schaffen. Justizkritik kann schon während der Verhandlung geboten sein, natürlich niemals um vorzeitig Schuld oder Unschuld festzustellen oder für das eine oder andere Stimmung zu machen, sondern dann, wenn besondere Zwischenentscheidungen oder Zusammenstöße oder eigenartige Vorgänge die öffentliche Aufmerksamkeit erregen und zur Stellungnahme reizen.

Auch im Vorverfahren gibt es Fälle, in denen ein offenbarer Fehlgriff der Voruntersuchung — ich erinnere an den Magdeburger Mordfall Schröder — der Presse nicht nur das Recht, sondern die Pflicht auferlegt, ihre Stimme zu erheben.

Die sachliche Kritik der Presse sollte dem Richter willkommen sein auch da, wo er nicht zustimmen kann. Sie weist auf Erfahrungen des Lebens, Auffassungen, Verständnis und Mißverständnisse des Volkes, mit denen sich vertraut zu machen für ihn ebenso wichtig ist wie das Studium des Gesetzbuches und der Spruchsammlungen.

Die Bedeutung der Justiz für Staat und Volk erschöpft sich nicht in der formalen Tatsache, daß das Urteil gesprochen, dem Kläger die Forderung zuerkannt, der Angeklagte ins Gefängnis geschickt wird. Eine Justiz, die diesen Namen voll verdient, bedarf auch, gewiß nicht in jedem Einzelfall, aber grundsätzlich, der inneren Zustimmung des Volkes. Bleibt der äußeren richterlichen Autorität diese innere Anerkennung versagt, fehlt weiten Kreisen des Volkes das Vertrauen zu der Justiz, die im Namen des Volkes Recht spricht, dann entsteht jener Zustand, der als Vertrauenskrise bezeichnet wird. Man hat diesen kritischen Zustand, der zum Teil bedenkliche Formen angenommen hatte und inzwischen eine wesentliche Besserung erfahren hat, manchmal als Pressesache abtun zu können geglaubt. Eine solche Auffassung erinnert an das Tun des Mannes, der, über das schlechte Wetter ergrimmt, das Barometer schlägt. Es handelt sich hier um eine der wichtigsten Fragen im Verhältnis von Justiz und Presse, und es wäre deshalb Unrecht, sie in diesem Zusammenhang zu übergehen.

Versteht man unter Vertrauenskrise ganz allgemein die Folge des Gegensatzes zwischen Juristenrecht und volkstümlicher Rechtsanschauung, dann ist sie sehr alt, reicht für Deutschland Jahrhunderte zurück bis in die Zeit der Rezeption des römischen Rechts, die Zeit, da in Goethes Goetz der Doktor beider Rechte Olearius erzählt: „Ich war da, meines Vaters Erbschaft abzuholen; der Pöbel hätte mich fast gesteinigt, wie er hörte, ich sei ein Jurist."

Diese Krise im allgemeinen Sinn beruht auf dem ewigen Mißverhältnis zwischen erstarrtem Recht und fortschreitendem Rechtsbewußtsein, zwischen dem Ideal der Gerechtigkeit und der Realität des Irrtums und des Unrechts in den Formen des Rechts. Hier fließen nie ganz zu beseitigende Quellen starker Konflikte, von denen das Rechtsleben ebenso durchflutet wird, wie jedes andere Lebensgebiet.

Die besondere Vertrauenskrise unserer Epoche hängt mit der politischen Wandlung zusammen, in die unsre Zeit gestellt ist, der Ersetzung des monarchischen Systems durch das republikanische, dem Aufstieg neuer, bisher oppositioneller Schichten zur staatlichen Macht. Die Selbstverständlichkeit, mit der die richterliche Tätigkeit sich früher der Staatsautorität einordnete, wurde erschüttert, als die bisherige Staatsautorität verschwand, und an die Stelle dieser Selbstverständlichkeit trat zeitweise eine Unsicherheit, die zu einer Hauptursache der Konflikte zwischen Justiz und Presse geworden ist. Dieser Konfliktstoff wird verschwinden, wenn in der Rechtsprechung sich allgemein die Erkenntnis durchsetzt, daß die Rechtsprechung kein Staat im Staat ist, sondern eine Funktion des einen Staats, eine Ausdrucksform des einheitlichen Staatswillens, der in der demokratisch-republikanischen Verfassung ausgedrückt ist. Den Rechtsgedanken des demokratischen Volksstaates, wie er in der Verfassung festgelegt ist, muß die rechtsprechende Gewalt genau so verwirklichen, wie ihn die verwaltende Staatstätigkeit realisiert. Die Unabhängigkeit der Gerichte ist nicht Unabhängigkeit vom Staat, sondern Gebundenheit an den Staat und sein Recht, auch an das Staatsgrundgesetz, die Verfassung.

Die Kritik, die die Presse an der Justiz übt, übt sie im Interesse der Justiz. Sie berührt nicht und darf nicht berühren die Unabhängigkeit der Justiz. Justiz und Presse bedürfen, wenn sie ihre Pflicht erfüllen sollen, der vollen Unabhängigkeit, wie sie der moderne Rechtsstaat der einen und der anderen gewährleisten muß. Überall da, wo der demokratische Staat erschüttert oder beseitigt wird, fällt mit der Freiheit und Unabhängigkeit der Presse auch die Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit des Richters dahin. Von Rußland, das weder eine Presse noch eine Justiz in unserem

Digitized by Google

Sinne kennt, brauche ich nicht zu reden. Italien hat mit der Pressefreiheit auch die Unabhängigkeit der Richter beseitigt, die wie alle übrigen Staatsbeamten auch auf dem Disziplinarweg ihres Amtes enthoben werden können. Die Absetzbarkeit der Richter wurde auch in Polen durchgeführt, ihr fiel unter anderem der Präsident des obersten Gerichtshofes zum Opfer. In Spanien, das die Pressefreiheit nicht ganz beseitigt hat wie Italien, aber doch auf das äußerste einschränkt, wurden durch königliches Gesetzdekret vom 22. Dezember 1928 alle gesetzlichen Bestimmungen suspendiert, die sich auf die Unabsetzbarkeit und Unversetzbarkeit der Richter beziehen. Ein ganzer Senat des obersten Gerichts wurde abgesetzt. In Südslawien wurde am zweiten Tag der Diktatur die richterliche Unabhängigkeit gestrichen.

Die Unabhängigkeit, die die deutsche Presse für sich selbst in Anspruch nimmt, erkennt sie auch der Justiz zu. Die Presse kann und darf nicht verlangen, daß die Justiz in ihren Entscheidungen sich nach den Forderungen der Presse richtet. Nur der Richter ist für den Spruch verantwortlich, nicht sie. Der Richter muß unabhängig sein, wie von Regierung und Vorgesetzten, so auch von der Presse, von ihrem Tadel, von ihrem Lob, von dem Wunsch, populär zu sein, so wie auch die ihrer Verantwortung bewußte Presse sich nicht scheuen darf, unpopulär zu sein.

Unabhängig von den Forderungen der Presse, soll der Richter doch nicht unempfänglich sein für ihre Argumente und die Grundlagen ihrer Kritik. Er sollte in ihr den Freund sehen, der tadelt. Es wäre falsch, von den Einwirkungen der Presse eine unzulässige Beeinflussung des Richters zu befürchten. Einflüssen aller Art, privaten wie öffentlichen, ist auch der Richter täglich, ja stündlich ausgesetzt. Weshalb soll nicht auch die öffentliche Meinung, die in der Presse zum Ausdruck kommt, mit allen jenen Kräften der Erziehung, der Bildung, des Milieus um die Seele des Richters ringen? Ist der Richter die rechte Richterpersönlichkeit, so wird aus solchem Kampf und Konflikt der Meinungen eine geläuterte und selbständige Anschauung hervorgehen.

Der Annäherung zwischen Justiz und Presse darf nicht ein falsch verstandenes Solidaritätsgefühl im Wege stehen. Solidarität kann nur bedeuten, daß jeder Beruf, Justiz wie Presse, bei der Beurteilung eines jeden seiner Mitglieder Verständnis für die besonderen Bedingungen und Ziele und Abhängigkeiten seiner Arbeit verlangt, daß er sich bei gewissenhafter Erfüllung dieser Pflicht mit dem Berufsgenossen eins fühlt, daß er ungerechten Verallgemeinerungen entgegentritt. Sie kann nicht bedeuten, daß der Stand in seiner Gesamtheit eintritt für die Irrtümer, für die Fehlurteile einzelner Mitglieder.

Es ist die Pflicht der Presse, Fehler anzuerkennen, die von einzelnen ihrer Angehörigen begangen werden, und durch ihre berufenen Organisationen auf deren Abstellung hinzuwirken. Ich darf daran erinnern, daß der Reichsverband der deutschen Presse, ebenso wie die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse in Fällen, in denen berechtigte Kritik an Einzelvorgängen geübt worden ist, diese Kritik anerkannt und die Konsequenzen gezogen haben.

Es ist ebenso selbstverständlich, daß es unmöglich Sache der Richter und ihrer Standesvertretungen sein kann, Fehlurteile einzelner Richter zu decken, daß es vielmehr unter Umständen ihre Pflicht sein muß, von solchen Fehlsprüchen abzurücken. Gestatten Sie mir hierzu ein offenes Wort. Lange, zu lange hat man darauf warten müssen. Lange haben die berufenen Vertreter der richterlichen Standesorganisationen zu einer großen Reihe von Urteilen, namentlich der politischen Strafjustiz, die der geltenden Verfassung nicht entsprachen, nicht nur geschwiegen, sondern sich heftig gegen einzelne richterliche Kritiker gewandt. Es ist ein beachtenswerter Fortschritt, daß der Preußische Richterverein durch seine bekannte Nachprüfungskommission in der für den Richter gebotenen zurückhaltenden Form die Freistellungsbeschlüsse der Prenzlauer Gerichte in dem bekannten Fall Düsterberg gemißbilligt und sich damit einer vielfach geübten Pressekritik angeschlossen hat. Solche Selbstkritik erst wird die Kritik fruchtbar machen, die die Presse pflichtgemäß an der Justiz übt. Sie verstößt nicht gegen das Solidaritätsgefühl, sondern gibt ihm die ethische Grundlage.

Soll das Verhältnis zwischen Justiz und Presse ein rechtes werden, so muß neben das wohlverstandene, die Selbstkritik einschließende Solidaritätsgefühl jedes der beiden Berufe etwas weiteres treten: das Gefühl der Achtung beider Teile voreinander, das durch persönliche Fühlungnahme noch mehr als bisher vertieft werden sollte. Die Presse muß von der Justiz die Anerkennung verlangen, daß ihre Mitglieder innerhalb des durch ihre Arbeitsbedingungen gezogenen Rahmens von demselben Verantwortungsbewußtsein erfüllt sind wie die Vertreter des Richteramtes, und über die Achtung der Presse vor großen Richter-Persönlichkeiten hat der von Justiz und Presse gleich geachtete Sling ausgezeichnete Worte gesagt.

Dabei schadet es nichts, wenn auch hier und dort verfehlte Kritik von der einen oder der andern Seite unterläuft. So wie nicht diejenige Ehe die beste ist, die so zerbrechlich ist, daß die Ehegatten aus Furcht vor einem Bruch jeden Konflikt ängstlich vermeiden, sondern vielmehr diejenige, die im Bewußtsein des tiefinnerlichen Zusammengehörigkeitsgefühls auch einmal einen kräftigen Zusammenstoß verträgt, so sollte auch das Verhältnis zwischen Justiz und Presse nicht durch Überempfindlichkeit gestört werden. Beide Teile muß die Überzeugung erfüllen, daß beide berufen sind, mit verschiedenen Mitteln, aber mit demselben Ziel den Willen des Volkes im Rahmen des Volksstaates auszudrücken und zu erfüllen.

Nach dem Kollegen Dr. Feder sprach

Professor Dr. Dovifat

speziell über die Gerichtsberichterstattung. Er führte u. a. aus:

Im großen Rahmen des Themas „Presse und Justiz" ist die Gerichtsberichterstattung ein besonders heikles Problem, weil es alltäglich zu lösen ist. Technische, journalistische, publizistische und rechtliche Fragen treffen sich hier.

Das technische Problem lautet: Wie kann die Gerichtsberichterstattung sachlich so arbeiten, daß alle für das Rechtsgefühl und die Rechtsbildung wertvollen Fälle der Öffentlichkeit vermittelt werden. Durch die Gründung der Justizpressestellen ist diese Frage zweifellos gefördert worden, aber die Stelle muß von der gesamten Richterschaft unterstützt werden. Daran fehlt es heute. Die Richter fördern die Arbeit der Pressestellen durch Meldung und Information nicht in dem Umfange wie das nötig wäre. Sei es, daß sie die Öffentlichkeit — so wie die Presse sie vermittelt — scheuen, sei es, daß sie glauben, in den Presseberichten während der Verhandlungen eine Gefahr der Wahrheitsfindung, eine Benachteiligung der Prozeßbeteiligten, oder z. B. durch Bildberichterstattung eine Störung der Verhandlungen befürchten zu müssen. Die Ursachen solcher Bedenken müssen behoben, denn die Scheu vor der Öffentlichkeit muß überwunden werden. Unsere Zeit zeigt ein wachsendes Interesse an der Rechtspflege, was an sich, auch wenn dieses Interesse sich stark kritisch zeigt, zu begrüßen ist. Wenn heute in Rußland Gerichtsverhandlungen im Lichte der Jupiterlampen vor sich gehen und durch Radio verbreitet werden, so ist das gewiß für uns nicht nachahmenswert, aber es ist immerhin ein Zeichen der Zeit. Solange nicht alle Richter sich entschließen können, aus eigener Initiative ihre Justizpressestellen zu informieren, sollte auf die Staatsanwaltschaft sowie auch auf die Gerichtsärzte stärker eingewirkt werden, um Meldungen über allgemein interessierende Fälle der Justizpressestelle zuzuleiten. Außerdem muß die Justizpressestelle auch eine Zusammenarbeit mit den Rechtsanwälten oder mit deren jüngst gegründeten Pressestellen suchen. Dadurch könnte auch in größerem Umfange die Berichterstattung über wichtige Fälle der Zivilrechtspflege eingeleitet werden, die jetzt gänzlich brachliegt.

Schließlich gehört es zur technischen Voraussetzung der Gerichtsberichterstattung, daß der Presse brauchbare Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß heute noch an großen Gerichten weder Arbeitszimmer noch Fernsprechgelegenheiten für die Pressevertreter hergerichtet sind. Die Zulassung zur Berichterstatterbank hat auf Grund von Karten zu erfolgen, die Namen und Bild des Besitzers tragen. Dabei sind besonders die ständig tätigen

Warnung!

Ein Schwindler reist bei verschiedenen Zeitungen herum und gibt sich als Handelsredakteur Dr. Fritz Becker aus Breslau aus. Er erzählt, daß er seinen Wohnsitz von Breslau weggelegt habe, und bittet um Unterstützungen bzw. Honorarvorschüsse. Der wirkliche Träger obigen Namens bittet, gegebenenfalls, den Schwindler der Polizei zu übergeben und ihn in Kenntnis zu setzen.

Dr. Fritz Becker,
Breslau, Sadowastr. 78.

Digitized by Google

Gerichtsberichterstatter auch bei sogenannten „großen Tagen" vor dem Ansturm gelegentlicher Interessenten zu bevorzugen. Zweckmäßig sind bei Ordnung dieser Dinge, die Berufsvertretungen der Presse (Bezirksarbeitsgemeinschaften) zu ständiger Mitarbeit zuzuziehen.

Schwieriger als diese technischen liegen die publizistischen Fragen. Da fordern die Richter zunächst den

„objektiv-sachlichen Bericht".

„In photographischer Treue", so hat man das einmal formuliert. Demgegenüber muß mit Entschiedenheit festgestellt werden: Es **gibt** keinen objektiven Bericht. Selbst ein Stenogramm wäre nicht objektiv, da ihm Bild und Laut fehlt. Jede journalistische Arbeit ist Vermittlung nicht „von Objekt zu Subjekt", sondern „von Subjekt zu Subjekt". Sie ist subjektiv besonders in Deutschland, dessen Presse weltanschaulich am meisten beeinflußt und gegliedert ist. Jede journalistische Arbeit kann also nur subjektiv sein, aber sie muß

subjektiv wahrhaftig,

d. h. nicht gewollt tendenziös und nicht fälschend sein. Die Gerichtsberichterstattung sollte nun dahin entwickelt werden, daß an Stelle eines blassen, leblosen, unkritischen und unpersönlichen Berichtes der persönliche, psychologisch das Ganze erlebende, subjektive, aber subjektiv wahrhaftige Bericht tritt. Der sogen. Tatsachenbericht, wie ihn Thiele Jahrzehnte lang in Berlin für die Presse aller Richtungen schrieb, scheint mir überlebt zu sein. Er stellt sich sachlich immer auf den Standpunkt des Urteils, er ist, wie Sling das einmal ausdrückte, einfach „richteroffiziös". Die Unterscheidung, wie Hellwig sie trifft, zwischen „objektivem" Bericht und subjektiv kritischem Leitartikel, wird sich schon aus Raumgründen nur selten durchführen lassen. Nur in subjektiver Überschau kann das Ganze, kann unter Berücksichtigung der Raumverhältnisse der Tageszeitung der Schritt des Rechtsverfahrens gezeigt, der Zusammenstoß zwischen Persönlichkeit und Gesetz erlebt und die große Schlußfolgerung gezogen werden. Dieser Bericht kritisiert, wo er das für richtig hält, und wer ihm oder der Zeitung daraus einen Vorwurf macht, muß auch der Öffentlichkeit diesen Vorwurf machen, die immer subjektiv ist, subjektiv schon war in den heute oft idealisierten Zeiten wahrer Öffentlichkeit des Verfahrens im germanischen Recht, wo die Schar der Freien die Gerichtsstelle umstand. Heute wird durch die Presse und nur durch die Presse diese Öffentlichkeit gewährleistet. Die Presse aber muß darstellen und indem sie darstellt wird sie schon subjektiv, und indem sie so ihren Gesamteindruck entstehen läßt, muß sie das nicht im Aktenstil, sondern lebendig und leseanreizend tun; sonst liest niemand und die Öffentlichkeit bleibt praktisch ausgeschlossen. Ein guter, ein spannender, ja sogar ein im rechten Sinne sensationeller Bericht verbreitet somit mehr Aufklärung über Recht und Rechtsverfahren, als ein sogenannter „objektiv sachlicher", d. h. spröder und unpsychologischer Bericht das fertig bringt. Es ist daher auch falsch, die „feuilletonistische" Form der Berichterstattung spottend abzutun. Sie ist zweifellos die wirksamste. Bedingung ist nur, daß eine gute Feder sie schreibt. Der viel zu früh verstorbene „Sling" hat hier bahnbrechend gewirkt. Seine Gerichtsberichte haben auf vielen Rechtsgebieten — ich nenne nur die Probleme der Eidesleistung — die Dinge vorwärts getrieben. Er ist niemals Jurist gewesen. Man glaube also nicht, daß nur der „juristische Mitarbeiter" es schaffen werde, daß Gerichtsberichte „nur auf Grund genauester Kenntnis aller Akten" gegeben werden könnten. Die wahre Aufgabe der Berichterstattung besteht ja gar nicht darin, einen juristischen Vorgang festzuhalten. Ihr ist vielmehr das Ziel gesetzt, das große Gegeneinanderströmen geistiger, sittlicher, wirtschaftlicher und sozialer Bewegungen darzustellen, wie sie vor Gericht in der Fülle der Einzelfälle so greifbar anschaulich vorüberziehen. Es ist nicht einmal immer der große Fall, sondern gerade der kleine aber typische Fall soll den Mikrokosmos im Rechtsleben zeigen. Die juristische Vorbildung der Gerichtsberichterstatter will ich gewiß nicht niedrig einschätzen, aber gerade die laienmäßige Betrachtung der Rechtsprechung scheint mir hier eine Rolle zu spielen. Auch die Öffentlichkeit urteilt zunächst nicht juristisch, sondern menschlich, dann weltanschaulich, dann politisch, juristisch aber erst zu allerletzt. Genau so spricht zunächst die Zeitung, muß sie sprechen. Aus der Fühlung mit der Masse muß sie sich freilich dann zur Führung aufschwingen. Sie hat zunächst fortgesetzt den Abstand zu messen zwischen den notwendig festen Grundsätzen des Rechts und der Fortentwicklung des allgemeinen Lebens und dann daraus die Folgerungen für Rechtspflege und Gesetzgebung der Öffentlichkeit klar zu machen. Gegenüber dem hohen Grundsatze der Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit der Richterschaft ist sie die erste und praktisch zunächst die einzige Möglichkeit einer

öffentlichen Kontrolle der Rechtspflege.

Diesen großen, hier zunächst in ihrer ideellen Natur dargestellten Aufgaben kann die Gerichtsberichterstattung ohne volle Freiheit nicht genügen.

Diese Freiheit bleibt daher immer oberster Grundsatz, wenn wir jetzt die zweifellos sehr dunklen Schattenseiten der Gerichtsberichterstattung und die Mittel und Wege besprechen, sie zu beheben. Da ist zunächst die wachsende sensationelle Ausbeute des Gerichtsberichtes. Die letzten 15 Jahre mit ihren alles umwälzenden Ereignissen haben auch die deutsche Presse zur sensationellen Form getrieben. In der „Straßenverkaufspresse" ist ein neuer Typ der Tageszeitung entstanden, der durch die graphische Aufmachung sowohl wie durch das Bild diese Sensation zu visueller Wirkung bringt. Das hat auch auf die großen Tageszeitungen deutlich abgefärbt. Im Bericht über den Kriminalfall stürzt sich schon im Vorverfahren die Presse auf das Ereignis. Ehe noch der Richter damit in Fühlung steht, gibt die Polizei Auskünfte, bearbeiten die Rechtsanwälte mit oft einseitigen Informationen der Presse. Kommt dann unter größter Spannung des so geweckten öffentlichen Interesses das Hauptverfahren, so ist eine gefährliche Einwirkung auf die Zeugen, auf den Angeklagten, ja selbst auf Sachverständige und Richter durch Presseberichterstattung zweifellos möglich. Die nun einmal gegebene und notwendige Öffentlichkeit des Verfahrens würde aber bei großen Fällen auch ohne die Presse eine sensationslüsterne öffentliche Beteiligung herbeiführen. Nur daß diese Öffentlichkeit dann wahrscheinlich viel weniger geprüften Meldungen und unbestimmten Gerüchten preisgegeben und jeder Kontrolle bar wäre. Beispiele aus Ländern ohne Pressefreiheit, aus Italien und Sowjetrußland, beweisen das. Damit sind die schweren Mängel mancher Gerichtsberichte nicht geleugnet. Da ist zunächst die — in jüngster Zeit übrigens stark eingeschränkte — unüberlegte Namensnennung, die den Angeklagten erst eigentlich anprangert oder — umgekehrt — die Eitelkeit von Psychopathen anreizt und nebenher durch genaue Schilderung verbrecherischer Vorgänge Gefährdete straffällig macht. Viel besprochen sind die Berichte über Sexualprozesse, deren sensationelle Ausbeute besonders die Jugend gefährdet. Bei manchen Zeitungen haben die Mißstände hier einen bedrohlichen Grad angenommen, selbst wenn man zugibt, daß je nach Richtung und Weltanschauung des Blattes die Grenzen verschieden gezogen werden.

Allen den unleugbar gegebenen rechtlichen, sittlichen und kriminalpsychologischen Schäden gegenüber ist dennoch festzustellen, daß, will man zum Besseren einwirken, dies durchaus im Rahmen der bestehenden Gesetze möglich ist. Theoretisch sind die mannigfaltigsten Vorschläge zu gesetzlichen Reformen gemacht worden, vom Vorschlag, jeden Bericht über ein Vorverfahren zu verbieten, bis zur radikalen Forderung, jede Veröffentlichung vor Abschluß der Beweiserhebung zu verhindern. Lauter Maßnahmen, die in Wahrheit die Pressefreiheit zerschlagen würden. Sehr angesehene Juristen, darunter Ebermayer, haben sich daher gegen jede gesetzliche Einschränkung ausgesprochen. Praktisch sind Vorschläge anläßlich des Krantz-Prozesses gemacht worden, die eine Abänderung des § 17 des Preßgesetzes dahingehend wünschen, daß Berichte, „die geeignet sind, das Geschlechtsgefühl der Jugend zu überreizen oder irrezuleiten", verboten sind. Eine schwer auslegbare Formulierung. In dem Entwurf eines allgemeinen deutschen Strafgesetzbuches ist dieser Satz zur Abänderung des § 172 des Gerichtsverfassungsgesetzes als Bezeichnung eines Umstandes vorgesehen, der zum Ausschluß der Öffentlichkeit berechtigt und das Verbot der Berichterstattung nach sich zieht. Dies Verbot halte ich für falsch. Ferner taucht im Entwurf zum Strafgesetzbuch auch der alte, längst überlebte § 17 des Preßgesetzes in Form eines § 168, Abs. 3, wieder auf, obgleich die gesamte interessierte Öffentlichkeit, auch der Herr Justizminister, ihn kaum mehr als haltbar bezeichnet haben.

All diesen Reformabsichten gegenüber meine ich, daß, soweit gesetzliche Maßnahmen in Frage kommen, der § 184b des geltenden Strafgesetzbuches vollauf genügt. Mag in Fällen, wo sittliche und kriminalpsychologische Gefahren der Sensationsberichterstattung gefürchtet werden, die Öffentlichkeit ausgeschlossen, die Presse aber zugelassen bleiben. Der § 184b stellt dann die Presse unter eine eigene besondere Verantwortung, und diese besondere Verantwortung zu wecken und zu fördern, ist ein Ziel, das — so meine ich — die schwersten Mängel in engem Zusammenarbeiten zwischen

Digitized by Google

Presse und Justiz beheben könnte. Wenn anläßlich des Krantz-Prozesses die höchste Berufsvertretung der deutschen Presse, die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse, in ihrer Entschließung vom 29. Februar 1928 verkündet hat, „daß bei großen Prozessen alles vermieden werden muß, was außerhalb der berufsmäßigen Verpflichtung der Presse zur Berichterstattung und Kritik liegt“, wenn diese Erklärung sich insbesondere „gegen die sensationelle Ausbeute der im Prozeß berührten Vorgänge wendet“, so sollten Mittel und Wege gefunden werden, dieser Überzeugung der höchsten Berufsvertretung für alle Zeitungen Geltung zu verschaffen. Eine Reihe von Fällen der letzten Zeit haben leider bewiesen, daß gewisse Blätter sich um diese Richtlinien überhaupt nicht kümmern. Ohne zu verallgemeinern muß das festgestellt werden: Wenn im Prozeß Manasse trotz dringender Aufforderung des Vorsitzenden, die Bilder der beteiligten Jugendlichen nicht zu bringen, einige Berliner Zeitungen diese Bilder trotzdem brachten und beinahe zynisch dabei auch die Aufforderung des Vorsitzenden wiedergegeben wurde, so ist das eine seelische Rohheit sondergleichen, gegen die die Presse selber einschreiten müßte. Die Presse muß sich organisatorisch so disziplinieren, daß sie ihrem so oft berufenen Verantwortungsbewußtsein auch allgemeine Geltung verbürgt. Sonst verderben die Ausschreitungen der Skrupellosen bei dem in der Presse nun einmal gegebenen Konkurrenzverhältnis auch die guten Sitten der Besonnenen. Den Berufsvertretungen der Presse (Bezirksarbeitsgemeinschaften) sollte in regelmäßigen Besprechungen Gelegenheit gegeben werden, Stellung zu nehmen zu den zur Klage Anlaß gebenden Fällen. Dabei wäre freilich nicht nur die Richterschaft, sondern ebenso die Anwaltschaft und die Polizei durch ihre Berufsvertretungen zu beteiligen, schon um das hier gelegentlich sehr wenig schön auftretende Reklamebedürfnis einzudämmen. Die jüngst eingeführten Vorbesprechungen sogen. „großer Fälle“ mit der Presse haben sich dann bewährt, wenn sie vor allem auf eine Darstellung der dem Verfahren zugrunde liegenden Rechtsverhältnisse hinausliefen. Keinesfalls aber dürfen sie kontradiktorisch geführt dem Hauptverfahren irgendwie vorgreifen. Auch die Bildberichterstattung wirft Probleme auf, die nur in ständiger Fühlungnahme mit der Presse selbst geregelt werden können. Man glaube aber nicht, daß diese Bildberichterstattung sich irgendwie aufhalten ließe, sie kommt mit der Unaufhaltbarkeit, mit der eben technische Dinge kommen. Es gilt nur, sie operativ so zu verbessern, daß Störungen nach keiner Seite entstehen. Bilder Jugendlicher sollten freilich immer ausgeschieden werden und Photo und Zeichnung nur bei wirklich allgemein interessierenden Fällen und Persönlichkeiten eingesetzt sein. Verhandlungen mit den Berufsvertretungen über die Regelung dieser Dinge schweben zur Zeit.

Schließlich wird aus dem Zusammenarbeiten aller Beteiligten auch eine Einwirkung auf die Presse dahingehend erfolgen, daß in wachsendem Umfange Qualitätskräfte der Gerichtsberichterstattung zugeführt werden. Sie war lange sehr wenig angesehen, wurde von überlasteten und nicht immer von den am meisten begabten Journalisten durchgeführt. Dem sich stark entfaltenden Interesse der Öffentlichkeit am Gerichtsverfahren müssen journalistische Persönlichkeiten dienstbar gemacht werden, die sorgfaltspflichtig, zuverlässig, mit Takt und Charakter und der Befähigung zu selbständiger Stellungnahme arbeiten, aber auch über ein hohes journalistisches Können verfügen, also das Wesentlichste klar und mit packender Darstellungskraft zu geben vermögen. In der vorgeschlagenen regelmäßigen Fühlungnahme mögen sie sich die Kenntnis der Auffassung aller anderen Faktoren der Rechtspflege sichern und sie selbst vom Wesen ihrer Arbeit die rechte Aufklärung vermitteln. Alle Beteiligten haben zu lernen. Obgleich seit langem geübt, scheint die Gerichtsberichterstattung ein wieder neu emporsprießender Zweig der journalistischen Arbeit zu sein. Daß die Öffentlichkeit ihn verlangt, ist nicht nur Sensationslust, sondern auch ein gutes Zeichen wachsenden Interesses an allen Rechtdingen. Presse und Justiz müssen in ihrem Zusammenarbeiten dieser Öffentlichkeit nicht den niedrig sensationellen, sondern den für die Fortentwicklung des Rechtslebens am besten brauchbaren und am meisten anschaulichen Stoff zuführen. Der alte Staat hat die Autorität des Richters fest begründet. Der neue Staat wird sie nicht zerbröckeln wollen, er gewährleistet sie, aber er muß dazu auch das Verständnis weitester Volksschichten für die Rechtspflege erschließen und nutzbar machen. Dieser Aufgabe aber kann nur die Gerichtsberichterstattung der Presse dienen. Sie allein ist es, die die letzten Ziele der „Öffentlichkeit des Verfahrens“ zur vollen Wirkung bringen kann.“

Fachrundschau

Presse und Urteilsveröffentlichung.

Bei öffentlichen Beleidigungen wird dem Beleidigten regelmäßig die Befugnis zugesprochen, das ergangene Urteil in einer oder mehreren Zeitungen zu veröffentlichen. Es erhebt sich daher die Frage, ob und gegebenenfalls in welcher Weise die Zeitungen zur Aufnahme des Urteils auf ein diesbezügliches Ersuchen des Gerichts verpflichtet sind. Mit dieser Frage befaßt sich das Kammergericht in zwei Urteilen, die im August-Doppelheft der „Juristischen Wochenschau“ abgedruckt sind. Danach ist die Presse zur Aufnahme der Urteile nur im Anzeigenteil verpflichtet. Diese Pflicht kann zufolge § 19 des Preßgesetzes erzwungen werden. Dagegen kann der Presse nicht auferlegt werden, Urteile im redaktionellen Teil zu bringen. Diejenigen Zeitschriften, welche keinen Anzeigenteil besitzen, sind daher von der Bekanntmachungspflicht überhaupt frei.

Regierung und Kreisblätter.

Die Reichsregierung und die Preußische Staatsregierung teilen durch W.T.B. folgende tief einschneidende Änderung ihrer Stellungnahme gegenüber den oppositionellen Kreis- und Amtsblättern mit:

„Den Zustand, daß von Behörden für amtliche Bekanntmachungen zum Teil immer noch Zeitungen benutzt werden, die die Regierung in unsachlichster und gehässigster Weise bekämpfen, glaubt die Regierung nicht länger verantworten zu können. Sie wird bei der Auswahl der Zeitungen auch in Zukunft ohne Rücksicht auf die politische Richtung der Blätter und mit dem Ziel einer paritätischen Regelung und einer möglichst weiten Verbreitung amtlicher Veröffentlichungen in den Kreisen der Bevölkerung, für die sie bestimmt sind, verfahren. Aus Gründen der Staatsautorität muß jedoch mit der Übung gebrochen werden, auch solchen Zeitungen Anzeigenaufträge zu erteilen, die sich nicht scheuen, die Politik der Regierung und der Regierungsmitglieder in der unsachlichsten und gehässigsten Weise herabzusetzen. Veranlaßt durch die weit über den Rahmen einer sachlichen Kritik hinausgehende Art und Weise, in der gerade in letzter Zeit Blätter, die zu amtlichen Bekanntmachungen benutzt worden sind, über die Haager Ergebnisse, die Regierung und ihre Mitglieder geschrieben haben sind die Reichs- und Preußische Staatsregierung übereingekommen, sofort Richtlinien für die Auswahl von Zeitungen zur Bekanntgabe amtlicher Veröffentlichungen in Kraft treten zu lassen. Nach diesen Richtlinien werden künftig von amtlichen Veröffentlichungen solche Blätter ausgeschlossen werden, die planmäßig die Verfassung oder verfassungsmäßige Einrichtungen beschimpfen oder verächtlich zu machen suchen oder die verfassungsmäßige Regierung, ihre Behörden und Amtshandlungen zum Zwecke der Untergrabung der republikanischen Staatsform planmäßig mit unsachlichen und insbesondere wahrheitswidrigen Mitteln bekämpfen.“

Vereinheitlichung des amtl. wirtschaftlichen Nachrichtendienstes.

Die seit langem gewünschte Vereinheitlichung des amtlichen wirtschaftlichen Nachrichtendienstes soll nach einer Mitteilung aus dem Reichswirtschaftsministerium nunmehr durchgeführt werden. Bisher lag die Förderung des deutschen Außenhandels durch den wirtschaftlichen Nachrichten- und Auskunftsdienst in den Händen der Zentralstelle für den wirtschaftlichen Auslandsnachrichtendienst, des Zollbüros des Reichswirtschaftministeriums und des Deutschen Wirtschaftsdienstes G. m. b. H. Diese drei Stellen, die bisher schon in Fühlung miteinander arbeiteten, werden nunmehr unter dem gemeinsamen Namen „Zentralstelle für Außenhandel“ zusammenggefaßt. Die neue Zentralstelle wird im Rahmen ihrer Tätigkeit sowohl mit den innerdeutschen Organisationen, wie mit den auswärtigen Vertretungen unmittelbar in Verbindung treten und alle mit zur Handelspolitik gehörigen Fragen fördern, sowie die Angelegenheiten des wirtschaftlichen Nachrichten-, Zoll- und Auskunftsdienstes bearbeiten. Es handelt sich bei dieser Neuregelung um eine innere behördliche Angelegenheit, die zunächst einmal die bisherigen Ressortschwierigkeiten zwischen dem Wirtschaftsdienst G. m. b. H., dem Verlag der Industrie- und Handelszeitung, dem Zollbureau des Reichswirtschaftsministeriums und anderen Stellen aus der Welt schaffen und

Digitized by Google

eine größere Einheitlichkeit des Nachrichtendienstes, die der Haushaltausschuß des Reichstags dringlich gefordert hat, ermöglichen soll.

Zeitungen und Zeitschriften für Blinde.

Die großen Blindenorganisationen haben sämtlich ihre Organe, die zum größten Teil monatlich erscheinen und ihre Leser über alle Vorgänge innerhalb des deutschen und ausländischen Blindenwesens unterrichten. Das wichtigste ist „die Blindenwelt“, das Organ des Reichsdeutschen Blindenverbandes. Er unterhält einen eigenen Zeitschriftenverlag, der auch eine literarische Zeitschrift „Die Gegenwart“ und die Fachzeitschriften „Das Blindenhandwerk“, „Der blinde Musiker“ und „Die blinde Handarbeiterin“ erscheinen läßt. Diese letztere Zeitschrift bringt, ebenso wie „die Frauenwelt“, auch Strick- und Häkelmuster, sowie Kochrezepte und sonstige Anweisungen zur Haus- und Wirtschaftsführung. Auch dem religiösen Bedürfnis wird durch einige periodisch erscheinende Zeitschriften Rechnung getragen. Der Verband blinder Akademiker hat in den „Beiträgen zum Blindenbildungswesen“ ein eigenes Organ; sie bringen als Beilage eine „Umschau in Kunst und Wissenschaft“ und eine für Schachfreunde sowie wissenschaftliche Beilagen aus verschiedenen Spezialgebieten. Zeitschriften, speziell literarischen Inhalts, erscheinen außerdem noch in Berlin und Wien. Frankreich und England haben das Zeitschriftenwesen ganz besonders gut ausgebaut. Etwas später folgten Italien, das heute qualitativ hochstehende Blindenzeitschriften hat, und Spanien. Ein italienischer Blindenverlag bringt eine fünfsprachige (darunter Esperanto) Zeitschrift heraus. Auch die blinden Esperantisten haben ihr eigenes Organ. Eine gutgeleitete Blindenzeitschrift hat Holland, ferner wird eine japanische Blindenzeitschrift sehr gelobt, und eben will man in Argentinien einen entsprechenden Versuch machen. Das russische Blindenwesen kennt schon längst periodisch erscheinende Zeitschriften, während das eben erst neu erwachende polnische Blindenwesen sich um eine eigene Zeitschrift bemüht. Die englische Tageszeitung „Daily Mail“ wollte durch Verbilligung der Herstellung eine Tageszeitschrift für Blinde herausbringen. Zu diesem Zwecke bedruckte sie das für die Blindenzeitschrift bestimmte Papier mit Inseraten in Schwarzdruck und druckte dann Blindenschrift darüber. Der Versuch hat sich aber als undurchführbar erwiesen. Blindenschrift wird nämlich, wenn es sich um eine Vervielfältigung handelt, entweder dadurch hergestellt, daß Blechplatten gestanzt werden, von denen Abzüge hergestellt werden können, oder dadurch, daß die Schrift mit kleinen Stiften gesetzt wird. Keines der beiden Verfahren ermöglicht eine so billige und so rasche Herstellung von Zeitschriften, daß an eine Tageszeitung gedacht werden könnte. — Ein Wiener Verlag hatte vor einigen Jahren ein neues Verfahren versucht, das auf dem Wege des Gusses mit einer Mineralmasse ein rascheres und billigeres Vervielfältigen der Blindenzeitschrift herbeiführen sollte. Aber auch dieses Verfahren hat sich nicht bewährt. Gegenwärtig macht wieder ein südwestdeutscher Verlag einen ähnlichen Versuch, und es scheint, daß diese Wochenzeitschrift, die sich ebenfalls im Charakter der Tagespresse angleicht, von Bestand sein wird; falls er nicht ebenfalls an dem zu kleinen Abonnentenkreis scheitern wird.

Neuerdings erscheint auch das Rundfunkprogramm einzelner Städte im Punktdruck. Die Absicht, das Gesamtprogramm der deutschen Welle zu drucken, konnte bisher nicht verwirklicht werden.

Kurze Nachrichten.

Ein zweiter „Tag des Buches“. Nach einem Vortrage des Jenaer Verlegers Eugen Diederichs soll demnächst der „Tag des Buches“ wiederholt werden. Der erste Tag sei dank der außerordentlich dankenswerten Mithilfe der Presse ein buchhändlerischer Erfolg gewesen.

Die Presse beim Völkerbund. Bei der Neuwahl des Vorstandes der Vereinigung der beim Völkerbund beglaubigten Journalisten wurde der Vertreter der polnischen Telegraphenagentur Oryng zum Präsidenten gewählt. In den aus fünf Mitgliedern verschiedener Nationalität bestehenden stellvertretenden Vorstand wurde als deutscher Vizepräsident wiederum Dr. Willy Ruppel gewählt.

Die Zeitung als Buch. Um zu zeigen, welche Fülle von Anregungen eine einzige Zeitungsnummer enthält, gab die amerikanische Tageszeitung „The Evening Bulletin“ eine ihrer Nummern mit Weglassung des Reklameteils, in Buchform (Oktavgröße) heraus. Es entstand ein stattlicher Band.

Personalien

Gustav Blomquist †. In Upsala, wo er seit seinem Übertritt in den Ruhestand lebte, starb Gustav Blomquist im Alter von 69 Jahren. Blomquist hat von 1900 bis 1925 als Vertreter hervorragender schwedischer Blätter, später zugleich als Presse-Attaché der Königlich Schwedischen Gesandtschaft in Berlin gelebt und in den Kreisen seiner Kollegen große Sympathien genossen. Blomquist war auch seit 1910 Mitglied des Vereins „Berliner Presse“ und einer der Anreger des deutschen Journalistenbesuches in Schweden 1907 und des Gegenbesuches der schwedischen Journalisten. Mit ihm ist ein aufrichtiger Freund Deutschlands und ein liebenswürdiger und hochgeachteter Kollege heimgegangen. Ehre seinem Andenken! —

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Bezirksverband Berlin. Bruno Heilig (Ullstein), W 62, Kurfürstenstraße 107.

II. Neuanmeldungen.

Verband Danziger Presse. Red. Fritz Hirschfeld (Danziger Volksstimme), Danzig; Red. Erich Dobronski (Danziger Volksstimme), Danzig.

III. Adressenänderungen und Überweisungen.

Bezirksverband Berlin. Überwiesen vom Verein Niederl. Presse: Artur Mesterharm, NO 55, Prenzlauer Allee 145 b. Lampe; Dr. Alb. Weinsheimer (Scherl), Tempelhof, Hohenzollernkorso 16.

Verband Danziger Presse. Dem Reichsverband als Einzelmitglied überwiesen: Gerhard Reinboth, Rom Via di San Sebastianello 8.

Landesverband Groß-Hamburg-Lübeck. Überwiesen vom Verein Frankfurter Presse: Julian Lehmann (Israelitisches Familienbl.), Hamburg 37, Werderstraße 42.

Landesverband Württemberg. Überwiesen vom Verband der Rheinisch-Westf. Presse: Red. Dr. F. Ehrle (Süddeutsche Ztg.), Cannstatt, Karlstr. 20; überwiesen an den Landesverband Bayern: Hanswolf Obermüller, bisher Ludwigsburg, jetzt Nürnberg-Schweinach, Schwabachstr. 79 (Achtuhrblatt).

IV. Austritte und Streichungen.

Bezirksverband Berlin. Gestrichen: Kurt Scholl.

Landesverband Württemberg. Ausgetreten: Walter Stölting. —

Büchermarkt

„Die Deutsche Handelsluftfahrt, Was sie ist — und was sie uns sein kann!“ Von Dr. Ernst Kredel. 129 Seiten, geheftet RM 3,60. Verlag Adolf Sponholz, Hannover, Sophienstr. 1 a.

Das Buch von Dr. Kredel, das weder eine programmatische Schrift noch eine Kampfschrift sein noch irgendeiner Organisation dienen will, bemüht sich um strenge Sachlichkeit. Es gibt eine lückenlose Darstellung und Würdigung des historischen, wie des organisatorischen Aufbaus unserer Handelsluftfahrt und der verkehrstheoretischen und verkehrspolitischen Zusammenhänge. Ferner bringt das Buch, das als Nachschlagewerk für den Fachmann und als eine erste Einführung für den Laien gedacht ist, Untersuchungen über die wichtigsten Fragen der deutschen Luftfahrt: Preis und Rentabilität, Winter- und Nachtflug, Standort, das Flugzeug im Dienste der Land- und Forstwirtschaft usw.

„Die Reklame“, die Zeitschrift des Deutschen Reklameverbandes, e. V., hat anläßlich des Weltreklamekongresses ein Sonderheft „Weltreklamekongreß“ herausgebracht, das, hervorragend ausgestattet, eine Fülle interessanter Beiträge zu den auf dem Kongreß erörterten Fragen bringt.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Inhaltsangabe:

Eindrücke eines Binnenhof-Gängers. Von Victor Schiff.
Presse und Justiz.
Fachrundschau.
Personalien.
Mitgliederbewegung.
Büchermarkt.

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 39 *Berlin, den 28. September 1929*

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14 483. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Pressebeschwerden im Haag.

Von Wilhelm Hack.

Nachdem zwei erfahrene Kollegen sich schon an dieser Stelle über die Erlebnisse der internationalen Presse im Haag ausgesprochen haben, bleibt mir nur noch die Nachlese übrig. Immerhin halte ich es doch noch für wichtig, auf einige Punkte besonders hinzuweisen und gegenüber den Vorschlägen des Herrn Kollegen Schiff gewisse Bedenken zu äußern.

Ich stimme mit den anderen Kritikern des „Haag" durchaus darin überein, daß die Stellung der Presse dort angesichts der welthistorischen Ereignisse, die sich vor ihren Augen, aber meist im Dunkeln, abspielten, wenig würdig und angemessen war. Neben dem ständigen Warten im Binnenhofe und in den Hotelhallen habe ich vor allem den Galopp der Presse nach den Telefonzellen, wobei die jüngeren Beine den Ausschlag gaben, als unwürdig empfunden. Aber das alles waren eigentlich keine neuen Erlebnisse, wenn auch manches sich unter den im Haag vorliegenden örtlichen Verhältnissen besonders unangenehm auswirkte. In Locarno war es vor vier Jahren kaum besser und auch in Genf sind nicht nur die Hotelbesprechungen unter vier Augen, sondern auch die Konferenzen der Rheinpaktmächte stets geheim gewesen. Auch dort wartete die Presse stundenlang, wenn sich derartige Ereignisse abspielten. Die vom Kollegen Schiff erwähnte Resignation, mit der die internationale Presse auch die besonders unerfreulichen Zustände im Haag schweigend und duldend ertrug, ist also wohl auf diese langjährige „Vorübung" und Gewöhnung zurückzuführen.

Damit soll dieser Zustand aber beileibe nicht entschuldigt oder für unabänderlich erklärt werden. Es handelt sich, wie ja auch die Kollegen schon gezeigt haben, um zwei Probleme: um die Öffentlichkeit der Plenarsitzungen und nach Möglichkeit auch der Kommissionssitzungen, wie sie im Völkerbund die Regel ist, und um die Frage einer schnellen und zuverlässigen Information über geheime Sitzungen, in dem nach Lage der Dinge möglichen Umfang.

Zweifellos war es im Haag eine Rücksichtslosigkeit gegen die Presse, daß diese ohne zwingenden Grund von allen Sitzungen, abgesehen von der belanglosen Eröffnungstagung, ausgeschlossen wurde. Maßgebend war hierfür wohl weniger böser Wille als Gedankenlosigkeit auf seiten der Delegationen und zum Teil auch die allgemeine innere Unsicherheit angesichts einer von Anfang an aufs höchste gespannten Situation. Man fürchtete wohl, daß die Resonanz gewisser Haager Kontroversen in der Weltpresse zu einer Absteigerung des Prestigestandpunkts führen müsse, der schließlich jeden Ausweg unmöglich machte.

Diese Rechnung war aber falsch, denn die Gegensätze wurden — teilweise sogar in verschärfter Form — dennoch bekannt und führten dann selbstverständlich doch zu jener Polemik in der Presse, die durch Geheimhaltung vermieden werden sollte. Die Völkerbundserfahrungen, auf die Kollege Schiff mit Recht hingewiesen hat, zeigen, daß auch bei sehr lebhaften Auseinandersetzungen durch die Anwesenheit der Presse kein Schaden angerichtet wird. Die Presse wird also in Zukunft mit vollem Recht, nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse der verhandelnden Regierungen selbst, grundsätzlich auf erweiterte Öffentlichkeit dringen müssen.

Mit welchen Mitteln aber soll das geschehen? Kollege Schiff schlägt Verhandlungen eines von der internationalen Presse am Verhandlungsort gewählten Vorstandes mit der Leitung und dem Sekretariat der Konferenz vor, mit dem Ziel, den Anregungen der Presse selbst Geltung zu verschaffen und die Frage einer Aufhebung oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit regelmäßig zu diskutieren. Im Falle ungenügenden Entgegenkommens, oder einer Brüskierung durch die Konferenzleitung sollten dann sämtliche Journalisten die Berichterstattung sofort einstellen.

Ich glaube, daß gegen diese Vorschläge nicht nur praktische, sondern auch prinzipielle Einwände geltend zu machen sind. Die Fronten liegen auf großen internationalen Konferenzen — trotz allem, was von der Konferenzleitung oder einzelnen Delegationen an der Presse gesündigt werden mag — doch nicht einfach so, daß auf der einen Seite die Delegationen und auf der anderen Seite die internationale Presse steht. Im wesentlichen handelt es sich doch um eine vertikale Teilung, d. h. jede Delegation bildet mit ihrer Presse in gewissem Sinne eine Einheit. Jedenfalls sollte es meines Erachtens so sein. Ein einheitliches Vorgehen der gesamten internationalen Presse kommt deshalb unter normalen Verhältnissen eigentlich nur in mehr technischen Fragen in Betracht. Natürlich ist auch nichts dagegen zu sagen, daß Wünsche und Anregungen, die ohne jeden Zweifel von der gesamten Presse gleichmäßig erhoben werden, in dieser oder jener Form und wenn nötig auch mit allem Nachdruck zur Kenntnis der Konferenzleitung gebracht werden. Daß aber Verhältnisse eintreten

Digitized by Google

können, die einen allgemeinen solidarischen Journalistenstreik rechtfertigen, halte ich für ziemlich ausgeschlossen. Und selbst wenn eine innere Berechtigung vorliegen sollte, so kann ich mir die praktische Durchführung einer solchen Gewaltmaßnahme nicht gut vorstellen. Da ein Teil der Konferenzjournalisten gar nicht organisatorisch erfaßt werden kann, andere wieder aus prinzipiellen Gründen derartige Methoden ablehnen werden, und schließlich die Verlage, die mit großen Kosten Sonderberichterstatter auf der Konferenz unterhalten, auch erst von der Notwendigkeit überzeugt werden müßten, statt der Sonderberichte lediglich Agenturmeldungen ins Haus zu bekommen (denn die halbamtlichen Agenturen können ja gar nicht streiken!), so ließe sich ein völlig einheitliches Vorgehen voraussichtlich doch nur mit Zwangsmitteln erreichen, es sei denn, daß es sich um eine ganz untragbare absichtliche Brüskierung handelt, mit der praktisch nicht gerechnet zu werden braucht und wie sie selbst im Haag zweifellos nicht vorlag.

Die Frage der Öffentlichkeit oder Geheimhaltung kann und wird aber nicht selten auch eine politische Frage sein, die nach den Interessen des einen Landes so und nach den Interessen des anderen Landes anders beantwortet werden muß. Wir haben im Haag gesehen, daß die Delegationen abwechselnd einmal an der Geheimhaltung und dann wieder an dem Bekanntwerden gewisser Vorgänge ein Interesse hatten. Je nachdem wurde dann die eigene Presse entsprechend unterrichtet. Auch hier besteht also nicht immer eine gemeinsame Linie der gesamten Presse, weil es sich eben um Politik und um politischen Kampf handelt. Ich spreche dabei nicht von jenen Sitzungen, die ohne weiteres harmloser Natur sind und die nur aus übertriebener Ängstlichkeit oder bürokratischer Geheimniskrämerei unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden.

Es kommt hinzu, daß ein auf der Konferenz gewählter internationaler Pressevorstand nicht unter allen Umständen die Gewähr bietet, sich nur von den Standes- und Berufsinteressen der gesamten Presse, niemals aber von politischen Gesichtspunkten leiten oder beeinflussen zu lassen. Die engen Beziehungen gerade sehr prominenter Journalisten zu einzelnen Delegationsführern sind bekannt. Jedenfalls ist das eine Personenfrage, die kaum in allen Fällen glücklich gelöst werden kann. Auch das ist ein Punkt, der hier zur Vorsicht mahnt und es ausschließt, einem Ausschuß der Konferenzpresse allzu große Machtbefugnisse zu gewähren und die eigene Entschlußfreiheit preiszugeben.

Dringender noch als die Frage der Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit einzelner Abschnitte der Konferenz scheint mir jedenfalls die Sicherstellung einer ausreichenden Informationsmöglichkeit über die Geheimtagungen zu sein, die nach den Erfahrungen der letzten Jahre bei wichtigen Konferenzen doch immer überwiegen werden. Hier kann der unwürdige Zustand der Presseansammlung in Höfen und Hotelhallen durch ein vernünftiges System und durch eine vertrauensvolle und sinngemäße Zusammenarbeit mit der eigenen Delegation großenteils beseitigt werden. Wenn die Presse nicht mehr darauf angewiesen ist, einzelne Orakelsprüche oder Witze der aus der Sitzung kommenden Delegierten zu erschnappen und zu deuten, sondern sich darauf verlassen kann, daß ihr von der eigenen Delegation das Wesentliche sofort und ehrlich mitgeteilt wird, dann ist schon vieles gebessert. Dazu gehört aber auch eine durchaus selbständige und verantwortliche Stellung der Pressechefs, die sich nicht einfach beiseite schieben lassen dürfen, sondern sich auch der Presse gegenüber verantwortlich fühlen müssen. Grundsatz bei den Informationen über Geheimtagungen müßte es sein, die deutsche Presse regelmäßig wenigstens soweit ins Bild zu setzen, daß sie in Kenntnis der wichtigsten Tatsachen dauernd in der Lage ist, die Gesamtsituation richtig zu beurteilen. Nur dann kann sie ihre nationale und journalistische Pflicht erfüllen, nur dann aber kann auch die Regierung in kritischen Augenblicken wirklich auf sie zählen. Wir haben im Haag und bei anderen Konferenzen gelegentlich Informationen dieser Art durch die verantwortlichen Stellen erlebt, und die Wirkung ist in allen Fällen günstig gewesen. Es hat sich auch bewährt, wenn ein Teil dieser Informationen ausdrücklich als vertraulich bezeichnet wurde, ja man kann sagen, daß ohne solche vertraulichen Mitteilungen, die nicht zum Gegenstand der Berichterstattung gemacht werden dürfen, eine ausreichende Unterrichtung der Presse gar nicht möglich ist. Natürlich müßte hierbei sehr klar zum Ausdruck kommen, was nur zur persönlichen Information der deutschen Journalisten bestimmt ist und was für die Berichterstattung verwertet werden darf. Hier werden allerdings auch heikle Probleme berührt, deren Lösung ein enges Zusammenarbeiten des Pressechefs mit einem Ausschuß der deutschen Konferenz-Journalisten voraussetzt. Insbesondere muß unbedingt gewährleistet werden, daß auch der verständlichste und dringendste Wunsch nach einem Austausch der Informationen niemals zu einer Preisgabe vertraulichen oder nur für den deutschen Gebrauch bestimmten Nachrichtenmaterials an Mitglieder der ausländischen Presse führt. Nur dann kann erwartet und verlangt werden, daß die deutsche Delegation offen über die Lage spricht.

Ich stehe sicher nicht in dem Verdacht, eine Bevormundung durch die deutschen Regierungsstellen zu wünschen, und ich weiß auch, daß in nicht wenigen Fällen Informationen, die von ausländischer Seite kamen, sich schließlich als zuverlässiger erwiesen haben als das, was uns von den deutschen Stellen gesagt wurde. Aber das ist ja gerade ein ganz unmöglicher und schädlicher Zustand, der geändert werden muß. Journalisten, die den Informationen ihrer eigenen Delegation nicht mehr trauen können und sich auf Nachrichten aus den anderen Lagern verlassen, laufen Gefahr, schließlich zu einem Werkzeug gegnerischer Propaganda zu werden. Deshalb muß meiner Ansicht nach zuerst und als dringendste Aufgabe eine grundlegende Änderung der Beziehungen zwischen deutscher Presse und deutscher Delegation und eine systematische Ausgestaltung des Informationsdienstes ins Auge gefaßt werden. Hier darf nicht mehr wie bisher so gut wie alles von Zufälligkeiten, Laune oder körperlicher Disposition abhängen. Die Ergänzung und in gewissem Maße auch die Kontrolle der amtlichen deutschen Nachrichten durch den Verkehr mit ausländischen Kollegen wird dabei natürlich ebensowenig zu entbehren sein wie etwa die Lektüre der ausländischen Presse neben der deutschen. Ich glaube im übrigen, daß auch die Delegation aus einem regelmäßigen Meinungsaustausch mit den Konferenzjournalisten einen nicht unerheblichen Nutzen ziehen kann; sie wird daraus auch sehr viel besser die öffentliche Meinung erkennen können, als aus den oft recht unglücklichen und einseitigen Auszügen in den amtlichen Presseberichten.

Ein vorbildliches Zusammenspiel zwischen der deutschen Delegation und der deutschen Konferenzpresse würde sehr schnell Schule machen. Auch die Nachrichten aus den anderen Lagern würden dann um so reichlicher fließen. Schließlich würden regelmäßige und ausgiebige Informationen über die geheimen Sitzungen die günstige Nebenwirkung haben, das Dunkel so weit zu lichten, daß es schließlich keinen großen Entschluß mehr bedeutet, die Presse nach Möglichkeit schon zu den Sitzungen selbst hinzuzuziehen, was vom journalistischen Standpunkt aus natürlich immer der Idealzustand ist.

Digitized by Google

Journalist und Richter.

Von Georg Davidsohn, Berlin.

Der 8. Deutsche Richtertag zu Köln und insbesondere die Ausführungen der Herren Landgerichtsdirektor Winkler, Prof. Dr. Dovifat und Dr. Feder haben uns ein gut Stück vorwärts gebracht in der Erkenntnis des Problems „Presse und Justiz“. Aber mit den bisher gepflogenen mehr oder minder abstrakten (? Die Redakt.) Erörterungen ist die Sache noch lange nicht abgetan; denn wo Menschen aus verschiedenen Sphären, zumindest aus verschiedenen Milieus miteinander zu arbeiten haben, da müssen sich zunächst einmal diese Menschen kennen und verstehen lernen, wenn ihre Arbeit reibungslos und fruchtbar werden soll.

In seinem Vortrag hat Landgerichtsdirektor Winkler u. a. von der Notwendigkeit der Mitarbeit aller Justizorgane, zumal aller Richter, Staatsanwälte und der in entsprechender Stellung befindlichen Beamten der Strafvollzugsbehörden gesprochen. Daß die Richter an erster Stelle genannt sind, hat seinen guten Grund. Mit den Staatsanwälten und allen sonstigen Justizbeamten, die ihrer Behörde, ihren Vorgesetzten im vollsten Sinne des Wortes unterstehen, ist der gleichfalls an Instruktionen gebundene Journalist noch immer gut ausgekommen, wohingegen es mit dem Verhältnis zwischen Richter und Journalist stets gehapert hat und weiter hapern wird, solange die Vertreter dieser beiden Gruppen das Fundament ihrer verschiedenen Stellung, ihrer verschiedenen Einstellung zu den Dingen des Lebens und der Welt nicht von Grund aus begreifen und berücksichtigen lernen.

Der Richter ist ein unabhängiger, unversetzbarer, unabsetzbarer, lebenslänglich angestellter Beamter, der keinen Vorgesetzten im eigentlichen Sinne des Wortes hat; denn selbst sein Direktor, sein Präsident, selbst der Justizminister, das Parlament, das Staatsoberhaupt müssen Filzschuhe anlegen, wenn sie sich auf dem Parkett der richterlichen Befugnisse einmal ein paar kleine Schritte vorwagen und dabei nicht ausgleiten wollen. Versteht sich ein Direktor, ein Präsident, ein Minister, Ministerpräsident, ein Parlament, ein Staatsoberhaupt (außer Kollegen wie Mussolini) einmal zu einer Bemerkung über richterliche Tätigkeit, dann stets unter Salvierungsklauseln wie „ohne in die Unabhängigkeit des Richters eingreifen zu wollen“ und dergl.

Beobachtet man, wie gewandt und sicher das Gros der Richter auftritt, solange die Herren auf ihrem Richterstuhl sitzen, wie aber Gewandtheit und Sicherheit von vielen unter ihnen abfällt, sobald sie die Robe und das Barett ablegen, dann muß man zu der Überzeugung gelangen, daß mancher innerlich unsichere Mensch — bewußt oder unbewußt — eben gerade wegen dieser Unsicherheit Richter wird, d. h.: denjenigen Beruf ergreift, bei dem ihm, wenn er seine Arbeit mit peinlicher Sorgfalt verrichtet, niemand, aber auch niemand hineinzureden hat! In der Tat, solange dem Richter kein technisches Versehen unterläuft, ist und bleibt er „unfehlbar“. Auch wenn seine Entscheidungen sachlich zu den größten Bedenken Anlaß geben. Der Richter braucht sich durch die Entscheidungen anderer, höherer, höchster Gerichte nicht gebunden zu fühlen. Unterläuft dem Richter aber der geringste formale Fehler, vergißt er etwa, einen Zeugen auf sein Recht zur Verweigerung des Zeugnisses aufmerksam zu machen, oder hat er ohne Zustimmung des Angeklagten verhandelt, obwohl zwischen Zustellung der Ladung und Verhandlung nur 6 statt 7 Tage lagen, oder ist ein Zeuge vereidigt worden, dem am Eidesalter (16 Jahre) ein Tag fehlt, und dergl. m.: dann sinkt der „unfehlbare“ Richter zum fehlbaren Beamten herab, der auch mal eine Rüge, einen Rüffel, eine Zurechtweisung einzustecken hat. Wenn ich es etwas kraß ausdrücken darf: Der Richter kann mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch, mit dem Reichsstrafgesetzbuch und mit allen anderen Gesetzen wie mit einer Harmonika spielen, wenn er nur die Zivil- und die Strafprozeßordnung peinlichst beachtet!

Auf diese Weise muß der Durchschnittsmensch auf dem Richterstuhl sich im Laufe der Zeit gottähnlich dünken, muß er „weltfremd“ werden, wenn er's nicht von vornherein war, muß er's fertig bekommen, Urteile zu fällen wie das von Dr. Feder angeführte, das Verleger zur Rückzahlung von Inseratengebühren verurteilte, weil die Redaktion eine im Inserat empfohlene Produktion ungünstig beurteilte!

Die Kreise dieses Richters nun, der in seinem Amte so unabhängig dasteht, daß sich an ihn und seine Tätigkeit nicht einmal die Kritik der Mitarbeiter, der Kollegen heranwagt, die Kreise dieses Mannes in so privilegierter Ausnahmestellung stört der Journalist, der Angehörige eines freien Berufes, in dem sich auf die Dauer nur zu schnellen Entschlüssen fähige, geistig selbständige und unabhängige, aber an Aufträge und Instruktionen sich bindende Personen eignen, denen nichts Menschliches fremd sein darf. Was der Richter nur sehr selten zu hören bekommt, hört oder liest der Journalist täglich: das direkte oder indirekte, lobende oder tadelnde Urteil der Kollegen, des „Chefs“, des Verlegers, des Publikums. So wird er (von der Anonymität ganz abgesehen) nach und nach zur Selbsterkenntnis und zur Bescheidenheit erzogen.

Auch dem Journalisten laufen technische Versehen unter, aber in dieser Welt der Technik und der Objektstücke wiegen sie nicht so schwer wie in der des Richters. Dagegen wehe dem Journalisten, dem zu wiederholten Malen sachliche Fehler, zumal Verirrungen im Urteil, das er ja ständig abzugeben hat, unterlaufen! Er ist verloren und muß sich einem Berufe zuwenden, in welchem man nicht von der Hand in den Mund, vom Tage in die Stunde lebt.

Landgerichtsdirektor Winkler ist klug genug, der Presse subjektive Urteile als ihr „gutes Recht“ zuzugestehen. Auch hier muß Klärung, Klarheit geschaffen werden zwischen Richtern und Journalisten. Die Presse hat nicht das Recht, sondern die Pflicht zur Subjektivität. Der Journalist kann, darf und will kein „unfehlbarer“ Richter sein. Wenn ihm ein Gott gab, zu sagen, was er sieht und hört, so ist er sich unaufhörlich der Tatsache bewußt, daß andere Götter anderen Journalisten gegeben haben, die Dinge dieser und jener Welt anders zu sehen und zu hören. Demgemäß müßte unsere Presse-Kritik, ob sie nun Theater, Kunst, Literatur, ob sie Lokalvorgänge, Politik, Gericht oder sonstwas beurteilt, sobald es sich um Bewertung menschlicher Leistungen handelt, viel mehr als bisher subjektiv redigiert werden. Noch viel zu viel liest man in den Zeitungen, dieses oder jenes Drama sei gut oder schlecht, dieser oder jener Antrag eines Politikers, dieses oder jenes Urteil eines Richters „sei“ falsch, statt daß der Tenor besser lautete: Ich, der Journalist XYZ, bin der Meinung, Ansicht, Auffassung: usw.

Wie begründet Landgerichtsdirektor Winkler das „Recht“ der Presse auf Subjektivität? Er sagt, diese müsse ihr zugestanden werden, weil jede Zeitung, d. h. jeder Journalist ja „weltanschaulich oder politisch gegliedert und verzweigt ist“. Sehr richtig! aber diese Worte klingen so, als wäre damit der Presse etwas ganz Besonderes, fast nur ihr Eigentümliches nachgesagt, während doch in Wirklichkeit nicht bloß jeder ernst zu nehmende Journalist, sondern jeder Vollmensch — nicht zuletzt jeder Richter — weltanschaulich und politisch festgelegt ist, so fest, daß man von politischen oder weltanschaulichen Wandlungen in Richterkreisen nur sehr selten zu hören bekommt, was auf eine konservative Einstellung schließen läßt, die dem Journalismus im allgemeinen nicht nachgesagt werden kann. Der große Unterschied ist nur, daß die

Digitized by Google

Journalisten aller weltanschaulichen, politischen und sonstigen Schattierungen sich ihrer Eingliederung bewußt sind, während der Durchschnittsrichter zwar glaubt, innerlich „frei" zu sein, in Wirklichkeit jedoch weltanschaulich wie politisch fest und zäh in seinem Boden haftet. Jeder Normalleser, der in seiner Zeitung einen Leitartikel, einen Parlaments-, einen Gerichtsbericht liest, weiß von vornherein, daß er ein nationalgerichtetes, ein kommunistisches, ein christliches, ein atheistisches, ein liberales oder sonst ein Blatt vor sich hat. Weß' Geistes Kind dagegen der Richter ist, aus dessen Munde oder Feder diese oder jene Anordnung, dieses oder jenes Urteil entsprang, das weiß, das erfährt die Öffentlichkeit nur in den seltensten Fällen.

Wir haben gehört, daß Richter vielfach die sichtlich oder vermeindlich verallgemeinernde Kritik des Journalisten mißbilligen. Wer sich viel in Gerichtssälen aufgehalten hat, der weiß, daß gerade Richter zum Schablonisieren, zum Verallgemeinern neigen wie jeder Mensch, der bestimmte Dinge jahrzehntelang routinemäßig zu bearbeiten hat. Aus dieser Erkenntnis heraus ist man ja im Laufe der Entwicklung zu den Schöffen- und Geschworenen-Gerichten gelangt. Schon aus den Suggestiv-Fragen, die das Gros der Richter den Angeklagten, den Parteien vorzulegen pflegt, ergibt sich der Zug zur „Normalisierung und Typisierung", wie er sich sonst nur in denjenigen Industrien durchgesetzt hat, die mit der Hand betrieben werden.

Selbstverständlich kommen journalistische Mißgriffe im Verkehr mit der Justiz vor, und ebenso selbstverständlich gibt es tüchtige Richter, geschickte Verhandlungsleiter, denen kaum je ein Mißgriff nachzusagen ist, aber: wenn sich eine Statistik dieser Dinge bewerkstelligen ließe, so würde sie ergeben, daß die Zahl der geschickten Journalisten absolut und relativ bei weitem größer ist als die der geschickten Richter — ganz einfach, weil der freie Wettbewerb im Journalismus Untüchtige, Unfähige über kurz oder lang ausscheidet, während dieses Korrektiv dem Richter gegenüber so gut wie gar nicht in Frage kommt.

Sollen Fachjuristen in die Gerichts-Berichterstattung gelotst werden? Beileibe nicht! Das wäre eine Art Emmingerei zweiten Grades, und sie würde sich bald als ein schwerer Fehler erweisen. Allerdings auch blutige Laien gehören nicht in die Berichterstattung, sondern jene Art von journalistisch begabten Laien-Juristen, wie wir deren eine ganze Anzahl hatten, haben und haben werden, wenn die Wichtigkeit dieser Spezialisten erst noch schärfer erkannt wird. Es müssen Kollegen mit Verstand und Herz sein, Leute, die beileibe nicht ins Urwalddickicht der unzähligen Gesetzes-§§ gekrochen sind, aber wichtiges Grundsätzliches kennen müssen.

Die Frage ist nun: Wie kommen wir am besten zu der journalistischen Elite, die wir in den Gerichtssälen brauchen, und zwar zu einer Auslese von Pressevertretern, die alle die gerade hier sehr gefährlichen Klippen vermeidet und auch die häufig getriebene Reklame für Polizeibeamte (vom Präsidenten bis zum Kommissar), für Gerichtsvorsitzende, Staatsanwälte, Rechtsanwälte ausschaltet! Die Antwort ist viel leichter als es scheint:

Bekanntlich lernen sich die Menschen am besten kennen und verstehen, wenn sie zusammen arbeiten. Man schaffe also Kollegien, Seminare, Arbeitsgemeinschaften, in denen Studenten, Referendare, Assessoren, die Richter werden wollen, und Richter, die leider nicht mehr studieren, auf der einen Seite, forensisch interessierte und begabte Journalisten auf der anderen Seite gemeinsam an den Problemen arbeiten, die jetzt noch immer zur Diskussion stehen. In absehbarer Zeit werden wir auf diese Weise zu Richtern sowohl wie zu Gerichtsberichterstattern kommen, wie wir sie brauchen.

Hermann Löns als Journalist.

Von Max A. Tönjes.

Wenn Schiller sagt, daß die Nachwelt dem Mimen keine Kränze flicht, so darf man mit beinahe noch größerem Recht von den Journalisten sagen, daß die Nachwelt sie nur allzu schnell vergißt. Ja, die Mitwelt kennt sie kaum, denn der größte Teil ihrer Arbeit ist und bleibt in das Dunkel der Anonymität gehüllt. Ohne Übertreibung darf man sagen, daß auch in unseren eigenen Reihen das Gedächtnis für die Großen in unserm Beruf nur sehr wenig gepflegt wird. Vielleicht wird die junge Zeitungswissenschaft es als ihre Aufgabe betrachten, die Erinnerung an die Großen unseres Berufes wachzuhalten und ihre Taten, ihr Streben und ihre Kunst der Nachwelt zu übermitteln.

Wenn Hermann Löns scheinbar sehr reichlich mit diesem Nachruhm bedacht ist, so gilt diese mehr als reichliche Nekrologisierung mehr dem Dichter und Schriftsteller als dem Journalisten. Tatsächlich hat der Umfang der Bücher über Löns den der Lönsschen Bücher zum mindesten schon erreicht, wenn nicht bereits überschritten. Glücklicherweise ist die Auflage der Lönsschen Bücher immer noch größer als die seiner Nekrologe. Löns ist ja längst in die Literaturgeschichte eingereiht, und wer erst soweit ist, der muß es sich schon gefallen lassen, daß er auf Strich und Faden kommentiert und analysiert und daß sein „Vorleben" mit der Scharfsinnigkeit eines Untersuchungsrichters in allen Phasen und Einzelheiten „aufgedeckt" wird. Wieviel Falsches, wieviel Anekdotenhaftes in all diesen Büchern über Hermann Löns zu lesen ist, wie sehr man aus einzelnen Redewendungen, die aus seinem starken Temperament geboren worden sind, ein bis zur Karikatur verzerrtes Bild konstruiert hat, das erkennen nur die, die die Freude hatten, ihm durch Jahre hindurch nahe zu stehen und mit ihm zu arbeiten. Was hat man aus diesem, im Grunde genommen einfachen Menschen alles gemacht, welch kleine Züge und gelegentliche Entgleisungen hat man für alle Ewigkeit festhalten zu müssen geglaubt, um Bücher oder wenigstens Artikel über ihn fabrizieren zu können? Aber alle diese Arbeit gilt doch einzig und allein dem Dichter, dem Schriftsteller. Den Journalisten erwähnt man nur so beiwegelang, obwohl seine journalistische Tätigkeit nicht aus seinem Leben wegzudenken und zum mindesten für den größten Teil seines Lebens die Existenzgrundlage gewesen ist. Aber in fast allen ihm gewidmeten Büchern wird die journalistische Arbeit von Hermann Löns als eine Art von Vorstufe, als eine aus der Not und um der nackten Existenz willen ausgeübte und darum nicht gern ausgeübte Tätigkeit dargestellt. Es wird als etwas Selbstverständliches betrachtet, daß er die Journalisterei an den Nagel gehängt hat, sobald er von den Erträgnissen seiner Dichtung und Schriftstellerei hat leben können.

Also auch dem Journalisten Hermann Löns flicht die Nachwelt nicht gern Kränze. Nur hier und da fällt auch auf das von den Kriegsstürmen verwehte Grab bei Loivre vor Reims, wo man am 26. September 1914 die sterblichen Überreste des 48jährigen Kriegsfreiwilligen beisetzte, ein Blatt, das das Andenken an den großen und furchtlosen Journalisten wachhalten soll.

Angesichts der Fülle der Löns-Literatur ist es wohl nicht nötig, die Daten der Journalistenlaufbahn von Hermann Löns an dieser Stelle zu wiederholen. Daß über seinen Weg von Kaiserslautern über Gera nach Hannover und Bückeburg und wieder nach Hannover, über seine

Digitized by Google

Tätigkeit bei den verschiedenen hannoverschen Zeitungen trotz der Fülle der Nekrologe auch heute noch nicht hinreichende Klarheit herrscht, sei als für die Würdigung der journalistischen Arbeit von Hermann Löns nebensächlich, für die Verfasser der Löns-Literatur bedenklich hier nur nebenbei festgestellt.

Uns mag hier die Frage interessieren, inwieweit der Journalist Löns so eine Art von Vorstufe für den Dichter und Schriftsteller und inwieweit der Journalismus nur ein Broterwerb und keine Lebensaufgabe gewesen ist. Daß die berufsmäßigen Literaturhistoriker gern bereit sind, diese Fragen aus vollem Herzen zu bejahen, ist begreiflich, denn: Was wissen diese Herren vom Journalismus? Sie ahnen von der zum mindesten nahen Verwandtschaft des Journalisten mit dem Dichter und Künstler fast nichts. Sie sehen nur jene Art von Berichterstatter, die mit fast immer geringem Verständnis das aufzeichnet, was andere Leute erdacht haben, und die Erzeugnisse anderer Leute mit bescheidener Erkenntnis in die Setzerei gibt; die sich gelegentlich auch mit anderen Leuten, nicht zuletzt mit seinen eigenen Kollegen, herumschlägt, was er Polemik nennt. Daß er fast berufsmäßig an den Reden und Handlungen anderer „berufener“ Leute Kritik übt, macht ihn nicht sympatischer. Es sind eben die Leute, die ihren Beruf verfehlt haben, und die man in vielen Fällen nicht mit Unrecht zu den verkrachten Existenzen zählt.

Ja, Hermann Löns gehört auch zu den Leuten, die ihren Beruf verfehlt haben und die darum nie die Grade erreicht haben, zu denen ihr Studium Gelegenheit gegeben hat. Er wurde nicht der berufsmäßige Naturwissenschaftler oder Arzt. Er war sogar, als er mit beiden Beinen in die Zeitung hineinsprang, so etwas wie eine verkrachte Existenz. Aber er hatte seinen Beruf nur solange verfehlt, bis er den richtigen fand, bis er Journalist wurde. Bis er die Möglichkeit fand, sein starkes Temperament zu entfalten. Dann aber war er an der Stelle, wohin er gehörte, dann war er in dem Beruf, der für ihn aufbewahrt war.

Aus dem Journalismus ist er dann auch nie wieder herausgekommen, was ja auch für jeden Eingeweihten selbstverständlich ist. Man kann sich, wenn man von den kleinen, auch im Journalismus herumvegetierenden Geistern absieht, nicht auf den Journalismus umstellen, wie man sich auch nicht bei passender Gelegenheit wieder von ihm abwenden kann. Entweder man ist Journalist und ist es dann sozusagen mit Haut und Haaren, oder man ist etwas anderes.

Wie sehr Hermann Löns auch dann Journalist war, als er Dichter und Schriftsteller wurde, das geht aus jedem seiner Bücher mit voller Klarheit hervor. Ja, darin liegt das Geheimnis, daß auch heute — fünfzehn Jahre nach seinem Tode — seine Bücher noch immer mit unvermindertem Interesse gelesen werden, daß die Zahl seiner begeisterten Leser noch immer im Wachsen begriffen ist. Was ist denn das Wesen des Journalismus? Es ist einfache, klare und sachliche Darstellung von Ereignissen und Menschen.

Und in dieser Kunst war Löns Meister, längst bevor seine Bücher erschienen. Aber diese Kunst muß auch von einem starken Temperament durchglüht sein. Dieses Temperament, das aus jeder Zeile des Journalisten herausbrennen muß, gibt auch den Werken des Schriftstellers und Dichters Löns ihr besonderes Gepräge. Welch starkes Temperament in ihm brannte, das hat niemand besser darzustellen vermocht, als Hans Knottnerus-Meyer, der Maler, der so manchen Zug für den Maler Hagenrieder hat herleihen müssen. Die Gespräche, aus denen Knottnerus-Meyer in seinem Buche „Der unbekannte Löns“ den Dichter-Journalisten entwickelt, sind echt, wenn sie auch nicht stenographisch aufgezeichnet sind. So war Löns. An Worten entzündeten sich Worte und Gedanken gebaren Gedanken, nicht auf dem Wege langsamer Überlegung und sorgsamer Gedankenarbeit, sondern über den Funken der Intuition.

Und journalistisch war auch seine Arbeitsweise. Niemals hat er für seine Arbeiten, auch nicht für seinen Werwolf, lange Vorstudien getrieben, niemals hat er Pläne für seine Artikel entworfen. Wenn ihn der Rausch der Arbeit faßte, dann waren die Gedanken, dann waren die Erinnerungen, dann waren die Bilder da. Und das ist journalistische Arbeit, die nicht lange nach dem Thema sucht, sondern mit starkem Temperament erkennt, was wesentlich ist, was nach Gestaltung drängt. Es ist echter Journalismus und echte Kunst zugleich, wenn zu dem Inhalt auch die Form gefunden ist.

Gerade in dieser Beziehung ist er das, allerdings nicht allgemein erkannte Vorbild der heutigen Schriftsteller, die sich von jener längst hohl gewordenen Romantik einer vergangenen Zeit frei gemacht haben. Er ist in seinem ganzen Lebenswerk fraglos einer von denjenigen, die der neuen Sachlichkeit gehuldigt haben, und die zugleich einer neuen, bluterfüllten Romantik die Wege gewiesen haben.

Aus dem Journalismus ist die neue Literatur geboren. Und Hermann Löns war Journalist, auch als er mit Recht unter die Dichter und Schriftsteller gezählt und damit literaturfähig wurde.

Ein bißchen mehr Corpsgeist!

Oft genug eigentlich sind die Mitglieder des Reichsverbandes hier in der „Deutschen Presse“, auf Verbandstagen und sonstwo beschworen worden, sich nicht gegenseitig einem verehrlichen Publikum als „Preßbengels“ oder noch „gröber“ vorzustellen. Zeitweise sieht es so aus, als ob die Beschwörungen einigen Erfolg hätten; dann plötzlich versetzt wieder einmal eine besonders massive Individual- oder Kollektiv-Injurie uns alle in Bestürzung. Warum nur? Es gibt genug Außenstehende, die uns beschimpfen; es ist durchaus unnötig, daß wir uns an der Pranger-Orgie beteiligen. So jedenfalls heben wir nicht das Ansehen unseres Standes und unser eigenes!

Ein Spezialfall veranlaßt mich, den Ruf nach ein bißchen mehr Corpsgeist hier nochmals auszustoßen.

Da nagelt im „Zeitungsverlag“ ein Verbandsmitglied ein anderes Verbandsmitglied, das sich als Fachschriftsteller fühlt, als Reklameschriftsteller fest. Reklameschriftsteller sind gewiß ehrenwerte Leute, wenn sie offen als solche auftreten. Aber „Reklame hintenherum“ ist anrüchig. Schön: dem Reichsverband soll niemand angehören, der in scheinbaren Fachartikeln heimlich Reklame macht. Aber soll man die Untat in die Welt hinausschreien, soll man als Journalist sich noch dazu gerade des Verlegerorgans dafür bedienen? Der Ankläger hatte allerdings seine Anklageschrift gleichzeitig der Redaktion des „Zeitungsverlages“ und der der „Deutschen Presse“ zugesandt. Die letztere hatte die Veröffentlichung von einer vorherigen Prüfung des Falles abhängig gemacht und sie also zunächst unterlassen. Der „Zeitungsverlag“ hatte natürlich keine Hemmungen und Bedenken. Es handelte sich ja nicht um einen Verleger, sondern nur um einen Journalisten. Was würde wohl geschehen, wenn ein Verleger die „D. Pr.“ bäte, einen gegen einen andern Verleger gerichteten Artikel zu veröffentlichen, und wenn die „D. Pr.“ diese Bitte erfüllte? Das würden die Verleger, aber auch wir selbst als ganz ungehörig ansehen. Es ist sicherlich auch noch nie vorgekommen und wird nie vorkommen.

Ich fordere nicht: „Recht oder Unrecht — mein Verbandsgenosse!“, ich bin durchaus für Säuberung der

Digitized by Google

Organisation von ungeeigneten Elementen. Aber so viel Corpsgeist sollten wir doch aufbringen, daß wir unsere schmutzige Wäsche allein waschen. Und abgesehen von ganz schweren Fällen — ein solcher liegt keineswegs vor —, sollten Verbandsmitglieder Untersuchung und Entscheidung durchaus den zuständigen Verbandsinstanzen überlassen, selbst wenn diese ihnen nicht schnell genug zu arbeiten scheinen. Steinberg.

Zum 1. Zeitungsfachlichen Fortbildungskursus des Deutschen Instituts für Zeitungskunde in Berlin.

Die Ankündigung des 1. Zeitungsfachlichen Fortbildungskurses des Deutschen Instituts für Zeitungskunde, Berlin, hat ein reges Interesse an dieser Veranstaltung wachgerufen, die Redakteuren aus dem ganzen Reiche zum ersten Male Gelegenheit bieten soll, fachliche Einzelheiten gründlich zu studieren und auf Grund eines wissenschaftlich angelegten Planes das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben der Reichshauptstadt aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Schon jetzt läßt sich übersehen, daß der Plan persönlicher Fühlungnahme und unmittelbaren Gedankenaustausches zwischen führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und den Redakteuren in Kollegenkreisen und bei den Verlagen volles Verständnis gefunden hat. Dabei sind auch verschiedene Wünsche und Fragen über Einzelheiten des Kurses laut geworden, auf die hier kurz eingegangen werden soll.

Das reiche Programm, das, abgesehen von den für alle Teilnehmer des Kurses bestimmten zeitungsfachlichen Vorträgen (vgl. D. Pr. Nr. 32 vom 10. 8. 29), in drei ressortfachlichen Gruppen abgewickelt werden soll, hat hier und da zu der Anfrage geführt, ob ein Teilnehmer nicht ohne Bindung an eine solche Gruppe nach freier Wahl von Tag zu Tag einzelne, ihn besonders interessierende Vorträge und Arbeitsgemeinschaften besuchen könne. Die Gewährung einer solchen Freizügigkeit würde den wissenschaftlichen Grundgedanken des Kurses vereiteln. Es ist der eigentliche Zweck des Kurses, dem Redakteur die Möglichkeit gründlicher Studien auf einem Fachgebiet und die Gelegenheit zu bieten, seine sonst örtlich mehr oder weniger gebundenen Erfahrungen und Interessen in einen größeren Rahmen gestellt zu sehen. Und zwar, losgelöst von den Fesseln der täglichen Alltagsarbeit. Aber auch rein organisatorisch würde sich die planlose Auswahl nicht durchführen lassen. Es würde nicht möglich sein, für ein solches Unternehmen die erforderliche Anzahl hervorragender sachverständiger Persönlichkeiten zu gewinnen, um ein Stoffgebiet sachlich geschlossen durchzuarbeiten, wenn der Hörerkreis unbeständig bliebe. Das Institut bittet daher erneut darum, daß die Teilnehmer an dem Fortbildungskursus schon bei ihrer Anmeldung bestimmt angeben, welcher Fachgruppe sie sich anzuschließen wünschen, — entweder der politischen, oder der wirtschaftspolitischen, oder der kulturpolitischen Gruppe.

Weitere Fragen betrafen die Einsendung der Einschreibegebühr und die Unterkunft.

Die Einsendung der Einschreibegebühr von 20 Mk. für jeden Teilnehmer, deren Zahlung die Voraussetzung für die Aufnahme in die Teilnehmerliste ist, wird an das Deutsche Institut für Zeitungskunde, Berlin NW 7, Universitätsstraße 7, (Konto Fortbildungskursus) gleichzeitig mit der Anmeldung erbeten.

Ferner bittet das Institut, bei der Anmeldung angeben zu wollen, ob die Vermittlung eines Quartiers gewünscht wird. Bei rechtzeitiger Anmeldung wird es möglich sein, angemessene Hotelunterkunft in der Friedrichstadt, in der Nähe der Universität und des Instituts, für 6—7 Mk. täglich, mit Frühstück, bereitzustellen. Letzter Anmeldetermin ist der 15. Oktober 1929. Im Interesse jedes Teilnehmers liegt es jedoch, für eine möglichst beschleunigte Anmeldung Sorge zu tragen, die auch dem Institut die Vorbereitungen in dankenswerter Weise erleichtern würde. Studienpläne können vom Deutschen Institut für Zeitungskunde, Berlin NW 7, Universitätsstr. 7, angefordert werden.

In Ergänzung der bisherigen Veröffentlichung über den Studienplan kann noch mitgeteilt werden, daß inzwischen die noch ausstehenden endgültigen Zusagen auch von folgenden Vortragenden noch eingegangen sind:

Paul Baecker, Chefredakteur, M. d. L. und M. d. RWR.: „Die Nachrichtenpolitik der Interessenten“;

Dr. Herbert Dorn, Professor h. c., Min.-Direktor im Reichsfinanzministerium: „Entwicklung der Reparationsprobleme“;

Dr. ing. h. c. Hermann Jansen, Professor für Städtebau an der Technischen Hochschule Charlottenburg: „Betrachtungen über moderne Städtebaukunst“;

Dr. Paul Fechter (DAZ.): „Die Aufgaben der Buchkritik“. Dr. B.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

„Kulissenschieber“.

Notwendige Bemerkungen zu einem Leitartikel in der „Vossischen Zeitung“ vom 15. September

Kollege Georg Bernhard befaßt sich in seinem Sonntagsleitartikel in der „Vossischen Zeitung“ vom 15. September u. a. auch mit der Provinzpresse. Es ist hier nicht der Ort, auf die politische Tendenz, die in dem Leiter verfochten wird, einzugehen. Rein sachlich darf man jedoch folgendes bemerken:

1. Was versteht Kollege Georg Bernhard eigentlich unter der Provinzpresse? Von kleineren und ganz kleinen Zeitungen zu reden, ist wohl zu unbestimmt. Die Verhältnisse liegen doch so, daß in jedem Provinzteil Deutschlands eine größere führende Zeitung existiert, die über mehrere verantwortliche Redakteure verfügt. Die kleinen Ortszeitungen haben in den allermeisten Fällen auch mindestens einen verantwortlichen Redakteur, der nur ganz selten zugleich Verleger ist. Daß bei kleinen Ortszeitungen Verleger und Redakteur Hand in Hand arbeiten und sich auch geschäftlich gegenseitig vertreten, ist üblich. Im übrigen kommt es auch in Berlin vor, daß Chefredakteure zugleich Verlagsdirektoren sind.

2. So sind also die Sätze: „Sehr, sehr oft ist gar kein Redakteur vorhanden“ und „der Besitzer des Blattes, ein kleiner Drucker, handhabt die Schere aus eigenen Gnaden“ in dieser Verallgemeinerung unzutreffend. Was da von der Schere gesagt wird, kann vom breiten Publikum leicht mißverstanden und für die Provinzredakteure verallgemeinert werden. Dem Publikum ist sowieso der Unterschied zwischen Redakteur und Verleger sehr oft nicht klar. Was weiter in dem Artikel über Matern und Korrespondenzen so in aller Öffentlichkeit gesagt wird, halte ich ebenfalls für sehr bedenklich. Alles das ist geeignet, das Ansehen der Provinzpresse außerordentlich herabzusetzen.

3. Wie man als Journalist eine staatliche Kontrolle für die Korrespondenzen verlangen kann (Schluß des Leitartikels), ist mir völlig unbegreiflich, und zwar gerade beim Kollegen Bernhard, der doch ganz unmöglich mit gutem Gewissen für eine Zensurierung der Presse eintreten kann.

Das sind in aller Kürze drei sachliche Hauptbedenken gegen diesen Artikel. Zum Schluß möchte ich noch eine persönliche Bemerkung machen. Es ist die vornehmste Aufgabe des Reichsverbandes, das gesellschaftliche Ansehen seiner Mitglieder zu heben. Gerade die Provinzredakteure haben keinen leichten Stand. Sie sind überhäuft mit Arbeit, die sie gewissenhaft (und nicht oberflächlich, wie Koll. Bernhard meint) zu erfüllen suchen. Daß sie sehr schwer gegen die falsche Auffassung der lokalen Behörden usw. über den Journalistenstand zu kämpfen haben, ist hier in der „Deutschen Presse“ erfreulicherweise oft erörtert worden. Um so unverständlicher werden gewiß manchen Kollegen diese in aller Öffentlichkeit gemachten Ausführungen eines führenden Mitgliedes des Reichsverbandes der deutschen Presse sein.

Dr. Haar (Stolp i. Pomm.)

Digitized by Google

Machen wir uns lächerlich?

Diese Frage stellt Herr W. in Nummer 36 vom 7. September der „Deutschen Presse" seiner „Kritik" an der Kritik eines uraufgeführten Films der Emelka voran. Nur Weniges zur Erwiderung:

Ob Herr W. auch nur den „leisesten Schimmer" von kinoaufnahmetechnischen Grundregeln hat? Wohl kaum. Denn sonst dürfte es ihm keine Ehre machen, das eine „Gipfelleistung der Photokunst und Phototechnik" zu nennen, was selbst der Laie als Unvollkommenheiten empfindet. Der Berichterstatter war sich darüber vollkommen klar, daß jede Kritik an einem uraufgeführten Film besonders sorgfältig abgewogen werden muß, und hat gerade deshalb auf Grund seiner Kenntnisse und Erfahrungen, die er durch seine Tätigkeit in der Film- und Optik-Industrie gesammelt hat, Kritik an Fehlern geübt, die er an Filmen der Emelka schon mehrfach zu üben Ursache und Gelegenheit fand. Näher darauf einzugehen, scheint hier nicht der rechte Ort, zumal Herrn W. die von ihm beanspruchte „Sachkenntnis" entschieden bestritten werden muß.

Sollte Herr W. aber seine „Kritik" auf das Wort „Objekt" basiert haben, möchte man geneigt sein, ihn als einen wenig erfahrenen Redakteur zu bezeichnen; er dürfte sonst wissen, wie leicht ein Druckfehler unversehens in die Zeitung geraten kann. (Er vergleiche den tatsächlichen Wortlaut der Kritik mit dem Abdruck in der „Deutschen Presse", und er wird finden, daß auch da der Druckfehlerteufel eingeschlichen ist.) Wenn von der Brennweite die Rede ist, wird es sich jeder Photoamateur — und das ist heute fast jeder fortschrittliche Mensch — denken können, daß in diesem Zusammenhange ein photographisches Objektiv gemeint ist. Oder kann Herr W. sich unter einem Objektiv nichts vorstellen?

Frage: Machen wir uns lächerlich? Antwort: Ja! wenn wir derartige unglücklich motivierte „Höflichkeiten" einander an die Köpfe werfen! D.

*

Dazu schreibt uns der W.-Verfasser der ersten Zuschrift in Nr. 36:

„Die Sachkenntnis, um die Kritik der umstrittenen Filmkritik schreiben zu können, glaube ich wohl zu besitzen. Im übrigen handelte es sich ebensowenig um eine Kritik an dem Worte „Objekt", wie die Kritik aus Gehässigkeit erfolgte. Ich glaube, damit einer uns allen am Herzen liegenden Sache zu dienen." W.

Fachrundschau

Aus anderen Organisationen.

Buchhändlertag. Am 21. und 22. September feierten in München der Bayerische und Münchener Buchhändlerverein ihr fünfzigjähriges Bestehen. Gleichzeitig hielt der Börsenverein der Deutschen Buchhändler im nahen Starnberg seine Hauptversammlung ab, zu der 250 Teilnehmer erschienen waren. Stadtarchiv-Direktor Dr. Pius Diro hat die Festschrift „Buchwesen und Schrifttum im alten München" geschrieben, die im Verlage von Knorr und Hirth in München erschienen ist.

Die Arbeitsgemeinschaft der städtischen Nachrichten- und Pressеämter, die 1921 in Halle begründet wurde, tagte in voriger Woche in Erfurt in den Räumen des Nachrichtenamtes. Der Arbeitsgemeinschaft gehören zurzeit über 100 Mitglieder an. Die Beratungen erstreckten sich über wichtige kommunalpolitische Pressefragen und neue Vorschläge für die bevorstehende Hauptversammlung in Magdeburg, die Anfang Juni 1930 stattfinden soll.

Internationaler Theater- und Musikkritiker-Kongreß in Bukarest.

Der dritte Internationale Kongreß der Theater- und Musikkritiker wurde in Sinaia abgehalten. Die Teilnehmer am Kongreß kamen in einem Sonderzug von der Grenze und wurden in Sinaia von einer rumänischen Delegation und zahlreichem Publikum empfangen. An dem Kongreß nahmen Delegierte Deutschlands, Österreichs, Frankreichs, Belgiens, der Tschechoslowakei, Italiens, Amerikas, der Schweiz, Großbritanniens, Portugals, Dänemarks und Polens teil. Der Minister für schöne Künste Sauciuc Saveanu eröffnete den Kongreß und begrüßte die Gäste im Namen der Regierung. Der Kongreß beschloß einstimmig die Gründung eines Internationalen Verbandes der Theater- und Musikkritiker mit dem Sitz in Paris. Ein Ausschuß wurde mit der Ausarbeitung der Satzungen betraut. Lothar-Österreich stellte den Antrag, den Kongreß im Jahre 1930 in Wien abzuhalten. Die Entscheidung darüber wird erst zum Schlusse getroffen werden.

Auf dem Kritikerkongreß in Bukarest unter Vorsitz des deutschen Vertreters, Professor Springer, wurden wichtige Fragen der Filmkritik erörtert, ferner die Berichterstattung über mechanische Musik und die Beziehungen der Kritik zu dem Zeitungsunternehmer. Die Vertreter Deutschlands und Österreichs erklärten zu diesen Punkten, daß in ihren Ländern die Betätigung des Kritikers vollkommen unabhängig sei. Äußerungen andrer Ländervertreter, vor allem Frankreichs, gewährten Einblicke in weniger günstige Verhältnisse.

Ausland.

Mißlungener polnischer Enteignungsversuch. Das Oberste Verwaltungsgericht in Warschau hat entgegen der Verfügung des Posener Wojwoden entschieden, daß die vor 8 Jahren gestorbene Hauptinhaberin des Verlagshauses Dittmann (Verlag der Deutschen Rundschau) in Bromberg ihrer Niederlassungsrechte durch zeitweiliges Verlassen ihres Wohnsitzes nicht verlustig gegangen sei und die von den polnischen Behörden versuchte Liquidation ihres Besitzes daher nicht gerechtfertigt sei. Das Blatt bleibt also im deutschen Besitz.

Kurze Nachrichten

Zeitungsjubiläum. Das alte Heimatblatt der Erzgebirgler, die „Obererzgebirgische Zeitung", beging am 8. September ihr 75jähriges Bestehen. Aus diesem Anlasse gab das Blatt eine 152 Seiten Großformat starke, gut ausgestattete Festnummer heraus, die Beiträge bekannter Männer des politischen, wirtschaftlichen, industriellen und künstlerischen

Warnung!

Paul Clemens Korth, der sich auch Dr. Korth nennt, versucht unter Berufung auf seine frühere Mitarbeit in der „Germania" noch dauernd Artikel (Aufsätze, Feuilletons, Essays und Gedichte) in katholischen und auch anderen Blättern unterzubringen. Der größte Teil der uns gelieferten Arbeiten stellte sich nachträglich als wörtliche Plagiate von unbekannteren Arbeiten namhafter Schriftsteller heraus. Indem wir dies mitteilen, warnen wir auf das nachdrücklichste vor Korth, der, wie sich herausstellte, auch vor längeren Jahren schon wegen des gleichen Vergehens verfolgt worden ist.

Die Redaktion der „Germania."

Tchibo

SOLLTEN NUR KAFFEE HAG TRINKEN!

Digitized by Google

Nochmals: Die Zeitungssprache.

Auf die Artikel in Nr. 29 und 34 der „Deutschen Presse“, die eine Schrift des Rektors Becker, „Die Schäden der Zeitungssprache“, behandeln, teilt uns der „Deutsche Sprachverein mit, daß er seine Schrift aus dem Verkehr gezogen hat, und daß sie somit als offizielle Veröffentlichung des Vereins nicht mehr anzusehen ist.

Lebens enthält und vom Hauptschriftleiter Waldemar Berger redigiert worden ist.

Kirche und Tagespresse. Auf dem Kreiskirchentag in Alfeld wurde entgegen der Meinung einer Minderheit, daß Veröffentlichungen über die Beratung der Kirchenvorstände der Kirchenverfassung widersprächen, beschlossen, daß den Kirchenvorständen empfohlen werde, ihre Beschlüsse nach Möglichkeit der Tagespresse zur Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen.

Flucht aus der Diplomatie. Der Botschaftsrat an der englischen Botschaft in Berlin Harold Nicolson hat sich entschlossen, den diplomatischen Dienst zu verlassen und sich dem Journalismus zuzuwenden. Nicolson, der Doktor h. c. der Universität Athen ist, hat heute schon einen Namen von Klang in der englischen Literaturwelt. Das erste Buch des heute 43jährigen Diplomaten war eine Biographie von Paul Verlaine, die 1921 erschien. Es folgten rasch hintereinander die Biographien von Lord Byron, Tennyson und Swinburne. In Deutschland bekannt geworden ist am meisten sein 1927 erschienenes Buch „Some People“ eine Beschreibung von Menschen und Episoden, die er zu Haus und in fremden Ländern — er ist selbst Diplomatensohn, sein Vater war der bekannte Sir Arthur Nicolson — erlebt hat und über die er mit scharfer Beobachtung und viel pointiertem Humor schreibt.

Errichtung eines Lehrstuhles für Zeitungswissenschaft in Tokio. Die Universität Tokio errichtet Anfang des kommenden Winters einen Lehrstuhl für Zeitungswissenschaft. Als Vorbild ist der Lehrstuhl für Zeitungswissenschaft an der Universität Missouri in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ausersehen. Die erforderlichen Mittel sind in erster Linie von den Verlegern der großen japanischen Zeitungen, von Banken und Industriellen gestiftet worden.

Personalien

Schriftleiter Fritz Dittmann, der nahezu 40 Jahre der Redaktion des „Würzburger General-Anzeigers“ angehörte, konnte seinen 70. Geburtstag feiern.

Dr. Heinrich Mantler hat nach mehr als vierzigjähriger Tätigkeit sein Amt als Direktor des Wolffschen Telegraphenbureaus niedergelegt. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft beabsichtigt, bei der Generalversammlung seine Wahl in den Aufsichtsrat zu beantragen. Sein Nachfolger wird der bisherige zweite Direktor Dr. Hermann Diez, der dem Wolffschen Bureau seit 1909 angehört und früher Chefredakteur des „Hamburgischen Korrespondenten“ und der „Münchner Allg. Ztg.“ war. Zum zweiten Direktor des Wolffschen Telegraphenbüraus wurde Chefredakteur Dr. Stern-Rubarth ernannt.

Julius Geißel †. Am 19. September ist Julius Geißel, Chefredakteur a. D., Mitarbeiter vieler Zeitungen des In- und Auslandes, an den Folgen einer schweren Erkrankung, die ihn fast vier Monate auf das Krankenlager fesselte, verstorben. Geboren am 14. März 1863 zu Koblenz a. Rh. als Sohn des Geheimen Regierungsrates Gustav Julius Geißel und dessen Ehefrau Julie geb. Jung, einer Tochter des Großindustriellen und ehemaligen Besitzers der Kommerer Bleibergwerke zu Roggendorf (Rheinland), widmete er sich nach dem Besuch eines humanistischen Gymnasiums in Köln a. Rh. und der Hauptkadettenanstalt Berlin-Lichterfelde als Offiziersaspirant zunächst der Militärlaufbahn. Talent und Neigung führten ihn jedoch bald zum Journalismus, zunächst im Nebenberuf als Mitarbeiter einiger Blätter in München und Bremen. Studium von Literatur, Musik- und Kunstgeschichte, ausgedehnte Reisen förderten seine Kenntnisse auf Grund tüchtiger Allgemeinbildung. Julius Geißel war 1902 bis 1912 bei der „Rheinischen Volkszeitung“ als Redakteur tätig. Später ging er in gleicher Eigenschaft nach Breslau, dann nach Neustrelitz an die „Landeszeitung für beide Mecklenburg“, von wo er nach Graudenz als Chefredakteur des „Geselligen“ übersiedelte. Nachdem der Gesellige an ein polnisches Konsortium verkauft worden war, kehrte Julius Geißel später, da ihn als Reichsdeutschen mancherlei Schwierigkeiten bedrohten, nach Deutschland zurück. Er hat sich dann noch im vorgerückten Alter eine neue Existenz durch seine Zeitungskorrespondenz in Wiesbaden gegründet. Kollege Geißel war jahrelang Mitglied des Landesvereins Hessischer Zeitungsredakteure.

Schriftleiter Schwaab †. In Ludwigshafen starb im St. Vinzentiuskrankenhause der Schriftleiter Schwaab im 80. Lebensjahre. Bis vor drei Jahren hat er noch in seinem Berufe gewirkt.

Inhaltsangabe:

Pressebeschwerden im Haag. Von W. Hack.
Journalist und Richter. Von Davidsohn.
Hermann Löns als Journalist. Von M. A. Tönjes.
Ein bißchen mehr Corpsgeist. Von Steinberg.
Zum 1. Zeitungsfachlichen Fortbildungskursus.
Kulissenschieber. Von Dr. Haar.
Machen wir uns lächerlich?
Fachrundschau.
Kurze Nachrichten.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Verein Frankfurter Presse. Dr. Ruth Bachert (Generalanzeig.), Frankfurt a. M., Holbeinstr. 57; Dr. Berthold Günsche (Generalanz.), Frankfurt a. M. Berger Str. 156; Ernst Nebhut (Frankf. Nachr.), Frankfurt a. M., Wittelsbacher Allee 62; Jakob Weisbecker (fr. Journalist), Frankfurt a. M., Kantstr. 25.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. Paul Niehaus (Dresdner Nachr.), Dresden-A., 21, Altenbergerstr. 25.

Verband der Schlesischen Presse. Red. Bruno Klatt (Niederschles. Allg. Ztg.), Sagan/Schles., Güntherstr. 29.

II. Neuanmeldungen.

Bezirksverband Berlin. Hermann Bittner und Lorenz Sedlmayr (beide Deutsche Post).

Verein Frankfurter Presse. Dr. Hans Thilow (Taunusbote Bad Homburg), Bad Homburg, Gymnasiumstr. 5; Carl Prill (Schuhfabrikanten- und Schuhhändler-Ztg.), Bad Homburg, Ludwigstr. 8.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Überwiesen an den Bezirksverband Berlin: Hermann Huth, bisher Nürnberg, ab 1. 10. Mitglied des Pressebüros des Siemenskonzerns.

Bezirksverband Berlin. Von Frankfurt überwiesen: Walter Katz, W. 30, Regensburgerstr. 31.

Verein Nassauischer Redakteure. Überwiesen an Verband Rheinland-Westf., ab 1. 10.: Dr. Müller-Werth (Westfälische Zeitung), Bielefeld.

Verband der Schlesischen Presse. Chefred. Adolf Lindemann, bisher Halle, jetzt Sagan, Markt 17 (Niederschles. Allg. Zeitung.).

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Ausgetreten ist wegen Berufswechsels Georg Reidel, Rosenheim.

Landesverband Mitteldeutschland. Wegen Berufswechsels ab 1. 10. ausgetreten Paul Sachse, Magdeburg und Fritz Rau, bisher Kassel.

Verband der Schlesischen Presse. Friedr. Kaminsky, Hindenburg, wegen nicht vollberuflicher journalistischer Tätigkeit freiwillig ausgetreten.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW 68. Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

Die Rationalisierungsbewegung

Von Hans Hinnenthal, geschäftsführendem Vorstandsmitglied des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit.

Rationalisieren ist kein Handwerk, das einer erlernen kann. Rationalisierung ist auch keine Geheimwissenschaft, die von einem kleinen Kreis Eingeweihter verwaltet wird. Rationalisierung ist nichts weiter und nichts weniger als das Bestreben, überall im wirtschaftlichen Bezirk ein möglichst günstiges Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag herbeizuführen. Demgemäß ist die Rationalisierung nichts von außen her an die Wirtschaft Herangebrachtes, vielmehr ist das Streben nach Wirtschaftlichkeit der Wirtschaft selbst immanent. Neuartig ist jedoch der hohe Grad von Allgemeinheit und Bewußtheit, mit dem heute die Forderung nach Wirtschaftlichkeit auf fast allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Seins erhoben wird. Gerade diese Allgemeinheit und Bewußtheit sind es, welche die Rationalisierung aus einer Summe von Einzelforderungen und Einzelmaßnahmen zu einer Erscheinung machen, die man eben als Bewegung bezeichnen kann.

Das Betätigungsfeld dieser Bewegung wird von drei einander überlagernden Kreisen gebildet, die man als die technische, die kommerzielle und die volkswirtschaftliche Rationalisierung bezeichnet hat. Dabei geht die technische Rationalisierung auf die Erreichung höchster Wirtschaftlichkeit im Fertigungsprozeß. Hier soll z. B. der Materialvergeudung entgegengetreten, hier sollen unproduktive Transporte vermieden, hier soll eine optimale Energieausnutzung erreicht werden. Dabei ist das Ziel immer folgendes: die Güter sollen den reinen Produktionsprozeß mit möglichst geringer Kostenbelastung für die Produkteinheit verlassen. Normung, Typisierung und Spezialisierung sind hier die Voraussetzungen wirtschaftlicher Fertigung und wirtschaftlicher Verwaltung. Mit dieser Zielsetzung ist der Beginn der deutschen Rationalisierungsbewegung verknüpft.

Nachdem man lange Zeit die ganze Wirtschaft etwas allzu einseitig als Produktionswirtschaft betrachtet hatte, hat gerade neuerdings auf Grund der unbestreitbaren Erfolge der Rationalisierung im Bezirke der Produktion die Frage nach rationeller und planmäßiger Absatzgestaltung eine besondere Bedeutung gewonnen. Die vergrößerte Kapazität auf der Produktionsseite muß ausgenutzt, und die gesteigerte Produktion muß abgesetzt werden. Man hat kürzlich nicht mit Unrecht davon gesprochen, daß der Fertigung am fließenden Bande gewissermaßen der Absatz am fließenden Bande folgen müsse. Die Fragen, die sich hier aufdrängen, führen an den Problemkreis der kommerziellen Rationalisierung heran. Hier handelt es sich beispielsweise um die Nutzbarmachung der Beschleunigung des Durchganges der Waren aus der reinen Produktion in die Hände des Verbrauchers, um einen Abbau allzu großer, den Kreditmarkt unnötig belastender Warenlager usw. Wie gesagt, ist erst in der letzten Zeit die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung der Verteilungsfunktionen in das rechte Licht gerückt worden.

Sind die Maßnahmen technischer und kommerzieller Rationalisierung in Gefüge der Betriebe, der Unternehmungen und der Unternehmungszusammenschlüsse durchzuführen, so verbleibt noch eine ganze Reihe von Fragen, die dem Gebiet der volkswirtschaftlichen Rationalisierung zuzurechnen sind. Es sei hier nur an die rationelle Abstimmung der Leistungen der Verkehrsmittel (Eisenbahn, Kraftverkehr, Wasserverkehr, Luftverkehr usw.) sowie an die von der Allgemeinheit stark beeinflußte Ausgestaltung der Energieversorgung (Elektrizität, Gas, Wasser) erinnert. Dazu treten etwa die Probleme rationeller Kapital-Aufbringung, -Verteilung und -Verwendung. Schließlich erfordert die rationellste Behandlung der arbeitende Mensch selbst, der nicht nur der wichtigste Träger geistiger und körperlicher Energien ist, sondern dem die ganze Rationalisierungsbewegung überhaupt dienen muß.

Die Bedeutung der Rationalisierungsbewegung ist von der Allgemeinheit frühzeitig erkannt worden. In den meisten Ländern hat der Staat Mittel bereitgestellt, um diese Bewegung zu unterstützen und zu fördern. Wie vollzieht sich nun die Tätigkeit derjenigen Stellen, die wie das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit sich die Förderung der Rationalisierung zur Aufgabe gestellt und die öffentlichen Mittel ihrer Bestimmung zuzuführen haben? Von vornherein muß hervorgehoben werden, daß die Rationalisierung nicht von zentralen Stellen „gemacht“ werden soll. Durchzuführen sind vielmehr die Rationalisierungsaufgaben von den Organen der Wirtschaft und der Verwaltung selbst. Aufgabe des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit als Treuhänder ist es aber, in seinen Ausschüssen und bei den mit ihm arbeitenden Körperschaften diese Stellen, also Vertreter der Erzeuger, des Handels, der Verbraucher, der Wissenschaft und der Behörden zum Erfahrungsaustausch und zum Zwecke der Gemeinschaftsarbeit zusammenzuführen. Auf diese Weise werden Rationalisierungsmittel geschaffen und Rationalisierungsmethoden entwickelt, die es dem Praktiker im Betriebe, im Unternehmen und bei der Behörde ermöglichen bzw. erleichtern, seine besonderen Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen. Es seien in diesem Zusammenhange nur die Arbeiten über Fließarbeit, rationelle Energieleitung, zweckmäßiges Verpacken, rationelle Ausgestaltung des betrieblichen Transportwesens, weiter die Ortsnumerierung, die Effektennumerierung, die Schaffung des Einheitswechsels, des Einheitsschecks usw. hervorgehoben.

Ein großer Teil der Rationalisierungsaufgaben erfordert zu seiner Lösung nicht nur den Erfahrungsaustausch und die Gemeinschaftsarbeit der Vertreter eines Wirtschaftszweiges, sondern darüber hinaus die Verständigung mehrerer aufeinanderfolgender

Digitized by Google

Stufen des Wirtschaftsprozesses. Es sei hier nur hingewiesen auf die Gebiete der Normung und Typung, auf die Schaffung einheitlicher Lieferbedingungen usw. Hier können Voraussetzungen rationeller Herstellung, rationeller Verteilung und rationellen Verbrauchs nur so geschaffen werden, daß die Erzeuger, Händler und Verbraucher von vornherein sich über ihre Schaffung und über ihre Notwendigkeit verständigen. So erfordern Lieferbedingungen und Prüfverfahren beispielsweise für Ledertreibriemen eine Abstimmung der Wünsche und Ansichten des verhältnismäßig großen Kreises aller Interessenten für Ledertreibriemen. Es liegt auf der Hand, daß die heute von verschiedenen Stellen betriebene Vereinheitlichung unserer agrarischen Produkte am nachhaltigsten wohl auch nach dieser Methode des Vorgehens sich bewerkstelligen läßt.

In Zukunft wird man auch in Deutschland derjenigen Methode der Rationalisierung größte Aufmerksamkeit widmen müssen, die darauf hinausläuft, für ganze Wirtschaftszweige die Grundlagen für die Rationalisierung zu finden. Hierbei handelt es sich nicht darum, dieses oder jenes möglichst allgemein anwendbare Rationalisierungsmittel zu schaffen, sondern die Verlustquellen, d. h. unrationelle Verfahrungsweisen und Organisationsformen sollen in einem Wirtschaftszweige in ihrer Gesamtheit aufgedeckt werden. Hierzu muß der Stand der Betriebe und Unternehmungen erfaßt werden. Es werden Betriebsvergleiche angestellt, und schließlich muß gemeinschaftlich das Fazit aus den aufgedeckten Tatsachen gezogen werden. Solche fachliche Gruppen haben sich in der Industrie und im Handel bereits gebildet.

Das Reichskuratorium will demnach der Rationalisierungsbewegung dadurch dienen, daß es Anregungen gibt, einen Austausch der Erfahrungen herbeiführt, die Erkennung der Lage erleichtert und Kräfte schafft, welche die daraus zu ziehenden Forderungen in die Tat umsetzen.

Reichssparkommissar und Rationalisierung

Von Ministerialrat Professor Dr.-Ing. Schäfer.

Wer mehr Kraft, Stoff oder Zeit auf eine Arbeit verwendet, als ihr Zweck erfordert, schädigt sein Unternehmen. Wer dies in der öffentlichen Verwaltung tut, verursacht höhere öffentliche Ausgaben als unabweisbar nötig. Der Reichssparkommissar, der berufen ist, die öffentlichen Ausgaben zu vermindern, hat deshalb an alle Verwaltungsaufgaben und ihre Erfüllung den Maßstab der Wirtschaftlichkeit zu legen. Seine Bestrebungen verfolgen somit vielfach gemeinsame Wege und Ziele mit dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, das berufen ist, der deutschen Volkswirtschaft Rationalisierungswege zu zeigen. Bestimmungsgemäß erstrecken sich die Befugnisse des Reichssparkommissars nur auf Reichsbehörden. Seine Vorschläge und Maßnahmen waren aber stets durch Rücksicht auf unsere gesamte Volkswirtschaft geleitet und bemessen.

Deutlich erkennbar ist das aus dem Einfluß, der auf die Sachausgaben der behördlichen Verwaltung geübt wird, die jährlich mehrere Milliarden ausmachen. Hier gilt es, die Anforderungen der Behörden zu vereinheitlichen und mit denen anderer Verbraucher abzustimmen im Sinne einer Rationalisierung der Herstellung und des Absatzes. Nur so lassen sich die technischen Voraussetzungen für wirtschaftliche Gestaltung des behördlichen Beschaffungswesens gewinnen. In ständiger Zusammenarbeit mit dem Normenausschuß der deutschen Industrie und dem Reichsausschuß für Lieferbedingungen sind für viele Dinge des Behördenbedarfes Normen und einheitliche Gütevorschriften aufgestellt worden. Im Bauwesen ist die „Verdingungsordnung für Bauleistungen" mit ihren technischen Einzelvorschriften für die verschiedenen Bauhandwerke geschaffen. Ihre ausschließliche Anwendung in Behörden und Betrieben des Reiches, der Länder und Gemeinden und weiten Kreisen der Privatwirtschaft hat Vereinfachung und fühlbare Entlastung für Auftraggeber und Unternehmer gebracht. Die Einführung genormter Bauteile wird durch Bevorzugung bei Bauzuschüssen und Krediten und durch zunehmende Anwendung bei fiskalischen Bauten zielbewußt gefördert. Das muß zur Verbilligung beitragen. Ebenso sind die Behörden im Kraftfahrwesen, im Fahrrad- und Schreibmaschinenbau Träger, Führer und Förderer der Vereinheitlichung mit dem Ziele, Herstellung, Handel, Verbrauch und Anwendung wirtschaftlich zu gestalten. Die genormte Schreibmaschine wäre ohne behördliche — aber zwanglose — Initiative wohl nicht entstanden. Gleiches gilt vom Einheitsrad, das in der Entwicklung ist. Im Textilwesen bedeutet die eingeleitete Vereinheitlichung der Uniformtuche für rund 1 Million Uniformträger im Deutschen Volk einen wesentlichen Schritt zur Rationalisierung. Nicht weniger die Normung des Krankenhausbedarfs, die im Fachnormenausschuß für Krankenhauswesen unter starker Mitwirkung der Behörden betrieben wird. Zur Vereinfachung der gesamten öffentlichen und privaten Verwaltung trägt die Normung der Papierformate, Vordrucke und Formulare bei. Durch Verzicht auf das Folio als behördliches Sonderformat und ausschließliche Anwendung der genormten Din-Formate ist neben Papierhandel und Industrie der gesamten Wirtschaft gedient. Im Formular- und Vordruckwesen (Einheitsscheck und Rechnung) arbeiten die Behörden eng mit dem Ausschuß für wirtschaftliche Verwaltung (A. W. V.) beim R. K. W. und mit dem Diwiv (Deutsches Institut für wirtschaftliche Arbeit in der öffentlichen Verwaltung) zusammen. Letzteres Institut ist geschaffen, um die Gedanken der Rationalisierung in die Praxis der Behörden in Reich, Ländern und Gemeinden zu tragen.

Der Reichssparkommissar hat seine Aufgabe stets auch in einer Zusammenführung der Ressorts zur Gemeinschaftsarbeit in Fragen der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung gesehen. Zu diesem Zwecke sind auf seine Anregung verschiedene behördliche Arbeitsgemeinschaften geschaffen oder in Bildung (z. B. Bürotechnik, Kraftfahrwesen, Bauwesen, Psychotechnik, Werkstattstechnik). Sie stellen zugleich die Verbindung mit den gleichgerichteten Bestrebungen in der privaten Wirtschaft dar. Die Maßnahmen sind erfolgreich gewesen und versprechen weiteren Nutzen.

Digitized by Google

Wirtschaftlichkeitsbestrebungen bei der Deutschen Reichspost

Von Ministerialdirektor Dr. Andersch, Reichspostministerium

In der Vorkriegszeit wurden die Einrichtungen der Reichspost im innerdeutschen und im internationalen Verkehr den Bedürfnissen entsprechend ausgebaut und auf eine allgemein anerkannte Höhe gebracht. Außerdem konnte bis 1913 von der Reichspost mehr als 1 Milliarde Goldmark als Reinertrag an die Reichskasse abgeführt werden. Dies war möglich, weil die Leiter der Reichspost, allen voran ihr Gründer und Organisator, der geniale Heinrich von Stephan, von Anfang an auf wirtschaftliche Geschäftsführung im Sinne der damaligen Zeit den größten Wert legten und weil die allgemeine Wirtschaft, mit der die Reichspost von jeher schicksalsverbunden ist, im großen und ganzen sich in einer aufsteigenden Linie entwickelte.

Während des Krieges stand die Reichspost mit Personal und Einrichtungen zur weitestgehenden Verfügung der Heeresverwaltung. Die allgemeine Wirtschaft lag darnieder. Die Reichspost wurde nun ein ausgesprochener Minusbetrieb, dessen Defizit von Jahr zu Jahr stieg.

Dies änderte sich nicht in den ersten Nachkriegsjahren. Galt es ja, die heruntergewirtschafteten Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen und den Verkehr neu aufzubauen. Schwierigkeiten über Schwierigkeiten türmten sich auf: die durch den unglücklichen Kriegsausgang verursachte Inflation an Menschen in einer blutleeren Wirtschaft, die rapide fortschreitende Geldentwertung, die immer mehr sich geltend machende Verarmung weiter Volksschichten, die Ebbe in den öffentlichen Kassen, das verzweifelte Ringen der Wirtschaft um ihre Existenz, die durch die Änderung der Reichsgrenzen notwendig gewordene Schaffung neuer Verkehrsanlagen usw. Mit anderen Worten: es mußte bei der Reichspost eine tiefgreifende Umstellung in verkehrspolitischer, betrieblicher und personalwirtschaftlicher Beziehung vorgenommen werden. Daß in jenen Zeiten die Finanzen der Reichspost immer ungünstiger wurden, bedarf keiner besonderen Erwähnung.

Die Leitung der Reichspost ging in Erkenntnis dieser Sachlage bald nach Beendigung des Krieges mit Entschlossenheit daran, Verkehr und Betrieb zu verbessern, leistungsfähiger und so auch rentabler zu gestalten. Es setzte eine gründliche Durchprüfung aller Verhältnisse ein. Ein besonderer Sparkommissar des Reichspostministers und ein aus Parlamentariern und Vertretern der Wirtschaft zusammengesetzter „Vereinfachungsausschuß" leisteten erfolgreiche Arbeit.

Der damalige und der später gesetzlich angeordnete Beamtenabbau brachte eine Verringerung des Personals der Reichspost um rd. 115 000 Kräfte. Im übrigen ließ jedoch die Unsicherheit der allgemeinen Verhältnisse die Sparmaßnahmen zunächst nicht zur vollen Auswirkung kommen.

Mit dem 15. November 1923 wurde die Reichspost von dem allgemeinen Reichsfinanzwagen abgehängt und ganz auf eigene Füße gestellt. Von da ab muß die Reichspost, insgesamt gesehen, ihre Ausgaben durch eigene Einnahmen decken. Aus der allgemeinen Reichskasse erhält sie keinerlei Zuschuß mehr.

Durch das am 1. April 1924 in Kraft getretene Reichspostfinanzgesetz wurde die Deutsche Reichspost ein selbständiges, nach kaufmännisch-wirtschaftlichen Grundsätzen zu verwaltendes Unternehmen; das Sondervermögen der Reichspost wurde von dem übrigen Reichsvermögen getrennt. Die Reichspost ist aber Reichsanstalt geblieben. Sie ist, wie hervorgehoben sei, kein Kaufmann. Denn sonst müßte sie alle unrentablen Betriebszweige abstoßen. Hierher würde z. B. die Versorgung des platten Landes mit Post-, Telegraphen- und Fernsprecheinrichtungen gehören. Ein solches Vorgehen würde aber eine schwere Beeinträchtigung der Wirtschaft und der Bevölkerung bedeuten. Aus dem der Reichspost gesetzlich zugelegten Verwaltungsmonopol ergibt sich aus staatspolitischen und kulturellen Gründen die Verpflichtung, alle unabweisbar notwendigen Verkehrseinrichtungen zu treffen, auch wenn im Einzelfall die Ausgaben in den Einnahmen keine volle Deckung finden sollten. Für finanziell nicht ergiebige Betriebszweige und Gegenden müssen in solchen Fällen die Überschüsse an anderen, günstiger gelagerten Stellen ausgleichend herangezogen werden.

Mit der Stabilisierung wurden die Bestrebungen nach Vereinfachung und Verbilligung von Verwaltung und Betrieb wieder aufgenommen, nachdrücklich fortgesetzt und erweitert. Neben der Umstellung der gesamten Rechnungsführung auf kaufmännische Formen (Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnung) wurde mit allen Mitteln versucht, das Unternehmen als selbständigen und mit seinen Pflichten und Rechten vollwertig anerkannten Wirtschaftskörper in erhöhtem Maße der allgemeinen Wirtschaft an- und einzugliedern. Unter Zusammenfassung aller dahin gerichteten Absichten stellte der damalige Reichspostminister Dr. Stingl im Juli 1925 in einem besonderen Erlaß Richtlinien für die Wirtschaftspolitik der Reichspost auf. Sie sind im Grunde bis heute in Geltung, wurden aber selbstverständlich im Laufe der Zeit ausgebaut und durch den jetzigen Reichspostminister Dr. Schätzel tatkräftig und zielbewußt weitergetrieben und durchgeführt. Auch der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost, von dessen 40 Mitgliedern bekanntlich 12 der allgemeinen Wirtschaft angehören, hat in demselben Sinne eine Reihe von Forderungen gestellt. Dementsprechend regelt sich die Wirtschaftsfüh-

Digitized by Google

rung der Deutschen Reichspost nach folgenden Leitsätzen:

a) Äußerste Sparsamkeit im Sinne vernünftiger Wirtschaftlichkeit auf allen Gebieten von Verwaltung, Betrieb und Technik; dauernde Niedrighaltung der Betriebskosten und der allgemeinen Unkosten; Nutzbarmachung aller ökonomischen und technischen Vorteile des Großbetriebs; rationelle Einrichtung der Arbeitsmethoden;

b) Modernisierung von Verwaltung und Betrieb, d. h. weitgehende und großzügige Anpassung der Einrichtungen und der Betriebsführung an die Forderungen der Neuzeit;

c) Vervollkommnung der Betriebsarten, -formen und -einrichtungen nach den Geboten der Wirtschaftlichkeit und unter Berücksichtigung der engen Beziehungen zwischen der Deutschen Reichspost und ihrem Kundenkreise; Durchführung der Rationalisierung im Rahmen der verfügbaren Geldmittel und soweit sie in kürzerer Frist wesentlichen Wirtschaftsnutzen bringt; Beschränkung des Personals auf das Mindestmaß;

d) engste Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Reichspost und der allgemeinen Wirtschaft zur Erkundung und möglichsten Ausgleichung ihrer gegenseitigen Wirtschaftsinteressen und -bedürfnisse;

e) Durchdringung des Personals mit zeitgemäßem Wirtschaftsgeist und Wirtschaftsverständnis.

Die vom Reichspostministerium bis in die letzte Zeit durchgeführten Vereinfachungs- und Sparmaßnahmen erstrecken sich auf die Organisation, den Verkehr und Betrieb, die technischen Einrichtungen, das Beschaffungswesen, die Kassen- und Rechnungsführung sowie auf die Personalwirtschaft.

Verwaltungsreform.

Weitgehende Dezentralisation — das ist der Leitgedanke, der die Befugnisse der einzelnen Stellen festlegenden Zuständigkeitsordnung vom 1. April 1928. Im Reichspostministerium, der Zentrale, werden nur Angelegenheiten von grundlegender, richtunggebender Bedeutung bearbeitet und auch nur insoweit, als es gesetzlich vorgeschrieben oder mit Rücksicht auf die allgemeine und finanzielle Tragweite einer Sache unerläßlich ist.

Alle anderen, ihrer Natur nach ebenfalls zentral, aber nicht ministeriell zu bearbeitenden Aufgaben der allgemeinen Verwaltung, des Postbetriebs, des Kassen- und Rechnungsdienstes sowie des Beschaffungswesens sind dem aus dem Telegraphentechnischen Reichsamt hervorgegangenen Reichspostzentralamt übertragen; es ist auch die Zentralstelle für die Behandlung aller technischen Fragen.

Der Schwerpunkt des praktischen Vollzugs von Verwaltung und Betrieb liegt bei den Oberpostdirektionen, deren Präsidenten in enger Fühlung mit der Zentrale über eine weitgehende Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit verfügen. Für die einheitliche, flüssige und wirtschaftliche Behandlung bestimmter Verwaltungs- und Betriebsangelegenheiten sind mehrere Bezirke unter „geschäftsführenden Oberpostdirektionen" zu Gruppen zusammengefaßt. Die organisationsmäßige Innengliederung der Oberpostdirektionen ist nach einheitlichen Gesichtspunkten geregelt. Die Frage der Verminderung der Zahl der Oberpostdirektionen schwebt noch. Sie soll als ein Teil der allgemeinen Verwaltungs- und Finanzreform in Reich und Ländern in engster Fühlung und im Gleichschritt mit den übrigen beteiligten Verwaltungen durchgeführt werden, Zeit und Ausmaß stehen noch nicht fest.

Den äußeren Dienststellen ist in weitestem Umfange die selbständige Erledigung der örtlichen Geschäfte

Bild 1. **Halbmechanische Briefverteilanlage bei dem Postamt Berlin SW. 11 (Anh. Bhf.)** Die Wagen hängen an Schienen an der Decke, überbringen die Briefe vom I. zum II. Verteilgang. Das Sortiergeschäft wird erheblich beschleunigt.

Digitized by Google

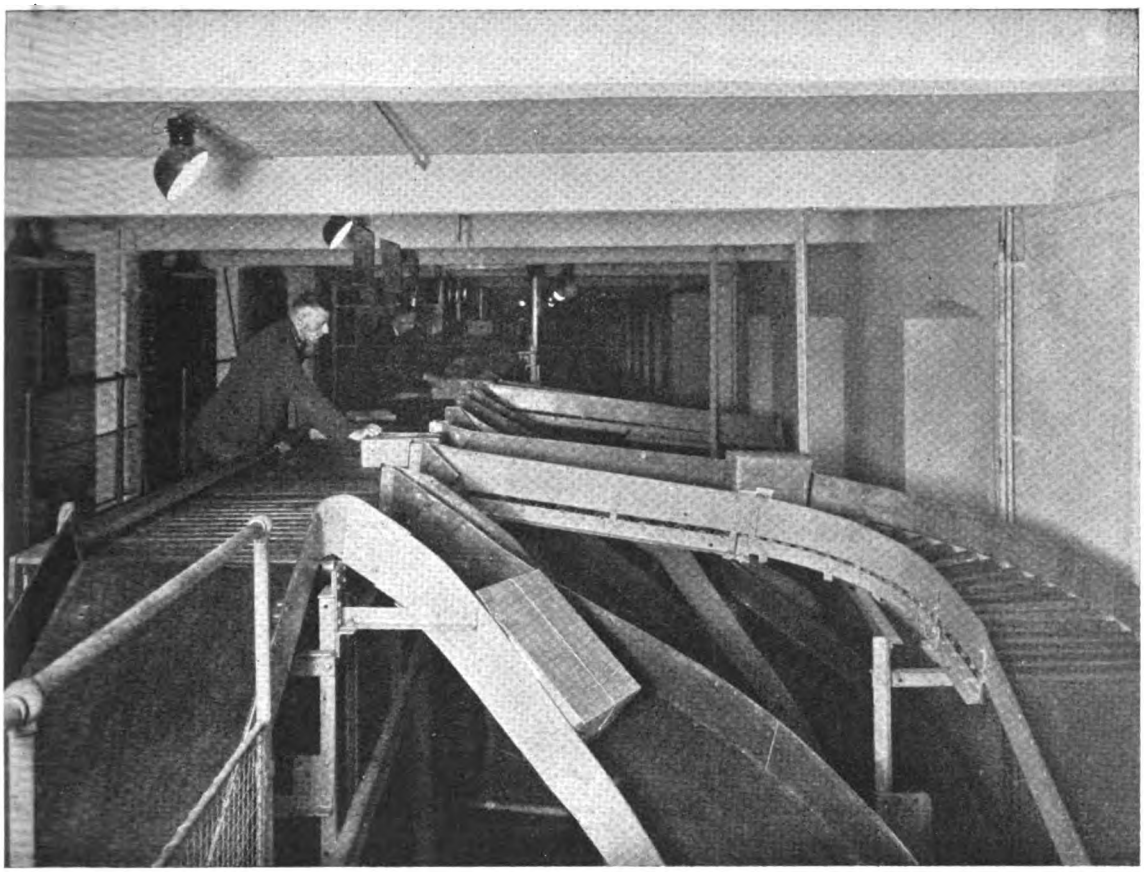


Bild 2. **Paket-Verteilanlage des Postamts Hamburg 2.**
Die Pakete fließen (von links) dem Verteiler zu und werden in 8 Rutschen nach verschiedenen Bahnpostkursen abgeschoben.

Die Mechanisierung jeder Art findet ihren sichtbaren Ausdruck darin, daß zurzeit über 1600 mechanische Fördereinrichtungen aller Art im Betrieb sind (Förderbänder, Rollbahnen, Einsatzkarren, Elektroschlepper, Briefkasten-Entleerungsanlagen, Seilposten, Kettenbahnen, Fallschächte, Rutschen, Rohrposten usw.). Daß es sich hierbei zum Teil um sehr große Anlagen handelt, zeigen die Bilder 1 und 2. An Maschinen aller Art sind im eigentlichen Postdienst über 20 000 im Betrieb, darunter 5000 Schreibmaschinen, 5000 Addier-

übertragen. Zur rationellen Gestaltung der Leitung und Überwachung des Betriebsdienstes und der Verkehrsmittel sind regional abgegrenzte Oberbetriebsleitungen gebildet für den Bahnpost-, den Fernsprechfernleitungs- und den Kraftpostbetrieb. Aus demselben Grunde werden örtliche Betriebe, z. B. Postabfertigung, Briefkastenleerung und Hauptkassen, immer mehr zusammengelegt.

Rationalisierungsmaßnahmen allgemeiner Art.

a) Seit August 1927 besteht ein von besonders ausgewählten und erprobten Beamten wahrgenommener Bezirkswirtschaftsdienst, dessen Ziel die eingehende und dauernde Durchprüfung aller Betriebsstellen auf wirtschaftliche Arbeitsweise ist (organisches Ineinandergreifen der einzelnen Dienstverrichtungen, Beseitigung der Leerläufe, zweckmäßige Anordnung der Betriebsmittel, soziale Einrichtungen).

b) Auf dem Gebiete der Mechanisierung, Maschinisierung, Normung und Typung sind in enger Zusammenarbeit mit dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit und dessen Ausschüssen große Fortschritte erreicht worden. Überall, wo es zur Beschleunigung und Vereinfachung des Betriebs, zur Entlastung des Personals und zur Erzielung größerer Wirtschaftlichkeit dient, werden mechanische Einrichtungen getroffen; die Errungenschaften der modernen Technik müssen nutzbar gemacht werden.

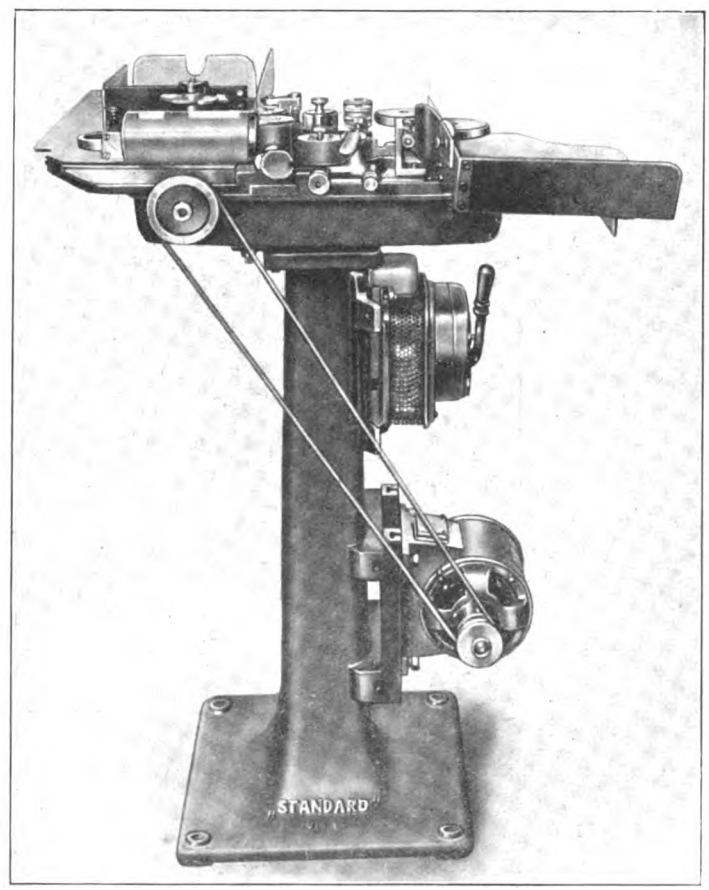


Bild 3. **Briefstempelmaschine,**
bearbeitet in der Minute bis zu 400 Sendungen.

Digitized by Google

Bild 4. **Postkraftwagen verlassen die Zentraleingangsstelle** für die nach Berlin gerichteten Briefsendungen und bringen sie in schleunigster Fahrt zu den 60 Zustellämtern. Es wird mit Minuten gerechnet.

maschinen, 2500 Werkzeugmaschinen, 1200 Vervielfältigungsmaschinen, 800 Buchhaltungsmaschinen, 700 Briefstempelmaschinen (Bild 3), über 600 Rechenmaschinen, 300 Adressiermaschinen (Adrema), 300 Postanweisungsstempelmaschinen usw. Als bemerkenswert sei erwähnt, daß bei 12 von den 19 Postscheckämtern der gesamte Buchungsdienst bereits durch Maschinen ausgeführt wird; bei den übrigen wird es demnächst der Fall sein.

Auch bei den Beförderungsmitteln ist eine ausgedehnte Motorisierung festzustellen. Pferde und Postillione verschwinden aus dem Orts- und Überlandbetrieb immer mehr. An ihre Stelle treten der Postkraftwagen und das Postkraftrad, deren Bedeutung und Ausnutzungsmöglichkeit für die Postbeförderung noch ständig wachsen; die beschleunigte Bewältigung des postalischen Massenverkehrs ist nur durch den Kraftbetrieb möglich. (Bild 4.) Die Deutsche Reichspost ist mit ihren 9000 Kraftfahrzeugen und einem Streckennetz von 37 000 km das größte Kraftfahrunternehmen Deutschlands.

Aus dem Gebiete der Normung und Typung sind zu nennen die Dinformate, die Normen für Arbeitsgeräte, das Bauzeug, die Fahrzeuggestelle, die Aufbauten der Kraftomnibusse, das Handfahrgerät, die Dienstmöbel, die Kabelformstücke; der Einheitstelegraphenapparat und die raumsparenden kleineren Wähler im Selbstanschlußbetrieb fallen auch hierunter. Die Fahrzeugtypen wurden verringert. Die rationelle Entwicklung der Selbstanschlußapparate veranschaulicht das Bild 5, während das Bild 6 die Umstellung des Bezirksfernsprechnetzes auf den Schnellverkehr und die dadurch herbeigeführte außerordentliche Vereinfachung des Leitungsnetzes erkennen läßt.

Die Erfahrungen und Fortschritte von Wissenschaft und Technik sind auch in der Wärmewirtschaft und den Beleuchtungsfragen (Fernheizanlagen, Abgasverwertung, eigene Heizkraftwerke, Beleuchtungsnormen) nutzbar gemacht.

c) Für die Geschäftsformen des Verwaltungsdienstes kommen alle bürotechnischen Hilfsmittel der Neuzeit zur Verwendung (Büromaschinen aller Art, Karteien, Möbel usw.). Der Registraturbetrieb wird nach dem Zahlensystem umgestellt. Die Zentralregistraturen werden durch Fachkarteien entlastet, die von Bürobeamten neben ihren sonstigen Arbeiten ge-

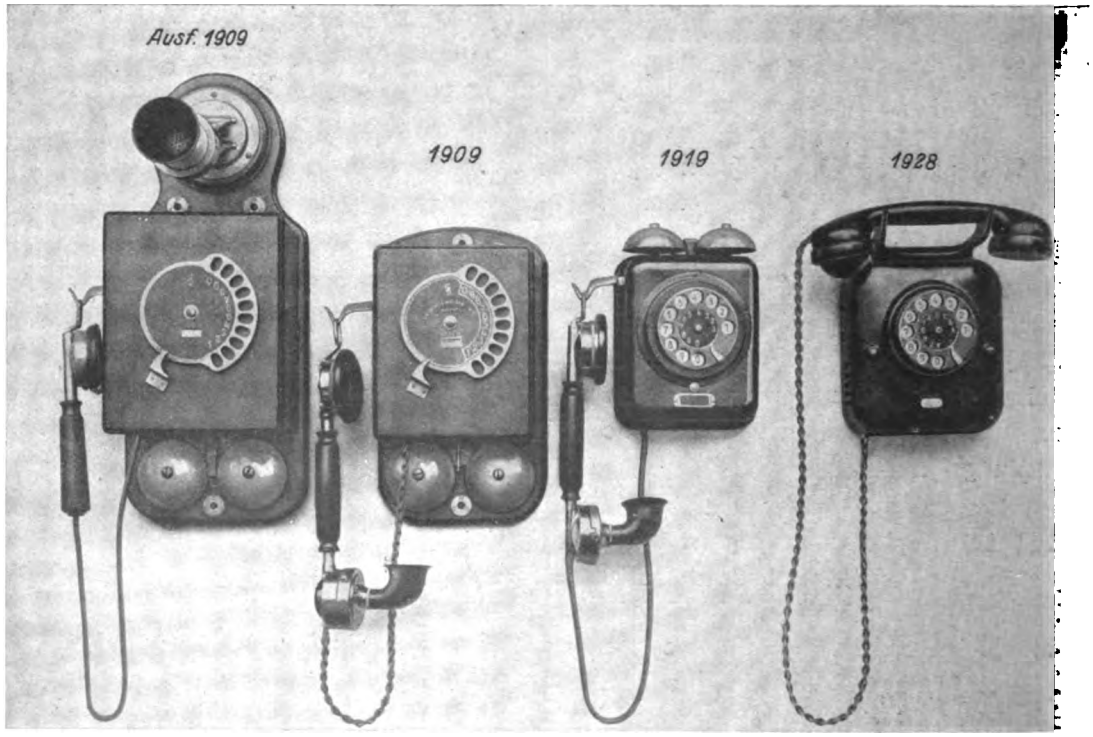
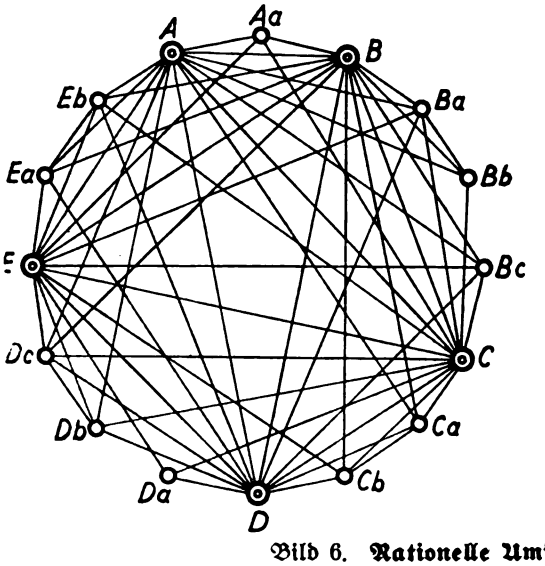


Bild 5. **Entwicklung der Fernsprech-Wandapparate in Netzen mit Selbstanschlußbetrieb.** In Auswirkung der Rationalisierung und Normung sind die Apparate handlicher, zweckmäßiger und kleiner geworden.

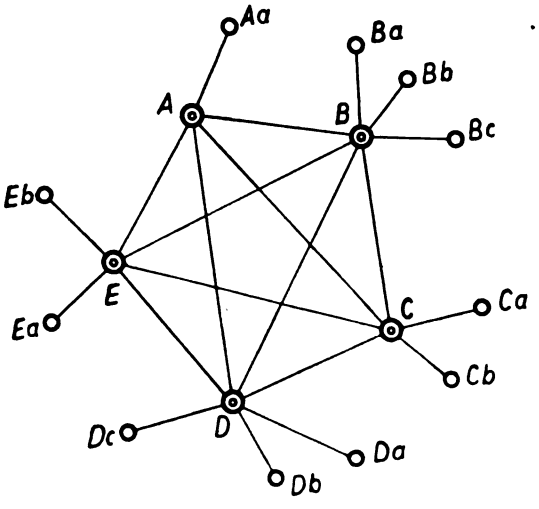
Digitized by Google

führt werden. Neuerdings sind zur Arbeitserleichterung und Beschleunigung sowie im Interesse einer sparsamen Personalwirtschaft beim Reichspostministerium und bei vielen Oberpostdirektionen besondere Diktierleitungen eingerichtet worden; dadurch ist den Beamten die Möglichkeit gegeben, von ihrem Arbeitsplatz aus durch Fernsprecher den entfernt sitzenden Schreibkräften der Kanzlei Schriftsätze unmittelbar in die Schreibmaschine zu diktieren.

d) Ein Wirtschaftsunternehmen, das einen so gewaltigen Umfang hat und dessen Sachvermögen über 2,3 Milliarden RM beträgt, hat selbstverständlich einen starken Eigenkonsum. Jährlich werden von der Deutschen Reichspost für etwa 300—400 Mill. RM Aufträge an die Wirtschaft vergeben. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß sich gerade beim Beschaffungswesen zahlreiche Möglichkeiten zu sparsamer Wirtschaftsführung bieten, daß anderseits Unklarheiten und Unsicherheiten bei den Beschaffungs- und Verbrauchsstellen großen Schaden für die Reichspost im Gefolge bringen können. Das Reichspostministerium hat daher eingehende Grundsätze herausgegeben für die Zuständigkeit der verschiedenen Beschaffungsstellen, für die Bedarfsermittlung, die Preispolitik, die Auftragserteilung, die Abnahme der Lieferungen und Leistungen, die Lagerung, die Verwertung des Altzeugs und für die Buchführung. Dabei ist die Reichspost bemüht, soweit es ihre Aufgaben und ihre Eigenwirtschaftlichkeit zulassen, durch planmäßige Verteilung der Bestellungen die allgemeinen Konjunkturausschläge zu mildern und so Schäden der Lieferer zu Zeiten wirtschaftlicher Depression zu verhindern. Für die Vergebung der Aufträge ist ausdrücklich angeordnet, daß dem freien Wettbewerb ein möglichst großer Spielraum zu geben ist; das örtliche Handwerk und Gewerbe sowie sonstige ortsansässige Lieferer und Unternehmer sind tunlichst weitgehend heranzuzuziehen. Ringbildungen soll mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Auf zweckmäßige Vorratswirtschaft und starke Einschränkung der Lagerhaltung wird besonderer Wert gelegt, um nicht Kapital unnütz fest liegen zu haben. Lagerbestände dürfen in der Regel nur auf 2 Monate bemessen werden; wo es möglich und wirtschaftlich ist, sollen die Beschaffungsgegenstände zu feststehenden Preisen jederzeit vom Lieferer erst im Bedarfsfall abgerufen werden.



Bezirksfernsprechnetz (frühere Netzanlage).



Schnellverkehrsnetz (jetzige Netzanlage).

Bild 6. **Rationelle Umstellung der Bezirksnetze.**

e) Es ist nur folgerichtig, wenn die Deutsche Reichspost als kaufmännisch-wirtschaftliches Unternehmen eine starke Eigenwerbung treibt. In der Überzeugung, daß das beste Werbemittel für sie in der zeitgemäßen Ausgestaltung und Vervollkommnung ihrer Einrichtungen, in der glatten Abwicklung des Betriebs und in der richtigen, höflichen und hilfsbereiten Bedienung der Postbenutzer (Stinglscher Höflichkeitserlaß, Dienst am Kunden!) besteht, wird diesen Punkten allgemein steigende Aufmerksamkeit zugewendet. Bei der engen Verflechtung mit der allgemeinen Wirtschaft ist die Deutsche Reichspost, soweit es ihre seit Jahren gespannte Finanzlage gestattet, darauf bedacht, ihren gesamten Betriebs- und Verwaltungsapparat, namentlich in technischer Beziehung, dauernd auf einer solchen Höhe zu halten, daß die berechtigten Bedürfnisse der Wirtschaft des In- und Auslandes möglichst befriedigt werden können. Besondere Wirtschaftsstellen bei der Zentrale und bei den Bezirksbehörden sind dazu bestimmt, enge Fühlung mit der allgemeinen Wirtschaft, vor allem auch mit der Presse, zu halten. Zu erwähnen sind hier die zahlreichen Verkehrsvereinfachungen und Verkehrsverbesserungen, z. B. Wiedereröffnung geschlossener gewesener Postanstalten und Paketannahmestellen, Neueinrichtung von Zweigstellen, von Postagenturen und von Paketannahmestellen, Einrichtung von bankmäßigen Postschaltern und Erweiterung der Postschalter- und Fernsprechdienststunden, Einführung weiterer Ortsbriefzustellungen und täglicher Zustellungen nach Abbauten, Beschleunigung und Früherlegung von Brief- und Paketzustellungen, Vermehrung der Postverbindungen auf Eisenbahnen und Landstraßen, Verkraftung der Landzustellung, Vermehrung der Schließfachanlagen, Briefkasten, Wertzeichengeber usw. Bild 7 stellt eine moderne Anlage dar.

Darüber hinaus betreibt die Deutsche Reichspost noch eine lebhafte Eigenwerbung vor allem durch folgende Mittel: Benutzung der Presse zur Aufklärung, kostenlose Verteilung zahlreicher Werbedrucksachen, Vorträge im Rundfunk und auf Tagungen von Wirtschaftsverbänden und anderen Vereinigungen, Führung von Postbenutzern durch die Betriebe der Reichspost, Vorführung von Postfilmen, Herausgabe eines Reichspost-Kalenders und von Reichspost-Ansichtskarten, Mitwirkung in den Gesellschaften und Vereinigungen für Verkehrsförderung und Fremdenverkehr, Beteiligung an öffentlichen Ausstellungen. Ebenfalls werbenden Wert hat die Verbreitung der Freistempler

Digitized by Google

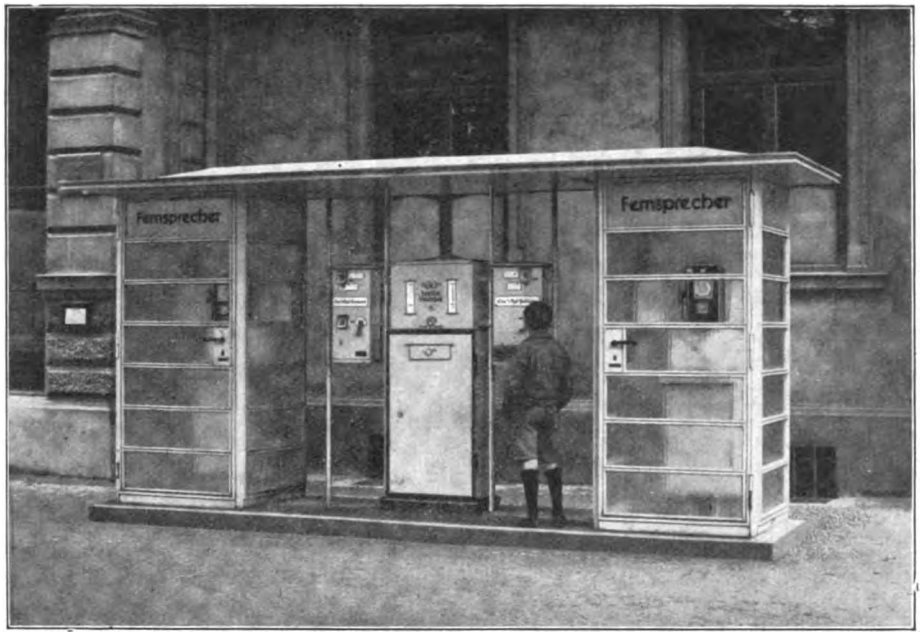


Bild 7. **Kundendienst der Deutschen Reichspost. „Stummes Postamt“ in München.** Vereinigung von Fernsprecher, Wertzeichengeber und Briefkasten.

(Bild 8), mit denen zahlreiche Banken, industrielle Werke, Geschäftshäuser, Zeitungen und Privatpersonen ihre gesamte Briefpost markenlos freimachen.

Die finanzielle Auswirkung der Vereinfachungs- und Sparmaßnahmen

läßt sich zahlenmäßig nicht voll erfassen, da die einzelnen Leistungen und Verkehrszweige zu sehr ineinander übergehen und voneinander abhängen. Soweit die ersparten Beträge geschätzt werden können, belaufen sie sich seit 1924 auf mehrere hundert Millionen RM. Infolge der Rationalisierungsmaßnahmen sind z. B. im Jahre 1928 im ganzen 2840 Kräfte eingespart worden, und zwar durch wirtschaftlichere Betriebsführung und Dienstvereinfachungen 1160, durch Verkraftung der Landzustellung 360, durch Mechanisierungsmaßnahmen 560 und durch Einrichtung von Selbstanschlußämtern 760 Kräfte. Die Zunahme des Verkehrs, die Verbesserung der Verkehrs- und Betriebseinrichtungen, die Schaffung neuer Kraftlinien, die Zunahme der technischen Arbeiten usw. brachten in demselben Jahre einen unabweisbaren Mehrbedarf von 3600 Kräften mit sich. 2840 Kräfte konnten, wie angegeben, aus den Einsparungen gewonnen werden, so daß eine Vermehrung tatsächlich nur um rund 800 Kräfte vorgenommen zu werden brauchte.

Die Deutsche Reichspost konnte in den letzten Jahren wieder Überschüsse an die allgemeine Reichskasse abliefern, so 1925: 12, 1926 und 1927 je 70, 1928: 120 Millionen RM; für 1929 sind sogar 151½ Millionen RM vorgesehen. Sie ist also aus einem Defizitbetrieb und einer Kostgängerin des Reiches ein ertragreiches Wirtschaftsunternehmen geworden. Trotz schwierigster Umstände war sie in der Lage, in der verhältnismäßig kurzen Spanne von 5 Jahren ihre Verkehrs- und Betriebseinrichtungen, wenn auch nicht in jeder Beziehung, so doch im großen und ganzen neuzeitlich auszubauen und sich gleichzeitig innenwirtschaftlich zu festigen. Diesen Stand konnte sie nur dadurch erreichen, daß sie u. a. in Betätigung eines weitblickenden Wirtschafts- und Verkehrsgeistes und mit der gebotenen Energie ein umfassendes Programm der Sparsamkeit, Vereinfachung und Verbilligung nicht nur aufstellte, sondern in zäher Beharrlichkeit auch wirklich durchführte und immer weiter verfolgt. Die Gebührenerhöhung von 1927 war auch nur ein zwangsläufiger Akt unabweislicher Wirtschaftlichkeit; denn sie war lediglich ein Nachholen längst fällig gewordener Gebührensätze und eine Angleichung an die bestehenden allgemeinen Teuerungsverhältnisse. Ihre Ergebnisse müssen bekanntlich zum großen Teil für neu entstandene laufende Ausgaben verwendet werden.

Zum Schluß sei noch auf zwei Punkte hingewiesen. Die Deutsche Reichspost geht in richtiger Würdigung der Zusammenhänge bei allen Vereinfachungs- und Sparmaßnahmen davon aus, daß die Belange der Postkundschaft, wie überhaupt der Allgemeinheit, nicht nur nicht beeinträchtigt werden dürfen, sondern vielmehr kräftig gefördert werden müssen. Die Deutsche Reichspost läßt ferner bei ihren Rationalisierungsbestrebungen das Wohl des Personals nicht aus dem Auge. Sie muß als sich selbst unterhaltendes Wirtschaftsgebilde volle Auslastung des Einzelnen beanspruchen, will aber keinerlei Überlastung. Zur Förderung des Gesundheitszustandes und des körperlichen, geistigen und wirtschaftlichen Wohlbefindens sowie auch zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit des Personals hat unter der Initiative des jetzigen Chefs der Deutschen Reichspost eine großzügige Wohlfahrtspflege eingesetzt. Sie umfaßt die Schaffung hygienischer Arbeitsbedingungen (gute Diensträume, Beleuchtung und Heizung, zweckmäßige Waschseinrichtungen u. a. m.), Maßnahmen zum Schutz gegen Erkrankung (Tuberkulosebekämpfung. Schutzkleidung, Unterkunftsräume, gymnastische Übungen usw.) und schließlich Einrichtungen zur physischen Entlastung des Personals (mechanische Förderanlagen, Verminderung des Betriebsgeräusches usw.).

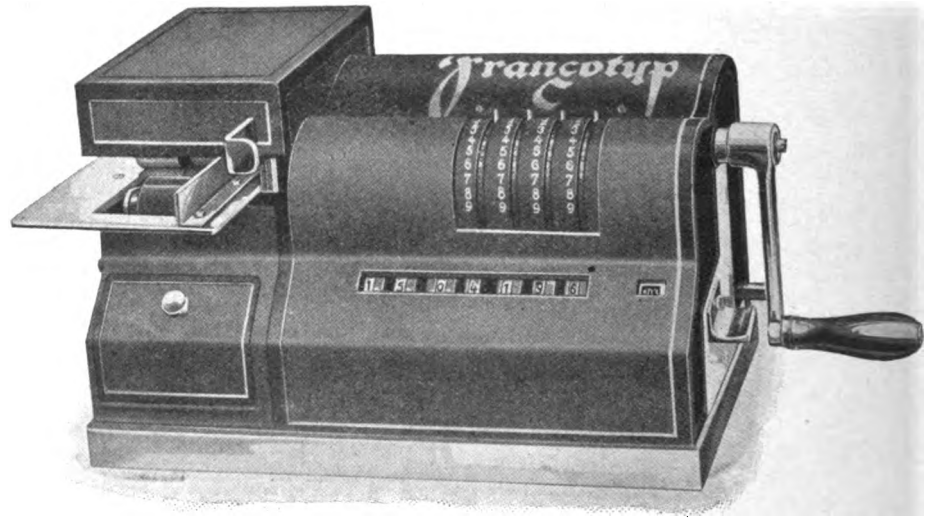


Bild 8. **Barfreimachungsmaschine, ein Postamt im Hause.** Automatische Gebührenverrechnung mit sichtbarem Zählerstand. Sicherer Schutz gegen Verluste. Beschleunigung der Abfertigung und Absendung. Fortfall der Portokasse.

Digitized by Google

Reichsbahn und Kraftwagen im Güterverkehr — Tarifmaßnahmen im Wettbewerb

Für die deutsche Volkswirtschaft bleibt die einheitlich betriebene und verwaltete Reichsbahn trotz Binnenschiffahrt und Kraftwagen das Rückgrat der Güterbewegung. Ihr auf volkswirtschaftlicher Grundlage aufgebautes Tarifsystem ist die Voraussetzung für Bestehen und Gedeihen unzähliger Betriebe, Städte und Gemeinden. Die unter Übernahme der Beförderungspflicht gegen jedermann veröffentlichten Tarife sind je nach dem Werte der Ware verschieden bemessen. Rohstoffe werden im allgemeinen am billigsten, Halbfabrikate teurer und Fertigfabrikate am teuersten gefahren, ohne Rücksicht auf die Selbstkosten der einzelnen Beförderung und die Wettbewerbslage.

Die Kunst des Tarifaufbaues besteht darin, daß die Reichsbahn im ganzen genommen auf ihre Kosten kommt, d. h. daß die Fracht für die wertvollen Güter einen Ausgleich bildet für die niedrigen Sätze der geringwertigen Güter.

Neben den von und nach allen Bahnhöfen geltenden Normaltarifen bestehen Ausnahmetarife für einzelne unter besonders ungünstigen Bedingungen arbeitende Gebiete und Wirtschaftszweige.

Das volkswirtschaftliche Tarifsystem der Reichsbahn setzt das Fehlen irgendeines nennenswerten Wettbewerbs voraus. Sobald ein Beförderungsunternehmen mit privatwirtschaftlichem Gewinnstreben auftaucht, erschüttert es dieses System, da es sich sofort der von der Eisenbahn hochtarifierten Güter bemächtigt und ihr damit die Möglichkeit des Frachtausgleichs für die zu schonenden Güter nimmt. Die Kraftwagentransportunternehmer erbieten sich z. B. den Verkehrtreibenden gegenüber zur Beförderung hochtarifierter Güter zu einem Satze, der nur 10 Prozent niedriger ist als die Eisenbahnfrachten. Der sonst von der Eisenbahn erhobene und der Allgemeinheit zugute kommende Frachtbetrag fließt hier nach Abzug von nur 10 Prozent in die Taschen der privaten Transportunternehmer.

Für den Umfang der Gefahr sprechen folgende Zahlen: Auf Stückgut und die Wagenladungsklassen A und B mit ihren Nebenklassen entfallen etwa 50 Prozent der Einnahmen aus dem Normaltarif. Von diesen hochwertigen Gütern werden 70 Prozent auf Entfernungen bis 200 Kilometer gefahren, sind also dem Wettbewerb des Kraftwagens ganz besonders ausgesetzt. Die Folge des Auftretens des Kraftwagens als öffentliches Verkehrsmittel sowie der von den Kraftwagentransportunternehmern getriebenen Tarifpolitik ist die mit Recht beklagte, aber fälschlich der Reichsbahn zur Last gelegte Durchlöcherung des alten verkehrspolitischen Prinzips der Gleichheit der Beförderungsbedingungen und ein Eingriff in die Wettbewerbslage innerhalb einzelner Branchen.

Nur erwähnt werden soll hier, daß die Reparationsbelastung der Deutschen Reichsbahn auf der Beibehaltung der bisherigen Verkehrsmengen und ihres Tarifsystems beruht. Außerdem werden die von der Öffentlichkeit und namentlich auch von den Regierungen an die Reichsbahn gestellten Anforderungen immer größer. Diese betreffen namentlich die durch den Friedensschluß wichtiger Bezugs- und Absatzgebiete beraubten sowie die von hohen Zollmauern eingeschlossenen abseits gelegenen Grenzgebiete. Dazu tritt immer stärker das Verlangen der deutschen Industrie nach billigen Ausfuhrtarifen, um die früheren Absatzgebiete zu halten oder verlorene wiederzugewinnen. Hinzu kommt, daß ein sicheres Urteil über die Verkehrsentwicklung in der Zukunft nicht möglich ist. Nationalisierungen, Gasfernversorgung und Überlandzentralen verringern z. B. die Nachfrage, unübersehbarer Wettbewerb der Schiffahrt, des Kraftwagens und der Luftfahrt vermehren das Angebot. Im Gegensatz zu früher ist die Reichsbahn in die Verteidigung gedrängt.

Es liegt daher nicht nur im Interesse der Deutschen Reichsbahn, sondern gerade im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, daß sich die Reichsbahn mit allen zulässigen Mitteln gegen diese Entwicklung wehrt. Sie kann die anderen Verkehrsmittel weder begünstigen noch ihnen volle Wettbewerbsfreiheit gewähren, die bei den ungleichen Waffen und der größeren Beweglichkeit im Tarifsystem nur zum Unterliegen der Reichsbahn führen kann.

Es ist eine bedauerliche Verkennung der bekannten Finanzlage der Deutschen Reichsbahn, wenn man die deutsche Öffentlichkeit in den Glauben zu setzen versucht, daß eine Zwangslage, die wenigstens eine psychologische Erklärung für die Abwehr des Kraftwagenwettbewerbs rechtfertige, für die Reichsbahn nicht gegeben sei. Daran ändern auch die gegen 1913 gestiegenen Verkehrsmengen und Einnahmen nichts, denen eine über 60 Prozent betragende Verteuerung der für die Reichsbahn benötigten Stoffe und die gewaltige Steigerung der Personalkosten gegenüberstehen, die durch gesetzgeberische und politische Maßnahmen der Reichsbahn auferlegt worden ist. Auch der Hinweis auf Nationalisierungsmöglichkeiten bei der Reichsbahn ist verfehlt, da die Reichsbahn unwirtschaftliche Strecken nicht stillegen darf, sondern eine Betriebspflicht auf dem übernommenen Netze hat. Der Hinweis auf die um 18 Prozent gegen 1913 gestiegene Beamtenzahl, die mit Rücksicht auf den gleichen Gesamtpersonalbestand ohne große Bedeutung ist, soll offenbar zu einem erneuten Beamtenabbau ermuntern und steht damit in merkwürdigem Gegensatz zu der Klage, daß die Reichsbahntarifpolitik einzelne Existenzen der Krafttransportunternehmer vernichte.

Digitized by Google

Beförderung von Zollgütern vom Lehrter Bahnhof in Berlin nach dem Packhof

Da die Finanzen des Reichs auf absehbare Zeit eine durchgreifende finanzielle Entlastung der Reichsbahn nicht gestatten, das volkswirtschaftliche Tarifsystem aber im Interesse der Gesamtwirtschaft nach Möglichkeit aufrechterhalten bleiben muß, ist die Abwehr des Wettbewerbs das einzig Mögliche. Außer der seit langem von der Reichsbahn betriebenen, ihr aber von Politik und Wirtschaft bisher erschwerten, auch durch die Kapitalfrage gehemmten Eingliederung von Kraftwagenbetrieben in den Reichsbahnbetrieb kommen hierfür Verständigung und Kampf mit dem Wettbewerber in Frage. Ihre Verständigungsbereitschaft hat die Reichsbahn früher durch den Abschluß des Abereinkommens mit der Kraftverkehr Deutschland G. m. b. H. und neuerdings durch die Vereinbarung mit dem größten Kraftwagenverkehrsunternehmen nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas, mit der Deutschen Reichspost, bewiesen. Das Abereinkommen mit der Kraftverkehr Deutschland G. m. b. H. hat ein vorzeitiges Ende gefunden, da es beiden Teilen nicht genügend Spielraum gab und den wichtigsten Wettbewerber beider, den unregelmäßigen, unkonzessionierten sogenannten wilden Kraftwagenverkehr, sich ungehemmt entfalten ließ. Mit diesem ist eine Verständigung nicht möglich. Solange der Gesetzgeber der sich ständig vermehrenden Verkehrsverschwendung untätig zusieht, gibt es daher nur ein Mittel zu seiner Abwehr, den Kampf durch Verbesserung der betrieblichen und verkehrlichen Leistungen durch Verkehrswerbung und nicht zuletzt durch tarifliche Maßnahmen.

Die Reichsbahn würde durch eine allgemeine Tarifherabsetzung bei dem heutigen Umfange des Wettbewerbs nur finanzielle Verluste erleiden, die in keinem Verhältnis zu den Gewinnen ständen, die sie durch Wiedererlangung eines Teiles des an den Kraftwagen übergegangenen Verkehrs erzielen könnte. Das gilt sowohl hinsichtlich der Herabsetzung der Fracht für einzelne dem Wettbewerb des Kraftwagens besonders ausgesetzte Güter als auch hinsichtlich der Ermäßigung oder Aufhebung ganzer Klassen. Beispielsweise unterliegt Druckpapier, eine wegen ihrer Menge, Schwere und ihres regelmäßigen Absatzes vom Kraftwagen besonders lebhaft umworbene Ware, zu deren Erhaltung und Rückgewinnung auf den Schienenweg die meisten Einzelwettbewerbstarife gegen den Kraftwagen eingeführt worden sind, noch zu 80 Prozent nicht diesem Wettbewerb. Die dem Wettbewerb besonders ausgesetzten Güter der höheren Wagenladungsklassen liegen noch in weit überwiegenden Mengen auf der Eisenbahn. Die Reichsbahn hat daher in der Hauptsache die Frachtermäßigungen auf diejenigen Einzelfälle beschränkt, in denen ein empfindlicher Wettbewerb des Kraftwagens vorlag oder drohte. Da Verkehrsumfang, Ware und Verkehrsverbindung offen zu Tage lagen, konnte im Einzelfalle ohne die Gefahr unnötiger Frachtausfälle durch einen ermäßigten Einzeltarif, den sogenannten K-Tarif, dem Wettbewerb erfolgreich begegnet werden.

Es ist bezeichnend, daß sämtliche Eisenbahnen der Welt zu dem gleichen Mittel gegriffen haben, und daß in England, wo die Eisenbahnen von jeher dem Wettbewerb eines anderen Verkehrsmittels, der Schiffahrt, ausgesetzt gewesen sind, die Einzeltarife eine sehr große Rolle spielen. Die Aufnahme des der Reichsbahn aufgezwungenen Wettbewerbs durch Einzeltarife als einen Verstoß gegen die guten Sitten zu bezeichnen, ermangelt jeglicher Begründung. Derartige Einzeltarife, auch wenn sie nur einigen wenigen Großunternehmern zustatten kommen und dies durch die Art des Gutes, die vorgeschriebene Mindestmenge, die Versand- und Empfangsstationen deutlich erkennen lassen, widersprechen nicht dem § 6 der Eisenbahn-Verkehrs-Ordnung, der nur vorschreibt, daß die Tarife bei Erfüllung der darin angegebenen Bedingungen für jedermann in derselben Weise anzuwenden sind. Die von der Reichsbahn veröffentlichten K-Tarife sind genau dieser Bestimmung entsprechend gefaßt. Die Auslegung dieses Paragraphen durch die Reichsbahn ist keine andere als die durch andere europäische Eisenbahnen; England kennt eine derartige Bestimmung überhaupt nicht. Sie ist bei uns zu einer Zeit eingeführt, in der ganz andere Verhältnisse bestanden. Einzeltarife dienen nicht nur den Interessen einzelner. Wenn die Reichsbahn einem einzelnen großen Werke, um es zu stützen, einen Ausnahmetarif gewährt, so hat den Vorteil nicht nur der Eigentümer des Werks, sondern die gesamte Arbeiterschaft und ihre Familien, die Gemeinde, die Hausbesitzer und die Gewerbetreibenden.

Der jetzt zur Bekämpfung des Wettbewerbs des Kraftwagens eingeführte Tarif für Sammelgut ist ein Mittelding zwischen Allgemeintarif und Einzeltarif. Bei seiner Aufstellung haben sich die Schwierigkeiten der Eingliederung eines allgemeinen Wettbewerbstarifs in das volkswirtschaftliche Tarifsystem besonders gezeigt. Die in ihm gegebene Ermäßigung beträgt gegenüber dem

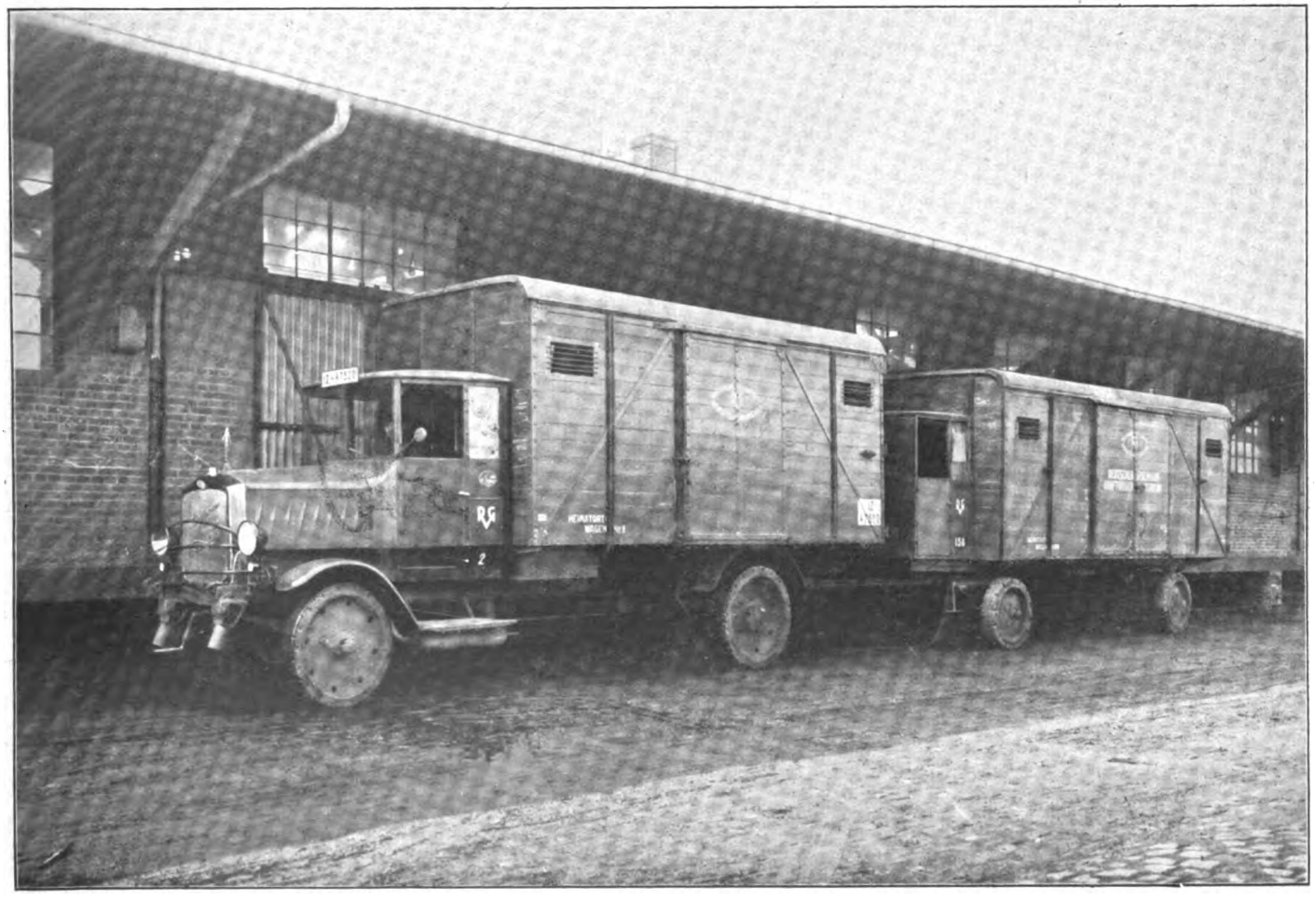
Digitized by Google

gewöhnlichen Sammelguttarif übrigens nur etwa 32 v. H. und bleibt damit durchaus unter dem Höchstmaß der bisher gegebenen Ermäßigungen in K-Tarifen.

Unter völliger Verkennung der Sachlage ist der Reichsbahn vorgeworfen worden, daß sie zur Bekämpfung des Kraftwagens zu dem kleinlichen Mittel gegriffen habe, die An- und Abfuhr von Gütern, die zum K-Tarif befördert werden sollen oder gefahren worden sind, mit dem Kraftwagen zu verbieten. Dabei lautet die bemängelte An- und Abfuhrklausel so, daß „unmittelbar vorhergehende oder nachfolgende Beförderung mit der Eisenbahn oder mit dem Kraftwagen nur zugelassen ist von oder nach einem im Bereich des Versand- oder Empfangsbahnhofes liegenden Wohn- oder Geschäftsraum, Lagerplatz oder Anschlußwerk.“ Der Wortlaut läßt also klar erkennen, daß die Heranschaffung der Güter zur Schiene und ihre Abholung mit dem Kraftwagen im Bereiche der Versand- oder Empfangsstation ausdrücklich zugelassen ist. Es kann der Reichsbahn nur erwünscht sein, wenn der Kraftwagen in der Erfüllung dieser Aufgaben nützliche Verwendung findet und damit vom Fernverkehr abgelenkt wird. Nur für den Fernverkehr wird vereinzelt im K-Tarif der Kraftwagen ebenso ausgeschlossen wie die Eisenbahn selbst, um eine Weiterabfertigung der auf der Straße oder auf der Schiene bereits rollenden Sendungen zum K-Tarif zu verhindern.

Man hat ferner behauptet, „es bedeute eine ständige Beunruhigung und Bedrohung der Kraftwagenunternehmer, daß die Reichsbahn meist nach erreichter Ablockung bestimmter Kraftwagenkunden die K-Tarife wieder beseitige“. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Reichsbahn noch keinen K-Tarif aus diesem Gesichtspunkte aufgehoben hat.

In dem Bestreben, die Öffentlichkeit gegen die Tarifpolitik der Reichsbahn einzunehmen, wird die Sachlage ferner so dargestellt, als ob die Öffentlichkeit die Kosten der K-Tarife zu tragen habe. Auch dies ist falsch. Wenn die Reichsbahn durch die ermäßigten K-Tarife Frachtausfälle von über 3 Millionen RM hat, so erhält sie sich immer noch auf der Schiene einen Verkehr, der ihr den rund 4fachen Betrag an Frachten bringt, ohne Berücksichtigung desjenigen Verkehrs, der bereits von der Schiene abgewandert war und sich nun mit Hilfe der K-Tarife der Eisenbahn wieder zuwendet. Diese der Schiene erhaltene Fracht ist natürlich genau kalkuliert und liegt in jedem Falle über den Selbstkosten. Der in ihr enthaltene Reingewinn würde restlos verloren gehen, wenn die Ermäßigung von 3 Millionen RM nicht gewährt worden wäre. Die Öffentlichkeit hat aber nicht infolge der Tarifpolitik der Reichsbahn, sondern durch den Kraftwagenwettbewerb die 3 Millionen RM verloren, die zum Ausgleich für die niedrig tarifierten Güter fehlen.



Beladung und Entladung der Kraftwagen am Güterschuppen

Digitized by Google

Es ist weiter falsch, wenn man die der Reichsbahn durch die politischen Lasten und Lohnschiedssprüche aufgezwungenen Tariferhöhungen mit den 3 Millionen RM betragenden Ermäßigungen der K-Tarife zu begründen versucht und dabei verschweigt, daß der Kraftwagen im Personen- und Güterverkehr der Reichsbahn im Jahre 1928 Einnahmen in Höhe von etwa 350 Millionen RM entzogen hat. Ebenso abwegig ist die Behauptung, die Reichsbahn habe einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben fast nur durch Tariferhöhungen angestrebt und dadurch erst den Kraftwagenwettbewerb wesentlich gefördert. Dabei hat sie seit Bestehen ihre Tarife allgemein nur einmal erhöht und es sind ganze Industrien zum Erliegen gekommen, weil die Reichsbahn ihre Sachausgaben in unerhörter Weise drosseln mußte.

Der circulus vitiosus, in dem sich nicht die Reichsbahn, sondern die deutsche Volkswirtschaft bewegt, besteht leider darin, daß zwar einzelne Unternehmen und Güterarten von dem neuen Verkehrsmittel Nutzen ziehen, die übrigen aber, insbesondere die von den Kanälen und den großen Verkehrsstrecken des Kraftwagens abgelegenen Gebiete, steigende Tarife werden zahlen müssen.

Kraftwagenverkehr der Reichsbahn
(Einfahrt in einen Fabrikhof)

So kann dem Wettbewerb der anderen Verkehrsmittel in erster Linie nur durch Einzeltarife begegnet werden. So unerfreulich dies in mancher Hinsich ist, die Vermehrung der Einzeltarife wird immer mehr zunehmen, ihr Tempo bestimmen die neuen Wettbewerber. Sie ist nicht mehr aufzuhalten, wenn die Reichsbahn auch fernerhin nach Möglichkeit volkswirtschaftliche Tarife machen soll.

Klischees der Abbildungen

auf Seite 654/656 sind durch den Verlag der „Deutschen Presse“, Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik, Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41, zu beziehen.

Digitized by Google

Auswandererberatung und Wirtschaftlichkeit

Von A. Hugo Flemke, Reg.-Rat bei der Reichsstelle für das Auswanderungswesen

Die Auswanderungsbewegung eines Landes ist nicht nur ein bevölkerungspolitischer Vorgang, sondern auch in hohem Maße eine wirtschaftliche Angelegenheit. Wenn in den

Kalenderjahren	1924	58 837 Auswanderer
	1925	58 410
	1926	65 281
	1927	60 789
	1928	57 241
	1924—1928	300 558 Auswanderer

Deutschland nach überseeischen Zielländern verließen — eine statistische Erfassung der Überlandauswanderung gab und gibt es nicht —, so benötigten diese 300 558 Auswanderer allein für die Überfahrt die für die deutsche Zahlungsbilanz wichtige beträchtliche Summe von 180 334 800 Reichsmark. Noch ernster gestaltet sich das Bild, wenn man das von den im Inlande beratenen deutschen Auswanderungswilligen mitzunehmende Wirtschaftskapital in Betracht zieht. In den Haushaltsjahren 1924/1929 ließen sich beraten

1924/25	54 594	Personen	mit	85	Mill.	Mark	Vermögen
1925/26	73 435	„	„	130	„	„	„
1926/27	97 295	„	„	120	„	„	„
1927/28	83 467	„	„	140	„	„	„
1928/29	99 142	„	„	166	„	„	„
1924/29	407 933	Personen	mit	641	Mill.	Mark	Vermögen

Wie aus diesen Zahlenübersichten hervorgeht, bildet die Auswanderungsbewegung für die Heimat zunächst einen hohen wirtschaftlichen Verlust. Andererseits ist anzuerkennen, daß die Auswanderung für ein mit der Weltpolitik, dem Welthandel und der Weltwirtschaft eng verflochtenes Volk keineswegs notwendig einen Verlust bedeutet. Die Auswanderung ist keineswegs stets ein Verlust; wohl aber kann sie einen Verlust bedeuten. Wo ausgewanderte Deutsche im Ausland das Vertrauen zur deutschen Intelligenz und Tüchtigkeit wieder erwecken und festigen, wo sie Achtung vor deutscher Kultur verbreiten oder wirtschaftlich richtige neue Fäden zwischen ihrem alten Mutterland und ihrer neuen Heimat knüpfen helfen, da nutzen sie zugleich dem Deutschtum im ganzen, besonders dem deutschen Volk im Inland. Dagegen bildet einen Verlust die planlose, unbesonnene Auswanderung ungeeigneter Elemente, die Auswanderung in ungeeignete Länder, in denen der Deutsche aus klimatischen oder sonstigen gesundheitlichen Gründen zugrunde gehen muß, oder in denen er keine Aussicht hat, wirtschaftlich vorwärts zu kommen, ferner die Auswanderung in Länder, in denen der Auswanderer oder seine Nachkommen kulturell dem Deutschtum verloren gehen. Einen Verlust bedeutet auch der Abzug solcher Kräfte, deren wir im Inland dringend bedürfen, wie etwa die Abwanderung deutscher Facharbeiter, die in der inländischen Wirtschaft notwendig gebraucht werden und die mit ihrer Tätigkeit zugleich die Beschäftigungsmöglichkeit für eine Mehrheit anderer Arbeiter erhalten. Dasselbe trifft auch für die Auswanderung deutscher Landarbeiter zu, die wir für unsere Ernährungswirtschaft nicht entbehren können.

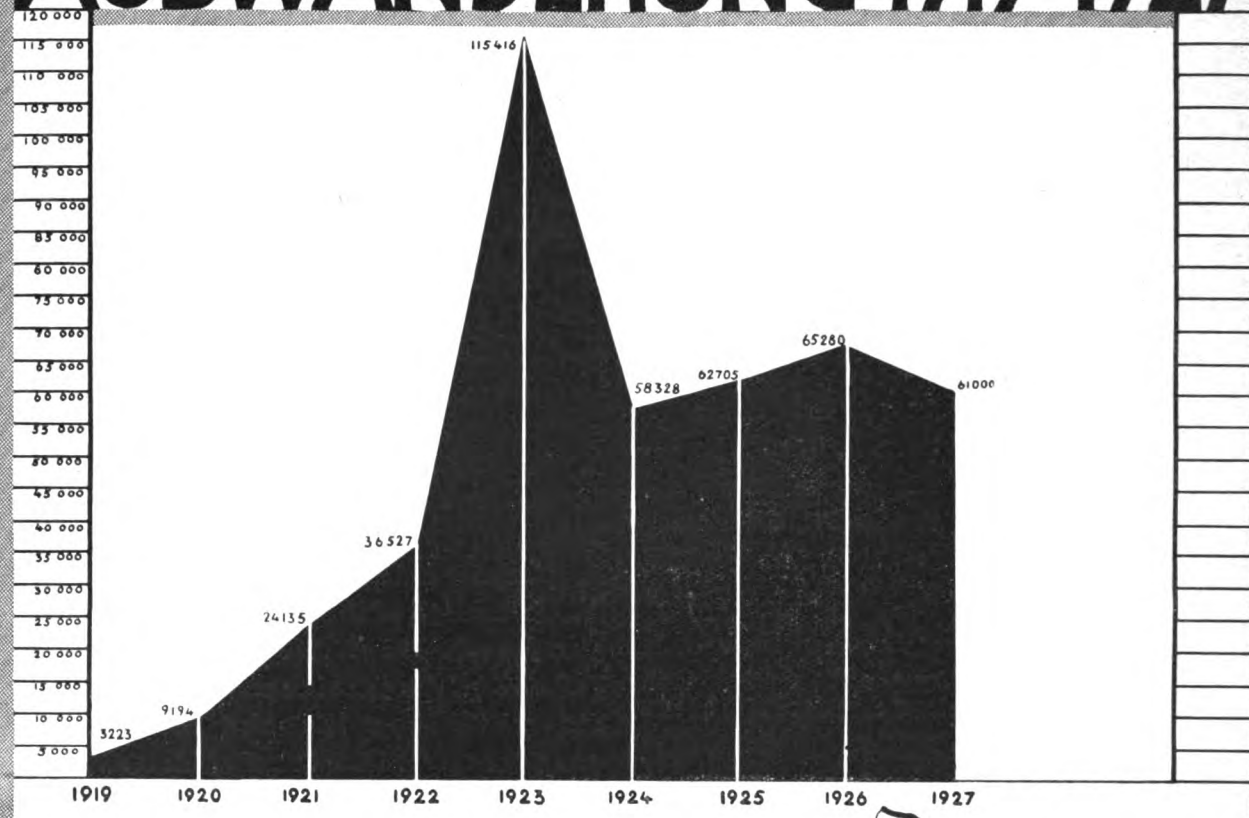
Demnach ergibt sich als ein Hauptgrundsatz deutscher Auswanderungspolitik, die Auswanderungsbewegung nach Möglichkeit so zu beeinflussen, daß sie nicht zu einem Verlust, sondern zu einem Gewinn für das deutsche Volk im ganzen wird. Es ist daher die Pflicht des Reichs und der Länder, nach Kräften dafür zu sorgen, daß die Menschenkräfte des Deutschen Volkes im In- und Auslande so eingesetzt werden, wie es dem Volksganzen nach der Gesamtlage am meisten dienlich ist. Bei dem verfassungsmäßig bestehenden Grundsatz der Auswanderungsfreiheit bieten sich den Auswandererberatungsstellen zweierlei Aufgaben:

1. eine sorgfältige Auswahl der Zielländer, nach denen den in Deutschland konzessionierten Schiffahrtsgesellschaften die Beförderung deutscher Auswanderer gestattet wurde,
2. ferner die Aufklärung des Volkes über die Auswanderungsmöglichkeiten und die Sicherstellung einer zuverlässigen Beratung der einzelnen Auswanderungswilligen.

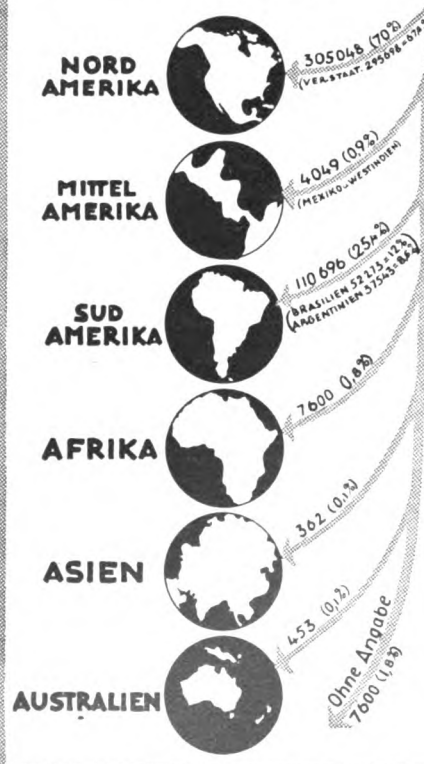
Das Ziel der Beratung ist, nach Möglichkeit unter den Auswanderungswilligen eine Auslese der für Auswanderung geeigneten Personen herbeizuführen und diese Personen tunlichst in geeignete Zielländer zu lenken, d. h. in Zielländer, in denen sie je nach ihrer persönlichen Eignung und nach ihrem Können die besten Aussichten für ihr Vorwärtskommen und für die Erhaltung ihrer deutschen Art vorfinden. Aufgabe der Reichsstelle für das Auswanderungswesen in Berlin ist, die Auswandererberatungsstellen laufend mit allen notwendigen Aufklärungsunterlagen zu versorgen und deren Beratungstätigkeit zu lenken und zu überwachen.

Digitized by Google

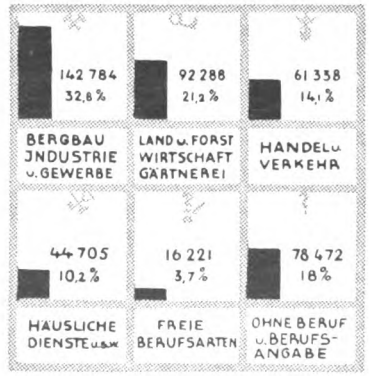
DEUTSCHE ÜBERSEEISCHE AUSWANDERUNG 1919-1927



REISEZIEL



BERUF



HERKUNFT

PREUSSEN	197 765 = 45,4 %
BAYERN	56 037 = 12,9 %
SACHSEN	26 038 = 6 %
WÜRTEMBERG	36 410 = 8,3 %
BADEN	27 827 = 6,4 %
THÜRINGEN	8 040 = 1,8 %
HESSEN	6 419 = 1,5 %
HAMBURG	23 490 = 5,4 %
MEKLENBURG-SCHW.	2 708 = 0,6 %
OLDENBURG	5 663 = 1,3 %
BREMEN	8 742 = 2 %
Übr. REICHSGEBIET	5 345 = 1,2 %
Ohne ANGABE	31 324 = 7,2 %
insges.	435 808 = 100 %

H. MATTHES BLM

Digitized by Google

Der Einfluß des internationalen Güteraustausches auf die Rationalisierung

Von Direktor Karl Lange, Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten.

Die Bestrebungen zur Rationalisierung der Gütererzeugung fallen augenblicklich besonders stark ins Auge, während sie sich früher im Rahmen des stetigen wirtschaftlich-technischen Fortschritts fast unbemerkt vollzogen. Das liegt daran, daß sie mit außergewöhnlicher Heftigkeit und nahezu an allen Stellen unseres Wirtschaftskörpers zugleich auftreten. Diese Eigentümlichkeit ihres Auftretens geht zurück auf die tiefgreifenden Veränderungen, die der Krieg in den wirtschaftlichen Verhältnissen aller Industrieländer hervorgerufen hat.

Die jahrelange einseitige Anspannung der wirtschaftlichen Kräfte für die Zwecke des Heeresbedarfs mußte natürlich gerade jene Erzeugungszweige treffen, auf denen der Güteraustausch in normalen Zeiten hauptsächlich beruht. Wären alle Länder in annähernd gleicher Weise durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden, so hätte der Wiederaufbau dieser geschwächten Wirtschaftszweige nach Maßgabe des noch vorhandenen und allmählich neugebildeten Kapitals langsam und ohne schwere Erschütterungen vor sich gehen können. Bekanntlich haben aber die Vereinigten Staaten auch während der Kriegszeit eine friedensmäßige industrielle Erzeugung auf vielen Gebieten fortsetzen und sogar steigern können. Der Vorsprung, den sie auf diese Weise gegenüber den europäischen Industrieländern erhielten, äußerte sich besonders in dem starken Anteil, den sie im internationalen Warenverkehr erringen konnten. Der Angleichungsprozeß an die amerikanischen Erzeugungsverhältnisse, zu dem sich Europa nach Kriegsende gezwungen sah, um seine Stellung am Weltmarkt zu befestigen, mußte sich in kürzester Frist vollziehen.

Naturgemäß hatte Deutschland mit den weitaus größten Schwierigkeiten zu kämpfen, sich wieder in den internationalen Wirtschaftsverkehr einzuschalten. Es war von allen Ländern am meisten in seiner produktiven Kraft geschwächt worden und mußte zur Wiederherstellung seiner Wettbewerbsfähigkeit gewissermaßen einen doppelt langen Weg zurücklegen wie etwa Großbritannien. Diese besondere Lage erklärt es zur Genüge, daß gerade hier die Rationalisierungsbestrebungen von den breitesten Kreisen als eine wahrhaft nationale Angelegenheit empfunden wurden.

Man hat sich aber im allgemeinen darauf beschränkt, vorwiegend nur jene Bemühungen ins Auge zu fassen, die von einzelnen Wirtschaftlern gemacht werden, um durch Veränderungen im technischen oder organisatorischen Aufbau ihrer Unternehmungen die Herstellungs- und Vertriebskosten ihrer Erzeugnisse zu senken und ihre Qualität zu verbessern. Demgegenüber vergißt man aber vielfach den starken Einfluß, den allgemein wirtschaftspolitische Verhältnisse auf den Gang der Rationalisierung ausüben.

Unter ihnen ist die Gestaltung des Außenhandels von ganz besonderer Bedeutung. Die Wirtschaftsgeschichte zeigt, daß mit der Teilnahme am internationalen Wettbewerb die Wirtschaftskräfte der beteiligten Länder in unvergleichlich schnellerem Tempo wachsen, als es bei der Beschränkung auf den inneren Markt der Fall ist. Hierzu tragen in nicht geringem Maße die Anregungen bei, welche die heimische Industrie durch die dauernde Berührung mit den Erzeugnissen ihrer ausländischen Wettbewerber erhält. Die von einzelnen Ländern an ihren Erzeugnissen angebrachten Verbesserungen werden so binnen kurzem zum Allgemeingut aller industriellen Ausfuhrländer oder regen zu gleichwertigen anderen Verbesserungen an.

In der internationalen Entwicklung der Maschinenindustrie läßt sich dieser regelmäßig sich wiederholende Vorgang auf zahlreichen Gebieten verfolgen.

Die Geschichte der einzelnen Maschinenarten zeigt sehr deutlich, daß bei der Entstehung der heute verwendeten Maschinenformen eine dauernde wechselseitige Befruchtung der verschiedenen Maschinenbauländer mit konstruktiven Gedanken stattgefunden hat. Leider fehlt es an Darstellungen, welche die Entwicklung der Maschinenarten unter besonderer Hervorhebung dieses Gesichtspunktes ausführlich behandeln und die internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet veranschaulichen. Für die wirtschaftliche Beurteilung dieser Zusammenhänge handelt es sich keineswegs nur um die Herkunft der umwälzenden Erfindungen, die allerdings an vielen Stellen ausführlich beschrieben worden sind, sondern gerade auch um jene kleineren, unscheinbareren Verbesserungen, die für die wirtschaftliche Verwendung der Maschinen mitunter die allergrößte Bedeutung haben. Im folgenden soll wenigstens in großen Zügen an einem besonderen Beispiel, dem Wasserturbinenbau, die enge Zusammenarbeit der verschiedensten Länder kurz veranschaulicht werden.

Der breiteren Anwendung der Wasserturbinen in der Praxis gingen jahrzehntelange theoretische Studien und Versuchsarbeiten der Hydrauliker in verschiedensten Ländern, insbesondere in Deutschland, Frankreich und der Schweiz voraus. Der Mathematiker Leonhard Euler, der Göttinger Professor Segner und der Franzose Poncelet haben die entscheidenden theoretischen Voraussetzungen für den praktischen Turbinenbau geschaffen. Auf ihnen beruhte der große Erfolg Fourneyron's, der im Jahre

Digitized by Google

1840 in St. Blasien im Schwarzwald eine Turbine baute, die in der damaligen Zeit als ein Wunderwerk der Technik angesehen wurde. Während die Fourneyron'sche Konstruktion auf dem Prinzip der radial von innen beaufschlagten Turbine beruhte, wurde die nächste Etappe des Turbinenbaues durch den Uebergang zu Achsialturbinen gekennzeichnet. Hier zeigten die deutschen Konstruktionen von Henschel & Sohn in Kassel und Jonval in Mülhausen solche Vorteile — namentlich in der Billigkeit der Anlage — daß sie bald den Markt beherrschten. Späterhin bewies der Franzose Girard, daß bei der Achsialturbine ebenso wie bei der Radialturbine das Aktionsprinzip angewendet werden konnte, was für ihre leichte Regulierbarkeit von großer Wichtigkeit war. Fast alle europäischen Turbinenbauanstalten haben sich in der Folgezeit zum Bau von Achsialturbinen entschlossen. Neben diesen grundsätzlichen Änderungen im Bau von Turbinen gingen eine Reihe kleinerer Verbesserungen parallel, die an die deutschen Namen Hänel, Rittinger, Queva und Briegleb-Hansen anknüpfen.

Von großer Bedeutung, insbesondere angesichts der späterhin von den Vereinigten Staaten ausgehenden Rückkehr zur Radialturbine, war die Erfindung des Berliner Professors Fink, bei von außen beaufschlagten Maschinen drehbare Leitschaufeln anzubringen, welche die Regulierung der Turbinen wesentlich verbesserten. In den Vereinigten Staaten hatte man inzwischen an der Grundidee der von außen beaufschlagten Radialturbine besonders stark festgehalten und diese Bauart inzwischen so verbessert, daß sie auch von europäischen Firmen, namentlich wegen ihrer Schnelläufigkeit, aufgegriffen wurde. Diese in ihren Grundzügen noch heute verwendete Form, die Francis-Turbine geht auf die Versuche der Amerikaner Boyden, Howd, Swain und Francis zurück, von denen insbesondere Francis — nach ihm ist die Turbine auch benannt — an der Entwicklung den entscheidendsten Anteil hatte.

Danach waren es wieder europäische, insbesondere deutsche Einflüsse, die infolge der besonderen theoretischen Schulung des Kontinents die weiteren Verfeinerungen der amerikanischen Konstruktionen bestimmten. Diese Verbesserungen haben sich auch in den Vereinigten Staaten durchgesetzt, unter ihnen besonders die schon erwähnte Fink'sche Erfindung der drehbaren Leitschaufeln zur Regulierung der Wassermenge, die dort alle anderen Reguliervorrichtungen verdrängt hat. Die Überlegenheit europäischer Firmen, u. a. in Heidenheim, Genf und Zürich war zeitweilig so groß, daß von hier Wasserturbinen in erheblicher Zahl nach Amerika ausgeführt werden konnten. Dann paßte sich der amerikanische Turbinenbau den europäischen Formen wieder an und brachte im weiteren Verlauf eine Neukonstruktion heraus, die neben der Francis-Turbine heute vorherrscht und deren Vorzüge besonders bei kleinerer Wassermenge und großem Gefälle hervortreten, nämlich die Pelton-Turbine. Auch an ihr, für die übrigens der deutsche Ingenieur Zuppinger schon Mitte des 19. Jahrhunderts grundlegende Vorarbeiten geleistet hatte, konnten in Europa im Laufe der Zeit wieder eine Anzahl Verbesserungen vorgenommen werden.

Das Bild der Entwicklung des Turbinenbaues, das noch durch weitere Beispiele auf anderen Gebieten des allgemeinen Maschinenbaues ergänzt werden kann, bringt klar zum Ausdruck, in welchem Maße der internationale Austausch den technischen Fortschritt beschleunigt und ein wie wichtiges Mittel die enge Berührung mit fremden Volkswirtschaften ist, um die produktiven Kräfte eines Landes zu steigern. Diese internationale Zusammenarbeit am technischen Fortschritt hat sich aber nicht nur zwischen den Schreibtischen der Gelehrten und den Zeichentischen und Laboratorien der Konstrukteure abgespielt. Ihre wirtschaftliche Grundlage war vielmehr die internationale Konkurrenz zwischen den ausführenden Firmen der verschiedenen Länder, wobei jeder konstruktive Fortschritt einen entscheidenden geschäftlichen Vorsprung für das Werk bedeutete, das ihn zuerst durchführte.

Das gegenseitige Verhältnis der Maschinenindustrien der verschiedenen Länder ist also keineswegs nur das eines feindseligen Kampfes, bei dem der Vorteil des einen notwendig der Nachteil des andern wäre und umgekehrt. Es handelt sich vielmehr wesentlich um einen friedlichen Wetteifer, der anspornt und alle Kräfte stählt, der alle vorwärts bringt, und bei dem der Vorteil des einen durchaus neben dem Vorteil des anderen Platz hat. Das beruht keineswegs etwa nur auf gefühlsmäßigen Eindrücken, deren Deutung von subjektiven Einstellungen abhängig wäre, sondern es läßt sich mit aller Strenge zahlenmäßig beweisen, und zwar gerade auf demjenigen Gebiet, von dem man am ehesten das Gegenteil erwarten sollte, nämlich auf demjenigen des Außenhandels.

Da auf dem Weltmarkt in den meisten Fällen Maschinenfabriken verschiedener Länder um den gleichen Auftrag miteinander konkurrieren, und ihn natürlich nur eine bekommen kann, so ist gerade hier der Eindruck eines „Kampfes ums Dasein" besonders stark. Aber gerade hier beweisen, aufs Ganze gesehen, die Zahlen der internationalen Außenhandelsstatistik unwiderleglich auch die Bedeutung der wechselseitigen Vorteile.

Zahlentafel 1 und Schaubild 1 zeigen die Entwicklung des Maschinenaußenhandels der 3 Haupterzeugungsländer, Deutschland, England und Vereinigte Staaten, einerseits von 1908 bis 1913, andererseits von 1924 bis 1929. Während in den letzten Vorkriegsjahren die Maschinenausfuhr dieser 3 Länder fast genau die gleiche Höhe aufwies, sind in der Nachkriegszeit die Abstände wesentlich größer geworden. Auch zeigt sich, ganz entsprechend dem eingangs Ausgeführten, daß nur den Vereinigten Staaten der Krieg und die Nachkriegsjahre keinen Schaden gebracht haben, daß dagegen Deutschland zunächst ebenso stark

Digitized by Google

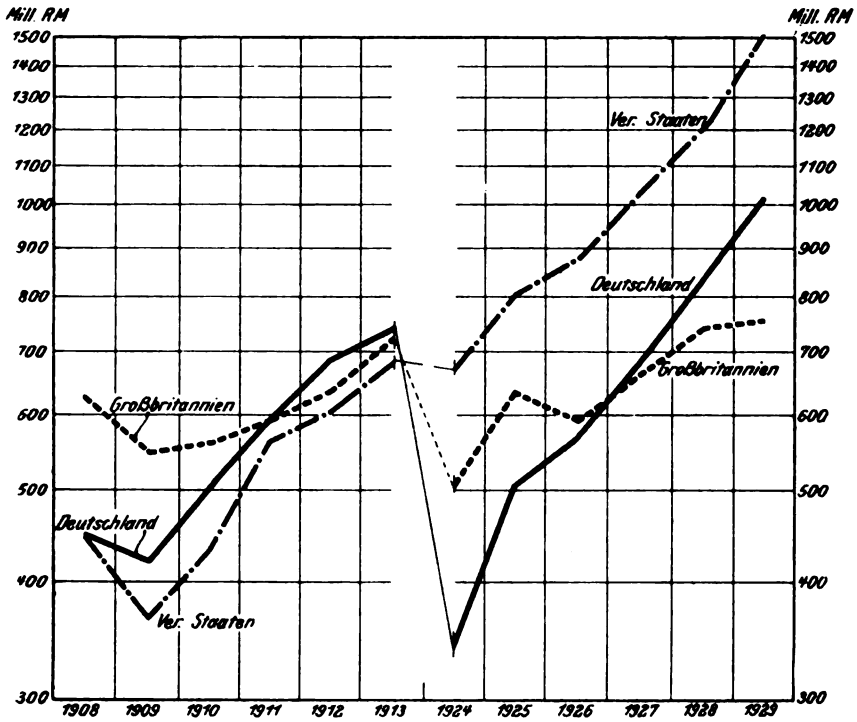


Bild 1

Maschinenausfuhr Deutschlands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten vor und nach dem Kriege

Zahlentafel 1.

Die Maschinenausfuhr Deutschlands, Großbritanniens u. d. Vereinigten Staaten.

(Vorkriegswerte [1] in Millionen RM)

Jahr	Deutschland	Großbrit.	Ver. Staaten
1908	449,4	626,4	446,5
1909	419,5	548,6	366,3
1910	500,7	559,0	431,8
1911	592,8	591,3	560,9
1912	684,4	633,7	603,1
1913	738,4	721,3	680,6
1924	342,9	505,6	671,0
1925	[2] 505,5	633,2	804,3
1926	[2] 568,4	594,3	875,1
1927	[2] 680,7	659,4	1025,5
1928	[2] 834,9	739,5	1205,6
1929	[3] 1028,9	753,6	1507,6

[1] Für die Vorkriegsjahre tatsächliche Werte; für die Nachkriegsjahre sind die tatsächlichen RM-Werte mit dem auf Goldbasis umgerechneten Großhandelsindex des brit. Board of Trade auf Vorkriegswerte (1913) reduziert, jedoch wurde für 1925 nicht der Goldindex des B. o. T., sondern ein Index von 150 zugrundegelegt. Für die bei Deutschland fehlenden Wertangaben in den Jahren 1920—1922 wurden die mit dem Durchschnittstonnenpreis von 1913 (1108 M/t) multiplizierten Gewichtsziffern benutzt.

[2] Einschließlich Reparationslieferungen.

[3] Geschätzt nach den bisher vorliegenden Monatsergebnissen des Jahres 1929.

hinter England zurückgeworfen worden ist, wie England seinerseits von den Vereinigten Staaten überholt wurde. Im weiteren Verlauf hat dann die deutsche Maschinenindustrie der Notwendigkeit, diesen verdoppelten Abstand wieder aufzuholen, nach Kräften entsprochen, und ganz ähnlich, wie schon vor dem Kriege im Jahre 1911, wiederum 1927 die englische Ausfuhr überholt und sich der amerikanischen in zunehmendem Maße genähert. Was aber gegenüber allen diesen Einzelheiten sowohl vor dem Kriege als auch nach dem Kriege das Bild im ganzen beherrscht, das ist der große Zug der parallelen Aufwärtsentwicklung der Maschinenausfuhr aller drei Länder.

Schon die Tatsache, daß diese Erscheinung sich jahrelang unter so völlig verschiedenen Verhältnissen wie denjenigen der Vorkriegszeit einerseits, der Nachkriegszeit andererseits, in der gleichen Weise durchgesetzt hat, — schon diese Tatsache deutet darauf hin, daß es sich hier nicht um eine zufällige und vorübergehende Entwicklung handelt, daß man vielmehr auch für die Zukunft Veranlassung hat, ihre Fortsetzung zu erwarten. Die Berechtigung dieser Erwartung läßt sich aber durch eine andere statistische Überlegung noch sehr viel sicherer begründen.

Wie Zahlentafel 2 und Bild 2 zeigen, weist der Maschinenverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung in den verschiedenen Ländern der Erde ganz außerordentlich starke Unterschiede auf. Während auch hier die Vereinigten Staaten mit einem jährlichen Kopfverbrauch von fast 100 RM die Spitze halten, und die anderen hochindustrialisierten Länder mit einem Maschinenverbrauch von mittlerer Höhe folgen, haben die weiten Gebiete Ostasiens und Südasiens, deren Bevölkerung mehr als die Hälfte der Menschheit umfaßt, einen Maschinenverbrauch, der sich kaum über die Nullinie erhebt, was ja nur ein zahlenmäßiger Ausdruck der Tatsache ist, daß sich ihre Industrialisierung noch in den ersten Anfängen befindet. Für eine weitere Zukunft liegen hier also geradezu ungeheuere Möglichkeiten für eine Steigerung der Maschinenausfuhr der führenden Produktionsländer. Aber auch wenn man bezüglich des Zeitmaßes dieser Entwicklung sich von übertriebenem Optimismus fernhält, so zeigt doch das Bild, daß auch in anderen, näher gelegenen Ländern, deren Industrialisierung bereits in vollem Gange ist, noch außerordentlich große unausgeschöpfte Möglichkeiten liegen.

Unverbesserliche Pessimisten weisen demgegenüber auf die drohende Möglichkeit hin, daß gerade infolge zunehmender Industrialisierung diejenigen Länder, die jetzt Maschinen ausschließlich einführen, weiterhin zu eigener Maschinenproduktion übergehen werden, und daß sich so die Maschinenausfuhr der bisherigen Produktionsländer unvermeidlich ihr eigenes Grab grabe. Ich habe demgegen-

Digitized by Google

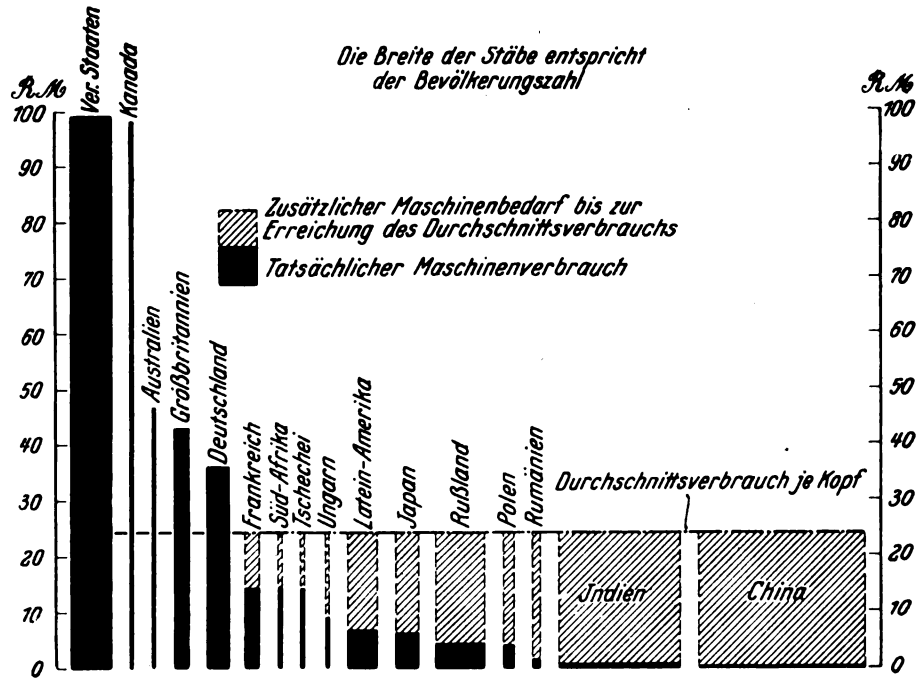


Bild 2

Maschineninvestition je Kopf in den wichtigsten Ländern im Jahre 1925.

Zahlentafel 2

Maschinenverbrauch wichtiger Länder

Länder	1925 Verbrauch in Mill. RM	1925 je Kopf der Bevölkerg. in RM
Amerika		
Vereinigte Staaten	11 475	99,4
Canada	876	98,5
Süd- u. Mittelamerika	509	5,6
Europa		
Großbritannien und Irland	2 347	42,8
Deutschland	2 265	36,2[1])
Rußland	561	4,3
Österreich-Ungarn bzw. Nachfolgestaaten	363	12,8
Frankreich	570	14,5
Übrige europäisch. Maschinenproduktionsländer	1 332	13,3
Übrige europ. Länder	211	2,9
Australien-Asien		
Australischer Bund	279	46.5
Neuseeland	47	33,6
Britisch-Indien	225	0,7
China	88	0,2
Japan	381	6,4
Afrika		
Südafrikanische Union	99	14,1
Masch.-Verbr. der Welt	**22 959**	

[1]) 1926: 27,8. 1927: 41,2. 1928: 47,5.

über an anderer Stelle*) ausführlich nachgewiesen, daß gerade umgekehrt der Übergang zu eigener Maschinenproduktion auf einem Niveau der Hochindustrialisierung zu einem so starken Bedarf nach Spezialitäten führt, der nur durch gegenseitigen internationalen Austausch zu befriedigen ist, daß per saldo nur eine weitere Steigerung des Einfuhrbedarfs eintritt, und in Wirklichkeit gerade die höchstindustrialisierten Maschinenproduktionsländer sich gegenseitig in der Maschinenausfuhr die besten Kunden sind. Ein starker internationaler Maschinenaustausch, wie er als eine der wirksamsten Triebkräfte des Rationalisierungsfortschrittes aller beteiligten Länder nachgewiesen wurde, liegt also auch handelspolitisch im Interesse aller Beteiligten.

Der gleichen Überzeugung wurde von mir bereits vor mehreren Jahren Ausdruck gegeben in einer im Auftrage des Völkerbundes der Weltwirtschaftskonferenz vorgelegten Denkschrift über die Maschinenindustrie der Welt. **)

Da ich glaube, daß die Entwicklung der Zwischenzeit diese Auffassung immer wieder bestätigt hat, so darf ich die Worte wiederholen, mit denen ich damals die Uebersicht über die internationale Lage des Maschinenbaues abschloß:

„Ein gegenseitiges Kennenlernen und eine stärkere persönliche Fühlung zwischen den Maschinenindustrien der verschiedenen Länder wird dahin wirken, das vielfach durch Unkenntnis hervorgerufene gegenseitige Mißtrauen abzubauen und der Überzeugung zum Durchbruch zu verhelfen, daß alle Maschinenbauer aller Länder Mitarbeiter am Fortschritt der menschlichen Zivilisation sind, und daß der Beitrag keines Landes entbehrt werden kann, ohne diesen Fortschritt zu verlangsamen.“

*) Die Zukunft des Außenhandels. Magazin der Wirtschaft vom 6. 6. 29, 5. Jahrgang, Nr. 23, Seite 885 ff.

**) Berlin 1926. Verlag des Vereins Deutscher Ingenieure.

Unternehmer

Illustrierte Zeitschrift für die Interessen des deutschen Unternehmertums

9. Jahrgang

Wirtschaftspolitisches Fachblatt für alle Industriebranchen, sowie für Handel und Gewerbe.

Verlangen Sie Besprechungsstücke vom

Verlag des „Unternehmer“, Berlin SW 48, Friedrichstr. 240/41.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 40 — Berlin, den 5. Oktober 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14 483. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Der Inlands-Korrespondent.

Aufgaben und Forderungen.

Von Dr. Alfred Frankenfeld (Hamburg).

Reichsverband und „Deutsche Presse" haben in letzter Zeit wiederholt die Frage der Auslands-Berichterstatter behandelt und die allgemeinen Gesichtspunkte herausgestellt, die für die ideelle und materielle Stellung dieser Berufskategorie beachtlich erscheinen. Schon in dieser Erörterung ist manche Seite berührt worden, die auch den deutschen Inlands-Korrespondenten interessiert. Fragen der Technik der Berichterstattung, der Beziehungen zwischen Redaktion und Außenvertretern, der Allgemeingeltung der Korrespondenten gelangten in jenem Problemkreis zur Entfaltung, der bei weiterer Themastellung ohne Zweifel auch die Kategorie der im Inland tätigen Kollegen mit umfaßt. Es scheint indessen doch nicht so, als ob man beliebig die für den Auslands-Berichterstatter aufgestellten Gesichtspunkte ohne weiteres auf die Inlands-Korrespondenten übertragen könnte, vielmehr ist, bei der außerordentlich verschiedenartigen Struktur, die die Kategorie der inländischen Berichterstatter gegenwärtig zeigt, eine Sonderbehandlung auch dann notwendig, wenn sich gewisse Feststellungen und Gesichtspunkte mit den in der bisherigen Diskussion für die Auslands-Korrespondenten gefundenen berühren oder decken. Abgesehen davon aber, zwingt die allgemeine Bedeutung der gegenwärtigen innerdeutschen Zeitungs-Berichterstattung, die in unserer Zeit der politischen, wirtschaftlichen und geistigen Kämpfe gegenüber früheren Zeiten eine sehr hervorragende Rolle übernommen hat, zu einer eingehenderen Spezial-Betrachtung.

Es ist doch jedenfalls so, daß unsere deutschen Zeitungen in erster Linie auch deutsche Aufgaben zu erfüllen haben, d. h. die Allgemeinheit der Nation durch die Berichterstattung aus dem ganzen Reich unablässig geistig miteinander zu verbinden. Jedermann, so auch natürlich der Leser, interessiert sich aus ursprünglichen Gründen zunächst einmal für das eigene Haus; er will wissen, wie es in seinen Ecken und Winkeln überall ausschaut, um so nicht nur Mitlebender, sondern auch Mitwissender und mittätiger Werkgenosse zu bleiben für den weiteren, gesicherten Ausbau dieses Hauses. Natürlich bedarf er dazu auch der Fenster, die nach den Gebieten hin zu öffnen sind, die das Eigene umgeben, d. h. der Auslandskenntnis. Seine erste Aufmerksamkeit gilt jedoch der eigenen Sache im Innern, und ihm hierfür die richtige Erkenntnismöglichkeit, den notwendigen klaren Blick zu verschaffen, dient der deutsche Teil der deutschen Zeitung, dient neben der redaktionellen Hausarbeit die Berichterstattung aus allen wichtigen Plätzen des Inlands.

Die Verantwortung des Inlands-Korrespondenten beruht schon damit also in jener der Presse schlechthin übertragenen Aufgabe, nationale Kenntnis zu vermitteln, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Staatsbürger zu stärken und durch sachliche Unterrichtung und sachliche Beurteilung an der politischen und geistigen Erziehung der Nation mitzuwirken. Es ist notwendig, diesen Aufgabenkreis einmal mit genügender Schärfe herauszustellen, um die leider in Einzelauffassungen noch gelegentlich hervortretende Geringschätzung der Berufskategorie der Inlands-Berichterstattung ad absurdum zu führen. Wenn, um in diesem Zusammenhang schon hierauf hinzuweisen, beispielsweise in manchen Gegenden hauptamtlich tätige Korrespondenten gehaltlich mit der Anfangsstufe der kaum der Volontärzeit entronnenen Redakteure gleichgestellt werden, so zeugt doch eine solche Einschätzung von einer sehr starken Verkennung derjenigen für die Zeitung lebenswichtigen Aufgaben, die heute der Inlands-Korrespondent zu erfüllen hat. Sie führt notwendig dahin, daß alle qualifizierten Kräfte sich dieser Tätigkeit aus materiellen Gründen entziehen und weniger qualifizierte journalistische Brotverdiener an ihre Stelle treten, die nur zu leicht und zu oft nach außen hin jene Gefühle der öffentlichen Geringachtung hervorrufen, die zu bekämpfen doch eine der großen idealen Aufgaben unseres ganzen Standes ist. Abgesehen davon aber zeugt eine derartige Behandlung der hauptamtlich tätigen Inlandskorrespondenten von einer mangelhaften Einsicht der einzelnen Zeitungen selbst, die sich auf solche Art die qualifizierteren Kräfte entziehen und sehr bald die Unzufriedenheit ihrer auswärtigen Leser über minderwertige Berichterstattung empfinden dürften.

Natürlich sind Unterschiede zu machen. Ein Lokalblatt, das sich Berichterstatter in umliegenden Ortschaften verschafft, die etwa auch über jede Kuh, die gekalbt hat, zu schreiben haben, bedarf keiner besonders qualifizierten und dementsprechend eingeschätzten Journalisten. Zumeist wird solche Arbeit ja heute auch nebenamtlich vom Dorfschulzen oder Lehrer verrichtet. Es scheidet ferner aus jene große Masse von Berufskollegen, die aus der Berichterstattung ein wahrhaftiges Geschäft machen und deren Tätigkeit sich der der öffentlich firmierenden Korrespondenz-Büros stark angleicht. Ihnen ist die Nach-

Digitized by Google

richt Ware, die an eine ganze Reihe von Abnehmern verkauft wird. Eine geistig selbständige verantwortungsvolle Bearbeitung ist in solchem Falle schon deshalb fast immer ausgeschlossen, weil es dem Belieferer — also dem Berichterstatter — ja darauf ankommt, seine Nachrichtenware möglichst bei allen Belieferten, ohne Unterschied ihrer geistigen Verschiedenheiten, abzusetzen. Die eigene Redigierung solcher Massen-Nachrichten kann selbstverständlich hohes journalistisches Talent voraussetzen, dennoch entbehrt ihr in der Hauptsache gewerbsmäßiger Vertrieb jenes eigentlichen geistigen Elementes, das die Arbeit des individuellen hauptamtlichen Inlands-Korrespondenten adelt. Er bleibt allein für diese Betrachtung übrig als der am festen Platz ständig akkreditierte Vertreter seiner Redaktion. Auf ihn treffen ganz wesentlich die Voraussetzungen zu, die hier an ihn selbst zu stellen sind und die für ihn erfüllt werden müssen.

Als grundsätzliche Voraussetzung für den Beruf des hauptamtlichen Inlands-Korrespondenten sollte eine Bildungsgrundlage gelten, die es ihm gestattet, sich schnell ein kritisches Urteil über die Fülle der ihn erwartenden Ansprüche zu verschaffen. Diese Bildungsgrundlage muß getragen werden von einer besonders regen Auffassungsgabe, um auch nur annähernd die Vielseitigkeit der Aufgaben zu übersehen, deren Durchführung das politische, wirtschaftliche und kulturelle Interesse seiner Zeitung erheischt. Ressort-Einteilungen, wie sie daheim bei den Redaktionen selbst üblich sind, gibt es beim Inlands-Korrespondenten zumeist nur im Gehirn, nicht im Personal und in der räumlichen Trennung.

Um aber möglichst alle heimischen Ressorts zu befriedigen, immer und überall auf dem Laufenden zu sein, zu den verschiedensten Fragen oft blitzschnell Stellung zu nehmen, gehören neben der Bildung und Auffassungskraft auch Übersicht, Klarheit und Dispositions-Talent. Selbst dies alles genügt noch nicht, wenn ihm nicht das notwendig angeborene journalistische Talent die zweckmäßigste Verarbeitung für die Zeitung gestattet. Der ständige Berichterstatter muß darüber hinaus die sachlichen Fähigkeiten besitzen, sich in einzelnen besonders dringlichen Problemen seines Gebietes, die die Allgemeinheit der Leserschaft interessieren, zum Experten zu entwickeln. Nur wenn er reale Kenntnisse sammelt, wird er reale Informationen von denen erhalten, die jene Probleme von Amts wegen zu verwalten haben, und es hängt sehr viel für sein persönliches Ansehen und damit zugleich für das Ansehen seiner Zeitung davon ab, ob es ihm gelingt, durch Wissen und Urteil Geltung und damit journalistischen Einfluß zu erreichen. Dazu gehört außer der geistigen auch die Erfüllung einer moralischen Verpflichtung. Wenn Journalist sein schon immer heißen sollte, Charakter zu haben, so in ganz besonderem Maße für den in seinem Gebiet ja isoliert stehenden, allen Beobachtungen ständig ausgesetzten auswärtigen Redaktionsvertreter. Es drängt sich gar mancherlei an ihn heran, was seine Unabhängigkeit bedroht. Er hat sich zu wehren gegen Laune und Mißvergnügen, aber auch gegen Schmeicheleien derjenigen Kreise, die ein Interesse an einer möglichst wohlwollenden Kritik ihrer Leistungen in einem auswärtigen Blatt haben. Zur erfolgreichen Verteidigung einer solchen geistigen Unabhängigkeit, ohne daß dauernde Verstimmungen bleiben, gehört zweifellos oft ein ungewöhnlicher journalistischer Takt. Er hat sich zu wehren auch gegen mancherlei einschläfernde Einflüsse von Pressestellen aller Art, die sich mancherorts als verkappte Zensurbehörden gebärden und schwächeren Charakteren gern den Eingang zu den hinter ihrer Sperre liegenden Jagdgründen der realen Information verbauen. Er hat sich, wie ja alle Journalisten, natürlich zu wehren gegen die direkten oder indirekten Bestechungsversuche, wie sie in luxuriösen Spezial-Einladungen (Beleuchtungsproben) gerade auch für die Berichterstatter auswärtiger Zeitungen mit besonderer Häufigkeit beliebt werden. Er hat sich endlich zu wehren gegen die nicht immer rein sachlichen Gründen entsprießenden Versuche lokaler Redaktionen, die Tätigkeit des auswärtigen Kollegen durch eine in die vorsichtige Form einer angeblich „berichtigenden“ Kritik gehüllte Polemik herabzusetzen. Hier hilft nur auf die Dauer das überlegene Wissen um die Sache, ein freies Urteil, ein von wirklicher Ironie geleitetes Gefühl darüber hinweg, da sich ja der auswärtige Vertreter nicht so unmittelbar in seiner Zeitung zu wehren vermag, wie dies zwischen den örtlichen Redaktionen selbst möglich erscheint. Wie jeder Redakteur sollte in besonderem Maße auch der ständige Berichterstatter zudem die Fähigkeit der Diskretion besitzen und zu unterscheiden vermögen, was für die Weitergabe von Nachrichten und ihre Veröffentlichung verantwortet werden kann und was selbst dem eigenen Redaktionsverbande vorläufig aus sachlichen Gründen zu verschweigen ist. Diejenige Auffassung, daß alles, was der Korrespondent weiß, ohne weiteres Gemeingut seiner Zeitung werden muß, kann bei selbständig denkenden Persönlichkeiten nicht bestimmend sein. Vielmehr sollte seine Redaktion jederzeit das Vertrauen zu ihrem auswärtigen Mitarbeiter haben, daß er alles wirklich Wissens- und Publikationsreife stets auf schnellstem Wege mitteilt, sofern es im sachlichsten Interesse der Zeitung, d. h. auch im wohlverstandenen Nationalinteresse liegt. Selbstverständlich können vertrauliche Informationen an einzelne leitende Redaktions-Persönlichkeiten hier einen gewissen Ausgleich herbeiführen. Sensation um jeden Preis ist aber hoffentlich eine Erscheinung, die niemals ein Charakteristikum der ernsthaften deutschen Presse werden wird.

Wenn so der Umkreis der geistigen und moralischen Voraussetzungen, die an die hauptamtlich tätigen Redaktions-Außenvertreter zu stellen sind, skizziert worden ist, so gilt es nun, die Voraussetzungen zu betrachten, die der Außenvertreter an seinen Verlag zu stellen berechtigt ist. Er kann verlangen, um es ganz kurz auszudrücken, als wirklicher Vertrauensmann seiner Zeitung herausgestellt zu werden. In seiner isolierten Persönlichkeit erblickt die Außenwelt Redaktion und Verlag. Sie beobachtet ihn nicht, wie den vielfältig verwendeten Lokalreporter, der einmal hier und einmal dort auftaucht, sondern erkennt in seiner Ständigkeit den Gesandten einer fremden geistigen Macht, mit der sie fortdauernde Fühlung zu nehmen hat. Diese Allgemein-Situation des Redaktionsvertreters in Verbindung mit dem Auftrag einer möglichst vielseitigen Leistung sollte auch seine Einschätzung nach der ideellen und der materiellen Seite stets bestimmen. Wird ihm diese Anerkennung verweigert, so drückt das nicht nur die Leistung, sondern auch das Ansehen der Redaktion im ganzen, um so mehr, je bedeutender der Platz ist, an dem sie ihren Vertreter beschäftigt. Nur bei vollkommenem gegenseitigem Vertrauen, wechselseitiger Förderung und ständiger enger Fühlungnahme wird sich das Verhältnis zwischen Außenvertreter und Redaktion zu dauernd wirksamem Nutzen der Zeitung im ganzen gestalten. Zu solchem Zwecke sollte auch der gelegentliche Austausch zwischen redaktionellen Innen- und Außendiensttuern beitragen, oder wenn dies aus technischen Gründen nicht durchführbar ist, jeder hauptamtliche Korrespondent Gelegenheit erhalten, eine gewisse Zeit in seiner Heimat-Redaktion zu arbeiten. Zum mindesten aber sollte er des öfteren dort einkehren und in der mündlichen Aussprache mit den Kollegen der verschiedenen Ressorts, dem Chefredakteur und den Verlagsvertretern jenes Vertrauensverhältnis vertiefen, das allein sachlichen Nutzen verspricht. Eine solche Möglichkeit der Verbindung würde auch zur gerechten Einschätzung des Korrespondenten in seiner Zentrale beitragen und manches Vorurteil beseitigen, das leider heute noch vielfach die Stellung des Außenvertreters unterhöhlt. Die Redaktionen der großen Zeitungen sollten sich immer bewußt sein, daß wir journalistisch in einem ausgesprochenen Zeitalter der Nach-

Digitized by Google

richt und ihrer Verwertung stehen, und daß daher der Korrespondent seinem Blatte mindestens ebensoviel an geistigen Werten gibt, als der Redakteur, der über den technischen Aufbau der jeweiligen Ausgabe zu wachen hat. Eine Statistik großer deutscher Blätter über das, was heute Redaktions-, und was Korrespondenten-Arbeit ist, würde hierzu lehrreich beitragen.

Für den Verlag großer Zeitungen ergibt sich aus diesen Ausführungen, ihre ständigen Korrespondenten an den Hauptzentren des Reichs als vollwertige Redakteure einzuschätzen. Diese Forderung ist nicht nur aus berufs-egoistischen, sondern aus den wichtigeren Gründen einer wirklich unabhängigen, sachlich-kritischen, dem Ansehen der Zeitung und der Journalistik im ganzen würdigen Berichterstattung. Ein schlecht bezahlter Korrespondent wird sich stets leichter dazu hergeben, in irgendeiner Form aktiven oder passiven Bestechungen zu verfallen, als ein hinreichend honorierter. Es sollte auch mit der leidigen Gepflogenheit des Zeilenhonorars für eigene ständige Korrespondenten endgültig Schluß gemacht werden. Phrasenhafte Sensations-Reportage ist nur zu leicht das Ergebnis des nach Honorar-Vergrößerung drängenden Zeilen-Journalisten, ihre logische Folge häufig die Minderwertigkeit dessen, was die Zeitung an Nachrichten- und Informations-Material tatsächlich zu bieten hat. Die Wahrheit in der Wirklichkeit zu spiegeln, ist das höchste Ziel jeder journalistischen Arbeit, die Anspruch erhebt, Achtung und Beachtung zu finden. Sie zu fördern bedarf es gerade bei der Auswahl der Berichterstatter größter Sorgfalt, bedarf es aber auch der ständigen Fürsorge, die Position des Außen-Redakteurs nicht verkümmern zu lassen. Es ist zweifellos billiger, ein Korrespondenz-Büro zu engagieren, als eigene Vertreter mit oft hohen Spesen zu unterhalten. Will aber ein Blatt seine Bedeutung für die Unterrichtung und Bildung der Nation behalten, so kann es nicht verzichten auf jene wirksame Eigenart, die ihr durch eine keineswegs fabrikmäßig zurechtgerichtete und nicht nach geschäftlichen Prinzipien abgefaßte individuelle Berichterstattung gewährleistet wird. Es ist eine vielleicht durch die wirtschaftlichen Zeitverhältnisse zum Teil entschuldbare, auf die Dauer aber wenig erfreuliche Erscheinung, daß die deutsche Provinz-Zeitung immer mehr in die Hände großer Nachrichten-Konzerne zu fallen scheint, die das Inland mit uniformierter Massenware überschwemmen. Ein wertvolles Stück landschaftlich gebundener Kultur geht damit verloren, wenn sich die Lokal-Zeitung dem öden Schema der oft kaum noch journalistisch zu nennenden Mechanisierung der Massen-Berichterstattung verschreibt. Es genügt auch nicht, nur etwa ein eigenes Büro in Berlin zu unterhalten. Manche geistigen Brücken würden über alle Mainlinien Deutschlands zu schlagen sein, wenn auch unsere größeren Provinz-Zeitungen immer mehr dazu übergingen, an möglichst vielen großen Plätzen des Reiches eigene, unabhängige und für sie allein berichtende Redakteure zu unterhalten. Im Grunde ist erst dann wirklich die Aufgabe einer großen Zeitung erfüllt, Vermittler des nationalen Gesamtlebens zu sein, wenn ihr Tagesspiegel seine vielfarbigen Bilder von überall her auffängt und sie so auf die Masse der beobachtenden Leser wirksam projiziert. Daran entscheidend mitzuarbeiten, ist der zu eigener Verantwortung herausgestellte Zeitungs-Korrespondent berufen.

Sprechdeutsch und Schreibdeutsch.

Noch ein paar Bemerkungen zum Meinungsaustausch über die Zeitungssprache.

Von Dr. Gustav Manz.

Es wurde in den letzten Wochen in der „Deutschen Presse“ lebhaft hin- und hergeredet über das Zeitungsdeutsch. Ein offenbar recht verfehltes Buch eines deutschen Rektors, der uns Zeitungsmänner belehren will, gab dazu u. a. einen äußeren Anlaß. Wir haben uns unserer Haut gewehrt, haben Mängel gerne zugegeben und, wo solche vorhanden sind, Besserung versprochen. Noch ganz zuletzt hat ein Berufsgenosse, Schriftleiter Sonntag in Zittau, mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß wir Zeitungsmänner selbst besser sind als unser Ruf. Nicht wir sind es nämlich, die schlechtes Deutsch schreiben — wenn schon uns in der Hitze des Gefechts, d. h. in der Hetze der Tagesarbeit, dann und wann eine Entgleisung zugestoßen mag —, sondern diejenigen, die uns mit Stoff versorgen, Behörden und Einzelpersonen, legen uns häufig Beiträge vor, die eigentlich erst umgeschrieben werden müßten, um wirklich druckfertig zu werden. In diesem Zusammenhang erwähnt der Kollege auch die Grundsätze des „Deutschen Sprachvereins“, stimmt ihnen bei und fordert uns zu noch stärkerer Gedankenschärfung auf, damit wir künftighin vermeidbare Fremdwörter wirklich vermeiden. Er spricht dabei den Wunsch aus, man möchte an leitender Stelle neben der Mehrheit der Schulmänner im Deutschen Sprachverein doch auch die Zeitungsleute zu ihrem Recht kommen lassen. Denn da wir Männer der Presse tagtäglich unsere deutsche Sprache als Ausdrucksmittel zu benutzen haben, sind wir gewiß in der Lage, auf die Bestrebungen des Sprachvereins befruchtend einzuwirken.

*

Die verschiedenen in diesem letzten Meinungsaustausch behandelten Fragen haben auch mich während meiner Zeitungstätigkeit immer wieder beschäftigt. Ich hatte das Glück, als verantwortlicher Letter der Unterhaltungsbeilage der Täglichen Rundschau einem Blatt anzugehören, welches grundsätzlich, zum mindesten in seinem literarischen Teil, sich die Anschauungen des Deutschen Sprachvereins zu eigen machte. Diese sind bekanntlich duldsam genug, indem sie zusammengefaßt werden in der Mahnung: „Kein Fremdwort für das, was deutsch gut ausgedrückt werden kann.“ Nun ist es selbstverständlich, daß man auch als aufmerksamer Schriftleiter das Ideal, dem man zustrebt, niemals vollkommen erreichen kann! An rauhen Warnern, die unser Blatt und im besonderen mich als verantwortlichen Leiter der Unterhaltungsbeilage auf dem fremdwortreichen Sündenpfad zu ertappen glaubten, hat es niemals gefehlt. Jahrelang bekam ich von Zeit zu Zeit von einem Leser, der offenbar über sehr viel Muße verfügte, meine Unterhaltungsbeilage als Drucksache wieder zugeschickt, umgewandelt in eine bunte Farbenstiftzeichnung dadaistischen Gepräges; es war nämlich ein jedes Fremdwort oder dasjenige, was der Einsender noch als Fremdwort verdammen zu müssen glaubte, mit Rot- oder Blaustift dick angestrichen und am Rande des Druckspiegels wimmelten die Ausrufezeichen der Empörung zu Viertel- oder halben Dutzenden herum. Diese Sendungen bereiteten mir und den Kollegen selbstverständlich eine viel ungetrübtere Heiterkeit als z. B. jene Zuschriften der Irrsinnigen, von denen keine Zeitung verschont bleibt. Aber auch in diesem Fall mußte man sich schließlich sagen, hier sei der — Verfolgungswahnsinn Methode geworden!

Wieviel dankbarer war ich dafür, wenn etwa so vortreffliche Mitarbeiter wie die inzwischen verstorbenen Herren Günther Saalfeld, Dr. Ernst Wasserzieher oder Prof. Richard Sternfeld mit aufklärenden Beiträgen zur Sprach- und Fremdwortfrage sich einfanden. Dann und wann meldete sich auch der alte

Digitized by Google

kampffrohe Haudegen Eduard Engel. Freilich verlangte auch er manchmal Unmögliches, so, wenn er meinte, man solle sich zum Ziel setzen, tagtäglich morgens und abends immer eine vollkommen fremdwortreine Nummer der Zeitung herauszubringen. Ich hätte einmal sehen wollen, bis zu welchem unleidlichen Grade mein sonst so ungestörtes Einvernehmen mit den Berufsgenossen der Politik, der Börse und des Sports oder auch den an sich so freundlichen Mitarbeiterinnen auf dem Gebiete der Mode gestört worden wäre, wenn ich dieses Ansinnen an sie gestellt hätte! Selbstverständlich tat ich auf meinem eigensten Gebiet alles, was in der Eile der Stunden zu tun möglich war, denn einem so eifrigen Mentor gegenüber zeigte man sich ja gerne als gelehriger Telemach, um so mehr, als es ja gerade Eduard Engel war, der trotz allem für uns Zeitungsschreiber stets eine Lanze gebrochen hat. Man lese nur in seiner „Deutschen Stilkunst“ das Kapitel über den Zeitungsstil, in welchem er eine gute Kenntnis vom inneren Betrieb einer Zeitung zeigt und im übrigen gerade den Herren Gelehrten, die uns am Zeuge flicken möchten, eine ganz gehörige Strafpredigt hält. Da heißt es u. a.: „Wir haben in der deutschen Presse Deutschlands, Österreichs, der Schweiz mehr als ein volles Hundert glänzender Schreiber; wieviele glänzende Stilisten gibt es in der deutschen schreibenden Wissenschaft der drei Länder? Auf jeden guten wissenschaftlichen Schriftsteller kommen zehn gute Zeitungsschreiber. Wer dies bestreitet, ist entweder durch seinen Beruf und sein eigenes schlechtes Schreibergewissen befangen, oder ich bestreite ihm die Kenntnis der Tatsachen.“ Und weiter: „In der Presse herrscht ja das grausam-heilsame Naturgesetz von der Auslese der Besten mit ganz anderer Gewalt als in der schreibenden Wissenschaft. In dieser kann ein Schreiber mit bejammernswertem Stil bis ans Ende seiner Tage die Lücken des Weltenbaues stopfen, wenngleich ihm keine größere Zeitung den Bericht über die Sitzungen eines Bezirksvereins anvertrauen würde. Der Zeitungsstil ist lange genug, seit Jahren schon mit Unrecht, der Stein des Anstoßes gewesen, am meisten für die Schreiber mit dem anstößigsten Stil. Jeder bessere deutsche Zeitungsschreiber, zusammen viele hundert, fühlt seine Mitverantwortlichkeit für Adel und Ehre deutscher Sprache; in der deutschen Wissenschaft sind bisher nur wenige Dutzend Gelehrte auf die Höhe solcher Auffassung gelangt. Kein Kenner des Pressewesens der großen Völker der Erde kann ehrlicherweise bestreiten, daß die deutsche Presse an innerem Gehalt, an rastloser Mitarbeit im Dienste der Geistesbildung jede andere bei weitem übertrifft. Die deutsche Zeitung ist mehr als die irgend eines Volkes zugleich Literatur.“ Wenn Eduard Engel im Anschluß an dieses Lob der deutschen Presse den Wunsch ausspricht, sie möge, unbeirrt durch die Beschimpfungen der Unverbesserlichen, immer eifriger an der Verbesserung ihres und damit unseres Stiles arbeiten, so ist dies ein Verlangen, das wir ganz gewiß alle billigen werden. Wir wollen immer, gerade in der Fremdwortfrage, alles Mögliche tun, da eben nach Lage der Dinge nun einmal das Unmögliche nicht geleistet werden kann!

* * *

Ich möchte schließlich etwas betonen, was m. E. in den bisherigen Zuschriften noch nicht in entsprechendem Maße zur Geltung gekommen ist. Wenn ich meine Zeilen „Sprechdeutsch und Schreibdeutsch“ betitle, so hat das darin seinen Grund, daß mir als Mann der Presse, der gleichzeitig aber auch auf dem Gebiete der Sprechkunst praktisch tätig ist, immer wieder die Möglichkeiten klar werden, wie man durch gutes Sprechen zum guten Schreiben gelangen kann.

Es hat ja jemand einmal gesagt, gutes Zeitungsdeutsch sei nichts anderes als „geschriebene Rhetorik“. Er meinte damit, daß gewisse Anforderungen, die wir an den Redner stellen, auch zu den Pflichten des Zeitungsschreibers gehören, nämlich klare sprachliche Formung, Anschaulichkeit des Stils, Vermeiden jeder Weitschweifigkeit usw. Nun wäre es einmal ganz hübsch, wenn unsere Berufsgenossen sich dazu äußerten, welche Erfahrungen sie hinsichtlich ihres Stils machen, je nachdem sie ihre Artikel unmittelbar in die Maschine diktieren oder sie am Schreibtisch selber schriftlich ausarbeiten.

Wie es mir selbst dabei ergangen ist, will ich gerne mitteilen. Es ist mir seit vielen Jahren infolge der öffentlichen Vortragstätigkeit und meiner Berufsaufgaben als Sprecherzieher auch als Zeitungsmann ein Bedürfnis geworden, meine für den Druck bestimmten Arbeiten, selbstverständlich nach vorangegangener materieller Sammelarbeit und geistiger Sammlung unmittelbar in die Maschine zu sprechen. Ich habe die Empfindung, daß man dann von vornherein ein klanggeborenes Deutsch spricht, das auch in der späteren Druckform diese Art seiner Entstehung nicht verleugnet. Selbstverständlich wird kein derartig gesprochener Artikel sofort so druckreif sein, daß er ohne weiteres in den Setzersaal wandern könnte. Die Durchsicht des Diktats ist unerläßlich, um gewisse Unebenheiten, namentlich Wiederholungen desselben Ausdrucks zu tilgen. Außerdem habe ich wohl keiner Arbeit von mir aus die Druckfähigkeit zugesprochen, bei der es mir nicht gelungen wäre, bei sofortiger Überprüfung zu lang geratene Sätze aufzuteilen oder Ausdrücke mit Schreibtischcharakter, wie ich sie zu nennen pflege, durch andere anschaulichere zu ersetzen.

Aber das Eine steht für mich fest: eine derartige Arbeit, die zuerst gesprochenes Wort war, ehe sie geschriebenes und gedrucktes wurde, wiederholt im Einzelfalle am überzeugendsten den allgemeinen Vorgang, den grundsätzlichen Weg, den jedes gedruckte Wort gegangen sein muß, ehe es eben in der Form der Druckletter vor den Leser gelangt. Wort und Klang waren immer das erste, der Ausgangspunkt, alles weitere ist Vervielfältigung zum Zwecke der Verbreitung. Je deutlicher also der Artikelschreiber den Klang seiner Worte, den Tonfall seiner Sätze gehört hat, ehe er sie niederschreiben läßt, um so lebendiger die Wirkung! Wohl gibt es unter uns besonders begabte Ausnahmenaturen, denen gleichsam jenes dritte Ohr, das „innere Ohr“, von dem Nietzsche einmal spricht, als aufmerksamer Horchposten verliehen ist. Sie brauchen den lauten Klang nicht, denn sie hören, was sie schreiben, auch wenn sich keine laute Silbe über ihre Lippen drängt. Für die Mehrzahl aber dürfte jedenfalls der aus dem Sprechvorgang hervorgehende Artikel ein geeigneter Weg sein, um sich vor Nüchternheit des Ausdrucks, vor Langatmigkeit der Sätze zu schützen.

Erfahrungen mit dem sogenannten „Parlophon“ habe ich persönlich nicht gemacht. Aber ich möchte beinahe glauben, daß die Aufnahme eines Artikels im Stenogramm oder unmittelbar durch die Schreibmaschine insofern einen gewissen Vorteil bietet, als sie durch das Medium eines lebendigen Menschen sich vollzieht. Auch hier ergibt sich im Einzelfall die Auswirkung eines Grundgesetzes aller Redeäußerung. Sie ist ja niemals Selbstzweck, sondern stets zweckhaft bestimmt durch die Rücksicht auf irgend einen oder auf viele Hörer. Insofern habe ich persönlich die Form des Maschinendiktats, d. h. weder die Anwesenheit der an der Maschine tätigen Persönlichkeit, noch das Rattern der Maschine selbst irgendwie als störend empfunden. Gerade die Nötigung, sich gegen dieses dauernde Geräusch sprechend durchzusetzen und vor allem so deutlich zu reden, daß der Maschinenschreiber nicht fortwährend Zwischenfragen stellen muß, ist wiederum ein Mittel zur Gedankenschärfung, zur Deutlichkeit der Aussprache, zur Vermeidung des Schwulstes, kurzum zur Beachtung aller der Forderungen, die wir in diesem Zusammenhang zu stellen haben. Die Eigenart journalistischer Arbeit verbietet es ja zudem meistens, sich bequem an den Schreibtisch zu setzen, am Federhalter zu kauen und dann und wann einen Satz auf das Papier zu schreiben. Der Zwang, schnell arbeiten zu müssen,

Digitized by Google

den Überblick zu behalten, ist ja wiederum einer der vielen Anlässe, der den Mann der Presse zum Diktat zwingt. Auch hier kann also aus der Not eine Tugend werden!

Ich hoffe, nicht mißverstanden zu werden: wenn ich hier für das Diktat eintrete, so geschieht es immer im Hinblick auf die rasche Zweckarbeit, die der Journalist zu leisten hat, ganz einerlei, ob er plötzlich infolge irgendeines politischen Ereignisses einen vorher nicht bedachten Leitartikel oder infolge eines Todesfalles eine vorläufige Würdigung der eben verstorbenen Persönlichkeit zu verfassen hat. Jeder von uns kennt aus seiner Tätigkeit diese Augenblicke, in denen sich mit rascher Entschlußkraft die besondere journalistische Begabung zu zeigen hat, die so etwas ganz anderes ist, als die ruhige Schreibarbeit des Gelehrten und Wissenschaftlers.

Und so komme ich auf meine anfängliche Behauptung zurück, je mehr der Mann der Presse, sei es durch öffentliche rednerische Tätigkeit, sei es durch den Diktatzwang auf Grund beschränkter Zeit, Beherrscher des gesprochenen Wortes wird, um so mehr wird er auch ein guter Vertreter des geschriebenen Wortes sein.

Wissenschaft und Presse.

Unter besonderer Berücksichtigung der Grenzmarkprobleme.

Von Redakteur Leo Holstein-Königsberg.

Es schwinden die Zeiten, da der Gelehrte in einem „elfenbeinernen Turm“ sich von der Umwelt abschloß und deshalb auch die Presse ablehnte oder ignorierte. Der moderne Gelehrte hat nichts von dem alten Ideal verloren, daß die Wissenschaft nur der Erforschung der Wahrheit zu dienen hat und dabei nicht einem banalen Nützlichkeitsgedanken sich unterordnen darf. Aber gestützt auf solche Tradition verschmäht es der moderne Gelehrte nicht, wenn wir ihn recht verstehen, in die Kampfarena des Lebens zu steigen und dort sein Wissen zugleich mit seiner Persönlichkeit dem allgemeinen Ganzen tätig nutzbar zu machen. Ist er in diese Arena des Lebens eingetreten, dann trifft er in ihr unvermeidbar auf die Presse und muß sich mit ihr auseinandersetzen.

Es schwinden aber auch die Zeiten, da der Journalist in dem Gelehrten nur den Vertreter einer allzu trockenen und lebensfernen Buchweisheit sah. Der Journalist, der die Zeit begriffen hat, begrüßt es vielmehr mit aufrichtiger Freude, daß mehr und mehr Gelehrte sich als Mitarbeiter in den Dienst der Publizistik stellen, um dadurch viele Probleme des wissenschaftlichen Lebens als Fachleute einem breiten Publikum nahezubringen und damit der Idee die größten Dienste zu leisten. Der Journalist, der sich über seinen Aufgabenkreis klar ist, lehnt es ab, in falscher Überheblichkeit auf allen Gebieten den Fachmann zu spielen. Er überläßt es willig dem Gelehrten, ein schwieriges Problem seines Fachkreises, das in die Öffentlichkeit hineingreift, als berufener Deuter dieser Öffentlichkeit zu erläutern. Er erfüllt so eine seiner wichtigsten Aufgaben, Mittler zu sein zwischen dem Tagesgeschehen, zu dem auch die meisten neuen Forschungen und Ergebnisse der Wissenschaft gehören, und dem Publikum, das, vom materiellen Daseinskampf abgezogen, immer wieder durch die Zeitung Anregungen empfangen soll, sich mit geistigen Problemen eingehender auseinanderzusetzen. In einem Zeitalter, in dem leider das Buch und die Zeitschrift hart um ihre Durchsetzung kämpfen müssen, erscheint diese Mission der Presse besonders wichtig. Es können bei dieser Betrachtung die Sonderfälle außer acht gelassen werden, in denen der Gelehrte selbst als Politiker oder Tagesschriftsteller auf anderen Gebieten zur Feder greift, weil er für diesen Teil seiner Arbeit sich in den Kreis des Journalismus begibt und dessen Gesetzen unterliegt. Daß aber auch bei solcher Tätigkeit der Presse besonders fruchtbare und wertvolle Mitarbeit erwächst, steht außer Frage, zumal gerade diese Gelehrten aus näherer Kenntnis für das Verständnis der Presse in ihrem Kreise werben.

Das erfreuliche Wachsen des gegenseitigen Verständnisses, das wir trotz mancher noch bestehenden Hemmungen festzustellen glauben, ist aber auch dadurch gefördert worden, daß man erst in jüngerer Zeit in den beiden erwähnten Lagern erkannt hat, daß Wissenschaft und Presse grundsätzlich verschiedene Erscheinungsformen geistigen Lebens sind und daß sie deshalb nur mit solchen Maßstäben gemessen werden dürfen, die sich aus ihrer Wesensart ergeben. Für die Verbreitung dieser Erkenntnis, zu der auch diese Arbeit beitragen möchte, ist freilich noch manches zu tun. Von der Presse im allgemeinen gilt, was der Ordinarius für Zeitungskunde an der Leipziger Universität, Professor Dr. Erich Everth[1]) sehr treffend über die wissenschaftliche Betrachtung des Pressewesens sagt. Er schreibt:

> „Bisher leiden wir noch an einem Übermaß von Gefühlsurteilen. Man bewundert die moderne Presse um ihrer Technik willen, wie man etwa die Fabrikationsbetriebe des Herrn Ford bewundert. Und in der Tat bestehen innerliche Beziehungen zwischen beiden Einrichtungen, denn sie sind gleicherweise Ausdruck ihrer Zeit, die in dem Automobiltempo ihres Lebens, aus der Schnelligkeit einen Idealbegriff gemacht hat. Und man schilt die Presse, wie man auf die Parlamente und Parteien, oder auf die Börse, das Theater, auch das Kino schilt, mit denen allen wiederum die Presse in manchem Sinn verwandt ist. Es ist gut, alle diese Dinge zu erkennen, um die Presse denn auch gerecht beurteilen zu können; dagegen nutzt es wenig, über diese zu klagen oder eine Apologie für sie zu veranstalten. Wir wollen weder das eine noch das andere tun, sondern zu verstehen suchen. Natürlich muß man auch die Presse kritisieren, denn, wie sollte eine Erscheinung, die selbst so viel Kritik übt, ihrerseits davon verschont bleiben. Aber wir werden uns bemühen, die Maßstäbe, die wir an ihre Leistungen für das Ganze der Zivilisation und Kultur anlegen, aus eigener Bestimmung der Einrichtung, ihrer tatsächlichen Aufgaben und ihrer Wirkungsmöglichkeiten zu entnehmen, nicht aber Ideale anderer Lebensgebiete darauf zu übertragen. So muß man sich z. B. hüten, ihr bei wissenschaftlicher Behandlung ihrer Tätigkeit etwa Wertbegriffe des Forscher- und Lehramtes zu imputieren, an ihre informierende und urteilende Arbeit Normen der Wissenschaft für Erforschung der Wahrheit anzulegen. Das wäre wenig wissenschaftlich. Es wäre ebenso schlimm, wie wenn man umgekehrt das Tempo journalistischer Produzierung auf die Arbeit in der wissenschaftlichen Zeitungskunde übertragen wollte. So liegt es zum Teil an falschen Maßstäben, wenn die bisherige Literatur nicht selten wehleidig oder animos oder satirisch bis zum Pamphletistischen gewesen ist, und nicht nur die Presse, auch die Wissenschaft hat Schaden davon gehabt. Selbst bedeutende Gelehrte, die auf anderen Gebieten anerkannte Leistungen erwirkt haben, konnten der Zeitung gegenüber nicht immer zur Objektivität durchdringen. Das Gebiet war wissenschaftlich zu neu und blieb ihnen aus äußeren Gründen in vielem zu fremd. Auf der anderen Seite stehen begeisterte Schriften von besonders bedeutsamen Journalisten über die Herrschaft ihres Berufs, die brennende Feuerwerke von Apotheosen abbrennen, für die Wissenschaft aber nur als Material in Betracht kommen.“

In dieser Antithese zwischen wissenschaftlicher und journalistischer Arbeit scheint uns gleichzeitig die Mög-

---

[1]) „Zeitungskunde und Universität“. Vorlesung, gehalten am 20. November 1926 von Dr. Erich Everth, ordentlicher Professor an der Universität Leipzig. (Jena, Verlag von Gustav Rauscher.) S. 4.

Digitized by Google

lichkeit für eine Synthese zu liegen. Je deutlicher die Grenzen zwischen Wissenschaft und Presse gezogen sind, und je klarer diese Grenzen in beiden Lagern begriffen werden, desto leichter wird es sein, sich gegenseitig zu verständigen und mit ganz verschiedenen Methoden schließlich doch einem gemeinsamen Ziele zu dienen: der geistigen Förderung der Menschheit und damit dem menschlichen Fortschritt überhaupt. Daß in diesem Rahmen die Arbeit für das eigene Volk an erster Stelle stehen muß, sollte eine Selbstverständlichkeit bedeuten.

Was hier im allgemeinen gesagt wurde, hat für die deutsche Wissenschaft und für die deutsche Presse eine besondere Geltung, wenn man die geistigen Grundlagen des deutschen Journalismus betrachtet. Emil Dovifat[2]), der jetzt als Professor für Zeitungskunde an der Berliner Universität wirkt, weist darauf in einem Vergleich zwischen amerikanischem und deutschem Journalismus hin. Er sagt:

„In Deutschland kommt der Journalist von der geistigen Seite her an sein Handwerk. So sehr mit der Entwickelung des Zeitungsgewerbes zum Großbetrieb die rein technische Journalistik auch zugenommen haben mag, ihre Ziele und Ideale sucht sie nach wie vor im Gebiete des Geistigen, im Kampf der Meinungen, kurz gesagt in dem, was man in seiner gehobenen Form etwa mit dem Ausdruck Publizistik bezeichnet. Zwar hat das Nachrichtenwesen seit dem Kriege stark an Bedeutung gewonnen, der Nachrichtenstoff wird kürzer, pointierter gestaltet und die Aufmachung ist von größerer Lebendigkeit als je zuvor. Doch ist das vorerst ein äußerlicher Vorgang, der noch nirgends — selbst nicht bei den Boulevardblättern — zu einer so einseitigen Überschätzung der Form geführt hat, daß man die journalistische Berufsbildung von dieser Seite aufzuziehen sich veranlaßt sähe. Wenn man also überhaupt von einer speziellen journalistischen Berufsbildung in Deutschland sprechen will, dann ist vor allem zu sagen, daß sie von einer wissenschaftlichen Grundlage ausgeht. In doppeltem Sinne. Sie überläßt es dem künftigen Journalisten, sich die Allgemeinbildung wie auch die wissenschaftliche Bildung in den bestimmten Fächern, denen er seine Feder widmen will, an einer Hochschule zu erwerben. Er kann sie, wenn ihm dazu die Mittel fehlen, aber die Energie gegeben ist, auch selbst erarbeiten. Bei dem wesentlich höheren Stand der allgemeinen Schulbildung in Deutschland ist das sehr wohl möglich. Doch wird der künftige Journalist die eigentliche wissenschaftliche Vorbildung nirgends von den großen Wissensgebieten abgelöst nach amerikanischem Vorbilde zu besonderer journalistischer Verwendung vorserviert finden. Das ist gut und richtig so und führt allein zu jenen größeren Gesichtspunkten, die der Journalist am allerwenigsten entbehren kann.“

Weiß sich so der deutsche Journalist der Wissenschaft verpflichtet, aus der ihm auch nach seinem Studium für seine für den Tag berechnete Arbeit immer wieder neue Kräfte zuwachsen, so darf er für seine Arbeit Verständnis nicht aus egoistischen Gründen, sondern von einem Standpunkt aus, der das Beste der Gesamtheit ins Auge faßt, verlangen. Noch einmal sei hier Everth[3]) zitiert, dessen Worte zunächst nur die Zeitungskunde berücksichtigen, aber für die Presse als Gesamtproblem Geltung haben. Er sagt, indem er die Presse als Macht würdigt, die „nicht minder lange leben wird, als die Kirche Roms“:

„Hier handelt es sich zunächst . . . nämlich darum, Verständnis für diese nun einmal unumgängliche Kulturform zu gewinnen, eine wirkliche Kenntnis von ihr, ihren Lebensbedingungen und ihren Lebensgesetzen zu verbreiten in den Kreisen aller, die durch die Hochschule hindurchgehen und sich nachher in die verschiedensten Berufe verteilen, wo sie mehr oder weniger innerlich oder äußerlich mit der Presse zu tun bekommen. Wenn ein Teil von ihnen allen, namentlich derer, die von amtswegen als Richter, Staatsanwälte, Verwaltungsbeamte, Lehrer, Pastoren und auch Professoren, über Vorgänge der Presse zu urteilen haben, dann in der Lage ist, ein sachgemäßeres Urteil über die moderne Zeitung zu fällen, als es heute die Regel ist, so ist damit schon viel gewonnen.“

Wenn auch nicht alle Universitäten einen Lehrstuhl für Zeitungskunde aufweisen, so sollte doch auf ihnen allen die Presse im Rahmen des Studiums aller Fakultäten in einem solchen Maße gewürdigt und ihre Arbeit den Studierenden nahegebracht werden, wie es hier als wünschenswertes Ziel allgemeiner Bildung vorgezeichnet ist.

Die richtige Beurteilung der Presse wird sich aber selbstverständlich auch für die Presse selbst heilsam auswirken. Der wissenschaftlich gebildete Leser wird die Zeitung dann so werten, wie ein Historiker eine Quelle wertet, deren Angaben er einer Kritik unterwirft, indem er ihre Bedingtheiten erkennt, aber trotzdem ihre tatsächlichen Angaben oder subjektiven Urteile als Bereicherungen eigener Erkenntnis bucht. Eine solche verstehende Kritik wird gerade der Journalist unserer Zeit begrüßen und als Ansporn empfinden, der in einem „Zeitalter der Sachlichkeit“ den gebildeten Leser mehr überzeugen als überreden muß. Ein Urteil, das der italienische Geschichtsphilosoph Croce[4]) über die italienische Presse der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts fällt, sei hier angezogen:

„Man muß darauf achten, das Urteil der politischen Presse nicht als historisches Urteil zu bewerten. Die Presse gab zu jener Zeit wie stets Schilderungen der ‚Lage in Italien‘, die historische Wirklichkeit darstellen sollten, in der Tat aber ein Bild der Wünsche ihrer Autoren waren. Die Festlegung der dynamischen Geschichte in statischen ‚Schilderungen der Lage‘ beweist schon, daß nicht Tatsachen um ihrer selbst willen dargestellt werden, sondern Tatsachen in Beziehung zu einem Wunsch, die in diesem Wunsche mehr oder weniger negiert werden. Forderungen und Vorschläge der politischen Publizität sind nicht Geschichtsschreibung, sondern wenig mehr als Rohmaterial für den Historiker; er findet in ihnen die Keime künftiger Ereignisse, aber auch viele Keime, die zugrunde gehen mußten, weil sie nicht fruchtbar waren, oder auf unfruchtbaren Boden fielen. Denn das Streben des Menschen kommt nicht anders zum Ziel wie das der immer strebenden Natur, die Myriaden von Keimen verschwendet, um wenigen Lebewesen zum Leben zu verhelfen.“

Diese Ausführungen Croces werden nicht ganz dem doppelten Wesen der Presse gerecht. Wenn ein großer Teil der Arbeit des Journalisten auch „Wünschen“ gewidmet ist und dieses Moment subjektiver Aktivität zu seinen Kennzeichen gehört, so ist er doch z. B. in viel höherem Maße als der Chronist des Mittelalters auch ein Chronist seiner Zeit, weil er dauernd gezwungen wird, auch reine Tatsachen darzustellen und in einen Zusammenhang einzuordnen.

Daß aber die Presse mit Kritik gewertet werden muß, ist richtig und ergibt sich daraus, daß sie ein Instrument der Politik ist, wenn man Politik im weitesten Sinne des Wortes auffaßt. Wenn wir mit einer etwas kühnen Wendung Geschichte als gewordene Politik bezeichnen können, dann kann man Politik als werdende Geschichte bezeichnen. Die Presse als Spiegel solcher werdenden Geschichte kann niemals, trotz allen Bemühens, jene Distanz von Dingen gewinnen, die für den Wissenschaftler zur Beurteilung notwendig ist. Sie will und kann deshalb auch nicht Geschichte schreiben. Ihre Ziele liegen auf anderem Gebiet: Sie greift jeden Tag in das Leben ein, indem sie von ihm formend und urteilend berichtet, sie hilft zu ihrem Teil jeden Tag die Meinungsbildung der Masse zu bestimmen, die ihrerseits wieder ihre Meinungsbildung in Handlungen umsetzt. Die Presse macht also Geschichte oder sie hilft mindestens, indem sie Führer oder Ideen bei ihrer Durchsetzung unterstützt, Geschichte machen, mag sie dabei auch, um bei dem Vergleich Croces zu bleiben, Myriaden von Keimen verschwenden.

---

[2]) „Der amerikanische Journalismus.“ Mit einer Darstellung der journalistischen Berufsbildung von Emil Dovifat. (Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig 1927.) S. 238.

[3]) Everth a. a. O. S. 4.

[4]) Benedetto Croce, Geschichte Italiens 1871—1915. Nach der vierten Ausgabe ins Deutsche übertragen von Ernst von Wilmersdorff. (Berlin 1922, Verlag Lambert Schneider.) S. 26.

Digitized by Google

Wenn das, was sie schafft, also nicht Geschichtsschreibung ist, ist sein Wert als Quelle für den Geschichtsschreiber so groß, daß man sich heute kaum vorstellen kann, daß eine Epoche jüngerer Zeit seit Entwicklung der Presse zur großen Macht erschöpfend dargestellt werden kann, ohne die Presse des betreffenden Zeitabschnittes quellenmäßig auszuwerten. So läßt sie sich schon dadurch nicht aus dem Kreis wissenschaftlicher Betrachtung ausschalten.

Zu dem wachsenden Verständnis zwischen Wissenschaft und Presse hat in Deutschland aber nicht nur die allgemeine Entwicklung der Dinge beigetragen, sondern als außerordentliche Lehrmeisterin hat sich auch die Not gezeigt, die nach dem Versailler Vertrag über Deutschland gekommen ist. In besonders ausgeprägter Weise hat in den Grenzmarken diese Not zur Mobilmachung aller geistigen Kräfte geholfen und damit zu der Erkenntnis, daß diese geistigen Kräfte sich zusammenschließen müssen, wenn der deutsche Gedanke behauptet werden soll. So ist es verständlich, daß in Ostpreußen dieses Problem unserer Zeit nicht nur besonders brennend geworden ist, sondern daß auch mit Erfolg an seiner Lösung gearbeitet worden ist.

Wir müssen es als eine günstige Fügung betrachten, daß bei dieser Schicksalswende in Deutschland noch nicht derselbe Zentralisierungsprozeß vor sich gegangen war, wie er etwa in Frankreich entscheidend die Entwicklung des gesamten politischen Lebens und damit der Presse bestimmt hatte. Wenn die französische Presse ganz entscheidend von der Hauptstadt Paris bestimmt wird, und wenn eigentlich nur ihre Organe die Richtlinien für die öffentliche Meinungsbildung geben, so ist es ein Charakteristikum Deutschlands, daß sich in der Presse der Hauptstädte der einzelnen Landschaften, aber selbst auch in deren kleinen und kleinsten Zeitungen die Eigenart dieser Landschaften widerspiegelt und verteidigt wird. Mag auch der Vertrustungsprozeß, der von der Reichshauptstadt aus fortschreitet, schon eine gewisse Uniformierung der Presse herbeigeführt haben, so erweist sich das landschaftliche, bodenständige Element in ihr bisher noch sehr lebendig. Deshalb hat die Provinzpresse in Deutschland eine ungleich größere Bedeutung, als z. B. in Frankreich, wenn dort auch in jüngster Zeit Strömungen zu verzeichnen sind, die der Presse der einzelnen Landschaften eine größere Unabhängigkeit von Paris verschaffen wollen. So sehr man in Deutschland alle Bestrebungen begrüßen darf, die auf eine strengere Zusammenfassung der Reichsgewalt abzielen, so sehr ist es zu wünschen, daß den deutschen Landschaften und ihrer Presse ihre kulturelle Sonderstellung und ihr Eigenwert bewahrt bleiben.

Daß diese kulturelle Selbstbehauptung auch von eminenter politischer Bedeutung ist, hat gerade die Provinz Ostpreußen an sich selbst erfahren dürfen. Denn als der Versailler Vertrag Ostpreußen vom Reich trennte, wurde durch diese Abtrennung für die Provinz eine solche Fülle von Sonderproblemen geschaffen, daß sie nur aus ihr selbst heraus begriffen werden, dann aber auch dargestellt werden konnten. Es ist im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich, im einzelnen Belege dafür anzuführen, aber diese Belege ergeben sich mit Leichtigkeit bei einem auch nur gedrängten Studium der ostpreußischen Probleme nach der Abtrennung durch den Korridor. Die ostpreußische Presse hatte die Aufgabe, nicht nur dem Auslande gegenüber diese ostpreußischen Probleme ins rechte Licht zu setzen, sondern vor allem auch der Reichshauptstadt und den anderen Landschaften zu zeigen, welche besonderen Nöte und welche besonderen Lebensbedingungen durch die neue geschichtliche Entwicklung für die Provinz geschaffen waren.

Diese Aufgabe der Presse — und damit kommen wir zu unserem Grundthema zurück — hätte aber nur schwer oder niemals gelöst werden können ohne die kräftige Mithilfe der deutschen Wissenschaft auf allen Gebieten, und zwar sowohl auf politischem wie auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet. Diese Mithilfe war um so notwendiger, als man der Wissenschaft ebenso wie der Presse jenseits der deutschen Grenzen, z. B. in Polen, das Zeugnis ausstellen muß, daß sie von vornherein die Wichtigkeit der Zusammenarbeit begriffen hatten und sich demgemäß in den Dienst ihres nationalen Gedankens stellten.

Es ist, wie schon oben gesagt, selbstverständlich, daß echte Wissenschaft tendenzlos sein muß und niemals die Wahrheit zum Zwecke irgendeiner Propaganda verbiegen darf. Daß aber die Wissenschaftler eines Landes die Ergebnisse, die sie auf Grund sorgfältigsten Studiums gewonnen haben, dem Lebenskampf des eigenen Volkes zur Verfügung stellen, soweit diese Ergebnisse für diesen Lebenskampf wichtig sind, erscheint uns als eine jener Notwendigkeiten, die nicht durch einen falsch verstandenen Kosmopolitismus aus der Welt zu schaffen sind. Wie wichtig die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Presse in diesem Sinne ist, hat Ostpreußen auf den mannigfachsten Gebieten seines Kampfes für die Erhaltung der deutschen Grenzmark verspüren dürfen.

Daß der ostpreußischen Presse auch auf kulturellem Gebiet ganz besondere Aufgaben erwachsen, ergibt sich ebenfalls aus ihrem Charakter als Sprachorgan eines umkämpften Landes. Auch auf diesem Gebiet hat der Zusammenbruch Deutschlands die Grenzmarkprobleme in einem ganz anderen Ausmaß herausgestellt, wie in der Zeit vor dem Kriege. Die Beschäftigung mit diesen Grenzmarkproblemen hat dazu geführt, gerade auch für den deutschen Osten im Leben der Nation den Platz zu verlangen, man möchte sagen zu erkämpfen, der ihm zukommt. Die Gefahr, diesen deutschen Osten zu verlieren, hat den Blick dafür geschärft, was der deutsche Osten dem geistigen Gesamtleben Deutschlands gegeben hat. Sie hat die Erkenntnis gefördert, daß der deutsche Osten keineswegs nur ein nehmender Teil des gesamten Deutschlands war, sondern ebenso außerordentliche Kräfte zur Gesamtformung deutschen Geistes beigesteuert hat. Daß auch für die Durchsetzung dieser Erkenntnisse Presse und Wissenschaft zusammenwirken müssen, und zusammengewirkt haben, sei hier besonders betont.

Von solchen Betrachtungen einer geistigen Gesamtsituation aus ist es zu würdigen, welchen Wert selbst die kleinste Heimatzeitung hat, wenn sie sich auch nur auf ihrem bescheidenen Feld der Förderung heimatlicher Geschichte und Überlieferung, heimatlichen Volkstums und heimatlicher Gebräuche, heimatlichen Sprachschatzes und heimatlicher Literatur widmet. Wenn der Presse der Provinzialhauptstadt die Aufgabe zufällt, die Provinz mit den großen geistigen Strömungen Deutschlands in Fühlung zu halten, so erwächst den kleineren Zeitungen die Aufgabe, für ihren Leserkreis das herauszuarbeiten, was fruchtbar für ihr Gebiet ist. Es wäre eine sehr schwere, aber auch reizvolle Aufgabe, die Wechselbeziehungen, die hier angedeutet werden, im einzelnen nachzuweisen, vor allem aufzuzeigen, wie die großen führenden Ideen, sich in tausend Kanälen verästelnd, sich schließlich bis in die fernsten Landschaftsbezirke, wenn auch in abgewandelter Form, auswirken.

Die Sprechstunden des Reichsverbandes.

Wie sich aus verschiedenen Anfragen ergibt, bestehen im Kollegenkreise noch immer irrige Auffassungen darüber, wann die Verbandsleitung ihre Sprechstunden abhält; ja es gibt anscheinend sogar Kollegen, die überhaupt keine Ahnung davon haben, daß solche Sprechstunden täglich vorgesehen sind. Die Zeit hierfür liegt zwischen 12 und 2 Uhr, während das Büro des Reichsverbandes immer von 9 bis 6 Uhr durchgehend, Sonnabends bis 3 Uhr geöffnet ist. Kollegen von auswärts, die nicht die Zeit von 12—2 Uhr innehalten können, sowie auch Berliner Kollegen, die während dieser Zeit dienstlich verhindert sind, haben selbstverständlich die Möglichkeit, nach vorheriger telephonischer Anmeldung zu jeder anderen Stunde der Bürozeit im Verbandsbüro vorzusprechen und Auskünfte zu erhalten.

Die Verbandsleitung:
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

Die Zeitung als Lexikon?

Eine Erwiderung auf den Artikel von A. Hertz.

Von Heinrich Walter, Kassel.

Jede Redaktion, deren Stab nur irgend groß genug dazu ist, wird sich bemühen, alle eingehenden Nachrichten bei der Bearbeitung auch daraufhin zu prüfen, ob die in ihnen gemachten Ortsangaben — neuerdings, wie bei den Zeppelin-Fahrten auch Zeitangaben — den Lesern einigermaßen geläufige Begriffe darstellen. Falls dies nach der Meinung des Bearbeiters nicht zutrifft, muß eine entsprechende Ergänzung erfolgen, bei größeren Ereignissen durch eine einfache übersichtliche Kartenskizze. Auch über Persönlichkeiten, die in Nachrichten genannt werden, wird oft eine kurze, erläuternde Einfügung notwendig und nützlich sein. Ähnlich werden selten oder neu auftauchende politische, technische und was sonst noch für Begriffe möglichst allgemeinverständlich durch die Redaktion erklärt werden müssen. Das sind aber eigentlich Selbstverständlichkeiten, das ist ein Teil des sog. Redigierens — das ja nicht nur im „Auszeichnen" bestehen soll — und jede gewissenhafte Redaktion wird nur dann das Maß dieses Redigierens einschränken, wenn Personal- und Zeitmangel unbedingt dazu zwingen. Güte und Wert der Zeitung sind teilweise abhängig von dieser Art der Durcharbeitung.

Dem Redigieren, wie es hier kurz skizziert wurde, ist aber nicht nur durch Zeit und Arbeitskräfte eine Grenze gewissermaßen nach unten gezogen, es gibt auch eine Grenze nach oben, die gezogen ist durch die größere oder geringere Wichtigkeit der einzelnen Meldung, eine Grenze, die nach einem jetzt beliebten, aber deshalb doch richtigen Worte, den Redakteur nötigt, jederzeit das Große groß und das Kleine klein zu sehen. Geschieht dies, dann wird sich der Redakteur hüten müssen, neben dem Großen das Kleine übermäßig zu belasten. Es ist erstens einmal eine Arbeit, die zeitlich und räumlich höchstens auf Kosten des wirklich Großen geleistet werden kann, und es ist zum anderen nur eine Arbeit, die meiner Meinung nach die Zeitung insgesamt dem Leser gegenüber übermäßig belastet. Und das wäre der Fall, wenn die Anregungen, die Arthur Hertz in seinem Aufsatz „Die Sachlichkeit und sprachliche Formung von Zeitungsnachrichten" in Nr. 36/1929 der „Deutschen Presse" gibt, wahllos verwirklicht werden würden. Seine Beispiele, wonach für Rangoon noch eine nähere Lagebestimmung gegeben werden soll, wonach die kurze Notiz über ein neues Werk Fred. A. Angermeyers sofort durch erschöpfende Angaben über diesen Autor ergänzt werden sollte, wonach irgendeine der vielen Meldungen über Enklaven gleich Ausführungen über deren Wert oder Unwert enthalten müßte, wonach die Mitteilung über eine Würzburger Eingemeindung gleich Angaben über die Größe Würzburgs usw. zu machen hätte, gehen im allgemeinen weit über die nach oben gezogene Grenze für derartiges Redigieren hinaus. Nach dieser Methode bearbeitet, würde die Zeitung zum Lexikon werden, wie auch die Redaktion eine solche Fülle von „Wissen" nur aus dem Lexikon schöpfen könnte. Ganz abgesehen davon, daß eine derartige Bearbeitung zeitlich bestimmt, räumlich wahrscheinlich undurchführbar wäre, würde sie die Grenze zwischen Großem und Kleinem, zwischen Wichtigem und Unwichtigem überall in der Zeitung verwischen und diese damit gerade für den eiligen „Nachrichtenleser", auf den Arthur Hertz am Anfang seines Aufsatzes Bezug nimmt, entwerten.

Die Beispiele, die Arthur Hertz anführt, gehen durchweg weit über das hinaus, was im allgemeinen ein Redigieren erfordert. Der „eilige Leser", der heute noch nicht weiß, wo Rangoon liegt und wie groß Würzburg ist, wird es kaum zu würdigen wissen, wenn solche Angaben die von ihm überflogene Nachricht belasten. Der Leser aber, der sich für einen so besonderen Fall wie die Eingemeindung von Heidingsfeld durch Würzburg interessiert, wird eingehende Angaben darüber nicht in seiner täglich gewohnten Zeitung suchen oder vermissen. Hier setzt eine Aufgabe der Orts- und Provinzzeitungen — als räumlich bedeutsame Begriffe genommen — ein, die allerdings darin besteht, die Leser jeweils über das, was ihnen am nächsten liegt, so gründlich und ausführlich wie möglich zu unterrichten. Ausführungen darüber, wieviel Würzburg und Heidingsfeld durch die Eingemeindung gewinnen, haben in den Würzburger Zeitungen zu stehen und werden dort sicher auch gestanden haben, da ich annehme, daß die dortigen Redaktionen an solchen selbstverständlichen Redaktionsaufgaben einer Ortszeitung nicht achtlos vorübergehen. Andere Zeitungen aber würden, wenn durchweg nach dem „Würzburger Beispiel" verfahren werden sollte, zum schwerfälligen Lexikon werden. Noch viel weiter scheint mir die Forderung zu gehen, jedesmal an die Erwähnung eines so allgemein bekannten Begriffes wie den der Enklave eine Erläuterung zu knüpfen, weshalb eine solche heute als störend empfunden werde. Hier muß eben die Redaktion — falls sie überhaupt diese und nicht eine andere Auffassung vertritt — schön längst dafür gesorgt haben, daß den Lesern ihre, der Redaktion, Auffassung über Enklaven in Fleisch und Blut übergegangen ist, denn der Kampf um die Beseitigung der Enklaven hat ja nicht erst gestern oder vorgestern begonnen. Es ist aber praktisch unmöglich und redaktionell nicht empfehlenswert, an jede Nennung des Wortes Enklave wieder dieselben Erläuterungen anzuhängen, wie es ja auch nicht üblich und nicht möglich ist, jede in irgendeiner Nachricht erfolgende Erwähnung etwa des umstrittenen flachen Daches, der arbeitslosen Saisonarbeiter-Unterstützung usw. zu denselben sachlichen Ergänzungen für „eilige" Leser zu benutzen.

Zum Redigieren gehört gewiß auch das Erläutern, das Kommentieren. Aber dadurch darf die Zeitung nicht zum täglichen schwerfälligen Lexikon werden, wobei in ihr — nahezu völlige Unwissenheit der Leser vorausgesetzt — sicher sogar Tag für Tag vieles wieder und wieder in der gleichen Weise erläutert werden müßte. Gewiß, der Redakteur hat nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, sich zu wiederholen, aber nicht mit dem trockenen Wissen des Lexikons, sondern mit dem lebendigen Willen des Kämpfers für seine als recht und gut erkannten Ziele.

Verbot der Gerichtssaalberichterstattung durch Justizbeamte in Bayern.

Der Präsident des Oberlandesgerichts Augsburg hat vor kurzer Zeit in einem Erlaß den Justizbeamten seines Bezirkes verboten, für Zeitungen Gerichtssaalberichte zu machen. Anlaß zu diesem Verbot gab die begründete Befürchtung, daß eine solche Tätigkeit durch Beamte leicht zu schweren Unzuträglichkeiten führen könnte.

Vom journalistischen Standpunkt aus ist das Vorgehen des Augsburger Oberlandesgerichtspräsidenten nur lebhaft zu begrüßen. Es ist deshalb sehr bedauerlich, daß Allgäuer Zeitungen (zwei Blätter in Kempten und ein Blatt in Memmingen) den Augsburger Oberlandesgerichtspräsidenten wegen seines Erlasses heftig angegriffen haben und daß die Kemptener Blätter sogar da-

Digitized by Google

zu übergegangen sind, sich gegen den Oberlandesgerichtspräsidenten beschwerdeführend an das bayerische Justizministerium zu wenden. Die Blätter beklagen sich darüber, daß sie nicht mehr in der Lage seien, über die Verhandlungen der Gerichte in Kempten und Memmingen zu berichten, da sie die hohen Kosten, die eine eigene journalistische Berichterstattung verursachen würde, nicht tragen könnten. Damit wird also zugegeben, daß man die Beamten für ihre Berichterstattung jedenfalls sehr mäßig entlohnt hat. Uns will scheinen, daß diese Blätter ihre Aktion besser unterlassen hätten, denn sie stellen sich damit in den Augen der Öffentlichkeit ein trauriges Armutszeugnis aus.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Bayerischen Presse hat sich in ihrer letzten Sitzung mit dieser Angelegenheit beschäftigt und dazu einen Beschluß gefaßt, der dem bayerischen Justizministerium in folgendem offiziellen Schreiben mitgeteilt wurde:

„Die Vorstandssitzung der Landesarbeitsgemeinschaft der Bayerischen Presse am 16. September hat sich mit dem vom Präsidenten des Oberlandesgerichts Augsburg ausgesprochenen Verbot der Gerichtssaalberichterstattung durch Justizbeamte und mit dem durch mehrere Allgäuer Zeitungen gegen dieses Verbot veranstalteten Feldzug beschäftigt. Die Landesarbeitsgemeinschaft begrüßt das Verbot des Augsburger Oberlandesgerichtspräsidenten als durchaus auch im Interesse der Presse gelegen und mißbilligt die Stellungnahme der Allgäuer Zeitungen gegen dieses Verbot. Für eine Ausdehnung dieses Verbotes auf alle bayerischen Oberlandesgerichtsbezirke würde die Landesarbeitsgemeinschaft nur dankbar sein.“

Darauf ist vom bayerischen Justizministerium ein Schreiben eingegangen, das der Befriedigung des Ministers über die Stellungnahme der Landesarbeitsgemeinschaft Ausdruck gibt und mitteilt, daß inzwischen auch sämtliche Oberlandesgerichtspräsidenten Bayerns ein gleiches Verbot erlassen haben.

Noch einmal:

Die Komödie „Fliegen am Markt“.

Die „Deutsche Presse“ veröffentlicht in der Nummer 24/25 eine Berichtigung des Verfassers der Komödie „Fliegen am Markt“, die bekanntlich zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Verein Mittelrheinische Presse und dem Stadttheater in Koblenz geführt hat. Infolge der Urlaubszeit wird mir diese Berichtigung verspätet bekannt, so daß ich erst heute zu ihr Stellung nehmen kann.

Der Verfasser behauptet, daß ich mich in meinem Artikel „Wie man sich wehren muß“ einer Irreführung insofern schuldig gemacht habe, indem ich die von ihm vorgeschriebene Unterscheidung zwischen anständigen Journalisten und Sensations-Journalisten einfach verschwiegen und den Text abgeändert habe. Diese Behauptung ist falsch!

Richtig ist, daß zwar im Text des Stückes die Regieanweisung ursprünglich gelautet hat

„Journalisten. Es sind zum Teil sehr seriöse Leute, denen man Intelligenz und geistige Beweglichkeit ansieht. Den kleineren Teil bilden ein paar jüngere Leute in auffälligen Sportanzügen mit langen zurückgekämmten Haaren und Hornbrillen, groß wie Mistbeetfenster. Jener Teil des amerikanischen Reporters, der heute auch in Europa nicht mehr unbekannt ist. Sie sind sehr vorlaut, sehr überzeugt von ihrer eigenen Bedeutung und drängen sich in den Vordergrund.“

Richtig ist aber ferner, daß

von dem Spielleiter die Stelle gestrichen worden war, nach der Journalisten als seriöse Leute usw. auf die Bühne gebracht werden sollten.

Auf der Bühne standen deshalb als Pressevertreter lediglich die Typen von Kaschemmenbrüdern und Stallknechten. In einer schriftlichen Erklärung des Intendanten Jost an den Oberbürgermeister von Koblenz war außerdem zugegeben worden, daß der Spielleiter sich unter Zustimmung des Verfassers entschlossen habe, in der beanstandeten Szene nur die Sensationsreporter auftreten zu lassen. Es bestand für mich also gar kein Anlaß, die von der Spielleitung unterdrückte Stelle der Regieanweisung zu zitieren. Der Vorwurf, daß ich mich der Irreführung schuldig gemacht habe, ist deshalb haltlos.

Bei dieser Gelegenheit soll noch einmal ganz kurz auf den Artikel eingegangen werden, den Herr Rudolf Olden unter der Überschrift „So darf man sich nicht wehren“ als Entgegnung auf meine Veröffentlichung geschrieben hat. Herrn Olden muß ich zugute halten, daß er den Artikel in völliger Unkenntnis ernster interner Vorgänge verfaßt hat, die das Stück, die Art seiner Aufführung und den ganzen Konflikt in einem besonderen Licht erscheinen lassen. Diese Einzelheiten konnten natürlich in meinem Artikel nicht in aller Breite behandelt werden, wie es überhaupt unziemlich gewesen wäre, auf interne Zusammenhänge in der Öffentlichkeit einzugehen. Jedenfalls hat sich der Verein Mittelrheinische Presse in seiner Sitzung mit den gegenseitigen Veröffentlichungen befaßt und ist zu der Überzeugung gekommen, daß der Artikel des Herrn Olden nur rein theoretischen Wert besitzt, und daß der in Unkenntnis ursächlich schwerwiegender Zusammenhänge geschriebene Artikel keiner Gegenerklärung bedarf. Sollte sich aber, was man nicht hoffen will, wieder einmal ein gleich gearteter Fall ereignen, so wird der „Verein Mittelrheinische Presse“ wieder genau so vorgehen, wie er es bei dem Stück „Fliegen am Markt“ getan hat.

J. Wenz, Koblenz.

Führungen und Besichtigungen

des 1. Zeitungsfachlichen Fortbildungskursus des Deutschen Instituts für Zeitungskunde, Berlin.

Zu dem von uns veröffentlichten Studienplan für den 1. Zeitungsfachlichen Fortbildungskursus, der in der Reichshauptstadt vom 21. bis 30. November d. Js. stattfindet, schreibt uns das Deutsche Institut für Zeitungskunde:

Der Studienplan des Fortbildungskurses unterscheidet zwischen „Vormittags-Vorträgen“ und „Nachmittags-Führungen“. Während alle 9 Vormittage von 9—2 Uhr mit Vorträgen besetzt sind, sind für Führungen nur 4 Nachmittage vorgesehen, während 5 Nachmittage zur freien Verfügung der Teilnehmer bleiben. Die Abende des ersten und letzten Kursustages sind dem Zusammensein mit den beiden Berufsorganisationen, dem Verein deutscher Zeitungsverleger“ und dem „Reichsverband der Deutschen Presse“, gewidmet.

Die Freilassung von mehr als der Hälfte der Nachmittage geht von dem Gedanken aus, neben der unvermeidlichen Festlegung eines obligatorischen Studienplanes dem individuellen Bedürfnis des einzelnen Teilnehmers nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Voraussichtlich werden die meisten Teilnehmer den einwöchigen Besuch der Reichshauptstadt gern auch zu persönlichen Informationen ohne irgendeine Bindung benutzen. Dafür hat die Institutsleitung volles Verständnis und daher in der Anordnung ihres Planes Rücksicht darauf genommen.

Immerhin mag dem, der Berlin nicht kennt, in dieser Beziehung eine Beratung erwünscht sein, zu der das Institut jederzeit bereit ist. Im Institut wird für diesen Zweck für die Dauer des Kurses eine Auskunftsstelle eingerichtet. Sie soll dazu dienen, dem Teilnehmer bei etwa beabsichtigter Ergänzung seiner ressortfachlichen Studien des Kurses nach dem Sonderbedürfnis seines Heimatgebietes an den freien Nachmittagen und Abenden zur Hand zu gehen, ihn aber auch nach jeder Richtung bei der selbstgewählten Ausnutzung seiner Aufenthaltstage in Berlin zu unterstützen.

Hierzu käme etwa die besondere Vermittlung von Besuchen bei einzelnen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens

Digitized by Google

oder der Besichtigung von Instituten, Einrichtungen und Betrieben auf allen Gebieten der drei Fachgruppen in Frage.

So sollen die Politiker vor allem die Möglichkeit erhalten, mit Mitgliedern der Parlamente in persönliche Fühlung zu treten, sich in Amtern umzutun, Parteiklubs oder politische Versammlungen und Vorträge zu besuchen.

Dem Wirtschaftspolitiker bietet Berlin als Sitz größter Wirtschaftsbetriebe aller Art ebenfalls reiche Möglichkeit zur Erweiterung seiner Fachkenntnisse.

Für die Mitglieder der kulturpolitischen Fachgruppe sind in erster Linie die Freikarten zum Besuch der Theater, Konzerte und großen Lichtspielbühnen bestimmt, da diese Besuche für Teilnehmer dieser Gruppe vor allem als Ergänzung ihrer Fachbildung gedacht sind. Bei dem großen von den genannten Instituten dem Fortbildungskurs gezeigten Entgegenkommen wird es sich aber wohl erreichen lassen, diese so erwünschten Vergünstigungen auch den Mitgliedern der politischen und Wirtschaftsgruppe in gewissem Umfange zugute kommen zu lassen.

Im allgemeinen ist geplant, die Sonderberatung in der gedachten Weise, von Fall zu Fall während des Kurses eintreten zu lassen. Die Bemühungen des Institutes, den Teilnehmern an dem 1. Zeitungsfachlichen Fortbildungskurs nach Kräften in der individuellen Ausnutzung eines einwöchigen Besuches der Reichshauptstadt behilflich zu sein, würden jedoch erleichtert, wenn schon vor Beginn des Kurses von den einzelnen Teilnehmern schriftlich bestimmte Wünsche für die Ausfüllung der freien Nachmittage geäußert würden*). Eine Verpflichtung, ihnen unter allen Umständen Rechnung zu tragen, kann natürlich nicht übernommen werden. Aber die Institutsleitung wird sich alle Mühe geben, den Teilnehmern am Kursus die Zeit ihres Aufenthaltes in Berlin so ertragreich wie möglich zu gestalten.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Modewörter.

Von Richard Bernstein, Berlin.

Da die Zeitung der Sprachlehrer des Volkes ist — nicht dazu bestellt, nicht dazu gewählt, aber für die meisten Ergänzung allzu geringen Sprachwissens aus der Schule —, müßte sie sorgfältig auf guten Ausdruck halten und nicht nur Falsches, sondern auch den trägen Gebrauch von Klischeewörtern möglichst, die Übernahme von Modewörtern für anderen als Zitatgebrauch ganz vermeiden. Dr. F. Mouths, Hamburg, spießt in Nr. 36 einige Außerungen dieses Unfugs auf; es gibt aber noch viel mehr. So das schlechte Kaufmannswort „tätigen“. Verträge werden nicht mehr geschlossen, Lieferungen zugestellt, Geschäfte gemacht, Ansprüche erledigt, Beschlüsse gefaßt, Aktionen durchgeführt usw. — alles wird nun in unseren Zeitungen „getätigt“.

Es werden auch nicht mehr Regierungsvorlagen dem Parlament, Eingaben einer Behörde, Noten einer Regierung, Beschwerden einem Amt eingereicht, übermittelt, vorgelegt, zugesandt — alles wird „zugeleitet“. Man vergißt meist, hinzufügen, daß die Empfänger meistens gut verstehen, die Sache zunächst einmal von sich — abzuleiten.

Und dann die Seiten, die man sich über ihren Massengebrauch halten müßte. „Von zuständiger, von Regierungsseite, von deutscher oder ausländischer Seite, von der Gegnerseite und zuständigerseits, Regierungsseits, Magistratsseits, Anwaltsseits, deutscherseits, polnischerseits, französischerseits, der Gipfel aber ist das herrliche seitens. Seitens des Reiches, seitens der Botschafterkonferenz, seitens des Ausschusses, bis ins Unendliche.

Überhaupt das Passivum! Heinrich Steinbauer, dem längst verstorbenen Berliner Vertreter der „Kölnischen Ztg.“ verdanke ich die Erkenntnis dieses Unfugs. Der fragte mich einmal: Warum steht da in ihrem Bericht, seitens eines nationalliberalen Abgeordneten wurde ausgeführt — warum nicht, ein nationalliberaler Abgeordneter führte aus; es ist doch eine Tätigkeit, die Sie beschreiben, und nicht etwas Erduldetes, also nehmen Sie die tätige Form!

Unsere Zeitungen aber fahren fort in der Sprachverderbnis; man müßte eigentlich sagen: „Seitens unserer Zeitungen wird ununterbrochen die untragbare Zuleitung eines möglichst schlechten Deutsch an die Leserschaft ihrerseits getätigt.“

*) Solche Wünsche werden an das Deutsche Institut für Zeitungskunde, Berlin NW. 7, Universitätsstraße 7, zu Händen von Herrn Dr. Bertkau erbeten.

Einheitlicher Stil bei den deutschen Zeitungen.

Das „Berliner Tageblatt“ und in seinem Gefolge die übrigen Blätter des Mosse-Verlages zogen es im Frühjahr des vergangenen Jahres vor, völlig zur Antiquaschrift überzugehen. Dadurch ist ein durchaus einheitlicher Stil bei diesen Blättern erreicht worden, wenn man im übrigen mit der Umstellung auf Antiqua auch nicht einverstanden zu sein braucht. Das Mossesche Beispiel ist bis jetzt, soweit mir bekannt, noch von keiner reichsdeutschen Zeitung nachgeahmt worden, wenigstens soweit es den politischen Teil betrifft. Einige Blätter sind in der Unterhaltungsbeilage zum Antiquadruck übergegangen, und der größte Teil unserer Zeitungen druckt den Handelsteil und den Kurszettel in Lateinschrift. Auch die Geschäfts- und Familienanzeigen erscheinen meistens in Antiqua. Bei ersteren liegt das daran, daß der Druckstock in den meisten Fällen von der Firma geliefert wird. Neuerdings ist auch eine ganze Reihe von Blättern dazu übergegangen, die Überschriften über den Bildern in Antiqua zu setzen.

Durch alle diese Maßnahmen verliert das künstlerische Bild der Zeitungen an Einheitlichkeit. Muß das sein? Warum werden die Bilder lateinisch beschriftet, während der erklärende Text deutschschriftig ist, weshalb druckt man die Todesanzeigen in Antiqua und besonders auch, was liegt für ein Grund vor, den Handelsteil in Antiqua zu setzen?

Es wäre wirklich an der Zeit, daß die Zeitungen den künstlerischen Gesichtspunkten mehr Rechnung trügen, und dazu gehört auch Einheitlichkeit im Schriftstil. Selbstverständlich sind sie in erster Linie dazu da, ihre Leser über das Neueste in aller Welt zu unterrichten, aber die Leser würden sicherlich ihre Zeitung noch einmal so gern lesen, wenn die ganze Aufmachung mehr als bisher nach ästhetischen Grundsätzen erfolgte. Der stete Wechsel der Schriftart beleidigt das Auge und verwirrt. Kleph.

Fachrundschau

Anerkennung der pfälzischen Presse.

Gelegentlich eines Besuches des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held in der Pfalz empfing er die pfälzische Presse im Regierungsgebäude in Speyer und hielt dabei eine bemerkenswerte Ansprache. Er begrüßte die Presse als das wichtigste Instrument der öffentlichen Meinung. Für einen Staatsmann, der selber aus der Presse hervorgegangen, sei es eine Selbstverständlichkeit, auch die Vertreter der Presse des Pfälzer Landes zu begrüßen, um so mehr, als die Presse der Pfalz in den verflossenen zehn langen Jahren der Besetzungszeit sich vorbildlich bewährt habe in all den Nöten, die sie am eigenen Leibe verspüren mußte. Für diese Haltung gebühre der Presse der Pfalz der wärmste Dank. Wenn die Zustände in der Pfalz trotz aller Drangsale und Schwierigkeiten noch eine erträgliche Entwicklung genommen hätten, so nur dank der aufrechten vaterländischen Haltung der pfälzischen Presse, die das Hauptverdienst für sich in Anspruch nehmen könne. Mit dieser Anerkennung bringe der Ministerpräsident auch den Dank der bayerischen Staatsregierung zum Ausdruck. Wir können nur dann mit einer glücklichen Zukunft der Pfalz rechnen, wenn alle ein so großes Maß von vaterländischer Opferbereitschaft aufzubringen vermögen. Der Ministerpräsident stellte für die Zukunft öftere Besuche der Pfalz in Aussicht.

Jugendprozesse und Öffentlichkeit.

Im Reichsministerium des Innern fand am 25. September eine Konferenz über die Frage der Behandlung von Jugendkatastrophen in der Presse statt. Zweck der Konferenz war es, Klarheit darüber zu schaffen, wie den zum Teil tiefgehenden psychischen und sozialen Schädigungen abgeholfen werden kann, denen Jugendliche, die vor Gericht stehen, infolge der Prozeßberichterstattung in Bild und Wort ausgesetzt zu sein pflegen. Berücksichtigt wurden dabei auch die schädlichen Wirkungen, die das Lesen solcher Berichte auf andere Jugendliche haben kann. Nach einer längeren Aussprache über das auf diesem Gebiet bisher Erreichte und Angestrebte berichtete ein Vertreter des Reichsjustizministe-

Digitized by Google

riums über die gesetzgeberischen Maßnahmen, durch die in weiterem Umfange als bisher der Ausschluß der Öffentlichkeit ermöglicht werden soll. Im Zusammenhang eines Strafverfahrens, das künftig tiefer in die persönlichen Vorbedingen und Umstände der Tat einzudringen hat, wird eine andersartige Vorsorge für den Schutz der Privatsphäre des Betroffenen und des mit ihm zusammenhängenden Personenkreises notwendig. Diesem Grundsatz werde die Gesetzgebung zu entsprechen versuchen. Überdies werde durch die Überweisung der 18- bis 21jährigen an die Jugendgerichte, die vorgesehen ist, für diesen Kreis die Öffentlichkeit des Verfahrens auszuschließen sein.

Über das Erde der A. Z. am Abend

in München macht die „Frankf. Ztg.“ bemerkenswerte Mitteilungen. Die Zeitung, die Nachfolgerin des einst einflußreichsten Blattes, der Cottaischen „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ stellte Ende Juli plötzlich ihr Erscheinen ein. Das katastrophale Ende kam überraschend und unter Umständen, die einige grundsätzliche Bemerkungen notwendig machen. Über die „A. Z.“, der früher die demokratische Partei Münchens nahestand und an der sich dann Persönlichkeiten der Wirtschaftspartei beteiligten, verschaffte sich im Sommer des Vorjahres die Deutsche Volkspartei den beherrschenden Einfluß. Es wurde die Allgemeine Druckerei — und Verlag A.-G. mit dem bescheidenen Stammkapital von 50 000 Mark gegründet, das großenteils von einer deutschvolksparteilichen Gruppe unter Führung des Vorsitzenden dieser Partei in München, Rechtsanwalt Dr. Beutner, aufgebracht wurde. Der Rest der Aktien gehörte der Druckerei, in der die „A. Z.“ hergestellt wurde, und der Bayerischen Landesproduktenbank. Dr. Beutner war Treuhänder sämtlicher Aktionäre, Vorsitzender des Aufsichtsrates und beherrschte also das Blatt. Der „A. Z.“ gelang es, wenn auch langsam, Boden zu gewinnen. Nach dem früheren verunglückten Versuch, sich als ausschließliches „Boulevardblatt“ im Einzelverkauf, für den in München der Boden nicht günstig ist, durchzusetzen, war sie bestrebt, vom liberalen Standpunkt aus die Politik Bayerns und des Reiches zu verfolgen, und in dieser Verbindung des Politischen mit dem Nachrichtlichen steigerte sie ihre Auflage und den Inseratenteil. Im November vorigen Jahres wurde in einer Generalversammlung die Erhöhung des Stammkapitals um einen Betrag bis zu 350 000 Mark beschlossen. Auf diese Kapitalserhöhung wurden Zeichnungsscheine ausgefertigt für die Landesproduktenbank in der Höhe von 60 000 Mark, für Dr. Beutner von 100 000 Mark und für den Münchner Rechtsanwalt Dr. Fritz Neuburger von 150 000 Mark. Die Landesproduktenbank erfüllte ihren Zeichnungsschein durch Sacheinlagen, Rechtsanwalt Dr. Neuburger machte eine à-conto-Zahlung von 50 000 Mark, die Gruppe Beutner zahlte auf wiederholtes Drängen rund 46 000 Mark. Eine Aufsichtsratssitzung im vergangenen Frühjahr beschloß, das Restkapital einzufordern. Da bestritten Dr. Beutner und Dr. Neuburger trotz ihrer früheren Zahlungen die Gültigkeit der Zeichnungsscheine wegen eines unbedeutenden Formfehlers: es war vergessen worden, auf den Scheinen das Datum des Generalversammlungsbeschlusses anzugeben. Das Ergebnis des Streites war, daß der Zeitung die Mittel ausgingen und sie aufhörte, und zwar so, daß der Verlag einen großen Teil der Löhne und Gehälter schuldig blieb. Von Dr. Beutner, der inzwischen seinen Urlaub angetreten hatte, wurde trotz dieser schweren Schädigung der Angestellten die Angelegenheit ganz dilatorisch behandelt, man erhielt von ihm längere Zeit überhaupt keine Antwort, und erst in diesen Tagen wurden dank dem Eingreifen der beiden anderen Aktieninhaber die Ansprüche der Angestellten wenigstens in der Hauptsache befriedigt. Es wird nichts übrig bleiben, als die Erfüllung der Zeichnungsscheine einzuklagen. Hat diese Klage Erfolg, so können bei der Liquidation alle Verpflichtungen erfüllt werden, und für die Aktionäre wird noch eine Quote herauskommen. Andernfalls ist der Konkurs unvermeidlich. Das Verhalten des Dr. Beutner erklärt sich offenbar daraus, daß er von seinen Parteifreunden im Stiche gelassen wurde und von ihnen keine weiteren Mittel erhielt.

Der Fall ist typisch: Eine Partei wünscht ein Blatt zur Propagierung ihrer Ziele, sie geht munter an die Gründung heran, ohne sich vorher die für die Durchführung nötigen Mittel zu sichern. Der Gedanke daran, daß sie die Verantwortung für die Existenz einer größeren Zahl von Arbeitern und Angestellten übernimmt, beschwert sie nicht. Die Gründung einer Zeitung ohne eigene Druckerei verlangt kein großes Anlagekapital. Das ist nicht schwer aufzubringen, und dann kann die Sache losgehen. Gar bald beginnen die Schwierigkeiten. Gerade die Zeitung, die im Lohndruck hergestellt wird, erfordert fortlaufend beträchtliche Betriebsmittel, die sehr schnell aufgebracht werden müssen, da vor allem die Druckerei auf unverzügliche Zahlung drängt. Kredit ist für ein solches Unternehmen kaum zu bekommen, und die noch bescheidenen Einnahmen aus Verkauf und Inseraten reichen bei weitem nicht zur Deckung der Ausgaben. Daß es Jahre angestrengter Arbeit und des Aufwandes erheblicher Summen bedarf, um eine Zeitung aus dem Defizit herauszubringen, das wissen die Parteiführer nicht, weil sie sich nicht bei Fachleuten informieren, oder ihr parteibegeisterter Optimismus setzt sich über alle Belehrungen hinweg. Die Folge einer solchen Preßpolitik der Parteien, die in Deutschland immer wieder getrieben wird, sind schwere wirtschaftliche Schädigungen der Angestellten, die vielleicht zum Teil aus befriedigenden Stellungen herausgeholt wurden, und die empfindliche Diskreditierung der Partei, die glaubte, mit dem Blatte sich eine stärkere Position zu schaffen.

Ausland.

Neue Verschleppung der Urheberrechtsverhandlungen mit Rußland. Die schon so oft begonnenen Verhandlungen über die Neugestaltung der Urheberrechtsbeziehungen mit Sowjet-Rußland sind wieder einmal völlig ins Stocken gekommen. Nachdem vor einiger Zeit der von russischer Seite unterbreitete Vorschlag von den beteiligten deutschen Organisationen einstimmig und grundsätzlich abgelehnt worden ist, war von deutscher Verhandlungsseite den russischen Vertretern nahegelegt worden, nunmehr in möglichst kurzer Frist die Stellungnahme der Sowjetregierung zu dem gegenseitigen Austauschverhältnis über das Urheberrecht darzulegen. Bekanntlich ist die Zusicherung einer Regelung der Urheberrechtsbeziehungen seinerzeit ein Teil der Verhandlungen über ein Handelsvertragsübereinkommen gewesen, das zwar in Grundzügen abgeschlossen worden ist, ohne daß die Russen bisher die Absicht gezeigt hätten, ihren darin niedergelegten Verpflichtungen nachzukommen. Bei dem außerordentlichen Schaden, der den deutschen Geisteswissenschaften in Rußland durch tantiemefreien Nachdruck ständig erwächst und andererseits bei dem Bestreben der Russen, ihrerseits russische Werke sich möglichst hoch in Deutschland bezahlen zu lassen — man braucht nur an den Export russischer Filme nach Deutschland zu denken — ist die Langmut der deutschen Behörden einem derartigen Verhandlungspartner gegenüber kaum noch verständlich.

Kurze Nachrichten

Zeitungsreklame und Rundfunk. Wie sehr die Zeitung als Reklamemittel dem Rundfunk überlegen ist, dafür wurde kürzlich bei einem Versuch in den Vereinigten Staaten ein interessanter Beweis erbracht. Man ließ an einem Sonnabendabend für den Preis von 13 000 Mark eine halbe Stunde lang im Rundfunk-Anzeigenteil den Text einer Anzeige verbreiten. Die gleiche Anzeige wurde am folgenden Montag für denselben Preis in mehreren großen Zeitungen in Chikago, New York, Boston, Cleveland und Philadelphia aufgegeben. Der Erfolg war ebenso überraschend wie bezeichnend. Auf die Radioanzeige liefen 16 Anfragen sowie zwei telegraphische Aufträge ein, die Zeitungsanzeige dagegen brachte nicht weniger als rund 4000 Anfragen. Die inserierende Firma hat demnach für jede durch den Rundfunk erzielte Anfrage mehr als 700 Mark, für die durch die Zeitung herangeholten dagegen nur etwas über 3 Mark aufzuwenden gehabt. Angesichts der ungeheuren Verbreitung des Rundfunks in den Vereinigten Staaten ist dies Ergebnis von besonderem Interesse.

Der Schöpfer des Zeitungsromans. In Frankreich hat man sich jetzt nachträglich an den 100. Geburtstag des ebenso fruchtbaren wie erfolgreichen Romandichters Ponson du Terrail erinnert, der die heute so allgemein verbreitete Erzählung „unter dem Strich“ der Zeitungen erst allgemeiner einführte und durch sein Schaffen die Bedeutung des in Fortsetzungen erscheinenden Romans für das Pressewesen erwies. Zwar hatten schon früher Versuche dieser Art stattgefunden, und das erste Werk, das auf diese Weise veröffentlicht wurde, war Defoes unsterblicher „Robinson Crusoe“. Dann hatte Eugene Sue mit seinem „Ewigen Juden“ ein Musterstück für den Zeitungsroman aufgestellt und so manche Nachahmer gefunden. Aber der eigentliche Schöpfer des Zeitungsromans wurde doch erst der 1829 geborene Ponson du Terrail, von

Digitized by Google

Auskünfte für lettlandreisende Journalisten.

Der Verein der deutschen Journalisten in Riga, Sekretär Dr. Hans von Rimscha, Riga, Ritterstraße 23, ist bereit, durch Lettland reisenden oder Lettland besuchenden deutschen Kollegen mit gutem Rat zur Seite zu stehen. Durchreisende oder sich in Lettland aufhaltende deutsche Journalisten tun gut, sich an die oben angegebene Adresse zu wenden.

dessen Arbeitsmethode Essad Bei in der „Literarischen Welt" erzählt. Er ist nur 44 Jahre alt geworden, aber als Neunzehnjähriger hat er schon seinen ersten Roman geschrieben und in den weiteren 25 Jahren seines Daseins an die 250 Romane vollendet. Er schuf den Typ des Gentlemenräubers, und sein Held Rokambol wurde zur Lieblingsfigur des Pariser Publikums, das seine mehrfache Ermordung, Hinrichtung und fröhliche Wiederauferstehung mit stets neuer Spannung verfolgte. Bei seiner Methode der Schnellfabrikation hatte Ponson du Terrail nie weniger als fünf Romane auf einmal unter der Feder und behielt natürlich nie die Zeit dazu, das einmal Geschriebene wieder durchzulesen. Da er stets eine Unmenge von Figuren in seine Handlungen einführte, mußte er also sich einen beständigen Überblick über die noch lebenden Personen und ihre augenblickliche Verwendung in dem Roman verschaffen, und so hatte er auf seinem Schreibtisch stets Dutzende von Wachsfiguren, die die Gestalten der gerade in Arbeit befindlichen Romane darstellten. Zu diesem Zweck waren die Verliebten mit einer blauen Schleife versehen, die Verwundeten mit einer roten, die Toten mit einer gelben usw. Trotzdem passierte es ihm noch oft genug, daß neben den üblichen Gespenstern längst ermordete Personen versehentlich wieder aufgestanden, um neue Wunder zu verrichten und zu erleben. Der Erfolg dieser Romane war ungeheuer; es entstanden neue Blätter, die ihr Leben nur durch die Mitarbeit Ponsons fristeten, und bei einer Pariser Zeitung stieg die Auflage während der Veröffentlichung von kaum 10 000 Stück auf die damals noch ganz unerhörte Höhe von 219 000. Wie mit seinen Personen, so konnte dieser Massenfabrikant von Romanen auch mit dem Stil nicht viel Federlesens machen, und so häuften sich denn bei ihm die Stilblüten in der Art des berühmten Satzes: „Seine Hände waren kalt und feucht wie die einer Schlange" oder „Ah! — sagte er auf Portugiesisch."

Aus der Organisation

Bezirksverband Berlin.

Freitag, den **11. Oktober**, abends 8 Uhr findet im Ebenholzsaal des „Rheingold", Potsdamer Straße, eine Mitgliederversammlung statt. Hauptpunkt der Tagesordnung bildet eine Aussprache über die Sensations-Berichterstattung. Bekanntlich hat die jüngste Entwicklung des deutschen Zeitungswesens in der Öffentlichkeit zu lebhafter Kritik Anlaß gegeben und schon zu Gesetzesvorschlägen geführt, ohne daß die Berufsvertretung der Presse sich bisher eingehend damit beschäftigt hat. Damit soll in der angekündigten Versammlung begonnen werden. Kollege Prof. Dr. Dovifat hat das einleitende Referat übernommen und wird an Hand von Lichtbildern die Entwicklung in Deutschland und typische Beispiele des Auslandes zeigen. Die Kollegen sind berechtigt, auch Nichtmitglieder als Gäste mitzubringen.

Landesverband Mitteldeutschland.

Der Kurhessische Presseverband, Sitz Kassel, hatte wegen des Ausscheidens seines 1. Vorsitzenden, des Kollegen Fritz Rau, und wegen Amtsniederlegung des 1. Schriftführers, des Kollegen Dr. Karl Naß, am letzten Sonntag im September Ersatzwahlen vorzunehmen. Durch Zuruf wurden gewählt zum 1. Vorsitzenden Hauptschriftleiter Heinrich Walter, „Kasseler Post", zum 1. Schriftführer Schriftleiter Schulz-Keffel, „Kasseler Neueste Nachrichten". Der Kurhessische Presseverband beschloß in dieser Versammlung außerdem noch, im Spätherbst eine Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der Behörden und der behördlichen Pressestellen und im Januar wieder als große gesellschaftliche Veranstaltung ein Pressefest abzuhalten.

Landesverband der Sächsischen Presse.

Vorsitzwechsel im Bezirksverein Dresden.

Kollege Arthur Graefe, der zum Vorsitzenden des Landesverbandes der Sächsischen Presse gewählt worden war und der inzwischen als Oberregierungsrat die Leitung der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei der sächsischen Regierung übernommen hat, hat in der letzten Sitzung des Bezirksvereins Dresden sein Amt niedergelegt. An Stelle Graefes trat der bisherige 2. Vorsitzende Dr. Ernst Ritschel (Dresdner Anzeiger). Zum 2. Vorsitzenden wurde Koll. Schriftsteller Heinrich Zerkaulen gewählt, zum Beisitzer Koll. Graefe. Den Vorsitz im Landesverband Sachsen behält Koll. Graefe bis auf weiteres bei. Der Dresdner Presseball 1930 wurde auf den 11. Januar festgelegt.

Personalien

Kollege **Arthur Graefe**, der Leiter der Dresdner Schriftleitung der „Leipziger Neuesten Nachrichten", ist mit dem 30. September aus dem Redaktionsverbande ausgeschieden und hat als Oberregierungsrat die Leitung der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei übernommen. An Graefes Stelle tritt Werner Kilian, bisher Mitglied der politischen Schriftleitung der „Leipziger Neuesten Nachrichten".

Redakteur C. F. Josephi, bisher Mitglied der politischen Redaktion des „Hamburgischen Korrespondenten" hat zum 1. Oktober eine Redakteurstelle bei der „Mecklenburgischen Landeszeitung" in Neustrelitz übernommen.

Dr. Hans Lorenz, bisher Chefredakteur der „Hamburger Illustrierten", ist nach Berlin berufen worden, um sich dort dem Bilderdienst der im Verlage Scherl erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften zu widmen. Dem Verlage Broschek & Co. in Hamburg gehörte Dr. Lorenz seit Dezember 1924 an. Er leitete anfangs die „Rundschau im Bilde", die als tägliche Tiefdruck-Beilage des Hamburger Fremdenblattes erscheint, übernahm dann die Redaktion der neu geschaffenen Beilage des gleichen Blattes „Frau und Heim" und leitete während des letzten Vierteljahres die „Hamburger Illustrierte", die ebenfalls im Verlage Broschek & Co. erscheint.

Chefredakteur R. Michael, der 1. Vorsitzende des Landesverbandes Groß-Hamburg-Lübeck, scheidet mit Ablauf dieses Jahres aus der Redaktion des „Hamburgischen Korrespondenten" und tritt zur politischen Redaktion des „Hamburger Fremdenblattes" über.

Dr. Paul Petras, seit April 1912 Redakteur und Archivar am „Hamburger Fremdenblatt", ist am 1. Oktober, fast 69 Jahre alt, nach mehr als 41 jähriger journalistischer Betätigung aus Gesundheitsgründen in den Ruhestand getreten.

Kollege Fritz Segelken in Freiburg i. Br. konnte am 1. Oktober sein 25jähriges Berufsjubiläum feiern. Im Jahre 1904 war er als Hilfsredakteur an der „Weserzeitung" in Bremen tätig, ging dann nach England, um sich in der englischen Sprache zu vervollkommnen, und wirkte nach seiner Heimkehr als verantwortlicher Redakteur für Sport, Handel, Lokales und Depeschendienst am „Mannheimer Tageblatt". Nach dem Weltkrieg, den er mitmachte, wurde Segelken Hauptschriftleiter des „Oberländer Boten" in Lörrach, kam dann in gleicher Eigenschaft an die „Lörracher Bürgerzeitung", und als beide Blätter vereinigt wurden, übertrug man ihm die Hauptschriftleitung des neuen „Oberländer Boten". Im Jahre 1925 berief der Verlag Poppen & Ortmann den Kollegen Segelken an die „Freiburger Zeitung", wo er zunächst für Politik und Handel verantwortlich zeichnete. Heute verwaltet Kollege Segelken den lokalen Teil der Zeitung neben dem Amt des stellvertretenden Chefredakteurs. In der Organisation hat er sich stets rege betätigt; er ist schon zum zweiten Male Vorsitzender der Bezirksgruppe Oberbaden im Landesverband der Badischen Presse und gehört auch dem Vorstand des letzteren als Mitglied an. Auch wir bringen dem Jubilar unsere besten Glückwünsche dar.

Otto Albert Schneider 25 Jahre Journalist! Otto Albert Schneider konnte am 1. Oktober auf eine 25jährige Tätigkeit im Zeitungsdienst zurückblicken. Geboren am 1. Februar 1876 in Köln, absolvierte er das Gymnasium und bezog 1896 die Universität Leipzig, wo er sich dem Studium der Musikwissenschaften, Kunstgeschichte und Philosophie widmete. Gleichzeitig besuchte er das Leipziger Konservatorium. 1900 setzte er seine wissenschaftlichen und praktischen Musikstudien in Berlin fort und begann sich in Zeitungen und Zeitschriften als Musik- und Kunstkritiker zu betätigen. Zunächst als freier Schriftsteller lebend, war er längere Zeit auf Studien-

Digitized by Google

reisen im Ausland (Italien, Holland) und trat am 1. Oktober 1904 als Volontär in die Feuilleton-Redaktion der Düsseldorfer Zeitung ein. Er wurde bald als Feuilletonleiter fest angestellt, in welcher Eigenschaft er im Jahre 1906 als Nachfolger von Dr. Karl Hagemann die Feuilleton-Schriftleitung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung übernahm. In dieser Stellung hat er 12 Jahre lang gewirkt, ging dann 1918 ein Jahr lang nach Berlin, um an der Spitze des Feuilletons der „Deutschen Zeitung“ tätig zu sein. 1920 trat er als Leiter des Feuilletons für Musik und bildende Kunst und als Kritiker besonders für diese Ressorts in den Verband der Redaktion der „Düsseldorfer Nachrichten“ ein. Schneider hat sich neben seiner kritischen Tätigkeit auch künstlerisch betätigt. Er gab im Laufe seiner Entwicklung eine Anzahl lyrischer Gedichte heraus und war auch auf musikalischem Gebiet schöpferisch tätig.

Hauptschriftleiter a. D. J. Thamssen in Einbeck konnte am 1. Oktober das 50jährige Jubiläum des Tages feiern, an dem er in die deutsche Presse trat. Der jetzt 74jährige Kollege begann seine Laufbahn in Wyk auf Föhr. Der besonders im Niedersächsischen Verbande bekannte Kollege mußte seinen Beruf leider vor einigen Jahren infolge Krankheit aufgeben. Hoffentlich ist ihm noch ein möglichst sorgenloser Lebensabend vergönnt.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Verband der Schlesischen Presse. Robert Matzke (Liegn. Volksztg.), Liegnitz, Skalitzer Str. 14; Red. Carl Theodor Reuß (Schls. Ztg.), Breslau 10, Vierturmstr. 20.

II. Neuanmeldungen.

Landesverband der Badischen Presse. Dr. Friedrich Dorsch, Lörrach (Oberländer Bote); Heinrich Höfler (Pfälzer Bote), Heidelberg, Uferstr. 22; Josef Lorenz (Tagbl. v. Oberrhein), Waldshut; Eduard Burth (Tagbl. v. Oberrhein), Waldshut; Walther Heinzel (Wolff-Büro), Mannheim. Beethovenstr. 8 b. Bopp.

Landesverband der Bayerischen Presse. Alexander Heiß (Journalist), München, Adalbertstr. 86/2; Alfred Sahlender (Mitarb. d. Fränkischen Kurier), Würzburg, Seelbergstraße 6.

Verein Frankfurter Presse. Dr. Erich Welter (Frankf. Ztg.), Frankfurt (Main), Am Höhenblick 11.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband der Badischen Presse. Überwiesen wurde an Landesverein Pfalz: Dr. Heinz Thumann, bisher Mannheim, nunmehr Kaiserslautern; Red. Jakob Heinz, bisher Oberrh. Nachrichtenbüro, Mannheim, nunmehr Ludwigshafen (Rhein) (Pfälzische Rundschau); Red. Robert Dosch, bisher Mannheim, nunmehr Kaiserslautern (Pfälzische Freie Presse); an den Landesverband Mitteldeutschland: Chefred. Dr. W. A. Krannhals, bisher Mannheim, nunmehr Jena; an den Verein Niedersächsische Presse: Erich Heinzel, bisher Mannheim, nunmehr Chefredakteur (Wolff-Büro) Emden.

Landesverband Groß-Hamburg-Lübeck. Dem Reichsverband als Einzelmitglied überwiesen: C. F. Josephi, bisher Hamburg, nunmehr Neustrelitz (Landeszeitung).

Landesverband Mitteldeutschland. An den Verband Rheinland-Westf. überwiesen: Erich Seifert, bisher Magdeburg, ab 1. Okt. Bielefeld (Westfälische Neueste Nachr.)

Verband der Schlesischen Presse. Red. Bruno Saborowski, bisher Görlitz, nunmehr Schneidemühl (Der Gesellige), überwiesen an den Bezirksverband Brandenburg.

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband der Badischen Presse. Gestrichen: Chefred. Schneider, Wien.

Landesverband der Bayerischen Presse. Ausgetreten ist: Dr. Karl Meyer, München.

Landesverband Mitteldeutschland. Ausgetreten wegen Berufswechsels: Artur Petsch, Halle.

Inhaltsangabe:

Der Inlandskorrespondent. Von Dr. Frankenfeld-Hamburg.
Sprechdeutsch und Schreibdeutsch. Von Dr. Manz-Berlin.
Wissenschaft und Presse. Von L. Holstein-Königsberg.
Die Zeitung als Lexikon. Von H. Walter-Kassel.
Verbot der Gerichtssaalberichterstattung durch Justizbeamte in Bayern.
Noch einmal: Die Komödie „Fliegen am Markt“. Von J. Wenz-Koblenz.
Führungen und Besichtigungen des 1. Zeitungsfachlichen Fortbildungskurses.
Modewörter. Von R. Bernstein-Berlin.
Einheitlicher Stil bei den deutschen Zeitungen.
Fachrundschau.
Kurze Nachrichten.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.
Büchermarkt.

Büchermarkt

Deutsch-Nordisches Jahrbuch für Kulturaustausch und Volkskunde 1929. Herausgegeben von Walter Georgi. Verlegt bei Eugen Diederichs in Jena 1929.

Das Deutsch-Nordische Jahrbuch, das zugleich Jahrbuch der Nordischen Gesellschaft Lübeck ist, behandelt die Gesamtheit der Beziehungen Deutschlands zu den nordischen Ländern und verfolgt eine völkerverbindende Tendenz. In dem diesjährigen Jahrbuch sind die Beiträge von Fridtjof Nansen „Die Völker Europas“, Georg Schaumann „Ostseepolitik“ und Erik Brüel „Der Zugang zur Ostsee und ihre völkerrechtliche Stellung“ neben Beiträgen, die sich mit den wichtigen Problemen der einzelnen nordischen Länder beschäftigen, von besonderem Interesse. Selma Lagerlöf hat einen Beitrag „Die geöffnete Tür“ beigesteuert, in dem sie über ihre Beziehungen zu Georg Brandes und die Förderung ihres Werkes durch ihn plaudert.

Jahrbuch des Institus of Journalists 1929.

Das Institut of Journalists hat das Jahrbuch (Graubuch 1929) herausgegeben. Es enthält neben der Gründungsakte die Satzungen und sonstigen Organisationsbestimmungen, weiter eine Übersicht über die Gliederung der Organisation, ein Mitgliederverzeichnis, ein Verzeichnis der einzelnen Fachschriftsteller, geordnet nach Fachgebieten, sowie eine Ortsliste mit Anführung der in jedem Ort ansässigen Mitglieder.

Die Grundlage des Warenzeichenschutzes. Von Rechtsanwalt Frank J. Schechter, New York. Autorisierte Übersetzung von USA, Patentanwalt Ferdinand Burchartz, Vizepräsident der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland. Unter Mitarbeit von Dr. jur. Alfred R. Klaembt, Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik, G. m. b. H., Preis RM. 2,50.

Diese Publikation der ersten amerikanischen Autorität auf dem Spezialgebiete des Markenschutzes, der auch einen Hauptverhandlungsgegenstand des Weltreklamekongresses in Berlin bildete, behandelt die geschichtlichen Wurzeln des Warenzeichens, gibt eine genaue Begriffsbestimmung der Warenzeichen und eine Übersicht über die Entstehung des Warenzeichenschutzes, sowie über die in Frage kommenden internationalen Bestimmungen. An Hand von konkreten Fällen werden auch eine Reihe von gerichtlichen Entscheidungen mitgeteilt.

Die Reform der öffentlichen Verwaltung in Deutschland. Von Dr. Oskar Aust. Askanischer Verlag, Berlin, Carl Albert Kindle.

Das ziemlich umfangreiche Werk, dem der Entwurf zu einem Reichsermächtigungsgesetz beigegeben ist, behandelt zunächst die öffentliche Verwaltung und die Gesellschaft, in einem weiteren Teil deren Eigenarten sowie die Berechtigung dieser Eigenarten. Der dritte Teil endlich beschäftigt sich mit dem Hauptthema des Buches, der Durchführung der Reform der öffentlichen Verwaltung. Er bringt zunächst den oben erwähnten Gesetzentwurf und in einem weiteren Abschnitt die nähere Begründung des Gesetzes sowie Darlegungen über seine Durchführung.

Jahresbericht 1928 des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit. RKW-Veröffentlichungen Nr. 46.

Die Veröffentlichung bringt zunächst einen Bericht des Reichskuratoriums, in dem dessen Arbeiten im abgelaufenen Geschäftsjahr kurz geschildert sind. Berichte der verschiedenen Ausschüsse, Arbeitsgemeinschaften und Forschungsinstitute schließen sich an.

„Die Kunst“, Monatshefte für Malerei, Plastik, Wohnungskunst und Kunstgewerbe. Verlag F. Bruckmann A.-G., München. Augustheft 1929. Vierteljährlicher Bezugspreis RM. 7,—.

„Die Kunst“, September-Heft 1929, Verlag F. Bruckmann A.-G., München, Preis vierteljährlich RM. 7,—.

Das neue Heft bringt als interessantesten Beitrag einen Aufsatz über die Ausstellung „100 Jahre Berliner Kunst im Schaffen des Vereins Berliner Künstler“. Ferner erfährt die Ausstellung des deutschen Künstlerbundes in Köln, die Münchener Neue Sezession, die Hans-Canon-Gedächtnisausstellung in Wien und die Ausstellung alter Malerei aus Privatbesitz, die im Mittelpunkte der Jubiläumsfeier des vor 100 Jahren gegründeten Kunstvereins für die Rheinlande und Westfalen stand, eine Würdigung. Den Fragen der Wohnungskunst und des Kunsthandwerkes ist ebenfalls eine Reihe von Beiträgen gewidmet.

Jahrbuch für Polen 1929/30. Verlag: Instytut Wydawniczy „Biblioteka Polska“, Warschau.

Das Buch, das eine ausführliche Informationsschrift über das heutige Polen in deutscher Sprache darstellt, will über die Geschichte, staatliche und kommunale Verfassung Polens, über sein wirtschaftspolitisches, soziales und kulturelles Leben unterrichten.

Geheim-Auskünfte. Ein Ruf zur Reform des Auskunftswesens. Von Dr. Werner Moser, Rechtsanwalt und Notar, Berlin-Schöneberg. Verlag „Verband berufsmäßiger Auskunfterteiler, e. V.“, Berlin S. 42.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW 68. Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

FRANK I. SCHECHTER

Unentbehrlich für die Redaktionsbibliothek

Die Grundlage des Warenzeichenschutzes

Autorisierte Uebersetzung von
U. S. A. Patentanwalt F. Burchartz
Vicepräsident d. amerikanischen Handelskammer in Deutschland.
Geleitwort
von Patentanwalt Dr. Ing. Robert Meldau

Verlag für Presse, Wirtschaft u. Politik G. m. b. H.
Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241

VORZUGSPREIS

für die Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse Mk. 1.50 (anstatt Mk. 2.50) bei Voreinsendung des Betrages. Postscheckkonto Bln. 14483

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

3 Frühlingsfahrten im Mittelmeer

Mit D. **„Lützow“** 9000 Br.-Reg.-T.

I. ORIENTFAHRT 1930

vom 13. März bis 7. April (25 Tage)
Genua — Messina — Catania — Dardanellen — Konstantinopel — Phaleron Bucht (Athen) — Port Said — Jaffa — Haifa — Cattaro — Ragusa — Venedig
Fahrpreise von **Mk. 690.-** an aufwärts

II. ORIENTFAHRT 1930

vom 9. April bis 4. Mai (25 Tage)
Venedig — Cattaro — Phaleron Bucht (Athen) — Dardanellen — Konstantinopel — Haifa — Jaffa — Port Said — Catania — Messina — Genua
Fahrpreise von **Mk. 690.-** an aufwärts

MITTELMEERFAHRT 1930

vom 24. Mai bis 12. Juni (19 Tage)
Genua — Barcelona — Palma — Algier — Cadiz — Madeira — Lissabon — Bremerhaven
Fahrpreise von **Mk. 540.-** an aufwärts

Auskunft und Prospekte durch unsere sämtlichen Vertretungen
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Der Unternehmer

Die informatorische wirtschaftspolitische
Monatsschrift für jeden Presseмann
Eingehende Aufsätze führender Wirtschaftler und Sozialpolitiker über alle Probleme der Weltmärkte. Kostenlose Probenummern für Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse. Bestellungen beim Verlag des „Unternehmer“, Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41.

Beziehen Sie sich bitte

bei Ihren Bestellungen auf die „Deutsche Presse“

Unentbehrlich für jeden Redakteur

Besprechungsexemplare können nicht abgegeben werden.

Dr. jur. JOSEF TRAKATSCH

Die strafrechtliche Haftung des verantwortlichen Redakteurs in der Rechtsprechung des Reichsgerichts

Mit einem Geleitwort von
Oberreichsanwalt Prof. Dr. Ebermayer

Die vorliegende Arbeit stellt nicht die privaten Einzelmeinungen fast durchweg veralteter Rechtsgelehrter dar, sondern die allein maßgebliche Rechtsprechung des Reichsgerichts. In richtunggebender Klarheit erschöpft sie knapp und straff die sämtlichen rechtlichen Möglichkeiten des journalistischen Tageskampfes und seiner Zweifel. Nur die unzureichende Kenntnis der eindringlich geschilderten Möglichkeiten konnte bisher die innere Sicherheit des Redakteurs und damit die individuelle Note und Wirkung seiner Arbeit gefährden.

RM 2.50 (bei Voreinsendung des Betrages oder RM 2.95 bei Nachnahmesendung).

VERLAG FÜR PRESSE, WIRTSCHAFT UND POLITIK, BERLIN SW 48, FRIEDRICHSTRASSE 240/41

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 41 *Berlin, den 12. Oktober 1929*

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14 488. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Rundfunk-Kritik der Tagespresse.

Ein leider trauriges Kapitel.

Von Dr. Eberhard Moes, Berlin.

Das Echo in der Presse bedeutet das einzige Kriterium für die Rundfunk-Leiter, wenn man von Zuschriften der Hörer absieht, die erst in späterer Ordnung rangieren können. Wie einfach hat es ein Theaterleiter, möchte man sagen. Er braucht nur in den Zuschauerraum zu sehen, allenfalls noch den Kassenrapport zu überfliegen, und schon weiß er, was die Glocke geschlagen hat, ob die Wahl des betreffenden Stückes ein glücklicher Griff oder eine Niete war. Die offizielle Kritik ist für ihn nicht unbedingt ausschlaggebend.

Dem Rundfunkdirektor fehlen solche Merkmale. Er steht vollkommen allein und muß sich auf sein Fingerspitzengefühl verlassen. Da er aber auch nur Mensch ist und sich mal verhauen kann, ist das Lamento nachher groß. Und was nützen ihm schließlich hundert entrüstete Briefe aus dem Hörerkreis, wenn er auf der anderen Seite vielleicht hundert Anerkennungsschreiben erhält!

Die Presse? Das ist der Punkt, auf den diese Ausführungen hinzielen. Gewiß, eine ganze Reihe von Zeitungen haben ihre wöchentliche Rundfunkbeilage. Aber sieht man sich diese genauer an, so wird man feststellen müssen, daß die meisten Blätter nur oder doch in überwiegendem Maße technische Fragen behandeln. Also sind das mehr Radiobeilagen. Einen weiteren großen Raum nehmen in der Regel die Nachrichten über neue Sender, neue Versuche usw. aus aller Herren Länder ein. Man kann das vom redaktionellen Standpunkt der Buntheit und Vielseitigkeit verstehen. Der noch übrig bleibende Platz von vielleicht 80 bis 100 Zeilen enthält dann die sogenannte „Rundfunkkritik".

Und wie sieht diese aus? Auf engem Raum, der kaum mehr Platz für die Aufzählung der Hauptprogrammpunkte freiläßt, wird eine ganze Woche erledigt, soll wenigstens eine ganze Woche erledigt sein. Es ist mehr als klar, daß sich hier eine fruchtbare Kritik nicht entfalten kann, daß nur kurze anerkennende oder verurteilende Schlagworte in zensurenähnlicher Knappheit ausgeteilt werden können.

Was soll der Rundfunkleiter damit anfangen? Solche allgemeinen Äußerungen sind ihm nicht viel mehr als die meist unfundierten Zuschriften aus dem Hörerkreise. Höchstens, da er dem betreffenden Kritiker eine gewisse begründete Einstellung zumißt, macht er sich darüber Kopfschmerzen, was jenen wohl zu seinem Urteil bewogen haben könnte. Aber auch damit kommt er zu keinem festen Ergebnis.

Der Kritiker allein hat die Publikumseinstellung, die der in seinen Plänen befangene Rundfunkleiter niemals haben kann. Der Kritiker hat noch mehr: er muß gegebenenfalls hunderttausend Hörern zum Trotz für die Minderheit von vielleicht nur tausend Hörern eine Lanze brechen, wenn es ihm für die kulturelle Entwicklung des Rundfunks von Wert zu sein scheint. Das ist nichts Neues, das wissen wir längst von der Theater- und Kunstkritik her.

Vor allen Dingen muß jedoch endlich einmal an die Chefredakteure und Verleger die dringende Forderung gerichtet werden, für den rundfunkkritischen Teil mehr, viel mehr Raum zur Verfügung zu stellen. Es ist nicht einzusehen, daß eine einzige Theatermatinee, die vielleicht nur von einigen Dutzend Menschen besucht war, eine Rezension von hundert Zeilen erhält, während ein Sendespiel, mit nicht geringeren, eher größeren Schwierigkeiten einstudiert und von vielleicht hunderttausend Köpfen gehört, mit 4 bis 6 oder bestenfalls 8 Zeilen abgetan sein soll. Es ist auch nicht einzusehen, warum man Besprechungen größerer Ereignisse im Funkprogramm nicht in das Feuilleton unterm Strich aufnimmt. Was dem Theater recht ist, ist dem Rundfunk billig, ist vielleicht beim Rundfunk um so mehr angebracht, als er bis heute unbestritten die großartigste und vielseitigste Einrichtung aller Zeiten ist. Es besteht also kein Grund, diese neueste Errungenschaft der Kultur in den Zeitungen so ins Hintertreffen zu zwingen, wie es fast allenthalben geschieht.

Der Einwand, daß es — mit ganz wenigen Ausnahmen — keine Kritiker gibt, die eine speziell funkische Einstellung haben, ist kein Einwand. Immer noch ist der berufene Kritiker ein schöpferischer Mensch, und noch immer vermag sich der schöpferische Kritiker in ein Gebiet hineinzuleben, das einen solch eigenstarken Organismus aufweist wie der Rundfunk.

Die schon vielfach vorgeschlagene und teilweise auch durchgeführte Methode, ein Sendespiel vom Theaterkritiker, eine Sendeoper vom Musikreferenten besprechen zu lassen, muß abgelehnt werden, Rundfunk hat mit Theater absolut nichts zu tun, wir wissen es heute, Gott sei Dank. Beim Funkkritiker liegt das Hauptmoment auf der Silbe „Funk". Von hier aus führt der Weg in das Neuland, das für eine Nebenbeschäftigung viel zu autonom und ausgedehnt ist. Es ist auch abwegig, wenn ein Techniker als Re-

Digitized by Google

dakteur der Rundfunkbeilage die Kritik des Programms übernimmt. Er wird, wie es sich schon mehrfach erwiesen, immer eine Fusion vornehmen wollen. Das Programmatische ist aber eine Angelegenheit, die für sich als Ganzes erkannt und fortgebildet sein will.

Außerdem bedeutet die Masse des im Verlauf einer Woche Gebotenen eine Aufgabe, die von einem Kritiker allein unmöglich bewältigt werden kann, selbst dann nicht, wenn nur die bedeutenderen Darbietungen ausgewählt werden. Es hat sich erwiesen, daß dieser eine Kritiker in den meisten Fällen gar nicht in der Lage ist, jede Darbietung von Anfang bis zu Ende zu verfolgen; daß er, besonders wenn noch Veranstaltungen auswärtiger Sender hinzugezogen werden müssen, notgedrungen zu einem Stichprobensystem greift, dessen Gefährlichkeit auf der Hand liegt. Den Kritiker selbst trifft dabei keine Schuld, niemand wird fordern, daß er den ganzen Tag vor seinem Apparat sitzt oder es fertig bringt, gleichzeitig zwei Sender abzuhören.

Diese Mißstände schreien nach Beseitigung. Ziehen wir zum Vergleich verwandte Gebiete heran: beim Theater, beim Konzert, beim Film wird jede Premiere, auch wenn mehrere auf einen Abend fallen, möglichst einem besonderen Kritiker übertragen. Ein ganzer Stab steht hierfür zur Verfügung. Und wenn wir bedenken, daß Schauspiel, Oper, Konzert, Film, Vorträge, jeweils sogar mehrere, besonders eingestellte Kritiker zur Verfügung haben, so kann man die stiefmütterliche Behandlung des Rundfunks nur mit größtem Bedauern verfolgen.

Möglich, daß einer gerechten Erweiterung der Rundfunkkritik in den Zeitungen manche Umstände — vielleicht technisch-redaktionelle oder wirtschaftliche — hindernd im Wege stehen. Trotzdem sollte man den notwendigen Ausbau, der doch einmal kommen muß, wie bereits heute zeitweise Durchbrechungen des starren Wochenprinzips dartun, immer mehr vorbereiten. Zum Vergleich sei an die Entwicklung der Sportpresse erinnert, die vor dem Kriege kaum in Erscheinung trat und sich heute mit allen anderen wichtigen Ressorts gut messen kann. Hier hat sich die Zeitung auch umstellen, bzw. erweitern müssen, und es ist — ihrem Grundprinzip der Aktualität und Popularität entsprechend — nur zu wünschen, daß sich mit dem Gebiet des Rundfunks bald eine ähnliche Wandlung vollzieht.

Grundsätzlich darf der Aufnahme der Rundfunkkritik in den eigentlichen Feuilletonteil als gleichbedeutend mit der Theater-, Konzert- und Kunstkritik nichts entgegenstehen. *Man wird nicht daran vorbeikommen, künftig von einem Redakteur eine funkkritische Befähigung zu verlangen.* Man wird die größeren Ereignisse des Rundfunks — auch bei auswärtigen Sendern — *fest besetzen* müssen. Die ausführlichere Besprechung von ein oder zwei ausgewählten wichtigeren Darbietungen der Woche, wie vereinzelte Zeitungen es handhaben, kann auch nicht als erschöpfend angesehen werden, obwohl im Laufe der Zeit auf diese Weise bei programmatischer Durchführung mehr Positives geleistet wird als mit einer nur gestreiften Vollständigkeit.

Das Ziel muß bleiben: Abkehr von dem Prinzip der beengten *wöchentlichen Beilage*, weitgehender Ausbau des funkkritischen Teiles, und zwar in einem Maße, das der Wichtigkeit und Popularität des Rundfunks entsprechend die anderen Gebiete der Kritik nicht nur erreicht, sondern übertrifft. Diese Forderung muß beibehalten werden, muß immer wieder gestellt werden, solange es noch Zeitungen gibt, die einem so ungeheuer wichtigen Gebiet gar keine oder nur unzureichende Berücksichtigung widerfahren lassen.

* * *

Und nun, nachdem die Notwendigkeit einer ausgebauten Rundfunkkritik genügend nachgewiesen und begründet sein dürfte, noch einige Worte zum Wesen dieses neuen Zweiges der Kritik.

Beim Rundfunk ist alles anders, und wenn man nur den Mut hat, in seine innere Struktur einzudringen, seine Besonderheiten ganz durch- und zu Ende zu denken, kommt man oftmals zu überraschenden Resultaten.

Es sei hier behauptet: Die Rundfunkkritik ist reine Kritik. In ihrer Unabhängigkeit kommt sie der absoluten Kritik am nächsten, wovon sie nur die Tatsache trennt, daß es für sie noch keine festen Maßstäbe gibt. Aber vielleicht ist das auch ein großer Vorteil.

Unabhängig ist die Funkkritik gleich insofern, als die rezensierten Darbietungen keine Wiederholungen erfahren, und damit das Moment der Propaganda wegfällt, das z. B. beim Theater eine große Rolle spielt. Man könnte hier einwenden, daß ja eine ausführliche Kritik für die Leser einer Zeitung, die die betreffende Darbietung nicht gehört haben, nutz- und zwecklos sei. Ohne Zweifel. Aber hier kommen wir auf die ganz besonderen Aufgaben der Rundfunkkritik zu sprechen. Groß umrissen schälen sich dabei zwei Hauptmomente heraus: einmal *die Erziehung des Publikums zum kritischen, d. h. aktiven Hören*; zum andern *die fruchtbare Mitarbeit an den Bestrebungen der Sendeleitungen*.

Zunächst der Hörer. Er will in der Zeitung nicht — wie es beim Theater usw. doch mehr oder weniger der Fall ist — erfahren, wie es gewesen ist, um danach seine Entscheidung für oder gegen den Besuch zu treffen. Er will wissen, ob er mit seiner Meinung, die er sich beim Anhören gebildet hat, recht hat oder nicht. Jeder Hörer ist mehr oder minder kritisch eingestellt, natürlich nicht fachkritisch. Die wenigen, die alles Gebotene als selbstverständlich, als unabänderlich hinnehmen, scheiden ganz aus. Sie sind wohl auch kaum vorhanden. Denn schon, wenn einer Worte wie „langweilig", „Blödsinn" oder „fabelhaft", „reizend" gebraucht, so ist das Kritik. Freilich Kritik, die hier nur abgenutzte Ausdrücke findet, weil die Lust oder die Fähigkeit zu einer feineren Begründung fehlt. Mehr aber, als man gemeinhin annimmt, ist die Freude zur Stellungnahme vorhanden. Das beweisen die vielen, oft sehr ausführlichen Zuschriften an die Sendeleitungen, an die Redaktionen, beweisen Debatten innerhalb des Familien- oder Freundeskreises, beweist vor allem das Interesse, das man überall dem Rundfunk entgegenbringt, wo derartige Fragen einmal aufgeworfen werden. Man geht nicht zu weit, wenn man behauptet, daß auch außerhalb der eigentlichen bildungtragenden Intelligenz der Rundfunk mindestens in gleichem Maße populär ist wie das Theater oder der Film, wenn nicht gar noch mehr.

Die neue große Schwierigkeit liegt in der Hauptsache darin, daß die anerkennende oder ablehnende Haltung des Publikums nach außen so gut wie gar nicht in Erscheinung tritt. Aus Zuschriften läßt sich manches ersehen, doch niemals alles, da hier das Moment des Zufalles zu berücksichtigen ist. Hier muß die Kritik einsetzen. Sie muß *Anwalt und Führerin des Publikums* sein. Ihre Verantwortung steigt damit ungeahnt. Freilich hat die Kritik die Schwierigkeit zu überwinden, daß keine festen Maßstäbe vorhanden sind; um so gewissenhafter sollte sie darum vorgehen. Sie sollte vor allem nicht vergessen, daß *der heutige Rundfunk noch keineswegs etwas Fertiges ist, sondern daß von seinem Gebäude erst die Grundpfeiler stehen*. Das muß dem Publikum immer wieder zum Bewußtsein gebracht werden. Weiß aber erst der Hörer, daß noch gebaut wird, vor allem daß er selbst mitbauen kann und soll, so wird sein Ehrgeiz geweckt. Er nimmt zu allem Stellung, vielleicht oft abwegig, aber das schadet nichts. Es ist dann die große Aufgabe der Kritik, ihn auf rechte, wohlbegründete Standpunkte zu bringen.

Bei der Presse kommen oftmals sehr gute Anregungen aus dem Leserkreise, jeder weiß das. Warum sollte das beim Rundfunk nicht möglich sein? Hier ist Führerarbeit durch die Kritik vonnöten, denn der Rundfunk

Digitized by Google

ist so neuartig, so wenig fest umrissen, daß die Hörer von den zahlreichen Möglichkeiten keine Vorstellung haben können. Erst wenn das Publikum begreift, daß bei der Sendeleitung planmäßige, zielsichere, stets weiterführende Arbeit geleistet wird, erst dann wird es an der Entwicklung aktiven, kritisch-fruchtbaren Anteil nehmen, erst dann wird es das notwendige, fördernde Vertrauen zur Sendeleitung finden und sich nicht von persönlich beeinflußten Kritikastern verleiten lassen.

Die Fachkritik soll nicht das Bindeglied zwischen Hörer und Sender sein, sondern soll die beiden zusammenführen, als eigene Instanz jedoch über ihnen stehen. Dieser Weg muß noch gegangen werden. Er ist nicht so schwierig, da er naturgegeben ist und auf beiden Seiten die gleiche Bereitwilligkeit herrscht.

Schaffung von Maßstäben für die Rundfunkkritik — das ist die große Frage. Nicht Maßstäbe für Werturteile im einzelnen, sondern programmatische. Das heißt: die Rundfunkkritik darf — wie eigentlich alle Kritik — nicht hinterhergehinkt kommen und etwaige Fortschritte konstatieren, sondern sie muß mit der Sendeleitung Hand in Hand arbeiten. Das klingt banal, ist aber eine Forderung, die im Hinblick auf die bisherige durchschnittliche Rundfunkkritik nicht stark genug betont werden kann. Nicht Beanstandungen im einzelnen, sondern Herausschälen des Fruchtbaren, Positiven, das oftmals nur andeutend zum Ausdruck kommt, bisweilen vielleicht sogar zufällig. Denken wir an die schöne Entwicklung der Theaterkritik in den letzten Jahrzehnten, wie sie oft mit starkem Arm eingriff und das Neue, soweit es lebensfähig war, herausstellte. Genau so, wie sich hier der Theaterkritiker von Format entwickelte, der die großen Zusammenhänge mit der Zeit begriff, genau so muß sich jetzt der Rundfunkkritiker von Format entwickeln.

Seine Aufgabe ist es, das Rundfunkganze in seiner besonderen Natur zu erfassen und die einzelne Leistung zu ihm in Beziehung zu setzen. Immer muß er sich fragen, ist das Gebotene ein Fortschritt, und warum ist es ein Fortschritt? Dieses Warum enthält den Kern aller Rundkunkkritik. Wenn man den Begriff der Beweisführung — nicht allzu engherzig freilich — heranziehen darf, so muß die Methode angewandt werden, die vom Besonderen zum Allgemeinen führt. Ist das grundlegende Warum erst bekannt, so folgt die zweite — denkbare — Hauptthese: Wie weit ist es gelungen, das in der Darbietung enthaltene, vielleicht gar nicht mal immer ausgesprochen gewollte Ziel zu erreichen. Und dann, was schon weiter greift, wie hätte es vielleicht besser gemacht werden können und welche Aussichten ergeben sich für eine konsequente Durchführung der aufgeworfenen Idee.

Es liegt mir fern, hier ein Rezept für werdende Rundfunkkritiker aufzustellen. Gewiß sind die vorgebrachten Gesichtspunkte nicht neu, aber, da es beim Rundfunk mehr als anderswo auf eine gradlinige, konsequente Entwicklung ankommt, haben sie eine um so größere Bedeutung. Mit Absicht ist von bestimmten Arten der Programmdurchführung nicht die Rede gewesen; denn das wäre ja schon Kritik und ginge über das gestellte Thema hinaus.

Wenn sich je im kulturellen Leben für die Kritik die Gelegenheit zu fruchtbarer Entfaltung bot, so ist das jetzt beim Rundfunk der Fall. Nicht eingeengter Snobismus, womöglich noch persönlich verzerrt, führt hier weiter, sondern eine auf- und ausbauwillige Großzügigkeit. Aus einer ungefährlichen Mücke den bekannten Elefanten zu machen, ist keine Aufgabe der Rundfunkkritik, vielmehr sollte man einen kleinen Lapsus verzeihend übersehen, dafür aber alles Positive, wo es sich zeigt, stark herausheben und somit fördern. Womit beileibe nicht gesagt sein soll, daß alles gelobt werden muß. Auch in der Ablehnung einer neuen Idee kann Positives enthalten sein, insofern das grundlegende Warum eine umfassende Begründung erfährt. Es ist ja eine Erfahrungsweisheit, daß man auch viel lernen kann, wenn man weiß, wie es nicht gemacht werden soll.

Großzügige Entschiedenheit — mit diesen beiden Worten möchte ich die Grundeinstellung aller Rundfunkkritik fixieren. Ja oder Nein und eine funkisch fundierte Begründung, das ist das, was nottut. Der Hörer bzw. die Sendeleitung muß klar erkennen können, ob ein Fortschritt erzielt worden ist oder ein Fehler begangen wurde. Kritiken, bei denen der Leser nicht weiß, ob nun eigentlich gelobt oder getadelt worden ist, sind hier unfruchtbar. Denn der Rundfunk ist im Fluß und muß in Bewegung gehalten werden; eine Stagnation wäre das Ende.

Ein neuer provisorischer Schatzmeister.

Der Vorstand des Reichsverbandes hat in seiner Vollsitzung am 23. September beschlossen, Herrn Chefredakteur Julius Moßner (Korrespondenz Gelb) mit der verantwortlichen Führung der Geschäfte des Schatzmeisters des Reichsverbandes und der Kasse unserer Organisation provisorisch bis zur nächsten Delegiertenversammlung zu beauftragen. Herr Kollege J. Moßner hat sich bereit erklärt, diesen Auftrag anzunehmen. Es wird daher ersucht, alle Kassenangelegenheiten des Reichsverbandes nunmehr direkt an den neuen provisorischen Schatzmeister gelangen zu lassen. Die Adresse des Kollegen Moßner lautet: Berlin C 2, Neue Friedrichstr. 47 (Korrespondenz Gelb, Finanzverlag).

Bei dieser Gelegenheit haben wir Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß alle Zahlungen an den Reichsverband nach wie vor entweder zu leisten sind auf das Postscheckkonto 16 202 Berlin oder auf das Konto 3814 bei der Depositenkasse Spandauer Brücke der Darmstädter u. Nationalbank, Berlin C 2, An der Spandauer Brücke 1.

Die Verbandsleitung:
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Justiz und Presse auf dem preußischen Richtertag.

Der Preußische Richterverein hat auf seiner Vertreterversammlung am 5. und 6. Oktober in Dortmund in mannigfacher Weise bekundet, daß er großen Wert auf ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten von Justiz und Presse legt. Äußerlich schon dadurch, daß er nicht nur, wie es sonst üblich ist, die Presse zur Berichterstattung einlud, sondern auch den Reichsverband der deutschen Presse besonders, der durch den zweiten Vorsitzenden des Verbandes Rheinland-Westfalen, Kollegen Dr. Kurt Schmidt (Bielefeld) vertreten wurde. In den Verhandlungen der Vertreterversammlung fand die Stellung des Preußischen Richtervereins zur Presse gewissermaßen programmatischen Ausdruck in folgenden Ausführungen, die der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Pracht in seinem Jahresbericht machte:

„Um Rechtspflege und Volksempfinden auszugleichen, sind gute Beziehungen und ein gutes Vertrauensverhältnis zwischen Justiz und Presse erforderlich. Wir billigen der

Digitized by Google

Presse Eile in der Berichterstattung, Berechtigung zur Kritik und subjektive Darstellung zu. Jedoch wir müssen die Presse, da es sich bei den meisten Rechtsfragen um wichtigste Güter des nationalen Lebens handelt, um große Sorgsamkeit bitten und erwarten bei ihr, zumal ihre Freiheit noch größer ist als die der Richter, Selbsterkenntnis und Selbstzucht. Die Fragen der Bildberichterstattung und der Übertragung der Gerichtsverhandlungen durch Rundfunk erheischen noch nähere Klärung. Die sogen. Magdeburger Angelegenheit und die tragische Affäre des Landgerichtsdirektors Bombe werden wohl noch bei den bevorstehenden Landtagsverhandlungen eine allgemein befriedigende Lösung finden. Bei den Angriffen auf Richter und Staatsanwälte ist ein größerer Schutz wünschenswert, namentlich gegen die maßlosen Übertreibungen und verallgemeinernden Schlußfolgerungen, ohne daß etwa ein besonderes Richterschutzgesetz begehrt wird.“

In einem Vortrag über die Justizverwaltungsreform und die sogenannte kleine Justizreform wies Ministerialdirigent Dr. Weber mit Nachdruck darauf hin, daß der Preußische Richterverein seine Forderungen hierzu nur dann mit Erfolg vertreten kann, wenn es ihm gelingt, sich die Unterstützung der Presse zu sichern.

Die Frage der Bildberichterstattung über Gerichtsverhandlungen bildete einen besonderen Punkt der Tagesordnung. Hierzu hielt Landgerichtspräsident Dr. Ernst einen sehr interessanten Vortrag, in dem er die Bildberichterstattung grundsätzlich als berechtigt anerkannte und die Grenzen erörterte, die ihr durch die Rücksichten auf eine ungestörte Verhandlung, auf die berechtigten Interessen der Angeklagten und der Zeugen und durch die Bestimmungen des Kunstschutzgesetzes gezogen sind. Er empfahl, von einer gesetzlichen Regelung abzusehen, vielmehr durch freie Vereinbarungen zwischen den Organisationen der Richter und der Presse Richtlinien für die Bildberichterstattung festzulegen. In der Aussprache erhoben einige Richter aus kleineren Städten Bedenken gegen die Bildberichterstattung überhaupt, es wurde aber doch nahezu einstimmig eine Entschließung im Sinne der Ausführungen des Referenten angenommen, in der der Preußische Richterverein sich bereit erklärt, mit den Organisationen der Presse über die Regelung der Bildberichterstattung zu beraten.

Beim Festmahl berührte auch der Preußische Justizminister Dr. Schmidt in seiner Ansprache das Thema „Justiz und Presse“, indem er sagte:

„Wir alle lernen an sachlicher Kritik (er sagte nicht, wie der Bericht in den Zeitungen lautete, „an den Vorwürfen“), die andere gegen unsere Handlungsweise richten. Die muß sich auch der Richter gefallen lassen, er darf sich nicht der Verärgerung und unfruchtbarem Groll ergeben, sondern muß Selbstkritik üben. Das haben Sie, meine Herren vom Preußischen Richterverein, getan. Sie haben damit den richtigen Weg beschritten und dem Wohl der Richterschaft gedient.“

Nach ihm sprach Kollege Dr. Kurt Schmidt. Er überbrachte die Grüße des Reichsverbandes der deutschen Presse, wies auf die Bestrebungen der Justizverwaltung, der Richterschaft und der Presse hin, gute Beziehungen zwischen Justiz und Presse herzustellen und zu fördern, und drückte den Wunsch aus, daß das Vertrauensverhältnis zwischen beiden immer besser werden möge.

Eine Sterbekasse im Reichsverband?

Von Dr. Hans Soldat-Braunschweig.

Wie ich aus der „Niedersächsischen Presse“, den Mitteilungen des Vereins Niedersächsische Presse, ersehe, geht der Gedanke um, eine Sterbekasse im Reichsverband zu gründen. Kollege Tönjes-Hannover behandelt in der Septembernummer der genannten Mitteilungen diese Frage und kommt dabei u. a. zu folgenden Schlüssen: 1. er verneint die Notwendigkeit einer Sterbekasse; 2. wenn trotzdem eine Sterbekasse gegründet werden sollte, so müsse sie zentral beim Reichsverband eingerichtet werden, damit sie Gültigkeit für das ganze Reich habe und nach den gleichen Grundsätzen arbeiten könne, was bei der Einrichtung regionaler Kassen nicht möglich wäre, 3. eine solche Kasse dürfe nicht auf dem Umlageverfahren aufgebaut werden, sondern sie müsse mit allen versicherungstechnischen Sicherungen ausgestattet sein, usw.

Wenn Kollege Tönjes in dem Artikel die Notwendigkeit einer solchen Kasse verneint, so hat er bis zu einem gewissen Grade recht, denn tatsächlich ist ja schon in der Krankenversicherung eine Versicherung für den Todesfall enthalten, und außerdem ist durch Normaltarif der Versorgungsanstalt die Witwe eines Kollegen gegen direkte Not einigermaßen geschützt. Trotzdem ist der Gedanke einer Sterbekasse nicht ganz von der Hand zu weisen. Denn der Tod des Familienvaters bringt stets eine solche Umwälzung in den Lebensverhältnissen der ganzen Familie mit sich, daß der einzelne nicht genügend für einen solchen Fall vorsorgen kann. Man stirbt mit leichterem Herzen, wenn man weiß, daß Frau und Kinder nicht nur vor der äußersten Not geschützt sind, sondern auch noch ein Sümmchen übrig ist, mit dem sich die Familie den Übergang in andere Verhältnisse erleichtern kann.

Also: Notwendig ist eine Sterbekasse vielleicht nicht, aber wer für seine Familie vorsorgen möchte, wird sie für wünschenswert halten, denn leider sind die Gehälter im allgemeinen nicht so groß, daß man etwas davon zurücklegen, geschweige denn größere Ersparnisse ansammeln könnte. Wenn alle die Abzüge an Steuern, Beiträgen zur Pensionsversicherung, zur Krankenkasse usw. abgehen, dann bleibt noch gerade so viel übrig, daß man zur Not standesgemäß leben kann.

Darum aber, weil die Errichtung einer Sterbekasse nicht notwendig, wohl aber für manche Kollegen, die eben als fürsorgliche Familienväter für ihre Familien vorsorgen wollen, wünschenswert ist, halte ich die Errichtung einer Sterbekasse, die für jedes Mitglied obligatorisch wäre, nicht für richtig. Würde man zur Errichtung einer Sterbekasse im Reichsverband schreiten, oder vom Reichsverband die Errichtung einer solchen in den einzelnen Landesverbänden empfehlen, so müßte kein Beitrittszwang für die einzelnen Mitglieder des Reichsverbandes, resp. der Landesverbände vorgesehen werden, sondern es müßte der Beitritt zu der Kasse in den freien Entschluß jedes einzelnen Mitgliedes gestellt werden.

Eine Sterbekasse im Reichsverband, die auf dem Umlageverfahren aufgebaut ist, halte auch ich für wenig empfehlenswert, denn wenn auch hier der Beitrag noch so niedrig wäre, so würde die Einziehung der Umlagen doch so viele Schwierigkeiten bereiten, daß die Leistungen der Kasse sehr darunter zu leiden hätten. Weit eher würde sich das Umlageverfahren durchführen lassen im Rahmen der einzelnen Landesverbände. Und es gibt ja auch etliche Landesverbände, die solche Kassen schon seit langer Zeit haben und bei denen sich diese Kassen gut bewährt haben. Nur müßten vom Reichsverband gewisse Richtlinien herausgegeben werden, durch die beim Stellen-

Digitized by Google

wechsel und bei Überweisung eines Mitgliedes an einen anderen Landesverband die Rechte des Mitgliedes an der Kasse gewahrt bleiben oder ihm ohne Erhöhung der bisherigen Verpflichtung der Übertritt in die Kasse des anderen Landesverbandes ermöglicht wird, d. h. es müßten die Beitragsverpflichtungen sowohl wie die Leistungen der einzelnen Kassen gleichgestellt werden.

Die einfachste Lösung aber scheint mir folgende: Der Reichsverband schließt mit einer schon bestehenden Sterbeversicherung einen Vertrag ab, durch den der Beitritt jedes Mitgliedes zu der Sterbeversicherung zu den günstigsten Bedingungen ermöglicht wird, d. h. man schlägt denselben Weg ein wie bei der Krankenversicherung, nur daß man hier den einzelnen Mitgliedern frei stellt, ob sie der Kasse beitreten wollen oder nicht.

Ich selber gehöre schon seit Jahren einer solchen Sterbekasse an, die von einem großen nach Hunderttausenden Mitglieder zählenden Bunde auf dem gleichen Wege eingerichtet worden ist. Die Einkassierung der Beiträge erfolgt durch die einzelnen Kameradschaften, die wiederum die Gelder an die betreffende Abteilung des Bundes einsenden. Man kann sich bei dieser Sterbekasse zu verschiedenen Einheiten (eine Einheit = 300 Mk.) einkaufen. Der Monatsbeitrag beträgt für jede Einheit 50 Pfennige, bei 900 Mark Sterbegeld also 1,50 RM. Man kann sich selber, seine Frau und auch seine Kinder einkaufen.

Ich bin überzeugt, daß, wenn der Reichsverband diesen Weg einschlägt, sich bald die Zahl der sich freiwillig Versichernden erhöhen wird. Der Reichsverband selber geht dabei kein Risiko ein, er hat auch keine Kosten davon, da die Einziehungsspesen von der Versicherung getragen werden. Er kommt hiermit auch nicht den Landesverbänden in die Quere, die schon eine Sterbekasse haben und diese natürlich nicht gerne aufgeben wollen, er ermöglicht aber so vielen anderen Kollegen, die gerne ihre Familie bei einem Todesfall sicher stellen möchten, zu günstigeren Bedingungen, als es ihnen als Einzelpersonen möglich ist, einer Sterbekasse beizutreten. Selbst in dem Falle, daß der Kollege ganz aus dem Verbande ausscheidet, weil er aus dem Berufe scheidet oder in unserem Berufe eine Stellung einnimmt, die es ihm nach den Statuten nicht mehr ermöglicht, weiter Mitglied des Verbandes bleiben zu können, wird er immer noch Mitglied der Sterbekasse bleiben können, da er es ja nicht mit einer Kasse des Verbandes, sondern mit einem Versicherungsunternehmen zu tun hat. Er bezahlt dann seine Beiträge eben direkt an die Versicherung und erhält dafür auch die Leistung der Kasse direkt von dieser.

Da der Gedanke einer Sterbekasse allem Anschein nach den Reichsverband in nächster Zeit beschäftigen wird, so sollte es mich freuen, wenn diese Ausführungen zu weiteren Anregungen und Äußerungen führen würden.

Politik des Selbstmordes.

In den Papierkorb mit dem Gratismaterial.

Von Dr. Ernst Kayser.

Kein Mensch wird so weltfremd sein zu leugnen, daß die deutsche Presse längst nicht mit jener unerbittlichen Entschiedenheit gegen jede Art offener und versteckter Reklame im Text vorgeht, wie dies die so häufig berufene Integrität des deutschen Journalismus und Verlagswesens angebracht erscheinen ließe. Kollegen, die irgendeinen Hebel am Apparat der öffentlichen Meinung zu bedienen haben, können aus ihrer täglichen Praxis ein Lied davon singen. Es hilft gar nichts, den Kopf in den Sand zu stecken und nicht sehen zu wollen, daß diese Pest immer weiter um sich frißt. Die bekannten Entschließungen des Reichsverbandes und des Vereins Deutscher Zeitungsverleger zu diesem Punkte zeigen, daß man die Diagnose wohl zu stellen weiß, aber die schönsten Entschließungen bleiben wirkungslos, wenn nicht hinterher die entscheidenden Taten folgen. Selbstverständlich ist, daß nur das geschlossene Zusammenwirken von Redakteuren und Verlegern dazu führen kann, jene Resolutionen in die Wirklichkeit umzusetzen. In diesem Blatte will ich aber zunächst auf dieses notwendige Zusammenwirken nicht näher eingehen, sondern meinen Appell an die Kollegen richten und sie daran erinnern, daß die Redakteure selbst nicht zuletzt die Verantwortung für die Ausbreitung des Gratismaterials in allen Sparten der Zeitungen tragen und deshalb mitschuldig sind an einer Entwicklung, die in ihren letzten Auswirkungen zum Ruin eines ganzen Berufsstandes — nämlich des Redakteurstandes — führen muß!

Wer einen, wenn auch nur kleinen, Überblick über die deutsche Presse hat, verfolgt mit wahrer Bestürzung das ständig zu beobachtende Vordringen jenes Lesestoffs, der noch vor wenigen Jahren unweigerlich im Papierkorb gelandet wäre. Aus allen möglichen Quellen stammt dieses Material, das durchaus nicht immer zweifelhaften Ursprungs zu sein braucht; es gibt auch *ehrliche Interessenten*, denen zweifellos jeder Gedanke an Korruption völlig fern liegt; es gibt *Gratiskorrespondenzen* sonder Zahl von großen *Verbänden* und *Verlagshäusern*, die offen unter ihrer eigenen Flagge segeln und aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen. Dann gibt es aber auch *Pressedienste*, die von Regierungen oder von Organisationen unterhalten werden, deren Existenz selbst durch das *Geld der Steuerzahler* möglich gemacht wird, die unter der Devise von Volksbildung und Volksaufklärung die Presse mit kostenlosem Material überschütten. Alle diese Dienste, Korrespondenzen, oder wie man sie sonst nennen will, erscheinen so als *gefährliche Konkurrenten des freien Schriftstellers* auf dem Plan; wer in diesem Wettbewerb, in dem für die eine Seite der Kostenpunkt gar keine Rolle spielt, siegen muß, braucht gar nicht erst dargelegt zu werden.

Es könnte anders sein; wenn nämlich die Redakteure der deutschen Tageszeitungen ein wenig *Korpsgeist* und ein *bißchen mehr Weitsicht* hätten. Weitsicht nämlich insofern, als sie sich eigentlich sagen müßten: kein Redaktionsstuhl in Deutschland steht unbedingt sicher, Anstellungsverträge sind meist nicht für ewige Zeiten abgeschlossen — morgen können wir alle auf das harte Brot des freien Journalisten angewiesen sein. Gibt es in dieser Angelegenheit noch Zweifel, daß *Redakteur und Schriftsteller zusammenhalten* müssen, weil sich morgen die Rollen vertauscht haben können? Welche Sympathie kann der Redakteur, der auf sicherem Posten sitzt, mit diesen Pressediensten haben, die sich kostenlos anbieten —? Es gibt vielleicht eine einzige Entschuldigung, die man diskutieren kann, wenn man sie auch nicht gelten lassen darf: daß der Verlag nämlich aus falsch verstandener Sparsamkeit auf den Abdruck so billigen Materials halte. Der Kollege wäre zu bedauern, der einem auch nur halbwegs vernünftigen Verleger nicht klarmachen könnte, daß er die Unterstützung, die er etwa — um nur ein Beispiel zu nennen — dem Handwerker, dem

Digitized by Google

freien Unternehmer in ihrem Kampf gegen die Konkurrenz der öffentlichen Hand angedeihen läßt, auch dem freien Schriftsteller schuldet, selbst wenn dieser keine Inserate zu vergeben hat. Steuergelder sind in einem verarmten Lande nicht dazu da, einem ganzen Erwerbszweig Schmutzkonkurrenz zu machen, auch dann nicht, wenn das Gemeinwohl vorgeschoben wird: Interessenten mögen den Anzeigenteil benutzen. Eine andere Antwort auf alle diese Fragen gibt es nicht. Wenn nur Verleger und Journalisten zusammenhalten wollten — sie würden dem Unfug bald den Garaus machen, und sie selbst hätten den Nutzen davon: der Verleger, der das Ansehen seiner Zeitung hebt, wenn er den Textteil frei von jeder, auch der geringsten Beeinflussung hält (hoffentlich hat sich jeder Verleger die einschlägigen Feststellungen auf dem Weltreklamekongreß zu Herzen genommen), und der Journalist, der seinem Stand damit automatisch ganz andere Existenzbedingungen schaffen würde.

Jeder Stand hat die Achtung, die er verdient. Warum wundert man sich immer wieder, wenn man den unsrigen auf der Bühne und im Film oft durch so wenig sympathische Gestalten vertreten sehen muß? Mit welcher Schärfe achten die Rechtsanwälte und Ärzte auf ihre Standeswürde; nur kurzsichtiger Verstand kann solche Rigorosität belächeln. Gerade wir Journalisten, die wir keine Prüfungen und akademischen Grade als Vorbedingung verlangen, die wir unseren Beruf jedem offen halten, der etwas kann, hätten allen Grund, durch freiwillige Disziplin zu ersetzen, was uns an sonstigen Bindungen fehlt. Wenn die Entwicklung in den nun einmal eingeschlagenen Bahnen weitergeht, so hört das journalistische Berufsleben auf, ein freies Spiel der Kräfte zu sein; statt fair play für die Talente gelten andere, ungeistige Maßstäbe, verliert die Presse schließlich jeden Respekt, den sie ja auch freilich dann nicht mehr verdienen würde. Die im Reichsverband der deutschen Presse zusammengeschlossenen Journalisten dürfen zu einer solchen Politik des Selbstmordes nicht die Hand bieten. Das Thema gehört in eine ständige Rubrik unserer Zeitschrift, denn es ist viel wichtiger als manche anderen Erörterungen; es gehört auf die Tagesordnungen unserer Bezirksverbandsversammlungen, denn es ist unsere brennendste Berufsfrage; es gehört schließlich auf die nächste Tagung des Reichsverbandes, der eingreifen muß, bevor es zu spät ist, bevor etwas Übung und unausrottbare Gewohnheit wird, was sich jetzt immerhin noch im Anfangsstadium befindet.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Auch ein „Journalisten“-Jubiläum.

In einer bekannten thüringischen Tageszeitung erschien eine längere Notiz, deren Inhalt vermutlich und (soweit die Herren Kollegen in Frage kommen) hoffentlich nicht mir allein einen gelinden Schrecken eingejagt hat. Sie enthielt die Mitteilung, daß ein Herr M. in Erfurt nunmehr seit vierzig Jahren Mitarbeiter des betreffenden Blattes sei und insoweit war sie nicht von Belang, obwohl man auch nach Kenntnisnahme meiner weiteren Ausführungen die Zweckmäßigkeit dieser reinen Tatsachenfeststellung sehr bezweifeln kann. Die Schriftleitung hatte aber die Notiz mit der Überschrift: „Ein Journalistenjubiläum“ versehen, und im Text wurde außerdem gesagt, daß dieser Mann (sein Name tut hier nichts zur Sache) „einer der bekanntesten Journalisten Mittelthüringens“ sei. Die Sache konnte dadurch für uns zu einer berufsständischen Angelegenheit werden; denn es läßt uns nicht kühl, wenn ein bekannter Journalist seit vierzig Jahren im Dienste der Öffentlichkeit steht, und tatsächlich wird in diesem Falle unser berufsständisches Interesse geweckt. Aber keineswegs in freudigem Sinne. Die Veröffentlichung gibt vielmehr Veranlassung, gegen eine, noch dazu aus unseren eigenen Reihen kommende, wenn natürlich auch nicht beabsichtigte Verunglimpfung des Journalistenstandes Protest einzulegen.

Dieser M., dem sein ehrsames Uhrmachergewerbe vielleicht nicht einträglich oder nicht „interessant“ genug gewesen ist, hat aus irgendwelchen Gründen Geschmack an einer Berichterstattertätigkeit gefunden, und vor etwa zehn Jahren traf ich ihn in ..... als Gerichtsberichterstatter an. Es hat nicht lange gedauert, bis ich Gelegenheit hatte, ihn an die Luft zu setzen, denn es war nicht eben schwer, den Mann, der im Gerichtssaal nebenher Bütteldienste versah, um sich „nützlich“ und beim Justizpersonal beliebt zu machen, bei einem Geschäft abzufassen, das anscheinend mehr einbrachte als seine Schreiberei — beim Schmierenlassen für unterdrückte Berichte. Kollegen von einer anderen Zeitung hatten schon vorher gleiche Erfahrungen gemacht und M. schleunigst abgehalftert, aber leider gelang es nicht, ihm das „Journalisten“-Handwerk ganz zu legen, auch dann nicht, als man sich eines Tages an amtlicher Stelle seine Besuche im Justizgebäude verbeten hatte. Zwar war ihm der Gerichtssaal nunmehr verschlossen, aber um so mehr konnte er nun außer diesem Hause auf die Nachrichtensuche gehen, in der er sich eine bemerkenswerte Praxis angeeignet hatte. Er setzte sich wöchentlich ein- oder zweimal aufs Rad und klopfte die Dörfer in der Umgebung Erfurts und Weimars ab, und was er als „Ereignisse“ vergangener Wochen erfuhr resp. was man ihm im Dorfwirtshaus aufband, das gab er dann als „Neuigkeiten vom Lande“ und mit den Zutaten, auf die er sich dank einer langjährigen Erfahrung verstand, als schmackhafte Häckelchen wieder. Und hatte seine Abnehmer! Einmal war es möglich, festzustellen, daß eines dieser ländlichen Ereignisse gerade — ein Jahr alt war.

Einem solch wackeren Zeit- und Zeitungsgenossen hätte natürlich längst das Handwerk gelegt werden müssen, aber er scheint es zu verstehen, sich manchen Schriftleitungen weiter unentbehrlich zu machen, und nun wird sogar aus ihm „Einer der bekanntesten Journalisten Mittelthüringens“ gemacht, nun wird sogar sein „Jubiläum“ als Journalist öffentlich erwähnt. Das aber in einer Zeit, in der wir auch endlich in der Provinz so weit sind, daß gewisse Vorurteile gegen den Journalistenstand schwinden und in der selbst die Herren Juristen keine gesellschaftlichen Hemmungen mehr zu überwinden brauchen, wenn sie sich in Journalistenkreisen sehen lassen wollen oder müssen. Wenn allerdings thüringische (und in diesem Falle besonders Erfurter) Richter aus der Tageszeitung erfahren sollten, wen alles thüringische Journalisten zu ihren „bekannten“ Standesvertretern rechnen, dann wird man wohl etwas zurückhaltend sein müssen in seiner Hoffnung auf den Zeitpunkt, an dem der Journalist in gewissen Kreisen nicht mehr als zweitklassig betrachtet wird.

R. W.

Recht und Presse

Vergleich im Prozeß Haynes/Wohl.

Die Strafkammer des Landgerichts III Berlin hatte sich in den letzten Tagen erneut mit dem seinerzeit viel beachteten Prozeß zu beschäftigen, in dessen Mittelpunkt die Rennstute „Gute Sitte“ stand. Bekanntlich hatte der Stalljockei der Brüder Sklarek, Everett Haynes, seinerzeit den verantwortlichen Redakteur der „Sportwelt“, Wohl, verklagt, weil er sich durch eine scharfe Kritik des Blattes verletzt fühlte. Diese Kritik knüpfte an an einen Spruch, den die Hoppegartener Rennleitung nach dem am 16. September 1927 gelaufenen Ilo-Rennen gegen den Jockey Haynes gefällt hatte. Wohl war in erster Instanz unter Zubilligung des § 193 freigesprochen worden. In der Berufungsinstanz jedoch war ihm der Schutz dieses Paragraphen verweigert und eine Geldstrafe von 200 Mark auferlegt worden. Wohl legte Berufung ein, worauf das Kammergericht das Urteil zweiter Instanz aufhob und die Sache vom Landgericht I an das Landgericht III zurückverwies mit der Weisung, zu überprüfen, ob Wohl als dem Vertreter der Fachpresse in diesem Falle die Wahrnehmung berechtigter Interessen zuzubilligen sei. Die Entscheidung des Landgerichts III hätte das lebhafte Interesse der Presse beansprucht, doch ist es leider zu dieser Entscheidung nicht gekommen, da die Parteien sich außergerichtlich verglichen haben.

Digitized by Google

Fachrundschau

Fest- und Jubiläumsnummern.

Festblatt zum 68. Katholikentag. Im Verlag der „Freiburger Tagespost“ (Presseverein Freiburg i. Br. G .m. b. H.) erschien, herausgegeben von der Pressekommission des Lokalkomitees zur 68. Generalversammlung der Deutschen Katholiken, ein mit reichem Bilderschmuck versehenes Festblatt zur Tagung mit Beiträgen führender katholischer Persönlichkeiten und Begrüßungsworten katholischer Kirchenfürsten.

Die Schwarzwald-Zeitung **„Der Grenzer“**, die in Freudenstadt erscheint, veröffentlichte eine reich mit Bildschmuck ausgestattete Sonderausgabe „Von Freudenstadt nach Straßburg“, die neue Freunde für die Schönheiten des Schwarzwaldes zu gewinnen sucht.

Journalisten- und Schriftsteller-Organisationen.

Deutscher Schriftstellerverband. Auf der kürzlich in Eisenach abgehaltenen 50. Hauptversammlung des Deutschen Schriftstellerverbandes trat das bisherige Präsidium mit dem früheren Vorsitzenden des Evangelischen Bundes Lic. Dr. O. Everling an der Spitze zurück, um einer völlig neuen Geschäftsführung Platz zu machen. An der Spitze der neuen Verbandsleitung steht Geh. Hofrat Prof. Dr. Paul Lindenberg. Schatzmeister wurde an Stelle des Konsuls Boeddinghaus-Elberfeld der Direktor der Frankfurter Zweigstelle der Dresdener Bank, Konsul Knippe-Frankfurt/M. Die Bemühungen der neuen Verbandsleitung sollen vor allen Dingen dahingehen, die Geschäftsführung den Forderungen des Tages anzupassen und nicht zuletzt die wertvolle Stiftung des „Demmin-Hort“ in Wiesbaden als deutsches Schriftstellerheim zu erhalten.

Einheitsbestrebungen im Berliner Sportjournalismus. Der Tagespresse zufolge haben der Verein deutsche Sportpresse und der Verein Berliner Sportpresse beschlossen, alle sportlichen und journalistischen Fragen in Zukunft gemeinsam zu beraten und zu regeln. Zur Erleichterung der gemeinsamen Arbeit wurde eine Kommission eingesetzt, in die vom Verein deutsche Sportpresse die Kollegen Grüttefien, Schönborn und Naumann, vom Verein Berliner Sportpresse die Kollegen Ejk, Dr. Elert und Nürnberg als bevollmächtigte Delegierte entsandt wurden.

Ein alpenländischer Schriftstellerbund. In Salzburg wurde unter dem Vorsitz des Präsidenten des Niederösterreichischen Schriftstellerverbandes Dr. Kühnelt in Anwesenheit zahlreicher alpenländischer Schriftsteller die Gründung des Alpenländischen Schriftstellerbundes vollzogen. Ehrenpräsident des Bundes wurde der Schriftsteller Karl Hans Strobl.

Ausland.

Vollstreckung des Urteils an Axel de Vries. Am 1. Oktober hat der Chefredakteur des „Revaler Boten“ Axel de Vries die einmonatige Gefängnisstrafe antreten müssen, zu der er für einen Artikel verurteilt worden war, der gegen die widerrechtliche Wegnahme der Revaler Domkirche Einspruch erhob. Die von de Vries eingelegte Berufung hat nur eine Bestätigung des Urteils zur Folge gehabt.

Aus der Organisation

Verband der Danziger Presse.

Italienischer Journalistenbesuch in Danzig.

Anfang Oktober weilten in Danzig sechs bekannte, beim Völkerbund akkreditierte italienische Journalisten, die nach einer Besichtigung des Hafens von Gdingen Danzig einen eintägigen Besuch abstatteten. Abends waren die italienischen Kollegen Gäste des Verbandes der Danziger Presse bei einem Essen, an dem auch der Präsident des Senats, Dr. Sahm, der Kommissar des Völkerbundes, Graf Gravina, sowie die Herren des Danziger italienischen Konsulates teilnahmen. Im Namen des Verbandes der Danziger Presse begrüßte der Vorsitzende, Kollege von Wilpert, die Gäste und betonte die engen kulturellen Beziehungen, die seit Jahrhunderten zwischen Italien und Deutschland bestanden haben. Danzig habe darüber hinaus noch eine besondere Beziehung zu Italien; es sei bekannt als nordisches Venedig, und sei nicht wenig stolz darauf, mit der Perle der Adria verglichen zu werden. Er hoffe jedoch, daß das Schicksal Danzigs in wirtschaftlicher Beziehung nicht dem Venedigs gleichen möge, das von anderen italienischen Häfen überflügelt worden sei. Nach einem Hinweis darauf, daß Danzig sowohl dem Politiker wie dem Wirtschaftler, dem Kunsthistoriker wie dem Künstler wertvolle Anregungen biete, gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die Gäste an den kurzen Besuch im nordischen Venedig stets angenehme Erinnerungen bewahren möchten. Namens der Gäste erwiderte der Vertreter des „Popolo d'Italia“ den Trinkspruch in italienischer Sprache. Der Abend nahm einen sehr harmonischen Verlauf.

Personalien

Schriftleiter Karl Böhnert ist mit dem 30. September 1929 aus der Filiale Bremen der Telegraphen-Union ausgeschieden und am 1. Oktober in die Handelsredaktion der „Weser-Zeitung“ Bremen eingetreten.

Fritz Droop, der Feuilletonredakteur des „Mannheimer Tageblattes“, konnte kürzlich auf eine 25jährige Journalistentätigkeit zurückblicken. Droop, der im Jahre 1875 in Minden in Westfalen geboren wurde, begann seine journalistische Laufbahn in Dortmund als Theaterkritiker. Nebenbei war er sehr erfolgreich schriftstellerisch tätig. Eine Reihe von Dramen, Skizzen, Novellen, pädagogischen und philosophischen Schriften entstammt seiner Feder. Auch als Herausgeber einer Auswahl aus den Schriften von Kierkegaard und den Werken von Annette von Droste-Hülshoff sowie als Herausgeber von Anthologien hat er sich einen Namen gemacht. Droop ist langjähriges Mitglied des Reichsverbandes; er ist ferner Vorstandsmitglied des Rheinischen Dichterbundes und Ehrenmitglied der Gesellschaft für deutsches Schrifttum. In Mannheim wirkt er seit dem Jahre 1914. Zu seinem Berufsjubiläum geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß auch sein weiteres Schaffen in Presse und Literatur von reichen Erfolgen gekrönt sein möge.

Karl Lubowski, der langjährige frühere Lokalredakteur der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“, ist am 1. Oktober aus Altersrücksichten in den Ruhestand getreten. Lubowski hat dem Redakteurstab des Blattes seit dem Jahre 1884, also nicht weniger als 45 Jahre angehört. In dieser langen Zeit hat Lubowski, der sein Amt mit unermüdlicher Pflichttreue, Ausdauer und mit der gerade in diesem Ressort auch so notwendigen Liebe zum Kleinen und Kleinsten versah, es verstanden, ständig lebendige Fühlung mit allen Volkskreisen, mit allen Behörden und Institutionen zu halten und sich zahlreiche Freunde auch außerhalb der Presse zu gewinnen. Die allgemeine Achtung, deren er sich erfreute, zeigte sich auch darin, daß er lange Jahre dem Stadtverordnetenkollegium angehörte und von zahlreichen Verbänden und Vereinigungen Königsbergs mit Ehrungen ausgezeichnet wurde. In den letzten Jahren hat Lubowski den provinziellen Teil

Digitized by Google

der Zeitung betreut. Karl Lubowski war nicht Königsberger und nicht Ostpreuße. Er wurde am 15. November 1857 in Breslau als Sohn eines Justizrates geboren und kam nach Absolvierung des Gymnasiums und der Studien nach Königsberg, wo er zunächst 1881 Theaterkritiker der „Ostpreußischen Zeitung" wurde. Neben der redaktionellen Tätigkeit, die ihn stark beanspruchte, hat sich Karl Lubowski auch noch schriftstellerische Lorbeeren verdient; zahlreiche Novellen und Novelletten enstammen seiner Feder. In den letzten Jahren arbeitete er mit großem Eifer am Rundfunk mit und zwar nicht nur als Vortragender, sondern auch als Autor. Dem verdienten Kollegen wurde zusammen mit anderen Jubilaren des Hauses, die gleichzeitig mit ihm aus dem Dienst schieden, zum Abschied von der Arbeit vom Verlag ein Ehrenabend gegeben, in dessen Verlauf sein Wirken gebührende Würdigung fand. Wir wünschen dem verehrten Kollegen, der nach einem arbeits- und erfolgreichen Leben jetzt die wohlverdiente Altersruhe genießt, daß ihm ein sonniger und friedvoller Lebensabend beschieden sei.

Dr. Rudolf Moosleitner, bisher in München, ist in die Redaktion der „Mittelfränkischen Volkszeitung" in Ansbach eingetreten.

Dr. Karl Ott, bisher in Würzburg, ist jetzt Redakteur am „Rosenheimer Tagblatt" in Rosenheim am Inn.

Kollege Herbert Schmolke, Breslau, bearbeitet vom 1. Oktober ab in der Zeitschrift „Ostdeutsche illustrierte Funkwoche" regelmäßig das neu eingerichtete Ressort für Theater, Film und Schallplatte.

Dr. Richard Schottky, Chefredakteur der „Schlesischen Zeitung" in Breslau, konnte am 1. Oktober auf eine vierzigjährige Tätigkeit in der Redaktion dieser Zeitung zurückblicken. Am 20. August 1863 in Breslau geboren, absolvierte er das Elisabeth-Gymnasium seiner Vaterstadt, studierte an den Universitäten Breslau und Zürich und promovierte 1885 in Breslau mit einer für die Kenntnis der geologischen Verhältnisse des Riesengebirges epochemachenden Arbeit zum Dr. phil. Nachdem er seit 1886 freier Mitarbeiter der „Schlesischen Zeitung" gewesen war und 1888/89 seiner Militärdienstpflicht beim Inf.-Rgt. Nr. 51 in Breslau genügt hatte, trat er am 1. Oktober 1889 als Redakteur in den Verband der „Schlesischen Zeitung" ein und ist seit dem 1. Januar 1909 Chefredakteur dieser seit 1741 bestehenden Zeitung.

Alois Gockel †. In seiner Heimat Hamm ist nach langer schwerer Krankheit der Leiter des Zentrumszeitungskonzerns „Oberschlesische Volksstimme" Alois Gockel gestorben. Gockel kam vom Journalismus her. Er genoß seine journalistische Ausbildung am „Westfälischen Kurier" in Hamm und wurde nach erfolgreicher Tätigkeit als Parlamentsjournalist in Berlin im Jahre 1912 leitender Redakteur am „Oberschlesischen Kurier" in Königshütte. Seine Hauptarbeit hat er der „Oberschlesischen Volksstimme" in Gleiwitz gewidmet, deren Leitung er 1920 als Chefredakteur übernahm.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Der Austritt von Red. Dr. Karl Meyer, München, Heßstr. 24/1, ist aufzuheben; er ist wieder als Mitglied zu führen.

Bezirksverband Berlin. Wieder aufgenommen: Werner Menzel, SW. 68, Schützenstr. 13.

Landesverband Mitteldeutschland. Erich Born, Torgau, Westring 9.

Verein Niedersächsische Presse. Hans Eugen Schmidt (Osnabr. Allgem. Ztg.), Osnabrück. Verein Bremer Presse. Wilhelm Sauer (Bremer Nachr.), Bremen; Fritz Braun (Weser-Ztg.), Bremen, Pappelstr. 90/2.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Presseverein Ruhr-Emscher. Karl Pesch (Horster Ztg.), Horst-Emscher, Grabenstr. 10.

II. Neuanmeldungen.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Braunschweigische Presse. Hermann Rosprich (Braunschw. Neueste Nachr.), Braunschweig, Nordstr. 7, E; Leo Hintermayr (Braunschw. Neueste Nachr.), Braunschweig, Wendenstr. 5, II; Balthasar Becker (Braunschw. Neueste Nachrichten). Braunschweig, Viewegstr. 35.

Provinzialverband Pommern. Ernst Gehrke (Ostsee-Zeitung/Stett. Abendpost), Stettin, Pölitzerstr. 69.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Dortmunder Presse. Fritz Schumacher (Tremonia), Dortmund, Weißenburger Straße 5. — Presseverein Ruhr-Emscher. O. E. Tüschen (Bottroper Generalanzeiger). Bottrop, Scharnhölzstr. 5.

Verband der Schlesischen Presse. Götz-Günther Keil (Schlesische Gebirgsztg.), Bad Warmbrunn, Tannenberg 1.

Landesverband Württemberg. Hermann Schwerdtfeger (Haller Tagbl.), Schwäb.-Hall, Weilertor 11.

III. Adressenänderungen und Überweisungen.

Bezirksverband Berlin. Nach Rheinland-Westfalen überwiesen: Johannes Hoffmann (Chefred. d. Saarbrücker Landesztg.), Saarbrücken; von Niedersachsen übernommen: Dr. Walther Schulz (Weser-Ztg.), W. 35, Genthiner Str. 16.

Verein Niedersächsische Presse. An den Verband Rheinland-Westf. sind überwiesen: Dr. Fritz Pudor, bisher Hannover, ab 1. 10. Düsseldorf, Stahlhof (Pressestelle Eisen) und Dr. Wilhelm Piepenbrink, bisher Detmold, jetzt Herford/Westf. (Neue Westf. Volksztg.). — An den Landesverband Schleswig-Holstein überwiesen: Hermann Feller, bisher Lage i. L., ab 1. 10. Neustadt i. Holst. (Ostholsteinische Ztg.). — Verein Bremer Presse. Überwiesen an den Bezirksverband Berlin: Dr. Walter Schulz (Weser-Ztg.). Dem Reichsverband als Einzelmitglied überwiesen: Fritz Braun (Weser-Ztg.), London.

Verband der Rheinisch-Westf. Presse. Verein Dortmunder Presse. Überwiesen vom Landesverband Mitteldeutschland: Dr. Harald Feddersen (Dortmunder Generalanzeiger), Dortmund, Bremer Str. 15; überwiesen vom Presseverein Ruhr-Emscher: Theodor Krein (Stadtanzeiger Castrop-Rauxel). — Verein Wuppertaler Presse. Friedel Schubert, Elberfeld (Berg.-Märk. Ztg.), überwiesen vom Verein Niedersächsische Presse. — Bezirksverein Ravensberg. Überwiesen vom Landesverband Mitteldeutschland: Erich Seifert, Bielefeld (Westf. Neueste Nachr.). — Presseverein Ruhr-Emscher. Überwiesen vom Verein Essener Presse: Karl Dinger (Leiter d. Presseamtes der Stadt Gelsenkirchen-Buer), Buer, Dorstenerstraße 43. — Bochumer Presseverein. Überwiesen vom Verein Ruhr-Emscher: Heinz Lubbers (Westf. Volksztg.), Bochum.

Verband der Schlesischen Presse. Red. Hans Taußig, bisher Breslau, verzogen nach Berlin-Niederschönhausen, Kaiserin-Augusta-Straße 14, und dem Bezirksverband Berlin überwiesen.

Landesverband Württemberg. Dem Provinzialverband Pommern überwiesen: Gerhard Rogge, bisher Ravensburg, nunmehr Stolp/Pom. (Stolper Morgenzeitung).

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Zu streichen ist: Fritz Seyboth, München.

Verein Niedersächsische Presse. Zu streichen sind: Dr. Hans Brinkmann, früher Bremen, und Bernhard von Reden, Hannover.

Provinzialverband Pommern. Ausgetreten: Dr. Sättele. Köslin.

Verband der Rheinisch-Westf. Presse. Presseverein Münster. Ausgetreten: Aug. Freudenthal, Münster.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Inhaltsangabe:

Rundfunk-Kritik der Tagespresse. Von Dr. E. Moes, Berlin.
Justiz und Presse auf dem preußischen Richtertag.
Eine Sterbekasse im Reichsverband. Von Dr. H. Soldat, Braunschweig.
Politik des Selbstmordes. Von Dr. E. Kayser, Berlin.
Auch ein „Journalisten"-Jubiläum.
Recht und Presse.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW 68. Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 42 — Berlin, den 19. Oktober 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14 483. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Fünfundzwanzig Jahre Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse.

Von Dr. Gotthard Würfel, Geschäftsführer des Verbandes.

Am 16. Oktober 1904 strömten auf eine Einladung aus Düsseldorf hin mehr als hundert Redakteure und Journalisten aus Rheinland und Westfalen zu einer Gründungsversammlung in die städtische Tonhalle in Düsseldorf. Namens der Düsseldorfer Presse begrüßte Gottfried Stoffers die Kollegen; er wurde zum Vorsitzenden der neuen Redakteur-Organisation gewählt. Die damals niedergelegte Verfassung besteht in ihren grundlegenden Bestimmungen heute noch. Weniger überraschend aber als diese Tatsache dürfte es sein, daß die damals zielstrebenden Gedanken und Wünsche auch heute noch neben anderen im Mittelpunkt der Verbandsarbeit stehen.

Einer der heute noch lebenden Mitbegründer des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse, Kollege Anton Wolf, Köln, hat sich der durchaus nicht leichten aber dankbaren Aufgabe unterzogen, anläßlich der bevorstehenden Jubiläumsfeier, die am Sonntag, dem 20. Oktober, vormittags im Ständehaus in Düsseldorf stattfindet, der Festversammlung eine inhaltreiche Festschrift vorzulegen. Es zwingt ein Lächeln auf die Gesichtszüge, wenn der Leser aus den ersten Kapiteln dieses Buches vernimmt, welche Wirkung einer der ersten Flügelschläge des Verbandsvorstandes gehabt hat. Der Vorstand wandte sich am 4. März 1905 an den preußischen Minister der geistlichen usw. Angelegenheiten mit der Bitte, in die Sachverständigenkammer betr. Urheberrechtsgesetz auch Fachmänner der praktischen Journalistik zu berufen. Darauf ging durch den Polizeidezernenten von Düsseldorf die Antwort ein, daß den gewünschten Interessen in der bisherigen Zusammensetzung der Kammer schon Rechnung getragen sei. Diese Ansicht stützte sich darauf, daß in der Kammer Vertreter des Buchhandels saßen — unzweideutig eine Ehrung von besonderer Aufmerksamkeit gegenüber den Schöpfern des gedruckten Wortes.

Nicht weniger überrascht sind wir von dem Inhalt eines Vortrages, der auf der ersten Hauptversammlung des Verbandes der Rhein.-Westf. Presse über die Grundzüge der Verbandsarbeit gehalten wurde. Wir hören da von dem Streben nach Vereinbarungen mit der Verlegerschaft über einen Normaldienstvertrag, worin die Selbständigkeit der Redakteure in rein redaktionellen Angelegenheiten festgelegt werde. Dieser Dienstvertrag ist heute seit geraumer Zeit vollendete Tatsache. Sein Inhalt soll an dieser Stelle nicht kritisiert werden; bedauerlicherweise sind jedoch seine Bestimmungen noch nicht in allen Verlagen genügend durchgedrungen. Die ersten Arbeiten des Verbandes der Rhein.-Westf. Presse haben also schon darauf abgezielt, ständige Beziehungen zu der Verlegerorganisation zu schaffen, um eine reinliche Scheidung der redaktionellen von den verlegerischen Aufgaben zu erzielen. Es ist entschieden verdienstvoll, daß man diese Grenzziehung immer genauer und übersichtlicher zu gestalten versucht hat. Die Redakteure müssen jedoch feststellen, daß die Grenzziehung seit Jahren dadurch zu verwischen versucht wird, daß man verlegerische Aufsichtsorgane verschiedenster Funktionen in die redaktionellen Betriebe einschiebt.

Wie der Gründer des Verbandes der Rhein.-Westf. Presse an der Schaffung des Reichsverbandes der deutschen Presse mit den ersten Anteil besitzt, so hat der westliche Landesverband auch an den Arbeiten für die großen Ziele des Reichsverbandes stets in fördernder Weise teilgenommen, die schließlich zu der Bildung der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse geführt haben.

In der ersten Hauptversammlung unseres Landesverbandes, die im Oktober 1912 zum ersten Male nicht mehr unter Stoffers Leitung in Hagen abgehalten wurde, mußte das plötzliche Hinscheiden eines tapferen Vorkämpfers unserer Sache, des Kollegen Dr. jur. Eduard Hüsgen, eines streitbaren Zentrumsmannes, beklagt werden. Sein erbitterter politischer Gegner Gottfried Stoffers schrieb damals über ihn: „Mit ihm ist einer dahingegangen, dem die Presse eine der großen politischen Institutionen, zur Bildung und Erziehung des Volkes, nicht aber ein Mittel zur Befriedigung des Nervenkitzels und zur Belustigung in müßigen Stunden war.“ — Es wäre eigentlich Zeit, daß man sich heute, fast zwanzig Jahre später, dieses Satzes mit besonderer Aufmerksamkeit annähme, wo wir die völlige Pressefreiheit garantiert haben.

Der Nachfolger Stoffers in der Verbandsleitung wurde Dr. Otto Dresemann in Köln, der dieses Amt über alle Fährnisse der Kriegszeit hinaus bis zum Jahre 1919

Digitized by Google

in der ihm eigenen Gewissenhaftigkeit verwaltete. Beim Übertritt in den Ruhestand wollte er auch die Führung der Verbandsgeschäfte auf jüngere Kräfte übertragen wissen, und gleiche Erwägungen leiteten den damaligen stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Paul Küppers, Bochum, als er zu gleicher Zeit seinen Rücktritt bekanntgab. Küppers wissenschaftlicher Eifer aber hat seitdem in noch verstärktem Maße in Wort und Schrift der Erforschung des Verhältnisses zwischen Verwaltung und Presse gegolten, und auch heute noch ist er von unermüdlichem Fleiß auf diesem Wissensgebiete beseelt.

Der Vorsitz im Landesverband wurde von Herm. Karthaus, Düsseldorf, übernommen; damit ging auf den Düsseldorfer Verein erneut der Verbandsvorsitz über. Kurz vor dem Amtsantritt von Karthaus war die Frage der Lohntarife auch für Redakteure strittig und spruchreif geworden. Mitten in dieser Neuentwicklung, welche durch die plötzlichen sozialen Umwälzungen unaufhaltsam geworden war, wurde Karthaus' von Grund aus vermittelnde Natur vor eine für ihn wie geschaffene Aufgabe gestellt. Wer Karthaus' Wirken in Tarifverhandlungen miterlebt hat, der vergißt das ruhige Leuchten seines Auges nicht, wenn von der Gegenseite unhaltbare Vorschläge sich ankündigten. Wenn schon alle Verhandlungen ergebnislos schienen, da rechnete er immer noch ruhig mit seinem Stifte und fand schließlich doch einen Weg, wenn man auf der anderen Seite sich nicht allzu kleinlich zeigte.

Im Jahre 1924 gab er dem Verbande, dem er große Dienste geleistet hat, sein Amt zurück, und Fritz Kayser, Elberfeld, wurde sein Nachfolger. Ein schweres Erbe, wenn man bedenkt, daß die Verheerungen an Rhein und Ruhr soeben erst durch den Abbruch des passiven Widerstandes beendet waren und die deutschen Währungsverhältnisse sich nur langsam stabilisierten. Fritz Kaysers Tätigkeit an der Spitze des Landesverbandes ist aufs engste mit der Schaffung des großen Vertragswerkes der Reichsarbeitsgemeinschaft verknüpft, einer Arbeit im Dienste der Organisation, die allein schon ein Denkmal bedeutet.

Seit Beginn des Jahres 1927 ist an die Spitze des Landesverbandes Max Horndasch in Köln getreten, den seine Kollegen bei der dritten Wahl einstimmig wiederwählten. Allein diese Tatsache zeigt zur Genüge, welche Eigenschaften diesen Mann auszeichnen. Die Klarheit und die Gerechtigkeit seines Wirkens sind ein guter Baustein an dem Tage des heutigen Festes, das uns mit unwiderstehlicher Eindringlichkeit den Wert einer festen Organisation auch für den Redakteur und Journalisten zum Bewußtsein bringt, auch für den Redakteur in dem seriösesten Verlage.

Der Verband der Rhein-Westf. Presse hat unter allen Landesverbänden unseres Reichsverbandes die eigenartigste Geschichte, nicht nur wegen seines Alters, sondern auch wegen seiner Umwelt. Seit 15 Jahren lebt ein großer Teil seiner Verbandsangehörigen unfrei, bewacht von fremdländischen Gesetzen auf deutschem Boden. 15 Jahre lang von 25 Jahren seines Bestehens! Deshalb klingt aus allen Festakkorden der Feier vom 20. Oktober 1929: Herr, mach uns frei!

Zum Jubiläum des Vereins Düsseldorfer Presse.

Von Franz Weber, erstem Vorsitzenden des Vereins Düsseldorfer Presse.

Die Organisation der hauptamtlich im Presseberuf tätigen Schriftleiter und Schriftsteller zu schaffen, ist fürwahr keine leichte Arbeit gewesen. Wir Jüngeren, die wir uns heute dieser Organisation erfreuen und ihr dienen, sind allzuleicht geneigt, sie als etwas Selbstverständliches zu betrachten. Wir wissen aus eigenem Erleben nichts von den großen Schwierigkeiten, denen die Gründer des Vereins begegneten. Man ist es gewöhnt, die Arbeit der Presse für die Interessen aller Stände als etwas Gegebenes hinzunehmen. Daß die Männer der Presse erst zu allerletzt daran dachten, auch einmal ein weniges für die eigenen Interessen zu tun, kann sie nur ehren. Das fünfundzwanzigjährige Bestehen des Vereins Düsseldorfer Presse gibt mir willkommene Gelegenheit, einmal in alten Akten der Vereinsgeschichte zu blättern und dieses geschriebene Wort durch Mitteilungen unserer Gründermitglieder und durch eigenes Erleben zu ergänzen.

Der Verein Düsseldorfer Presse und der Verband der rheinisch-westfälischen Presse sind gleichalterige Weggenossen. Beide Gründungen erfolgten im Oktober 1904. Wohl waren schon länger hier und dort im Rheinland und auch in Westfalen lokale Gründungen von Pressevereinen erfolgt, aber diese entbehrten doch noch des inneren Zusammenhanges und der äußeren Geschlossenheit. Den letzten Anstoß zur Gründung des Verbandes und des Vereins boten die großen Düsseldorfer Ausstellungen der Jahre 1902 und 1904. Diese führten wiederholt zahlreiche Journalisten aus Rheinland und Westfalen nach Düsseldorf. So kam es, daß Düsseldorf zum Gründungsort des Verbandes ausersehen wurde. Der Verein Düsseldorfer Presse stellte dem Verband in Hauptschriftleiter Gottfried Stoffers den ersten Vorsitzenden, in Hauptschriftleiter Jakob Paffendorf den ersten Kassierer. Fünfundzwanzig lange Jahre hindurch hat das Vertrauen der Verbandsmitglieder den jetzigen Hauptschriftleiter der „Gelsenkirchener Zeitung", Jakob Paffendorf, mit diesem verantwortungsvollen Amte betraut. Ein weiteres überaus verdientes Mitglied des Vereins Düsseldorfer Presse, Hauptschriftleiter Hermann Karthaus, war sieben Jahre hindurch dem Verband ein kundiger, zielsicherer Steuermann.

Die Gründer des Vereins Düsseldorfer Presse dachten nicht an die Wahrnehmung materieller und wirtschaftlicher Belange. Die Presse lebt im Geistigen. So suchten und fanden unsere Gründer auch hierin die Aufgaben für die junge Organisation. Pflege eines bewußten Berufsethos, Herausstellung der Führermission der deutschen Presse, Betonung der erziehlichen Aufgaben der Presse, Pflege der gemeinsamen geistigen Güter und eines kollegialen Einvernehmens: das waren die Hochziele, die die Gründer aufrichteten. Durch systematische Schulung des eigenen Wissens und Könnens das Ansehen des Berufsstandes und der Presse im allgemeinen zu heben, durch Heranbildung des journalistischen Nachwuchses zu charaktervollen Persönlichkeiten für die Zukunft der Presse zu sorgen, war dem Verein stets vornehmste Aufgabe und Pflicht. Der Sorge für den Nachwuchs hat sich während seiner Düsseldorfer Tätigkeit besonders Dr. Hans Conzen gewidmet, der gegenwärtige Hauptschriftleiter der „Essener Volkszeitung". Die Lösung dieser Aufgaben suchte der Verein stets in engstem Einvernehmen mit den Verlegern. Schriftleiter und Verleger — das ist ja erst die vollkommene Gemeinschaft der Presse. Aber der besonderen Aufgaben der Schriftleiter sind so viele, daß es zu ihrer Verwirklichung heute wie gestern einer besonderen Organisation bedarf. Der gute Geist der Gründer, die auf eine enge Zusammenarbeit mit den Düsseldorfer Verlegern Wert legten, ist im Verein bis heute lebendig geblieben.

Unser Düsseldorf ist die Stadt geistiger Interessen. Schon der Reklamechef unserer Stadt aus der Vollen Straße hat gesagt, sie sei sehr schön. Doch sollen dessen

Digitized by Google

Gedankengänge hier nicht weiter verfolgt werden. Das allezeit lebhaft pulsierende geistige und kulturelle Leben unserer Stadt flocht von selber die Fäden, die von der Feder zur Palette, von der Feder zu den anderen geistig Schaffenden, von den Künstlern der Feder zu den Künstlern vom Theater führten. So sehen wir Fritz Roeber, den Schöpfer des Kunstpalastes, und Kommerzienrat August Vagel mit der höchsten Würde ausgezeichnet, die der Verein zu vergeben hat: der Ehrenmitgliedschaft. Das Andenken dieser um die Presse hochverdienten, längst verstorbenen Männer, der bisher einzigen Ehrenmitglieder des Vereins, wird heute noch mit dem Andenken des Altmeisters Eduard von Gebhardt von allen in hohen Ehren gehalten, die sich zum Verein Düsseldorfer Presse rechnen.

Die zeitliche Entwicklung brachte es mit sich, daß der Verein sich auch mit materiellen und wirtschaftlichen Dingen, auch mit der Gehaltsfrage beschäftigen mußte. Das hat niemand mehr bedauert, als die Männer der Presse selber. In den Zeiten der unseligen Inflation und in den nachfolgenden Uebergangszeiten galt es, Tarifverträge zu schaffen, die für geistige Arbeiter nichts anderes als einen Nothehelf darstellen können. Wenn es gelungen ist, diese schwierigen Zeiten im Einvernehmen mit verständnisvollen Verlegern zu überwinden, so gebührt der größte Teil des Verdienstes hieran dem Schriftleiter Hermann Karthaus, der sich mit zäher Energie, mit viel Verständnis und mit noch viel mehr Liebe zu seinen Berufskollegen dieser undankbaren Aufgabe widmete.

Die Arbeiten des Vereins auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege lassen sich nicht in Zahlen ausdrücken. Und das ist auch gut so. Die vergilbten Blätter der Vereinschronik berichten von fortgesetzter lebendiger Anteilnahme an den karitativen Bestrebungen der Großstadt. Keine Veranstaltung zur Linderung fremder Not hat in den letzten fünfundzwanzig Jahren in Düsseldorf stattgefunden, der der Verein Düsseldorfer Presse nicht mit stets gleichbleibender Hilfsbereitschaft seine Mitwirkung geliehen hätte. Diesem Zweige der Vereinsarbeit hat sich Jahrzehnte hindurch besonders der verstorbene Dr. Paul Weilbächer gewidmet, mein Vorgänger im Amte des Generalsekretärs des Augustinus-Vereins zur Pflege der katholischen Presse. Er war es, der die Kriegswohlfahrtsstelle des Vereins Düsseldorfer Presse ins Leben rief und den draußen Kämpfenden und deren Familien der treueste Fürsorger und Helfer war. Als ein Mann, den lautere Gesinnung und tiefe Herzensgüte in unseren Reihen zum friedlichen Mittler bestimmten, wird er noch oft von uns vermißt werden.

Diese großen Aufgabengebiete haben aber die Vereinstätigkeit nicht erschöpft. Auch im gesellschaftlichen Leben der Kunst- und Gartenstadt, die man auch wohl die führende Modestadt des Westens nennt, hat der Verein Düsseldorfer Presse allezeit an erster Stelle gestanden. Seine Veranstaltungen, der sogenannte Düsseldorfer Presseball, haben stets die ersten Kreise unserer Stadt und der Provinz zu vornehmer Geselligkeit zusammengeführt. Hier offenbarte sich auch die enge Verbundenheit des Vereins mit dem Volke, vermag doch der verantwortungsbewußte Journalist vielleicht mehr dem Pulsschlag der Zeit zu folgen als mancher Angehörige anderer Berufe. Und so sehen wir den Verein in Zeiten wirtschaftlicher Not auf jede gesellige Veranstaltung Verzicht leisten. Auch dann, wenn es ihn große Opfer kostete. Wenn der Düsseldorfer Presseball zu einer ständigen Einrichtung im gesellschaftlichen Leben Düsseldorfs wurde, die die Aristokratie des Geistes, des politischen und des wirtschaftlichen Lebens zu anregendem Meinungsaustausch zusammenführte, so ist das unbestrittene Verdienst hieran dem Bemühen des Verkehrsdirektors Hans Arthur Lux zu danken, der dem Presseball weit über den Kreis seiner Berufsgenossen von der Feder hinaus zahlreiche Freunde gewann.

So konnte es nicht ausbleiben, daß die Organisation der Schriftleiter in Düsseldorf auch im Verband der rheinisch-westfälischen Presse und im Reichsverband der deutschen Presse stets zu den führenden gehörte. Das Vertrauen der Berufskollegen übertrug dem Düsseldorfer Verein in den Jahren 1913 und 1926 die Veranstaltung der großen Jahrestagung des Reichsverbandes der deutschen Presse.

Jubiläumstage sind Erinnerungstage. Die Pflicht der Dankbarkeit gebietet, der Männer der Presse zu gedenken, die bereits ihre irdische Laufbahn vollendeten und denen die Arbeit für den Verein und den Berufsstand Herzenssache war. Von diesen seien genannt der langjährige erste Vorsitzende des Vereins Rudolph Westphal; der bekannte Windthorstbiograph Dr. Eduard Huesgen; der feingeistige Dr. Alfred Fischer; der langjährige Vertreter der „Kölnischen Zeitung“ in Düsseldorf, Johannes Loew, ein Journalist von überragenden Fähigkeiten; der allezeit frohgemute Wochenplauderer Arthur Hoffmann, der schon vorhin erwähnte Dr. Paul Weilbächer und der zuletzt verstorbene ausgezeichnete Kenner des Niederrheins, Franz Heidtmann. Von den heimgegangenen Freunden eilen die Gedanken zu den noch lebenden Gründern, die ihrer Schöpfung die Treue bewahrten und dem Verein noch heute ihr tätiges Interesse schenken. Es sind dies die Schriftleiter Joseph Vincenz Grunau, Hermann Karthaus, Gustav Luhde, Franz Mahr, Viktor Matthias Mai, Gottfried Stoffers. Das Beispiel dieser selbstlos wirkenden Männer wird Ansporn des gegenwärtigen und zukünftigen Wirkens sein. Man hat den Verein Düsseldorfer Presse nicht mit Unrecht den Verein der organisierten Freiheit genannt. Hierin liegen die großen Schwierigkeiten aufgezeichnet, die naturgemäß seinem Wirken begegnen. Es ist in der Vergangenheit gelungen, diese Schwierigkeiten zu meistern. Daraus schöpfen wir die freudige Gewißheit, daß es auch in der Zukunft gelingen wird. Daß diese Zukunft eine glückliche sein möge, ist der Wunsch, der den weiteren fünfundzwanzig Jahren gelten soll. Unser Festwunsch ist das Dichterwort:

Bauet fort am schönen Werke
Mit Besonnenheit und Stärke!
Laßt Euch nicht durch Lob betören
Und auch nicht durch Tadel stören!

Ein neuer provisorischer Schatzmeister.

Der Vorstand des Reichsverbandes hat in seiner Vollsitzung am 23. September beschlossen, Herrn Chefredakteur Julius Moßner (Korrespondenz Gelb) mit der verantwortlichen Führung der Geschäfte des Schatzmeisters des Reichsverbandes und der Kasse unserer Organisation provisorisch bis zur nächsten Delegiertenversammlung zu beauftragen. Herr Kollege J. Moßner hat sich bereit erklärt, diesen Auftrag anzunehmen. Es wird daher ersucht, alle Kassenangelegenheiten des Reichsverbandes nunmehr direkt an den neuen provisorischen Schatzmeister gelangen zu lassen. Die Adresse des Kollegen Moßner lautet: Berlin C 2, Neue Friedrichstr. 47 (Korrespondenz Gelb, Finanzverlag).

Bei dieser Gelegenheit haben wir Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß alle Zahlungen an den Reichsverband nach wie vor entweder zu leisten sind auf das Postscheckkonto 16 202 Berlin oder auf das Konto 3814 bei der Depositenkasse Spandauer Brücke der Darmstädter u. Nationalbank, Berlin C 2, An der Spandauer Brücke 1.

Die Verbandsleitung:

gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

Über den Ausbau der kriminalistischen Bildberichterstattung.

Landgerichtsdirektor Dr. Albert Hellwig, Potsdam.

Mag man dies nun erfreulich finden oder aber nicht, darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die kriminalistische Bildberichterstattung immer mehr an Boden gewinnt. Es gibt kaum noch einen Prozeß von einiger Bedeutung, von dem nicht in ganz Deutschland in den illustrierten Zeitschriften und in den Tageszeitungen dieses oder jenes Bild veröffentlicht wird. Selbst in kleineren und kleinen Blättern kann man in der letzten Zeit derartige Abbildungen als Illustrationen zu den Verhandlungsberichten finden.

Daß diese Entwicklungstendenz vom Standpunkte des Kriminalisten und Strafrechtspraktikers aus nicht besonders erwünscht ist, ja daß sich aus ihr gar gewisse Gefahren für Prozeßbeteiligte ergeben, läßt sich nicht verkennen. Doch glaube ich nicht, daß es sich dabei um Gefahren von irgendwelcher tatsächlichen Bedeutung handelt. Auf der anderen Seite kann ich mir von der kriminalistischen Bildberichterstattung in der Art, wie sie bisher gehandhabt wird, auch keine Belehrung für den Leser und keinerlei unmittelbaren Nutzen für die Strafrechtspflege erhoffen.

Was wird uns denn auf diesen Bildern gezeigt? Im Grunde doch immer wieder das gleiche und immer nur etwas ganz Unwesentliches: Bilder des Verhandlungssaales, Bilder des Angeklagten, des Verteidigers, des Staatsanwalts, der Richter, Bilder von Zeugen oder Sachverständigen. Es ist das eigentlich auf die Dauer doch eine recht einförmige und langweilige Geschichte, die niemandem etwas frommt und die jedenfalls zahlreichen Lesern gar bald über werden wird.

Das, was im Strafverfahren erörtert wird, ist bekanntlich die Frage von Schuld oder Unschuld. Für diese Frage ist es m. E. recht gleichgültig, wie der Verhandlungssaal aussieht, in welchem sich diese menschliche Tragödie abspielt, ob das Gericht in dem Saal eines alten Schlosses tagt oder in den einfachen Räumen, wie sie unsere meist recht nüchternen und ernüchternden Justizgebäude aufzuweisen pflegen. Und höchst gleichgültig ist es auch, ob die Verhandlung ausnahmsweise einmal auf einem Dampfer stattfindet oder auch, wie ich das auch schon erlebt habe, in einem fahrenden Sonderzug. Das sind alles reine Äußerlichkeiten, für die sich weder die Presse noch auch die Leser interessieren sollten.

Und auch mit den Porträts der Mitglieder des Gerichts, des Staatsanwalts und des Verteidigers sowie der Sachverständigen, selbst wenn sie noch so gut getroffen sein sollten, kann man wirklich nicht viel geben. Es gibt scharfsinnige und ausgezeichnete Kriminalisten von Weltruf, die auch wohl ein geübter Charakterologe für alles andere halten würde als für erfahrene Untersuchungsrichter oder Verhandlungsleiter von Format. Ich denke da beispielsweise an den vor einigen Jahren verstorbenen berühmten Grazer Strafrechtslehrer, früheren langjährigen Untersuchungsrichter Hans Groß. Ich kann mich noch recht gut daran erinnern, welche Freude und zugleich Enttäuschung darüber, daß mein Phantasiebild so gar nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmte, es mir bereitet hat, als Hans Groß mir vor sechzehn Jahren sein Bild mit seiner Unterschrift verehrte. Und so kenne ich auch manchen berühmten Verteidiger, den ich kaum für einen gewiegten Kriminalisten halten würde, wenn ich ihm außerhalb des Gerichtssaales begegnen würde.

Und schließlich die Bilder von Zeugen oder von anderen Personen, die irgendwie in die Sache verwickelt sind, und von den Angeklagten? Wenn beispielsweise in einem viel beredeten Giftmordprozeß das Bild der Frau veröffentlicht worden ist, die der Angeklagte, wenn das Urteil des Schwurgerichts kein Fehlurteil ist, ermordet hat, so wüßte ich wirklich nicht, was man aus diesem Bild entnehmen könnte. Wenn es gut getroffen ist, höchstens das eine, daß sich über den Geschmack nicht streiten läßt. Auch die Bilder von Zeugen, selbst wenn ihre Namen in den Prozeßberichten häufiger genannt werden, sind doch fast immer ohne jeden sachlichen Wert. Mehr scheint sich aus Bildern von Angeklagten ergeben zu können. Wenn ich beispielsweise an die Koketterie der Gräfin Bothmer noch im Gerichtssaal denke oder die nonchalante, gleichgültige Haltung Dr. Richters vor dem Bonner Schwurgericht mit den stupiden Physiognomien der Angeklagten in dem Neustrelitzer Mordprozeß vergleiche, so könnte man geneigt sein zu meinen, daß hier immerhin sich aus den Bildern mancher für die betreffenden Angeklagten immerhin bedeutsamer Charakterzug ergäbe. Vor solchen Schlüssen aber muß gewarnt werden. Wir Richter wissen aus langer Erfahrung, daß die Angeklagten oft, ja fast meistens, wenn sie vor uns stehen, eine Maske tragen, wir wissen, daß auch Lächeln und Koketterie, Ungezwungenheit und selbst brüskes Auftreten eine Maske sein kann, eine Maske, deren sich der Angeklagte keineswegs bewußt zu sein braucht. Wir wissen auch, daß das Verhalten des Angeklagten, besonders natürlich bei längeren Verhandlungen und in Prozessen, bei denen für ihn viel auf dem Spiele steht, im Laufe der Verhandlung vielfach wechselt, so daß keinerlei Gewähr dafür besteht, daß gerade diejenige Haltung, die der Photograph verewigt hat, tatsächlich irgendwie bezeichnend für diesen Angeklagten ist. Wir wissen auch, wie unglaublich vorsichtig man mit allen Schlüssen aus dem äußeren Verhalten auf seelische Vorgänge, und gar auf den Charakter sein muß. Ich würde es deshalb für sehr laienhaft halten, wenn ein Leser auf den Gedanken kommen wollte, aus den Bildern, die im Gerichtssaal von einem Angeklagten aufgenommen worden sind, auf seine Wesensart irgendwelche Schlüsse zu ziehen, und auf Grund dieser Scheinerkenntnis vielleicht gar glauben sollte, imstande zu sein, kritisch zu der Frage Stellung zu nehmen, ob man dem Angeklagten eine solche Tat, wie sie ihm zur Last gelegt wird, zumuten könne oder nicht.

Will man wirklich ernsthaft den Versuch machen, durch die kriminalistische Bildberichterstattung nicht nur eitler und törichter Neugier zu dienen, sondern tatsächlich zu belehren, so wird man den Versuch machen müssen, die kriminalistische Bildberichterstattung umzustellen. Es muß dann versucht werden, durch bildliche Wiedergabe den Wortbericht über die Gerichtsverhandlung zu ergänzen und zu erläutern, und zwar nach einer Richtung hin, wo gerade Bilder weit besser aufzuklären vermögen als Berichte. Man muß versuchen, Bilder zu geben, welche instruktiv für die Beweislage sind.

So kann man etwa — um einige Beispiele anzuführen — beispielsweise bei einem Förstermord den Tatort photographieren, den Baum etwa, hinter dem der Förster gestanden hat, mit Spuren von Schüssen, das Versteck, von dem aus der Wilderer geschossen hat. Bei einem Autounfall kann man die Rekonstruktion des Unfalls aufnehmen. In anderen Fällen wird die Wiedergabe einer Tatortskizze, wie sie sich bei den Akten befindet und wie sie vielfach auch während der Verhandlung auf eine Wandtafel aufgezeichnet wird, zu photographieren sein, um an Hand dieser Zeichnung dann die in der Verhandlung erörterten Indizien für und gegen den Angeklagten besser darlegen zu können. In dem Diebstahlsverfahren gegen die Gräfin Bothmer wäre es sachlich von Interesse gewesen, wenn die Leser das bei der einen kritischen Fahrt, bei der einer Zeugin die Handtasche abhanden gekommen war, benutzte Auto und die Verteilung der Sitze hätten im Bilde schauen können. Dann wäre ihnen mit einem Blick vieles klar geworden, was noch so ausführliche Beschreibungen klarzustellen nicht vermochten. Uns ist es auch so gegangen. In einem anderen Diebstahlsprozeß, in dem es sich um silberne Löffel gehandelt hat, die ein Beamter gestohlen haben sollte, war lehrreich die von uns vorgenommene Rekonstruktion der Situation, wie sie am Tatort gewesen war. Hätten die Zeitungen hiervon Bilder bringen können, so würde dadurch immerhin man-

Digitized by Google

ches verständlicher geworden sein, auch für denjenigen, der nicht selbst der Verhandlung beigewohnt hat. Und derlei Möglichkeiten gibt es noch eine Menge. Ich möchte glauben, daß es kaum einen Prozeß von Bedeutung gibt, bei dem nicht das eine oder andere derartige sachlich interessante Bild wiedergegeben werden könnte.

Allerdings erfordern solche Aufnahmen etwas mehr Überlegung und Nachdenken als die üblichen sich im Grunde gleichbleibenden Aufnahmen des gerichtlichen Milieus. Aber ich glaube, daß sie gerade deshalb für einen denkenden Bildberichterstatter auch um so anziehender sein dürften und glaube vor allem, daß sich die Leser für sie in ganz anderem Maße interessieren werden, so daß sich auch vom geschäftlichen Standpunkt diese Verinnerlichung der kriminalistischen Bildberichterstattung sehr wohl lohnen würde.

Diese Art Aufnahmen hätten überdies den Vorzug, daß sie größtenteils erfolgen könnten, bevor die Hauptverhandlung beginnt, daß sie infolgedessen in keiner Weise den Gang der Verhandlung stören würden. Auch können solche Bilder wenigstens nicht jene schädlichen Nebenwirkungen haben, die Bilder von Zeugen und von Angeklagten unter Umständen hervorrufen, wenn der Bildberichterstatter nicht sehr taktvoll vorgeht. Dafür können sie allerdings unter Umständen für die Strafrechtspflege insofern unerwünscht sein, als sie die Kenntnisse über Verbrechertaktik und über Kriminaltaktik in weiteren Kreisen verbreiten, als uns Kriminalisten lieb sein kann. Auch hier aber läßt sich durch vertrauensvolles Einvernehmen zwischen Presse und Justizbehörden wesentliches Unheil wohl verhüten. Auch darf man nicht vergessen, daß hier etwaigen Nachteilen jedenfalls positive Gegenwerte gegenüberstehen.

Ich würde es begrüßen, wenn einmal der Versuch gemacht werden würde, eine solche Reform der kriminalistischen Bildberichterstattung durchzuführen. Allerdings bin ich mir klar darüber, daß eine ganze Reihe praktischer Schwierigkeiten dabei zu überwinden sein werden und daß die Umstellung nicht von heute auf morgen erfolgen kann, daß auch Ungeschicklichkeiten und Mißverständnisse jedenfalls in der ersten Zeit kaum ausbleiben werden.

Durchgeführt werden kann die angeregte Reform nur mit verständnisvoller Unterstützung der Justizbehörden. Ich möchte aber annehmen, daß es an ihr nicht fehlen wird. Vielleicht empfiehlt es sich, diese Frage und ihre praktische Ausgestaltung gelegentlich einmal auf einer der üblichen Justizpressekonferenzen zu behandeln. Mehr als eine Anregung sollen die vorstehenden Zeilen nicht geben.

Mannheimer Theater und die Presse.

Der Landesverband der badischen Presse erläßt folgende Erklärung:

„In Nr. 114 der Korrespondenz „Deutscher Theaterdienst“ (Herausgeber Dr. Oscar Götz), der dem Verein der Deutschen Korrespondenzverleger nicht angehört, gelangt unter der Überschrift „150 Jahre Mannheimer Nationaltheater“ ein Artikel zur Verbreitung, in dem u. a. gesagt wird: „Ein grundsätzlich begrüßenswertes Sparprinzip soll ausreichende Begründung für ein geplantes Kulturverbrechen werden. Man will Mannheims Schauspiel abschaffen, um 150- bis 200 000 Mark zu sparen, um seinen Etat um kaum 10 Prozent herabzudrücken. Eine pflichtvergessene Presse war bereit, diesem Geschehen Vorschub zu leisten . . .“ Der unterzeichnete Verband, dem sämtliche Redakteure angehören, die sich in der Mannheimer Presse mit den Veröffentlichungen über die Mannheimer Theaterfragen befaßten, weist aufs schärfste den Vorwurf „pflichtvergessene Presse“ zurück und gibt bekannt, daß in Nr. 22 der Verbandszeitschrift „Deutsche Presse“ vom 1. Juni d. J. die Verbandsleitung eine Warnung erscheinen ließ, die sich auf den „Deutschen Theaterdienst“, Herausgeber Dr. Oscar Götz, bezieht. Die Behauptungen, die in dem obengenannten Artikel über das Mannheimer Theater von Herrn Dr. Oscar Götz aufgestellt sind, sind völlig unwahr und entstellend. Darüber, ob Herr Dr. Götz diese unwahren Behauptungen lediglich aus Unkenntnis verbreitet, wollen wir vorläufig noch nicht urteilen. Aber der unterzeichnete Verband will bei dieser Gelegenheit nicht versäumen, die oben erwähnte Warnung seiner Verbandsleitung nach Kräften zu unterstreichen. Er wird dafür sorgen, daß diese Erklärung zur Kenntnis der gesamten deutschen Presse kommt, um zu verhindern, daß das Treiben des Herrn Dr. Götz aus Unkenntnis über seine Person weitere Kreise zu ziehen vermag.

Landesverband der badischen Presse:
gez. Dr. H. Rumpf, 1. Vorsitzender.

Bezirksgruppe Unterbaden-Mannheim:
gez. K. Fischer, 1. Vorsitzender.“

Politik des Selbstmordes.

Eine Erwiderung von Dr. Max Dietrich-Berlin.

Der Aufsatz von Dr. Ernst Kayser mit den Überschriften „Die Politik des Selbstmordes“ und „In den Papierkorb mit dem Gratismaterial“ (vgl. Nr. 41 der D. P.) scheint mir einer kritischen Gegenäußerung zu bedürfen. Durch einleitende und einige zwischendurch eingestreute Bemerkungen sichert sich Dr. Kayser den sachlichen Zusammenhang mit einer in der Gegenwart lebhaft erörterten zentralen Frage des modernen Journalismus: der des Vordringens der Reklame in den Textteil der Tageszeitung. Dabei bleibt aber, nachdem ein so weit ausgreifender Zusammenhang betont worden ist, der Kayserschen Gedankengang im weiteren Verlauf nur an der Peripherie dieses Hauptproblems und begibt sich unvermittelt auf einen einzigen der verschiedenen Wege, auf denen Interessenten in den redaktionellen Teil der Zeitungen zu gelangen pflegen. Er bespricht die Bedenken, die der Verwendung von kostenfreiem Material entgegenstehen.

Nun hätte Kayser m. E. in dieser Besprechung den Kampf gegen das „Gratismaterial“ wenigstens unter den Gesichtspunkten führen müssen, die nach dem eingangs gesuchten Zusammenhang allein den Ausschlag geben konnten. Aber die Argumentierung ist logisch plötzlich nur noch mit der Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der freien Schriftsteller durchgeführt. „Gibt es in dieser Angelegenheit noch Zweifel, daß Redakteur und Schriftsteller zusammenhalten müssen, weil sich morgen die Rollen vertauscht haben können?“ So fragt der Verfasser.

Mit welchem Recht werden in einer so knapp bemessenen Darstellung zwei völlig heterogene Gegenstände gepaart: das weitschichtige, seinem Ursprung nach vornehmlich ideelle Problem der publizistischen Unabhängigkeit der Zeitung und die — auch von mir durchaus gewürdigte — Forderung nach Wahrung der wirtschaftlichen Belange der freien Schriftsteller? Möglicherweise kann der Grundsatz scharfer Scheidung von Anzeigenteil und Text nebenher in einer Verschiebung des Verhältnisses von bezahltem und unbezahltem Stoff sich auswirken und unter bestimmten Voraussetzungen vielleicht auch tatsächlich zu einer Erhöhung des Honoraretats zugunsten freier Mitarbeiter führen, aber in der Auseinandersetzung über jene bedeutungsvolle Scheidung selbst kann keinesfalls ohne Gefährdung ihres Erfolges ein Begleitumstand Ausgangs- oder Zielpunkt werden.

Ich kann nicht umhin, mein Bedauern darüber auszudrücken, daß der Verfasser des Aufsatzes „Politik des Selbstmordes“ das „Thema“, das er in „einer ständigen Rubrik unserer Zeitschrift“ erörtert zu sehen wünscht, nur sehr undeutlich aus der unzweckmäßigen Überschneidung zweier grundverschiedener Komplexe herausarbeitet. Lautet es „Haltet die Zeitung rein!“? Oder „Unterstützt die

Digitized by Google

freien Journalisten!"? Mit jedem Imperativ mögen Werte getroffen sein, die abzuwägen ich hier keineswegs mich unterfange. Indes verträgt weder der Charakter der ersten Forderung die von Kayser unternommene praktische Verknüpfung mit der zweiten, noch kann m. E. in einem von der Gefährlichkeit versteckter Reklame etwa nicht überzeugten Verleger oder Redakteur durch den Hinweis auf die Schattenseiten des „Gratismaterials" ein soziales Gefühl zugunsten irgendeines Berufsstandes geweckt werden.

Der Kampf um das erlesene Gut der „Integrität des deutschen Journalismus" wird in seinem Ausgang aufs schwerste bedroht durch die Parole gegen die „gefährlichen Konkurrenten des freien Schriftstellers", und „das Ansehen der Zeitung" kann man nicht als Fassade aufbauen, wenn man in Wirklichkeit „das harte Brot des freien Journalisten" schmackhafter machen und einem Stande „automatisch ganz andere Existenzbedingungen schaffen" will. Von einer solchen Wandlung kann nach meinem Dafürhalten im übrigen nur in sehr beschränkten, im ganzen kaum wirksamen Umfängen die Rede sein. Fällt das „Gratismaterial" ausnahmslos in den Papierkorb, so bedeutet das noch keine „automatische" Verbesserung der Existenzbedingungen für die freien Schriftsteller, übersteigt doch schon das bezahlte Material, das zum Beispiel durch Abonnements in festem Vertrag den Zeitungen aus den Nachrichtenbüros und Korrespondenzverlagen zufließt, den verfügbaren Platz bei weitem. Rein theoretisch gesprochen: Eine Verminderung des ohnehin bei einer irgendwie bedeutenden Zeitung schon verschwindenden Prozentsatzes von „Gratismaterial" braucht noch keine auch nur annähernd entsprechende Begünstigung freier Mitarbeiter im Gefolge zu haben. Die Platzfrage — nicht die Honorarfrage — entscheidet wohl meistens über Aufnahme oder Nichtaufnahme eines Beitrags, sofern er überhaupt die qualitative Prüfung bestanden hat.

Endlich bedürfte einer besonderen Untersuchung die Frage, ob die Begriffe „Gratismaterial" und „Reklame" mit der Selbstverständlichkeit gleichgesetzt werden können, die dem Verfasser von „Politik des Selbstmordes" bei Erhebung seiner Forderung „In den Papierkorb mit dem Gratismaterial" anscheinend vorgeschwebt hat.

Justizrat Klütz und die „Zeitungsschreiber".

In einem Prozeß zwischen dem Schriftsteller Walter Bloem und dem Feuilleton-Redakteur Niehaus der „Pommerschen Tagespost", der kürzlich in Stettin verhandelt wurde, hatte sich der Anwalt Bloems, Justizrat Klütz, in einem, im Laufe der Verhandlung öffentlich verlesenen Schreiben an das Gericht folgende von ebensowenig Takt und Geschmack wie Sachkenntnis getrübte Sätze geleistet:

> „Nicht jeder „Zeitungsschreiber" steht im öffentlichen Leben, namentlich nicht diejenigen, deren Metier mit Kleistertopf und Papierschere größtenteils ausgeübt wird. Nur wirklich ernst zu nehmende Männer der Presse stehen im öffentlichen Leben, nicht aber jene große Zahl der Zeitungsartikler, die gerne bellen und glauben, durch schwülstige und beleidigende Worte etwas Hervorragendes geleistet zu haben."

Diese den ganzen Stand verhöhnenden Sätze aus der Feder eines Juristen, der sicherlich auf Welt- und Lebenskenntnis Anspruch macht, veranlaßten selbstverständlich den Verteidiger unseres Kollegen zu einer Aufforderung an Justizrat Klütz, seine Äußerungen zu rektifizieren. Was dieser aber nicht nur ablehnte, vielmehr erklärte, er habe dazu nichts zu bemerken. Diese ebenso empörende wie unverständliche Haltung K's. rief sofort unsere pommersche Organisation auf den Plan, die in einer schleunigst einberufenen Mitgliederversammlung zu dem Vorfall Stellung nahm und einstimmig folgende Entschließung gut hieß:

> „Der Landesverband Pommern im Reichsverband der deutschen Presse hat mit Entrüstung von der Auslassung des Rechtsanwalts Klütz Kenntnis genommen, in der die Presse im allgemeinen in ihrer Ehre aufs schwerste gekränkt wird. Der Landesverband als berufene Standesvertretung aller pommerschen Redakteure ist nicht gesonnen, das hinzunehmen. Rechtsanwalt Klütz ist mit seiner Auslassung weit über das zulässige Maß eines Beweismittels bzw. einer Beibringung von Anklagematerial hinausgegangen und hat selbst in der Verhandlung, für die jenes Schreiben bestimmt war, auf Vorhaltung des gegnerischen Anwalts es nicht für nötig befunden, seine Auslassung zurückzuziehen. Der Landesverband Pommern im Reichsverband der deutschen Presse weist die in dem Schreiben enthaltenen Kränkungen energisch zurück und wird seinerseits weitere Schritte zur Erledigung dieser Angelegenheit in die Wege leiten."

Wenn die Verunglimpfung eines ganzen Standes, die sich Herr Justizrat Klütz mit seinen Äußerungen erlaubte, von einem Journalisten ausgegangen wäre und sich gegen die Anwälte gerichtet hätte, wäre sicherlich helle Empörung über eine solche journalistische Anmaßung ausgebrochen. Aber wir Journalisten halten ebenso auf die Ehre und Würde unseres Standes und werden sorgen, daß der reichlich heißspornige Stettiner Verteidiger von seiner Berufsvertretung und dem zuständigen Justizminister ganz energisch zur Ordnung gerufen wird.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Verflechtung der Zeitungs-Sparten.

Eine Anregung von Arthur Hertz, München.

Es gibt bekanntlich nur ganz wenige Menschen, die eine Zeitung in allen ihren Teilen mit der gleichen Gründlichkeit und Aufmerksamkeit lesen. Alle anderen aber „studieren" nur diejenige Sparte, die sie vorzüglich interessiert, und gehen an den übrigen entweder gänzlich vorüber oder überfliegen sie nur mit schnellen Augen. Es gibt gar keinen Zweifel, daß bei dieser Neigung des Publikums nicht nur ihm selber vieles und darunter viel Bedeutsames entgeht, sondern auch, daß dabei die Zeitung als solche nicht die Wertung empfängt, die ihr zukommt und die sie vor allem ob des unerhörten Maßes an Arbeit verdient, die in jeder Zeitungsnummer steckt. Denn jeder Mensch mißt den Wert einer Zeitung nicht nach dem, was sie ist, was sie gibt, sondern nach dem, was er aus ihr herausnimmt. Darum ist es das eigenste Interesse der Zeitung, dem Leser dabei zur Hand zu gehen, daß er möglichst viel aus seiner Zeitung herausnimmt.

Erstaunlicherweise wird diese eigentlich selbstverständliche und zu allem kosten- und auch beinahe mühelose Eigenwerbung noch allzuwenig geübt. Dabei verlangt sie nichts anderes, als daß an einem jeden Tage in einer jeden Sparte auf bedeutsame Artikel oder Nachrichten in anderen Sparten kurz verwiesen wird. So daß es im politischen Teil heißt: Lesen Sie im Feuilleton auf Seite . . . dies und jenes, im Handelsteil auf Seite . . . dieses, und so fort. Aber es genügt m. E. nicht, die bedeutsamsten Aufsätze und Nachrichten einer Nummer in einem Inhaltsnachweis zusammenzufassen, da dieser gerade in einer Sparte stehen kann, die Tausende von Lesern nicht lesen oder überfliegen, und es würde auch nicht genügen, eben diesen Inhaltsnachweis wortwörtlich in einer jeden Sparte kurzweg zu wiederholen, sondern die Hinweise müssen feiner abgewogen sein. Vielleicht in der Art, daß nur auf solche Artikel verwiesen wird, die zu verwandten Sparten gehören. In diesem Sinne sind Politik und Handelsteil, auch Feuilleton und Lokales verwandt. Vor allem aber sollten am Schlusse (und nur am Schlusse, nie am Anfang!) einer jeden Roman-Fortsetzung diejenigen Hinweise stehen, die man besonders der weiblichen Leserschaft geben möchte, und gleicherweise sollten der Hauptteil und die Beilagen sich wechselseitig anziehen, so daß nicht nur im Hauptteil, wie man es oft findet, von den Beilagen gesprochen wird, sondern auch in diesen von jenem.

Nur aus solcher wechselseitigen Förderung der Teile erwächst dem Leser die Zeitung als Ganzes, und jedem von ihnen, der Zeitung wie dem Leser ist ein Gefallen getan, mit kleiner Mühe und wahrscheinlich vielfach großer Wirkung.

Fachrundschau

Zeitungskunde und Zeitungswissenschaft.

Das Wintersemester 1929/30 im Forschungsinstitut für Internationales Pressewesen in Köln. Das Kölner Forschungsinstitut für Internationales Pressewesen, das im Sommer d. J. ins Leben gerufen wurde, kündigt für sein erstes Semester folgende Vorlesungen und Übungen an: Vorlesungen: Dr.

Digitized by Google

Wohlers: „Die soziologischen Grundlagen publizistischer Erscheinungsformen". Übungen: Zeitungskundliche Untersuchungen mit statistisch-graphischen Übungen; ferner Methodenkritik zeitungskundlicher Neuerscheinungen.

Außerdem ist eine große Anzahl Einzelvorträge vorgesehen. Vortragende sind in der Mehrzahl Männer der Praxis, vor allen Dingen Redakteure. Es sprechen u. a. aus dem Kollegenkreise: Chefredakteur Baecker-Berlin (Thema unbestimmt). Redakteur Beyer-Köln über: „Grundlagen der deutschen Arbeiterpresse". Redakteur Dr. Föhr-Köln über: „Die Aufgaben der großen Presse im Volksstaate". Redakteur Hollbach-Köln über: „Das Sensationelle in der englischen, amerikanischen und deutschen Presse (Gesundes und Krankes)". Redakteur Horndasch-Köln über: „Der Leitartikel". Chefredakteur Dr. Mehrmann-Berlin (Thema unbestimmt). Redakteur Dr. Pinkow-Köln über: „Probleme der Auslandsberichterstattung" (an 3 Abenden). Redakteur Dr. Rodens-Köln über: „Die Nachricht". Redakteur Dr. Staab-Neuß über: „Psychologie des modernen Journalismus". Redakteur Dr. Spael-Köln über: „Das Feuilleton". Außerdem ein holländischer Redakteur (Kleyn-Amsterdam) über: „Holländisches Pressewesen" und Redakteur Saxe-Brüssel über: „Belgisches Pressewesen". — Ferner sind volkswirtschaftliche und staatswissenschaftliche Vorträge sowie Vorträge über das Preßrecht von folgenden Professoren zugesagt: Universitätsprofessor Dr. Aschaffenburg-Köln: „Strafrecht und Presse". Universitätsprofessor Dr. Bohne: „Reformbestrebungen im Preßrecht". Universitätsprofessor Dr. Kallen: „Ausländische Verfassungen". Universitätsprofessor Dr. Stier-Somlo: „Grundprobleme des deutschen Preßrechts". Universitätsprofessor Dr. Walb: „Gegenwärtiger Stand der Bilanztheorie". — Damit ist die Reihe der Vorträge nicht erschöpft, doch müssen wir uns ihre lückenlose Aufzählung Raummangels halber versagen.

Studium der Soziologie des Zeitungswesens. Die deutsche Gesellschaft für Soziologie hat einen Sonderausschuß gebildet zum Studium der Soziologie des Zeitungswesens. Dem Ausschuß gehören bekannte Gelehrte an u. a. die Professoren Bergsträsser, Tönnies, Alfred Weber, von Wiese, Mannheim, Oppenheimer, Salomon, Adler und von Eckardt. Der nächste Soziologentag soll das Thema „Presse" behandeln.

Vom deutschen Zeitungswesen.

Eröffnung des Konkursverfahrens über die „Allgemeine Zeitung", München. Über das Vermögen der Allgemeinen Druckerei- und Verlags-A.-G. München, in deren Betrieb die „Allgemeine Zeitung" erschien, ist am 30. September der Konkurs eröffnet worden Über die Schicksale der Zeitung und ihren Untergang haben wir in der „Deutschen Presse" bereits ausführlich berichtet. Nach der für 1927 zuletzt veröffentlichten Bilanz waren von dem Aktienkapital von 50000 noch nicht eingezahlt 33750 Mark. Verbindlichkeiten waren damals nicht vorhanden.

„Ostdeutsche illustrierte Funkwoche". Seit dem 1. Oktober erscheint die im 6. Jahrgang im Verlag der Ostdeutschen Funkliteratur G. m. b. H. in Breslau herauskommende „Ostdeutsche illustrierte Funkwoche", das älteste und größte kritisch unabhängige Funkfachblatt Schlesiens, in wesentlich erweitertem Umfange. Außer der Erörterung aller einschlägigen Funkfragen und der Funkkritik sowie der Veröffentlichung des ausführlichen Breslauer Sendeprogramms und der Programme aller deutschen und der größten Zahl der ausländischen Sender enthält die Zeitschrift jetzt noch regelmäßig einen Teil, der sich mit Fragen des Theaters, des Films und der Schallplatte kritisch beschäftigt. Die Zeitschrift steht bekanntlich unter der Leitung des Kollegen Fritz Ernst Bettauer, der mit der Erweiterung des Organs dringenden Wünschen seiner Leser gefolgt ist. Sie ist offizielles Organ des Verbandes Schlesischer Rundfunkhörer E. V.

Das **„Bergische Abendblatt"** erscheint seit kurzem in Remscheid als neue Tageszeitung. Es wird bei der Firma Adolf Mann Nachf., G. m. b. H., in Remscheid-Lennep gedruckt.

Ausland.

Bevorstehender Ausbau des „Daily Herald". Vor kurzem befaßte sich der Parteitag der englischen Arbeiterpartei mit den seit längerer Zeit ausgearbeiteten Plänen über einen großzügigen Ausbau des „Daily Herald" zu einer technisch und redaktionell auf voller Höhe stehenden Tageszeitung unter Angliederung eines bereits bestehenden, lediglich am Sonntag erscheinenden Blattes. Für die Zukunft ist die Schaffung einer Provinzausgabe des „Daily Herald" in Manchester sowie die Schaffung eines sozialistischen Londoner Abendblattes mit einer Provinzausgabe geplant. Diese Reorganisation soll im Rahmen der im Privatbesitz befindlichen Oldham-Presse erfolgen, jedoch soll die volle redaktionelle Unabhängigkeit bzw. Kontrolle der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei gewährleistet sein.

Zeitungskonzentration in Australien. Die beiden größten australischen Zeitungskonzerne haben sich zu einer Gesellschaft zusammengeschlossen, deren Aktienkapital volle 100 Millionen Mark beträgt. Es sind das der bisherige Zeitungsverlag Sun Newspapers Ltd., in Sidney, mit den Zeitungen Sydney Sun, Sydney Sunday Sun, Sydney Daily Telegraph, News Pictorial, World's News und Newcastle Sun und der Zeitungsverlag S. Bennett Ltd., der die Zeitungen Sydney Evening News, Sunday News, Sydney Illustrated Sporting and Dramatic News und Women's Budget verlegte.

Eine Presseausstellung in Aachen.

Das internationale Zeitungsmuseum der Stadt Aachen, dessen Leiter Privatdozent Dr. W. Hermanns an der Aachener Technischen Hochschule das Fach der Zeitungswissenschaft vertritt, wird anläßlich der Eröffnung der neuen Institutsbauten der Hochschule im Reiff-Museum eine Ausstellung „Frühzeit der Presse" veranstalten. Die Ausstellung, die am 26. Oktober eröffnet werden soll, wird ausgewählte Schaustücke zeigen, an denen sich die Entwicklung des Zeitungswesens vom Beginn des 16. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts verfolgen läßt.

Verschiedenes.

Eine Stiftung für journalistische Fachbildung. Die Führer der Evangelischen Preßverbände Deutschlands, der abgetretenen Gebiete und Deutsch-Österreichs, die kürzlich in Dürnstein a. D. zu ihrer Herbstkonferenz versammelt waren, beschlossen die Errichtung einer Stiftung für evangelische Pressefachbildung, die zum Andenken an den unlängst verstorbenen Senior der evangelischen Pressearbeit, den ersten evangelischen Pressepfarrer Deutschlands den Namen „Swierczewski-Stiftung" tragen soll. Mit den Mitteln dieser Stiftung soll die Berufsbildung für den evang. Journalismus und die Mitarbeit an den zeitungswissenschaftlichen Problemen — durch Veranstaltung von Preisausschreiben, Beihilfen zu Studienreisen ins Ausland u. dgl. — gefördert werden. — Über den Stand der zeitungswissenschaftlichen Arbeit in Deutschland berichtete Univ.-Prof. D. Hinderer, Berlin, über das Thema „Heimatzeitung und Großstadtpresse" referierte Direktor Schwarz-Breslau, über das „Ethos des Schriftleiters" der Führer der evang. Pressearbeit in Österreich D. Ulrich-Graz. Ferner wurde eine Reihe methodischer und technischer Fragen des literarischen Dienstes an der Tagespresse erörtert.

Eine Professur für Werbewesen an der Düsseldorfer Kunstakademie. Dem Dozenten für Werbewesen an der Staatlichen Kunstakademie in Düsseldorf, Dr. Rudolf Albrecht, ist der Titel Professor verliehen worden. Damit wurde zum ersten Male eine Professur einer Kunsthochschule an einen Werbewissenschaftler vergeben.

Personalien

Siegfried Dyck im Ruhestand. Der politische Redakteur der „Königsberger Hartungschen Zeitung", Siegfried Dyck, ist mit dem 1. Oktober aus der Redaktion des genannten Blattes ausgeschieden, der er nach langjähriger journalistischer Laufbahn über 11 Jahre mitführend angehört hat. Schwere Erkrankung hat ihn zum lebhaften Bedauern des Verlags und seiner Kollegen genötigt, vorzeitig dem Beruf des Tagesschriftstellers zu entsagen, an dem er mit ganzer Seele hing und dem er mit unermüdlicher Arbeitsfreudigkeit oblag. Er war ein politischer Redakteur von reifem Urteil, tiefer Sachkenntnis und reichen Erfahrungen und genoß auch bei seinen politischen Gegnern großes Ansehen. Warmherzig und zielbewußt hat sich Dyck besonders auch in der schwierigen

Digitized by Google

Inflationszeit als damaliger Vorsitzender des ostpreußischen Presseverbandes der Interessen seiner Kollegen in harten Tarifkämpfen angenommen Noch. jetzt gehört er dem Verband als 2. Vorsitzender an. Auch wir wünschen dem hochgeschätzten und um die Organisation verdienten Kollegen, der leider in den letzten Jahren durch persönliche Schicksalsschläge und durch Krankheit viel zu leiden hatte, aufrichtig völlige Herstellung seiner Gesundheit und noch viele Jahre ehrlich verdienter Muße.

Georg Bittner, bisher Chefredakteur der Telegrammzeitung München; ging als Vertreter der „Münchener Neuesten Nachrichten" nach Paris.

Dr. Siegfried Brase, bisher politischer Redakteur an der „Eisenacher Tagespost", hat am 1. Oktober die Chefredaktion der „Königsberger Hartungschen Zeitung" übernommen.

Redakteur Dr. Wolfgang Bretholz, „Braunschweiger Neueste Nachrichten", ist auf Beschluß der Pressesachverständigenkommission im Reichsministerium des Innern zum Sekretär der Kommission bestellt worden.

Redakteur Max Dautschat konnte am 1. Oktober d. J. auf eine 30jährige journalistische Tätigkeit zurückblicken. Max Dautschat, der zurzeit Redakteur am WTB. ist, hat sich nebenbei durch schriftstellerische Arbeiten wie Novellen, Skizzen und Humoresken einen Namen gemacht.

Dr. Ernst Hohenstatter, bisher Vertreter des „Fränkischen Kuriers" in München, hat die Leitung der Lokalredaktion der „Münchener Zeitung" ab 1. Oktober übernommen.

Chefredakteur Dr. Fritz Klein der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" ist zum Vorstandsmitglied bei der Norddeutschen Buchdruckerei- und Verlagsanstalt A.-G. bestellt worden.

Redakteur Bruno Muther, Mitglied der Redaktion des „Fränkischen Kuriers", erhielt vom Bayerischen Industriellen-Verband die goldene Verdienstmedaille für 40jährige Dienstzeit.

Heinrich Pfeiffer, der Herausgeber der Zeitschrift „Prismen", hat am 1. Oktober die Leitung der Pressestelle der Ufa übernommen. Mit diesem Termin ist Heinz Tovote von seiner mehrjährigen Tätigkeit als Leiter dieser Pressestelle zurückgetreten. In Kollegenkreisen ist Heinrich Pfeiffer besonders bekannt geworden durch seine anläßlich der Pressa herausgegebene „Pressa-Sondernummer" der „Prismen".

Redakteur Stoecker in Köln wurde an Stelle des verstorbenen Redakteurs Höllein in Jena zum stellvertretenden Mitglied des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost ernannt.

Chefredakteur Alfred Otto von Terzi der „Lycker Zeitung" in Lyck (Ostpr.) wurde zum stellvertretenden Geschäftsführer des Unternehmens bestellt.

Dr. Hans Wolf, bisher Chefredakteur der „Königsberger Hartungschen Zeitung", hat am 1. Oktober diese Tätigkeit aufgegeben, um sich ganz der geschäftlichen Leitung des Unternehmens zu widmen.

Paul Leopold, Aachen †. Am 7. Oktober starb in Aachen der Chefredakteur der „Aachener Post" Paul Leopold im Alter von 60 Jahren. In seiner westpreußischen Heimat begann er seine journalistische Laufbahn am „Graudenzer Geselligen"; er war dann Redakteur in Insterburg, Lübeck, Arnstadt, Weimar, Erfurt und Oschatz bei Leipzig. Im Jahre 1908 wurde er an die „Aachener Post" als Chefredakteur verpflichtet. Kriegs- und Besatzungszeit hat er an so exponierter Stelle stehend durchlebt. Er war ein arbeitsfroher und pflichttreuer Journalist, ein charakterstarker und wertvoller Mensch, ein Kollege, dessen wahrhaft ideale Berufsauffassung vorbildlich war. Mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit und seiner Überzeugung hat er sich in unermüdlicher Arbeit für das von ihm als recht Erkannte eingesetzt und so dem Allgemeinwohl gedient. Sein Andenken bleibt in Ehren.

Inhaltsangabe:

25 Jahre Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Von Dr. Würfel, Elberfeld.
Zum Jubiläum des Vereins Düsseldorfer Presse. Von Franz Weber, Düsseldorf.
Über den Ausbau der kriminalistischen Bildberichterstattung. Von Landesgerichtsdirektor Dr. Hellwig, Potsdam.
Politik des Sensationsmordes. Von Dr. Dietrich, Berlin.
Justizrat Klütz und die „Zeitungsschreiber".
Verflechtung der Zeitungssparten. Von A. Hertz, München.
Fachrundschau.
Personalien.
Mitgliederbewegung.
Büchermarkt.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Alexander Heiß, Journalist, München, Adalbertstraße 86/2; Alfred Sahlender (Mitarb. d. Fränk. Kurier), Würzburg, Seelbergstraße 6.

Bezirksverband Berlin. Hermann Bittner (Deutsche Post), Charlottenburg, Marienburger Allee 59; Lorenz Sedlmayr (Deutsche Post), Frohnau, Zorndoferr Allee 9.

II. Neuanmeldungen.

Bezirksverband Berlin. Dr. Erich Kraft (DTZ.); Frau Ilse v. Lagerström-Zerbe (Mitarb.).

Verein Frankfurter Presse. Paul Köllner (Frankfurter Illustriertes Bl.), Ffm., Große Eschenheimerstr. 31.

Verband der Rheinisch-Westf. Presse. Verein Bochumer Presse. Hans Schulte, (Bochumer Anzeiger). — Presseverein Münster. Bernhard Kupitz (Münsterische Morgenpost), Münster.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Dem Reichsverband als Einzelmitglied überwiesen: Georg Bittner, bisher München, nun Vertreter d. Münchner N. Nachr. in Paris XVI E, 5 Rue Massenet.

Verband der Rheinisch-Westf. Presse. Verein Düsseldorfer Presse. Überwiesen vom Verein Nieders. Presse: Dr. Fritz Pudor, Düsseldorf, Cranachstr. 10 (Stahlhof, Pressestelle Eisen). — Bezirksverein Ravensberg. Überwiesen vom Verein Nieders. Presse: Dr. Wilhelm Piepenbrink (N. Westf. Volksztg.), Herford/Westf.

Landesverband Schleswig-Holstein. Vom Verein Nieders. Presse überwiesen: Hermann Feller (Ostholsteinische Ztg.), Neustadt/Holst., Am Hohensteig 3.

IV. Austritte und Streichungen.

Bezirksverband Berlin. Gestrichen: Dr. Max Burkhardt.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Bochumer Presse. Ausgetreten: Hermann Lohre, Barmen-Langerfeld; — Verein Bonner Presse. Ausgetreten: Heinz Aber, Godesberg. — Verein der Saarpresse. Ausgetreten: Röttgen Völklingen/Saar.

Verein Niedersächsische Presse. Ausgetreten wegen Berufswechsels: Wilhelm Plog, Hannover.

Büchermarkt

Der große Brockhaus, Bd. 3.

Inzwischen ist auch der 3. Band des großen Brockhaus im Leipziger Verlage F. A. Brockhaus in gleich guter Ausstattung und Ausführung erschienen. Er umfaßt die Worte von Bie—Che. Auch dieser Band beweist von neuem die Ausführlichkeit und Sorgfalt, mit der alle Gebiete des Wissen in dem großen Nachschlagewerk dargestellt sind. Besonders interessante Beiträge enthält er wieder über das Gebiet der Technik, das für das Leben des einzelnen ja mehr und mehr an Bedeutung gewinnt. Dabei sind gerade die technischen Texte so geschrieben, daß sie auch dem Laien verständlich sind und dabei gleichzeitig dem Fachmann noch etwas bieten, vor allem durch übersichtliche Darstellung. Auch dem 3. Band sind zahlreiche bunte Kunstdrucktafeln und Einkliebebilder beigefügt. Den Buchliebhaber werden besonders erfreuen die 6 Tafeln zu dem Stichwort „Buch". Das „Bühnenbild" gibt eine eindringliche Übersicht über die Stilwandlungen auf der Schaubühne von Schillers Zeiten bis zu den Experimenten unserer modernen Regisseure. Die Tatsache, daß auch in dem neuen Band die praktische Verwendbarkeit des Werkes bewußt betont ist, wird nicht zuletzt dazu beitragen, dem großen Brockhaus neue Freunde zu werben.

„Der Ost-Europa-Markt", Organ des „Wirtschaftsinstituts für Rußland und die Oststaaten-Königsberg Pr., Berlin, Essen", Sondernummer zum Beginn des zehnten Jahrgangs; Ost-Europa-Verlag Ges. m. b. H., Königsberg Pr.-Berlin. — „Der Ost-Europa-Markt", der am 1. Oktober cr. den zehnten Jahrgang begonnen hat, gibt in einer umfangreichen Sondernummer eine Bilanz über die bisherigen Ergebnisse der deutsch-osteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen. Programmatische Bedeutung haben die Ausführungen von Ministerialdirektor Dr. Posse über „Zehn Jahre deutscher handelspolitischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Osteuropa". In bedeutsamen Einzelabhandlungen wird die Wirtschaftsentwicklung der Sowjetunion, von Polen, Litauen, Lettland, Estland, Finnland und der Freien Stadt Danzig dargestellt.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 43 — Berlin, den 26. Oktober 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14 488. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Sterbehilfe oder Sterbekasse?

Von Dr. Johannes Leo-Königsberg (Pr.).

Unter den Wünschen für den Ausbau unserer sozialen Einrichtungen im Reichsverbande ist in den letzten Jahren der Ruf nach einem Sterbegeld immer wieder laut geworden. Als wir 1928 in Köln die Zentralhilfskasse des Reichsverbandes begründeten, lag zugleich ein Antrag des Pfälzischen Verbandes vor, der im Zusammenhang mit dem großen Unterstützungswerk die Errichtung einer Sterbekasse für die Mitglieder des Reichsverbandes forderte. Zur Bremer Tagung waren neue Anträge (Sachsen und Schlesien) eingelaufen, die wiederum den Wunsch auf Einrichtung einer Sterbekasse äußerten. Ein Ausschuß soll jetzt die Frage prüfen und dem nächsten Reichsverbandstag berichten. Es ist daher dankenswert, daß Kollege Dr. Soldat in Nr. 41 der „Deutschen Presse" die Diskussion der Frage eröffnet hat. In einigen Punkten kann ich ihm beistimmen; in vielen nicht. Wie man aber auch urteilen mag, jedenfalls kann nicht außer acht gelassen werden, daß für die Sterbegeldversorgung der Reichsverbandsmitglieder schon ganz bestimmte Ansätze geschaffen sind. Rührige Landesverbände, wie Sachsen, Schlesien, Ostpreußen u. a. haben bereits die Sterbehilfe für ihre Mitglieder eingeführt. Außerdem hat aber auch die Satzung der Zentralhilfskasse (§ 10c) für die Unterstützungskassen der Landes- und Bezirksverbände Richtlinien aufgestellt, in denen es heißt: „Vor allem ist auch die Gewährung von Beihilfen in Todesfällen anzustreben." Und in § 5 der von der Pflegschaft der Zentralhilfskasse herausgegebenen Normalsatzung heißt es: „Stirbt ein Verbandsmitglied, so wird den Hinterbliebenen ein Sterbegeld von .... Mk. ausgezahlt."

Nach allen diesen Vorgängen kann man kaum mehr die Frage stellen, ob für die Mitglieder des Reichsverbandes eine Sterbehilfe notwendig oder wünschenswert sei. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß der größte Teil unserer Mitglieder gerade diese Hilfe als äußerst beruhigend empfindet. Zwar ist mit Recht darauf hingewiesen worden, daß auch die Krankenkassen ein Sterbegeld zahlen. Aber einmal reichen die dort gezahlten Beträge nicht aus, zweitens sind nicht alle Mitglieder in den Krankenkassen (leider!), und drittens ist die Höhe des Sterbegeldes dort von der Mitgliedschaftsdauer (in der Krankenkasse!) abhängig gemacht. Wer in der Unterstützungspraxis steht, der weiß, was in Todesfällen ein Sterbegeld bedeutet, zumal wenn der Tod den Ernährer der Familie wegrafft. Die heutigen Gehälter ermöglichen doch nun einmal keine großen Rücklagen; im großen ganzen reichen sie gerade zur Erhaltung der Familie aus und ihr ganzer Lebensstandard ist auf sie zugeschnitten. Fällt nun plötzlich der Ernährer der Familie fort, hat seine Krankheit vielleicht schon vorher übergroße Ausgaben verursacht, — wie denkt man sich da die plötzliche Aufbringung der Beerdigungskosten? Eine würdige Bestattung mit dem was daran hängt, auch den Grabstein nicht zu vergessen, kostet heute wenigstens 800—1000 Mk. und darüber. Von dem sogenannten Gnadengehalt, das nach dem Tode noch vier Monate weitergezahlt wird, muß die Familie doch leben, Miete zahlen usw. Es reicht gerade hin, um die für Umstellung und Einschränkung notwendige Atempause zu schaffen. Die Versorgungsanstalt ist ein unendlicher Segen. Aber — auch wenn wir davon absehen, daß 20 % des Durchschnittsgehaltes dieser harten letzten fünf Jahre für die Witwe heute ein recht schmaler Brocken sind — sie erfaßt doch nur die laufende Unterhaltung, nicht eine einmalige Ausgabe von solcher Höhe und von solcher Dringlichkeit, wie sie beim Tode des Familienhauptes sich einstellt. Im Gegensatz zu dem Kollegen Dr. Soldat muß ich mich deshalb für die obligatorische Sterbegeldversorgung sämtlicher Reichsverbandsmitglieder erklären; wie es mit der Sterbehilfe für Familienangehörige gehalten werden soll, ist eine Frage anderer Erwägungen.

Keinesfalls ist der Zustand erträglich, daß der eine unserer Landesverbände die Sterbehilfe allen seinen Mitgliedern gewährt und ein anderer nicht, so daß der Kollege, der aus einem Verbandsgebiet in das andere verzieht, dieses sozialen Rückhalts beraubt wird. Die solidarische Hilfe gerade in Sterbefällen ist ein überaus starker Kitt für den Verbandsgedanken; die Verbände, die bereits die Sterbehilfen durch Ausbau ihrer Unterstützungskassen verwirklicht haben, wissen das aus eindrücklicher Erfahrung, und ihr Vorangehen muß schließlich doch alle andern Verbände im Reichsverband zur Nachfolge veranlassen. Aus diesen Erwägungen ergeben sich ohne weiteres zwei wesentliche Gesichtspunkte: wir brauchen eine gleichmäßige Sterbehilfe für sämtliche Mitglieder im Reichsverband und wir brauchen eine solidarische Hilfe, die aus dem Verbandsgedanken geboren ist. Und darum muß ich aufs Entschiedenste der Anregung des Kollegen Dr. Soldat widersprechen, daß der Reichsverband hier, wo eine für ihn selbst lösbare Aufgabe vorliegt, ähnlich verfährt wie bei der Krankenversorgung, d. h. daß er ein Abkommen

Digitized by Google

unter besonderen Vergünstigungen mit einer Versicherungsgesellschaft abschließt und es dann seinen einzelnen Mitgliedern überläßt, ob sie eine Sterbegeldversicherung eingehen wollen.

Es ist dies sicherlich die risikoloseste Form, in der sich eine große Organisation sozialer Pflichten gegen die Mitglieder entledigen kann. Es fragt sich aber, ob es die zweckmäßigste ist. Die billigste ist es sicher nicht; kann es gar nicht sein. Denn eine Sterbekasse, eine Sterbegeldversicherung muß auf versicherungstechnischer Grundlage arbeiten. Und nicht nur vom Klavierspiel, sondern auch von aller sozialer Betätigung gilt das Wort, daß

„. . . furchtbar Schicksal uns bedrängt,
wenn Technik sich dazwischen mengt."

Offen gestehe ich, daß mir ein Schreck in die Glieder fuhr, als ich in dem Artikel des Kollegen Dr. Soldat las, Kollege Tönjes-Hannover fordere in den Mitteilungen des von ihm so trefflich geleiteten Landesverbandes Niedersachsen, die zu begründende „Sterbekasse" müsse mit „allen versicherungstechnischen Sicherheiten" ausgestattet sein. Genügt denn nicht unsere Reichsverbandssatzung, um die Leistung zu sichern? Brauchen wir eine besonders verwaltete Kasseneinrichtung für die Sterbehilfe? Ist sie nicht nur ein Sonderfall der solidarischen Hilfe, für die wir eben mit Erfolg die Zentralhilfskasse und das System unserer Unterstützungs- und Darlehnskassen ausbauen? Ich kann mir denken, daß Kollege Tönjes über diese Frage, wie auch ich, mit Versicherungsfachleuten gründlich gesprochen hat, und daß diese ihm erklärt haben: „Ja Sie müssen auch den Fall in Betracht ziehen, daß der Verband sich auflöst, und daß das Mitglied austritt, und daß der Nachwuchs ausbleibt, so daß die älter werdenden Mitglieder dann eine übergroße Sterblichkeit haben usw." Aber ich weiß nicht, ob man ihm auch gesagt hat, daß diese Überlegungen dahin führen, daß man für eine versicherungstechnisch aufgezogene Sterbekasse mindestens den 1½fachen Beitrag bei gleicher Leistung zahlen muß, wie für eine solidarische Sterbehilfe. Dazu kommt aber noch folgender Gedankengang: Welches Interesse haben wir denn als Reichsverband daran, Leuten ein Sterbegeld zu gewähren, die nicht mehr unsere Mitglieder sind und sein wollen? Was veranlaßt uns zu fürchten, daß in den Verband eines Tages niemand mehr eintreten würde? Dies alles sind Erwägungen für eine auf freier geschäftlicher Basis arbeitende Sterbekasse; aber ganz gewiß nicht für einen festen Mitgliederkreis, der durch Standesbestrebungen zusammengehalten und durch Solidarität zur gegenseitigen Hilfe verbunden ist.

Um ein praktisches Beispiel zu geben, wie wir es sicherlich nicht machen können, führe ich hier aus dem Tarif einer bekannten Versicherungsgesellschaft folgendes an. Diese Gesellschaft übernimmt die Sterbegeldversicherung auf den Betrag von 1000 Mk. Dafür sind Monatsbeiträge zu leisten, wenn jemand mit 20 Jahren eintritt, in Höhe von 1,10 Mk. Der Vierzigjährige hat 2,40 Mk. zu zahlen. Will sich ein 65jähriger diese Sterbehilfe sichern, so verlangt man von ihm monatlich — 7,80 Mk. Das mag versicherungstechnisch ausgezeichnet berechnet sein; aber kann der Reichsverband sich mit solchen Tabellen befassen? Für ihn muß es selbstverständlich heißen: Einer für alle, alle für einen. Übrigens brauchen die Jüngeren sich keineswegs zu betrüben, daß sie bei gegenseitigem Ausgleich der Beiträge zu kurz kommen. Denn abgesehen davon, daß sie ja voraussichtlich viel länger zahlen sollen, als die Alten, die sich durch rasches Absterben von weiteren Leistungen befreien, wird die ganze Geschichte sofort viel billiger, wenn der Reichsverband selbst sie in die Hand nimmt. In der oben angeführten Tabelle werden im Durchschnitt für eine Leistung von 1000 Mk. mehr als 2 Mk. monatlich gefordert. Wir haben nun unter den Zeitungsleuten nach den vorliegenden Erfahrungen auf eine jährliche Sterblichkeit von etwa 1,6 auf das Hundert zu rechnen; danach hätten 100 Mitglieder immer 1600 Mk. im Jahre aufzubringen, um die Ausgabe von Sterbegeldern in Höhe von 1000 Mk. sicherzustellen. Das würde nach Adam Riese für das Mitglied 16 Mk. im Jahr oder im Monat eine Zahlung von 1,35 Mk. bedeuten. Wohlgemerkt, dann fällt verschiedenes weg: die Fürsorge für die Nichtmehr-Mitglieder, das Risiko eines „Absterbens" des Reichsverbandes und nicht zuletzt die Verwaltungskosten einer versicherungstechnisch aufgezogenen Sterbekasse.

Vielleicht wird es nach diesen Ausführungen den Kollegen plausibler, weshalb alle Versicherungsfachleute das sogenannte Umlageverfahren verwerfen. Von ihrem Standpunkt, der eine individuelle Fürsorge bezweckt, und jedem einzelnen seinen erworbenen Anspruch mit allen Sicherungen garantieren will, nach gesetzlichen Vorschriften sogar garantieren muß, — von diesem Standpunkt müssen sie natürlich zu einer Verwerfung des Umlageverfahrens kommen. Vom Standpunkt der Verbandssolidarität, die soziale Fürsorge übt, brauchen wir in dieses Lied durchaus nicht einzustimmen. Und wenn wir das gleiche Ziel mit sehr viel geringeren Aufwendungen erreichen können, so ist, wie ich glaube, die Frage Sterbekasse, bzw. Sterbeversicherung, oder Verbandshilfe in Sterbefällen bereits entschieden.

Freilich ist dem Kollegen Dr. Soldat darin ganz recht zu geben, daß die primitive Form des Umlageverfahrens, deren sich manche Bestattungsvereine bedienen, daß sie nämlich nach jedem Todesfall einen neuen Deckungsbeitrag von ihren Mitgliedern einkassieren, für den Reichsverband nicht durchführbar erscheint. Aber es gibt ja doch ein paar Dutzend Wege, entstehende Kosten umzulegen. Ich würde vorschlagen, daß man dem Beispiele Ostpreußens folgt, das auch hier, wie bei der Zentralhilfskasse, dem weisen Römerspruch vertraute: „Divide et impera". Wir zahlen beim Tode eines Mitgliedes sofort 500 Mk. an die Hinterbliebenen aus. Die eine Hälfte davon trägt die Verbandskasse, die andere die Hilfskasse. Besondere Sterbekassenbeiträge erheben wir überhaupt nicht; d. h. die halben Kosten für die bei uns zu erwartenden 1,6 Sterbefälle im Jahre sind mit 35 Pfg. monatlich im Verbandsbeitrag bereits mit einkalkuliert. Die Verbandskasse deckt immer einige Sterbefälle durch Einzahlung der auf sie entfallenden Summen vor; so ist das Geld zur sofortigen Auszahlung stets bereit. Wir in Ostpreußen halten nach unsern Erfahrungen eine Sterbehilfe von 500 M. für vorläufig ausreichend, zumal ja in sehr vielen Fällen das Sterbegeld der Krankenkasse hinzutritt. Wir haben aber auch den lebhaften Wunsch, daß die gleiche Einrichtung im ganzen Reichsverband durchgeführt wird; daß jeder Landesverband seinen Mitgliedern im Todesfalle 500 Mk. Sterbegeld garantiert. Nun haben nicht alle Verbände, wie wir, auf den Kopf des Mitgliedes ein Sozialvermögen von rd. 300 Mk. bereits erarbeitet. Aber schließlich soll ja doch auch die Zentralhilfskasse die Leistungen der Verbände unterstützen. Ihr winkt hier eine neue dankbare Aufgabe.

Die kalkulatorische Grundlage einer Sterbehilfe, die nicht als „Sterbekasse" aufgezogen wird, sondern die eben den Mitgliedern des Reichsverbandes satzungsmäßig durch die einzelnen Landesverbände gewährt wird, ist ungeheuer einfach. Mit 70 Pfg. im Monat pro Mitglied ist (ein Sterbegeld von 500 Mk. vorausgesetzt) das Risiko, soweit wir es brauchen, reichlich gedeckt. Es ist nur zu überlegen, wieviel davon packen wir der Zentralhilfskasse, wieviel den einzelnen Verbänden auf. Und in den Verbänden: Wieviel trägt unsere Unterstützungskasse, wieviel müssen die Mitglieder im Beitrag aufbringen? Wenn dazu hier oder da in einzelnen Landesverbänden eine Beitragserhöhung wirklich notwendig sein sollte, so kann es sich hier nur um einen relativ sehr kleinen Betrag handeln. Das Eingreifen des Ver-

Digitized by Google

bandes im Todesfalle wird aber so überaus dankbar empfunden und die sofortige Auszahlung des Sterbegeldes stellt in jedem dieser Fälle allen Kollegen so sinnfällig den Wert des Zusammenhaltens vor Augen, daß ich sagen muß, die Kleinigkeit, die hier in Frage kommt, 25 oder 50 Pfg. vielleicht, werden die Kollegen gern aufbringen.

Wir in Ostpreußen haben sie, wie erwähnt, überhaupt nicht gebraucht. Das ist der Vorteil der heranwachsenden Unterstützungskasse.

Zur Ehrenrettung des Provinzredakteurs.

Von Chefredakteur Dr. Carl Dyrssen,
Vorsitzendem des Provinzialverbandes Pommern im Reichsverband der deutschen Presse.

Wir sind Kummer gewöhnt. Und daß er für uns in der Provinz fast regelmäßig aus Berlin kommen muß, überrascht uns auch nicht mehr. Ein Beispiel aus den letzten Wochen. In Nr. 436 der „Vossischen Zeitung“ hat Georg Bernhard unter dem Titel „Die Kulissenschieber“ einen Leitartikel veröffentlicht, der nicht unwidersprochen bleiben darf. Bernhard kommt in diesem Artikel im Verlauf einer Kritik der zwiespältigen Meinungen über den Youngplan, im Verlauf also eines rein politischen Themas, zu der sonderbaren Schlußfolgerung:

> „Wer sind diese Giftmischer? Man würde vollkommen fehlgehen, wenn man (wenigstens wäre das in der Mehrzahl der Fälle ein schwerer Irrtum) den Redakteuren der kleinen Presse im Lande die Schuld zuschieben wollte. Man muß wissen, wie die große Mehrzahl dieser ganz kleinen Blätter, die über das Land verstreut erscheinen, hergestellt werden. Sie empfangen ihr Material aus Korrespondenzen. Meist wird es ihnen auch noch fix und fertig gematert zugeschickt, so daß es nur noch ausgegossen und in die Druckmaschine gesteckt zu werden braucht. Nur verhältnismäßig wenige dieser kleinen Ortszeitungen (die schon deshalb oft stark gelesen werden, weil die beschimpfte Republik in ihnen für teueres republikanisches Geld ihre amtlichen Anzeigen veröffentlichen läßt) haben überhaupt Redakteure. Wenn das der Fall ist, so hat dieser überlastete Mann genug damit zu tun, sich um die Ortschronik zu kümmern. Die Politik mit allem Drum und Dran entschneidet er unbesehen der Korrespondenz, die ihm sein Verleger hält. Sehr sehr oft aber ist gar kein Redakteur vorhanden. Der Besitzer des Blattes, ein kleiner Drucker, handhabt die Schere aus eigenen Gnaden. Gesetzt selbst den Fall, solch Zeitungsbesitzer oder solch Zeitungsredakteur hätte den Wunsch, die einzelnen Nachrichten auf ihre Richtigkeit zu prüfen, wie könnte er es denn? Er hat weder Zeit, noch verfügt er über die dazu notwendigen Mittel. Er muß sich auf die Korrespondenz verlassen. Und die nutzt die Unmöglichkeit der Nachprüfung und den Zwang der kleinen Zeitungen, das Material zu nehmen, aus, um das zu verbreiten, was ihren Schöpfern in den Kram paßt, natürlich in möglichst harmloser Form, damit es nicht sofort Verdacht erweckt, aber mit der Gewißheit der sicheren Wirkung.“

Zunächst einmal: Es scheint uns unlogisch, wenn hier auf der einen Seite in durchaus begrüßenswerter Weise gegen den von uns allen bekämpften Matern- und Korrespondenzenunfug zu Felde gezogen wird, eben um der unter keinen Umständen zu billigenden Uniformierung des provinziellen Zeitungswesens willen — während Bernhard im selben Atem mit dem Hinweis auf das „teure republikanische Anzeigengeld“ für eine Pressezensur eintritt, die eine glatte Terrorisierung der öffentlichen Meinung bedeutet und eine Ansicht über den Charakter der Provinzkollegen in sich schließt, die wir scharf ablehnen müssen.

Uns interessiert das Politische hier in keiner Weise. Uns interessiert hier nur die Tatsache — die bedauerliche Tatsache —, daß einer vom Fach, und noch dazu einer unserer Prominentesten der Öffentlichkeit von Wesen, Aufgabe und Umfang der journalistischen Arbeit ein das Ansehen der Kollegen in der Provinz so schwer beeinträchtigendes grundfalsches Bild entwirft.

Wie kommt Bernhard zu seiner sonderbaren Auffassung? Die captatio benevolentiae am Anfang obigen Zitats, die immerhin noch der „Mehrzahl“ unserer Berufskollegen in der Provinz zugebilligt wird, kann unmöglich entschädigen für das Maß von offenbarer Unkenntnis, aus der heraus hier die Provinzredakteure in Bausch und Bogen als unselbständige oder gar minderwertige Journalisten hingestellt werden. Wenn wir aus der Provinz uns hiergegen an dieser Stelle in aller Form verwahren, so tun wir das nicht nur etwa aus einem Gefühl persönlichen Gekränktseins heraus, sondern in dem vollen Bewußtsein, daß es hier um ein Grundproblem unseres Berufes überhaupt geht.

*

Wir wollen das Thema einmal an seiner zentralsten Stelle anpacken. An der Arbeitsweise der Redaktion. Der Journalist an einer Großstadtzeitung ist im allgemeinen immer nur für ein besonderes Ressort engagiert und hat kaum Gelegenheit, einmal für irgendeine andere Sparte zu arbeiten; von einer verantwortlichen Tätigkeit auf einem andern als seinem Spezialgebiet kann schon gar nicht oder doch nur in allerseltensten Fällen die Rede sein. Mehr noch: Es kommt sogar vor, daß solche Journalisten während ihrer ganzen Berufstätigkeit überhaupt nie Gelegenheit bekommen haben, in ein anderes Arbeitsgebiet der gleichen Redaktion hineinzusehen. Nicht viel anders ist's mit dem Verhältnis zur Technik. Wir sind ganz gewiß nicht so böswillig, zu behaupten, daß es etwa Feuilletonisten gäbe, die noch nie in einer Setzerei gewesen seien. Aber wer überhaupt einmal in einer Großstadtredaktion tätig gewesen ist, wird nicht umhin können, zuzugeben, daß die Entfernung von der Technik zur Redaktion einerseits ebenso wie die Entfernung von der Redaktion zum Publikum andererseits eine viel größere ist als in der Provinz. Das hat natürlich seine Gründe, die ohne weiteres verurteilen zu wollen eine Kurzsichtigkeit wäre. Es wäre indes eine ebenso große Kurzsichtigkeit, über die unleugbaren Nachteile hinwegzusehen, die aus einer solchen besonderen geistigen und arbeitstechnischen Situation erwachsen müssen und die dem Endprodukt, der Zeitung nämlich, unweigerlich auch nach außen hin ein anderes Gepräge geben als dasjenige, das der Provinzpresse eigentümlich ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Redakteur einer Großstadtzeitung zu seiner ganzen Umgebung in einem weitaus weniger persönlichen Verhältnis steht. Wer will darauf einen Tadel für ihn konstruieren? Zumal doch auch das Leserpublikum der Großstadt ein ganz anders geartetes Interesse an der Zeitung hat als das in der Provinz. Das Boulevardblatt kann und soll überall vertreten sein und gelesen werden. Sein geistiger Aufgabenkreis ist so wenig raumgebunden wie irgend möglich. Alles, was in der Welt passiert, in Ost und West, in Nord und Süd, soll möglichst von ihm erfaßt werden. Und der Leserkreis, den es zu befriedigen sucht, ist denn auch sehr weit und wenig „lokal“. Und die Leute, die im engeren und im weiteren Sinne zu seinen Lesern gehören, denken nicht daran, wenn sie unterwegs sind, die lokale Presse des Ortes, an dem sie sich gerade befinden, etwa an seine Stelle treten zu lassen. Aber die Welt besteht nun einmal nicht nur aus Globetrottern, aus Dauerreisenden oder gar etwa nur aus Berlinern. Sondern ein ungleich größerer Prozentsatz von Menschen ist auch heute noch, was seine geistige Existenz wie seinen wirtschaftlichen

Digitized by Google

Wirkungskreis anbelangt, an den engeren oder an den engsten Bezirk seiner Heimat gebunden und schöpft aus diesem alles, was er zur Befriedigung seiner geistigen Bedürfnisse gebraucht. Das ist durchaus aber nicht weniger als das, was den Großstadtmenschen fesselt und beschäftigt, sondern oft sogar mehr, in jedem Falle aber anders, um nicht zu sagen entgegengesetzt geartet als jenes.

Schon daraus ergibt sich nicht nur die Existenznotwendigkeit des mit Unrecht so schief angesehenen Provinzredakteurs, sondern vor allem auch die große und in ihrem geistigen und sittlichen Wert garnicht zu überschätzende Aufgabe, die er zu erfüllen hat; eine positive Aufgabe von unersetzlichem Eigenwert, die in striktem Gegensatz steht zu dem Bild, das Georg Bernhard von ihr zu entwerfen beliebt. Er scheint in der Tat nie auf einer Provinzredaktion gewesen zu sein. Andernfalls müßte er sich von den Anforderungen, die an die Tätigkeit auch des von ihm vollkommen verkannten Alleinredakteurs gestellt werden, eine sehr viel andere und achtungsvollere Vorstellung machen, als wie er sie in dem besagten Artikel zum Ausdruck bringt: Mit der „Ortschronik“ oder gar mit dem „unbesehenen Herausschneiden aus der Korrespondenz, die ihm sein Verleger hält“, ist es, weiß Gott, nicht getan. Eine solche Darstellung steht auf dem gleichen Niveau wie diejenige, die behaupten wollte, die Arbeit des Redakteurs wäre „mit Kleistertopf und Schere“ zu bewältigen, und die nicht dadurch richtiger wird, daß man sie so oft wiederholt wie den abgestandenen „Witz“ mit dem zerstreuten Professor. So einfach ist die Sache denn doch nicht. Das wird jeder bestätigen müssen, der einmal die Sintflut von Zuschriften erlebt hat, die tagtäglich über den Redaktionstisch des Provinzschriftleiters hereinbricht und die allein schon einen Begriff davon gibt, mit welcher oft bis ins Unverständliche gehenden Empfindlichkeit die Leserschaft auch großer Provinzzeitungen schon auf den kleinsten formalen oder inhaltlichen Lapsus reagiert, den sich die Schriftleitung zuschulden kommen läßt. Es ist aber nicht so leicht, wie vielleicht bei einer großen Zeitung, in diesen Fällen vieles im Papierkorb verschwinden zu lassen. Denn der von Natur aus engere Konnex zwischen Schriftleitung und Leserschaft in der Provinz (auch schon in der Provinzhauptstadt) verlangt eine eingehendere und individuelle Behandlung vor allem dieses Teils der Redaktionspost. Eine Behandlung, die — ganz abgesehen vom Aufwand an Zeit und Arbeitskraft — von dem betreffenden Schriftleiter ein außergewöhnliches Maß an Takt voraussetzt und ihn durch manche oft recht bitteren Erfahrungen dasjenige lehrt, was ich für die wertvollste, aber auch unerläßliche Fähigkeit des Tagesschriftstellers halte: Das Gefühl nämlich für die Verantwortlichkeit der Formulierung. Ein Gefühl, das man freilich nicht so sehr in großen Zeitungsbetrieben erwerben kann, als in Verhältnissen, in denen auch die kleinsten persönlichen Eigenheiten der Umgebung eine unbedingt Beachtung erheischende Rolle spielen. Schon dies allein aber macht solche Typen, wie sie in der Vorstellung Georg Bernhards offenbar in nicht geringer Zahl in der Provinz existieren, auf die Dauer einfach unmöglich.

Dazu kommt noch die unerläßliche, — auch in der kleinsten Redaktion unerläßliche — genaue Behandlung des übrigen laufend eingehenden Redaktionsmaterials. Der Redakteur an der kleinsten Klitsche würde schon nach zwei Tagen brotlos auf der Straße liegen, wenn er sich so sorglos mit Kleistertopf und Schere betätigen wollte, wie es manche Kollegen zu denken scheinen. Und der kleine Drucker, der unter solch unbeschwerten Gesichtspunkten „aus eigener Gnade die Schere handhaben“ würde, könnte seinen Laden nach ein paar Wochen oder Monaten zumachen.

Aus alledem dürfte hervorgehen, daß der Provinzredakteur, vorausgesetzt, daß er seinen Beruf überhaupt erfüllen will, nichts weniger sein kann und darf als der kleine Pintscher, als den ihn Georg Bernhard und vielleicht auch andere unserer Prominenten anzusehen belieben. Wir gehen noch weiter. Wir wissen aus jahrelanger Erfahrung in Großstadt und Provinz, daß der Großstadtredakteur als Persönlichkeit vollkommen untertauchen kann. In Großbetrieben ist es möglich, daß einer auch als Journalist unter Umständen wie ein „Hieronymus im Gehäus“ leben kann. In der Provinz und in der Kleinstadt ist das aber einfach ein Ding der Unmöglichkeit. Und die Anforderungen, die just aus diesem Grunde an den Charakter und die Persönlichkeit des betreffenden Journalisten in der Provinz gestellt werden, sind, ganz abgesehen von der Arbeitslast und der aufreibenden redaktionellen Tätigkeit, wenn man schon überhaupt einmal vergleichen will, entschieden die größeren.

Von alledem weiß offenkundig Georg Bernhard nichts. Dann durfte er aber auch unter gar keinen Umständen der Öffentlichkeit ein solches Bild von seinen Berufskollegen in der „Provinz“ entwerfen, wie er es getan hat. Daß ihm irgendeine böswillige Absicht dabei die Feder leitete, nehme ich selbstverständlich nicht an. Ein Lapsus aber bleibt es unter allen Umständen. Und ein Lapsus, der gerade ihm bei seiner Stellung im Reichsverbande keinesfalls unterlaufen durfte! Denn was sind die unmittelbaren Folgen eines solchen nun schon weitverbreiteten und an hervorragender Stelle gemachten Ausspruches? Nur der, der tagtäglich mitten in dem bitteren Kampf steht, den gerade wir in der Provinz noch heute — wir sind nun eben einmal noch nicht so weit wie die anderen Länder der Welt — um das Ansehen der Presse führen, kann sie ganz übersehen. Es ist doch so, daß in einzelnen Teilen des Landes noch Vorstellungen über Presse und Pressevertreter in der breitesten Öffentlichkeit herrschen, die in ihrer Primitivität schlechterdings nicht überboten werden können. Solche Vorstellungen, die auf Schritt und Tritt uns berufsethisch und gesellschaftlich immer wieder hemmend entgegentreten, bekommen durch einen derart — man verzeihe uns schon den Ausdruck — verständnislosen Artikel wie in der „Voss. Zeitung“ immer wieder von neuem einen Schein der Berechtigung, den einfach wegzuwischen, es schwer hält. Wir kämpfen erbittert gegen Beleuchtungsproben. Wir suchen unser Verhältnis zur Justiz zu bessern. Wir ringen (davon scheint Bernhard tatsächlich keine Ahnung zu haben) buchstäblich noch um gesellschaftliche Anerkennung in weiten Kreisen. Können wir im Ernst uns noch nach einer solchen öffentlichen Kennzeichnung aus den eigenen Reihen darüber wundern, wenn jeder kleine Gastwirt in der Provinz glaubt, dem Redakteur wie einem Kutscher ein Glas Bier oder eine Zigarre spendieren zu dürfen, oder wenn, wie es tatsächlich noch hier und da eine fast unausrottbare Methode zu sein scheint, viele Richter sich von vornherein auf den Standpunkt stellen, daß ein Redakteur unter allen Umständen als böswilliger Verleumder zu verurteilen ist, und daß man den bewußten und bei uns nun schon nachgerade berüchtigten Paragraphen von der „Wahrung berechtigter Interessen“ in allen den Fällen grundsätzlich beiseite zu lassen hat, die die Presse betreffen.

Das sind nur einige ganz dringliche Gesichtspunkte zu der oben angeschnittenen Frage. Und auch sie sind nur in ganz großen Zügen hingeworfen. Es ließe sich noch sehr sehr viel über den Provinzredakteur und seinen Aufgabenkreis sagen. Dazu fehlt's hier an Platz. Aber auch dieses Wenige hat schon viel erreicht, wenn es dazu beigetragen haben sollte, daß der Begriff „Provinzredakteur“ auch einmal von seiner positiven Seite her gewürdigt wird. Und das scheint uns eben nach Bernhards summarischen Ausführungen sehr nötig zu sein. Wir sind keineswegs blind dem mancherlei Unzureichenden gegenüber, das sich wie in jedem anderen, so auch in unserem Berufe findet. Und daß dazu vor allem die (aber doch immerhin seltenen) Elemente gehören, die im Ausschneiden und Aufkleben die Redakteurtätigkeit erschöpft sehen, ist uns eine Selbstverständlichkeit. Doch wir betrachten diese Leute nicht als zu uns gehörig, sondern sehen in ihnen Schädlinge, die mit unnachsichtiger Strenge aus unseren Kreisen ausgemerzt werden müssen. Und wir verwahren uns mit schärfstem Nachdruck gegen einen Versuch, der es unter-

Digitized by Google

nimmt, uns Provinzredakteure mit solchen Pseudojournalisten in einen Topf zu werfen. Denn wir sind stolz auf unsere Mission, die ganze Menschen mit unbestechlichem Ethos verlangt. So stolz, daß wir nur jedem Berliner Kollegen von ganzem Herzen wünschen können, es möge ihm einmal eine verantwortliche Tätigkeit in der Provinz beschieden sein. Er bekäme dann ein anderes Bild von uns, den „Provinz“-Redakteuren.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse.

Die Jubiläumsfeier in Düsseldorf.

Zu einer würdigen und für Presse und Allgemeinheit gleich bedeutungsvollen Jubiläumsfeier des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse fanden sich am Sonntag, dem 20. Oktober, im Ständehaus zu Düsseldorf, im Plenarsitzungssaal des Rheinischen Provinziallandtags, prominente Vertreter der Behörden — an ihrer Spitze der Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs —, der Wirtschaft, der Kunst und Wissenschaft mit zahlreichen Mitgliedern des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse zusammen. Der schlichte Festakt, eine der seltenen Gelegenheiten, bei denen die Presse, sonst Dienerin der Allgemeinheit, selbst in das Licht der Öffentlichkeit tritt, zeichnete sich durch das geistige Niveau der Reden ebenso sehr aus wie durch die in ihnen zum Ausdrucke kommende verständnisvolle Würdigung und Anerkennung der Presse in ihrer Bedeutung für Volk und Staat.

Der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Max Horndasch (Köln) stellte über die Kundgebung das Wort: Der Beruf der Journalisten ist das aktive Bekenntnis zur Arbeit, zur Treue gegenüber jedem edeln Werk, zur Hingabe ans Vaterland. In Erfüllung dieses ehernen Gebots sehe die Organisation der Redakteure und Journalisten ihr Amt darin, in aufrichtiger Arbeitsgemeinschaft mit den deutschen Zeitungsverlegern die Fortentwicklung der deutschen Presse zu fördern und in ihrem Kreise Menschen zusammenzufassen, die freimütig, aber ritterlich Künder der Wahrheit und Verfechter der Gerechtigkeit seien, die charakterfest, unbestechlich und selbstlos sich in den Dienst der Allgemeinheit stellten.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, der auch die Grüße des preußischen Ministers des Innern überbrachte und zugleich im Namen des Landeshauptmanns der Rheinprovinz und des Düsseldorfer Regierungspräsidenten sprach, feierte den Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse, der erfreulicherweise auch die Redakteure der saarländischen Presse zu seinen Mitgliedern zähle, als ein glänzendes Beispiel beruflichen Zusammenhaltes. Nachdem er hervorgehoben, daß dank der beharrlichen Staatskunst Dr. Stresemanns das Sehnen des Rheinlands und des Saargebiets nach ihrer Befreiung der Erfüllung nähergerückt sei, gab Dr. Fuchs dem Wunsche Ausdruck, daß das deutsche Volk seine politische Einsicht bewahren und die Regierung in ihren Bemühungen, dem besetzten Rheinland und dem Saargebiet die Freiheit zu verschaffen und damit den Weg zum Wiederaufstieg zu ebnen, mit allen Kräften unterstützen möge.

Landesrat Dr. Zuhorn überbrachte die Glückwünsche der westfälischen Provinzialverwaltung. Presse und Selbstverwaltung seien in besonderem Grade miteinander verwandt. Es sei besonders reizvoll zu verfolgen, wie die Presse im vergangenen Jahrhundert die Selbstverwaltung in uneigennütziger Weise gefördert, ja mit ihrem Herzblut ihr gedient habe. Unter den großen Ahnen der Presse in der westfälischen Geschichte nannte er Justus Möser, jene edle Menschennatur mit großem Geist und vornehmem Charakter, und in gewissem Sinne auch den Wirtschaftsführer Fritz Harkort. Der Geist dieser Führer des Volkes möge auch der Geist der deutschen Presse sein. In diesem Sinne rufe er dem Verbande ein herzlich Glückauf zu weiterer unverdrossener, verantwortungsvoller Arbeit zu.

Für die Presse sehr beachtenswerte Ausführungen über die Verantwortung der Presse machte vom Standpunkt des Verwaltungsmannes aus der Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf, Dr. Lehr, der auch den Rheinischen Städtetag vertrat. Unbedingt notwendig sei volles gegenseitiges Vertrauen. Das Recht zur öffentlichen Kritik und zur öffentlichen Kontrolle sei ein öffentliches Ehrenamt. In dem Maß, in dem Journalisten und Verleger sich wirklich als Inhaber eines öffentlichen Amtes, als Treuhänder der Öffentlichkeit fühlten, werde der Boden geschaffen, auf dem Verwaltung und Presse sich berührten. Das sei aber ein Boden, auf dem man sich nur mit höchstem Verantwortungsgefühl bewegen könne, ein Boden, auf dem das Wort von den Männern der Feder und von den Vertretern der Behörde auf die Goldwage gelegt werden müßte. Oberbürgermeister Lehr erwog dann den Gedanken, ob nicht Verwaltung und Presse zum bessern gegenseitigen Einfühlen ihren beiderseitigen Berufsanwärtern Gelegenheit zur informatorischen Beschäftigung geben sollten, damit der künftige Kommunalreferent der großen Tageszeitungen aus eigener Anschauung und Praxis heraus kommunale Aufgaben und Ziele in der öffentlichen Kritik nutzbringend verwerten könne. Wenn die Presse von der Behörde größere Aufgeschlossenheit und Beweglichkeit wünsche, so sei dem voll und ganz beizupflichten, auch im Interesse der Verwaltung, da durch eine solche weitgehende Publizität trübe Quellen am besten verstopft würden; denn es sei leider Tatsache, daß unser öffentliches Leben noch an vielem krank sei, nicht zum mindesten krank an einer oft recht merkwürdigen Auffassung von der Bekleidung öffentlicher Ämter.

Oberlandesgerichtspräsident Schollen (Düsseldorf), der auch für den preußischen Justizminister und die Ober-

(Wiederholt!)

Ein neuer provisorischer Schatzmeister.

Der Vorstand des Reichsverbandes hat in seiner Vollsitzung am 23. September beschlossen, Herrn Chefredakteur Julius Moßner (Korrespondenz Gelb) mit der verantwortlichen Führung der Geschäfte des Schatzmeisters des Reichsverbandes und der Kasse unserer Organisation provisorisch bis zur nächsten Delegiertenversammlung zu beauftragen. Herr Kollege J. Moßner hat sich bereit erklärt, diesen Auftrag anzunehmen. Es wird daher ersucht, alle Kassenangelegenheiten des Reichsverbandes nunmehr direkt an den neuen provisorischen Schatzmeister gelangen zu lassen. Die Adresse des Kollegen Moßner lautet: Berlin C 2, Neue Friedrichstr. 47 (Korrespondenz Gelb, Finanzverlag).

Bei dieser Gelegenheit haben wir Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß alle Zahlungen an den Reichsverband nach wie vor entweder zu leisten sind auf das Postscheckkonto 16 202 Berlin oder auf das Konto 3814 bei der Depositenkasse Spandauer Brücke der Darmstädter u. Nationalbank, Berlin C 2, An der Spandauer Brücke 1.

Die Verbandsleitung:
gez. G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

von der Sozialdemokratie bis zu dem rechten Flügel unseres politischen Lebens. Im Reichsverband ist nach einem Wort Georg Bernhards ein Stück jener Volksgemeinschaft verwirklicht, um die Parteien und Verbände sich in Deutschland noch die Köpfe blutig schlagen. Wir Journalisten sind Träger der Ideen, die wir Tag für Tag in die Herzen und Köpfe einzuhämmern uns bemühen. Aufgabe der Staatsmänner und der Führer der Wirtschaft ist es, die Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen. Die von Bürgermeister Löwigt erwähnte Hamburg-Lübeckische Zusammenarbeit ist zuerst in den Spalten der Zeitungen erörtert worden. Der Redner pries dann den wahren Hanseatengeist, der im Boden der Heimat wurzele und doch hinausreiche in die fernsten Fernen der weiten Welt, und schloß: „Wir wollen in Lübeck das Menschliche allem andern, was uns sonst in der täglichen Berufsarbeit trennt, voranstellen. Morgen wird wieder jeder seine eigenen Wege gehen, aber an diesem einen schönen Tage wollen wir Menschen unter Menschen sein!" — Im Anschluß an diese überaus beifällig aufgenommenen Ausführungen sprach Generaldirektor Ott von der Lübeck-Büchener Eisenbahn in fesselnder Weise über wichtige Verkehrsfragen. — Anschließend besichtigten die Teilnehmer der Kundgebung eine schöne Ausstellung (im Bahnhaus) von Werken des schwedischen Plastikers Milles, die demnächst auch in zahlreichen anderen deutschen Großstädten gezeigt werden.

Nach dem Frühstück, zu dem der Senat eingeladen hatte, begaben sich die Tagungsteilnehmer mit ihren Damen nach Travemünde zur Besichtigung des Hanseatischen Flughafens. In der Empfangshalle hielt Direktor Mans einen kurzen Vortrag über die mustergültigen Anlagen des kombinierten See- und Landflughafens, seine günstige geographische Lage für den Überseeverkehr nach Ost und West und über den Flugverkehr. „Do. X." werde wahrscheinlich im Frühjahr nach Travemünde kommen, um hier weiter erprobt zu werden. Die Gäste besichtigten dann die Anlagen des Flugplatzes und die zahlreichen Land- und Wasserflugzeuge, darunter auch die großen Wasser-Flugzeuge vom Typ der Romar. Gleichzeitig stieg ein Dornier-Superwal mehrmals zu Rundflügen auf, an denen besonders zahlreich die Damen der von auswärts nach Lübeck gekommenen Kollegen teilnahmen. Kurz nach 5 Uhr wurde im Saale des Hotels „Deutscher Kaiser" der Kaffee eingenommen und gegen 6.30 Uhr begab man sich wieder nach Lübeck, wo im Saale der altberühmten Schiffergesellschaft der Verein Lübecker Presse ein Abendessen gab. Kollege Michael dankte den Lübecker Kollegen hier noch einmal herzlich für den schönen Tag; die Hamburger würden sich im nächsten Frühjahr revanchieren. Dem Essen folgte noch ein Abschiedstrunk in der durch Kerzen festlich erleuchteten historischen Halle der Schiffergesellschaft.

Personalien

Kollege Eduard Klocke in Hannover konnte am 29. September seinen 60. Geburtstag begehen. Einer alten Juristenfamilie entstammend, widmete er sich dem naturwissenschaftlichen Studium, trat dabei aber schon mit Arbeiten und Vorträgen an die Öffentlichkeit und ging dann bald zum Journalismus über. Seine Liebe zur Naturwissenschaft hat er sich aber immer bewahrt, und die Naturhistorische Gesellschaft in Hannover hat ihn deshalb auch immer wieder zum Vorsitzenden der Zoologischen Sektion gewählt. Als Redakteur war Klocke zunächst in Rudolstadt, Apolda und Elberfeld tätig. Im Jahre 1900 ging er während des Boxeraufstandes als Vertrauensmann der akademischen Abteilung des Roten Kreuzes nach Ostasien. Dann kam er nach Japan und wirkte auf Empfehlung der deutschen Gesandtschaft als Lehrer an der japanischen Kriegsakademie. Als der russisch-japanische Krieg dieser Tätigkeit ein Ende bereitete, blieb er als Kriegsberichterstatter der „Frankfurter Zeitung" in Asien. Gegen Ende des Krieges übernahm er die Leitung des vom Ostasiatischen Lloyd in Tientsin gegründeten Tageblattes für Nordchina. Ende 1908 besuchte er zum ersten Male wieder die Heimat, kehrte dann aber nicht nach Asien zurück, sondern verheiratete sich hier und war in Berlin nacheinander im Kolonialverlage von Hermann Walther und bei Reimar Hobbing tätig. Am Weltkrieg nahm er, bereits 45jährig, als Führer eines Zuges freiwilliger Krankenpfleger teil. Nach Rückkehr aus dem Felde wurde er politischer Schriftleiter bei den „Berliner Neuesten Nachrichten" und dann beim „Deutschen Kurier". Als diese Blätter eingingen, ging er nach Hannover und war hier zuerst verantwortlicher politischer Schriftleiter am „Hannoverschen Anzeiger" und dann von 1921 bis 1929 außenpolitischer Ressortleiter am „Hannoverschen Kurier". Am 1. Juli dieses Jahres trat er in den Ruhestand. Wir wünschen dem liebenswürdigen Kollegen, der auch unserer Organisation immer lebhaftes Interesse bekundet hat, noch eine lange Reihe von Jahren in Gesundheit und Frische.

Dr. Karl Ott, dessen Übersiedlung nach Rosenheim am Inn wir in Nr. 41 der „Deutschen Presse" mitteilten, ist nicht beim „Rosenheimer Tageblatt", wie irrtümlich gemeldet, tätig, sondern in die Redaktion des „Rosenheimer Anzeigers" eingetreten.

Hofrat Georg Schneider-Berlin (WTB.) kann am 30. Oktober auf eine 40jährige journalistische Tätigkeit zurückblicken. Georg Schneider wurde 1863 in Berlin geboren und studierte nach erlangtem Abiturium alte Sprachen, Germanistik, Geschichte und Philosophie. Er wandte sich frühzeitig der Journalistik zu und war zunächst von Ende Oktober 1889 ab bei kleineren belletristischen Wochenschriften tätig; später trat er in die Redaktion von „Schorers Familienblatt" ein, der er mehrere Jahre angehörte. Mitglied der Redaktion des WTB. ist Kollege Schneider auch schon über 30 Jahre, nämlich seit 1896. Er gehört noch heute der politischen Redaktion des Unternehmens an und arbeitet u. a. auch in der Parlamentsberichterstattung. In den Jahren 1897 bis 1918 übermittelte Schneider dem WTB. ständig die sogenannten Hofnachrichten und begleitete als Hofberichterstatter den ehemaligen Kaiser auf vielen seiner Reisen im In- und Auslande. Schneider hat sein Interesse neben seiner journalistischen Tätigkeit auch den Berufsorganisationen zugewandt. Er ist langjähriges Mitglied des Reichsverbandes und Vorsitzender des Vereins der Angestellten des WTB.

Viktor Band †. An den Folgen einer schweren Krankheit ist in diesen Tagen der bekannte Berliner Kollege Viktor Band gestorben, der sich vor einigen Jahren nach langjähriger redaktioneller Tätigkeit im Verlag Mosse in den wohlverdienten Ruhestand zurückgezogen hatte. Viktor Band begann bei Mosse im Jahre 1889 als Redakteur der „Berliner Morgenzeitung". Sein besonderes Interesse und seine Begabung für Naturwissenschaften — seine Spezialgebiete waren Botanik und Zoologie — ließen ihn bald als geeigneten Leiter der Wochenbeilage des Berliner Tageblattes „Haus, Hof, Garten" erscheinen, die unter seiner Führung einen großen Aufschwung nahm. Viktor Band ist auch sonst schriftstellerisch hervorgetreten. Zahlreiche Novellen und Gedichte von ihm sind in Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht worden. Die Berliner Kollegenschaft wird dem Verstorbenen, dem sein liebenswürdiges Wesen viele Freunde gewonnen hatte, stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Sir Valentin Chirol, der frühere Korrespondent der „Times" in Berlin, ist soeben in London im Alter von 78 Jahren gestorben. Chirol übernahm, nachdem er aus Gesundheitsrücksichten den Berliner Posten hatte aufgeben müssen, die Leitung der Auslandsredaktion der „Times".

Otto May gestorben. In Cottbus ist nach langem Leiden der frühere langjährige politische Redakteur der „Märkischen Volksstimme", Otto May gestorben. May, der früher Buchdrucker war, gehörte zu den ältesten Redakteuren der sozialdemokratischen Parteipresse. Er begann seine Laufbahn schon 1899 in Erfurt, war nacheinander in Solingen, Braunschweig, Dessau, Bremerhaven und Cottbus tätig und gehörte der Redaktion der „Märkischen Volksstimme" von 1907—1912 und später wieder von 1922 an. Infolge seines schweren Leidens mußte er am 1. März ds. Js. in den Ruhestand treten. Ehre seinem Andenken!

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Inhaltsangabe:

Sterbehilfe oder Sterbekasse? Von Dr. Leo, Königsberg.
Zur Ehrenrettung des Provinzredakteurs. Von Dr. Dyrssen, Stettin.
Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse.
Recht und Presse.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 44 — Berlin, den 2. November 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 30 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 546 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14 488. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Eine unnötige Ehrenrettung.

Von Georg Bernhard.

Im letzten Heft der „Deutschen Presse" hat der Kollege Dr. Karl Dyrssen in langen Ausführungen die Ehre der Provinzredakteure verteidigt. So sehr seine Ausführungen mich interessiert haben, und so erfreut ich über das Temperament und die Warmherzigkeit gewesen bin, mit denen Kollege Dyrssen ein anschauliches Bild von der schweren und verantwortlichen Tätigkeit der Redakteure im Lande draußen gegeben hat, so wenig begreife ich, daß er dieses Opfer an Mühe und Zeit für eine Streitschrift gegen meinen Artikel „Kulissenschieber" in der „Vossischen Zeitung" vom 15. September glaubte bringen zu müssen. Dazu lag gar kein Anlaß vor. Denn nichts hat mir ferner gelegen, als in irgend einer Weise die Arbeit der Kollegen im Reiche herabzusetzen. Und es würde mir ehrlich leid tun, wenn aus meinem Artikel wirklich das herausgelesen werden könnte, wogegen er so streitbar angeht. Alles, was er über die redaktionelle Tätigkeit in der Provinz sagt, habe ich wahrscheinlich nicht so schön, aber oft nicht weniger temperamentvoll in zahlreichen Vorträgen vor allen Berufsschichten an den verschiedensten Orten des Reiches schon selbst ausgeführt. Ich bin zwar des Verbrechens schuldig, mein Leben lang nur in Berlin gearbeitet zu haben. Ich kann nicht einmal die Erbschuld leugnen, sogar in Berlin geboren zu sein. Aber deshalb sind mir die Verhältnisse, unter denen die Kollegen draußen arbeiten, keineswegs fremd. Ich stehe seit dem Jahre 1898 im journalistischen Berufsverbandsleben. Ich bin seit Bestehen des Reichsverbandes Mitglied des Hauptvorstandes. Ich habe in den Jahren nach der Revolution an leitender Stelle die Tarifverhandlungen für Berlin und für die Provinz Brandenburg führen helfen. Kollegen aus allen Kreisen der deutschen Journalistik haben dauernd meinen Rat und meinen Schutz in Anspruch genommen. Selbst wenn ich gar kein theoretisches Interesse für Zeitungstechnik und Zeitungskunde hätte, so würde ich durch meine praktische Arbeit innerhalb des Verbandes so viel Gelegenheit gehabt haben, mich über die Arbeitsverhältnisse im Reiche zu informieren, daß ich ein vollkommener Trottel sein müßte, hätte ich das, was ich auf diese Weise zu hören und zu sehen bekommen habe, nicht zu einem wenigstens einigermaßen richtigen Bilde verarbeitet.

Aus allen diesen Gründen wäre ich nie fähig gewesen, das zu schreiben, was ich geschrieben haben müßte, wenn die Vorwürfe des Kollegen Dyrssen gerechtfertigt sein sollten. Aber vielleicht bin ich ein so schlechter Journalist, daß es mir unmöglich ist, das auch richtig auszudrücken, was ich sagen will. Bis der Artikel des Kollegen Dr. Dyrssen erschienen war, war ich allerdings des Glaubens, mich in meinem Aufsatz sehr klar ausgedrückt zu haben. Ich bin immer geneigt, die Schuld an Irrtümern nicht nur dem anderen zuzuschieben. Und ich will deshalb auch im vorliegenden Falle gern annehmen, daß ich mich nicht so klar ausgedrückt habe, daß auch alle verstehen, worum es mir ging. Aber ganz unverständlich ist es mir, wie Kollege Dr. Dyrssen eine Herabwürdigung der Redakteursarbeit an den kleinen Zeitungen darin sehen konnte, daß ich der Meinung Ausdruck gab, die Redakteure an diesen Zeitungen hätten alle Hände voll damit zu tun, sich um die Ortschronik zu kümmern. Das sollte heißen: Der politische Teil des Blattes wird von der Maternkorrespondenz versorgt. Für die eigentliche geistige Initiativtätigkeit des Redakteurs bleibt der lokale Teil reserviert. Wer wollte bestreiten, daß hier ein großer, interessanter, verantwortungsvoller und sehr mühevoll zu bearbeitender Kreis für die redaktionelle Betätigung übrig bleibt. Daß hier auf diesem engeren Gebiete, das in allen kleinen Städten das Hauptinteresse der Bürger absorbiert, tausend Fäden persönlicher Natur von der Redaktion zu den vielfältigen Lebensinteressen der Gemeinde und der Gemeindebürger laufen, ist so selbstverständlich wie die Tatsache, daß hier ein großer Aufwand von Takt, Geschicklichkeit und Charakter notwendig ist, um diese Aufgaben so zu lösen, wie es dem Ansehen des Journalisten und der Presse frommt. Wie Dr. Dyrssen behaupten kann, ich hätte von dem Provinzredakteur als „kleinem Pintscher" gesprochen, bleibt mir vollkommen unerfindlich. Ich weise solche Auffassung des Provinzredakteurs, aber ich weise auch die Methode, mir solche Auffassung unterzuschieben, auf das allerschärfste zurück.

Ich möchte aber auch nicht haben, daß der Gesichtspunkt, von dem aus ich meinen Artikel schrieb, verschoben wird. Ich möchte nicht haben, daß die von mir eingeleitete Diskussion über die sittlichen Gefahren, die von den Maternkorrespondenzen für das ganze Volk ausgehen, und die schweren Schäden, die die Maternkorrespondenzen für das Ansehen der Presse zur Folge haben, jetzt in einen Zank zwischen Provinzredakteuren und Berliner Redakteuren oder gar in einen Proteststurm gegen den Vorsitzenden des Reichsverbandes umgebogen wird. Die vom Kollegen Dyrssen beanstandete Stelle meines Artikels ist von mir gerade deshalb geschrieben worden, um die Verantwortung für die wüste Schimpfe-

Digitized by Google

rei und für die Methode der persönlichen Verdächtigung und Schmähung, die in erschreckendem Maße in der kleinen Presse Deutschlands überhand nimmt, von der großen Mehrzahl der deutschen Redakteure an kleinen Blättern abzuwälzen. Ich habe darauf hingewiesen, daß die Artikel und Notizen mit solchen Unverantwortlichkeiten den kleinen Zeitungen fix und fertig gematert von den Berliner Zentralen geliefert werden und daß der Redakteur seinen geistigen Einfluß allein auf den lokalen und unpolitischen Teil konzentrieren muß. Ich habe sehr deutlich durchblicken lassen, daß diese Methode der Maternwirtschaft von den Verlagen aus Ersparnisgründen eingeführt wird und daß der schließlich noch übrig bleibende einzige Redakteur eben alle Hände voll damit zu tun hat, um die außerpolitischen Teile zu bewältigen. Es ist aber endlich von mir auch sehr deutlich gesagt worden, daß die vielen Verleumdungen, die zwischen den Zeilen dieser Maternkorrespondenzen enthalten sind, zumeist für den Redakteur selbst dann nicht erkennbar werden, wenn er sich die Zeit nehmen könnte, den Inhalt vor der Drucklegung genau durchzulesen. Es ist ihm außerdem eine Prüfung der Richtigkeit der gematerten Meldungen erst recht nicht möglich.

Sind diese Verhältnisse, so wie ich sie geschildert habe, richtig, oder sind sie falsch? Man wird die Richtigkeit nicht bestreiten können. Selbst wenn der Inhalt der meisten dieser Maternkorrespondenzen ganz anders wäre, als es der Fall ist, müßten sich die Redakteure mit aller Macht gegen die sich durch das Überhandnehmen dieses Systems immer mehr verbreitende Verunselbständigung und Verungeistigung des deutschen Zeitungswesens und der deutschen Redakteurtätigkeit wenden. Abgesehen davon, daß hier eine der Hauptquellen der Arbeitslosigkeit der deutschen Redakteure und der journalistischen Geistesarbeiter überhaupt liegt. Und es wird niemand leugnen wollen, daß dieses System heute schon vielfach so weit gediehen ist, daß man sich ganz unzureichender Kräfte bedient, um Zeitungen herzustellen, die beinahe durchweg auf gematerten Beiträgen beruhen. Ein Zeitungsbesitzer und Verleger kann gewiß auch ein sehr guter Redakteur sein. Aber das System der Vermaterung erlaubt heute schon beinahe jedem Besitzer von Setz- und Druckmaschinen, sich ein Gebilde herzustellen, das äußerlich einer Zeitung ähnlich sieht und mindestens eine gewisse Zeit lang von den Lesern auch dafür genommen wird.

Auch der Kollege Dyrssen spricht von der „großen und in ihrem geistigen und sittlichen Wert gar nicht zu überschätzenden Aufgabe, die der Provinzredakteur zu erfüllen hat.“ Diese Aufgabe sollte im Politischen darin bestehen, die Meinungen der einzelnen Landesteile zu wichtigen Problemen so zum Ausdruck zu bringen, wie es der glücklicherweise lebendigen Verschiedenheit der einzelnen deutschen Volksstämme entspricht. Die Existenz der vielen Zeitungen in Deutschland wird ja gerade damit oft motiviert, daß der Individualismus in Deutschland lebendiger sei als in anderen Ländern. Aber bedeutet es nicht eine offenbare Täuschung des Leserpublikums, das glaubt, die Meinung seines Redakteurs zu hören, wenn ihm gar keine individuelle Provinzmeinung, sondern die Meinung Berliner Zentralstellen vorgesetzt wird, deren letzte politische Zwecke nicht einmal der Redakteur zu durchschauen vermag, der ihre Geistesprodukte zum Druck befördert.

Mit dieser meiner Auffassung steht nun in sehr engem Zusammenhang mein Hinweis auf das „teuere republikanische Anzeigengeld“, das in die Kassen der Verleger derartiger Blätter fließt. Kollege Dyrssen behauptet, ich sei für eine Pressezensur eingetreten, „die eine glatte Terrorisierung der öffentlichen Meinung bedeutet.“ Verehrter Kollege Dyrssen, ich kenne Ihr Alter nicht, ich hoffe in Ihrem Interesse, daß Sie jünger sind als ich. Ich trete seit 33 Jahren in Wort und Schrift für die Freiheit der Presse ein. Aber ich weiß mich eins mit den Besten unseres Berufes, die noch leben und die je gelebt haben, wenn ich eine Freiheit der Presse nur für möglich halte, wenn sie ergänzt wird durch eine starke Selbstdisziplin der Journalisten und durch ein hohes Verantwortungsbewußtsein der Männer der Feder. Ich lasse jede Meinung gelten und verlange, daß der Staat sie respektiert. Und ich würde mich gegen jede Maßregelung von Kreis- und anderen Amtsblättern wenden, wenn sie etwa nach denselben Grundsätzen von republikanischen Behörden vorgenommen würde, wie es im Kaiserreich der Fall war. Ich habe damals hinter die Kulissen geguckt. Ich weiß, daß zahme, nationalliberale Regungen damals bereits mit der Entziehung des Amtsblattcharakters bestraft wurden. Und weil ich es weiß und damals schon verurteilt habe, möchte ich nicht dieselben Prinzipien in der Republik eingeführt haben. Aber wenn Blätter sich nicht bloß dahin gefallen (was ihr gutes Recht ist), scharfe Opposition gegen die Politik der Regierung zu machen, sondern wenn sie schwere Beschimpfungen und Beschuldigungen gegen Minister und Amtspersonen vorbringen, die sie niemals erweisen können, und wenn diese Veröffentlichung von Unflat an einzelnen Stellen zum System erhoben wird, dann kann eine Regierung unmöglich diesem Treiben dadurch Vorschub leisten, daß sie durch Veröffentlichung ihrer amtlichen Anzeigen dem Blatt auch noch den Leserkreis für die Verunglimpfung der Amtspersonen sichert. Ich weiß mich hier von jeder politischen Voreingenommenheit vollkommen frei. Ich würde einer rein deutschnationalen Regierung jede Achtung versagen, wenn sie sich das gefallen lassen würde, was die jetzige Regierung sich an persönlichen Verunglimpfungen von einzelnen Blättern bieten läßt. Und ich habe da, wo mir die Entziehung des Amtscharakters zu Unrecht erfolgt zu sein schien, stets sehr energisch auch meinen eigenen Parteifreunden und den mir politisch nahestehenden Ministern die Meinung gesagt.

Diese Dinge werden aber um so schwerwiegender, wenn es sich bei solchen Beschimpfungen nicht etwa um Temperamentsentgleisungen (bei meinem eigenen Temperament hätte ich dafür sehr viel Verständnis) eines Kollegen handelt, der bei der Vertretung seiner Interessen einen Schritt vom Wege der gebotenen Vorsicht oder selbst des Anstandes abgewichen ist, sondern wenn es sich um den Abdruck kaltblütig vorbereiteter planmäßiger Verächtlichmachung von seiten gewisser Berliner Maternzentralen handelt. Und hier erhebt sich noch ein anderes Problem, auf das ich hingewiesen habe, wovon aber bedauerlicherweise Kollege Dyrssen den Kollegen, die die „Deutsche Presse“ lesen, keine Mitteilung macht. In einer Reihe von Fällen sind die verantwortlichen Redakteure kleiner Blätter wegen solcher Beschimpfungen vor Gericht gezogen worden. Ich halte das für einen Unfug. Denn der Kollege, der im Vertrauen auf eine Maternkorrespondenz, die ihm sein Verleger bezieht, deren Inhalt zum Abdruck gibt, hat gar nicht die Möglichkeit, sich von der Richtigkeit zu überzeugen. Er muß vor Gericht also entweder einen schmählichen Rückzug antreten, oder er wird verurteilt. Frei aus aber gehen die Giftmischer in den Zentralen. Denn die Korrespondenzen fallen beim augenblicklichen Stand der Gesetzgebung nicht unter die Zeitungen und nicht unter den Begriff der periodischen Druckschriften. Es ist sehr schwer, sie verantwortlich zu machen. Sie unterliegen auch nicht dem Berichtigungszwang. Sie haben mithin die Möglichkeit, an Hunderten von Stellen Menschen zu verunglimpfen, die zufällig vielleicht zwei oder drei Zeitungen zu Gesicht bekommen, in denen die Verunglimpfung abgedruckt ist, die aber gar nicht wissen, daß in hundert anderen Zeitungen das gleiche Gift gegen sie auch ausgestreut worden ist. Hier scheint mir ganz dringend eine Änderung der Gesetzgebung notwendig. Zum Schutz des Publikums ganz allgemein, aber auch zum Schutz der Redakteure der kleinen Blätter, die auf diese Weise in der Achtung der Öffentlichkeit erheblich herabgesetzt werden. Bloß weil es dem Verleger sehr billig kommt.

Da dem Kollegen Dyrssen genau soviel wie mir an der gesellschaftlichen Hebung des Redakteurstandes

Digitized by Google

und an der Förderung seines öffentlichen Ansehens gelegen ist, so wird er vielleicht auch Verständnis dafür haben, wenn ich ihn bitte, einmal die ihm ja zugängliche kleine Presse seines engeren Pommerschen Bezirkes daraufhin durchzulesen, was in den letzten Jahren gegen mich persönlich dort an Verdächtigungen, Beschimpfungen und nationaler Diffamierung veröffentlicht worden ist. Ich selbst habe einen breiten Buckel und eine Elefantenhaut. Ich habe mich allmählich gewöhnt, mir gefallen lassen zu müssen, bei Menschen, die mich nicht persönlich kennen, als Vaterlandsverräter und bezahlter Agent ausländischer Mächte zu gelten. Aber ich bin ja seit zwei Jahrzehnten Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Presse und seit ein und einem halben Jahre dessen Vorsitzender. Ich habe mich oft gefragt, ob den Kollegen, die derartige Verdächtigungen gegen meine Person zum Abdruck bringen, niemals der Gedanke gekommen ist, wie die Kennzeichnung des Reichsverbandsvorsitzenden in einem Teil der kleinen Provinzpresse auf die Massen wirken muß. Was kann an einem Berufsstand sein, der einen solchen „Lumpen“ zum Verbandsvorsitzenden hat!

Das „Kanalnetz“ des Reichsverbandes.

Von Heinrich Walter, Kassel.

Bei der Erörterung der Frage, was der Reichsverband für das einzelne Mitglied bedeutet, wird es immer von wesentlicher Bedeutung sein, zu prüfen, wie und mit welcher Stärke die Gedanken und Leistungen des Reichsverbandes an seine Mitglieder herankommen und herangetragen werden und wie diesen Mitgliedern mehr oder minder Gelegenheit zur Mitarbeit geboten wird. Je stärker der Strom ist, der zwischen der Zentrale in Berlin und der Redaktionsstube der kleinsten Provinzzeitung irgend eines entlegenen Winkels in Deutschland hin und wider fließt, desto besser kennt natürlich auch die Zentrale die Wünsche und Nöte jedes Einzelnen und jedes Fernsten in allen Ecken des Reiches, und desto mehr haben auch diese Einzelnen und Fernsten das Bewußtsein, nach ihren Kräften mitarbeiten zu können an dem gemeinsamen Werke.

Der eine große Ideenstrom, der wöchentlich von Berlin aus zu jedem Reichsverbandsmitgliede fließt, ist die „Deutsche Presse“. Aber einem solchen „Zentralorgan“ ist eine selbstverständliche Grenze nach unten gezogen, die neuerdings mit der Rubrik „Zuschriften aus dem Kollegenkreise“ doch auch nur in beschränktem Maße unterschritten werden kann. Anderseits aber wird der oft gehörte Ruf der „Deutschen Presse“ nach Mitarbeit der Kollegen keineswegs überall so befolgt, daß daraus für den Einzelnen das Gefühl erwachsen könnte, selbst mit tätig zu sein am großen, gemeinsamen Werk. So wird, um die von Berlin aus unmögliche Kleinarbeit ausreichend leisten zu können, überall irgendwie versucht werden müssen, neben dem geistigen Hauptstrome und um ihn herum ein möglichst engmaschiges Kanalnetz zu bauen, das schließlich jeden erfaßt und anregend und klärend im Kleinen allmählich hinübergleitet zum Großen. Die Knotenpunkte für dieses Kanalnetz sind allenthalben vorhanden, hier die Landesverbände, dort die Bezirksverbände und Ortsgruppen. Nur die Verbindungskanäle sind nicht überall in gleicher Weise ausgebaut, und dort, wo an die Stelle der vielleicht noch vom Verbandsleben durchfluteten Ortsgruppen nur die ein, zwei und drei Mitglieder der Kleinstadt treten, hört häufig jede auch nur einigermaßen regelmäßige Verbindung auf. Die Hauptversammlungen der Landesverbände können zwar ein- oder zweimal im Jahr für einige, leider längst nicht für alle, zu persönlichem, anregendem Gedankenaustausch führen, und die noch etwas häufigeren Ortsgruppenversammlungen geben Raum zur Aussprache über örtliche Nöte und Wünsche. Darüber hinaus aber ist nur wenig Gelegenheit geboten — dem vereinzelten Mitglied der Klein- und Mittelstädte oft überhaupt nicht mehr — zu gemeinsamer Arbeit, die alle mitschaffend erfaßt.

Einzelne Verbände — wie z. B. Niedersachsen, Hamburg Rheinland-Westfalen usw. — haben diesem offenkundigen Mangel durch eigene kleine Verbandsmitteilungen abgeholfen und damit anscheinend durchweg gute Erfahrungen gemacht. Diese kleinen Verbandsmitteilungen geben zunächst einmal den Landesverbandsvorständen die Möglichkeit, öfter, als es eben durch die Hauptversammlungen geschehen kann, unmittelbar mit jedem einzelnen Mitgliede in engere Fühlung zu kommen, die Mitglieder auch über die Vorgänge aus der Arbeit des Reichs- und Landesverbandes regelmäßig zu unterrichten, für die in der „Deutschen Presse“ kein Platz ist; sie geben aber auch den Bezirks- und Ortsgruppen die Möglichkeit, sich gegenseitig über die Ergebnisse ihrer besonderen Arbeiten zu verständigen, befruchtend auf die Arbeit der anderen einzuwirken, durch derlei Äußerungen die Stellung der einzelnen Teile der Verbände zu wichtigen Fragen zu klären und auch nicht zuletzt die Meinung des einzelnen, der nicht wenigstens einer großen Ortsgruppe angehört, zu vernehmen. Wie solche Auseinandersetzungen gegebenenfalls aus dem Kleinen ins Große hinüberführen können, wodurch sie Nutzen für alle bringen, zeigte erst unlängst der Aufsatz von Dr. Soldat in der „Deutschen Presse“ über die Errichtung einer Sterbekasse, der auf beachtenswerten Darlegungen der „Niedersächsischen Presse“ fußen konnte.

Derartige Verbandsmitteilungen kosten freilich Geld, und nicht jeder Landesverband wird in der Lage sein, ohne große Opferfreudigkeit seiner gesamten Mitglieder diese Mittel aufzubringen, wie auch nicht jeder Landesverband in die glückliche Lage kommen wird, den Etat solcher kleinen Zeitschrift durch einen Anzeigenteil annähernd balancieren zu lassen. Wo also Opferfreudigkeit und Geschäftstüchtigkeit nicht ausreichen, um ein „Kanalnetz“ wie in Niedersachsen, Hamburg, Rheinland-Westfalen usw. zu schaffen, müssen andere Mittel gesucht werden, sofern darin Übereinstimmung bestehen sollte, daß hier eine Lücke zu füllen ist, die hemmend und hindernd die Verbandsarbeit beeinflußt. Es wird vom Landesverband aus mit billigeren Mitteln, also nicht mit regelrecht gedruckten Zeitschriften, eine regelmäßigere Mitteilungsarbeit geleistet werden müssen, und es werden vor allem die Ortsgruppen unter sich dafür zu sorgen haben, daß, etwa durch gegenseitigen Austausch des allgemein interessierenden Teiles der Versammlungsprotokolle, die Ortsgruppen nicht mehr fremd nebeneinander herarbeiten und nichts voneinander wissen. Das alles kann freilich immer nur ein Notbehelf sein, da auf diese Weise die vereinzelt wohnenden Mitglieder solange an dieser Arbeit nicht teilhaben können, wie sie nicht an größere Ortsgruppen irgendwie den Anschluß finden. Das wieder legt den Ortsgruppen die Verpflichtung auf, in ihrem Umkreise ähnlich zu wirken wie der Landesverband von sich aus in seinem größeren Kreise. Je enger das Netz, je lebendiger die Ströme auf und nieder, desto geschlossener die Arbeit, desto größer die Verbandsfreudigkeit, desto unmöglicher die ungesunden unterirdischen Kanäle der Verbandsverdrossenheit!

Digitized by Google

Wieder Zeugniszwang gegen einen Redakteur.

Ein Konflikt zwischen Kieler Justizbehörde und Presse.

Die „Kieler Neuesten Nachrichten" veröffentlichten in ihrer Nr. 237 vom 10. Oktober cr. einen längeren „Der neue Skandal in Kiel" überschriebenen Artikel, der sich mit aufsehenerregenden jahrelangen Schiebungen auf dem Marinesperrdepot Dietrichsdorf bei Kiel beschäftigte und wichtige Einzelheiten zu dieser Angelegenheit mitteilte. Die Kieler Justizbehörden nahmen nun an, daß die Unterlagen zu dem Artikel aus den Gerichtsakten stammten und leiteten ein Disziplinarverfahren gegen Unbekannt ein, in dessen Verlauf ein Mitarbeiter der Zeitung, den die Behörde als Verfasser des Aufsatzes vermutete, als Zeuge geladen wurde. Der Kollege erklärte vor dem vernehmenden Amtsgerichtsrat, daß er als Hilfsredakteur das Redaktionsgeheimnis zu wahren habe, überdies habe ihm die Redaktion die Aussage untersagt. Die Androhung von Zwangsmaßnahmen, wie Geldstrafe und Haft bis zu sechs Monaten, blieb selbstverständlich erfolglos. Der Kollege erklärte sich außerdem für unzuständig und schlug vor, man möge sich an den verantwortlichen Redakteur wenden. Bei einer weiteren Vorladung, die gleichfalls ergebnislos blieb, wurde der Zeuge zur Erzwingung der Aussage zu 50 M. Geldstrafe und zwei Monaten Haft verurteilt unter Gewährung einer Bedenkzeit von einer Woche.

Die Justizpressestelle in Kiel behauptet zu der Angelegenheit, daß der betreffende Mitarbeiter sich als Verfasser des fraglichen Artikels bekannt habe, so daß ein gesetzlicher Grund zur Zeugnisverweigerung nicht bestehe. Inzwischen erhielt der Kollege bereits eine Aufforderung zum Antritt der Strafe innerhalb einer Woche bei Vermeidung des Haftbefehls. Die „Kieler Neuesten Nachrichten" legten ihrerseits gegen den erwähnten Gerichtsbeschluß Beschwerde ein mit dem weiteren Antrag, die Vollstreckung der Strafe bis zur Erledigung des Beschwerdeverfahrens auszusetzen. Diesem letzteren Antrag ist inzwischen entsprochen worden.

*

Die Angelegenheit hat inzwischen weitere Kreise gezogen. Abgesehen von den bekannt gewordenen Äußerungen aus Kieler Bürgerkreisen, die ihrer Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß das Verhalten der Kieler Justizbehörden den Anschein erwecke, als habe sie an der völligen Aufklärung des Falles kein großes Interesse, und den einhelligen Protestkundgebungen in der deutschen Presse aller politischen Schattierungen ist beim Preußischen Staatsministerium eine kleine Anfrage des Abgeordneten Howe (Dn. V.-P.) eingegangen, in der es u. a. heißt:

1. Billigt das Staatsministerium,
   a) daß eine Behörde auf die bloße „Vermutung" hin, ein Beamter „könnte" sich eines Dienstvergehens schuldig gemacht haben, kurzerhand ein Verfahren gegen „Unbekannt" einleitet und in der Disziplinar-Ermittlungssache Personen als „Zeugen" ladet, die nicht Organe der Behörde sind,
   b) daß gegen den Redakteur in einer Sache, die, wenn sie die Justizbehörde überhaupt berührt, eine innere Sache der „Behörde" ist, der Versuch unternommen worden ist, sein Redaktionsgeheimnis preiszugeben und ihn durch die Foltermethode der Zeugniszwangshaft zur Zeugenaussage zu zwingen?

*

Ein Protest der Berufsorganisation.

Der Landesverband Schleswig-Holstein im Reichsverband der deutschen Presse hat zu der Angelegenheit mit folgender Erklärung Stellung genommen:

Der Landesverband Schleswig-Holstein im Reichsverband der deutschen Presse spricht seine Entrüstung darüber aus, daß die Kieler Justizbehörde versucht, einen Kieler Journalisten durch Drohung mit Zwangsmaßnahmen zu veranlassen, seine berufliche Verpflichtung zur Wahrung des Redaktionsgeheimnisses zu brechen. Gegen die Anwendung dieses geistigen Folterssystems, das sich mit modernen Rechtsanschauungen nicht verträgt, erhebt der Landesverband den allerschärfsten Protest.

Wir schließen uns selbstverständlich diesem Protest vollinhaltlich an und geben gleichfalls unserem Befremden und unserer Entrüstung darüber Ausdruck, daß die Kieler Justizbehörde den Versuch macht, einen Bruch des Redaktionsgeheimnisses von einem Journalisten zu erzwingen und ihn so zur Verletzung seiner Berufsehre zu veranlassen. Der Kieler Fall zeigt jedoch von neuem, wie unzureichend die Strafprozeßnovelle von 1926 den Zweck erfüllt, die Presse gegen solche mittelalterlichen Zwangsmaßnahmen zu schützen. Es muß das grundsätzliche Recht der Presse anerkannt werden, das Redaktionsgeheimnis zu wahren, das sie nicht verletzen kann, ohne gegen ihre eigene Ehre zu verstoßen, und es müssen endlich völlig eindeutige Bestimmungen des Inhalts erlassen werden, daß der Redakteur auch im Disziplinarverfahren sein Zeugnis verweigern und nicht zum Bruch des Redaktionsgeheimnisses gezwungen werden kann. Der Reichsverband der deutschen Presse wird wie bisher dahin wirken, daß so bald als möglich mit dem Zeugniszwangsverfahren endgültig Schluß gemacht wird.

*

Gegenwärtiger gesetzlicher Stand der Frage des Zeugniszwangs.

Anläßlich des Kieler Falles wird uns von unterrichteter Seite u. a. folgendes über den gegenwärtigen Stand der Frage des Zeugniszwangs gegen Redakteure mitgeteilt:

„In der (schon weiter oben angezogenen) Novelle zur Strafprozeßordnung vom 27. Dezember 1926 ist den Bestimmungen über das Recht zur Zeugnisverweigerung hinzugefügt worden, daß auch Redakteure, Verleger und Drucker einer periodischen Druckschrift sowie die bei der technischen Herstellung der Druckschrift beschäftigten Personen ihr Zeugnis verweigern können über die Person des Verfassers oder Einsenders einer Veröffentlichung strafbaren Inhalts, wenn ein Redakteur der Druckschrift bestraft ist oder seiner Bestrafung kein rechtliches Hindernis entgegensteht. Damit ist die Frage für Strafrechtsverfahren zugunsten der Redakteure usw. geregelt, aber die Strafprozeßordnung bezieht sich nur auf das kriminelle Strafverfahren, und davon ist das Disziplinarrecht zu unterscheiden. Der Reichstag war sich damals klar darüber, daß die Strafprozeßordnung nur auf das kriminelle Strafverfahren abgestellt sein kann und hat deshalb bei der Verabschiedung der Novelle eine Entschließung angenommen, wonach die Reichsregierung dahin wirken sollte, daß in der Disziplinargesetzgebung derselbe Gedanke verwirklicht werde. Bei der Disziplinargesetzgebung muß man zwischen den Beamten des Reichs und den Länderbeamten unterscheiden. In dem Entwurf der Reichsdienststrafordnung ist eine entsprechende Bestimmung über die Einschränkung des Zeugniszwangs für Redakteure usw. gegeben, für die Länder liegt aber diese Gesetzgebung durchaus bei den Ländern selbst. Das Reich kann zwar Grundsätze auch für die Landesgesetzgebung aufstellen, aber es ist in dieser Frage noch kein Gebrauch davon gemacht worden; das wird erst bei der Verabschiedung der Reichsdienststrafordnung geschehen können. Das Reich hat also in dem Kieler Fall nicht die Möglichkeit einer Einwirkung."

Es besteht demnach durchaus die Möglichkeit, daß der Reichstag bei der Verabschiedung der Reichsdienststrafordnung beschließt, daß auch die Landesgesetze in Disziplinarsachen Zeugniszwang gegen die Presse ausschließen. Hoffentlich wird der Reichstag nicht darauf verzichten und — der Reichsrat nicht versuchen, dem Reichstag bei solch nützlichem Beginnen in den Arm zu fallen!

Digitized by Google

„Ein schwerer Verleger-Angriff gegen die deutschen Redakteure".

Die „Deutsche Presse" hat in Nr. 34 unter der obigen Überschrift gegen einen Aufsatz von Kommerzienrat Dr. A. Neven DuMont im „Zeitungs-Verlag" (Sondernummer Weltmacht Reklame) Stellung nehmen müssen, weil darin gesagt war: Vor Jahren habe die Regierung die Verleger gezwungen, eine Versorgungs-Anstalt für die Redakteure zu gründen, damit diese vor der Versuchung bewahrt blieben, Notizen, die kein öffentliches Interesse besäßen, in den Textteil aufzunehmen.

Wir stellen nunmehr fest, daß Kommerzienrat Dr. Neven DuMont in der nächsten Nummer des „Zeitungs-Verlags" seinen Irrtum grundsätzlich zugestanden hat. Ein sinnstörender Druckfehler, der sich in der Druckerei des „Zeitungs-Verlags" in Liegnitz in diese Berichtigung eingeschlichen hatte, ist in Nr. 43 des Zeitungs-Verlags vom 26. Oktober bereinigt worden. Demnach hat sich Kommerzienrat Dr. Neven DuMont folgendermaßen berichtigt:

„Um dem Vorwurf von vornherein die Spitze abzubrechen, erkläre ich: das Vertrags- und Versicherungswerk ist nicht unter dem Druck der Regierung, sondern aus freiwilligem Entschluß von den deutschen Verlegern und Redakteuren geschaffen worden, um den Redakteuren eine sichere Versorgung für Invalidität und Alter zu geben. Ich weiß wohl, daß die Allgemeinheit der deutschen Redakteure nicht davor geschützt zu werden braucht, Unrecht zu tun. Der Gedanke, daß schlecht bezahlte Redakteure leichter Versuchungen unterliegen könnten, hat darum bei der Errichtung des Vertragswerkes nur eine nebensächliche Rolle gespielt. Ich wollte niemals die Ehre der deutschen Redakteure angreifen und bedaure, wenn die Fassung des Aufsatzes mich in einen falschen Verdacht brachte."

Von dieser Erklärung des Herrn Dr. Neven DuMont nehmen wir mit Befriedigung Kenntnis.

Regierung und Amtsblätter.

Die Richtlinien der Reichs- und Preußen-Regierung.

Die Reichsregierung und die Preußische Staatsregierung haben, wie schon in Nr. 38 der „Deutschen Presse" mitgeteilt, im September d. J. eine einschneidende Änderung ihrer Stellungnahme gegenüber den oppositionellen Kreis- und Amtsblättern bekundet, dadurch, daß sie im beiderseitigen Einvernehmen Richtlinien für die Auswahl von Zeitungen zur Bekanntgabe amtlicher Veröffentlichungen aufstellten. Wie der amtliche Preußische Pressedienst kürzlich ergänzend mitteilte, gelten diese Richtlinien auf Grund des Beschlusses des Preußischen Staatsministeriums mit sofortiger Wirkung auch für sämtliche preußischen Behörden und Dienststellen. In den Richtlinien heißt es u. a.:

> Bei der Auswahl der Zeitungen ist ohne Rücksicht auf ihre politische Richtung zu verfahren und auch der Anschein zu vermeiden, als ob Zeitungen einer bestimmten politischen Richtung wegen dieser Richtung bevorzugt oder ausschließlich berücksichtigt würden. Wo auch heute ausschließlich oder vornehmlich Zeitungen einer politischen Richtung zur Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen herangezogen werden, ist dieser Zustand alsbald durch eine anderweitige Regelung zu ersetzen. Für Polizeiverordnungen usw., die in anderen als amtlichen Blättern veröffentlicht werden, ist für jeden Ort oder jeden Verwaltungsbezirk immer nur eine Zeitung als amtliches Publikationsorgan auszuwählen und zu bestimmen. Ausgeschlossen von der Benutzung für amtliche Veröffentlichungen sind Zeitungen, die planmäßig die Verfassung oder verfassungsmäßige Einrichtungen beschimpfen oder verächtlich zu machen suchen oder die über den Rahmen sachlicher Kritik hinaus die verfassungsmäßige Regierung, ihre Behörden und Amtshandlungen zum Zwecke der Untergrabung der bestehenden Staatsform planmäßig mit unsachlichen und insbesondere wahrheitswidrigen Mitteln bekämpfen. Soweit mit solchen Zeitungen vertragliche Bindungen bestehen, sind diese ehestens zu lösen.

Da die Auslegung der Richtlinien in diesen politisch bewegten Zeiten sehr leicht zu Komplikationen führen kann und auch schon geführt hat, und die große Gefahr besteht, daß sie durch die Tätigkeit nachgeordneter Stellen praktisch eine Einschränkung und Verkümmerung der Pressefreiheit nach sich ziehen, hat die Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse sich veranlaßt gesehen, sich in ihrer letzten Vorstandssitzung mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Weitere Verhandlungen sind für die nächste Präsidialsitzung der RAG. vorgesehen.

Fürst Bülow über Presse und Regierung.

Anläßlich des Todes des Fürsten Bülow erinnert die „Kölnische Zeitung" an eine Äußerung des Fürsten auf ein Glückwunschschreiben, das der Klub deutscher Pressevertreter im Mai 1928 aus Anlaß des 80. Geburtstages an den Fürsten gerichtet hatte. In diesem Dankschreiben hat sich Fürst Bülow über die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Presse in folgenden interessanten Wendungen geäußert:

„Ich habe aus meiner Überzeugung, daß eine enge und rege Fühlungnahme zwischen der öffentlichen Meinung eines Landes und dessen Regierung nicht nur von gemeinsamem Nutzen, sondern geradezu eine staatliche Notwendigkeit ist, nie einen Hehl gemacht. In diesem Sinne habe ich mich auf dem großen Internationalen Pressekongreß in Berlin ausgesprochen, und in demselben Sinne habe ich praktisch allzeit im stillen zu wirken versucht. — Es geht nicht an, daß zwischen denen, die die Geschicke eines Landes leiten und zwischen denen, die in weitesten Volkskreisen das Verstehen der Maßnahmen des Staates und das Verständnis für deren Notwendigkeit Tag für Tag zu vermitteln berufen sind, eine Scheidewand des Mißtrauens oder gar des Übelwollens besteht. Die Kritik, der die öffentliche Meinung die Politik und die gesetzgeberischen Maßnahmen unterstellt, wird um so sachlicher und darum fruchtbarer sich gestalten, je mehr die Presse als Vertreterin der öffentlichen Meinung in der Lage ist, sich über die Maßnahmen der leitenden Staatsmänner durch rege, vertrauensvolle gegenseitige Fühlungnahme zu vergewissern und auf dem laufenden zu halten."

Justizrat Klütz und die Zeitungsschreiber.

Zu dem in Nr. 42 der „Deutschen Presse" veröffentlichten Artikel „Justizrat Klütz und die Zeitungsschreiber" wird uns ergänzend noch mitgeteilt, daß der Anlaß der Klützschen Auslassungen ein Prozeß war, den Dr. W. Bloem gegen Feuilleton-Schriftleiter Niehaus der „Pommerschen Tagespost" anstrengte, weil er sich durch einen kritischen Artikel Niehaus' über seine letzten Bücher beleidigt fühlte. In dem Termin vom 11. Oktober erfolgte Niehaus' Freisprechung.

Recht und Presse

Journalisten und Gerichtsberichterstattung.

Ein befremdender Freispruch.

In Nr. 37 der „Deutschen Presse" vom 14. September gaben wir einen Bericht wieder über eine Verhandlung vor dem Erweiterten Schöffengericht Münster, die sich gegen den früher in Münster als Gerichtsberichterstatter tätigen Hans Becker richtete. Ein Gutsbesitzer aus Münsters näherer Umgegend, dessen Ehefrau sowie dessen Knecht hatten sich, wie kurz wiederholt sei, im April d. J. vor dem Amtsgericht zu verantworten wegen Lieferung verschmutzter Milch. Die Eheleute wurden freigesprochen, während der Knecht zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. (Inzwischen hat auch er in der Berufungsinstanz einen Freispruch erzielt.) In dem ersten Gerichtstermin war Becker allein als Berichterstatter anwesend. Nach der Verhandlung setzte er sich mit den Eheleuten in Verbindung. Da telephonisch eine Verständigung nicht erzielt wurde, suchte er das Besitztum mit einer Autotaxe

Digitized by Google

auf. Er stellte den Leuten vor, daß es für sie doch unangenehm nach außen hin sein würde, wenn über die Gerichtsverhandlung in den Zeitungen berichtet wurde, „da immer etwas hängen bliebe“. Das könne unterbleiben, wenn der Besitzer bereit sein würde, angeblich für seine Mitarbeiter eine Entschädigung von 15 Mark zu geben neben Ersatz der Fahrtkosten von 8,50 Mark für das Auto. Der Landwirt kannte Becker überhaupt nicht und lehnte es ab, ihm eine Entschädigung zu gewähren.

Die ganze Angelegenheit kam zur Kenntnis des Presse-vereins Münster, der im Interesse der Reinhaltung des Journalistenstandes Anzeige erstattete. Das Schöffengericht hielt nicht die Tatbestandsmerkmale des versuchten Betruges für gegeben, verurteilte den Angeklagten dagegen wegen versuchter Erpressung zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat.

Gegen dieses Urteil legte Becker Berufung ein, die kürzlich vor der Großen Strafkammer in Münster verhandelt wurde. Der Angeklagte machte geltend, daß er nicht aus sich, sondern auf Ansuchen eines Dritten, dessen Namen er nicht nennen möchte, an den Landwirt herangetreten sei, nicht um für sich eine Vergütung zu erlangen, sondern nur für seine Mitarbeiter für den Ausfall, den sie durch Nichterscheinen des Zeitungsberichtes über die erste Verhandlung hätten, Er habe dem Landwirt anheimgestellt, Geld zu geben, keineswegs gedroht.

Ein in der zweiten Instanz kurz vernommener Gutachter erklärte, daß B. die Pflicht gehabt hätte, den fraglichen Bericht seiner Zeitung, für die er arbeitete, mit den Namen vorzulegen.

Der Staatsanwalt sprach sich dahin aus, daß die Verhandlungen des Angeklagten mit den Eheleuten nur bezweckten, ihnen klar zu machen, wie unangenehm es sei, wenn etwas über den Termin in die Zeitung komme. Wenn kein Geld gegeben würde, gelangte der Bericht wahrscheinlich zur Veröffentlichung. Die Strafe des Vorderrichters sei aber etwas hoch, deshalb beantrage er eine Geldstrafe von 200 Mark.

Nach längerer Beratung erkannte die Große Strafkammer dahin, daß auf die Berufung des Angeklagten das angefochtene Urteil aufgehoben und B. freigesprochen wird. Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last.

In der

Begründung des Urteils

führte Landgerichtsdirektor Langes u. a. aus:

„Das Gericht hat Bedenken getragen, in der Handlungsweise des Angeklagten eine versuchte Erpressung oder einen versuchten Betrug zu erblicken. Ein Betrug kommt nicht in Frage aus den Gründen des ersten Richters. Aber auch eine versuchte Erpressung ist nicht als vorliegend angesehen worden. Der Angeklagte ist, was er unwiderlegt behauptet, von dritter Seite darauf aufmerksam gemacht worden, daß es für den Zeugen Landwirt A. unangenehm sein könnte, wenn das entsprechende Urteil in seinem wesentlichen Inhalte in der Zeitung publiziert würde. Dieses Urteil war für den Zeugen nicht ein belangloses. Der Zeuge erklärt, gedroht habe der Angeklagte nicht. Gewalt wandte er selbstverständlich auch nicht an. Man kann drohen, ohne daß man Drohworte gebraucht. Schon in der Darstellung und Hervorkehrung von Ergebnissen und zukünftigen Tatsachen kann eine Drohung liegen. In diesem Falle drohte der Angeklagte nicht, wenigstens hat die Beweisaufnahme nichts ergeben, sondern er hat mit dem Zeugen paktiert. Er wollte einen Vergleich zustande bringen und dafür sorgen, daß sein Name aus dem Zeitungsbericht blieb und die Mitarbeiter für die Nichtveröffentlichung entschädigt würden. Das Gericht ist der Überzeugung, daß der Angeklagte nicht das Bewußtsein hatte, und auch vielleicht nicht die Absicht, auf die Willensbestimmung des Zeugen einzuwirken, dessen Willen unfrei und durch Anspielungen auf die Veröffentlichung gefügig zu machen für eine Entschädigung. Das Gericht ist der Auffassung, daß der Angeklagte gehandelt hat im Interesse des Zeugen, was er in diesem Falle als Zeitungsreporter nicht tun durfte, indem er sich mit dem Zeugen in Verbindung setzte, um das Geld, was ihm sonst durch die erschienenen Berichte zugeflossen wäre, von dieser Seite zu bekommen und die Veröffentlichung verhindern wollte zugunsten des X. Das Reichsgericht sagt: „Soll die Nötigungshandlung, insbesondere die hier vornehmlich in Frage kommende Drohung nach dem Willen des Täters nicht als Mittel dienen, einen Zwang auf die Willensentschließung derart auszuüben, daß diese zu einer unfreien wird, ihm nicht den fremden Willen aufdrängen, soll vielmehr dem andern die Freiheit seiner Entschließung gewahrt werden und der Hinweis auf etwa kommende Nachteile dazu dienen, eine vernünftige und allseitige Abwendung der Umstände zu ermöglichen und ihm die eigene Überzeugung von der Notwendigkeit eines bestimmten Handelns beizubringen, so liegt hierin selbst dann keine Abnötigung, wenn dieses Handeln gewünscht und die Erwägung in der Erwartung angeregt wurde, daß sie zu dem gewollten Handeln führen werde. Solchenfalls macht dann selbstverständlich auch nicht der Hinweis auf die Folgen eines im übrigen verkehrsfremden Handelns dieses zu einem Mittel der Erpressung.“ Diese Erklärung des Reichsgerichts trifft auf den vorliegenden Fall zu. Nach der Bekundung des Zeugen hat der Angeklagte nicht gedroht, er wollte auch nicht den größeren Gutsbesitzer ausbeuten. Er hat nicht die Notlage, in der nach der Ansicht des Angeklagten sich der Zeuge befand, ausnutzen wollen, sondern zu den Vermögensverhältnissen des Zeugen ist das, was der Angeklagte forderte, ein so winziger Teil, daß man auch nicht annehmen kann, daß B. von Anfang an eine Erpressung im Auge gehabt hat. Deshalb war er freizusprechen.

* * *

Die Angelegenheit, um die es sich in dem vorliegenden Falle handelt, ist von so prinzipieller Bedeutung, daß wir es nicht umgehen können, zu dem Freispruch und der Begründung einiges zu sagen. Die Stellung, die das Gericht hier eingenommen hat, ist nicht in Einklang zu bringen mit den Auffassungen der Presse. Der Urteilsspruch schützt nicht nur nicht die Ehre und das Ansehen der Presse, sondern öffnet jeder Entgleisung unerwünschter Elemente, die sich in den Gerichtsberichterstatterdienst und überhaupt in den Nachrichtendienst hineindrängen, Tür und Tor. Es ist nach journalistischen Begriffen unehrenhaft, wenn ein Gerichtsberichterstatter auf Ersuchen Verurteilter oder ihrer Vertreter die Berichterstattung gegen Vergütung unterläßt oder sogar an die Beklagten herantritt und sie zu veranlassen sucht, eine Vergütung für die Unterlassung des Berichts zu zahlen. Dieses „Herantreten“ ist in der deutschen Presse stets als Erpressung betrachtet worden, und das Gericht in erster Instanz hat den vorliegenden Fall ebenso angesehen und demgemäß das Urteil gesprochen. Der Berichterstatter Becker hat in der Berufungsverhandlung sich nicht geschämt, anzugeben, er habe schon sehr häufig Vergütungen angenommen, die ihm auch von Rechtsanwälten angeboten seien. Er habe ein selbständiges Korrespondenzbüro und halte sich für berechtigt, Vergütungen anzunehmen. Das sei auch in der gesamten deutschen Presse üblich. Im übrigen sei er von einem Bekannten, dessen Namen er nicht nennen wollte, gebeten worden, auf die Zeitungen einzuwirken, den Bericht zu unterdrücken. Die Berufungsinstanz hat angenommen, daß Becker keine Drohung gegen den Gutsbesitzer ausgestoßen hat und daß es zu einer Art Abkommen zwischen ihm und dem Gutsbesitzer gekommen sei, Becker habe nicht das Bewußtsein gehabt, auf die Willensbestimmung des Landwirts einzuwirken. Nach der Aussage des Sachverständigen in erster Instanz ist Becker von der Redaktion der von ihm bedienten Zeitung früher verschiedentlich auf das Unlautere und die Strafbarkeit einer solchen Handlung aufmerksam gemacht worden.

Mag dem nun sein, wie es will, das Reichsgericht hat in einem früheren Urteil entschieden, daß ein Reporter, der einer Zeitung gegen Honorar Gerichtsberichte liefert, sich der Erpressung schuldig macht, wenn er sich von dem Betroffenen Geld dafür geben läßt, daß er einen Bericht nicht erstattet. Die Drohung braucht keineswegs darin zu bestehen, daß eine unberechtigte Handlung in Aussicht gestellt wird, vielmehr gehört nach juristischer Auffassung dazu das Inaussichtstellen eines Übels, wenn der Täter sich bewußt ist, daß hiermit auf die Willensentschließung des Betroffenen eingewirkt wird. Gleichgültig ist auch, ob es dem Willen des Bedrohten entsprochen hat, daß die angekündigte Berichterstattung unterbliebe. Die Drohung liegt allein schon in dem Anerbieten, gegen ein bestimmtes Entgelt von der Berichterstattung Abstand zu nehmen, denn in diesem Anerbieten liegt zugleich die Ankündigung, daß der Bericht erscheinen wird, falls das Geld nicht bezahlt ist. Dieses Verhalten ist zweifellos geeignet, auf die Willensentschließung des Betroffenen einzuwirken. Das Berufungsgericht hat leider auf die Vernehmung der als Sachverständige geladenen beiden Redakteure verzichtet, die in der ersten Verhandlung die Sachlage in der erforderlichen Klarheit dargestellt hatten.

Da in der Öffentlichkeit falsche Eindrücke entstehen könnten, erscheint es notwendig, klar und deutlich zu diesem unmöglichen Freispruch Stellung zu nehmen. Es mag sein, daß

Digitized by Google

das Gericht nach den Buchstaben des Gesetzes nicht anders handeln konnte. Für die Presse gibt es kein Übereinkommen mit Verurteilten und Angeklagten, die Berichterstattung gegen Entgelt zu unterlassen. Es ist auch ganz gleichgültig, ob es sich um eine belanglose oder nicht belanglose Angelegenheit handelt. Die Entscheidung über die Aufnahme eines Berichtes treffen die Redaktionen, und vom journalistischen Standpunkt aus ist es, um es nochmals zu betonen, gleich verwerflich, ob eine Vergütung freiwillig oder mit leisem Druck gewährt wird. Daß ein Gerichtsberichterstatter niemals mit einer offenen Drohung vorgeht, ist bei seiner Routine in juristischen Dingen selbstverständlich. Für die Presse heißt es hier, jeder Bestechungsmöglichkeit einen Riegel vorzuschieben. Ist das auf gerichtlichem Wege nicht möglich, so wird die Presse sich selbst schützen müssen. Sie wird ihr besonderes Augenmerk auf die mit der Gerichtsberichterstattung beauftragten Persönlichkeiten richten müssen, um zu verhindern, daß sich hier Elemente eindrängen, deren Ehrbegriffe mit den journalistischen Auffassungen nicht im Einklang stehen.

Fachrundschau

Zeitungskunde und Zeitungswissenschaft.

Das Heidelberger Zeitungsinstitut. Der Studienplan des Instituts für Zeitungswesen an der Universität Heidelberg bringt für das Wintersemester 29/30 u. a. folgende Vorlesungen: Prof. von Eckardt: „Publizistik und öffentliche Meinung", „Weltwirtschaft und Imperialismus", „Probleme der Sozialpolitik". Chefred. A. Scheel: „Probleme und Geschichte des Zeitungswesens", Verleger Dr. h. c. Waldkirch: „Struktur und Aufgabenbereich der deutschen Zeitung", Dr. Karl Mannheim: „Soziologie der öffentlichen Meinung und Presse". An Übungen finden im Institut folgende statt: Prof. von Eckardt: „Die deutschen Parteien und ihre Presse", Chefred. A. Scheel: „Redaktionsführung", Dr. h. c. Waldkirch: „Praktische Zeitungskunde", Prof. Dochow: „Presserechtspraktikum", Dr. Fluch: „Betriebswirtschaft im Zeitungsgewerbe", „Die Presse der Arbeiter und Bauern", Dr. Karl Mannheim: „Soziologie der öffentlichen Meinung und Presse".

Im zeitungswissenschaftlichen Kolloquium werden zwei Themen behandelt: „Wirtschaft und Presse" (Wirtschaftsberichterstattung und Wirtschaftspolitik, Arbeiterpresse, Fach- und Weltpresse der Industrie) und „Kultur und Presse" (Presse und Gesellschaft, Presse und Kunst). Einzelvorträge haben übernommen: Dr. Steinberg, Pressestelle Eisen, Düsseldorf; Dr. Feiler, Frankfurter Zeitung; Funk, Berliner Börsenzeitung; Dr. Naphtali, Prof. Dr. Schmidt-Basel, Dr. Schumacher, Stuttgart, Professor Dr. Brauer, Köln, Prof. Dr. Riebensahm, Technische Hochschule Berlin-Charlottenburg, Prof. Dr. Rosenstock-Hüssy, Breslau, Pater Przywara, Ernst Gläser, Dr. Fritz Klatt. Außerdem wird eine Reihe öffentlicher Vorträge stattfinden.

Gründung eines Pommerschen Instituts für Buchdruck und Zeitungswesen. In Stettin fand kürzlich eine Sitzung statt, in der über die Verwirklichung der bestehenden Pläne zur wissenschaftlichen Erforschung des Druckwesens in Pommern mit besonderer Betonung der Zeitungsgeschichte durch Gründung eines eigenen Instituts für Pommersches Buchdruck- und Zeitungswesen beraten wurde. An der Sitzung nahmen der Rektor der Universität Greifswald, Professor Dr. Höhne, sowie andere Vertreter des pommerschen Geisteslebens teil. Es wurde einstimmig beschlossen, die Arbeiten für die Verwirklichung des Instituts sofort in Angriff zu nehmen. Zunächst soll durch eine umfassende Materialsammlung die Geschichte des pommerschen Zeitungs- und Druckwesens erfaßt werden. Als Sitz des Instituts ist die Stadt Stettin bestimmt. Die Materialsammlung stützt sich hauptsächlich auf die Bestände der Universität Greifswald. Unter Zustimmung von Vertretern der Arbeitsgemeinschaft der Pommerschen Presse wurde schließlich ein erweiterter Arbeitsausschuß gewählt, der seinen Arbeitsplan der Öffentlichkeit in wenigen Wochen vorlegen wird. Dem Ausschuß gehören folgende Persönlichkeiten an: Dr. Dr. Bake (Pyritz), Geheimrat Dr. Wehrmann (Stargard), Prof. D. Dr. Luther (Greifswald), Verlagsdirektor Buschmann (Stettin), Chefredakteur Dr. Dyrssen (Stettin), Un.-Bibl. Dr. Deutsch (Greifswald), Magistratsrat Balduin Möllhausen (Stettin), Landeshauptmann v. Zitzewitz und Direktor Dr. Gottstein.

Der neue Lektor für Zeitungskunde an der Universität Münster. Der Redakteur Dr. Heinz Bause wurde zum Lektor für Zeitungskunde an der Universität Münster ernannt. Ihm wurde auch die Leitung des dortigen Instituts für Zeitungswesen übertragen.

Personalien

Paul Lindenberg 70 Jahre.

„Rast' ich, so rost' ich", darf dieser vielseitige Schriftsteller sagen, der am 11. November seinen 70. Geburtstag begeht und auf ein reichbewegtes, inhaltvolles Leben zurückblicken kann. In Berlin geboren, veröffentlichte er schon als Gymnasiast im Jul. Bagelschen Verlage seine ersten Erzählungen und hegte von Jugend auf den Wunsch, sich dem literarischen Beruf zu widmen. Seine zwölfjährige redaktionelle Tätigkeit an Julius Rodenbergs „Deutscher Rundschau" brachte ihn schon früh in nahen persönlichen Verkehr zu einer großen Zahl unserer hervorragendsten Schriftsteller, Gelehrten und schaffenden Künstler.

Die wöchentlichen „Berliner Stimmungsbilder" Lindenbergs während dreier Jahrzehnte und seine sonstigen feuilletonistischen Berichte ließen ihn an zahlreichen denkwürdigen und weltgeschichtlichen Ereignissen teilnehmen, wobei ihm gute Beziehungen und glückliche Zufälle manch journalistischen „Treffer" ermöglichten. So stand er am zweiten Morgen nach dem Tode des alten Kaisers an dessen Sterbebett, nahm, trotz strengster Absperrung, am Begräbnis Kaiser Friedrichs teil, weilte mehrmals beim Fürsten Bismarck in Friedrichsruh, beglückwünschte Feldmarschall Moltke zu seinem achtzigsten Geburtstage, sandte die erste Nachricht über das Hinscheiden Kaiser Alexanders III. aus St. Petersburg nach Deutschland und war ein Jahr darauf Zeuge der glänzenden Kaiserkrönung in Moskau, nicht nur die rauschenden Feste, sondern auch die Tragödie auf dem Kodinkafeld miterlebend. Mit freudiger Hingebung beschäftigte er sich mit der Geschichte und Beschreibung seiner Vaterstadt, wovon zehn Bändchen bei Reclam und größere Veröffentlichungen, wie „Berlin in Wort und Bild" und „Berliner Pflaster", künden, die seinen literarischen Ruf befestigten. Ein einjähriger Aufenthalt in Paris und London, der reiche literarische Früchte trug, ließ ihn das ungehinderte Schaffen besonders schätzen, und er begann zu „wandern", durch ganz Europa, durch Algier, Tunis, Marokko, Klein-Asien, erlebte auch an der albanesisch-türkischen Grenze den blutigen Aufstand der Albanesen.

Eine einjährige Reise um die Erde, von der Berichte fortlaufend in über hundert Tageszeitungen erschienen und dann vertieft als zweibändiges Werk: „Um die Erde in Wort und Bild" herauskamen, schloß sich an. Auch diese Reise brachte ihm einzigartige journalistische Erlebnisse. Weitere große und hochinteressante Fahrten folgten, namentlich durch die Balkanländer, durch Anatolien, Syrien, Palästina, Ägypten, die Mittelmeerländer, Vereinigte Staaten, und stets fanden sie ihren Niederschlag in frischen Berichten von unterwegs und zusammenhängenden Schriften wie gern gelesenen Jugenderzählungen. Daneben wurde beobachtet, verglichen, geschrieben, was die Erde in friedlichem Wettbewerb der Völker auf großen Ausstellungen bot: 1887 und 1900 Paris, 1897 und 1910 Brüssel, 1898 Stockholm, 1904 St. Louis, 1905 Lüttich, 1906 Bukarest, neben ähnlichen Veranstaltungen innerhalb der deutschen Grenzen. Ein längerer Aufenthalt am Genfer See zeitigte den ersten Roman, dem sich zwei weitere anschlossen, alle voll reicher Gestaltungskraft und lebhafter Phantasie.

Beim Kriegsausbruch wurde Paul Lindenberg Kriegsberichterstatter beim Ostheere und dadurch dem Armee-Oberkommando Hindenburgs zugeteilt; er konnte als erster zehn Stunden vor der amtlichen Meldung die Nachricht vom Siege bei Tannenberg bringen. Es war das einzige Mal im Weltkrieg, daß ein Journalist dem offiziösen Draht zuvorgekommen war. Nach weiteren mit Gefahren verknüpften Erfolgen war Lindenberg, der inzwischen das E. K. erhalten hatte, an der österreichischen Front, in Macedonien und an der Westfront tätig. Die Kriegsfahrten fanden ihren Niederschlag in zahlreichen Lichtbildervorträgen und in mehreren Büchern, die in verschiedene Sprachen übersetzt wurden.

Mitten im rüstigen Schaffen steht der Siebzigjährige, der kürzlich zum ersten Vorsitzenden des Deutschen Schriftsteller-Verbandes gewählt wurde, eine Anerkennung, daß er sich stets warm für seinen Beruf und seine Berufsgenossen eingesetzt hat. A. R.

Digitized by Google

Kollege Rudolf Heynemann, Lokalredakteur an den „Kasseler Neusten Nachrichten", kann am 4. November auf eine 25jährige Berufstätigkeit zurückblicken. Heynemann, der einer altangesehenen Hallenschen Bürgerfamilie entstammt, fand seine journalistische Ausbildung bei der „Hallenschen Allgemeinen Zeitung". Er leitete dann die Redaktionen von Platten-Korrespondenzen in Köln, Mainz und Stuttgart, wobei er nebenher als Berichterstatter der „Straßburger Post" wirkte. Im Herbst 1910 ging er als Lokalredakteur an die „Stettiner Abendpost" und bald darauf an die „Kasseler Neuesten Nachrichten", wo er jetzt 18 Jahre tätig ist. Kollege Heynemann, ein Lokal- und Heimatredakteur mit starken inneren Beziehungen zu seinem Beruf, hat sich schon vor dem Kriege besondere Verdienste um die Förderung des deutschen Flugwesens erworben. Auch für Verkehrs- und Fremdenwerbungsfragen hatte er immer lebhaftes Interesse gehabt und erfolgreich an ihrer Lösung mitgearbeitet. Nach einer schweren Verwundung an der Westfront kehrte Heynemann, der in Anerkennung seiner soldatischen Verdienste auch das Eiserne Kreuz erhalten hatte, im Jahre 1917 in die Heimat und auf seinen Posten zurück. Zu seinem Jubiläum wünschen wir dem Kollegen, der sich stets als tätiges Mitglied des Reichsverbandes gezeigt hat und in Kassel auch rege an den Vorstandsarbeiten teilnahm, daß er endlich nach schwerer Krankheit wieder völlig genesen und in dem geliebten Beruf noch lange Jahre erfolgreich tätig sein möge.

Ernst Loops, der bisherige 2. Vorsitzende des Verbandes der Danziger Presse, hat die Chefredaktion des sozialdemokratischen „Volksblattes" in Halle a. S. übernommen. Damit ist Kollege Loops auch aus dem Verband der Danziger Presse ausgeschieden. Er hatte in Danzig, seiner Heimatstadt, mehrere Jahre hindurch die verantwortliche redaktionelle Leitung der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme" inne. Zweimal, darunter auch unmitelbar vor seinem Fortgang aus Danzig, war er von seiner Partei mit dem Amt eines parlamentarischen Senators betraut worden. Diese seine politische Tätigkeit brachte es mit sich, daß er nur noch gelegentlich in Leitartikeln in dem genannten Blatt das Wort ergriff, dessen Leitung anderen Händen übertragen worden war. Längere Zeit verwaltete Kollege Loops auch das Amt eines Ersten Vorsitzenden des Verbandes der Danziger Presse. Der Verband sieht ihn mit Bedauern scheiden.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Badischen Presse. Dr. Friedr. Dorsch (Oberländer Bote), Lörrach/Bd.; Heinrich Höfler (Pfälzer Bote), Heidelberg, Uferstr. 22; Josef Lorenz (Tagbl. vom Oberrhein), Waldshut; Eduard Burth (Tagbl. vom Oberrhein), Waldshut; Walther Heinzel (Wolff-Büro), Mannheim. Beethovenstr. 8 b. Bopp.

Bezirksverband Berlin. Dr. Erich Krafft (DTZ.), W 30, Stübbenstraße 12; Frau Ilse von Lagerström-Zerbe (Mitarb.), Schmargendorf, Warnemünder Straße 5.

Verein Frankfurter Presse. Dr. Hans Thilow (Taunusbote), Bad Homburg, Gymnasiumstraße 5; Dr. Erich Welter (Frankf. Ztg.), Ffm., Am Höhenblick 11; Paul Köllner (Illustriertes Blatt), Ffm., Große Eschenheimer Straße 31.

Landesverband Groß-Hamburg-Lübeck. Georg Erdlen (Musikkritiker d. Hamb. Anzeigers), Hamburg-Volksdorf, Farmsener Landstraße 18.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Leipzig. Dr. Gehring (Leipz. N. Nachr.), Leipzig; Willi Wieczorek (Leipz. Korresp. d. Scherl-Verlages), Leipzig C. 1, Riebeckstraße 11, III.

II. Neuanmeldungen.

Landesverband der Badischen Presse. Red. Hermann Ays (Staufener Tagebl.), Staufen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Martin Geßner (Journalist), München, Pettenbeckstraße 6, I.

Bezirksverband Berlin. Curt Hennig (Gewerkschaftsbd. d. Angest.); Werner Crome (TU.); Hans Trollbenier (Berlin-Lichtenrader Ztg.); Susanne Zeuner (Köln. Ztg.).

Landesverein der Pfälzischen Presse. Richard Haeberlein (Neue Pfälz. Landesztg.), Ludwigshafen, Wernerstr. 16.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Kölner Presse. Josef Ollig (Lokalanz.), Köln. — Verein Siegerländer Presse. Kuhlmann, Rudolf (Sieg-Post), Wissen/Westf., Biesem 7. — Verein Wuppertaler Presse. Paul Hombrecher (Remscheider Generalanz.), Lennep, Martinstr. 4.

Einzelmitglied: Dr. Carl Weichardt (Frankf. Ztg.), Zürich 2, Entliesbergstr. 19.

III. Adressenänderungen und Überweisungen.

Landesverband der Badischen Presse. Emil Belzner (bisher Karlsruhe) verzogen nach Mannheim (Neue Badische Landesztg.), Böcklinstraße 32 und der Bezirksgruppe Mannheim überwiesen.

Bezirksverband Berlin. Von Bayern überwiesen: Hermann Huth (Siemens), Charlottenburg 5, Königsweg 8; von Pommern überwiesen: Hans Taußig, Niederschönhausen, Kaiserin-Augusta-Straße 14; Dr. Jacobi-Scherbening (Mitarb.), SW. 61, Yorckstraße 89.

Verein Niedersächsische Presse. Gruppe Oldenburg-Ostfriesland. Vom Landesverband der Badischen Presse überwiesen: Erich Heinzel, bisher Mannheim, jetzt Emden (Wolffs Telegr.-Büro).

Provinzialverband Pommern. Dr. Jacobi-Scherbening, bisher Stralsund, jetzt Berlin, Yorckstr. 89, dem Bezirksverband Berlin überwiesen.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Wuppertaler Presse. Überwiesen von Münster/Westf.: Prosper Heyl, jetzt Elberfeld (Berg.-Märk. Ztg.).

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. Red. Walter Benzien, Dresden-A. 24, Nürnberger Straße 25 II, wurde mit Wirkung vom 1. Aug. vom Bezirksverein Leipzig an den Bezirksverein Dresden überwiesen.

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband der Badischen Presse. Ausgetreten: Dr. Walther, Freiburg.

Landesverband der Bayerischen Presse. Ausgetreten ist wegen Berufsw.: Paul Lindig, Nürnberg.

Bezirksverband Berlin. Ausgetreten: G. Hagemeister. Verstorben: V. Band.

Verein Frankfurter Presse. Ausgetreten: Julius Leidecker, Ffm.

Landesverband Groß-Hamburg. Ausgeschieden: Frl. Klara Reyersbach. Gestorben: Erich Kühnert und Arthur Stentzel.

Landesverband Mitteldeutschland. Ausgetreten: Willi Schnell, Magdeburg.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Kölner Presse. Ausgetreten: Dr. Potthoff, Köln; gestrichen: Kurt Weinhold, Köln. — Verein Niederrhein-Ruhr. Ausgetreten wegen Berufsw.: Günther Bungert, Mülheim/Ruhr.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. P. A. Eugen Geisler, z. Zt. unbekannten Aufenthalts, wurde wegen Nichtzahlung der Beiträge gestrichen. — Bezirksverein Leipzig. Ausgetreten: Frl. Margarete von Renesse, Leipzig.

Landesverband Württemberg. Gestrichen: Rudolf Dangel, Cannstatt.

*

Die ausgefertigte **Mitgliedskarte** des Kollegen Paul Kießig — Nr. 3622 — ist abhanden gekommen und wird hiermit gesperrt. Es gilt nur die Ersatzkarte.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Inhaltsangabe:

Eine unnötige Ehrenrettung. Von G. Bernhard, Berlin.
Das „Kanalnetz" des Reichsverbandes. Von H. Walter, Kassel.
Wieder Zeugniszwang gegen einen Redakteur.
Ein schwerer Verlegerangriff gegen die Redakteure.
Regierung und Amtsblätter.
Fürst Bülow über Presse und Regierung.
Justizrat Klütz und die Zeitungsschreiber.
Recht und Presse.
Fachrundschau.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 45 — Berlin, den 9. November 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin GW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin GW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14 483. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Presse und Börsenvorstand.

Von Walther Funk.

Zahlreich geäußerten Wünschen aus Kollegenkreisen, ich möchte zu den Vorgängen in unserem Verbandsorgan Stellung nehmen, die sich im Zusammenhang mit dem Vorgehen des Börsenvorstandes gegen einige Börsenjournalisten ereignet haben, komme ich nach, obwohl die Angelegenheit noch nicht beendet ist. Es kommt mir zunächst mehr darauf an, die Dinge chronologisch zu schildern und noch nicht so sehr das Prinzipielle in den Vordergrund zu stellen, obwohl ich gerade aus prinzipiellen Erwägungen als Vorsitzender der Sachverständigen-Kommission für Presseangelegenheiten dem Berliner Börsenvorstand geraten habe, ein Verfahren gegen die Kollegen einzuleiten, die vom Börsenvorstand beschuldigt wurden, unwahre Berichte veröffentlicht und durch diese Darstellung zur Vermehrung der in jenen Tagen an der Börse herrschenden starken Beunruhigung beigetragen zu haben. Die prinzipielle Behandlung kann aber erst erfolgen, wenn die Verhandlungen über diesen Fall zum Abschluß gekommen sind.

Zur Unterstützung der scharfen Baissevorstöße an der Berliner Börse wurde in den Börsensälen in jenen aufgeregten Tagen eine üble Gerüchtemacherei betrieben, gegen die der Börsenvorstand mit Strafandrohungen vorging. Diese Gerüchte, die sich in den meisten Fällen als unwahr herausstellten, wurden von einem großen Teil der Presse mehr oder weniger substantiiert wiedergegeben. Es stellte sich nun heraus, daß die Presse zur Verbreitung solcher Gerüchte, die den Baissiers zur Unterstützung ihrer Tendenz dienen sollten, ganz offensichtlich mißbraucht wurde, und zwar dadurch, daß diejenigen, die den Pressevertretern solche Mitteilungen machten, sich durch das Pressegeheimnis geschützt glaubten.

Ich greife aus der großen Zahl der Fälle folgende heraus: Eines Tages wird die Abschwächung damit begründet, daß ein größerer Effektenposten aus schwachen Händen in anderen Besitz übergegangen sei. Diese Version, die naturgemäß kaum zu widerlegen ist, wird in einem Abendblatt veröffentlicht. Hieraufhin wird abends bei einigen Redaktionen angerufen, daß der erwähnte Besitzwechsel an Effekten mit der Stützung eines bekannten Berliner Bankhauses zusammenhinge. Die Firma wird sogar von dem Gewährsmann der Redaktion genannt, aber unter dem ausdrücklichen Hinweis, daß er selber auf Grund des Redaktionsgeheimnisses „natürlich" nicht genannt werden dürfe. Es stellt sich heraus, daß die ganze Angelegenheit erfunden gewesen ist und daß man hier offensichtlich den Namen einer Firma nur hineingezogen hat, um die Beunruhigung an der Börse zu verstärken.

Am Freitag, dem 18. Oktober, war die Börsenstimmung besonders erregt und es folgte ein starker Kurssturz. Es wurde wieder mit den wildesten Gerüchten operiert, u. a. wurde der französische Großindustrielle Bailly totgesprochen, um hiermit einen Baissean griff auf den Kaliaktienmarkt, an dem der Genannte als Großspekulant bekannt war, zu motivieren. Auch in diesem Falle konnte festgestellt werden, daß ein Makler dieses Gerücht einem Pressevertreter mitgeteilt hatte. Nur Herr Bailly selbst hatte von seinem Tode keine Ahnung. Er lebt auch heute noch.

Am darauffolgenden Tage, Sonnabend, dem 19. Oktober, fand eine Börsenvorstandssitzung statt, in der man sich auch wiederum mit der Gerüchtemacherei und mit den Baissevorstößen beschäftigte. Über diese Börsenvorstandssitzung berichtete nun ein Berliner Abendblatt, daß es drei Mitgliedern des Börsenvorstandes nahegelegt worden sei, aus dem Börsenvorstande auszuscheiden, angeblich, weil sie sich an unzulässigen Kurstreibereien beteiligt hätten, und eine Börsen-Korrespondenz berichtete, daß in dieser Börsenvorstandssitzung von dem Börsenvorstand angehörenden Maklern behauptet worden sei, daß sie die auf eine Beruhigung gerichteten Bestrebungen des Börsenvorstandes konterkarierten. Das Präsidium des Börsenvorstandes teilte mir daraufhin mit, daß diese Behauptungen unwahr seien und daß man die Absicht habe, gegen die dem Börsenvorstand verantwortlichen Pressevertreter vorzugehen. Da ich von vornherein annehmen mußte, daß nach der ganzen Art, wie die in Frage kommenden Berichte abgefaßt waren, den betreffenden Kollegen bewußt unwahre Mitteilungen seitens einiger Börsenbesucher oder vielleicht sogar seitens einiger Mitglieder des Börsenvorstandes gemacht worden waren, gab ich selbst dem Börsenvorstand den Rat, in einem Verfahren gegen die beschuldigten Pressevertreter die Angelegenheit klarzustellen, denn nur in einem offiziellen Verfahren würde es möglich sein festzustellen, ob hier eine bewußte Irreführung der Presse vorliegt und ob dann in solch einem Falle die Gewährsleute preis-

Digitized by Google

gegeben werden müßten. Nach allem, was vorgefallen war, erschien es mir im Interesse der Presse geboten, diese Dinge einmal prinzipiell zu klären. Daß der Börsenvorstand auf Grund des Börsengesetzes und der Börsenordnung das Recht hat, gegen an der Börse zugelassene, also der Börsenordnung unterstehende Pressevertreter ein Disziplinarverfahren einzuleiten, kann gar keinem Zweifel unterliegen. Zweifelhaft konnte in diesem Falle lediglich sein, ob der angezogene Paragraph der Börsenordnung hierfür in Frage kam. Dieser Paragraph 33 gibt dem Börsenvorstand das Recht, Börsenbesucher vom Börsenbesuch auszuschließen, die „in den Börsensälen oder den zugehörigen Nebenräumen unwahre Gerüchte verbreiten, die darauf berechnet oder geeignet sind, das Ansehen oder den Kredit anderer zu beeinträchtigen oder das Börsengeschäft zu beeinflussen". Wenn man diesen Paragraphen sinngemäß auf die Presse anwendet und berücksichtigt, daß nach der Judikatur feststeht, daß das Börsenehrengericht für zur Börse zugelassene Journalisten auch dann zuständig ist, wenn die Handlungen, deren sie beschuldigt werden, nicht an der Börse selbst begangen sind, so erscheint die Einleitung eines Verfahrens auf Grund dieses Paragraphen nicht als völlig unbegründet, wohl aber als strittig. Hierauf kommt es aber im Effekt gar nicht an, denn es kann kein Zweifel bestehen, daß der Börsenvorstand auf Grund des § 20 der Börsenordnung ein Verfahren gegen die auf Grund der Börsenordnung zugelassenen Presseberichterstatter einleiten kann, da er die Zulassung nach freiem, d. h. nach pflichtgemäßem Ermessen zurücknehmen kann.

Die Ankündigung eines Disziplinarverfahrens rief in der Börsenpresse eine ziemlich starke Entrüstung hervor, wobei jedoch verschiedene Kollegen einen Zustand antizipierten, der auch nach meiner Ansicht durchaus wünschenswert, aber leider noch nicht vorhanden ist, nämlich eine Änderung des Börsengesetzes und der Börsenordnung in bezug auf die Stellung der Presseberichterstatter. Die dann stattfindende Verhandlung vor dem Börsenvorstand wurde, um von vornherein juristische Meinungsverschiedenheiten auszuschalten, nicht als Disziplinarverhandlung, sondern als Aussprache erklärt. In dieser Verhandlung gab einer der beschuldigten Kollegen eine eidesstattliche Erklärung ab, daß er seine Mitteilungen von einem Mitgliede des Börsenvorstandes habe, und auch der andere Kollege erklärte, daß seine Mitteilungen (allerdings indirekt durch einen Mitarbeiter) von einem Mitglied des Börsenvorstandes bestätigt worden seien. Dieser Kollege verpflichtete sich zwar auch in der Verhandlung, seinen Gewährsmann dem Presseausschuß zu treuen Händen zur vertraulichen Behandlung zu nennen, wie es der erste Kollege aus freiem Antrieb tat, er hat jedoch später diese Zusage in einem Schreiben an den Syndikus des Börsenvorstandes zurückgezogen.

Nach diesen Aussagen stellte ich den Antrag, daß sämtliche Mitglieder des Börsenvorstandes eine schriftliche Erklärung abgeben müßten, daß sie keinem der beschuldigten Pressevertreter Angaben gemacht hätten, wie sie von jenen verbreitet worden seien. Der Börsenvorstand hat durch sein Präsidium, das sich stets bemüht, eine enge Fühlungnahme mit der Presse durch den Presseausschuß zu unterhalten und Reibungsflächen nach Möglichkeit zu vermeiden, diese Erklärungen sofort eingefordert und sie auch von sämtlichen Mitgliedern des Börsenvorstandes erhalten. Bei dieser Sachlage, wo also Aussage gegen Aussage scharf gegenüberstand, wandte ich mich im Auftrage des Presseausschusses an den Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Presse, um eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob in diesem Falle die Namen der betreffenden Gewährsmänner preisgegeben werden sollen oder nicht. Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Presse hat mir darauf folgende Stellungnahme übermittelt:

„Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse ist der Meinung, daß durch das Redaktionsgeheimnis solche Personen nicht geschützt werden können, die der Presse bewußt unwahre Nachrichten zur Verbreitung übergeben. Die Nennung solcher Gewährsmänner darf aber nur dann erfolgen, wenn kein Zweifel an dem durch sie beabsichtigten Mißbrauch der Presse besteht. Im vorliegenden Falle wäre deshalb die Voraussetzung für die Preisgabe der Gewährsleute die einwandfreie Feststellung, daß weder in einer Sitzung des Börsenvorstandes noch im Anschluß an diese Mitgliedern des Börsenvorstandes nahegelegt worden ist, von ihrem Amt im Zusammenhang mit den bekannten Vorgängen an der Börse zurückzutreten. Ein solcher Nachweis kann nach Ansicht des Vorstandes des Reichsverbandes der deutschen Presse nur durch die eidliche Vernehmung von Börsenvorstandsmitgliedern geführt werden."

Weiter heißt es in dem Schreiben:

„Die Möglichkeit einer Beweisführung durch eidliche Vernehmung durch Börsenvorstandsmitglieder wäre nach unserer Auffassung dadurch herbeizuführen, daß die angeschuldigten Kollegen gegen sich ein Verfahren vor dem Börsenehrengericht beantragten. Der Vorstand muß es aber ablehnen, nach dieser Richtung hin einen Druck auf die betroffenen Kollegen auszuüben. Zwar steht nach der Judikatur fest, daß das Börsenehrengericht für zur Börse zugelassene Journalisten auch dann zuständig ist, wenn die Handlungen, deren sie beschuldigt werden, nicht an der Börse selbst begangen sind. Trotz dieser Judikatur schließt sich aber der Vorstand des Reichsverbandes den Bedenken an, die nach wie vor von journalistischer Seite gegen die Zuständigkeit des Börsenehrengerichts für die Beurteilung von Pressedelikten erhoben worden sind. Es handelt sich hier um Fragen, die die journalistische Berufsehre betreffen und die deshalb vor journalistische Ehrengerichte gehören. Zum mindesten müßten bei Verfahren gegen Journalisten die Börsenehrengerichte auch mit journalistischen Beisitzern besetzt sein."

Hiernach schließt sich der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Presse grundsätzlich meiner Auffassung an, die dafür maßgebend war, ein Verfahren gegen die beschuldigten Kollegen in deren eigenem und im allgemeinen Interesse in Gang zu bringen.

Ein abschließendes Urteil über diese Vorgänge ist noch nicht möglich, da der Presseausschuß beim Berliner Börsenvorstande sich entschlossen hat, auch noch den Vorstand der Vereinigung der Berliner Handelsredakteure um seine Stellungnahme zu ersuchen, und da weiterhin abzuwarten ist, wie sich der Börsenvorstand zu der Angelegenheit stellen wird, wenn die beschuldigten Kollegen die Einleitung eines Ehrengerichtsverfahrens ablehnen sollten. Es kann daher das letzte Wort über diese Vorgänge noch nicht gesprochen werden, aber es war wohl zweckmäßig, sie bis zu ihrem heutigen Stande zu schildern, zumal in verschiedenen Presseartikeln dem Börsenvorstand zu Unrecht Vorwürfe gemacht worden sind und die Beiseiteschiebung eines formellen Meinungsstreites fälschlich als ein „Rückzug" des Börsenvorstandes ausgelegt worden ist. In der Behandlung der Angelegenheit durch den Börsenvorstand hat sich meines Erachtens das immer wieder von dem Präsidium des Börsenvorstandes betonte Bestreben gezeigt, mit der Presse reibungslos und im allgemeinen Börseninteresse gemeinsam zu arbeiten und gerade durch die Presse eine Unterstützung des Vorgehens des Börsenvorstandes gegen ein verantwortungsloses Treiben und gegen unsaubere Elemente an der Börse zu erreichen. Insbesondere

Digitized by Google

hat der Presseausschuß die Pflicht, den Börsenvorstand in diesen Bestrebungen zu unterstützen. Das muß er auch tun, wenn die Gefahr besteht, daß einigen Kollegen durch das Vorgehen des Börsenvorstandes Unannehmlichkeiten erwachsen. Aus dieser Einstellung heraus erklärt sich die Haltung des Presseausschusses.

In einem zweiten Artikel wird die Angelegenheit weiter behandelt werden, und es soll dann auch das Prinzipielle stärker hervorgehoben werden, sowie gleichzeitig die Frage einer Änderung des Börsengesetzes und der Börsenordnung in bezug auf die Stellung der Journalisten an der Börse einer Prüfung unterzogen werden.

Wirklich eine unnötige Ehrenrettung?

Von Dr. Carl Dyrssen.

Wenigstens hält sie der Kollege Bernhard dafür. Den Beweis lassen aber leider seine letzten Ausführungen zu dem Thema „Provinzpresse“ vermissen. Wir reden aneinander vorbei, Kollege Bernhard. Sie gehen in aller Breite ein auf das auch von mir und von allen anderen Provinzkollegen in seinen moralisch wie berufstechnisch gleich anfechtbaren Folgen nie bestrittene Maternunwesen. Aber das ist ja gar nicht der springende Punkt. Um so weniger, als, wie schon angedeutet, Sie doch an Stelle dieses unleidlichen Uniformierungsmittels nur ein anderes setzen wollen. Reden wir doch nur nicht um die Sache herum. Der von Ihnen gebrauchte Passus von dem „teuren republikanischen Anzeigengeld“ ist doch nichts weiter als die Drohung mit einer Einwirkung vom Inseratenteil her auf den redaktionellen Teil. Einer Einwirkung, die immer einen fatalen Beigeschmack haben muß. Sie schreiben, Herr Kollege Bernhard, in Ihrer Erwiderung in der „Deutschen Presse“:

> „Ich weiß mich eins mit den Besten unseres Berufes, die noch leben und die je gelebt haben, wenn ich die Freiheit der Presse nur für möglich halte, wenn sie ergänzt wird durch eine starke Selbstdisziplin der Journalisten und durch ein hohes Verantwortungsbewußtsein der Männer der Feder.“

Das ist eine Selbstverständlichkeit, aber ich bin allerdings der Meinung — und, wie ich annehmen darf, mit mir eine übergroße Zahl von Kollegen —, daß Selbstdisziplin und Verantwortungsbewußtsein viel zu sehr eine innere Angelegenheit der Persönlichkeit sind, als daß man sie von außen her durch Zwangsmittel beeinflussen oder gar erzeugen könnte. Vor allem heute, wo man und wo Sie, verehrter Herr Kollege Bernhard, ja doch gerade eben, wie Sie ausdrücklich betonen, „nicht dieselben Prinzipien in der Republik eingeführt haben möchten“ wie sie das Kaiserreich kannte.

Hier scheint mir überhaupt der Trugschluß Ihrer ganzen Erwiderung zu liegen. Bei unserem Protest geht es nicht um eine Angelegenheit, die im wesentlichen doch eine Aufgabe der Selbsterziehung des Journalisten ist, sondern es handelt sich hier um das Ansehen eines großen Teils der Kollegenschaft, die durch den Aufsatz „Kulissenschieber“ in der „Vossischen Zeitung“ (selbstverständlich ungewollt) in ein schiefes Licht gesetzt worden ist. Ihre Verdienste um den Verband, Herr Kollege Bernhard, sollen nach wie vor unangetastet bleiben. Aber die nachteiligen psychologischen Folgen, die dem Ansehen des Journalismus in der Provinz durch eine aus dem rein Politischen ins Berufsmäßige abgeglittene Polemik vor der breitesten Öffentlichkeit erwachsen mußten, sind wirklich nicht wegzuleugnen. Wir sind ja auch nicht über die Maternfrage bei der Lektüre der „Vossischen Zeitung“ gestolpert. Daß hier gerade sehr, sehr viel im Argen liegt, wissen wir alle, aber in der Benutzung von Matern braucht noch nicht unbedingt etwas unseren Ruf Beeinträchtigendes zu liegen, denn es gibt ja auch an sich durchaus unverfängliche Matern, ganz abgesehen davon, daß der gesamte Maternbetrieb ursächlich nicht der Provinz, sondern den großen Berliner Verlagen und nicht zuletzt Ullstein selbst zur Last fällt.

Wogegen wir uns aber mit allem Nachdruck auch weiterhin verwahren müssen, ist eine Auffassung von unserer Berufstätigkeit, die behaupten will: „Die Politik mit allem Drum und Dran entschneidet er (der Provinzredakteur) unbesehen (!) der Korrespondenz, die ihm sein Verleger hält.“ In solcher Beleuchtung wird der Provinzredakteur ganz unzweideutig zu dem besagten kleinen Pintscher entmündigt, der er, wenn überhaupt auch nur ein Tropfen journalistischen Blutes in ihm ist, niemals sein will und auch nicht sein kann. Wir verschließen, wie gesagt, unsere Augen nicht vor manchen auch in dieser Hinsicht noch stark erkennbaren Unzulänglichkeiten. Aber wir wissen doch ebenso gut, daß die „unbesehene“ Betätigung einer solchen stumpfsinnigen Hörigkeit von jedem anständigen Journalisten rundweg abgelehnt wird und, was nicht weniger wichtig ist, bei jedem anständigen Verleger ebenso scharf verpönt ist. Setzen wir selbst einmal den Fall, der Provinzredakteur kommentiere die Korrespondenzmeldungen nicht (was ja besonders beim Raummangel der kleinen Presse vielfach tatsächlich zutrifft), so gehört doch schon (eben wegen der ganz anderen Stellung des Provinzredakteurs und der besonders empfindlichen Resonanz der Psyche des Provinzpublikums einerseits wie der Überfülle des Korrespondenzmaterials andererseits) allein zur Auswahl aus dem Gelieferten ein so ausgesprochenes Fingerspitzengefühl, daß wir, soweit wir uns als Journalisten ernst nehmen, ein „unbesehenes Herausschneiden“ als eine groteske Zumutung zurückweisen müssen.

Aber weiter noch: Sie weisen, Kollege Bernhard, bei Ihrer Erwiderung zum Schluß auf „die kleine Presse des pommerschen Bezirkes“ hin und auf das, was gegen Sie „dort in den letzten Jahren an Verdächtigungen, Be-

Jahrbuch der Tagespresse 1930.

In diesen Tagen versendet der Carl Duncker Verlag, Berlin W 62, Keithstr. 5, die Fragebogen für die 3. Ausgabe des „Jahrbuches der Tagespresse 1930“ an die Mitglieder des Reichsverbandes. Wir machen die Kollegen an dieser Stelle ausdrücklich auf diese außerordentlich wichtigen Fragebogen aufmerksam und empfehlen sie dringend ihrer Beachtung. Jeder Kollege kann durch schnelle und sorgfältige Beantwortung und pünktliche Rücksendung des Fragebogens mit dazu beitragen, daß das „Jahrbuch der Tagespresse“ wie wir alle wünschen müssen, ein unbedingt zuverlässiger und auf die vielfältigsten Fragen Auskunft gebender Helfer in der Tagesarbeit wird. Die mancherlei Beschwerden, die nach Erscheinen der zweiten Ausgabe noch aus dem Kreise der Kollegen erhoben worden sind, beruhen sicher nicht zum kleinsten Teil auf ungenügender Ausfüllung von Fragebogen. Jedes Mitglied muß daher an seinem Teile mit dahin wirken, daß Irrtümer für die nächste Ausgabe richtig gestellt werden und das Jahrbuch 1930 durch neue Angaben zweckmäßig vervollkommnet wird. Unter allen Umständen muß für die Rücksendung der festgelegte Termin innegehalten werden, damit die Herausgabe des Jahrbuches nicht unnötig verzögert wird. Je sorgfältiger die Mitarbeit des einzelnen, desto zuverlässiger, gründlicher und brauchbarer das nächste Jahrbuch.

Digitized by Google

schimpfungen und nationaler Diffamierung veröffentlicht worden ist." Hierzu sei gesagt, daß die Vernünftigen unter uns es längst als einen unwürdigen Zustand empfinden, wenn es noch immer zu „Temperamentsentgleisungen" kommt, die, anstatt nur politische Hiebe auszuteilen, die Person mit der Sache verwechseln und selbst vor der Verunglimpfung von Berufskollegen nicht zurückschrecken. Aber, verehrter Herr Kollege Bernhard, ist das wirklich so einseitig, daß das eine Rüffelung oder auch nur eine vorwurfsvolle Vorhaltung von seiten Berlins gegenüber der Provinzpresse rechtfertigen könnte? Da darf ich doch wohl an die bedauerlichen Ausschreitungen der Polemik auch in der großen Berliner Presse erinnern und an die Schimpfkanonaden, mit denen sich auch in der Reichshauptstadt verschiedene Zeitungen bombardieren, wobei man nicht davor zurückschreckt, auch den eigenen Berufsgenossen vor aller Öffentlichkeit durch gehässigste Bezeichnungen zu diffamieren. Ihr Vorwurf trifft wirklich nicht allein die Provinzpresse, sondern jeden, der aus dem abgezirkelten Kampfkreis des Politischen hinaustritt, um den Gegner von unerlaubter Seite her zu treffen.

Und damit bin ich wieder am Kernpunkt unserer ganzen Frage angelangt. An der Feststellung, daß es nicht gestattet sein darf — am allerwenigsten in unserem Berufe —, vom Politischen her Rückschlüsse auf Charakter und berufliche Eigenschaften des Journalisten zu ziehen — wenn eben nicht solch notwendig schiefe Bilder dabei herauskommen sollen, wie Sie sie ihren Lesern im Hinblick auf die Provinzpresse vorgesetzt haben. Die persönliche Gekränktheit, die Kollege Bernhard in seiner Erwiderung an mich an den Tag zu legen scheint, ist ganz und gar unmotiviert. Er schreibt: „Ich möchte nicht haben, daß die von mir eingeleitete Diskussion über die sittlichen Gefahren, die von den Maternkorrespondenzen für das ganze Volk ausgehen und die schweren Schäden, die die Maternkorrespondenzen für das Ansehen der Presse zur Folge haben, jetzt in einen Zank zwischen Provinzredakteuren und Berliner Redakteuren oder gar in einen Proteststurm gegen den Vorsitzenden des Reichsverbandes umgebogen wird." Nun, das möchten wir auch nicht haben, denn nichts halten wir für unangebrachter, als gerade im Rahmen des Verbandes Debatten, die nicht reine Berufsangelegenheiten von rein beruflichen Gesichtspunkten aus behandeln. Ich für meine Person habe es immer abgelehnt, Ursachen und Beweggründe des Zeitungskrieges vor ein Gremium zu zerren, das ganz andere Aufgaben hat. Und Aufgaben, die abseits jeder, aber auch jeder politischen Polemik liegen. Wenn ich hier einmal von mir Naheliegendem sprechen darf: Bei uns in Pommern ist doch ganz gewiß ein heißer, politischer Boden, Aber gerade deshalb betrachten wir es als einen besonderen Vorzug, daß sich unser engeres berufsständisches Leben in einem Rahmen abspielt — und zwar durchaus harmonisch abspielt —, der von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen alle Schattierungen umspannt. Nur so aber halte ich allerdings auch ein Verbandsleben für möglich, das im Interesse des Berufes und im Kampf um unser Ansehen Ersprießliches leisten kann. Dabei ist mir und sicherlich auch der Mehrzahl der Kollegen jeder Vorsitzende recht, der sich den überparteilichen Anforderungen, die hier an ihn gestellt werden müssen, gewachsen zeigt und gewillt ist, sich jederzeit den ganz und gar unpolitischen Richtlinien unseres Reichsverbandes einzugliedern. Ich habe also um so weniger irgendeinen Grund, Bernhards Kampf gegen die Gefahren und Schäden des Maternunwesens, der auch der meinige ist, „in einen Proteststurm gegen den Vorsitzenden des Reichsverbandes umzubiegen". Aber ich habe gerade deshalb die Pflicht, jeden Versuch zurückzuweisen, der mit unzureichenden (d. h. also in diesem Fall mit politischen) Mitteln sich an die Bekämpfung von Schäden macht, die wir im Interesse des Berufsansehens alle und so schnell als möglich beseitigt sehen möchten.

Unsere Aufgabe ist es, einen Journalisten-Typ zu schaffen, der an geistiger Selbständigkeit und moralischer Unantastbarkeit unübertroffen ist. Aber diese Aufgabe kann und darf nur von innen heraus in Angriff genommen und durchgeführt werden. Und ist eine so delikate Angelegenheit, daß man unmöglich wesensfremde, außenstehende Instanzen damit befassen kann. Am wenigsten in einer Weise, die die breite, von keiner Sachkenntnis getrübte Öffentlichkeit zu hämischer Kritik geradezu herausfordern muß. Wären die unleugbaren Schäden der Provinzpresse in unserer Verbandszeitschrift zur Sprache gebracht worden, hätte kein Mensch, und wir am allerwenigsten, an der Erörterung dieser Frage Anstoß genommen. In der Drecklinie des politischen Kampfes wird sie notwendig verpfuscht. Zumal es in der sittlichen Bewertung keinen Unterschied macht, ob der Journalist sich in belohnter Abhängigkeit von einem Wirtschaftskörper oder einem Staate, sei es welcher es wolle, betätigt. Beides sehen wir als eine schwere Gefährdung der Freiheit an, die wir bis heute noch, und hoffentlich für immer, als ein wesentliches Merkmal unseres Berufes betrachten. Eben aber aus diesem Grunde mußten wir an dem Artikel „Kulissenschieber" in der „Vossischen Zeitung" Anstoß nehmen. Und wir können Georg Bernhard beim besten Willen nicht zustimmen, wenn er unsere Ehrenrettung für „unnötig" hält.

Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse G. m. b. H.

Der Halbjahresbericht. — Beschlüsse des Verwaltungsrates.

Der Verwaltungsrat der Versorgungsanstalt trat am 23. Oktober 1929 zu einer Sitzung zusammen, in der von der Geschäftsführung der Halbjahresbericht vorgelegt wurde.

Aus dem Bericht geht hervor, daß sich die Anstalt weiterhin gut entwickelt. Der Bestand an Versicherungen ist gestiegen; im ersten Halbjahr 1929 sind 172 neue Versicherungsverträge hinzugekommen. Der Gesamtbestand betrug am 30. Juni 3465 Policen. Hiervon waren 2964 obligatorische und 501 freiwillige Versicherungen.

Entsprechend sind auch die Prämieneingänge gestiegen. Das Prämiensoll des ersten Halbjahres betrug RM 1 218 325,49 (gegenüber RM 1 149 992,44 in der ersten Hälfte des Vorjahres); dazu kamen Beiträge zum 2½%-Fonds in Höhe von RM 305 624,80 (gegenüber im Vorjahre RM 291 193,27).

Aber das finanzielle Ergebnis kann die Halbjahresbilanz zwar noch kein endgültiges Bild geben, da der Überschuß aus den Versicherungen, die wichtigste Gewinnquelle, erst am Schluß des Geschäftsjahres berechnet wird. Erfreulicherweise konnte aber festgestellt werden, daß die Verwaltungskosten prozentual weiter gesunken sind, so daß voraussichtlich hierfür der Gewinn aus den Versicherungen nicht mehr angegriffen zu werden braucht. Die buchmäßigen Kursverluste, die sich aus der Kurssenkung der festverzinslichen Wertpapiere im Berichtsjahre ergeben haben, sind praktisch ohne Bedeutung, da alle Papiere unter pari gekauft und teils mit pari, teils über

Digitized by Google

pari rückzahlbar sind. Der niedrige Kursstand ermöglichte es, die in der Berichtszeit neu bewirkten Anlagen zu sehr günstigen Bedingungen zu erhalten, so daß dabei auch die Gefahr eines buchmäßigen Kursverlustes gering ist. Außerdem wurden für die Anstalt zu sehr günstigen Bedingungen Hypotheken begeben.

Die Aussichten für das finanzielle Ergebnis im laufenden Jahre sind günstig. Die Zinserträgnisse aus den Reserven sind weiter gestiegen; es kommt dazu, daß sie von einem sich dauernd vergrößernden zinstragenden Kapital errechnet werden. Diese Tatsache der von Jahr zu Jahr steigenden Reserve rechtfertigt die bestimmte Erwartung, daß bei einigermaßen konstant bleibenden Zinsverhältnissen die Überschüsse normalerweise von Jahr zu Jahr auch prozentual steigen und damit eine erhöhte Versicherungsdividende ergeben müssen.

Der Sterblichkeitsverlauf war bisher gegenüber dem Vorjahre sehr günstig. Es lagen 15 Sterbefälle vor, für die an Kapitalversicherungen insgesamt RM 23323,— ausgezahlt wurden, und aus denen sich eine laufende Jahresrente von RM 2542,54 ergab. Diese Zahlen beziehen sich allein auf die versicherungstechnischen Leistungen; außerdem bezogen in 11 von diesen 15 Sterbefällen die Angehörigen Zusatzleistungen aus den Fonds der Anstalt. Dabei ist zu bemerken, daß sich auch der Rückversicherungsvertrag, den die Versorgungsanstalt mit ihren Vertragsgesellschaften abgeschlossen hat und durch den Kapitalauszahlungen über RM 25000,— durch Rückversicherung gedeckt sind, schon in einem Falle praktisch günstig ausgewirkt hat, indem zu Beginn des zweiten halben Jahres 1929 in einem Sterbefalle eines obligatorisch versicherten Redakteurs ca. RM 46000,— ausgezahlt werden mußten.

Die Zahl der Rentengesuche, deren Antragsteller Anspruch auf die Zusatzleistung aus dem 2½%-Fonds haben, ist wesentlich gestiegen, während die Sterblichkeit unter den Rentnern selbst außerordentlich gering ist. Die Gegenüberstellung der Zahlen für das erste halbe Jahr 1929 mit denen des gleichen Abschnittes des Vorjahres ergibt folgendes Bild:

	Invalidenrenten:		Witwenrenten:	
	Zahl der Rentner	Jahresbetrag	Zahl der Rentner	Jahresbetrag
1928	12	36.072.—	8	7.476.—
1929	25	65.352.—	8	23.940.—

	Waisenrenten:	
	Zahl der Rentner	Jahresbetrag
1928	10	5.952.—
1929	10	5.518.80

Gegenüber 30 Renten im 1. Halbjahr 1928 mußten im gleichen Abschnitt 1929 53 Renten bewilligt werden. Von den vorjährigen Rentnern sind 10 ausgeschieden.

Aus dem Sonderfonds für die Redakteure, die im Jahre 1926 über 68 Jahre alt waren, beträgt die Jahresrentensumme RM 45900,—.

Zusatzrenten aus dem Härtefonds wurden in 14 Fällen bewilligt, außerdem in 11 Fällen Beihilfen zu Heilverfahren und einmalige Sonderbeihilfen.

Die Rentenkommission ist im Berichtsabschnitt zu 10 Sitzungen zusammengetreten.

Der Verwaltungsrat nahm ferner in seiner Sitzung den Bericht über die Verhandlungen mit den zuständigen Behörden und maßgeblichen Parlamentariern über das Sondergesetz betr. die Befreiung der bei der Versorgungsanstalt obligatorisch versicherten Redakteure von der Reichsangestelltenversicherungspflicht entgegen. Die anfänglich vorhandenen Schwierigkeiten zur Durchbringung dieses Gesetzes haben sich scheinbar gemindert, und es steht zu hoffen, daß der Gesetzentwurf nach Zustimmung des Reichsrates dem Reichstag zu Beginn der Wintersession vorgelegt wird.

Von Interesse ist ferner ein Beschluß des Verwaltungsrates, der neuerdings vom Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse gebilligt worden ist. Er bezieht sich auf die Erhaltung von Anwartschaften aus dem 2½%-Fonds für ältere Redakteure. Nach dem vorliegenden Beschluß können versicherte Personen, die Anspruch auf Zusatzrenten aus dem 2½%-Fonds haben, auf Antrag bei sinkendem Gehalt diesen Anspruch in bisheriger Höhe durch freiwillige Zahlung des Differenzbetrages auf die Versicherung und in den Fonds aufrecht erhalten; maßgebend ist die Gehaltshöhe im Vormonat des Antrages.

Zweck dieser Abänderungen der bisher geltenden Richtlinien für die Zusatzrenten aus dem 2½%-Fonds ist es, älteren Redakteuren, die in neuen Stellungen ihre bisherige Gehaltshöhe nicht aufrecht erhalten und deshalb im Pensionsfalle auch nur entsprechend niedrigere Rentensätze aus dem 2½%-Fonds bekommen könnten, die Möglichkeit zu geben, sich die Anwartschaft auf die Zusatzrente nach dem früheren höheren Gehalt zu sichern. Das kann natürlich nur geschehen durch entsprechende Beitragsleistungen, die in diesem Falle die Versicherten freiwillig übernehmen müssen. Der Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse und der Verwaltungsrat hoffen, daß durch diese Abänderung Härten ausgeglichen werden, die sich nach dem bisherigen Verfahren bei der Berechnung der Zusatzrente in einzelnen Fällen ergeben haben.

Karl Fritz Bernhardt.

Von Magdeburg aus wurde uns dieser „Kollege" überwiesen, der, noch ehe er hier in Dresden festen Fuß gefaßt, begann, der Reihe nach die Kollegen anzupumpen, die etwas mit unserer Unterstützungskasse zu tun hatten. Unter der Angabe, er hätte eine lasierte Küche im Besitz, verpfändete er uns diese gegen ein Darlehen, und einige weitere kleinere Darlehen erbat er sich von uns durch Deponierung seines Reichsverbandsausweises. Insgesamt haben wir ihm 295 RM. geliehen, die er uns nicht zurückzahlt. Als alle Mahnungen und Warnungen nichts halfen (auch in der „Deutschen Presse" wurde vor ihm bereits gewarnt), verklagten wir ihn und erreichten ein vollstreckbares Urteil. Der Gerichtsvollzieher fand jedoch in seiner „Wohnung" nichts vor.

Da dieser Mann in ähnlicher Weise 300 Mark Darlehen vom Verein Bremer Presse erhalten hat und diese ebenfalls nicht zurückzahlt, da er ferner von unseren Frankfurter Kollegen Geld erhalten und nicht wieder zurückgezahlt hat, von unseren Chemnitzer Kollegen ebenfalls, und da schließlich anzunehmen ist, daß er auch anderswo die Kassen unseres Verbandes in Anspruch genommen hat, sei hiermit der Sachverhalt aktenmäßig zur Kenntnis der Kollegenschaft gebracht.

Mitgeteilt sei ferner, daß unser Landesverband den Herrn wegen der Art seines Vorgehens gegen unsere Kasse der Staatsanwaltschaft übergeben hat. Wir bitten die Kollegen, die etwa außer den obengenannten noch Gelder an Bernhardt gegeben haben sollten, uns dies möglichst umgehend mitzuteilen.

Als besondere Kennzeichnung dieses Herrn sei noch mitgeteilt, daß er es jetzt fertiggebracht hat, gegen unseren Landesverbandsvorsitzenden eine einstweilige rechtliche Verfügung zu erwirken, wonach vor ihm in der „Deutschen Presse" nicht mehr gewarnt werden darf. Wir veröffentlichen deshalb diese Zeilen nicht, um vor ihm zu warnen, sondern um unsere Unterstützungskassen zu veranlassen, ihm fernerhin gegen nicht vorhandene lasierte Küchen usw. Darlehen oder Unterstützungen zukommen zu lassen. . . .

Unterstützungskasse des Bezirksvereins Dresden im Landesverband der Sächsischen Presse.

Digitized by Google

Einsichtsvolle Verleger-Worte.

In Nr. 41 des „Zeitungs-Verlages“ ist ein Artikel „Zum 2. Sperrjahr der Industrie“ abgedruckt, in dem der Verfasser, der anscheinend Verlegerkreisen angehört, nachdem er sich des längeren über die verunglückte Neugründung der „Deutschen Wirtschaftsillustrierten“ ausgelassen hat, folgende beachtenswerte Ausführungen macht:

„Wieder einmal wurde hier der Denkfehler begangen, daß man glaubt, durch Inseratenaufnahme könne man ein Publikationsorgan ins Leben rufen, während doch in Wirklichkeit der Tatbestand umgekehrt liegt: Das Publikationsorgan, also in erster Linie die Zeitung ist es, die den Anzeigen erst Wert und Wirkung verleiht. Die Zeitung mit ihrer Verbreitung und ihrer Wertschätzung bei der Leserschaft, mit ihrer Eigenschaft als geistige Potenz, die sie sich selbst geschaffen hat, gibt erst der Anzeige die Werbekraft.“

Wir freuen uns, diesen Worten aus Verlegermund die Feststellung entnehmen zu können, daß erst die unablässige, mühevolle geistige Arbeit, die in einer Zeitung oder Zeitschrift steckt, also in erster Linie die Arbeit der Redaktion, die Voraussetzungen für die Entwicklung, auch die wirtschaftliche Entwicklung eines Blattes schafft und können nur wünschen, daß die in diesen Ausführungen zutage getretene einsichtsvolle Auffassung eines Fachmannes Gemeingut aller Verlegerkreise werden möge. Es ist ja leider kein Geheimnis, daß es immer noch Verleger gibt, die die Redaktion als überflüssiges, kostspieliges Anhängsel ihres oder ihrer Zeitungsunternehmungen betrachten und aus dieser Einstellung heraus immer wieder versuchen, am Redaktionsetat, sei es materiell, sei es in personeller Hinsicht, möglichst große Ersparnisse zu machen, ohne einzusehen, daß sie damit das Unternehmen selbst schwer schädigen. Erst die hingebende Arbeit der Redaktion, an der die seelischen Kräfte der Redakteure nicht minder beteiligt sind wie die geistigen, schafft mit in erster Linie die Voraussetzung für eine Verbreitung einer Zeitung oder Zeitschrift in einem größeren Leserkreise. Und erst die Folge dieser Interessenahme eines großen Leserkreises ist auch eine günstige Entwicklung des Inseratenteils.

„Dringend Presse!“

Das Mitteilungsblatt des Verbandes der Schlesischen Presse beschäftigte sich kürzlich in einem längeren Artikel mit dem Thema „Dringend Presse!“ und erwähnte die mancherlei Schwierigkeiten, die die Kollegen bekanntlich zu überwinden haben, wenn sie z. B. auf der Reise, auf Ausstellungen und dergl. dringende Pressegespräche führen wollen. Dem an sich ziemlich unerfreulichen Thema ist jedoch zuweilen auch eine heitere Seite abzugewinnen, wie der folgende Vorgang, der gleichfalls in jenem Artikel geschildert ist, beweist.

Ein Kollege aus irgendeiner Stadt im Reich, nennen wir sie X, ist unterwegs und muß an seine Heimatredaktion telephonieren. Selbstverständlich geht er zum nächsten Postamt, zufällig einem Nebenpostamt. Er zeigt am Schalter seine Pressekarte mit dem Polizeistempel und verlangt von dem Schalterbeamten ein dringendes Pressegespräch. Der Beamte nimmt sich zunächst einmal den Ausweis sehr kritisch und mißtrauisch vor und studiert ihn ausgiebig. Mit einem Male erhellt sich seine Miene, er dienert untertänigst und bemerkt ergebenst, daß die Verbindung in kürzester Zeit hergestellt werde. Dann macht er das Schalterfenster zu und gibt das Gespräch an das Hauptpostamt weiter, wobei der Kollege zufällig unfreiwillig Ohrenzeuge ist. Die Bestellung an das Hauptpostamt aber lautet: „Fräulein, hier ist der Polizeipräsident von Schlesien. Bitte geben Sie sofort ein dringendes Pressegespräch nach X.“ Die Telephonbeamtin, etwas verwundert, fragt zurück, ob nicht ein Irrtum vorliege, erhält aber die nochmalige Versicherung: „Ja, es ist der Polizeipräsident. Ich habe den Ausweis gesehen.“ Dagegen ist natürlich nichts zu machen, der Kollege, etwas verblüfft, übersieht schnell, daß es für die schleunige Durchführung des Gesprächs besser ist, wenn er den Beamten einstweilen bei seinem Glauben läßt und hat tatsächlich in zwei Minuten sein Gespräch. Man sieht also, daß Presseverbindungen auch sehr schnell hergestellt werden können, wenn der anmeldende Beamte selber die Überzeugung gewinnt, daß schnellste Verbindung nötig ist. Aus dem Gespräch, das unser Beamter teilweise mit anhören kann, entnimmt er aber, daß es sich doch nicht um den Polizeipräsidenten handelt und läßt sich nun nochmals den Presseausweis vorlegen, aus dem er sich jetzt endlich mühsam richtig informiert, nicht ohne einen stillen Zorn ob seines Irrtums auf sich selbst und die unschuldige Ursache, der sich in seinen Mienen deutlich genug ausprägt.

Der Vorfall hat aber neben der heiteren auch noch eine ernste Seite. Er zeigt, wie schwach in Beamtenkreisen häufig noch das Verständnis für die Dringlichkeit der Pressearbeit und wie stärkungsbedürftig die Achtung vor ihren Vertretern ist, denn die Eilfertigkeit des Beamten galt nur dem vermeintlichen Polizeipräsidenten, nicht dem dringenden Pressegespräch. Daß das, wenn auch nur allmählich, anders wird, daran müssen wir alle mitarbeiten.

Internationale Konferenzen und Presse.

2. Vortragsabend des Bezirksverbandes Berlin.

Das in der „D. Pr.“ wiederholt beleuchtete leidige Thema von der Behandlung der Presse im Haag bildete auch den Hauptpunkt der Referate und der Diskussion bei einem sehr gut besuchten Vortragsabend des Berliner Bezirksverbandes am 25. Oktober d. J., an dem zahlreiche Vertreter von Behörden als Gäste teilnahmen.

Die einleitenden Vorträge hielten die Kollegen Schwedler (Transocean), Viktor Schiff (Vorwärts) und Chefredakteur Dr. Fritz Klein (Deutsche Allgemeine Zeitung).

Kollege Schwedler erörterte den Zustand des Nachrichtendienstes in Deutschland überhaupt. Er sei noch wenig entwickelt und könne sich mit dem ausländischer Blätter von Format nicht vergleichen. Deswegen seien die deutschen Zeitungen auf die Pressestellen der Behörden usw. leider durchaus angewiesen. Die Pressestellen gäben aber naturgemäß nur das, was ihnen paßte und hätten keineswegs das Bestreben, die Pressereportage zu erleichtern, sondern erschwerten sie eher. Besserung könne nur erreicht werden, wenn die Verlage für den Nachrichtendienst erhöhte Mittel aufwendeten. Damit werde ganz von selbst verbunden sein, daß das Ansehen der „Reporter“ steige, das vorläufig in Deutschland nicht eben groß sei.

Kollege Schiff gedachte zunächst des verstorbenen Außenministers Stresemann, der journalistisches Blut in den Adern gehabt und deshalb den Journalisten stets großes Entgegenkommen gezeigt habe, auch noch im Haag, obwohl er dort nicht mehr mit voller Energie für sie eintreten konnte. Die Versammlung ehrte das Andenken Stresemanns durch Erheben von den Sitzen. Schiff erinnerte dann an seine Vorschläge in der „D. Pr.“, durch Bildung von Journalistenausschüssen auf den internationalen Kongressen einen stärkeren Einfluß zu gewinnen. Die deutschen Delegationen müßten einsehen, daß es falsch sei, die deutschen Journalisten in Unwissenheit zu lassen und sie zu zwingen, sich bei ausländischen Kollegen Informationen zu holen. Diese Informationen seien natürlich immer etwas gefärbt und kämen häufig zu spät. Geheimniskrämerei beweise immer eine gewisse Unsicherheit.

Kollege Dr. Klein widmete gleichfalls Stresemann anerkennende Worte. Dann erwähnte er mehrere Fälle, in denen die „Informationen“ die den deutschen Konferenzjournalisten von der deutschen Delegation geworden seien, geradezu irregeführt hätten. Man könne allenfalls begreifen, daß Dinge verschwiegen würde; falsche Nachrichten dürften aber keineswegs übermittelt werden. Das führe zu einer Vertrauenskrisis, schädige das Ansehen der Regierung wie auch das der Presse und rufe Polemiken von unnötiger Schärfe hervor.

Als Vertreter der Regierung erwiderte Ministerialdirektor Dr. Zechlin, der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung. Er erkannte an, daß im Haag nicht alles geklappt habe und sicherte den Konferenzjournalisten für die Zukunft eine stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen zu. Doch müsse es den Delegationen überlassen bleiben, zu entscheiden, wann und in wie weitem Maße sie die heimische Presse ins Vertrauen ziehen wollten, da ja auf ihnen, nicht auf der Presse, die Verantwortung liege.

Kollege Dr. Bondy („Börsen-Courier“) meinte, die Erlebnisse der deutschen Journalisten im Haag mit dem viel-

Digitized by Google

ständigen Warten auf dem Binnenhof usw. seien wenig erhebend gewesen; so etwas dürfe nicht wieder vorkommen. Er begrüßte die Schiffschen Vorschläge und hoffte, daß der Reichsverband der Regierung entsprechende Entschließungen zugehen lassen werde. Er unterstrich auch die Bemerkungen Dr. Kleins über die Unzulässigkeit irreführender Auskünfte.

Kollege Georg Bernhard meinte, wahrscheinlich würden im Haag manche überscharfen Worte nicht gesprochen worden sein, wenn die Presse an den Sitzungen teilgenommen hätte. Schon diese Überlegung zeige, daß die Geheimdiplomatie vom Übel sei. Den Delegierten allein zu überlassen, was zu veröffentlichen sei und was nicht, ginge heutzutage eben nicht mehr an, zumal ja keine Delegation es in der Hand habe, andere Delegationen zu verhindern, das zu verbreiten, was sie selbst verschwiegen haben wolle. Übrigens sei ihm das Journalistentreiben im Haag gar nicht so entwürdigend vorgekommen, er habe sich persönlich dort als „Reporter" ganz wohl gefühlt. Doch sage er als Vorsitzender des Reichsverbandes und der Federation internationale zu, auf eine Änderung in der Richtung der Schiffschen Vorschläge hinzuarbeiten.

Kollege Dr. von Voß erklärte als Spezialist in Ostfragen, daß die Geheimniskrämerei z. B. auch gelegentlich der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen nur üble Wirkungen gezeitigt habe, da dadurch die polnische Seite die Möglichkeit hatte, die Welt in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Kollege Dr. Stern-Rubarth vom WTB. meinte, im Haag hätten besondere Verhältnisse obgewaltet (beschränkter Raum, Stresemanns Behinderung u. ä.). Es sei wohl anzunehmen, daß es beim nächsten Mal wieder besser sein werde.

Kollege Wilh. Hack („Deutsche Tageszeitung") schloß sich im wesentlichen den Referenten an und wies nochmals gegenüber Bernhard auf das Entwürdigende in den Verhältnissen hin, unter denen die Journalisten im Haag hätten arbeiten müssen.

Der Vorsitzende, Kollege Franz Klühs, führte in seinem Schlußwort aus, alles, was heute mit Bezug auf die internationalen Konferenzen gesagt worden sei, treffe mehr oder minder abgewandelt auch auf die Heimat zu. Die Zugeknöpftheit der Behörden müsse aufhören. Die Presse wolle und müsse von den Behörden als gleichberechtigte Dienerin am Volkswohl behandelt werden. Darin seien sich, wie ja auch die heutige Aussprache ergeben habe, die Vertreter aller Parteien einig.

Fachrundschau

Zeitungskunde und Zeitungswissenschaft.

Preßrechtsvorlesungen an der Universität Berlin. Am 5. November begann Ministerialdirigent Dr. Kurt Häntzschel vom Reichsministerium des Innern, der bekanntlich vom Kultusminister einen Lehrauftrag über deutsches und ausländisches Preßrecht an der Berliner Universität erhalten hat, seine diessemestrige Vorlesung mit Ausführungen über Wesen und geschichtliche Entwicklung des deutschen Preßrechts. Er zeichnete die Stellung und Bedeutung des Preßrechts innerhalb der übrigen Rechtsdisziplinen in anschaulicher und lebendiger Weise und arbeitete den Unterschied zwischen den allgemeinen Rechtsvorschriften, die sich mit der Presse beschäftigen, und dem Preßgesetz als der Summe derjenigen gesetzlichen Bestimmungen klar heraus, die die Betätigung der Geistesfreiheit durch den Druck regeln. Das Preßrecht sichere einmal die Ausübung dieser Freiheit und wehre gleichzeitig etwaige Überschreitungen ab. Dr. Häntzschel hob dann noch die Stellung des Preßgesetzes zum Urheber- und Verlagsrecht hervor und ging zuletzt kurz auf die Entwicklung des Preßrechts ein.

Vorlesungen über Zeitungswesen an der Universität Münster. Im Wintersemester 29/30 finden im Zeitungsseminar, das dem Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster angegliedert ist, u. a. folgende Vorlesungen statt: „Wie entsteht eine Tageszeitung?", Redakteur Dr. Bause, „Konjunktur und Krise", Privatdozent Krombhardt, „Sozialstatistik", Professor Most, und andere. Außerdem wird eine fortlaufende Besprechung der Entwicklung und der Tagesfragen unter Zugrundelegung führender Zeitungen und des sonstigen Nachrichtendienstes abgehalten.

Journalisten- und Schriftsteller-Organisationen.

Neues Präsidium des Reichsverbandes des Deutschen Schrifttums. Nachdem Walter von Molo sich entschlossen hatte, den Vorsitz im Schutzverband deutscher Schriftsteller nicht wieder anzunehmen, wird das Präsidium des Schutzverbandes, das satzungsgemäß am 15. Oktober neu gewählt wurde, von Georg Engel, Walter Harlan und Arnold Zweig gebildet.

Soziales.

Das erste deutsche Institut für Arbeitsrecht. An der Universität Halle wurde am 16. Oktober das erste deutsche Institut für Arbeitsrecht eröffnet, das von dem bekannten Schlichter Professor Dr. Jörges, geleitet wird. Das Institut, das der staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität angegliedert ist, soll die bestehenden arbeitsrechtlichen Vorschriften erforschen, die Ergebnisse seiner Arbeit für Praxis und Lehrtätigkeit verwertbar machen sowie eine lückenlose Sammlung aller vorhandenen Zeitschriften für Arbeitsrecht und Abhandlungen dieser Art durchführen.

Ausland.

Zum Ausbau des Daily-Herald. Zum Ausbau und zur Reorganisation des Daily-Herald, über die wir schon kurz in Nr. 42 berichteten, teilt die „Frankfurter Zeitung" u. a. noch mit, daß die Druckerei- und Verlagsfirma Odhams Preß, Ltd., eine 51%ige Beteiligung am Daily-Herald übernahm, während die Gewerkschaften mit 49% beteiligt bleiben. Der Einfluß der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei ist, wie schon erwähnt, durch besondere Abmachungen garantiert, u. a. dadurch, daß die englischen Gewerkschaften das Recht haben, die Mehrheit der Mitglieder des Vorstandes zu ernennen. Leiter der Odhams Presse, Ltd., ist Herr J. S. Elias, der auch für die neue Herald-Gesellschaft die geschäftliche Verantwortung übernehmen wird. Im Odhams-Verlag erscheinen die bekannten Wochenschriften „John Bull" und „The People" die Elias einen großen Aufschwung verdanken. Elias, der übrigens auch die bedeutendste englische Anzeigenexpedition „Boro" leitet, stammt aus kleinen Verhältnissen. Als Schuljunge hat er Zeitungen ausgetragen und ist schon mit 13 Jahren in die Druckerei von Odhams eingetreten. Damals hatte dieses Unternehmen 12—15 Angestellte und Arbeiter, während es jetzt Tausende beschäftigt. Man hofft selbstverständlich, daß die geschäftliche Tüchtigkeit und die Erfahrungen der Odhams der Arbeiterpresse, die bekanntlich in England keine bedeutende Rolle spielte, zu großem Aufschwung verhelfen werden.

Die Affäre Hanau. Die 11. Pariser Strafkammer hat auf ein ärztliches Gutachten hin den Beschluß gefaßt, den von Frau Hanau der Erpressung angeklagten früheren Chefredakteur Anquetil und seinen Agenten Amar aus der Haft zu entlassen. Das ist in den letzten Tagen auch gegen Stellung einer Kaution geschehen. Inzwischen ist die Betrugsaffäre der „Gazette du France" durch einen neuen Skandal wieder aktuell geworden. Frau Hanau hat gegen den Bevollmächtigten des Konkursverwalters Anklage wegen Unterschlagungen erhoben. Es soll sich um den Betrag von 320 000 Francs handeln.

Personalien

Ernst Brües, der Chefredakteur des „Stadtanzeigers" für Köln und Umgebung, begeht am 14. November sein vierzigjähriges Berufsjubiläum. Nur ältere Mitarbeiter des Jubilars vermögen zu ermessen, welche Fülle von Arbeit und Bürde, Sorge und Enttäuschung, aber auch Freude und Befriedigung, Erfolg und Anerkennung dieser Zeitraum umschließt. In Viersen in der Rheinprovinz geboren, gab ihm die Heimat frohen Lebensmut und die köstliche Gabe des Humors mit auf den Weg. Die ganze lange Zeit seiner beruflichen Tätigkeit gehört seiner Heimatprovinz. Vor 40 Jahren trat er in den Dienst der „Krefelder Zeitung", der er 27 Jahre seiner Arbeit widmete, die letzten 12 Jahre als Chefredakteur. Brües war in Krefeld Stadtverordneter und Vorsitzender des Nationalliberalen Vereins für Krefeld Stadt und Land. Seine besondere Liebe galt der Kunst; was er als Förderer des Krefelder Theater- und Konzertlebens, insbesondere aber als Mitglied des Kuratoriums des Kaiser-Wilhelm-Museums geleistet hat, lebt heute dort noch in dankbarer Erinnerung. Nachdem Brües kurze Zeit Hauptgeschäftsführer der Nationalliberalen Partei der Rheinprovinz gewesen war, übernahm er nach dem Kriege die Chefredaktion des „Stadt-Anzeigers" in Köln, die er noch heute inne hat. Auch in Köln gehört Kollege Brües zu den bekanntesten Männern des öffentlichen Lebens, und noch vor wenigen Wochen hat ihn die Deutsche Volkspartei als Spitzenkandidaten für die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen aufgestellt.

Digitized by Google

Ähnlich so, wie sich in Ernst Brües auf politischem Gebiet die gute liberale Überlieferung der Partei verkörpert, für die er ein Leben lang stritt, vertritt er als Journalist die sauberen, guten Überlieferungen unseres Standes; so ist er, der den Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse mitbegründete und den Verein Krefelder Presse ins Leben rief, lange Jahre Vorsitzender des Ehrengerichts des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse gewesen; auch dem Vorstand des Verbandes hat er zeitweilig, u. a. auch als Vertreter im Reichsverbandsvorstand, angehört. Welche geistige Frische sich der Kollege in seiner vierzigjährigen Berufstätigkeit bewahrt hat wie er in zündender Rede Ernst und Scherz zu paaren weiß, das erfuhren noch jüngst die Teilnehmer an dem Jubiläum des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse in Düsseldorf. Hier legte er in Erinnerungen aus seinem langen Journalistenleben, wobei er besonders der Krefelder Zeit gedachte, noch einmal Zeugnis ab von der hohen Berufsauffassung, die ihn beseelt. Diese vorbildliche Auffassung vom Wesen der Zeitung und des Journalisten vertrat er auch am 50. Geburtstag des von ihm geleiteten Blattes vor der rheinischen Öffentlichkeit. Vor drei Jahren durch eine Krankheit betroffen, deren Folgen er nicht so leicht überwand, gehört er nunmehr zu den „Geronten" unseres Standes, deren besinnlich sammelnde Kraft und geläuterte Erfahrung einem unter so ganz anders gearteten Verhältnissen in die Front der Publizistik gerückten Nachwuchs zugute kommt.

Carlo von Kügelgen, bisher in Berlin als Vertreter auswärtiger Blätter und im Deutschen Pressedienst „Hansa" tätig, wurde zum Direktor eines deutschen Zeitungsunternehmens berufen, das vor einiger Zeit in Bukarest begründet worden ist. Es handelt sich um eine Verlags-A.-G., die den Zweck verfolgt, eine deutsche Tageszeitung in Bukarest herauszubringen. Die Gesellschaft hat das im 3. Jahrgang erscheinende „Bukarester Tageblatt" erworben und gibt es vom 1. Januar 1930 ab in erweitertem Umfange heraus. Das Kapital der Gesellschaft wurde kürzlich von 2 Millionen Lei auf 3 Millionen erhöht.

Kollege Albrecht Liesecke in Rheydt konnte in diesen Tagen ein Doppeljubiläum feiern. Zugleich mit seinem 70. Geburtstag beging er das 50jährige Berufsjubiläum. Kollege Liesecke ist geborener Hannoveraner und verlebte seine Jugend in Osnabrück, wo sein Vater eine Zeitung begründet hatte. Nach den Gymnasialjahren trat der Kollege im Jahre 1876 als Buchdruckerlehrling in eine Druckerei in Menden ein. Nach Beendigung der praktischen Lehrzeit war er zunächst Korrektor der Eugen Richterschen Parlamentarischen Korrespondenz in Berlin, bis er im Jahre 1881 die Redaktion der „Passauer Zeitung" in Passau übernahm, wo er 20 Jahre lang mit bestem Erfolg wirkte. 1900 übersiedelte Kollege Liesecke nach Rheydt, wo er zunächst eine eigene Druckerei übernahm. 1904 wurde er ständiger Mitarbeiter der Rheydter Zeitung, bis er in dieses Blatt als zweiter Redakteur eintrat. Auf diesem Posten ist Liesecke bis heute geblieben. Der Jubilar, der seit langen Jahren ein treues Mitglied des Pressevereins für den Industriebezirk München-Gladbach und des Rheinisch-Westfälischen Verbandes und damit auch des Reichsverbandes der deutschen Presse ist, erfreut sich bei allen Kollegen sowie auch in weiten Kreisen der Bevölkerung größter Wertschätzung. Bekannte, Freunde und Berufsgenossen brachten ihm zu seinem Ehrentage herzliche Glückwünsche dar, denen wir uns an dieser Stelle noch nachträglich anschließen.

Otto Julius Mayer, viele Jahre Redakteur beim „Dürkheimer Tageblatt" (Pfalz), feierte jüngst den 85. Geburtstag. Er dürfte somit wohl einer der ältesten Journalisten Deutschlands sein. Wenn er auch seit einigen Jahren aus dem Redaktionsverband ausgeschieden ist, so lebt er doch noch seinem liebgewordenen Berufe und ist als spezieller Berichterstatter für den Weinbau in der Pfalz tätig. Dem Weinbau hat Otto Julius Mayer durch seine schriftstellerische Tätigkeit in Jahren schwerster Bedrängnis große Dienste geleistet. Dem schätzenswerten Menschen und treuen Verbandsmitgliede wurden zu seinem 85. Geburtstage von allen Seiten herzliche Glückwünsche zuteil. Auch an dieser Stelle nachträglich noch ein herzliches: „Ad multos annos!"

Schmidt-Gummy von der Pegnitz (Nürnberg), der bekannte Journalist und Sportschriftsteller, ein Pionier im Rad- und Kraftfahr-Sport, welcher in diesem Frühjahr sein 40jähriges Berufsjubiläum feiern konnte, beging am 1. November den 60. Geburtstag. Schmidt-Gummy war früher selbst als Meister im Sport bekannt und gehört zu den ältesten deutschen Sportschriftstellern.

Kollege Ludwig Sochaczewer, langjähriges Mitglied des Reichsverbandes, seit 9 Jahren im Film, vor allen Dingen in Lehr- und Kultur-Filmen tätig, ist in den Aufsichtsrat des vom Reiche erworbenen Emelka-Konzerns berufen worden.

Dr. Heinrich Teipel, der frühere verantwortliche Redakteur der Zeitschrift „Deutsche Republik", ist als Referent in die Verfassungsabteilung des Reichsministeriums des Innern berufen worden. Dr. Heinrich Teipel gehört dem Zentrum an.

V. E. Eisenberger †. Im 65. Lebensjahr verstarb in Wiesbaden am 2. November Redakteur i. R. V. E. Eisenberger von der „Neuen Wiesbadener Zeitung". Der Verstorbene, der auch nach seiner Pensionierung seiner Zeitung noch durch Mitarbeit am volkswirtschaftlichen Teile diente, trat am 1. Dezember 1897 in die Redaktion des „Rheinischen Kurier" („Neue Wiesbadener Zeitung") ein und war seitdem ununterbrochen dort tätig. Im Nebenamte Redakteur des „Neuen Wiesbadener Sonntagsblattes" von 1902 bis 1913, war er vom 1. September 1910 bis 1. April 1912 Chefredakteur der „Wiesbadener Zeitung" und bekleidete zwei Jahre lang das gleiche Amt an den „Wiesbadener Neuesten Nachrichten". Seine Hauptstärke war seine Tätigkeit als Volkswirtschaftler und Kunstkritiker. (Schauspiel, Literatur und bildende Kunst). 33 Jahre ist er unermüdlich und unverdrossen seiner Arbeit im gleichen Verlag nachgegangen. Seit der Begründung des Reichsverbandes der deutschen Presse dessen Mitglied und bis zuletzt zweiter Vorsitzender der Wiesbadener Bezirksgruppe, war der Verstorbene stets ein eifriger Wahrer und Förderer der Interessen und des Ansehens des deutschen Schrifttums sowie eine Zierde des Journalistenstandes, dem er über ein Menschenalter mit aufopferungsvoller Schaffensfreudigkeit angehörte. Seine Wiesbadener Tätigkeit als Feuilletonredakteur übte er stets mit Umsicht, künstlerischem Verständnis und gewandter Feder aus, so daß es ihm an Anerkennung all der Kreise, mit denen er in Berührung kam, nicht fehlte. Sein kollegiales und bescheidenes Wesen wie sein Eintreten für die Belange der Organisation sichern ihm ein ehrendes Andenken.

Arthur Stentzel †. Der langjährige astronomische Mitarbeiter des „Hamburger Fremdenblattes" und Herausgeber einer astronomischen Fachzeitschrift, Arthur Stentzel, ist am 17. Oktober im 67. Lebensjahre in Hamburg gestorben. Stentzel war ein auf seinem Spezialgebiet außerordentlich befähigter und bewährter Schriftsteller. Ehre seinem Andenken!

Inhaltsangabe:

Presse und Börsenvorstand. Von Walther Funk, Berlin.
Wirklich eine unnötige Ehrenrettung? Von Dr. Carl Dyrssen, Stettin.
Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse G. m. b. H.
Einsichtsvolle Verlegerworte.
„Dringend Presse".
Internationale Konferenzen und Presse.
Fachrundschau.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband Württemberg. Th. Wagner (Journalist) Stuttgart, Burgstallstraße 106; Hermann Schwerdtfeger (Haller Tagblatt), Schwäb.-Hall, Weilertor 11.

II. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Vom Landesverband Württemberg überwiesen wurde: Hanswolf Obermüller (8 Uhr-Blatt). Nürnberg, Forstmeisterstraße.

Landesverband Groß-Hamburg-Lübeck. Dr. Bengt Paul, bisher Lübeck, jetzt Berlin, Joachimsthaler Str. 11 (Red. d. Fachzeitschriften „Die Kunstseide" die „Kunstseiden-Woche" und „Jentgens Rayon Review"), überwiesen an den Bezirksverband Berlin.

III. Austritte.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Bremer Presse. Ausgetreten: Franz Quirmbach, Blumenthal.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 46 — Berlin, den 16. November 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14 488. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Nun wirklich eine Ehrenrettung.

Von Georg Bernhard.

Der Kollege Dr. Dyrssen scheint mich persönlich nicht zu kennen. Oder doch nicht genau genug. Denn sonst würde er wissen, daß es nicht meine Art ist, um irgend etwas herum zu reden. In meinem Artikel der „Deutschen Presse" ist so breit von dem Maternunwesen geredet, weil genau so breit in meinem Artikel der „Vossischen Zeitung" davon die Rede war, der Kollege Dr. Dyrssen aber diese Tatsache durch andere Dinge, über die er breit zu schreiben für gut befand, verdunkelte. In dem Aufsatz „Kulissenschieber" der „Vossischen Zeitung" habe ich das größte Gewicht darauf gelegt, die Redakteure in der Provinz von der Verantwortung für die Giftmischereien der Nachrichtenkorrespondenzen zu entlasten. Deshalb der Hinweis, daß, wenn an den kleinen Blättern der Provinz überhaupt Redakteure tätig sind, diese gar nicht die Zeit haben, sich um den Inhalt der fix und fertig gematerten politischen Artikel und Notizen zu kümmern. Soweit sie die Zeit haben, können sie sie garnicht auf ihre Richtigkeit prüfen. Die Schuld an der Vergiftung des politischen Kampfes tragen mithin nicht die Redakteure, sondern die Maternfabrikanten und diejenigen Verleger, die, um Redakteure zu sparen, gematerte Berliner Zentralmeinung den Lesern in der Provinz als das Produkt individueller geistiger redaktioneller Arbeit vortäuschen.

Diese Ehrenrettung der Provinzjournalisten schien mir notwendig. Daß viele von ihnen gerade an den kleinsten Blättern auf den Gebieten, die ihnen von der Maternherrschaft noch freigelassen werden, Ausgezeichnetes leisten, ist selbstverständlich und von mir nie bestritten worden. Daß nur wenige noch sich auf politischem Gebiet entfalten können, ist im Interesse des Standes und im Interesse der ganzen deutschen Presse höchst bedauerlich. Gegen diesen Einfluß des immer weiteren Umsichgreifens der Matern sollte sich die Organisation wehren. Denn für die geistige Isolierung der Redakteure und für ihre wachsende Arbeitslosigkeit ist es ganz gleichgültig, ob es sich um verfängliche oder unverfängliche Matern handelt. An meiner Ansicht darüber könnte auch gar nichts dadurch geändert werden, daß der Verlag Ullstein irgend etwas mit Maternkorrespondenzen zu tun hätte. Die Andeutung des Kollegen Dr. Dyrssen ist mir völlig unverständlich. Vielleicht klärt er mich privatim darüber auf, was er gemeint hat.

Dr. Dyrssen behauptet, ich hätte zu breit über die Matern geredet. Er schiebt in den Mittelpunkt seiner Polemik einen einzigen (als Nebenbemerkung eingeklammerten) Satz meines langen Artikels in der „Vossischen Zeitung". Ich will es hier noch einmal deutlich wiederholen. Eine Regierung, die ihre Anzeigen in einem Blatte veröffentlicht, dessen Redaktion sie nicht etwa sachlich (meinetwegen sehr scharf) kritisiert, sondern niederträchtig beschimpft und verdächtigt, verdient nicht den Namen einer Regierung, gleichgültig, aus Mitgliedern welcher Partei sie besteht. Das hat mit Einwirkung auf die redaktionelle Haltung vom Inseratenteil her nicht das mindeste zu tun. Zeitungen, die die Beschimpfung und persönliche Verdächtigung politischer Gegner betreiben, mißbrauchen die Preßfreiheit und stellen sich damit außerhalb der Gesetze der Berufsehre, die die Organisationen aufgestellt haben. Ich habe volles Verständnis für gelegentliche Temperamentsentgleisungen. In den Fällen, die ich im Auge habe, und die ich in meinem Artikel in der „Vossischen Zeitung" deutlich kennzeichnete, handelt es sich aber nicht um Entgleisungen des Temperaments, sondern um die gewohnheitsmäßige Verbreitung von Gift, das mit kühler Überlegung in Berliner Zentrallaboratorien hergestellt wird. Zum großen Teil auch bei den Beschimpfungen des Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Presse, von denen ich zur Entschuldigung derjenigen in Frage kommenden Redakteure, die Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse sind, nur annehmen kann, daß sie diese Angriffe „unbesehen herausgeschnitten" haben. Dafür habe ich, da ich die Arbeitsüberlastung der Kollegen in der Provinz sehr gut kenne, durchaus Verständnis. Dieses Verständnis auch bei einem weiteren Leserkreis zu wecken, schien mir dringend notwendig zur Ehrenrettung unseres Standes.

Digitized by Google

Der Korrespondenz-Verleger bittet ums Wort.

Von Dr. Rudolf Dammert, Berlin.

In den letzten Nummern der „Deutschen Presse" sind einige wichtige grundsätzliche Fragen angeschnitten worden, die auch den Korrespondenz-Verleger angehen.

Der Provinzredakteur.

Schon der Ausdruck „Provinzpresse" gibt ein falsches Bild. Deutschland ist nicht die Umgebung von Berlin, die Reichshauptstadt nicht der strahlende Inbegriff des Deutschen Reiches. Wirtschaft und Kultur sind in Deutschland dezentralisiert, jedes Stück deutscher Erde hat seine eigenen Kraftquellen. Die Reichspolitik hat zwar ihren Sitz in Berlin, die Entscheidung über den Ausfall der Wahlen, die politische Macht liegen aber in der „Provinz". Das gleiche Bild in der Presse. Den Berliner Weltblättern stehen große Zeitungen im Reich an inhaltlichem Wert und Weltgeltung nicht nach, vielfach wird ihnen sogar größere Bedeutung zugemessen. Nur mit Widerstreben haben sich die deutschen Länder damit abgefunden, daß sie von Berlin aus regiert werden. In dieser Vernunftehe zwischen Berlin und der „Provinz" geht es nicht ohne Spannungen, Empfindlichkeiten und Eifersüchteleien ab. Sie sollten nicht geschürt, sondern äußerst behutsam behandelt werden. Preisfrage für Berlin: Wie mache ich mich als Reichshauptstadt beliebt?

Kollege Georg Bernhard ist unversehens in dieses heikle innerdeutsche Eheproblem hineingetreten. Er steht über den Verdacht erhaben, daß er bewußt journalistische Kollegen kränken, das Ansehen des Redakteurberufes schädigen wollte. Ihm als Politiker kam es darauf an, vor einer in diesen Dingen ahnungslosen Öffentlichkeit auf die Beeinflussungsmöglichkeiten hinzuweisen, der ein Teil der kleinsten Presse durch Bezug politischer Matern ausgeliefert ist, er hat aber dabei zunächst den Fehler begangen, zwischen diesen reinen Maternzeitungen, die fertig aus Berlin bezogen werden, und lediglich den lokalen Teil hinzuzufügen haben, und der Provinzpresse keinen scharfen Trennungsstrich zu ziehen. Es ist aber ein himmelweiter Unterschied zwischen diesen kleinsten Blättern, die von der ersten bis zur letzten Textseite nur die Matern auszugießen brauchen, und der „kleinen Presse im Lande", die ihre Zeitung ganz oder zum größten Teil selbst herstellt und deren Arbeit ebenso schwierig und wichtig ist wie die der Großstadtpresse. Die mittlere und kleine Presse benützt zwar auch Matern, aber fast ausschließlich auf Gebieten, die die individuelle Gestaltung der Zeitung wenig berühren. Sie bezieht z. T. den Roman, Kurstabellen, Unterhaltungsbeilagen, Modebilder, auch Beilagen fachlichen Inhalts in Matern, nicht aber den politischen Teil. Dieser wird von ihr ebenso selbständig bearbeitet wie der lokale und provinzielle Teil, Feuilleton, Handel, unpolitischer Teil, jedenfalls der Hauptinhalt der Zeitung. Wenn Georg Bernhard von der Provinzpresse spricht, die politische Matern bezieht, kann er damit nur die kleinsten Blätter meinen, die von an sich sehr tüchtigen Kollegen in Berlin oder an anderen zentralen Orten fertig hergestellt werden und nur in den Gießofen gesteckt zu werden brauchen. Diese Blätter haben oft kaum einen Redakteur, sind vielleicht nicht politisch, aber journalistisch belanglos, als Kategorie für sich jedenfalls nicht Repräsentanten der deutschen Provinzpresse. Kollege Dyrssen weist mit Recht darauf hin, wie sehr verallgemeinerte Veröffentlichungen dieser Art geeignet sind, dem Kampf des deutschen Journalisten um verständnisvollere Würdigung seiner dornenvollen Berufsaufgabe Schaden zuzufügen. Es ist auch sicherlich nicht unangebracht, den Kollegen in den Berliner Verlagen eine sanfte Mahnung zukommen zu lassen, daß sie sich durch die großen Verlagsgebäude, in denen sie arbeiten, nicht allzu sehr verleiten lassen, ihre eigene Bedeutung zu übersteigern und mit allzu geheimrätlicher Würde auf den journalistischen Kärrner in der Provinz herabzublicken. Hoffentlich bleiben die lehrreichen Darlegungen des Kollegen Dyrssen in dieser Hinsicht nicht ohne Nachwirkung. Ich gehe so weit, zu behaupten, daß nur derjenige im vollsten Sinne des Wortes den Ehrentitel „Redakteur" beanspruchen kann, der einmal „Provinz-Redakteur" gewesen ist. Nur in dem engeren Kreis, in dem der Provinz-Redakteur tätig ist, entsteht die innere Verbundenheit von Redakteur und Leser, aus der der Journalist seine wertvollsten Impulse empfängt. Der Provinz-Redakteur fühlt seine Stadt, ihre Stimmung, ihre Freude, ihre Trauer, ihre Sehnsucht. Dem Redakteur der großen Berliner Zeitung fehlt diese Atmosphäre. Die Leserschaft ist ferner. Er hat das Empfinden, als ob er für die Milchstraße schreibt. Er ist mehr Schriftsteller, Einzelteil einer großen Körperschaft, die niemals das Einfühlungsvermögen haben kann wie der verantwortliche Leiter einer mittleren oder kleineren Zeitung. Ein Irrtum, ein Mißgeschick, eine Lässigkeit im Urteil oder im Ausdruck wirkt sich auf den Provinz-Redakteur in ganz anderem Maße aus als auf den Redakteur einer großen Zeitung. Dadurch wird er zu einem verschärften Verantwortungsgefühl, zu einer sorgfältigeren und liebevolleren Behandlung seiner beruflichen Aufgaben erzogen. Es ist gewiß angenehm, wenn man in einer großen Zeitung nur ein einzelnes besonderes Gebiet zu bearbeiten hat und dadurch die Möglichkeit besitzt, in diesem Wissensbezirk seine Kenntnisse zu vertiefen, sozusagen ein journalistischer Wissenschaftler zu werden. Viel schwierigere Anforderungen aber werden an den Provinz-Redakteur gestellt, der nicht nur eines, oft mehrere Ressorts zu betreuen, ein unvergleichlich größeres Quantum Arbeit zu bewältigen hat und eigentlich ein Universal-Genie darstellen muß, um seinen Lesern, gebildeten wie einfachen Geistes, den täglichen Neuigkeits- und Bildungsstoff nahezubringen, sich keine Blöße zu geben, taktvoll alle im engeren Kreis empfindlicheren Reibungsflächen zu vermeiden, der Zeitung zu Ansehen und Wirkung zu verhelfen. Ich habe in der Provinzpresse immer mehr Berufsfreude und Idealismus vorgefunden als in Berliner Redaktionen. Und das ist durchaus erklärlich, weil der Journalist, der von seiner Mission erfüllt ist, draußen die Möglichkeit hat, geistiger und seelischer Mittelpunkt der Stadt zu werden, Schwingungen auszulösen, die auf ihn zurückwirken und ihn mit tiefer Befriedigung erfüllen können, während sich der einzelne Berliner Redakteur mit einem bescheideneren Anteil an den inneren Erlebnissen dieser Millionenstadt begnügen muß.

Uniformierung der Provinzpresse?

Ich habe Achtung und Verständnis für die oft geäußerte Befürchtung, daß das Überhandnehmen des Korrespondenzwesens zu einer Uniformierung der Presse führt, die bedauerlich sei und verhindert werden müsse. Ich glaube aber, daß man über dieses Schlagwort einmal gründlicher nachdenken muß. Wer wünscht nicht den Idealzustand, daß jede Zeitung im Reich die gleichen Möglichkeiten zur Verfügung habe, wie sie den großen Blättern mit ihrem Millionenetat geboten sind. Es würde für Redakteure und Schriftsteller das goldene Zeitalter hereinbrechen, wenn jede Zeitung das politische Ressort mit Spezialisten für innere und äußere Politik, für soziale und wirtschaftliche Fragen, das Feuilleton mit Fachleuten für Theater, Wissenschaft, Kunst besetzen, wenn sie ein eigenes Berliner Redaktionsbüro unterhalten und aus vollem Beutel Beiträge von fachlichen Mitarbeitern und literarischen Schriftstellern erwerben könnte. Die Wirklichkeit sieht anders

Digitized by Google

aus. Die Entwicklung des Korrespondenzwesens muß daher ihre inneren Gründe haben.

Untersuchen wir einmal die Uniform, in der die Individualität der Zeitung versunken sein soll? Die lebenswichtigste Aufgabe der Zeitung im Reich ist die Pflege der heimatlichen Interessen. Hier kann sie durch Anregungen und Kritik im wahrsten Sinne des Wortes Kulturwerte schaffen. Ein Eindringen der Korrespondenzen und die Gefahr der Uniformierung kommt also im lokalen und provinziellen Teil nicht in Frage. — Der Handelsteil besteht zum größten Teil aus Berichten und Kursen anderer Handelsplätze, die in sich ziemlich uniform sind, also ohne Schaden für die Eigenart der Zeitung auf dem Korrespondenzweg hereingenommen werden können. Die persönliche Note erhält der Handelsteil durch lokale oder provinzielle Kurs- und Marktmeldungen. Ein Handelsredakteur wird es sich außerdem nicht nehmen lassen, zu wichtigen Tagesfragen Stellung zu nehmen und örtliche Wirtschaftspolitik zu treiben. — Das Feuilleton einer Zeitung besteht zum größten Teil aus Berichten über künstlerische Veranstaltungen am Platze, Theater, Konzerte, Gemälde-Ausstellungen, wissenschaftliche Vorträge u. dgl. m. Jeder Feuilletonredakteur wird darüber hinaus das Bestreben haben, eine Art Kulturwart zu sein, durch Anregungen und Kritik dafür zu sorgen, daß in Stadt und Land Bildungsstätten geschaffen werden, Kultur-Denkmäler erhalten bleiben, bauliche Neuschöpfungen künstlerischen Ansprüchen genügen, alles Aufgaben, die ihm keine Korrespondenz abnehmen kann. — Bei der Unterhaltungsbeilage und bei den fachlichen Beilagen ist die Frage, ob die Beiträge direkt vom Verfasser oder durch die Korrespondenz erworben werden, zumeist eine rein kaufmännische Angelegenheit. Das Wesen der Korrespondenz besteht darin, daß sie Manuskripte erwirbt, die in ihrem Inhalt nicht an einen bestimmten Ort gebunden sind, und sie an mehrere Zeitungen verkauft, die sich in ihrem Verbreitungsgebiet nicht berühren, Sie kann also die Kosten des Erwerbs auf mehrere Zeitungen verteilen, dadurch dem einzelnen für billigeres Geld mehr und oftmals besseres liefern. Die Korrespondenz nimmt der Redaktion außerdem die Aufgabe ab, aus der Fülle der schriftstellerischen Produktion eine Vorsortierung vorzunehmen, für die bei größeren Zeitungen allein zwei bis drei Kräfte benötigt werden. Besonders unentbehrlich hat sie sich auch dadurch gemacht, daß sie der Zeitung im Reich fachliche Beiträge für die Beurteilung kultureller oder technischer Fragen beschafft, für die an vielen Plätzen geeignete Mitarbeiter nicht zur Verfügung stehen. — Der Warnruf vor der Uniformierung kann sich also wohl nicht auf die bisher genannten Ressorts, sondern lediglich auf den politischen Teil beziehen. Und hier allein hat er auch eine gewisse Berechtigung. Die Schuld liegt aber nicht bei den Korrespondenzen. Wenn sich eine Zeitung keine eigene Berliner Redaktion halten kann und daher einen Abschluß mit einem Korrespondenz-Büro tätigt, das verpflichtet ist, täglich Leitartikel, politisches Informationsmaterial und parlamentarische Stimmungsbilder zu liefern, kann das Korrespondenz-Büro lediglich versuchen, durch gute Arbeit sein Material möglichst unentbehrlich zu machen, weitere Machtmittel hat es nicht. Es ist ureigenste Angelegenheit der politischen Redaktion, ob sie sich mit dem Abdruck dieses Materials begnügt oder es oftmals nur zur Information benutzt und zu wichtigen Tagesereignissen selbst Stellung nimmt. Vielfach ist allerdings dazu keine Zeit vorhanden, weil die Verarbeitung der Nachrichtenflut die letzten Stunden vor Redaktionsschluß ausfüllt. Jede lebendige Redaktion wird den Wunsch haben, auch dem politischen Teil der Zeitung eine persönliche Prägung zu geben. Die Mitarbeit der Korrespondenzen bildet hierfür kein Hindernis, sondern eher eine Erleichterung.

Die Entwicklung der Korrespondenzen hat eine vernünftige und notwendige Arbeitsteilung geschaffen. Der Provinzredakteur hat eine umfangreiche Arbeit zu bewältigen. Er befindet sich täglich in einem heldenhaften Ringen mit den Ungetümen aus Papier, die ihn bestürmen und ihr Recht von ihm fordern. Auf ihm lasten neben der allgemeinen Politik die Landespolitik, die kommunalen Streitfragen, Besuche, Besprechungen, Berichterstattungen. Der Korrespondenz-Verleger ist von dieser Kleinarbeit befreit. Auch er hat seine Not und Mühe, geeignete Manuskripte zu beschaffen, aber er ist nicht so wie der Laokoon der Provinzredaktion von dem Kampf mit der papierenen Schlange in Anspruch genommen. Er hat den Kopf frei, er hat mehr Möglichkeit, der Zeitungs-Idee als solcher zu dienen, den Zeitungsinhalt zu erweitern, zu bereichern, das Zeitungsbild dem Wandel des Geschmackes anzupassen, zeitgemäße Themata auszudenken, neue wertvolle Mitarbeiter ausfindig zu machen, dem Ehrgeiz der Zeitung Impulse zu geben. Er kann auf diese Weise die Redaktionsarbeit ergänzen und seine größte Befriedigung darin finden, wenn er durch die Nützlichkeit seiner Mitarbeit als ein wichtiger Bestandteil der Zeitungsredaktion betrachtet wird.

Die Korrespondenzflut.

Das Angebot von Korrespondenzen, das sich in immer erschreckenderem Maße über die Redaktionen ergießt, braucht nicht als eine Fügung des Schicksals hingenommen zu werden. Zur Gründung einer Korrespondenz gehört — technisch-kapitalistisch betrachtet — nicht viel mehr als eine Schreibmaschine. So glauben wenigstens viele dieser Gründer. Selbstverständlich wird niemand daran denken, den Konkurrenzkampf ausschalten zu wollen. Wer einen neuen guten Gedanken hat, etwas leistet und sich unentbehrlich machen kann, wird als achtbares, nützliches Mitglied auch dem Korrespondenzgewerbe willkommen sein. Die Übersättigung mit Material und die eigentliche Gefahr kommen aus einer ganz anderen Richtung. Seitdem es bei jeder Behörde und der Wirtschaft Mode geworden ist, sich einen Pressechef zuzulegen, glaubt dieser meistens seine Unentbehrlichkeit dadurch nachweisen zu müssen, daß er eine eigene Zeitungskorrespondenz herausgibt. Und um einigermaßen Aussicht zu haben, einige Abdrucke vorlegen und damit seinen Auftraggeber in die Vorstellung einlullen zu können, daß etwas geschieht, verschickt er sie zum kostenlosen Abdruck. Es ist erstaunlich, daß solche Gratiskorrespondenzen nicht nur geduldet, sondern auch abgedruckt werden, zumeist allerdings in kleinen für die Auftraggeber und Geldspender wertlosen Blättern. Es müßte auch in der Presse bekannt sein, daß man im Leben nichts geschenkt bekommt. Die meisten Gratiskorrespondenzen dienen dem Zweck, geschäftliche Notizen, wie sie sich einbilden, in unauffälliger Weise in den Textteil der Zeitungen einzuschmuggeln und dem Geschäftsunternehmen, das sie herausgibt, Anzeigen zu ersparen. Ebenso gefährlich wie die Gratiserzeugnisse sind diejenigen Korrespondenzen, die mit besonderer Schläue ein minimales Monatshonorar fordern, um dadurch das Mißtrauen gegen die kostenlose Abdrucksfreiheit zu überwinden. Wer im Korrespondenzgeschäft zu Hause ist und die großen, vielen, vielleicht unbegreiflich hohen Unkosten kennt, mit denen ein Korrespondenz-Büro zu rechnen hat, weiß bei solchen Angeboten sofort, daß es sich um verschleierte Gratiskorrespondenzen handelt. Ein genaues Studium einzelner Nummern dieser verdächtig billigen Korrespondenzen zeigt alsdann bald, wer dahinter steckt und die Zeitung geschäftlich ausnützen will. Es wird höchste Zeit, daß die Organisation der Redakteure, die Vereine der Zeitungs- und Korrespondenz-Verleger sich zusammentun, um den Industrie- und Handelsunternehmungen die Presse-Korrespondenzen heraus-

Digitized by Google

geben, zur Kenntnis zu bringen, daß alle weiteren Bemühungen erfolglos sind, weil ihre Sendungen grundsätzlich in den Papierkorb wandern. Ein energisches Vorgehen wird wohl auch bis zu den leitenden Köpfen der großen geschäftlichen Firmen vordringen und sie veranlassen, die Unkosten für einen leerlaufenden Werbeapparat zu streichen. Den Nutzen davon haben die Redakteure, weil sie von einer unerwünschten Arbeitslast befreit werden, die Verleger, weil der Inseratenteil wieder die einzige Eingangspforte für Reklameartikel wird, und die Korrespondenzverleger, weil sie von einer unlauteren Konkurrenz befreit werden. Und es darf hierbei wohl einmal gesagt werden: Redakteure wie Verleger haben ein nicht geringes Interesse an einem lebens- und leistungsfähigen Korrespondenzgewerbe. Die wenigsten Zeitungen können bei der ständigen Verschärfung des Leistungswettbewerbes, bei den gesteigerten Ansprüchen der Leser auf die Hilfe der Korrespondenz-Dienste verzichten. Die Presse muß daher naturgemäß auch immer größere Anforderungen an die Arbeitsqualität der Korrespondenzen stellen. Wie können die zum Teil wirtschaftlich schwachen Korrespondenzen imstande sein, diese Kraft aufzubringen, an dem Weiteraufbau der Zeitungen nützlich mitwirken, wenn sie nicht entsprechend bezahlt werden und mit einer gewissen Stetigkeit der Verträge rechnen können? Die Überflutung der Redaktionstische mit immer neuen Korrespondenzen und Massenangeboten von Gratis-Material bringt nicht nur die Redakteure zur Verzweiflung, sie bedroht auch den Weiterbestand der alten, bewährten, lediglich journalistischen Zwecken dienenden Korrespondenz-Unternehmungen. Redakteure und Verleger sollten bedenken, daß sie sich der wertvollsten journalistischen Hilfskräfte berauben, wenn sie allzu leicht neuen, oftmals kurzlebigen Angeboten folgen, wenn sie nicht ihren alten Mitarbeitern eine gewisse Treue bewahren. Auch der Korrespondenz-Markt braucht Ruhe und innere Sammlung, um seine Leistungsfähigkeit nicht nur erhalten, sondern auch steigern zu können. Ohne diese auf lange Sicht gestellte, systematische vertrauensvolle Zusammenarbeit wäre es nicht möglich gewesen, daß zahlreiche Korrespondenz-Verlage an der Entwicklung der deutschen Presse zu ihrer heutigen Reichhaltigkeit und Bedeutung in erheblichem Maße beitragen konnten. Schicksal der Zeitung und des Korrespondenzgewerbes sind eng miteinander verbunden.

Keine Ehrenrettung, aber nötige Feststellungen.

Von Heinrich Goeres.

Der Gegenstand einer öffentlichen Kundgebung muß stets deutlich erkennbar bleiben. Wenn einer der Kontrahenten sich unversehens nicht mehr daran erinnert, um was es sich handelte, zur Seite springt und versucht, den angewachsenen Zorn auf dem Rücken eines unbeteiligten Dritten austoben zu lassen, so wird das Urteil verständlich, das Dr. Carl Dyrssen vom „Pommerschen Landesverband“ in der Nr. 45 der „Deutschen Presse“ in bezug auf den Streit mit dem Kollegen Georg Bernhard ausspricht. Man rede aneinander vorbei, der springende Punkt sei verloren worden, sagt Dyrssen.

Den Anlaß zu der nun schon seit Wochen schwebenden Kontroverse gab der Artikel Bernhards in der „Vossischen Zeitung“ vom 15. September d. J. über „Kulissenschieber“. Die darin enthaltene Charakterisierung der kleinen Presse in der Provinz und ihrer Redakteure spornte Dr. Dyrssen zur Ehrenrettung in Nr. 43 der „Deutschen Presse“ an. Bernhard ging voll Eifer, sich vor der kollegialen Entrüstung zu rechtfertigen, dann in Nr. 44 weit über die abgesteckten Grenzen hinaus und entlud sein Temperament plötzlich in einem Ausbruch gegen die Maternkorrespondenzen. Möglicherweise in dem Gefühl, Politik habe in der „Deutschen Presse“ nichts zu suchen. Aber was hatten die Maternkorrespondenzen dem Kollegen Bernhard auf einmal getan? Er redete einfach von den Artikeln und Notizen, die den kleinen Zeitungen fix und fertig „gematert“ von den Berliner Zentralen geliefert würden. Der berufene Redakteur könne sie nicht prüfen und habe keinen geistigen Einfluß auf die Verwendung. Die „vielen Verleumdungen“, welche zwischen den Zeilen dieser Maternkorrespondenzen enthalten seien, entzögen sich der Beobachtung durch den Redakteur, da er keine Zeit gewinne, die Richtigkeit der Angaben genügend nachzuprüfen.

Seit ungefähr 25 Jahren bin ich bei der Redaktion einer Maternkorrespondenz, zuletzt an leitender Stelle, tätig und glaube aus dieser Sachlage wohl das Recht herleiten zu können, einige sehr notwendige Feststellungen zu den Bernhardschen Auslassungen zu machen. Stehen dem Redakteur der Provinz- oder einer anderen Zeitung immer uneingeschränkte, sozusagen pupillarisch sichere Möglichkeiten zur Verfügung, die Richtigkeit einer Nachricht zu prüfen, gleichgültig, ob sie ihm durch Fernsprecher, Rundfunk, Manuskript, Schrift- oder Druck-Vervielfältigung, Matern, übermittelt wurde? In der Regel muß sich der Redakteur zunächst auf die Zuverlässigkeit seiner Mitarbeiter, seines Nachrichten- oder Korrespondenzbüros verlassen, ohne selbstverständlich dabei die erforderliche Sorgsamkeit irgendwie beiseite zu stellen, vorher wie nachher. Auch Zeitungen des Formats, das internationalen Rang veranschaulichen soll, sind unzählige Male schon falschen Mitteilungen zum Opfer gefallen. Sie haben es dabei vielleicht nicht so leicht wie der Provinzredakteur, die böswillige oder getrübte Quelle zur Verantwortung zu ziehen und Vorsorge für die Zukunft zu treffen. Koll. Bernhard kann unmöglich annehmen, die Maternkorrespondenzen hätten sich in den Jahrzehnten ihres Bestehens behauptet und ihren jetzigen Umfang errungen, wenn sie sich insgesamt zum Spielball irgendwelcher dunklen Einflüsse hergegeben hätten. Es gibt neben den neutralen oder überparteilichen Maternkorrespondenzen zweifellos auch solche, die Parteipolitik pflegen und vertreten. Sie sind durchaus bekannt und jeder Verleger oder Redakteur, der sie bezieht, weiß, was er erhält und ist von vornherein mit ihrer Richtung einverstanden und gewillt, diese Richtung zu vertreten. Wahrscheinlich beziehen auch politisch orientierte Zeitungen neutrale Maternkorrespondenzen und bearbeiten den ihnen zugehenden Stoff in selbständiger Weise, geben ihm eine Färbung, die wenig mehr zu tun hat mit der Darbietung der neutralen Maternkorrespondenz. Diese hätte eine solche Färbung gar nicht anwenden können, wollte sie sich nicht alsbald von ihren Beziehern verlassen allein auf weiter Flur sehen.

Bernhard irrt in der Annahme, die Matern müßten so verwendet und in die Maschine gesteckt werden, wie sie bei der Redaktion einlaufen. Der mit Matern arbeitende Redakteur kann selbstverständlich das vor ihm liegende Material wie jedes andere sichten, unwillkommene Notizen entfernen, er kann kommentieren und vervollständigen. Seine Wirksamkeit beschränkt sich nicht auf das Wegstreichen ganzer abgeschlossener Artikel. Mit geringer Übung und Mühe vermag er Artikel zu modeln durch Weglassung einzelner Sätze, er kann sie auch durch mittels Handsatz hergestellte Einfügungen ergänzen. Der Trugschluß, die Maternkorrespondenzen seien hauptsächlich mitschuldig an der Arbeitslosigkeit unter den deutschen Redakteuren, sollte heute nicht mehr ernsthaft erhoben werden. Die Maternkorrespondenzen verdanken wesentlich anderen Erwägungen ihre Ausbreitung als etwa redak-

Digitized by Google

tionellen Ersparungsideen. Der Druckereibesitzer, der sich seine Zeitung allein nur mit Hilfe der Matern zusammenstellt, ist in der Gegenwart fast restlos ins Reich der Fabel zu verweisen. Mindestens 75 Prozent aller mit Matern arbeitenden Zeitungen beschäftigen heute Redakteure; deren Anzahl ist relativ höher als zur Zeit, in der es noch keine Matern gab.

Doch alles das ist hier nicht das Wichtigste. Bedeutsamer bleibt der Umstand, daß Kollege Bernhard in seiner Verteidigungsschrift eigentlich nichts mehr vom Korrespondenzwesen im allgemeinen erwähnt, sondern nur noch die Maternkorrespondenzen aufs Korn nimmt, die den Abdruck „kaltblütig vorbereiteter planmäßiger Verächtlichmachung" veranlaßten. Es gibt in Deutschland eine Reihe von Maternkorrespondenzen, die sich durchaus nicht allein auf Berlin beschränken. Bernhard muß ganz bestimmte Vorgänge gemeint haben, wenn er derartig massive Vorwürfe in der „Deutschen Presse" erhob. Diese Vorwürfe richten sich nicht allein gegen die Unternehmungen, sondern auch gegen die an den Maternkorrespondenzen beschäftigten Redakteure. Sie können mit ziemlichem Recht, auch als Reichsverbandsmitglieder, erwarten, daß von dem Kollegen Bernhard einige ihnen notwendig erscheinende Fragen klar und deutlich beantwortet werden:

1. Welche Maternkorrespondenzen haben „zwischen den Zeilen enthaltene politische oder sonstige Verleumdungen" verbreitet, „planmäßig vorbereitete Verächtlichmachung" getrieben, „Verdächtigungen, Beschimpfungen und nationale Diffamierung in die Zeitungen lanciert, und wann ist das geschehen?
2. Aus welchen Zeitungen hat Kollege Bernhard festgestellt, daß dabei Maternkorrespondenzen im Spiel waren, und um welche hat es sich gehandelt?
3. In welchem Falle sind Redakteure der belieferten Blätter wegen der behaupteten Vergehen vor Gericht gezogen worden?
4. Welche Maternkorrespondenzen haben den Kollegen Bernhard insbesondere beschimpft und ihn in nationaler Beziehung zu diffamieren versucht?

Persönliche Empfindlichkeit kommt bei diesen Erkundigungen in keiner Weise in Frage. Selbst in Ermangelung einer ausgebildeten Elefantenhaut könnte man sich als darüber hinausgewachsen ansehen. Doch im allgemeinen und kollegialen Interesse, zur Wahrung des Ansehens der Presse und der in ihr tätigen Kräfte darf genügende Aufklärung zu den gestellten Fragen von der Objektivität des verehrten Kollegen Bernhard erwartet werden. Wenn er Kampf ansagen will gegen Auswüchse des Korrespondenzwesens bei dieser aus politischen Motiven herausgewachsenen Gelegenheit, so ist ihm die vollste Sympathie aller für die Höherentwicklung der deutschen Presse Begeisterten sicher, aber er sollte nicht in den Maternkorrespondenzen einen von der Hauptsache ablenkenden Sündenbock an die Wand malen. Das Objekt, auf daß er zielen wollte, muß in Sicht bleiben!

Der Zeitungsroman.

Von Hans Fröhlich-München.

Der Zeitungsroman ist ein Kapitel, das wieder einmal im Interesse der Kollegen, die sich damit zu befassen haben, erörtert werden muß. Heute schreibt alles Romane, vom Professor angefangen bis zur Schülerin herab. Kein Wunder, daß sich aus dieser Fruchtbarkeit eine Überschwemmung der Zeitungen mit Romanmanuskripten ergibt, wobei es fast zur Selbstverständlichkeit geworden ist, daß man kein Rückporto beilegt, was sogar bei großen Romanvertriebsbüros vorkommt. Erfolgt die Rücksendung eines Romans an den Autor, dann kommt nicht selten ein Brief, in dem die Begründung der Ablehnung verlangt wird, „damit man sich bei der nächsten Arbeit nach dem Geschmack der Zeitung richten könne." Als ob es bei den Zeitungen eine Schablone für Romane gäbe!

Die Tageszeitung braucht heute einen laufenden Roman, der auf die besondere Zusammensetzung und die besonderen Bedürfnisse ihres Leserkreises Rücksicht nehmen muß, weshalb es — besonders in großen Städten — ungeheuer schwer ist, immer ein passendes Werk zu finden. Den meisten Romanautoren ist es ziemlich gleichgültig, ob ihre Arbeit sich für Süd- oder Norddeutschland eignet; sie suchen sich einfach aus dem Katalog eine Zeitung heraus und schicken ihr das neueste Geistesprodukt. An den abgegriffenen Manuskriptblättern kann man Schlüsse ziehen, wieviele Redaktionen damit schon beglückt worden sind.

Im umgekehrten Verhältnis zur Fülle der eingesandten Zeitungsromane steht ihr literarischer Wert. Es darf mit gutem Gewissen gesagt werden, daß die heutige Romanproduktion — dank den viel zu vielen Unberufenen — auf ein ziemlich tiefes Niveau gesunken ist. Würde Wilhelm Hauff noch leben, so müßte er heute eine ganz andere Predigt halten als über seinen Zeitgenossen Clauren, und dessen Romane würden heute reißenden Absatz finden. Autoren von Namen lassen ihre Romane heute meist in Buchform erscheinen oder beteiligen sich nur an Preisausschreiben für Romane, wobei es, wie die Erfahrung lehrt, schon vorgekommen ist, daß ganz mittelmäßige Arbeiten mit Preisen bedacht wurden, die früher ein Ewigkeitswerk nicht eingetragen hat. Aber eine Romanpreiskonkurrenz, die vor einigen Jahren eine süddeutsche Zeitung veranstaltet hat und wobei der erste Preis rund 10 000 Mark betrug war in Roseggers „Heimgarten" eine sehr interessante Abhandlung zu lesen; es wurde darin ausgerechnet, daß bei der Zahl der eingelaufenen Romane und der Zahl der Preisrichter für die Prüfung jedes einzelnen Romans höchstens eine Zeit von ein paar Viertelstunden geblieben wäre, so daß man wahrscheinlich die Preise durch das Los bestimmt hat.

Wenn man eine 45jährige Redaktionstätigkeit hinter sich hat und dabei mehr als 25 Jahre das saure Amt des Romanprüfers zu versehen hatte, so darf man wohl — ohne überheblich zu erscheinen — einige Bemerkungen über die Romantechnik von sich geben. Ein großer Teil der Autoren und Autorinnen gefällt sich heute darin, die größten Unwahrscheinlichkeiten wahrscheinlich zu machen und Menschen zu schildern, wie sie uns im Leben nicht begegnen. Andere lieben es, ihre Arbeiten mit vielen Phrasen aufzuputzen und darin den schon genannten Clauren möglichst noch zu übertreffen. Die samtenen und seidenen Augenbrauen, das silbern klingende Sprechen und Lächeln kommen immer wieder vor, und in den Naturschilderungen gibt es oft einen Himmel, wie ihn der Menschen Augen noch nie gesehen haben. Bis die eigentliche Handlung einsetzt, sind schon 40—50 Schreibmaschinenseiten voll geworden, und man darf noch froh sein, wenn es mit dieser Zahl abgeht. Es ist das einer der größten Fehler, denn da die Romane in den Tageszeitungen meist in kurzen Fortsetzungen erscheinen, werden die Leser schon in 5 oder 6 Tagen ungeduldig, erklären den Roman für langweilig und geben dieser Stimmung der Zeitung gegenüber Ausdruck.

Der Romanprüfer, dem die einlaufenden Arbeiten oft per Auto in die Wohnung gefahren werden — so fleißig wird heute auf diesem Gebiete gearbeitet —, sucht sich sein Amt natürlich zu erleichtern, um nicht frühzeitig der Verblödung anheimzufallen. Ein Roman, der nach den ersten sechzig bis achtzig Schreibmaschinenseiten bei der Leserschaft noch keine Wirkung erzielen würde, muß seinen Rückzug an den Autor antreten, denn, was dann auch noch kommen würde, könnte nicht mehr ins Gewicht fallen, da die Leserschaft auf die weiteren Fortsetzungen verzichten würde.

Es müssen nicht gerade Dichter sein, die sich mit dem Zeitungsroman beschäftigen, vielleicht sind sie bei der heutigen großen Verbreitung der Zeitungen bis in die untersten Schichten hinab, nicht einmal hierfür besonders geeignet, aber wer sich mit der Abfassung solcher Romane beschäftigt, sollte wenigstens etwas Menschenkenntnis haben und sich auf die Psyche des Volkes verstehen. Man will doch heute dem Volke Verständnis und Empfindung für die Literatur beibringen. Der Zeitungsroman wäre hierfür besonders geeignet. Aber er müßte dann nicht für die niederen Instinkte, sondern für die geistige und seelische Erbauung des Gemütes geschaffen sein. Vielleicht könnte der Reichsverband der Deutschen Presse mit der Verlegerschaft zusammenwirken, um auch auf diesem Gebiete eine Besserung der wirklich traurigen Verhältnisse herbeizuführen.

Sachsen und die Richtlinien der Amtsblätter.

Die Sächsische Regierung hat sich der Tagespresse zufolge den in Nr. 44 der „Deutschen Presse" erwähnten Richtlinien der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung nicht angeschlossen, wonach Zeitungen, die verfassungsmäßige Einrichtungen beschimpfen oder verächtlich zu machen

Digitized by Google

suchen, oder die über den Rahmen sachlicher Kritik hinaus die Regierung planmäßig mit wahrheitswidrigen Mitteln bekämpfen, von der Benutzung für amtliche Veröffentlichungen ausgeschlossen werden sollen. Die sächsische Regelung des amtlichen Bekanntmachungswesens ist im Jahre 1922 vorgenommen worden. Nach dieser Regelung sollen zwar solche Zeitungen vom Bekanntmachungswesen ausgeschlossen werden, die etwaige Umsturzversuche unterstützen, doch ist die Regelung bisher unter jeder sächsischen Regierung sehr liberal gehandhabt worden. Man ist bei der Vergebung amtlicher Bekanntmachungen von dem Grundsatz ausgegangen, in erster Linie diejenigen Blätter heranzuziehen, die den größten Verbreitungsbezirk haben.

Fachrundschau

Zeitungskunde und Zeitungswissenschaft.

Das Kölner Forschungsinstitut für internationales Pressewesen hat am 4. November seine Arbeiten mit einem Vortrage des Chefredakteurs Dr. Staab-Neuß über die Psychologie des modernen Journalismus aufgenommen. Dabei ist besonders beachtenswert, daß gleich als erster der Vortragenden ein in der Tagespraxis stehender Journalist das Wort nehmen konnte, wie denn überhaupt das Vortragsprogramm des ersten Semesters die Männer der journalistischen Praxis in den Vordergrund stellt. Das Institut hat es sich zur Aufgabe gemacht, einer möglichst breiten Öffentlichkeit die Kenntnis von den Voraussetzungen und dem Wesen der Publizistik als soziologischer Erscheinung zu vermitteln. Aus diesem Grunde sind auch die Vorlesungen grundsätzlich in die Abendstunden verlegt worden, um den Kreis der Hörenden möglichst weit zu ziehen. Demselben Zweck dient die Anordnung, daß Bücherei und Lesesaal des Instituts bis 10½ Uhr abends geöffnet bleiben. Besonders zu erwähnen ist noch, daß das Kölner Forschungsinstitut nicht einer einzelnen Fakultät angegliedert ist, sondern als selbständiges Institut eine allgemein zeitungskundliche Sektion, eine wirtschaftswissenschaftliche, eine medizinische, eine rechtswissenschaftliche und eine literarisch-historische Gruppe umfaßt. In der nächsten Zeit halten bekannte Journalisten folgende Einzelvorträge: Redakteur Dr. Robens-Köln „Die Nachricht", Redakteur Max Hornbasch-Köln „Der Leitartikel", Redakteur Dr. Foehr-Köln „Die Aufgaben der großen Presse im Volksstaat", Redakteur Dr. Spael-Köln „Das Feuilleton". Außerdem sind in nächster Zeit staatswissenschaftliche, preßrechtliche und zeitungskundliche Vorlesungen von Universitätsprofessoren vorgesehen.

Die Wuppertaler Presse im Wandel der Zeiten. Nachdem sich die Städte Barmen, Elberfeld und die nächstumliegenden Orte zu einem Gemeinwesen vereinigt haben, zeigen die Stadtbücherei und das Stadtarchiv Elberfeld, der Bergische Geschichtsverein und die Wuppertaler Presse selbst in einer Ausstellung die Entwicklung, die das Zeitungswesen im Bereich der neuen Wuppergroßstadt von den Anfängen bis zur Gegenwart genommen hat. Die vom Kollegen Fr. Kayser zusammengestellte Schau ist im neuen Stadtbüchereigebäude an der Kasinogartenstraße untergebracht und bleibt bis zum Ende des Jahres bestehen. Mit dem ersten Elberfelder Zeitungsdruckerzeugnis, dem „Bergischen Magazin" von 1788 bis 1789 hebt die Schau an und verweilt dann mit verhältnismäßig zahlreichem Material bei den Blättern der Franzosenzeit um 1800. Weiterhin versucht sie vornehmlich den Werdegang der heute bestehenden Tageszeitungen darzutun; Zeitungen, die nicht mehr bestehen, finden sich, soweit Stücke noch vorhanden und erreichbar waren, aufgeführt. Der Hauptteil der Schau besteht aus Zeitungsnummern der verschiedensten Stufen; instruktive Beilagen, Fest- und Jubiläumsnummern reihen sich an, auch fehlen Bilder aus den Betrieben und von bedeutenden Männern, die in der Wuppertaler Presse tätig waren, wie das Ludwig Salomons, des ersten Geschichtsschreibers der deutschen Presse, nicht. In Auswertung der Ausstellung, die bereits am Tag nach ihrer Fertigstellung vom Vorstand des Verbandes der Rhein.-Westf. Presse besichtigt wurde, beabsichtigen die Veranstalter, die Wuppertaler Preßgeschichte einer genaueren Durchforschung zu unterziehen und deren Ergebnis seinerzeit im Druck niederzulegen.

Fest- und Jubiläumsnummern.

Die „Neue Mannheimer Zeitung" brachte anläßlich ihrer Übersiedlung in das Bassermannhaus und gleichzeitig zur Feier des 140jährigen Bestehens des Blattes eine gut ausgestattete Festausgabe heraus, die u. a. Geleitworte des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers und anderer führender Persönlichkeiten bringt. In einem längeren Aufsatz des Chefredakteurs Kurt Fischer wird die Entwicklung der Zeitung geschildert. Interessante Beiträge zur Geschichte des Mannheimer Zeitungswesens und des Bassermannhauses schließen sich an; andere Artikel der Festnummer beschäftigen sich mit kulturellen und wirtschaftlichen Fragen Mannheims und des Badener Landes.

Die „Chemnitzer Neuesten Nachrichten" konnten am 29. Oktober auf ihr 40jähriges Bestehen zurückblicken. Unter den Betriebsangehörigen, die vom Tage der Gründung ab am Ausbau und der Entwicklung des Blattes mitgearbeitet und an seinen Erfolgen ihren Anteil haben, befindet sich auch der Kollege Robert Bruno Ficker.

Vom deutschen Zeitungswesen im Ausland.

10 Jahre „Revaler Bote". Am 1. November konnte der „Revaler Bote", der Nachfolger der im Jahre 1860 begründeten „Revaler Zeitung", auf ein 10jähriges Bestehen unter dem neuen Namen zurückblicken. In diesen 10 Jahren hat der „Revaler Bote", der gelegentlich auch Zeiten harter politischer Kämpfe für das Deutschtum in Estland zu bestehen hatte, den estländischen Deutschen als Sprachrohr gedient und ihre Interessen eifrig wahrgenommen. Aus Anlaß des 10jährigen Bestehens hat das Blatt eine 40 Seiten umfassende Jubiläumsnummer herausgebracht, deren Inhalt sich mit der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lage der estländischen Deutschen beschäftigt. Die Jubiläumsfeier wurde nur dadurch getrübt, daß der Chefredakteur des Blattes, „Axel de Vries", noch den Rest einer Gefängnisstrafe abbüßte, die ihm wegen seiner aufrechten Haltung bei der Enteignung des Revaler Doms zudiktiert worden war.

Ende des Prozesses um die „Deutsche Rundschau". Das Oberste Verwaltungsgericht in Warschau hat kürzlich durch Urteil die polnische Staatsangehörigkeit der verstorbenen Mutter der jetzigen Inhaber der Verlagsdruckerei Dittmann & Co. (Deutsche Rundschau) in Bromberg anerkannt. Dadurch sind die Bemühungen des Wojewoden, nach Artikel 4 § 1 der Wiener Konvention die Staatsangehörigkeit der Inhaber des Unternehmens anzuzweifeln, um die Firma liquidieren und die „Deutsche Rundschau" beseitigen zu können, endgültig gescheitert. Das Urteil ist für alle deutschen Kreise Polens von größter Wichtigkeit und von prinzipieller Bedeutung.

Ausland.

Verschmelzung polnischer Zeitungen. Die beiden polnischen Blätter „Epoka" und „Glos Prawdy", die der Regierung nahestanden, haben am 29. Oktober ihr Erscheinen eingestellt, um einem gemeinsamen Blatt, der „Gazeta Polska", Platz zu machen. Der bisherige Leiter des „Glos Prawdy", Oberst Koc, soll das neue Blatt betreuen, dessen erste Ausgaben inzwischen erschienen sind. Die Verschmelzung der beiden Organe hat schon eine längere Vorgeschichte. Die Regierung trat seit längerer Zeit für diese Verschmelzung ein, während sich die Redaktion der „Epoka", die dem Ministerium des Äußeren nahestand, zunächst dagegen wehrte, worauf ihr die geldliche Unterstützung der Regierung gesperrt wurde. Das Blatt wurde dann einige Zeit in der Druckerei des sozialistischen „Robotnik" hergestellt. Während der „Glos Prawdy" außenpolitisch einen chauvinistischen Standpunkt einnahm, bemühte sich die „Epoka" im allgemeinen um eine vernünftige Haltung in außenpolitischen Fragen. Die Leitartikel ihres politischen Redakteurs Grosstern zeichneten sich im allgemeinen durch Vermeidung tendenziöser Auseinandersetzungen aus.

„Pressefreiheit" in Polen. Die Knebelung der Presse in Polen nimmt immer schärfere Formen an. Nach Berichten des christlich-demokratischen Blattes „Rzeczpospolita" sind in der letzten Oktoberwoche nicht weniger als 16 verschiedene Zeitungen beschlagnahmt worden. Den Rekord schlug dabei der Lemberger „Kurjer Poranny", der im Verlaufe einer Nacht nicht weniger als neunmal beschlagnahmt wurde. Ein Rekord anderer Art fiel Korfantys Zeitung „Polonia" zu, die am 5. November sozusagen das Jubiläum ihrer 100. Beschlagnahme begehen konnte. An einer wegen der dauernden Pressеverfolgungen einberufenen Konferenz der Vertreter der am meisten beschlagnahmten Oppositionsblätter in Warschau nahmen 15 Zeitungen teil. Es wurde ein Arbeitskomitee gewählt, das Mittel und Wege suchen soll, um mit Hilfe von Rechtssachverständigen die juristischen Grundlagen für eine Erkämpfung der Preßfreiheit zu prüfen. Bezeichnend für die Haltung der polnischen Regierung gegenüber der Presse ist übrigens, daß versucht wird, auch gegen die ausländische

Digitized by Google

Presse vorzugehen. Das richtet sich, deutschen Zeitungen zufolge, besonders gegen die deutsche Presse, der von den Regierungsblättern Lügenhaftigkeit vorgeworfen wird.

Aus der Organisation

Landesverband der Bayerischen Presse.

Verein Münchener Berufsjournalisten.

Der Verein der Münchener Berufsjournalisten, die Münchener Ortsgruppe des Landesverbandes der Bayerischen Presse, vollendet am 18. November d. J. das 25. Jahr seines Bestehens. Dieses Ereignis wird am 30. November mit einem Familienabend und am 1. Dezember ½11 Uhr mit einem Festakt im alten Rathause feierlich begangen.

Verein Frankfurter Presse.

Die Arbeitsgemeinschaft der freien Journalisten

im Verein Frankfurter Presse E. V. hielt kürzlich ihre Jahreshauptversammlung ab, in der der Obmann Robert Mösinger den Jahresbericht erstattete, aus dem hervorging, daß im ersten Jahre der Arbeitsgemeinschaft schon recht ansehnliche Erfolge zur Erleichterung der Berufsarbeit der freien Journalisten erzielt werden konnten. Die Obleute der Arbeitsgemeinschaft Robert Mösinger, Otto Schwerin und Max Eck-Troll wurden einstimmig wiedergewählt. Die Arbeitsgemeinschaft, die heute 31 Mitglieder zählt, ist eine Untergruppe des Vereins Frankfurter Presse E. V., d. h. ihr dürfen nur solche freien Journalisten angehören, die Mitglieder des Vereins Frankfurter Presse und damit auch Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse sind.

Landesverband Mitteldeutschland.

Die Bezirksgruppe Ost

hielt ihre Herbstsitzung am 5. Oktober in Eilenburg ab. Leider hatte wegen äußerer Schwierigkeiten eine ursprünglich im größeren Rahmen geplante Besichtigung der neuen Landeserziehungsanstalt abgesagt und auf eine günstigere Zeit vertagt werden müssen. Um so eingehender widmete man sich der Besprechung einiger dringlicher Angelegenheiten, unter denen bedauerlicherweise auch die Lässigkeit zweier Kollegen in der Zahlung ihre Beiträge eine Rolle spielte. In der Erkenntnis, daß die peinliche Erfüllung aller Verpflichtungen des Einzelmitgliedes gegenüber der Organisation die Vorbedingung für ein erfolgreiches Wirken des Reichsverbandes sein muß, wurde beschlossen, gegen einen wiederholt zahlungsfaulen Kollegen das Ausschlußverfahren zu betreiben, wenn eine letzte Mahnung fruchtlos bleiben sollte. Eine eingehende Besprechung fand die Frage der Abzugsmöglichkeiten bei der Einkommensteuer. Die Bezirksgruppe beschloß ferner, als redaktionelle Mitarbeiter vorkommendenfalls Reichsverbandsmitglieder grundsätzlich zu bevorzugen, natürlich wenn die qualitativen Voraussetzungen gegeben sind. Besonders gründlich wurden alle Berufsfragen erörtert, die sich für die Redaktionen in Kleinstädten in großer Fülle ergeben. Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß selbst da, wo Meinungsverschiedenheiten auftauchten, die Verhandlungen im Geiste schöner kollegialer Gesinnung verliefen, der die Bezirksgruppe innerlich geschlossen erhält. Im Anschluß an die Geschäftssitzung waren die Kollegen noch einige Stunden gemütlich zusammen. Im Januar ist eine Zusammenkunft mit Damen in Torgau geplant.

Bezirksgruppe Thüringen.

Kürzlich ist eine Bezirksgruppe Thüringen im Landesverband Mitteldeutschland gegründet worden, die einen festeren Zusammenhalt unter den Thüringer Mitgliedern des Landesverbandes bringen und die besonderen Interessen der Thüringer Kollegen pflegen und fördern soll. Den Vorsitz hat für das erste Jahr des Bestehens die Ortsgruppe Weimar-Jena übernommen, so daß deren Vorsitzender, Kollege Dr. Malberg in Weimar, zugleich auch die Geschäfte der neuen Bezirksgruppe führt.

Personalien

Dr. Ernst Esch, Generaldirektor des Messe- und Ausstellungsamtes Köln und Privatdozent an der Kölner Universität, wurde vom Preußischen Minister für Wissenschaft Kunst und Volksbildung Dr. Becker zum außerordentlichen Professor an der Universität Köln ernannt. Dr. Esch ist

Warnung!

Bei einem Berliner Zeitschriftenverlage erschien vor einiger Zeit ein angeblicher Redakteur M. (Maximilian) Enger aus Bielefeld, Webereistr. 21, und überreichte einen Brief eines hohen bayerischen Beamten, in dem gebeten wurde, Enger eine literarische Beschäftigung zu geben, weil er infolge seiner Teilnahme am Weltkriege taub und nervenkrank sei, und im Falle der Ablehnung einer Beschäftigung ihm das Geld zu einer Reise nach München zu Verfügung zu stellen. Da die Angaben des Herrn Enger zweifelhaft schienen, wurde er ersucht, in den nächsten Tagen wieder vorzusprechen; er erschien aber nicht mehr. Der angebliche Brief des erwähnten hohen bayerischen Beamten stellte sich als eine Fälschung heraus, da Enger, wie inzwischen festgestellt werden konnte, dem betr. Herrn überhaupt nicht bekannt ist. Wir warnen hiermit vor Enger, über den auch aus anderen Teilen Deutschlands ähnliche belastende Mitteilungen vorliegen.

Reichsverband der deutschen Presse.

weiten Kreisen des In- und Auslandes besonders bekannt geworden durch seine Arbeit für die Kölner Pressa.

Kollege Bruno Ficker, Redakteur an den „Chemnitzer Neuesten Nachrichten", konnte dieser Tage auf eine 40jährige Tätigkeit im Verlag der „Chemnitzer Neuesten Nachrichten" zurückblicken. Er trat 1889 als Schriftsetzer in den Betrieb der „Chemn. N. N." ein und wurde 1893 Redakteur. Besondere Verdienste hat er sich auf dem Gebiet der Heimatpflege erworben. Der Jubilar erhielt ein städtisches Ehrenzeugnis und von der Handelskammer Chemnitz die silberne Medaille für Treue in der Arbeit. Auch der Verein für Chemnitzer Geschichte ehrte ihn.

Paul Lindenberg wurde an seinem 70. Geburtstage am 11. November mannigfach geehrt, vor allem durch einen sehr warm gehaltenen Brief des Reichspräsidenten, ferner durch herzliche Glückwunschschreiben und Telegramme sowie sonstige Glückwünsche des Reichsverbandes der deutschen Presse, der Vereins Berliner Presse, der Literarischen Gesellschaft, des Vereins der Geschichte Berlins, der Brandenburgia usw. Besondere Anerkennung fand seine seit Jahrzehnten ausgeübte literarische Tätigkeit für Bulgarien. Der bulgarische Gesandte in Berlin Professor Dr. Popoff überbrachte persönlich die Glückwünsche des Königs Boris und der bulgarischen Regierung in Begleitung des bulgarischen Militärbevollmächtigten Oberst Radeff, der den Dank der bulgarischen Armee aussprach. Ein langes Telegramm voll dankbarer und freundschaftlicher Gesinnung lief von König Ferdinand von Bulgarien ein und ferner ein solches des Magistrats von Sofia, der dem Geburtstagskinde das Ehrenzeichen der Stadt verlieh, das bisher nur sehr wenigen zuteil geworden. Einige hundert Depeschen und Briefe waren aus Heimat und Fremde eingelaufen.

Sportredakteur Walter Nau der „Ostdeutschen Morgenpost" in Beuthen, in den Sportkreisen des deutschen Ostens hervorragend bekannt, wurde vom Reichsausschuß für Leibesübungen durch Verleihung des deutschen Turn- und Sportabzeichens in Silber geehrt.

Professor Ludwig Stein 70jährig. Am 12. November beging der weit über Deutschlands Grenzen bekannte Philosoph und Publizist Professor Ludwig Stein den 70. Geburtstag. Stein kommt von der Philosophie her. Er war ein Schüler Eduard Zellers. In die Öffentlichkeit trat er zum erstenmal durch die Entdeckung wertvoller Leibniz-Dokumente in Hannover. Schon mit 30 Jahren wurde Stein ordentlicher Professor der Philosophie am Polytechnikum in Zürich. Von dort ging er an die Universität Bern, wo er 19 Jahre lang Philosophie lehrte. Eine hervorragende journalistische Begabung und eine tiefgehende Liebe zur Publizistik ließen ihn immer festere Verbindung mit der Presse suchen und finden. In den Tageszeitungen, wie in hervorragenden Zeitschriften konnte er bald als Philosophie-Historiker, Sozialphilosoph, Soziologe und namentlich auch als Kulturpolitiker publizistische Erfolge buchen. Er gründete das Archiv für Philosophie und übernahm von Paul Lindau die Monatsschrift „Nord und Süd", die er noch heute leitet und in deren Novemberheft ihm Koch-Weser einen ehrenden Jubiläumsartikel gewidmet hat. In der Tagespresse haben vor allem seine geistvollen Leitartikel, die sich mit außerpolitischen Fragen beschäftigen, stets besondere Beachtung gefunden. Stein, mit Eduard Lasker verwandt, steht seit langem mit vielen liberalen Politikern in enger Beziehung und übt auch eine weitreichende politische Wirksamkeit aus. Er ist Begründer des Komitees für internationale Aussprache, das der Reichshauptstadt schon wiederholt Vorträge bedeutender Politiker

Digitized by Google

vermittelt hat. Zum 70. Geburtstage Steins ist im Verlage von Carl Heymanns eine Festschrift erschienen, die seine Persönlichkeit und sein Schaffen würdigt.

Helene Stöcker, die weit über Deutschlands Grenzen bekannte Schriftstellerin und Führerin der Friedens- und Mutterschutzbewegung, beging am 13. November den 60. Geburtstag. Helene Stöcker stammt aus einer kinderreichen rheinischen Familie, in der sich in früher Pflichterfüllung ihre sozialen Anschauungen entwickelten. Erst mit 22 Jahren konnte sie in Berlin das heiß ersehnte Studium aufnehmen; sie nahm auch sehr bald am geistigen, literarischen und sozialen Leben der Reichshauptstadt teil. Da in jenen Zeiten die Zulassung zum Doktorexamen für eine Studentin in Deutschland noch die allergrößten Schwierigkeiten machte, schloß Helene Stöcker ihr Studium in Bern mit der Promotion ab. Nach Berlin zurückgekehrt, wurde sie zunächst Dozentin an der Lessing-Hochschule. Ihrem ersten 1905 erschienenen Buch „Die Liebe und die Frauen" folgte die Gründung des Bundes für Mutterschutz, dessen kampfreiche Geschichte sie in ihrer Schrift „Zehn Jahre Mutterschutz" dargestellt hat. Helene Stöcker ist Vorstandsmitglied der deutschen Friedensgesellschaft, gehörte dem Präsidium der deutschen Liga für Völkerbund an und ist Mitglied des Berner Friedensbüros; sie gehört auch seit langen Jahren dem Reichsverband der deutschen Presse als Mitglied an. Ein umfangreiches Bild ihres Wirkens geben ihre in großer Zahl erschienenen schriftstellerischen Arbeiten, unter denen besonders die Leistung der „Neuen Generation", der bekannten Zeitschrift der Mutterschutzbewegung, hervorragt. Der Jubilarin, die auf ein an Kämpfen, aber auch an Erfolgen ungewöhnlich reiches Leben zurückblicken kann, seien auch an dieser Stelle herzliche Glückwünsche dargebracht.

Redakteur Hans Talhofer †. Kollege Hans Talhofer vom „Oberschlesischen Wanderer" in Gleiwitz, Mitglied des Verbandes der Schlesischen Presse, ist am 23. Oktober im Alter von erst 42 Jahren einem Herzschlag erlegen. Nachdem Talhofer seine philosophischen, juristischen und künstlerischen Studien beendet hatte, trat er im November 1912 als Volontär in die Redaktion des „Thüringer Tageblattes" in Erfurt ein und wurde schon nach einem knappen halben Jahr Lokalredakteur an der „Nordhäuser Zeitung". 3½ Jahre hielt ihn der Krieg fest. Nach der Rückkehr in die Heimat ging er 1919 zur „Ostdeutschen Morgenpost" in Beuthen und wechselte ein Jahr später an die „Landeszeitung" in Beuthen über. Nachdem er zwischendurch einige Zeit als freier Schriftsteller und Zeichner tätig gewesen war, wurde er Mitglied der Redaktion des „Oberschlesischen Wanderers" in Gleiwitz, dessen allgemein beliebte und angesehene Wochenbeilage „Oberschlesien im Bild" ihre Erfolge in erster Linie seiner Arbeit zu verdanken hatte. Talhofer, der von den Kollegen wegen seines ausgeprägten Charakters, seines geraden Sinnes und seines tiefen Rechtsgefühls besonders geschätzt wurde, hat allzu früh Feder und Zeichenstift aus der Hand legen müssen. Sein Andenken wird in Ehren bleiben.

Konteradmiral Waldemar Vollerthun †. Im 61. Lebensjahr ist nach kurzem schwerem Leiden der außenpolitische Redakteur der „Münchener Neusten Nachrichten", Konter-Admiral a. D. Waldemar Vollerthun, gestorben. Während seiner Seeoffizierszeit — er war 1888 in die Marine eingetreten — hat Vollerthun besonders als wirtschaftlicher Organisator in den deutschen Kolonien gewirkt und dabei Hervorragendes geleistet. Auch im Gesandtschaftsdienst war er tätig. Der Ausbruch des Krieges traf ihn als Marineattaché in Tokio. Er wurde dann in Japan gefangen gehalten. Nach dem Kriege schied Vollerthun aus der Marine aus und wandte sich ganz dem Journalismus und der Schriftstellerei zu. Das wurde ihm besonders dadurch erleichtert, daß er schon aus seiner früheren Tätigkeit beim Nachrichtenamt der Marine Verbindungen mit der Presse hatte. Als Journalist und vor allem als außenpolitischer Redakteur der „Münchener Neusten Nachrichten" hat er sich entschieden und zielbewußt für den deutschen Wiederaufbau eingesetzt, wie überhaupt die Triebfeder seines gesamten Wirkens der Wunsch war, seinem Vaterlande zu dienen.

Inhaltsangabe:

Nun wirklich eine Ehrenrettung. Von G. Bernhard, Berlin.
Der Korrespondenz-Verleger bittet ums Wort. Von Dr. Rudolf Dammert, Berlin.
Keine Ehrenrettung, aber nötige Feststellungen. Von H. Goeres, Berlin.
Der Zeitungsroman. Von H. Fröhlich, München.
Sachsen und die Richtlinien der Amtsblätter.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Die Streichung von J. B. Sailer, München, ist aufzuheben.

Bezirksverband Berlin. Werner Crome (Pressestelle d. DNVP.), NW 7, Friedrich-Ebert-Straße 29; Georg Hennig (Pressedienst d. GDA.), Zehlendorf, Schweizerhof; Frl. Susanne Zeuner (Köln. Ztg.), W 30, Eisenacher Straße 103.

Provinzialverband Pommern. Günther Meyer-Haenel (Stettiner Generalanz.), Stettin, Kaiser-Friedrich-Straße 21; Ernst Gehrke (Ostsee-Ztg. / Stett. Abendp.), Stettin, Pölitzer Straße 69.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Dortmunder Presseverein. Fr. Schumacher (Tremonia), Dortmund, Weißenburger Straße 5.

Verband der Schlesischen Presse. Redakteur Fritz-Günther Keil (Schles. Gebirgszeitung), Bad Warmbrunn, Tannenberg 1.

II. Neuanmeldungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Dr. phil. Cajetan Freund (Vertreter d. Dtsch. Tageszig. Berlin und der Reichsbahnzentrale f. d. Dtsch. Verkehr, Berlin), München, Johann-von-Werth-Straße 1/2; Othmar von Fladung (Kunstreferent d. Bayer. Zeitungsblocks), München, Georgenstraße 72/2 lks.

Bezirksverband Berlin. Dr. Oskar Frohberg (Presseabteilung d. Städt. Gaswerke).

Verein Frankfurter Presse. Hans Nassauer (Frankf. Ztg.), Ffm., Feldbergstr. 45; Konrad Heiden (Frankf. Ztg., Illustriertes Blatt), Ffm., Große Eschenheimer Straße 31.

Landesverband Mitteldeutschland. Kurt Fennel (Kasseler Tageblatt), Kassel, Wilhelmshöher Allee 146.

Verein Niedersächsische Presse. Hauptschriftltr. Diedrich Gerhard Soltau (Ostfriesischer Kurier), Norden; L. B. Andrich (Ostfries. Kurier), Norden; Otto Bertsche (Ostfriesische Nachr.), Aurich; Möller (Delmenhorster Kreisblatt), Delmenhorst.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Hellweg-Märkischer Presseverein. Erich O. Daniel (Westf. Anz.), Hamm/Westf., v. d. Marckstr. 7.

Verband der Schlesischen Presse. Hauptschriftltr. Dr. Armin Rieger (Zeitschrift d. Landwirtschaftskammer), Breslau, Goethestraße 71; Dr. Kurt Meschke (Evang. Presseverband für Schlesien), Breslau, Novastr. 8.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband Mitteldeutschland. Vom Landesverband der Badischen Presse übernommen: Dr. W. A. Krannhals, Jena, Ernst-Häckel-Platz 1.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Düsseldorfer Presse. Überwiesen von Essen: Dr. Fritz Haubold (Düsseld. Nachr.), Düsseldorf-Oberkassel, Luegallee 74. — Verein Essener Presse. Überwiesen von Saarbrücken: Dr. Adolf Raskin (Rheinisch-Westf. Ztg.), Essen, Sachsenstr. 36. — Bezirksverein Ravensberg. Überwiesen vom Verein Nassauischer Redakteure: Dr. Herbert Müller-Werth (Westf. Ztg.), Bielefeld, Bürgerweg 11. — Saarpresse. Überwiesen vom Bezirksverband Berlin: Joh. Hoffmann (Saarbr. Landesztg.), Saarbrücken.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Leipzig. Überwiesen vom Bezirksverein Zwickau: Otto Müller, Leipzig C 1, Beuchaer Straße 4 I. An den Bezirksverein Dresden überwiesen: Werner Kilian, Dresden-A. 16, Hindenburgstr. 16 II.

IV. Streichungen.

Bezirksverband Berlin. Gestrichen: Dr. H. Hieber; S. Riese, H. Schneider-Landmann.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

Verkehrswerbung bei der Reichsbahn
und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung

Die Lage Deutschlands in Mitteleuropa ist auch bestimmend für Deutschlands Bedeutung im internationalen Verkehr. Mit dieser Lage verfügt Deutschland über den „kurzen" Weg, dessen wirtschaftlicher Vorteil natürlich von Einfluß ist. Aber er ist nicht endgültig entscheidend; denn der Personenverkehr ist freizügig. Es kann niemand zu einem Reiseweg gezwungen werden. Nur der Reisende selbst bestimmt, wie er fahren will, und hierfür ist maßgebend die Summe alles dessen, was ihm an Billigkeit, Schnelligkeit und Bequemlichkeit geboten wird. Wer daher Erfolge haben will, muß sich um den Reisenden bemühen und ihm solche möglichst großen Vorteile gewähren. Geschieht das nicht, und leisten andere Bahnverwaltungen auf Wettbewerbslinien mehr — das ist immer relativ, je nachdem der einzelne das Gebotene nach seinen verschiedenen Eigenschaften einschätzt —, so kann der Einfluß einer günstigen Lage sich verringern, ihr Vorteil ausgeglichen werden.

Bei den internationalen Reisen ist zu unterscheiden zwischen dem Verkehr Ausland—Deutschland und Ausland—Ausland „durch" Deutschland. Der erste wird, soweit er Geschäftsverkehr ist, durch gute Verbindungen kaum in erheblichem Maße neu geschaffen. Er ist hauptsächlich durch andere Umstände, durch die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der Völker bedingt. Nur in beschränktem Umfange mag er auch durch billige, schnelle und gute Fahrt anzuregen sein. Nur dort, wo mehrere Zufahrtlinien im Wettbewerb stehen, muß das Bestreben darauf gerichtet sein, den Weg zu begünstigen, der für Deutschland den größten Gewinn ergibt.

Im Gegensatz zur Geschäftsreise ist der „sonstige" Reiseverkehr zu den mannigfachen Zwecken von Besuchen, Vergnügungen, Erholung, Kur- und Badeaufenthalt sehr ausdehnungsfähig und bedarf daher starker Anregung. Hier hat die Verkehrswerbung einzusetzen. Ihr kommt besondere Bedeutung zu, um so mehr, als der Auslandsverkehr einen wichtigen, zuweilen sogar einen ausschlaggebenden Teil der Handelsbilanz mancher Länder bildet.

Für Deutschland betrugen nach den neuesten Feststellungen des Statistischen Reichsamts, die allerdings zum Teil auf Schätzungen beruhen und daher keinen Anspruch auf unbedingte Genauigkeit haben, im Jahre 1928 die Ausgaben von Deutschen im Ausland etwa 253 Millionen Reichsmark, die Ausgaben von Ausländern in Deutschland etwa 240 Millionen Reichsmark. Der Fremdenverkehr schließt daher mit einem Minus von 13 Millionen Reichsmark ab; das ist 1 v.H. des Passivsaldos der deutschen Zahlungsbilanz von 1300 Millionen RM.

Demgegenüber gaben im Jahre 1928 Ausländer in Österreich 166 Millionen Reichsmark aus, während Österreicher nur 18 Millionen Reichsmark ins Ausland brachten. Österreich hatte also ein Aktivum von 144 Millionen Reichsmark, woraus die große Bedeutung des Fremdenverkehrs für dieses Land zu erkennen ist.

Das Defizit der schweizerischen Handelsbilanz im Jahre 1928 von 610 Millionen Schweizer Franken soll durch den Ertrag des Fremdenverkehrs, an dem Deutschland an erster Stelle stehend mit 30 v.H. beteiligt war, ausgeglichen worden sein.

In Frankreich sollen sich die Ausgaben der Fremden im Jahre 1927 auf etwa 2 Milliarden Goldmark belaufen haben; doch scheint dieser Betrag etwas zu hoch zu sein.

Immerhin zeigen diese wenigen Zahlen den großen volkswirtschaftlichen Wert des Fremdenverkehrs und seine Bedeutung für die Zahlungsbilanz der Staaten. Sie zeigen aber auch, daß die Reichsbahn, die wirtschaftlich selbständig ist, gemäß den Bestimmungen des Reichsbahngesetzes zum Wohle der deutschen Volkswirtschaft betrieben wird und hohe Beträge für Reparationen aufbringen muß, sich auf dem Gebiet des internationalen Personenverkehrs verkehrswerbend einstellen muß. Hier decken sich ihre Interessen mit denen der allgemeinen Volkswirtschaft durchaus. Jeder Ausländer, der über Strecken der Reichsbahn reist, ist ein Gewinn für die deutsche Wirtschaft. In der Werbung für diesen Verkehr sind daher alle Bestrebungen auf das gleiche Ziel gerichtet oder sollten es sein.

Die Deutsche Reichsbahn unterstützt nicht nur grundsätzlich alle Bestrebungen allgemeiner Verkehrswerbung, sondern hat in Erkenntnis der Bedeutung für das eigene Unternehmen die Führung übernommen. So ist es zur Gründung der „Reichsbahnzentrale für den deutschen Reiseverkehr" (RDV.) gekommen, einer Stelle, die im Ausland für Deutschland und seinen Besuch werben soll. Sie ist trotz ihrer Bedeutung in manchen Kreisen noch nicht so allgemein bekannt und bewertet, daß es sich nicht lohnen würde, ihr auch hier einige Worte zu widmen.

Die Reichsbahnzentrale ist im Jahre 1920 als E. V. „Reichszentrale für deutsche Verkehrswerbung" ins Leben gerufen worden. Ihr Zweck war, den deutschen Reiseverkehr, in erster Linie vom Ausland nach Deutschland, durch eine planmäßige Werbetätigkeit zu fördern. Mitglieder des Vereins waren Vertreter der Reichsbahn sowie von Reichs- und Landesbehörden, Körperschaften und Zentralverbänden, deren Mitglieder die RDV. unterstützten. Die Leitung oblag einem Vorstand und einem Verwaltungsrat, der zum Teil vom Generaldirektor der Reichsbahn ernannt, zum Teil von der Hauptversammlung gewählt wurde, der aber wegen seiner etwa 70 Personen starken Mitgliederzahl nicht recht arbeitsfähig

Digitized by Google

war. Die Geldmittel der Reichszentrale stammten aus Zuwendungen der Reichsbahn, und zwar aus Überschüssen des Mitteleuropäischen Reisebüros und weiteren, darüber hinausgehenden Zuschüssen der Reichsbahn selbst sowie aus Beiträgen aus Kreisen von Handel, Industrie, des Verkehrs und der Städte. Im Jahre 1927 betrugen die Zuschüsse der Reichsbahn 1 150 000 RM., ihre Zuwendungen aus MER-Mitteln 997 500 RM., die Beiträge von Handel, Industrie und Städten 226 000 RM. Im Laufe der Zeit traten gewisse Schwierigkeiten auf. Die Verkehrsinteressenten machten geltend, daß die RDV. nicht genügend unabhängig sei und einseitig die Belange der Deutschen Reichsbahn wahrnehme, und daß ihre Vertreter wenig Einfluß auf die Führung der Geschäfte hätten. Die Reichsbahn empfand es dagegen als Beeinträchtigung, daß die Interessenten auf Grund geringer Beitragsleistungen Ansprüche auf Berücksichtigung von Sonderwünschen stellten, welche die großen Gesichtspunkte der allgemeinen deutschen Werbung zu verwässern und unter Umständen die Stoßkraft dieser Werbung zu beeinträchtigen in der Lage waren. Da die RDV. nun doch eine Schöpfung der Reichsbahn ist, die im Jahre 1927 etwa 90 v.H. der Ausgaben aufgebracht hat, konnte diese die Entscheidung über Werbungsfragen nicht wohl von Zufallbeschlüssen der 70 Mitglieder des Verwaltungsrates abhängig machen. Die Reichsbahn hat daher im Jahre 1928 die Folgerungen gezogen und die RDV. in der alten Form aufgelöst und als „Reichsbahnzentrale für den deutschen Reiseverkehr“, einer allein von der Reichsbahn abhängigen Stelle, neu gegründet. Sie wird von einem Vorstand und einem Verwaltungsrat geleitet, die vom Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn ernannt werden. Die Reichsbahn bringt nunmehr auch die erforderlichen Mittel allein auf. Die Werbung erfolgt nach den bis dahin bewährten Grundsätzen durch Auslandsvertretungen, Auskunftstellen im In- und Ausland, durch Schaffung und Verbreitung von Werbeschriften, Werbung durch Plakat, Bild, Lichtbild und Film, durch die Presse, durch Herausgabe von Verkehrszeitschriften und Kursbüchern, durch Vorträge, Unterstützung von Ausstellungen, Festspielen und sportlichen Veranstaltungen. Auf diese Weise versucht die Reichsbahnzentrale nach Möglichkeit, die Schönheit der deutschen Landschaft bekanntzumachen, die Kenntnis von der Heilkraft und den vorbildlichen Einrichtungen deutscher Bäder zu verbreiten, auch Gelegenheit zu sportlicher Betätigung an den schönsten deutschen Plätzen nachzuweisen. Weiter wird die Propaganda auf die ehrwürdigen Stätten deutscher Kultur und Geschichte, auf die herrlichen Beispiele großer Baukunst, auf die eifrige Pflege von Kunst und Wissenschaft, auf Deutschlands Industrie und Technik, hinweisen können. Sie findet somit ein recht umfangreiches und stolzes Betätigungsfeld.

Im Jahre 1929 stehen der Reichsbahnzentrale etwa 3 Millionen Reichsmark für Werbezwecke zur Verfügung. Es ist unzweifelhaft, daß „sie“ diejenige Stelle ist, die am unabhängigsten und ohne Selbstzweck im Ausland für den Verkehr nach Deutschland wirken kann. In letzter Zeit treten nun Bestrebungen hervor, auch von anderer Seite im Ausland Werbestellen einzurichten, die die Wirksamkeit der RDV. beeinträchtigen könnten; trotzdem diese bemüht ist, engste Fühlung mit den Kreisen zu halten, die sich gleichfalls der Pflege und Förderung des Fremdenverkehrs widmen. Man darf dennoch hoffen, daß die Einheitlichkeit der Auslandswerbung erhalten bleibt, und daß die Bedeutung der Reichsbahnzentrale auch weiten Kreisen immer mehr bekannt wird. Erfreulich bleibt es vor allem, feststellen zu können, daß die Werbetätigkeit auch Erfolg gehabt hat. Von den Einnahmen der Deutschen Reichsbahn in Höhe von etwa 1443 Millionen Reichsmark aus dem Personen- und Gepäckverkehr des Jahres 1928 entfielen auf den Verkehr zwischen Deutschland und dem Ausland 41,5 Millionen oder 2,9 v.H. und auf den Verkehr Ausland—Ausland durch Deutschland 3,8 Millionen oder 0,3 v.H., also insgesamt auf den unmittelbaren Auslandverkehr 3,2 v.H. der Gesamteinnahmen. Dieser Prozentsatz ist seit 1926 ständig gestiegen. Er betrug 1926 2,56 v.H., 1927 2,9 v.H. Wieviel Mehreinnahmen diese Auslandgäste im innerdeutschen Verkehr gebracht haben, läßt sich nicht feststellen. Gewiß handelt es sich dabei auch um nicht geringe Beträge.

Eine genaue und einwandfreie Statistik des deutschen Fremdenverkehrs im einzelnen liegt noch nicht vor. In „Wirtschaft und Statistik 1929“ (Heft Nr. 9) ist der Fremdenverkehr für zehn wichtige deutsche Fremdenverkehrsorte behandelt. Hiernach ist trotz des inzwischen erfolgten Ausbaus der Statistik im Jahre 1928 die Gesamtfremdenzahl von 1913 noch nicht wieder erreicht. Von der angegebenen Kopfzahl waren 1913 18,4 v.H. Ausländer, im Jahre 1925 erst wieder 11,2 v.H. Von da ab steigt der Anteil des Ausländerverkehrs auf 12,2 v.H. im Jahre 1926, 13,5 v.H. 1927 und 14,5 v.H. 1928. Unter den Auslandsgästen dieses letzten, statistisch erfaßten Jahres stehen die Amerikaner mit 12,3 v.H. an der Spitze. Es folgt Österreich mit 10,8 v.H., Holland mit 10,2 v.H., Großbritannien mit 7,7 v.H., die Schweiz mit 5,7 v.H. und die Tschechoslowakei mit 5,5 v.H. Der Wert der Werbung in Amerika, wo die größten Geldquellen fließen, zeichnet sich hier also schon deutlich ab.

Im Ausland unterhält die Deutsche Reichsbahn eine Reihe von Verkehrswerbebüros für den Personenverkehr und Verkehrsagenturen für den Güterverkehr. Sie haben die Aufgabe, die Verkehrsinteressenten des Auslandes über Verkehrs- und Tarifverhältnisse in Deutschland kostenlos zu unterrichten. Ferner vermitteln sie den kostenlosen Nachweis günstiger Beförderungsgelegenheiten von, nach und durch Deutschland und verfolgen auch Unregelmäßigkeiten im Frachtverkehr mit Deutschland.

Die verschiedenen Verkehrswerbebüros und Verkehrsagenturen befinden sich:

Digitized by Google

Für Personenverkehr:

Amerika: In New York, 665 Fifth Avenue; England: In London W2, 9 Queens Gardens; Frankreich: In Paris, 14, Boulevard des Capucines.

Für Personen- und Güterverkehr:

Niederlande: In Rotterdam, Parklaan 28, Österreich und Ungarn: In Wien I, Fischhof 3, I; Schweiz: In Zürich bei der Deutschen Handelskammer; Tschechoslowakei: In Prag II, Lützowova 40.

Für Güterverkehr:

Bulgarien: In Sofia, Boulevard Dondukoff 4; Griechenland: In Saloniki, Transport A.-G. Schenker & Co.; Italien: In Mailand, Gesu 23/25; Jugoslawien: In Zagreb, Transport A.-G. Schenker & Co.; Nordamerika und Kanada: In New York, 11 Broadway; Rumänien: In Bukarest, Strada Paris 10; Schweden: In Trälleborg bei Firma Nordisk Transport und Spedition; Türkei: In Konstantinopel, Meimenet Hand 5—9. Sirkedji.

Geplant ist ein Werbebüro für den Güterverkehr in London und ein neues Büro in Paris.

So notwendig auch die Werbung in Wort und Schrift sein mag, so würde die Wirkung doch verpuffen, wenn dem Reisenden nicht Entsprechendes geboten würde. Einen wichtigen Teil der Verkehrswerbung bilden daher gute Leistungen im Zugverkehr, und zwar sowohl im Fahrplan wie in der Ausstattung der Züge, Aufgaben, an denen mit eben solchem Erfolge in den letzten Jahren gearbeitet worden ist.

Von der Notwendigkeit praktischer Verkehrswerbung

Verkehrsfragen allgemeiner Art finden heute in zunehmendem Maße das Interesse, Maßnahmen der Verkehrswerbung im besonderen die Anerkennung und Würdigung der öffentlichen Meinung. Diese begrüßenswerte Tatsache läßt den Schluß zu, daß die Erkenntnis von der nationalen Nützlichkeit und Notwendigkeit des Fremdenverkehrs sich immer mehr durchsetzt. Es sind — unter anderen — vor allem zwei Gründe, die am deutlichsten den Segen und die Vorteile eines regen Fremdenverkehrs für Land und Volk erkennen lassen: Wirtschaftlicher Gewinn und Propaganda.

Über die wirtschaftlichen Vorteile starken Fremdenverkehrs ist viel geschrieben und gesprochen worden. Es ist für jeden wirtschaftlich einigermaßen Geschulten eine bekannte Binsenweisheit, daß die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr in der Handelsbilanz einen „unsichtbaren Aktivposten“ darstellen. Zuverlässige Statistiken darüber gibt es nicht, nirgends. Möglich, daß die einen diesen Posten für Deutschland heute über-, die anderen ihn unterschätzen. Daß der Posten besteht, ist klar. Und daß es für das wirtschaftlich schwer ringende Deutschland, mehr als für jedes andere Land, nötig ist, auch diesen Posten nach Möglichkeit stärker als bisher aktiv zu gestalten, bedarf keiner Erklärung. Wenn also aus diesem Grunde Verkehrswerbung getrieben wird, gut! Es soll gelten.

Ich möchte aber das Moment der „Propaganda“ das wichtigere nennen. Ich möchte die Möglichkeiten der Beeinflussung fremder Reisender im deutschen Interesse für nützlicher halten als den finanziellen Nutzen, den das ins Land hereingebrachte fremde Geld einzelnen Wirtschaftszweigen und der gesamten deutschen Volkswirtschaft bringt. Deutschland ist „das Land der Dichter und Denker“, ein Reich alter Kultur, eine Pflegestätte der Künste und Wissenschaften. Was wissen die meisten Ausländer — namentlich die Überseeischen — von dem allen? Wie vieles gibt es da zu zeigen, aufzuklären! Wie viel ist zu tun, falsche Vorstellungen zu verwischen, neue bleibende Erinnerungen, tiefe nachhaltige Eindrücke zu schaffen. Ein Besucher, der Deutschland verläßt, muß ein Freund Deutschlands geworden sein, muß begeistert scheiden, muß die „Sehnsucht zurück“ mit nach Hause nehmen, muß anderen erzählen, wie schön es war. Das ist ein Gewinn für Deutschland, mehr als alles Geld. Das ist ein Gewinn, der wert ist, Geld auszugeben. Und der doch, wenn man die wirtschaftliche Seite betrachtet, wieder Geld bringt. Neue Gäste werden kommen, angeregt durch den begeisterten Heimkehrer. Seine Söhne werden vielleicht in Deutschland studieren, seine Töchter deutsche Stätten der musischen und bildenden Künste aufsuchen. Wenn das Geld ins Land bringt — um so besser. Wir können's — leider! — so bitter nötig gebrauchen. Aber der wertvollere Gewinn ist nicht der finanzielle, sondern der andere, der der psychischen Beeinflussung. Wir brauchen Freunde im Ausland, brauchen Verständnis, brauchen Anerkennung und Sympathie. Nötiger vielleicht noch als Geld. Wenn wir auf lange Sicht arbeiten, sogar ganz bestimmt viel nötiger als Geld!

Wenn wir erkannt haben, daß uns aus diesen beiden Gründen — dem wirtschaftlichen und dem politischen — stärkerer Fremdenverkehr not tut, was ist zu tun? — Antwort: Werben. Zweite Frage: Wie werben, wodurch? Und diese Frage zu beantworten ist schwerer, als es gemeinhin scheint. Notwendig ist zweifellos eine Werbepropaganda schon im Ausland: „Kommt zu uns!“ „Germany wants to see you“. Es ist bekannt, daß unter diesem Motto seit einigen Jahren von den deutschen zentralen Stellen der Reichsbahn, der Bünde deutscher Verkehrsvereine und Bäder erfolgreich eine gute Werbung betrieben wird. Wichtiger, viel wichtiger aber ist — so scheint es mir — die Werbung im Lande selbst. Und dabei müssen alle mithelfen. Und der Wille dazu scheint vorhanden zu sein: Die Reichsbahn hat ihre Züge be-

Digitized by Google

schleunigt und in ihrer Ausstattung verbessert. Sie hat mit ihren schnellen FD-Zügen einen bequemen angenehmen Reiseluxus geschaffen. Die Mitropa hat neue Wagen allerbequemster Bauart herausgebracht, die von den verwöhntesten Ausländern — prominenten Gästen aus aller Herren Länder — in der Presse ihrer Heimatländer als die vollkommensten bezeichnet wurden, die es auf der Welt gibt. Die Leistungen der deutschen Schlaf- und Speisewagen werden — verglichen mit den Leistungen des Auslandes — als Spitzenleistungen ersten Ranges bezeichnet. Wir können, ohne unbescheiden zu sein, sagen, daß wir in der Mitropa ein deutsches Unternehmen haben, das, besser als alle anderen Stellen, Vereine, Verbände usw. in der Lage ist und sich auch bemüht, wirklich praktische Verkehrswerbung zu treiben. Deshalb braucht die Kritik nicht einzuschlafen. Vielleicht sind diese verkehrswerbenden Leistungen erst durch die Kritik der öffentlichen Meinung erzielt. Aber daß sie da sind zeigt, daß es geht. Das ist praktische Verkehrswerbung! Praktische Verkehrswerbung ist es auch, wenn sich überall, in den Hotels und Bädern, in den Auskunftstellen und in jedem kleinen Laden der Begriff, den der Amerikaner mit „service" bezeichnet, immer mehr durchsetzt. „Dienst am Kunden", auch in Kleinigkeiten, hat vor allem gegenüber dem Ausländer zu gelten. Das ist praktische Verkehrswerbung!

Deutschland ist in verkehrlicher Beziehung vor allen anderen europäischen Ländern bevorzugt. Seine natürliche geographische Lage hat es zum Mittler zwischen Nord und Süd, Ost und West gemacht. Deutschland ist das Hauptdurchgangsland Europas. Aller großer Reiseverkehr muß über das Reich gehen. Das ist ein Aktivum, das nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Und es wäre dumm, es nicht auszunützen. In der Bahn, während der Reise durch Deutschland hindurch, muß der Gast für Deutschland gewonnen werden. Der Skandinavier, der in die Schweiz fährt, muß sich nicht nur freuen, in bequemen Mitropawagen mit dem besten Komfort der Welt durch Deutschland hindurchbefördert zu werden. Der Engländer, der im Rheingoldzug, diesem Muster eines schönen Tageszuges, nach Basel reist, darf sich nicht nur an den bequemen Sesseln, an den delikaten Speisen, die der Küche eines erstklassigen Badehotels Ehre machen, erfreuen. Bleiben sollen sie! Aussteigen! Der Rheingoldzug ist in dieser Beziehung eine ideale Lösung der praktischen Werbung. Er zeigt die schönste deutsche Landschaft vom Fenster aus. Wo bleibt der Statistiker, der feststellt, wieviele Reisende des Rheingoldexpreß' wiedergekommen sind, zu uns wiedergekommen sind? Die anderen Züge haben's nicht so leicht. Hier kann nur ausgelegte diskrete schriftliche Propaganda helfen. Die Mitropa-Zeitung, die die deutsche Gesellschaft in allen ihren internationalen Durchgangszügen verteilt, ist vielleicht ein Anfang. Vielleicht sollte sie noch mehr Artikel über das schöne Deutschland bringen. Wichtiger aber noch ist vielleicht die Tätigkeit der deutschen Schlaf- und Speisewagen im Ausland selbst. Wenn wir dem Fremden im Ausland zeigen, wie schön und bequem unsere deutschen Einrichtungen sind — so kommt er vielleicht nach Deutschland. Sicher ist, daß er eine angenehme Erinnerung an deutsche Leistungen auch aus dem Ausland mit nach Hause nimmt.

Praktische Verkehrswerbung im großen und kleinen! Möge ihre ungeheure wirtschaftliche und politische Bedeutung noch mehr erkannt werden. Für die deutsche Wirtschaft, für die Mehrung und Stärkung des deutschen Ansehens, für die Weckung von Sympathien und Liebe zu unserem deutschen Volke, zu unserem schönen deutschen Vaterlande! Und mitzuarbeiten, die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Verkehrswerbung in der deutschen Öffentlichkeit zu vertiefen — das ist eine Aufgabe, sicherlich des Schweißes der Edlen wert.

Unentbehrlich für jeden Redakteur

Besprechungsexemplare können nicht abgegeben werden.

Dr. jur. JOSEF TRAKATSCH

Die strafrechtliche Haftung des verantwortlichen Redakteurs in der Rechtsprechung des Reichsgerichts

Mit einem Geleitwort von Oberreichsanwalt Prof. Dr. Ebermayer

Die vorliegende Arbeit stellt nicht die privaten Einzelmeinungen fast durchweg veralteter Rechtsgelehrter dar, sondern die allein maßgebliche Rechtsprechung des Reichsgerichts. In richtunggebender Klarheit erschöpft sie knapp und straff die sämtlichen rechtlichen Möglichkeiten des journalistischen Tageskampfes und seiner Zweifel. Nur die unzureichende Kenntnis der eindringlich geschilderten Möglichkeiten konnte bisher die innere Sicherheit des Redakteurs und damit die individuelle Note und Wirkung seiner Arbeit gefährden.

RM 2.50 (bei Voreinsendung des Betrages oder RM 2.95 bei Nachnahmesendung).

VERLAG FÜR PRESSE, WIRTSCHAFT UND POLITIK, BERLIN SW 48, FRIEDRICHSTRASSE 240/41

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 47 — Berlin, den 23. November 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14 488. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Paul Marx.

Zu seinem zehnjährigen Todestage.

Von Paul A. Kirstein.

Am 27. November 1919 ist Paul Marx gestorben. In den späten Nachmittagsstunden eines trüben und rauhen Herbsttages. Unerwartet ihm selbst, und nicht vermutet von mir, der ich ihn eine knappe Stunde vorher verlassen hatte. Den Körper quälten keine Schmerzen mehr, der Geist war frisch und elastisch, und Hoffnung und Zuversicht weilten bei dem Ausbau eines neuen Daseins, das zurückhaltender und überlegter, das stiller und abseitiger werden sollte, als es in der Vergangenheit war, als es die Vergangenheit zugelassen hatte. „Aus dem Freudenhause soll . . . kein Trauerhaus werden. Das glauben Sie nicht! Aber enger soll das Haus werden, und nur die umschließen, die mit mir gleichen Sinnes sind . . .“

Ich glaube, ich habe seine Worte ziemlich genau wiedergegeben. Sie standen wie ein Stein vor mir, denn sie endeten seine Erwägungen, die alle den „Reichsverband der deutschen Presse“ betrafen und waren wie der Schluß eines langen Bedenkens, das nun keine Änderung mehr kannte. Und sie begleiteten mich die drei steinernen Treppen der Klinik herunter und über den Weg nach Hause — und sie wurden wieder besonders wach, als wenig später die Nachricht seines Ablebens kam. Das Tagewerk war getan, der müde Kämpfer ging zur Ruhe. An seinem letzten Lager stand die Frau eines sehr guten Freundes, „die beste Freundin“, wie er selber sagte, „denn sie hat mich immer umsorgt, ohne mich je gequält zu haben!“

All das wurde aufs neue in mir lebendig, als mir kürzlich der Zufall die Briefe und Postkarten in die Hand spielte, die Marx in seinem reichen Leben des Aufhebens für wert befand. Sie sind nicht geordnet. Sie sind nicht gesammelt. Sie wurden — nach seinem ganzen Wesen — nur vor der Vernichtung bewahrt, weil sie ihn an wertvolle, an wichtige, an lustige Augenblicke seines Daseins erinnerten. Und es ist sehr hübsch, dabei zu beobachten, wie eng er einmal mit dem Theater verknüpft war, wie stark er sich für den Naturalismus und seinen Kampf einsetzte. Er gehörte zu den Gründern der „Freien Bühne“, und er war ein Mittelpunkt des Kreises um Brahm und Schlenther, der ihn sehr hart bedrängte, wenn er einmal den berühmten Abenden in der Troplowitzschen Weinstube in der Mohrenstraße fernblieb. Das alles schien in den letzten 10 bis 15 Jahren seines Lebens vergessen. Er besuchte kaum noch ein Theater. Er las nur, was die Kritiker, die sein Vertrauen besaßen, über die Stücke schrieben. Er las hin und wieder auch diese Stücke selbst. Aber den Persönlichkeiten, die die Kämpfe einmal durchgefochten hatten, bewahrte er seine Anhänglichkeit. Nicht ohne eigene Kritik! Denn als Paul Schlenther nach seiner Burgtheaterzeit — erheblich versöhnlicher und weniger hart — wieder als Kritiker (beim „Berliner Tageblatt“) erschien, sparte Marx nicht mit lächelnden Vorwürfen. Was Schlenther zu dem schönen Ausspruch veranlaßte: „Zwölf Jahre hinter den Kulissen eines Theaters lassen die Dinge vor den Kulissen erheblich anders erscheinen!“

Und das ist ein Wort, das sich ein wenig gewandelt auch auf Marx anwenden läßt. Auch er war hinter den Kulissen seines Lebens ein anderer, als er vorn in der ersten Reihe erschien. Die große, abgeklärte Ruhe, die ihn selbst in harten Wortgefechten auszeichnete, sie hatte in seinem Innern keinen Platz. Fast bis zu seinem körperlichen Niederbruch kämpfte er mit sich und schlug sich mit Dingen herum, die ihn schmerzten und verletzten, weil sie seinem Wesen fernlagen, weil sie ihn enttäuschten. Nur hatte ihm kein Gott gegeben, zu sagen, was er litt. Eine unendliche Stille lagerte sich dann über ihn, die er erst durchbrach, wenn er „damit fertig“ war. Von seiner Studentenzeit, die sehr lustig war, aber — ihm zum Schaden — ein unvorhergesehenes Ende brachte, sprach er erst in seinen letzten Lebensjahren. Und auch da nicht ohne Reue! Von dem Eigentlichen, das ihn an die Spitze des „Reichsverbandes“ brachte, ihn zum Führer machte in all den Dingen, die uns Kollegen, dem Stand, dem Beruf bitter not waren, sprach er, seit der Kampf beendigt, der Gegner ausgeschaltet war, nur, wenn die Dinge ihn unausweichbar drängten.

Dieses „Eigentliche“ war seine Entlassung aus der „Vossischen Zeitung“ — im Jahre 1891, als der Verleger noch der Geheime Justizrat Lessing, der Chefredakteur Herr Stephany war. Vor mir liegt das eindringliche, vier Seiten lange, gedruckte Rundschreiben, das Marx damals in die Welt hinaussandte. Es galt den Gründen, die nach über dreijähriger Tätigkeit an der „Voss. Ztg.“ zu seiner Kündigung geführt hatten. Ein „Kollege“ hatte es mit seinem Pflichtgefühl gegenüber der Zeitung nicht für vereinbar gefunden, daß „ein Jude die „Vossische Zeitung“ als verantwortlicher Redakteur zeichne“. Herr Stephany hatte erklärt, „. . . ein Jude kann die „Voss. Zeitung“ ebenso wenig als verantwortlicher Redakteur zeichnen, wie etwa ein Christ die Zeitung des Judentums zeichnen könne . . .“ Gewissermaßen nebenbei erklärte er

Digitized by Google

Vereins. Vieles ist erreicht worden, vieles ist noch zu erstreben. Mögen die kommenden Zeiten für unsere Mitglieder wie für die gesamte deutsche Presse unter einem glücklicheren Stern stehen.

Das Jubiläum des Vereins wird den Zeitverhältnissen entsprechend in einem bescheidenen Rahmen abgehalten werden. Einem Familienabend im Künstlerhaussaal am Samstag, dem 30. November, abends 8 Uhr, schließt sich am Sonntag, dem 1. Dezember, vormittags ½11 Uhr im Alten Rathaussaal ein Festakt an, bei dem das Gründungsmitglied, der deutsche Gesandte in Bern, Dr. Adolf Müller, dem der Verein sowohl für die Vertretung seiner Standesinteressen wie auch für seine zahlreichen Beweise der Anteilnahme an den Wohlfahrtsbestrebungen des Vereins großen Dank schuldet, die Festrede halten wird. Der Festakt wird von musikalischen und gesanglichen Darbietungen umrahmt sein. Nach dem Festakt vereinigen sich die Mitglieder mit einigen Ehrengästen zu einem gemeinsamen Mittagsmahl im Hotel „Deutscher Kaiser“.

Um die Sterbekasse.

Von Max A. Tönjes-Hannover.

Aus Darlegungen, die ich im Auftrage des geschäftsführenden Vorstandes des Vereins Niedersächsische Presse in den Mitteilungen des Landesverbandes für dessen Mitglieder in Vorbereitung einer Vorstands- und Ausschußsitzung gemacht habe, hat sich nun eine Aussprache in der „Deutschen Presse“ entwickelt. Ich bedaure das nicht, da die Frage der obligatorischen Sterbekasse oder der Sterbebeihilfe oder, um es noch einfacher und kürzer zu sagen, des Sterbegeldes so wichtig ist, daß sich nicht nur die Mitglieder der vom Reichsverband eingesetzten Kommission an der Aussprache beteiligen sollten, sondern möglichst viele Mitglieder, schon weil wahrscheinlich auf diesem Wege die Ansichten besser geklärt werden können als in dem doch immer engen Rahmen eines Ausschusses, dem dann zu gegebener Zeit die Einbringung der Ernte der öffentlichen Aussprache überlassen bleiben kann.

Ich darf sagen, daß es mich ganz besonders gefreut hat, als Dr. Leo seine Ansichten so freimütig in Nr. 43 der „Deutschen Presse“ dargelegt hat. Ich sage ganz offen, daß ich im Kollegen Leo den Mann im Reichsverband sehe, der sich mit am intensivsten mit den Fragen der sozialen Fürsorge für die Mitglieder beschäftigt hat. Man übertreibt nicht, wenn man den Kollegen Leo als den Fanatiker auf diesem Gebiete der Verbandsarbeit bezeichnet, und ich spreche hier das Wort „Fanatiker“ mit Bewunderung und im denkbar besten Sinne aus. Ich beneide ihn und den Verband Ostpreußen um ihn. Aber ich beneide auch den Verband Ostpreußen um die glücklichen und günstigen Verhältnisse, die es ihm ermöglicht haben, die für die Pläne des Kollegen Leo entscheidenden Grundlagen zu schaffen.

Die Rechnung von Dr. Leo hat nicht wie so viele andere Rechnungen ein Loch, sondern sie hat ein großes Plus, das eben andere Verbände nicht haben und, was noch schlimmer ist, auch nicht auf dem in Ostpreußen so erfolgreich beschrittenen Wege beschaffen können, weil die Dinge und ihre historische Entwicklung ganz und gar anders sind. Kollege Dr. Leo und der von ihm betreute Verband Ostpreußen haben das Verbandsvermögen mit Hilfe von Pressefesten aufgebaut. Das Geld ist sicherlich auch sehr pfleglich behandelt und vermehrt worden, so daß heute der Verband auf das stattliche Vermögen von 300 Mk. je Kopf des Mitgliedes blicken kann. Ich bewundere, beneide und beglückwünsche den Verband Ostpreußen und den Kollegen Leo zu diesen gesegneten Verhältnissen, aber ich sehe, obgleich ich schließlich auch kein Laie mehr auf dem Gebiete der Organisationsarbeit bin, keine Möglichkeit, ein ähnliches Vermögen auf demselben Wege zusammenzubringen. Für uns in Niedersachsen bleibt in der Hauptsache, nachdem wir die Unterstützungskasse nur durch Dezentralisation einigermaßen leistungsfähig gemacht haben, nur die Beitragserhöhung.

Nun wird Herr Dr. Leo mir entgegenhalten, soviel Geld, wie wir haben, braucht ihr ja auch nicht. Und ich werde ihm antworten, daß ich auch nicht mit einem solchen Betrage rechne. Aber ich kann mich auch nicht auf die 1,6 Prozent Tote einlassen. Ich will diese Zahl nicht anzweifeln, weil ich keine andere entgegensetzen kann, aber ich bin der Ansicht, daß diese Zahl nur dann einer Rechnung zugrundegelegt werden kann, wenn es sich um große und wohlfundierte Verhältnisse handelt. Diese großen Verhältnisse sind aber im ganzen Reichsverband nicht vorhanden und die gutfundierten nur in einzelnen Unterorganisationen, zu denen fraglos Ostpreußen und wahrscheinlich auch eine Anzahl von Ortsvereinen gehören. Wieweit die Landesverbände über größere Beträge in ihren Kassen verfügen, weiß ich nicht. Wohl aber weiß ich, daß es immerhin noch Landes- und Bezirksverbände gibt, die noch ungünstiger gestellt sind als der meinige. Auch sie würden, nachdem sie gerade die Grundlage für eine Unterstützungskasse geschaffen haben, mit neuen Beiträgen nun auch noch die Sterbekasse aufbauen müssen.

Das Wesen der obligatorischen Sterbehilfe vom Kollegen Leo ist nämlich darin zu sehen, daß er für die eine Hälfte das Kapital seiner Unterstützungskasse hat und für die andere Hälfte offenbar auf Vorrat erhobene Beiträge, denn sonst hätte er eben den Betrag nicht in der Kasse. Ich muß aber gestehen, daß ich diesen Betrag nicht in der Vereinskasse habe, da ich bisher nur soviel an Beiträgen bekomme, um die Geschäfte ohne allzu große Ängstlichkeit führen zu können und der Unterstützungskasse die Mittel zuzuführen, die sie braucht. Ich habe es bisher nicht als richtig betrachtet, den Mitgliedern Gelder abzunehmen, die ich nicht unbedingt brauche. Ich habe daher auch bisher noch nicht die Probe auf das Exempel gemacht, ob man mir Gelder bewilligen würde, die ich nicht unbedingt brauche. Und ich sage ganz offen, daß ich dieses Prinzip sparsamster Wirtschaft angesichts der wirtschaftlichen Lage sehr vieler Kollegen auch für richtig halte und darum auch nicht davon abgehen werde. Wer sich der Kämpfe erinnert, die im Reichsverband für die nach meiner Ansicht notwendigen Beitragserhöhungen geführt worden sind, der wird mir gewiß nicht verargen, daß ich den Landesverbandsbeitrag auf dem Minimum gehalten habe.

Nun noch zu den 1600 Mark, die nach Ansicht des Kollegen Dr. Leo im Jahre von hundert Mitgliedern aufgebracht werden müssen. Wie gesagt, diese Zahl will ich im Durchschnitt nicht anzweifeln, aber ich halte sie für meinen Verband und für viele andere Landesverbände ein ganz klein wenig für Theorie. Und zwar aus folgendem Grunde: Was geschieht, wenn nun in einem der ersten Jahre sich die Mitglieder nicht an die Ergebnisse der Statistik halten, wenn nun statt 3,2 auf die 200 Mitglieder in Niedersachsen acht oder neun Mitglieder sterben? Dann müßten wir 4000 bis 4500 Mark in einem Jahre aufbringen. Und woher nehmen wir diese Summe, wenn daneben wie eben jetzt auch noch die lebenden Mitglieder aus der Unterstützungskasse betreut werden müssen? „Das wird sich doch in den nächsten Jahren wieder ausgleichen“, wird man mir entgegenhalten. Auch das bestreite ich nicht, obgleich auch eine Serie von schlechten Jahren kommen kann. Aber was tue ich dann, wenn die Gelder zur Auszahlung bereit sein müssen? Das ist eben der grundlegende Unterschied zu der Unterstützungskasse, daß man von der Unterstützungskasse nur

Digitized by Google

solange Darlehen und Beihilfen verlangen kann, als sie über genügende Gelder verfügt, denn in den Satzungen ist die Höhe der Leistungen nach dem vorhandenen Vermögen bemessen. Auch hier wird man bedauern, wenn die Unterstützungskasse nicht das leisten kann, was man aus Gründen der Solidarität für notwendig hält. Aber dem lebenden Kollegen wird man doch in sehr vielen Fällen auch noch anders helfen können. Der Witwe aber steht das Geld zu, sie muß es in der Hand haben, wenn die Not da ist. Sie kann man nicht vertrösten auf die kommende Zeit, wenn wieder Geld im Kasten ist. Die Freiwilligkeit soll zudem auch gar nicht in Betracht gezogen werden, denn die Sterbehilfe soll ja obligatorisch sein. Damit ist sie aber zu einem Recht geworden, mögen wir von Sterbekasse oder Sterbehilfe oder Sterbegeld sprechen. In diesem Zwang aber liegt die Gefahr, die ich für meine Person nicht übernehmen will und die ich auch nicht vor meinen Mitgliedern verbergen kann. Auch bisher haben wir schon geholfen, wenn Not am Mann war, auch jetzt schon haben wir gegeben nach besten Kräften, besonders haben wir niemals Darlehen zurückgefordert, die wir dem verstorbenen Kollegen zu Lebzeiten gegeben hatten. Aber die obligatorische Sterbehilfe bedeutet einen unausweichlichen Zwang.

Wollen wir aber ihm begegnen, so müssen wir binnen allerkürzester Zeit einen großen Fonds ansammeln, um unter allen Umständen gewappnet zu sein, auch wenn die Beiträge nicht so pünktlich einlaufen, wie satzungsmäßig vorgeschrieben ist. Das bedeutet aber eine große Belastung für die Mitglieder, die mit 70 Pfennig pro Monat nicht abgegolten ist. Ich rechne beispielsweise mit einer Erhöhung der Beiträge von mindestens 2 Mark im Monat für etwa fünf Jahre. Vielleicht kann man dann mit den vom Kollegen Leo errechneten 70 Pfennig auskommen. Wie sich für andere, kleinere Verbände die Rechnung stellt, kann ich im Augenblick nicht beurteilen. jedenfalls nicht günstiger.

Nun aber frage ich, woher nehme ich diesen erhöhten Beitrag, wenn mir meine Mitglieder nahezu unisono erklären, daß sie eine Sterbekasse nicht wollen und darum auch kein Geld dafür bewilligen? Gerade von den Mitgliedern ist mir aber gesagt worden, daß die Basis zu schmal ist, zumal sie durch Verbandsvermögen nicht verbreitert werden kann. Man sollte insofern die Entschlußfreiheit der Mitglieder im vollen Umfange achten, daß sie darüber entscheiden können, ob sie eine Sterbekasse haben wollen oder nicht. Man soll doch auch einmal Rücksicht auf die jüngeren Kollegen nehmen, die den Tod in weiter Ferne sehen und die dazu auch heute noch nicht von der Überzeugung frei sind, daß nicht zuletzt mit ihrem Geld die Alters- und Invalidenversicherung für die älteren Kollegen in der Versorgungsanstalt aufgebaut worden ist. Man möge auch den Einwand der jüngeren Kollegen beachten, die die pupillarische Sicherheit für ein Recht fordern, für das sie vielleicht dreißig, vierzig oder gar fünfzig Jahre zahlen sollen. Ist es so unerhört, wenn sie sagen: Was wird, wenn eines Tages der Gedanke der Sterbekasse einschläft, wie es auch anderwärts geschehen ist, trotzdem dort die Sicherungen, die in 70 000 Mitgliedern und der Unterstützung von Staat und Gemeinden bestanden, in ganz anderem Maße vorhanden waren? Wird man es ihnen verübeln können, wenn sie diese Sicherung nur in einer unter Staatsaufsicht stehenden Versicherung sehen, auch wenn sie für die älteren Kollegen etwas teurer ist?

Außerdem bietet auch die Kasse, wie sie Ostpreußen erfreulicherweise hat, keine hinreichende Sicherheit. Auch Pressefeste sind nicht ewig, und vor allen Dingen sind sie keine immer wieder fließende Einnahmequelle. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, von denen doch der Ertrag eines solchen Festes abhängig ist, können so schlecht werden, daß der Überschuß ausbleibt oder sich sogar in einen Verlust verwandelt. Auch solche Feste sind schon gefeiert worden und sie haben den Veranstaltern jahrelang nachgehangen. Dann schwebt die obligatorische Sterbehilfe in der Luft. Darum aber bin ich der Meinung, daß auch eine Sterbehilfe unter allen Umständen auf Beiträgen aufgebaut werden muß, schon um sie vor Gefahren zu schützen. In der Beitragszahlung liegt aber auch die Sicherheit für die Kollegen, die im Lande herumgerissen werden, denn man kann ihnen dann nicht das Recht auf die Leistungen der Sterbekasse verwehren, wenn sie in einen anderen Landesverband wandern müssen, ihre Beiträge aber weiterzahlen wollen.

Wenn der Kollege Dr. Leo dann noch die Frage aufwirft, inwieweit sich die Zentralhilfskasse des Reichsverbandes an der Aufbringung der Sterbehilfe beteiligen soll, so möchte ich vor einer übermäßigen Belastung dieser Kasse warnen. Der Kapitalzulauf ist begrenzt, selbst wenn der Reichsverband als solcher auch weiter auf die Erträge dieser für andere Zwecke beschafften Vermögenswerte verzichten will. Ich glaube allerdings, daß man auch daran denken sollte, dem Reichsverband selbst eine gewisse Reserve zu geben, da man nicht weiß, wie sich die Zukunft wirtschaftlich gestalten wird. Aber wenn man auch davon absieht, da wir sicherlich immer Manns genug sein werden, den Reichsverband zu erhalten, so wird doch eines Tages die Frage aktuell, ob wir die Zentralhilfskasse aus eigenen Beiträgen weiter füllen wollen oder nicht. Jedenfalls würde man schon jetzt an erhöhte Einnahmen für die Zentralhilfskasse denken müssen, wenn man sie auch noch mit dem Sterbegeld belasten wollte.

Jedenfalls sehe ich die Frage der Sterbehilfe nicht so einfach, wie es der Kollege Dr. Leo tut, der eben eine wunderschöne Basis für alle seine sozialen Pläne hat, die aber nicht für alle Landes- und Bezirksverbände vorhanden ist. Deswegen bin ich der Meinung, daß man sehr, sehr ernst prüfen soll. Man lege die Ergebnisse dieser Prüfung, bei der die versicherungstechnischen Grundlagen nicht außer acht gelassen werden dürfen, in sorgfältiger Beratung fest und überlasse es dann den einzelnen Landes- und Bezirksverbänden, die besonderen Bedingungen für ihren Bezirk festzustellen. Dann wird das Beispiel sicher überall da wirken, wo die Möglichkeiten bestehen. Sind aber die Risiken zu groß, so halte ich es nicht für gewissenhaft, Experimente zu machen, von deren Erfolg man nicht felsenfest überzeugt sein kann. Denn es handelt sich um das Geld der Kollegen, ja vielleicht sogar um mehr, denn einige Jahre Zeitverlust bedeuten für manchen auch noch die Unmöglichkeit, sich durch eine unbedingt sichere Versicherung zu schützen.

Freie Journalisten und Altersversorgung.

Von Hermann Giersiepen.

Eine der wichtigsten Fragen für den freien Journalisten ist die seiner Altersversorgung. Hier klafft ein starker Gegensatz zwischen zwei gleichwertigen Mitgliederkategorien im Reichsverband: den angestellten Redakteuren und den organisierten freien Mitarbeitern. Während der Redakteur durch das Vertragswerk vom Jahre 1926 in den Genuß einer vorteilhaften Altersversorgung getreten ist, deren Kosten zur Hälfte von den Verlegern getragen werden, stehen die freien Journalisten bis heute noch abseits. Gewiß ist ihnen die Möglichkeit zur freiwilligen Versicherung gegeben, sie müssen jedoch in diesem Falle die gesamten Kosten der

Digitized by Google

Versicherung — zehn Prozent ihres Einkommens — selber tragen. Dies bedeutet naturgemäß eine wesentliche Schlechterstellung gegenüber den Redakteuren.

Daß in diesem Zustande bisher kein Wandel eingetreten ist, daß die freien Journalisten — abgesehen von einem geringen Teil, der sich freiwillig versichert hat — noch abseits stehen, mag zum Teil an den Betroffenen selber liegen. Die freien Journalisten haben bislang der Frage ihrer Altersversorgung leider nicht die Aufmerksamkeit geschenkt, die sie verdient. Denn gerade der freie Mitarbeiter, dessen Existenz wesentlich unsicherer ist als die des angestellten Redakteurs, der mehr als jener in seinem Einkommen von Zufälligkeiten — Krankheit usw. — abhängig ist, sollte es als seine vornehmste Pflicht gegen sich und seine Familie betrachten, Vorsorge zu treffen gegen die Zeit seiner Invalidität und Arbeitsunfähigkeit.

Diese Möglichkeit bietet neben einer etwaigen Lebensversicherung in hervorragendem Maße die Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft. Daß diese Möglichkeit von den freien Journalisten bisher nicht in Anspruch genommen wurde, lag wohl in erster Linie an der Tatsache, daß sie für die Altersversorgung die vollen Beiträge entrichten müssen.

Es kann daher im Interesse der im Reichsverband organisierten freien Mitarbeiter nur freudig begrüßt werden, daß die „Vereinigung der freien Journalisten in Rheinland und Westfalen R. D. P." den Bezirksarbeitsgemeinschaften Rheinland und Niederrhein-Westfalen einen praktischen Weg gewiesen hat, auf dem die Einbeziehung der freien Journalisten in das Versorgungswerk unter wirtschaftlicher Gleichstellung mit den Redakteuren möglich ist. Die Vereinigung hat an die genannten Arbeitsgemeinschaften einen Antrag gerichtet, der in folgenden Vorschlägen gipfelt:

> „Die Bezirksarbeitsgemeinschaft tritt grundsätzlich für die Einbeziehung der freien Journalisten in die Versorgungsanstalt ein. Die Verleger erklären sich bereit, zur Aufbringung der zu zahlenden Beiträge einen Zuschlag in Höhe von 5 Prozent auf den Netto-Betrag der Rechnungen der freien Journalisten zu zahlen. Die freien Journalisten verpflichten sich, diesen Zuschlag sowie den gleichen Betrag aus eigenen Mitteln als Beitrag an die Versorgungsanstalt abzuführen, so daß auf diese Weise eine Prämie von 10 Prozent des Monatseinkommens an die Versorgungsanstalt gezahlt wird.
>
> Um etwaige Schwierigkeiten innerhalb der Versorgungsanstalt zu vermeiden, verzichten die freien Journalisten auf die Vergünstigungen aus dem 2,5-Prozent-Fonds, so daß auch die Mehrleistungen der Verleger für diesen Fonds in Wegfall kommen.
>
> Um bei den monatlich schwankenden Einnahmen der freien Journalisten eine Stabilität in der Prämienzahlung zu erreichen, wird vorgeschlagen, die Monatsprämie auf eine feste Basis zu bringen, etwa auf 10 Prozent des monatlichen Durchschnittseinkommens der letzten zwölf Monate."

Diesem Antrage sind Verhandlungen der freien Journalisten mit der Versorgungsanstalt und dem Reichsverband der deutschen Presse voraufgegangen. Die Versorgungsanstalt hat den vorgeschlagenen Weg für durchaus gangbar erklärt und ist gern bereit, auf dieser Basis die freien Journalisten aufzunehmen. Auch der Reichsverbandsvorstand erkennt grundsätzlich den Anspruch der freien Mitarbeiter auf Einbeziehung in das Versorgungswerk an. In gleicher Weise ist auch der Vorstand des Landesverbandes Rheinland-Westfalen einmütig bereit, die Forderungen der freien Journalisten zu vertreten. Es wird nunmehr an den Verlegern in Rheinland und Westfalen liegen, ihr sozial-empfindendes Herz auch gegenüber den freien Mitarbeitern sprechen zu lassen und sie somit in den Genuß der Altersversorgung zu bringen.

Im Interesse der freien Journalisten im ganzen Reiche wäre es dringend geboten, wenn der Schritt der Vereinigung der freien Journalisten in Rheinland und Westfalen auch in den übrigen Landesverbänden Nachahmung fände. Die Frage ist wichtig genug, um überall aufgegriffen zu werden, damit zuletzt durch Beschlüsse in den Bezirksarbeitsgemeinschaften ein genereller Beschluß der Reichsarbeitsgemeinschaft mit Geltung für das gesamte Deutsche Reich ermöglicht wird.

Drohende Krankenversicherungspflicht.

Die Mehrzahl der Kollegen in Gefahr!

Von Kurt Rübsamen.

Den gesetzlichen Krankenkassen ist die geltende Versicherungspflichtgrenze von 300 Mk. für nichtgewerbliche Arbeitnehmer schon lange nicht hoch genug. Das Reichsarbeitsministerium droht den Einflüssen dieser naturgemäß interessierten Kreise zu erliegen und beabsichtigt jetzt, die Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung noch weiter nach oben zu verschieben. Obwohl diese Frage für weite Kreise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer von vitalstem Interesse ist, läßt man über diese Pläne nur wenig in die Öffentlichkeit dringen. Aber soviel geht aus den wenigen Nachrichten über die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium doch hervor, daß man ganze Arbeit machen, d. h. den Kreis der Versicherten ganz gewaltig erweitern will. Es wurden Monatseinkommen von 400, 500 ja sogar bis zu 700 Mk., der Grenze der Angestelltenversicherungspflicht, genannt, die als neue Grenze der Krankenversicherungspflicht in Betracht kommen. Zwischen 400 und 700 Mk. monatlich liegt aber bekanntlich das Monatseinkommen der Mehrzahl der dem Reichsverband angeschlossenen Kollegen.

Keiner der Kollegen hat ein Interesse daran, Mitglied — oder wieder Mitglied — einer gesetzlichen Krankenkasse zu werden. Die Beiträge, die wir dort zahlen müßten, sind so hoch, daß es praktisch nicht möglich wäre, eine entsprechende Gegenleistung aus der Kasse zu erhalten. Bei einem Monatsgehalt von 500 Mk. und einem Kassenbeitragssatz von 7 % wären beispielsweise 35 Mk. Monatsbeitrag zu zahlen. Das ergibt mit Zinsen in fünfzehn Jahren einen Betrag, der zum Bau eines Siedlungshauses ausreicht. Der Kollege mit 500 Mk. Monatseinkommen wird als versicherungspflichtiges Kassenmitglied das Fünffache zahlen müssen, als er jetzt an die Leipziger Fürsorge entrichtet, die mit unserem Reichsverband im Vertragsverhältnis steht. Dabei hat er von der Mitgliedschaft bei der Zwangsversicherung gar keinen Vorteil. Das Krankengeld kommt praktisch nicht in Betracht. Aber statt als selbstzahlender Patient muß er sich als Kassenpatient — jeder, der einmal Kassenmitglied war, kennt dies schreckliche Wort — behandeln lassen. Er darf nicht zu seinem Zahnarzt gehen, wenn er nicht aus eigener Tasche zahlen will, sondern muß den Kassenzahnarzt oder, was noch schlimmer ist, das Ambulatorium der Krankenkasse aufsuchen. Die Mitglieder der Berliner Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe, die für die Berliner Kollegen in Betracht käme, müßten das in der Alexandrinenstraße gelegene Ambulatorium dieser Kasse aufsuchen und würden auf der Fahrt quer durch Berlin mehr Zeit vertrödeln, als die Behandlung wert ist. Die Einbeziehung in die ge-

Digitized by Google

setzliche Krankenversicherung würde für uns eine neue und ganz ungerechte Steuer bedeuten, die wir zugunsten der Krankenkassen zahlen müßten.

Die Leipziger Fürsorge mag gewisse Mängel aufweisen; aber sie genügt für unsere Zwecke vollkommen und ist in einer Weise kulant, die wir bei den gesetzlichen Krankenkassen vergeblich erwarten werden. Es wird auch viel leichter möglich sein, diese Krankenversicherung oder eine andere Privatversicherung den Wünschen bestimmter Gruppen von Kollegen anzupassen, als dies bei den gesetzlichen Krankenkassen der Fall sein könnte. Ich bestreite persönlich die Notwendigkeit der Ausdehnung des „Versicherungsschutzes“ auf die Gehälter über 300 Mk. Aber selbst wenn man sie annimmt, so braucht dies nicht in den Zwang, den gesetzlichen Krankenkassen oder Ersatzkassen anzugehören, auszuarten. Es genügt auch dann vollkommen, daß die nichtgewerblichen Angestellten — also auch die Redakteure — mit einem Einkommen von 301 bis 700 Mk. nachweisen, daß sie überhaupt in einer Krankenversicherung (z. B. Leipziger Fürsorge) versichert sind.

Die Überspannung ist die größte Gefahr für die Sozialversicherung. Wenn man diejenigen zur Sozialversicherung zwingt, die ihrer nicht bedürfen, schafft man künstlich Gegner. Die Arbeitslosenversicherung kommt praktisch für uns in der geltenden Form kaum in Frage. Sie vermittelt uns offenbar keine Stellen, und die Arbeitslosenunterstützung dürfte eigentlich nach dem Buchstaben des Gesetzes kein stellungsloser Journalist beziehen; denn wer arbeitet nicht stellungslos als freier Mitarbeiter? Nach wenigen Artikeln im Monat entfällt aber schon der Anspruch auf Unterstützung. Neuerdings müssen Ruhegehälter der Sozialversicherung, Beamtenpensionen usw. auf die Arbeitslosenunterstützung angerechnet werden. Das bedeutet für die meisten Ruhegehaltsempfänger den Fortfall der Unterstützung. Dennoch müssen sie Beiträge leisten. In weiten Kreisen herrscht hierüber Erbitterung, und ich habe den Eindruck gewonnen, daß die geltende Arbeitslosenversicherung nicht lange wird aufrechterhalten werden können. Der soziale Schutz ist gut! Die Bevormundung darf aber nicht zu weit gehen, und ich glaube, wir Journalisten brauchen uns am wenigsten bevormunden lassen.

Reichstag und Immunitätsmißbrauch.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages hielt am 18. November eine Sitzung ab, in der er sich mit den während der letzten Monate eingelaufenen etwa 60 Anträgen von Staatsanwaltschaften auf Aufhebung der Immunität von Abgeordneten beschäftigte. Die Mehrzahl der Anträge betraf kommunistische Abgeordnete, weil diese in ihren Blättern zur Übertretung des Demonstrationsverbotes vom 1. Mai aufgefordert hatten. In allen diesen Fällen wurden die Anträge auf Aufhebung der Immunität abgelehnt. Aufgehoben wurde dagegen die Immunität der kommunistischen Abgeordneten Koenen und Dengel wegen heftiger Angriffe persönlicher Art auf Dritte in kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften. Aufgehoben wurde ferner die Immunität der nationalsozialistischen Abgeordneten Strasser und Dr. Goebbels, die Strassers wegen Verunglimpfung von im öffentlichen Leben stehenden Personen und die Goebbels wegen Verhinderung der Veröffentlichung eines wegen Beleidigung ergangenen rechtskräftigen Urteils, dem Publikationsbefugnis zugesprochen war. Eine weitere Anzahl von Fällen soll in einer späteren Sitzung erledigt werden.

Fachrundschau

Vom deutschen Zeitungswesen.

Russisches Rückreiseverbot für den Korrespondenten des „Berliner Tageblatts“. Die Sowjetregierung hat soeben dem langjährigen Moskauer Vertreter des „Berliner Tageblatts“, Paul Scheffer, der sich z. Zt. urlaubsweise in Deutschland aufhält, die Erlaubnis zur Rückkehr nach Rußland verweigert. Das „Berliner Tageblatt“ selbst ist von der Berliner Sowjet-Botschaft dahin benachrichtigt worden, daß der Beschluß vielleicht nicht für alle Dauer in Kraft zu bleiben brauche; die Entscheidung gehe aber nicht nur von dem Außenkommissariat in Moskau aus, sondern von allen maßgebenden Stellen. Das Tageblatt bemerkt dazu in einem längeren Artikel, daß ihm schon vor längerer Zeit die Abberufung Scheffers von Moskau durch den Berliner Botschafter Krestinski nahegelegt worden sei; es habe aber den Wunsch gehabt, klare Verhältnisse zu schaffen und es den Moskauer Amtsstellen zu überlassen, vor der Öffentlichkeit das Odium auf sich zu nehmen, Scheffer, diesen kenntnisreichen und objektiven Beobachter und Schilderer der russischen Verhältnisse, an seiner weiteren Arbeit zu verhindern. Die Verfügung der russischen Behörde hat das „Tageblatt“ zur Kenntnis genommen. Paul Scheffer wird nunmehr als Korrespondent des „Tageblattes“ nach Amerika gehen.

Zusammenlegung Duisburger Zentrumsblätter. Vor kurzem wurden die Betriebe der beiden Duisburger Zentrumszeitungen, „Echo vom Niederrhein“ und „Rheinischer Kurier“, zu einem Unternehmen vereinigt. Die beiden Blätter behalten zunächst ihre bisherigen Titel unverändert bei, erscheinen aber seit der Vereinigung mit dem gleichen Inhalt. Verlagsmitteilungen zufolge ist die Vereinigung weniger aus wirtschaftlichen Rücksichten erfolgt, sondern auf Wünsche aus Zentrums- und katholischen Kreisen zurückzuführen. Unter den neuen Verhältnissen soll weltanschaulich die Tradition beider Blätter konsequent weitergeführt werden. Es wird ein Pressebeirat, bestehend aus drei Vertretern der Geistlichkeit von Duisburg, Hamborn und Duisburg-Süd sowie den drei Vorsitzenden der Zentrumspartei in den genannten Orten, berufen, um gemeinsam mit Redaktion und Verlag die weltanschaulichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Grundlinien der Blätter festzulegen.

Der Konkurs der „Münchener Allgemeinen Zeitung am Abend“. In dem Konkursverfahren gegen die Allgemeine Druckerei- und Verlags-A.-G., München, den Verlag der ehemaligen „A. Z. am Abend“, wurde im letzten Termin festgestellt, daß eine Masse nicht vorhanden ist. Die Frage der Haftung der Aktionäre wird den Gläubiger-Ausschuß zu beschäftigen haben. Nach dem Bericht des Gläubiger-Ausschusses soll in der nächsten Gläubiger-Versammlung darüber entschieden werden, ob Prozesse auf Grund der evtl. in Anspruch genommenen Haftung geführt werden sollen und ob die hierzu erforderlichen Kostenzuschüsse zu leisten sind, andernfalls das Verfahren mangels Masse eingestellt werden müßte.

Fest- und Jubiläumsnummern.

Das „Donaueschinger Tagblatt“ ließ anläßlich seines 150-jährigen Bestehens eine Jubiläumsausgabe erscheinen, die sich besonders ausführlich mit der interessanten Geschichte des Blattes beschäftigt und außerdem der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung der Stadt Donaueschingen und der Baar gewidmet ist.

Die „Frankfurter Volksstimme“, das Organ der Frankfurter Sozialdemokraten, beging am 27. Oktober das Jubiläum des 40jährigen Bestehens. Gleichzeitig wurde das neue Redaktionsgebäude des Blattes gegenüber der Universität seiner Bestimmung zugeführt. Anläßlich des Jubiläums und der Übersiedlung in das neue Haus fand eine hundertsechzig Seiten starke, reich illustrierte Jubiläumsausgabe mit wertvollen Beiträgen führender deutscher und ausländischer Sozialisten ihren Weg in die Öffentlichkeit.

Verleger-Organisationen.

Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger. In der 12. ordentlichen Generalversammlung der Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger am 7. November wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Er setzt sich folgendermaßen zusammen: Dr. Carbe, Generaldirektor L. Klitzsch, Direktor R. A. Müller, Glocke, Viktor Hahn, Direktor Wolters, Direktor Dr. Beermann, v. Horn und v. Wangenheim. Im Laufe der Verhandlung beschäftigte man sich u. a. auch mit dem Antrag des Verbandes der Pressemitarbeiter im Schutzverband Deutscher Schriftsteller auf Abschluß eines Tarifvertrages für Pressemitarbeiter. Der Antrag wurde mit Rücksicht darauf abgelehnt, daß die festangestellten Mitarbeiter im Sinne des Normaldienstvertrages der Reichsarbeitsgemeinschaft vom 9. Januar 1926 den gleichen Arbeitsbedingungen wie die Redakteure unterliegen; der Abschluß eines Tarifvertrages für die freien Mitarbeiter könne aus rechtlichen Gründen nicht in Frage kommen, da die gesetzlichen Voraussetzungen, insbesondere die Bestimmungen des § 1 der Tarifvertragsordnung, nicht erfüllt seien.

Digitized by Google

Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe. In der letzten ordentlichen Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für das Berliner Zeitungsgewerbe, die am 7. November stattfand, wurden in den Vorstand gewählt Dr. Carbe, Dr. G. Sydow, A. E. Stückrath, Direktor Scheuer, Viktor Hahn, Direktor Wolters, Dr. Beermann, Direktor Borstendorff, A. Killisch v. Horn. Dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Berliner Presse gehören für das Jahr 1930 folgende Verlegervertreter an: ordentliche Mitglieder: Dr. Carbe, Dr. Sydow, Dir. Scheuer, A. E. Stückrath. Stellvertreter: Dir. Josky, Dir. R. A. Müller, A. Killich v. Horn, Dir. Wolters. Ein Antrag der Angestelltengewerkschaften auf Abschluß eines Tarifvertrages für die kaufmännischen Angestellten im Berliner Zeitungsgewerbe wurde mit der Begründung abgelehnt, daß sich die Voraussetzungen nicht geändert hätten, die den Verband seinerzeit bestimmten, das Ersuchen der Gewerkschaften auf Abschluß eines Tarifvertrages abzulehnen und die im Jahre 1926 auch den Schlichter von Groß-Berlin veranlaßten, von einer Verbindlichkeitserklärung eines Tarifvorschlages des Schichtungsausschusses Groß-Berlin abzusehen.

Verschiedenes.

Wahlberichterstattung. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin hatte für die Nacht nach den Kommunalwahlen den Pressevertretern ein Aufenthaltszimmer zur Verfügung gestellt, in das ständig die Ergebnisse gemeldet wurden; Vergleichsmaterial aus der vorigen Wahl lag vervielfältigt bereit und ein Redakteur des Nachrichtenamts war dauernd in diesem Raum anwesend und auskunftsbereit. 23 Telephone standen zur Verfügung, und zwar in erster Reihe für die ständigen Gemeindeberichterstatter. Da die Telephone zum Teil entfernter lagen, wurde ihre Verteilung vor Beginn der Arbeit ausgelost.

Eine Pressestelle im Reichsministerium des Innern. Zum Leiter der neuen Pressestelle im Reichsministerium des Innern hat Reichsinnenminister Severing den Redakteur des Hamburger „Echo" Dr. Haubach berufen.

Aus der Organisation

Die Frauengruppe im Bezirksverband Berlin

hielt am 13. November ihre Jahresversammlung ab. Die Ziele der Gruppe, der Stellenvermittlung der Kolleginnen gangbare Wege zu erschließen, sich im Einvernehmen mit dem Bezirksverband Berlin der Berufs- und Standesinteressen der Journalistinnen anzunehmen und die noch außenstehenden Kolleginnen heranzuziehen, wurden nach Erstattung des Geschäftsberichtes durch die Vorsitzende des Arbeitsausschusses erneut als maßgebend für die Weiterarbeit festgelegt. Um aber die Arbeit fruchtbarer gestalten zu können, erinnerte die Erstatterin des Berichtes an die anzulegenden Listen für die Stellenvermittlung, für die nur sehr wenig Kolleginnen Material gegeben haben, und mahnte zu regerer Beteiligung auch an den geselligen Veranstaltungen der Frauengruppe, die kollegialem Zusammenhalten und fachlicher Aussprache dienen sollen. Im Gegensatz zu abweichender Meinung einiger Kolleginnen trat die Mitgliederversammlung für das Weiterbestehen der Frauengruppe ein, solange das Ziel der Frauen: Gleiche Wertung für gleiche Leistung noch nicht erreicht sei. Mit dem ausgezeichnet verlaufenen, vom Reichsverband und Bezirksverband großzügig unterstützten Presseempfang anläßlich des Welt-Frauenkongresses im Juni 1929 trat die Frauengruppe mit Erfolg in die Öffentlichkeit.

Inhaltsangabe:

Paul Marx. Von P. C. Kirstein, Berlin.
25 Jahre Münchener Berufs-Journalisten-Verein.
Um die Sterbekasse. Von M. A. Tönjes, Hannover.
Freie Journalisten- und Altersversorgung. Von H. Gierstepen.
Drohende Krankenversicherungspflicht. Von K. Rübsamen.
Reichstag und Immunitätsmißbrauch.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Mitgliederbewegung.

Die Neuwahl des Arbeitsausschusses wurde nötig, weil die zweite Vorsitzende Frau Köhler-Gutmann aus prinzipiellen Gründen ihr Amt niederlegte. Statt ihrer wurde Frau Susanne Heß-Wynecken gewählt und Frau Margarethe Heidrich als Beisitzerin. Außerdem gehören dem Ausschuß an als Vorsitzende Annie Juliane Richert, Else Frobenius und Beda Prilipp als Schriftführerinnen sowie die Beisitzerinnen Dr. Gertrud Haupt und Igna Maria Jünemann. Bei Punkt 4 der Tagesordnung: Verschiedenes berichtete Else Frobenius über Reiseeindrücke in Bulgarien, wohin sie durch bulgarische Journalistinnen bei Gelegenheit des Kongresses eingeladen war. Die hohe Achtung vor dem deutschen Schrifttum brachte Frau Frobenius zahlreiche Ehrungen in den bulgarischen Frauenvereinen und sie bat als Gegengabe für eine im Entstehen begriffene deutsche Bibliothek um Einsendung von guten Büchern an ihre Adresse Berlin W, Potsdamer Straße 121 E. Mit Dank an ihre Mitarbeiter und an die Mitgliederversammlung schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Ein geselliges Beisammensein in den Räumen des Lyzeum-Clubs schloß sich an.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Martin Geßner (Journalist), München, Pettenbeckstr. 6 I.

Bezirksverband Berlin. Die Streichung von Helmut Schneider-Landmann ist zurückgezogen.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Braunschweigische Presse. Balthasar Becker, Viewegstr. 35; Hermann Rosprich, Nordstr. 7 E; Leo Hintermayr, Wendenstr. 5 (sämtlich in Braunschweig und Redakteure b. d. Braunschweiger Neuesten Nachrichten).

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Bochumer Presseverein. Hans Schulte (Bochumer Anzeiger), Bochum, Maarbrücker Str. 8 b. Schniewind, Presseverein Münster. Bernhard Kupitz (Münstersche Morgenpost), Münster i. Westf.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Chemnitz, Dr. Friedrich Wilhelm Schröter (fr. Journalist), Chemnitz, Uferstr. 26 III; R. Wünschmann (Limbacher Tageblatt), Limbach i. Sa., Albertstr. 16; Walter Steeger, (Hohenstein-Ernstthaler Anz.), Hohenstein-Ernstthal, Bismarckstr. 16; Friedrich Karl Ehlert, Glauchau (Sachsen).

Einzelmitglied. Carl Weichardt (Frankf. Ztg.), Zürich 2, Entlisbergstr. 19.

II. Neuanmeldungen.

Bezirksverband Berlin. Egon v. Bahder (Das Staatsschiff); Jul. Büttner (Allg. Fleischer-Ztg.); Dr. Walter Hagemann (Germania); Dr. Curt Springfeld (Germania-Verband); Willy Stiewe (Hackebeil); Dr. Walter Schick (Industrie- und Handelsztg.).

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Chemnitz. F. Richter (Peniger Tageblatt), Penig, Lutherstr. 11.

III. Überweisungen und Adressenveränderungen.

Bezirksverband Berlin. Von Lübeck überwiesen: Dr. Bengt Paul (Die Kunstseide), Bln., Joachimsthaler Str. 11.

Landesverband Mitteldeutschland. Überwiesen an den Verein Niedersächs. Presse: Dr. Franz Rühlmann, bisher Magdeburg, jetzt Braunschweig, Freytagstr. 2 (Braunschw. Landesztg.); übernommen vom Landesverband Württemberg: M. P. H. Weber, Ilfeld (Südharz), Gartenstr. 12.

Landesverein der pfälzischen Presse. Überwiesen vom Landesverband Baden: Jakob Heinz, bisher Leiter und Chefredakteur des Oberrheinischen Nachrichtenbüros, Mannheim, nun Ludwigshafen (Pfälzische Rundschau), Privatadr.: Mannheim, Rheinvillenstr. 2; Robert Dosch (Pfälzische Freie Presse), Kaiserslautern, v. d. Tannstr. 51.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. Vom Bezirksverein Leipzig überwiesen: Werner Kilian (Lpz. N. Nachr.), Dresden, Hindenburgstr. 16.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 48 — Berlin, den 30. November 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 30 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14 488. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 5—6.

Das Ehrengericht der Fédération Internationale des Journalistes.

Ministerialdirigent Dr. Häntzschel.

In der großen Mehrzahl der Länder, in denen sich die Journalisten zu Berufsorganisationen zusammengeschlossen haben, geschah dies nicht nur in der Absicht der Verteidigung ihrer gemeinsamen Interessen, sondern auch zum Schutz ihrer Berufsehre. Sie haben deshalb unter dem Namen Ehrengericht oder Disziplinargericht innerhalb ihrer nationalen Organisationen Instanzen geschaffen, die speziell mit dieser Aufgabe betraut sind. Diese Sorgfalt für die Wahrung der Standesehre entspricht der heutigen Stellung des Journalistenberufs in wohl fast allen Kulturstaaten der Welt, eines Berufs, der mindestens in gleichem Maße wie die Rechtsanwälte und Ärzte und sicherlich in ungleich höherem Maße als etwa die Apotheker und andere schon heute mit gesetzlichem Ehrenschutz ausgestatteten Berufe wichtige öffentliche Interessen zu wahren hat.

Auch die Fédération Internationale des Journalistes (F. I. J.) hat von Anfang an die Frage des Ehrenschutzes mit in den Kreis ihrer Aufgaben einbezogen. Nicht etwa im Sinne eines irgendwie gearteten Eingriffs in die Tätigkeit der Ehrengerichte der nationalen Organisationen, die selbstverständlich schon aus nationalen Gründen unangetastet bleiben muß, aber mit dem Ziel der Ausfüllung der Lücken, die auf dem Gebiet der Ehrengerichtsbarkeit insofern bestehen, als im Falle einer auf die Angehörigen mehrerer Länder übergreifenden Ehrenangelegenheit heute noch keine Stelle vorhanden ist, die mit Aussicht auf internationale Anerkennung einen solchen Streit zu entscheiden berufen wäre.

Gegen die Schaffung eines solchen nur für internationale Streitigkeiten zuständigen Ehrengerichts läßt sich natürlich einwenden, daß ja lange nicht alle Redakteure, geschweige denn alle Journalisten, den nationalen journalistischen Berufsverbänden angeschlossen sind und daß es zwar leicht sein werde, auf dem Wege über diese Berufsverbände auf deren Mitglieder einen gewissen Zwang auszuüben, daß es aber schwer sein werde, einen wirksamen Spruch gegen einen Redakteur zu fällen, der einer Berufsorganisation überhaupt nicht angehört. Dies Argument verdient zweifellos Beachtung, aber man soll es in seiner praktischen Auswirkung nicht überschätzen. Ein Journalist, der in einem förmlichen international geregelten und anerkannten Verfahren durch einen internationalen Ehrengerichtshof für schuldig befunden wird, die journalistische Berufsehre verletzt oder die Berufsehre eines Standesgenossen zu Unrecht angegriffen zu haben, würde auch dann, wenn er keiner Organisation angehört, den moralischen Folgen eines solchen Spruches kaum entgehen können.

Aus diesen Erwägungen heraus trat im Herbst vorigen Jahres die F. I. J. an ihre in Berlin tagende Rechtskommission mit dem Ersuchen heran, zunächst einmal die juristische Grundlage für ein solches internationales Ehrengericht zu schaffen und zu diesem Zweck den Entwurf einer Verfahrensordnung für das zu schaffende Ehrengericht aufzustellen. Die Rechtskommission hat in zahlreichen Sitzungen und unter eifrigster Mitarbeit ihrer journalistischen und juristischen Mitglieder einen solchen Entwurf aufgestellt, der Ende vorigen Jahres vorgelegt und in der Sitzung des Vollzugsausschusses der F. I. J. in Dijon im Dezember 1928 erstmalig beraten wurde. Nachdem die Hauptfrage, ob man nämlich ein solches internationales Ehrengericht überhaupt schaffen solle, nach längerer Beratung von den Delegierten aller Länder bejaht worden war, ging man sofort dazu über, sowohl über die Einzelheiten der Organisation und des Verfahrens wie auch darüber zu beraten, ob es sich empfiehlt, zugleich mit Bildung des Ehrengerichts auch den Versuch zu machen, einen internationalen journalistischen Ehrenkodex zu schaffen. Die deutsche Delegation hat für diesen letzteren Schritt von Anfang an vorsichtige Zurückhaltung empfohlen. Die Ehrbegriffe sind in den einzelnen Ländern doch noch recht verschieden und auch die Auffassungen über journalistische Berufsehre weichen in den einzelnen Staaten soweit voneinander ab, daß es verfrüht erscheint, einen internationalen Ehrenkodex herstellen zu wollen. Solange ein solcher noch nicht einmal bei den nationalen Berufsorganisationen vorhanden ist, kann man mit Aussicht auf Erfolg kaum dazu übergehen, schon einen international verbindlichen aufstellen zu wollen. Zu diesem Ergebnis gelangte schließlich auch der im Oktober dieses Jahres in Antwerpen versammelte Vollzugsausschuß der F. I. J. Man beschloß, sich zunächst auf die Bildung eines internationalen Ehrengerichtshofes zu beschränken und es der Praxis und insbesondere der weiteren internationalen Zusammenarbeit der Journalisten aller Länder zu überlassen, auch da eine Annäherung und Angleichung der Ehrbegriffe allmählich herbeizuführen, wo sie heute noch nicht durchweg vorhanden sein sollte.

Die vom Vollzugsausschuß der F. I. J. vom 14. Oktober d. J. einstimmig angenommene Ehrengerichtsordnung, die nunmehr in dieser Form dem im Jahre 1930 in Berlin

Digitized by Google

tagenden Kongreß der F. J. J. zur Annahme vorgeschlagen werden wird, enthält in großen Zügen folgende Hauptbestimmungen:

Das internationale Ehrengericht soll nur zuständig sein für Streitigkeiten, die zwischen Angehörigen verschiedener Staaten entstehen, und zwar entweder zwischen Journalisten verschiedener Länder oder zwischen einem Journalisten eines Landes und einem Nichtjournalisten eines anderen Landes. Es sind jedoch nicht nur Einzelpersonen zur Anhängigmachung eines ehrengerichtlichen Verfahrens berufen, sondern selbstverständlich auch die nationalen journalistischen Organisationen und ebenso die F. J. J. selbst. Der Ehrengerichtshof besteht aus fünf Mitgliedern und ebensoviel Stellvertretern, und zwar einem Präsidenten, der nach Möglichkeit ein Jurist von internationalem Ruf sein soll, und vier journalistischen Mitgliedern, von denen zwei ständige und zwei von Fall zu Fall gewählt sind. Der Präsident und die ständigen Richter werden alle Jahre durch den Vollzugsausschuß der F. J. J. ernannt. Die nichtständigen Mitglieder werden von Fall zu Fall durch den Präsidenten des Gerichts aus einer vom Vollzugsausschuß aufgestellten Liste ernannt, und zwar auf Vorschlag der Berufsorganisationen der Staaten, welchen die Parteien angehören. Der Vollzugsausschuß bestimmt außerdem für jedes Jahr einen Vertreter des öffentlichen Interesses, der in dem gerichtlichen Verfahren alle die Funktionen auszuüben hat, die im gerichtlichen Verfahren der Staatsanwalt versieht. Das Ehrengericht tritt regelmäßig zweimal im Jahr, und zwar zugleich mit den Sitzungen des Vollzugsausschusses der F. J. J. an dem Ort zusammen, wo diese Sitzungen stattfinden. Für Eilfälle werden nach Bedarf besondere Sitzungen anberaumt. Klagen von Nichtjournalisten oder von nicht organisierten Journalisten werden nur angenommen, wenn sich der Kläger schriftlich verpflichtet, sich bedingungslos dem Ehrengericht zu unterwerfen. Nach Eingang der Klage findet zunächst ein Versöhnungsversuch statt. Mißlingt er, so bestellt der Präsident des Gerichts einen Untersuchungsrichter, der die Parteien und Zeugen zu hören, das sonstige Beweismaterial zu sammeln und alsdann dem Präsidenten des Gerichts und dem Vertreter des öffentlichen Interesses Bericht zu erstatten hat. Kommen der Untersuchungsrichter sowohl wie der Vertreter des öffentlichen Interesses übereinstimmend zu der Überzeugung, daß ein Verstoß gegen die Ehrbegriffe nicht vorliegt, so kann der Präsident das Verfahren selbständig für erledigt erklären. Im anderen Falle beginnt nunmehr das Hauptverfahren vor dem Ehrengerichtshof.

Der Ehrengerichtshof kann auf Warnung, Verweis und schließlich auch auf Unwürdigkeit zur Ausübung des Journalistenberufs erkennen. Die letztere Strafe hat automatisch zur Folge, daß der Betreffende keiner der Berufsorganisationen mehr angehören darf, welche der F. J. J. angeschlossen sind; aber auf sie kann nur mit einer Mehrheit von drei Fünftel der Stimmen erkannt werden. Das Urteil des Ehrengerichts ist für die Parteien endgültig. Dagegen kann die journalistische Berufsorganisation, welcher der Verurteilte angehört, Revision beim Vollzugsausschuß der F. J. J. einlegen. Der Grund für diese zunächst etwas eigenartig anmutende Regelung besteht darin, daß man auf diese Weise ein Ventil gegenüber den Spannungen schaffen will, die aus einer verschiedenen Auffassung über die Ehrbegriffe in den einzelnen Ländern entstehen können. Wird ein Journalist wegen Verletzung seiner Berufsehre verurteilt und hält seine Organisation das Urteil für gerecht, so ist das Urteil endgültig. Steht dagegen seine Organisation auf dem Standpunkt, daß die von dem Journalisten begangene Handlung ihrer Ansicht nach überhaupt nicht ehrenrührig sei — ein Fall, mit dem praktisch durchaus zu rechnen ist —, so soll ihr die Möglichkeit gegeben werden, das Verfahren vor dem aus Vertretern aller angeschlossenen Länder bestehenden Vollzugsausschuß der F. J. J. noch einmal aufzurollen, damit dieser in der Lage ist, zwischen den verschiedenen Ehrbegriffen einen Ausgleich herbeizuführen. Ohne eine solche Sicherungsvorschrift wäre mit der Möglichkeit zu rechnen, daß an der Verschiedenartigkeit der Ehrauffassung einmal die ganze internationale Organisation gelockert oder wenigstens Teile von ihr abgesprengt werden könnten, da keine nationale Organisation sich die Diffamierung eines ihrer Mitglieder dann gefallen lassen wird, wenn es eine Handlung begangen hat, die in seinem Lande vielleicht gang und gebe ist und die nur in einzelnen anderen Ländern als ehrenrührig gilt.

Gerade aus der zuletzt genannten Vorschrift und ihrer Begründung ersieht man, mit welchen Schwierigkeiten man bei der praktischen Arbeit des zu schaffenden internationalen Ehrengerichts noch zu rechnen hat. Aber die Tatsache, daß man bei der Beratung des Entwurfs diese Schwierigkeiten nicht verkannt, sondern ihnen klar ins Auge geschaut hat und daß man trotzdem einstimmig zu dem Ergebnis einer Schaffung des internationalen Ehrengerichts gelangt ist, kann andererseits doch auch wieder als Beweis dafür gewertet werden, daß die entgegenstehenden Hemmnisse bei einigem guten Willen überwindbar sein werden. Gelingt es dem Ehrengericht in den ersten Jahren, über diese Schwierigkeit hinwegzukommen und sich internationale Anerkennung zu verschaffen, dann wird gerade die Tätigkeit dieses Ehrengerichts dazu beitragen, nicht nur eine Angleichung der Ehrbegriffe des Journalismus der verschiedenen Länder, sondern in den Ländern, wo es nötig ist, auch eine Hebung des Gefühls für Standespflichten und Standesehre herbeizuführen.

Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse.

Aus der letzten Vorstandssitzung.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse hat in ihrer Sitzung vom 22. Oktober 1929 eine umfangreiche Tagesordnung zu bewältigen gehabt. Wir heben aus der Fülle der Fragen und Aufgaben, die zur Erörterung standen, die folgenden Auffassungen und Beschlüsse der RAG. als besonders bedeutsam heraus:

Vor Monaten hatte sich die Tagespresse wiederholt mit der sogenannten Nachrichtensperre für den Handelsteil beschäftigt. Viele Gesellschaften haben die Gepflogenheit, den Zeitungen ihre Geschäftsberichte mit einer kurzen Sperrfrist zuzustellen. Der Zweck dieses Verfahrens besteht darin, den Zeitungsredaktionen die Möglichkeit einer gründlichen Durcharbeitung der mitunter sehr umfangreichen Berichte zu geben. Ferner soll dadurch erreicht werden, daß die Berichte in den einzelnen Zeitungen möglichst zu gleicher Zeit veröffentlicht werden können, also eine paritätische Behandlung der Presse und damit der Öffentlichkeit gewährleistet ist. Gegen diese Übung war seinerzeit von journalistischer Seite Stellung genommen worden. Man hielt diese Nachrichtensperre für publizitätsfeindlich, sie begünstige das private Nachrichtenmonopol und trage zu einer weiteren Uniformierung des deutschen Zeitungswesens bei. Auch der Verein der Handelsredakteure hat sich mit der Angelegenheit befaßt und seine Stellungnahme in einer Resolution niedergelegt.

Der Vorstand der RAG. hat die Angelegenheit ausführlich beraten und ist einhellig zu folgender Auffassung gelangt:

„Es wird festgestellt, daß nach Auffassung des Vorstandes der RAG. der Verein der Handelsredakteure Bindungen betreffend die Nachrichtensperre für den Handels-

Digitized by Google

teil ohne Zustimmung der Arbeitsgemeinschaften weder beschließen noch vorschreiben kann.

Der Vorstand der RAG. betrachtet es als selbstverständlich, daß Diskretion über Mitteilungen gewahrt wird, die nur unter Diskretionsauflage gemacht sind.

Von Dritten können keine Verpflichtungen zur Einhaltung einer Sperrfrist auferlegt werden, es sei denn aus Gründen der Staatsraison oder wenn an Termine gebundenes Material bereits vor diesen Terminen zur Information und Durcharbeitung übergeben worden ist."

Ausgiebig erörterte die RAG. im Anschluß an einen aktuellen Fall den für die deutsche Presse so maßgebenden Grundsatz, dem Textteil der Zeitungen jede Reklame fernzuhalten. Die grundsätzliche Auffassung des Vorstandes zu dieser Frage ist wie folgt niedergelegt worden:

„Der Vorstand der RAG. hat mit Genugtuung die Erklärung der Redaktion und des Verlages des „8-Uhr-Abendblattes" zur Kenntnis genommen, daß beide irgendein Äquivalent für die Veröffentlichung der Artikelreihe „Ein frecher Autodiebstahl" vom 30. 1. 1929 u. ff. nicht erhalten haben. Der Vorstand der RAG. mißbilligt aber auf das Entschiedenste alle Veröffentlichungen im Textteil der Zeitung, die den Eindruck redaktioneller Reklame erwecken müssen, wie es hier der Fall gewesen ist. Er ersucht alle Redaktionen und Verleger nachdrücklichst, im Interesse des Ansehens und der Reinheit der deutschen Presse Veröffentlichungen im Textteil zu unterlassen, die geeignet sind, einen derartigen Eindruck zu erwecken."

Diesen Grundsätzen ist hinzuzufügen:

In neuerer Zeit häufen sich Fälle, in denen auf dem Wege über den Anzeigenteil von Interessenten eine Einflußnahme auf den Textteil der Zeitungen versucht wird. Vor allem wird immer wieder die Forderung gestellt, gleichzeitig mit dem Erscheinen eines Inserates auch einen redaktionellen Propagandaartikel für das zu inserierende Erzeugnis zu bringen; wiederholt ist sogar die Erteilung oder gar die Inaussichtnahme eines Inseratauftrages von einer vorherigen derartigen Veröffentlichung im Textteil abhängig gemacht worden.

Eine solche Verkoppelung von Anzeigen- und Textteil widerspricht durchaus den guten Traditionen der deutschen Presse. Nach der übereinstimmenden Auffassung der in der RAG. zusammengeschlossenen Redakteure und Verleger findet die Zulässigkeit der Erwähnung von Firmen und ihrer Erzeugnisse dort ihre Grenze, wo kein allgemeines öffentliches Interesse wie etwa bei wirklich bedeutsamen Erfindungen vorhanden ist.

Um den Abwehrkampf gegen diese Übelstände wirksamer führen zu können, hat sich die RAG. entschlossen, alle Fälle, in denen der Versuch der Beeinflussung des Textteils durch wirtschaftlichen Druck, insbesondere von der Inseratseite her, gemacht wird, zur Aufklärung und Warnung der Verlage und Redaktionen in den beiderseitigen Verbandsorganen zu veröffentlichen.

Deshalb ergeht an die Mitglieder beider Verbände hiermit das dringende Ersuchen, alle derartigen Fälle der Geschäftsführung der RAG. zur Kenntnis zu bringen, die nach Prüfung des Einzelfalles jeweils die Veröffentlichung und unter Umständen eine entsprechende Gegenwirkung veranlassen wird.

Eine für die redaktionelle Führung der Zeitungen nicht minder beachtliche Frage ist in manchen Unzuträglichkeiten der Filmkritik gegeben. Immer wieder entstehen zwischen Zeitungen und Kinobesitzern aus Anlaß der Veröffentlichung von ablehnenden Filmkritiken Auseinandersetzungen, die vielfach zur Anzeigensperre gegen einzelne Zeitungen geführt haben. Zur Vermeidung solcher Differenzen gibt die RAG. die folgenden Richtlinien bekannt:

1. Nach den für die Presse geltenden Grundsätzen darf der Textteil der Zeitung weder offen noch verdeckt privaten Geschäftsinteressen dienstbar gemacht werden. Dieser Grundsatz muß auch für die Berichterstattung über Kinos gelten.
2. Die Berichterstattung über Filme ist Sache der Redaktion, die gemäß ihrer politischen und kulturellen Einstellung die Pflicht und das Recht hat, aus dem Geiste der Verantwortlichkeit der Zeitung gegenüber der Öffentlichkeit die Filme zu kritisieren.
3. Jeder Versuch, über den Anzeigenteil Einfluß auf die Kritik zu erlangen, ist abzulehnen.
4. Die RAG. hält es für erwünscht, daß Freikarten nur für Premieren angenommen werden. Hierüber sind bezirklich oder örtlich Abmachungen in den Arbeitsgemeinschaften zu treffen.
5. Die RAG. hält es für geboten, örtlich oder bezirklich unter den Zeitungen gemeinsame Abwehrmaßnahmen zu vereinbaren für die Fälle, in denen entgegen den vorstehenden Grundsätzen seitens der Lichtspieltheaterbesitzer eine ungerechtfertigte Einflußnahme auf die Zeitungen, insbesondere durch wirtschaftliche Schädigung oder deren Androhung versucht wird.

Die Richtlinien sind den Bezirksarbeitsgemeinschaften zur Nachachtung übersandt worden. Es wird ihre Aufgabe sein, bei aufkommenden Differenzen zwischen Zeitungen und Kinobesitzern entsprechend dem Inhalt der Richtlinien einzugreifen.

Der Vorstand der RAG. hat sich ferner mit einem Schreiben der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände befaßt, in dem angeregt war, bei Mitteilungen von Betriebsstillegungen in den Zeitungen besondere Rücksichten zu nehmen. Es wurde in dem Schreiben darauf hingewiesen, daß aus dem Bekanntwerden der sogenannten Vorverhandlungen über Betriebsstillegungen mit den Demobilmachungskommissaren (Regierungspräsidenten), die nach dem Gesetz vorgeschrieben sind, gegebenenfalls der beteiligten Firma oder dem Werk schwere Nachteile entstehen können, zumal dann, wenn Veröffentlichungen über diese Verhandlungen zu einem Zeitpunkt erfolgen, an dem eine endgültige Entscheidung darüber, ob der Betrieb stillgelegt wird oder nicht, überhaupt noch nicht vorliegt. Der Vorstand der RAG. war einmütig der Auffassung, daß Schäden aus der Berichterstattung über Betriebsstillegungsverhandlungen durch eine hinreichende und rechtzeitige Informierung der Presse durch die Beteiligten im einzelnen Falle leicht verhütet werden können und lehnte im übrigen die Anregung ab.

In der Frage der Auslegung der §§ 13 und 14 des Normaldienstvertrages ist der Vorstand der RAG. einem Beschluß des Präsidiums der RAG. vom 3. 8. beigetreten. Danach sollen die Schutzbestimmungen beider Paragraphen zu Gunsten des Redakteurs auch für den Fall der Verpachtung der Zeitung Platz greifen. Zur Verdeutlichung dieses Beschlusses seien die Paragraphen 13 und 14 des Normaldienstvertrages hier nochmals aufgeführt:

§ 13.

Im Falle der Veräußerung des Verlagsunternehmens haben der Verleger (Verlag) und der neue Erwerber rechtzeitig die Erklärung abzugeben, ob der neue Erwerber die Verträge aller oder einzelner Redakteure übernimmt. Übernimmt der neue Erwerber die Verträge nicht, so ist der davon betroffene Redakteur zum sofortigen Austritt berechtigt, aber auch verpflichtet. Er hat dann Anspruch gegen den veräußernden Unternehmer auf sofortige Auszahlung des ihm noch bis zum Ablauf der gesetzlichen oder vertraglichen Kündigungsfrist bzw. bis zum Ablauf des Vertrages zustehenden Gehalts. Endet durch die Veräußerung ein über Jahresfrist laufender Vertrag, so hat der Redakteur nur Anspruch auf sofortige Auszahlung eines Jahresgehaltes, nach Ablauf des Jahres auf die Weiterbezahlung der vertraglichen Bezüge zu den vereinbarten Fälligkeitsterminen. § 615 BGB. findet Anwendung.

§ 14.

Will im Falle der Veräußerung eines Verlagsunternehmens ein Redakteur die Übertragung seiner Dienste auf den neuen Erwerber unter Kündigung ablehnen (§ 613 BGB.), so ist er verpflichtet, eine entsprechende Erklärung binnen vier Wochen nach Aber-

Digitized by Google

nahme des Verlagsunternehmens abzugeben. In diesem Falle ist er berechtigt, seine Dienste sofort einzustellen, er behält aber den Anspruch auf Fortbezug seines Gehaltes bis zum Ablauf der ersten gesetzlichen oder vertraglichen Kündigungsfrist bzw. bis zum Ablauf des Vertrages. § 615 BGB. findet Anwendung.

Mit dem Ablauf der Frist ist das in dieser Bestimmung vorgesehene Kündigungsrecht erloschen.

Es hatten sich Zweifel über die Auslegung des § 6 Abs. 1 der allgemeinen Bestimmungen des Normaldienstvertrages ergeben, dieser Absatz lautet:

„Eine Vereinbarung zwischen dem Verleger (Verlag) und dem Redakteur, wonach der Redakteur für die Zeit vor oder nach seiner vertraglichen Beschäftigung außerhalb des Unternehmens beschränkt wird, ist nichtig und unzulässig.“

Der Vorstand gab einstimmig seiner Auffassung Ausdruck, daß sich die Bestimmung auf die Zeit vor Beginn und nach Ablauf des Dienstverhältnisses bezieht und ein Verbot der Vereinbarung einer Konkurrenzklausel bedeutet.

Eine süddeutsche Großstadt hatte sich an die RAG. mit dem Antrag gewandt, einem dort zu veranstaltenden Pressekursus im Herbst nächsten Jahres zuzustimmen. Der Vorstand der RAG. ist der Auffassung, daß Pressekurse nur in Verbindung mit einem der zeitungswissenschaftlichen Institute an den Universitäten Berlin, Heidelberg, Leipzig oder München abgehalten werden können. Er sieht sich nicht in der Lage, darüber hinaus die Abhaltung von Pressekursen zu empfehlen oder gar zu unterstützen und zu fördern.

Außerdem befaßte sich die RAG. mit einer Reihe anderer wichtiger Fragen, deren Erörterung zum Teil noch nicht zu endgültigen Beschlüssen geführt hat. Dabei handelt es sich vor allem um die Frage der Auswüchse auf dem Gebiete der Sensationsberichterstattung, insbesondere der Gerichtsberichterstattung. Hierüber gehen den Bezirksarbeitsgemeinschaften demnächst direkt eingehende Orientierungen zu.

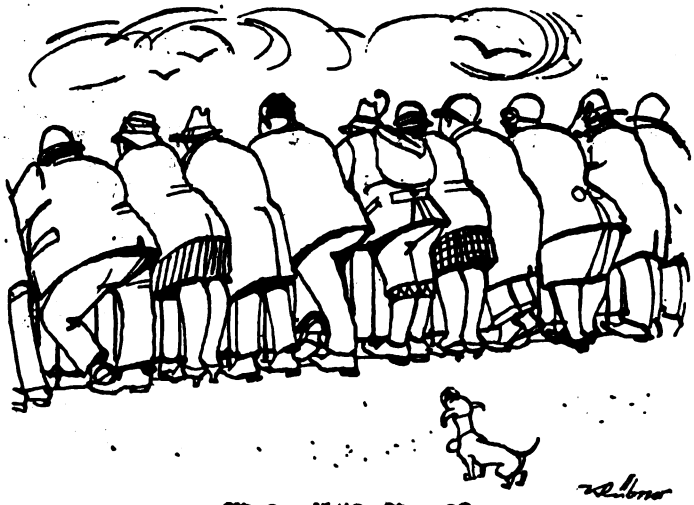
In den nächsten Verhandlungen der RAG. stehen u. a. folgende Fragen zur Beratung:

1. Angriff auf die Kunstkritik und Kunstkritiker der Zeitungen.
2. Die Auswirkungen des Rundfunks auf die Interessen der Zeitung.
3. Definition des Begriffes Redakteur.

Witzbilder und illustrierte Witze.

Von Dr. Hans Hasse, Dresden.

Immer mehr sind deutsche Zeitungen dazu übergegangen, Witzbilder oder — sogenannte Witzbilder zu bringen. Es scheint aber vielfach eine große Unsicherheit darüber zu herrschen, wie ein wirkungsvolles Witzbild beschaffen sein muß. Die Zeichner bemühen sich redlich, dem steigenden Bedarf gerecht zu werden; die meisten aber sind sichtlich auf falschem Wege und machen sich viele vergebliche Mühe. Die Redakteure sind berufen, ihnen die rechten Wege zu weisen, und also verpflichtet, sich zunächst einmal selber über die Erfordernisse eines guten Witzbildes klar zu werden.



Was gibt's Neues?
Volksauflauf an der Kanalbrücke.

Wenn ein Zeichner einen guten Witz aufgreift und „illustriert“, so ist damit gewöhnlich schon der erste Schritt auf einem falschen Wege getan. Es ist kein Kunststück, zwei Personen zu zeichnen, denen man die Frage und die Antwort in den Mund legt. Um dem Bilde den Anstrich des Witzigen zu geben, bemüht sich der Zeichner, möglichst häßliche Gesichtszüge und Körperlinien zu erfinden, Plattfüße, Gurken- und Schnabelnasen, Höcker und verrutschte Augen. Damit ist aber für die Wirkung des Witzes so gut wie nichts getan. Der Witz steht dann unter dem Bilde, hat aber keine innere Beziehung zu ihm; er mag an sich noch so gut sein — das Bild steigert seine Wirkung nicht, tritt ihn unnötig breit und mindert dadurch die Schlagkraft, kann also auch ebensogut wegbleiben. Es ist ähnlich wie mit den seinerzeit berühmten Figuren eines bekannten Witzblattes „Müller und Schulze“. Man kann irgendeinen beliebigen Witz darunterschreiben und hat dann den sogenannten illustrierten Witz.“

Ein Witzbild dagegen ist kein illustrierter Witz, sondern umgekehrt ein witziges Bild. Witz und Bild müssen eins sein: Der Witz muß im Bilde liegen. Die Unterschrift muß durch das Bild erst ihren witzigen Inhalt bekommen; sie darf unter Umständen ganz trocken, ganz humorlos und ohne Bild ganz unverständlich sein. Das Bild darf also nicht zwei Personen darstellen, die sich eine witzige Situation erzählen, es muß im Gegenteil diese Situation zeigen. Daraus ergibt sich, daß sich sehr viele Witze, so gut sie sein mögen, nicht zum „Illustrieren“ eignen. Zugrundeliegen darf nicht ein irgendwoher genommener Witz, sondern eine Bildidee — natürlich eine möglichst witzige.

Daneben ist die Art der Ausführung für die Wirkung wesentlich. Viele unserer Kunstbeflissenen, namentlich die jüngeren, die nach Verdienst suchen, ent-

Sensation in Aleben.
Der erste Bubikopf im Kaffeekränzchen.

Digitized by Google

decken „zu diesem Zwecke“ in sich die Anlage zur Karikatur. Darunter verstehen sie aber leider meist nicht die köstliche und seltene Begabung, das Leben im Goldglanze sonnigen Humors oder im Scheinwerferlichte fröhlichen Spottes zu sehen, sondern sie verstehen darunter die obenerwähnte Neigung zur Verzerrung ins Häßliche — sie gleichen Schulknaben, die keinen ordentlichen Körper zeichnen können und darum Abnormitäten „malen“. Häßlichkeit hat aber nichts Witziges an sich, ist nicht Karikatur. Denn Karikatur ist nicht die Darstellung eines Lebewesens, das es in der Natur nicht gibt; sie ist vielmehr Darstellung von

„Weißt Du, Max, ich bin froh, daß ich wieder eine feste Stellung habe.“ — „Ja ja, das gibt ein schönes Gefühl der Sicherheit.“ (Tit-Bits.)

etwas Vorhandenem, z. B. einer ganz bestimmten, vielleicht sogar bekannten Person, unter Hervorhebung einiger Einzelzüge jener drolligen Schwächen und jener kleinen Lächerlichkeiten, die niemand bemerkte, bis sie der zeichnende Humorist entdeckte und überraschend darstellte.

Der intelligente und fähige Zeichner eines Witzbildes stellt also in sein Bild nie unmögliche Füße, Nasen und Augen. Er nimmt aus dem Vorrate seiner Erinnerungskraft, aus seiner Umwelt und von der Straße, ganz bestimmte, wirklich lebende Typen und karrikiert sie fast unbewußt, weil es ihm gegeben ist, das Humoristische in den Dingen und Menschen zu sehen. Zur guten Bildidee, zur witzigen Situation, kommt damit die wirkungsvolle, weil echt karrikaturmäßige Darstellung. Dann erst ist das gute Witzbild geschaffen. Es gehört eben allerlei zum guten Witzbildzeichner, Begabung, Humor und Intelligenz.

Das ist es, was die Redakteure ihren Zeichnern klar machen sollten. Dann wird in deutschen Blättern öfter als bisher neben gewaltsam illustrierten Witzen auch mal ein gutes Witzbild zu sehen sein.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

Nochmals Provinzredakteur.

In Nr. 43 der „Deutschen Presse“ hat Kollege Dr. Dyrssen-Stettin, durch einen Leitartikel Georg Bernhards veranlaßt, in einer längeren Ausführung eine Ehrenrettung des Provinzredakteurs unternommen, die in ihrer ganzen Art wohl jedem Provinzkollegen, der sich der Bedeutung und Verantwortung seines Berufes bewußt ist, aus tiefstem Herzen geschrieben wurde. Gar mancher unserer Kollegen in kleineren und kleinen Orten wird beim Lesen jenes Artikels aufgeatmet haben: „Endlich einmal einer, der das Wort für uns ergreift.“ Seine Ausführungen haben uns Provinzlern, die wir uns häufig als Hinterwäldler betrachtet fühlen, schon lange auf den Lippen gebrannt. Kollege Dr. Dyrssen hat grundlegend all das gesagt, was zu unserer Ehrenrettung zu sagen war, und wir sind ihm sehr dankbar dafür. Er hat sich aber zunächst nur mit Georg Bernhard auseinandergesetzt, dem wir vielleicht ebenfalls dankbar sein dürfen, daß er durch eine ungewollte Herausforderung in seinem Artikel die Frage in Fluß gebracht hat.

Über die Ehrenrettung hinaus aber hat diese Frage auch für unseren Reichsverband und für die Geltung der Presse überhaupt eine große Bedeutung; denn wir dürfen wohl sagen, daß die Provinz einen großen Teil der deutschen Presse stellt. Der Provinzleser ist mit seiner Zeitung ganz anders verwachsen als der Großstädter, was sich zum Beispiel auch schon daraus erkennen läßt, daß Provinzleser, die nebenbei aus irgendwelchen Gründen auch noch eine Großstadt-Zeitung halten, von dieser gern als der „auswärtigen“ Zeitung sprechen, während sie zu ihrem Heimatblatt in ganz anderen, engeren Beziehungen stehen. Die Provinzpresse hat also, wie auch schon Kollege Dr. Dyrssen betonte, keine geringeren Aufgaben zu lösen als die Großstadtpresse.

Zwischen den Kollegen aus der Großstadt und denen in der Provinz hat sich aber vielfach — und das muß leider auch einmal gesagt werden — eine Kluft aufgetan, die sich oft in der Weise zeigt, daß man den Eindruck bekommt, als handle es sich in unserem Berufsstand um eine Ober- und eine Unterschicht. Mitunter kommen aus besonderen Anlässen auch Großstadtkollegen in die Provinz, und wir haben uns dann oft des Eindruckes nicht erwehren können, als blickten sie mit der Geste gnädigen Wohlwollens auf uns herab, als zählten sie uns nicht ganz für voll. Dabei ahnen sie nicht, daß der Provinzredakteur, dessen Geltung nicht zuletzt auf taktvoller persönlicher Fühlungnahme mit weiten Kreisen des öffentlichen Lebens beruht, die erheblich über den Rahmen eines einzelnen Ressorts hinausgeht, sich nicht minder als der Großstadtkollege zu einer Persönlichkeit entwickeln muß. Der Unterschied ist nur der, daß der Provinzredakteur in seinem kleineren Bereiche auch als selbständige Persönlichkeit etwas gilt, während in der Großstadt in der Regel nur einzelne Kollegen hervorragen, die Mehrzahl aber in der Fülle der Persönlichkeiten und Ereignisse nicht wesentlich hervortreten kann. Ganz anders liegen die Dinge bei dem Provinzredakteur, dessen persönlicher Einfluß wie auch sein persönliches Ansehen im Leserkreise seine Stellung außerordentlich stützen kann. Mit seinem Ausscheiden aus einer Redaktion ergibt sich in der Regel eine Lücke, die ein anderer erst nach jahrelanger Arbeit wieder schließen kann, während in einer Großstadtredaktion der Wechsel nicht so fühlbar wird. Ein richtiger Provinzredakteur wird es sich selbst, sogar bei einer wirtschaftlichen Verbesserung, auch sehr reiflich überlegen, ob er seinen Posten gegen einen solchen in der Großstadt aufgeben soll. Er wird sich darüber klar sein, daß er damit viel Freiheit, Selbständigkeit und persönliche Geltung opfern müßte.

Gerade das aber sollte unsere Großstadtkollegen aufmerken lassen; denn sie führen doch schließlich mit uns in gemeinsamer Front einen stillen, geistigen Kampf um die persönliche Geltung des einzelnen in unserem Berufsstande. Sie sollten also nicht auf uns, die wir viel enger und individueller mit unserem Verlage und unseren Lesern verbunden sind, als das in einem Großbetriebe möglich ist, stolz und erhaben herabblicken und sich dabei selbst täuschen, sondern uns als Gleichwertige behandeln.

Auch in der Arbeit unserer Berufsorganisation ließe sich manches tun, um ein solches, für unsern Stand nur förderliches Einanderverstehen herbeizuführen. Wir dürfen wohl mit Recht

Digitized by Google

stolz darauf sein, einem Stande anzugehören, dessen Vertreter nicht so dicht gesät sind, wie das in fast allen anderen Berufen der Fall ist. In den großen Städten, wo 100 oder noch mehr Kollegen schon einen stattlichen Verein bilden können, ist es leicht, in gemeinsamer Arbeit berufliche oder gesellschaftliche Veranstaltungen größeren Stiles durchzuführen und sich dabei auch persönlich näher zu kommen. Die Provinz hat das schwerer; denn dort sitzen an jedem Orte nur wenige, selten mehr als 8—10 Kollegen. Ich würde daher empfehlen, Landesverbandstagungen nicht immer nur in ein und derselben Großstadt abzuhalten, sondern auch einmal in die Provinz zu gehen. Das würde zwischen Großstadt- und Provinzkollegen zu bedeutend engeren Beziehungen führen und das gegenseitige Sichverstehen fördern. Unsere deutschen Mittelstädte, zu denen doch viele Provinzstädte gehören, sind außerdem für solche Tagungen fast noch besser geeignet als die unruhige, ablenkende Großstadt. Sie bieten auch über den Rahmen der Tagungsarbeit hinaus noch manches Schöne, das den Besuch lohnt.

Wenn wir also im Reichsverbande der deutschen Presse wirklich eine starke, einheitliche Front bilden wollen, um die Interessen unseres Berufsstandes wahrzunehmen — bei uns kann nicht wie bei anderen Berufen schon allein die Quantität der Mitgliederzahl, sondern muß vor allem auch die Qualität entscheiden —, dann gehört unbedingt dazu, daß die Unterschiede zwischen Großstadt- und Provinzjournalisten durch gegenseitiges Verstehenlernen und gegenseitige Achtung überbrückt werden.

Wir wollen nicht in unseren Reihen Klassen herausbilden, wie man das z. B. im Lehrerberuf getan hat, wo der Studienrat, der Mittelschullehrer, der Volksschullehrer in der Stadt und der Dorfschulmeister nach deutschem Brauch genau unterschieden werden, trotzdem alle wissen, daß auch die Hochschule nicht ohne die Grundlage auskommen kann, die die Volks- und Dorfschule in mühseliger Arbeit legen muß.

Herbert Henkner, Bautzen.

Zoubkoff, Zubkoff, Subkoff, Subkow?

Ein altes fremdsprachliches Übel.

Frau Subkow ist tot. Mit dem tragischen Abgang dieser unglücklichen Frau vom Schauplatz der Presse, wo sie nur allzu häufig aus wenig geschmackvoller Sensationslust ins grelle Scheinwerferlicht gezogen wurde, hört gleichzeitig ein sprachlicher Unsinn auf, den selbst große Blätter vom Anfang bis zum Ende der traurigen Sensation mitgemacht haben. Eine gedankenlose Unsitte, die wieder einmal an einem Beispiele zeigt, wie peinlich es für die Presse ist, wenn sie in sprachlichen Dingen, statt mit gutem Beispiel erzieherisch voranzugehen, in gedankenloser fremdsprachiger Nachäffung früherer Zeiten befangen bleibt.

Es ist leider traurige Tatsache, daß wir heute noch keine einheitliche deutsche Schreibweise für fremdländische Personen- oder geographische Namen haben, sondern uns immer noch der Schriftzeichen bedienen, wie sie die französische oder englische Sprache benutzen muß. Wir schreiben heute noch das aus dem Englischen übernommene ts statt z, das gleichfalls aus dem Englischen kommende y statt j usw. Das Beispiel des Namens des anrüchigen Gatten der verstorbenen preußischen Prinzessin zeigt in der Überschrift, wieviele Schreibweisen man in der deutschen Presse fand. „Zoubkoff" ist die Lautübertragung des russischen Namens ins Französische, „Zubkoff" ist ein sprachlicher Zwitter, „Subkoff" ebenfalls, „Subkow" ist die einzig richtige deutsche Schreibweise, allerdings kommt hierbei das stimmhafte russische ſ nicht zum Ausdruck, für das wir im Deutschen kein Zeichen haben. Es gibt also nur zwei Möglichkeiten: entweder die rein französische Lautübertragung oder die rein deutsche. Warum aber im Deutschen einen russischen Namen französisch wiedergeben? Ähnlich geht es mit den aus dem Englischen übernommenen Zeichen, für die wir allerdings gleichwertige deutsche Zeichen haben, wie j statt des englischen y, z für das englische ts, usw.

Es wäre wirklich an der Zeit, daß für fremdsprachige Namen einheitliche deutsche Schreibweisen aufgestellt würden. In erster Linie mit Schuld an diesem sprachlichen Unsinn sind die Korrespondenzbüros mit Auslandsdienst, die für richtige Lautübertragung, soweit dies möglich ist, sorgen müßten, wenn nicht die Originalschreibweise vorzuziehen ist.

Spannring, Frankfurt a. M.

Fachrundschau

Ein Journalistenjubiläum in England.

Ein neues Beispiel für die unvoreingenommene und von politischer Rücksichtnahme freie Anerkennung von Verdiensten wie für die persönliche Loyalität im englischen politischen Leben bot kürzlich das Jubiläum eines der bekanntesten englischen Journalisten, des Leiters des konservativen „Observer", Mr. Garvin, an dem auch seine politischen Gegner mit der größten Herzlichkeit teilnahmen. Anläßlich der 21jährigen Zugehörigkeit Garvins zur Redaktion des „Observer" hatte eine ebenfalls konservative Wochenschrift „Spectator" eine Versammlung organisiert, bei der Angehörige aller Parteien und vieler Berufe sowie zahlreiche Staatsmänner anwesend waren, Macdonald, der am persönlichen Erscheinen verhindert war, sandte ein Glückwunschtelegramm. Die Ansprache hielt der Außenminister der Labourregierung Henderson; es folgten Reden Lloyd Georges und Lord Londonderrys als Vertreters der Konservativen. Der liberale „Manchester Guardian" widmete am Morgen des Jubiläumstages Garvin seinen Leitartikel. Die Kundgebung hatte vor allem auch um deswillen einen so herzlichen und impulsiven Charakter, weil Garvin und der „Observer" einen aufrichtigen und idealen Journalismus vertreten, der nichts von engherziger Parteidoktrin kennt. Garvin selbst bezeichnete seine Zeitung am Jubiläumstage als „ein Blatt mit Charakter; Charakter aber bedeute nicht Anlehnung an irgendwelche Parteivorschriften oder an die Wünsche der politischen Parteien". In Konsequenz dessen werden vom „Observer" auch häufig mit großem Nachdruck Ansichten vertreten, die zu den offiziellen Parteiansichten in scharfem Gegensatz stehen. „Charakter in diesem Zusammenhange", so schrieb Garvin, „bedeutet vor allem die Wahrheit sagen, wie man sie sieht, nachdem man keine Mühe gescheut hat, sie aufzufinden und sich an sie zu halten, wenn es sein muß im Gegensatz zu allem und jedem. Eine grundsätzliche Unterscheidung sollte zwischen Nachrichten und Anschauungen getroffen werden. Anschauungen müssen absolut entschieden sein, Nachrichten völlig unparteiisch und ungefärbt. Dieser Unterschied ist die Quintessenz des gesunden Journalismus, ohne sie keine moralische Kraft und keine öffentliche Sicherheit".

Die allgemeine Anteilnahme an dem Jubiläum Garvins zeigt deutlich, welches Maß von Achtung sich ein Journalismus im besten Sinne, ein Journalismus, der „die Wahrheit sucht und sagt", erwerben kann; sie läßt wünschen, daß das Beispiel „Garvins" und des „Observer" weit über die Grenzen Englands hinaus Schule mache.

Vom deutschen Zeitungswesen.

Eine illustrierte Film-Tageszeitung. Seit kurzem erscheint im Verlag Gebr. Wolffsohn G. m. b. H. in Berlin täglich die illustrierte Film-Zeitung „Lichtbild-Bühne". Sie bringt neben Photos aus neuen Filmen Berichte aller Art und beschäftigt sich besonders mit den technischen Neuerungen, Fortschritten und Kämpfen des Tonfilms. Außerdem bringt sie die Besprechung von Filmpremieren und gewährt einen Einblick in die Filmproduktion.

Das „Liebenwerdaer Kreisblatt" hat den Verlag der „Elsterrundschau", die nach zehnjährigem Bestehen vor kurzem ihr Erscheinen einstellte, erworben.

Der „Wandsbeker Bote", eines der älteren Blätter der Provinz Schleswig-Holstein, blickte vor kurzem auf sein 70jähriges Bestehen zurück. Die Zeitung, die seinerzeit als Halbwochenschrift begründet wurde, erscheint seit dem Jahre 1897 täglich.

Fest- und Jubiläumsnummern.

Der neue Alb-Bote. Der im Verlag der Genossenschaftdruckerei Ebingen in Württemberg erscheinende „Neue Alb-Bote" kam aus Anlaß der Aufstellung einer neuen Rotationsmaschine als Werbenummer mit besonderem Umschlag heraus. Die Nummer enthält neben zahlreichen Artikeln führender deutscher Persönlichkeiten erfreulicherweise auch solche Beiträge, die geeignet sind, in der breiten Öffentlichkeit Verständnis für die kulturelle und politische Mission der Presse zu wecken.

Das „Echo der Gegenwart" in Aachen hat anläßlich des großen Internationalen Reit-, Spring- und Fahrturniers den Freunden des Turniersports im Verein mit dem Aachen-Laurensberger Rennverein einen Sonderdruck der Turnierberichte gewidmet, der einen ausgezeichneten Überblick über das

Digitized by Google

in aller Welt bekannte Turnier gibt. Charakteristisch und gut gesehen sind die eingefügten Originalzeichnungen des Aachener Kunstmalers Leo Timmermann.

100 Jahre „Hohenzollerische Blätter". Die Tageszeitung „Hohenzollerische Blätter" (Hechinger Tagblatt, Anzeigenblatt für Hohenzollern), konnte kürzlich auf ein 100jähriges Bestehen zurückblicken. Die Zeitung ist eines der ältesten im Kranze der Schwäbischen Blätter. Die anläßlich des Jubiläums herausgegebene Festnummer enthält wertvolle Beiträge zur Geschichte des Zeitungswesens im Fürstentum Hechingen und über die Entwicklung des Blattes selbst.

Journalisten- und Schriftsteller-Organisationen.

Eine Notgemeinschaft des Deutschen Schrifttums e. V. Am 1. Januar 1930 beginnt die Notgemeinschaft des deutschen Schrifttums ihre Tätigkeit, die von der Reichsgemeinschaft der geldwerbenden Stiftungen und vom Reichsverband des Deutschen Schrifttums zum Zwecke der Zentralisierung der Wohlfahrtsarbeit auf dem Gesamtgebiete des deutschen Schrifttums begründet wurde. Geschäftsführer der Notgemeinschaft ist Dr. Günther Birkenfeld. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin W 63, Lutherstr. 10. Dem Vorstand der Notgemeinschaft gehören u. a. an: Dr. Hans Martin Elster, Fritz Engel, Georg Engel, Dr. Ludwig Fulda, Dr. Walter Harlan, Dr. Heinrich Lilienfein, Dr. Werner Mahrholz, Alfred Richard Meyer, Walter von Molo, Dr. Wilhelm von Scholz. Erste Vorsitzende sind Dr. Ludwig Fulda und Dr. Heinrich Lilienfein, ihre Stellvertreter Fritz Engel und Georg Engel.

Der Verband Berliner Theaterkritiker wählte in der Generalversammlung vom 28. Oktober den bisherigen Vorstand für das neue Geschäftsjahr wieder. Er setzt sich folgendermaßen zusammen: 1. Vorsitzender Dr. Emil Faktor, Stellvertreter Fritz Engel, Schriftführer Herbert Ihering, Stellvertreter Dr. Monty Jacobs, Kassenführer Dr. Paul Fechter, Beisitzer Norbert Falk und Ernst Heilborn.

Der neue geschäftsführende Direktor des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller ist der Schriftsteller Werner Schendell, der zum Nachfolger des verunglückten Rechtsanwaltes Dr. Erich Wolff gewählt worden ist.

Ausland.

Die Umwandlung des „Daily Herald". In das englische Handelsregister wurde kürzlich eine Gesellschaft unter dem Namen „The Daily Herald Ltd." eingetragen, die zu Anfang des nächsten Jahres Verlag und Vertrieb des „Daily Herald" übernehmen wird. Der größere Teil der Aktien des neuen Unternehmens geht in Privathände über; die Gewerkschaften behalten den kleineren Teil. Die Neuorganisation bezweckt die Modernisierung und weitere Verbreitung des „Daily Herald", der in ganz neuer Form erscheinen soll.

Eine Sevillaner Ausgabe des Madrider „ABC". Seit kurzem erscheint in Sevilla eine Lokalausgabe des bekannten Madrider „ABC", das für jeden Spanier den Typ der guten billigen Zeitschrift darstellt. Der Inhalt der beiden Ausgaben ist identisch bis auf den lokalen Bericht der Madrider Ausgabe, der wesentlich gekürzt ist, so daß man Platz für die Mitteilungen aus Sevilla selbst und aus dem übrigen Südspanien gewinnt. Die Übermittlung des Textes für das „Sevillaner „ABC", daß in Sevilla auf einer deutschen Rotationsmaschine gedruckt wird, erfolgt durch Fernschreiber.

Schweizer Zeitungsjubiläum. Die „Neuen Züricher Nachrichten", eines der größten katholischen Blätter in der Schweiz, konnten am 14. November auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurde eine Jubiläumsnummer herausgebracht.

Aus der Organisation

Der Landesverband Groß-Hamburg

versammelte am 12. November seine Mitglieder im Curiohaus zu einer Sitzung, in der Chefredakteur Rudolf Michael als 1. Vorsitzender über Vorgänge, Aufgaben und Pläne im Landesverband, der geschäftsführende Vorsitzende Kurt Himer über Beratungen, Beschlüsse und Probleme des Reichsverbandes, der Reichsarbeitsgemeinschaft und der Bezirksarbeitsgemeinschaft referierte. Nach ausgiebiger Diskussion, die vornehmlich den Methoden der Geselligkeit im Verbande und dem Wert der Informationsanzeigen in der „Deutschen Presse" galt, erzählte Kollege Neumann sehr launig über seine Beobachtungen auf dem Internationalen Kongreß der dramatischen und musikalischen Kritik in Bukarest. Dann folgte ein Bericht des Kollegen Noesgen über den Besuch der Reichsverbandsvertreter in der Tschechoslowakei, der den Wert derartiger Auslandsreisen als Repräsentation und Information lebendig zum Ausdruck brachte. Es wurde angeregt, innerhalb des Landesverbandes Groß-Hamburg-Lübeck einen Verein der dramatischen Kritiker ins Leben zu rufen, damit die Teilnahme an den künftigen internationalen Kongressen der dramatischen und musikalischen Kritik (Prag, Wien, Lissabon) wie in andern Ländern auch bei uns von Organisationswegen geregelt werden könne. An der Vollversammlung nahmen, freudig bewillkommnet, zwei Mitglieder des Vereins Lübecker Presse teil.

Am 7. November ist der Landesverband Groß-Hamburg in das Vereinsregister eingetragen worden.

Personalien

Ministerialdirektor Dr. Walter Zechlin,

der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, beging am 25. November den 50. Geburtstag, überraschend für alle, die diese lebendige, frische Persönlichkeit kennen und mit ihr beruflich zu tun haben. Dr. Zechlin wurde als Sohn des Lyzeum- und Seminardirektors Dr. Zechlin 1879 in Lüneburg geboren. Er widmete sich, nachdem er zunächst im preußischen Justizdienst tätig gewesen war, von 1903 ab der diplomatischen Karriere und hat vor dem Kriege im diplomatischen Außendienst durch seine Tätigkeit in Konstantinopel, Saloniki, Ägypten und Abessinien den Orient gründlich kennengelernt. Im Februar 1914 kam er nach Tanger, 1917, während des Krieges, an die Botschaft in Madrid. Nach Kriegsschluß trat Dr. Zechlin in die Presseabteilung der Reichsregierung ein, der damals der heutige deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, vorstand. Während des Ruhrkampfes verwaltete Dr. Zechlin das Ruhrreferat; bei einem Aufenthalt im Ruhrgebiete wurde er von den Franzosen verhaftet, längere Zeit gefangen gehalten und dann ausgewiesen. Seit 1924 Dirigent, leitet Ministerialdirektor Dr. Zechlin die Presseabteilung seit 1926. Er hat in dieser Eigenschaft die deutschen Delegationen auf allen großen internationalen Konferenzen begleitet und bei diesen Gelegenheiten als Verbindungsmann zur Presse mit anerkannten Erfolgen gewirkt. Seine nicht alltägliche journalistische Begabung, seine diplomatische Gewandtheit, seine geistige Beweglichkeit, gepaart mit vielseitigem Wissen, und seine persönliche Liebenswürdigkeit befähigen ihn besonders zur Ausübung dieses schwierigen und verantwortungsvollen Amtes, in dem er es verstanden hat, mit der erfolgreichen Wahrnehmung der Interessen der von ihm vertretenen Regierung ein erfreuliches Verständnis für die Erfordernisse der Presse zu verbinden.

Auch an dieser Stelle sprechen wir Dr. Zechlin aufrichtige Glückwünsche aus und geben der Hoffnung Ausdruck, daß das bisherige gute Einvernehmen zwischen ihm und der Presse auch die ferneren Jahre seines Lebens überdauern werde. Wir wünschen, daß, wenn Dr. Zechlin einmal aus der jetzigen Stellung scheiden sollte, um eine höhere anzutreten, ihm nachgesagt werden kann, daß er in seinem schwierigen und verantwortungsvollen Amt Vertrauen gegeben und gewonnen hat. Der Reichsverband hat Gelegenheit genommen, Dr. Zechlin durch den Geschäftsführenden Vorsitzenden seine besten Glückwünsche zu übermitteln.

Kollege Jakob Heinz, der bisherige Leiter und Chefredakteur des Oberrheinischen Nachrichtenbüros, Mannheim, das nunmehr als Oberrheinischer Landesdienst mit dem WTB. verbunden ist, trat in die Redaktion der „Pfälzischen Rundschau", Ludwigshafen am Rhein, ein. Die pfälzischen Kollegen haben jüngst bei einer Versammlung des Landesvereins der pfälzischen Presse dem Kollegen Heinz den herzlichen Dank ausgesprochen für seine planvolle und aufopfernde Arbeit, die er den pfälzischen Zeitungen als Leiter des Oberrheinischen Nachrichtenbüros leistete, das unter seiner Leitung für die ganze Pfalz von großer Bedeutung wurde und das insbesondere während der schweren Zeit der Separatistenkämpfe ein zuverlässiger und treuer Helfer im Abwehrkampfe wurde. Kollege Heinz hat es jederzeit verstanden, engste und vertraulichste Beziehungen zur pfälzischen Pesse anzubahnen und zu unterhalten und die Berichterstattung eines Nachrichtenbüros vorbildlich auszugestalten.

Redakteur Walter Kirchberg vom „Albboten" in Waldshut konnte dieser Tage seinen 60. Geburtstag feiern. Kollege Kirchberg, der es sich zum Bestreben gemacht hat, das Leben im Badener Land in der von ihm geleiteten Zeitung wie in einem Spiegel wiederzugeben, ist trotz der Bürde der Jahre und der Last der Arbeit jugendfrisch und arbeits-

Digitized by Google

freudig geblieben und hat sich in allen Stürmen des Lebens die Begeisterung für den Beruf und den guten Humor nicht rauben lassen. An seinem 60. Geburtstag wurden dem Jubilar zahlreiche Ehrungen zuteil, da er es durch sein Wirken verstanden hat, Freunde in weitesten Kreisen, jedenfalls weit über den Bezirk seiner Arbeit hinaus, zu gewinnen. Auch an dieser Stelle seien ihm noch nachträglich herzliche Glückwünsche ausgesprochen. Möge es ihm vergönnt sein, in dem geliebten Beruf noch lange in Gesundheit und Frische erfolgreich zu wirken.

Dr. Edmund Landau, seit Jahren Korrespondent deutscher Zeitungen in Paris und zuletzt alleiniger Vertreter des Verlages „Schuh und Leder", tritt mit dem 1. Dezember 1929 in die Redaktion dieses Verlages ein.

Kollege Hans Pietsch, früher Kappeln, hat mit dem 1. November d. Js. die Redaktion und Geschäftsführung der „Nordfriesischen Rundschau" in Niebüll-Deezbüll an Stelle von Dr. Wilhelm Hahn übernommen. Kollege Pietsch, ein guter Kenner der schleswig-holsteinischen Verhältnisse, ist schon lange Jahre an der schleswig-holsteinischen Presse als Redakteur tätig gewesen.

Johannes Rettwisch, Redakteur der „Lahrer Zeitung" in Lahr, einer der ältesten aktiven Redakteure Badens, hat dieser Tage die Feder aus der Hand gelegt, um die Jahre, die das Schicksal ihm noch schenkt, in Frieden und Ruhe zu genießen. Im Alter von mehr als 72 Jahren trat er in den wohlverdienten Ruhestand. Seit dem Jahre 1895 weilt der Schleswig-Holsteiner in seiner Wahlheimat Baden und hat hier in guten und bösen Tagen schaffend Anteil an den Geschicken Badens genommen. Sein Nachfolger ist Redakteur Erich Ruckenbrod.

Redakteur Karl Schwaiger konnte dieser Tage auf das 30jährige Berufs- und Dienstjubiläum am „Ulmer Tageblatt", dessen Lokalredakteur er in diesen drei Jahrzehnten gewesen ist, zurückblicken. Kollege Schwaiger, der bayerischer Lehrer gewesen ist, hat sich sowohl um die Entwicklung seines Blattes als auch um das Ansehen unseres Standes in Ulm und Neu-Ulm große Verdienste erworben, und es ist daher kein Wunder, daß er sich in weiten Kreisen der Bürgerschaft wie auch unter den Kollegen ganz Württembergs allgemeiner Beliebtheit und Wertschätzung erfreut. Dies kam bereits im Mai dieses Jahres, als er seinen 60. Geburtstag feierte, und auch beim jetzigen Anlaß in sehr bemerkenswerter Weise zum Ausdruck. Leider ist Kollege Schwaiger, der noch unter den Nachwehen einer schweren Erkrankung zu leiden hat, zurzeit an der Ausübung seines ihm liebgewordenen Berufes gehindert. Wir wünschen ihm, daß er sich bald wieder voller Gesundheit erfreuen und in der Lage sein möge, dem Beruf noch viele Jahre in Gesundheit und Frische nachzugehen.

Dr. Specht gestorben. Dr. Fritz Specht, ein alter und geachteter Berliner Journalist, ist am Mittwoch an einer Lungenentzündung als Folge einer Grippe verstorben. Dr. Specht wurde am 8. Februar 1864 in Salzwedel in der Altmark geboren, er besuchte dort das Gymnasium, studierte dann in Berlin Philologie und widmete sich besonders der vergleichenden Sprachwissenschaft. Schon während seiner Studienzeit war er als Stenograph (System Stolze) im Preußischen Herrenhause tätig. Er wandte sich dann dem Journalismus zu. Als Parlamentsberichterstatter wirkte er auf der Reichstagstribüne zuerst im parlamentarischen Büro der Freisinnigen Zeitung, dann zeitweilig als Leiter des parlamentarischen Büros von Max Bäckler. Daneben war er Berliner Vertreter auswärtiger Blätter, der „Königsberger Hartung'schen Zeitung", der „Elberfelder Zeitung" u. a. Außerdem war er Redakteur der „Sozialen Praxis". Während fünfzehn Jahre gehörte Dr. Specht der Redaktion des „Berliner Lokalanzeiger" an, den er auch zum Teil verantwortlich zeichnete. Nach dem Kriege war Dr. Specht eine Zeitlang in einem Telegraphischen Büro tätig und trat dann zur Presseabteilung des Auswärtigen Amtes über. Hervorragend betätigte sich Dr. Specht, der auch den Fragen seines Berufsstandes Interesse abgewann, in der stenographischen Bewegung, zuerst in der Stolzeschen Schule und dann in der Schule Stolze-Schrey. Von 1897 1906 war er Geschäftsführer des Stenographen-Verbandes Stolze-Schrey und Herausgeber des „Deutschen Stenographen". Auch auf schriftstellerischem Gebiete leistete er durch Herausgabe nationalökonomischer und stenographischer Werke wertvolle Arbeit. Eine Geschichte der Stenographie stammt aus seiner Feder.

Inhaltsangabe:

Das Ehrengericht der Fédération Internationale des Journalistes. Von Dr. Häntzschel, Berlin.
Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse.
Witzbilder und illustrierte Witze. Von Dr. Hasse, Dresden.
Nochmals Provinzredakteur. Von H. Henkner, Bautzen.
Zoubkoff, Zubkoff, Subkoff, Subkow? Von Spannring, Frankfurt a. Main.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Verein Danziger Presse. Hirschfeld, Fritz (Danziger Volksstimme), Danzig, Heilige-Geist-Gasse 141; Dobronski (Danz. Volksstimme), Danzig, Schichaugasse 21.

Landesverein der Pfälzischen Presse. Richard Haeberlein (Neue Pfälzische Landes-Ztg.), Ludwigshafen a. Rh., Wernerstr. 16.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Kölner Presse. Josef Ollig (Lokalanz.), Köln.

II. Neuanmeldungen.

Bezirksverband Berlin. Albr. Albert (D. Jungdeutsche); H. M. Grünwald (Mitarb.); Dr. Walter Schück (Industrie- und Handelszeitung).

Bezirksverband Brandenburg-Grenzmark. Red. Max Roll (Brandenburger Anz.), Brandenburg (Havel).

Landesverband Groß-Hamburg-Lübeck. Hermann Lobbes (Feuilletonred. am Hamb. Fremdenblatt), Hamburg, Rothenbaumchaussee 239.

Landesverband Mitteldeutschland. Chr. Friedrich Schleichert, Kassel, Sophienstr. 26.

Verein Niedersächsische Presse. Gruppe Oldenburg-Ostfriesland: Red. H. Kletke (Ember Ztg.), Emden.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Bezirksverein Ravensberg. Werner Zimmermann (Westf. Ztg.), Bielefeld, Niedernstr. 2.

Einzelmitglied. Perlmann, Max, (T. U.), Bukarest, Str. Poetului.

III. Überweisungen und Adressenveränderungen.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Braunschweigische Presse. Von Mitteldeutschland überwiesen: Dr. Franz Rühlmann, jetzt Braunschweig, Freytagstraße 2 (Braunschweigische Landesztg.).

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Bochumer Presse. Überwiesen vom Landesverband Schlesien: M. Haupt (Chefred. d. Bochumer Anz.), Bochum. — Verein Düsseldorfer Presse. Übernommen Dr. Hans Henningsen (Düsseld. Nachr.), Düsseldorf. Überwiesen vom Verein Niedersächs. Presse: Dr. Kanzow (Pressestelle d. Vereinig. Stahlwerke) Düsseldorf. — Verein Mittelrheinische Presse. Überwiesen vom Verein Nassauischer Red.: Koll. Baldsiefen, Leutesdorf b. Koblenz.

IV. Streichungen und Austritte.

Bezirksverband Berlin. Ausgetreten: S. Dörschlag; R. Galler; J. Sonntag, J. Weißberg. Gestrichen: F. J. Reinhardt; F. L. Jahn; Dr. W. G. Lohmeyer.

Verein Niedersächsische Presse. Verein Braunschweigische Presse. Ausgetreten: Hanns Dohrmann, Braunschweig.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Düsseldorfer Presse. Ausgetreten: Otto Albert Schneider, Düsseldorf. — Bezirksverein Aachen. Verstorben: Paul Leopold, Aachen. — Bezirksverein Niederrhein-Ruhr. Verstorben: Otto Schöpf, Mülheim.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Düsseldorfer Presse. Gestrichen: Dr. Kissenkötter; Paul Vogelpoth; Dr. Horst Walther.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Chemnitz. Ausgeschieden: Dr. Adolf Strenge, Chemnitz.

Landesverband Württemberg. Ausgetreten: Ed. Pfeiffer, Vaihingen.

Einzelmitglied. Gestrichen: Helmut Draws-Tychsen, Berlin.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E.V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 49 — Berlin, den 7. Dezember 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14 488. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Zusammenwirken von Presse und Außenpolitik*).

Von Dr. Adolf Müller, Deutscher Gesandter in Bern.

Die Gründung des Münchner Berufsjournalisten-Vereins, deren 25jähriges Jubiläum wir heute festlich begehen, war nicht nur ein Akt materieller Notwehr, sie war ebensosehr ein Ausdruck der Notwendigkeit, den journalistischen Beruf im Staatsleben besser zu stützen als bisher. Zwar hatten wir damals in Bayern in unserer öffentlichen und rechtlichen Stellung einen gewissen Vorsprung vor den übrigen Kollegen im Reiche: In Süddeutschland überhaupt mit seinem älteren Verfassungsleben, seiner geringeren Klassenscheidung, seinem weniger entwickelten akademischen Hochmut galt der Tagesschriftsteller nicht als der Unzufriedene, der seinen Beruf verfehlt hatte. Und in Bayern insbesondere war ungeachtet aller vormärzlichen Überlieferungen das Maß der Preßfreiheit größer als im übrigen Deutschland, schon durch die Zuständigkeit der Geschworenengerichte für das Pressedelikt. Auch fand man im Gegensatz zur heutigen Vorherrschaft des Großbetriebes im Zeitungswesen noch Journalisten im Besitz ihres eigenen, täglich erscheinenden Blattes, also geistige Arbeiter in der Tagespolitik, die nicht losgelöst waren von ihrem Werkzeug. Männer, wie Dr. Hirth, Adolf Krätzer, Philipp Frick, Dr. Sigl, Anton Memminger u. a., so verschieden ihre politische Richtung und ihre journalistische Praxis war, verkörperten diesen zum Teil besonders einflußreichen Typ unabhängiger Tagesschriftsteller. Aber mit dem Wettbewerb von außen und seinem Antrieb der Ausnützung jedes technischen Fortschritts im Druckereigewerbe wuchs auch im deutschen Süden die Schar der geistigen Arbeiter im Preß-Betriebe, die alle Ursache hatten, eine Verbesserung ihrer sozialen Lage zu erstreben, und fast gleichzeitig mit den Kollegen im rheinisch-westfälischen Gebiet schritten darum die Berufs-Journalisten in München zum organisatorischen Zusammenschluß. Ein Zusammenschluß, der weit über das anfangs gesteckte Ziel hinaus wirkte, der mit den Anstoß gab zur Gründung des in Erfolg und Ansehen heute unbestrittenen „Reichsverbandes der deutschen Presse".

Schon der alte Obrigkeitsstaat hatte nach und nach die Fesseln der Preßfreiheit lockern und damit der wirtschaftlich-geistigen Zeitungsunternehmung immer mehr Raum geben müssen. Die Volksbildung erweiterte sich. Damit wuchs die Teilnahme am öffentlichen Leben. Eine ungeheure Intensivierung und Erweiterung des Zeitungsstoffes griff Platz. Und im Wettlauf mit dem Fortschritt der Nachrichten- und Verkehrstechnik wuchs auch die journalistische Technik und mit ihr wuchsen die Ansprüche an den berufsmäßigen Journalisten und Mitarbeiter der Zeitung. Manche vernünftigen und vornehmen Zeitungsverleger hatten von sich aus die Voraussetzungen erfüllt für die Erhaltung und Heranbildung von Journalisten und Mitarbeitern, deren soziale und geistige Unabhängigkeit ihre Zeitung auf der Höhe ihrer stets wachsenden Anforderungen hielt. Aber für die Mehrzahl der Journalisten hieß es und heißt es wohl heute noch, sich selbst zur Geltung zu bringen. Und so darf am heutigen Tage mit dem Gefühl des Stolzes auf so viel Errungenes Freude herrschen über den Bestand der sicheren organisatorischen Schutzwehr, und die Hoffnung mag Ausdruck finden, daß weiter wachsende journalistische Solidarität diese unentbehrliche Schutzwehr erhalten und verstärken wird. Denn eine solche organisatorische Wehr ist notwendig, wie zur Verteidigung und Vertiefung des Errungenen, so zur Abwehr neuer Gefahren für innere und äußere Unabhängigkeit der Berufsjournalisten, vor allem aber zur Sicherung eines Nachwuchses, der willig und überzeugt sich der positivsten Pflicht seines Berufes widmet, der Mitarbeit am politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau unseres Vaterlandes.

Die lokalen, die innerpolitischen, die außerpolitischen Probleme häufen sich. Die Anforderungen an Anpassungsfähigkeit, an Elastizität, an Urteilskraft des Journalisten wachsen ins Ungemessene. Und von meinem Berner Beobachtungsfelde aus sehe ich mit Stolz und hoher Genugtuung, wie die journalistischen Kollegen bestrebt sind, dieses Neue zu meistern: Das Neue im Verhandlungsbereich des Völkerbundes, des internationalen Arbeitsamts und im Zirkel der internationalen Konferenzen.

Ein Wort über die Mitarbeit bei diesen internationalen Konferenzen, die der sog. Liquidierung des Krieges dienen. Es ist eine Angelegenheit für sich, die den Journalisten erst in zweiter Linie berührt, ob die äußere Politik im Umherziehen sich als besonders förderlich erweist, aber ein bekannter Schweizer Kollege, dessen Urteil in internationalen Kreisen sehr beachtet wird, hat diese Frage verneint und gemeint, bei Ver-

*) Anläßlich der Feier des 25jährigen Bestehens des Vereins Münchener Berufsjournalisten (Münchener Organisation im Landesverband der Bayerischen Presse) machte das Ehrenmitglied des Reichsverbandes, Dr. Adolf Müller, deutscher Gesandter in Bern, die von uns im Wortlaut wiedergegebenen bedeutungsvollen Ausführungen zum Thema: „Presse und Außenpolitik".

Digitized by Google

handlungen nach alter Mode, die routinierte Diplomaten in stillen Salons ohne journalistische Paukenbegleitung führten, sei häufig zweckentsprechender gearbeitet worden, als bei den stierkampfartigen Monstrekonferenzen, wie sie in der Nachkriegszeit, zuletzt im Haag, Mode geworden seien.

Aber lassen wir das heute und hier ununtersucht. Die Konferenzen fanden und finden statt. Und die Presse ist, man kann in diesem Falle sagen, dazu verurteilt, ihnen beizuwohnen. Hält die deutsche Delegation ersprießliche Fühlung mit den deutschen Journalisten, sorgt sie für deren gute Informierung, so erleichtert sie nicht nur die auf diesen Konferenzen besonders schwere und heikle Arbeit der Presse, sie entgeht auch den Unbequemlichkeiten des Trommelfeuers in der Presse. Es ist nun einmal so: eine Außenpolitik mit der Abkehr von den Methoden der alten Geheimdiplomatie kann nicht anders geführt werden, als durchaus offen und sozusagen Arm in Arm mit der Presse. Die Presse wird bei dieser demokratischen Außenpolitik nie vergessen, daß sie vor allem in ihrem eigenen Lande gelesen wird, und der Einklang zwischen öffentlicher Meinung der Heimat, zwischen Regierung und Parlament bleibt besser gewahrt. Will die Regierung des Volksstaates diesen Einklang, so muß sie auf jeden letzten Rest verfehlter Methoden der seligen Kriegspresse-Konferenzen verzichten und nicht nur beim letzten Gang eines Festdiners, sondern auch bei der Arbeit den Journalisten als ihren wertvollen Mitarbeiter begrüßen. Als ihren verehrten Mitarbeiter, dem man ohne Scheu sagt, was ist und von dem man weiß, daß er mit Takt und Diskretion den Dienst am Vaterlande üben wird. Im Volksstaat verwirklicht ja die Presse auf dem Felde der Außenpolitik sozusagen den alten griechischen Chor im Schauspiel mit verbesserten Methoden.

An der Rampe des außenpolitischen Geschehens agiert sie erläuternd und gleichzeitig schöpferisch. Dabei wirkt sie nach beiden Seiten hin: einmal zu den Zuschauern gewandt, denen sie erklärt, die sie vorbereitet, deren Gefühle sie anregt und auch wieder ausdrückt; dann zu den Spielern gerichtet, denen sie die Stimmung der Zuschauer übermittelt und die sie ermutigt oder ermahnt, anfeuert oder zurückhält. Das ist ihre bescheidene, aber große Aufgabe, ihre unentbehrliche Rolle, vor allem in einem Lande der Volkssouveränität und vornehmlich in einem Lande, das der Gesamtleistung aller bedarf, um wieder in die Höhe zu kommen.

Damit ist schon eigentlich gesagt, welche Art der Unterstützung die Presse der amtlichen Außenpolitik bieten kann. Sie muß das bleiben, was sie ist, die Presse. Sie muß das pflegen und unter keinen Umständen preisgeben, wodurch allein sie nur wirken kann: den freien und selbständigen Gedanken. Sie darf nicht nur Berichterstatterin sein. Ich bin kein Gegner der Information und ihrer modernen Technik. Im Gegenteil. Die öffentliche Meinung und die verantwortlichen Staatsmänner bedürfen der genauen und einwandfreien, der schnellen und sicheren Information. Aber die Zeitung, die nur Informationen aneinander reiht, wahllos und ohne Rücksicht auf die Quelle; der Journalist, der nur die Meinungen der ausländischen Presse zusammenstellt, würde nichts klären und nichts erläutern und niemandem helfen, eher verwirren und verdunkeln. Was wir stets in unserer Presse ehrten und heute mehr denn je benötigen, ist der politische Aufsatz, der Leitartikel oder der Kommentar, ist die eigene Meinung der Redaktion, die eigene Ansicht des Auslandsberichterstatters, mit einem Wort, nicht nur die politische Tatsache, sondern auch der politische Gedanke. Man drückt das zuweilen mit der Klage aus, es wird zu viel telegraphiert, telephoniert und gefunkt, und es muß endlich wieder mehr geschrieben werden. Gewiß, die neuen Erfindungen haben uns betäubt und uns in Versuchung gebracht, uns zu sehr an ihren technischen Möglichkeiten zu ergötzen. Aber ihr Wert ist nichtsdestoweniger unschätzbar, da sie den Horizont der Möglichkeiten unseres Denkens und unseres Urteils erweitern. Aber auch hier, wie immer, wird und muß der Mensch mit seiner Technik wachsen. Schon beginnt er am Telegraphenschalter, in der Telephonzelle, vor dem Mikrophon ebenso überlegen zu denken, wie am Schreibtisch. Der journalistische Geist wird siegen über die informationstechnische Materie. Und er wird und soll ein freier und unabhängiger journalistischer Geist bleiben. Denn eine Presse, in der die Außenämter und die Diplomaten nur das finden, was sie selbst denken oder selbst in die Presse lanciert haben, wäre schlimmer als keine Presse. Niemals kann dem seiner Verantwortung bewußten außenpolitischen Redakteur und Journalisten ein erstrebenswertes Ziel sein, die amtliche Meinung als seine Meinung vor den Leser zu bringen, nie werden aber auch ihrer Verantwortung bewußte Behörden ihr höchstes Ziel darin erblicken, ihre Meinung als die Meinung der Presse hinzustellen, nie werden sie den Stenographen, der andächtig in einer Pressekonferenz mitschreibt, dem selbsttätigen schöpferischen journalistischen Kopf vorziehen, nie wird eine kluge Regierung eines Volksstaates an Stelle der Vielfältigkeit der Meinungen, aus denen sie Anregung und Überblick gewinnen kann, künstlich eine außenpolitisch uniformierte Presse begünstigen, die keine Presse mehr ist, oder künstlich eine einheitliche von oben fabrizierte sogenannte öffentliche Meinung schaffen wollen. Ein guter oppositioneller Leitartikel ist den Außenämtern oft nützlicher als die schönsten kritik- und kommentarlos mitstenographierten amtlichen Richtlinien. Die Unterstützung der Presse durch die Amtsstellen besteht daher auch nicht in der Lieferung technisch einwandfreien Materials über vollzogene Tatsachen oder in Dementis, sondern in tatsächlichen Unterlagen für freie Urteilsbildung. Vor allem in Unterlagen zur Kenntnis der Problemstellung. Man kann gewiß nicht jedes geheime diplomatische Aktenstück, jeden Gesandtenbericht, jedes Protokoll einer Kabinettsitzung auf das Redaktionspult legen. Aber man kann die außenpolitisch arbeitenden Journalisten über die großen Linien, die großen Fragen informieren, über Schwierigkeiten und Möglichkeiten. Ist die Presse auf diese Art durch Tatsachen unterrichtet, durch Argumente überzeugt, so wird sie zur freiwilligen Mitarbeiterin. Ist sie nicht überzeugt, so ist der Nutzen für die amtliche Politik vielleicht ebenso groß, denn wenn die besten und verantwortungsvollsten Außenpolitiker der Presse nicht mitgehen oder nicht völlig mitgehen können, dann ist das in einem demokratischen Lande ein ernstes Warnungszeichen für die Amtsstellen. Und nur die verantwortungsbewußte, auf genauer Kenntnis und daher selbständigem Urteil ruhende außenpolitische Mitarbeit der Presse kann der Regierung jene Unterstützung und Kenntnis der öffentlichen Meinung vermitteln, ohne die eine fruchtbare auswärtige Politik auf die Dauer unmöglich ist.

Was hier gilt, hat mit entsprechender Modifikation auch für die Mitarbeit bei Völkerbundstagungen Geltung. Das Ziel der Organisation in Genf, so wenig sie bis jetzt den Namen Völkerbund verdient, so unvollkommen sie auch heute noch ist, soll ein internationales Zusammenarbeiten der einzelnen Nationen sein. Eine Zusammenarbeit nicht nur auf den Gebieten, auf denen diese Zusammenarbeit verhältnismäßig leicht und den herrschenden Mächten bequem ist, sondern auch da, wo der nationale Egoismus im Interesse der Gerechtigkeit Opfer zu bringen hat. Der Gerechtigkeit, ohne die es nun einmal einen wahren und dauernden Frieden nicht gibt. Die vom Völkerbundspakt gestellten und die aus den Friedensverträgen und anderen internationalen Vereinbarungen überwiesenen Aufgaben sind so vielfältig, daß alle Regierungen zu mehrköpfigen Delegationen gezwungen sind. Kann nun eine Regierung zahlreiche Dele-

Digitized by Google

gationen mit zahlreichen Delegierten zu den einzelnen Tagungen entsenden, so vermag eine Zeitung natürlich nur einen einzigen Vertreter am Sitz des Völkerbundes zu unterhalten, den sie höchstens bei ganz besonderen Anlässen durch die Entsendung eines Spezialmitarbeiters unterstützen wird. Den Journalisten kümmern zwar nicht alle Einzelheiten wie den Delegierten. Allein er braucht doch eine genaue Kenntnis dieser Einzelfragen, und in höherem Maße als der Fachdelegierte muß er die allgemeinen Zusammenhänge zwischen dem einen und dem anderen Arbeitsgebiet übersehen. Zweifellos erleichtert ihm der auf die internationale Zusammenarbeit zwischen Völkerbund und Presse eingestellte und, wie man ruhig sagen darf, ausgezeichnete Informationsdienst des Völkerbundssekretariats seine Arbeit. Zweifellos ist auch der Journalist in Genf in vielen Fällen nicht wie sein Kollege bei den internationalen Konferenzen ausschließlich auf Informationen seiner eigenen Delegation und mühsame Reportage angewiesen. Er kann als Augen- und Ohrenzeuge persönlich den öffentlichen Sitzungen folgen, das umfangreiche Aktenmaterial, das ihm genau wie den offiziellen Delegierten zur Verfügung steht, studieren und verarbeiten. Aber gerade diese persönliche Mitarbeit stellt nicht nur an sein Wissen und seine Arbeitskraft sehr hohe Anforderungen, sondern auch an sein Urteilsvermögen und an seinen Charakter.

Zu der äußeren Sprachgewandtheit gehört besonders auch das innere Vermögen, Fremdes zu begreifen, fremde Interessen zu würdigen. So ist es nicht zu viel gesagt, wenn man die journalistische Arbeit beim Völkerbund als eine der schwierigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben der Nachkriegszeit wertet. Die Zahl der ständig in Genf arbeitenden tüchtigen und allen diesen Anforderungen gewachsenen Journalisten ist verhältnismäßig hoch, und immer zahlreicher erscheinen Mitglieder der Redaktionen zu den einzelnen Tagungen vorübergehend in Genf zur persönlichen Unterrichtung. Daraus aber ergeben sich gewisse Postulate an die Verleger und Redaktionen. Es genügt nicht, daß die Pressevertreter im Ausland ihr Handwerk genau kennen und daß sie die an einem internationalen Mittelpunkt unentbehrlichen geistigen und moralischen Eigenschaften mitbringen. Es ist auch erforderlich, daß sie von ihren Auftraggebern, von den Redaktionen und Verlagen unterstützt und geschützt werden. Unterstützt, indem man ihnen die materiellen Lebens- und Arbeitsbedingungen gewährt, deren ein Journalist unbedingt bedarf, der seine Zeitung und sein Land in einem internationalen Kreise vertritt, wenn er seinen Beruf und seine Mission ausüben soll, ungestört von kleinlichen Sorgen und von unnötigen technischen Schwierigkeiten. Geschützt, indem man ihn vor Zufällen behütet, die sein und der Presse Ansehen herabsetzen. Alle ernsthaften Journalisten beklagen seit mehreren Jahren die Leichtigkeit, mit der manche deutsche Zeitungsunternehmungen — kleine, aber manchmal auch große Zeitungsunternehmungen — irgendwelchen, ihnen bekannten und leider häufiger noch unbekannten Privatleuten, die sich billig oder gar unentgeltlich anbieten, Ausweiskarten für die Berichterstattung beim Völkerbund zur Verfügung stellen. Das setzt die Stellung der ernsten Berichterstatter herab und füllt jene Zeitungen mit völlig wertlosen Gelegenheitsberichten. Ich will hier keine Einzelheiten vorführen, über die in Genfer Journalistenkreisen oft geklagt wurde, nicht von den fahrenden Jünglingen und Fräuleins reden, die die Völkerbundsstadt unter einer pseudo-journalistischen Maske heimsuchen. Aber: Es gibt kein Land, das so großen Wert darauf legen muß, wie das unsere, gute, tüchtige und mit ihrem Schicksal zufriedene Journalisten heranziehen, und auch kein Land, das ein so großes Interesse daran hat, genau und durch die besten Köpfe und Federn über die internationalen Vorgänge unterrichtet zu werden.

Der Wiederaufbau unseres Vaterlandes ist in erster Linie eine geistige Angelegenheit. Wir haben glücklicherweise heute im Ausland eine Anzahl geistig hochstehender Presse-Vertreter. Es ist die Pflicht aller, die die Verantwortung für die Presse tragen, die materielle und moralische Stellung dieser ausgezeichneten Journalisten nicht zu schwächen, sondern sie zu stützen und nie zu vergessen, daß die journalistische Vertretung nicht weniger als die diplomatische unser wesentliches Rüstzeug bei den friedlichen internationalen Auseinandersetzungen ist, in denen sich in Zukunft immer mehr das Schicksal des einzelnen Volkes wie auch das Schicksal der Völkergemeinschaft entscheiden wird.

Damit aber wächst die soziale und die moralische Bedeutung des Journalismus. Damit wird der Beruf des Journalisten nicht leichter. Und wer sich zu ihm drängt, ohne inneres Feuer, der tritt einen verhängnisvollen Irrgang an. Und selbst dem, der begabt ist, der fiebernde Lust an öffentlichem Geschehen fühlt und zehrende Sehnsucht, das Beobachtete und Erlebte den anderen draußen in eigener Prägung zu übermitteln, den wollen wir noch zur Vorsicht mahnen. Denn es kann sein, daß der Weg im Schatten, den er gehen muß, das Maß der Selbstentäußerung übersteigt, die er aufzubringen vermag. Darum wollen wir überhaupt niemandem zureden, Journalist zu werden, sondern eher wiederholt und dringlich abraten. Will er aber trotzdem, bringt er wirklich die Voraussetzungen dazu mit, so nehmen wir ihn als Kollegen auf in unsere Gilde, deren Mitglieder gewohnt sind, ihr eigenes Geschick und das der Ihrigen dem Wohl der Gesamtheit unterzuordnen. Und denen Lob und Tadel der Umwelt gleichgültig sein kann, weil sie ihre Arbeit lieben, ihres Zieles bewußt, auf sich selbst gestellt und des Hochgefühls teilhaftig, **Geschichte mitwirkend erleben und ihren Mitmenschen helfen zu dürfen.**

Das Jubiläum des Vereins Münchner Berufsjournalisten.

Am 1. Dezember hatten die im Verein Münchener Berufsjournalisten zusammengeschlossenen Kollegen ihren großen Tag. Mit Freude und Stolz auf die in den ersten 25 Jahren des Bestehens geleistete Arbeit, auf eine erfolgreiche Entwicklung ihrer örtlichen Organisation zurückblickend, konnten sie gleichzeitig mit Genugtuung auch der rastlosen und glücklichen Mitarbeit am Ausbau des Reichsverbandes gedenken. Ein Widerschein dieser begreiflichen Gefühle und Empfindungen lag leuchtend über dem Festakt. Wenn es noch eines Beweises für die weittragende Bedeutung bedurft hätte, die der Gründung der Organisation an sich und in ihren Folgen innewohnte, dieser Festakt im Saal des Alten Rathauses hätte ihn erbracht. Allein schon durch den Besuch, der ihm zuteil wurde. Eine glänzende Gesellschaft fand sich da zusammen. An ihrer Spitze Ministerpräsident Dr. Held mit dem Finanzminister Schmelzle und Vertretern des Innen- und des Landwirtschafts-Ministeriums, Landtagspräsident Stang, die beiden Bürgermeister Münchens. Erschienen waren ferner Vertreter des Diplomatischen Korps, Polizeipräsident Koch, Stadtkommandant Frhr. v. Pechmann, Generalmajor v. Leeb in Vertretung des Landeskommandanten, die Staatssekretäre v. Frank und Neumayer, Exz. v. Jahn, Ministerialdirektor Jan, Intendant Frhr. v. Franckenstein, der Präsident der Industrie- und Handelskammer Geheim-

Digitized by Google

rat Jos. Pschorr, die Geheimräte Rosa und Schülein, Baron Hirsch (Planegg), Geheimrat Dr. v. Borscht, Altbürgermeister Schmid und viele andere.

Der erste Vorsitzende des Jubelvereins, stellvertr. Chefredakteur Huber, bot der Festversammlung einen herzlichen Willkommengruß. Nachdem er dann pietätvoll der verstorbenen Kollegen und voll Dankbarkeit der Gründer, namentlich des Gründungs-Vorsitzenden Jakob Hilger gedacht, schilderte er in knappen Zügen die Entwicklung der Organisation, u. a. die Gründung einer Krankenzuschuß- und einer Unterstützungskasse im Jahre 1907, die Gründung des Reichsverbandes 1910, des Bayer. Landesverbandes 1911, und konnte dabei mit Genugtuung feststellen, daß das gemeinsame Werk, geschaffen, um unsern Beruf zu Ehren zu bringen und in Ehren zu halten, schon reiche Früchte getragen habe. Stark unterstrich er die Tatsache, daß die Sorge um das materielle Wohlergehen den Verein nie die Pflichten des Berufsethos hat versäumen lassen. „Wir wollen“, so schloß er, „wie bisher an der Erziehung unserer Mitglieder arbeiten, daß sie selbstlose und unbestechliche Verkünder der Wahrheit und Verfechter der Gerechtigkeit werden und dabei Mäßigung und Ritterlichkeit nicht vermissen lassen. Und was uns bisher in unsern Zielen geleitet: die Liebe zum Vaterland, soll uns auch fürderhin oberstes Gesetz sein.“ Wie ein Gelöbnis erklang darauf das Deutschlandlied.

Anschließend hielt der Deutsche Gesandte in Bern, Dr. Adolf Müller, Ehrenmitglied des Reichsverbandes, eine bedeutsame und geistvolle Festrede, die wir eingangs dieser Nummer der „Deutschen Presse“ im Wortlaut wiedergeben. Als Dr. Müller geendet, nahm der Vorsitzende nochmals das Wort, um von der Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des Vereins an den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held Mitteilung zu machen. Hocherfreut nahm Dr. Held die Ehrung an, „aus der Überzeugung heraus, daß in unserer Zeit Journalist und Lenker des Staates zusammengehören, wenn das Volk nicht Schaden leiden soll“. Mit dem Dank gab er auch seiner Freude darüber Ausdruck, daß der bayerische und der ganze deutsche Journalismus mit ganz wenigen Ausnahmen die große, hehre Aufgabe richtig gesehen und erfüllt hat, im Widerstreit der Meinungen doch die große Linie für Volk und Vaterland zu finden und mit den verantwortlichen Staatslenkern dafür zu sorgen, daß unser tief erkranktes Volk wieder gesunde und erkenne, was ihm zum Wohl gereiche und dem geliebten deutschen Vaterland den Wiederaufstieg bringe.

Die Reihe der Gratulanten eröffnete der Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Presse, Chefredakteur Prof. Bernhard, der den bayerischen Kollegen, insbesondere dem Münchener Verein, den Dank aussprach, den der Reichsverband und der gesamte deutsche Journalismus ihnen schuldig sei, worauf der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes, Chefredakteur Richter, folgenden noch lebenden Gründungsmitgliedern, die ununterbrochen 25 Jahre dem Verein angehört haben, Ehrenringe überreichte, die der Reichsverband gestiftet hat: Jakob Hilger (Ehrenmitglied), Dr. Adolf Müller (Ehrenmitglied), Hermann Roth, August Wetzstein.

Auch die übrigen Gratulanten fanden manch treffliches Wort für die Männer der Feder. Oberbürgermeister Dr. Scharnagl verglich sie mit dem Merker Beckmesser in den Meistersingern, der sein Amt ein saueres nennt; er mahnte dabei humorvoll, dieses Merkeramt immer mit Wohlwollen zu üben. Die Anerkennung des Amtes der Presse gehe schon hervor aus der Überlassung des Ehrensaales der Stadt.

Landtagspräsident Professor Dr. Stang wies auf die guten Beziehungen hin, die in München zwischen der parlamentarischen Vertretung des Landes und der Presse bisher bestanden haben und hoffentlich auch weiter bestehen werden.

Der erste Vorsitzende des Landesverbandes der Bayerischen Presse, Redakteur Freund, kündete eine Spende für Wohlfahrtszwecke an; ebenso konnte der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Bayerischen Presse, Kommerzienrat Major a. D. Müller-Freising, der auch die Grüße des Vereins Bayerischer Zeitungsverleger und des Schutzverbandes der Münchener Presse übermittelte, von einer Spende der Verlegerschaft für die Hilfskassen des Vereins Mitteilung machen.

Herzliche Worte fand Schriftleiter Dr. Möhl für den weit älteren Münchener Journalisten- und Schriftstellerverein, der den jüngeren Bruderverein immer als guten Kameraden betrachtet habe, und Redakteur Iros für den Verein Auswärtige Presse. Auch die Pensionsanstalt Deutscher Journalisten und Schriftsteller war durch ihren Vorsitzenden vertreten.

Einen Dank nach allen Seiten erstattete der Ehrenvorsitzende des festgebenden Vereins, Jakob Hilger, der allen Rednern, den Behörden, namentlich auch allen Freunden und Gönnern des Vereins dankte. Die Worte klangen aus in eine Mahnung an die Männer der Feder, über dem Wohle des Volkes und Vaterlandes alles Trennende zurückzustellen.

Nach dem würdigen Festakt, der von erlesenen musikalischen Darbietungen umrahmt war, vereinte sich ein engerer Kreis der Mitglieder zu einem gemeinsamen Essen im Hotel Deutscher Kaiser, dem als neues Ehrenmitglied auch der Ministerpräsident Dr. Held beiwohnte, der bei dieser Gelegenheit nochmals das Wort ergriff. Dr. Wahl, der erste Vorsitzende des Vereins Frankfurter Presse, lange Jahre ein tätiges Mitglied des Münchener Vereins, übermittelte die Grüße und Wünsche seiner Organisation, Hermann Roth mahnte den Nachwuchs, am Errungenen festzuhalten, und Karl Stocker gedachte in launiger Form der Verfasser der Festschrift: Götz, Wetzstein und Hilger.

Eingeleitet wurde die Jubelfeier am 30. November durch einen harmonisch verlaufenen Familienabend im Festsaal des Künstlerhauses.

Rudolf Herzog als Redakteur.

Zu seinem 60. Geburtstag am 6. Dezember 1929.

Von Dr. Heinz Oellers, Aachen. (Nachdruck verboten.)

Leider weiß man in der Regel die Bedeutung der journalistischen Tätigkeit manches später berühmt gewordenen Schriftstellers und Dichters für sein künstlerisches und literarisches Schaffen gar nicht oder nicht gebührend zu schätzen. Erinnert sei nur, um ein paar typische Beispiele aufs Geratewohl herauszugreifen, an Theodor Fontane, Hermann Löns, Rudolf Presber. Mehr oder weniger haben alle dichtenden und schriftstellernden Zeitungsmänner den journalistischen „Frondienst“ wenigstens zeitweilig recht unangenehm empfunden und ihn bisweilen sogar verwünscht. Im Falle Löns bewies mir dies eine Stelle aus einem wenige Monate vor seinem Ausrücken ins Feld an mich gerichteten Brief; aber schon fünf Jahre vorher hatte Löns das wichtige Geständnis abgelegt: „Daß ich jahrelang Journalist war, war gut für mich: man lernt, kritisch zu sein!“ Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß die Redakteurtätigkeit für manchen werdenden Dichter und Schriftsteller von großer Bedeutung gewesen ist. Dies trifft auch zweifellos zu für den bekannten rheinischen Romanschriftsteller Rudolf Herzog. Anläßlich seines 60. Geburtstages (am 6. Dezember 1929) dürfte eine kurze

Digitized by Google

Würdigung Herzogs als Redakteur, die zeigt, wie er sich schnell durch harte Kämpfe emporgearbeitet hat, um so mehr angebracht sein, als dieses Thema meines Wissens überhaupt noch nicht behandelt ist und zudem die sechsjährige journalistische Tätigkeit Herzogs selbst vielen Kollegen unbekannt sein dürfte.

Die erste Verbindung mit der Presse fand Herzog, als er mit 21 Jahren, im Dezember 1890, seiner Vaterstadt Barmen und der ihm so verhaßten kaufmännischen Tätigkeit in den Elberfelder Farbenfabriken den Rücken kehrte, um — wenn auch fast ganz mittellos, so doch mit dem für ihn zeitlebens so charakteristischen rheinischen Optimismus — nach Berlin zu übersiedeln. Hier hoffte er, seinen geistigen Horizont zu erweitern und das richtige Schaffensfeld zu finden; sein um einige Jahre älterer Bruder Albert war damals in der Reichshauptstadt als Vertreter des „Frankfurter Journals“ und Berichterstatter der „Moskauer Neuen Zeitung“ tätig. Rudolf stand dem Bruder zur Seite, so gut es ging. Den Nachweis seiner Begabung hatte er ja schon als Siebzehnjähriger in „Jung-Wuppertal“, einer von ihm, Walter Bloem, seinem Bruder und dem späteren Arzt Artur Strauß herausgegebenen Gedichtsammlung geführt. Doch dichterische und schriftstellerische Fähigkeiten bedeuten nicht immer eine Garantie für journalistische Leistungen, womit nicht gesagt sein soll, daß Albert an seinem Bruder viel auszusetzen gehabt hätte. Das Stahlbad Berlin hat den beiden hochstrebenden jungen Leuten nichts geschadet; aber der materielle Erfolg ließ oft mehr als alles zu wünschen übrig. In so wenig angenehmer Lage schrieb Rudolf, schwelgend in Erinnerungen an seine Düsseldorfer Sturm- und Drangzeit, in 14 Tagen und Nächten seinen ersten Roman mit dem schönen Titel „Frau Kunst“, der ab Januar 1892 in der „Frankfurter Ztg.“ erschien und mit 400 Mark honoriert wurde. Da nach Bezahlung der Schulden dem jungen Schriftsteller nur noch ein geringer Betrag für eine Weihnachtsreise in die Heimat übrig blieb, trat er zunächst in seiner Vaterstadt wieder in den Dienst der Elberfelder Farbenfabriken. Dabei wurde aber die literarische Tätigkeit nicht aufgegeben. Mit dem jungen Juristen Walter Bloem gründete er wagemutig die „Literarischen Unterhaltungsblätter für Westdeutschland“, deren Lebensfrist erklärlicherweise nur kurz bemessen war. Der Verleger schickte Herzog für seine Redaktionsarbeit, nachdem der Name des jungen Dichters durch die erfolgreiche Uraufführung seines ersten Bühnenstückes „Protektion“ in seiner Vaterstadt einen guten Klang bekommen hatte, einen Korb mit 6 Flaschen Rüdesheimer. Herzog, jetzt zweiundzwanzigjährig, suchte aber wieder die Weite und reiste zunächst zwecks Anbahnung einer Verbindung mit Theaterdirektoren südwärts gen Karlsruhe, wo sein Bruder Albert inzwischen die Chefredaktion der „Badischen Presse“ übernommen hatte. In Ferdinand Thiergarten, dem Verleger dieses Blattes, und dessen Gattin fand der Stürmer und Dränger liebevolle elterliche Freunde. Kurze Zeit darauf holte er sich Rat bei Rudolf Presber, der damals einen Redaktionssessel am „Frankfurter Generalanzeiger“ inne hatte. Durch Presbers Vermittlung übernahm er die Gründung und Leitung einer Kulturzeitschrift in Darmstadt, die ein österreichisch-polnischer Graf zu finanzieren versprochen hatte; aber schon nach einem Vierteljahre pumpte der gräfliche Verleger seinen Redakteur an, und Herzog blieb nach Presbers tröstenden Worten nichts anderes übrig, als diese Angelegenheit als ein „interessantes Abenteuer“ zu betrachten.

Die Bekanntschaft und Liebe zu der Frankfurter Musikschülerin Minni Seiler aus Friedberg in Hessen, seiner späteren tapferen Lebenskameradin, gab dem ringenden Schriftsteller während seines vierjährigen Frankfurter Aufenthaltes immer wieder neuen Mut und Kraft zu weiteren Kämpfen. Eine schöne und reife Frucht dieser Jahre ist der später während seiner Berliner Redakteurtätigkeit geschriebene Frankfurter Musikroman „Das Lebenslied“. Da aber der Erlös aus den Theateraufführungen und der Schriftstellerei zur Gründung eines eigenen Hausstandes nicht genügte, sah Herzog sich kurz entschlossen nach einem Redakteurposten um. Auf jedes geeignet erscheinende Zeitungsinserat schrieb er einen Werbebrief, und siehe da, mit kühnem Entschluß schwang sich der Achtundzwanzigjährige am 1. September 1897 ohne weitere journalistische Vorbildung gleich auf den Chefredakteurthron der „Hamburger Neuesten Nachrichten“, so daß schon am 30. Dezember desselben Jahres in der alten Hanseatenstadt Hochzeit gefeiert werden konnte. Nur seinem Unternehmungsgeist und seinem festen Willen zum Erfolg hatte er seine sofortige Anstellung nach einer kurzen Unterredung mit dem Verleger der „Neuesten Nachrichten“ zu verdanken. Auf diesen hatte das im Telegrammtempo entworfene Programm für die zugkräftige Ummodelung des Blattes einen nachhaltigen Eindruck gemacht. Aber, aber die Politik! Die machte dem frischgebackenen Chefredakteur heftige Kopfschmerzen! Auf seinen Vorschlag sollte das Hauptgewicht auf die Arbeit des Lokal- und Hafenredakteurs und nicht zuletzt auf seine eigenen Leistungen im Feuilleton gelegt werden. Welch Glück für ihn, daß sich die Zeitung nach dem Wunsch des Verlegers politisch im streng unparteiischen Fahrwasser halten sollte! Gleich am ersten Arbeitstag wäre übrigens der frischgebackene Chefredakteur dem Metteur gegenüber wegen seiner völligen Unkenntnis des technischen Betriebes beinahe höchst unangenehm in Anwesenheit der Redaktionskollegen aufgefallen. Trotzdem der Abonnentenstand des Blattes wuchs, wozu wesentlich Herzogs wertvolle Arbeiten über Literatur, Leben, Kunst und insonderheit die Theaterkritik beitrugen, kam es schließlich zum Zerwürfnis zwischen dem geistigen Leiter und dem Besitzer des Blattes. Herzog beharrte fest auf seinem Standpunkt, gab im Einverständnis mit seiner jungen Gattin nicht nach, da ihm des Verlegers neue Pläne nicht zusagten, und nahm schließlich nach der in Aussicht gestellten Bezahlung des vollen Vierteljahrsgehaltes den Abschied an. Den Sommer über blieb er noch in Hamburg, und nach Annahme seines Hamburger Romans „Das goldene Zeitalter“ durch die „Kölnische Zeitung“ reiste er mit seiner Frau zunächst nach Bad Nauheim und dann zu den Schwiegereltern nach Friedberg.

Schon am 1. Oktober 1899 begann der nahezu Dreißigjährige eine neue journalistische Tätigkeit; er trat in die Feuilleton-Redaktion der zweimal täglich erscheinenden „Berliner Neuesten Nachrichten“ ein. Der Generaldirektor des Unternehmens wollte ihn zuerst als Nachtredakteur mit einem Probegehalt von 250 Mark anstellen. Herzogs energisches „Nein“ machte aber auf den Allgewaltigen keinen schlechten Eindruck, zudem tat die Kunde von dem Abdruck des Herzogschen Romans in der „Kölnischen Zeitung“ wohl auch ihre Wirkung. Da Professor Klaar, der damalige verdienstvolle Leiter des Feuilletons, gegen die Anstellung Herzogs als Mitredakteur nichts einwendete, trat dieser seinen Dienst im Feuilleton an. Seine Tätigkeit als Reiseredakteur, die ihn u. a. nach Kiel, Stettin, Hamburg, Düsseldorf, und weiter nach Norwegen, Schottland und England führte, ist für den späteren Romanschriftsteller nicht weniger wertvoll gewesen als das Studium der Reichshauptstadt und die Ausübung der Kunstkritik. Als Professor Klaar später zur „Voß“ übersiedelte, wurde Herzog Alleinherrscher „unterm Strich“ bei den „Neuesten Nachrichten“. Einen verständnisvollen und wohlwollenden Vorgesetzten hatte er an dem politischen Chefredakteur Jacobi, auch „Bismarck-Jacobi“ genannt. Der honorierte den neuen umfangreichen Roman, den der junge Kollege zur Nachtzeit geschrieben hatte, mit einer Summe, die Herzogs Jahresgehalt überstieg. „Der Graf von Gleichen“ betitelt sich dieser Roman, den jeder lesen sollte, der die Berliner Presse-, Kulissen- und Börsenwelt um die letzte Jahrhundertwende kennen lernen möchte. Hier hat Rudolf Herzog mutig seine Ansichten über echten und schlechten

Digitized by Google

Journalismus ausgesprochen. Nach seiner Meinung galt damals der Zeitungsmann bei einem gewissen Teil des Publikums nur als ein „besserer Dienstbote" und ein „notwendiges Übel". Nicht durch Ehrgeiz, sondern durch Ehrgefühl sollte nach seiner Meinung der Journalistenstand gehoben werden. Worauf es dem Journalisten ankommen soll, ist in den prächtigen Worten gesagt: „Man muß sich nur den reinen blanken Mut zum Willen erobern, und das kann jeder, der Courage hat." Durch Vermittlung von Jacobi lernte Herzog noch während seiner Redaktionstätigkeit u. a. den Geheimrat Adolf Kröner, den Inhaber des bekannten Cottaschen Verlages, in Berlin persönlich kennen. Da ging auf einmal für ihn der Stern des Glückes und Erfolges auf! Denn Kröner sicherte sich gleich den im Entstehen begriffenen neuen Roman „Die vom Niederrhein" für seine „Gartenlaube" und nahm später sämtliche Romanwerke Herzogs in Verlag. Kann man es dem Dichter verdenken, daß er nach sechsjähriger aufreibender Redaktionstätigkeit jetzt ganz zum Beruf des freien Schriftstellers überging? Gewiß nicht! Übrigens behielt er noch 5 Jahre lang als feuilletonistischer Mitarbeiter enge Fühlung mit den „Berliner Neuesten Nachrichten".

Wie der kaufmännische Anfangsberuf war erst recht der Journalistenberuf als Übergang zur Reifeperiode für den Dichter und Schriftsteller Herzog von größter Bedeutung. Seine flotte, klare Schreibweise, noch mehr sein rheinisch-frisches Temperament, vor allem aber seine Menschenkenntnis wurden durch den Zeitungsdienst wesentlich gefördert. Möge dem nunmehr Sechzigjährigen, dessen unerschütterliche Lebensbejahung, dessen unversiegter Humor und vornehme Gesinnung jedem Hochachtung abzwingen muß, die Schaffensfreude noch lange erhalten bleiben.!

Der erste zeitungsfachliche Fortbildungskursus.

Der erste zeitungsfachliche Fortbildungskursus des „Deutschen Instituts für Zeitungskunde" ist am 30. November 1929 zu Ende gegangen. Die Organisation des Kurses war auf gründlicher Arbeit in kleinen Gruppen angelegt. Neben der allgemein zeitungsfachlichen Fortbildung wurde in ressortfachlicher Gliederung gearbeitet. Bei einer Gesamtteilnehmerziffer von 105 hat der Kursus die vorgesehene Beteiligungsziffer überschritten.

In der Eröffnungssitzung erörterte Professor Dr. Dovifat, der Direktor des Instituts, die Aufgabe der Kursusarbeit. Es gelte Probleme zu studieren, die aus der Hast und Eile der Alltagsarbeit heraus nicht vertieft werden könnten. Neben die intellektuelle Arbeit trete aber gleichberechtigt die eigene freie Anschauung, für die den Kursteilnehmern in Berlin viele Möglichkeiten erschlossen worden seien. Die Tatsache, daß die Teilnehmer den verschiedensten politischen Richtungen angehörten und Redner der verschiedensten Gruppen anzuhören hätten, verspreche unter freier Anerkennung jedes Standpunktes fruchtbare sachliche Erfolge.

In der „Zeitungsfachlichen Abteilung" versammelten sich an jedem Morgen sämtliche Kursteilnehmer. Vorträge und Aussprachen behandelten Fachfragen, die für jeden Zeitungsmann, insbesondere für Redakteure von Interesse sind. So sprach Dr. Martin Carbe über „Kritische Freiheit und Anzeigenboykott", Chefredakteur Professor Georg Bernhard über „Presse und Bürokratie", Professor Dr. Dovifat über „Sensationsberichterstattung" Dr. Aßheuer vom Zentralbüro der Annoncen-Expedition Rud. Mosse über „Die jüngste Entwicklung des Anzeigenwesens" und Professor Dr. Everth-Leipzig über „Das öffentliche Interesse als Ziel journalistischer Arbeit". Der Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Zechlin behandelte die Organisation der Presseabteilung der Reichsregierung. Auch die Zeitungswissenschaft kam zu Worte: Eine Aufforderung zur „Mitarbeit der Praxis an zeitungswissenschaftlichen Problemen" war das Thema eines Vortrages von Dr. Bertkau.

Der „Politischen Gruppe" gab ihr Leiter, Dr. Stern-Rubarth, in seinem Eröffnungsvortrag: „Die politische Eigenarbeit der Tageszeitungen" die Richtlinie. Danach sollten die im innen- und außenpolitischen Bereiche gebotenen Vorträge die Möglichkeit zu vertiefter Eigenarbeit der politischen Redakteure bieten. Über „Zehn Jahre Versailler Vertrag" als der Grundlage der gesamten deutschen Politik der Jetztzeit referierte alsdann Staatssekretär Dr. Pünder. Es bauten sich auf seinen Ausführungen Vorträge über die bedeutendsten außenpolitischen Probleme auf, die dieser Vertrag uns gestellt hat. So berichtete Professor Dr. Bonn über „Die Entwicklung der Reparationsprobleme" und Geheimrat Dr. Wiehl spezialisierte diesen Vortrag gewissermaßen in seinem Referat über „Die Weltwirtschaftspolitik im Rahmen der deutschen Außenpolitik". Die Lage des Deutschtums nach dem Diktat von Versailles fand ihre Würdigung in den Vorträgen von Professor Dr. Hoetzsch: „Auslandsdeutschtum und Minderheitenproblem" und des Professors Dr. Rühlmann über „Rheinlandprobleme". Von den großen Fragen der Innenpolitik behandelte Reichsjustizminister a. D. Dr. Koch-Weser die „Pläne zur Reichsreform" Ministerialrat Dr. Kaysenberg sprach über die aktuelle Frage „Volksbegehren und Volksentscheid" und der Präsident des Preußischen Landtages Bartels sowie Chefredakteur Lotz verbreiteten sich über die Themen: „Parlament und Presse" und „Journalistische Parlamentsarbeit". Den abschließenden Vortrag der Politischen Gruppe hielt wiederum Dr. Stern-Rubarth, der auf Grund seiner persönlichen Erfahrungen die Teilnehmer mit der Völkerbundsjournalistik" bekanntmachte als einem neuen journalistischen Faktor internationaler Zusammenarbeit.

Besuche der Parlamente, der Presseabteilung der Reichsregierung, großer Zentralbehörden usw. ergänzten die theoretische Kursarbeit.

Die „Wirtschaftspolitische Gruppe" des Kurses wurde von ihrem Leiter, Chefredakteur Hirschstein, mit einem Vortrage: „Staatswirtschaft und Privatwirtschaft im Handelsteil" eingeleitet. Auf diesen einleitenden Vortrag baute sich eine Reihe von Einzelreferaten erster Fachleute auf. Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, Graf Schwerin von Krosigk, sprach über „Technik und Aufbau des Reichshaushaltes" während zwei andere bekannte Sachbearbeiter aus demselben Ministerium, Ministerialdirektor Dr. Zarden und Staatssekretär Professor Dr. Joh. Popitz, sich mit den „Gegenwartsfragen der Steuerpolitik" und dem Thema „Finanzielle Verflechtung von Reich und Ländern" befaßten. Die innige Verbindung von Finanzpolitik als einem der Hauptglieder der Innenpolitik und der Handelspolitik, die letztlich von einer gesunden Innenpolitik abhängig ist, kam in einem Vortrage des Ministerialdirektors im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Hans Posse, zum Ausdruck, der sich mit der Handelsvertragspolitik befaßte. Professor Dr. Götz Briefs und Ministerialdirektor Dr. Krohn referierten über: „Die Sozialpolitik des Auslandes" und das Thema „Zehn Jahre deutsche Sozialversicherung" so daß die Teilnehmer in der Lage waren, die Urteile von Theorie und Praxis auf einem der umstrittensten Gebiete kennen zu lernen. Den Übergang von der Staatswirtschaftspolitik in die Privatwirtschaftspolitik bildete ein Referat von Professor Dr. Julius Flechtheim über „Wichtige Fragen der Bilanzkunde". Durch ein Korreferat von Chefredakteur Bruno Buchwald wurde auch hier die Notwendigkeit einer Gegenüberstellung von theoretischem Urteil und praktischer Anschauung unterstrichen. Über das engere Gebiet der Handelsjournalistik sprach Handelsredakteur Zentes, der das Thema „Die Börse und ihre Technik" behandelte. Handelsredakteur Wehnert führte die Kursusteilnehmer durch die Berliner Börse. Während sich Direktor Dr. Karl Feßmann vom Scherl-Verlag in einem Vortrage: „Der Laie und der Handelsteil" mit der modernen wirtschaftlichen Berichterstattung auseinandersetzte und besonders auf die, immer durch praktische Beispiele veranschaulichte, modernste Entwicklung der Bildberichterstattung zu sprechen kam, beschäftigte sich in seinem Schlußreferat Chefredakteur Hirschstein mit dem Thema „Die Träger der Wirtschaft und der Handelsteil". Durch verschiedene Führungen in Musterbetrieben des Berliner Wirtschaftslebens wurde die Verbindung mit der Praxis gefunden.

Die „Kulturpolitische Gruppe" stand unter Leitung von Dr. Gustav Manz. Aus dem weitverzweigten Gebiet der unter dem Begriff „Kulturpolitik" zusammenge-

Digitized by Google

faßten Fragen mußten einige der wichtigsten in den Vordergrund gerückt werden. Dabei wurde ihr Zusammenhang mit der Zeitung stets von zwei Gesichtspunkten aus zur Diskussion gestellt, einmal vom Stand des Redakteurs, insbesondere des Kritikers, anschließend vom Arbeitsgebiet der einzelnen Kulturerscheinungen aus. So sprachen über das Buchwesen Dr. Paul Fechter, DAZ., und Verlagsdirektor Hanns Martin Elster, Horenverlag; über Theater Dr. Bernhard Diebold, Frankfurter Zeitung, und Direktor Gustav Hartung vom Renaissance-Theater, Ludwig Sternaux, Theaterkritiker und Dr. S. Nestriepke, Generalsekretär der Volksbühne; über Musik und Oper Professor Dr. Hermann Springer, 1. Vorsitzender des Verbandes deutscher Musikkritiker, und Dr. Kurt Singer von der Städtischen Oper; über Kunst und Architektur Dr. Max Osborn, Kunstkritiker der Vossischen Zeitung, auf der einen, Staatssekretär a. D. Heinrich Schulz und Dr.-Ing. Hermann Jansen, Professor für Städtebau an der Technischen Hochschule, auf der anderen Seite; Direktor Hermann Grieving, Universum Film A.-G., und Lupu Pick über den Film; Siegfried Hartmann, DAZ., und Professor Dr. H. Schubotz über den Rundfunk. Die Besuche von Museen, Theater- und Kinovorstellungen, die verschiedenen Möglichkeiten, Einsicht zu nehmen in Verlags-, Bühnen- und Filmatelierbetriebe boten eine mit lebhaftem Interesse aufgenommene Ergänzung der Vortragsarbeit.

In der Schlußsitzung am 30. November 1929 konnten die Teilnehmer sich mit der Kursleitung über ihre Erfahrungen aussprechen. Das geschah in der verständnisvollen, arbeitsgemeinschaftlichen und sachlichen Art, die das starke Aktivum dieser zehn Tage gewesen ist. Allgemein wurde mit Zeichen lebhaften Dankes der Erfolg anerkannt und in lebhafter Debatte für die künftigen Kurse vielerlei Anregungen und Verbesserungsvorschläge gegeben, die von der Leitung dankbar aufgenommen wurden.

Der zweite Zeitungsfachliche Fortbildungskursus findet im Laufe des nächsten Jahres statt. In den ressortfachlichen Gruppen werden dann auch Kommunalpolitik, Außenpolitik und Sport ausführlich bearbeitet werden. Zeitpunkt und genaues Programm werden im Frühjahr 1930 bekanntgegeben.

*

Ein Empfangsabend des Reichsverbandes.

Gegen den Schluß des Zeitungsfachlichen Fortbildungskursus veranstaltete der Reichsverband für die Teilnehmer an dem Lehrgang im großen Festsaal des ehemaligen Herrenhauses einen Bierabend. Unter den Ehrengästen sah man u. a. den Preußischen Unterrichtsminister Prof. Dr. Dr. Becker, den Präsidenten des Preußischen Landtages Bartels als Hausherrn, den Reichstagspräsidenten Loebe, den Chef der Presseabteilung, Ministerialdirektor Dr. Zechlin, verschiedene Mitglieder des Kuratoriums des Deutschen Instituts für Zeitungskunde, den Leiter des Kursus, Professor Dr. Dovifat, die Gruppenleiter sowie Mitglieder des Vorstandes des Reichsverbandes und des Vorstandes seines Bezirksverbandes Berlin.

Der Geschäftsführende Vorsitzende, Direktor Gustaf Richter, hieß die Gäste herzlich willkommen. Den Kernpunkt seiner Ausführungen bildeten grundsätzliche Bemerkungen über die Führerrolle der Presse und der Journalisten. Er hob hervor, daß es im Kampf der Meinungen und Persönlichkeiten nicht allein mit dem allgemein notwendigen, tiefgründigen Wissen getan sei, sondern daß als Letztes und Wichtigstes die Persönlichkeit hinzukommen müsse, die ohne Furcht und evtl. auch unter vollem Einsatz ihrer Existenz ihre Überzeugung verfechte. Journalisten sollten Führerpersönlichkeiten im besten Sinne des Wortes sein, wenn sie Anspruch darauf machten, durch ihre publizistische Arbeit das Zeitgeschehen mitgestalten zu helfen. Die rückläufige Bewegung, die sich in der deutschen Presse in dieser Hinsicht seit dem Kriege gezeigt habe, müsse überwunden werden. Vertieftes Wissen und klares Denken, das gerade dem Journalisten besonders nötig sei, bekomme letzten Sinn und Wert nur dann, wenn es zu einer Erstarkung der Persönlichkeit und der inneren Kraft verhelfe. Persönlichkeit sei das stabile Element in uns, das uns in einem unruhvollen Leben die große, unerschütterliche Ruhe gebe und die Kraft, unsere Mission zu erfüllen. Wenn zur Gewinnung dieser Erkenntnis bei den Kursteilnehmern auch der erste Fortbildungskursus des Deutschen Instituts für Zeitungskunde mit beigetragen habe, so habe er seine höchste Aufgabe erfüllt, denn Journalist sein heiße Führer sein, und Führer sein heiße Persönlichkeit sein.

Professor Dr. Dovifat dankte den Veranstaltern für das Arrangement des Abends und berichtete über den bisherigen Verlauf des Kursus. Er äußerte dabei die Hoffnung, daß die vielfachen in diesem Lehrgang gemachten Erfahrungen in späteren weiteren Kursen zum Nutzen des deutschen Journalismus und des deutschen Zeitungswesens überhaupt mit verwandt werden würden. Auch Kultusminister Prof. Dr. Becker nahm das Wort. Er kennzeichnete die geistige Bedeutung der Presse und gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Besuch dieser ersten Veranstaltung ein Bekenntnis zur Sache bedeute, das die Schaffung des Instituts neuerdings rechtfertige. „Normale Berufsausbildung", so führte der Minister weiter aus, „erscheint in immer steigendem Maße als unzulänglich. Auf allen Gebieten streben wir nach der Fortbildung und nach der Schaffung von Einrichtungen zu ihrer Gewährung. Das Deutsche Institut für Zeitungskunde und die Kurse, deren ersten wir mit einer Fülle ausgezeichneter Vortragender und mit so reger Anteilnahme aus allen Teilen des Reiches sich abspielen sehen, ist ein Glied in dieser Kette, dessen steigende Bedeutung unverkennbar ist." In launiger Weise ging Professor Becker dann auf das Verhältnis des modernen Ministers zur Presse ein. Insbesondere nahm er die von der Presse häufig nicht genügend gewürdigte Tätigkeit der amtlichen Pressechefs in Schutz, deren Aufgaben schwieriger seien, als die ungeduldige Presse anzuerkennen gewohnt sei. Als Minister komme man oft genug in die Lage, der Presse Fragen zu beantworten über Pläne, die man selber noch gar nicht genügend durchdacht habe, und die Kunst, die öffentliche Meinung zu machen, von der man sich dann nachher leiten lasse, sei nicht immer leicht.

Der Abend verlief zur vollen Zufriedenheit aller Anwesenden und trug wesentlich dazu bei, die Kursusteilnehmer einander auch menschlich näherzubringen.

Ein „Handbuch der Weltpresse".

Das „Deutsche Institut für Zeitungskunde" wendet seit seiner Gründung im Jahre 1924 einen großen Teil seiner Forschungstätigkeit einer gründlichen Beobachtung der internationalen Presse zu. Nunmehr ist ihm die Möglichkeit gegeben, die Arbeitsergebnisse auf diesem Gebiete in einem „Handbuch der Weltpresse" festzuhalten und für eine weiteste Öffentlichkeit nutzbar zu machen. Für den Journalisten wie für den Verleger, für den praktischen Politiker und Auslandsvertreter, aber auch für den aus wirtschaftlichen Gründen am Zeitungswesen Interessierten, wird das Handbuch ein lang entbehrtes Hilfsmittel sein. Es bietet die Möglichkeit, sich sowohl über Zeitungen wie über die Persönlichkeiten, die den Zeitungen ihr Gepräge geben, schnell und zuverlässig zu unterrichten. Das Ganze wird ein wissenschaftlich fundiertes, allgemeines „Wer ist's?" der großen Weltpresse sein.

Die bisher erschienenen Handbücher und Kataloge, wie sie in einzelnen wenigen Ländern bestehen, sind meist nur für den Inserenten von Interesse. Für den Zeitungsmann, den Politiker und Wissenschaftler sind sie oft nicht geeignet.

Das Deutsche Institut für Zeitungskunde ist in der Lage, den Aufgaben des geplanten Handbuches zu genügen, weil es durch ein großes Korrespondentennetz in regelmäßigem Materialaustausch mit dem ganzen Ausland steht. Die notwendigen Vorarbeiten sind geleistet, so daß mit dem Erscheinen im Laufe des nächsten Jahres zu rechnen ist.

Recht und Presse

Das Berufungsurteil im Schwarzschild-Prozeß.

Vor der Strafkammer des Landgerichts II in Berlin wurde am 28. November die Berufungsverhandlung in der Privatklage des Herausgebers der politischen Wochenschrift „Tagebuch" Schwarzschild gegen den Senatspräsidenten am Reichsgericht Reichert und den Reichsgerichtsrat i. R. Bewer zu Ende geführt. Die Strafkammer hob das Urteil der I. Instanz, das unter Zubilligung des § 193 StGB. auf Freisprechung gelautet hatte, auf und verurteilte die beiden Angeklagten zu je 3 RM Geldstrafe. Außerdem wurde dem Privatkläger die Befugnis zugesprochen, das Urteil zu veröffentlichen.

Digitized by Google

Aus der Urteilsbegründung ist folgendes hervorzuheben:

Der Aufsatz des beklagten Bewer, der der Privatklage zugrunde lag, nahm kritische Stellung zu jenen Äußerungen in der Presse, die die Richtigkeit des Todesurteils gegen Jakubowski in Zweifel zogen. Bis auf den Schlußsatz, der den Privatkläger mit dem Vorwurf eines „rechtsbeugenden" Literaten belegt, waren die Ausführungen im wesentlichen eine sachliche Kritik. Aber dieses Wort enthält eine Mißachtung gegenüber dem Privatkläger, die auch von beiden Angeklagten bewußt zum Ausdruck gebracht worden ist. Bei der Frage, inwieweit den Angeklagten der Schutz des Paragraphen 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zukommt, steht das Berufungsgericht auf demselben Standpunkt wie das Vordergericht. Die Angeklagten handelten, da sie als Vorstandsmitglieder des Deutschen Richterbundes verpflichtet waren, die Standesinteressen wahrzunehmen, in Wahrnehmung berechtigter Interessen. Aber eine Äußerung wie „rechtsbeugender Literat" ist objektiv wie subjektiv nicht geeignet, dem eignen Interesse zu dienen. Bei dieser Beurteilung hat die Tatsache eine Rolle gespielt, daß beide Angeklagten einen hohen Grad von Bildung besitzen und durch ihren Beruf geschult sind, ihre Äußerungen abzumessen. Da sie aber beide bewußt die Grenzen überschritten, waren sie wegen Beleidigung zu bestrafen. Beim Strafmaß wirkte strafschärfend die Erheblichkeit der Beleidigung. Als Milderungsgrund war es anzusehen, daß die Angeklagten in starker Erregung über den Aufsatz des Privatklägers gehandelt hatten.

Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft.

Die Formalitäten bei Todesfällen und Berufsunfähigkeit.

Die Versorgungsanstalt (Berlin W 8, Mauerstraße 16/18)) hat Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß im Falle des Todes oder der Berufsunfähigkeit eines Versicherten bestimmte Formalitäten zu erfüllen sind, um so schnell wie möglich die Auszahlung der Versicherungssumme bezw. der Renten zu erwirken. Wenn auch die entsprechenden Bestimmungen in den Policen und Versicherungsbescheinigungen enthalten sind, erscheint die nachstehende Wiedergabe doch notwendig, da es sich in der Praxis gezeigt hat, daß in weiten Kreisen der Versicherten noch Unkenntnis darüber besteht.

Es sind folgende Formalitäten zu erfüllen:

I. **Im Sterbefalle des Versicherten.**

Der Tod des Versicherten ist binnen 5 Tagen nach erlangter Kenntnis unter Angabe der Todesursache der Versorgungsanstalt anzuzeigen. Es sind gleichzeitig beizubringen:

1. eine amtliche Sterbeurkunde (Totenschein);
2. Bericht des behandelnden Arztes oder sonstiges Zeugnis über die Todesursache;
3. ein Altersnachweis für den Verstorbenen;
4. die Versicherungsbescheinigung, die der Versicherte von der Versorgungsanstalt erhalten hat;
5. bei Pensionsversicherungen ist außerdem ein Nachweis über das Alter der Witwe und der minderjährigen Kinder einzureichen.

II. **Bei Eintritt der Invalidität (Berufsunfähigkeit).**

1. Ein ausführlicher Bericht des behandelnden Arztes über die vorliegende Krankheit und den voraussichtlichen Grad und die Dauer der Berufsunfähigkeit;
2. falls der Antragsteller zurzeit noch im Dienst steht, eine Mitteilung des Verlages darüber, aus welchem Grunde und zu welchem Zeitpunkt unter Einhaltung der vertraglichen Fristen das Dienstverhältnis zum Ablauf kommt.

Wenn der Hinterbliebene oder die Hinterbliebenen Ansprüche auf die Zusatzleistungen des 2½%-Fonds haben, ist ein Nachweis über die Gehälter beizubringen, die der Versicherte in den letzten fünf Jahren bezogen hat; außerdem ist bei Versicherungen, bei denen die Beiträge der Reichsangestelltenversicherung von den Beiträgen der Versorgungsanstalt gekürzt wurden, mitzuteilen, ob und in welcher Höhe eine Rente von der Reichsangestelltenversicherung gezahlt wird.

Sämtliche Unterlagen sind der Versorgungsanstalt direkt — nicht den Vertragsgesellschaften — einzureichen.

Die Kosten für die Beschaffung der Unterlagen trägt derjenige, der Ansprüche aus der Versicherung erhebt.

Versorgungsanstalt der RAG.
gez. Contag,
Berlin W 8, Mauerstraße 16/18
Merkur 5671—78.

Inhaltsangabe:

Zusammenwirken von Presse und Außenpolitik. Von Dr. Ad. Müller, Deutscher Gesandter in Bern.
Das Jubiläum des Vereins Münchener Berufsjournalisten.
Rudolf Herzog als Redakteur. Von Dr. Oellers, Aachen.
Der erste Zeitungsfachliche Fortbildungskursus.
Ein „Handbuch der Weltpresse".
Recht und Presse.
Versorgungsanstalt der Reichsarbeitsgemeinschaft.
Mitgliederbewegung.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Dr. phil. Cajetan Freund (Vertreter der Deutschen Tageszeitung), München, Johann-v.-Werth-Straße 1/2; Othmar von Fladung (Kunstreferent des Bayerischen Zeitungsblocks), München, Georgenstraße 72/2 links.

Verein Niedersächsische Presse. Gruppe Oldenburg-Ostfriesland. Hauptschriftlt. Diedrich Gerhard Soltau (Ostfries. Kurier), Norden; L. B. Andrich (Ostfries. Kurier), Norden; Otto Bertsche (Ostfries. Nachrichten), Aurich; Red. Möller (Delmenhorster Kreisblatt), Delmenhorst.

II. Neuanmeldungen.

Landesverband Mitteldeutschland. Otto Georgi (Merseburger Korrespondent), Merseburg; Dr. Albert Düsenberg (Kasseler Post), Kassel.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband Mitteldeutschland. Überwiesen an Landesverband der Schlesischen Presse: Hans Aubert, bisher Gera, jetzt Görlitz, Konsulplatz 7 I bei Kruschke.

Provinzialverband Pommern. Vom Landesverband Württemberg ab 1. 10. überwiesen: Gerhard Rogge bisher Ravensburg, jetzt Stolp i. Pomm. (Stolper Morgenzeitung).

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Kölner Presse. An den Landesverband Groß-Hamburg überwiesen: Josef Ollig (Hamburger Nachrichten), Hamburg.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. Überwiesen vom Bezirksverband Brandenburg: Walter Schroeder, Dresden-A. 24, Strehlener Str. 51 (Generalsekretär der deutschen Volkspartei). Überwiesen an den Bezirksverband Berlin: Dr. Kurt Baschwitz (Verein Deutscher Zeitungsverleger), Berlin.

IV. Streichungen und Austritte.

Verein Niedersächsische Presse. Gestrichen wegen Nichtzahlung der Beiträge: Arthur Freißler, Harburg-Wilhelmsburg.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86.

Reisegutscheine des Norddeutschen Lloyd. Auch zum diesjährigen Weihnachtsfest empfiehlt der Norddeutsche Lloyd die von ihm herausgegebenen Reisegutscheine. Sie können je nach Wunsch zu den verschiedensten Preisen für Fahrten nach allen möglichen Zielen ausgestellt werden. Es kommen daher nicht allein die Gesellschafts- und Vergnügungsfahrten nach dem Süden und Norden, sondern auch kurze und längere Erholungs- und Studienreisen nach Übersee in Frage. Auch Weltreisen können mit dem Norddeutschen Lloyd ausgeführt werden. Besonders empfohlen wird neben den Gesellschaftsreisen die Teilnahme an den Reisen: „Drei Weltstädte (Paris-New York-London) in drei Wochen". Alle Fahrten werden mit großen, modern eingerichteten Passagierdampfern des Lloyd unternommen. Man lasse sich durch den Norddeutschen Lloyd in Bremen oder durch seine Vertretungen unverbindliche Vorschläge machen (s. auch heutige Anzeige).

Digitized by Google

Deutsche Ernährungswirtschaft

Die Ernährung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit ist naturgemäß nicht allein ein Problem der Landwirtschaft, sondern stellt auch der Industrie, dem Handel und der Ein- und Ausfuhr schwere und gewichtige Aufgaben. In den nachfolgenden Abhandlungen werden Teilprobleme unserer Ernährungswirtschaft aufgezeigt, da das umfassende Gebiet im Rahmen, wie er hierfolgend gegeben ist, von den beteiligten Kreisen unmöglich ausgeschöpft werden kann. Wenn schon die Begrenzung auf deutsche Erzeugnisse festgelegt wurde, bliebe hier noch Unendliches an Hilfsmaterialien, Maschinen, Handels- und Produktionshandwerkszeug zu erwähnen übrig. So lassen sich also vorerst nur die fixierten Zweige unserer Ernährung einordnen. Von der Landwirtschaft, als der alles sorgsam betreuenden Mutter, sei ausgegangen. Reichsminister Hermann Dietrich hat in seinem vor kurzem erschienenen Werkchen „Ein Jahr Agrarpolitik“, das insbesondere zum Gebrauch der Presse bestimmt scheint, die Bedeutung der deutschen Landwirtschaft für das gesamte deutsche Volk und seine Wirtschaft mit folgenden Zahlen und Ausführungen belegt:

„Der Nettowert der landwirtschaftlichen Produktion wurde geschätzt (vom Konjunkturforschungs-Institut) im Jahre 1925 auf 10 Milliarden Reichsmark, der Nettowert der Produktion von Industrie und Handwerk auf 25 Milliarden Reichsmark.

Schon diese nackten Zahlen zeigen, daß eine Verminderung der landwirtschaftlichen Produktion, wenn sie auch nur 5 oder 10 % der gegenwärtigen betragen würde, für die Lebenshaltung des deutschen Volkes von unübersehbaren Folgen sein würde. Wenn etwa gar ein erheblicher Teil der agrarischen Produktion — etwa ¼ oder ⅛ — verschwinden würde, so würde das eine vollkommene Katastrophe für das ganze deutsche Volk bedeuten.“ Interessante Einzelheiten und Zahlen in der Broschüre beleuchten wichtige Sparten der deutschen Ernährungswirtschaft, nämlich Milch, Vieh, Fleisch, Geflügelzucht, Eierverwertung, Getreide, Kartoffeln, Zucker, Gemüse, Obst, Weinbau u. a. m. Der Bestand an Milchkühen ist mit 10,4 Millionen Stück etwa um eine halbe Million höher als vor dem Kriege, und die deutsche Milcherzeugung wird mit einem Quantum von 20 Milliarden Litern auf 3,2 Milliarden Reichsmark bei einem Milchpreise von 16 Pfennig je Liter geschätzt. Die Milchproduktion bildet also ein Viertel ungefähr des Bruttowertes unserer landwirtschaftlichen Erzeugung.

Die Fleisch- und Viehversorgung läßt sich durch nachstehende Zahlen illustrieren: Im Jahre 1928 haben die mit Reichsmitteln unterstützten genossenschaftlichen Organisationen zu den dreiundzwanzig größeren Schlachtviehmärkten 1 205 958 Schweine, 201 151 Kälber, 81 431 Rinder, 68 446 Schafe angeliefert. Das bedeutet 20,3—15,2—7 und 8,4 Prozent des Gesamtauftriebes auf diesen Märkten.

Daß auch die Geflügel- und Eierversorgung einen recht erheblichen Bestandteil der deutschen Ernährung und im weiteren Sinne der deutschen Volkswirtschaft darstellt, beweist die annähernd eine Milliarde Reichsmark, die dieser Teil der Landwirtschaft an Werten produziert. Die Zahl der Hühner beträgt 76 Millionen Stück. Unser Eierverbrauch beträgt auf den Kopf der Bevölkerung etwa 120 Eier, wovon allerdings mehr als ein Drittel durch ausländische Zufuhren gedeckt wird. Ein Beweis, wie ausdehnungsfähig für uns dieses Teilgebiet der Ernährung noch ist.

Die Zahlen der Getreidewirtschaft sind bekannt genug, als daß an dieser Stelle es nötig wäre, darauf einzugehen. Der Wert der Roggen- und Weizenernte ergab im Wirtschaftsjahr 1927/28 unter Zugrundelegung des Berliner Durchschnittspreises 1,71 Milliarden für Roggen und 0,82 Milliarden für Weizen.

Auf dem Gebiete des Gemüse- und Obstbaues hat sich durch Umstellung in der Ernährung leider ein starkes Mißverhältnis zwischen Verbrauch und deutscher Erzeugung herausgebildet. Es sind aber starke Kräfte am Werke, um die deutschen Gemüse- und Obsterzeuger zu stützen und wettbewerbsfähig zu machen. Gegen 1913 mit 310 Millionen Einfuhr hat sich für das Jahr 1928 die Importziffer auf 719 Millionen Mark erhöht, und zwar wurden davon für 239 Millionen Gemüse, für 225 Millionen Obst und für den Rest von 255 Millionen Reichsmark Südfrüchte eingeführt.

Zur Stützung der deutschen Ernährungswirtschaft tragen alle diejenigen Bestrebungen bei, die sich mit Standardisierung der Produktionsgüter, mit Rationalisierung der verschiedenartigen Betriebe und mit der Hebung der fachlichen Ausbildung aller an diesen Fragen interessierten Kreise beschäftigen. Die Industrie ist gleicherweise bestrebt, durch maschinelle Hilfsmittel und Apparaturen einen Hochstand der Erzeugung zu schaffen, der letzten Endes dazu beiträgt, das deutsche Volk immer unabhängiger von der ausländischen Einfuhr zu machen und damit unsere Handelsbilanz zu stärken und auch das soziale Niveau zu heben. —

Digitized by Google

Deutscher Zucker und was allgemein darüber bekannt sein sollte

Deutscher Zucker ist ein Kriegsopfer

Der Rübenzucker ist eine deutsche Erfindung. Auch Preis und Qualität und die daraus sich ergebende Konkurrenzfähigkeit beruhen auf deutschen Leistungen. Karl Ludwig Achaz begründete vor fünfviertel Jahrhunderten in Kunersdorf in Schlesien die erste deutsche Rübenzuckerfabrik und begründete damit die Unabhängigkeit Deutschlands vom Kolonialzuker. Durch Entwicklung der technischen Apparatur einerseits und Hochzüchtung der Zuckerrübe zu ihrer jetzigen Ergiebigkeit andererseits gewann deutscher Zucker europäische Vormachtstellung, die bis zum Kriege anhielt. Die Blockierung Deutschlands im Weltkriege zerstörte diese Vormachtstellung und gestattete ein Vordringen des Rohrzuckers in Positionen, die heute nicht mehr zurückerobert werden können. Hinzukommt, daß Länder mit primitiverer sozialer Struktur wie Polen und die Tschechoslowakei, deren Industrien ohne die in Deutschland üblichen Vorbelastungen und, was Zucker angeht, mit Staatsunterstützungen arbeiten, den deutschen Zucker auch auf dem eigenen Markt bedrohen. Im Kampf um die Erhaltung und Aufnahmesteigerung des inneren Marktes, um den Schutz gegen Überfremdung, um die Rück- und Neugewinnung ausländischer Märkte, um die Erhaltung der technischen und sozialen Prosperität hat es die deutsche Zuckerindustrie nicht leicht. Sie ist schicksalsverbunden mit der deutschen Landwirtschaft, die verzweifelt um ihre Existenz kämpft, und sie erwartet wie diese praktisches Verständnis für ihre Lage von allen, die es angeht — vor allem von der Gesamtheit des Volkes, die am Bestehenbleiben bodenständiger Eigenversorgung ursprünglich interessiert ist.

Deutscher Zucker ist das billigste Nahrungsmittel

Gemessen an seinem Nährwert kann in bezug auf seinen Preis der deutsche Zucker nur mit der Kartoffel verglichen werden. Bedenkt man jedoch, daß die Kartoffel Arbeit und Zuschußkosten verlangt, so darf man — ganz abgesehen vom höheren Genußwert des Zuckers — diesen als das billigste Nahrungsmittel ansprechen. Für eine Reichsmark Zucker erhält man soviel Nährwerteinheiten wie für zwei Mark Schmalz, wie für 3½ Mark Butter, wie für 11 Mark Eier oder für 16 Mark Kalbfleisch! Dieser Vergleich soll nicht dazu dienen, den Ersatz der genannten Lebensmittel durch Zucker zu empfehlen — wo überall aber die soziale Lage des Einzelnen Abstriche an der Lebenshaltung erfordert, werden diese Vergleiche einen praktischen Wert bedeuten. Selbst eine Verdoppelung oder Verdreifachung des Zuckerverbrauchs in Deutschland wäre keine unnatürliche Forderung; seltsam erscheint es vielmehr, daß der Deutsche, einer der stärksten Zuckererzeuger der Welt, zu den schlechtesten Verbrauchern gehört. Er könnte sich ruhig ein Beispiel an Völkern nehmen, die zu den leistungskräftigsten gehören und ungleich mehr Zucker verbrauchen als wir. Der Deutsche verbraucht durchschnittlich 22 kg Zucker im Jahr. Dagegen der Engländer 42 kg, der Canadier 44 kg, der Amerikaner und der Däne 54 kg — der Australier sogar 62 kg! Sowohl für den geistig wie für den körperlich Berufstätigen empfiehlt sich eine kräftige Zuckernahrung. Es ist bekannt, daß der geistig tätige Mensch, der sich zumeist viel zu wenig bewegt, sich vor zu starker Belastung des Verdauungsapparates hüten muß. Zucker ist nun ein konzentriertes und schlackenfreies, mühelos umsetzbares Nährprodukt, das nicht, wie viele andere Nahrungsmittel, einen großen Teil der gespendeten Energien gewissermaßen in sich selbst verbraucht. Das alte Sprichwort hat recht: Ein voller Bauch studiert nicht gern! Körperlich Arbeitenden aber ist ausschlaggebend, daß Zucker eine ideale Muskelnahrung von schnellster Wirkung ist; es ist bekannt, daß prominente Sportsleute vor dem Start zu Höchstleistungen einen Schluck Wasser mit einigen Stücken Zucker zu sich nehmen.

Es gibt keinen besseren als deutschen Zucker

Der Deutsche hat eine starke und nicht selten schöpferische Neigung zum Reformieren, deren Schatten aber die Eigenbrödelei ist. Diese Eigenart verführt manchmal dazu, Dinge, die vollkommen in Ordnung sind, immer wieder umzumodeln. Auf Grund einer Reihe leicht widerlegbarer Legenden gibt es auch Zuckerreformatoren. Sie fordern vom Zucker Eigenschaften, die er nicht nötig hat, und dichten ihm andererseits wieder Wirkungen an, die auch die ernsteste Forschung nicht feststellen kann. Die markantesten Behauptungen sind: a) Zucker greife den Kalkbestand des Körpers an; b) Zucker enthalte keine Nährsalze; c) Zucker ist nicht basenüberschüssig; d) Rohrzucker sei besser als Rübenzucker.

Das ist allerhand auf einmal und bedarf genauer Feststellungen. Ragnar Berg, ein Ernährungsbiologe von Weltruf, hat sich mit diesen Vorwürfen gegen deutschen Zucker eingehend befaßt und kommt zu folgenden

Digitized by Google

Feststellungen: „Die ganze Campagne gegen den weißen Zucker und für den Rohzucker beruht auf ganz falschen Voraussetzungen. Bunge, der verstorbene Schweizer Psychologe, hat seinerzeit Schliffe von Knochen und Zähnen in konzentrierte Zuckerlösung gelegt, in welcher die Schliffe entkalkt wurden. Das war nichts anderes, als was man erwarten konnte, denn es ist schon seit 100 Jahren bekannt, daß Kalk mit dem Zucker eine leicht lösliche Verbindung gibt. Als aber Bunge daraus den Schluß zog, daß Zucker im Körper entkalkend wirken sollte, war das zu kurz gedacht. Um Knochensalze aufzulösen, muß die Zuckerlösung konzentriert sein, was wohl kurze Momente im Munde der Fall sein kann, niemals aber im Körper. Zum Schutz gegen derartige Überfälle hat die Natur aber die Zähne mit einem Emailüberzug versehen, der selbst von konzentrierter Zuckerlösung kaum angegriffen wird. Weiter übersah Bunge, wie auch alle sonstigen Zuckerfeinde, daß die Verbindung des Zuckerkalks, wie alle Verbindungen zwischen Alkoholen und Basen, außerordentlich leicht zersetzlich ist und schon von Kohlensäure vollständig zerlegt wird. Auch das ist schon seit 100 Jahren bekannt und wird in den Zuckerraffinerien benutzt. Überschüssige Kohlensäure findet sich aber überall in unserem Körper, nicht zuletzt im Mund und im Speichel, so daß Zucker Kalk überhaupt nicht dem Körper entziehen kann, eingeführter Zuckerkalk vielmehr in Zucker und kohlensauren Kalk zerlegt wird. Man hat gegen den weißen Zucker eingewendet, daß er eine Chemikalie sei, chemisch reiner Zucker, der gar keine Nährsalze enthalte. Das ist richtig, aber Zucker dient nicht nur als Nahrungsmittel, sondern als allerdings nahrhaftes Gewürzmittel, also stets in Verbindung mit anderen Nahrungsmitteln. Dabei überwiegen die anderen Nahrungsmittel, weshalb es gleichgültig ist, wie das Gewürz zusammengesetzt ist. Gewiß könnte man in besonderen Fällen wünschen, daß der Zucker basenreich wäre. Das ist besonders der Fall, wenn man ihn zum Würzen von säurereichen Mehlspeisen oder Gebäck verwendet, ganz besonders bei der Morgensuppe der Kinder. Dann ist aber der Rohzucker nicht besonders empfehlenswert. Er enthält nicht, wie die Verfechter es gewöhnlich glauben, etwa den ganzen Salzgehalt der Rübe bzw. des Zuckerrohrs, sondern nur die im Wasser leicht löslichen Anteile davon, soweit diese mit der Melasse am Zucker haften bleiben. Es ist also eine zufällige Auswahl der Mineralbestandteile, die keineswegs natürlich ist. Deshalb ist die Zusammensetzung auch tatsächlich unvorteilhaft; zu viel Kalium, dagegen viel zu wenig Calcium und Natrium. Man braucht nun nicht so weit zu gehen, daß man dadurch eine Kaliumvergiftung befürchten müßte, denn dazu gehören doch ganz andere Salzmengen, etwa die 50fache. Aber immerhin entsteht eine gewisse Störung des Ionengleichgewichts, was nicht gerade vorteilhaft sein kann. Zum Schluß möchte ich nochmals ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß Rohrzucker und Rübenzucker chemisch genau dasselbe sind. Der einzige Unterschied liegt in dem Ausgangsmaterial und demnach in dem Namen. Auch der rohe Rohrzucker hat keinerlei Vorteile vor dem rohen Rübenzucker, außer für diejenigen, die den Auslandszucker teurer als den Inlandszucker verkaufen."

Ein volkstümlicher Irrtum

Es gibt in allen Sprachen Worte, die geändert werden müßten — weil sie Irrtümer erregen. Zu diesen Worten gehört das Wort „Zuckerkrankheit". Es verleitet viele einfach denkende Menschen zu der irrigen Annahme, Vorliebe für Zucker und Süßigkeiten überhaupt könne die Zuckerkrankheit verursachen oder begünstigen. In Wirklichkeit kommt der Name aus einer ganz anderen Richtung: Zuckerkrankheit oder Diabetes ist die meist erblich erworbene Anlage der Bauchspeicheldrüse, bei ihrer Funktion, der Umwandlung von Stärke in Leberzucker, zu versagen. Dieser Ausfall kann durch Zuckergenuß weder verursacht noch behoben werden. Es ist unbedingt notwendig, daß diese wissenschaftlich feststehende Tatsache in weitesten Volkskreisen bekannt wird, um zu verhindern, daß eine kindliche Legende die Ursache körperlicher Entbehrungen bleibt, die unnütz und schädlich sind. Überhaupt: es besteht keine Gefahr, daß jemand zu viel Zucker ißt. Der Geschmack des Zuckers ist viel zu aktiv, als daß er das Maß seiner Bekömmlichkeit nicht durch sich selbst regulierte. Daß Kinder in dieser Hinsicht mehr vertragen als Erwachsene, beweist nur, daß der Bedarf des wachsenden Körpers größer ist.

Lehre vom deutschen Zucker

Wenn man das Wissen, das vom Wesen und Wert des deutschen Zuckers feststeht, zusammenfaßt, kommt man zu folgenden Erkenntnisregeln:

Der Deutsche sollte mehr Zucker verbrauchen, weil

deutscher Zucker ein genußreiches, gesundes, billiges, ästhetisch einwandfreies, unentbehrliches Nahrungsmittel ist;

ein Mehrverbrauch von Zucker die Abhängigkeit des deutschen Lebensmittelbedarfs vom Auslande stark herabmindert und damit Handelsbilanz und Valuta kräftigt;

mit angemessenem Verbrauch deutschen Zuckers die Lebenssicherung deutschen Bauerntums, deutschen Erfindergeistes, deutscher Arbeiter verbunden ist;

stärkerer Verbrauch deutschen Zuckers geeignet ist, in einem verarmten Lande wie Deutschland die Spanne zwischen Einkommen und Leistungsfähigkeit von Millionen von Deutschen wohltuend zu beeinflussen;

kein Zucker besser als deutscher Rübenzucker ist!

Digitized by Google

Unerfreuliches und Erfreuliches vom deutschen Gemüsebau

Daß die Landwirtschaft danach trachtet, wenn Getreide- und Kartoffelbau unrentabel zu werden drohen, auch andere Kulturen, die mehr Gewinn versprechen, in ihre Fruchtfolgen aufzunehmen, wird ihr niemand verübeln. Verhängnisvoll wird es aber nicht nur für sie, wenn sie dabei Trugschlüssen folgt. Weil in den letzten Jahren die Regierungsstellen endlich einsahen, daß der Gemüsebau im Interesse der allgemeinen Volkswirtschaft eine kräftige Förderung erfahren müsse, folgerten Unerfahrene, daß der Gemüsebau ohne weiteres ein lukratives Geschäft für die Landwirtschaft sei und empfahlen der Landwirtschaft, das Heil im Gemüsebau zu suchen. Man vergaß, daß Gemüse leicht verderbliche Kulturpflanzen sind, die sich nicht wie Roggen lagern lassen; man übersah, daß die Absatzmöglichkeit zunächst zu prüfen ist, bevor man mit dem Anbau beginnt; man bildete sich ein, daß jeder Landwirt auch ohne Vorkenntnisse und ohne Berücksichtigung der Forderungen, die an die Standortsverhältnisse zu stellen sind, marktfähiges Gemüse bauen könne. Es entstand so der wilde Konjunktur-Gemüsebau, der in diesem Jahr in seiner Auswirkung auch dem berufsständischen Gemüsebau manche Hoffnung zerschlug und manchen Landwirt und Gemüsezüchter durch die Planlosigkeit des Anbaues und des Absatzes in schwerste Gefahr brachte.

Man kann nicht damit die weitaus übertriebene Einfuhr von Gemüsen bekämpfen, daß man den Anbau planlos vergrößert, sondern indem man in geschlossenen Gebieten, welche die für den Gemüsebau erforderlichen natürlichen Standorts- und Absatzbedingungen aufweisen, einen berufsständischen Gemüsebau entwickelt und durch geeignete Maßnahmen die Erzeugung von Qualitätsware fördert. Wenn das Ausland in so starkem Maße den deutschen Markt beherrscht, so deshalb, weil es die Qualität seiner Erzeugnisse den Marktansprüchen entsprechend verbesserte. Diese Tatsache hat auch der deutsche, berufsständische, d. h. in diesem Betriebszweig erfahrene und ihn ständig und vorwiegend betreibende Gemüsebau erkannt. Der Weg der Selbsthilfe, den er beschritt unter der Führung des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaues, führt zur Steigerung der Qualität durch Aufgliederung des Anbaues, indem die einzelnen Gemüsearten nur dort angebaut werden, wo das Beste von Natur aus heranwachsen kann und sich demgemäß die Produktionskosten senken lassen. Er wählt die Sorten nach den Ansprüchen der einzelnen Märkte ebenfalls unter Berücksichtigung der Standortsverhältnisse, wobei ihm wissenschaftliche Erzeugnisse, langjährige praktische Erfahrungen und technische Hilfsmittel als Wegweiser dienen. Mit besonderem Nachdruck verfolgt der berufsständische Gemüsebau die Ansprüche seiner Abnehmer im Handel und in der Verwertungsindustrie, soweit sie sich auf Sortierung und handelsfähige Verpackung und Anlieferung erstrecken. Sortierungs- und Qualitätsbestimmungen wurden aufgestellt und einheitliche Verpackungsgefäße eingeführt mit dem Erfolg, daß dort, wo unter organisatorischer Zusammenfassung in Erzeuger-Absatzgenossenschaften dem Handel große Mengen einheitlicher Waren angeboten werden konnten, das Ausland seine Vorherrschaft verlor. Nicht billig und schlecht zu liefern ist hier das Ziel, sondern für den Marktansprüchen angemessene Ware auch den Produktionskosten entsprechende Preise zu erstreben.

Aber diese Entwicklung darf man sich freuen, man darf aber nicht vergessen, daß alle Umstellungen in der Landwirtschaft, zu der auch der Gartenbau gehört, Zeit erfordern. Am schnellsten sind naturgemäß dort Fortschritte zu erzielen, wo geschlossene Anbaugebiete bestehen oder entwickelt werden, deren berufsständischer Gemüsebau tatkräftigen Führern folgt. Deren Arbeit wird aber gehemmt, wenn ein Konjunkturgemüsebau, planlos zerstreut und in Fragen des Gemüsebaues und -absatzes unerfahren, durch Überschüttung der Märkte mit minderer Ware die Existenzmöglichkeiten des in erfreulichem Voranstreben befindlichen berufsständischen Gemüsebaues untergräbt.

Oberlandwirtschaftsrat Dr. Ebert.

Digitized by Google

Die Bedeutung der Deutschen Ölmühlen-Industrie für die Fettversorgung Deutschlands

Von Rechtsanwalt H. Willemsen, Berlin, Verband der Deutschen Ölmühlen E. V.

A. Allgemeines über den Fettverbrauch Deutschlands.

Soweit pflanzliche Öle und Fette in Frage kommen, bietet die amtliche Ein- und Ausfuhrstatistik verhältnismäßig sichere Unterlagen für die Ermittlungen des deutschen Bedarfs, da die Ölsaaten und Ölfrüchte, welche den Rohstoff für die Pflanzenölproduktion bilden, fast restlos eingeführt werden. Die inländische Ernte von Leinsaat, Raps, Rübsen und Mohn ist im Laufe der letzten Jahrzehnte mehr und mehr zurückgegangen und hat für die deutsche Ölmüllerei nur noch untergeordnete Bedeutung. Wesentlich schwieriger als bei den pflanzlichen Ölen und Fetten ist es, bei den tierischen Fetten zu einigermaßen richtigen Verbrauchsermittlungen zu gelangen, da inländische Produktionsstatistiken fehlen. Der Einfuhrüberschuß an Tierfetten, der Fettwert des Einfuhrüberschusses an Milch und Milchprodukten, die Fettgewinnung aus Schlachtungen und der Fettwert der zur menschlichen Ernährung verfügbaren Milch aus inländischer Erzeugung sind die Faktoren, aus denen sich die Verbrauchsmengen an Tierfetten aber gleichwohl mit einiger Sicherheit ermitteln und schätzen lassen.

Deutschlands Verbrauch an pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten.

Mengen in 1000 Tonnen (1 Tonne = 1000 kg).

	1907	1912/13	1920	1925	1926	1927	1928
Pflanzl. Öle u. Fette	490	580	227	640	665	668	727
Tierische Fette	1605	1765	833	1345	1447	1650	1738
Pflanzl. u. tierische Öle und Fette	2095	2345	1060	1985	2112	2318	2465

Verbrauch pflanzlicher und tierischer Öle und Fette in Deutschland je Kopf der Bevölkerung.

	1907	1912/13	1920	1925	1926	1927	1928
Pflanzl. Öle u. Fette	7.9 kg	8.7 kg	3.7 kg	10.3 kg	10.6 kg	10.6 kg	11.4 kg
Tierische Öle u. Fette	25.9 „	26.5 „	13.6 „	21.5 „	23.0 „	26.1 „	27.3 „
Gesamtverbrauch	33.8 „	35.2 „	17.3 „	31.8 „	33.6 „	36.7 „	38.7 „
Anteil der pflanzl. Öle u. Fette an dem Gesamtverbrauch	23.4%	24.7%	21.4%	32.3%	31.5%	28.8%	29.5%

Die vorstehenden Übersichten lassen deutlich erkennen, wie stark der Fettbedarf unter dem Einfluß des Krieges und seiner Nachwirkungen zurückgegangen war und wie er seitdem, von Jahr zu Jahr zunehmend, bis über den Friedensverbrauch hinaus gestiegen ist. Der Umstand, daß heute der Fettverbrauch größer ist als in der Zeit vor dem Kriege, findet seine Erklärung vornehmlich in der Umschichtung der Bevölkerung, in dem Rückgang der Zahl der Kinder und Greise und dem Anwachsen der Zahl der in den mittleren Lebensjahren stehenden Personen, die eine volle, kräftige Ernährung beanspruchen. Gleichzeitig ergibt sich aber auch, daß die pflanzlichen Öle und Fette heute eine größere Rolle spielen als in der Vorkriegszeit, und diese Tatsache ist vornehmlich auf die steigende Bedeutung dieser Fettstoffe für die Ernährung zurückzuführen.

B. Die Bedeutung der pflanzlichen Öle und Fette für die Ernährung.

Die pflanzlichen Öle und Fette kommen für die Ernährung vornehmlich in Frage als Rohstoffe der Margarine- und Kunstspeisefettindustrie, als Speiseöle (Tafel-, Salat-, Back- und Bratöle) und als Speisefette. Während in den Jahren 1912/13 nur etwa 190 000 Tonnen Pflanzenöle und -Fette zur menschlichen Ernährung verwandt wurden — und davon nur ca. 80 000 Tonnen zur Herstellung von Margarine- und Kunstspeisefett — dienen heute etwa 400 000 Tonnen Ernährungszwecken, und zwar rund 300 000 Tonnen als Rohstoffe für die Margarine-Industrie, die nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen Ländern sich von den Tierfetten auf Pflanzenfette umgestellt hat, nachdem die Technik der Raffination der Öle und Fette und der Herstellung gehärteter Öle außerordentliche Fortschritte gemacht hat. Als Margarinerohstoffe kommen in erster Linie Soyaöl, Erdnußöl, Kokosbutter, Palmkernbutter und pflanzliche Hartfette in Frage. Unter den Speiseölen nehmen ebenfalls Soyaöl und Erdnußöl den ersten Rang ein und als Speisefett dient vornehmlich Kokosbutter, die vor allem auch in Plattenform und in Würfelpackungen auf den Markt kommt. Die deutsche Produktion betrug:

	1913	1928
an Soyaöl	16 000 t	127 000 t
an Erdnußöl	39 000 t	240 000 t
an Kokosöl	122 000 t	125 000 t
an Palmkernöl	106 000 t	134 000 t
Gesamtproduktion pflanzlicher Öle und Fette	644 000 t	814 000 t

Der Anteil der vorgenannten Öle an der deutschen Gesamt-Pflanzenölerzeugung ist somit seit 1913 von 44 % auf 77 % gestiegen, und während vor dem Kriege von dem Pflanzenölverbrauch nur 32 % auf Ernährungs- und 68 % auf technische Zwecke entfielen, ist jetzt der Anteil der Ernährungsöle auf 55 % gestiegen und derjenige der technischen Öle auf 45 % zurückgegangen.

Der Bedarf an Pflanzenölen zu Ernährungszwecken wird heute wieder wie auch in der Vorkriegszeit fast restlos gedeckt aus der deutschen Erzeugung, an der, soweit die Versorgung des gesamten deutschen Marktes in Frage kommt, etwa 35 Ölfabriken beteiligt sind. Die Hauptplätze der deutschen Ölmühlenindustrie sind u. a. Harburg-Wilhelmsburg, Hamburg, Bremen, Stettin, Magdeburg, der Niederrhein, Mannheim, Heilbronn. Vor dem Kriege hatte sich in der Ölindustrie eine weitgehende Spezialisierung durchgesetzt und neben Fabriken, die ausschließlich technische Öle herstellten, standen reine Speiseölfabriken. Die steigende Bedeutung der Pflanzenöle für die Ernährungswirtschaft hat auch in diesem

Digitized by Google

Punkte eine Wandlung hervorgerufen, so daß heute fast alle Fabriken sowohl technische als auch Ernährungsöle herstellen. Der große Bedarf der Margarineindustrie an Pflanzenölen hat ferner dazu geführt, daß die großen Margarine-Konzerne Jurgens und Van den Bergh (jetzt: Margarine-Union) sich Ölfabriken angegliedert haben, jedoch entfällt auch heute von der gesamten deutschen Ölproduktion noch die Hälfte auf die sogen. konzernfreien Ölfabriken und deren Anteil an dem deutschen Ölmarkt ist auf 70—75 % zu schätzen.

C. Die Bedeutung der deutschen Ölmühlenindustrie für die Erzeugung tierischer Fette.

Während so auf der einen Seite die deutschen Ölfabriken der Hauptrohstofflieferant der Margarine-Industrie sind, liefern sie auf der anderen Seite der Landwirtschaft den wichtigsten Rohstoff für die Buttererzeugung in Gestalt der eiweißreichen Kraftfuttermittel (Ölkuchen, Schrote und Mehle). Die Ölindustrie steht somit in einer scheinbar gefährdeten Position zwischen zwei Konkurrenten um den deutschen Konsum. Rückgang der Margarine-Erzeugung würde Rückgang des Ölabsatzes, Rückgang der Buttererzeugung würde Rückgang des Ölkuchenabsatzes bedeuten. Diese Zwitterstellung wird aber auf absehbare Zeit keinen nachteiligen Einfluß auf die Ölmühlenindustrie haben können. Noch werden jährlich über 100 000 Tonnen Butter, ebensolche Mengen Milch und andere Molkereiprodukte und 100 000 Tonnen Schmalz und ähnliche Tierfette eingeführt, so daß Landwirtschaft und Margarineindustrie noch auf lange Sicht als Bundesgenossen kämpfen können, um Deutschland von dieser Einfuhr zu befreien, welche die Außenhandelsbilanz mit vielen Hundert Millionen belastet. Allein die Einfuhr von Butter belief sich 1928 auf 435 Millionen (1913: 118 Millionen).

Der Verbrauch von Ölkuchen hat in den letzten Jahren wieder erfreuliche Fortschritte gemacht, wenn auch immer wieder Notstände der Landwirtschaft ungünstige Einflüsse auf den Kraftfuttermittelverbrauch ausüben. Die deutsche Landwirtschaft verbrauchte an Ölkuchen:

1913: 1 635 000 t; 1925: 990 000 t; 1926: 1 118 000 t;
1927: 1 510 000 t; 1928: 1 720 000 t.

Dabei ist die Einfuhr wesentlich kleiner und die Ausfuhr größer als in den Jahren vor dem Kriege, so daß die deutsche Ölkuchenerzeugung für die Versorgung der Landwirtschaft heute eine viel bedeutendere Rolle spielt als früher. Unterstellt man, daß die Ölkuchenausfuhr ganz der Inlandsproduktion entstammte, und daß die Einfuhr restlos im Inlande verbraucht wurde, so wurde der Inlandsbedarf an Kraftfuttermitteln 1913 zu 48 %, 1928 aber zu 70 % aus der inländischen Produktion gedeckt. Die Verfütterung von 1 720 000 Tonnen Ölkuchen entspricht einer Butterproduktion von 400 000 Tonnen. Ein Mehrverbrauch an Ölkuchen in Höhe der derzeitigen Ausfuhr von 440 000 Tonnen würde eine Steigerung der inländischen Buttererzeugung um 100 000 Tonnen bedeuten, so daß die Einfuhr von Butter ohne eine Vermehrung der Produktion und Einfuhr von Ölkuchen fast völlig erspart werden könnte.

Warum brauchen wir Margarine?

Von G. Wagon.

Der Sorge um die Sicherstellung des Fettbedarfs Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts verdanken wir die Erfindung der Margarine, die schnelle Ausbreitung ihres Konsums — neben ihren guten Eigenschaften — dem zunehmenden Versagen der Marktbelieferung mit Schlacht- und Milchfetten. Die am Bedarf gemessene ungenügende Erzeugung dieser Fette liegt in agrartechnischen Verhältnissen begründet. Es war schlechthin unmöglich, die außerordentlich gestiegene Nachfrage nach fetthaltigen Stoffen, wie sie namentlich in den wichtigsten europäischen Staaten als Folge der Industrialisierung mit ihrer Bevölkerungsverdichtung und gestiegenen Lebenshaltung sich einstellte, ausschließlich mit tierischen Fetten zu befriedigen. Eine Ergänzung wurde also zwingende Notwendigkeit. Dem unzureichenden Angebot tierischer Fette stehen die schier unerschöpflichen Mengen ölhaltiger Früchte, wie sie namentlich in den tropischen Gebieten anfallen, gegenüber. Sie bieten dem Konsum Fettstoffe, die ernährungsphysiologisch dem tierischen Fett gleich sind, dabei im Preise wesentlich niedriger stehen. Die Aufgabe, diese Fettstoffe, die in Form von Ölen oder pflanzlichem Talg gewonnen werden, unserer Ernährungswirtschaft in einer Form nutzbar zu machen, die der Geschmacksrichtung der an konsistente Fette gewöhnten Völker entspricht, ist der Margarine-Industrie zugefallen. Ohne Margarine würde die Bevölkerung der meisten europäischen Länder vor die Frage gestellt sein, entweder sich auf den Genuß flüssiger Fette einzustellen, wogegen jahrtausendlange Gewohnheiten sprechen, oder bitterem Fettmangel zu verfallen. Es handelt sich also durchaus nicht um die künstliche Erzeugung einer Nachfrage nach Margarine, wie es laienhafte Vorstellung oft annimmt, sondern umgekehrt, das immer dringender auftretende Bedürfnis nach Ergänzung unserer Nahrungsfette hat die Margarine erst auf den Plan gerufen. Die Unmöglichkeit, die Produktion tierischer Speisefette dem steigenden Bedarf anzupassen einerseits, und die Möglichkeit, auf dem Wege über die Margarine das unerschöpfliche Reservoir pflanzlicher Fette zur Ausfüllung der Lücke nutzbar zu machen andererseits, ergibt zwangsläufig die notwendige Einschaltung der Margarine in unsere Ernährungswirtschaft. Nur in der völligen Verkennung dieser so wichtigen Zusammenhänge beruht — wenn man von kurzsichtigem Konkurrenzneid absieht — die leider vielfach noch vorhandene Feindseligkeit gegen die Margarine.

Um was für Vorgänge nahezu elementarer Natur es sich hier handelt, zeigt die nachstehende Aufstellung über die Entwicklung der Margarine-Industrie in verschiedenen europäischen Ländern.

	Margarineverbrauch in 1000 kg		
	1913	1926	
Deutschland	200 000	450 000	
England (1912)	127 400	343 200	
Holland	30 000	55 482	
Norwegen	26 815	44 913	(1925)
Schweden	23 900	42 389	
Dänemark	44 200	71 500	
Amerika	—	110 735	

Digitized by Google

Wenn man bedenkt, daß der Weltmarkt im Jahre 1928 nur 472 000 Tonnen Butter zur Verfügung stellen konnte, von denen Deutschland bereits 126 000 Tonnen beansprucht, die übrig bleibende Menge von 346 000 Tonnen also nicht einmal ausreichen würde, den Margarine-Konsum Deutschlands zu ersetzen, so gewinnen die obigen Ziffern besondere Bedeutung. Finanziell gesehen, würde der Ersatz von 450 000 Tonnen Margarine eine Mehrbelastung unserer Zahlungsbilanz um 1407,6 Milliarden bedeuten.

Das schnelle Aufblühen der Margarine-Industrie ist in den meisten Ländern von dem Berufszweig, dem früher ausschließlich die Sorge um die Fetterzeugung oblag, als störend empfunden worden und hat namentlich in Deutschland eine zeitweise erbitterte Gegnerschaft hervorgerufen. Auch wenn in den meisten Ländern sich ein erträgliches Verhältnis zwischen Margarine-Industrie und Landwirtschaft herausgebildet hat, besteht die alte Gegnerschaft bei uns leider noch fort. Ist sie begründet?

Deutschland war bei dem ersten Auftreten der Margarine ein butterausführendes Land und das neuaufkommende Fett hat wohl zeitweise der deutschen Butter-Produktion, die vielfach — namentlich in den bäuerlichen Wirtschaften — nicht auf besonderer Höhe stand, zweifellos einen Teil des Marktes streitig gemacht. Doch seit den 90er Jahren ist Deutschland in immer steigendem Maße zur Buttereinfuhr übergegangen. Solange nahezu ein Drittel des eigenen Butterbedarfs durch fremde Produktion gedeckt werden muß, kann man nicht mehr gut von einer Konkurrenz zwischen Butter und Margarine sprechen.

Allerdings erstrebt die deutsche Landwirtschaft die Verdrängung der Auslandsbutter und zweifellos wird an der Hebung der deutschen Milch- und Buttererzeugung tüchtig gearbeitet. Es läßt sich auch berechnen, daß die Verdrängung der Auslandsbutter erreichbar ist, wenn der Milchertrag je Kuh um ca. 370 Liter gehoben wird. Doch bis dahin ist es noch ein langer Weg. Erscheint die Zurückdrängung der Auslandsbutter aber schließlich noch als erreichbares, wenn auch fernes Ziel, so stellt sich der Ersatz des Margarineverbrauchs im Betrage von 450 000 Tonnen durch Butter als eine phantastische Forderung dar.

Unter Zugrundelegung der derzeitigen Milchergiebigkeit wäre die Neuaufstellung von 6 420 000 Milchkühen notwendig. Das bedeutet eine Vermehrung des gegenwärtigen Milchviehbestandes um nahezu zwei Drittel, was ein ungeheures Anleihekapital zur Unterbringung der Tiere erfordern würde, da die vorhandenen Stallungen nicht reichen. Das Gebäude-Kapital pro Kuh ist mit 700 Mark einzusetzen, es würde sich also um einen Betrag von über 4½ Milliarden handeln. Die Unmöglichkeit der Ausführung ergibt sich deutlich aus folgender Erwägung: Zur Aufzucht und guten Ausnutzung einer Kuh ist durchschnittlich 1¾ bis 2 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche notwendig. 12½ Millionen Hektar deutschen Bodens würden also zum Unterhalt dieser Kühe mit Beschlag belegt werden. Da die vorhandenen Wiesen und Weiden heute schon voll der Viehzucht dienen, Gärten, Wäldereien, Weinberge u. dgl. natürlich außer Betracht bleiben müssen, so müßten diese 12½ Millionen Hektar der Ackerbaufläche entnommen werden. Diese umfaßt in Deutschland rund 21 600 000 Hektar, so daß nahezu 56 % dieses Bodens der zusätzlichen Kuhhaltung dienstbar werden müßten. Mit anderen Worten, der gesamte Anbau von Weizen, Roggen und Hafer sowie der gesamte Anbau von Kartoffeln müßte restlos zum Erliegen kommen.

Diese Überlegung zeigt deutlich, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist, die Fettmassen, die heute der deutsche Konsum benötigt, zu erzeugen. Die Erkenntnis dieser Tatsache sollte zur Einsicht führen, daß der umstrittene Markt Raum für beide hat und daß es zweckmäßiger wäre, wenn Margarine und Landwirtschaft Hand in Hand gingen.

Praktisch haben sich auch schon recht weitgehende Beziehungen ausgebildet. Zunächst haben auch die Landwirte als Konsument einen Nutzen von der Margarine, indem ihnen ein um die Hälfte billigeres Verbrauchsfett zur Verfügung steht, als es die selbsterzeugte Butter bestenfalls sein kann. Daraus können sie insofern große Vorteile ziehen, als sie die Butter zum Verkauf stellen und den ersparten Preisunterschied zwischen Margarine und Butter als Gewinn einstreichen können. Diesen Vorteil haben namentlich die dänischen Landwirte schon längst erkannt. Obwohl Dänemark eins der wichtigsten buttererzeugenden Länder ist, werden dort 22 kg Margarine pro Kopf der Bevölkerung verzehrt, gegen nur 5,6 kg Butter. Der Gewinn aus der Butterausfuhr ist eine der wichtigsten Einnahmequellen der dänischen Volkswirtschaft. Weiterhin bieten sich dem deutschen Landwirt auch gute Absatzmöglichkeiten an die Margarine-Industrie. Bekanntlich bildet die Verwertung der Magermilch in vielen Gegenden eine schwere Kalamität für die ländlichen Molkereien. Es ist daher sehr beachtlich, wenn die Margarine-Industrie mit einem Verbrauch von etwa 150 Millionen Liter als Großkäufer auftritt. Vor allen Dingen ist aber wichtig, daß die Margarine-Industrie die Buttererzeugung — so paradox es klingt — selbst ungemein steigert, sie vielfach erst auf gewinnbringende Höhe bringt. Das hängt damit zusammen, daß der größte Teil der Ölkuchen, insbesondere die zur Erhöhung des Fettgehaltes in der Milch geeigneten Sorten, wie Soja-, Erdnuß- und Kokoskuchen in der einheimischen Industrie vorwiegend nur deshalb anfallen, weil die Öle von der Margarine-Industrie benötigt werden. Die Produktion der Futterkuchen, die in der Landwirtschaft unentbehrlich sind, hängt aufs engste mit der Entwicklung der Margarine-Industrie zusammen. Sie ist heute der wichtigste Abnehmer der Öle. Ohne Margarine wäre die Belieferung der Landwirtschaft mit Ölkuchen weder dem Preise noch der Menge nach in dem heutigen Umfange möglich.

Wer ohne Vorurteil die heutige Lage betrachtet, muß zu dem Ergebnis kommen, daß zwischen Margarine und Landwirtschaft nicht nur kein Gegensatz besteht, sondern weitgehende Verbundenheit vorhanden ist. Beiden ist Entwicklungsmöglichkeit auf dem einheimischen Markt gegeben. Beiden fällt die Aufgabe zu, die unsere Zahlungsbilanz so schwer belastende Buttereinfuhr zurückzudämmen, und auch wenn einmal dieses Ziel erfüllt sein wird, so werden trotzdem beide ihren besonderen Anteil an der Versorgung des einheimischen Marktes behalten. Die verfügbaren Mengen der Weltproduktion an Fetten bestimmt, daß keins der beiden Fette jemals wieder entbehrt werden kann. Welchem Fett vorwiegend der Vorzug gegeben werden wird, wird sich aus dem allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnis ergeben.

Digitized by Google

Das Jahrbuch der Tagespresse

3. Ausgabe 1930
erscheint im Januar

Preis 20.— Mark.
Bei Vorausbestellung bis zum 31. 12. 1929
Mark 15.-

Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik, Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/41

Unentbehrlich

für jede Redaktionsbibliothek

Die vorliegende Arbeit stellt nicht die privaten Einzelmeinungen fast durchweg veralteter Rechtsgelehrter dar, sondern die allein maßgebliche Rechtsprechung des Reichsgerichts. In richtunggebender Klarheit erschöpft sie knapp und straff die sämtlichen rechtlichen Möglichkeiten des journalistischen Tageskampfes und seiner Zweifel. Nur die unzureichende Kenntnis der eindringlich geschilderten Möglichkeiten konnte bisher die innere Sicherheit des Redakteurs und damit die individuelle Note und Wirkung seiner Arbeit gefährden.

RM 2.50 bei Voreinsendung des Betrages
oder RM 2.95 bei Nachnahmesendung

VERLAG FÜR PRESSE, WIRTSCHAFT UND POLITIK G. M. B. H., BERLIN SW 48, FRIEDRICHSTRASSE 240/41

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE E. V.

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 50 — Berlin, den 14. Dezember 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14 483. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 8—5.

Journalistische Zukunftsmusik*).

Von Leopold Katscher.

Seit vielen Jahren finde ich es reizvoll, „Presseutopien" zu sammeln, d. h. Anschauungen und Prophezeiungen über Zukunftsjournalistik, Vorschläge und Anregungen zur Verbesserung oder Umgestaltung des Pressewesens, verwirklichte oder undurchgeführte bezw. undurchführbare Zeitungspläne originellster Art usw. usw. Ich bin überzeugt, daß es für meine Berufsgenossen fesselnd sein wird, die Ergebnisse meines Sammeleifers kennen zu lernen. Die Leser werden manche der dargelegten Gedanken hervorragender „Utopisten" und Praktiker recht kühn finden, soweit die geistige Struktur der Zukunftspresse in Betracht kommt; in technischer Hinsicht werden sie finden, daß vieles Vorhergesagte bereits weit überholt ist — hierfür sorgen Radiophonie, Flugzeug, Fernphotographie usw. in reichem Maße. Ist doch, wie im Leben überhaupt, auch hier die Wirklichkeit phantasievoller als selbst die blühendste Einbildungskraft!

I. Owen, Neupauer, Northcliffe.

Beginnen will ich mit zwei „Utopisten", deren Auffassungen von den Aufgaben der Journalistik im Zukunftsstaate — der bei dem einen kommunistisch, beim andern monarchistisch-sozialistisch ist — mir ganz besonders seltsam erscheinen: Owen und Neupauer. Der nordamerikanische Oberst und Ingenieur Albert Kimsey Owen, dessen ungemein interessante Gründung „Topolobampokolonie" (in Mexiko) Schiffbruch litt, ehe sie ein wirklich gedeihliches Stadium der Entwicklung erreicht hatte, meinte, daß es unter dem Walten der „vollkommenen Vergenossenschaftung", auf welcher sein Plan eines Staates beruhte, in letzterem nur eine einzige Zeitung geben könne und dürfe — die für sämtliche Genossen bestimmte Staatszeitung. Ihr Redakteur werde gehalten sein, jede Mitteilung in der Reihe des Einlaufs abzudrucken, und zwar ganz unverändert. „Anonyme Einsendungen werden nicht berücksichtigt; sonst aber muß ohne Ausnahme alles zur Veröffentlichung gelangen." Lovell schrieb darüber in seinem Büchlein „A co-operative city" (womit Pacific City gemeint ist, die geplant gewesene Hauptstadt der erwähnten Owenschen Schöpfung):

> „Der Herausgeber bleibt auf die Rolle eines Zusammenstellers von Nachrichten und Artikeln beschränkt. Wenn er als Privatperson einen Beitrag aus seiner eigenen Feder einschaltet, so muß er ihn, wie jeder andere Einsender, unterzeichnen. Nur so läßt sich die absolute Denk- und Redefreiheit, mithin der größte Fortschritt sichern . . . Wer einen guten Plan zur Besserung privater oder öffentlicher Verhältnisse zu haben glaubt, schreibe an die Zeitung, falls er nicht vorzieht, die Sache in einer öffentlichen Versammlung vorzubringen . . . . Ein Gedanke sollte nur dann Beachtung finden, wenn er es an sich verdient, nie bloß darum, weil etwa eine Partei, Sekte oder Gruppe dahinter steckt."

Will Owen die Journalistik und den Zeitungsverlag ganz beseitigen und nur ein Organ als eine Art öffentlichen Presseesprechsaals bestehen lassen, so verfährt der österreichische Advokat Josef von Neupauer in seinem Sozialroman „Österreich im Jahre 2020" (Dresden 1893) schon glimpflicher; doch beschränkt auch er die Presse gleichsam auf amtliche Organe in mäßiger Zahl. Er stellt sich für ganz Österreich eine Reichszeitung vor, für jedes „Kronland" eine Provinzzeitung und für jeden „Kreis" ein Kreisblatt — das ist alles!

Jedes Journal — ohne Unterschied — enthalte zwei Abteilungen: eine für Staatsverwaltung, die andre für Volkstribunat; die erste Abteilung werde von dem dazu bestimmten Staatsbeamten, die zweite vom Tribun des betreffenden Verwaltungsbezirks redigiert.

> „Das Tribunat veröffentlicht nicht nur seine eigene Anschauung über schwebende Anträge, sondern es berichtet auch über Probeabstimmungen der Gemeinden, faßt die Berichte der untergeordneten Tribunen zusammen, erwägt Argumente für und wider und ist verpflichtet, auch die Einsendungen einzelner wenigstens so zu erwähnen, daß neue Argumente und Gesichtspunkte wenigstens nicht ganz verloren gehen. Insoweit es sich um statistische Daten und andere Beobachtungen handelt, unterläßt es kein Teil, etwaige irrige Ausführungen des Gegners richtigzustellen. Eine solche Richtigstellung ist oft noch in derselben Nummer zu finden. Bei sehr wichtigen Anträgen werden auch Reden, welche öffentlich gehalten wurden, ganz abgedruckt, wenn es das Tribunat oder die Staatsverwaltung zweckmäßig findet."

Von dieser nüchternen und kindischen Auffassung der Zukunftspresse will ich zu den hochfliegenden Vorstellungen übergehen, die sich der i. J. 1922 verstorbene englische Presse-Napoleon von einem dereinstigen journalistischen Weltreich machte. Was Sir Alfred Harmsworth, später Lord Northcliffe, über die Zukunft des Zeitungswesens schreibt, hat wenigstens Hand und Fuß, wenngleich es viel Widerspruch erregen mag. Neujahr 1901 veröffentlichte er in der großen Newyorker Monatsschrift „The North American Review" einen fesselnden Artikel

*) Nachdruck nur mit Genehmigung des Verfassers gestattet.

Digitized by Google

unter dem Titel „Die Presse des 20. Jahrhunderts", in welchem er von einem riesigen Zeitungsring schwärmt und es für möglich hält, die großen Zukunftsblätter mit Hilfe verbesserter Druckvorrichtungen in dem von ihm am meisten empfohlenen Format eines Lexikon-Oktavbandes herzustellen, der leicht tragbar wäre, nett aussehen würde und mit einem Indexregister versehen werden könnte. Unser Mann bespricht ausführlich die Möglichkeit der Anwendung des „Trust-Prinzips" auf die Journalistik und weissagt die Schaffung eines gewaltigen Zeitungsmonopols, mittels dessen in den ersten Presseländern — Großbritannien und die nordamerikanische Union — je ein bis zwei Syndikate in den Besitz sämtlicher Zeitungen des Landes gelangen werden. In beiden Staaten nehme die Neigung überhand, ungeheure Geld- und Machtmittel in wenigen Händen zu verdichten; warum sollte ein Ring von etwa fünfzig gleichzeitig erscheinenden, den fünfzig Erscheinungsorten angepaßten Tagesblättern die Zeitungswelt nicht wirksam beherrschen können? Lord Northcliffe hält es für um so leichter, als seiner Meinung nach der Einfluß der Presse auf das Leben und Denken der Völker im Abnehmen begriffen sei. Er glaubt, daß der Kern einer solchen Gruppe unschwer zustande kommen könnte. Es würde genügen, daß sich drei bis vier bedeutende Tageszeitungen Londons oder New Yorks zusammentäten, um dem gegenseitigen Wettbewerb ein Ende zu bereiten; sie wären dann Herren der Lage und des Marktes. Sie würden imstande sein, „die besten Geister, Zeitungen und Maschinen zu kaufen" und Eigendrahtleitungen zu bauen oder das ausschließliche Nutzungsrecht vorhandener Telegraphen- und Kabellinien zu erwerben. Bald müßten die Konkurrenzblätter eingehen oder — Mitglieder des Syndikates werden.

II. Stead.

Zahlreiche idealistische Züge weisen die Zukunftsphantasien eines anderen berühmten Journalisten, des i. J. 1912 mit der „Titanic" untergegangenen William T. Stead, des hochethisch gesinnten Herausgebers der bekannten Londoner Monatsschrift „Review of Reviews" auf. In seinem vor ca. 40 Jahren erschienenen Buche „Zweimal zwei macht vier" legte er ausführlich dar, was seiner Ansicht nach „eine Zeitung sein könnte" und „welche Rolle sie in der modernen Gesellschaft spielen sollte." Leider kann ich mir diese Schrift nicht mehr verschaffen, da sie gänzlich vergriffen ist; doch kann ich seine Presse-Ideale an Hand einer seiner späteren Veröffentlichungen darlegen, seines spannenden Meisterwerks „Mr. Carnegie's Conundrum" (1900). Hier einige Stellen aus dem dort mitgeteilten Prospekt eines Idealblattes, das er „Am Ende der Woche" betitelt wissen möchte.

> „Unser Blatt wird alles, was in nationaler oder konfessioneller Beziehung Mißtrauen säet, als allgemeinen Feind bekämpfen. Es will unablässig alles fördern, was zu einer brüderlichen Kameradschaft zwischen den Bürgern beiträgt. Sein Ideal, das den Lesern immer wieder ans Herz gelegt werden soll, besteht in einer derartigen Umgestaltung der Verhältnisse, daß nicht einmal das allerärmste Kind Widrigkeiten, Versuchungen und bösen Worten ausgesetzt sein dürfe, welche wir als für unsere eigenen Kinder unerträglich betrachten würden. Um seine Tendenzen möglichst populär zu machen, wird „Am Ende der Woche" in jeder Nummer eine einschlägige Presse-Rundschau enthalten — außer eigenen Beiträgen: kurzen Geschichten aus dem Leben, Verse über die laufenden Ereignisse, Charakteristiken hervorragender Bürger und andere Artikel, mit deren Hilfe der Leser das innermenschliche Element verstehen lernen kann, welches der trockenen Besprechung öffentlicher Angelegenheiten zugrunde liegt. Behufs Belebung des allgemeinen Interesses an öffentlichen Wohlfahrtsfragen wollen wir allwöchentlich Preise ausschreiben auf Beiträge, die die Hebung der Lebensbebedingungen betreffen . . . Weit entfernt, irgend einer der bestehenden Zeitschriften Konkurrenz zu machen, hofft die unsrige vielmehr, sämtliche zu ergänzen und mit jeder einzelnen an der Erreichung des großen Zieles zusammenzuwirken."

Dieses gemeinnützige Blatt müßte aber, wenn es seinem Zweck wirklich dienen sollte, nach Steads richtiger Ansicht eine ungeheure Verbreitung haben — sei es im Wege des Abonnements, sei es in dem der regelmäßigen Gratisverteilung auf Kosten reicher Menschenfreunde. In der vorhin erwähnten Schrift, die sich mit den verschiedenen Arten befaßt, auf welche der philanthropische Milliardär Andrew Carnegie (gestorben 1919) seine Absicht, sein Geld in nützlicher Weise zu verschenken, am besten ausführen könnte, widmet Stead übrigens ein ganzes Kapitel seinen zukunftsjournalistischen Idealen und legt es dem für Bildungszwecke bekanntlich sehr freigebig gewesenen Stahlkönig nahe, in diesem Punkte Opfer zu bringen, d. h. eine „Zeitungsstiftung" ins Leben zu rufen, bestehend aus drei Blättern: einer modernen, verjüngten, großen „Times" zu 2 Pence, einem populären, kleineren Tageblatt zu ½ Penny und einer „Der tägliche Besucher" zu betitelnden Gratiszeitung. Er will in erster Reihe der Neigung der Presse, den unedlen Leidenschaften oder Interessen des Publikums zu schmeicheln, entgegenarbeiten.

> „Eine Zeitung kann auch dann rentabel sein, wenn sie nicht voraussetzt, daß alle Welt darauf brennt, das Ergebnis des neuesten Rennens zu erfahren oder sich durch sensationelle Gerüchte zerstreuen zu lassen, die man bloß druckt, um sie am nächsten Tag Lügen zu strafen."

Mittels eines zielbewußt ernsten Blattes à la „Times" das aber flotter und interessanter geschrieben sein müßte als das ehrwürdige Vorbild, könnte man die herrschenden Klassen, „die oberen Zwanzig- oder Dreißigtausend", in ethischem Sinne beeinflussen. Die billige Zeitung dagegen ist für das große Publikum bestimmt, das durch sie für alles Gute und Schöne systematisch gewonnen werden würde. Das dritte Blatt, das die allergrößte Verbreitung haben würde, weil es nach Steads Vorschlag täglich jeder Familie unentgeltlich ins Haus zu schicken wäre, müsse ausschließlich auf die Inserate als Einnahmequelle angewiesen sein. Die Anzeigen sollten nach Bezirksauflagen lokalisiert werden.

> „Auch wäre es möglich, mit der Gratisverteilung ein System zu verbinden, auf Grund dessen eine Anzahl hervorragender Warenhäuser mit dem Blatt in gegenseitig nutzbringende Beziehungen treten könnten... Selbst wenn die unentgeltliche Zeitung nichts täte, als fortwährend die beiden anderen Blätter der „Stiftung" anzuzeigen, würde sie lohnen. Überdies ließen die Verteiler sich journalistisch als Reporterdilettanten verwerten."

Die drei Stiftungsblätter, die durch einen reichen Garantiefonds völlig unabhängig gemacht wären, denkt Stead sich übrigens nur als „Zentralkern" eines sich über das ganze Land erstreckenden „Zeitungsnetzes", denn sie würden in der Lage sein, einen eigenen Nachrichtendienst einzurichten, der vielen anderen Blättern — den „affiliierten" — zugute kommen könnte; es könnten auch zahlreiche ausländische in allen Weltgegenden sein, überhaupt alle, welche bereit wären, sich, gleich den Stiftungsblättern, in den Dienst des Fortschrittes und der Brüderlichkeit zu stellen. „Den Anfang würde ein Austausch von Spezialtelegrammen und Spezialnachrichten mit einigen die Verbreitung gesunder Grundsätze anstrebenden Provinzzeitungen machen, und das Ende wäre, daß an der Stelle der rein geschäftlich vorgehenden Preßagenturen ein uneigennütziges Weltmonopol für Nachrichten träte." Hinsichtlich eines andern Punktes von Tragweite bemerkt unser Mann:

> „Keine einzige Zeitung scheint je klar erkannt zu haben die Ausdehnung, bis zu der sie — die Zeitung — die Grundlage des Zusammenwirkens ihrer Leser werden kann. . . . Wenn auch nur der zehnte Teil der Abonnenten eines Tageblattes eine Art geistiger Genossenschaft bildete, ließe sich weit mehr erreichen, als man glauben sollte." Über den ethischen Wert des Zeitungskleeblattes sagt Stead, daß es „den Besten Gelegenheit bieten würde, sich an die Schlechtesten zu

Digitized by Google

wenden" und daß es „die angesehensten Kreise beeinflussen könnte." Freilich müsse mit Geld nicht gespart zu werden brauchen. „Es kann keine falschere Politik geben, als bei Zeitungen zu knickern. Die vortrefflichsten journalistischen Unternehmungen werden leicht zugrunde gerichtet durch übel angebrachte Sparsamkeit."

Ein Blatt, welches den Steadschen Idealen seit Jahrzehnten vielfach nahekommt, ist die Tageszeitung „La Prensa" in Buenos Aires, der Hauptstadt von Argentinien. Kein einziger der reichen Londoner, Pariser, Berliner oder New Yorker Pressefürsten hat bislang getan, was E. P. Paz, der Besitzer der „Prensa", tut: den Gedanken verwirklichen, „die Zeitungsbüros zu sozialen, geistigen und politischen Mittelpunkten des Gemeinwesens zu machen. Der Idealismus der „Prensa" ist nicht einmal uneinträglich, denn dieses Organ bringt seinem Eigentümer bei einer großen Auflage sehr viel ein. 1869 gegründet, bezog es 1896 einen imposanten Marmor-Prachtbau, der 12¼ Millionen Franken kostete und von einer ungeheuren vergoldeten Bronzestatue der Presse überragt wird. Diese allegorische Gestalt hält in der Rechten eine Laterne, deren farbige Strahlen der ganzen Stadt die wichtigsten Neuigkeiten verkünden — natürlich nur nachts. (Heute wird's wohl Radio sein.) Während des Burenkrieges z. B. bedeutete ein gelbes Licht einen Sieg der Engländer, ein grünes einen Burensieg. Der 2500 Personen fassende glasgedeckte Hof wird in Zeiten öffentlicher Erregung für Volksversammlungen, welche die Redakteure vom zweiten Stock aus ansprechen, zur Verfügung gestellt. Daß dieser Zeitungspalast auch sonst ein Volkspalast ist, geht daraus hervor, daß in einem luxuriös ausgestatteten Saal jede beliebige arme Person unentgeltlich juristischen oder ärztlichen Rat erhält. Hier behandeln sechs Ärzte täglich durchschnittlich 110 Patienten. Ferner befindet sich im Hause der „Prensa" (= „Presse") ein großer Raum für die Ausstellung aller Erzeugnisse der Landwirtschaft und der Industrie Argentiniens. Damit steht ein chemisches Laboratorium in Verbindung, in welchem jeder Staatsbürger Gratisanalysen vornehmen lassen kann. Zwei Treppen hoch befinden sich außer der Redaktion und den zu ihr gehörigen Empfangs-, Rauch- und Billardzimmern ein öffentlicher Saal, den das Publikum nach Belieben betreten und benutzen darf, ein Zimmer mit Kursen der spanischen Sprache, endlich eine Freibücherei, die von 1—6 Uhr und von 8—10 Uhr geöffnet ist und juristische, medizinische sowie technische Fachwerke enthält. Im dritten Stock befindet sich eine schöne Wohnung, die Herr Paz hervorragenden auswärtigen Besuchern von Buenos Aires zur Verfügung stellt, daneben ein großer Saal, in welchem das Blatt dem Publikum Unterhaltungen und Vorträge literarischer oder wissenschaftlicher Art bietet. Vier Treppen hoch liegt neben der Setzerei und den Berichterstatter-Zimmern ein Speisesaal und Fechtsaal; in letzterem erhalten die Reporter dreimal wöchentlich Fechtunterricht, in ersteren werden den 35 Mitgliedern der Redaktion die Mahlzeiten zum Kostenpreis verabreicht. Um 1 Uhr nachts bekommen alle diensttuenden Personen — vom Liftboy bis hinauf zum Chefredakteur — unentgeltlich Kaffee oder Tee.

Stead selbst versuchte später, an der Jahrhundertwende (von Neujahr 1901 an), seine Ideale in Gestalt einer eigenen Londoner Tageszeitung, „The Daily Paper", zu verwirklichen, die nach Inhalt, Vertrieb und Gesamtorganisation ebenso originell wie neuartig war und das lebhafte Interesse aller Pressefachleute, sowohl wie aller Volksfreunde erregte — der letzteren deshalb, weil es auf sozial-ethischer Grundlage beruhte. Bei der originellen Gründung standen starke Sensation und sozialpolitisches Bedürfnis gleichmäßig Pate. Und da Stead damals als der tüchtigste und genialste Journalist Englands galt, durfte an einem glänzenden Gelingen des eigenartigen Unternehmens nicht gezweifelt werden — um so weniger, als das Programm des „Daily Paper" ein ebenso vielseitiges wie reichhaltiges war und auch die mit dem Blatte verknüpften sonstigen Einrichtungen geeignet schienen, der Neugründung zahlreiche Freunde zu verschaffen. Es sollte, wie man sehen wird, anders kommen.

Die neue Zeitung wollte nicht nur politisch, sondern, wie gesagt, auch sozial-ethisch sein und in allen Gebieten für Reformen bzw. gegen die Korruption arbeiten, doch schloß sie sich keiner Partei an. Auch war sie weder für den Mann allein berechnet, wie die meisten anderen Tagesblätter, noch ausschließlich für die Frau, sondern für die ganze Familie. Sie wendete sich weder an den Geschäftsmann, noch an den Wähler, sondern an das Heim. Sie wollte weder einer Klasse, noch dem Staate oder der Stadt unmittelbar dienen, sondern dem Familienleben. Daher wurde auch auf die Kinder Rücksicht genommen, denen täglich eine von den zwölf Blattseiten gewidmet war. Demgemäß fiel aus dem Inhalt alles fort, was im Schoße der Familie nicht gelesen werden sollte: Berichte über die Börse, die Wettrennen und ähnliche Zerstreuungen, Inserate über geistige Getränke, geheime Krankheiten, Gummiartikel und alles dergleichen. Ausgeschlossen war ferner der der Atmosphäre des Heims so abträgliche Geist der Unfreundlichkeit und Streitsucht. Dafür sollte der Geist der Geduld und des Wohlwollens gepflegt werden.

In dem sehr eingehenden Programm des „Daily Paper" fanden sich die folgenden Stellen:

„Unsre Zeitung soll sich nicht durch die Selbstgefälligkeit der Unwissenheit auszeichnen, sondern durch frohsinniges, optimistisches Vertrauen in das Fortschreiten der Menschheit und die allmähliche aber sichere Entwicklung der Kultur zu höheren, edleren Zielen... Wir hoffen, stets die Wahrheit zu sagen, ohne den Geist der Milde und Sympathie zu verletzen. Wir wollen allem Schlechten eine gute Seite abzugewinnen trachten und die Menschen so sehen, wie sie sich selber in den besten Augenblicken sehen — nicht so, wie sie ihren Feinden in den schlechtesten erscheinen. Wir werden fortwährend gezwungen sein, gegen Übelstände und Mißbräuche zu kämpfen, aber wir bedürfen dazu keiner heftigen, denunziatorischen Frontattacken, sondern bloß der, übrigens auch wirksameren Flankenangriffe, welche dartun sollen, daß es um die Welt weit besser stünde, wenn jene Mißstände aufhörten . . . Ich will weiter gehen und zu erproben versuchen, ob es bei der Führung einer Tageszeitung nicht möglich sei, andere so zu behandeln, wie man von anderen behandelt werden möchte. Soviel an mir liegt, gedenke ich, mich mit aller Welt zu vertragen, Zorn mit Sanftmut zu vergelten, dem mich Schlagenden die andere Wange hinzuhalten und meinen Feinden Gutes zu tun. Sollte es nach 1900 Jahren etwas so Außerordentliches sein, die Gebote der Bergpredigt zu erfüllen?"

Bei der ausgeprägten, kraftvollen Subjektivität, mit der Stead die „Pall Mall Gazette" und die „Review of Reviews" geleitet und mit großem Erfolg geleitet hatte, ist es selbstverständlich, daß er den Wunsch hegte, als Chefredakteur und Eigentümer des „Daily Paper" mit seinen Abonnenten in möglichst enge Verbindung zu gelangen. Auf die Erreichung dieses Zieles legte er größtes Gewicht. Vor allem übernahm er vom „Berliner Lokalanzeiger" die Idee eines eigenen Speditionsapparates, aber er erweiterte die Vorteile des Scherlschen Systems, indem er dieses in originellster Weise ausgestaltete. Er wollte es jedem Abonnenten ermöglichen, mit dem Blatte völlig kostenfrei in Verbindung zu treten. Die Austrägerin brachte jedem Abonnenten bei Beginn bzw. Erneuerung des Abonnements sechs rote Briefumschläge und ebensoviele Anzeigenblankette. Wollte jemand dem Blatte einen Brief über einen Tagesstoff schreiben oder eine Anregung geben oder eine Beschwerde mitteilen oder Rätsellösungen u. dgl. einschicken oder sonst etwas wissen lassen oder ein Inserat aufgeben, so verschloß er alles in eins der roten Kuverts und steckte dieses in eines der Fenster seiner Wohnung. Die Überbringerin des Blattes läutete und nahm den Brief in Empfang. Auch der für Anzeigen entfallende Geldbetrag konnte ins Kuvert gelegt werden. Ebenso Be-

Digitized by Google

stellungen von Waren bei den Inserenten des Blattes — Bestellungen, die dann noch an demselben Tage von den betr. Firmen gegen Barzahlung ausgeführt wurden. Endlich durfte man in den roten Umschlägen auch zum Abtelephonieren durch die Bezirksfiliale der Zeitung bestimmte Botschaften mitschicken. Die in einem Bezirk tätigen Botinnen lieferten alle unterwegs eingesammelten Umschläge bei der Filiale, zu der sie gehörten, ab, sobald sie das Austragen der Tagesnummern beendet hatten. Der Inhalt der Kuverts wurde sortiert und an die Bestimmungsorte weitergeleitet; die zum Telephonieren bestimmten Botschaften gelangten auf dem Fernsprecher der Filiale zur Erledigung. Bequemer kann man es einem Zeitungsabonnenten wirklich nicht mehr machen!

Und dabei kostete das Jahresabonnement für die zwölf Riesenseiten starke Zeitung nur 10½ Schilling! Dafür war der Bezieher aber noch unentgeltlich mit 100 Pfund Sterling gegen den Tod durch Unfall versichert und überdies erhielt er beim Eintritt ins Abonnement eine Mappe mit sechs prachtvollen Kunstblättern, deren Kaufpreis sich sonst zwischen 1 und 2 Schilling pro Stück, also zwischen 6 und 12 Schilling bewegte, ohne jede Zahlung, ganz gratis! Das alles bei 300 Nummern jährlich, für weniger als einen halben Penny täglich.

Die Bezieher zu 10½ Schilling jährlich — oder 1 Sch. monatlich — hießen „Abonnenten zweiter Klasse“. Es gab nämlich noch „volle Abonnenten“, die das Doppelte zahlten, während das Blatt im Einzelverschleiß (auf den Bahnhöfen, in den Straßen usw.) wie die meisten andern, 1 Penny kostete, ohne daß die Einzelkäufer irgendeinen der den Abonnenten dargebotenen Vorteile genossen. Die „Vollen“ erfreuten sich erheblich größerer Begünstigungen als die „Zweiten“, denn sie erhielten auch noch zwei hervorragende Monatsschriften am 1. bzw. 15. jedes Monats kostenfrei geliefert, ferner statt sechs zwölf prächtige Bilder-Reproduktionen und die Berechtigung, ihre Bezirksfiliale — „örtlicher Mittelpunkt“ genannt — als eine Art Klub zu benutzen. Da die Prämien allein, wenn getrennt gekauft, mehr gekostet haben würden, als der ganze Abonnementspreis ausmachte, so bekam der „volle“ Subskribent das „Daily Paper“ eigentlich umsonst, er ersparte sogar noch drei Schilling, war gegen Unfall versichert und hatte die Dienste der Botinnen und das lokale Zentrum zur Verfügung. Mehr konnte er wirklich nicht verlangen!

Es bestand die Absicht, in dem damals sechs Millionen Einwohner zählenden Groß-London sechzig Bezirksfilialen des Blattes zu errichten, eine für je 10 000 Seelen. Vorläufig wurden nur 16 eröffnet mit je einem Geschäftsführer und 30 bis 40 Botinnen, deren jede rund 100 Abonnenten zu bedienen hatte. Jeder dieser „sozialen Brennpunkte“ hatte eine günstige Lage. Dort lagen Zeitschriften aus, man konnte sich seine Briefe dahin adressieren lassen (ein großer Vorteil, da es in ganz London nur ein einziges Postlagernd-Amt gab), man durfte den Fernsprecher unentgeltlich benutzen; bald sollte auch ein automatisches Restaurant und eine kleine Bibliothek hinzukommen. Es fehlte auch nicht an einer kostenfreien Gesindevermittlung. Eine Treppe hoch befand sich ein Saal, der zum Zusammenkommen, Ausruhen, Lesen und als Depeschensaal diente. Jedem Inserenten der Steadschen Zeitung stand es frei, Muster der angezeigten Waren, Bücher, Zeitschriften usw. in diesem Saal zur Schau zu stellen — ein für die Firmen wie für das Publikum gleich vorteilhaftes Arrangement, namentlich bezgl. der literarischen Neuerscheinungen. Wurde ein Buch beschmutzt, so ersetzte „The Daily Paper“ dem Verleger die Herstellungskosten!

Im Laufe der Zeit wollte Stead die Verwendungsmöglichkeit der Bezirksfilialen im Interesse der Abonnenten nach vielen andern Richtungen ausgestalten, sie zu wirklichen sozialen Vereinigungspunkten machen und schließlich vielleicht zu einem Verband zusammenfassen, der, wie Stead sich ausdrückte, „eine große Genossenschaft bilden würde zur Erreichung gemeinsamer Ziele“. So hätte das Blatt der Gesamtheit „moralische, soziale, politische und geistige Dienste“ auch außerhalb seiner Druckspalten leisten können. Ein schönes Ideal!

„The Daily Paper“ war reich illustriert, auch die Kinderseite. Auf der ersten Seite erschien täglich eine, eine Tagesfrage behandelnde Karrikatur. Seltsamerweise verschmähte unser Idealist auch die Rätselpreise nicht, wollte er doch für den Familienkreis sorgen! Viel Raum sollte das Blatt der Körperpflege und dem Studium der geheimen Geistes- und Naturkräfte widmen. Eine tägliche Spalte war einem annotierten Verzeichnis aller in den Londoner Morgenblättern enthaltenen bessern Artikel gewidmet — etwas ebenso Neuartiges wie Nützliches. Die Theater- und Konzert-Kritik, die Parlaments- und Versammlungs-Berichterstattung dieser Zeitung wichen sehr erheblich von der üblichen Schablone ab, denn sie waren auf das Bedürfnis der Familie zugeschnitten. Die Reform erstreckte sich auch auf den Anzeigenteil; der Herausgeber strebte danach, denselben „ebenso anziehend zu gestalten wie den redaktionellen Teil“, während er damals bei der englischen Tagespresse ein sehr wunder Punkt war. Übrigens hatte er vom „Berliner Lokalanzeiger“ den Gedanken gesonderter Bezirksanzeigen übernommen. Für den Anfang veranstaltete er je eine Ausgabe für Süd, Nord, Ost und West. Doch hoffte er, allmählich für jeden der 29 Verwaltungsbezirke Londons eine Sonderauflage mit einer lokalen Anzeigen- und Nachrichtenseite erzielen zu können. Dadurch hätten sich die Anzeigen immer mehr verbilligt und spezialisiert. Und was die allgemeinen Inserate betrifft, so bot das Vorhandensein eines vollständigen, genauen Abonnentenverzeichnisses den betreffenden Firmen die Möglichkeit, durch Prüfung desselben sich zu überzeugen, mit welchem Publikum sie es da zu tun hatten.

„Noch nicht dagewesen“ war die Erscheinungszeit: zehn Uhr vormittags. (Die Zustellung an sämtliche Abnehmer erfolgte von 10 bis 12.) Für die Männer war das die Hauptgeschäftszeit, aber das „Daily Paper“ war ja fürs Haus bestimmt. Es sollte nicht des Morgens im Omnibus oder in der Stadtbahn rasch verschlungen werden; die Geschäftsberichte spielten darin keine Rolle; es diente in erster Reihe den daheim gebliebenen Familienmitgliedern und konnte am Abend immer noch von dem heimkehrenden Oberhaupt gelesen werden.

Interessant und lehrreich war die sensationelle und originelle Reklame, mit der das neue Unternehmen ins Leben gerufen wurde. Zunächst gelangten anderthalb Millionen Verkleinerungen zweier der Prämien-Kunstblätter zur Verteilung. Den Mädchenvolksschulen schenkte man 500 eingerahmte Exemplare eines der Bilder. In den Schaufenstern Hunderter von Läden wurden eingerahmte Kunstblätter ausgestellt und schließlich trugen tausend sog. Sandwichmen eine ganze Woche hindurch 3000 Kunstblätter durch die Straßen Londons. War so genügend fürs Bekanntwerden der Vorzüge der Bilder gesorgt, ging der erfinderische Eigentümer der Zeitung daran, mehrere Tage hintereinander Reklameballonfahrten zu veranstalten, an denen auch zwei Männer der Wissenschaft zu Studienzwecken teilnahmen, während ein Sohn Steads 25 Kilo Verkleinerungen einer der Prämien langsam und allmählich hinunterstreute, vermischt mit hundert Briefumschlägen, welche mit langen, blauen, weißen und roten Bändern versehen waren und je einen kleinen Check über 5 Schill. enthielten, vor Erscheinen der ersten Nummer der Zeitung im Expeditionslokal zahlbar. Auch einige auf 5 Pfd. Sterling lautende Glücks-Schecks befanden sich darunter. Von Zeit zu Zeit wurden auf dem Ballon zur Erregung größerer Aufmerksamkeit Schießbaumwolle-Salven abgeschossen. Selbstverständlich gab's genug Balgereien um den Scheckregen, doch kamen bloß hundert von den dreihundert Schecks zur Präsentierung; die andern fielen wahrscheinlich auf Hausdächer oder in die Themse. Am 2. Januar veranstaltete „The Daily Paper“

Digitized by Google

ein großartiges Reklamefeuerwerk vor ungeheurem Gratispublikum. Vorangegangen war am Silvesterabend eine Riesenversammlung in einem der größten Säle der Stadt. Die Hauptteilnehmer waren die Austrägerinnen, Mitarbeiter und sonstigen Angestellten der Zeitung, die Verwandten und Freunde der Redakteure, 500 von den 1000 Prämien-Sandwichmen, die Mütter der Botinnen und die Insassen der Waisenhäuser des betr. Bezirks. Es gab viel Musik, und die Mädchen erhielten Tee, die Kinder Süßigkeiten, die Plakatträger Tabak. Es herrschte große Begeisterung. Während der Woche vor Erscheinen der ersten Nummer wurden in ganz London 650 000 Prospekte und illustrierte Reklameflugblätter verteilt. Der Neuheitserfolg des neuen Blattes war groß und man durfte darauf gespannt sein, ob das Glück dem mit einem so starken Apparat inszenierten Unternehmen treu bleiben werde.

Dies war nicht der Fall! Schon nach zwei Monaten ging „The Daily Paper" ein. Der wahre Grund wurde nicht bekanntgegeben. Die letzte Nummer enthielt die Mitteilung, das Blatt könne nicht weiter erscheinen, weil Steads Gesundheit infolge der mit dem Organisieren und Redigieren der Zeitung verbundenen ungeheuren Strapazen so völlig zusammengebrochen sei, daß er sich ein halbes Jahr lang arbeitslos in Südafrika erholen müsse. Das mochte stimmen; aber ich bin überzeugt, daß der Hauptgrund des Scheiterns in einer Unzulänglichkeit des vorhanden gewesenen Betriebskapitals zu suchen war und daß das lange Fernbleiben von der Heimat weit mehr durch Kränkung und Scham über den Mißerfolg verursacht war als durch Arbeitsunfähigkeit. Trotz der letzteren würde der zähe Stead es verstanden haben, das Unternehmen aufrechtzuhalten (besaß er doch drei journalistisch tüchtige Söhne!), wenn er sich nicht finanziell schwer verrechnet hätte! . . .

Ein anderes merkwürdiges, fast unbekannt gebliebenes Zeitungsprojekt Steads, das sein ideenreicher Kopf vor etwa vierzig Jahren ersann, betraf Rußland. Da die russische Regierung damals von der Schaffung eines Parlaments durchaus noch nichts wissen wollte, schlug der englische Journalist dem Kaiser Alexander III. vor, sich eine Zeitung als „Auge und Ohr" zu schaffen. Der Zar sollte einen seiner vertrauenswürdigsten und intelligentesten Minister beauftragen, ein tägliches Blatt herauszugeben, um einerseits „die Ideen des Monarchen im Reiche zu verbreiten" und anderseits um „seinen Untertanen Gelegenheit zu bieten, ihre Beschwerden zu veröffentlichen". Bestimmte Personengruppen — z. B. Vertreter der Städte, der Adelsversammlungen, der Universitäten, der Bauernvereine usw. — sollten das Recht erhalten, in der kaiserlichen Zeitung die Wünsche und Bitten zu veröffentlichen, die sie dem Zaren unterbreiten wollten. Und der Herausgeber hätte nicht das Recht, diese Petitionen ungedruckt zu lassen; eine Ausnahme wäre nur mit denjenigen zu machen, von denen der Kaiser erklären würde, daß er sie schriftlich empfangen und auch gelesen habe. Es ist selbstverständlich, daß die russischen Machthaber diese geistvollen, aber so ganz unrussischen Vorschläge zwar grundsätzlich billigten, aber nicht ausführten. (Schluß folgt.)

Ist eine Sterbehilfe im Reichsverbande möglich?

Von Dr. Johannes Leo-Königsberg, Pr.

Die überaus dankenswerten Darlegungen des Kollegen Tönjes in Nr. 47 der „D. Pr." haben uns tiefer in das einigermaßen verwickelte Problem der Sterbehilfe hineingeführt. Seine Sorgen als Verbandsleiter werden gewiß von vielen an gleich verantwortlicher Stelle unserer Organisation stehenden Kollegen geteilt. Aber ehe ich versuche, einen Teil dieser Bedenken zu zerstreuen, nötigt mich sein freundlicher, uns Ostpreußen etwas beschämender Eifer, Lob und Glückwunsch zu spenden, zu einigen Worten der Klärung.

Tatsächlich ist es nicht so, daß wir uns in dieser Sache gegenüber andern Verbänden unbedingt im Vorteil befänden. Unsern Ohren klingt es wie Märchenklang, daß jemand gerade uns Ostpreußen um „glückliche Verhältnisse" beneidet. Auch Herr Kollege Tönjes weiß ja sicherlich, wie katastrophal schon seit einem Jahrzehnt die Wirtschaftsverhältnisse bei uns liegen, man macht sich freilich im Reich kaum einen vollen Begriff davon. In unserm Beruf äußern sie sich u. a. in der Schwierigkeit, fast Unmöglichkeit, stellenlos gewordene Kollegen hier irgendwie unterzubringen. Aber die wohlgefüllte ostpreußische Hilfskasse? Vor ganzen sechs Jahren ist der erste Goldpfennig in sie hineingeflossen! Und die gewinnbringenden Pressefeste? Es ist wahr, wir hatten eins voraus, nämlich eine gewisse Tradition von der Münchener Pensionsanstalt her, daß alle Jahre etwas „geschah". Und was nicht weniger wichtig war, wir hatten einen Mann, der, wenn Kollege Tönjes so will, als „Fanatiker" im guten Sinne sich unserer Pressefeste annahm, unsern Kollegen Auspitzer, der noch niemals bisher ein Pressefest „mit Defizit" aufgezogen hat (obwohl viele andere Königsberger Feste so enden), weil er noch stets eine etwaige Enttäuschung in den erwarteten Einnahmen durch rechtzeitigen und entschlossenen Abstrich bei den Ausgaben auszugleichen wußte. Ich nenne diesen einen Namen für alle andern, die bei dieser Kollektivarbeit auch noch genannt werden müßten, damit sich nicht durch Mißverständnis um mein unschuldiges Haupt ein unverdienter Glorienschein bildet. Wenn also Kollege Tönjes uns dies eine als Verkettung von Verdienst und Glück anrechnen will, daß wir — wahrlich unter der wütenden Peitsche der Not — früh angefangen haben, als die eben festgewordene Mark noch rollte, die Wertpapiere noch billig zu haben waren und die Zinssätze phantastisch hoch waren, so will ich dies eine gern konzedieren. Aber auch unsere Rechnung hatte zunächst ein ungeheures Loch; wir haben es heute mit ausdauerndem Fleiß einigermaßen ausgefüllt.

Jetzt die Kehrseite der Medaille, die sich von vorn sehr hübsch ansieht: Trotz alledem haben wir heute kein „Plus". Denn wir müssen unsere Kasse bis auf das äußerste ausquetschen. Wenn ich hier verrate, daß wir (bei größter Zurückhaltung und strengster Prüfung) in diesem ganz besonders schlimmen Jahre an Darlehen und Beihilfen zusammen beinahe 10 000 Mark haben aufwenden müssen (in einem Jahre, in dem wir übrigens keinen Sterbefall hatten), so ist das gewiß alles andere eher als ein Zeichen für „günstige Verhältnisse". Und wenn nun Kollege Tönjes auf unsere Wohlhabenheit mit 300 Mark Sozialvermögen auf den Kopf des Mitglieds hinweist, so möge er auch die geradezu ungeheuerliche Belastung dieses einen Jahres mit rd. 100 Mark sozialer Leistung auf den gleichen Kopf nicht vergessen. Wie schön wären Häuser, wenn keine Hypotheken darauf ständen! Trotzdem haben wir uns getraut, zu allen diesen Lasten auch noch die Sterbehilfe zu übernehmen, weil auch diese nach unserer Überzeugung nicht nur notwendig, sondern nach sorgfältigen Berechnungen auch durchaus tragbar erschien. Übrigens sind wir ja auch nicht die einzigen; Sachsen, Schlesien haben Sterbehilfe, auch München, ich weiß nicht, ob nicht noch andere Verbände.

Nun darf ich vielleicht noch einiges zu der Kritik meiner Vorschläge anschließen:

1. Mit vollem Recht weist Kollege Tönjes darauf hin, daß die einzelnen Todesfälle nicht gerade nach dem

Digitized by Google

statistischen Exerzierreglement aufmarschieren und daß sich daraus eine höchst ungleichmäßige Belastung der einzelnen Verbände innerhalb des Reichsverbandes und ebenso der einzelnen Jahre ergeben kann. Dieser Tatsache bin ich mir wohl bewußt gewesen; gerade auch deshalb brauchen wir den ganzen Reichsverband. In einem großen Personenkreis, etwa von 10000 Versicherten an, pflegen sich diese Schwankungen ungefähr auf einen Jahresdurchschnitt auszugleichen. Soviel sind wir nicht; aber im Reichsverbande doch immerhin über 3700 Mitglieder, für deren Sterblichkeit jeweils also innerhalb drei Jahren schon ein gewisser Ausgleich auf den von mir genannten Durchschnitt von 1,6 je Hundert zu erwarten steht. Für diesen Ausgleich brauchen wir nicht durch besonders aufzubauende Fonds vorzusorgen, weil wir einen durchaus geeigneten Fonds für diese Aufgabe (deren Wahrnehmung keinen Substanzverlust in sich schließt) in der Zentralhilfskasse schon besitzen. Die Zahl von 1,6 Todesfällen im Jahr auf je hundert Mitglieder entspricht, wie ich bemerken darf, den Berechnungen der Versorgungsanstalt, deren Versichertenkreis mit dem unserer Mitglieder ja so gut wie identisch ist. Aus dieser verläßlichen Grundzahl läßt sich jede auf eine größere Zeitdauer zu erwartende Aufwendung für die Sterbehilfe mit großer Wahrscheinlichkeit vorausberechnen, bis zu einem gewissen Grade auch die erwähnten Schwankungen. Ein Sprung ins Dunkle soll und darf hier nicht gemacht werden.

2. Wenn nun Kollege Tönjes sagt, seine Mitglieder erklärten ihm, daß sie eine Sterbehilfe gar nicht wollten und darum auch kein Geld dafür bewilligen würden, so scheint es mir, als hätten die verehrten Kollegen in Niedersachsen sich nicht ganz die gleiche Frage vorgelegt, wie wir seinerzeit in Ostpreußen es getan haben. Wir haben uns nämlich nicht in erster Linie gefragt, was hast Du eigentlich davon — man muß zugeben, das liegt in weitem Felde und man kann nicht absehen, ob es lohnt. Sondern unsere Fragestellung war diese: „Wie kann den Hinterbliebenen des eben verstorbenen Kollegen X. rasch geholfen werden?“ Bei allem Respekt vor der Entschlußfreiheit der jüngeren Kollegen würde ich sie doch bitten, die Dinge einmal von dieser Seite her zu betrachten. Ich möchte sie in das Trauerhaus führen, das ich mehr als einmal sah, in dem die Familie des verstorbenen Berufsgenossen, noch betäubt vom Verlust des Gatten und Vaters, bei der Frage nach den Kosten der Bestattung sich zum ersten Male ihrer ganz veränderten wirtschaftlichen Lage erschreckend bewußt wird. Ich würde jeden einzelnen Kollegen fragen: „Fühlst Du hier als Mensch, als Berufsgenosse des Toten, die kameradschaftliche Pflicht, nach Kräften zu helfen — oder fühlst Du sie nicht?“ Ich bin überzeugt, wer die Dinge einmal so gesehen hat, kommt zu anderem Schlusse. Und da der Einzelne hier nicht helfen kann, müssen wir alle gemeinsam und gegenseitig helfen.

3. Und eben, weil es zunächst gar nicht so sehr um die in nebelhafter Ferne liegende selbsterworbene Leistung geht, sondern um die inzwischen hundertmal tausend an andern zu erfüllende Pflicht, eben darum vermag ich der Forderung pupillarischer Sicherstellung der Leistung keine so grundlegende Bedeutung beizumessen. Absolute Sicherheit gibt es ohnehin nicht; schlecht geleitete Kassen sind mit und ohne Staatsaufsicht zusammengebrochen; auch hat die Inflation mit ihrer vorzugsweisen Vernichtung aller „mündelsicheren“ Vermögen uns skeptisch gemacht. Mir persönlich ist der in der Tradition wurzelnde Gemeinwille, der nötigenfalls auch neue Wege zu seiner Erfüllung findet, die weitaus stärkste Bürgschaft, die sich überhaupt denken läßt.

4. Wenn endlich Herr Koll. Tönjes vor leichtherzigen Beitragserhöhungen warnt, wenn er für die Selbstbestimmung der einzelnen Verbände eintritt, so wird er mich unbedingt an seiner Seite finden. Gerade deshalb suche ich einen Weg, wie man bei Einführung der Sterbehilfe Beitragserhöhungen im Reichsverbande ganz vermeidet, sie in den Einzelverbänden auf ein Minimum einschränken kann. Ein schrittweises Vorgehen könnte den Übergang sehr erleichtern. Auch in dieser Sache gilt es — nach sorgfältigster Prüfung, versteht sich —, vor allem andern den Willen zur Selbsthilfe zu wecken, der unsere sozialen Einrichtungen schafft und vorwärts treibt, den keine „Vorschrift“ ersetzen kann. Ist dieser Wille gemeinsam und einheitlich vorhanden, so läßt sich eine individuelle Handhabung in den einzelnen Verbänden sehr gut tragen. Noch ein Wort über die „auf Vorrat erhobenen“ Beiträge. Wir wirtschaften in Ostpreußen mit einem Verbandsbeitrag von 2 Mark über den Reichsverbandsbeitrag hinaus. Ob anderswo billiger gewirtschaftet wird, weiß ich nicht. Aber jedenfalls sind die Sterbegeld-Beiträge in dem genannten Beitrag beschlußmäßig mit enthalten. Jede Art von Versicherungsprämie wird ja doch auf Vorrat erhoben, auch jeder Beitrag zur Unterstützungskasse. Und bei versicherungstechnischer Aufziehung einer Sterbekasse ist die Vorratswirtschaft erst recht das A und O.

Schwer ist der Anfang. Aber auch die heutigen Riesenvermögen der Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften hatten einmal ganz, ganz kleine Anfänge. Man muß diese Dinge aus der Vogelschau betrachten. Wenn wir zusammenzählen, wieviel Geld die Kollegen schon jetzt in unserem Reichsverband insgesamt einschließlich der Landes- und Bezirksverbände nebst Unterorganisationen für soziale Zwecke zusammenbringen — ich hoffe, daß mit dieser werbenden Statistik nächstens Ernst gemacht werden wird —, dann werden wir alle erstaunt sein und frohen Mut zur Weiterarbeit kriegen. Und die Entschlußfreiheit der jüngeren Kollegen wird hier, wie ich hoffe, noch einmal ein ungeahnt weites Tummelfeld ihrer entschlußfreudigen Betätigung finden.

Zum Streit um die Maternkorrespondenzen.

Eine süddeutsche Stimme von H. H. Tröster, Stuttgart.

Kein Zweifel, die Ausführungen von Georg Bernhard in dem Artikel „Kulissenschieber“ der „Vossischen Zeitung“, über die hier in der „Deutschen Presse“ bereits ausführlich diskutiert worden ist, gehen vom Politischen aus und ziehen die Fäden hinüber zu allgemeinen Problemen des Zeitungsgewerbes wie zu Berufsfragen des Redakteurstandes. Sie wenden sich im allgemeinen gegen die Maternkorrespondenzen, im besonderen auf politischem Gebiet, verurteilen „die Methode der persönlichen Verdächtigung und Schmähung“ ganz allgemein und zweifellos im Blick auf Berliner Erscheinungen im Korrespondenzwesen, ohne jedoch mit Deutlichkeit hervorzuheben, daß es sich dabei im wesentlichen um Berliner Maternunternehmungen handelt und ohne klarzustellen, daß eine Reihe von politischen Parteien auf dem Wege über die Maternkorrespondenzen eben von Berlin aus Material an die Provinzpresse hinausgeben. Soviel mir bekannt ist, tut dies auch die Partei, der Herr G. Bernhard angehört, und es wird sich in solchem parteipolitischen Material nicht durchweg vermeiden lassen, daß es „Spitzen“ in sich hat. Freilich, Verdächtigungen, Verleumdungen und Schmähungen sollten nicht vorkommen. Aber m. E. sind Entgleisungen gerade auf parteipolitischem Gebiete leider allzuoft anzutreffen und vor allem sind diese Unkrautgewächse in den Presseerscheinungen der Großstadt besonders in Blüte.

Digitized by Google

Für die süddeutschen Provinzverhältnisse treffen die Vorwürfe von G. Bernhard nicht zu, wenigstens nicht in dem Maße, wie er es für die Berliner Maternkorrespondenzen zu beurteilen beliebt. In Württemberg und Baden bestehen je zwei Maternkorrespondenzen, die bisher kaum einmal über den Rahmen des Erträglichen in der politischen Haltung hinausgegangen sind. Daß ohne Maternkorrespondenzen die kleine Provinzpresse heutzutage nicht mehr bestehen kann, davon sind alle Kenner der Verhältnisse überzeugt. Die Arbeit an einer Maternkorrespondenz ist die eines Redakteurs der Großstadt. Der Redakteur einer Maternkorrespondenz hat das von den Nachrichtenagenturen bezogene Material zu sichten, zu redigieren und zu kommentieren. Er schreibt dazu die Artikel, verwendet wie die gesamte übrige Provinzpresse gelegentlich auch Artikelkorrespondenzen aus Berlin und anderen Städten. Er hat in allen Sparten seinen Mann zu stellen. Der Stoff muß für den „Verlegerredakteur“ der kleinen Provinzzeitung so reichhaltig sein, daß dieser die Möglichkeit besitzt, nach Belieben wegzulassen.

Und nun trifft der genannte Artikel von G. Bernhard Richtiges und Unrichtiges, wenn er über die Aufgaben der Provinzredakteure sich ausläßt, jener Redakteure, die Verleger, Schriftleiter und oft auch Drucker in einer Person verkörpern. In Württemberg hat man den Namen „Verlegerredakteure“ gefunden, um jene Abgrenzung herbeizuführen, die mit dem Wesen der Sache verbunden ist. Jene Verlegerredakteure der Heimatzeitungen (nicht Provinzzeitungen!) sind gewiß keine Redakteure im Sinne des Reichsverbandes, sind keine berufsmäßige Journalisten. Aber durch die Betätigung in der Presse, die Berichterstattung über heimatliche und bezirkliche Vorgänge, durch die Arbeit des Zusammenstellens der kleinen Presse erhalten sie zweifellos — wenigstens rechtlich — den Charakter eines Schriftleiters. Je nach Veranlagung wird unter diesen Männer auch ein starkes journalistisches Gefühl und ein Berufsgeist des Zeitungsmannes lebendig sein können. Es ist in der Tat so, wie Dr. Dyressen sagt, daß der Provinzredakteur und Alleinschriftleiter eine umfassendere journalistische Tätigkeit zu entfalten hat als der Ressortredakteur der Großstadtpresse. Aber auch unter den „Verlegerredakteuren“ der Provinz gibt es eine ganze Reihe intelligenter und geschickter Journalisten.

In der Regel wird ja die kleine Bezirkspresse aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus sich keinen wirklichen Redakteur leisten können. Sie ist auch nicht in der Lage, den täglichen Satz für ein sechs- bis achtseitiges Zeitungsblatt technisch zu bewältigen. Handelt es sich doch vielfach bei der kleinen Presse um Zeitungen mit einer Auflage von 1000 bis 3000 Exemplaren. Neben dieser kleinen Presse besteht noch die mittlere Presse der Provinzstädte, die berufsmäßige Journalisten als verantwortliche Redakteure oder Mitarbeiter hat. Aber auch sie wird manchmal auf die Maternkorrespondenzen — namentlich bezüglich des Unterhaltungsstoffes — zurückgreifen müssen.

Die Maternkorrespondenzen werden sodann von G. Bernhard dafür verantwortlich gemacht, daß soviele Berufskollegen arbeitslos sind. Diese öfters wiederkehrende Behauptung ist unrichtig, wenigstens soweit es sich um süddeutsche Verhältnisse handelt. Die Bestellung eines Redakteurs ist für den kleinen Verleger eine vorwiegend wirtschaftliche Frage. Wo er die technische Einrichtung hat, daß er ein eigenes Blatt herstellen kann ohne Verwendung der Maternkorrespondenzen, und soweit seine Leserzahl eine derartige ist, daß es für ihn nicht nur wirtschaftlich tragbar, sondern auch journalistisch notwendig ist, einen eigenen Schriftleiter zu bestellen, wird er durch den bestehenden Konkurrenzkampf ohne weiteres dazu genötigt. Nach meiner genauen Kenntnis der süddeutschen Verhältnisse in Württemberg und Baden sind kaum vier Orte zu finden, in denen das jeweilige Heimatblatt vielleicht noch einen Redakteur anstellen könnte und dies vielleicht je nach Gestaltung der Verhältnisse auch noch tun wird, sobald es die wirtschaftliche Lage gestattet. Aberall da, wo die technische Herstellung im eigenen Betrieb gemacht werden kann, ist in Süddeutschland auch ein Redakteur tätig, ein Beweis dafür, daß die süddeutschen Heimatblätter auf einer hohen Stufe stehen. Daß G. Bernhard nicht die volle Kenntnis von der Lage und den Verhältnissen der Provinzredakteure hat, geht aus seinen Ausführungen klar hervor. Auch die Gesichtspunkte vom Redakteur mit der Schere, auf den „kleinsten Drucker“ angewandt, sind völlig unzutreffend. Wenn der Verfasser gleichzeitig dem Individualismus das Wort spricht, so steht das im Widerspruch zur eigenen Kritik, die durchaus zentralistisch orientiert ist.

Beim 20jährigen Jubiläum der Zeitungskorrespondenz für Süddeutschland, das vor kurzem in Anwesenheit des württembergischen Staatspräsidenten in Stuttgart begangen wurde, kam in verschiedenen Ansprachen deutlich zum Ausdruck, daß die bei dieser Firma zusammengeschlossenen 45 Maternzeitungen nicht schlechthin uniform sind, sondern durch die Reichhaltigkeit des Materials und die verlegerische Betätigung ein verschiedenartiges Gesicht tragen, wenn auch inhaltlich dasselbe geboten ist, abgesehen vom heimatlichen Bezirksteil. Staatspräsident Dr. Bolz selbst prägte die Worte, daß die Großstadtpresse ihre eigenen Lebensgesetze hat, daß aber die Heimatzeitung nicht vermißt werden könne. Vom „Kulissenschieber“ und „Giftmischer“ zu schreiben, wie es G. Bernhard getan hat, ist nur dann berechtigt, wenn die Maternkorrespondenzen eine Methode der persönlichen Verdächtigung und Schmähung üben. In Süddeutschland ist bisher kein Fall bekannt, daß verantwortliche Redakteure kleiner Blätter wegen solcher Beschimpfungen vor Gericht gezogen worden sind. Demnach wäre es mit Aufgabe der Berliner Kollegen des Reichsverbandes, zumal doch anzunehmen ist, daß auch die Berliner Maternkorrespondenzunternehmungen Redakteure haben, die Mitglieder unseres Reichsverbandes sind, einen erzieherischen Einfluß geltend zu machen. Oder sollte Herr G. Bernhard eben, nur jene politischen Maternprodukte im Auge haben, die von Parteien und Organisationen, namentlich in bewegten politischen Zeiten besonders reichlich ausgegeben werden? Dann aber durfte nicht in Bausch und Bogen das Maternkorrespondenzwesen derart angegriffen und verdammt werden, das heute für die kleine Presse, für die Heimatzeitungen, geradezu unentbehrlich ist. Württemberg hat den höchsten Prozentsatz an Tageszeitungen (86 % erscheinen täglich, während der Reichsdurchschnitt etwa 63 % beträgt); es ist also das Gebiet der stark dezentralisierten Heimatpresse. Mehr als 60 Prozent der Tageszeitungen gehören jedoch zur kleinen Presse; im Reichsdurchschnitt ist dieses Verhältnis fast noch stärker. Auch der Berufsjournalist wird daran nicht vorübergehen können, daß diese kleine Presse Lebensrecht besitzt, wenn auch rein berufsmäßig betrachtet, dem Redakteurstand dadurch Existenzboden entzogen ist. Wer aber Zeitungsgeschichte und Zeitungsstatistik kennt, der weiß auch, daß sich schon aus manchem „Maternblättchen“ eine — sagen wir — volljournalistische Tageszeitung mit hauptberuflichen Redakteuren entwickelt hat.

*

Sind Maternzeitungen — „Zeitungen“?

Von Redakteur F. Saldow-Bitterfeld.

Ich kann es mir um so mehr versagen, auch meinerseits auf die Diskussion Bernhard-Dyrssen über den Artikel „Kulissenschieber“ in der „Vossischen Zeitung“ einzugehen, als das Wesentliche darüber bereits für uns Provinzredakteure vom Kollegen Dr. Dyrssen in ebenso klarer wie überzeugender Weise gesagt worden ist. Ich möchte nur noch kurz die Frage streifen, ob eine Zeitung, die einen Maternndienst benutzt, eine eigene politische Meinung haben kann. Der Provinzredakteur — nicht der

Digitized by Google

Kleistertopfmann — wird seine Maternkorrespondenz bestimmt nicht in Bausch und Bogen verwenden. Er wird die Parlamentsberichte daraus brauchen können, wird auch politisches Material entnehmen, das er sonst — im Pressefunk bekommen würde, und er wird so eine Setzmaschine sparen können. Er wird aber, wenn er halbwegs etwas auf seine Zeitung hält, diese Berichte und Nachrichten nicht ohne Kommentar lassen! Es genügen oft ein paar Zeilen Einführung zu einem Reichstagsbericht oder unter einer politischen Meldung, um dem Leser die Materie zu veranschaulichen und der Zeitung ein sehr persönliches Gepräge zu geben. Wie machen es denn die Zeitungen, die in der angenehmen Lage sind, auf Matern verzichten zu können? Sie arbeiten selbstverständlich mit der T.U. oder mit dem W.T.B. oder meist mit beiden, wodurch eine gewisse Uniformierung der Meldungen an sich auch ohne Materndienst bereits gegeben ist. Mit Presserundfunk arbeiten die mittleren und sogar die kleineren Provinzzeitungen um ihrer Aktualität willen ebenfalls. Die eigene Note werden sie dadurch nicht erhalten. Es ist Sache der Geschicklichkeit des Redakteurs — auch des Provinzredakteurs — diese eigene Note in die Zeitung eben aus Eigenem zu bringen.

Daß ein wirklicher Redakteur „die vielen Verleumdungen, die zwischen den Zeilen der Maternkorrespondenzen enthalten sind", nicht erkennen soll, wenn es sich tatsächlich um Verleumdungen handelt, glaube ich nicht, genau so wie ich nicht glaube, daß ein Redakteur, der die Verantwortung trägt, nicht die Zeit hat, die Maternkorrespondenzen auf ihren Inhalt zu prüfen, bevor er diesen Inhalt zum Druck gibt. Wenn er dies tut, dann ist er eben kein Redakteur; für eine Verwechselung mit derartigen „Kollegen", wie sie anscheinend Kollege Bernhard passiert ist, müssen wir Provinzredakteure uns bestens bedanken!

Das Kieler Zeugniszwangsverfahren eingestellt.

Aus Kiel wird uns geschrieben:

Das Zeugniszwangsverfahren der Kieler Staatsanwaltschaft gegen einen Redakteur der „Kieler Neuesten Nachrichten" hat jetzt endlich nach 1½ Monaten eine nach Lage des Falles zunächst annehmbare Erledigung gefunden. Der fragliche Redakteur hatte bekanntlich einen Artikel über die jahrelangen riesigen Schiebungen auf dem Marinesperrdebot Dietrichsdorf in den „Kieler Neuesten Nachrichten" veröffentlicht, der großes Aufsehen erregte. Der Staatsanwaltschaft war diese Veröffentlichung scheinbar recht unangenehm, sie vermutete eine Indiskretion eines ihrer Beamten und leitete ein „Disziplinarverfahren gegen Unbekannt" ein. In diesem Verfahren wurde der Redakteur der „Kieler Neuesten Nachrichten" als Zeuge geladen und man verlangte von ihm eine eidliche Aussage darüber, woher er seine Informationen über den fraglichen Artikel habe. Der Redakteur wies dieses Ansinnen unter Hinweis auf die preßgesetzlichen Bestimmungen als völlig unzulässig entschieden zurück. Der Richter verhängte darauf gegen den Redakteur „zur Erzwingung des Zeugnisses" eine Haftstrafe von 2 Monaten und ferner eine Ordnungsstrafe von 50 M. Gegen diesen Beschluß wurde sofort Beschwerde eingelegt, auf die jetzt nach 1½ Monaten folgende Antwort eingegangen ist:

> „Der Herr Ober-Staatsanwalt hat den Antrag auf Zeugenvernehmung des Dr. L. zurückgenommen. Soweit der angefochtene Beschluß die Zeugniszwangshaft anordnet, ist er also gegenstandslos geworden. Die Aufforderung an Dr. L., die Zwangshaft anzutreten, entfällt hiernach. Soweit der Beschluß eine Ordnungsstrafe verhängt, sind die Akten zur Entscheidung über die Beschwerde an die Strafkammer abgegeben worden."

Damit ist, wie wir feststellen, ein Zeugniszwangsverfahren zum vorläufigen Abschluß gekommen, das in der gesamten deutschen Tagespresse berechtigtes Aufsehen und lebhaftes Befremden hervorgerufen hat. Wir möchten hier nicht die Vorwürfe wiederholen, die aus Anlaß der Verhängung der Zeugniszwangshaft gegen den Kieler Kollegen von einem Teil der Presse und vor allem von den Nächstbeteiligten gegen die Kieler Staatsanwaltschaft erhoben worden sind und die darin gipfelten, daß durch Verhängung des Zeugniszwangsverfahrens der Anschein erweckt wurde, als ob die Kieler Staatsanwaltschaft das eingeleitete Disziplinarverfahren gegen Unbekannt nur dazu gewählt habe, um den betreffenden Redakteur für die Eröterung der Unregelmäßigkeiten auf dem Sperrdepot Dietrichsdorf bestrafen und vielleicht sogar mundtot machen zu können. Aber wir können nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß die in Frage kommenden Beamten der Kieler Staatsanwaltschaft bei der Verfolgung der Angelegenheit völlig übersehen haben, daß es eine Ausführungsanweisung des Preußischen Justizministeriums vom 30. Dezember 1926 zu der bekannten Strafprozeßnovelle vom 27. Dezember 1926 gibt, die die Bestimmungen der Novelle als auch für das Disziplinarrecht anwendbar erklärt. In dieser Ausführungsanweisung wird ausdrücklich gesagt, daß die Vorschrift — gemeint ist die Einschränkung des Zeugniszwangs gegen Redakteure usw. —, in Preußen *auch für das Disziplinarverfahren Geltung haben werde*, „da die Gesetze vom 7. Mai 1851 (Gs. S. 218) und 21. Juni 1852 (Gs. S. 465) entgegenstehende Bestimmungen nicht enthalten und die Heranziehung der Strafprozeßordnung zur Ergänzung, daher insoweit der ständigen Praxis der Disziplinargerichte entspricht."

Diese Ausführungsanweisung ist immerhin wichtig genug, daß sie auch bei der Kieler Staatsanwaltschaft bekannt sein sollte. Da sie anscheinend in Vergessenheit geraten war, hat der Reichsverband den Herrn Preußischen Justizminister in einer besonderen Eingabe gebeten, das Gedächtnis der Kieler Staatsanwaltschaft doch freundlichst entsprechend aufzufrischen. Wir freuen uns, hier feststellen zu können, daß die Erinnerung gewirkt hat und daß wenigstens die Drohung mit der Zeugniszwangshaft gegenstandslos geworden ist. Wir hoffen weiter, daß auch der Beschluß der Verhängung einer Ordnungsstrafe noch zurückgenommen werden kann. Dieses Eingreifen des Preußischen Justizministers wird von der deutschen Presse dankbar begrüßt, um so mehr, als sie selbst großen Wert darauf legt, mit den Justizbehörden stets in bestem Einvernehmen arbeiten zu können.

Wie wir hören, ist dieses Einvernehmen in Kiel, und zwar nicht durch Schuld der Presse, auch aus anderen Anlässen leider nicht das beste. Und selbst die Kieler Justizpressestelle, die doch dazu beitragen soll, das gute Einvernehmen zwischen Justiz und Presse zu pflegen, soll sich in dem Zeugniszwangsverfahren nicht gerade von einer Seite gezeigt haben, die auf Verständnis für die Interessen der Presse schließen läßt. Ja ihr Verhalten soll, wie uns unser Schleswig-Holsteinischer Landesverband wissen läßt, so bedenklich gewesen sein, daß die in diesem besonderen Fall Betroffenen es für unmöglich halten, weiterhin mit dem jetzigen Leiter der Justizpressestelle, dem Oberlandesgerichtsrat Hansen, ersprießlich zusammen zu arbeiten. Die Kieler Kollegen haben im Interesse des guten Einvernehmens zwischen Justiz und Presse den Wunsch, daß der Justizminister auch auf diese Angelegenheit sein Augenmerk richten und die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werde.

Digitized by Google

Rundfunk und Presse.

Vortragsabend des Bezirksverbandes Berlin.

Am 29. November sprachen bei einer Veranstaltung des Berliner Bezirksverbandes, an der auch viele Kollegen aus dem Reich teilnahmen, die Herren Prof. Schubotz von der Deutschen Welle, Dr. Räuscher von der Dradag und Dr. Feder über das Presse-Rundfunk-Problem.

Prof. Schubotz stellte zunächst die Schwierigkeit fest, die sich daraus ergibt, daß der Rundfunk Staatsmonopol ist, aber auch ein Spiegelbild der Zeit sein will. Da in Deutschland schätzungsweise 10 Millionen Menschen Rundfunkhörer seien, stelle der Rundfunk ein Organ zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung dar, das der Presse wohl nur noch wenig an Bedeutung nachstehe. Der Staat habe aber den Wunsch, durch ihn die vorhandenen Gegensätze nicht zu verschärfen, sondern zu mildern, zum gegenseitigen Verstehen, zum sozialen Ausgleich und zur Völkerversöhnung beizutragen. Um Mißbrauch zu verhindern, seien Richtlinien ausgearbeitet worden, deren Leitgedanke „völlige Überparteilichkeit“ sei. Dem gleichen Zweck diene der Überwachungsausschuß. Beschäftigung mit politischen Dingen sei erst seit dem Antritt der jetzigen Regierung möglich geworden. Sie werde ausgeübt teils in der Vortragsfolge „Gedanken zur Zeit“, teils in der Presseumschau des Drahtlosen Dienstes. Ziel sei, die Hörer zu eigener Urteilsbildung anzuregen. Ob dem Wunsch, Reichstagsverhandlungen zu übertragen, Folge gegeben werden könne, sei fraglich. Die meisten Rundfunkhörer seien doch politisch wenig interessiert und hörten viel lieber Unterhaltungsmusik als Parlamentsdebatten. Aber für die Erziehung der Parlamentarier würde die Einrichtung wahrscheinlich recht nützlich sein.

Dr. Räuscher ventilierte vor allem die Frage, inwiefern etwa der Rundfunk als Konkurrenz der Zeitungen aufgefaßt werden könne. Es könne wohl vorkommen, daß einmal einem Redakteur am Stammtisch eine Nachricht entgegengehalten werde, die ihm noch nicht bekannt sei, weil sie sein Stammtischbruder soeben frisch vom Rundfunk abgehört habe. Aber sonst drohe den Zeitungen vom Rundfunk keine Gefahr. Die Zeitung äußere Meinungen und bilde Meinungen; der Rundfunk als solcher dürfe Meinungen nicht äußern. Eher als eine Schädigung könnte man eine Förderung der Zeitung durch den Rundfunk erwarten; die kurzen Rundfunknotizen reizten geradezu zur Zeitungslektüre. Auch weckten sie vielleicht staatsbürgerliche Interessen in bisher völlig indifferenten Köpfen. Dem Rundfunk Widerstand entgegenzusetzen, würde sehr unjournalistisch sein, schon weil es ein völlig aussichtsloses Unternehmen wäre. Falsch wäre es, den Rundfunk-Journalisten als Nicht-Journalisten oder Journalisten 2. Klasse anzusehen. Er stehe ganz auf gleicher Linie mit dem Nachrichtenredakteur; daß der eine für das Mikrophon, der andere für die Linotype arbeite, mache keinen Unterschied.

Dr. Feder meinte, er stimme, obwohl Korreferent, in allem Wesentlichen mit seinen Vorrednern überein. Rundfunk und Presse ergänzten sich. Die Zeitung könne sich den Lebensgewohnheiten des Einzelnen viel mehr anpassen als der Rundfunk und sei als Augenobjekt dem Rundfunk als Ohr-Objekt weit voraus. Ein Qualitätsunterschied zwischen Zeitungs- und Rundfunk-Journalisten bestehe grundsätzlich nicht. Wenn manche Zeitungsleute mit Sorge auf die Rundfunk-Reklame hinwiesen, so sprächen die bisher gemachten Erfahrungen gegen Befürchtungen auf diesem Gebiet.

In der Debatte wandte sich zunächst Chefredakteur Gesell von der TU. gegen die sogenannten „Auflage-Nachrichten“, durch die die programmatische Überparteilichkeit des Rundfunks doch illusorisch gemacht werde, zumal die Regierung den Berichtigungszwang des Pressegesetzes für diese Nachrichten ablehne. Konkurrenz für die Zeitungen, besonders für die großen, sei der Rundfunk wohl nicht; dagegen bestehe Konkurrenz bis zu einem gewissen Grade zwischen Nachrichtenbüros und Rundfunk. Es gebe Zeitungen, die ganz vom Abhören der Rundfunknachrichten lebten. Ein solcher Fall werde z. B. nächstens das Reichsgericht beschäftigen. Auch sei es vorgekommen, daß eine Sendegesellschaft einer Zeitung die wörtliche Wiedergabe ihres Berichtes über einen Boxkampf gestattet habe, wodurch das Blatt natürlich einen ganz unverdienten Vorsprung vor den anderen Blättern seines Verbreitungsgebietes erlangt habe.

Dr. Borchardt wunderte sich, daß bisher nur untersucht worden sei, inwiefern vielleicht der Rundfunk der Presse schade oder auch nütze, aber gar nicht, inwiefern die Presse dem Rundfunkgedanken diene oder dienen könne. Wie die Technik überhaupt, so werde vor allem der Rundfunk von den Zeitungen wenig wohlwollend behandelt. Da müsse Remedur geschaffen werden. Rundfunktechnische Fragen müßten von den Zeitungen dauernd in populärer Form besprochen werden. Ähnlich äußerte sich auch Herr von Poser, vor allem mit Rücksicht auf das flache Land, für das der Rundfunk als Kulturträger von ganz besonderer Bedeutung sei.

Nachdem Prof. Schubotz die Anregungen Dr. Borchardts und v. Posers mit Dank quittiert und Herrn Gesell versichert hatte, daß die verantwortlichen Rundfunkleute im Kampf gegen die Rundfunkreklame auf seiner Seite stünden, erklärte Herr H. Neumann, er habe eigentlich Herrn Dr. Räuscher allerlei vorhalten wollen, sei aber von ihm entwaffnet worden. Nur gegen die Nachlässigkeit in der Behandlung der deutschen Sprache durch den Rundfunk müsse er doch seine Stimme erheben. Zuweilen glaube man, am Lautsprecher Botokuden zu hören. Dr. Räuscher erwiderte sehr temperamentvoll, was Herr Neumann für Nachlässigkeit halte, sei in Wirklichkeit Folge genauester Ohr-Forschung! Es gäbe ein ausführliches Reglement, wie die Satzglieder am Mikrophon aneinander gefügt werden müssen, und dieses Reglement sei sakrosankt. Was die Auflage-Nachrichten anlange, so gebe es die in allen Rundfunkländern; und man könne auch keiner Regierung zumuten, auf sie zu verzichten. Der Ausnutzung der Rundfunknachrichten durch Zeitungen werde hoffentlich die Gesetzgebung einen Riegel vorschieben. Gegen die Nachrichtenbüros bestehe beim Rundfunk natürlich keinerlei Animosität, da sie ja eine seiner wichtigsten Quellen seien.

Nachdem auch Dr. Feder noch ein paar Worte gesprochen hatte, schloß der Versammlungsleiter, Chefredakteur Klühs, den Vortragsabend mit einem Dank für die Ausdauer der Erschienenen.

Gegen Erhöhung der Krankenversicherungspflicht.

Der Vorstand des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse hat in seiner letzten Sitzung folgende Entschließung angenommen:

Der Gesamtvorstand des Landesverbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse hat in seiner Sitzung am 10. November 1929 in Elberfeld sich u. a. auch mit den neuen und weiter in Aussicht genommenen Gesetzes-Bestimmungen über die Sozialversicherung beschäftigt. Der Landesverband hat dabei einmütig seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß die soziale Gesetzgebung des Reiches unter keinen Umständen dahin führen dürfe, daß man alle Einkommen bis zur Höhe von 700 M. monatlich in Zukunft von Staats wegen gegen alle erdenklichen Fährnisse des Lebens versichere. Der Vorstand erkennt zwar die Notwendigkeit weitestgehender staatlicher Fürsorge an, aber er widerspricht allen Übertreibungen in dieser Hinsicht. Eine Übertreibung aber wird es seiner Ansicht nach bedeuten, wenn man in Zukunft die Versicherungspflicht für die Krankenversicherung auf 700 M. hinaufsetzen würde, um damit die Krankenversicherung der Arbeitslosen- und Angestellten-Versicherung anzugleichen. Der Vorstand protestiert gegen diese Überspannung der Krankenversicherungspflicht und weist darauf hin, daß es in Deutschland leistungsfähige Privatkrankenkassen gibt, in denen der Mittelstand die für ihn geeignet erscheinenden Versicherungsbedingungen vorfindet. Diese Privatkrankenkassen bieten auch die nötige Sicherheit, wenn von Reichs wegen ihre Leistungen und ihre Finanzgebarung in zuverlässiger Weise kontrolliert wird.

Der Vorstand des Landesverbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse ersucht den Reichsverband, gegen jede Erweiterung der Krankenversicherungspflicht unter den heutigen Verhältnissen Widerspruch zu erheben.

„Die geknebelte Meinungsfreiheit.“

In Dresden wirkt ein Berufsschuloberlehrer, Johannes Reichelt, als freier Schriftsteller und Kritiker, der seit Jahren einen erbitterten Kampf gegen den Dresdner Bezirksverein führt, nach seiner Ansicht einen Kampf um die „geknebelte Meinungsfreiheit“. Der Streit begann 1925 von

Digitized by Google

seiten des Dresdner Bezirksvereins mit einem Aufsatz in der „Deutschen Presse", der sich dagegen wandte, daß Herr Reichelt als festangestellter Oberlehrer nicht nur nebenbei für die Presse schriftstellert, wogegen nichts einzuwenden wäre, sondern einen richtigen Korrespondenzbetrieb aufgetan hatte. Gegen diese Art und gegen diesen Umfang schriftstellerischer Betätigung des Berufsschuloberlehrers Reichelt wandte sich der Bezirksverein Dresden, nicht etwa gegen die schriftstellerische Betätigung an sich oder gar gegen die Meinungsfreiheit des genannten Herrn. Er glaubt, daß sein Vorgehen durchaus berechtigt gewesen ist und bedauert, daß einige Kollegen in Unkenntnis des wahren Sachverhalts Herrn Reichelt sekundieren zu müssen glaubten. Als Erklärung dafür könnte nur gelten, daß der Bezirksverein Dresden weder Lust noch Zeit hatte, dem andauernden Bombardement mit umfangreichen Denkschriften des Herrn Reichelt an die Zeitungen aufklärend entgegenzutreten, ganz abgesehen davon, daß diese „Denkschriften" entweder gar nicht oder nur sehr verspätet zur Kenntnis des Dresdner Bezirksvereins kamen. Nachdem Herr Reichelt zweimal bei Klagen gegen den Bezirksverein kostenpflichtig abgewiesen worden war, suchte er — da die sächsische Regierung die Gründe des Bezirksvereins anerkannt und dem Oberlehrer Reichelt die korrespondenzmäßige Ausübung seiner schriftstellerischen Tätigkeit verboten hatte — Hilfe beim Sächsischen Landtag. Auch hier erlebte er 1928 eine Abweisung, beruhigte sich dabei aber nicht, sondern wandte sich erneut mit Schmähartikeln gegen den Bezirksverein Dresden und dessen Vorsitzenden. Durch einige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete wurde die Sache noch einmal an den Sächsischen Landtag gebracht. In der entscheidenden Sitzung des Prüfungsausschusses des Landtags Oktober 1929 wurden die Gegenargumente des Bezirksvereins Dresden voll anerkannt und Reichelts neue Eingabe na chlängerer Debatte einstimmig (also auch von den Sozialdemokraten) als erledigt bezeichnet.

Diese nunmehr vierfache Niederlage des Herrn Reichelt müßte eigentlich auch allen denen zu denken geben, die sich seinerzeit für ihn eingesetzt hatten. Wir wollen kein Mißverständnis aufkommen lassen: Der Reichsverband und seine Unterverbände sind sich dessen bewußt, daß die Zeitungen der Mitarbeit von Beamten und Lehrern pp. nicht entraten können, ja daß diese Mitarbeit zumeist gesucht und geschätzt wird. Wogegen wir uns aber wenden müssen, ist die vornehmlich auf Nebenverdienst bedachte Massenfabrikation schriftstellerischer Arbeit durch Beamte in fester Stellung, mit festem Einkommen und sicherer Altersversorgung zum Schaden der in starker wirtschaftlicher Not befindlichen freien Schriftsteller im Hauptberuf.

Zuschriften aus dem Kollegenkreise

„Die Zeitung in der Schule" oder Die damliche „Provinzpresse".

Von R. Burgardt, Essen.

Eine noch ziemlich junge, aber dennoch anscheinend schon ziemlich verbreitete Berliner Boulevard-Zeitung, die am Erscheinungsorte in flottem Tempo in drei Ausgaben täglich erscheint und deren Morgenausgabe auch in die Provinz geht, brachte in dieser Provinzausgabe vom 29. November einen Aufsatz: „Die Zeitung in der Schule". In diesem Aufsatze ist von neuen Hilfsmitteln zur lebendigeren Gestaltung des Schulunterrichts die Rede, wobei Lichtbild, Film, Schallplatte und Rundfunk erwähnt werden. Dann heißt es wörtlich:

> „Zu diesen Gestaltungsmitteln hat sich in neuerer Zeit noch eine Möglichkeit gefunden, deren Wert für die Bildungsarbeit der Schule unbestreitbar ist. Ich meine die Verwendung der modernen Zeitung im Unterricht. Die Zeitung der Gegenwart trägt einen unschätzbaren Bildungswert in sich, d. h. wenn sie über die Qualitäten der Provinzpresse hinausragt."

Der Aufsatz ist nicht Redaktionsarbeit. „In unserem Klassenschrank haben wir eine Mappe", heißt es in dem Aufsatz weiter, und das deutet darauf hin, daß diese Klassenarbeit von einem Lehrer oder von einem Schüler herrührt. So genau läßt sich das von hier aus nicht feststellen. Wohl aber kann ich Redaktionsarbeit von Schularbeit unterscheiden. Immerhin bleibt auch bei Zubilligung mildernder Umstände auf dem verantwortlichen Schriftleiter der Makel hängen, einen flüchtigen Aufsatz sehr flüchtig redigiert zu haben.

Was ist denn das: „Provinzpresse", so in Bausch und Bogen? Wenn irgendeine Zeitung dazu geeignet ist, in den Schulen als Unterrichtsmaterial verwendet zu werden, so ist es die gute, seriöse Provinzzeitung. Wohingegen sich gerade die Berliner Zeitung, die den hier angeführten Schulaufsatz brachte, sehr wenig für den Unterricht in der Schule eignet. Eine Zeitung nämlich, die in einem zweispaltigen Bilde zwei veritable junge Ziegenböcke bringt und diese Aufnahme mit der Unterschrift „Schäflein auf der Weide" versieht, hat das Recht verwirkt, von Lehrern und Schülern ernst genommen zu werden. Das ist aber nur ein Einzelfall unter den vielen Schnitzern und üblen Sensationen, die sich gerade dieses Blatt in Bild und Text leistet.

Wir Leute in der Provinz verlangen keinesfalls, daß unsere Berliner Kollegen in den Schriftleitungen ein Kohlenfördergerüst von einem Hebekran, einen Kokskohlenturm von einem Getreidesilo oder eine Hochofenanlage von einem Schiffshebewerk unterscheiden können. Das sind Spezialgebiete, die Fachkenntnisse voraussetzen. Wenn aber eine Zeitung Wert darauf legt, in den Schulen gelesen zu werden, so dürfen Schule und Elternschaft verlangen, daß die Schrift- und Bildleiter der Zeitung wenigstens in den Elementarfächern so zu Hause sind, daß sie den Lernbeflissenen nicht Ziegenböcke als Schäflein und Stechpalmen als Butterblumen vorsetzen. Das schafft nur Verwirrung in der Schule und stört den Unterricht, anstatt ihn zu fördern.

In der „Provinz" ist übrigens die Zeitung im Lehrplan der Schulen längst zu Ehren gekommen. Ich kenne beispielsweise in Essen einen Kollegen, einen bescheidenen Lokalredakteur, aus dessen Zeitungsaufsätzen eine ganze Reihe in die Lesebücher höherer Schulen übernommen wurden. Der Kollege macht aber kein Aufhebens davon. Immerhin ist es ein Maßstab für die „Qualität der Provinzpresse", von der sich manche Kollegen der Berliner Presse vielleicht noch eine Scheibe abschneiden könnten.

Ich schließe meine kurze Entgegnung mit einer Bitte: Zunächst einmal „Schule in der Zeitung" und dann „Zeitung in der Schule"!

Recht und Presse

Die Verpflichtung zur Honorierung von Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträgen.

Mit einer interessanten Rechtsfrage hatte sich das Amtsgericht in Pößneck i. Thür. — Urteil vom 16. März 1929. Akt.-Zeichen C 312/28 — zu befassen. Ein freier Mitarbeiter einer Wochenzeitschrift lieferte für diese seit Jahren Beiträge. Soweit diese nicht angenommen wurden, erfolgte regelmäßig binnen 2 Wochen ihre Rücksendung, andernfalls behielt die Zeitung die Beiträge, um sie zu geeigneter Zeit zu veröffentlichen. Schließlich stellte die Zeitung den Abdruck der Beiträge ein, ohne jedoch die zuletzt übersandten Manuskripte wie bisher dem Mitarbeiter zurückzustellen oder ihm sonst eine Nachricht darüber zukommen zu lassen, die ihn in den Stand gesetzt hätte, die nicht gewünschten Beiträge anderweitig zu verwenden. Der Schriftsteller klagte nunmehr gegen den Verlag auf Zahlung des Honorars für die nicht zurückgesandten Beiträge. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß nach den bisherigen Gepflogenheiten zwischen den Parteien in der Unterlassung der Rücksendung die Annahme der Beiträge durch die Zeitschrift zu erblicken sei.

Der beklagte Verlag bestritt dies und vertrat im übrigen die Auffassung, daß nach § 23 des Verlagsgesetzes in allen Fällen, wo die Höhe der Vergütung nicht von vornherein bestimmt, sondern erst nach Drucklegung entsprechend der Zahl der Druckzeilen festgesetzt werde, das Honorar erst mit dem Erscheinen des Beitrags fällig werde. Da sie nicht erschienen

Digitized by Google

seien und da der Verlag auch nicht beabsichtige, die Beiträge erscheinen zu lassen, so sei er auch nicht verpflichtet, sie zu bezahlen.

Das Gericht gab dem Schriftsteller recht und verurteilte den Verleger zur Zahlung des Honorars. Den Urteilsgründen entnehmen wir folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Wenn auch in § 23 des Verlagsgesetzes für Beiträge, deren Honorar bei Ablieferung noch nicht bestimmt sei, die Zahlungspflicht erst bei Veröffentlichung eintrete, so geschehe dies doch nur mit Rücksicht darauf, daß die Höhe der Vergütung von dem Umfange (Zeilenlänge des fertigen Druckes) abhängig sei. Keineswegs aber dürfe der Verfasser dadurch geschädigt werden, daß der Verleger die Veröffentlichung unbillig verzögere. Sinngemäße Auslegung des § 23 Verlagsges. verlange, die Fälligkeit der Vergütung mit dem Zeitpunkt eintreten zu lassen, wo die Veröffentlichung billigerweise, d. h. unter Berücksichtigung der Verhältnisse der betreffenden Zeitschrift hätte erfolgen können. Würde man in Anklammerung an den Buchstaben des § 23 Verlagsges. anders entscheiden, so würde nach Zurückziehung des Beitrags durch den Verfasser das Honorar überhaupt nie fällig werden können, während § 45 Abs. 2 Verlagsges. dem Verfasser von Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträgen ausdrücklich das Recht einräume, angenommene, aber innerhalb eines Jahres nicht veröffentlichte Beiträge zurückzuziehen und trotzdem das Honorar dafür zu fordern.

Im vorliegenden Falle sei der Beitrag als angenommen anzusehen. Die Annahme sei zwar nicht ausdrücklich erklärt worden, tatsächlich aber sei sie erfolgt. Denn da der Kläger für die Beklagte laufend Beiträge lieferte, die, soweit sie nicht angenommen wurden, regelmäßig binnen zwei Wochen zurückfolgten, müsse man annehmen, daß die innerhalb von zwei Wochen nicht zurückgesandten Beiträge als angenommen zu gelten hätten. Nun könne man allerdings dem Verleger nicht zumuten, die Veröffentlichung der angenommenen Beiträge schon in der nächsten Nummer seiner Zeitschrift vorzunehmen. Man müsse ihm die Möglichkeit lassen, den Artikel dem übrigen Inhalt der Zeitschrift anzupassen. Da die Zeitschrift wöchentlich einmal erscheine, so sei eine Frist von zwei Monaten, innerhalb welcher die Veröffentlichung des angenommenen Beitrags hätte erfolgen können, als angemessen anzusehen. 2 Wochen zuzüglich 2 Monate nach Übersendung des Beitrags beginne daher die Honorarpflicht des Verlegers, und von diesem Tage ab habe er auch die Honorarforderung des Verfassers zu verzinsen. H.

Aus der Organisation

Landesverband Mitteldeutschland.

Der Landesverband Mitteldeutschland hielt seine Jahreshauptversammlung am 10. November in Magdeburg ab. Die Tagung hielt sich diesmal in engstem Rahmen. Die Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes sowie der Vertreter in der Bezirksarbeitsgemeinschaft und im Bezirksschiedsgericht; im Ehrengericht war eine Ersatzwahl für einen ausgeschiedenen Kollegen erforderlich. Den geschäftsführenden Vorstand bilden also wie bisher die Kollegen Dr. Clages als 1. Vorsitzender, Dr. Flatau als 1. Schriftführer und Leonhard Kupfer als 1. Schatzmeister, sämtlich in Magdeburg. Aus Anlaß eines Antrages fand eine längere Aussprache über den vielumstrittenen Artikel „Die Kulissenschieber“ von Georg Bernhard statt, mit dem Ergebnis, daß der 1. Vorsitzende beauftragt wurde, dem Vorstand des Reichsverbandes die Auffassung des Landesverbandes zur Kenntnis zu bringen.

Verein Niedersächsische Presse.

Verein Bremer Presse.

Die Oktobermonatsversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Veranstaltung des nächstjährigen Pressefestes, das am 18. Januar 1930 in sämtlichen Räumen der „Glocke“ stattfinden soll. Es wurde eine Kommission für die Vorbereitung des Festes eingesetzt, die sich folgendermaßen gliedert: Propaganda-Ausschuß O. Müller, Schmalfeld; Ausschmückungs-Ausschuß Gehrels, Ehlers; Festzeitung Crull, Schmalfeld.

„Verein Unterweserpresse“.

Die in Wesermünde und Bremerhaven ansässigen Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Presse haben am 10. Oktober d. Js. den „Verein Unterweserpresse“ mit eigener Unterstützungskasse gegründet. Die Gruppe Unterweser/Unterelbe bleibt bestehen. Vorsitzender und zugleich Schriftführer des „Vereins Unterweserpresse“ ist Redakteur Nicolai, Bremerhaven, und Kassierer Eduard Thiele, Wesermünde, Obmann der Gruppe Unterweser/Unterelbe bleibt nach wie vor Redakteur Nicolai. Der neue Verein soll gerichtlich eingetragen werden.

Landesverband Schleswig-Holstein.

Ortsgruppe Kiel.

In der Sitzung der Kieler Ortsgruppe des Reichsverbandes vom 19. November wurde Dr. August Heuser, Kiel, Esmarchstraße 57, einstimmig von der Kieler Ortsgruppe zum Vorsitzenden gewählt.

Deutscher Frauenalmanach 1930.

Der Arbeitsausschuß der Frauengruppe im Bezirksverband Berlin macht die Mitglieder der Frauengruppe und die auswärtigen Kolleginnen darauf aufmerksam, daß sich ein deutscher Frauenalmanach unter Mitarbeit führender Frauenverbände und mit einer Einführung von Frau Dr. Agnes von Zahn-Harnack für 1930 im Verlag von Leopold Klotz in Gotha in Vorbereitung befindet. Es soll damit zum erstenmal ein Auskunftsbuch der deutschen Frauenbewegung und Frauenarbeit geschaffen werden, das alle im literarischen, künstlerischen und öffentlichen Leben stehende Frauen und alle Frauenvereinigungen deutscher Zunge erschöpfend verzeichnen soll.

Es liegt im eigenen Interesse der weiblichen Kollegen, umgehend von der Redaktion der „Bücherei der Frau“, Berlin-Frohnau, Postfach 27, Fragebogen einzufordern und ausgefüllt einzusenden. Die Aufnahme in den deutschen Frauenalmanach erfolgt völlig kostenlos, es werden auch nicht nachträglich Anzeigengebühren eingefordert, wie es bei einem anderen Jahrbuch der Fall gewesen ist.

Anni Juliane Richert.

Personalien

Kollege Max Dreyer, der seit zweieinhalb Jahren die Redaktion des Novissima-Verlages in Berlin leitete, hat in gleicher Eigenschaft die Leitung der Lichtbildabteilung des „Deutschen Lichtbilddienstes“, Berlin W 35, übernommen.

Wilhelm Hoeppener, politischer Schriftsteller, ist als Redakteur in den Presseverlag Dr. R. Dammert eingetreten.

Stadtassessor Kayser, der Leiter des Verkehrs- und Pressewesens der Stadt Trier, wurde zum 1. Bürgermeister von Braunsberg gewählt.

Redakteur Josef Kiefer vom „Tauber- und Frankenboten“ in Tauberbischofsheim konnte am 1. Dezember auf eine arbeits- und erfolgreiche 25jährige Berufstätigkeit zurückblicken, nachdem er im Frühjahr d. J. seinen 50. Geburtstag gefeiert hatte. Kollege Kiefer begann seine journalistische Tätigkeit am 1. Dezember 1904 an der „Badischen Volkszeitung“; er siedelte dann später zum „Freiburger Boten“ über und leitet seit 1910, nur unterbrochen durch die Kriegsjahre, in denen er im Felde stand, den „Tauber- und Frankenboten“, der sich unter seiner Führung trefflich entwickelt hat.

Redakteur Herbert Kühne, bisher „Kieler Zeitung“, übernahm am 1. Dezember die Leitung des Presseamtes der Stadt Kiel.

Hauptmann Marcks, Pressereferent im Reichswehrministerium, wurde zum Major befördert.

Dr. Karl Anton Piper, seit langen Jahren Theaterkritiker der „Hamburger Nachrichten“ und Leiter des Feuilletons dieses Blattes, ist an Stelle des Senators Dr. Strandes, der am 31. März nächsten Jahres wegen seines hohen Alters zurücktreten wird, zum außerordentlichen Hamburgischen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Berlin ernannt worden. Dr. Piper gehört wie sein Vorgänger politisch zur Deutschen Volkspartei. Er steht im 55. Lebensjahr und ist in Neubrandenburg geboren.

Dr. Hermann Sinsheimer, seit langen Jahren Leiter des „Simplizissimus“, ist in den Redaktionsverband des „Berliner Tageblattes“ eingetreten und hat die alleinige Leitung des „Ulk“ übernommen.

Dr. Walter Schneider, der frühere Chefredakteur der „Badischen Presse“, ist in den Redaktionsverband des Presseverlages Dr. Rud. Dammert eingetreten.

Kollege Ernst Schroeter in Offenbach begeht am 1. Januar 1930 sein 25jähriges Berufsjubiläum. Kollege Schroeter ist im Jahre 1878 in Angerburg in Ostpreußen geboren und absolvierte das Gymnasium in Marienburg in Westpreußen.

Digitized by Google

1905 trat er als Redakteur bei der „Altenburger Zeitung“ ein, um dann als Alleinredakteur an das „Kreisblatt“ in Nienburg (Weser) zu gehen. Als politischer Redakteur war er an der „Herner Zeitung“, der „Neuen Saarbrücker Zeitung“ und der „Zehlendorfer Tageszeitung“. An der „Filmbörse“, einem Berliner Film-Fachblatt, war er dann Kritiker. Kollege Schroeter hatte weiter den Posten als Chefredakteur an der „Neumärkischen Zeitung“ in Landsberg a. d. Warthe inne. Heute pflegt er an der „Offenbacher Zeitung“ besonders die Kommunalpolitik, Musik- und Theaterkritik. Fast die gleiche Zeit wie im Beruf steht Kollege Schroeter auch im Verbandsleben, teilweise ebenfalls an hervorragender Stelle. Seit dem Jahre 1906 war er Mitglied des „Vereins Deutscher Redakteure“ und seit Gründung des Reichsverbandes ist er dessen Mitglied; in Herne war er Mitbegründer und 1. Vorsitzender der Bezirksgruppe Emscher-Lippe, in Landsberg war er 2. Vorsitzender des Bezirksverbandes Brandenburg. Seit 1924 ist Kollege Schroeter Mitglied des „Vereins Frankfurter Presse“. Wir gedenken seiner zu seinem Jubiläum mit den besten Wünschen für weitere erfolgreiche Tätigkeit in Beruf und Verband.

Dr. H. Ulsamer, bisher in Bayreuth, hat die Münchener Vertretung pfälzischer Blätter übernommen.

Maximilian Foerster †. Am 6. Dezember starb in Leobschütz in Oberschlesien der Redakteur Maximilian Foerster, ein Veteran der Oberschlesischen Presse. Bis zu seinem 70. Geburtstage war er in unermüdlicher Schaffensfreudigkeit im Dienste der Presse tätig; nur eine langwierige, tückische Krankheit konnte ihn zwingen, die Arbeit, der er alle seine Kräfte opferte, niederzulegen. Foerster war am 5. November 1858 in Breslau geboren. Nach dem Besuch des Breslauer Heiligen-Geist-Gymnasiums und nach 4jährigem Studium wurde er Journalist. Zunächst gehörte er der Redaktion des „Breslauer Generalanzeigers“ (später „Breslauer Neueste Nachrichten“) an, dann der der „Schlesischen Zeitung“. Von Breslau ging er nach Brieg, wo er sieben Jahre die Redaktion des „Brieger Stadtblattes“ und dann ein Jahr lang die der „Brieger Zeitung“ inne hatte. Seit Juni 1901 war er an der „Leobschützer Zeitung“ tätig, bei der er noch vor drei Jahren sein silbernes Berufsjubiläum begehen konnte. Im Juli d. Js. trat er, durch Krankheit gezwungen, in den Ruhestand. Der Verstorbene erfreute sich in allen Kreisen der größten Wertschätzung. Ein angesehener Vertreter unseres Standes ist mit ihm dahingegangen. Ehre seinem Andenken!

Direktor Dr. Richard Herbst †. Am 12. November 1929 verschied nach längerem Leiden plötzlich im städtischen Krankenhaus zu Erfurt der Leiter des Erfurter Nachrichtenamtes und 2. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft städtischer Nachrichten- und Presseämter Dr. Richard Herbst. Seiner Leitung waren außerdem das Statistische Amt, das Verkehrs-, Wahl- und Einwohnermeldeamt der Stadt Erfurt unterstellt. Die Nachrufe der Erfurter Presse haben das kollegiale Zusammenarbeiten zwischen Nachrichtenamt und Presse besonders hervorgehoben.

Otto Schöpf †. Ein Veteran der Presse des Ruhrgebiets ist mit 70 Lebensjahren dahingegangen. Otto Schöpf, der drei Jahrzehnte hindurch den lokalen Teil des „Mülheimer General-Anzeigers“ geleitet hat und wie selten einer mit der Bevölkerung der Stadt Mülheim (Ruhr) verwachsen war. Schöpf hat in jungen Jahren seine Heimat Vorarlberg mit dem Industriegebiet vertauscht und hier eine zweite Heimat gefunden, der er seine ganze Liebe widmete und in die er bis zur Beherrschung des Dialekts hineinwuchs. „Heimatschriftsteller“ nannte er sich nicht mit Unrecht, denn viel hat er getan, das Land am unteren Ruhrlauf bekannt und beliebt zu machen. Bezeichnend für die Anerkennung von Schöpfs Tätigkeit sind die ehrenden Nachrufe, die ihm von vielen Seiten gewidmet wurden und die besonders von seinem erfolgreichen Wirken für seine Wahlheimat Zeugnis ablegten. Von der Verbundenheit Schöpfs mit der Mülheimer Bürgerschaft sprach auch die Beisetzungsfeier. Mehr als 20 Vereinsfahnen wurden über seinem Grabe zum letzten Gruß gesenkt. Kollege Collet sprach namens des Bezirksvereins und des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse ehrende Worte am Grabe des alten, treuen Kollegen, der auch Mitgründer des Verbandes war. Möge ihm die Erde leicht sein! et.

Inhaltsangabe:

Journalistische Zukunftsmusik. Von L. Katscher.
Ist eine Sterbehilfe im Reichsverbande möglich? Von Dr. Leo.
Zum Streit um die Maternkorrespondenzen. Von H. Tröster.
Sind Maternzeitungen — „Zeitungen?“ Von F. Saldow.
Das Kieler Zeugniszwangsverfahren eingestellt.
Rundfunk und Presse.
Gegen Erhöhung der Krankenversicherungspflicht.
„Die geknebelte Meinungsfreiheit.“
„Die Zeitung in der Schule“ oder Die damliche „Provinzpresse.“ Von R. Burgardt.
Recht und Presse.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Bezirksverband Berlin. Albr. Albert (Der Jungdeutsche), SW. 48, Friedrichstraße 218; Egon v. Bahder (Das Staatsschiff), SW. 61, Dreibundstr. 3; Harald Bredow (Der Film), SW. 48, Puttkamerstr. 1; Julius Büttner (Allgem. Fleischer-Ztg.), Wilmersdorf, Prinzregentenstraße 96; Dr. Walter Hagemann (Germ.), Lankwitz, Saarburger Straße 5; Dr. Walter Schück (Industrie- u. Handelsztg.), Charlottenbg., Leibnizstr. 100; Willy Stiewe (Hackebeil), Wilmersdorf, Kaiserallee 24.

Verein Frankfurter Presse. Konrad Heiden (Illustr. Blatt), Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Str. 31; Hans Nassauer (Frankf. Ztg.), Frankfurt a. M., Feldbergstraße 45.

II. Neuanmeldungen.

Bezirksverband Berlin: Dr. Otto Benecke (Der Städtetag).

Verein Frankfurter Presse. Walther Lange (Europapreß), Frankfurt a. M., Landgrafenstraße 15; Bruno Piepanz (Frankf. Ztg.), Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 31; Fritz Fey (fr. Journalist), Frankfurt a. M., Sternstraße 25.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein der Saarpresse. Josef Karrenbauer (Dillinger Anzeiger), Dillingen-Saar; Aloys Kohler (Saarbr. Landeszeitung), Saarbrücken.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Leipzig. Asmus von Weiher (Leiter der Presseabt. der Mitteldeutschen Rundfunk A.-G.), Leipzig C. 1, Sebastian-Bach-Straße 22, III.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Verband der Ostpreußischen Presse. Überwiesen an den Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse: Dr. Hermann Lange, bisher Königsberg, nun Remscheid (Bergisches Abendblatt).

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein der Saarpresse. Dr. Fred Hilgers, Osnabrück (Osnabrücker Allgem. Ztg.), dem Verein Niedersächsische Presse überwiesen.

Landesverband Württemberg. Überwiesen an den Landesverband Baden: Erich Ruckenbrod, Lahr i. Bad, Bahnhofstraße 19 (Lahrer Zeitung).

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Die Streichung von Dr. Fritz Rudolph, Aschaffenburg, ist aufzuheben, dagegen ist zu streichen: Red. Brunner, Augsburg.

Bezirksverband Berlin. Ausgetreten: Frau v. Herford.

Provinzialverband Pommern. Ausgetreten: Otto Wobbe, Greifswald. Gestrichen wegen Nichtzahlung der Beiträge: Karl Beken, Stolp, zurzeit Berlin.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Leipzig. Gestrichen wegen Nichtzahlung der Beiträge: Emil Metzges, Naunhof b. Leipzig.

Landesverband Württemberg. Ausgetreten ab 1. 1. 30: L. Mölchert, Friedrichshafen; Hans Wollenberger, Wismar (Berufswechsel).

Einzelmitglied. Ausgetreten: Adrians, Hanns Eduard, zurzeit auf Reisen.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 51 — Berlin, den 21. Dezember 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 / Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 / Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 20 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 346 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14 482. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Brandenburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Wie Engländer ihre Journalisten sehen.

Der Vorsitzende der Vereinigung englischer Zeitungsverleger, Lord Riddell, sprach vor einiger Zeit über das Thema: „Zur Psychologie des Journalismus". Sein Vortrag ist bemerkenswert, einmal weil er die Auffassung eines prominenten Engländers über Journalisten und ihre Arbeit wiedergibt, dann aber auch, weil er die unkomplizierte Art erkennen läßt, mit der Engländer an Begriffe herangehen und sich darüber äußern.

Lord Riddell äußerte sich etwa folgendermaßen:

„Der Journalist nimmt eine so bedeutende Stellung im öffentlichen Leben ein, daß es lehrreich ist, sich die geistigen Vorgänge, zu vergegenwärtigen, die für seine Tätigkeit wesentlich sind. Grundzug allen Journalismus' ist: der Reiz am „sich äußern", das Bedürfnis, seinen Standpunkt mitzuteilen, die Sucht, Sensation zu erregen. Jedem wirklichen Journalisten sind diese grundlegenden Bedingungen eigen; wie weit sie sich durch Zeit und Erfahrung abschleifen und unterordnen, ist Sache des jeweiligen Temperaments. Viel macht da die Gewohnheit; und die Gedankenlosigkeit etwa eines Lesers, der über eine den Schreiber selbst besonders befriedigende Arbeit nichtachtend hinwegliest, deprimiert nur den Anfänger.

Der Journalist gefällt sich im „Schreiben", die Freude, sich gedruckt zu sehen, hat für ihn erst sekundäre Bedeutung. Das soll nicht heißen, daß er sich mit dem bloßen Schreiben begnügt; denn nicht zu vergessen, der Journalismus ist ein Erwerbszweig, und die Zeitungen leben davon, Nachrichten und die Bekanntgabe von Anschauungen zu verkaufen. Dieses Moment reiht den Journalisten in den Kaufmannsstand ein, und wie dieser ist er an bestimmte Überlieferungen, auch an Ideale seiner Zunft gebunden. Nur, daß seine Ware nicht mit der Elle gemessen und nicht mit dem Gramm gewogen werden kann, sondern einer geistigen, d. i. relativen Wertung unterliegt. Er muß als Kaufmann seine Ware absetzen, ohne für die Befriedigung des Kunden eine Garantie übernehmen zu können. Man denke z. B. an das Interview. Ein solches erfolgreich zu führen, ist eine Kunst, wie das Kreuzverhör eines Anwalts. Aber im Gegensatz zu diesem darf er sich nicht darauf einlassen, Zwang auszuüben oder in die Enge zu treiben; denn er hat keinen anderen Rückhalt als den fraglichen guten Willen des Anderen. Briand führte einmal eine in dieser Beziehung lehrreiche Unterhaltung: „Wir sind, so sagte er zu den Reportern, alte Freunde und Nachbarn, gute Bekannte und Gegner zugleich; Sie haben mich schon richtig und nichtrichtig interpretiert. Sie sind mein Sprachrohr gewesen, die Illustratoren meines Charakters, der Sporn an meinen Fersen und auch das Steinchen in meinem Schuh. Ohne Sie könnte ich nicht leben. Kommen Sie nur immer zu mir; niemals werde ich Sie ablehnen. Erhaschen Sie, wo und wie Sie immer können, ein paar Brocken. Sie werden dann schon ein Brot daraus machen. Aber nun lassen Sie mich bitte weiter; ich muß meinen Zug erreichen; Sie wissen ja, ein guter Franzose darf niemals den Anschluß nach Paris verpassen." Sicherlich werden die Reporter ihren Blättern etwas ganz Anderes haben melden wollen.

Der Zeitungsbetrieb stellt schwere Anforderungen. Es gibt kein „Aufschieben auf morgen". Das erzieht zur Pünktlichkeit, zu rastlosem Fleiß und unaufhörlicher Aufmerksamkeit. Glücklicherweise überträgt der moderne Journalist im Gegensatz zum früheren diese Berufsgewohnheiten auf sein privates Leben. Auch hat er mit der Zeit gelernt, daß eine bestimmte Summe Geldes und Ordnung in seinen privaten Angelegenheiten die Grundlage seiner Unabhängigkeit ist, und auch, daß Frau und Kinder nicht mit Redensarten ernährt werden können.

Die korrekte journalistische Tätigkeit zeitigt einen besonderen Sinn für geistigen Abstand. Der tüchtige Journalist ist Beobachter und Wiedererzähler von Begebenheiten, mit denen er jedoch zugleich handelt. Seine ersten Gedanken sind: Was gibt das für eine Geschichte? Bedeutet sie dem Leserkreis etwas? Lohnt sich der Raum? Welches ist der finanzielle Wert? Eine solche unpersönliche Einstellung Ereignissen gegenüber kann mit der Zeit zum Zynismus führen. Dieser aber ist nicht einmal nachteilig; denn er macht notwendigerweise tolerant und tötet ja nicht das Empfinden. Die Welt ist eben das Rohmaterial der Journalisten; sie verzeichnen die Ereignisse, ohne ihre eigene Anteilnahme zu zeigen.

Die Öffentlichkeit wirft alle Journalisten in einen Topf; dem Psychologen jedoch zeigen sich sehr verschiedene Klassen, von denen drei besonders markant sind: die Akademischen, die Technischen und die Volkstümlichen.

Die Akademischen brauchen nicht studierte Leute zu sein; das Akademische liegt in ihnen, in ihrer Urteilskraft, im Wissen und in einer Ausdrucksfähigkeit, die auf Kultur basiert und auf Pflege der Literatur. Sensation ist ihnen peinlich; ihr Hauptgebiet ist die Politik, hier haben sie starre Ansichten und vertreten in der Regel die Anschauung kleiner aber einflußreicher Kreise. Beobachtungsgabe, ausgenutzt von einer geläuterten propagan-

Digitized by Google

distischen Veranlagung, macht ihre Arbeit wertvoll. Ihr Wert soll durch das Bedenken nicht geschmälert werden, daß leider die Gefahr besteht, daß jemand, der dauernd gewissermaßen lehrt und dem dauernd zugehorcht wird, sich stets im Recht fühlt und allmählich zu der Meinung gelangt, daß er allein vom Allmächtigen auserkoren ist, die Welt ins rechte Gleis zu bringen. Doch sind die meisten davor behütet und betrachten sich selbst als Mittel zum Zweck, Anschauung und Tendenz ihres Blattes zum Ausdruck zu bringen.

Über die Technischen ist wenig zu sagen. Sie bilden — männliche wie weibliche — das Heer der Spezialisten auf den Gebieten der Finanz, des Sportes usw. und beteiligen sich periodisch, wobei sie sich streng auf ihr Gebiet beschränken. Meistens sind es Enthusiasten, die ergeben ihr Steckenpferd reiten. An ihnen sieht man, daß es journalistische Schulung allein nicht macht. Die Fähigkeit z. B., eine technische Angelegenheit in lehrreicher und zugleich anziehender Art zu bringen, ist ausnahmslos das Ergebnis von Wissen und Ausdrucksfähigkeit verbunden mit Lust und Liebe zur Sache.

Nun zu den Volkstümlichen, denen, die genau wissen, was zieht; sie können darstellen und treffen die richtige Auswahl. Wenn ein Dutzend solcher Journalisten aus hundert Artikeln zwanzig auswählen sollen, so werden sie die gleichen Zwanzig wählen. Sie zeichnen sich durch Zuverlässigkeit aus und befolgen den alten journalistischen Wahlspruch: Was du nicht genau weißt, laß fort! Und doch rühren die meisten Vorwürfe wegen Unzuverlässigkeit im Zeitungswesen daher, daß etwas weggelassen, nicht, daß etwas gesagt wurde. Das aber wieder ist unvermeidlich angesichts der Schnelligkeit, mit der die Tagesblätter herausgebracht werden müssen.

Einige allgemeine Fragen interessieren: Welchen Wert haben anonyme Beiträge? Wieweit darf der Journalist gegen seine Überzeugung schreiben? und wieweit auf Befehl? Ist er berechtigt, Anschauungen aufzuhalten, weil er sie nicht teilt? Ohne Zweifel vertritt die Öffentlichkeit den Standpunkt, daß ein Journalist nicht engherzig sein, aber auch nicht gegen seine Überzeugung schreiben soll. Es ist durchaus zu verstehen, daß z. B. in manchen Kontinentalstaaten der Journalist berechtigt ist, an seine Existenz zu denken, wenn er sich durch politische Umwälzungen vor die Entscheidung gestellt sieht, entweder gegen seine Überzeugung zu schreiben oder Arbeit und Einkommen zu verlieren. Oder soll z. B. Herr Müller, ein überzeugter Abstinenzler, dessen Frau krank ist, der sechs kleine Kinder hat und außerdem stark verschuldet ist, eine Stelle mit dem doppelten Gehalt seines jetzigen, die ihm von einer Branntweinfabrik angeboten wird, abschlagen oder annehmen? Wer ist sicher und gerecht genug, die Frage zu beantworten? Bedeutende englische und amerikanische Fachleute stellen da den Journalisten dem Anwalte gleich: Seine Fähigkeit, „einen Fall durchzuführen“, wird bezahlt. Also ist das Blatt, nicht der Autor für den Standpunkt verantwortlich. Jede Zeitung ist berechtigt, sich über jede Angelegenheit zu äußern, und dafür stellt sie eben den Journalisten an, der als „Angestellter“ sein Bestes tun muß, ganz egal wie er anschauungsgemäß zur Sache steht. Es würde ja auch ein noch so gut geschriebener Artikel seinen Zweck verfehlen, wüßte der Leser, daß der Verfasser die ausgesprochene Meinung nicht teilt. Aber schließlich ist dieses Problem mehr ein theoretisches; in der Praxis sympathisiert der Journalist mit seinem Blatt oder er hat überhaupt keinen festgelegten Standpunkt.

Ein aktuelleres Problem bildet der „Preßagent“, dessen Aufgabe es ist, eine Persönlichkeit, ein Unternehmen, eine Bewegung zu machen. In Amerika ist er allmählich zum „Schwarzen Mann“ geworden. Seine genialen Methoden, Ereignisse aufzubauschen, andere totzuschweigen, sind ja bewundernswert; im Grunde jedoch ist er ein journalistischer Clown. Der Beruf steckt hier noch in den Kinderschuhen, und es hat daher wenig Sinn zu moralisieren. Ein Preßagent natürlich, der falsche Behauptungen aufstellt, Nachrichten fabriziert oder verdreht, ist indiskutabel.

Der Journalismus hat seine eigene Psychologie. Die Zeitungen müssen sich nur mit dem Bemerkenswertesten abgeben. Das erklärt, warum allmähliche Entwicklungen selten von der Presse erwähnt werden. Erst die sichtbare Veränderung erweckt Aufsehen; ein Beispiel hierfür ist die Länge der Damenröcke. Die Welt ist voll von Bewegungen, die niemals in Erscheinung treten; infolgedessen ist der journalistische Sinn geneigt, solche, die keine sichtbare Zeichen auf Erfolg in sich tragen, unbeachtet zu lassen.

Langweiligkeit ist nicht nur das größte literarische, bestimmt auch das größte journalistische Laster. Im Bemühen, es zu vermeiden, wird die Wirklichkeit häufig mißachtet. Der Leser hält sein Blatt hauptsächlich der alltäglichen Begebenheiten wegen. Darum sollte der Journalist, um über den Geschmack des Lesers auf dem Laufenden zu bleiben, den Verkehr mit seinen Mitmenschen besonders pflegen.

Schopenhauer nennt die Zeitung den Sekundenzeiger der Weltgeschichte und sagt, Übertreibungen jeder Art sind für den Journalismus ebenso wesentlich wie für die Schauspielkunst; denn es liegt im Sinne des Journalismus, daß die Ereignisse sich überstürzen. Und er bezeichnet die Journalisten daher als Lärmmacher. Viel später schrieb A. Brisbane, ein bedeutender Angelsachse, die Zeitungen geben ein Bild ihrer Nationen; sie schreiben, was die Öffentlichkeit tut, also schreibt diese das Tempo vor.

Vielleicht ergänzen sich beide Ansichten. Es klingt nicht alles schön, was über den Journalismus gesagt wird, aber wir leben eben in keiner idealen Welt und es hat seinen Sinn, zu sagen, daß man mit den Wölfen heulen muß. Schließlich geht aber daraus hervor: Wenn sich die große Masse erst einmal für die große Welt mehr interessieren wird als für den alltäglichen Klatsch, werden die Zeitungen auch anders aussehen.

„Im großen Ganzen meine ich, so schließt Lord Riddell wörtlich, interessieren sich die Menschen für die gewöhnlichen Begebenheiten in fremden Ländern mehr als wir annehmen, und deswegen sollten wir zu unserem eigenen Vorteil solchen Dingen mehr Raum in unseren Blättern gewähren.“

*

Hier ist ein Berufsstand, seine Angehörigen und ihre Arbeit gekennzeichnet in einer Auffassung, die uns Deutschen nicht mehr unbekannt ist und deshalb nicht sonderlich überrascht, auch wenn sie uns nicht vertraut ist. Manches wird bejaht werden; besonders das, was über die Veranlagung zum Journalisten gesagt ist; auch das Berufstechnische; ebenso erweist sich die Klassifizierung als einsichtig. Empfindungsgemäß jedoch melden sich unwillkürlich Zweifel. — Unwillkürlich. — Die englische Auffassung mit unserer deutschen aber auf eine vergleichende Formel bringen zu wollen, erscheint unrationell. Dazu ist die Basis, von der aus Deutsche und Engländer — nicht nur — das Thema Journalismus betrachten, eine zu ungleiche.

Ich erinnere mich an — man finde das nicht profan — einen Witz des Inhaltes: Deutsche und englische Journalisten schrieben nach einer gemeinsamen Afrikareise zum Thema: Elefant; der Engländer unter dem Titel: „Der Elefant und sein Leben“; der Deutsche: „Der Elefant, wie er ist und wie er sein soll.“ Ins Ernsthafte übersetzt: Es liegt dem Engländer, die Dinge zu sehen, wie sie sich darstellen und wie sie sich äußern, dem Deutschen — selbstverständlich: ihre Äußerung — unvermeidlich: ihr „Soll.“

Ich glaube, man kann diese Übersetzung bei einer glatten Gegenüberstellung der vorliegenden englischen Auffassung mit der uns geläufigen deutschen benutzen; aber weiter vergleichen kann man nicht; weil in diesem Falle

Digitized by Google

Presse und Republikschutzgesetz.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse hat an das Reichsjustizministerium und an das Reichsministerium des Innern sowie an die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen die folgende Eingabe gerichtet:

„Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse, in der die Redakteure und Verleger der deutschen Tageszeitungen zusammengeschlossen sind, stellt fest, daß der neue Entwurf eines Republikschutzgesetzes wiederum die Möglichkeit des Verbotes periodischer Druckschriften in einem Maße enthält, das einen schweren Eingriff in die Pressefreiheit bedeutet, deren Aufrechterhaltung wir verlangen.

Wenn die Reichsarbeitsgemeinschaft auch das Notwehrrecht des Staates zum energischen Schutz seiner Hoheit, seiner Repräsentanten und seiner Symbole anerkennt, so hat doch schon die Handhabung des ersten Republikschutzgesetzes in vielen Fällen zu zweifelsfreien Übergriffen der Verwaltungsbehörden auch gegenüber ernsthaften und politisch gemäßigten Zeitungen geführt. Die Gefahr derartiger Übergriffe wird durch den neuen Gesetzentwurf noch gesteigert. Wenn dieser auch zunächst nur die Fälle von Beschimpfung, Verächtlichmachung und Aufforderung zur Gewalt treffen will, so sind doch besonders die in § 6 Ziffer 1 und 2 umschriebenen Tatbestände von so bedenklicher Dehnbarkeit der Auslegung, daß sie auch die sachliche Kritik und Meinungsäußerung gefährden.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft hat schwerste Bedenken gegen die in § 15 des Entwurfes ausgesprochene Möglichkeit, künftighin auch solche Zeitungen zu verbieten, die als Ersatz für eine verbotene Zeitung den Abonnenten geliefert werden. Sie hält zum mindesten eine Legaldefinition dahin für geboten, daß der „Zweck der Umgehung des Verbotes" nur dann vorliegt, wenn die Ersatzlieferung den Zweck verfolgt, die politische Einwirkung eines verbotenen Blattes auf seine Leserschaft im Sinne der hinter ihm stehenden Organisation oder Bewegung unverändert fortzuführen, nicht aber in den Fällen, in denen die Ersatzbelieferung lediglich aus verlegerischen Gründen erfolgt.

Soweit das Druckschriftenverbot in dem neuen Gesetz überhaupt aufrecht erhalten bleiben sollte, fordert die Reichsarbeitsgemeinschaft die Einfügung von Bestimmungen, die zum mindesten die vorherige Anhörung der Betroffenen und eine Beschleunigung des Rechtsweges gewährleisten, kraft deren eine richterliche Entscheidung in kürzester Frist herbeigeführt werden kann.

Die Vorsitzenden der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse:

gez. Dr. Simon, gez. Ackermann.

---

ein Vergleich mehr der Fundamente der Auffassungen als dieser selbst notwendig wäre.

Es lassen sich aber wohl kurz einige deutliche, objektive Momente erwähnen, die zur Divergenz der Auffassungen führen, die den englischen Journalisten als — ich möchte sagen — Arbeiter in der geistigen Industrie, den Deutschen als verantwortungsbewußten Volkserzieher erkennen lassen.

Die englische Nation ist nicht in die unglaublich vielen Parteien zersplittert, in die das deutsche Volk zerfällt, und das politische Zugehörigkeitsgefühl und -bedürfnis eines englischen Parteimannes hat — glaube ich — mit dem Gesinnungspathos, das in unseren deutschen politischen Gruppen kultiviert wird, wenig gemeinsam. Infolgedessen kommt für die große Masse sowohl der englischen Zeitungsleser als auch der Zeitungsschreiber — und auf die große Masse dieser haben ja Lord Riddell's Ausführungen Bezug — ein radikaler Wechsel, ein Gesinnungsdelikt, kaum in Frage und es erübrigt sich z. B., daß, wie bei uns, zwischen Redakteur und Verleger im Anstellungsvertrag die „politische Gesinnung" vereinbart und festgelegt wird. Dazu kommt, daß die führenden politischen Journalisten von jeher ihren Blättern eine Elastizität bewahren, die größte Spannungen aushält; wie die englische Presse beim letzten Kabinettswechsel wieder bewiesen hat.

Also der englische Journalist hat es — mindestens in Gesinnungsdingen — leichter als sein deutscher Kollege. Die Mentalität seines Volkes und dessen innerpolitische Struktur bewahren ihn häufiger vor Konflikten. Ob das nun eine Frucht eben journalistischer Arbeit ist, oder ob sich diese dem Gegebenen anpaßt, ist eine schwer zu beantwortende Frage, die bei folgender Betrachtung vielleicht zugunsten des Letzten entschieden wird.

Wenn wir Deutsche — im allgemeinen — das Wort Politik hören, so denken wir an Volkspartei, Deutschnationale, Sozialdemokratie, Zentrum u. a. Denkt nicht der Engländer zunächst: England, Malta, Gibraltar, Suez, Indien, Flotte? Ist es nicht sonderbar, daß rasseverwandte Völker das gleiche Wort spontan so verschiedenartig empfinden? Und müssen dann nicht die Träger der Volksöffentlichkeit, die deutschen und die englischen Journalisten, ebenso verschiedenartig arbeiten, und müssen dann nicht ihre Arbeitsbedingungen von auch verschiedenartigen Gesichtspunkten gewürdigt werden?

Erich Schadow.

Presse-Unfreiheit in Danzig.

Von F. v. Wilpert.

In der kleinen Freien Stadt Danzig herrscht der Grundsatz völliger Pressefreiheit. Die Danziger Presse unterliegt nur jenen strafrechtlichen Bestimmungen, wie sie beispielsweise auch in Deutschland Geltung haben. Darüber hinaus aber bietet die Danziger Verfassung keine Handhabe, die Verbreitung irgendeiner auswärtigen Zeitung usw. im Gebiet der Freien Stadt zu unterbinden. So werden beispielsweise in Danzig ungehindert alle möglichen polnischen Zeitungen vertrieben, ohne Rücksicht darauf, daß sie mitunter sehr heftige Angriffe gegen die Freie Stadt unternehmen.

Leider erfreuen sich die Danziger Zeitungen in Polen nicht der gleichen entgegenkommenden Behandlung. Im Gegenteil, die maßgebenden polnischen Stellen betrachten die Entziehung des Postdebits, das heißt die Unterbindung der Belieferung der Abonnenten in Polen mit

Digitized by Google

den Danziger Zeitungen, als bequemes Druckmittel zur Beeinflussung der politischen Haltung der Danziger Presse. In der polnischen Denkschrift gegen Danzig, die im Februar 1929 bekannt wurde, heißt es ausdrücklich: „Die Danziger Presse ... muß so in Schach gehalten werden, daß sie nicht offen der polnischen Politik Widerstand zu leisten wagt". Und zur Erläuterung, was damit gemeint ist, heißt es weiter: „Aus diesen Gründen ist es sehr wichtig, über den führenden Zeitungen der Freien Stadt Danzig das Damoklesschwert des Verbotes stets schweben zu lassen und die Zeitungen an diese für sie unangenehme Lage von Zeit zu Zeit zu erinnern." Der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Minister Strasburger, hat mündlich in einer Unterredung mit einem Vertreter einer Danziger Zeitung sich ausdrücklich im Namen der polnischen Regierung zu dieser Taktik bekannt.

So kommt es, daß infolge der Kleinheit des Danziger Staatswesens die Danziger Presse sich zwar in diesem kleinen Gebiet weitgehender Pressefreiheit erfreut, sie aber vollkommen rechtlos und wehrlos der polnischen indirekten Verbotstaktik ausgeliefert ist, wo ihre geschäftlichen Interessen auf das ehemalige westpreußische, jetzt polnische Gebiet hinübergreifen. Deutsche Zeitungen in Polen haben einen gewissen Rechtsschutz, und wenn dieser Rechtsschutz sich bei den Drangsalierungen der Redakteure und Verlage durch die polnischen Behörden auch meist als recht unzureichend erweist, so sind Verbote, Beschlagnahmungen und Strafen doch nur im Rahmen der geltenden Gesetze möglich. Die Entziehung des Postdebits hängt aber ebenso wie die Wiederzulassung zum Postvertriebe ausschließlich von der Willkür der in Frage kommenden polnischen Instanzen ab. Es gibt kein Rechtsmittel, zu dem die Danziger Presse ihre Zuflucht nehmen könnte, es gibt auch keine Vergeltungsmaßnahme auf Danziger Gebiet für polnische Zeitungen, weil eben die Freie Stadt erfreulicherweise den Grundsatz der Pressefreiheit trotz des schlechten polnischen Beispieles nicht aufgeben will.

Daß die Entziehung des Postdebits nicht begründet wird, sondern eben aus politischen Gründen einfach dann erfolgt, wenn auf die betreffende Zeitung ein politischer Druck ausgeübt werden soll, ist eine von den polnischen maßgebenden Stellen offen zugegebene Tatsache. So ist beispielsweise gegenwärtig die „Danziger Landeszeitung", das Danziger Zentrumsorgan, von dem Betriebe in Polen ausgeschlossen. Diese Zeitung sollte für ihr Eintreten für die Danziger Interessen eben „bestraft" werden — jeder Einmischung in innerpolitische Fragen enthalten sich die Danziger Zeitungen schon grundsätzlich. Und als „erschwerend" wurde von polnischer Seite auf Anfrage bezeichnet, daß die „Danziger Landeszeitung" doch dem Zentrum nahestehe, das in der Danziger Regierungskoalition vertreten sei.

Versuche, ein Ersatzblatt mit anderem Titel den Lesern der „Danziger Landeszeitung" in Polen zukommen zu lassen, schlugen ebenso fehl wie seinerzeit die gleichen Bemühungen der „Danziger Neuesten Nachrichten", die als das wichtigste Zeitungsunternehmen der Freien Stadt von jeher das Objekt ganz besonderen polnischen Interesses gewesen sind und eine ganze Reihe von derartigen indirekten Verboten über sich ergehen lassen mußten. Aber auch die anderen Danziger Blätter haben sich dem polnischen Verbot nicht zu entziehen vermocht, einschließlich der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme".

Man ersieht hieraus, wie eng begrenzt in Wirklichkeit die Pressefreiheit ist, von der die Danziger Presse praktisch Gebrauch machen kann. Und man wird es verstehen, warum in der Danziger Presse vielfach die Danziger Fragen und insbesondere das Danzig-polnische Verhältnis nicht jene ungeschminkte Darstellung findet, die der öffentlichen Meinung in Danzig entsprechen würde. Es wäre nicht unangebracht, im Rahmen einer internationalen Presse-Organisation zum Thema-Preßfreiheit einmal darauf hinzuweisen, daß hier in Danzig ganz besonders eigenartige Verhältnisse vorliegen: Daß nämlich die gesamte Presse eines kleinen Staates, der nicht die Möglichkeit zur Vergeltung mit Gleichem hat, durch einen anderen Staat aus politischen Gründen in der Pressefreiheit beschränkt werden kann, die den Presseerzeugnissen jenes anderen Staates in vollem Umfange zugute kommt.

---

25 Jahre Ortsverein Bochumer Presse.

Die Jubiläumstage der dem Reichsverband angeschlossenen Organisationen mehren sich. Auch der Verein Bochumer Presse ist in die Reihe der Verbände und Vereine im Reichsverband eingetreten, die auf ein fünfundzwanzigjähriges Bestehen zurückblicken können.

Der Ortsverein Bochumer Presse wurde als Glied des Landesverbandes der rheinisch-westfälischen Presse am 5. Dezember 1904 gegründet. Von seinen Gründern sind noch vier Mitglieder des Ortsvereins: Dr. Dr. Küppers, Adolf Peddinghaus (diese beiden sind auch Mitbegründer des Landesverbandes), Anton Krup und Max Flegel am Leben. An der Wiege des jungen Vereins standen auch die damaligen Verleger der Bochumer Zeitungen Pate; von ihnen leben noch die Verleger Otto Dierichs und Wilhelm Laupenmühlen. Der Verein vermochte es, in mancher Hinsicht Erfolge zu erzielen. Persönliche Fehden zwischen den Zeitungen, die im vorhergegangenen Jahrzehnt gerade in Bochum die häßlichsten Auswüchse gezeitigt hatten, hörten auf; ein wahrhaft kollegialer Verkehr setzte ein; im Verein mit den Verlegern konnten Mißstände, die eingerissen waren, in bezug auf Gratisreklame, im Verkehr mit Behörden usw. beseitigt werden. Die Presse mehrte ihr Ansehen. Auf den Nachwuchs wurde erzieherisch eingewirkt, ungeeignete Elemente rechtzeitig ausgemerzt. So kam es, daß der Journalistenstand im gesellschaftlichen Leben Bochums an Achtung gewann, wodurch auch das Ansehen der Zeitungen allgemein sich hob. Bei manchen großen Veranstaltungen zog man die Presse zu Rate. Mehrmals konnte der Ortsverein Bochum die Generalversammlung des Verbandes bei sich zu Gaste sehen — Veranstaltungen, an denen die Verleger wie auch die Behörden regen Anteil nahmen. Im Kriege eilten mehrere Mitglieder unter die Fahne, sie kehrten glücklicherweise alle gesund heim. Schwere Zeiten brachten die sozialen Wirren nach der Umwälzung und die Tage des Kapp-Putsches mit sich; Freiheit und Existenz der Presse waren oftmals ernstlich gefährdet. Noch schlimmer wurde es im Ruhrkampf und während des Maiaufstandes 1923, als alle Ordnung zusammenzubrechen drohte. Was damals die hiesige Presse geleistet hat, bleibt für sie stets ein Ruhmesblatt. Mehrere Kollegen, so Renner, Gubitz und Peddinghaus, wurden von den Franzosen verhaftet; ersterer, monatelang von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt, starb bald darauf an den seelischen Qualen, die er erdulden mußte.

Dann kam die Inflation, die Deflation. Diese Jahre von 1918 bis 1925 müssen doppelt gezählt werden, denn was in dieser Zeit an Druck und Entbehrungen, an Drangsal und Trübsal auf den Redaktionen und jedem einzelnen Kollegen lastete, das weiß nur nachzufühlen, wer diese Zeiten am eigenen Leibe erfahren hat. Auch die Verleger hatten damals schwer zu ringen; aber an ihren Redakteuren, die oftmals unter Hintansetzung ihres Lebens und ihrer Existenz treu, opferbereit und pflichterfüllt ihnen zur Seite standen, hatten sie Mitarbeiter, die ihnen halfen, das Schwerste zu tragen. Die harten Jahre gingen vorüber; für den Wiederaufbau setzten sich die Redakteure im Geist und Sinn der Arbeitsgemeinschaft mit den Verlegern mit aller Kraft ein. In der Öffentlichkeit gewann die Presse immer mehr an Bedeutung und Einfluß; bleibt hier auch noch manches zu tun, so sind doch schon gute Erfolge zu verzeichnen, an deren Ausbau jeder einzelne Kollege interessiert ist und an seinem Teile mitwirken kann. Je enger der Zusammenschluß der Kollegen, je mehr die Achtung vor der Persönlichkeit des Einzelnen gepflegt wird, desto wirksamer wird die Arbeit an unserem und für unseren Stand sein. — Ehrend sei der verstorbenen

Digitized by Google

Mitglieder Zacharias Knappe, Lucian Waller und Ernst Renner gedacht. Ein herzlicher Gruß den Kollegen im Reiche, die vorübergehend unserem Ortsverein angehörten. In aller Schlichtheit sollte die silberne Jubelfeier am 7. Dezember begangen werden. Mehrere Krankheitsfälle und andere Hindernisse nötigten aber, sie abzusagen. Von den früheren Kollegen Ernst Rosemann und Karl Martin gingen Glückwunschtelegramme ein, wofür hier gedankt sei. Seinem Mitbegründer und früheren ersten Vorsitzenden Dr. Dr. Küppers hat der Verein eine künstlerisch ausgeführte Ehrenurkunde über seine Ernennung zum Ehrenmitgliede überreichen lassen; der zweiundsiebzigjährige verdienstvolle Jubilar empfand darob innige Freude. Nach schlichter Westfalenart wollen die Kollegen im Verein Bochumer Presse auch im zweiten Vierteljahrhundert weiterarbeiten am Ausbau unserer Organisation, an der Hebung des Ansehens unseres so schweren, doch uns so ans Herz gewachsenen Berufsstandes, wollen Dienst am Vaterlande und am Gemeinwohl leisten.

Gegen Sensationsberichterstattung.

Der Verein Düsseldorfer Presse hat in seiner letzten Mitgliederversammlung nach einem Referat des Kollegen Eberlein über die zum Teil sehr unerfreuliche Berichterstattung der Presse aus Anlaß der Düsseldorfer Mordaffären folgende Entschließung angenommen:

„Der Verein Düsseldorfer Presse, die Berufs- und Standesorganisation der Düsseldorfer Journalisten, beschäftigte sich in seiner Mitgliederversammlung vom 9. Dezember 1929 mit den beklagenswerten Auswüchsen, die in in- und ausländischen Zeitungen bei der Behandlung der Düsseldorfer Mordfälle festzustellen waren. In geschlossener und einmütiger Stellungnahme kam die Versammlung zur schärfsten Verurteilung der Sensationsgier, mit der die traurige Angelegenheit in manchen Blättern behandelt wurde. Der Verein Düsseldorfer Presse sieht in der Befriedigung der niedrigsten menschlichen Triebe, die sich manche Zeitungen anscheinend als Hauptaufgabe gestellt haben, einen schweren Verstoß gegen den Geist und das Wesen der verantwortungsbewußten Presse, die sich einzig und allein als Treuhänderin der Allgemeinheit und als Sachwalterin des öffentlichen Wohls betrachtet. Die Standesorganisation rückt deshalb weit ab von Art und Tempo, mit denen eine gewisse Journalistik sich in einen unüberbrückbaren Gegensatz zum anständigen Journalismus stellt, und erwartet in ihrem Kampf gegen die Unsauberkeit und Unwahrheit, die sich anscheinend in übler Weise auch in der deutschen Presse breit machen will, kräftige Unterstützung durch die Spitzenverbände der deutschen Presse, den Reichsverband der deutschen Presse und den Verein Deutscher Zeitungsverleger.“

Der Reichsverband der deutschen Presse sowohl wie die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse haben sich bekanntlich aus verschiedenen Anlässen schon mit der Frage der Sensationsberichterstattung eingehend beschäftigt und in dem Sinne zu ihr Stellung genommen, daß Auswüchse der Berichterstattung sowohl im Interesse des Ansehens der Presse wie mit Rücksicht auf etwaige unerfreuliche Auswirkungen auf das Publikum vermieden werden sollen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang nur an die seinerzeit in der „Deutschen Presse“ wie in der gesamten Tagespresse bekanntgegebene Erklärung der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse zum Krantz-Prozeß, die wir nachstehend in Erinnerung bringen und dringend der Beachtung durch die Kollegen empfehlen.

> Es ist die publizistische Pflicht der Presse, über öffentliche Vorgänge — also auch über öffentliche Gerichtsverhandlungen — wahrheitsgemäß zu berichten. Erwünscht wäre es, daß bei Prozessen, soweit in deren Verlauf durch die öffentliche Verhandlung das sittliche Empfinden weiter Volkskreise verletzt werden kann, die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird. Mit Erfolg ist bereits bei solchem Ausschluß die öffentliche Kontrolle der Prozeßführung durch Zulassung der Presse gewährleistet worden. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse empfiehlt, dieses Verfahren nach Möglichkeit anzuwenden in dem Bewußtsein, daß dadurch der Presse eine erhöhte Verantwortung für ihre Berichterstattung zufällt. Die in der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse zusammengeschlossenen Berufsverbände der Redakteure und Verleger werden dafür Sorge tragen, daß dieser Verantwortung bei der Berichterstattung entsprochen wird. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse ist der Auffassung, daß bei derartigen Prozessen alles vermieden werden muß, was außerhalb der berufsmäßigen Verpflichtung der Presse zur Berichterstattung und Kritik liegt, insbesondere die sensationelle Ausbeutung der im Prozeß berührten Vorgänge. Auf das entschiedenste wendet sich aber die Reichsarbeitsgemeinschaft gegen alle Versuche, durch Ausnahmegesetze die Presse in der pflichtmäßigen Erfüllung ihrer Aufgaben beschränken zu wollen.“

Es befremdet aufs äußerste, feststellen zu müssen, daß die in dieser Erklärung enthaltene Mahnung an die Zeitungen, sich in der Berichterstattung über Sensationsfälle allgemein zurückzuhalten, so wenig Beachtung gefunden hat, wie die Düsseldorfer Berichterstattung zeigt. Alle Kollegen seien bei dieser Gelegenheit nochmals auf das eindringlichste darauf hingewiesen, welche Verantwortung sie mit einer unüberlegten und nur der Sensationsgier gewisser Publikumsschichten dienenden Berichterstattung, sei es über Prozesse, sei es aus Anlaß von Katastrophen oder Verbrechen, auf sich nehmen und dringend um Zurückhaltung ersucht.

Psychologie der öffentlichen Meinung.

An der Kölner Universität ist in diesem Jahre ein Forschungsinstitut für Internationales Pressewesen begründet worden, das sich bemüht, in der Zeitungskunde neue Wege zu gehen. In der Alteburger Straße 151—155 sind die neuen Räume des Instituts untergebracht. Ein Hörsaal schließt an eine Reihe Institutsräume an, die wertvolles statistisches und demonstratives Material aus der „Pressa“ zu einer ständigen Ausstellung vereinigen. Lesesaal und Bibliothek sowie die aus allen Teilen des Reiches, auch des Auslandes, aufliegenden Zeitungen vervollständigen das Inventar. Leiter des Instituts ist Universitätsprof. Dr. Gerhard Kallen, Geschäftsführer Privatdozent Dr. Wohlers. Das Institut hat in diesem Semester schon eine Reihe beachtlicher Vorlesungen gehalten. Vor allem sind dabei die Praktiker, Redakteure und Verleger zu Wort gekommen. Das Forschungsinstitut ist als erstes seiner Art selbständig von allen Fakultäten errichtet und will vor allem der Praxis genügenden Raum geben.

Im Rahmen einer österreichischen Vortragsveranstaltung war Gelegenheit geboten, Herrn Prof. Dr. W. Bauer (Wien), einen geistvollen Dozenten, den Verfasser des Buches „Öffentliche Meinung der Weltgeschichte“, über die „Psychologie der öffentlichen Meinung“ zu hören. Auf diesem Gebiete gilt Prof. Dr. Bauer als Autorität. Für den Praktiker, der sich weniger mit den Dingen beschäftigt, war vieles der gebotenen Theorien interessant. So z. B. daß der Redner die Publizistik schon in der Antike im modernen Sinne sein läßt. Die öffentliche Meinung geht weiter wie die Presse, die nur ein Teil derselben ist. Prof. Bauer wertet Zeitungen wie individuelle Persönlichkeiten, eine aufgeschlossene Ansicht, für die man dem Wissenschaftler, der doch den Weg für die richtige Erfassung der Kulturmittel weisen soll, dankbar sein muß. Zeigen sich doch im heutigen Zeitalter der Vermassung dem ringenden Journalisten Bestrebungen auch in den intellektuellen Kreisen genug, die der Zeitung dieses Persönlichkeitsmoment absprechen und gerne lesen möchten, was ihre eigene Ansicht ist. Das führt schließlich zu jenem Typ von Presse, dem jedes Persönliche, also die frische politische Publizistik, fehlt.

Redakteur für die „Deutsche Presse“.

Für das Verbandsorgan des Reichsverbandes soll möglichst bald ein hauptamtlicher Redakteur bestellt werden. Schriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf pp. sind bis zum 6. Januar 1930 spätestens an den unterzeichneten Geschäftsführenden Vorsitzenden zu richten. Es kommen nur Bewerber in Frage, die neben organisatorischer Befähigung und Initiative für den zeitgemäßen Ausbau unserer „Deutschen Presse“ auch genügend journalistische Erfahrung, gewandten Stil sowie die nötige Passion zur Sache besitzen.

gez.: G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Digitized by Google

Der Begriff der öffentlichen Meinung tauchte nach Prof. Bauer zuerst mit der französischen Revolution auf. Vorher hat man wohl die Kräfte der öffentlichen Meinung gespürt, aber nicht einheitlich gesehen. Görres handhabte das Schlagwort, die typische Reagenz der öffentlichen Meinung, schon wie eine Selbstverständlichkeit. Interessantes wußte der Redner gerade über das Schlagwort als den Beherrscher der öffentlichen Meinung, den Diener einer geschickten Reklame und das Ferment auch der Publizistik zu sagen. Es gibt auch öffentliche Meinung, die der Publizistik entraten kann. Sie hat hauptsächlich in der ländlichen Bevölkerung, aber auch in den städtischen Verhältnissen ihren Wirkungskreis. So z. B. Mode und Tracht, der Hexenwahn im Mittelalter, die Tulpenmanie in Holland. An der Kriegspropaganda unserer Gegner zeigte der Redner die gewaltige Wirkung des Schlagworts in bezug auf die öffentliche Meinung. Die Zusammenballung des modernen Wirtschaftslebens bringt es mit sich, daß der Mensch sich leichter von gefühlsstarken Vorstellungen leiten läßt, wie sie das an sich oft unlogische Schlagwort weckt. Märchen und Sage sind primitive Äußerungen für den Weg, komplizierte Erscheinungen auf einfache Formeln zu bringen.

Ein fesselnder historischer Überblick zeigte die Entstehung des Begriffes Öffentlichkeit und öffentliche Meinung. Verkehr, Vervielfältigung und Kapitalismus haben den Prozeß beschleunigt und intensiviert. Zwei Kollektiva wirken heute zusammen: Das Publikum und die Nachrichtenorganisation. Die Zeitung wird unter diesem Gesichtspunkt zum Zwiegespräch zwischen Journalist und Leser, zumal das Publikum keineswegs eine seelenlose Masse, sondern durch die Art der Zeitung vorher bestimmt, bestimmt gerichtet ist. Aufgabe und Pflicht der Presse wachsen mit diesem seelischen Zustand. Die Kulturgebiete dehnen sich so, daß keiner in allen Fachmann ist. Es erhöht die Bedeutung der Zeitung, zumal im demokratischen Staatsleben die Einzelperson mitwirken, also mit dem nötigen Rüstzeug versehen sein muß.

Wenn Prof. Bauer meint, daß die moderne Presse nunmehr in zunehmendem Maße unpersönlich werde, daß die Publizistik von der Journalistik überwältigt werde, so wird man darüber verschiedener Meinung sein können. Es ist auch denkbar, daß die Zeitströmung, wonach das Agitatorische in der Presse hinter dem Nachrichtenwesen zurücktritt, durchaus durch die Umstände bedingt ist und wieder einmal eine Reaktion erleidet. Ansätze zu nachrichtenarmen Zeitungen, die den Hauptwert auf den Artikel legen, sind doch zu sehen. Auch die Schlußfolgerung, daß der Rundfunk mit Bezug auf die öffentliche Meinung der Presse einen gewissen Rang ablaufe, braucht man nicht zu teilen. Nach meiner Meinung ist das gesprochene Wort, zumal man es sich am Rundfunk durch bestimmte technische Handhabungen, zu denen man nicht immer Ort und Zeit findet, sichern muß, so raum-bedingt, daß es dem geschriebenen, welches zur günstigsten Zeit ins Haus kommt oder an den Straßenecken wartet, niemals den Rang ablaufen wird.

Alles in allem waren die geistvollen Ausführungen recht geeignet, einmal das Grenzgebiet zwischen öffentlicher Meinung und ihren verschiedenen Mitteln zu beleuchten. An Gedanken und Anregungen gerade als Journalist bereichert, verließ man den Vortrag. Dr. Heinrich Staab (Neuß).

Eine zeitungswissenschaftlich-statistische Erhebung über die politischen Tageszeitungen Preußens.

Das „Deutsche Institut für Zeitungskunde" in Berlin hat in Verbindung mit dem „Preußischen Statistischen Landesamte" einen Fragebogen ausgearbeitet, der als Unterlage einer statistischen Erhebung bei den Zeitungen dienen soll. Die Untersuchung beschränkt sich zunächst auf Preußen, wird aber, wenn möglich, später auf das Reich ausgedehnt. Die Arbeit hat sich als grundsätzlich notwendig nicht nur vom statistischen Standpunkte aus erwiesen, wo authentische Unterlagen noch fehlen, sondern auch aus der Erkenntnis, daß die zeitungswissenschaftliche Forschung mit Einzeluntersuchungen beim Zeitungsunternehmen und der Zeitung beginnen muß, um eine Theorie aufbauen und eine Methodik entwickeln zu können. Die Beantwortung der Fragebogen soll lediglich Material zu statistischer Verarbeitung beschaffen und wird streng geheim gehalten.

Der Fragebogen ist auf das „Pressejahr" 1928 abgestellt, um den Zeitungen die Arbeit der Beantwortung zu erleichtern, die zum 31. Januar 1930 spätestens erbeten wird. Eine verständnisvolle Aufnahme dieses für die Zeitungsforschung so wichtigen Versuches darf bei den Zeitungen vorausgesetzt werden.

Fachrundschau

Bedenkliche Preßrechtsreform in Österreich.

Die österreichische Regierung plant seit einiger Zeit die Durchführung eines Gesetzentwurfes, der, wenn er endgültig angenommen werden sollte, der Regierung die Möglichkeit geben würde, die Preßfreiheit erheblich einzuschränken und den Journalisten das Leben sehr schwer zu machen. Die Schwurgerichte sollen für Pressedelikte überhaupt abgeschafft werden. Irgendeine Bestimmung über das Recht der Vertretung öffentlicher Interessen enthält der Gesetzentwurf nicht. Der Staatsanwalt muß Anklage erheben ohne Antrag der Beleidigten, wenn Verletzung der Ehre des Bundespräsidenten, der Minister und der öffentlichen Beamten nach seiner Ansicht vorliegt. Die Zeitungen sollen verpflichtet werden, der Staatsanwaltschaft und der Polizei vor Verteilung Pflichtexemplare einzuliefern, was u. U. eine rechtzeitige Ausgabe, selbst in den Fällen der Erfüllung, nach auswärts unmöglich machen kann. Schließlich enthält der Entwurf dehnbare Bestimmungen über Kreditverleumdungen sowie einen Ableger des Schmutz- und Schundgesetzes. Nach Ansicht der „Neuen Freien Presse" könnten die hier geplanten Bestimmungen nur dann durchgeführt werden, wenn Jugendliche unter 18 Jahren überhaupt von der Straße verschwänden.

Der Entwurf hat in Journalisten- und Verlegerkreisen befremdendes Aufsehen erregt. Eine Abordnung der Organisation der Wiener Presse und des Vereins der österreichischen Tageszeitungen sprach bei dem Referenten des Preßgesetzes, dem Abgeordneten Kienböck, vor, damit er vor Beschlußfassung über das Gesetz eine Enquête erlasse. Kienböck lehnte die Befürwortung der Einsetzung einer Enquête ab, während Bundeskanzler Schober zusagte, daß er sich mit dem Justizministerium wegen Einberufung einer Enquête in Verbindung setzen werde.

Inzwischen hat der Justizausschuß in eilzigstem Tempo die Preßgesetznovelle erledigt. Berichterstatter Dr. Kienböck hat die von den Redakteuren und Zeitungsverlegern gewünschte Untersuchung verhindert und die Preßfreiheit mit Hilfe der Christlichsozialen, seiner Partei, stark beschnitten. Auch wurde der Schmutz- und Schundparagraph angenommen. Die Schlußberatung im Plenum des Parlaments hat inzwischen begonnen. Über ihr Ergebnis ist vorläufig noch nichts Entscheidendes zu sagen, doch ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß an der bisherigen Fassung der Novelle im Sinne der Vorstellungen der Pressekreise selbst nicht viel geändert wird, wenn nicht der Bundeskanzler selbst noch eingreift.

Zeitungskunde und Zeitungswissenschaft.

Deutsches Institut für Zeitungskunde. Die Preß-Rechtsabteilung des Deutschen Instituts für Zeitungskunde wurde in diesem Wintersemester erheblich erweitert. Die Leitung wurde dem Dozenten für Preßrecht an der Universität Berlin, Ministerialdirigenten Dr. Kurt Häntzschel, übertragen.

Zeitungswissenschaftliche Arbeit in Münster. Das Institut für Zeitungswesen an der Universität Münster, das jetzt im alten Lehrerinnenseminar am Domplatz untergebracht ist und über dessen Übernahme durch Herrn Kollegen Dr. phil. Heinz Bause wir schon kurz berichteten, ist bestimmt, alle mit dem Wesen der Presse zusammenhängenden Probleme mit besonderem Interesse zu behandeln. Für das Wintersemester sind zwei Vorlesungen vorgesehen und zwar 1. über „die Geschichte der deutschen Presse in den letzten 50 Jahren mit besonderer Berücksichtigung der Konzentrationsbewegung im deutschen Zeitungsgewerbe" und 2. „Die Organisation und Technik der modernen Tageszeitung". An diese zweite Vorlesung sollen sich praktische Übungen anschließen. Weiter sind Vorträge bekannter Persönlichkeiten des deutschen Zeitungswesens sowie zur praktischen Einführung der Studierenden die Besichtigung einer Zeitung, eine Exkursion ins Industriegebiet und praktische Übungen geplant. Für Sondervorträge haben sich vorläufig zur Verfügung gestellt Chefredakteur Paul Baecker M. d. L. und M. d. RWR., Professor Chefredakteur Eg. Bernhard M. d. R., Professor Dr. Dovifat, Direktor des Deutschen Instituts für Zeitungskunde, Berlin, und Dr. Martin Carbe, Generalbevollmächtigter der Firma Rudolf Mosse, Berlin. Den Institutsmitgliedern steht ein besonderer

Digitized by Google

Leseraum mit einer geeigneten Auswahl von Zeitungen und eine umfangreiche Fachbibliothek zur Verfügung. Neben dem eigentlichen Institut für Zeitungskunde besteht noch das Zeitungsseminar der juristischen und nationalökonomischen Fakultät unter der Leitung von Professor Dr. Bruck, der dort die Zusammenhänge von Wirtschaft und Presse behandelt.

Zeitungsausschnitte als Geschichtsquelle. Wie die „Frankfurter Zeitung“ kürzlich berichtete, hat die New-Yorker Historische Gesellschaft eine aus über 400 Bänden bestehende Sammlung von Zeitungsausschnitten aus dem Weltkriege erworben. Die Sammlung, die Ausschnitte aus den wichtigsten europäischen und amerikanischen Zeitungen enthält, bringt vor allem auch die offiziellen Kriegsberichte sowie Meldungen von den einzelnen Fronten vom August 1914 bis Dezember 1918. Berichte über je drei Tage füllen einen Band von 200 Seiten. Die Zusammenstellung des Materials aus allen Lagern bietet die Möglichkeit vergleichenden Studiums der Nachrichten.

Journalisten- und Schriftsteller-Organisationen.

Der neue Vorstand des Vereins Berliner Presse. Die am 27. November abgehaltene Generalversammlung des Vereins Berliner Presse wählte den Vorstand für das neue Geschäftsjahr in folgender Zusammensetzung: 1. Vorsitzender Dr. Fritz Klein, 1. stellvertretender Vorsitzender Oberregierungsrat Bulche, 2. stellvertretender Vorsitzender Dr. Kurt Metger, Schriftführer Dr. Max Osborn, stellvertretender Schriftführer Rolf Brandt, Schatzmeister Professor Georg Bernhard, stellvertretender Schatzmeister Dr. Felix Pinner, Beisitzer Chefredakteur Adolf Lange und Dr. J. A. Bondy.

Verschiedenes.

Redakteure im Stadtparlament. In die neu zusammentretende Stadtverordnetenversammlung wurden in Frankfurt am Main gewählt: Chefredakteur der Rhein-Mainischen Volkszeitung Dr. Scharp, der Leiter des Frankfurter Wolf-Büros Dr. Albrecht, Redakteur Dr. Goldschmidt von der Frankfurter Zeitung und Redakteur Heise von der Frankfurter Volksstimme.

Antiqua oder Fraktur. Einen interessanten Beitrag zu der Frage Antiqua oder Fraktur haben Auszählungen auf Grund des von der Deutschen Bücherei in Leipzig bearbeiteten „wöchentlichen Verzeichnisses der erschienenen und der vorbereiteten Neuigkeiten des Deutschen Buchhandels“ für das Jahr 1928 ergeben. Von den 27 794 im deutschen Sprachgebiet verlegten Werken wurden nämlich im Jahre 1928 56,6 % in Fraktur gedruckt, 43,1 % in Antiqua und 0,3 % in sonstigen Schriftarten, Russisch, Hebräisch usw.

Aus der Organisation

Verband der Danziger Presse.

Der Verband der Danziger Presse veranstaltete am 11. November im gewohnten Rahmen einen zahlreich besuchten Gesellschafts-Tee in den Räumen des Volkstages, in dessen Mittelpunkt ein Vortrag des Vorsitzenden des Verbandes der Ostpreußischen Presse, Kollegen Leo Holstein-Königsberg, über ostpreußische Fragen stand. Dabei unterstrich Kollege Holstein besonders die Schicksalsgemeinschaft des deutschen Ostens und die Wechselwirkung, die politisch und wirtschaftlich wichtige Vorgänge in Ostpreußen auf Danzig und umgekehrt ausüben. Die Erkenntnis von der Gemeinsamkeit der Zukunftsaufgaben müsse die Brücke bilden über gewisse wirtschaftliche Interessengegensätze, die vielleicht einmal eine Rolle spielen könnten. Von dieser Gemeinsamkeit der Aufgaben ausgehend schilderte der Vortragende dann die Besonderheiten der ostpreußischen Probleme, wie sie sich vor allem aus der Isolierung Ostpreußens ergeben. Neben den politischen und wirtschaftlichen Fragen wurden auch die kulturellen eingehend in dem Vortrage behandelt. Kollege Holstein ließ seine Ausführungen ausklingen mit dem Bekenntnis, daß das durch viele Schicksalsschläge gefestigte ostpreußische Geschlecht sich auch durch die Nöte der Gegenwart nicht entmutigen lassen, sondern sich allen Hemmungen und Widrigkeiten zum Trotz durchzusetzen versuchen werde. Nach dem Vortrag waren die Teilnehmer der Veranstaltung noch lange in angeregtem und fruchtbarem Gedankenaustausch beisammen.

Landesverband der Sächsischen Presse.

Bezirks-Verein Dresden.

Der Dresdner Presseball 1930 findet, wie alljährlich, am 2. Sonnabend im neuen Jahre, also am 11. Januar abends in sämtlichen Räumen des Städt. Ausstellungspalastes statt. Kollegen aus Sachsen oder dem Reich, die an der Veranstaltung teilzunehmen wünschen, wollen sich mit Koll. Oberregierungsrat Graefe, Dresden-A. 1, Eliasplatz 3, in Verbindung setzen.

Die Reichsverbandsmitgliedskarte für 1930.

An die Vorstände der Landes- und Bezirksverbände.

Hierdurch macht die Verbandsleitung darauf aufmerksam, daß mit dem 1. Januar 1930 die Mitgliedskarten des Reichsverbandes ihre Gültigkeit verlieren, wenn ihnen nicht die neue gelbe Jahresmarke für das Jahr 1930 eingefügt wird. Die Jahresmarken sind, wie üblich, von der Zentrale des Verbandes zu beziehen. Die Verbände werden gebeten, soweit das noch nicht geschehen ist, bei der Zentrale möglichst umgehend auf Grund des jetzigen Mitgliederbestandes die von ihnen benötigte Zahl der Jahresmarken für 1930 anzufordern. Die Einfügung der neuen Jahresmarken in jede Mitgliedskarte und die Hinzufügung des Stempels des Landesverbandes für das neue Jahr ist Sache jedes einzelnen Landesverbandes. Die Einfügung der Jahresmarke für 1930 ist nach den geltenden Bestimmungen jedoch erst dann statthaft, wenn die Beiträge für das laufende Jahr 1929 restlos bezahlt sind.

Mit Rücksicht darauf, daß zahlreiche Mitglieder die Mitgliedskarte des Reichsverbandes dauernd als Ausweis benötigen, erscheint es zweckmäßig, die Karten von den Kollegen so schnell als möglich einzufordern und zu vervollständigen.

Die Kollegen selbst werden bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß es im Interesse der Möglichkeit der ständigen Benutzung der Mitgliedskarte nötig ist, etwaige Beitragsrückstände schnellstens zu begleichen, und zwar bei dem zuständigen Landes- oder Bezirksverein bzw. dessen Untergruppe.

Die Verbandsleitung.
gez.: G. Richter,
Geschäftsführender Vorsitzender.

Landesverband der Schlesischen Presse.

Ortsgruppe Gleiwitz.

In der letzten Sitzung der Ortsgruppe Gleiwitz des Verbandes der Schlesischen Presse wurden in den Vorstand neu zugewählt die Kollegen Jaensch (Oberschlesischer Wanderer) und Mandel (Oberschles. Volksstimme). Vorsitzender der Ortsgruppe ist der Kollege Dr. Reinhart, Geschäftsführer der Kollege Matzel. Kollege Matzel ist auch Vertreter der Ortsgruppe Gleiwitz im Vorstand des Verbandes der Schlesischen Presse.

Landesverband Württemberg.

Gründung der Ortsgruppe Stuttgart.

Auf Einladung des Landesverbandsvorsitzenden Dr. Dröse trafen sich am 14. Oktober die Reichsverbandsmitglieder Groß-Stuttgarts im Ratskeller. Von den rund 60 Kollegen war mehr als die Hälfte erschienen. Zur Einleitung gab Kollege Dr. Dröse einen Überblick über die Versuche, die bisher zur Gründung einer Ortsgruppe Stuttgart unternommen wurden. Nachdem sich die Mehrzahl der Kollegen für einen engeren Zusammenschluß innerhalb der Landeshauptstadt ausgesprochen hatte, wurde die Gründung einstimmig beschlossen.

Der Vorstand der Ortsgruppe setzt sich zusammen aus den Kollegen Heymann M. d. L. (Sozialdemokratischer Pressedienst) als 1. Vorsitzender, Loffen (Württemberger Zeitung) 2. Vorsitzender, Dr. Pazaurek (freier Journalist) 1. Schriftführer und Dr. Vomhoff (Schwäbischer Merkur) 2. Schriftführer. Die Versammlungen der Ortsgruppe finden jeden 2. Montag im Monat statt.

Die zweite Versammlung fand programmäßig am 11. November statt und war erfreulich gut besucht. Nach einem Referat von Kollegen Dr. Dröse über wichtige Fragen aus dem Aufgabenkreis des Reichsverbandes entspann sich eine sehr rege Diskussion, die sich hauptsächlich mit der Stellung der hauptberuflichen freien Journalisten beschäftigte. Wie notwendig der Zusammenschluß in einer Ortsgruppe Stuttgart war, ging daraus hervor, daß der Vorstand mit der Erledigung einer ganzen Anzahl von Einzelfällen beauftragt wurde, die örtliche Stuttgarter Verhältnisse betreffen und die Geschäftsführung des Landesverbandes unnötig belasten würden. —

Digitized by Google

Anschriften: Berthold Heymann, Vaihingen/Filder, Telephon 252; Dr. Pazaurek, Stuttgart, Seidenstraße 62, Telephon 27 224.

Personalien

James Melvin Lee †.

Aus Amerika kommt die Kunde, daß Ende November in New York der Leiter der School of Journalism an der New Yorker Universität, James Melvin Lee, im Alter von 51 Jahren gestorben ist. In ihm verliert das amerikanische Zeitungswesen seinen besten Historiker. Er hat in seiner „Geschichte des amerikanischen Journalismus“, ohne daß bereits viel Kleinarbeit voraufgegangen wäre und ohne die in Deutschland für derartige Arbeiten ganz anders entwickelte wissenschaftliche Apparatur, ein Werk geschaffen, das glänzend im Aufbau, sicher in der Diktion und unbedingt zuverlässig in den Forschungsergebnissen dasteht.

James Melvin Lee kam vom praktischen Journalismus und hat in der New Yorker Universität manchem später zu Ruhm und Ansehen gekommenen Journalisten die Anfangsgründe seines Faches beigebracht. Wie man weiß, ist die journalistisch-technische Fachschulung drüben eine Notwendigkeit, die — im Gegensatz zu Deutschland — in der anders gearteten technischen Entwicklung der dortigen Presse begründet ist. Melvin Lee aber hatte, obgleich er ein witziger und packender Lehrer war, in sich immer den Hang zu rein wissenschaftlicher Arbeit. Er neidete darum der deutschen Zeitungswissenschaft ihre unter Ausschaltung der technischen Lehre auf rein wissenschaftliche Ziele gerichtete Arbeit. Durch seine aus einer deutschen Familie stammende Frau hat er — der selbst des Deutschen nicht mächtig war — auch immer mit der deutschen Zeitungswissenschaft Fühlung gehalten. In ihm verliert das „Deutsche Institut für Zeitungskunde“, Berlin, sein erstes Korrespondierendes Mitglied in den Vereinigten Staaten, dem es ein gut Teil seines umfangreichen amerikanischen Materials und seiner amerikanischen Fachbibliothek verdankt.

Mehr noch als in Deutschland ist die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Zeitung in Amerika eine umkämpfte Sache. Dem Amerikaner imponiert die Praxis und immer nur die Praxis, und es hält schwer, ihn nur zur Betrachtung und ruhigen Erwägung des Weges und der Ziele wissenschaftlicher Arbeit zu führen. James Melvin Lee aber war in diesen Dingen unerbittlich. Mit großem Eifer hat er Jahr für Jahr darum geworben, daß seine journalistische Universitätsabteilung fundiert wurde und über sein Leben hinaus ein wertvoller Bestand der Universität von New York bleibe. Seine liebenswürdige gewinnende Persönlichkeit war besonders befähigt, in der internationalen Zusammenarbeit nicht nur der Zeitungswissenschaft, sondern der Zeitungen selbst eine führende Rolle zu spielen.

Mit seinem Tode sind diese Erwartungen zunichte geworden. Man kann nur hoffen, daß es ihm in seiner reichen Lehrtätigkeit möglich gewesen ist, Schüler heranzubilden, die seinem Wollen und Wirken die weitere Zukunft erschließen.

Emil Dovifat.

Dr. Fred Hilgers, bisher Saarbrücken, übernahm am 15. Dezember die Redaktion der „Osnabrücker Allgemeinen Zeitung“.

Otto Erich Kiesel, der bisher die Lokalredaktion des „Hamburger Fremdenblattes“ seit einer Reihe von Jahren leitete, ist aus dieser Stellung ausgeschieden und hat die Chefredaktion der ebenfalls im Verlag Broschek & Co. erscheinenden „Hamburger Illustrierten“ übernommen.

Inhaltsangabe:

Wie Engländer ihre Journalisten sehen. Von E. Schadow.
Presse-Unfreiheit in Danzig. Von F. v. Wilpert.
25 Jahre Ortsverein Bochumer Presse.
Gegen Sensationsberichterstattung.
Psychologie der öffentlichen Meinung.
Fachrundschau.
Aus der Organisation.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Peter Scher, bisher Chefredakteur des „Simplizissimus“, ist aus persönlichen Gründen aus der Redaktion des Blattes ausgeschieden.

Julius Wertheimer, der Pressechef der deutschen Botschaft in Paris und Vertreter von Wolffs Telegraphischem Büro, ist zum Vizepräsidenten der Vereinigung der Ausländischen Presse in Paris gewählt worden. Der letzte Deutsche, der dieses Amt — vor dem Kriege — inne hatte, war Theodor Wolff vom „Berliner Tageblatt“.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Landesverband der Badischen Presse. Hermann Ays (Staufener Tageblatt), Staufen.

Landesverband Mitteldeutschland. Kurt Fennel (Kasseler Tageblatt), Kassel, Wilhelmshöher Allee 46.

Verein Niedersächsische Presse. Gruppe Oldenburg-Ostfriesland. Ernst Herbert Kletke (Emder Ztg.), Emden, Steinstraße 2.

Verband der Schlesischen Presse. Hauptschriftltr.: Dr. Armin Rieger (Zeitschrift d. Landwirtschaftskammer), Breslau, Goethestr. 71; Schriftlt. Dr. Kurt Meschke (evgl. Presseverband d. Schlesien), Breslau, Novastr. 8.

II. Neuanmeldungen.

Bezirksverband Berlin. Paul Friedr. Hüsgen; Heinr. Riediger (Dtsch. Kolonialwaren- und Feinkost-Rdsch.); Frau Bella Steuermann-Fromm (Mitarb.).

Verein Niedersächsische Presse. Verein Braunschweigische Presse. Otto Kunze (Braunschw. Landesztg.), Braunschweig, Friedensallee 69.

Landesverein der Pfälzischen Presse. Rudolf Geiger (Journalist), Annweiler, Schulstr. 32.

Verband der Schlesischen Presse. Curt Suffa (Grünberger Tagebl.), Grünberg, Matthäiweg 1; Friedr. Ernst Hill (Lt. d. Presseamtes d. Stadt Gleiwitz u. d. Oberschles. Pressebüros „Pressedienst Hill-Gleiwitz“), Gleiwitz, Breslauer Straße 15; Karl Ernst Barthel (Agenturleiter d. WTB., Zweigst. Bresl.), Breslau 18, Frobenstr. 8/10.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Landesverband der Badischen Presse. Überwiesen wurde vom Verband Rheinland: Stefan Quirmbach (Chefr. d. Badischen Presse), Karlsruhe, Ettlinger Str. 5; Erich Ruckenbrod (Lahrer Ztg.), Bahnhofstr. 19, überwiesen vom Landesvbd. Württemberg; Adolf Kimmig (Bad. Presse), Karlsruhe, Moritzstr. 5, übernommen (bisher Einzelmitglied).

Bezirksverband Berlin. Übernommen: Dr. Edm. Landau (Schuh und Leder), W 15, Pariser Str. 20 (bisher Einzelmitglied d. Reichsverbd.).

Landesverband Groß-Hamburg-Lübeck. Dr. Heinz Caspari nach Berlin überwiesen.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Dresden. Überwiesen vom Bezirksverein Leipzig: Dipl.-Ing. Lillge, Klotzsche-Dresden, Richard-Wagner-Str. 8.

Verband der Schlesischen Presse. Auslandskorrespondent Immanuel Birnbaum, Warschau-Zoliborz, ul Sulkowskiego 58, dem Reichsverband als Einzelmitglied überwiesen.

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband der Badischen Presse. Ausgetr. wegen Berufsw.: Dr. Dorsch, Lörrach.

Bezirksverband Berlin. Ausgetreten: Frl. Maria Regina Jünemann (wegen Ausscheidens a. d. Journalistik); Hans Arnold König; Dr. Kurt Baschwitz.

Landesverband Groß-Hamburg-Lübeck. Ausgetreten ist: Dr. K. J. Sattelmair, Hamburg.

Verband der Schlesischen Presse. Stefan Hadaschik, Gleiwitz, gestrichen wegen Interesselosigkeit und Überganges in einen anderen Beruf; Leo Erichsen, zuletzt Breslau, jetzt unbekannten Aufenthaltes, Suspension der Mitgliedschaft in Streichung geändert; Red. Maximilian Foerster, Leobschütz gestorben.

Landesverband Württemberg. Frau Jella Lepmann, Stuttgart, ausgetreten.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

ORGAN DES REICHSVERBANDES DER DEUTSCHEN PRESSE

Deutsche Presse

ZEITSCHRIFT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES ZEITUNGSWESENS

19. Jahrgang Nr. 52 — Berlin, den 28. Dezember 1929

Redaktion: Chefredakteur Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86 | Fernsprecher Zentrum 687 und 298
Verlag: Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G.m.b.H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240/241 | Bergmann 6567

Erscheint Sonnabends. Bei jedem Postamt oder beim Verlag zu bestellen. — Bezugspreis monatlich Mk. 1.75, Einzelnummer Mk. 1.—. — Anzeigen laut Tarif. Stellenanzeigen: die sechsgespaltene Millimeterzeile 30 Goldpfennig. — Zahlung sofort netto Kasse. — Erfüllungsort Berlin-Mitte. — Redaktions- und Anzeigenschluß Dienstag früh. — Alle Einsendungen für die Schriftleitung an den Reichsverband der deutschen Presse, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 86. Fernruf: Zentrum 687. — Inserate und Abonnements an den Verlag für Presse, Wirtschaft und Politik G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstraße 240/241. Fernruf: Bergmann 846 und 6567. Postscheckkonto: Berlin 14 483. — Druck: Buchdruckerei Wilhelm Möller, Oranienburg, Kurfürstenstraße 3—5.

Journalistische Zukunftsmusik*).

Von Leopold Katscher.

Rood, Bellamy.

Ursprünglich war nicht Stead, sondern der Yankeeliterat Henry E. Rood der Urheber der Idee einer Zeitungsstiftung. Dabei wurde er von der Erwägung geleitet, daß es widersinnig sei, zu erwarten, daß Personen, die „vom Kitzeln der Ohren des Publikums leben müssen, den höheren Prinzipien Aufmerksamkeit schenken". Es sei unvernünftig,

> „die Führung der Nation in Kriegs- und Friedensangelegenheiten Männern anzuvertrauen, deren Einkommen von dem Maße abhängt, in welchem sie die Sucht des Publikums nach Aufregung, Sensation und Kitzel befriedigen. Dem wäre durch eine große Zeitungsstiftung abzuhelfen; wenn Bibliotheken und Universitäten gestiftet werden können — warum nicht auch Preßorgane? Das wäre für reiche Leute Gelegenheit, unsterblichen Ruhm sowie die Dankbarkeit und Bewunderung der Nation zu erringen. Und die ganze Mühe, die sie hätten, wäre das Opfer einer angemessenen Summe. Es handelt sich um eine die Kanzel, die Bühne und das Forum an Macht übertreffende Einrichtung, eine durchaus wahrheitsliebende, vorurteilslose, unabhängige Tageszeitung, deren Nachrichten vollkommen wahr und ausschließlich wahr sein und deren Leitartikel jede wichtige Frage von beiden Seiten betrachten sollten."

So schrieb Rood vor vielen Jahren in der „North American Review." Er fügte hinzu, daß das ideale Blatt sich nicht an eine bestimmte Partei, Regierung etc. binden dürfe, vielmehr lediglich die Interessen der ganzen Menschheit vertreten müsse — unter allen Umständen, auch dann, wenn kein einziges Exemplar verkauft, kein einziges Inserat erlangt werden könne.

> „Man stifte ein solches Organ, wie man Lehranstalten stiftet und lasse es von einem Kuratorium verwalten, dem Personen von Hochsinn, Bildung, Talent und Gedankenadel angehören, und man bezahle sie so gut, daß sie veranlaßt werden, stets ihr bestes Können einzusetzen."

Pessimistischerer Anschauung ist Eduard Bellamy, der berühmte amerikanische Sozial-Utopiker. In seinem ungeheuer verbreiteten „Rückblick vom Jahre 2000 auf 1887" sagt er ausdrücklich, die Presse werde dereinst nicht nur nicht das einzige, sondern nicht einmal „das beste Mittel sein, öffentliche Angelegenheiten einer Kritik zu unterziehen". Bellamy stellt sich bei seiner Schilderung der ihm vorschwebenden Zukunftspresse überhaupt auf ganz neue und eigenartige Standpunkte. Ich halte es für das Einfachste, ihm das Wort zu lassen. Dr. Leete — der Arzt des Jahres 2000, der dem aus einem 113jährigen Schlaf erwachten Erzähler und Helden des ganzen Romans, Julian West, die neue Weltordnung erläutert — erklärt die Urteile der Presse des 19. Jahrhunderts über öffentliche Dinge für „im allgemeinen ungeschickt und schwatzhaft, reichlich gespickt mit Vorurteilen und Gehässigkeit", und fährt dann fort:

> „Soweit sie der Ausdruck der öffentlichen Meinung sein sollten, gaben sie ein klägliches Bild von der Volksbildung im allgemeinen, und sofern sie die öffentliche Meinung gebildet haben, war das Volk ganz und gar nicht darum zu beneiden. Wenn heutzutage ein Bürger die Absicht hat, in öffentlichen Angelegenheiten einen Druck auf die öffentliche Meinung auszuüben, kommt er mit einem Buche oder einer Flugschrift sehr gut zurecht. Aber es fehlen uns keineswegs Zeitungen und Monatsschriften, und noch weniger ermangeln diese einer unbeschränkten Freiheit. Die Zeitungspresse ist so organisiert, daß sie weit besser der Ausdruck der öffentlichen Meinung ist, als sie es in Ihren Tagen sein konnte, wo das Privatkapital sie besaß und als Geld einbringendes Geschäft behandelte und nebenbei als Mundstück für das Volk."
>
> „Aber", sagte ich, „wenn die Regierung auf öffentliche Kosten druckt, wie kann da ihre Politik kontrolliert werden? Wer stellt die Herausgeber an, wenn nicht die Regierung?"
>
> „Die Regierung zahlt weder die Kosten der Zeitungen, noch stellt sie Herausgeber an, noch weniger übt sie auch nur den denkbar schwächsten Einfluß auf ihre Politik", erwiderte Dr. Leete. „Diejenigen, welche die Zeitung halten, zahlen die Kosten für ihr Erscheinen, wählen den Redakteur und entlassen ihn, wenn er ihnen nicht genügt. Sie werden nicht sagen können, daß eine solche Presse nicht als freies Organ der öffentlichen Meinung anzusehen sei."
>
> „Ganz entschieden nein" erwiderte ich, „aber ist das durchführbar?"
>
> „Nichts kann einfacher sein. Nehmen wir an, daß einige meiner Nachbarn oder ich selbst eine Zeitung zu haben wünschen, welche unsere Ansichten verbreitet, vornehmlich unsern Lokalverhältnissen angepaßt ist und unsern Geschäften dient. Wir gehen dann umher unter unsern Bekannten und Freunden und sammeln Abnehmer für die Zeitung, so viel als nötig sind, um die Kosten des Blattes zu decken, seien diese nun hoch oder niedrig, je nach dem Plane, welcher dem Unternehmen zugrunde liegt. Der Betrag der Subskriptionen, in den Kredit der Bürger eingestellt, sichert die Nation vor Verlusten bei der

*) Forts. u. Schluß aus Nr. 50/29 der „Deutschen Presse".

Digitized by Google

Kann er dies wirklich nicht? Dann scheint mir Hopfen und Malz verloren. Denn wer nicht mit Scheuklappen durch die Welt geht, muß doch zugeben, daß die Zahl derjenigen Ausländer, die gut deutsch können, verschwindend gering ist, so gering, daß sie praktisch für die Verbreitung deutscher Zeitungen gar keine Rolle spielt. Mit dieser Feststellung brauchen wir uns gar nicht aufs hohe Roß zu setzen, denn im Grunde liegen bei uns die Dinge nicht oder nur wenig anders. Auf keinem Unterrichtsgebiet ist das Mißverhältnis zwischen Zeitaufwand und Lehrerfolg so augenfällig wie beim Sprachunterricht. Die Zahl derer, die eine oder gar mehrere Sprachen so beherrschen, daß ihnen die Lektüre fremder Zeitungen oder Bücher gar keine Schwierigkeiten bereitet, ist viel geringer, als allgemein angenommen wird. Man kommt zu den verblüffendsten Ergebnissen, wenn Leuten, die angeblich fließend englisch oder französisch sprechen, einmal auf den Zahn gefühlt wird. Das ist auch ganz natürlich, denn unsere Lehrmethoden sind bis heute noch nicht so entwickelt, daß sie den zum wirklichen Erlernen einer fremden Sprache notwendigen Aufenthalt in dem betreffenden Lande ersetzen könnten. Wer auf diese Ausbildungsmittel verzichten muß — und das sind neunundneunzig vom Hundert aller Sprachbeflissenen —, bleibt ein Radebrecher mit mehr oder weniger guten sprachlichen Vorkenntnissen. Noch mehr als für den Deutschen gilt dies für den Franzosen, Engländer oder Italiener, denen die Erlernung des Deutschen im allgemeinen wesentlich größere Schwierigkeiten zu bereiten pflegt als dem Deutschen das Studium einer fremden Sprache. Wer viel mit Ausländern verkehrt hat, darunter auch mit solchen, die sich studienhalber längere Zeit in Deutschland aufhielten, wird immer wieder verblüfft gewesen sein über die bescheidenen Fortschritte, die sie in der Beherrschung der deutschen Sprache machen. Jeder internationale Kongreß zeigt dem Berichterstatter, wie schwer es in der Regel selbst berühmten internationalen Größen der Wissenschaft fällt, sich leidlich verständlich in deutscher Sprache auszudrücken. Dazu kommen die vielfach noch vorhandenen stimmungsmäßigen Hemmungen gegenüber dem Erlernen der deutschen Sprache in zahlreichen Siegerländern. Ich habe noch keinen deutsch sprechenden oder radebrechenden Ausländer gefunden, der sich nicht über die Schwierigkeit der Erlernung von zwei Alphabeten im Deutschen beschwert und dies nicht als ein wesentliches Hemmnis für die Verbreitung der deutschen Sprache erklärt hätte. Das deutsche Alphabet wird deshalb als besonders lästig empfunden, weil es ebenso gut möglich ist, auch mit den dem Ausländer vertrauten lateinischen Lettern deutsch zu schreiben und zu drucken — man komme nicht immer wieder mit den ausgeklügelten Beispielen der verschiedenen S-Zeichen, die praktisch gar keine Rolle spielen. Der Ausländer, der dies täglich an zahllosen in Antiqua gedruckten deutschen Zeitschriften und Büchern feststellen kann, hält im allgemeinen die Beibehaltung der Doppelschrift für einen eigensinnigen Luxus, der ihm jedenfalls lästig ist. So liegen die Dinge in Wirklichkeit. Es kommt gar nicht darauf an, ob die deutsche Schrift „wissenschaftlich" betrachtet — wirklich „schwer" zu erlernen ist, oder nicht. Wenn wir wünschen, daß möglichst viele Menschen fremder Zunge deutsche Zeitungen und Bücher lesen, so müssen wir auch mit ihren wissenschaftlich unbegründeten Vorurteilen rechnen, besonders dann, wenn, wie hier, die wirklichen oder eingebildeten Schwierigkeiten der Sprache am Anfang des Studiums stehen und unter Umständen verhindern können, daß damit überhaupt begonnen wird. Man sollte doch diese Dinge möglichst nüchtern betrachten. Es ist gar keine Frage, daß z. B. viel mehr Menschen wenigstens in die Anfangsgründe des Russischen eindringen würden, wenn nicht die Schwierigkeit des besonderen Alphabetes sie von vornherein abschreckte. Aus diesen Erwägungen heraus sehen wir in fast allen Ländern, die besondere nationale Schriften besitzen, eine Bewegung zur Einführung der lateinischen Schrift entstehen. In diesem Zusammenhang von Liebedienerei gegenüber dem Auslande zu sprechen, erscheint mir vollkommen abwegig. Haben die Schweden, die es an Stärke des Nationalbewußtseins doch wohl mit uns aufnehmen können, an Achtung bei den übrigen Völkern verloren, weil sie von der Fraktur zur Antiqua übergingen? Stammverwandten deutschen Journalisten blieb es vorbehalten, ihnen deshalb Vorwürfe zu machen. Für eine solche ungeschickte Art von Auslandspropaganda, habe ich kein Verständnis. Und wie steht es mit der siegreichen Türkei, die mit Feuer und Schwert das nationale arabische Alphabet ausrottet? Wird auch dieser Kampf aus Liebäugelei mit dem Auslande geführt? — Ich bin der Meinung, daß ein Volk, das sich in einer so tragischen Lage befindet wie das deutsche, alles tun sollte, um die Verbreitung seiner Sprache und damit seiner Gedanken unter den übrigen Völkern zu fördern. Und dazu gehört auch die Erkenntnis und Beseitigung von Hindernissen, die — gesehen durch eine strenge Oberlehrerbrille — manchem geringfügig erscheinen mögen.

Die Schlußfolgerungen, die aus diesen Erwägungen zu ziehen sind, liegen sehr nahe. Wenn wir uns darüber im klaren sind, daß die Mehrzahl der Ausländer, die als Abnehmer und Leser deutscher Zeitungen in Frage kommen, die deutsche Sprache nur mangelhaft beherrscht, so müssen wir auch zugeben, daß die dem Ausländer ungewohnte, wenn auch nicht unerlernbare Fraktur in vielen Fällen verhindern kann und verhindern wird, daß der Betreffende eine deutsche Zeitung kauft, einen deutschen Zeitungsartikel liest oder zu lesen versucht. Welche Erwägungen veranlassen denn im konkreten Falle einen Ausländer zum Ankauf einer deutschen Zeitung? Selbstverständlich spielen hierbei die wenigen Worte der Schlagzeilen eine ausschlaggebende Rolle. Diese wenigen Worte kann auch ein Ausländer verstehen, der die deutsche Sprache nur mangelhaft beherrscht. Sie können ihre suggestive Kraft auf ihn ausüben — vorausgesetzt, daß sie nicht in fremden, ihm schwer verständlichen Schriftzeichen gedruckt sind. Dem Ausländer, der das Deutsche nur radebricht — und er wird immer der vorherrschende Typ unter seinen deutschlernenden Volksgenossen bleiben — erleichtert ohne jeden Zweifel die gewohnte Antiqua das Entziffern einer deutschen Zeitung ganz wesentlich. Damit ist meines Erachtens die Hauptfrage, ob die Fraktur ein wesentliches Hindernis für die Verbreitung deutscher Druckwerke im Auslande bildet, mit einem glatten Ja zu beantworten.

Trotzdem besteht kein Anlaß zu der Hoffnung oder meinetwegen zu der Befürchtung, das Beispiel des „Berliner Tageblattes" werde bald Nachfolge finden. Solange die deutsche Tagespresse ihr Verbreitungsbedürfnis im wesentlichen auf das deutsche Sprachgebiet beschränkt und solange das Erlernen der deutschen Sprach- und Druckschrift in der deutschen Volksschule obligatorisch bleibt — noch dazu unter Beibehaltung der jetzigen Praxis, die das lateinische Alphabet nur nebenher behandelt — solange werden die meisten deutschen Zeitungen wahrscheinlich bei der Fraktur verharren. Ich für meine Person bedaure dies nicht, im Gegenteil, ich wünsche der Fraktur ein recht langes Leben. Eine ganz andere Frage ist es aber, ob und wie lange noch wir uns den Luxus der Doppelschrift im Unterricht gestatten können. Daß es sich in der Tat um einen Luxus handelt, geht daraus hervor, daß neun Zehntel aller derjenigen, die durch die höhere Schule gehen und infolgedessen sich den flüssigen Gebrauch der lateinischen Schrift aneignen müssen, die deutsche Schrift überhaupt nicht mehr gebrauchen. Wer dies bezweifelt, sehe sich die Unterschriften der Staatsmänner und Journalisten in der Sondernummer der „Deutschen Presse" an, die im vorigen Jahr aus Anlaß der Kölner Reichsverbandstagung erschienen ist.

Ernst Scheiding, Dresden.

Digitized by Google

Die Anfänge des deutschen Zeitungswesens.

Von Professor Dr. Wilh. Bauer-Wien.

Im Verlage der Akademischen Verlagsgesellschaft Athenaion m. b. H., Wildpark-Potsdam läßt im Rahmen eines von dem bekannten Historiker Professor Dr. Herre herausgegebenen Sammelwerks „Museum der Weltgeschichte“ Professor Dr. Wilhelm Bauer von der Universität Wien ein Werk „Die öffentliche Meinung in der Weltgeschichte“ erscheinen. Mit Erlaubnis des Verlages entnehmen wir dem Werke folgende Ausführungen. Die Red.

Seit Luther in einer alle Gemüter lebhaft bewegenden Sache gegen die zuständige Obrigkeit an das Volk appelliert hat und mit dieser Appellation zunächst auch durchgedrungen ist, war die Grundlage, auf der sich das Gehaben der Öffentlichkeit abspielte, wesentlich erweitert. Ja man kann behaupten, dadurch wurden die Grundlagen der modernen Öffentlichkeit erst geschaffen. Von nun an hatte sie mitzusprechen, konnte sie nicht mehr übersehen werden. Die Ohnmacht der Reichsgewalt und die mannigfachen Bindungen Karls V. beförderten dies alles noch. So geschah es, daß sich diese neugeschaffene Öffentlichkeit lange Zeit unbehindert in Deutschland ausleben konnte. Nur auf diese Weise erklärt es sich auch ungezwungen, daß gerade auf deutschem Boden das Zeitungswesen so jäh emporblühte, daß man hier am ersten daranging, die Verbreitungsmöglichkeiten durch die Anwendung der Drucktechnik zu erhöhen und zu erweitern.

Wer sich die Mühe nimmt, den einen oder anderen Band der ersten gedruckten Wochenblätter durchzusehen, wird vielleicht erstaunt fragen, was haben diese dürren Nachrichtensammlungen mit der öffentlichen Meinung zu tun? Im Sinne der modernen Presse wirklich nichts. Wenn irgendwo in der Tat so etwas wie eine „Tendenz“ bemerkbar wird, so drückt sich darin höchstens der Gedankenkreis der Reporter aus, in dem diese leben, aber nicht etwa der Wille zum Gesinnungsfang. Der Berichterstatter sah die Dinge so und nicht anders, also schilderte er sie in solcher Art. Von einer geistigen Ordnung des Nachrichtenstoffes wird man kaum irgendwo etwas bemerken können. Man druckt ziemlich wahllos ab, was die Post bringt, ein Blatt schreibt das andere aus. Redaktion? Es ist wenig von einer solchen zu sehen. Hatte ein Herausgeber die richtigen Korrespondenten, dann machte sich das übrige von selbst. Wenn wirklich ab und zu „redigiert“ wurde, dann tat man es gewiß nicht aus Rücksicht auf die Leser, sondern um der Zensur willen. Indem sie das wilde Drauflosdrucken verhinderte, zwang sie zur Vorsicht und zur vorhergehenden Überprüfung des Einlaufes. Die Zensur wurde gleichsam zum eigentlichen Redakteur. Das ging so weit, daß eine Zeitung schließlich von der Regierung selbst zusammengestellt werden konnte. So hat Kurfürst Ludwig von der Pfalz 1672 seinem Kanzleidirektor befohlen, daß von nun an die Zeitung in Heidelberg wieder gedruckt und am folgenden Sonnabend damit der Anfang gemacht werden sollte. Jeden Donnerstag vorher müsse aber der Regierungsrat zusammenkommen, der die

„Materien neben denjenigen, so von churpfälzischen und benachbarten Sachen darin zu trucken gut befunden wird, aus denen französischen, italiänischen, Wienischen, Collnischen und Englischen Schreiben und Zeittungen zusammengelesen, recht abgefaßt“

habe. Darin dürften aber die von der „Frankfurter Zeitung“ gedruckten Relationen nicht wiederholt werden,

„insonderheit nicht so das Erzhaus Österreich oder die mit der Churpfalz in Allianz .... stehenden Cronen... usw. offendiren möge“.

Der „Aufsatz“ mußte dem Kurfürsten, wenn er sich in Heidelberg oder Umgebung aufhielt, Donnerstag abends zukommen, „damit Ihro solcher freytags frühe beim Ankleiden vorgelesen werden könne.“

Mit diesem Beispiele einer von der Obrigkeit selbst hergestellten Zeitung stehen wir schon am Anfange einer neuen Entwicklungsphase. Zunächst ließ man die Blätter gewähren, und erst, als die Unannehmlichkeiten begannen, als sich bebachbarte Regierungen beleidigt fühlten, als von Privaten wie von Amtern Beschwerden einliefen, griff man zur Gegenwehr. Die Gerichtsprotokolle und Strafregister werden von da an zur wertvollsten Quelle für die Geschichte der örtlichen Presse. Nun wandte sich auch die Aufmerksamkeit auf die Berichterstatter. Was die da taten, war ein neues Gewerbe, und dieses Gewerbe hatte in dem bisherigen sozialen Gefüge noch keinen anerkannten Platz. Begreiflich, daß man ihm mit Mißtrauen begegnete, zumal es der lieben Obrigkeit nur lästig zu fallen schien.

„Möchten unsers theilß gerne sehen“, schreibt der Rat von Hamburg an den Großen Kurfürsten 1661, „daß die ein Zeithero fast aller Ohrten im Heyl. Röm. Reiche eingeführtes Zeitungsdrücken gäntzlich abgeschaffet wurde, daß die Obrigkeit des Ohrts, wo sie gedrückt worden, allerhand Nachrehde deßwegen leiden müssen, die sich ümb ihre Ambtsverrichtungen und nicht ümb derogleichen Zeitung zu bemühen haben.“

Dies dürfte so eine weitverbreitete Stimmung in deutschen Landen wiedergegeben haben, sofern wenigstens die Obrigkeiten in Betracht kamen. Die Regierenden, die vordem die Arcana der Staatskunst allein verwalteten, sahen sich plötzlich beobachtet und von völlig Unberufenen in ihrer Arbeit gestört. Trotzdem das Verhältnis des Großen Kurfürsten zu Schweden gerade recht gespannt war, sah er es doch ungern, als damals zu Berlin eine Zeitung gedruckt erschien, „worinnen die Schwedische nicht wenig angestochen worden“. Solches „Zeitungsschreiben gegeneinander“ hatte schon „hiebevorn viele Ungelegenheit verursachet“. Es schien nicht stilgemäß, sich seine Bundesgenossen aus der Reihe der Zeitungsschreiber zu holen.

Bei der Unsicherheit dieses neuen, noch ungefestigten und gesellschaftlich nicht recht anerkannten Berufes wird man sich andererseits nicht wundern dürfen, wenn sich häufig die Marodeure der Gesellschaft ihm zuwandten, verbummelte Studenten, Abenteurer. Von einem solchen Journalisten zu Basel heißt es:

„Es ist ein Mann, Rätich genannt, so ein Haupt zu Freiburg im Breisgau war und baselbsten wegen eines Fehlers gewichen, wird ein Kapuziner, darauf ein Lutheraner, nachgehends ein Calvinist. Setzt sich zu Basel und wird Zeitungsschreiber, geht 1622 nach Hägenheim i. E., um wieder katholisch zu werden ....“

Die Herausgeber selbst waren entweder Buchdrucker, Verleger oder — was später nachgerade die Regel bildete — Postmeister. Konrad Stieler (Spaten), von dem noch die Rede sein soll, meint 1695:

„Vor allen andern kommet der Zeitungen Ursprung aus den Postheusern her .... Und scheinet dieses Postwerk wol der wahre und eigendliche Anfang der Zeitung zu seyn, welche hernachmals in Druck gebracht und bey den Postheusern allein ausgegeben worden, bis die Geltbegier um sich gefressen und andere niederträchtige Personen gereizet, sich in dieses Handwerk zu mischen, allerhand Lügen zu samlen und der gleich gleubigen Welt darmit eine Nase zu drehen. Welches dann nicht recht ist und durch öffentliches scharfes Verbot abgewendet werden sollte, damit nicht ein jeder Buchdrucker, Binder und verdorbener Schulmeister sich in der gleichen offenbare Reichs- und Statgeschäfte mischen und seine lose Wahre feil tragen möchte. Da hingegen die Postmeister dem Keyser und dem Reich mit Eyd und Pflicht verwant seyn und die Verantwortung haben, wann sie etwas Unwahres, Gefährliches und Verfängliches herausgeben, wovon jedoch die andere ihrer Meinung nach befreyet seyn und in Tag hinein schreiben und drucken, was ihnen öfters von Lotterbuben, Aufschneidern, Marktschreyern und Vielwissern, ja bösgesinnten Landwäschern vorgeschwatzet und unter den Fuß gegeben wird.“

Ein Freund der Zeitungen glaubt demnach — mit Unrecht, wie wir wissen — in den beamteten Postmeistern die Urheber der ganzen Einrichtung erblicken zu müssen und meint den Zusammenhang zwischen der Einrichtung und den Beamten zugunsten der moralischen Haltung und Festigung des Pressewesens deuten zu sollen. In der Tat überwog die Zahl derer, die auf die Wochenblätter mit Spott und Hohn herniederblickten. Fischart lacht über das „neuzeitungsgelebige und leichtgläubige Volk und seinen Zeitungskitzel“, Moscherosch erblickt in seinen Gesichten „hart neben dem Secret oder Privet des Lucifers“

„etlich viel Tonnen von fuchsschwänzigen Historimachern und Zeitungsschreibern, die aus Furcht, aus Haß, aus Liebe auch dasjenige schreiben .... dessen sich die Kinder in den Schulen zu referieren schämen und scheuen sollten.

Digitized by Google

Diese abschätzigen Urteile besagen aber doch, daß sich die Zeitungen bereits stark in das Leben der Gesellschaft hineingelebt haben. Sie waren etwas geworden, mit dem man rechnete und rechnen mußte. Gelehrte Abhandlungen erschienen, die sich mit ihnen beschäftigten. Der schon genannte Konrad Stieler schrieb unter dem Decknamen „Spaten“ ein Buch, das sich betitelt „Zeitungslust und Nutzen, oder derer so genannten Novellen oder Zeitungen wirkende Ergetzlichkeit, Anmut, Notwendigkeit und Frommen.“ (Hamburg, in Verlegung Benjamin Schillers, Buchhändlers im Dohm, 1695.) Wie schon die Überschrift verrät, handelt dies Werk von dem Lob und Vorteil des Zeitungswesens. Man schreibt aber meist nicht solche Bücher zur Verherrlichung einer Sache, sofern alle Welt von deren Vortrefflichkeit ohnehin überzeugt ist. In der Tat mutet Stielers Werk vielfach wie eine Verteidigung gegen Anwürfe und Zweifel an. Darum muß der Verfasser erst beweisen, daß die Lektüre von Zeitungen dem Staatsmann, dem Geistlichen, dem Universitätslehrer, dem Hausvater, dem Frauenzimmer, dem Kaufmanne, dem Höfling, daß sie auf der Reise und im Kriege usw. von Vorteil ist. Und wirklich fällt es nicht schwer, die Lichtseiten hervorzukehren, waren ja diese Avisenblätter noch mit dem Unschuldskleide ihrer Jugend angetan. Zudem hatten die Regierungen auch der Erfahrung in bezug auf die Behandlung der Zensur ermangelt. Durch Avisen erfuhr 1623 zum Beispiel Fürst Christian VI. von Anhalt, daß der Braunschweiger von Tilly geschlagen worden ist. Aber Bewegungen der Heere stand oft genaue Auskunft in den Zeitungsberichten. Das alles trug sich in voller Naivität zu. Irgendwelche Versuche, die Leser aufzureizen oder auch bloß für eine Parteiüberzeugung zu gewinnen, lag den meisten Blättern meilenferne. Daß ein von der Obrigkeit hergestelltes Avisenwerk das Publikum in der Furcht des Herrn und im Patriotismus zu befestigen trachtete, kann man wohl als selbstverständlich ansehen. Darüber hinaus wagte sich aber kaum ein damaliges Blatt.

Waren darum die Zeitungen des 17. Jahrhunderts ohne alle Bedeutung für die öffentliche Meinung? Sieht man näher zu, dann muß man bekennen, daß sie in dieser Hinsicht mehr bewirkt haben, als auf den ersten Blick erscheinen mag. Nicht die Agitation ist es, die in diesem Falle den Ausschlag gibt. Auf dem Felde der Meinungsbearbeitung haben sie in Wirklichkeit ganz Unbedeutendes geleistet. Nein, das wäre es nicht. Die Aufgabe, die sie erfüllt haben, liegt darin, daß sie den Begriff der Öffentlichkeit erst zur Wahrheit gemacht hatten.

Das falsche Zitat.

Der Theaterkritiker ist ja so einiges gewohnt, denn er mag noch so unzweideutig schreiben, es scheint immer noch zweideutig genug zu sein, um als Geschäftsreklame Verwendung zu finden. Wer von uns erlebt es nicht, daß die Intendanten der Theater aus unseren Kritiken wahllos Sätze herausgreifen und — meistens von Punkten umrahmt — als unser empfehlendes Urteil auf Anschlagsäulen dem pp. Publikum bekanntgeben. Selbst ein ausgesprochener „Verriß“ wird häufig durch rücksichtsloses Herausgreifen einzelner Sätze und durch Auslassen wesentlicher Bemerkungen zu einer fulminanten Anerkennung.

Erst kürzlich, vor einigen Monaten, hat ein prominenter Berliner Theaterkritiker im „Berliner Tageblatt“ einmal das Wort zu diesem Unfug genommen, aber sein Mahnruf, daß man wenigstens richtig zitieren möge, wenn schon zitiert werden muß, ist so gut wie wirkungslos verhallt. Es ließe sich vielleicht auch vom Standpunkte des Reklamefachmanns noch vertreten, wenn Theaterdirektoren oder Kinobesitzer aus Geschäftsgründen in dieser Weise Kritiken fälschen, unangenehm aber wird die Sache, wenn andere Zeitungen oder gar Zeitungen im Ausland unser Urteil entstellen.

Da hat sich jetzt in Königsberg folgendes zugetragen:

Die Uraufführung von Max Brods Schauspiel „Lord Byron kommt aus der Mode“ am 2. Dezember hatte nach dem Urteil aller Kritiker von sämtlichen Zeitungen, welcher Richtung sie auch immer waren, einen Achtungserfolg, der zum großen Teil auf das Konto der Aufführung zu schreiben war. Während im allgemeinen das Stück selbst mit etwas glimpflicher Vorsicht behandelt wurde, fand die Aufführung eine einstimmige Anerkennung. — Das hinderte nicht, daß das „Prager Tageblatt“ am 8. Dezember eine Zusammenstellung der verschiedensten Königsberger Kritiken gab, aus der hervorgeht, daß Max Brods neues Stück anscheinend ein sensationeller Erfolg war. Man zitierte unter Auslassung eines sehr wesentlichen Satzes u. a. einen Abschnitt aus der „Ostpreußischen Zeitung“, der sich lobend über die schauspielerischen Leistungen der beiden Hauptdarsteller ausspricht. Da man den Absatz nur verstümmelt wiedergab, erschien es in dieser Wiedergabe, als erstrecke sich das lobende Urteil auch auf das Stück als solches.

Um das „Prager Tagblatt“ zu zitieren, da hieß es:

„Weiß Gott, man hat doch schon eine ganze Masse Theater über sich ergehen lassen und darunter sehr gutes Theater, aber dies hier war mehr! Unvergeßlich! Herrlichster Augenblick aus vielen Theaterwintern!“

In Wirklichkeit heißt die Stelle so:

„Und die Aufführung machte diese verklärte Geschwisterliebe zum denkwürdigen Erlebnis. Das Duo Stengel-Jungbauer ist von Natur aus so aufeinander eingespielt, daß ihr Zusammenklingen ergreifend wird, für alle, die es sehen. — Weiß Gott, man hat doch schon eine ganze Masse Theater über sich ergehen lassen und darunter sehr gutes Theater, aber dies hier war mehr! Wenn sie sagt: „Es ist ja gut . . .“ — Unvergeßlich! Herrlichster Augenblick aus vielen Theaterwintern!“

Man sieht, wenn zwei dasselbe sagen, so ist es durchaus ganz etwas anderes. Und ich weiß nicht, ob wir, die wir die freudige Pflicht haben, über das Theater zu urteilen, uns nicht energisch wehren müßten gegen eine solche Entstellung unserer Urteile. Vielleicht haben noch mehrere Kollegen etwas zu diesem Thema zu sagen, denn das hier Angeführte ist nur ein Beispiel für viele.

Ernst Jerosch-Königsberg.

Fremdländische Eigennamen.

In Nummer 48 der „Deutschen Presse“ hat Kollege Spannring in dankenswerter Weise an dem Beispiel „Zoubkoff, Zubkoff, Subkoff, Subkow“ gezeigt, wie wünschenswert es ist, daß in der Presse eine einheitliche und vernünftige Rechtschreibung für die fremdländischen Personen- und Ortsnamen durchgeführt werde. Es sei mir gestattet, hierfür einige Regeln vorzuschlagen, die von einer Anzahl großer Zeitungen bereits befolgt werden.

Es ist zu unterscheiden, ob die Nationen, denen die Namen angehören, sich der lateinischen Schrift bedienen oder einer der lateinischen verwandten (der griechischen oder der kyrillischen) oder einer ganz anderen (der arabischen, der chinesischen oder der indischen).

Namen aus Nationen mit lateinischer Schrift, auch mit Akzenten, sind so zu schreiben, wie sie im Heimatlande geschrieben werden, abgesehen natürlich von alteingebürgerten Verdeutschungen wie Mailand und Florenz. Auch Napoleon sollten wir ohne Akzent schreiben.

Bei Namen aus denjenigen slawischen Nationen, die sich der lateinischen Schrift mit Unterscheidungszeichen bedienen — Tschechen, Slowaken, Kroaten, Slowenen —, schreiben wir für š sch, für č tsch. Beispiele: Schwehla, Paschitsch.

Neugriechische Namen schreiben wir, wenn sie mit altgriechischen übereinstimmen, wie diese: Athen, Kreta. Andere neugriechische lautgemäß nach deutscher, nicht nach französischen Rechtschreibung, also beta gleich w, nicht v, eta gleich i: Weniselos.

Bei Namen aus slawischen Nationen mit kyrillischer Schrift übertragen wir die kyrillischen Buchstaben, soweit möglich, in die ihnen entsprechenden lateinischen, die übrigen, besonders die Zischlaute und die Vokale mit

Digitized by Google

j-Vorschlag, umschreiben wir lautgemäß. Also: Tschitscherin, Rjasan. Das russische und bulgarische w am Ende bleibt ein w: Rykow, Suwarow, Stambulow. Auch bei dem häufigen bulgarischen Namen Popow liegt kein vernünftiger Grund vor, Popoff zu schreiben.

Da die Türken jetzt die lateinische Schrift gebrauchen, folgen wir der von Mustafa Kemal Pascha festgesetzten Schreibweise.

Arabische Namen geben wir möglichst buchstabengetreu, nicht lautgetreu wieder, also beispielsweise ohne Angleichung des l von „el“ oder „al“ an den folgenden Konsonanten: Abd el Krim. Bei Zischlauten die übliche Umschreibung: Nedschd, Hedschas. Wir folgen hierbei am besten dem Gothaischen Staatskalender.

Indische Namen sollten wir auch aus der indischen Schrift direkt übernehmen und nicht der englischen Umschreibung folgen, also: Singapur, nicht Singapore.

Für die chinesischen Namen sind sich die Gelehrten noch nicht über die Transkription einig. Hier schließen wir uns am besten der englischen Umschreibung an, jedoch mit der Änderung, daß wir für englisch Ch: Tsch und für englisch Sh: Sch schreiben. Also: Tschen und Schanghai. Bei chinesischen Personennamen ist zu beachten, daß die erste Silbe als Familienname getrennt zu schreiben ist, während die beiden folgenden Silben, die Vornamen, durch Bindestrich miteinander zu verbinden sind, also: Tschiang Kai-Schek, Tschang Tso-Lin, Tschang Hsue-Liang, wobei Hs wie deutsches Ch in ich zu sprechen ist. Wenn wir diese letzte Regel befolgen, werden wir es auch unseren Lesern erleichtern, sich die chinesischen Namen zu merken.

Kurt Schmidt (Bielefeld).

Fachrundschau

Die österreichische Pressegesetznovelle im Nationalrat angenommen.

Der österreichische Nationalrat nahm in seiner Sitzung am 20. Dezember die Preßgesetzvorlage in 3. Lesung in der Fassung des Justizausschusses unter Ablehnung mehrerer sozialdemokratischer Ergänzungsanträge und Annahme einiger Zusatzanträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten an.

Nach dem neuen Preßgesetz wird u. a. die Vernachlässigung der pflichtgemäßen Sorgfalt durch den verantwortlichen Redakteur mit Geldstrafen bis zum Höchstmaße von 2500 Sch. bedroht, wobei eine Zusammenlegung mehrerer Strafen bis zu 10000 Sch. möglich ist. Ehrenbeleidigungen durch die Presse werden mit Arrest von einem bis zu sechs Monaten bedroht, überdies der Geschworenengerichtsbarkeit entzogen und den Bezirksgerichten unterstellt. Alle übrigen Preßdelikte kommen vor die Schöffengerichte, so daß die Geschworenengerichtsbarkeit nur für Hochverrat bestehen bleibt. Bestechung mit dem Zweck, eine bestimmte Mitteilung in der Presse nicht zu veröffentlichen, wird mit strengem Arrest von drei Monaten bis zu einem Jahr und Kreditschädigung mit Arrest von einem bis zu drei Monaten oder Geldstrafe bis zu 2500 Sch. bestraft, wobei beide Strafen verhängt werden können. Der Bestechungsparagraph wurde in der Weise formuliert, daß nur jener Journalist strafbar ist, der Entgelt für die Unterdrückung von Nachrichten genommen hat. Eine Kreditverleumdung begeht der Journalist dann, wenn er eine unwahre Behauptung tatsächlicher Art über eine Person oder ein Unternehmen verbreitet, die geeignet ist, die Existenz bei Betreffenden empfindlich zu schädigen. Ist diese Nachricht erweislich, so fällt sie nur unter die Strafbestimmungen, die bis zu 10000 Schilling gehen. Dabei muß im Prozeßfall der Ankläger die Unwahrheit der Zeitungsnachricht erweisen. Die Vorschriften über Schmutz und Schund beziehen sich nicht auf künstlerische, wissenschaftliche oder literarische Produktion, sondern ausschließlich auf das Verhältnis dieser zu den Jugendlichen unter 16 Jahren. Wer solchen wissentlich eine Schrift oder ein Bild unzüchtigen Inhalts verkauft, verabreicht, in Schaufenstern zeigt oder plakatiert, ist strafbar und es verfallen die Werke und die Plakate. Schließlich wurde noch eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen, wonach die Zeitung in Zukunft die Legitimation erhält, Beleidiger klagbar zur Rechenschaft zu ziehen. Das neue Preßgesetz tritt schon am 1. 1. 1930 in Kraft.

Vom deutschen Zeitungswesen.

Der Konkurs der „A. Z. am Abend“. In dem Konkurs der Münchener „A. Z. am Abend“ (Allgemeine Druckerei- und Verlagsgesellschaft A.-G.) traten die Gläubiger vor dem Konkursgericht zusammen. Zuvor hatte der Gläubigerausschuß entsprechend dem ihm erteilten Auftrag die Frage der Haftungen geprüft und empfahl Schadensersatzklage gegen den Aufsichtsratsvorsitzenden Rechtsanwalt Dr. Beutner. Die Gläubigerversammlung schloß sich dieser Auffassung an und beschloß, die Klage durchzuführen. Auch der Verlag der Hirth A.-G. hat Schadensersatzklage gegen Dr. Beutner gestellt.

Die „Germania“ konnte am 5. Dezember ihr neues Verlags- und Druckereihaus in feierlicher Weise einweihen. An dem Weiheakt, der in der Vorhalle der Redaktion stattfand und von Bischof Dr. Schreiber vorgenommen wurde, nahmen zahlreiche Vertreter der Regierung, der Parlamente, des Berliner Klerus, des Magistrats und der Presse teil. Abends fand ein Empfang und Festessen im „Kaiserhof“ statt, bei dem der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Germania A.-G., F. von Papen, die Gäste begrüßte. Reichsminister v. Guérard, der zu den Festrednern gehörte, machte grundsätzliche Ausführungen zur Zentrumspolitik und zur Pressearbeit, und Bischof Dr. Schreiber entwickelte den Gedanken eines grundlegenden gemeinsamen Ethos der Presse verschiedener Weltanschauungen und politischer Richtungen. Es sei notwendig, daß die Gedanken der Wahrhaftigkeit, der Gerechtigkeit und der Menschenliebe der Arbeit der Presse als Leitsterne voranstünden; auf diese Weise würden die wertvollen Kräfte befreit, die an der innen- und außenpolitischen Entwicklung Deutschlands positiv mitarbeiten könnten. — Anläßlich des Jubiläums erschien eine Festausgabe der „Germania“ mit wertvollen Beiträgen. Es schrieben u. a.: Dr. Otto Fecher über „Die katholische Großstadtzeitung“, Bischof Dr. Schreiber über „Kirche und Presse“, Nuntius Pacelli über „Zwei Aufgaben: Ordnen und Gestalten“, Prälat Dr. Kaas über „Partei und Presse“, Chefredakteur Dr. Buhla über „Weg und Ziel“, Dr. Max Domschke über „Das Zeitungs- und Nachrichtenwesen“.

Der „Volksstaat“ als Wochenschrift. Seit dem 30. November erscheint das Organ der alten sozialdemokratischen Partei Sachsens, der „Volksstaat“, aus wirtschaftlichen Gründen als Wochenschrift. Diese Umwandlung war schon mit Anfang Oktober beabsichtigt, doch konnte das Blatt noch bis Ende November als Tageszeitung fortgeführt werden.

Der „Westfälische Merkur“, eines der ältesten Zentrumsblätter Westfalens, das besonders in den Jahren des Kulturkampfes hervorgetreten ist, soll entsprechend einem Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung der „Westfälischen Vereinsdruckerei“ zum 31. Dezember d. Js. sein Erscheinen einstellen. Der Titel „Westfälischer Merkur“ verschwindet jedoch nicht ganz, denn der „Münsterische Anzeiger“ soll berechtigt sein, die Bezeichnung „Westfälischer Merkur“ künftig als Untertitel in seinem Kopf zu führen. Der „Westfälische Merkur“ wurde im Jahre 1822 gegründet.

Jubiläums- und Sondernummern.

89 Jahre „Echo der Gegenwart“. Die älteste Aachener Zeitung, das „Echo der Gegenwart“, erschien am 2. Dezember aus doppeltem Anlaß als Festnummer; sie beging das achtzigjährige Bestehen gleichzeitig mit der Befreiung der zweiten Zone. Da die Gründung des Blattes 1848 erfolgte, hätte zwar das Jubiläum eher gefeiert werden können, doch hatte man es bis auf den Freiheitstag hinausgeschoben. Von besonderem Wert sind in der Jubiläumsnummer die Beiträge des Chefredakteurs und Verlegers Fritz Weyers über die schwierige Lage der Presse im besetzten Gebiet während der Besetzungszeit und besonders während der Separatistenunruhen.

Befreiungsnummer der „Emser Zeitung“. Auch die „Emser Zeitung“, Kreisblatt für den Unterlahnkreis, hat es sich nicht nehmen lassen, nach Befreiung der zweiten Zone eine Sondernummer zu veröffentlichen, in der das Schicksal der Heimat des Blattes während der Besatzungsjahre in lebendiger Weise geschildert wird. Die auch drucktechnisch sehr gut ausgestattete Sondernummer bringt interessantes Material über die vielen unerfreulichen Erfahrungen und Erlebnisse während der Dauer der Besatzung und enthält auch einen besonderen Artikel über die Besatzungserlebnisse des Blattes selbst.

Sonderausgaben zur Befreiung der 2. Zone. Der „Aachener Volksfreund“ (Aachener General-Anzeiger für Stadt und Land) brachte die Nummer vom 1. Dezember als Sondernummer zur Befreiung der zweiten Zone heraus. Die Nummer enthält neben lebendigen und ausführlichen Schilderungen der Befreiungsfeier in Aachen und in anderen befreiten Städten beachtenswerte Beiträge über die Zeit der Besetzung.

Digitized by Google

— Auch die „Dürener Zeitung" nahm die Befreiung der zweiten Zone zum Anlaß, am 1. Dezember eine umfangreiche Sondernummer erscheinen zu lassen, die sich in Wort und Bild mit den schweren Jahren der Besetzung befaßt.

Vom deutschen Zeitungswesen im Ausland.

Ausbau des „Bukarester Tageblattes" zu einer deutschen Tageszeitung. Vom 1. Januar 1930 ab soll das „Bukarester Tageblatt", das bisher eine größere Bedeutung als deutsche Zeitung nicht hatte, durch einen erweiterten Redaktionsstab bearbeitet, in vergrößertem Umfange erscheinen. Im Verlaufe der letzten Monate ist zu diesem Zweck eine Deutsche Zeitungsverlag-A.-G. in Bukarest gegründet worden. Das neue Bukarester Tageblatt soll die Gesamtinteressen der deutschen Minderheiten in Rumänien (Siebenbürgen, Banat, Bessarabien und Bukowina) wahrnehmen und dem zahlreichen, die deutsche Sprache verstehenden Publikum Bukarests zur Orientierung über deutsche Fragen dienen. Das ist vom deutschen Standpunkt vor allem auch deswegen zu begrüßen, weil die Orientierungsmöglichkeit über Deutschland bisher sehr gering war, im Gegensatz zu der über Frankreich, die zwei französische Tageszeitungen bieten. Von dem ursprünglichen Plan, in Herrmannstadt in Siebenbürgen eine neue deutsche Zeitung für die in Rumänien lebenden Deutschen und Deutschinteressiert herauszugeben, ist man mit Rücksicht auf das „Siebenbürgische Deutsche Tageblatt" wieder abgekommen. Chefredakteur des „Bukarester Tageblattes" in seiner neuen Gestalt wurde der Berliner Journalist Carlo von Kügelgen.

Ausland.

Der Inveresk-Konzern in Schwierigkeiten. Der Inveresk-Paper-Konzern, ein bekannter englischer Papier- und Zeitungstrust, der ein Kapital von mehr als 4 Millionen £ vertritt, gab kurz vor Weihnachten eine Erklärung heraus, nach der die gegenwärtige schwierige Lage des Geldmarktes die Gesellschaft nötigt, alle ihre Barmittel im Geschäft zu behalten und die am 31. Dezember fällige Dividendenzahlung für die ersten und zweiten Zusatzvorzugsaktien aufzuschieben. Die Aktien des Unternehmens, das bekanntlich auch die Koholyt-Werke kontrolliert, haben in letzter Zeit sensationelle Kurseinbußen erlitten. Der Anfang 1930 stattfindenden Generalversammlung werden ausführliche Informationen vorgelegt werden. Inzwischen hat der Aufsichtsratsvorsitzende, William Harrison, den Vorsitz der verschiedenen Direktorien niedergelegt, jedoch seinen Sitz in den Direktorien einstweilen behalten. Dieser Schritt ist erfolgt, um eine Umstellung in der Leitung des Unternehmens zu erleichtern. Harrison war bisher Vorsitzender von nicht weniger als 19 Gesellschaften. Im Jahre 1926 hatte er eine Anzahl illustrierter Wochenzeitschriften, darunter „Sketch" und „Graphic", erworben, 1928 kaufte er die Mehrheit der Aktien des „Daily Chronicle" und der „Sunday News". Durch den Inveresk-Paper-Konzern kontrollierte er außerdem eine Anzahl von Provinzblättern. Unter den Inhabern der 6½ %igen erststelligen Vorzugsaktien des Unternehmens hat sich inzwischen ein Komitee zur Wahrnehmung der Interessen dieser Aktionäre gebildet. In einer Erklärung, die das Komitee herausgegeben hat, heißt es: Es verlautet, daß die Inveresk-Paper und einige der von ihr abhängigen Gesellschaften Verpflichtungen in Höhe von über 2,5 Millionen £ eingegangen seien, eine Summe, die den Rahmen eines normalen Bankkredits weit überschreiten.

100 Jahre Revue des deux Mondes. Mit einer Ausstellung „100 Jahre französisches Leben" beging die bekannte französische Zeitschrift „Revue des deux Mondes" ihr 100-jähriges Bestehen. Die „Revue des deux Mondes" hat bekanntlich in der Geschichte der französischen Literatur eine bedeutsame Rolle gespielt. Im Rahmen der Jubiläums-Ausstellung fanden u. a. Aufführungen von dramatischen Werken statt, die sie zuerst veröffentlicht hat, darunter solche von Alfred de Musset, Théophile Gautier, Octave Feuillet u. a.

Inhaltsangabe:

Journalistische Zukunftsmusik. (Schluß.) Von Dr. Katscher.
Ist die Fraktur ein Hindernis? Von E. Scheibing, Dresden.
Die Anfänge des deutschen Zeitungswesens. Von Prof. Dr. Bauer, Wien.
Das falsche Zitat. Von E. Jerosch, Königsberg.
Fremdländische Eigennamen. Von K. Schmidt, Bielefeld.
Fachrundschau.
Personalien.
Mitgliederbewegung.

Verschiedenes.

Wer schreibt die beste Kunstkritik? „Das Kunstblatt", das im Verlag Hermann Reckendorf Berlin erscheint, hat für die beste Kunstkritik über ein in den letzten 25 Jahren entstandenes Werk eines Künstlers der jungen Generation einen Preis von RM 500.— ausgeschrieben. Voraussetzung für die Gewährung des Preises ist nicht, daß die Kritik lobend ist, sie soll jedoch die Eigenschaft einer sogenannten produktiven Kunstkritik haben, soll also dem Leser eine klare Vorstellung von der künstlerischen Schöpfung vermitteln. Bei der Kritik soll von einem bestimmten Werk der Malerei, Plastik oder Architektur ausgegangen werden. Die Einlieferungsfrist läuft am 6. Januar ab. Preisrichter sind neben dem Herausgeber des Blattes Paul Westheim, Alfred Döblin und Gert Wollheim.

Personalien

Regierungsrat Dr. Walter Heyde in der Presseabteilung der Reichsregierung ist zum Oberregierungsrat ernannt worden.

Kollege Dr. Kurt London, Leiter der Musikredaktion der Zeitschrift „Der Film", wurde vom Sternschen Konservatorium als Dozent für Filmmusik berufen. Das erste Semester dieses neuen, an Bedeutung ständig wachsenden Lehrganges beginnt am 7. Januar 1930.

Kollege Hermann von Ritgen, bisher Berliner Korrespondent einer Reihe ausländischer Blätter, und früherer Korrespondent des WTB. in Konstantinopel, hat die Leitung der Presse- und Propagandaabteilung der „IPA", Internationalen Pelzfachausstellung und Internationalen Jagdausstellung Leipzig 1930, übernommen.

Max Chop †. Der bekannte Berliner Musikschriftsteller Max Chop, seit 1920 Herausgeber der Wochenschrift „Die Signale", ist am 20. Dezember im 68. Lebensjahre gestorben.

Mitgliederbewegung

I. Aufnahmen.

Bezirksverband Berlin. Dr. Otto Benecke, SW 68, Kochstraße 66 (Der Städtetag).

Bezirksverband Brandenburg-Grenzmark. Redakteur Max Roll, Brandenburg-Havel (Brandenburger Anzeiger).

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Hellweg-Märkischer Presseverein. Erich O. Daniel (Westf. Anz.), Hamm, Westf., v.-d.-Marck-Straße 7.

II. Neuanmeldungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Hanns Kalb (Journalist), München, Keuslinstraße 13/0.

Bezirksverband Berlin. Dr. Richard Gerlach (Mitarb.), Margarete Künkel (Hackebeil), Dr. Fritz R. Lachmann (Ullstein), Theodor v. Zeska (Pressest. d. DNVP.).

Bezirksverband Brandenburg-Grenzmark. Red. Liesche (Brandenburger Anz.), Brandenburg/Havel.

Landesverband Mitteldeutschland. Paul Woike (Melsunger Tageblatt), Melsungen bei Kassel.

III. Überweisungen und Adressenänderungen.

Verein Niedersächs. Presse. Gruppe Osnabrück. Vom Landesverband Rheinland-Westf. wurde überwiesen: Dr. Fred Hilgers, jetzt Osnabrück (Osnabrücker Zeitung).

Verein Braunschweigische Presse. An den Provinzialverband Pommern überwiesen: Frl. Hildegart Dohme (Kösliner Ztg.), Köslin, Virchowstraße 5.

Landesverband der Sächsischen Presse. Bezirksverein Leipzig. Überwiesen an den Bezirksverein Dresden: Gerhard Lillge, Klotzsche/Dresden, Richard-Wagner-Straße 8.

IV. Austritte und Streichungen.

Landesverband der Bayerischen Presse. Ausgetreten Dr. Ludwig Koenig, Straubing.

Bezirksverb. Berlin. Gestrichen: Dr. Wolfgang Peters.

Landesverband Mitteldeutschland. Ausgetreten wegen Aufgabe d. Berufs: Paul Siebert, Marburg.

Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse. Verein Niederrhein-Ruhr. Gestrichen: Gocht-Duisburg; Seepe-Homberg, Doetzsch-Mülheim, Borth-Gladbeck, Hendel-Duisburg.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Herausgeber: Reichsverband der deutschen Presse.
Verantwortlicher Chefredakteur: Gustaf Richter, Berlin SW 68, Zimmerstraße 86.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 04888 7445

Digitized by Google